Internationale Geschichte
International History

ARNOLD SUPPAN

Hitler – Beneš – Tito

Konflikt, Krieg und Völkermord in Ostmittel- und Südosteuropa





ARNOLD SUPPAN

HITLER – BENEŠ – TITO

KONFLIKT, KRIEG UND VÖLKERMORD IN OSTMITTEL- UND SÜDOSTEUROPA

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE KLASSE
INSTITUT FÜR NEUZEIT- UND ZEITGESCHICHTSFORSCHUNG

INTERNATIONALE GESCHICHTE/
INTERNATIONAL HISTORY

HERAUSGEGEBEN VON
MICHAEL GEHLER
UND
WOLFGANG MUELLER

BAND 1/2



ARNOLD SUPPAN

Hitler – Beneš – Tito

Konflikt, Krieg und Völkermord in Ostmittel- und Südosteuropa

Teil 2


Verlag der
Österreichischen Akademie
der Wissenschaften
ÖAW

Wien 2014

Vorgelegt von w. M. ARNOLD SUPPAN
in der Sitzung am 15. Juni 2012

Veröffentlicht mit Unterstützung des
Austrian Science Fund (FWF): PUB 52-G18



Umschlagbild:
Präsident Beneš empfängt Bundeskanzler Schuschnigg auf der Prager Burg, Jänner 1936
(ÖNB, Bildarchiv, 229.402)

Die verwendete Papiersorte ist aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff hergestellt,
frei von säurebildenden Bestandteilen und alterungsbeständig.

ISBN 978-3-7001-7309-0

Satz: Hapra GmbH, Puchenau
Druck und Bindung: Prime Rate kft., Budapest

http://hw.oeaw.ac.at/7309-0
http://verlag.oeaw.ac.at

INHALTSVERZEICHNIS

TEIL 1

TEIL 3

7. NATIONALSOZIALISTISCHE HERRSCHAFT IN DER TSCHECHOSLOWAKEI 1939-1945

Der wechselvollen böhmischen Geschichte ist nicht allein mit Anmut und Friedfertigkeit beizukommen, grünen Hügeln, Dorfkirchen und blauen Wolken, vor allem nicht, wenn die Okkupationszeit, das Protektorat, und die Ereignisse von 1945 bis 1948, Vertreibung und Enteignung, auch die nach dem kommunistischen Putsch, zur Frage stehen. Der Patriotismus der einen wie der anderen baut seine Barrikaden und Mauern, die den Blick verstellen, und die amtlich schematischen Schwarzweißperspektiven von Schuld und Unschuld suchen sich anstelle von Tragik, Lächerlichkeit, Lüge und unerwarteter Humanität festzusetzen.

Peter Demetz, Das Dorf und die Deutsche (2010)

Verfolgung, Entrechtung, Enteignung und Vertreibung der Deutschen in und aus der Tschechoslowakei waren einerseits Konsequenzen aus der nationalsozialistischen Gewaltpolitik gegenüber Tschechen und Slowaken, andererseits Teil der alliierten Politik gegenüber Hitler-Deutschland und „den Deutschen“, die unter den Leitmotiven Kollektivschuld, Rache, Vergeltung, Kollektivstrafe und Zwangsaussiedlung stand. Darüber hinaus entwickelten die tschechischen, slowakischen und tschechoslowakischen Widerstandsorganisationen ebenso wie die tschechoslowakischen Exilorganisationen – vornehmlich in London und Moskau – eigene Strategien für die Bestrafung der Deutschen nach dem Weltkrieg, hinter denen durchaus auch alte nationale Feindbilder und Neidkomplexe sichtbar wurden, die jedenfalls bis 1918, in Ansätzen sogar bis 1848 zurückreichten.[1531]

Ein Photo vom Einmarsch der Wehrmacht in Prag, das Geschichte gemacht und sich tief ins kollektive Gedächtnis der Tschechen eingegraben hat, ist das Photo von Karel Hájek. Es zeigt zwei in ihrem offenen Militärauto sitzende deutsche Soldaten vor der am Straßenrand stehenden tschechischen Bevölkerung, die in ohnmächtiger Wut und tiefer Verzweiflung von tschechischen Ordnungskräften zurückgehalten wird. Ob man den verbitterten und weinenden Gesichtern der tschechischen Frauen und den steinernen Mienen der tschechischen Polizisten auch ablesen kann, dass sie – wie Wilma Iggers meint – auch „dagegen gekämpft hätten, wenn man sie nur gelassen hätte“, darf jedoch bezweifelt werden.[1532]

[1531] Vgl. Václav Kral (Hg.), Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933-1947. Dokumentensammlung (Praha 1964); Detlef Brandes, Die Tschechen unter deutschem Protektorat. Bd. 1: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod (1939-1942), (München – Wien 1969); Bd. 2: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren von Heydrichs Tod bis zum Prager Aufstand (1942-1945), (München – Wien 1975); Ferdinand Seibt, Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas (München 1993); Friedrich Prinz, Böhmen und Mähren (Berlin ²2002); Jítka Vondrová (Hg.), Češi a sudetoněmecká otázka 1939-1945 (Praha 1994); Richard G. Plaschka, Horst Haselsteiner, Arnold Suppan und Anna M. Drabek (Hgg.), Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948 (Wien 1997); Miroslav Kárný, Jaroslava Milotová und Margita Kárná (Hgg.), Deutsche Politik im „Protektorat Böhmen und Mähren“ unter Reinhard Heydrich 1941-1942. Eine Dokumentation (Berlin 1997); Jörg K. Hoensch – Hans Lemberg (Hgg.), Begegnung und Konflikt. Schlaglichter auf das Verhältnis von Tschechen, Slowaken und Deutschen 1815-1989 (Essen 2001); Monika Glettler, L'ubomír Lipták und Alena Míšková (Hgg.), Geteilt, besetzt, beherrscht. Die Tschechoslowakei 1938-1945: Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren, Slowakei (Essen 2004); Jan Gebhart – Jan Kuklík, Velké dějiny zemí koruny české, sv. XVIa, b [Große Geschichte der Länder der böhmischen Krone] (Praha – Litomyšl 2007); Jan Uhlíř, Protektorát Čechy a Morava v obrazech (Praha 2007); Pavel Maršálek, Pod ochranou hákového kříže. Nacistický okupační režim v českých zemích 1939-1945 (Praha 2012).

[1532] Iggers, Das verlorene Paradies, 778; Horst Bredekamp, Bildakte als Zeugnis und Urteil, in: Flacke, Mythen der Nationen 1945, 29-66.

Die Tschechen im „Protektorat Böhmen und Mähren“

Die deutschen Truppen waren in zwei Heeresgruppen unter dem Oberbefehl der Generäle Johannes Blaskowitz und Wilhelm List in Böhmen und Mähren einmarschiert, unterstützt von den Gauleitern Henlein und Bürckel als Chefs der Zivilverwaltungen. Die Militärverwaltung ordnete das Weiterarbeiten der tschechischen Landesbehörden an und verbot der Truppe Requisitionen – auch Einkäufe unter Ausnutzung der billigen Preise und des überhöhten Wechselkurses von 1 RM gleich 10 Kronen. Generalquartiermeister Wagner erkannte hingegen in der Beute an militärischem Gerät sogleich einen „ungeheuren Kraftzuwachs“.[1533]

Während Hácha mit seiner Entourage zu Mittag des 15. März 1939 per Bahn von Berlin nach Prag zurückfuhr, bestieg Hitler einen Sonderzug und fuhr mit einer Gruppe von Parteifunktionären, Militärs und Beamten vom Auswärtigen Amt nach Böhmisch-Leipa (Česká Lípa), wo sie in eine Autokolonne umstiegen und unter Führung von Karl Hermann Frank nach Prag fuhren. Um 20 Uhr am Hradschin angekommen, wurde die Gruppe vom bekannten Hotel Lippert mit Prager Schinken und tschechischem Bier versorgt. Hácha traf erst nach Hitler auf der Prager Burg ein und erfuhr zu seinem großen Erstaunen vom unwillkommenen Gast unter demselben Dach. Staatssekretär Stuckart vom Reichsinnenministerium, NSDAP-Mitglied seit 1922 und Teilnehmer am Hitler-Putsch 1923, musste die ganze Nacht über die Endversion des Protektoratsstatuts ausarbeiten, wobei er sich nach dem Vorbild des französischen Protektoratsstatuts für Tunis 1881 richtete.[1534]

Bereits am Morgen des 16. März 1939 erließ Hitler von Prag aus ein Statut für das „Protektorat Böhmen und Mähren“, das mit einer Reihe historisch und politisch zurecht gebogener Begründungen eingeleitet wurde:

> „Ein Jahrtausend lang gehörten die Böhmisch-mährischen Länder zum Lebensraum des deutschen Volkes. Gewalt und Unverstand haben sie aus ihrer alten historischen Umgebung willkürlich gerissen und schließlich durch ihre Einfügung in das künstliche Gebilde der Tschecho-Slowakei den Herd einer ständigen Unruhe geschaffen. Von Jahr zu Jahr vergrößerte sich die Gefahr, dass aus diesem Raum heraus – wie schon einmal in der Vergangenheit [Hitler meinte offensichtlich den Dreißigjährigen Krieg, Anm. Suppan] – eine neue ungeheuerliche Bedrohung des europäischen Friedens kommen würde. Denn dem tschechoslowakischen Staat und seinen Machthabern war es nicht gelungen, das Zusammenleben der in ihm willkürlich vereinten Völkergruppen vernünftig zu organisieren und damit das Interesse aller Beteiligten an der Aufrechterhaltung ihres gemeinsamen Staates zu erwecken und zu erhalten. Er hat dadurch aber seine innere Lebensunfähigkeit erwiesen und ist deshalb nunmehr auch der tatsächlichen Auflösung verfallen.
>
> Das Deutsche Reich aber kann in diesen sowohl für seine eigene Ruhe und Sicherheit als auch für das allgemeine Wohlergehen und den allgemeinen Frieden so entscheidend wichtigen Gebieten keine andauernden Störungen dulden. Früher oder später müsste es als die durch die Geschichte und geographische Lage am stärksten interessierte und in Mitleidenschaft gezogene Macht die

---

[1533] Umbreit, Kontinentalherrschaft, 22.

[1534] Demetz, Prague in Danger, 16-18.

schwersten Folgen zu tragen haben. Es entspricht daher dem Gebot der Selbsterhaltung, wenn das Deutsche Reich entschlossen ist, zur Wiederherstellung der Grundlagen einer vernünftigen mitteleuropäischen Ordnung entscheidend einzugreifen und die sich daraus ergebenden Anordnungen zu treffen. Denn es hat in seiner tausendjährigen geschichtlichen Vergangenheit bereits bewiesen, dass es dank sowohl der Größe als auch der Eigenschaften des deutschen Volkes allein berufen ist, diese Aufgaben zu lösen.

Erfüllt von dem ernsten Wunsch, den wahren Interessen der in diesem Lebensraum wohnenden Völker zu dienen, das nationale Eigenleben des deutschen und tschechischen Volkes sicherzustellen, dem Frieden und der sozialen Wohlfahrt aller zu nützen, ordne ich daher namens des Deutschen Reiches als Grundlage für das künftige Zusammenleben der Bewohner dieser Gebiete das Folgende an:“

1) Die von den deutschen Truppen im März 1939 besetzten Landesteile der ehemaligen tschecho-slowakischen Republik gehören von jetzt ab zum Gebiet des Großdeutschen Reiches und treten als „Protektorat Böhmen und Mähren“ unter dessen Schutz.
2) Die volksdeutschen Bewohner des Protektorates werden deutsche Staatsangehörige und Reichsbürger; die übrigen Bewohner von Böhmen und Mähren werden Staatsangehörige des Protektorates.
3) Das Protektorat Böhmen und Mähren ist autonom und verwaltet sich selbst. Es übt seine Hoheitsrechte im Einklang mit den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Belangen des Reiches aus.
4) Das Oberhaupt der autonomen Verwaltung des Protektorates genießt den Schutz und die Ehrenrechte eines Staatsoberhauptes; es bedarf für die Ausübung seines Amtes des Vertrauens des Führers und Reichskanzlers.
5) Als Wahrer der Reichsinteressen ernennt der Führer und Reichskanzler einen „Reichsprotektor in Böhmen und Mähren“ mit Amtssitz in Prag. Er ist Vertreter des Führers und Reichskanzlers und Beauftragter der Reichsregierung. Die Mitglieder der Regierung des Protektorates werden vom Reichsprotektor bestätigt. Der Reichsprotektor ist befugt, sich über alle Maßnahmen der Regierung des Protektorates unterrichten zu lassen und ihr Ratschläge zu erteilen. Er kann gegen Maßnahmen, die das Reich zu schädigen geeignet sind, Einspruch erheben und bei Gefahr im Verzuge die im gemeinsamen Interesse notwendigen Anordnungen treffen.
6) Die auswärtigen Angelegenheiten des Protektorates, insbesondere den Schutz seiner Staatsangehörigen im Ausland, nimmt das Reich wahr.
7) Das Reich gewährt dem Protektorat den militärischen Schutz. In Ausübung dieses Schutzes unterhält das Reich im Protektorat Garnisonen und militärische Anlagen. Für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und Ordnung kann das Protektorat eigene Verbände aufstellen.
8) Das Reich führt die unmittelbare Aufsicht über das Verkehrswesen sowie das Post- und Fernmeldewesen.
9) Das Protektorat gehört zum Zollgebiet des Deutschen Reiches und untersteht seiner Zollhoheit.

10) Gesetzliches Zahlungsmittel ist neben der Reichsmark bis auf weiteres die Krone. Das Verhältnis beider Währungen zueinander bestimmt die Reichsregierung.
11) Das Reich kann Rechtsvorschriften mit Gültigkeit für das Protektorat erlassen, soweit das gemeinsame Interesse es erfordert.
12) Das derzeit in Böhmen und Mähren geltende Recht bleibt in Kraft, soweit es nicht dem Sinne der Übernahme des Schutzes durch das Deutsche Reich widerspricht.
13) Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern die zur Durchführung und Ergänzung dieses Erlasses erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.[1535]

Das Dekret wurde von Reichsaußenminister Ribbentrop am Vormittag des 16. März im Rundfunk verlesen, Hitler erschien auf dem Balkon der Prager Burg und ließ sich von einer Gruppe von Deutschen – unter ihnen auch Studenten der Deutschen Universität in Prag – bejubeln. Hácha, der die Proklamation in seinen Amtsräumen im Radio gehört hatte, wurde von Hitler in Audienz empfangen, auch die Mitglieder der tschechischen Regierung. Dann verließ Hitler Prag, fuhr ins Sudetenland und am nächsten Tag über Olmütz und Brünn nach Wien. Er sollte Prag nie mehr besuchen.[1536]

Mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Prag und Brünn und der Erlassung des Protektoratsstatuts waren alle vorherigen Erklärungen Hitlers widerlegt, es gehe ihm nur um das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen und er habe „kein Interesse an den Tschechen“. Die von den SS-Einsatzgruppen Prag und Brünn kontrollierte Okkupation und die De-iure-Annexion bedeuteten eine völker- und staatsrechtliche Unterwerfung der Tschechen auf dem Protektoratsgebiet von 48.901,48 km², wie sie es in ihrer 1400-jährigen Geschichte in diesem Raum noch nicht erlebt hatten, nicht einmal nach der Schlacht auf dem Weißen Berg 1620. Dies galt für die personenrechtliche Abstufung zwischen den 7,3 Millionen Tschechen, 260.000 Deutschen und 118.000 Juden, für die Ausbeutung der tschechischen Wirtschaft und Arbeitskraft zugunsten der deutschen Kriegswirtschaft, für die weitgehende Kontrolle des öffentlichen Lebens im Protektorat, für die Schließung der tschechischen Universitäten und Hochschulen und nicht zuletzt für die brutale Bekämpfung des tschechischen Widerstandes. Freilich, im Vergleich zur nationalsozialistischen Terrorpolitik in Polen, Weißrussland und der Ukraine, aber auch in Slowenien, Serbien und Griechenland, nahm die deutsche Herrschaft im „Protektorat“ doch darauf Rücksicht, dass man die tschechischen Betriebe und Arbeitskräfte für die Kriegsproduktion benötigte, mit Fortlauf des Krieges sogar immer dringender.[1537]

[1535] Erlass des Führers und Reichskanzlers über das Protektorat Böhmen und Mähren, Prag, 16. März 1939, in: Geschichte verstehen, 307-309.
[1536] Demetz, Prague in Danger, 16-19.
[1537] Als Überblick unverzichtbar Brandes, Die Tschechen unter deutschem Protektorat (1969/75).

Daher löste das Deutsche Reich noch im März 1939 die tschechoslowakische Armee auf und übernahm ihre Ausrüstung und Einrichtungen im Wert von mehr als 33 Milliarden Kronen: 469 Panzer (davon 219 Panzerkampfwagen, 35 von Škoda), 591 Fliegerabwehrkanonen, 1582 Flugzeuge, 2175 Stück Artillerie, 43.876 Maschinengewehre, 1,090.000 Gewehre und anderes Kriegsmaterial. Noch bei Beginn des Unternehmens „Barbarossa“ 1941 waren fünf deutsche Panzerdivisionen und eine motorisierte Division mit dem tschechischen Panzerkampfwagen 38 (t) ausgerüstet. Die tschechischen Rüstungsbetriebe wurden weitergeführt und allesamt in die deutsche Kriegswirtschaft übernommen. Rund 200.000 technische Pläne und Patente verbesserten und vergrößerten die Fertigungskapazitäten.[1538]

Schon am 16. März 1939 protestierte Beneš als „Ex-President of Czechoslovakia“ und „Professor at the University of Chicago“ mit einer Botschaft an Präsident Roosevelt, Ministerpräsident Daladier, Premierminister Chamberlain und Kommissar Litvinov:

> „The Czech and Slovak people are victim of a great international crime. […] Last September the Franco-British proposals and a few days afterwards the Munich decision were presented to me. Both these documents contained the promise of the guarantee of the integrity and security of Czechoslovak territory. Both these documents asked for unheard of sacrificies by my people in the interest of European peace. […] Nevertheless, one of the great powers who signed the agreement of Munich is now dividing our territory, is occupying it with its army and is establishing a ‚protectorate‘ under threat of force and military violence.
>
> Before the conscience of the world and before history I am obliged to proclaim that the Czechs and Slovaks will never accept this unbearable imposition on their sacred rights and they will never cease their struggle until these rights were reinstated for their beloved country. And I entreat your Government to refuse to recognize this crime and to assume the consequence which today’s tragic situation in Europe and in the world urgently requires.“[1539]

Die Reaktionen der vier Großmächte fielen eher zurückhaltend aus. Botschafter Henderson telegraphierte aus Berlin an Außenminister Halifax: „Nazism has definitely crossed the rubicon of purity of race and German unity and answer to this form of Pan-Germanism can only in the end be Pan-Slavism.“ Die sowjetische Regierung kritisierte in einer Note an den deutschen Botschafter Graf Schulenburg in Moskau, dass die deutsche Okkupation der böhmischen Länder die politische Stabilität in Mitteleuropa zerstört habe, dass das tschechische Volk – wenn auch Präsident Hácha den Berliner Vertrag unterschrieben hatte – in einem Plebiszit über sein Schicksal entscheiden sollte (wie 1921 in Oberschlesien und 1935 im

[1538] Horst Boog, Jürgen Förster, Joachim Hoffmann, Ernst Klink, Rolf-Dieter Müller, Gerd R. Ueberschär, Der Angriff auf die Sowjetunion. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4 (Stuttgart 1983) 186f.; Umbreit, Kontinentalherrschaft, 23; Radomir Luza – Christina Vella, The Hitler Kiss. A Memoir of the Czech Resistance (Baton Rouge 2002) 23f.

[1539] Message of Ex-President Beneš to President Roosevelt, Premier Daladier, Prime Minister Chamberlain and Commissar for Foreign Affairs, Litvinov, 16th March, 1939, HIA, Eduard Táborský papers, box 3.

Saarland), dass auch das slowakische Volk über seinen künftigen Status abstimmen sollte und dass die ungarische Armee die Karpato-Ukraine besetzt habe.[1540]

In einer Rede in Birmingham am 17. März kritisierte Chamberlain zwar Hitlers *dishonesty*, versuchte aber noch die *appeasement policy* zu verteidigen. Aber während eines Staatsbesuchs des französischen Präsidenten Albert Lebrun ab 21. März in London wurde bereits die Möglichkeit einer Garantie für Polen erörtert, wenn es Rumänien unterstützen würde. Und Außenminister Halifax schlug in einer dringenden Kabinettssitzung am 30. März „ a clear declaration of our intention to support Poland if Poland was attacked by Germany" vor. Am nächsten Tag akzeptierten der polnische Präsident, Marschall Rydz-Śmigły, und Außenminister Beck die britische Garantie. Das französische Kabinett schloss sich noch am selben Tag an.[1541]

Schon am 18. März 1939 hatte Hitler von Wien aus den ehemaligen Reichsminister für Auswärtiges, den württembergischen Freiherrn Konstantin von Neurath[1542], zum Reichsprotektor und den ehemaligen Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei im Prager Parlament, Karl Hermann Frank[1543], zum Staatsse-

---

[1540] Telegr. Henderson (Berlin) an Halifax, 16 March 1939, DBFP, Nr. 288; Note AM Litvinov an Bt. Schulenburg, Moskau, 18. März 1939, in: Steiner, The Triumph, 875f.

[1541] Steiner, The Triumph, 733-741.

[1542] Konstantin von Neurath, geb. 1873, entstammte württembergischem Dienstadel, studierte an der Rechtsfakultät in Tübingen, trat in den deutschen Konsulardienst ein, begann in London, war 1908 Sekretär der International Copyright Conference, wechselte 1912 in den diplomatischen Dienst und wurde im Frühjahr 1914 der deutschen Botschaft in Konstantinopel zugeteilt. Entgegen den Wünschen des Auswärtigen Amtes meldete er sich im August 1914 zur Armee, wurde aber von der Westfront neuerlich ins Osmanische Reich gesandt. Schließlich kehrte er nach Stuttgart zurück, wurde Kabinettschef des Königs von Württemberg und musste im November 1918 dessen Abdankung verhandeln. 1919 kehrte Neurath in den auswärtigen Dienst zurück, wurde Gesandter in Kopenhagen, danach Botschafter in Rom und London. 1932 wurde Neurath Reichsaußenminister in den Kabinetten Franz von Papens und Kurt von Schleichers und blieb auch nach dem 30. Jänner 1933 Außenminister bis zum Februar 1938. Am 18. März 1939 zum Reichsprotektor von Böhmen und Mähren ernannt, wurde Neurath am 26. September 1941 vorerst aus gesundheitlichen Gründen beurlaubt, 1943 in den Ruhestand versetzt. Vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg wegen Vorbereitungen eines Angriffskriegs, wegen der Genehmigung und Leitung von Kriegsverbrechen und wegen Verbrechen gegen die Humanität angeklagt, wurde Neurath zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Entlassung verstarb er 1956.

[1543] Karl-Hermann Frank, geb. 1898 in Karlsbad, Sohn eines Volksschullehrers, meldete sich nach der Matura als Kriegsfreiwilliger, wurde jedoch wegen Erblindung auf dem rechten Auge abgewiesen. Nach vier Semestern Studium der Rechtswissenschaften an der Karls-Universität wurde er Beamter bei den Witkowitzer Eisenwerken, dann bei der Dux-Bodenbacher Eisenbahn, ab 1925 selbständiger Buchhändler in Elbogen, ab 1932 in Karlsbad. Bereits in Jugendjahren Ortsgruppenführer beim „Wandervogel", wurde er 1919 Mitglied der DNSAP und Amtswalter, später Dietwart im Deutschen Turnverband. Am 1. Oktober 1933 trat er in die Sudetendeutsche Heimatfront ein, gründete die Ortsgruppe Karlsbad, wurde 1935 Propagandaleiter der Sudetendeutschen Partei und ab 19. Mai 1935 Abgeordneter in der tschechoslowakischen Nationalversammlung sowie Fraktionsführer der SdP (obwohl der tschechischen Sprache nicht mächtig).

kretär beim Reichsprotektor ernannt; Frank wurde vom Reichsführer SS, Heinrich Himmler, Ende April auch zum Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) im Protektorat bestellt, womit ihm alle deutschen Sicherheitskräfte unterstellt waren. Dazu gehörten zwei kasernierte Bataillone der Ordnungspolizei in Prag und Brünn sowie Gendarmeriekommanden am Sitz jedes Oberlandrates. Die Gestapo erhielt etwa 800 Beamte, die Kripo 300, der Sicherheitsdienst 350. Mit diesem Unterdrückungsapparat avancierte Frank im Protektorat bald zum meistgehassten Mann, da die Tschechen in ihm einen unbarmherzigen Feind ihrer Nation sahen. Bis 1941 baute Frank die Gestapo mit zwei Leitstellen (in Prag für Böhmen und in Brünn für Mähren) sowie zehn Außendienststellen in Böhmen und sieben in Mähren mit insgesamt 1500 Mitarbeitern zu einem mit Recht gefürchteten Repressionsapparat aus. Ungeklärt bleiben bis heute die Fragen nach dem Konfidenten-Netz der Gestapo und des SD, nach den von der Gestapo „umgedrehten“ Angehörigen des Widerstands und nach dem Beitrag ehemaliger Angehöriger des tschechischen Sicherheitsapparats zur „Retribution“ nach dem Krieg.[1544]

Neurath kam erstmals am 5. April 1939 nach Prag, Generaloberst von Brauchitsch ließ für ihn eine Militärparade abhalten, und der tschechische Oberbür-

---

Zwischen 1935 und 1938 leitete er die Zentralkanzlei der SdP in Prag, wurde Anfang 1937 stellvertretender Vorsitzender der SdP und Mitte September 1938 stellvertretender Führer des Sudetendeutschen Freikorps. Vom 30. Oktober 1938 bis 15. März 1939 war er Stellvertreter des Reichskommissars für die sudetendeutschen Gebiete und trat am 1. November 1938 der NSDAP und der SS bei. Vom 4. Dezember 1938 bis zum 8. Mai 1945 vertrat er das Sudetenland als Abgeordneter im Reichstag. Am 18. März 1939 wurde er zum Staatssekretär beim Reichsprotektor für Böhmen und Mähren ernannt, am 20. August 1943 zum „Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren“, Hitler direkt unterstellt. Am 28. April 1939 erhielt der SS-Brigadeführer seine Ernennung zum Höheren SS- und Polizeiführer im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren, wurde am 9. November 1939 zum SS-Gruppenführer und am 21. Juni 1943 zum SS-Obergruppenführer befördert. Am selben Tag trat der seit 1940 verheiratete Frank aus der römisch-katholischen Kirche aus. Ab 25. Februar 1944 war Frank auch HSSPF im Reichsgau Sudetenland, ab 1. Juli 1944 General der Waffen-SS und der Polizei. Am 9. Mai floh er aus Prag in Richtung Pilsen und geriet bei Rokycany in US-Gefangenschaft. Nach London überstellt, wurde er Anfang 1946 an die Tschechoslowakei ausgeliefert, vor dem Volksgericht angeklagt und am 28. April 1946 wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Bei Anwesenheit von etwa 4000 Zuschauern wurde Frank am 22. Mai 1946 im Hof des Prager Gefängnisses Pankrác öffentlich gehenkt. Vgl. Andreas Schulz – Günter Wegmann, Die Generale der Waffen-SS und der Polizei, Bd. 1 (Bissendorf 2003) 333-338; Tuwiah Friedman, SS-Ogruf. Karl Hermann Frank. HSSPF für Böhmen und Mähren. Dokumentensammlung (Haifa 1998); René Küpper, Karl Hermann Frank (München 2010).

1544 Stanislav Šišler, Příspevěk k vývoji a organizaci okupační správy v českých zemích ve letech 1939-1945, in: Sborník archivních prací 2 (1963) 46-95, hier 82; Stanislav Biman, Nacistická bezpečnostní služba ve protektorát Čechy a Morava, in: Sborník archivních prací 2 (1972) 297-353, hier 318f.; Pavel Macek/Lubomír Uhlíř, Dějiny policie a četnictva. Protektorát Čechy a Morava a Slovenský stát (1939-1945) (Praha 2001) 202-206. Vgl. den Forschungsbericht von Niklas Perzi, Der “tschechische” Sicherheitsapparat im Protektorat Böhmen und Mähren im Spannungsfeld der Loyalitäten. Ein Beitrag zur Geschichte der NS-Besatzung zwischen Herrschaft und Beherrschten (Wien 2012).

germeister Klapka hieß ihn mit einigen Fahnen und Kindern willkommen; die Mehrheit der Tschechen blieb freilich zu Hause. Neurath richtete seinen Amtssitz im Czernin-Palais ein, dem bisherigen Haus des tschechoslowakischen Außenministeriums. Als ihm für seine Behörde eine Liste von Sudetendeutschen vorgeschlagen wurde, fürchtete er Komplikationen mit den Tschechen und entschied sich für Diplomaten und Bürokraten von der Wilhelmstraße, die sich allerdings in böhmischen Angelegenheiten kaum auskannten: Hans Völckers, der in Havana und Madrid gedient hatte, Alexander von Kessel aus der Berliner Zentrale und den geschäftigen Kurt von Burgsdorff, einen Sachsen, der sich mit Frank wenig verstand. Immerhin gelang es Neurath, einige tschechische Minister aus der Regierung Beran zu gewinnen und am 27. April 1939 eine Protektoratsregierung unter Leitung des Divisionsgenerals Alois Eliáš einzusetzen, in der die früheren Minister für Finanzen, Justiz, Schulwesen, Industrie und Gewerbe, Landwirtschaft, öffentliche Arbeiten sowie Soziales und Gesundheitswesen übernommen wurden. Gleichzeitig mit den tschechischen Ministern blieben vorerst viele tschechische Beamte im Amt, während die Juden durch Deutsche ersetzt wurden. Beinahe ausschließlich mit Deutschen wurden die neuen Oberlandratsämter besetzt, vergleichbar den früheren Kreisämtern. Aber Reichsprotektor Neurath, der offensichtlich keinen Diktator abgeben wollte, wurde letzten Endes zwischen den Interessen Berlins, der NSDAP, der SS samt SD und Gestapo und der tschechischen Regierung aufgerieben.[1545]

Während Präsident Hácha aus der „zweiten Garnitur" früherer Abgeordneter eine „Nationale Gemeinschaft" (*Národní souručenství*) bildete, der im Mai 1939 97 % der aufgerufenen tschechischen Männer beitraten, konnte Frank die Bestellung des tschechischen Faschistenführers Rudolf Gajda zum Innenminister nicht durchsetzen. Damit blieben die tschechischen Faschisten – durchaus im Einvernehmen zwischen Neurath und Hácha – vom weiteren politischen Leben weitgehend ausgeschlossen. Allerdings hatte die Gestapo – unterstützt von der neuformierten tschechischen Protektoratspolizei – gleich nach dem Einmarsch am 15. März 1939 in einer sogenannten „Aktion Gitter" 3450 Protektoratsangehörige, 747 Reichsdeutsche, 85 Ausländer und 64 Staatenlose festgenommen, von denen 1125 Personen wegen „kommunistischer Umtriebe", wegen „Spionage-Verdachts", wegen „sonstiger staatsfeindlicher Betätigung" sowie als „Juden und Marxisten" in Haft blieben. Unter den Verhafteten befanden sich auch der 78-jährige Maler Alfons Mucha, der Herausgeber des liberalen Wochenmagazins *Přítomnost*, Ferdinand Peroutka, und der Enkel des jüdischen Großindustriellen Emil Kolben, der einst Assistent von Thomas Alva Edison in New Jersey gewesen war. Im Verlauf der Okkupationsjahre verhaftete die Gestapo auch 137 Funktionäre der „Nationalen Gemeinschaft" und ließ 43 von ihnen hinrichten. Die Gestapo hatte ihren raschen

[1545] Report from the Protectorate, July 1942, AÚTGM, EB II, V 62; Demetz, Prague in Danger, 56f. Neurath und Eliáš kannten sich immerhin von früheren diplomatischen Missionen und verkehrten miteinander in französischer Sprache. Vgl. Luza – Vella, The Hitler Kiss, 24f.

Erfolg den Karteien der bisherigen Nachrichtendienstlichen Abteilung bei der Prager Polizeidirektion zu verdanken, die sich nach einer Reorganisation im Jahre 1938 vor allem den Aktivitäten der KSČ, aber auch der tschechischen Faschisten sowie der deutschen und ungarischen Parteien gewidmet hatte.[1546]

Die erste personenrechtliche Abstufung der Tschechen betraf ihre neue Staatsangehörigkeit. Während die Protektoratsdeutschen per Erlass Staatsangehörige des Deutschen Reiches und meist auch „Reichsbürger“ wurden, wurden die Tschechen lediglich „Staatsangehörige des Protektorates Böhmen und Mähren“, somit Bürger zweiter Klasse. Das bedeutete, dass die Protektoratsministerien lediglich für die Tschechen (sowie 20.000 bis 30.000 Slowaken) zuständig waren, nicht jedoch für die Deutschen. Im Prinzip blieb Tschechisch die offizielle Sprache im Protektorat, und Deutsch sollte nur in der Korrespondenz mit deutschen Behörden verwendet werden. Bald waren aber auch alle Protektoratsbehörden, die unter deutscher Leitung standen, dazu angehalten, in deutscher Sprache zu korrespondieren. Demnach mussten das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, die Präsidien aller Ministerien, die Oberlandratsämter in Prag und Brünn, die Magistrate von Brünn, Olmütz, Iglau, Mährisch-Ostrau, Königgrätz und Budweis, eine Reihe von Polizei- und Gendarmeriekommandaturen sowie von Bezirksämtern und Finanzämtern zweisprachig amtieren, wobei der deutschen Sprache in allen offiziellen Texten der Vorrang einzuräumen war. Daher sollten alle Angestellten des öffentlichen Dienstes Deutschprüfungen ablegen. Im Prinzip sollten diese tschechischen Beamten auch gleich viel wie die deutschen verdienen, freilich erhielten letztere eine sogenannte „Reichszulage“. Das bedeutete, dass ein tschechischer Kommissär der politischen Verwaltung monatlich zwischen 1600 und 1800 Kronen erhielt, während sein deutscher Kollege mit der Zulage auf 3400 bis 4000 Kronen kam. Bei einem höheren deutschen Beamten stieg nicht nur das Gehalt, sondern auch die Reichszulage, sodass sich der Abstand zum gleichrangigen tschechischen Beamten noch weiter erhöhte.[1547]

Nach Schwierigkeiten bei der Verfolgung politischer Gegner in der Anfangszeit entsandte der deutsche Polizeiapparat führende Köpfe ins Protektorat. Befehlshaber der deutschen Ordnungspolizei beim Reichsprotektor wurde Generalleutnant von Kamptz, der seit 1937 Kommandeur der Berliner Polizei war. Sein Stabschef wurde Oberst Ritzer, der zuletzt die Polizeioffiziersschule in Köpenick kommandierte. Die deutsche Kriminalpolizei (Kripo) beschränkte sich nicht nur auf alle Strafsachen gegen deutsche Staatsangehörige, sondern auch auf Strafsachen tschechischer Personen wie Kindesraub, Straßenraub mittels Autofallen,

[1546] Detlef Brandes, Nationalsozialistische Tschechenpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren, in: Jörg K. Hoensch und Hans Lemberg (Hgg.), Begegnung und Konflikt (Essen 2001) 119-136, hier 119f.; Demetz, Prague in Danger, 16f., 27f., 58; Niklas Perzi, Die Beneš-Dekrete. Eine europäische Tragödie (St. Pölten – Wien – Linz 2003) 184f.

[1547] Report from the Protectorate, July 1942, AÚTGM, EB II, V 62. Tausende von Protektorats-Deutschen weigerten sich allerdings, die Reichsbürgerschaft anzunehmen. – Bryant, Prague, 6.

sowie auf alle Delikte gegen Wehrmachtsangehörige und Funktionäre des Reichs wie der NS-Organisationen, die sich dienstlich im Protektorat aufhielten. Der Gestapo unter Führung von Obersturmbannführer Walter Stahlecker wurde die Verfolgung folgender Delikte unterstellt: Hoch- und Landesverrat, Angriffe gegen den „Führer", feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten, Aufforderung zum Ungehorsam, Beschimpfung des Reiches oder der NSDAP, Missachtung der Hoheitszeichen, Verleitung zur Desertion, Werbung für fremden Militärdienst und Wehrmittelbeschädigung. Alle diese Delikte fielen in die Kompetenz der deutschen Gerichte, auch wenn sie von Tschechen begangen wurden. Die Gestapo führte innerhalb der Prager Polizeidirektion die frühere Nachrichtendienstliche Abteilung als Abteilung *Prezidium B* weiter, die aus einem antijüdischen Referat, einem Referat für die tschechischen Faschisten, einem Referat für Arbeitsmoral und einer Verbindungsstelle zur Gestapo bestand. In die Abteilung waren viele tschechische Beamte eingetreten, die früher in den abgetretenen Sudetengebieten gearbeitet hatten und über gute Deutschkenntnisse verfügten. Als oberste Gerichtsinstanz wurde das Oberlandesgericht in Prag eingerichtet, dem die Landgerichte in Prag und Brünn untergeordnet waren, die wiederum je einem halben Dutzend Amtsgerichten vorstanden. Schließlich erhielten die deutschen Polizeiorgane, einschließlich der Gestapo, Aufsichtsbefugnisse über die tschechische Polizei, Gendarmerie und Gemeindepolizei. Etwa 11.000 Gendarmen waren auf 96 Bezirkskommanden aufgeteilt, etwa 2000 Polizisten auf sieben Polizeidirektionen und acht Polizeiämter.[1548]

Viele tschechische Polizisten waren bis Ende September 1938 zur Sicherung der Staatsgrenze einschließlich der Bekämpfung von sudetendeutschen Aufständischen eingesetzt gewesen. Nach dem 1. Oktober hatten sie sich in die Rest-Tschechoslowakei zurückziehen müssen, um nach dem 16. März 1939 in die Protektoratspolizei eingeteilt zu werden. Zum täglichen Dienstvollzug gehörte nun nicht nur die administrative Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht, sondern – vor allem nach Beginn des Krieges – der Schutz der kriegswichtigen Industrien, der Kampf gegen den Schwarzmarkt, die Mitwirkung bei der Rekrutierung von Zwangsarbeitern sowie die Beteiligung an der Beraubung, Vertreibung und Vernichtung der Juden und der Roma.[1549]

[1548] IB-Bericht Nr. 47, 10. Juni 1939, AÚTGM, EB II, V 51/3b; Macek/Uhlíř, Dějiny, 202-206.

[1549] Jaroslava Milotová, Okupační aparát a příprava transportů do Lodže, in: Terezinské studie a dokumenty (1998) 42-66. Schon am 2. März 1939 – also vor dem Einmarsch der Deutschen – hatte die tschechoslowakische Regierung die Weisung erteilt, die nicht anpassungswilligen böhmischen und mährischen Roma sowie andere nicht arbeitswillige Personen zu „konzentrieren". Diese Roma-Politik konnte an ein Gesetz aus dem Jahre 1927 anschließen, das die Registrierung von Roma, Sinti und fahrendem Volk anderer Nationalitäten festgelegt hatte. Am 17. Juni 1939 begannen tatsächlich die Bauarbeiten an einem Konzentrationslager in Lety in Südböhmen. Registrierung und Lager sollten dann ab 1942 die „Endlösung" der „Zigeunerfrage" möglich machen, ohne dass dies von den tschechischen Organen intendiert gewesen wäre. In den letzten Jahren geriet der Platz des ehemaligen KZ für Roma in die tschechische Gedenkdiskussion, da

Eine ideelle Demütigung der Tschechen stellten die Umbenennungen zahlreicher Plätze und Straßen sowie der Abriss von Denkmälern dar. So wurden in Olmütz der Masaryk- und Wilson-Platz in Adolf-Hitler- und Hermann-Göring-Ring umbenannt, aus der Palacký-Straße wurde die Bismarck-Straße, aus dem Palacký-Platz der Konrad-Henlein-Platz. Nach Aufforderung seitens deutscher Bürger von Olmütz wurde das Masaryk-Denkmal abgerissen.[1550]

Andererseits änderte sich in den ersten Wochen des Protektorats im öffentlichen Leben nur wenig. Der Bayrische Hilfszug, der mit Suppenküchen für den hungernden Teil der Bevölkerung angerückt war, wurde verlacht, denn Prag lebte eher im Überfluss, und die tschechischen Behörden hatten auch die tschechischen, jüdischen und deutschen Flüchtlinge aus dem Sudetenland versorgt, was sie nun dem Okkupationsregime verrechneten. Die großen Kinos zeigten amerikanische und deutsche Filme, deutsche Offiziere und Soldaten flanierten neben der tschechischen Bevölkerung durch die eleganten Einkaufsstraßen und nützten den günstigen Wechselkurs für zahlreiche Einkäufe. Freilich unterschieden sich tschechische und deutsche Mädchen wie Burschen in ihrer Bekleidung auf dem frühabendlichen „Korso“. Während die Tschechen eher in bunten Blusen und Hemden mit slawischen Motiven vom Nationalmuseum entlang der linken Seite des Wenzelsplatzes bis zur Baťa-Ecke spazierten, um von dort in die Národní Třída abzubiegen, trugen die deutschen Mädchen eher Dirndln oder die hellbraune Uniformjacke des Bundes Deutscher Mädel, die Burschen weiße Hemden und schwarze Krawatten sowie Knickerbocker und schlenderten entlang des Grabens. Obwohl Tschechen und Deutsche dieselben Kinos und teilweise auch dieselben Restaurants frequentierten, ging kein Tscheche ins Deutsche Haus und kein Deutscher ins Café Slavia. Auch interethnische Verbindungen waren eher selten.[1551]

Erst nach einigen Monaten war die tschechische Bevölkerung in der Lage, die nach dem 15. März erfolgte Einschüchterung schrittweise zu überwinden. Nun begann sich langsam eine Protesthaltung zu artikulieren, die etwa im massenhaften demonstrativen Tragen nationaler Abzeichen und dem Anstimmen der tschechischen Nationalhymne bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Ausdruck kam. Auch die Verbreitung illegaler Flugblätter nahm zu, hauptsächlich aus Kreisen der früheren tschechischen National-Sozialisten und Kommunisten. Befreiung von der „faschistischen Fremdherrschaft“ erwartete man sich vor allem durch einen „baldigen Ausbruch des Krieges“. In diesem Zusammenhang rechneten viele Tschechen – auch aus kleinbürgerlichen und bäuerlichen Kreisen – auf die Hilfe des „großen slawischen Bruders“, sodass das Abhören von Moskauer und Kiewer

in unmittelbarer Nähe eine Schweinefarm errichtet worden war. – Ctibor Nečas, Českoslovenští Romové ve letech 1938-1945 (Brno 1994).

[1550] Nather, Als Deutscher, 25f. Als Friedrich Nather 1999 in Olmütz einen Vortrag hielt, forderte er, nicht nur die Morde, sondern auch die Demütigungen zu vergleichen. Pater Tarara SJ, Professor an der Hochschule für Philosophie und Theologie in Frankfurt am Main, nahm eine merkwürdige Differenzierung vor: Demütigungen würden auf Dauer schwerer wiegen als Morde.

[1551] Demetz, Prague in Danger, 22f., 42f.

Sendungen sprunghaft zunahm. Freilich konnte sich die NS-Herrschaft besonders in den ersten Monaten auf die verschiedenen tschechischen Faschistengruppen stützen. Die *Vlajka*-Gruppe, in der auch einige Repräsentanten der „jungen Generation" des böhmischen Hochadels eine gewisse Rolle spielten, rekrutierte sich vor allem aus Kreisen der Studentenschaft und karrieristischer Akademiker. Die faschistische *Gajda*-Organisation veranstaltete etwa Ende Mai 1939 in Brünn antisemitische Straßendemonstrationen, konnte freilich die tschechische Bevölkerung Brünns nicht zu Pogromen aufhetzen. Als von Arbeitern der Brünner Waffenwerke ein offener Brief an die Faschisten auftauchte, jetzt endlich Ruhe zu geben, widrigenfalls sie die Arbeiterfäuste zu spüren bekämen, verschwanden die Demonstranten. In Prag verlangten Demonstrationszüge der *Vlajka*-Faschisten am 1. und 2. Juni 1939 die Verkündung der antisemitischen Rassegesetze, erzielten aber bei den Tschechen ebenfalls wenig Wirkung.[1552]

Andererseits observierten die beiden Gestapo-Leitstellen in Prag und Brünn – eingerichtet im Palais Petschek bzw. im Kaunitz-Kolleg – besonders die tschechischen Intellektuellen und unter diesen wiederum die Professoren der Karls-Universität und der Masaryk-Universität bzw. der beiden tschechischen Technischen Hochschulen in Prag und Brünn. So berichtete die Stapostelle Brünn dem Ministerium für Schulwesen und Nationalkultur von Ermittlungen gegen drei Professoren der Masaryk-Universität, einen der Technischen Hochschule und einen am Brünner Staatsgymnasium sowie gegen einen Archivar und einen Bibliothekar, denen trotz früherer Nahverhältnisse zu KP-nahen Vereinen keine bestehende Mitgliedschaft bei der KSČ nachgewiesen werden konnte. Freilich waren sie als politisch Verdächtige registriert, da sie einen Teil der Studentenschaft beeinflusst oder etwa zum „Ausschuss zur Hilfe des demokratischen Spaniens in Brünn" gehört hatten.[1553] – Verhaftungen unterblieben jedoch vorläufig...

Prag hatte schon viele „große" Leichenbegängnisse gesehen, seit der Mitte des 19. Jahrhunderts vor allem solche von nationaler Bedeutung für die Tschechen: 1856 war der Journalist Karel Havlíček-Borovský unter großer Anteilnahme zu Grabe getragen worden, 1862 die Schriftstellerin Božena Němcová, die gebürtige Wienerin Barbara Pankl, 1876 der Historiker und „Vater der Nation" František Palacký, 1903 sein Schwiegersohn und Führer der „Alttschechen", František Ladislav Rieger, 1930 der Romancier Alois Jirásek und im September 1937 Präsident Masaryk, dessen Begräbnis von vielen als Ende einer Epoche betrachtet worden war – wie das Leichenbegängnis für Kaiser Franz Joseph im November 1916.

Als im Mai 1939 Karel Hynek Mácha begraben wurde, folgten seinem Sarg über eine Viertel Million Menschen. Dabei war der Bühnenautor bereits 1836 sechsundzwanzigjährig gestorben und in Leitmeritz (Litoměřiče) begraben worden. Als die Stadt nach dem Münchener Abkommen an Deutschland abgetreten

[1552] IB-Bericht Nr. 47, 10. Juni 1939, AÚTGM, EB II, V 51/3b.

[1553] Gestapo-Leitstelle Brünn II-A, B. Nr. 937/39, 16. Juni 1939, an Ministerium für Schulwesen und Nationalkultur, AÚTGM, EB II, V 51/3c.

werden musste, wurden Máchas sterbliche Überreste – auf Anraten des Nationalbankpräsidenten Karel Engliš – rasch exhumiert und von Soldaten eines Artillerieregiments nach Prag gebracht. Am 6. Mai 1939 wurden sie in einem Eichensarg im Pantheon des Nationalmuseums aufgebahrt, und Tausende Tschechen erwiesen Mácha die letzte Ehre – unter ihnen Staatspräsident Hácha und der Prager Bürgermeister Klapka. Am späten Nachmittag wurde der Sarg durch ein dichtes Spalier von Menschen vom Nationalmuseum auf den Vyšehrad überführt. Am nächsten Tag, einem Sonntag, war praktisch „halb Prag“ auf dem Vyšehrad. Prominente Politiker, Wissenschafter und Künstler waren anwesend, Studenten mit gezogenem Rapier und weiß gekleidete Mädchen hielten Wache. Monsignore Bohumil Stašek, der Propst vom Vyšehrad, versprach vor Gott, den tschechischen Schutzheiligen und den lebenden Schriftstellern, dem Vermächtnis Máchas die Treue zu halten. Der frühere tschechoslowakische Armeegeneral Rudolf Medek zitierte wie ein Schauspieler vor ihm aus dem berühmten Gedicht Máchas *Máj*. Und Medek schloss mit den ebenso berühmten Worten aus Bedřich Smetanas Oper *Libuše*: „Meine liebe tschechische Nation wird nicht untergehen!“ Der Gottesdienst auf dem Vyšehrad endete nun, am 7. Mai 1939, mit einem Vaterunser und der tschechischen Nationalhyme *Kde domov můj?* [Wo ist mein Zuhause?]. Dann wurde der Sarg in Anwesenheit von Delegationen der Universität, der Akademie der Wissenschaften und Künste und der Theater in das neue Grab hinabgelassen.[1554]

In einem Fußballmatch zwischen Prag und Berlin am 8. Juni siegten die Tschechen im Letná-Stadium mit 2:0, ohne dass es zu größeren Ausschreitungen kam. Am Gedenktag für Jan Hus, am 6. Juli, legte der unermüdliche Oberbürgermeister einen Kranz am massiven Hus-Denkmal auf dem Altstädter Ring nieder, an der tschechischen Karls-Universität gab es einen Festvortrag und in den Kirchen Sv. Mikuláš (die Kirche der Tschechoslowakischen Kirche) und Sv. Salvátor (die Kirche der Böhmischen Brüder) Gedenkgottesdienste. Am Abend versammelte sich eine Menge um das Hus-Denkmal und stimmte einen alten hussitischen Choral an.[1555]

Am 19. Juli 1939 wurde der berühmte tschechische Maler des fin de siècle, Alfons Mucha, am Vyšehrad-Friedhof in Prag zu Grabe getragen und in einer Ehrengruft für berühmte Künstler, dem Slavín, bestattet. Mucha war bereits 1897 mit einer Ausstellung in Paris hervorgetreten und hatte im Auftrag der österreichischen Regierung den Bosnien-Herzegowina-Pavillion für die Pariser Weltausstellung 1900 dekoriert. Er schmückte auch die Große Halle im Repräsentationshaus (*Obecní dům*) und fertigte eines der berühmten Glasfenster der St. Veits-Kathedrale an. Sofort nach dem Umsturz 1918 machte Mucha die Entwürfe für die ersten tschechoslowakischen Briefmarken und Banknoten. Insgesamt 18 Jahre benötigte er für die Herstellung von 20 monumentalen Gemälden auf Leinwand

[1554] Sayer, Bohemia, 25-27; Demetz, Prague in Danger, 48f.

[1555] Demetz, Prague in Danger, 50f.

zu slawischen Heldenepen (*Slovanská epopej*). Nun folgten seinem Sarg – trotz des Verbots aller Demonstrationen und öffentlicher Reden – Zehntausende Tschechen, um ihm am nationalen Prominenten-Friedhof ein letztes Mal ihre Verehrung zu erweisen. Der Maler und Graphiker Max Švabinský hielt im Namen der Tschechischen Akademie der Wissenschaften und Künste die Gedenkrede und schloss mit der Erinnerung an die tschechische „Heldengalerie":

„[...] Maestro! You have brought to an end a great work and are departing to eternal sleep. The Czech nation and Prague are burying you in the most sacred place, in Vyšehrad, in the most noble place, in the Slavín. In Vyšehrad, seat of the Princess Libuše, you will talk with Bedřich Smetana, with Antonín Dvořák, with the great Mikoláš Aleš, with Jaroslav Vrchlický, with Josef Myslbek, with the young Jan Štursa und with the whole company of our great minds. You will look at Hradčany and Saint Vitus's Cathedral. Dark autumn clouds will scud above your head and winter will cover Slavín with ermine snow; but spring will come again, the meadows and woods will flower in the Czech land […]. The Czech nation has never forgotten its great sons and never will forget them. Let it be so!"[1556]

Selbstverständlich waren den Trauergästen die Anspielungen Švabinskýs auf das Protektoratsregime bewusst.

Zum 1. Juli 1939 erschien die erste Flüchtlingsstatistik. Demnach waren 219.319 Personen ins Protektorat geflüchtet, unter ihnen 22.605 fremde Staatsbürger oder Staatenlose. Nachdem 26.222 wieder an ihren ursprünglichen Wohnort zurückkehrten oder ausgesiedelt wurden, verblieben 193.097 Flüchtlinge, unter ihnen 161.631 Tschechen, 9745 Juden, 6945 Deutsche, 859 Slowaken, 372 Ruthenen/Ukrainer und 124 Polen, sowie 9675 fremde Staatsbürger und 3220 Staatenlose. 98.228 Flüchtlinge waren römisch-katholisch, 18.571 Angehörige der Tschechoslowakischen Kirche, 14.814 Juden, 10.214 Lutheraner oder Reformierte und 35.743 konfessionslos. Nach ihrer früheren Erwerbstätigkeit gab es unter den Flüchtlingen 37.166 Arbeiter, 18.714 Privatleute, 10.672 Privatangestellte im höheren Dienst, 6762 Gewerbetreibende, 6454 Angehörige freier Berufe, 5463 Kaufleute und 1738 Bauern. Immerhin gelang es der tschechischen Flüchtlingsfürsorge, den meisten Flüchtlingen eine Beschäftigung zu vermitteln.[1557]

Der Wehrmachtsbevollmächtigte beim Reichsprotektor, General Erich Friderici, verfasste am 12. Juli eine Denkschrift über „Das tschechische Problem" und empfahl radikale assimilatorische Maßnahmen zur Lösung des Nationalitätenproblems zwischen Deutschen und Tschechen:

„[…] Der Grund für die beiderseitige Abneigung der beiden Völker ist raumgegeben und volksbedingt. Es ist müssig, darüber zu streiten, wer die Schuld trug. […]

Eine Politik der Weichheit und Versöhnlichkeit ist bei den nun einmal bestehenden tausendjährigen Gegensätzen [sic!, Anm. Suppan] ebenso falsch, wie eine Politik der kleinlichen politischen Rache und Unterdrückung. […] In einer Politik der Nachgiebigkeit sieht der Tscheche ein Zeichen der Schwäche. Sie stärkt den Kampfgeist des nationalen Hasses. Andererseits ist es

1556 Sayer, Bohemia, 20f.

1557 Věstník práce. Věstník pro uprchlíky 1/28 (Praha, 9. August 1939), zitiert nach: Odsun 2, 45.

unwahrscheinlich, durch brutale Härte, durch eine zwangsweise äußere ‚Germanisierung‘ den tausendjährigen tschechischen Nationalismus verdrängen oder gar beseitigen zu können. Im Gegenteil: Man wird den Deutschenhass zum Mythos der tschechischen Seele machen. […]

Es gibt nur eine Lösung: Diese tschechische Gemeinschaft örtlich und geistig aufzulösen und hierzu zunächst ihre führende Schicht aus dem Raume Böhmen/Mähren herauszubringen. Die tschechische Intelligenz ist der unversöhnliche Feind Deutschlands, nicht so der Arbeiter und Bauer. […]

Unter Berücksichtigung der eingangs erwähnten Verhältnisse im Protektorat und für das große Ziel der Zerschlagung der tschechischen Führerschicht müsste die Aufnahme tschechischer Elemente in dem großdeutschen Raum als notwendiges Übel in Kauf genommen werden.

Beispiele:
a) Berufung tschechischer Wissenschaftler an deutsche Hochschulen.

b) Berufung tschechischer Wirtschaftler in deutsche Unternehmen.

c) Heranziehen von Technikern und Facharbeitern nach Deutschland.

d) Ärzteaustausch.

e) Übernahme tschechischer Studenten auf deutsche Hochschulen.

f) Übernahme tschechischer Grundbesitzer als deutsche Landwirte.

g) Auch würden m. E. besonders ausgesuchte frühere Angehörige der tschecho-slowakischen Heeres ohne Gefahr in deutschen Privatbetrieben (außer Rüstungsindustrie) angestellt werden können. […]

Bei der Anpassungsfähigkeit der Tschechen ist aber bestimmt zu erwarten, dass die Mehrzahl nach kurzer Zeit als Einzelgänger im großen deutschen Raum sich umstellt, stolz auf ihr Ansehen und ihr Einkommen sein und schon in der nächsten Generation sich als Großdeutsche fühlen wird.“[1558]

Bevor Gesandtschaftssekretär George F. Kennan vom Prager Generalkonsulat an die US-Botschaft in Berlin wechselte, verfasste er am 19. August 1939 noch einen Stimmungsbericht über die Lage im Protektorat, der andere NS-Assimilationsstrategien und andere tschechische Abwehrhaltungen als General Friderici aufzeigte:

„[…] The German camp continues to reflect all the current manifestations of National Socialism. Herr Frank, the real leader, sits at his desk in the Czernin Palace, the perfect image of the German ‚Halbgebildeter’ whom National Socialism raised to power. […] Behind him stand stand his forces: the dignified but inactive Baron von Neurath, the careerist intellectuals of the party, the underworld figures of the Gestapo, the correct and impassive officers of the Reichswehr. […]

It was explained in previous despatches that immediately after the occupation the line was taken by the Germans that they, being outstanding proponents of national pride and racial purity, had the fullest respect for the national feeling of the Czechs, that the Czechs would be encouraged to

1558 Karný M., Milotová J., Moravcová D. (Hgg.), Anatomie okupační politiky hitlerovského Německa v „Protektorátu Čechy a Morava“. Dokumenty z období říšského protektora Konstantina von Neuratha (1939-41), in: Sborník k problematice dějin imperialismu 21 (Praha 1987), Nr. 13.

foster their own national institutions and would not be forced to fly the swastika, give the Nazi salute, use the Nazi greeting, or profess devotion to the Führer. […]

There are now indications that this distinction is beginning to break down altogether and that the Germans are starting out on a campaign on indiscriminate Germanization whereever they see possibilities of progress in this direction. This campaign is particularly intensive in Moravia, and has aroused the greatest resentment in that province. German officials have received instructions calling upon them to create a completely German corridor all the way through from Moravska Ostrava (Mährisch-Ostrau) to Brno (Brünn), thus cutting off the main body of Czechs from the Slavs to the east and rendering them in the literal sense an ethnological enclave in Greater Germany. […]

The scions of the great Czech noble families, who rank among the oldest and most distinguished of Europe's aristocracy, are being called upon to profess themselves Germans and to join the National Socialist Party. It is darkly hinted that the alternative may be the loss of their lands and family seats. […]

Perhaps the main reason for German willingness to let the Czech ‚autonomous' authorities vegetate in peace is the increasing preoccupation with the preparation of Bohemia and Moravia as a military hinterland for the event of war. During the last few days the reports have mounted of arrangements looking toward an early outbreak of hostilities. Road improvement work has been wound up and the roads cleared of obstacles so as to permit the passage of troops. The railway authorities have been required to work out and to hold in readiness a wartime schedule to replace that now in effect. […] Hospital and garage space is being set aside for military use. […]

Bohemia and Moravia remain among the few places in the world where a war is earnestly desired. The Czechs see was as the only hope for recovery of their independence, and the German-inspired warnings of their leaders have changed nothing in this respect. […] But it should be carefully borne in mind that whether there is war or not, the Bohemia and Moravia of the future will never be quite the same as those which were left by President Beneš and his advisors last autumn. Time does not stand still and the turbulent events of the last year have not been without their modifying effect on Czech character. It ist rue that if the pendulum ever starts to swing in the other direction, there may be terrible anti-German excesses. It is likewise true that German clumsiness has given to Beneš's name a superficial boulevard popularity which his personality on its own merits was never able to command. […]"[1559]

Bei Beginn des Krieges gegen Polen nahm die Gestapo weitere 2000 Personen als potentielle Kader des Widerstandes fest, vor allem Politiker der Linksparteien, ehemalige Legionäre und *Sokol*-Funktionäre sowie Geistliche. Ministerpräsident Eliáš blieb im Amt, obwohl er sowohl mit Reichsprotektor Neurath als auch mit dem sich formierenden tschechischen Widerstand zusammenarbeitete. Erstaunlicherweise konnte sich auch der ehemalige Sozialminister und enge Vertraute des Präsidenten Beneš, Jaromír Nečas, als Präsident des Obersten Preisamtes des Protektorates noch im Amt halten. Als prominentes Mitglied des Widerstandes sah er sich aber im Jänner 1940 gezwungen, das Land zu verlassen und sich der Londoner Exilregierung anzuschließen. Seine Frau und seine Tochter wurden allerdings in ein KZ deportiert und dort vergast.[1560]

[1559] Kennan, From Prague, 217-225.

[1560] Luza – Vella, The Hitler Kiss, 14f.

Nach mehrmonatigen Auseinandersetzungen mit Berlin erreichte Neurath schließlich, dass die Reichsministerien nur über sein Amt mit der Protektoratsverwaltung verkehren durften. Streit gab es auch um das „Treuegelöbnis“ der tschechischen Beamten auf Hitler und das Großdeutsche Reich, das sowohl Eliáš als auch Hácha ablehnten. Außerdem stand die Protektoratsregierung vor der schwierigen Aufgabe, rund 173.000 Beamte, Offiziere, Unteroffiziere und Berufssoldaten aus dem Verteidigungsministerium und der Armee, dem Außenministerium und allen abgetrennten Gebieten in neuen Stellungen unterzubringen. Einige flohen zwar ins Ausland, die große Mehrheit aber fand Beschäftigung in tschechischen Unternehmen, in der kommunalen Selbstverwaltung, zum Teil auch in auf deutsche Anordnung geschaffenen Behörden. Ende Dezember 1940 setzte Neurath das Pensionsalter der Bediensteten der Protektoratsverwaltung auf 55 Jahre für Männer und 50 Jahre für Frauen herab, während alle ehemaligen „Legionäre“ des Ersten Weltkrieges – gegen den Widerstand des ehemaligen Legionärs Eliáš – mit 45 Jahren pensioniert werden sollten. Bis Ende 1940 bekamen auch 125 Gemeinden des Protektorats einen deutschen Bürgermeister eingesetzt, darunter alle Städte mit mehr als 25.000 Einwohnern, mit Ausnahme von Prag und Pilsen. Von der am 14. März noch zugesagten „vollen Autonomie“ konnte also von Beginn an keine Rede sein. Andererseits nahm die Protektoratsregierung sehr bald zum Londoner Exil Kontakt auf und versuchte zunehmend, „zwei Eisen im Feuer“ zu halten.[1561]

Im Prinzip blieben zwar die meisten Ministerien bestehen, sie mussten allerdings alle wichtigen Weisungen vor ihrer Weitergabe der Behörde des Reichsprotektors zur Approbation vorlegen. Das galt etwa im Ministerium des Inneren für alle konkreten Personalfragen – Ernennungen, Beförderungen, Pensionierungen etc. –, für alle Fragen der Staatsbürgerschaft und für alle Beschwerdefälle. De facto übernahm der Präsidialchef in der Behörde des Reichsprotektors die Hauptarbeit in der Kontrolle der tschechischen Ministerien und gab seine Direktiven direkt an die höchsten Beamten in den Ministerien weiter. Aber nicht nur beim Reichsprotektor, sondern auch in den Ministerien wurden hohe deutsche Beamte eingesetzt. So übernahm im Jahre 1940 der Sudetendeutsche Anton Gerl die Position eines Präsidialchefs im Innenministerium. Als gewesener Kreishaupt-

---

[1561] Václav Kural und Václav Pavlíček, Das Protektorat und seine Realität, in: Geschichte verstehen, 120-122; Brandes, Protektorat I, 24, 143f. So wurde etwa in Neutitschein (Nový Jičín) Dr. Ernst Schollich als Bürgermeister eingesetzt. Schollich, geb. 1882 in Deutsch-Liebau, hatte die Gymnasien in Olmütz und Mähr. Neustadt besucht, hatte an den Universitäten Prag und Graz studiert und 1907 promoviert. Neben seinem Beruf als Professor (Studienrat) an der höheren landwirtschaftlichen Landesmittelschule war er seit 1919 Mitglied der „Nordmark“, zwischen 1920 und 1935 Abgeordneter im Prager Parlament, Klubobmann der Deutschen Nationalpartei (bis zu ihrer Auflösung 1933), Mitglied der Sudetendeutschen Partei, ab 1936 Agent für den SD, ab Mitte 1939 als SS-Sturmbannführer Mitarbeiter im Reichssicherheitshauptamt. Im Mai 1945 durch die tschechische Polizei verhaftet, beging er im Gefängnis Selbstmord. – ÖBL XI (Wien 1999) 120f.

mann von Trautenau (Trutnov) vor 1938 und Regierungspräsident in Koblenz brachte er zweifellos entsprechende Qualifikationen mit. Freilich machte er sich als neuer Präsidialchef sehr rasch unbeliebt, da er die Vorlagen seiner tschechischen Beamten mit deutschsprachigen Randbemerkungen wie „ungerechtfertigt", „überflüssiges Geschwätz", „Unsinn", „Wie konnten Sie so etwas schreiben?" etc. auf dem Dienstweg zurückschickte und somit seine Untergebenen tief verletzte. Immerhin versuchte sich der Innenminister, der Gendarmeriegeneral Ježek, über Gerl hinwegzusetzen, als er direkt bei Staatssekretär Frank für 20 von der Gestapo verhaftete tschechische Bezirkshauptleute intervenierte, die entweder nach dem 16. März oder nach dem 1. September 1939 in KZ deportiert worden waren. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen wurde Minister Ježek 1942 pensioniert, Gerl in das Ministerium für Transport und Technik versetzt.[1562]

Nach dem Gliederungsplan der Behörde des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren vom 1. Oktober 1940 unterstanden dem Reichsprotektor ein Staatssekretär und ein Unterstaatssekretär sowie fünf Abteilungen: Zentralverwaltung, Abteilung für Verwaltung, Justiz und Unterricht, Abteilung für Wirtschaft und Finanz, Abteilung für Verkehr und Abteilung für Kulturpolitik. Dem Reichsprotektor war ein Wehrmachtsbevollmächtigter beigegeben (bis Oktober 1941 General Erich Friderici, dann General Ferdinand Schaal, schließlich SS-General Rudolf Toussaint), dem Staatssekretär unterstanden die Befehlshaber der Ordnungspolizei und der Sicherheitspolizei. Die Reichsbehörden sollten nicht ohne Absprache mit dem Reichsprotektor im Protektorat tätig werden.[1563]

Präsident Hácha versuchte zu bestimmten Jahrestagen und Ereignissen mit Ergebenheitsadressen an Reichskanzler Hitler ein Minimum an Kontakten nach Berlin aufrechtzuerhalten. So dankte Hácha am 14. März 1940, dass das tschechische Volk „von den Schrecken des Krieges verschont" geblieben sei, „obzwar es selbst im Rahmen des Großdeutschen Reiches an dem gegenwärtigen Krieg teilnimmt". Daher wünschte der tschechische Präsident „den glorreichen deutschen Waffen, die auch das tschechische Volk schirmen, Sieg und Heil". Und Hitler antwortete überraschend entgegenkommend:

> „[...] Die Erkenntnis, dass die Notwendigkeit des friedlichen Zusammenlebens der beiden Völker auf so engem Raume eine unwiderrufliche geschichtliche Tatsache ist, verpflichtet uns alle. Es ist daher auch nicht das Ziel und die Absicht des Deutschen Reiches, das tschechische Volk mit Lasten zu bedenken, die seine nationale Existenz bedrohen oder sein nationales Gewissen mit allgemeinen Reichsnotwendigkeiten in Konflikt bringen könnten. Deshalb hoffe ich auch, dass es gelingt, gerade diesem Teil des Reiches die Schrecken des Krieges zu ersparen. [...] Mein Wunsch aber ist es, dass der endgültige Sieg ebenso sehr dem deutschen wie auch dem tschechischen Volk dauernden Frieden, Wohlfahrt und reichen sozialen Nutzen bringen möge."[1564]

[1562] Report from the Protectorate, July 1942, AÚTGM, EB II, V 62.
[1563] Umbreit, Kontinentalherrschaft, 26f.
[1564] Telegr. Hácha an Hitler, Prag, 14. März 1940; Antwort Hitlers, AÚTGM, EB II, V 66/5.

Die Protektoratsregierung erließ zum 15. März 1940 einen Aufruf an das tschechische Volk, in dem sie an die „Rettung vor der Kriegsgefahr“ durch die Unterwerfung Háchas und die Zusage Hitlers erinnerte, dem tschechischen Volk „sein eigenes nationales Sein mit allen Erfordernissen zur Gestaltung seiner eigenen Angelegenheiten und zur Pflege des eigenen nationalen Lebens“ zu verbürgen. Im Jahr seit Etablierung des Protektorats habe das tschechische Volk außerdem die „einzigartige soziale Solidarität“ des deutschen Volkes kennen und würdigen gelernt. Daher richtete die Regierung den Appell an die tschechische Öffentlichkeit, den sozial schwächeren und leidenden Volksgenossen zu helfen.[1565] Fünf Monate später – nach der Kapitulation Frankreichs – sah sich die Protektoratsregierung sogar gezwungen, gegen die neu gebildete tschechoslowakische Exilregierung in London und Präsident Beneš Stellung zu nehmen. Nun hörte die tschechische Bevölkerung von „unverantwortlicher Tätigkeit einiger tschechischer Emigranten“, von jeder fehlenden Rechtsgrundlage für die „sogenannte tschechoslowakische Regierung mit einem eigenen Präsidenten“ und von der Sendung des tschechischen Volkes in Mitteleuropa „in enger Zusammenarbeit mit dem siegreichen deutschen Volke“.[1566]

Erstaunlich aktiv blieb das Theater- und Kinoleben. Da Reichsminister Goebbels stärker an der Kinoindustrie interessiert war, spielten die tschechischen Theater in Prag zum großen Teil weiter und waren auch allabendlich ausverkauft. Freilich ließ der Reichsprotektor das Neue Deutsche Theater übernehmen, das in den Tagen von München bankrott gegangen war, und als Deutsches Opernhaus weiterführen. Das 1920 von Tschechen übernommene Ständetheater wurde jetzt als Deutsches Schauspielhaus geführt. Hier wurden nun Dramen und Komödien von Lessing („Minna von Barnhelm“), Kleist („Prinz von Homburg“), Goethe („Urfaust“, „Torquato Tasso“), Grillparzer („Medea“) und Hauptmann („Kollege Crampton“, „Der Biberpelz“) gezeigt, erstaunlich wenige Stücke von Schiller („Kabale und Liebe“), während die tschechischen Theater Shakespeare und Molière bevorzugten, aber auch Ibsen und Goldoni. Der eher konservative tschechische Nationalist František Zavřel führte im Nationaltheater auch Stücke zu Julius Caesar, Jesus Christus, Jan Hus, Albrecht von Wallenstein und Napoleon Bonaparte auf. Erst am 1. September 1944 wurden auf Anordnung von Goebbels alle Theater im gesamten Reich geschlossen – auch die deutschen und tschechischen Theater in Prag.[1567]

Nach seiner Rückkehr aus Paris und der Siegesparade in Berlin schwamm Hitler auf einer Woge der Begeisterung – auch bei den Deutschen im Sudetengau und im Protektorat. Die „Schmach vom November 1918“ schien ausgelöscht. Alle

---

[1565] Aufruf der Protektoratsregierung an das tschechische Volk, 15. März 1940, AÚTGM, EB II, V 66/5.

[1566] Aufruf der Protektoratsregierung an das tschechische Volk, 23. Juli 1940, AÚTGM, EB II, V 66/5.

[1567] Demetz, Prague in Danger, 150-159.

Unternehmungen der Industrie, des Handels, des Gewerbes, der Banken und der Freien Berufe im Protektorat hatten nun Aufschriften und Werbeanzeigen ausnahmslos in deutscher oder zweisprachiger Aufmachung herauszubringen.[1568]

Das Telegramm Háchas an Hitler zum zweiten Jahrestag der Bildung des Protektorats fiel jedoch knapper aus und wiederholte Phrasen aus dem ersten. Immerhin glaubte der Staatspräsident den Reichskanzler daran erinnern zu müssen, „dass die Autonomie, welche Sie der tschechischen Nation zugesichert haben, ihr alle Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer völkischen Kräfte bieten wird". Diese Hoffnung erfüllte sich nicht, schon gar nicht nach der Entsendung Heydrichs nach Prag. Dennoch blieb Hácha in der Werbung um Hitlers Gunst hartnäckig und übergab an „Führers Geburtstag", am 20. April 1942, einen ganzen Sanitätszug als Geschenk des tschechischen Volkes.[1569]

Eingliederung in die deutsche Kriegswirtschaft

Noch direkter als in die Protektoratsverwaltung griff die Reichspolitik in die Wirtschaft ein. Die Germanisierung und Ausbeutung des „tschechischen Wirtschaftsraumes" sollte in zwei Etappen erfolgen: zuerst durch Schaffung entsprechender institutioneller Strukturen, dann durch Veränderungen im Bereich der Eigentumsverhältnisse. Schon nach dem Münchener Abkommen hatte die Dresdner Bank gemeinsam mit der Wiener Länderbank in den abgetretenen Gebieten die Zweigstellen der „Böhmischen Escompte-Bank" (*Česká eskomptní banka*) übernommen, die mit tschechischem, deutschem und jüdischem Kapital arbeitete. Die Dresdner Bank hatte unter Leitung von Carl Goetz die beiden NSDAP- und SS-Mitglieder Emil Meyer und Karl Rasche in den Vorstand berufen, denen nun die Aufgabe zufiel, den Einfluss der Bank als Hausbank und Kreditgeber der SS in den besetzten Gebieten auszubauen. Dies verschaffte der Bank Vorteile bei der Durchführung von „Arisierungen" von Betriebsvermögen und der Verdrängung jüdischer Mitarbeiter. So konnte die Bank zwischen 1933 und 1943 den Gewinn um das Sechsfache, die Bilanzsumme um mehr als das Doppelte und die Eigenkapitalrendite von mageren 3 % auf 15 % steigern.[1570]

Die Deutsche Bank übernahm die Zweigstellen der „Böhmischen Union-Bank" (*Česká banka Union*), lehnte es aber ab, den Großteil der jüdischen Kredite und Anteile bei den Zweigstellen der Böhmischen Union-Bank zu akzeptieren. Die deutschen Banken übernahmen im Zuge der „Arisierungen" auch jüdische Fir-

[1568] NATHER, Als Deutscher, 30.

[1569] Telegr. Hácha an Hitler, 19. März 1941, AÚTGM, EB II, V 66/5.

[1570] Klaus-Dietmar HENKE (Hg.), Die Dresdner Bank im Dritten Reich. In vier Teilbänden von Johannes Bähr, Dieter Ziegler, Harald Wixforth und Klaus-Dieter Henke (München 2006); Harald WIXFORTH, Die Expansion der Dresdner Bank in Europa (München 2006); vgl. Walter NAASNER, SS-Wirtschaft und SS-Verwaltung. Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt und die unter seiner Dienstaufsicht stehenden wirtschaftlichen Unternehmungen (Düsseldorf 1998).

men, wie Glasfabriken, Raffinerien, Blechwalzwerke und Edelstahlhütten. Der junge Walter Pohle von der Deutschen Bank denunzierte die Böhmische Union-Bank als „jüdisches Unternehmen", um in Zusammenarbeit mit der Gestapo möglichst viele Juden entlassen zu können. Der Konzern des in die Schweiz geflüchteten jüdischen Kohlenbarons Franz Petschek aus Aussig wurde vom deutschen Stahlbaron Friedrich Flick „arisiert", Petscheks Palais in Prag von der Gestapo beschlagnahmt und zu ihrem Hauptquartier ausgestaltet.[1571]

Die Wiener Creditanstalt schloss am 6. April 1939 mit Unterstützung durch das Reichswirtschaftsministerium einen „Freundschaftsvertrag" mit der Mährischen Bank in Brünn, der wechselseitige Beteiligungen, den Einstieg bei industriellen Unternehmen in Böhmen und Mähren und wechselseitige Interessenswahrnehmung vorsah. Der CA wurde auch die Möglichkeit eingeräumt, Aktien der Mährischen Bank aufzukaufen. Weitere Ambitionen der CA im Protektorat wurden aber vom Reichswirtschaftsministerium nicht unterstützt.[1572]

An die Spitze der finanzpolitischen Einflussnahme aber trat die Deutsche Reichsbank, unter deren Leitung die bisherige Tschechoslowakische Nationalbank (*Národní banka československá*) in die „Nationalbank für Böhmen und Mähren" (*Národní banka pro Čechy a Moravu*) umgewandelt und die nun von Beauftragten der Reichsbank und des Reichsprotektors gesteuert wurde. Bereits Anfang März 1939 hatte die Nationalbank unter massivem Druck Görings für das in den abgetretenen Gebieten aus dem Umlauf gezogene tschechoslowakische Geld fast 14 Tonnen des geforderten Goldes nebst Devisen im Wert von 15 Millionen Kronen an die Reichsbank abführen müssen. Sofort nach der Annexion erfolgte die Anweisung, das mittels der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel bei der *Bank of England* deponierte Gold auf das Konto der Deutschen Reichsbank zu überführen; bereits am 24. März 1939 wurde die Transaktion getätigt, und das Deutsche Reich gewann damit 23,087 Tonnen Gold im Wert von 740 Millionen Kronen. Im Juni 1940 wurden weitere 6,376 Tonnen Gold aus der Nationalbank weggeschafft, und im Herbst 1940 wurden 1,009 Tonnen Gold aus den Devisenreserven der devisenautonomen Firmen – wie der Škoda-Werke und der Waffenwerke Brünn (*Zbrojovka Brno*) – abtransportiert. Im Verlauf der sechs Besatzungsjahre übernahm also das Deutsche Reich von der Nationalbank für Böhmen und Mähren insgesamt etwa 43 Tonnen an Goldwährung.[1573]

Nach den Richtlinien Görings als Hauptverantwortlichen für den Vierjahresplan sollte die Wirtschaft des Protektorates so gesteuert werden, dass sie der gesamten deutschen Wirtschaft, im Besonderen natürlich der Kriegswirtschaft, möglichst optimal zugute komme. Einen ersten Schritt stellte die Gewinnung einer Kontrollmehr-

[1571] IB-Bericht Nr. 47, 10. Juni 1939, AÚTGM, EB II, V 51/3b.

[1572] Feldman, Creditanstalt-Bankverein, 333-336.

[1573] Drahomír Jančík, Germanisierung und Ausbeutung der tschechischen Wirtschaft und des jüdischen Vermögens zur Zeit der Okkupation, in: Geschichte verstehen, 124-127; Umbreit, Kontinentalherrschaft, 256. Kurz vor Kriegsbeginn wurden noch 809.984 Unzen Gold aus London nach Berlin transferiert.

heit an Aktien der Škoda-Werke[1574], der Waffenwerke Brünn, der Poldi-Hütte (*Poldina huť*) in Kladno und der Witkowitzer Bergbau- und Eisenhütten Gewerkschaft (*Vítkovické horní a hutní těžířstvo*) für die Reichswerke Hermann Göring AG dar. Der Škoda-Konzern und die Waffenwerke Brünn waren bereits am 20. März 1939 formell von der deutschen Verwaltung übernommen und in die deutsche Rüstungswirtschaft eingegliedert worden. Das vom Reichsfinanzministerium verwaltete Kontrollpaket wurde von der Gesellschaft Vereinigte Stahlwerke – Hauptaktionär war Friedrich Flick – und der Dresdner Bank übernommen und am 28. August 1939 auf die Reichswerke Hermann Göring AG übertragen. Damit erwarben die Deutschen sowohl bei den Škoda-Werken als auch bei den Waffenwerken Brünn eine knappe Mehrheit und konnten die Verwaltungsräte in ihrem Sinne umbauen. In beiden Unternehmen beließen sie zwar Tschechen als Präsidenten – Ing. W. Hromadka in Pilsen und A. Mastný in Brünn –, sicherten sich aber über einen Exekutivausschuss mit ihren Leuten – Freiherr R. von Lüdinghausen, Dr. R. Schickedanz und Dr. K. Rasche – die Kontrolle des Konzerns. Als „Führer" des Gesamtunternehmens bestellte Göring den Luftwaffengeneral von Bodenschatz und entsandte seinen Bruder Albert als Direktor für den Handel mit den Balkanstaaten nach Pilsen. Versuche der SS, die Škoda-Werke zu einem Rüstungsunternehmen der SS zu machen, scheiterten.[1575]

Durch Zwangsabkauf und Aufstockung des Aktienkapitals erhöhten die Göring-Werke im Verlauf des Krieges ihren Anteil an den Škoda-Werken, die in die Holdinggesellschaft „Waffen-Union Škoda-Brünn" eingegliedert wurden, wobei der deutsche Anteil 26 % des Aktienkapitals betrug. Im Jahre 1944 waren dem Škoda-Konzern 43 Unternehmen unterstellt, von denen sich 10 im Protektorat und 33 außerhalb dieses Territoriums befanden. Von diesen Betrieben wurden besonders jene in Pilsen, Brünn, Adamov, Jungbunzlau und Dubnica durch alliierte Luftangriffe zerstört; unbeschädigt blieben nur die Betriebe in Königgrätz und Prag-Smíchov. Gegen Kriegsende waren im Konzern mehr als 100.000 Personen beschäftigt, davon 87.935 Arbeiter und 13.857 Angestellte; in den Jahren des Protektorats wurden mehr als acht Milliarden Kronen an Bruttolöhnen und -gehältern ausgezahlt. Trotz unmittelbarer Kriegsschäden in Höhe von 12,5 Milliarden Kronen verfügte der Konzern – vor allem auf Grund der hohen Amortisation der Investitionen – noch Anfang Mai 1945 über liquide Mittel in Höhe von 1,8 Milliarden Kronen. Daher brach auch das Unternehmen nach Kriegsende nicht zusammen

[1574] Unmittelbar nach Errichtung des Protektorats wurden die tschechischen Anteile an den Škoda-Werken zunächst von der Vereinigten Stahlwerke AG und der Dresdner Bank übernommen, bevor sie an die Hermann-Göring-Werke übergingen. – Deutsche Bank (Hg.), Böhmen und Mähren im deutschen Wirtschaftsraum (Berlin 1939) 60f.; Wixforth, Dresdner Bank, 255-257.

[1575] Draft of conversations between President Beneš and Compton Mackenzie, [May 1944], p. 42, HIA, Eduard Táborský papers, box 4; Karlický, Škoda, 628f.; vgl. August Meyer, Hitlers Holding. Die Reichswerke „Hermann Göring" (Braunschweig 1999). Albert Göring rettete während des Krieges einige tschechische Mitarbeiter vor der Festnahme durch die Gestapo und wurde daher nach dem Krieg von einem Nationalgericht in Prag freigesprochen. – William Hastings Burke, Hermanns Bruder. Wer war Albert Göring? (Berlin 2012).

und konnte die am Wiederaufbau der Werke arbeitenden Mitarbeiter noch über einige Monate des Jahres 1945 bis zur ersten Währungsreform aus eigenen Mitteln bezahlen. Mit dem Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 100 wurden auch die Škoda-Werke verstaatlicht, womit der tschechoslowakische Staat alle Grundstücke, Gebäude und Anlagen sowie sämtliche Rechte (Patente, Lizenzen), Wechsel, Wertpapiere, Bargeld, Rohstoffe und Produkte übernahm.[1576]

Görings Konzern schluckte schließlich mehr als 80 Gesellschaften, die vor dem Krieg etwa 150.000 Angestellte und Arbeiter beschäftigt hatten. Aber auch andere große Konzerne, wie die IG Farbenindustrie oder Mannesmann, kauften im großen Stil Aktien von tschechischen Unternehmen – meist zu künstlich gesenkten Preisen. So gewannen reichsdeutsche Unternehmen die Leitung tschechischer Gesellschaften und setzten ihre Vertrauensleute als Verwaltungsräte und Direktoren ein. Ab 1941 begannen sowohl die großen Industriebetriebe wie die Škoda-Werke, die Poldi-Hütte, die Kolben-Daněk-Gesellschaft (*ČKD*), später BMM, und die Ringhoffer-Werke (*Ringhofferovy zavody*) als auch viele mittlere und kleinere Industrieunternehmen (insgesamt gab es 527!) ihre Produktionsanlagen zu erweitern und immer mehr militärisches Material für die Wehrmacht herzustellen: Jagdpanzer, Panzerjäger, Flakpanzer, Schützenpanzer, Feldhaubitzen, Flugabwehrkanonen, Infanteriekanonen, Maschinengewehre, Gewehre, Pistolen, Tatra-Lastkraftwagen, Flugzeugmotoren, Raketenwerfer, Komponenten für die V1- und V2-Raketen sowie synthetische Treibstoffe (aus Braunkohle). Wie der Wehrmachtsbefehlshaber beim Deutschen Staatsminister am 11. Jänner 1944 meldete, wurden zu diesem Zeitpunkt im Protektorat monatlich noch 144 Infanteriegeschütze, 96 Sturmgeschütze, 200 LKW, 180 Flugabwehrkanonen, 3000 Maschinengewehre, 30.000 Gewehre und 10.800 Pistolen für die Wehrmacht produziert. Die monatliche Panzerproduktion wurde noch von 107 im Juli 1944 auf 434 im Jänner 1945 gesteigert. Zwischen 1939 und 1945 wurden von ČKD/BMM und Škoda insgesamt folgende Stückzahlen an gepanzerten Fahrzeugen für die Wehrmacht hergestellt: 1411 Panzerkraftwagen 38 (t), 363 Panzerjäger 38 (t) mit 7,62-cm-Pak 36, 1452 Panzerjäger 38 (t) mit 7,5-cm-Pak 40, 372 Panzerhaubitzen „Grille“ mit 15-cm-Haubitze, 162 Flakpanzer 38 (t) mit 2-cm-Flak, 70 Reconnaissance Panzer 38 (t), 2584 Jagdpanzer 38 „Hetzer“ und 20 Flammenwerfer Panzer 38. Die Firmen Aero, Jawa, Praga, Škoda, Tatra und CZ produzierten Personenkraftwagen, die Firmen Nesselsdorf, ČKD/BMM, Škoda und Tatra Lastkraftwagen.[1577]

Mit Beginn der alliierten Luftangriffe auf Deutschland begann man Teile der deutschen Rüstungsindustrie in das Protektorat zu verlagern, das von Luftangriffen bis Kriegsende weitgehend verschont blieb. Aber in der Nacht vom 16. auf den 17. April 1943 kam es zum ersten britischen Luftangriff auf die Škoda-Werke

[1576] Karlický, Škoda, 629-632.

[1577] Jančík, Germanisierung, 134-137; Jan Tesař, Poznámky k problémům okupačního režimu v tzv. „protektorátě“, in: Historie a vojenství 12 (1964) 333-385, hier 347; Walter J. Spielberger, Panzers 35 (t) and 38 (t) and their Variants 1920-1945 (Atglen, PA 2008) 159; Brandes, Tschechenpolitik, 50.

in Pilsen, ein weiterer folgte im Mai 1943; ab Herbst 1944 gab es dann US-Luftangriffe auf Industrieanlagen in Brüx (Most), Oberleutensdorf (Horní Litvinov), Pardubitz (Pardubice), Kolín und Písek. Während des großen Luftangriffes auf Dresden am 14. Februar 1945 kamen einige amerikanische Bomber von ihrer Route ab und bombardierten irrtümlich Prag und Pilsen. Nach deutschen Meldungen gab es über 300 Tote und über 400 Schwerverwundete.[1578] Dennoch stieg bis 1944 – trotz sinkender Arbeitsproduktivität – der Anteil des Protektorats an der Industrieproduktion des Großdeutschen Reiches auf 9 bis 12 %. Zum Glück für die tschechische Wirtschaft wurden diese modernen Industriebetriebe auch während der Kriegshandlungen im Jahre 1945 kaum beschädigt, so dass sie für den Wiederaufbau eine äußerst wertvolle Betriebsstruktur darstellten – zu dieser Zeit in ganz Mitteleuropa mit Sicherheit die bedeutendste.[1579]

Wieweit die Tätigkeit vieler tschechischer Unternehmen nicht nur unter deutschem Druck, sondern auch auf freiwilliger Basis, d. h. im Sinne gewollter Wirtschaftskollaboration erfolgte, ist weder rechtlich noch moralisch leicht zu fassen, da die Grenze häufig wohl eine fließende gewesen ist. Für viele tschechische Firmen, und zwar sowohl für die Unternehmer als auch ihre Beschäftigten, stellte sich einfach die Wahl, mit Hilfe deutscher Rüstungsaufträge den Betrieb weiterzuführen und somit auch den Lebensunterhalt der Arbeiter und Angestellten zu sichern, oder eben die Stilllegung mit allen negativen Konsequenzen zu riskieren. Die noch in jüngsten tschechischen Publikationen der Kollaboration bezichtigte Firma Baťa in Zlín, die schon als Heereslieferant von Schuhen für die k.u.k. Armee hervorgetreten war, stellte dabei sicherlich keinen Einzelfall dar. Bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges muss es zu einem Treffen zwischen Hermann Göring und Jan Baťa gekommen sein, denn bald nach dem Einmarsch der Deutschen in Prag begann Zlín deutsche Militärstiefel zu fertigen. Dieser und weitere Aufträge an die Firma Bat'a stellten für Tausende tschechische Arbeiterinnen und Arbeiter und ihre Familien eine ziemliche Sicherheitsgarantie dar, gar nicht zu reden von den Extra-Lebensmittelrationen für erhöhte Produktionszahlen. Dennoch setzten sich Jan Baťa und der 1914 geborene Sohn des Firmengründers Tomáš („Tomík") bald aus dem Protektorat Böhmen und Mähren ab. Jan, der sich als angeblicher „Kollaborateur" nicht in den USA niederlassen konnte, baute in Brasilien eine neue Schuhproduktion auf, Tomík tat das Gleiche in Kanada, beide mit großem Erfolg. Die Fabriksgebäude in Zlín aber wurden durch US-Bomber zu 60 % zerstört.[1580]

Am 27. November 1940 besuchte der sowjetische Generalkonsul in Prag, Vasilij Kulikov, während eines Aufenthaltes in Moskau auch Dimitrov und teilte ihm einige bemerkenswerte Details über die Lage im Protektorat mit:

[1578] Götz BERGANDER, Dresden im Lufkrieg, 19, 29, 32, 34, 42, 50, 153f.

[1579] JANČÍK, Germanisierung, 134-137; vgl. Václav JÍŠA, Škodovy závody 1859-1965 (Praha 1969).

[1580] JANČÍK, Germanisierung, 137; LUZA – VELLA, The Hitler Kiss, 46 f.; T. K., Die bewegte Familiengeschichte der Schuhdynastie Bata. Ein Erfolgsmodell aus dem mährischen Städtchen Zlín, in: NZZ, 4. September 2008, 13. Tomík Baťa starb erst am 31. August 2008.

- „The Bat'a, Škoda, and other plants are working at full capacity making arms and equipment for the German army.
- In the environs of Prague an enormous aviation factory is being built, which is to produce up to a thousand aircraft a month.
- The patriotic, anti-German spirit of the Czechs has not been broken.
- Terrible hatred of the Czechs for the National Socialists of Germany. In that atmosphere one finds national solidarity among the Czechs. A very thin stratum of society has deliberately gone over to serve the Germans.
- The chief director of ‚Bat'a' in the city of Zlín – Glavnička, Josef – is pro-Soviet. So are the chief director of ‚Škoda' Gromadko and his deputy Škvor. ‚Bat'a' is mass producing footwear with wooden soles. (It would not hurt to try that here, too.)"[1581]

Zur Eingliederung des Protektorats in die deutsche Kriegswirtschaft gehörte auch die Einbeziehung der Kommunikationswege. Die erste Tschechoslowakische Republik hatte – auch aus strategischen Gründen – in ihrer Verkehrspolitik einer engeren Verknüpfung der böhmischen Länder mit der Slowakei und der Karpato-Ukraine Vorrang eingeräumt. Schon nach dem Münchener Abkommen kam es zu einem Übereinkommen zwischen Berliner und Prager Regierung, eine Autobahnverbindung von Breslau über Mährisch-Ostrau und Brünn nach Wien zu bauen, die unter deutscher Kontrolle stehen sollte. Noch Ende März 1939 kam Fritz Todt, der Beauftragte für den deutschen Autobahnbau, nach Prag und gab den Straßenbau-Verantwortlichen in der Protektoratsregierung seine Forderung bekannt, die bereits im Bau befindliche Autobahn Prag–Iglau–Brünn nach zwei Richtungen hin zu erweitern: von Prag nach Norden entlang des Moldau- und Elbetales bis Dresden und von Brünn nach Süden in Richtung Wien. Dieses verkehrstechnisch durchaus vernünftige Autobahnprogramm – das seit 1990 wieder forciert wird – war freilich auch mit einem Germanisierungsprogramm verknüpft. Brünn und Iglau wurden ebenso wie Budweis zu „Reichsstädten" erklärt und somit unter stärkere deutsche Kontrolle gestellt. Am 14. Mai 1941 ordnete die Reichsregierung der Regierung des Protektorats an, über 16.000 km an Straßen zu nationalisieren, die sich bisher im Eigentum der Kreis- und Gemeindeverwaltungen befanden. Hinter dieser Anordnung vermuteten tschechische Beobachter weitere Germanisierungsansätze entlang der von Prag ausgehenden Hauptrouten nach Westen (Pilsen–Klattau), Nordwesten (Karlsbad), Norden (Teplitz), Osten (Pardubitz) und Süden (Beneschau–Budweis). Und eine ähnliche Strategie wurde entlang der Straße Brünn–Nikolsburg sowie Brünn–Olmütz befürchtet.[1582]

Während die Autobahnpläne bis zum Kriegsende nur ansatzweise verwirklicht wurden, erlangte das bereits aus der Habsburgermonarchie stammende dichte Schienennetz der böhmischen Länder sowohl für die deutsche Kriegswirtschaft als

---

[1581] Banac, Dimitrov, 138f. Kulikov teilte auch die Deportation des Vorsitzenden der kommunistischen Gewerkschaften, Antonín Zápotocký, und des Politbüromitglieds Jaromír Dolanský ins KZ Oranienburg mit.

[1582] The Germanization of Czechoslovakia, [o. D.], AÚTGM, EB II, V 60.

auch für die Truppentransporte große Bedeutung. Die leistungsfähigsten Schienenwege vom Norden Deutschlands nach Südosteuropa ebenso wie zwischen Italien und Polen führten nun einmal über das Protektorat. Mangels eigener Personalreserve war freilich die Reichsbahn auf die intensive Mitarbeit Zehntausender tschechischer Eisenbahner angewiesen. Dennoch mussten diese dienstrechtliche Verschlechterungen hinnehmen, da die frühere, zum Teil aus dem alten Österreich stammende tschechoslowakische Dienstpragmatik außer Kraft gesetzt wurde. Das bedeutete u. a., dass nun alle tschechischen Eisenbahner kündbar waren und dass das Pensionsantrittsalter hinaufgesetzt wurde.[1583]

Im Jahre 1939 waren noch zwei Drittel der Industrieproduktion des Protektorats für den devisenbringenden Export in die Länder Südosteuropas vorgesehen, mit Beginn des Krieges erfolgte jedoch die Umstellung auf Kriegswirtschaft. Warenproduktion und Warenumlauf wurden nun staatlich gelenkt, auch die Landwirtschaft wurde verpflichtet, ihre Produktion zu amtlich festgelegten Preisen abzuliefern. Parallel zur Preisregelung erfolgten die amtliche Festsetzung der Löhne und die Einführung eines Zuteilungssystems für Lebensmittel entsprechend der Arbeitsleistung für die Kriegswirtschaft. Besonders diskriminierend war die Festlegung des Kurses zwischen deutscher Reichsmark und tschechischer Krone mit 1:10, während der reale Kurs etwa 1:7 bis 1:8 betragen hätte. Das bedeutete, dass die tschechische Bevölkerung für deutsche Güter etwa ein Viertel mehr aufwenden musste, während die Deutschen die tschechischen Güter um etwa ein Viertel billiger erwarben. Dies führte besonders nach Aufhebung der Zwischenzollgrenze zwischen dem Reich und dem Protektorat am 1. Oktober 1940 zu einem regelrechten Ausverkauf der noch relativ gut sortierten Protektoratsgeschäfte:

> „Die Gepäcksnetze der Schnellzüge nach dem Reich sind jetzt ständig bis zur Decke gefüllt mit schweren Koffern, unförmigen Paketen und prallen Taschen. Unsere Organe finden auch im Gepäck von Offizieren, von hohen Beamten und namhaften Künstlern die erstaunlichsten Handelswaren – Pelze, Uhren, Medikamente, Schuhe, in geradezu unvorstellbarer Menge – lauter Dinge, die [...], ins Reich gebracht, ansehnlichen Gewinn versprechen."[1584]

Im Verlauf des Weltkrieges nahm der Handel zwischen dem Reich und dem Protektorat zu, wobei die Deutsche Verrechnungskasse in Berlin als Clearingzentrum fungierte. Da das Protektorat wesentlich mehr Güter lieferte als das Reich, wurden dem Protektorat in den mehr als sechs Jahren 24,4 Milliarden Kronen (= 2,44 Milliarden Reichsmark) gutgeschrieben, von denen nur 11,6 Milliarden für die Protektoratsimporte aus Drittländern (z. B. Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Italien, Schweiz, Liechtenstein, Spanien) rückerstattet wurden. Die Differenz von 12,8 Milliarden Kronen „fror" Berlin „ein", d. h. sie wurde nie ins Protektorat transferiert. Eine weitere „Abschöpfungsmaßnahme" betraf die im Protektorat eingewechselte Reichsmark. Die Nationalbank für Böh-

[1583] IB-Bericht Nr. 47, 10. Juni 1939, AÚTGM, EB II, V 51/3b.

[1584] Wilhelm Dennler, Die böhmische Passion (Freiburg im Breisgau – Frankfurt am Main 1953) 31.

men und Mähren durfte sie zwar annehmen, nicht aber in den Umlauf zurückführen. Vielmehr musste sie diese Reichsmark an die Deutsche Reichsbank in Berlin überweisen, wodurch der Nationalbank für Böhmen und Mähren bis 1945 Forderungen gegenüber der Reichsbank in Höhe von 105 Milliarden Reichsmark entstanden. Eine dritte finanzielle Benachteiligung betraf die tschechischen Geldinstitute, die von der Protektoratsverwaltung gezwungen wurden, aus ihren Überschüssen – die wesentlich auf den Ersparnissen der Bevölkerung beruhten – reichsdeutsche zinsenlose Kassenscheine, eine Art von Kriegsanleihen, zu kaufen. Nach dem Krieg waren sie natürlich wertlos, so dass der Staat die Lasten dieser Geldinstitute übernehmen musste – im Protektorat und im Sudetenland zusammen immerhin in Höhe von 64,9 Milliarden Kronen.[1585]

Die Rationierung der Lebensmittel ab 1. Oktober 1939 traf die Protektoratseinwohner noch nicht besonders hart. Noch erhielt der „Normalverbraucher“ pro Woche nahezu drei Kilo Brot, 500 Gramm Fleisch, 350 Gramm Zucker und 177 Gramm Fette. Für Schwerstarbeiter, Schwerarbeiter, schwangere Frauen und Kinder gab es Zusatzrationen. So erhielten Kinder zwischen 18 Monaten und zehn Jahren in den Wochen vom 23. Dezember 1940 und 18. Jänner 1941 Spezialkupons für 125 Gramm Butter und einen halben Liter Milch pro Tag. Freilich gingen im Verlauf des Krieges alle Rationen – mit Ausnahme von Zucker – deutlich zurück: Brot um 23,73 %, Fleisch und Butter um 50 %, Fette um 55 % und Milch um 75 %. Es war naheliegend, dass mit der Senkung der Rationen der Schwarzmarkt (*šmelina*) zunahm und immer mehr Waren unter dem Pult (*pod pultem*) oder unter der Hand (*pod rukou*) den Besitzer wechselten. Viele Prager und Brünner waren froh, noch Verwandte auf dem Land zu haben, von denen sie Teile eines schwarz geschlachteten Schweines oder eine Weihnachtsgans bezogen. Den deutschen Besatzern gelang es daher kaum, die Tschechen von einem Eintopfgericht mit viel Kartoffeln zu überzeugen, waren sie doch ihr traditionelles Sonntagsgericht mit Schweinefleisch, Knödeln und Kraut (*vepřo-knedlo-zelo*) gewohnt.[1586]

Bereits Mitte April 1939 hatte Staatssekretär Frank – an Neurath vorbei – den Chef des Siedlungsamtes im Rasse- und Siedlungshauptamt der SS, SS-Oberführer Curt von Gottberg, an die Spitze des Prager Bodenamtes berufen. Gottberg war ein alter „Landsknecht“, der bereits als Siedlungsunternehmer in Ostpreußen in einen Finanzskandal verwickelt gewesen war und von Himmler offensichtlich auf Bewährung nach Prag geschickt wurde.[1587] Dort stellte er sofort den Grundbesitz der katholischen Kirche unter Zwangsverwaltung, verwickelte sich erneut in eine Finanzaffäre und prolongierte sein Alkoholproblem. Auf Verlangen Neuraths und mit Unterstützung des Landwirtschaftsministers Walter Darré wurde erstere Maßnahme bei Kriegsbeginn wieder aufgehoben, Gottberg nach Berlin rückberufen und auch die Enteignung tschechischer Adelsgüter gestoppt.

[1585] Jančík, Germanisierung, 128, 135, 137.
[1586] Demetz, Prague in Danger, 97-99.
[1587] Longerich, Himmler, 359-361.

Heydrich berief dann wieder einen SS-Führer ins Prager Bodenamt, den Sudetendeutschen Ferdinand Fischer. Dieser stellte die Güter jener böhmisch-mährischen Aristokraten unter Zwangsverwaltung, die am 17. September 1938 der Republik ihre Ergebenheit erklärt hatten. Daher verfügte das Bodenamt in Prag bald über 76 Güter mit 46.000 ha und weitere 57.000 ha aus enteignetem jüdischem Besitz; bis Ende 1943 kamen weitere 11.000 ha von verurteilten Mitgliedern der Widerstandsbewegung sowie Bauern, die ihre Höfe schlecht bewirtschaftet oder gegen die Ablieferungspflichten verstoßen hatten, hinzu.

Eine „Deutsche Ansiedlungsgesellschaft" bereitete gemeinsam mit SS-Stellen die Schaffung deutscher Siedlungsinseln in den ländlichen Gebieten Böhmens und Mährens vor. Im Verlauf des Krieges wurden etwa 16.000 tschechische Bauerngüter mit insgesamt etwa 550.000 ha konfisziert, auf denen sowohl deutsche Umsiedler aus dem Osten Europas als auch Reichsdeutsche angesiedelt werden sollten. Auf Bodenamtsland wurden aber zwischen 1941 und 1944 lediglich 6000 Volksdeutsche, davon 5000 aus der Dobrudscha, angesiedelt, dazu je einige Hundert Deutsche aus der südlichen Bukowina, Südtirol und dem Sudetenland. Für den Aufbau militärischer Sperrgebiete für deutsche Wehrmachts- und SS-Einheiten in der Umgebung von Beneschau (Benešov) und Wischau (Vyškov) wurden in 245 Gemeinden rund 15.000 Tschechen mit 80.000 ha abgesiedelt. Auch diese Territorien sollten nach dem Krieg mit Deutschen wiederbesiedelt werden, um "Landbrücken" durch Böhmen und Mähren zu schlagen – verbunden mit den Reichsautobahnen Dresden–Prag–Budweis–Linz, Prag–Iglau–Brünn sowie Breslau–Kattowitz–Brünn–Wien.[1588]

Widerstand und Unterdrückung 1939-1941

Der tschechische Widerstand im Protektorat war vorerst und überwiegend ein passiver gewesen. Dies galt für die weitgehende Resistenz der Bevölkerung gegen die NS-Ideologie, für die eher private und unorganisierte Kritik an den verschiedenen Weisungen und Anordnungen der NS-Behörden und für verschiedenste Formen unangepassten Verhaltens, das nach dem berühmten Roman von Jaroslav Hašek über den „braven Soldaten Schwejk" im Ersten Weltkrieg als „Schwejkismus" bezeichnet wurde.[1589]

Wie das NS-Protektoratsregime und sein Sicherheitsapparat so nahm auch der Widerstand der überwiegenden Mehrheit der tschechischen Bevölkerung gesellschaftlich, rechtlich und typologisch eine Zwischenstellung zwischen dem westlichen und nordwestlichen Europa einerseits (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Dänemark, Norwegen) und dem östlichen und südöstlichen Europa

---

[1588] Jančík, Germanisierung, 134; Brandes, Tschechenpolitik, 134f.

[1589] Vgl. Jaroslav Hašek, Osudy dobrého vojáka Švejka za světové války [Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges], 4 Bde. (Praha 1921-1923, dt. Prag 1926/27).

andererseits (Polen, Sowjetunion, Jugoslawien, Griechenland) ein. Das bedeutete, dass es – im Unterschied zur „nationalen Erzählung" bis 1989 – keine klare Dichotomie zwischen Herrschern und Beherrschten gab, oft auch keine klare Abgrenzung zwischen Kollaboration und Widerstand. So konnten die täglich notwendigen Arrangements in Verwaltung und Wirtschaft mit der Weitergabe von Informationen nach London oder der Hilfe für aktive Widerstandsgruppen in ein und derselben Person stattfinden. Diese „Überlebenskollaboration" traf sicher auch für größere Teile der tschechischen Bevölkerung zu, die als Beamte, Angestellte, Arbeiter und Bauern im Falle aktiven Widerstands sehr viel zu verlieren hatten.[1590]

Immerhin gab es sofort nach dem 15. März 1939 auch schon die aktive Unterstützung von politisch und rassisch Verfolgten, was bereits einen Übergang zum aktiven Widerstand darstellte. Die bereits 1939 in Frühpension geschickten tschechischen Offiziere und Berufssoldaten fanden sich bald in der Widerstandsorganisation „Verteidigung der Nation" (*Obrana národa – ON*) zusammen und standen zuerst unter dem Kommando von General Sergej Ingr, nach dessen Flucht nach London unter dem von Bedřich Neumann, schließlich unter dem von Josef Bilý, der noch an der Wiener Kriegsschule für Generalstabsoffiziere ausgebildet worden war. Die tschechisch-nationalistische *Obrana*, die im September 1941 aus London den Befehl erhielt, einen Aufstand vorzubereiten, wurde jedoch bald von der Gestapo unterwandert und zerschlagen. Führende Politiker wie Ladislav Rašín, Přemysl Šámal (der im Ersten Weltkrieg die *Maffie* geführt hatte) und Prokop Drtina (der persönliche Sekretär Beneš') sowie frühpensionierte Diplomaten sammelten sich 1939 in der Widerstandsgruppe „Politisches Zentrum" (*Politické ústředi – PU*), die auf den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges aufbauen wollte. Auch der Agrarier Ladislav Feierabend, gleichzeitig ein Mitglied der Protektoratsregierung, gehörte zu diesem Zentrum und entzog sich im Jänner 1940 seiner unmittelbar bevorstehenden Verhaftung durch Flucht über die Slowakei und Ungarn nach Jugoslawien. Linke Intellektuelle und Gewerkschafter bildeten eine dritte Gruppe unter dem Namen „Petitionsausschuss ‚Wir bleiben treu'" (*Petiční výbor ‚Věrní zůstaneme' – PVVZ*), die etwa mit Hilfe von Eisenbahnern gefährdete Personen über die Grenzen des Protektorats schmuggelte. Alle drei Gruppierungen identifizierten sich mit der Republik und mit Beneš und hielten mit ihm über geheime Funksender ständig Kontakt. Als Koordinationsausschuss dieser drei Widerstandsorganisationen wurde der „Zentralausschuss des heimatlichen Widerstandes" (*Ústřední výbor odboje domácího – ÚVOD*) gebildet, der auch Kontakt

[1590] Miroslav KARNÝ, Die Rolle der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik im Protektorat Böhmen und Mähren, in: Hans Ulrich Reichert (Hg.), Europa unter dem Hakenkreuz. Okkupation und Kollaboration 1938-1945 (Berlin – Heidelberg 1994) 149-163; Peter HEUMOS, Die Protektoratsgewerkschaft und das Problem der Kollaboration in den Akten des Ehrengerichts beim Zentralrat der Gewerkschaften in Prag 1945-1947, in: Monika Glettler, L'ubomír Lipták und Alena Míšková (Hgg.), Geteilt, besetzt, beherrscht. Die Tschechoslowakei 1938-1945: Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren, Slowakei (Essen 2004) 91-120.

zur Protektoratsregierung hielt. Diese Widerstandsgruppen begannen bald einen ständigen Informationsaustausch mit der Protektoratsregierung und der Exilregierung in London zu organisieren, bauten Netzwerke von Vertrauensmännern und -frauen auf, unterstützten politisch und rassisch Verfolgte und planten Sabotageaktionen gegen die deutsche Kriegsmaschinerie. Die besten Hintergrundinformationen über die Situation im Protektorat dürften aber Manager und Vertreter von Import-Export-Firmen geliefert haben, die in die Slowakei, nach Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und in die Schweiz reisen durften und dorthin geheime Berichte mitnahmen. Die beiden Leitstellen der Gestapo in Prag und Brünn begannen freilich bald Jagd auf die Angehörigen der Widerstandsgruppen zu machen und zerschlugen sie bis zum Sommer 1941 weitgehend.[1591]

Die erste größere aktive Widerstandsaktion setzten die tschechischen Studierenden der sechs Universitäten und Hochschulen in Prag und Brünn am 28. Oktober 1939, dem Tag der Republiksgründung 1918. Sowohl die tschechischen als auch die deutschen Behörden waren darauf vorbereitet. Ab 9 Uhr morgens versammelten sich viele junge Tschechen und Tschechinnen auf dem Wenzelsplatz, stimmten nationale Lieder an und ließen Beneš, einige auch Stalin, hochleben. Als sich jedoch die Demonstranten zum Altstädter Ring bewegten, stießen sie in der Prager Innenstadt mit von Frank ausgesandten Streifen aus deutschen Studenten und SA-Männern zusammen; tschechische und deutsche Polizei mußten eingreifen. Zu Mittag demonstrierten tschechische Gruppen vor dem Gestapo-Gebäude in der Bredovská-Straße und forderten die Freilassung von Festgenommenen. Frank kündigte dem tschechischen Innenminister an, dass die SS-Leibstandarte – wie jeden Samstag nachmittags – den Wenzelsplatz hinuntermarschieren werde und dass die tschechische wie deutsche Polizei die Passage zu sichern habe. Frank fuhr sogar zu Präsident Hácha nach Lány, um ihm zu drohen, dass Hitler keine tschechischen Demonstrationen dulden werde. Nun verlagerten sich die Demonstrationen zum Hauptbahnhof, dauerten aber bis gegen 20 Uhr an. Tschechische und deutsche Polizei nahmen 400 Personen fest, der Arbeiter Otakar Sedláček wurde erschossen, der Medizinstudent Jan Opletal schwer verletzt; 15 Personen mussten in Spitalsbehandlung gebracht werden, außerdem gab es Hunderte Leichtverwundete. Reichsführer-SS Himmler kam am 2. November persönlich nach Prag und beförderte Frank zum SS-Gruppenführer.[1592]

Als Opletal am 11. November seiner Verletzung erlag, erlaubte die Protektoratsregierung mit Zustimmung der deutschen Polizei seine öffentliche Verabschiedung und einen Trauerzug zum Bahnhof, da Opletal in seinem mährischen

[1591] Brandes, Protektorat I, 20f.; Demetz, Prague in Danger, 69-73; vgl. Vojtěch Mastný, The Czechs under Nazi Rule. The Failure of National Resistance, 1939-1942 (New York – London 1971). Die illegale KSČ hatte – entgegen ihrer Ideologie – ihre Presse noch rechtzeitig an den „Erzkapitalisten“ Jan Baťa verkauft und verfügte dadurch über ausreichende Finanzmittel. Allerdings enthielt sie sich auf Grund des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes bis Juni 1941 einer Widerstandstätigkeit.

[1592] Brandes, Protektorat I, 83-95; Demetz, Prague in Danger, 78f.

Dorf beerdigt werden sollte. Am Morgen des 15. Novembers versammelten sich mehr als 3000 tschechische Studenten und Studentinnen vor dem Universitätsinstitut für Pathologie, und ein Prediger der Kirche der Böhmischen Brüder dankte Opletals Eltern für die Erziehung ihres Sohnes. Als sich der Trauerzug zum Bahnhof in Bewegung setzte, stimmten die Studierenden die Nationalhymne an. Vom Bahnhof marschierten sie zum Karlsplatz, wo sie mit der tschechischen Polizei zusammenstießen. Sogar Frank sah sich auf einer Inspektionsfahrt plötzlich von Demonstranten eingekreist, und sein Chauffeur holte sich eine gebrochene Nase und ein blaues Auge. Nun griff nicht nur tschechische Polizei, sondern auch SS ein. Hitler aber bestellte schon am nächsten Tag Neurath, Frank und General Erich Friderici, den Wehrmachtsbevollmächtigten, zu sich, dann beriet er sich nur mehr mit Himmler und Frank und dekretierte:

– Die Schließung der tschechischen Universitäten und Hochschulen für vorerst drei Jahre.
– Er werde jede Art von Demonstrationen mit den radikalsten Mitteln niederschlagen und sich nicht scheuen, notfalls Kanonen in den Prager Straßen aufzustellen.
– Der Gesandte Chvalkovský solle in Prag darauf hinweisen, dass es Hitlers letzter Appell vor einer Aufhebung des Protektorates sei.[1593]

Diesem Appell folgten schon am 17. November 1939 drakonische Maßnahmen, die von Frank, nicht von Neurath angeordnet wurden: Rund 1850 Studierende wurden von deutscher Polizei schon in den frühen Morgenstunden aus den fünf größten Studentenheimen heraus verhaftet und ins Gefängnis nach Ruzyně gebracht. Nach Freilassung aller Studierenden unter 20 Jahren, dann aller Slowaken, Jugoslawen und Bulgaren, schließlich der *Vlajka*-Angehörigen, wurden rund 1200 Studierende ins KZ Oranienburg deportiert, später ins KZ Sachsenhausen. Neun angebliche Urheber der Demonstrationen vom 15. November aber wurden bereits um 7 Uhr früh erschossen. Die inhaftierten tschechischen Studierenden wurden nun als Geiseln für Zugeständnisse der Protektoratsregierung benutzt und nur gruppenweise aus dem KZ freigelassen – die ersten 100 im Dezember 1939, weitere Gruppen im Frühjahr 1940, eine größere Gruppe erst vom Stellvertretenden Reichsprotektor Reinhard Heydrich im Jänner 1942. Die brutalen deutschen Strafmaßnahmen hatten eine niederschmetternde Wirkung: Mit der Schließung der tschechischen Universitäten und Hochschulen waren 1223 tschechische Lehrkräfte arbeitslos geworden und 17.556 tschechische Studierende ohne Abschlussmöglichkeit, davon allein 12.248 in Prag.[1594]

Schon am 16. November 1939 hatte das „Politische Zentrum" an das Exil berichtet und den nach Großbritannien zurückgekehrten Beneš gewarnt:

[1593] Jan Havránek, Univerzita Karlova, rozmach a perzekuce 1918-1945, in: Dějiny univerzity Karlovy 1918-1990, IV, hg. von Jan Havránek und Zdeněk Pousta (Praha 1998) 19-60.

[1594] Demetz, Prague in Danger, 80-82; Sayer, Bohemia, 224; vgl. Richard Georg Plaschka, Nachruf für Josef Polišenský, (1915-2001), in: Almanach der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2000/2001, 151. Jg. (Wien 2001) 573-580.

„Auf Grund der Unterdrückung und der deutschen Herrschaft ist die heutige Stimmung weit radikaler, und als deren Folge wird die Abrechnung entsprechend aussehen. Nach all dem, was unser Volk in dieser Zeit an Qualen erleiden muss, bitten wir Euch, dass Ihr versteht, dass es sich ungeheuerlich rächen wird, und wer sich gegen die Abrechnung stellen und über Humanität, Demokratie oder außenpolitische Rücksichten sprechen würde, würde vom ergrimmten Volk beiseite gefegt werden.“[1595]

Die tschechischen Professoren und Dozenten zogen sich – soweit sie konnten – in Nischenbereiche zurück: So ging der Historiker und ehemalige Außenminister Kamil Krofta in ein Dorf bei Pilsen und verfasste das Buch „Ein unsterbliches Volk“ [*Nesmrtelný národ*]; im Jänner 1944 wurde er jedoch von der Gestapo verhaftet und ins KZ Theresienstadt deportiert. Dort hatte schon 1943 der Germanist Arnošt Vilém Kraus den Hungertod erlitten. Als der völlig entkräftete Krofta im Mai 1945 nach Prag zurückkehrte, konnte er eben noch die letzten Teile seiner „Tschechoslowakischen Geschichte“ [*Dějiny Československé*] zu Ende diktieren, bevor er an den Folgen der Lagerhaft im August 1945 starb. Der Theologe und Kunsthistoriker „Abbé“ Josef Cibulka half jüdischen Freunden zur Emigration und rettete ab Februar 1939 als Leiter der Prager Nationalgalerie (später Böhmisch-Mährische Landesgalerie) wertvolle böhmische Kunstschätze vor dem Zugriff der Nationalsozialisten. Der Chrirurg Arnold Jirásek konnte mit politischer „Neutralität“ Röntgengeräte und anderes Inventar zurückerhalten; der Mikrobiologe Ivan Málek – seit 1941 illegales Mitglied der KSČ – konnte sich dank freundschaftlicher Beziehungen zu deutschen Kollegen am Bakteriologischen Institut der Deutschen Universität halten; der Chemiker Otto Wichterle wurde Lehrbeauftragter der Firma Baťa in Zlín. Der bekannte Historiker Josef Šusta, der als Präsident der Tschechischen Akademie der Wissenschaften öffentlich der Kollaboration bezichtigt wurde, beging noch im Mai 1945 Selbstmord.[1596]

Erhielten die meisten tschechischen Professoren immerhin „Urlaub mit Wartegeld“, so blieben nun etwa 10 Jahrgänge junger Tschechinnen und Tschechen – im Wesentlichen die Jahrgänge 1917-1926 – ohne Studier- bzw. Abschlussmöglichkeit, zumindest bis 1945.[1597] Für viele brach eine Welt zusammen, wie der deutsche Oberregierungsrat beim Reichsprotektor, Wilhelm Dennler, über seine tschechische Sprachlehrerin berichtete:

„Wenn meine Sprachstunde beendet ist, [...] halte ich meine Lehrerin oft noch etwas zurück und plaudere mit ihr [...]. Ein kleinbürgerliches Leben, das typisch für die Mehrzahl der tschechischen Studenten ist, tut sich mir auf [...]. Der ganze Lebensglaube der Eltern klammert sich an die Hoffnung, alle eigenen Wünsche im Kind erfüllt zu sehen [...] Jahr um Jahr träumen sie still

[1595] BRANDES, Protektorat I, 178.

[1596] Monika GLETTLER, Tschechische, jüdische und deutsche Professoren in Prag, in: Prager Professoren 1938-1948 (Essen 2001) 15-21; Jindřich DEJMEK, Kamil Krofta (1876-1945) Historiker und Politiker. Im Dienst der Republik, in: Prager Professoren 1938-1948 (Essen 2001) 137-152; Vít VLNAS, Josef Cibulka (1886-1968) Kunsthistoriker. Zwischen Resistenz und Zusammenarbeit, in: Prager Professoren 1938-1948 (Essen 2001) 153-173.

[1597] BRANDES, Tschechenpolitik, 121f.

> von dem Tag [...], an dem die kleine Manja einmal das Größte wird, was ihre kleine Welt sich vorstellen kann: Lehrerin an einem Prager Gymnasium. Dafür opfern sie Krone um Krone [...]. Aber nun ist der Traum zu Ende. Das Ziel liegt im Staub – die Tore der Universität öffnen sich nicht mehr."[1598]

Staatssekretär Frank drohte weiterem tschechischem Widerstand bei einer Großkundgebung der NSDAP auf dem Altstädter Ring am 2. Dezember 1939 unmissverständlich:

> „[…] Die heutige tschechische Regierung und die tschechischen Führer müssen jedes Doppelspiel und jede Doppelzüngigkeit unterlassen […]. Die tschechische Nation hat es nur der Großmut und Staatskunst des Führers zu danken, wenn heute nicht wie in Polen ihre Städte und Dörfer vernichtet und hunderttausende tschechischer Soldaten verblutet sind. […]
>
> Die Tschechen im besonderen aber mögen wissen: das nationalsozialistische Reich von heute ist nicht das Österreich-Ungarn der Weltkriegsjahre. Der Führer ist nicht der hilflose Kaiser Karl, und in Prag sitzt nicht Coudenhove als Statthalter. Im Weltkriege standen die Tschechen gegen ein schwaches, in sich zerfallenes Österreich. Heute und in aller Zukunft hat das nationalsozialistische Reich die stärkste und entschlossenste Regierung der Welt. […]"[1599]

Erst nach einer neuerlichen Vorsprache Neuraths bei Hitler am 23. September 1940 kam es zu einer gewissen Haltungsänderung gegenüber tschechischen Studierenden – allerdings unter dem Ziel der „Eindeutschung". Eindeutschungsfähige tschechische Studierende sollten an deutschen Universitäten und Hochschulen zu Ärzten, Ingenieuren und Forstwissenschaftern ausgebildet werden. Voraussetzungen waren die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift, arische Abstammung, völlige Gesundheit und der Nachweis von mindestens zwei anrechenbaren Semestern. Das anfänglich große Interesse wurde durch antideutsche Flüsterpropaganda und Rundfunksendungen aus London jäh gestoppt: Im Sommersemester 1941 studierten nur 33 tschechische Studierende an deutschen Universitäten und Hochschulen, im Wintersemester 1941/42 gar nur mehr 27. Der vor allem von Staatssekretär Frank intendierte Versuch der Eindeutschung von Teilen der tschechischen Intelligenz war gescheitert. Jene tschechischen Studenten, die trotz dieser widrigen Umstände während des Krieges ein Studium an einer der deutschen Universitäten und Hochschulen absolvierten, wurden aber nach dem Krieg von den tschechoslowakischen Behörden einer strengen politischen, ideologischen und fachlichen Prüfung unterzogen, bevor sie weiterstudieren durften oder ihre Diplome anerkannt wurden.[1600]

Ohne eigene Universitäten und Hochschulen wandte sich die tschechische Intelligenz umso mehr der nationalen Vergangenheit zu und reproduzierte ihre literarischen und historiographischen Klassiker (Alois Jirásek, Božena Němcová, Jan Neruda, František Palacký) in Auflagen zwischen 10.000 und 20.000 Stück. Der Historizismus hielt auch im Theater und Kino sowie in Ausstellungen Einzug.

[1598] Dennler, Passion, 14f.
[1599] Der Neue Tag (Prag), 3. Dezember 1939, zitiert nach: Odsun 2, 76-78.
[1600] Brandes, Protektorat I, 136f.

Wichtiger waren jedoch die Anstrengungen vieler tschechischer Professoren und Lehrer beiderlei Geschlechts –, natürlich unter maßgeblicher Mitwirkung der Eltern – den tschechischen Kindern auch weiterhin eine tschechische Erziehung und Bildung angedeihen zu lassen. Hierbei kamen ihnen die jahrzehntelangen Erfahrungen im Kampf um die Abgrenzung gegenüber dem Deutschtum zugute.[1601]

Bei der Schaffung des Protektorats hatten weder Hitler noch seine Statthalter eine klar ausgearbeitete Strategie für die „Lösung der tschechischen Frage“. Die wirtschaftliche Ausbeutung und die intensive Heranziehung der tschechischen Arbeitskräfte für die deutsche Kriegswirtschaft standen im Vordergrund. Daher sollte während des Krieges im Protektorat möglichst „Ruhe und Ordnung“ herrschen. Da die NSDAP für die Deutschen im Protektorat keine eigene Organisation geschaffen hatte, sondern sie der Aufsicht der Kreisleitungen der benachbarten Gaue Niederdonau, Oberdonau, Bayerische Ostmark, Sudetenland und Oberschlesien übertrug, wurden im Sommer 1940 in Krems, Linz, Bayreuth, Reichenberg und Kattowitz Aufteilungspläne zum Protektorat entwickelt, wobei der Gauleiter von Niederdonau, Hugo Jury, den stärksten Druck entwickelte. Neurath und Frank traten jedoch mit eigenen Vorschlägen dazwischen. Der Reichsprotektor schlug Hitler in einem Memorandum vom 31. August 1940 die „restlose Eingliederung in das Großdeutsche Reich“ und die „Füllung dieses Raumes mit deutschen Menschen“ vor. Die „große Zahl von blondhaarigen Menschen mit intelligenten Gesichtern und guter Körperbildung“ sollten germanisiert, „die rassisch unbrauchbaren oder reichsfeindlichen Elemente (die in den letzten 20 Jahren entwickelte Intelligenzschicht)“ abgestoßen werden. Für diesen Übergangsprozess von mindestens zwei Generationen sollten sich die deutschen Behörden auf die „Aufsicht“ über die autonome Verwaltung beschränken. Staatssekretär und HSSPF Frank vertrat ähnliche Ideen, formulierte aber am 28. August 1940 noch schärfer: „Das Ziel der Reichspolitik in Böhmen und Mähren muss die restlose Germanisierung von Raum und Menschen sein.“ Die „deutsch-tschechische Blutmischung“ ermögliche „für einen größeren Teil des tschechischen Volkes eine Assimilations- bzw. Umvolkungspolitik“, kombiniert mit der „Aussiedlung von rassisch unverdaulichen Tschechen und der reichsfeindlichen Intelligenzschicht“. Eine „Sonderbehandlung [sic!] dieser und aller destruktiven Elemente“ mache auch Platz für eine „Neubesiedlung dadurch frei gewordenen Raumes mit frischem deutschem Blut“. Allerdings wirke sich der Krieg hemmend auf die Lösung des tschechischen Problems aus, „weil die Notwendigkeit des Protektoratsbeitrages zu kriegswichtigen Leistungen (Erzeugungsschlacht, Waffen- und Munitionsfabrikationen, Funktionieren von Handel und Verkehr) den Angriff gegen tschechisches Volkstum wegen eventuell auftretender Störungen des Werkfriedens auf Kriegsdauer verbietet“. – Hitler, der sich gedanklich bereits mit dem Krieg gegen die Sowjetunion beschäftigte, lud Neurath und Frank zu einer Unterredung am 23. September 1940 ein und entschied, das Protektorat aufrechtzuerhalten. Für die fernere Zukunft

[1601] Demetz, Prague in Danger, 90f.; Zahra, Kidnapped Souls, 11f.

scheide aber sowohl die „staatsrechtliche Sonderstellung“ der Tschechen als auch ihre „totale Aussiedlung“ aus, „weil wir kein Vakuum schaffen dürfen, auch keine deutschen Menschen zur Ausfüllung hätten“.[1602]

Selbstverständlich waren Hácha und Eliáš über die Entscheidung Hitlers erleichtert. Aber tschechische Konfidentenberichte aus dem Reich meldeten schon im April 1941, dass Sabotageakte besonders in den Niederlanden und im Protektorat zunähmen. Hier seien sie sogar „heimlich, durchdacht, systematisch und hinterlistig und gut organisiert“. Tschechische Eisenbahner begannen Telefon- und Telegrafenleitungen zu unterbrechen, Sand und Glasscherben in die Kugellager und Ölbehälter von Eisenbahnzügen zu streuen, Güterzüge fehlzuleiten, Bremsschläuche an Eisenbahnzügen durchzuschneiden und auch Güterzugsentgleisungen zu provozieren. Tschechische Rüstungsarbeiter begannen Mängel bei der Produktion von Fahrzeugen, Panzer und Munition zuzulassen oder herbeizuführen.[1603]

Der schwedische Militärattaché in Berlin erhielt Anfang August 1941 die Nachricht vom schwedischen Konsul in Prag, Oehrvall, „dass es dort kocht und trotz der enorm starken Gestapo in Böhmen sehr viel passiere. Auch in den Sudetengebieten sei sehr starke kommunistische Propaganda und viel mehr Sabotage in den Fabriken als man annehme.“ Und der Konsul räumte ein, sich selbst in Prag gar nicht wohl zu fühlen, da es „wie auf einem Vulkan“ sei. Dagegen sei es in Wien „viel besser“, obwohl auch dort „in den Fabriken diverses passiert und die österreichischen, besonders [die, Erg. Suppan] Alpenregimenter in Griechenland und Jugoslawien große Verluste hatten“. Zweifellos waren damit die im Sommer 1941 einsetzenden bewaffneten Widerstandsaktionen in Griechenland, Serbien und Slowenien gemeint.[1604]

Hácha und Eliáš waren auch erleichtert, als sie hörten, dass Neurath mit Rückendeckung Hitlers einen militärischen Einsatz der Tschechen im Krieg gegen die Sowjetunion ablehnte. – Dass nach der Statistik des Reichsarbeitsministeriums am 25. September 1941 bereits 140.052 Tschechen und Tschechinnen als zivile Arbeitskräfte im Reich eingesetzt wurden, konnte die tschechische Führung leichter hinnehmen.[1605] – Dies stärkte natürlich die alten tschechisch-russischen

[1602] Schreiben RP Neurath an RM Lammers, 31. August 1940; Denkschrift Frank, 28. August 1940, zitiert nach: Brandes, Tschechenpolitik, 123f.; Odsun 2, 143-149; vgl. Kershaw, Hitler II, 412-417, 446-452. Nach Untersuchungen der SS sollen 45 % der Tschechen, aber nur 25 % der Sudetendeutschen nordische oder dinarische Typen gewesen sein. – Demetz, Prague in Danger, 100.

[1603] Karný, Milotová, Kárná, Deutsche Politik, 22, 77-79; Brod, Osudný omyl, 271f.

[1604] Zprávy z Německa z měsíce dubna 1942; Zpráva z Berlína, Mitte August 1941, in: HIA, Eduard Táborský papers, box 9; Kgl. Schwedische Gesandtschaft Berlin, Büro des Militärattachés, Berlin, 8. August 1941, AÚTGM, EB II, V 89/5. Der Militärattaché war zwar „offen gestanden perplex über die Resistenz der Russen, [glaubte, Erg. Suppan] jedoch, dass die Deutschen spätestens Mitte September in Leningrad und wahrscheinlich auch in Moskau sein werden“.

[1605] Herbert, Fremdarbeiter, 181; Umbreit, Kontinentalherrschaft, 262. Ob sich unter den Arbeitskräften aus dem Protektorat auch Prager, Iglauer oder Brünner Deutsche befanden, konnte nicht festgestellt werden.

Sympathien. Bald nach Beginn des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion nahmen tatsächlich kurze Streiks und Sabotageakte in Industriebetrieben des Protektorats zu, die allerdings auch durch Kürzungen der Fleisch- und Fettrationen hervorgerufen worden waren. Der HSSPF Frank reagierte aber sogleich mit der Verhaftung von 108 prominenten Tschechen, vorwiegend Aktivisten des Politischen Zemtrums und Sozialdemokraten; nun drohten Hácha und Eliáš mit ihren Rücktritten. Zweifellos hörten auch die Tschechen von den hohen Verlusten der Deutschen in der Sowjetunion, und das bereits in den ersten sechs Wochen des Krieges. So soll die 5. Panzerbrigade vor Smolensk zwei Drittel ihrer Offiziere und Soldaten verloren haben. Darüberhinaus hörten die Tschechen von der Anerkennung der tschechoslowakischen Exilregierung und des Präsidenten Beneš in London. Und nicht zuletzt sahen die Tschechen die deutlichen Produktionsrückgänge in der Textilindustrie, nachdem die sowjetischen Baumwolllieferungen ausgefallen waren.[1606]

Im August und September 1941 führten die Tschechen einen fast durchgehenden Boykott gegenüber den deutschen Zeitungen durch. Primator-Stellvertreter Professor Pfitzner sah damit „eindeutig erwiesen, dass die Prager tschechische Bevölkerung in weitgehendster Hörigkeit gegenüber der tschechischen Emigration dahinlebt“. Und Pfitzner resumierte nach der Ernennung Heydrichs zum Stellvertretenden Reichsprotektor:

> „[…] Im Hinblick auf diese tschechische Grundgesinnung hat es die Prager deutsche Bevölkerung dankbar begrüßt, dass nunmehr energisch durchgegriffen wurde und abschreckende Exempel statuiert worden sind. Ich verspreche mir davon für die Prager Stadtverwaltung wenigstens das eine, dass die ungeschwächte passive Resistenz wenigstens für eine gewisse Zeit gelockert werden dürfte. […]“[1607]

Noch kritischer war die Lage in Prag geworden, als es in den Nachtstunden des 15. und 16. September 1941 zu Massendemonstrationen von Arbeitern und Angestellten der Stadt kam, die in Straßenkämpfe in Arbeitervierteln ausarteten. SS und Gestapo sperrten daraufhin die gesamte Innenstadt, und am 16. September, einem Samstag, wurde das Standrecht verhängt. Die Straßenkämpfe sollen die Deutschen über 100 Tote gekostet haben, über 1000 SS- und Gestapo-Männer sollen ärztliche Behandlung in Anspruch genommen haben. In der Nacht zum 17. September führte die SS Hausdurchsuchungen durch und verhaftete über 3000 Personen, vor allem ehemalige tschechoslowakische Offiziere, Polizeioffiziere und Polizisten, Sokolführer und Legionäre. Obwohl eigentlich die Arbeiter die Unruhen entzündet hatten, wagte die deutsche Polizei ihnen gegenüber kein hartes Durchgreifen. Die Gestapo versuchte durch „Verhöre dritten Grades“ – womit die Anwendung von Foltermethoden gemeint war – die Festgenommenen zu verrä-

---

[1606] Reports from Prague, 26th July, 4th August, 5th August, 9th August, 12th August, 1941, AÚTGM, EB II, V 60.

[1607] Tätigkeitsbericht Pfitzner an Frank, 1. Oktober 1941, in: Odsun 2, 233f.

terischen Aussagen zu zwingen, hatte aber wenig Erfolg. Auch ziemlich planlose Hinrichtungen konnten die Leute nicht abschrecken. Die deutsche Zensur versuchte natürlich alle Nachrichten nach außen zu unterdrücken, was ihr freilich nur teilweise gelang.[1608]

Jetzt entschloss sich Hitler zu einem Kurswechsel und schickte Neurath, der „für die Begriffe der SS-Leute zu sehr das Leben eines Landedelmannes führte", auf einen längeren Urlaub. Am 27. September 1941 ernannte Hitler den Leiter des Reichssicherheitshauptamtes sowie Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes der SS, SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, zum Stellvertretenden Reichsprotektor für Böhmen und Mähren, der damit die Herrschaft in Prag übernahm. Ausgearbeitet vom Prager SD-Chef Horst Böhme, hatte Heydrich die detaillierteste Lageanalyse gegeben. Dass sich Hitler ausgerechnet wenige Tage nach der Eroberung von Kiew und der Zerschlagung mehrerer sowjetischer Armeen zu diesem scharfen Schritt entschlossen hatte, zeigte einerseits seinen Willen zur totalen Unterdrückung allfälliger tschechischer Widerstandsaktionen, andererseits doch eine gewisse Nervosität hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Krieges in der Sowjetunion. Dabei übersah er völlig, dass die relativ flexible Besatzungspolitik Neuraths dem tschechischen Widerstand und der Exilregierung in London die Konfrontation schwieriger gemacht hatte, als sie unter dem „Bluthund" Heydrich vorauszusehen war.[1609]

Das Terrorregime Reinhard Heydrichs 1941/42

Der 1904 geborene SS-Obergruppenführer und General der Polizei, Reinhard Tristan Eugen Heydrich, stammte aus einem musikalischen Elternhaus in Halle an der Saale, hatte am dortigen Reformrealgymnasium auch Kenntnisse des Englischen, Französischen und Russischen erworben, war 1922 in die Reichsmarine aufgenommen, 1925 zum Leutnant und 1928 zum Oberleutnant zur See befördert, aber 1931 trotz erfolgreicher Karriere wegen eines gebrochenen Eheversprechens entlassen worden. Über Vermittlung seiner Frau Lina von Osten wurde er Himmler empfohlen, der ihn noch im selben Jahr in die SS aufnahm und ihn mit dem Aufbau eines internen Nachrichtendienstes betraute. Gerüchte um Heydrichs angebliche jüdische Herkunft – deretwegen er in Halle und in der Reichsmarine auch verspottet worden war – entstanden auf Grund der zweiten Ehe seiner Großmutter väterlicherseits und wurden gutachtlich widerlegt. Bereits im Juli 1932 wurde Heydrich zum Leiter des Sicherheitsdienstes (SD) der SS ernannt, den er nach britischem Vorbild in erster

---

[1608] Úřední záznam, o. D. [Ende Oktober 1941], AÚTGM, EB II, V 60. Die Nachrichten beruhten teilweise auf einem Gespräch des tschechischen Informanten mit dem neuen Gesandtschaftsrat an der schwedischen Gesandtschaft in Berlin, Alexis Aminoff.

[1609] Dienstkalender Himmlers, 215-219. Vgl. Edouard Calic, Reinhard Heydrich. Schlüsselfigur des Dritten Reiches (Düsseldorf 1982); Edouard Husson, Heydrich et la solution finale (Paris 2008).

Linie mit jungen Akademikern aufbaute. Im März 1933 übernahm er die Leitung der Bayerischen Politischen Polizei und trat sofort durch Massenverhaftungen von bayerischen Katholiken, Sozialisten und Kommunisten hervor. Am 20. April 1934 wurde Heydrich die Führung des Preußischen Geheimen Staatspolizeiamtes übertragen, und nach seiner führenden Beteiligung an den Morden des 30. Juni 1934 wurde Heydrich zum SS-Gruppenführer befördert. Mit seiner Ernennung zum Chef der Sicherheitspolizei (Sipo) am 20. Mai 1936 unterstanden ihm auch die Geheime Staatspolizei (Gestapo) und die Kriminalpolizei (Kripo). Ab diesem Zeitpunkt gehörte er zum innersten Führungskreis und zu den gefürchtetsten Männern des NS-Regimes. Mit der weiteren Verschmelzung von SS und Polizei wurde Heydrich am 27. September 1939 Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), des wichtigsten Hauptamtes der SS. Dennoch ließ er es sich nicht nehmen, 1939/40 Flüge über Polen, die Niederlande, England, Schottland und Bessarabien zu riskieren, wofür er das EK I erhielt. Der eiskalte „Machttechniker" Heydrich organisierte bereits ab 1938 sogenannte SS-Einsatzgruppen, bestehend vornehmlich aus Angehörigen der Sipo und des SD, die in alle annektierten und eroberten Gebiete einrückten und die systematische Erfassung und Bekämpfung politischer Gegner durchführten. Bald wurden sie in zunehmendem Maße Vollstrecker des rassenbiologischen Vernichtungsfeldzuges des Nationalsozialismus, vor allem gegen die Juden.[1610]

Kaum in Prag angekommen, verhängte Heydrich den Ausnahmezustand, verschärfte die polizeilichen und militärischen Kontrollen, ließ bis Ende November 1941 4000-5000 Verhaftungen vornehmen, 544 Todesurteile vollstrecken und 1299 Personen der Gestapo übergeben, die alle ins KZ Mauthausen eingeliefert wurden, das nur wenige überlebten. Diese Maßnahmen vernichteten die tschechische Widerstandsbewegung weitgehend und trugen Heydrich den Beinamen „Schlächter von Prag" ein.[1611] Unter den Hingerichteten befanden sich eine ganze Reihe höherer Offiziere (mindestens 6 Generäle und 10 Oberste), die in einer Widerstandsgruppe tätig waren, leitende Beamte aus den verschiedenen Regierungsämtern, Sokoln und Kommunisten, die angeblich Terrorakte vorbereiteten, Tschechen und Juden, denen Spionage vorgeworfen wurde oder die Flugblätter vorbereiteten, schließlich viele Schwarzhändler – aber kaum Bauern oder Arbeiter. Heydrich ließ sofort auch den Ministerpräsidenten Eliáš verhaften, zum Verhör ins Gestapo-Hauptquartier im Palais Petschek bringen und schon am 1. Oktober 1941 von einem Volksgerichtshof wegen Hoch- und Landesverrates – gemeint waren seine Kontakte sowohl zur Exilregierung in London als auch zu Widerstandsgruppen in der Heimat – zum Tode verurteilen. Hitler entschloss sich aber, Eliáš „vorläufig nicht hinrichten" zu lassen,

---

[1610] Wolfgang SCHEFFLER, Reinhard Heydrich, in: Neue Deutsche Biographie, 9. Bd., (Berlin 1972) 73f.; EVANS, Krieg, 350f.; Dienstkalender Heinrich Himmlers, 688. Auf Grund seiner Falsett-Stimme wurde Heydrich zwar als „Ziegenbock" verspottet, aber das Urteil von Peter Demetz ist wohl zutreffender: „Heydrich was the ultimate terrorist…" – DEMETZ, Prague in Danger, 103-107. Man kann Demetz' Urteil ruhig verschärfen: „Staatsterrorist".

[1611] EVANS, Krieg, 348.

„sondern als Geisel für die Ruhe im Lande zu behalten". Auch der frühere Primator von Prag Otakar Klapka wurde zum Tode verurteilt.[1612]

Vor dem Volksgerichtshof war General Eliáš gezwungen gewesen, folgende Erklärung abzugeben:

> „Seit dem 15. März 1939 bin ich der festen Überzeugung, dass eine Wiederherstellung der alten Tschekoslovakia [sic!] politisch unmöglich ist. Ich bin zu dieser Überzeugung auf Grund der politischen Vergangenheit unseres Volkes gelangt, in der wir schon seit vielen Jahrhunderten unsere Erfahrungen mit den Deutschen gemacht haben. Wenn wir uns aber gegen Deutschland gestellt haben, war unsere politische und wirtschaftliche Lage stets unsicher und schlecht.
>
> Ich halte es aus geopolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen für unmöglich, dass unser 7 ½ Millionenvolk inmitten des deutschen Lebensraumes als unabhängiger Staat jemals existieren kann. Selbst wenn Deutschland aus diesem Kriege nicht siegreich hervorgehen sollte, würde eine selbständige und unabhängige Tschekoslovakei [sic!] auch ein zweites Mal keine 20 Jahre überdauern können.
>
> In diesem Sinne war ich als Vorsitzender der Regierung bemüht, meine Aufgaben zu erfüllen. Ich weiß, dass sich in der letzten Zeit vor allem auf Grund der Rundfunks-Propaganda aus [dem] Ausland eine Entwicklung im Protektorat anbahnte, und dass die deutschen Stellen auf die Dauer nicht mehr ruhig zusehen konnten.
>
> Ich habe mich wiederholt bemüht, in dieser Lage unserem Volke einen Ausweg zu finden, der es zu einer wirklichen, ehrlichen und dauernden Zusammenarbeit mit dem deutschen Volke führen sollte. – Leider bin ich dabei bei meinem eigenen Volke nicht auf das in seinem eigenen Interesse notwendige Verständnis gestoßen. Man hat sich mir gegenüber immer nur auf die vom Führer versprochene Autonomie berufen und dabei nicht bedacht, dass Voraussetzung für diese Autonomie die völlig loyale Einstellung und Haltung unseres gesamten Volkes war.
>
> Meine Haltung ist dabei von meinen Landsleuten oft verkannt und missdeutet worden. Ich habe mich stets als national bewusster Tscheche gefühlt und als solcher sogar Handlungen gedeckt, die mit meiner persönlichen politischen Überzeugung nicht übereinstimmten. Ich hoffte jedoch, dass auch diese Landsleute nach dem Weg zur loyalen Zusammenarbeit mit den Deutschen finden würden, und konnte es nicht über mein Herz bringen, diese Landsleute und ihre wahnwitzigen Pläne den deutschen Stellen zu melden.
>
> Ich weiß, dass ich hierdurch gegen die Gesetze und die mir obliegenden Pflichten verstoßen habe und auch als Ministerpräsident dafür einstehen muß, dass während meiner Amtsführung sich Dinge ereignet haben, die meiner wahren politischen Überzeugung nicht entsprachen und die ich nicht tatkräftig genug zu verhindern verstanden habe.
>
> Ich bringe dieses Opfer aber gern für mein Volk, wenn es ihm als letzte Warnung zur Besinnung dient und es doch noch den Weg zur ehrlichen und aufrichtigen Zusammenarbeit mit dem deutschen Volke finden lässt.
>
> Prag, 1. Oktober 1941
> Ing. Eliáš."[1613]

[1612] Brandes, Tschechenpolitik, 124f. Bekanntgegeben wurde die Vollstreckung von 404 Todesurteilen, 140 sollten unter Ausschluss der Öffentlichkeit in KZ vollstreckt werden. Vgl. Tomáš Pasák, Generál Alois Eliáš a odboj (Praha 1991).

[1613] Erklärung MP Gen. Eliáš, Prag, 1. Oktober 1941, AÚTGM, EB II, V 60. Offensichtliche Rechtschreibfehler wurden korrigiert.

Der Terror war „wie ein Blitz aus dem klaren Himmel gekommen“, wie es in einem deutsch geschriebenen tschechischen Konfidentenbericht aus Prag nach London hieß. Der tschechischen Bevölkerung waren die politischen Gründe für die Verfolgungswelle im ersten Augenblick nicht klar. Zwar hatte es Parolen der Verlangsamung der Arbeit und Sabotageakte gegeben; und die deutschen Behörden hatten mit der Auflösung von tschechischen Schulen in zwei Prager Bezirken und der Entlassung der dort angestellten tschechischen Lehrer reagiert; die Radioapparate in verschiedenen Prager Bezirken wurden eingezogen; Straßen und Plätze in Prag und kleineren tschechischen Städten, die nach tschechischen historischen Persönlichkeiten benannt waren, wurden nach führenden Männern des NS-Regimes oder ihm nahestehenden Persönlichkeiten – etwa Lord Runciman – umbenannt. Trotz schärfster Ablehnung und großer Erregung unter der tschechischen Bevölkerung brach die Verfolgungsaktion unter Heydrich „trotzdem eigentlich ohne vorherige Warnung oder Verwarnung aus, und ein akuter Anlass war an sich nicht gegeben“.[1614]

Heydrich herrschte durchaus auch mit „gewissen propagandistischen Mätzchen“. Als sich Heydrich am 19. November 1941 im Veitsdom von Hácha die Krönungskleinodien zeigen ließ, soll er sich die Wenzelskrone aufgesetzt haben, mit der als letzter Habsburger Ferdinand V. am 7. September 1836 gekrönt worden war. Der Legende nach erleidet derjenige, der sich die böhmische Krone widerrechtlich aufsetzt, binnen eines Jahres ein Unglück; und ein Jahr später soll auch sein Sohn von einem Unglück heimgeholt werden. – Erstaunlicherweise trat diese Prophezeiung sowohl bei Reinhard Heydrich als auch seinem Sohn ein.[1615]

Obwohl bei den Verhören auch Háchas Verbindungen zur Exilregierung aufgedeckt worden waren, beließ ihn Heydrich im Amt und ließ ihn im Jänner 1942 eine neue Protektoratsregierung ernennen: Ministerpräsident wurde der bisherige Justizminister Jaroslav Krejčí, Innenminister der ehemalige Chef der Prager Polizei Richard Bienert, der schon im Ersten Weltkrieg mit Masaryk und Beneš zusammengearbeitet hatte; Finanzminister blieb Josef Kalfus, der noch in der Nacht vom 14. auf den 15. März 1939 eine Reihe von Staatsbeteiligungen privatisiert hatte, um sie vor dem deutschen Zugriff zu sichern. Heydrichs besondere Personalwünsche waren die Ernennung des Deutschen Walter Bertsch zum Wirtschaftsminister und des Tschechen Emanuel Moravec zum Minister für das Schulwesen und die Volksaufklärung, „ein konsequenter Verteidiger eines Anschlusses an das Reich“.[1616]

[1614] Zpráva z Prahy, 17. října 1941, AÚTGM, EB II, V 60.

[1615] Umbreit, Herrschaft, 9. Hácha übergab Heydrich auch die sieben Schlüssel zum Wenzelsschrein, von denen drei wieder dem Staatspräsidenten mit der Verpflichtung zur Wahrung der Reichstradition ausgehändigt wurden. – Karný, Milotová, Kárná, Deutsche Politik, 190.

[1616] Emanuel Moravec, geb. 1893 in einer Prager Kaufmannsfamilie, war 1915 an der Karpatenfront in russische Kriegsgefangenschaft geraten, war 1916 in die serbische Freiwilligendivision eingetreten, schloss sich später der Tschechoslowakischen Legion an, wurde Hauptmann und kehrte erst im August 1920 über Vladivostok und Triest nach Prag zurück. Nun wurde er als

Hácha und die neue Regierung mussten den Bruch mit Beneš und der Londoner Exilregierung in Kauf nehmen. Im Jänner 1942 entließ Heydrich immerhin die letzten tschechischen Studenten aus dem KZ. Andererseits wurden im Zuge einer Verwaltungsreform 1100 Deutsche in die Protektoratsverwaltung eingebaut, so dass nur mehr 700 Deutsche in den Dienststellen des Reichsprotektors und der Oberlandräte blieben. Heydrich ließ auch den Sicherheitsapparat reformieren und ließ die Abteilung *Prezidium B* als Inspektion „K IV" in die Kriminaldirektion Prag im Rahmen des Polizeipräsidiums einbauen. Sowohl nach den Einschätzungen der deutschen Aufsichtsbehörden als auch der tschechoslowakischen Strafverfolgungsbehörden nach 1945 zeichneten sich die Referate der Inspektion durch große Dienstbeflissenheit aus, besonders die Beamten des „Judenreferates". An der Spitze dieses Referats stand ein Beamter, der bis München für die Beobachtung der Sudetendeutschen Partei zuständig gewesen war. Der ebenfalls gut Deutsch beherrschende Polizeijurist Jaroslav Ženatý war allerdings sowohl dienstbeflissen als auch in die Bildung einer Widerstandsgruppe innerhalb des Referats verwickelt, sodass er 1943 als „Prominentenhäftling" im KZ Theresienstadt interniert wurde. Jedenfalls beschäftigten Gestapo, Kripo und SD im Mai 1942 bereits 2241 Personen.[1617]

Heydrich hatte sogleich nach seinem Eintreffen in Prag anlässlich eines Empfanges im Czernin-Palais in einer Geheimrede vor den Oberlandräten, den Mitarbeitern des Stabes und Beamten des Amtes des Reichsprotektors, vor Parteifunktionären im Protektorat und vor seinen Mitarbeitern in der Sicherheitspolizei und im SD am 2. Oktober 1941 erklärt:

> „Die Weisung des Führers, die ich für diese Aufgabe erhalten habe, – die ich zeitlich als begrenzt ansehe – lautet: dass ich mit aller Härte in diesem Raum eindeutig sicherzustellen habe, dass die

Nachrichtenoffizier in der Karpato-Ukraine eingesetzt, unterrichtete an der Prager Kriegsschule und an der Technischen Universität, schrieb eine Reihe von Artikeln in regierungsnahen Zeitschriften und Zeitungen und verfasste auf Aufforderung des Präsidenten Masaryk zwei Bände über die „Soldaten in unserer Zeit" (*Vojáci a doba*) und die „Verteidigung des Staates" (*Obrana státu*). Nach dem Überfall Italiens auf Äthiopien und dem Beginn des Spanischen Bürgerkrieges begann er eine resolute Verteidigung der Tschechoslowakei gegen die deutsche Bedrohung zu fordern, kritisierte den „Zivilisten" Karel Čapek und bestürmte in den Tagen vor München den Präsidenten Beneš, nicht zu kapitulieren – worauf er von Generalstabschef Syrový hinausgeworfen wurde. Am 14. November 1938 gemeinsam mit vielen anderen Offizieren in den Ruhestand versetzt, wurde Moravec nach Errichtung des Protektorats vom Amt des Reichsprotektors gewonnen. In einem weiteren Buch kritisierte Moravec die Außenpolitik Beneš' seit 1935 und gab präzise militärstrategische Informationen. Dass er die „westlichen Plutokratien" und „die Juden" als hauptverantwortlich für das Schicksal der Tschechoslowakei betrachtete, dürfte Heydrich aufgefallen sein, sodass er ihn gegen den Protest Háchas als Minister für das Schulwesen durchsetzte. Moravec, der bald die Rolle eines Regierungssprechers einnahm und die tschechische Jugend nach dem Beispiel der Hitlerjugend umzuerziehen versuchte, erschoss sich während des Prager Aufstandes im Mai 1945. – Demetz, Prague in Danger, 145-150.

[1617] Brandes, Tschechenpolitik, 125f.; Miroslav Karný, Die materiellen Grundlagen der Sozialdemagogie in der Protektoratspolitik Heydrichs, in: Historica 29 (Praha 1989) 129-142.

Bevölkerung, soweit sie tschechisch ist, einsieht, dass an den Realitäten der Zugehörigkeit zum Reich und des Gehorsams gegenüber dem Reich nicht vorüberzugehen ist; für die Deutschen, dass sie wissen, dass dieser Teil des Reiches eben ein Teil des Reiches ist und dass auf der einen Seite der Deutsche hier den Schutz genießt und die führende Rolle spielt und zu spielen hat, aber auch, dass der Deutsche entsprechend diesem Recht die Pflicht hat, sich als Deutscher zu benehmen und zu führen. […]

Wir müssen uns klar sein, dass in der deutschen Geschichte Böhmen-Mähren ein Herzstück des Reiches war, ein Herzstück, das in positiven Zeiten stets ein Bollwerk des Deutschtums war [...]. Wir haben in den letzten Wochen durch Sabotage, durch Terrorgruppen, durch Vernichtung der Ernte, durch Langsamarbeiten, durchgesteuert von der Londoner Propaganda, geduldet und gefördert von der Protektoratsregierung, organisiert in einer ganz klaren Großlinien-Widerstandsorganisation, die Entwicklung, die – wenn auch nicht zu einem aktiven Aufruhr kommend – doch ganz systematisch vorbereitend alles tat, was zu dem Moment bereitstehen sollte, wenn nach dem Glauben der tschechischen und der Londoner Regierung die Zeit kommt, diesen Raum in eine gefährliche Unruhe zu bringen zum Schaden des Reiches. […] Die Schuld liegt nicht nur beim Gegner, die Schuld liegt auch bei uns Deutschen […].

Aber die Grundlinie muss für all dieses Handeln unausgesprochen bleiben, dass dieser Raum einmal deutsch werden muss, und dass der Tscheche in diesem Raum letzten Endes nichts mehr verloren hat. [...] Die erste, die Nahaufgabe ist diktiert von der Notwendigkeit der Kriegsführung. Ich brauche also Ruhe im Raum, damit der Arbeiter, der tschechische Arbeiter, für die deutsche Kriegsleistung hier vollgültig seine Arbeitskraft einsetzt und damit wir bei dem riesigen Vorhandensein von Rüstungsindustrien hier den Nachschub und rüstungsmäßige Weiterentwicklung nicht aufhalten. […] Wir werden die Leute nicht gewinnen – das wollen wir nicht und es wird uns auch nicht gelingen. – Wir werden nur praktisch [...] allen klar machen müssen, dass es real für den Tschechen das Günstigste ist, wenn er im Augenblick viel arbeitet, auch wenn er sich im Stillen denkt, wenn es doch nur schief geht mit dem Reich, dann habe ich meine Freiheit wieder. […]

Zur endgültigen Eindeutschung dieses Raumes will ich nicht etwa sagen: Wir wollen nach alter Methode nun versuchen, dieses Tschechengesindel deutsch zu machen [...]. Um zu übersehen, was von diesen Menschen in diesem Raum eindeutschbar ist, muss ich eine Bestandsaufnahme machen in rassisch-völkischer Beziehung. […] Da gibt es folgende Menschen: Die einen sind gutrassig und gutgesinnt, das ist ganz einfach, die können wir eindeutschen. Dann haben wir die anderen, das sind die Gegenpole: schlechtrassig und schlechtgesinnt. Im Osten ist viel Platz. Dann bleibt in der Mitte nun eine Mittelschicht, die ich genau durchprüfen muss. Das sind in dieser Schicht schlechtrassig Gutgesinnte und gutrassig Schlechtgesinnte. Bei den schlechtrassig Gutgesinnten – wird man es wahrscheinlich so machen müssen, dass man sie irgendwo im Reich einsetzt und nun dafür sorgt, dass sie keine Kinder mehr kriegen […]. Dann bleiben übrig die gutrassig Schlechtgesinnten. Das sind die gefährlichsten, denn das ist die gutrassige Führerschicht. […] Bei einem Teil der gutrassig Schlechtgesinnten wird nur eines übrig bleiben, dass wir versuchen, sie im Reich in einer rein deutschen Umgebung anzusiedeln, einzudeutschen und gesinnungsmäßig zu erziehen oder wenn das nicht geht, sie endgültig an die Wand zu stellen.“[1618]

Diese Planungen erfüllten zweifellos den Tatbestand des Völkermordes im Sinne der Konvention von 1948. Denn nach Artikel III d dieser Konvention ist auch die Planung und Vorbereitung von Völkermord strafbar. Ob sie ihrem we-

[1618] KARNÝ, MILOTOVÁ, KÁRNÁ, Deutsche Politik, 107-122. Unterstreichungen im Original.

sentlichen Inhalt nach auch schon vor 1948 als verbindliches Völkergewohnheitsrecht galt, ist freilich umstritten.

Vor der Rede Heydrichs wurden alle Teilnehmer vom Unterstaatssekretär und SA-Brigadeführer Kurt von Burgsdorff darauf hingewiesen, „strengstes Stillschweigen über die Ausführungen des Herrn Reichsprotektors zu wahren“. Oberregierungsrat Dennler berichtete auch von der herausfordernden Frage Heydrichs am Ende seiner Rede: „Und wer von Ihnen nicht ebenso rückhaltlos hinter mir als Reichsprotektor stehen zu können glaubt, kann gehen. Ich werde ihm nichts tun.“ – Daraufhin herrschte im Saal Totenstille, endlose Sekunden, vielleicht sogar Minuten. Niemand erhob sich. Heydrich verließ den Saal.[1619]

Parallel zur Terrorwelle ordnete Heydrich eine strenge Überwachung der Lebensmittelverteilung im Protektorat an. Die für die Ernährungslage zuständigen Protektoratsminister mussten bei einer Besprechung mit Staatssekretär Frank zugeben, dass die tschechischen Bauern aus Angst vor einer kommenden Ernährungskatastrophe 20-25 % der gesamten Getreideernte 1941 nicht angegeben hätten. In NS-internen Untersuchungen wurde auch festgestellt, dass es dem tschechischen Widerstand teilweise gelungen war, durch Sprengstoffattentate, Sabotierung der Lebensmittelzufuhr und Brandstiftungen an Erntevorräten unter der tschechischen Bevölkerung Beunruhigung und Hungersnot hervorzurufen. Besonders die Fleischversorgung der Hauptindustriegebiete war bereits schwer gefährdet. Da ein Versagen der tschechischen Versorgungsstellen hinzugekommen war, gab es aus diesen Gebieten bereits zahlreiche Klagen über die nicht volle Deckung der Fleischkarten. Gleichzeitig organisierte Flüsterpropaganda hatte versucht, die Schuld am Nichtfunktionieren der Versorgung den Deutschen zuzuschieben. Heydrich und Frank drohten mit einer Beschlagnahme der gesamten Getreideernte im Protektorat durch deutsches Militär und deutsche Polizei. Die Protektoratsregierung ersuchte um die Möglichkeit straffreier Nachmeldung von Getreidevorräten. Besondere wirtschaftliche Überwachungsstellen konnten tatsächlich in kurzer Zeit die Lebensmittelversorgung wieder sicherstellen. Auch eine vom Widerstand organisierte Boykottbewegung gegen die regimetreue tschechische Presse brach bald in sich zusammen. Allerdings räumte auch der NS-interne Bericht ein, dass bereits bis zum 2. Oktober 1941 vierzig Todesurteile wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Wirtschaftssabotage verhängt und vollstreckt worden waren.[1620]

Nach der Terrorwelle im Oktober und November 1941 herrschte im Protektorat vorläufig Friedhofsruhe; auch die Sabotagefälle gingen zurück. Heydrich berichtete am 16. November 1941 an Bormann zur Vorlage bei Hitler:

[1619] Dennler, Passion, 61-64.

[1620] Dienst aus Deutschland, Nr. 231, Berlin, 2. Oktober 1941; Nr. 232, Berlin, 3. Oktober 1941. Frank hatte die Protektoratsminister darauf hingewiesen, dass ihm die Sabotagemethoden aus den Weltkriegsjahren 1917/18 bekannt seien, dass daher die deutsche Protektoratsführung – im Gegensatz zu den österreichischen Behörden – in der Lage sei, mit entsprechenden Exekutivmitteln „das letzte Getreidekorn aus den Dörfern Böhmens und Mährens herauszuholen“. – Karný, Milotová, Kárná, Deutsche Politik, 195-197.

> „Die Stimmungslage ist wenig verändert, nach außen völlig ruhig, die Widerstandskräfte zum größten Teil lahmgelegt […]. Die Intelligenz ist unverbesserlich feindlich bis zum Hass, äußerlich devot und über die Maßen höflich. Die Jugend in der Hand der Lehrerschaft ist völlig im Banne chauvinistischer Gedanken. Der Arbeiter blieb unpolitisch und unabhängig von seinen Lohn- und Lebensverhältnissen. Die regierenden Kräfte sind ängstlich, devot und doch in dem Bestreben, durch unendliche Freundlichkeit und Entgegenkommen in allen kleinen Sachen Schlimmeres zu verhüten und damit auf weite Sicht soviel für das Tschechentum zu erhalten, dass daraus sich doch noch einmal etwas Selbständiges entwickeln lässt. […]
>
> Durch einen besonderen Erlass ist der Schulminister angewiesen worden, den Geschichtsunterricht nach der alten, politisch unmöglichen Geschichtsauffassung bis zum Schluss des ersten Halbjahres des laufenden Schuljahres einzustellen, und die für den Geschichtsunterricht zur Verfügung stehenden Stunden zur Verstärkung des Deutschunterrichtes zu benutzen, da Deutsch nach der Zugehörigkeit des Protektorates zum Reich als Grundsprache aller Angehörigen des Reiches zu gelten hat. Inzwischen laufen Umschulungslehrgänge für die tschechischen Geschichtslehrer. – Das Gleiche wurde für den Erdkunde-Unterricht angeordnet. Bis zur Herausgabe neuer Lehrpläne für den Erdkundeunterricht ist angeordnet, dass bis auf weiteres nur das Gebiet des Großdeutschen Reiches einschließlich des Protektorates Böhmen und Mähren zu besprechen ist. Jeglicher Unterricht in der tschechischen Literaturgeschichte ist bis auf weiteres eingestellt, bis der tschechische Schulminister ein Verzeichnis der tschechischen Literaturwerke vorgelegt hat, das im Sinne der neuen Reichspolitik und der neuen politischen und staatsrechtlichen Lage des Protektorats in jeder Hinsicht einwandfrei ist. […].“[1621]

Die tschechische wie die deutsche Bevölkerung registrierte, dass die NSDAP am Christtag 1941 die Bevölkerung zum Sammeln von Woll- und anderen Wintersachen für die Front aufrief, die sogar Skier benötigte. Offensichtlich hatte die Wehrmacht nicht mit einem Winterkrieg gerechnet. Präsident Hácha versuchte über den Rundfunk den von Beneš verkündeten Eindruck zu zerstreuen, dass er nicht mehr im Namen der tschechischen Nation sprechen könne, und eine Abordnung tschechischer Agrarier versicherte Heydrich, weiterhin mit dem Reich im Sinne der Etablierung einer „Neuen Ordnung“ in Europa zusammenarbeiten zu wollen. Frank hielt eine Rede zum 150. Todestag Mozarts, in der er nicht nur an die erfolgreiche Verbindung des Komponisten mit Prag erinnerte, sondern ihm auch die unveränderte Loyalität der Deutschen Böhmens und Mährens ausdrückte. Auf Mozarts Verbindungen zur tschechischen Künstlerfamilie Franz X. und Josepha Dušek in der Villa Bertramka ging der Staatssekretär ebenso wenig ein wie auf die höchste Wertschätzung für Mozart in der tschechischen Musikkultur. Dass der Smetana-Platz vor dem Parlament in Mozart-Platz umbenannt wurde, stellte dennoch eine weitere Demütigung dar.[1622]

Ende Jänner 1942 wurde immerhin der Ausnahmezustand wieder aufgehoben, allerdings der reichsdeutsche Ministerialdirigent, SS-Oberführer Ing. Walter Bertsch, neuer Minister für Wirtschaft und Arbeit in der Protektoratsregierung. Jetzt war es nicht mehr möglich, ohne Identitätskarte im Protektorat zu leben, und

---

1621 Karný, Milotová, Kárná, Deutsche Politik, 187-190. Unterstreichungen im Original.

1622 Report No. III: Review of the Political Situation in the Protectorate from 6th to 13th December, 1941, AÚTGM, EB II, V 60; vgl. Rokyta, Prag, 289f.; Nather, Als Deutscher, 39.

die Protektoratspolizei in den Städten sowie die Gendarmerie auf dem Lande kontrollierten nun ziemlich rigoros. So wurden zwischen der Jahreswende 1941/42 und dem Attentat auf Heydrich weitere 33 Erschießungen bekanntgegeben. Daher gab es anonyme Leserbriefe an deutsche Zeitungen, die den Deutschen prophezeiten, „dass die Russen nicht eher ruhen werden, bis die Deutschen aus Russland verjagt sind“ und dass nach dem Krieg eine „fürchterliche Abrechnung“ kommen werde, von der nur verschont bleiben werde, wer sich „klar und sauber von der Hitlerherrschaft abgrenzt“.[1623] – Immerhin erbrachte die tschechische Sammlung von Wintersachen für die deutsche Ostfront einen Gesamtwert von über 3 Millionen Kronen; allerdings bedeutete dies, dass über 7 Millionen Tschechen lediglich ein Viertel des Sammelergebnisses der etwa 250.000 Deutschen im Protektorat zustande gebracht hatten. Heydrich dankte dennoch Hácha für den „Opfersinn“ der einfachen und arbeitenden Bevölkerung.[1624]

Heydrich nahm die beiden Erklärungen der Vertreter des böhmisch-mährischen Adels – an den Präsidenten Beneš vom 17. September 1938 und an den Präsidenten Hácha vom September 1939[1625] – zum Anlass, um gegen ihre Unterzeichner mit Verfolgung vorzugehen. Über das Vermögen von zehn „der wichtigsten tschechischen Adligen (Namen wie Kinský, Belcredi, Sternberg, Schwarzenberg, Lobkowicz, Czernin, Kolowrat, Strachwitz usw.)“ wurde die Zwangsverwaltung verhängt, das betraf etwa 35.000 ha Land. Für Heydrich seien es gerade diese Adligen gewesen, „die mit einer Anzahl anderer jener Schicht intellektueller Führungskräfte angehören, die z. T. aufgrund ihrer deutschen Namen und adligen Verbindungen ins Reich und in die Ostmark sowie nach Ungarn nachrichtendienstliche, politisch sehr gefährliche Faktoren waren“. Angehörige der Familie Colloredo-Mannsfeld unterzeichneten etwa beide Erklärungen, die erste nur Weikhard, die zweite auch seine beiden älteren Brüder Josef und Jeroným sowie ihr Vater Jeroným, der die Verwaltung der Güter auf seine drei Söhne aufgeteilt hatte. Nachdem über ihren Großgrundbesitz Opočno bereits an der Jahreswende 1940/41 die Zwangsverwaltung verhängt worden war, unterzeichnete Reichsinnenminister Wilhelm Frick am 9. Februar 1942 in Abstimmung mit Heydrich die Konfiskation des gesamten Besitzes zugunsten des Reiches. Die Konfiskation galt sowohl für den im Protektorat als auch für den im Reichsgau Sudetenland liegenden Besitz, der nun in deutsche Kolonisierungspläne einbezogen wurde. Abgesehen von der Unterzeichnung der beiden Erklärungen wurde den drei Brüdern Colloredo-Mannsfeld auch vorgehal-

---

1623 Der Neue Tag, 25. Jänner 1942.

1624 Karný, Milotová, Kárná, Deutsche Politik, 220f.

1625 Prohlášení členů starých rodů vzhledem k nedotnutelnosti území Českého státu [1938] (Erklärung der Mitglieder der alten Geschlechter mit Rücksicht auf die Unangreifbarkeit des Gebietes des Tschechischen Staates), zugänglich unter http://www.pozitivni-noviny.cz/IMAGES-1/slechtictvi/Prohlaseni_slechty1.jpg; Prohlášení české a moravské šlechty v září 1939 (Erklärung des böhmischen und mährischen Adels vom September 1939), zugänglich unter <http://www.pozitivni-noviny.cz/IMAGES-1slechtictvi/Prohlaseni_slechty2a.jpg; Prohlášení.....2b.jpg; Prohlášení.....2c.jpg>.

ten, dass die Großmutter mütterlicherseits aus einer jüdischen Unternehmerfamilie stammte, dass ein Cousin Angehöriger der Royal Air Force war und dass ein jüngerer Bruder als tschechoslowakischer Staatsangehöriger in der Schweiz lebte. Dieser Bedřich meldete sich trotz einer leichten Körperbehinderung im Dezember 1944 als Freiwilliger zur tschechoslowakischen Auslandsarmee, wurde nördlich von Cambridge ausgebildet, erhielt im November 1945 die tschechoslowakische Militärgedenkmedaille und blieb bis 14. Jänner 1946 tschechoslowakischer Militär- und Luftattaché in Paris. Josef Graf Colloredo-Mannsfeld aber war noch 1942 zu einem Zwangsaufenthalt bei Königgrätz befohlen worden. Auch Leopold Graf Sternberg verlor seinen Besitz Častolovice und musste in der Residenz des Malteser Großpriorats in Prag Quartier nehmen.[1626]

Ein Zustandsbericht Heydrichs vor leitenden Beamten der Okkupationsbehörden und den Kreisleitern des Protektorats am 4. Februar 1942 illustrierte einerseits die Ambivalenz seines Vorgehens zwischen Brutalität und Kollaborationsangebot, andererseits seine genozidalen Pläne:

– Die Widerstandsbewegung sei niedergeschlagen, 4000-6000 Verhaftungen vorgenommen, 400-500 Standgerichtsurteile exekutiert, 90 Kurzwellensender ausgehoben worden.
– In der tschechischen Schulfrage sei wesentlich, „dass die tschechische Universität nicht wiederkehrt". Weder ein Medizin- noch ein Mathematik-Studium müsse an einer Prager Universität in tschechischer Sprache durchgeführt werden. Auch die tschechischen höheren Schulen sollten abgebaut werden. Die Umerziehung der tschechischen Jugend müsse auf dem Gebiet des Sports erfolgen.
– Die straffreie Nachmeldung von Schweinen und Getreide innerhalb einer knappen Frist habe die zusätzliche Meldung von 560.000 Schweinen (Zuchtsauen, Ferkel und Läufer) sowie von 15-20 % mehr an Getreide ergeben. Somit könne das Protektorat den veranschlagten Bedarf decken. Nach Hausdurchsuchungen seien durch Sondergerichte aber auch Höfe beschlagnahmt worden, gegenüber nicht eindeutschbaren Hofbesitzern auch mit Enteignungen vorgegangen worden.
– 40-60 % der Tschechen seien eindeutschbar, z. B. über eine Kennkarte und über Einführung einer Arbeitsdienstpflicht. „Die Eindeutschbaren würde man dann möglichst geschickt im Reich in Arbeit vermitteln, dass sie überhaupt nicht erst zurückkommen."
– „Die noch nicht Eindeutschbaren wird man vielleicht bei der weiteren Erschließung des Eismeer-Raumes – wo wir ja die Konzentrationslager der Russen übernehmen, die nach unserer augenblicklichen Kenntnis etwa 15-20

[1626] Karný, Milotová, Kárná, Deutsche Politik, 261. Das formelle Oberhaupt der Familie war Josef Fürst Colloredo-Mannsfeld gewesen, der sich jedoch schon nach der ersten Bodenreform in Frankreich niedergelassen und die Verwaltung der Güter seinem Bruder Jeroným überlassen hatte. – Jan Županič, Die Familie Colloredo-Mannsfeld während des Zweiten Weltkrieges, in: Prague Papers on History of International Relations (Prague 2009) 433-443; Cecilia Sternbergová, Cesta. Paměti české aristokratky (Praha 1996) 481-483.

Millionen Deportierte haben und dadurch zukünftig ideales Heimatland der 11 Millionen Juden aus Europa sein werden – vielleicht könnten wir dort nun die Tschechen, die nicht eindeutschbar sind, unter einem positiven Vorzeichen einer prodeutschen Aufgabe als Aufseher, Vorarbeiter usw. einsetzen mit der Chance, auch ihre Familien nachzuziehen.“[1627]

Im März 1942 standen in den Berichten der Protektoratsbehörden und des SD-Leitabschnittes Prag Reaktionen der tschechischen Bevölkerung auf Kürzung von Lebensmittelrationen im Vordergrund. In Prager Betrieben mussten sich die mit der Zusammenstellung von entsprechenden Verzeichnissen betrauten Bediensteten viele Vorwürfe und Beschuldigungen anhören. In Mělník, Čáslav und Domažlice rief besonders die Herabsetzung der Fleischquoten große Unzufriedenheit hervor, zumal auf den Wochenmärkten kaum mehr Geflügel angeboten werde. In Prag tauchten Flugblätter von kommunistischen Zellen auf, die mit der Aufforderung „Mit hungrigem Magen arbeiten wir nicht“ zu Demonstrationen und Streikaktionen aufriefen. Parallel dazu wurde das Ansteigen einer starken antideutschen Flüsterpropaganda registriert, wonach Deutschland im Winterkrieg gegen Russland starke Verluste erlitten habe, dagegen England und Amerika im Frühjahr zur Offensive schreiten und Deutschland in kurzer Zeit vernichten würden.[1628]

Infolge alliierter Einflüge in drei Nächten Ende April 1942 zur Absetzung zahlreicher Fallschirmagenten brach in Pilsen eine Angstpsychose aus, dass die Briten in der Nacht zum 3. Mai einen Großangriff auf Pilsen unternehmen würden, der allerdings nicht stattfand. Tausende Passagiere versuchten mit großem Reisegepäck die Züge zu stürmen. In den Škoda-Werken wurde ein Betriebsappell abgehalten, der Wehrmachtsbevollmächtigte ließ eine Verstärkung des Flakschutzes vornehmen. Propagandaminister Emanuel Moravec – gegen den in der tschechischen Bevölkerung die „stärkste Hasseinstellung“ bestand – verkündete am 1. Mai, „dass wegen vorbildlicher Arbeitshaltung 3000 erholungsbedürftige Rüstungsarbeiter und -arbeiterinnen einen kostenlosen Urlaub in Erholungsheimen Böhmens und Mährens erhalten“. Bereits zuvor hatte Heydrich den Rüstungsarbeitern 200.000 Paar Schuhe zur Verfügung gestellt.[1629]

In seinem 21. und letzten Lagebericht gab Heydrich einen ausführlichen Überblick über seine Aktivitäten und besondere Probleme der deutschen Herrschaft im Protektorat:

– Umbau der deutschen und tschechischen Verwaltung, „dass mit einer geringsten Anzahl deutscher Menschen doch weitgehendst und ohne Gefährdung der deutschen Interessen eine Verlagerung und eine Ausnutzung der tschechischen Verwaltung erfolgt“.

[1627] Karný, Milotová, Kárná, Deutsche Politik, 221-234.

[1628] Ebenda, 239-247. Bereits Ende Februar 1942 wurde die Identität eines wichtigen britisch-tschechischen Agenten in der Person des Hauptvertrauensmannes der Abwehrstelle Prag, des ehemaligen Bäckermeisters Paul Thümmel, enttarnt.

[1629] Ebenda, 250-252; Evans, Krieg, 348.

- Einführung einer Jugenddienstpflicht vom 10. bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.
- Keine Übernahme wichtiger Betriebe in deutschen Staatsbesitz, aber führungsmäßiger Einfluss in diesen Betrieben (so erhielt Baťa als Familiengesellschaft einen deutschen Aufsichtsratsvorsitzenden).
- Ganze oder teilweise Stilllegung von etwa 2500 Industriebetrieben zur Leistungssteigerung der Rüstungserzeugung.
- Verringerung der Zahl der Kleinstgeschäfte und des mittleren Handels und „Auskämmung“ von handwerklichen und Handelsbetrieben zur Gewinnung zusätzlicher Arbeitskräfte.
- Nach Polizeiaktionen und Verschärfung von Strafbestimmungen Sicherung des Brotgetreidebedarfs und des Schweinebestandes, sodass die Zuschüsse aus dem Reich im Versorgungsjahr 1941/42 auf 180.000 t Brotgetreide, 44.000 t Fett und 12.000 t Fleisch beschränkt werden konnten, während das Protektorat 130.000 t Zucker an das Reich lieferte.[1630]

Heydrich hatte bereits mehrmals um persönlichen Vortrag bei Hitler ersucht; als er endlich wieder dazu aufgefordert wurde, ins Führerhauptquartier zu kommen, machte er sich am 27. Mai 1942 morgens auf den Weg, sollte aber Prag nicht mehr lebend verlassen. Am Tag vor dem tödlichen Attentat hieß es im Tagesbericht des SD-Leitabschnitts Prag: „Die Stimmung der Tschechen ist auch weiterhin gleichbleibend deutschfeindlich.“[1631]

Der Tyrannenmord und die Rache der SS

Bereits Ende September 1941, also noch vor Beginn der brutalen Verfolgungsmaßnahmen Heydrichs, gab Beneš dem tschechoslowakischen militärischen Nachrichtendienst den Befehl, die „Operation Anthropoid“ durchzuführen – ein Attentat auf den SS-Obergruppenführer und General der Polizei Reinhard Heydrich, als Chef des Reichssicherheitshauptamtes der SS einer der mächtigsten Männer des Deutschen Reiches. Dass Heydrich eben zum Stellvertretenden Reichsprotektor von Böhmen und Mähren ernannt worden war, hatte zweifellos den Anstoß gegeben. Obwohl weder ein schriftlicher noch ein mündlicher Hinweis überliefert ist, wird heute allgemein angenommen, dass Beneš in Absprache mit seinem Geheimdienstchef Oberst František Moravec den Befehl zum Tyrannenmord gegeben haben dürfte. Noch am 4. und 12. Mai 1942 hatten Mitglieder des tschechischen Widerstandes den Exilpräsidenten vor einem Attentat gewarnt, da man die Erschießung von Tausenden Geiseln befürchtete. Aber auch Beneš stand unter Druck, nicht nur unter dem des Widerstandes, sondern auch dem der britischen Behörden, da das Protektorat im Ranking des anti-deutschen Wider-

[1630] Karný, Milotová, Kárná, Deutsche Politik, 264-274.
[1631] Ebenda, 276-278. Unterstreichung im Original.

stands im besetzten Europa an letzter Stelle stand und die Sowjets bereits planten, Fallschirmagenten über dem Protektorat abspringen zu lassen. Beneš überlegte daher, mit einer größeren Einzelaktion – nicht mit einem damals hoffnungslosen Aufstand – auf die entschlossene tschechische Widerstandshaltung aufmerksam zu machen. Heydrich als eine der Schlüsselfiguren des Dritten Reiches erwies sich in dieser Situation als besonders geeignetes Zielobjekt.[1632]

Die „Operation Anthropoid" war streng geheim; eingeweiht waren neben Beneš und Moravec nur einige Geheimdienstoffiziere, der Verteidigungsminister General Sergej Ingr und Beneš' Sekretäre, Prokop Drtina und Eduard Táborský. Schon Anfang Oktober 1941 wurden zwei Männer für das Attentat ausgesucht – einer von ihnen war der Slowake Josef Gabčík –, für den 10. Oktober war bereits der Abflug vorgesehen, am 28. Oktober, am tschechoslowakischen Nationalfeiertag, sollte das Attentat stattfinden. Die britische *Special Operations Executive* (SOE) erhob jedoch Einspruch gegen den frühen Abflugtermin, da die Fallschirmspringerausbildung der beiden Männer noch nicht beendet sei. Als sich der zweite Mann bei der Ausbildung verletzte, schlug Gabčík seinen Freund Jan Kubiš vor, der von Moravec akzeptiert wurde.[1633] Nun erhielten die beiden von der SOE

[1632] Mastný, Czechs, 207-209; vgl. Callum MacDonald, Heydrich – Anatomie eines Attentats (München 1990); Miroslav Ivanov, Der Henker von Prag. Das Attentat auf Heydrich (Berlin 1993); Hellmut G. Hassis, Tod in Prag: Das Attentat auf Reinhard Heydrich (Reinbek bei Hamburg 2002). Da das Archiv des für den Kampf gegen die tschechoslowakischen Kampfgruppen zuständigen Gestapo-Referats bei Kriegsende vernichtet wurde und das Archiv des tschechoslowakischen militärischen Nachrichtendienstes nach 1945 auf verschiedene Bestände im Archiv des Innenministeriums aufgeteilt wurde, müssen bis heute einige Fragen der „Operation Anthropoid" unbeantwortet bleiben. – Jaroslav Andrejs, Smrt boha smrti (Brno 1997); Michal Burian et al., Atentát – Operace Antropoid 1941-1942 (Praha 2002); Jiří Fidler, Atentát (Brno 2002); Jiří Šolc, Přijedme za svitání (Praha 2005).

[1633] Josef Gabčík, geb. 1912 im Bezirk Žilina in der Slowakei, Maschinenschlosser, 1932-1937 Militärdienst in Košice (zuletzt Unteroffizier/četař), 1937-1939 in einer Militärfabrik für chemische Kampfstoffe, Mobilisierung im September 1938, Anfang Juni 1939 Flucht nach Polen, Eintritt in die tschechoslowakische militärische Gruppe in Polen; Jan Kubiš, geb. 1913 im Bezirk Třebíč in Mähren, Heizer, 1935-1938 Militärdienst in Jihlava und Opava (zuletzt Unteroffizier), Mobilisierung im September 1938, nach Errichtung des Protektorats Anschluss an eine Widerstandsgruppe, von der Gestapo verhaftet, im Juni 1939 nach Polen geflohen, Eintritt in die tschechoslowakische militärische Gruppe in Polen.
Als Frankreich anbot, die tschechoslowakischen Soldaten in Polen in die Fremdenlegion aufzunehmen, wurden zwischen Mai und August 1939 insgesamt 1212 tschechoslowakische Militärpersonen – unter ihnen Gabčík und Kubiš – von Gdynia nach Boulogne sur Mer verschifft und über Lille und Marseille nach Algerien gebracht. Mitte Sept. 1939 wurden die tschechoslowakischen Soldaten wieder aus der Fremdenlegion entlassen und nach Frankreich verlegt. Bis Mai 1940 wurde die 1. tschechoslowakische Infanteriedivision aufgestellt, die einen Stand von 11.495 Mann erreichte (3326 Freiwillige aus der Heimat, 8169 im Ausland lebende Tschechen und Slowaken). Im Juni 1940 kamen zwei tschechoslowakische Infanterieregimenter in den Rückzugskämpfen zwischen Marne und Loire zum Einsatz und verloren 400 Mann an Toten und Verwundeten. Nach dem Waffenstillstand zogen sich etwa 4000 tschechoslowakische Soldaten nach Südfrankreich zurück und wurden – auf Intervention von Beneš – von einem britischen

eine spezielle Attentatsausbildung, vor allem für einen Angriff im Freien und im Besonderen auf ein fahrendes Auto. Als Bewaffnung erhielten sie zwei Pistolen, eine Maschinenpistole (Sten-Gun), vier Splitterhandgranaten, sechs panzerbrechende Handgranaten, einen Raketenwerfer und 32 Pfund plastischen Sprengstoff mit verschiedenen Zündern. Dann wurden sie zusammen mit den Männern der Kommandogruppen Silver A und Silver B auf das illegale Leben im Protektorat vorbereitet.[1634]

Am 1. Dezember 1941 eröffnete Moravec den beiden: „Es ist Eure patriotische Pflicht, Reinhard Heydrich zu töten!" Gabčík und Kubiš stimmten ohne zu zögern zu und verpflichteten sich auch schriftlich. Mitte Dezember wurden sie Beneš vorgestellt, der zu ihnen von einer „Mission auf Leben oder Tod" sprach. Als die Meteorologen für den 28. Dezember 1941 eine günstige Konstellation von Wetter und Vollmond meldeten, flogen sie um 22 Uhr mit einer viermotorigen Halifax ab – gemeinsam mit den Kommandogruppen Silver A (3 Mann) und Silver B (2 Mann). Als die Maschine um 2.12 Uhr von heftigem Flakfeuer durchgeschüttelt wurde, behauptete Pilot Hockey, es sei die Luftabwehr der Škoda-Werke. Um 2.24 Uhr ließ er die Kommandogruppe „Anthropoid" abspringen, wenig später die beiden anderen Kommandogruppen. Erst am nächsten Tag erfuhren Gabčík und Kubiš von einem Wildhüter und einem Müller, dass sie nicht bei Pilsen, sondern bei Prag gelandet waren. Über mehrere, von Heydrich mittlerweile verbotene *Sokol*-Gruppen gelangten die beiden Fallschirmagenten nach Prag und wurden dort von der *Sokol*-Gruppe *Jindra* versteckt. Die beiden ersten Attentatspläne gegen den Sonderzug Heydrichs kamen nicht zur Ausführung, auch nicht ein dritter gegen seinen Wagen. Erst der vierte sah vor, Heydrich in seinem Auto in einer Haarnadelkurve in der Prager Vorstadt Libeň anzugreifen. Obwohl sich Gabčík und Kubiš gegenüber ihren *Sokol*-Helfern schweigsam verhielten, erahnten diese

---

Konvoi nach Liverpool mitgenommen. Nach Ausgliederung von Piloten und Flugzeugmechanikern für zwei Jagdstaffeln und eine Bomberstaffel sowie dem Ausschluss von 539 Befehlsverweigerern wurden etwa 3800 Mann in die tschechoslowakische Brigade aufgenommen, unter ihnen auch Gabčík und Kubiš. Beide dienten als stellvertretende Zugsführer in der 3. Kompanie des 1. Infanteriebataillons und waren bei Leamington Spa in der Nähe von Coventry stationiert. Nach einem Militärabkommen der britischen Regierung mit der tschechoslowakischen Exilegierung unterstand die Brigade dem britischen Oberkommando und erhielt den britischen *battledress* mit dem tschechoslowakischen Staatswappen sowie der Aufschrift *Czechoslovakia* auf dem Ärmel. Am 28. Oktober 1940 nahm Präsident Beneš den Treueid ab und zeichnete eine Reihe von Soldaten mit dem tschechoslowakischen Kriegskreuz aus, unter ihnen auch Gabčík und Kubiš. Nach Absolvierung eines Feldwebelkurses wurden die beiden Anfang März 1941 zu Feldwebeln (*rotmistr*) befördert. – Eduard Čejka, Československý odboj na západě 1939-1945 (Praha 1997).

[1634] Vgl. Zdeněk Jelínek, Operace Silver A (Praha 1992); Pavel Vorlicek, Operation Anthropoid (Phil. Diss. Wien 2013). Zwischen April 1941 und Oktober 1942 wurden von der SOE 12 oder 14 Gruppen von Agenten über dem Protektoratsgebiet abgesetzt. – Milan Hauner, Terrorismus und Heroismus in der jüngsten tschechischen Geschichte – Reflexionen über ein Tabu-Thema, in: Österreich in Geschichte und Literatur 50 (2006) 319-326.

bald das Attentatsziel und wiesen auf die zu erwartenden schweren Folgen hin. Als die zentrale Leitung des tschechischen Widerstands (ÚVOD) Beneš um Widerruf des Attentatsbefehls bat, ließ er Moravec antworten, dass Angriffe gegen eine offizielle reichsdeutsche Persönlichkeit nicht in Frage kämen. Aber Beneš deutete auch kryptisch an, dass ein deutscher Vorstoß bis zum Kaukasus zu erwarten sei, dann vielleicht ein Friedensschluss ohne Sieger. Daher verlangte Beneš vom tschechischen Widerstand unmissverständlich:

> „Unter diesen Umständen könnten auch bei uns irgendwelche Gewaltakte, Revolten, direkte Aktionen, Sabotageakte und Kundgebungen wünschenswert oder unerlässlich werden. Das wäre vom internationalen Standpunkt, für den Fall irgendwelcher Verhandlungen eine Erleichterung oder sogar die Rettung, auch wenn es große Opfer kosten würde!“[1635]

Am 27. Mai 1942 vormittags verübten Gabčík und Kubiš mit Maschinenpistole und Handgranate das Attentat auf Heydrich, der ohne Begleitschutz im offenen Mercedes-Cabriolet von seinem Wohnsitz im Schloss Jungfern-Breschan (Panenské Brežany) im Norden Prags kommend zu seinem Amtssitz in der Prager Burg unterwegs war.[1636] Zwar hatte die Maschinenpistole Gabčíks Ladehemmung, aber eine von Kubiš geschleuderte Handgranate traf das rechte Hinterrad des Autos und verletzte Heydrich schwer, da Stahlspiralen und Lederteile des Sitzpolsters in seinen Körper eindrangen. Heydrich und sein Fahrer Klein versuchten auf die Angreifer zu schießen, aber Heydrichs Pistole war nicht geladen und Kleins Pistole hatte ebenfalls Ladehemmung. Gabčík schoss dem ihn verfolgenden Klein mit seiner Pistole ins Bein, und beide Attentäter entkamen. Heydrich und Klein wurden ins Krankenhaus Bulovka gebracht, wo sich jedoch die tschechischen Ärzte scheuten, Heydrich zu operieren, und lieber auf deutsche Ärzte warteten, die sich in der Behandlung uneins waren. Der Staatssekretär und HSSPF Frank ließ Prag sofort von der Außenwelt abriegeln und verhängte über das gesamte Protektorat den Ausnahmezustand. Für Informationen zur Ergreifung der Attentäter wurde eine Belohnung von zwei Millionen Reichsmark (20 Millionen Protektoratskronen) ausgeschrieben. Gleichzeitig wurde jedem mit Hinrichtung gedroht, der etwas wissen könnte, dies jedoch nicht meldete. Der Leiter der besonderen Untersuchungskommission der Gestapo, Kriminalrat Heinz Pannwitz, meinte später, bei einer solchen Belohnung wären in Berlin Hunderttausende Hinweise eingegangen, in Prag waren es nicht mehr als dreihundert. Aber kein Hinweis enthielt brauchbare Informationen. Bereits in der Nacht vom 27. auf den 28. Mai fand

[1635] Depesche Hptm. Alfréd Bartoš, Kdt. der Gruppen „Silver A“ an Exilregierung, 12. Mai 1942, in: Odsun 2, 295f.

[1636] Hitler und Himmler waren verärgert, dass Heydrich ihre Weisungen hinsichtlich eines Begleitschutzes ignorierte. Auf die Frage von Albert Speer, warum er so leichtsinnig durch Prag fahre, soll Heydrich geantwortet haben: „Warum sollten denn meine Tschechen auf mich schießen?“ – Heydrich wusste natürlich über die negative Stimmung unter den Tschechen infolge seiner Hunderten Todesurteile Bescheid. Aber Heydrich liebte Mutproben und demonstrierte die Arroganz als „SS-Herrenmensch“. – HAUNER, Terrorismus, 322.

in Prag eine Großfahndung statt; die ganze Stadt wurde von Kommandos der Gestapo, der Waffen-SS, der Wehrmacht, der Schutzpolizei und der Protektoratspolizei durchsucht. In den folgenden Tagen wurde die Großfahndung auf das ganze Protektorat ausgedehnt, 5000 Ortschaften wurden durchsucht, fast fünf Millionen Menschen – praktisch alle Erwachsenen – überprüft. Doch die Attentäter blieben vorerst unauffindbar.[1637]

Hitler hatte Staatssekretär Frank bereits drei Stunden nach dem vorerst nicht geglückten Mordanschlag telephonisch befohlen, „als Sühnemaßnahmen […] 10.000 verdächtige Tschechen oder solche, die politisch etwas auf dem Kerbholz haben, zu ergreifen bzw. soweit sie bereits in Haft sind, in den Konzentrationslagern zu erschießen". Himmler sandte nicht nur seinen alten Schulfreund Karl Gebhardt, mittlerweile Professor für Chirurgie und Leiter des SS-Lazaretts Hohenlychen in der brandenburgischen Uckermark, nach Prag, sondern gab auch seinem HSSPF Frank den Befehl, die „gesamte oppositionelle Intelligenz" zu verhaften und noch in der Nacht die ersten 100 Personen erschießen zu lassen. Frank aber, der sofort bis zu 6000 Polizisten nach den Attentätern fahnden ließ, erreichte bereits am nächsten Tag in einer persönlichen Vorsprache im Führerhauptquartier bei Hitler die Rücknahme des Befehls. Das Attentat – so die Argumentation Franks – hätten englische und tschechische Fallschirmagenten in englischen Diensten durchgeführt, und es handle sich „nicht um den Akt einer großen im tschechischen Volke verankerten Aufstands- oder Widerstandsbewegung". Massenerschießungen würden „den vollen Rüstungsbeitrag des Protektorates für den deutschen Sieg" und die Mitarbeit der Protektoratsregierung und der tschechischen Gewerkschaften in Frage stellen. „50-100.000 Menschen als Angehörige der Verhafteten würden tatsächlich in die schärfste Frontstellung gegen uns getrieben." Daher lauteten Franks Vorschläge: Verhängung des zivilen Ausnahmezustands über das gesamte Protektorat; Großfahndungsaktion nach Tätern und Mithelfern; sofortige Exekution aller des Attentats oder der Beihilfe oder des Mitwissens Verdächtigen „samt ihren Familien". Sollten die Attentäter bis Ende Juni nicht gefasst werden, seien „KZ-Häftlinge und neu zu verhaftende Intellektuelle" in größerem Umfang zu erschießen. – Hitler ließ sich erstaunlicherweise umstimmen.[1638]

Da die Attentäter und ihre Helfer vorerst entkommen waren, begann die Gestapo sofort mit Geiselerschießungen und anderen Gewaltaktionen gegen den tsche-

[1637] Als der Kripo-Beamte Pannwitz dem SS-Gruppenführer Frank ersten Bericht erstattete, war er sich nicht sicher, ob das Attentat von abgesprungenen Exil-Tschechen oder Exil-Deutschen durchgeführt worden war. Am Tatort wurden eine englische Maschinenpistole, englische Munition sowie englische Bomben mit englischem Sprengstoff, englischen Sprengkapseln und englischem Zünder sichergestellt. – Das Attentat auf Reinhard Heydrich vom 27. Mai 1942. Ein Bericht des Kriminalrats Heinz Pannwitz, hg. von S. Breton, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4 (1985) 673-707.

[1638] Brandes, Tschechenpolitik, 126f.; Calic, Heydrich, 7f.; Longerich, Himmler, 346; Karný, Milotová, Kárná, Deutsche Politik, 281-290; Aufzeichnung Frank über Besprechung bei Hitler, 28. Mai 1942, in: Odsun 2, 298-300.

chischen Widerstand. Aber auch Prager Juden wurden in die Konzentrationslager deportiert. Nachdem Heydrich am 4. Juni seinen schweren Verwundungen erlegen war, erschien zuerst Präsident Hácha vor dem Katafalk, um sich zu verneigen. Dann wurde der Sarg Heydrichs mit großem militärischem Pomp aus Prag verabschiedet, um zum Staatsbegräbnis nach Berlin gebracht zu werden. In der Reichskanzlei, vor der versammelten Spitze des Reiches, hielt der Reichsführer-SS Himmler am Nachmittag des 9. Juni die Totenrede. Danach verabschiedete Hitler den „lieben Kameraden" Heydrich, der als „Blutzeuge [...] für die Erhaltung und Sicherung des Reiches" gefallen sei, und verlieh ihm die höchste Auszeichnung der NSDAP. Dem ebenfalls nach Berlin gekommenen Präsidenten Hácha und der Protektoratsregierung aber drohte er unverhüllt, „einige Millionen Tschechen aus Böhmen und Mähren auszusiedeln, wenn sie ein ruhiges Zusammenleben nicht haben wollen", und zwar „innerhalb von zwei Jahren" und „wenn notwendig auch während des Krieges".[1639]

Am 10. Juni 1942 erschossen SS-Soldaten im Dorf Lidice 20 Kilometer nordwestlich von Prag sämtliche 192 Männer und Burschen, die über 15 Jahre alt waren, dazu 7 Frauen zweier Legionärsfamilien. Alle anderen 198 Frauen wurden in Konzentrationslager deportiert, davon 184 in das KZ Ravensbrück, aus denen 60 nicht mehr zurückkehrten; 7 Frauen kamen ins Polizeigefängnis Theresienstadt, 4 schwangere Frauen in ein Krankenhaus in Prag. Von den 105 Kindern wurden 88 nach Łódź deportiert, von denen 86 in den Gaskammern von Chelmno starben; 7 Kinder unter einem Jahr alt kamen in ein Prager Heim und 3 wurden zur „Germanisierung" ins Altreich geschickt. Das ganze Dorf mit 95 Häusern und einer Barockkirche wurde danach angezündet und gesprengt; jüdische KZ-Häftlinge von Theresienstadt mussten in den folgenden drei Wochen alle Spuren beseitigen. In der Ortschaft Ležáky, wo man einen Geheimsender der Attentäter gefunden hatte, wurden am 24. Juni alle 32 Erwachsenen erschossen, alle 11 Kinder verschleppt, der Ort ebenfalls zerstört. Im Bericht des SS-Standartenführers Hans-Ulrich Geschke, des Leiters der Gestapo-Leitstelle Prag, an das Reichssicherheitshauptamt vom 24. Juni 1942 hieß es:

> „Auf Befehl des Führers wurden gegen die Ortschaft Liditz in Böhmen Vergeltungsmaßnahmen durchgeführt, weil flüchtige tschechische Fallschirmagenten nach ihrem Absprung aus englischen Flugzeugen in dieser Ortschaft angelaufen sind und von Verwandten ebenfalls bei der tschechischen Legion in England stehender Dorfeinwohner und einem großen Teil der Ortsbewohner unterstützt wurden."[1640]

Inzwischen war in Prag die Jagd auf die Attentäter weitergegangen. Erst am 16. Juni stellte sich einer der aus Großbritannien abgesetzten Fallschirmagenten, Ladislav Vaněk alias Jindra, der Gestapo und gab die Namen der Attentäter und

[1639] Küpper, K. H. Frank, 274f.; Odsun 2, 307f.

[1640] Kaden, Okkupationspolitik, 191; Václav Buben (Hg.), Šest let okupace Prahy (Praha 1946) 165f.; Sayer, Bohemia, 231, 369.

ihrer Helfer preis. Gabčík und Kubiš hatten sich zusammen mit Valčík – einem Mitglied der Kommandogruppe Silver A, der den Attentätern mit einem Taschenspiegel das Herannahen des Autos Heydrichs signalisiert hatte – und vier anderen Fallschirmagenten in der Krypta der griechisch-orthodoxen Karl Borromaeus Kirche in der Prager Neustadt versteckt. Angehörige der Gestapo und der Waffen-SS sollten sie lebend fassen, doch die Attentäter und ihre Helfer wehrten sich sieben Stunden lang. Eingekreist von einigen hundert SS-Männern und nach Flutungsmaßnahmen der Feuerwehr, begingen die Attentäter schließlich Selbstmord. Nach monatelangen Verhören und Folterungen wurden am 22. Oktober 1942 252 Verwandte und Helfer der Fallschirmagenten ins KZ Mauthausen deportiert und am 24. Oktober hingerichtet – die Männer durch Erschießen, die Frauen und Kinder durch Vergasen. Die orthodoxen Priester, die den Attentätern Unterschlupf gewährt hatten, wurden bereits Anfang September erschossen, der Besitz der orthodoxen Kirche im gesamten Protektorat konfisziert.[1641]

Innenminister Bienert, der die Arbeit in seinem Ministerium überwiegend seinem deutschen Präsidialchef überlassen hatte, rief eine Woche nach Heydrichs Tod seine Beamten und Angestellten zu einer Trauerkundgebung in das Stadium des Fußballklubs „Sparta“ zusammen. Sie waren exakt darauf vorbereitet, an welcher Stelle seiner Rede sie ihre rechte Hand zum Hitler-Gruß zu heben und dreimal „Heil“ und „Zdar“ zu schreien hatten. Manche versuchten sich dieser vorgeschriebenen Sympathiebezeugung durch Mitnahme von Büchern und anderer Dinge zu entziehen. Aber sogar Bienert beschränkte sich nur auf allgemein bekannte NS-Phrasen – wie etwa: „Die Ermordung Heydrichs war das Werk des Emigranten Beneš, der öffentlicher Feind Nr. 1 des tschechischen Volkes und dessen Ziel die komplette Zerstörung der tschechischen Nation ist.“ –, und seine Rede hinterließ eher den Eindruck einer Karikatur.[1642]

Die internationale Wirkung der Ermordung Heydrichs war jedoch außerordentlich. Die NS-Propaganda selbst hatte die Namen der Erschossenen hinausposaunt, ebenso die Vernichtung von Lidice und den Kampf in der Prager Kirche. Nicht zuletzt die Zeremonien in Prag und Berlin hatten sowohl gegenüber den Deutschen und Tschechen als auch gegenüber den Alliierten die herausragende Stellung des Stellvertretenden Reichsprotektors unterstrichen. Hitler und Himmler hatten Beneš mit all dem pompes funèbres geradezu den Gefallen getan, den Tyrannenmord zu überhöhen. Nach den Aufzeichnungen seines Kanzlers Smutný soll Beneš auf die Nachrichten aus Prag keineswegs niedergeschlagen reagiert haben:

> „Es ist ungeheuerlich, was sie tun, aber politisch hat es uns die notwendige Sicherheit gebracht. Von jetzt an kann sich nie wieder die alte Situation wiederholen, in der die Tschechoslowakei

[1641] Gabčíks Angehörige entgingen als Slowaken der Vergeltung. Der Verräter erhielt fünf Millionen Protektoratskronen (= 500.000 RM) als Belohnung. Am 5. Mai 1945 wurde er in Pilsen verhaftet und hatte die unglaubliche Summe von einer Million Reichsmark bei sich. Er wurde zum Tod durch den Strang verurteilt und hingerichtet. – Nather, Als Deutscher, 45.

[1642] Report from the Protectorate, July 1942, AÚTGM, EB II, V 62.

nicht mehr als international anerkannter Staat auftritt. […] Ich habe die ganze Zeit geheime Friedensverhandlungen befürchtet, die uns letzten Endes unter deutscher Herrschaft lassen würden. […] Die Prager Hinrichtungen haben unsere Politik gefestigt.“[1643]

Die weltberühmte Sopranistin Jarmila Novotná, die zwischen 1929 und 1933 am Staatstheater in Berlin und zwischen 1933 und 1938 an der Wiener Staatsoper gesungen hatte, bevor sie ab 1940 an die Metropolitan Opera in New York wechselte, gab zusammen mit dem Exil-Außenminister Jan Masaryk ein Album unter dem Titel *Songs of Lidice* heraus. Masaryk erklärte einleitend:

„This is a selection of a very few, simple, but to my mind, lovely folk songs of my nativeland. Jarmila Novotná used to sing these songs to my father, and if I happened to be in Prague, I accompanied her. Today, both Jarmila and I are refugees from Hitler’s vulgar terribleness and we did these songs once more for ourselves. Some kind friends suggested that they should be recorded, and with great trepidation I agreed to do my part. Our recording coincided with Heydrich’s arrival in Prague, with his thousand-times deserved death, and with the unbelievable horror of Lidice. The simple, immortal folk of that unhappy village sang all these songs, and it is their memory that Jarmila Novotná is offering them to the American public […] And when we rebuild Lidice, these songs will come back through pure Czech and Slovak air, cleansed once and for all from the destroyers of music.“[1644]

Die Erinnerung an Lidice wurde unter kommunistischer Herrschaft besonders gepflegt, da das Regime an diesem Massenmord die Verbrechen des Nationalsozialismus dokumentieren konnte. Die Zerstörung von Lidice (und Ležáky) wurde ein Thema auf vielen Plakaten und Briefmarken, sowohl unmittelbar nach Kriegsende als auch noch in den 1970er Jahren. Nach 1989 ging die Erinnerung an Lidice zurück, und die staatliche Gedenkstätte wurde in ihrer Bedeutung eindeutig von Theresienstadt (Terezín) abgelöst.[1645]

Die Massenvergeltung nach dem Attentat auf Heydrich traf neuerlich die tschechische Intelligenz. Zwischen 27. Mai und 3. Juli 1942 wurden 3188 Personen verhaftet, von diesen 1357 von Standgerichten in Prag und Brünn zum Tode verurteilt und erschossen, unter ihnen 477 „wegen Gutheißung des Attentats“, darunter auch ganze Familien. Unter den Hingerichteten befanden sich der frühere Ministerpräsident General Eliáš, der am 19. Juni hingerichtet wurde, weiters 57 hohe Beamte, 46 Offiziere, 31 Lehrer, 20 Universitätsprofessoren, 15 Rechtsanwälte, 11 Architekten und Ingenieure, 9 Ärzte, 8 Studenten, je 3 Geistliche, Schriftsteller und Journalisten sowie 2 Staatsanwälte. „Das gesamte tschechische Volk glaubte damals ernstlich daran, dass jeder zehnte Tscheche erschossen werden

[1643] Zprávy z Německo, červen 1942, HIA, Eduard Táborský papers, box 9; Hauner, Terrorismus, 325. In seiner Rundfunkansprache vom 13. Juni 1942 geißelte Beneš das NS-Terrorsystem und machte Hitler und Mitglieder der Reichsregierung persönlich für die Massenmorde in Lidice und Ležáky verantwortlich – Odsun 2, 311f.

[1644] Jan Masaryk, sleeve notes to Jarmila Novotná, „Songs of Czechoslovakia“, RCA LP record number VIC 1383 (1969), zitiert nach: Sayer, Bohemia, 232, 369.

[1645] Iggers, Das verlorene Paradies, 780f.

würde“, meinte Frank im März 1944 rückblickend.[1646] Immerhin ließ er bereits am 3. Juli 1942 den Ausnahmezustand aufheben. Der Bruch zwischen Deutschen und Tschechen war dennoch ein totaler, und die Exilregierung vermochte dies auch den alliierten Mächten zu vermitteln – zuerst in London, dann in Washington, schließlich in Moskau.[1647] Ein offensichtlicher Augenzeuge der Hinrichtungen in Brünn schilderte seine Erfahrungen im September 1945 in Wien:

> „Tag für Tag, durch Wochen und Monate, standen im Fettdruck die langen, langen Listen der Hingerichteten in den Zeitungen, heute 170 an der Zahl, morgen 210. Diese Listen offenbarten die Absichten des Fronvogts: es waren Universitätsprofessoren, Ärzte, Anwälte, Journalisten, Intellektuelle – es war die Intelligenz des tschechischen Volkes, die auszulöschen er entschlossen war.“ Und als „Tatsachen“ führte der nunmehrige Redakteur Krizkovsky an: „In Brünn zogen Sudetendeutsche mit Butterbrotpaketen und Ferngläsern in Scharen auf die Hügel, um sich an den Massenhinrichtungen in den Kasernenhöfen zu ergötzen; die HJ wurde hierzu sogar abkommandiert, um zu deutscher Härte und Manneszucht erzogen zu werden. Die gesamte Kulturwelt hielt angesichts dieses nicht endenwollenden Grauens den Atem an.“[1648]

Schweizer Industrielle, die im Oktober 1942 neben Linz und Wien auch Brünn besucht hatten, erhielten dort einen Augenzeugenbericht, „how people are executed“:

> „[...] the condemned must prepare for themselves wooden coffins and calculate where they should stand so as to fall directly into them. Those who are due to be executed the next day must dig graves for their ‚predecessors‘ and bury them. In the case of executions by hanging those who come later on the list are obliged to grease the rope for their associates and then to pull away the support on which they are standing.“[1649]

Und doch störten die Bilder vom Prager Wenzelsplatz, wo nach dem Tode Heydrichs etwa 100.000 Tschechen dem Reich die Treue schwören mussten; in Brünn und Pilsen waren es je 60.000, in Tabor 30.000, in Königgrätz 40.000, in Olmütz 50.000 und in Mährisch-Ostrau 70.000. Beneš war enttäuscht, dass das Volk auf die Vergeltung mit nur noch größerer Resignation reagierte, und Jan Masaryk, der Außenminister der Exilregierung, spottete:

> „In Rumänien ist es stürmisch, in Dänemark war es stürmisch, in Jugoslawien töten sie viele Deutsche, genauso wie in Griechenland. Und Hácha feiert gebückt und lakaiisch devot Heydrich, Frank, die Gestapo, die Ghettos und die Konzentrationslager.“[1650]

1646 Amort, Heydrichiáda, 59; Brandes, Tschechenpolitik, 127; Brandes, Protektorat I, 251-267. Die offizielle Presse im Protektorat veröffentlichte zwischen 28. Mai und 4. Juli 1942 täglich die Namen der zum Tode Verurteilten und Hingerichteten – alles in allem 1381 tschechische Männer und Frauen. – Sayer, Bohemia, 231.

1647 Prinz, Jaksch – Beneš, 117-128.

1648 Hugo Krizkovsky, Die Henleinisten, in: Neues Österreich, 1. Jg., Nr. 125, 16. September 1945, 1.

1649 Report from Germany of 23rd November, 1942 (received via Switzerland), HIA, Eduard Táborský papers, box 9. In Brünn dienten sowohl die alte Festung Spielberg als auch mehrere Studenteninternate als berüchtigte Gestapo-Gefängnisse.

1650 Rundfunkansprache von Prokop Drtina in der tschechischen Sendung von BBC, 5. Juli 1942, zitiert nach: Odsun 2, 319-322; Jan Masaryk, Volá Londýn (Praha 1946) 258; Perzi, Beneš-Dekrete, 173f.

Die Diktatur des Karl Hermann Frank 1942-1945

Hitler setzte vorerst den SS-Oberstgruppenführer Kurt Daluege, den Chef der Ordnungspolizei, als Nachfolger Heydrichs ein und überging damit den überehrgeizigen Frank, der aber weiterhin im Czernin-Palais auf dem Hradschin residierte. Immerhin schätzte Hitler den Sudetendeutschen Frank als „einzigen und wirklichen Kenner des tschechischen Raumes und Problemes" und hatte auch im September 1940 Franks besatzungspolitische Konzeption informell als Grundlage der NS-Besatzungspolitik im Protektorat anerkannt. Als daher der gesundheitlich angeschlagene Polizeigeneral Daluege neben seiner Berliner Funktion die Aufgaben des Reichsprotektors nicht voll erfüllen konnte, ernannte Hitler schließlich am 20. August 1943 den als Reichsinnenminister nicht länger gelittenen Wilhelm Frick zum Reichsprotektor und Karl Hermann Frank zum „Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren", der damit die eigentliche Macht im Protektorat übernahm. Denn Frank wurde Hitler unmittelbar unterstellt und im Rang den anderen Reichsministern gleichgestellt. Während der Reichsprotektor fortan lediglich als „Vertreter des Führers in dessen Eigenschaft als Staatsoberhaupt" agierte, oblagen dem Staatsminister „die die Wahrung der Reichsinteressen umfassenden Regierungsgeschäfte in eigener Verantwortung". Gleichzeitig legte Himmler „großen Wert" darauf, dass Frank auch weiterhin seine Stellung als Höherer SS- und Polizeiführer behielt.[1651]

In einer geheimen Ansprache vor den Beamten des Deutschen Staatsministeriums am 29. September 1943 betonte Frank,

> „dass sich durch die Errichtung des ‚Deutschen Staatsministeriums für Böhmen und Mähren' an der hier im Raume von Anfang an verfolgten und eingehaltenen politischen Linie nichts [...] geändert hat. Ich habe vom ersten Tage meiner Tätigkeit als Staatssekretär an ein klares politisches Konzept aufgestellt und trotz verschiedener Versuche und Bestrebungen von außen her und trotz mancher Zweifel an der Richtigkeit meiner Politik [...] klar eingehalten."[1652]

Frank unterstrich also die weitere Verbindlichkeit seiner Ende August 1940 formulierten und von Hitler gebilligten besatzungspolitischen Konzeption, deren Fernziel die langfristige, während des Krieges vorzubereitende „Germanisierung" des Gebietes und eines Großteils der tschechischen Bevölkerung des Protektorats blieb. Doch nicht von diesem seinen Beamten ohnehin bekannten Fernziel sprach Frank, sondern von der Erfüllung der Nahziele im fünften Kriegsjahr: „Sicherheit – Ordnung – Produktion!", um „aus den reichen menschlichen und wirtschaftlichen Kräften des Raumes das Äußerste heraus[zu]pressen". Dies bedeutete einerseits, „alle arbeitswilligen und loyalen [...] Tschechen absolut anständig und gerecht [zu behandeln], in ihnen nicht ein Knechtvolk [zu] sehen und zur Sicher-

---

[1651] René KÜPPER, Karl Hermann Frank als Deutscher Staatsminister für Böhmen und Mähren, in: Glettler, Lipták und Míšková, Geteilt, besetzt, beherrscht, 31-52.

[1652] KÜPPER, Frank, 37.

stellung ihrer ausreichenden Ernährung alles zu tun“, andererseits aber nicht durch unterschiedslosen Massenterror, sondern durch gezielte, selektive Gewaltanwendung Widerstandshandlungen schnell und drastisch zu unterbinden und so die der deutschen Herrschaft überwiegend feindlich gegenüberstehende passive Masse der Tschechen vom passiven Widerstand abzuschrecken. Frank wusste freilich aus den Berichten des Sicherheitsdienstes und der deutschen Oberlandräte, dass die der geplanten „Germanisierung“ vorzuschaltende „Entpolitisierung“ der Tschechen durch die vor allem in den ersten Jahren der deutschen Besatzung betriebene Propaganda für die „Sankt-Wenzels-Tradition“ und die „Rückbesinnung auf den Reichsgedanken“ bei den Tschechen sehr wenig Anklang gefunden hatte.[1653]

Bereits im August 1943 war über Stockholm ein höchst informativer deutschsprachiger Stimmungsbericht aus dem Protektorat in London eingetroffen, der vermutlich von einem der KSČ nahestehenden Deutschen aus Mährisch-Ostrau stammte.[1654] Die öffentliche Meinung in seiner Stadt bezeichnete er als „vollkommen soviet freundlich“, während die polenfeindliche Stimmung zwar andauere, andererseits aber die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit einem demokratischen und sozialistischen Polen eingesehen werde. Ziemlich unverblümt fielen auch andere Beurteilungen des Informanten aus, sowohl zur tschechoslowakischen Armee, als auch den Slowaken, zu Hácha und seiner Protektoratsregierung, zur „Münchener Kapitulation“, zu Beneš, zur Londoner Regierung, zum Antisemitismus, zur Lage im Sudetengebiet und zum Attentat auf Heydrich:

> „Armee: Schlechte Wirkung der Nachrichten aus Frankreich, die schon im Frühjahr 1941 von den Nazis in der tschechischen Presse publiziert wurden, insbesondere der Zwist Prchala – Ingr.[1655] Über General Prchala wird nicht gesprochen, es wurde viel von ihm gehofft, er ist ein Ostrauer, aber er versagte. [...] General Ingr hasst man und verhöhnt ihn. Die Deutschen haben Dokumente der offiziellen tschechoslovakischen Darstellung der Kämpfe des 1. und 2. Regiments in Frankreich und zum Vergleich den französischen offiziellen Bericht publiziert, was sehr geschadet hat. Man hat daraus entnommen, dass eine neue Befreiungslegende im Entstehen ist.[1656]
>
> Von der tschechoslovakischen Armee in England ist nichts bekannt, man nimmt an, dass sich alles in der Soviet-Union und im Nahen Osten befindet. Oberst Svoboda ist sehr populär, [...].
>
> Slovaken: Gutes Verhältnis zu den Slowaken, man wirft ihnen nichts vor, nicht einmal die aktive Teilnahme am Krieg, man versteht, dass sie keine Wahl haben, anders zu handeln.
>
> [...] Die Hácha Regierung wird nicht als verräterisch angesehen, sie wird damit erledigt, dass es ‚jemand machen muss‘. Von Minister Moravec glauben die einen, dass er mehr tut, als unbe-

---

1653 Küpper, Frank, 37-40. Als enger Mitarbeiter von Frank bearbeitete Oberstaatsanwalt Dr. Franz Nüsslein u. a. die Gnadenakte. Die US-Behörden lieferten ihn 1945 an die ČSR aus, wo er zu 20 Jahren Kerker verurteilt und erst 1955 in die BRD entlassen wurde.

1654 Zpráva 2, 8. srpna 1943; Dr. Palkovský an Dr. Jaromír Smutný, London, 21. sprna 1943, AÚTGM, EB II, 38-16-1.

1655 Randbemerkung Dr. Palkovský: „to je pravda, zjistil jsem v Chatem House“ [das ist die Wahrheit, ich habe es im Chatham House gehört].

1656 Randbemerkung von Dr. Palkovský: „Ano – viděl jsem české noviny v Ch. H.“ [Ja – ich habe die tschechische Zeitung im Chatham House gesehen].

dingt notwendig wäre, andere halten ihn für eine Art Švejk, manche verurteilen seine Haltung. Er bewegt sich frei ohne Schutz und wird von niemandem bedroht. Man traut Bienert, hält sein Handeln für Vortäuschung, Kalfus wird als Buchhalter angesehen. Angst vor neuen ‚Befreiungslegenden' – die allgemeine Stimmung ist viel nüchterner als 1918. Die Aktion im Ausland wird für notwendig gehalten, aber nicht für entscheidend und ausschlaggebend.

Hácha: Es existiert eigentlich kein Verhältnis zu Hácha. Eine Konkurrenz Beneš – Hácha, um die sich der Londoner Rundfunk bemüht hat, erscheint ganz unsinnig. Es ist allgemein bekannt, dass Hácha am liebsten in Pension ginge, um sich ein Häuschen in Písek kaufen zu können, wo er in Ruhe leben könnte.

Münchener Kapitulation: Ein ständiges Interesse um die Vorgänge im September und Oktober 1938. Die Meinung, dass man gemeinsam mit der Soviet-Union den Kampf hätte aufnehmen sollen, ist sehr verbreitet, nach dem Sieg von Stalingrad fast allgemein; die schlechten Informationen der Regierung die Rote Armee betreffend werden kritisiert.

Beneš: Beneš wird beschuldigt, dass er nicht genügend informiert war, sonst hätte er nicht kapituliert. Andere sind der Meinung, dass Beneš zwar richtige Informationen hatte, aber dass er dem Kampf auswich. Erklärung der einen: Angst um seine Macht, der anderen: materielles Interesse. Es wird auch herumgesprochen, dass Beneš nicht ins Ausland gehen wollte, da er angenommen hat, dass seine Zusammenarbeit mit Hitler möglich sein wird. Immer noch schadet Beneš der Spruch: Ich habe einen Plan – Aeroplan [tschechisch, Anm. im Original].

Die Hauptschuld an der militärischen Niederlage wird General Syrový zugeschrieben. Die allgemeine Verachtung ist mehr auf seine Person konzentriert als auf die Hácha Regierung.

Beneš hat Anhänger in Prag, in Böhmen schon weniger, und in Mähren und in der Slowakei noch weniger.[1657] Die Einstellung der Ostrauer Bevölkerung Beneš gegenüber war immer eine kühle [Teschen 1920, Anm. im Original]. Durch seinen Brief an den polnischen Präsidenten vom September 1938 wurde sie noch kühler. Brünn ist Beneš' schwächster Punkt. [...] Im ganzen ist aber die Einstellung Beneš gegenüber keine feindliche, selbst wenn viele – rechtsstehende Elemente wie linksstehende – seine Rückkehr zur Macht nicht wünschen. [...]

Man ist überwiegend der Meinung, dass junge Leute zu bevorzugen sind. Im Allgemeinen herrscht ein Widerwillen gegen die Politiker von 1918/1938. Pronazistische Kundgebungen der Künstler, Gelehrten u. a. werden als erzwungen angesehen und nicht kritisiert, weil jeder von ihrer Unaufrichtigkeit überzeugt ist.

Londoner Regierung: Zur Londoner Regierung kein großes Vertrauen, weil Personen, die Mitglieder des Pariser Nationalausschusses waren, durch die Gerüchte von den dortigen Verhältnissen kompromittiert sind. Der Wahlspruch hauptsächlich in Mähren: Fierlinger und kein Feierabend. Fierlinger ist sehr populär, man kennt sein Buch. Die links orientierten Kreise sind für Fierlinger, sogar für Nejedlý, die rechts orientierten glauben an den Sieg von Amerika und England und sind der Meinung, dass sie gezwungen sein werden, Beneš zu schlucken. [...]

Rundfunk: Man belauscht mehr den Moskauer Sender als London. Nachrichten interessieren am meisten, die Kommentare findet man überflüssig [...]. Propaganda für einzelne Persönlichkeiten interessiert niemanden. Man glaubt vom Londoner Sender, dass er hauptsächlich persönlichen Zwecken dient.

Jan Masaryk hat Sympathien als Mensch, weniger als Politiker. Es gibt keinen Antisemitismus, aber es herrscht allgemein die Meinung, dass die Bergwerke und Eisenwerke nicht an die frü-

[1657] Dr. Palkovský meinte dazu, dass Beneš in Mähren nicht 100 % benötige, sondern lediglich 51 %. – Brief Palkovský an Smutný, 21. August 1943, AÚTGM, EB II, 38-16-1.

heren Besitzer zurückgehen dürfen, nicht weil sie Juden sind, sondern weil sie deutsch sind und germanisiert haben.

Sudetengebiet: Die Nazis haben sich bemüht, sich die Gunst der Sudetendeutschen um jeden Preis zu erkaufen. Heute haben sie ihnen nichts mehr zu bieten. Die Verluste an Menschenleben sind beträchtlich. Es wird Hácha hoch angerechnet, dass die Tschechen nicht militärpflichtig sind. Darin liegt die Stärke seiner Position. Die Sudetendeutschen hassen deswegen die Tschechen, die nicht kämpfen müssen und es verhältnismäßig gut haben in den deutschen Fabriken und am Land in Böhmen. [...]

Deutsche: Man glaubt an irgendeine Art von Kompromissfrieden, bis zur Niederlage bei Stalingrad hat man an den deutschen Sieg geglaubt: die Soviet Union wird von der Reichswehr geschlagen werden, der Westen von den U-Booten.

Der Hass gegen die Deutschen ist groß, selbstverständlich hauptsächlich gegen die Nazis, die meistens den Kreisen der deutschen Bourgeoisie und Intelligenz angehören. Den deutschen Arbeitern gegenüber ist die Stimmung tolerant. Das Benehmen der Deutschen ist sehr verschieden, so hat sich die Haltung der deutschen Bevölkerung in dem okkupierten Troppauer Gebiet – die Bonzen ausgenommen – den Tschechen gegenüber sehr verändert. In der Gegend von Freiwaldau, Jägerndorf und [???, Anm. im Original] sind auch die Deutschen der Tschechoslowakischen Republik freundlich gesinnt, wogegen Nordmähren und Schlesien sind pro-Nazi, sogar das Proletariat, dem es besser geht, als in der Republik.

[Attentat auf Heydrich, Erg. Suppan]: Die Folgen des Attentats waren zu schwer, bis heute leben alle in Ängsten, wer von der Gestapo erwischt wird, da alle den Deutschen gegenüber [ein, Erg. Suppan] schlechtes Gewissen haben. Jeder hat auf irgend eine Weise sabotiert.

Gegen den Urheber der Idee, Paraschusten [recte: Parachutists] aus London mit dem Plan der Ausführung des Attentats zu schicken, herrscht noch immer Erbitterung. Die besten Sabotageorganisationen wurden zerschlagen. Es herrscht die Ansicht, dass der ganzen Untergrundbewegung im Land selbst das Attentat Schaden zugefügt hat, ja dass es sie unmöglich gemacht hat. Es waren Gerüchte verbreitet, dass das Attentat gegen das Verbot Beneš's ausgeführt wurde. Frank's Nachrichten über Beneš wird kein Glauben geschenkt: angehaltene Briefe, Telegramme, Rundfunknachrichten werden für Fälschungen gehalten.

Panische Angst vor dem Bombardieren. Es laufen Gerüchte um, dass der Angriff auf Berlin von einigen tausend Bombern ausgeführt wird, die in einer Nacht eine Bombenlast von 50.000 Tonnen abwerfen werden. Die ganze Flugzeugabwehr wird um Berlin herum konzentriert. Es wird ins Blaue gereist. In unserem Gebirge sind alle Hotels längst überfüllt. Es werden Zeltlager errichtet, die wasserdicht und gut ausgestattet sind, anscheinend zum Wintergebrauch. Die Flüchtlinge aus dem Ruhrgebiet schlafen einfach im Freien, wenn sie keine andere Schlafgelegenheit finden.

Ernährungssituation: elend.

Wünsche: Es soll nur nicht mehr lange dauern, was auch kommen mag, kann nicht schlimmer sein, als es jetzt ist."[1658]

Dieser Stimmungsbericht enthielt Beobachtungen, die für den Sommer 1943 ihresgleichen suchen. Bereits die noch immer erstaunlich positive Einschätzung der Tätigkeit der Protektoratsregierung und Háchas überrascht, nicht zuletzt da die tschechische Bevölkerung ein größeres Maß an Vortäuschung annahm. Als

[1658] Zpráva 2, 8. srpna 1943, AÚTGM, EB II, 38-16-1.

ebenso erstaunlich ist die doch ziemlich kritische Haltung gegenüber Beneš und seiner Exilregierung zu registrieren, was teilweise mit dem Münchener Abkommen, teilweise mit Machtspielen im Exil zu tun hatte. Ziemlich nüchtern wird auch die stark nachlassende Begeisterung der Sudetendeutschen wahrgenommen, was vor allem mit der Kriegslage und den hohen Kriegsverlusten an den Fronten zu tun hatte. Dass bereits sehr deutlich vom Hass der Sudetendeutschen auf die Tschechen und vom großen Hass der Tschechen gegen die Deutschen die Rede ist, stellte ein schlechtes Omen für das Kriegsende dar. Schließlich vermittelt der Bericht auch die kritische Haltung der tschechischen Bevölkerung gegenüber einem Attentat aus Angst vor Racheakten der Gestapo.[1659]

Der Deutsche Staatsminister Frank stützte sich bei der Durchsetzung seiner Politik vor allem auf die deutsche Exekutive im Protektorat – Ordnungspolizei, Sicherheitspolizei (Gestapo und Kripo) und Sicherheitsdienst –, die ihm als Höherem SS- und Polizeiführer unmittelbar unterstand und deren Kommandeure zu seinen engsten Mitarbeitern zählten: der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, SS-Oberführer Erwin Weinmann, der Befehlshaber des SD-Leitabschnitts Prag, SS-Obersturmbannführer Walter Jacobi, der Leiter der Gestapo-Leitstelle Prag, SS-Obersturmbannführer Ernst Geschke, der Ministeramtschef SS-Standartenführer Robert Gies, der Leiter der Abteilung Kulturpolitik, SS-Sturmbannführer Martin Wolf, und Franks Fachmann für „Volkstumsfragen", der sudetendeutsche SS-Standartenführer Ferdinand Fischer.[1660]

Neben dem deutschen unterstand Frank auch der tschechische Sicherheitsapparat. Einerseits war schon 1941 die überwiegende Mehrheit jener Beamten entlassen worden, die im Ersten Weltkrieg Angehörige der Tschechoslowakischen Legionen gewesen waren. Andererseits ließ Frank 1942 Polizei und Gendarmerie zur „uniformierten Protektoratspolizei" zusammenlegen, Kriminal- und Verwaltungspolizei zur „nichtuniformierten Protektoratspolizei". Ihre deutschen Generalkommandanten standen gleichzeitig der Ordnungs- und Sicherheitspolizei vor. Damit koppelte Frank den Sicherheitsapparat von der inneren Verwaltung der Protektoratsbehörde wie der tschechischen Regierung ab; Deutsch wurde als alleinige innere Dienstsprache eingeführt, bald auch der „deutsche Gruß". Der neue Generalkommandant der uniformierten Protektoratspolizei – dem nun Ende 1942 568 Offiziere und 19.548 Unteroffiziere und Mannschaften unterstanden,

[1659] Bereits 1966 drehte Jiří Menzel nach einer Novelle von Bohumil Hrabak den Film *Ostře sledované vlaky*, der in Deutschland und Österreich unter dem Titel „Liebe nach Fahrplan" lief. Der Film veranschaulicht, wie sich die Tschechen unter den trostlosen Umständen der Protektoratszeit in ihr Privatleben zurückzogen, das aber plötzlich durch einen Sabotageakt eines jugendlichen Antihelden unterbrochen wird. Im Film *Musíme si pomáhat*/„Wir müssen zusammenhalten" aus dem Jahre 2000, Regie Jan Hřebejk, geht es ebenfalls um das Überleben der Protektoratszeit durch Lügen und Schwindeln, wobei das Versteck eines jungen Juden auch vor einem tschechischen Kollaborateur mit der SS geschützt werden muss. – Iggers, Das verlorene Paradies, 778f.

[1660] Küpper, Frank, 44f.

dazu 180.000 Feuerwehrleute – erklärte in seinem Antrittsappell den tschechischen Offizieren und Männern, aus der uniformierten Protektoratspolizei „ein leistungsfähiges, neuzeitlich organisiertes und für die Lösung großdeutscher Aufgaben jederzeit zuverlässiges Polizeikorps zu machen". Wer ihm dabei helfe, werde die Anerkennung finden, auf die er Anspruch habe; wer Sabotage übe, werde die verdiente Strafe finden.[1661]

Die Protektoratspolizei wurde vor allem als Exekutivorgan zur Überwachung der Kriegswirtschaft eingesetzt, etwa für die Verfolgung des Schwarzmarktes und der Schwarzschlachtungen. Die organisatorische Neuordnung ermöglichte aber auch den Einsatz von tschechischen Gendarmerieeinheiten bei der Bewachung des KZ Theresienstadt, was eine Reduktion des deutschen Wachpersonals ermöglichte; immerhin war der Dienst in Theresienstadt mit einer Geldprämie verbunden. Freilich wurde in SD-Berichten bald das „judenfreundliche" Verhalten von Angehörigen der tschechischen Bewachungsmannschaft kritisiert. Trotz Untersuchungen seitens der Gestapo wurden aber nur 3 % aller Beamten abgeurteilt. Insgesamt wurden zwischen 1939 und 1945 nur 506 Angehörige der tschechischen Gendarmerie von der Gestapo verhaftet, etwa 7 %.[1662]

Schon im Jahre 1942 waren Männer für die neuen Polizeibataillone gesucht worden; damals gingen fast 11.000 tschechische und deutsche Aufnahmegesuche ein, von denen schließlich 1158 Männer genommen wurden, darunter 258 Maturanten. Diese wurden in einem ersten Einsatzbericht vom Juni 1943 durchaus gelobt: „Hervorzuheben ist die Dienstfreudigkeit und die gute soldatische Haltung, mit der die Angehörigen des Bataillons in Einsätzen bei und nach Luftangriffen ihre Aufgabe erfüllt haben." Frank und Polizeioffiziere versuchten in ihren Appellen auch, auf eine „schicksalshafte Verbundenheit" zwischen deutschen und tschechischen Exekutivorganen zu verweisen. Daher widmete er etwa den Angehörigen von tschechischen Opfern in der Partisanenbekämpfung oder bei alliierten Luftangriffen besondere Fürsorge. Als etwa der Gendarmeriewachtmeister František Ometák Ende April 1942 im Kampf gegen tschechische Fallschirmagenten fiel, verfügte Heydrich die Auszahlung einer großzügigen Witwenpension, und der deutsche Polizeigeneral Paul Riege versicherte in einer Grabrede, dass „seine Person nicht nur bei seinen Kameraden der Protektorats-Gendarmerie, sondern auch bei seinen Kameraden der Deutschen Ordnungspolizei hoch in Kurs gehalten wird. […] Auch er stand auf Posten für die Freiheit und Unabhängigkeit des Großdeutschen Reiches."[1663]

[1661] NA Praha, fond GKUP, Kt. 11, Sign. 124/11, Kt. 12, Sign. 133/12. Die Dokumente erhielt ich von Mag. Niklas Perzi.

[1662] Bericht des SD-Leitabschnitts Prag an HSSPF Frank, 13. April 1942, NA Praha, Fond Deutscher Staatssekretär, Kt. 131, Sign. 109-8-28; NA Praha, fond ZČV, Kt. 1002. Die Dokumente erhielt ich von Mag. Niklas Perzi.

[1663] Bericht des Generalkommandos der Uniformierten Protektoratspolizei an den Stellvertr. Reichsprotektor, Prag, 2. November 1942, NA Praha, fond GKUP, Kart. 11, Sign. 124/11; NA, Fond Deutscher Staatssekretär, Kart. 131, Sign. 109-8-31. Die beiden Dokumente erhielt ich von Mag. Niklas Perzi.

Um seine Konzeption selektiven Terrors – sehr brutales Vorgehen gegen aktive Widerständler und Saboteure, aber keine Massenrepressalien gegen nicht direkt Beteiligte – relativ unabhängig von Berlin anwenden zu können, ersuchte Frank am 4. September 1943 Himmler um die Genehmigung, selbständig „Sonderbehandlungen", also Hinrichtungen ohne vorheriges Gerichtsverfahren, anordnen zu dürfen. Dieser Terror – etwa die Errichtung von Galgen in Rüstungsbetrieben (!) – stellte keine direkte Reaktion auf eine krisenhaft zugespitzte Situation dar, sondern war eindeutig als politisches Druckmittel vorgesehen:

> „[...] In der letzten Zeit mehren sich die Versuche, durch Widerstandshandlungen und kleinere Sabotageakte die Ruhe und Ordnung im Protektorat zu stören. Um solche Umtriebe im Keime zu ersticken und künftigen vorzubeugen, sind sofortige Exekutivmaßnahmen an Ort und Stelle notwendig. [...] Die Folge wird – abgesehen von dem Schock, den die Bevölkerung erfährt – zweifelsohne die sein, dass sich der dem bürgerlichen Leben zugewandte Teil der Bevölkerung – und das ist im Protektorat die Mehrzahl – befleißigen wird, mit Hetzern und Quertreibern weniger anzubandeln [...]."
>
> Frank bat daher „um die Erlaubnis, in den Fällen, wo es mir unter dem Gesichtspunkt der Abschreckung notwendig erscheint, politisch vorbelastete und tatverdächtige Tschechen [...] außerhalb des staatspolizeilichen bzw. strafprozessualen Verfahrens einer Sonderbehandlung zuzuführen."[1664]

Frank erhielt die beantragte Ermächtigung bereits am 7. September 1943 – allerdings nur bis zum 31. Dezember 1943 –, so dass er am 20. Dezember 1943 ihre Verlängerung beantragte, die Himmler am 3. Jänner 1944 erteilte und die nun bis zum 31. Dezember 1944 galt, offensichtlich aber bis zum Kriegsende angewendet wurde. Am 20. Oktober 1944 wurden 23 Männer und 7 Frauen hingerichtet, die von den Sondergerichten Prag und Brünn wegen „reichsfeindlichen Verhaltens" zum Tode verurteilt worden waren. Hingerichtet wurde etwa ein Gendarmeriewachtmeister der Protektoratspolizei wegen Abhörens ausländischer Rundfunksendungen, ein weiterer, der einen gesuchten Widerständler hatte entkommen lassen; hingerichtet wurden am 8. Februar 1945 ein Musikkritiker und ein Pressezensor wegen einer als „geistige Sabotage" klassifizierten Konzertrezension (!). Bis Ende April 1945 wurden allein im Staatsgefängnis Pankrác im Süden von Prag 1075 Personen durch das Fallbeil hingerichtet. Noch am 2. Mai 1945 billigte Frank 22 Hinrichtungen in Olmütz und 22 Hinrichtungen in Iglau. Und am selben Tag wurden 53 Gefangene in der Theresienstädter Kleinen Festung „sonderbehandelt".[1665]

Frank hatte schon im Sommer 1942 Angehörige von tschechischen Exilpolitikern und -offizieren in ein Sonderlager nach Südmähren einweisen lassen, erreichte aber andererseits bei Himmler und Ernst Kaltenbrunner, dem Nachfolger Heydrichs im Reichssicherheitshauptamt, dass keine tschechischen Häftlinge mehr nach Auschwitz geschickt wurden. Außerdem verlegte sich Frank auf einen

[1664] Frank an Himmler, 4. September 1943, in: Küpper, Frank, 45.

[1665] Küpper, Frank, 45f., 49; vgl. Český národ soudí K. H. Franka (Praha 1947).

„stillen“ Kampf gegen die tschechischen Widerstandsgruppen, ließ Konfidenten einschleusen und gab nur mehr wenige Todesurteile bekannt – vor allem solche gegen Partisanen. In seiner Geheimrede vom 30. März 1944 vor leitenden Parteifunktionären des Gaues Sudetenland in Bad Karlsbrunn (Karlová Studánka) erklärte Frank ohne Umschweife die polizeilich-terroristische Seite seiner Politik:

> „[...] Ich habe schließlich auch keine Geiselmaßnahmen im großen Umfange durchgeführt. [...] Ich habe allerdings stets und zu jeder Stunde den Täter- und Helferkreis im weitesten Sinne und unter Umständen mit brutalsten Mitteln und auf schnellstem Wege beseitigt. Wir haben auch heute noch monatlich rund hundert Todesurteile und greifen blitzschnell und schärfstens eventuell dort mit Sonderbehandlung zu, wo gegen das Reich gearbeitet wird. Wir haben uns allerdings abgewöhnt, wie früher Bekanntmachungen darüber an die große Glocke zu hängen und durch Presse und Rundfunk in die Welt hinauszusenden. [...] Heute wird an Ort und Stelle gehandelt und an Ort und Stelle oder im nächsten Umkreis, bei Betriebsvorfällen in den entsprechenden Betrieben, plakatiert und nur ganz besonders drastische Fälle nur zur Abschreckung einmal in die Zeitung gesetzt.“[1666]

Öffentlich bekanntgemacht wurden weiterhin Namenslisten von Personen, die der Protektoratsangehörigkeit für verlustig erklärt wurden. Dies betraf in einer Bekanntmachung des Reichsprotektors vom 29. Juli 1943 – neben tschechischen Fabriksdirektoren, Eisenbahnangestellten, Postbeamten und deren Ehefrauen sowie Studenten – etwa auch Dr. Eduard Táborský, den persönlichen Sekretär des Präsidenten Beneš. Öffentlich bekanntgemacht wurde nach wie vor auch die Einziehung jüdischen Vermögens zugunsten des Deutschen Reiches, so geschehen am 26. Juli 1943 durch die Gestapo in Freiberg, Troppau, Znaim und Jägerndorf. Bei drei der vier jüdischen Eigentümer wurde der derzeitige Wohnort als „unbekannt“ angegeben. Ob die Bevölkerung diese unverschämte Lüge glaubte?[1667]

Nachdem ihm Hitler am 3. Oktober 1942 bekräftigt hatte, dass Tschechen weder als Freiwillige an der Front noch in Polizeibataillonen in der Etappe oder als Flakhelfer eingesetzt werden dürften, erklärte Frank öffentlich, Hitler fordere vom tschechischen Volk keinen militärischen Beitrag, sondern „restlose Arbeitsleistung“. Da in Deutschland die Arbeitskräfte immer knapper geworden waren, begann man im Herbst 1942, junge tschechische Männer der Jahrgänge 1921 und 1922 auch in Deutschland einzusetzen, vornehmlich in den an das Protektorat angrenzenden Regionen Schlesien, Sachsen, Sudetenland, Bayern, Oberdonau und Niederdonau. Als im Jänner und Februar 1944 der Jahrgang 1924 zum Arbeitseinsatz ins Reich genötigt wurde, musste die Polizei bereits „schärfste Zwangsmittel“ anwenden, um zumindest 56.000 der ursprünglich vorgesehenen 58.000 Arbeitskräfte in die Transportzüge zu bringen. Zwar mussten keine Sklavenjagden wie im Generalgouvernement durchgeführt werden, aber die Zahl der „plötzlich Erkrankten“ und der „Selbstverstümmelungen“ stieg deutlich an. Die Empörung der tschechischen Öffentlichkeit über diese „Jahrgangsaktion“ war derart gewaltig,

---

[1666] Geheimrede Franks vom 30. März 1944, in: Küpper, Frank, 47.

[1667] Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger, Nr. 174, 29. Juli 1943.

dass Frank öffentlich die Rückführung nach Abschluss ihrer Schulung zur Luftwaffenfertigung im Reich zusagen musste.[1668]

Ab der Jahreswende 1943/44 wurden auch junge tschechische Frauen rekrutiert, so dass Mitte 1944 unter den fast sechs Millionen männlichen und weiblichen Zwangsarbeitern („Fremdarbeiter") im Reich bereits 400.000 bis 450.000 Tschechen und Tschechinnen gezählt wurden. Der jüngste Jahrgang, der zur Zwangsarbeit – die Tschechen sprachen ab Sommer 1944 von „Totaleinsatz" – nach Deutschland verschickt wurde, war schließlich der Jahrgang 1928. Außerdem arbeiteten im Oktober 1943 bereits etwa 12.000 Tschechen bei der Reichsbahn und 3000 bei der Reichspost. Im Mai 1944 wurden 5000 der 6500 Mann der tschechischen Regierungstruppe – die Frank als inneren Risikofaktor ansah – zum Schutz von Eisenbahnlinien und kriegswichtigen Objekten nach Italien verlegt; als jedoch die Desertionen zunahmen, wurde die Truppe bald wieder zurückbeordert. Dennoch lehnte Frank gegenüber Hitler Repressalien gegen deren Angehörige ab, da diese „4 bis 5000 Menschen treffen [würden], von denen ein Großteil in der Rüstungsfertigung eingesetzt ist. Hiermit wäre zweifellos eine schwerwiegende Beunruhigung breiter Bevölkerungsteile und als Folge eine allgemeine Erschütterung der Arbeitsbereitschaft verbunden. Ferner wäre damit zu rechnen, dass die männlichen Angehörigen aus Angst Haus und Hof verlassen, sich der Illegalität zuwenden und Bandenanschluss suchen würden."[1669]

Im Sinne seines Fernziels einer weitgehenden Germanisierung ordnete Frank am 13. Dezember 1943 die Errichtung von Gutsbezirken der Wehrmacht und Waffen-SS im Protektorat Böhmen und Mähren an, um ein weiteres gesetzliches Instrument zur Beschlagnahme und künftigen deutschen Besiedlung tschechischen Bodens zur Verfügung zu haben. Auch die „rassische Überprüfung des Nachwuchses für die 1. Klassen der tschech. Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten" mittels „Ausleselagern" lief weiter. Vor einigen im Protektorat angesiedelten volksdeutschen Bauern hob Frank deren „besondere politische Aufgabe" hervor, da ja das begonnene Werk, sobald es die Verhältnisse zulassen, fortgesetzt und in der notwendigen Weise ausgedehnt werden soll".[1670]

Nach der deutschen Niederlage bei Stalingrad Ende Jänner/Anfang Februar 1943 und nach der Entdeckung von Tausenden Leichen der vom NKVD ermordeten 25.700 polnischen Armeeoffiziere, Offiziere und Unteroffiziere der Polizei und Gendarmerie, Polizeiagenten und Gefängniswärter, Gutsbesitzer, Fabrikanten sowie Funktionäre „kontrarevolutionärer" Organisationen im April 1943 bei Katyń und einigen anderen Orten der Sowjetunion[1671] begann Frank die „bolsche-

[1668] Küpper, Frank, 44.

[1669] Brandes, Tschechenpolitik, 128; Umbreit, Deutsche Herrschaft, 9f.; Küpper, Frank, 46f. Erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre verpflichtete sich die Bundesrepublik Deutschland zu Entschädigungszahlungen an die während des Zweiten Weltkrieges im Deutschen Reich – also außerhalb des Protektorats – eingesetzten tschechischen Zwangsarbeiter beiderlei Geschlechts.

[1670] Küpper, Frank, 38f.

[1671] Courtois, Le livre noir, 234f.

wistische Gefahr“ in den Mittelpunkt seiner Propaganda zu stellen. Die katholischen Bischöfe des Protektorates ließen einen Hirtenbrief gegen den Bolschewismus von den Kanzeln verlesen. Nach der von Beneš angestrebten Unterzeichnung des sowjetisch-tschechoslowakischen Freundschafts- und Beistandspaktes vom 12. Dezember 1943 in Moskau – gegen den Hácha und die Protektoratsregierung protestierten – initiierte Frank die Gründung einer tschechischen „Liga gegen den Bolschewismus“ und entließ den ehemaligen Ministerpräsidenten Beran und andere führende Politiker der Agrarpartei aus der Haft. Im Sinne seiner „Real- und Interessenpolitik“ sorgte Frank auch für die Annäherung der Lebensmittelrationen an das Reichsniveau, was noch Anfang 1944 von Konfidenten der Exilregierung bestätigt wurde. Nach Hitlers Erlass über den totalen Kriegseinsatz im Juli 1944 verteidigte Frank sogar die Gleichbehandlung von deutschen und tschechischen Arbeitskräften. Die gleichgeschaltete tschechische und deutsche Presse im Protektorat musste die „Kameradschaft“ zwischen den deutschen und tschechischen Arbeitern hervorheben.[1672]

Im Februar 1944 erweiterte Himmler Franks Einfluss auf die gesamte Tschechenpolitik, indem er seine Kompetenz als Höherer SS- und Polizeiführer auf den Reichsgau Sudetenland ausdehnte. Da es trotz seiner gezielten Repressionspolitik im Protektorat aus NSDAP-Führungskreisen Kritik an der angeblich zu milden Behandlung der Tschechen gab, betonte Frank in seiner Geheimrede am 30. März 1944 nochmals das Fernziel seiner Tschechenpolitik, nämlich die „endgültige Lösung der Tschechenfrage“. Dennoch unterstrich er auch hier den Primat der überwiegend kriegswirtschaftlichen Nahziele, zu deren Erreichung „im Interesse des Reiches gewisse volkstumspolitische Probleme zurückzustellen [seien], allerdings ohne sie zu vergessen“. Frank forderte daher konkret, im Sudetengau „da und dort mit Rücksicht auf die Kriegsnotwendigkeit eine etwas mildere oder sagen wir gerechtere Tour z. B. auf dem Gebiete der Aussiedlung tschechischer Bauern während des Krieges“ einzuschlagen.[1673]

Frank bläute aber seinen Beamten weiterhin „schärfstes Misstrauen“ gegenüber allen Tschechen ein. So versuchte er möglichst lange, die Anwesenheit ausländischer Soldaten, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener im Protektorat zu verhindern, und erläuterte dies am 25. April 1944 Rüstungsminister Albert Speer:

> „Eines der wesentlichsten Grundgesetze meiner Politik in Böhmen und Mähren ist es, keine Kriegsgefangenen und keine fremdländischen Arbeiter nach Böhmen und Mähren hereinzulassen. Wird dieser Grundsatz durchbrochen, so ist bei dem Hang der tschechischen Bevölkerung zu konspirativer Verbrüderung mit Ausländern aller Art [...] in kürzester Frist damit zu rechnen, dass die Arbeitsleistungen sinken und darüber hinaus Ruhe und Ordnung empfindlichst gestört werden.“[1674]

1672 Brandes, Tschechenpolitik, 129-132; Verbrechen der Wehrmacht, 368; Perzi, Beneš-Dekrete, 175. Vgl. Česke Slovo, 10. Jänner 1942, Prager Abend, 3. November 1942.

1673 Küpper, Frank, 37f.

1674 Frank an RM Speer, 25. April 1944, in: Küpper, Frank, 41.

Der Prager Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, SS-Oberführer Erwin Weinmann, gliederte auf einer Dienstbesprechung der Oberlandräte-Inspekteure beim Deutschen Staatsminister die „tschechische Bevölkerung [...] in eine dünne Schicht loyaler Tschechen, in eine größere Schicht von unentschlossenen ‚Alibisten' [...] und in die weit überwiegende Schicht der dem Reich und allem Deutschen ablehnend und feindlich gegenüberstehenden Tschechen". Daher warnten Frank und der Wehrmachtsbefehlshaber, General der Waffen-SS Rudolf Toussaint, am 9. August 1944 im „Truppenmerkblatt für den Aufenthalt in Böhmen und Mähren":

> „Die tschechische Bevölkerung arbeitet fleißig für die deutsche Kriegswirtschaft, steht aber politisch stärkstens unter dem Einfluss des Feindes. Letzterer Tatsache muss im Umgang mit jedem Tschechen stets Rechnung getragen werden. [...] Misstrauen und stärkste Zurückhaltung gegenüber der tschechischen Bevölkerung [...] sind deshalb geboten. [...]
>
> Gemäß Führerbefehl ist die Verbringung von Kriegsgefangenen und fremdvölkischem Wehrmachtsgefolge in das Protektorat verboten. Wo vorübergehend in Ausnahmefällen die unabweisbare Notwendigkeit einer Mitnahme von Hilfswilligen und Kriegsgefangenen besteht, sind diese sofort zu kasernieren und von jeder Berührung mit der tschechischen Bevölkerung abzuschließen."[1675]

Parallel zu dieser Abgrenzungspolitik gewährte Frank auch weiterhin soziale Konzessionen wie die Reinhard-Heydrich-Erholungsaktion für Rüstungsarbeiter – an der im Jahre 1944 noch 42.000 „rüstungs- und kriegswichtige" tschechische Arbeiter teilnahmen – und die Ende 1943 in Berlin durchgesetzte Anhebung der Bezüge der tschechischen Protektoratsbeamten um 28 %. Mindestens ebenso wichtig waren populistische Inszenierungen wie zum 5. Jahrestag der Wahl Emil Háchas zum Präsidenten am 30. November 1938. Der damit bezweckte Versuch der Hervorhebung der Legitimität der Protektoratsregierung gegenüber der Exilregierung stieß aber in der tschechischen Bevölkerung auf wenig Resonanz. Erfolgreicher dürfte die Eröffnung eines neuen tschechischen Schauspielhauses in Prag im März 1944 und die Wiedereröffnung des Nationaltheaters (*Národní divadlo*) Mitte März 1945 gewesen sein. Aber die am 4. Juni 1944 vorgenommene Stiftung des St. Wenzels-Schildes als Verdienstorden für Protektoratsangehörige – mit dem im September 1944 die gesamte Protektoratsregierung und etwa 40 tschechische Beamte der Stadt Prag ausgezeichnet wurden – wurde von den Ausgezeichneten eher mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Dennoch lobte Goebbels die Frank'sche Besatzungspolitik in höchsten Tönen:

> „Frank leistet hier eine ausgezeichnete Arbeit. Er begnügt sich mit einer stillen Überwachung der tschechischen Regierung, in die er seine Mittelsmänner und Aufpasser hineingesteckt hat. Im ganzen Protektorat sind kaum Sabotageakte zu verzeichnen. Die Bevölkerung arbeitet hundertprozentig für unsere Kriegsanstrengungen; sie wird gut ernährt. Die Regierung ist loyal bis, wie Frank sagt, ‚mindestens zwei Minuten nach zwölf'."[1676]

[1675] Truppenmerkblatt vom 9. August 1944, in: KÜPPER, Frank, 40-42.

[1676] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, II/12, 307, Eintragung vom 17. Mai 1944. Primator-Stellvertreter Pfitzner befürchtete, dass die „Ausgewählten" die Verleihung dieses Schildes „als eine Art Freischein nach Sibirien" auffassen könnten. – KÜPPER, Frank, 42-44.

Die NS-Sozialpolitik im Protektorat wurde hingegen von der Londoner Exilregierung mit Misstrauen verfolgt. Verordnungen regelten Zahlungen an Körperbehinderte nach Arbeitsunfällen, lockten mit Begünstigungen für ältere Arbeitnehmer, um sie im Produktionsprozess zu halten. Viktor Haas, ein für die Exilregierung arbeitender, führender Experte für Sozialversicherung, analysierte am 5. Juni 1944 die zweischneidigen NS-Maßnahmen:

> „The Nazis and fascists apparently improved the social security. In fact all these improvements are the best example that all the Nazi and fascist social politics is based on exchanging the freedom of laborers for some financial benefits and then when such a bribery does not work it punishes the disobedient ones by financial handicaps."[1677]

Auch der im November 1942 nachgerückte Sozialminister in der Exilregierung, der slowakische Sozialdemokrat Ján Bečko, erkannte die Bedeutung der Sozialpolitik für die NS-Herrschaft, wenn er in einem Exposé aus dem Jahre 1944 über die Einrichtung von Beschäftigungsbüros festhielt:

> „They are on the other hand one of the most loathed instruments of the politics serving to the Germans. At this point it will be our first objective to relieve our authorities of the pro-Nazi elements, to fill them with a new democratic spirit serving to the needs of the nation and engage them in the apparatus representing the people and workers."[1678]

Die Stärke der Führungsposition Franks im Protektorat wird auch aus dem Verlauf des 20. Juli 1944 in Prag deutlich. Obwohl der Wehrmachtsbefehlshaber im Protektorat, General Ferdinand Schaal, vom Oberkommando des Ersatzheeres den Befehl erhalten hatte, Frank als HSSPF zu verhaften, versuchte der General vergeblich, mit Frank „ein Ehrenabkommen [abzuschließen, Anm. Küpper] [...], das dessen weiteres Amtieren sicherstelle, da er, Schaal, anderenfalls die Tschechen auf dem Halse habe". General Schaal wurde unmittelbar nach Scheitern der „Operation Walküre" vom SS-General Toussaint abgelöst. Kompetenzkonflikte hatte Frank weiterhin mit den Gauleitern der vier an das Protektorat angrenzenden Gaue Niederdonau, Oberdonau, Bayerische Ostmark und Sudetenland. Diese erhielten Unterstützung von Reichsleiter Martin Bormann, der Frank wiederholt „Tschechenfreundlichkeit" und „Separatismus" vorwarf. Immerhin hielt Goebbels in einer Tagebucheintragung vom 19. Dezember 1944 ein weiteres Mal fest, dass Staatsminister Frank seine Sache ausgezeichnet mache.[1679]

Frank selbst schätzte in seinem Bericht an Hitler vom 9. September 1944 die zusehends schwindende Bedeutung der Protektoratsregierung durchaus realistisch ein:

[1677] Einen Überblick über die Reformen in der Sozialversicherung im Protektorat bietet Dvacet let Ústřední sociální pojišťovny (Praha 1946) 13-19.

[1678] Jakub Rákosník, Czechoslovak Social Politics and Its Representatives in London Exile during Second World War, in: Prague Papers on the History of International Relations (Prague 2008) 429-443.

[1679] Küpper, Frank, 33f.

„Staatspräsident Dr. Hácha kommt infolge seiner totalen Arbeitsbehinderung durch Erkrankung als aktivistischer Faktor im Sinne des Reichsgedankens in letzter Zeit nicht mehr in Frage. Die Regierung, mit der engster Kontakt gehalten wird, ist attentistisch, einzelne Minister sind sogar alibistisch. Trotzdem wird die Protektoratsregierung ständig bei unbequemen Maßnahmen (totaler Kriegseinsatz) als initiativer Faktor herausgestellt. Der Widerhall ihrer Kundgebungen ist allerdings bei der gegenwärtigen Gesamtlage gering.“[1680]

Der Ende August 1944 beginnende „Slowakische Nationalaufstand“ veranlasste auch Frank zu einem Abgehen von seiner Politik der gezielten und punktuellen Unterdrückung. Zuerst befürchtete er – ebenso wie Himmler – eine Ausweitung des Aufstandes auf das Protektorat, da der Aufstand in der Mittelslowakei hauptsächlich mit improvisiert zusammengestellten Waffen-SS-Einheiten von den Truppenübungsplätzen im Protektorat, die nun hier fehlten, bekämpft wurde. So ließ Frank der Protektoratspolizei und -gendarmerie die Karabiner und einen Großteil ihrer Munition abnehmen. Auch fürchtete Frank ein Übergreifen des Partisanenkrieges auf Mähren. Daher drohte Frank dem Vorsitzenden der Protektoratsregierung, Jaroslav Krejčí:

Die Regierungsmitglieder sollten „alle Beamten vor unerlaubten Handlungen [...] warnen [...]. Jeder Sabotageversuch oder gar Sabotagehandlung in den Behörden werde drastisch bestraft werden. Er werde sich nicht scheuen, den Täter im Gebäude der betroffenen Behörde durch ein Gericht verurteilen und ihn sichtbar für alle 48 Stunden hängen zu lassen.“[1681]

Der Aufstand griff zwar nicht aufs Protektorat über, aber die Bereitschaft zur Kollaboration nahm deutlich ab. Als Innenminister Bienert am 9. November 1944 zur Bildung weiterer Sonderheiten den Aufruf „Freiwillige vor“ erließ und versprach, dass „die Männer, die sich freiwillig melden, […] den Kameraden der Deutschen Polizei hinsichtlich Besoldung, Verpflegung und Hinterbliebenenversorgung gleichgestellt“ würden, folgten insgesamt nur mehr 123 Personen, davon 40 deutscher Volkszugehörigkeit. Daher erfolgte nun eine weitere Durchdringung der Protektoratspolizei durch die Aufnahme deutscher Beamter – auch in Spitzenfunktionen – die in Personalunion entsprechende Funktionen in der Ordnungs- oder Sicherheitspolizei wahrnahmen. Dabei verzichtete man zunehmend auf die Überprüfung der „rassischen Eignung“ und begnügte sich mit der Zustimmung zur „politischen Neuordnung“.[1682]

Bereits im November 1944 wurde jedoch Franks Monopolstellung empfindlich geschwächt, als ihm der Volkssturm nicht unterstellt wurde. Trotz der Unterstützung Himmlers konnte Bormann auch eine Ernennung Franks zum Reichsverteidigungskommissar im Protektorat verhindern. Als die sowjetische Front ab Ende Jänner 1945 immer näher an die östlichen Gebiete des Protektorates heranrückte, wurden Böhmen und Mähren direktes Hinterland der Heeresgruppe Mitte unter

1680 KÜPPER, Frank, 43.

1681 KÜPPER, Frank, 47f.

1682 NA Praha, Fond 912, Sign. 912-Ia-151/14. Das Dokument stellte mir Mag. Niklas Perzi zur Verfügung.

Generalfeldmarschall Ferdinand Schörner. Bereits Ende 1944 waren über 10.000 Tschechen in den Reichsgau Niederdonau kommandiert worden, um Verteidigungsstellungen für die Wehrmacht zu bauen, den sogenannten „Ostwall". Ab 20. Jänner 1945 wurden sogar rund 40.000 Tschechen zu Schanzarbeiten im Osten Mährens eingesetzt. Der Einsatz in Niederdonau dauerte bis Mitte Februar, der in Mähren bis Mitte März 1945. Die Alliierten begannen nun immer öfter auch Luftangriffe gegen Rüstungsbetriebe im Protektorat zu fliegen. So wurden bei elf Luftangriffen auf die Stadt Pilsen 6777 Häuser und nahezu 70 Prozent der Fabriksgebäude zerstört; dabei wurden auch 926 Menschen getötet.[1683]

Staatsminister Frank ließ zwar bereits ab Februar 1945 eine eventuell notwendige Evakuierung der deutschen Zivilbevölkerung vorbereiten, ordnete aber erst am 19. April 1945 an, wegen der „Feindbedrohung durch die Rote Armee" zur „Erhaltung der deutschen Volkssubstanz, repräsentiert durch unsere Frauen und Kinder" diese mit oberster Priorität aus frontnahen Gebieten zu evakuieren. Auch tschechische Frauen und Männer warnten ihre deutschen Nachbarn vor ihrem Schicksal in der Nachkriegszeit. Die allgemeine Lage im Protektorat wurde immer unübersichtlicher, da nun etwa 300.000 deutsche Flüchtlinge aus Oberschlesien ins Protektorat strömten. Als auch die Partisanentätigkeit zunahm, bildete Frank am 15. April 1945 einen „Bandenkampf-Führungsstab". Freilich konnte die nach Böhmen und Mähren zurückgewichene Heeresgruppe Mitte lange Zeit ein Vorrücken der Roten Armee ins Protektorat hintanhalten, so dass Brünn erst am 26. April, Mährisch-Ostrau am 30. April, Prerau und Olmütz gar erst am 8. Mai 1945 besetzt wurden.[1684]

Frank hatte seit Jahresbeginn 1945 auch nach einer politischen Lösung gesucht. Um eine Kontaktaufnahme zu den Angloamerikanern zu erleichtern, stellte er am 19. Jänner 1945 Richard Bienert, ein ehemaliges Mitglied der *Maffie*, an die Spitze der Protektoratsregierung. Frank sorgte sich offensichtlich vor Übergriffen der Roten Armee gegen die deutsche Zivilbevölkerung und vor einem tschechischen Aufstand und wollte Regierung und Verwaltung im Protektorat geordnet in tschechische Hände – unter Einbindung der Protektoratsregierung – übergeben. Diese Pläne Franks fanden die Unterstützung Speers und Ribbentrops und entsprachen wohl auch den Intentionen Himmlers. Allein Hitler verweigerte Frank bei ihrem letzten Gespräch am 4. April 1945 die Zustimmung zu einer politischen Lösung.[1685]

Sämtliche Versuche Franks in den letzten Apriltagen 1945, über das Internationale Rote Kreuz, den Vatikan und eine aus Protektoratsministern und Industriellen zusammengesetzte deutsch-tschechische Delegation zu Verhandlungen mit

[1683] Jan Pelant, Pilsen (Plzeň), in: Bahlcke, Böhmen und Mähren, 449.

[1684] Schnellbrief Franks vom 19. April 1945, in: Küpper, Frank, 49.

[1685] Zpověď K. H. Franka. Podle vlastních výpovědí v době vazby u krajského soudu na Pankráci [Die Beichte K. H. Franks. Nach seinen eigenen Aussagen während der Inhaftierung beim Kreisgericht in Pankrác] (Praha 1947), zitiert nach: Küpper, Frank, 50.

dem Oberkommando der (west-)alliierten Streitkräfte zu gelangen, scheiterten. Frank wollte Eisenhower vorschlagen, das weitere militärische Vorrücken gegen den Sudetengau und das Protektorat einzustellen, damit die Heeresgruppe Mitte „weiterhin den Schutz des Protektorates gegen die sowjetischen Armeen" gewährleisten könne, wobei „die in den Ländern Böhmen und Mähren vorhandene Rüstungsfertigung [...] ausschließlich zur Verteidigung des Raumes gegen die Sowjetarmeen eingesetzt" werden sollte. Dafür wollte Frank angeblich „die Sicherheit der im Raum befindlichen Gefangenen und Internierten", namentlich der „politischen Gefangenen und [...] in Theresienstadt konfinierten Juden" garantieren sowie das „weitere Zusammenleben der deutschen und tschechischen Bevölkerung in diesem Raum [...] auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung" gesichert wissen. – Wie „vertrauenswürdig" Franks Angebot war, zeigt am deutlichsten seine Weisung an die Gestapo, ein Verzeichnis der als besonders gefährlich einzustufenden politischen Gefangenen zu erstellen, von denen 53 am 2. Mai 1945 in Theresienstadt hingerichtet wurden. – Frank gelang es schließlich nicht, die Koalition der Alliierten zu spalten.[1686]

Noch am 30. April 1945 hatte Frank in einer Rundfunkrede versucht, die „tschechische[n] Mitbürger" mit der für ihn typischen Mischung aus Drohungen und Versprechungen von einem von der Exilregierung propagierten großen Aufstand abzuhalten:

> „[...] Ich bin überzeugt, dass der reale Sinn des tschechischen Volkes auch in der letzten Phase des Krieges nicht versagen wird. [...] Befolgung dieser Parolen [zum Aufstand, Anm. Suppan] führt zum Chaos. Andere Völker sind bereits darin versunken. [...] Ich warne euch mit allem Nachdruck, auf deutsche Schwäche zu spekulieren; solche Illusionen würden in Blut versinken. [...] Die Länder Böhmen und Mähren werden durch voll intakte deutsche Armeen – und zwar nur durch sie – vor der bolschewistischen Bedrohung geschützt. Mit dieser Heeresmacht muss jeder weiterhin rechnen. Ihr stehen starke Sicherungskräfte im Hinterland zur Verfügung. [...] Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Protektorat ist ebenso ein tschechisches wie ein deutsches und europäisches Interesse. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass diesem schönen Lande, das auch meine Heimat ist, unnötige Zerstörungen erspart bleiben. Seid versichert, dass mir die Erhaltung der altehrwürdigen Kulturstadt Prag genau so am Herzen liegt wie euch. [...] Ich bin überzeugt, dass der Tag kommen wird, an dem Ihr alle erkennen werdet, wie richtig der Weg war, den Ihr in diesen Jahren geführt wurdet. Darum wartet in Ruhe die Entwicklung der Dinge ab. Europas Geschichte ist noch nicht zu Ende."[1687]

Die Sowjetunion und die tschechoslowakische Exilregierung waren bereits am 8. Mai 1944 übereingekommen, dass nach Betreten tschechoslowakischen Territoriums seitens der Roten Armee zwar die höchste Befehlsgewalt für die Kriegsführung bei den Oberbefehlshabern der sowjetischen Heeresfronten verbleibe, dass aber in den befreiten Gebieten tschechoslowakische Regierungsdelegierte sofort mit dem Aufbau der Verwaltung beginnen könnten. In den letzten Wochen des Krieges verschärfte sich daher die Lage im Protektorat dramatisch. An manchen

[1686] Küpper, Frank, 49f.
[1687] Der Neue Tag, 2. Mai 1945, zitiert nach: Küpper, Frank, 51.

Orten gab es Geiselnahmen und blutige Auseinandersetzungen, an manchen Orten noch Absprachen zwischen deutschen Befehlshabern und tschechischen Nationalausschüssen (*Národní výbory*). Frank war schließlich bereit, Prag zur „offenen Stadt“ zu erklären und die Macht an eine tschechische Regierung aus verhafteten Widerstandsführern zu übergeben. Zwar war die Protektoratsregierung dazu bereit, nicht jedoch die Angehörigen der Widerstandsgruppen, die sich schon im Dezember 1944 zu einem „Nationalrat“ zusammengeschlossen hatten. So blieb Frank – in Erwartung einer umfassenden tschechischen Aufstandsaktion – nur mehr der Versuch, möglichst viele Deutsche aus dem Protektorat zu evakuieren.

Am 25. April 1945 übertrug jedoch Hitler die gesamte Befehlsgewalt im Protektorat an Generalfeldmarschall Ferdinand Schörner. Bereits am nächsten Tag befreite die Rote Armee unter großen Verlusten die Stadt Brünn: mehr als 5000 sowjetische Soldaten fielen, fast 1300 Häuser wurden völlig zerstört. Schörner betraute am 2. Mai den Höheren SS- und Polizeiführer seiner Heeresgruppe mit Franks Kompetenzen als Höherem SS- und Polizeiführer in Böhmen und Mähren. Franks politische Kompetenz wurde ihm jedoch am 3./4. Mai 1945 von der Reichsregierung unter Großadmiral Karl Dönitz bestätigt. Der am 5. Mai 1945 in Prag losbrechende Aufstand zerstörte aber mit einem Schlag alle Planungen. Hunderte Angehörige der Protektoratspolizei beteiligten sich. Franks eingeschränkte Handlungsvollmacht blieb auch den Verhandlern des Tschechischen Nationalrates nicht verborgen. Während sich Franks Zivilverwaltung auflöste, versuchten Wehrmacht und Gestapo zu irgendeinem Abkommen zu gelangen. Der mit Bestialitäten gegen tschechische Aufständische verbundene Einsatz von SS-Einheiten fiel aber zumindest formell nicht mehr in die unmittelbare Verantwortung Franks.[1688]

In einem Gespräch zwischen dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Solomon A. Losovskij mit Professor Zdeněk Nejedlý, dem neuen tschechoslowakischen Minister für Schulwesen und Volksbildung, am 20. Juni 1945 in Moskau wurde Nejedlý gefragt, ob Prag stark gelitten habe. Nejedlý, der den Krieg in der Moskauer Emigration verbracht hatte, antwortete ziemlich wahrheitsgemäß, dass Prag „von den Deutschen sehr wenig zerstört worden“ sei, dass sie aber „bei ihrem Rückzug das städtische Rathaus zerstört und einen Teil des sehr reichen mittelalterlichen Archivs verbrannt“ hätten. Beträchtliche Zerstörungen habe Prag „durch die Bombardierung der Engländer beim Luftangriff im Februar“ 1945 erlitten, wobei sie später erklärt hätten, „sie hätten Prag irrtümlich für Dresden gehalten“; dieser Irrtum erschien Nejedlý jedoch seltsam. Losovskij wollte von Nejedlý auch wissen, „wie sich die Bevölkerung Prags zu den Deutschen verhalten hat“. Nejedlý erklärte, „dass die Bevölkerung über die Deutschen äußerst empört“ gewesen sei. „In Prag seien sogar einige von der Bevölkerung gefangen genommene Deutsche verbrannt worden.“ Losovskij wollte noch mehr wissen: „ob ein großer Teil der Bevölkerung mit den Deutschen zusammengearbeitet habe“. Nejedlý antwortete nun ideologisch verbrämt: „nur einzelne Personen aus der fi-

[1688] Dokumentation der Vertreibung IV/1, 19-29, 52f.; Küpper, Frank, 35f.; Krzenck, Brünn, 75.

nanziellen und industriellen Oberschicht [hätten] zusammengearbeitet“. Damit gab sich Losovskij nicht zufrieden und fragte durchaus investigativ, „ob während der deutschen Okkupation die Prager Fabriken gearbeitet“ hätten. Nejedlý musste nun einräumen, „sie hätten ständig gearbeitet bis zu der Zeit, wo einige von ihnen durch die Bombardierung der Engländer zerstört wurden“. Auf Losovskijs Frage, wie viele Deutsche in Prag gelebt hätten, gab Nejedlý die Auskunft, dass vor der Okkupation etwa 20.000 Deutsche in Prag gelebt hätten, am Ende aber ungefähr 500.000, die nun alle geflohen seien. Nejedlý dürfte auf diese hohe Zahl unter Berücksichtigung Hundertausender Flüchtlinge aus den östlichen Gebieten des Protektorats und Zehntausender Soldaten der Heeresgruppe Schörner – die sich gegen Kriegsende einige Wochen bzw. Tage in Prag aufgehalten haben – gekommen sein.[1689]

Partisanen im „Protektorat“

Bereits vor dem Machtantritt Heydrichs waren die meisten tschechischen Widerstandsgruppen stark dezimiert oder gar gesprengt worden. Die Gestapo mit ihren Zentren in Prag und Brünn – in Prag im Palais Petschek in der Nähe des Hauptbahnhofs, in Brünn im Studenteninternat Kounic – hatte mit dem Aufbau von „Nachrichtenreferaten“, die Netzwerke aus „Vertrauensmännern“ und „Auskunftspersonen“ einrichteten, und der Verhaftung Tausender „Verdächtiger“, Folter und Erpressung die Schaffung einer großen Widerstandsorganisation wie in Polen, Frankreich oder Jugoslawien verhindert. Nach der Verhaftung von etwa 1000 früheren *Sokol*-Führern bis Sommer 1941 begann mit dem Angriff auf die Sowjetunion die Verhaftung von Tausenden tschechischen Kommunisten. Nachdem Heydrich Ende September 1941 in Prag eingetroffen war und das Standrecht verhängt hatte, gab es die nächste Verhaftungswelle und die ersten Massenexekutionen. Die deutsch kontrollierten Zeitungen – etwa die *Lidové noviny* in Brünn – mussten auf der ersten Seite die Listen der zum Tod Verurteilten veröffentlichen.[1690]

Wenige Tage nach der Ankunft Heydrichs in Prag war der frühere kommandierende General in Mähren, Vojtěch Luža, nach entsprechender Warnung durch den Ministerpräsidenten Eliáš, im Gebiet westlich von Brünn untergetaucht. Mit Hilfe einiger früherer tschechischer Offiziere, eines früheren Professors der Technischen Hochschule in Brünn, eines Ziegelfabrikanten, aber auch einfacher Männer und Frauen aus dem Volk, gelang es ihm, bis zum Frühherbst 1944 mit seiner Widerstandsgruppe zu überleben. Zu anderen Widerstandsgruppen gab es aber nur losen Kontakt, so zur Gruppe um den ehemaligen Botschafter Arnošt Heidrich in

[1689] Aufzeichnung des Gesprächs zwischen dem stv. Außenminister Losovskij und Minister Nejedlý, Moskau, 20. Juni 1945, in: Odsun 2, 619f.

[1690] Luza – Vella, Hitler Kiss, 31f., 39f., 125f.

Prag, der ein enger Mitarbeiter von Beneš gewesen war. Auch wenn sich die Luža-Gruppe in einer Reihe politischer Fragen durchaus uneins war, als gemeinsame Ziele standen eindeutig fest: die Bekämpfung der NS-Herrschaft in Böhmen und Mähren sowie die Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Krieg. General Luža tendierte auch zu einer Revolution bei Kriegsende – um das politische Feld nicht den früheren Parteileuten zu überlassen.[1691]

Vorerst aber galt die Tätigkeit der tschechischen Partisanen dem Kampf um das eigene Überleben. Dazu gehörte die Sicherstellung der Versorgung durch Unterstützung aus der Bevölkerung oder durch Diebstahl und Raub von Lebensmitteln und Ausrüstung, ab 1944 auch durch Nachschubabwürfe aus alliierten Flugzeugen. Hinzu kam auch die Einrichtung von entsprechenden Notunterkünften – meist in Waldgebieten –, wobei ein rascher Wechsel der Aufenthaltsorte gesichert sein musste. Die wichtigsten aktiven Tätigkeiten waren lange Zeit der Nachrichtendienst und die politische Propaganda. Zu ersterem gehörten das Ausspähen des politischen und militärischen Gegners, seiner Anlagen und Kasernen, von Truppenbewegungen und von der Verlegung wichtiger militärischer Güter wie Panzer, Artillerie etc. Ebenso wichtig war das Anwerben von Sympathisanten, Kundschaftern und Personen, die Unterschlupf gewährten. Erst danach konnte an die Abfassung und Verbreitung von Druckschriften mit Aufrufen zum Widerstand gedacht werden. Als ultima ratio blieb schließlich der bewaffnete Kampf in Form von Anschlägen auf kriegswichtige Einrichtungen – Bahnlinien, Strom- und Telephonleitungen, Fabriksanlagen etc. – oder gar in Form von Überfällen auf bewaffnete Stützpunkte des Feindes. Freilich kamen die zuletzt genannten Formen des aktiven Widerstandes im Protektorat bis Herbst 1944 eher selten vor; zu engmaschig war das von der Gestapo aufgezogene Überwachungsnetz.[1692]

In seiner erwähnten Geheimrede vom 30. März 1944 brüstete sich Frank der umfassenden Überwachung und Infiltrierung der Widerstandsgruppen durch das Konfidenten- und Zuträgernetz der Gestapo:

> „Wiederum sollen die ‚Národní výbor[y]', die Nationalausschüsse, in allen Orten des Protektorates gebildet werden [...]. Wir sitzen ordentlich drin in diesen Gebilden. [...] Je nach Bedarf, lösen wir nunmehr einen nach dem anderen dieser Nationalausschüsse auf und machen ihre Mitglieder um einen Kopf kürzer."[1693]

Die Kontaktnahme der Widerstandsgruppen zur Exilregierung in London wurde freilich immer schwieriger, da nach der Zerstörung von elf Sendern im Jahre 1941 die entsprechenden Geräte fehlten. Die deutschen Behörden versuchten daher auch immer wieder, neu abgeworfene Sender möglichst schnell zu orten und auszuschalten. Daher mussten über das ganze Jahr 1943 überwiegend Kuriere – keine Agenten, sondern der Generaldirektor der Brünner Fabrik für Handfeuer-

---

[1691] Luza – Vella, Hitler Kiss, 31-84, 149.
[1692] Vgl. Mastný, The Czechs (1971).
[1693] Geheimrede Franks vom 30. März 1944, in: Küpper, Frank, 46.

waffen und ein slowakischer Zuckerexporteur (!) – eingesetzt werden, die über die Slowakei und die Schweiz oder die Türkei Kontakte nach England herstellten, auch zum Präsidenten Beneš. Der besagte Generaldirektor Karel Staller musste auch den Kontakt zwischen dem Exilpräsidenten und einer neuen Zentralorganisation des Widerstandes in Prag herstellen, die von General Zdeněk Novák geführt wurde. Allerdings wurde auch diese noch im Sommer 1944 von der Gestapo zerschlagen. So blieben den Widerstandsgruppen lange Zeit oft nur die tschechischen Nachrichtensendungen der BBC, die dreimal täglich ausgestrahlt wurden. Was fehlte, waren aber verlässliche Informationen aus der Heimat für die Exilregierung in London.[1694]

Obwohl sich die tschechischen Widerstandsgruppen ausschließlich auf von Tschechen bewohntem Gebiet bewegten, fiel die Unterstützung seitens der Landbevölkerung lange Zeit nur eingeschränkt aus, vor allem aus Angst vor Kontrollen seitens der tschechischen Gendarmerie, die wiederum von der Gestapo überwacht wurde. Umso erstaunlicher mutet daher die finanzielle Unterstützung seitens des Grafen Alois Lichtenstein-Podstatzky und seiner Frau Josephine, geborene Gräfin Harrach, an, die – nach Angabe von Radomír Luža – der Widerstandsgruppe des Generals Luža zwei bis drei Millionen Kronen gezahlt haben sollen. Im Mai 1945 attestierte daher das Distriktskomitee von Velké Meziříčí dem gräflichen Paar seine unschätzbare Hilfe für den tschechischen Widerstand, um sie vor den anti-deutschen Maßnahmen zu schützen.[1695]

Im April 1944 erhielt General Luža über Kurier einen Mikrofilm vom Verteidigungsminister General Ingr aus London, der den schlechten Informationsstand der Londoner Exilregierung andeutete:

> „We welcome the important news that General Luža is alive. Offer him all possible assistance. It is urgent that he maintain contact with Zdena, while taking every security precaution, in particular because of the vital information General Luža can provide regarding the military situation in the Czech lands… Luža can give extremely important reports about the possibilities for direct action in the Czech lands and about preparations for general uprising. He can give information regarding the material and moral situation of the Czech people, and assess their will to resist. He can provide specific information about individuals, particularly in the military, who might be appointed as leaders.”[1696]

Im Sommer 1944 verlegte General Luža aus Sicherheitsgründen seine Aktivitäten aus den westlichen Vorstädten und Vororten von Brünn nach Nordwesten in die Gegend von Nové Město nahe der mährisch-böhmischen Grenze. Um die tschechischen Feuerwehrorganisationen und die tschechischen Jagdvereine orga-

---

[1694] Luza – Vella, Hitler Kiss, 85f., 115f.

[1695] Luza – Vella, Hitler Kiss, 63, 234.

[1696] Ebenda, 121f. „Zdena“ war ein früherer Major der tschechoslowakischen Armee, der von Beneš und Ingr als Kurier zu Widerstandsgruppen in der Slowakei und im Protektorat eingesetzt wurde. Als er im März 1944 aus Istanbul in Pressburg ankam, wurde er von der Gestapo verhaftet und im Gefängnis hingerichtet.

nisatorisch einzubeziehen, wurde der Name der Widerstandsorganisation in „Rat der Drei“ (*Rada tří*) mit der Abkürzung R3 verändert. Die direkte Kontaktnahme mit London verbesserte dies kaum, obwohl der General den Präsidenten Beneš für den besten tschechischen Staatsmann hielt. Dennoch hielt sich Luža in einem seiner letzten Berichte an General Ingr, am 9. September 1944, nicht mit Kritik wegen mangelnder Unterstützung zurück:

> „We have consolidated the home resistance under a unified leadership and have for a long time done everything we can to carry on our fight. To be effective in this critical period of the war, we need weapons. We made an urgent request about two months ago; you promised arms within two weeks but nothing happened. I am very resentful of this situation because ours is one of the most active groups, led by possibly the most dedicated soldiers of the republic. For the sake of these men, I ask you to intervene immediately und fulfil your commitment to send us arms. Please, Brother General, explain why we have not received the weapons and do everything you can to insure their delivery. It is difficult to imagine all the obstacles and hardships we are facing every moment. I urge you to take my words as seriously as they are meant.“[1697]

General Luža organisierte am 11. September 1944 auch eine Stabsbesprechung mit Vertretern von Prager Widerstandsgruppen unter den Gewerkschaftern und den wenigen überlebenden Kommunisten. Alle waren bereit, Luža als Oberkommandierenden des Heimatwiderstandes und Führer des Aufstandes zu akzeptieren. Doch neuerlich schlug die Gestapo zu, erschoss einen der engsten Vertrauten Lužas und verhaftete einen zweiten. Der General musste seinen Plan, nach Prag zu gehen, aufgeben und nach Mähren zurückkehren. Am 2. Oktober 1944 geriet er zufällig in eine tschechische Gendarmeriekontrolle und wurde bei einem Schusswechsel getötet. Nicht einmal die Gestapo hatte ihn in der Gegend von Hříště, östlich von Přibyslavice, vermutet. Lužas Mitkämpfer und sein Sohn Radomír rächten den Tod des Generals an den Gendarmen von Přibyslavice – nicht nur an den unmittelbar beteiligten, sondern auch an gar nicht anwesenden Gendarmen – und hinterließen eine deutliche Warnung an Tschechen, die gegen den Widerstand kämpften. Kein Zweifel, dass sich hiebei die Partisanen außerhalb jedes Rechts stellten.[1698]

Im Oktober 1944 wurde die tschechische Partisanenbewegung nicht nur durch die eigenen Misserfolge gelähmt, auch der Zusammenbruch der Aufstände in Warschau und in der Mittelslowakei zeitigte negative Rückwirkungen. Im November 1944 koordinierte Frank persönlich im mährischen Grenzgebiet eine Großoperation gegen Partisanen. Dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei befahl er

> „als Abschreckungsmittel [...] ab sofort eine größere Anzahl im Grenzgebiet erfasster Banditen sowie Unterstützer von solchen oder Arbeitsvertragsbrüchige, bei denen anzunehmen ist, dass sie sich den Banditen anschließen wollen, kurzerhand einer Sonderbehandlung zuzuführen und in Orten, in denen Banditenüberfälle vorkommen, öffentlich aufzuhängen. Die Exekutierten bleiben 48 Stunden am Galgen zur Schau gestellt. [...] Die Dienststellen im Grenzgebiet sind

[1697] Luza – Vella, Hitler Kiss, 149f.
[1698] Ebenda, 152-168.

> ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass in den nächsten Tagen eine größere Anzahl derart Exekutierter politisch erwünscht ist [sic!] und aus diesem Grunde eine Übergabe an die Gerichte zu unterbleiben hat. [...] alle bürokratischen und menschlichen Hemmungen haben zu entfallen."[1699]

Zwischen dem 5. und 12. November 1944 wurden im mährisch-slowakischen Grenzgebiet mindestens 17 derartige Exekutionen durchgeführt. Zudem richtete Staatsminister Frank im Dezember 1944 „Jagdkommandos" in jeder kleineren Stadt des Protektorats ein, die auch die Hauptverbindungslinien zu sichern hatten. Außerdem wurden die Truppen des auf deutscher Seite agierenden russischen Generals Andrej A. Vlasov nach Mähren verlegt. Schließlich kamen ab Ende 1944 immer mehr deutsche Truppen aus der Slowakei und Galizien ins Protektorat. Dies alles glich die abnehmende Bereitschaft der tschechischen Gendarmen und Polizisten zur Mitarbeit an der Partisanenbekämpfung aus. So mussten die tschechischen Partisanen den Kriegswinter 1944/45 vor allem in den Waldgebieten der Böhmisch-Mährischen Höhe, des Riesengebirges, des Altvatergebirges, der Beskiden sowie in den Kleinen Karpaten zwischen dem Protektorat und der Slowakei verbringen, ohne den Rückzug der deutschen Armeen stören zu können. Zahlenmäßig geringe, aber militärisch effektive Unterstützung erhielten einige tschechische Widerstandsgruppen von geflohenen sowjetischen Kriegsgefangenen, zumeist Offizieren, die auch das „Überwintern" trainiert hatten. Mit der Guerillataktik weniger erfahren waren einige Gruppen von tschechischen Fallschirmspringern, die 1944 den Deutschen bzw. ihren Spitzeln in die Falle gelaufen waren.[1700]

Dennoch war auch noch zu Frühlingsbeginn 1945 die Gruppe „R3" die größte und bedeutendste Organisation des tschechischen Widerstandes mit 856 aktiven Mitkämpfern, aufgeteilt auf ein Dutzend Untergruppen zwischen den Kleinen Karpaten im Osten und der Umgebung von Pilsen im Westen. Genügend Waffen für größere Aktionen hatten sie aber noch immer nicht, auch nicht genügend Sender. Die Rote Armee hatte kein Interesse an einer selbständigen Befreiung der Tschechen, sondern lediglich an Partisanenaktionen gegen deutsche Nachschubwege und wichtigen militärischen Informationen. Von einem militärisch wirksamen tschechischen Widerstand konnte daher bis April 1945 keine Rede sein. Deutsche Warntafeln entlang der Durchzugsstraßen mit der Aufschrift „Achtung! Banden!" kamen erst in den letzten Kriegswochen verstärkt zum Einsatz.[1701]

Die tschechische Opferbilanz 1938-1945

Die tschechische Opferbilanz nach über sechs Jahren NS-Herrschaft war zwar keine demographische Katastrophe wie in Polen, Weißrussland oder der Ukraine, auch nicht vergleichbar dramatisch wie in Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herze-

[1699] Küpper, Frank, 48f.
[1700] Luza - Vella, Hitler Kiss, 110-113, 137, 183, 188f.
[1701] Ebenda, 180, 188.

gowina, Serbien oder Griechenland, aber dennoch blutig genug, um vorerst nach Rache und Vergeltung zu rufen und auf totale Abgrenzung zu drängen:

– Ungefähr 8000 Tschechen starben bei bewaffneten Auseinandersetzungen auf dem Gebiet des Protektorats, mindestens 1000 in den abgetrennten Grenzgebieten der böhmischen Länder;
– annähernd 8300 Personen wurden wegen verschiedener politischer Widerstandsaktionen hingerichtet, als Geiseln erschossen oder als Schwarzhändler hingerichtet;
– 10.000-12.000 Personen wurden in NS-Konzentrationslagern, in NS-Gefängnissen, bei Verhören und „Todesmärschen" umgebracht[1702];
– mehr als 3000 kamen beim Einsatz als Zwangsarbeiter ums Leben;
– mehr als 3000 wurden Opfer von alliierten Luftangriffen;
– nahezu 7000 Tschechen (und Slowaken) fielen als Soldaten auf alliierter Seite – 5620 an der Ostfront, 1200 an den übrigen Fronten;
– etwa 4000-5000 Tschechen, die sich im Mai 1939 als Deutsche bekannt hatten, fielen in deutscher Uniform.[1703]

Insgesamt kamen also während des Zweiten Weltkrieges zwischen 40.000 und 45.000 Tschechen – ethnische Tschechen, nicht tschechoslowakische Staatsbürger (!) – gewaltsam ums Leben, die große Mehrheit durch Gewaltmaßnahmen des NS-Regimes.

Ein noch härteres Schicksal erfuhren die tschechischen Roma. Bereits im Jahre 1940 wurde vom Innenministerium des Protektorats in Letý bei Písek, gut 60 Kilometer südwestlich von Prag, ein Lager für „Arbeitsunwillige" eingerichtet, in das mehrheitlich Roma eingewiesen wurden. Ab Anfang 1942 wurden hier und in Kunštát bei Göding (Hodonín) Tausende Roma aus Böhmen und Mähren auf der Basis der Nürnberger Rassengesetze interniert. Nach Angaben des Historikers Jan Gebhart sollen allein in Letý von 1309 Häftlingen 326 ums Leben gekommen sein, davon 241 Kinder. Der größere Teil der Roma wurde allerdings in Vernichtungslager deportiert, sodass von rund 6500 böhmisch-mährischen Roma nur ungefähr 600 die NS-Vernichtungspolitik überlebten.[1704]

[1702] Miroslav Kárný führt in dieser Opferkategorie zwar eine Zahl von „mehr als 20.000" an, unterlässt aber jede Differenzierung zwischen Tschechen, Slowaken und Karpato-Ukrainern. Vgl. Pavel Škorpil, Probleme bei der Berechnung der Zahl der tschechoslowakischen Todesopfer des nationalsozialistischen Deutschlands, in: Der Weg in die Katastrophe, 161-164.

[1703] Miroslav Kárný, Die tschechoslowakischen Opfer der deutschen Okkupation, in: Begegnung und Konflikt, hg. von Jörg K. Hoensch und Hans Lemberg (Essen 2001) 143.

[1704] Unter kommunistischer Herrschaft wurde in Letý ein großer Schweinezuchtbetrieb eingerichtet, der nach 1990 von einem privaten Besitzer übernommen wurde. Die Roma regten bei der Prager Regierung eine Verlagerung an, um an der Stelle des ehemaligen KZ einen Gedenkstein oder eine Gedenktafel anbringen zu können. Auch das Europäische Parlament empfahl eine Verlagerung. Doch Präsident Václav Klaus wies jede Einmischung in innertschechische Angelegenheiten zurück. Vgl. Gedenkstätte oder Schweinefarm? Anmerkungen zu einem nicht-innertschechischen Disput (U. Sd.), in: Neue Zürcher Zeitung, 3. Juni 2005, 6; Havel, Fassen Sie sich bitte kurz, 158.

Die Vernichtung der Juden im „Protektorat" und im „Sudetenland"

Unvergleichlich schlechter als der tschechischen Bevölkerung erging es zweifellos den böhmisch-mährisch-schlesischen Juden, die zu zwei Drittel Opfer des *Holocaust* (griechisch: Brandopfer), besser der *Shoah* (hebräisch: Katastrophe), wurden, d. h. Opfer eines strategisch geplanten und gezielt durchgeführten Völkermordes. Das bedeutete konkret, dass von 118.310 „Juden" (nach den Nürnberger Gesetzen), die am 15. März 1939 im Protektorat Böhmen und Mähren gelebt hatten, 78.154 von der NS-Herrschaft vernichtet wurden, während nur 26.111 vorwiegend zur Zeit der Zweiten Republik emigrieren konnten und 14.045 in KZ oder Verstecken überlebten.[1705]

In der tschechoslowakischen Volkszählung von 1930 hatten sich noch 117.551 Bewohner von Böhmen, Mähren und Schlesien zur mosaischen Religion bekannt; auf die Frage nach der Nationalität hatten sich aber bereits 42.669 (= 36 %) als Angehörige der tschechischen Nationalität erklärt, nur 36.778 (= 31 %) als Angehörige der jüdischen Nationalität und 35.657 (= 30 %) als Angehörige der deutschen Nationalität. Die Entwurzelung der Juden im Protektorat und im Sudetenland warf besondere Probleme auf, da sie mit den Tschechen und Deutschen in enger Symbiose gelebt hatten und trotz lokaler antisemitischer Ausschreitungen um 1900 (Hilsner-Affäre) und um 1930 (Tonfilmaffäre) seit den Toleranzpatenten Kaiser Josephs II. keinen staatlichen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt gewesen waren. Allerdings ignorierte die NS-Verfolgungspolitik diese nationale Differenzierung der Juden und urteilte ausschließlich nach rassischen Kriterien. Der Hintergrund dieser rassistischen Theorien und Gesetze war eine Bündelung verschiedener Vorurteilsstrukturen, zu denen religiös-kultureller Antijudaismus, nationalistisch-rassistischer Antisemitismus, wirtschaftliche und soziale Neidkomplexe, Antibolschewismus, Antikapitalismus und die Erfahrung der Weltkriegsgewalt seitens der „Frontgeneration" gehörten. Leider wurden seit der Weltwirtschaftskrise erhebliche Teile der deutschen, österreichischen, sudetendeutschen und volksdeutschen Gesellschaften von dieser NS-Rassenideologie erfasst, für die sich – zum Teil angeleitet von ihren Professoren – nicht wenige junge Akademiker engagierten. Nach der Ausrufung des Protektorats wurden jedenfalls nach den Nürnberger Rassengesetzen 118.310 Juden registriert, davon 14.350 ohne mosaisches Bekenntnis.[1706]

[1705] Miroslav Kárný, "Konečné řešení". Genocida českých židů v německé protektorátní politice (Praha 1991); Livie Rothkirchenová, Osud Židů v Čechach a na Moravě v letech 1938-1945, in: Osud Židů v Protektorátu 1939-1945, ed. by Milena Milena Janišová (Praha 1991) 81-116; Sayer, Bohemia, 227; vgl. Ferdinand Seibt (Hg.), Die Juden in den böhmischen Ländern (München 1983); Hillel J. Kieval, The Making of Czech Jewry (Oxford 1988); Ctibor Rybár, Das jüdische Prag. Glossen zur Geschichte und Kultur (Praha 1991); Robert Kvaček, České dějiny II – učebnice pro střední školy (Praha 2002); Jörg Osterloh, Nationalsozialistische Judenverfolgung im Reichsgau Sudetenland 1938-1945 (München 2006); H. G. Adler, „Panorama". Roman in zehn Bildern (London 1948, Wien 2010).

[1706] Kárný, „Konečné řešení", 45.

Zwar gab es in den ersten Wochen und Monaten nach dem 15. März 1939 keine öffentlichen Verfolgungen von Juden, aber Organisationen von tschechischen Juristen und Medizinern beschlossen schon in den ersten Tagen des Protektorats den Ausschluss ihrer jüdischen Kollegen. Die Tschechen wollten einerseits das jüdische Eigentum vor dem Okkupationsregime sicherstellen, bedienten damit aber auch den tschechischen Antisemitismus. Briefexzerpten einer am 24. März aus Prag nach London geflüchteten Dame ist die dramatische Lage von Tausenden von Juden zu entnehmen, die der NS-Herrschaft zu entkommen suchten:

> „[…] We understand that hundreds of people who have been in refugee camps have run away into the woods. We know that there are between 600 and one thousand people moving about Prague, who are starving and cannot sleep in the same place twice […]
>
> Those [Jews] who can get enough money together are trying to emigrate to England, but when they reach the border at Bendheim (?) the Dutch authorities hold them unless they have British visas, which have not been required on Czech passports up to now. I met 18 such refugees, including little children. They had not had food for two days, although they have wealthy relatives and guarantees in London. They were not permitted to take more than 100 crowns out of the country, and the Germans were refusing to cash crowns for marks even to permit them to buy food. […]
>
> Emigres are stranded on all borders of Czecho-Slovakia. The British Committee in the last two days has stationed people at each border point to assist them, but money is needed for food and temporary help. I have many other stories of first hand experience, such as seeing German frontier officials tear wedding rings off the fingers of the Jews in the transport which I brought through to England. […]
>
> All the outspoken liberals and the Jewish professors at the University must leave as soon as possible; and the same is true of doctors, lawyers and other professional men. Even the ones who have been granted fellowships abroad must pay for their tickets in foreign money. None of them were allowed to take their resources out of the country with them. […]“[1707]

Im Mai 1939 begannen dann Diskussionen zwischen dem Amt des Reichsprotektors und der Protektoratsregierung über die Umsetzung der Nürnberger Rassegesetze. Ministerpräsident Eliáš wollte die Definition einer jüdischen Person auf Personen mit vier jüdischen Großeltern und Zugehörigkeit zur jüdischen Kultusgemeinde eingeschränkt wissen. Nach einigen Rückfragen im Berliner Innenministerium entschied Neurath am 21. Juni 1939, dass die Nürnberger Gesetze auch auf das Protektorat anzuwenden seien – und die tschechische Regierung musste diese Weisung akzeptieren.[1708] Neurath war – nach italienischem Vorbild – lediglich bereit, über Ausnahmen zu verhandeln. Bis August 1940 lagen 717 derartige Anträge vor, bis Oktober 1940 an die 1000: 328 kamen von Industriellen und Geschäftsleuten, 196 von Ärzten, 53 von Rechtsanwälten, 86 von jüdischen Frauen nicht-jüdischer Ehemänner. Lediglich 41 jüdische Personen erhielten eine Ausnahmegeneh-

---

[1707] Excerpts from letters by one who left Prague [on] March 24 [1939], AÚTGM, EB II, V 51/3b.

[1708] Verordnung des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren über das jüdische Vermögen vom 21. Juni 1939. Zugänglich unter http://www.holocaust.cz/cz2/resources/documents/laws/rp19390621.

migung, unter ihnen Emil Kolben, der Gründer der berühmten Kolben-Industrie, und Arnošt Kraus, der berühmte Professor für deutsche Literatur an der Karls-Universität. Heydrich sollte dann die Liste der wenigen von diesen Maßnahmen ausgenommenen Personen bereits am 4. Oktober 1941 für ungültig erklären.[1709]

Die Definition des Begriffes „Jude“ wurde also durch die Protektoratsverordnung vom 21. Juni 1939 auf das Protektorat übertragen. Als „Jude“ galt eine Person mit:

1) zumindest drei jüdischen Großeltern;
2) mit zwei jüdischen Großeltern, die
   a) am 15. September 1935 der jüdischen Gemeinde angehört hat oder ihr zu einem späteren Zeitpunkt beigetreten ist oder
   b) am 15. September 1935 mit einem Dreiviertel- oder Volljuden verheiratet war oder zu einem späteren Zeitpunkt einen solchen geheiratet hat oder
   c) Abkömmling einer außerehelichen Beziehung mit einem Dreiviertel- oder Volljuden war und nach dem 31. Juli 1936 unehelich geboren wurde.[1710]

Nun musste vom NS- und SS-Apparat nach den Nürnberger Rassengesetzen geklärt werden, wer zu den jüdischen „Mischlingen“ zählte und wie mit Juden in Mischehen, prominenten und alten Juden, jüdischen Kriegsveteranen aus dem Ersten Weltkrieg, ausländischen Juden und Juden in der Rüstungsindustrie umgegangen werden sollte. Der Begriff „Mischlinge“ umfasste alle „Halbjuden“, die nicht der jüdischen Religion angehörten und nicht mit einem Juden verheiratet waren (die sogenannten „Mischlinge 1. Grades“), und alle „Vierteljuden“ („Mischlinge 2. Grades“), Personen mit einem jüdischen Großelternteil. Da „Reichsbürger“ nur „Staatsangehörige deutschen und artverwandten Blutes“ werden konnten, waren Juden von vorneherein ausgeschlossen. Nach dem „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ vom 15. September 1935 waren sowohl Eheschließungen als auch außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen und artverwandten Blutes verboten. Als Nichtarier waren Juden der Staatsdienst und alle Rechtsberufe versperrt, sie durften nicht Chefredakteur oder Verleger sein und waren von der Reichskammer für Kultur ausgeschlossen. Auf Grund des „Erbhofgesetzes“ konnten „Mischlinge“ keine landwirtschaftlichen Güter erben und keine Mitgliedschaft der NSDAP, SS, SA, HJ und aller übrigen Parteigliederungen erwerben. In der Wehrmacht konnten sie nicht in die Unteroffiziers- oder Offiziersränge aufsteigen. Hingegen brauchten sie keinen Stern zu tragen, wurden in ihren Geschäftsaktivitäten kaum behindert und konnten sogar Mitglied der NS-Volkswohlfahrt und der Deutschen Arbeitsfront sein. Zudem hatte das „Befreiungsverfahren“ zahlreichen Mischlingen erlaubt, im Staatdienst zu bleiben oder gar Offizier zu werden. Im Mai 1939 wurden im Altreich, der Ostmark und im Sudetengau insgesamt 64.000 Mischlinge 1. Grades und 43.000 Mischlinge 2. Grades gezählt. Für das Protektorat gibt es keine diesbezüglichen Angaben; nach der Anzahl der Mischehen

[1709] Demetz, Prague in Danger, 58-61.
[1710] Hilberg, Vernichtung 2, 771.

könnten es etwa 30.000 gewesen sein. Die Frage der tschechisch-jüdischen Mischlinge wurde von den NS-Bürokraten erst gar nicht erörtert.[1711]

Auf Veranlassung des Amtes des Reichsprotektors setzte die Protektoratsregierung ab Frühjahr 1939 eine Reihe antisemitischer Maßnahmen: Bereits am 16. März war von den Nationalsozialisten in Brünn die große Synagoge niedergebrannt und die Trümmer beseitigt worden; wie durch ein Wunder blieb der jüdische Friedhof die gesamte Protektoratszeit über verschont. Im Frühjahr 1939 wurden die Kanzleien der jüdischen Rechtsanwälte und die Praxen der jüdischen Ärzte geschlossen bzw. von „arischen" Substituten weitergeführt. Der Anteil der jüdischen Kinder in den tschechischen Schulen durfte ab dem Schuljahr 1939/40 nicht mehr 4 % übersteigen; ab November 1939 konnten Juden weder die geschlossenen tschechischen noch die deutschen Hochschulen besuchen. Bereits am 23. September 1939 mussten die Rundfunkempfänger abgegeben werden. Den jüdischen Arbeitslosen wurde die Unterstützung entzogen, und sie wurden nur mehr zu Hilfsarbeiten eingesetzt. Jüdische Arbeitnehmer hatten keinen Anspruch mehr auf Krankengeld, Kinderbeihilfe und bezahlten Urlaub. Eine Reihe von kleinen diskriminierenden Schritten sollte zwischen der tschechischen und jüdischen Bevölkerung eine Barriere aufbauen. So wurde den Juden ab September 1939 der Zutritt zu Hotels, Gasthäusern, Bädern, Kinos, Theatern, Museen, Ausstellungen und Archiven nach und nach verboten; Juden durften nur mehr zwischen 11 und 13 Uhr sowie zwischen 15 und 16.30 Uhr einkaufen; sie bekamen keine Rationen an Obst, Marmelade, Käse, Kaffee, Süßigkeiten, Fisch, Geflügel und Knoblauch; bald durften sie ihren Wohnsitz nach 20 Uhr nicht mehr verlassen, keine Sportveranstaltungen besuchen und kein Telefon besitzen; im Zug oder in der Straßenbahn konnten sie nur im letzten Waggon fahren, später auch das nicht mehr. Im Oktober 1939 wurde die Registrierung der jüdischen Bevölkerung im Protektorat befohlen, die 80.319 Personen mosaischen Glaubens und 9828 ohne Religionsbekenntnis ergab. Ab 1. März 1940 wurde in die Personalausweise von Juden ein „J" eingetragen, ab 17. Mai 1940 durften sie keine öffentlichen Parks, Gärten und Wälder mehr betreten und keine Taxis benützen. Ab 18. Jänner 1941 war Juden der Kauf von Äpfeln verboten, ab 1. Oktober 1941 der von Tabak, und ab 12. Dezember 1942 erhielten jüdische Kinder keinen Honig mehr.[1712] – Der NS-Niedertracht waren keine Grenzen gesetzt.

Zwar hatten manche Tschechen aus Enttäuschung über das Münchener Abkommen auch den Juden einen Teil der „Schuld" zugemessen; antisemitische Organisationen wie die *Vlajka* versuchten dies stimmungsmäßig auszunützen. Aber die Mehrzahl der Tschechen verurteilte diese diskriminierenden Maßnahmen ge-

---

1711 Hilberg, Vernichtung 2, 436f.; Pohl, Verfolgung, 3-9, 12f.

1712 Demetz, Prague in Danger, 63, 98; Václav Pavlíček, Das Protektorat und die Juden, in: Geschichte verstehen, 122f.; Havránek, Co jsem zažil. Besitzer von Gasthäusern mussten etwa an geeigneter Stelle ein Schild anbringen: „Juden ist der Zutritt verboten. Židům vstup zakázán." – Kundmachung der Bezirksbehörde in Reichenau a. d. Kn. (Okresní úřad v Rychnově n. Kn.), Zl. 1335/40, 29. November 1940.

gen die Juden, und nicht wenige versuchten, ihnen zu helfen: Sie versorgten sie mit Essen, schenkten ihnen Fleisch, Kohle und Kleidung, organisierten heimliche Sammlungen; tschechische Lehrer und Lehrerinnen unterrichteten heimlich jüdische Kinder. Auch beim Eisenbahnbau gab es eine gewisse Solidarität der tschechischen Facharbeiter mit den jüdischen Zwangsarbeitern. Nach dem Verbot der Benützung von Haustelephonen ab 7. Jänner 1941 und von Telephonzellen ab 31. Jänner 1942 überließen Tschechen Juden ihre Telephone zur Benützung.[1713]

Die Anzahl der Juden im Protektorat reduzierte sich durch Auswanderung und Flucht bis zum 30. Juni 1941 auf 88.686, von denen 13.088 kein mosaisches Bekenntnis angaben. SS-Sturmbannführer Eichmann hatte bereits am 21. Juli 1939 auch in Prag eine „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ eingerichtet. Manche jüdische Emigranten traten in eine alliierte Armee ein und kämpften in Frankreich, Großbritannien und Nordafrika, sowie im tschechoslowakischen Armeekorps bei Sokolovo, um Kiew und am Dukla-Pass. Die weitere statistische Entwicklung zeigt deutlich den Beginn der Deportations- und Vernichtungsmaßnahmen im zweiten Halbjahr 1941, so dass am 15. Juli 1943 im Protektorat nur mehr 8695 Juden erfasst wurden. Die gruppenspezifische Verfolgung der böhmisch-mährisch-schlesischen Juden rechtfertigt auch in diesem Fall eine gesonderte Opferstatistik.[1714]

Tabelle 15: Juden im Protektorat Böhmen und Mähren 1939-1945

Juden im Protektorat Böhmen und Mähren, März 1939 (nach den Nürnberger Rassegesetzen)	118.310
Bis 30. November 1942 aus dem Protektorat ausgewandert oder geflüchtet	26.111
Von 1941 bis 1945 nach Theresienstadt deportiert	73.468
In Theresienstadt gestorben	6.152
Von Theresienstadt in Vernichtungslager nach Osten deportiert	60.382
Überlebende der Vernichtungslager	3.097
In Theresienstadt nach dem Krieg befreit	6.875
Überlebende im Protektorat	2.650
Gesamte Totenverluste	78.154

Quellen: Miroslav Kárný, „Konečné řešení“. Genocida českých židů v německé protektorátní politice (Praha 1991); Tomáš Pasák, Český fašismus 1922-1945 a kolaborace 1939-1945 (Praha 1999); Hilberg, Vernichtung 2, 457-459 gibt leicht abweichende Zahlen an. Nach der Encyclopedia of Holocaust, 150f., waren bis Oktober 1941 26.629 Juden ausgewandert oder geflüchtet; im September 1941 hatte der Judenrat von Prag 88.105 Personen im Protektorat gezählt, die den „Judenstern“ tragen mussten; zwischen Oktober 1941 und März 1945 wurden allein aus Prag 46.067 Juden deportiert.

[1713] Miroslav Kárný [et alii], Terezínská pamětní kniha. Terezínská iniciativa (Praha 1995) 23f.; Peter Demetz, Der Prager Frischling, in: FAZ, 2. Juli 2010, 34.

[1714] Dokumentation der Vertreibung IV/1, 99f.; Kárný, „Konečné řešení“, 45. Von den 26.111 ausgewanderten bzw. geflüchteten Juden gingen 12.783 in andere europäische Staaten, 2117 nach Palästina, 4042 ins übrige Asien, 1482 nach Nordamerika, 671 nach Mittelamerika, 4673 nach Südamerika, 176 nach Australien und 167 nach Afrika. – Karl Lagus, Josef Polák, Město za mřížemi (Praha 1964) 59.

Die Verordnung des Reichsprotektors vom 21. Juni 1939 hatte auch den Beginn von „Arisierungen“ in massenhafter Zahl angekündigt. Als „jüdisch“ sollte bereits ein Unternehmen oder Geschäft gelten, an dem jüdisches Kapital mit mehr als 25 % beteiligt war. Die antisemitischen Maßnahmen der Gestapo zielten – unter dem Vorwurf ungesetzlicher Handlungen – auch sofort auf Beschlagnahme und Einziehung des jüdischen Vermögens mittels „Arisierung“. Das begann mit der Beschlagnahme jüdischer Wohnungen und der Zusammenlegung mehrerer Familien in einer meist schlechteren Wohnung; das setzte sich fort in der „Arisierung“ mittelgroßer Vermögen, die meist von der „Kreditanstalt der Deutschen“, dem Geldinstitut der Sudetendeutschen, durchgeführt wurde; und das endete schließlich in der „Arisierung“ großer jüdischer Unternehmen durch die Tochterbanken der Deutschen Bank und der Dresdner Bank, die Böhmische Union-Bank und die Böhmische Escompte-Bank. Diese Bank verschaffte sich außerdem über die „Allgemeine Treuhand AG“ in Prag die Übersicht über Häuser und Grundstücke in jüdischem Besitz, meldete dies der Gestapo und behauptete so bis Herbst 1940 ihre fast alleinige Stellung in der Verwaltung dieses beschlagnahmten jüdischen Vermögens; erst dann musste sie eine gewisse Aufteilung mit der Böhmischen Union-Bank und der Kreditanstalt der Deutschen akzeptieren.[1715]

Schon am 26. Jänner 1940 hatte der Reichsprotektor eine Verordnung über den Ausschluss der Juden vom Wirtschaftsleben erlassen; im Februar 1940 war den Juden auferlegt worden, ihre Wertpapiere und Aktien sowie Wertgegenstände aus Edelmetallen und Edelsteinen bei einer der Devisenbanken zu deponieren (insgesamt 482,35 kg reines Gold, 5,25 kg Platin und 16.700 kg reines Silber). Immerhin schätzte man im März 1941 das von der Gestapo beschlagnahmte und von den genannten „Treuhändern“ verwaltete jüdische Vermögen bereits auf 10 Milliarden Kronen, während im Juli 1941 die jüdischen Einlagen auf den Sperrkonten mehr als 2,1 Milliarden Kronen betrugen. Anfang September 1941 wurde schließlich ein Vermögensamt beim Reichsprotektor für Böhmen und Mähren gegründet, das nun 234 große Industrieunternehmen, 190 kleine Betriebe, landwirtschaftlichen Grundbesitz und Baugrundstücke verwaltete. Eine besondere Gruppe „arisierten“ Vermögens bildete der Besitz jener Personen jüdischer Herkunft, denen die Ausreise aus dem Protektorat unter der Bedingung erlaubt worden war, dass sie ihr Vermögen der „Treuhand“-Verwaltung durch die deutschen Banken überließen. Dazu zählte etwa der deutlich unterpreisige „Verkauf“ der Witkowitzer Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft durch die Familie Rothschild. Alles in allem kann man daher den Gesamtwert an „arisiertem“ jüdischem Vermögen auf 16-20 Milliarden Kronen schätzen.[1716]

Auch die reichen Aussiger Juden – in der Volkszählung 1930 waren über 1100 jüdische Einwohner gezählt worden – begannen bereits in den Wochen und Tagen vor dem Münchener Abkommen die Stadt zu verlassen, darunter die beiden be-

---

[1715] Václav Pavlíček, Das Protektorat und die Juden, in: Geschichte verstehen, 122f.

[1716] Jančík, Germanisierung, 129-131.

deutendsten Aussiger Familien – Petschek und Weinmann. Der Kohlebaron Franz Petschek emigrierte mit seiner Familie in die Schweiz, der Kohlebaron Eduard Jakob Weinmann mit seiner Familie in die USA. Vorher hatten sie alle ihre Bergwerke und Fabriken zu „symbolischen“ Preisen an Banken und Industriekonzerne verkauft, die bald von deutschen Unternehmen „arisiert“ wurden. Obwohl 195 Aussiger Juden überlebten, wurden nach 1945 ihre Anträge auf Restitution ihres Eigentums vielfach abgelehnt, vor allem mit dem Hinweis, dass sie sich 1930 als deutschsprachige Juden hatten registrieren lassen.[1717]

Der Vermögensberaubung unter NS-Herrschaft folgten bald Ghettoisierung und Deportation. Die Protektoratsverwaltung ordnete an, die kleineren Gemeinden aufzulösen und die dortigen Juden in die größeren Städte zu verlegen. Anfang November 1940 verbot der Polizeipräsident von Prag, Rudolf Charvát, den Juden, ihren Wohnsitz zu wechseln oder die Stadt zu verlassen, es sei denn zum Zwecke der Auswanderung. Ab 23. Jänner 1941 mussten die Juden ihre Führerscheine abgeben, zwei Wochen später sogar ihre Anglerkarten. Am 17. Juli 1941 untersagte Charvát den Prager Juden, die Wälder um Prag zu betreten. Am 30. Juli 1941 ersuchte Staatssekretär Frank den Chef der Reichskanzlei, Lammers, dringend um Erlaubnis, die Juden Böhmens und Mährens kennzeichnen zu dürfen. Dieses Ersuchen führte zu einer Diskussion zwischen dem Innen- und Propagandaministerium und um 1. September 1941 zur berüchtigten Verordnung, dass im Reichsgebiet und im Protektorat alle Juden über sechs Jahre in der Öffentlichkeit auf der linken Seite der Brust einen gelben „Judenstern“ zu tragen hatten. In dieser grundlegenden Verordnung wurde den Juden auch verboten, ohne eine schriftliche Erlaubnis der örtlichen Polizeibehörde die Grenzen ihres Wohnbezirks zu übertreten. Die Ghettoisierung begann Gestalt anzunehmen. Schließlich verbot der Prager Polizeipräsident am 12. Dezember 1941 den Juden die Benützung von Straßenbahnen und Bussen.[1718]

Primator-Stellvertreter Pfitzner, der die Verordnung vom 1. September außerordentlich begrüßte, wies in einem Bericht an Staatssekretär Frank auf die Konsequenzen der öffentlichen Kennzeichnung der Juden in Prag hin und schlug gleich antisemitische Maßnahmen vor:

> „[…] Einheimischen wie Fremden fiel sofort zu ihrer größten Überraschung auf, dass Prag geradezu von Juden wimmelt. Dieser Eindruck, der mit der statistisch festgestellten Zahl von 40.000 vorhandenen Juden nicht recht übereinstimmt, wurde nur dadurch möglich, dass sich die Juden ausgerechnet im Stadtinnern auf den belebtesten Straßen und Plätzen konzentrieren und herumtreiben. Dass dadurch geradezu eine Verschandelung des von Fremden besuchten Stadtinnern Prags eintritt, liegt auf der Hand. Nimmt man hinzu, dass die Juden ihren Stern geradezu stolz erhobenen Hauptes tragen, dann wird man immer mehr zur Überzeugung gedrängt, dass im Interesse des guten Namens Prags ehestens Wandel geschaffen werden muss. In einer Eingabe

[1717] Tragická místa paměti, 143-147.

[1718] Hilberg, Vernichtung 1, 181, 186f. Der „Judenstern“ sollte etwa handtellergroß sein; in der Mitte des schwarzumrandeten gelben Grunds hatte in schwarzen Buchstaben das Wort „Jude“ zu stehen. Der Träger hatte den Stern auf der linken Seite seiner Kleidung fest anzubringen.

an den Herrn Oberlandrat habe ich angeregt, die Juden doch in einem bestimmten Viertel ghettomäßig zu konfinieren. […]“[1719]

Bereits im Oktober 1939 hatten Judendeportationen aus Wien, Mähren und Kattowitz in ein „Judenreservat“ bei Lublin eingesetzt. Als sich unter den Deportierten, die Anfang 1941 von Wien nach Polen gebracht wurden, auch einige Kriegsveteranen befanden, verlangte die Wehrmacht, Offiziere mit erwiesenen Verdiensten und Veteranen, die zu 50 % und mehr versehrt waren, von der Aktion auszunehmen; ihnen müsse gestattet werden, ihren Lebensabend auf deutschem Boden zu beschließen. Ihre Deportation vertrage sich nicht mit der Achtung vor der deutschen Wehrmacht. Der „Verband Jüdischer Kriegsopfer Wien“ und der „Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten“ schlossen sich dieser Argumentation an. Mitte September 1941 gab aber Hitler den Befehl, mit der Deportation von etwa 60.000 Juden aus dem Reich und dem Protektorat zu beginnen. Und in Berlin, Prag und Wien erging die Anordnung, auch alle jüdischen Kriegsveteranen zu erfassen. Nur „würdige“ und „qualifizierte“ Veteranen (so die Träger des Eisernen Kreuzes I. Klasse oder dessen österreichischen Gegenstücks) erhielten das Zugeständnis, nach Theresienstadt gebracht zu werden.[1720]

Als Heydrich Ende September 1941 nach Prag kam, ordnete er sofort weitere Demütigungen und Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden an. Wie im Reich mussten sie ab nun den gelben Davidstern tragen, der in Prag auf dem alten jüdischen Friedhof abzuholen war. Gleichzeitig wurden ihnen die Tabakkarten entzogen, was einem Rauchverbot gleichkam. Magistrate, Postämter, Banken, Versicherungsgesellschaften und Pensionsanstalten durften sie nur mehr zu bestimmten Uhrzeiten betreten, auch Geschäfte, Friseurläden und Konditoreien durften nur mehr zu verordneten zwei Stunden täglich aufgesucht werden. Buchhandlungen und Leihbibliotheken blieben für Juden überhaupt geschlossen. Am 7. Oktober 1941 ordnete Heydrich die Schließung sämtlicher jüdischer Bethäuser und Synagogen an. Sie dienten – so die Begründung – schon seit langer Zeit nicht mehr religiösen Zwecken, sondern seien „Zusammenkunftsstätten aller subversiven jüdischen Elemente und Herde der illegalen Flüsterpropaganda“. Das jüdische Element in Böhmen und Mähren sei „in hervorragendstem Ausmaße zum Teil an der Verhetzung der Bevölkerung, zum Teil an der Organisierung des Widerstandes selbst aktiv beteiligt“. Die Möglichkeit zur Auswanderung wurde für 14 Tage völlig unterbrochen, Inlandsreisen nur in seltensten Fällen bewilligt. Anfang Oktober 1941 wurde in Prag für ganz Böhmen ein Zentral-Matrikel-Amt eingerichtet, das den Juden nach Altersklassen bestimmte Nummern ausgab. Dies ließ bei den Juden mit Recht die Befürchtung aufkommen, dass man sie einerseits total erfassen, andererseits ihre Deportation nach Altersklassen vornehmen wolle.[1721]

[1719] Tätigkeitsbericht Pfitzner an Frank, 1. Oktober 1941, in: Odsun 2, 234f.

[1720] Hilberg, Vernichtung 2, 449-454. Das österreichisch-ungarische Gegenstück zum deutschen EK I war die Silberne Tapferkeitsmedaille.

[1721] Zpráva z Prahy, 17. Oktober 1941, AÚTGM, EB II, V 60; vgl. Weisung der Bezirksbehörde in Reichenau a. d. Kn. (Okresní úřad v Rychnově n. Kn.) an alle Gemeindeämter, 7. Oktober 1941.

In einer Besprechung zwischen Heydrich, Frank, Eichmann und anderen SS-Funktionsträgern am 10. Oktober 1941 in Prag über die „Lösung von Judenfragen“ wurden entscheidende, in jeder Hinsicht menschenverachtende Festlegungen getroffen:

– Da der „Führer“ wünsche, dass die Juden bis zum Jahresende aus dem deutschen Raum hinauszubringen seien, müssten umgehende Maßnahmen gegen die etwa 88.000 Juden im Protektorat ergriffen werden, wovon 48.000 in Prag und je 10.000 in Brünn und Mährisch-Ostrau lebten.
– Mit den Transporten sollte um den 15. Oktober begonnen werden, wobei die „lästigsten Juden“ Minsk und Riga bekommen sollten, etwa 50.000.
– Auf Juden mit Kriegsauszeichnungen [aus dem Ersten Weltkrieg, Anm. Suppan] soll keine Rücksicht genommen werden.
– In Böhmen und Mähren sollte nur je ein Ghetto errichtet werden. In Böhmen wäre am besten die Übernahme von Theresienstadt durch die Zentralstelle für jüdische Auswanderung. Die Gegend sei vorzüglich für den Gemüseanbau geeignet.
– „Der Transport ins Ghetto würde keine lange Zeit in Anspruch nehmen; jeden Tag könnten 2-3 Züge nach Theresienstadt gehen mit je 1000 Personen. […] Nach bewährter Methode kann der Jude bis zu 50 kg nicht sperrendes Gepäck mitnehmen und – im Interesse der Erleichterung für uns – Lebensmittel für 14 Tage bis zu 4 Wochen. In die leeren Wohnungen wird Stroh verteilt, da durch das Aufstellen von Betten zu viel Platz weggenommen wird.“
– Die Juden sollten mit Arbeitsmöglichkeiten ohne maschinellen Aufwand „versorgt“ werden, z. B. dem Anfertigen von Holzschuhen und Strohgeflechten.
– „Besonderes Augenmerk ist auf die Kanalisation zu legen, damit nicht durch Abwässer zur Eger das Sudetenland gefährdet wird. Die Juden dürfen auf keinen Fall beerdigt werden, sondern es ist örtlich eine Verbrennung in einem Krematorium kleinsten Stils im Ghetto vorzunehmen.“[1722]

Umgehend erhielt ein jüdisches Sonderkommando den SS-Befehl, in der altösterreichischen Festung Theresienstadt (Terezín) – nach Umsiedlung der 3498 tschechischen und 347 deutschen Bewohner – ein „Reichsghetto“ für im Ersten Weltkrieg ausgezeichnete Veteranen und über 65 Jahre alte Juden zu errichten. Am 24. November 1941 kam ein erster Transport aus Prag an, das sogenannte Aufbaukommando. Das Konzentrationslager Theresienstadt sollte ein Potemkin’sches Dorf einerseits für die Tschechen und Sudetendeutschen, andererseits für das Ausland werden und sowohl Juden aus dem Protektorat als auch prominente Juden aus dem Reich und Österreich aufnehmen. Auch der infame NS-Propagandafilm „Der Führer schenkt den Juden eine Stadt“ sollte die wahren Absichten verschleiern.[1723]

[1722] Karný, Milotová, Kárná, Protektorátní politika, Dok. Nr. 15; Odsun 2, 241-244.

[1723] Ludmila Chládková, Ghetto Theresienstadt (Terezín 2005). Das Filmmaterial stammte zum Teil vom Regisseur Kurt Gerron, der im Februar 1944 aus dem niederländischen Durchgangslager Westerbork nach Theresienstadt deportiert worden war und vom KZ-Kommandanten den Auftrag erhalten hatte, einen dokumentarischen Propagandafilm über Theresienstadt zu drehen. Gerron wurde Ende Oktober 1944 in Auschwitz ermordet. – Roman Bucheli, Rückkehr unerwünscht, in: NZZ, 23. August 2011, 15; vgl. Charles Lewinsky, Gerron. Roman (Zürich 2011).

Am 16. Oktober 1941 begannen die Deportationen der Juden aus den reichsdeutschen Städten, den böhmisch-mährischen Städten und Wien nach Theresienstadt, bald folgten Judendeportationen aus den Niederlanden. Allein aus Brünn wurden 10.057 Personen deportiert, davon 820 Kinder unter 14 Jahren. Im Frühjahr 1942 brachte man die „würdigen" und „qualifizierten" Veteranen nach Theresienstadt, die übrigen in die Vernichtungslager. Theresienstadt erhielt ein eigenes SS-Kommando, das nacheinander die Hauptsturmführer Dr. Siegfried Seidel, Anton Burger und Karl Rahm leiteten, alle drei Eichmann-Männer und Österreicher. Unter SS-Aufsicht wirkten nacheinander als Judenälteste Jakob Edelstein, zuvor das Haupt der Prager Judengemeinde, Dr. Paul Eppstein von der Reichsvereinigung in Berlin und ab 27. September 1944 Rabbi Dr. Benjamin Murmelstein aus Wien, wobei der jüdische Ältestenrat nicht nur die Verteilung des Wohnraumes, des Essens und der Arbeit zu regeln, sondern auch die Deportationslisten zu erstellen hatte.[1724]

Die jüdischen Familien wurden im Ghetto Theresienstadt bald nach Frauen, Männern und Kindern getrennt, von den SS-Kommandeuren und ihren Schergen nicht nur psychisch, sondern auch physisch gequält, gefoltert und teilweise hingerichtet. Der Schriftsteller H. G. Adler brachte seine persönlichen Erfahrungen unmittelbar nach dem Krieg in London zu Papier: In Theresienstadt herrschten Hunger, Egoismus, Tod und Mord, und der Häftling schämt sich fast seiner stoischen „Bereitschaft zur Hinnahme", die sich von jedem törichten Fatalismus unterscheidet und keine Angst kennen will, denn die Angst „unterjocht und mordet, bevor noch ein Todesurteil den Menschen zur Vernichtung bestimmt".[1725]

Berichte über diese Zustände drangen relativ leicht an die Außenwelt, wo es bald Proteste gab. Bevor die NS-Behörden bereit waren, eine internationale Delegation nach Theresienstadt einzuladen, wurden Geschäfte und ein Kaffeehaus eingerichtet, auch eine Bank eröffnet und ein Kinderspielplatz gebaut. Trotz Hunger, Krankheit und Tod gab es in Theresienstadt ein Theaterleben in vielen Sprachen, einschließlich des Jiddischen. Goethes „Faust" und Lessings „Nathan der Weise" zogen viele Zuschauer an, während die SS-Kommandeure noch im Herbst 1944 die Aufführung von „Hoffmanns Erzählungen" von Jacques Offenbach verlangten.

[1724] HILBERG, Vernichtung 2, 456-458. Seidel wurde 1947 in Wien, Rahm 1947 in Leitmeritz hingerichtet. Die Deportationen aus Wien organisierte SS- Hauptsturmführer Alois Brunner, einer der engsten Mitarbeiter Adolf Eichmanns. Erst nach Veröffentlichung des Jahresberichtes des Simon Wiesenthal Center in Jerusalem Anfang Juli 2007 setzte das österreichische Justizministerium erstmals eine Festnahmeprämie von € 50.000,- für Hinweise aus, die zur „Ausforschung, Ergreifung und Verurteilung" Brunners führen. Eine Prämie in gleicher Höhe wurde für den ehemaligen Arzt im KZ Mauthausen, Dr. Aribert Heim, ausgeschrieben. Brunner, der noch 2001 von französischen Fahndern in Damaskus gesehen worden war, wäre heute über 100 Jahre alt, Heim ebenso. – Die Jagd nach den letzten Kriegsverbrechern. Immer noch leben berüchtigte Nationalsozialisten in Freiheit: Ein Gespräch mit Efraim Zuroff über den Stand der Emittlungen, in: FAZ, 10. Juli 2007, 33; Verspätetes Österreich, in: FAZ, 14. Juli 2007, 35.

[1725] DEMETZ, Frischling, 34; vgl. H. G. ADLER, „Panorama". Roman in zehn Bildern (London 1948, Wien 2010).

Die älteren Juden aus Prag, Berlin oder Wien bevorzugten deutsche Stücke, die jüngeren Juden eher tschechische oder jiddische; es gab aber auch niederländische, ungarische und dänische Aufführungen. Bereits im Sommer 1943 wurde ein Kindertheater eingerichtet. Am 23. Juni 1944 besuchte eine internationale Delegation unter Beteiligung des Schweizer Arztes Maurice Rossel vom Roten Kreuz und von Frants Hvass vom Außenministerium Dänemarks das Ghetto und ließ sich ebenso täuschen wie eine Delegation des Roten Kreuzes im März 1945. Noch in den letzten drei Kriegswochen trafen sogenannte Evakuierungstransporte aus östlichen Konzentrationslagern in Theresienstadt ein, die teilweise Flecktyphus mitbrachten, an dem noch nach der Befreiung mehr als 1500 KZ-Insassen starben.[1726]

In der Zeit zwischen 24. November 1941 und 20. April 1945 wurden insgesamt 140.937 Personen in das Ghetto Theresienstadt deportiert, von denen 73.468 aus dem Protektorat, 42.821 aus dem Altreich, 15.266 aus Österreich, 4894 aus den Niederlanden, 1447 aus der Slowakei, 1260 aus Bialystok (Kinder), 1150 aus Ungarn und 476 aus Dänemark stammten. Von diesen wurden 88.202 deportiert, 1654 befreit, 764 konnten fliehen und 276 wurden von der Gestapo verhaftet und vermutlich umgebracht; 33.456 starben in Theresienstadt, unter ihnen 6189 Opfer aus dem Protektorat und aus der Slowakei. Im Mai und Juni 1945 gab es unter den 16.832 aus dem Ghetto befreiten KZ-Häftlingen noch weitere 1567 Todesopfer, die zum Teil zu den nach dem 20. April 1945 in „Todesmärschen“ nach Theresienstadt „evakuierten“ 13.000 Häftlingen gehört hatten. Die große Mehrzahl der Juden aus dem Protektorat blieb aber nicht in Theresienstadt, sondern wurde – nicht zuletzt auf Drängen des SS-Gruppenführers Ernst Kaltenbrunner, des Nachfolgers Heydrichs – überwiegend nach Auschwitz oder in die Vernichtungslager im Generalgouvernement abgeschoben, insgesamt 60.382 Personen, von denen nur 3097 ihre Befreiung erlebten. Allein in der Nacht vom 8. auf den 9. März 1944 sollen im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau 3792 Juden vergast worden sein, die meisten von ihnen aus den böhmischen Ländern. An den Wänden der Pinkas-Synagoge in Prag sind 77.297 gewaltsam ums Leben gekommene böhmisch-mährisch-schlesische Juden verzeichnet, neuere Forschungen ergaben etwas mehr als 78.000 Todesopfer.[1727]

[1726] Vojtěch Blodig, Poznámky ke zprávě Maurice Rossela, in: Miroslav Kárný – Margita Kárná (Hgg.), Terezínské studie a dokumenty, 112; Erik Polák, Terezín v konečném řešení židovské otázky, in: Ebenda, 17-19; Demetz, Prague in Danger, 159-164.

[1727] Hilberg, Vernichtung 2, 457-459. Mit leicht abweichenden Zahlen Kárný, Die tschechoslowakischen Opfer, 138; Sayer, Bohemia, 224. Allein aus Brünn sollen 9700 jüdische Bürger ums Leben gekommen sein. Im KZ Theresienstadt starben u. a. die Opernsängerin Henriette Beck, der Leiter der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland Paul Eppstein, der Turn-Olympiasieger Felix Gustav Flatow, die Diakonissin Margit Frankau, der Brauereidirektor Karl Freiherr von Hirsch, der Großindustrielle Emil Kolben, Ministerialrat Eduard Lederer, der k.u.k. Generalstabsarzt Simon Popiel, der Wiener Zoologe Prof. Hans Przibram, der Leiter der Kinderpoliklinik der Deutschen Universität in Prag Prof. Felix Schleissner, der ehemalige Rektor der Deutschen Universität in Prag Prof. Samuel Steinherz, der Präsident der Handels- und Gewerbekammer Pilsen Otto Weissberger, der Präsident der deutschen Röntgengesellschaft

Obwohl die internationale Forschung zwar einige drohende Ankündigungen aber keinen direkten Befehl Hitlers für die Judenvernichtung ausfindig machen konnte, lässt doch ein schriftlicher Auftrag Görings an Reinhard Heydrich als Chef des Reichssicherheitshauptamtes vom 31. Juli 1941, „alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa“, darauf schließen, dass bereits im Sommer 1941 die Entscheidung für den systematischen Massenmord an den europäischen Juden gefallen sein muß. Nicht zuletzt die im 6. Kapitel genannten Vorbereitungen zum Unternehmen „Barbarossa“ weisen in diese Richtung. Auch eine Tagebucheintragung des Propagandaministers Joseph Goebbels von einer Rede Hitlers vor Reichs- und Gauleitern am 12. Dezember 1941, einen Tag nach der Kriegserklärung an die USA, bestätigt die führende Rolle Hitlers.[1728]

Heydrich, der ja mittlerweile auch Stellvertretender Reichsprotektor von Böhmen und Mähren geworden war, gelang erst auf der sogenannten „Wannsee-Konferenz“ am 20. Jänner 1942 die Erarbeitung eines Gesamtentwurfes zur „Endlösung der Judenfrage“. Nun – nachdem bereits an die 900.000 Juden ermordet worden waren – war von einer „Evakuierung der Juden nach dem Osten“ die Rede, von rund 11 Millionen europäischen Juden, die für die „Endlösung der europäischen Judenfrage“ in Betracht kämen, von einer Durchkämmung Europas vom Westen nach Osten, von der Vorziehung des Reichsgebietes und des Protektorates, „allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage“, schließlich vom Arbeitseinsatz im Osten in großen Arbeitskolonnen, „wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird“. Und Himmler bestätigte in einer Geheimrede vor SS- und Polizeiführern am 9. Juni 1942 in Berlin, unmittelbar nach seiner öffentlichen Trauerrede für Heydrich: „Die Völkerwanderung der Juden werden wir in einem Jahr bestimmt fertig haben; dann wandert keiner mehr. Denn jetzt muss eben reiner Tisch gemacht werden.“[1729]

Das KZ Theresienstadt wurde gemäß diesen Plänen ab März/April 1942 endgültig Durchgangslager für die Deportationen in die Vernichtungslager im Osten, zuerst nach Kulmhof (Chelmno) im Warthegau, dann nach Belzec, Sobibór und Treblinka im Generalgouvernement, schließlich nach Auschwitz (Oświęcim) bzw. Auschwitz-Birkenau. Andererseits wurden noch im Herbst 1944 und im Winter 1944/45 1638

Prof. Richard Werner und der k.u.k. Oberst i. G. Paul Winterstein. – Anna Hyndráková, Helena Krejčová, Jana Svobodová, Prominenti v ghettu Terezín 1942-1945 (Praha 1996).
Auch die Mutter von Peter Demetz wurde nach Theresienstadt deportiert, wo sie 1944 verstarb, während Teile ihrer Verwandtschaft in Auschwitz vergast wurden und ein Neffe sich dem Tschechoslowakischen Korps unter General Svoboda anschließen konnte. – Demetz, Prague in Danger, 65f., 135.

[1728] Brief Göring an Heydrich, 31. Juli 1941; TBJG, II, 2, 498f.; Pohl, Verfolgung, 70-82.

[1729] Niederschrift über die „Wannsee-Konferenz“, Berlin, 20.1.1942; Pohl, Verfolgung, 83f.; Heinrich Himmler, Geheimreden 1933 bis 1945, hg. von Bradley F. Smith und Agnes F. Peterson (Frankfurt am Main – Berlin – Wien 1974) 159.

slowakische Juden aus dem Internierungslager Sered’ nach Theresienstadt transportiert. Trotz intensiver NS-Propaganda bekamen vermutlich immer mehr Tschechen und Sudetendeutsche mit, was mit den Juden in Theresienstadt geschah.[1730]

Bereits im Jahre 1945 erschien die Publikation *Terezín ghetto*, die eine Liste aller nach Theresienstadt deportierten Juden enthält. Und obwohl Theresienstadt bereits 1947 staatliche Gedenkstätte wurde, schenkte ihr die kommunistische Herrschaft – ausgenommen in der kurzen Zeit des Prager Frühlings – nur wenig Aufmerksamkeit. Die Geschichtslehrbücher nannten zwar die Zahl von 360.000 Opfern des NS-Regimes in der Tschechoslowakei, erwähnten aber den Holocaust nur am Rande und verschwiegen, dass 270.000 Opfer Juden aus den böhmischen Ländern, der Slowakei und der Karpato-Ukraine waren. Erst nach 1989 rückte das KZ Theresienstadt – zusammen mit der Kleinen Festung, in der vor allem politische Häftlinge interniert und hingerichtet wurden – in den Mittelpunkt des tschechischen Opfergedenkens.[1731]

Die Sudetendeutschen im „Sudetenland“ und im „Protektorat“

Mit dem „Anschluss“ des Sudetenlandes hatte das Großdeutsche Reich sowohl reiche Rohstoffvorkommen als auch international konkurrenzfähige Unternehmen mit industriell bestens ausgebildeten Arbeitskräften übernommen. Auf dem Rohstoffsektor schlugen Holzüberschüsse, rüstungswirtschaftlich nutzbare Wolfram- und Uranlagerstätten und hochwertige Braunkohlelager zu Buche, auf dem industriellen Sektor Spitzenbetriebe der Textil-, Eisen-, Metall-, Stahl-, Glas-, Chemie-, Porzellan- und elektrotechnischen Industrie. 51 % der Erwerbstätigen waren in Industrie und Bergbau tätig gewesen, in Deutschland 40,7 %, in der Rest-Tschechoslowakei nur 33 %. Die Tschechoslowakei hatte mit der Abtretung des Sudetenlandes 2317 Industrieunternehmen verloren, im Einzelnen 98 % der Porzellan-, 89,9 % der keramischen, 69,9 % der Glas-, 68 % der Papier-, 60,5 % der Zellulose-, 53,8 % der Holz- und 40 % der chemischen Industrie. Die sudetendeutschen Betriebe sollten sowohl zur Steigerung der Rüstungswirtschaft als auch – was widersinnig erschien – zur „Erhöhung des Exports zur Besserung der Devisenlage“ beitragen. Allerdings begann sich im Ausland ein „ständig zunehmender politischer Boykott deutscher Waren“ zu entwickeln, den Großbritannien, Belgien, die Niederlande sowie die USA und unerwartet auch südamerikanische Staaten verstärkt ausübten, und zwar speziell in Reaktion auf die antisemitische Politik.[1732]

Die Begeisterung vieler Sudetendeutscher über den „Anschluss“ an das Großdeutsche Reich – wesentlich gespeist aus der verheerenden Massenarbeitslosigkeit und sozialen Not, aber auch aus der vergifteten Atmosphäre des „Volkstumskamp-

[1730] Kárný, Die tschechoslowakischen Opfer, 140f.; Pohl, Verfolgung, 86f.
[1731] Iggers, Das verlorene Paradies, 781-785.
[1732] Volkmann, NS-Wirtschaft, 326-331.

fes“ und der propagandistischen Beeinflussung aus dem Reich – hatte mit dem Kriegsbeginn 1939 erstmals abgenommen, stieg noch einmal nach dem Sieg über Frankreich an, ging allerdings nach Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion deutlich zurück. Zwar war die rasche Eingliederung der Montan- und chemischen Industrie des Sudetengaues in die deutsche Kriegswirtschaft gelungen, weniger freilich diejenige der stark exportorientierten Konsumgüterindustrie. Daher gingen von Mitte Oktober 1939 bis Mitte 1941 etwa 160.000 Sudetendeutsche aus dem Reichsgau Sudetenland zur Arbeit nach Deutschland. Unter diesen neuen Machtverhältnissen erfuhren die NSDAP und die ihr angeschlossenen Verbände in den ersten Jahren starken Zulauf, so dass nach individuellen Ansuchen – die Mitglieder der „Sudetendeutschen Partei“ waren nicht kollektiv übernommen worden – der Sudetengau prozentuell die meisten NSDAP-Mitglieder im Deutschen Reich aufwies, bis August 1939 bereits etwa 420.000 Mitglieder.[1733]

Auch die „Arisierung“ der von den geflüchteten und vertriebenen Juden verlassenen Wohnungen, Häuser, Geschäfte, Anwaltskanzleien und ärztlichen Ordinationen fand die Zustimmung des Großteils der Bevölkerung. Da es dabei neben Raub und Diebstahl auch um massenhafte Korruption ging, scheint schon zu Anfang der NS-Herrschaft ein rascher moralischer Werteverfall eingetreten zu sein. Andererseits irritierten viele Sudetendeutsche der politische Totalitätsanspruch Berlins und das massenhafte Auftreten vieler reichsdeutscher Funktionäre und Beamter. Zwar waren in der Gauselbstverwaltung und im Justizwesen außerordentlich viele Sudetendeutsche beschäftigt, auf wirtschaftlichem Gebiet aber wurde die reichsdeutsche Dominanz offenkundig. Dafür sorgten – wie im Protektorat – vor allem die Deutsche Bank und die Dresdner Bank sowie die Reichswerke Hermann Göring und der IG-Farben-Konzern. Diese entschieden auch die Verteilungskämpfe um die enteigneten jüdischen und tschechischen Betriebe für sich. Nicht zuletzt antikirchliche Maßnahmen wie die Entfernung der Kreuze aus den Schulen und die Absetzung von Pfarrern stießen in der überwiegend katholischen Bevölkerung auf heftige Kritik. Dennoch wurde von einer großen Mehrheit der Sudetendeutschen die zweifellos unvollkommene deutsche „Volksgemeinschaft“ auch in den harten Kriegszeiten einer tschechischen Herrschaft vorgezogen.[1734]

Die im Sudetengau verbliebene tschechische Minderheit musste „auf Zeit spielen“. Das deutsch-tschechische Verhältnis scheint sich aber seit Beginn des Krieges – trotz Freistellung der Tschechen vom Waffendienst – nicht dramatisch verschlechtert zu haben. Jedenfalls hieß es in einem Lagebericht des SD vom 8. März 1940, dass aus dem Sudetenland eine Reihe von Meldungen vorlägen, die besagten, dass in diesem Gau eine wachsende Zunahme von deutsch-tschechischen Mischehen zu beobachten sei. So seien im Regierungsbezirk Troppau innerhalb von acht Monaten trotz der von der NSDAP geführten Gegenpropaganda rund 300

[1733] Volker ZIMMERMANN, Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938-1945) (Essen 1999) 134f.

[1734] ZIMMERMANN, Die Sudetendeutschen, 439-446.

„nationale Mischehen“ geschlossen worden, vor allem im Stadtkreis Troppau, im Landkreis Troppau, sowie in den Kreisen Neutitschein, Wagstadt und Sternberg. Auch aus dem Brüx-Duxer Kohlenrevier wurde über eine ständige Zunahme von deutsch-tschechischen Mischehen berichtet. Auffällig wäre hierbei, dass besonders tschechische Männer deutsche Frauen heirateten. Da noch keine gesetzlichen Maßnahmen gegen das Schließen solcher Mischehen bestanden, hielt der Sicherheitsdienst der SS ein Eingreifen für dringend notwendig.[1735]

Sofort nach dem „Anschluss“ des Sudetenlandes und der südmährischen bzw. südböhmischen Gebiete hatte unter den beiden Großbanken Deutsche Bank und Dresdner Bank und ihren beiden Wiener „Töchtern“ – die CA-BV und die Länderbank – ein Wettstreit um die Aufteilung der in den angeschlossenen Gebieten gelegenen Filialen tschechischer Banken eingesetzt. Bereits am 4. Oktober 1938 richtete die CA ein Schreiben an das Reichswirtschaftsministerium, in dem sie selbstbewusst argumentierte:

> „[…] Unsere Anstalt scheint für die Übernahme solcher Filialen berufen zu sein, da diese und die von ihr in der Fusionszeit aufgenommenen Banken in früherer Zeit Filialen in diesem Gebiete unterhielten, die in der Nachkriegszeit an čechoslovakische Institute übergegangen sind, so dass die Wiedererwerbung dieser Filialen als Repatriierung anzusprechen ist.“[1736]

Joham informierte Abs über den Wunsch der CA, drei früher in Grenznähe zu Österreich gelegene Filialen zu erwerben und diesbezüglich Verhandlungen mit der Böhmischen Escompte-Bank aufzunehmen. Aber schon am 8. Oktober 1938 organisierte die Bankenabteilung des Reichswirtschaftsministeriums (RWM) ein Zusammentreffen mit Bankenvertretern und teilte ihnen mit, dass weitere direkte Verhandlungen zwischen deutschen und tschechischen Banken unerwünscht seien, und forderte sie auf, ihre Wünsche zu unterbreiten. Die CA informierte bereits zwei Tage später Joachim Riehle im RWM über ihre Kontakte zu verschiedenen tschechischen Banken und ihr Interesse an der Errichtung von Filialen in Böhmisch-Krumau (Český Krumlov), Znaim (Znojmo), Nikolsburg (Mikulov) und Lundenburg (Břeclav), wo Filialen der Böhmischen Industrialbank und der Deutschen Agrar- und Industriebank, der Böhmischen Escompte-Bank, der Anglo-Tschechoslowakischen und Prager Creditbank und der Kreditanstalt der Deutschen sowie der Mährischen Bank in Brünn bestünden. Zur Begründung des Anspruchs versuchte die CA auch historisch zu argumentieren: Der Verkauf ihrer Zweigstellen in Südmähren an die Böhmische Escompte-Bank im Jahre 1919, deren Aktien mehrheitlich von der *Živnostenská banka*, tatsächlich aber von den die tschechischen Banken kontrollierenden Wiener Banken gehalten worden sei, sei nur unter Druck infolge der tschechischen „Nostrifizierungspolitik“ erfolgt. Letzten Endes habe es sich dabei um nichts anderes als den Versuch gehandelt, die Wiener Banken und überhaupt die gesamte „deutsche“ Organisation des Kredit-

[1735] Odsun 2, 104f.
[1736] Feldman, Creditanstalt-Bankverein, 325.

geschäfts aus tschechischen Landen hinauszudrängen. Die Tschechen hätten von Banken, die nunmehr Teil der CA seien, insgesamt 101 Zweigstellen mitsamt den besten Kundenkonten an sich gebracht. Außerdem gebe es wirtschaftliche und soziale Gründe, denn

> „[e]in sehr großer Teil der Wiener Interessen lag und liegt daher jetzt wieder im abgetretenen Sudetenland, dessen Verbundenheitssphäre zur Donauhauptstadt keineswegs ausschließlich gefühlsmäßig bedingt ist. Die natürliche Exportrichtung der sudetendeutschen Industrie weist in hohem Maße nach Südosten; zur Notwendigkeit der Wiedergutmachung des nicht zuletzt durch tschechische Maßnahmen hervorgerufenen Wirtschaftselends in Wien gesellt sich der wirtschaftliche Vorteil, den diese Weltstadt durch ihre Lage, ihre Beziehungen und Erfahrungen sowohl im Sudetenland als in den Südoststaaten zu bieten vermag".

Die CA machte also auch einen „moralischen Anspruch" auf weitgehende Berücksichtigung in den neuen Gebieten geltend.[1737]

Zweifellos hatten die österreichischen Banken nach 1918 einen Teil ihrer Zweigstellen in der neuen Tschechoslowakei unter dem Druck der tschechischen Politik der „Nostrifizierung" und „Nationalisierung" verkaufen müssen, weitere Verkäufe waren dann aber nach jeweiligen Schwierigkeiten und Zusammenbrüchen österreichischer Banken erfolgt. Freilich waren weder die Wiener Großbanken noch ihre Filialen „deutsche" Bankinstitute gewesen, sondern ebenso supranational wie die Gesamtmonarchie. Im Herbst 1938 hatten sich allerdings die politischen Machtverhältnisse wieder umgekehrt, und unter den jetzt herrschenden Bedingungen mussten die tschechischen Banken nachgeben. Die Argumentation der CA, „dass dem Wien des Großdeutschen Reichs Entschädigung für die Verluste zustehe, die das Wien der Österreichisch-Ungarischen Monarchie erlitten hatte, war schlicht eine mehr oder weniger einfallsreiche Variante im revisionistischen Repertoire der Nationalsozialisten".[1738]

Die Aufteilung der Filialen und Zweigstellen der tschechischen Banken nahmen schließlich Riehle und der Bankenkommissar Friedrich Ernst vor: Alle Zweigstellen der Böhmischen Escompte-Bank im Sudetenland zusammen mit vier Zweigstellen der *Živnostenská banka* wurden der Dresdner Bank zugeschlagen, während die Deutsche Bank das Zweigstellennetz der Böhmischen Union-Bank und der Deutschen Agrar- und Industriebank erhielt. Der enttäuschten CA blieb nur die Möglichkeit, mit anderen tschechischen Banken direkte Verhandlungen aufzunehmen, so mit der Tschechischen Agrarbank wegen deren Niederlassung in

[1737] Ebenda, 326f.

[1738] Feldman, Creditanstalt-Bankverein, 327; vgl. Harald Wixforth, „Die Wiedererwerbung der Filialen ist als Repatriierung anzusprechen" – Die Expansionsbestrebungen der Österreichischen Creditanstalt-Wiener Bankverein in das Sudetenland 1938/39, in: Zeitschrift für Bankgeschichte 1 (2001) 62-77; derselbe, Auftakt zur Ostexpansion. Die Dresdner Bank und die Umgestaltung des Bankwesens im Sudetenland 1938/39 (Hannah-Arendt-Institut, Berichte und Studien 31, Dresden 2001) 81-84; Vlastislav Lacina, Tschechische Banken und ihre Verbindungen zum österreichischen Bankwesen, in: Oliver Rathkolb – Theodor Venus – Ulrike Zimmerl (Hgg.), 150 Jahre Creditanstalt (Wien 2005) 239-252.

Lundenburg, mit der Mährischen Bank hinsichtlich ihrer Zweigstellen in Znaim und Lundenburg und mit der Deutschen Agrar- und Industriebank wegen deren Zweigstellen in Znaim, Lundenburg und Böhmisch Krumau. Nach Intervention des Gauwirtschaftsberaters Niederdonau, Heinz Birthelmer, erhielt die CA nur die Zweigstellen der Mährischen Bank in Znaim und Lundenburg, während ihre Tochtergesellschaft, die Bank für Oberösterreich und Salzburg, eine Zweigstelle in Böhmisch Krumau erhielt, wo sich auch die Oberbank ansiedelte. Zum Vorteil der CA konnte sie bei den erworbenen Filialen Debitoren ausschließen, deren Rückstände als nicht eintreibbar oder zweifelhaft galten, wobei es sich oft um jüdische Konten handelte. Auch tschechische Staatsschuldbriefe und Anleihen konnte die Bank ablehnen. So blieb der zu zahlende Übernahmepreis weit hinter dem tatsächlichen Wert der erworbenen Vermögensbestände.[1739]

Daher stellte die CA in ihrer Betriebszeitschrift „Gemeinschaft“ die Neuerwerbungen in Lundenburg und Znaim ziemlich triumphierend vor. In Lundenburg seien 1918 noch 82 % der Bevölkerung „Deutsche“ – korrekter: Personen mit deutscher Umgangssprache – gewesen, die bis 1938 infolge der systematischen Diskriminierungspolitik der Tschechen auf 11 % zurückgegangen seien. Jetzt sei allerdings die Zuckerfabrik erneut in deutschen Händen, die Juden hätten am 8. Oktober 1938 die Stadt verlassen, ebenso seien viele Beneš-Anhänger abgewandert, die deutsche Bevölkerung dagegen wieder in raschem Ansteigen. Auch in Znaim, wo sich „[d]ie größten und leistungsfähigsten Gurkenbetriebe […] in jüdischen Händen“ befunden, die unverschämt hohe Preise gefordert hätten, sei die Lage völlig verändert. Zugleich sei die Nachfrage nach Znaimer Gurken, Eingelegtem und anderen landwirtschaftlichen Produkten in die Höhe geschnellt. Am 17. April 1939 wurde schließlich die neue Zweigstelle Lundenburg, am 7. August 1939 die neue Filiale Znaim mit Bankbeamten aus Wien und örtlichen Repräsentanten von Partei und Regierung eröffnet.[1740]

Zwischen Frühjahr 1939 und Herbst 1940 hatte die deutsche Bevölkerung des Protektorats um über 60.000 Personen zugenommen; am 1. März 1940 waren 189.000 Deutsche gezählt worden, sechs Monate später 245.000. Zu ihnen zählten etwa 40.000 zugezogene Sudetendeutsche und 20.000 Personen, die „sich nach der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren ihrer deutschen Abstammung erinnerten und sich wieder zum Deutschtum bekannten“.[1741] Unter den 39.000 Deutschen in Prag-Stadt und Prag-Land, die zum 31. Mai 1941 die sogenannte „Reichsfetthilfe“ beantragten, befanden sich 6000 „assimilationswillige“ Tschechen, die der Oberlandrat von Prag aber nicht für einen „erwünschten Bevölkerungszuwachs“ hielt. Allerdings ging die Zahl der tschechischen Volks- und Bürgerschulen geringfügig, diejenige der Mittelschulen immerhin um ein Viertel

[1739] Feldman, Creditanstalt-Bankverein, 329-331.

[1740] Ebenda, 331.

[1741] Bryant, Prague, 159-166, weist darauf hin, dass es während der Zeit des Protektorats keine genaue Definition der „deutschen Volkszugehörigkeit“ gab.

(die Anzahl der Mittelschüler sogar um 41 %) zurück, während bis zum Schuljahr 1944/45 die Zahl der deutschen Volksschulen auf das Zweieinhalbfache, der Bürgerschulen auf das Doppelte und der Mittelschulen um die Hälfte stieg.[1742]

Die deutschen Einwohner des Protektorats unterstanden deutscher Verwaltung und deutschem Gerichtswesen. An der Spitze standen dem Reichsprotektor unterstellte Oberlandräte, die jeweils für mehrere tschechische Bezirke zuständig waren. Der Anteil der Sudetendeutschen an der Protektoratsverwaltung ist jedoch noch immer nicht exakt zu bestimmen. Insgesamt war 1941 der Anteil der deutschen Beamten und Angestellten in den autonomen und Besatzungsbehörden mit rund 15.000 Personen gegenüber knapp 400.000 tschechischen öffentlich Bediensteten relativ gering und dürfte sich im weiteren Kriegsverlauf auch nicht erhöht haben. Auch das im Frühjahr 1939 von Staatssekretär Frank angestrebte Hereinholen vieler Sudetendeutscher in die Behörde des Reichsprotektors funktionierte nicht, da Neurath mit Unterstützung durch das Reichsinnenministerium Beamte aus dem Altreich bevorzugte. Deshalb kamen alle Abteilungsleiter seiner Behörde aus dem Altreich, ebenso 24 Oberlandräte, während nur 7 Oberlandräte aus den Sudetengebieten kamen, 4 aus Österreich. Immerhin setzte Frank im März 1940 die Ernennung zweier Sudetendeutscher als Landesvizepräsidenten von Böhmen bzw. Mähren durch, und auch die deutschen Bürgermeister und Bezirkshauptleute waren zumeist Sudetendeutsche.[1743]

Für den Krieg gegen die Sowjetunion wurden auch neue sudetendeutsche Jahrgänge zu den Waffen gerufen, die nun sehr bald um vieles höhere Verluste erlitten als ihre Kameraden zuvor in Polen, Norwegen, Frankreich oder Jugoslawien. Die Schüler der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten (Napola) und der Adolf-Hitler-Schulen meldeten sich meist freiwillig, allerdings nicht zur Wehrmacht, sondern zur SS. Auch schulisch Schwache, die der Matura bzw. dem Abitur ausweichen wollten, meldeten sich eher freiwillig und konnten sich in der Wehrmacht die Truppengattung aussuchen. Außerdem entfiel die Einberufung zum Reichsarbeitsdienst. Schließlich sollte nicht übersehen werden, dass man sich bei der Luftwaffe kostenlos zum Flugzeugführer ausbilden lassen, während man bei der Panzertruppe sämtliche Führerscheine machen konnte.[1744]

Der Weltanschauungskrieg Hitlers hatte aber auch sofort schwere wirtschaftliche und soziale Konsequenzen für den Reichsgau Sudetenland, da die sowjetischen Baumwolllieferungen ausblieben und mehrere Textilgroßbetriebe in Brüx (Most) und Oberleutensdorf (Horní Litvinov) stillgelegt werden mussten. Gerade letzterer Betrieb hatte früher sehr viel Cord nach Skandinavien exportiert. Nun wurden die arbeitslos gewordenen Textilarbeiter gezwungen, in den Braunkohlengruben weiterzuarbeiten. Dabei wurden ihnen unter verschiedenen Titeln auch

[1742] Brandes, Tschechenpolitik, 132.

[1743] Mastný, Czechs, 100; Brandes, Tschechenpolitik, 132f.; Arburg – Staněk, Vysídlení Němců, 36f.

[1744] Nather, Als Deutscher, 40.

noch große Abzüge von ihren Löhnen zugemutet. Nun habe – nach Ansicht des schwedischen Konsuls in Prag – „ein Großteil der links orientierten Sudetendeutschen [...] bereits genug von den Deutschen", speziell in den sogenannten Hungergebieten an den früheren deutschen Grenzen.[1745]

Auch aus anderen Gründen fiel der Lagebericht des Regierungspräsidenten in Troppau für den Oktober 1941 nicht besonders optimistisch aus: Die älteren Tschechen schienen durch die jüngsten Maßnahmen im Protektorat „folgsam und gefügig" zu werden, aber die jüngeren, insbesondere Studenten und Lehrer, warteten, „die Faust in der Tasche geballt", auf eine Änderung der Lage. Auch dem Nichteingeweihten sei klar, dass die Tschechen allgemein ausländische Sender abhörten, weshalb die deutsche Bevölkerung die Frage aufgeworfen habe, warum den Tschechen nicht die Radioapparate abgenommen würden. Zwar gebe es noch 479 Klassen in 170 Volksschulen mit tschechischer Unterrichtssprache, in denen 432 tschechische und 89 deutsche Lehrkräfte 18.819 Schülerinnen und Schüler unterrichteten; aber in den 11 Bürgerschulen mit tschechischer Unterrichtssprache gebe es nur mehr 19 Klassen mit 27 Lehrkräften (20 tschechische und 7 deutsche) und 651 Schülerinnen und Schülern; und alle diese Bürgerschulen liefen mit Ende des Schuljahre 1941/42 aus. Da nicht nur der Großteil der jungen Deutschen, sondern auch die Mehrzahl der jungen deutschen Lehrer zum Militärdienst eingezogen worden seien, würden die Tschechen als „die eigentlichen Kriegsgewinner der heutigen Auseinandersetzung" betrachtet, die für verschiedene Aufgaben als Fachkräfte eingesetzt werden. Die Tschechen zeigten auch keine Neigung, Grundbesitz zu verkaufen, schon gar nicht an Deutsche.[1746]

Mit der Steigerung des alliierten Bomberkrieges gegen Deutschland ab Frühjahr 1942 begann die Verlagerung „kriegswichtiger" Betriebe ins Sudetenland, was hier einen relativ raschen Strukturwandel von der Konsumgüterindustrie zur Produktionsgüterindustrie einleitete. Wie Österreich wurde somit das Sudetenland immer intensiver in die NS-„Großraumwirtschaft" einbezogen. Parallel dazu erfolgte die Evakuierung von „Ausgebombten" aus westdeutschen Städten, die etwa 30.000 Deutsche ins Sudetenland brachte; dazu kam der Zuzug von deutschen Umsiedlern aus Ost- und Südosteuropa (Bessarabien, Bukowina, Wolhynien). Der steigende Bedarf an Arbeitskräften in der sudetendeutschen Kriegsindustrie ließ darüber hinaus immer mehr tschechische Protektoratsangehörige in den Sudetengau pendeln (im April 1944 sollen es bereits 85.000 Personen gewesen sein), und schließlich weitete sich auch der Einsatz von „Fremdarbeitern" (vornehmlich Polen, Ukrainer und Russen) und Kriegsgefangenen aus, so dass im Frühjahr 1944 knapp 150.000 gezählt wurden. Die jungen Sudetendeutschen aber wurden immer intensiver zur Wehrmacht und SS eingezogen und hatten ihren Kriegseinsatz mit

[1745] Úřední záznam, o. D. [Ende Oktober 1941], AÚTGM, EB II, V 60. Diese Informationen bekam der Berichterstatter vom schwedischen Konsul in Prag, Oehrvall, sowie vom schwedischen Gesandtschaftsrat in Berlin, Alexis Aminoff.

[1746] Regierungsbezirk Troppau, Lagebericht für Oktober 1941, in: Odsun 2, 246-249.

etwa 175.000 bis 197.000 Gefallenen zu bezahlen, d. h. mit einem etwa gleichen Prozentsatz wie die deutsche Bevölkerung westlich von Oder und Neiße, aber mit einem höheren Prozentsatz als die österreichische Bevölkerung.[1747]

Mit einer gewissen Rückendeckung durch Hitler persönlich überstand Gauleiter Henlein in seinem Amtssitz in Reichenberg unterschiedliche Kritik aus NSDAP- und SS-Kreisen. Pläne der Gauleitung, die über 300.000 Tschechen ins Protektorat auszusiedeln, stießen auf massiven Widerstand der Protektoratsbehörden und des Staatsministers Frank. Auf Grund der Konzentration der Rüstungsindustrie im Sudetenland in der zweiten Kriegshälfte nahm die Zahl der tschechischen Facharbeiter im Sudetengau sogar zu. So konnte Henlein in seinem „Grenzlandkampf" gegen die Tschechen nur auf Assimilation und Germanisierung setzen.[1748]

Deutsche (Karls-)Universität und Deutsche Technische Hochschulen

Als der tschechoslowakische Unterrichtsminister am 18. September 1938 die deutschen Universitäts- und Hochschulprofessoren aufgefordert hatte, gegen die sezessionistische Haltung der Henlein-Partei zu protestieren, verließ nahezu die Hälfte von ihnen Prag (47 von 105) und Brünn – die Semesterferien waren ja noch nicht zu Ende – und suchte Zuflucht in Wien und München. Die Rektoren und Dekane aber waren ins Ministerium für Schulwesen zitiert worden, wo sie die Proklamation Henleins ablehnten und ihre Treue zum tschechoslowakischen Staat erneuerten. Auch einige Klinikchefs blieben und ersetzten das geflüchtete Personal durch Tschechen. Obwohl die Sudetendeutsche Partei von einer Rückkehr abriet, kehrten Anfang November die meisten Universitätslehrer zurück und begannen nun ihre Institutionen umzugestalten. Bereits zu Ende des Wintersemesters 1938/39 wurden 77 überwiegend jüdische Professoren, Dozenten und Lektoren „beurlaubt", etwa ein Drittel aller Lehrenden, sodass vor allem an den Universitätskliniken beklagenswerte Zustände eintraten. Im Juni 1939 waren an der Medizinischen Fakultät 14 Lehrstühle unbesetzt, an der Juridischen 11, an der Naturwissenschaftlichen 7. – Von den 77 Universitätslehrern kamen später mindestens 12 in Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslagern ums Leben.[1749]

Am 2. August 1939 wurde die Deutsche Universität – gemeinsam mit den Deutschen Technischen Hochschulen in Prag und Brünn – in die Reichsverwaltung übernommen. Das bedingte eine neue Habilitationsordnung, die Einführung von Trimestern, die Schaffung neuer Lehrstühle, so für Rassenforschung

---

[1747] Radvanovský, Sudetenland, 148f. Rüdiger Overmans, Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg (München 2000) 228, gibt für die annektierten Gebiete wie das Sudetenland, das Wartheland und Eupen-Malmedy insgesamt 206.000 deutsche Gefallene an.

[1748] Zimmermann, Die Sudetendeutschen, 450-452.

[1749] Prager Tagblatt, 18. September 1938; Míšková, Die Deutsche (Karls-) Universität, 46-76; Demetz, Prague in Danger, 34f.

und Kriegswissenschaften, und Neuberufungen aus Deutschland und Österreich. Der Kriegsbeginn ließ die Zahl der Studierenden deutlich sinken. Zum Vergleich: Waren an der tschechischen Karls-Universität vor ihrer Auflösung am 17. November 1939 genau 6893 ordentliche Hörer inskribiert, so führte die „Deutsche Karls-Universität“ zu Beginn des Wintersemesters 1939/40 nur 3402 ordentliche Hörer, obwohl die Kolleggebühren mit 80 Pfennigen deutlich hinter jenen an den Universitäten im Reich mit 2,50 Reichsmark zurücklagen. Immerhin betrug die Professoren- und Dozentenschaft im Jahre 1940 wieder 145 Personen, im letzten Studienjahr 1944/45 sogar 182. Als „Frontuniversität“ – wie die neuen Universitäten in Posen (Poznań) und Strassburg (Strasbourg) – sollte die Prager Universität „das tschechisch-deutsche Problem in seiner ganzen Komplexität erforschen“. Der 1940 aus Göttingen berufene Agrarwissenschafter und neue Rektor, SS-Standartenführer Wilhelm Saure, sah sich jedoch nicht nur größeren personellen, sondern auch schwierigen materiellen Problemen gegenüber. Heydrich ließ als Stellvertretender Reichsprotektor Rektor Saure ablösen und holte den jungen SS-Hauptsturmführer Hans Joachim Beyer aus Posen als „Vertrauensmann“, der das neu eingeführte Fach „Volkslehre“ vertrat. Im selben Jahr verstarb der bekannte, aus Güssing im Burgenland stammende Historiker Samuel Steinherz im KZ Theresienstadt.[1750]

Dabei wirkten auch in der Protektoratszeit durchaus namhafte Professoren an der Deutschen Karls-Universität in Prag, wie der weltbekannte Gynäkologe Hermann Hubert Knaus aus Kärnten[1751], der Kirchenrechtler Karl Hilgenreiner, der Rechtshistoriker Wilhelm von Weizsäcker, der Kunsthistoriker Karl Maria Swoboda, die Slawisten Gerhard Gesemann und Edmund Schneeweis, der Osteuropa-Historiker Josef Pfitzner (der gleichzeitig die Funktion eines Primator-Stellvertreters von Prag einnahm), der Mediävist Heinz Zatschek, der Völkerrechtler Hermann Raschhofer, der Kirchenhistoriker Eduard Winter und der Soziologe Eugen Lemberg. Freilich wurden manche von ihnen – vor allem Beyer, Gesemann, Pfitzner, Schneeweis, der Rassenbiologe Bruno Kurt Schulz, Weizsäcker und Zatschek – ebenso in die von Frank und Heydrich betriebene NS-Politik ver-

[1750] Monika GLETTLER, Tschechische, jüdische und deutsche Professoren in Prag, in: Prager Professoren 1938-1948 (Essen 2001) 13-21; MÍŠKOVÁ, Die Deutsche (Karls-) Universität, 82-95.

[1751] Hermann Hubert Knaus, geb. 1892 in St. Veit an der Glan, 1914-1918 Militärdienst, 1920 MUDr. Univ. Graz, Volontärassistent an der Medizinischen Fakultät Graz, 1924/25 Studienaufenthalte in London, Cambridge, Berlin, Paris, 1927 Habilitation für Geburtshilfe und Gynäkologie an der Univ. Graz, 1930 ao. Prof. Univ. Graz, 11.10.1934 ao. Prof. und Vorstand der geburtshilflichen und gynäkologischen Klinik der Deutschen Medizinischen Fakultät in Prag, 1935-1945 o. Prof., ab 1.4.1939 NSDAP-Mitglied, 1939/41 Dekan, 1939 Oberstarzt der Wehrmacht, 1941 Rücktritt als Dekan nach Streit über die Berufung eines Berliner Chirurgen; 1942/43 Direktor der Hebammenschule, 1945 Rückkehr an die Medizinische Fakultät der Universität Graz, 1948 Gastprofessor an der Medizinischen Fakultät London, 1951-1960 Primarius der geburtshilflichen und gynäkologischen Abteilung des Krankenhauses Wien-Lainz, gest. 1970 in Graz. – Ludmila HLAVÁČKOVÁ – Petr SVOBODNÝ, Biographisches Lexikon der Deutschen Medizinischen Fakultät in Prag 1883-1945 (Praha 1998) 113f.

strickt wie die im NS-Studentenbund organisierten Studierenden, unter denen es vor allem Reichsdeutsche, Sudetendeutsche und Österreicher gab. Als besonderes Zentrum der im Sinne des Nationalsozialismus betriebenen Forschung entwickelte sich die Reinhard-Heydrich-Stiftung.[1752]

Während des Krieges sanken natürlich trotz Fernimmatrikulationen die Studentenzahlen, obwohl im September 1940 noch etwa 800 ausländische Studierende gezählt wurden (Russen, Ukrainer, Volksdeutsche, Bulgaren, Slowaken, Rumänen, Albaner und 6 (!) Tschechen). Nicht wenige Studierende agierten freilich auch als „ehrenamtliche Mitarbeiter" der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, in deren Führungspositionen aber überwiegend Deutsche aus dem Altreich saßen. Immerhin waren im Sommersemester 1944 an der „Deutschen Karls-Universität und Technischen Hochschule in Prag" noch 6150 Studierende eingeschrieben, davon 1583 Frauen. Die Wehrmacht hatte immerhin 974 Studierende beurlaubt, wozu eine entsprechende Protektion erforderlich war. Eine ganze Reihe von Professoren und Dozenten hielten Militärvorlesungen für die Soldaten. Als sich Rektor Friedrich Klausing nach dem fehlgeschlagenen Attentat auf Hitler erschoss, da sein Sohn als Adjutant Stauffenbergs in die Pläne eingeweiht gewesen war, wurde die Karls-Universität endgültig eine NS-Universität. Im letzten Kriegsjahr wurden dann immer mehr männliche Studenten zum totalen Kriegseinsatz gerufen, die noch in Prag gebliebenen zum Volkssturm und zum Katastropheneinsatz. Bei Kriegsende verließ ein Teil der Professoren und Studenten mit den deutschen Truppen Prag, etwa ein Dutzend kam während des Maiaufstandes ums Leben, einige – wie der letzte Rektor Kurt Albrecht und der Primator-Stellvertreter Pfitzner – wurden vor ein tschechisches Standgericht gestellt und hingerichtet. Die Geschichte der (Deutschen) Karls-Universität in Prag und der anderen deutschen Hochschulen endete per Präsidenten-Dekret Nr. 122/1945 am 18. Oktober 1945.[1753]

Widerstand und Kriegsende im „Sudetenland"

Organisierter Widerstand war im Reichsgau Sudetenland lange Zeit so gut wie unmöglich, da die Gestapo sogleich nach München die potentiellen sozialdemokratischen, kommunistischen und katholischen Gegner verhaftete – vermutlich an die 15.000 Personen (!) – und allein 2500 von ihnen nach Dachau deportierte.

[1752] Míšková, Die Deutsche (Karls-) Universität, 96-109; vgl. Andreas Wiedemann, Die Reinhard-Heydrich-Stiftung als Beispiel nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik im Protektorat, in: Christiane Brenner, K. Erik Franzen, Peter Haslinger, Robert Luft (Hgg.), Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert (München 2006) 157-176.

[1753] Míšková, Die Deutsche (Karls-) Universität, 150-181, 211-215, 232-244; vgl. Alena Míšková, Německá univerzita za druhé světové války, in: Dějiny univerzity Karlovy 1918-1990 (Praha 1998) 213-231. 58 deutsche Professoren und Dozenten aus dem Protektorat fanden Aufnahme an Universitäten und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland, 18 in Österreich.

Vergleichbar scharfe Aufmerksamkeit galt den tschechischen Sozialdemokraten, Kommunisten, Sokolmitgliedern, Schulvereinsmitgliedern und ehemaligen Legionären. Erst mit der deutschen Niederlage vor Moskau im Dezember 1941 und der deutschen Kriegserklärung an die USA begann sich die Stimmungslage zu ändern – in Richtung Hoffnung auf der tschechischen Seite, in Richtung Verbissenheit auf der sudetendeutschen Seite. Nach Stalingrad verstärkten sich bei den Tschechen die Siegeshoffnungen, während auf die Sudetendeutschen Durchhalteparolen niederprasselten. Weitere Impulse für den tschechischen Widerstand gingen vom slowakischen Nationalaufstand im August 1944 aus.[1754]

Gauleiter Henlein und der auch für das Sudetenland als HSSPF zuständige Frank begannen nun bewusst die Angst der Bevölkerung vor den Konsequenzen einer deutschen Niederlage zu schüren. Der Staatsminister sprach Ende September 1944 sogar öffentlich von Plänen der tschechoslowakischen Exilregierung, im Falle einer deutschen Niederlage zwei Millionen Sudetendeutsche auszusiedeln. Henlein ging bei einer Großkundgebung am 30. September 1944 in Ausig – anlässlich des sechsten Jahrestages des Münchener Abkommens –sogar noch weiter und behauptete, dass Beneš eine Million Sudetendeutsche umbringen, eine weitere Million zur Sklavenarbeit nach Sibirien schicken und „den Rest unter brutalstem Druck zur Preisgabe seines Volkstums zwingen“ werde. „Nein, Herr Benesch!, so wird es auf keinen Fall“, erklärte Henlein unter stürmischen Zustimmungskundgebungen der Versammelten. „Denn selbst wenn wir untergehen müssten – was keinesfalls geschehen wird – würden wir Stadt um Stadt, Dorf um Dorf, Haus um Haus verteidigen und uns unter ihren Trümmern begraben lassen. Niemals würden wir unsere Heimat, das Land unserer Ahnen verraten.“[1755]

Die drei Töchter des Grafen russischer Herkunft Andreas Razumovsky und seiner Frau Katharina, die 22-jährige Maria (Mascha), die 20-jährige Daria (Dolly) und die 17-jährige Olga, erlebten das Kriegsende 1945 auf Schloss und Gut Schönstein (Dolní Žitovice) südwestlich von Troppau und führten darüber Tagebücher. Olga erinnerte sich gut an die Hitler-Rede in der Neujahrsnacht 1945 – als er schrie: „Das Deutschland von früher hat 5 Minuten vor 12 Schluss gemacht. ICH mache prinzipiell erst 5 Minuten nach 12 Schluss!“ – und bemerkte sarkastisch: „Leider hat er aber nicht Schluss gemacht, sondern nur versprochen, dass er noch die Letzten, Frauen und Kinder, heranziehen wird, um den Feind zu schlagen.“ Auch Hitlers Rede am 30. Jänner 1945 – zum 13. Jahrestag der NS-„Machtergreifung“ – blieb Olga in Erinnerung: „Das ganze war ein ziemliches Gejammere, er hat uns nur gesagt, dass wir alle, ganz egal, ob alt, jung, Mann, Frau, Kind, gesund oder krank, jeder solange arbeiten muss, wie seine Kräfte es hergeben, dann können wir alle zugrunde gehen. Hauptsache, wir haben uns dem ‚Großdeutschen Reich‘ geopfert!“ Am 10. März hielt Dolly die neuen Le-

[1754] Vgl. Zimmermann, Die Sudetendeutschen (1999).

[1755] Der Neue Tag, Prag, 1. Oktober 1944; Die Zeit, Reichenberg, 1. Oktober 1944; zitiert nach: Odsun 2, 482f.; Zimmermann, Reichsgau Sudetenland, 179.

bensmittelrationen für die nächsten fünf Wochen fest: 5,70 kg Schwarzbrot, 2,10 kg Weißbrot, 1,20 kg Fleisch, ¼ kg Butter, 1/8 kg Magarine, 1/8 kg Speck, 60 g Käse, 60 g Topfen, 11 ½ g Kaffee, 3/8 kg Zucker (für 9 Wochen!), ¼ kg Nährmittel. Anfang April allerdings, nach der Zwangsevakuierung von Troppau, gab es in Schönstein plötzlich Fleisch und Butter en masse, da viele Ochsen und Kühe geschlachtet wurden und die Molkerei keine Milch mehr annehmen konnte. Am 27. April gingen die drei jungen Frauen unter Kanonendonner sogar aufs Feld Kartoffel legen, auch „um den Dorfweibern mit gutem Beispiel voranzugehen". Schon am 16. März waren massenhaft russische Flugzettel abgeworfen worden, dass jetzt für die „tschechischen Brüder" die Stunde der Befreiung gekommen sei; daher nähten die drei Schwestern mit ihrer Mutter „im Schweiß unseres Angesichtes die tschechische Fahne, und zwar, oh Ironie, aus dem selben Stoff, aus dem wir 1938 (fieberhaft vor dem Einmarsch der deutschen Truppen) die Hakenkreuzfahne fabriziert haben." Aber mit dem Hissen der tschechischen Fahne mussten sie noch bis zum 6. Mai (!) warten, bis die Rote Armee vom Schloss Besitz nahm. Die ersten Tage der sowjetischen Besatzung waren von Plünderungen seitens der Soldateska und Verhören durch NKVD-Offiziere geprägt. Die Tagebücher berichten auch von Vergewaltigungen in den Nachbardörfern. Bruder Andreas konstatierte am 8. Mai 1945: „Die Russen benahmen sich wie die Hunnen." Dolly erzählte von der tschechischen Siegesfeier am 9. Mai nachmittags: „Ich kann gar nicht sagen, wie widerwärtig es mir ist, auf einmal wieder die begeisterte Čechin zu spielen, mit einem čechischen Banderl im Knopfloch herumlaufen usw."[1756]

Der erste alliierte Luftangriff auf Aussig war erst am 16. Dezember 1944 erfolgt, bei dem vor allem die Zuckerraffinerie, das Kesselhaus der Schicht-Werke und die Rangiergleise des Bahnhofs Schreckenstein getroffen wurden. Neben den Bomben wurden auch Flugblätter in deutscher Sprache abgeworfen: „Aussig ist ein finsteres Loch, aber wir finden es doch." Schon 1941 hatte eine tschechische Widerstandsgruppe einen detaillierten Stadtplan angefertigt, der nach London geschickt wurde. So konnten die alliierten Flugzeuge relativ zielgenau bombardieren. Da die deutsche Kriegsproduktion in Aussig noch auf Hochtouren lief, wurde auch noch am 17. und 19. April 1945 von der US-Luftwaffe bombardiert. Nun wurden der Hauptbahnhof – wo sich gerade KZ-Häftlinge aus Theresienstadt befanden –, die Strom-, Wärme- und Wasserleitungen, der Rundfunk und die Luftalarmsirenen außer Gefecht gesetzt. Der Stadtverwaltung und der Wehrmacht gelang es allerdings, den Bahnverkehr schon nach wenigen Stunden wieder aufzunehmen. Bei den Luftangriffen wurden 165 Häuser völlig zerstört, an 65 Objekten entstanden schwere, an 85 mittlere und an über 500 leichte Schäden. Zu den zerstörten Gebäuden gehörten sowohl das Rathaus als auch der Sitz der NSDAP-Kreisleitung im ehemaligen Vereinshaus „Ressource". Die Zahl der Toten wird heute auf ca. 512 geschätzt, 409 Opfer sind namentlich bekannt. Bei Kriegsende

[1756] Maria, Daria und Olga Razumovsky, Unser Abschied von der tschechischen Heimat. Tagebücher 1945/46 (Wien – Köln – Weimar 2000) 10, 29, 49, 52, 74, 107f., 129, 135.

war Aussig nach mehreren Luftangriffen neben Pilsen die am stärksten zerstörte böhmische Stadt.[1757]

Als sich die alliierten Luftangriffe auf Aussig, Brüx, Karlsbad – die Lazarettstadt hatte mehrere Hundert Einwohner zu beklagen – und Eger zu häufen begannen und sich die Rote Armee ab Mitte Jänner 1945 den östlichen Gebieten des Sudetengaues näherte, wurden auch Böhmen und Mähren rückwärtiges Kriegsgebiet. Sudetendeutsche und Tschechen sahen nun lange Kolonnen mit bis zu 1,5 Millionen an deutschen Flüchtlingen und Evakuierten aus Schlesien, dem östlichen Sudetengau, der Slowakei und anderen Ostgebieten, gleichzeitig Hungermärsche von KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen. Selbstverständlich führte dies zu Brot- und Kartoffelknappheit, auch zu Kohlemangel. Im März 1945 begann die Evakuierung der östlichen Kreise des Regierungsbezirkes Troppau, ab Anfang April musste der Kreis Jägerndorf vor der Roten Armee geräumt werden. Nun begannen die meisten der nationalsozialistischen Funktionäre nach Westen zu fliehen. Zwei anglo-amerikanische Luftangriffe auf Aussig am 17. und 19. April 1945 zerstörten im Zentrum der Industrie- und Hafenstadt 324 Häuser.[1758]

Einen Tag nach dem Fall Troppaus im Osten marschierten am 26. April 1945 US-Truppen in Eger ein. Die sudetendeutsche Zivilbevölkerung lehnte bereits jede sinnlose Verteidigung ihres Heimatorts ab; nur mehr einige Waffen-SS Einheiten leisteten hinhaltenden Widerstand. Bis 6. Mai rückten die amerikanischen Panzerspitzen auf die mit dem sowjetischen Generalstab vereinbarte Demarkationslinie Karlsbad–Pilsen–Budweis vor und blieben hier vereinbarungsgemäß stehen. Viele Flüchtlinge aus dem Osten versuchten in den ersten Maitagen bis zu den Amerikanern zu gelangen. Immerhin unterblieben in der amerikanisch besetzten Zone Westböhmens massivere Übergriffe seitens der tschechischen Nationalausschüsse und die „wilden“ Vertreibungen. Davon konnte jedoch im übrigen Böhmen keine Rede sein. Die sowjetischen Panzerspitzen unter dem Oberbefehl von Marschall Konev bahnten sich erst in der Nacht vom 7. auf den 8. Mai von Sachsen her die Vormarschwege nach Teplitz, Saaz und Theresienstadt. Gauleiter Henlein war noch am Abend des 7. Mai von Reichenberg nach Karlsbad geflohen, begab sich in amerikanische Gefangenschaft und beging in der Nacht vom 9. auf den 10. Mai 1945 in Pilsen Selbstmord.[1759]

Der Oberkommandierende der *Allied Expeditionary Forces*, General Dwight D. Eisenhower, hatte bereits am 19. April 1945 an den Oberbefehlshaber der 12. Army Group, General Omar Nelson Bradley, eine *Civil Affairs Directive for Liberated Areas of Czechoslovakia* erteilt, die eindeutig zugunsten der tschechoslo-

[1757] Tragická místa paměti, 139-142. Bei der Rückkehr der US-Bomber zum italienischen Stützpunkt wurden bei Konopischt zwei Bomber abgeschossen. Von den zehn US-Piloten überlebte einer, der von tschechischen Widerstandskämpfern versteckt wurde. Einer wurde beim Absprung erschossen, die übrigen acht wurden auf Befehl von General Alfred Karasch, dem Kommandeur des SS-Truppenübungsplatzes in Beneschau, umgebracht.

[1758] Zimmermann, Reichsgau Sudetenland, 180-182; Bahlcke, Böhmen und Mähren, 16, 252.

[1759] Dokumentation der Vertreibung, 33-37; Radvanovsky, Sudetenland, 160f.

wakischen Autoritäten und gleichzeitig gegen das NS-Regime im Sudetenland Stellung bezog:

„1. It is the policy of the United Kingdom and the United States Government that Czechoslovakia be treated as an Allied liberated country and that the Sudetenland be treated as part of Czechoslovakia. The German regime in the Sudetenland, as well as in other areas of Czechoslovakia, is an alien one to be uprooted and destroyed. […]

3. So far as feasible, you will however, as in other Allied liberated countries, permit loyal Czechoslovakian authorities when found to conduct all matters of civil administration, including the re-organization of the administrative and judicial services and the elimination therefrom of Nazis and Nazi collaborators. […]

5. It will be for Czechoslovakian authorities to take the necessary administrative and judicial measures to deal with Nazi and hostile persons and institutions. You should request the Czechoslovakian authorities to take appropriate steps to block their accounts and properties. […]

6. In the Sudetenland and any other parts of Czechoslovakia incorporated into the Reich, you will probably have greater difficulty than in other areas and must exercise greater care in finding out loyal Czechoslovakians to whom you may look for the conduct and reorganization of the civil administration. In such parts you will probably find that you will have to render such loyal authorities, when established, greater assistance than in other areas.“ […][1760]

Deutsch-slowakische Beziehungen 1938-1943

Der Konflikt der Sudetendeutschen Partei mit der Prager Regierung führte am 17. September 1938 auch zum Verbot der Karpatendeutschen Partei. Erst mit der von „Hlinkas Slowakischer Volkspartei“ (*Hlinkova slovenská ľudová strana, HSĽS*) initiierten Autonomieerklärung der slowakischen Parteien am 6. Oktober 1938 in Sillein (Žilina) und dem tschecho-slowakischen Verfassungsgesetz vom 22. November 1938 über die Autonomie der Slowakei änderte sich die Lage grundlegend. Bereits am 10. Oktober 1938 wurde der „Deutschen Volksgruppe in der Slowakei“ mit einem „Staatssekretariat für die Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe in der Slowakei“ eine Sonderstellung eingeräumt. Die Deutschen in der Slowakei erhielten auf diese Weise das Recht auf Selbstverwaltung, vor allem auf dem Gebiet des Schulwesens und der Kultur. Als einzige politische Organisation der Karpatendeutschen wurde die „Deutsche Partei“ zugelassen, deren Obmann Karmasin gleichzeitig die Funktion des Staatssekretärs ausübte.[1761]

Obwohl Hlinkas Volkspartei – *Ľudáky* genannt – schon seit den 1920er Jahren den Wahlspruch „Ein Gott, ein Volk, eine Partei, ein Führer“ verwendete, hatte sie bei den Kommunalwahlen im Juni 1938 nicht mehr als 26,93 % der Stimmen erhalten, während die Koalition aus Agrariern, Sozialdemokraten und weiteren Parteien noch auf 43,93 %, die vereinten ungarischen Parteien auf 17,5 %, die

[1760] FRUS, Diplomatic Papers 1945, vol. IV, part A (Washington D.C. 1968) 437-439; Odsun 2, 525.

[1761] Dokumentation der Vertreibung IV/1, 137-141.

Kommunisten auf 7,4 % und die Karpatendeutsche Partei auf 3,3 % gekommen waren. Mit der seit langem aktuellen Forderung nach slowakischer Selbstverwaltung – die allerdings im Frühjahr 1938 zur „Geisel" der „sudetendeutschen Frage" geworden war – gelangte die Hlinka-Partei aber eindeutig in die Offensive, während die Parteien der tschechoslowakischen Regierungskoalition durch das Münchener Abkommen schwer erschüttert wurden. Bald nach dem Ersten Wiener Schiedsspruch – für die slowakische Regierung und Bevölkerung ein „slowakisches Trianon" – führten Ministerpräsident Jozef Tiso[1762] und seine Anhänger nach deutschem Vorbild ein Ein-Partei-System ein. Unter entsprechendem Druck vereinigten sich fast alle bürgerlichen Parteien mit der Hlinka-Volkspartei, während Kommunisten, Sozialdemokraten und jüdische Parteien verboten wurden. Bei den Wahlen zum slowakischen Landtag im Dezember 1938 war daher nur mehr eine von der Volkspartei aufgestellte Kandidatenliste zugelassen, über die durch ein Plebiszit („Willst du eine neue, freie Slowakei?") abgestimmt wurde. Durch Wahlmanipulation erreichte die Gemeinschaftsliste kaum glaubhafte 97,5 %; die Volkspartei erhielt 48 der 63 Sitze, die anderen Parteien 11; die Deutschen erhielten zwei Sitze, die Magyaren und Ruthenen je einen.[1763]

Noch gab es allerdings Auseinandersetzungen in der nunmehrigen Einheitspartei. Der Obmann und Priester Tiso war innenpolitisch eher einem korporatistischen und national-slowakischen als national-sozialistischen Kurs zugeneigt und konnte sich vor allem auf die katholische Geistlichkeit und den christlichen

---

[1762] Jozef Tiso, geb. 1887, wurde nach dem Studium der Theologie am Pazmaneum in Wien 1910 zum Priester geweiht und promovierte 1911 zum Dr. theol. Nach mehrjähriger Seelsorgertätigkeit, 1914/15 auch als Feldkaplan, wurde er 1918 Professor für Moraltheologie am Priesterseminar in Nitra, hierauf Sekretär des Bischofs von Nitra, Karol Kmeťko, der ihn 1924 zum Leiter des Priesterseminars in Bánovce bestellte. Seit 1919 politisch in Hlinka's Slowakischer Volkspartei tätig, wurde Tiso 1925 zum Abgeordneten im Prager Parlament gewählt und war 1927-1929 Minister für öffentliche Gesundheit und Leibeserziehung. Nach dem Tod von Prälat Hlinka im Sommer 1938 wurde Tiso zum Parteiobmann gewählt und im Oktober 1938 zum Ministerpräsidenten der autonomen slowakischen Regierung. Am 9. März 1939 von der Prager Regierung abgesetzt, wurde Tiso nach der Unabhängigkeitserklärung am 14. März vom Pressburger Parlament zum vorläufigen, am 26. Oktober 1939 zum Präsidenten gewählt. Als Oberbefehlshaber und Parteiobmann behielt er gegen die radikalen Kräfte um Tuka und Mach die Oberhand, verstärkte aber den autoritären Kurs. Als 1942 die führende Rolle der Hlinka-Partei in der Gesellschaft festgeschrieben wurde, nahm er den Titel *Vodca* [Führer] an. So wurde Tiso auch für die Verfolgung der Juden verantwortlich. Ende März 1945 floh Tiso mit seinem Gefolge nach Österreich und wurde im oberösterreichischen Benediktinerkloster Kremsmünster interniert, wo er von US-Behörden verhaftet wurde. Nach seiner Auslieferung an die Tschechoslowakei im Oktober 1945 wurde er 1946 vor dem Volksgerichtshof in Pressburg des Hochverrats angeklagt und 1947 hingerichtet. Sein Gnadengesuch war von der Prager Regierung und vom Präsidenten Beneš abgelehnt worden. – The Encyclopaedia of Slovakia and the Slovaks, 687f.; James M. Ward, No Saint: Jozef Tiso, 1887-1947 (Ph.D. Diss. Stanford 2008).

[1763] Ľubomír Lipták, Das politische System der slowakischen Republik 1939-1945, in: Erwin Oberländer (Hg.), Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919-1944 (Paderborn – München – Wien – Zürich 2001) 299-333, hier 299-301.

Gewerkschaftsbund stützen. Bereits als Ministerpräsident gelang es ihm, den extrem-rechten Flügel seiner Partei mit vielen jüngeren Parteimitgliedern und der Hlinka-Garde (*Hlinkova garda*) unter ihrem skrupellosen Befehlshaber Alexander (Šaňo) Mach, dem späteren Innenminister, zurückzustutzen. Der ideologisch ebenfalls radikale Universitätsprofessor Vojtech Tuka war nach 1920 als Geheimagent der ungarischen Regierung tätig, besaß aber schon in den 1920er Jahren, vor seinem Hochverratsprozess 1929, auch Beziehungen zur NSDAP und zur Reichswehr. Nach seiner Rückkehr aus dem Gefängnis 1938 wurde er besonders als Initiator der slowakisch-deutschen Gesellschaft aktiv und sammelte die Veteranen in der „Vaterlandswehr" (*Rodobrana*).[1764] Tiso und seine Regierung dachten an der Jahreswende 1938/39 noch keineswegs an eine völlige Unabhängigkeit, da Voraussetzungen wie ein eigenes Militär, eine eigene Polizei und Gendarmerie sowie eine eigene Finanzpolitik nicht gegeben waren. Noch standen tschechische Truppenkörper in der Slowakei, slowakische Truppenkörper in Böhmen und Mähren; zwei Drittel der in der Slowakei stationierten Gendarmen waren Tschechen. Das sich rasch einstellende Gefühl einer Umzingelung veranlasste aber mehrere Vertreter der Volkspartei, direkte Beziehungen zum Deutschen Reich anzuknüpfen und faschistische Organisationen aufzubauen.[1765]

Hitler waren die territorialen Ungerechtigkeiten zwischen der Slowakei und Ungarn völlig egal, vielmehr benützte er die Autonomie der Slowakei im März 1939 als Hebel zur Zerstörung der zweiten „Tschecho-Slowakischen Republik". Zuerst bestellte er den am 9. März von Prag abgesetzten Ministerpräsidenten Tiso nach Berlin und forderte ihn am 13. März auf, die Slowakei solle sich unabhängig erklären; diese Unabhängigkeit würde vom Deutschen Reich verteidigt werden. Andernfalls werde sich Berlin an ihrem weiteren Schicksal „desinteressiert" zeigen, was zu einer Aufteilung zwischen Polen und Ungarn führten könnte. Unter diesem direkten Druck Hitlers ersuchte Tiso, der einem slowakischen Separatismus durchaus ambivalent gegenüberstand, noch telephonisch aus Berlin um Einberufung des Slowakischen Landtages, der tags darauf, am 14. März 1939, nach Bericht Tisos die Unabhängigkeit der Slowakei erklärte. Die Gefahr einer Auf-

[1764] Vojtech Tuka, geb. 1880, studierte die Rechtswissenschaften an den Universitäten in Budapest, Berlin und Paris und lehrte zwischen 1914 und 1919 als Professor für Völkerrecht an der Elisabeth-Universität in Pressburg. Obwohl Abgeordneter des Prager Parlaments ab 1925, wurde er 1929 infolge seiner irredentistischen Aktivitäten zugunsten Ungarns wegen Spionage und Hochverrats angeklagt und zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach der Gründung des slowakischen Staates wurde er im März 1939 Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident, nach der Wahl Tisos zum Staatspräsidenten Ministerpräsident und stellvertretender Parteiobmann der Hlinka-Partei. Sein Versuch, in der Slowakei ein NS-ähnliches Modell einzuführen, scheiterte am Widerstand der Kreise um Tiso. 1946 wurde er vom Volksgerichtshof in Pressburg zum Tode verurteilt und hingerichtet. – The Encyclopaedia of Slovakia and the Slovaks, 701.

[1765] Ebenda, 301-305; Bericht dt. Generalkonsulat in Pressburg an AA, [Anfang 1939], in: Walter Brandmüller, Holocaust in der Slowakei und katholische Kirche (Neustadt an der Aisch 2003) 132-136. Die von Brandmüller vorgenommene präsumptive Datierung des Berichtes des deutschen Generalkonsulats in Pressburg mit „wohl 1940" ist eindeutig falsch.

teilung der Slowakei war tatsächlich nicht aus der Luft gegriffen, denn Ungarn annektierte bereits am 16. März die Karpato-Ukraine und eine Woche später noch 1697 km² ostslowakischen Gebietes mit 69.639 Einwohnern. Der unter deutschem Druck am 14. März 1939 per Landtagsbeschluss ausgerufene „Slowakische Staat" (*Slovenský stát*) musste bereits am 23. März 1939 einen „Schutzvertrag" und ein „Vertrauliches Protokoll über wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit" mit dem Deutschen Reich abschließen, wurde aber dennoch ein Völkerrechtssubjekt. Freilich ließ sich das Deutsche Reich für den „Schutz der politischen Unabhängigkeit des Slowakischen Staates und der Integrität seines Gebiets" umfangreiche Zugeständnisse geben, die von einer militärischen „Schutzzone" in der nordwestlichen Slowakei über die deutsche Mithilfe bei der Gründung einer Slowakischen Nationalbank und die Einflussnahme deutscher Großbanken und Rüstungskonzerne bis zur völligen außenpolitischen Abhängigkeit vom Deutschen Reich reichten: mit der (militärisch allerdings nur kurzen) Beteiligung am Krieg gegen Polen im September 1939, mit dem Beitritt zum Dreimächtepakt Ende September 1940, mit der Beteiligung am Krieg gegen die Sowjetunion im Juni 1941 und mit den Kriegserklärungen an die USA und Großbritannien im Dezember 1941.[1766]

Msgr. Raffaele Forni, Nuntiaturrat in Berlin, stattete bereits Anfang April 1939 der westlichen Slowakei einen Besuch ab, in der die Apostolische Administratur Trnava sowie die Diözesen Nitra und Bánska Bystrica eingerichtet waren. Die religiöse Situation bezeichnete er als gut, da es genügend Priester und viel Religionsunterricht gebe und in der Bevölkerung eine „bemerkenswert ernste Frömmigkeit" vorhanden sei. Die politische Lage gab ihm allerdings Anlass zu großer Sorge:

– Die Slowaken hassten „von Herzen" die Ungarn. Die ungarische Herrschaft „seit dem 1. Jahrtausend bis 1918" merke man noch daran, dass „die erwachsenen Slowaken gleichermaßen Ungarisch wie das in der Familie gelernte Slowakisch" sprächen.
– Die Haltung der Slowaken gegenüber den Tschechen sei nicht viel anders. Sogleich nach der Gründung der Republik hätten die Slowaken „die ungerechte tschechische Unterdrückung" zu fühlen bekommen, „die von Liberalismus und Freimaurerei bestimmt" gewesen sei und zu einer „wahren Jagd auf die besten Posten – auch durch Lutheraner und Juden" – geführt habe. Auf religiösem Gebiet habe der Hussitismus offen Terrain zu gewinnen gesucht.
– Aus diesen Gründen ergebe sich in der slowakischen Außenpolitik „eine bemerkenswerte Hinneigung zu Deutschland und in der Innenpolitik ein besonderer Vorrang für Männer der katholischen Kirche. Präsident Tiso habe gegenüber Forni auf die Reorganisation der Schule, die Beobachtung der Sonntagsruhe, die Aufhebung der Freimaurerei und die Schließung der wenigen Kirchen der Tsche-

[1766] Jörg K. HOENSCH, Grundzüge und Phasen der deutschen Slowakei-Politik, in: Begegnung und Konflikt, hg. von Jörg K. Hoensch und Hans Lemberg (Essen 2001) 147-158; vgl. Jörg K. HOENSCH, Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik. Hlinkas Slowakische Volkspartei zwischen Autonomie und Separation 1938/39 (Köln – Graz 1965).

choslowakischen Nationalkirche in der Slowakei hingewiesen. Hinsichtlich der Juden wolle die Regierung jene, die vor dem 6. Oktober 1938 getauft worden waren, als Slowaken behandeln. Freilich könne die Regierung nicht vergessen, dass die Juden 1918/19 mit den Ungarn gemeinsame Sache gemacht hätten und später unter tschechischer Herrschaft zusammen mit den Lutheranern.

– Msgr. Tiso sei „von der besten Absicht beseelt". „Möglicherweise wird er das Land retten können, aber wenn er verliert, wie es Schuschnigg und Hácha ergangen ist, würde der Misserfolg leider im selben Maße auf die Religion zurückschlagen, in der der Katholizismus in der Slowakei verwurzelt ist." Sein erster Besuch bei Hitler sei ihm unter ähnlichen Umständen aufgezwungen wie bei Hácha. Mitten in der Nacht seien von Wien aus Seyss-Inquart, Winkler und Bürckel nach Pressburg gekommen und hätten Tiso vor die Alternative gestellt, entweder sofort zu Hitler nach Berlin zu fahren und seine Anordnungen zu empfangen, „oder die gesamte Nation werde radikal zerstört".[1767]

Der Volkskommissar für Äußeres, Maksim Litvinov, hatte am 18. März 1939 dem deutschen Botschafter in Moskau, Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, eine Protestnote gegen die Okkupation Böhmens und Mährens und den geänderten Status der Slowakei übergeben lassen, am 16. September 1939 aber hatte die UdSSR die Slowakische Republik völkerrechtlich anerkannt. Dieser Schritt bestätigte das Wirken des Geheimen Zusatzprotokolls des Molotov-Ribbentrop-Paktes, demgemäß die gesamte ehemalige Tschechoslowakei in den deutschen Einflussbereich fiel. Sofort milderte sich auch der antibolschewistische Ton in der von der regierenden Hlinka-Volkspartei dominierten Presse. Da die Sowjetunion durch die Inbesitznahme Ostgaliziens auf etwa 20 km an die Slowakei herangerückt war, waren im Slowakischen Landtag sogar wieder panslawische Stimmen zu hören. Im Dezember 1939 wurde der Gymnasialprofessor und Bankdirektor Fraňo Tiso, ein Cousin des Präsidenten, als slowakischer Gesandter nach Moskau gesandt, der jedoch politisch wenig hervortrat und sich auf den Abschluss eines Handelsvertrages und die Umsiedlung einer kleinen Zahl an Slowaken aus Wolhynien beschränkte. Schulenburg bemerkte an ihm auch keine Neigungen zum Panslawismus. Sein sowjetisches Pendant, der bevollmächtigte Vertreter der UdSSR in der Slowakei, Georgij M. Puškin, kam erst am 2. Februar 1940 in Pressburg an. Für ihn überraschend, äußerte der slowakische Außenminister Ferdinand Ďurčanský gleich bei ihrer ersten Begegnung: „Die Ungarn haben einen Teil unseres Gebietes besetzt, aber wir verlieren die Hoffnung nicht, ihn zurück zu bekommen." Und Puškin erkannte sehr bald: „Die Slowaken erwarteten von uns mehr, als wir ihnen geben können."[1768]

[1767] Bericht Msgr. Forni an Kardinal Maglione, Bratislava, 14. April 1939, in: Brandmüller, Holocaust, 124-131. Forni traf in Pressburg auch den Zipser Bischof, sodass er nur mehr den griechisch-katholischen Bischof Pavel Gjodič in Prešov besuchen musste.

[1768] Beata Katrebova-Blehova, Die slowakisch-sowjetischen Beziehungen, 1939-1941: eine ungleiche Partnerschaft, in: Prague Papers on the History of International Relations (Prague 2008)

Der Slowakische Staat (*Slovenský stát*) umfasste nur 38.004 km² mit 2,655.053 Einwohnern, besaß aber alle Institutionen und Symbole eines souveränen Staates (Parlament, Regierung, Präsident, Nationalhymne, Staatswappen, Staatsfahne, eigene Währung), wurde von 27 Staaten anerkannt – darunter von Deutschland, Italien, der Sowjetunion und dem Heiligen Stuhl (aber nicht von den USA, Großbritannien und Frankreich) –, war freilich auf Grund des Schutzvertrages von seiner ersten bis zu seiner letzten Stunde ein Satellitenstaat des Großdeutschen Reiches, ab September 1944 auch ein de facto okkupiertes Land. Dies zeigte sich einerseits in der Entsendung einer Deutschen Heeresmission und deutscher „Berater" in die Ministerien nach Pressburg, andererseits in der von den Reichswerken Hermann Göring, der Deutschen Bank und der Dresdner Bank forcierten wirtschaftlichen Anbindung an die deutsche Kriegswirtschaft. Die slowakische Rüstungsindustrie erhielt Aufträge der Wehrmacht und lieferte während des Krieges Flugzeugmotoren, optische Geräte und Nachrichtengeräte. Das anfänglich katholisch-autoritäre Regime der Partei der slowakischen nationalen Einheit unter Tiso wurde ab 1942 zunehmend zu einer Diktatur nach NS-Vorbild, die vor allem Ministerpräsident Vojtech Tuka propagierte und die sich auch die jüdischen Vermögenswerte aneignete. Dennoch behielt Tiso im Machtkampf gegen Tuka und Mach die Oberhand. Zwar kämpften Slowaken in alliierten Einheiten in Frankreich, Großbritannien, in Nordafrika und in der Sowjetunion, aber der politischen Emigration um Milan Hodža gelang keine Etablierung eines politischen Zentrums.[1769]

In den Diskussionen um eine neue Verfassung gab es erstaunliche Differenzen. Vertreter der Staatsgewalt wehrten sich gegen eine vollständige Unterordnung unter den Parteiapparat der Volkspartei, Vertreter der deutschen Minderheit äußerten Zweifel an der zentralen Stellung der Stände, die sie zu sehr an die Verfassung des Bundesstaates Österreich („Dollfuß-Verfassung") vom 1. Mai 1934 erinnerte. So blieben nach tschechoslowakischem Vorbild das gewählte Parlament (*sněm*), der vom Parlament gewählte Präsident und die vom Präsidenten ernannte Regierung. Dennoch kam es zu einer Monopolstellung der Hlinka-Volkspartei, des Staatsrates und des Präsidenten; Vertreter der Volksgruppen, der Stände und der Hlinka-Garde wurden vom Präsidenten als Mitglieder des Staatsrates ernannt. Ministerpräsident Tuka äußerte sich dennoch kritisch: „Die Verfassung […] ist weder demokratisch

375-428, hier 374-393. Aus Anlass des 22. Jahrestages der Oktoberrevolution richtete Tiso ein Glückwunschtelegramm an das sowjetische Staatsoberhaupt Kalinin. Dieses Telegramm und einige Reden Tisos im Herbst 1939 dürften den Hl. Stuhl dazu veranlasst haben, Tiso keine Glückwünsche zu seiner Wahl zum Präsidenten zu übersenden. – BRANDMÜLLER, Holocaust, 60-63.

[1769] Die deutsche Beratertätigkeit bezog sich auf Polizeiangelegenheiten, auf die „Judenfrage", auf soziale Fragen, auf die Hlinka-Partei, die Hlinka-Garde und die Hlinka-Jugend, auf die slowakische Volkswirtschaft, Landwirtschaft und Forstwirtschaft, auf die Nationalbank, auf den slowakischen Arbeitsdienst und das Propagandaamt, nicht zuletzt auch auf die deutsche Minderheit. – Tatjana TÖNSMEYER, Das Dritte Reich und die Slowakei 1939-1945. Politischer Alltag zwischen Kooperation und Eigensinn (Paderborn – München – Wien – Zürich 2003) 114-319.

noch autoritär, die Verfassung ist weder ständisch noch sozialistisch. Sie zielt auf eine Republik, aber weder eine sogenannte Präsidial- noch eine parlamentarische Republik; sie ist weder – hier muss ich das Fremdwort benutzen – ‚völkisch' [im Original deutsch, Anm. Lipták] noch ‚stammesorientiert'." – Tuka hätte die Konzentration der Macht in den Händen Einzelner bevorzugt, aber: „Unser Volk, unsere politische Mentalität hätte einen solchen mutigen Sprung nicht ertragen …"[1770]

Auf Grund der Kollaboration der Staatsführung sowie größerer Teile der slowakischen Bevölkerung mit der NS-Herrschaft waren die deutsch-slowakischen Beziehungen lange Zeit einigermaßen intakt und von keinen schweren Auseinandersetzungen gekennzeichnet. Die Abhängigkeit des neuen Slowakischen Staates vom Großdeutschen Reich manifestierte sich sofort bei der Gründung der Slowakischen Nationalbank. Bereits bei einer Besprechung in der Reichsbank am 21. März 1939 erbat die slowakische Delegation als dringendste Maßnahmen die Beschaffung von 350 Millionen Kčs in Noten der Prager Nationalbank als baren Betriebsfonds und die baldige Bereitstellung von 100 Millionen Ks in Devisen zur Aufrechterhaltung der Einfuhr notwendiger Rohstoffe. Die deutsche Seite unter Führung von Vizepräsident Emil Johann Puhl und Reichsbankdirektor Wilhelm versprach eine vorschussweise Zurverfügungstellung beider Summen. Hinsichtlich einer eigenen Währung, der slowakischen Krone, einigte man sich – wie im Protektorat – auf ein Umrechnungsverhältnis von 10:1 zur Reichsmark, und zwar durch Festlegung der Goldparität der slowakischen Krone: 1 kg fein Gold = 27.900 Ks (= 2790 RM). An der neuen Notenbank in Pressburg sollte der Slowakische Staat eine Majorität von 51 % innehaben, zur Deckung des Notenumlaufs sollten möglichst rasch die in der Slowakei umlaufenden tschechischen Noten im Umfang zwischen 800 und 1200 Millionen Kč umgetauscht werden. Außerdem sollten aus der Prager Nationalbank die Anteile an Gold, Devisen, Wechseln und sonstigen Aktiva übertragen werden. Bereits am 26. März besprachen die Verhandler der Reichsbank die Fragen der Abtrennung der Slowakischen Nationalbank in der Prager Nationalbank, trafen neuerlich mit Staatsminister a. D. Professor Karvas und Vizegouverneur Jozef Fundarek zusammen und fuhren sodann gemeinsam

[1770] LIPTÁK, Republik, 306-308; vgl. Karin SCHMID, Die Slowakische Republik 1939-1945. Eine staats- und völkerrechtliche Betrachtung, 2 Bde. (Berlin 1982). In der Präambel der am 31. Juli 1939 kundgemachten Verfassung hieß es in christlich-naturrechtlicher Tradition:
„Das slowakische Volk hat sich durch die Hilfe des allmächtigen Gottes seit Jahrhunderten auf dem ihm bestimmten Lebensraum erhalten, wo es mit seiner Hilfe, von dem alle Macht und alles Recht ausgeht, sich einen freien slowakischen Staat errichtet hat. Der slowakische Staat fasst nach dem natürlichen Recht alle sittlichen und wirtschaftlichen Kräfte des Volkes in einer christlichen und völkischen Gemeinschaft zusammen, um in ihr die sozialen Gegensätze und die einander überkreuzenden Interessen aller Interessen- und Standesgruppen auszugleichen und um als Vollzieher der sozialen Gerechtigkeit und Wächter des allgemeinen Wohls in einer auf der Zustimmung beruhenden Einheit durch die sittliche und politische Entwicklung die höchste Stufe des Glücks für die Gesellschaft und die Einzelnen zu erreichen." – Mitteilung DDr. Maximilian Obauer (Wien).

nach Pressburg, wo sie am 28. März von Tiso, Tuka, Außenminister Ďurčanský und Finanz- und Wirtschaftsminister Pručinský empfangen wurden. Reichsbankdirektor Waldhecker, der die Verhandlungen in Pressburg führte, gab am 4. April Staatssekretär Wilhelm Keppler, dem Sonderbeauftragten für den Vierjahresplan, einen Erfolgsbericht ab:

1) „Ich bin aufs angenehmste überrascht von der Lenkbarkeit der [slowakischen, Erg. Suppan] Herren, die den gegebenen Verhältnissen in ehrlichem Vertrauen darauf, dass Deutschland ihnen helfen will, ohne Winkelzüge Rechnung tragen. Einen besonders guten Eindruck machten der Ministerpräsident Dr. Tiso und sein Vertreter Dr. Tuka.“

2) „Das Bankengesetz ist nach den Berliner Entwürfen akzeptiert worden, das Münzengesetz desgleichen. […] Man hat die Verankerung des deutschen Beraters gemäß unserer Formulierung ohne irgendeinen Einwand angenommen; praktisch kann also der Gouverneur der neuen Bank nichts ohne den deutschen Berater tun.“

3) „Dagegen bat man, die Majorität des Aktienkapitals aus begreiflichen nationalen Gründen der Slowakei [zu] überlassen. Das kann man völlig unbesorgt tun, weil die Generalversammlung keinerlei Einfluss auf die Geschäftsführung ausüben kann. […] Ich habe Berlin nahegelegt, mit einer deutschen Kapitalbeteiligung von 40 % einverstanden zu sein.“

4) „Als Gouverneur der Notenbank wird der frühere Prager Minister Prof. Dr. Karvas vorgesehen, ich glaube nicht, dass man einen fachlich geeigneteren Slowaken zurzeit an der Hand hat. […] Als Vizegouverneur wird der weniger klar zu beurteilende Prof. Fundarek genannt; er ist im Vergleich zu Karvas unbedeutender.“

5) „Als deutschen Berater empfehle ich im Einverständnis mit Herrn Kehrl uneingeschränkt Herrn Buzzi, Wien. […] Buzzi kommt als Reichsbankvertreter, was hier besonders beachtet würde, er ist als österreichischer Bankmann mit Land und Leuten hier leichter als ein Reichsdeutscher im Kontakt. […] Wir legen Wert darauf, dass im achtköpfigen Beirat außer dem deutschen Berater auch ein volksdeutscher Vertreter sitzt; genannt wurde von Karvas der Fabrikant Dr. Grüneberg. Ich spreche darüber noch mit Staatssekretär Karmasin.“[1771]

In einem Bericht von Vizepräsident Puhl und Direktor Wilhelm Mitte April 1939 an den Chef der Reichskanzlei, Reichsminister Lammers, wurde bereits die Übertragung der Leitung der Slowakischen Nationalbank an Prof. Karvas als Gouverneur und Prof. Fundarek als Vizegouverneur gemeldet, ebenso die Bestellung von Direktor Buzzi als Bankratsmitglied. Allerdings wurde auf die Auseinandersetzung zwischen Pressburg und Prag über die Abgabe von Notenbankendeckungsbeständen hingewiesen, da die Slowakische Nationalbank ausreichende Gold- und Devisenbestände bräuchte. Im Übrigen sei wesentliche deutsche Hilfe für die wirtschaftliche Aufschließung des Landes nötig.[1772]

[1771] Aktennotiz betr. Besprechung von Vertretern der Slowakischen Delegation in der Reichsbank, Berlin, 21. März 1939; Bericht Waldhecker an Reichsbankdirektor Wilhelm, Pressburg, 30. März 1939; Bericht Waldhecker an Staatssekretär Keppler, Pressburg, 4. April 1939, in: Michal Schvarc – David Schriffl (Hgg.), Vznik Slovenskej národnej banky a konštituovanie slovenskej meny vo svetle nemeckých dokumentov, in: Historický časopis 58/1 (2010) 99-121, hier 101-112. Die Zusammenfassung des Berichts in fünf Punkten erfolgte durch den Autor.

[1772] Bericht Reichsbankdirektorium an Reichsminister Lammers, Berlin, 18. April 1939, in: Schvarc – Schriffl (Hgg.), Vznik, 115-118.

Bereits 1939/40 übernahmen deutsche Großbanken und Rüstungskonzerne alle wesentlichen Positionen der früheren tschechischen und österreichischen Unternehmen[1773], und natürlich wurde das Deutsche Reich auch der bei weitem wichtigste Handelspartner. Allerdings konnte es beim „Einkauf" deutscher (vor allem der Deutschen Bank und der Dresdner Bank) bzw. österreichischer Banken (vor allem der CA-BV) durchaus politische Schwierigkeiten geben. Die CA schrieb bereits am 27. März 1939 an den Reichskommissar Bürckel, dass sie daran interessiert sei, die Position Wiens als führendes Handelszentrum mit der Slowakei wieder erstehen zu lassen, und dass Pressburg der ideale Platz sei, um die Beziehungen mit der Slowakei im Interesse des gesamten Reichs auszubauen und zu vertiefen. Auch diesmal behauptete die CA, dass sie für angebliches Unrecht aus der Zeit nach 1918 entschädigt werden müsse, da ihr „die Gewaltmaßnahmen der tschechoslowakischen Regierung […] die weitere direkte Betätigung dort unmöglich gemacht" hätten. CA-Direktor Fritscher war es gelungen, Einblick in den geheimen Wirtschaftsvertrag zwischen Deutschland und der Slowakei zu nehmen, und hatte bemerkt, dass die wirtschaftlichen Beziehungen, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft, ganz auf Berlin ausgerichtet werden sollten. Daher gründete die CA gemeinsam mit dem Bankhaus Schoeller im Mai 1939 eine „Gesellschaft für Außenhandel mbH", an der sie einen Anteil von 75 % übernahm. Aber die CA hatte auch Bankbeteiligungen im Auge, etwa an der Slowakischen Allgemeinen Creditbank, die aber zum Teil der Prager Legiobank gehörte. Da die slowakische Regierung möglichst viele Prager Banken aus der Slowakei vertreiben wollte, verlangte sie die Umwandlungen von bisherigen Pressburger Filialen in selbständige Einheiten. So kam es im November 1939 zu einem Umbau der Filiale der Böhmischen Union-Bank in Pressburg zu einer selbständigen Bank mit einer knappen Mehrheitsbeteiligung der CA. Aber das slowakische Finanzministerium wollte die Einrichtung neuer Zweigstellen nur dort unterstützen, „wo es sich um deutsche Sprachinseln handelt". Die Deutsche Bank und die Dresdner Bank machten sich aber auch Konkurrenz, wenn es um die Zipser Bank AG in Käsmark (Kežmarok), die Zipser Kreditbank AG in Leutschau (Levoča) und die Cserehàter Bank in Metzenseifen (Medzev) ging, wobei auch hier der deutsche Handelsattaché Erich Gebert entscheiden musste.[1774]

Die Slowakische Allgemeine Creditbank aber wurde am 1. April 1940 – am Tag, an dem die CA den Kauf dieser Bank besiegelte – von der slowakischen Regierung der Tatra Bank zugeschlagen. Ein Memorandum des slowakischen Außenministeriums vom 6. April 1940 hielt den deutschen Interessenten vor, dass

[1773] Nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei übernahmen deutsche Unternehmen die Anteile der ehemals tschechischen bzw. tschechoslowakischen Firmen. So kontrollierten die Deutschen 1942 bereits 100 % der Erdölförderung, 99,6 % des Bergbaus, 76,5 % der chemischen und 59,9 % der Metallindustrie in der Slowakei. – Ľubomír LIPTÁK, Ovládnutie slovenského priemyslu nemeckým kapitálom, 1939-1945 (Bratislava 1960) 88.

[1774] FELDMAN, Creditanstalt-Bankverein, 336-346.

ihnen oftmals das rechte Verständnis für die überaus natürliche Tendenz fehle, dass der slowakische Stat nach Jahren der Beherrschung durch jüdisches, ungarisches und tschechisches Kapital seine politische Freiheit durch Wahrung seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu behaupten versuche. Ein wesentliches Ziel der slowakischen Regierung bestehe nun darin, nicht nur das politische Erbe von 1919, sondern auch dessen wirtschaftliches Vermächtnis – die wirtschaftliche „Fremdherrschaft" über die Slowakei – abzuschütteln. In dieser Denkschrift wurde schlagartig das Hauptproblem der Slowakei deutlich, die „Unabhängigkeit" von den Tschechen durch die Unterwerfung unter Deutschland erkauft zu haben. Die deutsche Gesandtschaft in Pressburg versuchte zu kalmieren, versicherte, es gebe nicht den geringsten Grund zur Annahme, dass Deutschland die slowakischen Interessen vernachlässige, und betonte – „mit bemerkenswert kühner Unaufrichtigkeit" (Gerald D. Feldman) –, „dass es keine Dienststelle des Reiches geben wird, welche irgendwelche privat-kapitalistischen Interessenkomplexe deutscher Wirtschaftsgruppen gegen die natürlichen und berechtigten Ansprüche und Lebensrechte eines anderen Staates und dessen Wirtschaft vertreten würde". Schließlich konnte mit Unterstützung des deutschen Gesandten Manfred Killinger am 29. Oktober 1940 die Union-Bank Pressburg gegründet werden, deren Verwaltungsrat von Vertretern der CA-BV und der Deutschen Bank geführt wurde. Direktor Franz Stephan versicherte bald eilfertig:

> „Wir haben bisher von den deutschen Banken die meisten Überführungen jüdischer Betriebe in arische, deutsche Hände durchgeführt und sind in dieser Richtung auch weiterhin im Interesse des deutschen Volkstums tätig."[1775]

Die nach der im Ersten Wiener Schiedsspruch festgelegten Abtretung der südlichen Slowakei im neuen Slowakischen Staat verbliebene ungarische Minderheit – angeblich noch etwa 100.000 Personen stark – stand zwar unter dem Schutz der ungarischen Regierung, sah ihre Lage aber „um vieles schlechter und viel schwerer als in der alten Tschechoslowakei". Der Sprecher der Minderheit, János Graf Esterházy, beschwerte sich daher in einem Interview mit einem niederländischen Journalisten im ungarischen Parteiheim Ende Jänner 1940:

> „[...] Wir hatten unsere kulturellen und sozialen Vereine, die auf Grund von genehmigten Statuten arbeiteten. Sie konnten dies ruhig tun, wenn sie sich an die Statuten hielten und nicht politisierten. [...] Im März 1939 haben wir die Statuten dieser Vereine, formell geändert entsprechend den neuen politischen Verhältnissen und neuen Namen, den slowakischen Behörden vorgelegt. Bis jetzt ist aber noch keine Erledigung erfolgt. Wir können also nicht arbeiten.
>
> [...] Es will mir vorkommen, dass die Slowaken den ‚Schutz' der Deutschen nicht richtig verstehen. Manchmal verschanzen sie sich hinter ihren Beschützern. So wurden im Oktober [1939,

[1775] FELDMAN, Creditanstalt-Bankverein, 347-353; vgl. Roman HOLEC, Das Bank- und Kreditgenossenschaftswesen in der Slowakei 1939-1945, in: Harald Wixforth (Hg.), Finanzinstitutionen in Mitteleuropa während des Nationalsozialismus (Geld und Kapital. Jahrbuch der Gesellschaft für mitteleuropäische Bank- und Sparkassengeschichte 2000, Stuttgart 2000) 165-179.

> Anm. Suppan] eine Anzahl Ungarn von der slowakischen Polizei verhaftet. Als ich protestierte, sagte man mir, dies sei auf Drängen der Deutschen geschehen. Die Deutschen aber wussten von nichts; im Gegenteil, als ich dort die Liste der Verhafteten vorgelegt hatte, wurden sie auf Grund einer deutschen Intervention sofort nach Hause geschickt.
>
> [...] Die Slowaken sind uns gegenüber misstrauisch. Ich schlug Tuka vor, wo doch auch die Deutschen eine Garde haben, eine ungarische Garde zu bilden, die mit den Hlinka-Garden zusammenarbeiten sollte. ‚Gott behüte', sagte Tuka, ‚nur das nicht'.
>
> [...] Ich habe Tuka einmal eine Zusammenkunft hervorragender slowakischer und ungarischer Persönlichkeiten vorgeschlagen: man könne die Sache doch so einrichten, dass es immerhin wohl eine Grenze, aber keine fühlbare Grenze gäbe. Tuka aber lehnte ab. Er sagte: Wissen Sie, das ganze Heer tschechischer Detektive, das mich früher in der Čechei beschattete, war nicht so schlimm wie diese zwei von der Gestapo, die mich jetzt in ihrer Obhut haben."[1776]

Als der niederländische Journalist den Grafen Esterházy nach einem „Verrat" Tukas an der ungarischen Sache befragte, erhielt er eine vielsagende Gebärde als Antwort. Immerhin habe die slowakische Polizei nicht nur den Korrespondenten des *Pester Lloyd* in Pressburg verhaftet, sondern auch den Chefredakteur des *Slovák*, Tukas Zeitung, die beide „zu laut von Qittungen Tukas gesprochen hätten, welche noch in Budapest aufgehoben sind".[1777]

Dem niederländischen Journalisten gelang zur selben Zeit auch ein erstaunlich offenes Interview mit dem slowakischen Ministerpräsidenten Tuka, in dem es vor allem um „das Verhältnis der Slowakei und dem deutschen Bundesgenossen" ging. Tuka korrigierte in dem in deutscher Sprache geführten Interview den Ausdruck „Bundesgenosse", da sich die Slowakei ja nicht im Kriege befinde; „es bestünde also auch keine Bundesgenossenschaft"; Tuka einigte sich mit dem Journalisten auf die Formel „Verbundenheit" und erläuterte diese:

> „Sympathie und Realpolitik liefen parallel. In der Masaryk'schen Republik wurden die Slowaken eben so schlimm von den Tschechen unterdrückt wie die Sudetendeutschen. So entstand zwischen beiden eine natürliche Sympathie und eine Kameradschaft, wie sie, den psychologischen Gesetzen entsprechend, eine Selbstverständlichkeit ist zwischen Menschen, welche einen gemeinsamen Tyrannen haben.
>
> Hier in der Slowakei leben auf den drei großen deutschen Sprachinseln schon seit 700 Jahren viele Deutsche mit uns zusammen – sie machten alles Gute und Schlechte mit uns durch.
>
> Nun sah das [slowakische, Anm. Suppan] Volk, was Hitler schuf: unsere Unterdrücker, die Masaryk'sche Gesellschaft, wurde abgefegt, und wir [recte: uns] zur Freiheit verholfen. Und zufälligerweise deckten sich nun die Gefühle mit der politischen Notwendigkeit; es wäre auch möglich gewesen, dass wir uns angeschlossen hätten gegen unsere Gefühle. Denn an erster

[1776] Auszug aus einer Unterredung mit dem Grafen János Esterházy im ungarischen Parteiheim, 29.1.[1940], HIA, Eduard Táborský papers, box 3.

[1777] Ebenda. János Graf Esterházy wurde nach dem Krieg von den Sowjets deportiert, verbrachte einige Jahre in einem sibirischen Gefängnis, kehrte schwer krank in die Tschechoslowakei zurück, wurde von einem Volksgericht zum Tode verurteilt, später zu lebenslänglichem Kerker begnadigt und starb am 8. März 1957 im Mirov-Gefängnis in Böhmen. – Hungarians in Czechoslovakia (New York 1959) 5.

> Stelle müssen wir real sein und einsehen, dass es Deutschland und nur allein Deutschland ist, der [sic!] in diesem Gebiet Europas Ordnung schaffen kann. Das haben die Slowaken auch eingesehen: es gab auch keinen anderen Weg. [...]“[1778]

Auf die Frage des niederländischen Journalisten, ob diese „politische Notwendigkeit“ nicht durch die Furcht vor Ungarn bedingt sei und ob sich die Slowakei nicht vor ungarischen Aspirationen fürchte, antwortete Tuka lachend:

> „Die Ungarn können uns ja nicht zwingen, wo wir Deutschland hinter uns haben. [...] Dass der Krieg zu Gunsten Deutschlands entschieden wird, unterliegt keinem Zweifel. Das ist vollkommen sicher. [Tuka schlägt mit der linken Faust langsam auf den Tisch, Anm. des Journalisten]. Wenn man sich Jahrzehnte mit Staatswissenschaft beschäftigt hat, gewinnt man eine Übersicht. Wir können hier, abseits liegend, die Sache besser beurteilen als Sie, drüben in Holland, wo Sie zwischen zweierlei Gewehrfeuer liegen. [...]
>
> Als vor zwanzig Jahren die Tschechoslowakei gegründet wurde, dachte ein jeder – auch hier [in der Slowakei, Anm. Suppan] –, dass dieses Gebilde ein definitives sein würde. Ich war der einzige, der schon damals sagte: das geht n i c h t .
>
> In 1923 war ich in München. Schon damals sah ich: das w i r d s i e g e n . Ich sagte dies auch im Parlament [in Prag, Anm. Suppan], obgleich ich weder Prophet bin, noch vom politischen Rheumatismus geplagt werde, der mir politische Witterungsänderungen voraussagt. Ich war auch am Westwall. Ich bin keineswegs ein militärischer Fachmann. Aber mit dem Bleistift in der Hand erklärte man mir alles. Bei einer derartigen Präzision und genialen Durchführung seiner Organisation kann Deutschland nicht vernichtet werden. [...]
>
> Ich habe nicht nur das Schicksal meines Volkes, sondern auch mein eigenes, in vollem Bewusstsein meiner Verantwortlichkeit, auf eine Karte gesetzt. [Auf Nachfrage des Journalisten] ... auf eine einzige, deutsche Karte.“[1779]

Der Journalist konfrontierte Professor Tuka auch mit dem „akademischen“ Fall eines Sieges der Alliierten im Krieg. Tuka wollte von keinem Krieg sprechen, sondern höchstens von einer „Kontinentalsperre“. Denn ein Krieg liege nicht im beiderseitigen Interesse Deutschlands und Englands. Sollte aber ein Krieg mit dem Sieg der Westmächte enden, dann bedeutete das für Mitteleuropa das „Chaos“. Die Slowaken aber würden sich und ihre Freiheit „bis zum Äußersten gegen den Feind verteidigen“. Welchen Feind Tuka in diesem Fall meinte – die Ungarn oder die Tschechen –, ließ er offen. Die Beziehungen mit Ungarn wollte er jedenfalls nicht zuspitzen, ein neuerliches Zusammengehen mit den Tschechen kam für ihn aber ebenfalls nicht in Frage. Der Pressechef Tukas, Smrek, zeigte sich jedoch über den Text der Unterredung „einigermaßen beunruhigt“ und ersuchte den niederländischen Journalisten, „mit der Verwendung der Unterredung doch rücksichtsvoll und vorsichtig [zu, Erg. Suppan] sein“. Denn die Slowakei brau-

---

1778 Originalwortlaut der Unterredung eines niederländischen Journalisten mit dem Ministerpräsidenten Professor Tuka, Pressburg, [Ende Jänner 1940], HIA, Eduard Táborský papers, box 3.

1779 Ebenda. Gesperrte Wörter im Original. Als Tuka bemerkte, er wäre lieber Universitätsprofessor als Ministerpräsident, erinnerte ihn der Journalist an Hendersons letzte Unterredung mit Hitler, in der letzterer sagte, er möchte lieber Künstler sein als Politiker.

che auch die Sympathie Hollands und Englands. Im Falle eines Sieges der Westmächte werde England die Slowakei schützen, und wenn das Zusammengehen mit Böhmen und Mähren als Bedingung gestellt werde, „dann werden wir uns halt anpassen – wir werden nicht untergehen. Ein Mitteleuropa ohne Slowakei gibt es nicht."[1780]

Am 21. Juli 1939 wurden zwar spezifische Volksgruppenrechte in der neuen slowakischen Verfassung verankert, die innerstaatliche Stellung der enttäuschten karpatendeutschen Minderheit und ihrer neuen „Deutschen Partei" aber nicht ausgebaut. Immerhin zählte die „Deutsche Partei" etwa 60.000 Mitglieder, hatte mit der „Freiwilligen Schutzstaffel" eine militärische Organisation angeschlossen und hatte die Jugend in der „Deutschen Jugend" organisiert. Die deutschen Lutheraner erhielten im Juni 1939 zwar mit der „Deutschen Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in der Slowakei" eine eigene Kirchenorganisation, mussten sich aber nun gegen die vom Dritten Reich propagierte Gleichschaltung mit den „Deutschen Christen" zur Wehr setzen. Die bisherigen Konfessionsschulen wurden 1941 in Gemeindeschulen umgewandelt. Immerhin erhöhte sich bis 1943 die Zahl der deutschen Schulen auf 141 Volksschulen, 23 Bürgerschulen, 4 Mittelschulen und 17 Fachschulen. Zur „Sonderstellung" der Karpatendeutschen gehörten aber auch die seit 1942 durchgeführten („freiwilligen") Massenrekrutierungen zur SS, die auf Grund eines Abkommens vom 7. Juni 1944 verpflichtend gemacht wurden. Das arrogante Auftreten der „Deutschen Partei" und ihres Volksgruppenführers Karmasin, die zunehmende NS-Agitation sowie die zunehmenden reichsdeutschen Einmischungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der Slowakei ließen im Verlauf des Weltkrieges schließlich doch einen slowakisch-deutschen Antagonismus entstehen.[1781]

Am 27. und 28. Juli 1940 waren Tiso, Tuka und Mach – nicht jedoch Ďurčanský – zu Verhandlungen mit Hitler und Ribbentrop ins Salzburger Schloss Klessheim eingeladen. Auf Druck der deutschen Seite musste der slowakische Außenminister zurücktreten, womit auch sein nationalslowakischer Kurs zurückgedrängt wurde. Aber auch die klerikal-konservativen Kräfte um Tiso wurden eingeschränkt, an ihrer Stelle den germanophilen Kreisen um Tuka und Mach zum Durchbruch verholfen. Bei einer Unterredung auf dem Berghof machte Hitler Tiso klar, dass sich die Slowakei innenpolitisch loyal und eindeutig zur deutschen Sache bekennen müsse. Tiso verstand den deutlichen Wink, verwies hinsichtlich einer panslawistischen Politik auf seine negativen Erfahrungen mit der Tschechoslowakei und Polen und betonte, dass er nicht Lust habe, sich ein drittes Mal mit Russland auf dieses Gebiet zu begeben. Hitler dürfte Tiso vertraut haben, da er um seine an-

---

[1780] Ebenda. Ein im Vorzimmer des Ministerpräsidenten anwesender slowakischer Oberst äußerte jedoch versteckte Zweifel: „Já nejsem politik, já jsem vojákem a znám jen rozkazy. A je to naše povinnost věřit, že Německo zvítězí [Ich bin kein Politiker, ich bin ein Soldat und kenne nur Befehle. Und es ist unsere Pflicht, daran zu glauben, dass Deutschland siegt]."

[1781] Hoensch, Grundzüge, 160-164; Pöss, Karpatendeutsche, 13.

tikommunistische Haltung als katholischer Priester wusste. Den Beitritt der Slowakei zum Dreimächtepakt am 24. November 1940 – knapp nach dem Besuch Molotovs in Berlin – wertete der sowjetische Gesandte Puškin als weitere Vertiefung des Satellitenstatus der Slowakei gegenüber dem Dritten Reich. Dennoch unterzeichnete die Slowakei am 6. Dezember 1940 in Moskau ein Handels- und Schifffahrtsabkommen.[1782]

Der am 13. Jänner 1941 neu bestellte deutsche Gesandte in Pressburg, der SA-Obergruppenführer Hans Elard Ludin, hatte im Auftrag Hitlers und Ribbentrops sofort im offenen Machtkampf zwischen Tiso und Tuka zu vermitteln, was Tiso zu einer Stärkung seiner Position innerhalb der Hlinka-Volkspartei nützte. Gleichzeitig wurden Offiziere der Hlinka-Garde zur Schulung in die Waffen-SS-Schule nach Sennheim entsandt und SS-Instrukteure wirkten an der Führerschule der Hlinka-Garde in Bojnice. Der Plan eines Marsches auf Pressburg und einer Palastrevolution aber musste aufgegeben werden.[1783]

Die Teilnahme des Slowakischen Staates am Krieg gegen die Sowjetunion erfolgte – entgegen manchen Behauptungen in der älteren (tschecho)slowakischen Historiographie – nicht auf deutschen Druck, sondern auf slowakische Initiative, besonders seitens des Ministerpräsidenten Tuka und des Verteidigungsministers Čatloš. Bereits am 2. Mai 1941 berichtete der deutsche Militärattaché in Pressburg, Oberstleutnant Heinrich Becker, an den Generalstab des Heeres, die „große Bitte“ von General Čatloš, dass im Falle einer militärischen Aktion gegen die Sowjetunion, an der sich voraussichtlich die Rumänen und Ungarn beteiligen würden, „auch die slowakische Wehrmacht nicht hintanstehen, sondern sich ebenfalls beteiligen möchte“. Nachdem der Generalstabschef des Heeres, General Franz Halder, am 19. Juni den Chef der Deutschen Heeresmission in der Slowakei, Generaloberst Paul von Otto, instruiert hatte, dass Hitler die Beteiligung der slowakischen Wehrmacht „an einer eventuellen Aktion“ wünsche, sprach der Gesandte Ludin sofort beim Ministerpräsidenten Tuka und beim Staatspräsidenten Tiso vor, um zu fragen, „ob sie mit einer Teilnahme der slowakischen Wehrmacht bei eventuellen Aktionen grundsätzlich einverstanden sind“. „Beide Herren bejahten dies eindeutig.“ Bereits wenige Stunden nach Beginn des deutschen Angriffs gegen die Sowjetunion – am Vormittag des 22. Juni, um 11 Uhr – sprach der slowakische Gesandte Matúš Černák bei Staatssekretär Weizsäcker vor, um im Auftrag Tukas zu sagen, dass die Slowakische Regierung bereit sei, „in der jetzigen Lage gegenüber Russland mit der deutschen militärisch zusammen zu arbeiten. Sie breche die diplomatischen Beziehungen mit Russland ab und ersuche die Schwedische

1782 ADAP D, VII, 284f.; Tönsmeyer, Das Dritte Reich, 100-102; Katrebova-Blehova, Beziehungen, 399-408. Im Handelsvertrag verpflichtete sich die Slowakei zur Lieferung von Kabeln und wasserleitenden Elektrodrähten, Elektromotoren und Tranformatoren, Stahlrohren, Blechen und Stahlseilen, Kalziumkarbid, Garn aus künstlicher Wolle und Textilmaschinen; aus der Sowjetunion sollten Baumwolle, Asbest, Phosphate, Glyzerin, Borsten, Getreide, Kinofilme und Bücher importiert werden.

1783 The Encyclopaedia of Slovakia and the Slovaks, 285f.

Regierung um Wahrnehmung der slowakischen Interessen in Sowjetrussland." Parallel zur Vorsprache des slowakischen Gesandten lief in Berlin ein Telegramm des Gesandten Ludin für Reichsaußenminister Ribbentrop ein, in dem er die Antwort Tukas auf die am Morgen des 22. Juni von Ludin persönlich überbrachte Mitteilung über den eingetretenen Kriegszustand Deutschlands gegen Sowjetrussland einberichtete:

> „1. Slowakei beabsichtigt, sofort die diplomatischen Beziehungen zur UDSSR abzubrechen und bittet um Einverständnis.
>
> 2. Die Slowakei bittet dringend, dem Wunsch der deutschen Wehrmacht nachkommen zu dürfen und mit einem entsprechenden Kontingent an dem Kampf gegen die UDSSR teilnehmen zu dürfen."

Ferner teilte Innenminister Alexander Mach mit, dass er etwa 1100 Personen, die im Verdacht stünden, mit dem Kommunismus zu sympathisieren, in Haft habe nehmen lassen. Ribbentrop ließ Tuka sofort antworten, dass Berlin dem sofortigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Slowakei und der UdSSR zustimme, und „dass der Führer mit der Teilnahme eines slowakischen Kontingentes in dem Kampf gegen die UdSSR einverstanden sei". Am 24. Juni 1941 erließ die Slowakische Regierung folgenden Aufruf an das slowakische Volk:

> „In völliger Solidarität mit dem Großdeutschen Reich tritt das slowakische Volk zum Schutze der europäischen Kultur an seinen Platz. – Teile unserer Armee haben die Grenzen der slowakischen Republik überschritten, um sich der kämpfenden deutschen Armee anzuschließen."[1784]

Unter dem Oberbefehl des Verteidigungsministers wurden tatsächlich zwei Divisionen zum Einsatz gebracht. Eine Vorausabteilung unter Führung von Oberst Rudolf Pilfousek mit Kavallerie, MG-, Pionier- und Pak-Zügen, einer motorisierten Artillereiabteilung, einigen Panzer-Spähwagen und einigen Lastkraftwagen wurde am 24. Juni im Raum von Rzeszów in Galizien versammelt. Aber nach Meldung von General Čatloš an den Präsidenten Tiso war die Ausstattung der eingesetzten slowakischen Heeresteile hinsichtlich Waffen, Munition und sonstigem Gerät „ungenügend". Und Munition slowakischen Kalibers lagerte angeblich

---

[1784] Obstlt. Becker an Gstb. des Heeres, Pressburg, 2. Mai 1941; Telegr. Ges. Ludin an AA, Pressburg, 21. Juni 1941; Gesprächsaufzeichnung StSekr. Weizsäcker, Berlin, 22. Juni 1941; Telegr. Ges. Ludin an RAM Ribbentrop, Pressburg, 22. Juni 1941; Telegr. RAM Ribbentrop an Ges. Ludin, 22. Juni 1941; Telegr. Ges. Ludin an AA, 24. Juni 1941; Obstlt. Becker an Gstb. des Heeres, Pressburg, 24. Juni 1941, alle in: Igor Baka – Jana Tulkisová (Hgg.), Vstup Slovenskej Republiky do vojny proti ZSSR v dokumentoch nemeckej proveniencie, in: Historický časopis 58/3 (2010) 533-574, hier 539-549. Innenminister Mach erklärte am 23. Juni über alle slowakischen Sender, „dass nun endlich der Tag der Abrechnung mit den Drahtziehern des internationalen jüdischen Kommunismus in Moskau gekommen sei". „Die rote Propaganda habe auch in der Slowakei – so wie in anderen slawischen Staaten des Südostens – mit der Parole des Panslawismus gearbeitet. Die Slowaken hätten Gelegenheit gehabt, den Panslawismus am eigenen Leibe kennenzulernen. Sie hätten weiter gesehen, wie Moskau den Gedanken der slawischen Gegenseitigkeit an den Ukrainern praktiziert habe."

noch im Protektorat. Dennoch erzwang die Vorausabteilung Pilfousek bereits in der ersten Woche ihres Einsatzes den Übergang über den San in Galizien und bildete einen Brückenkopf. Allerdings gab es bereits 15 Gefallene und den Verlust zweier Kampfwagen. Die 1. und 2. slowakische Division sollte am 3. Juli den San überschreiten und das Gebiet um Drohobycz (Drohobyč) „säubern". Hptm. Elger, ein Mitarbeiter der Deutschen Heeresmission in der Slowakei, erhielt am 6. Juli vom Chef des Stabes der slowakischen Armeegruppe, Oberstleutnant Štefan Tatarko, einen genaueren Zustandsbericht über die slowakischen Truppen:

> „Auf seinen Besichtigungsreisen habe er festgestellt, dass die Truppe den Anforderungen, die die großen Märsche an sie stellen, nicht voll gewachsen sei. Sie seien nur mit einer Garnitur ausgestattet, wobei das Schuhzeug besonders schlecht sei. Ferner seien die Kraftwagenlager und der Zustand der Reifen sehr schlecht. Die Tatsache, dass die slowakischen Divisionen über 200 km hinter der Front seien und bei der Schnelligkeit der Operationen der deutschen Armee keine Aussicht besteht, den Anschluss an die kämpfende Front zu gewinnen, wirke etwas niederschlagend auf das Offizierskorps. […] Nach seiner Ansicht wäre es wünschenswert, die schnelle Brigade Pilfousek mit allen Mitteln auszustatten und sie dem AOK 17 direkt zur Verfügung zu stellen, während die beiden anderen Divisionen nicht mehr allzuweit vorgezogen werden sollten, um dann Deckungs- und Sicherungsaufgaben zu übernehmen."

Das Motiv Tatarkos war, dass Generaloberst Otto mit Verteidigungsminister Čatloš die Probleme der slowakischen Armeegruppe besprechen sollte, da der in Galizien anwesende slowakische General bisher von einem Einstellen des Vormarsches nichts wissen wollte. Zwar trafen die Generäle Otto und Čatloš bereits am 9. Juli in Lemberg zusammen, Klarheit brachte aber erst eine Entscheidung Hitlers vom 28. Juli:

> „1) Dem Wunsch der Slowakei, weiterhin mit hierzu geeigneten Teilkräften einen aktiven Beitrag zum Kampf gegen Sowjetrussland zu leisten, wird zugestimmt, ebenso der Absicht, den Sicherungsdivisionen frontverwendungsfähige bewegliche Kräfte zur Verstärkung der teilmotorisierten Brigade auf etwa Divisionsstärke zu entnehmen. […]
>
> 2) Das slowakische Heer kann, wie vom Staatspräsidenten [Tiso, Erg. Suppan] vorgesehen, unter Zusammenlegung der beiden Sicherungsdivisionen auf eine Division derart umgegliedert werden, dass die dem Friedensetat entsprechende Einsatzstärke von 32.000 Mann erreicht wird."[1785]

Das Führerhauptquartier war aber weniger an einer intensiven Beteiligung slowakischer Truppen am Krieg gegen die Sowjetunion interessiert als vielmehr an „einer geordneten Kriegswirtschaft der Slowakei". So konstatierte der deutsche Militärattaché bereits am 2. Juli 1941 „infolge ungeschickter Maßnahmen des Wirtschaftsministeriums auf dem Gebiet der Brotversorgung eine gewisse Nervosität" in der slowakischen Bevölkerung. Am 5. Juli meldete Oberstleutnant

[1785] Obstlt. Becker an Gstb. des Heeres, Pressburg, 24. Juni 1941; Ges. Ludin an AA, Pressburg, 1. Juli 1941; Obstlt. Becker an Gstb. des Heeres, Pressburg, 2. und 5. Juli 1941; Dt. Heeresmission in der Slowakei, Chyrov, 8. Juli 1941; Meldung Hptm. Elger an Gen. Otto, 8. Juli 1941; GFM Keitel, FHQu., 28. Juli 1941, in: Baka – Tulkisová, Vstup, 548-567.

Becker zwar die Einberufung von 50.447 Mann, musste aber dadurch gleichzeitig Rückschläge im Wirtschaftsleben feststellen:

a. Personalausfälle in den für das Reich arbeitenden Wehrwirtschaftsbetrieben;
b. Einberufung von im Reich arbeitenden Slowaken;
c. Reduzierung des Personals für den Straßenbau;
d. Gefährdung der Ernteeinbringung durch vermehrten Einzug der bäuerlichen Bevölkerung und von Landarbeitern;
e. erheblicher Einzug von Pferden.

Schon bis 9. Juli ordnete die Pressburger Regierung an, dass 15.000 slowakische Landarbeiter aus den Ersatzformationen beurlaubt werden, um die Ernte sicherzustellen. Desgleichen wurden ca. 2000 Pferde wieder in die Heimat abgestellt.[1786]

Am 12. August 1941 teilte Verteidigungsminister Čatloš dem Oberbefehlshaber der 17. Armee, GdI Karl Heinrich Stülpnagel, mit, dass – „nach der vom OKW genehmigten [sic!] Reorganisation der slowakischen Armeegruppe" – unter dem Kommando von General Anton Pulanich nur eine Schnelle und eine Sicherungs-Division mit der hierfür notwendigen Luftwaffe im Felde verbleiben. Als Kommandeur der Schnellen Division wurde Oberst Jozef Turanec eingesetzt. Im Tätigkeitsbericht der Deutschen Heeresmission in der Slowakei für die Sommermonate 1941 wurde noch nachträglich die übergroße Mobilmachung nach dem alten tschechoslowakischen Mobilisierungsplan kritisiert, die zu einer Überschätzung der Kräfte geführt habe. Erst nach der Reduzierung der slowakischen Armee auf etwa 32.000 Mann konnte die Deutsche Heeresmission mit der Schulung der Schnellen Division beginnen. Die Umbildung zu einer vollmotorisierten Division gelang verhältnismäßig rasch, „und Führung und Truppe fanden sich überraschend schnell in das Wesen des neuen Verbandes hinein". Die schwächste Seite blieb das Agieren der Stäbe, die sich „völlig undiszipliniert" verhielten. Daher wurde der Kampfwert der Schnellen Division als nicht gleichwertig dem einer deutschen Division erachtet, auch wenn sie sich bei ihrem Einsatz in Kiew „gut gehalten" habe. Sogar die Sicherungsdivision erwarb sich auf ihrem wochenlangen Vormarsch über 500 km die Anerkennung der deutschen Kommanden. Daher konstatierte die Heeresmission am 7. November 1941: „Der slowakische Soldat hat sich im allgemeinen tapfer geschlagen." Der jüngste Offiziersjahrgang und die jungen Unteroffiziere, die durch die Kriegsschule bzw. die deutschen Lehreinheiten gegangen seien, ragten ebenfalls durch gute Leistungen hervor; „dagegen ist der Masse des slowakischen Offizierskorps kein gutes Zeugnis auszustellen, besonders dem älteren Offizier, der in der tschechischen [sic!] Armee groß geworden ist und dem ein Berufsethos weder angeboren noch anerzogen ist".[1787] – Das arro-

---

[1786] Obstlt. Becker an Gstb. des Heeres, Pressburg, 2., 5. und 9. Juli 1941, in: Baka – Tulkisová, Vstup, 553-567.

[1787] Brief Gen. Čatloš an Gen. Stülpnagel, Wielki Lubień, 12. August 1941; Tätigkeitsbericht der Deutschen Heeresmission in der Slowakei an Chef OKW, Berlin, 7. November 1941, in: Baka – Tulkisová, Vstup, 569-572.

gante Überlegenheitsgefühl gegenüber dem ehemaligen tschech(oslowak)ischen Offizierskorps war kaum mehr zu überbieten.

Mit der Beteiligung der Slowakei am Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion – die Kriegserklärung erfolgte noch Ende Juni 1941 – musste auch die Slowakei endgültig zur Kriegswirtschaft übergehen und hatte bald schwere Lasten des Krieges zu tragen. Schon Anfang August 1941 gab es Meldungen von zunehmenden Desertionen in den beiden slowakischen Divisionen, die mit in die Ukraine eingerückt waren. Diese Invasion war von der panslawisch orientierten slowakischen Bevölkerung nicht gerade bejubelt worden, auch wenn sie antikommunistisch eingestellt war. Kürzungen der Lebensmittelrationen, zunehmende Korruption in der Administration und ansteigende Interventionen der Gestapo machten das Tiso-Tuka-Regime und seine deutschen Protektoren immer unbeliebter.[1788]

Andererseits nahm Tiso, um das Verhältnis zu Hitler zu stärken, sogar eine Reise ins Führerhauptquartier „Wolfsschanze" nach Ostpreußen in Kauf. Der Chefdolmetscher Schmidt, der bei der Begegnung mit Hitler natürlich nicht dolmetschen musste, beobachtete den Empfang des slowakischen Staatspräsidenten:

> „Es war ein eigenartiges Bild, diesen katholischen Geistlichen von Hitler freundlich begrüßt zu sehen. Klein und rundlich stand der geistliche Herr vor dem Manne, den man nicht gerade als einen Freund der katholischen Kirche bezeichnen konnte. Aber wenn Tiso etwas für seine Slowakei erreichen wollte, wäre er wohl selbst zum Teufel persönlich gegangen. ‚Wenn ich mich aufgeregt habe', erzählte er uns [dem Übersetzungsdienst des Auswärtigen Amtes, Anm. Suppan] einmal, ‚esse ich ein halbes Pfund Schinken, das beruhigt meine Nerven wieder'."[1789]

Trotz der zunehmenden deutschen Einflussnahme wurde diese aber von der Mehrheit der slowakischen Bevölkerung nur bedingt als Fremdherrschaft wahrgenommen, denn das Land war als verbündeter Staat nicht besetzt und verfügte in der Innenpolitik über beträchtliche Spielräume. Diese nützte vor allem Präsident Tiso, der zunehmend die Legislative und Exekutive entmachtete und ab 1943 de facto eine Präsidialdiktatur errichtete. Immerhin war die Eigenstaatlichkeit mit einem hohen Grad an Beschäftigung – vor allem in der Rüstungsindustrie – verbunden, womit ein relativer Wohlstand erwirtschaftet werden konnte. Hitler und Tiso konstatierten daher im April 1943 im Salzburger Schloss Klessheim einvernehmlich, dass es zwischen Berlin und Pressburg keine Probleme gebe.[1790] Als freilich am 16. Juni 1944 amerikanische Bomber Pressburg bombardierten und die Apollo-Raffinerie in Brand schossen, wurde auch der slowakischen Zivilbevölkerung schlagartig die Feindlage klar, die in weiterer Folge durch das Heranrücken der Roten Armee an die Karpaten verschärft wurde.[1791]

[1788] Report from Slovakia, 2nd,11th and 12th August 1941, AÚTGM, EB II, V 60.

[1789] Schmidt, Statist, 541.

[1790] Aufzeichnung Ges. Schmidt über die Unterredung zwischen Hitler und Tiso, 22. April 1943, ADAP, E, Bd. V, Dok. 338, S. 682.

[1791] Tatjana Tönsmeyer, Slowakei. Der Zweite Weltkrieg: Erfahrung und Erinnerung, in: Monika Flacke (Hg.), Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen (Berlin 2005), Bd. II, 799-

Der ehemalige Zar Ferdinand von Bulgarien verbrachte zur Zeit des Slowakischen Staates – vor allem aus gesundheitlichen Gründen – viele Monate in slowakischen Bädern und auf seinen Besitzungen, die zum Teil von der slowakischen Regierung hochrangigen NS-Politikern vor allem zu Jagdzwecken überlassen worden waren. So okkupierte Reichsaußenminister Ribbentrop das neue Herrenhaus in Pusté Pole und Reichsmarschall Göring das dortige alte Herrenhaus sowie den Besitz Muránska Planina. Ferdinand war freilich schon 1937 Jagdgast in der Schorfheide und 1938 Geburtstagsgast in Berlin gewesen. Der „schlaue alte Fuchs", wie Ferdinand von Himmler genannt wurde, versuchte aber insgesamt, sowohl zum NS-Regime als auch zur slowakischen politischen Führung Distanz zu halten. Näheren Kontakt pflegte er zum späteren Deutschen General in Agram, Edmund Glaise-Horstenau, den er aus der Zeit des Ersten Weltkrieges gut kannte und der ihn etwa im Jänner 1941 in Coburg besuchte. Bald aber sollte Ferdinand den neuen *Poglavnik* in Zagreb, Ante Pavelić, als gewöhnlichen Kriminellen betrachten.[1792] Besonders gute Beziehungen unterhielt Ferdinand zu Bischof Michal Buzalka, der aus Sväty Anton stammte und zwischen 1940 und 1945 die Funktion eines Generalfeldvikars der Slowakischen Armee wahrnahm. Am 25. Februar 1941 überraschten die slowakische Regierung und die Armee den gerade im Direktionshaus seiner Forstverwaltung in Neusohl (Banská Bystrica) wohnenden, achtzig Jahre alt gewordenen Ferdinand mit einer großen Geburtstagsfeier. Ein Sonderzug brachte eine Ehrengarde, Minister, Generäle und Bischöfe aus Pressburg heran; es gab ein großes Bankett und Galavorstellungen.[1793]

Ende Mai 1941 – nach der Aufteilung Jugoslawiens und Griechenlands – erhielt Ferdinand auf Schloss Muráň Besuch von seinen beiden Söhnen, Zar Boris III. und Prinz Cyril. Gleichzeitig fuhren Präsident Tiso und Ministerpräsident Tuka vor. Der Besuch der „beiden Brüder" und der „beiden Präsidenten" – wie sich Ferdinand ausdrückte – dauerte drei Tage. Die Zeitungen schrieben über die bulgarisch-slowakische Freundschaft und die gemeinsame Tradition von Kyrill und Method; Intellektuelle in Pressburg witzelten, dass Tiso vielleicht Prinz Cyril als König der Slowakei inthronisieren wolle, eine Idee, die auch der Zipser Bischof vertrat. Aber der deutsche Gesandte, SA-Obergruppenführer Hanns Elard Ludin, widersprach vehement, und Tuka leugnete jede monarchistische Überlegung. Zar Boris dürfte im Juli 1941 in Berlin eine noch deutlichere Gegenmeinung gehört haben. – Nach seinem letzten Besuch bei Hitler im August 1943 muss Boris zur Überzeugung

816; Dušan Kováč, Bratislava 1939-1945. Mier a vojna v meste (Bratislava 2006) 182-187. Auf Grund des Bombenangriffs starben 176 Personen.

[1792] Zar Ferdinand und General Glaise-Horstenau trafen sich auch Mitte Jänner 1943 im Wiener Hotel Meißl und Schadn. Der Zar erzählte von seinem letzten Besuch in der Slowakei und dass die Deutschen früher „geliebt und angesehen" gewesen wären, jetzt aber „gehasst" würden. Außerordentlich schlecht war Ferdinand auf das Regime in Kroatien und Pavelić zu sprechen: „Schauen Sie sich […] diese Physiognomie an, es ist die eines Verbrechers!" – Broucek, Glaise-Horstenau, 182f.

[1793] Holec, Czar Ferdinand, 82-91.

gelangt sein, dass das Bündnis mit dem Deutschen Reich Bulgarien in eine Katastrophe führen werde. Physisch und psychisch schwer angeschlagen, verstarb der Monarch noch gegen Ende des Monats in Sofia. Sein Vater Ferdinand, den er noch auf seiner Reise nach Deutschland besucht hatte, war in Boris' letzten Tagen über die bulgarische Gesandtschaft in Pressburg am Laufenden gehalten worden. Am Begräbnis in Sofia konnte er aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen. Anfang September 1944 hörte Ferdinand dann vom Einmarsch der Roten Armee in Bulgarien, während in seiner slowakischen Umgebung der Nationalaufstand ausbrach. Durch seine Beliebtheit in der slowakischen Bevölkerung geschützt, wurde der Ex-Zar auf Befehl des SS-Generals Hermann Höfle erst Mitte Oktober 1944 nach Wien und weiter ins Schloss Ebenthal in Niederösterreich eskortiert. Ferdinand sollte nie mehr in die Slowakei zurückkehren.[1794]

Die Deportation der Juden aus dem Slowakischen Staat

Die verheerendste „Kooperation" der slowakischen Regierung mit dem NS-Regime war die bereits im Frühjahr 1942 Berlin zugestandene und mit Kopfgeld bezahlte Auslieferung von beinahe 58.000 slowakischen Juden (angeblich zur Zwangsarbeit im Generalgouvernement), die überwiegend in Auschwitz ermordet wurden. Im Herbst und Winter 1944/45 wurden weitere 13.500 Juden deportiert, von denen 10.000 ums Leben kamen.[1795]

Unter deutschem Einfluss hatte das autoritär-klerikale Regime Tisos seit 1939 antisemitische Gesetze beschlossen, „Arisierungen" durchgeführt und die Einrichtung von Ghettos vorbereitet. Bereits am 18. April 1939 definierte eine slowakische Verordnung als Juden vor allem jene Personen, die Glaubensjuden waren, sowie Halbjuden, die keiner Glaubensgemeinschaft angehörten, und erst „jüngst" (nach dem 30. Oktober 1918!) zum Christentum Bekehrte. Dies entsprach natürlich nicht den Nürnberger Rassegesetzen, blieb aber bis September 1941 in Kraft. Nach dem Treffen mit Hitler in Salzburg erreichte Ministerpräsident und Außenminister Tuka im Parlament die Annahme eines auf ein Jahr begrenzten Ermächtigungsgesetzes, das der Regierung die Vollmacht gab, ohne Parlament Maßnahmen zur Ausschließung der Juden vom Wirtschaftsleben zu ergreifen. Aber erst der am 9. September 1941 publizierte „Judenkodex", der weder vom Parlament beraten noch vom Staatspräsidenten unterzeichnet worden war, passte die slowakische Definition im Wesentlichen an die nationalsozialistische an: Als „Jude" galt nun,

[1794] HOLEC, Czar Ferdinand, 91-103.

[1795] Vgl. Ladislav LIPSCHER, Die Juden im Slowakischen Staat 1939-1945 (München – Wien 1980); Milan S. ĎURICA (Hg.), Katolícka cirkev na Slovensku 1938-1945 v hodnotení nemeckých diplomatov a tajných agentov (Trnava 2001); Eduard NIŽŇANSKÝ (Hg.), Holokaust na Slovensku 4. Dokumenty nemeckej provenience 1939-1945 (Bratislava 2003); BRANDMÜLLER, Holocaust (2003); Katarina HRADSKA (Hg.), Holokaust na Slovensku 8. Ustredňa Židov (1940-1944). Dokumenty (Bratislava – Zvolen 2008).

wer zumindest drei jüdische Großeltern hatte oder auch nur zwei jüdische Großeltern und am 20. April 1939 oder danach einer jüdischen Gemeinde angehört bzw. einen Juden geheiratet hatte oder Abkömmling einer unverheirateten jüdischen Mutter bzw. eines nachgewiesenen jüdischen Vaters war, sowie schließlich eine Person mit nur einem jüdischen Großelternteil, die am 20. April 1939 der jüdischen Religion angehört hatte oder ihr zu einem späteren Zeitpunkt beigetreten war. Das Zentrale Wirtschaftsamt befasste sich sowohl mit den Enteignungen der Juden als auch mit den Arbeitsgenehmigungen für Juden; Innenminister Mach, der Befehlshaber der Hlinka-Garde, war für die Zwangsarbeitslager sowie für die Konzentration und Deportation der Juden zuständig. Auf Anforderung des SA-Führers und Gesandten Killinger traf am 1. September 1940 SS-Hauptsturmführer Dieter Wisliceny vom Reichssicherheitshauptamt in Pressburg ein, um als „Berater für die Judenfrage" zu dienen.[1796]

Nach der Volkszählung vom 15. Dezember 1940 hatte der Slowakische Staat 2,650.000 Einwohner, davon – nach der Emigration von etwa 7000 Personen nach dem März 1939 und der Konversion von einigen Tausend zum Christentum – 88.951 Juden, von denen etwa 15.000 in Pressburg lebten. Bis ins Frühjahr 1941 versuchten sie österreichischen Juden und slowakischen Juden in den an Ungarn abgetretenen Gebieten zu helfen, dann begann auch ihre Gefährdung. Die Hälfte der slowakischen Juden gehörte zur Mittelschicht: Ungefähr 12.300 waren selbständige Ladenbesitzer, weitere 22.000 Privatangestellte und ein paar Tausend Staatsangestellte und Freiberufler. Die Enteignungsmaßnahmen begannen wie im Deutschen Reich mit Entlassungen von jüdischen Beamten aus Regierungsdiensten und aus der Armee, sowie mit Quotenregelungen in Höhe von 4 % für die Freiberufler, vor allem für die Rechtsanwälte, Verleger und Apotheker. Unter den Ärzten war dies schwieriger durchzusetzen, da zum Stichtag 31. Mai 1939 von 1414 Ärzten in der Slowakei 621 Juden gewesen waren, sodass auch noch 1942 einige Hundert jüdische Ärzte praktizieren durften – besser gesagt: mussten. Die jüdischen „Unternehmer" aber, überwiegend Ladenbesitzer, sollten zur Gänze ausgeschaltet werden. Tatsächlich „liquidierte" das Zentrale Wirtschaftsamt bis Jänner 1942 bereits 9950 Firmen und „arisierte" weitere 2100, d. h. sie wurden größeren slowakischen Firmen oder slowakischen Kleinunternehmern übergeben. Dahinter steckte auch eine Abwehrstrategie gegen eine deutsche Einflussnahme und gegen Firmen im Protektorat. Daher gab es auch „Arisierungsfälle", in denen sich die jüdischen Eigentümer und die geschäftsuntüchtigen slowakischen „Arisierer" so handelseinig wurden, dass die Juden als nominelle Partner oder Angestellte der Slowaken weiter tätig blieben. Der im Eigentum von Juden befindliche Grund

---

[1796] Hilberg, Vernichtung 2, 767-771; vgl. Katarina Hradská, Pripad Wisliceny. Nacisticki poradcovia a židovská otázka na Slovensku (Bratislava 1999); Peter Sokolovič, Hlinkova garda 1938-1945 (Bratislava 2009). Auch der Autor des amtlichen Kommentars zu den „Nürnberger Gesetzen", Ministerialrat Hans Globke, hielt sich zwischen dem 2. und 8. September in Pressburg auf. – Brandmüller, Holocaust, 22, 29.

und Boden aber wurde vom Staat beschlagnahmt, parzelliert und versteigert oder verkauft, manchmal an frühere jüdische Eigentümer zurückverpachtet. Nach der Konskription von Land- und Waldbesitz wurden 44.329 Hektar „arisiert", d. h. mehr als 40 % des jüdischen Besitzes an land- und forstwirtschaftlichen Flächen. Freilich verliefen die Verkaufsaktionen sehr zäh, da es bei den Slowaken offensichtlich psychologische Barrieren gab, beschlagnahmtes unbewegliches Eigentum zu erwerben, das im Falle einer Rückkehr der früheren jüdischen Eigentümer nicht verborgen werden konnte.[1797]

Zweifellos wollte die slowakische Regierung die mittelständischen und kleinbürgerlichen Schichten der slowakischen Bevölkerung durch günstige Überantwortung von jüdischen Betrieben und jüdischem Grundbesitz stärken und an sich binden. Dabei stützte sich die Regierung auf eine Grundstimmung in weiten Kreisen der slowakischen Bevölkerung, dass man dem jüdischen Bevölkerungsteil vorwarf, im Wirtschaftsleben der Slowakei eine weitaus größere Rolle zu spielen, als ihm nach der Bevölkerungszahl zustehen sollte. Der slowakische Chefideologe Štefan Polákovič erklärte auch 1941:

> „Ziel der Arisierung ist die Schaffung einer starken slowakischen Mittelstandsschicht, die Kapital besitzt und darum auch für das nationale Leben von Bedeutung ist. Es ist ein gesamtslowakisches Interesse, dass viele wirtschaftlich unternehmungsfreudige Menschen reich werden."[1798]

Nach deutschem Vorbild mussten die Juden im September 1941 ihr Vermögen anmelden, wenn es den Betrag von 5000 slowakischen Kronen überstieg, was 430 Reichsmark entsprach. Immerhin 52.400 slowakische Juden gaben ein Vermögen von mehr als 5000 Kronen an, und der angemeldete Gesamtbetrag machte nach Abzug der Schulden 3,164 Milliarden Kronen oder 272 Millionen Reichsmark aus. Die slowakische Regierung unterwarf dieses Gesamtvermögen einer Vermögenssteuer von 20 %, sodass den jüdischen Gemeindeorganisationen Steuern von 600 bis 700 Millionen Kronen (50 bis 60 Millionen Reichsmark) vorgeschrieben wurden. Um die Not der in der Sowjetunion eingesetzten slowakischen Truppen zu lindern, veranstaltete die Hlinka-Garde im Jänner 1942 eine „Pelzaktion", die zu umfangreichen Requirierungen bei den Juden führte. Der slowakische Generalkonsul in Prag ließ die Beschlagnahme von Pelzen auch auf die im Protektorat

---

[1797] Hilberg, Vernichtung 2, 769f.; Brandmüller, Holocaust, 53; Tatjana Tönsmeyer, Der Raub des jüdischen Eigentums in Ungarn, Rumänien und der Slowakei, in: Constantin Goschler und Philipp Ther (Hgg.), Raub und Restitution. „Arisierung" und Rückerstattung des jüdischen Eigentums in Europa (Frankfurt/Main 2003) 73-91, hier 74-76. Als freilich Reichsmarschall Göring versuchte, die im westslowakischen Malacky an der March gelegenen Waldungen des Aussiger Juden Weinmann über das Reichssicherheitshauptamt beschlagnahmen zu lassen, erklärte die slowakische Regierung diese Güter zum „Erholungsgebiet für den slowakischen Staatspräsidenten".

[1798] Lipscher, Juden, 40; Tönsmeyer, Raub, 76f.; Brandmüller, Holocaust, 25. Als sich freilich die karpatendeutsche Minderheit bei der Verteilung des geraubten Gutes nicht ausreichend berücksichtigt sah, musste SS-Hauptsturmführer Wisliceny vermitteln.

ansässigen slowakischen Juden ausdehnen; das Auswärtige Amt in Berlin bestand aber darauf, dass die in der Slowakei ansässigen „Reichsjuden" unbehelligt bleiben sollten.[1799]

Das Zentrale Wirtschaftsamt überprüfte auch alle 22.000 jüdischen Privatangestellten, eliminierte schrittweise die entbehrlichen Arbeitskräfte und drückte die Zahl der Juden mit Arbeitserlaubnis bis Oktober 1941 auf etwa 3500, die einen monatlichen Höchstlohn von 1500 Kronen (129 Reichsmark) verdienen durften. Immerhin blieben sie insoferne „privilegiert", als sie für längere Zeit der Zwangsarbeit in Lagern oder gar der Deportation entgingen. Denn im Herbst 1941 wurden vom slowakischen Innenministerium Zwangsarbeitslager eingeführt, von denen es bald drei Hauptlager in Sereď, Nováky und Vyhne und acht Nebenlager für Schwerstarbeiter gab. Daneben unterhielt das slowakische Verteidigungsministerium noch ein eigenes Arbeitssystem, in dem anders als in den Hauptlagern des Innenministeriums – in denen ganze Familien untergebracht waren – ausschließlich junge Männer eingesetzt waren. Das Zwangsarbeitssystem wurde auch mit Beginn der Deportationen noch nicht aufgelöst, so dass sich 1943 noch etwa 3500 Juden in den Lagern befanden, nach Überstellung der Arbeitskräfte des Verteidigungsministeriums kurzfristig sogar noch mehr.[1800]

Für die Durchführung der Konzentrations- und Ghettoisierungsmaßnahmen ließ die slowakische Regierung eine „Judenzentrale" (*Ústredňa Židov*) einrichten, der alle Juden unterstanden. Sie hatte die Vermögenssteuer einzutreiben und bei der Verwaltung der Arbeitslager mitzuhelfen, musste aber für ihren eigenen Unterhalt sowie die Fürsorge für Bedürftige auch eine eigene 20-prozentige Einkommensteuer einheben. Bereits im Sommer 1941 begann im Osten der Slowakei die Kennzeichnung der Juden, ab dem 9. März 1942 mussten alle slowakischen Juden einen 10 cm großen „Judenstern" tragen, nun auch die verbliebenen Angestellten und Beamten. Der „Judenkodex" 1941 verlangte sogar die Kennzeichnung der Briefe, verbot das Fahren von Autos und ermächtigte das Zentrale Wirtschaftsamt, Juden einen neuen Wohnsitz zuzuweisen. Bereits im Oktober 1941 wurde mit der „Evakuierung" von 238 Juden aus Pressburg begonnen, innerhalb von drei Monaten wurde etwa die Hälfte der 15.000 überwiegend deutsch- und ungarischsprachigen Pressburger Juden zwangsweise aus der Stadt entfernt und auf Provinzorte sowie Arbeitslager verteilt. Ausgenommen blieben noch Inhaber von Arbeitserlaubnissen, Regierungsangestellte, Unternehmer und Freiberufler mit ihren Familien.[1801]

Auch die Buchhändlerfamilie Steiner gehörte zu den Verfolgten. Bereits 1847 hatten Sigmund Steiner und seine Frau Josephine im jüdischen Viertel von Pressburg die erste Leihbücherei eröffnet. Aus der Intellektuellenfamilie gingen mehrere Rabbiner hervor, Siegfried Steiner wurde ein bekannter tschechoslowakischer

---

[1799] Hilberg, Vernichtung 2, 771-773.
[1800] Hilberg, Vernichtung 2, 773f.
[1801] Hilberg, Vernichtung 2, 774f.

Zionist und wohnte mit seiner Familie in einer Villa auf dem Slavín-Hügel. Seine Tochter Selma, geboren 1925, wuchs dreisprachig auf, sprach fließend Deutsch, Ungarisch und Slowakisch, spielte Klavier, tanzte Ballett und war Mitglied im jüdischen Sportverein. Auch Selma musste den „Judenstern" tragen, konnte sich aber vor der ersten Deportation mit Hilfe der Pressburger Deutschen Maria Dund und mit einem gefälschten Trauschein in Sicherheit bringen und in die Illegalität abtauchen. Selmas Eltern und ihre beiden Brüder wurden hingegen in Auschwitz und Mauthausen ermordet, ihr Onkel Gustav in Dachau, ihre Cousine Relina in Auschwitz-Birkenau; eine andere Cousine namens Selma wurde als Widerstandskämpferin in den slowakischen Bergen gefoltert und anschließend erschossen. Ein paar Monate vor Kriegsende wurde Selma Steiner der Gestapo verraten, zuerst ins südslowakische KZ Sereď, dann nach Theresienstadt deportiert, wo sie trotz einer Typhuserkrankung als Einzige ihrer Familie überlebte. Bereits 1941 hatte Ľudo Ondrejov, ein Jugendbuchautor und Übersetzer, die „arisierte" Buchhandlung Steiner übernommen. „Ich bin Intellektueller, kein Antisemit", soll er zur Familie gesagt haben und beschäftigte noch kurze Zeit Selmas Vater und seine drei Brüder als Hilfskräfte im Laden. Doch im Frühjahr 1942 schrieb Ondrejov an die zuständige Behörde: „Hiemit bestätige ich, dass ich in meiner Buchhandlung folgende Juden nicht brauche: Max Steiner, Jozef Steiner, Siegfried Steiner und Viliam Steiner. Verhaftung und Abtransport dieser Juden würden keinen wirtschaftlichen Verlust für mein Geschäft oder die Slowakische Republik bedeuten." – Das entsprach faktisch einem Todesurteil für die Familie Steiner. Ondrejov aber überlebte den Krieg als Widerstandskämpfer und wurde unter kommunistischer Herrschaft Autor zeitloser Abenteuerromane, die von den Jungpionieren begeistert gelesen wurden. Selma Steiner kehrte zwar nach Pressburg zurück, erhielt aber für die „arisierte" Buchhandlung keine Entschädigung, sondern musste im Staatsbetrieb „Das Buch" arbeiten. Erst 1990 konnte sie das alte Familiengeschäft in der Ventúrska-Gasse wiedereröffnen, 2001 gelang es ihr, die Ehrung Ondrejovs mit einer Gedenkmünze der Nationalbank zu verhindern.[1802]

Nachdem der vatikanische Geschäftsträger, Msgr. Giuseppe Burzio[1803], mehrfach darauf gedrängt hatte, versammelten sich am 7. Oktober 1941 alle sieben slowakischen Bischöfe unter dem Vorsitz des Bischofs Karol Kmeťko von Nitra und beschlossen ein Memorandum an den Ministerpräsidenten Tuka. Darin intervenierten sie nicht nur für die jüdischen Familien, die zum Katholizismus übergetreten waren, sondern verurteilten auch allgemein „die Ideologie des sogenannten Rassismus". Dieser widerspreche der Lehre der katholischen Kirche

[1802] Michal Hvorecky, „Dass ich folgende Juden nicht brauche", in: Die Presse, 31. Dezember 2011, Spectrum IV.

[1803] Da Msgr. Burzio Nuntiatursekretär in der Tschechoslowakischen Republik gewesen war und im März 1939 direkt von Prag nach Pressburg übersiedelte, wollte ihn die neue slowakische Regierung nicht als Nuntius im Slowakischen Staat akzeptieren. Der Heilige Stuhl beharrte aber auf seiner Ernennung und beließ Burzio als Chargé d'affaires in Pressburg.

„über die gemeinsame Herkunft aller Menschen von einem Schöpfer“ und über die „wesenhafte Gleichheit aller Menschen vor Gott“. Eine durchaus zwiespältige Stellungnahme in Form eines Hirtenbriefs verabschiedete dieselbe Bischofskonferenz jedoch am 26. April 1942, als bereits eine erste Welle von Deportationen stattgefunden hatte. Einerseits erinnerten die Bischöfe daran, „dass auch die Juden Menschen sind und mit ihnen daher menschlich umgegangen werden soll“. Andererseits kritisierten sie in deutlich antisemitischen Sätzen den schädlichen Einfluss des Judentums in der Slowakei:

> „Innerhalb kurzer Zeit bemächtigten sie sich beinahe unseres gesamten wirtschaftlichen und finanziellen Lebens zum Schaden unseres Volkes. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell und moralisch übten sie einen schädlichen Einfluss auf das Volk aus. Die Kirche kann daher nichts dagegen haben, wenn die Staatsmacht gesetzliche Maßnahmen ergreift, durch die dieser schädliche Einfluss der Juden unmöglich gemacht wird.“[1804]

Den Anstoß zu einer Massendeportation der slowakischen Juden dürfte eine Aussprache zwischen Hitler und Tiso im Oktober 1941 gegeben haben. Nach Anfrage des Reichssicherheitshauptamtes beim Auswärtigen Amt und Rückfrage bei der slowakischen Regierung stimmte diese am 2. Dezember 1941 einer Abschiebung der im Reich lebenden slowakischen Juden zu, behielt sich aber das Recht vor, das Vermögen der Opfer zu beschlagnahmen. Aber Himmler stellte keinen direkten Deportationsantrag für diese verhältnismäßig kleine Gruppe, sondern ließ die slowakische Regierung ersuchen, „20.000 junge, kräftige Juden aus der Slowakei“ als Arbeitskräfte in den besetzten Ostgebieten bereitzustellen. Als die Pressburger Regierung ihre „freudige Zustimmung“ erteilte, machte Himmler gleich den Vorschlag, „auch den Rest der slowakischen Juden nach dem Osten abzuschieben und die Slowakei so judenfrei zu machen“; und erneut stimmte die slowakische Regierung zu. Im Deportationsabkommen bedingte sich Pressburg lediglich aus, dass keinesfalls die Kirchen herausgefordert werden dürfen, und das Reich präsentierte eine fiktive Rechnung für „Unterbringung, Verpflegung, Bekleidung und Umschulung“ der slowakischen Juden von 500 Reichsmark pro Kopf. Über ein offizielles Warenkonto flossen mehr als 17 Millionen Reichsmark an die Reichsbank. Später kamen die Slowaken darauf, dass sie durch die Befreiung getaufter Juden von der Deportation Geld sparen konnten. Bereits am 26. März 1942 ging ein erster Transport von Tausenden jungen Frauen und Mädchen von Poprad ab und landete in Auschwitz.[1805]

[1804] Brandmüller, Holocaust, 29f., 33-36, 137-163; Katolícke noviny, Bratislava, 26. April 1942.

[1805] Hilberg, Vernichtung 2, 776f.; Eduard Nižňanský, Rokovania nacistického Nemecka o deportáciách Židov v roku 1942 – Príklad Slovenska, Rumunska a Maďarska, in: Historický časopis 58/3 (2010) 471-495, hier 476; Hana Klamková, The Universality of Anti-Semitism and the Uniqueness of the Holocaust: Slovakia as a Case Study, in: Historický časopis 58 (2010) Supplement, 83-107, hier 106. Einem Gerücht zufolge sollten die jüdischen Frauen und Mädchen der Prostitution für deutsche Truppen an der Ostfront preisgegeben werden. Dies wurde jedoch vom Gesandten Sidor bestritten und sollte sich auch nicht bewahrheiten. – Brandmüller, Holocaust, 77, 82.

Schon einige Wochen bevor der erste Zug slowakisches Territorium verlassen hatte, hatte die slowakischen Juden eine dunkle Vorahnung überkommen, dass die Vorbereitungsmaßnahmen und die Erklärungen des Innenministers Mach nicht für einen Arbeitseinsatz gemeint sein könnten. Der päpstliche Nuntius in Budapest, Monsignore Angelo Rotta, erhielt eine unsignierte und undatierte jüdische Nachricht aus Pressburg: „Wir sind zur Vernichtung verurteilt. Mit Sicherheit wissen wir, dass wir nach Polen (Lublin) deportiert werden." Der Nuntius informierte umgehend den Vatikan, der bereits am nächsten Tag, dem 14. März 1942, eine energische Verbalnote an den slowakischen Gesanden Karol Sidor übergeben ließ, in der Staatssekretär Lugi Kardinal Maglione die Besorgnis über die unmittelbar bevorstehende Vertreibung von 80.000 Juden nach Galizien und Lublin ohne Rücksicht auf Religion, Alter oder Geschlecht ausdrückte. Sowohl der Geschäftsträger des Heiligen Stuhls in Pressburg, Msgr. Burzio, als auch die katholischen, lutherischen und griechisch-katholischen Bischöfe schrieben Protestbriefe an den Präsidenten Tiso. Der Präsident ließ jedoch den Innenminister Mach, der nach wie vor von der Arbeitspflicht der Juden sprach, in seinen Vorbereitungen fortfahren. Die Razzien wurden größtenteils von Männern der Hlinka-Garde, der slowakischen Gendarmerie und der deutschen Freiwilligen Schutzstaffel durchgeführt. Als SS-Hauptsturmführer Wisliceny der „Judenzentrale" die bevorstehenden Deportationen ankündigte, erklärte ihr Vorsitzender Arpad Sebestyén lediglich, alle Aufgaben und Pflichten entsprechend den Möglichkeiten der Zentrale auszuführen. Der Verhaftung und Deportation konnten sich die Juden nur durch Flucht in die Wälder oder nach Ungarn entziehen, wohin etwa 7000 entkamen. Einige Tausend konnten sich der Deportation durch Konversion entziehen.[1806]

Die Mehrzahl der Juden konvertierte zu den Lutheranern, den Calvinisten und zur griechisch-katholischen Kirche, da die römisch-katholische Kirche auf religiöser Unterweisung, Vorbereitung und Einkehr bestand, wofür den Juden keine Zeit blieb. Entgegen den NS-Intentionen wurde zwar am 15. Mai 1942 vom slowakischen Parlament ein Deportationsgesetz beschlossen, dem zufolge nur derjenige als Jude galt, der der jüdischen Religion angehörte oder nach dem 14. März 1939 konvertiert war. Diese Ausnahmeregelungen sollten auch für Ehepartner, Kinder und Eltern gelten. Zum zweiten nahm das Gesetz Freiberufler, Inhaber von Arbeitserlaubnissen und noch verbliebene Unternehmer von der Deportation aus, und schließlich befreite das Gesetz alle Juden in Mischehen. Freilich waren bereits 30.000 Juden deportiert, allerdings befanden sich noch 60.000 Juden im Lande. Der Vatikan kritisierte mit Recht die slowakischen Priester, die im Parlament für das Gesetz gestimmt hatten. Als die Deportationen Ende Juni 1942 endlich ins Stocken gerieten, waren bereits 52.000 slowakische Juden deportiert,

[1806] HILBERG, Vernichtung 2, 778-781; BRANDMÜLLER, Holocaust, 74f. Eine Arbeitsgruppe der „Judenzentrale" um Rabbi Michael Dov Weissmandel und Gisi Fleischmann versuchte durch Bestechung von Wisliceny mit 40.000-50.000 US-Dollar, die Deportation zu stoppen. – Encyclopedia of the Holocaust, 412.

35.000 hatten – laut Wisliceny – „Sonderlegitimierungen“ erhalten. Aber Ministerpräsident Tuka war durchaus für eine Fortsetzung der Deportationen und ersuchte den deutschen Gesandten Ludin um „scharfen diplomatischen Druck“, was den Satellitenstatus der Slowakei deutlich unterstrich. Aber die Zahl der Deportierten ließ sich nicht mehr wesentlich erhöhen, mehr als 25.000 slowakische Juden blieben im Lande. Von den insgesamt 57.628 bis 20. Oktober 1942 nach Auschwitz, Sobibor und Majdanek deportierten slowakischen Juden überlebten nur einige Hundert.[1807]

Es ist nach wie vor unklar, wann die slowakische Regierung von den wahren Absichten der deutschen Führung Kenntnis erlangte. Ministerpräsident Tuka hatte am 18. April 1942 den deutschen Gesandten Ludin um Abschluss eines Vertrages ersucht, in dem sich Deutschland verpflichten sollte, die deportierten Juden nicht zurückzuschicken und alle Ansprüche auf jüdische Vermögenswerte in der Slowakei aufzugeben. Der deutsche Gesandte war lediglich bereit, Tuka die gewünschten Garantien in Form einer Verbalnote zu geben. Tuka erhielt auch vom Vatikan zwei diplomatische Noten, in denen ihm unmissverständlich mitgeteilt wurde, dass die Juden nicht ins Generalgouvernement gebracht würden, um dort zum Arbeitseinsatz herangezogen, sondern um dort vernichtet zu werden. Doch von deutscher Seite wurden Falschmeldungen über die slowakischen Juden ausgestreut: Sie hätten ihre eigenen Rabbiner, Ärzte und Beamten; es gebe in den Ghettos warmes Wasser, eine Kinderküche, Fleisch, Milch und Gemüse, sogar ein jüdisches Kaffeehaus. Aber die Zweifel blieben, und Geschäftsträger Burzio sprach Anfang April 1943 in einer Unterredung mit Tuka neuerlich die „traurigen Berichte“ über die jüdischen Deportierten an. Burzio reagierte offensichtlich auf einen weiteren Hirtenbrief der slowakischen Bischöfe vom 8. März 1943, in dem sie immerhin die Einhaltung der Verfassung forderten („Alle Einwohner ohne Unterschied der Herkunft, Nationalität, Religion und des Berufes genießen den Schutz des Lebens, der Freiheit und des Eigentums“) und ihre warnende Stimme gegen Maßnahmen erhoben, „die massenhaft, ohne entsprechende Ermittlung der Schuld jedes Einzelnen, gegen unsere Mitgläubigen und andere unsere Mitbürger gegen deren persönliche, familiäre und Eigentumsfreiheit gerichtet werden“.[1808]

Tuka blieb hingegen unbelehrbar und sprach von jüdischer Propaganda, vor der nicht einmal der Vatikan gefeit sei. Als ihm jedoch ein slowakischer Bischof Berichte von Massenerschießungen an Juden in der Ukraine übergab, verlangte der slowakische Ministerpräsident die Entsendung einer slowakischen Kommission in eines der Lager im Generalgouvernement. Doch SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, der im Reichssicherheitshauptamt zuständige Referatsleiter für Judendeportationen, antwortete kaltschnäuzig: Eine solche Besichtigung habe unlängst unter Beteiligung des Hauptschriftleiters der karpatendeutschen Zeitschrift

---

[1807] Hilberg, Vernichtung 2, 781-785; Ľubomír Lipták, Slovakia in the 20th Century, in: Mannová, History, 263-265; Brandmüller, Holocaust, 36-38.

[1808] Brandmüller, Holocaust, 169-174; Tönsmeyer, Raub, 91.

Der Grenzbote stattgefunden, der eine ausführliche Artikelserie mit zahlreichen Bildreportagen in seiner Zeitschrift wie auch in slowakischen und ungarischen Zeitschriften veröffentlicht habe. Im Übrigen könne auf den Postverkehr dieser Juden in die Slowakei verwiesen werden, der zentral über SS-Hauptsturmführer Wisliceny geleitet werde und vor Weiterleitung an die Empfänger eingesehen werden könnte.[1809]

Im Verlauf des Frühjahrs 1942 waren im Vatikan verschiedene Hilfegesuche jüdischer Organisationen eingelangt, die um Intervention des Heiligen Stuhls in Pressburg ersuchten. Dem persönlichen Vertreter des Präsidenten Roosevelt bei Pius XII., Myron Charles Taylor, konnte ebenso wie dem Chief Rabbi Hertz in London nur mitgeteilt werden, dass man längst über die Vorgänge in der Slowakei unterrichtet sei und bereits mehrfach bei Tiso und Tuka interventiert habe. Auch Msgr. Burzio sandte laufend ausführliche Berichte nach Rom. Als sich im Frühjahr 1943 neuerlich Gerüchte über eine weitere Verfolgungswelle verdichteten, sprach Msgr. Burzio wieder einmal beim Ministerpräsidenten Tuka vor. Dieser reagierte jedoch verärgert, abweisend und brutal drohend:

> „Monsignore, ich begreife nicht, was der Vatikan mit den Juden in der Slowakei zu tun habe. […] Ich begreife nicht, wieso man mich hindern will, meine Sendung zu erfüllen, und die Slowakei von dieser Pest, dieser Bande von Verbrechern und Gangstern zu befreien."[1810]

Als diese unerfreuliche Begegnung bekannt wurde, ließ Tiso den Chargé d'affaires zu sich rufen und ihm sein Bedauern über die Haltung Tukas ausdrücken. Der Ministerrat beschloss daraufhin, die schon vorbereitete Deportation von 4000 Juden nicht durchzuführen. Außerdem sollten getaufte Juden ohne Rücksicht auf den Tauftermin nicht mehr deportiert werden. Im Verlauf der immer schärferen Judenverfolgungen hatte es bereits eine ganze Reihe von Interventionen und Aktionen katholischer Persönlichkeiten zugunsten von jüdischen Männern, Frauen und Kindern gegeben. Unter den Bischöfen traten Karol Kmeťko, der Bischof (ab 1944 Erzbischof ad personam) von Nitra, Andrej Škrábik, der Bischof-Koadjutor von Banská Bystrica, Pavol Jantausch, der Apostolische Administrator von Trnava, und Weihbischof Michal Buzalka, der Militärvikar, hervor, die sowohl Juden versteckten als auch Kontakte zu illegal wirkenden jüdischen Selbsthilfeorganisationen hielten. Zwei Priester versuchten als Mitglieder des Staatsrates vergeblich, die zwangsweise Aussiedlung der Juden aus der Slowakei zu verurteilen. Die „Vereinigung der Hl. Kyrill und Method" (*Jednota sv. Cyrila a Metoda*) in Micha-

[1809] Hilberg, Vernichtung 2, 786-789. Es ist umstritten, ob Präsident Tiso in einer Rede in Holíč am 16. August 1942 tatsächlich gefordert haben soll: „Slowake, geh, entledige dich deines Schädigers!" – Slovák, 18. August 1942: „Von dem, was uns gehört, geben wir niemandem etwas ab." – Tönsmeyer, Raub, 81, 89. Sowohl Tiso als auch Erzbischof Kmeťko bestritten 1947 vor dem Volksgericht diese Formulierung. – Brandmüller, Holocaust, 38f.

[1810] Bericht GT Burzio an Kard. Maglione, Bratislava, 10. April 1943, in: Brandmüller, Holocaust, 88f., 175-188. Tuka fragte Burzio auch, warum der Hl. Stuhl nicht protestiert habe, „als der Bevölkerungsaustausch [sic!] in Tirol stattfand".

lovce in der östlichen Slowakei rettete alle ihre jüdischen Angestellten samt Familien, insgesamt 18 Personen. Ein Pfarrer bei Nitra versteckte zwischen 1942 und 1945 etwa 35 Juden, zu deren Unterhalt auch der vatikanische Vertreter Burzio monatlich mehrere tausend Kronen beisteuerte. Der Oberrabbiner der Slowakei, Armin Frieder, wurde beim Guardian der Franziskaner in Beckov versteckt und gerettet. Viele Juden fanden in katholischen Klöstern und Ordensspitälern Unterschlupf. Viele jüdische Kinder wurden von den Franziskaner-Schulschwestern und den Vinzentinerinnen in Žilina aufgenommen. Schwester Imberta Šinská von der Kongregation der Schulschwestern Unserer Lieben Frau versteckte und rettete als Oberin des Klosters in Trenčín zahlreiche jüdische Kinder und erhielt am 20. Juni 2000 von Israel den Titel „Gerechte unter den Völkern" zuerkannt.[1811] – Daher ist das Pauschalurteil Daniel Goldhagens nicht aufrechtzuerhalten, die katholischen Bischöfe, Priester und Gläubigen der Slowakei hätten die Deportationen der Juden nicht nur nicht bekämpft, sondern sogar gutgeheißen und zu deren Rettung nichts unternommen.[1812]

Als Ministerpräsident Tuka zu Sommerbeginn 1943 einen neuerlichen Versuch startete, die Deportationen wieder aufzunehmen, informierte der Abgeordnete Pavol Čarnogurský Bischof Kmeťko, der sich sofort an Tiso wandte. Dieser ließ die Vorbereitungen neuer Transporte durch ein Schreiben des Innenministeriums leugnen. Nun musste Ribbentrop feststellen, dass weiterer, „offizieller" Druck auf Tiso nicht mehr das gewünschte Resultat erbrachte, nämlich die beschleunigte „Bereinigung" der Judenfrage. Daher verzichtete er auf weitere Noten und entsandte SS-Oberführer Edmund Veesenmayer als Spezialemissär mit einem „Führerauftrag" nach Pressburg. Nach einer Unterredung im Dezember 1943 erklärte sich der slowakische Präsident bereit, die verbliebenen 16.000-18.000 „unbekehrten" Juden in Konzentrationslager einliefern zu lassen. Bei dieser Aktion, die bis zum 1. April 1944 abgeschlossen sein sollte, werde man keinerlei Ausnahmen machen. Über die getauften Juden verhandelte Veesenmayer unmittelbar danach mit dem Ministerpräsidenten Tuka, der zustimmte, die getauften Juden in einem gesonderten Lager zu internieren. Im Jänner 1944 wurden alle Pressburger Juden aufgefordert, sich polizeilich zu melden, was sofort eine neuerliche Fluchtwelle nach Ungarn auslöste. Die slowakische Verwaltung ließ sich mit weiteren Maßnahmen Zeit, sodass bis zum 1. April 1944 noch keine weitere Deportation in Konzentrationslager stattfand. Als im Mai 1944 in der Ostslowakei Partisanen tätig zu werden begannen, wurden dort lebende Juden und Tschechen evakuiert und im mittleren und westlichen Teil des Landes angesiedelt. Bei einem Besuch Tisos

[1811] Brandmüller, Holocaust, 48-52, 90f. Im Übrigen argumentierte und stimmte der ungarische Abgeordnete János Graf Esterházy am 15. Mai 1942 gegen das Deportationsgesetz und veranlasste – trotz heftiger Angriffe in der Tuka hörigen Presse – die ungarische Regierung, aus der Slowakei flüchtende Juden ohne Pass und Visum nach Ungarn einreisen zu lassen. – Brandmüller, Holocaust, 50.

[1812] Vgl. Daniel J. Goldhagen, Die katholische Kirche und der Holocaust. Eine Untersuchung über Schuld und Sühne (Berlin 2002).

im Führerhauptquartier im selben Monat soll Hitler persönlich gedrängt haben, „man müsse jetzt etwas mit den Juden unternehmen".[1813]

Als im Juni 1944 die Deportationen der Juden aus Ungarn anliefen, gab es zwar eine gewisse Gnadenfrist für die slowakischen Juden, das Schicksal der aus der Slowakei nach Ungarn geflohenen Juden war aber besiegelt. Nach Beginn des slowakischen Nationalaufstandes Ende August 1944 übernahmen NS-Funktionäre auch die unbeschränkte Macht in der Slowakei. SS-Obergruppenführer Gottlob Berger wurde Wehrmachtsbefehlshaber und überließ SS-Obersturmbannführer Witiska als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in der Slowakei und Chef der Einsatzgruppe H die Ergreifung aller verbliebenen Juden. An Witiskas Seite agierte SS-Hauptsturmführer Alois Brunner, gebürtig aus der „Ostmark", ein „Spezialist" für Judendeportationen. Die Häupter der Pressburger Judengemeinde versuchten der SS Devisen anzubieten, obwohl die Schweizer Juden kein konkretes Geldangebot zustande brachten. Aber Himmler und Berger wollten die Juden auch für ihre Beteiligung am Aufstand bestrafen, und die Einsatzgruppe H – bestehend aus karpatendeutscher Miliz, Kompanien der Hlinka-Garde, sowie einem Jahrgang der Sicherheitspolizeischule Fürstenberg und Einheiten der Waffen-SS – „säuberte" zuerst das Gebiet von Neutra (Nitra), Ende September 1944 bereits die slowakische Hauptstadt. „Halb Pressburg" war auf den Beinen, als die Razzien nun auch die Oberschicht der slowakischen Juden betrafen. Der neue slowakische Ministerpräsident Štefan Tiso – ein Verwandter des Präsidenten – versuchte dem deutschen Gesandten Ludin die Konzentration der Juden auf slowakischem Gebiet nahezubringen, da er diplomatische Proteste des Vatikans und der Schweiz befürchtete; aber Ludin pochte auf eine radikale Lösung. Vorsprachen Burzios bei Tiso und Tuka verliefen ergebnislos. Auch Hunderte Appelle von slowakischen Behörden und Privatpersonen blieben ungehört. Ungefähr 13.000-14.000 Juden fielen Witiskas Sonderkommandos in die Hände, von denen 7936 ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, 4370 in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Theresienstadt deportiert wurden; einige Tausend Juden konnten sich verstecken. Von den zwischen September 1944 und März 1945 Deportierten verstarben etwa 10.000.[1814]

In einem in lateinischer Sprache abgefassten Brief an Papst Pius XII. vom 8. November 1944 versuchte sich Präsident Tiso als einfacher Priester gegen Gerüchte zu verteidigen, die slowakische Staatsregierung habe grausame Vergehen gegen Menschen wegen ihrer Nationalität und Rasse begangen; dabei verfälschte er allerdings die Judenverfolgung:

> „[…] Dass die Regierung die in der Slowakei überflüssigen Tschechen nach Hause schickte und die Juden zur Arbeit in Deutschland freistellte [sic!], was auch mit vielen Slowaken geschah, kann der Regierung nicht zur Last gelegt werden.

[1813] Hilberg, Vernichtung 2, 789f.; Brandmüller, Holocaust, 93.

[1814] Hilberg, Vernichtung 2, 791-793; Brandmüller, Holocaust, 99f.

Die inkriminierten Maßnahmen der slowakischen Regierung gegen Tschechen und Juden erfolgten nicht wegen deren Nationalität und Rasse, sondern wegen der pflichtgemäßen Verteidigung der Nation gegen seit Jahrhunderten in ihrer Mitte zerstörerisch wirkende Feinde, doch so, dass auch nach diesen Maßnahmen der Regierung Juden und Tschechen in nicht geringer Zahl in der Slowakei in guten, ja besten Verhältnissen lebten. […]

Dennoch ist wohl zu bemerken, dass Tschechen und Juden, obwohl sie in den fünf Jahren des Bestehens der Slowakischen Republik hier in guten Verhältnissen lebten, Ende August dieses Jahres sich offen auf die Seite feindlicher Fallschirmtruppen geschlagen und einen offenen Aufstand gegen den Slowakischen Staat entfesselt haben. Die kleine und unerwartetermaßen ungerecht angegriffene Slowakei hat, unfähig, sich selbst zu verteidigen, seine Schutzmacht Deutschland zu Hilfe gerufen. Aus diesem Grunde handelt es sich von da ab um kriegerische, militärische Vorgänge, die außerhalb des Einflusses und der Verantwortung der slowakischen Regierung liegen. […]

Unsere Schuld besteht in unserer Dankbarkeit und Treue gegenüber den Deutschen, die unserem Volk die Existenz, das natürliche Recht auf Unabhängigkeit und nationale Freiheit nicht nur zugestehen und anerkennen, sondern uns auch Hilfe gegen Tschechen und Juden, die Feinde unseres Volkes, leisten. Dass diese ‚Schuld' in katholischen Augen uns zur höchsten Ehre gereicht, dessen sind wir gänzlich gewiss. […]"[1815]

Es besteht jedoch kein Zweifel: Die Entrechtung der jüdischen Bevölkerung, der Raub ihres Eigentums und die Deportation ins Generalgouvernement war auch in der Slowakei „intentionales Regierungshandeln", hinter dem eine antisemitische „Gerechtigkeitsvorstellung" stand, die von einer deutlichen Bevölkerungsmehrheit mitgetragen wurde. Noch in seinem Prozess 1946 bestand Tiso darauf, dass eine Konsolidierung der Verhältnisse im Slowakischen Staat unter Umgehung des „Judenproblems" nicht möglich gewesen sei. Insgesamt hatte er nur 1100 konvertierte und reichere Juden von den Deportationen ausnehmen lassen. Freilich sollte nicht übersehen werden, dass Tiso, Tuka und Mach immer wieder auch von deutscher Seite zum Handeln in der „Judenfrage" angestoßen wurden: von Hitler, Himmler, Ribbentrop sowie den deutschen Gesandten und SS-Führern.[1816]

Slowakischer Nationalaufstand und Kriegsende in der Slowakei 1944/45

In seinen Verhandlungen mit Außenminister Molotov in Moskau widmete sich Präsident Beneš in einer zweiten Verhandlungsrunde am 16. Dezember 1943 auch der slowakischen Frage:

„Beneš: […] I wish that your government could put pressure to bear on ours demanding the punishment of all those people in Slovakia who have been responsible for the war against the

[1815] Brief Tiso an Pius XII., Bratislava, 8. November 1944, in: Brandmüller, Holocaust, 197-203.

[1816] Aussage Tiso, 16. Dezember 1946, in: Pred súdom národa, proces s Dr. J. Tisom, Dr. F. Durčanský, A. Machom v dňoch 2.12.1946 – 15.4.1947, 5 Bde. (Bratislava 1947), Bd. 1, 158; zitiert nach: Tönsmeyer, Raub, 60, 89; Encyclopedia of the Holocaust, 438.

Soviet Union. I wish that you could urge us in a friendly fashion to punish very severely those responsible for the declaration of war and those who are implicated by collaboration with the Germans at the front and by making concessions to them.

Molotov smiles and nods with understanding; then he remarks: But in all fairness, we cannot very easily throw the Slovaks into the same bag as the Germans and the Hungarians.

Beneš: No, you can't; I want this question settled between the two of us. […] What they have done is totally unacceptable for us; also from the Slav point of view, we must judge them as having worked for the Germans against the Slavs.

Molotov: I understand. What you need is the support of the Soviet Union against the Slovaks. Which ones do you want to punish?

Beneš: Tuka, Šaňo Mach, Tiso, also Gašpar, Medrický, Čatloš; he must hang, and others, too. It's difficult to catch the guilty ones among the Slovaks. The whole of Slovakia is one clan and they have taken good care of themselves; one brother is in London, the other in Slovakia."[1817]

Bereits seit Ende 1943 hatten bürgerliche (Agrarpartei), sozialdemokratische und kommunistische Oppositionsgruppen einen Nationalrat (*Slovenská Národna Rada*) gebildet, der in Verbindung mit der Emigration in London und Moskau und schließlich auch mit Teilen der slowakischen Heimatarmee auf einen slowakischen „Nationalaufstand" gegen das von NS-Deutschland abhängige Tiso-Regime hinarbeitete. Wesentliche Unterstützung erhielt der Nationalrat vom Kommando der Heimatarmee in Neusohl (Banská Bystrica), in dem der Stabschef Oberstleutnant Ján Golian[1818] mit einem Netz von Mitverschworenen eine Militärzentrale einrichtete und die Vorbereitung des Aufstandes übernahm. Parallel zu diesen Vorbereitungen ging ab Juli 1944 vom slowakischen Minister für nationale Verteidigung, General Ferdinand Čatloš, eine Initiative für einen Absprung der slowakischen Armee aus dem Bündnis mit dem Deutschen Reich aus. Nach der Landung der Alliierten in der Normandie und den vernichtenden Angriffen mehrerer sowjetischer Heeresfronten gegen die Heeresgruppe Mitte in Weißrussland stärkte auch die allgemeine militärische Lage die slowakischen Ambitionen. Nach der Niederlage bei Stalingrad und dem Übergang eines slowakischen Regiments mit Waffen auf die sowjetische Seite am 30. Oktober 1943 war das slowakische Heer in der ersten Hälfte des Jahre 1944 überwiegend in der Slowakei bzw. weit hinter den Fronten konzentriert: die 1. und 2. Infanteriedivision mit rund 24.000 Mann in der Ostslowakei; Ausbildungs- und Ersatzeinheiten von etwa 14.000 Mann (Ende August 1944: 18.000 Mann) in der Mittelslowakei; einige tausend Mann in der

[1817] Minute by Smutný of a conversation between Beneš und Molotov, Moscow, 16 December 1943, in: Mastny, The Beneš-Stalin-Molotov Conversations, 390f.

[1818] Ján Golian, geb. 1906, Militärakademie in Mährisch-Weißkirchen (Hranice), Kriegsschule in Prag, Stationierungen in Leitmeritz und Pardubitz, 1940 Major im Generalstab der slowakischen Armee, ab 1941 im Stab der „Schnellen Division" an der Ostfront, 1943 Rückkehr in die Heimat und Beförderung zum Oberstleutnant; ab 1. Jänner 1944 Chef des Stabes beim Kommando der Heimatarmee. – Plaschka, Avantgarde, 1. Bd., 522; Vilém Prečan (Hg.), Slovenské národné povstanie. Nemci a Slovensko 1944. Dokumenty (Bratislava 1965) 1141f.

Westslowakei, vor allem in der Garnison von Pressburg; rund 10.000 Mann bei Fliegerkräften (darunter eine Jagdfliegerstaffel), der Flakartillerie (die Slowakei war von Süditalien her für alliierte Luftangriffe erreichbar!) und der Nachrichtentruppe; rund 8000 Mann standen im Arbeitskorps, außerdem eine Baubrigade in Italien. Besonders die Stabsoffiziersränge, die aus der tschechoslowakischen Armee kamen, hatten sich vom Bündnis mit dem Deutschen Reich entfernt. Der oft gut informierte Staatsminister und SS-Obergruppenführer Frank wies in einem Schreiben vom 27. August 1944 Reichsführer SS Himmler auf die mangelnde Verlässlichkeit der slowakischen Streitkräfte hin.[1819]

Der Befehlshaber der Heimatarmee, General Jozef Turanec, war – wie er sich 1947 vor dem Volksgerichtshof erinnerte – gewarnt worden: Golian sei „Tschechoslowake", er habe auch eine Tschechin zur Frau, die als „Chauvinistin" gelte. Aber der General, einst Kommandeur der „Schnellen Division" und Ritterkreuzträger, vertraute seinem Stabschef, der zweifellos im Einvernehmen mit General Sergej Ingr in London stand, dem Minister für nationale Verteidigung der Exilregierung. Andererseits galt Verteidigungsminister Čatloš als Mann der Stabilität an der Seite des Präsidenten Tiso, konnte aber doch seine Vergangenheit als Legionär und seine Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche nicht gänzlich vergessen machen. Angesichts der Lageentwicklung an den Fronten und des Heranrückens der Roten Armee an die Grenzen der Slowakei begann eine Reihe von slowakischen Offizieren ein Hinüberwechseln zu einer neuen tschechoslowakischen Armee zu überlegen. Immerhin war auf sowjetischer Seite bereits das I. Tschechoslowakische Armeekorps mit etwa 16.000 Mann eingesetzt. Golian hatte Ende Mai 1944 einen Aufstandsplan entworfen und nach London mitgeteilt:

– die Feldarmee öffnet in der Ostslowakei der Roten Armee die Karpatenübergänge;
– die in der Mittelslowakei konzentrierte Heimatarmee stützt den politischen Umsturz, führt eine Mobilisierung herbei und führt einen Partisanenkrieg (gegen die Deutschen);
– die Heimatarmee führt gemeinsam mit der Feldarmee und mit Unterstützung der Roten Armee die Niederlage der Deutschen in der Slowakei herbei.[1820]

Bereits Ende Juni 1944 waren Nachrichtenoffiziere der tschechoslowakischen Militärmission in Moskau über der Slowakei abgesprungen. Mit Wissen des Gouverneurs der Slowakischen Nationalbank wurden drei Milliarden slowakische Kronen in die Nationalbankfiliale von Neusohl transferiert. Aber an der Wende von Juli zu August 1944 wurden die beiden slowakischen Divisionen in der Ost-

[1819] VENOHR, Aufstand, 45-50, 61f., 109f.; 170f.; PREČAN, povstanie, 170f.; PLASCHKA, Avantgarde, 1. Bd., 521f.

[1820] PREČAN, povstanie, 217f., 1141f.; VENOHR, Aufstand, 37f., 61, 81, 87f., 111f., 119; JABLONICKÝ, Povstanie, 11, 13, 22; PLASCHKA, Avantgarde, 1. Bd. 522-525. Funkverbindung nach London gab es über drei Apparate, über zwei im Heereskommando und einen über den Londoner Verbindungsoffizier in der Slowakei.

slowakei der deutschen Heeresgruppe Nord-Ukraine unterstellt und erhielten den Befehl der Befestigung des Lupkov- und des Dukla-Passes. Der kommandierende General der beiden Divisionen, General Augustin Malár, ebenfalls ehemaliger Kommandeur der „Schnellen Division" und Ritterkreuzträger, wurde vom Oberbefehlshaber der Heeresgruppe in die Gesamtlage eingewiesen; die Ostslowakei wurde von der slowakischen Regierung zum Operationsgebiet und damit zur Zone mit Standrecht erklärt. Zwar hatte auch Malár Kontakte zu Widerstandskreisen des Heeres wie auch zu Repräsentanten des politischen Widerstands, in die Widerstandspläne eingeweiht war er jedoch nicht. Der Londoner Exilregierung galt er als „germanophil", zudem wusste man, dass seine Frau eine Deutsche sei. Verteidigungsminister Čatloš, der sich der Schlüsselposition der beiden Divisionen in der Ostslowakei bewusst war, entsandte Ende Juli den Obersten Talský als Malárs Stellvertreter nach Prešov.[1821]

Ab Ende Juli 1944 begann die Rote Armee Fallschirmgruppen als Partisanenstäbe in der Slowakei abzusetzen, unter ihnen auch ehemalige Überläufer aus den slowakischen Feldtruppen an der Ostfront. Diese Gruppen nahmen Verbindung mit örtlichen Widerstandskräften auf und verübten erste Überfälle. Slowakisches Militär und slowakische Gendarmerie zeigten bei Gegenaktionen wenig Energie. Die beunruhigte Pressburger Regierung verhängte schon am 12. August für die gesamte Slowakei das Standrecht. Die Partisanen nahmen slowakischen Wachen Waffen ab, griffen Vorratslager an, überfielen deutsche Soldaten und Kraftwagen auf der Durchfahrt und sprengten Straßen- und Eisenbahnbrücken sowie Tunnels. Der Einsatz von Assistenzeinheiten der slowakischen Heimatarmee wurde von widerstandsnahen Offizieren sabotiert, Partisanen sogar mit Waffen aus Militärvorräten versorgt. Am 25. August erschienen Partisanengruppen sogar am Hauptplatz von Sankt Martin (Turčiansky Svätý Martin), am 26. August in Rosenberg (Ružomberok) und befreiten die Gefängnisinsassen. Die SS setzte eine kleinere Einheit ein, die aufgerieben wurde: 47 Tote, 22 Gefangene. Die gefangen genommenen Soldaten wurden ebenso wie Zivilisten den Partisanen übergeben, die zwischen 100 und 200 Personen exekutierten.[1822]

In den Abendstunden des 27. August 1944 wurde auf dem Bahnhof in Martin in der Nordwestslowakei der internationale Schnellzug angehalten, da angeblich die Strecke durch eine Partisanenaktion beschädigt worden sei. Im Zug befand sich die deutsche Militärmission aus Rumänien, die sich nach dem Regierungsumsturz in Bukarest auf der Heimreise nach Deutschland befand. Der bereits vom nahen Sklabina aus agierende sowjetische Oberleutnant Petr A. Veličko verlangte

[1821] Jablonický, Povstanie, 12, 16-25, 32-36, 115f., 142; Plaschka, Avantgarde, 525f.

[1822] Jablonický, Povstanie, 55-160; Prečan, povstanie, 164, 262-264; Venohr, Aufstand, 352-355; Plaschka, Avantgarde, 1. Bd., 527f. Am 1. September wurden in Rosenberg nochmals 48 deutsche Bürger erschossen. Jablonický, 173f., stellte klar: „Es ist nicht möglich, dies mit antideutschen Stimmungen zu rechtfertigen und auch nicht damit, dass der Großteil der Hingerichteten deutscher Nationalität war."

vom slowakischen Garnisonskommandanten von Martin, Oberst Perko, die „Liquidierung“ aller Deutschen. Und Veličko scheute sich nicht, dem slowakischen Oberleutnant Kuchta, der bereits mit dem sowjetischen Partisanenkommandanten kollaborierte, dies als ersten „Kampfauftrag“ zu geben. Perko war der Auftrag wohl ob der Heimtücke unangenehm, aber auch, weil er eine deutsche Okkupation der Slowakei fürchtete. Dennoch wurden die deutschen Offiziere über Nacht in der Kaserne untergebracht, am Morgen auf den Kasernenhof hinausgeleitet und von einem Exekutionskommando unter Führung von Oberleutnant Kuchta überfallsartig zusammengeschossen: 24 Personen, darunter drei Frauen, fielen dieser Mordaktion zum Opfer, die ganz eindeutig ein Kriegsverbrechen darstellte.[1823]

Bereits am 28. August nachmittags sprachen der deutsche Gesandte Ludin und der Deutsche Bevollmächtigte General in der Slowakei, General Ritter von Hubicky, ein ehemaliger Österreicher, bei Präsident Tiso vor und unterbreiteten ihm den Vorschlag, deutsche Truppen zur Partisanenbekämpfung einzusetzen. Unter dem Eindruck der jüngsten Mordtaten stimmte Tiso zu. Oberstleutnant Golian gab aber in Neusohl geheimen Hinweis, dass die Besetzung der Slowakei durch die Deutschen unmittelbar bevorstehe, und ordnete seinen Garnisonen Kampfbereitschaft an: Deutsche Militärtransporte wären in die Luft zu jagen. General Ingr funkte aus London: „Kampfmäßiges Auftreten ist bedingungslos notwendig.“ Und Präsident Beneš setzte die Militärzentrale unter politischen Druck: Es sei der „letzte Augenblick, dass ihr all das abwäscht, was die Quisling-Regierung und die sogenannte selbständige Slowakei“ den Alliierten angetan haben. Und kategorisch: „Lasst euch um keinen Preis ohne Kampf besetzen.“[1824]

Noch am Abend des 28. August ernannte Tiso General Turanec zum Oberbefehlshaber der slowakischen Armee. Aber Oberstleutnant Golian ließ am Morgen des 29. seinen eigenen Befehlshaber auf dem Flugplatz Drei Eichen (Tri Duby) in der Mittelslowakei festnehmen. Verteidigungsminister General Čatloš wurde in der Regierungssitzung dazu angehalten, noch am selben Tag eine Erklärung über Rundfunk abzugeben, wagte noch nicht die Trennung von Tiso und verurteilte die Widerstandsaktionen:

> „Die Partisanen sind die größten Feinde der freien und ruhigen Slowakei. Wer es mit ihnen halten würde, ist ein Verräter seines Stammes und seines Vaterlandes. […] Mit Hilfe der deutschen Armee möge jeder tapfere Slowake heldenhaft gegen sie ziehen.“[1825]

[1823] Nach Zeugenaussage soll Oblt. Kuchta ohne Aufforderung zum Ergeben den Feuerbefehl gegeben haben, nach eigener Aussage habe er den herausgetretenen deutschen Offizieren zuerst „Hände hoch!“ entgegengeschrien, worauf einige zur Pistole griffen, schossen, einen slowakischen Schützen verwundeten, dann aber von den Feuergarben der Exekutionseinheit zerfetzt wurden. – Wolfgang Venohr, Aufstand in der Tatra (Königstein/Taunus 1979) 169-172; Jozef Jablonický, Povstanie bez legiend (Bratislava 1990) 170-172; Plaschka, Avantgarde, 1. Bd., 518f.

[1824] Prečan, povstanie, 354f., 1123f.; Jablonický, Povstanie, 176-179; Plaschka, Avantgarde, 1. Bd., 529f.

[1825] Prečan, povstanie, 1141-1147; Jablonický, Povstanie, 184-187, 190-196; Plaschka, Avantgarde, 1. Bd., 530.

Noch am Abend des 29. August, geltend ab 20 Uhr, wurde vom Kommando der Heimatarmee in Neusohl das Codewort für den Aufstand ausgegeben: „Beginnt mit der Aussiedlung!“ (*Začnite s vysťahovaním*). Das Kommandogebäude wurde stark bewacht, in den Straßen patrouillierten Aufständische. Aber das Verteidigungsministerium in Pressburg gab um 22 Uhr Befehl an das Kommando des Landheeres, das Armeekommando in Prešov, das Kommando der Luftwaffe etc.: „Heute nacht oder morgen kommen deutsche Einheiten auf das Gebiet der Slowakei mit der Aufgabe, die Partisanen zu liquidieren.“ Und: „Belehren Sie ordentlich Offiziere und Mannschaften, dass sie nirgends auch nur den geringsten Widerstand leisten.“ Die Exilregierung in London ließ jedoch am 30. morgens über BBC eine Solidaritätsadresse an die Aufständischen senden: „Die Regierung erklärt hiemit alle Kämpfenden als Teil der tschechoslowakischen bewaffneten Macht.“ Oberst Golian verkündete auf einer Offiziersversammlung in Neusohl, „dass wir uns seit gestern im Krieg gegen die Deutschen befinden“.[1826]

Im Armeekommando in Prešov herrschte Verwirrung, vor allem nach der Rundfunkrede von General Čatloš am 29. abends. Oberbefehlshaber General Augustin Malár, der ehemalige Militärattaché in Berlin, flog am Morgen des 30. weisungsgemäß nach Pressburg ab, mit der Absicht, am Abend zurückzukehren. Sein Stellvertreter, Oberst Talský, hielt eine Besprechung mit den konspirierenden Offizieren und sah den Beginn der Aufstandsaktion bei der Feldarmee für die Nacht auf den 2. September vor. Die beiden Divisionen sollten – nach Fühlungnahme mit der Roten Armee – angriffsweise in Richtung Dukla und Rymanów (Rymaniv) vorgehen und alle deutschen Einheiten im Armeebereich gefangen nehmen. Aber am Abend des 30. August erfolgte eine Rundfunkerklärung Präsident Tisos und General Malárs. Dieser stellte die überraschende Frage:

> „Wer hat Interesse daran, dass sich die fast friedensmäßigen Verhältnisse in der Slowakei in eine Kriegshölle verwandeln?“ Und Malár schloss: „Euch, meine Soldaten, Kameraden, denen ich unmittelbar befehle […], sende ich meinen Kommandantengruß, damit verbunden, dass ihr mir hundertprozentig vertraut und euch nur an meine Befehle haltet. Es wird nur zum Vorteil von euch allen und unseres Vaterlandes, der teuren Slowakischen Republik, sein, die, so vertraue ich, ihr alle gern habt! *Na stráž!* [Auf Wache]“.[1827]

Die Schlussformel des Grußes der Hlinka-Garde und die deutlich geäußerte Treue zur Slowakischen Republik brachten weitere Verwirrung ins Armeekommando. Malárs Stellvertreter, Oberst Talský, musste sich entscheiden: Ohne den Armeestab verlässlich zu verständigen, flog er am Morgen des 31. August mit einer Gruppe von 27 Flugzeugen auf die sowjetische Seite ab und wurde von Marschall Konev empfangen. Diese plötzliche Führungslosigkeit der slowakischen Armee nützte die deutsche Heeresgruppe. Bereits am selben Morgen des 31. standen SS-Einheiten vor der Käsmarker Kaserne, und schon zu Mittag desselben

[1826] Prečan, povstanie, 359-361; Venohr, Aufstand, 64f., 182f; Plaschka, Avantgarde, 1. Bd., 532; Umbreit, Herrschaft, 86.

[1827] Jablonický, Povstanie, 210, 276, 281; Plaschka, Avantgarde, 1. Bd., 533.

Tages wurde das Armeekommando in Prešov besetzt – ohne auf Widerstand zu stoßen. Die beiden Divisionen wurden entwaffnet und interniert, ein Teil floh. Am Abend des 31. wurde der aus Pressburg zurückgekehrte General Malár noch am Flugplatz festgenommen. Bereits am Nachmittag war auch der Dukla-Pass besetzt worden. – Weder das Kommando des Aufstandes in Neusohl noch Marschall Konev erfuhren umgehend vom deutschen Zugriff und planten noch Angriffsaktionen.[1828]

Auch in Pressburg gab es keine entschlossene Widerstandsaktion. Verteidigungsminister Čatloš hatte noch gemeinsam mit General Malár den deutschen General von Hubicky und Präsident Tiso zur Verlegung der beiden slowakischen Divisionen aus der Ostslowakei in die Aufstandsregion zu überreden versucht. Aber Čatloš wurde im Präsidentenpalais interniert, und Himmler entsandte SS-Obergruppenführer Gottlob Berger nach Pressburg. Noch in der Nacht zum 1. September traf die „Kampfgruppe Schill" – knapp über 2000 Mann, Waffen-SS und Wehrmacht – in Pressburg ein, im Verlauf des 1. September auch deutsche Polizeikräfte. Berger verlangte von Tiso die Entwaffnung der Garnison, rund 8000 Mann, Tiso gab nach: „um überflüssiges Blutvergießen zu vermeiden". Die Entwaffnung geschah ohne Gegenwehr, rund 1200 Offiziere und Mannschaften flohen, zum Teil ins Aufstandsgebiet; knapp vor seiner Verhaftung fuhr auch General Čatloš nach Neusohl. Von nun an stand Pressburg unter deutschem Kommando.[1829]

In Tyrnau (Trnava) schloss sich das slowakische Militär dem Aufstand an, internierte sämtliche Deutschen in der Kaserne und verließ die Stadt in Richtung Aufstandsgebiet. Zuvor hatte die Gendarmerie das Arbeitslager für Juden geöffnet. Eine deutsche Abteilung befreite wenig später die deutschen Zivilisten. In Neutra (Nitra) lehnte der Garnisonskommandant, Major Ján Šmigovský, jede Beteiligung am Aufstand ab, behielt Stadt und Garnison unter seiner Kontrolle und verbot auch die Öffnung der Strafanstalt, in der viele Kommunisten einsaßen. – Der Major wurde im September 1945 vom Volksgerichtshof in Pressburg als erster Angeklagter wegen Verrats am Aufstand zum Tode verurteilt und durch ein Peloton erschossen.[1830]

Von seinem Hauptquartier in Banská Bystrica aus hatte der von der Exilregierung zum Brigadegeneral beförderte Generalstabschef Golian zum Aufstandsbeginn etwa 18.000 Mann sammeln können, dazu 2000 Mann, die von den mittlerweile entwaffneten Divisionen in der Ostslowakei geflohen waren. Gleichzeitig

---

[1828] Prečan, povstanie, 371-373; Jablonický, Povstanie, 281-305; Plaschka, Avantgarde, 1. Bd., 533-535. General Malár wurde in „Ehrenhaft" genommen und auf Burg Königstein im Taunus interniert. Als seine konspirative Tätigkeit bekannt wurde, wurde er nach Berlin überstellt und verstarb unter ungeklärten Umständen im Gefängnis.

[1829] Jablonický, Povstanie, 239-254, 306; Venohr, Aufstand, 191f., 379; Plaschka, Avantgarde, 1. Bd., 535f., 542.

[1830] Jablonický, Povstanie, 255-270, 331-336; Prečan, povstanie, 223-226; Venohr, Aufstand, 192-184; Plaschka, Avantgarde, 1. Bd. 536f.

war in den ersten Wochen des Aufstandes die Zahl der Partisanen von ursprünglich 2000 auf 7000 Mann angewachsen und sollte schließlich bis zu 25.000 Mann erreichen. Freilich herrschte Mangel an schweren Waffen, lediglich 40 tschechische Panzer und 50 Flugzeuge standen zur Verfügung. Die deutschen Kräfte waren anfänglich deutlich geringer und beschränkten sich auf drei Kampfgruppen, die vom Nordosten, Nordwesten und Süden her auf das große Aufstandsgebiet in der Mittelslowakei angesetzt wurden. Allerdings gelang den Deutschen von Beginn an die Trennung des Aufstandsgebietes von der deutsch-sowjetischen Front im südöstlichen Polen und vom Protektorat im Westen. Als am 8. September starke sowjetische Kräfte einschließlich des „I. Tschechoslowakischen Armeekorps in der Sowjetunion" in Richtung Dukla-Pass angriffen, erlitten sie schwere Verluste und drangen nicht zu den Aufständischen durch.[1831]

Zu Beginn des Aufstandes hatte Himmler SS-Obergruppenführer Berger sowohl zum Höheren SS- und Polizeiführer Slowakei als auch zum „Deutschen Befehlshaber in der Slowakei" mit Amtssitz in Pressburg ernannt. Mit Kräften der SS und der Wehrmacht sollte er die slowakische Armee entwaffnen und die Verbindungswege zur Ostfront freikämpfen. Zwar gelang es SS-Einheiten bereits am 31. August, das führungslose I. Slowakische Armeekorps in der Ostslowakei zu entwaffnen, und Berger erhielt in kurzer Zeit das EK I und das Ritterkreuz des Slowakischen Kriegs-Siegeskreuzes; aber Himmler dürfte mit Bergers Tätigkeit dennoch unzufrieden gewesen sein, denn schon am 1. Oktober 1944 wurde er als Generalinspekteur für das Kriegsgefangenenwesen im OKW auf eine mittlerweile eher unwichtig gewordene Position abgeschoben. Zu seinem Nachfolger wurde der SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Hermann Höfle bestellt, der mit dem Titel „Deutscher Befehlshaber Slowakei" erstmals die gesamte deutsche Führung in einer Hand vereinigt erhielt. Im Verlauf des Monats September verstärkten die Deutschen ihre Kräfte: 12.000 frontverwendungsfähige Soldaten, 10.000 Landwehr- und Landesschützeneinheiten, 28 Panzer IV, zwei „Tiger"-Panzer, 16 Sturmgeschütze. Besonders die Heranziehung von Einheiten der 18. SS-Panzergrenadier-Division „Horst Wessel" und der bereits berüchtigten, teilweise aus Zuchthäuslern und Wilderern bestehenden SS-Brigade Dirlewanger, der schon seit ihrem Einsatz gegen Partisanen in Weißrussland und gegen den Warschauer Aufstand ein mörderischer Ruf vorauseilte, führte zu einer Überlegenheit der deutschen Kräfte. Immerhin hatte der Chef des Stabes, Oberstleutnant von Uechtritz, Befehl gegeben, die slowakischen Soldaten bei Gefangennahme nicht als „Banditen", sondern als reguläre Kriegsgefangene zu behandeln. Weder

[1831] Prečan, povstanie, 649; Venohr, Aufstand, 210-261; Plaschka, Avantgarde, 1. Bd., 538f. Ende September 1944 hatte sich auch eine jüdische Partisanengruppe gesammelt, die über der Mittelslowakei abgesprungen war. Die etwa 40 Männer und Frauen – unter ihnen Haviva Reik – zogen sich in die Berge zurück, wurden jedoch von ukrainischen SS-Soldaten gefangen genommen. Am 20. November 1944 ließ das deutsche Kommando die gefangenen jüdischen Widerstandskämpfer hinrichten. – Encyclopedia of the Holocaust, 378.

die Brigade Dirlewanger, die gegenüber Juden und Kommunisten wütete, noch die Partisanen, die gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung Terrorhandlungen setzten, hielten sich an irgendein Kriegsrecht.[1832]

Bereits vor Beginn des Aufstandes hatten slowakische und tschechische Partisanengruppen, die in der Sowjetunion ausgebildet und auf dem Luftweg in die Slowakei eingeschleust worden waren, Ausschreitungen gegen Karpatendeutsche verübt. Sie fanden rasch Unterstützung bei slowakischen und tschechischen Kommunisten sowie anderen politischern Gegnern des Tiso-Regimes. Die Karpatendeutschen standen a priori unter dem Verdacht, Handlanger und Sympathisanten des bekämpften slowakischen Systems und der deutschen Schutzmacht zu sein. So wurden unmittelbar vor Beginn des Aufstandes unter den Karpatendeutschen Rekrutierungen der Waffen-SS durchgeführt. Während des Aufstandes kam es zu Massenmorden der Partisanen an der deutschen Zivilbevölkerung in den Gemeinden Glaserhau/Sklené (181 Männer), Rosenberg/Ružomberok (146 Personen), Schemnitz/Banská Štiavnica (83 Männer) und Magurka (69 Männer). Bereits im September 1944 hatten tschechoslowakische Partisanen das über 3000 deutsche Einwohner zählende Dorf Glaserhau in der Mittelslowakei besetzt. Nach wenigen Tagen zeigten einheimische Slowaken den Partisanen, in welchen Häusern deutsche Männer zu Hause seien. Diese wurden in der Bürgerschule gesammelt, dann in Viehwaggons verladen und etwa 1,5 km aus dem Ort hinausgefahren. Dort hielt der Zug, bestehend aus sechs Waggons mit etwa 300 Männern im Alter von 14 bis über 60 Jahren. Fünfzig starke Männer und Burschen mussten etwa 200 Meter vom Zug entfernt eine Grube ausheben, die als Massengrab gedacht war. Denn bald darauf hörten die Zugsinsassen das Rattern von Maschinengewehren. Aus der nächsten Gruppe der zur Exekution Geführten konnten bereits 26 Personen entkommen, aus der letzten Gruppe etwa 60, da sie ein slowakischer Eisenbahner (Bremser) im Tumult in einen leeren Waggon einsteigen ließ. Diese Gruppen fuhren nun zum Bahnhof Oberstuben und weiter nach Windisch Liptsch (Slovenská Lupča), wo sie am 22. September ankamen und wo schon Tausende deutscher und anderer Männer gefangen gehalten wurden. Schließlich wurden sie in Hronec vom 23. September bis zum 28. Oktober 1944 zu schwerer Arbeit bei schlechter Verpflegung eingeteilt, bis sie von der deutschen Wehrmacht befreit wurden. Nach den vorliegenden Totenlisten hatten die Partisanen 181 Männer aus Glaserhau erschossen, darunter auch fünf Fünfzehnjährige.[1833]

Auch wegen dieser vielen Morde der Aufständischen an Karpatendeutschen im Hauerland ergriffen SS-Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes der Einsatzgruppe H unter dem Befehl von SS-Obersturmbannführer Josef Witiska drakonische Vergeltungsmaßnahmen, die sich vornehmlich gegen Kommunisten und Juden richteten. So wurde der Ort Telgárt niedergebrannt, der

---

[1832] Venohr, Aufstand, 236; Plaschka, Avantgarde, 1. Bd. 539f.

[1833] Maschinenschriftlicher Bericht des Landwirts Johann Perlak aus Glaserhau, Kreis Kremnitz, 9. März 1952, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 292-294.

nach dem Krieg zu Ehren des Partisanenführers Ján Šverma in Švermovo umbenannt wurde. Trotz einer Reihe von Abwehrerfolgen übergab Brigadegeneral Golian am 7. Oktober die Führung der mittlerweile auf 40.000 Mann angewachsenen Aufstandsarmee an den eingeflogenen Divisionsgeneral Rudolf Viest. Golian hatte bei aller Härte der Auseinandersetzung auf korrekte Kampfführung geachtet. Freilich waren die politischen Ziele der am Aufstand beteiligten Gruppierungen keineswegs homogen und reichten von der Erfüllung der politischen Vorgaben des Londoner Exils um Beneš über Vorstellungen einer Rückkehr zum Oktober 1938 – also einer Autonomie der Slowakei innerhalb der Tschecho-Slowakei – bis hin zum Plan der Schaffung einer „Slowakischen Sowjetrepublik“. Als gemeinsames politisches Ziel, das auch große Zustimmung in der Bevölkerung fand, galt immerhin die Beendigung der Bindung an das Deutsche Reich und der Kriegsbeteiligung der Slowakei. Die zeitlich gut gewählte Parallelität des Aufstandes mit dem Einmarsch der Roten Armee in Rumänien und Bulgarien und mit dem Warschauer Aufstand zwang die deutsche Seite zu umfassenden Truppenverlegungen und zu achtwöchigen schweren Kämpfen der Wehrmacht und SS.[1834]

Erst am 18. Oktober begann der deutsche Generalangriff durch die SS-Division „Horst Wessel“, die SS-Brigade Dirlewanger, die Division „Tatra“ und das Regiment „Schill“, insgesamt 24.000 Mann. Mit der Eroberung von Bries (Brezno) wurde die slowakische Kernstellung aufgebrochen, am 27. Oktober wurde Neusohl, die Hauptstadt des Aufstandes, eingenommen. Am 30. Oktober zelebrierte Präsident Tiso im Dom der Stadt in Anwesenheit von slowakischen Ministern und SS-General Höfle einen Dankgottesdienst; dann sprach Tiso auf dem Platz zur Menschenmenge und gab seiner Hoffnung Ausdruck, „dass der Herrgott die slowakische Nation und den slowakischen Staat segnen […] und dass unsere Slowakei wieder eine ruhige Oase Europas werden möge“. Schließlich dekorierte Tiso gemeinsam mit Höfle deutsche Offiziere und Soldaten und nahm eine Parade der siegreichen deutschen Truppen mit gepanzerten Einheiten ab. Dass Tiso auch SS-Soldaten auszeichnete, stellte für viele Slowaken einen „Verrat“ dar.[1835]

Von den insgesamt etwa 60.000 slowakischen Aufständischen fielen etwa 5000, 15.000 gerieten in Kriegsgefangenschaft, 10.000 schlugen sich heimwärts durch, 7000 folgten den Partisanen in die Berge. Verteidigungsminister Čatloš konnte sich der von Hitler angeordneten Gefangennahme entziehen, stellte sich der Roten Armee und wurde in der Sowjetunion interniert; die beiden kommandierenden slowakischen Generäle, Ján Golian und Rudolf Viest, wurden in der Nacht vom 2. auf den 3. November 1944 im Dorf Bukovec gefangen genommen. Beim Verhör durch den SS-General Höfle in Pressburg – immerhin bei Tee und Kaffee – unterstrich Viest seine Überzeugung von der Richtigkeit der tschechoslowakischen Idee und erläuterte seine Hoffnungen, die er in den militärischen Aufstand gesetzt

[1834] Dokumentation der Vertreibung IV/1, 158-165; Lipták, Slovakia, 268-270; Umbreit, Herrschaft, 86-88; Pöss, Karpatendeutsche, 15.

[1835] Longerich, Himmler, 358f.; Plaschka, Avantgarde, 1. Bd., 540f.

hatte. Höfle bestätigte die Behandlung der gefangen genommenen Aufständischen – auch der Partisanen – als Kriegsgefangene. Viest und Golian wurden von der Abwehr im Reichssicherheitshauptamt in Berlin angefordert, sollten dann im Jänner 1945 in ein Offiziersgefangenenlager eingewiesen werden. Vermutlich kamen sie aber Anfang 1945 bei einer Bombardierung Berlins ums Leben. General Höfle wurde nach dem Krieg vom Volksgerichtshof in Pressburg zum Tode verurteilt und gehängt.[1836]

Die Übergriffe gegen die deutsche und slowakische Zivilbevölkerung während des Slowakischen Nationalaufstandes beendeten das bisher relativ konfliktfreie Zusammenleben von Deutschen und Slowaken. Die Deutschen verzichteten zwar auf die Einrichtung eines Besatzungsregimes wie in Ungarn, verstärkten aber die Kontrolle über das Land und versuchten, Vorräte an Waren und Rohstoffen ins Reich zu verlagern. Der „Schutzstaat" wurde nun zunehmend nicht mehr vom deutschen Gesandten, sondern vom Höheren SS- und Polizeiführer kontrolliert. Obwohl SS-General Höfle noch weitere „Säuberungsaktionen" gegen Partisanen durchführen ließ – etwa Ende November/Anfang Dezember 1944 im Raum von Trentschin (Trenčín) durch die SS-Sturmbrigade unter Oskar Dirlewanger –, war Himmler dennoch unzufrieden und schrieb Höfle Mitte Jänner 1945:

> „Lieber Höfle! Ich hatte am 30. 12. 1944 bereits einen Brief diktiert gehabt, der in absoluter Schärfe die Dinge sagt, so wie ich sie als RFSS sehe. Meiner Gewohnheit entsprechend habe ich diesen Brief viele Tage liegen lassen und mich entschlossen, Dir noch einen persönlichen Brief zu schreiben. Ich muss es Dir wiederholen: Ich habe den Eindruck, dass Du absolutes Wachs in den Händen Deines Stabes bist und dass Du dadurch entgegen Deinen sonstigen Gewohnheiten mir gegenüber ungehorsam bist; erklären kann ich mir diese Erscheinungen nur in einer Weichheit, die ich an Dir nicht gekannt habe, und in einer Hörigkeit und Unselbständigkeit Deinen Mitarbeitern und Deinem Stab gegenüber, die ich geradezu für bedenklich halte. Ich kann Dich nur bitten, werde endlich hart, begreife endlich, dass Du Kommandeur bist und nicht Dein Chef des Stabes. Deine Mitarbeiter sind nicht das Gehirn, das für Dich zu denken hat. Erkenne den Grundbegriff, nach dem wir beide doch erzogen wurden, zu absolutem Gehorsam. Hätte ich nur geahnt, wie sehr dieses Kommando, das ich Dir anvertraut habe und an das Du schon so zögernd gegangen bist, Deine seelischen Kräfte überbeanspruchen, hätte ich Dich nie dorthin versetzt, um Dir und mir diesen Kummer zu ersparen. Ich spreche nun zum letzten Mal die Hoffnung aus, dass es jetzt anders wird und dass Du im Jahre 1945 die Fehler des Jahres 1944 vermeidest und nicht mehr begehst. Heil Hitler, Dein Himmler."[1837]

Auf Grund der negativen Erfahrungen während des Nationalaufstandes und der Angst vor der über die Karpaten vorrückenden Roten Armee wurden zwischen Oktober und Dezember 1944 über 80 % der Karpatendeutschen evakuiert und entgingen so „wilden" Vertreibungsaktionen. Dabei hatten sich viele Kar-

---

[1836] Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 42f.; UMBREIT, Herrschaft, 87. An einem der Verhöre hatte über sein Ersuchen auch Staatsminister Karl Hermann Frank teilgenommen, um zu erfahren, inwieweit Viests Pläne auch Böhmen und Mähren betroffen hatten. – PLASCHKA, Avantgarde, 1. Bd., 542; The Encyclopaedia of Slovakia and the Slovaks, 116.

[1837] SCHULZ – WEGMANN, Generale der Waffen-SS, Bd. 1, 295-300, Bd. 2, 574.

patendeutsche anfänglich gegen die Evakuierung gewehrt. Aber Himmler hatte Karmasin am 27. Oktober 1944 diktatorische Befugnisse zur Durchführung der Evakuierung aus der Zips gegeben, und die meisten Zipser wurden nach einem genauen Plan ins Sudetenland abtransportiert. Nach dem Durchbruch der Roten Armee über den Dukla-Pass in die Ost-Slowakei[1838] – bei dem die sogenannte „Svoboda-Armee" schwere Verluste erlitten hatte – wurde im Jänner 1945 von Karmasin auch der Befehl zur Evakuierung aus der Mittelslowakei erteilt. Am 20. Jänner nahm die Rote Armee Prešov ein, erst am 26. März Neusohl. Bereits im Februar 1945 verließ die Mehrheit der Deutschen aus Pressburg und Umgebung die Slowakei und fand vorwiegend in Österreich Zuflucht. Vor dem Eintreffen der Roten Armee hatten somit 120.000 Karpatendeutsche ihre Heimat verlassen. Daher endete die deutsche Besatzungszeit in der Slowakei ohne größere Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Slowaken. Freilich mussten die evakuierten Karpatendeutschen einen beträchtlichen Teil ihres mobilen und das ganze immobile Eigentum zurücklassen, das in der Zeit des Machtvakuums häufigem Diebstahl und Raub zum Opfer fiel.[1839]

Die gesamte Opferbilanz in der Tschechoslowakei 1938-1947

The Oxford Companion to the Second World War veröffentlichte noch 1995 für die Tschechoslowakei eine Zahl von 340.000 *approximate war-related deaths*, von denen 250.000 *military losses* und 90.000 *civilian losses* gewesen seien.[1840] Vor allem die Zahlen zu den militärischen und zivilen Verlusten dürften genau umgekehrt gewesen sein. Vor dem näheren Eingehen auf die Verlustzahlen sind aber die Personengruppen zu klären, die in die tschechoslowakische Opferbilanz aufzunehmen sind. Da bei den „großen" Kriegsgegnern – Deutschland, Japan, Italien versus Großbritannien, Frankreich, Sowjetunion, USA, China – in den meisten internationalen Statistiken von der Vorkriegsbevölkerung ausgegangen wird, der die Nachkriegsbevölkerung gegenübergestellt wird, muss dieses Prinzip auch im Falle der Tschechoslowakei zur Anwendung gelangen. Das bedeutet, dass

---

[1838] Bereits am 6. Oktober 1944 hatte eine Sonderausgabe des Blattes des I. Tschechoslowakischen Korps in der UdSSR, *Za svobodné Československo* [Für eine freie Tschechoslowakei], das Betreten tschechoslowakischen Bodens verkündet und Marschall Stalin sowie den Brüdern der Roten Armee gedankt. Gleichzeitig wurde angedroht: „Und jetzt beginnt die große Säuberung der Tschechoslowakischen Republik von Deutschen, Magyaren und Verrätern!" – Odsun 2, 484.

[1839] Dušan Kováč, Die Evakuierung und Vertreibung der Deutschen aus der Slowakei, in: Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948, hg. von Richard G. Plaschka, Horst Haselsteiner, Arnold Suppan und Anna M. Drabek (Wien 1997) 111-116; Pöss, Karpatendeutsche, 15. Zwischen Oktober 1944 und April 1945 eroberte die Rote Armee – unterstützt von rumänischen und tschechoslowakischen Truppen – die Slowakei und verlor hierbei über 60.000 Mann.

[1840] The Oxford Companion to the Second World War, 290.

entgegen allen bisher erstellten Opferbilanzen die Totenverluste aller vor dem 1. Oktober 1938 in der Tschechoslowakei anwesenden Personen – unabhängig von ihrer Nationalität oder Konfession – zu berücksichtigen sind. Somit steht bei dieser Statistik nicht der politisch-rechtlich-moralische Aspekt der Todesursache im Vordergrund, sondern der demographische Aspekt. Das bedeutet, dass nicht nur die Totenverluste der tschechoslowakischen Staatsnation, also der Tschechen und Slowaken, zu zählen sind, sondern auch die aller anderen nationalen und konfessionellen Minderheiten, also auch die Totenverluste der Deutschen, Juden, Magyaren, Rusini, Polen und Roma. Hierbei sind auch die Ausbürgerungen durch die Beneš-Dekrete irrelevant. Eine solche Gesamtrechnung erhöht natürlich auch die Gesamtzahl der Totenverluste der Tschechoslowakei von 340.000 auf nahezu das Doppelte – auf 610.000!

Pavel Škorpil berechnete die Gesamtzahl der tschechoslowakischen Opfer während der NS-Herrschaft auf ca. 340.000, wobei er 265.000 Menschen als Opfer der *Shoah* bezeichnete. Die weiteren 75.000 Todesopfer setzten sich aus folgenden Opfergruppen zusammen: 20.000 KZ- und Gefängnistote, 15.000 bis 19.000 Tote während und nach dem Slowakischen Nationalaufstand, 8500 Hingerichtete, 8000 Tote von bewaffneten Zusammenstößen mit der Besatzungsmacht, 6800 gefallene Soldaten der Auslandsarmee, 4000 Opfer von (alliierten) Luftangriffen, 3000 tote Zwangsarbeiter, 7000 Roma-Angehörige.[1841]

Tabelle 16: Die Einwohnerzahlen der Tschechoslowakei 1930-1939-1946/47-1950

Einwohnerzahl nach der VZ vom 1. Dezember 1930	14,729.536
Einwohnerzahl nach der VZ vom 17. Mai 1939:	
Protektorat Böhmen und Mähren	7,678.000
Reichsgau Sudetenland (Reichsangehörige)	2,919.648
Nördlicher Böhmerwald (Reichsangehörige)	89.971
Südböhmen (Reichsangehörige)	123.444
Südmähren (Reichsangehörige)	179.413
Hultschiner Ländchen (Reichsangehörige)	52.865
Slowakischer Staat	2,655.053
an Ungarn abgetretene Gebiete	869.299
an Polen abgetretene Gebiete	140.000
geschätzte Einwohnerzahl 1940 (in den Grenzen von 1947)	14,692.000
Einwohnerzahl der Slowakei, 4. Oktober 1946	3,327.803
Einwohnerzahl der Böhmischen Länder, 22. Mai 1947	8,762.361
Einwohnerzahl der ČSR nach der VZ vom 1. März 1950	12,338.450

Quellen: Statistička ročenka 1976, 82; Dokumentation der Vertreibung der Deutschen IV/1, 7-14; Tschechoslowakei. Länderberichte Osteuropa III, hg. vom Collegium Carolinum (München – Wien 1977) 49-51; Československé dějiny v datech, 645-649.

1841 Pavel Škorpil, Probleme bei der Berechnung der tschechoslowakischen Todesopfer des nationalsozialistischen Deutschlands, in: Brandes – Kural, Weg in die Katastrophe, 161-164.

Tabelle 17: Die Kriegsverluste der Bevölkerung der Tschechoslowakei 1938-1947

	VZ 1930	Militärische Verluste	Zivile Verluste	Gesamtverluste
Tschechen	7,470.039	10.000	35.000	45.000
Slowaken	2,286.565	15.000	15.000	30.000
Deutsche	3,318.445	190.000	30.000	220.000
Magyaren	719.569	15.000	5.000	20.000
Rusini	568.941	5.000	5.000	10.000
Juden*	356.830	-	270.000	270.000
Polen	100.322	5.000	3.000	8.000
Roma	32.857	-	7.000	7.000
Gesamtbevölkerung	14,729.536	240.000	370.000	610.000

Quellen: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen IV/1, 7; Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 46f.
*Juden nach der Konfession

8. NATIONALSOZIALISTISCHE HERRSCHAFT IN JUGOSLAWIEN 1941-1945

17.03.1945
Die Ruhelage in Brčko am 14. beendet. War 2 x im Kino. Hatten gutes Mittag. Das köstliche Weissbrot. Ustaschis, Tschetniks, Domobrans. Das Schachern, die Preise. Kunas u. Tross. Raki. Chef u. Pferd. Die Russen. In der Nacht vom 14. z. 15. Bahnfahrt nach Vukovar. Mein Fieber. Frühling. Die Landschaft am Morgen. Breite Strassen. Niedrige, behagliche Bauernhäuser. Auch Spuren des Krieges: Ruinen, Fensterhöhlen, Einschläge. Stadt u. Umgebung im Frieden wohlhabend. Auch jetzt noch viele Mühlen. Prächtiges, grosses Weizenbrot, Eier, Speck, Hühner. Leider nicht viel für mich. In der Nacht vom 16. z. 17. Weitermarsch gegen Süden (12 km). 2 Stunden widerliche Formalausbildung. Verpflegung knapper. Gegensatz: reiches Land, aber wenig zu Essen. Wieder abmarschbereit.

Boško Petrović: Dnevnik nemačkog vojnika [Tagebuch eines deutschen Soldaten] (1985)

Der Aprilkrieg 1941 und die Zerstückelung Jugoslawiens

Der Krieg Deutschlands gegen Jugoslawien, der am Morgen des 6. April 1941, des Palmsonntags, mit einem Bomberangriff („Unternehmen Strafgericht") auf Belgrad begann, sollte sich trotz eines raschen Waffenstillstands zu einem der blutigsten Teilkriege des Zweiten Weltkrieges entwickeln, in dem die deutschen Minderheiten in der Vojvodina, in Slawonien und Slowenien – vom bejubelten Beginn bis zum bitteren Ende politisch und ideologisch instrumentalisiert sowie militärisch und wirtschaftlich ausgenützt – beinahe vollständig untergingen. Ursprünglich hatte ein Krieg gegen Jugoslawien keineswegs zur Strategie Hitlers gehört, schon gar nicht nach seiner Weisung für den „Fall Barbarossa" am 18. Dezember 1940. Freilich bestanden in Rom Kriegspläne gegen Jugoslawien. Nach einem Treffen des *Ustaša*-Führers Ante Pavelić mit dem italienischen Außenminister Galeazzo Conte Ciano hatten Anfang Juni 1940 66 *Ustaša*-Vertreter aus Zagreb ein Memorandum an Ciano gesandt, in dem sie um militärische Hilfe gegen Jugoslawien und Unterstützung bei der Errichtung eines unabhängigen Staates Kroatien – bestehend aus allen Gebieten von Kroatien, Dalmatien und Bosnien-Herzegowina – baten. Der Kriegseintritt Italiens gegen Frankreich schob jedoch eine vom italienischen Generalstab geplante militärische Invasion Italiens in Jugoslawien hinaus. Als Hitler von diesen Kriegsplänen im September 1940 erfuhr, drängte er Mussolini, von diesem Plan abzulassen, um Großbritannien keinen Anlass zu liefern, seine Luftwaffe Jugoslawien zur Verfügung zu stellen. Mussolini akzeptierte diese Argumentation und ordnete sogar eine teilweise Demobilisierung seiner Armee an; umso überraschender – auch für Hitler – kam daher Mussolinis Angriffsbefehl gegen Griechenland am 28. Oktober 1940.[1842]

Als am Morgen des 25. März 1941 im Wiener Schloss Belvedere der jugoslawische Ministerpräsident Cvetković im Einvernehmen mit dem Prinzregenten Paul den von Berlin ultimativ verlangten Beitritt seines Landes zum Dreimächtepakt unterzeichnete, war der mitanwesende Hitler sichtlich erleichtert, da er nun auf dem Balkan – abgesehen von der seit 13. Dezember 1940 geplanten Militäroperation gegen Griechenland („Unternehmen Marita") – keine unangenehmen Überraschungen mehr erwartete. Doch schon 48 Stunden nach der Wiener Zeremonie wurde die Regierung Cvetković durch einen vom britischen Generalstab unterstützten serbischen Offiziersputsch gestürzt und der minderjährige Kronprinz Peter zum König ausgerufen. Auf Massendemonstrationen in Belgrad wurde die Sistierung des Dreimächtepaktes verlangt – Der Hauptslogan lautete: *Bolje rat nego pakt* [Besser den Krieg als den Pakt] –, vereinzelt kam es zu Übergriffen auf deutsche und italienische Einrichtungen und Personen. Bereits zu Mittag desselben Tages gab der sich nun „betrogen" fühlende Hitler Befehl, Jugoslawien „als Feind" zu betrachten und „daher so rasch als möglich [zu] zerschlagen". Durch eine konzentrische Operation aus dem Raum Fiume–Graz ei-

[1842] I documenti diplomatici italiani, 9. seria, vol. 4, 631f.; TOMASEVICH, Occupation, 45f.

nerseits und dem Raum Sofia andererseits müsse die jugoslawische Wehrmacht „vernichtend“ geschlagen werden. Die innenpolitische Spannung in Jugoslawien sollte durch politische Zusicherungen an die Kroaten verschärft werden. Durch die Aussicht auf Zurückgewinnung des Banats und Makedoniens sollte versucht werden, Ungarn und Bulgarien für die Teilnahme an den Operationen zu gewinnen. Die baldige Öffnung des Donau-Verkehrs und die Besitznahme der Kupfergruben von Bor seien aus wehrwirtschaftlichen Gründen wichtig. Im Einzelnen befahl Hitler:

> „Sobald ausreichende Kräfte bereitstehen und die Wetterlage es zulässt, ist die jug. Fliegerbodenorganisation und Belgrad durch fortgesetzte Tag- und Nachtangriffe durch die Luftwaffe zu zerstören. Möglichst gleichzeitig – keinesfalls früher – ist die Operation Marita [Weisung 20 vom 13. Dezember 1940] zu beginnen, vorläufig mit dem beschränkten Ziel, das Becken von Saloniki in Besitz zu nehmen und auf dem Höhengelände von Edessa Fuß zu fassen. […]
>
> Der aus allgemeiner Richtung Graz nach Südosten zielende Stoß ist zu führen, sobald die hierfür erforderlichen Kräfte versammelt sind. Ob zur Öffnung der Grenze über ungarisches Gebiet ausgeholt werden soll, bleibt dem Heer überlassen.“[1843]

Ministerpräsident Simović versicherte zwar dem deutschen Gesandten von Heeren schon am 28. März abends, dass die herbeigeführten Veränderungen rein innenpolitische Bedeutung hätten und nicht gegen Deutschland gerichtet seien. Allerdings hatte auch der deutsche Gesandte am Vormittag dieses Tages an der feierlichen Messe in der *Saborna crkva* teilgenommen und nicht nur den Eid des neuen Königs, sondern auch die patriotische Predigt des Patriarchen gehört, in der von den Freiheitskämpfen des serbischen Volkes die Rede war. Und von Heeren dürfte auch die anschließende Triumphfahrt König Peters durch die Straßen Belgrads mitbekommen haben. Auch Versicherungen des neuen jugoslawischen Außenministers Momčilo Ninčić, Jugoslawien werde alle Verpflichtungen aus dem Dreimächtepakt erfüllen, wurden weder in Berlin noch in Rom angenommen. Immerhin lud Mussolini den neuen Ministerpräsidenten nach Rom ein und war auch einverstanden, dass anstelle von Simović sein Stellvertreter Jovanović fahren sollte. Rom wollte die Haltung der neuen Regierung zum Dreimächtepakt, zum bevorstehenden Einmarsch der deutschen Truppen in Thrakien und zur Frage Saloniki kennenlernen. Am 5. April um 16 Uhr tagte der jugoslawische Ministerrat ein letztes Mal unter Friedensbedingungen. Einige kroatische und slowenische Minister empfahlen ein Eingehen auf die deutschen Forderungen, um dem Land eine Zerstörung zu ersparen. Die Mehrheit aber sah in einer deutschen Besetzung von Saloniki eine Einkreisung Jugoslawiens. Als man daher auch nach drei Stun-

[1843] Weisung Nr. 25 vom 27. März 1941, in: Hubatsch, Hitlers Weisungen, 106-108; Detlev Vogel, Das Eingreifen Deutschlands auf dem Balkan, in: Gerhard Schreiber, Bernd Stegemann und Detlef Vogel, Der Mittelmeerraum und Südosteuropa. Von der „non belligeranza“ Italiens bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 3 (Stuttgart 1984) 415-511, hier 436-444.

den dem italienischen Gesandten keine zufriedenstellende Antwort geben konnte, wusste Außenminister Ninčić: „Das bedeutet Krieg."[1844]

Trotz der anhaltend deutschfeindlichen Stimmung in der Hauptstadt war die Regierung Simović – Maček nicht bereit, sich sofort auf den bevorstehenden Krieg vorzubereiten. Der Regierung war offensichtlich noch nicht klar, dass der Regierungsumsturz Krieg bedeutete. Als Simović eine geheime Mobilisierung befehlen wollte, zeigte sich der Generalstab unfähig, einen Mobilisierungstag festzulegen. Jugoslawien standen lediglich 25 schwach bewaffnete Divisionen, 35 Panzerwagen und 300 Flugzeuge zur Verfügung. Obwohl der britische Generalstabschef John Dill am 31. März und am 1. April in Belgrad weilte, kam es zu keinen gemeinsamen Planungen des jugoslawischen mit dem britischen und dem griechischen Generalstab. In ganz Jugoslawien brach ein Chaos aus. Die Bevölkerung stürmte die Eisenbahnen, um aus den gefährdeten Städten wegzukommen. Drei Tage vor Kriegsbeginn erklärte die jugoslawische Regierung die Städte Belgrad, Agram und Laibach zu offenen Städten, und die deutsche Vertretung in Belgrad teilte Berlin außerdem mit, dass in der Hauptstadt keine Flugabwehr vorhanden sei. Aber erst drei Tage nach dem „Putsch" hatte sich die Regierung zur Einberufung der Reservisten entschlossen, Waffen und Munition waren vorerst in den Militärmagazinen geblieben. Die allgemeine Mobilisierung der jugoslawischen Streitkräfte erfolgte gar erst am 7. April.[1845]

In seiner Weisung Nr. 26 vom 3. April 1941 ordnete Hitler die „Zusammenarbeit mit den Verbündeten auf dem Balkan" an:

- „Ungarn, dem der Banat zufallen soll, wird vorzugsweise dieses Gebiet zu besetzen haben";
- „Bulgarien soll Makedonien zurückerhalten und wird daher hauptsächlich an dem Angriff in dieser Richtung zu interessieren sein";
- „Rumänien wird seine Aufgabe im eigenen wie im deutschen Interesse auf die Sicherung der Grenze gegen Jugoslawien und gegen Russland zu beschränken haben".[1846]

In einem Aspekt sollte der Angriff auf Jugoslawien eine Generalprobe für den Krieg gegen die Sowjetunion sein. Die Sicherheitspolizei und der Sicherheitsdienst der SS sollten – vermutlich auf Intervention Heydrichs bei Generalstabschef Halder – nicht nur gegen „Emigranten, Saboteure, Terroristen" vorgehen, sondern auch gegen Kommunisten und Juden. Und Hitler rechtfertigte in seiner vom Reichspropagandaminister Joseph Goebbels am 6. April 1941 gegen 5.30

[1844] Memoari Dušana Simovića, HIA, Simović papers, box 1. Ob die beiden slowenischen Minister Fran Kulovec und Miha Krek, die am 5. April beim slowakischen Gesandten in Belgrad vorsprachen, tatsächlich mit einer „slowakischen Lösung" spekulierten, muss offen bleiben. – Tone Ferenc, Bojan Godeša, Die Slowenen unter der nationalsozialistischen Herrschaft 1941-1945, in: Nećak, Slovensko-avstrijski odnosi, 224.

[1845] Memoari Dušana Simovića, HIA, Simović papers, box 1; Vogel, Eingreifen Deutschlands, 445-458; Petranović, Srbija, 91-96.

[1846] Hubatsch, Hitlers Weisungen, 108-111.

Uhr verlesenen Proklamation an das deutsche Volk den Angriff als Vergeltung gegen eine serbische Verbrecherclique in Belgrad, die im Solde des britischen Geheimdienstes wie im Jahre 1914 den Versuch unternehme, Krieg auf dem Balkan zu verbreiten. Kriegserklärung wurde keine übergeben, da der deutsche Gesandte bereits Tage zuvor abgereist war. Goebbels hatte mit Zustimmung Hitlers als Radiofanfare für den Balkanfeldzug die Eröffnungstakte des „Prinz-Eugen-Marsches“ ausgewählt, einer Melodie, die 1717 im Feldlager vor Belgrad entstanden sein soll.[1847]

Wenige Minuten zuvor waren etwa 350 in Zwölfaxing (bei Schwechat), Wiener Neustadt und Graz stationierte Bomber, Sturzkampfbomber (Stuka) und Jagdflugzeuge der vom General der Flieger Alexander Löhr[1848], dem früheren Kommandanten der österreichischen Luftstreitkräfte, befehligten Luftflotte 4 zu ihrem Angriff auf Belgrad gestartet. An weiteren drei Angriffswellen bis zum Abend des 6. April waren weitere 250 Bomber und Jäger beteiligt und vertieften die schweren Zerstörungen. General Löhr hatte persönlich Angriffsziele von militärischer oder politisch-administrativer Wichtigkeit ausgewählt und hatte schon für die zweite Angriffswelle am Vormittag die Beladung der Kampfflugzeuge mit 40 % Sprengbomben und 60 % Brandbomben befohlen, um Großbrände zu verursachen; diese sollten „für den anschließend geplanten Nachteinsatz die Zielauffindung erleichtern“. Das Kampfgeschwader 2 meldete:

> „Die geschlossenen Angriffe des Geschwaders auf Belgrad waren besonders erfolgreich. Es kamen an einem Tag 184 Flugzeuge mit etwa 3.200 SC 50 [Sprengbomben, Anm. Suppan] und etwa 14.000 Brandbomben zum Einsatz auf den nördlichen Stadtteil (Zielraum A) von Belgrad. Die Wirkung ist nach Luftbild- und Erddarstellung hervorragend gewesen. Die 50 kg Spreng-

---

1847 Kershaw, Hitler II, 480-485; Wehler, Nationalitätenpolitik, 125.

1848 Alexander Löhr, geboren 1885, absolvierte die Theresianische Militärakademie, 1913 nach einigen Jahren Truppendienst in der Herzegowina dem k.u.k. Generalstab zugeteilt, widmete sich ab 1916 dem Aufbau der k.u.k. Luftfahrtruppe. Nach dem Ersten Weltkrieg trat er der Volkswehr bei, wurde 1920 als Major ins Österreichische Bundesheer übernommen und beschäftigte sich vorerst publizistisch mit Luftkriegstheorien. Im September 1935 wurde er zum Generalmajor und Kommandanten der Luftstreitkräfte ernannt. Im März 1938 wurde er in die Deutsche Wehrmacht übernommen und baute aus deutschen und österreichischen Kräften das Lufwaffenkommando „Ostmark“ auf, aus welchem am 18. März 1939 die Luftflotte 4 entstand, deren Oberbefehl er als General der Flieger übernahm. Nach dem Angriff auf Belgrad am 6. April 1941 wurde er am 3. Mai 1941 zum Generalobersten befördert, nahm am Krieg gegen die Sowjetunion teil und wurde am 24. Juli 1942 zum Wehrmachtsbefehlshaber Südost und Oberbefehlshaber der 12. Armee ernannt. In diesem Zeitraum erfolgte die Deportation der Juden von Saloniki nach Auschwitz. Vom 26. August 1943 bis zum 25. März 1945 war er Oberbefehlshaber der Heeresgruppe E und befehligte ihren Rückzug aus Griechenland. Als Oberbefehlshaber Südost geriet er bei Kriegsende mit etwa 150.000 Mann in jugoslawische Gefangenschaft, wurde im Februar 1947 zum Tode verurteilt und am 16. Februar 1947 in Belgrad hingerichtet. Vgl. Marcel Stein, Österreichs Generale im Deutschen Heer 1938-1945. Schwarz/Gelb – Rot/Weiß/Rot – Hakenkreuz (Bissendorf 2002); Siegwald Ganglmair, Generaloberst Alexander Löhr, in: Gerd R. Ueberschär (Hg.), Hitlers militärische Elite. Vom Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende, Bd. 2 (Darmstadt 1998) 123-130.

bombe hat sich für die Zerstörung eines größeren Stadtteils im Verein mit der Brandbombe hervorragend bewährt. Die Wirkung übertrifft in ihrer Gesamtheit die mit schweren Bomben in anderen Stadtteilen Belgrads erzielten Erfolge."[1849]

Tatsächlich wurden die Gebäude der Regierung, das Heeresministerium, der Generalstab, der Königspalast, der Hauptbahnhof, das Hauptpostamt, das Wasserwerk, die Nationalbibliothek und mehrere Kasernen getroffen und zerstört, womit die Kommunikation zu den Truppenkommanden ausfiel. Zweifellos war dadurch eine geordnete Mobilisierung nicht mehr möglich, womit die Bombardierung der Hauptstadt wesentlich zur raschen Niederlage des jugoslawischen Heeres beitrug. Nach deutschen Angaben – die mit den serbischen ziemlich übereinstimmen – sollen 714 Häuser völlig und 1588 teilweise zerstört worden sein; 6615 Häuser wurden leicht beschädigt, 12.401 blieben unbeschädigt. Nach serbischen Angaben sollen 2500 Zivilpersonen den Tod gefunden haben, nach deutschen etwa 3000. Da Belgrad drei Tage vor dem Angriff zur offenen Stadt erklärt worden war und nicht einmal eine Flugabwehr vorhanden war, hatte dieser unangekündigte Bomberangriff das Kriegsrecht gebrochen und stellte zweifellos ein Kriegsverbrechen dar.[1850]

Ministerpräsident Simović hatte das Bombardement teilweise von seinem Haus in Topčidersko Brdo aus beobachtet, konnte sein zerstörtes Regierungsgebäude nicht mehr betreten, riet dem König, Belgrad zu verlassen, traf am Avala noch andere Minister und fuhr selbst am Nachmittag über Lazarevac und Valjevo nach Koviljača zum Stab des Oberkommandos, dessen Führung er jetzt übernahm. Der seit 1938 entwickelte neue Kriegsplan erwies sich als wertlos, da die massiven deutschen Angriffe aus Bulgarien, dem rumänischen Banat, Südungarn und der

[1849] Befehl Gen. Löhr für die Luftkriegführung Jugoslawien, 31. März 1941, ÖStA, KA, Nachlass Alexander Löhr, B/521: 18, zitiert nach: GERMANN, „Österreicher", 104-107; Jaromir DIAKOW, Der Luftkrieg im jugoslawischen und griechischen Feldzug aus der Blickrichtung einer Gegenüberstellung der Einsätze zur Unterstützung des Heeres und des selbständigen Luftkrieges, 5; Kampfgeschwader 2, Ia, Nr. 1206/41, vom 9. Mai 1941, Erfahrungsbericht über den Zeitabschnitt von der Bereitstellung zum Einsatz gegen Jugoslawien bis zur Beendigung der Kampfhandlungen gegen Griechenland, ÖStA, KA, Nachlass Alexander Löhr, B/521: 29, 20, zitiert nach: Walter MANOSCHEK – Hans SAFRIAN, Österreicher in der Wehrmacht, in: Emmerich Tálos – Ernst Hanisch – Wolfgang Neugebauer (Hgg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945 (Wien 1988) 331-360, hier 339 und 357.

[1850] Jovan MARJANOVIĆ (Red.), Srbija u ratu i revoluciji 1941-1945 (Beograd 1976) 34f.; Auszug aus dem 2. Lagebericht des Verwaltungsstabes beim Militärbefehlshaber in Serbien, SS-Brigadeführer Harald Turner, 10. Juni 1941, BA/MA, RW 40, 184 a. Ob General Löhr Hitlers Forderung nach Zerstörung Belgrads abgeschwächt hat, wie zwei österreichische Autoren behaupten, muss bezweifelt werden. Vgl. Jaromir DIAKOW, Generaloberst Alexander Löhr. Ein Lebensbild (Freiburg im Breisgau 1964) 38-40; Marcel STEIN, Österreichs Generale im Deutschen Heer 1938-1945, Schwarz/Gelb – Rot/Weiß/Rot – Hakenkreuz (Bissendorf 2002) 148. Die Zahlenangaben des aus Österreich nach Belgrad geflüchteten Schriftstellers Franz Theodor Csokor mit 28.000 Ziviltoten und des britischen Premierministers Winston Churchill, der von 17.000 Todesopfern schreibt, entbehren jeder Überprüfbarkeit. – Franz Theodor CSOKOR, Als Zivilist im Balkankrieg (Wien 1947) 60; Winston S. CHURCHILL, Der Zweite Weltkrieg, 2. Buch: Allein (Bern – München – Wien [3]1995) 477.

Steiermark die jugoslawischen Armeen noch in der Phase der Mobilisierung trafen. Dass sich einige jugoslawische Einheiten „heroisch" verteidigten und „wie die Löwen kämpften", schrieb Simović bereits für die Mythenbildung. Dasselbe gilt für seine Behauptung, dass durch die Bildung des „Unabhängigen Staates Kroatien" die gesamte Nordfront zusammengebrochen sei. Tatsache war, dass sich das Oberkommando bereits am 12. April aus Zvornik an der Drina nach Pale bei Sarajevo zurückzog, von wo aus die Alliierten um Hilfe gerufen wurden. Und schon am nächsten Tag flüchteten alle Minister – außer Simović – nach Nikšić in Montenegro. Von dort flog der junge König am 14. April um 14 Uhr nach Athen – und sollte Jugoslawien nie mehr betreten.[1851]

Der von Deutschland, Italien, Bulgarien und Ungarn geführte Angriffskrieg gegen Jugoslawien endete innerhalb von elf Tagen mit der bedingungslosen Kapitulation der jugoslawischen Streitkräfte. Deutsche Divisionen waren bereits am 7. April in Skopje, am 8. April in Marburg, am 9. April in Niš, am 10. April in Agram, am 13. April in Belgrad und am 15. April in Sarajevo einmarschiert, wo sie auch das jugoslawische Oberkommando gefangen nahmen. Schon nach wenigen Tagen hatten sich bei Teilen der jugoslawischen Einheiten Auflösungserscheinungen bemerkbar gemacht – zuerst im makedonischen, dann im kroatischen und slowenischen, schließlich auch im serbischen und bosnischen Bereich. Stärkeren Widerstand hatte es weder in Slowenien noch in Kroatien-Slawonien, noch in der Vojvodina und auch nicht in Bosnien gegeben, sondern lediglich im Raum Niš. Als freilich der gestürzte Ministerpräsident Cvetković um den 15. April von seiner Villa in Niška Banija von einem deutschen Offizier nach Belgrad begleitet wurde, sah er zwar verlassene Kanonen, zerstörte Lastkraftwagen und lange Kolonnen von Kriegsgefangenen, aber keine zerstörten militärischen Objekte. Das bedeutete, dass auch die aus Bulgarien angreifende Panzergruppe Kleist auf keinen besonderen Widerstand gestoßen war. Die Feststellung von Cvetković, dass die serbischen und slowenischen Truppen und ihre jungen Offiziere tapfer gekämpft, während sich die kroatischen rasch ergeben hätten, entsprach daher auch in Mittelserbien nicht dem Kriegsverlauf. Als schließlich General von Kleist von Cvetković erwartete, an der Kapitulationszeremonie teilzunehmen, lehnte der ehemalige Ministerpräsident ab.[1852] Kriegsrechtlich bedeutend war, dass am 17. April 1941, um 21 Uhr, in Belgrad General Radivoje Janković und der ehemalige Außenminister Cincar-Marković die „bedingungslose" Kapitulation der jugoslawischen Streitkräfte unterzeichneten; die Kapitulation wurde von Generaloberst Weichs und dem italientischen Militärattaché Luigi Bonfatti angenommen.[1853]

[1851] Memoari Dušana Simovića, HIA, Simović papers, box 1.

[1852] Cvetković, Ili rat ili pakt, 174, 190-199. Cvetković wurde vorerst in seiner Belgrader Wohnung interniert, jedoch am 8. Mai 1942 verhaftet und ins Lager Banjica gebracht, wo er unter den politischen Gefangenen viele Personen kennenlernte, die später im Tito-Regime eine Rolle spielten.

[1853] Klaus Olshausen, Zwischenspiel auf dem Balkan. Die deutsche Politik gegenüber Jugoslawien und Griechenland vom März bis Juli 1941 (Stuttgart 1973) 119.

Der Oberbefehlshaber des Heeres, GFM von Brauchitsch, hatte Mitte April 1941 gleichlautend in deutscher und serbo-kroatischer Sprache – in kyrillischer und lateinischer Schrift – einen Aufruf an die Bevölkerung Jugoslawiens erlassen:

> „Das von den deutschen Truppen besetzte jugoslawische Gebiet wird unter deutsche Militärverwaltung gestellt. Die militärischen Befehlshaber werden die zur Sicherung der Truppe und zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung nötigen Anordnungen erlassen. Soweit die Bevölkerung sich friedlich verhält, werden die Truppen auf sie Rücksicht nehmen und ihr Eigentum schonen. Bei loyaler Mitarbeit werden die Landesbehörden in ihrer Tätigkeit belassen. Von der Klugheit und Einsicht der Bevölkerung erwarte ich, dass sie alle unbesonnenen Handlungen, jede Art von Sabotage, passiven oder gar aktiven Widerstand gegen die deutsche Wehrmacht unterlässt.
>
> Allen Anordnungen der deutschen Militärbehörden ist unbedingt Folge zu leisten. Die deutsche Wehrmacht würde es bereuen, wenn sie durch feindselige Handlungen einzelner Zivilpersonen zu den schärfsten Gegenmaßnahmen gegen die Bevölkerung gezwungen würde. Jeder einzelne bleibe an seiner Arbeitsstätte und gehe seiner Arbeit nach. So nützt er seinem Vaterlande, seinem Volke und sich selbst am meisten.“[1854]

Die aus Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Österreich angreifenden deutschen Infanterie- und Panzertruppen hatten von ihrer Führung aber auch scharfe Richtlinien für das Verhalten im Jugoslawien-Krieg erhalten:

> „[...] 2.) In Alt-Serbien und in den Gebieten nördlich der Donau hat der deutsche Soldat von seiten der serbischen Bevölkerung äußerst feindliche Haltung zu erwarten. Daher ist ihr gegenüber größte Vorsicht geboten und jede Nachsicht – auch bei Gefangenen – zu vermeiden. Der Serbe ist im Kampfe zähe, roh und gefühllos. [...]“[1855]

Und der Oberbefehlshaber der 2. Armee, Generaloberst Maximilian von Weichs, hatte seinen Truppen bereits vor Angriffsbeginn besondere Anordnungen mitgegeben:

> „[...] Es muss damit gerechnet werden, dass die serbische Zivilbevölkerung sich an dem Kampfe gegen die deutschen Truppen durch Überfälle (Heckenschützen) und Sabotage in hinterhältiger Weise beteiligt [...]
>
> Gegen jeden Gewalt- und Sabotageakt ist mit den schärfsten Mitteln einzuschreiten. Nur rücksichtsloses Durchgreifen gleich zum Beginn der Operationen ermöglicht die Ausrottung dieser Kriegsverbrechen.
>
> Ich mache die Vorgesetzten aller Dienstgrade dafür verantwortlich, dass das Banden- und Heckenschützenwesen mit allen Mitteln im Keime erstickt wird (rechtzeitige und umfangreiche Festnahme von Geiseln, insbesondere der Intelligenz) [...].“[1856]

[1854] Der Oberbefehlshaber des Heeres: Aufruf an die Bevölkerung Jugoslawiens / Glavnokomandujući njemačke vojske: Proglas stanovstništvu Jugoslavije [ohne Datum], Arhiv Srbije, AS-ZP-V-II/11-480, zitiert nach: Verbrechen der Wehrmacht, 509.

[1855] Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Jugoslawien, o. D., BA/MA, RH 20-12/397, zitiert nach: Verbrechen der Wehrmacht, 508.

[1856] Befehl GO Maximilian von Weichs an 2. Armee, 8. April 1941, ZStA Potsdam, Film Nr. 42637, zitiert nach: Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in

Bereits wenige Tage nach der Kapitulation des jugoslawischen Heeres kam es zu ersten bewaffneten Widerstandshandlungen, zu ersten Hinrichtungen und zu ersten Geiselerschießungen. Der Richter der SS-Division „Das Reich", SS-Sturmbannführer Rudolf Hoffmann, verurteilte bereits am 18. April 1941 in einem Standgerichtsverfahren neun Serben wegen Freischärlerei bzw. unbefugten Waffenbesitzes. Am 19. April waren vor dem Standgericht in Petrograd 15 Serben angeklagt und wurden ebenfalls zum Tode verurteilt. Beide Urteile wurden sofort vollstreckt.[1857]

In der Nacht vom 20. auf den 21. April 1941 erschossen unbekannte Täter in der Nähe des serbischen Friedhofs von Pantschowa (Pančevo) nach heftigem Schusswechsel zwei SS-Männer. Auch neun Donauschwaben aus Pantschowa waren in den Tagen zuvor ums Leben gekommen, vermutlich erschossen von jugoslawischen Armeeangehörigen. Soldaten der Waffen-SS-Division „Das Reich" führten daraufhin in der Nähe des Tatorts Wohnungsdurchsuchungen durch und verhafteten serbische Zivilisten, die man der Tat verdächtigte oder in deren Häusern Waffen gefunden worden waren (in einem Fall den Paradesäbel eines Gardeoffiziers). Auf Anforderung des Infanterieregiments „Großdeutschland" trat bereits am 21. April in Pantschowa unter Vorsitz von SS-Sturmbannführer Hoffmann ein Standgericht zusammen, das vier Serben wegen Freischärlerei und unbefugten Waffenbesitzes anklagte und zum Tode verurteilte. Der Richter und seine beiden Wehrmachtsbeisitzer führten am 22. April drei weitere Standgerichtsverfahren durch, in denen zusammen 32 Angeklagte zum Tode durch Erschießen oder Erhängen verurteilt wurden. Die Anklage lautete jeweils auf Freischärlerei bzw. unbefugten Waffenbesitz. Nach Aussage eines Augenzeugen verlief das Verfahren nicht ordnungsgemäß, da den Angeklagten keine Gelegenheit gegeben worden sei, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. Nur zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Die Hinrichtungen am 21. und 22. April 1941 fanden zur Einschüchterung der serbischen Bevölkerung öffentlich an der Friedhofsmauer von Pantschowa bzw. auf dem Friedhof selbst statt. Deutsche Propagandakompanie-Photographen photographierten und filmten die Exekutionen. Am selben Tag wurden auch die getöteten neun Donauschwaben beigesetzt. – Obwohl in den 1990er Jahren in der deutschen (und österreichischen) Öffentlichkeit diese Hinrichtungen in Pantschowa als „Verbrechen der Wehrmacht" scharf verurteilt wurden, muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass es nach damals geltendem Kriegs- und Völkerrecht zulässig war, Repressalien (Gegenmaßnahmen) gegen die Zivilbevölkerung zu ergreifen und als „Sühne" sogar Geiseln zu erschießen, um Anschläge auf Soldaten abzuwehren und um die Besatzungsherrschaft zu sichern.[1858]

Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941-1945). Dokumentenauswahl und Einleitung von Martin Seckendorf, unter Mitarbeit von Günter Keber, Jutta Komorowski, Horst Muder, Herbert Stöcking und Karl Übel (Berlin und Heidelberg 1992) 139.

[1857] Tätigkeitsbericht des Gerichts der SS-Division „Das Reich" für den Zeitraum vom 31. März bis 1. Mai 1941, BA/MA, RS 3-2/10, Bl. 141, zitiert nach: Verbrechen der Wehrmacht, 538.

[1858] Verbrechen der Wehrmacht, 536-549, 708-710. Ein Photo von den Hinrichtungen in Pantschowa geriet zum Symbol der 1995 in Hamburg eröffneten Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbre-

Der Einmarsch der Wehrmacht in Slowenien geschah anfänglich ohne zerstörerische Bombardements und gewalttätige Übergriffe auf die Zivilbevölkerung. Dies lag einerseits darin begründet, dass bereits die Einverleibung eines Teiles des slowenischen Territoriums ins Deutsche Reich vorgesehen war, andererseits im raschen Rückzug der jugoslawischen Armee, die allerdings größeren materiellen Schaden an Verkehrseinrichtungen hinterließ. Die deutschen Soldaten der 188. Gebirgsdivision wiederum kauften Unmengen an Waren zu einem für sie günstigen Wechselkurs auf.[1859]

Von den etwa 300.000 jugoslawischen Kriegsgefangenen wurden zuerst die Gefangenen deutscher, ungarischer und bulgarischer Nationalität entlassen, dann ein Teil der Kroaten, Slowenen, Bosnier, Albaner und Makedonier und erst zuletzt ein kleinerer Teil der Serben. Für den Krieg gegen die Sowjetunion ließ Hitler bis Mitte Mai alle deutschen Divisionen aus dem ehemaligen Jugoslawien abziehen und nur drei Besatzungsdivisionen ins serbische Besatzungsgebiet verlegen, die neben den Haupteisenbahnlinien auch das Kupferrevier um Bor sowie das Erzrevier um Trepča im nördlichen Kosovo bewachen sollten.[1860] Am 21. Juni 1941 befanden sich noch immer 13.559 Offiziere und 181.258 Soldaten der ehemaligen jugoslawischen Armee in deutschen Kriegsgefangenenlagern, aus denen auch in den folgenden Monaten nur nach und nach Kroaten und Angehörige von Minderheiten entlassen wurden. Ein kleiner Teil der kroatischen Offiziere wurde auf Grund ihrer politischen Orientierung ohne Antrag in die Armee des „Unabhängigen Staates Kroatien" aufgenommen, andere (angeblich 400) wurden teilweise gezwungen, sich zu melden – auch ehemalige serbische „k.u.k." Offiziere. Nach amtlichen Angaben wurden während des Zweiten Weltkrieges 3300 Generäle, Offiziere und Offiziersschüler der Jugoslawischen Armee in die Armee des NDH übernommen. Die jugoslawische Exilregierung erklärte alle diese Offiziere zu Deserteuren und erkannte ihnen die Ränge ab. Von den auch noch 1945 in deutschen Lagern befindlichen jugoslawischen Offizieren blieben die meisten in der Emigration.[1861]

Die von der *Yugoslav War Crimes Commission 1947* behauptete Beteiligung Österreichs an der Aggression gegen Jugoslawien traf selbstverständlich nicht zu. Abgesehen von der völkerrechtlichen Nicht-Existenz Österreichs seit dem 13. März 1938 übersahen die jugoslawischen Vorwürfe die grundlegende Tatsa-

chen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Es zeigt einen Offizier des Regiments „Großdeutschland", der mit seiner Pistole auf ein offenbar noch lebendes Opfer der Exekution zielt, um den tödlichen Schuss abzugeben. Am 10. März 1997 erschien dieses Photo als Titelbild des „Spiegel". Die Spiegel-TV-Dokumentation „Als die Welt in Flammen stand. Die Chronik des Zweiten Weltkriegs", gesendet auf „Vox" am 15. November 2008, zeigte Filmaufnahmen von den Exekutionen.

[1859] Ferenc – Godeša, Die Slowenen, 228.

[1860] Vogel, Eingreifen Deutschlands, 476-484.

[1861] Ivan Košutić, Hrvatsko domobranstvo u Drugom svjetskom ratu, in: Vojnoistorijski glasnik 1-2 (Beograd 1993) 106.

Tabelle 18: Gebiet und Bevölkerung des zerfallenen jugoslawischen Staates (Berechnung auf Grund der Volkszählung 1931 für Anfang 1941)

Gebiete	Fläche in km²	Bevölkerung Anfang 1941	Muttersprachen						Juden
			Kroat.	Serb.	Slowen.	Deutsch	Ungar.	Andere	
Ehemaliges Jugoslawien	247.542	15,920.000	3,789.000 *(23,7%)*	6,773.000 *(42,4%)*	1,215.000 *(7,6%)*	510.000 *(3,2%)*	471.000 *(2,9%)*	3,098.000 *(19,4%)*	74.000 *(0,5%)*
davon:									
an Kroatien	98.572 *(39,8%)*	6,300.000 *(39,6%)*	3,250.000 *(52,1%)*	1,725.000 *(27,4%)*	30.000 *(0,5%)*	150.000 *(2,4%)*	75.000 *(1,2%)*	Bosnisch 950.000 *(15,1%)*	40.000 *(0,6%)*
an das Deutsche Reich:									
Untersteiermark und Oberkrain	9.620 *(3,9%)*	775.000 *(4,9%)*	-	-	755.000 *(97,4%)*	20.000 *(2,6%)*	-	-	-
								Rumän.	
Rest-Serbien	51.100 *(20,7%)*	3,810.000 *(23,9%)*	25.000 *(0,7%)*	3,580.000 *(94,0%)*	-	8.000 *(0,2%)*	-	175.000 *(4,6%)*	15.000 *(0,4%)*
westl. Banat	9.776 *(3,9%)*	640.000 *(4,0%)*	14.000 *(2,2%)*	295.000 *(46,1%)*	-	120.000 *(18,8%)*	95.000 *(14,8%)*	70.000 *(10,9%)*	4.000 *(0,6%)*

an Italien:								Italien.	
Provincia di Lubiana	5.242 *(2,1%)*	380.000 *(2,4%)*	-	-	350.000 *(92,1%)*	15.000 *(3,9%)*	-	-	-
Nord- und Mitteldalmatien	5.381 *(2,1%)*	380.000 *(2,4%)*	280.000 *(73,4%)*	80.000 *(23,7%)*	-	-	-	10.000 *(1,3%)*	-
Montenegro und Kosovo	28.000 *(1,3%)*	1,230.000 *(7,7%)*	-	[600.000] *(48,7%)*	-	-	-	Albanisch [600.000] *(48,7%)*	-
an Ungarn:									
Batschka, Baranya, Međimurje Prekmurje	11.601 *(4,7%)*	1,145.000 *(7,2%)*	220.000 *(19,2%)*	243.000 *(21,2%)*	80.000 *(7,0%)*	197.000 *(17,2%)*	301.000 *(26,3%)*	Slowak. 40.000 *(3,7%)*	15.000 *(1,3%)*
an Bulgarien:									
Makedonien und Südost-Serbien	28.250 *(11,4%)*	1,260.000 *(7,9%)*	Makedon. [750.000] *(59,5%)*	[250.000] *(19,9%)*	-	-	-	Türkisch [160.000] *(13,0%)*	-

Quelle: Aufstellung RAM, pol.IV 2444 g, Berlin, 21. Mai 1941, an dt. Botschaften in Ankara, Madrid, Moskau, Paris, Rom (Quirinal) und dt. Gesandtschaften in Bern, Budapest, Bukarest, Helsinki, Kopenhagen, Lissabon, Pressburg, Sofia, Stockholm, Zagreb, sowie den Bevollmächtigten des Reichs in Athen und den Bevollmächtigten des Auswärtigen Amtes in Belgrad, HIA, Tomasevich papers, box 3 (Benzler collection). Für Kroatien wurden auch 65.000 Slowaken und 5.000 Italiener angegeben, für die Batschka 15.000 Ruthenen (Rusini), für den westlichen Banat 18.000 Slowaken. In der Aufstellung fehlen auch mindestens 70.000 Roma, 50.000 Tschechen, 35.000 Russen und 15.000 Ukrainer.

che, dass ab 1933 nicht die österreichischen Regierungen Dollfuß und Schuschnigg – zumindest bis 1936 – sondern die jugoslawischen Regierungen Jevtić und Stojadinović mit Hitler zusammengearbeitet hatten und dass der NS-Putsch im Juli 1934 gegen die Regierung unter Bundeskanzler Dollfuß gerichtet gewesen war, während Jugoslawien über 2000 österreichische Nationalsozialisten als politische Flüchtlinge aufnahm. Dass der letzte österreichisch-ungarische Landeschef von Bosnien-Herzegowina, Generaloberst Stefan Freiherr von Sarkotić, eine österreichische Pension erhielt, ergab sich daraus, dass er nach 1918 – wie viele andere k.u.k. Offiziere – für Österreich optiert hatte und nach Österreich übersiedelt war. Dem späteren österreichischen Außenminister Karl Gruber gelang es vor der Londoner Außenministerkonferenz 1947, diese jugoslawischen Vorwürfe gegenüber der Republik Österreich zu entkräften. Dies galt natürlich nicht für die Beteiligung vieler Österreicher – wie eben des Generalobersten Löhr – an Kriegsverbrechen in Jugoslawien.[1862]

Obwohl Hitler nach der Kapitulation am 17. April 1941 – nach vorbereitenden deutsch-italienischen Gesprächen – auch die Aufteilung Jugoslawiens diktierte und sich bei den deutsch-italienischen Verhandlungen zwischen Ribbentrop und Ciano in Wien zwischen dem 20. und 22. April im Wesentlichen auch durchsetzte, behielt sich das Deutsche Reich „nur“ zwei Regionen. Kernserbien (etwa das Gebiet des Königreichs Serbien vor 1912 mit 51.000 km² und 3,8 Millionen Einwohnern), das nördliche Gebiet des Kosovo (Kosova) und der westliche Banat (9776 km² mit 640.000 Einwohnern) wurden einer deutschen Militärverwaltung unterstellt; die Untersteiermark (Spodnja Štajeska), das Kärntner Mießtal (Mežiška dolina), die Gemeinde Seeland (Jezersko) und Oberkrain (Gorenjska) – zusammen 9620 km² mit 775.000 Einwohnern – wurden den Reichsstatthaltern und Gauleitern in Graz und Klagenfurt als Chefs neuer Zivilverwaltungen unterstellt; lediglich vier mehrheitlich deutsche Gemeinden im Übermurgebiet (Prekmurje) wurden vom Reich annektiert. Italien erhielt Inner-, Unter- und Weißkrain (Notranjska, Dolenjska, Bela Krajina) – die zur *Provincia Lubiana* zusammengefasst wurden (5242 km² mit 380.000 Einwohnern) –, ein vergrößertes Gebiet um Fiume, Dalmatien zwischen Nin und Spalato (Split) und den Großteil der dalmatinischen Inseln (zusammen 5381 km² mit 380.000 Einwohnern), die Bocche di Cattaro (Boka Kotorska), den Großteil von Kosovo-Metohija und Westmakedonien sowie das Protektorat über Montenegro (28.000 km² mit 1,230.000 Einwohnern). Ungarn verleibte sich das Über- und Zwischenmurgebiet (Prekmurje, Međimurje) ein sowie die ebenfalls 1920 an Jugoslawien abgetretene Südostecke der Baranya (Baranja) und die Batschka (Bácska, Bačka) – zusammen 11.601 km² mit 1,145.000 Einwohnern. An Bulgarien fiel der Großteil Makedoniens (ohne albanisches Siedlungsgebiet), schließlich das Timok- und Pirotgebiet im Südosten Serbiens (28.250 km² mit 1,260.000 Einwohnern). Staatssekretär Weizsäcker bezweifelte von Beginn an die Dauerhaftigkeit

[1862] Yugoslav War Crimes Commission (ed.), Report on the Crimes of Austria and the Austrians against Yugoslavia and her Peoples (Belgrade 1947) 5-14.

dieser Aufteilung: “Im Übrigen scheint mir die Neuordnung des Balkans [...] so zu erfolgen, dass keiner mit seinem Nachbarn sich vertragen kann. [...] Ich frage mich nur, wer diesen Sack voll von Flöhen jetzt im Kriege hüten wird.“[1863]

Nachdem der Obmann der Kroatischen Bauernpartei, Vladko Maček, für eine Kooperation mit den Aggressoren nicht zu gewinnen war, drängten Berlin und Rom den ehemaligen k.u.k. Generalstabsoffizier und späteren kroatischen Marschall Slavko Kvaternik, im Namen des *Ustaša-Poglavnik* Ante Pavelić[1864] den sogenannten „Unabhängigen Staat Kroatien“ (*Nezavisna Država Hrvatska* – NDH) auszurufen. Obwohl das um ganz Bosnien-Herzegowina vergrößerte, aber bald um halb Dalmatien verkleinerte Kroatien als einziges Völkerrechtssubjekt auf dem Boden Jugoslawiens übrig blieb (mit immerhin 98.572 km² und 6,3 Millionen Einwohnern), war es letzten Endes nicht mehr als ein Satellitenstaat Deutschlands und Italiens (bis zur Kapitulation) und wurde daher als völkerrechtlich fragwürdiges „Kriegsprodukt“ von nur wenigen Staaten anerkannt – auch nicht vom Heiligen Stuhl. Schließlich bestand ja eine königlich-jugoslawische Exilregierung in London fort.[1865]

Der damalige deutsche Botschafter in Rom und spätere Mitverschwörer des 20. Juli 1944, Ulrich von Hassell, kommentierte am 5. Mai 1941 die Südosteuropa-Politik Hitlers:

> „Erster Grundsatz: Die Italiener müssen, um sie bei der Stange zu halten, alles bekommen was sie wollen, auch wenn es noch so unsinnig ist. […] Zweiter Grundsatz: Die Serben müssen kurz und klein geschlagen werden.“[1866]

Relativ korrekt verhielt sich das Auswärtige Amt gegenüber 201 Angehörigen früherer jugoslawischer Vertretungsbehörden im Reich und in den besetzten Ge-

---

1863 Vgl. Karte in Werner MARKERT (Hg.), Osteuropa-Handbuch Bd. 1: Jugoslawien (Köln – Graz 1954); Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950, hg. von L. E. Hill (Frankfurt/Main – Berlin – Wien 1974) 248; TOMASEVICH, Occupation, 61; SUNDHAUSSEN, Okkupation, Kollaboration und Widerstand, 353; Ferdo ČULINOVIĆ, Okupatorska podjela Jugoslavije (Beograd 1970) 52-72, Anhang; CATTARUZZA, L’Italia, 207-211. In den Wiener Verhandlungen war auch die Abtretung des westlichen Banats an Ungarn vorgesehen worden. Er blieb aber zunächst von deutschen Truppen besetzt, „um Zusammenstoß zwischen Ungarn und Rumänien zu verhindern“.

1864 Ante Pavelić, geb. 1889 in Bradina (Herzegowina), Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Zagreb, Rechtsanwalt, 1915 Sekretär der Kroatischen Staatsrechtspartei, 1922 Stadtrat in Zagreb, 1928 Mitglied der *Skupština*, 1929 Flucht ins Ausland, wegen Angehörigkeit zu einer bewaffneten Verschwörergruppe in Abwesenheit zum Tode verurteilt, im italienischen Exil Gründung der *Ustaška Hrvatska Revolucionarna Organizacija*, Rückkehr nach Zagreb am 13. April 1941, 15. April 1941 *Poglavnik* des Unabhängigen Staates Kroatien, ab 17. April 1941 auch Ministerpräsident und Außenminister; am 6. Mai 1945 Flucht aus Zagreb nach Österreich, 1947-1949 Aufenthalt in Italien, danach Flucht nach Argentinien, wo er eine Exilregierung gründete, 1957 Emigration nach Spanien, 1959 im Deutschen Spital in Madrid verstorben. Vgl. GOLDSTEIN, Croatia, 120, 133-137, 157.

1865 TOMASEVICH, Occupation, 50-53; Ivo GOLDSTEIN, Croatia. A History (London 1999) 133f.

1866 Friedrich Freiherr HILLER VON GAERTRINGEN (Hg.), Die Hassell-Tagebücher 1938-1944 (Berlin 1988) 250.

bieten (Protektorat, Frankreich, Belgien, Niederlande), die ab Mitte April 1941 in Bad Schachen bei Lindau gesammelt wurden. Vor der Entlassung der Internierten wurden der Chef der Sicherheitspolizei und das Oberkommando der Wehrmacht befragt, wobei letzteres gegen die Abschiebung sämtlicher Internierter nach dem früheren Jugoslawien keine Bedenken äußerte, der Chef der Sicherheitspolizei allerdings elf Personen namhaft machte, die sich früher nachrichtendienstlich betätigt hatten. Hingegen meldete der Chef des Protokolls dem Reichsminister Ribbentrop das Verhalten des Gesandten Ivo Andrić vor und während der Abreise der früheren jugoslawischen Diplomaten aus Berlin „als vorbildlich", was auch Hitler mitgeteilt wurde. Daher wurde Andrić persönlich die Option eröffnet, in Deutschland zu bleiben oder nach einem beliebigen Lande auszureisen. Auch seine Depositen durfte er mitnehmen. Andrić ließ jedoch mitteilen, mit der gesamten Austauschgruppe in die Schweiz ausreisen zu wollen. Ende Mai 1941 traf jedoch die Reichsregierung die Entscheidung, die gesamte Austauschgruppe nach Belgrad zu versetzen. Die Protestnote Andrić' vom 28. Mai war vergeblich.[1867]

Serbien unter deutscher Militärverwaltung 1941

Die deutsche Besatzungsherrschaft in Serbien entwickelte sich einerseits bereits ab Sommer 1941 zu einer militärischen Terrorherrschaft, andererseits zu einer NS-Polykratie, die immer mehr zwischen militärischen, polizeilichen, wirtschaftlichen und administrativen Dienststellen erodierte. Bereits am 13. April 1941 – also noch vor der Kapitulation des jugoslawischen Heeres – war das Oberkommando der deutschen 2. Armee angewiesen worden, im serbischen Raum eine Militärverwaltung einzurichten. An die Spitze der deutschen Militärverwaltung wurde ein „Deutscher Militärbefehlshaber in Serbien" gestellt, der im Namen des Oberbefehlshabers des Heeres die vollziehende Gewalt in Serbien ausüben sollte und vorerst dem Oberbefehlshaber der 2. Armee, Generaloberst von Weichs, nach dessen Verlegung an die Ostfront dem zum Oberkommando der Wehrmacht gehörenden „Wehrmachtsbefehlshaber im Südosten", Generalfeldmarschall Wilhelm List, verantwortlich war, der sein Hauptquartier allerdings im fernen Saloniki (Thessaloníkē) aufgeschlagen hatte. Zwischen April und September 1941 lösten sich dann drei deutsche Generäle als Militärbefehlshaber in Serbien ab[1868],

[1867] Aufzeichnung Peter-Pirkham (RAM), Berlin, 23. Mai 1941, HIA, Tomasevich papers, box 3 (Benzler collection); Glišović, Andrić, 815-855. Andrić verbrachte die Kriegszeit tatsächlich in Belgrad und verfasste seine später berühmt gewordenen Romane „Die Brücke über die Drina" (*Most na Drinu*) und „Wesire und Konsuln" (*Travnička hronika*), für die er 1961 den Literatur-Nobelpreis erhielt.

[1868] General der Flieger Helmut Förster, General der Flakartillerie Ludwig von Schröder und General der Flieger Heinrich Danckelmann, der am 16. September den General der Infanterie Franz Böhme als Kommandierenden General vorgesetzt bekam und am 9. Oktober 1941 auch als Befehlshaber in Serbien abberufen wurde. – Schmider, Partisanenkrieg, 32.

denen ein Verwaltungsstab unter Leitung des SS-Brigadeführers Harald Turner[1869] zur Seite gestellt wurde, dem über 700 Personen zur Verfügung standen. Parallel dazu kommandierte der Artilleriegeneral Paul Bader ab Juni 1941 drei Besatzungsdivisionen (die 704., 714. und 717. ID) sowie eine vierte in Ostbosnien, die bereits ab Juli 1941 mit den beginnenden Aufständen der *Četnici* und Partisanen in Westserbien konfrontiert wurden. Dem Militärbefehlshaber wurden vier Feldkommandanturen – in Belgrad, Pančevo, Niš und Užice – unterstellt, diesen wiederum neun Kreiskommandanturen und zahlreiche Ortskommandanturen.[1870]

Reichsmarschall Göring hatte ebenfalls schon im Frühjahr 1941 mit Generalkonsul Franz Neuhausen einen „Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft in Serbien" ernannt, der ab Ende 1942 auch Bevollmächtigter für den Metallerzbergbau im Südosten wurde. Immerhin war das Deutsche Reich in erster Linie an den jugoslawischen Kupfer-, Blei-, Zink-, Eisenerz-, Mangan-, Chrom-, Molybdän- und Bauxitvorkommen interessiert. Neuhausen erhielt von Göring einen großen Landsitz im Banat zum Geschenk, den er mit großem Aufwand an Geld und Material ausbauen ließ. Alle Wochen erhoben sich vom Flugplatz in Pantschowa „mächtige Vögel" voll von Lebensmittelvorräten für den Flug nach Berlin. Schon bald war Neuhausen „vom Geruch schwerer Korruption umwittert", aber erst im Sommer 1944 erfolgte seine Verhaftung.[1871]

Auf die gleiche Stufe mit dem Militärbefehlshaber und mit dem Wirtschaftsbevollmächtigten wurde mit Erlass Hitlers vom 28. April 1941 der „Bevollmächtigte des Auswärtigen Amtes beim Militärbefehlshaber in Serbien" gestellt; der Gesandte Felix Benzler nahm als erster diese Funktion wahr. Er war „für die Behandlung aller in Serbien auftauchenden Fragen außenpolitischen Charakters zuständig"; insbesonders war es seine Aufgabe, „eine den politischen Interessen des Reiches abträgliche Betätigung serbischer politischer Elemente zu verhindern". Ribbentrop wies Benzler am 3. Mai an, seine Zuständigkeit in politischen Fragen gegenüber allen Stellen im Befehlsbereich des Militärbefehlshabers „strikt zu wahren". Erstaunlicherweise behauptete Ribbentrop auch, dass dem „Führererlass" der Gesichtspunkt zugrunde liege, „dass, wie auch das Schicksal der bisherigen jugoslawischen Gebiete sich gestalten mag, jedenfalls ein selb-

---

[1869] Dr. Harald Turner, geb. 1891 in Leun an der Lahn, SS-Brigadeführer, 1941-1944 Chef des Verwaltungsstabes beim Militärbefehlshaber Serbien, 1941 SS-Gruppenführer, 1944 stellvertretender Chef des RSHA, nach dem Krieg an Jugoslawien ausgeliefert, Anklage vor Militärgericht und zum Tode verurteilt, am 7. März 1947 in Belgrad hingerichtet. – Dienstkalender Himmler, 724.

[1870] Tomasevich, Occupation, 64-74; Klaus Schmider, Der jugoslawische Kriegsschauplatz (Januar 1943 bis Mai 1945), in: Die Ostfront 1943/44. Der Krieg im Osten und an den Nebenfronten, hg. von Karl-Heinz Frieser (München 2007) 1009-1088, hier 1013f.; vgl. Branko Petranović, Srbija u drugom svetskom ratu 1939-1945 (Beograd 1992).

[1871] Broucek, Glaise-Horstenau, 452f. Neuhausen war im Ersten Weltkrieg Verpflegsoffizier des Jagdgeschwaders Richthofen gewesen, dessen letzter Kommandeur Hermann Göring war.

ständiger serbischer Staat bestehen bleiben wird, mit dem wir in Zukunft wieder außenpolitische Beziehungen zu unterhalten haben werden".[1872]

Als Vorsitzender des Verwaltungsrates des Allgemeinen Jugoslawischen Bankvereins hatte Neuhausen im besetzten Serbien auch eine Neuordnung im Bankwesen vorzunehmen. Die Bank wurde zwischen Serbien und Kroatien geteilt, die Führung beider Banken verblieb bei der CA-BV, allerdings unter Beteiligung anderer deutscher Banken. Die AJB-Filiale in Neusatz wurde der CA-Budapest abgetreten, die AJB-Filiale in Laibach übernahm eine italienische Bank. Immerhin konnte die Belgrader Bank, die in Bankverein AG umbenannt wurde, die Filiale der Anglo-Prager Creditbank, die Jugoslawische Union-Bank, die *Banque Franco-Serbe* und die *Jugoslavenska banka* übernehmen. Schließlich hielten die CA-BV, die Deutsche Bank und die Böhmische Unionbank 92,3 % der Aktien der Bankverein AG. Im Unterschied zu Agram musste in Belgrad auf die Interessen der „Einheimischen" weit weniger Rücksicht genommen werden, Georg Saal blieb weiterhin Generaldirektor und erhielt einen ostmärkischen Beamten der CA, Ludwig Sehn, zur Seite gestellt. Obwohl die Belgrader Bank schon in den 1930er Jahren, nicht lukrativ gewesen war – lediglich 1937 wurde eine Dividende ausgeschüttet –, wurde das Kapital der Bank von 60 auf 100 Millionen Dinar erhöht: „[z]ur Wahrung und Förderung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen zum Südostraum". Als Umrechnungskurs zwischen Reichsmark und Dinar wurde jedoch 1:20 festgelegt, was weder den vor dem Krieg geltenden Sätzen noch dem Kaufkraftverhältnis entsprach.[1873]

Bereits der erste „Militärbefehlshaber in Serbien", der General der Flieger Helmut Förster, ernannte am 1. Mai 1941 für den serbischen „Reststaat" kommissarische Leiter für das Innenministerium (Milan Aćimović), das Unterrichtsministerium (Risto Jojić), das Justizministerium (Momčilo Janković), das Post-, Telephon- und Telegraphenministerium (Dušan Pantić), das Ministerium für öffentliche Arbeiten (Stanislav Josifović), das Wirtschaftsministerium (Miloslav Vasiljević), das Ministerium für Sozialpolitik (Stevan Ivanić), das Finanzministerium (Dušan Letica), das Verkehrsministerium (Lazar Kostić) und das Ernährungsministerium (Jeremija Protić); Aćimović war bereits in früheren Regierungen Innenminister gewesen, Vasiljević und Ivanić galten als Vertreter der *Zbor*-Gruppe. Dem Namen nach war diese erste Kollaborationsverwaltung keine Regierung, sondern ein „Kommissarischer Rat im besetzten Serbien", dessen Mitglieder vor dem Krieg verschiedenen Parteien angehört hatten. Da dieser „Rat" aber völlig vom Stab Turners abhängig war, besaß er in der Bevölkerung keinerlei Unterstützung. Dies

[1872] Telegr. StSekr. Weizsäcker an Militärbefehlshaber Serbien, Berlin, 3. Mai 1941; Telegr. RAM Ribbentrop an Ges. Benzler, Berlin, 3. Mai 1941, HIA, Tomasevich papers, box 3, Benzler collection.

[1873] Feldman, Creditanstalt-Bankverein, 445, 449f.; Umbreit, Kontinentalherrschaft, 251. Sehn, der von seiner Frau getrennt nach Belgrad übersiedeln musste, schrieb einem Freund in Wien: „Ich sehe meine Aufgabe in erster Linie darin, als Deutscher meiner Heimat auf exponiertem Posten restlos dienlich zu sein."

umso weniger, als allein 32 Professoren der Belgrader Universität, darunter der Sprachwissenschafter Aleksandar Belić sowie die Historiker Vasa Čubrilović und Viktor Novak, verhaftet und als Geiseln in das Lager Banjica gebracht wurden. Patriarch Gavrilo (Dožić) und Bischof Nikolaj Velimirović erhielten Hausarrest und wurden von September bis Dezember 1944 in das KZ Dachau als „Ehrenhäftlinge“ eingewiesen. Darüber hinaus hatten schon im April 1941 Verfolgungen gegen Personen, die als Kommunisten, Freimaurer und Gegner des Nationalsozialismus galten, begonnen.[1874]

Sowohl der Militärbefehlshaber als auch der Gesandte Benzler waren auch sofort mit der Frage der Aufnahme von Slowenen, die aus der Untersteiermark ausgesiedelt werden sollten, befasst. Bei einer Sitzung in Marburg unter dem Vorsitz des Reichsstatthalters Uiberreither soll der Militärbefehlshaber – „trotz schwerer Bedenken wegen Ernährung und Unterbringung sowie Gefährdung der Sicherheit“ – der Ausführung der vom „Führer“ erteilten Weisung, die Untersteiermark zu einem deutschen Land zu machen, zugestimmt haben, so viele der 220.000 bis 260.000 aus der Untersteiermark und Kärnten auszusiedelnden Slowenen in Kernserbien unterzubringen wie möglich. Freilich konnte die Umsiedlung nach Mitteilung des Transportchefs aus technischen Gründen – etwa infolge von Brückensprengungen oder notwendiger Öltransporte nach Italien – nicht vor Anfang Juli beginnen. Der Vorschlag des Militärbefehlshabers, einen Teil der Slowenen nach Kroatien abzuschieben, sei von Hitler abgelehnt worden. Daher erbat er die Unterstützung des Auswärtigen Amtes, Italien (und Bulgarien) für die Aufnahme eines Teiles der slowenischen „Umsiedler“ (60.000-70.000) zu gewinnen. Immerhin stammten zahlreiche Slowenen aus dem Küstenland, und 18.000 Gottscheer würden aus der Gottschee in die Untersteiermark geholt.[1875] – Wie wir wissen, wurde dieser Vorschlag nicht aufgegriffen.

Propagandistisch unangenehm war für die deutsche Militärverwaltung ein Artikel in *The New York Times*, der vom Belgrader Korrespondenten Ray Brock aus Budapest abgesandt worden war und vom deutschen Botschafter in Washington übermittelt wurde:

> „German army of occupation in Serbia is conducting systematic campaign of looting confiscation and unauthorized seizure of property belonging to Serbians and Foreigners including Americans. Homes, Apartments and Villas throughout Belgrade and Northern and Central Serbia at Vrnjačka Banja, Kovilača Banja, Han Pijesak in Bosnia and in scores of similar resorts have been sacked by Germans down to last stick of furniture, last shred of clothing, last potato and last loaf of bread. American Legation seals affixed to doors of British Property, under Ameri-

[1874] Militärbefehlshaber in Serbien an Oberbefehlshaber der 2. Armee, GO von Weichs, Belgrad, 22. April 1941, BA/MA, RW 40/1a-e. Dieses und die weiteren Aktenstücke aus dem Bundesarchiv/ Militärarchiv in Freiburg im Breisgau verdanke ich einer im Jahre 2005 durchgeführten Forschungsarbeit von Dr. Richard Germann für die Historische Kommission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Vgl. Petranović, Srbija, 135; Sundhaussen, Geschichte Serbiens, 312.

[1875] Telegr. Ges. Benzler an RAM, 6. Mai 1941, HIA, Tomasevich papers, box 3, Benzler collection.

can protection since German Invasion April 6., have been ignored almost completely. Belgrade apartments of British Diplomats including those of British First Secretary Armine Dew and Second Secretary Peter Garron were seized by First German Officers to enter Belgrade. All Clothing, Wines, Liquor, Foodstuffs, Cigars and Cigarets were loaded into Officers Automobiles and taken away. German Officers are occupying the flats today. German Officers helped themselves to automobile of Shems Arif Hardin the Turkish Embassy, First Secretary from its Parking Place before Embassy. Car a small Fiat was clearly marked ‚CD' Corps Diplomatique and was unmistakeably Property of a Turkish Diplomat. German Officers sought in vain to seize or ‚Requisition' Automobiles of American Diplomats and at one point attempted to force Mrs. James Bonright, wife of American Legation Secretary to get out of her coupe and turn it over to a German Captain. This Correspondent lost Luggage, Clothing, Files and other Property in bombing of Hotel Skhrepski Kralj and home of American Minister Arthur Bliss Lane both of which were destroyed in Sunday raids on Belgrade. Other Clothing, Books, Radio, two Telephones, Skies and miscellaneous articles were looted by Germans from Apartment near Hotel. Looting extended to Belgrade shops during Saturday, April 12th and Sunday, April 13th when German Officers und Soldiers stole Cameras, Jewelry, Watches, Clothing, Bolts of Cloth, Silk Stockings, Shotguns, Revolvers and Skiing Equipment, Tons of Canned Goods and Fresh Foodstuffs and even Cash Registers. Heavier and more unwildly loot such as Furniture and Bedding were removed by Dienstkorps Men who loaded stolen property into army lorries under instruction of Officers."[1876]

Staatsrat und Ministerialdirektor Harald Turner, gleichzeitig im Rang eines SS-Brigadeführers, verfasste Ende Mai 1941 als Leiter des Verwaltungsstabes beim Militärbefehlshaber in Serbien seinen ersten Stimmungsbericht zur Lage in Serbien, der einerseits gegenüber den Serben relativ freundliche Töne anschlug, andererseits brutale antisemitische Maßnahmen ankündigte:

„Durch die Aufteilung Jugoslawiens an Italien, Kroatien, Ungarn und Italien ist der Reststaat Serbien in seinen Grenzen so sehr eingeengt, dass diese Tatsache die Stimmung in der serbischen Bevölkerung in weitgehendstem Maß beeindruckt. Voran steht die Sorge um die Angehörigen des serbischen Volkstums, die insbesondere von den Kroaten, Bulgaren und Ungarn einer terroristischen Behandlung ausgesetzt sind [sic!]. Täglich kommen Scharen von Flüchtlingen über die Demarkationslinie und berichten von Grausamkeiten an Männern, Frauen und Kindern. Die Stimmung der Bevölkerung ist im Hinblick auf die mögliche Zukunft getragen von dumpfer Verzweiflung. Die allgemeine Meinung erstrebt eine enge Anlehnung an das Großdeutsche Reich; darin wird die Hoffnung auf die Zukunft erblickt. Das Reich könne auf Serbien als Stützpunkt auf dem Balkan nicht verzichten, und damit werde sich zwangsläufig die Notwendigkeit ergeben, es zu stärken und lebensfähig zu machen. Die bisherigen Feststellungen haben ergeben, dass die Bereitwilligkeit, die deutschen Anordnungen zu befolgen, vorhanden ist. Der serbische Bauer geht der Bestellung des Landes nach. Die deutschfeindliche Führerschicht ist geflohen. Die eingesetzten Regierungskommissare, deren deutschfreundliche Haltung bekannt ist, genießen das Vertrauen der Bevölkerung. Das gewöhnliche Leben geht im Lande seinen Gang. In Belgrad wird auf Anordnung der deutschen Behörden fieberhaft an den Aufräumungsarbeiten gearbeitet. Von den vermutlich 3.000 unter den Trümmern begrabenen Menschen sind ungefähr 2.000 geborgen. Das jüdische Element, das wie immer an der organisierten Hetze gegen Deutschland erheblich beteiligt war, ist und wird ausgeschaltet [sic!]. Die Entfernung des Judentums aus Theatern, Kinos und Varietés wird auf Grund einer im Verordnungsblatt des

[1876] Telegr. Ges. Thomsen an RAM, 12. Mai 1941, HIA, Tomasevich papers, box 3, Benzler collection.

Militärbefehlshabers in Serbien Nr. 5 erschienen Verordnung bereits durchgeführt. Die serbische kommissarische Regierung bereitet ihrerseits Judengesetze vor."[1877]

In seinem Monatsbericht für Juni 1941 stufte Turner die allgemeine politische Lage in Serbien bereits „als nicht unbedenklich" ein. Im Gebiet des Militärbefehlshabers lebten etwa 3,5 Millionen Serben, ungefähr die gleiche Anzahl dürfte aber außerhalb der Grenzen von Kern-Serbien gelebt haben. Aus diesen „Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawiens" seien in den vergangenen Monaten durch Terrorakte Zehntausende Serben in das Gebiet des Militärbefehlshabers vertrieben worden: etwa 60-70.000 aus Kroatien, 15-20.000 aus der nun ungarischen Batschka, 50-60.000 aus dem bulgarischen Besatzungsgebiet, mehrere Hundert aus dem italienischen Besatzungsgebiet. Außerdem mussten von den 260.000 aus „Südkärnten" (gemeint war Oberkrain und das Mießtal) und der „Südsteiermark" (gemeint war die Untersteiermark) auszusiedelnden Slowenen 10.000 aufgenommen werden. Die Umsiedlung von Serben aus Kroatien in der gleichen Anzahl, als dieses Land Slowenen aus der Südsteiermark und Südkärnten übernehme, stehe bevor. Ein sehr hoher Prozentsatz der Abgeschobenen und Umzusiedelnden gehörten zu den Intelligenzkreisen. Nachdem ein sehr großer Teil der serbischen Beamtenschaft entlassen werden musste, stehe die Schaffung eines geistigen Proletariats bevor, das die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Lande im höchsten Maße zu gefährden imstande sei. Die Flüchtlinge – „in ihrer Masse und ihrem Aussehen naturgemäß ein trauriges Bild" – berichteten von Greueltaten und Terrorakten, insbesondere der Ungarn und Kroaten. Auf wiederholte energische Vorstellungen habe die kroatische Regierung zwar ein außerordentliches Gesetz zur Verhütung von Ausschreitungen erlassen, doch bleibe eine allfällige Auswirkung abzuwarten. In Bosnien und Herzegowina lägen serbische Banden mit Kroaten im Kampf. Im Gebiet der Albaner, in dem die 60. Division eine Art albanischen Selbstverwaltungskörper geschaffen hatte, herrschten chaotische Zustände. Daher werde ein letzter Versuch gemacht, „auf dem Verhandlungswege mit den dort lebenden Albanern dieses an sich kleine Land in den serbischen Verwaltungskörper einzugliedern".[1878]

[1877] Auszug aus dem 1. Lagebericht des Verwaltungsstabes beim Militärbefehlshaber in Serbien, SS-Brigadeführer Turner, Belgrad, 26. Mai 1941, BA-MA, RW 40/183.

[1878] Vgl. Protokoll der Besprechung des Divisionskommandeurs der 60. ID (mot), Generalleutnant Eberhardt, mit albanischen Volksführern am 21. April 1941, 16 Uhr, über die Neuordnung im Unterkunftsbereich der Division, Mitrovica, 21. April 1941, BA/MA, RW 40/2a. In der Besprechung wurde „durch Handschlag" zwischen Generalleutnant Eberhardt und 19 albanischen Volksführern aus Mitrovica, Senica, Novi Pazar, Vučitrn, Priština, Podujevo, Drenica, Istok und Peć festgelegt:
- Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung;
- willkürliche Racheakte und Überfälle sowie Beraubungen haben sofort zu unterbleiben;
- die albanischen Volksführer übernehmen die volle Verantwortung für die Sicherheit des Lebens und des Eigentums aller im Lande wohnenden Menschen;
- Einsetzung von albanischen Bürgermeistern;

Anfang August 1941 führte der „Wehrmachtsbefehlshaber im Südosten", GFM List, eine Inspektionsreise durch Serbien durch. Der Beauftragte des Vier-Jahres-Planes, Generalkonsul Neuhausen, legte dem Generalfeldmarschall dar, dass schon im Laufe des Jahres 1941 100.000 t Weizen und 150.000 t Mais nach Deutschland abgeliefert werden könnten, dazu eine entsprechende Anzahl an Schweinen. Da überall mit einer guten bis sehr guten Ernte gerechnet werden könne, sei die Ernährung Serbiens sichergestellt. Die Kupfermine Bor fördere ab September 1941 monatlich 1500 t, ab Jänner 1942 monatlich 3500 bis 4000 t. Das Arsenal Kragujevac, ein großer Rüstungsbetrieb mit bisher 16.000 Arbeitskräften, werde mangels Rentabilität voraussichtlich geschlossen. Die Maschinen sollen ins Reich überführt werden, die Arbeiter anderweitig beschäftigt.[1879] – Diese beachtlichen Produktions- und Lieferzahlen wurden freilich nicht erreicht, da sich im Verlauf des Augusts die Sabotagetätigkeit der kommunistischen Untergrundbewegung wesentlich steigerte. Dennoch wurden aus Serbien schon 1941 363.000 t Schrott, 40.000 t Eisenerz, 37.000 t Messing, 3303 t Kupferkonzentrat, 8349 t Zinkkonzentrat, 5538 t Blei- und Rohbleikonzentrat sowie 500.000 t Erdöl nach Deutschland abtransportiert. Nach dem ersten Wirtschaftsjahr zwischen Juli 1941 und Juni 1942 machten die gesamten Lieferungen Serbiens an Deutschland u. a. 10.445 t Kupfer, 33.900 t Blei, 15.800 t Zink, 12.600 t Chrommetall, 800 t Antimonmetall, 34 t Wismut, 498 kg Gold, 15 t Silber und 33.100 t Schwefelkies aus. Bis zum 15. Juli 1942 wurden von der Deutschen Verrechnungskasse der serbischen Nationalbank 145 Millionen RM für Ausfuhren nach dem Reich gutgeschrieben; dem standen Gegenlieferungen im Wert von 71 Millionen RM gegenüber.[1880]

Die Besatzungsverwaltung finanzierte sich bis zum 15. August 1941 mit Reichskreditkassenscheinen, für deren Einlösung das besetzte Land bis Ende 1941 rund 455 Millionen Dinar ausgeben musste, weiters mit Beutegeldern aus jugoslawischen Truppenkassen in Höhe von 700 Millionen Dinar. Anschließend hatte die serbische Regierung bis Oktober 1941 Abschlagszahlungen von monatlich 150 Millionen Dinar (= 7,5 Millionen RM) aufzubringen, ab November 1941 monatlich 300 Millionen Dinar, ab April 1942 monatlich 240 Millionen Dinar. Der Betrag war so bemessen, dass die Besatzungsmacht ihre Einkäufe bestreiten und die Clearingsverschuldung begrenzen konnte. So beliefen sich bis Mitte Juli 1942 die serbischen Zahlungen an das Reich bereits auf 2670 Millionen Dinar

---

- Übernahme der Bezirkshauptmannschaften und der Finanzämter durch die Albaner;
- Aufstellung einer behelfsmäßigen albanischen Polizei, einer sogenannten „Heimwehr", die durch eine Armbinde in den schwarz-roten Landesfarben gekennzeichnet ist;
- „keine voreiligen Maßnahmen" zur Aussiedlung der Serben;
- Unterstützung der albanischen Bauern bei der Landbestellung durch Zuteilung von Pferden und Ochsen;
- „Das Schulwesen ist von den Albanern selbst nach eigenen Wünschen zu organisieren."

1879 Inspektionsbericht OB 12. Armee, 11. August 1941, BA/MA, RH 20/12/121a.

1880 Umbreit, Kontinentalherrschaft, 240f.

(über 133 Millionen RM), wozu noch 785 Millionen Dinar für Quartierleistungen und 20 Millionen Dinar als Kriegsentschädigung kamen. Die Besatzungslasten überstiegen daher die ordentlichen Einnahmen des Landes und waren auch durch Steuererhöhungen nicht auszugleichen.[1881]

Mitte August 1941 sandte Berlin den SS-Standartenführer Edmund Veesenmayer, der bereits bei der Ausrufung des slowakischen und kroatischen Staates eine bedeutende Rolle gespielt hatte, als Sondergesandten nach Belgrad. Der Gesandte Benzler berichtete ihm, dass sich der „Kommissarische Rat" in Auflösung befinde und der Finanzminister die vom Militärbefehlshaber festgesetzte Summe von monatlich 6,5 Millionen Reichsmark für Besatzungskosten nicht aufbringen könne. Nach einigen Gesprächen mit potentiellen Kandidaten wählte Veesenmayer Generaloberst Milan Nedić, den früheren jugoslawischen Chef des Generalstabes sowie Heeres- und Marineminister[1882], als Ministerpräsidenten einer „Regierung der nationalen Rettung" (*Vlada narodnog spasa*) aus, die am 29. August 1941 installiert wurde. Nedić war auch durch einen im *Novo vreme* veröffentlichten „Appell an die serbische Nation" gedrängt worden, in dem alle „wahren Patrioten" zur Rettung des Vaterlands und zum Kampf gegen den Kommunismus aufgefordert worden waren. Zu den 545 Unterzeichnern gehörten drei orthodoxe Bischöfe, vier orthodoxe Archimandriten, 81 Professoren der Belgrader Universität (einschließlich des Rektors), mehrere Armeegeneräle sowie Mitglieder früherer Regierungen, Industrielle und Freiberufler. Nedić, dessen Antikommunismus für die deutsche Seite das entscheidende Kriterium war, hoffte auf Anerkennung als Chef einer legalen Regierung, auf Reduzierung

[1881] Umbreit, Kontinentalherrschaft, 254f.

[1882] Milan Nedić wurde 1877 in Grocka geboren, wuchs in einer bekannten bürgerlichen Familie auf, besuchte das Gymnasium in Kragujevac, dann die Belgrader Militärakademie. Im Unterschied zu seinem Bruder Milutin war Milan kein Mitglied der „Schwarzen Hand" und gehörte auch später nicht zur Offiziersgruppe um General Petar Živković („Weiße Hand"). Seit 1908 Ordonanzoffizier des Königs, dann des Thronfolgers, wurde er 1910-1912 nach Frankreich kommandiert und nahm an den Balkankriegen als Chef der Militär-Eisenbahn-Inspektion teil. Im Ersten Weltkrieg oblag ihm die Kommunikation der serbischen Truppen an der Saloniki-Front, bei Kriegsende das Kommando der Timok-Brigade. Bereits 1919 wurde er Generalstabschef der 4. Armee in Zagreb, dann Leiter der Verkehrsabteilung des jugoslawischen Generalstabes, 1928 Divisionskommandant in Ljubljana, 1929-1934 Armeekommandant in Skopje, 1935 Mitglied des Militärrates beim Prinzregenten. Im Dezember 1938 avancierte Nedić zum Heeres- und Marineminister und blieb dies auch in der Regierung Cvetković. Auf Grund eines Memorandums, in dem er aus pragmatischen Erwägungen für eine Annäherung an die „Achse" und eine „präventive Inbesitznahme Thessalonikis" eingetreten war, musste er im November 1940 als Minister zurücktreten. Dennoch führte er im Aprilkrieg 1941 die 3. Armee, verbrachte aber die Monate nach der Kapitulation nicht in einem deutschen Kriegsgefangenenlager, sondern – offensichtlich nach einer politischen Intervention – unter Hausarrest. Vgl. Milan Ristović, General M. Nedić – Diktatur, Kollaboration und die patriarchalische Gesellschaft Serbiens 1941-1944, in: Erwin Oberländer (Hg.), Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919-1944 (Paderborn – München – Wien – Zürich 2001) 633-687, hier 634f.; Schmider, Kriegsschauplatz, 1013, FN 13.

der wirtschaftlichen und finanziellen Belastungen Serbiens, auf den Rückzug der bulgarischen Truppen aus Ostserbien und auf die Ausdehnung seines Zuständigkeitsbereichs in den Sandžak von Novi Pazar und nach Montenegro. Nedić behielt von den kommissarischen Leitern der Ministerien lediglich Aćimović als Innenminister und Janković als Minister ohne Portefeuille und ernannte zehn neue Minister. Der Militärbefehlshaber in Serbien sagte dem neuen Ministerpräsidenten zu, der serbischen Regierung „unter deutscher Aufsicht" eine möglichst selbständige Verwaltung zu gewährleisten. Der Chef des Verwaltungsstabes, SS-Gruppenführer Turner, schärfte seinen Verwaltungsbeamten zwar ein, sich auf die „reine Aufsichtsverwaltung zu beschränken", behielt sich aber vor, von der serbischen Regierung beabsichtigte Ernennungen und Versetzungen von Behördenleitern bis zum Bezirksvorsteher und dessen Stellvertreter von seiner Genehmigung abhängig zu machen.[1883]

Jener Teil der gesellschaftspolitischen Elite Serbiens, der sich weder für die Widerstandsbewegung Mihailović' noch der Titos entschied, hoffte, dass es Nedić gelingen könnte, das „Volk zu beruhigen" und wieder einen serbischen Staatskörper, befreit vom „jugoslawischen Irrtum", zu errichten. In der „Deklaration der Regierung der nationalen Rettung" vom 2. September 1941 hob Nedić hervor:

> „Serbien und das serbische Volk haben eine Regierung erhalten, welche selbständig, unter der Aufsicht des deutschen Militärbefehlshabers, […] die Geschäfte des Landes führen wird." Er, Nedić, sei „an die Regierung gekommen, um das serbische Volk davor zu bewahren, sich gegenseitig auszurotten, und Ordnung, Frieden, Arbeit und Brüderlichkeit wiederherzustellen". Wenn Frieden und Ordnung wieder errichtet seien, würde sich die Regierung der Förderung „der wirtschaftlichen und sozialen Entfaltung Serbiens annehmen, um auf diese Weise den Kern des serbischen Volkes für seine weitere frei Teilhabe am zukünftigen friedlichen Aufbau Europas zu retten […], das jedem Volk große Möglichkeiten für seine freie Entwicklung zum Wohle des Ganzen anbietet". Und Nedić hoffte, dass das „Großdeutsche Reich, obwohl Sieger im Kriege, kein Feind des serbischen Volkes sein wird. Es hat uns heute das Recht auf den Gebrauch der nationalen Zeichen – Wappen und Banner – zurückgegeben. Wir glauben tief, dass es morgen volles Verständnis für die lebensnotwendigen Bedürfnisse des serbischen Volkes haben wird."[1884]

Nedić verwarf die Idee der Erneuerung Jugoslawiens als „historischen Fehler" und forderte die Wiedergeburt Serbiens als kompakten Nationalstaat. Die Niederlage im Aprilkrieg 1941 war demnach eine „jugoslawische Schande" und keine serbische. Daher betrachtete er – zumindest anfänglich – die *Četnik*-Bewegung von Draža Mihailović als gefährlichsten Feind um das „nationalistische Potenti-

---

1883 Militärbefehlshaber in Serbien/Verwaltungsstab an sämtliche Feld- und Kreiskommandanturen, Belgrad, 29. August 1941, BA/MA, RW 40/5; Telegr.e Ges. Benzler an RAM, 27. und 29. August 1941, HIA, Tomasevich papers, box 3 (Benzler collection); SUNDHAUSSEN, Geschichte Serbiens, 313.

1884 Deklaracija vlade nacionalnog spasa, 2. September 1941, in: Milan Đ. NEDIĆ, Život, govori, saslušanja, ed. A. Cvijić, M. Vasović (Beograd 1991) 15-17, zitiert nach: RISTOVIĆ, Nedić, 643f.

al", denn obwohl Mihailović nach außen hin „jugoslawisch" auftrat, vertrat auch er einen exklusiven serbischen Nationalismus und war wie Nedić überzeugter Monarchist. Der im Sommer 1943 mit einem politischen Sonderauftrag nach Belgrad entsandte ehemalige Wiener Bürgermeister Hermann Neubacher versuchte später Hitler den Unterschied zwischen Stojadinović und Nedić zu erklären: Stojadinović, der 1938 einen guten Eindruck bei Hitler hinterlassen hatte, habe in München studiert, habe in Bayern als Referendar praktiziert, habe „perfekt Bier trinken gelernt und kann sich daher in Deutschland wie ein Deutscher bewegen"; Nedić sei hingegen „ein Serbe konservativer Prägung, ein serbischer Junker".[1885]

Bereits am 25. Mai 1941 hatte General Förster die Rahmenbedingungen für die Fortsetzung der Arbeit an den Schulen festgesetzt und Kommissar Aćimović wissen lassen, dass die Schulen ihre Arbeit nur fortsetzen könnten, wenn der Unterricht mit den „Idealen des Großdeutschen Reiches" abgestimmt sei. Der „Kommissarische Rat" leitete eine große „Säuberungsaktion" im Unterrichtspersonal ein, entließ vornehmlich „Juden und Zigeuner" aus dem Staatsdienst und erweiterte den Unterricht der deutschen Sprache an den Grund- und Mittelschulen. SS-Brigadeführer Turner überlegte am 10. Juni Bildungsvarianten zwischen dem besetzten Frankreich und dem besetzten Polen und bezweifelte, ob es sinnvoll sei, ein „serbisches Volks- und Kulturbewusstsein aus dem Trümmern des alten emporkeimen zu lassen, wenn dies nicht in die Pläne unserer Staatsführung […] hineinpasst". Am 1. Februar 1942 – nach der Vertreibung der Partisanen aus Serbien – musste das Ministerium für Bildungswesen unter deutschem Druck anordnen, dass an Schulen nur Lehrer unterrichten dürften, „die sich im Kampf gegen den Kommunismus behauptet hatten"; die „unzuverlässigen" wurden entlassen oder der Spezialpolizei übergeben. Zwischen April 1941 und April 1942 wurden im Zuständigkeitsbereich des Bildungsministeriums von 14.339 Beamten fast 4000 Grund-, Mittel-, Fach- und Hochschullehrer entlassen, was natürlich Quantität und Qualität des Schulwesens stark einschränkte.[1886]

Wissenschaftsminister Miloš Trivunac, ein Germanist, versuchte im universitären Erziehungswesen einerseits eine „Säuberung" der „Unzuverlässigen", Kommunisten, Juden und Roma, andererseits eine Konzentration an der Universität Belgrad. So wurde die Land- und Forstwirtschaftliche Fakultät aus Semlin in der ehemaligen Gardekaserne in Belgrad untergebracht; so wurden die serbischen Professoren und das serbische Personal der Philosophischen Fakultät in Skopje, der Juridischen Fakultät in Subotica und der Land- und Forstwirtschaftlichen Fakultät in Sarajevo den entsprechenden Fakultäten in Belgrad zugeteilt. Somit konnte man die verbliebene serbische „Intelligenz" in Belgrad konzentrieren, sie aber auch besser überwachen. Als der Betrieb der Universität Belgrad im Herbst 1941 wieder aufgenommen wurde, wurden von 368 zugelassenen Kandidaten „nur"

[1885] Ristović, Nedić, 646f.; Hermann Neubacher, Sonderauftrag Südost 1940-1945. Bericht eines fliegenden Diplomaten (Göttingen ²1957) 136.

[1886] Ristović, Nedić, 654f.

vier Kommunisten, vier Juden und zehn Hörer aus formalen Gründen abgewiesen. Sowohl Nedić als auch Turner strebten eine „Re-Nationalisierung" der Universität an, an der bis zum Kriegsbeginn linksorientierte Studierende die Mehrheit bildeten. Über eine wirkliche Reform konnte man sich allerdings nicht einigen – auch nicht mit dem Akademischen Senat –, sodass nach der Verhaftung von 32 Professoren im November 1942 und ihrer Deportation ins Lager von Banjica die Universität geschlossen blieb. Bis zum Sommer 1944 diplomierten immerhin 21 Philosophen, 12 Mediziner, 24 Ingenieure und 27 Land- und Forstwirtschaftsingenieure; außerdem promovierten drei Juristen und zwei Philosophen. Der aus Lemberg stammende Wiener Osteuropa-Historiker Hans Koch vermittelte in den Jahren des Weltkrieges für drei serbisch-orthodoxe Theologen sogar Doktoratsstudien an der Wiener Evangelisch-theologischen Fakultät. Damit war die Lage der an die deutsche Militärverwaltung „angepassten" serbischen Intelligenz etwas günstiger als in anderen Besatzungsgebieten, etwa auch im „Protektorat Böhmen und Mähren".[1887]

Aber der zwischen September und Dezember 1941 eskalierende Partisanenkrieg und die massenhaften Geiselerschießungen seitens der deutschen Truppen – besonders in Kraljevo und in Kragujevac im Oktober 1941 – schwächten die Stellung Nedić' außerordentlich. Dennoch erklärte er Anfang Dezember – zwei Tage nach der Abreise des für die Massaker hauptverantwortlichen Generals Franz Böhme: „Wenn die Serben Ordnung und Ruhe halten, ist es sicher, dass das Großdeutsche Reich [uns nicht, Erg. Ristović] die Möglichkeit vorenthalten wird, dass auch wir einen Beitrag für die neue europäische Ordnung leisten werden. Deutschland war nicht unser Feind. Es ist auch heute nicht unser Feind, und es hängt von uns ab, dass es dies auch morgen nicht sein wird."[1888]

Auch im Nedić-Regime blieb die faschistische *Zbor*-Bewegung einflussreich. Ihr „Führer" Dimitrije Ljotić bestand auf einer „nationalen Erneuerung des Vaterlandes", die aus der historischen Tradition, der „Rasse" und dem patriarchalischen Dorf kommen müsse. Der ehemalige Kommissar Vasiljević verfasste eine „Soziologie" mit hierarchischer Gesellschaftsstruktur, in der der „Hausvater-Führer" (*domaćin-vodja*) eine besondere Stellung in der patriarchalischen Familie erhielt, der dem „Führer", Fürsten oder König verantwortlich sei. Für Bildungsminister Jojić waren die Städte seit osmanischer Zeit von „Händlervölkern" (Griechen, Aromunen, Juden) bewohnt, deren materialistischer Geist zu Kommunismus und Atheismus führe. Der früher einflussreiche Diplomat Miroslav Spalajković, einer

[1887] 3. Lagebericht des Verwaltungsstabes beim Militärbefehlshaber in Serbien, 10. August 1941, in: BA/MA, RW 40/185, zitiert nach: GERMANN, „Österreicher", 128f.; RISTOVIĆ, Nedić, 655-658; Karl W. SCHWARZ, Eine „Pflegerin wichtigster evangelischer und deutscher Lebensinteressen". Die Wiener Evangelisch-theologische Fakultät und ihre Bedeutung für den Protestantismus in Galizien, in: Zeitweiser der Galiziendeutschen 2009 (Stuttgart 2008) 143-169, hier 166. Die Musikakademie wurde freilich mit der Aufgabe betraut, serbische Nationallieder von „Zigeunerelementen" zu „befreien" (sic!).

[1888] NEDIĆ, Život 35f.; zitiert nach: RISTOVIĆ, Nedić, 643.

der glühendsten Unterstützer Nedić', verlangte eine Rückkehr der Serben zum „Mythos der Ahnen", also zum Kosovo-Mythos und den „idealen Rittern" Fürst Lazar und Miloš Obilić.[1889]

Der Partisanenkrieg in Serbien 1941

Als am 10. April 1941 der ehemalige k.u.k. Generalstabsoberst Slavko Kvaternik den „Unabhängigen Staat Kroatien" (*Nezavisna Država Hrvatska*) ausrief und die deutschen Truppen bereits am selben Abend in Zagreb einmarschierten, berief Tito das Politbüro der KPJ zu einer Sitzung in seine illegale Agramer Wohnung ein. Die Parteimitglieder wurden aufgefordert, sich nicht in Gefangenschaft zu begeben und die Waffen zu verstecken, und die Mitglieder des ZK sollten sich zu Fuß nach Bosnien, Montenegro, Serbien und Slowenien durchschlagen, um einen Aufstand vorzubereiten. Fünf Tage später erließ Tito als Vorsitzender des neu gebildeten Militärkomitees beim ZK einen Aufruf an die Völker Jugoslawiens, in dem er die Kommunisten und die Arbeiterklasse Jugoslawiens zum Ausharren im Kampf gegen die Eroberer ermutigte und die Errichtung „einer freien brüderlichen Gemeinschaft aller Völker Jugoslawiens" verlangte. Tatsächlich fanden die Kommunisten Resonanz, denn die Zahl ihrer Parteimitglieder nahm zwischen Oktober 1940 und Juni 1941 von 6000 auf 12.000 zu, die der Jugendorganisation SKOJ verdoppelte sich auf 30.000. Im Mai beschloss das Militärkomitee, aus Parteimitgliedern, Angehörigen der SKOJ und Sympathisanten Kampfeinheiten von je etwa 30 Mann zu bilden und – wegen des beginnenden Terrors der *Ustaše* – das ZK von Zagreb nach Belgrad zu verlegen. Allerdings blieb das einzige Funkgerät, mit dem die Verbindung nach Moskau aufrechterhalten werden konnte, in Zagreb zurück und wurde vom kroatischen Kommunisten Ivan Srebenjak bedient, dem jedoch Tito misstraute.[1890]

Als am 22. Juni 1941 der deutsche Angriff auf die Sowjetunion begann, ging in Zagreb ein Funkspruch der Komintern ein:

> „[...] Die Verteidigung der UdSSR ist zugleich auch die Verteidigung der von Deutschland besetzten Länder. Den Völkern Jugoslawiens bietet sich die Möglichkeit, einen allseitigen Befreiungskampf gegen die deutschen Unterdrücker zu entfachen [...] Es ist unbedingt notwendig, alle Maßnahmen zu ergreifen, um den gerechten Kampf des Sowjetvolkes zu unterstützen und zu erleichtern [...] Bedenkt, dass es sich bei der jetzigen Etappe um die Befreiung von der faschistischen Unterjochung handelt und nicht um eine sozialistische Revolution [...]."[1891]

[1889] Ristović, Nedić, 647-654.

[1890] Banac, Dimitrov, 191, 293. Tito hielt seine geheimen Sitzungen in Belgrad wiederholt im Haus des Herausgebers der *Politika*, Vladislav Ribnikar, ab, der nach 1943 Mitglied des Präsidiums des AVNOJ und 1945 der Gründer der Nachrichtenagentur *Tanjug* wurde. Srebrenjak wurde 1942 von den *Ustaše* verhaftet und hingerichtet.

[1891] Dedijer, Josip Broz Tito, 274f.

Der antifaschistische Kampf war wiederentdeckt. Tito berief in Belgrad sofort eine Sitzung des Politbüros ein und wandte sich in einem weiteren Aufruf an die Völker Jugoslawiens:

> „[...] Soldaten in den Kasernen, Arbeiter in den Fabriken, Bauern auf dem Lande, vereinigt Euch zu einer Einheitsfront und kämpft mit allen Mitteln gegen die faschistischen Verräterbanden und ihre faschistischen Herren [...] Zögert keinen Moment, Euch schnell auf den schweren Kampf vorzubereiten. Stellt Eure Organisationen und deren Arbeit sofort auf diese letzte Schlacht ein [...].“[1892]

Nun wurden überall im besetzten Jugoslawien die Orts-, Bezirks- und Provinzkomitees der KPJ in militärische Aktionszentren umgewandelt. Bereits am 27. Juni 1941 wurde das Militärkomitee beim ZK in den „Hauptstab der Partisaneneinheiten für die Volksbefreiung Jugoslawiens“ (*Glavni štab partizanskih odreda narodnog oslobođenja Jugoslavije*) umbenannt, dessen Oberkommandierender Tito wurde. Am 1. Juli 1941 traf die entscheidende Direktive aus Moskau ein:

> „[...] Die Stunde hat geschlagen, in der die Kommunisten verpflichtet sind, den offenen Volkskampf gegen die Invasoren zu entfachen. Organisiert, ohne eine Minute zu verlieren, Partisaneneinheiten und entfacht hinter den feindlichen Linien einen Partisanenkrieg [...] Es ist unbedingt notwendig, mit allen Mitteln den Feind so zu terrorisieren, dass er sich wie in einer belagerten Festung fühlt. Bestätigt den Empfang dieser Direktiven und teilt Tatsachen mit, die deren Ausführung beweisen.“[1893]

In einer Politbürositzung am 4. Juli wurde die Direktive mit „Begeisterung und großer Freude“ begrüßt, da man spontane Aufstände außerhalb der Kontrolle der KPJ befürchtete. Nach Erteilung von Sondervollmachten an die einzelnen Mitglieder des Politbüros und des ZK wurde am 12. Juli 1941 ein Aufruf veröffentlicht: sowohl an die „Arbeiter, Bauern und Bürger Jugoslawiens“ als auch an die „Völker Jugoslawiens: Serben, Kroaten, Slowenen, Montenegriner, Makedonier und andere...!“:

> „[...] In den Kampf, in den Kampf gegen die faschistische Besatzerbande, die nicht nur die bedeutendsten Kämpfer des Volkes, sondern auch die Slawen auf dem Balkan ausrotten will, die die ganze Welt unterjochen will, die eine Schreckensherrschaft errichten will, wie sie die Geschichte noch nicht kennt. In den Kampf, denn jetzt hat die Stunde geschlagen, das Joch der faschistischen Besatzung abzuschütteln. In den Kampf, denn das ist unsere Pflicht gegenüber dem Sowjetvolk, das auch für unsere Freiheit kämpft. In den Kampf, in den letzten Kampf gegen die faschistische Pest.“[1894]

Die 8000 bis 12.000 Vollmitglieder und 17.000 Jungkommunisten zählende Partei war natürlich in der Anfangszeit noch nicht in der Lage, sich auf eine di-

---

[1892] Tito i Revolucija, 84f.

[1893] Dedijer, Josip Broz Tito, 275f. Dem Hauptstab der Partisaneneinheiten gehörten an: Josip Broz Tito, Edvard Kardelj, Aleksandar Ranković, Milovan Đilas, Ivan Milutinović, Rade Končar, Franc Leskošek, Sreten Žujović, Ivo Lola Ribar und Svetozar Vukmanović. – Petranović, Srbija, 179.

[1894] Tito i Revolucija, 86f.; Prunkl – Rühe, Tito, 76.

rekte Konfrontation mit der deutschen Besatzungsmacht einzulassen. Dennoch wurde bereits am 7. Juli 1941 der Gendarmerieposten des kleinen westserbischen Dorfes Bela Crkva gestürmt, größere Aktionen gab es aber vorerst nur gegen die italienische Besatzungsmacht in Montenegro.[1895]

Bis Mitte Mai 1941 hatte sich eine kleine Gruppe von serbischen Offizieren und Unteroffizieren der jugoslawischen Armee, die nicht die Waffen gestreckt hatte, unter Führung des royalistischen Obersten Dragoljub (Draža) Mihailović aus Nordbosnien in die zentralserbische Bergregion der Ravna Gora (zwischen Valjevo und Čačak) durchgeschlagen und hier begonnen, ein Kommando der „*Četnik*-Verbände der Jugoslawischen Armee" aufzubauen. Hier fand die *Četnik*-Bewegung einen sicheren Rückhalt in der ländlichen Bevölkerung und konnte mit einer ausreichenden Zahl an Freiwilligen rechnen. Vermutlich weniger die Frustration über die Zerschlagung Jugoslawiens, mehr schon die Erbitterung über den deutschen Bomberangriff auf Belgrad, dann die massenhaften Vertreibungen der Serben aus Kroatien und Südungarn, am meisten aber zweifellos Wut und Hass wegen der wahllosen Geiselerschießungen im Spätsommer und Herbst 1941 trieben viele Serben in der Šumadija zum bewaffneten Widerstand gegen die deutsche Besatzungsherrschaft. Die jahrhundertealte Hajduken- und Komitadži-Tradition aus dem bäuerlichen Widerstand gegen die osmanische Herrschaft vermischte sich mit moderneren sozialrevolutionären Elementen. Die aus den dörflichen Heimwehrorganisationen stammenden *Četnici* versuchten sowohl ihre Dörfer und Familien mit der Waffe in der Hand zu schützen als auch gezielte Überfälle auf deutsche Garnisonen und Einrichtungen in ihrer Umgebung zu unternehmen.[1896]

Das Hauptziel der *Četnici* war die Bekämpfung der Okkupationsmächte, keinesfalls aber die Etablierung einer neuen sozialen Ordnung. Zu Mihailović' Strategie gehörte außerdem – aus den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges und der Saloniki-Front – das Warten auf einen alliierten Großangriff auf dem Balkan. Daher lehnte Mihailović für die Anfangsphase einen offenen, breit angelegten Widerstand ab. Außerdem war ihm als Offizier bewusst, dass solche bewaffneten Aktionen nach der Kapitulation des jugoslawischen Heeres nach geltendem Kriegsrecht illegal waren und mit Repressalien geahndet werden konnten. Zweifellos besaßen die *Četnici* in Serbien – in den ersten beiden Kriegsjahren auch in Montenegro und Bosnien – gegenüber den Kommunisten ein zahlenmäßiges Übergewicht. Neben den serbischen Bauern sympathisierten auch bedeutende Teile des serbischen Bürgertums, der national denkenden Intelligenz und der orthodoxen Kirche mit den *Četnici*, die sich die Haare und Bärte wachsen ließen und mit ihren Fellmüt-

[1895] PRUNKL – RÜHLE, Tito, 73-75; Dirk-Gerd ERPENBECK, Serbien 1941. Deutsche Militärverwaltung und Serbischer Widerstand (Osnabrück 1976) 57f.; SCHLARP, Serbien, 155; SCHMIDER, Partisanenkrieg, 54-57.

[1896] Jozo TOMASEVICH, War and Revolution in Yugoslavia, 1941-1945: The Chetniks (Stanford 1975); DJILAS, Partisanen, 122f.; vgl. Jovan MARJANOVIĆ, Ustanak i narodnooslobodilački pokret u Srbiji 1941 (Beograd 1963); Jovan MARJANOVIĆ (Red.), Srbija u ratu i revoluciji 1941-1945 (Beograd 1976).

zen sehr martialisch auftraten. Aber den unterschiedlichen Gruppen der *Četnici* mangelte es an einer einheitlichen Führung, an Disziplin und immer wieder auch an „Kampflust". An der mangelnden Koordination bei gemeinsamen Angriffen zerbrach auch bald die anfängliche Zusammenarbeit mit den Partisanen gegen deutsche Einheiten. Die Ernennung Mihailović' zum Kriegsminister der jugoslawischen Exilregierung und zum Oberkommandierenden der „Jugoslawischen Armee in der Heimat" im Jänner 1942 vertiefte die Konkurrenz zu Tito.[1897]

Obwohl sich seit September 1941 ein britischer Verbindungsoffizier beim Stab von Mihailović auf der Ravna Gora aufhielt, ließ der Oberst einige seiner Leute auch Kontakt zu den Deutschen aufnehmen. Hiebei spielte der aus Österreich stammende Hauptmann Dr. Josef Matl, der nach dem Zweiten Weltkrieg Professor an der Universität Graz wurde, als Vermittler eine Rolle. Tatsächlich traf Mihailović Mitte November 1941 bei Divci zu einer längeren Besprechung mit deutschen Offizieren zusammen und ließ ihnen zum Beweis seines guten Willens 360 Partisanen bzw. Sympathisanten der Partisanen und Verwundete übergeben, die dann großteils hingerichtet wurden. Da jedoch die Deutschen von Mihailović die bedingungslose Kapitulation verlangten, gingen die Kämpfe weiter.[1898]

Bereits Ende April 1941 war es zu einer ersten bewaffneten Widerstandsaktion gekommen. Als eine Division der 2. Armee ein Kommando zur Durchführung einer Entwaffnung nach einem serbischen Dorf sandte, wurde der mit einem anderen Offizier und einem Wachtmeister vorausreitende Kommandeur von einer „Komitadschi-Bande" in serbischer Uniform erschossen, der Offizier und der Wachtmeister schwer verwundet. Daher erließ der Oberbefehlshaber der 2. Armee, GO Freiherr von Weichs, umgehend einen scharfen Befehl hinsichtlich der Bekämpfung von „Banden" und der Durchführung von Geiselerschießungen:

> „[...]
> 1) Dieser Vorfall gibt zu folgenden Feststellungen Veranlassung:
>   a) Im ganzen serbischen Raume gibt es nach Abschluss des Waffenstillstandes keinen serbischen Soldaten mehr, der zum Waffentragen berechtigt ist.
>   b) Wer trotzdem in serbischer Uniform mit der Waffe in der Hand getroffen wird, stellt sich außerhalb des Völkerrechts [sic!] und ist sofort zu erschießen.
>   c) Tritt in einem Gebiet eine bewaffnete Bande auf, so sind auch die in der Nähe der Bande ergriffenen wehrfähigen Männer zu erschießen, sofern nicht sofort und einwandfrei festgestellt werden kann, dass sie nicht mit der Bande im Zusammenhang gestanden haben.
>   d) Sämtliche Erschossene sind aufzuhängen, ihre Leichen sind hängen zu lassen.
>   e) Eine Festnahme von Geiseln <u>nach</u> einem Überfall ist falsch und kommt in keinem Fall in Frage. [...]
>
> 2) Als <u>vorbeugenden Schutz</u> für die Truppe gegen derartige heimtückische Überfälle befehle ich:
>   a) In den noch nicht befriedeten Gebieten ist nicht ohne Sicherung, namentlich Seitensicherung, zu marschieren. [...]

[1897] SUNDHAUSSEN, Geschichte Serbiens, 320; CALIC, Geschichte Jugoslawiens, 145-149.

[1898] BROUCEK, Glaise-Horstenau, 22; vgl. Jovan MARJANOVIĆ, Draža Mihailović. Između Britanaca i Nemaca (Beograd – Zagreb 1979).

b) In den gefährdeten Ortschaften sind Plakate auszuhängen, in denen die Bevölkerung auf die schweren Folgen von Überfällen hingewiesen wird. [...]
c) In jeder von Truppen belegten Ortschaft des gefährdeten Gebiets sind sofort Geiseln (aus allen Bevölkerungsschichten) festzunehmen, die nach einem Überfall zu erschießen und aufzuhängen sind.

3) [...] In den Meldungen der Divisionen über erfolgte Überfälle ist stets und sofort mit zu melden, dass und wie die Überfälle durch rücksichtslose Maßnahmen gesühnt worden sind.“[1899]

Das gesondert zum Befehl des Oberbefehlshabers der 2. Armee übersandte zweisprachige Plakat, das in noch nicht befriedeten oder gefährdeten Ortschaften auszuhängen war, drohte erstmals mit einer „Sühnequote“ von 1:100, die dann ab September 1941 angewendet werden sollte:

„Serben!

Durch einen gemeinen und heimtückischen Überfall sind deutsche Soldaten ums Leben gekommen. In Zukunft werden für jeden deutschen Soldaten, der durch Überfall von serbischer Seite zu Schaden kommt, rücksichtslos jedesmal weitere 100 Serben erschossen werden.“[1900]

Mihailović und seine engsten Vertrauten strebten als Monarchisten und serbische Nationalisten nicht nur die Restauration des früheren Königreiches Jugoslawien an, sondern innerhalb Jugoslawiens auch die Bildung eines „ethnisch reinen Großserbien“, das Serbien, die Vojvodina, Kosovo, Makedonien, Montenegro, Dalmatien, Bosnien-Herzegowina und größere Teile von Kroatien (Lika, Kordun, Banija) und Slawonien (Osijek, Vinkovci, Pakrac) umfassen sollte. Der künftige Chefberater Mihailović’, Stevan Moljević, knüpfte in seinem Raumbild durchaus an Garašanin aus dem Jahre 1844 an und forderte für die Zeit nach dem Krieg auch den Anschluss der südungarischen Gebiete von Pécs, Baja und Szeged, der rumänischen Gebiete von Timişoara und Reşiţa, der bulgarischen Gebiete von Vidin und Kjustendil sowie der albanischen Gebiete zwischen Durrës und Shkodër. Das 1920 an Italien gefallene Küstenland zwischen Rijeka, Triest und Görz sowie das Klagenfurter Becken und die südliche Steiermark sollten an Slowenien angeschlossen werden. Es sei ein Fehler gewesen, erklärte Mihailović Ende 1941, dass die Grenzen Serbiens im ersten jugoslawischen Staat nicht festgelegt worden seien.[1901]

Der Lagebericht des SS-Gruppenführers Turner von Anfang Juli 1941 hatte bereits eine Zuspitzung der sicherheitspolitischen Situation in Serbien seit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion erkannt:

„[...] Die militärischen Verwicklungen in Russland hatten eine verstärkte kommunistsche Propaganda zur Folge. Durch Flüsterpropaganda wurde in weiten Volkskreisen die Meinung erzeugt, dass Russland nunmehr auch in den Befreiungskampf für die slawischen Brüder in Serbien gehe. Die deutschen Wehrmachtsberichte haben die dadurch erzeugte Stimmung zwar etwas

[1899] OB 2. Armee, A.H.Qu., 28. April 1941, in: Verbrechen der Wehrmacht, 510. Unterstreichungen im Original.

[1900] OB 2. Armee, Plakat zum Aushang, 28. April 1941, in: Verbrechen der Wehrmacht, 510.

[1901] Stevan Moljević, Homogena Srbija, Nikšić, 30. Juni 1941, in: Izvori velikosrpske agresije, 141-147; Tomasevich, Chetniks, 166-168; Sundhaussen, Geschichte Serbiens, 321, 514.

gedämpft. In Anbetracht der Gesamtlage [...] bleibt die breite Volksmasse den Einflüssen der Feindpropaganda zugängig.

Die Aktionen der Kommunisten haben zur Festnahme von einer großen Anzahl von Funktionären geführt. Der Chef der Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei leitet mit Erfolg den Einsatz der serbischen Polizeiorgane. Einige Sprengstoffattentate konnten durch Zufall – frühzeitige Explosion – und gute Nachrichtenarbeit verhindert werden. Eine Reihe von kommunistischen Funktionären, die damit in Zusammenhang standen, wurde erschossen. [...]

Die geschilderte politische Lage und die sich daraus ergebende Stimmung in der Bevölkerung setzen die kommissarische serbische Regierung einer schweren Belastungsprobe aus. Es wird auf meine Weisung von meinen Beamten alles getan, um sie handlungsfähig zu erhalten."[1902]

Tatsächlich musste auch der Gesandte Benzler bereits am 23. Juli 1941 nach Berlin melden, dass „seit etwa zwei Wochen erheblich verstärkte kommunistische aktive Tätigkeit im Land bemerkbar" sei, „wo verschiedene Gruppen entschlossener Kommunisten, Stärke je 60-100 Mann, teilweise mit Maschinengewehren und Handgranaten gut bewaffnet und verteilt über verschiedene Gegenden des Landes Terrorakte gegen serbische Bevölkerung verüben, serbische Beamte verschleppen oder erschießen [und] Sabotageakte ausführen". Sogar Anschläge auf deutsche Soldaten hätten stattgefunden, eine „Säuberungsaktion" durch eine deutsche Einheit sei erfolglos gewesen. Die serbische Gendarmerie gehe energisch gegen die Kommunisten vor und habe auf Weisung der deutschen Besatzungsbehörde bereits weit über 100 Personen „als Repressalie" erschossen. Außer den Kommunisten befänden sich in den Bergen auch noch „Komitadschi-Verbände", die aber bisher noch keine Sabotageakte gegen deutsche Truppen unternommen hätten. Benzler warnte davor, die „Kommunistenaktion" leicht zu nehmen, „zumal es sich um Leute handelt, die nichts zu verlieren haben". Die Gesamtzahl der „Unruhestifter" sei aber nicht so groß, „dass [die] serbische Kommissariatsregierung bei kräftiger Unterstützung durch deutsche Stellen der Lage nicht Herr werden kann". Benzler hielt jedenfalls die Bekämpfung der „Unruhen" durch deutsche Truppen und Polizei für wenig erfolgversprechend und „auch politisch unklug", „da wir dann gezwungen wären, Erschießungen als Repressalien selbst vorzunehmen und damit der Absicht der Kommunisten, auch die wohlgesinnte serbische Bevölkerung gegen uns aufzuhetzen, Vorschub" leisten würden. Daher empfahl er eine Verstärkung der Bewaffnung der serbischen Gendarmerie und eine Ermächtigung an die serbische Regierung zur Verhängung des Standrechts, um „damit [die] Gegenaktion als reine innere serbische Angelegenheit aufzuziehen".[1903]

[1902] Auszug aus dem 2. Lagebericht des Verwaltungsstabes beim Militärbefehlshaber in Serbien, SS-Gruppenführer Turner, 10. Juli 1941, BA/MA, RW 40/184a.

[1903] Telegr. Ges. Benzler an RAM, Belgrad, 23. Juli 1941, HIA, Tomasevich papers, box 3 (Benzler collection). Zur großen Frustration Titos verbreitete der Radiosender „Freies Jugoslawien" aus Moskau Četnik-Propaganda aus London. In einem „Appell an die serbische Nation" distanzierten sich 545 serbische Bürger, darunter 81 Hochschuldozenten, von einer als kommunistisch angesehenen Rebellion. – Nove Vreme (Beograd), 13./14. August 1941, zitiert nach: SCHMIDER, Partisanenkrieg, 56-59.

Benzlers Berichte von Ende Juli und Anfang August 1941 bestätigten allerdings den Beginn eines Guerillakrieges gegen die deutsche Besatzung in Serbien:

> „Kommunistische Anschläge gehen weiter. Seit Vortelegramm sind in Belgrad zwei große Garagen in Brand gesteckt worden, wobei unter anderem 40 Militärlastautos verbrannt sind. Ferner ist auf der Strecke nach Valjevo eine deutsche Krad-Besatzung, die Reifenpanne hatte, überfallen worden, ein Mann verschleppt.
>
> Als Gegenmaßnahme werden heute in Belgrad 100 Kommunisten und jüdische Intelligenzler durch deutsche Polizeibeamte erschossen. Ferner wurde die Polizeistunde auf […] 19 Uhr festgesetzt, was bei derzeitiger Sommerhitze für Bevölkerung sehr harte Maßnahme bedeutet.
>
> Kommunistische Terrorakte haben auch auf Banat übergegriffen, wo in der Umgebung von Großbetschkerek Felder angesteckt wurden. Als Gegenmaßnahme sind dort kommunistische Funktionäre von serbischer Polizei erschossen worden. […]“[1904]

Und vier Tage später musste Benzler den Überfall auf ein serbisches Polizeigefängnis (mit Befreiung zweier kommunistischer Kommandanten) mitten in Belgrad und am hellen Tag melden sowie versuchte Anschläge auf das Rundfunkhaus und einen Donautank. In der langfristigen Wirkung wesentlich schwerer wog aber das „unverantwortliche Vorgehen eines sonst sehr väterlichen, aber offenbar nervös gewordenen Feldkommandanten“. Dieser hatte „entgegen den vom Befehlshaber erlassenen allgemeinen Befehlen über Sühnemaßnahmen ohne Rückfrage als Repressalie gegen früher gemeldeten Überfall auf Kradbesatzung 80 auf dem Feld bei Erntearbeiten beschäftigte und völlig unbescholtene Personen verhaften und ohne Verfahren durch serbische Gendarmerie erschießen lassen, die hierzu durch deutsches Militär mit vorgehaltenem Gewehr gezwungen wurden“. – Der Feldkommandant hatte freilich den Befehl des Oberbefehlshabers Weichs vom 28. April durchaus im Sinne seines Agierens auslegen können. – Als Konsequenzen sah Benzler einerseits die „starke Schwächung der Stellung des ausgezeichneten Kommissars des serbischen Innenministeriums Aćimović sowohl gegenüber der Gendarmerie wie im Ministerrat“, andererseits die Tatsache, dass ein Teil der männlichen Bevölkerung aus Angst vor neuen deutschen Repressalien in die Berge fliehe, wodurch die Kommunisten unerwünschten Zuzug erhielten. Zwar glaubte Benzler die Gefahr eines allgemeinen Kommunistenaufstandes als behoben, rechnete aber mit weiteren Terrorakten und Attentaten, „bis der letzte Kommissar liquidiert“ sei, da die Kommunisten verbissen kämpften und „mit geballter Faust und lachenden Gesichts“ stürben.[1905]

Tito und sein Hauptstab begannen inzwischen Partisaneneinheiten zu bilden und legten von Anfang fest, dass Parteiführung und militärische Leitung des Volksbefreiungskampfes in einer Hand blieben. Am 10. August fasste Tito von Belgrad aus im ersten „Bulletin des Hauptstabes“ in 16 Punkten die Hauptaufgaben der Partisanen zusammen:

[1904] Telegr. Ges. Benzler an RAM, Belgrad, 28. Juli 1941, HIA, Tomasevich papers, box 3 (Benzler collection).

[1905] Telegr. Ges. Benzler an RAM, Belgrad, 1. August 1941, HIA, Tomasevich papers, box 3 (Benzler collection).

– Die Partisanenabteilungen der Volksbefreiung haben als Hauptziel: die Befreiung der Völker Jugoslawiens von den Okkupanten und den Kampf gegen deren einheimische Agenten, die zur Unterdrückung und Terrorisierung unserer Völker Beihilfe leisten;
– Die Partisanenabteilungen sind nicht Kampfformationen irgendeiner Partei – nicht einmal der KPJ, auch wenn Kommunisten in den ersten Reihen kämpfen –, vielmehr Kampfabteilungen der Völker Jugoslawiens, in denen alle Patrioten, die zum bewaffneten Kampf fähig sind, ohne Rücksicht auf ihre politischen Überzeugungen kämpfen sollen;
– Im allgemeinen Kampf gegen die Feinde unseres Volkes haben die Partisanenabteilungen vielfache Aufgaben:
  Zerstörung all jener Objekte, die den faschistischen Eroberern dienen: Eisenbahnen, Brücken, Fabriken, Werkstätten, Munitions- und Waffenlager;
– Hinderung der Besatzungsmächte, den Bauern Getreide, Vieh und andere Lebensmittel wegzunehmen;
– Gewaltsame Wegnahme von durch die Okkupanten beschlagnahmtem Getreide, Vieh und anderen Lebensmitteln und, nach Einbehaltung der für die Versorgung der Partisanenabteilungen benötigten Menge, Verteilung an das Volk;
– keine Vernachlässigung der Frage eines allgemeinen Volksaufstandes;
– strenge Achtung auf die Disziplin in den Abteilungen seitens der Stäbe und Kommandeure: Jeder Akt von Plünderung, Verrat oder Verletzung der Disziplin muss streng bestraft werden.
– Im Falle günstiger strategischer und anderer Bedingungen zur Durchführung von großen Operationen werden nach Bedarf aus mehreren Partisanenabteilungen große militärische Einheiten gebildet.[1906]

In den deutschen Führungsstäben Belgrads wurde die weitere Strategie des politischen, polizeilichen und militärischen Vorgehens gegen die Aufstandsbewegung erörtert. Die Taktik des kommunistischen Vorgehens decke sich nach Ansicht des Gesandten Benzler und des Sonderemmissärs Himmlers, Edmund Veesenmayer, völlig mit den Parolen des Londoner und des Moskauer Senders, die offensichtlich mitgehört wurden, was natürlich der einheimischen Bevölkerung verboten war. Die Aufständischen rekrutierten sich angeblich aus Kommunisten, Zuchthäuslern und Banden und erhielten Zuzug von den zahlreichen mittellosen serbischen Flüchtlingen aus Kroatien und Ungarn. Eine sogenannte serbische „Verschwörerclique“ vertrete ein national-großserbisches Programm, die Kommunisten das Sowjetprogramm. Ein gleichzeitiges scharfes Vorgehen gegen beide – und damit auch gegen die national-serbische Intelligenz – würde allerdings sofort zu einer serbisch-kommunistischen Einheit führen. Die vorhandenen deutschen Besatzungstruppen und die Polizei seien zu schwach, um mit einer vereinigten Aufstandsbewegung fertig zu werden. Daher müsse man zunächst die Kommissariatsregierung und die serbische Bevölkerung gegen die Kommunisten

[1906] Tito i Revolucija, 88f.; Prunkl – Rühe, Tito, 77.

ausspielen. Das breite akademische Proletariat und der notwendige rigorose Abbau des altjugoslawischen Verwaltungsapparates verstärkten freilich die kommunistische Gefahr. Außerdem mache der kommunistische Femeterror die Mitarbeit loyaler Serben bei der Bekämpfung des Kommunismus fast unmöglich. Sühnemaßnahmen seien nur bedingt wirksam, da meist Unschuldige davon betroffen seien. Sowohl Benzler als auch Veesenmayer empfahlen daher, Maßnahmen gegen national-serbische Kräfte vorerst zurückzustellen und die Bekämpfung der kommunistischen Aufstandsbewegung zu intensivieren.[1907]

Nach Verlegung der kampferprobten Divisionen an die Ostfront im Mai 1941 waren für die Militärbesatzung in Serbien vorerst die Infanteriedivisionen 704, 714 und 717 vorgesehen, die in Ostbosnien (also westlich der Drina) und in Syrmien durch die 718. ID ergänzt wurden. Diese vier Divisionen wurden der 12. Armee (Höheres Kommando LXV) unterstellt. Während die Divisionen 704 und 714 aus dem „Altreich“ kamen, stammten die Divisionen 717 und 718 mehrheitlich aus der „Ostmark“. Die 717. ID bestand aus dem in Wien aufgestellten IR 737 und dem in Linz aufgestellten IR 749; die 718. ID rekrutierte sich mehrheitlich aus dem Salzburger Wehrkreis XVIII. Da die Wehrmacht möglichst aus dem Lande leben sollte, nahm sie zur Deckung ihres Bedarfs zwischen Oktober 1941 und Juli 1942 1519 t Fleisch, 170.000 l Öl, 222 t Fett, 3457 t Kartoffeln, 7540 t Getreide, 4105 t Mehl, Nährmittel und Backwaren, 2643 t Obst und Gemüse, 5,6 Millionen l Wein und 414.000 l Schnaps in Anspruch. Ein Teil der Anforderungen ging zur Versorgung der deutschen Truppen nach Griechenland.[1908]

Anfang August 1941 gab der Wehrmachtsbefehlshaber Südost und Oberbefehlshaber der 12. Armee, GFM List, sowohl einen informativen Überblick über den Zustand der deutschen Besatzungsdivisionen als auch über die Stimmung in der serbischen Bevölkerung:

> „717. Division: Kommandeur Gen.Maj. Hoffmann, aufgestellt im W.K. XVII, Ostmärker, Durchschnittsalter 29 Jahre, Masse 8 Wochen Ausbildung, 20 % Rekruten bei der Infanterie, machen guten Eindruck, Offizierskorps halb Ostmärker, halb Altreich. Regiments-Kommandeure sehr gut, Komp.-Chefs bisher beinahe ausschließlich Ersatzheer, Bataillons-Kdeure z. T. nicht auf der Höhe. Zugführer großenteils überaltert, Unteroffiziere noch sehr verbesserungsbedürftig; nur ganz wenige, die einen Felzug mitgemacht haben (Schmerzenskind). [...] Lehrer fehlen.“

> „714. Division: Kommandeur Gen.Maj. Stahl, 50 % über 30 Jahre, 20 % Neu-Rekruten, Besichtigung August, 50 % verheiratet, Stimmung allgemein gut. [...] Bedarf an Lehrern, 12 Meldungen zu Offiziers-Anwärtern liegen vor.“

> „704. Division: Kommandeur Gen.Maj. Borofski, Masse Sachsen der Jahrgänge 08 – 13. Kein Mann unter 5 Monaten ausgebildet, 30 % mit Kriegserfahrung. [...] 31 Offz.-Anwärter.“

[1907] Telegr. Ges. Benzler an RAM, Belgrad, 8. August 1941, HIA, Tomasevich papers, box 3 (Benzler collection).

[1908] Georg Tessin, Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg 1939-1945. Die Landstreitkräfte 631-800, Bd. 12 (Osnabrück 1975) 149 und 177; Umbreit, Kontinentalherrschaft, 241.

„718. Division: [Kommandeur] Gen.Maj. Fortner, aufgestellt im W.K. XVIII, 50 % aus Altreich, 50 % aus Ostmark, 40 % 4 Wochen-Ausgebildete, sehr viel Kurzausgebildete also. Bis 10. August Rekrutenausbildung. In zwei Monaten Ausbildung bis zum Battaillon abgeschlossen. Offiziers- und Uffz.-Kurse werden durchgeführt."[1909]

Es fällt auf, dass die Mehrzahl der Soldaten – trotz relativ hohen Alters – nur eine kurze militärische Ausbildung hinter sich hatte. Dieses Manko verstärkte sich durch die geringe Kriegserfahrung der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Schließlich besaßen diese Infanteriedivisionen nur je zwei Regimenter, so dass die Sollstärke nur etwas mehr als 6000 Mann betrug. Die landsmannschaftliche Herkunft der Soldaten spielte für den GFM List offensichtlich keine besondere Rolle. Der relativ starke Anteil der „Ostmärker" wird auch kaum mit einer angeblich spezifischen „Balkankompetenz" zu tun gehabt haben, sondern einfach mit der größeren Nähe zum Einsatzort.[1910] General Bader, der Befehlshaber der vier Besatzungsdivisionen, teilte nun GFM List Anfang August 1941 mit, dass die Unruhen in Serbien seit dem Abtransport der aktiven Divisionen „im Zusammenhang mit dem russischen Feldzug" zugenommen hätten und es schwierig sei, die Schuldigen zu fassen. In Belgrad sei es immerhin ruhig. Die Volksdeutschen im Banat hätten den Wunsch ausgedrückt, „im deutschen Heer dienen zu dürfen". Der Oberbefehlshaber der 12. Armee erklärte sich damit einverstanden, dass eine Art „Heimatwehr" aufgestellt werde, der „Lehrkräfte" beigestellt würden. General Bader beantragte auch Kriegsverdienstkreuze und Eiserne Kreuze für Leute, „die sich bei der Bekämpfung serbischer Banden usw." ausgezeichnet hatten.[1911]

Der zweite Militärbefehlshaber in Serbien, General Ludwig von Schröder, wollte zur Bekämpfung des „Bandenwesens" in erster Linie die serbische Polizei

---

[1909] Inspektionsbericht OB 12. Armee, 11. August 1941, BA/MA, RH 20/12/121a.
Als die 718. Division am 24. Mai 1941 in Saalfelden und in Zell am See in Salzburg für den Abtransport nach Serbien verladen wurde, meldete der IIa, Hptm. d. Res. Pollet, folgende Zusammensetzung der Division:

a) Offiziere: aktiv 6 % (Divisions-, Regiments- und Battaillons-Kommandeure)
   Reserve 94 %
   Durchschnittsalter: Kompaniechefs 43 Jahre
   Leutnante 35 Jahre
b) Unteroffiziere: aktiv 31 %
   Reserve 69 %
   Durchschnittsalter 23 Jahre
c) Mannschaft: zum Großteil aus alter Mannschaft und Ersatz-Reservisten, zum kleineren Teil aus Rekruten vom 1. April 1941.
   Durchschnittsalter 32 Jahre
d) Landeszugehörigkeit:
   Offiziere: Ostmark 51 %, Altreich 46 %, Sudetenland 3 %
   Unteroffiziere: Ostmark 50 %, Altreich 45 %, Sudetenland 5 %
   Mannschaft: Ostmark 62 %, Altreich 34 %, Sudetenland 4 %.

KTB IIa/718.ID, Zell am See, 23. Mai 1941, BA/MA, 118/3a-c.

[1910] Tuider, Wehrkreise, 28; dagegen: Germann, „Österreicher", 125f.

[1911] Inspektionsbericht OB 12. Armee, 11. August 1941, BA/MA, RH 20/12/121a.

heranziehen, die verstärkt und besser bewaffnet werden müsse. Freilich musste auch Schröder Vorbeugungs- und Sühnemaßnahmen verfügen. Bei Gewalttaten und Angriffen auf deutsche Einheiten und Dienststellen, aber auch auf kriegswichtige Vorräte und Anlagen – insbesonders Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Schleusen-, Eisenbahn-, Telegrafen-, Telefon und Lichtanlagen – und Mitverantwortung der Bevölkerung des Tatortes oder des engeren Bereiches kämen Beschränkungen der persönlichen Bewegungsfreiheit und des öffentlichen Lebens in Frage, ebenso die Heranziehung der Bevölkerung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und eine Sicherheitsleistung mit öffentlichen Mitteln. Darüber hinaus sei auch die Festnahme von Geiseln vorzusehen, also von „Landeseinwohnern, die mit ihrem Leben für ein einwandfreies Verhalten der Bevölkerung einzustehen haben“. Dies müsse der Bevölkerung in jedem Fall öffentlich angedroht werden. Geiseln könnten daher nur für Handlungen haftbar gemacht werden, die nach ihrer Festnahme und nach der öffentlichen Androhung begangen würden. General Schröder wollte sichtlich noch eine Eskalation vermeiden, da er sich nicht nur die Festnahme von Geiseln vorbehielt, sondern auch die Entscheidung über eine allfällige Exekution.[1912]

Die relative Zurückhaltung General Schröders könnte auch damit zu tun gehabt haben, dass über die Erschießung von Juden und Kommunisten als Vergeltung für Sabotage-Akte in Belgrad zwar nicht öffentlich gesprochen wurde, dass diese Erschießungen aber doch einen tiefen Eindruck hinterlassen hatten. Sogar die Wehrmachtverbindungsstelle Belgrad bezweifelte allerdings, ob sich die „Saboteure“ aus dem Lager der ehemaligen serbischen Offiziere, der *Četnici* sowie der Kommunisten gerade durch Erschießung nicht unmittelbar Beteiligter von weiteren Sabotage-Akten abhalten ließen, da dies die Bevölkerung „bis zur Siedehitze gegen die Besatzungsbehörden“ aufreizen könnte. Im Übrigen meldete sich Anfang August auch der Feldkommandant in Niš, Oberst Freiherr von Bothmer, und sprach deutlich aus, dass er als Gerichtsherr nur auf Grund von bestätigten Urteilen Erschießungen vornehmen lassen und „Forderungen auf Erschießungen von unbeteiligten Personen“ nicht Folge leisten könne.[1913]

GFM List wies außerdem den Militärbefehlshaber in Serbien darauf hin, dass es bei inneren Unruhen besonders wichtig sei festzustellen, wer die Drahtzieher der Aktionen seien. Daher müsse bei allen künftigen Meldungen zwischen kommunistischem, nationalistischem und allgemeinem Bandenunwesen unterschieden werden. Hierfür sei der Einsatz von „V-Leuten“ notwendig. Der Militärbefehlshaber beklagte sich hingegen, „dass dauernd Serben, die außerhalb des deutschen

---

[1912] Militärbefehlshaber in Serbien, Verfügung über Vorbeugungs- und Sühnemaßnahmen bei Sabotageakten, Belgrad, o. D. [bei der 704. ID am 26. Juli 1941 eingegangen], BA/MA, RH 26-104/8, Anlage 156, zitiert nach: Verbrechen der Wehrmacht, 511.

[1913] Wehrmachtsverbindungsstelle Belgrad an Wehrmachtsbefehlshaber Südost und Befehlshaber Serbien, 31. Juli 1941, BA/MA, RH 20-12/206; Schreiben Feldkommandantur 809 an Befehlshaber Serbien, 6. August 1941, in: Verbrechen der Wehrmacht, 512.

Schutzgebiets wohnen (ca. 3,000.000), aus Kroatien und aus den von Bulgaren, Ungarn und Italienern besetzten Gebieten ausgewiesen werden". Dieser dauernde Zustrom völlig mittelloser Einwanderer lasse Serbien nicht zur Ruhe kommen. Ungarn versuche, im Banat Einfluss zu gewinnen; Kroatien versuche, die deutsche Verwaltung aus Semlin (Zemun), das zu Kroatien gehöre, hinauszudrängen. Am 25. Juli werde eine Musterung aller ehemaligen serbischen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die noch nicht als Kriegsgefangene ins Reich abgeführt worden seien, durchgeführt. Auf Weisung des Oberbefehlshabers sollten vorläufig keine weiteren Verhaftungen vorgenommen werden.[1914]

In einer Besprechung des GFM List mit dem Deutschen General in Agram, GM Edmund Glaise-Horstenau, und dem Chef des Generalstabes des Militärbefehlshabers in Serbien, am 12. August 1941 in Agram, unterstrich der Generalstabschef, dass die Unruhen in Serbien „fast ausschließlich auf kommunistischen Einfluss zurückzuführen" seien. Die *Četnici* hätten sich zur Zeit von der kommunistischen Bewegung abgesetzt und hielten sich auch von Überfällen auf die Besatzungstruppen völlig fern. Ein Führer der *Četnici*, Kosta Pećanac, habe sogar versucht, durch einen Mittelsmann den deutschen und serbischen Behörden seine Unterstützung gegen die Kommunisten anzubieten. Das natürliche Ziel der „*Četnici*-Banden", der Kampf gegen die fremde Besatzung, bleibe sicher bestehen, wie auch ein Wechsel einzelner „Banditen" zwischen Kommunisten und *Četnici* sicherlich dauernd stattfinde. Die derzeit vorkommenden Überfälle auf deutsche Soldaten und serbische Gemeinden, auf Lager, Bahnen usw. seien jedoch in erster Linie auf die kommunistische Bewegung zurückzuführen. Diese Bewegung erhalte ihren Auftrieb durch die russische und englische Propaganda und erhalte Zustrom durch die aus Kroatien vertriebenen Serben. Die Bevölkerung sei im Allgemeinen nicht kommunistisch eingestellt, leide aber stark unter dem Terror der Banden und werde dadurch selbst unruhig. Politische Beunruhigung bestehe in Serbien auch über die angeblich bevorstehende Abtretung des Banats an Ungarn, wozu es freilich nicht kam. Ferner spiele der Anspruch Kroatiens auf den „Semliner Zipfel" eine Rolle, dem von deutscher Seite stattgegeben wurde. Ein weiterer Unruheherd könne aus der Gegend Mitrovica entstehen, wo eine albanische Unabhängigkeitsbewegung bestehe.[1915]

GFM List legte nun für die Bekämpfung der Unruhen in Serbien als allgemeine Richtlinien fest, dass sämtliche Stellen in Serbien von der Pflicht durchdrungen sein müssten, „in kürzester Zeit die Unruhen niederzuschlagen". Sogar die Ausbildung müsse völlig in den Hintergrund treten, die Beurlaubungen aufhören, und die Truppe müsse das Gefühl haben, „dass sie zur Zeit einen Feldzug durchzuführen hat". Im Einzelnen wurde festgelegt:

1) Dauernde Aufklärung und Feststellung der Unruheherde und der leitenden Stellen. „Ein System von Vertrauensleuten und Spitzeln muss sich herausbilden."

[1914] Inspektionsbericht OB 12. Armee, 11. August 1941, BA/MA, RH 20/12/121a.

[1915] Ebenda.

2) Nach den erfolgreichen Überfällen auf serbische Gendarmerieposten Wiederherstellung des Selbstvertrauens „der an sich guten serbischen Gendarmerie" durch Zuteilung kleiner deutscher Gruppen an die Gendarmerieposten.
3) „Die Bevölkerung muss den Eindruck gewinnen, dass jetzt mit allen Mitteln der Kampf gegen die Banden durchgeführt wird. Die Banden müssen gejagt werden. [...] Motorisierte Jagd-Kommandos dürfen die Banden nicht zur Ruhe kommen lassen. [...] Die Panzer-Jäger-Abteilung muss in allen Unruhegebieten blitzartig auftauchen. Panzer-Züge und Beute-Kampfwagen sollen Furcht und Schrecken erregen."
4) „Belgrad als Hauptstadt des Landes muss unbedingt gesichert bleiben."
5) „Die Bewachung der Bahnen, Kunstbauten und Lager ist besonders wichtig. Die volksdeutsche Wach- und Schließgesellschaft, die im Aufbau ist, ist heranzuziehen."
6) „Die Bevölkerung ist an der Niederkämpfung der Aufstände zu interessieren. Vorbeugend ist zu veranlassen: Vermehrte Propaganda gegen kommunistische Ideen. Entgegnungen auf die russische und englische Rundfunkpropaganda im Belgrader Rundfunk. Herausstellen der deutschen Siege und russischen Niederlagen. Veröffentlichung von Todesurteilen, Erschießungen, Erfolgen gegen die Banden, Androhung von Geiselfestsetzungen von Familienmitgliedern, Hausbesitzern, Behördenmitgliedern usw.
7) Strafend: Einschränkung des Zapfenstreiches, Schließungen von Lokalen, kommunistischen Buchhandlungen, Geiselerschießungen, Erhängungen."
8) „Wichtig ist ferner schnellster Meldeweg, damit schon die untersten Dienststellen örtlich eingreifen können und Befehle für größere Unternehmungen keinen Zeitverlust bedeuten."
9) „Alle militärischen und zivilen Dienststellen im Bereich Serbien müssen einheitlich vom Bfh. Serbien geleitet und eingesetzt werden. [...] Die eigenen Meldewege [der Propaganda, des Auswärtigen Amtes, der Abwehrstellen und der Polizeiorgane] nach oben müssen kontrolliert und möglichst unterbunden werden, damit keine widersprechenden Berichte an OKH und OKW gelangen, die dort nur Unruhe hervorrufen."[1916]

Tatsächlich hatte es schon im Juli 1941 vereinzelte Überfälle der Aufständischen und die ersten „Sühneaktionen" gegeben, die noch von der serbischen Polizei unter Aufsicht der SS durchgeführt worden waren. Als sich jedoch die serbische Polizei zunehmend weigerte, serbische „Geiseln" zu erschießen, und daher als „nicht mehr zuverlässig" angesehen wurde, forderte der Befehlshaber Serbien, General Danckelmann, eine Verstärkung der deutschen Polizeikräfte an. Das Oberkommando der Wehrmacht antwortete jedoch abschlägig:

> „[...] Zuführung weiterer Polizeikräfte und SD-Kräfte nach Serbien nicht möglich, da für Osten benötigt. Wegen Zunahme der Aufruhr- und Sabotageakte erwartet der Führer nunmehr Einsatz

[1916] Besprechung des OB der 12. Armee mit dem Dt. General in Agram und dem Chef des Gen.St. Bfh. Serbien, Agram, 12. August 1941, BA/MA, RH 20/12/121.

der Truppe, um durch schnelles und schärfstes Eingreifen Ruhe und Ordnung baldigst wieder voll herzustellen."[1917]

Die zunehmende Bedrohung durch die „Banden" verlangte nun den Einsatz von Wehrmachtseinheiten, die Ausbildung bei der 717. ID wurde abgebrochen, und sehr rasch wurden mobile Jagdkommandos aus 25-30 Mann gebildet, um die „kommunistischen Banden" besser bekämpfen zu können. Bereits am 15. August 1941 traf eine Panzer-Jäger-Abteilung in Serbien ein und wurde nach Lazarevac, Aranđelovac und Topola verlegt. Zur Aufstellung einer 5. und 6. Kompanie des Landesschützenbataillons 562 wurden 110 Mann aus dem Wehrkreis XVII und 300 Mann aus dem Wehrkreis XVIII zugeführt – also neuerlich „Ostmärker". Tags darauf wurde im Kriegstagebuch des Militärbefehlshabers in Serbien notiert, dass in Belgrad als Sühne für einen Überfallsversuch auf einen Wehrmachtsangehörigen fünf Kommunisten öffentlich gehängt und ihre Leichname zwischen 5 und 23 Uhr zur Schau gestellt worden seien.[1918]

Ende August langten vom Gesandten Benzler zwei alarmierende Telegramme in Berlin ein:

„[…] Kommunistische Bewegung breitet sich aus und arbeitet mit nationalen Parolen, die beginnen, Anklang zu finden. Das Elend der aus Kroatien und Ungarn ausgetriebenen serbischen Flüchtlinge und ihre Erzählungen vermehren immer noch den Zündstoff. […] Wenn auch Verhältnisse nicht in allen Teilen des Landes gleich sind, so mehren sich doch die Überfälle auf Verkehrsanlagen, Gemeindeämter und Grubenanlagen. Gemeindearchive werden systematisch vernichtet, Ernteablieferung und Steuereingang durch Terror behindert. Deutsche Truppen können sich im Land sowohl in Kraftwagen als auch in der Eisenbahn praktisch nur mehr in Geleitzügen bewegen. […]"[1919]

„[…] Militärbefehlshaber hat sich daher entschlossen, den als energischen Feind des Kommunismus bekannten, populären früheren Kriegsminister General Milan Nedić mit Regierungsbildung zu beauftragen. […] Militärbefehlshaber hat General Nedić keinerlei Versprechungen als Gegenleistung für [die] Niederschlagung [des] kommunistischen Aufstands gemacht. In Aussicht genommen wird lediglich [eine] Erhöhung [der] Gendarmerie von 5000 auf 10.000 Mann und [die] Bildung von lokalen Aushilfskampfeinheiten zu Selbstschutzzwecken von insgesamt bis zu 5000 Mann. Hiermit hofft Nedić Ordnung zu schaffen, wozu allerdings Voraussetzung ist, dass [die] Bevölkerung sich geschlossen hinter ihn stellt. […] Sollte er scheitern, so bleibt nur übrig, dass [der] Befehlshaber ohne serbische Hilfe [das] Land verwaltet und [die] militärische Niederschlagung [des] Aufstands allein mit deutschen Truppen übernimmt. […]"[1920]

1917 Berichte 717. ID, 3. und 21. Juli 1941, BA/MA, RH 26-117/3; Höh. Kdo. LXV an Wehrmachtsbefehlshaber Südost, 28. August 1941, BA/MA, RW 24-30/277; Chef OKW, GFM Keitel, an Wehrmachtsführungsstab Belgrad, 9. August 1941, BA/MA, RW 40/5, zitiert nach: Manoschek – Safrian, Österreicher, 344.

1918 Lagemeldung Höh. Kdo. LXV, 13. August 1941, BA/MA, RW 24-30/277; KTB Ia Befh. in Serbien, 15. und 16. August 1941, BA/MA, RW 40/5, zitiert nach: Manoschek – Safrian, Österreicher, 344.

1919 Telegr. Ges. Benzler an RAM (Geheime Reichssache), Belgrad, 27. August 1941, HIA, Tomasevich papers, box 3 (Benzler collection).

1920 Telegr. Ges. Benzler an RAM, Belgrad, 29. August 1941, HIA, Tomasevich papers, box 3 (Benzler collection).

GFM List erkannte seinerseits, dass die kritische Lage in Serbien mit den eingesetzten Truppen kaum zu bewältigen sei, und ordnete nun Anfang September – in Steigerung seiner Mitte August geforderten Aktionen – „rücksichtslose Sofortmaßnahmen gegen die Aufständischen, deren Helfershelfer und ihre Angehörigen" an: „Aufhängen, Niederbrennen beteiligter Ortschaften, vermehrte Festnahme von Geiseln, Abschieben der Familienangehörigen usw. in Konzentrationslager etc."[1921] Die Steigerung in der brutalen Diktion ließ eine gewisse Nervosität erkennen und öffnete den Truppenkommandeuren weite Spielräume für die Bekämpfung der Aufstandsbewegung – innerhalb und außerhalb des Kriegsrechtes. Die Haager Landkriegsordnung hatte für den Fall einer bedingungslosen Kapitulation jeden bewaffneten Widerstand als ungesetzlich erklärt und zur Abschreckung der Bevölkerung Geiselnahme in beschränktem Umfang erlaubt. Freilich galt dies nicht für ein „Übermaß an Repressalien" und für eine „Unverhältnismäßigkeit der Abschreckung".[1922]

Um die Kontrolle über Serbien nicht ganz zu verlieren, beantragte GFM List am 13. September die Zuführung einer Kampfdivision und dass zur Wiederherstellung der Autorität durch militärische Angriffsoperationen die gesamte vollziehende Gewalt – einschließlich der Befehlsgewalt über die einzusetzenden Truppen – in einer Hand zu vereinigen sei. Als für diese Aufgabe besonders geeignete Person schlug List den ihm unterstellten General der Infanterie Franz Böhme vor, der noch das XVIII. Gebirgskorps in Griechenland befehligte. Hitler reagierte bereits am 16. September 1941 und erteilte dem Generalfeldmarschall den Befehl, den Aufstand in Serbien „mit härtesten Mitteln" niederzuschlagen, um die für die deutsche Kriegswirtschaft wichtigen Verbindungslinien und Betriebe zu sichern und Ruhe und Ordnung im Besatzungsgebiet wiederherzustellen. Mit demselben Befehl wurde General Böhme, ein gebürtiger Österreicher, zum „Bevollmächtigten Kommandierenden General und Befehlshaber in Serbien" ernannt, der die energische Bekämpfung der Partisanen durchführen sollte.[1923]

Franz Böhme, Jahrgang 1885, war in der Steiermark und Kärnten aufgewachsen, war während des Ersten Weltkrieges als Generalstabsoffizier an den Kriegsschauplätzen Ostgalizien, Karpaten, Wolhynien, Kurland, Isonzo und Maas-Ost eingeteilt gewesen – also zweimal in deutschen Verbänden, aber nie an der serbischen Front –, wurde 1920 in das Österreichische Bundesheer übernommen, 1935 zum Generalmajor befördert, übernahm die Leitung des österreichischen militärischen Nachrichtendienstes und war schließlich nach dem Treffen Hitler – Schuschnigg am 12. Februar 1938 als Chef des österreichischen Generalstabes vorgesehen. Ende Mai

---

[1921] Wehrmachtsbefehlshaber im Südosten und OB der 12. Armee, GFM List, an die Befehlshaber in Serbien und Saloniki-Ägäis, sowie an Höh. Kdo. LXV, 5. September 1941, BA/MA, RW 40/11, zitiert nach: Germann, „Österreicher", 132.

[1922] Vgl. Fall 7, Urteil und Urteilsbegründung, 96-98.

[1923] AOK 12, TB Ia mit TB Ic und IIa, 13. September 1941, BA/MA, RH 20-12/104; „Führer-Weisung" 31a vom 16. September 1941, in: Hubatsch, Weisungen, 128f.

1939 zum deutschen Generalleutnant befördert, kommandierte er eine Pommersche Infanteriedivision in Polen und wurde nach dem Krieg gegen Frankreich General der Infanterie. Im Oktober 1940 bereits Kommandierender General des XVIII. Armeekorps, führte er dieses im April 1941 aus Südwest-Bulgarien gegen Griechenland. Seine Vorgesetzten lobten ihn einerseits als „kluge Persönlichkeit" mit bemerkenswerter Allgemeinbildung, als beweglichen Geist, „weitgereist", sprachenbegabt, mit offenem Charakter, andererseits aber auch als „ausgesprochene Führernatur", persönlich tapfer, körperlich fit, „zuverlässig", „zielbewusst", „energisch", „verantwortungsfreudig und tüchtig".[1924] – Ob Böhme in erster Linie wegen seiner militärischen oder auch wegen seiner politischen Fähigkeiten nach Serbien geschickt wurde, wissen wir nicht. Der Befehl Hitlers lässt eher das erste vermuten.

Parallel zur immer härteren Gegenwehr der Roten Armee gegen den Vormarsch der deutschen Armeen in die Sowjetunion hatten auch die kommunistischen Aufstandsbewegungen in den besetzten Gebieten zugenommen – von Weißrussland bis nach Serbien. Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, GFM Keitel, vermutete dahinter „eine von Moskau einheitlich geleitete Massenbewegung", der sich auch nationalistische Kreise anschließen könnten. Da daraus „eine Gefahr für die deutsche Kriegsführung" entstehen könnte, ordnete Keitel den Wehr- und Militärbefehlshabern zwischen Norwegen und Kreta, Frankreich und der Ukraine folgende Richtlinien an:

> „[...] Um die Umtriebe im Keime zu ersticken, sind beim ersten Anlass unverzüglich die schärfsten Mittel anzuwenden, um die Autorität der Besatzungsmacht durchzusetzen und einem weiteren Umsichgreifen vorzubeugen. Dabei ist zu bedenken, dass ein Menschenleben in den betroffenen Ländern vielfach nichts gilt und eine abschreckende Wirkung nur durch ungewöhnliche Härte erreicht werden kann. Als Sühne für ein deutsches Soldatenleben muss in diesen Fällen im Allgemeinen die Todesstrafe für 50-100 Kommunisten als angemessen gelten. Die Art der Vollstreckung muss die abschreckende Wirkung noch erhöhen. [...]"[1925]

Dass in erster Linie die deutschen Befehlshaber auf dem Gebiet der Sowjetunion und auf dem Boden Jugoslawiens und Griechenlands als Adressaten gemeint waren, wurde bereits nach zwölf Tagen klar, als Keitel einen weiteren Befehl zur Geiselnahme herausgab, der in noch deutlicherem Maße die Haager Landkriegsordnung verletzte. Die Kriegsrechtswidrigkeit war offensichtlich auch dem Generalfeldmarschall bewusst, denn er erklärte den Befehl zur „Geheimen Kommandosache" und ließ nur fünf Ausfertigungen herstellen, von denen bereits die zweite für den Wehrmachtsbefehlshaber Südost bestimmt war, der auch für den Partisanenkrieg in Jugoslawien zuständig war. Der knappe Befehl lautete:

> „Die Überfälle auf Wehrmachtangehörige, die in der letzten Zeit in den besetzten Gebieten erfolgten, geben Veranlassung darauf hinzuweisen, dass es angebracht ist, dass die Militärbefehls-

---

[1924] Dienstlaufbahn und Personalnachweis Franz Böhme, BA/MA, Pers. 6/85, zitiert nach: GERMANN, „Österreicher", 133-135.

[1925] Chef OKW, WFSt/Abt. L (IV/Qu.), FHQu., 16. September 1941, BA/MA, RW 4/601a.

haber ständig über eine Anzahl Geiseln der verschiedenen politischen Richtungen verfügen, und zwar

1) nationalistische,

2) demokratisch-bürgerliche und

3) kommunistische.

Es kommt dabei darauf an, dass sich darunter bekannte führende Persönlichkeiten oder deren Angehörige befinden, deren Namen zu veröffentlichen sind. Je nach der Zugehörigkeit des Täters sind bei Überfällen Geiseln der entsprechenden Gruppe zu erschießen. Es wird gebeten, die Befehlshaber entsprechend anzuweisen.“[1926]

Drei Tage nach der Ernennung Böhmes traf auch schon die 342. ID, eine 12.000 Mann zählende, kampferprobte Einheit unter dem Kommando des „ostmärkischen“ Generalleutnants Walter Hinghofer, aus Frankreich kommend in Serbien ein. Alle im serbischen Aufstandsgebiet befindlichen und alle noch zuzuführenden Truppen wie die 342. ID wurden unter den Befehl des neuen Kommandierenden Generals gestellt. Und auch die zivilen Dienststellen waren in der Causa Niederwerfung der Aufstandsbewegung an die Weisungen General Böhmes gebunden. GFM List als direkter Dienstvorgesetzter trug Böhme nicht nur die Niederschlagung der Aufstandsbewegung in Serbien auf, sondern auch im angrenzenden kroatischen Gebiet in Ostbosnien und Syrmien.[1927]

Tatsächlich hatte sich seit Mitte September 1941 die Lage im mittleren und südlichen Serbien für die Deutsche Wehrmacht dramatisch verschärft. Die Sabotageakte und Überfälle nahmen rasant zu, immer öfter drohte der Verlust der Kontrolle über die Hauptverkehrslinien, und verschiedene Truppenkörper liefen sogar Gefahr, von den *Četnici* oder Partisanen eingekesselt zu werden. Im Lagebericht der Feldkommandantur 809 in Niš vom 18. September hieß es:

„[...] Lage hat sich noch mehr verschärft. [...] Baldigster Ersatz ausreichender Kräfte dringend erforderlich, um deutsche Herrschaft sicherzustellen. [...] Aufstand scheint unter restloser Eroberung unbesetzter Landesteile die besetzten Orte einzukreisen, Verkehr abzuschneiden, Wirtschaft lahm zu legen. Maßnahmen von hier aus nicht möglich. F.K. würde sogar Aufteilung des Landes unter Nachbarstaaten unter Festhalten der nötigen Wirtschaftsbetriebe und der Nordsüdbahn durch deutsche Wehrmacht für besser halten als jetzigen Zustand.“[1928]

Drei Tage später verlor die Wehrmacht die Kontrolle über die Stadt Užice in Westserbien an die Partisanen und bald darauf auch die über die weiter östlich

---

[1926] Chef OKW, WFSt/Abt. L (IV/Qu.), Geheime Kommandosache, FHQu., 28. September 1941, BA/MA, RH 24/18/213.

[1927] Wehrmachtsbefehlshaber Südost an Kdr. Gen. XVIII. AK, 18. September 1941, BA/MA, RW 24-18/87, zitiert nach: Germann, „Österreicher“, 137; Tätigkeitsbericht des Divisionsintendanten der 342. ID., 1. Oktober 1941, BA/MA, RH 26-342/107, zitiert nach: Manoschek – Safrian, Österreicher, 345.

[1928] FK 809 (Niš) an Befehlshaber Serbien/Kommandostab, 18. September 1941, BA/MA, RW 40/11, zitiert nach: Germann, „Österreicher“, 138f.

gelegene Stadt Čačak. Die Einheiten der 717. ID wurden nun in Kraljevo und Kragujevac konzentriert.[1929]

Als es den Partisanen am 24. September 1941 gelang, die westserbische Stadt Užice einzunehmen, verlegte Tito die Leitung des Aufstandes aus Belgrad in dieses „befreite“ Gebiet und richtete dort seinen „Obersten Stab“ (*Vrhovni štab*) ein. Der Hauptstab der Volksbefreiungseinheiten erhielt die neue Bezeichnung „Oberkommando der Partisaneneinheiten der Volksbefreiung Jugoslawiens“, und Tito wurde Oberbefehlshaber. Tito, Kardelj und Ranković wohnten im Gebäude der ehemaligen Nationalbank, Đilas mit seiner Frau in einem Hotelzimmer. Đilas überlieferte ein Stimmungsbild:

> „Weder die leitenden Genossen noch die Soldaten waren einheitlich uniformiert, aber sie waren gut gekleidet und trugen nahezu alle die ‚Šajkača‘ – die Soldatenkappe der serbischen und der jugoslawischen königlichen Armee. Allein Tito machte eine Ausnahme: er hatte sich eine ‚Pilotka‘ nach sowjetischem Muster anfertigen lassen, die später ‚Titovka‘ benannt und zur Militärkappe in der Armee des neuen Jugoslawien wurde. Bei den Einheiten gab es schon Offiziersabzeichen, doch im Obersten Stab trug sie niemand – bis zum Jahre 1943, als die militärischen Dienstgrade eingeführt wurden. Jedermann hatte auf seiner Kappe einen fünfzackigen Stern aus rotem Stoff, während Tito einen emaillierten Sowjetstern mit Hammer und Sichel trug. […] Den Dienst des Stabschefs verrichtete ein ehemaliger königlicher Oberstleutnant – stets fleißig, zu allen aufmerksam. Tito und er brüteten über den an der Wand angebrachten Generalstabskarten im Maßstab 1:100.000, obgleich nach meinem Dafürhalten für diese Art von Kriegsführung Landkarten in einem größeren Maßstab übersichtlicher gewesen wären.“[1930]

Die Partisanen hatten in Užice erhebliche Summen erbeutet, sodass sie bei den Bauern genügend Lebensmittel hätten einkaufen können; aber die Bauern verkauften nur ungern. So war der Markt bald verödet, die Geschäfte leer gekauft. Die rasch entstehende Hierarchie der Stabsangehörigen und der ZK-Mitglieder überwand nicht die reservierte Haltung der Bürger. Die Straßen und Parks der Stadt verwahrlosten, die Leute gingen schäbig gekleidet. „Zu sehen waren nur Elend und Verfall.“ Den Partisanen fiel u. a. eine fast unbeschädigte Waffenfabrik in die Hände, deren Leitung vom Volksbefreiungsausschuss den Arbeitern übergeben wurde. Darüberhinaus richteten die Partisanen den Tausch von Industriewaren gegen landwirtschatliche Produkte und andere Erzeugnisse der ländlichen Haushalte ein. Schließlich begannen die Partisanen ihren Kampf gegen die „Fünfte Kolonne“ und die „Kollaborateure“, womit in erster Linie vermögendere Leute

[1929] Schmider, Partisanenkrieg, 65. Am 1. Oktober 1941 befanden sich folgende Wehrmachtseinheiten in Kraljevo: 850 Mann des IR 749, 550 Mann des IR 737, 320 Landesschützen und volksdeutsche Wachmannschaften. – Reisebericht Major Jais, 6. Oktober 1941, BA/MA, RH 24-18/87, zitiert nach: Manoschek – Safrian, Österreicher, 346, 358f.

[1930] Djilas, Partisanen, 116-119. Đilas und andere registrierten auch, dass die leitenden Männer des ZK – Tito, Ranković und Žujović – von jungen und hübschen Sekretärinnen begleitet wurden, während sie von den Einheiten äußerste Sittenstrenge verlangten. Đilas’ Gattin Mitra bemerkte hingegen zynisch: „Das geht zusammen mit der Macht – in Serbien können sich die Leute einen Minister ohne Geliebte gar nicht vorstellen.“

gemeint waren, deren Eigentum konfisziert und deren Land an die Bauern verteilt wurde.[1931]

Neben dem Kampf gegen die deutsche Besatzungsmacht und die „Kollaborateure“ zählten die Partisanen auch die Vernichtung von Gendarmerie- und Polizeistationen des Nedić-Regimes sowie von Gemeindeverwaltungen und ihren Archiven und Katastern zu ihren Zielen. Freilich war nun ebenso die Verwaltung der eroberten Gebiete verlangt, was nach der Zerstörung von Gemeindeverwaltungen nicht leichter fiel. Auf einer Beratung der KPJ-Führungskräfte am 26. September in Stolice wurden daher die Richtlinien für den Befreiungskampf und für die Verwaltung der von den Besatzern gesäuberten Gebiete beraten. Tito fasste in der ersten Nummer der *Borba*, des neuen Parteiorgans, am 19. Oktober 1941 die wesentlichsten Aufgaben der Volksbefreiungsausschüsse zusammen:

> „In Gegenden, die durch die siegreiche Entwicklung des Volksaufstandes von den Okkupanten gesäubert sind, werden neue Machtorgane geschaffen, unmittelbar und frei vom Volk gewählt – die Volksbefreiungsausschüsse. [...]
>
> Die Pflicht dieser Ausschüsse ist es:
>
> 1) die Aktivität des ganzen Volkes zu organisieren, so dass unseren Kämpfern an der Front alles Nötige gesichert werden kann. Bei ihrer Tätigkeit werden die Ausschüsse eng mit den Stäben unserer Einheiten zusammenwirken;
>
> 2) die Ordnung im Hinterland zu sichern und durch ihre Volkswachen aufrechtzuerhalten und den Kampf gegen alle Erscheinungsformen von Plünderungen, Räuberei, Spekulation und Tätigkeit der Fünften Kolonne usw. zu führen;
>
> 3) die Versorgung und Ernährung der Bevölkerung, insbesondere der ärmeren Schichten und der unversorgten Familien unserer Kämpfer zu organisieren; eine möglichst geregelte Entwicklung des Wirtschaftslebens, des Handels, des Verkehrs [...] im Interesse der Front und des ganzen Volkes zu organisieren. [...]
>
> 4) Diese Ausschüsse sind nicht Organe irgendeiner Partei oder einer bestimmten Organisation, und in ihnen sollten alle jene politischen Gruppen, Organisationen und Individuen vertreten sein, die heute auf der Linie des Kampfes gegen die Okkupatoren stehen. [...] Die Volksbefreiungsausschüsse sind also provisorische Träger der Macht. [...]“[1932]

Nach den schweren Niederlagen der Roten Armee im Sommer und Herbst 1941 begannen sich die Partisanen auf einen langen Krieg einzustellen. Dies taten auch die *Četnici*, die sich kurzfristig ebenfalls in der „Republik von Užice“ formierten. Ihr Oberkommandierender, Oberst Mihailović, wollte jedoch die Kräfte vorerst sammeln und diese erst dann einsetzen, wenn die Lage für einen Aufstand günstig sei, das heißt bei einer eventuellen Landung der Alliierten auf der Balkanhalbinsel. Freilich mussten einzelne *Četnik*-Einheiten bereits bewaffneten

---

[1931] Djilas, Partisanen, 118-120; Brief Titos und Kardeljs an Provinzkomitee von Montenegro, Boka und Sandžak, 10. November 1941, in: Prunkl – Rühe, Tito, 80; Milivoje Kovačević – Milijan Jeremić, Narodna vlast u Srbiji 1941-1961 (Beograd 1962) 105.

[1932] Tito i Revolucija, 92f.; Prunkl – Rühe, Tito, 79f.

Widerstand gegen den *Ustaša*-Terror in Kroatien leisten, der sich jedoch auch in Racheaktionen gegen unbewaffnete Muslime manifestieren konnte. Da Stalin in seiner bedrängten Lage im Herbst 1941 die königlich-jugoslawische Regierung in London vor allem als Verbündeten der Westalliierten sah, ließ er über die Komintern Tito dazu anhalten, sich mit Mihailović zu arrangieren.[1933]

Bereits am 19. September 1941 trafen sich Mihailović und Tito erstmals und beschlossen unverbindlich ein gemeinsames Vorgehen gegen die Besatzungsmächte. Aber bereits zehn Tage danach versuchten die *Četnici*, Užice in ihre Hand zu bekommen, die Partisanen erfuhren jedoch davon und zersprengten ihre Gegner. Da es in den folgenden Wochen zu wiederkehrenden Reibereien zwischen den *Četnici* und den Partisanen kam, trafen sich die beiden Oberkommandierenden ein weiteres Mal am 26. Oktober in Brajići, dem Hauptquartier Mihailović'. Ein Teilnehmer auf Seiten Titos berichtete:

> „Die Begegnung fand in einem großen Bauernhaus statt. Mitten im Zimmer stand ein Tisch, an dessen einer Seite Tito und wir Platz nahmen und uns gegenüber Draža mit seinen Leuten. [...] Unsere acht Mann Leibwache standen mit ihren Maschinenpistolen hinter uns, während Draža Mihailović' Leibwache gegenüber aufgestellt war. [...]"[1934]

In einer solchen Atmosphäre gegenseitigen Misstrauens konnte man die strittigen Fragen nicht klären, die sich vor allem um die Verwaltung der befreiten Gebiete drehten. Denn die *Četnici* hatten dazu eine diametral andere Auffassung. Tito hatte schon damals eine sehr negative Meinung über die *Četnici*. Er erzählte seinem Stab vom Mangel an Organisation, Disziplinlosigkeit und Primitivität selbst des Stabes von Mihailović. Ranković war wegen ihres angeblichen Verrates an der nationalen Tradition Serbiens sehr aufgebracht. Die Verbitterung auf Seiten der Partisanen nahm zu, als auf Befehl eines ehemaligen jugoslawischen Stabsoffiziers etwa dreißig Anhänger der Partisanen – meist Mädchen, die aus Belgrad entkommen waren, und Verwundete – in der Nähe von Mihailović' Hauptquartier ermordet worden waren. Und in Valjevo nahmen die *Četnici* an die hundert Partisanen durch List gefangen und lieferten sie den Deutschen aus. Wenige Tage nach dem Treffen Mihailović – Tito kam es sogar zu einem Überfall von *Četnici* auf die von Partisanen gehaltene Stadt Požega, womit der Ausbruch offener Feindseligkeiten eingeleitet war. Neben dem Volksbefreiungskrieg begann sich ein noch brutalerer Bürgerkrieg zu entwickeln. Đilas resümierte:

> „Es war, als bestätigte die Wirklichkeit des Krieges den kommunistischen Lehrsatz, dass ideologischer Hass nationale Solidarität zunichte mache, und als bestärke sie die Kommunisten in ihrer Intoleranz und Ablehnung der alten Ordnung…"[1935]

Nach der Einnahme Užices durch die Partisanen läuteten beim Kommandierenden General in Belgrad alle Alarmglocken. Gestützt auf die Befehle Keitels

---

[1933] TOMASEVICH, Chetniks, 213-215.

[1934] DEDIJER, Josip Broz Tito, 305f.

[1935] DJILAS, Partisanen, 124f.; SCHMIDER, Partisanenkrieg, 75.

und Lists begründete General Böhme in seinem Tagesbefehl vom 25. September 1941 an das Höhere Kommando LXV (zuständig für die 704., 714., 717. und 718. ID), die 342. Infanteriedivision und an das Infanterieregiment 125 die Notwendigkeit des völkerrechtswidrigen Vorgehens gegen die serbische Aufstandsbewegung und verwendete dafür zweifelhafte politische und historische Argumente:

> „Serbien hat im März dieses Jahres den Freundschaftsvertrag mit Deutschland schmählich gebrochen, um den gegen Griechenland aufmarschierten deutschen Truppen in den Rücken zu fallen. Im Sturm brauste die deutsche Vergeltung über das Land. Wir mussten uns mit allen Kräften neuen größeren Zielen zuwenden. Dies war für Serbien das Zeichen zu einem neuen Aufstand, dem schon hunderte von deutschen Soldaten zum Opfer fielen. Wenn hier nicht mit allen Mitteln und der größten Rücksichtslosigkeit vorgegangen wird, werden unsere Verluste ins Unermessliche steigen.
>
> Eure Aufgabe ist in einem Landstreifen durchzuführen, in dem 1914 Ströme deutschen Blutes durch die Hinterlist der Serben, Männer und Frauen, geflossen sind [sic!]. Ihr seid Rächer dieser Toten. Es muss ein abschreckendes Beispiel für ganz Serbien geschaffen werden, das die gesamte Bevölkerung auf das Schwerste treffen muss. Jeder, der Milde walten lässt, versündigt sich am Leben seiner Kameraden. Er wird ohne Rücksicht auf die Person zur Verantwortung gezogen und vor ein Kriegsgericht gestellt."[1936]

Der als „Geheime Kommando Sache" erteilte Befehl war allen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften bekanntzugeben und nach Verteilung bis zur Kompanie oder Batterie zu vernichten. Die Sorge Böhmes vor öffentlichem Bekanntwerden des Befehls wird erklärlich, wenn man erkennt, dass er nicht von Rache an den *Četnici* oder den Partisanen sprach, sondern von Rache an der gesamten serbischen Bevölkerung. Das zeigte bereits Ansätze zum Völkermord. Aber auch Böhmes Drohungen gegenüber den eigenen Truppen und ihren Kommandeuren überstiegen die üblichen Ermahnungen bei weitem. Für den Arbeitseinsatz hinter der Truppe sollten volksdeutsche Kräfte bereitgestellt werden, sodass der vorgesehene Arbeitseinsatz der männlichen serbischen Bevölkerung zu entfallen hatte. Aber auch die weibliche serbische Bevölkerung war nicht zu Arbeiten heranzuziehen, sondern „mit allen Mitteln auf das Cer-Gebirge abzudrängen".[1937]

Die 342. Infanteriedivision unter Generalleutnant Hinghofer münzte diesen Befehl Böhmes sogleich zu einem Freibrief für willkürliches Morden um. Böhme hatte der Division bereits am 22. September aufgetragen, den Savebogen westlich von Šabac, die Mačva, zu „säubern" und „die gesamte männliche Bevölkerung von 15-60 Jahren festzunehmen und zunächst in von der Division einzurichtende Gefangenen-Sammelstellen abzuführen". In der Zehntagemeldung der 342. ID vom 9. Oktober 1941 hieß es lapidar: 1127 Erschießungen in Šabac, in der umliegenden Mačva, im südlich angrenzenden Cer-Gebirge und in der Stadt Krupanj; 88 Gefallene, 17.420 Gefangene. Außerdem wurden an Beutevieh 1205 Rinder, 1861 Schafe

[1936] GdI Böhme an 342. Inf.Div., Inf.Rgt. 125, Bhf. Serbien, Höh. Kdo. LXV und Gen. Kdo. Ia, O.U., 25. September 1941, BA/MA, RH 24-18/87.

[1937] Ebenda; vgl. Germann, „Österreicher", 140-142.

und 940 Schweine eingebracht, von denen der Großteil per Bahn nach Belgrad abgeschoben wurde. Die Erschießungen hatten praktisch jeden „im Zwischengelände“ angetroffenen männlichen Zivilisten betroffen, ganz gleich ob bewaffnet oder nicht. Von Repressalien oder Geiselerschießungen konnte freilich dem Wortlaut nach noch kaum die Rede sein, da die Division in den ersten Tagen ihres Einsatzes nur einen Gefallenen hatte. Auch Keitels Richtlinie bezüglich der Geiselerschießungen vom 28. September traf erst am 10. Oktober bei der Division ein.[1938]

General Böhme war mit dieser „Säuberungsaktion“ sehr zufrieden, ebenso mit einem Stoßtruppunternehmen bei Novo Selo, einem Angriff des Infanterieregiments 125 bei Valjevo und „Sühnemaßnahmen“ von Teilen der Infanteriedivisionen 714 und 717 bei Gornji Milanovac und Kraljevo. Freilich waren bei einer Razzia von Teilen der „ostmärkischen“ 717. ID am 4. Oktober auch 600 Arbeiter eines Flugzeugwerkes bei Kraljevo festgesetzt worden, was keinesfalls im Sinne der „Sühnepolitik“ gelegen war.[1939] Der Eskalation im Partisanenkrieg waren aber nun keine Grenzen mehr gesetzt. Auf Überfälle folgten Vergeltungsschläge, auf Vergeltungsschläge Überfälle. Am 29. September war die 6. Kompanie des in Völkermarkt und Lienz im Reichsgau Kärnten aufgestellten 920. Landesschützen-Bataillons in Gornji Milanovac von Aufständischen angegriffen, nach kurzem Feuergefecht in der Masse festgenommen und in das Gebirge abgeführt worden. Aus der Gefangenschaft entflohene Offiziere berichteten immerhin übereinstimmend, dass die Gefangenen korrekt behandelt und ihnen sowohl Uniform als auch ihr Eigentum belassen worden seien. GFM List schwächte seine scharfen Befehle dennoch nicht ab, drängte lediglich auf mehr Information der Bevölkerung und Waffensuche in den Dörfern:

> „Mit der männlichen Bevölkerung der von Banden gesäuberten Aufstandsgebiete ist nach folgenden Gesichtspunkten zu verfahren:
>
> 1) Männer, die sich am Kampfe beteiligen, sind standgerichtlich abzuurteilen.
>
> 2) Männer in den Aufstandsgebieten, die nicht kämpfend getroffen wurden, sind zu prüfen und –
>
>   a) wenn ihnen eine frühere Beteiligung am Kampfe nachgewiesen werden kann, standgerichtlich abzuurteilen;
>
>   b) wenn sie nur verdächtig sind, am Kampfe teilgenommen zu haben, den Banden Unterstützung irgendwelcher Art gewährt zu haben [...], in einem Sammellager zu behalten. Sie dienen als Geiseln für den Fall, dass in dem gesäuberten Gebiet oder in ihren Heimatortschaften Banden auftreten [...], in solchen Fällen sind sie zu erschießen.

[1938] Die Bekämpfung der Aufstandsbewegung im Südostraum, Teil I, 5 und 51f., BA/MA, RH 19 XI/81; Befehl GdI Böhme, XVIII. AK, an 342. ID, 22. September 1941, BA/MA, RW 24-18/87, zitiert nach: Germann, „Österreicher“, 142f.; 342. ID Abt. Ia, Divisionsbefehl zum Vorstoß auf Orid (8. Oktober 1941), BA/MA, RH 26-342/12; zitiert nach: Schmider, Partisanenkrieg, 71; Zehntagemeldung der 342. ID vom 9. Oktober 1942, BA/MA, RH 24/18/213.

[1939] Meldung der 717. ID, KTB/Ia Nr. 1 (15. Mai - 31. Dezember 1941), BA/MA, RH 26-117/3, zitiert nach: Germann, „Österreicher“, 148; GdI Böhme, Tagesbefehl, 9. Oktober 1941, BA/MA, RH 104/14c.

c) Alle anderen unverdächtigen Männer sind unter Bewachung in ihre Heimatorte zu führen. Sie sind in einfachster Form zu verpflichten, Banden keinerlei Unterstützung zu gewähren und gegen die Wehrmacht nichts zu unternehmen. [...]“[1940]

Am 4. Oktober wurde ein Wachkommando der Feldzeugbataillone 1 und 18 in der Stärke von vier Unteroffizieren und 40 Mann ebenfalls nach kurzem Feuergefecht von den Aufständischen gefangen genommen. In beiden Fällen war auf deutscher Seite der schwerwiegende Fehler gemacht worden, mit den Aufständischen über einen „ehrenvollen Abzug“ zu verhandeln. General Böhme befahl daher allen deutschen Truppen in Serbien, mit den Aufständischen „keinerlei Verhandlungen zu pflegen“. Und neuerlich ein Zusatz, der klar aufzeigt, dass Böhme nicht gewillt war, den Aufständischen einen Kombattantenstatus einzuräumen:

„Parlamentäre der Aufständischen genießen nicht den Schutz, der Parlamentären einer regulären Truppe zugebilligt werden muss. Erscheinen Unterhändler vor Eröffnung einer Kampfhandlung, sind sie festzunehmen und standgerichtlich als Freischärler abzuurteilen. Erscheinen Unterhändler während oder nach einem Feuergefecht, ist sofort das Feuer auf sie zu eröffnen.“[1941]

SS-Gruppenführer Turner versuchte noch in seinem Lagebericht von Anfang Oktober 1941 ein gewisses Verständnis für die aus Kroatien und Ungarn vertriebenen Serben aufzubringen und übte deutliche Kritik an den beiden Satellitenstaaten.[1942] Und Turner musste einräumen, dass sofortige Sühnemaßnahmen gegen Sabotageakte gegenüber der deutschen Wehrmacht, „bei denen bis Ende August insgesamt rund 1000 Kommunisten und Juden erschossen oder öffentlich aufgehängt [sic!] worden sind, bei denen Häuser von Banditen, sogar ein ganzes Dorf niedergebrannt wurden“, dem ständigen Anwachsen des bewaffneten Aufstandes nicht Einhalt gebieten konnten. Es blieb, laut Turner, nur die Möglichkeit, weite Bevölkerungskreise zur Mitarbeit zu gewinnen und auch die *Četnik*-Gruppe, deren Führer Kosta Pećanac im serbischen Volk großen Anhang habe, ja sogar als Nationalheld gefeiert werde, von den „kommunistschen Banden“ zu trennen. Die vom OKH befohlene Wiederinhaftnahme der auf freien Fuß gesetzten serbischen Offiziere und Soldaten habe allerdings große Teile dieser Leute in die Wälder getrieben, um einer Verhaftung zu entgehen. Dort hätten sie sich notgedrungen den „Banden“ angeschlossen.[1943]

1940 Fernschreiben GFM List, 4. Oktober 1941, BA/MA, RH 24-18/213, zitiert nach: Verbrechen der Wehrmacht, 516.

1941 Fernschreiben GdI Böhme an Wehrmachtsbefehlshaber Südost, 3. Oktober 1941, BA/MA, RH 24-18/87, zitiert nach: Manoschek – Safrian, Österreicher, 348; Fernschreiben Wehrmachtsbefehlshaber Südost, 4. Oktober 1941, BA/MA, RH 24-18/213, zitiert nach: Verbrechen der Wehrmacht, 516; GdI Böhme an Höh. Kdo. LXV und Befh. Serbien, geheim, 8. Oktober 1941, BA/MA, RH 24/18/87.

1942 Auszug aus dem 5. Lagebericht des Verwaltungsstabes beim Militärbefehlshaber in Serbien, SS-Gruppenführer Turner, 6. Oktober 1941, BA/MA, RW 40/187a.

1943 Ebenda. Andererseits übergaben *Četnici* am 17. September 1941 am Ortseingang von Šabac acht schwer verwundete deutsche Soldaten an den Truppenarzt des II. Bataillons des Infanterieregiments 750. Die Verwundeten sollen nach eigenen Angaben von deutschen Flugzeugen bombardiert und dann von den *Četnici* gefangen genommen worden sein. Die Aufständischen

Am 2. Oktober 1941 ereignete sich ein besonders folgenschwerer Partisanenüberfall nördlich von Kragujevac. Als die Meldung einlangte, dass auf der Straße Topola–Kragujevac, etwa 25 km vor Kragujevac, fünf brennende Wagen eines aus Belgrad kommenden Geleitzuges vorgefunden worden seien und ein Teil der Mannschaft tot neben den Wagen liege, erhielt Leutnant Völker vom Infanterieregiment 724 mit einem weiteren Offizier, 10 Unteroffizieren, 130 Mann und 12 Mann Werkschutz den Auftrag, die Toten zu bergen, die Versprengten zu sammeln und die „Banditen aufzuspüren und zu vernichten". Noch am 2. Oktober, um 14.30 Uhr, brach das Jagdkommando mit zwei PKW, sieben LKW und vier Krädern auf. Und der Leutnant gab detaillierten Bericht über die weitere Vorgangsweise:

> „Etwa 2 km vor der Ueberfallstelle springt ein Versprengter des überfallenen Geleitzuges auf die Straße und gibt Nachricht über den Verlauf des Ueberfalles. Sämtliche Leute versprengt, zum Teil getötet, einige Leute ostwärts der Straße Richtung Kragujevac geflüchtet. An der Ueberfallstelle fünf zum Teil noch brennende Kraftfahrzeuge vorgefunden, daneben im Graben tot 1 Offizier, 1 Oberwachtmeister und 5 Mann, zum Teil der Ausrüstungsgegenstände beraubt. Sofort Sicherung ausgestellt. Haus auf der Höhe angesteckt [gemeint war: angezündet, Anm. Suppan]. Suchkommando in Stärke von 2½ Gruppen eingeteilt. Gelände im Umkreis von 1,5-2 km nach Versprengten und Toten abgesucht. [...] Von den Banditen nichts zu sehen. Westlich der Straße eine Schlucht mit dichtem Laubwald und ein Bach mit steil abfallenden Hängen. In der Gegend dieser Schlucht wird ein Schwerverwundeter aufgefunden, der nur noch mit der Hose ohne Stiefeln bekleidet ist. Nach seinen Aussagen ist eine Gruppe von etwa 15 Mann, teilweise verwundet, von den Banditen in den Bachgrund herunter getrieben worden und unterhalb eines von der Straße aus sichtbaren Hauses später zusammengeschossen worden. Nach 25 Minuten Suchen erreichen wir einen kesselähnlichen kleinen Wiesenplatz unterhalb des Hauses, auf dem 14 deutsche Soldaten tot liegen. Sie sind alle mehr oder weniger entkleidet. Es fehlen sämtliche Stiefeln, alle Feldblusen, fast alle Mäntel, alle Stahlhelme bis auf einen. Einige sind sogar ihrer Wäsche und der Hosen beraubt. Ein kleiner Haufen Asche lässt erkennen, dass sie die ihnen wertlos erscheinenden Papiere, auch einige Soldbücher, Führerscheine, verbrannt haben. Die Leichen waren zum Teil verstümmelt, Schädeldecken eingeschlagen, Füsse zerschnitten, Gesicht zerschnitten. Das Haus 100 m oberhalb dieses Platzes wurde angesteckt, die Leichen durch die auf meinen Befehl festgenommenen Serben zu unseren Wagen gebracht. Die Serben waren festgenommen als Geiseln. Beim Anhalten der Kolonne waren plötzlich 19 Bauernfahrzeuge hinter unserer Kolonne. Als Sicherung und Schutz vor Ueberraschung mussten die Fahrer festgenommen werden. Nach dem Einziehen der Posten und Sicherungen ließ ich sämtliche Serben bis auf 3 Minderjährige erschießen. Die Kolonne rückte ohne Beschuss nach Kragujevac zurück." (Die Rückkehr erfolgte um 21.45 Uhr.)

Leutnant Völker hielt auch seine „Erfahrungen" schriftlich fest: „Die Lage der Toten und die Angaben des Verwundeten lassen erkennen, dass sich die Leute des Geleitzuges auf Abwehr beschränkt haben und dadurch verursacht haben, dass die Banditen sie in kleinere Abteilungen zersprengt haben und, nachdem sie sie

---

hätten zwar eine entsprechende Wundversorgung durchgeführt, den Deutschen aber alle Wertgegenstände sowie Soldbücher abgenommen. Die Verwundeten gaben auch an, dass sich noch weitere 60 schwer verwundete deutsche Soldaten in den Händen der Aufständischen befänden. – Truppenarzt II/IR 750 an Divisionsarzt 718. ID, 18. September 1941, BA/MA, RH 26, 104/14a.

in den Bachgrund getrieben haben, gezwungen worden sind, sich zu ergeben. Die einzige Möglichkeit auch gegen eine zahlenmäßig überlegene Horde Banditen siegreich auftreten zu können ist der Angriff und möglichst heftiger Feuerüberfall. Die Tatsache, dass die Leichen alle ihrer Kleidung beraubt worden sind, beweist, dass der Gegner unter allen Umständen versucht, in den Besitz deutscher Uniformen zu kommen. Die Abstände der Fahrzeuge des überfallenen Geleitzuges waren normal und richtig. Der Rest der Vermissten, mit ihnen ein Oberleutnant, ist anscheinend entkommen; denn weitere Blutspuren waren nicht zu erkennen."[1944] – Der drastische Bericht über die wechselseitigen Bluttaten vermittelt vor allem auch eines: Weder Wehrmacht noch Partisanen hielten sich an irgendein Kriegsrecht, weder an die Haager Landkriegsordnung noch an die Genfer Konventionen von 1929.

General Böhme muss den Bericht des Leutnants gelesen haben, denn kaum dass er vom Überfall auf Einheiten des Armee-Nachrichtenregiments zwischen Belgrad und Obrenovac gehört hatte, bei dem „21 deutsche Soldaten von kommunistischen Banden auf bestialische Weise zu Tode gequält" worden seien, befahl er sofort „als Repressalie und Sühne" für jeden ermordeten deutschen Soldaten 100 serbische Häftlinge zu erschießen. Der Chef der Militärverwaltung in Belgrad wurde angewiesen, 2100 Häftlinge in den Konzentrationslagern Šabac und Belgrad („vorwiegend Juden und Kommunisten") zu bestimmen und Ort und Zeit der Hinrichtungen sowie die Beerdigungsplätze festzulegen. Die Erschießungskommandos sollten für das KZ Šabac von der 342. Infanteriedivision, für das KZ Belgrad von der Kps. Nachrichtenabteilung gestellt werden. Die Lagerleiter sollten den „Häftlingen" den Grund der Erschießung „eröffnen".[1945] – Als Opfer für die Vergeltungsmaßnahmen wählte die Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes 805 Juden und Zigeuner aus dem Lager Šabac sowie 1295 Juden aus dem Lager Sajmište auf dem ehemaligen Belgrader Messegelände am linken Ufer der Save aus. Bereits in den folgenden Tagen wurden diese 2100 „Häftlinge" von Einheiten der Wehrmacht erschossen. Keine dieser Personen stand mit dem Partisanenüberfall vom 2. Oktober, der „gesühnt" werden sollte, in irgendeiner Beziehung. Partisanenbekämpfung und Judenvernichtung wurden also von SS und Wehrmacht bewusst miteinander verknüpft.[1946]

Sogleich nachdem die Geiselerschießungsbefehle GFM Keitels vom 16. bzw. 28. September 1941 in Belgrad eingelangt waren, gab Böhme am 10. Oktober 1941 mit Zusätzen versehene, zusammengefasste Richtlinien für die „Niederwerfung der kommunistischen Aufstandsbewegung" an alle Stäbe und Truppenkommandos in Serbien hinaus:

[1944] Lt. Völker, 3./IR 724, Bericht über Jagdkommando vom 2. Oktober 1941, BA/MA, RH 104/14.

[1945] Bev. Kdr. Gen. in Serbien an Ch. d. Mil.Verwaltung beim Bfh. Serbien, 342. ID und Kps. Nachr. Abt. 449, 4. Oktober 1941, BA/MA, RH 24/18/213e.

[1946] SUNDHAUSSEN, Geschichte Serbiens, 325f.

„1) In Serbien ist es auf Grund der ‚Balkanmentalität' und der großen Ausdehnung kommunistischer und national getarnter Aufstandsbewegungen notwendig, die Befehle des OKW in der schärfsten Form durchzuführen. Rasche und rücksichtslose Niederwerfung des serb. Aufstandes ist ein nicht zu unterschätzender Beitrag zum deutschen Endsieg.

2) In allen Standorten in Serbien sind durch schlagartige Aktionen umgehend alle Kommunisten, als solche verdächtige männlichen Einwohner, sämtliche Juden, eine bestimmte Anzahl nationalistischer und demokratisch gesinnter Einwohner als Geisel festzunehmen. Diesen Geiseln und der Bevölkerung ist zu eröffnen, dass bei Angriffen auf deutsche Soldaten oder auf Volksdeutsche die Geiseln erschossen werden.

3) Treten Verluste an deutschen Soldaten oder Volksdeutschen ein, so haben die territorial zuständigen Kommandeure bis zum Rgt.sKdr abwärts, umgehend die Erschießung von Festgenommenen in folgenden Sätzen anzuordnen:

 a) Für jeden getöteten oder ermordeten deutschen Soldaten oder Volksdeutschen (Männer, Frauen oder Kinder) 100 Gefangene oder Geiseln;

 b) Für jeden verwundeten deutschen Soldaten oder Volksdeutschen 50 Gefangene oder Geiseln.

Die Erschießungen sind durch die Truppe vorzunehmen. Nach Möglichkeit ist der durch den Verlust betroffene Truppenteil zur Exekution heranzuziehen. Bei jedem einzelnen Verlustfall ist bei den Tagesmeldungen anzugeben, ob und in welchem Umfang die Sühnemaßnahme vollstreckt ist oder wann diese nachgeholt wird.

4) Bei der Beerdigung der Erschossenen ist darauf zu achten, dass keine serbischen Weihestätten entstehen. Setzen von Kreuzen auf den Gräbern, Schmuck derselben usw. ist zu verhindern. Beerdigungen werden deshalb zweckmäßig an abgelegenen Orten durchgeführt.

5) Die bei Kampfhandlungen von der Truppe gefangenen Kommunisten sind grundsätzlich am Tatort als abschreckendes Beispiel zu erhängen oder zu erschießen.

6) Ortschaften, die im Kampfe genommen werden müssen, sind niederzubrennen, desgleichen Gehöfte, aus denen auf die Truppe geschossen wird."[1947]

Das Höhere Kommando LXV, zuständig für die Besatzungsdivisionen in Serbien, gab den Befehl Böhmes per Funkspruch weiter: „Künftig sind für jeden ge-

[1947] Bev. Kdr. Gen. in Serbien, III/Chef Mil.V./Qu., Nr. 2848/41 geh., an Befh. Serbien, Höh. Kdo LXV, 342. ID, IR 125 etc., sowie nachrichtlich an Wehrmachtsbefehlshaber Südost und Dt. General in Agram, 10. Oktober 1941, BA/MA, RH 24/18/213. Glaise-Horstenau antwortete jedoch Böhme: „Die für das Gebiet Serbien erlassenen Befehle sind für Kroatien nicht durchführbar." Somit konnten die Befehle Böhmes für die 718. ID in Ostbosnien und Syrmien nur mit Zustimmung des kroatischen Armeekommandos gelten. – Fernschreiben Dt. General in Agram an Bev. Kmdr. Gen. in Serbien, Agram, 16. Oktober 1941, BA/MA, RW 24-18/87, zitiert nach: Germann, „Österreicher", 146f.
Nach einem Besuch in Belgrad Anfang November 1941 bedankte sich Glaise-Horstenau jedoch sehr freundlich bei Böhme: „Verehrter lieber Freund! Nach Agram zurückgekehrt, bitte sich Dich, meinen herzlichsten Dank für die gütige Aufnahme entgegenzunehmen, die ich – wie immer – bei Dir gefunden habe. Es erfüllt mich in Erinnerung an unsere unvergessliche k.u.k. Armee immer mit aufrichtigem Stolz, Dich so zielbewusst und erfolgreich an der Arbeit zu sehen." [sic!] – Brief Glaise-Horstenau an Böhme, 9. November 1941, ÖStA, KA, Nachlass Glaise-Horstenau, B/556:50, zitiert nach: Germann, „Österreicher", 146f.

fallenen oder ermordeten Soldaten 100, für jeden Verwundeten 50 Gefangene oder Geiseln zu erschießen. Hiezu aus jedem Standortbereich sofort so viele Kommunisten, Nationalisten, Demokraten und Juden festnehmen, als ohne Gefährdung der Kampfkraft bewacht werden können." General Böhme hatte über die Befehle Keitels hinaus auch für getötete oder verwundete „Volksdeutsche" Geiselerschießungen angeordnet, und als Geiseln waren auch ausdrücklich „sämtliche Juden" vorgesehen. Im Funkspruch wurden aber die „Volksdeutschen" übersehen.[1948]

Die Massenerschießungen in Kraljevo und Kragujevac

Unter dieser Befehlslage mussten Vergeltungsmaßnahmen zu Massenmord eskalieren. Als die Wehrmachtseinheiten in Kraljevo am 13. Oktober 1941 von den Aufständischen eingeschlossen und mit Artillerie beschossen wurden, wandte die 717. ID den „Sühnebefehl" Böhmes umgehend an. Über die Stadt wurde der Ausnahmezustand verhängt, und „Kommunisten, Nationalisten, Demokraten und Juden [wurden] – soweit Bewachung möglich – als Geiseln festgenommen". Als die Soldaten am 15. Oktober abends aus Häusern beschossen wurden, richtete die Truppe sofort 300 Serben als „Vergeltung" hin. Am 16. Oktober führten die Einheiten der 717. ID Hausdurchsuchungen durch, holten die Menschen aus ihren Wohnungen und trieben sie auf den Straßen zusammen. Als „Vergeltung" für die 14 am Vortag bei den Artilleriekämpfen gefallenen und 20 verwundeten Soldaten erschossen Angehörige des IR 749 und des IR 737 „insgesamt 1736 Männer und 19 kommunistische Frauen". Noch am selben Tag wurden 20 Angehörige der 717. ID mit dem EK II ausgezeichnet.[1949]

Tatsächlich konstatierte General Böhme bereits am 20. Oktober mit besonderer Anerkennung „weitere in letzter Zeit von der Truppe errungene Erfolge", die dazu beitrügen, „das Ansehen der deutschen Wehrmacht in Serbien abermals zu stärken". Darunter verstand er „Säuberungen" der 342. ID im Cer-Gebirge, bei denen die Aufständischen 1700 Tote zu beklagen hatten. Außerdem machten die Deutschen 4500 Gefangene und erbeuteten zwei Geschütze, eine Anzahl von Maschinengewehren, Gewehren und Munition und befreiten 40 verwundete Kameraden. Das IR 125 „säuberte" die Gegend südöstlich von Obrenovac und erschoss etwa 300 Aufständische. Und am 15. Oktober wurde der seit Tagen vorbereitete Angriff der Aufständischen auf Kraljevo von der im Ort liegenden Truppe unter Mitwirkung des von Kruševac anrückenden I. Bataillons des IR 737 abgewiesen. Die Aufständischen hatten nicht nur mindestens 80 Tote zu beklagen, sondern die Deutschen erschossen auch 1755 Geiseln (!) als Sühne für die

[1948] Funkspruch Höh. Kdo LXV an 704. ID, 13. Oktober 1941, 12.45 Uhr, BA/MA, RH 26, 104/14.

[1949] Tagesmeldungen Divisionsstab 717. ID, 13., 14., 15. und 16. Oktober 1941, BA/MA, RH 26-117/3, zitiert nach: Manoschek – Safrian, Österreicher, 347f.

eigenen Verluste. General Böhme schloss seinen Tagesbefehl mit: „Vorwärts zu neuen Taten."[1950]

Zur folgenschwersten Mordaktion aber kam es am 20. und 21. Oktober 1941 in Kragujevac. Kreiskommandant Hauptmann von Bischofshausen verfasste dazu nicht nur einen ausführlichen schriftlichen Bericht, sondern erstattete auch persönlich Meldung beim Chef des Stabes des Befehlshabers Serbien und beim Bevollmächtigten Kommandierenden General, also bei Böhme. Ausgangspunkt war eine „Säuberungsaktion", die das in Kragujevac stationierte III. Bataillon des IR 749 (aus „Oberdonau") zwischen dem 14. und dem 17. Oktober zwischen Kragujevac und dem westlich gelegenen Gornji Milanovac durchführte, auch um die Gefangennahme der Kärntner Landesschützenkompanie von Ende September zu „rächen". Die Truppe wurde, trotz Warnung der Dolmetscher auf der Straße marschierend, von den umliegenden Höhen beschossen und verlor 9 Mann als Gefallene und 27 Verwundete, von denen noch einer verstarb. Gornji Milanovac wurde ziemlich menschenleer vorgefunden, danach vollkommen zerstört. Nach Rückkehr nach Kragujevac erhielt das Bataillon vom IR 749 den Befehl, „für je einen Gefallenen 100, für je einen Verwundeten 50 Serben aus Kragujevac zu erschießen". Daraufhin wurden in den späten Abendstunden des 18. Oktober nach Listen sämtliche männlichen Juden und eine Anzahl Kommunisten, im Ganzen etwa 70 Mann, verhaftet. „Da diese Zahl für die zu Erschießenden 2300 [sic!] bei weitem nicht ausreichte, wurde von den beiden in Kragujevac liegenden Bataillonen III./749 und I./724 beabsichtigt, in gemeinsamer Aktion in der Stadt Kragujevac die Fehlenden durch Verhaftungen auf Straßen, Plätzen und in Wohungen zusammenzubringen." Hauptmann Bischofshausen sah diese geplante Maßnahme im Widerspruch zu den Befehlen General Böhmes vom 9. und 10. Oktober und versuchte den Standortältesten, Major König, auf die sinngemäße Durchführung der genannten Befehle zu bringen, denn in der Stadt Kragujevac sei kein einziger deutscher Wehrmachtsangehöriger oder Volksdeutscher verwundet oder erschossen worden. Daher schlug Bischofshausen vor, „die der Kreiskommandantur seit langem als vollkommen kommunistisch verseucht bekannten Dörfer in der näheren und weiteren Umgebung von Kragujevac zu umzingeln, um die nötige Anzahl zu Erschießender dort zu holen." König ging auf diesen Vorschlag ein und ließ am 19. Oktober drei umliegende Dörfer „ausheben und niederbrennen". Dabei wurden 422 männliche Personen erschossen, darunter ein Pope, in dessen Kirchturm Munition gefunden worden war. Allerdings befahl König für den 20. Oktober ein neuerliches „Durchkämmen" der Stadt Kragujevac; die daraufhin vorgenommenen Verhaftungen auf Straßen, Plätzen, in Werkstätten, Wohnungen, Läden usw. wurden „ohne Ansehung der Persönlichkeit an Männern im Alter zwischen 16 und 60 Jahren vorgenommen". Aus diesen Verhafteten ließ er dann diejenigen wieder frei, die

a. sich im Besitz eines Sonderausweises der Kreiskommandantur oder einer anderen in Kragujevac liegenden Truppeneinheit befanden;

[1950] Tagesbefehl GdI Böhme, 20. Oktober 1941, BA/MA, RH 24/18/87c.

b. Angehörige eines „lebenswichtigen" Berufes oder Betriebes (Ärzte, Apotheker, Bäcker, Fleischer, Lebensmittelhändler, Techniker, Arbeiter des Elektrizitäts- und Wasserwerkes usw.) waren oder
c. sich als Anhänger der Ljotić-Bewegung ausweisen konnten.

Nochmals versuchte Hauptmann Bischofshausen Major König auf einige Gesichtspunkte der Befehle General Böhmes und Staatsrat Turners aufmerksam zu machen und 2300 „Banditen" – also keine Stadtbewohner – als Geiseln erschießen zu lassen. Denn:

> „[...] Eine Erschießung zum Teil völlig Unschuldiger aus hiesiger Stadt kann nach meinem Dafürhalten direkt verheerende Auswirkungen haben. Dass nunmehr erbitterte Angehörige von Erschossenen an deutschen Wehrmachtsangehörigen Racheakte ausüben werden, steht zu erwarten. Sabotageakte am Trinkwasser und an der zur Zeit behelfsmäßigen Lichtversorgung sowie ein Großangriff der Banden gegen die Stadt, bei der die Truppen noch mehr Verluste haben könnten als bisher, sind nicht aus dem Bereich der Möglichkeit. Vor allem aber wird die psychologische Wirkung katastrophal sein. Die Einwohner von Kragujevac haben sich von der deutschen Wehrmacht die Beseitigung der kommunistischen Gefahr und die Einreihung in den Neuaufbau Europas erhofft. Mit der hier angewandten Methode werden wir die Wiedergewinnung der gutgesinnten Elemente keinesfalls erreichen."[1951]

Aber Major König berief sich auf einen Befehl des Regimentskommandeurs des IR 749, „welcher ihm aufgab, die nötige Anzahl von Erschießungen aus Männern der Stadt Kragujevac zusammenzubringen". Am Abend des 20. Oktober 1941 wurden bereits 53 der am 18. Oktober verhafteten „Kommunisten und Juden" erschossen. Am 21. Oktober 7 Uhr früh begann „die Auswahl und Erschießung" aus den etwa 3200 verhafteten „Geiseln". Im Bataillonsbericht hieß es lapidar: „Insgesamt wurden 2300 Serben verschiedenen Alters und Berufes erschossen." Der zahlenmäßig umfangreichste Massenmord an jugoslawischen Zivilisten während des Zweiten Weltkrieges dauerte etwa sieben Stunden, ausgeführt von „ostmärkischen" und „reichsdeutschen" Soldaten. Ein Funkspruch General Böhmes an das IR 749, die aus dem Dornierwerk Festgenommenen nicht zu erschießen, kam offensichtlich zu spät. Dass sich unter den Opfern ganze Klassen von Schülern mit ihren Lehrern, Frauen, Arbeiter von kriegswichtigen Betrieben – wie den Flugzeugwerken Dornier – und sogar einige serbische Kollaborateure befanden, veranlasste auch den Gesandten Benzler zu einer Intervention bei General Böhme, der aber lediglich „nicht wiedergutzumachende Fehlgriffe" feststellte, zu denen es in Kragujevac gekommen sei.[1952]

[1951] Kreiskommandantur I/832, Hptm. von Bischofshausen, an Feldkommandantur 610 in Pančevo und Bfh. in Serbien Abt. Ia in Belgrad, Kragujevac, 20. Oktober 1941, BA/MA, RW 40/12a.

[1952] Bericht über den Einsatz des I/724, 17.-25. Oktober 1941, BA/MA, RH 26-104/16, zitiert nach: Manoschek – Safrian, Österreicher, 349; Funkspruch Bev. Kdr. Gen. in Serbien/Qu. an IR 749, 21. Oktober 1941, 14,10 h, BA/MA, RH 24/18/213; Bericht Ges. Benzler an AA, 29. Oktober 1941, in: ADAP, D, Bd. XIII/2, 579 f.; vgl. Venceslav Glišić, Teror i zločini nacističke Nemačke u Srbiji 1941-1944 (Beograd 1970) 64-66; Tomasevich, Occupation, 67-69; Manoschek, Serbien, 158-165. An der Erschießung der „Sühnegeiseln" war auch das Anfang August 1939 in Wien

Die direkte Kritik eines deutschen Offiziers am wahllosen Massenmord in Kragujevac gab offensichtlich sogar General Böhme zu denken. Zwar lobte er in einem weiteren Geheimbefehl an die deutschen Truppen in Serbien, „dass die Truppe in vorbildlicher Weise und mit der gebotenen Härte die zur Niederwerfung der Aufstandsbewegung notwendigen Maßnahmen ergriffen“ habe. Da aber sein Befehl vom 10. Oktober nicht richtig ausgelegt worden sei, gab er neue Anweisungen zur planmäßigen Steuerung der Gewinnung und Erschießung von Geiseln:

„1) Wahllose Festnahmen und Erschießungen von Serben treiben am Aufstand bisher unbeteiligte Kreise der Bevölkerung zu den Aufständischen, stärken die Widerstandskraft des Kommunismus, schwächen die Aussichten auf schnelle Niederwerfung und schaden dem politischen Endziel des Einsatzes. Die Erschießung von V-Leuten, Kroaten und ganzen Belegschaften deutscher Rüstungsbetriebe sind nicht wieder gutzumachende Fehlgriffe. [...]

2) Die Unterlagen für Festnahmen von Geiseln [...] sind in erster Linie durch die Feld- und Kreiskommandanturen zu beschaffen. [...] Darüber hinaus hat die Truppe durch gut angelegte Unternehmungen in die Aufstandsgebiete Geiseln im genannten Sinne und in der erforderlichen Höhe aus solchen Ortschaften einzubringen, die als Herde der Aufstandsbewegung bekannt sind. Dabei ist zu vermeiden, dass gerade der Rest der Bevölkerung als Geiseln festgenommen und erschossen wird, der – am Aufstand unbeteiligt – vor einer deutschen Strafexpedition nicht geflohen ist. In solchen Fällen sind in erster Linie die Angehörigen der Geflohenen (einschl. Frauen) als Geiseln festzunehmen. Die Häuser der Geflohenen sind niederzubrennen.

3) Frauen, die sich aktiv am Kampf beteiligen – mit oder ohne Waffe – sind wie die männlichen Aufständischen zu behandeln. Frauen, die im Verdacht stehen, den Kampf unterstützt zu haben, sind der kriegsgerichtlichen Aburteilung zuzuführen. Nur als Geiseln festgenommene Frauen dürfen nicht erschossen werden.

4) Personen, die bereits kriegsgerichtlich verfolgt werden, dürfen nicht vor Abschluss des Verfahrens und nicht im Rahmen der Sühnemaßnahmen erschossen werden. Ihre Verurteilung trägt demonstrativen Charakter und ist nach diesem Gesichtspunkt zu vollstrecken.

5) Auf die Zahl der als Sühnemaßnahme zu Erschießenden sind im Allgemeinen die nachweislich während der Kampfhandlungen gefallenen Aufständischen anzurechnen.

6) An den Vermerk in den Tagesmeldungen, ob und in welchem Umfange die Sühnemaßnahmen vollstreckt sind oder wann diese nachgeholt werden, wird erinnert. [...] Soweit nicht genügend Geiseln vorhanden sind oder beigebracht werden können, ist an Bevoll. Kdr. General zu melden, der Ausgleich befiehlt.

7) Die befohlenen Sühnemaßnahmen legen den Truppenkommandeuren eine hohe Verantwortung auf und sind unter Wahrung der mil[itärischen] Form durchzuführen.“[1953]

---

aufgestellte III. Bataillon des Armeenachrichtenregiments 570 beteiligt. – GERMANN, „Österreicher“, 152.

[1953] Bevollm. Kdr. General in Serbien/III/Chef Mil.V/Qu.Nr. 3208/41 geheim, an Befh. Serbien, Höh. Kdo. LXV, 342. ID, IR 125, etc, 25. Oktober 1941, BA/MA, RH 24/18213a. Unterstreichung im Original. Dem Befehl wurden in der Anlage noch Einzelanordnungen für die Durchführung von Erschießungen beigegeben, die an menschenverachtender Präzision kaum zu übertreffen sind:

„a) Die Erschießungskommandos sind von Offizieren zu leiten.

Ende Oktober 1941 gab die überwiegend „ostmärkische“ 717. ID eine Bilanz über ihre „Sühnemaßnahmen“ zwischen dem 26. August und dem 30. Oktober. Demnach gab es bei Hausdurchsuchungen, Bandenüberfällen, Spähtrupps etc. 101-102 eigene Gefallene, 185 Verwundete und 2 Vermisste; die Feindverluste betrugen jedoch mindestens 660 Gefallene, mindestens 10 Verwundete (die große Mehrzahl dürfte entkommen sein), 152 Gefangene, 78 erschossene Gefangene, 4300 (!) erschossene Geiseln sowie fünf angezündete Dörfer und über 160 angezündete Häuser. Das bedeutete, dass allein diese Division in neun Wochen mehr Aufständische und Geiseln erschossen hatte, als Menschen bei der Bombardierung Belgrads ums Leben gekommen waren.[1954]

Von den Massenerschießungen in Kragujevac und Kraljevo hatte natürlich auch der Partisanenstab in Užice gehört, wobei von 5000 Toten in Kragujevac und 1700 in Kraljevo die Rede war. Man spürte das tödliche Grauen, das Serbien erfasst hatte, „aber niemand – die Führer eingeschlossen – sprach gerne darüber“. Đilas fragte noch Jahrzehnte später zu Recht:

> „Was war für die Deutschen der ‚Anlass‘, derartige bis dahin unvorstellbare Maßnahmen zu setzen? War es ein Akt der Vergeltung – einhundert Serben für einen Deutschen, wie sie das schon in den ersten Tagen der Okkupation in Serbien proklamiert hatten? Oder sollten die Lebenszentren Serbiens vernichtet werden, Städte, die für ihr nationales Selbstbewusstein und den Einfluss der Kommunisten bekannt waren? […] Gewiss hatten die Nazis ohnedies ausreichende Gründe dafür, jeglichen Widerstandswillen des Volkes zu zermalmen. Hitler betrachtete die Serben als das auf dem Balkan am meisten staatsbildende und somit auch gefährlichste Volk. […]
>
> Jene Ereignisse lieferten Nedić den ‚überzeugenden Beweis‘, dass den Serben die Ausrottung drohte, sollten sie nicht untertänig und loyal bleiben; den Tschetniks boten sie eine ‚Rechtfertigung‘ gegenüber den Partisanen, weil diese die Deutschen so frühzeitig herausgefordert hatten und dadurch die Dezimierung der Serben und die Zerstörung serbischer Kultur herbeiführten. Den Kommunisten jedoch waren die Erschießungen ein ‚Ansporn‘ zum bewaffneten Kampf als einziger Rettungsmöglichkeit.“[1955]

In den deutschen Meldungen und Befehlen zwischen 25. September und 25. Oktober 1941 hatte es immer wieder Begriffsverwirrungen bezüglich „Freund

---

b) Die Erschießung geschieht mit Gewehr gleichzeitig auf Kopf und Herz auf Entfernung von 8-10 m.

c) Um unnötiges Berühren der Leichen zu vermeiden, treten die zu Erschießenden unmittelbar an den Rand des Grabes heran. Bei Massenerschießungen ist es zweckmäßig, dass die Geiseln mit dem Gesicht zum Grabe knien.

d) Dem Erschießungskommando ist ein Truppenarzt zuzuteilen, der die Abgabe von Fangschüssen anordnet.

e) Kleidungsstücke (auch Schuhwerk) und Wertgegenstände der Erschossenen dürfen in keinem Fall zugunsten der Bevölkerung verwertet werden. Sie sind gegen Empfangsschein den örtlich zuständigen Dienststellen der Militärverwaltung zu übergeben.“

[1954] Meldung 717. ID, KTB/Ia Nr. 1 mit Anlagen (15. Mai - 31. Dezember 1941), Statistik über „Sühnemaßnahmen“ von Ende August bis Ende Oktober 1941, BA/MA, RH 26/117/3a; Germann, „Österreicher“, 151.

[1955] Djilas, Partisanen, 119f.

und Feind im Balkanraum“ gegeben. Daher sah sich der Chef des Generalstabes beim Kommandierenden General und Befehlshaber in Serbien, Oberst Geitner, veranlasst, folgende „Sprachregelung“ zu erlassen:

„1) Četniks	Angehörige der vom Kdr. Gen. u. Bfh. in Serbien anerkannten, regierungstreuen Četniks in Serbien;
2) Ljotić-Freiwillige	Angehörige der regierungstreuen Ljotić-Bewegung in Serbien;
3) Pravosl. Freiwillige	Četniks im deutsch besetzten Kroatien, die die kroat. Regierung anerkennen und sich entweder neutral verhalten oder am Kampf gegen Kommunisten beteiligen;
4) Antikommunisten	Četniks im ital. besetzten Kroatien, die im Einvernehmen mit Italienern gegen die Kommunisten kämpfen;
5) Mihailović-Anhänger	großserbische, den Besatzungsmächten und Landesregierungen feindlich gesinnte Nationalbewegung unter Draža Mihailović;
6) Kommunisten	nach Weisungen Moskaus milit. organisierte Banden, ohne Rücksicht auf Volks- und Religionszugehörigkeit (früher Partisanen genannt);
7) Banditen	unpolitische Räuberbanden;
8) Aufständische	als Sammelbegriff für alle gegen die Besatzungsmächte und Landesregierungen in Serbien und Kroatien Kämpfenden einschl. der unter 5-7 genannten Gruppen.“[1956]

Besonders klar war auch diese Sprachregelung nicht, da etwa die „Četniks“ in Serbien und Kroatien als regimetreu eingeschätzt, die sich selbst als *Četnici* bezeichnenden „Mihailović-Anhänger“ aber offensichtlich als „feindlich“ eingestuft wurden. Tatsächlich gab es eben *Četnici*, die mit den Deutschen und Italienern – wohl kaum mit den *Ustaše* – kollaborierten, und solche, die die Besatzer bekämpften. Und auch dieses Verhalten wechselte während des Krieges mehrmals.

Am Abend des 13. November 1941 fragte das Oberkommando der Wehrmacht in einem Fernschreiben an, welchen Wahrheitsgehalt eine Presseäußerung des serbischen Ministerpräsidenten Nedić habe, wonach sich Unterhändler „eines gewissen Mihailowitsch“, des Führers der Aufstandsbewegung, an deutsche Dienststellen mit der Bitte um Verhandlungen gewandt hätten. Sie seien abgewiesen worden mit dem Hinweis, dass man nur mit Mihailović, nicht aber mit Zwischenpersonen verhandeln wolle. – Der Chef des Generalstabes des Wehrmachtsbefehlshabers Südost antwortete darauf fernmündlich nach Rücksprache mit dem Kommandierenden General in Serbien:

„Bandenführer Mihailowitsch hat dem Kom. General in Serbien seine Banden zum gemeinsamen Kampf gegen Kommunisten angeboten. Angebot ist abgelehnt worden mit Forderung [nach] bedingungsloser Kapitulation. Antwort steht aus. Gestern erstmalig Kampf von Mihailo-

[1956] Kdr. Gen. u. Bfh. in Serbien, Abt. Ia, Nr. 5438/42 geh., Belgrad, 18. Oktober 1941, BA/MA, RW 40/34, fol. 126.

witsch-Banden gegen Kommunisten. Diese Tatsache ändert nichts an der Forderung [nach] bedingungsloser Kapitulation."[1957]

Obwohl ihm der Chef seines Verwaltungsstabes, SS-Gruppenführer Turner, schon Anfang Oktober geraten hatte, sowohl die Regierung Nedić als auch einzelne Četnik-Gruppen und damit größere Teile der Bevölkerung für die Bekämpfung der Partisanen zu gewinnen, lehnte General Böhme jede Kooperation mit den *Četnici* vor deren bedingungsloser Kapitulation ab. Von einer sicher perfiden, aber möglicherweise wirksamen *divide et impera*-Politik wollte Böhme offensichtlich nichts wissen und nahm lieber den totalen Bruch zwischen deutscher Besatzungsherrschaft und serbischer Bevölkerung in Kauf.[1958]

Im zuständigen 12. Armeeoberkommando in Saloniki akzeptierte man zwar die Entscheidung Böhmes, hätte aber unter Umständen mit einem Teil der *Četnici* gegen die Partisanen kooperiert. In einer Chefbesprechung am 17. November 1941 schilderte der Ia, Major i.G. Macher, die Lage in Serbien:

„In Belgrad und im Banat Ruhe. Nach Ansicht des XVIII. AK gebe es im südlichen Teil Serbiens wachsenden Widerstand der Bevölkerung gegen Aufständische. Angebot des Obersten Mihailowitsch, seine Banden zum gemeinsamen Kampf gegen die Kommunisten zur Verfügung zu stellen, wurde abgelehnt und [die] bedingungslose Kapitulation gefordert. Mihailowitsch hat geantwortet, er müsse erste seine Unterführer fragen. Mihailowitsch verlangte Waffen zur Bekämpfung der Kommunisten! Ein Spiel mit den Waffen, Kampf um die Futterkrippe zwischen den einzelnen Banden! Immerhin scheint es einem Teil der Mihailowitsch-Banden mit dem Kampf gegen die Kommunisten ernst zu sein.

Der von der 342. Division gesäuberte Raum in der Mačva ist durch Banden, die aus dem Cer-Gebirge nach Norden vorstoßen, erneut gefährdet. Gleichzeitig wiederholen sich die Kämpfe im Raume um Valjevo. Das übrige Gebiet Serbiens kennzeichnet sich durch vereinzelte Bandenüberfälle. Neu ist, dass jetzt auch Banden ostw[ärts] und südl[ich] von Nisch vermehrt auftreten.

In Kroatien hat sich Aufstandslage verschärft. Die Italiener haben Višegrad besetzt. Wir haben Nachrichten, dass die Italiener mit Absicht den Banden nicht das Handwerk legen."[1959]

Der Armeeoberbefehlshaber GFM List selbst hatte am 16. November einen OKH-Befehl betreffend die Wirtschaft in Serbien erhalten. Danach wurde der Schutz der serbischen Wirtschaftsgebiete (Gruben von Bor, Kohlengebiet Ostserbiens usw.) als vordringlichste Aufgabe bezeichnet. Das bedeutete, dass die Bekämpfung der Aufstandsbewegung und die Bahnsicherung im Hinblick auf die vorhandenen Kräfte in den Hintergrund treten müssten. Der Wehrmachtsbefehlshaber Südost forderte daher eine wesentliche Verstärkung der Kräfte an. Denn: Sollte jetzt im Winter eine vorübergehende Beruhigung in Serbien eintreten, so müsse mit dem Wiederaufleben der Aufstandsbewegungen im kommenden Frühjahr gerechnet werden. Daher werde aus emigrierten Russen in Serbien ein bewaff-

[1957] Lagebericht AOK 12/I, 13. November 1941, BA/MA, RH 20/12/104a.
[1958] Germann, „Österreicher", 149f.
[1959] Ebenda.

neter und ausgerüsteter Werkschutz im Umfang von 5-6000 Mann aufgestellt, und der Bahnschutz Niš–Skopje und Niš–Sofia werde durch Bulgaren verstärkt.[1960]

Die Ursachen für die Abberufung Böhmes aus Serbien sind nicht bekannt, die Abberufung ist aber keineswegs als Disziplinierung zu verstehen; dagegen spricht sowohl Böhmes weitere Laufbahn als auch die weitgehende Fortsetzung seiner Repressionspolitik. Zweifellos hatte General Böhme Mitte September 1941 als Kommandierender General eine schwierige militär- und sicherheitspolitische Aufgabe übernommen, da sich in größeren Teilen des Landes die beiden Aufstandsbewegungen der *Četnici* und der Partisanen festgesetzt hatten und die Kompetenzstreitigkeiten zwischen den verschiedenen deutschen Dienststellen der Wehrmacht, der SS, des Reichsaußenministeriums und des Vierjahresplanes – und nicht zu vergessen: der Regierung Nedić – mit diesen Verhältnissen nicht fertig wurden. Darüber hinaus übertrugen die Flüchtlingswellen aus dem „Unabhängigen Staat Kroatien" weitere Unsicherheit nach Serbien. Böhmes Vorgesetzte, GFM Keitel und GFM List, hatten ihm unmissverständliche Befehle mitgegeben, in denen von rücksichtslosen Sofortmaßnahmen, Aufhängen, Niederbrennen und Geiselerschießungen nach hohen Quoten die Rede war. Böhme meinte, die Aufstandsbewegung in Serbien nur mit Feuer und Schwert auslöschen zu können, und dementsprechend ließ er die ihm unterstellten Besatzungstruppen auch vorgehen. Böhmes und seiner Truppen Rücksichtslosigkeit wurde sicher durch den einen oder anderen Überfall auf deutsche Kolonnen und Garnisonen gesteigert, sodass es schließlich zu den massenhaften Geiselerschießungen in Kraljevo und Kragujevac kam, die bereits genozidalen Charakter annahmen. Dass Böhme in seinem nahezu blindwütigen Agieren gleich auch sämtliche Juden erschießen ließ – ohne dazu von irgendjemandem aufgefordert worden zu sein, auch nicht von Keitel –, zeigte sein kaum zu irritierendes Bestreben, die ihm übertragene Aufgabe zu mehr als 100 Prozent zu erfüllen. Daher war Böhme auch nicht bereit, mit den *Četnici* irgendein Abkommen zur Bekämpfung der Partisanen zu treffen.[1961]

Die verheerende moralische und politische Bilanz, die die verbrecherischen „Sühnemaßnahmen" General Böhmes anrichteten, wurde weitblickenderen „ostmärkischen" Offizieren schon sehr bald bewusst. Der Leiter der Kriegswissenschaftlichen Abteilung der Luftwaffe – Zweigstelle Wien, Oberst Jaromir Diakow, hielt von seiner Reise nach Serbien Ende Jänner 1942 folgenden trostlosen Eindruck aus der Stadt Kraljevo fest:

> „[...] Kraljevo ist zur Zeit eine Stadt in Trauer. Von etwa 9000 bis 10.000 Einwohnern wurden als Strafe für den letzten Angriff der Kommunisten Ende 1941 auf Kraljevo 2300 Männer (darunter auch Frauen) des Ortes von den deutschen Truppen erschossen. Wer könnte ermessen, wie viel[e] Schuldige darunter waren; man schätzt sie auf einige wenige. In solchen Straffällen werden die Ortsbewohner zur Kirche oder Gemeinde gerufen und die zu Erschießenden her-

[1960] Ebenda. Nach der Oktoberrevolution waren etwa 20.000 Russen nach Jugoslawien emigriert, die sich überwiegend in Serbien niedergelassen hatten.

[1961] Germann, „Österreicher", 154-157.

ausgegriffen. Überdies nehmen die Truppen solange Ortsbewohner in Haft, bis die Zahl der zu Erschießenden voll ist. Dass die Schuldigen und Schuldbewussten in den „Wald“ flüchten, ist klar. Wie wahllos beim Herausgreifen vorgegangen wird, dafür sind die Flugzeugwerke in Kraljevo ein Beweis, die heute [im Jänner 1942, Anm. Suppan] stillstehen, da man eine große Anzahl Facharbeiter, obwohl dauernd beschäftigt, erschossen hat. So vermehren derartige Massenfüsilierungen nur den „Wald“ [gemeint sind die Partisanen, Anm. Suppan], dem es wieder gleichgültig ist, wie viel von den ruhigen Serben erschossen werden. Keine Frau in Kraljevo, die nicht durch den Tod ihres Mannes oder eines Anverwandten getroffen ist; sie gehen alle in Schwarz. Verzweifelt, wenn auch resigniert sieht die Bevölkerung Kraljevos dem kommenden Frühjahr wie dem sicheren Tode entgegen. Sie sagen: ‚Machen wir nichts, erschießen uns die Kommunisten. Die Deutschen wieder erschießen uns, weil die Kommunisten im Frühjahr sicherlich wieder rege werden.‘“[1962]

Nicht zufällig hielt die Anklageschrift im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg neben der Ermordung von Geiseln in Frankreich, Holland und Belgien exakt die beiden größten Massenmorde in Serbien fest: In Kragujevac seien im Oktober 1941 2300 Geiseln, in Kraljevo sogar 5000 Geiseln erschossen worden. Artikel 50 der HLKO hielt fest, dass Repressalien gegenüber der Zivilbevölkerung nur bei nachgewiesener Widerstandshaltung zulässig seien; die grundsätzliche Zulässigkeit von Geiselnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit des besetzten Gebietes blieb aber davon unberührt und wurde von der Mehrheit der Völkerrechtler in der Zwischenkriegszeit anerkannt. Daher wurden die Wehrmachtsbefehlshaber, die für die massenhaften Geiselerschießungen verantwortlich waren, zwar von den Nürnberger Kriegsverbrechertribunalen zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt, die alliierten Richter begründeten ihre Urteile allerdings mit den hohen Erschießungsquoten und nicht mit der Verwerflichkeit der Tötung von Zivilisten.[1963]

Nach Übergabe seines Kommandos an den General der Artillerie Paul Bader ließ Böhme seinen Oberquartiermeister die „Wirkung“ seiner „Sühnemaßnahmen“ bis zum 5. Dezember 1941 zusammenfassen:

– eigene Verluste: 160 Gefallene, 378 Verwundete;
– Feindverluste: 3562 im Kampf Getötete; 11.164 durch Sühnemaßnahmen Getötete.

Diese relativ hohen Verlustzahlen auf serbischer Seite waren jedoch dem General Böhme bei weitem zu wenig, da er seiner Verlust-Aufstellung unter maximaler Auslegung von Keitels Befehl noch folgende Hochrechnung hinzufügte:

– 160 deutsche Gefallene müssten 16.000 Geiselerschießungen nach sich ziehen;
– 378 deutsche Verwundete müssten 18.900 Geiselerschießungen nach sich ziehen,
– zusammen also insgesamt 34.900 Geiselerschießungen.

1962 Reisebericht des Obersten Jaromir Diakow von einer Reise nach Serbien – Belgrad – Kraljevo, 21. Jänner - 31. Jänner 1942, Wien, 2. Februar 1942, ÖStA, KA, Nachlass Diakow, B/727:59, zitiert nach: Germann, „Österreicher“, 153.

1963 Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. I, 58f.; Fall 7; Schmider, Kriegsschauplatz, 1072.

– Von dieser Zahl seien die 3562 im Kampf Getöteten und die 11.164 Geiselerschießungen abzuziehen.
– „Damit wären noch zu sühnen: 20.174.“[1964]

Diesen Zahlen muss zumindest die Hochrechnung des SS-Gruppenführers Turner, immerhin der Chef des Verwaltungsstabes beim Befehlshaber in Serbien, gegenübergestellt werden, der bereits Anfang November 1941 berichtete, dass im Kampf gegen die Aufständischen und als „Sühne“ bereits rund 20.000 Serben, Juden und Roma erschossen worden seien.[1965] Die Diskrepanz zwischen den Zahlen Böhmes und Turners ist vermutlich dadurch zu erklärten, dass nach Mitteilung des serbischen Innenministeriums allein die serbische Polizei im Zeitraum zwischen Anfang September 1941 und Ende Februar 1942 4819 Partisanen getötet, 588 verwundet und 2679 gefangen genommen hatte; die eigenen Verluste hatten 453 Gefallene, 370 Verwundete und 262 Vermisste betragen. SS-Gruppenführer Turner könnte diese Zahlen dazugerechnet haben.[1966]

Tatsache blieb jedenfalls, dass beim Abgang Böhmes aus Serbien im Lande selbst verhältnismäßig „Ruhe“ herrschte, beinahe Grabesruhe. Nach den brutalen Aufstandsversuchen der *Četnici* und der Partisanen im Herbst 1941 und den rücksichtslosen Repressalien der deutschen Besatzungsmacht sahen sich im Dezember 1941 sowohl die *Četnici* als auch die Partisanen mit ihrem „Obersten Stab“ (*Vrhovni Štab*) gezwungen, ihre Hauptoperationsgebiete in den Sandžak, nach Bosnien, in die Herzegowina und nach Montenegro zu verlegen. Die beiden Aufstandsbewegungen waren zwar stark dezimiert, aber noch nicht vernichtet.[1967]

Doch die deutsche Besatzungsmacht – die bereits 100.000 Reichsmark auf den Kopf Titos ausgesetzt hatte (und zwar für den lebenden wie für den toten Tito) – intensivierte ihre Offensive gegen die Partisanen, eroberte am 29. November 1941 Užice zurück und zwang die Partisanen zum Rückzug über den Sandžak und das nördlichste Montenegro ins südlichste Bosnien, verkehrstechnisch unzugängliche Gebiete, die mehrheitlich von Muslimen bewohnt waren. Die Partisanen schleppten ihre Verwundeten, die Druckerei, Kisten voller Silbergeld, Lebensmittel und Kleidung mit und transportierten es über das Zlatibor-Gebirge und über den Uvac. (Tito hatte dort als kroatischer Honvéd-Soldat im Herbst 1914 gekämpft.) Die

[1964] Aktennotiz Bev. Kdr. Gen. in Serbien (Oblt. Rudolph), Belgrad, 20.12.1941, BA/MA, RW 40/23a. Zur Statistik wurde bemerkt, dass die Meldungen der unterstellten Einheiten lückenhaft seien, da vor allem zu Beginn des Aufstandes die Exekutionen ohne schriftliche Niederlegung erfolgten.

[1965] 6. Lagebericht des Verwaltungsstabes beim Befehlshaber in Serbien, SS-Gruppenführer Turner, Belgrad, 6. November 1941, ÖStA, KA, Nachlass Franz Böhme, B/556:50, zitiert nach: Germann, „Österreicher“, 156f.

[1966] 10. Lagebericht des Verwaltungsstabes beim Militärbefehlshaber in Serbien, 6. März 1942, BA/MA, RW 40/192.

[1967] Bev. Kdr. Gen. in Serbien (Oblt. Rudolph), Aktennotiz zu den seit Beginn der Aufstandsbewegungen in Serbien bis 5. Dezember 1941 vollzogenen Sühnemaßnahmen, 20. Dezember 1941, BA/MA, RW 40/23a; Schmider, Partisanenkrieg, 78f.; vgl. P. N. Hehn, The German Struggle against the Yugoslav Guerilla 1941-1943 (New York 1979).

Deutschen verfolgten die Partisanen auch mit leichten Bombern, hielten sich aber noch an die Demarkationslinie mit der italienischen Besatzungsmacht. Der Rückzug des Obersten Stabes bzw. des Zentralkomitees führte über Kraljeve Vode nach Nova Varoš und Drenova im Sandžak. Hier wurde am 7. Dezember 1941 eine improvisierte Politbüro-Sitzung abgehalten, in der Tito unter dem Eindruck der Niederlage seinen Rücktritt als Generalsekretär der KPJ anbot, der jedoch einstimmig abgelehnt wurde. Kleine italienische Detachements zogen sich vor den Partisanen zurück; schriftlich hielten sich Italiener und Partisanen Kriegsverbrechen wie die Erschießung von Kriegsgefangenen vor. Von den Partisanen gefangene *Četnici*, aber auch Verräter und Deserteure wurden kurzerhand erschossen. Da sich dem Rückzug aus Serbien weniger die landgebundenen Bauern, sondern mehr die landungebundenen Arbeiter angeschlossen hatten, gab ihnen Tito – auf Wunsch der übrig gebliebenen Kämpfer – am 21. Dezember 1941 (Stalins Geburtstag) den Namen „Erste Proletarische Brigade“. Diese anfänglich lediglich 1200 Mann starke Formation sollte in Zukunft eine militärische Speerspitze der Partisanenbewegung werden. Unter Umgehung von Prijepolje und Pljevlja, die von Italienern und *Četnici* verteidigt wurden, marschierten die serbischen Einheiten der Partisanen im Jänner und Februar 1942 nach Foča im südlichsten Bosnien. Bereits in Čajniče bildete Tito auch die „Zweite Proletarische Brigade“.[1968]

Die Kominternführung, die im Herbst 1941 über Radio Moskau mehr den Kampf der *Četnici* gegen die Deutschen gewürdigt hatte, war mit diesen Maßnahmen Titos unzufrieden und kritisierte Tito, nicht mit der jugoslawischen Exilregierung und London zusammenzuarbeiten, sondern der Partisanenbewegung einen kommunistischen Charakter zu geben und den Weg zur Sowjetisierung Jugoslawiens einzuschlagen. Und Tito wurde an seine Hauptaufgabe erinnert, „alle Hitler-feindlichen Elemente zu vereinigen, damit die Okkupatoren zerschlagen werden und die nationale Befreiung erkämpft wird“. Aber Tito wies auf den angeblichen Verrat der *Četnici* hin und verlangte die Entsendung eines Beobachters der KPdSU nach Jugoslawien.[1969]

Die deutschen Verfolgungsmaßnahmen galten aber nicht nur den Partisanen Titos, sondern auch den *Četnici* von Mihailović. Nachdem Hitler Geheimgespräche der deutschen Besatzungsmacht mit der Mihailović-Bewegung untersagt hatte, griff die 342. Infanteriedivision Anfang Dezember 1941 das Hauptquartier der *Četnici* in der Ravna Gora an, ohne freilich einen entscheidenden Erfolg erzielen zu können. Nun setzte der deutsche Befehlshaber in Serbien auch auf den Kopf von Mihailović 100.000 Reichsmark aus, aber alle Versuche, ihn zu fassen, blieben

[1968] Djilas, Partisanen, 131-186; Vilko Vinterhalter, Životnom stazom Josipa Broza (Beograd 1968) 292f.; Prunkl – Rühe, Tito, 84f. Schmider, Partisanenkrieg, 84. Nach dem Bruch mit Stalin 1948 wurde der Geburtstag der „Ersten Proletarischen Brigade“ auf den 22. Dezember verlegt.

[1969] Moša Pijade, Das Märchen von der sowjetischen Hilfe für den Volksaufstand in Jugoslawien (Belgrad 1950) 23; Prunkl – Rühe, Tito, 85.

ergebnislos. Im Gegenzug wurde Mihailović am 7. Dezember 1941 von der Exilregierung zum Brigadegeneral, am 11. Jänner 1942 zum Kriegsminister sowie zum Oberbefehlshaber der „Jugoslawischen Armee in der Heimat" und am 19. Jänner 1942 zum Divisionsgeneral ernannt. Als einziges jugoslawisches Regierungsmitglied im Lande und als der von den Alliierten (einschließlich der Sowjetunion) anerkannte Führer des jugoslawischen Widerstands genoss Mihailović bis in die zweite Hälfte 1943 eine bescheidene materielle und propagandistische Unterstützung der Anti-Hitler-Koalition. Dennoch gelang ihm kein straffer Aufbau einer einheitlichen Organisation, da einzelne Četnik-Gruppen in Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina bereits ab Herbst 1941 begannen, mit der Regierung Nedić bzw. der italienischen und deutschen Besatzungsmacht zusammenzuarbeiten.[1970]

Die deutsche Besatzungspolitik in Serbien 1942-1944 und die Regierung Nedić

Nach der Verdrängung der kommunistischen Aufständischen aus Serbien gab es auf dem Gebiet der deutschen Militärverwaltung bis zur Mitte des Jahres 1944 nur mehr drei Machtfaktoren: die deutsche Besatzungsmacht mit einander konkurrierenden Vertretern des OKW (General Bader), der SS (SS-Gruppenführer Meyszner), des Auswärtigen Amtes (Gesandter Benzler) und des Vierjahresplanes (NSKK-Gruppenführer Neuhausen); die serbische Regierung unter General Nedić und die nationalserbische Widerstandsbewegung der *Četnici* unter General Mihailović. Da jeder der vier deutschen Besatzungsvertreter (mit dem Chef des Militärverwaltungsstabes, Staatsrat Turner, waren es eigentlich fünf) – trotz Unterstellung unter Bader – das Recht hatte, innerhalb seines Aufgabenbereiches Nedić Weisungen zu erteilen, sah sich der serbische Ministerpräsident einem manchmal undurchschaubaren Kompetenz-Wirrwarr gegenüber.[1971] Auch eingedenk der schweren Verluste im Ersten Weltkrieg hatte General Nedić in mehreren Rundfunkansprachen bereits im Herbst 1941 die Aussichtslosigkeit des bewaffneten Widerstandes angeprangert. Aber verschiedene Maßnahmen der deutschen Besatzungsmacht – Besetzung Südost-Serbiens durch ein bulgarisches Korps von etwa 26.000 Mann (nach Abzug zweier deutscher Infanteriedivisionen); Entzug der Kommandogewalt über die Ljotić-Freiwilligen und über die Serbische Staatswache – verschärften neuerlich die Krisenlage zwischen den Besatzern und den Besetzten.[1972]

Krieg und Besatzung hatten in Serbien bereits nach dem ersten Jahr schwere soziale Verwerfungen verursacht. Das serbische Besitz- und Bildungsbürgertum, die gesellschaftspolitische Führungsschicht in der Zwischenkriegszeit, befand sich in einem rapiden Verfallsprozess. Die Beamten hatten großteils ihr Einkommen verloren, die Sparer ihre Guthaben, die Rentner ihre Pensionen. Die hohen Ver-

[1970] Sundhaussen, Geschichte Serbiens, 329f.; Tomasevich, Occupation, 184f., 191.
[1971] Schmider, Partisanenkrieg, 421-427; vgl. auch Umbreit, Kontinentalherrschaft, 73-75.
[1972] Schmider, Kriegsschauplatz, 1036-1038.

luste an jüngerer männlicher Bevölkerung – sei es durch Kriegsgefangenschaft, Geiselerschießungen oder Übertritt zu einer Widerstandsbewegung – bedrohten die Existenz Hunderttausender Familien, die bisher auf die alleinverdienenden Männer angewiesen waren. Zwar akzeptierte eine Mehrheit der Bevölkerung die „Autorität" Nedić', dennoch erreichte er nicht die „kritische Masse", die für einen stabilen Rückhalt seines Regimes in der Bevölkerung notwendig gewesen wäre. Die uneinheitliche Trägerschicht des Regimes setzte sich aus Teilen des „gesäuberten" Beamtentums, des Offizierskorps sowie des Polizei- und Gendarmeriekorps, aus Händlern und Unternehmern, aus einem kleineren Teil des orthodoxen Klerus sowie aus dem extremen Flügel der nationalistischen *Intelligencija* und der unter dem Einfluss von Ljotić stehenden Studenten- und Jugendbewegung zusammen. Ein anderer Teil des Bürgertums – vermutlich der größere Teil – blieb Anhänger der königlich-jugoslawischen Exilregierung und der Mihailović-Bewegung. Diejenigen etwa 1200 Offiziere, die im April 1941 der deutschen Kriegsgefangenschaft entgangen waren und sich noch im Land aufhielten, wurden im Dezember 1941 – nachdem sie sich dem neuen Regime verweigert hatten – verhaftet und zu Beginn des Jahres 1942 in deutsche Gefangenenlager deportiert. Unter den schon im April 1941 in deutsche Gefangenschaft geratenen Offizieren versuchte andererseits Nedić Anhänger zu werben und bot ihnen die Entlassung aus den deutschen Lagern an, sofern sie eine Unterstützungserklärung für die Regierung Nedić unterschrieben; etwa 1000 Offiziere taten dies. Die Mehrzahl des serbischen Offizierskorps blieb freilich auf Seiten der Exilregierung mit Mihailović. Und die Exilregierung verfügte am 22. Dezember 1941, dass alle jugoslawischen Offiziere ihren Rang verlieren, wenn sie sich Nedić oder Pavelić anschließen.[1973]

Angesichts des offensichtlichen Misserfolges Nedić', unter der bürgerlichen Elite eine entsprechende Unterstützung zu bekommen, verstärkte sich in ihm die Ansicht, dass eine stabile „nationale" und „rassisch autochthone" soziale Basis für sein Regime nur unter der ländlichen Bevölkerung zu finden sei, zumal diese noch immer mehr als 80 % der Bevölkerung ausmachte. Allerdings stammte der größte Teil der etwa 150.000 jugoslawischen Kriegsgefangenen, die sich bis zum Ende des Krieges in deutschen Lagern aufhielten, aus der bäuerlichen Bevölkerungsschicht, die unter den Folgen von Krieg und Besatzung besonders schwer zu tragen hatte. Denn sie musste große Mengen an Nahrungsmitteln an die Okkupationskräfte und die hungrigen Stadtbewohner abliefern und war direkt den Plünderungen der Besatzer und der Widerstandsbewegungen sowie den beiderseitigen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt. Die Rolle der serbischen Arbeiterschaft im Nedić-Regime war vergleichsweise gering, da es nur etwa 110.000 bis 150.000 Industriearbeiter gab; freilich gerieten sie in den Zentren der Rüstungsindustrie in

[1973] Ristović, Nedić, 658-661; Rausch, Exilregierungen, 384; vgl. Holm Sundhaussen, Okkupation, Kollaboration und Widerstand in den Ländern Jugoslawiens 1941-1945, in: W. Rohe (Hg.) Europa unterm Hakenkreuz. Beiträge zu Konzeption und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik (Berlin 1994) 362.

Kragujevac und Kraljevo massenhaft unter die Geiselopfer und stellten eine bedeutende Gruppe unter den Kommandanten und Kämpfern der Partisanen. Andererseits wurden bereits 1941 etwa 75.000 serbische Arbeiter zur Zwangsarbeit in Deutschland rekrutiert, und im Frühjahr 1943 mussten in Serbien selbst insgesamt 176.000 serbische Arbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft arbeiten, 25.000 allein im Kupferbergwerk Bor.[1974]

Seit Herbst 1941 hatte Nedić versucht, an Hitler heranzutreten, um das deutsche Vorgehen gegenüber Serbien zu mildern und einen Platz in den Konzeptionen der „Neuen Ordnung" in Europa zu finden. Anfang 1942 wandte sich Nedić sogar an Marschall Antonescu um Hilfe, und dieser übermittelte der deutschen Führung, „Nedić sei bereit, loyal mit Deutschland zusammenzuarbeiten, wenn ihm von deutscher Seite geholfen würde […]. Wenn ihm nicht Vertrauen geschenkt und die Möglichkeit gegeben würde, Ruhe in Serbien zu schaffen, [müsse, Erg. Ristović] er sein Amt niederlegen. [Dies] würde ein allgemeines Chaos in Serbien bedeuten." Seine mehrmaligen Drohungen, das Amt niederzulegen oder gar Selbstmord zu begehen, hatten nicht den von Nedić erwarteten Effekt. Bei einer Aussprache im September 1942 zwischen Hitler und dem neuen Wehrmachtbefehlshaber Südost, Generaloberst Löhr, trug dieser den Wunsch Nedić' vor, seiner Verwaltung den Status einer legalen Regierung zuzuerkennen. Hitler ließ sich auf keine Zusage ein, und Staatssekretär Luther übermittelte am 24. Oktober an den Gesandten Benzler in Belgrad, dass Nedić nicht als „legaler Träger der öffentlichen Regierung" behandelt werden könne, sondern nur als „Chef der legalen Regierung". Offensichtlich war Nedić nicht Kollaborateur genug, um Hitlers Vertrauen zu gewinnen, hatte sich aber andererseits „durch die Zusammenarbeit mit den Deutschen viel zu sehr kompromittiert, um die Bevölkerung hinter sich zu vereinen".[1975]

General der Artillerie Paul Bader kam zwar der verbrecherischen Aufforderung seines Vorgängers Böhme nicht nach, weitere 20.000 „Sühnegeiseln" hinrichten zu lassen, sondern senkte sofort die „Sühnequoten", allerdings nur auf die von GFM Keitel vorgesehene untere Grenze, so dass für einen getöteten deutschen Wehrmachtsangehörigen oder „Volksdeutschen" noch immer 50 „Sühnegefangene" hinzurichten waren, für einen Verwundeten nunmehr 25. Das bedeutete nach wie vor, dass nach den Verlustmeldungen der Wehrmachtseinheiten beim Militärbefehlshaber in Serbien dieser unverzüglich die Erschießung der entsprechenden Anzahl von Sühnegefangenen befahl. Die in speziellen Lagern konzentrierten Geiseln wurden daraufhin von den Feld- bzw. Ortskommandanturen ausgewählt und – wenn möglich – von den betroffenen Wehrmachtseinheiten erschossen.[1976] General Bader erließ am 20. Dezember 1941 sogar einen präzisen Befehl an seine Truppen, wie Gefangene und Geiseln für „Sühnemaßnahmen" weiterhin zu erfassen seien:

[1974] Ristović, Nedić, 661-663.

[1975] PA AA, Büro des Staatssekretärs, Jugoslawien, Bd. 4, in: Ristović, Nedić, 685f.; Sundhaussen, Okkupation, 326.

[1976] Befehl GdA Bader, 12. Dezember 1941, BA/MA, RW 40/14a-e.

„[...] Das von höchster deutscher Stelle befohlene harte rücksichtslose Durchgreifen der Truppe bei der Sühne für Menschenleben hat wesentlich zur raschen und erfolgreichen Niederwerfung des Aufstandes in Serbien beigetragen. Die Vollzugsmeldungen des Höh.Kdos. und der Divisionen zeigen, dass der Führerbefehl über Sühnemassnahmen bis zum 5. 12. 1941 im vollen Umfange durchgeführt worden ist [sic!].

Die Sühnemaßnahmen werden weiterhin fortgesetzt. Um hierbei etwa bestehende Zweifel auszuschließen, weise ich darauf hin, dass 3 Gruppen von Gefangenen zu unterscheiden sind:

1) Sühnegefangene sind Personen, die auf Grund ihrer Einstellung und ihres Verhaltens zur Sühne für deutschen Menschenleben bestimmt sind, z. B. nicht mit der Waffe betroffene [gemeint war wohl: angetroffene, Anm. Suppan] Kommunisten, Zigeuner, Juden, Verbrecher u. dergl.

2) Geiseln sind Personen, die im öffentlichen Leben eine Rolle spielen und auf Grund ihrer Persönlichkeit in ihrem Tätigkeitsbereich einen gewissen Einfluss auf die Bevölkerung ausüben. Sie setzen sich zusammen aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung. Mit ihrem Leben haften sie für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit in ihrem Landesteil.

3) Gefangene der Truppe sind Personen, die im Verlauf einer Unternehmung als verdächtig festgenommen wurden. Sie bedürfen einer weiteren Überprüfung durch die Organe der Feld-Kommandanturen. Entweder werden sie freigelassen oder sie werden zu Sühnegefangenen überführt.“[1977]

General Bader gab auch genaue Instruktionen, wie die verschiedenen Kategorien von Gefangenen zu behandeln seien:

„1) Gefangene sind von der Truppe nach kurzer Vernehmung unter Mitgabe des Vernehmungs-Ergebnisses an die nächste zuständige Kreis- oder Feldkommandantur zu überweisen. [...] Nach Überprüfung bei der Feldkommandantur sind sie als Sühnegefangene in den zuständigen Lagern für Vergeltungsmaßnahmen bereit zu halten oder zu entlassen.

2) Die Erfassung von Geiseln ist Aufgabe der Feld-, Kreis- und bodenständigen Ortskommandanturen. Die Truppe hat sich damit nur in Ausnahmefällen [...] zu befassen. [...] Die Heranziehung [von Geiseln, Anm. Suppan] zu Sühnemaßnahmen sowie ihre evtl. Auswechslung verfügt der Chef des Verwaltungsstabes d. Befehlshabers in Serbien gesondert.

3) Die Feldkommandanturen unterhalten in erforderlichem Ausmaße für diese Zwecke Lager. In Belgrad übergibt die Feldkommandantur ihre Gefangenen dem bereits bestehenden Lager der Einsatzgruppe der S.P. und des S.D. In Kraljevo ist ein entsprechendes Lager sofort zu errichten. Sämtliche Lager unterstehen dem Chef des Verw. Stabes d. Bef.[ehlshabers] in Serb[ien]. [...] Sichtung und Überprüfung aller Gefangenen ist ausschließlich Aufgabe der jedem Lager zur Verfügung gestellten SS-Führer.

4) Treten Wehrmachtsverluste ein (Tote und Verwundete), so sind sie außer auf dem IV b Dienstweg mit den Tagesmeldungen an [den] Bev. Kdr. General zu melden. [...] Grundsätzlich sind die bei Kampfhandlungen mit Waffen angetroffenen Aufständischen einschließlich der Mihajlović-Anhänger zu erschießen. Sie haben mit der Geiselerfassung nichts zu tun, rechnen jedoch auf die für die Sühnemaßnahmen befohlene Quote.

[1977] Befehl Bev. Kdr. Gen. in Serbien, GdA Bader, 20. Dezember 1941, BA/MA, RW 40/14, Anlage 3, Bl. 95-98, zitiert nach: Verbrechen der Wehrmacht, 518. Unterstreichungen im Original.

5) Sühnegefangene und Geiseln dürfen von nun ab nur noch auf meinen vorausgegangenen schriftlichen Befehl, der für jeden Einzelfall einzuholen ist, erschossen werden. Grundsatz ist zwar, dass die Truppe ihre Verluste möglichst selbst rächen soll. Da aber die Sühnegefangenen in wenigen Lagern zusammen gefasst sind, kann dieser Grundsatz nicht immer eingehalten werden; es müssen daher auch zur Exekution Truppen herangezogen werden, die mit dem Fall nichts zu tun haben und nur in der Nähe der Sühnegefangenen-Lager liegen. [...]"[1978]

Der Befehl General Baders verdeutlicht, dass die Geiselnahmen und Sühnemaßnahmen, wie sie General Böhme praktiziert hatte, weiterhin angewendet werden sollten. Der wesentlichste Unterschied in der Befehlslage bestand nun darin, dass weder Sühnegefangene noch Geiseln ohne schriftlichen Befehl General Baders erschossen werden durften. Immerhin befanden sich am 25. Februar 1942 in den bei den Feld- und Kreiskommandanturen eingerichteten Konzentrationslagern 3523 „Sühnegefangene" (darunter ca. 900 nationale *Četnici* der Gruppe Dangić im Lager Šabac) und 272 Geiseln.[1979]

Bereits am 24. Jänner 1942 hatte Hitler auf Vorschlag Himmlers SS-Gruppenführer August von Meyszner[1980], einen ehemaligen Gendarmeriemajor aus der Steiermark, zum Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) in Serbien ernannt, dem nicht nur die über 4000 Mann starke Ordnungspolizei, sondern auch die „Serbische

[1978] Ebenda. Unterstreichungen im Original.

[1979] 10. Lagebericht des Verwaltungsstabes beim Militärbefehlshaber in Serbien, 6. März 1942, BA/MA, RW 40/192.

[1980] August von Meyszner, geb. 1886 in Graz, Sohn eines k.u.k. Oberstleutnants, besuchte die Unterrealschule in Graz, die Landwehr-Infanterie-Kadettenschule in Wien, wurde 1906 als Fähnrich ausgemustert und 1913 auf eigenes Ansuchen zur Gendarmerie versetzt. Meyszner übernahm 1914 das Küstenabschnittskommando Grado, kämpfte ab 1915 als Oberleutnant in allen 12 Isonzoschlachten, wurde 1916 zum Rittmeister befördert und mit dem Orden der Eisernen Krone III. Klasse ausgezeichnet. Nach 1918 diente er als Gendarmerie-Abteilungsinspektor in Judenburg, wurde Dietwart des Deutschen Turnvereins und wirkte an der Aufstellung des „Steirischen Heimatschutzes" mit, war 1921 an den Kämpfen im Burgenland beteiligt und wurde schwer verwundet. Nach Verbot des Heimatschutzes und der NSDAP am 19. Juni 1933 verlor Meyszner seine Funktion als Landesrat und seine Stelle als Gendarmeriebeamter. Am NS-Putsch Ende Juli 1934 führend beteiligt, floh er nach Jugoslawien, wurde nach Deutschland überstellt und trat am 20. Februar 1935 der SS bei, wo er bereits 1936 zum Oberführer befördert wurde. Ab 18. März 1938 war er Oberst der Schutzpolizei, ab 1. Juni 1938 Führer im SS-Oberabschnitt Österreich, ab 12. April 1939 Inspekteur der Ordnungspolizei in Österreich. Ab Oktober 1939 in den SS-Oberabschnitt Fulda-Werra versetzt, wurde er 1940 SS-Brigadeführer und am 10. September 1940 Befehlshaber der Ordnungspolizei in Norwegen. Am 1. Jänner 1942 zum SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei befördert, wurde er am 24. Jänner 1942 zum HSSPF in Serbien ernannt, am 12. November 1943 auch Beauftragter des RFSS beim Sonderbevollmächtigten des Deutschen Reiches in Montenegro und am 15. März 1944 Generalinspekteur der Deutschen Gendarmerie. Nach dem Krieg wurde er von den Westalliierten an Jugoslawien ausgeliefert, vor einem Militärgericht in Belgrad wegen Kriegsverbrechen angeklagt, am 22. Dezember 1946 zum Tode verurteilt und vermutlich am 28. Jänner 1947 hingerichtet. – Nikolaus von PRERADOVICH, Österreichs höhere SS-Führer (Berg am See 1985) 118; Dienstkalender Himmlers, 703; BROUCEK, Glaise-Horstenau, 214.

Staatswache" unterstellt wurde. Tags zuvor hatte Hitler die Einsetzung eines HSSPF im Bereich des Befehlshabers in Serbien befohlen, der folgende Aufgaben übertragen bekam:

1) die Zusammenfassung aller Aufgaben polizeilicher Art, die dem Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern sowie als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums obliegen;
2) in diesen Aufgabengebieten hat er gegenüber den serbischen Behörden und Polizeikräften Weisungs- und Aufsichtsrecht;
3) der HSSPF hat den Auftrag, aus den dort vorhandenen volksdeutschen Freiwilligenverbänden Verbände der Waffen-SS aufzustellen;
4) sobald die Aufstandsbewegung in Serbien einheitlich geleitete militärische Kampfhandlungen erfordert, verfügt der Befehlshaber Serbien über sämtliche SS- und Polizeitruppen seines Bereichs.[1981]

Nach dem Bericht Meyszners an den Oberbefehlshaber Südost, Generaloberst Löhr, habe er bei seinem Eintreffen im serbischen Raum eine SD-Dienststelle, ein Polizeibataillon und ca. 2000 Mann serbischer Polizei in Belgrad vorgefunden. Daher wollte er Serbien mit einem Netz von deutschen Dienststellen der Sicherheitspolizei und Ordnungspolizei überziehen, den bisher auf Belgrad konzentrierten Sicherheitsdienst in Form von Außenstellen auf das Land verteilen und deutsche Polizeigebietskommandanturen und Kreisstellen schaffen. In Hinkunft sollten sechs Polizeibataillone aufgestellt werden. Es war nahe liegend, dass die Polizeidienststellen und Polizeigebietskommandanturen mit den Feld- und Kreiskommandanturen der Wehrmacht konkurrierten.[1982]

Aus dieser NS-Polykratie entwickelte sich beinahe ein „Behördenkrieg" unter den deutschen Besatzungsdienststellen, der am schärfsten zwischen den beiden SS-Gruppenführern Meyszner und Turner geführt wurde. Meyszner verfolgte eine äußerst schroffe Linie gegen jede Form von serbischer Staatlichkeit, während Turner an einer stärkeren serbischen Kollaboration interessiert war. Himmler unterstützte eher die Linie Meyszners und warnte Turner davor, die Regierung Nedić zu stärken, wenn er etwa Arbeitslose von der Straße holte und mit gemeinnützigen Tätigkeiten beschäftigte. Als die sachpolitische Auseinandersetzung immer mehr zu einer persönlichen Fehde ausartete und auch ein Schlichtungsversuch des Militärbefehlshabers scheiterte, sah sich Himmler am 24. August 1942 genötigt, ein ziemlich ungewöhnliches Fernschreiben nach Belgrad zu senden:

> „Lieber Meyszner!
>
> Aus Ihrem abermaligen Brief vom 12. 8. 1942 ersehe ich, dass zwischen Ihnen und SS-Gruppenführer Turner erheblicher Streit ausgebrochen ist. Ich habe inzwischen festgestellt, dass Sie seit längerer Zeit mit Turner nur noch schriftlich verkehren. Anempfehle dringend, eine eingehende und mehrstündige Aussprache zwischen Ihnen und SS-Gruppenführer Turner, da ich sonst beide

---

[1981] Birn, Die HSSPF, 238-249.

[1982] Vortrag Höherer SS- und Polizeiführer, SS-Gruppenführer Meyszner, an OB Löhr, Belgrad, 29. August 1942, BA/MA, RW 40/32a.

Herren nach hier bestellen und ohne Vortrag bei mir die Gelegenheit zu einer 24-stündigen Aussprache geben müsste. Die Reise könnten sich beide Herren ersparen."[1983]

Die beiden Herren ersparten sich zwar die Reise nach Berlin, aber die Auseinandersetzung zwischen den beiden ehrgeizigen SS-Führern ging weiter und endete erst mit der Abberufung Turners am 5. Jänner 1943. Danach wurde auch sein Militärverwaltungsstab verkleinert und dem Chef des Generalstabes unterstellt. Meyszner konnte sich bis Mitte März 1944 halten und wurde – nach vorheriger Beförderung zum Generalinspekteur der Deutschen Gendarmerie – am 1. April 1944 von SS-Brigadeführer Hermann Behrends abgelöst.[1984]

Auch der vom 29. Oktober 1941 bis 8. August 1942 agierende Wehrmachtsbefehlshaber Südost und Oberbefehlshaber der 12. Armee, General der Pioniere Walter Kuntze, plädierte in seinen „Richtlinien für die Behandlung der Aufständischen in Serbien und Kroatien" für „unbedingte Härte" und „Rücksichtslosigkeit". Bereits die allgemeinen Richtlinien ließen keine Änderung in der Bekämpfung der Aufständischen erkennen:

„1) Dem deutschen Soldaten steht in Serbien und Kroatien in den Aufständischen ein brutaler, hinterhältiger und verschlagener Gegner gegenüber, der vor keinem Mittel zurückschreckt, meist einen Rückhalt an der feindlich gesinnten Bevölkerung findet und die Befriedung und wirtschaftliche Ausnutzung des Landes untergräbt. Der deutsche Soldat muss deshalb noch verschlagener und noch rücksichtsloser sein und alle Mittel anwenden, die zum Erfolg führen.

Der Versuch, Aufständische durch Zugeständnisse oder Entgegenkommen zu gewinnen, ist falsch, da er stets als Schwäche ausgelegt wird. Schon bei den geringsten Anmaßungen, Widerwilligkeiten oder Vergehen gegen das Waffenverbot ist sofort mit den abschreckendsten Mitteln zu bestrafen. Die Truppe muss hierzu zu unbedinger Härte erzogen sein.

Je eindeutiger und härter die Sühnemaßnahmen von Anfang an angewendet werden, desto weniger werden sie später nötig sein. Keine Gefühlsduselei! Es ist besser, dass 50 Verdächtige liquidiert werden, als dass ein deutscher Soldat zugrunde geht.

2) Haupterfordernis ist, auch in zeitweise ruhigen Gebieten, den Aufständischen und der Bevölkerung ständig die Anwesenheit, Aktivität, Überlegenheit und Schlagkraft der deutschen Truppe vor Augen zu führen. Die aufrührerischen Elemente müssen sich dauern beunruhigt, unsicher, unterlegen und verfolgt fühlen; die Bevölkerung muss mehr Angst vor den deutschen Soldaten als vor den Aufständischen haben. Sie muss das Auftreten von Banden den deutschen Dienststellen anzeigen und bei der Unschädlichmachung der Unruheherde mitwirken.

3) Der Gefahr der Verwilderung bei einer derartigen Kriegführung kann nur eine disziplinierte und in sich gefestigte Truppen begegnen. Von Anfang an ist bei Ausschreitungen und Plünderungen mit harten Strafen durchzugreifen. Von jedem Soldaten ist unbedingtes Herrentum und größte Zurückhaltung gegenüber der Zivilbevölkerung zu fordern.

Erhängungen und Erschießungen sind stets unter Leitung eines Offiziers durchzuführen. [...][1985]

[1983] Fernschreiben RFSS Himmler an SS-Gruppenführer Meyszner, Berlin, 24. August 1942, BA/MA, RW 40/79; Birn, Die HSSPF, 242f.

[1984] Umbreit, Herrschaft, 32; Karl-Heinz Schlarp, Wirtschaft und Besatzung in Serbien 1941-1944. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Besatzungspolitik in Südosteuropa (Stuttgart 1986) 109-117.

[1985] WBefh. Südost und Befh. der 12. Armee, Ia Nr. 500/42, 19. März 1942, BA/MA, RH 20-12/140, zitiert nach: Verbrechen der Wehrmacht, 520.

Wie sich General Kuntze die Verbindung von Verschlagenheit und Rücksichtslosigkeit mit „Herrentum" vorstellte, das zumindest die Einhaltung des Kriegsrechtes inkludierte, ist nicht nachvollziehbar. Vermutlich meinte der General aber „Herrenmenschentum", womit er der NS-Ideologie eher entsprochen hätte. Als ihm General Bader eine flexiblere Vorgangsweise empfahl, hielt Kuntze sofort fest: „Gefangene Aufständische sind grundsätzlich zu erhängen oder zu erschießen; werden sie zu Aufklärungszwecken verwendet, so bedeutet dies nur einen kurzen Aufschub des Todes". Bader erreichte immerhin eine Kompromisslösung: Überläufern sollte das Leben garantiert werden.[1986]

Die Kampfweise der Aufständischen beschrieb Kuntze als vor allem aus Überfällen aus dem Hinterhalt bestehend. Die von den deutschen Truppen angegebenen Feindstärken seien meist zu hoch, da erfahrungsgemäß die Einwohner mit eingerechnet würden. Die Unterbringung der Aufständischen erfolge aufgelockert, die Sicherung oft als durch Bauern getarnte Posten. Die Unterkunft werde häufig gewechselt, Fahrzeuge seien einzeln als Bauernwagen getarnt. Die Kampftätigkeit der deutschen Truppen müsse sich auf regelmäßigen Streifendienst, Kleinunternehmung und Großunternehmung beziehen. Zum Streifendienst gehörten möglichst bewegliche Spähtrupps (beritten, mit Fahrrädern usw.) auf immer wechselnden Straßen, die Häuser und Gehöfte planmäßig durchsuchten; außerdem Kontrollfahrten mit Panzerzügen auf allen Eisenbahnstrecken. In Kleinunternehmungen sollten kleine Banden in gemeldeten Sammelplätzen vernichtet, verdächtige Ortschaften überprüft und Sühneaktionen durchgeführt werden.[1987]

Wie kritisch von deutscher Seite die Situation in Serbien auch im Frühjahr 1942 eingeschätzt wurde, zeigte eine Auseinandersetzung zwischen Wehrmacht und SS um die Rekrutierung von Volksdeutschen (aus dem ehemaligen Jugoslawien). Himmler persönlich hatte die Entlassung von 849 bei der 714. ID eingezogenen volksdeutschen Freiwilligen – vermutlich aus dem Banat – gefordert. Das Oberkommando der Wehrmacht konnte zwar durchsetzen, dass es nicht zu dieser Entlassung kam, musste aber der SS zugestehen, dass künftig keine Neueinstellungen von Volksdeutschen zur Wehrmacht durchgeführt würden. Der Kommandierende General und Befehlshaber in Serbien bezog diese Verfügung sinngemäß auch auf die bei der 704. ID und der 717. ID eingestellten Volksdeutschen.[1988]

Am 12. Juni 1947 musste der Divisionskommandeur der 714. ID, Generalleutnant Friedrich Stahl, vor dem Office of Chief of Counsel for War Crimes in Nürnberg in einer „Eidesstattlichen Erklärung" seinen Einsatz in Serbien und Kroatien

[1986] WBefh. Südost an Kdr. Gen. und Befh. in Serbien, 19. März 1942, BA/MA, RH 20-12/218, zitiert nach: SCHMIDER, Kriegsschauplatz, 1077. Nach Razzien gegen die Überreste der serbischen Kommunisten zwischen dem 10. und 20. März 1942 konnte die Belgrader KPJ-Organisation mit über 200 Personen fast vollständig verhaftet werden. – SCHMIDER, Partisanenkrieg, 427.

[1987] WBefh. Südost und Befh. der 12. Armee, Ia Nr. 500/42, 19. März 1942, BA/MA, RH 20-12/140, zitiert nach: Verbrechen der Wehrmacht, 520.

[1988] Fernschreiben Kdr. Gen. u. Befh. in Serbien, Ia/IIa Nr. 3702/42 geh., an 714. ID, sowie nachrichtlich an 704. ID und 717. ID, 9. Juni 1942, BA/MA, RW 40/54.

zwischen Juni 1941 und September 1942, vor allem seine Befehle zu „Sühnemaßnahmen“, erläutern und versuchte sich auf den Befehlsnotstand zu berufen:

> „[…] Von mir aus oder von den Herren der Division, waren solche Anordnungen niemals aus eigener Initiative gegeben worden. Die Befehle zur Durchführung von Sühnemaßnahmen kamen zu uns durch den regulären Dienstweg von General Bader. Auf meine wiederholten Proteste gegen diese Maßnahmen wurde mir mitgeteilt, dass dies auf Befehl der 12. Armee bezw. namentlich des OKW geschehen ist. Damals wie heute hielt ich Sühnemaßnahmen, insbesondere mit festgesetzter Schlüsselzahl als unmenschlich und habe wiederholt aus diesen Gründen dagegen Einspruch erhoben. Es war uns allen klar, dass solche Befehle auch die Haager Landkriegsrechte verletzten. Außerdem hielt ich diese Art [von] Maßnahmen für taktisch und psychologisch sinnlos. […] Trotz meiner wiederholten Einsprüche war ich natürlich gezwungen, diese Befehle durchzuführen, denn es war mir klar, dass ich sonst wegen Befehlsverweigerung vor ein Kriegsgericht gestellt werden könne, welches in einem solchen Fall natürlich für mich die Todesstrafe erwirkt hätte.
>
> Ich war immer der Auffassung, dass Sabotageakte des Feindes, Überfälle auf die Truppe und Rohheiten von Seiten des Feindes nur durch ein Kriegsgericht abgeurteilt werden dürften. Ich muss jedoch zugeben, dass während meiner ganzen 38jährigen militärischen Laufbahn ich niemals in sogenannter Bandenbekämpfung ausgebildet wurde. Ich weiß auch, dass die meisten meiner Kollegen eine Ausbildung in der Bandenbekämpfung nicht erhielten. Es ist klar, dass aus diesen Gründen wir der damaligen Situation des Bandenkampfes, militärisch-taktisch gesehen, nicht gewachsen waren. Ich nehme an, dass die Sühnemaßnahmen deshalb befohlen wurden, um einerseits für unsere Unkenntnis der Partisanenbekämpfung auszugleichen und andererseits als Abschreckung zu wirken. Die Durchführung der Sühnemaßnahmen in dem Maße, in dem sie von uns durchgeführt wurde, trug natürlich dazu bei, auf die Dauer dem Feinde seine Kriegspotentiale zu berauben. Zum Schluss des Kapitels ‚Sühnemaßnahmen‘ möchte ich noch sagen, dass wir alle unter Druck von oben standen, dass wir Befehle ausführen mussten und dass natürlich durch diese Art Befehle die gewisse Begeisterung, die wir am Anfang für den Kampf hatten, vollkommen verschwand. Eigentlich war der ganze Fragekomplex der Sühnemaßnahmen bestimmt für einen Offizier der alten Tradition etwas ekelhaftes.
>
> Sogenannte Kommunisten und Juden, die als Opfer für Sühnemaßnahmen vorgesehen waren, wurden uns gewöhnlich von den örtlichen Polizeichefs, Ortsältesten oder Bürgermeistern benannt. Eine weitere Nachprüfung fand nicht statt, denn es konnte angenommen werden, dass diese Behördenstellen genügend über die politische Einstellung der Opfer informiert waren. In Serbien, wo ich von Juni 1941 bis Mai 1942 war, gab es kaum einheitlich geführte, gut bewaffnete oder durch Uniformen oder Abzeichen erkenntliche Banden. Nur die Chetnicks [sic!] hatten schwarze Uniformen oder schwarze Mützen, doch stießen wir mit diesen nicht feindlich zusammen. Als ich im Mai 1942 nach Kroatien kam, war die Situation plötzlich ganz anders. Hier fanden wir gut trainierte, gut ausgerüstete, straff geführte militärische Einheiten des Marschalls Tito vor. Man konnte dort, meines Erachtens, das erste Mal von richtigen Soldaten sprechen, und deshalb nahmen wir den Feind auch sehr ernst.“[1989]

Dennoch sollte das Jahr 1942 – zumindest zwischen April und Oktober – sowohl für die deutschen als auch für die bulgarischen Besatzungstruppen in Serbien das ruhigste Jahr werden, wozu auch die Dechiffrierung des Funkverkehrs

[1989] Eidesstattliche Erklärung von GLt. Friedrich Stahl, Kdr. 714. ID, vor Walter H. Rapp, U.S. Civilian, Director, Evidence Division, Office of Chief of Counsel for War Crimes, Nürnberg, 12. Juni 1947, HIA, Tomasevich papers, box 5.

der *Četnici* von Mihailović ab Juli 1942 beigetragen haben mag. So konnte General Bader den kollaborierenden *Četnici* ein straffes Regiment aufzwingen, soweit Mannschaftsstärke, Bewaffnung, Munitionierung und Operationsgebiet betroffen waren. Das bulgarische Okkupationskorps unterstand in einsatzmäßiger Hinsicht dem Kommandierenden General in Belgrad, hinsichtlich der Verwaltung den deutschen Feld- und Ortskommandanturen. Auch die Entscheidung über die im Falle der Tötung oder Verwundung eines bulgarischen Soldaten durchzuführenden Geiselerschießungen oblag dem Befehlshaber in Serbien. Dennoch kam es – offensichtlich gespeist aus seit den Balkankriegen und dem Ersten Weltkrieg gewachsenen bulgarisch-serbischen Feindbildern – zu einer ganzen Reihe bulgarischer Exzesse gegen serbische Partisanen, denen bis zum Herbst 1944 nach jugoslawischen Angaben über 11.000 Zivilisten zum Opfer gefallen sein sollen. Nach seinem letzten Besuch beim bulgarischen Expeditionskorps hielt General Felber am 13. Oktober 1943 in einem Memorandum fest:

> „[…] Geiselnahme ist jetzt wieder von Bulgaren angeregt worden. Sagen jeder Serbe, der umgelegt wird, ist für uns von Nutzen […] Zu erlassender Befehl: Von langer Hand geplante Unternehmungen der Bulgaren: Gendarmerie und SD müssen dabei sein, damit nicht Unschuldige, Frauen und Kinder erschossen, Häuser abgebrannt werden."[1990]

Am 8. August 1942 wurde Generaloberst Löhr zum neuen Wehrmachtsbefehlshaber Südost (ab 1. Jänner 1943: Oberbefehlshaber Südost) und Oberbefehlshaber der 12. Armee ernannt und blieb dies bis zum 25. August 1943. Auf Grund seiner guten Kenntnisse der russischen, rumänischen, ungarischen und serbischen Sprache sowie seiner bis auf den Ersten Weltkrieg zurückgehenden Landeskenntnisse hielt Hitler Löhr für die Funktion als besonders geeignet.[1991] Kaum ernannt, berief er zu einer zweitägigen Lagebesprechung nach Belgrad ein. Am 28. August 1942, 11 Uhr, landete Löhr – von Saloniki kommend – auf dem Flugplatz bei Semlin (Zemun) und wurde dort von zwei weiteren „Ostmärkern", dem Stellvertreter des Kommandierenden Generals, Generalleutnant Hinghofer, sowie dem aus Agram eingetroffenen Generalleutnant Glaise-Horstenau, empfangen. Dem Abschreiten einer Ehrenkompanie auf dem Flugplatz folgte eine halbe Stunde später ein neuerliches Defilé vor dem Weißen Schloss (*Beli dvor*). Bereits vor dem Mittagessen empfing Löhr den Stadtkommandanten Generalmajor Lončar, anschließend die

---

[1990] Bericht Gen. Felber über Besuch beim 1. Kgl. Bulg. Okkupationskorps in Niš, 13. Oktober 1943, BA/MA, RW 40/81, zitiert nach: Schmider, Kriegsschauplatz, 1074; vgl. Venceslav Glišić – Boro Mitrovski – Tomo Ristovski, Das bulgarische Heer in Jugoslawien 1941-1945. Das bulgarische Okkupationsheer (April 1941 bis 9. September 1944) – Die Zusammenarbeit zwischen der Volksbefreiungsbewegung und der antifaschistischen Widerstandsbewegung Bulgariens – Die Beteiligung der Einheiten Bulgariens der Vaterländischen Front an den Kämpfen auf dem Boden Jugoslawiens bis Kriegsende (Beograd 1971) 156.

[1991] Bericht GO Löhr über „Kreta" an OB der Luftwaffe, RM Göring, 28. November 1941, ÖStA, KA, Nachlass Löhr, B/521:27, zitiert nach: Germann, „Österreicher", 113f.; Schmider, Partisanenkrieg, 157f.

Verbindungsoffiziere Italiens, Bulgariens, Ungarns und Kroatiens. Unmittelbar nach dem Mittagessen trafen sich die beiden alten Bekannten Löhr und Glaise-Horstenau zum Kaffee – fast wie in alten k.u.k. Zeiten, aber eben nur fast.[1992]

Ab 16 Uhr aber wurde es im Belgrader Kommandogebäude ernst. Zuerst trug der Chef des Generalstabes beim Kommandierenden General und Befehlshaber in Serbien, Oberst i. G. Geitner, vor, dann sprach sein Nachrichtenoffizier (Ic) über die „Feindlage“:

> „Anzeichen [dass] dem serb.kroat. Raum im Rahmen 2. Front eine Rolle zugewiesen [wurde]. U.a. die Sondermeldung Tatsache: 1. D. M. [Draža Mihailović] eigene Propaganda; 2. Moskau Behauptung; 3. 31.7. Komintern-Befehl. Nicht unwahrscheinlich, weil Feind Isolierung des Raumes durch Sabotage und dadurch Gefährdung der Versorgung und Erschwerung der Heranziehung von Reserven für möglich hält. Hier mehr Resonanz bei den bodenständigen Elementen als in Norwegen, Frankreich oder Portugal.
>
> 2 große Gruppen:
>
> a) D. M.-Bewegung in allen von Serben bewohnten Gebieten unter der Devise „Der Balkan den Balkanvölkern“. Groß-serbische Ideale, königstreu. Kampf den Kommunisten. Alle Herzen fliegen D. M. zu. Bei Gefahr des Verlustes der Popularität muss jeder mit D. M. sympathisieren.
>
> b) Die Partisanen Macht in Serbien gebrochen. Kroatien sozial-revolutionär, montenegrinische Brigaden Rechtsunsicherheit, Versagen des Verwaltungsapparates durch Entrechtung zu Proletariern, Wehrwolf, Löns [?], 30-jähriger Krieg.
>
> Diese beiden Gruppen verfolgen das gleiche Ziel, die Besatzungsmächte mit Gewalt zu vertreiben. Verbindung von D. M. bisher stets abgelehnt. Anweisungen für Partisanen aus Moskau – für D. M. aus London.“[1993]

Danach berichteten weitere Generalstabsoffiziere über die Gliederung und den Gefechtswert der Divisionen, über die personelle Zusammensetzung der Divisionen und über die Versorgungslage, einschließlich der Sanitäts- und Veterinärdienste. Schließlich gab der Belgrader Stadtkommandant Generalmajor Lončar einen Bericht zur Sicherung von Belgrad. Die Stadt sei in sieben Abschnitte eingeteilt, in denen jeweils eine von einem Offizier geführte Gruppe – bestehend aus drei Unteroffizieren, neun Mann, einem Schreiber und einem Kraftfahrer – mit einem PKW Dienst mache. Diese würden von Wehrmachtstreifen, der Feldgendarmerie und der serbischen Polizei unterstützt. Zum Schutze der Kommandos und Dienststellen der deutschen Wehrmacht sowie der lebenswichtigen Anlagen seien ständige Wachen aufgestellt, insgesamt etwa 600 Mann. Generaloberst Löhr nahm zu diesen Vorträgen nur knapp Stellung, wichtiger schienen ihm einige übergeordnete sicherheitspolitische Fragen:

1) Der Banat müsse nach Abzug der SS-Division „Prinz Eugen“ gesichert werden; daher müsse eine Bewaffnung der Volksdeutschen ins Auge gefasst werden.

[1992] Ch.d.Gen.stabes Geitner, Besuchsprogramm für OB Südost, Tagesmeldung 28. August 1942, BA/MA, RW 40/32a.

[1993] Ic-Vortrag vor OB Löhr, Belgrad, 28. August 1942, BA/MA, RW 40/32a, Anlage 79b. Unterstreichungen im Original.

2) Löhr hielt eine Bombardierung des Kupferbergwerkes von Bor durch die Royal Air Force „für höchst unwahrscheinlich".
3) Löhr äußerte die Ansicht, „dass einer hungernden Bevölkerung [die] Lust zum Aufstand vergeht."
4) Löhr hielt die Auflösung der Četnikabteilungen für begrüßenswert, da „fragwürdige" Gesellschaft.
5) Löhr stellte auch die Frage nach der politischen Zuverlässigkeit der serbischen Staatswache.[1994]

Nach einem Truppenbesuch am nächsten Vormittag in Ruma in Syrmien empfing Löhr am frühen Nachmittag des 29. August 1942 den serbischen Ministerpräsidenten Nedić im Weißen Schloss. Der ehemalige jugoslawische General bemühte sich, die Stimmung und „die psychologische Lage des serbischen Volkes im gegenwärtigen Augenblick darzustellen". Nedić erklärte, „es wäre seiner Regierung, mit Unterstützung des Besatzungsheeres, gelungen, den kommunistischen Aufstand in Serbien gänzlich niederzuschlagen, was Serbien 17.830 Tote gekostet hat". Der frühere Befehlshaber in Serbien, General Danckelmann, habe ihm vor einem Jahr versprochen – und dies auch öffentlich erklärt, sodass es zur Kenntnis des Volkes gelangt sei –, dass er ihm, Nedić, eine serbische bewaffnete Macht, und zwar 4000 Mann Staatswache und gegen 10.000 Mann Miliz, mit entsprechender Ausrüstung, zur Verfügung stellen werde. Diese Zusage habe General Bader wiederholt. Die Freiwilligenverbände – aus Ljotić-Leuten, welche mehr oder weniger eigensüchtige Ziele verfolgten – und die *Četnici*, welche gegen die Kommunisten gekämpft hätten und beim Volk großes Ansehen genössen, sollten dafür nach und nach aufgelöst bzw. in die Staatswache und Miliz überführt werden. Überdies verlangte Nedić eine größere Selbständigkeit in der Verwaltung und bei der Lösung der Ernährungsfrage. Generaloberst Löhr dürfte in der halbstündigen Aussprache keine konkreten Zusagen gemacht haben, sondern fuhr ins Kommandogebäude zurück, um sich die Vorträge weiterer NS-Funktionäre anzuhören.[1995]

Der seit Ende April 1941 als Leiter des Verwaltungsstabes des Militärbefehlshabers in Belgrad eingesetzte SS-Gruppenführer Staatsrat Turner beschrieb die politische Lage wie folgt:

> „Bei Beginn der Tätigkeit (20.4.41) durch Aufteilung jugoslaw. Verwaltungsapparat völlig zerschlagen. – Aus den abgetrennten Gebieten 10.000e von Flüchtlingen, die den Terrormaßnahmen insbesondere der Kroaten und Ungarn zu entgehen versuchen. – Zunächst Umsiedlung von 260.000 Slowenen aus Kärnten und Steiermark in serb. Raum geplant. – Entgegen ausdrückl. Vereinbarung von Ungarn 38.000, von Kroaten 104.000 und von Bulgaren 20.000 Serben in den restserbischen Raum abgeschoben. Abschiebung ohne jegliche vorherige Anmeldung. Die Abgeschobenen und Flüchtlinge nur mit kümmerlichster Bekleidung und ohne die Möglichkeit der Ernährung. Hieraus die erste Grundlage für die polit. Unsicherheit und Nährboden für illegale Elemente. – Bandenbildung auf dem Balkan übliche Einrichtung. Keinerlei Achtung vor dem

[1994] Vorträge vor OB Löhr, Belgrad, 28. August 1942, BA/MA, RW 40/32, Anlagen 79c, d.
[1995] Aussprache OB Löhr mit MP Nedić, Belgrad, 29. August 1942, 14.30 Uhr, BA/MA, RW 40/32, Bl. 171.

> Leben des Anderen. Waffenträger von Jugend auf. – Mit Beginn Russlandfeldzug Ausbruch des Aufstandes in Serbien. – Kommunismus wurde zunächst national getarnt, außerdem Parolen ausgegeben, wonach Stalin für ein freies Slawentum kämpft. – Genügend Truppeneinsatz war nicht möglich. Im Juli [1941, Anm. Suppan] 97, im August 393 (darunter 17 Brücken), im September 892 Sabotagefälle (Mindestzahlen!). Völlige Zerstörung aller Verkehrsmittel. Verbrennung der Gemeindearchive. Anarchie in der Verwaltung. Verlust des deutschen Ansehens, da aus Mangel an Truppen einige Gebiete völlig aufgegeben werden mussten. – Stärkung der serbischen Polizei vom 1. Befehlshaber, General Forster, befohlen (bereits am 23.4.41). […]“[1996]

Der Bevollmächtigte des Auswärtigen Amtes in Belgrad, Gesandter Benzler, sah die Lage in Serbien im Vergleich zum Vorjahr „erheblich gebessert“. Nedić sei „absolut zuverlässig“, habe Autorität innerhalb und außerhalb Serbiens. Die Regierung sei zwar nicht homogen zusammengesetzt, schade jedoch nicht. Belastend für Nedić seien aber die „Kroatengreuel“, die zugleich das Ansehen der Deutschen Wehrmacht schädigten, denn sie hätten 450.000 Flüchtlinge, davon 84.000 Waisenkinder, verursacht.[1997] Belastend sei weiters die angespannte Ernährungslage, da es einen Monat lang keine Brotausgabe gegeben habe und die Aufbringung der befohlenen 200.000 t Getreide und Mais nur mit Gewalt möglich gewesen sei. Belastend sei schließlich die Vielzahl voneinander unabhängiger deutscher Stellen, die Unsicherheit über das Schicksal Serbiens und die Okkupation durch Bulgarien. Hingegen glaubte Benzler die Mihailović-Bewegung geringer einschätzen zu können. Auch der Einfluss Londons und Moskaus habe nachgelassen, hingegen verfolge man aufmerksam in Vorgänge in Vichy-Frankreich.[1998]

Der Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft, NSKK-Gruppenführer Neuhausen, meldete, dass durch Zerstörung der Saaten infolge Schnees und Hochwassers sowie eine erfolglose Nachsaat etwa 100.000 ha, d. h. etwa ein Sechstel der serbischen Anbaufläche, ausgefallen sei. Trotzdem müssten 100.000 t Getreide und Mais aus dem Banat und 100.000 t aus Serbien dem Reich zur Verfügung gestellt werden. Daher würden ins Reich keine Überschüsse mehr ausgeführt, und der einheimischen Bevölkerung verbleibe nur mehr das zur Ernährung, was nach Ausfuhr des Aufbringungssolls übrig bleibe. Dies führe zwar für die politische und militärische Situation in Serbien zu einer großen Belastung, sei aber im Interesse der Ernährung der Heimat nicht zu vermeiden. Der Dinar sei auf dem Weizen- und Maispreis aufgebaut und werde gestützt. Mangels vorhandener Konsumgüterproduktion sei die Abschöpfung der zusätzlichen Kaufkraft das schwierigste Problem. Die Produktion des Kupferbergwerkes Bor sei seit dem 8. April 1942 wieder im Gange; demnächst werde ein Monatsdurchschnitt von 4000 t Kupfer erreicht. Allerdings herrsche trotz des Einsatzes von 8000-9000 OT-Arbeitern – davon im Werk allein von 6200 Arbeitern – Arbeitermangel, da

---

[1996] Vortrag Staatsrat Turner vor OB Löhr, Belgrad, 29. August 1942, BA/MA, RW 40/32, Bl. 175. Unterstreichungen im Original.

[1997] Zu diesem Punkt übergab Gesandter Benzler dem OB Löhr einen Brief des serbischen Faschistenführers Ljotić.

[1998] Vortrag Ges. Benzler vor OB Löhr, Belgrad, 29. August 1942, BA/MA, RW 40/32.

das Hauptkontingent früher von Slowenen und Bosniaken gestellt worden sei. Zur weiteren Hebung der Produktion werde eine Kraftstation von 40.000 PS errichtet und der Donauhafen von Kostolac ausgebaut. Die Trepča-Minen produzierten monatlich 3000 t Blei und 2000 t Zink; der Ausbau der Chromerzgruben sowie der Molybdänerzeugung erfolge im „neubulgarischen" Gebiet. Das im Aufstand völlig zerstörte Antimonbergwerk werde mit 14. September 1942 wieder den Betrieb aufnehmen.[1999]

Schließlich berichtete der HSSPF Meyszner über den Aufbau, die Gliederung und die Stärke der Serbischen Staatswache sowie der SS-Division „Prinz Eugen". Ohne Absprache mit Generalleutnant Hinghofer und Oberst Geitner legte Meyszner eine Karte über den Einsatz der SS-Division vor und setzte Generaloberst Löhr vom Wunsch Himmlers in Kenntnis, dass die SS-Division „grundsätzlich geschlossen" eingesetzt werden sollte. Die Verlässlichkeit der serbischen Regierung und Exekutive war für Meyszner „nur bedingt" gegeben. Aus seiner Sicht verfolgten „sämtliche Serben, ob legal oder illegal, [...] militante Bestrebungen". Unter diesen Gesichtspunkten müssten *Četnik*- und Freiwilligenverbände, obwohl letztere disziplinierter seien, als Militärkader für den nationalen Aufstand ebenso beseitigt werden wie der vom Chef des Verwaltungsstabes eingerichtete serbische Aufbaudienst, „in welchem 10.000 Mann weniger arbeiteten, als politische und militärische Schulung trieben". Auch Bestrebungen der serbischen Regierung, die alten Sokolvereine in Form von Sportausschüssen wieder aufleben zu lassen, sollten unterbunden werden. Denn: „Irgendwelche Gesten dieser Art an die Regierung Nedić seien verfehlt. Nedić wie Mihailović verfolgen dieselben Ziele, der eine auf legale, der andere auf illegale Weise."[2000]

Nach Entgegennahme dieser zum Teil widersprüchlichen Berichte – vor allem was die Frage der Loyalität der serbischen Politiker und Militärs betraf – besuchte Generaloberst Löhr noch den Avala im Süden Belgrads und gab am Abend des 29. August 1942 ein Abendessen im Weißen Schloss. Unter den etwa 30 deutschen Offizieren und Funktionären befanden sich die Generalleutnante Glaise-Horstenau und Hinghofer, die SS-Gruppenführer Meyszner und Turner, der NSKK-Gruppenführer Neuhausen, Generalmajor Lončar und der Gesandte Benzler. In seinem Resümee hielt Löhr fest, dass man in diesem Raum dem Gegner ja keine Anzeichen von Schwäche zeigen dürfe und dass man den Aufständischen die Gewissheit vermitteln müsse, dass sie „auf gar keinen Fall" mit dem Leben

---

[1999] Vortrag Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft, NSKK-Gruppenführer Neuhausen, vor OB Löhr, Belgrad, 29. August 1942, BA/MA, RW 40/32. Als die Arbeitskräfte im Reich immer knapper wurden, wurden aus dem ehemaligen Jugoslawien immer mehr Zwangsarbeiter („Fremdarbeiter") rekrutiert: zuerst aus Slowenien und Serbien, später auch aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Am 30. September 1944 arbeiteten aber „lediglich" 37.607 Personen, davon 29.192 Männer und 8415 Frauen, aus dem ehemaligen Jugoslawien (ohne Kroatien und Bosnien-Herzegowina) als Zwangsarbeiter im Deutschen Reich.

[2000] Vortrag HSSPF in Serbien, SS-Gruppenführer Meyszner, an OB Löhr, Belgrad, 29. August 1942, BA/MA, RW 40/32.

davonkommen würden.[2001] Und Löhr bekam für seine verschärfte Haltung im Partisanenkrieg bald Rückendeckung durch Hitler persönlich, als sich dieser am 23. September 1942 im Beisein von Pavelić und Kasche mit aller Vehemenz gegen die angeblich fehlende Schärfe bei der Partisanenbekämpfung ausließ.[2002]

Himmler hatte bereits einen Monat zuvor den Vorschlag des SS-Gruppenführers Turner, die Position Nedić' und seiner Streitkräfte im Kampf gegen die Partisanen zu stärken, mit dem Beispiel Heydrichs zurechtgewiesen, der beständig versucht habe, die Position der einheimischen Verwaltung im Protektorat zu schwächen und eben nicht zu stärken. Das gelte auch für Serbien, da „Serbe Serbe bleibt und das serbische Volk ein im Aufstand seit Jahrhunderten geübtes und ausgebildetes Volk ist, und dass wir mit ihm nichts zu tun haben außer die dringendsten Notwendigkeiten, die wir im Augenblick gerade für unsere Stärke haben müssen […]; alles, was irgendwie die serbische Regierung, und damit das serbische Volk stärken würde", müsse unterlassen werden.[2003]

Die von Neuhausen kontrollierte Bankverein AG Belgrad hatte nach der Besetzung Serbiens und der Einrichtung der Militärverwaltung das Kreditgeschäft auf die Erfordernisse der deutschen Kriegswirtschaft umgestellt. Erhielt 1941 die Nahrungsmittelproduktion 31,59 % und Erzbergbau und Verhüttung 12,82 % der Kredite, so stiegen ihre Anteile 1942 bereits auf 36,23 % bzw. 45,06 %; andererseits fielen die Kredite für die Produktion und den Handel von Textilien, Lederwaren und Kleidung von 21,33 % auf 3,58 %. Tatsächlich summierten sich die Konten der serbischen Erzbergwerke – Antimon AG, die Kupferhütte in Bor, Jugo-Montan, Jugo-Asbest und die Erzbergwerke Trepča – Ende 1942 bereits auf 552 Millionen Dinar, wobei die Kupferhütte allein mit 354 Millionen Dinar zu Buche stand. Sogar die Kreditbedürfnisse für den Weizen- und Lebensmittelexport ins Reich mussten demgegenüber zurückstehen. Den Besitz der Kupferhütte Bor teilten sich die Preussag, die Mansfelder Kupferhütte und ein Unternehmen namens „Südostmontan", eine neu gegründete Gesellschaft für die Übernahme, die Kontrolle und den Ausbau der Erzminen in Jugoslawien. Neuhausen, der Ende 1942 zum Bevollmächtigten für den Metallerzbergbau im Südosten avancierte, bezeichnete sogar den weiteren Ausbau der Kupferhütte als „kriegsentscheidend", sodass der Bankverein für 1943 einen Kredit über 400 Millionen Dinar bewilligte. Tatsächlich produzierte Bor 40 % der Kupferversorgung des Reichs und wurde somit zu einem Zentrum der Beschäftigung von Zwangsarbeitern, unter denen sich auch einige Tausend ungarische Juden befanden.[2004]

[2001] Aktennotiz GÖ Löhr über Reise nach Belgrad und Agram vom 28. August bis 1. September 1942, BA/MA, RH 20-12/149; Zusätze des Wehrmachtsbefehlshabers Südost, 28. Oktober 1942, BA/MA, RH 19 XI/7, zitiert nach: Schmider, Kriegsschauplatz, 1077f.

[2002] Ges. Kasche an StSekr. Weizsäcker, 12. Oktober 1942, PA, Gesandtschaftsakten Agram, R 29857, zitiert nach: Schmider, Kriegsschauplatz, 1078.

[2003] Reichsführer-SS an SS-Gruppenführer Turner, Berlin, 23. August 1942, BA-MA, 40/79, zitiert nach: Ristović, Nedić, 680.

[2004] Vgl. Sabine Rutar, Arbeit und Überleben in Serbien. Das Kupfererzbergwerk Bor im Zweiten Weltkrieg, in: Geschichte und Gesellschaft 31 (2005) 101-134.

Joham in Wien aber machte die Ausweitung des Geschäftsvolumens durch die Kreditierung der Kupferproduktion mehr Sorgen, und so schrieb er im Dezember 1943 an das Reichsfinanzministerium:

> „[…] Wir müssen hierbei hervorheben, dass sich beim Bankverein A.G. in Belgrad alle Finanzierungswünsche der deutschen Wirtschaft aus dem Import- und Exportgeschäft mit Serbien konzentrieren und dass das Institut auch die Hauptlast der Erntefinanzierung zu tragen hat, so dass die Erhaltung der Liquidität der Bank besonderer Aufmerksamkeit bedarf.“[2005]

Tatsächlich verlangte Joham die Begrenzung des Betriebskredites des Belgrader Bankvereins für die Kupferhütte Bor auf 100 Millionen Dinar, so dass noch 1943 ein von der Deutschen Bank geführtes Konsortium der Kupferhütte zwei durch Bürgschaften des Reichs gesicherte Investitionskredite über 25 Millionen RM mit einer Laufzeit von zehn Jahren bewilligte und auch noch 1944 zwei derartige Kredite bereitstellte, wovon der letzte über 25 Millionen RM erst im September 1944 gegeben wurde – als die Deutschen bereits begannen, ihre Ausrüstung heimwärts zu transportieren. Nach einem Bilanzbericht des Bankvereins vom 4. Oktober 1944 waren aber seine Kredite weiterhin ungesichert.[2006]

Die CA-BV war auch Hauptaktionär der Südosteuropäischen Getreide-Handels-Gesellschaft mit Sitz in Wien, und deren wichtigster Beteiligungsbesitz in Serbien war die Cereal-Export AG in Pantschowa-Belgrad. Die Firma lieferte nicht nur Weizen, Hafer, Obst und Sonnenblumenkerne an das Reich und an Italien, sondern spielte auch eine wichtige Rolle bei der Lieferung von Lebensmitteln an die deutschen Truppen in Serbien sowie an die Bergbau- und Forstbetriebe unter deutscher Verwaltung. Zwischen 1942 und 1943 nahm der Handel sogar um 221,7 % zu. Freilich musste die CA für einen erheblichen Teil der bereitgestellten Kredite bürgen, was im Oktober 1944 zum Problem wurde. Der bekannten Julius Meinl AG Filiale in Belgrad ging es nicht besser, da auch sie hohe Kredite nicht mit Sachgütern absichern konnte. Die allgemeine Lage hatte sich seit dem Frühjahr 1944 deutlich verschlechtert, als die Alliierten am 16. und 17. April – am orthodoxen Osterfest – erstmals massive Bomberangriffe gegen Belgrad und andere serbische Städte flogen. Da nun Licht, Wasser und Lebensmittel knapp wurden, setzte eine Massenflucht aus Belgrad ein, was wiederum die wirtschaftlichen Aktivitäten stark einschränkte. Nun begrenzte der Bankverein die Abhebungen auf 50.000 Dinar und gab bekannt, keine neuen Kredite mehr zu vergeben. Direktor Sehn eilte zurück nach Wien, Direktor Saal wurde abberufen und durch Hans Böhm-Bawerk, den Leiter der Kreditabteilung der CA, ersetzt. Im Sommer 1944 schied Neuhausen aus dem Verwaltungsrat aus, da mittlerweile auch die Dresdner Bank eine Niederlassung in Belgrad eingerichtet hatte. Und im September 1944 musste Joham die Belegschaft des Bankvereins in Belgrad bereits anweisen, Vorbereitungen für den möglichen Fall einer Evakuierung zu treffen und die Kredite so weit wie möglich abzubauen. Die Geschäfte der Bank wurden dem einzigen

---

[2005] Feldman, Creditanstalt-Bankverein, 453-455.

[2006] Ebenda, 455.

serbischen Direktor, Ljubomir Celegin, übertragen, aber Joham musste bei seinem Schlussbericht den Status der Bank als eine einzige Peinlichkeit und ein Kreditrisiko feststellen. Das Kriegsgeschäft der CA in Serbien war zu Ende gegangen.[2007]

Nachdem die deutsche Besatzungsmacht ein erneutes Serbenpogrom der *Ustaša* in Ostsyrmien – also praktisch vor den Toren Belgrads – nicht verhindern hatte können, das an die 1000 Menschen das Leben kostete, und Neuhausen – entgegen seiner Zusage – neuerlich Getreide aus dem besetzten Serbien ausführen ließ, reichte Nedić am 16. September 1942 seine Demission ein, die der Gesandte Benzler nur mit Mühe abwenden konnte. Nedić musste aber auch sehen, wie Mihailović sowohl mit seinem Sabotagefeldzug gegen die Bahnbetriebe als auch mit seinem Boykottaufruf an die Staatsangestellten scheiterte. Bader war bereits vor Beginn des Sabotagefeldzuges über die zu erwartende Vorgangsweise der *Četnici* unterrichtet, Sprengladungen mit Zeitzünder am jeweiligen Zug anzubringen, die den Schadensfall erst eintreten lassen sollten, wenn der Zug serbisch besiedeltes Gebiet verlassen hatte. So gab es eine deutliche Diskrepanz zwischen den Erfolgsmeldungen, die Mihailović an die jugoslawische Exilregierung in London weitergeben ließ, und den deutschen Lageberichten der Operations- und Nachrichtenabteilung im Stab des Kommandierenden Generals.[2008]

Im Herbst 1942 mehrten sich die Fälle, dass im öffentlichen Dienst der serbischen Regierung stehende Personen wie Bürgermeister, Angehörige der Staatswache und der Freiwilligenverbände wegen ihres Dienstes überfallen, verschleppt oder getötet wurden. Dies führte dazu, dass Beamte und Angestellte, insbesondere Bürgermeister, ihr Amt niederlegten und entliefen. Bei solchen Überfällen wurden aber auch öffentliche Urkunden und Lebensmittelvorräte vernichtet und Staatseinrichtungen wie Eisenbahnen, Telefon- und Telegraphenverbindungen zerstört oder beschädigt. Aus deutscher Sicht – die sich durch die alliierte Feindpropaganda bestätigt sah – verfolgten die Überfälle den Zweck, „ohne Rücksicht auf die unausbleiblichen Folgen für das serbische Volk Unruhe und Schrecken im Lande zu verbreiten, die Ordnung zu stören und die Interessen der Deutschen Wehrmacht zu schädigen“. Ausgeführt würden diese Verbrechen durch Anhänger des Draža Mihailović und durch Kommunisten. Da diese Elemente aber nur dann zur Wirkung kämen, wenn sie im serbischen Volk Deckung fänden, machte General Bader, nach wie vor der Kommandierende General und Befehlshaber in Serbien, das serbische Volk für die Verhinderung solcher Verbrechen verantwortlich; das bedeutete die Anwendung der Sippenhaftung auf das ganze Volk.

[2007] Feldman, Creditanstalt-Bankverein, 456-458.

[2008] Schmider, Kriegsschauplatz, 1038f. Andererseits soll Mihailović zwischen 1. Juni und 6. Oktober 1942 u. a. folgende britische Materialhilfe erhalten haben: 99 MGs, 5 Granatwerfer, 43 Pistolen, 680 Werfergranaten, 190.000 Schuss Gewehrmunition, 264 Handgranaten, 4100 Pfund Explosivstoffe, 300 Höllenmaschinen, 14 Radiostationen, 6 Generatoren, 1730 Paar Schuhe, 700 Uniformen, 4500 Pfund Sanitätsmaterial, ferner 25.000 Pfund in Gold, 8500 US-Dollars, 32 Millionen Lira und 500 Goldnapoleons. – Dušan Plenča, Međunarodni odnosi Jugoslavije u toku drugog svetskog rata (Beograd 1962) 132; Rausch, Exilregierungen, 420.

In einer öffentlichen, zweisprachigen „Bekanntmachung" ordnete General Bader an:

„1) Alle im öffentlichen Dienst stehenden Personen sind bei der Ausübung ihres Dienstes unter deutschen Schutz gestellt.

2) Für die Verwundung einer im öffentlichen Dienst stehenden Person werden 5, für die Tötung werden 10 Geiseln erschossen, wenn die Verwundung oder Tötung in Ausübung ihres Dienstes oder wegen desselben in verbrecherischer Absicht erfolgte.

3) Gemeinden, deren Bürgermeister ermordet oder entführt wurden und keinen Ersatz stellen, sowie Gemeinden, deren Bürgermeister entlaufen oder ihr Amt niederlegen, werden unter Zwangsverwaltung gestellt. Für sie wird ein kommissarischer Bürgermeister eingesetzt, für den die Kosten die Gemeinde zu tragen hat.

4) Bürgermeister und andere Personen des öffentlichen Dienstes, die ihr Amt unbegründet niederlegen und damit Sabotage verüben, werden standrechtlich verfolgt, ihr Vermögen beschlagnahmt und ihre Familien in ein Lager überführt.

5) Für jeden Fall von Eisenbahnsabotage, Zerstörung von Brücken, Nachrichtenverbindungen und industriellen Anlagen werden bis zu 100 Geiseln erschossen."[2009]

Der serbische Ministerpräsident General Nedić, dessen Kompetenz durch diesen Befehl weiter untergraben wurde, versuchte zumindest Teile der „Bekanntmachung" Baders rückgängig zu machen. Tatsächlich erklärte sich der Kommandierende General damit einverstanden, „dass in Zukunft Sühnemaßnahmen für Angriffe Aufständischer gegen Organe der serbischen Regierung, die deren Verletzung oder Tod zur Folge hatten, durch die serbische Regierung selbst gesühnt und öffentlich bekanntgemacht werden". Bader machte aber Nedić darauf aufmerksam, dass eine abschreckende Wirkung der Sühnemaßnahmen nur dann erzielt werde, wenn die zur Tötung bestimmten Personen Gesinnungsgenossen der Täter seien. Es sei daher in jedem Einzelfalle festzustellen, ob Kommunisten oder Mihailović-Leute die Täter gewesen seien. Sollte sich die Regierung außerstande sehen, Mihailović-Leute zu Sühnemaßnahmen heranzuziehen, so werde dies von deutscher Seite geschehen.[2010]

General Bader hatte mittlerweile die Geiselerschießungen fortsetzen lassen. Da am 19. November 1942 in Kupci bei Brus ein deutscher Soldat entführt worden und bis zum 5. Dezember nicht zurückgekehrt war, wurden noch am selben Tag zehn Kommunisten und Mihailović-Anhänger erschossen, der älteste 43, der jüngste 17 Jahre alt. Und wegen einer Sprengung an der Bahnstrecke Lapovo–Kragujevac wurden am 6. Dezember 1942 in Kragujevac fünf Geiseln erschossen. Bader schloss seine öffentliche Bekanntmachung mit der zynischen Bemerkung: „Dies ist ein

[2009] Bekanntmachung des Kdr. Gen. u. Befh. in Serbien, Gen. Bader, Belgrad, 21. November 1942, Arhiv Srbije, AS-ZP-V-II/11-230, zitiert nach: Verbrechen der Wehrmacht, 521. Erstaunlich ist, dass sowohl Schriftgröße als auch Fettdruck zwischen der deutschen und der serbischen Fassung differieren. In der serbischen Fassung wurde die Einleitung am stärksten hervorgehoben, in der deutschen Fassung der Punkt 4.

[2010] Schreiben Kdr. Gen. u. Befh. in Serbien an serb. Ministerpräsidenten, Belgrad, 23. Dezember 1942, Staatsarchiv Nürnberg, NOKW-899, zitiert nach: Verbrechen der Wehrmacht, 521.

weiterer Erfolg der Wühlarbeit des Draža Mihailović!“ Da der deutsche Soldat auch bis zum 10. Dezember nicht zurückgekehrt war, ließ Bader – wie angekündigt – weitere 10 Kommunisten und Mihailović-Anhänger erschießen; nun war der älteste 49 Jahre alt, der jüngste 21. Nachdem in der Nacht vom 9. auf den 10. Dezember Mihailović-Anhänger den Bahnhof Pozekovina auf der Strecke Kraljevo–Kruševac überfallen, die serbische Bahnüberwachung eingesperrt, die Bahnhofkasse ausgeraubt, die Telefonanlagen zerstört und eine Lokomotive ohne Personal in Fahrt gesetzt hatten, ließ General Bader am 12. Dezember zehn Mihailović-Anhänger in Kruševac erschießen, darunter zwei Bürgermeister, fünf Bauern, je einen Maler und Schlosser sowie einen Četnik-Intendanten; die Männer waren zwischen 62 und 30 Jahre alt. Und als Bader einem Aufruf von Aufständischen aus Rasina die Ermordung des am 19. November entführten Soldaten entnahm, ließ er am 15., 20. und 25. Dezember 1942 je weitere zehn Kommunisten und Mihailović-Anhänger erschießen, womit der ein Jahr zuvor festgelegte „Blutzoll“ von 1:50 gegeben war.[2011]

Am Neujahrstag 1943 legte Ministerpräsident Nedić General Bader eine Denkschrift vor, die in erster Linie die Bildung einer Volksvertretung vorschlug, um – allerdings ohne Wahl – dem Regime eine breitere Basis zu geben. Nedić wünschte sich die Bildung einer „bäuerlichen Volksgemeinschaft“, einen „serbischen Bauernstaat“, der „die gesellschaftliche Zusammenfassung aller wahren serbischen Hausväter und rechtschaffenen serbischen Nationalisten bedeuten“ sollte. Nedić versuchte sich sogar der NS-Ideologie anzupassen, denn er wies darauf hin, dass „im Gegensatz zur jüdisch-marxistischen Mentalität den Serben, wie allen anderen arischen Völkern, ein natürlicher Rasseinstinkt zu eigen ist, welcher Familie, Volk, Staat als höchste geistige und materielle Werte betrachtet“.[2012]

Obwohl es im Stab Baders auch positive Bewertungen gab, kam Ende März aus dem Führerhauptquartier ein ablehnender Befehl. Die Verlegung der SS-Division „Prinz Eugen“ auf den kroatischen Kriegsschauplatz zur Jahreswende 1942/43 wurde durch das Nachrücken von sechs bulgarischen Bataillonen nach Südserbien nur teilweise kompensiert. Die Idee, die zwei zuverlässigsten Formationen der serbischen Regierung – das Russische Schutzkorps und das Serbische Freiwilligenkorps – zu verstärken, scheiterte am Widerstand Meyszners, der eine Verdrängung der ihm unterstellten Serbischen Staatswache befürchtete. Jedenfalls bot sich nun der Mihailović-Bewegung die Chance, die Staatswache, die ihrerseits zahlreiche Verbindungen zur *Četnik*-Bewegung besaß, so unter Druck zu setzen, dass die zunehmende Zahl der Desertionen die Besatzungsmacht zur Zusammenfassung dieser Einheit in immer weniger Standorten zwang. Dies hatte zur Folge, dass die *Četnici* auf dem flachen Lande immer mehr die Belgrader Exekutive ersetzten. Der Nachrichtenoffizier General Baders hielt in seinem Lagebericht vom 17. März 1943 nüchtern fest:

[2011] Bekanntmachungen des Kdr. Gen. u. Befh. in Serbien, Belgrad, 6., 12. bzw. 29. Dezember 1942, Arhiv Srbije, AS-ZP-V-II/11-226, 270, zitiert nach: Verbrechen der Wehrmacht, 522f.

[2012] Ristović, Nedić, 675-680.

„[…] Die Ursache des wachsenden Einflusses der DM [Draža Mihailović]-Bewegung draußen im Lande dürfte in dem fehlenden Schutz der unteren Verwaltungsinstanzen gegenüber den sie terrorisierenden DM-Anhängern zu sehen sein. Um der Entwaffnung kleiner Postierungen der SSW [Serbische Staatswache] vorzubeugen, ist diese in größere Einheiten zusammengezogen worden. Bei dem Mangel an Truppen und zuverlässigen Polizeikräften ist es in mehreren abseits der großen Verkehrsstraßen liegenden Landstrichen nicht mehr möglich, die Anordnungen der Landesverwaltung durchzudrücken.“[2013]

Aber auch der kommunistische Widerstand wurde wieder aktiv und wurde neuerlich mit brutalen Sühnemaßnahmen vergolten. Am Vormittag des 15. Februar 1943 wurde auf der Straße Petrovac–Požarevac bei Toponica ein PKW der Wehrmacht von kommunistischen Partisanen überfallen. Die vier Insassen – zwei Offiziere, ein Unteroffizier und der Fahrer – wurden erschossen und beraubt, der Kraftwagen in Brand gesteckt. Als Sühnemaßnahme wurden am 19. Februar in Belgrad 400 Kommunisten erschossen. Das Dorf Toponica wurde teilweise niedergebrannt. Mehrere Hundert Festgenommene, die im Kreis Požarevac aufgebracht wurden, wurden zur Zwangsarbeit außerhalb ihrer Dörfer eingeteilt. Und General Bader drohte neuerlich in seiner öffentlichen, zweisprachigen Bekanntmachung: „Die deutsche Wehrmacht ist nicht gewillt, dem verhängnisvollen Treiben der Kommunisten und anderer Aufständischer tatenlos zuzusehen.“[2014]

Am 28. Februar 1943 sah sich General Bader dazu veranlasst, eine Zusammen- und Neufassung der mit der Bekämpfung der Aufstandsbewegungen und der Handhabung der Sühnemaßnahmen im Zusammenhang stehenden Befehle niederschreiben und sie den damit befassten Offizieren und Dienststellenleitern mitteilen zu lassen. Gesühnt werden sollte jeder Anschlag gegen Leib und Leben

a) eines Reichs- oder Volksdeutschen (Wehrmacht, Wehrmachtsgefolge oder Zivil-Deutsche);
b) eines Angehörigen des Bulgarischen Okkupationskorps;
c) einer Person, die im Dienste der Besatzungsmächte steht, ohne Rücksicht auf ihre Volkszugehörigkeit;
d) eines Mitgliedes der serbischen Regierung oder von leitenden serbischen Beamten (Bezirks- und Kreisvorsteher, Bürgermeister), Offizieren der serbischen Staatswache, des serbischen Freiwilligenkorps u. ä.

Sühnemaßnahmen sollten jedoch nur ausgelöst werden, wenn

a) die Täter nicht innerhalb von 48 Stunden gefasst werden können;
b) der Anschlag auf die geschützte Person aus politischen Gründen erfolgte und

---

2013 Denkschrift MP Nedić an Gen. Bader, Belgrad, 1. Jänner 1943, in: Karl Hnilicka, Das Ende auf dem Balkan 1944/45. Die militärische Räumung Jugoslawiens durch die deutsche Wehrmacht (Göttingen – Zürich – Frankfurt am Main 1970) 239-252; KTB Kdr. Gen. u. Befh. in Serbien, Abt. Ia, Eintrag vom 30. März 1943, BA/MA, RW 40/93; Kdr. Gen. u. Bfh. in Serbien, Ic-Lagebericht für die Zeit vom 1. Jänner bis 17. März 1943, BA/MA, RH 26-104/53, zitiert nach: Schmider, Kriegsschauplatz, 1040 f.

2014 Bekanntmachung Kdr. Gen. u. Befh. in Serbien, 19. Februar 1943, Arhiv Srbije, AS-ZP-V-II/11-716, zitiert nach: Verbrechen der Wehrmacht, 526.

c) der Anschlag zur Verletzung oder Tötung geführt hat.

Die Tötung wurde angenommen, wenn ein Entführter nach Ablauf einer gestellten Frist nicht zurückgekehrt war.

Auch der für Sühne-Exekutionen vorgesehene Personenkreis wurde weiter differenziert. Nach einem Überfall oder Sabotageakt aus der näheren Umgebung des Tatortes wahllos Personen zur Sühne zu verhaften, wurde verboten. Denn dies erschüttere das Vertrauen in die Gerechtigkeit der Besatzungsmacht und treibe auch den loyalen Teil der Bevölkerung in die Wälder. Eine Untersuchung an Ort und Stelle müsse die offene oder versteckte Mitwirkung oder ein bewusst passives Verhalten bestimmter Personen gegenüber den Tätern klären, bevor sie als „Banditenhelfer" erschossen werden. Ließen sich solche Mitschuldige nicht finden, sollte in erster Linie auf Personen zurückgegriffen werden, „die sich entweder zu Draža Mihailović oder zum Kommunismus bekennen". Nicht zu Sühnezwecke dürften Personen verwendet werden, die den Zielen der Aufständischen ablehnend gegenüberstünden, weiters Beamte sowie Frauen und Jugendliche unter 16 Jahren, die nur als Täter oder „Banditenhelfer" erschossen werden könnten. Für die Stellung der „Sühnegefangenen" aus den „Sühnelagern" sei der Befehlshaber der Sicherheitspolizei zuständig. Soweit besondere Aktionen zur Gewinnung von Sühnegefangenen erforderlich seien, sei „in erster Linie auf die in den überprüften Listen der serb.[ischen] Kreisvorsteher aufgeführten verdächtigen Personen zurückzugreifen". Im Einzelfall seien aus den zur Verfügung stehenden Sühnegefangenen diejenigen auszuwählen, „die durch Bluts- oder Gesinnungsbande dem vermutlichen Täterkreis verbunden sind". Auf Grund der bestehenden Feindschaft zwischen den beiden Aufständischen-Gruppen sei es eher ein Anreiz als eine Abschreckung für die Täter, für Anschläge von Mihailović-Anhängern kommunistische Parteigänger sühnen zu lassen und umgekehrt. Erst wenn sich die politische Zugehörigkeit der Täter nicht ermitteln lasse, „sind Kommunisten und Draža Mihailović-Anhänger in gleichem Umfange zur Sühne heranzuziehen". Für die Durchführung der Exekution habe der zuständige Kreiskommandant die erforderlichen Weisungen zu erteilen. Truppe und Polizei hätten seinem Ersuchen um Vornahme von Exekutionen zu entsprechen. Im Allgemeinen hätten Truppe wie Polizei ihre eigenen Verluste zu sühnen. Da die Sühnemaßnahmen nicht nur als Strafe für begangene Verbrechen anzusehen seien, sondern vor allen Dingen der Verhinderung künftiger durch abschreckende Wirkung dienen sollten, müsse jede Sühnemaßnahme veröffentlicht werden. „Die Sühnemaßnahmen müssen daher so bekanntgemacht werden, dass sie die Täter und die ihnen nahestehenden Kreise errreichen. [...]"[2015]

Am selben Tag ordnete General Bader neben den bereits bestehenden „Sühnegefangenenlagern" in Belgrad, Šabac und Niš auch die Einrichtung solcher in Čačak, Kragujevac, Kruševac, Zaječar und Leskovac an, und zwar im Anschluss

[2015] Befehl Kdr. Gen. u. Befh. in Serbien, Ia, Nr. 652/43 geh., 28. Februar 1943, BA/MA, RW 40/38, Bl. 137-143, zitiert nach: Verbrechen der Wehrmacht, 525.

an bestehende Gefängnisse, Baracken, Kasernen usw. Die bisherigen drei Lager unterstünden dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei; der Höhere SS- und Polizei-Führer in Serbien sollte daher bis Mitte März melden, welche weiteren Lager von den SD-Außenstellen übernommen werden könnten. Der HSSPF Meyszner, der sich mittlerweile gegen Turner durchgesetzt hatte, begann zu dieser Zeit die serbischen durch volksdeutsche Hilfspolizeiformationen zu ergänzen bzw. zu ersetzen, sodass ihm zu Jahresende 1943 bereits 16 Hilfspolizeibataillone, ein motorisiertes Polizeibataillon und eine Polizei-Reiterschwadron unterstanden.[2016]

Trotz der Einrichtung neuer Lager mehrten sich im Frühsommer 1943 die Fälle, dass die Feldkommandanturen für die Durchführung von Sühnemaßnahmen die Bereitstellung von Sühnegefangenen aus dem Sammellager des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in Belgrad beantragten. Daher musste der Chef des Kommandostabes beim Kommandierenden General und Befehlshaber in Serbien, Generalmajor Geitner, Anfang Juli 1943 feststellen, dass „durch die erhöhte Inanspruchnahme der letzten Zeit" das Lager Belgrad „erschöpft" sei. Nun befahl der Generalmajor den Feldkommandanturen, im Einvernehmen mit Sipo und SD in den eigenen Befehlsbereichen die benötigte Anzahl von Sühnegefangenen sicherzustellen; „nötigenfalls sind besondere Aktionen zur Gewinnung von Sühnegefangenen durchzuführen", in erster Linie nach den überprüften Listen der serbischen Kreisvorsteher.[2017]

Zwischen dem 14. und 21. Juli 1943 ließ General Bader sogar den Versuch unternehmen, den Führer des nationalserbischen Widerstandes entweder zu töten oder gefangen zu nehmen. Nach dem Scheitern des Unternehmens „Morgenluft" erließ Bader einen seiner letzten Befehle, der nun bei den Sühnemaßnahmen mehr Flexibilität vorsah:

„[...]

1. Der wachsende Terror der Aufständischen und kommunistischen Banditen gegen den friedlichen Teil der Bevölkerung, der die feindlichen Anordnungen nicht befolgt, loyal mit den Besatzungsmächten zusammenarbeitet und den Anordnungen der serbischen Regierung Folge leistet und sie unterstützt, die Niedermetzelung schuldloser Angehöriger des S.F.K. [Serbischen Freiwilligenkorps] und anderes, erfordern die Durchführung weiterer scharfer Gegenmaßnahmen.

2. Es wird daher angeordnet, dass in Erweiterung des Befehles vom 28. 2. 1943 Ia Nr. 652/43 geh. auch die männlichen Abkömmlinge, die Brüder sowie die Väter derjenigen Personen, die sich bei den Aufständischen oder kommunistischen Banden befinden, zur Durchführung von Gegenmaßnahmen herangezogen werden können. Diese Gegenmaßnahmen können je nach der Schwere des zu sühnenden Vergehens, dessen sich die Aufständischen oder kommunistischen Banden schuldig gemacht haben, bestehen in:

   a) Auferlegung einer Geldstrafe bis zu 500.000 Dinar,

[2016] Befehl Kdr. Gen. u. Befh. in Serbien, 28. Februar 1943, BA/MA, RW 40/35, Bl. 149, zitiert nach: Verbrechen der Wehrmacht, 526; Birn, Die HSSPF, 245.

[2017] Befehl GM Geitner, 13. Juli 1943, BA/MA, RW 40/43, Bl. 93, zitiert nach: Verbrechen der Wehrmacht, 526.

b) Verschickung nach Deutschland zur Zwangsarbeit,

c) Verwendung zu Sühneexekutionen. [...]“[2018]

Auch der Oberbefehlshaber Südost, GO Löhr, gab – der veränderten Kriegslage entsprechend – einen neuen Befehl heraus: zur „Behandlung der Gefangenen und Überläufer im Bandenkampf, Sühne- und Evakuierungsmaßnahmen“: Gefangene „Bandenmitglieder“ entgingen nun eher dem Tod durch Erschießen, da sie zur Zwangsarbeit ins Reich abtransportiert wurden. Überfälle auf deutsche Soldaten und Beschädigungen deutschen Eigentums mussten zwar weiterhin „in jedem Falle mit Erschießung oder Erhängen von Geiseln, Zerstören der umliegenden Ortschaften usw. beantwortet werden“. Zu den an der gesamten männlichen Bevölkerung anzuwendenden Sühnemaßnahmen wie Erschießen oder Erhängen wegen Teilnahme an oder Unterstützung der Banden trat nun aber auch der Abtransport ins Reich. Die Sühnemaßnahmen selbst sollten nur mehr durch Divisionskommandeure bzw. selbständige Regimentskommandeure angeordnet werden, „um Übergriffe untergeordneter Dienststellen und einzelner Soldaten zu vermeiden und eine falsche, ungerechte Behandlung der Bevölkerung zu verhindern“. Löhrs teilweise Einsicht kam natürlich viel zu spät. Neu war auch eine weitere Vorsichtsmaßnahme: „In für die Kampfführung besonders wichtigen Gebieten sind die männlichen Einwohner von 15-60 Jahren zu evakuieren. Sie sind in bewachten Arbeitslagern zusammenzufassen bzw. soweit arbeitsfähig, ins Reich abzuführen. Evakuierungen müssen schlagartig durchgeführt werden, um ein vorzeitiges Entweichen der Bevölkerung zu verhindern. [...]“[2019]

Nach der alliierten Landung auf Sizilien und der Ersetzung Löhrs als Oberbefehlshaber Südost durch GFM Maximilian von Weichs am 18. August 1943 sollte dieser von allen Aufgaben entbunden werden, die nicht der Abwehr einer befürchteten alliierten Invasion auf dem Balkan galten. Wenige Wochen später sollten die Kapitulation Italiens und der Rückzug der italienischen Truppen aus ihren Besatzungsgebieten die deutsche Besatzungsmacht tatsächlich dazu zwingen, auch den Sandžak, den gesamten Kosovo, West-Makedonien, Albanien, Montenegro und Dalmatien zu besetzen. Bereits am 21. August 1943 wurde der General der Infanterie Hans Gustav Felber sowohl als Territorial- als auch als Truppenbefehlshaber in Serbien eingesetzt und löste General Bader ab. Politisch wichtiger war die Einsetzung von Hermann Neubacher als „Sonderbevollmächtigten des Auswärtigen Amtes für den Südosten“ am 24. August, der „für die einheitliche Behandlung der außenpolitischen Fragen in diesem Raum Sorge zu tragen“ habe. Denn obwohl Neubacher kaum mehr Kompetenzen als der Gesandte Benzler erhalten hatte, verstand es der „alte Kämpfer“ und ehemalige Bürgermeister von Wien, in wenigen Wochen wesentlich mehr Einfluss und Macht zu gewinnen. Dies hing auch damit zusammen, dass er innerhalb eines Monats eine Begegnung Nedić’ mit Ribbentrop

2018 Befehl Kdr. Gen. u. Bfh. in Serbien, 5. August 1943, Staatsarchiv Nürnberg, NOKW-169, zitiert nach: Verbrechen der Wehrmacht, 527.

2019 Befehl des Oberbefehlshabers Südost, GO Löhr, 10. August 1943, BA/MA, RW 40/199, Bl. 10, zitiert nach: Verbrechen der Wehrmacht, 527.

und am 18. September 1943 sogar einen kurzzeitigen Empfang bei Hitler erwirken konnte, der propagandistisch ausgenützt wurde. Hitler gewährte Nedić zwar nur minimale Konzessionen, lobte aber gegenüber Goebbels Nedić' „devote Haltung" und glaubte diesen „zur Wiederherstellung der Ordnung in Serbien" gut gebrauchen zu können.[2020] Am 25. Oktober konnte Neubacher Hitler auch ein Waffenstillstands- und Bündnisangebot Mihailović' unterbreiten. Trotz der grundsätzlichen Abneigung Hitlers, Vereinbarungen mit Freischärlern zu treffen, veröffentlichte das Führerhauptquartier am 29. Oktober 1943 eine Anordnung Hitlers betreffend „Die einheitliche Führung des Kampfes gegen den Kommunismus im Südosten":

„1) Die kommunistische Gefahr im Südosten erfordert eine einheitliche Gegenaktion.

2) Mit der politischen Führung wird der Sonderbeauftragte Neubacher […] beauftragt. […] Er allein ist befugt, Verhandlungen mit Bandenführern zu führen, zu genehmigen oder abzulehnen." Die Höheren SS- und Polizeiführer seien Berater des Sonderbevollmächtigten.

8) Die Handhabung der Sühnemaßnahmen ist mit dem Sonderbevollmächtigten abzustimmen."

Außerdem wurde Neubacher ermächtigt, zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten neue „Grundsätze für die Wirtschaftspolitik im Südosten" aufzustellen und durchzusetzen.[2021]

Der Ende Oktober 1943 erfolgte vorübergehende Vorstoß zweier Partisanen-Divisionen nach Südwest-Serbien, also in die letzte Mihailović noch verbliebene Machtbasis, zwang ihn zu einer Interessensgemeinschaft mit Neubacher. Da Mihailović von den Alliierten fallen gelassen worden war und nun in der kommunistischen Bürgerkriegspartei den Hauptgegner sah[2022], verschaffte ihm die vorübergehende Allianz mit den Deutschen zumindest eine Atempause. Freilich musste er damit rechnen, dass seine radikaleren Gefolgsleute eine solche Kollaboration ablehnten, dass andererseits aber den bisher loyalen Kollaborateuren der Deutschen – Nedić, die *Zbor*-Bewegung und das Serbische Freiwilligenkorps – die neue Kooperation nicht gefiel. Daher überließ Mihailović die Verhandlungen seinen regionalen Unterführern und ließ sie lediglich Verträge von sechs bis acht Wochen Laufzeit abschließen.[2023]

Doch auch unter General Felber gingen die massenhaften Geiselerschießungen weiter. Als Vergeltung für einen Überfall auf ein Viehaufkaufkommando bei Šljivar wurden in Belgrad am 29. Oktober 1943 100 Mihailović-Anhänger und

[2020] Aufzeichnung GK Kronholz über Gespräch zwischen Ribbentrop und Nedić, 18. September 1943, ADAP, Serie E, Bd. 6, 556-559; Aufzeichnung OKH/GenStdH/Attachéabteilung über Besuch Nedić im FHQu., BA/MA, RH 2/2887; zitiert nach: Umbreit, Herrschaft, 33; Hermann Neubacher, Sonderauftrag Südost 1940-1945. Bericht eines fliegenden Diplomaten (Göttingen – Berlin – Frankfurt am Main ²1957) 144-146; Schmider, Partisanenkrieg, 43f. 479.

[2021] Broucek, Glaise-Horstenau, 320; Czesław Madajczyk, „Restserbien" unter deutscher Militärverwaltung, in: The Third Reich and Yugoslavia 1933-1945 (Beograd 1977) 472; Schmider, Kriegsschauplatz, 1041f.

[2022] Noch Mitte Juli 1943 hatte es vergebliche Gespräche zwischen Đilas und Teilen der obersten Četnik-Führung gegeben. – Schmider, Kriegsschauplatz, 1043.

[2023] Neubacher, Sonderauftrag Südost, 140.

200 Kommunisten erschossen; und als Vergeltung für einen Überfall auf ein Erfassungskommando des VIII. Hilfspolizei-Bataillons bei Belasnica wurden am selben Tag weitere 100 Mihailović-Anhänger erschossen. Felber ordnete nicht nur die Veröffentlichung der Sühnemaßnahmen im Kreis Zaječar an, sondern auch den ausdrücklichen Hinweis auf die grausame Behandlung der in die Hände der „Banditen" gefallenen Verwundeten sowie die Verstümmelung der Gefallenen bei Šljivar.[2024] Als am 3. Dezember 1943 auf der Straße Topola–Kragujevac zwei deutsche PKW von Kommunisten aus dem Hinterland beschossen wurden, fand dabei ein deutscher Polizeioffizier den Tod. Als Vergeltung für diesen Überfall wurden am 20. Jänner 1944 in Kragujevac und Belgrad insgesamt 50 Kommunisten erschossen.[2025]

Auf Drängen Neubachers gab der Oberbefehlshaber Südost am 22. Dezember 1943 endlich neue, weniger radikale Richtlinien für „Sühnemaßnahmen" bekannt. Diese stünden im Rahmen einer von Hitler befohlenen „einheitlichen Gegenaktion gegen die kommunistische Gefahr im Südosten". Die bisher üblichen Sühne-, Straf- und Vergeltungsmaßnahmen müssten in Zukunft der neuen politischen Zielsetzung Rechnung tragen, deren erster Grundsatz sei, „bei Anschlägen, Sabotageakten usw. die Täter selbst zu fassen und Sühnemaßnahmen erst in zweiter Linie zu ergreifen, wenn durch Sühnemaßnahmen die Verhütung künftiger Anschläge zu erwarten ist". Sühnemaßnahmen sollten nur ausgelöst werden, wenn „der Anschlag auf die geschützte Person aus politischen Gründen erfolgte". Die bisherigen Sühnequoten wurden aufgehoben; der Umfang der Sühnemaßnahmen war in Hinkunft in jedem Einzelfall festzulegen. Das wahllose Aufgreifen von Personen aus der näheren Umgebung des Tatortes wurde ebenfalls verboten. Ergebe jedoch die Untersuchung eines Vorfalles die offene oder versteckte Mitwirkung oder auch nur ein bewusst passives Verhalten bestimmter Personen gegenüber den Tätern, so seien in erster Linie diese Personen als „Banditenhelfer" zu erschießen und deren Wohnstätten zu vernichten. Ließen sich derartige Mitschuldige nicht finden, so wären in erster Linie solche Personen als „mitverantwortlich" anzusehen, die sich zum Kommunismus bekannten.[2026]

Der Befehl von Weichs' enthielt also drei fundamentale Veränderungen der bisherigen Praxis der „Sühnemaßnahmen": Erstens wurden die im Herbst 1941 eingeführten „Sühnequoten" wieder aufgehoben, zweitens sollten nur mehr politisch motivierte Anschläge unter die Sühnemaßnahmen fallen und drittens wurden die Mitstreiter Draža Mihailović' nicht mehr als Menschenmaterial für Geiselerschießungen angesehen. Dies lässt deutlich darauf schließen, dass die verbrecherische

2024 Militärbefehlshaber Südost, Ia Nr, 1858/43 geh., an Feldkommandantur 809, 26. November 1943, in: BA/MA, RW 40/82.

2025 Bekanntmachung des Feldkommandanten in Kragujevac, 20. Jänner 1944, Arhiv Srbije, AS-ZP-V-II/11-344, zitiert nach: Verbrechen der Wehrmacht, 529.

2026 Befehl OB Südost, 22. Dezember 1943, BA/MA, RW 40/89, zitiert nach: Verbrechen der Wehrmacht, 528.

Strategie der Sühnemaßnahmen gegen unschuldige Dritte fehlgeschlagen war und dass die deutsche Besatzungsmacht und die *Četnici* eine Art von Waffenstillstand geschlossen hatten.

Die von Neubacher versuchte „neue Politik“ der Einbindung serbischer und montenegrinischer *Četnici* in deutsche Dienste und der politischen Aufwertung der Nedić-Regierung scheiterte anfänglich vor allem am Widerstand des HSSPF Meyszner (sowie in geringerem Maße an dem Neuhausens), die nicht bereit waren, auf Machtkompetenzen zu verzichten. Aber Neubacher appellierte an seinen Duzfreund SS-Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner, den Chef des Reichssicherheitshauptamtes, und Meyszner wurde mit Wirkung vom 15. März 1944 abberufen. Sein Nachfolger, SS-Brigadeführer Hermann Behrends[2027] – der noch bei der Verzögerung der Evakuierung der Banater Schwaben im September/Oktober 1944 eine verhängnisvolle Rolle spielen sollte –, bekam von Himmler eingeschärft, sich auf jeden Fall mit Neubacher gut zu stellen. In der Zwischenzeit geriet die Kooperation Neubachers mit den Mihailović-*Četnici* auch seitens der Nedić-Regierung unter Kritik, und der Ministerpräsident drohte – auch mit Hinweis auf die fortdauernde bulgarische Besetzung in Südserbien – neuerlich mit seiner Demission, die diesmal von Neubacher ausgesetzt werden konnte.[2028]

Der ab 17. März 1944 unternommene zweite Versuch eines Vorstoßes der Partisanen nach Kern-Serbien, um sich im südostserbischen Rückzugsgebiet mit den dort verbliebenen Partisanen zu vereinigen (wobei das bulgarische Korps weitgehend versagte), beendete vorerst die Diskussionen zwischen der deutschen Besatzungsmacht, der Nedić-Regierung und den Mihailović-*Četnici*. Auch ein alliierter Bombenangriff auf Belgrad am 6. und 7. April 1944 – bei dem 1160 serbische Zivilisten und 200 deutsche Soldaten ums Leben kamen – verschärfte die Lage. Dennoch gelang es

[2027] Hermann Behrends, geb. 1907 in Rüstingen, Sohn eines Gastwirts in Wilhelmshaven, Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Marburg, 1931 Dr. jur., 1932 Aufnahme in die SS und die NSDAP, 1933 SS-Untersturmführer, seit Ende 1933 Leiter des SD in Berlin, 1935 SS-Standartenführer, 1934-1936 Führer des SD-Oberabschnitts Ost (Berlin), 1937-1944 Stabsleiter und Stellvertreter des Leiters des Hauptamtes Volksdeutsche Mittelstelle, 1939-1945 Mitglied des Reichstages, 1940 Teilnahme am Krieg gegen Frankreich, 1941 SS-Brigadeführer, 1943 Reserveführer bei verschiedenen Waffen-SS-Einheiten, 1. Oktober 1943 - 15. März 1944 Führer einer Artillerie-Abteilung bei der SS-Division „Prinz Eugen“, ab 12. Jänner 1944 SS-Sturmbannführer d. R. der Waffen-SS, ab 15. März 1944 HSSPF für Serbien, Sandschak und Montenegro, zusätzlich ab 1. Juni 1944 Beauftragter des RFSS beim Sonderbevollmächtigten des Deutschen Reiches für Montenegro, am 1. August 1944 zum SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei befördert, im August 1944 zum Bevollmächtigten General im Banat ernannt, 4. September - 18. September 1944 Führer der „Polizei-Kampfgruppe Behrends“, am 17. November 1944 zur Führerreserve beim SS-Personalhauptamt versetzt, 8. Februar - 8. Mai 1945 Chef der Militärverwaltung Kurland, am 5. Juli 1945 von den Briten in Flensburg verhaftet, in South Wales interniert, danach an Jugoslawien ausgeliefert, 1946 von einem jugoslawischen Militärgericht zum Tode verurteilt und am 21. Dezember 1947 hingerichtet. Vgl. SCHULZ – WEGMANN, Generale der Waffen-SS und der Polizei, Bd. 1, 79f.; Dienstkalender Heinrich Himmlers, 668.

[2028] SCHMIDER, Kriegsschauplatz, 1044; HNILICKA, Das Ende, 312-320.

bis Mitte Mai, die meisten Partisanen zum Rückzug in den Sandžak zu zwingen. Bei einem Treffen zwischen dem *Zbor*-Gründer Ljotić und dem Stabschef Mihailović', Miroslav Trifunović, am 20. Mai 1944 wurde die neue Stärke der *Četnici* gegenüber den Organen des serbischen Staates deutlich, von denen Staatssekretär Čeka Đorđević sogar während der Verhandlungen einem Anschlag von *Četnik*-Attentätern zum Opfer fiel. Dies war wiederum ein klarer Hinweis, dass Mihailović nur eine sehr unvollständige Kontrolle über seine Unterführer ausübte. Andererseits war Nedić noch im Juni 1944 überzeugt, dass alle Anstrengungen der Kommunisten, Serbien zu erobern, erfolglos bleiben würden, weil die „Serben keine Kommunisten, keine Bolschewiken, sondern national orthodox eingestellt sind".[2029]

Erstaunlicherweise war die Mannschaftsstärke der deutschen Besatzungsmacht in Serbien am 1. Juni 1944 auf den niedrigsten Stand seit Kriegsbeginn gesunken. Hatte sie am 30. August 1941 22.500 Mann betragen und war sie bis zum 31. Oktober 1942 auf ca. 35.000 Mann gestiegen, so wurde sie nach der Kapitulation Italiens bis zum 26. Dezember 1943 auf 14.000 Mann gesenkt und fiel bis zum 1. Juni 1944 sogar auf nur 10.000 Mann zurück. Aber die deutsche Herrschaft in Serbien war im Sommer 1944 im Wesentlichen nur mehr auf die Städte beschränkt sowie kurzzeitig auf jene Gebiete, die im Zuge von Anti-Partisanen-Unternehmen gerade freigekämpft worden waren.[2030]

So gelang es General Felber noch zwischen Mitte Juli und Anfang August 1944, mit einem deutschen Polizeibataillon, Teilen zweier bulgarischer Divisionen, dem Serbischen Freiwilligenkorps und kooperationswilligen *Četnici* Großoperationen gegen das Rückzugsgebiet der Partisanen westlich von Niš zu führen. Und Mitte August willigte Nedić bei einem geheimen Treffen mit Mihailović in eine bedingungslose Allianz ein, die auf eine faktische Selbstaufgabe des deutschen Satellitenstaates hinauslief. Als Nedić am 17. August Neubacher aufforderte, sich dieser Allianz anzuschließen und eine größere Waffenlieferung bereitzustellen, waren auch Weichs und Felber zur Stellungnahme gezwungen. Nach intensiven Gesprächen rieten sie ihren vorgesetzten Dienststellen zur Annahme des serbischen Angebots. Als aber der Oberbefehlshaber Südost Weichs am 22. August bei Hitler vorsprach, stieß er auf dessen Misstrauen gegenüber den Serben im Allgemeinen und der Mihailović-Bewegung im Besonderen. Hitler war nach wie vor unbeirrbar gegen jede Stärkung des „Groß-Serbentums". Die ab 26. August in mehreren Wellen aus Bosnien und Montenegro nach Serbien einbrechende Volksbefreiungsarmee – unterstützt durch einen alliierten Luftangriff auf Leskovac, der 800 Tote verursachte – veränderte freilich die Gesamtlage grundlegend und war

---

[2029] Ristović, Nedić, 672; vgl. Jasper Rootham, Miss Fire – The Chronicle of a British Mission to Mihailovich 1943-1944 (London 1946).

[2030] Nach der Verpflegungsstärke zum 31. Oktober 1942 zählte die 704. ID 9765 Mann, die 714. ID 8947 Mann, die 717. ID 7221 Mann und die 718. ID 7505 Mann; allerdings war die 717. ID zwischen Serbien und Syrmien (das zu Kroatien gehörte) aufgeteilt. – BA/MA, RH 20-12/151, zitiert nach: Schmider, Partisanenkrieg, 586f.

mit beschränkten deutschen Waffenlieferungen nicht mehr aufzuhalten. Auch das bulgarische Okkupationskorps begann sich jetzt zurückzuziehen.[2031]

Noch Mitte August 1944 waren auf dem Gebiet des Militärbefehlshabers Serbien 241.011 Flüchtlinge registriert, was auf mindestens 300.000 überwiegend serbische Heimatlose schließen lässt. Verständlicherweise hatten sie sich der einen oder anderen Widerstandsbewegung angeschlossen und stachelten bei ihren serbischen „Gastfamilien" zu Rachegefühlen gegen die Besatzungsmächte – gegen die Deutschen, Magyaren, Kroaten und Bulgaren – an. Tatsächlich stellte Mihailović am 1. September 1944 in einem Aufruf an seine Anhänger den lange erwarteten Aufstand gegen die Besatzungsmächte in Aussicht. Der Oberbefehlshaber Südost ließ daraufhin alle Waffenlieferungen einstellen. Nachdem die Partisanen bis Ende September 1944 die Hauptverbände der *Četnici* zerschlagen hatten, insbesondere das mit deutscher Hilfe bewaffnete „Sturmkorps", schlossen sich die Reste den aus Griechenland über Makedonien und den Kosovo nach Bosnien ziehenden Verbänden der deutschen Heeresgruppe E an.[2032]

Vor ihrem Abzug aus Serbien im Herbst 1944 demontierten die Deutschen vor allem Bergbau- und Industrieanlagen, die freilich von ihnen selbst Jahre zuvor modernisiert worden waren. Die wertvollen Kupferminen in Bor konnten nach Abzug der Deutschen mit einem Teil der transportierbaren Maschinen vor Zerstörung gesichert werden, auch die Kupfer- und Zinkminen in Trepča überstanden den Krieg in einem eher guten Zustand. Aus dem staatlichen Arsenal in Kragujevac wurden freilich die modernen Škoda-Maschinen abtransportiert. Die Eisenbahn-Reparaturwerkstätte in Niš wurde völlig zerstört, und auch von der einst größten Lokomotivfabrik Jugoslawiens in Kraljevo blieben nur mehr einige Werkbänke übrig. Die Werkstätte für Schmalspurbahnen in Kruševac blieb hingegen unzerstört, ebenso wie die Jasenica-Stahlwerke in Smederevska Palanka. Dies änderte freilich nichts daran, dass Jugoslawien von den etwa 2600 Lokomotiven und 60.000 Eisenbahnwaggons vor dem Aprilkrieg 1941 nun – im April 1945 – nur mehr 300 Lokomotiven und 7000-8000 Waggons geblieben waren. Zur Verschärfung der Situation auf dem Transportsektor trug bei, dass die Deutschen in ganz Jugoslawien nicht mehr als 5000 LKW zurückließen. Dieser enorme Engpass auf dem Transportsektor wird auch dadurch drastisch dokumentiert, dass die Rote Armee schon im November 1944 den Partisanen 600 Dodge-LKW aus den amerikanischen Land-and-Lease-Lieferungen überließ.[2033]

[2031] ADAP, Serie E, Bd. 8, 24f.; Umbreit, Herrschaft, 33; Schmider, Kriegsschauplatz, 1045-1047; Ristović, Nedić, 663; Umbreit, Herrschaft, 33. Nedić erläuterte am 17. August 1944 im Beisein seines gesamten Kabinetts die Vereinbarung mit Mihailović: Er strebe gemeinsam mit seinem bisherigen Erzrivalen Mihailović „auf der Basis des gemeinsamen Kampfes aller nationalen Kräfte gegen den Kommunismus" eine Einigung „in loyaler Zusammenarbeit mit dem deutschen Okkupator" an und verbürge sich dafür, dass die Četnici sich auch im Falle eines deutschen Rückzugs jeder feindseligen Haltung gegen die Besatzungsmacht enthalten würden. – Schmider, Partisanenkrieg, 502.

[2032] Slobodan D. Milošević, Izbeglice i preseljenice na teritoriji okupirane Jugoslavije 1941-1945. godine (Beograd 1980) 280; Schmider, Kriegsschauplatz, 1046 f.

[2033] OSS, Research and Analysis Branch, No. 3033a: Present Condition of Yugoslav Industry, Washington, 15 April 1945.

Mit der Rückeroberung des westlichen Banats sowie des serbischen Kerngebietes durch die Rote Armee im Oktober 1944 ging die deutsche Militärverwaltung in Serbien abrupt zu Ende. Der HSSPF Behrends fungierte noch als Bevollmächtigter für den Banat, in Belgrad hatte seit Anfang Oktober Generalleutnant Friedrich Stephan als „Kommandant des erweiterten Verteidigungsbereichs Belgrad" die Räumung vorzubereiten, gleichzeitig die Evakuierung der deutschen Bevölkerung. Der zwölfköpfigen Regierung Nedić blieb nur mehr die Flucht nach Wien – wo die gesamte Entourage von über 100 Personen im Hotel Sacher wohnte – und weiter nach Kitzbühel, von wo aus der Ministerpräsident mit seinen Mitarbeitern unter den serbischen Kriegsarbeitern und Zwangsarbeitern in Deutschland zu agitieren versuchte. Genaue Angaben, wie viele Personen im Verlauf der dreieinhalbjährigen deutschen Besatzungsherrschaft in Serbien gewaltsam ums Leben kamen, sind bis heute nicht bekannt. Trotz relativ geringer Kriegshandlungen fielen den Auseinandersetzungen zwischen der Besatzungsmacht und den beiden Aufstandsbewegungen samt massenhafter Geiselerschießungen etwa 100.000 Serben zum Opfer. Hinzuzuzählen ist die Vernichtung des Großteils der serbischen Juden und eines Teils der Roma.[2034]

Die Vernichtung der Juden in Serbien und in der Vojvodina

Nach der Volkszählung von 1931 betrug die Zahl der in Jugoslawien lebenden Juden nach dem konfessionellen Bekenntnis 68.405. In der *Dunavska Banovina* (Vojvodina und Nordserbien) lebten insgesamt 18.518, in der *Vardarska Banovina* (Makedonien) 7579, in der *Moravska Banovina* hingegen nur 586. Die größten Konzentrationen gab es in Belgrad (8936), Subotica (3758) und Novi Sad (3135) sowie im Bezirk Skopje (2635). Nach ihrer beruflichen Ausrichtung lebten 59 % vom Handel und vom Geldwesen, 18 % von gewerblicher Tätigkeit und 12 % von freien Berufen. Die jüdischen Gemeinden waren in einem öffentlichen Verband organisiert, der Oberrabiner Dr. Yitzak Alkalay war Mitglied des Senats. Ab 1933, besonders aber nach dem „Anschluss" Österreichs und bis zum deutschen Angriff auf Polen passierten etwa 50.000 Juden aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei die jugoslawischen Grenzen, um mit Hilfe jüdischer Organisationen nach Griechenland und Palästina sowie in die USA zu emigrieren.[2035]

Im November 1939 verließ ein Transport mit etwa 1200 jüdischen Emigranten Wien, um donauabwärts über das Schwarze Meer nach Palästina zu gelangen. Der Großteil der Personen stammte aus Wien, 130 kamen aber aus Berlin, 50 aus

[2034] Umbreit, Herrschaft, 34f.; Broucek, Glaise-Horstenau, 453. Žerjavić schätzte die Kriegstoten im engeren Serbien (ohne Vojvodina und Kosovo) auf 142.000 Serben, 13.000 Muslime, 7000 Juden, 3000 Russen, sowie je 1000 Deutsche und Roma, allerdings ohne weitere Differenzierung hinsichtlich der Todesursachen. – Žerjavić, Gubici, 67.

[2035] Publikationsstelle Wien (Hg.), Die Gliederung der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawien nach Muttersprache und Konfession nach den unveröffentlichten Angaben der Zählung von 1931 (Wien 1943); Encyclopedia of the Holocaust, 15.

Danzig und etwa 100 aus Prag und Pressburg. Obwohl nicht geklärt war, ob die britischen Behörden die Landung in Palästina zulassen würden, hatte der *Mossad le Alija Bet*, eine in Palästina gegründete Organisation zur Rettung europäischer Juden, die Organisation übernommen. In Pressburg wurden die Flüchtlinge auf drei jugoslawische Ausflugsschiffe aufgeteilt; ein Schiff hieß *Car Dušan*. An der Jahreswende 1939 wurden die Schiffe unmittelbar nach dem Eisernen Tor gestoppt, um im kleinen serbischen Donauhafen Kladovo die Eisschmelze abzuwarten. Doch auch im Frühjahr 1940 gab es keine Weiterreise, und nach weiteren Monaten des Wartens wurden die Schiffe stromaufwärts in Bewegung gesetzt, an Belgrad vorbei in die Save gelotst, um vor Šabac vor Anker zu gehen. Die Flüchtlinge litten abwechselnd an Kälte, Hitze, Schmutz und Krankheiten. Erst im März 1941 gelang es rund 230 Jugendlichen und Frauen, von den Schiffen zu flüchten und sich per Bahn über Griechenland, İstanbul, Aleppo und Beirut nach Palästina zu retten. Alle anderen Personen wurden vom deutschen Angriff auf Jugoslawien überrascht und nach dem Aprilkrieg 1941 vorerst im KZ Šabac interniert. Bereits im Oktober 1941 wurden die meisten Männer des Kladovo-Transports als Geiseln von der Wehrmacht erschossen. Im Verlauf des Winters wurden die Frauen ins KZ Sajmište bei Belgrad überstellt. Der Kommandant, der Österreicher Herbert Arndorfer, wartete auf ein „Spezialfahrzeug" aus Berlin. Zwischen März und Mai 1942 holten jeden Tag zwei LKW 50 bis 80 Personen in Sajmište ab und fuhren mit ihnen durch Belgrad zu vorbereiteten Leichengruben. Denn während der Fahrt wurde in die hermetisch abgeschlossene Ladefläche Gas eingeleitet.[2036]

Eine kurze Familiengeschichte deutschsprachiger Juden aus Kikinda im westlichen Banat möge die im 20. Jahrhundert erfolgten mehrfachen Brüche besonders deutlich machen: Die Familie Kemény stammte aus der westlichen Slowakei, hatte sich 1899 magyarisieren lassen und verteilte sich aus beruflichen Gründen innerhalb des Königreiches Ungarn. Arnold Kemény, Absolvent der Kaufmännischen Akademie in Wien, heiratete die Tochter eines wohlhabenden jüdischen Arztes, Etelka Haas, und ließ sich im Frühjahr 1914 in Kikinda nieder, das erst 1774 unter Königin Maria Theresia planmäßig gegründet worden war. Im Ersten Weltkrieg stand Arnold als k.u.k. Offizier an der Isonzofront und wurde mehrmals verwundet. Als er zurückkehrte, hatten bereits serbische Truppen Kikinda besetzt, das auf Grund des Friedensvertrages von Trianon 1920 auch an das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen fiel. In der ersten jugoslawischen Volkszählung 1921 bekannten sich immerhin 551 Personen zur mosaischen Religion, die überwiegend deutsch und nicht jiddisch sprachen. Während sich seine Brüder 1919 dem Räteregime Béla Kuns angeschlossen hatten, gründete Arnold Kemény ein Geschäft für landwirtschaftliche Maschinen, das lediglich zwei Konkurrenten hatte – einen jüdischen und einen deutschen. Während auf den Straßen der Stadt

[2036] Gabriele Anderl und Walter Manoschek, Gescheiterte Flucht. Der „Kladovo-Transport" auf dem Weg nach Palästina 1939-1942 (Wien 2001); Judith Brandner, Kladovo-Transport: Missglückte Flucht vor den Nazis, in: Radio Österreich 1, Dimensionen, 8. August 2001.

Serbisch, Deutsch und Ungarisch gesprochen wurde, sprach die Familie Kemény zu Hause deutsch. Die Ortsgruppe des „Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes", die energisch für die Erhaltung der deutschen Sprache im öffentlichen Leben und im Schulwesen eintrat, geriet in den 1930er Jahren immer stärker ins Fahrwasser des Nationalsozialismus und der „Erneuerer", die vorwiegend in Deutschland studiert hatten. Im Frühjahr 1939 begann der Umbau des „Kulturbundes" nach den Plänen der von der SS geführten „Volksdeutschen Mittelstelle" in Berlin.[2037]

Als Hitler-Deutschland im April 1941 Jugoslawien überfiel, wurden die deutschen Truppen auch von den Donauschwaben in Kikinda begeistert empfangen. Die lokale „Volksgruppenleitung" hatte allerdings auch eine Liste aller Juden von Kikinda erstellt, einschließlich ihrer Immobilien und Bankkonten. Alle jüdischen Geschäfte und Unternehmen wurden deutscher Verwaltung unterstellt. Ausgerechnet der deutsche Konkurrent der Keménys, Alexander Czanik, wurde zum Kommissar bestellt und bot „eine lächerlich kleine Summe für das sehr gut ausgestattete Geschäft", was von der Witwe Arnolds abgelehnt wurde. Die Juden in Kikinda wurden zur Zwangsarbeit eingeteilt, eines Tags in der Synagoge versammelt, von Banater Deutschen ihrer Wertsachen beraubt und in Viehwaggons deportiert. Mit Hilfe ihres zweiten Mannes, eines Serben, entkamen Etelka Kemény und ihr Sohn Julije dem Lager Novi Bečej und tauchten im Armenviertel von Belgrad in die Illegalität unter. Unterstützt von den *Četnici* Draža Mihailović', aber auch durch Mitarbeit Julijes in einem Desinfektionsbetrieb, überlebte die Familie Kemény die deutsche Besatzungszeit, und Julije lernte sogar mit einem serbischen Gymnasiasten Englisch. Nach der Befreiung Belgrads durch die Rote Armee und die Partisanen kehrte die Familie wieder nach Kikinda zurück, wo sich Czarnik mittlerweile als Hauseigentümer hatte eintragen lassen, was im Herbst 1944 zur Plünderung durch die Partisanen Anlass bot. Vorübergehend wurden die Keménys zwar wieder Eigentümer, verloren aber Haus und Geschäft bald wieder an die Kommunisten. Während Mutter Etelka bis zu ihrem Tod 1959 in Kikinda blieb, wanderte Julije nach Israel aus, kehrte aber 1959 nach Kikinda zurück und lebt seitdem in Frankfurt am Main.[2038]

Auch im besetzten Serbien waren die Juden besonderer Verfolgung ausgesetzt. Schon drei Tage vor der Kapitulation des jugoslawischen Heeres verfügte der Ortskommandant von Groß-Betschkerek (Zrenjanin) im Banat die Kennzeichnung und Schließung der jüdischen Geschäfte. Sein Nachfolger verordnete wenige Tage später das Tragen des Judensterns, eine „Sühneabgabe" von einer Million Reichsmark und die Einweisung der jüdischen Gemeinde in ein Ghetto. Am 16. April befahl der Chef der Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in Belgrad allen Juden, sich am 19. April um 8 Uhr morgens bei der Städtischen Schutzpolizei (im Feuerwehrkommando am Taš-Majdan) zu melden. Juden, die der Meldepflicht nicht nachkämen, würden erschossen. Tatsächlich fanden sich fast 10.000 Belgrader Juden zur Registrierung durch die Gestapo ein, und

[2037] Karl-Peter SCHWARZ, Eine Heimat, mehrfach verloren, in: FAZ, 8. Januar 2006, 10.

[2038] Ebenda.

die meisten jüdischen Männer wurden zur Zwangsarbeit eingeteilt. Am 25. April verfügte die Feldkommandantur Belgrad die nächsten Zwangsmaßnahmen:

1) Alle Juden Belgrads können in Hinkunft Lebensmittel und sonstige Waren auf den Märkten und Plätzen erst nach 10.30 Uhr einkaufen.
2) Bei den öffentlichen Brunnen und sonstigen Plätzen, wo die Bürger in Reihe warten, können sich die Juden erst dann anstellen, nachdem sich alle übrigen „Bürger-Arier" mit den betreffenden Artikeln versorgt haben.
3) Es wird allen Kaufleuten verboten, den Juden zu erhöhten Preisen und überhaupt unter der Hand Lebensmittel und sonstige Waren zu verkaufen.
4) Alle Juden, welche gegen die Verordnung verstoßen, werden mit bis zu 30 Tagen Arrest oder Geldstrafen bis zu 10.000 Dinar bestraft. Nach Gutdünken werden sie auch in Konzentrationslager geschickt. Gleiche Strafen gelten auch für Kaufleute, die gegen Art. 3 verstoßen.[2039]

Bereits am 30. Mai 1941 befahl die deutsche Militärverwaltung die Entlassung aller Juden aus dem öffentlichen Dienst und den freien Berufen. Die meisten jüdischen Männer im Alter von 16 bis 60 Jahren wurden zur Zwangsarbeit verpflichtet und zur Säuberung der Stadt eingeteilt. In den folgenden Monaten wurden die Juden von der serbischen Bevölkerung isoliert. Im Juli 1941 wurden 900 jüdische Geschäftsleute enteignet, die Bankkonten gesperrt und die jüdische Gemeinde zur Zahlung von Sühnegeld verpflichtet. Dies war offensichtlich als Entschädigung für den beginnenden serbischen Aufstand gedacht.[2040]

Der vom Auswärtigen Amt nach Serbien entsandte Gesandte Benzler schlug am 8. September Reichsaußenminister Ribbentrop allen Ernstes vor, 8000 männliche Juden aus Serbien zu „entfernen", indem man sie mittels Frachtkähnen die Donau abwärts bringt und auf Inseln im Donaudelta „absetzt", also dort verrecken lässt. Als Begründung führte er an: „Nachweislich haben sich bei zahlreichen Sabotage- und Aufruhrakten Juden als Mittäter herausgestellt." Benzler forderte daher die „rasche und drakonische Erledigung" der serbischen „Judenfrage" als „dringendstes und zweckmäßigstes Gebot". Und am 12. September wiederholte er sein Ersuchen und gab weitere Begründungen:

> „Unterbringung in Arbeitslagern bei jetzigen inneren Zuständen nicht möglich, da Sicherung nicht gewährleistet. Judenlager behindern und gefährden sogar unsere Truppen. So ist sofortige Räumung des Lagers von 1200 Juden in Šabac notwendig, da Šabac Kampfgebiet und in Umgegend aufständige Bauern in Stärke von mehreren Tausend Mann festgestellt. Andererseits tragen Juden nachweislich zur Unruhe im Lande wesentlich bei. Im Banat hat, seit dort Juden entfernt worden sind, die hier in Serbien besonders schädliche Gerüchtemacherei sofort aufgehört."[2041]

[2039] Befehl des Chefs der Einsatzgruppe der Sipo und des SD, Belgrad, 16. April 1941; Verordnung des Feldkommandanten von Belgrad, Oberst von Kaisenberg, 25. April 1941, in: Walter Manoschek, Serbien. Partisanenkrieg 1941, in: Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Ausstellungskatalog (Hamburg ²1997) 20-61, hier 24-27.

[2040] Rozett – Spector, Encyclopedia, 135, 405.

[2041] PA, AA, Inl. IIg 194/2249 Dok. H297125, zitiert nach: Casagrande, Prinz Eugen, 171.

Der zuständige Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt, Ministerialdirigent Luther, meinte noch, dass es „bei der nötigen Härte und Entschlossenheit" möglich sein müsse, „die Juden auch in Serbien in Lagern zu halten". Aber: „Wenn die Juden dort nach wie vor Unruhen schüren, muss gegen sie mit verschärftem Standrecht vorgegangen werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Juden weiter konspirieren, wenn erst eine größere Anzahl Geiseln erschossen ist." Bereits am 1. Oktober wies Benzler darauf hin, dass die „im Gange befindliche militärische Aktion zur Aufstandsbekämpfung […] jetzt geeigneten Zeitpunkt für den Beginn […] der Lösung der Judenfrage [schafft, Erg. Casagrande]." Bereits am nächsten Tag stimmte Luther der „Endlösung" zu:

> „Wenn der Militärbefehlshaber mit Benzler dahingehend einig ist, dass diese 8000 Juden in erster Linie die Befriedungsaktion im serbischen Altreich verhindern, so muss meiner Ansicht nach der Militärbefehlshaber für die sofortige Beseitigung dieser 8000 Juden Sorge tragen."[2042]

Als im Oktober 1941 ein Mitarbeiter Luthers eine Dienstreise nach Belgrad unternahm, um die Maßnahmen gegen die 8000 jüdischen „Hetzer" vor Ort zu untersuchen, erfuhr er von den Sachbearbeitern der Judenfrage die lakonische Auskunft:

> „1. Die männlichen Juden sind bis Ende dieser Woche erschossen, damit ist das in dem Bericht der Gesandtschaft angeschnittene Problem erledigt.
>
> 2. Der Rest von etwa 20.000 Juden (Frauen, Kinder und alte Leute) sowie rund 1500 Zigeuner, von denen die Männer ebenfalls noch erschossen werden sollen, sollte im sogenannten Zigeunerviertel der Stadt Belgrad als Ghetto zusammengefasst werden. Die Ernährung für den Winter könnte notdürftig sichergestellt werden."[2043]

General Böhme hatte sich Ende September 1941 ebenfalls noch für eine Abschiebung der 8000 männlichen Juden ausgesprochen, war damit aber nicht durchgedrungen. Anfang Oktober aber löste Böhme die „männliche Judenfrage in Serbien", indem er in seinem Befehl vom 10. Oktober 1941 „sämtliche Juden" im Zuge der Niederwerfung der kommunistischen Aufstandsbewegung als explizit definierte „Sühnegruppe" zu erschießen befahl. Dies hatte weder GFM Keitel noch GFM List angeordnet. Es gab aber auch keinen Einspruch gegen Böhmes Befehl.[2044] Im Unterschied zur Sowjetunion, wo in erster Linie die SS-Einsatzgruppen die Massenerschießungen der Juden vornahmen, sollte dies in Serbien

---

[2042] PA, AA, Inl. IIg 194/2249 Dok. H297124, 231277, K205182, zitiert nach: Casagrande, Prinz Eugen, 171f.

[2043] PA, AA, Inl. IIg 194/2249 Dok. H297106, zitiert nach: Casagrande, Prinz Eugen, 172.

[2044] GFM List hatte nur nach den blutigen „Säuberungen" in der Mačva bei Böhme interveniert: Nur jene männliche Bevölkerung sei durch ein Standgericht abzuurteilen, die sich am Kampf beteiligt hatte. Im Falle einer reinen Verdächtigung, am Aufstand teilgenommen zu haben, seien jene Männer als Geiseln in einem Sammellager zu behalten und – (erst, Erg. Suppan) im Falle von Aktionen gegen die Wehrmacht in ihren Heimatorten – zu erschießen. Unverdächtige Männer seien aber in ihre Heimatorte heimzuführen. – Fernschreiben GFM List an GdI Böhme, 4. Oktober 1941, BA/MA, RW 24-18/87, zitiert nach: Germann, „Österreicher", 145.

„durch die Truppe", also durch die in Serbien stationierten Wehrmachtsoldaten, geschehen.[2045]

Da bereits 8000 Juden in den Konzentrationslagern interniert waren, standen sie für die Erschießung als „Geiseln" sofort zur Verfügung. Weder seitens der Regierung Nedić noch aus der serbischen Bevölkerung kam irgendein Protest. Nach Erschießung der Juden konnten die Lager mit neuen Geiseln „aufgefüllt" werden. General Böhme erwarb sich nachhaltiges Ansehen beim Sicherheitsdienst und bei seinem (Böhmes) Chef der Militärverwaltung, SS-Gruppenführer Harald Turner. Diesem war immerhin die Fragwürdigkeit der Verknüpfung von Partisanenbekämpfung und Judenvernichtung bewusst, wie er in einem privaten Schreiben vom 17. Oktober an SS-Gruppenführer Hildebrandt in Danzig einräumte:

> „[…] dass hier der Teufel los ist, weißt Du ja wohl. […] Zwischendurch habe ich dann in den letzten 8 Tagen 2000 Juden und 200 Zigeuner erschießen lassen nach der Quote 1:100 für bestialisch hingemordete deutsche Soldaten, und weitere 2200, ebenfalls fast nur Juden, werden in den nächsten Tagen erschossen. Eine schöne Arbeit ist das nicht! Aber immerhin muss es sein, um einmal den Leuten klar zu machen, was es heißt, einen deutschen Soldaten überhaupt nur anzugreifen, und zum anderen *löst sich die Judenfrage auf diese Weise am schnellsten*. Es ist ja eigentlich falsch, wenn man es genau nimmt, dass für ermordete Deutsche, bei denen ja das Verhältnis 1:100 zu Lasten der Serben gehen müsste, nun 100 Juden erschossen werden, aber die haben wir nun mal im Lager gehabt, – schließlich sind es auch serbische Staatsangehörige und *sie müssen ja auch verschwinden*."[2046]

Aber SS-Gruppenführer Turner lieferte in einem Befehl vom 26. Oktober 1941 an sämtliche Feld- und Kreiskommandanturen die völlig aus der Luft gegriffene ideologische und sicherheitspolitische Rechtfertigung für die Vernichtung der Juden und Roma:

> „Grundsätzlich ist festzulegen, dass Juden und Zigeuner ganz allgemein ein Element der Unsicherheit und damit Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit darstellt. Es ist der jüdische Intellekt, der diesen Krieg heraufbeschworen hat und der vernichtet werden muss. […] Es ist festgestellt worden, dass das jüdische Element an der Führung der Banden erheblich beteiligt und gerade die Zigeuner für besondere Grausamkeiten und den Nachrichtendienst verantwortlich sind."[2047]

Nach und nach wurden fast 8500 Frauen, Kinder und alte Leute in das KZ Sajmište auf dem ehemaligen Belgrader Messegelände nördlich der Save deportiert. Dort wurden mindestens 6000 in einer im Frühsommer 1942 durchgeführten Aktion mit den berüchtigten „Gaswagen" umgebracht, weitere 1200 verstarben im

[2045] Bevollm. Komm. General in Serbien, III/Chef Mil.V/Qu, Nr. 2848/41 geh., an Befehlshaber Serbien, Höheres Kommando LXV, 342. ID, IR 125 etc., sowie nachrichtlich an Wehrmachtsbefehlshaber Südost und Deutscher General in Agram, Belgrad, 10. Oktober 1941, BA/MA, RH 24-18/213, zitiert nach: Germann, „Österreicher", 143f.

[2046] Nürnberg-Dokument, NOKW-5810; zitiert nach: Sundhaussen, Geschichte Serbiens, 326; Walter Manoschek, „Serbien ist judenfrei". Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42 (München 1993) 105f.

[2047] Nürnberg-Dokument, NOKW-802; zitiert nach: Sundhaussen, Geschichte Serbiens, 326.

KZ. Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Serbien, SS-Oberführer Emanuel Schaefer, meldete unmittelbar nach Beendigung des Massenmords, dass Serbien „judenfrei“ sei. Tatsächlich waren durch die Massenerschießungen im Herbst 1941 und durch die Massenvergasungen im Frühjahr 1942 über 90 % der Juden in Serbien ermordet worden.[2048]

Nach bekannt übler Methode hatten die deutsche Militärverwaltung und die SS auch mit der Beraubung der etwa 15.000 Juden begonnen, deren Vermögen der Wehrmacht als „Besatzungskosten“ gutgeschrieben wurde. Bei der Arisierung jüdischer Geschäfte und Betriebe sollten in erster Linie Volksdeutsche bedacht, aber auch auf die im Banat lebenden Magyaren Rücksicht genommen werden. In einer Besprechung zwischen dem SS-Brigadeführer Behrends und dem Volksgruppenführer Janko wurde vereinbart, dass der „Judenbesitz“ entsprechend dem Zahlenverhältnis zwischen Deutschen und Magyaren zu zwei Dritteln von den Volksdeutschen und zu einem Drittel von den Magyaren beansprucht werden konnte. Das große Interesse der Volksdeutschen am Kauf von „Judenbesitz“ verriet nicht zuletzt eine Beschwerde des Landesbauernführers Sepp Zwirner an die VOMI, dass die Genehmigung des Kaufs von „Judenbesitz“ zu langsam vor sich gehe. Tatsächlich wurden aber die Arisierungsmaßnahmen öffentlicht bekannt gemacht:

> „Seit der Erwerb wirtschaftlicher Unternehmen aus undeutscher Hand möglich ist, wurde auf eine breite Heranführung von volksdeutschen Kaufinteressen wert gelegt. Es erfolgte diesbezüglich eine Bekanntmachung des Hauptamtes für Volkswirtschaft in geeigneter Weise (intern bei Amtswaltertagungen und öffentlich durch die Zeitung Banater Beobachter). Die Auswahl zwischen den Anmeldungen wurde im Hinblick auf früheren volkspolitischen Einsatz und nach sozialen Gesichtspunkten getroffen.“[2049]

In der ersten Phase der Arisierungen scheint es zu einer überproportionalen Bereicherung von Teilen der Volksgruppenführung gekommen zu sein. Dies lässt sich jedenfalls aus einem am 30. April 1942 dem Auswärtigen Amt vorgelegten Bericht entnehmen:

> „Die Tatsache jedoch, dass diese bisher zum grössten Teil vermögenslosen hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Angehörigen der Volksgruppenführung plötzlich Grundstücke besaßen, hat sich stimmungsmäßig in der Bevölkerung so schlecht ausgewirkt, dass es schließlich zu einer Prestigefrage für die Volksgruppenführung wurde und Volksgruppenführer Dr. Janko sich gezwungen sah, […] sämtliche von Angehörigen der Volksgruppenführung geschlossenen Privatverträge zum Erwerb von Judenvermögen rückgängig zu machen.“[2050]

[2048] Hilberg, Vernichtung, Bd. 2, 727-730; Rozett – Spector, Encyclopedia, 405f.; vgl. Jaša Romano, Jevreji Jugoslavije 1941-1945. Žrtve genocida i učesnici NOR-a (Beograd 1980); Christopher Browning, Wehrmacht Reprisal Policy and the Mass Murder of Jews in Serbia, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 33 (1983) 31-48.

[2049] PA, AA, Inl. IId R 100614, Inl. IId 5/3 R 100548, zitiert nach: Casagrande, Prinz Eugen, 176f.; Schlarp, Wirtschaft, 294.

[2050] PA, AA, Inl. IId 19/2 R 100587, zitiert nach: Casagrande, Prinz Eugen, 177.

Nach dem Bericht der Treuhandverwaltung vom 31. Dezember 1943 waren 80 % der im westlichen Banat arisierten Vermögensobjekte auf Volks- oder Reichsdeutsche verkauft worden, während es im übrigen Serbien immerhin noch 52 % waren. Darüber hinaus waren es überwiegend Volksdeutsche, die von der Treuhandverwaltung als „kommissarische Leiter" jüdischer Betriebe eingesetzt wurden. Zu den ehemals jüdischen Betrieben gehörten Mühlen und Maisdörranlagen, die Ölfabrik AG und die Zuckerfabrik AG in Groß-Betschkerek sowie die Glasfabrik in Pantschowa.[2051]

An der Ausplünderung der serbischen Juden hatte sich auch die Bankverein AG Belgrad beteiligt. Auf Anordnung des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft in Serbien, Franz Neuhausen, übermittelte die Bank im Frühjahr 1942 eine genaue Aufstellung ihrer gesamten ehemaligen jüdischen Kunden und deren Vermögenswerte. Im Juli 1942 machten sogenannte „Judengelder" bereits ein Viertel aller Bankeinlagen aus. Freilich musste die Bank auch an die Kredite denken, die sie jüdischen Firmen vor 1941 gewährt hatte, für die sie nun ein Pfandrecht verlangte. Daher versicherte die kommissarische Verwaltung des jüdischen Haus- und Grundbesitzes in Belgrad dem Bankverein, sie werde vordringlich den Verkauf von jüdischen Liegenschaften betreiben, gegen deren Eigentümer die Bank offene Forderungen habe. Dennoch wurden dem Bankverein noch zu Ende der deutschen Militärverwaltung Forderungen für „Arisierungserlöse" in Höhe von 72,2 Millionen Dinar zuerkannt, für die der Bankverein auch Hypotheken auf zahlreichen, ehemals jüdischen Liegenschaften besaß. Andererseits fungierte die Bank auch als Verwalterin von Depots, in denen Wertpapiere, Juwelen und andere Wertsachen aus jüdischem Besitz hinterlegt waren. Diese Depots wurden rechtzeitig nach Wien überführt und bei der CA hinterlegt. Als sich aber die Reichsbankaußenstelle Wien weigerte, diese Depots bei sich aufzunehmen, übernahm sie das Dorotheum und begann mit der Versteigerung von Juwelen und Wertgegenständen. Neben Dollars und Schweizer Franken nahm das Dorotheum 390.189,80 RM ein, und diese Erträge wurden bei der CA auf das Konto der Treuhandverwaltung bei der Militärverwaltung Serbien eingezahlt.[2052]

Mehr als 20 % der jugoslawischen Juden, etwa 16.000 Personen, hatten 1940 in der Batschka gelebt, vor allem in den Städten Maria-Theresiopel, Zombor und Neusatz. Als die jugoslawische Regierung unter dem Druck Deutschlands 1940 begann, antijüdische Verordnungen zu erlassen, gab es jüdischen Protest. Im Aprilkrieg 1941 meldeten sich viele junge jüdische Männer zur jugoslawischen Armee, Dutzende von ihnen fielen, wurden verwundet oder gerieten in Kriegsgefangenschaft. Nach der Besetzung der Batschka durch die ungarische Armee zwangen die ungarischen Behörden die jüdischen Gemeinden zur Zahlung einer Kriegssteuer. Ab Mai 1941 wurden männliche Juden zur Zwangsarbeit eingezogen, die bis Ende 1941 auf alle jüdischen Männer unter 60 Jahren ausgedehnt wurde. Viele dieser Arbeitsbrigaden

---

[2051] Schlarp, Wirtschaft, 295, 301.

[2052] Feldman, Creditanstalt-Bankverein, 451-453.

mussten sich den ungarischen Truppen in der Ukraine anschließen, wo manchen Juden die Flucht auf die sowjetische Seite gelang. Andere Juden aus der Batschka versuchten über die Donau zu den Partisanen in Syrmien zu entkommen. Nach der „Razzia" ungarischer Truppen und Gendarmen in und um Neusatz im Jänner 1942, der über 2000 Juden zum Opfer fielen, wurden sechs jüdische Gemeinden in der Batschka aufgelöst. Erst nach internationalen Protesten besserte sich die Situation. Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Ungarn im März 1944 begannen allerdings SS-Einheiten und ungarische Gendarmerie mit der Deportation der überlebenden Juden nach Auschwitz. Von den ehemals 16.000 in der Batschka beheimateten Juden – unter ihnen etwa 10.000 mit ungarischer Muttersprache – überlebten nur 2500, von den ehemals 4200 Juden im Banat etwa die Hälfte.[2053]

Zehn Tage nach der deutschen Besetzung Ungarns am 19. März 1944 wurden Regierungsverordnungen erlassen, die den ungarischen Juden verboten, ein staatliches Amt zu bekleiden, Mitglieder von Presse-, Theaterkunst- und Filmkunstkammern zu sein, in ihrem Haushalt Nicht-Juden anzustellen, und sie zwang, den gelben „Judenstern" zu tragen. Bis in den Juli 1944 wurden dann nach Bericht von Veesenmayer 437.402 Juden aus Ungarn deportiert, von denen rund 300.000 in den Gaskammern von Auschwitz zugrunde gingen.[2054]

Die deutsche Volksgruppe im westlichen Banat 1941-1944

Die deutsche Herrschaft in der Vojvodina bezog sich direkt nur auf den westlichen Banat, während für die Batschka und Baranya die ungarische Politik, für Syrmien die kroatische Politik zuständig waren.[2055] Freilich übte Himmler als „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums" über die „Volksdeutsche Mittelstelle" (VOMI) unmittelbaren Einfluss auf die Volksgruppenführungen im westlichen Banat, in Ungarn und in Kroatien aus, so dass die SS-Politik – nicht selten auch zum Ärger des Berliner Auswärtigen Amtes – mittelbar die gesamte volksdeutsche Politik auch in diesem Raum bestimmte. Im serbischen Banat hatten nach der Volkszählung von 1931 273.290 Serben (und Kroaten), 118.576 Deutsche, 94.241 Magyaren, 62.284 Rumänen und 17.884 Slowaken ge-

---

[2053] ROZETT – SPECTOR, Encyclopedia, 128f.; SUNDHAUSSEN, Die Vojvodina, 98. Im März 1943 hörte General Glaise-Horstenau, dem von Generaloberst Löhr in Saloniki das Deutsche Kreuz verliehen worden war, von der Deportation der dortigen Juden nach Polen. Ein Mitglied des Befehlshaberstabes in Belgrad soll im Vorüberreiten an einem Bahndamm einen Lastenzug angetroffen haben, aus dem furchtbarer Gestank ausströmte, aus dessen Waggons aber menschliche Gesichter hervorlugten. Glaise-Horstenau mutmaßte: „Bis sie durch Serbien, Kroatien, Ungarn, Slowakei nach Polen kamen, waren sie wohl alle schon Leichen." – BROUCEK, Glaise-Horstenau, 201.

[2054] Christian GERLACH – Götz ALY, Das letzte Kapitel. Der Mord an den ungarischen Juden 1944-1945 (Frankfurt am Main 2002).

[2055] Das Gebiet um Semlin (Zemun) wurde erst am 10. Oktober 1941 aus dem Bereich der deutschen Militärverwaltung gelöst und Kroatien angegliedert. – UMBREIT, Kontinentalherrschaft, 73.

lebt, wobei die Bevölkerung bis 1941 um etwa 10 % zugenommen haben dürfte. Zu den etwa 640.000 Einwohnern des Banats im März 1941 zählten auch 14.000 Kroaten und 4000 Juden.[2056]

Die Volksgruppenführer in Groß-Betschkerek (Sepp Janko), Budapest (Franz Basch) und Esseg (Branimir Altgayer) hatten sich schon vor dem Krieg gegen Jugoslawien deutlich für das NS-Gedankengut ausgesprochen und leisteten den Anordnungen aus Berlin weitestgehend Gefolgschaft. Von einer zumindest partiell eigenständigen Politik der Volksgruppenführungen konnte daher in der Kriegs- und Besatzungszeit erst recht keine Rede sein. Der im Mai 1939 von einem NS-Schiedsgericht in Wien als Obmann des „Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes" installierte spätere Volksgruppenführer der Banater Schwaben, Sepp Janko, bekundete in seinen Reden und Aufsätzen jedenfalls genügend Bekenntnisse zum Nationalsozialismus und seinem „Führer" Adolf Hitler, die seine Rechtfertigungsversuche nach dem Weltkrieg – Janko starb erst 2001 als 96-jähriger in Argentinien – als völlig unglaubwürdig erscheinen lassen.[2057]

Der aus dem jugoslawischen Banat stammende Janko war aus der nationalsozialistisch orientierten „Erneuerungsbewegung" hervorgegangen, die der in Pantschowa (Pančevo) tätig gewesene Arzt Jakob Awender im Verlauf des Jahres 1934 innerhalb des „Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes" gegen die damalige Führung unter dem Bundesobmann Johann Keks, dem Senator Georg Grassl und dem Abgeordneten Stefan Kraft aufgebaut hatte. Trotz Ausschluss aus dem „Kulturbund" im Jänner 1935 erhielt die „Erneuerungsbewegung" weitere Unterstützung von der Auslandsorganisation der NSDAP, vom „Volksbund für das Deutschtum im Ausland" und von der „Deutschen Studentenschaft", die für deutsche Studenten aus Jugoslawien Aktionsgruppen an mehreren deutschen Universitäten gebildet hatte, u. a. auch für die Landhilfe und den Arbeitsdienst in ihren Heimatregionen. Der Konflikt zwischen „Kulturbund" und „Erneuerungsbewegung" spitzte sich in den folgenden Jahren zu, da prominente „Kulturbund"-Funktionäre die Seite wechselten und auch die jugoslawische Regierung unter Milan Stojadinović eine „divide et impera"-Politik betrieb. Der „Anschluss" Österreichs veränderte schließlich das Kräfteverhältnis entscheidend zugunsten der „Erneuerungsbewegung". Und bereits am 10. April 1938, am Tag der NS-Volksabstimmung in Österreich, einigten sich Vertreter der „Erneuerungsbewegung" und des „Kulturbundes" auf ein gemeinsames politisches Forderungsprogramm, das vor allem die Anerkennung der Volksgruppe als Körperschaft öffentlichen Rechts, die

---

[2056] Izračunat broj stanovnika Jugoslavije za 1941. i 1945., ed. Državni statistički ured DFJ, Beograd 1945; Čulinović, Okupatorska podjela, 77; Die Gliederung der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawien nach Muttersprache und Konfession nach den unveröffentlichten Angaben der Zählung von 1931, hg. von der Publikationsstelle Wien (Wien 1943) 12; Suppan, Jugoslawien, 672-674.

[2057] Sepp Janko, Reden und Aufsätze. Buchreihe der Deutschen Volksgruppe im Banat, Folge 2, hg. von Hans Diplich (Groß-Betschkerek 1944) 69, 106-110, 130f., 158-164; vgl. Sepp Janko, Weg und Ende der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien (Graz – Stuttgart 1982).

Anerkennung der nationalen Eigenart (einschließlich der eigenen Weltanschauung) und eine einheitliche Volksgruppenführung verlangte. Das Münchener Abkommen beschleunigte schließlich den von Berlin her unterstützten Konzentrationsprozess innerhalb der Volksgruppe, so dass Kraft auf eine weitere Kandidatur bei der Skupština-Wahl im Dezember 1938 verzichtete und Keks im April 1939 als Bundesobmann des „Kulturbundes" zurücktrat. Sein Nachfolger wurde nun auf Betreiben der SS-nahen „Volksdeutschen Mittelstelle" der junge Gerichtsassessor Sepp Janko, der bereits Anfang 1938 einer der beiden deutschen Vertreter im Banatsrat in Neusatz geworden war.[2058]

Die SS hatte schon vor dem Krieg gegen Jugoslawien versucht, junge Volksdeutsche für den Dienst in der Waffen-SS zu gewinnen. Trotz „schwerster Bedenken" des deutschen Gesandten in Belgrad, Viktor von Heeren, begann die SS im Einvernehmen mit der Volksgruppenführung und mit Billigung des Auswärtigen Amtes schon im Herbst 1940 mit geheimen Musterungen (sic!) unter den jugoslawischen Volksdeutschen. Janko erhielt im November 1940 den Auftrag, darauf Einfluss zu nehmen, dass die von der SS „gemusterten" Volksdeutschen jugoslawischer Staatsangehörigkeit und die im Frühjahr 1941 die Einberufung erwartenden Jahrgänge der jugoslawischen Einberufung nicht Folge leisten sollten. Das war nichts anderes als Aufforderung zum künftigen Hochverrat. Die Donauschwaben im waffenfähigen Alter gerieten daher in den Tagen vor und nach dem Kriegsbeginn in einen tiefen inneren Zwiespalt. Sollten sie dem ohnehin sehr spät einlangenden Einberufungsbefehl Folge leisten und gegen deutsche oder ungarische Truppen kämpfen oder sich dem Kriegsdienst durch Flucht oder Versteck entziehen? Das Oberkommando der Wehrmacht hatte über die „Volksdeutsche Mittelstelle" eine „Führerweisung" verbreiten lassen, nach der „sich die Betreffenden dem Stellungsbefehl entziehen und verstecken sollten". Tatsächlich flüchteten allein aus dem jugoslawischen Banat etwa 2800 Personen in den rumänischen Teil. Dennoch dürfte sich die Mehrheit der Stellungspflichtigen bei ihren jugoslawischen Einheiten eingefunden haben, verhielt sich aber ähnlich passiv wie die Mehrheit der jugoslawischen Truppen, zog sich nach erster Feindberührung zurück und wurde bald gefangen genommen. Nach kurzer Gefangenschaft wurden sie auch gleich wieder in ihre Dörfer zurückgeschickt.[2059]

Gefährlicher und für das deutsch-serbische Verhältnis noch wesentlich problematischer waren paramilitärische Aktionen in den donauschwäbischen Gemeinden selbst. Da in vielen Orten deutsche Geiseln genommen und nach Peterwardein (Petrovaradin) verbracht wurden, fürchteten viele Deutsche serbische Ausschreitungen, die auch in der reichsdeutschen Propaganda aufgebauscht wurden. Daher bildeten sich mancherorts bewaffnete Streifen der „Deutschen Mannschaft", die sich vorerst auf den Selbstschutz konzentrierten, in einigen Städten aber militärisch eingriffen. So hatte sich der nationalsozialistische Volksgruppenführer Janko

[2058] Suppan, Jugoslawien, 726-732.

[2059] Wehler, Nationalitätenpolitik, 40f., 60, 125, 135.

mit seinen Mitarbeitern im mächtigen „Habag-Haus" in Neusatz verbarrikadiert und eine „Deutsche Bürgerwache" aufstellen lassen, die nach dem Erscheinen deutscher Truppen am südlichen Donauufer in Peterwardein mehrere öffentliche Gebäude besetzte, Geiseln befreite und nach Verhandlungen schließlich zwei serbische Regimenter entwaffnete. Auch in Esseg, Vukovar, Ruma, Inđija, Neu-Pasua (Nova Pazova) und Franztal bei Semlin griffen Trupps der „Deutschen Mannschaft" im Rücken der Front ein und nützten die Auflösungserscheinungen der zurückflutenden jugoslawischen Einheiten. Westlich von Semlin besetzten bewaffnete Volksdeutsche sogar den großen Militärflughafen. Daher darf es nicht verwundern, dass besonders unter den Serben die Konsequenzen dieser bewaffneten Kollaboration der Donauschwaben mit den deutschen Truppen übertrieben weitererzählt wurden und der Tätigkeit einer deutschen „Fünften Kolonne" ein wesentlicher Anteil an der katastrophalen Niederlage zugeschrieben wurde. Dennoch sollte man nicht übersehen, dass die Angriffspläne der Wehrmacht den Volksdeutschen keine Aufgabe zugewiesen hatten und dass die meisten serbischen Einheiten vor der Wehrmacht und nicht vor den meist nur vor Ort agierenden volksdeutschen Selbstschutzeinheiten kapitulierten.[2060]

Andererseits sei nicht zu leugnen, so meinte ein Funktionär des Kulturbundes, „dass die Begeisterung der volksdeutschen Bevölkerung beim Einmarsch der deutschen Truppen mancherorts in Übermut umschlug: Missbrauch der angeeigneten öffentlichen Gewalt (die jugoslawischen Verwaltungsbeamten und Sicherheitsorgane hatten größtenteils mit den jugoslawischen Truppen ihr bisheriges Wirkungsgebiet verlassen), Misshandlungen und Schikanen aus Rache für erlittene Gewalttaten, Denunziationen, Arroganz und Überheblichkeit waren hauptsächlich jene Delikte, die sich einzelne Volksdeutsche in ganz wenigen Gemeinden gegenüber Angehörigen der serbischen und jüdischen Bevölkerung in dieser turbulenten Zeit des Interregnums und Imperiumswechsels erlaubten. Mord und Totschlag, von Volksdeutschen verübt, kamen nur in ganz seltenen Fällen vor. […]"[2061]

Andere Donauschwaben, wie etwa ein vor Kriegsende aus Belgrad nach Kärnten geflüchteter Banater, gaben unmittelbar nach dem Krieg schärfere Berichte zu Protokoll:

> „[...] Mit den deutschen Truppen kam auch die Gestapo ins Land. Nachdem von den zurückziehenden serbischen Truppen einige voreilige Volksdeutsche getötet waren und einige Angehörige der deutschen Wehrmacht ums Leben kamen, wurde mit den Massenhinrichtungen von zumeist unschuldigen Serben begonnen. Die Juden wurden mit Hilfe der aus der Erneuerungsbewegung hervorgegangenen Polizei festgenommen und ins KZ gebracht. Bald darauf wurden die Juden auf grausamste Weise ermordet.
>
> Zur Ausbeutung des Landes wurde ein Generalbevollmächtigter in der Person des Obergruppenführers Neuhausen eingesetzt. Inwieweit sich dieser Herr und seine Mitarbeiter, die Kriegs-

[2060] WEHLER, Nationalitätenpolitik, 41f.; vgl. Josip MIRNIĆ, Vengerskaja okupacija v Jugoslavii, in: Les systèmes d'occupation en Yugoslavie, 1941-1945 (Belgrade 1963) 425-493.

[2061] Johann WÜSCHT, Jugoslawien und das Dritte Reich (Stuttgart 1969) 263.

verwaltungsräte bereichert haben, ist noch zu prüfen. Diese Herren verfügten über das gesamte jüdische Vermögen, das sie an die Führer der Erneuerungsbewegung verkauften. So kamen diese Burschen recht billig zu einem Vermögen und großem Besitz.“[2062]

Tatsächlich wurde bereits am 5. Mai 1941 in Belgrad zwischen Kriegsverwaltungsräten des „Deutschen Militärbefehlshabers Serbien“, Vertretern der donauschwäbischen Volksgruppenführung, die ihren Sitz von Neusatz nach Groß-Betschkerek (Zrenjanin) im Banat verlegt hatte, sowie serbischen Beamten die Grundlinien der von der „Deutschen Volksgruppe im Banat und in Serbien“ übernommenen Verwaltung des Banats festgelegt. — Einem deutschen Vize-Banus unterstanden nun volksdeutsche Sektionschefs, Bezirksvorsteher, Gemeindevorstände und Leiter der Steuerämter. Der gebürtige Untersteirer Dr. Wilhelm Neuner wurde Präsident des Appellationsgerichtshofes in Groß-Betschkerek. Mit Verordnung vom 19. Juli 1941 anerkannte die Regierung Nedić die „Deutsche Volksgruppe im Banat und in Serbien“ als juridische Person des öffentlichen Rechts, der „das unbeschränkte Recht der Betätigung auf politischem, kulturellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet“ eingeräumt wurde. Dazu gehörte auch das Recht der „Einhaltung der nationalsozialistischen Weltanschauung“ und der Einhebung einer eigenen „Volksgruppensteuer“. Die Mitglieder der Volksgruppe wurden in jeder Beziehung mit den Angehörigen des serbischen Volkes gleichberechtigt gestellt, auch in Bezug auf die Erlangung öffentlicher Ämter; volksdeutsche Beamte dienten somit als serbische Staatsangestellte. Die volksdeutsche Selbstverwaltung bezog sich auch auf ein eigenständiges Schulwesen, das der „Schulstiftung der Deutschen im Banat und Serbien“ unterstellt wurde, wodurch alle deutschen Schulen als private Institutionen mit Öffentlichkeitsrecht galten. Immerhin blieb der Unterricht in serbischer Sprache Pflichtfach.[2063]

Schon im Mai hatte es Beschwerden von Seiten der Banater Magyaren gegeben, die vergeblich den Anschluss des westlichen Banats an Ungarn erhofft hatten. Die Beschwerden betrafen die Waffenabgabe, das angebliche Bestehen einer serbischen Bürgerwehr, das ungarische Schulwesen, die angebliche Entlassung ungarischer Eisenbahnarbeiter, die mangelnde Belieferung ungarischer Betriebe, die Forderung nach Zulassung ungarischer Beamter und die Zulassung der ungarischen Amtssprache. Die Stellungnahme des deutschen Gesandten Benzler fiel – nach Rücksprache mit dem deutschen Militärbefehlshaber und seinem Verwaltungsstab in Belgrad – sehr bestimmt aus und dürfte in Budapest kaum auf Zustimmung gestoßen sein:

„1. Anordnung der Waffenabgabe gilt gleichmäßig für Ungarn, deutsche Serben und wird auch gleichmäßig durchgeführt. Lediglich zur Gewährleistung der polizeilichen Exekutive hat

[2062] Ing. Otto Vogenberger, Die Schwaben im Banat, in: Kärntner Nachrichten, 4. Juni 1945, 2.

[2063] Wehler, Nationalitätenpolitik, 48-50; vgl. Službene Novine, 23.7.1941: Verordnung vom 19. Juli 1941 über die Rechtsstellung der deutschen Volksgruppe in Serbien, in: Dokumentation der Vertreibung V, 138E-140E; Ekkehard Völkl, Der Westbanat 1941-1944. Die deutsche, ungarische und andere Volksgruppen (München 1999) 95.

der Kreiskommandant des West-Banats Hilfspolizisten aus den Reihen der Volksdeutschen eingestellt und bewaffnet, die jedoch in den normalen Behördenapparat eingegliedert wurden. In keinem einzigen Ort besteht serbische Bürgerwehr, nicht einmal die dort vorhandenen serbischen Polizisten und Gedarmen tragen Schusswaffen.

2. Beim Einrücken der deutschen Truppen im Banat sind fast sämtliche deutsche Bürgermeister, Gemeindevorstände und so weiter geflohen, wodurch deutsche Verwaltungsbehörde vor die Notwendigkeit gestellt wurde, neue Behörden einzusetzen. Hierbei ist der Grundsatz angewandt worden, dass die [jeweiligen] Behördenleiter […] derjenigen Nationalität entnommen werden, die in dem betreffenden Ort die Mehrheit hat, das heisst, dass nur in den Orten, wo die Volksdeutschen die Mehrheit haben, volksdeutsche Gemeindeorgane eingesetzt werden. Soweit möglich [sind] hierbei geschulte Kräfte, zum Beispiel Rechtsanwälte, Notare usw. gewählt worden. Andererseits [ist] durch die deutsche Militärverwaltung der Besuch ungarischer Schulen, wie zum Beispiel in Werschetz, sogar erweitert worden.

3. Die Behauptung, dass ungarische Eisenbahnarbeiter von Volksdeutschen oder von serbischen Behörden entlassen worden seien, ist von ungarischer Seite auch bereits dem deutschen General bei der ungarischen Wehrmacht vorgebracht worden. Nachprüfung durch Verwaltungsstab hat ergeben, dass keinerlei Maßnahmen gegen Eisenbahnangestellte getroffen worden sind.

4. Richtig ist, dass der gesamte Verkehr noch weitgehend lahmliegt und infolgedessen Knappheit an Kohle und Rohstoffen in einzelnen Orten […] herrscht. Dies ist im wesentlichen auf die Zerstörung der Brücken durch die Serben zurückzuführen und hat zwangsläufig eine gewisse Arbeitslosigkeit bei den Betrieben zur Folge, bei denen Kohle und Rohstoffe fehlen. Von einer absichtlichen Entlassung ungarischer Arbeiter kann jedoch keine Rede sein. Die von ungarischer Seite erwähnte Zahl von 100.000 arbeitslosen Ungarn ist schon bei Betrachtung der Gesamtzahl der im Banat lebenden Ungarn [1931: 94.241, Anm. Suppan] ganz unwahrscheinlich.

5. Andererseits liegen beim Militärbefehlshaber noch unter dem 10. Mai Meldungen vor, dass die Ungarn sich an [die] am 29. April getroffene Abrede, wonach Serben aus der Batschka nicht nach Serbien evakuiert werden sollen, nicht halten. Außerdem erfolgt eine dauernde Abwanderung von Serben aus dem Banat nach Altserbien infolge der von Ungarn propagandistisch verbreiteten Ankündigungen, dass Banat demnächst an Ungarn komme.

Zusammenfassend ist zu berichten, dass bei den zuständigen Stellen des Militärbefehlshabers starke Verärgerung über das ungarische Vorgehen und über [auf] allen Wegen versuchte ungerechtfertigte Beschwerden besteht. Offenbar wollen die Ungarn hiermit nur vorzeitige Durchdringung des Banats mit ungarischen Verwaltungsbehörden erreichen. Unter diesen Umständen wird Zulassung einzelner ungarischer Beamter im Banat, die nur die vorhandenen Schwierigkeiten vermehren würden, hier [in Belgrad, Anm. Suppan] energisch abgelehnt.“[2064]

Zu Anfang des Sommers 1941 versuchten die deutschen Behörden im Banat den ungarischen Wünschen etwas entgegenzukommen, ließen in mehrheitlich ungarischen Gemeinden ungarische Notare zu und die Ankündigungen viersprachig – Deutsch, Serbisch, Ungarisch und Rumänisch – anschlagen.[2065]

2064 Telegr. Ges. Benzler an RAM, Belgrad, 17. Mai 1941, HIA, Tomasevich papers, box 3 (Benzler collection).

2065 Telegr. Ges. Belgrad (Stille) an RAM, Belgrad [Anfang Juli 1941], HIA, Tomasevich papers, box 3 (Benzler collection).

Im Sommer 1941 tauchten unter den Banater und Belgrader Deutschen – in Belgrad und Altserbien lebten etwa 13.000 Deutsche –, Gerüchte auf, „dass aus den Volksdeutschen in Jugoslawien etwa in der Donauniederung ein deutsches Protektorat errichtet würde“. Ähnliche Gerüchte hatte noch am Tag vor seinem Selbstmord Anfang April 1941 der ungarische Ministerpräsident Pál Graf Teleki geäußert, dass die Deutschen – falls Ungarn nicht sogleich nach dem Überfall auf Jugoslawien die Batschka besetze – „einen deutschen Staat aus der Batschka, dem Banat, dem (Siebenbürger) Sachsenland und vielleicht der Baranya bilden“ würden, einen Donaustaat, der nach einer anderen Version unter dem Namen „Prinz-Eugen-Gau“ als integraler wenn auch außerhalb liegender Teil des Reiches konstituiert werden sollte.[2066]

Staatssekretär SS-Brigadeführer Wilhelm Stuckart, der bereits für die Wiener Verhandlungen vom 20. bis 22. April 1941 über die Aufteilung Jugoslawiens die wesentlichsten Vorarbeiten geleistet hatte, ließ in den folgenden Wochen im Reichsinnenministerium eine geheime „Denkschrift über die Lage und das zukünftige Schicksal des Deutschtums im ehemaligen jugoslawischen Staatsgebiet“ ausarbeiten, die er am 15. Juli 1941 dem Auswärtigen Amt übersandte. In dieser Denkschrift wurden offenbar bereits zwischen SS, Innen- und Außenministerium akkordierte Überlegungen zur „Neuordnung des Südostraums“ entwickelt, die paradigmatisch für die NS-„Raumordnung“ gelten können:

– Vorbedingung der Stabilität der deutschen Machtstellung auf dem Balkan sei der Besitz des „strategisch und wirtschaftlich ungeheuer wichtigen“ Gebiets um Belgrad, das zu einer „deutschen Reichsfestung“ ausgebaut werden sollte.
– Als Soldaten für diese „Reichsfestung“ kämen vor allem die Rekruten aus den donauschwäbischen Gemeinden des Banats und der Batschka in Betracht, die – gleichsam wie die [freilich überwiegend südslawischen] Wehrbauern der alten kaiserlichen Militärgrenze – eine „allzeit einsatzbereite Stammmannschaft“ abgäben.
– Von der „Reichsfestung Belgrad“ aus wären auch Garnisonen am Eisernen Tor und im großen Kupferbergwerk Bor zu unterhalten, wodurch der Mittellauf der Donau gesichert werden könnte.[2067]

Die Anknüpfung an die Tradition der 1881 aufgelösten österreichischen Militärgrenze war offensichtlich, aber auch die Affinität zum Wehrbauerntum der SS-Planer im „Ostland“. Diese sicher auch in politischen Kreisen der deutschen Volksgruppen in Ungarn, Rumänien, Serbien und Kroatien bekanntgewordenen Pläne höchster Reichsstellen standen natürlich gegen allfällige Umsiedlungspläne Himmlers. Auch aus diesem Grund hingen die dem Nationalsozialismus zuneigenden Elemente der Batschka- und Baranya-Deutschen zäh am Wunschbild eines „Prinz-Eugen-Gaues“, mit dem sie zumindest eine territoriale Sonderstellung

[2066] Wehler, Nationalitätenpolitik, 51f.; vgl. C. A. Macartney, October Fifteenth. A History of Modern Hungary 1929-1945 (Edinbourgh 1957) 435, 478.

[2067] Wehler, Nationalitätenpolitik, 53-55.

innerhalb Ungarns erreichen könnten. Die einzige Sonderstellung, die ihnen allerdings erst im April 1944 – nach der deutschen Besetzung Ungarns – zugestanden wurde, war die Doppelstaatsbürgerschaft für die ungarndeutschen Angehörigen der Wehrmacht und Waffen-SS, tatsächlich ein Danaergeschenk, das von Serben und Magyaren bald als Argument für Vertreibung und Aussiedlung verwendet werden sollte.[2068]

Unter den neuen Machtverhältnissen im westlichen Banat begann die Führung der deutschen Volksgruppe bereits im Frühjahr 1941 die jugoslawische Agrarreform von 1919 rückgängig zu machen. Da viele serbische Neusiedler ihren Besitz nördlich der Donau wieder aufgegeben und das Land verlassen hatten, erließ die kommissarische serbische Regierung auf Veranlassung der deutschen Besatzungsbehörden eine Gesetzesverordnung, die den Verkauf von nicht selbst bewirtschaftetem Grundbesitz vorschrieb. Außerdem wurde für die Tilgung der dem serbischen Staat vom Deutschen Reich für entstandene Kriegsschäden auferlegten Schulden in Höhe von 500 bis 600 Millionen Dinar das Pantschowaer Ried, ein besonders fruchtbarer Landstrich, an die Volksdeutschen verkauft. Diese konnten auf diese Weise 42.000 Joch (= 24.000 ha) guten Ackerbodens erwerben. Im Übrigen wurde der Grunderwerb für Volksdeutsche ausdrücklich erleichtert, für Serben erschwert – „eine Erneuerung der zur jugoslawischen Zeit eingeführten Kampfbestimmungen […] mit umgekehrten Vorzeichen“.[2069]

Die wirtschaftliche Stärkung der Banater Schwaben führte zu beträchtlichen Exportüberschüssen bei Weizen, Mais, Sonnenblumenöl und Schweinefleisch, womit sowohl das Reich als auch die in Serbien stehenden Besatzungstruppen versorgt werden konnten. Schon im ersten Besatzungsjahr gab es eine gute Ernte, sodass 70.457 t Weizen, 3689 t Weizenmehl, 56.244 t Mais, 18.389 t Ölfrüchte, 1377 t Ölkuchen und 6,7 Millionen Stück Eier ans Reich abgegeben werden konnten, weiters 1014 t Weizen und 12.970 t Mais an Italien und 27.260 t Weizen an Griechenland. Obwohl im Juli 1943 bereits 17 % der Volksgruppe eingezogen worden waren, erbrachte der Ernteeinsatz der Frauen, der Jugend und „andersnationaler“ Arbeitskräfte noch immer außerordentliche Ergebnisse. Daher verlangte die Volksgruppenführung die Vergabe von Sonderrationen und die Gewährung von Vergünstigungen, eine Erhöhung der Beamtengehälter und die völlige Gleichstellung der Volksdeutschen mit den Reichsdeutschen.[2070]

Die Rechtsstellung der „Deutschen Volksgruppe im Banat und in Serbien“ wurde mit Verordnung von Ministerpräsident Nedić vom 6. August 1943 noch erweitert und umfasste nun auch das Recht, eine eigene Disziplinargerichtsbarkeit auszuüben. Sogar der potentielle Personenkreis wurde ausgeweitet, wenn es hieß: „Die Deutsche Volksgruppe im Banat und in Serbien umfasst alle Deutschen, die

2068 Wehler, Nationalitätenpolitik, 55.

2069 PA, AA, Inl. IId R100614, zitiert nach: Casagrande, Prinz Eugen, 176; Schlarp, Wirtschaft, 344.

2070 PA, AA, Inl. IIc 32/153 R 100380 und R 100382, zitiert nach: Casagrande, Prinz Eugen, 178f.; Schlarp, Wirtschaft, 384; Umbreit, Kontinentalherrschaft, 241.

in diesem Gebiete ihre Heimatzuständigkeit haben oder vom Volksgruppenführer als Angehörige der Volksgruppe anerkannt werden.“ Freilich muss bezweifelt werden, dass es nach der Kapitulation Italiens noch zur Assimilation von Serben an das Deutschtum kam, eventuell im Einzelfall aus deutsch-serbischen Familien. Aber noch waren die Deutschen großteils die Eigentümer der großen landwirtschaftlichen Industrien, wie zahlreicher Mühlen, der Bierbrauereien in Pantschowa, Werschetz und Groß-Betschkerek, der Ölmühle in Groß-Betschkerek und der Fabrik für geräuchertes Fleisch in Alibunar. Nach einer Aufstellung im April 1944 waren 58 % der gesamten Industrie und sogar 77 % der Mühlen in volksdeutschem Besitz; vom gesamten Aktienkapital aller 16 Banken entfielen 60 % auf die drei deutschen Banken, auf deren Konten sich 87 % der Spareinlagen befanden, überwiegend von deutschen Sparern. Großen Bedarf gab es hingegen an Textilien, denn die Wehrmacht hatte den Großteil der Wollwaren für die Truppen in der Sowjetunion requiriert. Die Volksgruppenführung verstand es dennoch, bis zum Spätsommer 1944 ihre Posten und reichlichen Einnahmen zu sichern. Dabei folgten sie auch blindlings den Anordnungen der verschiedenen Kommandostellen und der Gestapo. Dazu gehörten auch brutalste Misshandlungen der Partisanen bis hin zur Todesstrafe.[2071]

In der Zeit der „volksdeutschen“ Verwaltung des westlichen Banats sollen nach jugoslawischen Quellen knapp 7000 Personen – überwiegend Serben – gewaltsam ums Leben gekommen sein. Auf Grund der sogenannten „Bekanntmachungen“ (*saopštenja*) lassen sich freilich „nur“ 1354 „Sühneopfer“ feststellen. Dennoch waren diese für die Partisanen Anlass genug, nach Vormarsch der Roten Armee durch den Banat Tausende Racheakte gegen die nicht geflüchtete oder evakuierte donauschwäbische Bevölkerung zu setzen, die von der Volksgruppenführung im Stich gelassen worden war.[2072]

Nachdem ein Mitarbeiter des amerikanischen *Office of Strategic Services* (OSS) – vermutlich Leutnant Wayne Vucinich[2073] – zwischen dem 28. Dezember

[2071] Auf der ersten Banater Hochschulwoche vom 3. bis 10. April 1944 gab der Leiter des wirtschaftlichen Hauptamtes, Leopold Egger, noch einen stolzen Überblick über die wirtschaftliche Bedeutung der Banater Schwaben. – PA, AA, Inl. IId 5/3 R 100548, zitiert nach: Casagrande, Prinz Eugen, 178f.; Ing. Otto Vogenberger, Die Schwaben im Banat, in: Kärntner Nachrichten, 4. Juni 1945, 2.

[2072] Vladimir Žerjavić, Opsesije i megalomanije oko Jasenovaca i Bleiburga (Zagreb 1992) 211; Akiko Shimizu, Die deutsche Okkupation des serbischen Banats 1941-1944 unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien (Regensburg 2005) 342.

[2073] Wayne Vucinich wurde 1913 als Sohn serbischer Einwanderer aus Bileća in der Herzegowina in den USA geboren, kehrte 1920 nach dem Tod seiner Eltern zu seinen Verwandten nach Jugoslawien zurück und verbrachte in Orah und in Bileća seine Jugendzeit. Als US-Bürger fuhr er 1929 wieder in die USA und studierte bei Robert Kerner in Berkeley osteuropäische Geschichte, wo er 1941 den Ph.D. erhielt. Von dort wurde er 1942 zur OSS einberufen und arbeitete zuerst in Washington. Im Jahre 1943 wurde er über Großbritannien nach Bari gesandt. Von dort kam er im Herbst 1944 als Experte zum Allied Control Council nach Sofia. Nach dem Krieg erhielt er bald ein Lektorat an der Stanford University, wo er schließlich ab 1956 als Professor für osteu-

1944 und dem 5. Jänner 1945 den südlichen Teil des jugoslawischen Banats besucht hatte, fasste er seine Eindrücke über die dreieinhalbjährige deutsche Herrschaft sehr konzentriert zusammen:

> „After the collapse of Yugoslavia the province of Banat was incorporated into the Serbian Military Area, and […] rule was vested in the rich German Volksgruppe, which excercised thorough control and organized efficient exploitation of this agriculturally fertile region. […] The peasant admit that during the period of occupation not a single acre of land remained untilled. In every village and town there was a German commission which made a thorough inventory of each familiy's possessions, determined the amount of goods to be requisitioned , and collected the produce at regular intervals. This system proved most effective in meeting the German needs and was far more successful here than elsewhere in Yugoslavia.
>
> The Serbs in this area, thoroughly suppressed, confused and frightened, worked hard for the enemy. The Volksgruppe, which was far more brutal than forces from Germany, controlled their lives to the last detail. Every untoward act was ruthlessly punished. Restrictions on the movements of the individuals were so thorough that a peasant could not even visit a village three miles away without special permission. Within the villages all movement were forbidden from eight in the evening until eight in the morning. This latter rule was strictly enforced in 1944, however.
>
> Although they were given more privileges than the Serbs, the Banat Hungarians were not accepted as equals by the Volksgruppe. The Rumanians, mostly poor and backward, had their own organisations, „Astra" and „Iron Guard", which flourished under the occupation and brought about a considerable but apparently temporary antangonism between the Serbs and the Romanian minority."[2074]

Das Ende der Herrschaft der deutschen Volksgruppe im westlichen Banat nahte sehr rasch, nachdem die Rote Armee Ende August 1944 in Rumänien einmarschiert war und der rumänische König Michael I. am 23. August Marschall Antonecsu abgesetzt hatte. Denn die neue Regierung schloss sich der Anti-Hitler-Koalition an und erklärte – nach einem deutschen Bombardement auf Bukarest – bereits am 25. August 1944 Deutschland den Krieg. Dies ermöglichte der Roten Armee (2. Ukrainische Front) die schnelle Eroberung der Walachei und einen raschen Vorstoß bis nach Turnu Severin am Eisernen Tor, das am 6. September erreicht wurde. Nach dem deutsch-ungarischen Gegenangriffen bei Werschetz und Temeschwar begann Ende September die Eroberung des westlichen Banats durch die Rote Armee. Bereits Anfang Oktober floh die Volksgruppenführung über die Theiß in die Batschka, ließ freilich den Großteil der Volksgruppe zurück.[2075]

---

ropäische Geschichte eine große Zahl später bekannt gewordener Historiker unterrichtete, wie etwa Ivo Banac, Wendy Bracewell, Thomas A. Emmert, John V.A. Fine, Norman M. Naimark, Andrew Rossos, Gale Stokes, Larry Wolff und Reginald Zelnik. – Vgl. Wayne S. VUCINICH, Memoirs of My Childhood in Yugoslavia, ed. by Larry Wolff (Palo Alto 2007).

[2074] OSS, Research and Analysis Branch, Field Memorandum 145 (FR-254), 2 February 1945, Report on the Situation in the Banat, Belgrade, 14 January 1945 – HIA, Wayne S. Vucinich papers, box 1.

[2075] GOSZTONY, Endkampf, 19-21, 40.

Die 7. SS-Freiwilligen-Gebirgsdivision „Prinz Eugen“ 1942-1944

Bereits kurz nach Beginn des Zweiten Weltkrieges begann unter den im Deutschen Reich arbeitenden Volksdeutschen aus Jugoslawien eine Freiwilligenwerbung der Waffen-SS. Im September 1940 wurden dann vom Ergänzungsamt der Waffen-SS im Einvernehmen mit dem Volksgruppenführer Janko erste Maßnahmen zur Erfassung der jungen Volksdeutschen eingeleitet, die selbstverständlich vor den jugoslawischen Behörden geheimgehalten werden mussten. Reichsmarschall Göring persönlich hatte mit Rücksicht auf den angestrebten Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt jegliche offizielle Werbung für die Waffen-SS unter den Deutschen Jugoslawiens untersagt. Dennoch wurden zwei Aktivisten der Erneuerungsbewegung, die gleichzeitig Reserveoffiziere der jugoslawischen Armee waren, als Führer für die SS gewonnen und zur Ausbildung ins Reich geschickt. Trotz interner Auseinandersetzungen mit der Volksdeutschen Mittelstelle und dem Auswärtigen Amt gelang es der SS, 200 „Volksdeutsche“ aus Jugoslawien zu rekrutieren, die bereits am 4. April 1941 in die SS-Panzerdivision „Das Reich“ eingegliedert wurden. Aber die weitere geheime Werbung ging bis zum Beginn des Angriffs auf Jugoslawien nur schleppend vor sich.[2076]

Zwar erhielt die Volksgruppenführung im westlichen Banat eine weitgehende Autonomie gegenüber der serbischen Administration, blieb aber von der deutschen Militärverwaltung und der SS abhängig. Unmittelbar nach der Besetzung des westlichen Banats erhielt der aus der Batschka stammende SS-Untersturmführer und Stabsleiter der Deutschen Volksgruppe, Gustav Halwax, vom General der Waffen-SS Paul Hausser den Befehl, mit vier Aufnahmekommissionen eine Musterung in den deutschen Gemeinden des westlichen Banats abzuhalten. Ohne jede gesetzliche Regelung führte Halwax bereits im April und Mai 1941 der 2. SS-Panzerdivision „Das Reich“ rund 600 Rekruten zu, die bald in Richtung Moskau marschieren mussten. Die Erfahrungen der 3. SS-Panzerdivision „Totenkopf“ mit den zugeteilten Volksdeutschen waren allerdings eher negativ. Jedenfalls kritisierte der Divisionskommandeur bereits am 15. November 1941:

> „Der volksdeutsche Nachersatz ist meistens unterernährt und den körperlichen Anstrengungen weniger gewachsen und daher für Krankheit anfällig. […] Unter den Volksdeutschen befindet sich eine große Anzahl, die man als geistig minderwertig bezeichnen kann. Viele davon können nicht deutsch schreiben und lesen. Sprechen Kommandosprache nicht, haben bei Drückebergerei immer die Ausrede: ich nicht verstehen.“[2077]

Der schlechte schriftliche Ausdruck in deutscher Sprache war eindeutig auf die serbische Volksschule zurückzuführen, der donauschwäbische Dialekt war auch im mündlichen Ausdruck einigermaßen weit von der im nördlichen Deutschland gesprochenen Umgangssprache entfernt. Dass aber der volksdeutsche Nachersatz

---

[2076] Casagrande, Prinz Eugen, 142f.

[2077] Wehler, Nationalitätenpolitik, 60; Casagrande, Prinz Eugen, 183.

unterernährt an die Front gekommen sein soll, war mit Sicherheit nicht auf die reichliche Ernährung im Banat, sondern wohl auf die weniger nahrhafte während der Grundausbildung im Reich zurückzuführen, die offensichtlich für viele zu anstrengend war. SS-Gruppenführer Eicke schlug daher in einem preußisch-arroganten Tonfall vor, Volksdeutsche, die die deutsche Sprache nicht vollkommen beherrschten, in ihrer Heimat zu „Fremdenbataillonen" zusammenzuziehen und monatelang besonders zu schulen.[2078]

Volksgruppenführer Janko hatte bereits um den 20. Juli 1941 dem Gesandten Benzler berichtet, dass deutsche Militärbehörden bei ihm die Gründung eines „Volksdeutschen Freikorps im Banat" angeregt hätten. Die Ausbildung der Männer sollte in zwölfwöchigen Kursen und mittels Kasernierung erfolgen, der Zweck des Freikorps sei gegebenenfalls sein „späterer Einsatz gegen etwaige kommunistische und sonstige Unruhen in Serbien zur Unterstützung der zu schwachen deutschen Truppen". Für die Ausbildung in Frage kämen etwa 8000 Volksdeutsche, von denen jeweils 1200 zur Ausbildung einberufen werden sollten. Mitte Juli sei ein Beauftragter der Waffen-SS aus Inđija an den Landesführer der Deutschen Mannschaft im Banat herangetreten, mit dem Auftrag, ein Regiment Waffen-SS im Banat aufzustellen. Hierzu sollten nicht nur die Banater Volksdeutschen herangezogen werden, sondern auch Volksdeutsche aus der Batschka und Kroatien. In Frage kämen zunächst etwa 2000 Volksdeutsche, die seinerzeit zur Waffen-SS nach Deutschland gegangen, von dort aber zurückgeschickt worden seien. Benzler „hielt die beabsichtigten Maßnahmen für die Volksdeutschen politisch für schädlich, nicht nur was eine spätere Betätigung von Volksdeutschen in Serbien anbelangt, sondern auch was unser Verhältnis zu Ungarn anbetrifft". Sollte Berlin eine solche Rekrutierung trotzdem wünschen, „könnte als Begründung höchstens Freiwilligenmeldung für Aufstellung eines Freikorps gegenüber Russland gegeben werden".[2079] – Das Auswärtige Amt unterstützte die Bedenken Benzlers und lehnte die Aufnahme ungarischer, kroatischer und rumänischer Volksdeutscher aus außenpolitischen Erwägungen ab.[2080]

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Partisanenkrieges in Serbien stattete Volksgruppenführer Janko am 6. November 1941 dem Reichsführer-SS Himmler einen Besuch in Berlin ab und schlug die Aufstellung eines nur im westlichen Banat einzusetzenden Heimatschutz-Regiments vor. Dieses Regiment in der Stärke von 3000 Mann sollte seiner Verfügungsgewalt unterstehen und ausschließlich im westlichen Banat zur Partisanenbekämpfung eingesetzt werden. Himmler musste offensichtlich bei Hitler rückfragen, denn am 30. Dezember erhielt er von Keitel die Antwort, dass der Führer „die Aufstellung volksdeutscher Verbände in Serbien" in der von Himmler „beabsichtigten Form" genehmige. Angesichts des schweren

---

2078 Casagrande, Prinz Eugen, 184.

2079 Telegr. Ges. Benzler an RAM, Belgrad, 22. Juli 1941, HIA, Tomasevich papers, box 3 (Benzler collection).

2080 PA, AA, Inl. Iig 253/2423 Dok. H298122, zitiert nach: Casagrande, Prinz Eugen, 168.

Rückschlages der Wehrmacht vor Moskau trieb der Chef des OKW sogar zur Eile: „Um die Einsatzbereitschaft dieser Verbände mit dem Abtransport der z. Zt. auf dem Balkan eingesetzten Divisionen des Heeres nach dem Osten in Einklang zu bringen, wäre es besonders erwünscht, wenn Teile dieser Verbände schon ab Februar 42 einsatzbereit wären." Das bedeutete aber jedenfalls, dass die Banater Schwaben – entgegen dem Vorschlag Jankos – nicht nur im westlichen Banat, sondern im gesamten Besatzungsgebiet des Militärbefehlshabers Serbien zum Einsatz kommen sollten.[2081]

Am 4. Februar 1942 kündigte Ribbentrop in einem Schreiben an die Gesandten in Budapest und Belgrad den Beginn der Rekrutierung unter den Banater Schwaben an:

> „Um bei der Unterdrückung der kommunistischen Aufstände in Serbien einen Ersatz für die von dort zurückgezogenen deutschen Armeekontingente zu schaffen, wird beabsichtigt, in nächster Zeit unter den Volksdeutschen im Banat und in Serbien Werbungen für die Bildung einer bewaffneten Heimwehr einzuleiten."[2082]

Noch war also in der Korrespondenz zwischen Volksgruppenführung, Auswärtigem Amt und Waffen-SS von „Heimwehr" oder „Heimatwehr" die Rede, deren künftige Aufgabe kristallisierte sich aber heraus: kriegsmäßige Verwendung der Banater Schwaben zur Sicherung des Besatzungsgebietes einschließlich der Bekämpfung der Aufständischen.

Bereits am 13. Februar 1942 gab es in Belgrad eine Besprechung zwischen SS-Obergruppenführer Lorenz, Volksgruppenführer Altgayer, HSSPF Meyszner und SS-Gruppenführer Phleps, der als Kommandeur der neu aufzustellenden volksdeutschen SS-Division ausersehen war. Der gebürtige Siebenbürger Sachse Phleps[2083] befürchtete, im westlichen Banat nicht genügend volksdeutsche Rekruten ausheben zu können, und schlug eine Ergänzung durch eine „deutsch-völkische Formation" in Kroatien vor, zu der es vorerst aber nicht kam. Nun diskutierten Himmler und Janko den Text des Aufrufs an die Volksdeutschen in Serbien und

---

[2081] BA, NS 19/3519, Dok. 197, zitiert nach: CASAGRANDE, Prinz Eugen, 185f.; JANKO, Weg und Ende, 214.

[2082] PA, AA, Inl. IIg 17d/1767, zitiert nach: CASAGRANDE, Prinz Eugen, 186.

[2083] Artur Phleps, geb. 1881 in Birthälm (Siebenbürgen), Sohn eines Arztes, absolvierte die Kadettenschule in Pressburg (Pozsony) und die Kriegsakademie in Wien. Als k.u.k. Offizier kämpfte er im 1. Weltkrieg auf verschiedenen Kriegsschauplätzen (auch am Balkan) und war als Major am Krieg um seine Heimat Siebenbürgen beteiligt. Nach dem Zusammenbruch der Monarchie wurde Phleps Kommandant der sächsischen Nationalgarde in Siebenbürgen, trat später in die rumänische Armee ein, in der er bis zum General und Kommandeur des rumänischen Gebirgskorps aufstieg. Im Frühjahr 1941 wechselte Phleps zur SS und nahm als Regimentskommandeur und SS-Standartenführer, später als SS-Oberführer, am Krieg gegen die Sowjetunion teil. Im Februar 1942 wurde er Befehlshaber der Waffen-SS in Serbien, war bis Mai 1943 Kommandeur der 7. SS-Freiwilligen-Gebirgsdivision „Prinz Eugen", dann Kommandierender General und SS-Obergruppenführer des V. SS-Freiwilligen-Gebirgskorps. Phleps erhielt im Juli 1943 – nach Beendigung der „Operation Schwarz" – das Ritterkreuz, nach seinem Tod am 21. September 1944 bei Arad posthum das Eichenlaub. – Dienstkalender Heinrich Himmlers, 708.

im Banat. Aus Berlin kamen eher allgemeine Appelle: „Die deutsche Wehrmacht hat im Frühjahr des vergangenen Jahres Eure Heimat befreit und Euch vom fremden Joch erlöst.“ Nun verlange Deutschland eine Gegenleistung, da es mit seinen Soldaten einen schweren Kampf führe, „um unser Vaterland und ganz Europa vor dem Bolschewismus zu bewahren“. Deutsche Truppen hätten auch im Banat diese Gefahr gebannt. Daher sei es für die Banater Schwaben „als Grenzervolk“ eine Ehrensache, den Schutz der Heimat selbst zu übernehmen.[2084]

Janko passte Himmlers Entwurf seiner Funktion als Volksgruppenführer an und ließ am 1. März 1942 folgenden, die Banater Schwaben als Landsleute ansprechenden Aufruf veröffentlichen:

> „Die deutsche Wehrmacht hat im Frühjahr des vergangenen Jahres unsere Dörfer und Wohnstätten unter ihren Schutz genommen.
>
> Deutschland kämpft mit seinen Soldaten einen schweren Kampf, um ganz Europa vor dem Bolschewismus zu bewahren. Auch in unserem Lande versuchte der bolschewistische Gegner in den vergangenen Monaten und Wochen sein Haupt zu erheben, die Straßen unsicher zu machen und unsere Dörfer anzuzünden. Deutsche Truppen haben wiederum im Verein mit uns und allen ordnungsliebenden Elementen des Landes diese Gefahr gebannt.
>
> Für uns aber ist es nunmehr eine Ehrensache, dass wir, den Traditionen unserer Väter folgend, den Schutz von Haus und Hof selbst übernehmen.
>
> Ich rufe Euch daher auf, dass alle Männer vom 17. bis zum 50. Lebensjahr, sobald der betreffende Jahrgang aufgerufen ist, sich bei ihrem Bürgermeister und in Belgrad bei der Kreisleitung der Volksgruppe zum Dienst mit der Waffe zum Schutze unserer Wohnstätten zu melden.
>
> Von diesem Dienst kann sich keiner, der gesund ist, ausschließen. Deutsche Volksgenossen, zeigt Euch Eurer Väter würdig durch mannhaften Einsatz und die Tat!“[2085]

Die Versorgung der Familienangehörigen (Frau, Kinder, Eltern) sollte das Volkswohlfahrtamt der Volksgruppe übernehmen, auch die Hinterbliebenenfürsorge. Von der Dienstpflicht befreit wurden vom Volksgruppenführer nur jene, die einen für die Ernährung oder sonstige Versorgung wichtigen Betrieb leiteten oder Beruf ausübten. Immerhin gab es Bedenken hinsichtlich allfälliger personenrechtlicher und politischer Konsequenzen für die Deutschen in Serbien nach Kriegsschluss, denn der Zwangscharakter dieser Wehrpflicht verstieß eindeutig gegen die Haager Landkriegsordnung. Selbstverständlich setzte mit diesem Aufruf auch die Volksgruppenführung eine Handlung wider geltendes Kriegsrecht.[2086]

[2084] BA, NS 19/1728, zitiert nach: Casagrande, Prinz Eugen, 191f.

[2085] Dokumentation der Vertreibung V, 167E. Von der Wehrdienstpflicht wurden auch die in Kroatien lebenden und im Banat und in Serbien heimatzuständigen Volksdeutschen erfasst. – Vgl. Anordnung des deutschen Volksgruppenführers in Kroatien, Branimir Altgayer, 21. Mai 1942.

[2086] Ergänzungsbestimmungen zum Aufruf zwecks Wehrdienstleistung, in: Dokumentation der Vertreibung V, 167E-168E; Janko, Weg und Ende, 214f., 220; Wehler, Nationalitätenpolitik, 60f. Sogar dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, SS-Gruppenführer Gottlob Berger, war die Fragwürdigkeit der „Wehrpflicht“ für die Banater Deutschen bewusst; daher versuchte er eine Rechtfertigung mit „den Grundsätzen der Tiroler Landsturmordnung von 1782“ [sic!].

Nach Zustimmung Hitlers ließ nun Himmler die 7. SS-Freiwilligen-Gebirgsdivision „Prinz Eugen" aufstellen, deren Kommando SS-Gruppenführer Phleps übernahm und deren Wehrersatzamt in Groß-Betschkerek der ehemalige Obmann des „Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes" von 1927 bis 1939, Johann Keks, ein k.u.k. Hauptmann des Ersten Weltkrieges, führte. Bereits bis in den April 1942 meldeten sich 10.000 bis 15.000 Banater Schwaben, wobei es anfänglich nach Einschätzung Jankos durchaus Begeisterung gab, in der Waffen-SS zu dienen. In die SS-Division wurden aber in der Folge nicht nur Donauschwaben aus dem westlichen Banat eingezogen, sondern bald auch aus dem kroatischen Syrmien und Slawonien. Im Übrigen wurde die angebliche „Freiwilligkeit" sehr schnell durch einen wahren Gesinnungsterror ersetzt, und der Volksgruppenführer gemeinsam mit dem SS-Ergänzungsamt begannen schon ab April 1942 mit regulären Einberufungsbefehlen zum Dienst mit der Waffe zu verpflichten. Auf diese Weise wurden im westlichen Banat und in Serbien bis Jänner 1944 rund 22.000 jüngere und ältere Männer rekrutiert, von denen mehr als 15.000 der Waffen-SS zugeteilt wurden, lediglich 600 der Wehrmacht und die übrigen an die Banater Polizei, den Zollgrenzschutz und die Hilfspolizei. Ab September 1942 wurden alle 17- bis 60-Jährigen, die noch nicht im aktiven Wehrdienst standen, zum Dienst in der neu aufgestellten „Deutschen Mannschaft" (DM) verpflichtet. Die Aufgabe der DM war, gemeinsam mit der Polizei die deutschen Siedlungen vor kleineren Partisanengruppen zu schützen.[2087]

Am 11. März 1942, also elf Tage nach Jankos Aufruf, hatten ihm noch die Teilnehmer des Führer- und Unterführerlehrganges der „Prinz Eugen" mit einem Telegramm geantwortet:

> „Nun hat für uns Donauschwaben, dank Ihres unermüdlichen Einsatzes, die stolzeste Stunde geschlagen. Die Größe unserer Zeit wird erst groß durch unseren Kampf, darum folgen wir Ihrem Kampfruf als fanatische Freiheitsbringer, als eine Generation, die nur ihre Pflicht – die Volk heißt – kennt. Die Soldaten Tugenden Ehre, Treue und Gehorsam werden uns in diesem Kampfe die besten Begleiter sein. […] Volksgruppenführer! Wir geloben Ihnen unerschütterliche Treue und blinden Gehorsam mit der Versicherung, dass Sie nach Beendigung des Krieges vor den Führer aller Deutschen hintreten können mit der stolzen Meldung: ‚Mein Führer, wir Donauschwaben haben unsere Pflicht getan.'"[2088]

Tatsächlich erkannte aber Janko sehr bald, dass sich nicht alle Männer freiwillig melden würden, so dass er, um alle verpflichten zu können, eine gesetzliche Grundlage benötigte. So hieß es dann im Einberufungsbefehl: „Der Genannte untersteht vom Tage der Einberufung an dem Kommando seines Truppenkörpers (Einheit, Formation). Die Nichtbefolgung der Einberufung zieht die strengste Strafe nach sich."[2089] Janko berichtete dennoch von der Weigerung einzelner Mitglieder der Volksgruppe, der Einberufung in die SS-Division „Prinz Eugen" Folge

---

[2087] Dienstkalender Himmlers, 373; WEHLER, Nationalitätenpolitik, 61f.; CASAGRANDE, Prinz Eugen, 196; Otto KUMM, „Vorwärts Prinz Eugen!" (Osnabrück 1978) 38f.

[2088] JANKO, Reden und Aufsätze, Anhang, 182f.

[2089] Dokumentation der Vertreibung V, 177E.

zu leisten. Auch das SS- und Polizeigericht in Belgrad stellte bereits im Sommer 1942 fest, dass die SS-Division „Prinz Eugen“ nicht mehr als Freiwilligentruppe betrachtet werden dürfe. Über das zahlenmäßige Verhältnis zwischen „echten“ Freiwilligen, regulär Einberufenen und mit Gewalt zum Dienst in der SS-Division gepressten Banater Schwaben lassen sich allerdings keine zuverlässigen Angaben machen.[2090]

In der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen“ aus Jugoslawien sind für jede der drei Kategorien Beispiele angeführt. So berichtete ein Schüler aus der Gemeinde Franzfeld (Kraljevićevo) im Bezirk Pantschowa von der anfänglichen Begeisterung der Jungen für die SS: Schon bald meldeten sich die ersten donauschwäbischen Dorfbewohner als Freiwillige zur Waffen-SS; vom jugoslawischen Militär heimgekehrte Männer wurden ebenfalls gemustert und zur SS-Totenkopf-Division nach Prag überstellt. Als 25 Franzfelder zur Hilfspolizei einberufen wurden, sollte auch der Sohn des Bürgermeisters unter ihnen sein. Als dessen Gestellungsbefehl verschwand, weigerten sich 20 einzurücken, solange der Sohn des Bürgermeisters nicht auch einrücke. Als sich diese „Kriegsdienstverweigerer“ zu Hause versteckten, wurden mit einem Sonderzug zwei Kompanien „Schwarze Polizei“ (= Einheiten der Deutschen Mannschaft, die zu Polizeidiensten herangezogen wurden) nach Franzfeld geschickt, um die Kriegsdienstverweigerer auszuheben. Tatsächlich wurden sie im Gemeindehaus auf die Fußsohlen geprügelt und dann mit Schnüren aneinandergebunden durch die Hauptstraße zum Bahnhof getrieben. Ein serbischer Tischlermeister berichtete im Herbst 1944 den Partisanen von den seinerzeitigen Prügelszenen als Hinweis, „dass die Schwaben nicht freiwillig zur SS eingerückt seien“. Schließlich seien aber aus der Gemeinde mit 4495 Einwohnern, davon 4435 Deutschen, „wohl über 1000 Soldaten gestellt“ worden, von denen über 400 gefallen sein sollen.[2091]

Der Landwirt Peter Kaip aus Ernsthausen (Banatski Despotovac), Bezirk Groß-Betschkerek, schilderte zuerst seine Einberufung zur SS-Polizei, die harte Ausbildung im Herbst 1941, dann die Vereidigung, wobei viele Landwirte den Eid erst leisten wollten, nachdem ihnen die Bereitstellung eines Knechtes zugesagt worden war. Am 15. Mai 1942 folgte eine neuerliche Einberufung, diesmal zur SS-Division „Prinz Eugen“. Nun wurden viele SS-Polizisten Ausbildner und mussten neuerlich den Eid auf den „Führer“ leisten. Die Banater Schwaben trugen am Kragen die „Odalsrune“ – mit dem Wahlspruch „Ehre, Blut und Boden“ – , während die SS-Rune den Reichsdeutschen vorbehalten blieb.[2092]

[2090] Casagrande, Prinz Eugen, 194f. Unterscharführer Stefan Helleis, Nebelwerferkompanie des 13. Regiments, schrieb: „Die Division bestand zu 90 % aus Nichtfreiwilligen und sie war am Anfang ein ‚großer Sauhaufen‘.“ – Kumm, Prinz Eugen, 39.

[2091] Bericht Schüler M. R. aus Franzfeld, Bezirk Pantschowa, 6. Mai 1957, in: Dokumentation der Vertreibung V, 65-68. „Auf riesigen Tafeln, mit Gold eingemeißelt, waren in der evangelischen Kirche die Namen der Gefallenen festgehalten. Im Ersten Weltkrieg waren es 200.“

[2092] Bericht Landwirt Peter Kaip aus Ernsthausen, Bezirk Groß-Betschkerek, 14. Dezember 1958, in: Dokumentation der Vertreibung V, 68-70.

Der Landarbeiter Franz Unterreiner aus Deutsch-Elemer (Nemački Elemir), ebenfalls im Bezirk Groß-Betschkerek, berichtete wiederum – in etwas unsicherer Rechtschreibung – von der allgemeinen Musterung der Jahrgänge 1925 bis 1892 im Jänner oder Februar 1942, der Mitte April 1942 die Einberufung folgte. Als Angehöriger der fünf ältesten Jahrgänge hatte er schon in der k.u.k. Armee gedient und war wie viele seiner Kameraden seinerzeit Unteroffizier gewesen. Dennoch wurden sie jetzt von wesentlich jüngeren reichsdeutschen Offizieren und höheren Unteroffizieren hart gedrillt und immer wieder auch als „Banater Speckfresser", „Kukurutz-Bauern", „Alte Mehlsäcke", „Nachtwächter" etc. beschimpft. Bereits nach vierwöchiger Ausbildung wurden sie per Bahn nach Kroatisch Dubica gebracht, von wo sie schwer bepackt – mit 120 Schuss Munition, einigen leichten Maschinengewehren und Handgranaten – über die Una vorerst bis ins Städtchen Bosnisch Dubica marschierten. Obwohl schon mehrere Erschöpfte im Straßengraben liegen geblieben waren, befahl der Bataillonskommandeur, mit Gesang durch das lang gestreckte Städtchen zu marschieren, so dass noch weitere Soldaten umfielen und von der Bevölkerung mit frischem Wasser gelabt werden mussten. Dennoch mussten sie bei sengender Julisonne weitertrotten, bis höhere Wehrmachtsoffiziere eingriffen und das Gepäck der Leute bis zu ihrem Standort bringen ließen. Nach einigen Tagen erschien ein General mit seinem Stab, fand die Banater Schwaben für einen Partisaneneinsatz untauglich und verfügte den Rücktransport nach Groß-Betschkerek. – Dem Berichterstatter blieb natürlich die Befehlshierarchie verborgen, auch das Wechselspiel zwischen Wehrmacht und SS. – Jedenfalls wurde das Bataillon nach Belgrad transportiert, von dort aber nicht in den Banat, sondern nach Valjevo im südwestlichen Serbien. Nach Neueinkleidung in der Banater Heimat kam das Bataillon neuerlich als Besatzung nach Zentralserbien, wo es zur Requirierung von Wein, Mais und Bohnen eingesetzt wurde, aber auch zum Getreidedrusch, einerseits zur Verhütung von Sabotage, andererseits zur Aufsicht über die serbischen Bauern. Die älteren Soldaten waren aber durchwegs verbittert, „weil man uns als 50 Jährige in so einem schwierigen Gelände einsetzte und im Banat jüngere Jahrgänge, größtenteils nationalsozialistische Protektionskinder, Wachdienst leisteten". Daher verfassten die älteren Jahrgänge eine von der ganzen Kompanie unterfertigte Protestschrift an den Volksgruppenführer Janko mit der Forderung, sie durch Jüngere abzulösen und die Ältesten in den Banat zu verlegen. Doch dieser sandte die Schrift an den HSSPF Meyszner und forderte ihn auf, die Schwaben zu bestrafen. Der SS-General machte dem Kompaniechef der Schwaben klar, dass er ihr Verhalten als Sabotageakt betrachte und dass er nur mit Rücksicht auf ihr Alter von einer Bestrafung absehe. Im Herbst 1943 wurde der älteste Jahrgang, der nun 51 Jahre alt geworden war, tatsächlich nach Hause entlassen.[2093]

[2093] Bericht Landarbeiter Franz Unterreiner aus Deutsch-Elemer, Bezirk Groß-Betschkerek, Dezember 1958, in: Dokumentation der Vertreibung V, 71-73.

Betroffene Banater Schwaben versuchten daher die proklamierte „Freiwilligkeit“ unmittelbar nach dem Krieg als völligen Zwang darzustellen, was zwar 1945 verständlich war, aber ebenso wenig zutraf:

> „Zahlreiche Schwaben, die sich weigerten einzurücken, wurden misshandelt und ins KZ gesteckt. Die eingezogenen Männer mussten unter Androhung der Todesstrafe unterschreiben, ‚Freiwillige‘ der SS-Division ‚Prinz Eugen‘ zu sein. Die Division bekam reichsdeutsche Führer und Unterführer. Bald wurde die Division nach Bosnien in Einsatz gebracht und stets gegen die jugoslawische Freiheitsbewegung verwendet. Die reichsdeutschen Führer verstanden es, mit der verlogenen Propaganda der Nazis die sonst ruhigen Schwaben aufzuwiegeln und zum Kampf zu bewegen. Ging es nicht mit Lügen, so wurde Gewalt angewendet. Männer, die nicht mitmachen wollten, wurden erschossen.“[2094]

Bereits zum 31. Oktober 1942 war die SS-Division „Prinz Eugen“ auf volle Mannschaftsstärke aufgefüllt, nämlich auf 21.581 Mann, womit sie zahlenmäßig die in Serbien eingesetzten Wehrmachtsdivisionen um mehr als das Doppelte übertraf. Aber die Bewaffnung bestand überwiegend aus altem Gerät: alte 98er-Gewehre aus dem Ersten Weltkrieg bzw. aus der jugoslawischen Eigenproduktion; wassergekühlte österreichische Schwarzlose MGs; geringe Mengen tschechischer MGs ZB 26, ZB 30 als leichte MG und ZB 53 als schwere MG; Artillerie und Panzerabwehrwaffen aus Frankreich, Polen, Jugoslawien und der Tschechoslowakei. Nach dem Urteil des Generals Glaise-Horstenau hatte Phleps „mit seiner Gesellschaft“ anfänglich „nicht sehr viel Freude“. Der durchaus wohlgenährte Glaise-Horstenau meinte auch: „Die Banater Schwaben waren auch im alten Österreich schon nicht die besten Soldaten. Sie sind der Typus des gesättigten, wohlhabenden Bauern.“[2095]

Bevor Divisionskommandeur Phleps die „Prinz Eugen“ in den Partisanenkrieg führte, erließ er „Taktische Grundsätze für die Führung des Kleinkriegs“:

> „Die Bevölkerung muss wissen, dass sie keine Schonung findet, wenn Banden unangemeldet in ihrem Raum auftreten und es zum Kampfe kommt. Dem fanatisch kämpfenden Feind muss ein noch fanatischer und besser kämpfender Streiter entgegentreten. <u>Es muss also das Kämpferische mit dem Jagdmäßigen vereint in kühnem Wagen zum Erfolg gebracht werden.</u> Auch geht die Bande nach getaner Arbeit wieder in die Bevölkerung auf, zumeist in Räumen, aus denen sie entstammt, daher ihre Mitglieder nicht als Fremde von Spähern oder Verrätern leicht feststellbar sind. Frauen und Kinder sind zumeist die Beobachter und Nachrichtenübermittler unserer Gegner. […]
>
> Es müssen <u>Gegenbanden</u> formiert werden. Diese Bezeichnung besagt eigentlich alles. Wir müssen also den Teufel mit dem Belzebuben austreiben, den Feind mit den ihm eigenen Waffen bekämpfen. […] Das Bataillon [ist] die Kampfeinheit, mit der die meisten Kampfhandlungen, selbst stärkeren Banden gegenüber, zum entscheidenden Abschluss gebracht werden können. […] Wenn nur irgendwie angängig, wird dem Bataillon eine Gebirgs-Kanonen- oder Geb. Haubitz-Batterie zugeteilt, denn alle bisherigen Bandenkämpfe haben gezeigt, dass die irregulären Kämpfer Artl.-Feuer nicht vertragen. […]

[2094] Ing. Otto Vogenberger, Die Schwaben im Banat, in: Kärntner Nachrichten, 4.6.1945, S. 2.

[2095] Verpflegungsstärke, 31. Oktober 1942, BA/MA, RH 20-12/151, zitiert nach: Schmider, Partisanenkrieg, 587; Broucek, Glaise-Horstenau, 191; Kumm, Prinz Eugen, 43.

> Um die Bevölkerung vom Ernst der Lage zu überzeugen und ihr den Boden zur Unterstützung der Banden zu nehmen, ist es oft zweckmäßig, wenn die Streifabt. beim Verweilen in Ortschaften Geiseln an sicherem Orte in Haft setzen, um im Falle eines Bandenüberfalls oder sonstigen feindseligen Handlungen durch Bevölkerungsteile exekutiert zu werden. […]
>
> Eine fanatisierte Bevölkerung, besonders serbischer Nationalität, verträgt keine von Humanitätsduselei beeinflusste, vornehme, duldende Behandlung. Sie respektiert nur die brutale Gewalt. Sie will und muss die Herren jeder Zeit fühlen! Güte und Gewährenlassen wird nur als Schwäche und Unvermögen sofort ausgewertet. […]
>
> Ist die Bande im eigenen Raum gebildet worden (also hat nicht hereingewechselt) und wurde das von der Bevölkerung (Ortsvorstand) nicht gemeldet, so sind die von diesem Orte gestellten Geiseln sofort niederzumachen. Sollten keine Geiseln gestellt worden sein, so sind der Ortsvorstand und einige ansehnliche Bürger öffentlich zu erschießen. […] Beteiligt sich die Bevölkerung am Bandenkampf, so ist sie ohne Schonung zur Gänze niederzumachen und der Ort anzuzünden.“ […][2096]

Bevor die Division Anfang Oktober 1942 zu ihrem ersten Einsatz nach Südserbien, in den nördlichen Kosovo und in den Sandžak in die Standorte Kraljevo, Užice, Ivanjica, Čačak, Raška, Mitrovica und Novi Pazar verlegt wurde, erhielten die Kompanien am 1. Oktober folgenden Befehl:

> „[…] Überwachen der Bevölkerung, Bekämpfen der Banden. Luftschutz, Markieren der Wege durch Teerfarbe und Axt. […] Gesinnung und Benehmen der Bevölkerung [feststellen]. Den Streifen ortskundige und verlässliche Führer beigeben. […] In allen Standorten müssen sofort Listen von Personen, die als Geiseln oder Führer in Betracht kommen, sowie über nicht im Ort beheimatete Fremde angelegt werden. […] Unterhandlungen mit dem Feinde sind grundsätzlich verboten. Jeder irreguläre Kämpfer ist vogelfrei; wenn eine Vernehmung keinen Erfolg verspricht, ist er sofort zu erschießen, andernfalls als Gefangener mitzunehmen.“[2097]

Kurz nach Abschluss des ersten Kampfeinsatzes besuchte Reichsführer-SS Himmler am 17. Oktober 1942 die SS-Division „Prinz Eugen“ in Kraljevo und sprach die Beförderung einiger Offiziere aus. Zuvor hatte Himmler in Belgrad eine Auseinandersetzung mit Generaloberst Löhr über die Verwendung der Volksdeutschen bei der „Bandenbekämpfung“, berichtete jedoch anerkennend an das OKW im Führerhauptquartier: „[…] Die Volksdeutschen brauchen sehr stark eine weltanschauliche und politische Erziehung. Diese ist im Rahmen der Division ‚Prinz Eugen‘ absolut gewährleistet.“[2098]

[2096] SS-Gruppenführer Phleps, 27. April 1942 (Geheim!), in: CASAGRANDE, Prinz Eugen, 224-227. Unterstreichungen im Original. – Abschließend verfügte Phleps: „Diese hier entwickelten Grundsätze [sind] durch Rgt.- und Abt.Kommandeure erläuternd Führern und Unterführern bekanntzugeben und bei jeder Gelegenheit zu erläutern. Sie sind unter strengsten Verschluss zu halten, damit sie nicht in Feindeshand fallen.“

[2097] CASAGRANDE, Prinz Eugen, 229f. In einem Befehl vom 4. November 1942 wurde hingegen ausdrücklich festgehalten, dass Frauen und Kinder zu schonen und nur solche festzunehmen seien, in deren Häusern Waffen, Munition oder Banditen angetroffen werden. Und: „Auf Morden, Rauben und Plündern steht die Todestrafe.“

[2098] CASAGRANDE, Prinz Eugen, 233f.; KUMM, Prinz Eugen, 52; Dienstkalender Himmlers, 589.

Ende Dezember 1942 wurde die Division aus Südserbien nach Westkroatien verlegt, und auf Verlangen Himmlers wurden ihr auch alle Einsatzkräfte der deutschen Volksgruppe in Kroatien unterstellt. Das kriegsmäßige Vorgehen der SS-Männer der „Prinz Eugen“ in den Unternehmen „Weiß“ und „Schwarz“ vom Jänner bis Juni 1943 entsprach den „taktischen Grundsätzen“ von General Phleps, die zumindest die Kompanie- und Zugsführer zu Herren über Leben und Tod machten. Denn Divisionskommandeur Phleps befahl am 18. Jänner 1943 unmissverständlich:

> „[…] unter dem rücksichtslosen Einsatz der Bevölkerung sind die auf der Straße möglicherweise vorhandenen Sperren auszuschalten. […] Beim Durchkämmen des zu durchschreitenden Geländes ist rücksichtslos die wehrfähige, männliche Bevölkerung aufzugreifen. Waffenträger sind kurzerhand zu erschießen.“[2099]

Zwischen 20. Jänner und 10. März 1943 trieb vor allem die SS-Division „Prinz Eugen“ die Hauptstreitmacht der Partisanen von Nordwest-Bosnien bis an die Neretva und fügte dieser im Unternehmen „Weiß“ – ohne besonders hohe eigene Verluste (7 Offiziere sowie 170 Unteroffiziere und Mannschaften gefallen, 8 Offiziere und 304 Unteroffiziere und Mannschaften verwundet, 8 Unteroffiziere und Mannschaften vermisst) – ziemlich hohe Verluste zu: 2083 gezählte und 1673 geschätzte Gefallene, 1634 gezählte Verwundete, 378 Gefangene. Die „Prinz Eugen“ stieß aus dem Raum Karlovac auf Slunj, die Plitwitzer Seen und Bihać vor und eroberte dann Bosanski Petrovac, Ključ, Drvar, Bosansko Grahovo, Glamoč und Livno. Schließlich wurden die Bauxitgruben bei Mostar gesichert. Die teilweise serbische, teilweise muslimische Bevölkerung floh einerseits in die Berge und Wälder, begrüßte andererseits in Slunj und Bihać die Volksdeutschen. Die Soldaten der „Prinz Eugen“ fanden im Gebirge Hunderte erfrorener Frauen und Kinder auf, dann wieder einen Tross von etwa 400 bosnischen Pferden und Mulis. Bei einem Besuch des Franziskanerpriors im Kloster Široki Brijeg wurde General Phleps von der Bevölkerung mit Kränzen aus Mandelblüten empfangen. Die Partisanen vermieden es auf Befehl Titos tunlichst, sich den SS-Einheiten entgegenzustellen, sondern wichen möglichst aus und attackierten vor allem Einheiten der *Četnici*, der Italiener und der Kroaten. Aber je weiter die „Prinz Eugen“ vorrückte, umso mehr besetzten die Partisanen wieder die rückwärtigen Räume.[2100]

Auch für die Operation „Schwarz“ in der Ost-Herzegowina und Nord-Montenegro gab es einen Einsatzbefehl, der über das Kriegsrecht hinausging:

> „[…] Die Truppe hat rücksichtslos und mit brutaler Härte gegen die sich feindlich zeigende Bevölkerung vorzugehen und dem Feinde jede Lebensmöglichkeit durch Zerstörung verlassener Ortschaften und Sicherstellung vorhandener Vorräte zu nehmen. Wichtige Wasserstellen, die mit Rücksicht auf eigenen Bedarf und den Bedarf der friedlichen Bevölkerung nicht zerstört werden, müssen bewacht werden.“[2101]

2099 Casagrande, Prinz Eugen, 241-244.
2100 Kumm, Prinz Eugen, 56-72.
2101 Casagrande, Prinz Eugen, 253.

Zum Teil gegen örtlichen italienischen Widerstand begann die SS-Division „Prinz Eugen“ am 15. Mai 1943 das Unternehmen „Schwarz“. Gemeinsam mit der 1. Gebirgsdivision, der 118. Jägerdivision, einer Kampfgruppe der 104. Jägerdivision, einem Regiment „Brandenburg“, den italienischen Divisionen „Ferrara“, „Taurinense“ und „Venezia“, der 369. kroatischen Infanteriedivision und dem bulgarischen Infanterieregiment 61 sollte die Hauptmacht der Partisanen mit den beiden Proletarischen Divisionen, der 3. und 7. Division sowie mit vier Brigaden um das Durmitor-Gebirge eingekesselt und vernichtet werden. In wenigen Tagen nahm die SS-Division die Städtchen Nevesinje, Stolac, Bileća, Nikšić und Savnik ein. Als der Oberste Stab die Einschließung merkte, beschloss er einen Ausbruch nach Nordwesten. Unter Einsatz aller Mittel konnten die Partisanen schließlich in drei Marschsäulen nach Nordwesten durch die Sutjeska-Schlucht durchbrechen. Sie verloren gezählte 1160 und geschätzte 1225 Gefallene sowie 980 Gefangene. Die Division „Prinz Eugen“ verlor drei Offiziere und 107 Unteroffiziere und Mannschaften als Gefallene, 4 Offiziere und 420 Unteroffiziere und Mannschaften als Verwundete sowie 21 Vermisste. Divisionskommandeur Phleps und Bataillonskommandeur SS-Sturmbannführer Dietsche erhielten das Ritterkreuz.[2102]

Seit Beginn des Unternehmens „Weiß“ im Jänner 1943 hatte sich SS-Gruppenführer Phleps, der von Himmler am 31. März 1943 zum Korpskommandeur des V. SS-Gebirgskorps ernannt worden war, immer wieder in Agram aufgehalten und hatte auch General Glaise-Horstenau besucht. Als die beiden Generäle im Oktober 1943 das Thema „Sühnemaßnahmen“ erörterten, erklärte sich Phleps gegen solche Maßnahmen und verwies auf ein anderes Mittel:

> „Jedesmal, wenn irgendwo ein Sabotageakt erfolge, rotte er den nächsten Ort mit Butz und Stingel aus, um die Landeseinwohner daran zu gewöhnen, dass sie an der Sabotageabwehr durch Selbstschutz, rechtzeitige Meldung und so weiter mitzuwirken hätten.“[2103]

In einem Bericht an den für Kroatien zuständigen HSSPF Kammerhofer vom 15. Juli 1943 war von „Vergeltungsmaßnahmen der Wehrmacht und Waffen-SS im Polizeigebiet Sarajevo“ die Rede: Eine Einheit der 118. ID soll am 8. Juli 1943 im Bezirk Goražde „31 Muselmanen, darunter Frauen und Kinder“ erschossen haben; und am 12. Juli soll eine Einheit der „Prinz Eugen“ in Košutica in der Nähe von Sokolac etwa 40 Männer, Frauen und Kinder in der Moschee erschossen haben. Phleps und der neue Divisionskommandeur Oberkamp rechtfertigten sich mit „Sühne-“ und Abwehrmaßnahmen. Tatsächlich waren am 19. Juli bei einem Partisanenüberfall auf zwei Züge der „Prinz Eugen“ 34 SS-Männer getötet worden, darunter der Kompanieführer und ein Zugsführer. Die Unerbittlichkeit und Gnadenlosigkeit des Kampfes zwischen deutscher Besatzungsmacht und partisanischem Widerstand hatte also längst Frauen und Kinder miteinbezogen.[2104]

[2102] Kumm, Prinz Eugen, 73-89.
[2103] Broucek, Glaise-Horstenau, 292.
[2104] Casagrande, Prinz Eugen, 258-261.

Phleps dürfte bei seiner Feststellung gegenüber Glaise-Horstenau auch an den blutigen „Einzug“ der „Prinz Eugen“ in Spalato (Split) gedacht haben, das von zwei italienischen Regimentern und der 9. Partisanen-Division verteidigt worden war. Erst nach über 14-tägigem Kampf gelang es der Gefechtsgruppe Petersen der SS-Division am 26. September 1943, die Stadt einzunehmen. Hierbei wurden 500 Offiziere und etwa 20.000 Mann gefangen genommen; 308 Italiener, darunter 47 Offiziere und unter ihnen drei Generäle, wurden standrechtlich erschossen. Der Oberbefehlshaber General Rendulic berief sich auf einen Führerbefehl vom 11. September 1943, dass alle Offiziere von italienischen Truppen, die nach der Kapitulation Widerstand leisteten, als Freischärler standrechtlich zu erschießen seien. Eine andere Gefechtsgruppe der SS-Division hatte bereits am 12. September nach kurzem Kampf Ragusa (Dubrovnik) eingenommen und alle italienischen Offiziere und Soldaten gefangen genommen; von diesen wurde lediglich der Kommandeur, General Giuseppe Amico, erschossen. Im Oktober 1943 begann die „Prinz Eugen“ sogar mit „Säuberungen“ auf den Adriainseln Brač, Hvar und Korčula sowie auf der Halbinsel Pelješac.[2105]

In der zweiten Jahreshälfte 1943 wurden auch vermehrt Volksdeutsche aus dem rumänischen Teil des Banats und aus Siebenbürgen zur SS-Division „Prinz Eugen“ überstellt. Nach einem Bericht über die „Landsmannschaftliche Zusammensetzung“ der „Prinz Eugen“ vom 20. Februar 1944 dienten zu diesem Zeitpunkt in der Division 91,5 % Volksdeutsche und 8,5 % Reichsdeutsche; 53,6 % der Divisionsangehörigen kamen aus dem Banat und Serbien, 21,3 % aus Rumänien, 11,2 % aus Kroatien, 2,9 % aus der Slowakei und 2,5 % aus Ungarn. Der Personalstand der Division war im Jänner 1944 noch ein sehr hoher gewesen: 392 Offiziere, 1901 Unteroffiziere, 18.985 Mannschaften und 1381 Hilfswillige, insgesamt also 22.659 Mann. Damit war sie mannschaftsmäßig etwa viermal so stark wie eine Partisanendivision und doppelt so stark wie eine sowjetische Division.[2106]

Nach einem Bericht vom Jänner 1944 betrugen die Totenverluste dieser volksdeutschen SS-Angehörigen zu diesem Zeitpunkt noch nicht mehr als 917 Mann, was etwas mehr als 4 % gewesen wäre und was ob ihrer Einsätze gegen Partisanen und *Četnici* in Serbien, Montenegro und Bosnien als doch überraschend gering erschiene. Dies muss allerdings in keinem Widerspruch zur erstaunlich anerkennenden Meinung des Korpskommandeurs Phleps über die Herrschaft der Partisanen in den von ihnen besetzten Gebieten stehen, wenn er am 10. Juli 1944 notierte:

> „In diesen Gebieten (den befreiten Territorien) wurde Ordnung geschaffen, eine straffe Administration in allen Verwaltungsgebieten setzte sofort ein, Post, Telegraph und Telephon funktionierten, die Bahnen wurden in Betrieb gesetzt, die Verpflegung wurde geregelt, die Schulen wurden geöffnet, der Aufbau der zerstörten Ortschaften und die Bebauung der brachliegenden

---

[2105] Broucek, Glaise-Horstenau, 293, 300, 362; Lothar Rendulic, Gekämpft, gesiegt, geschlagen (Wels 1952) 181; Casagrande, Prinz Eugen, 263; Kumm, Prinz Eugen, 91-137.

[2106] Casagrande, Prinz Eugen, 210f.

Felder mit aller Macht in die Hand genommen. Weltanschaulich wurde viel getan, Theater, Gesangverein und Kino kamen zu ihrem Recht. Diebstahl, Plünderung, unrechtmäßige Requisitionen und Trunkenheit wurde mit dem Tode bestraft. Ist es verwunderlich, wenn die Masse der Bevölkerung, einschließlich eines Teils der Intelligenz, dem kommunistischen Regime Tito, das national getüncht ist, den Vorzug gibt [...]?“[2107]

Größere deutsch-kroatische Spannungen löste ein Massaker aus, das Teile der SS-Division „Prinz Eugen“ am 28. März 1944 an den Einwohnern mehrerer Dörfer im Hinterland von Split, insbesondere in Otok, Gruda und Dolac, verübten. Deutsche Funktionäre, die zufällig in Dalmatien waren, bestätigten, dass sich die SS-Soldaten mindestens 20 Stunden ruhig bei Essen und Trinken in den Dörfern aufgehalten hatten, um plötzlich in der Nacht die Kroaten in Häusern zusammenzutreiben und sie durch Kugeln und Feuer zu vernichten. Nach der Anklage im 7. Nürnberger Prozess sollen insgesamt 2014 Personen ermordet worden sein, fast ausschließlich Kroaten. Die Demarche der kroatischen Regierung fand sogar die ungeteilte Unterstützung seitens des deutschen Gesandten Kasche, obwohl der kroatische Außenminister versuchte, Seite an Seite mit der SS-Division „Prinz Eugen“ operierende *Četnici* der Mittäterschaft zu bezichtigen, was von Ribbentrop in hoffärtiger Form zurückgewiesen wurde. Obwohl der Divisionskommandeur Kumm versuchte, das Massaker als Folge einer von der 2. Panzerarmee befohlenen Repressalie darzustellen, räumte der Stabschef des Oberbefehlshabers Südost sehr bald die eindeutige Schuld deutscher Stellen ein. General Glaise-Horstenau und Gesandter Kasche hielten es für wahrscheinlich, dass die Verbitterung vieler Divisionsangehöriger über eine jüngst angelaufene Teilevakuierung „volksdeutscher“ Siedlungen in Slawonien das ausschlaggebende Motiv gewesen sein dürfte. General Phleps, der frühere Divisionskommandeur und nunmehrige Kommandeur des V. SS-Gebirgskorps, vertrat anfänglich die Auffassung, dass es sich um eine Maßnahme „im Kampf“ gehandelt habe, gab aber gegenüber seinem alten Generalstabskameraden Glaise-Horstenau immerhin die schweren politischen Nachteile dieses Massenmordes zu. Jedenfalls handelte es sich bei diesem Massaker um das schwerste auf kroatischem Boden begangene deutsche Kriegsverbrechen.[2108]

Nach der Verfolgung von Partisaneneinheiten in Ost- und Zentralbosnien im Winter 1943/44 wurde die SS-Division „Prinz Eugen“ unter ihrem neuen Divisionskommandeur, SS-Oberführer Otto Kumm, Ende Mai 1944 im Unternehmen „Rösselsprung“ eingesetzt. Der Oberste Stab mit Tito sowie mehrere Eliteeinhei-

[2107] Wüscht, Jugoslawien, 70. Casagrande, Prinz Eugen, 274, rechnete für die Zeit vom 20. November 1943 bis 20. Februar 1944 mit 110 Gefallenen, 201 Verwundeten und 133 Vermissten.

[2108] Schmider, Kriegschauplatz, 1029-1031; Broucek, Glaise-Horstenau, 394-397. Der Divisionskommandeur Kumm räumte zwar in seiner Darstellung – Prinz Eugen, 383 – die Tötung sämtlicher Dorfbewohner von Otok ein, schob die Verantwortung aber auf den Kommandeur des III. Bataillons des 14. Regiments ab. Die Interpretation von Casagrande, Prinz Eugen, 277-283, das Massaker in Otok sei primär „im Gesamtkontext eines ethnischen Konflikts“ zu sehen, fällt viel zu allgemein aus.

ten der Partisanen im Raum Drvar – Bosanski Petrovac sollten unter Einsatz von Fallschirmjägern und Luftwaffe ausgeschaltet werden. Am 25. Mai 1944 früh landete das SS-Fallschirmjäger-Bataillon 500 mit Lastenseglern und im Sprung. Drvar wurde bereits um 9 Uhr besetzt. Die Luftwaffe flog pausenlose Angriffe gegen die Stellungen der Partisanen. Aber ihre Felsstellungen erwiesen sich anfänglich als uneinnehmbar. Der konzentrische Angriff mehrerer Kampfgruppen der „Prinz Eugen“ gegen Drvar traf überall auf einen vorbereiteten Gegner. Nachdem sich die Partisanen über die Höhen nach Südosten zurückgezogen hatten, entdeckte das 13. SS-Regiment ein Versorgungslager, in dem man die Marschall-Uniform Titos, seinen Jeep und den Rucksack des Sohnes von Winston Churchill, Randolph, fand.[2109]

Divisionskommandeur Kumm fasste seine Erfahrungen zusammen:

1) Trotz schärfster Geheimhaltung sei bereits Tage vor Beginn des Unternehmens in Bihać bekannt gewesen, dass Tito gefangen genommen werden sollte.
2) Die „roten Truppen“ zeigten gebirgsgewohnt und geländekundig, unbelastet durch größere Trosse, von der einheimischen Bevölkerung unterstützt, die größere Beweglichkeit und unwahrscheinliche Marschleistungen. Außerdem beherrschten sie die Abschirmungs- und Fesselungstaktik in Vollendung. Im Übrigen seien zahlreiche „rote Divisionen“ in englische Uniformen eingekleidet, deren Qualität besser sei und die eine längere Tragedauer hätten.
3) Die deutsche Kampfführung müsste sich der Taktik der „roten Führung“ anpassen. Als Kampfeinheit im „Bandenkampf“ empfehle sich das verstärkte Gebirgsjäger-Bataillon. Die Division sei nicht immer über die Lage bei benachbarten deutschen Truppen orientiert gewesen. Die Gebirgs-Geschütze und die Pioniere hätten sich bewährt.
4) Vom zweiten Tag des Unternehmens an sei ein Luftwaffeneinsatz weder mit Kampf- noch mit Aufklärungsflugzeugen erfolgt. Die ständigen Angriffe alliierter Jagdflugzeuge und die ungehinderte Bombardierung von Ortschaften sei „nicht ohne nachteilige moralische Wirkung auf die Truppe geblieben“. Die Bewaffnung der eigenen Artillerie, Pioniere und Nachrichtentruppe sei unzulänglich.[2110]

Nach dem Vorstoß der Roten Armee in den Banat und ins Timok-Gebiet erhielt SS-Obergruppenführer Phleps im September 1944 das Kommando über die „Gruppe Siebenbürgen“ übertragen, und SS-Brigadeführer Otto Kumm wurde mit der „Prinz Eugen“ an die bulgarische Grenze verlegt. Beim Versuch, den Vormarsch der am linken Flügel der 3. Ukrainischen Front eingesetzten 2. bulgarischen Armee Mitte Oktober 1944 westlich von Niš abzuriegeln, erlitt die SS-Division ihre bisher schwersten Verluste. Das Kriegstagebuch der Heeresgruppe E hielt schwere Kämpfe der Division am 14. und 15. Oktober und den Verlust großer Mengen an Fahrzeugen und schweren Waffen fest. Am 20. Jänner 1976 erklärte Divisionskom-

---

[2109] Kumm, Prinz Eugen, 178-194, 209-219.
[2110] Kumm, Prinz Eugen, 195-209.

mandeur Kumm im Freiburger Militärarchiv einem Batteriechef und Augenzeugen im Verband der bulgarischen Panzerbrigade:

> „Meine Division war ein Eliteverband. Sie verfügte über modernste Bewaffnung, ihre personelle und materielle Ausstattung war vollständig und ihre Gefechtsausbildung war hervorragend. Bei Niš erlitt die Division eine schwere Niederlage infolge eines überraschenden Flankenangriffs zahlreicher bulgarischer Panzer. Gegen die vorgehenden Bulgaren gab es keinen Schutz und keine Möglichkeit, das Marschband nachhaltig zu verteidigen. Die Panzer nahmen die Fahrzeuge, die in endloser Kolonne auf der Straße standen, unter Feuer, und in kurzer Zeit stand die Kolonne kilometerweit in Flammen. Ich persönlich konnte mich wie durch ein Wunder retten, nachdem die bulgarischen Panzer den Stab und das Fernmeldezentrum der Division zerschlugen. Von insgesamt 120 Mann auf dem Gefechtsstand konnten sich nur 11 Mann retten. Unter den Toten war auch mein I-a [Chef des Divisionsstabes, Anm. Nojkov]. Die Reste der Division, etwa 4000 Mann, ergriffen die Flucht und erreichten mit knapper Not die Gegend von Raška [im Ibartal, Anm. Suppan], wo sie sich zu erholen begannen."[2111]

Tatsächlich war die Panzerbrigade der 2. bulgarischen Armee – mit neuen deutschen Tiger-Panzern, Sturmgeschützen, leichten und schweren Feldhaubitzen sowie Jagd- und Kampfflugzeugen – westlich der Morava der abziehenden Kolonne der „Prinz Eugen" in die Flanke gestoßen, hatte einen Großteil des Fuhrparks vernichtet und hatte die Überlebenden zu einem erschöpfenden sechstägigen Fußmarsch über das Jastrebac- und das Kopaonik-Gebirge nach Ušće ins Ibar-Tal gezwungen. Immerhin war auch die vordere Hälfte der am 14. Oktober von Niš in Richtung Prokuplje fahrenden Kolonne mit allen Verwundeten bis Priština durchgekommen. Der sich mit seiner Heeresgruppe E aus Griechenland über das Ibar-Tal zurückziehende Oberbefehlshaber GO Löhr begrüßte erfreut „die völlig erschöpfte, verhungerte, heruntergerissene Truppe", kommandierte sie aber sogleich nach Norden, um bei Kraljevo einen Sperrriegel gegen die nach Westen vorstoßende Rote Armee zu bilden. Generalstabschef Schmidt-Richberg gab sofort Befehl, alles zu tun, „um Kumm wieder auf die Beine zu bringen", sodass die Division schwere Waffen und Kräder erhielt. Bereits am 24. Oktober übernahm die „Prinz Eugen" den gesamten Brückenkopf um Kraljevo und wehrte die Angriffe zweier sowjetischer Korps ab. Da diesen kein rascher Erfolg gelang, zogen sie in Richtung Belgrad ab. Die bulgarischen Einheiten und Partisanenverbände allein konnten jedoch nicht verhindern, dass die Kolonnen der Griechenland-Heeresgruppe – Kommandanturen, Stäbe, Verwaltungseinheiten, Flugplatz-Bodenpersonal, Küstenwacheinheiten, Versorgungstruppen, somit kaum ein kampffähiger Verband – bei Tag und bei Nacht durch Kraljevo marschierten und von dort nach Westen in Richtung Višegrad und Sarajevo abbogen. Bis zum 28. November wurde der Brückenkopf gehalten, dann sprengten die Pioniere die Brücken über die Morava und den Ibar. Der Einsatz der „Prinz Eugen" hatte die Heeres-

[2111] Stilijan Nojkov, Die Kampfhandlungen der Bulgarischen Armee 1944-1945 – aus der Sicht der Deutschen Wehrmacht, in: Christo Choliolčev, Karlheinz Mack, Arnold Suppan (Hgg.), Bulgarisch-österreichische Beziehungen 1878-1996 (Miscellanea Bulgarica 12, Wien 1998) 86-93 (mit eigenhändiger Skizze von General Kumm).

gruppe E vor einem vorzeitigen Ende gerettet; Kumm erhielt das Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern.[2112]

Nach dem Rückzug aus Kraljevo wurde die donauschwäbische SS-Division an die untere Drina verlegt und in den Brückenkopf von Brčko verlegt, von dort zu Neujahr 1945 an die Front in Syrmien. Hier nahm die Division sogar noch an einem Großangriff gegen sechs jugoslawische Divisionen teil und eroberte am 17./18. Jänner 1945 Ilok an der Donau und Šid. Ende Jänner wurde SS-Brigadeführer Kumm zum Kommandeur der 1. SS-Panzerdivision „Leibstandarte Adolf Hitler“ ernannt, während SS-Brigadeführer Schmidhuber – seit der Aufstellung der Division Regimentskommandeur – die „Prinz Eugen“ übernahm. Im Februar 1945 wurde die Division gegen Partisanen im Papuk-Gebirge und gegen einen sowjetisch-bulgarischen Brückenkopf bei Barcs an der Drau eingesetzt, ab Anfang März neuerlich in Bosnien im Raum Zenica, um das große Stahlwerk zu sichern. Erst am 14. April – die Rote Armee hatte mittlerweile Wien erobert – setzte sich die „Prinz Eugen“ aus Bosnien ab, überschritt bei Derventa die Save und bildete die Nachhut des XXI. Armeekorps östlich von Agram.[2113]

Die Angriffe der 4. Jugoslawischen Armee auf Westkroatien und Istrien veranlassten den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe E, GÖ Löhr, die SS-Division „Prinz Eugen“ Ende April 1945 in den Raum Karlovac zu verlegen. Am 6. Mai begannen aber auch hier die Absetzbewegungen in Richtung Slowenien und Österreich. Trotz der Kapitulation der deutschen Wehrmacht in Reims und Berlin marschierte die Division in nördlicher Richtung weiter und bildete am 9. Mai bei Rann (Brežice) einen letzten Brückenkopf für die Heeresgruppe. Erst am 13. Mai bei Franz (Vransko) westlich von Cilli entband der Divisionskommandeur alle Führer, Unterführer und Männer der SS-Division ihres Fahneneides und stellte ihnen frei, sich auf eigene Faust über das Gebirge nach Österreich durchzuschlagen. So kämpfte sich etwa die Divisions-Stabsjägerkompanie über Unterdrauburg (Dravograd) nach Kärnten durch. Andere Teile der Division verhandelten mit jugoslawischen Verbänden den freien Abzug nach Österreich unter Zurücklassung aller Waffen. Als sie aber am 15. Mai über Radmannsdorf (Radovljica) und den Wurzenpass nach Villach abmarschieren wollten, wurden sie nach Krainburg (Kranj) umgeleitet und gefangen genommen. Ein Teil der Gefangenen wurde zum Teil noch in Slowenien exekutiert, zum Teil in sogenannten „Sühnemärschen“ durch ganz Jugoslawien getrieben, in einem Kriegsgefangenlager bei Werschetz (Vršac) in ihrer ehemaligen Banater Heimat interniert oder in den Kupferbergwerken von Bor zur Zwangsarbeit eingesetzt.[2114]

[2112] Kumm, Prinz Eugen, 278-317. Nach einer Meldung des OB Südost an das OKW/WFSt vom 4. November 1944 hatte die 7. SS-Division zwischen dem 25. September und dem 25. Oktober 1944 insgesamt 451 Gefallene und 2025 Vermisste zu beklagen. – Schmider, Kriegsschauplatz, 1052; Wehler, Nationalitätenpolitik, 62.

[2113] Kumm, Prinz Eugen, 337-374.

[2114] Kumm, Prinz Eugen, 375-384.

Die ungarische Herrschaft in der Bácska und Baranya 1941-1944

Obwohl Ungarn mit Jugoslawien am 12. Dezember 1940 – auf Wunsch Deutschlands – einen Vertrag über „ewige Freundschaft" unterzeichnet hatte, kam Reichsverweser Admiral Miklós von Horthy bereits am 28. März 1941 der Anfrage Hitlers entgegen und gewährte den Durchmarsch deutscher Truppen durch ungarisches Hoheitsgebiet. Hitler ließ seinen Gesandten in Budapest auch sogleich mitteilen, dass er bereit sei, die Annexion der in Trianon verlorenen südlichen Provinzen zu unterstützen. Ministerpräsident Pál Graf Teleki versicherte noch den Gesandten Großbritanniens und der USA, dass Ungarn nur dann in ehemals ungarische Gebiete Jugoslawiens einmarschieren werde, wenn das jugoslawische Staatsgefüge nicht mehr existieren sollte. Als aber deutsche Truppen ihren Aufmarsch in Ungarn begannen, erfuhr Teleki am 2. April aus London, dass die britische Regierung eine Beteiligung Ungarns am Krieg gegen Jugoslawien als casus belli betrachten würde. In dieser für ihn ausweglosen Lage erschoss sich der Ministerpräsident und hinterließ dem Reichsverweser einen Abschiedsbrief – datiert mit 3. April 1941:

> „Wir sind wortbrüchig geworden – aus Feigheit – im Gegensatz zu dem auf der Rede von Mohács basierenden Friedensabkommen. Die Nation fühlt das, und wir haben ihre Ehre weggeworfen. Wir stellten uns an die Seite der Schurken – weil von den erfundenen Gewalttätigkeiten kein Wort wahr ist! Weder gegenüber den Magyaren, aber auch nicht gegenüber den Deutschen! Wir werden zu Leichenschändern! Die miserabelste Nation. Ich habe Dich nicht zurückgehalten. Ich bin schuldig."[2115]

Nach der verheerenden Bombardierung Belgrads durch die Luftflotte General Löhrs am 6. April versuchten tags darauf noch einige jugoslawische Jagdflugzeuge (deutscher Fabrikation), Eisenbahnstationen und deutsche Marschkolonnen in Ungarn anzugreifen, mit wenig Erfolg. Nachdem Hitler Horthy zugesichert hatte, dass die nach Jugoslawien einmarschierenden ungarischen Truppen nicht unter deutschen Oberbefehl gestellt würden, dass nicht nur die Batschka sondern auch der Banat wieder zu Ungarn gehören sollten, und nachdem der *Ustaša*-General Slavko Kvaternik am 10. April 1941 in Agram den „Unabhängigen Staat Kroatien" ausgerufen hatte, entschloss sich die neue ungarische Regierung unter László Bárdossy noch am selben Abend zur Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien. Reichsverweser Horthy versuchte in einer Radiorede seine Bevölkerung aufzuklären, dass sich das Königreich Jugoslawien bereits in seine Bestandteile aufgelöst habe:

> „[...] Dadurch wurde es uns zur gebietenden Pflicht, das Schicksal des 1918 von Ungarn abgetrennten Gebiets und der in diesem in großer Zahl lebenden Magyaren zur Sicherung ihres Schicksals und ihrer Lage in unsere Hand zu nehmen. Daher werde ich noch am heutigen Tage

---

[2115] György RÁNKI, Emlékiratok és valóság Magyarország második világháborús szerepéröl (Budapest 1964) 117.

meinen Soldaten Befehl erteilen, die Magyaren des Südens vor den Verheerungen der Anarchie zu beschützen. Die Aktion unserer Soldaten richtet sich nicht gegen das serbische Volk, mit dem wir keine Gegensätze haben und mit dem wir auch in Zukunft in Frieden leben wollen. [...]“[2116]

Tatsächlich begann die 3. ungarische Armee am 11. April morgens mit etwa 80.000 Mann den Einmarsch in die jugoslawischen Teile der Batschka (in der die Magyaren noch immer eine relative Mehrheit aufwiesen) und der Baranya (wo die Deutschen die relative Mehrheit stellten) sowie in die ebenfalls bis 1920 zu Ungarn gehörenden, aber überwiegend kroatisch bzw. slowenisch besiedelten Kleinregionen Međimurje und Prekmurje. Da für den Fall eines ungarischen Einmarsches in den jugoslawischen Banat der rumänische Ministerpräsident Marschall Antonescu mit Krieg gedroht hatte, unterblieb ein solcher und das Gebiet fiel unter deutsche Militärverwaltung. Bereits am 12. April besetzten Honvéd-Truppen die Städte Subotica (Szabadka, Maria-Theresiopel), Zenta (Senta) und Sombor (Zombor) sowie die Brücken am Franzenskanal (Veliki kanal) bei Vrbas und Srbobran, am 13. April Novi Sad (Újvidék, Neusatz). Die jugoslawischen Truppen zogen sich rasch über die Donau nach Süden zurück, ohne besonderen Widerstand zu leisten. Die ungarische Bevölkerung begrüßte den Einmarsch als „Rückeroberung“ und „nationale Befreiung“ und veranstaltete Freudenfeste. Die deutsche Bevölkerung hatte – wie im Banat – den Einmarsch deutscher Truppen erwartet und verhielt sich daher abwartend. Dass volksdeutsche Miliz 90.000 jugoslawische Soldaten entwaffnet hätte, ist weder durch offizielle deutsche noch durch offizielle ungarische Quellen bestätigt.[2117]

Die ungarische Armeeführung rechnete – trotz des bereits erfolgten Einmarsches der Deutschen in Agram und des zügigen deutschen Vormarsches auf Belgrad – mit dem Widerstand von verschiedenen serbischen Freischärlern (*Dobrovoljci* und *Četnici*), was tatsächlich an manchen Orten eintrat. So gab es längere Schießereien in Neusatz, und die sich zurückziehenden serbischen Truppen sprengten zwei Donaubrücken. Daher ließ der Kommandierende General Miklós Béla Dálnoki dreisprachige – ungarische, deutsche und serbo-kroatische (in der Latinica!) – Aufrufe an die Bürger einiger Städte in der Batschka affichieren, in denen er im Falle „hinterlistiger Überfälle“ auf die ungarische Wehrmacht mit Geiselerschießungen drohte:

„Bürger der Stadt Zombor!

Trotzdem die ungarische Wehrmacht friedlich als Freund in die Stadt Zombor einzog, wurde sie schändisch, niederträchtlich und hinterlistig überfallen. – Diese hinterlistigen Überfälle dauern noch immer an, trotzdem schon 30 Menschen wegen dieser Atentate mit ihren Leben büßten.

Dies dulde ich nicht weiter und gebe der Bevölkerung der Stadt folgendes kund:

1) Wenn die Überfälle nach dieser meiner Kundgebung nicht sofort aufhören, werde ich die Geiseln erschießen lassen.

2) Wenn diese Überfälle noch weiter andauern, werde ich die serbische Bewohner verhaften und jeden Zehnten erschießen lassen.

[2116] Andreas v.G.-Payer, Armati Hungarorum (Radolfzell 1985) 188.

[2117] Tomasevich, Occupation, 169; vgl. Enikö Sajti, Délvidék 1941-1944 (Budapest 1987).

3) Da die Schüsse von den Dachlöchern fallen, mache ich einen jeden Hauseigentümer persönlich verantwortlich, dass er sein Haus gründlich durchsucht, jeden Eingang und Bodenaufgang gut verschließt. – Diejenigen Häuser, aus welchen Schüsse fallen, werde ich rücksichtslos sprengen und die Einwohner des Hauses erschießen lassen.

Zombor, am 14. April 1941 Kommandierender General"[2118]

Auf Grund verschiedener Überfälle von vereinzelten Freischärlergruppen wurde seitens der ungarischen Militärverwaltung das Standrecht proklamiert; 313 Serben wurden hingerichtet, 12.000 vorübergehend interniert. Nach ungarischen Angaben sollen insgesamt 1435 Menschen Opfer des ungarischen Einmarsches geworden sein, nach jugoslawischen Angaben 2142. Unter den Opfern befanden sich mehrheitlich Zivilisten, so auch etwa 80 ungarische Kommunisten.[2119]

Die Okkupation der jugoslawischen Batschka und Baranya sowie von Međimurje und Prekmurje sicherte Ungarn immerhin ein Gebiet von 11.601 km² mit 1,145.000 Einwohnern, von denen ungefähr 350.000 Magyaren, 200.000 Deutsche, 190.000 Serben, 140.000 Kroaten, 80.000 Bunjevci und Šokci, 80.000 Slowenen, 60.000 Slowaken, 15.000 Rusini, 15.000 Juden und 10.000 Roma waren. Allerdings war die ungarische Regierung kaum auf die Reintegration und Verwaltung der eroberten Gebiete vorbereitet und entsandte noch dazu – aus Verdacht gegenüber der einheimischen Bevölkerung – überwiegend Beamte und Staatsangestellte aus dem „Mutterland". Als sich im Verlauf des Sommers 1941 die Sicherheitslage deutlich verbesserte, wurde die am 15. April in der Batschka und in der Baranya eingerichtete ungarische Militärverwaltung ab 15. August 1941 von einer ungarischen Zivilverwaltung abgelöst. Und am 14. Dezember 1941 beschloss das ungarische Parlament, die okkupierten Gebiete zu annektieren. Dieser formale Anschluss galt freilich völkerrechtlich nicht.[2120]

Bei der Besetzung der südöstlichen Baranya und der Batschka war es auch zu Spannungen zwischen den ungarischen Truppen und den dort lebenden Volksdeutschen gekommen. So beschwerte sich der Oberbefehlshaber der ungarischen Truppen, General Veress, beim Verbindungsoffizier der deutschen Volksgruppe, Bruno Kremling, über das Hissen von Hakenkreuzflaggen, über die Beschlagnahme von Motorfahrzeugen und über die Osternummer des *Deutschen Volksblattes* in Neusatz, auf deren Titelseite es in Erwartung eines deutschen Einmarsches geheißen hatte:

2118 v.G.-Payer, Armati Hungarorum, 354.

2119 Sajti, Délvidék, 20-30; Tibor Cseres, Vébosszú Bácskában (Budapest 1991) 61-69; Saopštenja o zločinama okupatora i njihovih pomagača u Vojvodini 1941-1944. Knjiga 1: Bačka i Baranja (Novi Sad 1946) 258. Auf S. 10 ist von 3500 jugoslawischen Opfern die Rede.

2120 Kocsis, Ethnic Geography, 151-153; Tomasevich, Occupation, 170; László Kontler, A History of Hungary. Millennium in Central Europe (Houndmills – New York 2002) 376-378. Die jugoslawische Statistik wies vor allem für die Magyaren und Serben andere Zahlen aus: 301.000 Magyaren, 243.000 Serben, 197.000 Deutsche, 220.000 Kroaten (offensichtlich einschließlich der Bunjevci und Šokci), 80.000 Slowenen. – Izračunat broj stanovnika Jugoslavije za 1941. i 1945., ed. Državni statistički ured DFJ (Beograd 1945); Čulinović, Okupatorska podjela, 77.

> „Deutsche Soldaten! Der Raum, der Euch mit uns zusammengeführt hat, ist ein geheiligter Raum. Dieser Raum ist Euch wohl vertraut, nicht bloß weil wir Euch hier als Brüder begrüßen, sondern auch weil die Zeugnisse der Geschichte die Verbundenheit dieses Raumes mit dem Schicksal des Reiches bekunden. Eure und unsere gemeinsamen Ahnen haben unter Prinz Eugen diese Erde mit ihrem Blute gefärbt, deutsche Reichsheere haben hier ruhmreiche Schlachten geschlagen. Eure Väter, ja vielleicht manche von Euch selbst oder Eure Brüder haben mit vielen von uns im Weltkrieg in diesem Raume für des Reiches Macht und Grösse gestritten. So heilig wie der Boden des Mutterlandes für Euch und für uns ist durch die Geschichte, ist dieser Raum heilig auch für Euch, wie er durch das Blut und den Schweiss unserer Ansiedlerahnen heilig für unsere Volksgruppe geworden ist.“[2121]

Die gegensätzlichen Auffassungen waren offensichtlich, denn für General Veress war die Bácska kein geheiligter Raum der deutschen Volksgruppe, sondern Bestandteil des Reiches der Heiligen Stephanskrone. Das Oberkommando der Wehrmacht wollte sich noch näher informieren und entsandte zwischen dem 17. April und dem 8. Mai 1941 einen Hauptmann Dr. Novak zu drei mehrtägigen Dienstreisen in die Batschka, auch um den Berichten über Opfer unter der volksdeutschen Zivilbevölkerung nachzugehen. Tatsächlich bestätigte der Hauptmann Opfer unter der Zivilbevölkerung und führte als Ursachen des Konflikts an:

> „Die Stimmung hat sich seit Ende der letzten Fahrt (23. April) zweifellos verschlechtert. Zurückgreifend auf das in dem ersten Reisebericht Gesagte muss wiederholt werden, dass die Deutschen der Batschka auf einen Einmarsch deutscher Truppen gerechnet haben und daher durch den Einzug der Honvéd schwer enttäuscht wurden. […]
>
> Die volksdeutsche Bevölkerung hat das serbische Regime als Fremdherrschaft empfunden. Sie darf das ungarische Regime nicht als Fremdherrschaft empfinden […] [D]ie deutsche Bevölkerung […] will die Muttersprache im Verkehr auch mit den Behörden gebrauchen, unbeanstandet das Hakenkreuzabzeichen tragen, sich kulturell betätigen […] kurzum: die Volksdeutschen wollen unbehindert von der Behörde als Deutsche in Ruhe leben und arbeiten können. […] Man erwartet von den Ungarn, dass sie mindestens das zugestehen, was den Serben in 23jährigen Kämpfen abgenötigt werden musste. […] Der ungarische Gendarm, auch mancher ungarische Offizier weiß nicht, dass die Schwaben heute bis ins letzte Dorf nationalsozialistisch durchorganisiert sind. […] Deutscherseits herrscht bei vielen Leuten der jüngeren Generation eine ausgesprochene Kampfstimmung vor, auf ungarischer Seite wiederum eine schroffe Betonung des Herrenstandpunktes.“[2122]

Bald nach dem Einmarsch deutscher Truppen ins westliche Banat und ungarischer Truppen in die Batschka und in die Baranya begannen Zehntausende Serben aus dem Banat, der Batschka und der Baranya nach Serbien zu fliehen. Dies galt in erster Linie für die jugoslawischen Staatsbediensteten und die nach 1918 aus südserbischen Gebieten angesiedelten Kolonisten. Allein aus der Batschka sollen es 25.000 Serben gewesen sein. Freilich ist hier festzuhalten, dass nach dem Einzug der ungarischen Truppen in Neusatz Serben aus der Stadt und der näheren Umgebung nun Schutz im donauschwäbischen „Habag-Haus“ fanden und dass auch deutsche Geistliche ihre orthodoxen Amtsbrüder schützten. Vielleicht sind auf

[2121] PA, AA: Inl. Iig 251/2419 Dok. H297857, zitiert nach: Casagrande, Prinz Eugen, 161.

[2122] PA, AA: Inl. Iig 253/2423 Dok. D17-21, zitiert nach: Casagrande, Prinz Eugen, 160.

Grund dieser Hilfestellungen „irrtümlichweise" – wie die ungarische Regierung gegenüber dem deutschen Gesandten zugab – auch Volksdeutsche mit den Serben ausgewiesen worden. Als aber der deutsche Bezirksvorsteher von Alt-Pasua (Stara Pazova) in Syrmien kroatische *Ustaše* ausweisen ließ, da sie Serben abführen wollten, wurde er aus Rache erschossen.[2123]

Schon am 28. April 1941 hatte die ungarische Regierung beschlossen, die nach 1918 in der Batschka und in der Baranya angesiedelten serbischen *Dobrovoljci* wieder nach Serbien, in die Herzegowina und nach Montenegro rückzusiedeln; weder die deutsche noch die italienische Regierung stimmten anfänglich zu. Dennoch wurden im Mai 1941 10.459, im Juni weitere 12.000 nach 1918 eingewanderte Serben, Juden und politisch unzuverlässige Personen in Lagern bei Neusatz, Bácstopolya, Bajsa und einigen anderen Lagern entlang der Donau interniert. Sowohl der deutsche Militärbefehlshaber als auch der deutsche Gesandte in Belgrad wiesen Anfang August 1941 in Berlin eindringlich darauf hin, dass der „jetzige Kommunistenaufstand in Serbien" es nicht zulasse, „dass weitere 12.000 unzufriedene Elemente in das Land kommen". Dies könne erst erfolgen, wenn die Aufstandsbewegung beendet sei, und auch dann müsse die Übernahme in einem geregelten Verfahren (einschließlich eines Arbeitseinsatzes der „Rückgesiedelten") und verteilt auf etwa zwölf Monate vor sich gehen. Außerdem müsse Ungarn auf weitere Abschiebung von Serben aus der Batschka – „wie aus dem Banat" (das allerdings der deutschen Militärverwaltung unterstand!) – ausdrücklich verzichten. Bis 1944 flohen jedenfalls 24.921 serbische „Kolonisten" aus der Batschka nach Serbien oder wurden von den ungarischen Behörden dorthin ausgewiesen. Andererseits wurden von den ungarischen Behörden 18.000 „Szekler" aus der Bukowina in der Batschka und der Baranya angesiedelt.[2124]

Allein von den vertriebenen serbischen „Kolonisten" konnte die ungarische Regierung 192.000 Joch beschlagnahmen, weitere 86.000 Joch wurden den Juden enteignet. Von diesen 278.000 Joch (etwa 160.000 ha) wurden etwa 35.000 Joch an neu angesiedelte Familien übergeben, weitere 36.000 Joch an andere Individuen, während den Großteil der Staat behielt oder an Großgrundbesitzer verkaufte. Der ungarische Staat übernahm auch den gesamten jugoslawischen Staatsbesitz, einschließlich der Staatsanteile an Banken, Industrien und Handelsfirmen. In Wirtschaftsverhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium sagte die ungarische Regierung nicht nur die bevorzugte Lieferung von Lebensmitteln und Hanf aus der Batschka zu, sondern im März 1943 sogar die Bereitstellung der gesamten Ernte aus der Batschka.[2125]

[2123] Wehler, Nationalitätenpolitik, 42f.

[2124] Telegr. Ges. Benzler an RAM, 5. August 1941, HIA, Tomasevich papers, box 3 (Benzler collection); Slobodan D. Milošević, Izbeglice i preseljenici na teritoriji okupirane Jugoslavije 1941-1945 (Beograd 1981); Kocsis, Ethnic Geography, 151. Sajti, Délvidék, schätzt, dass insgesamt etwa 50.000 frühere jugoslawische Staatsbedienstete und „Kolonisten" aus der Batschka und der Baranya nach Serbien geflohen oder deportiert worden seien.

[2125] Tomasevich, Occupation, 170-172.

Die Donauschwaben in der Batschka und in der Baranya wurden bereits 1941 in den „Volksbund der Deutschen in Ungarn" (VDU) aufgenommen, der nach dem am 30. August 1940 zwischen Deutschland und Ungarn abgeschlossenen Wiener Volksgruppenvertrag als einzige Organisation der ungarischen Staatsangehörigen deutschen Volkstums anerkannt worden war. Freilich erhielt der „Volksbund" niemals den Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft wie die Volksgruppen der Banater und Kroatien-Deutschen. Immerhin wurden drei ehemalige donauschwäbische *Skupština*-Abgeordnete als politische Vertreter der angeschlossenen Deutschen in das Unterhaus, zwei weitere in das Oberhaus des ungarischen Reichstages nach Budapest berufen. Unter ihnen bildete Franz Hamm aus der Batschka einen „Block der nationalsozialistischen Abgeordneten", der noch im Spätsommer und Herbst 1944 die Politik des ungarndeutschen Volksgruppenführers Franz Basch als „zu weiche Linie" kritisierte. Das Schulamt des „Volksbundes" übernahm zunächst die Aufsicht über die deutschen Lehranstalten der Batschka; erst am 15. Mai 1943 wurde vom ungarischen Minister für Kultus und Unterricht ein „Stiftungsbrief der Schulstiftung der Deutschen Volksgruppe in Ungarn" gebilligt, womit diese 1931 in Jugoslawien gegründete Institution an ihre frühere Tradition anknüpfen konnte.[2126]

Im Bankwesen der Batschka gab es Anknüpfungen an Budapest und Wien. Die CA-BV entdeckte ihr Interesse an den Volksdeutschen und ließ im Herbst 1941 die CA Budapest die Apatiner Bank- und Sparcasse AG übernehmen, die vorwiegend eine volksdeutsche Kundschaft bediente. Im Handelszentrum Neusatz mit einem wichtigen Donauhafen übernahm die CA Budapest – mit Zustimmung der ungarischen Behörden – die Zweigstellen des Allgemeinen Jugoslawischen Bankvereins, die bereits vor 1941 zum CA-Konzern gehört hatte, und der Kroatischen Landesbank, die von der Dresdner Bank kontrolliert wurde.[2127]

Auch in der Batschka und in der Baranya hatten sich junge Volksdeutsche bereits im Frühjahr 1941 von der Waffen-SS und der Wehrmacht anwerben lassen. Bis Dezember 1941 wurden bei der Waffen-SS ca. 2000, bei der Wehrmacht ca. 1500 und beim „Werkschutz" der „Organisation Todt" in Belgrad ca. 2000 Batschkadeutsche registriert. Die neuen ungarischen Behörden stellten diese „Übertritte" spätestens bei den Musterungen zur Honvéd fest und ließen diese „Fahnenflüchtigen" – meist während des Heimaturlaubes – verhaften und aburteilen. Erst in einem Verbalnotenaustausch zwischen der deutschen und ungarischen Regierung am 24. Februar 1942 wurde ein Abkommen über die erste von insgesamt drei Werbungsaktionen der Waffen-SS festgelegt. Ungarn erklärte sich unter der Voraussetzung, dass der Eintritt freiwillig und bei Minderjährigen mit Einwilligung der Eltern sowie unter Verzicht auf die ungarische Staatsangehörigkeit (ursprünglich auch für die Ehefrau und minderjährige Kinder) erfolge, mit einer Werbung von „vorläufig höchstens 20.000" Männern der Jahrgänge 1912 bis 1924

2126 Wehler, Nationalitätenpolitik, 50; Suppan, Jugoslawien, 720.

2127 Feldman, Creditanstalt-Bankverein, 371.

einverstanden. Die Angeworbenen mussten auch als Facharbeiter in kriegswichtigen Industrien oder als Soldaten mit Spezialausbildung entbehrlich sein. Die Werbungsaktion sollte vom „Volksbund" organisiert und „keineswegs gegen das Ungartum oder den ungarischen Staat und insbesondere nicht gegen die Königlich Ungarische Honvéd propagandistisch ausgenützt" werden. Der Honvédminister nannte dem deutschen Gesandten auch noch ein anderes nationalpolitisches Motiv, dass nämlich „ein Abstoßen dieser an sich doch zentrifugalen Kräfte nur der Befriedung dienen könne".[2128]

Obwohl der Verlust der ungarischen Staatsangehörigkeit nicht automatisch den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit mit sich brachte und die ungarischen Verwaltungs- und Polizeiorgane – unterstützt durch starkes kirchliches (vor allem katholisches) Widerstreben – diese erste Werbung durchaus behinderten, trafen bis Anfang Mai 1942 16.527 ungarndeutsche Rekruten, davon 9322 aus der ehemals jugoslawischen Batschka, in Deutschland ein. Während die Werbung in Trianon-Ungarn nicht ohne massiven Druck des „Volksbundes" erfolgt war, hatten sich in der Batschka und in der Baranya, aber auch in Nord-Siebenbürgen und in der Süd-Slowakei, die jüngeren Volksdeutschen noch ziemlich freiwillig zu den Musterungen gemeldet. Nach harter Grundausbildung in Deutschland wurden die meisten Eingezogenen der 2. SS-Panzerdivision „Das Reich", der 6. SS-Gebirgsdivision „Nord", der 8. SS-Kavalleriedivision „Florian Geyer" sowie der 22. und 23. SS-Kavalleriedivision zugeteilt. Das bedeutete, dass sie bereits im Herbst 1941 einerseits in Richtung Moskau marschieren mussten, andererseits an der Eismeerfront eingesetzt wurden.[2129]

Zum weiterbestehenden unverhohlenen Widerstand der ungarischen Behörden gegen die SS-Musterung gesellte sich bald auch die häufig schikanöse Behandlung allfälliger Fürsorgeansprüche für Hinterbliebene, sodass sich das Deutsche Reich schließlich genötigt sah, die sechsfach höheren reichsdeutschen Sätze in Pengös auszuzahlen. SS-Kommandeure hatten bereits von einer Minderung der „Kampfmoral" und „Einsatzfreudigkeit" der Ungarndeutschen berichtet. Außerdem verhaftete die ungarische Gendarmerie nach wie vor die Waffen-SS-Freiwilligen aus dem Jahr 1941 und bürgerte sie durch Bekanntmachung im Amtsblatt der ungarischen Regierung aus – bis November 1942 immerhin mehr als 3000 Männer. Dennoch schritt die SS zu einer zweiten Werbungsaktion, die nach einem zweiten deutsch-ungarischen Verbalnotenaustausch am 22. Mai 1943 anlaufen konnte und die Jahrgänge 1908 bis 1925 erfasste. Reichsverweser Admiral Horthy hatte gegenüber Hitler sogar die deutschen Angehörigen der Honvéd zur SS-Musterung freigegeben. Aber der Erfolg blieb aus. Die Anzahl der ungarndeutschen Waffen-SS-Angehörigen, die bereits vor der zweiten Musterung etwa 21.500 Mann betragen hatte, stieg bis Ende 1943 lediglich auf 22.125 Mann. Nun

---

[2128] Dokumentation der Vertreibung V, 169E-171E.

[2129] Wehler, Nationalitätenpolitik, 62f.; vgl. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 4: Der Angriff auf die Sowjetunion, Beiheft (Stuttgart 1983).

hatte die Kriegsmüdigkeit auch die ungarndeutschen Siedlungen erreicht, wozu die Rückkehr von rund 10.000 volksdeutschen Honvéd-Soldaten nach der Katastrophe der 2. Ungarischen Armee am Don im Februar 1943 wesentlich beigetragen haben dürfte. Aber auch der geheime Widerstand der kirchentreuen deutschen Katholiken und der VDU-feindlichen „Treuebewegung" sowie der Zeitpunkt der Werbung kurz vor Beginn der Erntezeit wirkten sich – zum Glück für die potentiellen Rekruten – nachteilig aus.[2130]

Auch unter den Donauschwaben der Batschka gab es – wie unter den meisten Ungarndeutschen – überzeugte Nationalsozialisten (vornehmlich in den NS-Organisationen) und Hitler-Anhänger, deutsch-nationale und großdeutsche Konservative sowie meist katholisch gebundene Gegner, die den Nationalsozialismus als prononciert anti-katholische „neue deutsche Weltanschauung" ablehnten. Eine erste Differenzierung ergab sich aus unterschiedlichen Haltungen zwischen den Generationen. Begrüßte die ältere, noch im habsburgischen Ungarn geborene, aufgewachsene und ausgebildete – daher auch noch der ungarischen Sprache mächtige – Generation meist die ungarische Annexion, so stand die jüngere, bereits in Jugoslawien aufgewachsene Generation der ungarischen Verwaltung mit Skepsis gegenüber. Zur Differenzierung trug auch bei, dass die „freiwillig" zur Waffen-SS Einrückenden oder bereits Eingerückten als „Deutsche" oder „Weiße" oder „Braune" galten, alle anderen als „Nicht-Deutsche" oder „Schwarze" (= Katholische) oder „Magyaronen". Deutlich anti-nationalsozialistisch trat während der Kriegsjahre nur die vom Apatiner Pfarrvikar Adam Berenz herausgegebene Wochenzeitung *Die Donau* auf, die jedoch nach der deutschen Besetzung Ungarns im März 1944 eingestellt werden musste. Unter den donauschwäbischen Protestanten der Batschka und unter den Katholiken des Westbanats scheinen die NS- und Hitler-Anhänger prozentuell stärker gewesen zu sein.[2131]

Bereits vor der zweiten SS-Werbungsaktion im Juni 1943 hatte die ungarndeutsche Volksgruppe selbst die Anzahl der in deutschen Organisationen eingeteilten Ungarndeutschen wie folgt veranschlagt: 20.000 Waffen-SS-Soldaten, 3000 Wehrmachtsangehörige, 2000 OT-Angehörige und 20.000 Arbeiter im Reich. Nach dem offensichtlichen Misserfolg der zweiten Werbungsaktion regte die ungarndeutsche Volksgruppenführung in Berlin den Übergang zu einer „Zwangsmusterung" an. Diese entsprach zwar den Intentionen der SS-Führung, musste aber erst mit Budapest verhandelt werden. Ein erstes Ergebnis war ein Erlass des Honvédministeriums vom 11. Februar 1944, in dem die ungarischen Behörden angewiesen wurden, alle Staatsangehörigen, die vor dem 1. Jänner 1944 in die Waffen-SS oder in die Deutsche Wehrmacht eingetreten waren, so zu behandeln, als ob dies mit ihrer Zustimmung erfolgt sei. Nach der deutschen Besetzung Un-

[2130] Wehler, Nationalitätenpolitik, 64f.; Dokumentation der Vertreibung V, 172E-174E.

[2131] Georg Wildmann, Die Deutschen in der Batschka 1940-1944, in: Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien, Bd. I: Ortsberichte, hg. von der Donauschwäbischen Kulturstiftung (München 1991) 390-401.

garns am 19. März 1944[2132] erzwang der deutsche Gesandte Veesenmayer auch die Anerkennung der Wehrhoheit des Reiches über die Ungarndeutschen. Nach Art. 4 des deutsch-ungarischen Abkommens vom 14. April 1944 galt nun als „deutscher Volksangehöriger [...], wer sich durch seine Lebensweise und seine Volkstumsmerkmale als solcher zeigt oder sich freiwillig zum Deutschtum bekennt". Das von ungarischer Seite geforderte und zu dieser Zeit vermutlich auch schon von manchen Ungarndeutschen gewünschte freie Bekenntnisprinzip wurde damit beiseitegeschoben. Andererseits blieben nun alle „in die Deutsche Wehrmacht, Waffen-SS, Einberufenen" (sic!) ungarische Staatsangehörige und galten gleichzeitig auch als deutsche Reichsangehörige. Für alle bisher einberufenen Ungarndeutschen wurde der Verzicht auf die ungarische Staatsangehörigkeit rückgängig gemacht.[2133]

Die SS konnte nun die vertraglich fixierte „Wehrdienstpflicht" aller Ungarndeutschen „mit Vollendung des 17. Lebensjahres" ausnutzen und erfasste auch die Männer aus den zivilen Sektoren und aus der Honvéd. Erfassung, Musterung und Einberufung erfolgte jetzt durch das SS-Hauptamt, Ersatzinspektion Süd-Ostraum, SS-Ersatzkommando Ungarn, in Zusammenarbeit mit dem Honvédministerium. Zusätzlich ließ sich die SS in einem Abkommen von Anfang Juni 1944 das Recht zur „Anwerbung volksdeutscher Frauen und Mädchen" vom 17. bis 30. Lebensjahr für das „SS-Helferinnen-Korps der Waffen-SS" einräumen. Auf die volksdeutschen Wehrpflichtigen veranstaltete die SS ab April 1944 förmliche Treibjagden und erpresste auch deren Angehörige. So wurden bis Oktober 1944 praktisch alle ungarndeutschen Männer im wehrpflichtigen Alter zur Waffen-SS eingezogen. Aus den im Frühjahr 1944 Eingezogenen wurde in der Batschka die 18. SS-Panzergrenadier-Division „Horst Wessel" aufgestellt, die im slowakischen Aufstand und danach an der Theiß eingesetzt wurde, bis Dezember 1944 aber bereits als aufgerieben galt.[2134]

Ab 24. September 1944 stellte die SS sogar noch die 31. SS-Freiwilligen-Grenadier-Division auf, die sich überwiegend aus volksdeutschen Männern und Burschen der Jahrgänge 1894-1927 aus der Batschka und der Baranya rekrutierte. Zum Divisionskommandeur wurde SS-Oberführer Gustav Lombard ernannt, der Kampferfahrung von der Ostfront mitbrachte. Die meisten Einberufenen folgten noch immer freiwillig dem Musterungsbefehl, nur wenige mussten vorgeführt werden. Das Personal der „Führer" (= Offiziere) und „Unterführer" (= Unteroffiziere) stammte vorwiegend aus der inzwischen wieder aufgelösten 23. Waffen-SS-Gebirgs-Division „Kama", die aus muslimischen Soldaten aus Bosnien bestehen sollte. Die ziemlich hastige Ausbildung der donauschwäbischen Rekruten erfolgte anfänglich in Szabadka, Bajmok, Bácsalmás, Baja, Zombor, Apa-

---

2132 Vgl. György Ránki, Unternehmen Margarethe. Die deutsche Besetzung Ungarns (Wien – Köln – Graz 1984).

2133 Wehler, Nationalitätenpolitik, 65f.; Dokumentation der Vertreibung V, 175E-176E.

2134 Wehler, Nationalitätenpolitik, 66, 138; vgl. Dokumentation der Vertreibung II, 34E.

tin, Kula, Miletitsch, Tscherwenka, Neu-Werbaß, Szenttamás und Topolya. Als die Rote Armee Anfang Oktober 1944 an die Theiß vorrückte, wurde die in Aufstellung befindliche SS-Division – parallel zur Evakuierung der deutschen Zivilbevölkerung – aus der Batschka in die Baranya verlegt. Einige Kampfgruppen kamen zwar am Franzenskanal gegen die Rote Armee zum Einsatz, mussten sich aber bis zum 20. Oktober über die Donau nach Westen zurückziehen. Nun wurde die SS-Division in die Donau-Sicherung um Mohács einbezogen, die bald aufgegeben werden musste. Ab Anfang Dezember 1944 wurden die Reste der Division aus der Front herausgelöst und im Komitat Vas gesammelt; dann marschierten die Einheiten in die Untersteiermark, wo sie auch Partisanenbekämpfung leisten sollten. Ab Mitte Februar 1945 wurde die neuaufgestellte SS-Division in den Raum Görlitz nach Niederschlesien verlegt, von wo sie gegen die Rote Armee bei Jauer eingesetzt wurde. Ab dem 7. Mai konnte sich zwar die Division über Glatz, Nachod, Josefstadt und Königgrätz bzw. Reichenbach, Braunau und Trautenau nach Ostböhmen absetzen, geriet aber dort in tschechische bzw. sowjetische Kriegsgefangenschaft.[2135]

Der Partisanenkrieg in der Vojvodina

Im Vergleich zu den meisten anderen jugoslawischen Regionen blieb der Partisanenkrieg sowohl im deutsch besetzten Banat als auch in der ungarisch besetzten Batschka ohne besondere Bedeutung. Allein der zwischen mehreren Hundert Metern und mehreren Kilometern breite Flusslauf der Donau zwischen Batina und Eisernem Tor stellte für die Partisanenbewegung auf etwa 250 km ein logistisch kaum zu überwindendes Hindernis dar. Auch die Repressalien und Geiselerschießungen der Wehrmacht im April und Mai 1941 wirkten abschreckend. Nach dem Aufruf des Provinzkomitees der KP Serbiens Anfang Juli 1941 zum bewaffneten Widerstand gegen den Okkupator begannen sich aber im westlichen Banat Sabotageakte und Überfälle serbischer Partisaneneinheiten auf deutsche und kollaborierende serbische Dienststellen zu häufen. Die deutsche Besatzungsmacht reagierte mit einer ersten Verhaftungswelle, dem Errichten erster Konzentrationslager („Svilara“ bei Pantschowa) und weiteren Geiselerschießungen.[2136]

Zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung und zur Partisanenbekämpfung richtete nun die Volksgruppenführung eine Reihe von polizeilichen und militärischen Formationen ein: eine Banater Staatswache, eine Hilfspolizei, die Deut-

[2135] Rudolf Pencz, Vor Haus und Hof und Kind und Weib. Donauschwäbische Grenadiere an der Donau und in Schlesien. Die Geschichte der 31. SS-Freiwilligen-Grenadier-Division (Manuskript Baja 1996).

[2136] Sandor Vegh, Le système du Pouvoir d’Occupation allemand dans le Banat yougoslave 1941-1944, in: Petar Brajović – Jovan Marjanović – Franjo Tuđman (eds.), Les Systèmes d’Occupation en Yougoslavie 1941-1945 (Beograd 1963) 497-548.

sche Mannschaft und die Deutsche Frauenschaft. Für alle Männer zwischen 18 und 40 bestand Pflichtmitgliedschaft zur Deutschen Mannschaft. Dennoch musste Volksgruppenführer Janko am 1. März 1942 einräumen, dass „der bolschewistische Gegner in den vergangenen Monaten" versucht hatte, „die Straßen unsicher zu machen und unsere Dörfer anzuzünden". Gegen diese verschiedenen Partisanenüberfälle wurden daher vor Einführung des Wehrdienstes unter den volksdeutschen Männern deutsche Besatzungstruppen eingesetzt. Die ab Frühjahr 1942 aufgestellte 7. SS-Freiwilligen-Division „Prinz Eugen" bestand mehrheitlich aus Banater Schwaben und blieb bis in den Oktober 1942 im Banat stationiert.[2137]

Kaum zwei Wochen nach dem deutschen Einmarsch in der Sowjetunion – dem sich Ungarn am 26. Juni ohne formelle Kriegserklärung anschloss[2138] – begannen serbische *Četnici* und Kommunisten mit Brandstiftungen in der Batschka. Diese erfolgten bereits wenige Tage vor Stalins Aufruf zum Partisanenkrieg und der nachfolgenden Order Titos. Im August mehrten sich die Sabotageakte in der Batschka: Getreidespeicher und Meierhöfe (*tánya*) wurden angezündet, Eisenbahnschienen aufgerissen, in Neusatz ein Benzindepot zur Explosion gebracht und schwächere Gendarmerie- und Polizeiposten überfallen. Standgerichte verurteilten über 100 Verdächtige zum Tode. Als im September 1941 die serbische Aufstandsbewegung in der Šumadija zunahm, wurden auch in der Batschka immer mehr Waffen und Sprengmaterial sichergestellt. Da der ungarische Abwehrdienst die Existenz einer serbischen Widerstandsbewegung konstatierte, setzte die ungarische Zivilverwaltung in der Batschka ab Herbst 1941 eine Reihe anti-serbischer Maßnahmen, wie das Verbot von serbischen Zeitungen und die Ausweisung oder Internierung der nach 1918 zugewanderten „Kolonisten". Im November 1941 wurde in der Sajkás-Gegend (Šajkaška), dem Gebiet des ehemaligen habsburgischen Tschaikistenbataillons östlich von Neusatz[2139], eine erste Partisanenabteilung gegründet, die eine Reihe von Sabotageaktionen unternahm und der ungarischen Gendarmerie und Polizei einige Kämpfe lieferte.[2140]

[2137] Dokumentation der Vertreibung V, 167E.

[2138] Der deutsche Generalstabschef GO Halder hatte am 24. Juni seinem ungarischen Kollegen GO Werth mitgeteilt, dass Deutschland zwar den Kriegseintritt Ungarns gegen die Sowjetunion nicht verlangen könne, für eine Teilnahme aber dankbar wäre. Nach einem bis heute nicht geklärten Angriff von Flugzeugen mit sowjetischem Hoheitszeichen auf die im November 1938 annektierten oberungarischen Städte Kaschau (Kassa, Košice), Munkács (Mukačeve) und Rahó (Rachiv) betrachtete sich Ungarn als mit der Sowjetunion im Kriegszustand befindlich und ließ am 27. Juni Honvédtruppen, das „Schnelle Armeekorps" und die „Karpatengruppe", die ungarisch-sowjetische Grenze in den Waldkarpaten überschreiten. – Ignác Romsics, Konsolidierung, Krise und Weltkrieg, in: István György Tóth (Hg.), Geschichte Ungarns (Budapest 2005) 631-687, hier 679.

[2139] Das mehrheitlich serbisch besiedelte Gebiet des Tschaikistenbataillons war Teil der k.k. Militärgrenze, in dem die Tschaikisten mit ihren langen schmalen Booten mit wenig Tiefgang (= *čajke*) Patrouillenfahrten an der Donau und der unteren Theiß unternahmen, um die Flussgrenze gegenüber dem Osmanischen Reich zu sichern.

[2140] v.G.-Payer, Armati Hungarorum, 189f.

Mitte Dezember 1941 forderten die ungarischen Bezirksvorsteher in der Batschka das Innenministerium in Budapest auf, energische Maßnahmen gegen die serbische Widerstandsbewegung einzuleiten. Um Neujahr konnte zudem eine größere Anzahl serbischer Partisanen und *Četnici* aus Syrmien und dem Banat über die weitgehend zugefrorenen Flussläufe der Donau und der Theiß in die Batschka überwechseln. Sogleich mehrten sich Terroraktionen in Neusatz und Umgebung. Nach der Erschießung von Honvéds und Gendarmen aus dem Hinterhalt wurde am 5. Jänner 1942 neuerlich das Standrecht verhängt. Der Innenminister ließ dreisprachige Plakate über das sofortige Inkrafttreten des Standrechtes aushängen. In der Stadt Neusatz selbst wurden größere Waffenbestände und Sprengladungen der Partisanen sichergestellt und auch mehrere Partisanen gefangen genommen. Der Obergespan des Komitates Bács verlangte daher eine „Säuberungsaktion" in der Stadt Neusatz, was der ungarische Innenminister Ferenc Keresztes-Fischer sofort aufgriff und – mit Zustimmung der Regierung – auf nördliche und östliche Nachbarorte ausdehnte. Da dieser jedoch seine Polizei- und Gendarmeriekräfte für zahlenmäßig zu schwach hielt, forderte er militärische Assistenz an. Der ungarische Generalstabschef Ferenc Szombathelyi befahl daher dem Szegeder Armeekorps unter Feldmarschallleutnant Ferenc Feketehalmy-Czeydner, seine Einheiten in der Batschka zu verstärken und Mitte Jänner 1942 mit einer systematischen Durchkämmung der Partisanengebiete in der Südostecke der Batschka zu beginnen.[2141]

Die „Razzia" begann in der Sajkás-Gegend östlich von Neusatz, so in Šajkaš, Titel, Mošorin, Djurdjevo, Žabalj, Čurug und Temerin. Zivilisten, die bewaffnet aufgegriffen wurden, wurden sofort erschossen. Ob sie Anhänger der Partisanen oder der *Četnici* waren, wurde nicht geprüft. In manchen Orten gab es tagelange Feuergefechte zwischen dem ungarischen Militär und der Gendarmerie einerseits sowie den Partisanen und *Četnici* andererseits. Zwischen dem 15. und 20. Jänner wurde die Aktion nach Norden und Nordwesten hin ausgedehnt und die Gebiete um Óbecse, Szenttamás (Srbobran), Temerin und Neusatz miteinbezogen.[2142]

Als Feldmarschallleutnant Feketehalmy an den Innenminister berichtete, dass sich die serbischen Partisanen in die Stadt Neusatz zurückgezogen hätten, wurde zwischen 20. und 22. Jänner 1942 auch die Stadt selbst in die „Razzia" miteinbezogen. Alle Häuser wurden einer Durchsuchung unterzogen, alle Einwohner zur Legitimation gezwungen. Wer sich nicht legitimieren konnte, wurde standrechtlich abgeurteilt, teils an Kroatien ausgeliefert, teils auf dem Eis der Donau erschossen. Da sich aufgegriffene Partisanen und *Četnici* zur Wehr setzten und sowohl der Honvéd als auch der Polizei bewaffneten Widerstand leisteten, begannen das ungarische Militär unter dem Kommando von Oberst László Deák und die Polizei unter Hauptmann Zöldy – im späteren Prozeß blieb unklar, ob dem Militär oder der Polizei die Vorreiterrolle zukam – ein regelrechtes Massaker gegen Ser-

2141 v.G.-Payer, Armati Hungarorum, 190; Tomasevich, Occupation, 172f.

2142 Sajti, Délvidék, 152-157; Andreas von Weissenbach, Tábornokaink halála (München 1978) 145-149.

ben und Juden von Neusatz, bei dem jedenfalls Tausende Personen ums Leben kamen. Da die Außentemperaturen über Nacht auf unter -20 Grad Celsius sanken, konnten viele Leichen lange Zeit gar nicht geborgen und bestattet werden. Unmittelbar nach dem Massaker wurden die Opferzahlen von jugoslawischer Seite auf bis zu 7000 Tote geschätzt, in der polizeilichen Meldung an den ungarischen Innenminister war von über 3400 Toten die Rede (2550 Serben, 743 Juden und 47 Andere), in der Anklageschrift der Militäranwaltschaft vom Herbst 1943 gegen FML Feketehalmy-Czeydner, Generalmajor Grassy, Oberst Deák und weitere Militärs stand die Zahl von 3309 getöteten Menschen. In der jugoslawischen Dokumentation von 1946 wurde die Zahl von 3130 getöteten Serben angegeben.[2143]

Nachdem am 10. Juni 1942 der frühere Ministerpräsident Mihály Graf Károlyi und der Oppositionspolitiker Endre Bajcsy-Zsilinszky in einem Brief an den Herausgeber der *Times* ihr großes Bedauern über die „Razzia" von Neusatz im Jänner 1942 zum Ausdruck gebracht und sich nicht gescheut hatten, hinter diesen Mordaktionen die Absicht der ungarischen Regierung zu vermuten, „to extirpate the Serbian people in that region", bedankte sich der ehemalige jugoslawische Außenminister Momčilo Ninčić bei beiden ungarischen Politikern, verwies aber auch auf viel größere Vernichtungsaktionen der Deutschen und *Ustaše* in Serbien und Kroatien und die kommende Bestrafung:

> „My people are living, in this war, through terrible times. It is not only in Bačka that Serbian people are being exterminated. The cold-blooded cruelty of the German army's punitive expeditions in Serbia; the massacres, unkown in history, of Serbs in Bosnia, Herzegovina, and Croatia, where Pavelich's regime is proceeding according to plan, in connivance with the German armed forces, to wipe out 2,000,000 Serbs who were living on the territory of the so-called ‚Independent Croatian State', with the slaughter there, for the same purpose, of Serbian children in masses, as coldly and as pitilessly as grown men and women; as well as the atrocities committed by other occupiers – all this clearly confirms that there is a plan for a systematic extermination of the Serbian people. A similar plan is being carried out by the German administration in Slovenia, toward our Slovene brethren. Despite all this, General Draža Mihailović with his comrades continues to struggle. We shall once more be a free nation. But after our common victory, which is beginning to mould into a more and more definite shape, we shall have to demand that the punishment of the bloodthirsty offenders shall spare nobody, because only if it is severe will it be just and serve as a reminder to future generations. From thiese trials the Serbian people will emerge numerically weakened but morally strong."[2144]

Erst am 15. Juli 1942 versuchte der ungarische Ministerpräsident Miklós Kállay im Budapester Parlament Ursachen für diese schweren Übergriffe zu finden:

[2143] Weissenbach, Tábornokaink, 150; Sajti, Délvidék, 162; Kocsis, Ethnic Geography, 153; vgl. Zločini okupatora u Vojvodini, 1. Bd. (Novi Sad 1946); Zvonimir Golubović, Racija 1942 (Novi Sad 2004).
Die jugoslawische Exilregierung in London sprach gleich von 100.000 ermordeten Serben – Männer, Frauen und Kinder. Auch in Sombor seien 6000 Serben erschossen worden. – The Daily Telegraph, May 8, 1942. – Diese eindeutig überhöhten Zahlen konnten später nicht verifiziert werden.

[2144] The Times, June 15, 1942.

Vom Ausland eingesickerte „Banditen“ hätten ungarische Gendarmen und Grenzwachen angegriffen, um einen allgemeinen Aufstand auszulösen. Ungarische Truppen aber hätten diese „Rebellen“ zurückgeschlagen, die nach Neusatz geflüchtet seien. Leider habe die Zivilbevölkerung die Instruktionen des ungarischen Militärs nicht befolgt, das vom 20. Jänner 1942 an eine dreitägige „Razzia“ in der Stadt durchgeführt habe. Immerhin gab sogar Kállay 2750 getötete Serben zu.[2145]

Noch im Jahre 1942 sollte ein Strafverfahren gegen die beteiligten Militärs und Polizisten eingeleitet werden, das aber vorerst auf Betreiben von Admiral Horthy eingestellt wurde. Als jedoch die Westmächte in geheimen Kontaktnahmen androhten, dass die „Razzia“ bei künftigen Friedensverhandlungen doch nachteilige Folgen für Ungarn haben könnte, wurde das Strafverfahren am 14. Dezember 1943 wieder aufgenommen. Vor einem Sondergerichtshof des Honvéd-Generalstabes mussten sich 3 Honvédoffiziere und 12 Gendarmerieoffiziere für die Massaker in der südöstlichen Batschka im Jänner 1942 verantworten. Hauptangeklagter war Feldmarschallleutnant Feketehalmy-Czeydner, weitere Angeklagte Generalmajor Grassy und Oberst Deák. Als die Verteidigung den Generalstabschef und den Innenminister vorladen lassen wollte, erschienen beide nicht. Wenige Tage später überschritten die drei beschuldigten Offiziere bei Hegyeshalom die ungarisch-deutsche Grenze ins ehemalige Burgenland, baten Deutschland um Asyl und wurden vom Sicherheitsdienst in Schutzhaft genommen. Schon im März 1944 durften sie mit ihren Dienstgraden in die Waffen-SS eintreten. Im Herbst 1944 wurde Feketehalmy sogar stellvertretender Verteidigungsminister in der Pfeilkreuzler-Regierung von Ferenc Szálasi. Bei Kriegsende wurden Feketehalmy, Grassy und Deák zunächst amerikanische Kriegsgefangene, dann nach Ungarn ausgeliefert und zum Tode verurteilt. Als verurteilte Kriegsverbrecher wurden sie den jugoslawischen Behörden übergeben und von diesen – ohne nähere Angaben – hingerichtet.[2146]

Nach den ungarischen Razzien in der Batschka im Winter 1941/42 blieb es dort bis Mitte 1944 relativ ruhig. Lediglich die Gemeinden an der Donau erlebten verschiedentlich nächtliche Schießereien oder Angriffe aus den Maisfeldern, die jeweils mit Erhängung oder Füsilierung serbischer Geiseln beantwortet wurden.

[2145] The Times, July 16, 1942; The Daily Telegraph, July 16, 1942. Vgl. Milan Čobanski – Zvonimir Golubić – Živan Kuzmanov, Novi Sad u ratu i revoluciji (Novi Sad 1976) I, 272.

[2146] Tibor Cseres, Vérbosszú Bácskában (Budapest 1991) 85-271; Weissenbach, Tábornokaink, 164-166; Broucek, Glaise-Horstenau, 367. Unter den verurteilten ungarischen Gendarmerieoffizieren befand sich auch Sándor Kepiro, der am Massenmord in Novi Sad beteiligt gewesen war. Nach der deutschen Besetzung Ungarns wurde er wieder freigelassen, tauchte bei Kriegsende unter, lebte nach Kriegsende als Rechtsanwalt in Budapest, floh aber später über Österreich nach Argentinien. Erst 2005 wurde das Simon Wiesenthal Center in Jerusalem auf ihn aufmerksam gemacht; im März 2007 entschied aber die ungarische Regierung, Kepiro seine Haftstrafe nicht verbüßen zu lassen, weil sie 1944 annulliert worden sei. Im Juni 2011 wurde er dennoch als mittlerweile 97-jähriger in Budapest vor Gericht gestellt, nach rund sechs Wochen dauerndem Gerichtsverfahren jedoch freigesprochen. Vgl. FAZ, 10. Juli 2007, 33; Irene Zöch, Freispruch in Nazi-Prozess, in: Die Presse, 19. Juli 2011, 8.

Vorstöße von Partisanen oder *Četnici* aus den Waldgebieten der Fruška Gora – wo sich auch berühmte serbische Klöster befinden – über die Donau in die südliche Batschka oder in das westliche Banat wurden von deutschen Selbstschutzeinheiten abgewehrt. Auf Grund der deutschen Garnison in Belgrad und der Aufstellung einer „Serbischen Staatswache" seitens der Regierung Nedić blieben die Belgrader Deutschen bis zu ihrer Evakuierung im Oktober 1944 verhältnismäßig unbehelligt. Das Streudeutschtum in Altserbien aber war nach Aufflackern der Widerstandsbewegungen noch im Winter 1941/42 vollzählig umgesiedelt worden.[2147]

Das Deutsche Reich und der „Unabhängige Staat Kroatien" 1941-1945

Noch in seinem Hauptquartier im niederösterreichischen Mönichkirchen ernannte Hitler am 14. April 1941 den ehemaligen k.u.k. Generalstabsoffizier und nunmehrigen Generalmajor Edmund Glaise von Horstenau zum „Deutschen General in Agram", der dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Keitel, direkt unterstellt wurde. Glaise-Horstenau bekam die Aufgabe, die kroatische Regierung beim Aufbau einer eigenen Armee zu beraten und weiters die Interessen der deutschen Truppen bei der kroatischen Regierung zu vertreten; dies galt zunächst für sechs Landesschützenbataillone, die vor allem die strategisch wichtige Bahnlinie Agram–Belgrad zu bewachen hatten.[2148]

Obwohl Glaise-Horstenau meinte, in Alt-Agram das Bild einer deutschösterreichischen Stadt vor sich zu haben und dass jeder Intellektuelle älteren Jahrgangs in Wien oder Graz studiert hatte, musste er bald feststellen, dass es hier auch andere Traditionen gab: antiösterreichische, antiungarische, antiitalienische, jugoslawische und balkanische. Auch das Bild der *Ustaše* entsprach kaum dem nationalkroatischen aus dem Ersten Weltkrieg. Ante Pavelić sei bei seiner Heimkehr (Mitte April 1941) von etwa 500 Bewaffneten begleitet gewesen, „zum Teil Emigranten aus seiner italienischen Umgebung, zum Teil kroatische Bergarbeiter aus Belgien und von anderwärts, meist Kommunisten, die sich über Nacht in radikale Nationalisten verwandelten". Dennoch schlossen sich eine Reihe altösterreichischer Offiziere – wie etwa der neue Marschall Slavko Kvaternik – sofort dem radikalen Kurs an. Zu den ersten antiserbischen Maßnahmen gehörte die Entlassung aller serbisch-orthodoxen Beamten und Gendarmen. Und bald kamen „Schaudernachrichten" aus der Herzegowina, der Gegend von Sarajevo und der Gegend von Bjelovar, wo *Ustaše* mit Massenmorden begannen. Glaise-Horstenau sah daher einen „Bürgerkrieg" aufziehen.[2149]

[2147] Wehler, Nationalitätenpolitik, 58.

[2148] Peter Broucek (Hg.), Ein General im Zwielicht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau, Bd. 3: Deutscher Bevollmächtigter General in Kroatien und Zeuge des Untergangs des „Tausendjährigen Reiches" (Wien – Köln – Graz 1988) 16.

[2149] Broucek, Glaise-Horstenau, 431f.

Der spätere Leiter des Verlages *Liber* in Zagreb, Slavko Goldstein, erlebte als junger Gymnasiast am 10. April 1941 den Einmarsch der deutschen Truppen in Karlovac, der ehemaligen habsburgischen Festung Karlstadt. Das Spalier der Karlstädter Bürger bewunderte nicht nur die deutschen Panzer und die motorisierten Einheiten, sondern hielt auch Transparente aus Papier mit der Aufschrift hoch: „Es gibt keinen Krieg, und wir haben einen Staat! (*Nema rata, a imamo državu!*)“. Bereits am 13. April aber wurde Goldsteins Vater, der Buchhändler Ing. Ivo Goldstein, von *Ustaša*-Angehörigen verhaftet und sollte nie mehr nach Hause zurückkehren. Am selben Abend traf der stellvertretende Militärattaché des Deutschen Reiches, Oberstleutnant Saltzer, in einem Mercedes in Karlovac ein, um den aus Fiume angekommenen *Poglavnik* Ante Pavelić zu begrüßen. Ein bis zwei Stunden später traf auch der italienische Oberstleutnant Sangiorgio mit einer Kolonne italienischer Autobusse ein, die u. a. 200 *Ustaša*-Emigranten von Triest nach Karlstadt gebracht hatten. Pavelić musste in Karlstadt 30 Stunden warten, bis er vom Bevollmächtigten des Auswärtigen Amtes, Edmund Veesenmayer, und vom Staatssekretär im italienischen Außenministerium, Filippo Anfuso, nach Agram begleitet wurde.[2150]

Der „Unabhängige Staat Kroatien“ (*Nezavisna Država Hrvatska – NDH*) war von Beginn an kein kroatischer Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat mit einer knappen absoluten Mehrheit an Kroaten. Von den 6,3 Millionen Einwohnern waren nur 3,25 Millionen (52,1 %) Kroaten, weiters 1,725.000 Serben (27,4 %), 950.000 bosnisch-herzegowinische Muslime (15,1 %), 150.000 Deutsche (2,4 %), 75.000 Magyaren (1,2 %), 65.000 Tschechen und Slowaken (1 %), 40.000 Juden (0,6 %), 30.000 Slowenen (0,5 %) und 5000 Italiener (0,1 %). Trotz (oder infolge) dieser differenzierten Bevölkerungsstruktur bildeten Großkroatentum, Hass auf die Serben, Antikommunismus und Antisemitismus das ideologische Fundament der *Ustaša*-Bewegung.[2151] Entsprechend dem „Statut“ (*ustav*) und den „Grundsätzen“ (*načela*) der *Ustaša*-Bewegung aus den 1930er Jahren strebte der Staats- und Regierungschef (*poglavnik*) Pavelić ein „Serben-freies“ Groß-Kroatien an. Pavelić war zugleich „Herr der Staatsverwaltungsmacht“ und Gesetzgeber, Führer der *Ustaša*-Bewegung und Oberbefehlshaber der Landwehr (*domobranstvo*). Da der kroatische Bauernführer und frühere stellvertretende Ministerpräsident Vladko Maček seine Gefolgschaft dazu aufgerufen hatte, die neue Regierung zu unterstützen, konnte Pavelić immerhin auf den Apparat der Bauernpartei und die meisten Beamten der früheren kroatischen Banovina zurückgreifen. Aber in den

---

2150 Slavko Goldstein, 1941. Godina koja se vraća (Zagreb ²2007) 11-29. Goldstein stellte dem Bild der motorisierten deutschen Einheiten das Bild der geschlagenen jugoslawischen Armee gegenüber, in der die Kanonen von Ochsen gezogen würden.

2151 Aufzeichnung RAM, Berlin, 21. Mai 1941, HIA, Tomasevich papers, box 3 (Benzler collection); Izračunat broj stanovnika Jugoslavije za 1941. i 1945., ed. Državni statistički ured DFJ (Beograd 1945); Čulinović, Okupatorska podjela, 77; Sundhaussen, Geschichte Serbiens, 315f. Die Juden wurden sowohl unter den Muttersprachen als auch als Konfession gezählt.

Straßen der kroatischen Städte herrschte keine Jubelstimmung über die neue Unabhängigkeit.[2152]

Zur „Legalisierung" der Verfolgung von „völkischen, rassischen" und politischen Gegnern erließ der Unabhängige Staat Kroatien bereits am 17. April 1941 eine Verordnung zum „Schutz von Volk und Staat". Ausgangspunkte der ethnischen Säuberungen waren die schon im Mai und Juni 1941 einsetzenden Verfolgungsmaßnahmen zahlloser „wilder" Formationen der *Ustaša*-Miliz, die unter Führung lokaler Funktionäre – und bei offensichtlicher Duldung seitens des Direktors für öffentliche Ordnung und Sicherheit (*Ravnatelj za javni red i sigurnost*), Eugen „Dido" Kvaternik – unbeschreibliche Gewaltorgien gegen die serbische Zivilbevölkerung begingen. So wurden allein in der kleinen Stadt Glina etwa 500 Personen getötet, mehrere Tausend in der Umgebung von Topusko, Virginmost und Hrvatski Blagaj. Von Ende Juli bis Anfang August führten die *Ustaše* eine regelrechte „ethnische Säuberung" im Kordun durch. Aus dem Hinterland von Dalmatien berichteten *Carabinieri* über *Ustaša*-Gräultaten an serbischen Zivilisten. Allein im Verlauf des Jahres 1941 wurden bereits Zehntausende Serben ermordet und über 100.000 aus Kroatien nach Serbien vertrieben. An den Massenmorden waren besonders die „Schwarze Legion" (*Crna legija*) und die „Angriffsdivision (*Udarna divizija*) beteiligt. Ende November 1941 verkündete ein Gesetz die Einweisung von „unerwünschten" und „gefährlichen" Personen in die neu errichteten Konzentrations- und Arbeitslager.[2153]

Das erste Konzentrationslager im NDH war bereits im Mai 1941 errichtet worden: *Danica*, auf dem Gelände eines in Konkurs gegangenen Chemiebetriebs, etwa 3 km von der Eisenbahnstation Koprivnica entfernt. Nach offiziellen Angaben sollen sich am 4. Mai 1941 schon 763 Verhaftete im Lager befunden haben, im Verlauf des Juni 2000 bis 3000, die von etwa 100 bis 120 *Ustaše* bewacht worden seien. Die KZ-Insassen waren in erster Linie politische Gefangene. Ab Juni mussten die jüdischen Gemeinden in Zagreb, Karlovac, Varaždin, Osijek etc. für die Verpflegskosten der jüdischen KZ-Insassen aufkommen. Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion wurden auch orthodoxe, katholische und protestantische Männer und Frauen verhaftet und wegen kommunistischer Aktionen hingerichtet.[2154]

Bereits Mitte Mai 1941 hatte Hitler einer „Verringerung der außerordentlich starken serbischen Minderheit in Kroatien" durch Umsiedlung nach Serbien zugestimmt, nachdem ihn Außenminister Ribbentrop auf die Möglichkeit hingewie-

[2152] Sundhaussen, Ustascha-Staat, 251-287.

[2153] Broucek, Glaise-Horstenau, 17; Tomasevich, Occupation, 88f.; Goldstein, 1941., 110f., 310; Ruzicic–Kessler, Besatzungspolitik, 62, 67. Nach deutschen Quellen sollen die kroatischen Behörden bis September 1941 9900 Serben in Eisenbahntransporten nach Serbien gebracht haben, während etwa 90.000 Serben illegal die Grenze nach Serbien überschritten hätten.

[2154] Goldstein, 1941., 42-59, 259. Mit einem Schreiben vom 18. Juni 1941 versuchte Lotte Goldstein, Inhaberin eines Kosmetiksalons in Karlovac, vergeblich, ihren Mann Ivo aus dem KZ Danica freizubekommen.

sen hatte, im „Austausch“ dafür 260.000 Slowenen aus der Untersteiermark und Oberkrain nach Kroatien zu deportieren. Die *Ustaša*-Führung richtete danach eine „Direktion für Erneuerung“ ein, die für alle Fragen der Ein- und Aussiedlung, der Unterbringung der „Aussiedler“ und der Umverteilung ihres Eigentums zuständig war. Nach einer deutsch-kroatischen Vereinbarung vom 4. Juni 1941 begann bereits in den folgenden Tagen und Wochen die Verhaftung serbischer Familien auf dem gesamten Gebiet der NDH, und die Betroffenen wurden in eigens eingerichtete Sammellager in Slavonska Požega, Bjelovar, Sisak und Caprag eingewiesen. Wegen der baldigen Überfüllung der Lager gingen die *Ustaše* aber bald dazu über, Zehntausende Serben illegal über die Grenze nach Serbien zu jagen. Nachdem über den Sommer 1941 mehr als 100.000 Serben in das deutsche Besatzungsgebiet nach Serbien vertrieben worden waren, protestierte der Chef des deutschen Verwaltungsstabes in Belgrad, SS-Gruppenführer Turner:

> „[...] Diese Serben wurden zum größten Teil ohne jedes Hab und Gut, zum Teil sogar ohne oder nur mit dürftiger Bekleidung abgeschoben. Diese Menschen, die in ungezählten Fällen selbst Zeugen der bestialischen Hinmordung ihrer Angehörigen waren, hatten nichts mehr zu verlieren, konnten, da die Abschiebung auch ohne jede Anmeldung erfolgte, nicht aufgefangen und untergebracht werden und gesellten sich darum zu den Kommunisten in die Wälder und Gebirge. Hinzu kommt außerdem, dass insbesondere in Ungarn und Kroatien Serben systematisch hingemordet wurden. Aus hier vorliegenden glaubwürdigen Meldungen sind allein in Kroatien rund 200.000 Serben ermordet worden. Diese Ermordungen sind hier allgemein bekannt und werden, mit Rücksicht darauf, dass das kroatische Gebiet unter dem Schutz des Deutschen Reiches seine Selbständigkeit erlangte sowie mit Rücksicht darauf, dass die in Kroatien liegende Truppe diese Greueltaten nicht verhinderte, letztlich den Deutschen zur Last gelegt.“[2155]

Anfänglich versuchten sich die deutschen Dienststellen in Kroatien an die Weisung des „Führers“ zu halten, „dass die Kroaten mit den inneren Spannungen selbst fertig werden müssen. Die deutsche Wehrmacht geht das im Grunde genommen gar nichts an, sie hat nur dort einzugreifen, wo die Sicherheit, die Versorgung, die Verbindung und das Ansehen der Truppen gefährdet ist“. Doch der Deutsche General in Agram Glaise-Horstenau gab am 12. August 1941 dem Oberbefehlshaber der 12. Armee bereits einen besorgniserregenden Überblick:

> „Kennzeichnend für die augenblickliche Lage ist, dass die Italiener seit Beginn des Russlandfeldzuges sich für Kroatien stärker interessieren, aus der Einstellung heraus, dass Kroatien keine eigene Lebensfähigkeit hat und deshalb militärisch und zivilmäßig von Italien verwaltet werden müsse. Dem gegenüber steht die Einstellung Kroatiens, das sich möglichst nur auf Deutschland stützen will und den Königsgedanken innerlich ablehnt.
>
> Die derzeitigen Unruhen in Kroatien beruhen auf dem Gegensatz zwischen Kroaten und Serben, deren Unterscheidung aber sehr schwierig ist und praktisch nur nach dem Glaubensbekenntnis vorgenommen wird. Die *Ustaša*, in Italien großgezogen und vom stärksten Hass gegen die Serben erfüllt, hat sich zu einer Landplage ausgewachsen. Durch willkürliche Bedrückung aller

---

[2155] Auszug aus dem 5. Lagebericht des Verwaltungsstabes beim Militärbefehlshaber in Serbien, SS-Gruppenführer Turner, 6. Oktober 1941, BA/MA, RW 40/187a; vgl. Hory – Broszat, Ustascha-Staat, 108; Sundhaussen, Geschichte Serbiens, 317f.

serbischen Elemente bringt sie größte Unruhe ins Land. Die Bevölkerung, die sich dagegen wehrt, hat zum Teil Waffen der alten jugoslawischen Armee behalten. Es ist zu hoffen, dass dieses wilde Treiben der *Ustaša* durch die Regierungsstellen eingefangen wird und dass das für Serbien unerträgliche Abschieben serbischer Bevölkerung aus Kroatien künftig unterbleibt."[2156]

Eine ausgesprochen kommunistische Bewegung konnte Glaise-Horstenau noch nicht feststellen, musste aber einräumen, dass eine klare Unterscheidung der einzelnen Unruhegründe kaum möglich sei. Den kroatischen Soldaten stufte er als gut ein, den Offizier weniger, da ihm die Ausbildung und die Gewissheit über seine Zukunft fehle. Der Deutsche General in Agram und der Wehrmachtsbefehlshaber Südost stimmten schließlich überein, dass im Zusammenhang mit dem stärkeren Eingreifen der deutschen Truppen in Serbien auch die in Ostbosnien stationierte 718. Division – die mehrheitlich aus „Ostmärkern" bestand – aktiver als bisher in Erscheinung treten müsse und in eiligen Fällen vom Deutschen General in Agram angefordert werden könne.[2157]

Der anhaltende Terror der *Ustaša* gegen die Serben – nicht der gegen die Juden und die Roma – beunruhigte die deutschen Offiziere und Diplomaten. Auch der schnell unpopulär gewordene Staatschef Pavelić ließ schon Ende 1941 Zweifel an den Überlebenschancen des Regimes aufkommen. Hitler rechnete Kroatien einerseits zum italienischen Interessengebiet, unterstützte aber einen lebensfähigen kroatischen Staat, da er für die Sicherung der Verkehrsverbindungen nach Südosteuropa und den Bezug von Rohstoffen wie Bauxit, Eisenerz, Ferrosilizium, Holz und Mineralöl wichtig war. Allerdings zählten die kroatischen Streitkräfte Ende 1941 nur etwa 32.000 Mann *Domobrani* und 10.000 Angehörige der *Ustaša*, die ab 1942 kaum mehr zur Bekämpfung der Partisanenbewegung in der Lage waren. Den Heeresdivisionen fehlte es zumeist an der nötigen Ausrüstung und Führung, und die Desertionen begannen zuzunehmen. Lediglich die an die Ostfront verlegte kroatische Legion, anfänglich 7000 Freiwillige, ab November 1942 zur 369. Legionsdivision verstärkt, war besser ausgerüstet, ging aber bei Stalingrad unter. Bereits in der zweiten Septemberhälfte 1942 musste Pavelić der deutschen Seite zugestehen, dass sie künftig die einheitliche Leitung in der Partisanenbekämpfung übernehme. Immerhin wuchs auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht die kroatische Armee bis Ende 1942 auf 66.000 Mann an, stagnierte im Jahre 1943, erhöhte sich im Jahre 1944 auf 115.000 Mann und wurde im März 1945 – mit Unterstützung Himmlers – völlig in eine *Ustaša*-Armee eingegliedert, die insgesamt eine Streitkraft von etwa 170.000 Mann ausmachte.[2158]

[2156] Besprechung des OB der 12. Armee mit dem Deutschen General in Agram und dem Chef des Generalstabes des Militärbefehlshabers Serbien, 12. August 1941, BA/MA, RH 20/12/121.

[2157] Ebenda.

[2158] Hory – Broszat, Ustascha-Staat, 61, 130-138; Broucek, Glaise-Horstenau, 19-21; Umbreit, Herrschaft, 88f. Vier leichte Infanteriebrigaden und vier Gebirgsbrigaden – zusammen 18.000 Mann – wurden von deutschen Ausbildnern in Stockerau und Döllersheim trainiert. – Knox, Pavelić, 222.

Schon im Winter 1941/42 hatte Pavelić eine Kampagne gegen Intellektuelle begonnen, wie etwa gegen den berühmten Bildhauer Ivan Meštrović, der auch in Wien studiert hatte. Nach seiner Enthaftung, zu der Glaise-Horstenau offensichtlich beigetragen hatte, kam es zu einem Gespräch mit dem General, in dem Meštrović bezweifelte, ob man unter den gegebenen Umständen „einen anständigen Kroaten“ finden könnte, der die Regierung übernehmen möchte. Glaise-Horstenau erzählte von Gesprächen mit Hitler über Italien und Österreich, während Meštrović fragte, weshalb noch kein deutscher Offizier den „Führer“ beseitigt habe. Dennoch durfte der Bildhauer im Frühjahr 1943 nach Italien ausreisen, von wo er regulär in die Schweiz übersiedelte.[2159]

Bereits am 4. Februar 1942 hatte GFM Keitel auf Führerweisung dem italienischen Generalstabschef Ugo Cavallero einen Brief geschrieben, in dem er ihm ein koordiniertes Vorgehen beider Besatzungsmächte gegen die Krisenherde im NDH-Staat vorschlug. Im Laufe von Verhandlungen im altösterreichischen Seebad Abbazia (Opatija) am 2. und 3. März 1942 gelang es dem neuen Oberbefehlshaber der 2. Armee, General Mario Roatta, eine Zusage des OKW zur zeitlich begrenzten Unterstellung deutscher Verbände unter seinem Oberbefehl zu erreichen. Aber die schon am 15. Mai erfolgte Einstellung des Unternehmens „Foča“ beendete vorläufig eine direkte deutsch-italienische Zusammenarbeit.[2160]

Ende September 1942 flog Pavelić über Ungarn und Ostgalizien ins Führerhauptquartier bei Vinnica (Vinnycja) in der südwestlichen Ukraine. Glaise-Horstenau und Kasche begleiteten den *Poglavnik*, Keitel, Ribbentrop und Löhr waren ebenfalls anwesend. Da Hitler über die Aufstandslage in Kroatien offensichtlich schlecht informiert worden war, konnte sich der schlaue Pavelić leicht herausreden und die Lage in Ostbosnien, Westbosnien, Syrmien und Slawonien für „befriedet“ erklären; „nur südlich der Demarkationslinie sehe es sehr schlecht aus“. Demnach fragte Hitler nach der italienischen Truppenstärke und erhielt die Antwort, dass es nur etwa 100 Bataillone seien. Daraufhin verlangte er für seine nächste Zusammenkunft mit Mussolini hieb- und stichfestes Material. Pavelić verstand es auch „mit dem Brustton der Überzeugung“ zu betonen, dass im Einflussgebiet der kroatischen Regierung die Judenfrage „gelöst“ sei, während zu den Italienern geflüchtete Juden unterstützt würden. Vor seinem Rückflug über Wien nach Agram besuchte Pavelić noch die gegen Stalingrad marschierende kroatische Legion am Don-Knie, die drei Monate später im Gegenangriff der Roten Armee zugrunde gehen sollte.[2161]

2159 Broucek, Glaise-Horstenau, 42f., 432f.; vgl. Ivan Meštrović, Uspomene na političke ljude i događaje (Zagreb 1969) 317-319, 342.

2160 Schmider, Partisanenkrieg, 118-131.

2161 Broucek, Glaise-Horstenau, 146-153. Als Löhr unmittelbar vor dem Pavelić-Besuch Hitler auf „die scheußliche Politik des Ustašaregimes“ aufmerksam machte, soll Hitler abgewinkt haben: Das Pavelićregime sei ihm treu ergeben, und er habe keinen Grund, seinen nicht allzu zahlreichen wirklichen Freunden in die Arme zu fallen. Die guten Kroaten, schloss er, mögen sich „nur austoben“ – womit er die Serbenmorde meinte.

Während Pavelić, Löhr und Glaise-Horstenau in der Ukraine weilten, hatten „Dido“ Kvaternik und Viktor Tomić mit ihrer *Ustaša*-Polizei in Syrmien ethnische „Säuberungen“ gegen die Serben durchgeführt. Unmittelbar danach wurde „diese Bande von Mördern und Verbrechern“ auch in Bjelovar aktiv. Sie hatte mindestens 6500 „Unglückliche jeden Geschlechtes und Alters in die Kerker geworfen“ oder gleich „ins Jenseits befördert“. Glaise-Horstenau verlangte vom Chef des kroatischen Generalstabes, Ivan Prpić, die Entsendung einer gemischten deutsch-kroatischen Kommission, der sich ein entsetzliches Bild bot. Überall in Bjelovar und Umgebung waren ausschließlich durch ihren Glauben in ihrer Volkszugehörigkeit gekennzeichnete „Serben“, deren Väter und Großväter im kaiserlichen Warasdiner Infanterieregiment Nr. 16 gekämpft hatten, massakriert oder in Lager deportiert worden.[2162]

Eine gemeinsame Denkschrift von Kasche, Löhr und Glaise-Horstenau für Hitler vom 1. Oktober 1942 wies nicht sehr glaubwürdig – wenn man an die bereits geäußerte Kritik Glaise-Horstenaus und Löhrs denkt – auf die „Leistungen und Mängel der Kroaten“ hin:

> „Die Regierung sei zu unterstützen, dies geschehe von deutscher Seite ‚mit allen Mitteln‘. Die *Ustaša* sei die staatstragende Bewegung, sie hätte ‚noch mehr Mängel als aufbauende Kräfte‘. Die ‚positiven Kräfte der Ustaša [sic!, Anm. Suppan] seien weiter zu fördern und die zerstörenden auszumerzen‘.“

Ziemlich scharf ging die Denkschrift hingegen mit dem italienischen Bündnispartner ins Gericht:

> „[…] dass Italien […] die Unabhängigkeit des [kroatischen, Erg. Suppan] Staates beseitigen werde und seine Grenzen willkürlich verändern will; Besetzung des Titanit-Werkes bei Karlstadt und des Rüstungswerkes Vistad in Višegrad, wo *Četnici* geduldet werden; Verweigerung der Zusammenarbeit im Bauxitgebiet Mostar-Dubrovnik-Ploče mit Deutschen und Kroaten; sie überreden im Bezirk Vrbosko die Bevölkerung, Einberufungsbefehle zu missachten; behindern Durchführung der Judengesetze; Zusammenstellung von Äußerungen hoher ital. Funktionäre über die Zugehörigkeit ganz Dalmatiens zu Italien; 2. ital. Armee unternehme nichts gegen Vordringen mehrerer ‚Partisanen-Brigaden‘ gegen Bahnverbindung Sarajevo-Mostar; Banden aus der Umgebung von Laibach könnten nördlich von Karlstadt ungehindert nach Kroatien einfallen. ‚Planmäßige‘ Zusammenarbeit mit *Četnici.*“[2163]

Die deutsch-italienische Zusammenarbeit in Kroatien war schon seit dem Frühjahr 1941 von zunehmenden Schwierigkeiten gekennzeichnet. Die italienischen Generäle kritisierten, dass „alle gemeinsamen Operationen vom Reich bestimmt und nach den großen taktischen Vorgaben des OKW durchgeführt“ würden, während die deutschen Generäle schimpften, dass die Italiener mit zwölf Divisionen in ihrem Besatzungsgebiet keine Ordnung hielten. General Ambrosio beobachtete, dass Deutschland „österreichische Funktionäre“ nach Kroatien ent-

---

[2162] Broucek, Glaise-Horstenau, 165f.

[2163] BA/MA, RH 31 III/18, Aufzeichnung für den Führer, Der Deutsche General Pol 3 – A603/42, Geheime Reichssache, Zagreb, 1. Oktober 1942, zitiert nach: Broucek, Glaise-Horstenau, 162.

sende, die die alte habsburgische Mentalität mitbrächten. Ciano bestätigte, dass Mussolini über Pavelić empört sei, weil er für die Kroaten eine gotische Herkunft in Anspruch nehme: „Dies wird sie in die Sphäre der germanischen Welt bringen. Dafür gibt es schon jetzt eindeutige Zeichen.“[2164]

Die kroatisch-italienische Zusammenarbeit war von noch größerem Misstrauen geprägt. Zwischen den *Ustaše* und den italienischen Einheiten konnte man bald von „blankem Hass“ sprechen, da der Terror ersterer viele Verfolgte in die Wälder trieb, wo sie seitens der italienischen Truppen wenig behelligt wurden. Andererseits machten die italienischen Behörden zum Teil genaue Bestandsaufnahmen über Verbrechen der *Ustaše*. Ein weiteres Augenmerk der italienischen Stellen galt der Rolle der Muslime. Zwar gab es in Kroatien zwei muslimische Minister, drei muslimische Bezirkshauptleute (von 22) und zwei muslimische Generäle (von rund 100), aber die „Deutschen“ genossen unter den Muslimen hohes Ansehen, da sie wussten, was sie der österreichisch-ungarischen Herrschaft zu verdanken hatten. Die schwerste Störung des kroatisch-italienischen Verhältnisses ergab sich aus der zunehmenden Zusammenarbeit zwischen italienischen Einheiten und *Četnici*. General Mario Roatta war schon im März 1942 gewillt, die *Četnici* in ihrem Kampf „gegen die Kommunisten“ zu unterstützen. Als jedoch Titos Partisanen im Sommer 1942 im Raum Bihać auftauchten, gab es vorerst nur wenige schwere Kämpfe gegen italienische Einheiten, da sich diese aus der dritten Besatzungszone östlich von Bihać, Drvar und Mostar zurückgezogen hatten. Allerdings setzte nun das italienische Oberkommando überwiegend aus *Četnici* bestehende MVAC-Einheiten (*Milizia volontaria anticomunista*) gegen die Partisanen ein, die im August und September 1942 in der Herzegowina erfolgreich waren. Intensiver wurden die Kämpfe zwischen italienischen und Partisanen-Einheiten in der ersten Jahreshälfte 1943 im Rahmen der von den Deutschen geführten Operationen „Weiß“ und „Schwarz“. Am Ende der italienischen Okkupation hatte die 2. Armee, die in Slowenien und Dalmatien stationiert war, 10.631 Gefallene und 5470 Vermisste zu beklagen, was jedoch im Verhältnis zur gesamten Truppenstärke keine hohe Verlustrate darstellte.[2165]

Ende Oktober 1942 fuhr Glaise-Horstenau mit seinem Adjutanten, Hauptmann Eduard Metzger, sowie begleitet von einem kroatischen Staatssekretär, einem *Ustaša*-Flügeladjutanten, einem Stabsarzt und einigen Beamten des deutschen Arbeitsamtes mit dem Zug nach Sisak und ging dort in ein Konzentrationslager, das in einer Fabrik untergebracht war. Der Deutsche General traf auf „furchtbare Zustände“:

> „[…] Wenig Männer, viele Frauen und Kinder ohne ausreichende Kleidung, in der Nacht auf Stein gebettet, abgehärmt, klagend und jammernd. Ein ‚Lagerkommandant‘ – trotz der späteren günstigen Beurteilung des *Poglavniks* ein Gaunergfrieß. […] Und das Schrecklichste: ein Saal,

[2164] Ciano, Diario, il 2 novembre 1941, 553; Ruzicic-Kessler, Besatzungspolitik, 75-81.

[2165] Ruzicic-Kessler, Besatzungspolitik, 82-107; H. James Burgwyn, L’impero sull’adriatico. Mussolini e la conquista della Jugoslavia 1941-1943 (Gorizia 2006) 289-291, 338f.

an dessen Längswand auf dürftigem, wohl erst wegen meiner ‚Inspizierung' hingeworfenem Stroh etwa 50 nackte, zum Teil schon tote, zum Teil sterbende Kinder! Man soll nicht vergessen, dass die Erfinder der Konzentrationslager die Briten im Burenkriege gewesen sind. Aber diese Stätten des Grauens haben hier in Kroatien, unter dem von uns eingesetzten Poglavnik, den Gipfelpunkt des Schrecklichen erklettert. Am ärgsten soll es in Jasenovac sein, wo allerdings kein gewöhnlicher Sterblicher hineinsehen darf."[2166]

Nach einer weiteren kurzen Bahnfahrt bestieg die Gruppe deutsche Kübelwagen, mit denen sie durch Waldungen an der Save nach Crkveni bok fuhren:

„Über den unglücklichen Ort hatten sich zweimal unter der Führung zweier Ustašaoberleutnants je 500 15- bis 20jährige Lumpen gestürzt, alles hingemordet, Frauen vergewaltigt und zu Tode gemartert, Kinder getötet. Ich sah in der Save einen Frauenleichnam liegen mit ausgestochenen Augen und in den Geschlechtsteil hineingetriebenem Holz. Die arme war höchstens 20 Jahre alt gewesen, als sie diesen Unholden in die Hände fiel. Irgendwo in einem Winkel fraßen sich Schweine an einem noch nicht begrabenen Manne satt. Alle Häuser waren ausgeplündert."[2167]

Am 1. November 1942 wurde Glaise-Horstenau zum „Deutschen Bevollmächtigten General in Kroatien" ernannt, „in der Stellung eines Kommandierenden Generals" und mit den „Aufgaben und Befugnissen eines Wehrkreisbefehlshabers", während zum „Befehlshaber der deutschen Truppen in Kroatien" General Rudolf Lüters ernannt wurde, ein Pour-le-mérite-Ritter des Ersten Weltkrieges. Warum Hitler diese Funktionsteilung wollte, erklärte Löhr so, dass der „Vertreter des Reiches" nicht im Partisanenkrieg abgenützt werden sollte. Ziemlich parallel mit dieser Neuordnung im deutschen Kommandobereich wurden auf kroatischer Seite die beiden Kvaterniks abgelöst. Marschall Slavko Kvaternik wurde vom *Poglavnik* in ein slowakisches Bad geschickt, sein Abschied wurde ihm aber „mit einer monatlichen steuerfreien Revenue von 5000 Reichsmark, einem Auto, [der] Fortbenützung seiner schönen Villa auf dem Tuškanac und einem Adjutanten samt Offiziersdiener" erleichtert.[2168]

[2166] Broucek, Glaise-Horstenau, 167.

[2167] Broucek, Glaise-Horstenau, 168.

[2168] Slavko Kvaternik, geb. 1878, in der k.u.k. Armee Oberst im Generalstab und Flügeladjutant von Feldmarschall Boroević; nach 1918 Übertritt in die jugoslawische Armee, 1921 pensioniert; ab 1939 in der Führung der *Ustaša*-Bewegung in Kroatien; nach Verhandlungen mit dem deutschen Gesandten Veesenmayer rief er am 10. April 1941 den Unabhängigen Staat Kroatien aus; nach der Rückkehr von Ante Pavelić wurde Kvaternik sein Stellvertreter und von diesem zum kroatischen Feldmarschall befördert und zum Landwehrminister ernannt; nach seinem Rücktritt im Dezember 1942 lebte er in Österreich, wurde im Juli 1945 von US-Behörden verhaftet, im September 1946 an Jugoslawien ausgeliefert und am 7. Juni 1947 in Zagreb hingerichtet. – Hrvatski leksikon (Zagreb 1996) 669.
Eugen „Dido" Kvaternik, geb. 1910, Sohn von Slavko Kvaternik und Enkel von Josip Frank, beteiligt an der Organisation des Attentats von Marseille; von April 1941 bis Oktober 1942 als Chef des *Ustaša*-Sicherheitsdienstes und Direktor für öffentliche Ordnung und Sicherheit Hauptorganisator der Verfolgungsmaßnahmen gegen Serben, Juden und Roma; nach dem Bruch mit Pavelić Ende 1942 Flucht in die Emigration; gest. 1962 in Argentinien. – Hrvatski leksikon, 669; Broucek, Glaise-Horstenau, 14, 19, 85f., 159, 162, 165f., 170f.

Im Februar 1943 – während das Unternehmen „Weiß“ gegen die Partisanen lief – schlug der Oberbefehlshaber Südost, Generaloberst Löhr, sogar eine Reihe umstürzender Reformen vor: Ausschaltung des *Poglavnik*, Einsetzung Glaise-Horstenaus als „Reichssonderbeauftragten und Befehlshaber der deutschen Truppen“, Abberufung Kasches, Auflösung der *Ustaša*, ausreichende Versorgung der kroatischen Wehrmacht, Entfaltung einer wirksamen Propaganda gegen die Tito-Partisanen, Neubildung der Regierung aus Maček-Anhängern und Fachleuten, Säuberung der kroatischen Beamtenschaft von korrupten Elementen. Aber Generaloberst Jodl legte Hitler die Denkschrift gar nicht vor, denn Hitler sah zu Pavelić keine Alternative, der *Ustaša*-Terror störte ihn nicht, ein Frontwechsel Kroatiens war nicht zu befürchten. Als Pavelić am 26. April 1943 bei Hitler im Schloss Klessheim bei Salzburg vorsprach, schimpfte Hitler „wahnsinnig auf die Serben“ und forderte vom *Poglavnik* lediglich die stärkere Ausnützung der kroatischen Wehrkraft.[2169] Nach einer Unterredung zwischen Hitler und Mussolini in Klessheim zwischen dem 7. und 10. April 1943 wollte Hitler von Kroatien „am liebsten überhaupt nichts wissen“.[2170] Ende August 1943 sprach dann der deutsche Gesandte in Agram, SA-Obergruppenführer Siegfried Kasche, im Führerhauptquartier vor. Kasche verneinte Hitlers Frage, ob Kroatien zerfalle; daher lautete Hitlers Entscheidung: „Das Reich arbeitet weiter mit dem *Poglavnik* und seiner Regierung.“[2171] – Angesichts der einseitigen Haltungen und Festlegungen Hitlers zugunsten von Pavelić überschätzt die scharfe Kritik Klaus Schmiders an Glaise-Horstenau, er hätte bei Hitler kompromisslos die Entmachtung des *Ustaša*-Führers und seines Regimes vortragen müssen, die Chancen einer Wirkungsmächtigkeit des Österreichers Glaise-Horstenaus beim Österreicher Hitler. Auch ein frühzeitiger Abschied Glaise-Horstenau aus Agram hätte an den dortigen Zuständen nichts geändert.[2172]

Himmler hatte schon Mitte März 1943 den ehemaligen Landesleiter des „Steirischen Heimatschutzes“, SS-Brigadeführer Konstantin Kammerhofer, zum „Beauftragten des Reichsführers-SS beim Befehlshaber der deutschen Truppen in Kroatien“ mit Sitz in Agram ernannt.[2173] Das Hauptmotiv für die Ernennung

[2169] Da die in Salzburg anwesenden deutschen Diplomaten die Autorität des *Poglavnik* kaum mehr über den Bereich der Stadt Agram hinaus erstreckt sahen, kommentierte Chefdolmetscher Schmidt sarkastisch: „Noch nie ist ein Bürgermeister von dem Staatsoberhaupt einer Großmacht mit solchen Ehren empfangen worden.“ – Schmidt, Statist, 553.

[2170] Mitteilung Bt. Ritter an Gen. Glaise-Horstenau, in: Broucek, Glaise-Horstenau, 209; Schmider, Partisanenkrieg, 263.

[2171] Broucek, Glaise-Horstenau, 28f., 164f., 170, 209, 221, 256; Aufzeichnung Ges. Kasche über Besprechung bei Hitler am 30./31. August 1943, 8. September 1943, ADAP, E, Bd. VI, Dok. 292, 503-507; Umbreit, Herrschaft, 90f.; Schreiben RAM an Ges. Agram, 30. Oktober 1944, PA AA, Handakten Ritter, Bl. 51, zitiert nach: Sundhaussen, Geschichte Serbiens, 319.

[2172] Schmider, Partisanenkrieg, 43f.

[2173] Wehler, Nationalitätenpolitik, 58-62; Suppan, Jugoslawien, 434.
Konstantin Kammerhofer, geb. 1899 in Turnau (Steiermark), Sohn eines Landwirtes und Mühlenbesitzers, 1913-1915 kaufmännische Lehre und Handelsschule in Knittelfeld, 1915-1917

Kammerhofers war die Überlegung der deutschen Führung, die in der „Operation Weiß“ freigekämpften Gebiete in Westkroatien nicht einfach wieder der kroatischen Zivilverwaltung zu übergeben, um der Partisanenbewegung eine Operationsbasis zu entziehen. In einer Aussprache zwischen Hitler, Keitel, Himmler und Löhr wurde festgelegt, den *Ustaša*-Staat zwar weiterhin zu unterstützen, aber durch Aufbau einer SS-Organisation die Wirksamkeit der Partisanenbekämpfung zu erhöhen. Um auf den Bundesgenossen Pavelić nach außen hin Rücksicht zu nehmen, wurde Kammerhofer nur zum „Beauftragten“ des RFSS ernannt und offiziell nicht zum HSSPF, was er aber de facto war.[2174]

Kammerhofer ließ mit Einwilligung Pavelić’ nicht nur eine deutsch-kroatische Polizeitruppe aufstellen, sondern übernahm auch die Ordnungs- und die Sicherheitspolizei, teilte Kroatien in fünf Polizeigebiete mit je einem Polizeigebietsführer an der Spitze, womit er praktisch die Polizeigewalt im Lande ausübte. Zu dieser Zeit fiel auch die Beurteilung Glaise-Horstenaus über das *Ustaša*-Regime durchaus vernichtend aus:

> „In der Tat ist die von Haus aus äußerst schwach fundierte Ustaschabewegung mit ihrer wahnsinnigen Ausrottungspolitik und ihren Greueltaten zum Symbol der mißglückten Staatsschöpfung geworden. War es an sich keine leichte Sache gewesen, einem Staate, der kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat ist, schematisch die Form des ‚Führerstaates’ zu geben, so hat inzwischen die staatstragende Totalitätspartei bei allen Völkern und Bekenntnissen jeden

Angehöriger der Steirischen Freiwilligen Schützen, 1917/18 k.u.k. Feldjägerbataillon Nr. 9 (Graz), Bronzene und Silberne Tapferkeitsmedaille, 1920-1924 Geschäftsführer und Prokurist in einer Weinkellerei, 1921-1924 Mitglied der DNSAP in Österreich, Turn- und Dietwart im Deutschen Turnverein, 1924-1933 selbständiger Weinhändler, 1931 Beteiligung am Pfrimer-Putsch, 1932/33 Landesleiter des „Steirischen Heimatschutzes“, 1. Mai 1933 Treuegelöbnis auf Hitler in der Reichskanzlei, nach Verbot des „Steirischen Heimatschutzes“ am 19. Juni 1933 Vermögen von österr. Regierung beschlagnahmt, nach gescheitertem NS-Putsch Ende Juli 1934 Flucht nach Jugoslawien, Zentralleiter des Flüchtlingslagers Varaždin, im November 1934 per Schiff nach Deutschland überstellt, 1935 Aufnahme in die SS und deutsche Staatsbürgerschaft, 1936 Austritt aus römisch-katholischer Kirche, 1936/37 Führer der SS-Standarte Essen, 21. März 1938 – 1. Oktober 1942 Führer des SS-Abschnitts XXXI (Wien), 1939-1942 Ratsherr der Stadt Wien, 29. März 1941 Eintritt in die Waffen-SS, 1941/42 Führer des SS-Abschnitts „Flandern“ (Brüssel) und Ausbildung der flämischen SS, 30. Juni 1942 Kommandierung zum HSSPF Russland-Süd, 21. August – 11. November 1942 SSPF Kaukasien-Kuban (Krasnodar), 16. September 1942 Generalmajor der Polizei, 16. September 1942 – 21. April 1943 SSPF Aserbaidschan (Baku), 13. März 1943 „Beauftragter“ der RFSS beim Befehlshaber der deutschen Truppen in Kroatien (in der Funktion eines HSSPF), 1. Juli 1943 SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei, Mai /Juni 1944 kroatischer Orden „Krone des Königs Zvonimir“ 1. Stufe und EK I, 15. Dezember 1944 – 15. Jänner 1945 stellvertretende Führung der Geschäfte des Deutschen Bevollmächtigten Generals in Kroatien. Am 1. Mai 1945 geriet Kammerhofer in der Nähe von Salzburg in US-Gefangenschaft, wurde in Nürnberg und Graz inhaftiert, in Jugoslawien in Abwesenheit wegen Hochverrats angeklagt und zum Tode verurteilt, jedoch nicht an die jugoslawischen sondern an die österreichischen Behörden ausgeliefert, vor Prozess in Graz nach Deutschland geflohen und 1959 in Oberstdorf gestorben; Vgl. Schulz – Wegmann – Zinke, Generale der Waffen-SS, Bd. 2, 433-437; Broucek, Glaise-Horstenau, 190.

[2174] Birn, Die HSSPF, 262-265.

Boden verloren, und das ominöse U mit der Terrorbombe zwischen den Beinen [eine Anspielung auf das Wappen der Ustaša-Bewegung, Anm. Sundhaussen] wirkt auch weiter als Gesslerhut. […]“[2175]

Größere Beunruhigung kam innerhalb der kroatischen Regierung erst auf, als die Waffen-SS begann, sich die „kämpferischen Qualitäten“ der bosnischen Muslime nutzbar zu machen. Auf Grund eines Befehls Hitlers vom 10. Februar 1943 wurde am 1. März 1943 die 13. Waffen-SS-Gebirgsdivision „Handschar“[2176] aufgestellt. Der Kommandeur der SS-Division „Prinz Eugen“, General Phleps, wurde mit der Durchführung beauftragt und berichtete schon am 23. Februar an Himmler:

„Die Vorbereitungen für die Werbung einer bosnisch-muselmanischen SS-Div. seien abgeschlossen. Er sei mit Glaise, jedoch ohne Kasche, bei Pavelić gewesen. Dieser und Lorković hätten die Aufstellung begrüßt, forderten aber *Ustaša*bezeichnung u. kroat. Uniformen. Die kroat. Regierung befürchte ‚ital. Retorsionsmaßnahmen, wie Zusammenziehung von *Četnici*-Verbänden in faschistischer Miliz‘ und möchte dann Rückendeckung. Außerdem gebe es innenpolitische Bedenken wegen ‚besonderer Herausstellung des muselmanischen Elementes‘. Der Vizeministerpräsident als offizieller Vertreter der bosnischen Moslims bezweifle den Erfolg der Werbungen – im Gegensatz zur Stimmung von 1941. Die Regierung würde am liebsten 20.000 freiwillige *Ustaše* zur Verfügung stellen.“[2177]

Tatsächlich hatte die kroatische Regierung nur nolens volens zugestimmt, und die *Ustaša* versuchte, die Aufstellungspläne der SS zu torpedieren. Die kroatischen Faschisten befürchteten eine Aufwertung der Muslime und eine Stärkung ihres Selbstbewusstseins. Trotz der Bedenken des Gesandten Kasche ging Himmler die Aufstellung der muslimischen SS-Division gar nicht schnell genug. Sogar der Mufti von Jerusalem, Haj Amin Muhammed el-Husseini, der schon 1937 aus Palästina hatte flüchten müssen und über Beirut, Bagdad, Teheran und Istanbul 1941 nach Rom kam, wurde Ende März 1943 von der SS zu einem offiziellen Besuch nach Kroatien und Bosnien geleitet. In Agram, Banja Luka und Sarajevo traf sich der Mufti mit Vertretern der kroatischen Regierung, Repräsentanten der deutschen und italienischen Besatzungsbehörden sowie hohen geistlichen Würdenträgern und muslimischen Soldaten. Pavelić war allerdings erst nach Intervention aus dem Reichssicherheitshauptamt zu einer gewissen Kooperation bereit. Die forcierte SS-Werbung unter den Muslimen widersprach im Grund der Souveränität Kroatiens, die deutsche Führung stellte freilich die Bekämpfung der Partisaneneinheiten als oberstes Gebot dar, und Himmler erklärte Bosnien am 21. Juni 1943 zum „Bandenkampfgebiet“. Himmler war immerhin zu verschiedenen

[2175] UMBREIT, Herrschaft, 90; Gerd FRICKE, Der „Unabhängige Staat Kroatien“ in der Sicht des Deutschen Bevollmächtigten Generals in Agram, Glaise v. Horstenau (Freiburg im Breisgau 1972) 118.

[2176] Der Handschar war ein arabischer Krummsäbel.

[2177] Fernschreiben Phleps an Himmler, Agram, 23. Februar 1943, BA/MA, RH 31, III/11, zitiert nach: BROUCEK, Glaise-Horstenau, 189.

Entgegenkommen gegenüber den muslimischen Soldaten bereit – wie Verzicht auf Schweinefleisch und Alkoholika, Tragen des „Fez“ als Kopfbedeckung –, dennoch meldete Phleps auch weiterhin Verzögerungstaktiken der kroatischen Behörden, sodass in die Freiwilligentruppen auch ein Kontingent von etwa 15 % katholischer Rekruten eingegliedert werden musste.[2178]

Schließlich wurden im August 1943 sämtliche Soldaten mit dem Divisionsstab unter SS-Oberführer Karl Sauberzweig – nach Himmler ein „totaler Nationalsozialist“ – nach Südfrankreich in den Raum von Le Puy verlegt und dort weiter ausgebildet. Nach beunruhigenden Meldungen aus der Heimat kam es hier in der Nacht des 16. September 1943 zu einer offenen Meuterei, in der etwa 1000 Bosnier einige deutsche Vorgesetzte töteten. Die Bestrafung fiel abgesehen von einigen Todesurteilen relativ milde aus, die 13. SS-Gebirgsdivision „Handschar“ wurde aber zur weiteren Ausbildung auf den schlesischen Truppenübungsplatz Neuhammer verlegt, von wo sie erst im Februar 1944 nach Bosnien zurückkehrte.[2179]

Bei einer neuerlichen Besprechung über Kroatien im Führerhauptquartier am 29. Oktober 1943 waren zwar der Gesandte Kasche, der Sonderbeauftragte Neubacher, die Gesandten Ritter und Veesenmayer anwesend, nicht aber Glaise-Horstenau. Hitler bezog sich auf die Urteile Phleps’ und Rendulic’ in der Forderung, in sechs Monaten Ordnung zu schaffen. Ribbentrop äußerte, Glaise-Horstenaus „Feindschaft gegen die *Ustaša*“ stelle für die deutsche Politik eine Belastung dar. Hitler fand die Einstellung Glaises als eines ehemaligen österreichischen Offiziers verständlich und wollte noch einmal mit ihm sprechen. In einer Anordnung des „Führers“ vom selben Tag sollte die „antikommunistische Aktion“ in Kroatien mit dem Vertreter des Reiches bei der kroatischen Regierung, dem Gesandten Kasche, abgestimmt werden, und sowohl der Deutsche Gesandte als auch der Bevollmächtigte General in Kroatien hätten ganz allgemein auf „die Stärkung der kroatischen Regierungsgewalt hinzuwirken“. Die *Ustaša*-Miliz sei „als Teil der Wehrmacht in gleicher Weise zu unterstützen wie das kroatische Heer und besonders gegen den Kommunismus einzusetzen“.[2180]

[2178] Klaus-Michael MALLMANN – Martin CÜPPERS, Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina (Darmstadt 2006) 225-228.

[2179] BIRN, Die HSSPF, 270-273; BROUCEK, Glaise-Horstenau, 189, 241.
Die Soldaten der SS-Division „Handschar“ hatten folgenden Eid auf Hitler und Pavelić geleistet:
„Ich schwöre dem Führer, Adolf Hitler, als Oberstem Befehlshaber der Deutschen Wehrmacht Treue und Tapferkeit. Ich gelobe dem Führer und den von ihm bestimmten Vorgesetzten Gehorsam bis in den Tod. Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen, dass ich dem kroatischen Staat und dessen bevollmächtigtem Vertreter, dem Poglavnik, stets treu sein, die Interessen des kroatischen Staates stets hüten und die Verfassung sowie die Gesetze des kroatischen Volkes immer achten werde.“

[2180] PA AA, Nl. Kasche, Bd. 10a, 1, Zagreb, 11. November 1943, zitiert nach: BROUCEK, Glaise-Horstenau, 306, 320. In Kroatien wurden alle Dienststellen der Deutschen Wehrmacht, mit Ausnahme der Waffenattachés sowie der Beauftragten des Reichsführers-SS, persönlich dem Deutschen Bevollmächtigten General in Kroatien unterstellt.

Eine dauerhafte Eindämmung der Partisanentätigkeit ist weder Kammerhofer noch Rendulic gelungen, im Gegenteil. Sogar Himmler erkannte Ende Oktober 1943, dass es „ein schwerer politischer Fehler [war], zu denken, dass man zwei Millionen Pravoslawen ausrotten kann“. Auch der Oberbefehlshaber Südost, GFM Weichs, zog am 1. November 1943 eine pessimistische Bilanz: Die Kampfhandlungen innerhalb seines Befehlsbereichs hätten „den Charakter des Bandenkrieges verloren“ und würden in absehbarer Zeit zur Bildung „eines bolschewistischen Kampfraumes im gesamten Südosten, unmittelbar an der Grenze des Reiches, führen“.[2181]

Im Jänner 1944 verschlechterte sich die Atmosphäre zwischen der kroatischen Führung und den deutschen Vertretern in Agram. Dies hatte einerseits mit der Verlegung zweier deutscher Divisionen an die Ostfront zu tun, andererseits mit der Aufstellung einer neuen, 3. kroatischen Legionsdivision unter dem Kommando von Generalmajor Johann Mikl, der aus dem Bezirk Radkersburg stammte und dort im Jänner 1919 gegen südslawische Truppen gekämpft hatte. Auch die zunehmende alliierte Luftüberlegenheit verunsicherte die Kroaten, vor allem nach dem ersten Luftangriff auf Agram am 22. Februar. Andererseits floh am 9. Jänner 1944 ein kroatischer Oberstleutnant mit seiner Frau vom Flugplatz Agram aus im Leibflugzeug des Kriegsministers, das von dessen Leibpiloten gesteuert wurde, außer Landes. Dennoch behauptete Pavelić gegenüber Glaise-Horstenau, dass von allen Balkanvölkern doch nur die Kroaten die Deutschen liebten.[2182]

Als der neue kroatische Ministerpräsident Nikola Mandić am 1. März 1944 bei Hitler im Schloss Klessheim vorsprach, forderte er ein deutsches Oberkommando in Agram, während Hitler und Keitel die bevorzugte Bewaffnung der *Ustaša* zusagten. Mandić und Außenminister Stijepo Perić wandten sich auch gegen Repressalien deutscher Truppen und das Beutemachen in kroatischen Dörfern. In der Partisanenfrage entschied Hitler, dass im Kampf Ergriffene als Kriegsgefangene betrachtet würden, während jene, die sich von selbst ergäben, von der kroatischen Regierung zum Arbeitseinsatz gebracht werden könnten. – Gegenüber dem Gesandten Kasche äußerte Hitler hingegen eine Woche später die Befürchtung, „dass Tito planmäßig in die Reihen der *Ustaša* seine Leute hineinbrächte, um sich in ihr durchzusetzen und die *Ustaša* auf die Seite der Partisanen hinüberzuziehen“.[2183]

Nachdem SS-Obergruppenführer Phleps, der Kommandierende General des V. SS-Gebirgskorps, am 10. Juli 1944 in einer Denkschrift an Himmler seine Überzeugung dargelegt hatte, dass die Gründe für das kontinuierliche Versagen der kroatischen Streitkräfte – sowohl der *Domobrani* wie der *Ustaše* – nicht zuletzt in hochverräterischen Bestrebungen des *Ustaša*-Offizierskorps zu suchen

---

2181 Broucek, Glaise-Horstenau, 321; Schmider, Partisanenkrieg, 316.

2182 Broucek, Glaise-Horstenau, 346-359.

2183 Hitler hielt Mandić für einen richtigen altösterreichischen Beamten, während er den Dalmatiner Perić, der zuvor Botschafter in Rom gewesen war, als „Schlawiner“ und „Levantiner“ charakterisierte. – Broucek, Glaise-Horstenau, 381-383.

sei und die Ausdehnung der soeben im Küstenraum eingeführten Militärverwaltung auf das ganze kroatische Staatsgebiet, die faktische Übernahme des kroatischen Kriegsministeriums durch einen deutschen General sowie die Entfernung des Gesandten Kasche und seines ganzen Mitarbeiterstabes gefordert hatte, beklagte auch Hitler in einer Besprechung mit dem Sonderbeauftragten Neubacher und dem Oberbefehlshaber Südost, GFM Weichs, am 22. August 1944 das Fehlen einer wie immer gearteten Staatsidee beim kroatischen Volk. Daher sah er mittelfristig die Notwendigkeit, das Land mittelfristig „dem Reich einzugliedern oder ein Protektorat daraus zu machen".[2184]

Nach Auseinandersetzungen mit Pavelić und Kasche hinsichtlich einer Denunziation wegen „defätistischer Umtriebe" wurde Glaise-Horstenau im September 1944 aus Agram abberufen, zur Führerreserve überstellt und zum „Beauftragten der militärischen Geschichtsschreibung für den Südosten" ernannt (sic!). Erst im November 1944 wurde er durch SS-Obergruppenführer Hans-Adolf Prützmann als Bevollmächtigter Deutscher General in Kroatien ersetzt. Damit nahm der Einfluss Himmlers auch in Kroatien zu. Glaise-Horstenau aber rechnete in seinen Erinnerungen mit dem *Poglavnik* Ante Pavelić ab:

> „Dieser ehrgeizige Winkeladvokat hatte zu Beginn seiner politischen Karriere anfangs der zwanziger Jahre versucht, Stefan Radić zu verraten […]. Tatsächlich ist Pavelić als Hauptarrangeur […] des Mordanschlages gegen den König Alexander […] zu bezeichnen." Für die schützende Hand Mussolinis, als Pavelić in Frankreich zum Tode verurteilt worden war, dürfte Pavelić schon 1934 „weitgehende Zugeständnisse in der dalmatinischen Frage" gemacht haben. Auf ernste Vorhaltungen Glaise-Horstenaus wegen der Greueltaten an den Serben soll Pavelić im September 1941 lediglich erklärt haben, dass „von den eineinhalb Millionen Pravoslawen […] bestimmt eine Million für den Staat zu gewinnen" wären. Obwohl Glaise-Horstenau das volle Ausmaß der Verbrechen des Pavelić-Regimes nur erahnen konnte – da er trotz mehrmaliger Ansuchen das KZ Jasenovac nicht betreten hatte dürfen – sprach er schon im Oktober 1944 „von der Blutpolitik Antes und seiner Mordscharen".[2185]

Das Deutsche Reich und der Unabhängige Staat Kroatien hatten von Beginn an auch gemeinsame Wirtschaftsinteressen und versuchten diese auf einer ersten gemeinsamen Tagung des Deutschen und Kroatischen Regierungsausschusses zwischen dem 26. und 30. Mai 1941 in Agram zu koordinieren. Hierbei ging es nicht nur um Import und Export, sondern auch um die Preisentwicklung, die Lohnüberweisungen kroatischer Arbeiter aus Deutschland, den Reiseverkehr,

---

[2184] Schmider, Partisanenkrieg, 52f., 402, 404. Der Nachfolger Heydrichs im Reichssicherheitshauptamt, SS-Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner, teilte bei einer Besprechung im Auswärtigen Amt sogar mit, „dass sich bei seiner Dienststelle die Auffassung gebildet hätte, die Beseitigung des Poglavnik würde das Tito-Problem im wesentlichen lösen und den Großteil aller Schwierigkeiten beheben".

[2185] Broucek, Glaise-Horstenau, 428-432, 437, 506, 508. Nach Mitteilung von Marschall Kvaternik an der Jahreswende 1944/45 im Hotel Panhans auf dem Semmering soll er Pavelić bald nach Gründung des Staates mit einigen vollen Goldsäcken angetroffen haben, die nachher nicht ihren Weg in die kroatische Staatsbank gefunden hätten.

die Aufenthaltskosten kroatischer Studierender in Deutschland und um Zollfragen. Außerdem legten beide Seiten Wunschlisten für Importwaren vor. Auf der kroatischen Wunschliste für die ersten vier Monate standen u. a.: Zellstoff, Rotopapier, Ziegel und Chamotte, Graphit, Kunststoffe, Chemikalien, Steinkohle, Koks, Braunkohle (aus Trifail), Eisenbleche, Dachbleche, Zinkbleche, Betoneisen, Eisendrähte, Rotguss in Blöcken, Federstahl, Stahlröhren, Gasröhren, landwirtschaftliche Maschinen und Pflüge, Walzen aus Gusseisen, Gießereisand, Elektroden, Isolationsmaterial, Zylinderöle, Rapsöl, Karbolöl, Teer, Benzin, Petroleum, Firnis, Werkzeug, Ketten, Kupfererzeugnisse, Kautschuk, Gummimaterial, Thomasmehl und Superphosphat, Sprengmittel, Zündschnüre, Zündkapseln, Flach- und Hohlglas sowie Textilien. Für die Wiederherstellung zerstörter und beschädigter Bahnanlagen wurden darüber hinaus komplettes Schienenmaterial, Weichen, Stellwerke, Sicherungsanlagen, Transformatoren, Bleiakkumulatoren, Telephonkabel, Telephonapparate und Brückenkonstruktionen (über die Drau bei Varaždin und über die Save bei Brod) benötigt. Der Kroatische Regierungsausschuss sagte zu, in den ersten vier Monaten folgende Materialien nach Deutschland zu liefern: 160.000 t Bauxit, 78.000 t Eisenerze, 20.000 t Eisenschlacke, 24.000 t Braunkohle, 10.000 t Zement, 3300 t Kalkstickstoff, 2850 t Eichenextrakt, 1670 t Holzkohle, 835 t Kastanienextrakt, 800 t Ferrosilizium, 700 t Aluminium, 50 t Arsenerz, 50.000 Paar Hüttenschuhe, 1500 Paar Schneeschuhe, 500 t Hanf und Werg, 267 t Holzkalk, 250 t Leimleder, 200 t Drogen zum Heil- und Gewerbegebrauch, 80 t Gasruss, 70 t Stuhlsitze und -lehnen, 67 t Rohholzgeist, je 60 t Wolle und Tierhaare, 40 t Klauen, Hufe und Hörner, 30 t Bettfedern, 20 t Formaldehyd, 15 t Lamm-, Schaf- und Ziegenfelle, 10 t Rohaceton, 5 t ätherische Öle und 0,5 t Borsten sowie Pelzwerk und Silberschmuck.[2186]

Am 30. Mai 1941 wurde in Agram auch ein Abkommen zur Regulierung des Zahlungsverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und Kroatien unterzeichnet, das den Zahlungsverkehr für die bilateralen Importe über die Deutsche Verrechnungskasse bzw. die Kroatische Staatsbank regelte. Das galt auch für Zahlungen im Bank- und Versicherungsverkehr, für den Abrechnungsverkehr der Post-, Telefon- und Telegrafenverwaltungen sowie der Eisenbahnverwaltungen und Luftfahrtgesellschaften, die Binnenschifffahrtsfrachten, die Zahlungen für Patente und Lizenzen, die Honorarzahlungen, die Zahlungen von Ruhegehältern, Renten und Stipendien, die Zahlungen der diplomatischen und konsularischen Vertretungen und Zahlungen von verschiedenen Erträgnissen (Mieten, Pachten, Zinsen, Aktien etc.). Gleichzeitig mit dem Abkommen wurde ein Kursverhältnis von 1 RM =

[2186] Protokoll über die Erste Gemeinsame Tagung des Deutschen und Kroatischen Regierungsausschusses in Agram, 26. – 30. Mai 1941 (gezeichnet Dr. Bergemann und Dr. Lamer); Vermerk über die seitens des Kroatischen Regierungsausschusses gemachten Lieferaussagen für die Zeit bis 30. September 1941, Zagreb, 2. Juni 1941, HIA, Tomasevich papers, box 4.; vgl. Holm Sundhaussen, Wirtschaftsgeschichte Kroatiens im nationalsozialistischen Großraum 1941-1945. Das Scheitern einer Ausbeutungsstrategie (Stuttgart 1983).

20 Dinar (d. h. 5 RM = 100 Dinar) festgelegt. Da nach den letzten deutsch-jugoslawischen Vereinbarungen das Kursverhältnis noch 1 RM = 14,80 Dinar betragen hatte, geschah diese Festlegung zum Vorteil des Deutschen Reiches. Für den Zahlungsverkehr mit dem Protektorat Böhmen und Mähren wurde das Umrechnungsverhältnis 1 RM = 10 Kronen = 20 Dinar festgelegt.[2187]

Nach der Aufteilung Jugoslawiens einigte sich CA-Generaldirektor Joham mit Vertretern der zuständigen Berliner Reichsministerien auf eine Teilung des Allgemeinen Jugoslawischen Bankvereins (AJB) in zwei selbständige Banken, wobei die bisherige Filiale des AJB in Agram eine selbständige Bank werden sollte. Unter Führung der CA und unter Teilhabe anderer deutscher Banken sollte die Kroatische Bankverein AG gegründet und mit einem Gesellschaftskapital von einer Million Dinar sowie Reserven von etwa 20 Millionen Dinar ausgestattet werden. Die neue Bank sollte auch die Kroatische Gewerbebank – deren Muttergesellschaft die Böhmische Industrialbank war – und die *Jugoslavenska banka* erwerben. Nachdem die Dresdner Bank die Erlaubnis erhalten hatte, in Agram eine eigene Bank zu errichten, wurden die Aktienanteile der Kroatischen Bankverein AG wie folgt verteilt: CA 55 %, Deutsche Bank 15 %, Böhmische Unionbank, Reichs-Kredit-Gesellschaft und Commerzbank je 10 %. Zwar überwies die CA ein zinsenloses Darlehen von 100 Millionen Kuna (= 5 Millionen RM) für die Gründung der Agramer Bank, aber die Kroatische Staatsbank legte das Geld vorläufig auf ein Sperrkonto, denn es gab noch Meinungsverschiedenheiten mit der kroatischen Regierung hinsichtlich der Forderung der CA gegenüber dem Kroatischen Bankverein in Höhe von 47 Millionen Kuna. Außerdem drängten die Kroaten auf eine Beteiligung der Bosnischen Landesbank, die zu Lasten der deutschen Anteilseigner erfolgen müsse. Gegen Ende 1941 wurden die strittigen Fragen beigelegt, das CA-Darlehen für den Kroatischen Bankverein wurde aufgestockt, und bei der ersten Verwaltungsratssitzung am 30. März 1942 erhielten Kroaten (vier Geschäftsleute und ein Beamter) und Deutsche (darunter Joham, Abs und Pohle) je fünf Sitze; Nikola Berković von der Bosnischen Landesbank wurde Vorsitzender, Joham Stellvertreter; dem kroatischen Direktor Juraj Pajanović wurde seitens der CA Wilhelm Rauber von der Bank für Kärnten beigegeben.[2188]

Bereits im Juli 1942 berichtete Direktor Rauber, dass die politische Lage äußerst instabil sei und dass es der *Ustaša*-Regierung an Unterstützung in der Bevölkerung mangele. Bei wachsender Unpopularität der Deutschen und Italiener machten sich die aufständischen Partisanen verstärkt bemerkbar, ja sie kontrollierten bereits örtliche Bergwerke, und die Holzausfuhr nach Deutschland sei schlichtweg zum Erliegen gekommen. Bei dieser Lage hätten die Banken Schwie-

[2187] Abkommen zur Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und Kroatien, Ges. Kasche, Dr. Bergemann, Dr. Sušić, Dr. Lamer, Agram, 30. Mai 1941; 2 Schreiben des Vorsitzenden des Deutschen Regierungsausschusses, Dr. Bergemann, an den Vorsitzenden des Kroatischen Regierungsausschuss, Ministerialdirektor Dr. Mirko Lamer, Agram 30. Mai 1941, HIA, Tomasevich papers, box 4.

[2188] Feldman, Creditanstalt-Bankverein, 445-447.

rigkeiten, geeignete Kunden für Kredite oder Investitionsmöglichkeiten ausfindig zu machen. Tatsächlich nahm die Bilanzsumme der Bank in der Folgezeit nicht wesentlich zu, was andererseits bis in den November 1944 die Liquidität der Bank für Kroatien AG erhielt.[2189]

Weit größere Schwierigkeiten bekam die CA hinsichtlich der Behandlung der ausländischen Aktionäre der beschlagnahmten S. H. Gutmann AG in Belišće an der Drau, die durch eine selbst gebaute Eisenbahnstichlinie mit Esseg verbunden war. Das Unternehmen, das seine Ursprünge in Wien hatte und von einem Zweig der Bankfamilie geleitet wurde, war der größte Eigentümer von privaten Wäldern und der führende Holzverarbeiter in Kroatien. Es stellte wichtige Holznebenprodukte wie Eisenbahnschwellen und Eichenfässer her, besaß Steinbrüche und betrieb Karpfenzucht, sodass jährlich 500.000 kg Karpfen nach Deutschland geliefert werden konnten. Vom Gesellschaftskapital in Höhe von 40 Millionen Dinar befanden sich im April 1941 nicht mehr als 25 % in kroatischen Händen. Als sich die CA anschickte, eine Mehrheitsbeteiligung zusammenzukaufen, trat ihr der kroatische Finanzminister Vladimir Košak entgegen, da er die Kontrolle der S. H. Gutmann AG als Frage des nationalen Interesses betrachtete. Daher verlangte er von den Anteilseignern in kurzer Frist eine Umwandlung ihrer Akten in auf Kuna lautende Namensaktien und eine Erhöhung des Gesellschaftskapitals. So erreichte Košak den Ausschluss der meisten ausländischen Aktionäre als stimmberechtigte Mitglieder auf der Generalversammlung. Die CA hatte zu viel Vertrauen in den deutschen Gesandten Kasche gesetzt, der die Vertreter der CA wissen ließ:

> „[…] [B]ei der einwandfreien Rechtslage [beabsichtige, Erg. Feldman] ich nicht […], politischen Druck auf kroatische Regierung im Interesse deutscher Interessenten auszuüben, da im Zuge der Arisierung durchgeführte Nationalisierungsbestrebungen kroatischer Regierung, insbesondere im Hinblick auf Grundstücke, Wälder usw., eine berechtigte Maßnahme darstellen, die wesentliche deutsche Interessen nicht beeinträchtigen. Die forstwirtschaftlich gerechtfertigte Ausbeutung der Wälder wird durch den kroatischen Staat sichergestellt.“[2190]

Zwar sicherte die kroatische Regierung der CA keine Entschädigung zu, aber sie versprach, den deutschen Holzbedarf zu decken, und Kasche gab der CA zu verstehen, der einzige Weg, bei der von der kroatischen Regierung geschaffenen Rechtslage eine gewisse Entschädigung zu erhalten, sei irgendeine Art von Verständigung auf dem Verhandlungsweg. – Ob im Vorgehen bei den „Arisierungen“ die Kroaten „die noch größeren Betrüger“ als die Deutschen (in diesem Falle die CA) waren – wie Feldman feststellt –, ist juridisch nur schwer nachweisbar, politisch aber wohl kaum zu differenzieren.[2191]

Ein dem Deutschen General in Agram zugeteilter „Deutscher Wehrwirtschaftsoffizier“ verfasste von Juli 1941 bis zum August 1944 monatliche Lageberich-

[2189] Ebenda, 458f.

[2190] Ges. Kasche an AA, 5. August 1941, in: Feldman, Creditanstalt-Bankverein, 448.

[2191] Feldman, Creditanstalt-Bankverein, 449.

te über die Wirtschaft in Kroatien, die wesentliche Angaben zur Industrie- und Bergbauproduktion, zur Rohstofflage, zur Ernteaufbringung, zur Anwerbung von Arbeitern für Deutschland, zur Verkehrslage und zur Sicherheitslage enthalten. Diese Berichte lassen ziemlich deutlich die Eskalation des Krieges in Kroatien nachvollziehen – sowohl die zunehmenden Aktivitäten der Partisanen und *Četnici* als auch die Luftangriffe der Alliierten. In seinem ersten Lagebericht vom 4. Juli 1941 gab der Wehrwirtschaftsoffizier noch einen allgemeinen Überblick über seine Betriebserkundungen, nachdem er immerhin 51 Firmen besucht hatte: die von den Reichswerken Hermann Göring übernommene Vistad-Fabrik in Višegrad in Südost-Bosnien, das Staatliche Arsenal in Sarajevo, die Erste Südslawische Waggon-, Maschinen- und Brückenbau AG in Slavonski Brod, das Werk Jlijas der Kroatischen Berg- und Hüttenwerke AG, die Munitionsfabrik Vogosca, die Braća Ševčik Maschinenfabrik und Giesserei in Agram, die Siemens AG in Agram, die Akkumulatorenfabrik AG Munja in Agram, die Kroatischen Berg- und Hüttenwerke AG in Zenica und Vareš, die Osijeker Eisengießerei, die Flugmotoren-Reparaturenwerkstätte Avija in Sarajevo, die Fallschirmfabrik Knebl und Dietrich in Inđija, die Stahlgießerei Jelsingrad in Banja Luka, die Bat'a Schuhfabrik in Borovo, verschiedene Tabakstationen in Dalmatien und in der Herzegowina, sowie diverse Werkzeug-, Batterie- und Textilfabriken in Agram, Duga Resa, Osijek und Karlovac. Er berichtete auch schon von Aufträgen seitens des OKH, des Feldbauamtes Agram, des Wehrmacht-Beschaffungsamtes, der deutschen Industrie und der SS-Ordnungspolizei, die 30.000 Festmeter Nadelholz für Baracken bestellte; allerdings warte die metallverarbeitende Industrie auf weitere deutsche Aufträge, da sich die kroatische Wehrmacht auf Bekleidung und Ausrüstungen konzentriere. Ebenso rasch erfolgte bis Ende Juni 1941 die Anwerbung von insgesamt 31.500 Arbeitern für den Arbeitseinsatz in Deutschland. Nach den Zerstörungen im April-Krieg wurden die Strecken Agram–Marburg, Agram–Bihać, Agram–Belgrad, Agram–Vareš und Agram–Sarajevo wiederhergestellt. Noch im Bau befanden sich die Strecken bzw. Brücken zwischen Varaždin und Čakovec, Varaždin und Gyékényes, Slavonski Brod und Bosanski Brod, sowie zwischen Vinkovci und Brčko; die Draubrücke bei Noskovci war noch zerstört, ebenso die Donau-Brücken bei Novi Sad und zwischen Karavukovo und Vinkovci, sowie die Save-Brücken bei Brčko und Klenak.[2192]

Auch der Lagebericht am 4. August 1941 stellte fest, dass die industriellen Kapazitäten Kroatiens noch keineswegs gut ausgenutzt seien. Bereits im August 1941 waren einerseits Aufträge der Wehrmacht, der SS und deutscher Rüstungsfirmen an das Staatliche Arsenal in Sarajevo (Patronenhülsen, Panzergranaten), die Waggon-, Maschinen- und Brückenbau AG in Slavonski Brod (Patronenhülsen, Sprenggranaten), an Braća Šovčak in Agram (Werkzeugmaschinen), die Osijeker Eisengießerei (Armaturen), die Zagreber Seidenindustrie AG (Futteratlas) und

[2192] Der Dt. Wehrwirtschaftsoffizier in Agram an Wehrmachtsstab Südosten in Belgrad, Dt. General in Agram, Dt. Gesandtschaft in Agram, Agram, 4. Juli 1941, HIA, Tomasevich papers, box 4.

die Munja Akkumulatorenfabrik AG in Agram (Batterien) erteilt worden. Andererseits musste eine schlechte Versorgung Kroatiens mit Rohstoffen festgestellt werden, besonders bei Rohgummi (daher Schwierigkeiten bei Reifenproduktion), Koks, Steinkohle und Glanzkohle sowie Textilrohstoffen. Entsprechend dem Abkommen zwischen Kroatien und Deutschland über die Entsendung von 54.000 Arbeitern ins Reich seien bis Juli 1941 bereits 45.000 Arbeitskräfte abtransportiert worden, davon 13.000 für den Bergbau, 12.000 für die Landwirtschaft, 3000 für die Metallindustrie, 2500 Baufacharbeiter, 2300 für die Forstwirtschaft, 1000 Fabriksarbeiterinnen und 500 Hausgehilfinnen. Zwar sei dadurch in Kroatien noch kein Arbeitermangel eingetreten, doch bestehe die Möglichkeit, dass für die anlaufenden Wehrmachtsfertigungen die Fachkräfte fehlten. Der Bericht musste schließlich auch „Sabotageakte durch aufständische Banden“ an der Bahnlinie Lubija–Prijedor in Nordwest-Bosnien einräumen, die vor allem die Ausfuhr von Erzen unterbanden.[2193]

Auf der zweiten Tagung des Deutschen und Kroatischen Regierungsausschusses zwischen 17. Oktober und 5. November 1941 in Agram wurde einleitend festgestellt, dass die zugesagten deutschen Lieferungen größtenteils erfüllt worden seien, während es bei den kroatischen Lieferungen Beeinträchtigungen gegeben habe; offensichtlich wollte man im Protokoll keine Störungen durch den beginnenden Partisanenkrieg zugeben. Als besonders wichtig erschien beiden Seiten die Exportfreigabe von kroatischen Lebensmittelüberschüssen (Rinder, Schweine, Schafe, Fett und Speck, Salami, Innereien, Käse und Honig), der Austausch von deutschem Zuchtvieh (Rinder, Schweine, Schafe) gegen kroatisches Schlachtvieh im Verhältnis von einem zu zwei Kilogramm, der kroatische Export von Industriekartoffeln in die slowenische Stärke- und Dextrinfabrik in Domžale, die deutsche Lieferung von bis zu 3 t Buna monatlich für die Bat'a-Werke in Borovo, der Austausch von kroatischem Ober- und Sohlenleder gegen zur Gerbung erforderlichen deutschen Ledertrans, die deutsche Freigabe von monatlich 10.000 t Koks, die Bereitstellung von türkischer Baumwolle für Kroatien, die deutsche Lieferung von mindestens 1000 Schreibmaschinen für kroatische Ministerien und andere Behörden, die Ermäßigung oder Erlassung von Einfuhrzöllen für Erzeugnisse der kroatischen Glasfabrik Hum bzw. der Vereinigten Glasfabriken AG Heiligenkreuz und Hrastnik sowie die Ausfuhr von Soja, Kürbiskernen und Leinsaat für die Belieferung der Ölmühlen in der Untersteiermark und in Oberkrain. Da Semlin und Ostsyrmien in der Zwischenzeit in die ausschließliche Verwaltung Kroatiens übergeben wurde, bestand die deutsche Seite auf der weiteren Lieferung von Nahrungsmitteln (vor allem von Fleisch und Fett) für die Deutsche

---

[2193] Dt. Wehrwirtschaftsoffizier in Agram an Wehrmachtsstab Südosten in Belgrad, Dt. General in Agram und Dt. Gesandtschaft in Agram, 4. August 1941, HIA, Tomasevich papers, box 4. Nach einer Statistik des Reichsarbeitsministeriums vom 25. September 1941 arbeiteten zu diesem Stichtag bereits 108.791 Arbeitskräfte aus dem gesamten ehemaligen Jugoslawien im Deutschen Reich. – Umbreit, Kontinentalherrschaft, 262; Herbert, Fremdarbeiter, 181.

Wehrmacht und Belgrad. Außerdem forderte der Militärbefehlshaber Serbien die Lieferung von mindestens 8000 Festmeter Nadelgrubenholz aus Bosnien an, während die kroatische Seite eine Erhöhung der Kupferlieferungen aus Bor verlangte. Bei Betrachtung der vereinbarten umfangreichen Einfuhrlisten fallen nach den Mengen und dem Wert einige Produkte besonders auf. Bei der deutschen Einfuhr aus Kroatien: Bauxit, Eisenerze, Trifailer Kohle, Steine und Ziegel, Eichen- und Buchenholz (auch für das Protektorat, für Belgien und die Niederlande), Möbel, Felle, Schuhe, Obst und Gemüse, Wein, Därme, erlegtes Haar- und Federwild, Süßwasserfische; bei der kroatischen Einfuhr aus Deutschland: Pflüge und Hackpflüge, Eggen, Sensen und Sicheln, Eisen- und Stahlmaterial, Hufeisen, Traktoren, Maschinen für die Holzindustrie, Molkereigeräte, Motorpumpen, Dynamomaschinen, Heizkessel, Zink- und Nickelbleche, Elektroden, Weingartenspritzen, Straßenwalzen, Radioapparate, Glühbirnen, Fernrohre.[2194]

Im August 1942 begann der Bericht des Wehrwirtschaftsoffiziers sogleich mit Hinweisen auf die „Tätigkeit der Aufständischen", besonders im Raum um Mostar, in der Gegend von Tomislavgrad, längs der Küste von Makarska und nördlich von Trebinje. Im Raum von Livno sollten die „Partisanengruppen" bereits über Granatwerfer, Gebirgsgeschütze und Flak verfügen. Der deutsche Offizier musste aber auch Anschläge von stärkeren kommunistischen Gruppen auf die Hauptstrecke Agram–Brod–Semlin melden. Andererseits seien die Bauxitförderung im Gebiet von Mostar und Split und der Abtransport per Lkw, Bahn und Schiff gesichert worden, und das Erzberg- und Hüttenwerk in Vareš sowie das Eisen- und Stahlwerk Zenica arbeiteten normal. In den bosnischen Kohlengruben fehlten allerdings entsprechende Fachleute, und die Serben übten passive Resistenz; daher sei die Kohlenversorgung Kroatiens – trotz der warmen Jahreszeit – knapp. Immerhin liefen bereits 49 deutsche Aufträge bei 24 kroatischen Firmen im Wert von über 30 Millionen Reichsmark. Bis August 1942 hatte Kroatien bereits rund 100.000 Arbeitskräfte nach Deutschland abgestellt, darunter viele zwangsrekrutierte Serben, mit denen die Firmen im Reich jedoch „sehr zufrieden" seien.[2195]

Der Lagebericht vom August 1943 begann mit der Meldung von der Aufgabe der mittelbosnischen Stadt Jajce durch die deutschen und kroatischen Truppen. Auch die Bahnlinien Sarajevo–Mostar, Brod–Doboj–Tuzla und Doboj–Sarajevo würden durch ständige Überfälle und Zerstörungen laufend unterbrochen. Im Lande hielten die Legung von Minen sowie Bahn- und Brückensprengungen an. Die allgemeine Wirtschaftslage sei durch vier Problembereiche gekennzeichnet:

1) Knappheit an wichtigen Lebensmitteln in den Städten;

[2194] Protokoll über die Zweite Gemeinsame Tagung des Dt. und Kroat. Regierungsausschusses in Agram vom 17. Oktober bis 5. November 1941, HIA, Tomasevich papers, box 4.

[2195] Dt. Wehrwirtschaftsoffizier in Agram an WStb Südosten, Dt. General in Agram und Dt. Gesandtschaft in Agram, 29. August 1942, HIA, Tomasevich papers, box 4. Ein ungelernter Arbeiter erhalte monatlich bereits 300 RM, ein Werkmeister zwischen 800 und 1200 RM; allerdings reichten die in Deutschland gemachten Ersparnisse für die zurückbleibende Familie auf Grund der Teuerung immer weniger aus.

2) Rückgang der Produktionstätigkeit infolge Rohstoffmangels, Mangels an Betriebsmaterial und Mangels an Arbeitskräften;
3) fortschreitende Preissteigerung;
4) auftretende Spannungen im Staatshaushalt.

Die Getreideernte 1943 liege immerhin weit über den Vorjahresergebnissen, es seien nur Einzelfälle von Vernichtungen durch Partisanen bekannt geworden, daher sei mit einer allgemeinen Besserung der Ernährungslage zu rechnen. Schwierigkeiten gebe es in der Arbeitseinsatzlage bei den wehrwirtschaftlich wichtigen Betrieben, da weder von kroatischer noch von deutscher Seite vorausschauend geplant worden sei. Dennoch konnten im Juli 1943 1768 Arbeitskräfte ins Reich vermittelt werden. In der Kohlen- und Energieversorgung seien durch Zerstörung von Gruben und infolge Rückgangs an Arbeitskräften empfindliche Mängel eingetreten, die zu Kürzungen der Kontingente für den Hausbrand, die Staatsbahnen und die Industrie führten. Die allgemeine Verkehrslage leide unter den ständigen Bahnunterbrechungen durch die Aufständischen, „welche ihre Tätigkeit bis in die nächste Umgebung von Agram“ ausgedehnt hätten. Die Unterbrechungen im Bahn- und Schiffsverkehr behinderten auch den Abtransport der Bauxit-Lager. Kohlen-, Bauxit- und Schrottmangel habe wiederum die Herstellung von Granaten reduziert. Insgesamt liefen aber noch immer 75 Wehrmachtaufträge und 23 Verlagerungsaufträge von deutschen Firmen.[2196]

Der deutsche Lagebericht aus Agram vom 15. August 1944 kündigte bereits den Zusammenbruch ganzer Produktionszweige an. Zwar konnte der Abtransport von Bauxit und Eisenerz trotz ständiger Luftangriffe der Alliierten und Überfälle der Aufständischen in West- und Mittelkroatien sowie in Bosnien aufrechterhalten werden, aber die verstärkte Lok-Jagd durch Tiefflieger im gesamten kroatischen Raum – die allein im Juli 1944 113 Normalspur- und 38 Schmalspurloks außer Betrieb setzten – habe die Verkehrslage schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die schwere Bombardierung und der Ausfall der drei größten Mineralölraffinerien hätten zu einer Drosselung der Erdölförderung gezwungen. Für die Einbringung der Ernte hätten daher deutsche Stellen 350 t Dieselkraftstoff zur Verfügung gestellt. Immerhin stelle die neue Ernte genügend Brotgetreide, Kartoffeln, Gemüse und Hackfrüchte bereit, und die Ausfälle durch Sabotage seien nicht höher als 3 bis 5 %. Aber die Arbeitseinsatzlage bei den wehrwirtschaftlich wichtigen Betrieben bleibe schwierig, sodass auch die Vermittlung von Arbeitskräften ins Reich (im Juli 1944 nur mehr 216 Männer und 211 Frauen) deutlich zurückgegangen sei. Die Kohlenförderung sei von monatlich etwa 270.000 t auf 46.000 t gesunken, weshalb 35.000 t aus der Untersteiermark zugeführt werden mussten, während Lieferungen aus dem Sudetenland über Ungarn aus Transportgründen eingestellt worden seien. Auch die Eisenerzförderung in Vareš sei auf nahezu ein Zehntel der Normalförderung gesunken. Trotz vorübergehender Betriebseinstellungen in Sa-

[2196] Dt. Wehrwirtschaftsoffizier in Agram an WStb Südosten, Dt. General in Agram und Dt. Gesandtschaft in Agram, 19. August 1943, HIA, Tomasevich papers, box 4.

rajevo, Brod und Agram liefen noch immer 115 Aufträge (davon 82 direkte Wehrmachtsaufträge) mit einem Gesamtwert von 95,664.000 RM bei 58 Firmen.[2197]

Die negative Entwicklung der Kriegswirtschaft in Kroatien wird auch durch Lage- und Stimmungsberichte aus den größeren kriegswichtigen Betrieben dokumentiert. Bereits Anfang Jänner 1943 verlangte die kroatische Generaldirektion für das Bergwesen eine bessere Sicherung des Berg- und Hüttenwerkes in Vareš, das wichtigste Bergbauunternehmen im Lande, das auch das Eisen- und Stahlwerk in Zenica versorgte. Das von Wäldern umgebene, durchwegs kroatische Städtchen mit seinem Erzbergwerk liege an einer 28 km langen Nebenbahn der Hauptstrecke Sarajevo–Brod, die teilweise durch die Sutjeska-Schlucht mit vielen Tunneln und Brücken führe. Das Städtchen sei von orthodoxen, katholischen und muslimischen Dörfern umgeben. Die etwa 1500 Arbeiter des Berg- und Hüttenwerkes (zusammen mit ihren Familienmitgliedern über 9000 Personen) seien gut versorgt und auch mit Reserven für fünf Monate ausgestattet. Das gelte auch für die Koks-Reserven und die Reserven an Sprengstoff. Das Berg- und Hüttenwerk sowie die Bahnstrecke würden durch zwei Kompanien kroatischer Landwehr und eine Kompanie deutscher Militärbesatzung gesichert, zusätzlich durch katholische und muslimische Milizen. Dennoch gebe es Überfälle durch *Četnici* und Partisanen, die angeblich auch gemeinsam operierten. Angesichts der wirtschaftsstrategischen Bedeutung des Berg- und Hüttenwerkes und der Gefahr eines größeren Angriffs ersuchte daher die Generaldirektion für das Bergwesen um eine größere Verstärkung der Verteidigungskräfte, wobei offensichtlich nicht nur an kroatische, sondern auch an deutsche Truppen gedacht war.[2198]

Die zum tschechischen Baťa-Konzern gehörende Schuhfabrik in Borovo Selo bei Vukovar an der Donau – übrigens die größte Schuhfabrik im alten Jugoslawien – litt nicht nur unter dem völligen Mangel an Rohgummi, sondern auch an der steigenden Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft. Die etwa 2000 Arbeiter waren mit der Zuweisung an Lebensmitteln unzufrieden, obwohl diese Fabrik die einzige in Kroatien war, in der die Approvisionierung funktionierte. Allerdings schien in diesem Betrieb – auch mangels Aufträgen – die Arbeitsmoral der Beamten und Arbeiter stark im Sinken begriffen zu sein. Ein Teil der Arbeiterschaft stehle, manche kämen wochenlang nicht in den Betrieb. Nach einem deutschen Stimmungsbericht vom März 1943 seien bis zu 300 % zu viele Beamte angestellt, die keine Beschäftigung hätten und Romane läsen und Briefe schrieben. Die Überzahl sei auf die Personalpolitik von Generaldirektor Bulat zurückzuführen, der immer wieder frische Beamte und Beamtinnen aufnehme, die Empfehlungen von *Ustaša*-Funktionären hätten. In Borovo liefen daher viele Jünglinge von 22 bis 25 Jahren herum, die alle von Bulat „UK“ (unabkömmlich, Anm. Suppan) gestellt worden seien. Da die Beamten und Beamtinnen – der größte Teil gehöre zur „Halbintelligenz“ – viel Zeit

---

2197 Dt. Wehrwirtschaftsoffizier in Agram an WStb Südosten, Dt. General in Agram und Dt. Gesandtschaft in Agram, 15. August 1944, HIA, Tomasevich papers, box 4.

2198 Landwirtschaftsministerium des NDH, Generaldirektion für Bergwesen (Ing. Nikola Belančić), an Landwehrministerium, Zagreb, 8. Jänner 1943, HIA, Tomasevich papers, box 4.

hätten, beschäftigten sie sich mit Politik; „der größte Teil dieser Beamtenschaft ist natürlich im gewissen Sinne antideutsch eingestellt“.[2199]

Der Stimmungsbericht stellte vor allem auch die Unfähigkeit des Generaldirektors Bulat fest, diese Fabrik zu führen; daher gehörte er unbedingt abgesetzt. Die einzige Person, die in diesem Unternehmen fähig sei, etwas arbeite und nach einem Vorwärtskommen der Fabrik trachte, sei Direktorstellvertreter Klouda (dem Namen nach ein Tscheche, Anm. Suppan). Bis zum Beginn des Weltkrieges sei der Serbe Tomo Maksimović Generaldirektor gewesen, der Beamte wie Arbeiterschaft fest „in den Zügeln“ gehabt habe. Dieser sei nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens nach Serbien geflohen. Heute sprächen einige Beamte, die noch gewillt seien, etwas zu leisten, davon, dass es gut wäre, wenn Maksimović aus Serbien nach Borovo zurückkäme, um den „verfahrenen Karren“ wieder in die richtigen Geleise zu bringen.[2200] – Ein serbischer Generaldirektor in einem kriegswichtigen Betrieb im *Ustaša*-Staat war aber undenkbar.

Trotz zunehmend kritischer Arbeitseinsatzlage arbeiteten am 30. September 1944 bereits 60.153 Personen (davon 43.071 Männer und 17.082 Frauen) aus dem „Unabhängigen Staat Kroatien“ als angeworbene, aber auch als zwangsverpflichtete Arbeitskräfte im Reich. Diese Deportationen zur Zwangsarbeit kosteten Pavelić die letzten Sympathien im Lande und wirkten direkt als Propagandamittel für die Volksbefreiungsbewegung Titos. Selbst *Ustaša*-Einheiten galten nun nicht mehr als uneingeschränkt loyal und versuchten Sondierungen bei den Partisanen. Das OKW wollte zwar noch keinen Ausnahmezustand verhängen, der Oberbefehlshaber Südost traf aber Vorbereitungen für den Fall eines Frontwechsels Kroatiens. Dennoch konnten sich die deutschen Truppen noch bis April 1945 in weiten Teilen Kroatiens halten und der Heeresgruppe E bei ihrem Rückzug aus Griechenland entsprechenden Flankenschutz bieten.[2201]

Die deutsche Volksgruppe in Kroatien 1941-1945

Nachdem Ante Pavelić am 15. April 1941 aus dem italienischen Exil nach Zagreb zurückgekehrt war und als *Poglavnik* die Staatsgeschäfte übernommen hatte, trat er mit Vertretern der deutschen Volksgruppe in Kroatien in Verhandlungen über ihre Rechtsstellung ein. Als Vorleistung ernannte Pavelić den aus der „Erneuerungsbewegung“ kommenden Rechtsanwalt aus Palanka (Bačka Palanka), Jakob Elicker, zum Großgespan (*Veliki župan*) der fast ganz Syrmien umfassenden Großgespanschaft Vuka.[2202] Mit einem Gesetz vom 21. Juni 1941 wurde die vor-

---

[2199] Stimmung und Lage in der Fabrik Baťa Borovo, 14. April 1943, HIA, Tomasevich papers, box 4.
[2200] Ebenda.
[2201] Umbreit, Herrschaft, 90f.
[2202] Nach der jugoslawischen Volkszählung vom 31. März 1931 hatten in Syrmien 229.929 Serben und Kroaten, 49.345 Deutsche, 14.959 Slowaken und 12.846 Magyaren gelebt. – Zusammenge-

läufige Rechtsstellung der „Deutschen Volksgruppe im Unabhängigen Staat Kroatien“ als „juridische Person öffentlichen Rechts“ fixiert und ihren Angehörigen die volle Gleichberechtigung mit den Kroaten, „besonders hinsichtlich der Erlangung öffentlicher Ämter, Teilnahme an Verwaltung, berufs- und wirtschaftlicher Betätigung und Erwerb von Gütern und Liegenschaften“ garantiert. Den Angehörigen der deutschen Volksgruppe wurde auch die „uneingeschränkte Erhaltung ihres deutschen Volkstums und das ungehinderte Bekenntnis zu ihrer nationalsozialistischen Weltanschauung, sowie die ungestörte Entwicklung ihres eigenständigen nationalen Lebens und die unbehinderte Anbahnung und Aufrechterhaltung nationaler und kultureller Beziehungen zum Deutschen Muttervolke verbürgt“.[2203]

Das kroatische Gesetz vom 21. Juni 1941 sicherte somit der deutschen Volksgruppe eine Rechtsstellung zu, die zwischen 1919 und 1939 von vielen europäischen Minderheiten angestrebt, von allen alten und neuen „Nationalstaaten“ jedoch strikt abgelehnt worden war, da sie damit – nicht ganz zu Unrecht – die Bildung eines Staates im Staate befürchteten.[2204] Die neue Rechtsstellung erlaubte den Kroatiendeutschen auch die Schaffung eigenständiger politischer, kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Organisationen. Am 31. Juli 1941 wurde der Volksgruppe sogar die Gründung einer „Einsatzstaffel“ im Rahmen der kroatischen *Ustaša*-Miliz gestattet, wofür drei aus der „Deutschen Mannschaft“ gebildete Kompanien samt einer „Stabswache“ dem kroatischen Generalstabschef unterstellt wurden. Die Einrichtung eines eigenen Wehrbezirkskommandos für alle Wehrpflichtigen der deutschen Volksgruppe in Vinkovci ging tatsächlich bereits über vergleichbare Autonomien – etwa der deutschen Volksgruppe in der Slowakei – hinaus.[2205]

Etwas länger dauerten die Diskussionen über die Rechtsstellung des „Volksgruppenführers der Deutschen Volksgruppe im Unabhängigen Staat Kroatien“, Branimir Altgayer. Altgayer, ein ehemaliger k.u.k. Offizier, hatte im März 1936 als Anhänger der nationalsozialistisch orientierten „Erneuerungsbewegung“ die „Kultur- und Wohlfahrtsvereinigung der Deutschen in Slawonien“ geschaffen, die auf oppositionellen Ortsgruppen des „Kulturbundes“ aufbaute und innerhalb kurzer Zeit 74 örtliche Organisationen zählte. Kurzzeitig wurde Altgayer sogar aus dem „Kulturbund“ ausgeschlossen, freilich 1937 in den Gemeinderat von

stellt nach: Die Gliederung der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawien nach Muttersprache und Konfession, nach den unveröffentlichten Angaben der Zählung von 1931, hg. von der Publikationsstelle Wien (Wien 1943).

2203 Gesetzesdekret vom 21. Juni 1941 über die vorläufige Rechtsstellung der deutschen Volksgruppe, veröffentlicht in: Narodne Novine Nezavisne Države Hrvatske; in deutscher Übersetzung veröffentlicht in: Verordnungsblatt der Volksgruppenführung der deutschen Volksgruppe im Unabhängigen Staat Kroatien, Folge 3, 30. Juli 1941; vgl. Dokumentation der Vertreibung V, 135E-136E; Sundhaussen, Die Deutschen, 335-342.

2204 Zur internationalen Diskussion seit 1919 vgl. vor allem Ernst Flachbarth, System des internationalen Minderheitenrechtes (Budapest 1937); Erwin Viefhaus, Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 (Würzburg 1960); Suppan, Jugoslawien, 765-818.

2205 Wehler, Nationalitätenpolitik, 45, 48.

Esseg (Osijek) gewählt, wo ihm der *Slawonische Volksbote* als Propagandaorgan zur Verfügung stand. Nach dem erwähnten Kompromiss zwischen Vertretern des „Kulturbundes“ und der „Erneuerungsbewegung“ im April 1938 hinsichtlich eines nationalpolitisch akzentuierten Forderungsprogramms trat Altgayer immer deutlicher als Führungsfigur der Kroatiendeutschen hervor und gehörte ab Mai 1939 neben Janko, dem Senator Grassl, den Abgeordneten Franz Hamm und Josef Trischler, sowie Senior Johann Baron und Dr. Awender der neuen Führungsspitze des „Kulturbundes“ an. [2206]

Schon am 8. Mai 1941 erließ der von der „Volksdeutschen Mittelstelle“ eingesetzte „Volksgruppenführer“ Altgayer vorläufige Organisationsbestimmungen nach dem „unbedingten Führerprinzip“, in denen verschiedene Ämter der Volksgruppenführung mit dem Sitz in Esseg und Dienststellen für die Verbindung zur kroatischen Regierung in Agram eingerichtet wurden. Das deutsche Siedlungsgebiet wurde in Kreise unter Kreisleitern und Ortsgruppen unter Ortsgruppenleitern eingeteilt, die deutschen Bauern wurden Pflichtmitglieder in der „Landesbauernschaft“, die Industriellen und Gewerbetreibenden ebensolche in der „Gemeinschaft der gewerblichen Wirtschaft“. Nach Vorbild der „Deutschen Arbeitsfront“ wurde die „Deutsche Arbeitsgemeinschaft“ geschaffen, als Spitzenorganisation des Genossenschaftswesens der „Hauptverband der deutschen bäuerlichen und gewerblichen Genossenschaften in Kroatien“. Als einziger politischer Willensträger aber galt die „Nationalsozialistische Deutsche Gefolgschaft in Kroatien“, der außer den erwähnten Standesorganisationen auch die „Deutsche Mannschaft“ – eine alle Männer zwischen dem 18. und 45. Lebensjahr umfassende, militärisch gegliederte Organisation –, die „Deutsche Frauenschaft“ und die „Deutsche Jugend“ automatisch angehörten.[2207]

Mit dem kroatischen Gesetz vom 30. Oktober 1941 erhielt Volksgruppenführer Altgayer folgende Rechtsstellung:

1) Vertretung der Deutschen Volksgruppe bei der kroatischen Staatsregierung und „Gewährleistung eines nutzbringenden Zusammenlebens der Deutschen Volksgruppe mit dem Kroatischen Staat und Volk“;
2) Wahrnehmung der Befugnisse eines „Staatsdirektors“;
3) Zuständigkeit für „alle Lebensgebiete“ der Deutschen Volksgruppe und die Maßnahmen, „die für deren Aufbau, Erhaltung, Festigung und Entwicklung sowie ihre Führung und Lenkung in politischer, kultureller, wirtschaftlicher, bevölkerungspolitischer, sozialer und organisatorischer Hinsicht notwendig sind“;
4) Verordnungsrecht in den inneren Angelegenheiten der Deutschen Volksgruppe im Rahmen der Gesetze;
5) Einsetzung von beamteten Referenten als Organe des Volksgruppenführers bei den Großgespanschaften Vuka, Baranja, Livac, Zapolje, Posavje, Sana und

[2206] Biber, Nacizem, 169-210; Suppan, Jugoslawien, 727-731.
[2207] Wehler, Nationalitätenpolitik, 47f.

Luka sowie deren Bezirksbehörden, für die Angelegenheiten der Deutschen Volksgruppe.[2208]

Eine sprachenrechtliche Regelung vom 30. Oktober 1941 gestattete den Gebrauch der deutschen Sprache im öffentlichen Leben in Wort und Schrift. In Verwaltungseinheiten mit mehr als 20 % deutscher Bevölkerung galten Kroatisch und Deutsch als gleichberechtigte Amtssprachen bzw. Gerichtssprachen; öffentliche Bekanntmachungen, Aufschriften, Formulare etc. waren zweisprachig zu verfassen. In Bezirken mit mehr als 10 % deutscher Bevölkerung durften die Deutschen ihre Sprache im Amtsverkehr gebrauchen. In deutschen Siedlungen sollten im öffentlichen Dienst möglichst „Beamte und Angestellte deutscher Volkszugehörigkeit" verwendet werden, die in ihrem Amtseid zu versprechen hatten, „dem deutschen Volkstum und dem Führer sowie dem Staat Kroatien und dem *Poglavnik*" die Treue zu halten. Ihre Anstellung unterlag einer Beurteilung durch die „Volksgruppenführung" und das *Ustaša*-Hauptquartier, eine Entlassung, Pensionierung, Suspendierung oder Versetzung konnte nur im Einvernehmen mit dem „Volksgruppenführer" geschehen.[2209]

Auch im Schulwesen erfolgte gegenüber der jugoslawischen (und ungarischen) Zeit eine deutliche Besserstellung. Zwar erhielt das deutsche Schulwesen keine völlige Schulautonomie, sondern blieb einer Abteilung im kroatischen Unterrichtsministerium unterstellt, die auch die Lehrpläne und Schulbücher ausarbeiten ließ, dennoch gab es weitestgehendes Entgegenkommen. Allein mit einem von der Volksgruppe ausgestellten „Volkszugehörigkeitsausweis" wurden nun deutsche Kinder prinzipiell in deutsche Schulen eingeschrieben und durchgehend in ihrer Muttersprache unterrichtet. Erst ab dem 3. Schuljahr gab es auch vorgeschriebenen Unterricht in kroatischer Sprache, Heimatkunde, Literatur und Geschichte. In Orten, wo im Umkreis von 8 km mindestens 20 schulpflichtige deutsche Kinder lebten, musste eine deutsche Volksschule errichtet werden, in Orten mit über 10 Kindern Behelfsschulen, bei weniger als 10 Kindern „Schulstützpunkte" für deutsche Wanderlehrer. Die Lehrer wurden prinzipiell als Beamte des kroatischen Staates besoldet, mit Zustimmung des Unterrichtsministeriums war es der Volksgruppe aber auch gestattet, „auf eigene Kosten" Schulen und Lehrkräfte zu unterhalten. Unter diesen günstigen Bedingungen entstanden bis 1944 300 öffentliche und private deutsche Schulen.[2210]

Die stärksten Eingriffe in die kroatische Souveränität erfolgten durch deutsch-kroatische Vereinbarungen über den Wehrdienst der Angehörigen der deutschen Volksgruppe. Bereits am 16. September 1941 wurde zwischen dem kroatischen Feldmarschall Slavko Kvaternik und dem deutschen Gesandten Siegfried Kasche eine erste Vereinbarung getroffen, die festlegte, dass 10 % jedes Jahrganges der

[2208] Dokumentation der Vertreibung V, 136E-137E.

[2209] Narodne Novine, 30. Oktober 1941; WEHLER, Nationalitätenpolitik, 46.

[2210] Kaspar HÜGEL, Abriß der Geschichte des donauschwäbischen Schulwesens (München 1957) 23-25; WEHLER, Nationalitätenpolitik, 46f.

Wehrpflichtigen der deutschen Volksgruppe in Kroatien in der deutschen Wehrmacht dienen können. Die Masse der volksdeutschen Wehrpflichtigen aber sollte in den „deutschen Truppen der kroatischen Wehrmacht“ dienen, mit denen ein verstärktes Jägerbataillon in Semlin (Zemun), ein verstärktes Jägerbataillon in Agram und eine Artillerie-Abteilung aufgestellt wurden. Als Dienst- und Kommandosprache in diesen Einheiten war Deutsch vorgesehen, Offiziere und Unteroffiziere – die nur nach „Beurteilung des Volksgruppenführers hinsichtlich [ihrer, Erg. Suppan] charakterlichen und völkischen Eignung“ ernannt werden durften – mussten die deutsche und kroatische Sprache beherrschen. Der Eid war auf den „Führer aller Deutschen“ sowie auf den kroatischen Staat und den *Poglavnik* abzulegen, als oberste Verwaltungsinstanz wurde im kroatischen Kriegsministerium eine „Deutsche Abteilung“ unter einem Staatssekretär eingerichtet.[2211]

Volksgruppenführer Altgayer nahm am 6. November 1941 auch an der Besprechung seines Kollegen Janko bei Himmler in Berlin teil, da bereits im Spätsommer 1941 SS-ähnliche Formationen wie die sogenannte „Einsatzstaffel“ als bewaffneter Teil der „Deutschen Mannschaft“ im Rahmen der *Ustaša*-Miliz aufgestellt worden waren. Die Stärke der Einsatzstaffel betrug bald 2500 Mann; sie wurde zur Partisanenbekämpfung eingesetzt.[2212]

Am 19. Februar 1942 – der Partisanenkrieg in Bosnien hatte bereits die Verlegung einer reichsdeutschen Division nach Ostbosnien verlangt – erfolgte einvernehmlich ein nächster Schritt. Die Rekruten des ersten volksdeutschen Bataillons wurden nach Vereidigung zur Ausbildung in einer in Ostbosnien liegenden reichsdeutschen Division zugeteilt. Zweck der Kommandierung war freilich nicht nur die Ausbildung der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, sondern auch schon „der Einsatz im Rahmen der in Ostbosnien gestellten Kampfaufgaben“, d. h. im Partisanenkrieg. Während dieses Dienstes trugen sie die Uniform der Deutschen Wehrmacht und unterstanden dem deutschen Kriegsgesetz. Auch eine Verlegung nach Serbien (sic!) sollte diesen Dienst nicht unterbrechen. Erst nach Verlegung der reichsdeutschen Division „aus Kroatien oder Serbien“ hätten die volksdeutschen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften in die Kroatische Wehrmacht zurückzukehren.[2213]

Doch die deutschen Anforderungen nahmen weiter zu. Mit einer Verbalnote vom 21. September 1942 teilte die Deutsche Gesandtschaft in Agram dem kroatischen Außenministerium mit, dass sich „die Regierung des Unabhängigen Staates Kroatien bereit erklärt [hat], die wehrpflichtigen volksdeutschen Staatsbürger zum Dienst in der Deutschen Wehrmacht, Waffen-SS, freizugeben“. Dies sollte für alle wehrdienstpflichtigen Volksdeutschen der Jahrgänge 1907 bis 1925 gelten, die dadurch „die Reichsbürgerschaft des Deutschen Reiches“ erwürben. Ihre Famili-

---

2211 Dokumentation der Vertreibung V, 159E-162E.

2212 Holm SUNDHAUSSEN, Zur Geschichte der Waffen-SS in Kroatien 1941-1945, in: Südost-Forschungen 3 (München 1971) 179.

2213 Dokumentation der Vertreibung V, 162E-163E.

en behielten zwar für die Dauer des Krieges die kroatische Staatsbürgerschaft, für den Unterhalt dieser Familien und die Hinterbliebenen-Versorgung aber käme das Deutsche Reich auf. Werbung und Musterung sollten die Volksgruppenführung und eine Musterungskommission der Waffen-SS durchführen. Das kroatische Außenministerium akzeptierte in einer Verbalnote vom 10. Oktober 1942 zwar den militärischen Inhalt dieser Vereinbarung, bestand jedoch darauf, „dass nach Beendigung des Krieges auch die Familien der in der Wehrmacht [eigentlich Waffen-SS, Anm. Suppan] dienenden Volksdeutschen die deutsche Reichsangehörigkeit erhalten" sollten. Und es verlangte zusätzlich: „Die Aussiedlung dieser Familien, sowie der in der deutschen Wehrmacht dienenden Volksdeutschen ins Reich nach Beendigung des Krieges soll zum gegebenen Zeitpunkt Gegenstand einer besonderen Vereinbarung zwischen der Reichsregierung und der kroatischen Regierung werden."[2214]

Das bosnische Deutschtum nördlich und östlich von Banja Luka war bereits seit dem Winter 1941/42 durch Partisanenüberfälle bedroht und musste schließlich im Oktober/November 1942 nach Slawonien umgesiedelt werden. Der lutherische Pfarrer Ferdinand Sommer aus Schutzberg (Glogovac) im Bezirk Prnjavor schilderte sehr anschaulich und eindringlich die schwierige Lage zwischen April 1941 und November 1942: Seit den chaotischen Verhältnissen während des April-Krieges war aus allen männlichen Einwohnern des Dorfes zwischen 18 und 60 Jahren ein bewaffnetes Schutzkorps aufgestellt worden. Hierbei galt es vorerst gegen die zunehmenden Spannungen zwischen Kroaten und Serben gewappnet zu sein. Bereits im Frühjahr 1941 wurden viele Serben „Freiwild" kroatischer Übergriffe. Mitte Juni wurde der serbische Pfarrer von kroatischen Behörden verhaftet und mit seiner Familie deportiert. Als im Sommer 1941 kurz vor der Ernte eine reichsdeutsche Kommission eintraf, um slawische wie deutsche Arbeitskräfte anzuwerben, folgten 130 Deutsche, Männer und Frauen, Burschen und Mädchen, der Aufforderung. Da bereits Umsiedlungspläne kursierten, musste am 18. Oktober 1941 Volksgruppenführer Altgayer nach Schutzberg kommen, um diese zu zerstreuen. Im Winter 1941/42 tauchten plötzlich *Ustaša*-Banden auf, ein „schwer bewaffnetes fragwürdiges Gesindel auf Schlitten", zumeist ganz junge Burschen, darunter auch junge Frauen. Sie hatten die Schlitten mit geraubtem Gut beladen und führten auch eine Viehherde mit. Serbische Siedlungen in der Umgebung von Schutzberg waren ausgeplündert, viele Menschen gefangen genommen und erschossen worden. Am 7. Februar 1942 tauchten gleich 60 Schlitten im Ukrinatal südwestlich von Derventa auf. Nun wurde von den *Ustaše* nicht nur geraubt und geplündert, sondern sie erschossen auch Dutzende Serben, darunter Frauen und Kinder. Die Deutschen von Schutzberg machten Lichtbildaufnahmen und sandten einen Bericht sowohl an die Volksgruppenführung als auch an die Deutsche Gesandtschaft in Agram. Sie erhielten freilich keine Antwort. Im Frühjahr 1942 begann sich um Schutzberg ein Belagerungsring zu schließen, einerseits seitens na-

[2214] Dokumentation der Vertreibung V, 163E-164E.

tionaler Serben, den *Četnici*, andererseits seitens der Tito-Partisanen. Deutschen und Magyaren aus dem Nachbardorf Vučijak gewährten die Partisanen noch freien Abzug nach Schutzberg, das nun auf die doppelte Einwohnerzahl anschwoll. Zur selben Zeit wurden viele junge Schutzberger „zwangsweise in das Heer oder in die Waffen-SS als unfreiwillige Freiwillige eingereiht". Schon Mitte Juni 1942 wurde daher die Forderung nach Räumung des Dorfes immer lauter. Auch Pfarrer Sommer musste einsehen: „Es gibt keine Aussicht mehr auf ein tragbares Nebeneinander, in keiner Richtung. Alles ist Untergang, ist Ende."[2215]

Nach längeren Verhandlungen wurde am 30. September 1942 zwischen dem Deutschen Reich und dem Unabhängigen Staat Kroatien eine Vereinbarung über die Umsiedlung von Angehörigen des deutschen Volkstums aus bestimmten Gebieten Kroatiens ins Deutsche Reich abgeschlossen. Die Umsiedlung wurde als freiwillig deklariert und war von einer Umsiedlungserklärung des Familienoberhauptes abhängig. Die Umsiedler verloren „die kroatische Staatsangehörigkeit in dem Augenblick, in dem sie das Gebiet des Unabhängigen Staates Kroatien im Verfolg der Umsiedlung endgültig verlassen" und erwarben die deutsche Staatsangehörigkeit. Die Umsiedler durften ihr gesamtes persönliches Eigentum mitnehmen, jedoch keine kroatischen Valuta von mehr als 2000 Kuna, keine Goldmünzen und Banknoten jeglicher Art, kein lebendes Inventar und keine landwirtschaftlichen Geräte. Der landwirtschaftlich genutzte Boden, die Gebäude, das lebende und tote Inventar der landwirtschaftlichen Betriebe, der städtische Grundbesitz und die gewerblichen Unternehmen wurden vom kroatischen Staat übernommen und sollten von kroatischen und deutschen Beauftragten in Vermögenslisten erfasst werden, um als Schuld Kroatiens an das Deutsche Reich ausgewiesen zu werden. Als Umsiedlungsgebiet wurden die Gebiete südlich und westlich der Save gekennzeichnet. Erst im Aufruf des Volksgruppenführers an die Deutschen aus Bosnien und Innerkroatien vom 2. Oktober 1942 wurden die Gebiete, Städte und Dörfer genannt:

> „Umgesiedelt werden: alle deutschen Siedlungen in Bosnien mit Ausnahme von Adolfstal (Rudolfstal), Windhorst, Trošelje und Brčko, dann die Volksgruppenangehörigen aus Karlovac, Petrinja, Sisak, Kostajnica, Samobor, Rude, Kutina, Moslavačko Selište, Novska und Lipovljani, Brnjani, Velika und Mala Bršljanica, Dišnik, wie auch alle zerstreut lebenden Deutschen in den Großgespanschaften Prigorje, Bribir-Sidraga, Cetina, Dubrava, Gora, Krbava-Psat, Lika-Gačka, Pokupje und Vinodol-Podgorje."[2216]

Im Auftrag der Volksgruppenführung wurde hierauf auch in Schutzberg eine Vermögensaufstellung durchgeführt, die 1.308,62 Hektar Landbesitz im Wert von

---

[2215] Bericht Pfarrer Ferdinand Sommer aus Schutzberg (Glogovac), Bezirk Prnjavor in Bosnien, Frühjahr 1958, in: Dokumentation der Vertreibung V, 43-54.

[2216] Vereinbarung zwischen der Deutschen Reichsregierung und der Regierung des „Unabhängigen Staates Kroatien" vom 30. September 1942, in: Dokumentation der Vertreibung V, 153E-158E; Verordnungsblatt des Volksgruppenführers der deutschen Volksgruppe im Unabhängigen Staat Kroatien, Jg. 2, Folge 9, 24. Oktober 1942.

über 27 Millionen Kuna, Wohn- und Wirtschaftsgebäude im Wert von 12,4 Millionen Kuna, Industrie- und ähnliche Werte in Höhe von 1,26 Millionen Kuna sowie 240 Pferde, 558 Stück Rindvieh und 260 Schweine ergab, insgesamt einen Wert von 46,4 Millionen Kuna, auf Grund des niedrigen Kurses nicht mehr als etwa 4 Millionen Reichsmark. Pfarrer Sommer stellte allen Schutzbergern kirchliche standesamtliche Auszüge aus und ließ im Auftrag des Bischofsamtes in Agram das Gemeindevermögen grundbücherlich auf das Bischofsamt übertragen und die Möbel des Pfarrhauses nach Slawonisch Brod (Slavonski Brod) verfrachten. Die standesamtlichen Kirchenbücher wurden dem Reichssippenamt, Bargeld, Sparbücher und Wertpapiere der Umsiedlungskommission übergeben. Es kamen überraschend hohe Beträge zur Ablieferung. Die letzten Wochen in Schutzberg verliefen erschütternd: Die Glocken, die Turmuhr und die Orgel wurden abmontiert, das letzte Erntedankfest gefeiert, von den Gräbern Abschied genommen. Am 6. November 1942, 6 Uhr früh, kamen von allen Seiten mit Menschen und Gepäck beladene Wagen zur Sammelstelle. Das Vieh wurde vor vollen Krippen zurückgelassen. Unter dem Schutz der eigenen bewaffneten Mannschaft setzten sich rund 130 Wagen in einer langen Reihe in Bewegung. 273 Familien, insgesamt 1293 Personen, fuhren „unter Singen, Schüssen, Lachen und Weinen" den Berg hinunter. Die Umsiedler fuhren mit ihren Wagen bis Derventa, wo sie in Züge verladen und nach Slawonisch Brod gebracht wurden. Kroatische Beamte hatten im verlassenen Dorf eine Bestandsaufnahme durchführen wollen, inzwischen hatten sich aber *Četnici* im Dorf festgesetzt. Die deutsche Geschichte von Schutzberg – und vielen anderen deutschen Siedlungen in Bosnien – war für immer zu Ende.[2217]

Auch in den Waldgebieten des mittleren Slawonien und in Syrmien herrschte ab Frühjahr 1942 ständig „Partisanengefahr". Daher wurde in sämtlichen deutschen Dörfern aus der gesamten männlichen Bevölkerung ein bewaffneter Ortsschutz eingerichtet, während überregional „Einsatzstaffeln" der „Deutschen Mannschaft" agierten. Sie bildeten eine „Stabswache" in Esseg, ein Verfügungsbataillon „Prinz Eugen", drei Bereitschaftsbataillone und Jäger- sowie Eisenbahnsicherungs-Bataillone, die im Rahmen der kroatischen Landwehr (*Domobrani*) aufgestellt wurden und vor allem die Hauptlinie Agram–Vinkovci–Belgrad zu bewachen hatten. Bereits Ende 1941 begannen aber auch in Kroatien – anfänglich sogar ohne Wissen des deutschen Gesandten und des Deutschen Generals in Kroatien – Werbungen für die SS. Im Jahr darauf wurde die individuelle Freiwilligkeitserklärung durch eine „Pauschal-Freiwilligkeitserklärung" der Volksgruppenführung ersetzt. Alle Angehörigen der seit 1941 aufgestellten Verbände wurden schließlich bis Frühjahr 1943 zur Waffen-SS eingezogen, so dass ältere Jahrgänge in die Sicherungsbataillone nachrücken mussten. Daher wurde im Februar 1943 auch der Ortsschutz als „Heimatwache der Deutschen Volksgruppe" für alle Männer zwischen dem 16. und 60. Lebensjahr neu organisiert.[2218]

[2217] Bericht Pfarrer Sommer, in: Dokumentation der Vertreibung V, 55-63.

[2218] Wehler, Nationalitätenpolitik, 57.

Als die Partisanenüberfälle dennoch weiter zunahmen, wurde der Stab des Volksgruppenführers Altgayer ebenso wie alle anderen Einheiten der Volksgruppe dem Himmler unmittelbar untergeordneten „Beauftragten des RFSS beim Befehlshaber der deutschen Truppen in Kroatien“, SS-Brigadeführer Kammerhofer, unterstellt. Nachdem es Kammerhofer gelungen war, mit Hilfe Glaise-Horstenaus die Zustimmung Pavelić’ zur Errichtung einer deutsch-kroatischen Polizeitruppe zu bekommen, ließ er mit Himmlers Unterstützung die neu angeworbenen Volksdeutschen den Eid auf Hitler und Pavelić leisten und stieß sich in keiner Weise daran, dass damit ein Teil der kroatischen Polizei praktisch deutscher Führung unterstellt wurde – eigentlich ein schwerwiegender Eingriff in die Souveränität des NDH. Bereits bis Ende 1943 hatte Kammerhofer 13.500 Volksdeutsche zur Waffen-SS, 3500 zur deutschen Polizei und 2000 zur kroatischen Wehrmacht einziehen lassen, für verschiedene Arbeitseinsätze wurden zusätzlich 6700 Mann rekrutiert.[2219]

Der Kriegsentwicklung entsprechend diktierte schließlich die deutsche Seite in einer Verbalnote vom 6. Aril 1944 „ergänzende Vereinbarungen über die Einberufung von Volksdeutschen sämtlicher wehrdienstpflichtiger Jahrgänge zum Dienst in der Deutschen Wehrmacht/Waffen-SS und Polizei“:

1) „Die kroatische Regierung anerkennt den Einberufungsstand der deutschen Volksgruppe zur deutschen Wehrmacht, Waffen-SS, und deutschen Polizei vom 1. Juli 1943. [...]

2) Die kroatische Regierung erklärt sich damit einverstanden, dass die kommenden Einberufungen aus neu aufgerufenen Jahrgängen (1926 und jünger) der deutschen Volksgruppe zur Gänze der deutschen Wehrmacht, Waffen-SS, und Polizei als Ersatz zugeführt werden.

3) Die kroatische Regierung erklärt sich damit einverstanden, dass aus den Jahrgängen 1906 und älter der deutschen Volksgruppe für die deutsche Wehrmacht und Polizei in Kroatien noch bis zu 1500 Mann der deutschen Volksgruppe zur Verfügung gestellt werden. […]

4) Die kroatische Regierung anerkennt, dass im deutschen Wehrdienst stehende Volksdeutsche auch weiterhin ihre kroatische Staatsangehörigkeit bis zur endgültigen Klärung dieser Frage beibehalten, wenn sie durch ihre Zugehörigkeit zur deutschen Wehrmacht, Waffen-SS, deutschen Polizei usw. die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Ebenfalls wird die Frage ihrer etwaigen späteren Umsiedlung für die Zeit der Dauer des Krieges hierdurch nicht berührt.

5) Die Wehrüberwachung der zum Wehrdienst eingezogenen Volksdeutschen erfolgt durch das volksdeutsche Wehrbezirkskommando in Vinkovci. Dieses überträgt für die Dauer des Krieges für diejenigen Volksgruppenangehörigen, die in der Waffen-SS bzw. deutschen Polizei Dienst leisten, ihre Befugnisse auf das Ersatzkommando Kroatien der Waffen-SS. […]“[2220]

Das kroatische Außenministerium stimmte dieser Regelung mit Verbalnote vom 19. April 1944 zu, wodurch für die Kroatiendeutschen eine ähnliche Rechtsstellung geschaffen wurde wie für die Ungarndeutschen. Die Klärung der Fragen von Ausbürgerung und Aussiedlung der in die Waffen-SS oder in die deutsche

[2219] Birn, Die HSSPF, 267f.

[2220] Dokumentation der Vertreibung V, 164E-166E.

Polizei eingeteilten Volksdeutschen waren damit aber nur bis zum Kriegsende aufgeschoben.

Größere Auseinandersetzungen zwischen Kroaten und Deutschen bzw. Volksdeutschen gab es im *Ustaša*-Staat zwar nicht, da die gemeinsame Bekämpfung der Partisanen und *Četnici* oberste Priorität behielt. Im letzten Kriegsjahr galten allerdings den Deutschen selbst einige *Ustaša*-Gruppen nicht mehr als uneingeschränkt loyal. Immerhin verdichteten sich die Einstellungen der großen Mehrheit der Kroaten gegenüber den Slawoniendeutschen nicht zu einem völligen Feindbild, was sich im Jahre 1945 teilweise vorteilhaft auswirkte. Nicht zuletzt versuchten im Mai 1945 an die 200.000 Kroaten – *Ustaše*, *Domobrani*, NDH-Funktionäre und Zivilisten – gemeinsam mit den deutschen Truppen vor den Partisanen zu flüchten.[2221]

Die Vernichtung der Juden im *Ustaša*-Staat

Es ist statistisch nicht möglich, die genaue Zahl der Juden im Unabhängigen Staat Kroatien im April 1941 zu erfassen. Die letzten genauen Angaben stammten von den Angaben zur Konfession in der jugoslawischen Volkszählung vom 31. März 1931. Danach lebten in der *Savska Banovina* (dem alten Kroatien-Slawonien ohne Syrmien) 19.575, in der *Primorska Banovina* (dem alten Dalmatien mit der Herzegowina, aber ohne die Bezirke Dubrovnik und Kotor) 578, in der *Vrbaska Banovina* (Nord- und Westbosnien) 1160 und in der *Drinska Banovina* (mit Sarajevo) 10.043. Die stärksten Konzentrationen gab es in der Stadt Agram mit 8702, im Bezirk Sarajevo mit 7726 und in der Stadt Osijek mit 2445 Juden. Nach dem Einsetzen der NS-Verfolgungsmaßnahmen in Deutschland und dem „Anschluss" Österreichs sollen mindestens 4000 Juden aus diesen Ländern nach Jugoslawien geflohen sein, sodass bei Beginn des Krieges gegen Jugoslawien mit etwa 75.000 Juden in Jugoslawien zu rechnen gewesen sein wird. Von diesen dürfte mindestens die Hälfte an den *Ustaša*-Staat gefallen sein, vermutlich rund 40.000 Juden. Gehörten die Juden in Kroatien und Slawonien überwiegend zu den Ashkenasim, so waren die bosnisch-herzegowinischen Juden überwiegend Sephardim.[2222]

Die jüdische Bevölkerung von Agram war gut in die bürgerliche kroatische Gesellschaft integriert, sprach perfekt Kroatisch und häufig auch fließend Deutsch. Die Agramer Juden waren in der Industrie und im Bankwesen tätig, besaßen Geschäfte und Restaurants und waren in Klubs und Gesellschaften vertreten. Zwar gab es immer wieder antisemitische Äußerungen in bestimmten Zeitungen und hinter vorgehaltener Hand, es gab aber keine Partei, die offen Diskriminierungs-

[2221] Vladimir Geiger, Nestanak folksdojčera (Zagreb 1997).

[2222] Publikationsstelle Wien (Hg.), Die Gliederung der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawien nach Muttersprache und Konfession nach den unveröffentlichten Angaben der Zählung von 1931 (Wien 1943).

maßnahmen gegen die Juden verlangte. Die Lage wurde erst bedrückend, als die ersten jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland eintrafen und von den Erniedrigungen und Verfolgungen im Dritten Reich erzählten. Als nach dem „Anschluss" Österreichs auch Juden aus Wien eintrafen und die pogromartigen Ausschreitungen schilderten, griff unter den Agramer Juden die Angst um sich. Nun begannen die ersten jüdischen Familien aus Agram zu emigrieren. Freilich stellten sich für viele unüberwindbar scheinende Fragen: Wie bringt man das Vermögen ins Ausland? Wie beginnt man eine neue Existenz? Wie werden die Kinder weiter studieren, ohne etwa ausreichend Englisch oder Spanisch zu können?[2223]

Die Verfolgung der Juden im Unabhängigen Staat Kroatien begann praktisch am ersten Tag der neuen Herrschaft. Die Gestapo brach in die jüdische Gemeinde in Agram ein, verhaftete die Gemeindefunktionäre und beschlagnahmte das Vermögen der Gemeinde. Die Funktionäre wurden zwar bereits am nächsten Tag freigelassen, aber das Haus blieb beschlagnahmt. Einen Tag später verhaftete die Gestapo rund 50 angesehene Agramer Juden und verschleppte sie nach Graz, wo sie vom Sicherheitsdienst verhört, nach kurzer Zeit aber wieder freigelassen wurden.[2224]

Auch das *Ustaša*-Regime begann schon frühzeitig mit Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden. Der faschistisch-nationalsozialistischen Ideologie der *Ustaša*-Bewegung entsprechend gehörten Serben, Juden, Roma sowie Kommunisten und Freimaurer zu den Hauptfeinden des „biologisch reinen" Kroatentums, sodass bereits im April 1941 schwere Verfolgungsmaßnahmen gegen diese Bevölkerungsgruppen einsetzten. So wurden in Agram Plakate mit judenfeindlichen Karikaturen ausgehängt, in den Zeitungen antisemitische Artikel abgedruckt, und im Rundfunk gab es täglich eine Sendung, die darüber berichtete, was die Juden angeblich den Kroaten zuleide getan hätten. Jüdische Geschäfte wurden gekennzeichnet, und schon am 19. April 1941 begannen Enteignungsaktionen gegen Geschäfte und Industrieunternehmen, deren Leitung *Ustaša*-Funktionären übertragen wurde. Zwar mussten die früheren Eigentümer auf der Eingangstür oder im Schaufenster ein Plakat „Jüdisches Geschäft" anbringen, aber in Agram gab es vorerst keine Plünderungen und keine Ausschreitungen. In vielen jüdischen Häusern und Wohnungen wurden deutsche Offiziere einquartiert. Nach Beschluss des „Gesetzes der Rassenzugehörigkeit und zum Schutz des arischen Blutes und der Ehre des kroatischen Volkes" am 30. April 1941, das sich am Muster der Nürnberger Gesetze orientierte, wurden bereits Mitte Mai alle jüdischen Männer dazu aufgerufen, sich und ihre Familien registrieren zu lassen. Bald nach der Registrierung gab es unter Androhung von Lagerhaft einen neuerlichen Aufruf, sich das „Judenabzeichen" abzuholen, ein Stück gelben Stoffes mit dem Davidstern und

[2223] Gespräch Daniel Wechlin mit Zeev Milo: „Wie herrenlose Hunde wurden wir gejagt". Die Vernichtung der kroatischen Juden in den Jahren 1941 bis 1945, in: NZZ, 16. Dezember 2008, 5.

[2224] Zeev Milo, Im Schatten des Dritten Reiches. Vernichtung und Überleben im Ustascha-Kroatien 1941-1945, in: zeitgeschichte 33/4 (2006) 212-219.

dem Buchstuben Ž (für *Židov*, Jude). Das Abzeichen musste sowohl auf der Brust als auch auf dem Rücken getragen werden, um von weitem als Jude erkennbar zu sein. Erzbischof Stepinac setzte bei Innenminister Artuković durch, dass die getauften Juden keinen Judenstern tragen mussten. Ein nächster Schritt war die Wegnahme von Radioapparaten und Telefonen.[2225]

Der Agramer Anwalt Edo Neufeld hielt in seinen Aufzeichnungen am 28. April 1941 den ersten Tag seiner Haft im Polizeigefängnis in der Petrinska ulica fest:

> „Bis zehn Uhr abends waren schon alle Zagreber Anwälte jüdischer Religion und Rasse, 79 an der Zahl, angesehene und unbekannte, reiche und arme, junge und würdige Großväter, hinter Schloss und Riegel. […] So verbrachten wir, die noch gestern alle in unseren Wohnungen in guten Betten schliefen, diese Nacht sitzend, beratend und […] hie und da lachend, denn es fanden sich immer Kollegen, die durch verschiedene lustige Geschichten den Mut der andern hoben.“[2226]

Sehr bald aber gab es keine lustigen Geschichten mehr, denn Neufeld sollte als einziger Agramer Anwalt der Deportation nach Jasenovac entgehen – durch Flucht nach Fiume. Die meisten seiner Kollegen und viele andere Agramer Juden mit ihren Familien wurden am 22. Juni 1941 in den Agramer Straßen mit ihrem Handgepäck gesammelt und nach Jasenovac verschleppt. – Ob das Datum nur zufällig mit dem deutschen Angriffsbeginn gegen die Sowjetunion zusammenfiel, konnte nicht eruiert werden. – Bald verlangten die *Ustaša*-Behörden von der Agramer Kultusgemeinde eine sogenannte „Kontribution“ in Höhe von 100 Millionen Dinar, damals etwa 2 Millionen US-Dollar. Um der Erfüllung der Forderung Nachdruck zu verleihen, wurden unter den Juden Geiseln ausgehoben. Und die Deportationen gingen den Sommer 1941 über weiter. Dann begannen die kroatischen Behörden, den meist mit Hilfe von kroatischen Freunden in Agram verbliebenen Juden „Passierscheine“ (*propusnice*) für die Ausreise in die erste und zweite italienische Besatzungszone auszustellen. Etwa 5000 bis 6000 Juden nützten diese Fluchtgelegenheit. Scheinbar sicher aber konnten die Juden nur in den Küstengebieten zwischen Sušak und Split sein, die an Italien angeschlossen worden waren. Hier erfuhren die geflüchteten kroatischen Juden auch Unterstützung durch den jüdisch-italienischen Verein *Delegazione per assistenzia agli emigranti*. Im Frühjahr 1943 wurden etwa 3000 Juden aus den kroatischen Küstenstädten auf der Insel Veglia (Rab) interniert, was sich bald als Glücksfall herausstellte, da nach der italienischen Kapitulation die Insel von den Partisanen

---

[2225] Ebenda; Milo, Satellitenstaat 41-43. Der wesentlichste Unterschied zwischen dem kroatischen und dem deutschen Gesetz bestand darin, dass in Kroatien Juden, die sich im Kampf um die „Befreiung“ Kroatiens besonders ausgezeichnet hatten, die „Ehren-Arierschaft“ zuerkannt werden konnte. Der wesentlichste Hintergrund lag darin, dass das Gesetz die jüdischen Frauen von *Ustaša*-Funktionären schützen sollte, so die Frauen des *Poglavnik*, des *Doglavnik* und des Kriegsministers.

[2226] Auf den Spuren der Neufelds von Zagreb nach Adliswil. Die Flucht einer jüdischen Familie während des Zweiten Weltkriegs in die Schweiz, in: NZZ, 20./21. Juni 2009, 5.

erobert wurde. Die scheinbare Sicherheit aber ging im September 1943 zu Ende, als die Deutschen – im Wettlauf mit den Partisanen – die Küstengebiete besetzten. Daher schlugen sich etwa 2800 Juden in die Partisanengebiete in der Lika, im Kordun und in der Banija durch, von denen sich etwa 800 den bewaffneten und Hilfseinheiten anschlossen; etwa 200 entkamen nach Italien.[2227]

Die italienische Haltung zur Judenverfolgung in Kroatien war ambivalent. Das Militär neigte grundsätzlich zur Hilfestellung, die zivilen Behörden eher zur Einhaltung der Bündnisverpflichtungen. So kritisierte der Oberbefehlshaber der 2. Armee, General Vittorio Ambrosio, der sein Hauptquartier in Karlovac aufgeschlagen hatte, die Gewalttaten der *Ustaše* und überging eine Anordnung der kroatischen Behörden, dass die Juden die urbanen Zentren zu verlassen hätten. Ambrosio drohte den *Ustaše* sogar mit dem bewaffneten Eingreifen, da seine Truppen nicht länger den Gräueltaten zuschauen wollten. Italienische Militärs berichteten auch, dass die regulären kroatischen Truppen „von den barbarischen und verbrecherischen Handlungen der *Ustaše* angewidert“ seien. General Roatta widersetzte sich noch im August 1942 Anforderungen kroatischer Behörden und deutscher Anfragen, Juden aus den kroatischen Gebieten zu übergeben. Sogar als Mussolini Hitler versprach, die Juden aus den italienischen Besatzungszonen nach Triest transportieren zu lassen, um sie von dort in deutsche Konzentrationslager zu deportieren, leisteten die Generäle Roatta und Pirzio-Biroli hinhaltenden Widerstand, da die Juden die einzige Bevölkerungsgruppe sei, die uns am Balkan keine Probleme bereite. Dann redeten sich die italienischen Generäle auf die schlechte Versorgungs- und Transportlage aus. Ein hoher Beamter im römischen Außenministerium, Luca Pietromarchi, spielte mit. Immer mehr kroatische Juden drängten in die von den Italienern besetzten dalmatinischen Städte, sodass etwa in Spalato ein Flüchtlings- und Sicherheitsproblem entstand. Gegenüber deutschen Nachfragen zeigte sich Roatta erst recht schwerhörig. Nach einer Besprechung mit Mussolini in Rom Anfang Dezember 1942 gab er Befehl, die Juden in italienischen Lagern zu konzentrieren, schließlich auf der Insel Arbe (Rab). Im Mai 1943 wurden die jüdischen Kinder aus den Lagern auf Arbe entlassen und nach Italien oder in die Türkei – und von dort nach Palästina – transferiert.[2228]

Der 1922 in Agram geborene Zeev Milo, dessen Vater Mühlenbesitzer war, besuchte in seiner Heimatstadt die jüdische Volksschule und anschließend das staatliche Realgymnasium. Schon vor 1941 machte er unangenehme Bekanntschaft mit dem Antisemitismus unter den Kroaten. Er führte ihn teilweise auf die Fremdenfeindlichkeit und den Neid in der Ausgleichsepoche seit 1867 zurück,

---

[2227] Milo, Satellitenstaat, 38-63; Goldstein, 1941., 414. Die Position der Juden in der italienischen Gesellschaft unterschied sich wesentlich von der in der kroatischen wie auch deutschen Gesellschaft, da etwa 43 % der Ehen von italienischen Juden interreligiös waren und viele Juden hohe Positionen im öffentlichen Dienst, in den Streitkräften und in der Industrie einnahmen. – Renzo De Felice, Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo (Torino 2008) 6.

[2228] Ruzicic-Kessler, Besatzungspolitik, 64f., 71, 192-199.

als viele Juden nach Kroatien-Slawonien einwanderten und erfolgreiche Großhändler, Industrielle, Bankiers und Intellektuelle wurden, teilweise auf den Antijudaismus der Christlichsozialen (vor allem in der Rechtspartei), teilweise auf die Not und Entbehrungen im Ersten Weltkrieg, teilweise auf die antisemitische Propaganda seit den 1930er Jahren, die unter dem Einfluss des NS-Rassenantisemitismus stand. Aus Angst, die *Ustaša*-Führung könnte Mitgliederlisten der jüdischen Gemeinde für ihre Repressionsmaßnahmen benützen, hielt sich die Familie Milo von der Gemeinde fern. Als die jüdische Jugend zum „Arbeitsdienst" eingezogen wurde, wurde Zeev Milo von seinen Eltern zu den Großeltern nach Virovitica in der Podravina geschickt. Auch dort gab es eine Erfassung der jüdischen Jugendlichen, der Bezirksarzt konstatierte jedoch für jeden von ihnen eine spezifische Krankheit, sodass sie wieder nach Hause entlassen wurden. Ein Teil der männlichen jüdischen Jugend aus Agram (etwa 300 Burschen) war aber in der Zwischenzeit auf Befehl von Eugen „Dido" Kvaternik nach Jadovno im Velebit-Gebirge geschickt worden, wo sie ein Lager aufbauen mussten und noch im Sommer 1941 erschossen wurden. Nun begannen die *Ustaše* in Agram an Hand von Listen in der Nacht in Häuser einzudringen und ganze jüdische Familien zu verhaften. Bald wurden Juden von der Polizei auch auf offener Straße gejagt und festgenommen. Zwischen Herbst 1941 und Jänner 1942 wurde es in Agram wieder ruhiger, und jüdische Jugendliche gingen sogar ohne Abzeichen ins Kino. Dann aber ging die verbrecherische Jagd erneut los. Und nun wurden auch die Juden in den Provinzstädten erfasst, ein Freikauf war kaum mehr möglich. An einem einzigen Tag im Juli 1942 wurden alle Juden in Virovitica erfasst, von den *Ustaše* in ein Durchgangslager gesteckt und dann von den Deutschen nach Auschwitz deportiert.[2229]

Im Spätsommer 1942 gelang der Familie Milo mit gefälschten Papieren die Flucht nach Novi Vinodolski in der italienischen Besatzungszone. Nach der italienischen Kapitulation meldete sich Zeev Milo wie viele andere junge Männer bei den Partisanen und führte – gemeinsam mit seinen Eltern – bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges auf der Flucht vor der Deutschen Wehrmacht ein rastloses Leben in den westbalkanischen Regionen um die Petrova Gora, in Velika Kladuša, Topusko und Glina, von wo sie 12 oder 13 mal fliehen mussten. Zwar gab es auch bei den Partisanen-Offizieren Antisemiten, aber der gemeinsame Feind – *Ustaša*, Wehrmacht und SS – erforderte die Zusammenarbeit. Bereits eine Woche nach Kriegsende konnte die Familie Milo nach Zagreb zurückkehren, erhielt aber die Mühle des Großvaters nicht restituiert. Immerhin konnte Zeev im Herbst 1945 an der Technischen Fakultät der Universität Zagreb mit einem Ingenieurstudium beginnen, das er nach der Auswanderung mit seinen Eltern nach Israel 1949 in Haifa abschloss. Zunächst Zivilangestellter, stieg er später als Berufsoffizier in der israelischen Armee in den Rang eines Obersten auf.[2230]

[2229] Milo, Satellitenstaat, 51-55; NZZ, 16. Dezember 2008, 5; Goldstein, 1941., 228-242.

[2230] Milo, Satellitenstaat, 111f., 127-134, 198f.

Die Familie Neufeld konnte im Frühjahr 1942 von Fiume nach Aprica reisen, wo sich etwa 200 Agramer Juden sammelten, um über die grüne Grenze nach Puschlav in der Schweiz zu flüchten. Dank der Mithilfe des örtlichen Kommandanten der *Carabinieri* gelang in der Nacht zum 10. September 1943 die Flucht, und vom Engadin aus gelangten die Neufelds mit der Eisenbahn nach Adliswil bei Zürich, wo sich damals in den Fabrikhallen der Mechanischen Seidenstoffweberei das landesweit zweitgrößte Auffanglager für Flüchtlinge befand. Nun galt auch für die Neufelds ein Bundesratsbeschluss vom 12. März 1940, der für Zivilflüchtlinge Einsätze in Arbeitslagern vorsah, für Kinder unter 16 Jahren die Unterbringung bei Pflegefamilien oder in Kinderheimen. Nach dem Kriegsende wurde die Familie in ihre Heimatstadt zurücktransportiert, fand ihre geplünderte Wohnung aber von einem Partisanen-Kommandanten besetzt vor. Die Familie reiste zu Edo Neufelds Bruder nach Belgrad weiter, wo der Anwalt einen tödlichen Herzanfall erlitt. Seine Gattin kehrte mit ihren beiden Töchtern nach Zagreb zurück, von denen die eine in die Schweiz, die andere nach Australien auswanderte.[2231]

Hitler hatte bereits im Juli 1941 Marschall Kvaternik, der zu Besuch in die Wolfsschanze gekommen war, verdeutlicht, dass er „keinen Juden mehr in Europa“ dulden wolle; „wohin man die Juden schicke, nach Sibirien oder nach Madagaskar, sei gleichgültig.“[2232] Daraufhin begannen in den Sommermonaten 1941 Massendeportationen von Juden in die Konzentrationslager auf der Insel Pag, in Gospić und am Velebit. Der Deutsche General in Agram teilte Anfang August 1941 in einem Lagebericht mit: „Judenfrage sehr verschiedentlich gelöst, verhältnismäßig gründlich in Agram, dagegen fast gar nicht in Sarajevo und Ostbosnien, wo zumal wohlhabende Juden noch frei vorhanden.“[2233]

Das KZ Jasenovac, etwa 100 km südöstlich von Agram gelegen, wurde im August 1941 eingerichtet. Das *Ustaša*-Regime ließ Serben, Juden, Roma und sogar Kroaten dorthin deportieren, die Wachmannschaft wurde hauptsächlich von *Ustaše* gestellt, unter ihnen der berüchtigte Franziskaner Miroslav Filipović-Majstorović, der viele Gefangene mit eigener Hand ermordete. Ab dem Herbst 1941 drangen entsetzliche Nachrichten aus dem KZ Jasenovac bis nach Agram durch. Die Insassen müssten bis zur Erschöpfung arbeiten; die Erschöpften würden mit Rammböcken ermordet und in die Save geworfen. Bei Kriegsende waren noch mehr als 2000 KZ-Insassen am Leben; um aber ihre Befreiung durch die anrückenden Partisanen zu verhindern, ermordeten die *Ustaše* die meisten von ihnen. Etwa 600 hatten einen Ausbruchsversuch unternommen, den nur 84 überlebten.[2234]

[2231] NZZ, 20./21. Juni 2009, 5. Vgl. Aufzeichnungen von Edo Neufeld, Gattikon bei Thalwil, Dezember 1943, Holocaust-Dokumentationszentrum Yad Vashem, Jerusalem.

[2232] Michael Schwartz, Ethnische „Säuberung“ als Kriegsfolge: Ursachen und Verlauf der Vertreibung der deutschen Zivilbevölkerung aus Ostdeutschland und Osteuropa 1941 bis 1950, in: DRZW 10/2, 509-656, hier 549.

[2233] Lagebericht Dt. Gen. in Agram, Glaise-Horstenau, 9. August 1941, BA/MA, RH 31 III/2, zitiert nach: Manoschek – Safrian, Österreicher, 343.

[2234] Encyclopedia of the Holocaust, 280f.; Milo, Schatten, 217.

Als das Auswärtige Amt im November 1941 in Agram anfragen ließ, was mit den kroatischen Juden in Deutschland geschehen solle, antwortete der Gesandte Kasche: „Kroatische Regierung dankt für die Geste hinsichtlich in Deutschland lebender Juden kroatischer Staatsangehörigkeit. Sie wäre aber für die Abschiebung dieser Juden aus Deutschland nach dem Osten dankbar." Daher konnte auf der berüchtigten Wannsee-Konferenz festgestellt werden: „In der Slowakei und Kroatien ist die Angelegenheit [der Deportation der Juden, Erg. Suppan] nicht mehr allzu schwer, da die wesentlichen Kernfragen in dieser Hinsicht dort bereits einer Lösung zugeführt wurden."[2235]

Zwischen dem 13. und 24. August 1942 wurden die Juden aus Agram, Esseg und Bosnien zusammengefasst und in vier großen Transporten in die Vernichtungslager im Generalgouvernement deportiert. Insgesamt waren es 4792 Jüdinnen und Juden, die auf Auschwitz, Sobibor und Treblinka aufgeteilt wurden; nur wenigen gelang mit Unterstützung durch Kroaten ein Überleben.[2236] Nachdem der kroatische Außenminister Lorković im Herbst 1942 mit den deutschen Behörden ein Abkommen abgeschlossen hatte, dass die Juden zur „Endlösung" nach Polen transportiert werden sollten – und die Kroaten den Deutschen für jeden Juden sogar 30 RM „Behandlungsspesen" zahlten –, begannen die Transporte nach Auschwitz.[2237] Ab Jänner 1943 bereitete die Generaldirektion für öffentliche Ordnung und Sicherheit in Agram gemeinsam mit dem SS-Bevollmächtigten Franz Abromeit einen noch umfangreicheren Transport der noch im NDH verbliebenen Juden nach Auschwitz vor. Begleitet von einer antisemitischen Propagandakampagne begann Ende April 1943 die Deportation von etwa 1600 Juden nach Auschwitz, die am 3. Mai 1943 abgeschlossen war. Die meisten deportierten Juden stammten aus Zagreb, unter ihnen der Oberrabbiner Miroslav Šalom Freiberger, die populäre Künstlerin Lea Deutsch und der Vorstand der jüdischen Gemeinde von Zagreb, Hugo Kohn. Soweit bekannt, überlebte aus dieser Gruppe niemand das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau.[2238]

Als Pavelić am 26. April 1943 Hitler im Schloss Klessheim bei Salzburg besuchte, schnitt Hitler sogar beim Mittagessen das „Judenthema" an. Der ebenfalls anwesende Glaise-Horstenau resümierte:

> „Dass an allem die Juden schuld seien und daher völlig ausgerottet werden müssten, ist ihm [Hitler, Anm. Suppan] zur fixen Idee geworden, die ihn offenbar Tag und Nacht nicht verlässt und zu stets neuem Fanatismus aufstachelt. Ich meinte zu dem in meiner Nähe sitzenden Staatsminister Meißner schließlich: ‚Es wäre doch gut, wenn der Führer einmal aufhörte, denn sein Gegenüber, der *Poglavnik*, ist mit einer Halbjüdin verheiratet, und ihre Schwester hat wieder einen Juden zum Mann!' Gleichzeitig wurde mir völlig klar, wie sehr der Hass Hitlers gegen das

[2235] ADAP, E, Bd. I, 272; NIŽŇANSKÝ, The discussions, 113.

[2236] GOLDSTEIN, 1941., 409.

[2237] Gesandter Kasche telegraphierte nach Berlin: „Finanzminister Košak hat sich am 9. 10. 42 bereit erklärt, dem Deutschen Reich für jeden ausgesiedelten Juden RM 30,- zur Verfügung zu stellen." – ADAP, E, Bd. IV, 83.

[2238] GOLDSTEIN, 1941., 61f.

Judentum hinter allem stand, was gemacht worden ist, und versöhnliche Gesten in Einzelfällen beinahe ausgeschlossen sind."[2239]

Die *Ustaše* deportierten schließlich die Mehrzahl der knapp 40.000 kroatisch-slawonischen und bosnisch-herzegowinischen Juden in das KZ Jasenovac an der Save, das etwa 25.000 nicht überlebten, mindestens 5000 nach Auschwitz, Treblinka und Sobibor, sodass etwa 30.000 bis 35.000 gewaltsam zu Tode kamen. 4572 namentlich bekannte Juden und Jüdinnen kämpften auf der Seite der Partisanen, davon ca. 3000 in Kampfeinheiten; 1318 jüdische Partisanen fielen; etwa 2000 Jüdinnen und Juden überlebten den Krieg im Gebiet der Lika, des Kordun und der Banija, etwa 200 auf der Insel Rab.[2240]

Der totale Krieg in Kroatien und Bosnien-Herzegowina 1941-1945

Im Vergleich der Intensität der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Besatzungstruppen und Widerstandsformationen wurden im Verlauf des Zweiten Weltkrieges Bosnien-Herzegowina sowie die angrenzenden westkroatischen, dalmatinischen und montenegrinischen Gebiete einschließlich der Region des Sandžak die am heftigsten umkämpften Regionen in ganz Südosteuropa und rangierten auch in einer europäischen Gegenüberstellung gleich nach Weißrussland, der westlichen Ukraine und dem östlichen Polen und vor Serbien (nach 1941), Griechenland, Slowenien, der Slowakei und dem Protektorat. Allein in Bosnien-Herzegowina kamen über 300.000 Menschen gewaltsam ums Leben, von denen die Mehrheit Serben und Zivilisten waren[2241], und allein in Bosnien-Herzegowina wurden Hunderte Dörfer zerstört und Hunderttausende Menschen gewaltsam vertrieben, sodass ganze Gegenden „ethnisch gesäubert" wurden. Daher stellt sich die Frage, ob es jenseits der Vernichtung des Großteils der Juden auch noch andere Genozide gegeben hat. Die Ursachen für Massenmord, Widerstand und Vergeltung waren jedenfalls mehrdimensional und lassen sich wie folgt zusammenfassen:

2239 Broucek, Glaise-Horstenau, 208.

2240 Milo, Satellitenstaat, 12; Goldstein, 1941., 409, 414. Ein an Deportationen von Juden und Serben beteiligt gewesener Offizier der *Ustaša*-Polizei, Milivoj Ašner, wurde erst am 30. Juni 2004 vom Simon Wiesenthal Center in Jerusalem enttarnt. Bereits einen Tag später flüchtete er von Kroatien nach Österreich, wo er bis heute in Klagenfurt lebt. Kroatische Auslieferungsanträge wurden von den österreichischen Behörden abgewiesen, da er für einen Prozess angeblich nicht gesund genug sei. – FAZ, 10. Juli 2007, 33.

2241 Žerjavić berechnete für Bosnien-Herzegowina folgende Kriegsopferzahlen: 164.000 Serben, 75.000 Muslime, 64.000 Kroaten, 9000 Juden, sowie je 1000 Deutsche, Roma, Polen und Russen. – Vladimir Žerjavić, Gubici stanovništva Jugoslavije u drugom svjetskom ratu (Zagreb 1989) 61; Schmider, Kriegsschauplatz, 1011, schätzt die deutschen und italienischen Verluste von April 1941 bis September 1944 auf 31.000 bis 32.000 Gefallene und Vermisste, wobei er für beide Besatzungstruppen etwa gleich hohe Verluste annimmt.

1) Bosnien-Herzegowina, Westkroatien, das Hinterland der dalmatinischen Küste, Montenegro und der Sandžak gehören zu den gebirgigsten und verkehrstechnisch unzugänglichsten Regionen Südosteuropas. Entlang der Adriaküste verläuft das Dinarische Gebirge (Velebit, Dinara), an das nach Osten hin weitere Gebirgsstöcke wie Grmeč, Kozara, Klekovača, Vitorog, Raduša, Bjelašnica und Durmitor anschließen. Diese Gebirgslandschaft wird von tief eingeschnittenen Flüssen durchzogen, die überwiegend nach Norden zur Save entwässern (Una, Vrbas, Bosna, Drina, Tara und Lim); als größerer Fluss durchbricht nur die Neretva das Dinarische Gebirge nach Westen und mündet in die Adria. Zwischen den Gebirgszügen befinden sich größere und kleinere Poljen (Lika, Krbava, Livanjsko polje, Glamočko polje, Duvansko polje, Nevesinjsko polje, Zeta), die ob ihrer Abgeschiedenheit und ihrer Fruchtbarkeit für die Partisanenbewegung von besonderer Bedeutung waren, da sie immer wieder unter Versorgungsengpässen litt.[2242] Im gesamten Gebiet gab es nur wenige normalspurige Eisenbahnen (Zagreb–Karlovac–Ogulin–Rijeka, Ogulin–Knin–Split), die meisten Bahnlinien waren Schmalspurlinien aus der k.u.k. Epoche (Vrpolje–Doboj–Zenica–Sarajevo, Doboj–Banja Luka–Prijedor–Bihać–Knin, Sarajevo–Mostar–Metković–Dubrovnik–Herceg-Novi). Auch für Motorfahrzeuge befahrbare Straßen gab es nur wenige (Karlovac–Rijeka, Rijeka–Senj–Karlobag–Zadar–Split–Dubrovnik, Bosanska Gradiška–Banja Luka–Jajce–Travnik–Sarajevo, Sarajevo–Mostar–Opozen, Županja–Tuzla–Sarajevo, Sarajevo–Foča–Trebinje–Dubrovnik, Sarajevo–Goražde–Višegrad–Užice, Užice–Prijepolje–Bijelo Polje–Podogorica–Virpazar, Bijelo Polje–Andrijevica–Peć). Daher kam diesen bei militärischen Operationen einerseits große Bedeutung zu, andererseits blieben weite Gebiete für moderne Verkehrsmittel unzugänglich. Dies kam natürlich viel stärker den heimischen Widerstandsbewegungen als den fremden Okkupationsmächten zugute, die fallweise Flugzeuge einzusetzen versuchten.[2243]
2) Wie Hitler ein „judenfreies" Europa anstrebte, so strebte Pavelić ein „serbenfreies" Kroatien an. Ein wesentlicher Unterschied lag allerdings darin, dass die *Ustaša*-Führung zwischen Serben unterschied, die – obwohl Angehörige der „griechisch-orientalischen" Kirche – nach ihrer Ansicht „eigentlich" Kroaten waren, und „echten" (blutsmäßigen) Serben, die „unrechtmäßig" auf „kroatischem" Territorium lebten. Während für die Serben „kroatischer Abstammung" eine „Rekroatisierung" und „Rekatholisierung" vorgesehen war, sollten die „echten" Serben umgesiedelt, vertrieben oder vernichtet werden. Dem Verbot der kyrillischen Schrift, der „Reinigung" der kroatischen Sprache von serbischen und anderen fremden Elementen, der Entlassung von Serben

---

[2242] Vgl. Befragung von GM Vladimir Velebit durch Klaus Schmider, Zagreb, 9./10. Mai 1998, in: SCHMIDER, Kriegsschauplatz, 1009f.

[2243] Vgl. Österreichisches Ost- und Südosteuropa-Institut (Hg.), Atlas der Donauländer, Topographische Karte, Ausgabe B, red. Josef Breu (Wien 1970).

aus dem öffentlichen Dienst, dem Verbot serbischer Vereine und Organisationen folgten Schließung und Zerstörung zahlreicher serbischer Kirchen und Klöster. Allein im Gebiet der früheren kaiserlichen Militärgrenze – vor allem in der Lika, im Kordun und in der Banija – wurden 172 orthodoxe Kirchen zerstört. Ungezählte serbisch-orthodoxe Priester, unter ihnen der Agramer Metropolit Dositej, verschwanden in Gefängnissen und Konzentrationslagern, viele für immer. Parallel zu diesen Verfolgungsmaßnahmen entfaltete sich ein starker katholischer Missionseifer, der den Episkopat vor ein unlösbares Dilemma stellte: Einerseits war dem höheren Klerus durchaus bewusst, dass der Glaubenswechsel zum Katholizismus nicht aus Überzeugung, sondern unter Druck erfolgte, andererseits konnte er nicht ignorieren, dass die sogenannten „Zwangstaufen" – die Orthodoxen waren natürlich ebenso wie die Katholiken getauft, und das Sakrament der Taufe konnte kirchenrechtlich nicht zweimal empfangen werden – den Betroffenen eine Überlebenschance boten.[2244]

3) Parallel zu diesen unkoordinierten Vertreibungen setzte bereits im Frühjahr 1941 der Massenmord an den Serben in zahlreichen Orten und verschiedenen Konzentrationslagern ein. An den Mordaktionen der *Ustaše* beteiligten sich auch (ehemalige) katholische Geistliche und bosnische Muslime. So dürften in Kroatien und Bosnien-Herzegowina an die 320.000 Serben in dem von Hitler geduldeten Völkermord der *Ustaše* und in den nachfolgenden Bürgerkriegen ums Leben gekommen sein. Etwa 80.000 Serben wurden in den Vernichtungslagern Jasenovac und Stara Gradiška ermordet. Anfang 1943 präsentierte Pavelić dem deutschen Diplomaten Veesenmayer folgendes mörderische Kalkül:

> „Zur Gründungszeit des Staates hatten wir etwa 30 % Serben, nun haben wir durch die Verdrängung und Massakrierung nur noch 12-15 %. Die in diesem Zusammenhang erfolgten Exzesse haben irgendwie doch für den kroatischen Staat positive Auswirkungen gehabt."[2245]

4) In Anlehnung an Ante Starčević, den Schöpfer der Rechtspartei-Ideologie, deklarierte Pavelić die etwa 900.000 bosnisch-herzegowinischen Muslime zum „reinsten Teil" der kroatischen Nation. Infolge dieser Vereinnahmung durch die *Ustaše* zogen sich diese Muslime fast zwangsläufig die erbitterte Gegnerschaft der serbischen Nationalisten zu und gerieten zwischen die Mühlsteine der großkroatischen und großserbischen Extremisten. Einflussreiche muslimische Politiker versuchten ihrerseits, die NS-Führung für eine Abspaltung Bosnien-Herzegowinas vom *Ustaša*-Staat zu gewinnen. Zwar stimmte Himmler einer Zusammenarbeit zwischen Nationalsozialismus und Islam zu und ließ eine muslimische SS-Division aufstellen, aber Hitler lehnte eine Veränderung

---

2244 SUNDHAUSSEN, Geschichte Serbiens, 316f.

2245 Martin ZÖLLER – Kazimierz LESZCZYŃSKI (Hgg.), Fall 7. Das Urteil im Geiselmordprozess, gefällt am 19. Februar 1948 vom Militärgerichtshof V der Vereinigten Staaten von Amerika (Berlin [Ost] 1965) 35; zitiert nach: SUNDHAUSSEN, Geschichte Serbiens, 318.

der Grenzen von 1941 ab. Nun wurden die Muslime von den *Ustaše* als „Verräter“ an der kroatischen Nation eingestuft und verfolgt.[2246]

5) Sowohl der Zulauf zu den *Četnici* als auch der zu den Partisanen speiste sich aus dem historisch bedingten Rebellentum der Serben in der Banjia, in der Lika, im Kordun, in Nordwest-Bosnien, im Hinterland von Dalmatien, in der südlichen Herzegowina und in Montenegro. Jahrhundertelang waren diese Gebiete zwischen den Habsburgern, den Osmanen und den Venetianern umkämpft gewesen.[2247] Dass sich in den meisten dieser Regionen bereits 1941 ein Volksaufstand gegen die *Ustaše* und die italienische Besatzungsmacht erhob, würdigte Tito im Dezember 1942 in einem Artikel im *Proleter*:

> „Das serbische Volk hat den allergrößten Beitrag an Blut und im Kampf gegen die Okkupanten und ihre verräterischen Lakaien, nicht nur Pavelić, Nedić, Pećanac, sondern auch gegen Draža Mihailović und seine Tschetniks geleistet und leistet ihn immer noch – für die volle Freiheit und Unabhängigkeit aller Völker Jugoslawiens. Das serbische Volk wünscht nicht, dass das alte System wiederkehrt, so wie es weder die Kroaten noch die Slowenen noch die Mazedonier noch die Montenegriner noch die Muslimanen wünschen. Das serbische Volk weiß sehr wohl, wodurch es zur nationalen Tragödie kam und wer der Hauptschuldige ist. Deswegen kämpft es so heldenhaft und verachtet die Verräter aus den eigenen Reihen. Es ist deswegen die heilige Pflicht aller übrigen Völker Jugoslawiens, mindestens in einem solchen Ausmaß, wenn nicht auf noch breiterer Basis, zusammen mit dem serbischen Volk an diesem großen Befreiungskrieg teilzunehmen, gegen die Okkupanten und alle ihre Lakaien.“[2248]

Dass auch viele *Četnici* gegen die *Ustaše* kämpften, wollte Tito nicht zugeben.

6) Schließlich sei daran erinnert, dass sich Deutschland und Italien Bosnien-Herzegowina entlang einer Demarkationslinie – die westlich von Zagreb begann und südlich von Sarajevo endete – in zwei Einflusssphären geteilt hatten und sich mit ihren Besatzungstruppen immer intensiver in die bewaffneten Auseinandersetzungen einzuschalten begannen. Anfänglich gab es auf italienischer Seite die über 200.000 Mann zählende 2. Armee unter GO Vittorio Ambrosio, auf deutscher Seite lediglich die noch in Aufstellung begriffene 718. Infanteriedivision. Als im Sommer 1941 die Aufstandsbewegungen in den serbischen Siedlungsgebieten einsetzten, stellte die italienische Armee Ende Juli ihre fast schon abgeschlossene Rückzugsbewegung an die Küste und die annektierten Gebiete Nord- und Mitteldalmatiens (= Zone I) ein und begann mit einer erneuten Totalbesetzung der Zone II (= demilitarisierte Zone: Kroatisches Küstenland, Hinterland von Dalmatien, westliche und östliche Herzegowina), dann der Zone III (westliches Bosnien, nördliche Herzegowina). Damit gingen aber

---

2246 Ebenda.

2247 Vgl. Drago ROKSANDIĆ – Nataša ŠTEFANEC (eds.), Constructing Border Societies on the Triplex Confinium (Budapest 2000); Drago ROKSANDIĆ, Triplex confinium ili o granicama i regijama hrvatske povijesti 1500-1800. (Zagreb 2003).

2248 DJILAS, Partisanen, 268f.

auch eine Entmachtung der kroatischen Organe und eine Flucht der *Ustaša-* und *Domobrani*-Einheiten in die deutsche Einflusszone einher.[2249]

Der Vorsitzende des Gesetzgebenden Rates im ersten Pavelić-Kabinett, Milovan Žanić, forderte bereits in einer Rede am 2. Mai 1941 die *Ustaše* zu gewalttätigem Vorgehen auf:

> „Ustashas, hear this. I am speaking openly. This state, this homeland of ours, must be Croatian and no one else's. Therefore, those who have come here must also leave. Developments over the centuries and especially during the last twenty years have shown that no compromise is possible in this respect. This must be the land of the Croats and no one else's. There is not method that we, as Ustashas, will not use to make this land truly Croatian and to cleanse it of Serbs who have endangered us through the centuries and would endanger us again at the first opportunity. […]“[2250]

Die Aufstandsbewegungen in Bosnien-Herzegowina und die Spirale der Gewalt mit „ethnischen Säuberungen“ und genozidalen Pogromen wurden im NDH nicht von den deutschen oder italienischen Besatzungstruppen in Gang gesetzt, sondern von Formationen der *Ustaša*-Miliz, die bereits ab Ende April 1941 eine Reihe von serbischen Siedlungsgebieten heimzusuchen begannen. So wurden in der Nähe von Bjelovar 184 serbische Bauern erschossen, in Blagaj fast 250, in Glina etwa 300. Im Juni griffen die Massenmorde auf die Herzegowina über, auf die Gegend von Gacko, auf den Bezirk Stolac und auf Čapljina, weiters auf Knin, Sinj und Drniš in Norddalmatien. Am 1. Juli 1941 wurden im Dorf Suvaj bei Gračac etwa 300 Männer, Frauen und Kinder umgebracht, am 24. und 25. Juli im Dorf Grabovac etwa 1200 Personen. Daher kämpfte die *Četnik*-Bewegung in Bosnien und der Herzegowina anfänglich ausschließlich für die Abwehr der Verfolgung und Ausrottung. In den Dörfern überwogen auch die alten patriarchalischen Werte gegenüber einem großserbischen Chauvinismus. So ergab sich für die Serben des NDH eine Notwehrsituation, an die wohl kaum ein seinerzeit an der Haager Landkriegsordnung (HLKO) mitwirkender Kriegsvölkerrechtler gedacht haben mag. Zweifellos erfüllten vor dem Herbst 1942 nur wenige Partisanen- und *Četnik*-Einheiten die Anforderungen der HLKO hinsichtlich eines Kombattantenstatus. Immerhin war die Mihailović-Organisation als bewaffneter Arm der jugoslawischen Exilregierung in London anerkannt, was Tito erst ab Ende Mai 1943 schrittweise erreichte.[2251]

[2249] Schmider, Kriegsschauplatz, 1012.

[2250] Tomasevich, Occupation, 391f.

[2251] Milo, Satellitenstaat, 77f.; Schmider, Kriegsschauplatz, 1071, ist sogar der Meinung, dass die von der HLKO an den Kombattantenstatus gestellten Bedingungen „Partisanen wie Četniks zumindest vor dem Spätsommer 1944 nur in Einzelfällen erfüllt haben dürften“. Die wesentlichsten Bedingungen waren: 1. die Existenz einer Kommandostruktur; 2. das Vorhandensein einer rudimentären Uniformierung; 3. das offene Tragen der Waffen; 4. die Achtung der Gesetze und Gebräuche des Krieges. Diese Bedingungen, abgesehen von der einheitlichen Uniformierung, waren jedoch bei den Partisanen schon ab Herbst 1942 erfüllt, bei den bosnisch-herzegowinischen *Četnici* ab Frühjahr 1943.

Als Titos Partisanen im Februar 1942 in Foča am Oberlauf der Drina eingetroffen waren, war die Stadt noch nicht zerstört. Aber die übrig gebliebenen Bewohner – Greise, Frauen und Kinder – verließen nur selten ihre Häuser, ihre Gesichter zeigten stumpfe Gleichgültigkeit, alle waren in Lumpen und altes Zeug gekleidet. Sie erzählten von grauenvollen Massakern, über die Đilas notierte:

„Im Sommer 1941 hatten zuerst die Ustaschas, unter denen es ziemlich viel moslemisches Lumpengesindel gab, die Serben ermordet; dann wurde das Städtchen von den Tschetniks eingenommen, die als Fortsetzung nun die Moslems ermordeten. […] In Foča hatten die Ustaschas die einzigen Söhne von zwölf angesehenen serbischen Familien hingemordet; im Dorf Miljevina schlachteten sie Serben über einem Bottich – vermutlich um ihn mit Menschenblut statt mit Treber zu füllen. Die Tschetniks wieder brachten gruppenweise gefesselte Moslems auf der Drina-Brücke um und warfen die aneinandergeketteten Leichen in den Fluss. Viele Genossen haben solche Gruppen von Leichen gesehen, die an einem Felsen oder an Baumwurzeln hängengeblieben nun in der Strömung hin und her trieben; die Familien der Ermordeten erkannten sogar ihre Angehörigen.“[2252]

Es hieß, in der Gegend von Foča seien 400 Serben und 3000 Muslime ermordet worden. Nach der Verwüstung einer großen Zahl von Dörfern zu urteilen, meinte aber Đilas, dass auch weit mehr Serben ermordet worden seien. An möglichen Motiven hielt er fest:

„Die Serben waren mit System getötet worden: zuerst die Honoratioren und Wohlhabenderen; dann der Reihe nach der Rest. Ausgeführt wurden die Morde von kleinen Gruppen Deklassierter und Gescheiterter, angeführt zumeist von Ustascha-‚Heimkehrern' aus der Emigration in Italien oder Ungarn oder von Ustascha-Funktionären: einzelne Menschen, politische Bewegungen und skrupellose Machtgruppen hatten sich in diesen Tagen das Morden und Ausrotten von anderen Religionen und Völkern zum Ziel gesetzt und zu ihrer Vision gemacht.

Den von den Tschetniks an den Moslems begangenen Massakern lagen zumindest anfangs Elemente der Rache und der Verbitterung zugrunde, zumindest bei den Bauern und jenen, deren Angehörige von den Ustaschas getötet worden waren. Die Kommunisten, noch schwach, doch über die Massaker an den Serben entsetzt, kollaborierten anfangs mit den Tschetniks und bemühten sich, sie von einer ‚Bestrafung' aller Moslems und Kroaten abzubringen. Aber bei den Tschetniks gewannen mehr und mehr Offiziere die Oberhand, die ‚höhere', ‚nationale' Ziele durch Ausrottung der Moslems verfolgten.“[2253]

Bereits im August 1941 war bei der deutschen Informationsstelle in Agram ein alarmierender Bericht eines offensichtlich hochrangigen deutschen V-Mannes über seine Reise durch Bosnien eingelangt:

„Die dortige Situation lässt nur allzudeutlich die Schwäche des gegenwärtigen Regimes und dessen geringe Verankerung in der Bevölkerung erkennen“, stellte er gleich einleitend fest. Anfang August sei es in Bosnien zu einer Reihe von schweren Zwischenfällen gekommen, wobei im Gebiet von Drvar von einer „recht beachtlichen Aufstandsbewegung“ gesprochen werden konnte, die durch die Entlassung von 240 Arbeitern seitens der *Ustaša* ausgelöst worden sei. Auch im Gebiet von Višegrad an der mittleren Drina sei es zu Kämpfen mit Banden gekommen,

2252 Djilas, Partisanen, 186, 188.
2253 Ebenda, 187.

in Sarajevo selbst zu einem Bombenanschlag auf dem Hauptbahnhof. Hingegen konnte in den vier von Kroatien besetzten Sandžak-Bezirken, die vorwiegend von Serben und Muslimen besiedelt seien, nach Einführung der Militärverwaltung die Ruhe wiederhergestellt werden. Die verschiedenen Aufstandsversuche und Sabotageakte seien keineswegs „als rein kommunistische Aktionen" zu bezeichnen, obwohl eine „weitreichende kommunistische Agitation" bestehe und „bei nicht unerheblichen Bevölkerungsschichten eine sich verstärkende kommunistische Anfälligkeit" festzustellen sei. Nach Aussage des kommissarischen Kommandanten der *Ustaša*-Miliz in Sarajevo habe sogar die im Lande verbliebene Führung der Kroatischen Bauernpartei an ihre Mitglieder die Weisung ausgegeben, sich der kommunistischen Bewegung anzuschließen, eine Feststellung, die der V-Mann mit der Bemerkung quittierte, dass die *Ustaša*-Bewegung bisher nicht imstande war, die Bauernpartei zu aktiver Mitarbeit zu bewegen.

Es lasse sich nicht leugnen, dass breite Schichten der Bevölkerung Kroatiens mit der Politik des heutigen Regimes unzufrieden seien und dass sich diese Unzufriedenheit ständig verstärke. Zu den Unzufriedenen gehörten natürlich in erster Linie die Angehörigen der serbischen Volksgruppe. Zu den Unzufriedenen gehörten aber auch die „Muselmanen", „die in ihrer überwiegenden Mehrheit das Regime vielleicht gegenwärtig noch nicht ablehnen, aber keineswegs bereit sind, sich mit diesem Regime zu identifizieren". Das Regime werde aber auch von einem „nicht unbeachtlichen Teil der kroatischen Bevölkerung abgelehnt, und zwar nicht nur von Anhängern der Maček-Partei, sondern auch von kroatischen Nationalisten, sogar von alten Anhängern der *Ustaša*". „Gerade diese Kreise sind es, die die bisherige Serben-Politik der Regierung tadeln, vor allem die ständigen Übergriffe der *Ustaša*-Miliz, die abzustellen der Regierung trotz allen scharfen Drohungen nicht gelungen ist."[2254]

Der Kommandeur der kroatischen Division in Sarajevo, Oberst Blašković, und der *Doglavnik* von Sarajevo, Dr. Sunarić, bezeichneten gegenüber dem deutschen V-Mann die Situation als unhaltbar. Sie hätten daher beschlossen, „zum *Poglavnik* zu fahren, um ihn und Marschall Kvaternik über den wahren Stand der Dinge zu informieren und beiden dringend eine Änderung des Regimes, zumindest für Bosnien, ans Herz zu legen". Sie wollten die sofortige Einführung der Militärverwaltung fordern, „wie sie zur Zeit der österreichisch-ungarischen Herrschaft bestanden" und an die sich die Bevölkerung gewöhnt habe. Bevor sie jedoch ihre Wünsche und Beschwerden Pavelić und Kvaternik hätten vortragen können, sei Innenminister Artuković mit weitestgehenden Vollmachten zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung nach Bosnien entsandt worden. Der *Poglavnik* habe sowohl die Einführung der Militärverwaltung als auch die Eingliederung der *Ustaša*-Formationen in die Armee abgelehnt, worauf Blašković um Entbindung von seinem Kommando ersucht habe, was vorläufig ebenfalls abgelehnt worden sei.[2255]

In der Zwischenzeit war am 13. Juli 1941 im lediglich von einer italienischen Infanteriedivision besetzten ehemaligen Königreich Montenegro ein elementarer Volksaufstand ausgebrochen, von dem selbst die KPJ überrascht wurde. Die Aufständischen eroberten zahlreiche Militärposten und einige Kleinstädte. Tito entsandte noch aus Belgrad den gebürtigen Montenegriner Đilas, um die Führung der

[2254] RAM an Ges. Benzler, Berlin, 12. August 1941, HIA, Tomasevich papers, box 3 (Benzler collection).

[2255] Ebenda.

Aufstandsbewegung der KPJ zu unterstellen. Eine starke italienische Gegenoffensive ab August 1941 und Auseinandersetzungen innerhalb der Widerstandsbewegung führten dann im Dezember 1941 zur Spaltung und zu einer Annäherung ihrer antikommunistischen Teile, der *Četnici*, an die italienische Besatzungsmacht. Tatsächlich gelang es in dieser Kollaboration, im Juni 1942 die Kommunisten aus Montenegro zu vertreiben.[2256]

Der italienische Hochkommissar von Montenegro, Generaloberst Alessandro Pirzio-Biroli, hatte seinen Soldaten Befehle gegeben, die offensichtlich gegen das Kriegsvölkerrecht verstießen:

> „An euch, die ihr die tausende Jahre römische Zivilisation brachtet. […] dieser Feind hat mit feiger und hinterhältiger Aggression geantwortet, indem er eure Brüder geschlachtet hat. […] Sie lehnen die römische Zivilisation im Namen der Sichel und des Hammers ab, sie hassen unsere rassische Überlegenheit und die Überlegenheit unserer Ideale aus demselben Grund, der das Böse gegen das Gute treibt. […] Ihr tragt denselben Kampf aus, den das lateinische Blut unter dem Banner des Markuslöwen und später zusammen mit den Legionären von Fiume, unter der Flagge des Comandante, geführt hat. Ihr kämpft am Balkan für Italien, um den Besitz der adriatischen Küste von Korfu bis Triest zu sichern. Zeigt diesen Barbaren, dass Italien, die Lehrerin und Mutter der Zivilisation, auch nach den unbestechlichen Gesetzen der Justiz zu bestrafen weiß. Es muss für jeden gefallenen Kameraden das Leben von zehn Rebellen genommen werden. […]“[2257]

Tatsächlich umzingelten italienische Soldaten montenegrinische und dalmatinische Dörfer, ermordeten alle Männer – einschließlich des Popen –, töteten sämtliches Vieh, brannten alle Häuser nieder und führten mit Lastwagen die Kartoffeln weg. Am 12. Juli 1941 gab es wegen der Tötung von 16 italienischen Soldaten einen Revancheakt gegen das Dorf Podhum im Hinterland von Fiume, bei dem 108 „Rebellen“ und Mitwisser erschossen wurden. Nachdem eine italienische Autokolonne angegriffen worden war, wobei 14 Soldaten starben, sieben verwundet wurden und sechs weitere in die Hände von Partisanen fielen, wurden am 16. November 1942 das Küstenstädtchen Primošten sowohl vom Land aus als auch aus der Luft und von Schiffen aus angegriffen, sodass 150 starben und 200 gefangengenommen wurden. Am 13. März 1943 wurde ein italienische Autokolonne bei Čabar von Partisanen angegriffen, konnte jedoch bei geringen eigenen Verlusten die Partisanen vertreiben. Dennoch wurde Befehl gegeben, das Vieh zu requirieren und den Ort niederzubrennen.[2258]

Als im Herbst 1941 vor Sarajevo zwei deutsche Soldaten im Kampf gegen Partisanen fielen und einige verwundet wurden, forderte General Böhme – aus der Sicht Glaise-Horstenaus „leider ein Österreicher“, der „in Serbien als Bevollmächtigter General sein Unwesen trieb“ – den Deutschen General in Agram auf,

---

[2256] Schmider, Kriegsschauplatz, 1012; Djilas, Partisanen, 25-75.

[2257] Constantino Di Sante, Italiani senza onore. I crimini in Jugoslavia e i processi negati (1941-1951) (Verona 2005) 82f.; Ruzicic-Kessler, Besatzungspolitik, 231.

[2258] Alessandra Kersevan, Lager italiani; pulizia etnica e campi di concentramento fascisti per civili jugoslavi 1941-1943 (Roma 2008) 57-764; Ruzicic-Kessler, Besatzungspolitik, 230-233.

„schlüsselgemäß 650 Geiseln [?, im Original] erschießen zu lassen; hätte ich keine auf Lager, dann würde er mir aus Niš oder Belgrad geeignetes Material schicken. [...] Ich lehnte ab und konnte mich nicht enthalten zurückzufragen, ob man mir nicht überhaupt Pariser Kommunisten zum Erschießen auf den Wällen von Sarajevo zur Verfügung stellen könnte."[2259]

Im Herbst 1941 gab es auch schon Proteste von muslimischen Bürgern an die Führung in Agram. So brandmarkte Ende Oktober 1941 eine von Uzeir-aga Hadžihasanović gemeinsam mit hundert prominenten Muslimen aus Sarajevo unterzeichnete Petition die Gewaltanwendung gegen Juden und Serben und forderte „Sicherheit des Lebens, der Würde, des Eigentums und der Religion für alle Bürger". Und am 12. November 1941 unterzeichneten 69 angesehene muslimische Bürger von Banja Luka – gemeinsam mit dem Bürgermeister Hakija Bešlagić, dem Staatsanwalt Ibrahim Ibrahimpašić, dem Hauptimam Hafit Izet Muftić, dem Mufti Mehmed Zahirović sowie den Schariarichtern Ahmet Ahić und Mustafa Zuhrić – eine Resolution an den *Poglavnik*, in der sie die Beendigung der Vertreibung und des Terrors gegen die serbische Bevölkerung verlangten:

> „Die Tötung von Priestern und anderen angesehenen Menschen ohne Gerichtsverhandlung, die Tötung und Quälerei unschuldiger Männer sowie Frauen und Kinder, die Vertreibung ganzer Familien aus ihren Häusern innerhalb weniger Stunden und deren Deportation ins Unbekannte, die Aneignung des Eigentums, die Zerstörung ihrer Gotteshäuser, die Zwangskatholisierung, das sind alles Fakten, die jeden ehrlichen Menschen bestürzen und uns Muslime schwer erschüttern."[2260]

Bereits seit Mai 1941 war auch der Erzbischof von Zagreb, Alojizije Stepinac[2261], gefordert, zu den einsetzenden Gräueltaten der *Ustaše* Stellung zu be-

---

[2259] Broucek, Glaise-Horstenau, 169. Bei den zwei gefallenen Soldaten könnte es sich auch um einen Schreibfehler von Glaise-Horstenau handeln, denn nach der von Böhme verlangten „Sühnequote" hätten sechs deutsche Soldaten ums Leben gekommen sein müssen und wäre einer verwundet worden.

[2260] Malcolm, Geschichte Bosniens, 218; vgl. Armina Galijaš, Eine bosnische Stadt im Zeichen des Krieges. Ethnopolitik und Alltag in Banja Luka (1990-1995), (München 2011).

[2261] Alojzije Stepinac, geb. 1898, stammte aus einer Bauernfamilie in Brezarić kraj Krašića im Karlstädter Bezirk, kämpfte im Ersten Weltkrieg zunächst als k.u.k. Einjährig-Freiwilliger an der Italien-Front, wurde verwundet und gefangen genommen. Nach seiner Genesung meldete er sich zur jugoslawischen Legion an der Saloniki-Front, wurde im Frühjahr 1919 demobilisiert und kehrte als Oberleutnant zurück. Stepinac engagierte sich in der katholischen Jugendbewegung und trug beim internationalen katholischen Jugendtreffen in Brünn 1922 die kroatische Fahne. Aber erst nach einigen Studien- und Arbeitsjahren entschloss er sich, Geistlicher zu werden, studierte 7 Jahre an der Gregoriana in Rom und wurde im Herbst 1930 zum Priester geweiht. Der bereits 78-jährige Erzbischof Bauer beauftragte ihn mit der Gründung der Caritas der Erzdiözese Zagreb und schlug ihn 1934 mit Unterstützung König Aleksandars zum Erzbischof-Koadjutor vor; Papst Pius XI. akzeptierte den Vorschlag. Nach dem Ableben Bauers wurde Stepinac 1937 zum Erzbischof von Zagreb geweiht und übernahm den Vorsitz der jugoslawischen Bischofskonferenz. Er gründete viele neue Pfarren und organisierte 1940 die Feier zum 1300. Jahrestag der Evangelisierung des kroatischen Volkes. Im Unabhängigen Staat

ziehen. Nach der Ausrufung des Unabhängigen Kroatischen Staates hatte der Erzbischof sowohl Marschall Kvaternik als auch *Poglavnik* Pavelić seine Aufwartung gemacht. In einem Rundschreiben vom 28. April 1941 ordnete Stepinac dem Klerus seiner Erzdiözese ein Te Deum an, denn der Staat Kroatien könne nur auf Gottes Gesetz aufgebaut werden. Aber schon am 14. Mai 1941 verfasste Stepinac ein erstes Protestschreiben, als er hörte, dass in Glina 260 Serben ohne Gerichtsverfahren erschossen worden seien. Und am 22. Mai 1941 protestierte der Erzbischof in einem Schreiben an den Innenminister Andrija Artuković dagegen, dass die Juden zum Tragen des Davidsterns verpflichtet worden seien. Als die Massenhinrichtungen von Serben zunahmen, schrieb Stepinac am 21. Juli 1941 an Pavelić, dass diese Gewaltmaßnahmen auch „katastrophale Folgen für den Ruf der katholischen Kirche" hätten. Freilich bot Stepinac auch an, „Missionare" zu den Serben zu entsenden, um sie zur Konversion zu überreden. Und in vertraulichen Rundschreiben an seinen Klerus stellte es der Erzbischof seinen Priestern frei, jüdischen und orthodoxen Gläubigen, die sich in Lebensgefahr befänden und die zum Katholizismus konvertieren wollten, dies ohne besondere Überprüfung des religiösen Wissens zu gewähren. Nach „dieser Zeit des Wahnsinns und der Grausamkeit" sollten die Konvertiten dann entscheiden, ob sie in der katholischen Kirche bleiben oder zu ihrem Glauben zurückkehren wollten.[2262]

Am 8. Februar 1942 erhielt Erzbischof Stepinac einen anonymen Brief aus Semlin (Zemun), von „einem der vielen, der an erster Stelle ein Mensch und ein Christ ist und dann ein guter Kroate". Der Inhalt vermittelte grausige Eindrücke von der Schreckensherrschaft der *Ustaše* seit April 1941: Seit zehn Monaten würden die Serben in Kroatien auf die ungeheuerlichste Weise abgeschlachtet und Milliarden ihres Besitzes zerstört. Die Massaker an den Serben hätten bereits in den ersten Tagen des sogenannten Unabhängigen Staates Kroatien in Gospić, Glina, Gudovac, Kladuša und in der Bosanska Krajina begonnen. Das Schrecklichste sei die massenhafte Ermordung von Greisinnen, Frauen und Kindern, nachdem sie aufs grausamste gefoltert worden seien. Zu den schrecklichsten Methoden hätten Verstümmelungen, Blendungen, Verbrennungen und Pfählungen gehört, Tausende und Abertausende serbischer Kadaver seien in die Save, Drau und Donau geworfen worden. Über diese Untaten seien sowohl Italiener als auch Deutsche bestürzt ge-

---

Kroatien kritisierte Stepinac die Verfolgung der Serben und Juden sowie die Errichtung des KZ Jasenovac, hatte allerdings nur wenig Erfolg. Nach dem Zweiten Weltkrieg lehnte er die Forderung Titos, die katholische Kirche Kroatiens vom Vatikan zu trennen, strikt ab, wurde wegen Kollaboration mit dem *Ustaša*-Regime sowie der deutschen und italienischen Besatzungsmacht angeklagt und am 11. Oktober 1946 zu 16 Jahren Haft und Zwangsarbeit verurteilt. Fünf Jahre verbrachte er im Gefängnis von Lepoglava, von Ende 1951 bis zu seinem Tod im Februar 1960 stand er unter Hausarrest im Pfarrhof von Krašić. Papst Pius XII. ernannte Stepinac 1952 zum Kardinal, Papst Johannes Paul II. sprach ihn am 3. Oktober 1998 in Marija Bistrica selig. – Aleksa Benigar, Aloijzije Stepinac – hrvatski kardinal (Zagreb ²1993); Hrvatski lexikon, II. svezak (Zagreb 1997) 476f.; Ljubo Boban, Kontroverze iz povijesti Jugoslavije 2 (Zagreb 1989) 339f.

[2262] Benigar, Stepinac, 395.

wesen, die Vergleiche zum Dreißigjährigen Krieg anstellten. Im Lager Jasenovac würden noch heute Tausende Serben gefoltert und umgebracht. Kurz: In der Geschichte Europas gebe es keinen solcher Fälle, sondern man müsse nach Asien in die Zeit von Tamerlan und Dschingis Chan gehen oder zu blutrünstigen Herrschern in Schwarzafrika. Der kroatische Name werde daher für Jahrhunderte beschmutzt sein. Leider hätten sich auch Repräsentanten der katholischen Kirche – Priester, Mönche, Teile der organisierten Katholischen Jugend – an den wilden, gottlosen Verbrechen beteiligt. Ganz Syrmien sei von Flugblättern des Bischofs Akšamović aus seiner Druckerei in Đakovo überschwemmt, in denen er die Serben aufrufe, zur katholischen Kirche überzutreten, um so ihr Leben und ihren Besitz zu retten. Mönche und Ordensschwestern hielten in der einen Hand den Dolch der *Ustaša* und in der anderen das Gebetbuch und das Kreuz, um die überlebenden Serben zu katholisieren. Alle orthodoxen Klöster[2263] seien enteignet worden, ihre Besitztümer verteilt; nicht einmal die Kirche des serbischen Patriarchen in Sremski Karlovci habe man in Ruhe gelassen. Während in Deutschland einige große katholische Bischöfe ihre Stimme für die verfolgten Juden erhoben hätten, habe in Kroatien kein Bischof desgleichen für die unschuldigen christlichen Serben getan.[2264]

Nach dem Tagebuch von Diana Budisavljević, die aus einer serbischen Politikerfamilie stammte, beteiligte sich Stepinac an der Rettung von etwa 7000 serbischen Kindern, die nach den schweren Kämpfen zwischen den Partisanen, deutschen Besatzungseinheiten und kroatischen Truppen im Frühjahr 1942 in der Kozara planina elternlos geblieben waren. Der Erzbischof half auch 500 vertriebenen slawischen Priestern und protestierte in einem Brief an Pavelić vom 24. Februar 1943 gegen die Ermordung von sieben slowenischen Priestern im KZ Jasenovac.[2265]

Die verheerenden Folgen der Genozid-Politik der *Ustaša* und der graduelle Verfall der NDH-Streitkräfte im zweiten Halbjahr 1941 zwangen die deutsche Besatzungsmacht bereits Anfang 1942, sich stärker um die Sicherheitspolitik im *Ustaša*-Staat zu kümmern. Einerseits versuchte General Bader mit dem ostbosnischen Četnik-Führer Jezdimir Dangić zu einem Abkommen zu gelangen, wurde aber sowohl vom OKW als auch vom Auswärtigen Amt zurückgepfiffen. Andererseits erfolgte im Jänner und Februar 1942 die erste deutsche Offensive – die jugoslawische Historiographie spricht von der „zweiten feindlichen Offensive“ (*druga neprijateljska ofenziva*), da sie als „erste feindliche Offensive“ die deutsche Offensive im November 1941 gegen Užice zählt –, als zwei deutsche Divisionen und das *Ustaša*-Detachement „Schwarze Legion“ Ostbosnien zu „säubern“ versuchten. Tatsächlich zog sich das Gros der Partisanen aus dem nördlichen Ostbosnien in die nördliche Herzegowina

[2263] In der Fruška Gora in Syrmien befand sich seit dem 16. Jahrhundert etwa ein Dutzend berühmter orthodoxer Klöster wie Novo Hopovo, Krušedol, Rakovac, Ravanica und Velika Remeta, die auch die Kriege zwischen den Habsburgern und den Osmanen überstanden hatten.

[2264] Anonymer Brief eines „guten Kroaten“ an Erzbischof Alojzije Stepinac in Zagreb, Zemun, 8. Februar 1942, ASCG, F-110 (Državna komisija za utvrđivanje zločina okupatora i njihovih pomagača), 548/732-733. Das Dokument stellte mir Dr. Michael Portmann zur Verfügung.

[2265] Dnevnik Diane Budisavljević 1941-1945 (Zagreb – Jasenovac 2003) 54f., 117-119.

zurück. Und mit den von General Roatta geführten deutsch-italienisch-kroatischen Operationen „Trio I“ sowie „Trio II/Foča“ von Mitte April bis Mitte Mai 1942 wurden die Partisanen auch aus dem südostbosnischen Raum verdrängt.[2266]

Bereits am 6. Mai 1942 hatte in Sarajevo eine Besprechung hoher deutscher Offiziere über die Lage in Bosnien stattgefunden. Aus dem Oberkommando der Wehrmacht kam immerhin Generalleutnant Warlimont, der Chef des Wehrmachtsführungsstabes, eingeflogen, aus Belgrad General Bader, aus Agram Generalmajor Glaise-Horstenau, aus Saloniki Generalmajor Foertsch, der Chef des Stabes beim Wehrmachtbefehlshaber Südost. Fünf Generalstabsoffiziere begleiteten die Generalität. Bader gab eine kurze historische Darstellung der Ereignisse seit Kriegsbeginn und nannte die Tatsachen beim Namen:

> „Kroaten wollten Serben ausrotten. Dann Einlenken, siehe Aufruf der Regierung. Trotzdem Ustaschagreuel. Wenn keine Besserung, dann Befehl an deutsche Truppe, auf Übeltäter scharf zu schießen. Gen.Lt. Warlimont soll bei Marschall Kvaternik auf diese Tatsache hinweisen, da Friede gefährdet. Ustaschen aus Ostbosnien herauszunehmen, wird von Kroaten scharf abgelehnt.“ Warlimont versuchte die Frage der Serben und der *Ustaše* als „innerpolitische kroat. Angelegenheit“ zu charakterisieren, aber Glaise-Horstenau korrigierte: „Serbische Frage ist eine politische und eine militärische Frage, ebenso Ustaschenfrage.“ Und: „Festigung des kroat. Staates noch nicht fortgeschritten. Kann ohne fremde Hilfe Probleme nicht bewältigen. Trotz allem kann kroat. Staatsführung auf Ustaschen nicht verzichten.“[2267]

General Bader drängte auf eine Absperrung der Drinagrenze, da die Flüchtlinge die Wirtschaftslage und die Stimmung negativ beeinflussten sowie die kommunistische Gefahr vergrößerten. Und Bader stellte sogar die ketzerische Frage: „Warum sind wir in Kroatien?“ Die einzige deutsche Division im deutschen „Besatzungsgebiet“, die 718. ID, könne nur die Bahnlinie Agram–Belgrad sichern und einige für Deutschland wichtige Industriegebiete schützen. Die Winteroperation in Ostbosnien sei fast erfolglos gewesen, da die Kroaten im durchkämmten Gebiet keine Verwaltung und keine Polizei einsetzen konnten. Generalmajor Foertsch schlug daher eine deutsche Militärverwaltung vor, was jedoch Warlimont mangels zusätzlicher Kräfte ablehnte. Aber er betonte: „Wir sind in Kroatien, dass die Verkehrswege in Ordnung bleiben, dass wir dieses Glacis im Südostraum in Ordnung halten, dass Industrie bestehen bleibt.“[2268]

Dann wandte sich die Diskussion dem italienischen Bündnispartner zu, der zwölf Divisionen im italienischen Besatzungsgebiet stationiert habe. Glaise-

---

[2266] Schmider, Kriegsschauplatz, 1014f.; Broucek, Glaise-Horstenau, 24; Ruzici–Kessler, Besatzungspolitik, 207-209. Im April 1942 gab es sogar eine militärische Zusammenarbeit zwischen der „Schwarzen Legion“ und den Partisanen gegen die Četnici Dangić’. – Schmider, Partisanenkrieg, 124.

[2267] Führungsstab Kampfgruppe General Bader, Protokoll der Besprechung am 6. Mai 1942 in Sarajevo, BA/MA, RW 40/26. Unterstreichung im Original. Vgl. Emily Greble, Sarajevo, 1941-1945: Muslims, Christians, and Jews in Hitler’s Europe (Ithaca 2011).

[2268] Führungsstab Kampfgruppe General Bader, Protokoll der Besprechung am 6. Mai 1942 in Sarajevo, BA/MA, RW 40/26.

Horstenau polemisierte: „Wenn wir keine dauernden Interessen haben, sind hier deutsche Soldaten eine Negertruppe für Italien.“ Die acht wehrwirtschaftlichen Betriebe könnten die Italiener in Ordnung halten. Bader war überzeugt, dass Italien in Bosnien nur politische Ziele verfolge und an die Bodenschätze und das Holz in Ostbosnien herankommen möchte. Die Italiener wichen dem Kampf gegen die Partisanen aus, nähmen dafür die *Četnici*. Ja sie versuchten sogar die Deutschen auszuspionieren. Foertsch warf ein, dass sich die Bulgaren in Serbien ganz anders verhielten und für die deutsche Besatzungsmacht arbeiteten. Und Glaise-Horstenau kritisierte die kroatische Führung, dass sie nun Truppen in das von Italienern geräumte Gebiet senden wolle, freilich schlecht ausgebildete Gebirgstruppen.

Warlimont gab nun den Generälen und Stabsoffizieren zwei kurze Exposés zum deutsch-italienischen Verhältnis, die im Protokoll zwar getrennt sind, inhaltlich aber zusammengehören:

> „Dass Italien politische Ziele verfolgt, ist uns klar. Über die Berechtigung dieser politischen Tätigkeit: Der Führer hat sich damit abgefunden, wenn auch ungern. Es dreht sich darum, die richtigen Grenzen zu finden, um Verbindung Italien – Ungarn zu verhindern. Deshalb haben wir im nördl. Kroatien unsere Interessen.“ Nach Abschluss der Aktion um Foča werde man sich wieder auf das deutsche Besatzungsgebiet beschränken. Die 718. ID verbleibe jedenfalls in Ostbosnien.
>
> Bei „Zusammenkunft Führer – Duce Freundschaft und Zuversicht. Italiener [stellten] für Russland dreifache Beteiligung unter deutschem Oberbefehl. In Nordafrika führt Rommel, Heeresgruppenstab Gen. Bastice kaum Truppe, Rommel befiehlt. Italien erträgt dies im Interesse der Zukunft Italiens. Es bleibt als 3. Front nur der Balkan. Hier möchte der Italiener die politische Vormachtstellung, die ihm zugestanden ist. Deshalb unser Verhalten gegenüber Italienern.“[2269]

Als General Bader nachfragte, ob also den Italienern in kleinen Dingen der Vortritt gelassen werden sollte, bestätigte Warlimont:

> „In Einzelfragen setzen wir uns nicht für den kroat. Staat gegen die Italiener ein, nur in grundsätzlichen.“[2270]

Noch in Foča hatte Tito den proletarischen Brigaden neue Satzungen „für den erfolgreichen Kampf gegen die Okkupatoren und deren einheimische Diener, für den erfolgreichen Kampf gegen nationale Versklavung und ökonomische Unterdrückung“ gegeben. Die noch keineswegs einheitlich bewaffneten und adjustierten Brigaden sollten als mobile Einheiten agieren und zu selbständigen Aktionen fähig sein. Doch die Einheiten hatten große Schwierigkeiten, den harten Winter zu überstehen. Daher telegraphierte Tito am 17. Februar 1942 nach Moskau:

> „[...] Schickt uns Munition, automatische Waffen, Schuhe und Bekleidung für unsere Kämpfer [...] Eure Sendungen würden eine große moralische und politische Bedeutung haben. [...]“ Und am 22. Februar wiederholte er seine Bitte: „Wir brauchen dringend Munition für unsere Gewehre [...] und für die leichten Maschinengewehre [...] und verschiedene Sprengmittel mit Anwei-

[2269] Ebenda.
[2270] Ebenda.

sungen [...] Schickt uns genügend Kampfausstattung, und wir werden noch 10.000 Kämpfer mobilisieren können. Das Eintreffen einiger Fallschirmjäger würde hier eine große moralische und politische Wirkung haben [...].“[2271]

Am 8. März 1942 erhielt Dimitrov ein weiteres Telegramm von Tito:

„We are short of ammunition and military supplies, owing to continuous fighting. Please send emergency assistance. Our troops are in serious difficulty, owing to lack of military supplies. We await your planes every night. Weather here is now good.”[2272]

Dimitrov ersuchte Berija, persönlich mit Stalin zu sprechen, um „den heldenhaft kämpfenden jugoslawischen Genossen“ irgendeine Hilfe zu organisieren. Aber Moša Pijade, der im Februar 1942 im Auftrag Titos bei Žabljak in Montenegro einen Behelfsflugplatz auf 1000 Meter Höhe angelegt hatte, wartete 37 Nächte lang vergeblich auf das Eintreffen sowjetischer Flugzeuge. Ob sie von der Halbinsel Krim tatsächlich den Weg bis Montenegro und retour (!) geschafft hätten, muss allerdings bezweifelt werden. Statt dringender Hilfslieferungen bekam Tito am 25. März von der Komintern ein Telegramm, in dem auf die noch ausstehende Klärung der Beziehungen zwischen der sowjetischen und der exiljugoslawischen Regierung hingewiesen wurde. Und am 29. März musste Moskau einräumen, dass die technischen Schwierigkeiten, den Partisanen Rüstungsmaterial zu schicken, nicht in kürzester Frist zu beseitigen seien. Daher gab es den guten Ratschlag: „Bemüht Euch auf alle Weise, Waffen vom Feind zu erhalten und die Waffen, über die ihr verfügt, rationell auszunützen.“ – Zur selben Zeit erhielten die *Četnici* bereits Munition von der italienischen Besatzungsmacht, und auf den Munitionskisten stand: „Spare nicht mit Munition!“ Daher erhielten die Partisanen die Spottnamen: „Fünf-Patronen-Soldaten“ (*petmetkovići*), Drei-Patronen-Soldaten (*trometkovići*) und „Soldaten ohne Patronen“ (*bezmetkovići*). Die Partisanen fragten Tito mit Recht, weshalb die Sowjetunion keine Hilfe sende.[2273]

Andererseits hatte der italienische Oberkommandierende, Generaloberst Mario Roatta, am 1. März 1942 – in offensichtlicher Parallelität zur deutschen Befehlsgebung in Serbien – das berüchtigte *Circolare 3 C* erlassen: Roatta ordnete für die Bekämpfung der Aufständischen Masseninternierungen der Zivilbevölkerung ganzer Orte und Regionen, Geiselnahmen aus den Reihen der verdächtigen Bevölkerung, Zerstörungen von Häusern und Dörfern, aus denen auf die italienischen Truppen geschossen wird, und die Erschießung aller Rebellen, die mit der Waffe in der Hand gefangengenommen werden; gleichzeitig gewährte er seinen Soldaten Straffreiheit für alle Exzesse. Allerdings kam es nicht zu vergleichbaren Massakern wie in Serbien oder gar in der Sowjetunion.[2274]

[2271] Pijade, Märchen, 17f.

[2272] Banac, Dimitrov, 210.

[2273] Pijade, Märchen, 28f.; Banac, Dimitrov, 213, 219.

[2274] Davide Rodogno, Il nuovo ordine mediterraneo. Le politiche di occupazione dell’Italia Fascita in Europa (1940-1943), (Firenze 2003) 397-399; H. James Burgwyn, General Roatta’s War against the Partisans in Yugoslavia: 1942, in: Journal of Modern Italian Studies 9 (2004) 314-329.

In dieser Situation begann am 15. April 1942 eine Offensive von deutschen, italienischen und *Ustaša*-Einheiten gegen das von den Partisanen gehaltene Gebiet in Südost-Bosnien. Sogar eine britische Mission in Titos Hauptquartier verschwand ohne irgendeine Spur.[2275] Am 24. Mai erhielt Dimitrov ein noch beunruhigenderes Telegramm von Tito:

> „Since 22 May I have been in the Montenegrin sector of the front with [my] chief of staff. The situation here is critical. Italian troops, together with Draža Mihailović's Chetniks […] are advancing from all sides against our Partisan troops. The Chetniks are coming through forests and over mountains, while the Italians are motorized. The Chetniks possess enormous quantities of automatic weapons, mortars, and ammunition. They are mobilizing peasants by force; resisters are either killed or driven en masse into concentration camps in Albania. Our Partisan battalions are completely exhausted from continuous fighting; we are also out of ammunition. We must withdraw the majority of our battalions from Montenegro to prevent their destruction."[2276]

Die Antwort Dimitrovs vom 1. Juni war desillusionierend:

> „Unfortunately, as we have already informed you previously, you cannot count on receiving any ammunition or automatic weapons from us in the immediate future, for reasons that you will understand. The main reason is the impossibility of transport. It is therefore necessary for you to make the maximum and most rational use of all available possibilities to supply yourselves locally (including the very slightest as well as the most difficult). Thus, despite the hellish difficulties, carry on and expand the war of liberation, hold your position, and parry the enemy's blows until external assistance becomes possible."[2277]

Statt konkreter Hilfe gab es von der Komintern Propaganda und politische Anweisungen: Die Partisanen mögen die verräterischen Aktionen der *Četnici* aufzeigen, ohne aber die jugoslawische Exilregierung direkt anzugreifen; die politische Kampagne sollte den gemeinsamen Kampf der Serben, Kroaten, Montenegriner und Slowenen hervorheben und die *Četnici* zu spalten trachten; der Oberste Stab möge pro-sowjetische und pro-englische Flugblätter verteilen; in der Öffentlichkeit gut bekannte und patriotische serbische, kroatische, montenegrinische und slowenische Persönlichkeiten sollten ein „Nationalkomitee" bilden, um als politische Plattform für die partisanische Volksbefreiungsarmee zu agieren. Dimitrov informierte auch Stalin und Molotov und wies ausdrücklich darauf hin, dass die *Četnici* von Mihailović mit der von den Deutschen eingesetzten Regierung unter Nedić und sogar dem NS-Besatzungsregime selbst kollaborierten. Da Großbritannien und die jugoslawische Exilregierung vertraglich mit der Sowjetregierung verbündet seien, müsse ein neues Verhältnis zwischen Exilregierung und Partisanen gefunden werden.[2278]

Tito beauftragte Milutinović und Đilas mit der Abfassung einer Resolution, um die Kollaboration Mihailović' mit den Okkupationsmächten zu brandmarken. Sie wurde von bekannten Persönlichkeiten der Politik und des öffentlichen Lebens un-

[2275] Banac, Dimitrov, 214.
[2276] Banac, Dimitrov, 218; Tomasevich, Chetniks, 210f.
[2277] Banac, Dimitrov, 220.
[2278] Banac, Dimitrov, 221f.

terzeichnet. Tito gab die Resolution am 17. Juni 1942 der Komintern durch, der von der Moskauer Regierung auf sowjetischem Boden eingerichtete Sender „Freies Jugoslawien“ (*Slobodna Jugoslavija*) veröffentlichte sie am 6. Juli. Damit wurde in der westlichen Presse erstmals die Kollaboration Mihailović’ mit der italienischen Besatzungsmacht und die Aktivität der Partisanenbewegung bekannt.[2279]

Um die wichtigen Erzbergwerke bei Prijedor in Nordwestbosnien zu sichern, gab General Bader Ende Mai 1942 den Befehl, das dicht bewaldete Kozara-Gebirge gründlich zu „durchkämmen“ und großangelegte Deportationen durchzuführen. Zwei deutsche Kampfgruppen sollten vom Norden und Süden her vorstoßen, drei neu aufgestellte kroatische Gebirgsbrigaden vom Westen und Osten. Ungarische Flussmonitore und ein deutscher Panzerzug sicherten die Save-Una-Linie. Obwohl Prijedor relativ rasch eingenommen wurde, stießen vor allem die Gebirgsbrigaden auf erbitterten Widerstand. Sogar der Sicherheitsdienst der SS kritisierte, dass die kroatischen Behörden die Deportationen von Zehntausenden Serben dazu benutzten, „sich völlig unbescholtener, aber in materieller Hinsicht bedürftiger Personen (Alte, chronisch Kranke, Vollwaisen) zu entledigen“. Allerdings stellte die Gesamtoperation für die Partisanenbewegung die schwerste Niederlage seit dem deutschen Vorstoß auf Užice dar.[2280]

Nach dem Rückzug aus Foča sah sich die Kerntruppe Titos auf eine Grenzregion zwischen Montenegro und der Herzegowina zusammengedrängt. Daher beschloss der Oberste Stab Mitte Juni 1942, mit den verbliebenen Kräften nach Westbosnien durchzubrechen, was durch den italienischen Rückzug aus Bosanski Petrovac, Drvar, Prozor und Glamoč erleichtert wurde. Am 23. Juni 1942 brachen Tito und seinen Kommandanten in zwei Marschkolonnen – jeweils zwei Brigaden mit Flüchtlingen und Verwundeten – auf und marschierten über 300 Kilometer in nordwestliche Richtung in die Bosanska Krajina, wo ein Aufstand gegen die *Ustaša*-Herrschaft ausgebrochen war. Seinen etwa 5000 Kämpfern befahl Tito „die Fahne des Volksbefreiungskrieges, die Fahne der Brüderlichkeit und Einheit unserer Völker durch neue Landstriche Jugoslawiens [zu] tragen“. Der „lange Marsch“ führte die südliche Gruppe über Konjic, Prozor, Livno und Drvar, die nördliche Gruppe über Kalinovik, Gornji Vakuf, Kupres und Glamoč. Auf den Märschen gab es immer wieder bewaffnete Zusammenstöße mit *Četnici*, *Ustaše* und *Domobrani*, die oft nicht nur mit dem Niederbrennen von Häusern, Dörfern und Klöstern, sondern auch mit wechselseitigen Massakern, meist an der „kollaborierenden“ Zivilbevölkerung, endeten. Im überwiegend muslimischen Livno nahmen die Partisanen am 5. August bei geringer Gegenwehr an die 700 *Domobrani* gefangen, ein ganzes Bataillon, überwiegend Bauern aus dem nördlichen Kroatien; diese „gutmütigsten Soldaten“ – vor dem Krieg die Kernschicht der Kroatischen Bauernpartei – wurden bald wieder freigelassen. Die über 90 gefangen genommenen *Ustaše*, „alles junge, physisch tüchtige Männer, zumeist aber

[2279] Djilas, Partisanen, 241.

[2280] Schmider, Partisanenkrieg, 147-151.

aus wenig aussichtsreichen Berufen – kaufmännische Gehilfen, Kellner, unfertige Gymnasiasten, Dorfrüpel“, wurden aber auf Grund von Anklagen serbischer Bauern nach kurzem Verhör durch Ranković ohne Ausnahme zum Tode verurteilt und von montenegrinischen Partisanen erschossen; auch eine Funktionärin der *Ustaša*-Jugendorganisation war unter den Opfern. Beim vergeblichen Angriff der Partisanen auf Kupres, das von der „Schwarzen Legion“ unter Jura Francetić verteidigt wurde, büßten aber die Partisanen an die 100 Tote und 150 Verwundete ein. Als die Partisanen am 25. September Jajce eroberten, begingen an die 50 umzingelte *Ustaše* Selbstmord. Đilas, der als militärisch-politischer Koordinator bei der nördlichen Kolonne eingeteilt war, postulierte noch in seinen Memoiren: „Entweder wir – oder sie…“[2281]

Đilas fragte sich noch Jahrzehnte später:

> „Woher kam dieser Hass auf die Serben und andere Nationalitäten, dieses Verzweifeln an sich selbst? […] Es lag offenbar nicht nur an der ‚großserbischen Unterdrückung‘: Die serbischen Kinder waren noch nicht dazu gekommen, irgend jemanden zu unterdrücken, und die Zigeuner und Juden, deren Ausrottung man ebenfalls betrieb, hatten das alte Jugoslawien nicht regiert. Und warum hatte sich Pavelić einverstanden erklärt, die Ermordung von zum Katholizismus konvertierenden Serben einzustellen – wenn bei ihm der Hass auf die Serben das Primäre war und er die Serben als ‚Walachen‘, d. h. eine angeblich niedere Rasse betrachtete? […]
>
> Die Ustascha-‚Bewegung‘ schien mir ohnehin keine kohärente Ideologie zu haben: Die Ustaschas imitierten eher den Nationalsozialismus und den Faschismus und passten sich ihnen aus Schwäche an; dahinter steckte aber etwas tiefer Verwurzeltes und Älteres. Aber was? Die Katholiken und Orthodoxen hatten sich in den vergangenen Jahrhunderten in diesen Gegenden nicht so befehdet – vermutlich auch deswegen, weil sie von einem gemeinsamen Feind, dem Islam, unterdrückt wurden. […] Die Invasion Hitlers hatte niedergehaltene, jahrhundertealte Finsternis emporkommen lassen […]: Der Nachbar hatte friedlich neben dem Nachbarn gelebt, und beide hätten es, wie ihre Großväter, ein Leben lang so gehalten, nun aber plündern sie und rotten einander plötzlich aus! … Ich überlegte auch, ob dies nicht ein ‚sozial bedingtes‘ Übel sei, das mit der Errichtung der neuen, unterdrückungsfreien Gesellschaft verschwinden würde. Das reichte mir zwar zum Kriegführen, befriedigte aber keineswegs meinen Erkenntnisdrang.
>
> Oft hörte man, auch heute noch, dass es ohne die von den Ustaschas angerichteten Massakern keinen Aufstand der Serben im ‚Staat‘ Pavelićs gegeben hätte. […] Sicher, wäre Pavelićs ‚Staat‘ nicht gewesen, was er war – d. h. hätte er eine wie auch immer geartete rechtliche, rationale Grundlage gehabt –, der Aufstand wäre nicht so jäh aufgeflammt. Dennoch hätte sich eine Guerillabewegung, welcher Art auch immer, im Verlauf der Schwächung der Achsenmächte entwickelt. Die Serben hätten keinerlei fremden Staat, auch keinen kroatischen, akzeptiert – zumindest dort nicht, wo sie sich auf Grund ihrer Stärke durchsetzen konnten.“[2282]

[2281] Ebenda, 246-259; Schmider, Partisanenkrieg, 144.

[2282] Djilas, Partisanen, 260f., 266. Im Herbst 1942 verfasste Đilas – angeregt durch einen Artikel von Ilja Ehrenburg – den Artikel „Der edle Hass“: „Nahezu jedes serbische Dorf hatte ‚seine‘ Grube – eine Grube, in die die tobenden Ustaschas haufenweise ermordete Menschen hineinwarfen. Gerade erst war die Offensive der Deutschen und Ustaschas gegen das Kozara-Gebirge zu Ende gegangen, in deren Verlauf an die 40.000 Serben aus den Dörfern des Gebietes gefangen genommen und in Jasenovac – dem wahrscheinlich grausigsten Konzentrationslager des Zweiten Weltkrieges – niedergemacht wurden.“

In der Villa Mitrović in Livno – die Besitzerfamilie war von den *Ustaše* ermordet worden – hatten die Partisanen im August 1942 den deutschen Ingenieur Hans Ott mit sieben deutschen Bergbaufachleute gefangen genommen. Während der Verhöre, die vor allem der ausgezeichnet Deutsch sprechende Jurist Vladimir Velebit führte, erwies sich der gefangene Ingenieur Ott als so geschickt – „über die Ustaschas sprach er mit Abscheu, über die Tschetniks mit Verachtung, und auch über unsere Angriffe gegen den Nationalsozialismus geriet er nicht in Rage" –, dass die Idee eines Austausches gegen gefangene Partisanen auftauchte. Er erhielt von Tito den Auftrag, zu den deutschen Truppen zurückzukehren und einen Gefangenenaustausch vorzubereiten. Das deutsche Kommando willigte ein. So kam Vladimir Dedijers Ehefrau Olga zu den Partisanen zurück, „eine gute, unermüdliche Ärztin".[2283]

Über 100 Tage dauerte der „lange Marsch", bis es Ende September bei Drvar in Nordwestbosnien wieder zur Vereinigung der Partisanen kam. Dabei konnten die vor allem aus Serben bestehenden Proletarischen Brigaden in den überwiegend von Kroaten und Muslimen bewohnten Gebieten Zehntausende Mitkämpfer gewinnen. Dimitrov freute sich weniger darüber, sondern belehrte am 10. August Tito und Kardelj:

> „Do not call your proletarian brigades proletarian; instead call them shock brigades, we repeat, shock brigades. Understand that this has enormous political significance, both for consolidating people's forces against the occupiers and collaborators within the country and for foreign countries. You are waging a people's liberation war using forces composed of workers, peasants, the people's intelligentsia, and other patriots – you are not waging a proletarian struggle."

Tito stimmte zwar bereits zwei Tage später zu, verwies aber darauf, dass die Kämpfer der 1. und 2. Proletarischen Brigade diese Bezeichnung gewünscht hätten, und ließ es zu, dass sich bis Kriegsende weitere zehn Brigaden als „proletarische" benannten.[2284]

Am 27. August 1942 appellierte Tito an den „Generalstab der Roten Armee", seine Partisanen mit militärischer Ausrüstung, im Besonderen mit Waffen, auszustatten. Die Partisanen könnten die Schaffung einer zweiten Front auf dem Balkan unterstützen und bis zu 500.000 Kämpfer mobilisieren – was allerdings erst im Frühjahr 1945 gelang. Die Sympathien der Bevölkerung stünden zu 95 % für die Sowjetunion und die Alliierten, allerdings wäre die Präsenz der Roten Armee wünschenswerter. Nahezu gleichzeitig erhielten Stalin und Molotov aber auch ein Statement der jugoslawischen Exilregierung:

> „The Yugoslav government in London expresses its complete confidence in the leadership and loyalty of General Mihailović and his courageous soldiers. As a token of its confidence, the Yugoslav government in early June appointed Mihailović commander in chief of all armed forces engaged with the enemy on Yugoslav territory. […] General Mihailović, who enjoys great popu-

2283 Djilas, Partisanen, 261; Broucek, Glaise-Horstenau, 33; Schmider, Partisanenkrieg, 158-160.

2284 Banac, Dimitrov, 234.

larity with the Serbien populace and throughout Yugoslavia, commands a well-organized army, the only one of its kind, numbering (depending on the character of partisan warfare) from 8 to 150 thousand Chetniks fighting under the command of regular Yugoslav army officers. With the help of his mighty army, Mihailović is inflicting heavy losses on the enemy. For more than a year now, Mihailović's army has by its operations been pinning down about 36 enemy divisons: 17 Italian divisions, 7 Bulgarian, 4 German, 4 Hungarian, and 4 of Pavelić's regular troop divisions, as well as 15 Ustaša battalions. Mihailović's troops have rendered a valuable service not only to Yugoslavia but also to Russia."[2285]

Stalin dürfte gemerkt haben, dass beide Seiten – die Partisanen wie die *Četnici* – stark übertrieben. Immerhin fiel Dimitrov auf, dass sowohl in der Belgrader Zeitung Nedić', *Novo Vreme*, als auch in der Agramer Zeitung Pavelić', *Nova Hrvatska*, fortlaufend detaillierte Informationen über Zusammenstöße mit den Partisanen, aber keine über Kämpfe mit den *Četnici* vorkamen, und wenn, dann solche zwischen *Četnici* und Partisanen. Sowohl die britische als auch die sowjetische Regierung versuchten in der Folgezeit, zwischen den beiden verfeindeten Widerstandsbewegungen zu vermitteln – wie wir wissen: ohne Erfolg.[2286]

Nach dem gescheiterten Vorstoß der italienischen Truppen über die Demarkationslinie begann sich andererseits schon ab Juni 1942 das italienische Engagement auf dem bosnischen Kriegsschauplatz zu reduzieren. Generaloberst Mario Roatta, der Oberbefehlshaber der 2. Armee vom 20. Jänner 1942 bis zum 5. Februar 1943, wollte seine Truppen immer weniger den Kampfhandlungen gegen die Partisanen ausgesetzt wissen und versuchte durch verstärkte Bewaffnung kroatischer und montenegrinischer *Četnici* den Kampfauftrag seiner Armee an diese nationalserbischen Bürgerkriegsgegner abzutreten. Immerhin gelang diesen Ende September/Anfang Oktober 1942 die „Rückeroberung" von Prozor und Livno. Da jedoch weder Bader noch sein Nachfolger, Generalleutnant Rudolf Lüters, der ab 16. November 1942 „Befehlshaber der deutschen Truppen in Kroatien" war, das von der 2. italienischen Armee in Westbosnien hinterlassene Machtvakuum füllen konnten, baute Tito in der zweiten Jahreshälfte 1942 seine knapp 5000 Mann starke, aus Montenegro gerettete Partisanenstreitmacht zu einem beachtlichen „Volksbefreiungsheer" (*Narodnooslobodilačka vojska*) aus. Ab 19. November 1942 fasste er die bereits mehr als 20 Brigaden (je etwa 500 bis 600 Mann stark) zu einem halben Dutzend Partisanendivisionen zusammen, die vorerst freilich nur rund 3000 Mann zählten.[2287]

Im Oktober 1942 widmete sich der Kommandierende General und Befehlshaber in Serbien erneut der „kommunistischen Aufstandsbewegung" in Kroatien. Noch im Laufe des Jahres 1941 – während die kommunistischen Hauptkräfte noch in Westserbien agierten – seien bereits in Ostbosnien, in der Kozara und – nach der Räumung der III. Zone durch die Italiener – vor allem im Grmeč-

2285 Banac, Dimitrov, 239f.

2286 Ebenda, 240-242.

2287 Schmider, Partisanenkrieg, 135-138, 168-170, 179f.; Vojna enciklopedija 6 (Beograd 1964) 673-680; Ruzicic–Kessler, Besatzungspolitik, 209-211.

Gebirge erste Partisanengruppen aufgetreten, denen jedoch zunächst die Unterstützung der breiten Bauernmassen gefehlt habe. Eine kleine Gruppe intellektueller und proletarischer städtischer Parteikommunisten habe unter Ausnutzung der nach der militärischen Niederlage und durch die Grenzziehung entstandenen Not und nationalen Unzufriedenheit ihre weltrevolutionären Pläne im nationalen Deckmantel getarnt und durch rege Propaganda in Wort und Schrift bei der völlig ahnungslosen Landbevölkerung Anhänger geworben und Waffen gesammelt. Vor allem habe es die Führung verstanden, sich die Erbitterung der serbischen Bevölkerung über die Abtrennung des vorwiegend von Serben bewohnten Ostbosnien für ihre Zwecke zunutze zu machen. Die durch deutsche und kroatische Aktionen heimatlos gewordenen und durch den Tod von Angehörigen fanatisierten Serben erhofften sich von der Unterstützung der Partisanen eine Verbesserung der Lage. So hätten weitere, durch Entrechtung und Enteignung zu Proletariern gewordene Kreise in ihren Reihen Zuflucht gefunden. Erst die von kroatischen Stellen betriebene und von den *Ustaše* planmäßig durchgeführte Ausrottung der Serben aber habe den Kommunisten die völlig unpolitischen Massen von Bauern in die Arme getrieben, die heute zu Tausenden mit Frauen und Kindern in den Wäldern hausten und deren aktive Elemente ungewollt Handlanger bolschewistischer Interessen seien. Denn nicht die Werbekraft kommunistischer Ideen habe der Aufstandsbewegung zu ihrer heutigen Macht verholfen, sondern der sich noch täglich verschärfende Zustand völliger Rechtlosigkeit und die daraus folgende Unsicherheit für das Leben der serbischen Bevölkerung. Mittlerweile habe daher die Politik der von der *Ustaša*-Ideologie beherrschten kroatischen Stellen und ihrer Organe die Voraussetzungen dafür geschaffen, „dass die kommunistische Aufstandsbewegung heute von allen Gebietsteilen und Schichten der Bevölkerung Besitz ergriffen hat“. Die kommunistischen Partisanen hätten in betonter Anlehnung an bolschewistische Methoden und Einrichtungen trotz stärkster kroatischer und deutscher Gegenmaßnahmen eine bewaffnete Macht aufgebaut, die infolge ihrer durch das Gelände begünstigten Erfolge auch über den erforderlichen Kampfgeist verfüge.[2288]

Trotz dieser im Prinzip richtigen politik- und sozialhistorischen Einordnung wusste der General jedoch über die Führung und Kampfziele der Partisanen kaum Bescheid: Ihr oberster Führer solle „Tito“ sein, „vermutlich Kroate oder Slowene“ und vermutlich Teilnehmer am Spanischen Bürgerkrieg. Das Hauptquartier solle sich in Mlinište im Klekovac-Gebirge befinden, südwestlich von Ključ. Eine regelmäßige Kurierverbindung und ein unmittelbarer Funkverkehr mit Moskau hätten bisher nicht nachgewiesen werden können (obwohl letzterer bereits bestand). Seine Unterführer seien teilweise ebenfalls Spanienkämpfer und setzten sich überwiegend aus Studenten, Professoren, Ärzten, Rechtsanwälten und Berufssoldaten zusammen, die bereits in Friedenszeiten für die Kommunistische

[2288] Kdr. Gen. u. Befh. in Serbien, Belgrad, 30. Oktober 1942, HIA, Tomasevich papers, box 5 (U.S. Record, Group 238).

Partei gearbeitet hätten. Der Anteil der Juden, die meistens als politische Kommissare eingesetzt seien, sei verhältnismäßig klein. Das Kampfziel der obersten Führung der „Volksbefreiungs-Partisanen" sei die Schaffung eines Rätestaates mit militärischen Mitteln. Dieser Aufgabe diene auch die Besetzung der Kozara als festungsmäßig gesicherte Ausgangsstellung. Als jedoch die „Säuberung" durch verbündete Kräfte gelungen sei, habe sich bei der Führung der Partisanen die Erkenntnis durchgesetzt, dass ihre Kräfte für eine Vertreibung der Achsenstreitkräfte vorerst nicht ausreichten.[2289]

Dennoch seien durch militärisch straff organisierte Feindgruppen folgende Schwerpunkte der Aufstandsbewegung entstanden:

a. in Syrmien: Infolge der überwiegend serbischen Bevölkerung und des Zuzuges starker Kräfte aus Ostbosnien und unter Ausnutzung der landwirtschaftlichen Überschüsse gebe es eine erhöhte Gefahr für die Sicherheit der Haupteisenbahnstrecke Vinkovci–Belgrad;
b. im Psunj-Papuk-Gebirge zur Beherrschung des Požega-Kessels;
c. in der Bila Gora zur Beunruhigung der Eisenbahnverbindung Esseg–Virovitica–Koprivnica;
d. im Raum um Agram zur Isolierung der Hauptstadt;
e. in der Petrova Gora zur Sperrung des Eisenbahnlinie Agram–Karlovac–Ogulin;
f. in der Samarica und Kozara zur Stilllegung des Eisenbahnverkehrs auf der Linie Banja Luka–Bosanski Novi–Sunja;
g. im Grmeč-Gebirge: nach Räumung durch die Italiener das derzeit wichtigste Sammelbecken der Aufständischen.

Die Aktionen der Partisanengruppen ließen deutlich die Absicht erkennen, die Operationsgebiete in landwirtschaftlich reiche Gebiete zu verlegen und sich planmäßig an die Hauptverkehrslinien heranzukämpfen. Die Gesamtzahl der kommunistischen Aufständischen schätzte der General auf 28.000 bis 30.000 Mann, von denen 60 % bewaffnet seien. Die Masse setzte sich aus Bauern und Arbeitern zusammen, die aus Furcht vor Vergeltungs- und Ausrottungsmaßnahmen in die Wälder geflohen seien. Die aktive Beteiligung von Frauen und Mädchen als Krankenpflegerinnen und für Kurierzwecke sei bei allen Abteilungen üblich.[2290] Nach den vorliegenden Meldungen besäßen die Partisanen 17.000 Gewehre, 300 leichte MGs, 60 schwere MGs, 21 Granatwerfer und 12 Geschütze. Sie seien in der Mehrzahl jugoslawischer Herkunft, ergänzt durch italienische und kroatische Beutewaffen. Handgranaten und Minen würden behelfsmäßig angefertigt, der Sprengstoffbedarf werde aus den Vorräten der Bergwerke gedeckt. Ursprünglich in Volksbefreiungs-Abteilungen untergliedert, sei nach dem Anwachsen der Bewegung die Formierung von Brigaden erforderlich geworden, die u. a. nach stam-

---

[2289] Ebenda.

[2290] Vgl. Barbara N. Wiesinger, Partisaninnen. Widerstand in Jugoslawien (1941-1945), (Wien – Köln – Weimar 2008) 47-62.

mesmäßigen Gesichtspunkten durchgeführt worden sei. Eine besondere Herausstellung bedeutete die Bildung von „Proletarischen Brigaden".[2291]

Obwohl der Kampf der Aufständischen nach den Grundsätzen des Kleinkrieges geführt werde, operierten die verschiedenen Truppenteile nach Meinung des deutschen Generals nicht getarnt – was hinsichtlich des Kriegsrechtes eine wesentliche Feststellung bedeutete. In der Kampfesweise gebe es den Hinterhalt der kleinen Banden zur Erbeutung von Waffen, Munition und Ausrüstungsstücken für neu rekrutierte Partisanen, den „offen geführten Angriff mittlerer Banden zur Vernichtung der legalen Streitkräfte" (erst in zweiter Linie zur Gewinnung von Beute) und die Eroberung strategisch wichtiger Orte, um eine Gesamtbesetzung eines Gebietes herbeizuführen. Vor überlegenen Kräften wichen die Banden aus, da ihnen der Kundschafter- und Kurierdienst – unter Leitung eines Nachrichtenoffiziers durchgeführt von Bettlern, Hausierern und halbwüchsigen Burschen einerseits, von Frauen und Mädchen andererseits – rechtzeitig die erforderlichen Lagebeurteilungen liefere. Kriegsgefangene würden unterschiedlich behandelt, manchmal nach völliger Ausplünderung auch freigelassen, manchmal auch ausgetauscht; kriegsgefangene Offiziere würden aber „fast immer erschossen". Die Verpflegung der wachsenden Zahl an Aufständischen sei vom täglichen Mundraub zur Requisition ganzer Vieh- und Schweineherden übergegangen, ebenso seien in allen größeren Lagern Schuhmacher- und Schneiderwerkstätten eingerichtet worden. Für die Aufklärung der Massen würden von den Kommunisten „alle Mittel moderner Propaganda wie Funk, Flugblatt, politische Broschüre und Volksversammlung" eingesetzt und maßlos übertriebene Gerüchte verbreitet. In „befreiten Dörfern" würden tendenziöse Theaterstücke aufgeführt und Kampf- und Volkslieder mit Begleitung durch einfache Instrumente gesungen. In den „befreiten Gebieten" würden aber auch Volksbefreiungs-Ausschüsse geschaffen, die in den Gemeinden die Funktionen der abgelösten Behörden übernähmen. Sie hätten nicht nur Lebensmittel, Waffen und Munition für die Aufständischen zu beschaffen, sondern auch das Verkehrs- und Nachrichtennetz wiederherzustellen.[2292]

Diese und andere deutsche Berichte bestätigten daher das Bonmot Glaise-Horstenaus in einem Brief an Löhr Anfang Jänner 1943, dass trotz der deutschen Erfolge wie der Vernichtung des 2. Krajina odred in der Kozara im Juni/Juli 1942

[2291] Auf ihren Mützen trügen alle Partisanen den Sowjet-Stern, die Rangabzeichen seien am linken Oberarm angebracht – je nach Rang mit einem, zwei oder drei roten Sternen sowie einem oder zwei Querstreifen. Die politischen Kommissare der Abteilungen, Bataillone und Kompanien trügen am linken Oberarm einen roten Stern, darauf in Gold gestickt Hammer und Sichel, darunter zwei, einen bzw. keinen Querstreifen.

[2292] Kdr. Gen. u. Bfh. in Serbien, Belgrad, 30. Oktober 1942, HIA, Tomasevich papers, box 5 (U.S. Record, Group 238). Zu den wesentlichen Kampfarten der Partisanen gehörten der überraschende Angriff, der Überfall auf Soldaten und materielle Mittel des Feindes, der Hinterhalt und der Nachteinsatz. – Vojna enciklopedija 6 (Beograd 1964) 663-682; vgl. Plaschka, Avantgarde 1, 615f.

oder der erfolgreichen Behauptung Jajces in Zentralbosnien im September und Dezember 1942 Tito in Nordwest-Bosnien sowie in den mehrheitlich serbisch besiedelten kroatischen Regionen Lika, Kordun und Banija bereits ein „Partisanenreich“ aufgebaut habe, das bis vor die Tore Agrams reiche. Als die Partisanen am 4. November 1942 mit Bihać bereits eine große Stadt mit entwickeltem Handel, Handwerk und einer Bahnverbindung eroberten, bestand die einzige Reaktion der italienischen Armeeführung lediglich darin, dem Wehrmachtbefehlshaber Südost die zweite Phase des Rückzugs an die Küste anzukündigen. Diese faktische Freigabe weiteren Territoriums an die Partisanen versetzte andererseits das Pavelić-Regime in einen Zustand regelrechter Schizophrenie. Der Oberste Stab und das Zentralkomitee der KPJ aber zogen in Bihać ein und nahmen hier für über zwei Monate Quartier.[2293]

In einem Telegramm an Dimitrov vom 12. November 1942 erläuterte Tito seine weiteren Pläne:

> „[...] Wir haben bis jetzt acht Divisionen zu je drei Brigaden und zwar auf dem Gebiet Bosniens, Kroatiens und Dalmatiens gebildet. [...] Wir werden jetzt etwas Ähnliches wie eine Regierung bilden, und zwar werden wir es Volkskomitee zur Befreiung Jugoslawiens nennen. Im Komitee werden alle Nationalitäten Jugoslawiens aus den verschiedenen früheren Parteien vertreten sein.“[2294]

Dimitrov begrüßte Titos Aktivitäten nur sehr vorsichtig und erinnerte ihn daran, dass der überparteilich-antifaschistische Charakter eines solchen Komitees bewahrt bleiben müsse: „Stellt es [das Komitee] nicht der jugoslawischen Regierung in London entgegen! Stellt in dieser Etappe nicht die Frage der Abschaffung der Monarchie, ruft nicht die Republik aus.“ Daher ließ Tito zwar am 26. November 1942 in Bihać eine Versammlung von 54 Delegierten aller am Volksbefreiungskrieg beteiligten Gruppen und Organisationen aus Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Serbien einen „Antifaschistischen Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens“ konstituieren. Die slowenischen Delegierten hatten es nicht rechtzeitig geschafft, durch die feindlichen Linien durchzukommen. Tito attackierte in seiner Rede „unsere einheimischen Verräter – *Ustaše*, *Četnici* und andere“, sprach vom Verrat des Ante Pavelić, des Milan Nedić und des Draža Mihailović, die auf die Liste der Kriegsverbrecher gesetzt wurden, musste aber die internationalen Umstände erklären, die es nicht zuließen, bereits jetzt eine Regierung einzusetzen. Die Versammlung wählte daher nur ein Exekutivkomitee, das gemeinsam mit dem Oberkommando, den Partisaneneinheiten und den Volksbefreiungsausschüssen den weiteren Kampf unterstützen und das Hinterland organisieren sollte. – Đilas musste sich eingestehen: „Das Blatt hatte sich noch nicht zugunsten der

---

[2293] Bericht Ges. Kasche an AA, Agram, 3. Dezember 1942, in: ADAP, Serie E, Bd. 1/5, 433f., zitiert nach: Schmider, Kriegsschauplatz, 1015f.; Broucek, Glaise-Horstenau, 177; Djilas, Partisanen, 272. An den Zugängen zu Bihać hatten Hunderte von Bauernfuhrwerken auf den Fall der Stadt gewartet, um für ihre Streitmacht, aber auch für sich selbst, die Beute herauszuholen.

[2294] Pijade, Märchen, 44.

Partisanen gewendet, und die feindliche Offensive machte alsbald jede Tätigkeit des Exekutivausschusses unmöglich.“[2295]

Erst jetzt, auf einem Meeting im überwiegend muslimischen Cazin, gab Tito öffentlich seine Identität als Josip Broz preis. Der damals fast siebzigjährige kroatische Dichter Vladimir Nazor, der aus Zagreb nach Bihać geflohen war, notierte in seinem Tagebuch:

> „Dieser halb geheimnisvolle und schon jetzt halb legendäre Mann nahm mich sofort durch seine Haltung und seine Rede für sich ein. [...] Tito ist immer in seinem kleinen Arbeitszimmer, [...] er empfängt Nachrichten, gibt Befehle aus, er diktiert und schreibt [...]. Wie es Tito bloß versteht, alle Fäden in der Hand zu behalten, zu befehlen und zu bestimmen, ohne die Initiative des einzelnen zu lähmen! Über ihn wird viel gesprochen und geschrieben werden; er wird in die Geschichte unseres Volkes eingehen.“[2296]

Im Jänner 1943 veröffentlichte Tito als Oberkommandierender gemeinsam mit dem Exekutivkomitee des AVNOJ eine Erklärung an die Alliierten, in der einerseits die Anerkennung der Partisanenbewegung, andererseits eine alliierte Untersuchung der angeblichen Kollaboration der *Četnici* verlangt wurde:

> „Wir erklären im Angesicht der ganzen Welt – und dafür tragen wir die volle Verantwortung –, dass die Četnici Draža Mihailović’ seit November 1941 auf der Seite der Okkupatoren gegen unser Volksbefreiungsheer und die Partisaneneinheiten kämpfen. [...] Unser Volksbefreiungsheer und die Partisaneneinheiten haben schon Zehntausende von Opfern gebracht und bringen jeden Tag neue Opfer, [...] nicht nur für die Befreiung der Völker Jugoslawiens, sondern auch für die Sache der Alliierten. Demnach haben wir ein Recht, nicht nur die Anerkennung unseres Kampfes zu verlangen, sondern wir haben auch ein Recht darauf, von den Alliierten zu fordern, dass sie sich energisch mit dem Fall der jugoslawischen Regierung und Draža Mihailović’ beschäftigen. Wir haben mehrmals eine Kommission der Alliierten angefordert, die hier in Jugoslawien die tatsächliche Situation feststellen sollte, um ein für allemal dem schrecklichen Betrug und der Irreführung der Weltöffentlichkeit ein Ende zu bereiten.“[2297]

Eine unmittelbare Anerkennung und eine direkte Hilfeleistung seitens der Alliierten blieben aber noch immer aus.

Mit der Niederlage der deutschen Panzerarmee Afrika unter GFM Erwin Rommel vor El Alamein und der anglo-amerikanischen Landung in Marokko und Algerien Anfang November 1942 stieß die Bürgerkriegssituation in Kroatien innerhalb der deutschen Führung auf größeres Interesse. Nach einer deutsch-italienischen Konferenz in Görlitz vom 18. bis zum 20. Dezember 1942, an der Hitler, Ribbentrop und Keitel, sowie Ciano und der italienische Generalstabschef Ugo Cavallero teilnahmen, erteilte Hitler am 28. Dezember 1942 die Weisung, eine gemeinsame Offensive gegen die kommunistische Widerstandsbewegung in Jugoslawien zu unternehmen. In einer Besprechung in Rom Anfang Jänner 1943 zwischen Cavallero, General Roatta, Generaloberst Löhr, kroatischen Generälen

[2295] Djilas, Partisanen, 272-274; Pijade, Märchen, 44; Banac, Dimitrov, 254.

[2296] Vladimir Nazor, S partizanima (Zagreb 1968) 16f.

[2297] Tito i Revolucija, 124f.

und einigen *Četnik*-Führern aus Dalmatien und der Herzegowina wurde ein Plan für die Vernichtung des Volksbefreiungsheeres im *Ustaša*-Staat und in der italienischen Besatzungszone ausgearbeitet.[2298]

So starteten der neue Oberbefehlshaber Südost, GO Löhr, und GLt. Lüters schon am Morgen des 20. Jänner 1943 mit Wehrmacht (Teile der 714. und 717. Infanteriedivision) und der 7. SS-Gebirgsdivision „Prinz Eugen" gemeinsam mit der 369. (kroatischen) Infanteriedivision, der 2. und 3. Gebirgsdivision der *Domobrani*, drei italienischen Divisionen und *Četnik*-Einheiten eine Winteroffensive gegen die Partisanen in Westbosnien – das sogenannte Unternehmen „Weiß", nach der Terminologie der Partisanen die „vierte feindliche Offensive" (*Četvrta neprijateljska ofenziva*). Insgesamt kämpften 80.000 Mann gegen das I. Kroatische Korps der Partisanen, das I. Bosnische Korps und die Korpsabteilung z.b.V. des Obersten Stabes mit 30.000 Mann. Hauptziele der Operation war einerseits die Vernichtung der kommunistischen Partisanenverbände in Nordwest-Bosnien, andererseits die Entwaffnung der dortigen *Četnik*-Verbände. Mit ungestümer Wucht begann die deutsche Offensive in der Banjia und im Kordun. Die „Prinz Eugen" erhielt den Auftrag, ihren Hauptstoß von Karlovac nach Bihać zu führen, das bereits am 29. Jänner eingenommen wurde. Und die SS-Division stieß im Februar und März – teilweise unterstützt von der 717. ID und den italienischen Divisionen „Sassari" und „Re" – über Drvar und Livno bis Mostar vor, um die Bauxitgruben zu sichern.[2299]

Đilas hielt in seinen Kriegsmemoiren fest:

> „Mit Panzern und Artillerie zermalmten die Deutschen die Verteidigung, steckten die Dörfer in Brand, erschossen ‚Komplizen' [der Kommunisten, Erg. Suppan] und Gefangene. Von morgens bis abends schlug die Luftwaffe zu: alles was sich auf den Landstraßen befand, wurde beschossen, schwere Bombenangriffe wurden gegen unsere Stützpunkte geflogen – Bihać, Petrovac und andere…"[2300]

Tito sandte am 31. Jänner einen geradezu verzweifelten Hilferuf aus Drvar in Nordwest-Bosnien an die Komintern:

> „I must ask you again, is it not in any way possible for you to render us any help at all? Death by starvation threatens hundreds of thousands of refugees. Can it be that after twenty months of heroic, almost superhuman, struggle no way can be found to help us? […] The hungry people give our fighters the last crumb of bread, although they are themselves dying of hunger."[2301]

[2298] General Roatta hatte mit dem Rückzug seiner Armee an die Küste die Entstehung des Partisanenstaates wesentlich begünstigt, GO Alessandro Pirzio-Biroli hatte Montenegro im Wesentlichen der Selbstverwaltung durch drei *Četnik*-Führer überlassen. – Ruzicic-Kessler, Italienische Besatzungspolitik, 212-215.

[2299] Broucek, Glaise-Horstenau, 24; Casagrande, Prinz Eugen, 242-244; Jörg Aschenbrenner – Wolfram Prihoda (Hgg.), Militäroperationen und Partisanenkampf in Südosteuropa. Vom Berliner Kongress zum Ende Jugoslawiens (Truppendienst-Handbuch, Wien 2009) 225-238.

[2300] Schmider, Kriegsschauplatz, 1016-1018; Djilas, Partisanen, 283.

[2301] Banac, Dimitrov, 258f.

Dimitrov versicherte Tito am 10. Februar, dass im Falle des Bestehens der geringsten Chance auf materielle Unterstützung seines „heroischen Kampfes“ er eine solche bereits bekommen hätte. Das sowjetische Volk und seine Führer bewunderten das jugoslawische Volksbefreiungsheer, und Dimitrov habe mit Stalin wiederholt die Möglichkeit einer Unterstützung erörtert, ohne bis heute das Transportproblem gelöst zu haben. Tito konnte daher seinen Truppen nur befehlen, wie schon in Užice 1941 und in Foča 1942, Frontalkämpfen auszuweichen, vor allem gegen die Deutschen, und sich wieder in den Süden Bosniens zurückzuziehen. Die zugenommene Kampferfahrung kam den Partisanen zugute, aber auch die genaue Landeskenntnis und das Winterwetter. Besonders kritisch wurde aber die Lage für die etwa 4000 Verwundeten, „die sich auf Krücken dahinschleppten, zu Pferd oder in Wagen transportiert oder sogar von Frauen, Greisen und Soldaten getragen wurden“. Mangels Kombattantenstatus der Partisanen waren sie noch nicht durch die Genfer Konvention geschützt, weshalb ihre Gefangennahme ihr Todesurteil bedeuten konnte.[2302]

Tito richtete am 4. März ein neuerliches dringendes Hilfeersuchen an die Komintern, das Dimitrov am 11. März mit politischen Belehrungen beantwortete:

> „The fact that Mihailović is still able to recruit Chetniks by the thousands and to throw them against your army units and Partisan detachments undoubtedly indicates the necessity of an overall intensification of your political work among the masses in the occupied territories and particularly among the Chetniks themselves. After all, Mihailović is recruiting quite a few Chetniks from the peasantry and petty bourgeoisie. The precise demagogic devices and slogans Mihailović is using to recruit people ought to be discovered, and those devices and slogans ought to be mercilessly exposed. It is very important, along with military strikes against Chetnik bands, to demoralize them politically at the same time, to split their ranks and snatch up any errant Chetnik for our own side. […]“[2303]

Sowohl die Deutschen als auch die Italiener versuchten, den Partisanen an der Neretva den weiteren Rückzug zu versperren. Tito ließ Prozor angreifen, und seine Partisanen machten ein ganzes italienisches Bataillon der Division „Murge“ nieder. Die Partisanen erbeuteten auch einige Haubitzen und ganze Waggonladungen an Munition. Allerdings stieß eine deutsche Kampfgruppe der 717. ID von Sarajevo über den Ivan-Sattel in Richtung Konjic vor. Im Gegenzug nahmen die Partisanen Jablanica an der Neretva, wo Tito – nicht für alle Mitkämpfer verständlich und später im berühmten Film „Die Brücke über die Neretva“ als „Kriegslist“ dargestellt – die Brücke sprengen ließ. Nun gelang es, die Deutschen zurückzudrängen, und am 5. März gab Tito den Befehl, an der Neretva durch die Verbände der *Četnici* hindurch vorzustoßen. In die Reihen der *Četnici*, die nach Einschätzung Titos noch etwa 20.000 Mann zählten, war bereits Verwirrung und Kampfesunlust eingekehrt. Über das Gerüst der zerstörten Brücke wurde in der Nacht zum 7. März die Uferstellung der *Četnici* durchbrochen, über das Brückengerüst ein hölzerner Steg errichtet, sodass bereits in der Nacht zum 9. März mit

[2302] Djilas, Partisanen, 285; Schmider, Partisanenkrieg, 214-225.
[2303] Banac, Dimitrov, 259f., 264.

der Evakuierung der Verwundeten begonnen werden konnte. Auch dem Obersten Stab und dem Zentralkomitee der KPJ gelang es, der Umklammerung zu entgehen und über die Neretva in die östliche Herzegowina, nach Südost-Bosnien und ins nördliche Montenegro durchzustoßen. Hier nun konnten die Partisanen in den folgenden Monaten sowohl den italienischen Besatzungstruppen als auch den *Četnici* eine ganze Reihe entscheidender Schläge versetzen.[2304]

In der bedrängten Lage an der Neretva hatte der Oberste Stab den Entschluss gefasst, der Wehrmacht neuerlich Verhandlungen anzubieten. Bereits am 5. März wurde ein zuvor gefangen genommener Major Strecker von der 717. ID veranlasst, einen entsprechenden Brief an seinen Kommandeur zu schreiben. Als sehr rasch eine zustimmende Antwort erfolgte, wurden von Tito am 11. März 1943 das Politbüro-Mitglied Milovan Đilas, der Rechtsexperte im Hauptstab, Vladimir Velebit[2305], und General Koča Popović, der Kommandeur der 1. Proletarischen Division, zu Verhandlungen mit den Deutschen nach Gornji Vakuf entsandt, um mit dem Divisions-Kommandeur der 717. ID über einen Gefangenenaustausch zu sprechen. Die Vertreter der Partisanen schnitten auch die Frage der Anwendung des Völkerrechts an und betonten, dass sie die *Četnici* als ihre Hauptfeinde betrachteten. Die deutsche Seite war ebenfalls an einem Austausch von Kriegsgefangenen interessiert, außerdem an einer Einstellung der Anschläge auf die Bahnlinie Agram–Belgrad. Mit Zustimmung Titos fuhren Đilas und Velebit – beide unter falschem Namen – in Begleitung des deutschen Ingenieurs Ott sogar in die kroatische Hauptstadt Agram, wo sie in Verhandlungen mit General Glaise-Horstenau und dem Gesandten Kasche zwischen dem 20. und dem 26. März 1943 einige konkrete Resultate erzielten, was etwa zur Freilassung des Sekretärs des ZK der KP Kroatiens, Andrija Hebrang, und Titos zweiter Frau, Herta Haas, mit ihrem kleinen Sohn Miša, führte, ohne dass die deutsche Seite ihre Identität erkannt hätte. Schließlich verboten Hitler und Ribbentrop weitere Verhandlungen. Glaise-Horstenau erhielt die Weisung, dass mit „Rebellen“ nicht verhandelt werde, sondern diese erschossen würden.[2306]

Tito berichtete Dimitrov bereits am 30. März aus Drače in Ostbosnien ausführlich von diesen Verhandlungen. Und Titos Bericht enthielt auch die deutsche

[2304] Schmider, Partisanenkrieg, 226-238; Djilas, Partisanen, 287-299; Ruzicic–Kessler, Besatzungspolitik, 216-219; vgl. Friedrich Wiener, Partisanenkampf am Balkan (Wien 1976) 164-180. Dem „Radio Freies Jugoslawien“ gab Tito freilich absichtlich nur die Zahl von 12.000 *Četnici* bekannt: „[…] es ist schlecht, wenn die Leute hören, dass die so viele zusammenbringen konnten“.

[2305] Vladimir Velebit, geb. 1907 in Zara, Sohn, Enkel und Urenkel altösterreichischer Offiziere, lebte bis 1922 in Wien, Studium in Zagreb, 1933 Dr. iur., Rechtsanwalt in Zagreb, 1939 Mitglied der KPJ, Mitglied der Partisanenbewegung ab 1941, Angehöriger des Hauptstabes des Volksbefreiungsheeres (Vorstand der Militärgerichtsabteilung), Chef der jug. Militärmission in Großbritannien, nach 1945 jug. Botschafter in London, stellvertretender jug. Außenminister, General der Reserve der JVA. – Broucek, Glaise-Horstenau, 220. Velebit war unter dem Decknamen „Petrović“ nach Zagreb gekommen, hatte aber Glaise-Horstenau seinen richtigen Namen genannt.

[2306] Milovan Djilas, Wartime (New York 1977) 243; Broucek, Glaise-Horstenau, 33-35; Schmider, Partsisanenkrieg, 242-250.

Erwartung einer Vereinbarung zwischen Berlin und London, den Wunsch des deutschen Gesandten in Agram, Tito persönlich zu treffen, und das Angebot der Partisanen an die deutsche Seite, gegen eine britische Landung an der Adriaküste zu kämpfen: „We would fight the British if they landed.“[2307]

Dimitrovs Antwort fiel entsprechend harsch und belehrend aus:

> „We are disturbed by the fact that you are exchanging prisoners with the Germans, sending them delegates who are conducting various negotiations with the Germans, as well as by the fact that the German ambassador in Zagreb has expressed a wish to meet him personally. What is the meaning of this? The people are waging a fierce war with the occupiers, and suddenly such relations as these arise between you and the Germans. Could this not be connected with the Germans' policy of using our people to incite an internecine struggle among the Yugoslavs themselves and thus hasten the destruction of the People's Liberation Army? Please furnish an explanation in this regard. Furthermore, the fact that displeasure with the English is growing among the entire people is understandable. But do you not think that at the present juncture the interests of the national liberation struggle are best served not by encouraging displeasure with the English, but by stirring up the utmost hatred for the occupiers, first and foremost the Germans? Meanwhile any links with German authorities could undoubtedly abate that popular hatred, which is now so indispensable. I await your reply.“[2308]

Auf Vorhaltungen Stalins, mit dem Feind zu verhandeln, antwortete Tito, dass er das Leben seiner eigenen Leute wesentlich höher einschätze als dasjenige selbst wichtiger Faschisten, und fügte vorwurfsvoll hinzu: „Wenn ihr nicht verstehen könnt, in welch schwieriger Lage wir uns befinden, und wenn ihr uns nicht helfen könnt, so behindert uns wenigstens nicht.“[2309]

Tito hatte gehofft, mit den Deutschen eine längere Waffenruhe aushandeln zu können, überschätzte aber die deutsche Bereitschaft, dem Bürgerkrieg zwischen Partisanen, *Četnici* und Kroaten als Zuschauer beiwohnen zu wollen. Die „Prinz Eugen“ widmete sich kurzfristig zwar tatsächlich der Sicherung der Bauxitgruben bei Mostar. Aber am 27. April 1943 musste eine Kompanie der Division ein in Glamoč von Partisanen eingeschlossenes kroatisches Bataillon entsetzen und die umliegende Gegend „säubern“. Und am 5. Mai wurde der SS-Versorgungsstützpunkt Mostar von *Četnici* überfallen. Das eigentliche Operationsziel von „Weiß“, die dauerhafte Wiedereingliederung des „Partisanenreiches“ in den kroatischen Staatsverband, war klar verfehlt.[2310]

Nach einem deutschen Operationsstopp, der auf eine erwartete alliierte Landung auf Kreta und dem Peloponnes zurückzuführen war, ließen Löhr und Lüters

[2307] Banac, Dimitrov, 267.

[2308] Banac, Dimitrov, 267f.

[2309] Milovan Djilas, Gespräche mit Stalin (Frankfurt am Main 1962) 18; Fitzroy Maclean, Disputed Barricade. The Life and Times of Josip Broz Tito, Marshal of Yugoslavia (London 1957) 206. Am 8. Mai 1943 teilte Molotov Dimitrov die Entscheidung des Politbüros der KPdSU mit, die Komintern aufzulösen und als Abteilung für internationale Information dem sowjetischen Zentralkomitee einzugliedern. Damit war es auch mit den Belehrungen Dimitrovs an Tito vorbei, und Tito begann bald direkt mit Stalin zu verkehren.

[2310] Casagrande, Prinz Eugen, 247; Schmider, Partisanenkrieg, 251-254.

eine neue Offensive beginnen – das Unternehmen „Schwarz", die Partisanen sprachen von der „fünften feindlichen Offensive" (*Peta neprijateljska ofenziva*) –, die sowohl gegen das Hauptquartier von Mihailović als auch gegen den Obersten Stab Titos gerichtet war. Insgesamt etwa 119.000 Mann – zwei deutsche Jägerdivisionen, die 7. SS-Gebirgsdivision, die 369. (kroatische) Infanteriedivision, die 4. Jägerbrigade und die 2. Gebirgsbrigade der *Domobrani*, vier italienische Divisionen und ein verstärktes bulgarisches Regiment – sollten die etwa 22.000 Mann starken Partisaneneinheiten zwischen den Quellflüssen der Drina, Tara und Piva umzingeln. Hitler hatte sogar die Verheimlichung der Vorbereitungen vor den italienischen Verbündeten befohlen, die nun ihrerseits um Unterstützung durch deutsche Truppen in Montenegro ersuchten. So konnte die 104. Jägerdivision Schlüsselpositionen im nordmontenegrinischen Sandžak besetzen, die aus Makedonien heranrückende 1. Gebirgsdivision reihte sich unter den Divisionen von GO Pirzio-Biroli ein, und die SS-Gebirgsdivision „Prinz Eugen" bezog an der Grenze zwischen der Herzegowina und Montenegro Stellung. Mit den italienischen Infanteriedivisionen „Ferrara", „Venezia" und „Taurinense", dem bulgarischen 61. Infanterieregiment, der 369. kroatischen Infanteriedivision und der 118. Jägerdivision wurde der Ring um die vier in Nordmontenegro konzentrierten Divisionen der Volksbefreiungsarmee geschlossen. Die Partisanen versuchten rechtzeitig, wichtige Flussübergänge und Gebirgspässe zu sichern, und entschieden sich für einen Durchbruch zwischen der kroatischen Infanteriedivision und der 118. deutschen Jägerdivision in Richtung Südost-Bosnien. In der Nacht vom 9. auf den 10. Juni sprengten die Partisanen nach Überquerung der Sutjeska den Belagerungsring. Die 3. Division, die mit dem Schutz des Lazaretts betraut war und den Befehl zum Ausbruch zu spät erhalten hatte, wurde weitgehend vernichtet. Zwar hatte die Volksbefreiungsarmee – nach übereinstimmenden deutschen und jugoslawischen Schätzungen – etwa die Hälfte ihrer Kämpfer verloren, die deutsche Besatzungsmacht erhielt aber nie mehr die Chance, das Gros der Volksbefreiungsarmee zu zerschlagen.[2311]

Gerade auf dem Höhepunkt der „Fünften Offensive" Ende Mai 1943 war in Titos Hauptquartier in Nord-Montenegro eine sechsköpfige britische Militärkommission mit den Captains William Stewart und William Deakin an der Spitze eingetroffen. Da die deutsche Panzerarmee Afrika eben kapituliert hatte und die Anglo-Amerikaner eine Landung auf Sizilien vorbereiteten, wollten sich die Briten Klarheit über die Lage im Inneren des Balkans verschaffen. Auch wollten sie sich bei der offensichtlich stärksten Widerstandsbewegung ein Mindestmaß an Einfluss sichern. Für die Partisanen aber hatte die Ankunft der Briten große politische und psychologische Bedeutung, bedeutete dies doch zumindest eine

[2311] Hronologija, 468-495; Schmider, Kriegsschauplatz, 1020-1022; Broucek, Glaise-Horstenau, 24, 310; Aschenbrenner–Prihoda, 242f. Militäroperationen, General Lüters hatte den Befehl gegeben: „Kein wehrfähiger Mann verlässt den Kessel lebend." Milovan Đilas, Der Krieg der Partisanen, 301, schätzte 7000 eigene Gefallene und Vermisste, der Befehlshaber der deutschen Truppen in Kroatien „zählte" 7489 feindliche Gefallene und schätzte weitere 4000 bis 5000.

indirekte Anerkennung. Die Briten bekamen aber auch gleich die ganze Härte der Kämpfe mit, als den Partisanen zwar das Durchbrechen des Einschließungsringes in der Sutjeska-Schlucht gelang, dabei aber fast das ganze Lazarett und ein Drittel der Kampfeinheiten verloren. So telegraphierte Tito am 12. Juni an Stalin:

> „Wir sind noch immer in schwieriger Lage. [...] Heute ist der englische Hauptmann Stewart bei einem Luftangriff getötet worden, und Hauptmann Deakin und ich sind leicht verwundet. [...] Die Engländer sagen, dass sie sich selbst nicht vorstellen konnten, was für schwere Kämpfe wir führen. [...] Der Feind macht die letzten Anstrengungen, uns zu vernichten, aber das wird ihm nicht gelingen. Wir bitten um Eure Unterstützung in dieser allerschwersten Prüfung."[2312]

Die Partisanen waren nur in kleinen Gruppen und halbverhungert der immer enger werdenden Umzingelung entkommen. Die 1. Gebirgsdivision entdeckte am 14. Juni „große Massengräber und ganze Ortschaften voll Typhustoter", die SS-Division „Prinz Eugen" fand am 15. Juni „200 Leichen an Verhungerten". In der Abschlussmeldung zur Operation „Schwarz" meldete die Division mindestens 11.000 bis 12.000 tote Partisanen, davon 10.000 „blutige" Verluste – also im Kampf Gefallene – und 1000 bis 2000 durch Hunger und Seuchen Gestorbene. Die Verluste aller deutschen Verbände betrugen 465 Gefallene, 1554 Verwundete und 281 Vermisste. General Phleps meldete auch die Zerschlagung der Tito-Partisanen im montenegrinisch-herzegowinischen Raum und erhielt das Ritterkreuz.[2313]

Stalin ließ am 28. Juni Dimitrov antworten:

> „Your last telegram (concerning the successul repulse of the last German-Italian offensive) cheered all of us up immensely. Well done, Yugoslav heroes. You would do well to consider whether it might not be more expedient to preserve a limited liberated territory as a base for the People's Liberation Army, while throwing the greater part of the army's battle-ready forces into the maximum possible disruption of the Germans' and Italians' communications, until you have cut Yugoslavia off completely from the West and the Balkans. At this stage it seems that these tactics would yield more effective results in the fight against the occupiers, as well as a more rational use of your armed forces and to a certain extent a better means of preserving them for subsequent decisive battles in Yugoslavia. Please communicate your views on this matter."[2314]

Nachdem die SS-Division „Prinz Eugen" in der zweiten Junihälfte 1943 wieder in den Raum um Mostar zurückmarschiert war, um die Bauxitgruben zu bewachen, verfasste der neue Divisionskommandeur, SS-Oberführer Otto Kumm, einen „Erfahrungsbericht über das Unternehmen ‚Schwarz'", im Besonderen über die Partisanen:

> – „Infanterie
>
> Feind: a) Führung: Die Četnik-Banden sind […] nicht in den Kampf eingetreten und ergaben sich kampflos. Kommunisten Banden: Gegner kämpft hartnäckig und weicht nur langsam von Widerstandslinie auf Widerstandslinie aus. Wo es die Lage erfordert, geht er zum Angriff über.

[2312] Pijade, Märchen, 48f.

[2313] Casagrande, Prinz Eugen, 254f.; Schmider, Partisanenkrieg, 280.

[2314] Banac, Dimitrov, 281.

b) Kampfweise: Feind kämpft verschlagen und hinterlisti, zum Teil mit dem Mut der Verzweiflung. Besonders zustatten kommt ihm die genaue Kenntnis des Gebietes.

c) Waffen und Munition: Die Ausstattung mit leichten Waffen und Munition, zum Teil italienischer Herkunft, ist gut. […] Schwere Waffen […] sind in geringer Zahl vorhanden

d) Bekleidung und Ausrüstung: Landesübliche Bekleidung. Teilweise italienische und auch deutsche Uniformen. Ausrüstung einfach und primitiv. Kein Rückengepäck, leichte Fußbekleidung. Daher beweglicher und schneller im Kampf.

e) Verpflegung: Verpflegungslage […] sehr schlecht. Die eingebrachten Gefangenen waren durchwegs unterernährt.

f) Transportmittel: Vorhanden sind in größerer Anzahl Tragtiere […] Unnötiger Ballast wird nicht mitgeführt. Zugunsten der Beweglichkeit wird auf all das verzichtet, was dem Kampf im Gebirge und die Schnelligkeit beeinträchtigen könnte.

g) Sanitätswesen: Das Sanitätswesen der Banden liegt in den Händen jüdischer und serbischer Ärzte. An Hilfskräften stehen eine Anzahl Frauen zur Verfügung, die auch notfalls mit der Waffe in der Hand am Kampfe teilnehmen. Gefangene Italiener werden als Verwundetenträger eingeteilt und mitgeführt. Arzneimittel und Medikamente fehlen. Häufig vorkommende Krankheiten sind Typhus, Flecktyphus und Unterernährung.

h) Nachrichtenverbindung: Sein Nachrichten- und Agentennetz arbeitet ausgezeichnet. […] Die Bevölkerung steht fast ausnahmslos auf Seiten der Banden als volkszugehörige ‚Freiheitskämpfer'. Über eigene [= deutsche, Anm. Suppan] Bewegungen ist er meistens frühzeitig unterrichtet."[2315]

Aber die Deutschen und ihre Verbündeten verstanden es nicht, die vorübergehende Schwäche der Partisanen zu nützen. Die italienischen Generäle zogen ihre Verbände an die Küste zurück, der Verfall der kroatischen Streitkräfte hielt unvermindert an, und das OKW bereitete sich auf eine alliierte Landung in Griechenland oder in Albanien vor und verlegte je eine Division dorthin. Nur nach dem Kampfwert zweitklassige Divisionen – eine deutsche und eine kroatische – rückten nach. Andererseits begingen am 27. Juni 1943 Soldaten des 29. *Ustaša*-Bataillons Massenmorde an der orthodoxen und muslimischen Bevölkerung von Srebrenica und in umliegenden Dörfern. Im September 1943 ritt die 1. Kosaken-Kavalleriedivision unter ihrem Kommandeur Generalmajor Helmuth von Pannwitz durch Syrmien, „um dort zu befrieden"; etwa 10.000 Angehörige von Turkvölkern unter dem Befehl des Generalmajors Oskar von Niedermayer folgten ihnen. Sofort gab es von kroatischer, ungarischer und slowakischer Seite Nachrichten und Gerüchte über blindwütige angebliche oder wirkliche Gräueltaten der Kosaken und Turkvölker. Tatsächlich bestätigte auch Glaise-Horstenau, dass sie in Dörfern, die sie

[2315] CASAGRANDE, Prinz Eugen, 256f. Hinsichtlich des eigenen Einsatzes kritisierte die „Prinz Eugen" die mangelnde Ausrüstung der Gebirgsjäger für den beweglichen Kampf im Gebirge, die Überbeanspruchung des Kfz-Materials und die „ganz außerordentliche Überbeanspruchung der vorhandenen Pferde und Tragtiere", lobte aber die kämpferische Festigung der eigenen Truppe und die enge Zusammenarbeit zwischen Panzern und Gebirgsjägern (die Panzer liefen ca. 2000 km, sodass ein „Ersatz der Ketten dringend nötig" sei).

eroberten, die Männer umbrächten, die Frauen vergewaltigten und alles Hab und Gut nähmen. Auch das II. Korps der Partisanen meldete im Oktober 1943 an Tito: „In Syrmien wird zur Zeit die bisher stärkste feindliche Säuberung durchgeführt. Der Feind brennt, mordet, plündert und verübt unerhörte Bestialitäten."[2316]

Bereits im Juli 1943 hatte Tito General Glaise-Horstenau ein neues Austauschangebot gemacht, Ingenieur Ott knüpfte neuerlich die Fäden. Der Sondergesandte Neubacher hatte prinzipiell nichts einzuwenden, solange die Partisanen nicht als kriegführende Macht anerkannt würden. Bei Verhandlungen im November 1943 – Hitler dürfte wohl eine mündliche Zustimmung gegeben haben – wurde immerhin vereinbart, dass die Kämpfer beider Seiten jeweils als Kriegsgefangene behandelt, im Kriegsgefangenenlager festgehalten und im Verhältnis 1:1 ausgetauscht werden sollten. Die Austauschaktionen selbst wurden vom Hauptstab der Partisanen Kroatiens einerseits sowie vom Stab Glaise-Horstenaus andererseits organisiert, wobei der Sonderführer Ing. Willibald Nemeček als Dolmetscher, Pressereferent und Lagekartenführer fungierte, bei der Abwicklung selbst sogar zweimal schwer verwundet wurde. Nach seinen Angaben soll es bis April 1945 zum Austausch von etwa 2000 Mann auf jeder Seite gekommen sein, nach jugoslawischen Darstellungen zum Austausch von je etwa 800 Mann.[2317]

Als die Westalliierten am 10. Juli 1943 auf Sizilien landeten, begann sich die Kapitulation Italiens abzuzeichnen. Auf Empfehlung des Faschistischen Großrats am 25. Juli 1943 entzog König Vittorio Emanuele III. Mussolini den Oberbefehl über die Streitkräfte, entließ ihn als Ministerpräsidenten und ließ ihn verhaften. Dass der „Stahlpakt" nicht sofort gekündigt und ein Waffenstillstand mit den Alliierten geschlossen wurde, gab der deutschen Führung die Möglichkeit, sich auf den Kriegsaustritt des Verbündeten vorzubereiten. Im August kam in Titos Hauptquartier auch eine offizielle anglo-amerikanische Militärmission unter Führung des Brigadegenerals Fitzroy MacLean an. Tito war fest entschlossen, den italienischen Truppen in Montenegro und Dalmatien – Ende August 1943 dürften es noch 280.000 bis 290.000 Mann gewesen sein – im Falle der Kapitulation sofort die Waffen abzunehmen. Tatsächlich gelang den Partisanen Anfang September 1943 die Entwaffnung von etwa 15.000 italienischen Soldaten, und große Teile der Divisionen „Venezia" und „Taurinense" schlossen sich den Partisanen an. Mit den erbeuteten Waffen konnten 80.000 neue Kämpfer ausgerüstet werden. Aber auch die Deutschen mit dem neuen Oberbefehlshaber Südost, GFM Maximilian von Weichs, und dem neuen Oberbefehlshaber der 2. Panzerarmee, General Lothar Rendulic, waren vorbereitet, hatten sich einige von den Italienern aufgegebene

[2316] Redžić, Bosnia, 220; Broucek, Glaise-Horstenau, 292f., 302f. Die im April 1943 aus Regimentern der Don-, Kuban-, Terek- und sibirischen Kosaken zusammengefasste 1. Kosaken-Kavalleriedivision zählte etwa 14.000 Kosaken und 4000 Deutsche. – Andreas Kappeler, Die Kosaken. Geschichte und Legenden (München 2013) 83-85.

[2317] Broucek, Glaise-Horstenau, 36f. Am 26. und 27. November 1943 vereinbarten Ing. Ott und der Partisanenoffizier Marijan Stilinović einen Pferdeeinkauf von 10.000 Stück durch den Hauptstab im Gegenzug zum ungestörten Verlauf von Chlortransporten nach Deutschland.

Flugplätze gesichert und entwaffneten in den Tagen nach dem 8. September 1943 ebenfalls Teile der 2. italienischen Armee und der Heeresgruppe Est, denen nicht die Flucht über die Adria gelungen war. Freilich mussten sich die deutschen Einheiten in der Folge auf die Sicherung der wichtigsten Verkehrswege und der Adriaküste konzentrieren, während die Volksbefreiungsarmee – mit Unterstützung der britischen Alliierten – auf der Halbinsel Pelješac und den dalmatinischen Inseln Umschlagplätze für Nachschubgüter, Gefangene und Verwundete einrichtete.[2318]

Noch vor Beginn der Außenministerkonferenz in Moskau Ende Oktober 1943 konnte daher der militärisch gestärkte Tito der Sowjetregierung seine Vorstellungen unterbreiten:

> „[...] Der Antifaschistische Rat Jugoslawiens, Kroatiens und Sloweniens und der Oberste Stab der Volksbefreiungsarmee und der Partisanenabteilungen Jugoslawiens bevollmächtigen mich, folgendes zu erklären:
>
> 1. Wir erkennen weder die jugoslawische Regierung noch den König im Ausland an, da sie seit zweieinhalb Jahren, und auch jetzt noch, den Mitarbeiter der Okkupatoren, den Verräter Draža Mihailović, unterstützen und deshalb die volle Verantwortung für diesen Verrat an den Völkern Jugoslawiens tragen.
> 2. Wir werden nicht erlauben, dass sie nach Jugoslawien zurückkehren, weil dies den Bürgerkrieg bedeuten würde.
> 3. Wir erklären im Namen der gewaltigen Mehrheit des Volkes, dass es eine demokratische Republik wünscht, die auf den Volksbefreiungsausschüssen aufbaut.
> 4. Die einzige gesetzliche Macht des Volkes sind zur Zeit die Volksbefreiungsausschüsse mit den antifaschistischen Räten an der Spitze. – Eine solche Erklärung werden wir auch der englischen Mission bei unserem Stab übergeben. – Der englische General [Brigadegeneral Fitzroy MacLean] gab uns schon bekannt, dass die englische Regierung nicht besonders um den König und die jugoslawische Emigrantenregierung bemüht sein wird.“[2319]

Dennoch war Stalin nicht bereit, Titos Telegramm der Außenministerkonferenz vorzulegen. Tito ließ sich jedoch durch diese Hinhaltetaktik Stalins nicht entmutigen, sondern berief eine zweite Sitzung des AVNOJ nach Jajce in Zentralbosnien ein und ließ diesen „Antifaschistischen Rat“ zum obersten gesetzgebenden Organ und damit höchsten Repräsentanten des Volkes und des Staates ausrufen. Gleichzeitig wurde eine provisorische Regierung als Exekutivorgan gebildet, die alle Aufgaben „einer wahren Volksregierung“ wahrnehmen müsse. Der AVNOJ wählte aus seiner Mitte ein „Nationalkomitee der Befreiung Jugoslawiens“ (*Nacionalni komitet oslobođenja Jugoslavije*) mit Tito als Vorsitzendem; auf Vorschlag der slowenischen Delegation erhielt Tito auch den Titel eines Marschalls Jugoslawiens.

[2318] Schmider, Kriegsschauplatz, 1024f. Hitler hatte General Rendulic, einem weiteren österreichischen General auf dem Balkan, vor der Kommandoübernahme aufgetragen: „Befrieden Sie Kroatien, halten Sie Serbien nieder und verteidigen Sie die Küste von Fiume bis Griechenland.“ Und Rendulic gab bald den Befehl heraus, für jeden getöteten deutschen Soldaten 50 Geiseln zu erschießen. – Broucek, Glaise-Horstenau, 251, 287.

[2319] Pijade, Märchen, 55.

Das Volksbefreiungsheer war im Dezember 1943 auf angeblich 300.000 Mann, organisiert in 26 Divisionen und 10 selbständigen Brigaden, angewachsen.[2320]

Die Großmächte reagierten unterschiedlich. Die Deutschen starteten eine Offensive auf Jajce und nahmen es noch im Dezember ein. In einem Winterfeldzug in Ostbosnien ab 2. Dezember 1943 – Unternehmen „Kugelblitz" bzw. „sechste feindliche Offensive" – versetzten sechs deutsche Divisionen, kroatische und bulgarische Truppen dem III. Korps der Volksbefreiungsarmee einen schweren, wenn auch nicht vernichtenden Schlag, der den Vormarsch nach Serbien um Monate verzögerte. Im Dezember 1943 und Jänner 1944 gelang den Deutschen außerdem die Eroberung der Halbinsel Pelješac und die Einnahme der meisten süddalmatinischen Inseln. Das NDH-Regime hatte freilich weder von der Einnahme Dalmatiens noch von den Schlägen gegen das Volksbefreiungsheer profitieren können, sondern litt unter zunehmenden Desertionen aus seinen Streitkräften. Darüber hinaus hatte General Rendulic offensichtlich von GO Löhr – beide waren Alt-Österreicher – eine Aversion gegen das Pavelić-Regime übernommen und versuchte trotz eines Führerbefehls die kroatische Regierung und ihre Organe zu umgehen.[2321]

Aber auch der „große Bruder" in Moskau war mit seinem Verbündeten unzufrieden. Stalin und Dimitrov, die von der Sitzung des AVNOJ nicht vorinformiert worden waren und daher auch keine Aufstellung über die Mitglieder des AVNOJ und seines Präsidiums erhalten hatten, sandten Tito ein vorwurfsvolles Telegramm, „dass wir ihnen das Messer in den Rücken gestoßen hätten". London und Moskau versuchten nach wie vor, Tito mit der Londoner Exilregierung zu versöhnen. Immerhin wurde auf der Konferenz von Teheran entschieden, den Partisanen größtmögliche Hilfe zukommen zu lassen. Nachdem Großbritannien und die USA am 15. Dezember 1943 Tito als gleichberechtigten alliierten Befehlshaber anerkannt hatten, enthob die jugoslawische Exilregierung noch im Dezember 1943 – auf Drängen Churchills – Mihailović seines Postens als Kriegsminister. Dimitrov aber gab dem vermeintlichen „Kroaten" Tito einen eindringlichen Rat:

> „[...] Furthermore, you must by all means avoid whatever could give the impression that you supposedly favor giving the Croats priority over the Serbs in the new federated Yugoslavia – that is, supplanting the former hegemony of the Serbs with the hegemony of the Croats."[2322]

Seit seiner Predigt am 31. Oktober 1943 hatten sich die Beziehungen von Erzbischof Stepinac zum *Ustaša*-Regime und zur deutschen Besatzungsmacht

[2320] Tito i Revolucija, 144f.; Vojna enciklopedija 6 (Beograd 1964) 663-666. Der AVNOJ beschloss auch den „Aufbau Jugoslawiens auf föderativen Prinzipien" und die Zusicherung aller nationalen Rechte an die nationalen Minderheiten – einschließlich der deutschen Minderheit. – Geiger, Volksdeutsche, 211.

[2321] Schmider, Kriegsschauplatz, 1026-1028; Broucek, Glaise-Horstenau, 24f., 282. Bereits Ende September 1943 stellte Glaise-Horstenau fest, dass Agram völlig von der Außenwelt abgeschnitten sei, Fleisch, Eier und Fett auch in Diplomatenhäusern schwer zu bekommen seien und Milch völlig fehle.

[2322] Banac, Dimitrov, 292; Mastny, Moskaus Weg, 154; Schmider, Partisanenkrieg, 332.

weiter verschlechtert, wozu auch der Tod seines Bruders und blutige Ereignisse in seiner Heimatgemeinde Krašić beitrugen. Der Metropolit hatte vor Tausenden Gläubigen am Platz vor der Agramer Kathedrale nicht nur die Abtreibungen und Ausschweifungen kritisiert, sondern auch das kommunistische System, das dem Bauern sein Land und dem Kaufmann seine ehrlich erworbenen Vermögenswerte wegnehme. Aber Stepinac betonte auch, dass die katholische Kirche keine regierenden und versklavten Rassen kenne, sondern nur Rassen und Nationen als Geschöpfe Gottes. Und der Erzbischof kritisierte auch ausdrücklich die völlig unverhältnismäßigen Geiselerschießungen (der Deutschen), die viele zu den Aufständischen in den Wald trieben. So darf es nicht verwundern, dass der *Ustaša*-Geheimdienst schon seit 1942 die Verhaftung des Erzbischofs plante, 1944 sogar ein Attentat. Obwohl Glaise-Horstenau bereits im Herbst 1943 vermutete, dass die katholische Kirche ein stillschweigendes Übereinkommen mit den Partisanen geschlossen habe – nach dem Motto: „Tu du mir nichts, dann tu ich dir nichts" –, vermittelte Glaise-Horstenau im Verlauf des Jahres 1944 zwei geheime Gespräche des Erzbischofs mit Andrija Hebrang, dem Sekretär des ZK der KP Kroatiens, der 1942 von *Ustaše* gefangen genommen war und später ausgetauscht wurde.[2323]

Die Ausweitung der verschiedenen und unterschiedlichen militärischen Konflikte im „Unabhängigen Staat Kroatien" zu einem „totalen Krieg", vor allem zwischen den Partisaneneinheiten Titos und den kroatischen bzw. deutschen Streitkräften, ist am deutlichsten den Lageberichten des SS-Gruppenführers und Generalleutnants der Polizei Kammerhofer zu entnehmen. So hieß es im Lagebericht für den Dezember 1943:

> „[…] In größeren Unternehmungen hat die Wehrmacht die dort [im Polizeigebiet Sarajevo] vorhandenen Bandenzentren gesprengt. Auch bei diesen Unternehmungen haben es wiederum größere Bandenkräfte verstanden, sich der Einschließung zu entziehen und nach Westen und Nordwesten in die Räume Travnik und Banja Luka auszuweichen. Für Banja Luka hat sich daraus eine verschärfte Bedrohung ergeben. […] Größere Bandenkräfte aus dem ostbosnischen Raum sind auf der Flucht vor dem bosn. Winter und unter dem Druck der Wehrmachtsaktionen bereits vorher in den slawon. Raum hinübergewechselt und haben sich in dem gesamten Gebirgsgebiet zwischen Drau und Save festgesetzt, so dass das gesamte Gebirgsgebiet vom Papuk bis zur Reichsgrenze [in der Untersteiermark, Anm. Suppan] nunmehr als dicht geschlossenes Herrschaftsgebiet der Banden anzusehen ist. […]
>
> Eine Intensivierung der komm. Propaganda fällt besonders mit Bekanntwerden der Errichtung der provisorischen Tito-Regierung – Sitz Siprage 50 km NO Jajce – auf. Hervorgetreten sind besonders die Bemühungen der Banditen, ihren Kämpfern praktische Anweisungen und Richtlinien für die Führung des Volksbefreiungskampfes zu erteilen. Die Stimmung in der Bevölkerung ist allgemein stark durch die Ausrufung der Tito-Regierung beeinflusst worden. Besonderen Eindruck und Nervosität haben die Bombardierungen der Städte Sarajevo und Mostar hinterlas-

[2323] Krišto, Katolička crkva 2, 328-341, 354; Krišto, Sukob simbola, 88f.; Broucek, Glaise-Horstenau, 38, 87, 299f., 314, 455f. Glaise-Horstenau war anfänglich gegenüber Stepinac sehr reserviert eingestellt, da er ihn als Deserteur aus der k.u.k. Armee betrachtete. Ab 1943 dürfte sich das Verhältnis zwischen den beiden ehemaligen k.u.k. Offizieren deutlich gebessert haben.

sen, sowie das Gerücht, dass Tito nunmehr auch über eigene Flugzeuge verfüge, mit denen zu gegebener Zeit ein Angriff auf Agram geplant sei. […]

Polizeigebiet III (Banja Luka): Die Četniks haben sich im Rahmen der augenblicklichen Gesamtlage wieder stärker in den Kampf gegen die Kommunisten eingesetzt. […] Im mittelbosnischen Sektor wendet eine Četnik-Abteilung mit der Bezeichnung ‚Grüner Kader' die Überfalls- und Hinterhaltstaktik der Kommunisten nunmehr gegen die Kommunisten selbst an.[2324] […]

Polizeigebiet V (Agram): Nach der Einnahme von Čazma durch die Roten wechselten starke Bandenkräfte in den Raum südlich Agram über. Fast sämtliche Einheiten, die sich bis jetzt am linken Saveufer in der Posavina aufgehalten hatten, konzentrierten sich im Raum zwischen Sisak – Velika Gorica, wo sich im Augenblick 4 Brigaden in einer Stärke von etwa 3000 – 4000 Mann befinden. Weiterer Zuzug in diesen Raum in der vermutlichen Absicht, das Vorterrain von Agram von Süden her anzugreifen, wird beobachtet. […] Im Raum Zagorien – Kalnik – Bila Gora gelang es den Banden, die 3 genannten Gebiete fast völlig zu beherrschen, miteinander zu verbinden und so einen ununterbrochenen festen Block zu schaffen, der sich von Lepoglava im leichten Bogen nach Osten und Südosten bis zum Papuk und Psunj-Gebirge erstreckt. In diesem Bereich befinden sich im Augenblick 14 Brigaden und Abteilungen, deren Gesamtstärke auf etwa 10-12.000 Mann veranschlagt werden muss. Die Stadt Križevci ist so gut wie eingeschlossen. Mit dem Vorstoß der Banditen an der Drau und über die Drau beherrschen sie praktisch das reiche Draugebiet. – Mit dem Fall von Čazma ist der Raum um Dubrava mit dem Moslavina-Gebiet ebenfalls geschlossenes Bandengebiet geworden, in welchem sich zur Zeit 9 Brigaden in einer Stärke von etwa 6-7.000 Mann befinden. Die Stadt Bjelovar ist auf die sehr unsichere Straßen- und Eisenbahnverbindung über Križevci angewiesen und stark bedroht."[…]

Gesamtverluste von April bis Dezember 1943:
der eigenen Kräfte (Reichsdeutsche, Deutsche aus Kroatien, Kroaten): 451 Gefallene, 548 Verwundete, 619 Vermisste, 14 Gefangene;
Feindverluste: 696 gezählte und 1423 geschätzte Tote, 147 Gefangene, 2 Geiseln hingerichtet.

„Angesichts dieser Sachlage kann von einem Partisanenkrieg im landläufigen Sinne nicht mehr gesprochen werden. Der Kampf, der hierbei ausgetragen wird, ist ein Kampf gegen reguläre feindliche Miliz, die uniformiert und mit guten Waffen versehen ist. Auch die Führung liegt in Händen von militärischen Fachleuten. Bei diesen Kämpfen zeigte sich aber auch, dass die landeseigenen Kräfte mit Interesse und zum Teil mit Begeisterung bei der Sache sind, die kroatische Wehrmacht jedoch zum größten Teil unzuverlässig ist."[…][2325]

Mitte März 1944 erhielt das Oberkommando der 2. Panzerarmee den Befehl, in Nordkroatien das Unternehmen „Cannae" durchzuführen. Einheiten der 42. Jägerdivision, der im Oktober 1943 zugeführten 1. Kosaken-Division, der 18. SS-Panzergrenadier-Division „Horst Wessel", der 1. kroatischen Gebirgsbrigade und des deutschen Eisenbahnsicherungsstabes Kroatien sollten die Partisanenkräfte nördlich der Save und Kupa zwischen Syrmien und Karlovac angreifen. Wesentlich war hierbei die Sicherung der Eisenbahn-Hauptstrecken Agram–Belgrad, Agram–Karlovac, Sunja–Bihać, Brod–Doboj, Vinkovci–Esseg und Inđija–Neusatz.[2326]

[2324] Zum Begriff „Grüner Kader" vgl. PLASCHKA – HASELSTEINER – SUPPAN, Innere Front II, 81-89.

[2325] Der Beauftragte des Reichsführers-SS für Kroatien, SS-Gruf. u. GLt. der Polizei Kammerhofer, Führungsstab für Bandenbekämpfung, an Reichsführer-SS, Agram, 4. Jänner 1944, HIA, Tomasevich papers, box 5 (U.S. Record, Group 238).

[2326] Pz.AOK 2, A.H.Qu., 14. März 1944, HIA, Tomasevich papers, box 5.

Aber im Frühjahr 1944 gab es auch schwerwiegendere Auseinandersetzungen als die Sicherung von Eisenbahnlinien. Im Februar 1944 war die seit Frühjahr 1943 aus bosnischen Muslimen rekrutierte und gut ausgerüstete 13. Waffen-SS-Gebirgsdivision „Handschar" auf den bosnischen Kriegsschauplatz zurückgekehrt und führte im März und April 1944 eine regelrechte Eroberung des nordostbosnischen Raumes durch, der sowohl von Muslimen als auch von Serben und Kroaten bewohnt war. Dies rief auf Seiten der kroatischen Organe größtes Misstrauen hervor, die sogar eine Sezession befürchteten. Als die Volksbefreiungsarmee Mitte März 1944 neuerlich versuchte, mit einem Korps von Ostbosnien nach Serbien vorzustoßen, wurde die SS-Division „Handschar" zweckentfremdet aber erfolgreich eingesetzt.[2327]

Der Lagebericht des SS-Polizeigenerals Kammerhofer für April 1944 verriet nicht nur eine Verschärfung der Sicherheitslage, sondern auch eine zunehmende schwere Vertrauenskrise im *Ustaša*-Staat:

> „Die in den Vorberichten geschilderten ausweglosen verworrenen Verhältnisse bestehen fort. In allen Bevölkerungskreisen herrscht mehr denn je Rat- und Entschlusslosigkeit. Dementsprechend erscheint die Gesamthaltung weiterhin ausgesprochen passiv und abwartend. Die politischen und militärischen Vorgänge im eigenen Raum nötigen der Bevölkerung nur ein Mindestmaß von Interesse ab gegenüber der Aufmerksamkeit, mit der die voraussichtliche politische und militärische Gesamtentwicklung betrachtet wird. Die im April verstärkt durchgeführten feindlichen Luftangriffe auf kroatisches Gebiet kamen der Bevölkerung nicht sehr überraschend. Die Auffassung, dass diese Angriffe ausschließlich militärischen Zielen (Eisenbahnen – Verkehrsknotenpunkten – Flugplätzen) gelten, hat seit der Bombardierung von Belgrad bei der kroatischen Bevölkerung eine nachhaltige Erschütterung erfahren."[2328]

Trotz Eingliederung der SS-Division „Handschar" in die 2. Panzerarmee war es General Rendulic nicht mehr möglich, eine umfassende Offensive gegen die Volksbefreiungsarmee zu führen. Dazu trug auch die See- und Luftherrschaft der Westalliierten bei, die etwa eine Eroberung der Adria-Insel Lissa (Vis) verhinderte. So begannen vom OKW angestoßene Planungen, durch Einsatz von Luftlandetruppen und als Partisanen verkleideten Sondereinheiten gegen das Hauptquartier von Tito bei Drvar, 70 km südöstlich von Bihać, die Volksbefreiungsbewegung durch Gefangennahme und/oder Tötung des „Obersten Stabes" zu „enthaupten". Doch das „Unternehmen Rösselsprung" *(= Sedma neprijateljska ofenziva)*, das vom SS-Fallschirmjäger-Bataillon 500 unter SS-Hauptsturmführer Kurt Rybka mit 874 Mann durchgeführt wurde, scheiterte an mangelnder Luftunterstützung, an gezielten Angriffen alliierter Jagdbomber und mehrerer Partisanenverbände gegen motorisierte Einheiten der SS-Division „Prinz Eugen", der Division „Brandenburg" und einer kroatischen Kampfgruppe, vor allem aber am Umzug Titos aus seinem Hauptquartier in Drvar in eine am Ortsrand gelegene Berghöhle. Das SS-

---

2327 SCHMIDER, Partisanenkrieg, 370f.

2328 Lagebericht SS-Gruf. Kammerhofer an Reichsführer-SS, Agram, 6. Mai 1944, HIA, Tomasevich papers, box 5 (U.S. Record, Group 238).

Bataillon war ein „Bewährungsbataillon“ gestrauchelter ehemaliger Offiziere, die vom Flugplatz Agram losflogen, nachdem man ihnen der Geheimhaltung wegen erst zwei Stunden vorher Zweck und Ziel des Unternehmens gesagt hatte. Als die SS-Sondereinheit am Morgen des 25. Mai 1944 zum Teil von 40 Ju-52 mit dem Fallschirm absprangen, zum Teil mit Lastenseglern in der Umgebung von Drvar landete und das Hauptquartier der Partisanen umzingelte, geriet es in schwere Kämpfe gegen das Begleitbataillon Titos sowie gegen Partisanenoffiziere und bewaffnete Nachrichtenhelferinnen, nahm aber Drvar ein, ohne Titos Hauptquartier vorerst lokalisieren zu können. Als dies nach einiger Zeit gelang, wurde Titos Versteck von Offiziersschülern der Partisanen verbissen verteidigt, bis Tito, sein Oberster Stab und die Mitglieder der britischen, amerikanischen und sowjetischen Mission auf abenteuerliche Weise über die nahen Berge nach Potoci entkamen. Zwei britische Journalisten wurden gefangen genommen und einige Kisten Akten erbeutet. Am Abend des 25. Mai wurde das SS-Bataillon von starken Partisanenkräften umzingelt, sodass zu Mittag des nächsten Tages nur mehr ein Drittel des Bataillons entsetzt werden konnte. Ab dem 26. Mai begannen Jäger- und Bomberverbände der *Mediterranean Allied Air Force* die Flucht Titos und seiner Gruppe zu decken und deutsche Gegenangriffe niederzuhalten. Erst in der Nacht vom 3. und auf den 4. Juni brachte ein sowjetisches Flugzeug Tito, den sowjetischen General Korneev und Oberstleutnant Street von einem Flugfeld bei Kupres nach Bari. Auf Anraten der Briten verlegte Tito sein Hauptquartier auf die Adriainsel Vis (Lissa), wo er am 7. Juni an Bord eines britischen Zerstörers eintraf. – Hitler schien sich sehr geärgert zu haben und witterte Verrat. Aber das Unternehmen war so geheimgehalten worden, dass weder die Kroaten noch Glaise-Horstenau vorher etwas wussten. Ob der stets misstrauische Tito auf Grund deutscher Aufklärungsflüge mit einer Kommandoaktion gegen ihn gerechnet hatte?[2329]

Tito empfing 30 Jahre später, am 15. April 1974, eine Delegation der Gemeinde Drvar und erinnerte sich ziemlich genau:

> „Am frühen Morgen des 25. Mai weckte mich mein Begleiter, der sich auf Posten befand und meldete mir die Beobachtung einiger Flugzeuge über dem Dinaragebirge. Ich ging aus dem Zimmer der Baracke hinaus, welche sich über jenem Abgrund in der Höhle befand. Durch das Fernglas erkannte ich einige sehr schnelle Flugzeuge, ich glaube, es waren Focke-Wulf. […] Ich rief sofort alle Genossen heraus, die sich im Gebäude weit unterhalb der Höhle befanden. […] Kaum war dies geschehen, kamen zunächst Bombenflugzeuge und bombardierten Drvar. Danach begannen die Fallschirmjäger mit dem Absprung. […] Ein wenig haben die unseren geschossen. Mein Begleitbataillon war hier. […] Die Deutschen haben in Drvar gewütet und ziemlich viele Menschen getötet, besonders Jugendliche. Sie suchten mich. Dieser Tage hat mir der Schneider in Drvar meine Marschallsuniform genäht. Die Fallschirmjäger fanden nichts außer dieser Uniform,

[2329] Schmider, Kriegsschauplatz, 1032f.; 7. SS-Freiw.Geb.Div., Ia-Erfahrungsbericht Unternehmen „Rösselsprung“, in: Kumm, Prinz Eugen, 195-209; Broucek, Glaise-Horstenau, 25, 412f.; Banac, Dimitrov, 318; Zolotarëv, Krasnaja Armija, 199-203; Aschenbrenner–Prihoda, Militäroperationen, 246-257. Der größte Teil des Obersten Stabes und der alliierten Missionen wurde von US-Maschinen ausgeflogen.

die durch eine Bombe zerrissen war. […] Die Deutschen wussten nicht von vornherein, dass wir uns in der Höhle befanden. Wir konnten von oben alles beobachten. Aus der Höhle konnte man nicht heraus, außer durch das Bachbett. […] Unten sah sich, dass die Fallschirmjäger auch meinen Jeep gefunden haben und damit herumrasten. Dann haben wir uns endlich in das Bachbett hinuntergelassen. […] Dann entdeckten die Deutschen endlich, dass sich hier jemand befand und begannen die Höhle zu beschießen. […] ich habe einen Kurier zur 6. Lika-Div. gesandt mit dem Auftrag, uns dringend zu helfen. Als diese ankamen, hat sich selbstverständlich die Situation vollständig geändert. Die Deutschen waren zusammengedrängt auf dem Friedhof. […]

Wir zogen uns dann in zwei Gruppen oberhalb der Höhle zurück. Es war schon später Nachmittag. Eine Gruppe habe ich angeführt, die andere Arso Jovanović. Wir bewegten uns in Richtung Šatorgebirge. Ich kam dort mit meiner Gruppe bereits am frühen Morgen an, vor Sonnenaufgang. […] Vor dem Abend brachen wir auf in zwei Kolonnen. Die 6. Lika-Div. ist geblieben. Die dritte Krajina-Brigade übernahm die Sicherung. Erneut haben wir die Ebene überquert und bewegten uns in Richtung Potoci. […] Aber die Deutschen waren bereits in Potoci. […] Denn die Deutschen kamen von zwei Seiten: Aus der Richtung Glamoč und aus der Richtung Potoci. […] So zogen wir uns zurück in einen toten Winkel und rasteten hier, bis wir irgendeinen ortskundigen Führer fanden. Wir gingen quer über die Hänge, dort ist es gebirgig. Es gab sogar noch etwas Schnee. Schließlich kamen wir bis Mlinište. Aber dort drückten die Deutschen schrecklich von zwei Seiten: Aus der Richtung Eisenbahnstation bei Mlinište und aus der Richtung Glamoč. Die Granaten aus den Werfern fielen exakt auf jenen Weg, auf dem wir weiter mussten. Es gab keine andere Wahl. Ich galoppierte auf einem Pferd vorwärts. Eine Granate fiel direkt hinter mich und verwundete einen Russen. Dann querten sämtliche Abteilungen im Laufschritt den Weg. Es gab keine Verluste. […]

Dann gingen wir in Richtung Kupres. In der Nacht warfen die Engländer uns etwas Material ab, einigen Maschinenpistolen und etwas Munition. Unterwegs bedrängte mich der sowjetischen General Korneev sehr heftig, die operativen Einheiten zu verlassen und einen Platz zu finden, an dem man ungestört arbeiten kann. […] Am Anfang wollte ich davon überhaupt nichts hören. Aber auch der Engländer Street befand sich auf seiner Seite. Später dachte ich nach – mir fiel ein, dass wir Vis haben, dass wir uns dort auf unserem eigenem Gebiet befinden. Sie machten mir den Vorschlag, nach Italien zu fliegen. Ich sagte ihnen dagegen, dass ich nach Italien nicht fliegen will. Sie erklärten jedoch, dass es keine andere Möglichkeit gibt, dass man nach Italien muss, um von dort aus nach Vis zu gelangen. Ich stimmte zu. Damals trennte ich mich zum ersten Mal von den operativen Einheiten. Sowjetische Piloten, sehr tapfere Männer, kamen nachts auf das Kupresko Polje und ich flog mit ihnen weg. Danach kamen auch die Engländer, um die anderen abzuholen. […]“[2330]

Der Kommandierende General des V. SS-Gebirgskorps, SS-Obergruppenführer Arthur Phleps pochte nun erst Recht auf seinem Konzept der „freien Jagd“ gegen die Partisanenverbände – etwa gegen die 1. Proletarische Division –, konnte sich aber gegen Himmler nicht durchsetzen, der dem Territorialitätsprinzip den Vorzug gab, d. h. dem Operieren innerhalb einer Sicherheitszone. Nach der Ernennung von Rendulic zum Oberbefehlshaber der 20. Gebirgsarmee in Lappland übernahm im Juli 1944 ein weiterer Österreicher, General der Artillerie Maximilian de Angelis, das Kommando über die 2. Panzerarmee und sollte sie bis zum Kriegsende führen.[2331]

[2330] Borba, 1. Juni 1974, zitiert nach: Kumm, Prinz Eugen, 219-223.
[2331] Schmider, Partisanenkrieg, 379-396.

Im Sommer 1944 verlegte Tito einen Teil seiner Truppen nach Ostbosnien, wo nun mehrere Partisanen-Divisionen versuchten, über die Drina-Grenze nach Westserbien vorzustoßen. Vor allem General Phleps verhinderte im August mit den zwei SS-Divisionen „Prinz Eugen“ und „Handschar“ sowie mehreren Wehrmachtseinheiten entsprechende Vorstöße des II. und XII. Korps der Volksbefreiungsarmee. Nachdem König Petar II. am 28. August 1944 unter alliiertem Druck General Mihailović als Kriegsminister abgesetzt und Tito als alleinigen Oberbefehlshaber in Jugoslawien anerkannt hatte, erhielt Tito völlige politische Handlungsfreiheit. Als Rumänien und Bulgarien Ende August/Anfang September 1944 kapitulierten und die Rote Armee Anfang September an die Westgrenzen Rumäniens und Bulgariens vorstieß, mussten die Deutschen mit ihren kampfstärksten Divisionen an der Ostgrenze Serbiens Verteidigungsstellungen aufbauen und damit den Partisanen den Weg nach Serbien freigeben. So konnten sie am 17. September 1944 nach der Massendesertion einer *Ustaša*-Brigade Tuzla erobern und in Folge – obwohl „hinter“ der eigentlichen Front gelegen – auch halten. Hingegen wurde die Eroberung Banja Lukas durch die Partisanen am 20. September von den Deutschen noch einmal rückgängig gemacht. Aber am 5. Oktober 1944 musste der Oberbefehlshaber Südost das OKW um die Räumung der dalmatinischen Inseln und des gesamten dalmatinischen Küstenstreifens bis zum westkroatischen Senj ersuchen, dem stattgegeben wurde. Als künftiger Frontverlauf wurde die Linie Fiume–Senj–Velebit-Gebirge–Knin–Livno–Mostar–Nevesinje–Gacko angestrebt; am 16. Oktober landeten jedoch Partisanen mit britischer Marineunterstützung an der Neretva-Mündung, stießen sogleich bis vor Mostar vor und unterbrachen die deutsche Rückzugslinie Trebinje – Mostar.[2332]

Ende November/Anfang Dezember 1944 stürmten drei von den Briten komplett neu bewaffnete Partisanen-Divisionen die norddalmatinische Kleinstadt Knin und vernichteten das Gros eines Regiments der 264. Infanteriedivision wie auch ein Bataillon der 373. kroatischen Infanteriedivision. Da der Lagebericht des OKW insgesamt 2730 Gefallene oder Vermisste, 700 Gefangene und 1058 Verwundete festhielt, stellte diese Operation die vernichtendste Niederlage dar, die die deutsche Wehrmacht im bisherigen Kriegsverlauf im Kampf gegen die Volksbefreiungsarmee erlitten hatte. Bereits am 28. Dezember 1944 musste der Oberbefehlshaber Südost feststellen, dass er über keinerlei Reserven mehr verfüge und dass „im Inneren des Landes: Kräfte zur aktiven Bandenbekämpfung“ nicht mehr vorhanden seien.[2333]

Die Beurteilung der Kriegsverbrechen im NDH – und im Besonderen in Bosnien-Herzegowina – fällt schwieriger aus als etwa in Serbien oder in Slowenien. Zweifellos ging die Spirale der Gewalt bereits seit dem Frühjahr 1941 von den genozidalen Pogromen und Vertreibungen der *Ustaše* gegenüber den Serben

[2332] Schmider, Kriegsschauplatz, 1034f.

[2333] KTB OB Südost, Abt. Ia (28. Dezember 1944), BA/MA, RH 19 IX/14, zitiert nach: Schmider, Kriegsschauplatz, 1055-1060.

aus. Das ergab für viele Serben eine klassische Notwehrsituation, wenn auch ihre Anerkennung als Kombattanten nach der HLKO erst nach und nach – jedenfalls ab dem Frühjahr 1943 – zutraf. In diesen kroatisch-serbischen Konflikt wurde schon 1941 die italienische Besatzungsmacht hineingezogen, die sich vor allem in Montenegro mit dem Widerstand der *Četnici* konfrontiert sah. So befahl der dortige italienische Oberbefehlshaber im Jänner 1942 für die Tötung eines Soldaten oder die Verwundung eines Offiziers die Erschießung von 50 Geiseln. Die deutsche Besatzungsmacht, die sich erst im Frühjahr 1942 stärker in die Auseinandersetzungen in Bosnien-Herzegowina einzuschalten begann, reduzierte erstaunlicherweise westlich der Drina die in Serbien üblichen Erschießungsquoten auf 1:10. Allein die Tatsache, dass sich die deutsche Besatzungsmacht in Bosnien-Herzegowina mehr der Bekämpfung der militärischer auftretenden kommunistisch orientierten Partisanen – zu denen nun zunehmend Kroaten und Muslime stießen – zuwandte, ließ freilich während verschiedener Operationen beider Seiten die Grenze zwischen kriegsvölkerrechtlich „legalen“ Erschießungen und offensichtlichen Kriegsverbrechen immer mehr verschwimmen. Bereits 1941 hatten *Četnici* begonnen, nicht nur an kroatischen Zivilisten Rache zu nehmen, sondern auch muslimische Dörfer zu überfallen, sie in Brand zu stecken und tausendfache Morde durchzuführen.[2334]

Geradezu eine Anstiftung zu Kriegsverbrechen nahm Hitler persönlich am 23. September 1942 vor, als er in Anwesenheit von Pavelić, Löhr und Kasche die angeblich fehlende Schärfe bei der Partisanenbekämpfung mit einer solchen Vehemenz kritisierte, dass selbst der *Ustaša*-freundliche deutsche Gesandte befürchtete, der *Poglavnik* könnte darin eine Aufforderung zu einer Neuauflage der Serbenpogrome des Jahres 1941 sehen. So stellte auch ein Grundsatzbefehl des OKW vom 16. Dezember 1942 zur Partisanenbekämpfung einen Generalerlass für alle auf diesem Kriegsschauplatz begangenen Kriegsverbrechen dar. Interessanterweise kam es während der Operationen gegen die Hauptgruppe der Volksbefreiungsarmee im Winter und Frühjahr 1943 zu diametralen Auffassungen zwischen den deutschen Befehlshabern über die Erschießung von gefangenen oder übergelaufenen Partisanen. Um etwa in der Schlussphase des Unternehmens „Schwarz“ ein unerkanntes Entweichen Titos zu verhindern, ordnete General Lüters die Erschießung aller ab dem 10. Juni gemachten Gefangenen an. So wurden bei der 1. Gebirgsdivision 411 von 498 eingebrachten Gefangenen erschossen.[2335]

Ob die Weisung des OKH vom 1. Juli 1943 zur Behandlung von Gefangenen und Überläufern der sowjetischen Partisanenbewegung, die eine Erschießung aufgegriffener Freischärler nur noch für den Fall des Tragens deutscher Uniform oder des „Ertappens auf frischer Tat“ vorsah, auch im NDH zur Anwendung kam, ist hingegen nur schwer nachweisbar. Einerseits war die zweite „Hochphase“ der

---

[2334] Vgl. Đilas, Partisanen (1978); Tomasevich, Occupation (2001); Schmider, Partisanenkrieg (2002) .

[2335] Schmider, Kriegsschauplatz, 1079.

kompromisslosen Partisanenbekämpfung eben zu Ende gegangen, andererseits hatten die Truppen unter dem Eindruck der jahrelangen Vertreibungen und Massenmorde alle Hemmungen abgestreift und waren auf Kompanie- und Bataillonsebene nach wie vor zu Gewaltexzessen bereit, wie es die Massenmorde von Otok zeigten. Andererseits kam es ab Herbst 1943 auch zur Unterbringung von Kriegsgefangenen und zur Bergung von Partisanenlazaretten. Trotz der verheerenden Konsequenzen der Genozid-Politik der *Ustaše* konnte die deutsche Besatzungsmacht – sogar nach Rückzug und Kapitulation der italienischen Besatzungsmacht – das militärische Engagement im NDH bis in den Herbst 1944 relativ niedrig halten und im Wesentlichen mit bodenständigen Formationen sowie ausländischen Freiwilligen gestalten, die auf den Hauptkriegsschauplätzen mangels Ausbildung und Ausrüstung kaum einsetzbar gewesen wären. Freilich stellt Schmider mit Recht die Frage, weshalb keiner der Befehlshaber, die einen gewissen Zugang zu Hitler hatten, auf eine frühzeitige Beseitigung des *Ustaša*-Regimes gedrängt hat, was machtpolitisch möglich gewesen wäre.[2336]

Seit der Kapitulation Italiens hatten einerseits die Überfälle und Sabotageakte der Partisanen auch in der Umgebung von Agram zugenommen[2337], andererseits steigerten sich bewaffnete Zusammenstöße zwischen *Ustaša*-Einheiten und serbischen Verbänden in einem Maß, dass sogar Ribbentrop bei Pavelić nachfragen ließ. Am 7. Dezember 1944 wurden in der Nähe des Bahnhofs in Agram 36 Offiziere und Männer des aus Belgrad evakuierten Serbischen Freiwilligenkorps, die sich nach dem gemeinsamen Kampf an der Seite deutscher Kampfgruppen in Begleitung eines deutschen Unteroffiziers nach Fiume begeben sollten, trotz Protestes des deutschen Begleitunteroffiziers von einer schwerbewaffneten *Ustaša*-Abteilung aus dem Zug geholt und sofort erschossen. – Die Demarche dürfte im Sand verlaufen sein.[2338]

Ante Pavelić versuchte noch an der Jahreswende 1944/45 die letzten menschlichen Ressourcen seines *Ustaša*-Staates zu mobilisieren. Sowohl die Übertragung des Oberbefehls über Heer, Marine und Luftwaffe auf seine Person am 4. Dezember 1944 als auch die Proklamation der Verschmelzung von regulärem Heer und *Ustaša*-Miliz zu 16 Divisionen am 1. Jänner 1945 sollten sich aber auf den Kriegsverlauf in Jugoslawien nicht mehr entscheidend auswirken. Im Ge-

---

[2336] Ges. Kasche an StSekr. Weizsäcker, 12. Oktober 1942, PA, Gesandtschaftsakten Zagreb, R 29857; Befehl OKW, Betreff: Bandenbekämpfung, 16. Dezember 1942, BA/MA RH 20-12/218, zitiert nach: Schmider, Kriegsschauplatz, 1078-1083.

[2337] Am 19. Dezember 1943 früh erschütterte eine gewaltige Detonation Agram und seine östliche Umgebung. In Sesvete, nahe der Fleisch- und Wurstfabrik Rabus, deren Besitzer Kovacs ein Wiener war, hatten die Partisanen ein kroatisches Munitionsdepot in die Luft gesprengt. Die Domobranenwache von 70 Mann samt einigen Offizieren hatte sich ohne Schuss ergeben. – Anfang Jänner 1944 ließ die kroatische Regierung als Sühne 16, meist intellektuelle „Kommunisten" vor den Toren der Stadt öffentlich hängen. Vgl. Broucek, Glaise-Horstenau, 333, 355.

[2338] Ribbentrop an Kasche, Sonderzug Westfalen, 16. Dezember 1944, ADAP E, VIII, Nr. 318, zitiert nach: Broucek, Glaise-Horstenau, 503.

genteil: Von deutscher Seite wurde der Mobilisierungsversuch durchaus zynisch kommentiert:

> „Von Regierung angeordnete Mobilisierung des gesamten Volkes in beachtenswerten Anfängen bisher nicht feststellbar, zumal – abgesehen von der Grundhaltung – die organisatorischen und technischen Voraussetzungen fehlen. Erfassung der Pflichtigen zwar zum Teil vorbereitet, diese sind jedoch im allgem. der Ansicht, dass Vorbereitungen solange dauern werden, bis andere Umstände Aufstellung nicht mehr erforderlich machen. Auch ist man bemüht, durch Beschaffung ärztl. Atteste bzgl. Untauglichkeit usw. vorzubeugen. Vielfach wird die ‚Generalmobilmachung' wegen ihrer großen Ankündigung, die durchweg nicht so ernst genommen wurde, ironisiert."[2339]

Noch im April 1945 wurde sogar die männliche Jugend des Geburtsjahrganges 1927 mobilisiert, die teilweise aus den Schulen geholt wurde. Da Pavelić bereits im Dezember 1944 befohlen hatte, dass die *Domobrani* und die *Ustaše* die gleichen Uniformen zu tragen hätten, gab es unter den kroatischen Soldaten keine Differenzierung mehr. Dies kostete bei und nach Kriegsende Zehntausende *Domobrani* das Leben, da sie von der *OZNA* als *Ustaše* erschossen wurden.[2340]

Die Slowenen unter deutscher Besatzung und Zivilverwaltung 1941

Entgegen den Behauptungen der vor einem Kriegsbeginn schon notorischen NS-Pressekampagne hatte es in Slowenien in den zehn Tagen zwischen dem Umsturz in Belgrad und dem Angriff auf Jugoslawien kaum Auseinandersetzungen zwischen slowenischer Mehrheit und deutscher Minderheit gegeben. Auch Feststellungen in der slowenischen Historiographie, dass die deutsche Volksgruppe in Slowenien schon in der Zeit des Königreiches Jugoslawien nicht nur im kommunistischen sondern auch im katholischen und liberalen Lager die Rolle eines „Volksfeindes" eingenommen habe[2341], lassen sich quellenmäßig nicht bestätigen. Zwar hatten sich Anfang April 1941 in den grenznahen Gebieten zur Steiermark und Kärnten viele junge Deutsche dem Stellungsbefehl durch Flucht über die Grenze entzogen, kriegsentscheidend war dies freilich ebenso wenig wie das Eingreifen der paramilitärischen „Deutschen Mannschaft" in Marburg an der Drau (Maribor). Dennoch gab es diese Fälle von Landesverrat und bewaffneter Kollaboration mit den deutschen Truppen. Andererseits bestand die Angst der untersteirischen Deutschen vor Geiselnahmen und „Strafaktionen" der „Maister-Legionäre".[2342]

Als am 8. April vormittags die ersten deutschen Einheiten des 132. Infanterieregiments unter dem Jubel der Marburger Deutschen in der Stadt einmarschierten,

---

[2339] Bericht Einsatzgruppe Sipo und SD Kroatien, 28. Dezember 1944, BA/MA, RH 19 XI/38, zitiert nach: Schmider, Kriegsschauplatz, 1062.

[2340] Vgl. Vladimir Žerjavić, Opsesije i megalomanije oko Jasenovca i Bleiburga (Zagreb 1992).

[2341] Nećak, „Die Deutschen", 381.

[2342] Suppan, Adria, 391.

wurden auf dem Rathaus und dem Haus des „Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes“ die ersten Hakenkreuzfahnen gehisst. Der lutherische Senior Hans Baron veröffentlichte am nächsten Tag einen Aufruf in der *Marburger Zeitung*: „Die Stunde unserer Befreiung hat geschlagen! Ein 22-jähriger Kampf um den Bestand unserer Volksgruppe hat durch die befreiende Tat unseres Führers seinen siegreichen Abschluss gefunden. […]“[2343]

Trotz Sprengung der erst 1913 eröffneten Marburger Draubrücke durch die sich kampflos zurückziehenden jugoslawischen Truppen kam der deutsche Vormarsch durch die Untersteiermark rasch voran. Auch Teile der slowenischen Bauern begrüßten die deutschen Soldaten, da man nun eine „Befreiung vom serbischen Joch“ und wirtschaftliche Verbesserungen erwartete. Der Banus des Draubanats (*Dravska banovina*), Marko Natlačen, hatte bereits am 6. April mit Repräsentanten aller in Slowenien offiziell anerkannten Parteien einen „Nationalrat“ (*Narodni svet*) organisiert[2344], appellierte an die Bevölkerung, Ruhe und Ordnung zu bewahren, und verhandelte mit den abziehenden jugoslawischen Generälen, keine Zerstörungen zu hinterlassen. In der Zwischenzeit waren italienische Truppen in Laibach (Ljubljana) und Unterkrain einmarschiert, und Natlačen empfing am Abend des 10. April den italienischen General Federico Romero vor seinem Amtssitz in Laibach. Am 11. April versuchte eine Abordnung des Nationalrates unter Führung von Natlačen in Cilli (Celje) mit dem kommandierenden Wehrmachtsgeneral, dem Österreicher Hubert Lanz, zu verhandeln – doch vergeblich. Der General war nicht befugt, über politische Angelegenheiten zu sprechen, und das Berliner Auswärtige Amt wünschte keine Diskussion über eine slowenische Verwaltung des Landes. Bereits am 17. April wurde der Nationalrat von den Italienern verboten.[2345]

Nach der Kapitulation des jugoslawischen Heeres wurde – im Wesentlichen nach den „Richtlinien“ Hitlers vom 12. April – nicht nur Jugoslawien in fünf Teile zerrissen, sondern auch Slowenien dreigeteilt: Deutschland erhielt die Untersteiermark, einen Gebietsstreifen am rechten Ufer der Save (Zasavje), das ehemalige Kärntner Mießtal (Mežiška dolina), die ehemalige Kärntner Gemeinde Seeland (Jezersko), Oberkrain (Gorenjska) und vier Katastralgemeinden in der Nordwestecke des Übermurgebietes (Prekmurje); Italien erhielt Inner-, Unter- und Weißkrain (Notranjska, Dolenjska und Bela Krajina); Ungarn den größten Teil des bis 1920 ungarischen Übermurgebietes.[2346] – Gerüchte in Belgrad und Laibach, dass

[2343] Marburger Zeitung, 9. April 1941.

[2344] Im „Nationalrat“ waren die Slowenische Volkspartei (*Slovenska ljudska stranka*), die Jugoslawische Nationalpartei (*Jugoslovanska nacionalna stranka*), die National-radikale Partei (*Narodna radikalna stranka*), die Selbständige Demokratische Partei (*Samostojna demokratska stranka*) und die Sozialistische Partei Jugoslawiens (*Socialistička stranka Jugoslavije*) vertreten, nicht jedoch die illegale Kommunistische Partei Sloweniens (*Komunistična partija Slovenije*), obwohl diese an einer Teilnahme interessiert gewesen wäre. – Tamara Griesser-Pečar, Das zerrissene Volk. Slowenien 1941-1946. Okkupation, Kollaboration, Bürgerkrieg, Revolution (Wien 2003) 47.

[2345] Griesser-Pečar, Volk, 44-55.

[2346] Stefan Karner, Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945 (Graz – Wien 1986) 129.

Slowenien nach slowakischem Vorbild ein deutsches Protektorat werden sollte, entbehrten jeder Grundlage.[2347]

Die Aufteilung Sloweniens fiel vor allem wirtschaftlich zugunsten Deutschlands aus, da 72 % der Industrie unter deutsche Besatzung kam, das bedeutete: fast die gesamte Bergbau- und Hüttenindustrie, 94 % der Textilindustrie, 88 % der chemischen Industrie, 86 % der Lederindustrie, 84 % der Metallindustrie, 80 % der Holzindustrie, 73 % des Waldes und der Sägewerke und 66 % der Lebensmittelindustrie. An Italien fiel nur gut ein Viertel des Industrievermögens Sloweniens, an Ungarn gar nur 2 %. Der deutschen Kriegsindustrie wurden also neue, durchaus beachtliche Kapazitäten zugeführt. Geteilt wurde Slowenien auch währungstechnisch, da alle drei Besatzungsmächte ihre Währungen einführten, und zwar durchwegs zu Kursen, die den Dinar gegenüber der Reichsmark, der Lira und dem Pengö benachteiligten. Dies führte natürlich zu Vermögens- und Einkommensverlusten der slowenischen, teilweise auch der deutschen Bevölkerung. Im Übrigen wurden im deutschen Besatzungsgebiet alle slowenischen Organisationen aufgelöst, deren Vermögen beschlagnahmt. Darüberhinaus wurden 1941/42 allein in der Untersteiermark von verhafteten und deportierten Eigentümern 112 Industriebetriebe, 471 Handwerksbetriebe, 426 Handelsbetriebe sowie mehr als 7200 Bauernhöfe mit rund 115.000 ha Land beschlagnahmt. Allein das Bistum Laibach verlor in Oberkrain 24.758 ha an Waldbesitz, der Deutsche Ritterorden in der Untersteiermark etwa 600 ha Land.[2348]

Am 18. April wies das Reichswirtschaftsministerium die CA-BV an, in den von der Wehrmacht besetzten slowenischen Gebieten Bankschalter einzurichten, Löhne und Gehälter auszuzahlen und – gegen in Aussicht gestellte Bürgschaften des Reiches – Betriebskredite bis zu 5 Millionen RM bereitzustellen, die später auf 3,5 Millionen reduziert wurden. Die CA beauftragte daraufhin ihre Filiale in Graz, Außenstellen in Marburg und Cilli einzurichten, und die Filiale in Klagenfurt erhielt die Anweisung, eine Außenstelle in Krainburg (Kranj) zu eröffnen. Die Chefs der Zivilverwaltung für die Untersteiermark und Oberkrain erteilten die entsprechenden Genehmigungen, und auch für Veldes (Bled) wurde eine gesonderte Außenstelle genehmigt. Die Einrichtung dieser Außenstellen erfolgte durch Übernahme oder Liquidation örtlicher Vertretungen anderer Banken: der Zweigstellen der Laibacher Kreditbank AG in Marburg, Cilli, Pettau, Windischgraz (Slovenj Gradec) und Krainburg, der Filiale der Jugoslawischen Unionbank in Marburg, der Zweigstelle der Ersten Kroatischen Sparkasse in Cilli, der Genossenschaftli-

[2347] Griesser-Pečar, Volk, 52. Leider ist nicht bekannt, was Korošec bei seinem Besuch in Pressburg im Herbst 1940 mit Tiso besprochen hat.

[2348] Griesser-Pečar, Volk, 22, 24; Narodnoosvobodilna vojna na Slovenskem (Ljubljana [3]1978) 64. Für eine Reichsmark mussten die Slowenen 20 Dinar zahlen, für einen Pengö 10 Dinar, für eine Lira 2 Dinar. – Damijan Guštin, Finančni viri in denarstvo narodnoosvobodilnega gibanja na Slovenskem 1941-1945, in: Zgodovina denarstva in bančništva na Slovenskem (Ljubljana 1987) 85f. Die Aufteilung des Vermögens und der Schulden des aufgeteilten Königreiches Jugoslawien legten das Deutsche Reich und Italien vertragsmäßig erst am 22. Juli 1942 fest. Vgl. Ferenc – Godeša, Die Slowenen, 229, 243.

chen Wirtschaftsbank AG in Krainburg und Veldes sowie der Cillier Creditanstalt AG samt ihrer Zweigstelle in Marburg. Auch die Länderbank Wien erhielt eine Filiale in Marburg zugesprochen, welche die dortigen Zweigstellen der Ersten Kroatischen Sparkasse und der Genossenschaftlichen Wirtschaftsbank umfasste. Mit den Zweigstellen und Filialen übernahmen die beiden Wiener Großbanken auch Beteiligungen an den Stickstoffwerken und den Aga-Rusche Azetylen- und Oxygen-Werken AG in Maria Rast (Ruše), an der Allgemeinen Baugesellschaft in Marburg, an der August Westen AG in Cilli, an den Thunschen Stahlwerken AG in Streiteben bei Gutenstein (Ravne na Koroškem), an der Krainischen Industriegesellschaft in Assling (Jesenice), an der „Trio“ Schuhindustrie in Neumarktl (Tržič) und an der „Teksta“ AG für Textilindustrie in Agram.[2349]

Die neuen Filialen in den okkupierten slowenischen Gebieten waren rasch in das Gewirr von Partei-, SS- und volksdeutschen Wirtschaftsbelangen verstrickt. Insbesondere die Filialen in Marburg weiteten ihr Kreditvolumen aus, das vor allem Untersteirer beanspruchten, während die Einlagen von den neuen Parteistellen und größeren Industrieunternehmen sowie von vielen neuen Personalkonten herrührten. So gewährte die CA-Filiale in Marburg im Juni 1941 einen durch Reichsbürgschaft gesicherten Kredit über 250.000 RM an die Dienststelle „Der Reichsführer SS. Der Chef des Hauptamtes Verwaltung und Wirtschaft. Generaltreuhänder für Baustoff-Erzeugungsstätten im wiedergewonnenen Raum der Gaue Steiermark und Kärnten“. Später stellte sie weitere 250.000 RM bereit, und die Filiale in Krainburg steuerte 100.000 RM als Kredit bei. Dieses Engagement der SS bei Baustoffen stand im engen Zusammenhang mit dem SS-Aus-, Um- und Ansiedlungsprogramm in dieser Region.[2350]

Sowohl die CA Marburg als auch die Länderbank Marburg waren aber vor allem an Geschäften mit den großen Industriefirmen interessiert, die in der Untersteiermark für die Wehrmacht zu arbeiten begannen. Die Konkurrenz spitzte sich zu, als Ende 1943 Berichte über den Plan der Vereinigten Deutschen Metallwerke in Frankfurt kursierten, ein großes neues Werk für Flugzeugteile in Marburg zu errichten. Die CA-Filiale leistete Vorschüsse, die umgehend von der Bank der Deutschen Luftfahrt zurückbezahlt wurden. Als die Länderbank höhere Vorschüsse in Aussicht stellte, reagierte die CA-Filiale – ohne vom Status der neuen Werke eingehende Kenntnis zu haben – mit dem Angebot eines Kredits in Höhe von 1,5 bis 2 Millionen RM. Schließlich steuerte auch die Länderbank-Filiale 1,5 Millionen RM bei, und die Luftfahrtbank zahlte sogar 2 Millionen RM in ein Konsortium ein. Auch beim Bau eines großen Aluminiumwerks durch die Vereinigten Aluminium-Werke AG in Sterntal (Strnišće) bei Pettau konkurrierte die Marburger CA-Filiale mit der Länderbank-Filiale. Anfang 1942 beschloss die Zivilverwaltung für die Untersteiermark, die Kraftwerksanlagen in dieser Region samt der Trifailer Kohlenbergwerks-Gesellschaft zu übernehmen, und errichtete die Energieversor-

[2349] Feldman, Creditanstalt-Bankverein, 450f.; Zimmerl, Regionalbanken, 69f.

[2350] Feldman, Creditanstalt-Bankverein, 459.

gung Südsteiermark AG Marburg mit einem Gesellschaftskapital von 5 Millionen RM. Der Kapitalbedarf der neuen Gesellschaft – samt Kosten für die Auszahlung der früheren Eigentümer in der Schweiz – summierte sich auf 15 Millionen RM, der unmittelbare Bedarf für einen Betriebskredit auf 6 Millionen RM. Als sich die Zivilverwaltung wegen der Kredite an die CA und die Länderbank wandte, war letztere sofort bereit, zwei Drittel des Geschäftes zu übernehmen, hielten sich CA und Deutsche Bank auffallend zurück, da Abs weder den rechtmäßigen Besitz der Kraftwerke noch deren finanzielle Situation bis ins Letzte geklärt sah. Schließlich finanzierten aber CA und Länderbank doch zusammen 60 % der Investitionskredite, und es gelang ihnen auch, eine hypothekarische Sicherheit zu erlangen. Die Energieversorgung Südsteiermark scheint sich bis gegen Kriegsende als eine gute Investition erwiesen zu haben.[2351]

Bereits am 8. und 9. April waren in Graz der Gauleiter für die Steiermark, Siegfried Uiberreither, und der stellvertretende Gauleiter für Kärnten, Franz Kutschera, mit dem Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, Wilhelm Stuckart, zu Besprechungen über Okkupationsmaßnahmen in den besetzten slowenischen Gebieten zusammengetroffen und hatten gemeinsam festgelegt: Für die gesamte Bevölkerung werde die sofortige Meldepflicht eingeführt und ein „Steirischer Heimatbund" gegründet. Die untersteirischen Deutschen sollten rote Mitgliedskarten erhalten, die „deutschfreundlichen Windischen" grüne und die „Nationalslowenen" weiße. Alle slowenischen Organisationen seien aufzulösen, ihr Vermögen dem Heimatbund zur Verfügung zu stellen. Aus der Untersteiermark seien sämtliche Nationalslowenen abzuschieben, aus Oberkrain „lediglich die als besonders deutschfeindlich bekannten" Lehrer, Geistlichen, Beamten, Freiberufler und der sogenannte „halbgebildete Mittelstand". Ihr Vermögen sollte beschlagnahmt und eingezogen werden, ebenso kirchliches Vermögen. Bereits am 14. April folgten der Erlass Hitlers hinsichtlich Einrichtung einer deutschen Zivilverwaltung in der Untersteiermark und in Oberkrain (inklusive Mießtal und Seeland) sowie die Bestellung von Uiberreither und Kutschera als Chefs dieser Zivilverwaltungen in Marburg und Veldes. In dieser Funktion waren auch beide Gauleiter unmittelbar Hitler unterstellt. Für die Koordination der Arbeit der Beauftragten beim Chef der Zivilverwaltung hielt meist der Regierungspräsident Otto Müller-Haccius periodische Stabsbesprechungen ab, zunächst in Graz, dann in Klagenfurt.[2352]

In seiner Begrüßungsrede in Marburg am 14. April 1941 stellte Uiberreither als neuer Chef der Zivilverwaltung in der Untersteiermark ohne irgendwelche Zurückhaltung fest, dass in diesem Land nur Deutsche und jene Steirer Platz hätten, „die Jahre und Jahrzehnte und Jahrhunderte hindurch treu und kameradschaftlich Schulter zu Schulter mit unseren Volksgenossen gekämpft haben, die, uns blutmäßig sehr nahe verwandt, bereit gewesen sind, auch in den letzten Jahrzehnten

[2351] Ebenda, 460f.

[2352] Tone Ferenc (Hg.), Quellen zur nationalsozialistischen Entnationalisierungspolitik in Slowenien 1941-1945. Viri o nacistični raznarodovalni politiki v Sloveniji 1941-1945 (Maribor 1980) 38-42.

mit allen Fasern ihres Herzens den Anschluss an Deutschland herbeizusehnen. Mit diesen wollen wir arbeiten. Und alles andere, meine Volksgenossen, daraus mache ich auch öffentlich kein Hehl, das muss hinaus!“[2353] Es war die erste öffentliche Ankündigung der schon in Vorbereitung befindlichen Aussiedlung von Slowenen.

Am 26. April begleitete Uiberreither Hitler persönlich nach Marburg. Nicht nur die ansässigen Deutschen, sondern auch keine geringe Zahl von Slowenen, die sich vom NS-Regime eine Verbesserung ihrer Wirtschaftslage und ihrer Lebensbedingungen erhofften, begrüßten Hitler in freudiger Erregung. Getreu Hitlers Auftrag: „Machen Sie mir dieses Land wieder deutsch!“, setzten aber die Chefs der beiden Zivilverwaltungen in der Untersteiermark bzw. im Mießtal und in Oberkrain eine Fülle von anti-slowenischen Maßnahmen:

– Verbot aller slowenischen politischen und kulturellen Einrichtungen (das galt für über 450 Vereine, kirchliche Organisationen, Stiftungen und gewerkschaftliche Gruppierungen);
– Verbot der slowenischen Sprache in den Ämtern, vor Gerichten und in Schulen;
– Ersatz der höheren slowenischen Beamten durch deutsche;
– Unterrichtsverbot für slowenische Lehrerinnen und Lehrer in den deutsch besetzten Gebieten und Einsatz von deutschen Lehrerinnen und Lehrern in den Volksschulen, Hauptschulen, Gymnasien (jetzt Oberschulen genannt) und anderen Mittelschulen;
– Starke Beschränkung des Hochschulstudiums für Slowenen (nur mit Befürwortung des „Steirischen Heimatbundes“, des „Kärntner Volksbundes“ oder der Gau-Studentenführung Steiermark);
– Ersatz der slowenischen Orts- und Straßennamen sowie aller öffentlichen Aufschriften durch deutsche.[2354]

Die Germanisierung in der Untersteiermark und in Oberkrain sollte vor allem durch den „Steirischen Heimatbund“ unter Bundesführer Franz Steindl und den „Kärntner Volksbund“ unter Gauamtsleiter Wilhelm Schick vorangetrieben werden. Der „Schwäbisch-Deutsche Kulturbund“ und seine untersteirischen Ortsgruppen wurden bereits am 11. Mai 1941 in den „Steirischen Heimatbund“ überführt. Große Mengen slowenischer Druckschriften und Bücher wurden aus Bibliotheken in Marburg und Krainburg ausgeschieden und nach Graz bzw. Klagenfurt gebracht, wo sie im Grazer Minoritenkloster bzw. auf Schloss Karlsberg den Krieg überstanden; dennoch dürften sowohl in der Untersteiermark als auch in Oberkrain jeweils etwa eine Million Bücher vernichtet worden sein. Auch Archivmaterialien, besonders Grund-, Grundsteuer-, Kataster- und Matrikelbücher wurden unter der Leitung der Landesarchive in Graz und Klagenfurt in Marburg und Krainburg zusammengetragen, wodurch viele Materialien zu Schaden kamen und vernichtet wurden.[2355]

[2353] Marburger Zeitung, 15. April 1941.

[2354] Ferenc, Quellen, 54, 73; Griesser-Pečar, Volk, 20f.; Vodopivec, Von den Anfängen, 359.

[2355] Ferenc – Godeša, Die Slowenen, 244f.

Die beiden Gauleiter griffen sofort im Schulwesen ein. Der Schulunterricht wurde vorerst für vier Wochen ausgesetzt, dann wurden aus der Steiermark und Kärnten etwa 2000 Lehrerinnen und Lehrer sowie viele Aushilfskräfte in die slowenischen Besatzungsgebiete versetzt. Da es hier im Schuljahr 1940/41 etwa 700 Volksschulen, 40 Bürger- bzw. Hauptschulen und rund ein Dutzend Gymnasien (Oberschulen), Lehrerbildungsanstalten und Priesterseminare gegeben hatte, sollten etwa 3000 Klassen betreut werden. Weil die Zahl der neuen deutschen Lehrkräfte eindeutig zu gering war, blieben viele Schulen bis zum Sommer 1941 ohne Unterricht.[2356] Slowenische Lehrerinnen und Lehrer wurden hingegen bereits ab 15. April 1941 von der Sicherheitspolizei, der SA und der Wehrmacht festgenommen, zusammen mit Priestern und Professoren etwa 300 Männer und Frauen. Und nach einem Monat war die Kaserne in Melling (Melje) bei Marburg bereits mit 1415 Häftlingen gefüllt, unter denen sich 41 Frauen befanden. Auch in Oberkrain wurden vor allem Intellektuelle Opfer der ersten Verfolgungsmaßnahmen, unter ihnen besonders viele Priester und Ordensfrauen. Sie galten als Bewahrer des slowenischen Nationalbewusstseins und schienen daher die NS-Eindeutschungspläne besonders zu gefährden.[2357]

Priester, Lehrer und Rechtsanwälte galten dem Reichssicherheitshauptamt von Beginn an als „Träger des deutschfeindlichen Gedankens“. Weder die Loyalitätserklärung des Marburger Bischofs Ivan Jožef Tomažič gegenüber Hitler am 16. April 1941 noch sein Beitrittsgesuch an den Steirischen Heimatbund vom 10. Juni 1941 hatten irgendeine mäßigende Wirkung auf Reichsstatthalter Uiberreither. Gab es in der Untersteiermark zu Beginn des Krieges noch 608 katholische Priester, so waren es Ende 1941 nur noch 121; 209 Priester der Diözese Lavant wurden nach Kroatien ausgesiedelt, je 11 nach Bosnien und Serbien; ein geringerer Teil floh in die Provinz Laibach; 39 Diözesan- und Ordenspriester kamen während des Krieges ums Leben. Aus Oberkrain, teilweise auch aus Unterkrain wurden im Verlauf des Krieges 184 Weltpriester und 78 Ordensleute ausgesiedelt, die meisten ebenfalls nach Kroatien, einige auch ins KZ Dachau. Mit den im Juni 1941 einsetzenden Deportationen wurden schließlich 90,83 % der slowenischen Geistlichen, 84,21 % der Ingenieure, 66,18 % der Professoren, 45,20 % der Ärzte und Apotheker, 22,43 % der Rechtsanwälte und Notare, 17,5 % der Lehrer, 14,98 % der Staatsbeamten und 6,02 % der Wirtschaftstreibenden (Kaufleute, Industrielle, Gastwirte und Handwerker) aus dem deutschen Besatzungsgebiet vertrieben.[2358]

Die deutschen Okkupatoren brachten viele eigene Beamte mit, untersteirische und oberkrainische Deutsche waren ja kaum im jugoslawischen Beamtenapparat vertreten gewesen. Slowenische Bezirkshauptleute mussten zum Teil über Nacht ihre Ämter verlassen und samt ihren Familien ins italienische Besatzungsgebiet übersiedeln. Zwar wurden im Verwaltungs- und Wirtschaftsapparat viele deutsche Untersteirer – darunter eine Reihe von ehemaligen Funktionären

[2356] Ferenc, Quellen, 105f.; Suppan, Adria, 396f.
[2357] Karner, Volksgruppe, 90.
[2358] Griesser-Pečar, Volk, 21f., 26, 30; Dolinar, Katholische Kirche, 442f.

des „Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes“ – eingesetzt, von den Hauptämtern der Zivilverwaltung wurden sie jedoch eher ferngehalten. Für Slowenen blieben zumeist nur untergeordneten Positionen übrig. In der Untersteiermark wurden mit 1. Juli 1941 die Landkreise Marburg, Pettau, Luttenberg (Ljutomer), Cilli, Trifail (Trbovlje) und Rann an der Save (Brežice) geschaffen, die anfänglich von politischen Kommissaren, später von Landräten geführt wurden; der Stadtkreis Marburg wurde von einem Oberbürgermeister geleitet. Vergleichbare Verwaltungskorrekturen gab es in Oberkrain mit den neuen Landkreisen Radmannsdorf (Radovljica), Krainburg (Kranj), Stein (Kamnik), Bischoflack (Škofja Loka) und Littai (Litija). Die neuen Bürgermeister wurden von den politischen Kommissaren ernannt und waren zum Großteil ortsansässige Deutsche. Alle slowenischen Orts- und Straßennamen sowie alle öffentlichen Aufschriften mussten verschwinden und wurden durch deutsche ersetzt.[2359]

Der stellvertretende Gauleiter von Kärnten, Franz Kutschera, hatte am 15. April im Mießtal die Zivilverwaltung übernommen und von Wiederinbesitznahme alten „Kärntner Bodens“ gesprochen, der durch den „Schandvertrag von Saint-Germain im blinden Hass gegen alles Deutsche“ von der Kärntner Heimat losgerissen worden sei. Erst am 30. April übernahm Kutschera auch die Verwaltung in Oberkrain und hielt am 2. Mai Einzug in seinen neuen Amtssitz, ins Parkhotel in Veldes am gleichnamigen malerischen Oberkrainer See. In seiner Begrüßungsrede bezeichnete er Oberkrain als „urdeutsches Land“, das schon vor mehr als tausend Jahren von deutschen Stämmen umgepflügt worden sei. Gauleiter Kutschera meinte damit offensichtlich die Grundherrschaften der Bistümer Freising und Brixen in Oberkrain, die auch deutsche Siedler ins Land geholt hatten.[2360] – Erstaunlicherweise setzte er im Besatzungsapparat im Mießtal und in Oberkrain aber wesentlich weniger prominente Deutsch-Kärntner ein als Gauleiter Uiberreither Deutsch-Steirer in der Untersteiermark.[2361]

Die NS-Verwaltung löste sowohl die Verwaltung der jugoslawischen Armee als auch die jugoslawischen Polizei- und Gendarmerieorgane auf. An ihrer Stelle wurden deutsche Gendarmeriehauptmannschaften in Marburg, Cilli und Krainburg eingerichtet, die den Gendarmeriekommandanten für die Steiermark und Kärnten unterstanden, die wiederum dem Befehlshaber der Ordnungspolizei für die Alpenregionen in Salzburg untergeordnet waren. Diesem unterstanden auch die Einheiten der Schutzpolizei, während die Kommandostellen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in Marburg und Veldes, zu denen auch die Gestapo, die Kriminalpolizei und der Nachrichtendienst gehörten, vom Reichssicherheitshauptamt in Berlin geführt wurden. Beide Zweige der deutschen Polizei im Wehrmachtskreis XVIII sowie der SS in der Steiermark, Kärnten, Tirol und Salzburg

---

2359 Ferenc - Godeša, Die Slowenen, 230f.; Griesser-Pečar, Volk, 24f.

2360 Vgl. Harald Krahwinkler, Der Raum zwischen Adria und Drau im Früh- und Hochmittelalter, in: Suppan, Adria, 23-28.

2361 Kärntner Grenzruf, 15. April 1941, 2. Mai 1941.

koordinierte der Höhere SS- und Polizeiführer im Wehrkreis XVIII, zuerst Alfred Rodenbucher, dann Dr. Gustav Adolf Scheel, ab Mitte Dezember 1941 Erwin Rösener. Die Sicherheitspolizei behielt sich lange Zeit die Behandlung strafrechtlicher Angelegenheiten vor, für politische Straftaten setzte sie die Gestapo ein.[2362]

Die Frage Okkupation oder Annexion blieb – im Unterschied zur italienischen und ungarischen Vorgangsweise – in der Untersteiermark, im Mießtal, in Seeland und in Oberkrain lange offen.[2363] Einer ersten „Verordnung für den Erwerb der Staatsangehörigkeit in den befreiten Gebieten von Untersteiermark, Kärnten und Krain“ vom 14. April 1941 folgte am 14. Oktober 1941 die „Verordnung des Ministerrates für die Reichsverteidigung über den Erwerb der Staatsangehörigkeit in den befreiten Gebieten von Untersteiermark, Kärnten und Krain“, die natürlich eindeutig gegen die Haager Landkriegsordnung verstieß. Denn die Menschen im deutschen Besatzungsgebiet wurden in drei Gruppen kategorisiert:

1) Den „ehemaligen jugoslawischen Staatsangehörigen deutscher Volkszugehörigkeit“, die am 14. April 1941 ihren Wohnsitz im okkupierten Gebiet hatten und dort das Heimatrecht besaßen, wurde rückwirkend zum 14. April 1941 die deutsche Staatsangehörigkeit zugesprochen; ebenso den Staatenlosen deutscher Volkszugehörigkeit, die im besetzten Gebiet wohnten.
2) „Ehemaligen jugoslawischen Staatsangehörigen deutschen und artverwandten Blutes“ sowie Staatenlosen konnte, sofern sie am 14. April 1941 ihren Wohnsitz im besetzten Gebiet hatten und „als Angehörige der heimattreuen Bevölkerung der befreiten Gebiete“ anerkannt wurden, die „deutsche Staatsangehörigkeit auf Widerruf“ verliehen werden. Sie bekamen rote Mitgliedskarten des „Steirischen Heimatbundes“ oder des „Kärntner Volksbundes“.
3) Personen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit bekommen konnten, galten als „Schutzangehörige des Reiches“.[2364]

Die Interpretation der zweiten Kategorie mit dem angeblich „artverwandten Blut“ ließ den deutschen Behörden alle Möglichkeiten offen. Nach den Richtlinien des steirischen Heimatbundführers Steindl wurde für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit – auch „auf Widerruf“ – jedenfalls die Beherrschung der deutschen Sprache verlangt. Das steigerte die Bereitschaft vieler untersteirischer Slowenen, Deutsch-Kurse des Heimatbundes zu besuchen. So organisierte der „Steirische Heimatbund“ im Winter 1941/42 23.030 Deutsch-Kurse für 123.058 Teilnehmer, und bis Mitte April 1943 wurden bereits 215.000 Personen in 5171 Deutsch-Kursen unterrichtet. Ziel von Steindl war es, bis zum Frühjahr 1945 die deutsche Sprache in der Untersteiermark „als allgemeine Umgangssprache“ zu verankern. Doch die Ergebnisse waren enttäuschend, sodass der steirische

---

[2362] Ferenc – Godeša, Die Slowenen, 232f.

[2363] Lediglich die vier Übermurgemeinden Füchselsdorf (Fikšinci), Sinnersdorf (Kramarovci), Rotenberg (Serdica) und Guizenhof (Ocinje) wurden sofort dem Reichsgau Steiermark und somit dem Deutschen Reich angeschlossen, was ab 1945 für Staatsbürgerschaftsfragen relevant wurde.

[2364] Ferenc, Quellen, 309-314.

Regierungspräsident Otto Müller-Haccius auf einer Stabsbesprechung am 17. Mai 1943 klagte: „Im Gebrauch der deutschen Sprache ist in mancher Beziehung kein weiterer Fortschritt zu verzeichnen. Es ist hierzu ein gewisser Stimmungsbarometer zu erblicken.“ Und Oberregierungsrat Wöhrer stellte bei einer Bereisung der Untersteiermark fest, „dass die Sprachentwicklung zum Stillstand gekommen ist. Die Gemeindeangestellten sprechen im Amt und zuhause viel mehr slowenisch als vor einem Jahr“.[2365]

Nach einer Zählung zum Stichtag 29. November 1942 lebten in der Untersteiermark 531.610 Personen, von denen nur 27.059 die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, während 415.694 „Staatsangehörige auf Widerruf“ waren und 82.365 gar nur „Schutzangehörige des Deutschen Reiches“. Weiters wurden noch 5536 Ausländer gezählt – mehrheitlich Kroaten, Ungarn und Italiener – und 956 Personen ohne Staatsangehörigkeit.[2366]

Anlässlich der Verleihung der „Staatsangehörigkeit auf Widerruf“ an Zehntausende Oberkrainer am 27. September 1942 verwies der Kärntner Reichsstatthalter und Gauleiter Friedrich Rainer auf die besonderen Pflichten solcher Staatsbürger zweiter Klasse: „Treue und Gehorsam gegenüber Führer und Reich“; „Gehorsam gegenüber den vom Führer bestellten Organen“; „Bekämpfung aller staatsfeindlichen Bestrebungen“; „Ableistung des Wehrdienstes und Pflicht zum Arbeitsdienst“. Und für den Fall der Nichtbefolgung drohte er auch gleich mit strengen Strafen: „Jeder Schuldige und mit ihm die durch dieselbe staatsabträgliche Gesinnung verbundenen Familien und Hausgenossen werden aus dem Lande entfernt. Sie haben ihr Gut, in schweren Fällen ihr Leben verwirkt. […]“[2367]

Eine besonders negative Konsequenz der Verleihung der „Staatsangehörigkeit auf Widerruf“ war die Einführung der Militär- und Arbeitspflicht für diese Personengruppe. Ab dem 20. Februar 1942 wurden die untersteirischen Männer zur Wehrmacht, zur Gendarmerie, zu den Wehrmannschaften oder zum Reichsarbeitsdienst eingezogen, ab Herbst 1942 auch die oberkrainischen. Bereits im Jahre 1942 betraf dies 28.000 Untersteirer sowie zwischen 8000 und 10.000 Oberkrainer. Mobilisiert wurden vor allem die Jahrgänge 1908 bis 1928, vereinzelt auch ältere Jahrgänge bis 1899, 1944 teilweise auch der Jahrgang 1929, also die fünfzehnjährigen Burschen und Mädchen (!). Insgesamt wurden von der deutschen Besatzungsmacht mehr als 150.000 Männer und Frauen, Burschen und Mädchen aus der Untersteiermark und Oberkrain zwangsmobilisiert. Etwa 10.000 dürften ihr Leben verloren haben, die meisten an der deutschen Ostfront, etwa 25.000 kamen als Invalide nach Hause. Nach dem Krieg galten sie den kommunistischen Siegern als „Kollaborateure“ und erhielten daher auch keine Sozialhilfe. Ihr erzwungener Militär- bzw. Arbeitsdienst für die Okkupationsmacht wurde ihnen erst

[2365] Ferenc, Quellen, 612.

[2366] Marjan Žnidarič – Jože Dežman – Ludvik Puklavec (Hgg.), Nemška mobilizacija Slovencev v drugi svetovni vojni (Celje 2001) 143.

[2367] Ferenc, Quellen, 560f.

nach der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens 1991 auf die pensionsbegründenden Jahre angerechnet.[2368]

Die „Schutzangehörigen", also die dritte Kategorie, waren zwar „wehrunwürdig" und wurden daher weder zur Wehrmacht noch zum Reichsarbeitsdienst eingezogen; nach einer „Verordnung" des Chefs der Zivilverwaltung in der Untersteiermark vom 24. März 1942 „über die Sonderdienstpflicht der Schutzangehörigen" wurden dennoch einige Hundert Burschen und Mädchen zwischen dem 17. und 25. Lebensjahr als Gehilfen in obersteirischen Bauernhöfen eingesetzt. Später wurden sie in Sonderlagern wie Brunndorf (Studenci) bei Marburg (Männerlager), Christinenhof bei Cilli (Frauenlager) und Sterntal (Strnišče) zusammengefasst, wo etwa 600 „Schutzangehörige" unter ziemlich menschenunwürdigen Umständen am Bau der Tonerde- und Aluminiumfabrik arbeiteten.[2369]

Mit der Eroberung der Untersteiermark hatte das Deutsche Reich ein reiches Wein-, Obst-, Getreide- und Hopfenanbaugebiet erworben, das bis 1941 die Steiermark, Krain und Kärnten beliefert hatte. Zwar wurde nun der Hopfen teilweise ausgewurzelt, um zusätzliche Gebiete für den Getreideanbau zu gewinnen, insgesamt aber bemühte sich die deutsche Besatzungsverwaltung, mittels moderner agrotechnischer Maßnahmen – durch Beistellung von Kunstdünger, Maschinen, Zuchtvieh etc. – die Agrarproduktion zu erhöhen. In Oberkrain wurde die Milchproduktion gesteigert. Sowohl hier als auch in der Untersteiermark wurden Rüstungsbetriebe errichtet, wie etwa die Fabrik für Flugzeugteile in Thesen (Tezno) bei Marburg, die Aluminiumfabrik in Sterntal und das Elektrizitätswerk Mariborski otok. Um die Verbindung zwischen Kärnten und Oberkrain zu verbessern, wurde mit Zwangsarbeitern der Bau des Loibltunnels begonnen.[2370]

Die Zwangsaussiedlung von Slowenen aus der Untersteiermark und Oberkrain 1941

Bereits vier Tage nach der ersten öffentlichen Ankündigung durch Gauleiter Uiberreither hatte Heinrich Himmler am 18. April 1941 als „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums" in Marburg – schon einige Tage zuvor in Klagenfurt – seine „Richtlinien für die Aussiedlung fremdvölkischer Elemente in den Gebieten der Südsteiermark" bzw. im Mießtal und in Oberkrain bekannt gegeben: Sofort auszusiedeln seien „die gesamte slowenische Intelligenz" sowie „alle nach dem Jahre 1914 eingewanderten Slowenen mit ihren Familien". Auch die Grenzlandbevölkerung und Personen, die sich nicht zum Beitritt in den Steirischen Hei-

[2368] Gregor Jerman, Mobilizacija v nemško vojsko med drugo svetovno vojno, in: Prisilna mobilizacija na Štajerskem (Celje 2003) 12; Žnidarič – Dežman – Puklavec, Nemška mobilizacija, 49, 147, 191; Ferenc, Quellen, 498; Griesser-Pečar, Volk, 25.

[2369] Ferenc, Quellen, 622.

[2370] Ferenc – Godeša, Die Slowenen, 257.

matbund oder in den Kärntner Volksbund gemeldet hatten bzw. die aus politischen, rassischen oder erbgesundheitlichen Gründen nicht aufgenommen wurden, wurden für eine Deportation vorgesehen. Himmler ließ Umsiedlungsstäbe in Marburg und Veldes einrichten und übertrug den Kommandeuren der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in Graz und Klagenfurt die Leitung der Aussiedlungsaktionen. Die größten Umsiedlungslager wurden in der Marburger Kaserne, auf Schloss Reichenburg bei Brestanica und in den bischöflichen Ämtern St. Veit (Šentvid) bei Laibach eingerichtet. Ursprünglich sollten zwischen 220.000 und 260.000 Personen ausgesiedelt werden, das wäre ein Drittel der slowenischen Bevölkerung der Untersteiermark und die Hälfte der slowenischen Bevölkerung Oberkrains gewesen. Mitarbeiter Himmlers, die in der zweiten Maihälfte 1941 die besetzten slowenischen Gebiete bereisten, plädierten jedoch für Assimilation, nicht für Aussiedlung. Denn die Bevölkerung hinterlasse einen „rassisch überraschend guten Eindruck", ebenso ihre Höfe, Wohnkultur und Sauberkeit. Der Gesamteindruck sei sogar besser als in manchen Altreichsgegenden, vor allem aber besser als bei einem Großteil der im Osten angesetzten Umsiedler. Tatsächlich ergaben „rassische Musterungen" der „Einsatzstelle Südost des Rasse- und Siedlungs-Hauptamtes der SS" zwischen April und September 1941 an etwa 500.000 Personen in der Untersteiermark und in Oberkrain eine „günstige rassische Zusammensetzung". Auch der Kärntner Gauleiter Kutschera sprach sich deutlich gegen eine allgemeine Aussiedlung der Gruppe III („weniger ausgeglichene Mischlinge") aus Oberkrain aus, da man den Serben nicht Blut zuführen wolle, das ihnen eines Tages wertvolle Dienste leisten könne.[2371]

Dennoch wurden schon am 4. Juni 1941 auf einer Sitzung in der deutschen Gesandtschaft in Agram die konkreten Umsiedlungspläne beschlossen: Bis zum 5. Juli seien aus dem Gau Steiermark 5000 belastete und intellektuelle Slowenen nach Serbien zu transportieren; in einer zweiten Welle im Juli und August seien etwa 25.000 nach 1914 in die Untersteiermark zugezogene Slowenen nach Kroatien umzusiedeln; und in einer dritten Welle bis 31. Oktober 1941 sei schließlich an die Aussiedlung von etwa 65.000, meist bäuerlichen Slowenen aus den Grenzgebieten der Untersteiermark gedacht, außerdem an die Aussiedlung von etwa 80.000 „gleichartigen Slowenen" aus Oberkrain. Für die bäuerlichen Umsiedler

[2371] Ferenc, Quellen, 56-61, 132-134, 247-262, 314f., 347f.; Ferenc – Godeša, Die Slowenen, 236f. Insgesamt wurden zwischen 23. April und 15. September 1941 in der Untersteiermark 321.252 Personen „rassisch gemustert", dazu 70.162 im Save-Sotla-Streifen und 42.520, die seit 1914 eingewandert waren. Zwar wurde „ein recht deutliches Rassengefälle von Nordwesten nach Südosten", also vom Bachern zum Ranner Dreieck, festgestellt, andererseits aber überraschend geringe „außereuropäische Blutseinflüsse", die „in kürzester Frist ziemlich ausgemerzt werden" könnten. Selbstverständlich waren damit in erster Linie „Zigeuner, Juden und dergl." gemeint, für die der Weg in den gewaltsamen Tod bereits vorgezeichnet war. In Oberkrain wurden 63.334 Personen (14.086 Familien und 10.747 Alleinstehende) „rassisch untersucht". Nach der menschenverachtenden Kategorisierung sollen angeblich 27,5 Prozent der „nordischen", 25,25 Prozent der „dinarischen", 25,75 Prozent der „ostischen", 14 Prozent der „westischen" und 10,5 Prozent der „ostbaltischen" oder einer anderen Rasse angehört haben.

wurde die Mitnahme von Wagen mit Pferde- oder Zugviehgespann, für sämtliche Umsiedler die Mitnahme von bis zu 50 kg Gepäck vorgesehen. Katholische Geistliche sollten in Kroatien bleiben, dafür aus Kroatien die gleiche Anzahl an orthodoxen Geistlichen samt ihren Familien nach Serbien umsiedeln. Für die zweite Umsiedlungswelle sollte der „Unabhängige Staat Kroatien" die gleiche Anzahl von Serben nach Serbien abschieben dürfen. Hitler selbst versuchte Pavelić die Vorteile dieser „ethnischen Säuberungen" zu erläutern:

> „Derartige Umsiedlungen seien selbstverständlich im Augenblick schmerzlich, aber sie seien besser als dauerndes Leid. Deutschland mute jedenfalls niemandem etwas zu, was es nicht auch selbst täte. Er habe selbst seine Volksangehörigen aus Gebieten umgesiedelt, in denen diese schon seit 300-400 Jahren ansässig gewesen seien. Einmal müsse ein solcher Schritt, eine Flurbereinigung erfolgen, die sicherlich im Augenblick schmerzlich sei, aber bereits für die Kinder der Umgesiedelten große Vorteile mit sich brächte. […]"[2372]

Bereits am 7. Juni 1941, um 17.08 Uhr, verließ der erste Transportzug mit 300 Slowenen den Bahnhof Windischfeistritz (Slovenska Bistrica) und traf am 9. Juni um 9.15 Uhr in Arandjelovac in Mittelserbien ein. Bis 5. Juli folgten ihm weitere elf Transportzüge mit insgesamt 4801 Personen. Im Rahmen der Transporte der zweiten Welle wurden zwischen dem 11. Juli und dem 27. September 1941 21 Transportzüge mit insgesamt 9833 Personen nach Slavonska Požega und Petrinja in Kroatien geführt. Anfang Juli wurden auch aus Oberkrain fünf Transporte mit insgesamt 2337 Personen nach Serbien abgefertigt. Der Laibacher Bischof Rožman und der Agramer Erzbischof Stepinac versuchten vergeblich über den Vatikan gegen die Deportation von 303 Weltpriestern und 56 Ordensbrüdern zu intervenieren. Schließlich registrierte der „Umsiedlungsstab Kärnten" im Mießtal 2631 Personen für eine „Evakuierung" nach Serbien, darunter sämtliche slowenische Pfarrer. Besonders die Verhaftung aller slowenischen Pfarrer und die Aussiedlung zahlreicher Familien nach Serbien riefen auch im Mießtal große Verbitterung hervor.[2373]

Oskar von Kaltenegger, Enkel des letzten deutschen Landeshauptmanns von Krain und für einige Monate Berater des Chefs der Zivilverwaltung in Veldes, übte mutige Kritik an Intention und Praxis der Aussiedlungen: Die nunmehr ausgesiedelten Slowenen – oder ihre Väter und Großväter – hätten im Ersten Weltkrieg sowohl gegen Russland als auch gegen Italien mehr als ihre Pflicht getan und keinen Verrat begangen wie Tschechen und Polen (sic!). Sogar nach 1920 sei keineswegs die Stimmung aller Krainer gegen Österreich gewesen. Was aber Serbien in 23 Jahren nicht geschafft habe, hätten die Deutschen jetzt in knapp zwei Monaten erreicht. Die beim Einmarsch der deutschen Truppen sehr prodeutsche Stimmung habe sich völlig ins Gegenteil verkehrt. Seit Beginn der Tätigkeit der Aussiedlungskommissionen habe die Oberkrainer Bevölkerung panischer Schrecken ergriffen. Kein Mensch traue sich mehr auf die Straße, die Leute schliefen

---

2372 Ferenc, Quellen, 163-169; Suppan, Adria, 397.

2373 Ferenc, Quellen, 174-180; Godeša, Kdor ni z nami, 62; Pleterski, Vatikanski dokumenti, 636-638.

außer Haus, um nicht ergriffen zu werden. Viele, die nie Kommunisten waren, trieben sich nun aus Angst vor der Aussiedlung in den Wäldern herum. Auch die Verfolgung der katholischen Kirche stoße bei der tief religiösen Bevölkerung auf starke Ablehnung. Obwohl die Gendarmerie in Oberkrain dieses Stimmungsbild bestätigte, wurde Kaltenegger bald nach Vorlage der Denkschrift, die er auch an Göring und Himmler übersandt hatte, zum Wehrdienst einberufen.[2374]

Wie schon Anfang Juni trafen sich am 22. September 1941 neuerlich die deutschen und kroatischen Umsiedlungsbürokraten zu einer Sitzung in der deutschen Gesandtschaft in Agram. Als der Vertreter Himmlers eine weitere Aussiedlung von 45.000 Slowenen aus der Untersteiermark und von 20.000 aus Oberkrain verlangte, verwiesen die Vertreter der kroatischen Regierung auf die hohen Flüchtlingszahlen aus dem italienisch verwalteten Küstengebiet und auf die Aufstandsbewegung in Bosnien. Daher ordnete der Reichsführer-SS am 18. Oktober 1941 die sofortige Umsiedlung der „untersteirischen Grenzbevölkerung" aus dem Save-Sotla-Streifen und dem Ranner Dreieck ins „Altreich" an. Und schon am 23. Oktober begann die dritte Welle der Aussiedlung von Slowenen, die nunmehr in 62 Transporten bis zum 31. Juli 1942 insgesamt 36.000 Slowenen in 150 Lager der „Volksdeutschen Mittelstelle" nach Niederschlesien, in die Mark Brandenburg, nach Hannover, Thüringen und Sachsen, schließlich auch nach Württemberg, Baden und Bayern brachte, wo sie überwiegend als Zwangsarbeiter in der Industrie eingesetzt wurden.[2375]

Ein Bericht, der 1945 dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg vorgelegt wurde, schildert die unmenschliche Vorgangsweise bei dieser Deportation:

> „[...] Frühmorgens kamen die Lastwagen in die verschiedenen Dörfer. Soldaten und Gestapo-Männer, mit Gewehren und Maschinengewehren bewaffnet, drangen in jedes Haus ein und forderten die Bewohner auf, unverzüglich aus ihren Heimstätten zu verschwinden und von ihren Sachen nur so viel mitzunehmen, wie jeder selbst tragen konnte. Alle diese unglücklichen Menschen mussten in wenigen Minuten ihre Häuser und ihre ganze Habe verlassen. Mit Lastkraftwagen wurden sie in das Gebäude des katholischen Trappistenklosters nach Reichenberg gebracht. Von hier gingen die Transporte ab. Jeder einzelne Transport nahm 600 bis 1200 Personen nach Deutschland mit. So wurde der Bezirk Bregitza [Brežice, Anm. Suppan] fast vollständig, der Bezirk Krško [Gurkfeld] bis zu 90 % entvölkert. Aus beiden Bezirken wurden 56.000 Einwohner verschleppt. Aus den Gemeinden Cirkovci und Ptuj [Pettau] wurden außerdem noch etwa 4000 Personen deportiert. [...]"[2376]

Senior Baron aus Marburg hatte bereits im Mai 1942 in einem Schreiben an die Parteikanzlei der NSDAP gegen die Plünderungen nach der Aussiedlung von etwa 4500 Slowenen aus der Stadt protestiert:

> „Die Wohnungen der Ausgesiedelten wurden ausgeraubt, der Schmuck wurde den Leuten abgenommen", die Exekutivorgane hätten „den Raub noch während der Amtshandlung unter sich

[2374] Ferenc, Quellen, 201-210.

[2375] Ferenc, Quellen, 271-274, 279, 318-320, 323f., 328f.; Griesser-Pečar, Volk, 28f.; Karner, Steiermark, 148-150.

[2376] IMGH, Bd. 8, 284.

> aufgeteilt, in das so entstandene Niemandsland stürzte sich alles, um zu stehlen und zu rauben". Sowohl die deutschen als auch die „windischen Untersteirer", bei denen es sich um „deutsch beeinflusste und im deutschen Kulturkreis erzogene Slowenen" handle, seien im Weiteren von der „Hamsterei" der deutschen Beamten konsterniert gewesen, die beschlagnahmte Waren sofort mit Einsatzautomobilen in die Altsteiermark abtransportiert und dort zu Wucherpreisen weiterverkauft hätten. Viele Slowenen „flohen außer Landes, verübten Selbstmord oder schlossen sich den Freischärlern an". In die Häuser und Höfe der vertriebenen Slowenen seien Aussiedler aus der an Italien gefallenen Gottschee, aus Bessarabien und aus der Dobrudscha eingezogen.[2377]

Erst am 14. August 1942 veröffentlichte der Chef der Zivilverwaltung in der Untersteiermark in der „Marburger Zeitung", dass sämtliche Um- und Aussiedlungen abgeschlossen seien, dass er sich aber vorbehalte, „im Einzelfall unverbesserliche Staatsfeinde, insbesondere solche Personen, die bewaffnete Banden unterstützen, […] aus der Untersteiermark zu entfernen".[2378] Zu den Staatsfeinden gehörten auch Verwandte von Partisanen und ermordeter Geiseln, die bereits seit dem Sommer 1941 deportiert worden waren. Wegen der Partisanentätigkeit in Oberkrain befahl Himmler am 25. Juni 1942 die Offensive „Enzian", bei der nicht nur elf Dörfer und Weiler niedergebrannt und dem Erdboden gleichgemacht wurden, sondern auch die meisten Männer erschossen und alle Verwandten der erschossenen Partisanen deportiert wurden. Kinder bestimmter Altersgruppen mit „guter Rassenbewertung" wurden in Heime des SS-Vereins „Lebensborn" deportiert und dort zur Adoption freigegeben. In der Untersteiermark wurden auch noch 1943 Deportationen von Angehörigen der Partisanen und getöteter Geiseln durchgeführt, die später zur Zwangsarbeit im Lager Sterntal bei Pettau eingesetzt wurden, wo sie an einer Aluminiumfabrik und an einem Elektrizitätswerk mitbauen mussten.

Insgesamt wurden aus den deutschen Okkupationsgebieten zwischen 1941 und 1945 etwa 63.000 Slowenen und Sloweninnen deportiert, weitere 17.000 flüchteten in das italienische Besatzungsgebiet bzw. in den Unabhängigen Staat Kroatien. Die etwa 80.000 Deportierten stellten etwa 10 Prozent der in der Untersteiermark und in Oberkrain lebenden Slowenen dar, womit dieser Prozentanteil – nach den aus ganz Europa deportierten Juden und den aus den polnischen Westgebieten deportierten Polen – den höchsten Prozentanteil aller unter NS-Besatzung gefallenen Nationen darstellte.[2379]

Die Umsiedlung der Gottscheer in die Untersteiermark 1941

Nicht nur Slowenen wurden Opfer von „ethnischen Säuberungen", im Süden Krains – an der Grenze zu Kroatien – waren auch Deutsche davon betroffen. Als die dort seit über 600 Jahren lebenden Gottscheer vom Vormarsch der deutschen

[2377] Ferenc, Quellen, 422-428; Suppan, Adria, 404; Karl-Peter Schwarz, Gefallene Tabu. Slowenien und seine Deutschen, in: FAZ, 17. April 2012, 5.

[2378] Ferenc, Quellen, 481.

[2379] Ferenc – Godeša, Die Slowenen, 239f.

Truppen durch die Untersteiermark und in Richtung Zagreb gehört hatten, entwaffneten sie bereits am 10. April alle von Slowenen besetzten Gendarmerieposten und erklärten ihren 22-jährigen „Mannschaftsführer" Wilhelm Lampeter zum Bezirkshauptmann. Slowenische Gendarmen, Verwaltungsbeamte und Richter wurden eingesperrt, die Straßen in Erwartung der deutschen Truppen mit Blumen geschmückt. Gemäß den Vereinbarungen zwischen Berlin und Rom marschierten aber am 17. April italienische Truppen ein und setzten die slowenischen Amtsträger vorübergehend wieder in ihre Positionen ein. Als Hitler am 26. April 1941 Marburg besuchte, empfing er auch die Gottscheer Volksgruppenführung und sagte ihr zu, das Schicksal der Gottscheer im Rahmen des Großdeutschen Reiches zu sichern. Dies sollte aber nach der Zuteilung der Gottschee an Italien die Aussiedlung einer der ältesten deutschen Volksgruppen in Südosteuropa bedeuten. Bereits am 22. Mai informierten der Volksgruppenführer und der Mannschaftsführer ihre „Gottscheer Volksgenossen und Volksgenossinnen":

> „Der Führer ruft uns heim ins Reich. Erwartet in eiserner Disziplin seinen Befehl. Zeigt durch Arbeit und Fleiss noch in der letzten Stunde, dass ihr würdig seid, DEUTSCHE ADOLF HITLERS zu sein. Die Ernte des Jahres 1941 in der alten Heimat soll aller Welt beweisen, dass wir wie durch 600 Jahre auch im letzten Jahr unserer volksdeutschen Prüfungszeit dem kargsten Boden unser hartes Brot abringen können kraft unseres deutschen Willens. Bietet unseren italienischen Bundesgenossen ein einmaliges Bild deutscher Manneszucht als Ausdruck unserer unerschütterlichen Treue zur ehernen Politik der Achse."[2380]

Ein großer Teil der Gottscheer war wie vor den Kopf gestoßen und wollte von einer Umsiedlung nichts wissen. Die Volksgruppenführung versuchte über die *Gottscheer Zeitung* dennoch, die Bevölkerung auf eine Umsiedlung vorzubereiten. Unzählige deutsche Persönlichkeiten kamen in die Gottschee, wie Amalia Brame später berichtete, „welche bis in den letzten Winkel unseres Ländchens ihre Fühler ausstreckten, um ja alle Gottscheer aktenmäßig zu erfassen", und Versammlungen abhielten, in welchen sie versprachen, „dass wir für unsere Besitzungen bzw. Vermögen gleichwertig entschädigt sein werden". Von Eingliederung in die „deutsche Volksgemeinschaft" war die Rede, von einer neuen Rolle als „Wehrbauern an den Grenzen des Reiches", aber auch davon: „Die Vorposten werden eingezogen." Die *Gottscheer Zeitung* wiederholte am 17. Juli die Hauptparole in ihrem Aufmacher: „Wir wollen heim ins Reich!" Wenn sich jemand dagegen äußerte, wurde er als „Volksschädling" verachtet. Nach einem am 31. August 1941 abgeschlossenen deutsch-italienischen Abkommen über die Umsiedlung der Deutschen aus der *Provincia di Lubiana* begannen die Vorbereitungen der Umsiedlung der Gottscheer und der Laibacher Deutschen in die Untersteiermark und nach Oberkrain.[2381]

[2380] Gottscheer Zeitung, 22. Mai 1941; Frensing, Umsiedlung, 65. Hervorhebung in der Zeitung.

[2381] Handschriftliches Schreiben Amalia Brame aus der Gottschee, 11. März 1958, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 311-313, hier 311; Frensing, Umsiedlung, 66-68, 73-75; Weißbuch der Deutschen, 871-873; Wehler, Nationalitätenpolitik, 73f.; Dokumentation der Vertrei-

Unmittelbar nach dieser völkerrechtlichen Vereinbarung begann die „Volksdeutsche Mittelstelle“ Umsiedlungsbögen zu verteilen, um die Umsiedlung der Gottscheer und Laibacher Deutschen in die Untersteiermark und nach „Südkärnten“ – gemeint war Oberkrain – vorzubereiten. Die ursprünglich mit dem 15. Oktober 1941 terminisierte Optionsfrist wurde auf Grund der längeren Dauer der Aussiedlung der Slowenen bis zum 20. November 1941 erstreckt. Die „Sturmführer“ der „Mannschaft“ brachten die Optionsbögen in die Haushalte und holten dann die unterzeichneten wieder ab. Noch vor dem Ende der Optionsfrist begann am 23. Oktober die sogenannte „Schleusung“ und endete am 12. Dezember 1941. In einem Sonderzug der „Deutschen Einwanderer Zentrale“, bestehend aus 10-12 Eisenbahnwaggons, in welchem ca. 120 deutsche Militärs und Beamte saßen, wurden die Umsiedler meldepolizeilich erfasst, medizinisch untersucht, „rassisch bewertet“, eingebürgert und mit einem „Umsiedlerausweis“ – allerdings nicht mit einer Einbürgerungsurkunde – und einer „Transportkarte“ ausgestattet. Wer also die „Durchschleusung“ bestand, erhielt die deutsche Staatsbürgerschaft. Gleichzeitig war eine deutsche Schätzungskommission in die Gottschee gekommen, die von Besitz zu Besitz, von Ort zu Ort die Bewertungen der Haus- und Grundbesitze durchführte. Den Umsiedlern sollte im Ansiedlungsgebiet ein ihrem bisherigen Besitz entsprechendes Äquivalent übergeben werden. Mit ihrer Unterschrift übertrugen die Umsiedler ihren unbeweglichen Besitz der „Deutschen Umsiedlungstreuhand G.m.b.H.“ (DUT), von der sie mit neuem Besitz und finanziell entschädigt werden sollten. Man kann verstehen, dass so mancher Gottscheer Bauer diesen bürokratischen Ablauf als „Betrug“ betrachtete.[2382]

Vor allem in der katholischen Geistlichkeit, im Bürgertum und unter wohlhabenden Bauern gab es Opposition gegen die Umsiedlung. Den beiden Pfarrern Josef Eppich und Josef Kraker gelang es allerdings nicht, ihre vier Mitbrüder zu einer gemeinsamen ablehnenden Haltung zu überreden. Auch der städtischen Oberschicht um den früheren Kulturbund-Obmann Hans Arko missfiel der anmaßende Ton der vielfach jugendlichen Volksgruppenführung, die die „Spießbürger“ durchaus zurücklassen wollte. Eine dritte Gruppe, wohlhabende Bauern im Gottscheer „Hinterland“, wandte sich sogar an das Deutsche Konsulat in Laibach, wurde aber schließlich eingeschüchtert. Als die ersten Optionsergebnisse erkennen ließen, dass Lampeter die Bereitschaft zur Umsiedlung beschönigt hatte, griffen der zuständige Berliner Beamte im „Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums“, Stier, und der „deutsche Umsiedlungsbevollmächtigte“ für die Provinz Laibach, Heinrich Wollert, selbst ein und reisten in die Gottschee. In der „Gottscheer Zeitung“ vom 17. November 1941 versuchte Wollert die wichtigsten Fragen zu klären:

bung V, 5f.; vgl. Mitja Ferenc, Gottschee. Das verlorene Kulturerbe der Gottscheer Deutschen. Ausstellungskatalog (Ljubljana 1993).

2382 Frensing, Umsiedlung, 113-115; Schreiben Amalia Brame, 11. März 1958, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 311.

– Die Umsiedlung erfolge „von Hof zu Hof“, und die Bauern erwarteten bessere Lebensbedingungen;
– „Durch Befehl des Reichsführers-SS […] ist auf Vorschlag des Gauleiters […] der Steiermark das sogenannte Ranner Dreieck, ein Streifen an der unteren Save, der Gurk und des Sattelbaches, für die Ansiedlung bestimmt worden.“
– Hinsichtlich der sofortigen Unterbringung bei Ankunft im neuen Siedlungsgebiet bekämen vermutlich einige Bauern nur einen vorläufigen Hof, bevor ihnen im nächsten Jahr ein endgültiger zugewiesen werde.[2383]

Unmut gegenüber der Volksgruppenführung hatte es ja vor allem gegeben, da sie ihre Bauern lange Zeit über das Ansiedlungsgebiet im Unklaren ließ. Kurioserweise war es ein kommunistisches Flugblatt, das vermutlich im Juli 1941 in der Gottschee auftauchte, in dem erste deutliche Hinweise – aber auch schon unmissverständliche Drohungen – zu finden waren:

> „Die nationalsozialistischen Führer und ihre Gottscheer Führerlein wollen […] Euch auf der Erde und auf den Höfen ansiedeln, die die nationalsozialistischen Führer dem slowenischen Bauern und Arbeiter gestohlen und sie ohne Hab und Gut in die Fremde gejagt haben. Die ganze Umsiedlung ist ein Verbrechen gegen das Gottscheer Volk! Mit Recht werden Euch die Einheimischen als aufgedrängte Hergewanderte betrachten, als die Verbündeten der faschistischen Räuber, als Diebe des fremden Bodens und der Früchte fremder Arbeit. Sie werden Euch die Häuser, in denen ihr Euch ansiedeln werdet, anzünden, auf jedem Schritt werden sie Euch erschlagen und stets werden sie Euch verfolgen.“[2384]

Nicht wenige Gottscheer beschlich Sorge ob dieses Unrechts und sie befürchteten Hass seitens der slowenischen Bevölkerung. Für viele unschlüssige Gottscheer dürfte aber ein Argument Wollerts letzten Ende ausschlaggebend gewesen sein, doch für die Umsiedlung zu optieren: „Es wird aber darauf hingewiesen, dass diese Frist endgültig ist. […] Die Umsiedlung wird durchgeführt, um die Volkstumsverhältnisse in diesem Gebiet […] endgültig zu bereinigen. Es wird somit später keine Gelegenheit mehr geben, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben.“ Das bedeutete, dass all jene Gottscheer, die jetzt nicht optieren wollten, damit rechnen mussten, spätestens nach dem Kriegsende italienische Staatsbürger zu werden – eine nur für wenige Gottscheer erträgliche Aussicht. Pfarrer Alois Krisch aus Altlag (Stari Log) bestätigte eine gewisse Angst vor den italienischen Besatzungstruppen, die mit den Slowenen zusammenarbeiteten. In seinem ausführlichen, nach dem Krieg verfassten Stimmungsbericht führte er freilich noch andere Optionsmotive an:
– die negative slowenische bzw. jugoslawische Minderheitenpolitik seit 1918;

[2383] Frensing, Umsiedlung, 92-96; Bericht Dr. Heinrich Wollert, 27. März 1958, in: Dokumentation der Vertreibung V, 3-8. Während Wollert die Umsiedlungsbedingungen relativ korrekt – freilich ohne Hinweis auf eine vorläufige Unterbringung in Lagern – schilderte, stellte seine Darlegung der vorherigen Aussiedlung der Slowenen eine Aneinanderreihung von Lügen dar: „volle Entschädigung des hinterlassenen Vermögens“, gute Unterbringung im neuen Siedlungsgebiet, hoffnungsfrohe Zukunft etc.

[2384] Frensing, Umsiedlung, 74.

– das besondere Elend während der Weltwirtschaftskrise 1931/32;
– die abermalige Verschärfung der Minderheitenpolitik ab 1935 – trotz deutschfreundlicher Politik der Regierung Stojadinović.

Nach 22 Jahren nationaler Unterdrückung habe sich nun für die Gottscheer 1941 eine neue Option eröffnet:

> „Dem gegenüber sahen die Leute das damals sieghafte Deutschland, auf das die Propaganda hinwies. Wenn auch gar manche auf die vielen und großartigen Versprechungen hereinfielen, so war doch für die Allgemeinheit nur das eine zugkräftig: ‚Heim ins Reich!' Dies, nur dies war beruhigend und wurde daher von der Propaganda ausgiebig benützt. ‚Heim ins Reich!', sagte das Volk; endlich einmal Ruhe haben von all dem Gehässigen, von all dem, das uns Unruhe, Unterdrückung, Verfolgung, Unsicherheit, Verachtung, Verfehmdung [sic!] unserer Sprache und dazu all die Feindseligkeiten bringt – heim! Darunter stellte es sich eine Heimat unter rein deutscher Bevölkerung vor, gleichberechtigter Staatsbürger sein unter uns und unseres gleichen."[2385]

Schon am 14. November 1941 – noch vor dem Ende der Optionsfrist am 20. November – traf der erste Transport der Gottscheer im Ranner Dreieck ein: 40 Personen mit 9 Gepäckwagen und 22 Stück Vieh. Obwohl die Gottscheer Umsiedler im Save-Sotla-Streifen mit etwa 74.000 Hektar wesentlich mehr und fruchtbareren Boden bekamen, als sie in ihrem Heimatland zurückließen (etwa 48.000 Hektar), waren sie nicht zufrieden. Mannschaftsführer Wilhelm Lampeter schrieb bereits am 2. November 1941 dem Gauleiter Uiberreither als zuständigem Chef der Zivilverwaltung: Damit die Ansiedlung der Gottscheer Bauern auch an der neuen Grenze Jahrhunderten (sic!) standhalte, müsse der durchschnittliche „gesunde Bauernhof" zwanzig Hektar groß sein, wobei zwölf bis fünfzehn Hektar auf landwirtschaftliche Nutzfläche, das Übrige auf Wald entfallen sollte. Die Gottscheer Volksgruppe bestehe aus 2665 Familien auf dem Lande und nur 261 in der Stadt. Von den 2665 Familien seien allerdings nur 1201 als „bauernfähig und bauernwürdig" zu bezeichnen, 577 Familien seien Landarbeiterfamilien mit kleinem Grundbesitz, 364 jedoch Handwerkerfamilien mit nur teilweisem Grundbesitz, 384 alte, nicht mehr einsatzfähige Familien, die bei ihren Verwandten wohnen sollten; 139 Familien aber sollten nach dem Wunsch der Volksgruppenführung gar nicht im geschlossenen Siedlungsgebiet „angesetzt" werden.[2386]

Der „Umsiedlungsbevollmächtigte" Wollert räumte in seinem Bericht durchaus Transportschwierigkeiten aus den hoch gelegenen Gottscheer Dörfern ein, wozu ab Ende November noch starker Schneefall kam, sodass die LKWs durch Pferdefuhrwerke und Pferdeschlitten ersetzt werden mussten. Auch die Vermögenserfassung bereitete einige Schwierigkeiten und erforderte sogar „örtliche Be-

---

[2385] Frensing, Umsiedlung, 95-97; Bericht des Pfarrers Alois Krisch aus Altlag (Stali Log), Winter 1947/48, in: Dokumentation der Vertreibung V, 9-31.

[2386] Ferenc, Quellen, 342, 289-291. Pfarrer Krisch führte die unglaublichen Erwartungen mancher Umsiedler und den schlechteren Zustand der Häuser und Ställe im Ranner Dreieck als wesentliche Ursache für die Unzufriedenheit der Gottscheer an. – Bericht Krisch, in: Dokumentation der Vertreibung V, 21.

gehungen“. Jedenfalls verkaufte die DUT bereits 1942 die verlassenen Gehöfte und Häuser in der Gottschee und in Laibach um einen Pauschalpreis von 3000 Lire pro Hektar und einen Gesamtpreis von 150 Millionen Lire für das gesamte Umsiedlungsvermögen an die *Società Generale Immobilare*, eine Tochtergesellschaft der dafür gegründeten italienischen EMONA-Gesellschaft. Auf Grund der bald nach der Umsiedlung der Gottscheer einsetzenden Partisanentätigkeit konnte jedoch die italienische Gesellschaft diese Liegenschaften nie in Besitz nehmen und überschrieb sie nach dem Abzug der italienischen Besatzungsmacht im September 1943 treuhändisch an den „deutschen Umsiedlungsbevollmächtigten“. Als die Partisanen im Februar 1945 bereits vor Laibach standen, liquidierte Wollert seine Laibacher Dienststelle, ließ die Akten nach Velden am Wörthersee transportieren und übergab das gesamte Vermögen, insbesondere Bargeld und Bankguthaben, einem in Laibach ansässigen Rechtsanwalt als Treuhänder.[2387]

Die Volkszählung vom 12. Juni 1941 hatte für die Gottscheer Volksgruppe 12.487 Personen ergeben, 12.093 Gottscheer hatten schließlich für die Umsiedlung optiert, 11.818 waren „durchgeschleust“ worden, von denen man etwa 570 „Unzuverlässige“ ins Altreich schickte und etwa 11.200 im Ranner Dreieck und im Save-Sotla-Streifen ansiedelte. Ungefähr 380 Gottscheer dürften in ihrer Heimat geblieben sein. Der ebenfalls zu Hause gebliebene Pfarrer Josef Eppich wurde am 2. Juni 1942 von Partisanen ermordet. Als weitere „Grenzbauern“ an Save und Sotla waren Bessarabiendeutsche, Dobrudschadeutsche und Südtiroler vorgesehen, denen nach Angaben der „Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft“ 6202 enteignete slowenische Landwirtschaften zur Verfügung stehen sollten, die freilich zu größeren Betrieben zusammengelegt wurden.[2388]

Die vor allem von Himmler und Heydrich betriebene dritte Welle der Aussiedlung von Slowenen und Kroaten aus der Untersteiermark und die fast parallel verlaufende Umsiedlung der Gottscheer stießen schon damals auf vernichtende Kritik. Siegfried Kasche, nicht nur Gesandter in Agram, sondern auch SS-Obergruppenführer, sprach unumwunden von Schädigung der „Wehr- und Wirtschaftskraft des Reiches“: Die Slowenenaussiedlung „zeigte uns Deutsche in der Rolle eines brutalen Egoisten“, der die Slowenen ihres Eigentums berauben und sie als „bloße Arbeits-Sklaven“ verwenden wolle. Die Verbitterung der Slowenen gegenüber Deutschland steigere den italienischen Einfluss, der durch die slowenische Universität in Laibach weiter verstärkt werde. Darüber hinaus hätten die Aussiedlungen nach Serbien und Kroatien die serbische Aufstandsbewegung gestärkt. Ebenso bedenklich sei die wirtschaftliche Schädigung, da für die „sehr tüchtigen slowenischen Bauern“ die Gottscheer keinen gleichwertigen Ersatz böten, weil ihre Arbeitsmethoden veraltet und sie zum Teil durch das Wanderhändlertum der Landwirtschaft entwöhnt seien. Kroatien habe andererseits von den neu Ange-

---

2387 Bericht Wollert, in: Dokumentation der Vertreibung V, 7f.

2388 Weißbuch der Deutschen, 872f.; Stuhlpfarrer, Umsiedlung, 285; Frensing, Umsiedlung, 116.

siedelten noch gar nicht profitiert, während es Tausende gute serbische Bauern verloren habe.[2389]

Noch schärfer gingen die ehemaligen Kulturbund-Funktionäre, der protestantische Senior Baron und der Industrielle Franz Tscheligi, mit den unerfreulichen Konsequenzen aus der Slowenenaussiedlung ins Gericht: Bereits bei der ersten Verhaftungswelle im April 1941 – die etwa 300 Personen betraf – seien viele Fehler gemacht worden, da der immens große Apparat der Zivilverwaltung nach fertigen Listen vorgegangen sei, ohne darüber mit den einheimischen Deutschen gesprochen zu haben. Hatte man es bei der ersten Aussiedlungswelle noch überwiegend mit politischen Gegnern und nationalen Hetzern zu tun, so erfassten die völlig unerfahrenen „Rassenprüfer" in der zweiten Aussiedlungswelle „sehr viele ausgesprochen deutschfreundliche" Slowenen, die während der ganzen jugoslawischen Zeit im Interesse Deutschlands gearbeitet hätten. Auch schwangere Frauen, Kranke und kinderreiche Familien mit Säuglingen seien in der Nacht ausgehoben und mehr oder weniger mittellos über die Grenze nach Kroatien und Serbien verbracht worden. Bei der letzten Aussiedlungswelle an der Save und Sotla seien Besitz und Vermögen überhaupt nicht aufgenommen und geschätzt worden, im „Niemandsland" sei bis zur Ansiedlung der Gottscheer und der Volksdeutschen aus Bessarabien und der Dobrudscha gestohlen und geraubt worden. Dabei seien unermessliche Werte an Kartoffeln, Rüben, Vieh und Wein verloren gegangen. Im Übrigen sei das Alpenvolk der Slowenen durch eine „ostische Mischung" ersetzt worden, denn unter den Bessarabien- und Dobrudschadeutschen befänden sich viele Rumänen und Russen. Die schlimmste Konsequenz sei aber die Tatsache, dass die untersteirischen Slowenen – nicht zuletzt infolge der zahlreichen Verhaftungen und Geiselerschießungen – entweder „zu offenen Feinden Deutschlands oder zumindest zu stillen Helfern der Freischärler gemacht" worden seien.[2390]

Bis 22. Oktober 1943 wurden in der Untersteiermark insgesamt 10.666 Gottscheer, 297 Bessarabiendeutsche, 247 Dobrudschadeutsche, 156 Südtiroler und zwei Kriegsversehrte angesiedelt, denen 1032 Höfe zur Verfügung gestellt wurden: 910 den Gottscheern, 55 den Umsiedlern aus Bessarabien, 19 erhielten die Dobrudschadeutschen, 32 die Südtiroler und 16 die Steirer. Weitere 244 Hofstellen waren noch zur Ansiedlung vorgesehen, so dass den Siedlern insgesamt 74.436 Hektar zur Verfügung standen, davon 49 % Wald, 47 % Feld- und Weideflächen, 3 % Weingärten und 1 % sonstige Flächen. Von den 11.368 deutschen Umsiedlern waren allerdings auch 3030 zur Arbeit in den Städten zugewiesen worden.[2391]

Parallel zur Option und Umsiedlung der Gottscheer erfolgten auch Option und Umsiedlung der Laibacher Deutschen. Am 20. Oktober 1941 wurden in Laibach zweisprachige – deutsch- und italienischsprachige – Anschläge angebracht, die die dortigen Deutschen aufforderten, eine Erklärung zur Option und zur Umsiedlung

[2389] Ferenc, Quellen, 352-360; Godeša, Kdor ni z nami, 84-86.
[2390] Ferenc, Quellen, 422-428.
[2391] Ferenc, Quellen, 604, 607f.

abzugeben sowie auch das Vermögen anzugeben. Diese Erklärung ging einerseits an eine in Laibach eingerichtete italienische Zentrale, das *Gabinetto Emigrazione Tedeschi per l'Alto Commissariato per la Provincia di Lubiana*, andererseits an die Dienststelle des Deutschen Umsiedlungsbevollmächtigten. Nach heftigen Diskussionen gingen aus dem Raum Laibach 1844 Optionsmeldungen ein. Weder der Vermögensausgleich noch die Frage der Ansiedlung waren anfänglich geklärt. Erst nach Bestimmung von Oberkrain als Ansiedlungsgebiet gingen in einer Nachoptionsfrist weitere 1013 Optionsmeldungen ein, von denen später wieder 177 zurückgezogen wurden. Das Gesamtergebnis betrug also 2680 Laibacher Optanten. Nach Erfassung des städtischen Haus- und Grundbesitzes sowie der wirtschaftlichen Unternehmungen und Nebenbetriebe (Sägen, Mühlen, Gärtnereien) und der Schätzung der gesamten Vermögenswerte zum Stand vom 1. September 1939 wurde zwischen November 1941 und Jänner 1942 etwa die Hälfte der Optanten per Eisenbahn und Auto ins nahe Ansiedlungsgebiet gebracht.[2392]

Die Slowenen unter italienischer Herrschaft

Zwar hatte es seit Beginn der 1920er Jahre konkrete strategische Interessen der Faschisten an der östlichen Adriaküste gegeben, an eine Einbeziehung des slowenischen Kerngebietes mit der Hauptstadt Laibach war aber – mit Ausnahme einiger Vertreter der julischen Faschisten – weder in Mussolinis *Partito Nazionale Fascista* (PNF) noch in der Armee gedacht worden. Daher gab es bei der Okkupation der *Provincia di Lubiana* keine klare Strategie, sodass die von Hitler vorgeschlagene Abgrenzung in Slowenien mit Einbeziehung der bedeutenden untersteirischen Landwirtschaftsgebiete und der oberkrainischen Holzindustrie in die deutsche Besatzungszone widerspruchslos hingenommen wurde.[2393]

Aus slowenischer und kroatischer Sicht wurde nicht nur die neue italienische Herrschaft in der *Provincia Lubiana* und in Dalmatien als Besatzungsherrschaft gesehen, sondern auch die seit 1919/24 bestehende italienische Herrschaft in den Provinzen Gorizia, Trieste, Fiume und Istria. Allerdings hatten nicht nur die großen Städte Trieste (Trst), Gorizia (Gorica), Pola (Pula) und Fiume (Rijeka) eine italienische Mehrheit, sondern auch die Küstenstädtchen Capodistria (Koper), Isola (Izola), Pirano (Piran), Umago (Umag), Cittanova (Novigrad), Parenzo (Poreč) und Rovigno (Rovinj) sowie einige Städtchen im Quarnero (Kvarner) und in Inneristrien. Aber diese Städte und Städtchen wurden von den Südslawen als „ethnische Inseln" in südslawischen Ländern betrachtet. Während die italienischen Faschisten ihre Annexionspolitik gegenüber Slowenien als Schaffung einer *porta orientale d'Italia* zwischen dem Dritten Reich, Ungarn und Kroatien sahen,

2392 Bericht Wollert, in: Dokumentation der Vertreibung V, 5-8.

2393 Davide Rodogno, Il nuovo ordine mediterraneo. Le politiche di occupazione dell'Italia fascista in Europa (1940-43), (Torino 2003) 112f.; Cattaruzza, L'Italia, 212-233.

wollten die jugoslawischen Kommunisten Istrien, Triest und Julisch Venetien (Venezia Giulia) nicht nur aus nationalpolitischen Gründen erobern, sondern auch um ihr revolutionäres Gedankengut nach Norditalien zu tragen. Die Kommunistische Partei Italiens (PCI) scheint – zumindest vorübergehend – dieses revolutionäre Element über italienische nationale Interessen gestellt zu haben.[2394]

Bereits am 30. April 1941 abends hatte Außenminister Ciano dem deutschen Botschafter Mackensen mitgeteilt, „dass sich der Duce entschlossen habe, ähnlich wie wir das mit dem Reichsgesetz über die neuen Reichsgrenzen südlich der Karawanken getan hätten[2395], ein Dekret über die dem Königreich Italien als Provinz Lubiana einverleibten slowenischen Gebietsteile zu erlassen". Die wichtigsten Bestimmungen lauteten:

> „Artikel 1.
> Die slowenischen Gebiete, deren Grenzen nach der beiliegenden Karte gezogen sind, sind integrierender Bestandteil des Königreichs Italien und bilden die Provinz Lubiana.
>
> Artikel 2.
> Mit königlichen Dekreten, die auf Vorschlag des Duce des Faschismus, Chefs der Regierung, zu erlassen sind, werden die Verwaltungsvorschriften der Provinz Lubiana festgelegt, welche, da sie eine kompakte slowenische Bevölkerung hat, eine autonome Verwaltung haben wird unter Berücksichtigung der ethnischen Charakteristiken der Bevölkerung, der geographischen Lage des Gebiets und der besonderen örtlichen Erfordernisse.
>
> Artikel 3.
> Die Regierungsgewalt wird ausgeübt von einem Hohen Kommissar, der durch königliches Dekret auf Vorschlag des Duce […] ernannt wird.
>
> Artikel 4.
> Der Hohe Kommissar hat den Beistand einer beratenden Körperschaft (*Consultà*) von 14 Vertretern, die aus den schaffenden Kategorien der slowenischen Bevölkerung erwählt sind.
>
> Artikel 5.
> Der Militärdienst ist nicht obligatorisch für die slowenische Bevölkerung der Provinz Lubiana.
>
> Artikel 6.
> Im Elementarunterricht ist die slowenische Sprache obligatorisch. In den mittleren und höheren Schulen wird die italienische Sprache fakultativ gelehrt. Alle amtlichen Urkunden werden in beiden Sprachen abgefasst.
>
> Artikel 7.
> Die königliche Regierung ist ermächtigt, im Gebiet der Provinz Lubiana die Verfassung und die anderen Gesetze des Königreichs zu veröffentlichen […]."[2396]

Ciano erbat streng vertrauliche Behandlung bis zur Veröffentlichung des Dekrets und ersuchte Mackensen nachzufragen, ob die deutsche Seite irgendwelche Bemerkungen zum Dekret zu machen habe. Mackensen bezeichnete das Dekret

[2394] Raoul Pupo – Roberto Spazzali, Foibe (Milano 2003) 45-48, 209-211.

[2395] Ciano irrte mit dieser Argumentation, denn das Deutsche Reich annektierte weder die Untersteiermark noch Oberkrain, unterstellte sie freilich der Zivilverwaltung in Graz und Klagenfurt.

[2396] Telegr. Bt. Mackensen an RAM Ribbentrop, Rom, 30. April 1941, HIA, Tomasevich papers, box 3, Benzler collection.

als inneritalienische Angelegenheit, erinnerte aber an seine Mitteilung an die italienische Regierung, „zur gegebenen Zeit die deutschen Minderheiten des Gebiets, insbesondere aus Gottschee und Lubiana ins Reich umzusiedeln".[2397]

Italien begnügte sich also nicht mit einer Okkupation des ihm zugeteilten slowenischen Gebietes, sondern bereitete – entgegen den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung – bereits am 3. Mai 1941 die Annexion vor. Allerdings sollten der italienische König und Ministerpräsident Mussolini das Gesetz über den Anschluss der *Provincia di Lubiana* erst im April 1943 unterzeichnen. Mussolini wollte sich auch von der deutschen Besatzungspolitik distanzieren und gab den italienischen Besatzungsorganen – dem Hohen Kommissar Emilio Grazioli und dem Befehlshaber des XI. Armeekorps, General Mario Robotti – Weisung, in der neu geschaffenen Provinz Laibach doch pragmatischer und kompromissbereiter vorzugehen als die deutsche Besatzungsmacht in der Untersteiermark und in Oberkrain oder die ungarische in Prekmurje, vor denen bis zum 31. Jänner 1942 nach italienischen Angaben 21.546 Slowenen in die italienische Besatzungszone flüchteten. So beließ die faschistische Diktatur die Gemeindeautonomie, die slowenischen Schulen, die Universität in Lubiana (Ljubljana), die Slowenische Akademie der Wissenschaften, das Theater, die Oper und die Philharmonie und begnügte sich mit der Zweisprachigkeit – Italienisch und Slowenisch – vor den Behörden, Gerichten und bei Aufschriften. Die slowenischen Bürgermeister wurden jedoch italienischen Bezirkshauptleuten unterstellt, die slowenischen Zeitungen wurden streng zensuriert, und für politisch relevante Delikte war das italienische Militärgericht in Laibach zuständig. In die den italienischen Hohen Kommissar beratende *Consultà* wurden 14 Slowenen aus Politik, Wirtschaft und Kultur berufen, darunter der ehemalige Banus Natlačen, der ehemalige Minister Ivan Pucelj, der Rektor der Universität Laibach, die Präsidenten bzw. Generalsekretäre der Industriellenvereinigung, der Bankenvereinigung, der Handwerkskammer, der Wirtschaftskammer, der Handelskammer, der Landwirtschaftskammer sowie Vertreter der Beschäftigten im Handel, in den Banken und Versicherungen, in der Industrie und in der Landwirtschaft. Ein wesentlicher Unterschied zwischen deutscher und italienischer Besatzungsverwaltung bestand in der Behandlung der römisch-katholischen Kirche, die in der Provinz Laibach im seelsorgerischen Bereich ziemlich ungestört wirken konnte.[2398]

Allerdings wurde die Laibacher Diözese zwischen italienischer und deutscher Besatzung geteilt, sodass 134 Pfarren in den ersten, 142 Pfarren in den zweiten Bereich fielen. Auch von Bischof Rožman wurden Loyalitätserklärungen gegenüber dem Hohen Kommissar und Mussolini verlangt, doch zog er sich im Wesentlichen auf den Standpunkt zurück, „dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, und

---

[2397] Ebenda.

[2398] Tomasevich, Occupation and Collaboration, 93-96; Griesser-Pečar, Volk, 30, 34f., 64; Marco Cuzzi, La Slovenia italiana, in: Francesco Caccamo, L'occupazione italiana della Jugoslavia (1941-43), (Firenze 2008) 225-244; Vodopivec, Von den Anfängen, 357.

Gott, was Gottes ist“. In einem Hirtenbrief vom 24. Oktober 1941 prangerte der Bischof die Tatsache an, dass 193 Seelsorger aus 148 Pfarren sowie zahlreiche Ordensgeistliche und Nonnen aus 14 Klöstern und anderen kirchlichen Institutionen vertrieben worden seien. „Im Laufe seiner 14 Jahrhunderte hat unser Volk […] nichts Schlimmeres erlebt. Und was wird noch Böses folgen?“, klagte der Bischof. Immerhin gelang es Rožman immer wieder, sich erfolgreich für internierte Priester, Bauern, Intellektuelle und Offiziere einzusetzen, wobei 144 Fälle dokumentiert sind.[2399]

Da der Hohe Kommissar von Rom mit zu geringen personellen und materiellen Ressourcen ausgestattet worden war, versuchte Grazioli sowohl eine politische als auch eine administrative Kooperation mit den führenden gesellschaftlichen Gruppen der Slowenen. Doch die von Natlačen und einigen früheren Funktionsträgern vorbereitete Grußadresse an die Besatzungsmacht wurde von Grazioli in eine erniedrigende Loyalitätserklärung an den Duce umgeschrieben. Und der Hohe Kommissar verlangte auch die Unterzeichnung durch mindestens 25 namhafte Vertreter aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft in Slowenien. Tatsächlich kamen 26 slowenische Persönlichkeiten diesem Verlangen nach. Andererseits verfasste Natlačen in deutscher Sprache eine Petition unter dem Titel „Die Tragödie des slowenischen Volkes“, die er auf geheimen Wegen nach Rom und von dort bis nach Nord- und Südamerika senden ließ. Als die *Consultà* am 8. Juni 1941 im Palazzo Venezia von Mussolini empfangen wurde, verlas Natlačen nicht nur eine Grußadresse, sondern übergab auch die Petition in italienischer Sprache mit der Bitte, diese Hitler zu übermitteln. Mussolini sagte aber lediglich ein sorgfältiges Studium des Inhalts zu, der doch schwere Vorwürfe an die deutsche Adresse enthielt:

> „Alles, was seit dem 6. April 1941 bis heute (18. Mai) auf dem von den deutschen Truppen besetzten slowenischen Gebiet und unter der deutschen Zivilverwaltung geschehen ist, ist nicht mehr nur ein gewöhnliches Plündern und Ausrauben der Bevölkerung, sondern dient einem umfassenden Hauptziel: Das slowenische Volk soll von der Erdoberfläche verschwinden, soll ausgelöscht werden.“[2400]

In Kenntnis der Vorsprache der *Consultà* bei Mussolini, Ciano und Papst Pius XII., dem Natlačen die Petition ebenfalls überreichte, aber ohne Kenntnis des Inhalts, wurde Natlačen von der slowenischen Emigration und der britischen Politik scharf kritisiert. In slowenisch-kommunistischen Kreisen aber war von einem „Trick der Italiener“ und vom „verräterischen Teil“ des slowenischen Bürgertums die Rede. Immerhin beschäftigte sich die *Consultà* über die Sommermonate 1941 mit dem Geldumtausch von Dinar in Lira, der Lebensmittelversorgung Laibachs und der überaus hohen Arbeitslosigkeit, zu der auch die hohe Anzahl an Flüchtlingen beitrug. Als aber nach dem deutschen Einmarsch in die Sowjetunion die kommunistische Propaganda und parallele Tätigkeiten der „Befreiungsfront“ zu-

[2399] Griesser-Pečar, Volk, 179-185.
[2400] Griesser-Pečar, Volk, 58-66.

nahmen und Grazioli mit Verhaftungen und Hinrichtungen reagierte, scheiterte die politische Zusammenarbeit mit den 14 Beratern. Natlačen und Pucelj traten bereits am 10. September 1941 aus der *Consultà* aus.[2401]

In Laibach etablierten sich der *Credito Italiano* und die *Banca di Roma*; der Kroatische Bankverein eröffnete ebenfalls eine Filiale. Der Plan des CA-Generaldirektors Joham, gemeinsam mit den Italienern und den Kroaten eine Bank in Triest zu gründen, ließ sich jedoch nicht realisieren. Als ein ehemaliges Mitglied des Verwaltungsrats der CA, der italienische Bankier Alberto D'Agostino, anregte, in Laibach eine Bank zu errichten, die je zur Hälfte der CA und der *Banca Nazionale de Lavoro* gehören sollte, drängte Abs Joham, diese Idee weiter zu verfolgen, aber die Idee verlief im Sand.[2402]

Die Frage der Ausrichtung der Besatzungspolitik führte bald zu Spannungen zwischen Grazioli und Robotti. Nach erstem Auftreten der *Osvobodilna fronta* (OF), der kommunistisch geführten „Befreiungsfront", vertrat General Robotti vor anderen Generälen die Meinung, dass die zunehmenden Probleme mit nicht kooperativen Slowenen und Aufständischen das Ergebnis der Politik Graziolis seien: „Wir können uns hier keinen Respekt verschaffen […], es steht fest, dass man dem Militär keinen Vorwurf machen kann, vielmehr ist diese Situation auf die juristische Situation, die diese Provinz genießt und die sie so sehr von der politischen Situation in Kroatien und derer im deutschen Teil Sloweniens unterscheidet, zurückzuführen."[2403]

Die faschistische Besatzungspolitik spaltete die slowenischen politischen Akteure in zwei Lager: in das Lager der sozialistisch und kommunistisch orientierten Parteien, denen sich eine christlich-soziale Gruppe, der *Sokol*, viele slowenische Kulturschaffende und verschiedene revolutionäre Gruppierungen anschlossen und die sich in der „Befreiungsfront" sammelten; und in ein vor allem von der katholischen Kirche geführtes Lager, das der gemeinsame Antikommunismus zusammenhielt und dem sich größere Grundbesitzer, Industrielle, größere Gewerbetreibende und Kaufleute, nationalistische Intellektuelle, aber auch einfache Bauern anschlossen, die Enteignung und Kollektivierung fürchteten. Proponenten der ehemaligen Slowenischen Volkspartei betrachteten jedenfalls die faschistische Besatzungsmacht als geringeres Übel als den drohenden Bolschewismus. Während das „linke" Lager schon im Sommer 1941 erste Partisaneneinheiten aufzustellen begann, formierte das „rechte" Lager – im Frühjahr 1942 im Slowenischen Bund (*Slovenska zaveza*) zusammengefasst – vorerst illegale Legionen, die von ehemaligen jugoslawischen Offizieren organisiert wurden und Oberst Draža Mihailović als Oberbefehlshaber anerkannten. Obwohl beide Lager in nationalpolitischer Hinsicht ein Vereintes Slowenien (*Zedinjena Slovenija*) anstrebten, nah-

[2401] Tone Ferenc, Die Kollaboration in Slowenien, in: Werner Röhr (Hg.), Okkupation und Kollaboration (1938-1945), (Berlin 1994) 338f.; Griesser-Pečar, Volk, 66-73.

[2402] Feldman, Creditanstalt-Bankverein, 450f.

[2403] Cuzzi, Slovenia italiana, 244.

men die gegenseitigen Ausgrenzungen und Gegnerschaften zu und steigerten sich letzten Endes bis zu einem Bürgerkrieg.[2404]

Da die Besatzungspolitik Graziolis offensichtlich die militärpolitische Lage in der Provinz Laibach nicht in den Griff bekam, führte er am 11. Oktober 1941 die Todesstrafe ein. All jene, die bewaffnet aufgegriffen wurden, Propagandamaterial bei sich führten oder sich subversiven Gruppen angeschlossen hatten, mussten in einem Gerichtsverfahren mit der Todesstrafe rechnen. Nach dem Wiederaufflammen antifaschistischer und projugoslawischer Aktivitäten in der Venezia Giulia wurden im Dezember 1941 etwa 60 Slowenen und Kroaten aus dem Küstenland der bewaffneten Konspiration gegen die Staatssicherheit sowie der politischen und militärischen Spionage angeklagt. Obwohl keiner der Angeklagten für ein Todesopfer verantwortlich war, verhängte ein Triester Sondertribunal neun Todesurteile, wovon fünf vollstreckt, die restlichen in lebenslange Haft umgewandelt wurden. Weitere 26 Verdächtige wurden zu insgesamt 666 Jahren verurteilt. Die meisten Slowenen sahen diesen Prozess im Zusammenhang mit einem Prozess im Jahre 1930, als nach einem verheerenden Sprengstoffattentat auf den Sitz der Triester Tageszeitung *Il Popolo di Trieste* vier slowenische Angeklagte zum Tode verurteilt und in Basovizza hingerichtet worden waren.[2405]

Bereits im Juli 1941 hatten sich auf Anregung der Befreiungsfront erste Partisaneneinheiten formiert, die bis zum Ende des Jahres auf etwa 2000 Kämpfer anwuchsen und zur Hälfte KPS-Mitglieder waren. Auf Grund der zunehmenden Partisanentätigkeit wurde im Jänner 1942 die *Provincia di Lubiana* unter Militärverwaltung gestellt. Damit übernahm das italienische Militär die Zuständigkeit für die innere Sicherheit, ließ Massenverhaftungen durchführen und in der Folge etwa 13.000 Slowenen vor Militärgerichten verurteilen. Am 22. Februar 1942 ordnete General Robotti die Blockade der Hauptstadt Laibach an: Die Stadt wurde mit einem 41 km langen Stacheldrahtverhau und mehr als 70 Bunkern festungsmäßig abgesichert. Außerdem ordnete der Befehlshaber des XI. Armeekorps die sofortige Exekution gefangen genommener Partisanen, aber auch von Personen an, die kommunistischer Aktivitäten überführt oder auch nur verdächtigt wurden. General Roatta, der Oberbefehlshaber der 2. Armee, ordnete auch Geiselnahmen unter dem verdächtigen Teil der Bevölkerung an – einschließlich der Oberschicht. Allein in Laibach wurden im Juli 1942 2858 Personen festgenommen und deportiert, in Weißkrain (Bela krajina) wurden die Bewohner ganzer Ortschaften abgeführt. Im September 1943 befanden sich rund 35.000 Slowenen in italienischen Internierungs- und Arbeitslagern, so auf der Insel Rab, in Gonars bei Palmanova und in Monigo-Treviso. Nach Angaben von Bischof Rožman befanden sich unter

[2404] Vodopivec, Von den Anfängen, 361; Cuzzi, Slovenia italiana, 229; Griesser-Pečar, Volk, 79; Ferenc – Godeša, Die Slowenen, 260.

[2405] Milica Kacin - Jože Pirjevec, Storia degli Sloveni in Italia 1866-1998 (Venezia 1998) 60; Giacomo Scotti, Dossier Foibe (Milano 2005) 32; Gianni Oliva, Foibe – Le stragi negate degli Italiani della Venezia Giulia e dell' Istria (Milano 2002) 64.

den 15.000 Internierten auf der Insel Rab etwa 1000 Kinder unter zehn Jahren, in Monigo-Treviso unter 3500 Internierten 700 Kinder. Auf Grund der prekären hygienischen Verhältnisse sollen 7000 slowenische Männer, Frauen und Kinder ums Leben gekommen sein, davon allein 4700 auf der Insel Rab.[2406]

Mit dem Circolare 3 C unterschrieb General Roatta als verbindliche Weisung für den Umgang mit Partisanen: „Der Umgang mit Rebellen muss nicht vom Leitsatz Zahn um Zahn, sondern Kopf um Zahn bestimmt werden." Und General Robotti interpretierte das Merkblatt ziemlich blutrünstig: *S'ammazza troppo poco* [Man tötet viel zu wenig]. Als Vergeltungsmaßnahmen gegen Partisanenaktionen wurden nun auch ganze Dörfer gebrandschatzt und zerstört. Als am 13. Juni 1942 im kroatischen Dorf Podhum ein italienischer Volksschullehrer und seine Frau von kroatischen Partisanen erschossen wurden, wurden 91 Bewohner des Dorfes standrechtlich erschossen, über 800 deportiert und die ganze Ortschaft niedergebrannt. Allein in Laibach und Umgebung wurden zwischen April und Oktober 1942 118 Geiseln erschossen, so am 13. Oktober 24 Geiseln wegen der Ermordung des früheren Banus Natlačen.[2407]

Auf Grund der zunehmenden Partisanengefahr – die Zahl der Kämpfer stieg von März bis Mai 1942 auf ca. 2500 – wurde der italienischen Besatzungsmacht die Bedeutung der in der Illegalität operierenden Dorfwachen (*vaške straže*) und „Weißen Garden" bewusst, und zur Jahresmitte 1942 wurden diese der *Milizia volontaria anticommunista* (MVAC) eingegliedert. Selbst Mussolini hoffte, dass der Kampf an der Seite des „mächtigen" Besatzers für junge Slowenen attraktiver sein könnte als die Zugehörigkeit zu den Partisanen. Tatsächlich bekam die MVAC anfänglich großen Zulauf an kampffähigen slowenischen Männern und Burschen, sodass der Mannschaftsstand Ende 1942 bereits 6131 Mitglieder erreichte. Da ihnen aber von italienischer Seite doch kein restloses Vertrauen entgegengebracht wurde, wurden die slowenischen Milizionäre nur leicht bewaffnet und kleinen, unter italienischem Kommando stehenden Einheiten zugeteilt und über das Territorium der gesamten Provinz verteilt. Den slowenischen Kommandanten wurden außerdem italienische Verbindungsoffiziere zur Seite gestellt.[2408]

Nach einer ersten großen Offensive der Partisanen im April und Mai 1942, die etwa zwei Drittel der *Provincia di Lubiana* befreite, wurde im Juni 1942 Leon Rupnik[2409], ein früherer k.u.k. Offizier und späterer jugoslawischer General, als

[2406] Tone Ferenc, Fašisti brez krinke. Dokumenti 1941-1942 (Maribor 1987) 90; Oliva, Foibe, 60f.; Griesser-Pečar, Volk, 36; Cattaruzza, L'Italia, 230; vgl. Tina Bahovec, Der Zweite Weltkrieg im Alpen-Adria-Raum, in: Moritsch, Alpen-Adria, 453-469. Der Stacheldrahtverhau um Laibach wird noch heute als „Partisanenweg" (*Partizanski pot*) bezeichnet.

[2407] Oliva, Foibe, 61; Griesser-Pečar, Volk, 35; Cattaruzza, L'Italia, 222f. General Robotti ließ *Direttive contro gli attacchi dei ribelli* veröffentlichen.

[2408] Ferenc, Kollaboration, 340f.; Vodopivec, Von den Anfängen, 367, 371; Cattaruzza, L'Italia, 219.

[2409] Leon Rupnik hatte das Stiftsgymnasium in Sankt Paul im Lavanttal und die Infanteriekadettenschule in Triest besucht, 1913 die k.u.k. Kriegsschule für künftige Generalstabsoffiziere in Wien

Bürgermeister von Laibach eingesetzt. Rupnik wollte slowenische Einheiten unter dem Kommando früherer jugoslawischer Offiziere zusammenstellen. Die Faschisten begannen dennoch mit Internierungen von Professoren und Lehrern, Juristen und Ärzten. Zwischen Juli und November 1942 schlugen die Italiener mit einer Großoffensive zurück, die den Partisanen wie der Zivilbevölkerung große Verluste bescherte. Allein im Juli und August 1942 verloren die Partisanen 3670 Personen. Der Schriftsteller Edvard Kocbek notierte in seinem Kriegstagebuch:

> „Die italienische Offensive in Innerkrain hinterließ schreckliche Spuren. Die Menschen sind in einer solchen Verfassung und Stimmung, wie sie unsere Geschichte seit der Türkenzeit nicht in Erinnerung hat. Die Häuser brennen, der Feind zerstörte Getreidefelder und Obstgärten, Frauen und Kinder kreischen, fast in jedem Dorf werden Geiseln erschossen, Hunderte von Menschen werden in die Internierung getrieben, das Vieh brüllt und irrt in den Wäldern umher."[2410]

Der italienische Militärkaplan Petro Brignoli fasste seine Tagesnotizen in dem Buch „Eine Messe für meine Erschossenen" zusammen und schilderte in den Julitagen 1942 das Vorgehen eines italienischen Regiments, dem er zugeteilt war:

> „[...] 19. Juli: Noch vier Erschossene im selben Dorf. Weswegen? Ganz einfach: Ein hoher Offizier aus dem Armeekorps war am Morgen zum Oberst auf Visite gekommen und hatte ihm vorgeworfen, zu milde zu verfahren. Alle vier umklammerten den Kaplan und brüllten wie wilde Tiere. – 21. Juli: Achtzehn Erschossene in einem anderen Dorf. [...] Einer der achtzehn (ein außerordentlich schöner Dreißigjähriger) bat die anderen still zu sein und sprach kurz zu ihnen in ihrer Sprache. Ich erteilte ihnen die Absolution und Kommunion. [...] Das Exekutionskommando bestand gewöhnlich aus Schwarzhemden, die in der Stadt politisch Verurteilte erschossen, nachdem sie den Regeln gemäß verurteilt worden waren; also lauter unempfindliche Leute. Die Verurteilten wurden mit dem ersten Schuss hingerichtet. Hier aber zitterte der Kommandant und gab den Befehl nicht rechtzeitig, und auch die Schwarzhemden zitterten. Aus vier Gruppen erschossen sie nicht einen Einzigen mit dem ersten Schuss; einer aus der ersten Gruppe blieb sogar

---

absolviert, im Ersten Weltkrieg an der serbischen, italienischen und russischen Front gekämpft und war bei Kriegsende Generalstabschef einer kroatischen Division gewesen. Im jugoslawischen Heer hatte er als Generalstabschef der Drau-Division begonnen und war 1937 zum Divisionsgeneral avanciert. 1938 wurde ihm der Auftrag erteilt, die Verteidigungslinie gegen Italien auszubauen. Nach der Demobilisierung der jugoslawischen Armee im April 1941 war er für kurze Zeit in Cilli interniert, später in Treviso. Er übersiedelte dann nach Laibach, wo er im Juni 1942 auf Wunsch der italienischen Besatzungsmacht das Amt des Bürgermeisters übernahm. Seit er einem Anschlag der „Befreiungsfront" entkommen war, galt er als entschiedener Feind der Partisanen. Nach seiner Amtserweiterung durch Rainer im September 1943 baute er daher unverzüglich eine neue slowenische Landeswehr (*Slovensko domobranstvo*) zur Bekämpfung der Partisanen auf, wofür ihn die deutsche Besatzungsmacht im September 1944 mit dem Titel eines „Generalinspekteurs" auszeichnete. Bei Kriegsende schlug sich Rupnik nach Kärnten durch, wurde von britischen Militärs gefangen genommen, nach Italien gebracht und von dort auf Anforderung Jugoslawiens Anfang 1946 ausgeliefert. In einem Prozess vor dem Militärgericht der 4. Armee wurde er am 30. August 1946 zum Tod durch den Strang verurteilt; das Urteil wurde zum Tod durch Erschießen abgeändert. – Stuhlpfarrer, Operationszonen, 21f., 28, 33-39; Ferenc, Quellen, 626-628; Enciklopedija Slovenije 10, 330; Collotti, L'amministrazione, 407-409; Griesser-Pečar, Volk, 93.

[2410] Edvard Kocbek, Tovarišija. Dnevniški zapiski od 17. maja 1942 do 1. maja 1943 (Maribor 1967) 110; vgl. Bahovec, Der Zweite Weltkrieg, 456f.; Cattaruzza, L'Italia, 227.

auf den Beinen stehen. [...] Wie haben wir nur dieses unglückliche Dorf verlassen! Wir ließen einen Haufen alter Leute ohne Kinder, Frauen ohne Männer und Kinder ohne Eltern zurück, lauter Ohnmächtige. [...] Wenn der Krieg ein weiteres Jahr dauert, wird von diesen Ortschaften nichts anderes übrig bleiben als der Name.“[2411]

Im italienisch besetzten Unterkrain hatte die Partisanentätigkeit schon ein Jahr zuvor und mit noch größerer Heftigkeit eingesetzt. Der „Exekutivrat der Befreiungsfront“ (*Izvršni odbor Osvobodilne fronte*) hatte am 3. April 1942 als Vergeltung für die niedergebrannten slowenischen Dörfer die „Expropriierung“ des deutschen, italienischen und ungarischen Großgrundbesitzes beschlossen. Daraufhin begannen das systematische Ausplündern und das Niederbrennen von Schlössern und Gutshöfen, die zum großen Teil schon 1689 von Valvasor beschrieben worden waren. Neben unwiederbringlichen Schätzen wie den wertvollen Bibliotheken, Archiven und dem Inventar der Schlösser gingen dabei auch die so dringend zum Überleben notwendigen landwirtschaftlichen Maschinen und Ernteerträge verloren. Zumeist adlige Eigentümer, die sich zur Wehr setzten, wurden kurzerhand erschossen. Aber es brannten nicht nur die Schlösser. Am 20. Februar 1943 erfolgte ein großangelegter Partisanenüberfall auf die Kartause Pleteriach (Pleterje), die von Italienern und Weißgardisten verteidigt wurde. Nach dreitägigen Kämpfen, bei denen der Meierhof und viele Mönchszellen zerstört wurden, mussten die Partisanen abziehen. Der Prior der Kartause aber schloss sich bald der „Befreiungsfront“ an und rettete somit das alte Kloster über den Krieg hinweg.[2412]

Die graue Eminenz der slowenischen Liberalen, Albert Kramer, hatte am 23. August 1942 über die Schweiz einen Situationsbericht an die jugoslawische Exilregierung gesandt:

„Die Zustände in der Provinz Laibach haben sich bis zum Äußersten zugespitzt. Das Volk leidet schrecklich – einerseits unter dem Terror der Partisanen, andererseits unter der Rache des Okkupators. […] Die Angst, dass wir vor schweren Ereignissen stehen, wird von italienischer Seite durch Ankündigungen des Kommandanten der italienischen Armee in Slowenien und Dalmatien, General Roatta, gesteigert, der dieser Tage in Slowenien war und dem Bischof erklärte, dass die Italiener, wenn sie es für notwendig halten sollten, die ganze Provinz auslöschen würden und sich außerdem nicht mehr an die Rechte gebunden fühlten, die sie den Slowenen in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht mit der konstitutionellen Verordnung eingeräumt hätten. Unter diesen Umständen gibt es auf allen Seiten den Wunsch, dass eine besondere Equipe gegenüber dem Okkupator eine opportunistische Politik betreiben sollte, weil dies die einzige Möglichkeit sei, das Volk vor dem Allerschlimmsten zu bewahren und eine Zeit des Aufatmens zu ermöglichen.“[2413]

Im Mai 1943 nahmen Kommandanten der Partisaneneinheiten Kontakt zu italienischen Befehlshabern in Unterkrain auf und kamen mit ihnen überein, dass im Falle eines italienischen Waffenstillstands die Partisanen den Italienern den

[2411] Jančar, Der Verbrecher, 50.

[2412] Zgodovina Slovencev, 770f.; Jože Mlinarič, Kartuzija Pleterje 1403-1595 (Ljubljana 1982) 299-307.

[2413] Griesser-Pečar, Volk, 81f.

Rückzug nach Italien ermöglichen würden, wenn sie ihnen die Waffen überließen. So konnten die Partisaneneinheiten Anfang September 1943 tatsächlich einen beträchtlichen Teil des italienischen Militärs entwaffnen und ihr Material beschlagnahmen. Nun bekamen die Partisanen auf einen Schlag genug Waffen, um Rückkehrer aus italienischen Lagern und Freiwillige entsprechend auszurüsten, sodass – nach einer allgemeinen Mobilisierung – in den slowenischen Gebieten bald fünf Partisanendivisionen mit etwa 20.000 Kämpfern aufgestellt werden konnten.[2414]

Insgesamt hinterließ das italienische Besatzungsregime auf slowenischer Seite etwa 900 Hingerichtete, 6000 tote Zivilisten und 7000 Opfer in verschiedenen Konzentrationslagern und belastete die italienisch-slowenischen Beziehungen bis in die 1990er Jahre.[2415]

Die Slowenen unter ungarischer Herrschaft 1941-1945

Deutsche Truppen besetzten im April 1941 auch das Übermurgebiet (Prekmurje), das im Friedensvertrag von Trianon 1920 von Ungarn an Jugoslawien abgetreten worden war. Abgesehen von einer kleinen ungarischen Minderheit entlang der jugoslawisch-ungarischen Grenze und einer noch kleineren deutschen Minderheit entlang der jugoslawisch-österreichischen Grenze[2416] war das Gebiet überwiegend slowenisch besiedelt. Dennoch wurde das Übermurgebiet – mit Ausnahme von vier Gemeinden, die an den Reichsgau Steiermark angeschlossen wurden: Füchselsdorf (Fikšinci), Sinnersdorf (Kramarovci), Rotenberg (Serdica) und Guizenhof (Ocinje) – nach den Richtlinien Hitlers bereits am 16. April 1941 an Ungarn übergeben. Die ungarische Regierung setzte vorerst eine Militärverwaltung ein, erst ab 1. September 1941 eine Zivilverwaltung. Der Bezirk Murska Sobota wurde dem Komitat Vas angeschlossen, der Bezirk Spodnja Lendava dem Komitat Zala. Als Bezirkshauptleute wurden Magyaren eingesetzt, ebenfalls als „Notare", denen u. a. die Steuerverwaltung und Schlichtungsaufgaben oblagen. Am 16. Dezember 1941 (mit Wirkung vom 27. Dezember) wurde das gesamte Gebiet auch völkerrechtlich Ungarn angeschlossen, was der Haager Landkriegsordnung widersprach. Die vor 1918 in Prekmurje geborenen Slowenen und ihre Nachkommen erhielten die ungarische Staatsbürgerschaft. Die kirchliche Administration übernahm der Bischof von Szombathely.[2417]

Ungarn betrachtete die alte und neue slowenische Minderheit als „Wenden", die auch im alten Ungarn vor 1918 keine Nationalitätenrechte besessen hatten. So

[2414] Vodopivec, Von den Anfängen, 374.

[2415] Oliva, Foibe, 61.

[2416] Nach der jugoslawischen Volkszählung 1921 lebten im Bezirk Murska Sobota (Muraszombat, Olsnitz) 14.065 Magyaren und 2540 Deutsche. – Rumpler und Suppan, Geschichte der Deutschen, 317.

[2417] Griesser-Pečar, Volk, 37.

ließ die ungarische Verwaltung alle Ortstafeln und öffentlichen Aufschriften in slowenischer Sprache durch ungarischsprachige ersetzen und begann auch mit der Magyarisierung der slowenischen Familiennamen. Ämter, Bildungseinrichtungen und Schulen mussten ihre slowenischen Bücher abgeben, die zum Teil verbrannt wurden. Alle slowenischen Vereine wurden aufgelöst, die Mehrheit der slowenischen Lehrer entlassen und durch etwa 160 ungarische ersetzt. Diese hatten klare Anweisungen, den „wendischen" Dialekt durch die ungarische Unterrichtssprache zu ersetzen. Auch die Jugendorganisation *Levente* erhielt die Aufgabe, die slowenischen Schulkinder zu magyarisieren, die älteren auch paramilitärisch zu erziehen. Slowenische Studenten der Jahrgänge 1916-1921 wurden schon 1941 zur ungarischen Armee einberufen, ab 1942 galt für die slowenischen Männer und Burschen die allgemeine Wehrpflicht. Reservisten wurden in besondere Arbeitsbataillone einberufen.[2418]

Die ungarischen Behörden versuchten – nach deutschem Vorbild – slowenische Familien, die nach 1920 ins Übermurgebiet zugewandert waren, auszuweisen, konnten sie aber lediglich in andere Gebiete Ungarns deportieren, so etwa am 23. Juni 1942 121 slowenische Familien mit 668 Personen ins Lager Sarvar. Außerdem wurden viele nationalbewusste Slowenen, in erster Linie Lehrer und Priester, verhaftet und nach Ungarn versetzt. Als sich der Generalvikar Ivan Jerič weigerte, als Pfarrer nach Alsó Bagod zu gehen, wurde er vor Gericht gestellt, nach mehrjähriger Untersuchung jedoch freigesprochen. Besonderer Diskriminierung waren Juden und Roma ausgesetzt, die meisten von ihnen wurden in ungarische Lager deportiert. [2419]

Da die Brücken über die Mur im Aprilkrieg 1941 von der sich zurückziehenden jugoslawischen Armee zerstört worden waren, blieben die Verbindungen zwischen der deutsch besetzten Untersteiermark und dem ungarischen Übermurgebiet ziemlich eingeschränkt. Dies behinderte auch die Ausbreitung des Volksbefreiungskrieges ab 1942. Letzten Endes wurde das Gebiet erst im April 1945 von der am linken Ufer der Drau in Richtung Steiermark vorstoßenden bulgarischen Armee befreit.

Der „totale Krieg" im deutsch besetzten Slowenien 1942-1944

Auf Vorschlag des Gauwirtschaftsberaters des Reichsstatthalters in der Steiermark hatte Himmler schon im Mai 1941 die Gründung der SS-Sonderstandarte „Untersteiermark" angeordnet, in deren 15 Stürmen in den Städten etwa 1600 Männer, vorwiegend Deutsche, aber auch einige Slowenen, eingezogen wurden. Nach Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion ging deren Zahl zurück, und

[2418] Griesser-Pečar, Volk, 37f.; Franc Rozman, Vasilij Melik, Božo Repe, Öffentliche Gedenktage bei den Slowenen, in: Emil Brix/Hannes Stekl (Hgg.), Der Kampf umd das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa (Wien – Köln – Weimar 1997) 322-324.

[2419] Narodnoosvobodilna vojna na Slovenskem (Ljubljana ^{3}1978) 72f.

das Rekrutierungsgebiet verlegte sich an die Save und die Sotla, wo nun überwiegend Gottscheer Deutsche siedelten. Aus ihnen wurden zwei SS-Alarmtruppen formiert, die im Kampf gegen die Partisanen eingesetzt wurden. So brannte die 2. SS-Alarmtruppe am 18. Mai 1944 – nach Verlust ihres Kommandeurs – das Dorf Orehovica bei Izlake nieder, erschoss 15 seiner Bewohner, auch Kinder, und warf ihre Leichen ins Feuer.[2420]

Innerhalb eines Jahres, von Anfang Juni 1941 bis Ende Juli 1942, waren mindestens 63.000 Slowenen aus ihrer Heimat in der Untersteiermark, im rechtsufrigen Gebietsstreifen an der Save, im Mießtal und in Oberkrain ausgesiedelt und nach Serbien, Kroatien und ins Deutsche Reich deportiert worden; etwa 17.000 waren vor allem ins italienische Besatzungsgebiet, aber auch nach Kroatien geflohen. Die Ende Juni unter kommunistischer Führung entstandene „Befreiungsfront“ nützte diese Vertreibungen zu ersten Widerstandsaktionen. Schon Anfang August 1941 formierten sich gegen diese Deportationen Partisanenaktivitäten in Oberkrain und im untersteirischen Trifail (Trbovlje), wo sich drei Gruppen zu einer Partisanenkompanie zusammenschlossen. Zur „Befriedung“ dieser Aufständischen setzte die deutsche Besatzungsmacht Reserve-Polizei-Einheiten ein; am 20. September 1941 wurde das Dorf Rašica in Oberkrain niedergebrannt. Danach steigerte sich der Kleinkrieg im Herbst 1941: Die Partisanen brachten etwa drei Dutzend Deutsche und „Windische“ um, auf der Gegenseite ließ der Sicherheitsdienst 174 Geiseln erschießen. Bis zum Ende des Krieges sollten 849 Häftlinge erschossen werden.[2421]

Der Chef der Zivilverwaltung in Oberkrain sprach am 20. November 1941 bereits offen von „Bandenunwesen“ und „Sympathisieren“ der Bevölkerung mit den Partisanen. Als es dann am 12. Dezember 1941 in Rovte in Oberkrain zu einem Überfall des Partisanenbataillons „Ivan Cankar“ auf einen Zug der zweiten Kompanie des Reserve-Polizei-Bataillons 181 kam, der 46 deutsche Polizisten das Leben kostete, befahl Himmler die Einrichtung des „Polizei-Einsatzstabes Südost“ unter Generalleutnant Georg Schreyer, der zwischen 9. und 12. Januar 1942 die ersten Operationen gegen die Partisanen beim Kampf um Dražgoše in Oberkrain kommandierte. Nach dreitägigem erbitterten Kampf setzte sich das Cankar-Bataillon ab und überließ die Bevölkerung den deutschen Polizei-Einheiten, die 41 männliche Einwohner erschossen, Greise, Frauen und Kinder vertrieben und das Dorf niederbrannten. Der Generalleutnant der Polizei, SS-Obergruppenführer Erwin Rösener, ließ nun mehrmals Geiseln erschießen, meist für einen getöteten Deutschen oder einen getöteten slowenischen „Kollaborateur“ zehn slowenische Geiseln. Nach dem Tod des Kreisleiters und Landrates von Cilli, Anton Dorfmeister, wurden jedoch hundert Geiseln erschossen.[2422]

[2420] Nećak, „Die Deutschen“, 382f.

[2421] Ferenc, Quellen, 219-221, 285, 414-421; Vodopivec, Von den Anfängen, 363; Karner, Steiermark, 158.

[2422] Ferenc, Quellen, 377; Godeša, Kdor ni z nami, 133; Ferenc – Godeša, Die Slowenen, 268; Griesser-Pečar, Volk, 31; vgl. Narodnoosvobodilna vojna na Slovenskem 1941-1945.

Als Gauleiter Rainer am 22. Jänner 1942 Hitler in der Wolfsschanze den Aufschub der Eingliederung der besetzten slowenischen Gebiete ins Deutsche Reich vortrug, besprach er mit Himmler auch die Partisanenbekämpfung in Oberkrain. Ob Rainer dabei auf die 21.546 slowenischen Flüchtlinge hinwies, die nach Angaben der italienischen Behörden bis 31. Jänner 1942 aus dem deutschen Okkupationsgebiet in die Provinz Laibach gelangt waren, ist ungewiss. Die Einberufungen zum Wehrdienst in der Untersteiermark und in Oberkrain förderten jedenfalls zusätzlich die Flucht vieler Männer zu den Partisanen. Erst 1944 wurden die Einberufungen zum Wehrdienst eingestellt, da es bereits einen massenhaften Zustrom der betroffenen Wehrdienstpflichtigen zur Volksbefreiungsarmee Sloweniens gab.[2423]

Im April 1942 wurden erstmals Familienmitglieder von Partisanen und ermordeten Geiseln in Lager der „Volksdeutschen Mittelstelle“ ins Altreich verfrachtet, am 22. Juni 1942 traf ein weiterer Transport mit 143 Slowenen ein. Am 25. Juni 1942 befahl Himmler, die Volksbefreiungsbewegung in den besetzten slowenischen Gebieten mit brutalsten Methoden zu vernichten. Bereits am 19. Juli 1942 erließ der SS-Brigadeführer der Ordnungspolizei „Alpenland“, Karl Brenner, von Veldes aus seinen „Sonderbefehl Nr. 1“: Als „Sühnemaßnahme“ für die Aufnahme und Unterstützung von „Banden“ sei die männliche Bevölkerung über fünfzehn Jahre – auf den Plakaten hieß es über achtzehn Jahre (!) – der Ortschaften Hrastnigg, Kanker und Zavoden „an Ort und Stelle zu erschießen, die Leichen in das Feuer zu werfen. Die Ortschaften sind durch Feuer zu vernichten. Die übrige Bevölkerung ist auszusiedeln und in das Umsiedlungslager Sankt Veit bei Laibach zu verbringen.“[2424]

Im Juli und August 1942 wurden auf diese Weise in Oberkrain elf Ortschaften niedergebrannt und dem Erdboden gleichgemacht, einige Hundert Männer und Burschen über fünfzehn Jahre erschossen, die Frauen und Kinder deportiert. Die Aktionen begannen meist in den frühen Morgenstunden. Die Frauen und Kinder bekamen kaum Gelegenheit, Kleider, Wäsche, Bettzeug, Schmuck, Geld, Dokumente und „Mundvorrat“ zu Handgepäck zusammenzuraffen. Polizeiliche Einsatzkräfte führten die Exekutionen durch. Die Oberkrainer Bevölkerung war ob dieser Massenmorde schockiert. Die Familienangehörigen wurden in verschiedene Umsiedlungslager nach Deutschland deportiert, ein Teil der Erwachsenen auch in Konzentrationslager. Als bereits nach wenigen Monaten ein unverhältnismäßig hoher Prozentsatz dieser ausgesiedelten Angehörigen verstorben war und beinahe täglich Mitteilungen über den Tod des einen oder anderen an die Verwandten solcher Familien kamen, verstärkte sich in der slowenischen Bevölkerung das Gerücht, dass die deutschen Behörden für die Todesursachen verantwortlich seien. Daher ersuchte der Kreisführer des Steirischen Heimatbundes in Trifail, keine

---

[2423] Ferenc, Quellen, 379, 409, 426, 450; Godeša, Kdor ni z nami, 60f.; Dienstkalender Himmlers, 323.

[2424] Ferenc, Quellen, 443, 446f., 463f. Mitte April 1942 wurden von der SS auch 917 slowenische Männer, Frauen und Kinder aus Unterkärnten ins Altreich deportiert. – Suppan, Volksgruppen, 54f.

weiteren Todesanzeigen mehr zu verschicken, da dieses Massensterben niemandem mehr verständlich sei.[2425]

Dennoch setzten Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst die Erschießungen in der Untersteiermark fort: Gauleiter Uiberreither hatte bereits am 23. März 1942 die Hinrichtung von 21 „Banditen" – gemeint waren Partisanen – in Marburg bekanntgegeben. Allein in der zweiten Junihälfte 1942 wurden im Cillier „Häfen" 105 Gefangene erschossen. SS-General Rösener ließ am 30. Juni mitteilen, dass in Stein (Kamnik) acht „Banditen" im Alter zwischen 21 und 40 Jahren öffentlich gehängt worden seien. In den deutschen Unterlagen für den Nürnberger Prozess hieß es zum 21. Dezember 1942: „Seit Beginn der Bandentätigkeit im Juli 1941 sind 164 Banditen durch Kräfte der Ordnungspolizei und 1043 im Sonderverfahren erschossen worden."[2426] – Mit „Sonderverfahren" waren Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren gemeint.

Sogar das Stabshauptamt des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums in Berlin empfahl im September 1942 den Verzicht auf Aus- und Ansiedlung in Oberkrain und die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft auf Widerruf an die gesamte ansässige slowenische Bevölkerung, wie es der Ministerrat für die Reichsverteidigung bereits am 14. Oktober 1941 verordnet hatte. Allerdings hatte Reichsinnenminister Frick erst am 10. Februar 1942 für die Untersteiermark und schließlich am 19. Juni 1942 für Oberkrain und das Mießtal die entsprechenden Ausführungsbestimmungen erlassen. Während Uiberreither sofort an die Umsetzung schreiten konnte, verzögerten die Polizeieinsätze im Sommer 1942 die Lösung der Staatsangehörigkeitsfrage in Oberkrain. Erst am 27. September 1942 erließ Reichsstatthalter Rainer als Chef der Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten Kärntens und Krains eine „Proklamation" über die Aufnahme der Bewohner in den „Kärntner Volksbund" und die Verleihung der Staatsangehörigkeit auf Widerruf.[2427]

Obwohl die Angst vor den Partisanen ständig wuchs und diese zunehmend erfolgreicher operierten, wurden bis 30. April 1943 etwa 1200 Personen aus Laibach, aus dem Kanaltal und aus Südtirol in Oberkrain angesiedelt. Gleichzeitig verschwanden mehrere tausend Slowenen, die im Winter 1942/43 und im Frühjahr 1943 zur Wehrmacht eingezogen werden sollten, in den Wäldern, und auch die Zivilbevölkerung hielt bereits stärker als früher zu den Partisanen. Bereits nach der Umsiedlung der Gottscheer im November 1941 hatten sich die ersten Partisanengruppen im Hornwald (Kočevski Rog), einem der größten zusammenhängenden Waldgebiete Mitteleuropas, gesammelt, hatten hier Hütten gebaut, Depots errichtet, Krankenhäuser, Schulen und Druckereien aufgebaut. In der *Baza*

[2425] Ferenc, Quellen, 464, 485, 546f. Andererseits wurden Listen der im Partisanenkampf gefallenen oder von den Partisanen exekutierten Deutschen bzw. Slowenen im Besatzungsapparat laufend im Befehlsblatt der Bundesführung des Steirischen Heimatbundes veröffentlicht. – Nećak, „Die Deutschen", 384.

[2426] Ferenc, Quellen, 481, 486-488; IMT, Bd. 8, 476f.; Griesser-Pečar, Volk, 32; Karner, Steiermark, 159f.

[2427] Ferenc, Quellen, 309-314, 390f., 395-399, 496f., 506f.; vgl. Kärntner Grenzruf, 28. September 1942.

20 richtete sich die politische Führung der Befreiungsbewegung ein, in der *Baza 21* die militärische, in Jelendol das Krankenhaus. Weder italienische noch deutsche Soldaten fanden diese Verstecke.[2428]

Am 9. Juni 1943 befahl der aus der Gottschee agierende Stab der Volksbefreiungsarmee Sloweniens allen Bataillonsstäben folgende Aktionen zur Desorganisierung des deutschen Staatsapparates in den besetzten slowenischen Gebieten und zur Verhinderung weiterer Germanisierungsmaßnahmen:

1. Vernichtung aller Archivmaterialien, der Korrespondenz und des Propagandamaterials der Besatzungsmacht; Konfiszierung der staatlichen Kassen;
2. Demolierung der Gemeindeämter und der Büros des „Steirischen Heimatbundes" sowie des „Kärntner Volksbundes";
3. Unterbindung des Volksschulunterrichts und „Liquidierung" der deutschen Lehrer und Lehrerinnen, aber auch der slowenischen, sofern sie Hitler-Anhänger seien; notfalls müssten die Schulen niedergebrannt werden;
4. Requirierung von Lebensmitteltransporten, die an die Staatsmacht abzuliefern seien.

Himmler reagierte auf die nun einsetzenden Überfälle, Sabotageakte und die gesamte „Bandentätigkeit" in der Untersteiermark und in Oberkrain mit der Erklärung dieser Gebiete zum „Bandenkampfgebiet".[2429]

Nachdem der Faschistische Großrat am 25. Juli 1943 Mussolini abgesetzt hatte, richtete der Kärntner Gauleiter Rainer schon am nächsten Tag ein dringendes Fernschreiben an Himmler: „Angesichts der Wendung in Italien weise ich darauf hin, dass die Reichsgrenze ober Laibach 100 km Luftlinie von der Adria entfernt ist. Die Adria kann Operationsgebiet der Engländer werden. Zwischen Triest und Laibach ist Aufständigengebiet. Nach jüngsten Meldungen rotten sich die Partisanen in der Gegend Fiume – Laibach – Görz – Triest bedrohlich zusammen, sie werden durch die slowenische Bevölkerung unterstützt." Rainer plädierte dafür, dass „die Banditenbekämpfung auch im alten und neuen italienischen Gebiet sofort mit größter Energie eingeleitet wird", dass „sofort militärische Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, einschließlich der Befestigung der Adriaküste", und dass „sofort das Kanaltal und das Küstenland durch deutsche Truppen besetzt und dadurch jene natürliche Verteidigungslinie erreicht wird, die im Weltkrieg standgehalten hat".[2430]

Bereits am 10. September 1943 – am Vortag waren Einheiten der deutschen 71. Infanteriedivision in Laibach einmarschiert – ordnete Hitler die Bestellung des Reichsstatthalters und Gauleiters Rainer zum „Obersten Kommissar" in der „Operationszone Adriatisches Küstenland" mit Sitz in Triest an. Der Oberste

[2428] Ferenc, Quellen, 585-590, 609; Mitja Ferenc, Kočevski Rog, in: Enciklopedija Slovenije 5 (Ljubljana 1991) 184f.; Stefan Kraft, Der Wald schweigt, in: Die Presse, 14. Jänner 2012, Spectrum III.

[2429] Ferenc, Quellen, 613f.

[2430] Stuhlpfarrer, Operationszonen, 17f.; Ferenc, Quellen, 616. Auch Pupo, Foibe, 48, betont die große strategische Bedeutung der „Operationszone Adriatisches Küstenland" für das Reich, hebt aber auch die Ambitionen der Kärntner Nationalsozialisten in Richtung Triest hervor.

Kommissar sollte dieses Gebiet nach Hitlers „grundsätzlichen Weisungen“ allein nach deutschen Interessen verwalten und war befugt, dazu neue Zivilbehörden einzusetzen und deutsche Verwaltungsberater zu berufen.[2431] Die Rainer unterstellte Operationszone bestand aus den Provinzen Friaul (Udine), Görz, Triest, Istrien, Fiume, Quarnero und Laibach. In der Provinz Laibach ernannte Rainer auf Empfehlung von Bischof Rožman General Leon Rupnik zum Chef der Provinzialverwaltung in Laibach, in allen übrigen fünf Provinzen durchwegs Präfekten italienischer Nationalität.[2432]

Die Provinzialverwaltung Rupniks – die „in mancherlei Hinsicht sogar eine umfassendere Autonomie als unter den Italienern“ erhielt[2433] – bemühte sich, die Spuren des italienischen Besatzungssystems möglichst rasch zu entfernen, doch nun kamen deutsche Sonderberater und Sachverständige für die einzelnen Verwaltungsbereiche nach Laibach, unter ihnen viele Kärntner. Am 24. September 1943 übergab Rupnik die Polizeiverwaltung an Dr. Lovro Hacin, der jugoslawischer Polizeiverweser in der Drau-Banschaft gewesen war. Die Politische Polizei aber wurde von Max Loh geführt, der einige Dutzend Polizeiagenten in Laibach und dreiköpfige Agentengruppen in anderen Orten leitete. Gestapo und SD hatten eine eigene Außenstelle in Laibach. Rupnik und Hacin formierten am 1. November 1943 aus slowenischen Gendarmen und Polizisten sowie aus Freiwilligen und Mobilisierten eine Polizeitruppe Laibach (*Policijski zbor Ljubljana*), deren Kommandeur Oberstleutnant Stanko Palčič in den drei Hauptmannschaften Laibach, Rudolfswerth und Gottschee etwa 1000 Polizisten zur Verfügung standen. Rupnik gründete im September 1943 auch eine bewaffnete Polizeihilfstruppe der *Domobranci*, für die freilich der Höhere SS- und Polizeiführer im Wehrkreis XVIII (Salzburg), General Erwin Rösener[2434], der Oberbefehlshaber war. Mit Freiwilligen und

---

[2431] Mit demselben Befehl vom 10. September 1943 ordnete Hitler die Einrichtung der Operationszone „Alpenvorland“ mit dem Tiroler Gauleiter Franz Hofer als „Oberstem Kommissar“ mit Sitz in Bozen an sowie die Einsetzung eines dem Auswärtigen Amt zugeordneten „Bevollmächtigten des Großdeutschen Reiches“ und eines „Sonderberaters für polizeiliche Angelegenheiten“ bei der faschistischen Regierung. Bereits am Abend des 8. September 1943 hatte GFM Rommel den Oberbefehl und die vollziehende Gewalt im oberitalienischen Operationsgebiet übernommen. – Umbreit, Herrschaft, 69; Ferenc – Godeša, Die Slowenen, 253f.

[2432] Stuhlpfarrer, Operationszonen, 21f., 28, 33-39; Ferenc, Quellen, 626-628; Collotti, L’amministrazione, 407-409.

[2433] Vodopivec, Von den Anfängen, 375.

[2434] Erwin Rösener, geb. 1902 in Schwerte, Realschule, Elektroingenieur, trat 1926 der NSDAP und der SA bei, 1930 der SS, 1933 SS-Sturmbannführer und Mitglied des Reichstages, 1934 SS-Standartenführer, 1936-1938 Führung des Oberabschnitts „Ost“, 1940 SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei, 1940/41 HSSPF im Oberabschnitt „Rhein-Westmark“, 9. November 1941 SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei; wurde am 16. Dezember 1941 zum HSSPF Alpenland ernannt und war somit für den Wehrkreis XVIII (Tirol, Salzburg, Kärnten, Steiermark und Oberkrain) zuständig, ab September 1943 auch für die Provinz Laibach; erhielt am 14. Dezember 1943 das EK I, am 27. Jänner 1945 das Deutsche Kreuz in Gold; am 1. Juli 1944 wurde Rösener zum General der Waffen-SS befördert, am 1. August 1944 zum SS-Obergruppenführer und General der Polizei. Im Mai 1944 konstatierte ein Facharzt bei dem

Mobilisierten erreichte diese Formation immerhin eine Stärke von 12.000-13.000 Mann.[2435]

Zwar stellte der Oberste Kommissar Rainer bei seinem Amtsantritt unmissverständlich klar, dass „die gesamte zivile öffentliche Gewalt ausschließlich von mir wahrgenommen" werde, doch diese Macht stieß an Grenzen, wenn sich die Kompetenzbereiche von Zivilverwaltung, Wehrmacht und SS überschnitten, was nicht selten der Fall war.[2436] Zum Befehlshaber im Sicherungsdienst in der „Operationszone Adriatisches Küstenland" wurde der General der Gebirgstruppen Ludwig Kübler ernannt, dessen Stab sich in Spessa bei Görz niederließ und dem die beiden Militärkommandanturen in Triest und Görz sowie die Platzkommandanturen Triest, Pola, Fiume, Laibach, Görz und Udine unterstanden, die jeweils für die ganze Provinz zuständig waren. Bis zur Landung der Alliierten in Südfrankreich im August 1944 wurde dem Ausbau der Küstenverteidigung besonderes Augenmerk beigemessen, da auch im Wehrmachtsführungsstab mit einer alliierten Landung an der Küste Istriens gerechnet wurde. Waren schon die Kompetenzverhältnisse zwischen Zivilverwaltung und Wehrmacht nicht immer klar geregelt, so gab es für den polizeilichen Bereich noch eine dritte Befehlshierarchie, denn in diesen Angelegenheiten unterstand die Provinz Laibach dem SS-General Rösener, während die übrigen fünf Provinzen dem Höheren SS- und Polizeiführer in Triest, Odilo Globocnik[2437], unterstellt wurden, der aus Triest stammte und sich bereits mit der

„besonders kräftigen gesunden 42-jähr. Mann" einen hohen „Verbrauchszustand der Nervenkräfte", und im August 1944 empfahl ein anderes ärztliches Gutachten die Einweisung Röseners in die Karlsbader Höhenvilla. Rösener wurde nach Kriegsende von den Briten gefangen genommen, an Jugoslawien ausgeliefert, in einem Prozess vor dem Militärgericht in Laibach am 4. September 1946 zum Tode verurteilt und am 8. September 1946 in Belgrad gehängt. – Mark C. Yerger, Allgemeine SS. The commands, units and leaders of the general SS (1997) 74; Longerich, Himmler, 342.

2435 Ferenc – Godeša, Die Slowenen, 256.

2436 Als Berater für Verwaltungsangelegenheiten und Kreisleiter für Oberkrain setzte Rainer Dr. Hermann Doujak ein, dessen Amtssitz Radmannsdorf (Radovljica) war. – Williams, Gau, 140.

2437 Odilo Globocnik, geb. 1904 in Triest, Sohn eines k.u.k. Rittmeisters kroatischer Herkunft, besuchte die Volksschule in Triest, die Militär-Unterrealschule in St. Pölten und 1918-1923 die Höhere Staatsgewerbeschule in Klagenfurt; 1919 Mitglied des Kärntner Heimatdienstes; 1922 Eintritt in die Kärntner SA und in die österreichische NSDAP; 1923-1930 Bau von Wasserkraftwerken, dann Bauleiter in Klagenfurt. Nach Gefängnisstrafe 1933 Stabsleiter der illegalen NSDAP und Gauleiterstellvertreter; trat am 1. September 1934 in die SS ein; 1935 wegen Beteiligung an der Ermordung eines Wiener jüdischen Juweliers zu 6 Monaten Haft verurteilt; 1936 Stabsleiter der NS-Landesleitung, ab 9. November 1937 SS-Führer im SS-Oberabschnitt Österreich; wurde am 12. März 1938 zum SS-Oberführer befördert, gleichzeitig zum Staatssekretär und Gauleiter von Wien ernannt; ab 10. April 1938 Mitglied des Reichstages. Am 30. Jänner 1939 wegen Devisenschiebung als Gauleiter abgesetzt, behielt Globocnik den Titel Staatssekretär; wurde SS-Führer im persönlichen Stab des RFSS (Himmler nannte ihn „mein lieber Globus"), ließ sich militärisch ausbilden und nahm mit der SS-Standarte „Germania" am Krieg gegen Polen teil; danach wurde er Kommandeur der Polizei im Distrikt Lublin, am 9. November 1939 SS-Brigadeführer und SSPF. Der ihm unterstehende Lubliner „Selbstschutz" führte die systematische Ermordung von Angehörigen der polnischen Eliten durch, sodass Globocnik im

Ansiedlung von Slowenen im Distrikt Lublin beschäftigt hatte. Rösener und Globocnik waren in ihren Kommandobereichen für alle SS- und Polizei-Formationen, Milizen und den Volkssturm verantwortlich, Rösener darüber hinaus auch für die „Slowenische Landeswehr“ und den „Oberkrainer Selbstschutz“.[2438]

Differenzen zwischen Wehrmacht und SS ergaben sich vor allem in der Frage der Partisanenbekämpfung. Die slowenische Volksbefreiungsarmee hatte den Rückzug der italienischen Einheiten im August 1943 weidlich ausgenützt, ihnen große Bestände an Waffen, Munition und Lebensmittelvorräten abgenommen, sich in der Gottschee, im Hornwald und im Uskokengebirge festgesetzt und auch mit der Mobilisierung aller tauglichen Männer begonnen. Nach „Säuberungsaktionen“ auf dem Karst und in Inneristrien unternahmen im Oktober und November 1943 starke deutsche SS-, Wehrmachts- und Polizeikräfte – unterstützt von *Domobranci* und *Ustaše* – große Offensiven gegen die Partisanen. Die Deutschen konnten zwar Rudolfswerth, Tschernembl, Möttling und Gottschee einnehmen, aber die direkte Verbindung zwischen Gottschee und Laibach nicht aufrechterhalten. 509 Partisanen sind in diesen Kämpfen, an denen sich auch die slowenische Landeswehr beteiligte, gefallen, 2682 gefangen genommen worden; in der Stadt Gottschee wurde das Stadtschloss des Fürsten Auersperg größtenteils zerstört.[2439] Im slowenischen Karstgebiet war auch die sogenannte „SS-Karstwehr“ unter dem Befehl des SS-Sturmbannführers Hans Brand, eines Geologen und Duz-Freundes

Mai 1940 vom Generalgouverneur Hans Frank eigenmächtig abberufen wurde, was aber Himmler unterband. Zwischen dem 17. Juli 1941 und dem 31. März 1942 agierte Globocnik als Beauftragter des RFSS für die Errichtung von SS- und Polizeistützpunkten im „Ostraum“. Nach dem Attentat auf Heydrich beauftragte Himmler Globocnik mit der „Aktion Reinhard“: Globocnik ließ innerhalb kürzester Zeit die Vernichtungslager Belzec, Sobibor, Majdanek und Treblinka erbauen, in denen bis Oktober 1943 über drei Millionen jüdische Kinder, Frauen und Männer vergast, erschossen oder erschlagen wurden. Im August 1943 ließ Globocnik im Auftrag Himmlers das Ghetto in Białystok „liquidieren“. Das gesamte beschlagnahmte Vermögen der bei der „Aktion Reinhard“ Ermordeten wurde auf 178,7 Millionen RM geschätzt und der Reichsbank übergeben. Von März bis Oktober 1943 fungierte Globocnik auch als Geschäftsführer der SS-eigenen „Ostindustrie GmbH“. Am 17. September 1943 bestellte ihn Himmler zum HSSPF in der „Operationszone Adriatisches Küstenland“ mit dem Standort Triest, wobei er sowohl dem Obersten Kommissär Rainer als auch dem Höchsten SS- und Polizeiführer (in Italien), General Karl Wolff, unterstellt wurde. Als HSSPF war Globocnik verantwortlich für die Vernichtung von etwa 30.000 italienischen Juden, darunter von 5000 Juden aus Triest. Gegen Kriegsende floh er nach Kärnten, wurde im Gebiet des Weißensees von britischen Truppen gefangen genommen und beging am 31. Mai 1945 im Hof des Schlosses Paternion Selbstmord. – Schulz – Wegmann, Die Generale der Waffen-SS und der Polizei, Bd. 1, 391; Zygmunt Mankowski, Odilo Globocnik und die Endlösung der Judenfrage (Studia Historiae Oeconomicae, Poznań 1994); Longerich, Himmler, 361-364.

2438 Stuhlpfarrer, Operationszonen, 61-65, 79-81; Umbreit, Herrschaft, 71.

2439 Auf der Bahnfahrt zwischen Wien und Steinbrück (Zidani Most) im Oktober 1943 erzählte Karl Alain Prinz Auersperg (Rudolfswerth) General Glaise-Horstenau, dass „ihm die slowenischen Partisanen alles vernichtet und dabei auch an seinen slowenischen Bediensteten furchtbare Grausamkeiten verübt“ hätten. – Broucek, Glaise-Horstenau, 286.

Himmlers, zum Einsatz gekommen. Die „Männer in den grünen Jacken“ (Eigen- und Fremdbezeichnung) überfielen Dörfer, brannten sie nieder (nachweislich mindestens elf), erschossen einen Teil der Bevölkerung und deportierten die Überlebenden.[2440]

Was unter „Säuberungsaktionen“ in Inneristrien zu verstehen war, überlieferte der Bericht eines der deutschen Sprache mächtigen, namentlich nicht bekannten kroatischen Beobachters, der entweder ein kroatischer Verbindungsoffizier oder ein Dolmetscher gewesen sein dürfte: Die italienische Herrschaft ab November 1918, besonders aber die faschistische Herrschaft ab Oktober 1922 habe nach und nach die kroatischen Volksschulen eingeschränkt und sofort alle kroatischen Mittelschulen geschlossen, fast die ganze kroatische Intelligenz vertrieben und die Verwendung der kroatischen Sprache in den Ämtern und vor den Gerichten verboten. Die Faschisten lösten auch sämtliche kroatischen Gesellschaften auf und konfiszierten die kroatischen Zeitungen. Die Namen aller Städte und Dörfer seien italianisiert worden. Die faschistische Herrschaft habe nicht zuletzt höhere Steuern eingeführt und damit begonnen, die kroatischen Bauern regelrecht zu tyrannisieren. Dies seien die Ursachen gewesen, weshalb die Propaganda der Partisanen auf relativ fruchtbaren Boden gefallen sei. Die kroatischen Bauern hätten in den Partisanen keine Kommunisten, sondern Gegner der Faschisten und nationale Befreier gesehen. Nach dem Fall des Faschismus, der Unterzeichnung des Waffenstillstands und dem Zerfall des italienischen Heeres habe der Aufruf einer kleinen Zahl an Partisanen – etwa 30 „politische Arbeiter“ – genügt, dass sich das kroatische Volk gegen die 25-jährige Unterdrückung erhob. Zwischen dem 9. und 15. September 1943 habe das „Volk“ sämtliche Carabinieri und italienischen Soldaten in ganz Istrien entwaffnet, ihre Waffen übernommen und alle istrischen Gemeinden und Städte erobert. Überall seien kroatische Fahnen ausgehängt worden, denen die Partisanen einen roten Stern hinzufügt hätten. Anfänglich sei keinem Italiener etwas geschehen. Wenige Tage nach dem „Umsturz“ seien jedoch Gerüchte aufgetaucht, dass die Faschisten die Deutschen aus Pola zu Hilfe gerufen und auf Partisanen geschossen hätten. Daher hätten die Partisanen und Bauern begonnen, die Faschisten einzusperren und „die schlechtesten“ auch zu erschießen. Trotz Interventionen von katholischen Geistlichen seien ca. 200 Faschisten erschossen und in Karsthöhlen (*foibe*) geworfen worden. Dies habe viele Faschisten veranlasst, nach Pola oder Triest zu fliehen und dort die Deutschen um Hilfe gegen die Partisanen in Inneristrien zu bitten.[2441]

[2440] Zgodovina Slovencev, 810-817; Hösler, Slowenien, 169; vgl. Peter Engelbrecht, Die Verbrechen der Pottensteiner Karstwehr in Slowenien und Italien 1943-1945, in: nurinst 2004. Beiträge zur deutschen und jüdischen Geschichte. Jahrbuch des Nürnberger Instituts für NS-Forschung und jüdische Geschichte des 20. Jahrhunderts, hg. von Jim G. Tobias und Peter Zinke, 148-164.

[2441] Anonymer Bericht aus Triest: „Neueste Tragödie. Denkschrift über die Kroaten in Istrien“, Mitte Februar 1944, HIA, Arnold papers.

Nun habe sich das deutsche Kommando entschlossen, „etliche SS-Divisonen mit Tanks“ zu schicken und „Istrien zu reinigen“. Für die SS-Einheiten war eindeutig Globocnik in Triest zuständig, für die Wehrmachtseinheiten Kübler in Spessa bei Görz. Von etlichen SS-Divisionen mit Panzern konnte natürlich im Herbst 1943 keine Rede sein; diese wurden in Süditalien und an der Ostfront benötigt. Die deutschen Soldaten – unter denen sich angeblich auch „Polen, Tschechen und Russen [vermutlich Kosaken, Anm. Suppan]“ befanden – begannen die istrischen Dörfer zu umstellen und erschlugen „unbarmherzig fast alles, was ihnen unter die Hand kam“. Gefangen genommene Partisanen und die von ihnen mobilisierten Bauernburschen wurden meist ohne Verhör – aber nach Raub ihres Geldes und ihrer Wertsachen – erschossen. In Mitterburg (Pazin, Pisino), dem Hauptort Inneristriens, setzten die Deutschen am 28. September und 2. Oktober 1943 sogar Flugzeuge ein und zerstörten etwa die Hälfte der Häuser. In vielen Dörfern seien – nach Requirierung von Wein – die Häuser angezündet und sogar Kinder ins Feuer geworfen worden. Die Soldaten vergewaltigten Mädchen und Frauen. Die Bevölkerung durfte ihre Toten erst nach dem Abzug der Deutschen begraben. Der kroatische Beobachter gab nicht nur genaue Schilderungen aus einer ganzen Reihe von Dörfern, sondern listete – mit dem Stand vom 25. Jänner 1944 – auch genaue Opferzahlen auf: Žminj 241, Pazin 215, Cere 63, Kanfanar 57, Tinjan 24, Stari Pazin 22, Matulje 20, Rukavac 17, Kringa 15, Krbune 14, Pićan 14, Rovinsko Selo 14, Sv. Petar u Šumi 13, Sv. Ivan od Šterne 13, Brgud 12, Baderna 11, Bačva 10, Poljane 8, Beran 7, Gologorica 7, Sv. Lovreč Pazenatički 6, Veprinac 6, Montrilj 5, Žbandaj 4, Foškulin 3, Zvoneća 2, Cerovlje 1, Paz 1. Da es nur wenig Widerstand gegeben hatte, ist die Mehrzahl der 837 Toten wohl ermordet worden! In den „Säuberungsaktionen“ zwischen dem 29. September und dem 8. Oktober 1943 sollen in ganz Istrien sogar 3000 Menschen ums Leben gekommen und 1000 Häuser niedergebrannt worden sein. – Das Oberkommando der Wehrmacht gab am 10. Oktober 1943 erstaunlich detailliert bekannt: „Bei der Säuberung der Halbinsel Istrien verloren die feindlichen Banden bisher über 4000 Tote, 3850 Gefangene, 32 Geschütze, über 2000 Handfeuerwaffen und mehr als 10 Kraftfahrzeuge.“[2442]

Nach der militärischen und polizeilichen „Säuberung“ hätten die Deutschen die kroatische Bevölkerung wieder den Faschisten überlassen, die zwar aus Angst um ihr Leben größtenteils nach Pola oder Triest geflüchtet seien, jedoch auf Anforderung der Deutschen kroatische Arbeitskräfte requirierten, um sie in Viehwaggons nach Deutschland zu deportieren. Alle diese Aktionen hätten in ganz Istrien „eine große Erbitterung gegen die Deutschen“ hervorgerufen, teilweise auch gegen die Partisanen. Langsam seien diese wieder in die Dörfer zurückgekehrt, organisiert vom „Antifaschistischen Landesrat der Volksbefreiung Kroatiens“ (*Zemaljsko Antifašističko Vijeće Narodnog Oslobođenja Hrvatske*, ZAVNOH), der seine Organisation bis zum Fluss Dragonja erstreckt habe. – Nördlich dieses

[2442] Ebenda; Der Neue Tag, Prag, 11. Oktober 1943, 1.

Flusses agierten die slowenischen Partisanen. – Die kroatischen Bauern gäben aber nun aus Angst vor den Partisanen diesen Nahrung und Quartier, während diese den Bauern verboten haben sollen, ihre Nahrungsmittel und andere Produkte in den Küstenstädten zu verkaufen. Auch die Carabinieri fürchteten sich vor den Partisanen und unternähmen nichts auf eigene Faust. Die Deutschen hätten sich aber aus Istrien weitgehend zurückgezogen und nur in einigen größeren Orten „meistens Mongolen [vermutlich Kosaken, Anm. Suppan] mit Offizieren und Unteroffizieren" zurückgelassen. In der Bevölkerung wachse die Unzufriedenheit gegen die aus den Wäldern agierenden Partisanen und man warte nur ab, bis sich die Deutschen ganz zurückzögen, um dann eine größere Widerstandsaktion gegen die Partisanen zu beginnen.[2443]

In den Weihnachtstagen 1943 empfing der Oberste Kommissar Rainer General Glaise-Horstenau und SS-Gruppenführer Globocnik in seiner Reichsstatthalterei in Klagenfurt und resümierte die Ereignisse der letzten Monate. Da die beiden Gauleiter Rainer und Hofer den Abfall Marschall Badoglios vorhergesagt hätten, hätten sie die Neuordnung nach dem 8. September bereits vorher mit Hitler besprechen können. Sowohl der Brenner als auch das vergrößerte „Karantanien" sollten durch „Marken" gesichert werden. Offiziell sollten die beiden „Königreiche" Hofers und Rainers dem machtlosen Duce unterstellt bleiben, die beiden „Regenten" seien aber ausschließlich an die Weisungen Hitlers gebunden. Rainer behauptete nun, er wolle „richtige österreichische Nationalitätenpolitik" machen. In der Provinz Laibach habe er den altösterreichischen Offizier Rupnik als Chef der Provinzialverwaltung eingesetzt, in der Provinz Görz den Altösterreicher Marino Graf Pace als Präfekten. Das slowenische Nationalgefühl wolle er allerdings nicht „im größeren nationalen Sektor befriedigen, sondern ausschließlich volkstumhaft und landschaftlich. ‚Nationalismus darf in Hinkunft überhaupt nur mehr der Deutsche haben.'" – Sogar Glaise-Horstenau war über das Selbstbewusstsein des Gauleiters erstaunt, aber auch mit welchem Freimut in diesem Kreis über die sinkenden Kriegschancen gesprochen wurde.[2444]

In einem Korpsbefehl vom 24. Februar 1944 forderte General Kübler angesichts starker deutscher Verluste – darunter drei Kommandeure und 503 Soldaten – die ihm unterstellten Einheiten auf, den Kampf gegen die Partisanen zu verstärken:

> „Terror gegen Terror, Auge um Auge, Zahn um Zahn [...]. Im Kampf ist alles richtig und notwendig, was zum Erfolg führt. Ich werde jede Maßnahme persönlich decken, die diesem Grundsatz

[2443] Anonymer Bericht aus Triest: „Neueste Tragödie. Denkschrift über die Kroaten in Istrien", Mitte Februar 1944, HIA, Arnold papers.

[2444] Glaise-Horstenau fuhr am 27. Dezember mit dem Auto von Agram über Samobor–Gurkfeld (Krško)–Cilli–Marburg–Mahrenberg nach Klagenfurt und am nächsten Tag dieselbe Strecke zurück. Auf der Hinfahrt sah er westlich von Agram einen von Partisanen überfallenen deutschen LKW, auf der Rückfahrt bei Mahrenberg einen über die Böschung hinabgekollerten Eisenbahnzug. – Broucek, Glaise-Horstenau, 336-342.

entspricht.“ Jeder gefangene Partisan sei zu erschießen, ebenso alle jene, die Hilfe leisteten; nur durch Terror Gezwungene konnten milder behandelt und zur Zwangsarbeit abtransportiert werden: „Dass im Kampf bisweilen auch Unschuldige mit Gut und Blut unter die Räder kommen, ist bedauerlich, aber nicht zu ändern. Sie mögen sich bei den Banden bedanken. Nicht wir haben den Bandenkrieg eröffnet.“[2445]

Dennoch nahmen die militärischen und politischen Erfolge der slowenischen Volksbefreiungsbewegung zu. Ein Dienstreisebericht zweier deutscher Stabsoffiziere vom 5. Mai 1944 machte dies mehr als deutlich: „Die Säuberung des Landes durch die Wehrmacht ist nur teilweise gelungen, vor allen Dingen deshalb, weil nach der Freikämmung der Räume die erforderlichen Polizeikräfte fehlten, um das Land fest in die Hand zu nehmen. Dieser Zustand besteht noch heute. Nur der Südteil der Provinz Udine sowie der Küstenstreifen von Monfalcone bis Triest ist einigermaßen bandenfrei. Völlig in der Hand der Banden befindet sich die Provinz Görz mit Ausnahme des südwestlichen Zipfels, die Provinz Triest, die Provinz Fiume mit Ausnahme der Stadt Fiume und die ostwärtige Hälfte der Provinz Istrien. Zahlreiche Einzelunternehmungen der Wehrmacht und der Polizei haben immer nur vorübergehend örtliche Verbesserungen der Lage erreichen können.“[2446]

Der SS-General Globocnik hatte zwischen Februar und April 1944 auf dem Karst, im Wippachtal und auf dem „Tschitschenboden“ (*Čičarija*) ganze Dörfer niederbrennen und dem Erdboden gleichmachen und mit Hilfe slowenischer *Domobranci* und italienischer Polizei Zehntausende Slowenen in Konzentrationslager deportieren lassen. Darüber hinaus ließ er in einem Triester Gefängnis, in der *Risiera di San Sabba*, Gaskammern und ein Krematorium einrichten, in denen mindestens 5000 italienische Antifaschisten und slowenische Partisanen hingerichtet wurden. Schließlich veranlasste Globocnik zwischen Dezember 1943 und Februar 1945 die Deportation von mehr als 1100 Juden nach Auschwitz.[2447]

Eine Reihe intellektueller und politisch aktiver Slowenen wurde in die Konzentrationslager Dachau und Mauthausen deportiert, wo nicht wenige ums Leben kamen, wie der Vizebürgermeister von Marburg, Franjo Žebot, der Priester Anton Duhovnik und Ing. Janko Mačkovšek. Ende 1944/Anfang 1945 wurde auch eine Gruppe von Offizieren der slowenischen Landeswehr verhaftet und nach Dachau deportiert, so Oberstleutnant Ernest Peterlin, der ehemalige Berater von Anton Korošec in Militärfragen und nunmehrige Konfident des britischen Nachrichtendienstes.[2448]

Seit der Jahreswende 1943/44 hatte auch in Oberkrain die Partisanentätigkeit wieder zugenommen. So gab es Überfalle in der Nähe von Krainburg sowie Mor-

[2445] Stuhlpfarrer, Operationszonen, 94f.; Umbreit, Herrschaft, 80; Cattaruzza, L'Italia, 256f.

[2446] Stuhlpfarrer, Operationszonen, 92f.; vgl. H. Schneider-Bosgard, Bandenkampf in der Operationszone Adriatisches Küstenland (Trieste o. J.).

[2447] Stuhlpfarrer, Operationszonen, 93-96; Enciklopedija Slovenije 6, 330; Hilberg, Destruction, 432; Pupo – Spazzali, Foibe, 51; Longerich, Himmler, 712.

[2448] Griesser-Pečar, Volk, 32f., 95.

de an Unternehmern, Gutsbesitzern, Bürgermeistern und anderen Sympathisanten der Besatzungsmacht. Die deutschen Behörden ließen innerhalb von zwei Monaten etwa 200 im Lager Vigaun (Begunje) inhaftierte Partisanen und Helfershelfer erschießen. Nachdem Ende Februar 1944 ein SS-Mann in Bischoflack erschossen worden war, wurde die Stadt zerniert, etwa 150 verdächtige Bewohner wurden verhaftet, fünfzig von ihnen erschossen. Noch arbeiteten die Fabriken der Krainischen Industrie-Gesellschaft in Assling und Jauerburg, aber die Partisanen führten immer schärfere „Musterungen" durch und holten somit immer mehr Facharbeiter aus den Werkstätten. Und die Partisanen zerstörten auch in Oberkrain mehrere Schlösser.[2449]

SS-General Rösener ließ auch im Jahre 1944 die Geiselerschießungen fortsetzen. Nach offiziellen deutschen Kundmachungen wurden allein zwischen dem 8. Jänner und dem 9. Februar 1944 245 männliche Personen als Geiseln erschossen. Und am 25. April wurde die Erschießung weiterer 25 Geisel bekanntgegeben. Am 6. Dezember lautete eine Kundmachung des HSSPF: „Wegen hinterhältiger Mord- und Raubüberfälle auf die untersteirische Bevölkerung, bei welchen mehrere Hoheitsträger verschleppt und ermordet wurden, hat das Feldgericht nachstehende Banditen und kommunistische Gewaltverbrecher zum Tode verurteilt […]." Es folgten 20 Namen. Das Urteil wurde am 6. Dezember 1944 in Schleinitz (Slivnica), Kreis Marburg-Land, vollstreckt – „am Tatort der letzten Verbrechen". Im Jänner 1945 wurden wegen der Ermordung eines bekannten Deutschen in Cilli 100 Slowenen entlang der Straße Marburg–Cilli auf Bäumen erhängt. (Hier kam die im September 1941 von Hitler und Keitel festgelegte „Sühnequote" zur Anwendung.) Zu den letzten, von Rösener befohlenen Geiselerschießungen gehörten jene vom 30. März und 3. April 1945 in Unterpulsgau und Marburg, bei denen 58 Personen hingerichtet wurden. Nach den Berechnungen von Tone Ferenc wurden also zwischen 1941 und 1945 in der Untersteiermark, im Mießtal und in Oberkrain nahezu 3000 Geiseln erschossen – 67 Gruppen mit 1590 Geiseln in der Untersteiermark, 127 Gruppen mit 1270 Geiseln in Oberkrain und im Mießtal.[2450]

Der Eid der *Domobranci*

Nach dem überstürzten Rückzug der Italiener waren die bäuerlich-bürgerlichen Kräfte der slowenischen Gesellschaft interessiert, mit Hilfe der deutschen Besatzungsmacht eine „Slowenische Landeswehr" (*Slovensko domobranstvo*) unter Führung von General Rupnik aufzubauen. Der General sah die Zukunft Sloweniens in einer autonomen slowenischen politischen Einheit unter deutschem Protektorat.

[2449] Stuhlpfarrer, Operationszonen, 106f.; Karner, Steiermark, 416f.; Enciklopedija Slovenije 7, 331.

[2450] Tone Ferenc, Kdo je bil Erwin Rösener [Wer war Erwin Rösener], in: Delo (Ljubljana), 23. Dezember 1998; Griesser-Pečar, Volk, 32; Ferenc – Godeša, Die Slowenen, 268.

Die Männer der Landeswehr, die *Domobranci*, sollten – nach dem Vorbild von Vichy-Frankreich – als eine Art slowenische Nationalarmee den Sieg der „Befreiungsfront“ und damit der kommunistischen Revolution verhindern. Daher ließ sie sich von der SS als Hilfstruppe ausbilden, ausrüsten, bezahlen und praktisch auch führen. In die Einheiten der Landeswehr wurden die ehemaligen Ortswehren und andere Gegner der Partisanen integriert. Durch ihren Eintritt in die Landeswehr entgingen die Männer und Burschen auch der Mobilmachung der Deutschen oder Partisanen. So gehörten im Sommer 1944 in der Provinz Laibach bereits 13.500 Mann der Landeswehr an, im Küstenland ungefähr 2000, in Oberkrain 2500. Somit beherrschten die *Domobranci* vor allem die Umgebung von Laibach, hingegen nur kleine Teile von Unter- und Innerkrain. Aufforderungen der britischen Regierung, sich mit den Partisanen zu verständigen sowie die Unterstützung der Deutschen gegen die Befreiungsfront einzustellen, wurden abgelehnt.[2451]

Ende September 1943 machte SS-General Rösener General Rupnik auf die Notwendigkeit einer Eidesleistung aufmerksam und übersandte dem Organisationsstab den Wortlaut einer Eidesformel, dessen ursprüngliche Fassung nicht mehr auffindbar ist. Der Organisationsstab der „Slowenischen Landeswehr“ lehnte ihn vorerst ab und begann mit Verhandlungen. Einerseits strebte er ein Organisationsstatut an, um als eigenständiger Verband neben den Deutschen gegen die Partisanen kämpfen zu können, andererseits versuchte man, keinen direkten Eid auf Adolf Hitler ablegen zu müssen und eine Verpflichtung gegenüber den Westalliierten zu vermeiden. Daher beantragte Oberstleutnant Krenner am 12. April 1944 beim Aufbaustab Röseners folgenden Wortlaut der Eidesformel:

> „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen auf die slowenische Fahne und das slowenische Volk, dass ich tapfer, meinen Vorgesetzten treu und gehorsam sein werde und dass ich im gemeinsamen Kampfe mit der unter dem Befehl des Führers Großdeutschlands stehenden Wehrmacht gegen die kommunistischen Banditen auf dem slowenischen Gebiet meine Pflichten gewissenhaft erfüllen werde – für meine slowenische Heimat als Teil des freien Europa. Für diesen Kampf bin ich bereit, mein Leben einzusetzen. So wahr mir Gott helfe.“[2452]

Krenners Eidesformel wurde von deutscher Seite nicht akzeptiert, die Landeswehr sollte enger an die deutschen Einheiten gebunden werden. Immerhin bekam die Landeswehr eine Art Statut, die Landeswehr-Mitglieder mussten aber eine zweisprachige Erklärung unterschreiben:

> „Ich bin freiwillig in die Slowenische Landeswehr eingetreten zur Bekämpfung und Vernichtung des Kommunismus, der meinem Lande schon so viel Elend gebracht hat und ganz Europa bedroht.
>
> Mein fester Wille ist es, mit allen meinen Kräften zur Befriedung des Landes und Europas unter der deutschen Führung beizutragen und mein Leben dafür einzusetzen. Diese Verpflichtung habe ich heute mit meinem Eid bekräftigt.

[2451] Hösler, Slowenien, 179f.; Vodopivec, Von den Anfängen, 376.

[2452] Griesser-Pečar, Volk, 313.

Ich bin über Pflichten und Rechte in dienstlicher, disziplinärer und wirtschaftlicher Hinsicht belehrt worden."[2453]

Am 20. April 1944 – am 55. Geburtstag Adolf Hitlers – fand im Stadion von Laibach die Vereidigung der „Slowenischen Landeswehr" statt. Vor der Vereidigung der Männer der Slowenischen Landeswehr aus Laibach, von Vertretern anderer Landeswehr-Einheiten aus der Provinz Laibach und Männern des sogenannten Polizeikorps hielten die Generäle Rupnik und Rösener Ansprachen vom Balkon der Provinzverwaltung. Unter den Gästen befanden sich der kroatische Konsul, der Rektor der Universität Laibach und der Präsident der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Zuerst wurde die deutsche Hymne gespielt, dann die der Landeswehr: *Naprej zastava slave* … [Vorwärts die Fahne des Ruhmes …]. Erstmals wurde die slowenische Fahne mit dem Krainer Adler gehisst, daneben die Hakenkreuzfahne. Das Stadion war mit deutschen und slowenischen Fahnen beflaggt. Die Eidesformel lautete in der deutschen Übersetzung:

„Ich schwöre beim Allmächtigen Gott, dass ich treu, tapfer und gegenüber meinen Vorgesetzten gehorsam sein werde, dass ich im gemeinsamen Kampf mit der deutschen bewaffneten Macht, die unter dem Befehl des Führers Großdeutschlands steht, mit den SS-Truppen und der Polizei gegen die Banditen und den Kommunismus wie auch gegen ihre Verbündeten meine Pflichten gewissenhaft erfüllen werde für die slowenische Heimat als Teil des freien Europa. Für diesen Kampf bin ich bereit, mein Leben zu opfern. So wahr mir Gott helfe."[2454]

Der Vergleich der von Oberstleutnant Krenner vorgeschlagenen Eidesformel mit der von Rösener approbierten ergibt, dass die slowenische Fahne und das slowenische Volk weggelassen und die SS, die Polizei, der Kommunismus und die „Verbündeten" hinzugefügt werden mussten. Daraus ergaben sich vor allem drei prinzipielle Fragen: Waren nun die *Domobranci* auf Adolf Hitler vereidigt worden, wie etwa die Soldaten der bosnisch-muslimischen 13. Waffen-SS-Gebirgs-Division „Handschar"? – Diese Frage wurde eine entscheidende Frage in den slowenischen Diskussionen um die Kollaboration und spielte auch im Prozess gegen General Rupnik eine wesentliche Rolle. Aus der Eidesformel selbst ist kein persönlicher Eid auf Hitler herauszulesen, allerdings die Verpflichtung zum gemeinsamen Kampf mit Wehrmacht, SS und Polizei gegen die Partisanen. Die zweite wichtige Frage betraf den Umfang des Feindbildes: Waren die westlichen

2453 Janez Peršič, Domobranska prisega dne. 20. aprila 1944, in: Prispevki za zgodovino delavskega gibanja 13 (Ljubljana 1973) 211-228; Griesser-Pečar, Volk, 315.

2454 Der slowenische Originaltext lautete: „Prisegam pri Vsemogočnem Bogu, do bom zvest, hraber in svojim nadrejenim pokoren, da bom v skupnem boju z nemško oborožneo silo, stoječo pod poveljstvom vodje velike Nemčije, SS četami in policijo proti banditom in komunizmu kakor tudi njegovim zaveznikom svoje dolžnosti vestno izpolnjeval za slovensko domovino kot del svobodne Evrope. Z ata boj sem priprvavljen žrtvovati svoje življenje. Tako mi Bog pomagaj." – Arhiv Slovenije, II, Fond Organisationsstab der Slowenischen Landeswehr, Fasz. 274/III, in: Griesser-Pečar, Volk, 310. Vgl. Boris Mlakar, Domobranska prisega, in: Zbornik 27. zborovanja slovenskih zgodovinarjev (Ljubljana 1994) 118f. Für die exakte Übersetzung des Eides danke ich meiner Kollegin, ao. Univ.Prof. Dr. Marija Wakounig.

Alliierten unter den „Verbündeten" mitgemeint oder nicht? – Da Großbritannien, die UdSSR und die USA Verbündete im Kampf gegen das Deutsche Reich waren und seit der Konferenz von Teheran auch Tito anerkannten, musste sich der Begriff „Verbündete" auch auf die Anglo-Amerikaner beziehen. Tatsächlich rief der Eid bei diesen auch völlig ablehnende Reaktionen hervor, sodass Miha Krek nach dem Krieg konstatierte, „dass uns [den Slowenen, Anm. Griesser-Pečar] politisch und diplomatisch alle Wurzeln abgehackt wurden, obwohl wir genau wussten, dass unsere Burschen und Mäner zu diesem Eid gezwungen wurden. Den Verbündeten konnte man von da an nichts mehr begreiflich machen."[2455]

Die dritte, in der Nachwelt umstrittene Frage betraf die Rolle des Laibacher Bischofs Rožman. Griesser-Pečar versuchte seine Beteiligung an der Vereidigung zu eruieren: Der Bischof las bereits um halb neun Uhr morgens im Stadion eine Messe, bei der kein deutscher Soldat anwesend war. Erst nach der Messe marschierten Einheiten der Waffen-SS und der Polizei ins Stadion ein; SS-Obergruppenführer Rösener kam um 9.21 Uhr. Der Bischof nahm aber den ihm zugewiesenen Platz auf der Tribüne nicht ein und verließ bereits während der Vereidigung das Stadion. Rožman schilderte dies so:

> „Ich wurde zwar zu den Ehrengästen auf einen reservierten Platz geladen, habe aber die Einladung abgelehnt. Nach der Messe blieb ich auf der Festtribüne des Stadions, wo der Altar stand, allein mit meinem Kaplan, bis die Messkleider usw. zusammengepackt wurden, die ich dann mitnahm. Inzwischen hielt Rösener seine Ansprache, und Kommandant Krenner verlas den Wortlaut der Vereidigung. Als das Gepäck in meinem Wagen verstaut war, fuhr ich weg, ohne mich von irgendjemandem zu verabschieden."[2456]

Diese Erklärung wurde von Rožmans Sekretär Stanislav Lenič bestätigt, auch dass der Bischof bis zuletzt nicht ins Stadion gehen wollte, da er die politische Brisanz durchaus erkannt hatte. Aber verschiedene Persönlichkeiten der Landeswehr drängten den Bischof, den katholischen slowenischen Soldaten zumindest eine Messe zu lesen, und als Rožman in der Eidesformal sah, dass keine Vereidigung auf Hitler stattfinden werde, entschloss er sich, ins Stadion zu kommen. Allerdings sah sogar SS-General Rösener in diesem Schritt des Bischofs noch während des Prozesses 1946 eine Unterstützung für die Politik der Deutschen, wogegen sich Rožman heftig verwahrte:

> „Man bedenke nur, was die nazistische Politik gegen Kirche und Priester getan hat! Die nazistische Politik hat Hunderte von Priestern eingekerkert und ausgewiesen, die Volkssprache sogar

[2455] Griesser-Pečar, Volk, 311f., 319. Der Zusatz über die „Verbündeten" soll auf Wunsch Rupniks in die Eidesformel aufgenommen worden sein.
Unter den Unterzeichnern des Landeswehr-Eides findet sich zwar kein Offizier des Organisationsstabes, da sie zum größten Teil noch auf König Peter vereidigt waren. Im Übrigen akzeptierte General Mihailović den Eid, allerdings nur unter der Bedingung, dass die Offiziere die feste Absicht hätten, im Falle einer Landung der Alliierten den Kampf gegen die deutsche Besatzungsmacht aufzunehmen. – Peršič, Domobranska prisega, 214.

[2456] Tamara Griesser-Pečar – France Martin Dolinar, Rožmanov proces (Ljubljana 1996) 137.

in der Kirche beim Gebet und Gesang verboten, den Religionsunterricht und alle religiösen Embleme aus allen Schulen entfernt, das ganze Kirchenvermögen beschlagnahmt – darunter das ganze Besitztum des Bistums und des Religionsfonds, das bischöfliche Gymnasium, das Seminar und das ganze Inventar von Bibliotheken und Unterrichtssammlungen –, hat das persönliche Eigentum der verstorbenen Priester eingezogen usw. Und zu all dem sollte der Bischof geäußert haben, dass er mit der deutschen nazistischen Politik einverstanden sei? Wer könnte so etwas glauben? Der Bischof hat diese Raubpolitik nicht gutgeheißen, sondern wiederholt dagegen protestiert, sowohl direkt an die deutschen Behörden, sobald die Verbindung in die deutsche Zone offen war, als auch über den Heiligen Stuhl."[2457]

Wie sehr auch immer Bischof Rožman seinen Schritt am 20. April 1944 abgewogen haben mag, nach dem Krieg wurde er ihm als Kollaboration angelastet und gegen ihn gemeinsam mit Rupnik, Rösener, Krek, Vizjak und Hacin Anklage erhoben. Selbstverständlich konnte der Bischof in seiner Prozesserwiderung für sich geltend machen, dass er die Messe auf ausdrückliche Bitten der Mannschaft und der Offiziere der Landeswehr gelesen habe und dass er als Seelsorger gehandelt habe. Andererseits hätte dem politisch keineswegs unerfahrenen Bischof klar sein müssen, dass auch sein Auftritt als Priester im In- und Ausland als politischer Schritt ausgelegt werden würde und propagandistisch zugunsten der Besatzungsmacht wirken musste.[2458]

Sowohl der frühere jugoslawische Militärattaché in Berlin, Vladimir Vauhnik, als auch Exil-Minister Miha Krek warnten die Führung der Landeswehr, dass die Soldaten von den Alliierten als Kollaborateure betrachtet und als Kriegsverbrecher ausgeliefert würden. Krek fasste seine Warnung nach dem Krieg zusammen:

„Aus Rom habe ich geheim nach Ljubljana berichtet, dass eine ernste Gefahr bestehe, dass die Landeswehr und alle anderen, die Mitglieder ähnlicher Militärformationen sind, dem kommunistischen Partisanenkommando ausgehändigt werden, wenn sie in diesen Formationen und in Uniformen den Alliierten in die Hände fallen sollten, da Tito als alliierter Kommandant auf dem Gebiet Jugoslawiens anerkannt war. Ich bat darum, diese Warnung ernst zu nehmen und über [den] Winter Maßnahmen zu treffen, die eine solche Übergabe verhindern könnten."[2459]

Da General Rupnik beim Obersten Kommissar Rainer die Wiedereinführung des Slowenischen als Amts- und Unterrichtssprache – neben dem Deutschen – durchsetzte, ebenso die Wiedereröffnung des slowenischen Theaters in Laibach, rechneten Teile der slowenischen Bevölkerung mit der Bildung eines deutschen Protektorats, vergleichbar mit Böhmen und Mähren. Deutsche Einheiten zogen nun eine Sicherungslinie entlang der Krka, um das Zentrum der Laibacher Provinz gegen die von den Partisanen beherrschten Gebiete in der Gottschee, im Hornwald, im Uskokengebirge und in Weißkrain besser verteidigen zu können. Im Allgemeinen aber schwankte die NS-Besatzungspolitik zwischen Repression und Gewährenlassen, und die Mehrheit der Bevölkerung verhielt sich eher indiffe-

2457 Griesser-Pečar, Volk, 317f.
2458 Ebenda, 315-317.
2459 Ebenda, 320.

rent. Außerdem wurde die männliche Bevölkerung zum Arbeitsdienst verpflichtet, dessen Nichterfüllung Deportation bedeutete. Die italienische und slowenische Bevölkerung verharrte sogar in einer gewissen Apathie, zumal die Stadt am 10. Juni 1944 von den Alliierten bombardiert worden war.[2460]

Hingegen rühmte Rupnik auf einer großen antikommunistischen Kundgebung am 29. Juni 1944 Hitler und verdammte das „Weltjudentum“ sowie den Bolschewismus. Im Übrigen war Rupnik noch immer vom deutschen Sieg überzeugt. Die maßgeblichen slowenischen Politiker ebenso wie Bischof Rožman setzten aber in Rupnik immer weniger Vertrauen.[2461]

Der „Bruderkrieg“ in Slowenien 1941-1945

Der Zweite Weltkrieg und die vierjährige Besatzung durch deutsche, italienische und ungarische Militärkommanden, Polizeiorgane und Zivilbehörden spaltete die slowenische Bevölkerung und schuf Grundlagen für einen unversöhnlichen Konflikt, der zum Teil bis in die Gegenwart anhält. Die psychologische Erklärung ist darin zu suchen, dass offenbar in einem „Bürgerkrieg“ erlittene Todesopfer und Verwundungen wesentlich schwerer verheilen als solche, die in einem Krieg gegen einen äußeren Feind ertragen werden mussten.[2462]

Schon am 27. April 1941 war in der Laibacher Villa des Linksintellektuellen Josip Vidmar von einigen Studenten und Jungakademikern der slowenischen Kommunisten, christlichen Sozialisten und Sokoln eine „Antiimperialistische Front“ (*Protiimperialistična fronta*) gegründet worden, die zwar offensichtlich gegen die Okkupatoren gerichtet war, theoretisch aber auch gegen die westlichen Alliierten gerichtet sein konnte. Jedenfalls formulierte Boris Kidrič, ein Mitglied der kommunistischen Führungsspitze, – bei Abwesenheit von Edvard Kardelj – die Zielsetzungen:

– das Recht des slowenischen Volkes auf Selbstbestimmung;
– die Befreiung aller Slowenen und die Vereinigung des zerstückelten slowenischen Volkes, einschließlich der Kärntner Slowenen und der Slowenen des Küstenlandes;
– Eintracht und Einheit der versklavten Völker Jugoslawiens;
– die Anerkennung der Sowjetunion als führende Kraft und Hauptstütze im Befreiungskampf des slowenischen Volkes.[2463]

Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion vollzogen die Kommunisten die Kurskorrektur vom Antiimperialismus zum Antifaschismus und benann-

[2460] Ferenc, Quellen, 644; Pupo – Spazzali, Foibe, 50; Krainer, Partisanen, passim.
[2461] Griesser-Pečar, Volk, 84-92.
[2462] France M. Dolinar, Katoliška cerkev v Sloveniji v 20. stoletju; Die Katholische Kirche in Slowenien im 20. Jahrhundert, in: Nećak et alii, Slovensko-avstrijski odnosi, 403-428; 429-458.
[2463] Griesser-Pečar, Volk, 111-118; Vodopivec, Von den Anfängen, 358f.

ten noch Ende Juni 1941 die „Antiimperialistische Front“ in „Befreiungsfront“ (*Osvobodilna fronta*) um. Getreu dem Aufruf des sowjetischen Außenministers Molotov wurden alle Slowenen zum bewaffneten Kampf gegen die „deutschen faschistischen Imperialisten und ihre italienischen und anderen Lakaien“ aufgerufen. Den deutschen Okkupatoren sollte kein Nagel, kein Erz und keine Lebensmittel überlassen werden. Während die ehemalige slowenische Regierungselite unter Banus Natlačen im Beirat (*Consultà*) des Hohen Kommissars in der *Provincia di Lubiana*, Emilio Grazioli, mitarbeitete, wollten die von der Kommunistischen Partei Sloweniens geführten Widerstandsgruppen um Kardelj und Kidrič – auch eine kleine Gruppe jugoslawischer Offiziere und der Jugoslawische Frauenverband hatten sich angeschlossen – sowohl die Okkupatoren als auch ihre alten innenpolitischen Gegner bekämpfen. Ende Juli 1941 begannen sie auf dem Lande Partisaneneinheiten zu bilden und gewannen binnen weniger Monate die Sympathie oder zumindest passive Unterstützung breiterer Bevölkerungsschichten.[2464]

Das Programm der „Befreiungsfront“ (*Osvobodilna fronta*, OF) vom 22. Juni 1941 knüpfte an das Programm der „Antiimperialistischen Front“ an und fasste national- und sozialrevolutionäre Ziele zusammen:

1) Das Recht des slowenischen Volkes auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechtes auf Abtrennung und Vereinigung mit anderen Völkern;
2) die Befreiung und Vereinigung des zerstückelten slowenischen Volkes einschließlich der Kärntner und küstenländischen Slowenen;
3) Eintracht und Einheitlichkeit der versklavten Völker Jugoslawiens und des gesamten Balkans in ihrem Kampf um die Befreiung;
4) die Sowjetunion ist die führende Macht und die Hauptstütze im Befreiungskampf des slowenischen Volkes und aller unterdrückten Völker;
5) die Befreiung des slowenischen Volkes ist nur auf den Ruinen des Imperialismus möglich;
6) ohne den Kampf gegen die verräterischen, besitzenden, kapitalistischen Herrschaften kann sich das unterdrückte Volk nicht befreien;
7) Brüderlichkeit und Frieden unter den Völkern.[2465]

Die „Befreiungsfront“ bildete einen „Vollzugsrat der Volksbefreiungsfront“ (*Izvršni svet osvobodilne fronte*, IOOF), und Boris Kidrič bezeichnete die OF bereits in einem Artikel vom 11. Juli 1941 als „einzigen Repräsentanten des slowenischen Volkes“, der alle „nationalbewussten Slowenen“ zum „Kampf gegen die faschistischen Unterdrücker“ aufforderte. Alle Personen – ungeachtet ihrer Nationalität – konnten sich den Partisanen anschließen, mit Ausnahme von exponierten Antikommunisten und Repräsentanten der katholischen Kirche. Das Politbüro der Kommunistischen Partei Sloweniens (KPS) gründete bereits im August 1941 ei-

---

[2464] Prunk, Slowenien, 125-130; Ferenc, Quellen, 219; Godeša, Kdor ni z nami, 106f.; Griesser-Pečar, Volk, 124-135 ; Krainer, Partisanen, 24, 29.

[2465] Metod Mikuž, Pregled zgodovine narodnoosvobodilne borbe v Sloveniji, Bd. I (Ljubljana 1960) 154; Die Partisanen in Kärnten, 25f.

nen „Sicherheits- und Nachrichtendienst“ (*Varnostnoobveščevalna služba*, VOS), dem ausschließlich Mitglieder der KPS angehörten und der sowohl für Spionage und Sabotage in Institutionen der Okkupatoren zuständig war als auch für die „Liquidierung der Feinde des slowenischen Volkes“, womit vor allem Repräsentanten der alten Eliten Sloweniens gemeint waren, die angeblich oder tatsächlich mit den Besatzungsmächten kollaborierten.[2466]

Der bewaffnete Widerstand begann in Oberkrain, wo bereits im Sommer 1941 kleine Partisanengruppen Straßensperren errichteten und Polizeistationen angriffen. Die Organisation der Militäreinheiten richtete sich nach den internationalen Brigaden in Spanien, die Widerstandskämpfer wurden „Partisanen“ genannt, und ein politischer Kommissar fungierte als politisch-ideologischer Aufseher. Bis zum Herbst entstanden in den besetzten Gebieten Sloweniens bereits 19 Partisaneneinheiten mit etwa 700 bewaffneten Kämpfern. Am 16. September 1941 wurde das oberste Plenum der „Befreiungsfront“ in „Slowenischer Volksbefreiungsausschuss“ (*Slovenski narodnoosvobodilni odbor*, SNOO) umbenannt, der nun die Formierung der slowenischen Partisaneneinheiten zu einem Heer mit eigenem Kommando und dessen Eingliederung in die parallel entstehende „Volksbefreiungsbewegung“ (*Narodnooslobodilački pokret*) Titos betrieb. Der Bevölkerung wurde gleich auch eine eigene „Volkssteuer“ zur Finanzierung des Widerstands auferlegt. Ein „Volksschutz“ (*Narodna zaščita*) erhielt die Aufgabe, die Menschen für den Widerstand gegen die Okkupatoren zu organisieren und als eine Art Zwischenglied zu den Partisanen zu fungieren.[2467]

Der Volksbefreiungsausschuss legte am 16. September 1941 einseitig fest, wer ein „Verräter“ sei, wer mit dem Tode zu bestrafen sei und wie die Verfahren vor Sondergerichten durchzuführen seien. Auf der Basis eines sogenannten „Schutzgesetzes“ maßte sich die „Befreiungsfront“ an, viele Slowenen zu „Verrätern“ zu erklären und hinrichten („liquidieren“) zu lassen. Lovro Šturm, der Präsident des slowenischen Verfassungsgerichts in den 1990er Jahren, beurteilte als Jurist die Beschlüsse von 1941:

> „Beide Akte, sowohl der Beschluss des SNOO als auch der Schutz-Beschluss, stehen in ihren wesentlichen Elementen im offenen Gegensatz zu allgemeinen, von zivilisierten Völkern anerkannten rechtlichen Prinzipien, die sich die Menschheit in einem Kodex ethischer Werte und Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens gegeben hat. […] Es handelt sich um ein typisches Beispiel des Rechtsmissbrauchs. […]“[2468]

Vertreter der alten politischen Eliten Sloweniens, darunter auch der Laibacher Bischof Rožman, kritisierten schon bald den bewaffneten Kampf der „Befreiungsfront“, da er unnötige und zu große Opfer fordere. Obwohl die Kommunistische Partei versicherte, dass sie die Regelung aller politischen und sozialen Angele-

[2466] Hösler, Slowenien, 170-172; Griesser-Pečar, Volk, 136-138.
[2467] Vodopivec, Von den Anfängen, 362f.
[2468] Griesser-Pečar, Volk, 141-146.

genheiten auf die Zeit nach der Vertreibung der Besatzungsmächte verschiebe, war ihr Widerstandskampf ab September 1941 vom revolutionären Terror gegen politische Gegner begleitet. Aber die Führer der traditionellen politischen Parteien unterschätzten die Widerstandsstimmung in der Bevölkerung sowie den Einfluss der Kommunisten und folgten den Weisungen der jugoslawischen Exilregierung in London, die unter dem Einfluss der Alliierten zu einem geduldigen Zuwarten riet. Sowohl der geistige Führer des katholischen akademischen Vereins *Straža* [Die Wache], Professor Lambert Ehrlich, als auch Bischof Rožman hielten den Widerstand für verfrüht und verurteilten die gegen die Okkupationsmächte gerichteten Aktionen „urteilsunfähiger Menschen“.[2469]

In der zweiten Sitzung des Slowenischen Volksbefreiungsausschusses am 1. November 1941 wurden sieben „grundlegende Punkte“ beschlossen, denen am 21. Dezember 1941 noch zwei weitere hinzugefügt wurden und die im Wesentlichen das Programm der OF bis zum Kriegsende darstellten:

> „1) Es muss eine unerbittliche Militäraktion gegen den Okkupator geführt werden. […]
>
> 4) Mit der Befreiungsaktion und der Aktivierung der slowenischen Menschenmassen gestaltet die OF den slowenischen Nationalcharakter neu. […]
>
> 6) Nach der nationalen Befreiung übernimmt die Befreiungsfront des slowenischen Volkes die Macht auf dem slowenischen Territorium als ganzem.
>
> 7) Nach der nationalen Befreiung errichtet die Befreiungsfront eine konsequente Volksdemokratie. […]
>
> 8) Gemäß feierlicher Aussagen Churchills, Roosevelts und Stalins wird das slowenische Volk nach der Volksbefreiung über die innere Organisation des Vereinigten Slowenien und über seine Außenbeziehungen selbst entscheiden. […]
>
> 9) Die Volksarmee auf dem slowenischen Gebiet wächst aus den slowenischen volksbefreienden Partisaneneinheiten heraus sowie aus dem Volksschutz, zu dem alle nationalbewussten Slowenen gerufen werden.“[2470]

Vielen Partisaneneinheiten bot die noch vor Weihnachten 1941 von den Deutschen weitgehend verlassene Gottschee (Kočevsko) ein geradezu ideales Rückzugs- und Sammelgebiet. In den Dörfern waren ja die Gehöfte, Häuser und Scheunen stehen und benutzbar geblieben; auch Vieh und Brunnen waren vorhanden. Die dichten Wälder mit ihrem Wildreichtum stellten einerseits eine gute Versorgungsbasis dar, boten andererseits aber vor allem Schutz gegen Angriffe der italienischen und später deutschen Besatzungstruppen. Das dichte Blattwerk des Hornwaldes (Kočevski Rog) schützte das Hauptquartier und die Krankenlager der Partisanen auch gegen Luftangriffe. Die von den beiden jungen Ärztinnen Franja Bojc und Pavla Lah geleiteten Kranken-„Häuser“ erwarben sich bei Tausenden verwundeten und kranken Partisanen und Partisanninen zu Recht einen legen-

---

[2469] Vodopivec, Von den Anfängen, 364f.

[2470] Slovenski poročevalec, Nr. 1, 6. Jänner 1942, zitiert nach: Griesser-Pečar, Volk, 148f.

dären Ruf. Ein guter Teil der etwa 300 zurückgebliebenen Gottscheer – freilich nicht der von den Partisanen ermordete Pfarrer Eppich – begann für die Partisanen Post- und Versorgungsdienste zu leisten.[2471]

Bis in den Jänner 1942 brachten die Anhänger des kommunistischen Sicherheitsdienstes VOS vor allem in Laibach und Umgebung mehr als 120 Personen um, die sie – nach sowjetischem Vorbild – als „Weißgardisten“ bezeichneten. Diese kompromisslose Politik der kommunistischen Führung und die selbstherrliche Abrechnung mit politischen Gegnern riefen unter den mit der Befreiungsfront kooperierenden Gruppen doch erhebliche Zweifel hervor. So forderte der spätere Historiker Lojze Ude im Jänner 1942, dass die bewaffneten Aktionen „auf Taten der Notwehr“ beschränkt werden sollten. Außerdem sollte die slowenische Volksbefreiungsarmee zum „Schutz der slowenischen Grenzen“ eingesetzt werden. Der Macht- und Alleinvertretungsanspruch der „Befreiungsfront“ war somit ein totaler geworden, sowohl hinsichtlich der künftigen zivilen wie der militärischen Macht. Bereits im Februar 1942 rühmte sich das ZK der KPS, monatlich allein in Laibach 250.000 Lire an „Volkssteuern“ einzuziehen. Im selben Monat erfolgten Aufrufe der OF, den Todestag des Dichters France Prešeren, den 8. Februar 1849, und jenen des 1573 hingerichteten Führers des kroatisch-slowenischen Bauernaufstandes, Matija Gubec, am 15. Februar öffentlich zu feiern. Tatsächlich zogen – trotz vorverlegter Sperrstunden – viele Slowenen, vor allem Studierende und Schüler, zum 1905 enthüllten Prešeren-Denkmal und rezitierten dessen Verse. Der Radiosender der OF, „Der Schreihals“ (*Kričač*), strahlte ein Sonderprogramm über den Dichter aus. Im Februar 1945 wurde der Geburtstag des Dichters zum Kulturfeiertag des slowenischen Volkes erklärt.[2472]

Viele OF-Partisanen stammten aus katholischen Familien, die in der Zwischenkriegszeit in der Venezia Giulia unter der faschistischen Italianisierungspolitik gelitten hatten. Nun kämpften sie mit dem Roten Stern auf ihren Militärkappen in erster Linie für „die Befreiung und Vereinigung des slowenischen Volkes“ (wie es im Eid hieß) – wohl erst nachrangig für die Schaffung eines neuen sozialen und föderativen Jugoslawien oder gar für die Sowjetunion. In ihrer politischen Schulung waren allerdings neben den Texten von Kardelj, Kidrič und Tito auch die Schriften von Lenin und Stalin vertreten. Seit Mai 1942 entwickelte die „Befreiungsfront“ eine nicht-militärische Gerichtsbarkeit, mit der massiver Druck auf die Bevölkerung ausgeübt wurde, die Partisanen zu unterstützen, ihnen die Waffen abzugeben (bevor sie in die Hände der Okkupatoren gelangten) sowie bewegliche Güter und Grundbesitz der OF zur Verfügung zu stellen. Abweichendes Verhalten wurde verfolgt, persönlicher Willkür und persönlichen Rachemotiven waren Tür und Tor geöffnet. Erst im Spätsommer 1943 wurden Militärgerichte eingeführt, die zu einer gewissen Verrechtlichung und Kontrolle der Strafverfolgung führten. Vom September 1943 bis Mai 1944 wurden 1679 Personen vor Gericht gestellt, davon

---

2471 Ferenc, Gottschee, 62f.; Hösler, Slowenien, 174.

2472 Vodopivec, Von den Anfängen, 366; Hösler, Slowenien, 171f., 175f.

76 % wegen des Vorwurfs der Kollaboration. Bei nahezu der Hälfte der Verurteilten (44 %) wurde das Vermögen beschlagnahmt, ein Fünftel erhielt lediglich eine Rüge, für 13 % aber endete das Verfahren mit der Todesstrafe.[2473]

Die feindselige Polarisierung unter der slowenischen Bevölkerung nahm noch zu, als Vertreter der alten politischen Parteien im März 1942 die gemeinsame illegale Organisation eines „Slowenischen Bundes" (*Slovenska zaveza*) gründeten, der die slowenischen Vertreter in London und General Mihailović als gesetzmäßige Repräsentanten anerkannte. Vertrauensleute der Slowenischen Volkspartei berichteten aus den ländlichen Regionen, dass sich die Partisanen zu einem größeren Feind der katholischen Bevölkerung entwickelt hätten als die Besatzungsmächte selbst. Als sich die Erfolge der Partisanen im Frühjahr 1942 steigerten, erklärte ein Teil des antikommunistischen Lagers den Kommunisten und der Befreiungsfront offen den Krieg und suchte Unterstützung bei der italienischen Besatzungsmacht. Professor Ehrlich, Ex-Banus Natlačen, Bischof Rožman und General Rupnik machten den Italienern Vorschläge hinsichtlich eines besseren Schutzes der Bevölkerung gegen die kommunistischen Übergriffe – und schlitterten in die Kollaboration.[2474]

Die „Befreiungsfront" gab vor, „lediglich" Mitglieder der „Fünften Kolonne" – also vermeintliche oder wirkliche Kollaborateure – zu treffen, und maßte sich das alleinige Entscheidungsrecht darüber an, wer zum Widerstand gehörte. Wer die Führungsrolle der KPS nicht anerkannte, hatte auch keinen Platz in der „Befreiungsfront". Diese politisch-ideologische Exklusivität war bald für zahlreiche Verbrechen verantwortlich, die ausschließlich Persönlichkeiten der slowenischen Gesellschaft trafen, keinen einzigen namhaften Repräsentanten der Besatzungsmächte:

– Am 20. Februar 1942 wurde der Präsident der „Vereinigung Industrieller", Avgust Praprotnik, auf offener Straße erschossen.
– Am 18. März 1942 wurde der Präsident der katholischen Akademikerschaft, Jaroslav Kikelj, von tödlichen Kugeln getroffen.
– Am 29. Mai 1942 wurde der Priester und geistige Vater des akademischen Klubs „Die Wache" (*Straža*), Universitätsprofessor Lambert Ehrlich, ein Opfer der VOS.
– Am 13. Oktober 1942 wurde der ehemalige Banus der *Dravska Banovina*, Marko Natlačen, in seiner Wohnung von einem VOS-Agenten erschossen.

Trotz der Bitte der Witwe von Natlačen, keine Vergeltung zu üben, ließ der italienische Befehlshaber 24 slowenische Geiseln erschießen. Erstaunlicherweise unterblieben daraufhin solche Einzelmorde.[2475]

Nach der Ermordung von Natlačen gab es auf der katholischen politischen Seite keine starke integrierende Persönlichkeit mehr – außer Bischof Rožman. Der

[2473] Hösler, Slowenien, 172, 176f.; Vodopivec, Von den Anfängen, 368.
[2474] Vodopivec, Von den Anfängen, 370; Prunk, Slowenien, 130f.; Črne bukve (Ljubljana 1944).
[2475] Griesser-Pečar, Volk, 399-408; Hösler, Slowenien, 177f.

Bischof hatte ebenso wie sein Amtsbruder Tomažič in Marburg einen bewaffneten Widerstand gegen die Okkupatoren abgelehnt. Der Bischof hatte aber schon vor dem Krieg auf dem Boden der Enzyklika *Divini Redemptoris* vor dem „gottlosen Kommunismus“ gewarnt und hielt, im Ganzen gesehen, den Kommunismus für gefährlicher als den Faschismus und wohl auch den Nationalsozialismus. Ende November 1941 verurteilte er den Terror der VOS von der Kanzel herab und lehnte jeden Kontakt zur „Befreiungsfront“ ab, die sich viermal an ihn zu wenden versuchte. Im Advent-Hirtenbrief 1943 postulierte er unmissverständlich: „Niemand kann gleichzeitig Katholik und Kommunist sein.“ Trotzdem unterstützte ein Teil der katholischen Priester insgeheim die Partisanenbewegung.[2476]

Als die Einheiten der OF im Frühjahr 1942 größere Gebiete in Unterkrain (Dolenjska) und Innerkrain (Notranjska) „befreit“ hatten, starteten die Kommunisten sogleich zahllose Übergriffe auf die Zivilbevölkerung. Unter dem Vorwand, man bekämpfe die „Weiße Garde“, wurden unglaubliche Repressionen in Gang gesetzt, der nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Kinder zum Opfer fielen. Sogar Kidrič räumte ein:

> „[…] Unsere Leute haben mit den Liquidierungen oft übertrieben – und vor allem mit der Art und Weise des Liquidierens. Das geschah vor allem in den Partisaneneinheiten, wo man auch Folterungen verdächtiger Zivilisten vorgenommen hat. […]“[2477]

Innerhalb der Befreiungsfront begannen die Gegensätze zwischen Kommunisten und Katholiken zuzunehmen. Immerhin hatte nirgendwo auf jugoslawischem Territorium die Partisanenbewegung eine vergleichbare pluralistische Struktur. Daher verlangten nun auch die slowenischen Kommunisten die führende Rolle innerhalb der Widerstandsbewegung. Am 1. März 1943 wurde auf einer Sitzung des Exekutivausschusses der OF von Vertretern der slowenischen Kommunisten, Christlich-Sozialen und Sokoln die sogenannte „Dolomiten-Erklärung“ (*Dolomitska izjava*) unterzeichnet, benannt nach dem Unterzeichnungsort in den Polhograjski Dolomiti. Die „Befreiungsfront“ wurde zu einer „einheitlichen, volksumfassenden politischen und nationalen Organisation des slowenischen Volkes“ erklärt. Die Christlich-Sozialen und die Sokoln mussten der Kommunistischen Partei Sloweniens die „Rolle der Avantgarde in der slowenischen Volksbefreiungsbewegung“ einräumen und hörten praktisch auf zu existieren. Der Christlich-Soziale Edvard Kocbek kommentierte:

> „Am schlimmsten war die Tatsache, dass die Partei [die KPS, Anm. Suppan] bei diesem Tun [der Unterzeichnung, Anm. Griesser-Pečar] Gewalt anwendete. Unsere Gruppe erlitt so den entscheidenden Schlag. In die Atmosphäre der OF schlich sich etwas Fremdes und Gefährliches, wir spürten nichtslowenische und nichtdemokratische Absichten […].“[2478]

[2476] Griesser-Pečar, Volk, 179-196; Dolinar, Katholische Kirche, 444; Vodopivec, Von den Anfängen, 371.

[2477] Griesser-Pečar, Volk, 158f.

[2478] Griesser-Pečar, Volk, 150-161; Vodopivec, Von den Anfängen, 372f.

Auch im Frühjahr 1943 erzielten die slowenischen Partisanen einige Erfolge. Im Juni traf im Stab der OF, der sich gut in den Gottscheer Wäldern tarnte, Major William Jones als Delegierter der Westalliierten ein, und ab Juli 1943 erhielten die slowenischen Partisanen alliierte Waffenhilfe. Verhandlungsangebote von gemäßigten Kräften aus der katholischen und liberalen Partei wurden von der Befreiungsfront als Schwäche ausgelegt, daher abgelehnt. Unmittelbar nach der italienischen Kapitulation zog sich ein Teil der Anhänger der Ortswehren nach Laibach zurück, das von deutschen Truppen besetzt wurde. Ein anderer Teil der Ortswehren verschanzte sich in der Burg Auersperg (Turjak), während sich die Anhänger der illegalen jugoslawischen Armee ins istrische Dorf Grčarice zurückzogen, in der Hoffnung auf eine Landung der Alliierten. Aufgerüstet mit den italienischen Waffen stürmten die Partisanen beide Befestigungen, nahmen 1200 Gegner fest, von denen – entgegen einem Übereinkommen in der Führung der Befreiungsfront – ca. 400 ohne Prozess hingerichtet wurden; weitere 250 Gefangene wurden von den Militärgerichten der Partisanen zum Tode verurteilt. Insgesamt liquidierten die Partisanen nach der Kapitulation Italiens „mehr als 900 wirkliche und mutmaßliche slowenische Gegner“.[2479]

Vom 1. bis 3. Oktober 1943 tagte im *Sokolski dom* der Stadt Gottschee eine sogenannte „Versammlung der Abgeordneten des slowenischen Volkes“, eine Vollversammlung der „Befreiungsfront“, an der auch Ivan Ribar und Milovan Đilas teilnahmen. Bereits im September 1943 hatten über Terrainausschüsse der OF und Bataillone der Partisanenarmee Wahlen stattgefunden. Nach Angaben des Rechtsprofessors Makso Šnuderl waren 572 Volksvertreter gewählt worden, nach Angaben von Tone Ferenc 668. Die Versammlung beschloss einstimmig die Fortführung des bewaffneten Widerstands gegen den Okkupator und verurteilte ebenso einstimmig die „Weiße“ und die „Blaue Garde“, d. h. die bewaffneten Verbände der slowenischen konservativen Organisationen sowie die Resteinheiten der Jugoslawischen Armee. Schließlich wurden 120 Mitglieder für den „Slowenischen Volksbefreiungsausschuss“ und 40 Delegierte für den zweiten Kongress des AVNOJ Ende November 1943 in Jajce gewählt. Damit war auch die slowenische „Befreiungsfront“ als Verbündete Titos international anerkannt und konnte die *Domobranci* ins politische Abseits drängen. Einer direkten Aufforderung der jugoslawischen Exilregierung in London, mit der deutschen Okkupationsmacht zu brechen und eine Verständigung mit der „Befreiungsfront“ zu suchen, kam General Rupnik jedoch nicht nach.[2480]

Nach dem Ende des italienischen Besatzungsregimes war in der Provinz Laibach der partisanische Massenterror durchgebrochen; allein im September 1943 wurden zwischen 500 und 700 Repräsentanten des Faschismus – auch solche, die man dafür hielt – gefoltert, erschossen oder erschlagen. Diese Italiener und

---

[2479] Vodopivec, Von den Anfängen, 373-375.

[2480] Prunk, Slowenien, 134; Crampton, Eastern Europe, 200-203, 215-217; Petranović – Zečević, Jugoslavija, 655-660; Griesser-Pečar, Volk, 161-167.

Slowenen wurden teils tot, teils lebendig in die Karstschluchten (*foibe*) geworfen, was sich dann 1945 wiederholen sollte. Zwischen 9. und 11. Oktober 1943 fand in Gottschee auch der erste Schauprozess der OF statt, in dem 21 Männer, die in Grčarice und Turjak gefangen genommen worden waren, wegen Kollaboration angeklagt wurden; 16 wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet, vier zur Zwangsarbeit verurteilt. Auch in den Dolinen des Hornwaldes (Kočevski rog) verschwanden Hunderte OF-Gegner.[2481]

Die partisanische Rache und Vergeltung richtete sich nicht zuletzt gegen die Angehörigen der slowenischen „Dorfwachen“ (*vaške straže*), die sich zum Teil von italienischer Seite hatten bewaffnen lassen, um ihre Dörfer vor Plünderungen und Geiselnahmen zu schützen. Diese Dorfwehren waren freilich zu einer „Freiwilligen Antikommunistischen Miliz“ (*Milizia volontaria anticommunista*) zusammengefasst worden, die vorwiegend von den Dorfgeistlichen geführt wurde und im Kommunismus die größere Gefahr als im Faschismus zu erkennen glaubte. Zu Erschießungen gefangener und schwerverwundeter *Domobranci* und *Četnici* kam es in Grčarice, Mozelj, Jelendol, Turjak, Velike Lašče, Veliki Osolnik, Travna gora, Mačkovec, Padeč und Klemenca pod Metlika. [2482]

Während seiner zweiten Tagung in Tschernembl (Črnomelj) am 19. und 20. Februar 1944 wurde der „Slowenische Volksbefreiungsausschuss“ in „Slowenischer Volksbefreiungsrat“ (*Slovenski narodnoosvobodilni svet*, SNOS) umbenannt, eine „Erklärung über die Rechte und Pflichten des slowenischen Volkes“ verabschiedet, eine „Glaubenskommission“ gebildet, die die künftige Rolle der katholischen Kirche festlegen sollte, und eine „Staatskommission für die Feststellung der Verbrechen der Okkupatoren und ihren Helfern“ (*Državna komisija za ugotavljanje zločinov okupatorjev in njihov pomagačev*) eingerichtet. Die Arbeit der Kommission konzentrierte sich einerseits – der Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943 entsprechend – auf deutsche Offiziere und Mannschaften, die für Verbrechen und Grausamkeiten verantwortlich waren, andererseits aber auf die Verfolgung der „Helfer“ des Okkupators und legte bald eine umfangreiche Personenkartei mit 4105 Namen an. Im Frühjahr 1944 ging aus dem „Volksschutz“ die „Abteilung für den Schutz des Volkes“ (*Oddelek za zaščito naroda*, OZNA) hervor, der mit Recht gefürchtete paramilitärische Arm der OF und der neuen kommunistischen Führung.[2483]

Nach dem Abkommen zwischen Tito und Šubašić im Juni 1944 verkündete die Führung der slowenischen Partisanen eine Amnestie für alle Angehörigen der gegen die Partisanen kämpfenden Verbände, vor allem für die *Domobranci* und die ehemaligen Angehörigen der jugoslawischen Armee. Nun aber sahen sich viele Angehörige der Landeswehr durch den Eid gebunden. Das Treffen zwischen Churchill und Tito in Neapel löste jedoch unter vielen Slowenen die falsche Hoff-

---

[2481] Hösler, Slowenien, 178; Griesser-Pečar, Volk, 168.

[2482] Griesser-Pečar, Volk, 242, 261f.

[2483] Hösler, Slowenien, 172-174; Griesser-Pečar, Volk, 171-177.

nung aus, dass es bald zur Landung der Alliierten an der östlichen Adriaküste kommen werde.[2484]

Am 20. November 1944 ließ Bischof Rožman über geheime Kanäle dem Botschafter der königlich-jugoslawischen Regierung in Italien, Ex-Minister Miha Krek, ein Schreiben übermitteln mit der Bitte, es dem Papst vorzulegen:

> „Vor kurzem wurde ich davon unterrichtet, dass die Kommunisten in benachbarten Diözesen geheime Vorbereitungen treffen, um in dem Moment, da sich der deutsche Okkupator zurückziehen wird, die Macht im ganzen slowenischen Territorium zu etablieren. Für diesen Zeitpunkt bereiten sie ein Gemetzel an allen Geistlichen, katholischen demokratischen Patrioten sowie Vertretern der Katholischen Aktion vor.
>
> In diesem Augenblick der besonderen Gefahr und Not appellieren wir an Eure Heiligkeit. Wir bitten untertänigst Eure Heiligkeit um Ihre Intervention. Eure Heiligkeit kann sich dafür einsetzen und den führenden Anglo-Amerikanern unsere ergebenste Bitte übermitteln, die angloamerikanischen Truppen mögen das slowenische Territorium und das Küstenland besetzen, und sie mögen auf dem ganzen Territorium einstweilig ihr eigenes Regime der Ruhe und Ordnung herstellen, ohne irgendwelche Mitarbeit der terroristischen Partisanen-Befreiungsfront. Nur diese Maßnahme kann ein erneutes Vordringen der Kommunisten und unnötiges trauriges Blutvergießen verhindern. […]“[2485]

Tatsächlich wurde von den slowenischen Kommunisten ein Plan entwickelt, die entwaffneten *Domobranci* und zivilen politischen Gegner ohne Gerichtsverfahren an geheimen Orten erschießen zu lassen. Die Vollstrecker sprachen einfach von „liquidieren“.

Bevollmächtigte der Slowenischen Volkspartei und der Jugoslawischen Nationalpartei tauschten am 20. Dezember 1944 die beiden Originaldokumente einer mit 29. Oktober 1944 datierten „Nationalen Erklärung“ aus, die in den folgenden Wochen von 957 Vertretern der unterschiedlichsten Berufsstände – Bauern, Arbeiter, Angestellte, Handwerker, Kaufleute, Industrielle, Priester, Offiziere – unterzeichnet wurde:

1. Wiedererrichtung eines nach geographischen, wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und strategischen Grundsätzen vereinigten Jugoslawien.
2. Slowenien bildet einen Teil des nach föderativen und demokratischen Prinzipien organisierten Königreichs unter der Dynastie Karađorđević.
3. Übertragung von Kompetenzen für Angelegenheiten, die den ganzen jugoslawischen Staat betreffen, an den Gesamtstaat. Verabschiedung einer jugoslawischen Verfassung von einem verfassunggebenden Parlament mit qualifizierter Mehrheit.
4. Gründliche – soziale wie wirtschaftliche – Neuordnung des Staates.[2486]

Gleichzeitig wurde ein Nationalausschuss (*Narodni odbor*) geschaffen, der für die Übergangszeit die Kompetenzen des Landespräsidenten, der Volksvertre-

2484 Vodopivec, Von den Anfängen, 379.

2485 Griesser-Pečar, Volk, 97f.

2486 Griesser-Pečar, Volk, 100.

tung und der Regierung wahrnehmen sollte. Schon am 21. Jänner 1945 wurde der Beschluss gefasst, eine Slowenische Nationalarmee (*Slovenska narodna vojska*) aufzustellen. Während Einheiten der Befreiungsfront oder der Partisanen Titos bekämpft werden sollten, entschloss man sich für den Fall des Anrückens sowjetischer Truppen zum sofortigen Rückzug in Richtung der anglo-amerikanischen Truppen. Am 28. April 1945 trafen sich auf Vermittlung Bischof Rožmans Vertreter des Nationalausschusses mit General Rupnik und seinem Adjutanten Stanko Kociper im Bischofspalais, um Modalitäten einer Verwaltungsübernahme zu besprechen. General Rupnik sollte dazu bewogen werden, von den Deutschen die Übergabe der zivilen und militärischen Verwaltung zu verlangen. Auf Initiative des Nationalausschusses trat dann am 3. Mai im *Sokolski dom* in Laibach ein rasch einberufenes slowenisches Parlament zusammen, das einen „souveränen Staat“ des slowenischen Volkes ausrief. Der Nationalausschuss bildete auch eine provisorische Regierung und sandte eine Loyalitätserklärung an König Peter II., von welcher US-Präsident Truman und Premierminister Churchill in Kenntnis gesetzt wurden. Landeswehr-Kommandant General Krenner erklärte jedoch die militärische Kraft der slowenischen Truppen als zu schwach, um die militärische Macht zu übernehmen. Als die Mitglieder des Nationalausschusses zur Kenntnis nehmen mussten, dass die 4. Jugoslawische Armee bereits in Adelsberg (Postojna) stand und dass keine britischen oder amerikanischen Truppen nach Slowenien kommen würden, bereiteten sie ihre Flucht nach Kärnten vor. Am Nachmittag des 5. Mai wollten sie noch von Rupnik die „Regierungsmacht“ übernehmen, setzten sich aber dann über die Karawanken nach Norden ab. Zahllose Zivilisten, die von den Partisanen Vergeltung zu befürchten hatten, folgten ihnen.[2487]

Ein slowenischer Schriftsteller veröffentlichte am 26. Mai 1945 – am Tag der Rede Titos in Laibach – einen Leitartikel unter dem Titel „Rache ist ein Schreckenswort“:

> „Wir haben die Rache als Programm und Inhalt mit Blut in unsere Herzen eingebrannt, um diese Gesellschaft von Verrätern und Henkern zu vernichten und zu zerschmettern.“[2488]

Parallel zur Rache der „Befreiungsfront“ an den Deutschen erfolgte eine nicht selten grausamere an den slowenischen *Domobranci*, kroatischen *Ustaše* und *Domobrani* sowie serbischen *Četnici*. In den letzten Wochen vor Kriegsende nahmen die Partisanentruppen auf slowenischem Gebiet Zehntausende südslawische Soldaten gefangen. Weitere Zehntausende hatten sich Mitte Mai 1945 den Briten in Kärnten ergeben und wurden in der zweiten Maihälfte – den Vereinbarungen zwischen britischen und jugoslawischen Militärs entsprechend[2489] – an Jugoslawien ausgeliefert. Von den insgesamt weit über 100.000 südslawischen Kriegs-

---

[2487] GRIESSER-PEČAR, Volk, 105-111.
[2488] JANČAR, Der Verbrecher, 49.
[2489] Gabriela STIEBER, Die Briten als Besatzungsmacht in Kärnten 1945-1955 (Klagenfurt 2005) 51f.

gefangenen wurden von Militär- und Polizeieinheiten der Partisanen etwa 14.000 Slowenen, über 50.000 Kroaten und an die 20.000 Serben auf slowenischem Boden massakriert. Die umfangreichsten Massenmorde ereigneten sich an den Panzergräben um Marburg, in der Umgebung von Cilli und im Gebiet des Gottscheer Hornwaldes (Kočevski rog) – wo der „entsetzliche Leichengestank" noch bis Ende der 1940er Jahre wahrnehmbar war; aber auch in der Nähe von Windischfeistritz (Slovenska Bistrica) wurden noch im Jahr 2001 Massengräber gefunden. Neben den unbewaffneten Kriegsgefangenen waren auch Tausende Bauern, Intellektuelle, Schüler, Frauen und Kinder betroffen.[2490]

Das Ende der deutschen Herrschaft in Slowenien

Neben den Angriffen der Partisanen nahmen im zweiten Halbjahr 1944 auch die alliierten Luftangriffe auf die Untersteiermark zu, vor allem auf Marburg mit den Luftfahrtwerken und der Allgemeinen Baugesellschaft. Aber auch die Firma Westen in Cilli wurde das Ziel von Bombardierungen. In der Nacht vom 28. auf den 29. September 1944 sprengten Partisanen das Draukraftwerk Faal (Fala) westlich von Marburg, das, schon im Mai 1918 eröffnet, nicht nur die Stickstoffwerke in Maria Rast (Ruše), sondern die halbe Untersteiermark mit Strom versorgte. Als im Oktober 1944 die 3. Ukrainische Front der Roten Armee das südliche Ungarn eroberte, begann man in fieberhafter Eile einen „Südostwall" entlang der gesamten Ostgrenze der Steiermark zu errichten. Beinahe täglich kamen arbeitspflichtige deutsche und slowenische Steirer und Steirerinnen, Fremdarbeiter, Hitlerjugend, Juden und Freiwillige aus den Alpenländern zum Einsatz – manchmal bis zu 50.000 Personen –, die an der Ost- und Südostgrenze der Steiermark Feldstellungen und Panzergräben aushoben und im südlichen Bereich Stützpunkte für eine „Reichsschutzstellung" ausbauten.[2491]

Am 30. April 1945 – die jugoslawischen Armeen näherten sich bereits der kroatisch-slowenischen Grenze – sprachen Deputierte des slowenischen Nationalausschusses sowie Bischof Rožman bei SS-General Rösener vor und verlangten von ihm – unter Hinweis auf ihren Kampf gegen den Bolschewismus – die Absetzung Rupniks, die Übergabe der Regierung, die Unterstellung der Landeswehr unter ein selbständiges slowenisches Kommando, die sofortige Abberufung aller deutschen Beamten in der Provinzialregierung und in den Kreisverwaltungen, die

[2490] Temna stran meseca. Am 29. Oktober 2010 zelebrierten der katholische Bischof von Northhampton, der anglikanische Bischof von Buckingham und der Erzbischof von Laibach einen ökumenischen Gottesdienst, in dem sie der 12.000 Slowenen gedachten, die von den britischen Truppen in Kärnten an die Partisanen ausgeliefert worden waren. Bis heute hat sich jedoch keine britische Regierung bereit gefunden, die an den Ausgelieferten begangenen Verbrechen unmissverständlich zu verurteilen. – Karl-Peter Schwarz, Eine eineinhalb Meter starke Schicht von Skeletten, in: FAZ, 12. November 2010, 4.

[2491] Karner, Steiermark, 260-267, 386, 399.

Auslieferung aller schweren Waffen, die Überlassung der Lebensmittelreserven der deutschen Zivil- und Militärverwaltung und die Unterstützung im Kampf gegen die Partisanen bis zum Eintreffen britischer Truppen. Im Gegenzug wären die slowenischen Politiker bereit gewesen, den Deutschen freies Geleit zuzugestehen, als ob sie dazu überhaupt in der Lage gewesen wären. Rösener wollte so wichtige Entscheidungen nicht ohne den Obersten Kommissar Rainer treffen und entsandte einen Vertrauten zum Reichsstatthalter nach Klagenfurt. Rainer war nur mit der Übergabe der Zivilverwaltung einverstanden, Rösener selbst hielt die Übergabe der Waffen für indiskutabel und ließ am 3. Mai den Ausnahmezustand ausrufen. Am 5. Mai gegen 11 Uhr ließ Rösener Vertreter des Nationalausschusses und Bischof Rožman zu sich rufen; diesmal waren auch Rupnik und Polizeichef Hacin anwesend. Rösener teilte die Entscheidungen Rainers mit, die Verwaltung der Provinz Laibach dem Nationalausschuss zu übergeben, die Verwaltung Oberkrains aber Rupnik zu überlassen. Die Aushändigung von Lebensmitteln ebenso wie eine Waffenübergabe wurden jedoch von Rösener ausgeschlossen. Gleichzeitig hatten aber die deutschen Besatzungsbehörden einschließlich der Landeswehr-Instruktoren bereits alles für eine Flucht nach Kärnten vorbereitet, die in den nächsten Tagen vor sich ging.[2492]

In den ersten Maitagen begannen aus der Untersteiermark und aus Oberkrain die meisten NS-Funktionäre, Kreisführer, Landräte und Beamten bei den Chefs der Zivilverwaltungen in Marburg und Veldes in Richtung Norden zu fliehen, auch viele Lehrer und Priester. Aber auch die deutsche Bevölkerung und viele Slowenen, die mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten, fürchteten die Rache der Partisanen und flohen rechtzeitig ins wiedererstandene Österreich – vermutlich etwa 15.000 Deutsche. Reichsstatthalter Uiberreither ordnete jedoch erst am 6. Mai 1945 die Evakuierung der Gottscheer aus dem Ranner Dreieck an. Ein noch am selben Tag abfahrender Zug kam zwar bis Bruck an der Mur durch, wurde aber dort von sowjetischen Behörden zurückgeschickt; ein zweiter Zug gelangte bis nördlich von Marburg, von wo die Gottscheer von Partisanen über die österreichische Grenze getrieben wurden; ein Teil eines dritten Zuges landete bereits im Lager Sterntal, das ursprünglich der „Steirische Heimatbund" als Arbeits- und Erziehungslager eingerichtet hatte. Im Übrigen gerieten die Gottscheer Trecks in die allgemeine Fluchtbewegung. In den Marburger Luftfahrtwerken wurde bis zum Nachmittag des 8. Mai (!) gearbeitet, dann verließ die „Gefolgschaft" fluchtartig den Betrieb.[2493]

Nachdem Anfang April 1945 die 4. Jugoslawische Armee – über Istrien vorstoßend – die kroatisch-slowenische Grenze überschritten hatte, wurde ihr die slowenische Partisanenarmee eingegliedert, die zu diesem Zeitpunkt etwa 37.000 Kämpfer zählte. Diese Truppen erreichten am 1. Mai – einen Tag vor neuseeländischen Einheiten – Triest und am 8. Mai – zeitgleich mit britischen Einheiten

[2492] Griesser-Pečar, Volk, 109f.

[2493] Karner, Steiermark, 417f.; Vertreibung, 312.

– Klagenfurt.[2494] Der Krieg war allerdings noch immer nicht zu Ende, obwohl Reichsstatthalter Rainer in Klagenfurt ebenso wie Reichsstatthalter Uiberreither in Graz bereits am 7. Mai alle Regierungs- und Parteigeschäfte an den jeweiligen Gauhauptmann übergeben hatten. Noch strebten nicht nur die Truppen der Heeresgruppe E unter dem Oberbefehl von Generaloberst Löhr, sondern auch weit über 200.000 *Ustaše*, *Domobrani*, *Domobranci* und *Četnici* und mit ihnen flüchtende Zivilpersonen durch die Täler der Save, Savinja, Mislinja und das Mießtal in Richtung Kärntner Grenze. Heroische „Endschlachten", von denen die kommunistische Historiographie nach 1945 sprach, gab es hingegen keine mehr. Bewaffnete deutsche Einheiten wurden von den Partisanen großteils unbehelligt gelassen und konnten auch noch nach dem 8. Mai bis nach Mittelkärnten marschieren und dort abrüsten, etwa am Fuß der Burg Hochosterwitz. Andererseits versuchten die Partisanen, alle jugoslawischen „Kollaborateure" – also den „inneren Feind" – abzufangen. Bei Bleiburg in Südost-Kärnten kam es am 15. Mai 1945 zu den letzten Kämpfen. Über 30.000 Mann wurden allein von den Briten gefangen genommen. Die britische Besatzungsmacht im wiedererstandenen Österreich übergab alle südslawischen Gefangenen den jugoslawischen bzw. sowjetischen Behörden.[2495]

Das deutsche Besatzungsregime hatte zwischen 1941 und 1945 in Slowenien etwa 40.000 Personen inhaftiert, 30.000-40.000 in die Wehrmacht einberufen, 15.000 Personen in Konzentrationslager eingeliefert und mehr als 3400 Personen als Geiseln erschossen. Auf slowenischem Territorium sind in der Zeit des Zweiten Weltkrieges etwas mehr als 6000 deutsche und etwas weniger als 1500 italienische Soldaten gefallen. Unter deutscher Herrschaft wurden zwar die Bergbau- und Industrieunternehmen in der Untersteiermark, im Mießtal und in Oberkrain für die Rüstungsindustrie ausgebaut, in den letzten Kriegsmonaten entstand aber großer materieller Schaden, da alle Kriegsparteien – einschließlich der Luftstreitkräfte der Alliierten – Teile der Verkehrsstruktur und der Industrieanlagen zerstörten.[2496]

Die gesamte Opferbilanz in Jugoslawien 1941-1948

The Oxford Companion to the Second World War veröffentlichte noch 1995 für Jugoslawien eine Zahl von 1,7 Millionen *approximate war-related deaths* und gab 300.000 *military losses* und 1,4 Millionen *civilian losses* an.[2497] Da die Ge-

[2494] Vodopivec, Von den Anfängen, 380f.

[2495] Wadl, 1945 in Kärnten, 22-42; vgl. Florian Thomas Rulitz, Die Tragödie von Bleiburg und Viktring – Partisanengewalt in Kärnten am Beispiel der antikommunistischen Flüchtlinge im Mai 1945 (Klagenfurt 2011).

[2496] Vodopivec, Von den Anfängen, 381f.

[2497] The Oxford Companion, 290.

samtbevölkerung des Königreiches Jugoslawiens im März 1941 vermutlich knapp 16 Millionen betragen hatte, hätte dies eine relative Verlustrate von etwa 11 % ergeben, somit nach der Sowjetunion und Polen die dritthöchste aller am Zweiten Weltkrieg beteiligten Staaten. Freilich waren die 1,7 Millionen jugoslawischen Kriegstoten weder gezählt noch errechnet, sondern von Tito in einer großen politischen Rede in Laibach am 26. Mai 1945 einfach politisch festgelegt worden. Die Motivation für diese Vorgangsweise war naheliegend, da das neue kommunistische Jugoslawien diese unglaublich hohe Zahl an Kriegstoten – immerhin hatte es auf dem Gebiet Jugoslawiens während des Zweiten Weltkrieges weder eine größere Schlacht noch eine länger umkämpfte Front gegeben – bei den bevorstehenden Friedens- und Reparationsverhandlungen als Faustpfand einsetzen wollte.[2498] Tito definierte auch nicht, welche Kriegstoten in diese Zahl von 1,7 Millionen einbezogen waren: nur die auf Seiten der Partisanen kämpfenden und von den *Ustaše*, *Četnici*, *Domobrani* und *Domobranci* sowie den Besatzungsmächten getöteten Soldaten und Zivilisten – oder auch die Opfer der Partisanen, und zwar während des Krieges und unmittelbar nach Kriegsende? Letztere dürfte Tito mit Sicherheit nicht gemeint haben.

Tatsächlich überreichte bereits im Jahre 1946 die jugoslawische Regierung der Internationalen Reparationskommission in Paris die offizielle Angabe von 1,706.000 Kriegstoten, die 305.000 gefallene Partisanen einschloss. – Zur selben Zeit meldete Indien 759.000 Kriegstote an, Frankreich 653.000, Griechenland 558.000, Großbritannien 368.000, die Tschechoslowakei 250.000, die Niederlande 200.000 und die USA 187.000. – Erstaunlicherweise erhielt das Statistische Bundesamt Jugoslawiens erst im Mai 1947 den Auftrag, die Bevölkerungsverluste während des Zweiten Weltkrieges festzustellen. Noch erstaunlicher ist, dass der slowenische Direktor Dolfe Vogelnik und sein Assistent Alojz Debevc diese Aufgabe dem Mathematik-Studenten Vladeta Vučković übertrugen, der später Professor in den USA wurde. Erst nach Durchführung einer Volkszählung am 15. März 1948 veröffentlichte Vogelnik einen Artikel über die demographischen Verluste Jugoslawiens im Zweiten Weltkrieg, für die er eine Zahl zwischen 2,9 und 3,25 Millionen errechnete. Bereits in der nächsten Nummer der *Statistička revija* kritisierte ein weiterer slowenischer Demograph und Statistiker, Ivo Lah, die Schlussfolgerung Vogelniks, da er für die Zeit zwischen 1941 und 1948 von zu hohen Zuwachsraten ausgegangen sei.[2499] Das Statistische Bundesamt machte nun folgende Aufstellung:

[2498] Deutschland sollte 35.858,000.000 Dollar, Italien 9.858,000.000 Dollar Entschädigung zahlen. – Menschenopfer und materielle Verluste Jugoslawiens in den Kriegsauseinandersetzungen von 1941-1945, hg. von der Reparationskommission der Regierung der FNRJ (Belgrad 1946) 12.

[2499] Dolfe Vogelnik, Demografski gubici Jugoslavije u drugom svetskom ratu, in: Statistička revija 1 (Beograd 1952); Ivo Lah, Istinski demografski gubici Jugoslavije u drugom svetskom ratu, in: Statistička revija 2-3 (Beograd 1952) 214-223.

Tabelle 19: Die Einwohnerzahlen Jugoslawiens 1931 – 1941 – 1945 – 1948

Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 31. März 1931	13,934.038
Zuwachs vom 31. März 1931 bis zum 31. März 1941	1,905.326 (= 1,29 % Zuwachsrate)
Geschätzte Einwohnerzahl am 31. März 1941	15,839.364
Zuwachs vom 31. März 1941 bis zum 31. März 1945	762.126 (= 1,19 % Zuwachsrate)
Geschätzte Einwohnerzahl am 31. März 1945	16,601.493
Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 15. März 1948	17,359.000

Quellen: Izračunat broj stanovništva Jugoslavije 1941-1945 (Beograd maj 1945); Vladimir Žerjavić, Yugoslavia. Manipulations with the Number of Second World War Victims (Zagreb 1993) 78f. Das Auswärtige Amt hatte die Einwohnerzahl Jugoslawiens im März 1941 auf 15,920.000 geschätzt (vgl. Tabelle 18).

Auch die neuen jugoslawischen Republiken begannen Erhebungen der materiellen Schäden und der Opfer des faschistischen Terrors; Kollaborateure wurden hierbei nicht berücksichtigt. So fand der kroatische Demograph Vladimir Žerjavić im damaligen Archiv Kroatiens (*Arhiv Hrvatske*) ein in 22 Büchern gefasstes Opferverzeichnis mit 138.984 eingetragenen Namen. Von diesen hatten 6670 in Deutschland ihr Leben verloren, während in Kroatien selbst 22.376 Personen von Deutschen, 8111 von Italienern und 1255 von Deutschen und Italienern getötet worden seien; 42.250 Personen seien in Lagern in Kroatien ums Leben gekommen. Đorđe Pejanović veröffentlichte 1955 die Daten der Landeskommission für Bosnien und Herzegowina und gab 174.084 Todesopfer an. Die Provinzkommission für Syrmien gab 21.597 Todesopfer an, jene für die Bačka und die Baranja 17.899. Die vom Statistischen Bundesamt zusammengetragenen Daten wurden im Archiv Jugoslawiens (*Arhiv Jugoslavije*) in 2948 Schachteln aufbewahrt, aber angeblich nicht ausgewertet. Tatsächlich war 1964 sehr wohl eine Gesamtliste erstellt worden, da die Bundesrepublik Deutschland keine Reparationsverhandlungen auf der Basis der geschätzten 1,7 Millionen Kriegsopfer führen wollte. Und die Gesamtliste der Bundeskommission soll insgesamt die Zahl von 1,107.172 Kriegsopfern ergeben haben, von denen 597.323 ums Leben gekommen sein sollen. Diese Daten wurden auch der Regierung der BRD vorgelegt. Von den knapp 600.000 jugoslawischen Kriegstoten (ohne „Quislinge" und „Kollaborateure") sollen 346.740 Serben, 83.257 Kroaten, 45.000 Juden, 42.027 Slowenen, 32.300 Muslime, 16.276 Montenegriner, 6724 Makedonier, 3241 Albaner, 2680 Ungarn, 1160 Slowaken und 686 Türken gewesen sein; 194.749 Personen seien auf dem Boden der Sozialistischen Republik Kroatien gewaltsam ums Leben gekommen, 177.045 in Bosnien und Herzegowina, 97.728 im engeren Serbien, 41.370 in der Vojvodina, 40.791 in Slowenien, 19.076 in Makedonien, 16.903 in Montenegro und 7927 im Kosovo. Diese Zahlen wurden aber in Jugoslawien nicht veröffentlicht, sogar die Statistiker hielten sie für „unmöglich". Der jugoslawischen Öffentlichkeit wurde daher weiterhin die Zahl von 1,706.000

jugoslawischen Kriegstoten präsentiert – und auch die westlichen Historiker übernahmen diese Zahl ungeprüft.[2500]

Parallel zu dieser politischen Zahl von 1,706.000 jugoslawischen Kriegstoten wurden noch zwei andere Zahlenangaben gebetsmühlenartig wiederholt: die Zahl von angeblich 700.000, überwiegend serbischen Toten im kroatischen KZ Jasenovac und die Zahl von angeblich 300.000 kroatischen Toten bei Bleiburg in Südost-Kärnten und auf dem sogenannten „Kreuzweg" (*križni put*) im Mai und Juni 1945. Als im Jahre 1980 der Direktor des von der Kommunistischen Partei Kroatiens gut dotierten Instituts für die Geschichte der Arbeiterbewegung (*Institut za povijest radničkog pokreta*) in Zagreb, Ivan Jelić, in der vom bekannten Historiker Igor Karaman herausgegebenen „Enzyklopädie der kroatischen Geschichte und Kultur" (*Enciklopedija hrvatske povijesti i kulture*) einen sehr knappen Artikel über die Konzentrationslager veröffentlichte und darin von „nur" einigen Zehntausend Toten (Serben, Juden, Kroaten, Muslime, Roma) im KZ Jasenovac schrieb, verlor er seinen Posten und die Enzyklopädie wurde beschlagnahmt. Vermutlich war nicht nur die weit geringere Zahl der Toten ein Sakrileg, sondern auch die Tatsache, dass es für Jasenovac keinen eigenen Artikel gegeben hatte. Noch in einer Belgrader Fernsehdiskussion am 13. November 1989, an der fünf serbische und zwei kroatische Historiker, Verleger und Militärwissenschafter teilnahmen, behauptete das serbische Mitglied eines Anthropologenteams, Srboljub Živanović, dass auf dem Gebiet von Jasenovac und Gradina mindestens 700.000 Menschen getötet worden seien. Ein anderes Mitglied, Vida Brodar, stellte jedoch noch 1990 schriftlich fest, dass nach den Ausgrabungen in Gradina bei Jasenovac zwischen dem 22. und dem 27. Juni 1964, bei denen aus sieben Gräbern insgesamt 258 Skelette geborgen wurden, keine Berechnungen über die Gesamtzahl der Opfer angestellt worden seien.[2501]

Inzwischen begann der kroatische Demograph Vladimir Žerjavić mit seinen Berechnungen der Bevölkerungsverluste in Jugoslawien im Zweiten Weltkrieg und legte bereits 1989 – unterstützt von der Jugoslawischen Viktimologischen Gesellschaft – seine Ergebnisse vor. Kurz vor Beendigung seiner Arbeiten stieß er auf die in London veröffentlichte Publikation des serbischen Demographen Bogoljub Kočović, der zu erstaunlich ähnlichen Ergebnissen kam. Markante Unterschiede gab es lediglich bei folgenden Positionen:

– Bei den Verlustangaben für das engere Serbien berechnete Žerjavić auf Grund des Bevölkerungszuwachses von Belgrad (31. Dezember 1938: 409.000 Einwohner) höhere Verluste.
– Für Montenegro nahm Kočović höhere Zuwachsraten an, daher kam er auch auf höhere Verluste.
– Für die Albaner berechnete Kočović nur ziemlich geringe Verluste.

[2500] Žerjavić, Yugoslavia, 81-83; vgl. Željko Krušelj – Đuro Zagorec, in: Danas, 21. November 1989.

[2501] Koncentracioni logori [Konzentrationslager], in: Enciklopedija hrvatske povijesti i kulture, 304f.

– Beide unterschätzten die Verluste der Deutschen und Slowenen, wobei sie offensichtlich nicht alle Nachkriegsverluste einberechneten.[2502]

Tabelle 20: Die realen Bevölkerungsverluste Jugoslawiens im Zweiten Weltkrieg nach Nationalitäten (nach Kočović und Žerjavić)

Nationalität	nach Kočović	nach Žerjavić		
		im Lande	im Ausland	gesamt
Serben	487.000	497.000	33.000	530.000
Kroaten	207.000	178.000	14.000	192.000
Muslime	86.000	100.000	3.000	103.000
Juden	60.000	33.000	24.000	57.000
Montenegriner	50.000	20.000	-	20.000
Slowenen	32.000	36.000	6.000	42.000
Roma	27.000	18.000	-	18.000
Deutsche	26.000	28.000	-	28.000
Makedonier	7.000	6.000	-	6.000
andere Slawen	12.000	7.000	-	7.000
Albaner	6.000	18.000	-	18.000
andere	14.000	6.000	-	6.000
gesamt	**1,014.000**	**947.000**	**80.000**	**1,027.000**

Quellen: Bogoljub Kočović, Žrtve drugog svjetskog rata u Jugoslaviji (London 1985); Vladimir Žerjavić, Gubici stanovništva Jugoslavije u drugom svjetskom ratu (Zagreb 1989).

Erstaunlicherweise gab der Serbe Kočović höhere Verlustzahlen für die Kroaten, Montenegriner und Roma an, während der Kroate Žerjavić höhere Verlustzahlen für die Serben, Muslime und Slowenen berechnete. Beide Statistiken weisen aber auch offensichtliche Lücken auf, etwa bei der Zahl der deutschen Bevölkerungsverluste oder hinsichtlich fehlender Angaben zu den Magyaren. Auch die Zahl der slowenischen Bevölkerungsverluste ist auf Grund neuer Erkenntnisse deutlich höher anzusetzen. Erst vor wenigen Jahren ordnete die Laibacher Oberstaatsanwaltschaft an, sämtliche Gräber der im und nach dem Krieg in Slowenien gewaltsam ums Leben Gekommenen feststellen und zahlenmäßig erfassen zu lassen. Nach der Bestandsaufnahme bis Ende 2004 wurden 13.685 getötete *Domobranci* erhoben. Eine eigens dafür eingesetzte Kommission vermutet freilich, dass auf dem Gebiet Sloweniens zwischen 1941 und 1946 etwa 95.000 ehemalige jugoslawische Staatsbürger, die vor dem Krieg auf dem Territorium des heutigen Staates Slowenien gelebt hatten, ums Leben gekommen sein dürften: 27.000

[2502] Bogoljub Kočović, Žrtve drugog svjetskog rata u Jugoslaviji (London 1985); Vladimir Žerjavić, Gubici stanovništva Jugoslavije u drugom svjetskom ratu (Zagreb 1989).

Kämpfer der Partisanen, 36.000 Zivilisten, 3500 Angehörige von Antipartisanen-Einheiten sowie mehr als 12.000 slowenische Soldaten, die von der deutschen oder italienischen Armee mobilisiert worden waren. „Mehr als 14.000 slowenische Zivilisten und Angehörige von Antipartisaneneinheiten wurden noch nach Kriegsende von den neuen slowenischen und jugoslawischen Machthabern ohne Prozess hingerichtet." Zu den Opfern auf slowenischem Gebiet sind auch mehr als 3400 vor allem von den Deutschen erschossene slowenische Geiseln sowie rund 1000 Deutsche und 550 Juden zu zählen, die vor dem April 1941 hier gelebt hatten. Wohlgemerkt: In die Gesamtzahl von 95.000 Kriegs- und Nachkriegstoten auf slowenischem Gebiet sind die ebendort getöteten *Ustaše*, *Domobrani* und *Četnici* nicht mitgerechnet.[2503]

Für eine exakte Statistik ist natürlich von der gesamten Vorkriegsbevölkerung auszugehen, einerlei welcher nationalen oder konfessionellen Zugehörigkeit. Zu den Kriegsverlusten in Jugoslawien gehören daher:

- die von den Besatzungsmächten verursachten Militär- und Zivilverluste, insbesondere die massenhaften Geiselerschießungen;
- die gezielte Verfolgung der Serben im „Unabhängigen Staat Kroatien" seitens der *Ustaše* mit massenhaften Todesfolgen;
- die organisierte Vernichtung der Juden und Roma seitens der deutschen Besatzungsmacht und der *Ustaše*;
- die militärischen und zivilen Opfer der „Bürgerkriege" zwischen *Ustaše*, *Domobrani*, Muslimen und *Domobranci* einerseits, *Četnici*, Partisanen und *Osvobodilna fronta* andererseits, aber auch die zwischen *Četnici* und Partisanen;
- die vor, bei und nach Kriegsende vor allem von den Partisanen liquidierten Gruppen von „feindlichen" Nationalitäten (Deutsche, Magyaren, Italiener) sowie von innenpolitischen Kriegsgegnern und „Klassenfeinden" (*Ustaše, Četnici, Domobrani, Domobranci*).

Daher soll in der folgenden Tabelle eine solche Gesamtübersicht der „Kriegstoten", also aller kriegsbedingt zu Tode gekommener Personen, auf jugoslawischem Gebiet versucht werden.

[2503] Mitja FERENC, Topografija evidentiranih grobišć, in: Jože Dežman (Hg.), Poročilo Komisije Vlade Republike Slovenije za reševanje vprašanj prikritih grobišč 2005-2008 (Ljubljana 2008) 7-26; VODOPIVEC, Von den Anfängen, 381.

Tabelle 21: Die Kriegsverluste in Jugoslawien nach Republiken (von 1945) und Nationalitäten (in Tausend)

Nationalität	Bosnien-Herzegowina	Kroatien	Makedonien	Montenegro	Serbien (o.AP)	Vojvodina	Kosovo	Slowenien	Ausland	**gesamt**
Serben	164	131	6	6	142	45	3	5	33	**535**
Kroaten	64	106	-	1	-	6	1	50	14	**242**
Muslime	75	2	4	4	13	-	2	-	3	**103**
Juden	9	10	-	-	7	7	-	-	24	**57**
Slowenen	-	2	-	1	-	-	1	93	6	**103**
Deutsche	1	6	-	-	1	58	-	2	19	**87**
Magyaren	-	2	-	-	-	10	-	-	-	**12**
Montene-griner	-	-	-	20	-	-	-	-	-	**20**
Roma	1	15	-	-	-	1	1	-	-	**18**
Albaner	-	-	-	4	-	-	14	-	-	**18**
Italiener	-	7	-	-	-	-	-	3	-	**10**
Makedonier	-	-	6	-	-	-	-	-	-	**6**
andere	2	3	1	1	4	1	1	-	-	**13**
Gesamt	**316**	**284**	**17**	**37**	**167**	**128**	**23**	**153**	**99**	**1,224**

Quellen: Vladimir Žerjavić, Manipulations with the Number of Second World War Victims (Zagreb 1993); Georg Wildmann – Hans Sonnleitner – Karl Weber, Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944-1948. Die Stationen eines Völkermordes (München 1998); Michael Portmann, Kommunistische Abrechnung mit Kollaborateuren, „Volksfeinden" und „Verrätern" in Jugoslawien während des Zweiten Weltkrieges und danach (1943-1950) (unveröffentlichte Diplomarbeit Wien 2002); Poročilo Komisije Vlade Republike Slovenije za reševanje vprašanj prikritih grobišč 2005-2009, red. Jože Dežman (Ljubljana 2008).

9. RACHE, VERGELTUNG, STRAFE

Uns, Herr, uns lass das alte Schwert ausgraben!
Lass Stahl in jedes Mannes Hände tauen!
Die Frauen dürfen leere Hände haben –
und nicht einmal die Frauen.

Friedrich Torberg „Rebellen-Gebet“ (Übersetzung des anonymen Gedichtes *Nad Hrobkou Českých Kralů* - „An der Grabstätte der Böhmischen Könige“)

Rache und Vergeltung entsprachen 1944/46 einem „tiefen Bedürfnis“ vieler Einwohner Europas, die deutsche Besatzungs-, Deportations- und Vernichtungspolitik erlitten hatten. Denn eine Mehrheit von Europäern hatte den Zweiten Weltkrieg nicht am militärischen Schlachtfeld erlebt, sondern als Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und KZ-Insassen, aber auch als Partisanen, Kollaborateure und „Mitläufer“. „In the annals of history, however, never have so many people been caught up in the process of collaboration, resistance, and retribution as in Europe during and after the Second Wolrd War.“ Aber auch die „tägliche Demütigung“ sollte nicht unterschätzt werden, denn: „Männer und Frauen wurden verraten und erniedrigt, tagtäglich zu kleinen Gesetzwidrigkeiten genötigt, bei denen jeder etwas und viele alles verloren“.[2504]

Beim Vormarsch der Roten Armee nach Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien, nach Mähren und Böhmen, in die Slowakei und nach Ungarn, durch den Banat, die Batschka und die Baranya, beim Vormarsch der jugoslawischen Partisanen durch die Vojvodina, Kroatien und Slowenien, bei der Evakuierung der Karpatendeutschen, beim Prager Aufstand, dem Brünner „Todesmarsch“ und dem Aussiger Pogrom, nicht zuletzt bei der Übernahme der neuen polnischen Westgebiete, ließen nicht nur sowjetische Soldaten, sondern auch polnische und tschechische Soldaten, Milizionäre und „Revolutionsgarden“, serbische, kroatische und slowenische Partisanen, sogar „Zivilisten“ aller Art, ihren Hassgefühlen gegenüber „den Deutschen“ freien Lauf. Dass Rache und Vergeltung der zumeist lange Unterdrückten überwiegend deutsche Frauen, Kinder und Greise traf und kaum die politisch und strafrechtlich Verantwortlichen – die Funktionseliten des Nationalsozialismus (Reichsprotektoren, Reichsstatthalter, Gauleiter, Kreisleiter, Volksgruppenführer etc.) und die Befehlshaber der deutschen Besatzungsmacht (Befehlshaber der Wehrmacht, Höhere SS- und Polizeiführer, Leiter der Gestapo-Leitstellen etc.) waren mit ihren Dienstautos meist „rechtzeitig“ geflohen –, machte die Verfolgungssituation für die betroffenen „Volksdeutschen“ weitgehend unverständlich. Erklärbar sind die gewaltsamen Reaktionen, die Deutsche bei ihrer Flucht und Vertreibung erfuhren, nur zum Teil „als Reflex auf die Germanisierungsideologie und Sklavenhaltermentalität, die Hauptbestandteil und Triebfeder der nationalsozialistischen Ostexpansion und Besatzungspolitik“ auf tschechischem und polnischem, slowenischem und serbischem, ukrainischem, weißrussischem und baltischem, zuletzt auch auf slowakischem, ungarischem und kroatischem Territorium gewesen waren.[2505]

Bereits während des Krieges waren in den alliierten Regierungen Ideen einer umfassenden Bestrafung der deutschen Nationalsozialisten erörtert worden – in Washington, London und Moskau sowie in den Exilregierungen. Auf Initiative

---

[2504] Judt, Geschichte Europas, 59; István Deák, Jan T. Gross, and Tony Judt (eds.), The Politics of Retribution in Europe. World War II and its Aftermath (Princeton 2000) 3.

[2505] Vgl. Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 23-54; Wolfgang Benz, Feindbild und Vorurteil. Beiträge über Ausgrenzung und Verfolgung (München 1996) 48-51.

Roosevelts und Churchills begann am 7. Oktober 1942 die *United Nations Commission for the Investigation of War Crimes* ihre Arbeit und ließ Unterlagen für die Prozesse gegen die Kriegsverbrecher sammeln. Am 30. Oktober 1943 verabschiedeten die Außenminister der drei Alliierten in Moskau die *Declaration of German Atrocities*, die festlegte, die höchsten Repräsentanten des Dritten Reiches gemeinsam abzuurteilen, und die den besetzten Staaten das Recht auf Auslieferung und Bestrafung jener Personen zusprach, die für die NS-Verbrechen verantwortlich waren. Auch wenn es in Washington radikale Vorstellungen der Gruppe um Finanzminister Henry Morgenthau gab, die gesamte deutsche Nation ökonomisch und kulturell zu bestrafen, setzte sich eine allgemeine Akzeptanz des Prinzips der Kollektivschuld bei den westlichen Regierungen nicht durch. Auch in den verhältnismäßig drakonischen Richtlinien JCS 1067 vom 26. April 1945 waren konkrete Personengruppen angeführt, die bestraft werden sollten:

> „Alle Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, die mehr als nur normale Beteiligte der Tätigkeit der Partei waren, alle aktiven Unterstützer des Nationalsozialismus und Militarismus, sowie alle weiteren Personen, die sich den Vorhaben der Alliierten feindlich gegenüberstellen, werden beseitigt und aus öffentlichen Institutionen und weiteren wichtigen Stellen quasi-öffentlicher und privater Unternehmen entlassen. […].“[2506]

Nach dieser Definition hatte eine große Zahl an deutschen Männern – aber sicher nicht „die absolute Mehrheit“, wie Pešek und Tůma mutmaßen – und ein Teil der deutschen Frauen, die in öffentlichen oder privaten Institutionen oder Betrieben tätig gewesen waren, mit Repressionen zu rechnen. Auch die Konfiskation von öffentlichem und privatem Eigentum war vorgesehen.[2507]

Sogar der deutsche Nobelpreisträger Thomas Mann, der am 14. Jänner 1945 aus den USA in der Sendereihe „Den deutschen Zuhörern“ über die ersten Konzentrationslager berichtete, die von der US-Armee befreit worden waren, sprach von einer „furchtbaren, nationalen Gesamtschuld“ der Deutschen. Die NS-Verbrechen seien nicht von einer „kleinen Zahl von Verbrechern“, sondern „von Hunderttausende[n] einer sogenannten deutschen Elite, Männer, Jungen und entmenschte Weiber […] unter dem Einfluss verrückter Lehren in kranker Lust“ verübt worden. Und am 30. Dezember 1945 kam Mann auf Hass, Rache und Kollektivschuld zurück, ohne notwendige Differenzierungen vorzunehmen:

> „Wem es längst vor den Bergen von Hass gegraut hat, die rings um Deutschland sich auftürmten, wer längst in schlaflosen Nächten sich ausgemalt hat, wie furchtbar das entmenschte Tun der Nazis auf Deutschland werde zurückschlagen müssen, der kann jetzt mit Erbarmen in dem, was Deutschen von Russen, Polen und Tschechen geschieht, nichts anderes sehen als die mechanische und unvermeidliche Reaktion auf Untaten, die ein Volk

---

[2506] Pešek – Tůma, Rechtsnormen, 136-138; vgl. Gerd R. Überschär (Hg.), Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943-1952 (Frankfurt am Main 2000).

[2507] Pešek – Tůma, Rechtsnormen, 139f.

als Ganzes übt, bei der es leider nicht nach individueller Gerechtigkeit, nicht nach Schuld und Unschuld des Einzelnen geht."[2508]

Gegenüber den deutschen Minderheiten im östlichen Europa wurde – mit Ausnahme von Rumänien – das Prinzip der Kollektivschuld angewendet. Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus Ostmitteleuropa sollen nach frühen Schätzungen über einer Million Deutschen das Leben gekostet haben. Nach einem Bericht des deutschen Bundesarchivs aus dem Jahre 1974 sind in sämtlichen Gebieten östlich von Oder und Neiße mehr als 400.000 Deutsche Opfer der Vertreibung geworden, in der Tschechoslowakei mehr als 130.000, in Jugoslawien mehr als 80.000. Da allerdings nach neuesten Forschungen von Rüdiger Overmans die Zahl der Militärtoten aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten wesentlich höher anzusetzen ist, schätzt er die Zahl der Vertreibungsopfer nun auf insgesamt etwa 500.000 Personen.[2509] In den 1990er Jahren wurden diese Verlustzahlen neu berechnet, nur für die „Donauschwaben" in der Vojvodina und Slawonien auch genau nach den Siedlungen und Familien gezählt, so dass die Opferzahlen (ohne Soldaten) nach unten revidiert werden mussten: für die Sudeten- und Karpatendeutschen auf 30.000 „Vertreibungsopfer", für die Donauschwaben auf etwa 60.000, für die Sloweniendeutschen auf maximal 2000.[2510] Hans-Ulrich Wehler legt allerdings neuerdings wieder höhere Verlustzahlen vor: Die Anzahl der überlebenden Vertriebenen beziffert er auf 12,45 Millionen, doch 1,71 Millionen seien „während der Vertreibungsaktionen oder auf der Flucht in den Westen umgekommen". Im einzelnen seien aus den deutschen Ostgebieten (von 1937) 6,66, aus der Tschechoslowakei 3,06, aus Polen (von 1937) 2,1 Millionen, aus Jugoslawien 238.000, aus Ungarn 210.000 und aus Rumänien 133.000 geflüchtet oder vertrieben worden.[2511] Lediglich die Zahl für Jugoslawien ist sicher zu gering angesetzt.

Sudeten- und Karpatendeutsche einerseits sowie Donauschwaben und Sloweniendeutsche andererseits haben sich nach 1918 zunehmend eindeutig als ethnische bzw. nationale Gruppen konstituiert und definiert. Dies galt nicht nur für ihre

---

[2508] Thomas MANN, Fragile Republik. Thomas Mann und Nachkriegsdeutschland, hg. von Stephan Stachorski (Frankfurt am Main 1999) 39; vgl. PEŠEK – TŮMA, Rechtsnormen, 132. Sperrung im Original.

[2509] Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 38-41, 46f., 51-53; OVERMANS, Deutsche Verluste, 299. Overmans berechnete die Zahl der deutschen Militärtoten auf über 4,8 Millionen. WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 4, nennt sogar 5,32 Millionen deutsche Militärtote: 4,2 Millionen für das Heer, 430.000 für die Luftwaffe, 140.000 für die Kriegsmarine und 300.000 für die Waffen-SS.

[2510] Jaroslav KUČERA, Statistik auf dem Holzweg: Einige Bemerkungen zu Berechnungen der sudetendeutschen Vertreibungsverluste, in: Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948 (Wien 1997) 141-154; vgl. Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien, Band IV: Menschenverluste – Namen und Zahlen zu Verbrechen an den Deutschen durch das Tito-Regime in der Zeit von 1944-1948, hg. von der Donauschwäbischen Kulturstiftung (München – Sindelfingen 1994).

[2511] WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 4, 944.

Selbsteinschätzung, sondern auch für ihre Behandlung seitens der Staatsorgane als nationale Minderheiten. Die Gruppenidentität wurde in den 1930er Jahren durch die Einflussnahme seitens des Deutschen Reiches und der nationalsozialistischen Volksgruppenpolitik noch verstärkt, besonders durch das Münchener Abkommen bzw. die Zusammenfassung der Jugoslawiendeutschen im „Schwäbisch-Deutschen Kulturbund" vor 1941. Freilich stellt sich die Frage, inwieweit die Schaffung des Protektorates Böhmen und Mähren 1939 bzw. die Aufteilung Jugoslawiens 1941 die Kohärenz der Volksgruppe geschwächt hat. Die unterschiedlichen Schicksale der ehemaligen Jugoslawiendeutschen im westlichen Banat, in der Batschka und Baranya, in Kroatien (mit Syrmien und Slawonien) und im besetzten Slowenien lassen für 1944/47 doch eine auseinandergerissene Gruppe erkennen.[2512]

Fragt man nach den Hauptursachen für die Mordaktionen gegen die Deutschen sowie für deren Vertreibung und Zwangsaussiedlung, so lassen sich für die Tschechoslowakei und Jugoslawien ziemlich ähnliche völkerrechtliche, nationalpolitische, sozial- und wirtschaftspolitische, machtpolitische, ideologische und massenpsychologische Motivketten erkennen:

1) Das Münchener Abkommen war zwar ein völkerrechtlicher Vertrag, allerdings einer zu Lasten eines Dritten, der zwar von der tschechoslowakischen Regierung, nicht aber vom tschechoslowakischen Parlament anerkannt worden war. Auch die Einrichtung des Protektorats Böhmen und Mähren stellte ein Oktroy Hitlers dar. Nach relativ geringen Widerstandshandlungen 1939 begannen seitens der Gestapo die Verfolgungen verschiedener tschechischer Intelligenzgruppen (Professoren, Studenten, Offiziere, Beamte), die nach dem Machtantritt Heydrichs sofort gesteigert wurden. Seine vom Exilpräsidenten angeordnete Ermordung zog eine ganze Reihe sehr gezielter Vergeltungsmaßnahmen nach sich. Besonderer Verfolgung waren die Juden der ehemaligen Tschechoslowakei ausgesetzt, die für mehr als zwei Drittel tödlich endete. Versuche zu bewaffnetem Widerstand, besonders der Slowakische Nationalaufstand, wurden von SS und Wehrmacht rücksichtslos niedergekämpft – auch mit dem Instrument individueller Geiselerschießungen. Mit diesem Terrorapparat wurde die tschechische (und slowakische) Bevölkerung nahezu bis Kriegsende eingeschüchtert und in Schach gehalten.

2) Der deutsche Überfall auf Jugoslawien war eine eindeutige Verletzung des Briand-Kellog-Paktes von 1928, also ein Bruch des Völkerrechts. Jugoslawien wurde völkerrechtswidrig zerstückelt, die Exilregierung in London ignoriert, Teilgebiete wurden annektiert (vor allem von Italien und Ungarn), andere Teile (Kroatien und Bosnien-Herzegowina) als neues Völkerrechtssubjekt etabliert, nur relativ wenige Gebiete (Kernserbien, Banat, Makedonien) unter Militärverwaltung gestellt. Deutschland und Italien begannen schon im Frühjahr 1941 mit Massenvertreibungen von Slowenen und tolerierten als „befreundete Mächte" die Serbenverfolgungen (Vertreibungen und Massenmorde) im „Unabhängigen Staat

---

[2512] Vgl. SUPPAN, Jugoslawien, 657-922; Jaroslav KUČERA, Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918-1938 (München 1999).

Kroatien", während Ungarn und Bulgarien in der Batschka bzw. in Makedonien mit rücksichtsloser Entnationalisierungspolitik vorgingen. Hitler und seine Generäle befahlen nicht nur massenhafte Geiselerschießungen an Zivilisten in Serbien nach einer Quote von 1:100, sondern forcierten auch die weitgehende Vernichtung der Juden in Serbien und beschleunigten die Vernichtungspolitik gegenüber den Juden im *Ustaša*-Staat. Die Besatzungsmächte waren lange Zeit nicht bereit, die aus den existenziellen Bedrohungen entstandenen Guerillabewegungen als Kombattanten anzuerkennen, d. h. viele Gefangene wurden kurzerhand erschossen. Die Gesamtlage begann sich erst grundlegend zu ändern, als der Vormarsch der Roten Armee aus Bulgarien und Rumänien die Ausdehnung der Partisanenbewegung bis nach Serbien ermöglichte.

3) Nach der nationalsozialistischen Besetzung der überwiegend tschechischen, slowenischen und serbischen Länder gab es daher bei der großen Mehrheit dieser Nationen – vor allem bei den besonders verfolgten politischen und kulturellen Eliten – keine weitere Bereitschaft mehr, mit den deutschen Minderheiten weiterhin zusammenzuleben. Hinter der Ausgrenzungsstrategie bei Tschechen, Serben und Slowenen waren sowohl Hass gegen die „Herrenvolk"-Mentalität mancher Sudetendeutscher, Donauschwaben und Untersteirer als auch Neid und Angst gegenüber der seit der Zeit der Habsburgermonarchie bestehenden, nach 1938/41 wieder führenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Position der deutschen Minderheiten zu erkennen. Diese konnten besonders die Sudetendeutschen im Reichsgau Sudetenland, die Schwaben im westlichen Banat und die Deutschen in der Untersteiermark ausbauen.[2513]

Aber: Der Staat stand nicht mehr für Recht und Gerechtigkeit. In den besetzten Ländern normal zu leben, hieß oft, gegen die Gesetze zu verstoßen. Die einfachen Leute waren gezwungen, auf dem Schwarzmarkt einzukaufen, Diebstahl zu begehen, Nachbarn zu denunzieren, um sich einen kleinen Vorteil bei den Besatzungsbehörden und Polizisten zu verschaffen. Bald ging jedes Gefühl für Anstand und Sitte verloren. Gewalt wurde Bestandteil des Alltags. Auch das Eigentum war nicht mehr geschützt. Zuerst wurde den Juden Geld, Besitz, Haus und Geschäft weggenommen, dann den Tschechen, Polen, Dänen, Norwegern, Niederländern, Belgiern, Luxemburgern, Franzosen, Slowenen, Serben, Griechen, Weißrussen, Ukrainern, Russen usw. Viele „Einheimische" wurden Profiteure der Eigentumsverschiebungen und Enteignungen und wollten diese 1945 auch KZ-Überlebenden vorenthalten.[2514]

4) Tschechen und Slowaken, Slowenen, Kroaten und Serben hielten den Sudeten- und Karpatendeutschen, den Untersteirern und Gottscheern sowie den Donauschwaben Illoyalität gegenüber der Tschechoslowakei bzw. Jugoslawien vor.

[2513] Vgl. Detlev Brandes, Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum ‚Transfer' der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen (München ²2005); Suppan, Jugoslawien, 690-732; Janjetović, Between Hitler and Tito, 39.

[2514] Judt, Geschichte Europas, 56.

Im Zentrum der Vorwürfe standen die Behauptungen, sowohl die Sudetendeutsche Partei als auch der Schwäbisch-Deutsche Kulturbund hätten sich als „fünfte Kolonne" verhalten. Hinsichtlich der Sudetendeutschen bezog sich der Vorwurf der Illoyalität einerseits auf ihr politisches Verhalten vor dem Münchener Abkommen 1938, andererseits auf ihre angebliche Mitwirkung am Protektorats-Regime. Kittel und Möller weisen mit Recht darauf hin, dass eine solche Bewertung nicht von der Tatsache absehen kann, dass die Sudetendeutschen im Jahre 1919 gegen ihren Willen und „unter Bruch des gerade proklamierten Selbstbestimmungsrechts" gewaltsam in den neuen tschechoslowakischen Staat eingegliedert worden waren. Ähnlich wie die Mehrheit der Tschechen im Jahre 1918 nicht mehr länger in der Habsburgermonarchie leben und ihren eigenen Nationalstaat haben wollten, wünschte sich die große Mehrheit der Sudetendeutschen im Jahre 1938 das Ausscheiden aus der Tschechoslowakei und den Anschluss an das Deutsche Reich. Auf die Politik der Sudetendeutschen Partei traf daher ab November 1937, spätestens ab März 1938, der Begriff der „fünften Kolonne" durchaus zu. Allerdings galt dies nicht für die Mehrheit der sudetendeutschen Sozialdemokraten, aber auch nicht für manche Liberale und Katholiken, die in schroffem Gegensatz zur NS-Diktatur standen.[2515]

Auch die Organisationen der deutschen Volksgruppen im Westbanat und im „Unabhängigen Staat Kroatien" entwickelten sich nach dem April 1941 zu einer Art „Staat im Staate", und durch den Eintritt in die Waffen-SS sowie die Mitwirkung bei der Partisanenbekämpfung wurden die Donauschwaben „zu einem Rad in der Unterdrückungsmaschinerie des Hitler-Regimes"; aber weder Donauschwaben noch Untersteirer hatten im April 1941 einen wesentlichen Beitrag zur Zerstörung Jugoslawiens geleistet.[2516]

5) Nicht nur massenhafte Umsiedlungs- und Vertreibungspläne von NS- und SS-Führern[2517] – die zu den betroffenen Völkern durchsickerten –, sondern vor allem konkrete Enteignungs-, Umsiedlungs- und Vertreibungsaktionen innerhalb Böhmens und Mährens, aus der Untersteiermark und Oberkrain sowie aus dem westlichen Banat, der Batschka, Bosnien und Kroatien – in den beiden zuletzt genannten Ländern allerdings vom *Ustaša*-Regime veranlasst – vermittelten Tschechen, Slowenen und Serben die existentielle Bedrohung ihrer Lage, besonders für die Zeit nach Kriegsende. Zugleich öffneten diese deutschen Pläne und Aktionen alle ethischen Schleusen, mit ähnlichen Gegenplänen und Gegenaktionen zu reagieren. Schließlich sollte nicht übersehen werden, dass Hitler selbst mit seiner am 6. Oktober 1939 im Reichstag ausgegebenen „Heim ins Reich"-Parole Umsiedlungen von deutschen Volksgruppen (Deutsche aus dem Baltikum, Wolhynien, Galizien, der Bukowina und Bessarabien) im großen Stil eingeleitet

---

[2515] Kittel – Möller, Beneš-Dekrete, 552-557.

[2516] Sundhaussen, Die Deutschen, 335f.

[2517] Vgl. Wolfgang Benz, Der Generalplan Ost. Zur Germanisierungspolitik des NS-Regimes in den besetzten Ostgebieten 1939-1945, in: Wolfgang Benz (Hg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen (Frankfurt am Main 1985) 39-48.

hatte. Auch die Möglichkeit der „Option“ für die Südtiroler und die Gottscheer gehört in diesen Zusammenhang.[2518]

6) Mit fortschreitender Brutalisierung des Krieges in Ost- und Südosteuropa[2519] nahmen die Pläne unter den NS-Kriegsgegnern zu, Vertreibungen und Zwangsaussiedlungen aller deutschen Minderheitenangehörigen – mit Ausnahme der „Antifaschisten“ – durchzuführen, letzten Endes also „ethnische Säuberungen“ zu veranlassen. Dass schließlich aber auch die „Antifaschisten“ ausgesiedelt wurden – vor allem aus der Tschechoslowakei –, lässt das nationalpolitische Motiv eindeutig als stärkstes Element in den Vordergrund treten. Anders als im Westen sahen die Exilregierungen und Widerstandsbewegungen die individuelle strafrechtliche Verfolgung nur als demonstrative Funktion im Gesamtprozess der Vertreibung und gingen von einer kollektiven Schuld fast aller Angehörigen der deutschen Volksgruppen für den „Hitler-Faschismus“ und dessen Verbrechen aus.[2520]

7) Sowohl der heimische Widerstand als auch die Exilpolitiker in London und Moskau plädierten auf Grund der mehrjährigen NS-Besatzungspolitik in Böhmen und Mähren, in Slowenien, dem westlichen Banat und Serbien – verbunden mit einer Reihe deutscher Kriegsverbrechen (z. B. in Kraljevo und Kragujevac im Oktober 1941, in Oberkrain und in der Untersteiermark seit dem Winter 1941/42, in Lidice und Ležáky im Juni 1942, in Unterkrain seit Herbst 1943, in der Mittelslowakei im September und Oktober 1944) – für Rache und Vergeltung. „Die deutschen Verbrechen während des Krieges bewirkten bei den Kriegsgegnern Deutschlands eine Beseitigung jener politisch-moralischen Hemmschwelle, die bis 1939 Vertreibungen im Kern Europas (wenn auch nicht in ganz Europa) für nicht realisierbar gehalten hatte.“[2521]

Die Widerstandsgruppen waren auch erpicht, „Kollaborateure“ zu identifizieren: „Männer und Frauen, die mit dem Besatzer zusammengearbeitet oder mit ihm geschlafen hatten, sich auf die Seite der Nazis oder Faschisten geschlagen, aus der Kooperation mit ihnen politische oder wirtschaftliche Vorteile gezogen hatten.“ Wenngleich es „Kollaboration“ nicht als juristisch definierten Straftatbestand gab, konnten Kollaborateure wegen Landesverrats vor Gericht gestellt werden.[2522]

2518 Am ausführlichsten und tiefschürfendsten: Brandes, Der Weg zur Vertreibung; für Südosteuropa: Milan D. Ristović, Nemački novi poredak i jugoistočna Evropa 1940/41-1944/45. Planovi o budućnosti i praksa (Beograd 1991).

2519 Vgl. Omer Bartov, Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges (Reinbek bei Hamburg ²2001); Klaus Schmider, Partisanenkrieg in Jugoslawien 1941-1944 (Hamburg – Berlin – Bonn 2002).

2520 Kittel – Möller, Beneš-Dekrete, 569.

2521 Wehler, Nationalitätenpolitik, 45-68; Tomasevich, Occupation, 64-82; Janjetović, Hitler, 50-58; Deutsche Politik im „Protektorat Böhmen und Mähren“ (Berlin 1997); Nećak, „Nemci“ na Slovenskem (Ljubljana 1998); Suppan, Adria, 391-422; Schwartz, Ethnische „Säuberung“, 551.

2522 Judt, Geschichte Europas, 60f. Allein in Frankreich wurden rund 10.000 Personen in „außergerichtlichen“ Verfahren getötet, in Italien – vor allem in der Emilia-Romagna und der Lombardei – annähernd 15.000; in Belgien wurden etwa 265 Männer und Frauen gelyncht oder exekutiert, in den Niederlanden weniger als 100.

8) Die kommunistischen, sozialistischen und nationalistischen Parteien bei Tschechen, Serben und Slowenen sahen in den Gewaltmaßnahmen gegen die Deutschen eine gute Gelegenheit, aktive Widerstandskämpfer und andere Parteigänger durch Vergabe enteigneter Immobilien zu belohnen und mit der Vertreibung der Deutschen ihre neue Macht von Beginn an zu stabilisieren. Auf alle Fälle sollte „die gesamte deutsche Bourgeoisie" – einschließlich des Adels – verschwinden, womit etwa Beneš die Kommunisten und Sozialdemokraten zu gewinnen trachtete. Wirtschaftliche Kalküle wurden hierbei ebenso auf die Seite geschoben, wie es die Nationalsozialisten gegenüber den Juden getan hatten. Mit der Deportation und Ermordung der Juden in den vielen mittel- und osteuropäischen Städten hatten die Nationalsozialisten auch Teile der alten Eliten liquidiert: Ärzte, Anwälte, Professoren, Bankdirektoren, Geschäftsleute. 1944/45 kam die Reihe an den anderen wichtigen Teil des Bürgertums – an die Deutschen. Hitlers Vernichtungspolitik hatte somit einen bis heute unabschätzbaren Nivellierungsprozess eingeleitet.[2523]

9) Die serbischen *Četnici* leiteten sowohl aus dem angeblichen „Verrat" ihrer Gegner als auch aus ihrer historischen wie aktuellen Opferrolle die Berechtigung, ja sogar die Pflicht zu Vergeltung und Rache ab. Die Rache – ein Schlüsselbegriff in der serbischen Nationalideologie des 19. und 20. Jahrhunderts – diene der Wiederherstellung der Ehre, Gerechtigkeit und Reinheit und sei daher „heilig und gottgefällig". „Wer sich nicht rächt, kann nicht heilig werden", lautet ein serbisches Sprichwort. Wer sich nicht räche, anerkenne die Minderwertigkeit der eigenen Rasse. Die Rache sei daher ein Problem der Ehre der serbischen Rasse. Eine solche Rache müsse praktisch in der Weise erfolgen, dass Volksgerichte organisiert werden, die Urteile fällen, und Spezialeinheiten gebildet werden, die diese Urteile vollstrecken. Rache bildete also einen der vier wichtigsten Leitbegriffe der *Četnik*-Ideologie (die anderen waren: Großserbien, serbische Hegemonie auf dem Balkan und serbische Wiedergeburt).[2524]

Was aber war Draža Mihailović, der Oberbefehlshaber der *Četnici*? – Patriot, Widerstandskämpfer, Kollaborateur? Was veranlasste seine bärtigen Männer, gegen die deutschen und italienischen Besatzungssoldaten zu kämpfen? Kämpften sie in erster Linie für die Befreiung ihrer Heimat? Oder kämpften sie auch für antikommunistische Ziele? Oder standen interethnische Konflikte mit den Kroaten und Muslimen im Vordergrund?[2525]

10) Die jugoslawische Volksbefreiungsbewegung unter Führung der KPJ sah – im Unterschied zur *Četnik*-Bewegung – in den Vergeltungsmaßnahmen der Besatzungsmächte eine Möglichkeit zur Radikalisierung der Bevölkerung. Sie passten auch durchaus in ihr Konzept, Hass zu erzeugen und durch die Existenzbedrohung den erwünschten Zulauf zu bekommen. So wurde auch der Kreislauf Besatzung,

[2523] Judt, Geschichte Europas, 54.
[2524] Sundhaussen, Geschichte Serbiens, 322.
[2525] Judt, Geschichte Europas, 52.

Widerstand, Vergeltung und Bürgerkrieg ständig genährt. Wer sich den Partisanen anschloss, wurde mit Lebensmitteln versorgt und bewaffnet. Tito und sein Politbüro waren aber auch bestrebt, ihre revolutionäre Machtübernahme mit der Ausschaltung und Liquidierung aller politischen Gegner – sowohl der Deutschen, Magyaren und Italiener als auch der *Ustaše, Domobrani, Četnici, Nedićevci* und *Domobranci* – zu verbinden. Wenn bei serbischen Partisanen aus der Vojvodina und slowenischen Partisanen aus der Untersteiermark Racheaktionen gegen die Deutschen im Vordergrund standen, so galt dies jedoch weniger für den Obersten Stab um Tito, dessen Vernichtungsaktionen stärker gegen die südslawischen Antikommunisten – die Hauptgegner im Bürgerkrieg – gerichtet waren.[2526]

11) Schließlich sollte man auch die Wirkung der sowjetischen Gewalttaten gegen deutsche Zivilpersonen auf West- und Südslawen nicht unterschätzen. Einheiten der Roten Armee, unterstützt durch den NKVD, verübten vor allem in den östlichen Reichsgebieten (Ostpreußen, Pommern, Ost-Brandenburg und Schlesien) sowie in den deutschen Siedlungsgebieten Zentral- und Westpolens, einschließlich Danzigs, eine Vielzahl an Verbrechen und Unmenschlichkeiten, wie Morde und Vergewaltigungen. Im Vordergrund der Ausschreitungen sowjetischer Truppen in der Tschechoslowakei standen Plünderungen und Vergewaltigungen. Rotarmisten drangen, wie es in den überlieferten Berichten häufig heißt, in die Wohnungen von Deutschen ein, zu denen ihnen insbesondere in gemischtsprachigen Gebieten der Weg von Tschechen gewiesen wurde. Auch erhielten sie Zugang zu Lagern, in die die deutsche Bevölkerung vom tschechischen Sicherheitsdienst verbracht worden war. Auch in der Vojvodina bestanden die Gewaltakte der Roten Armee insbesondere in Vergewaltigungen von Frauen und Plünderungen, darüber hinaus in der Deportation von arbeitsfähigen Männern und Frauen.[2527]

Stalin und seine Marschälle hatten für die noch in Ostmitteleuropa zurückgebliebenen und von der Roten Armee überrollten Deutschen neben Massenvergewaltigungen und willkürlichen Morden auch zielgerichtete Deportationen arbeitsfähiger Männer und Frauen vorgesehen, vor allem um den eklatanten Mangel an jüngeren Männern – vom Jahrgang 1922 war etwa jeder zweite ums Leben gekommen (!) – auszugleichen. Für die Spezialaufgabe der „Auskämmung" nach jüngeren Männern und Frauen wurden Deportationsexperten des NKVD eingesetzt, die bereits seit 1939 innerhalb der Sowjetunion Erfahrungen mit massenhaften Zwangstransfers gewonnen hatten. Ab Mitte Dezember 1944 wurden „alle deutschen Männer zwischen 17 und 45 und Frauen zwischen 18 und 30 Jahren", derer man habhaft werden konnte, zur Arbeit mobilisiert. Dazu gehörten einerseits zahlreiche vom NS-Regime umgesiedelte Volksdeutsche, andererseits Deutsche

---

[2526] Vgl. Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 48-52; Schlarp, Wirtschaft und Besatzung, 156.

[2527] Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 23-34, 42, 48; Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944-1948. Die Stationen eines Völkermords, hg. vom Arbeitskreis Dokumentation der Donauschwäbischen Kulturstiftung (München 1998) 73-79; Edvard Beneš, Paměti. Od Mnichova k nové válce a k novému vítězství (Praha 1947) 322f.

aus Ostpreußen, Pommern, Neubrandenburg, Schlesien, dem Sudetenland, der Slowakei, Siebenbürgen, dem Banat und der Batschka. Gerhard Reichling gibt insgesamt eine mit Sicherheit überhöhte Zahl von etwa einer Million Deportierten an – 350.000 aus den deutschen Ostgebieten, 460.000 aus Vorkriegspolen, 80.000 Rumäniendeutsche, 40.000 Jugoslawiendeutsche, je 30.000 Ungarn- und Sudetendeutsche sowie 10.000 Baltendeutsche; von diesen sollen bis 1950 nur 300.000 die Sowjetunion wieder verlassen haben. Das NKVD registrierte hingegen bis Anfang 1946 lediglich 190.000 Deportierte – unter ihnen 51.000 Frauen. Jan Foitzik schätzt zwar eine Gesamtzahl von mindestens 330.000, kann aber auch für die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands (SBZ) keine einigermaßen exakte Zahl festlegen.[2528]

Zwar erließ Innenminister Berija bereits am 16. April 1945 eine Weisung an das NKVD, „die generelle Deportation der Zivilinternierten zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion" für den Bereich der SBZ nicht mehr fortzusetzen, sondern „vor Ort Gefängnisse und Lager" einzurichten, aber politisch verdächtige oder missliebige Deutsche und Österreicher – meist als „Faschisten" bezeichnet – wurden noch Jahre später zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt und kamen zum Teil erst 1955 zurück.[2529]

[2528] SCHWARTZ, Ethnische „Säuberung", 576-579; vgl. Gerhard REICHLING, Die deutschen Vertriebenen in Zahlen, Teil 1: Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940-1985 (Bonn 1986); Jan FOITZIK, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949: Struktur und Funktion (Berlin 1999).

[2529] SCHWARTZ, Ethnische „Säuberung", 579; FOITZIK, Sowjetische Militäradministration, 58. Auch Stefan KARNER, Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941-1956 (Wien – München 1995) 33-38, kann keine Zahl der aus Österreich Verschleppten nennen.

IN DER TSCHECHOSLOWAKEI

Der Ende Dezember 1989 neu gewählte Präsident der Tschechoslowakischen Republik, der Dichter Václav Havel, nahm bereits am 15. März 1990, während eines Empfanges für den deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker auf der Prager Burg, zur Vertreibung der Sudetendeutschen Stellung: „Sechs Jahre nazistischen Wütens haben zum Beispiel ausgereicht, dass wir uns vom Bazillus des Bösen anstecken ließen, daß wir uns gegenseitig während des Krieges und danach denunzierten, dass wir – in gerechter, aber auch übertriebener Empörung – uns das Prinzip der Kollektivschuld zu eigen machten. Anstatt ordentlich all die zu richten, die ihren Staat verraten haben, verjagten wir sie aus dem Land und belegten sie mit einer Strafe, die unsere Rechtsordnung nicht kannte. Das war keine Strafe, das war Rache. Darüber hinaus verjagten wir sie nicht auf der Grundlage erwiesener individueller Schuld, sondern einfach als Angehörige einer bestimmten Nation.“[2530]

Die NS-Herrschaft im Protektorat Böhmen und Mähren hatte unter den Tschechen etwa 40.000 Todesopfer gefordert – in Konzentrationslagern und Gefängnissen, durch bewaffnete Auseinandersetzungen, Hinrichtungen und Geiselerschießungen, durch Arbeitseinsätze und Bombenangriffe etc. – und hatte damit das über 800jährige Zusammen- und Nebeneinanderleben von Tschechen, Deutschen und Juden in den böhmischen Ländern weitgehend zerrüttet. Der „totale Krieg“ hatte zu totaler Ausgrenzung geführt, gegenüber den böhmisch-mährischen Juden sogar zum Völkermord mit nahezu 80.000 Toten. Furcht, Angst, Hass und Revanchegefühle wurden sechs Jahre hindurch aufgestaut.

Edvard Beneš als Exil-Präsident

> „In seltsamer Umkehrung des Verhältnisses vor dem Kriege leistete sich die einzige parlamentarische Demokratie östlich des Rheins im Exil eine persönliche Diktatur Beneš’. […] Diese Entwicklung erklärt sich daraus, dass Beneš auch vor dem Krieg die Außenpolitik seines Landes fast allein bestimmt hatte und sich durch den Vorrang der Außenpolitik im Exil nun auch in den übrigen reduzierten Bereichen durchsetzen konnte.“[2531]

[2530] Felix Ermacora, Die sudetendeutschen Fragen. Rechtsgutachten (München 1992) 17.

[2531] Detlef Brandes, Großbritannien und seine osteuropäischen Allierten 1939-1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran (München 1988) 49.

Gilt diese These auch für die Bestrafung und Vertreibung der sudetendeutschen Bevölkerung? – Bereits auf der Eröffnungs-Sitzung des Staatsrates am 11. Dezember 1940 erklärte Exil-Präsident Beneš, dass

> „all our resistance movement exists as a continuation of the First Republic, as the Czechoslovak State, and in accordance with that it carries on: it is subject to its constitutional and other laws, the army and its offices function in that respect and within a legal and political tradition of the First Republic“.[2532]

Beneš war nach seiner Abreise aus Prag im Oktober 1938 politisch nicht untätig geblieben und hatte etwa am 16. März in Telegrammen an Roosevelt, Chamberlain, Daladier und Litvinov gegen die Okkupation der böhmischen Länder und die Ausrufung eines Slowakischen Staates protestiert. Nach seiner Rückkehr nach Großbritannien im Juli 1939 traf Beneš sehr bald nicht nur seine alten Bekannten Robert William Seton-Watson und Wickham Steed sondern auch die Politiker bzw. Diplomaten Winston Churchill, Anthony Eden, Lord Robert Cecil, Sir Archibald Sinclair, Nevile Henderson und Harold Nicolson. Auch der französische Ministerpräsident Daladier und der sowjetische Botschafter in London, Ivan Majskij, gehörten bald zu seinen Gesprächspartnern. Am 17. November 1939, am Tag der Deportation von etwa 1200 tschechischen Hochschülern in Konzentrationslagern, bildete der ehemalige Präsident Beneš in London mit den Politikern Msgr. Jan Šrámek und Hubert Ripka, den Diplomaten Štefan Osuský und Juraj Slávik sowie den Generälen Sergej Ingr und Rudolf Viest einen „Tschechoslowakischen Nationalausschuss“. Freilich begann bald ein Zwist zwischen den tschechischen und slowakischen Mitgliedern über die slowakische Frage. Nach der deutschen Eroberung Frankreichs aber teilte die Regierung Churchill am 18. Juli 1940 mit, dass sie „im Prinzip“ eine provisorische tschecho-slowakische Regierung anerkenne.[2533]

Nachdem Reichsprotektor Neurath im April 1941 dem *Sokol* jegliche Tätigkeit untersagt und dessen Vermögen beschlagnahmt hatte – die Auflösung erfolgte erst im Oktober 1941 – hielt Beneš eine scharfe Rundfunkansprache an die Heimat:

> „Nach der Plünderung unserer Sokolgemeinden wird es keinen einzigen Tschechoslowaken geben, der noch glauben könnte, dass Hitler-Deutschland nicht unsere ganze Nation vernichten will. Denkt daran, werdet nicht müde und rüttelt das Gewissen aller Männer, Frauen und Kinder wach. Und besonders das der Kinder. Euren Jungen und Mädchen bringt es täglich bei, dass sie sich das gut merken und niemals vergessen, wie die rohe Hand der Nazis respektlos das große nationale Kulturgut angetastet hat, das der Sokol darstellt, der in der ganzen Welt immer Respekt und Achtung hervorrief. Die an der Sokolschaft verübte nazistische Willkür ruft nach Rache. Die Rache Gottes wird kommen.“[2534]

Nach den Angaben des *Czechoslovak Exil Ministry of Social Care*, das sich einerseits um die soziale Sicherheit der tschechoslowakischen Staatsbürger in

[2532] Edvard Beneš, Šest let exilu a druhé světové války (Praha 1947) 264.
[2533] Zeman, Beneš, 210-244.
[2534] Juraj Slavík, Boži pomsta přijde [Die Rache Gottes wird kommen], in: Čechoslovák (London), April 25th, 1941; zitiert nach: Odsun 2, 199f.

Großbritannien und im übrigen Ausland kümmerte – für die Soldaten war allerdings das *Czechoslovak Ministry of National Defense* zuständig –, andererseits um die Planung des Wiederaufbaus der sozialen Sicherheit in der Nachkriegs-Tschechoslowakei, lebten um die Mitte 1941 bereits an die 100.000 tschechoslowakische Staatsbürger in Großbritannien. Die erste Gruppe, genannt *denizens*, war bereits in der Zwischenkriegszeit (vor München) oder sogar früher nach Großbritannien gekommen, die zweite Gruppe während der „Zweiten Republik“ (hauptsächlich über die Niederlande, Belgien und Frankreich), die dritte nach Errichtung des „Protektorats“ (hauptsächlich über Polen, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien und Italien) und die letzte Gruppe bereits während des Krieges über Kleinasien und Nordafrika. Immerhin konnte Minister František Němec im September 1941 der Presse mitteilen: „There is not a single refugee who would be starving.“[2535]

Nach der Vereinbarung zwischen der UdSSR und der tschechoslowakischen Exilregierung in London vom 18. Juli 1941 gab Moskau eine Weisung an die tschechoslowakischen Genossen in den USA und Großbritannien, mit der Regierung von Beneš zusammenzuarbeiten und in die tschechoslowakischen Militärformationen einzutreten.[2536] Das Attentat auf Heydrich und die NS-Verfolgungsmaßnahmen hinterließen auch in Moskau großen Eindruck. Allerdings war Dimitrov in der Komintern über die wirkliche Lage im Protektorat wenig informiert, wenn er am 5. Juni 1942 in sein Tagebuch schrieb:

> „In Czechoslovakia fascist Germany is waging a war of extermination of the Czechs by any and all means. A nat[ional] liberation war by the Czech people must oppose this. The centr[al] problem is the organization of that partisan war.“[2537]

Als Beneš im Dezember 1943 zum zweiten Mal nach 1935 Moskau besuchte und nach der Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages ausführlich mit Stalin und Molotov konferierte, berichtete KSČ-Chef Gottwald Dimitrov von einigen radikalen Standpunkten Beneš’. Er anerkenne, dass die KSČ die stärkste Partei der Tschechoslowakei sei und in der künftigen Regierung eine führende Rolle einnehmen müsse; daher schlage er auch vor, dass die Kommunisten einen Repräsentanten in die Londoner Exilregierung entsendeten. Das klang in den Ohren von Dimitrov so unglaublich, dass er Gottwald warnte: Beneš wolle ihm nur die Hände binden, damit er während der Zerstörung Deutschlands keine Aktionsfreiheit habe und ihn – wenn er kann – diskreditieren könne. Daher sollte er, Gottwald, nicht an der gegenwärtigen Exilregierung mitwirken, sondern die Bildung einer neuen provisorischen Regierung verlangen; ferner solle er einen Block formieren, beste-

---

[2535] Čechoslovák, September 5th, 1941.

[2536] Banac, Dimitrov, 182. Auch Außenminister Eden teilte am selben Tag dem Exil-Außenminister Jan Masaryk mit, dass der König einen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Präsident Beneš akkreditiert habe. – Odsun 2, 221f.

[2537] Banac, Dimitrov, 222.

hend aus der KSČ, den Beneš-Anhängern und den Sozialdemokraten; schließlich solle er den Kampf gegen die Deutschen in der Tschechoslowakei intensivieren und eine Partisanenbewegung schaffen.[2538]

Aber Dimitrov hatte den angeblichen Macchiavellismus Beneš' bei weitem überschätzt, denn der Exil-Präsident suchte vor allem nach der Unterstützung Stalins und Molotovs bei der Vertreibung der Deutschen. In seinem Gespräch mit Molotov am 14. Dezember 1943 kam Beneš sehr bald auf die Bestrafung der Deutschen – besonders der Sudetendeutschen – zu sprechen:

> „Our Germans are responsible for Munich, for the German invasion, and for everything that followed. They are the first to have taken responsibility for the war. War criminals from Germany itself are another story. But the punishment of our Germans is the big thing for us. There will be few guilty people among the Czechs, more among the Slovaks, but surely 90 per cent among our Germans."[2539]

Außerdem teilte Beneš Molotov seine Absicht mit, vor Abschluss eines Waffenstillstands die Alliierten zu fragen, „that our right to occupy our pre-Munich boundaries be made pre-condition of the armistice".

Zum 60. Geburtstag Edvard Beneš' am 28. Mai 1944 organisierten zwei Tage zuvor alle tschechoslowakischen Organisationen in Großbritannien eine Geburtstagsfeier mit 800 Gästen. Der Historiker Odložilik von der Karls-Universität hielt die *laudatio*. Am 27. Mai überbrachte der britische Botschafter Philip Nichols als Doyen des Diplomatischen Corps die Geburtstagswünsche. Beneš antwortete, „that he thought he could affirm that his nation had ‚honourably fulfilled the mission with which it has been entrusted in these difficult and turbulent years after the last war.' He himself had personally tried to do his best. ‚Even during the momentary blackout of our national independence our nation has never ceased to keep alive the fundamental forces which have always saved it in the darkest hours of its history.'"[2540]

Als Ende Dezember 1944 eine Delegation slowakischer Kommunisten nach Moskau kam und mit Gottwald, Kopecký, Appelt und Dimitrov konferierte, brachten sie auch ihren Standpunkt zur Geltung, dass die künftige Tschechoslowakei ein Staat der Tschechen und Slowaken, also zweier separater Völker, sein müsse, und stellten sich gegen die Position Beneš', der nach wie vor von einem tschechoslowakischen Volk und einem tschechoslowakischen Staat sprach.[2541]

Ende März 1945 besuchte Beneš zum zweiten Mal Moskau und schloss mit Gottwald ein Abkommen über die Bildung der künftigen provisorischen tschechoslowakischen Regierung. Als Ministerpräsident wurde der linke Sozialdemokrat und frühere Gesandte in Moskau, Zdeněk Fierlinger, vorgesehen, als seine fünf Stellvertreter Gottwald, der Sekretär der slowakischen KP, Viliam Široký, der Christdemokrat Jan Šrámek sowie Josef David und Ján Ursíny, als Innenmi-

[2538] Banac, Dimitrov, 289.

[2539] Minute by Smutný of the political conversation between Beneš and Molotov, Moscow, 14 December 1943, in: Mastný, The Beneš-Stalin-Molotov Conversations, 381.

[2540] Sayer, Bohemia,

[2541] Banac, Dimitrov, 350.

nister Václav Nosek, als Verteidigungsminister General Ludvík Svoboda.[2542] Vor ihrer Abreise empfing Dimitrov Gottwald und Široký, mit denen er das Kaschauer Programm besprochen hatte. Dimitrov wies die tschechoslowakischen Genossen auch an, mit der sowjetischen Regierung Verhandlungen bezüglich der Karpato-Ukraine zu führen.[2543]

Die Annullierung von München

Die große Mehrheit der Sudetendeutschen hatte nicht nur den Anschluss des Sudetenlandes an das Reich, sondern auch den Einmarsch deutscher Truppen in Prag und Brünn begrüßt. Dies galt offensichtlich auch für die Schließung der tschechischen Universitäten und Hochschulen. Ein aus dem Altreich gekommener Oberlandrat berichtete zur Jahreswende 1939/40 aus Zlín, dass vielen Sudetendeutschen dieses Vorgehen noch nicht hart genug gewesen sei, „um die Tschechen für längere Zeit von ähnlichen Aktionen abzuschrecken“. Andererseits verstünden viele Tschechen diese Schließung nicht als Strafe für die Demonstrationen, sondern als „Maßnahme im Volkstumskampf“. Der „außerordentlich tiefe und hartnäckige Hass zwischen den Volksdeutschen und den Tschechen“ erwecke den Eindruck, dass „ein Zusammenleben zwischen Deutschen und Tschechen zumindest in der jetzigen Generation ein unlösbares Problem sein wird“. Die bedeutende Widerstandsgruppe „Politisches Zentrum“ bestätigte indirekt diesen Stimmungsbericht, wenn sie meinte, dass sich das tschechische Volk für den 17. November 1939 „ungeheuerlich rächen“ werde.[2544]

Der wie Beneš nach London exilierte Parteivorsitzende der sudetendeutschen Sozialdemokraten, Wenzel Jaksch[2545], hoffte noch im Herbst 1940 in einem ge-

[2542] Banac, Dimitrov, 364f. Široký gehörte bereits seit 1935 dem Politbüro der KSČ an, wurde 1941 aus Moskau in die Slowakei zurückgeschickt, dort verhaftet und zu langer Kerkerstrafe verurteilt; im Februar 1945 konnte er entkommen und sich in die UdSSR durchschlagen. Svoboda war 1939 mit seiner Einheit über Polen in die UdSSR entkommen, wo er nach dem deutschen Angriff die tschechoslowakischen Einheiten zusammenfasste und innerhalb der Roten Armee kommandierte.

[2543] Banac, Dimitrov, 365. Der gelernte Soziologe Beneš führte nun neben „Demokratie“ [demokracie] auch den Begriff „Volksherrschaft“ [lidovláda] ein, um das Kaschauer Programm zu rechtfertigen.

[2544] Brandes, Tschechenpolitik, 135.

[2545] Wenzel Jaksch, geb. 1896 in Langstrobnitz, Bezirk Kaplitz in Südböhmen, gest. 1966 in Wiesbaden, stammte aus einfachsten Verhältnissen, ging 1910 als Maurerlehrling nach Wien und arbeitete im Ersten Weltkrieg als Munitionsarbeiter. Nach seiner Rückkehr nach Südböhmen 1919 wurde er Sekretär des sozialdemokratischen Kleinbauernverbandes in Teplitz, 1924 Redakteur beim DSAP-Zentralorgan „Sozialdemokrat“ in Prag und vertrat zwischen 1929 und 1938 einen westböhmischen Wahlkreis im Prager Parlament. Nachdem auch die DSAP als letzte staatstreue deutsche Partei die Mehrzahl ihrer Wähler an die SdP verloren hatte, konnte sich Jaksch gegen die orthodoxe Führung der DSAP unter Ludwig Czech durchsetzen und wurde im März 1938 zum Parteivorsitzenden gewählt. Nach der Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich organisierte Jaksch mit internationaler Hilfe die Auswanderung von etwa 3000 gefährdeten su-

meinsam mit seinem Stellvertreter Richard Reitzner verfassten Rundschreiben an seine Genossen im Exil, dass der Krieg „in einer freiheitlichen sozialen Revolution münden [werde], in welcher nicht Nation gegen Nation stehen, sondern die progressiven Elemente aller beteiligten Völker eine gemeinsame Aufgabe haben. Sehr wichtig wird dabei die Abgrenzung gegenüber den totalitären Ansprüchen des Stalinismus in Zentraleuropa sein“. Beneš hingegen fürchtete, dass eine solche Revolution oder ein Militärputsch in Deutschland mit einem anschließenden Kompromissfrieden die geplante radikale Reduktion der deutschen Minderheit vereiteln könnte. Für diesen Notfall stellte Beneš im Herbst 1940 Jaksch die Aufnahme mehrerer deutscher Vertreter in den „Staatsrat“, eine Art Ersatzparlament im Exil mit beratender Funktion, in Aussicht.[2546]

Bereits Ende November 1940 sandte Vladimír Krajina vom „Politischen Zentrum“ eine unmissverständliche Warnung an Beneš: „Im Volk wächst ein schreckliches Verlangen nach Vergeltung, das zu regulieren, sehr schwer, wenn nicht unmöglich sein wird. […] Das Volk sieht seinen Lebensraum in den historischen Grenzen und hält die Deutschen für Einwanderer, die ausgesiedelt werden müssen. Wer sich dagegen stellt, wenn auch aus staatsmännischer Weisheit, verliert die Möglichkeit, irgendetwas anderes Gutes zu verteidigen.“[2547]

Auch der Verbindungsmann zwischen der Widerstandszentrale und der Protektoratsregierung, der ehemalige Diplomat Bořek-Dohalský, berichtete Beneš Anfang September 1941 von einer ziemlich verhärteten Stimmung der Tschechen gegenüber den Sudetendeutschen und warnte vor Verhandlungen mit dem sudetendeutschen Exil:

> „Alles, was aus Berlin kam, wird mit aller Grausamkeit gerade von den Sudetendeutschen umgesetzt. Die Erschießungen, Konfiskationen, die Einkerkerungen führt Frank durch, der Sudetendeutsche. Die größten Bestialitäten im Sudetenland begehen die dortigen Sudetendeutschen. […] Die Stimmung würde sich mit voller Kraft gegen die Londoner Regierung richten bei der Erwähnung irgendwelcher Verhandlungen mit den Sudetendeutschen oder gar im Falle ihrer Beteiligung an unserer Politik.“[2548]

Beneš registrierte auch die weitere Verschärfung der Lage im Protektorat seit dem Eintreffen Heydrichs und erklärte in einer Adresse an den Staatsrat vom 25. November 1941 – die er auch Jaksch gezeigt hatte –, dass „everybody who sin-

---

detendeutschen Sozialdemokraten nach Großbritannien, Schweden und Kanada. Im Londoner Exil gelang es Jaksch freilich nicht, an die vormals guten Beziehungen zur tschechoslowakischen Regierung anzuknüpfen und deren Aussiedlungsplanungen hintanzuhalten. Nach der Rückkehr aus dem Exil 1949 wurde Jaksch Leiter des hessischen Landesamtes für Vertriebene und gehörte von 1953 bis 1966 dem Bundestag an. – Martin Bachstein, Wenzel Jaksch, in: Neue Deutsche Biographie, 10. Bd. (Berlin 1974) 326f.

2546 Rundschreiben Jaksch und Reitzner vom 23. Oktober 1940, AÚTGM, Pozůstalost Klecandy [Nachlass Klecanda], Akte 212, zitiert nach: Brandes, 1945, 226.

2547 Brandes, Protektorat I, 182.

2548 Bořek-Dohalský an Beneš, Prag, 7. September 1941, in: Jitká Vondrová (ed.), Češi a sudeteoněmecká otázka (Praha 1994) Dok. Nr. 39, zitiert nach: Brandes, 1945, 227.

cerely fights the Germany of to-day is our ally. Every Czechoslovak subject who is genuinely opposed to everything that is Nazist and everything what the Nazis in our country want to do, have done and are doing, may join us and co-operate with us." Und zur Zukunft der Deutschen in der Tschechoslowakischen Republik nach der Niederlage NS-Deutschlands:

> „[…] As far as I know views of our politically ripe people at home, they are on the whole in agreement with what is at present being discussed between the Allied Governments and what will probably be, as Prime Minister Winston Churchill himself indicated, one item in the future negotiations about the preliminaries and the peace: It will be necessary to punish all those guilty of the present war, and that everywhere, without exception and without mercy. Punishment will have to be meted out especially to those who took part, directly or indirectly, in all the treacheries and bestialities of the Henleinists, Nazis and the Gestapo, who helped to persecute our people, to humiliate it morally, humanly and nationally; to destroy, steal and rob the occupied countries and their populations, those who betrayed, robbed and murdered."[2549]

Im Jahre 1942 war nicht nur die alliierte Politik, sondern auch die westliche Publizistik immer weniger bereit, zwischen den politischen Strömungen unter den Sudetendeutschen zu differenzieren. So schrieb etwa Sheila Grant Duff – 1936/37 Korrespondentin für *The Oberserver* in Prag – in ihrem Buch *A German Protectorate. The Czechs under Nazi Rule*:

> „[…] The way in which all prominent Sudeten Germans, Nazis and Activists alike, climbed on to the Nazi band-wagon and trumpeted their racial superiority is one of the most farreachingly disastrous developments in the Czech-German situation. Even many Sudeten German ‚Democrats' who went abroad pursued in their relations with the Czechs an unclear and opportunist policy which bodes ill for the future collaboration in that area."[2550]

Wenzel Jaksch, der von der Autorin wie eine Reihe prominenter tschechischer Politiker interviewt worden war, schrieb vor allem wegen dieser Passage einen Protestbrief an den Staatssekretär Ripka, den Minister Feierabend, an Beneš' politischen Sekretär Drtina, an das Staatsratsmitglied Fürth (Fírt), an Oberst Moravec und Oberstleutnant Bartík, da er eine Beeinflussung der Autorin durch die tschechoslowakische Exilregierung vermutete:

– Die sozialdemokratischen Toten (wie der Abgeordnete Heeger, der Senator Stark und Dr. Emil Strauß) und die Tausenden Genossen in den Konzentrationslagern seien keine Demokraten in Anführungszeichen.
– Grant Duff, die oft an sozialdemokratischen Versammlungen und Kundgebungen teilgenommen habe, habe ihre Meinung in einer Weise geändert, dass eine Auslegung bona fide ausgeschlossen sei.
– Die besten unserer Funktionäre seien auf einem „Nazi band-wagon" in ein Konzentrationslager geschafft worden.

[2549] Czechoslovak Government in Exile, Statement of the Principles with Regard to the Resolution of the Sudeten German Social Democratic Party, London, summer 1942, in: Prinz, Jaksch – Beneš, 151-160.

[2550] Vgl. Sheila Grant Duff, A German Protectorate: The Czechs under Nazi Rule (London 1942).

– „Vergessen Sie Masaryks Wort nicht: Die Wahrheit siegt: Ja, meine Herren, die Wahrheit wird siegen.“[2551]

Prokop Drtina gab bereits nach drei Tagen seiner „großen Überraschung“ Ausdruck und lehnte es ab, für das Buch von Sheila Grant Duff verantwortlich gemacht zu werden. Sie habe von ihm ausschließlich Informationen über Präsident Hácha, über die Protektorats-Regierung und über den Widerstand im Protektorat erhalten. Im Übrigen erinnerte er Jaksch an die gemeinsamen Diskussionen im Klub *Přítomnost* [Gegenwart], in denen die Möglichkeit tschechisch-deutschen Zusammenlebens auf der Grundlage demokratischer Gleichberechtigung nie in Zweifel gezogen worden sei und an Jaksch’ Besuch auf der Prager Burg am 22. September 1938. Schließlich habe er, Drtina, noch am 31. Mai 1942 – an einem Tag, an dem die Nationalsozialisten im Protektorat 44 Tschechen hinrichten ließen – in der tschechischen Rundfunksendung der BBC hervorgehoben: „[…] Ich weiß, dass es auch anständige Deutsche gibt und dass sie an alledem unmittelbar menschlich leiden wie wir – und vielleicht deshalb, weil sie Deutsche sind, noch mehr als wir.“ Am 5. Juni 1942, dem Datum des Briefes von Jaksch, seien in Prag 30 Tschechen hingerichtet worden, unter ihnen Drtinas Mitschüler und Freund Professor Jaromír Šámal, ein Sohn des zu Tode gemarterten Kanzlers Šámal. Daher räumte Drtina auch schon ein: „Wenn ich bei meinen Grundsätzen bleibe, so bedeutet dies nicht, dass ich nach all den Ereignissen, die geschehen sind, das gleiche Vertrauen habe, dass das deutsche Volk in seiner Mehrheit heute fähig ist, einen Weg zur humanitären Demokratie und dadurch auch zu einer gerechten Lösung der nationalen Fragen zu finden.“ Nach dem Bericht über Lidice musste er mit Bedauern feststellen, „dass die Kluft zwischen dem tschechischen und deutschen Volk in der Tschechoslowakei wiederum vertieft worden ist“.[2552]

Der Staatssekretär im tschechoslowakischen Exil-Außenministerium, Hubert Ripka, ein ehemaliger Freund von Jaksch, verteidigte sogar Miss Grant Duff, auch den von Jaksch inkriminierten Satz:

> „[…] Und diese Deine Politik, die mit verschiedenen Modifikationen und Wendungen vom Jahre 1939 bis heute durchgehalten wurde, hat um so mehr Erstaunen hervorgerufen, je bekannter der standhafte, demokratische und tschechoslowakisch-patriotische Standpunkt geworden ist, den Du im Jahre 1938 so mannhaft und opferbereit vertratest, so dass Du Dir damals Ehre und Ansehen bei allen tschechoslowakischen Patrioten und Demokraten in den übrigen Ländern erworben hast. […] Weil Du in Deinem Brief vom 5. Juni 1942 ausdrücklich meine Teilnahme an der großen Kundgebung in Karlsbad im Sommer 1938 erwähnst, halte ich mich in der Tat für einen besonders berufenen Zeugen, um darzulegen, dass wir in Wenzel Jaksch, wie er seit 1939 in der Emigration erscheint, nicht den Wenzel Jaksch vom Jahre 1938 wiedererkennen, der sich damals tapfer gegen den Nazismus und Henleinismus schlug und der treu an der Seite der tschechoslowakischen Demokraten im Kampf für die Erhaltung einer unabhängigen tschechoslowakischen Republik stand.“[2553]

[2551] Schreiben Jaksch (in tschechischer Sprache) an Hubert Ripka, Ladislav Feierabend, Prokop Drtina, Julius Fürth, František Moravec und Josef Bartík, Abschrift an Beneš, London, 5. Juni 1942, in: Prinz, Jaksch – Beneš, 117f.

[2552] Drtina an Jaksch, London, 8. Juni 1942, in: Prinz, Jaksch – Beneš, 119-121.

[2553] Ripka an Jaksch, London, 16. Juni 1942, in: Prinz, Jaksch – Beneš, 122-124.

Die Antworten von Drtina und Ripka ließen den radikalen politischen Klimawechsel seit Lidice erkennen, der sich bald in der britischen Distanzierung vom Münchener Abkommen und der grundsätzlichen Zustimmung zum „Tranfer" der Sudetendeutschen niederschlug.

Rache für Lidice 1942

Als die Sudetendeutschen im September 1941 von der Ankunft Heydrichs hörten, äußerten sie nach Meinung des Vertreters des Auswärtigen Amtes beim Reichsprotektor „durchweg die Hoffnung, dass nunmehr endlich mit schärfsten Maßnahmen gegen die Tschechen vorgegangen wird". Und Heydrich selbst meinte, sie empfänden seine Maßnahmen als „Entlastung" – „bis auf einige Reaktionäre, Adlige und tschechisch-versippte Kreise, sowie Vereinzelte aus deutschen Beamten- und Wehrmachtskreisen". Nach dem Attentat auf Heydrich forderte dann die deutsche Bevölkerung „schärfste Vergeltungsmaßnahmen und die endgültige Auflösung des Protektorats". Der Regierungspräsident von Troppau verzeichnete auch eine Zustimmung der Mehrheit der Sudetendeutschen zum Terrorakt in Lidice, doch fänden sich „einige Volksgenossen, die die armen Unschuldigen" bedauerten. Keine Frage, dass diese Maßnahmen und diese Haltungen den Gegensatz zwischen Sudetendeutschen und Tschechen verschärften und bei der überwiegenden Mehrheit der Tschechen Furcht vor dem NS-Regime und Hass auf alle Deutschen weckten.[2554]

Der Massenmord von Lidice löste weltweite Reaktionen aus. Der kanadische Senator A. Knatchbull-Hugessen verlangte schon am 11. Juni 1942 im Parlament in Ottawa, dass die Alliierten über Rundfunk ankündigen sollten, für jede Grässlichkeit wie Lidice ein deutsches Dorf zu bombardieren.[2555] Und Beneš selbst gab am 17. Juni ein Statement für *Newsweek*:

> „Heydrich is dead. So are hundreds of innocent Czechs, among them women and youths under the age of eighteen. So are all the men who lived in the little village of Lidice. Their mothers, their wives and sisters are in a concentration camp. Their children have been flung into so-called educational centres, where, I am certain, they will be ill-treated, stunted and taught to despise their own blood and country. There are the innocents who, whether or not they understand what has happened to them and to their families, cry out for justice and retribution.
>
> That justice, believe me, will come. The Nazis may have destroyed every single building in the village of Lidice and even obliterated the name of Lidice from their records. But in our own records and in the records of humanity, the name of Lidice will loom large. Lidice will live for ever.
>
> Those clean-limbed, straightforward, fearless miners, steelworkers and farm labourers who faced a senseless Nazi butchery have comrades in all parts of Czechoslovakia may in all parts

---

2554 Bericht Vertreter des AA beim Reichsprotektor an AA, 2. Oktober 1941; Heydrich an Lammers, 9. Oktober 1941; SD-Meldungen aus dem Reich, 28. Mai 1942; Lagebericht Regierungspräsident Troppau für Juni 1942, nach: Brandes, Tschechenpolitik, 136.

2555 The Evening News, June 12, 1942.

of the world. Their comrades will fight on to free the mothers of Lidice from the concentration camp and the children of Lidice from the Nazi educational centres. I have seen the eyes of Czechoslovak soldiers and airmen blaze with anger because of the massacres of Lidice. Some of those airmen took part in the fierce raids on Cologne and Essen. They will take part in many other raids before the war is ended. The whole Czechoslovak nation is determined to exact stern retribution for Lidice and for all the innumerable brutalities committed by the Nazis in every part of our suffering country.“[2556]

Bereits nach der Luftschlacht um England hatte Beneš Jaksch mit einer britischen Meinungsumfrage konfrontiert und gedroht:

„52 Prozent [der Briten, Anm. Suppan] haben sich für einen schärferen Frieden als den von Versailles ausgesprochen [...]. Vergessen Sie nicht, je öfter die Städte hier bombardiert werden, [...] umso früher werden hier in England 80 Prozent der Menschen dafür sein, dass mit den Deutschen ordentlich abgerechnet wird. Und das wird auch euch betreffen...“[2557]

Nach dem Eintreffen Heydrichs in Prag, der Verhängung des Standrechtes und Hunderten Hinrichtungen wurde Beneš gegenüber Jaksch noch deutlicher:

„[...] Ich habe von ihnen verlangt, dass sie die [...] Wende begreifen, zu der es in der Heimat nach dem Vorgehen der Deutschen [...] gekommen war [...], so etwas hat es in unserer ganzen Geschichte noch nie gegeben, und niemals wird man das vergessen. Das alles kann nicht ohne Folgen bleiben [...] Bei uns entsteht darum eine furchtbare Sehnsucht nach Rache, und das Geringste, was alle verlangen [...], ist nicht nur eine große revolutionäre Vergeltung nach Kriegsende [...], sondern unsere endgültige Scheidung von den Deutschen, ihr Transfer ins Reich, einfach – Schluss!“[2558]

Nach der „Heydrichiade“ forderte Beneš bereits die kollektive Bestrafung Deutschlands, da „Deutschland als Staat und Nation [...] voll verantwortlich für diesen schrecklichsten Krieg der Menschheitsgeschichte“ sei. Und Beneš’ politischer Sekretär, der spätere Justizminister Prokop Drtina, fragte polemisch nach: „Und war es keine deutsche Mutter, kein deutscher Vater, keine deutsche Schule, kein deutscher Lehrer, kein deutscher Offizier, keine deutsche Armee, kein deutscher Staat, keine deutsche Nation, die Reinhard Heydrich aufgezogen haben?“[2559]

Bereits am 23. Juni versicherte Jaksch Beneš, „dass uns die jüngsten schrecklichen Vorgänge in der Heimat nicht minder schmerzlich betroffen haben als unsere tschechischen Freunde“. Und: „Wir haben unserer Empörung über die neuesten Akte barbarischer Grausamkeit mehrfach in Radio-Kundgebungen Ausdruck geben können.“ Beneš dankte zwar „aufrichtig […] für die innige Sympathie und Solidarität, die Sie uns angesichts der Opfer des nazistischen Terrors bei uns zu Hause nach dem Attentat auf Heydrich ausgesprochen haben“, fügte aber eine ziemlich kryptische Bemerkung an: „Es sind dies schreckliche Dinge. Und am

[2556] Statement of President Beneš for Newsweek, June 17, 1942, HIA, Eduard Táborský papers, box 3.
[2557] Edvard Beneš, Odsun Němců z Československa. Výběr z pamětí, projevů a dokumentů 1940-1947 [Der Abschub der Deutschen aus der Tschechoslowakei. Eine Auswahl aus Erinnerungen, Reden und Dokumenten 1940-1947] (Praha 1996) 88; Perzi, Die Beneš-Dekrete, 195f.
[2558] Beneš, Paměti, 322f.; Perzi, Beneš-Dekrete, 198.
[2559] Perzi, Beneš-Dekrete, 202f.

schrecklichsten ist, dass dies bei uns ein Erbe hinterlässt, von dem niemand von uns heute wissen kann, wie wir es wieder loswerden sollen."[2560]

Die für Beneš und seine Exilregierung wesentlichste Konsequenz setzte Außenminister Eden. Am 2. Juli 1942 unterbreitete er dem *War Cabinet* ein Memorandum, in dem er klar und deutlich die Annullierung des Münchener Abkommens vorschlug:

> „[…] In view of the hard trials through which the Czechoslovak people have been passing since the death of Heydrich, I consider it desirable, mainly for psychological reasons to give Dr. Beneš such satisfaction as possible. […] I therefore propose to concentrate upon a declaration (a) expanding the Prime Minister's statements of the 30th September, 1940, in regard to the effect of the Munich Agreement and (b) disposing of the only practical question between us, i. e., the relation of the Sudeten Germans in British territory to the Czechoslovak Government. […]"

> „Annex: Draft Communication to the Czechoslovak Government. […]

> His Majesty's Government now desire to declare that, as Germany has deliberately destroyed the arrangements concerning Czechoslovakia reached in 1938, in which His Majesty's Government in the United Kingdom participated, His Majesty's Government regard themselves as free from any engagements in this respect. At the final settlement of the Czechoslovak frontiers to reached at the end of the war, they will not be influences by any changes effected in and since 1938." […][2561]

Tatsächlich beschloss das *War Cabinet* am 6. Juli 1942 diese Vorlage Edens.[2562]

Gibt es noch eine Gemeinschaft der böhmischen Menschen?

Noch gab es deutsche und deutsch-jüdische Intellektuelle, die sich gegen ein völliges Zerreißen der Völkergemeinschaft im böhmisch-mährischen Raum stemmten. Freilich hatten die meisten von ihnen vor politischer oder rassischer Verfolgung seitens des Nationalsozialismus ins Exil flüchten müssen. Dennoch gelang es Paul Reimann und Rudolf Popper von London aus, eine bemerkenswerte Anthologie unter dem Titel „Stimmen aus Böhmen" zusammenzustellen und noch im Jahre 1944 zu publizieren. Der Sammelband sollte einen Querschnitt durch das geistige und literarische Schaffen der demokratischen deutschsprachigen Emigration bieten, die sich über den ganzen Erdball zerstreut hatte: nach London und Mexiko, New York und Hollywood, Moskau und Jerusalem. „Und dennoch gab es zwischen ihnen ein unsichtbares, unzerreißbares Band: die Liebe zur böhmischen Heimat, zu dem Ideal wahrer Menschlichkeit und Völkerfreundschaft." Die beiden Herausgeber stellten dennoch mit Recht einige Fragen:

[2560] Jaksch an Beneš, London, 23. Juni 1942; Beneš an Jaksch, London, 15. Juli 1942, in: Prinz, Jaksch – Beneš, 127f.

[2561] PRO, FO 371/30834/3996, zitiert nach: Odsun 2, 317-319.

[2562] PRO, CAB 65/27, zitiert nach: Odsun 2, 322.

„Ist in den langen Jahren des Kriegs, der Trennung, des Exils, das geistige Band zerrissen, das uns miteinander und uns alle mit der Heimat verknüpfte? Existiert noch immer die geistige Gemeinschaft der böhmischen Menschen deutscher Sprache, die all dem widerstrebt, wodurch sich ein so großer Teil der deutschen Bevölkerung der böhmischen Länder aus der Gemeinschaft der zivilisierten und demokratischen Völker ausgeschlossen hat? Ist die Stimme der Heimatliebe, die Stimme der humanistischen Freundschaft zu unseren slawischen Nachbarvölkern verstummt oder besitzt sie die Kraft, den Lärm der Schlachtfelder zu übertönen, auf denen auch hunderttausende deutscher Menschen unsrer Heimat für eine fremde, verderbliche Sache gefallen sind? Wird es, wenn dieser Krieg vorbei ist, auch unter den Deutschen in Böhmen neue Menschen und neue Ideen geben, die der Gemeinschaft der Völker in der neuerstandenen Tschechoslowakei die Wege ebnen? Sind die Traditionen, sind die Ideen dieser böhmischen Gemeinschaft so groß und stark, dass sich an ihnen auch die deutsche Bevölkerung der böhmischen Länder wieder aufrichten kann?“[2563]

Die Anthologie versammelte so bedeutende Intellektuelle wie Fritz Bruegel (London), Louis Fuernberg (Jerusalem), Egon Erwin Kisch (Mexiko), Karl Kneschke (London), Oskar Kokoschka (London), Otto Pick (London), Rudolf Popper (London), Paul Reimann (London), Friedrich Torberg (Hollywood), Johannes Urzidil (New York), Fritz C. Weiskopf (New York) und Franz Werfel (Hollywood). Hanne Fischer (England) brachte einen Dialog zwischen Kaiser Rudolf II. und Rabbi Loew, Kokoschka schrieb über das böhmische Barock, Kisch wandte das „Lenoren“-Thema auf die Schlacht um Prag 1757 an, Urzidil würdigte Charles Sealsfield als Amerikaner aus Mähren, Kneschke befasste sich mit der „Geistesverfassung der Deutschen in der Tschechoslowakei“, Reimann beschrieb „Prager Charakterköpfe“ und Werfel veröffentlichte ein Kapitel aus „Die Vierzig Tage des Musa Dagh“, das bis heute die beste literarische Auseinandersetzung mit dem osmanischen Genozid an den Armeniern während des Ersten Weltkrieges darstellt.[2564]

Friedrich Torberg übersetzte ein sehr martialisches anonymes tschechisches Gedicht aus dem Protektorat unter dem Titel „An der Grabstätte der Böhmischen Könige“ (*Nad Hrobkou Českých Kralů*) und nannte es „Rebellen-Gebet“:

„Lasst allen Gram zu dieser Grabstatt kommen,
dass unser stummes Herz den Aufschrei fände:
Das Schwert – ihr habt das Schwert mit euch genommen!
Uns blieben leere Hände.

Doch wie aus schwarzen Krumen Früchte quillen,
wie Erdreich Neues trägt in neuen Tagen:
so werden unsere Hände sich erfüllen
und werden Schwerter tragen.

Wir beten. Aber nicht um fromme Gaben.
Und wollen keinem milden Amen trauen.
Die Frauen dürfen leere Hände haben –
und nicht einmal die Frauen.

[2563] Stimmen aus Böhmen. Eine Sammlung, hg. von Paul Reimann und Rudolf Popper (London 1944) 1.

[2564] Vgl. Naimark, Fires of Hatred, 27-42; Benz, Ausgrenzung, 54-70.

Uns, Herr, uns lass das alte Schwert ausgraben!
Lass Stahl in jedes Mannes Hände tauen!
Die Frauen dürfen leere Hände haben –
und nicht einmal die Frauen.

Und lass uns, Herr, dann keine Zeit zum Sinnen,
wenn jener Tag anhebt, um den wir beten.
Lass schwarz das Blut an jeder Wand gerinnen
und schwarz das Mahnwort: töten.

Die wir uns so in Deine Hand begeben:
Uns frommt das Schwert. Und Beten frommt uns minder.
Die Kinder dürfen leere Hände haben –
und nicht einmal die Kinder.“[2565]

Die politische und propagandistische Vorbereitung der Vergeltung

Schon am 21. Juni 1943 war bei der Londoner Exilregierung ein bedeutender Bericht aus dem Protektorat eingelangt, der von herausragenden Persönlichkeiten des tschechischen öffentlichen Lebens verfasst worden war, die sowohl von der politischen Linken als auch von der politischen Rechten respektiert wurden. Der Bericht schlug vor, „that at the moment of the revolution the conduct of affairs in Prague will be taken over by a National Committee“ und dass „Four Prague Points“ als Leitlinien für die Politik gelten sollten:

„1. The renewal of State independence on the basis of the continuity of the Republic of Masaryk, which could take part in any confederation of states, insofar as this was done with the consent of Russia.

2. President Beneš is recognised as the constitutional and legal President and the Government, which he has nominated is recognised as a constitutional government.

3. Every German will be a citizen of the Reich and must not interfere with the affairs of our State. The Germans must be tried for the crimes, which they have committed and the property of those who are condemned will be confiscated. Loyal Germans can become citizens of the State.

4. There is a demand for reparations which speaks partly of recompense for material damage, and partly of the subjection of the Germans to forced labour in making things good in the territory of the Republic. It is asked of the President that he will not accept any guarantee with respect to minorities without an understanding with the people at home, and no economic ones either, since the Bohemian Lands are economically ruined.“

Nicht zuletzt wird im Bericht deutlich unterstrichen: „As is evident, they are reckoning at home with a transfer of the German population and with the original pre-Munich territory.“[2566]

[2565] Ebenda, 7.

[2566] President Beneš and the Czechoslovak Government in London to Envoy Philip B. Nichols and Dr. W. Barker (Foreign Office), October 1943: Memorandum regarding the present state of the

Nach Stalingrad hatte auch Beneš die Parolen des radikalen tschechischen Nationalismus übernommen. Am 27. Oktober 1943 appellierte er über die BBC an den Widerstand in der Heimat:

„[…] Das tschechoslowakische Volk wird am Ende dieses Krieges gegen die Deutschen marschieren, es wird gegen Berlin, gegen München und gegen Dresden ziehen. […] Alles was wir in diesen fünf Jahren durch die deutschen Banditen und unsere heimischen Schuldigen erlebt haben, muss wieder gutgemacht werden, genauso wie heute die Griechen und Jugoslawen ihre Erniedrigung und Unterwerfung wettmachen und wie sie die Franzosen mit der Waffen in der Hand wettmachen werden. […]

Das Ende dieses Krieges wird bei uns mit Blut geschrieben werden. [...] und den Deutschen wird unbarmherzig alles das um ein Vielfaches heimgezahlt werden, was sie seit 1938 in unseren Ländern angerichtet haben [...]

Dieser Krieg darf bei uns keinesfalls mit Rache enden, sondern mit einem großen, gerechten und durchgreifenden nationalen und revolutionären Volkskrieg. […] Unser Volk hatte vielleicht nie in seiner Geschichte eine so günstige Gelegenheit, im gegebenen Moment mit seinem Gegner so vollkommen und in jeder Hinsicht gerecht abrechnen zu können, wie dies am Ende dieses Krieges der Fall sein wird. […]“[2567]

Am 2. Dezember 1943 erhielt die tschechoslowakische Exilregierung einen zusammenfassenden Bericht über das Schicksal der Familien einiger ihrer exponierten Vertreter, der das Verlangen nach Vergeltung zweifellos anstachelte:

„Für den Herrn Präsidenten: Jiří Beneš (Enkel) in Dachau. Alle Vlčeks [die Familie von Beneš’ Frau Hana, Anm. Suppan] im Gefängnis. Olga Drtina in Ravensbrück, die übrigen in Freiheit. Für Minister Masaryk: Die gesamte Verwandtschaft Masaryks befindet sich in Freiheit und hat keine Schwierigkeiten. Die Deutschen haben bewusst keinen von ihnen angerührt mit Rücksicht auf die sehr empfindliche tschechische öffentliche Meinung in Bezug auf das Andenken des Befreier-Präsidenten. Für Minister Dr. Feierabend: Ing. Feierabend (85 Jahre) und die beiden Söhne sind in Dachau; beide Frauen in Ravensbrück; die Kinder sind gesund und bei Hartmann, der für sie sorgt. Für Dr. Outrata: Beide in Dachau. Für Prof. Klecanda: Die Frau ist tot, die Kinder in Ravensbrück. Für Dr. Opočenský: Frau Opočenský ist in Ravensbrück. Für Julius Fürth: Beide Frauen gesund. Für Frant. Němec: Frau und Tocher starben im Konzentrationslager. Für Fr. Hála: Die Mehrheit der Familienmitglieder im Konzentrationslager. Die übrigen in Freiheit. Für Fierlinger: Architekt Fierlinger und Schwester starben unter normalen Umständen; die anderen beiden Schwestern sind frei und gesund. Für Dr. Kraus: Die ganze Familie in Freiheit. Für Ing. Jar. Nečas: Frau und Tochter starben in Auschwitz. Für Minister Bechyně: Beide Šnejdáreks sind im Konzentrationslager in Svatobořice, die Kinder sind in Freiheit bei Verwandten, sind gesund.“ – Danach nannte der Bericht die Namen einer Reihe anderer Personen, die verhaftet oder hingerichtet worden waren, darunter die Namen von 14 hingerichteten Generälen, zehn Obersten und zwölf Oberstleutnanten.[2568]

---

struggle for the liberation of the Republic in the Bohemian Lands and in Slovakia. – Erstaunlicherweise wird hier noch von den „Böhmischen“ und nicht von den „Tschechischen“ Ländern gesprochen.

[2567] Edvard Beneš, Šest let exilu a druhá světová válka (Praha 1946) 213; Perzi, Beneš-Dekrete, 208; Odsun 2, 416-418.

[2568] Brandes, Weg zur Vertreibung, 184f.

Auch mit Außenminister Molotov erörterte Beneš die Frage der Schuld und der Bestrafung der Sudetendeutschen, als er sich im Dezember 1943 zu Gesprächen mit Stalin in Moskau aufhielt:

> „Mit den Amerikanern und Engländern haben und werden wir noch Schwierigkeiten über das Ausmaß der Bestrafung der Schuldigen haben, was unsere Schuldigen betrifft. Wir haben unsere Deutschen, diese sind schuld an München, dass die Deutschen bei uns eingefallen sind und an allem, was dann folgte. Das waren die ersten Kriegsschuldigen. […] Unter den Tschechen wird es wenige Schuldige geben, unter den Slowaken mehr, doch unter unseren Deutschen sicherlich 90 Prozent."[2569]

Diesen sogar für Molotov unglaubwürdig hohen Prozentsatz dürfte Beneš ganz bewusst genannt haben, um seiner Forderung nach Aussiedlung möglichst aller Sudetendeutscher Nachdruck zu verleihen.

Als verschiedene Widerstandsgruppen gegen Äußerungen von Beneš protestierten, dass loyal gebliebene Deutsche in der Republik bleiben dürften, übermittelte Drtina am 16. Juli 1944 auf radiotelegraphischen Weg über die Schweiz eine Botschaft des Präsidenten:

> „[…]
> 4) Der Umsturz zuhause muss nach Meinung des Präsidenten auf eine Weise durchgeführt werden, dass folgende Grundsätze gelten:
>
> a) Sofort am ersten Tag existiert die alte Vormünchener Republik, deren Existenz international anerkannt wird; sie hat ihren Präsidenten und ihre Regierung, verfügt über ihr altes Vormünchener Territorium und hat ihre alte Vormünchener Verfassung.
>
> c) Der Umsturz wird von allen Volksmassen durchgeführt, die allen Schichten der Nation und allen früheren politischen Parteien angehören, außer jenen, die verraten haben oder die als Faschisten für niemanden weder zuhause noch im Ausland akzeptabel sind. […]
>
> 9) Ein Gesetz gegen die Verräter und Kollaboranten bereiten wir vor. […] Der Präsident selbst ist persönlich in der Sache der Verräter und Kollaboranten sehr radikal, er verheimlicht dies niemandem und wird dies auch nicht verheimlichen.
>
> 10) In der Frage unserer Deutschen gibt Euch der Präsident zu dem, was er im Staatsrat sagte, noch diese Erläuterung: […] Wir rechnen also heute mit der Möglichkeit einer Realisierung des Transfers unserer deutschen Bevölkerung. Es ist jedoch heute nicht möglich, defintiv zu sagen, dass die ganzen mehr als drei Millionen auf der Grundlage irgendeiner Regelung transferiert werden könnten. Auf diesem Wege wird es vielleicht möglich sein, nur einen Teil von ihnen loszuwerden, maximal vielleicht an die zwei Millionen, und wir können daher nicht auf eine internationale Lösung vertrauen und sie abwarten. Es ist erforderlich, dass wir sofort in den ersten Tagen der Befreiung vieles selbst erledigen, dass von allen schuldigen Nazis von uns so viele wie möglich aus Angst vor einer bürgerlichen Revolte gegen sie in den ersten Tagen der Revolution fliehen, und dass so viele wie möglich von denen, die sich als Nazis wehren und Widerstand leisten, in der Revolution erschlagen werden."[2570]

[2569] Vermerk Smutný über Besprechungen zwischen Beneš und Molotov, Moskau, 14. und 16. Dezember 1943, in: Vojtěch MASTNÝ, Benešovy rozhovory se Stalinem a Molotovem, in: Svědectví 12/47 (1947) 483-494; Odsun 2, 425-428.

[2570] Botschaft Drtina an Widerstandsgruppen in der Heimat, London, 16. Juli 1944, in: Slovenské národné povstanie, Dok. Nr. 99; vgl. BRANDES, 1945, 225; Odsun 2, 462-464.

Ein *Democratic Sudeten Committee*, geführt von Wenzel Jaksch und dem schon 1938 in die USA emigrierten Pater Emanuel Reichenberger, versuchte noch zwischen der Bestrafung der nationalsozialistischen Sudetendeutschen und der geplanten Zwangsaussiedlung zu differenzieren:

„[…] Our next aim is to purge the Sudeten country from Nazi gangsterism and Nazi influence, and to restore democratic institutions. All Sudeten Nazis who have committed crimes against the Czech people, shall be handed over to Czech tribunals; those who are guilty of crimes against their own people shall be tried by the victims of Nazi oppression in the Sudetenland. But we object to wholesale nationalist revenge which is bound to be indiscriminate and to destroy the very foundations of a new Sudeten Democracy. […]

We oppose, therefore, the plans by which the Czechoslovak Government in London aims at a mass transfer into Germany proper of the Sudeten population. We maintain that the Sudeten Germans numbering over three millions, have an indisputable right to live in their homeland which their ancestors, invited by the Bohemian Kings, entered peacefully seven hundred years ago."[2571]

Nicht nur die Sudetendeutschen, sondern auch die „reichen jüdischen Panikmacher" gerieten ins Fadenkreuz der tschechoslowakischen Emigration, vor allem der kommunistischen. So veröffentlichte der spätere Informationsminister Václav Kopecký sowohl in Moskau als auch in London einen Beitrag, in dem er einerseits die tschechoslowakischen Staatsbürger jüdischer Abstammung, „die sich als Deutsche und Ungarn fühlen", die Behandlung als Deutsche oder Ungarn ankündigte, andererseits gegen „die jüdischen Großkapitalisten, Ausbeuter, Spekulanten, Profitjäger und verschiedene Geschäftemacher" wetterte, die wie z. B. die Petschek, Weinmann, Rothschild, Gutmann etc. aus dem Lande flüchteten. Sie hätten ihr Eigentum verlassen und „freiwillig" (sic!) den Deutschen übergeben, sich von der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft losgesagt und eine fremde angenommen. Daher Kopeckýs Forderung: „Diese reichen jüdischen Panikmacher dürfen niemals in die Republik zurückkehren. Und ihr Eigentum wird ihnen nicht zurückerstattet."[2572]

Verteidigungsminister Sergej Ingr stachelte am 3. November 1944 in der *BBC* neuerlich zu Gewalttaten an: „When our day comes, the whole nation will apply the old Hussite battle-cry: ‚Beat them, kill them, leave none alive!'" Die Reste der Widerstandsgruppen in der Heimat stimmten vorbehaltlos zu und forderten von Beneš die völlige „Reinigung" der Republik von den Deutschen, im Übrigen auch von den Juden.[2573]

Noch in London unterzeichnete Beneš das Präsidentendekret Nr. 6 vom 1. Februar 1945 über die Bestrafung der nationalsozialistischen Verbrecher, Verräter, deren Helfer und über die Schaffung von Sondervolksgerichten.

[2571] Democratic Sudeten Committee, Statement of Policy, London, 1 August 1944, in: Odsun 2, 465.

[2572] Václav Kopecký, Der Weg zur Lösung der Judenfrage, in: Einheit (London), 23. September 1944, zitiert nach: Odsun 2, 479f.

[2573] Karný, Die tschechoslowakischen Opfer, 137-146; Staněk, Verfolgung 1945, 207-209; News Chronicle, London, 4 November, 1944.

Bei seinen letzten Verhandlungen mit der britischen Diplomatie im Februar 1945, in denen Beneš noch einmal – aber vergeblich – eine eindeutige Zustimmung zur Aussiedelung und zum Ausbürgerungsdekret verlangt hatte, verstieg sich der Präsident sogar zur Drohung, dass es im Falle einer Nichtdurchführung des Transfers Massaker geben werde. Diese Kriegsrhetorik erinnerte fast schon an die Drohungen Hitlers und Görings gegenüber Hácha sechs Jahre zuvor. Einen Monat später hörte Beneš in Moskau Stalins Meinung, dass sich das Problem der Deutschen in Polen und der Tschechoslowakei weitgehend durch Flucht der Deutschen selbst lösen werde.[2574]

Im Abschnitt VIII des auf einem Entwurf der KSČ basierenden Kaschauer Programms der neuen tschechoslowakischen Regierung der „Nationalen Front" wurden einige, durchaus differenzierende Grundlinien für das Vorgehen gegen die deutsche und magyarische Minderheit formuliert:

> „[…] VIII. Die schrecklichen Erfahrungen, die die Tschechen und Slowaken mit der deutschen und magyarischen Minderheit gemacht haben, die zum großen Teil zum willigen Werkzeug einer gegen die Republik geführten Eroberungspolitik wurden und von denen sich vor allem die tschechoslowakischen Deutschen direkt zu einem Ausrottungsfeldzug gegen das tschechische und slowakische Volk hergaben – zwingen das die wiederhergestellte Tschechoslowakei zu einem tiefgreifenden und dauerhaften Eingriff. […] Von den Bürgern der Tschechoslowakischen Republik deutscher und magyarischer Nationalität, die vor ‚München' 1938 die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft besaßen, wird denjenigen die Staatsbürgerschaft bestätigt und die eventuelle Rückkehr in die Republik zugesichert – die Nazigegner und Antifaschisten waren, jenen, die schon vor ‚München' einen aktiven Kampf gegen Henlein und gegen die magyarischen irredentistischen Parteien und für die Tschechoslowakische Republik geführt haben, die nach ‚München' und nach dem 15. März [1939, Erg. Suppan] von der deutschen und ungarischen Staatsmacht wegen ihres Widerstands und des Kampfes gegen das damalige Regime und wegen ihrer Treue zur Tschechoslowakischen Republik verfolgt und in Kerkern und Konzentrationslagern geschickt wurden, oder die vor dem deutschen und ungarischen Terror über die Grenzen flohen und sich dort aktiv am Kampf für die Erneuerung der Tschechoslowakei beteiligten.
>
> Bei den anderen tschechoslowakischen Bürgern deutscher und magyarischer Nationalität wird die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft aufgehoben. Jene Deutsche und Magyaren, die wegen eines Verbrechens gegen die Republik und gegen das tschechische und slowakische Volk vor Gericht gestellt und verurteilt werden, verlieren die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft und werden für immer aus der Republik ausgewiesen, es sei denn, dass sie zum Tode verurteilt werden.
>
> Deutsche und Magyaren, die nach ‚München' 1938 in das Gebiet der Tschechoslowakischen Republik zugezogen sind, werden sofort aus der Republik ausgewiesen, sofern sie nicht einer Strafverfolgung unterliegen. Eine Ausnahme bilden Personen, die zum Nutzen der Tschechoslowakei tätig waren." […]
>
> „X. Zur Wiedergutmachung der von den Okkupanten und ihren verräterischen Helfershelfern am tschechischen und slowakischen National- und Privateigentum begangenen Verbrechen, zur Ausmerzung des feindlichen fremden und faschistischen Einflusses in der tschechischen und slowakischen Wirtschaft […] wird eine Reihe von Maßnahmen vorgenommen:

[2574] Zeman, Beneš, 326-332. Bei dieser Gelegenheit schlug Beneš vor, auch von den 600.000 Magyaren 400.000 auszusiedeln.

Sichergestellt und in nationale Verwaltung gegeben wird sofort das Vermögen aller Art, sofern es sich im Besitz, im Eigentum oder unter Verwaltung befindet von: Bürgern in feindlichen Staaten, insbesondere Deutschland und Ungarn; deutschen und magyarischen Bürgern der Tschechoslowakischen Republik, die aktiv zur Zerschlagung und Okkupation der Tschechoslowakei beitrugen; anderen Bürgern der Tschechoslowakei, die das Volk verrieten und aktiv die deutschen und ungarischen Okkupanten unterstützten; Aktiengesellschaften und anderen Gesellschaften, in deren Verwaltung sich Personen befanden, die zu den drei oben genannten Kategorien gehören."[2575]

Präsident Beneš stellte daher nach seiner Rückkehr in die Tschechoslowakei am 4. April 1945 bei einer Rede in Kaschau unmissverständlich fest: „Unser Staat wird ein Nationalstaat sein, ausschließlich ein Staat der Tschechen und Slowaken und niemandes anderen Staat." Am 28. April verlangte er in einer Rede in der Zipser Stadt Deutschendorf (Poprad):

Unsere erste Aufgabe wird es sein, den Staat vom Faschismus und Nazismus zu säubern, von den Deutschen und Mayaren. [...] Das muss gnadenlos und mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen gemacht werden. Vergessen wir nicht, machen wir das nicht sofort, so wird es später keine solche Gelegenheit mehr geben."[2576]

Nachdem auch die neue tschechoslowakische Regierung am 17. April 1945 von Kaschau (Košice) aus Tschechen und Slowaken aufgefordert hatte: „Geht abrechnen mit den Deutschen für ihre Gräueltaten und habt kein Erbarmen mit den deutschen Mördern", begannen die ersten Vertreibungen durch die gemeinsam mit der Roten Armee durch die Slowakei vorrückenden tschechoslowakischen Einheiten unter General Ludvík Svoboda. In den Einheiten dienten – bunt zusammengewürfelt – tschechische, slowakische und jüdische, meist kommunistische Emigranten, 1939 über Polen in die Sowjetunion geflüchtete tschechische Offiziere und Soldaten, Tschechen aus Wolhynien (wo die Deutschen am 13. Juni 1943 die tschechische Siedlung Český Malín mit nahezu 400 Menschen zerstört hatten), Slowaken, die am Nationalaufstand teilgenommen hatten, und ehemalige „Partisanen" aller Art. Als die Rote Armee Ende April 1945 über Mährisch-Ostrau (Ostrava) und Göding (Hodonín) ins Protektorat einmarschierte, begannen viele NS-Funktionäre nach Westen zu flüchten, ließen aber das Gros der sudetendeutschen Bevölkerung ohne größere Evakuierungsmaßnahmen zurück. Lediglich aus dem Gebiet von Jägerndorf (Krnov) und dem südöstlichen Mähren erfolgten Evakuierungen ins Innere Mährens bzw. ins österreichische Waldviertel.[2577]

Tschechische Widerstandsgruppen hatten bereits im Herbst 1944 mit Vorbereitungen für eine umfassende Aufstandsaktion begonnen, die im Moment des Einrückens alliierter Truppen nach Böhmen und Mähren beginnen sollte. Ein „Tschechischer Nationalrat" (*Národní výbor*) sollte einen solchen Volksaufstand koordinieren, verfügte aber über keine geeigneten Führungspersönlichkeiten.

[2575] Kaschauer Programm, 5. April 1945, in: Odsun 2, 513-515.

[2576] Beneš, Odsun, 135; Perzi, Beneš-Dekrete, 221; Odsun 2, 528f.

[2577] Staněk, Vertreibung, 219; Dokumentation der Vertreibung IV/1, 41, 51-53, 80.

Aber erst im April 1945 wurden viele Widerstandsgruppen mit einer größeren Zahl an wirksamen Waffen versorgt, die von amerikanischen *Liberators* aus der Luft abgeworfen wurden. Noch immer konnten daher die tschechischen Partisanen die auf der Hauptstraße von Brünn nach Prag vor der Roten Armee zurückflutenden deutschen Konvois nicht aufhalten, höchstens kleinere Einheiten erfolgreich bekämpfen. Auch Anfang Mai 1945 – nach Bekanntgabe des Todes Hitlers – gab es noch keinen großen Volksaufstand, „nur" sogenannte Machtübernahmen durch Revolutionsausschüsse in einer Reihe mährischer Städte, wie etwa in Prerau. Noch konnte dies tödlich enden, wie etwa in Třešť, wo die SS nach Hissung der tschechoslowakischen Fahne 47 Männer gefangen nahm und hinrichtete.[2578]

Der Prager Aufstand im Mai 1945

Die Zahl der Deutschen im Protektorat war seit dem Winter 1944/45 durch aus Schlesien zurückflutende Flüchtlinge wesentlich angestiegen, so dass in Prag selbst vermutlich noch über 80.000 deutsche Zivilisten anwesend waren – etwa doppelt so viele wie die letzte tschechische Volkszählung ausgewiesen hatte. Die aus Deutschland und Österreich stammenden Familien begannen im April 1945 Brünn und Prag fluchtartig zu verlassen. Der Tschechische Nationalausschuss bereitete zwar mit den Resten der Widerstandsgruppen einen Aufstand in der Hauptstadt vor, wartete aber eine mögliche alliierte Unterstützung ab. Ein Vorstoß der 3. US-Armee General Pattons nach Westböhmen dürfte schließlich das Signal zum Aufstand in Prag gegeben haben. Zahlreiche Presseartikel, Broschüren und Reden politischer Persönlichkeiten in der Emigration hatten nationalistische Hassgefühle geschürt und zur kollektiven Bestrafung der Deutschen für begangene Verbrechen aufgefordert. Die Sudetendeutschen wurden darüber hinaus als Verräter des tschechischen Staates betrachtet.[2579]

Bevor der Nationalrat die Mobilisierung abgeschlossen hatte, kam es am 5. Mai 1945 morgens in der Stadt zu Zusammenrottungen von verschieden bewaffneten Bürgern und der Uniformierten Prager Polizei, zur meist kampflosen Überwältigung vieler deutscher Dienststellen und zur Überrumpelung der schwachen deutschen Wachmannschaft des Senders Prag II. Teile der Protektoratspolizei verteidigten dann das Rundfunkgebäude gegen anrückende SS-Einheiten. Über die mit dieser Sendeanlage gekoppelten Lautsprecher in den Straßen erfolgte um Mittag der Aufruf zum bewaffneten Aufstand und die Verkündung der Losungen: *Smrt Němcům!* [Tod den Deutschen!] – *Smrt německým occupantům!* [Tod den deutschen Okkupanten!] – *Povstání! Povstání!* [Aufstand! Aufstand!].[2580]

2578 Luza – Vella, The Hitler Kiss, 216-228.

2579 Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 43; vgl. Dokumentation der Vertreibung IV/1, 71-73.

2580 Dokumentation der Vertreibung IV/1, 53-55; Staněk, Verfolgung 1945, 89-91; RNB Praha, Zpráva o činnosti v revolučním roce 1945 (Praha 1946). Ich verdanke den Hinweis auf diese Quelle Mag. Niklas Perzi.

Innerhalb weniger Stunden hatten die bis zu 30.000 Aufständischen an die 1600 Straßenbarrikaden errichtet, viele Waffen beschlagnahmt und den größten Teil der Stadt besetzt; nur das Regierungsviertel um den Hradschin, das SD-Hauptquartier im Palais Petschek in der Nähe des Hauptbahnhofs, die am Stadtrand gelegenen Kasernen und einige, vorwiegend von Deutschen bewohnte Straßenzüge in Dejvice (nordwestlich des Hradschins) blieben noch unter deutscher Kontrolle. Der Wehrmachtsbevollmächtigte beim deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren, General Rudolf Toussaint, setzte umgehend Verbände der Waffen-SS (SS-Gefechtsverband „Wallenstein", SS-Panzer-Grenadier-Regiment 4 „Der Führer" und SS-Junkerschule) und der Wehrmacht von den Truppenübungsplätzen bei Beneschau und Böhmisch-Brod in Marsch, die auch mit aller Rücksichtslosigkeit die südöstlichen und nordöstlichen Stadtviertel (Pankrác bzw. Libeň und Holešovice) wieder in Besitz nahmen. Dabei trieben sie als Geisel genommene tschechische Frauen und Kinder vor den Panzern auf die tschechischen Barrikaden zu, um dadurch leichter Breschen schlagen zu können. Dennoch blieb aber der Gegenstoß vor den Straßenbarrikaden liegen. An die Einhaltung irgendwelcher Kriegsregeln dachten beide Seiten nicht mehr. Auch deutsche Bomber konnten die Zentren der Aufständischen nicht ausschalten.[2581]

Die Aufständischen hofften noch immer auf Hilfe von den bereits in Pilsen stehenden Amerikanern, General Eisenhower aber wollte nicht ohne Zustimmung der Roten Armee die durch Westböhmen von Karlsbad über Pilsen nach Budweis verlaufende Demarkationslinie überschreiten lassen; und die Sowjets verweigerten ihre Zustimmung, obwohl sie selbst noch nicht nach Böhmen vorgestoßen waren. Überraschenderweise griff aber nun – nach Absprache mit der Prager Aufstandsführung – am 6. Mai die bei Beraun (Beroun) stehende, aus ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen aufgestellte 1. Division der bisher auf deutscher Seite operierenden Russischen Befreiungsarmee des Generals Andrej A. Vlasov zugunsten der tschechischen Aufständischen ein. Die vier Regimenter der Division eroberten den Flugplatz Ruzyně, die Vorstadt Břevnov, die Anhöhe des Petřín sowie die Stadtteile Smichov, Vyšehrad, Vinohrady, Pankrác und Strašnice. Die starke deutsche Besatzung um den Lobkowitzplatz ergab sich mit etwa 500 Mann. Obwohl die Vlasov-Soldaten von der tschechischen Bevölkerung begeistert begüßt wurden, distanzierte sich nun der Tschechische Nationalrat aus politisch-ideologischen Gründen von General Vlasov. Daher gab der Divisionskommandeur Generalmajor Bunjačenko am 7. Mai abends den Rückzugsbefehl und ließ seine Truppen in Richtung Beraun abmarschieren. So mussten sich am 8. Mai sowohl Staatsminister Frank und General Toussaint als auch der Tschechische Nationalrat zu Verhandlungen über einen Abzug der deutschen Streitkräfte und Behörden aus Prag entschließen.[2582]

[2581] Dokumentation der Vertreibung IV/1, 55-58.

[2582] O. MACHOTKA, Pražské povstání 1945 (Washington 1965); Joachim HOFFMANN, Die Geschichte der Wlassow-Armee (Freiburg i. Br. ²1986) 52, 58f., 72f., 205-249. Die Soldaten der Russischen Befreiungsarmee trugen noch bei Kriegsende an ihren feldgrauen Uniformen deutsche Rangabzeichen, weshalb sie auch von den US-Truppen für Wehrmachtsangehörige gehalten wurden.

Am Nachmittag des 8. Mai – die deutsche Wehrmacht hatte bereits am Tag zuvor in Reims kapituliert – unterzeichnete General Toussaint gegenüber politischen und militärischen Vertretern des tschechischen Nationalrates unter Führung von Professor Albert Pražák die für die deutsche Seite relativ günstige Kapitulationsurkunde:

> Abkommen über die Art des Abzuges aller deutschen Streitkräfte, einschließlich der Waffen-SS: Der Anfang des Abzuges der Einheiten beginnt am 8. Mai 1945, 18 Uhr; die Ablieferung der schweren Waffen erfolgt am Stadtrand von Prag, aller anderen Waffen noch vor der amerikanischen Demarkationslinie; für die Entschärfung von Sprengladungen werden Übergabeeinheiten bestimmt; die Einheiten sind berechtigt, die notwendigen Lebensmittelmengen aus den Magazinen mitzunehmen; deutsche Frauen und Kinder ziehen mit den Einheiten aus Prag ab oder bleiben unter dem Schutz des Internationalen Roten Kreuzes; alle Kriegsgefangenen der alliierten Völker und alle internierten und verhafteten Personen werden sofort freigelassen und den tschechischen Polizeibehörden übergeben; die tschechische Bevölkerung wird den abziehenden deutschen Einheiten keine Schwierigkeiten machen.[2583]

Das Abkommen war freilich für die alliierten Truppen nicht bindend. Als daher am Morgen des 9. Mai Panzerspitzen der 1. Ukrainischen Front unter Marschall Konev – aus Sachsen nach Teplitz vorstoßend – im Norden Prags einmarschierten[2584], rollten sie nicht nur über die abziehenden deutschen Soldaten und Zivilisten hinweg, sondern lösten auch in der Stadt selbst unbeschreibliche Massenausschreitungen gegen die zurückgebliebenen Deutschen aus, vor allem gegen Zivilisten und Verwundete. Die Pogrome arteten in Lynchjustiz, Mord, Totschlag und Vergewaltigung aus, Leichen wurden an Laternenmasten gehängt, durch die Straßen rannten lebende Fackeln. Nicht selten entledigten sich ehemalige tschechische Gestapo-Agenten der deutschen Mitwisser. In systematisch durchgeführten Großrazzien wurden die deutschen Familien – ohne Rücksicht auf ihre politische Haltung während des Krieges und ihre Einstellung zu den Tschechen – aus ihren Häusern und Wohnungen geholt und in Schulen, Kinos oder Kasernen interniert. Die Häuser und Wohnungen wurden sofort beschlagnahmt und mit tschechischen Familien belegt. Die arbeitsfähigen Deutschen wurden zur Beseitigung der Barrikaden eingesetzt, um den sowjetischen Panzern die Straßenzüge in die Innenstadt zu öffnen. Nach einigen Tagen pferchte man Zehntausende Deutsche in den Stadien Strahov und Slavia zusammen, eines Verbrechens verdächtige Deutsche wurden in die Strafanstalt Pankrác überstellt. Von Beginn der Verfolgungen an gab es unerträglichen Hunger, Misshandlungen durch meist jugendliche Wachmannschaften und Vergewaltigungen durch Rotarmisten. Besonders grausame Rache wurde an aufgegriffenen Angehörigen der Waffen-SS und des SD genommen; Massenexekutionen ohne Gerichtsverfahren gab es aber auch gegenüber der Kollaboration beschuldigten Tschechen.[2585]

[2583] Mladá fronta, Praha, 2. Juni 1945; zitiert nach: Dokumentation der Vertreibung IV/1, 59.

[2584] Zur „Prager Operation" der sowjetischen Truppen vgl. G. F. Krivošeev – V. M. Andronikov – P. D. Burikov – V. V. Gurkin (Hgg.), Velikaja otečestvennaja bez grifa sekretnosti. Kniga poter' (Moskva 2009) 172-174.

[2585] Dokumentation der Vertreibung IV/1, 60-63; Staněk, Verfolgung 1945, 94f. Perzi, Beneš-Dekrete, 225-228.

An den gegenüber der deutschen Bevölkerung verübten Gewalttaten waren nach den Erlebnisberichten beteiligt:

- teilweise kommunistisch beeinflusste Revolutionsgarden, ursprünglich gebildet aus Insurgenten der ersten Aufstandstage, die sich auch Partisanen nannten;
- die Wache der Nationalen Sicherheit (SNB), die die Funktion des Staatssicherheitsdienstes sowie der Gendarmerie und Polizei ausübte;
- Soldaten und Offiziere des in der Sowjetunion gebildeten tschechoslowakischen Armeekorps unter General Svoboda, das mit der Roten Armee vorgerückt war;
- schließlich der tschechische Mob auf den Straßen.

„Zu den Gewalttaten gehörten Tötungen [strafrechtlich wohl Morde, Anm. Suppan], verübt in verschiedenster Weise durch Erschießen, Erhängen, Erschlagen, Ertränken, brutale und sadistische Misshandlungen, ferner Vergewaltigungen von Frauen. Die Ausschreitungen richteten sich zunächst gegen die deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit, wie dieses sehr deutlich im Beweismaterial zum Ausdruck kommt.“ Oberstleutnant Harold Perkins, ein tschechischsprachiger Verbindungsoffizier des britischen Geheimdienstes SOE und keineswegs ein Freund der Deutschen, war von verschiedenen Szenen der Gewalt in Prag erschüttert, darunter dem Anblick von zwei deutschen Frauen, die von der Menge geschlagen wurden, bis sie „von Kopf bis Fuß eine blutige Masse waren“.[2586]

Perkins urteilte in seinem Privatbrief an einen befreundeten Oberstleutnant ziemlich scharf über den allgemeinen Widerstand der Tschechen und den Prager Aufstand:

> „[…] Resistance throughout the country has been exceedingly weak, almost negligible. All sorts of wonderful and glorious people are coming to light who claim to have led the various resistance movements. I have spoken to them personally and have had my chaps speak to others, everywhere the story is the same. Wonderful heroes, terrific suffering etc. etc., but when you get down to it – nil, nil, nil. No action of any kind – a good description would be ‚passive collaboration‘ with the Bosch [den Deutschen, Anm. Suppan], not ‚active‘ but ‚passive,‘ namely, they collaborated but with bad grace.
>
> Czechoslovakia is the least damaged of any country in the whole of Europe. It has suffered the least, the people are well fed and well clothed […].
>
> The so-called Prague Rising was the work of a handful of men led by Nechansky to whom rallied a number of Poles and Vlassovs cossacks. The majority of the Prague fighting, as I am told from three or four Czech sources, was the Vlassov revolt against the Germans, i. e. trying to get on the right side at the eleventh hour. The people of Prague did not rise. They built an enormous number of barricades but already the majority of the Germans had departed. […] Lokowice tells me that a group of young Communists ‚stormed‘ and ‚captured‘ the Pilsen Radio Station, exactly six hours after every German had departed. […][2587]

[2586] Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 43f.; Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung“, 126.

[2587] Private letter Lieutenant-Colonel Harold Perkins to Lieutenant-Colonel Peter Boughey, Prague, 21 May 1945, zitiert nach: Odsun 2, 537-539.

Auch Generaldirektor Wlk.[2588] von den Eisenwerken Ostrau-Witkowitz erlebte die Aufstandstage in Prag:

„[…] Am 7. Mai, ca. 18 Uhr wurden die im Luftschutzkeller Anwesenden 36 deutschen Kollegen (darunter 5 Frauen) unter Droh- und Schimpfworten mit erhobenen Händen an die Wand gestellt. Um dieselbe Zeit wurde ich aus meiner im 1. Stock befindlichen Dienstwohnung von 2 Beamten des Prager Büros, welche sich mittlerweile bewaffnet hatten, abgeholt und der Gruppe im Keller (ebenfalls mit erhobenen Händen) zugesellt. Um ca. 22 Uhr, als das Stehen mit erhobenen Händen fast unerträglich wurde, wurden wir von den eigenen Beamten, welche durch das Tragen von roten Armbinden und Gewehren nun Nationalgardisten geworden waren, der Polizei übergeben. Diese führte uns 37 Personen mit weiter erhobenen Händen durch die Prager Straßen in eine provisorische Polizeikaserne, der Schule in der Leihamtsgasse. Unter Schmäh- und Schimpfworten wurde ich an die Spitze des Zuges gestellt, wobei ich ohne Mantel und Hut oder sonstigem war. Im Luftschutzkeller verblieb neben Mantel und Hut auch meine große Lederhandtasche. In dieser waren enthalten ca. 70.000,- Kronen in deutscher und tschechischer Währung, ein goldenes Zigarettenetui, eine Brillantbrosche und eine goldene Schweizer Reserve-Armbanduhr. Weiter alle meine Dokumente und Sparbücher etc., darunter auch der letzte Dienstvertrag zu meiner Anstellung als gewerkschaftlicher Generaldirektor. […]

Die Behandlung in dieser Polizeikaserne, in welcher wir bis zum 13. Mai interniert waren, war niederträchtig. Wir erhielten wenig oder gar nichts zum Essen, wobei Prügel und Ohrfeigen an der Tagesordnung waren. Kameraden und Kameradinnen [sic!], welche zu Aufräumungsarbeiten in die Straßen Prags geschickt wurden, kamen total verdroschen, dürftig bekleidet, zerfetzt und barfuß zurück, da ihnen alles andere von Straßenpassanten gestohlen wurde. Einige kamen überhaupt nicht mehr retour, da sie von der erregten Menge erschlagen wurden. In der Kaserne selbst kam es zu Erschießungen einzelner Personen und wurde dort z. B. auch der im Nebenraum befindliche frühere SA-Brigadeführer Bendak nach einem Selbstmordversuch regelrecht erschlagen und vom Fenster des II. Stocks in den Hof herabgeworfen. Im Übrigen wurde mir in diesem Internierungslager meine goldene Armbanduhr von einem russischen Offizier abgenommen. […]

Am 13. Mai in den Abendstunden kam es endlich zum Abtransport aus dieser Hölle, wobei wir vorerst am Prager Hauptbahnhof im geschlossenen Viehwagen 60 bis 70 Personen verladen wurden. Vor Abgang des Zuges gab man russischen Soldaten noch Gelegenheit, uns zu plündern. […]“[2589]

Niemand ist bis heute in der Lage, genauere Angaben über die Zahl der deutschen und tschechischen Opfer des Prager Aufstandes zu machen. Im Bericht des deutschen Bundesarchivs aus dem Jahre 1974 ist von bis zu 15.000 deutschen Opfern die Rede, der Schriftsteller Emil Franzel schätzt auf beiden Seiten insge-

[2588] Name zweifelhaft, in der Vorlage: WLK. und Mlk. Jedenfalls hatte der Generaldirektor am 29. April 1945 den Auftrag zur Räumung der Eisenwerke Ostrau-Witkowitz erhalten. Nachdem tschechische Arbeiter und Beamten nach Einsetzen des Artilleriebeschusses durch die Rote Armee das Werk bereits verlassen hatten, führte er mit rasch zusammengerafften deutschen Arbeitern die Stillegung des Werkes durch, besonders der Hüttenbetriebe. Dann erfolgte die Übergabe der Akten, Kasse usw. an die tschechischen Herren. In der Nacht zum 30. April 2 Uhr früh verließ der Generaldirektor mit einer Autokolonne von 25 Personen Witkowitz und erreichte Prag am 1. Mai, wo er seine Dienstwohnung bezog. – Beglaubigte Abschrift eines maschinenschriftlichen Berichts Generaldirektor Wlk. aus Mährisch-Ostrau, 12. Juli 1946, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 288-292, hier 288.

[2589] Bericht Generaldirektor Wlk., 12. Juli 1946, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 288f.

samt etwa 14.000 Tote, Radomír Luža gibt die Zahl der tschechischen Opfer mit 2400 an, Derek Sayer spricht von 1691 tschechischen und 436 sowjetischen Toten – ohne nähere Quellenangabe, Václav Ledvinka führt 1961 gefallene Tschechen an. Gesichert ist, dass sich der tschechische protestantische Prediger Přemysl Pitter und der aus dem KZ Buchenwald zurückgekehrte jüdische Schriftsteller H. G. Adler heroisch für jüdische und deutsche Waisenkinder einsetzten.[2590]

Die viertägigen Kämpfe hatten in Prag einige Zerstörungen hinterlassen, vor allem am und um den Altstädter Ring. Der neo-gotische Flügel des Altstädter Rathauses brannte aus und mit ihm das Stadtarchiv mit Urkunden und Stadtbüchern seit 1310. Aber vier Tage nach der Befreiung, am 13. Mai 1945, führte das Nationaltheater Smetanas „Verkaufte Braut" auf; am 17. Juni wurde das Ständetheater mit Jiráseks „Lucerna" wiedereröffnet, ein Stück, das am 1. Juli 1939 als letztes tschechisches Bühnenstück aufgeführt worden war.[2591]

Wenige Tage nach Beginn des Aufstandes waren Tausende, zum Teil arg misshandelte Menschen ins frühere österreichische Gesandtschaftsgebäude in der Jungmannová 9 geflüchtet. Der ehemalige österreichische Gesandte Ferdinand Marek bekam vom Präsidenten Beneš die Zusicherung, den Schutz der Österreicher in Prag übernehmen zu dürfen. Im alten Gesandtschaftsgebäude etablierte Marek bereits am 12. Mai die provisorische Gesandtschaft und konnte Tausende Österreicherinnen und Österreicher aus eben eingerichteten tschechischen Lagern befreien. Die auf der Straße lagernden Menschen wurden verköstigt; der in die Gesandtschaft geflüchtete Gynäkologe Professor Knaus behandelte mit seinen Assistenten die von sowjetischen Soldaten oder tschechischen Milizen vergewaltigten Frauen und Mädchen. Marek ließ auch bereits die ersten Bahntransporte nach Wien zusammenstellen. Aber in einem Bericht vom 21. Mai an Staatskanzler Renner beschrieb Marek seine schwierige Lage und ersuchte erneut um Betrauung als offizieller Vertreter. Renner wollte in einem Schreiben von Ende Mai an Fierlinger auch mitteilen, dass er mit der Tätigkeit des ehemaligen Gesandten Marek völlig einverstanden sei, er aber leider unter den gegenwärtigen Umständen von einer offiziellen Betrauung vorläufig noch absehen müsse. Dies hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits erübrigt. Denn als Marek am 23. Mai 1945 zu einer Unterredung in die sowjetische Stadtkommandantur kommen musste, verschwand er auf Nimmerwiedersehen und verstarb angeblich 1948 in der Sowjetunion. Erst 1993 wurde er von Moskau politisch rehabilitiert.[2592] Da Marek die gesamte Kriegszeit über als (österreichischer) Pensionist

[2590] Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 46f.; Dokumentation der Vertreibung IV/1, 60; Staněk, Verfolgung 1945, 96-98;.Ledvinka, Prag, 488; Demetz, Frischling, 34.

[2591] Sayer, Bohemia, 235.

[2592] Bericht Ges. a. D. Marek an StKa-AA, 21. Mai 1945, ÖStA, AdR, StKa-AA, GZ 42-pol/45, Zl. 164-Pol/45; Konzept Schreiben StK Renner an MP Fierlinger, 29. Mai 1945, ÖStA, AdR, StKa-AA, GZ 113-pol/45, Zl. 201-Pol/45, zitiert nach: David Schriffl, Tote Grenze oder lebendige Nachbarschaft? Österreichisch-slowakische Beziehungen 1945 bis 1968 (Phil. Diss. Wien 2009) 7f.; Oliver Rathkolb, „Ein schwieriges Verhältnis" – Österreich und die ČSR 1945-1950, in: Kontakte und Konflikte, 479-490; vgl. Herbert Steiner, První rakouský vyslanec v Praze Ferdinand Marek (Praha 1995).

in Prag geblieben war und daher über die politische Situation zwischen 1918 und 1945 bestens Bescheid wusste, dürfte er mit seinem Privatarchiv für den NKVD ein zu interessanter Zeitzeuge gewesen sein, auch hinsichtlich seines Wissens über die tschechische Außen- und Innenpolitik und ihre Protagonisten. Die Behauptung des NKVD, Marek habe mit der Gestapo kollaboriert, dürfte nicht zutreffend gewesen sein. Daher erscheint es mehr als fraglich, ob eine raschere und stärkere Intervention Renners erfolgversprechend gewesen wäre.

Racheakte und Massenausschreitungen in Böhmen und Mähren

Die Aufrufe des Prager Senders zum Aufstand hatten im gesamten Protektorat bewaffnete Aktionen gegen die Deutschen ausgelöst. Tschechische Milizen, kommunistische Aktionsgruppen und Einheiten der Svododa-Armee machten bei ihrem Eindringen in deutsche Stadtteile, Ortschaften und Häuser wenig Unterschiede zwischen Henlein-Anhängern, deutschen Antifaschisten und einfachen Leuten. Pogrome, „Lynchjustiz" und grausame Exekutionen, denen viele offensichtlich unschuldige deutsche Zivilisten zum Opfer fielen, ereigneten sich im Mai und Juni 1945 in der Umgebung von Prag, in Landkron (Lanškroun), Saaz (Žatec), Brüx (Most), Miröschau (Mirošov), Budweis (České Budějovice), Tetschen-Bodenbach (Děčín-Podmokly), Groß-Otschehau bei Podersam (Očihov u Podbořan), Kaaden (Kadaň), Komotau (Chomutov), Chrastavice bei Taus (Domažlice), Duppau (Doupov), Totzau (Tocov), im Gebiet um Reichenberg und Bilin (Bílina), Rumburg (Rumburk) und Warnsdorf (Varnsdorf), in Theresienstadt und im Leitmeritzer Gebiet, in Náchod, in der Umgebung von Braunau (Broumov) und Wekelsdorf (Teplice nad Metují), bei Nový Bydžov, in Zwittau (Svitavy), Mährisch Trübau (Moravská Třebová), Jägerndorf (Krnov), Mährisch-Ostrau (Ostrava) und Friedek (Frýdek), in Freudental (Bruntál), im Gebiet um Troppau (Opava) und Freiwaldau (Jeseník), in Iglau (Jihlava), Zwittau (Svitavy), Mährisch Krumau (Moravský Krumlov), Znaim (Znojmo) und in weiteren Städten und Gemeinden Böhmens und Mährens. Der Kommandant des II. Bataillons des 1. Regiments der Revolutionsgarden gab etwa am 29. Mai seinen Truppen den Befehl, alle Deutschen „als unsere Feinde zu betrachten", da „sich alle Schichten der deutschen Bevölkerung mit dem nazistischen Gedankengut indentifiziert haben".[2593]

Träger der antideutschen Maßnahmen in den ersten Nachkriegsmonaten waren Revolutionsgarden der im ganzen Land entstehenden Nationalausschüsse, Einheiten der zum Teil erst entstehenden tschechoslowakischen Armee, stark kommunistisch durchsetzte Sicherheitsorgane und eine Unzahl an bewaffneten Freiwilligenformationen. Vor allem die „revolutionären" Nationalausschüsse maßten sich

[2593] Staněk, Verfolgung 1945, 101-114; VÚA, fonds Revoluční garda, kr. 137, i.č. 870, zitiert nach: Arburg, Zwischen Vertreibung und Integration, 65; ausführlich in: Staněk - Arburg, Organizované divoké odsuny? 465-533; Staněk, Vertreibung, 220f.; Tragická místa paměti, 246-249 (Komotau/Chomutov), 334-338 (Totzau/Tocov).

an, eigenmächtig über Verhaftungen, Konfiskationen, Vertreibungen und die Einweisung in Lager zu entscheiden. Da es noch keine klaren Kompetenzaufteilungen gab, ist es nachträglich kaum möglich, Grenzen zwischen Befehl und Eigeninitiative zu ziehen, staatlich gelenkte Aktionen von eigenmächtigen Aktivitäten „an der Basis" zu unterscheiden. Vor allem die ersten „revolutionären" Nationalausschüsse waren häufig selbst ernannt und arrogierten sich als lokale bewaffnete Macht. Auch in den Reihen des Korps der Nationalen Sicherheit (SNB) gab es eine Anzahl selbstberufener „Kommandanten", die auf eigene Faust verschiedene Maßnahmen setzten, um die „Lösung" der deutschen Frage zu beschleunigen. So veranlassten sie vor allem die deutsche Bevölkerung an den Grenzen zu Deutschland und Österreich zum raschen Verlassen des Staatsgebietes.[2594]

Sehr negativ waren auch die Erfahrungen der Sudetendeutschen mit Einheiten der Roten Armee. Ein Diplomingenieur Josef Kuhn aus Mährisch-Schönberg berichtete von der Beschießung der Stadt am 8. Mai 1945 durch sowjetische Panzer und Pakgeschütze. Kaum dass sich die Wehrmacht zurückgezogen hatte, wurden auf dem Rathausturm eine weiße und eine rote Fahne gehisst. Die Deutschen mussten alle Waffen, auch die Jagdwaffen, abliefern und wurden teilweise aus ihren Häusern und Wohnungen vertrieben. Und Kuhn schilderte ungeschminkt die Übergriffe von Russen und Tschechen in den Maitagen:

> „Die Deutschen zeigten sich nur in den dringendsten Fällen auf der Straße. Sie mussten eine Armbinde tragen. Neben russischer Militärpolizei patrouillierten tschechische Jugendliche (*stráž*) in den Straßen. Aber die russischen Soldaten vergewaltigten unvermindert Frauen und Mädchen jeden Alters und plünderten und raubten, was ihnen begehrenswert erschien. […] Einige Tage nach dem Einmarsch der Russen sah man die Soldaten in Scharen mit großen in Leinen gewickelten Paketen zur Bahn ziehen. Sie hatten die Erlaubnis, ihr Beutegut an ihre Angehörigen zu senden.
>
> Die ehemaligen Kriegsgefangenen und dienstverpflichteten Arbeiter aus Russland wurden von den Russen sehr schnell erfasst und einem sehr strengen militärischen Drill unterworfen. […]
>
> Am 13. Mai wurde ich auf der Straße von einer *stráž* angehalten und angewiesen, mich beim Stadtbauamt zur Arbeit zu melden. Von da an habe ich täglich mit einem Arbeitskommando die verschiedensten Arbeiten verrichten müssen. So im Herrengarten Granaten verladen, im Schießstättegarten LKW reinigen, in der Jahnstraße Telefon- und Telegraphenmaterial zum Abtransport verpacken u. a. m. Schließlich war ich bei der Zuschüttung des Löschteiches im Schillerpark eingesetzt."[2595]

Nachdem ein ehemaliger Schüler Kuhns, ein „Halbtscheche", der zum Kreissekretär der KSČ aufgestiegen war, eine Anzeige bei der Kriminalpolizei gemacht hatte, wurde Kuhn verhaftet und verhört, schließlich dem NKVD übergeben. Dieser gab zwar die Wertsachen samt Uhr zurück, ließ Kuhn aber mit etwa 70 anderen Häftlingen in ein Kriegsgefangenenlager bei Olmütz verfrachten. Von dort wurde

---

[2594] Emilia Hrabovec, „Wir haben uns gesagt, dass wir das deutsche Problem in der Republik definitiv ausliquidieren müssen…" (Edvard Beneš), in: Beiträge zur Historischen Sozialkunde 4 (1996) 167-176.

[2595] Maschinenschriftlicher Bericht Dipl.-Ing. Josef Kuhn aus Mährisch-Schönberg, 8. Jänner 1957, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 282-285.

er als Zwangsarbeiter in die Sowjetunion deportiert, der für die Familie lange als verschollen galt.[2596]

Im Vergleich zu Prag verlief das Kriegsende im Egerland weit weniger gewalttätig, was vor allem dem Vorrücken von US-Truppen zu verdanken war. Am 7. Mai fuhren die ersten Panzer in der Stadt Eger ein – „zum Teil mit Negern besetzt“, wie Marie Rösler berichtete. Die Amerikaner begannen mit der Durchkämmung der Häuser, und ein US-Angehöriger fragte in perfektem Deutsch: „Haben Sie Waffen, sind hier Militärpersonen versteckt? Sperren Sie alle Türen und Schränke auf!“ Sechs Wochen blieben die Einheiten des Generals Patton in der Stadt, und kaum waren sie abgezogen, wurde am Bürgermeisteramt affichiert: „Das Egerland ist und bleibt ein integrierender Bestandteil des tschechoslovakischen Staates“.[2597]

Ein von der tschechoslowakischen Regierung erlassener und vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Klement Gottwald unterzeichneter Aufruf vom 11. Mai 1945 kündigte erste Bestrafungsmaßnahmen gegen Deutsche und Magyaren nach dem Krieg an:

> „Die neue Republik wird ein slawischer Staat, die Republik der Tschechen und Slowaken sein. Die Deutschen und Magyaren, die sich gegen unsere Völker und gegen die Republik so schwer vergangen haben, werden wir der Staatsbürgerschaft als verlustig betrachten und werden sie schwer bestrafen. Die Nationalausschüsse sollen damit sofort anfangen. Macht alle aktiven Nazisten unschädlich und beschlagnahmt ihr Vermögen zugunsten der Nation und des Staates. [...] Beschlagnahmt und gebt in die Nationalverwaltung das Eigentum von Deutschen, Verrätern und Kollaboranten [...] Bereitet auf dem Lande eine Konfiskation des Bodens vor, der dem fremden Adel, Deutschen, Verrätern und Kollaboranten gehörte. Dieser Boden wird unter unser kleines landwirtschaftliches Volk aufgeteilt werden, das nach Herausgabe der zuständigen Gesetze die Verteilung selbst vornehmen wird. […]“[2598]

Präsident Beneš erklärte am folgenden Tag auf einer Versammlung des Nationalausschusses in Brünn:

> „[…] Erinnert Ihr euch an die gemeinen und niederträchtigen Drohungen all der verschiedenen Henleins und Franks, die sie die ganzen sieben Jahre lang gegen unser Volk ausstießen, an ihr unmenschliches, barbarisches und gottloses Wüten, an all die Petschekpalais, Gestapogefängnisse und Folterkammern, die Konzentrationslager, Lidice, Ležáky und an all die Massenraserei und das Morden, wie sie unsere Geschichte bis dahin nicht gekannt hatte? […] Dieses deutsche Volk ging in das blutige Morden, als wäre es blind und taub, bäumte sich nicht auf, dachte nicht nach, hielt nicht an; es ging und ließ sich stumpfsinnig oder fanatisch erschlagen und erschlug selbst. Dieses Volk hatte in diesem Krieg überhaupt aufgehört, menschlich zu sein, hatte aufgehört, menschlich erträglich zu sein, und so erscheint es uns nur noch als ein einziges großes menschliches Ungeheuer. […] Wir haben uns gesagt, dass wir in der Republik das deutsche Problem defintiv liquidieren müssen. […].“[2599]

[2596] Ebenda.

[2597] Handschriftlicher Bericht Marie Rösler aus Eger, 6. September 1955, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 273.

[2598] Čechoslovák, London, 18. Mai 1945; zitiert nach: Dokumentation der Vertreibung IV/1, 70f.

[2599] Rede Beneš’ in Brünn, 12. Mai 1945, zitiert nach: Odsun, 534f. Čin, 13. Mai 1945, 1, zitiert nach: Tomáš Staněk - Adrian von Arburg, Organizované divoké odsuny? Úloha ústředních státních

Und nach seiner Rückkehr nach Prag erklärte er am 16. Mai auf dem Altstädter Ring: „Unsere Losung muss sein, unser Land kulturell, wirtschaftlich und politisch endgültig zu entgermanisieren."[2600]

Prokop Drtina – der Privatsekretär von Präsident Beneš zwischen 1936 und 1938 und sein politischer Sekretär in der Zeit der Emigration und den Tschechen durch seine Rundfunksendungen aus London als „Heiliger Paul" [*Pavel Svatý*] bekannt – rechnete am 17. Mai 1945 auf dem Kongress seiner National-sozialistischen Partei im Lucerna-Palast auf dem Wenzelsplatz mit den Deutschen ab:

> „[...] The bestiality and vandalism which the Germans committed at the last moment in Prague […], these customary atrocities of the nation of *Kulturträger* themselves show us what is and must be the first task in laying down the basis for a new life: to clean out the republic as a whole and completely of Germans. This is the order of the moment for every one of us, it is the historical task of our generation. […] Our new republic cannot be built as anything other than a purely national state, a state of only Czechs and Slovaks and of nobody other than Czechs and Slovaks! […] Although our land is beautiful, fecund, rich, it is small and there is no room in it for anybody other than us. The Germans are foreigners in it, carpetbeggars [*přivandrovalci*] and colonists. […] The Germans were always a foreign ulcer in our body. [...] In our new republic no more than these three little German words should be permitted: *Heim ins Reich*! To achieve this end we must begin to expel the Germans from our lands at once, immediately, by all methods, nothing must be allowed to make us falter or hesitate. […] Every one of us must help in the cleansing of the homeland [*čistění vlasti*]."[2601]

Am 19. Mai 1945 trieb eine alkoholisierte Horde angeblicher tschechischer „Revolutionäre" und „Rotgardisten" unter Führung des kommunistischen Österreichers Robert Kautzinger, der in Böhmen als Glasschleifer gearbeitet hatte, mindestens 13 Deutsche aus der Iglauer Sprachinsel nahe dem Ort Dobrenz (Dobronín) zusammen, ließ sie unter Schlägen ihre Gräber schaufeln und erschoss sie dann oder erschlug sie mit Schaufeln, Spaten oder Hacken. Anschließend feierten die Mörder in einem Gasthaus und brüsteten sich ihrer Missetaten. Die Täter wurden polizeilich nicht verfolgt, da sie durch das Straffreistellungsgesetz vom Mai 1946 geschützt waren. Unter den Tätern befanden sich auch Söhne Kautzingers, die unter dem KP-Regime für die Polizei bzw. die Staatssicherheit arbeiteten. Seit damals umgibt eine Mauer des Schweigens die Vorgänge im Mai 1945.[2602]

Am 17. und 18. Mai 1945 trieben Hunderte bewaffnete Tschechen über 1000 deutsche Männer aus Landskron (Lanškroun) und den umliegenden Dörfern auf

---

orgánů pří provádění „evakuace" německého obyvatelstva (kveten až zaří 1945), in: Soudobé dějiny XII/3-4 (Praha 2005) 465-533, hier 499; Edvard Beneš, Odsun Němců z Československa. Výbor z pamětí, projevů a dokumentů 1940-1947, hg. von Karel Novotný (Praha 1996) 137f., zitiert nach: Brandes, 1945, 245f. Das von Beneš im Originalton gebrauchte Wort „vylidčidovat" gibt es eigentlich nicht und liegt zwischen „vylidňovat" [entvölkern] und „vylikvidovat" [ausliquidieren].

2600 Svobodné slovo (Praha), 17. Mai 1945, zitiert nach: Odsun 2, 539f.

2601 Svobodně slovo, 19. Mai 1945; Prokop Drtina, Československo můj osud, Bd. 2, Buch 1 (Praha 1992) 63f.; Sayer, Bohemia, 240.

2602 Hans-Jörg Schmidt, Die Schreckensnacht von Dobrenz, in: Die Presse, 18. August 2010, 7; Karl-Peter Schwarz, Denkmal für Deutsche geschändet, in: FAZ, 31. Oktober 2011, 5.

dem Stadtplatz zusammen, traten und schlugen auf sie ein, verantstalteten ein Spießrutenlaufen und hielten ein sogenanntes „Volksgericht" ab. Den menschenverachtenden Torturen erlagen 24 Männer, darunter der stellvertretende Ortsbauernführer, zwei Baumeister, drei Beamte des Arbeitsamtes, mehrere Handwerksmeister, mehrere Bauern, ein Forstdirektor i. R. und ein Oberlehrer i. R. Erst als eine Kaufmannswitwe ihr Haus anzündete und sich selbst erhängte, ging das bestialische Treiben der Tschechen zu Ende. Weitere 24 Landskroner wählten ebenfalls den Freitod, darunter viele Ehepaare und einige Kinder. Auch in den umliegenden Dörfern brachten sich viele Menschen um, allein in Hilbetten über 60 Personen.[2603]

Ende Mai erhielt die unter dem Befehl von Divisionsgeneral Oldřich Španiel stehende 1. tschechoslowakische Division den Befehl, den Rayon von Postelberg (Postoloprty) von Deutschen zu „säubern", um dort den Sitz ihres Divisionskommandos einzurichten. Španiel beauftragte den Kommandeur des Nachrichtendienstes in Postelberg, Leutnant Jan Čubka, mit der Durchführung. Auch der Kommandeur des unter starkem Einfluss der KSČ stehenden militärischen Nachrichtendienstes der Tschechoslowakischen Armee, Oberleutnant Bedřich Reicin (ursprünglich Friedrich Reinzinger), unterstützte die Mordaktion. Die Kleinstadt hatte vor dem Krieg aus etwa 1800 Deutsche und 1500 Tschechen bestanden und war daher dem Reichsgau Sudetenland angeschlossen worden. Von 1943 bis 1945 war bei Postelberg ein Lager für Juden und Tschechen eingerichtet gewesen, die einen Militärflugplatz anzulegen hatten. Anfang Juni 1945 gingen die tschechischen Soldaten nach der Devise vor, dass nur ein toter Deutscher ein guter Deutscher sei. Ein Teil der tschechischen Soldaten stammte aus Wolhynien, wo sie deutsche Gräueltaten in ihren Dörfern erlebt hatten.[2604] Bereits am 27. Mai wurden in Postelberg 36 deutsche Nationalsozialisten erschossen. Am 3. Juni wurden etwa 5000 Saazer Männer und Burschen in drei Kolonnen nach Postelberg getrieben und in der alten Kavalleriekaserne interniert. Innerhalb weniger Tage wurden dann mindestens 773 Deutsche aus Postelberg und Saaz im Bereich der Kavalleriekaserne von Postelberg erschossen. Zuerst traf es NSDAP-Funktionäre und Angehörige der SS, bald aber auch Zivilisten, wie den Vorstand der Saazer bürgerlichen Brauerei und den Pater Max, Guardian des Saazer Kapuzinerklosters, sowie Jugendliche. Als der deutsche Hauptmann Langer den tschechischen Kommandanten Bohuslav Marek darauf hinwies, dass die Exekutionen gegen die Genfer Konvention verstießen, wurde er durch Genickschuss getötet. Im September 1947 wurde eine tschechische Untersuchungskommission unter Leitung des Abgeordneten der Tschechoslowakischen Volkspartei, Dr. Bohumír Bunža, nach

---

2603 Augenzeugenbericht von Julius Friedel, 22. Februar 1951, in: Odsun 2, 542-546, 826. Neuere tschechische Untersuchungen stellen einige Details der Schilderungen in Frage, bestätigen aber die Namen der Opfer.

2604 Am 13. Juli 1943 hatten deutsche Truppen das Dorf Český Malín (Ukraïns'kyj Malin) geplündert und niedergebrannt. Von den auf die umliegenden Felder getriebenen Männern, Frauen und Kindern kamen 374 gewaltsam ums Leben. – Tragická místa paměti, 363f.

Postelberg entsandt, die in einem ehemaligen Panzergraben insgesamt 225 Leichen exhumieren ließ. Weitere Exhumierungsarbeiten wurden eingestellt. Diese Massenexekution stellte die zahlenmäßig umfangreichste Mordaktion in der böhmischen Geschichte seit dem Dreißigjährigen Krieg dar.[2605]

In Brünn war während der Herrschaft des verhassten NS-Bürgermeisters Judex der nationale Gegensatz in Feindschaft umgeschlagen. Dazu kam die soziale Unruhe unter den Arbeitslosen der stillgelegten Rüstungsbetriebe, die von der starken kommunistischen Gewerkschaftsbewegung agitatorisch genützt wurde. Im Kaunitz-Kolleg, dem ehemaligen Sitz der Gestapo, starben im Mai und Juni 1945 mindestens 300 Menschen durch Folter, Erschießen oder Erhängen.[2606] Ende Mai setzten kommunistische Aktivisten den Bürgermeister unter Druck, das Deutschenproblem radikal zu lösen. Nach mehrtägiger Internierung wurden die Deutschen noch am Abend des 30. Mai 1945 von Polizisten, „Revolutionsgarden“ und Betriebsmilizen ihrer Juwelen, Uhren, Pelze und des Geldes beraubt und zum Verlassen der Stadt aufgerufen. Am frühen Morgen des 31. Mai wurden dann etwa 26.000 Frauen, Kinder und alte Männer – 853 arbeitsfähige Männer und Burschen zwischen 14 und 60 Jahren wurden in das Sammellager Malomeritz (Maloměřic) eingewiesen, 575 Personen blieben als Transportunfähige zurück – mit einem Bündel an Habseligkeiten aus der Stadt in Richtung Süden getrieben. Die Tageszeitung der tschechoslowakischen National-Sozialisten berichtete: „Der große Zug, in dem die deutschen Frauen auch Kinderwagen sowie andere Wagen für ihr Gepäck mitführen durften, zog sich schließlich über eine Länge von 16 km hin! Den ganzen Weg entlang funktionierte ein Sanitätsdienst, und die Wachen achteten darauf, dass die Deutschen mit der tschechischen Bevölkerung nicht in Berührung kamen. Man hatte auch an Sammelwagen für jene gedacht, deren Kräfte für diesen langen Marsch nicht ausreichten; diese Wagen stellte unsere Armee zur Verfügung.“ Was *Nové slovo* nicht berichtete: Die Vertreibung erfolgte bei glühender Hitze, es gab zu wenig Wasser, viele Greise und Säuglinge starben. Nach einer Übernachtung in Pohrlitz (Pohořelice) vom 31. Mai auf den 1. Juni waren nur mehr 18.000 Personen in der Lage, in Richtung Nikolsburg (Mikulov) weiterzumarschieren. In der Nacht wurden viele Frauen und Kinder von den sie bewachenden Milizionären misshandelt. Unter den mindestens 6000, die in einem Notlager auf den Feldern zurückblieben, brach bald eine Typhusepidemie aus, so dass viele Hunderte, nach einer neuesten Studie in der Zeit zwischen 1. Juni und 12. Juli 1945 455 Personen, starben und begraben wurden. Weitere 194 Personen sollen in den folgenden Wochen in umliegenden Dörfern ums Leben gekommen

[2605] Staněk, Verfolgung 1945, 143-148; Staněk - Arburg, Organizované divoké odsuny? 505; Tragická místa paměti, 415-447; Aussage des Bohuslav Marek vor der Untersuchungskommission des Sicherheitsausschusses der Verfassungsgebenden Nationalversammlung, Žatec, 30. Juli 1947; Augenzeugenbericht des Oberamtsrichters Dr. Feyer, abgefasst am 3. März 1951, beide in: Odsun 2, 577-587, 572-576.

[2606] Staněk, Verfolgung 1945, 115, FN 148.

sein. Sogar die Überschreitung der tschechoslowakisch-österreichischen Grenze südlich von Nikolsburg gestaltete sich als schwierig, da auf Weisung des kommunistischen Innenministers Franz Honner die österreichischen Grenzorgane die Vertriebenen abweisen sollten. Nach Schätzungen von Eagle Glassheim sollen bei der Vertreibungsaktion der Brünner Deutschen insgesamt über 1700 Personen ums Leben gekommen sein.[2607]

Am 10. Juni 1945, am dritten Jahrestag der Vernichtung des Dorfes, hob Beneš in Lidice die Kollektivschuld der Deutschen hervor:

> „Lidice und sein Schicksal sind der bezeichnendste Ausdruck der deutsch-nazistischen Kultur und des deutsch-nazistischen Systems. […] Ich mache das *deutsche Volk als Ganzes* für den Nazismus und alle seine Verbrechen *verantwortlich*. […] Das war nicht etwas Zufälliges, das war ein System, das war die Rechtansicht in der deutschen Gesellschaft, das war die *neue Philosophie des deutschen Herrenvolkes*. […] es geht um die direkte Schuld der überwiegenden Mehrheit der Deutschen und deshalb sind die Deutschen als Gesamtheit verantwortlich.“[2608]

Eine Woche später rief der Präsident im „hussitischen“ Tábor dazu auf, „dass wir die Republik entgermanisieren müssen, überall und in allem. [...] Es wird um das Entgermanisieren von Namen, Landschaften, Städten, Gebräuchen gehen – es wird um alles gehen, was überhaupt entgermanisiert werden kann. […] Erinnert Euch, was uns über Jahrhunderte hinweg, seit der Hussitenzeit, die Germanisierung alles angetan hat [...]“. Auch Monsignore Bohumil Stašek, der Domherr am Vyšehrad, war ähnlicher Meinung: „Nach 1000 Jahren ist die Zeit gekommen, die Rechnung mit den Deutschen zu begleichen, die böse sind und für die deshalb das Gebot der Nächstenliebe nicht gilt.“[2609]

In der Nähe des Bahnhofs von Prerau (Přerov) gab es in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni auf Befehl eines slowakischen Leutnants des 1. Tschechoslowakischen Armeekorps einen Massenmord an 265 Karpatendeutschen aus Dobschau (Dobšiná), darunter 120 Frauen und 74 Kinder. Die Karpatendeutschen waren auf dem Rückweg aus Lagern im Bezirk Saaz (Žatec) in die Slowakei gewesen. Sie waren angeblich von slowakischen Soldaten aus dem Zug geholt und in einem nahe gelegenen Wald exekutiert worden.[2610]

[2607] Emilia Hrabovec, Vertreibung und Abschub. Deutsche in Mähren 1945-1947 (Frankfurt am Main etc. 1995) 96-103; Hanns Hertl – Erich Pillwein – Helmut Schneider – Karl W. Ziegler (Hgg.), Der „Brünner Todesmarsch“. 1945: Die Vertreibung und Misshandlung der Deutschen aus Brünn. Eine Dokumentation (Schwäbisch Gmünd ²1999); Brandes, 1945, 239f.; Staněk – Arburg, Organizované divoké odsuny? 523-533; Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung“, 129-131; Nové slovo (Moravská Ostrava), 7. Juni 1945; Augenzeugenbericht Steffi Fischer, zitiert nach: Odsun 2, 569-571.

[2608] Tomáš Staněk, Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945-1948, in: Begegnung und Konflikt, hg. von Jörg K. Hoensch und Hans Lemberg (Essen 2001) 220; Staněk – Arburg, Organizované divoké odsuny? 499; Odsun 2, 596f.

[2609] Odsun 2, 608-613; Naimark, Flammender Hass, 147; Sayer, Bohemia, 239f.; Beneš, Odsun, 148; Perzi, Beneš-Dekrete, 225.

[2610] Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 46; Staněk, Vertreibung, 221.

In Komotau (Chomutov) ließ der Stabshauptmann Karel Prášil mehrere Tausend deutscher Zivilisten festnehmen, danach bis zu einem Dutzend von ihnen am Morgen des 9. Juni auf dem Jahn-Turnplatz – deutlich sichtbar für entsetzte tschechische Passanten – zu Tode foltern. Zwar hatte niemand den Mut einzugreifen, aber ein anonymer tschechischer Bürger schrieb an das Büro des Ministerpräsidenten, um seinen Abscheu vor dieser Mordtat auszudrücken:

> „Nicht einmal die brutalen Deutschen haben sich ihrer Feinde auf solch eine Art und Weise entledigt, vielmehr haben sie ihren Sadismus hinter den Toren der Konzentrationslager verborgen.“[2611]

Marjorie Quinn, eine Engländerin, die in Trautenau (Trutnov) nahe der polnischen Grenze lebte, schrieb an ihre Schwester: Obwohl die örtlichen Tschechen im Gegensatz zur Roten Armee „selten morden oder vergewaltigen“, hätten sie „Plündern und Foltern zur Kunst erhoben. […] Die englischen Kriegsgefangenen haben sich bei den Tschechen sehr unbeliebt gemacht, weil sie deutsche Frauen und Kinder schützen, so gut es geht; auch sie sind schockiert von dem, was hier passiert“.[2612]

In Aussig endete der Weltkrieg am 7. Mai 1945, als sowjetische Militäreinheiten einmarschierten und die Tschechen einen Nationalausschuss bildeten, der die Verwaltung der Stadt übernahm. Noch in der Nacht zum 8. Mai wurden die tschechischen Bürger über Stadtfunk zur Mitarbeit in den Polizeieinheiten aufgerufen. Die neuen Hilfspolizisten bekamen teilweise Uniformen des deutschen Afrikakorps, an die man die tschechische Trikolore angebracht hatte. Explosionen in einem Lager für deutsche Beutemunition im Aussiger Vorort Schönpriesen (Krásně Březno) am Nachmittag des 31. Juli 1945 führten zu einem Pogrom an der deutschen Bevölkerung. Etwa eine Stunde nach der ersten Explosion, gegen 16.30 Uhr, telefonierte der Vorsitzende des Nationalausschusses, Josef Vondra, mit dem Innenministerium und erstattete hastig Bericht:

> „In Aussig ist heute Nachmittag im Stadtteil Schönpriesen ein Brand ausgebrochen, das ganze Wohnviertel brennt, Dutzende Wohnhäuser stehen in Flammen, es gibt immer wieder Explosionen. Die Flammen haben auch die Brauerei, die Spiritusfabrik und die Zuckerfabrik erfasst. Es drohen weitere Explosionen! Wir bitten um Hilfe! Schicken Sie sofort Feuerwehren zu uns und verständigen Sie die Polizei! Die Kabelfabrik, das Waffenlager der Armee, die Spiritusfabrik, die Zuckerfabrik brennen. Feuerherd ist die Spiritusfabrik. Unter den Tschechen gibt es Unruhen, auf den Straßen wird gelyncht, überall herrscht unkontrollierbares Chaos. Die Armee räumt die Stadt. Bitte schicken Sie Hilfe!“[2613]

Zunächst gelang es nicht, den sich immer weiter ausbreitenden Brand zu löschen, sowohl wegen der gewaltigen Hitze als auch wegen der Minen und Granaten, die ständig explodierten. In den nächsten Stunden konnte aber die Feuerwehr die Brände eindämmen und auf die Zuckerfabrik einschränken. Dort waren Granaten,

---

2611 Staněk, Verfolgung 1945, 142.

2612 Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung“, 126.

2613 Tragická místa paměti, 132.

Panzerfäuste, Minen und andere Munition gelagert. Die Explosionen waren so stark, dass sie im Umkreis von mehreren hundert Metern Schäden verursachten. Die Ursache der ersten Explosion konnte bis heute nicht geklärt werden, sodass mehrere Erklärungen bestehen blieben. Die wahrscheinlichste These lautet, dass der Verwalter des Depots, ein Feldwebel Čapek, etwas vertuschen wollte, da für den nächsten Tag eine Inspektion angesagt war. Außerdem wurde er etwa eine Stunde vor der Explosion von zwei deutschen Arbeiterinnen gesehen, wie er mit zwei unbekannten tschechischen Zivilisten ins Munitionslager ging. Eine andere, eher unwahrscheinliche Version spricht von einem oder zwei Flugzeugen, die mit Lenkwaffen auf die Zuckerfabrik gezielt hätten. Der Historiker Vladimir Kaiser verweist schließlich auf die zeitliche Koinzidenz mit der Potsdamer Konferenz:

> „Zu dieser Explosion kam es in der Zeit der Potsdamer Konferenz. Die Explosion und das Massaker wurden im Geheimen von der tschechoslowakischen Regierung (Innen- und Verteidigungsministerium) inszeniert, die so an die Konferenz in Potsdam appellieren konnte, die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei wesentlich zu beschleunigen. Wenn die Deutschen nicht schnellstens ausgesiedelt würden, werde es weiter zu Sabotageaktionen (Explosion des Munitionsdepots) und Grausamkeiten (Massaker) kommen.“[2614]

Zur Zeit der ersten Explosionen strömten die deutschen Arbeiter von der Vormittagsschicht in den Schichtwerken nach Hause und gingen über die Edvard-Beneš-Brücke in Richtung Stadtzentrum. Dort wurden sie von bewaffneten, zum Teil betrunkenen Tschechen angehalten, schikaniert, geschlagen und von der Brücke gestoßen – darunter eine Frau mit ihrem kleinen Kind im Kinderwagen. Parallel dazu karrten Angehörige der Svoboda-Armee, Revolutionäre Garden und Rotarmisten mehrere LKW mit Deutschen mit geschorenen Köpfen und weißen Armbinden mit einem „N“ (für *Němec*/Deutscher) an die Brücke, wo man sie zum Teil gefesselt von der hohen Elbebrücke ins Wasser stieß und Schwimmende beschoss. Die Zahl der Todesopfer bei diesem Pogrom wird heute auf 80 bis 100 geschätzt. Gleich am 1. August kamen eine Untersuchungskommission und General Ludvík Svoboda in die Stadt. Der General machte die „Werwolf“-Bewegung für die angebliche Sabotageaktion verantwortlich. Augenzeugen berichteten aber, dass sich sofort nach der ersten Explosion viele bewaffnete Tschechen in der Stadt versammelt hätten, was auf Vorbereitungen schließen lässt.[2615]

Die Angaben über die Anzahl der Todesopfer bei dieser Explosionskatastrophe und den anschließenden Ausschreitungen differieren in den verschiedenen Berichten und werden zwischen 43 konkret belegten Toten und 2700 Vermissten angegeben; außerdem soll es 50 Schwerverletzte und mehr als 300 Leichtver-

---

[2614] Tragická místa paměti, 132-134.

[2615] Tragická místa paměti, 131-156; Anonymes Protestschreiben eine tschechischen Legionärs, 2. August 1945, in: Odsun 2, 679. Josef Schumann aus Hohendorf (Kreis Karlsbad) berichtete am 1. September 1947, dass er – obwohl weder Mitglied der NSDAP noch der SdP – am 4. und 5. August 1945 von der tschechischen Polizei in Karlsbad grausam misshandelt worden sei, da sie Verbindungen zum „Werwolf“ unterstellte. – Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 277-279.

letzte gegeben haben. Jedenfalls brannten 200 Wohnhäuser aus und mehrere Industrieanlagen wurden völlig zerstört.[2616]

Sogar sowjetische Berichte enthalten Einzelheiten von tschechischen Brutalitäten gegenüber Deutschen, während sie über die Vergewaltigungen seitens der Rotarmisten wenig sagen. Tatsächlich griffen Offiziere und Mannschafter der Sowjetarmee wiederholt bei tschechischen Misshandlungen gegenüber deutschen Zivilisten ein, gaben hungrigen deutschen Kindern etwas zu essen und nahmen auf der Landstraße dahinziehende Vertriebene auf ihren Fahrzeugen mit. Die wachsende Verzweiflung unter den Sudetendeutschen führte zu vielen Selbstmorden; ganze Familien erhängten oder vergifteten sich. Der sowjetische General Serov meldete am 8. Juni an Innenminister Berija, dass die Selbstmordwelle sogar nach Ankunft in der Sowjetischen Besatzungszone anhalte:

> „Täglich kommen bis zu 5000 Deutsche aus der Tschechoslowakei, die meisten Frauen, Alte und Kinder. Ohne Zukunft und die Hoffnung auf etwas Besseres beenden viele ihr Leben durch Selbstmord und schneiden sich die Pulsadern auf." Allein in einer Region seien 71 Deutsche mit aufgeschnittenen Pulsadern gefunden worden.[2617]

Es besteht heute kein Zweifel, dass die führenden tschechischen Politiker und Militärs von den meisten der wilden antideutschen Exzesse untergeordneter Organe – der „Nationalausschüsse" und „Revolutionsgarden", des „Korps der nationalen Sicherheit" und der Einheiten der „Svoboda-Armee" etc. – wussten, sie duldeten und in ihre innen- wie außenpolitische Strategie einkalkuliert hatten. Auch Präsident Beneš ließ sich von General Svoboda und anderen tschechischen Befehlshabern über die Verfolgungen berichten. Ehemalige tschechische Gestapo- und SD-Agenten verschärften die Auseinandersetzungen, um von ihren früheren Untaten abzulenken. Unter den Parteien waren die tschechischen National-Sozialisten die hasserfülltesten, gefolgt von den Kommunisten, die ja neben dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Gottwald den Innenminister, den Landwirtschaftsminister, den Unterrichtsminister, den Informationsminister und den Minister für soziale Fürsorge stellten. Beide Parteien verbanden jedenfalls die „nationale" mit der „sozialen Revolution", worunter freilich von Mai bis August 1945 in erster Linie brutale Verfolgungsmaßnahmen und Enteignungen der Deutschen, ihre Konfinierung und teilweise auch schon Vertreibung zu verstehen war.[2618]

Der langjährige außenpolitische Korrespondent des *Manchester Guardian*, F. A. Voigt, begann anonyme, aber weitgehend korrekte Berichte über das Schicksal der Sudetendeutschen zu veröffentlichen. Nach seinen Worten übernahmen die

---

2616 Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 44. Vgl. Bericht von Rhona Churchill im Daily Mail, 6. August 1945, zitiert nach: Dokumentation der Vertreibung IV/1, 66-72; Perzi, Beneš-Dekrete, 226-228; Staněk, Verfolgung 1945, 169-175.

2617 Gen. Serov an Min. Berija, 14. Juni 1945, in: T. A. Volokitova, T. M. Islamvov [et alii] (Hgg.), Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich Archivov 1944-1953, tom. 1: 1944-1948 (Moskva – Novosibirsk 1997) 223; zitiert nach: Naimark, Flammender Hass, 149f.

2618 Hrabovec, Vertreibung, 105-118; Staněk – Arburg, Organizované divoké odsuny? 494-523.

Tschechen „eine Rassendoktrin, die der Hitlers ähnelt […] und Methoden, die kaum von denen des Faschismus zu unterscheiden sind. Sie sind zu slawischen Nationalsozialisten geworden“.[2619] Am 29. Juni 1945 ging im Amt des Regierungspräsidiums ein anonymer Brief eines in Nordböhmen geborenen, erzogenen und hier lebenden Tschechen ein, der die deutsche Arbeitskraft für die tschechoslowakische Wirtschaft genutzt sehen wollte:

> „Wir Bürger hier im Grenzland hegen echte Befürchtungen wegen der Folgen, die sich nach der Massenaussiedlung der Deutschen aus unserem Gebiet sicherlich ergeben werden […]. Wir wurden lediglich befreit und sind aufgewachsen auf der Basis der weltweiten Überzeugung von der Barbarei der Deutschen, die in alle europäischen Länder zogen, um die Weltherrschaft mit dem sadistischen Gestapogesindel zu verwirklichen, das ihnen wohl allein das Genick brach. Also Schreckensherrschaft, Gewalt und Brutalität waren die Ursache für das Ende des Dritten Reiches.
>
> Wenn wir unseren Ruf einer slawischen Kultur- und Bildungsnation weiterhin erhalten wollen, dann dürfen wir auch als Sieger nicht schlimmer sein als die Deutschen. Es ist nötig, geziemend und gerecht zu strafen, aber wir, von Rache getrieben, dürfen keine schlimmeren Ungerechtigkeiten begehen, als jene begangen haben. […]
>
> Jetzt berichte ich Ihnen nur einen Teil jener Ungerechtigkeiten und Schlechtigkeiten, die hier geschehen:
>
> 1. Die bewaffnete Meute und Einzelne überfallen nachts deutsche Haushalte und berauben diese Leute aller Dinge, die sie forttragen können, wobei sie besonderen Wert auf Geld und Schmuck (Staatseigentum) legen, und das alles nur zur persönlichen Bereicherung.
> 2. Verlassene Wohnungen (Staatseigentum) werden systematisch ausgeraubt, sogar von Vertretern der Gemeinden und der Ordnungspolizei, die sich oftmals aus Leuten mit schlechtem Ruf (vorbestraft schon in der Republik) rekrutiert.
> 3. Die ausgewiesenen Deutschen werden auf dem Weg zur Grenze um das Letzte bestohlen, was ihnen amtlich zur Mitnahme mit einem Gewicht von 30 kg erlaubt wurde. […]
> 5. Letzte Woche in der Gegend von Teplitz wüten unter den versammelten Ausgewiesenen und vor allem in ihrem Gepäck Jüdinnen, die ihnen in aller Öffentlichkeit, vor ihrem Abzug und unter Assistenz der die Säuberung durchführenden Militärabteilungen, aus den erlaubten Gepäckstücken mit Gegenständen des täglichen Bedarfs das Letzte wegnahmen, was ihnen übrigblieb. Sind diese Jüdinnen ebenfalls Repräsentantinnen und Exekutivorgane des Staates? […]
> 6. Nazistische Schuldige, die man durch die Todesstrafe beseitigen muss, sollen nicht direkt in die Hände der Leute vor Ort ausgeliefert und nicht auf eine so demonstrative Weise öffentlich liquidiert werden, wie es bislang geschehen ist und geschieht, denn dies weckt nur Widerwillen und bei den Angehörigen ihrer Familien Groll und Hass, den sie ihr ganzes Leben in sich tragen werden. […]
> 8. […] Gruben, Fabriken und Landwirtschaft leiden an großem Arbeitskräftemangel, auch mit dem bisherigen Einsatz der Deutschen, infolge der Abwanderung der tschechischen Arbeitskräfte in bessere Berufe. Was passiert, wenn wir alle diese Deutschen vertreiben? Wird hier der Friedhof unserer Industrie liegen, den wir ihr selbst bereitet haben? […] Mit den Deutschen könnte das anders geregelt werden, damit sie dem Staat nie mehr schaden, bei voller Nutzung ihrer Arbeitskraft zum Besten unseres Staates. Sie würden, im Bewusstsein ihrer

[2619] Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung“, 128.

totalen Niederlage, lieber bis zum Umfallen arbeiten, und da spreche ich vor allem über die vom Nazismus verführte deutsche Arbeiterschaft, wenn es ihnen nur erlaubt wäre, hier zu bleiben, ohne jede Möglichkeit politischer und wirtschaftlicher Entwicklung. Es sind mehrheitlich ohnehin nur Nachkommen germanisierter Tschechen, die sich in kurzer Zeit umorientieren würden. […][2620]

Präsident Beneš ließ keinen Zweifel daran, dass nicht nur die Deutschen, sondern auch ihre Kultur verschwinden sollte. „Unser Motto muss sein: die endgültige Entgermanisierung unserer Heimat – kulturell, wirtschaftlich, politisch.“ Deutsche Monumente wurden zerstört, Friedhöfe eingeebnet, Ortsnamen geändert. Aus dem Neuen Deutschen Theater der Prager Deutschen wurde das Smetana-Theater, aus dem deutschen „Casino“ das „Slawische Haus“, alle deutschen Schulen – einschließlich der Deutschen Universität und der Technischen Hochschule – wurden geschlossen.[2621]

Die von Adrian von Arburg und Tomáš Staněk jüngst editierten tschechischen Archivdokumente – über 600 aus über 40 tschechischen Archiven – illustrieren auch die polizeilichen Untersuchungen der Massenexzesse gegen die deutsche Bevölkerung. Ausgehend von den politischen und rechtlichen Entscheidungen der Führung der tschechischen Mehrheitsgesellschaft entstanden auch oft genug „Freiräume“, die von zwielichtigen Personen – zum Teil frühere Kollaborateure mit dem Besatzungsregime – als Freibrief zur Gewaltanwendung ausgenützt wurden. Sowohl die neue politische als auch die neue militärische Führung akzeptierte diesen „Gestapismus“ und ließ es zu, dass sich tschechoslowakische Staatsbürger zu Herren über Leben und Tod der Deutschen aufspielten.[2622]

Internierungs-, Arbeits- und Straflager

Bereits am 16. Mai 1945 beschloss das Präsidium des Landesnationalausschusses von Mähren – nach Gesprächen mit Präsident Beneš – einstimmig, allen Beauftragten der Nationalausschüsse für die deutschen Gemeinden in Mähren aufzutragen, dass sie:

„1) sofort alle Personen deutscher Nationalität und Volksverräter festnehmen, für sie Konzentrationslager errichten und sie für notwendige Arbeiten wie Straßenreparaturen und die Beseitigung von Kriegsschäden verwenden,

2) sämtliches Vermögen von Personen deutscher Nationalität, ggf. [gegebenenfalls] von Volksverrätern sicherstellen, die Beauftragten bestimmen und darauf achten, dass dieses Vermögen nicht gestohlen wird […],

---

2620 Anonymer Brief an tschechoslowak. Regierungspräsidium, 29. Juni 1945, in: Odsun 2, 645-648.

2621 Sayer, Bohemia, 241.

2622 Arburg – Staněk, Vysídlení Němců, Bd. II/3; vgl. Alena Wagnerová, Die Stunde der Dokumente, in: NZZ, 3. August 2011, 20.

3) alles Land sicherstellen, das bis jetzt den Deutschen gehörte, damit dieses Land entsprechend bestellt wird. Zu diesem Zweck sollen alle vorhandenen und verfügbaren Mittel eingesetzt werden, auch alle internierten Deutschen und Verräter, ggf. auch Personen, die bisher noch nicht beschäftigt waren."[2623]

Noch bevor sich die tschechoslowakische Regierung über die rechtlichen Grundlagen der Behandlung der deutschen Minderheit geeinigt hatte, wurden Hunderttausende Personen festgenommen und in mindestens 2000 Lagern aller Art interniert. Nach Ermittlungen des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes bestanden in der Tschechoslowakei 1215 Internierungslager, 846 Arbeits- und Straflager und 215 Gefängnisse, in denen 350.000 Deutsche längere oder kürzere Zeit festgehalten wurden. Unter den Festgenommenen befanden sich Angestellte der Besatzungsbehörden und der Justiz, Funktionäre und Mitarbeiter der verschiedenen NS- und SS-Formationen sowie bekannte Persönlichkeiten aus den Reihen der Intelligenz und der Wirtschaft. Diese Sicherungshaft aus der „Revolutionszeit" wurde erst am 27. Oktober 1945 durch ein Dekret des Präsidenten Beneš scheinbar legalisiert.[2624]

In den Lagern herrschten teilweise unmenschliche Verhältnisse, vielfach waren die Unterkünfte baufällig, die Hygiene katastrophal, die Verpflegung mangelhaft und die Gesundheitsvorsorge einschließlich fehlender Medikamente ungenügend. Zwangsarbeit und Hungerrationen führten zu Erschöpfung, Epidemien und Todesfällen, die besonders unter alten Menschen und den etwa 10.000 internierten Kindern grassierten. Die bunt zusammengewürfelten Wachmannschaften ließen sich in vielen Lagern zu Schikanen, Prügeln, Misshandlungen, Vergewaltigungen, Folterungen, sogar Hinrichtungen hinreißen. Ota Hora, ein Abgeordneter der National-Sozialisten, gibt in seinen Memoiren den Bericht eines Augenzeugen über die Zustände im Hanke-Lager in Mährisch-Ostrau wieder:

> „Abgesehen von Saufereien, Orgien der ‚Wachen' mit internierten Frauen und Folterungen bei Verhören fanden auch regelmäßige Hinrichtungen statt. […] Den Hinrichtungen gingen Verurteilungen voraus. Das Gericht bildeten die Wachleute! Jeder, der hingerichtet werden sollte, wurde zuvor so lange gefoltert, bis er das Geständnis unterschrieb, das ihm vorgelegt wurde. […] Gegen besonders Hartnäckige wurde als wirksames Zwangsmittel das Brechen der Schlüsselbeine verwendet."[2625]

[2623] Protokoll der 4. Sitzung des Landesnationalausschusses in Brünn am 16. Mai 1945, in: Odsun 2, 540f.

[2624] Kurt W. Böhme, „Gesucht wird…" (München 1965) 264.

[2625] Hrabovec, Vertreibung, 126; Brandes, 1945, 236f. Aus ca. 200 Lagern liegen 437 Berichte vor. Besonders erwähnt werden die Lager: Gurein Bez. Brünn, Neu-Rohlau Bez. Karlsbad, Hanke-Lager Bez. Mährisch-Ostrau, Hodolein Bez. Olmütz, Bory Bez. Pilsen, Rabstein Bez. Tetschen, Josefstadt Bez. Königinhof/Elbe, Theresienstadt Bez. Raudnitz, Maltheuren Bez. Brüx, Robotárna Bez. Znaim, Mährisch-Weißkirchen, Burgberg Bez. Jägerndorf, Postelberg Bez. Saaz, Lerchenfeld Bez. Aussig, das Stadion Strahov und das Lager Hagibor in Prag sowie das Prager Polizeigefängnis und das Gefängnis Pankrác. – Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 45, FN 54.

Der Prager Sozialarbeiter Přemysl Pitter – der unter NS-Besatzung jüdischen Kinder Schutz zu bieten versuchte und später in der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem als Gerechter unter den Völkern geehrt wurde – besuchte Ende Juli 1945 mit einigen Helfern die K. V. Rais-Schule im Prager Bezirk Vinohrady, in der ein provisorisches Internierungslager für Deutsche eingerichtet worden war:

„Vor uns öffnete sich die Hölle, von welcher die Vorübergehenden keine Ahnung hatten. Mehr als tausend Deutsche, meistens Frauen und Kinder, waren in Schulklassen und Kellern zusammengedrängt. Als wir die abgemagerten und apathischen Kinder mitbrachten und auf dem Gras ausbreiteten, dachte ich, dass nur wenige überleben würden. Unser Arzt, Dr. E. Vogl, selbst ein Jude, der die Hölle von Auschwitz und Mauthausen durchgemacht hatte, weinte fast, als er diese kleinen lebenden Leichname sah. ‚Also dies haben wir Tschechen binnen zweieinhalb Monaten zustande gebracht!' rief er aus."[2626]

Auch in anderen Internierungslagern waren die Babies und Kleinkinder durch Hunger und Krankheiten besonders gefährdet. Daher gab es unter ihnen auch verhältnismäßig viele Todesfälle. Dennoch ignorierten die tschechoslowakischen Behörden Appelle für die Freilassung dieser gefangenen Kinder, so vom britischen Gesandten Philip Nichols. Nach einer Statistik des IKRK vom 1. April 1946 waren zu diesem Zeitpunkt allein in der Slowakei etwa 2000 Kinder unter sechs Jahren, fast 3300 zwischen sechs und 16 Jahren und über 1200 Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren in Lagern interniert.[2627]

Der ehemalige Generaldirektor der Eisenwerke Ostrau-Witkowitz, der am 30. April 1945 nach Prag geflüchtet war und dort die Aufstandstage erlebt hatte, wurde am 13. Mai abends am Prager Hauptbahnhof in einen Viehwaggon verladen und abtransportiert:

„[…] Am 14. 5., 6 Uhr morgens, erreichte dieser Transport mit ca. 2000 Personen, darunter 50 Personen über 50 Jahren und ca. 300 Kindern unter 2 Jahren, eine kleine Bahnstation, ca. 60 km von Prag, von wo der Fußmarsch in mein erstes größeres Internierungslager Fejnice und Čech. Brodu (ca. 12 km Entfernung) angetreten wurde. In glühender Hitze erreichten wir dieses Lager, welches im wesentlichen ein kleiner Gutshof mit einem dreistöckigen Getreidespeicher war. […]

Es mangelte im allgemeinen an allem, so auch an Trinkwasser. Die Folge dieser skandalösen Zustände war, dass infolge Hunger während 55 Tagen, welche ich dort interniert war, 79 Personen gestorben sind (darunter 2 Selbstmorde). Zwei Tage nach unserer Einlieferung wurde vom Lagerkommandanten [Lt. Kadrzabek] uns bis auf 1000,- Kronen per Familie alles Geld und der gesamte Schmuck, am dritten Tag alles übrige abgenommen, so dass wir bereits dort alle zu Bettler wurden. […]

Wir erhielten alle 2 bis 3 Tage wöchentlich in den Abendstunden Besuch durch je 25 bis 30 russische Soldaten, welche angetrunken und mit offenen Brandfackeln den Speicher stürmten, Frauen und Mädchen an Ort und Stelle vergewaltigten oder auf einige Stunden in die Felder

---

[2626] Tomáš Pasák, Přemysl Pitters Protest: Eine unbekannte Stimme gegen die Greuel in den Internierungslagern 1945, in: Bohemia 35 (1994) 94f.; Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung", 291.

[2627] Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung", 291-293.

verschleppten. Hierbei haben die Nationalgardisten nicht nur untätig zugesehen, sondern des öfteren auch die Frauen aufgefordert, sich freiwillig hinzugeben. […]

Am 9. Juli wurde ich nach einer miserablen Nacht in den vom Schmutz strotzenden Polizeibunker [von Mährisch-Ostrau] ohne Verhör dem berüchtigten Ostrauer Hanke-Lager übergeben. […] Über das Hanke-Lager als das schlechteste Internierungslager Ostraus lässt sich viel und Ungeheueres berichten. Es ist bezeichnend, dass hier seit anfangs Mai 1945 bis zu meiner Einlieferung am 9. Juli rund 350 Kameraden totgemacht wurden, von welchen der genannte Gloss[2628] eingestandenermaßen 235 Männer nicht nur zu Tode gefoltert, sondern auch selbst aufgehängt hat. […]

Zur Auflösung des Lagers Mitte September 1945 kam es wegen der dortigen skandalösen und sanitätswidrigen Zustände. Anfang September begann man mit dem alphabetischen Abtransport von ca. 250 Mann ins Kreisgericht, während der Rest von ca. 100 Männern und 30 Frauen an das Internierungslager Ziegeleistraße überwiesen wurde. […]

Mitte Oktober 1945 sollte ich wegen meiner Überalterung (62 Jahre) und des hohen Blutdruckes (220-230 mm) auf 2 bis 3 Monate häuslicher Pflege überstellt werden. Am Tage der Entlassung kamen zwei Nationalgardisten aus dem Eisenwerk Witkowitz, welche mich trotz Protestes des Národní výbor Mähr.-Ostrau dem Witkowitzer Internierungslager Rudište überstellten, wo ich nun durch zweieinhalb Monate schwerste Arbeiten, d. i. mit Krampen und Schaufel Erze und Roheisen auf- resp. abladen, verrichten musste. Hierbei bin ich vor Überlastung dreimal zusammengebrochen, da die scharf kontrollierenden Nationalgardisten uns keine Ruhepause gestatteten. […]

Vom 1. Februar bis 7. Juni war ich im Polizeilager Kunice (Witkowitz) interniert. […] Entgegen der Mitteilung des Chefs vom Sicherheitsdienst des Eisenwerkes Witkowitz, Herrn Smejkal, welcher auf diverse Anfragen immer wieder betonte, dass ich, obwohl gegen mich nichts Belastendes vorliegt, bis zum Schluss als Geisel interniert bleibe, gelang es meiner Tochter, welche eines Tages zur Aussiedelung bestimmt wurde, mich als Vater aus dem Lager herauszubekommen. […] Am 15. Juni 1946 nachmittags verließ der Aussiedlungszug Mähr. Ostrau, wo meine Vorfahren durch fast 170 Jahre ansässig waren, um der neuen Heimat entgegenzurollen.“[2629]

Auch die Leidensgeschichte des Bauern Otto Knauer aus Pickau im Kreis Jägerndorf veranschaulicht den Hass der tschechischen Partisanen auf die verbliebene deutsche Bevölkerung. Knauer war als Bürgermeister und größerer Bauer mit 43½ Hektar Besitz ein besonderes Zielobjekt, obwohl sich der Hof seit 1721 in den Händen seiner Familie befand. Am 15. Juni 1945 musste er mit seiner Familie innerhalb von zehn Minuten sein Haus verlassen und sich mit der gesamten Gemeinde bei der Kirche versammeln. Dann wurde das Gasthaus Erbrichterei zum Lager für sämtliche Dorfinsassen erklärt. Knauer wurde in den folgenden Tagen – nach erzwungenen negativen Aussagen von Dienstmägden gegen ihn – von mehreren Partisanen wiederholt gefoltert, mit der Hakenkreuzfahne durch das Dorf getrieben und am 20. Juni ins Kreisgericht Jägerndorf eingeliefert. Dort gingen die Folterungen und Erniedrigungen weiter, bis er am 4. Juli zur Zwangsarbeit nach Mährisch-Ostrau eingeteilt wurde. Im dortigen Lager seien auch viele gestorben. Am 3. Dezember 1945 kam Knauer zur Zwangsarbeit nach Kungendorf

[2628] Der Lagerleiter Heinrich Gloss war ein ehemaliger SA-Mann.

[2629] Bericht Generaldirektor Wlk., 12. Juli 1946, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 289-292.

(Kunčice) bei Mährisch-Schönberg, wo die Losung galt: „Gebt ihnen weniger zu essen und mehr Arbeit, dann werden sie viel rascher krepieren." Am 30. Juli 1946 wurde Knauer schließlich aus dem Lager entlassen und wurde nach Bayern ausgesiedelt, wohin bereits ein Jahr zuvor seine Frau und seine Tochter vertrieben worden waren.[2630]

Im früheren deutschen Konzentrationslager Theresienstadt sorgten sich die internierten Deutschen vor dem Abzug der Roten Armee und flehten den sowjetischen Kommandanten an: „‚Wenn die Rote Armee abzieht, ist es aus mit uns!' Wir [die Russen, Anm. Suppan] sehen jetzt die Manifestationen des Hasses auf die Deutschen. Sie [die Tschechen, Anm. Naimark] bringen sie nicht um, sondern quälen sie wie Tiere. Die Tschechen betrachten sie als Vieh."[2631] – Über dem Tor eines Lagers in der Linzer Vorstadt von Budweis hing ein Schild mit der Aufschrift „Auge um Auge – Zahn um Zahn" (*Oko za Oko, Zub na Zub*), und der tschechische Lagerkommandant, der ehemalige Polizist Wenzel Hrneček, der im Krieg wegen illegalen Besitzes eines Radioapparats in mehreren KZ – darunter Dachau – interniert gewesen war, machte das Lager „zu einem Dachau in kleinerem Maßstab". Die Gefangenen wurden in der Nacht aus ihren Schlafstellen gejagt, angeschrien, verhöhnt, geschlagen, um am nächsten Tag wieder 12 Stunden zu arbeiten. Frauen und Mädchen wurden einzeln und in Gruppen vergewaltigt – von Tschechen und Russen. Viele Frauen und Mädchen starben an den Misshandlungen, viele nahmen sich das Leben.[2632]

Vor allem das Rote Kreuz registrierte, dass in den Lagern sexueller Missbrauch weiblicher Gefangener sehr häufig und systematisch stattfand. Nur wenige tschechische Berichte bestätigten dies. Der Generalsekretär des IKRK, Jean Duchosal, erfuhr bei seinem Besuch im slowakischen Lager Matejovice im November 1945, dass Mädchen häufig vergewaltigt wurden und Schläge alltäglich waren. Das galt auch für das Internierungslager Patrońka bei Pressburg. Der Leiter der IKRK-Delegation in Pressburg, Pierre M. Mock, kalkulierte, dass die Internierten im Lager Petržalka I in der dritten Oktoberwoche 1945 664 Kalorien bekamen, Ende Dezember nur mehr 512. Die tägliche Ration bestand morgens aus einem Ersatzkaffee, mittags einer wässrigen Gemüsesuppe, dazu 100 g Brot, abends wieder aus Ersatzkaffee. In Nováky, einem früheren deutschen KZ mit über 5000 Inhaftierten, gab es für 250 Säuglinge, 33 Kranke und 12 schwangere oder stillende Frauen täglich nur 18 Liter Milch.[2633]

Erst im Herbst 1945 konsolidierten sich die Verhältnisse in den meisten Lagern infolge vermehrter Kontrollen, der Ablösung kompromittierter Leiter sowie regel-

---

[2630] Maschinenschriftliche Erklärung des Bauern Otto Knauer aus Pickau, Kreis Jägerndorf, Frankfurt am Main, 21. Februar 1947, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 279-282.

[2631] Naimark, Flammender Hass, 150f.

[2632] Vgl. Erlebnisbericht der Lehrerwitwe A. L. aus Buchau, Kreis Luditz, 27. Mai 1947, in: Dokumentation der Vertreibung IV/2, 328-331; Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung", 168-170.

[2633] Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung", 180f., 184f.

mäßiger Besuche des Internationalen Roten Kreuzes. Nach Angaben des Innenministers Nosek warteten immerhin 80.000 deutsche „Internierte“ auf einen Prozess und wurden von den Zwangsarbeitern getrennt. Angesichts des Wintereinbruchs blieb die Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung, Schuhen und Decken völlig unzureichend. So starben im Lager Kleine Festung Theresienstadt (Terezín), also im alten Gefängnis, etwa 15 Prozent der Internierten. Staněk schätzt die Gesamtzahl der Toten in den Lagern dennoch auf nicht mehr als 4000 bis 5000 Personen. Der Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974 sprach unter Auswertung von etwa 2000 Berichten vorerst „von ca. 6000 Personen als Opfer von Gewalttaten“, rechnete aber bei einer Gesamtzahl von 350.000 in Gefängnisse und Lager verbrachten Deutschen mit ca. 100.000 Opfern. Eine Verlustzahl von etwa 30 % aller Internierten hätte allerdings ein Massensterben auf Grund von Seuchen zur Voraussetzung gehabt, worüber es keine Berichte gibt. Die Feststellung der deutschen „Vertreibungsopfer“ ist daher noch immer auf Schätzungen angewiesen, die sich zwischen 18.889 namentlich bekannten deutschen Opfern und „einer maximalen Anzahl von 30.000 Opfern“ bewegen, vielleicht aber doch höher anzusetzen sind. Eine Dunkelziffer bleiben jedenfalls die in Prag ermordeten Deutschen, die sich im Mai 1945 als Flüchtlinge oder Evakuierte in der Stadt befanden.[2634]

Zur „Entgermanisierung“ gehörte auch eine Bekanntmachung des Finanzministeriums vom 22. Juni 1945 über die „Sicherstellung des deutschen Vermögens“. Sämtlicher Geld- und Wertpapierbestand wurde der Verfügungsgewalt der deutschen Eigentümer und Besitzer entzogen. Alle Zahlungen zugunsten von Deutschen, auch deutschen Unternehmen und Institutionen, sogar Löhne und Dienstbezüge, soweit sie den Betrag von 200 Kč überschritten, mussten auf ein Sperrkonto erfolgen. Gleichzeitig wurde die Hinterlegung aller in- und ausländischen Wertpapiere, von Edelmetallen, Edelsteinen, Wert- und Kunstgegenständen sowie Briefmarkensammlungen, die sich in deutschem Besitz befanden, in einem Sperrdepot angeordnet. Im Übrigen wurde am 1. August 1945 in den sudetendeutschen Gebieten die Reichsmark als gesetzliches Zahlungsmittel außer Kraft gesetzt und im Verhältnis von 1 RM = 10 Kč umgetauscht, allerdings nur bis zu einem Höchstbetrag von 300 Kč. Das übrige Bargeld musste ebenfalls auf Sperrkonten eingezahlt werden und war von dort nur mit einer Sondergenehmigung des zuständigen Nationalausschusses zu beheben, die jedoch kaum erteilt wurde.[2635]

Auch viele der überlebenden Juden wurden als „Deutsche“ behandelt. Für die tschechischen Behörden waren sie in erster Linie „Germanisatoren“, da ihre Muttersprache Deutsch war. So wurden sie gezwungen, den gerade erst abgelegten Judenstern gegen die weiße Binde mit dem Aufdruck „N“ für *Němec* (Deutscher)

[2634] Staněk, Verfolgung 1945, 121-175, 205-211; Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 46f.; Hrabovec, Vertreibung, 330-334; Jaroslav Kučera, Statistische Berechnungen der Vertreibungsverluste – Schlußwort oder Sackgasse?, in: Jörg K. Hoensch und Hans Lemberg (Hgg.), Begegnung und Konflikt (Essen 2001) 231-244.

[2635] Dokumentation der Vertreibung IV/1, 85.

zu tragen. Andere wurden nach überlebter KZ-Haft zum zweiten Mal nach Theresienstadt deportiert, diesmal als „Deutsche“. Die Zeitung *Mlada fronta* titelte gleich nach Kriegsende: „Deutsche Juden aus Stresovice [einem Prager Stadtteil] suchen um Wiedererlangung der Staatsbürgerschaft an, nur um ihre luxuriösen Villen zurückzubekommen.“ Der kommunistische Informationsminister Václav Kopecký formulierte noch antisemitischer: „... diese bärtigen Salomons, dieses jüdische Gesindel, das sich erst vor kürzester Zeit dem heimischen und ausländischen Widerstand angeschlossen hat: Es hat keine Vorrechte gegenüber echten Tschechen.“ Und der kommunistische Innenminister Václav Nosek kündigte gleich eine scharfe „Abrechnung“ mit den „deutschen“ Juden an:

> „Wir müssen daher die einzigartige Möglichkeit nutzen, unsere Rechnungen zu begleichen – nicht nur mit den Feinden, die unserer Nation in Kollaboration mit Hitler geschadet haben, sondern auch mit jenen, die unsere Existenz durch Germanisierungsversuche gestört haben, gleichgültig, ob sie mit den Nazis kollaborierten oder nicht. Einige von ihnen waren wegen ihrer jüdischen Herkunft eingekerkert und litten auch etwas unter dem Nazi-Terror [sic!]. Aber jetzt ist es Pflicht herauszufinden, wie diese Personen sich in der Vorkriegszeit verhalten haben, ob sie die Germanisierung förderten, ob sie deutsche Schulen unterstützten. Das Eigentum dieser Personen gehört dem Staat und muss konfisziert werden.“[2636]

Deutsche Kriegsgefangene in der Tschechoslowakei

Wehrmacht und Waffen-SS hatten bis Ende 1942 Millionen an gegnerischen Soldaten gefangen genommen, vor allem Polen, Franzosen, Jugoslawen und Rotarmisten (in erster Linie Russen, Ukrainer und Weißrussen). Seit November 1942 gerieten zuerst Hunderttausende, ab Mitte 1944 Millionen an deutschen Soldaten in alliierte Kriegsgefangenschaft. Die Kriegsgefangenenzahlen steigerten sich in den letzten Monaten des Krieges dramatisch, sodass bis Kriegsende rund acht Millionen deutsche Soldaten in Kriegsgefangenschaft gerieten. Allein zwischen den Zusammenbrüchen der Heeresgruppen Mitte und Südukraine im Sommer 1944 und der Kapitulation der Wehrmacht Anfang Mai dürfte die Rote Armee 2,2 Millionen deutsche Soldaten gefangen genommen haben, davon 800.000 im Raum Tschechoslowakei/Sachsen. Die große Mehrzahl dieser Gefangenen stammte von der Heeresgruppe Mitte unter GFM Ferdinand Schörner und wurde im Verlauf des Jahres 1945 aus Mitteleuropa in die UdSSR abtransportiert. Lediglich an dem für die Sowjetunion wegen des Uranbergbaus extrem wichtigen Standort von Joachimsthal (Jachymov) wurde ein eigenes Kriegsgefangenenlager eingerichtet.[2637]

Die ersten Kriegsgefangenenlager für Deutsche in der Tschechoslowakei wurden aber von US-Truppen eingerichtet, die bald nach Kriegsende – vereinbarungsgemäß – den Großteil der deutschen Kriegsgefangenen der Roten Armee

---

[2636] Stephan Templ, Prags leichtfertiger Umgang mit den Beneš-Dekreten, in: NZZ, 9. Juni 2006, 6.

[2637] Vgl. Rüdiger Overmans, Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, in: DRZW 10/2, 379-507.

übergaben. In den Sammellagern kamen Soldaten, internierte Sudetendeutsche und inhaftierte tschechische Kollaborateure zusammen. Da die tschechoslowakischen Einheiten selbst nur wenige Gefangene gemacht hatten, verblieben nach einigen Monaten nur mehr 25.000 deutsche Kriegsgefangene in der Tschechoslowakei. Das Lager in Prag-Motol bekam die Aufgabe als Schaltstelle, einschließlich Zentrallazarett und Entlassungsstelle. Die meisten Kriegsgefangenen waren in kleineren Arbeitskommandos eingesetzt und mussten im Braun- oder Steinkohlebergbau oder in der Landwirtschaft arbeiten. Alle Kriegsgefangenen, auch die Offiziere und Unteroffiziere, wurden der Arbeitspflicht unterworfen, Angehörige der Waffen-SS wurden bei besonders schweren Arbeiten eingesetzt, etwa zum Räumen von Minen und Entschärfen von Granaten – zweifellos ein massiver Verstoß gegen das Kriegsvölkerrecht. Blieb 1945 die Ernährungssituation angespannt, so galt dies 1946 auch für die Bekleidung, da die Wehrmachtsvorräte erschöpft waren. Immerhin agierte in Prag eine Delegation des IKRK, die insgesamt 153 Inspektionen vornahm. So blieb auch die Todesquote relativ niedrig. Fluchtmöglichkeiten bestanden für jene Kriegsgefangenen, die nahe zur deutschen oder österreichischen Grenze bei Bauern untergebracht waren.[2638]

Sudetendeutsche blieben so lange in Kriegsgefangenschaft, bis ihre Familie aus der Tschechoslowakei zwangsausgewiesen wurde. Der erste reguläre Transport mit ehemaligen Kriegsgefangenen – überwiegend Invalide und geschütztes Personal – erfolgte am 6. August 1946. Am 14. Dezember 1947 verließ der letzte deutsche Kriegsgefangene die Tschechoslowakei.[2639]

Prozesse und Strafen nach dem Krieg

Das Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 16 vom 19. Juni 1945 „über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte“ legte die juridischen Grundlagen für die strafrechtliche Verfolgung fest. Noch vor Verkündung dieses Dekrets waren dem Beweismaterial zufolge mehr als 1000 Menschen nach improvisierten Schauprozessen durch Erschießen oder Erhängen getötet worden. Das sogenannte „Große Retributionsdekret“ vom 19. Juni 1945 sah nun die Bestrafung sowohl von nationalsozialistischen Verbrechern als auch von tschechischen Verrätern und ihren Helfershelfern vor. Als Verbrechen wurden auch schon die Mitgliedschaft in der SS oder die Tätigkeit als Funktionär in der NSDAP oder in der Sudetendeutschen Partei gewertet. Tatsächlich wurden über 130.000 Strafanzeigen gestellt und 38.316 Fälle vor den Volksgerichten verhandelt; 475 Deutsche und 234 Tschechen

[2638] OVERMANS, Deutsche Kriegsgefangene, 470-474; Otto BÖSS, Die deutschen Kriegsgefangenen in Polen und der Tschechoslowakei (München 1974) 239-252.

[2639] OVERMANS, Deutsche Kriegsgefangene, 474; BÖSS, Die deutschen Kriegsgefangenen, 184-207, 257-262 .

wurden zum Tode verurteilt, weitere 443 Deutsche und 293 Tschechen zu lebenslänglichem Kerker, sodass nicht von nationaler Diskriminierung gesprochen werden kann. In 14.879 Fällen wurde jedoch von einer strafrechtlichen Verfolgung abgesehen, um die Zwangsausweisung der Betroffenen nach Deutschland nicht zu verzögern. Hier zeigte sich ein klarer Zusammenhang zwischen Retributionsmaßnahmen und der Politik der „ethnischen Säuberung".[2640]

Der erste Prozess fand schon im Sommer 1945 statt, in dem der Geschichtsprofessor Josef Pfitzner in seiner Funktion als Primator-Stellvertreter von Prag angeklagt war, zum Tode verurteilt und am 2. September 1945 öffentlich hingerichtet wurde. Der Stellvertretende Reichsprotektor in Böhmen und Mähren zwischen Sommer 1942 und Sommer 1943, der Polizeigeneral Daluege, wurde am 20. Oktober 1946 in Prag gehängt. Staatsminister Karl Hermann Frank wurde ebenfalls in einem Sonderprozess zum Tode verurteilt und am 23. Mai 1947 hingerichtet. Im sogenannten „Abgeordnetenprozess" vom 10. Dezember 1946 bis 15. Februar 1947 gegen 16 Abgeordnete und Senatoren der Sudetendeutschen Partei im Kreisgericht Prag-Süd wurden sechs Angeklagte zum Tode verurteilt und hingerichtet, einer starb vor Verkündigung des Urteils. Gauleiter Konrad Henlein war – wie bereits erwähnt – bei Kriegsende in amerikanische Gefangenschaft geflohen und hatte Selbstmord begangen.[2641]

Auch fünf Minister der tschechischen Protektoratsregierung wurden vor Gericht gestellt: der ehemalige Ministerpräsident Jaroslav Krejčí, der ehemalige Innenminister Richard Bienert, der ehemalige Finanzminister Josef Kalfus, der ehemalige Eisenbahnminister Jindřich Kamenický und der Vorsitzende der Einheitspartei Adolf Hrubý. Schon vor Beginn des Prozesses am 29. April 1946 wurde Justizminister Prokop Drtina sowohl von der KSČ als auch vom sowjetischen Botschafter unter Druck gesetzt, der unmissverständlich verlangte, dass zumindest drei Todesurteile verhängt werden müssten. Die tschechoslowakische Regierung – seit den Wahlen im Mai 1946 unter Führung von Klement Gottwald – verlangte die Todesstrafe für Krejčí und Hrubý sowie 20 Jahre Kerker für Bienert. Aber: „The discussion of the members of the cabinet signaled that their original ideas about the guilt and punishment of the Protectorate ministers diverged from the ideas and evaluations of the majority of citizens who had lived in the occupied lands" (Karel Kaplan). Die am 31. Juli 1946 veröffentlichten Urteile fielen deutlich milder aus: kein Todesurteil; lebenslänglicher Kerker für Hrubý, 25 Jahre für

[2640] Benjamin Frommer, National Cleansing. Retribution against Nazi Collaborateurs in Postwar Czechoslovakia (Cambridge 2005) 90; Helmut Slapnicka, Die rechtlichen Grundlagen für die Behandlungen der Deutschen und Magyaren in der Tschechoslowakei 1945-1948 (Wien 1997) 27f. Da gegen die Urteile der Volksgerichte kein ordentliches Rechtsmittel zugelassen war und auch Gnadengesuche keine aufschiebende Wirkung hatten, musste die Todesstrafe innerhalb von zwei Stunden nach der Urteilsverkündung vollstreckt werden. Diese Regelungen führten zur europaweit höchsten Vollstreckungsrate von nahezu 95 %. Vgl. Kittel – Möller, Beneš-Dekrete, 569.

[2641] Dokumentation der Vertreibung IV/1, 78f.

Krejčí, 10 Jahre für Kamenický und 3 Jahre für Bienert. Drtina erhielt Protesttelegramme, die kommunistische Presse tobte, Gottwald und die kommunistischen Minister verlangten eine Wiederaufnahme des Verfahrens; aber Drtina verwies auf die klare Rechtslage.[2642]

Wie schnell auch „kleine Leute" vor ein Volksgericht gestellt werden konnten, schilderte nach ihrer Entlassung und Abschiebung nach Bayern im Juli 1955 Marie Rösler aus Eger:

> „[…] Am 3. Januar 1946, nachmittags 15.00 Uhr, holte mich der Leiter der Gendarmeriestation Wildstein aus der Fabrik zu einer ‚Einvernahme'. Auf der Station legte man mir eine Anzeige vor, die vom August 1945 datiert und von zwei deutschen Kommunisten unterschrieben war. Darin hieß es, dass man mich in den kritischen Tagen des Jahres 1938 in der Nähe der sächsischen Grenze im Walde mit deutschen Offizieren im Gespräch gesehen habe. Daraus konstruierte man einen Spionageverdacht, und ich wurde verhaftet.
>
> Die erste Nacht war ich mit weiteren drei Frauen und zwei Männern in einer Zelle des Bezirksgerichtes meiner Heimatstadt Wildstein, und am folgenden Morgen brachte man uns am offenen Lastwagen bei über 20° Kälte nach Eger. Die Männer wurden im ‚Eska'-Lager abgeliefert; mit uns Frauen fuhr man zum Kreisgericht, aber man konnte uns wegen Überfüllung aller Räume (mehr als 1100 Menschen waren dort) nicht aufnehmen und brachte uns daher ins Polizeigefängnis in der Münzgasse, wo wir über sechs Wochen bleiben mussten, bevor man uns ins Kreisgericht überstellte. […] ich selbst aber wurde erstmalig beim Karlsbader Bezirksgericht einvernommen, wohin man mich Mitte April 1946 mit 30 Menschen zwecks Arbeitsleistung in der ‚Kurstadt' abgeschoben hatte. […] Nach längerem Kreuzverhör erwähnte ich dann, dass ich allerdings am 23. September 1938 nachmittags 15.00 Uhr mit einem Freund (der aber schon tot war) spazierenging, und zwar bis zum Waldrand, das sind ca. 10 Minuten vom Ort und noch 20 Minuten von der sächsischen Grenze. Es wurde genau protokolliert, welchen Weg wir gingen, wen wir trafen, mit wem wir sprachen, wann wir zurückgingen usw. (an diesem Tag war die Zahl der nach Deutschland fliehenden Menschen schon sehr groß). Ich konnte das genaue Datum deswegen noch nennen, weil ich am nächsten Tag selbst auch nach Sachsen geflohen bin. […]
>
> Am 4. 12. 1946 stand ich vor dem Außerordentlichen Volksgericht in Eger. Es war dies eine sogenannte Kettenverhandlung – jedoch mit nicht zusammenhängenden Fällen –, die um 9.00 Uhr vormittags begann und bei der nacheinander sechs Personen verhandelt und verurteilt wurden. Um 14.00 Uhr nachmittags war die Verhandlung beendet. Am längsten dauerte meine Verhandlung (ca. 1 Stunde). Zuerst wurde ich nochmals befragt und musste alle vorherigen Aussagen wiederholen. Dann rief man den einzigen ‚Zeugen' Sandner Adolf aus Wildstein (einer jener zwei deutschen Kommunisten, welche das mich belastende Protokoll bei der Gendarmeriestation Wildstein unterschrieben hatten) und ließ ihn seine Aussage machen. Ich war nicht wenig erstaunt, zu hören, wie er plötzlich – ganz im Gegensatz zu seinem Wildsteiner Protokoll – von meinem Spaziergang am 23. 9. 1938 erzählte und dabei im Wesentlichen mit meinen Angaben übereinstimmte. […] daher musste Sandner noch folgenden, direkt erdachten und unwahren Satz hinzufügen, der ihm sicher seitens der löblichen Gerichtsherren diktiert worden war und an den ich mich noch genau erinnern kann: ‚Dann sah ich zwei junge Männer von der Grenze her kommen, es war HJ. Sie sprachen mit der Angeklagten und ihrem Freunde und erhielten ein größeres Kuvert, das wahrscheinlich Dokumente enthielt.' Als der Zeuge seine Aussage beendet hatte, sprang ich auf und rief: ‚Ich frage den Herrn Vorsitzenden: Können Sie diesem

---

[2642] Bradley Abrams, The Politics of Retribution: The Trial of Josef Tiso in the Czechoslovak Environment, in: Deák, Gross, and Judt, Retribution, 254f.

> Menschen noch etwas glauben? […] Sonderbarerweise erhielt ich gar keinen Verweis. […] Der Richter [Dr. Pav, der perfekt deutsch sprach] sagte [zu Sandner], er müsse das [seine Aussage] beeiden, und tatsächlich leistete er einen falschen Eid (zu der Zeit noch vor dem Kruzifix und zwei brennenden Kerzen). […] Darauf folgte die Urteilsverkündigung in tschechischer Sprache (ich verstand damals noch kein Wort tschechisch) und anschließend sagte der Richter deutsch: ‚Sie haben 10 Jahre'.
>
> […] Erst als wir in der Bahn nach Prag gebracht wurden (14 Tage nach der Verurteilung – denn alle, die mehr als 5 Jahre Strafe erhielten, mussten weiter ins Innere der Republik), frug ich den Gefängnisaufseher, der die ganzen Akten mitführte, welchen Paragraphen ich habe. Er sagte mir, ich hätte § 1 ‚Hochverrat'."[2643]

Mit dem tschechoslowakischen Straffreiheitsgesetz vom 8. Mai 1946 („Indemnitätsgesetz") wurden die in der Zeit zwischen dem 30. September 1938 und dem 28. Oktober 1945 begangenen Handlungen, die der Wiedererlangung der Freiheit der Tschechen und Slowaken gedient oder eine gerechte Vergeltung für die Taten der Okkupanten und ihrer Helfer dargestellt hatten, nachträglich als „nicht rechtswidrig" erklärt, auch wenn sie sonst nach geltendem Recht strafbar gewesen wären. Unter diese Handlungen fielen Verstöße gegen sehr viele der Tatbestände des damals noch immer in Kraft stehenden (altösterreichischen) Strafgesetzes von 1852, wie: Körperverletzung, Totschlag, Mord; Eigentumsdelikte (Sachbeschädigung, Diebstahl, Raub, Betrug, Unterschlagung); Sittlichkeitsdelikte (Notzuchtsakte); Freiheitsbeschränkungen, Erpressung, Amtsanmaßung, Amtsmissbrauch etc. Die Nullifizierung der Rechtswidrigkeit hatte auch zivilrechtliche Folgen, da auch keine Schadenersatzansprüche gestellt werden konnten. Bei genauerer Analyse des Wortlautes waren freilich keineswegs alle Übergriffe gegenüber Sudeten- und Karpatendeutschen (und Magyaren) straffrei gestellt, denn Misshandlungen von Personen, die etwa keinerlei Beziehung zum Nationalsozialismus aufwiesen – wie Kinder –, konnten weder der Befreiung gedient haben noch als „gerechte Vergeltung" für Taten der Okkupanten beurteilt werden. In solchen Fällen wären auch tschechoslowakische Staatsanwaltschaften zur Strafverfolgung verpflichtet gewesen.[2644]

Allerdings gab es vergleichbare Straffreistellungsgesetze auch in Frankreich, Italien, den Niederlanden, Deutschland und Österreich.[2645] So hatte die deutsche

---

[2643] Handschriftlicher Bericht Marie Rösler aus Eger vom 27. Jänner 1956, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 275-277.

[2644] Gesetz vom 8. Mai 1946 über die Rechtmäßigkeit von Handlungen, die mit dem Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zusammenhängen, Amtl. Sammlung 115/1946, in: Dokumentation IV/1, 291; Gutachten DDr. Maximilian Obauer, Wien, 3. Juni 2009.

[2645] Straffreistellung bedeutete Straffreiheit – d. h. keine Anklage und keine Verurteilung – und nicht Amnestie, wie es in der politischen Polemik nach 1990 oftmals behauptet wurde. – Auch Pešek und Tůma sprechen irrtümlich von einem tschechoslowakischen „Amnestiegesetz" aus dem Jahre 1946 und verweisen auf das italienische Decreto Presidenziale vom 22. Juni 1946 mit „Amnestie und Strafnachlass für gewöhnliche, politische und militärische Verbrechen" sowie auf das französische Gesetz vom 6. August 1953: „Aministie aux résistants". Vgl. Pešek – Tůma, Rechtsnormen, 133.

Reichsregierung in ihrem „Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit“ vom 30. April 1938 die Mitgliedschaft in der NSDAP nachträglich für rechtens erklärt und Straffreiheit für Straftaten gewährt, zu denen sich der Täter durch Übereifer im Kampfe für den nationalsozialistischen Gedanken in Österreich hatte hinreißen lassen. Mit dem „Gesetz vom 3. Juli 1945 über die Aufhebung von Strafurteilen und die Einstellung von Strafverfahren“ erklärte hingegen die Provisorische Staatsregierung Österreichs Urteile wegen Hoch- und Landesverrat, nach der Kriegsdienststrafverordnung, den „Nürnberger Gesetzen“, dem „Heimtückegesetz“ oder der Rundfunkverordnung als nicht erfolgt. Entschädigungs- und Rückersatzansprüche konnte auf Grund dieses Gesetzes jedoch nicht erhoben werden, da die Republik Österreich jede Rechtsnachfolge zum Deutschen Reich ablehnte. Zwei Tage nach dem ersten Zusammentritt des neu gewählten Nationalrates beschloss er am 21. Dezember 1945 das „Bundesgesetz betreffend die Einstellung von Strafverfahren und die Nachsicht von Strafen für Kämpfer gegen den Nationalsozialismus und Faschismus“: Gegen Personen, die entweder „a) im Kampfe gegen den Nationalsozialismus und Faschismus, b) oder zur Unterstützung des Österreichischen Freiheitskampfes oder in der Absicht, ein selbständiges, unabhängiges und demokratisches Österreich wiederherzustellen, strafbare Handlungen begangen haben“, sei kein Strafverfahren einzuleiten, ein etwa eingeleitetes einzustellen. Eine solche „Abolition“ – und nicht „Amnestie“, wie der Gesetzgeber irrtümlicherweise anführt – war auf strafbare Handlungen vom 5. März 1933 bis zum Tage der Wirksamkeit des Gesetzes (20. Jänner 1946) anzuwenden. Schließlich beschloss der österreichische Nationalrat am 6. März 1946 das „Befreiungsamnestiegesetz“. Dieses verfügte, dass wegen strafbarer Handlungen zwischen dem Tag der Befreiung Wiens (13. April 1945) und dem 25. November 1945 kein Strafverfahren einzuleiten sei, wenn sie zum Zweck gesetzt wurden, die demokratische Republik Österreich zu errichten oder NS-Vermögen zu sichern oder NS-Opfern Genugtuung zu verschaffen, und wenn die Tat mit höchstens 10 Jahren Freiheitsstrafe bedroht war. Wesentlich war auch der § 7: Urteile der deutschen Militärgerichte oder der SS-Gerichte galten, gleichviel ob sie innerhalb oder außerhalb der Republik Österreich gefällt wurden, für das Gebiet Österreichs als nicht erfolgt. Daher konnte die Bundesministerin für Justiz Karin Gastinger am 14. April 2005 vor dem Bundesrat feststellen: „Ausdrücklich zurückweisen möchte ich daher die immer wieder in den Medien verbreitete Darstellung, dass in Österreich Wehrmachtsdeserteure immer noch als rechtswirksam verurteilt gelten. Das ist schlicht und einfach falsch.“ – Und zwar schon seit 1946![2646]

Die führenden Repräsentanten des Slowakischen Staates, die bei Kriegsende nach Oberösterreich geflüchtet waren, wurden im Oktober 1945 von den

[2646] Slapnicka, Rechtliche Grundlagen, 174-176; RGBl. Teil I, Nr. 69, 1. Mai 1938; BGBl. für die Republik Österreich, Jg. 1946, 4. Stück, 19. Jänner 1946, 14. Gesetz. Dieses österreichische Gesetz befand sich im Übrigen im Jahre 2009 noch in Kraft. Diesen Hinweis verdanke ich Herrn DDr. Maximilian Obauer.

US-Behörden den tschechoslowakischen Autoritäten ausgeliefert. Für die Prager Regierung waren Msgr. Tiso und seine Anhänger „Klerikalfaschisten", die mit den deutschen „Faschisten" kollaboriert hatten. Aber für Tiso begannen gleich einflussreiche Persönlichkeiten und Organisationen zu intervenieren: der britische Botschafter in Prag, Philip Nichols; der Vorsitzende der Demokratischen Partei und des Slowakischen Nationalrates, Jozef Lettrich; eine Gruppe slowakischer Bischöfe; schließlich auch der Heilige Stuhl. Die Mitglieder der slowakischen Demokratischen Partei hatten sich während des Prozesses gegen die tschechischen Protektoratsminister ruhig verhalten und erwarteten sich positive Auswirkungen auf den Prozess gegen die ehemaligen slowakischen Spitzenpolitiker. Auch spontaner Protest gegen eine Verfolgung Tisos wurde laut, etwa am Rande eines Fußballspiels zwischen Böhmen-Mähren gegen die Slowakei in Bratislava. Aber unter dem Vorsitz des slowakischen Kommunisten Igor Daxner, selbst ein Lutheraner, begann am 2. Dezember 1946 der Prozess vor dem Volksgerichtshof. Tiso war angeklagt, 1) die Tschechoslowakische Republik 1938/39 gespalten zu haben; 2) in der Slowakei ein faschistisches Regime etabliert und die Kriege NS-Deutschlands unterstützt zu haben; 3) den Slowakischen Nationalaufstand niedergeworfen zu haben; und 4) Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben. Der Prozess dauerte 71 Tage, Dutzende Zeugen wurden befragt, unter ihnen Erzbischof Kmeťko, die Akten umfassen mehr als 8000 Seiten. Tiso selbst betonte, dass er im Interesse der Slowakei gehandelt habe, dass die Beziehungen zu den Deutschen kompliziert gewesen seien, dass er aber größeres Unheil von der slowakischen Nation abgehalten habe. Die Frage der Deportation der slowakischen Juden in NS-Vernichtungslager stand nicht im Mittelpunkt. Am 19. März 1947 – ausgerechnet am Josefstag (!) – wurde der Prozess abgeschlossen, nachdem der Chefankläger die Todesstrafe für den Ex-Präsidenten beantragt hatte. Nun hatte die Post eine Flut von Petitionen, Briefen und Telegrammen zu bewältigen, die eine Begnadigung Tisos verlangten, während die kommunistisch kontrollierten Massenorganisationen (Widerstandsgruppen, Gewerkschaften etc.) gegen den „großen Verräter" Tiso demonstrierten. Der Volksgerichtshof in Bratislava aber verurteilte Tiso am 15. April 1947 zum Tode. – Zum Vergleich: Sechs Tage später wurde in Prag der frühere Ministerpräsident der Zweiten Tschechoslowakischen Republik und erste Regierungschef im Protektorat, der Agrarier Rudolf Beran, zu 20 Jahren Kerker verurteilt. – Tiso stellte sofort ein Gnadengesuch an den Präsidenten Beneš. Der Volksgerichtshof lehnte eine Begnadigung ab. Der slowakische Beauftragte für Inneres sollte für eine Reduktion des Urteils auf lebenslänglich plädieren, aber in der slowakischen Führung kam es zu einer Pattstellung. Nun hatte Präsident Beneš zu entscheiden, delegierte aber die Entscheidung an die tschechoslowakische Regierung. In der Regierung votierten die kommunistischen, sozialdemokratischen und national-sozialistischen Minister gegen eine Begnadigung, nur die Minister der Volkspartei und der Demokratischen Partei dafür. Beneš akzeptierte die Mehrheit gegen eine Begnadigung seines ehemali-

gen Ministerkollegen. Ex-Präsident Tiso wurde am Morgen des 18. April 1947 in Bratislava hingerichtet. – Die Exekution rief zwar keine größere Protestbewegung auf den Plan, aber der Hochverratsprozess blieb für die tschechisch-slowakischen Beziehungen eine Quelle der Bitterkeit.[2647]

Ministerpräsident Tuka wurde ebenfalls zum Tode verurteilt und starb im Gefängnis. Innenminister Alexander Mach wurde hingegen lediglich zu 30 Jahren Kerker verurteilt. Obwohl SS-Hauptsturmführer Wisliceny, der Berater der slowakischen Regierung in jüdischen Angelegenheiten, als Zeuge in den Nürnberger Prozessen und seine Aussage auch noch im Eichmann-Prozess herangezogen werden sollte, wurde auch Wisliceny in Bratislava zum Tode verurteilt und 1948 gehängt. Der deutsche Gesandte Ludin, der 1942 die NS-Forderung nach Deportation der slowakischen Juden überbracht hatte, war bereits 1946 verurteilt und exekutiert worden.[2648]

2647 ABRAMS, The Trial of Josef Tiso, 262-286.

2648 TÖNSMEYER, Slowakei, 807; Encyclopedia of the Holocaust, 311f., 437f., 445f., 477f.; vgl. Peter SOKOLOVIČ, Trial with Members of Emergency Units of the Hlinka Guard in 1958, in: Pamäť národa. Nation's Memory VI (Bratislava 2010) Supplement, 58-78.

IN JUGOSLAWIEN

Tito, Stalin und die Befreiung Jugoslawiens 1944/45

Bereits auf der Konferenz von Teheran vom 29. November bis zum 3. Dezember 1943 hatten sich Stalin, Roosevelt und Churchill darauf geeinigt, die jugoslawische Volksbefreiungsbewegung unter Tito politisch anzuerkennen, und noch im Dezember 1943 wurde Tito von den Briten auch als alliierter Befehlshaber akzeptiert. Am 15. Dezember 1943 anerkannte die Sowjetunion das vom AVNOJ-Präsidium eingesetzte „Nationale Komitee zur Befreiung Jugoslawiens" (*Nacionalni komitet oslobođenja Jugoslavije*, NKOJ) als einzige jugoslawische Regierung und brach ihre Beziehungen zur königlichen Exilregierung in London ab.[2649] Als daher Tito Anfang Februar 1944 ein persönliches Telegramm Churchills erhielt, in dem der Premier auf Verhandlungen mit dem jugoslawischen König für den gemeinsamen Kampf gegen die Deutschen bestand, ersuchte Tito Dimitrov, Stalin zu fragen. Dieser ließ antworten:

> „[...] First. The AVNOJ, too, as well as the Englishman [Churchill, Anm. Banac] whom you know, favors the unity of the Yugoslavs, but as long as there exist two governments, one in Yugoslavia and the other in Cairo, there can be no unity. Therefore, the Cairo government must be eliminated, including Mihailović; moreover, it must furnish the AVNOJ government with a complete accounting of its expenditure of enormous sums of the people's money.
>
> Second. The government in Yugoslavia, that is, the AVNOJ government, must be acknowledged by England and the other allies as the sole government of Yugoslavia, while the king must submit to the laws of AVNOJ.
>
> Third. If King Peter accepts all these conditions, then AVNOJ has no objections to cooperating with him, provided that the question of the monarchy in Yugoslavia is decided by the people following the liberation of Yugoslavia."[2650]

In seiner Antwort an Churchill, die Tito noch am selben 9. Februar von Drvar aus gab, verwendete er die Begründung Dimitrovs fast ohne Änderung. Im Übrigen hatte Dimitrov Tito aufgefordert, in Hinkunft seine Telegramme direkt an Stalin zu senden, und zwar unter dem Codewort „Freund".

[2649] Josef Matl, Jugoslawien im Zweiten Weltkrieg, in: Werner Markert (Hg.), Osteuropa-Handbuch Jugoslawien (Köln – Graz 1954) 99-121; L. Ja. Gibianskij, Sovetskij Sojuz i novaja Jugoslavija 1941-1947 gg. (Moskva 1987) 75-77. Am 16. Dezember 1943 hatte Beneš Molotov seine Einschätzung in Moskau mitgeteilt, dass „the Yugoslav question will be solved on their own soil". – Minute by Smutný of the second conversation between Beneš and Molotov, Moscow, 16 December 1943, in: Mastný, The Beneš-Stalin-Molotov Conversations, 392f.

[2650] Banac, Dimitrov, 298f.

Erst Ende Februar 1944 landete eine sowjetische Militärmission unter Führung von General Nikolaj V. Korneev in einem von Partisanen gehaltenen Gebiet in Nordwestbosnien. Die Militärmission bestand aus 19 Offizieren, einem Chauffeur und einem Koch, die über den Iran nach Kairo geflogen waren, von wo sie mit einer *Dakota* nach Jugoslawien gebracht und auf dem Flugfeld Medeno Polje 7 km westlich von Bosanski Petrovac abgesetzt wurden. Am 24. Februar wurden sie ins Hauptquartier des Obersten Stabes in Drvar gefahren, wo sie Tito feierlich begrüßte, nicht ohne seine Enttäuschung über die späte Anerkennung anklingen zu lassen: „Wir haben sie schon längst erwartet. Unsere Völker und unsere Kämpfer, die Kommandeure und Politkommissare haben voller Sehnsucht den Tag erwartet, Sie in unserer Mitte zu sehen [...].“ Die Radiostation wurde in der Nähe des Flugfeldes Glamoč aufgebaut, südöstlich von Drvar. Bereits am 13. März teilte General Korneev die genauen Koordinaten von 7 Abwurfplätzen in Nordwestbosnien für die Versorgung der Militärmission und der Partisanentruppen mit.[2651]

Im April wurde eine jugoslawische Militärmission unter Leitung von Generalleutnant Milovan Đilas nach Moskau geschickt, um in direkten Gesprächen mit Stalin und Molotov die Lage in Jugoslawien darzulegen und materielle und diplomatische Unterstützung zu erwirken. Molotov und Đilas stimmten in der Beurteilung der Kollaboration zwischen den Generälen Nedić und Mihailović überein und schätzten die Truppen Pavelić’ auf nur mehr 25.000 Mann. Dennoch hätten die Deutschen 2-3 Divisionen abgezogen und nur eine aus Italien zugeschoben. Đilas und Generalleutnant Velimir Terzić, der die jugoslawische Militärmission in Moskau eingerichtet hatte, erläuterten Molotov anhand einer Karte die von der Volksbefreiungsarmee befreiten Gebiete. Molotov wollte genau wissen, ob die Volksbefreiungsarmee derzeit Zugang zum Meer habe, was die beiden jugoslawischen Vertreter verneinen mussten.[2652]

Erst Ende April 1944 trafen die ersten sowjetischen Waffenlieferungen bei den jugoslawischen Partisanen ein, bis 1. Juni wurden immerhin geliefert: durch gelandete Flugzeuge – 12 Flakgeschütze 12,7-cm-DŠK, 4 37-mm-Flak-Batterien, 8 Panzerabwehrkanonen, 400 Panzerabwehrrohre, 500 Feldstecher, 1000 Kompasse, 1000 Geschoße für die Flakgeschütze, Nachrichtengerät, Medikamente und Verbandszeug; durch Fallschirmabwurf – 6000 automatische Gewehre PPŠ, 3000 Kisten Gewehrpatronen, 800 deutsche (sic!) Maschinengewehre, 1 Million Patronen zu diesen MG, 400 Kisten Patronen für PTR-Gewehre, 100 leichte Minenwerfer 50 mm samt 2000 Minen, 80 mittlere Minenwerfer 82 mm samt 1000 Minen, 3000 Geschoße für die Flakgeschütze, 28.000 Patronen für die Flak-Batterien, 4000 Magnet-Minen, 5 t Sprengstoff, 5 t Handgranaten, 1600 Geschoße

[2651] Dedijer, Josip Broz Tito, 363; Zolotarëv V. A. [et alii] (Hgg.), Russkij archiv: Velikaja Otečestvennaja. Bd. 14-3 (2): Krasnaja Armija v stranach Central’noj, Severnoj Evropy i na Balkanach 1944-1945. Dokumenty i materialy (Moskva 2000) 187-189.

[2652] Milovan Djilas, Gespräche mit Stalin (Frankfurt am Main 1962); Zolotarëv, Krasnaja Armija, 194-197.

für PTO-Gewehre, 2 t Nachrichtengerät, 2,5 t Medikamente und Verbandszeug, 20 t Uniformen sowie 24 t Fallschirme und Verpackungsmaterial. 80 % des Materials wurden in den Zentren des Partisanenkrieges zwischen Bosanski Petrovac und Glamoč in Westbosnien, Vlasenica in Ostbosnien und Žabljak in Nordmontenegro deponiert, 15 % in Serbien und Makedonien, 5 % in Idrija und Črnomelj in Slowenien.[2653]

Die sowjetische Militärmission wirkte bald auch am Aufbau der auf streng vertrauliche Anordnung Titos vom 13. Mai 1944 eingerichteten „Abteilung zum Schutze des Volkes“ (*Odeljenje za zaštitu naroda*) – bald besser bekannt und berüchtigt unter dem Kürzel OZNA – mit, deren gesamtjugoslawischer Kommandant das Politbüromitglied Aleksandar Ranković wurde. Tito legte auch gleich die wesentlichsten Aufgaben fest:

> „Einer der Garanten für den Erhalt der neuen demokratischen Gewalt im Föderativen Demokratischen Jugoslawien ist der Aufbau und die Instandsetzung der Organe für Staatssicherheit. […] Die Abteilung zum Schutz des Volkes muss zu einer festen Stütze unserer Armee, unserer Staatsgewalt im Kampf gegen den Okkupanten und all seiner Helfershelfer werden. Die Organe der OZNA müssen die konsequentesten Beschützer und Hüter der Errungenschaften des Volksbefreiungskampfes sein. Unerbittlich gegenüber unserem Feind, gerecht jedem ehrlichen Menschen gegenüber, wird die OZNA die beliebteste Organisation unseres Volkes.“[2654]

Das Aufgabenprofil legte freilich auch Tätigkeiten fest, die bei Freund und Feind gefürchtet waren:

> „[…] The task of this service was political intelligence, counter intelligence service on the occupied territory and abroad and counter intelligence service on liberated territory and within the partisan units. Its work was organized in four sections: First section – intelligence, Second section – counter intelligence, Third section – counter intelligence in partisan units, Fourth section – statistics and technology. Detachements of this service were also established within general staffs, army and corps sectors.“[2655]

In ihrer verbrecherischen Praxis konzentrierte sich die kommunistische Geheimpolizei auf Verhaftungen, Verhöre und Folterungen in OZNA-Gefängnissen, Liquidierungen, die Einrichtung von Konzentrationslagern, die Bewachung der Grenzen, die Deportation von Leuten in geschlossene Gebiete, die Ausweisung und Verfolgung von Ausländern, die Organisation von Zwangsarbeit, Zensur, die Kontrolle von Wahlen sowie die Vorbereitung und Durchführung von politischen Prozessen.

[2653] Zolotarëv, Krasnaja Armija, 192-194.

[2654] Marko Lopušina, Ubij bližnjeg svog. Jugoslovenska tajna policija 1945-1995 (Beograd 1996) 47-51; Jera Vodušek Starič, Überlegungen zur Sowjetisierung Nachkriegs-Jugoslawiens, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (Berlin 1998) 86-98.

[2655] Hrvatski institut za povijest (Hg.), Partizanska i komunistička represija i zločini u Hrvatskoj 1944.-1946. Dokumenti, 16, 24f. Im Laufe des Jahres 1944 entstanden auch eigene OZNA-Abteilungen auf Republiksebene: in Slowenien mit Ivan Maček-Matija an der Spitze, in Kroatien mit Ivan Krajačić als Kommandanten, in Serbien mit Slobodan Penezić-Krcun, in der Vojvodina mit Petar Relić und in Belgrad mit Miloš Minić. – Portmann, Vojvodina, 64.

Und die OZNA erhielt bereits am 15. August 1944 maßgebliche Unterstützung, als mit dem „Korps der Volksverteidigung Jugoslawiens“ (*Korpus narodne odbrane Jugoslavije*), dem ebenso berüchtigten KNOJ, eine militärische Einheit geschaffen wurde, die im Rücken der Partisaneneinheiten und in den befreiten Territorien die Ordnung aufrechterhalten und „die Banden der *Četnici*, *Ustaše*, Weißgardisten und anderen Volksfeinde“ liquidieren sollte. Auch das KNOJ war dem Oberkommando des Volksbefreiungsheeres und der Partisaneneinheiten unterstellt und bestand bis zum 15. Mai 1945 aus sieben Divisionen. Im Mai 1945 übernahm das KNOJ die Verwaltung der Sammel- und Kriegsgefangenenlager. OZNA und KNOJ arbeiteten bei verschiedenen Operationen eng zusammen und waren zwischen Herbst 1944 und Sommer 1945 maßgeblich verantwortlich für die politischen und „ethnischen Säuberungen“ innenpolitischer Gegner und Angehöriger „fremder“ Nationalitäten.[2656]

Nach dem misslungenen deutschen Angriff auf Titos Hauptquartier in Drvar Ende Mai 1944 und seiner Flucht auf die Adriainsel Vis sicherte ihm Churchill die Unterstützung der britischen Regierung beim Aufbau eines „wahrhaft demokratischen und föderativen Jugoslawien“ zu, unter der Bedingung, dass sich Tito mit einem nichtkompromittierten Exilpolitiker über die Bildung einer gemeinsamen Regierung einige. Daher wurden bereits am 16. Juni 1944 auf Vis die Verhandlungen zwischen Tito und Ivan Šubašić, dem neu ernannten Ministerpräsidenten der königlichen Exilregierung und ehemaligen Banus von Kroatien, über die Bildung einer gemeinsamen Regierung aufgenommen. In einem Abkommen einigten sich beide auf den künftig gemeinsamen Kampf gegen die Besatzungsmächte und auf eine Verschiebung der Frage Monarchie und König. Šubašić bildete seine Regierung um und nahm auch zwei Kommunisten auf, Churchill empfing Tito am 12. August 1944 in seinem Hauptquartier in Caserta und versuchte die Chancen für eine Landung alliierter Truppen in Istrien zu erkunden; Tito wiederum wollte Churchill davon überzeugen, dass die Partisanen keinen Sowjetstaat, sondern eine sozialistische Demokratie errichten wollten.[2657]

In einer Deklaration vom 17. August 1944 versuchte Tito neuerlich zu verschleiern, dass er und sein Politbüro eine kommunistische Revolution anstrebten:

> „Die Volksbefreiungsbewegung ist ihrem Wesen nach all-national, national und demokratisch. Ich unterstreiche noch einmal, dass die Führung der Volksbefreiungsarmee nur das eine und wichtigste Ziel vor sich hat: Den Kampf gegen die Besatzer und deren Helfer und die Gründung eines demokratischen, föderativen Jugoslawiens und nicht die Errichtung des Kommunismus, wie dies uns unsere Feinde unterstellen.“[2658]

2656 Vasko Simoniti, Permanent Revolution, Totalitarianism and Fear, in: Drago Jančar (ed.), the dark side of the moon. A short history of the totalitarianism in slovenia 1945-1990 (Ljubljana 1998) 19-23; Partizanska i komunistička represija, 16; Portmann, Vojvodina, 67.

2657 Winston Churchill, The Second World War, vol. 5 (London 1952) 473.

2658 Slobodan Nešović (Hg.), Stvaranje Jugoslavije 1941-1945 (Beograd 1981) 552; vgl. Wolfgang Höpken, Die orthodoxe Abweichung: Jugoslawien zum Vergleich, in: Hans Lemberg (Hg.), Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuitäten und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg (Marburg 1991) 125-142.

Spätestens mit der Absetzung Mihailović' als Kriegsminister am 18. Mai 1944 verloren die *Četnici* jede alliierte Unterstützung und büßten auch unter der serbischen Bevölkerung zunehmend an Glaubwürdigkeit ein. Tito, dessen Partisanen in Kern-Serbien nach wie vor jedoch nur schwache Positionen verteidigten, versuchte am 30. August 1944 mit einem „letzten Aufruf" die *Četnici* einzuschüchtern: Allen militärischen Gegnern der Volksbefreiungsbewegung wurde kriegsgerichtliche Verfolgung und Bestrafung angedroht, falls diese sich nicht bis zum 15. September der Volksbefreiungsarmee zur Verfügung stellten. Und am 5. September appellierte Tito an seine Partisanen, mit äußerster Härte gegen die *Četnici* und *Nedićevci* vorzugehen:

> „[…] Denkt daran, dass die grundlegende Aufgabe dieser ganzen Operation die Liquidierung der *Četnici* und der *Nedićevci* und ihrer Apparate ist. Verhindert, dass Mihailović eine Mobilisierung durchführen kann und das Volk auf seine Seite zieht. Verhaftet die Dorfältesten der *Četnici*, denn diese sind die Hauptstützpunkte von Mihailović im Volk."[2659]

Und in einer sich auf den „letzten Aufruf" beziehenden Anordnung vom 18. September befahl Tito, all jene Personen „[…] vor ein Kriegsgericht zu stellen, im Schnellverfahren zu verurteilen und aufs Härteste zu bestrafen, die auf der Seite des Feindes mit den Waffen in den Händen gegen die Volksbefreiungsarmee und die Partisaneneinheiten Jugoslawiens kämpfen."[2660]

Sogar König Petar in London unterstützte den Aufruf Titos und forderte am 12. September in einer Rundfunkansprache alle Jugoslawen auf, sich der Volksbefreiungsarmee anzuschließen. Der jugoslawische Sprecher der BBC, T. Skrbić, drohte bereits den einheimischen Deutschen mit furchtbarer serbischer Rache:

> „Für jeden ermordeten Serben, für jede ermordete Serbin werden die Schwaben im schwäbischen Leben einen hundertfachen Preis entrichten, und keine Macht der Welt wird das Schwert der Rache aufhalten können, wenn die Zeit gekommen ist. Das merkt Euch und haltet Euch bereit, denn der Tag ist nicht mehr fern, an dem wir mit den Schwaben und all ihren Helfershelfern verfahren werden nach der Devise Wie du mir so ich dir. Und zwar so, dass die Schwaben, wo immer sie sein mögen, mit Angst in den Knochen von unserer gerechten Rache erzählen werden, so lange es eine Erde gibt und eine Zeit."[2661]

Nach mehreren vergeblichen Vorstößen seiner Partisaneneinheiten aus Bosnien nach Kern-Serbien fürchtete Tito zu Recht schwere Kämpfe gegen die deutsche Besatzungsmacht und die *Četnici*, sodass er sich entschloss, Stalin um militärische Hilfe seitens der Roten Armee zu ersuchen. Die Rote Armee war nämlich Ende August/Anfang September 1944 in einem für die Allierten wie für die Deutschen – und vermutlich auch für Tito – überraschenden und strategisch beispielhaften

---

[2659] Poslednji poziv, 30. August 1944, in: Arhiv Muzeja Vojvodine, sign. 2855; zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 58; TOMASEVICH, Chetniks, 365.

[2660] AVII, Fond NOR, kut. 1074/I, reg. br. 21-I und 2/2, in: Hrvatski institut za povijest (Hg.), Partizanska i komunistička represija i zločini u Hrvatskoj 1944-1946. Dokumenti (Slavonski Brod 2005) dok. 2, 43f.

[2661] JANJETOVIĆ, Konflikte, 160.

Vorstoß über Rumänien und Bulgarien plötzlich bis an die Ostgrenzen Jugoslawiens marschiert. Jetzt musste sich Tito beeilen, von der Insel Vis aus über Craiova nach Moskau zu fliegen, um zwischen dem 21. und 28. September mit Stalin die Modalitäten der weiteren Kriegshandlungen in Serbien und in der Vojvodina zu besprechen. Hierbei ging es weniger um das Mitwirken der Roten Armee bei der Befreiung Serbiens und Belgrads – wie es in der jugoslawischen Historiographie 45 Jahre hindurch stereotyp behauptet und in der westlichen Historiographie vielfach übernommen wurde –, sondern vielmehr um das Mitwirken der Partisanen an den Vorstößen der Roten Armee aus Rumänien und Bulgarien in Richtung Belgrad, und zwar sowohl über den Banat als auch über das Timok-Gebiet. Tito versicherte jedenfalls Stalin – den er bei diesem Besuch zum ersten Mal persönlich traf –, dass die Partisanen im Falle einer Landung britischer Truppen in Jugoslawien „entschlossenen Widerstand" leisten würden. Stalin wiederum bot Tito die Lieferung von Panzern und LKWs an, musste Tito allerdings auch überreden, bulgarische Truppen, die die Front gewechselt hatten, an der Südflanke der Roten Armee an der Befreiung Serbiens mitkämpfen zu lassen. Ob Stalin tatsächlich zusagte, nach der Befreiung Belgrads nach Ungarn weiter zu marschieren, bleibt bis heute ungewiss.[2662]

In einer Rede vor Parteifunktionären am 2. April 1975 in Skopje sprach Tito in erster Linie von den Verhandlungen mit den Bulgaren:

> „Ich will jetzt offen davon sprechen, wie das gewesen ist, als ich 1944 nach Moskau und dann nach Craiova gegangen bin. Man hat mir damals in Moskau gesagt, es wäre gut, wenn die bulgarische Armee – nachdem die sowjetische Armee bereits in Bulgarien einmarschiert war – uns im Kampf zur Befreiung unseres Landes helfen würde. Ich habe darauf geschwiegen, habe nicht geantwortet, denn es fiel mir schwer, das zu akzeptieren. Als ich in Craiova eingetroffen war, kamen aus Bulgarien der Genosse Terpeschev und ein General. Sie haben lange auf mich eingeredet und mich gebeten, dass ihre Armee sich doch beteiligen dürfe. Ich habe schließlich zugesagt.
>
> Sie wissen, wo danach die bulgarische Armee gewesen ist und was sie getan hat. Sie hat an der linken Flanke der sowjetischen Armee eine gewisse Rolle gespielt und ist dann, zusammen mit ihr, durch einen Teil Jugoslawiens gezogen, durch die Vojvodina in Richtung Ungarn."[2663]

[2662] Branko Petranović, Istorija Jugoslavija 1918-1988, 2. Bd.: Narodnooslobodilaćki rat i revolucija 1941-1955 (Beograd 1988) 301, 325; Dedijer, Josip Broz Tito, 386. Tito besuchte in Moskau auch Dimitrov, mit dem er vor allem die künftigen Beziehungen zwischen ihren beiden kommunistisch geführten Ländern besprach. – Banac, Dimitrov, 337.
Bereits mit Erlass des Präsidiums der Obersten Sovet der UdSSR vom 5. September 1944 waren führende KPJ-Funktionäre und Partisanengeneräle mit hohen sowjetischen Orden ausgezeichnet worden. Mit dem Suvorov-Orden 1. Stufe: Marschall Josip Broz Tito; mit dem Kutuzov-Orden 1. Stufe: GM Svetozar Vukmanović, GLt. Milovan Đilas, GLt. Sreten Žujovič, GLt. Arco Novanović, GLt. Ivan Milutinović, GLt. Aleksandar Ranković; mit dem Suvorov-Orden 2. Stufe: GM Mihajlo Apostolski, GLt. Ivan Gošnjak, GLt. Peko Dapčević, GLt. Koča Popović, GM Franc Rozman, GLt. Velimir Terzić. – Zolotarëv, Krasnaja Armija, 212f.

[2663] Auszüge aus der Rede Titos in Skopje, 2. April 1975, in: Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa 24 (1975) 77f.

Nachdem die 2. und 3. Ukrainische Front Ende August und Anfang September 1944 Rumänien und Bulgarien besetzt hatten, waren sie im Banat und im Timok-Gebiet an der Ostgrenze Serbiens aufmarschiert. Der Oberbefehlshaber Südost, GFM von Weichs, hatte zwar Ende August die 1. Gebirgsdivision aus Montenegro in den Negotiner Kreis und die SS-Division „Prinz Eugen" in den Raum Niš verlegen sowie ein Verteidigungskorps Belgrad bilden lassen. Aber am 1. September begannen alliierte Bomberverbände alle Verbindungswege durch die Morava-Vardar-Furche zu unterbrechen und auch die Brücken über Donau und Save zu zerstören. Nachdem die neue rumänische Regierung bereits am 25. August dem Dritten Reich den Krieg erklärt hatte, folgte am 9. September auch die neue bulgarische Regierung. Nun wurde im südlichen Banat die 46. Armee der 2. Ukrainischen Front (Oberbefehl Marschall Rodion J. Malinovskij) bereitgestellt, im nordwestlichen Bulgarien die 57. Armee der 3. Ukrainischen Front (Oberbefehl Marschall Fëdor I. Tolbuchin). Bereits am 6. September versuchte ein motorisiertes Regiment der 6. Panzerarmee der 2. Ukrainischen Front die Donau am Eisernen Tor zwischen Turnu Severin und Kladovo zu überschreiten, wurde aber noch einmal zurückgeworfen; am 22. September 1944 aber setzten Einheiten der 74. Schützendivision der 57. Armee bei Kladovo über die Donau – und von nun an bis zum 15. Mai 1945 sollten Truppen der Roten Armee in Jugoslawien bleiben. Am 28. September begann die „Belgrader Operation" mit Angriffen durch den Banat und durch Nordost-Serbien. Bereits am 3. Oktober erreichte die 46. Armee die Theiß-Donau-Linie, während die 57. Armee das Kupferbergwerk Bor eroberte, die Haupteisenbahnlinie im Moravatal unterbrach, am 9. Oktober die Morava überschritt und sich vom Südosten her Belgrad näherte.[2664]

GFM Weichs musste sein Hauptquartier von Belgrad nach Vukovar verlegen, die deutsche Heeresgruppe E unter Generaloberst Löhr musste Griechenland räumen und verlegte am 14. Oktober ihren Stab von Saloniki nach Stari trg bei Trepča im Kosovo. Mit den deutschen Truppen zogen sich auch die Einheiten der *Četnici* und der Regierung Nedić nach Nordserbien zurück. Sogar die SS-Division „Prinz Eugen" erlitt bei Abwehrkämpfen gegen die Panzerbrigade der 2. bulgarischen Armee südwestlich von Niš schwere Verluste. Auch die 1. Gebirgsdivision musste sich unter schweren Verlusten nach Westen durchkämpfen, erhielt aber von GFM Weichs den Befehl, die schwachen Verteidigungskräfte in Belgrad zu entsetzen. Daher konnten schließlich nur mehr Teile nach Šabac an der Save durchbrechen. So betrugen die Gesamtverluste zwischen dem 20. September und dem 31. Oktober 1944 472 Gefallene und 2957 Vermisste.[2665]

[2664] Zolotarëv, Krasnaja Armija, 214-220; Velikaja otečestvennaja, 154-156; vgl. Karte in Schmider, Kriegsschauplatz, 1051.

[2665] Samuel W. Mitcham, Jr., The German Defeat in the East, 1944-45 (Mechanicsburg, PA 2007) 197-208; Peter Gosztony, Endkampf an der Donau 1944/45 (Wien-München-Zürich 1969) 67-71; Nojkov, Kampfhandlungen der Bulgarischen Armee, 86-93; Schmider, Kriegsschauplatz, 1052.

Mittlerweile hatten Truppen der 1. jugoslawischen Armeegruppe begonnen, von der Mačva und der Šumadija her auf Belgrad vorzustoßen. Zwei deutsche Kampfgruppen hatten noch bei Passarowitz (Požarevac), am Avala südlich von Belgrad und in Topčider südwestlich von Belgrad versucht, Verteidigungsstellungen zu halten. Außerdem wurden wichtigere Gebäude für eine Sprengung vorbereitet. Bereits am 14. Oktober hatte sich die 57. Sowjet-Armee zum Sturm auf Belgrad formiert, am Nachmittag des nächsten Tages begann sie bereits vom Südosten und vom Südwesten her in die Stadt einzumarschieren. Partisaneneinheiten stießen in vier Kolonnen vom Westen her entlang der Save, vom Südwesten her über Banovo brdo, vom Süden her über Banjica und vom Südosten her auf Belgrad vor. Als sich am 15. Oktober Truppen der „Gruppe Stettner" (einschließlich der 1. Gebirgsdivision) von Passarowitz her in Richtung Belgrad durchzuschlagen versuchten, mussten jedoch die Rotarmisten und Partisanen ihre Angriffe kurzzeitig einstellen und nach Südosten und Süden hin Stellung beziehen. Nur 5000 deutsche Soldaten entkamen der Einschließung und zogen sich über die Save zurück. Nachdem auch die letzten deutschen Gegenangriffe in der Stadt Belgrad gescheitert waren, blieb der „Gruppe Schneckenburger" nur mehr der Rückzug über die Save. Der Sicherheitsdienst samt dem serbischen Polizeipräsidenten und Bürgermeister hatte sich bereits zuvor abgesetzt. Am 20. Oktober morgens kapitulierten die deutschen Verteidiger am Kalemegdan vor dem sowjetischen Generalleutnant Ždanov und dem jugoslawischen Generalleutnant Dapčević. Die von den Deutschen versuchte Sprengung der Save-Brücke nach Semlin konnte ein serbischer Veteran des Ersten Weltkrieges verhindern. Einheiten der Partisanen und der Roten Armee stießen auch sofort nach Semlin vor, das sie am 22. Oktober einnahmen. Die deutsche Besatzungsherrschaft in Serbien war zu Ende. Der NKVD ließ sofort eine Reihe von serbischen Offizieren und Intellektuellen umbringen. Nach jugoslawischen Angaben hatten allein während der „Belgrader Operation" die deutschen Truppen ungefähr 15.000 Gefallene und 9000 Kriegsgefangene, die Volksbefreiungsarmee etwa 3000 Gefallene und 4000 Verwundete und die Rote Armee etwa 960 Gefallene zu verzeichnen; nach glaubhafteren sowjetischen Quellen verlor die Rote Armee 4350 Mann. Die von der Roten Armee in der Operation um Belgrad gefangen genommenen deutschen Soldaten wurden unverzüglich in die UdSSR abtransportiert.[2666]

Nur das langsame Vorrücken der Partisanen und Rotarmisten in Syrmien rettete die Reste der deutschen Verteidiger von Belgrad und ließ sie 60 Kilometer westlich der Hauptstadt eine neue Frontlinie aufbauen. Da nun der Großteil der Roten Armee relativ rasch über die Vojvodina – wo sie bereits die gesamte Batschka erobert hatte – nach Südungarn weiterzog, überließ sie dem Obersten Stab und dem Politbüro der KPJ unter Tito die weitere Kriegsführung in Jugoslawien. Sta-

---

[2666] Zolotarëv, Krasnaja Armija, 184; Savo Drljević, Beogradksa operacija, in: Enciklopedija Jugoslavije 1 (Zagreb ²1980) 592-594; Broucek, Glaise-Horstenau, 499f.; Petranovic, Srbija, 643f.

lin begnügte sich mit der Belassung von sowjetischen Verbindungsoffizieren und Instruktoren in Belgrad.[2667]

Barbara Beiler aus Apatin schilderte den Einmarsch der Roten Armee in ihrer noch durchwegs deutschen Heimatstadt an der Donau:

> „[…] In meinem Heimatort waren bis Ende November 1944 russische Truppen einquartiert. Während dieser Zeit wurden viele Häuser von Soldaten ausgeplündert und demoliert. Täglich, hauptsächlich in den Abendstunden und nachts, wurde in den Wohnungen eingebrochen, wobei Kleider, Wäsche, Lebensmittel, Wein und insbesondere Wertgegenstände entwendet wurden. Aus den Schränken war alles herausgeworfen, Geschirr zerbrochen, Lebensmittel, Kleider, Möbel: alles lag durcheinander. […]
>
> Zahlreiche Vergewaltigungen der Frauen sind während dieser Zeit vorgekommen. Tagsüber hatten russische Soldaten Häuser, in denen junge Frauen und Mädchen wohnten, angekreidet und suchten sie in der Nacht auf. […] Ich war um diese Zeit beim Arzt Dr. Josef Peteny in der Belgraderstr. als Köchin tätig. Er sagte mir gelegentlich, dass er bereits 75 vergewaltigte Frauen in Behandlung hätte. Viele Frauen und Mädchen sind an Geschlechtskrankheiten erkrankt. Die jungen Frauen und Mädchen hatten sich stets nachtsüber versteckt und bei Vergewaltigungsversuchen stets zur Wehr gesetzt. [Väter, die sich weigerten, die Verstecke ihrer Töchter zu verraten, wurden kurzerhand erschossen, Erg. Suppan.]
>
> Zu Weihnachten 1944 wurden fast alle arbeitsfähigen deutschen Männer zwischen 18-45 und Frauen von 18-30 Jahren, etwa 1100 aus Apatin, eingesperrt und am 28. 12. 1944 nach Russland verschleppt. Kurz nach Neujahr ging ein zweiter Transport nach Russland. […]“[2668]

Tito selbst war aus Moskau über Craiova in Rumänien zurückgekehrt, hatte Anfang Oktober bei Werschetz wieder jugoslawischen Boden betreten und konnte mit der Roten Armee und seinen Partisanen siegreich in Belgrad einmarschieren. Mit seinen Partisanendivisionen allein wäre dies wohl erst einige Monate später möglich gewesen. Die Rückeroberung der Hauptstadt verschaffte jedenfalls Tito einen großen politisch-moralischen Erfolg – sowohl gegenüber den Deutschen als auch gegenüber den *Četnici*; für die Rote Armee war es nach Bukarest und Sofia die dritte eroberte Hauptstadt im östlichen Europa – Warschau, Budapest, Wien, Berlin und Prag sollten noch folgen. Die Hilfe der Roten Armee im Herbst 1944 spielte auch noch eine wichtige Rolle im Konflikt zwischen Stalin und Tito im Frühjahr 1948, wobei Moskau der jugoslawischen Führung vorhielt, die Rote Armee verleumdet zu haben, während Belgrad die sowjetische Seite der Missachtung des revolutionären Befreiungskrieges der Partisanen beschuldigte.[2669]

[2667] Die meisten Politbüromitglieder der KPJ wie Aleksandar Ranković, Edvard Kardelj, Moša Pijade, Milovan Đilas und Andrija Hebrang erhielten bald höchste Staats- und Regierungsfunktionen, womit die Symbiose zwischen Partei und Staat verankert wurde. – Vgl. Branko Petranović (Hg.), Zapisnici sa sednica politbiroa Centralnog komiteta KPJ (11. jun 1945 – 7. jul 1948) (Beograd 1995).

[2668] Maschinenschriftlicher Bericht Barbara Beiler aus Apatin, 28. Jänner 1947, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 306f.

[2669] Die Totenverluste der Roten Armee auf jugoslawischem Boden betrugen 7995 Mann, die Gesamtverluste 29.584. – Grif sekretnosti snjat. Poteri Vooružennych Sil SSSR v vojnach, boenych i voennych konfliktach (Moskva 1993) 325; vgl. Tito contra Stalin. Der Streit der Diktatoren in ihrem Briefwechsel (Hamburg 1949).

Nach der Eroberung Serbiens, Belgrads und der Vojvodina versuchte sich Tito vorerst nachsichtig zu zeigen. Am 21. November 1944 beschloss das Präsidium des AVNOJ eine „allgemeine Amnestie“ für Anhänger von Mihailović und Soldaten der slowenischen *Domobranci* und der kroatischen *Domobrani*, falls sich diese keines Verbrechens (Mord, Brandlegung, Plünderung, Vergewaltigung) schuldig gemacht hätten und bis zum 15. Jänner 1945 zur Volksbefreiungsarmee überliefen. Diese Amnestie dürfte nun weitaus erfolgreicher gewesen sein als die Drohungen vom September 1944, denn die Volksbefreiungsarmee soll bis zum Jahresende 1944 auf etwa 600.000 Mann – gegliedert in 57 Divisionen – zugenommen haben. Nach Angaben der Personalabteilung des jugoslawischen Verteidigungsministeriums sollen ab Herbst 1944 1963 Offiziere der *Domobrani* und 727 aus den Einheiten von Mihailović sowie 322 aus der bulgarischen, 215 aus der deutschen, 124 aus der italienischen, 18 aus der ungarischen und 4 aus der albanischen Armee in die am 1. März 1945 umbenannte „Jugoslawische Armee“ aufgenommen worden sein.[2670]

Ab November 1944 entstand entlang der Donau, im westlichen Syrmien und entlang der nördlichen Drina erstmals eine klare Frontlinie zwischen den deutschen und kroatischen Streitkräften einerseits und den Partisanen andererseits. Tito forderte als „Oberster Kommandant Jugoslawiens“ den Hauptstab der Volksbefreiungsarmee in Kroatien auf, weder den Rückzug der deutschen Wehrmacht noch den der *Ustaše* zuzulassen:

> „[…] Die Übeltäter beabsichtigen, durch Kroatien ungestraft zu entwischen. Es liegt an Euch, alles zu unternehmen, damit ihnen das nicht gelingt. Es liegt an Euch, zusammen mit den anderen Einheiten unserer gefeierten Armee, das Land von den *Ustaše* und anderen Verrätern zu säubern. Erfüllt diese Aufgabe ehrenhaft, so wie Ihr es bis jetzt getan habt. Tod dem Faschismus – Es lebe das Volk!“[2671]

Die Bildung der syrmischen Front symbolisierte auch den Übergang von der partisanischen Kriegsführung zum frontalen Krieg. Als den Deutschen Mitte November 1944 bei Višegrad an der Drina die Herstellung der Verbindung zwischen der Heeresgruppe E und der 2. Panzerarmee gelang, konnten auch die abgekämpften Verbände aus dem serbischen Südwesten – darunter die 7. SS-Division – in die bosnische Front eingegliedert werden. Anfang Dezember wurden sämtliche noch in Jugoslawien verbliebenen Kommandos und Truppen dem Befehl der Heeresgruppe E unterstellt. Andererseits wurden ab dem 16. Dezember die meisten sowjetischen Einheiten auf den ungarischen Kriegsschauplatz verlegt, die vorübergehend auch durch zwei bulgarische Divisionen ersetzt wurden. Diese vorübergehende Schwächung nützte die deutsche Seite Mitte Jänner 1945 und schob die Syrmienfront auf die engste Stelle zwischen Donau und Save vor, also

[2670] Slobodan Nešović (Hg.), Stvaranje nove Jugoslavije (Beograd 1981) 575f.; ASCG, F-507, CK KPJ Srbija II/521, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 160f.; Mile Bjelajac, Die jugoslawische Erfahrung mit der multiethnischen Armee 1918-1991, auf: http://www.udi.org.yu/articles.

[2671] Vladimir Geiger, Nestanak folksdojčera (Zagreb 1997) 60f.

auf die Höhe von Ilok und Šid. Dieser militärische Rückschlag führte wiederum zu einer Vertrauenskrise innerhalb der Volksbefreiungsarmee.[2672]

Tito ließ am 1. Jänner 1945 die bisher bestehenden Korps, Divisionen und Brigaden in drei Armeen zusammenfassen, zu denen im März 1945 noch eine vierte hinzukam. So sehr sich der Oberste Stab und das Politbüro über den Zulauf zur Volksbefreiungsarmee gefreut haben mögen, so sehr war den führenden Genossen der KPJ auch bewusst, dass die quantitative Expansion auch qualitative Stagnation und neue ideologische Gefahren bringen konnte. Der Chef der OZNA, also der oberste Geheimpolizist Ranković, wies daher am 15. Jänner 1945 alle Komitees der KPJ an:

> „Während früher unsere Einheiten hauptsächlich aus Freiwilligen bestanden, wird nun im größten Teil unseres Landes das Prinzip der allgemeinen Mobilisierung verwirklicht. Deswegen ist es unvermeidlich, dass man auch versteckte feindliche Elemente in den Einheiten findet. Weiters darf nicht aus den Augen verloren werden, dass die Reaktion alles unternehmen wird, um die innere Einheit unserer Armee […] zu schwächen."

Daher forderte Ranković, die „Masse dieser neuen Soldaten im Geiste des Volksbefreiungskampfes zu erziehen und ihnen systematisch die Entwicklung, Ziele und Errungenschaften dieses Kampfes mitzuteilen".[2673]

Stalin und Churchill hatten sich am 10. Oktober 1944 in Moskau auf eine „fifty-fifty"-Teilung der Interessen in Jugoslawien geeinigt. Wenige Tage nach der Befreiung der Hauptstadt traf auch Šubašić in Belgrad ein und verhandelte mit Tito neuerlich über die Rückkehr des Königs; dies wurde nun von einem Volksentscheid nach dem Krieg abhängig gemacht. Ende November 1944 kam der Stellvertreter Titos im Nationalkomitee, Edvard Kardelj, nach Moskau und informierte Stalin, Molotov und Dimitrov über die neue Situation in Jugoslawien. Hiebei wurde auch über eine künftige Föderation aller Südslawen – also einschließlich der Bulgaren – gesprochen. Am 7. Dezember 1944 einigten sich Tito und Šubašić darauf, dass der AVNOJ durch Einbeziehung nicht kompromittierter Vertreter des Vorkriegsparlaments, das im Dezember 1938 zum letzten Mal gewählt worden war, erweitert werden sollte. Diese Regelungen wurden am 10. Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta bestätigt und die Gesetzgebung des AVNOJ einer Ratifizierung durch die noch zu wählende, neue Verfassungsgebende Nationalversammlung unterworfen. Am 8. März 1945 wurde schließlich eine Koalitionsregierung mit Tito an der Spitze gebildet, mit fünf bürgerlichen Ministern, darunter Šubašić als Außenminister und Milan Grol als Unterrichtsminister.[2674]

Am 9. Jänner 1945 empfingen Stalin und Molotov eine jugoslawische Delegation, geführt vom kroatischen Politibüro-Mitglied Andrija Hebrang und dem Generalstabschef Arso Jovanović. Dimitrov notierte tags darauf: „The Yugoslavs

[2672] Schmider, Kriegsschauplatz, 1062.

[2673] Weisung Ranković an alle Komitees der KPJ, 15. Jänner 1945, AVII, Fond NOR, kut. 883A, fasc. 5, dok. 14/2, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 107.

[2674] Prunkl – Rühe, Tito, 108; Banac, Dimitrov, 343.

want to take Greek Macedonia. They want Albania, too, and even parts of Hungary and Austria. This is unreasonable. I do not like the way they are acting." Auch Stalin und Molotov dürften gegenüber diesen expansiven Wünschen zurückhaltend gewesen sein.[2675]

Am Sonntag, dem 28. Jänner 1945, lud Stalin in Moskau anwesende bulgarische und jugoslawische Delegierte in seine Dača ein. Von bulgarischer Seite waren neben Dimitrov der Ministerpräsident Kimon Georgiev, der Innenminister und der Sekretär des Zentralkomitees gekommen, von jugoslawischer Seite der Vizepräsident des AVNOJ, Moša Pijade, Hebrang und der jugoslawische Botschafter in Moskau, Stanoje Simić. In herzlicher Atmosphäre wurden zahlreiche Toasts ausgebracht. Stalin hob die historische Bedeutung einer Allianz zwischen Bulgarien und Jugoslawien hervor. Diese könnte auch eine Basis für eine Union aller slawischen Völker sein, die sich wechselseitig unterstützen und verteidigen sollten, denn:

> „[...] Germany will be routed, but the Germans are a sturdy people with a great number of cadres; they will rise again. The Slavic peoples should not be caught unawares the next time they attempt an attack against them, and in the future this will probably, even certainly, occur. The old Slavophilism expressed the aim of tsarist Russia to subjugate the other Slavic peoples. Our own Slavophilism is something completely different – the unification of the Slavic peoples as equals for the common defense of their existence and future. We have no wish to impose anything on the other Slavic peoples. We do not interfere in their internal affairs. Let them do what they can. The crisis of capitalism has manifested itself in the division of the capitalists into two factions – one fascist, the other democratic. The alliance between ourselves and the democratic faction of capitalists came about because the latter had a stake in preventing Hitler's domination, for that brutal state would have driven the working class to extremes and to the overthrow of capitalism itself. We are currently allied with one faction against the other, but in future we will be against the first faction of capitalists, too."[2676]

Die Direktheit Stalins, sein Misstrauen gegenüber den westlichen Alliierten auszusprechen, mag überraschen, lässt aber auch auf ein gewisses Vertrauensverhältnis zu den bulgarischen und jugoslawischen Genossen schließen. Seine Zusage, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der anderen slawischen Nationen einzumischen, war aber nicht glaubwürdig. Freilich, auch die sowjetischen Genossen konnten Überraschungen erleben, etwa als sie aus Belgrad hörten, dass der neuen Koalitionsregierung Minister wie Milan Grol angehörten, der bis 1943 in der Exilregierung gesessen war. Stalin und Molotov hätten lieber Botschafter Simić in der jugoslawischen Regierung gesehen.[2677]

Vom 5. bis zum 20. April 1945 kam Tito zum zweiten Mal mit einer Delegation nach Moskau. In seiner Begleitung reisten auch Außenminister Šubašić, Đilas und Generalmajor Kiselev, der Chef der sowjetischen Militärmission in Jugoslawien. Für Dimitrov waren Kiselevs Eindrücke von der jugoslawischen Führung „nicht ermutigend". Dimitrov empfing Tito in seiner Wohnung, diskutierte mit ihm über eine mögliche Allianz und notierte: „underestimation of the complexity of the

[2675] Banac, Dimitrov, 352f.; Cattaruzza, L'Italia, 266f.
[2676] Banac, Dimitrov, 357f.
[2677] Banac, Dimitrov, 362.

situations and the impending difficulties, too arrogant, heavy dose of conceit and sure signs of ‚dizziness with success'". Erst am 12. April 1945 empfing Stalin Tito in Anwesenheit von Molotov, Berija, Malenkov, Bulganin und Dimitrov. Hinsichtlich des bulgarisch-jugoslawischen Verhältnisses wurden einige Vereinbarungen getroffen; eine Föderation sollte erst als dritte Stufe kommen. Zweifellos schloss sich Tito bei diesem Besuch außenpolitisch enger an die Sowjetunion an, da sich hinsichtlich der mehrheitlich slowenisch besiedelten Gebiete in Südkärnten und um Triest ein Konflikt mit Großbritannien ankündigte. Auch Churchill erkannte dies und telegraphierte an den neuen US-Präsidenten Truman: „Am wichtigsten ist, dort [in Triest] zu sein, bevor Titos Guerillas als Besatzung auftreten." Dimitrov hingegen schrieb an Stalin, dass es notwendig und gerecht sei, Triest an Jugoslawien zu geben; und Stalin stimmte ihm zu.[2678]

In den Wintermonaten 1945 hatte es nur wenige spektakuläre Erfolge der Partisanen-Divisionen gegeben, sieht man von der Eroberung Mostars am 14. Februar und der von Bihać am 28. März ab. Generaloberst Löhr, der mit seiner Heeresgruppe E von September 1944 bis Jänner 1945 aus Griechenland über Makedonien und Kosovo bis nach Bosnien marschiert war, wurde am 27. März 1945 neuerlich zum Oberbefehlshaber Südost ernannt. Als Ende März ein Großangriff der Partisanen auf Sarajevo begann, wurde die Stadt noch von Einheiten der SS-Division „Prinz Eugen" verteidigt. Als aber der Druck von sieben Divisionen der Volksbefreiungsarmee zu stark wurde, erlaubte das Führerhauptquartier – mittlerweile marschierte die Rote Armee schon in Richtung Wien – nicht nur die Evakuierung Sarajevos am 6. April, sondern auch die Räumung Kroatiens bis zur Linie Bihać–Fluss Una–Bjelovar–Front der 2. Panzerarmee in Ungarn bis zum 20. April. Aber erst Anfang April 1945 war das mittlerweile auf vier Armeen mit über 300.000 Mann angeschwollene jugoslawische Volksbefreiungsheer so aufgestellt, um die deutschen und kroatischen Fronten in Syrmien, Bosnien und Westkroatien entscheidend zu durchbrechen und ihre konzentrischen Angriffe in Richtung Zagreb und Kroatisches Küstenland zu beginnen. Daher erließ Generalleutnant Ranković am 9. April 1945 namens der Operativen Abteilung des Generalstabes der Jugoslawischen Armee (*Jugoslovenska armija*, JA) an die Generalstäbe der vier Armeen eine streng vertrauliche „Direktive zur endgültigen Liquidierung des Feindes": Im achtseitigen Papier ging man davon aus, dass sich der Feind möglichst schnell im Raum kroatisches Küstengebiet, Istrien und Slowenien konzentrieren und durch Truppen aus der „Ostmark" verstärkt neu sammeln werde. Daher wurde ein detaillierter Operationsplan ausgearbeitet, um die noch besetzten Gebiete Kroatiens, Sloweniens und Istriens einzunehmen und die „Überreste der feindlichen Kräfte möglichst rasch zu schlagen, zu vernichten oder gefangen zu nehmen".[2679]

[2678] BANAC, Dimitrov, 366f., 371; CATTARUZZA, L'Italia, 271-274, 285-289.

[2679] Streng vertrauliche Direktive des Generalstabes der Jugoslawischen Armee, Operative Abteilung, 9. April 1945, AVII, Fond NOR, kut. 21, fasc. 1, dok. 27/2, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 60; SCHMIDER, Kriegsschauplatz, 1064-1066; FINE, Tito, 280.

Nach dem Operationsplan der jugoslawischen Armeeführung vom 9. April sollten alle verfügbaren Kräfte in der Nacht zum 12. April zu einer entscheidenden Offensive ansetzen, mit dem allgemeinen Ziel der Eroberung des Gebietes zwischen Zagreb und Varaždin, der Zagorje, einerseits sowie des Kroatischen Küstenlandes und Istriens andererseits. Als weitere Ziele sollten auch Ljubljana, Celje, Maribor und Trieste eingenommen werden. Für die slawonische Operation waren die 1. Armee (Standort Osijek) und die 3. Armee (Vinkovci) vorgesehen, für die Operation im Küstenland die 4. Armee; die 2. Armee sollte aus Bosnien heraus gegen Zagreb vorstoßen.

Generaloberst Löhr standen Ende März 1945 als Oberbefehlshaber Südost nur mehr völlig abgekämpfte und zahlenmäßig stark geschrumpfte Einheiten zur Verfügung: die 7. SS-Division, 2 Infanteriedivisionen, 1 Jägerdivision, die 11. Luftwaffen-Felddivision, die 369. (kroatische) Infanteriedivision, 2 Kosaken-Divisionen, 2 SS-Polizei-Regimenter, 1 Festungsdivision und 5 Festungsbrigaden. Eine Auffangstellung für die Heeresgruppe E, die sogenannte Zvonimir-Stellung entlang der Linie Karlovac–Dugo Selo–Koprivnica, war aus Rücksicht auf die deutsch-kroatischen Beziehungen kaum ausgebaut worden. Nach dem jugoslawischen Großangriff am 12. April aus Syrmien und Ostbosnien blieb den Divisionen Löhrs nur mehr der langsame Rückzug in Richtung Nordwesten, der lediglich Ende April ca. 60 Kilometer vor Zagreb für einige Tage zum Stehen kam. In den letzten beiden Kriegswochen ging es Löhr dann nicht mehr um die Verteidigung des *Ustaša*-Staates, sondern ausschließlich darum, einem möglichst großen Teil seiner Heeresgruppe den Übertritt nach Österreich und die Kapitulation vor westalliierten Streitkräften zu ermöglichen. Am 7. Mai abends – nach Besprechungen in Graz mit GFM Kesselring, GO Greim, den Generälen de Angelis und Ringel sowie den Gauleitern Uiberreither, Rainer und Eigruber – ließ Löhr nochmals Absetzbefehle an die Verbände der Heeresgruppe E geben. Von den rund 400.000 Mann der Heeresgruppe gelang dies bis zum 8. Mai zwar nur der Vorhut, insgesamt 250.000 Mann kämpften sich jedoch bis zum 15. Mai in die West-Steiermark und nach Südost-Kärnten durch. Etwa 150.000 Mann schafften den rechtzeitigen Übertritt in die britische Besatzungszone nicht mehr und gerieten mit Löhr, der am 10. Mai in Topolšica kapitulierte, in jugoslawische Kriegsgefangenschaft, die angeblich 70.000 nicht überlebten.[2680]

Ab Ende April 1945 wälzten sich auch Kolonnen von *Domobrani*, *Ustaše* und kroatischen Zivilisten – zusammen etwa 220.000 Personen – durch die Täler der Save, Savinja und Drau in Richtung alter (und bald neuer) österreichisch-jugoslawischer Grenze, wo sie wie die deutschen Truppen hofften, auf britische oder amerikanische Truppen zu stoßen. Etwa 150.000 bis 160.000 Mann gerieten in jugoslawische oder britische Kriegsgefangenschaft.[2681]

[2680] Böhme, Kriegsgefangenen, 42-136, 254; Schmidt-Richberg, Endkampf, 151; Tomasevich, Occupation, 756f.; Schmider, Kriegsschauplatz, 1068f.; Broucek, Glaise-Horstenau, 50. Lediglich über die Zahl der 1948/49 eingetroffenen Heimkehrer von ca. 85.000 Mann liegen gesicherte Angaben des Roten Kreuzes vor.

[2681] Broucek, Glaise-Horstenau, 50; Slavko Goldstein, Tito je bio vođa zavjere šutnje o Bleiburgu [Tito war der Führer der Verschwörung von Bleiburg], in: Jutarnji list, Zagreb, 11. November 2007.

Allein auf ihrem Vorstoß durch Slawonien verloren die Partisanen-Divisionen etwa 30.000 Gefallene. Die 2. Jugoslawische Armee konnte erst am 6. April 1945 Sarajevo einnehmen, am 22. April Banja Luka, am 7. Mai Karlovac, am 9. Mai Celje und am 15. Mai Dravograd. In der Untersteiermark traf sie mit der 1. Jugoslawischen Armee zusammen, die am 14. April die syrmische Front durchbrochen, am 16. April die Bischofsstadt Đakovo und am 5. Mai Sisak erobert hatte, schließlich am 8. Mai in Zagreb einmarschiert war. Aus der Baranja war die 3. Jugoslawische Armee vorgestoßen, die am 14. April Osijek eroberte, dann am rechten Ufer der Drau durch die Podravina marschierte, am 7. Mai Varaždin und am 10. Mai Maribor einnahm. Aus Norddalmatien hatte schließlich die 4. Jugoslawische Armee angegriffen, hatte Bihać am 28. März, Senj am 9. April, Rijeka und Pula am 3. Mai, Ljubljana am 9. Mai und Jesenice am 15. Mai eingenommen; bereits am 1. Mai waren Einheiten dieser Armee auch in Triest einmarschiert – knapp vor der 2. neuseeländischen Division unter General Freyberg.[2682]

Freilich konnte die Kroatische Division auch am 8. Mai 1945 an das jugoslawische Oberkommando nur melden, dass erst zwei Bataillone in die kroatische Hauptstadt eingerückt seien. Allerdings mit dem Zusatz: „Zagreb ist noch nicht vollständig befreit. Die Säuberung wird fortgesetzt." Sogar zehn Tage später gab es noch Scharmützel mit Gruppen von *Četnici* und unbestimmten „Banditen" in kroatischen Gebirgsgegenden. Die Slowenische Division meldete hingegen große Erfolge bei den Schlusskämpfen von Mitte Mai, auch mit der Inbesitznahme von Massen an Waffen und motorisierten Fahrzeugen. „Außer Kärnten ist Slowenien im Wesentlichen gesäubert. Zwei Bataillone der 3. Brigade befinden sich in Klagenfurt und Völkermarkt."[2683]

Generalleutnant Ranković, der Chef der OZNA, war jedoch mit der Arbeit seiner Geheimpolizei in Zagreb unzufrieden:

> „[…] During 10 days in liberated Zagreb only 200 bandits was shot. […] You work contrary to our orders since we have told you to work quickly and efficiently and to finish all in the first days."[2684]

Tatsächlich eilten die Partisanenarmeen von Mitte April bis Mitte Mai 1945 von Erfolg zu Erfolg, den sie gegenüber den sich zurückziehenden deutschen und kroatischen Truppen relativ leicht errangen: Zwischen dem 11. März und dem 19. April sollen sie nach eigenen Angaben 72.949 feindliche Soldaten getötet und

---

[2682] Igor Karaman (Hg.), Enciklopedija hrvatske povijesti i kulture (Zagreb 1980) 408; Pupo – Spazzali, Foibe, 216f.; Cattaruzza, L'Italia, 289-293.

[2683] Ministarstvo narodne odbrane DFJ, Generalštab Jugoslovenske Armije, Op.od., Op.Str.Pov.br. 8, 9. aprila 1945, AVII, kut. 21, br. 27-1; Korpus narodne odbrane Jugoslavije, Pov.br.sl., [an] Odeljenju zaštite naroda za Jugoslaviju, Beograd, 9. maja 1945, AVII, ANOR, kut. 222, br.reg. 35-1, F 1/IV; Korpus narodne odbrane Jugoslavije, Pov.br.sl., Beograd, 18. maja 1945, AVII, ANOR, kut. 222, br.reg. 36-1, F 1/IV, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 108-110.

[2684] Depesche GLt. Ranković an OZNA für Kroatien, Zagreb, 15. Mai 1945, in: Partizanska i komunistička represija, dok. 28.

35.274 Mann gefangen genommen haben; vom 20. April bis zum 15. Mai waren es angeblich 92.409 Getötete und 230.426 Gefangene. Allein in der Schlacht um Zagreb sollen nach einer Meldung des Stabs der 1. Jugoslawischen Armee vom 11. Mai 10.901 feindliche Soldaten gefallen und 15.892 gefangen genommen worden sein. Am 13. Mai sollen über 40.000 feindliche Offiziere und Mannschaften gefangen genommen worden sein und am 15. Mai über 20.000 *Ustaše*, eine „große Gruppe" *Četnici*, über 10.000 Deutsche und über 15.000 andere Soldaten. Die letzten Meldungen betrafen eindeutig die Gefangennahmen in Südost-Kärnten bzw. im Mießtal. Ob die genauen Zahlenangaben wirklich zutreffen, stellt Portmann mit Recht in Frage. Die Größenordnung könnte für die Gefangenen zutreffen, für die Gefallenen erscheint sie zu hoch, da es keine einzige größere Schlacht gegeben hat – auch nicht um Zagreb. Glaubwürdiger erscheint die Meldung des Stabes der 3. Jugoslawischen Armee an den Stab der 3. Ukrainischen Front vom 19. Mai, wonach allein von dieser Armee zwischen dem 8. und 18. Mai 110.000 Soldaten und Offiziere, unter ihnen 17 Generäle, gefangen genommen worden seien: 60.000 *Ustaše* und *Domobrani* (unter ihnen die Pavelić-Division), 40.000 Deutsche (unter ihnen der Oberbefehlshaber Südost, Generaloberst Löhr, sowie Teile der SS-Divisionen „Prinz Eugen" und „Handžar") und 10.000 *Četnici*. Die 1. Bulgarische Armee, die nördlich der Drau bis nach Südost-Kärnten marschierte, nahm 10.000 *Ustaše* und 4000 kroatische Zivilisten (unter ihnen 3000 Frauen und Kinder) gefangen.[2685] – Viele führende Repräsentanten des *Ustaša*-Regimes konnten jedoch auf geheimen Wegen aus Kroatien über Slowenien und Österreich nach Italien, Spanien und Argentinien entkommen: der Poglavnik Pavelić, Marschall Kvaternik und sein Sohn Eugen „Dido" sowie viele Minister.[2686]

Als bei und unmittelbar nach Kriegsende in Slowenien die Kunde von Massenmorden bekannt wurde, befahl der Generalstab der Jugoslawischen Armee, „[…] die energischesten Maßnahmen zu ergreifen, um die Tötung von Kriegsgefangenen und Verhafteten durch Einheiten, einzelne Organe und Einzelpersonen um jeden Preis zu verhindern". Zur Verantwortung für die blutige Abrechnung in den Maitagen 1945 erklärte Milovan Đilas eher lapidar:

> „Wer hat den Befehl zu dieser Ausmerzung unterzeichnet, herausgegeben? Ich weiß es nicht. Ich nehme an, dass es einen schriftlichen Befehl auch gar nicht gegeben hat. Nach unserer Struktur und Hierarchie hätte niemand so etwas ohne die Zustimmung der Spitze [also Titos,

[2685] AVII, Fond NOR, kut. 21 A, fasc. 2, dok. 14/19-23 und kut. 22, fasc. 8, dok. 3, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 61; Partizanska i komunistička represija, dok. 20, 38, 42. In einer Meldung vom 24. Mai 1945 fasste die Operationsabteilung des Stabes der 3. Jugoslawischen Armee dem Generalstab der JA die militärischen Ereignisse zwischen dem 8. und 23. Mai zusammen und bestätigte im Wesentlichen die Gefangenenzahlen: 40.000 Deutsche, 60.000 *Ustaše* und *Domobrani* sowie 5000 *Četnici*. Außerdem sollen in den Schlusskämpfen 25.000 feindliche Soldaten gefallen sein, bei lediglich 142 eigenen Verlusten.

[2686] Milo, Satellitenstaat, 219; vgl. die Schilderung der Flucht von Pavelić durch seine Tochter Mirjana Pšenićin-Pavelić im Zagreber Magazin Globus, 22. Mai 1992. Slavko Kvaternik wurde später an Jugoslawien ausgeliefert, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Anm. Suppan] ausführen können. Die längste Zeit hatte sich schon ein Klima der Vergeltung und Abrechnung herausgebildet.“[2687]

Die „Zustimmung der Spitze“ war zweifellos gegeben, denn am 26. Mai 1945 hielt Marschall Tito vom Balkon der Laibacher Universität auf dem Kongressplatz vor etwa 10.000 Zuhörern eine aufpeitschende Rede, in der er nicht nur den Anspruch Jugoslawiens auf Istrien, Triest, das slowenische Küstenland und Kärnten unterstrich, sondern unverhüllt auch auf die bereits im Gang befindliche Abrechnung mit den „Verrätern“ hinwies:

„[...] Die Hand der Gerechtigkeit, die Rächerhand unseres Volkes hat die große Mehrheit von ihnen bereits erreicht, und nur einem kleinen Teil der Verräter ist es gelungen, unter dem Schutz von Gönnern aus unserem Land zu fliehen. Diese Minderheit wird unsere herrlichen Berge und unsere blühenden Felder nie wieder sehen. Und sollte dies doch geschehen, dann nur für sehr kurze Zeit. [...]“[2688]

Kriegsgefangene in Jugoslawien

Bereits am 6. Dezember 1944 hatte der Oberste Stab Richtlinien für den Umgang mit Kriegsgefangenen erlassen und darin ausdrücklich befohlen, nach internationalem Recht zu verfahren. Auch in einer Depesche vom 18. April 1945 befahl der Oberste Stab, die Kriegsgefangenen im „Geiste der Genfer Konvention“ zu behandeln. Da die jugoslawischen Armeen in den letzten Kriegswochen immer mehr deutsche, kroatische und slowenische Kriegsgefangene machten, ordnete der Generalstab am 3. Mai 1945 die Einrichtung von Durchgangslagern an, aus denen die Kriegsgefangenen später ins Hinterland abgeschoben werden sollten. Die Stäbe der Armeen und selbständigen Korps sollten entlang der Hauptkommunikationslinien geeignete Lager einrichten und geeignete Lagerkommandanten, politische Kommissare, Intendanten und Lagerschreiber einsetzen. In Lagern mit mehr als 300 Kriegsgefangenen sollten auch ein Arzt und ein Arzthelfer zum Einsatz kommen. Auch ein Organ der OZNA war vorzusehen. Die Kriegsgefangenen – gruppiert nach Generälen, Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten – waren nach der Genfer Konvention von 1929 zu behandeln, d. h. ihnen ihr persönliches Hab und Gut zu belassen, besonders die Kleidung, die Schuhe und die persönlichen Wertsachen. Gegenstände und Geld, bei denen der Verdacht der Aneignung bestand, waren der Intendantur zu übergeben. Den Kriegsgefangenen war jeder Kontakt zur Zivilbevölkerung verboten, unbefugten Personen der Zutritt zu den Kriegsgefangenenlagern. Für eine exakte Evidenzhaltung über die Kriegsgefan-

[2687] AVII, Fond NOR, kut. 1922, fasc. 3, dok. 6/49 und kut. 119, fasc. 2, dok. 40/2, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 61; Đilas, Partisanen, 573.

[2688] Slovenska kronika 1941-1995, 102; Drago Jančar, Der Verbrecher, mein Nächster. Historische Wahrheit und erinnerndes Gedenken müssen in Südosteuropa stärker Fuß fassen, in: NZZ, 25./26. Februar 2006, 49.

genen war beim Generalstab eine eigene Abteilung einzurichten, die nach genauer Bestandsaufnahme über jeden Kriegsgefangenen den Kontakt zum Zentralausschuss des Jugoslawischen Roten Kreuzes herstellen sollte.[2689]

Auf Grund der hohen Zahl der in den letzten Kriegswochen gefangen genommenen feindlichen Soldaten musste die Jugoslawische Armee vor allem in Slawonien, Kroatien und Slowenien eine Vielzahl an „Sammellagern" (*zbirni logori*) einrichten. Aus diesen provisorischen Sammellagern – das größte mit rund 8000 deutschen Kriegsgefangenen befand sich bei Marburg – sollten die Gefangenen auf Befehl des Generalstabs vom 17. Mai 1945 in die Vojvodina deportiert werden: 75.000 in die Batschka, je 30.000 in den Banat und nach Syrmien und 10.000 in die Baranja. Wie viele diese „Todesmärsche" tatsächlich überlebten, bleibt ungewiss.[2690]

Gemäß einer Zusammenstellung des OZNA-Bevollmächtigten für die Kriegsgefangenen in Jugoslawien, Oberst Dimitrije Georgijević, für den OZNA-Kommandanten Ranković vom 12. Juni 1945 waren zu diesem Zeitpunkt bereits 50.175 deutsche Kriegsgefangene in 12 kroatischen Lagern (Sisak, Karlovac, Petrinja, Podravska Slatina, Vinkovci, Osijek, Nova Gradiška, Virovitica, Slavonski Brod, Bjelovar, Lepoglava und Popovača) interniert sowie 56.846 Kriegsgefangene in 11 Lagern in der Vojvodina, wohin sie im Verlauf des Monats Mai in Kolonnen marschiert waren: in Sremska Mitrovica 375 Offiziere und Unteroffiziere, in Zemun 10.000 Deutsche, in Ruma 5500 Internierte, in Pazova 5000 *Ustaše*, in Petrovaradin 1800 Offiziere, in Belje 424 *Četnici*, in Apatin 5001 *Ustaše*, in Sombor 6025 *Ustaše*, in Nove Šove 4647 Italiener, in Novi Sad 2448 Deutsche, in Vrbas 4800 Internierte, in Pančevo 5418 Deutsche, in Glogonj 5000 *Ustaše*, in Bela Crkva 5000 Deutsche und in Petrovgrad/Zrenjanin 10.000 Internierte. Abgesehen davon, dass die Summe der in Lagern in der Vojvodina internierten Kriegsgefangenen nach dieser Aufstellung bereits 71.493 ergab, meldete Georgijević noch 43.901 kriegsgefangene *Ustaše* und *Domobrani* bei der 2. Jugoslawischen Armee, somit insgesamt 175.922 Kriegsgefangene. Jedes Lager werde von einem Kommandanten, einem Kommissar, einem Offizier der OZNA, einem Sanitätsreferenten und einem Intendanten geführt und habe die Ernährung und ärztliche Versorgung zu sichern, die während der Märsche entlang von Drau und Save in Richtung Osijek und Vinkovci nicht ausreichend gewesen seien.[2691]

Genau einen Monat später meldete Oberst Georgijević 81.376 deutsche Kriegsgefangene (davon 2835 Offiziere und 2540 Unteroffiziere), 948 österreichische

[2689] AVII, Ministarstvo narodne odbrane DFJ [und] Generalštab Jugoslovenske Armije, Organizacijsko odeljenje, Pov.br. 172, Beograd, 3.5.1945, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 62.

[2690] Depesche des Generalstabs der JA (Gen. Arso Jovanović) an den Stab der 3. Jugoslawischen Armee, 16./17. Mai 1945, in: Partiszanska i komunistička represija, Bd. 2, 178; vgl. Kurt W. BÖHME, Die deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien 1941-1949, Bd. I/1 (München 1962) 140f.

[2691] Meldung Oberst Georgijević an GLt. Ranković, Belgrad, 12. Juni 1945, in: Partizanska i komunistička represija, dok. 56.

(davon 24 Offiziere und 60 Unteroffiziere), 12.123 italienische (davon 35 Offiziere und 119 Unteroffiziere) und 929 magyarische (davon 12 Offiziere und 8 Unteroffiziere), dazu 16.030 *Ustaše* (davon 74 Offiziere und einen Unteroffizier), 3490 *Domobrani* (davon 1738 Offiziere und 8 Unteroffiziere) und 544 *Četnici*. Über die insgesamt 115.440 in Kriegsgefangenenlagern internierten Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten hinaus erwähnte Oberst Georgijević 2580 bereits repatriierte und 7925 für die Repatriierung bereitgestellte, sowie 43.166 den verschiedenen Ministerien zur Arbeitsleistung zur Verfügung gestellte Kriegsgefangene. Allerdings seien ihre Bekleidung und ihr Schuhwerk in einem sehr schlechten Zustand. Im Offizierslager in Werschetz befänden sich 4456 Offiziere, davon 2620 Deutsche, 22 Italiener, 68 *Ustaše*, 1734 *Domobrani* und 12 Magyaren, die unter Wassermangel litten und unter denen es Fälle von Malaria und Typhus gebe.[2692]

Offensichtlich hofften die jugoslawischen Militärorgane, die zahlreichen Kriegsgefangenen am ehesten in Kroatien und in der Vojvodina versorgen zu können. Außerdem konnten sie in den hier eingerichteten Lagern von Einheiten der Armee, der KNOJ und der OZNA am sichersten bewacht werden. Im Übrigen hatten sämtliche Gefangenen Arbeitsdienst zu leisten, wofür sie auch einzelnen Ministerien und Institutionen zugeteilt wurden: über 27 % dem Verteidigungsministerium, 18,3 % dem Verkehrsministerium, über 10 % dem Bauministerium etc. Bereits am 2. März 1946 verfügte Tito als Oberbefehlshaber der Jugoslawischen Armee die Freilassung aller Kriegsgefangenen aus den Reihen der jugoslawischen Nationalitäten. Auf diese Weise sollte ehemaligen Angehörigen feindlicher Militärformationen die Gelegenheit geboten werden, „[…] ihre Loyalität gegenüber der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien zu beweisen und mit ihrer Arbeit an der Erneuerung des Landes ihre begangenen Fehler und den angerichteten Schaden wiedergutzumachen".[2693]

Ob die Gesamtzahl an deutschen Kriegsgefangenen tatsächlich „nur" etwas über 80.000 Mann betragen haben soll, muss bezweifelt werden, da etwa Amerikaner und Briten nach Kriegsende auch Volksdeutsche aus Jugoslawien an die Jugoslawische Volksarmee auslieferten. Aber erst Ende 1945 gab es eine genauere Registrierung, sodass bis dahin eingetretene Todesfälle als Dunkelziffer bleiben. Im Frühjahr 1946 betrug die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen jedenfalls ungefähr 110.000, bis zum Herbst 1948 fiel die Zahl auf 65.000, dann erfolgte eine allgemeine Repatriierung. Anfang 1949 blieben weniger als 1500 mutmaßliche oder bereits verurteilte Kriegsverbrecher zurück, die bis 1953 – nach deutschen und österreichischen Interventionen – heimkehren durften.[2694]

[2692] Meldung Oberst Georgijević an GLt. Ranković, Belgrad, 12. Juli 1945, in: Partizanska i komunistička represija, dok. 56 und 70.

[2693] Vertraulicher Befehl Marschall Tito an die Abteilung für Kriegsgefangene im Verteidigungsministerium der FNRJ, 2. März 1946, in: Partizanska i komunistička represija, dok. 105.

[2694] Overmans, Deutsche Kriegsgefangene, 484f.; vgl. Kurt W. Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien 1941-1949 (Bielefeld 1976) 134, 234-241, 268-270. Overmans beklagt zu Recht, dass es bisher keine auf jugoslawischen Akten beruhende Untersuchung gibt.

Abgesehen von der Mortalität der Rotarmisten in den deutschen und der deutschen Soldaten in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern scheint die Todesrate der deutschen Soldaten in jugoslawischen Kriegsgefangenenlagern am höchsten gewesen zu sein. Bereits im Mai 1945 berichteten Augenzeugen aus Slowenien und Kroatien von Massenerschießungen gefangen genommener Wehrmachtssoldaten und von Massengräbern. Von provisorischen Sammelräumen im Nordwesten Jugoslawiens wurde der Großteil der Gefangenen in sogenannten „Sühnemärschen" ins Landesinnere getrieben. Die am Straßenrand stehende Bevölkerung beschimpfte und verprügelte die durchziehenden Gefangenenkolonnen, an deren Spitze zeitweise Generäle marschieren mussten. Mitleidige, die Wasser reichten oder Lebensmittel zusteckten, gab es nur wenige. Offensichtlich wollte das Tito-Regime der eigenen Bevölkerung den Sieg über die Wehrmacht buchstäblich vorführen. Dass bei diesen „Sühnemärschen" angeblich bis zu 10.000 Kriegsgefangene ums Leben kamen, störte weder die siegreichen Partisanen noch die Zivilbevölkerung.[2695]

Nach Eintreffen der Kriegsgefangenen an ihren Bestimmungsorten übernahm der im Innenministerium untergebrachte „Zentralausschuss für Kriegsgefangene" die weitere Betreuung. Er richtete im Einzugsbereich der großen Städte und Industriezentren 50 bis 60 Lager ein und teilte die Kriegsgefangenen auf 120 bis 140 Arbeitsbataillone auf. Diese Arbeitskommandos beseitigten Kriegsschäden, reparierten Eisenbahnstrecken, bauten auch neue Linien und halfen auf den großen, mittlerweile kollektivierten Gütern in der Landwirtschaft aus. Angehörige der Waffen-SS und der Polizei kamen überwiegend in den Kupferbergwerken von Bor zum Einsatz. Nur Offiziere wurden nicht zur Arbeit gezwungen, auch Spezialisten waren privilegiert. Die Ernährung der Kriegsgefangenen war zumindest 1945/46 äußerst mangelhaft, so dass die Betriebe die Zwangsarbeiter zusätzlich versorgen mussten. Unzureichende Bekleidung und schlechte Unterbringung verschärften die Gesamtlage. Auch die Lebensumstände in den beiden Offizierslagern von Werschetz (Vršac) und Peterwardein (Petrovaradin) waren im ersten Nachkriegswinter 1945/46 noch besonders schlimm. Unter den internierten Offizieren befanden sich auch Italiener, Ungarn und Kroaten. Viele Tausende Kriegsgefangene starben an Fleckfieber und Ruhr, später kamen Malaria und Typhus hinzu. Lediglich die streng abgesonderten Generäle wurden besser behandelt.[2696]

Hilfe kam erst nach einigen Monaten vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und von der *Young Men's Christian Association*. Ab September 1945 gab es Lagerbesuche des IKRK, ab Weihnachten 1945 gab es Postverbindung nach Österreich und Deutschland, ab Frühjahr 1946 konnte ein regelmäßiger Nachrichtenverkehr eingerichtet werden, aber erst ab November 1946 kamen die ersten

[2695] Overmans, Deutsche Kriegsgefangene, 485; Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen, 102-117.

[2696] Overmans, Deutsche Kriegsgefangene, 486; Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen, 142-196, 204-292.

Liebesgaben bei den Kriegsgefangenen an. Die Leitung in den Kriegsgefangenenlagern übernahm eine Antifa-Organisation, die unter Führung von Karl Wloch stand, der als Angehöriger einer deutschen Bewährungseinheit in Jugoslawien in Gefangenschaft geraten war. Doch die versuchte geistige Umerziehung wurde von den Kriegsgefangenen kaum angenommen, die Teilnahme an den Antifa-Kursen war vor allem attraktiv, da nach ihrem Abschluss 20 % der Teilnehmer nach Deutschland entlassen wurden. Immerhin kümmerte sich die Antifa-Organisation um eine gewisse Freizeitgestaltung, sodass im Offizierslager Vršac, wo auch viele Akademiker interniert waren, eine sogenannte „Stacheldrahtuniversität" entstand. Die Verbesserung der Lebensverhältnisse sollte die entlassenen Kriegsgefangenen auch dazu veranlassen, nach ihrer Rückkehr nach Deutschland und Österreich ein günstigeres Bild von der Kriegsgefangenschaft in Jugoslawien zu zeichnen.[2697]

Die Antifa-Organisation entschied bei den ersten Repatriierungen mit, sollte aber auch über ein Spitzelsystem in den Lagern Kriegsverbrecher identifizieren. Fluchtversuche gab es anfänglich nur wenige, da seitens der südslawischen Bevölkerung kaum Hilfe zu erwarten war und Wiederaufgegriffene schwer bestraft wurden. Die ersten Heimkehrertransporte umfassten überwiegend Kranke und Invalide und fanden Ende 1945 statt. Nach den Unterlagen des IKRK wurden bis März 1947 fast 20.000 deutsche Kriegsgefangene entlassen. Als im März 1947 die Alliierten die Repatriierung der Kriegsgefangenen beschlossen, reagierte Jugoslawien zunächst wie Frankreich, Belgien oder die Tschechoslowakei: Den Gefangenen wurde ein Arbeitsvertrag über zwei Jahre gegen die Zusage der Freilassung angeboten. Fast 4000 Kriegsgefangene – etwa 5 % der zu diesem Zeitpunkt noch in Jugoslawien internierten 80.000 deutschen Soldaten – unterschrieben. Erst am 18. Oktober 1948 begann der allgemeine Heimtransport, am 18. Jänner 1949 verließ der letzte Heimkehrertransport Jugoslawien. Neben den Vertragsarbeitern blieben nur 1400 Kriegsgefangene zurück, die bereits als Kriegsverbrecher verurteilt worden waren oder auf einen Prozess warteten. Nach Interventionen der Regierungen in Bonn und Wien kehrten die letzten Verurteilten 1953 nach Deutschland und Österreich zurück.[2698]

Vergeltung in der Vojvodina im Herbst 1944

Rache und Vergeltung an den Deutschen sowie ihre Vertreibung aus Jugoslawien wurden spätestens seit Anfang 1944 auch innerhalb des kommunistisch geführten „Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens" (AVNOJ) und des mit ihm verbündeten „Slowenischen Volksbefreiungsrates" (SNOS) dis-

[2697] OVERMANS, Deutsche Kriegsgefangene, 486-488; BÖHME, Die deutschen Kriegsgefangenen, 284-318.

[2698] OVERMANS, Deutsche Kriegsgefangene, 488; BÖHME, Die deutschen Kriegsgefangenen, 276-294, 330, 360, 368.

kutiert. Einer der engsten Mitarbeiter Marschall Titos, Moša Pijade, bereitete den „Entwurf einer Deklaration über die Grundrechte der Völker und Bürger des Demokratischen Föderativen Jugoslawien“ vor, der bereits für alle Personen „deutscher Abstammung“ den Verlust der Bürgerrechte und des gesamten Eigentums verlangte. Milovan Đilas – im Politbüro zuständig für Agitation, Propaganda und Kultur – sprach von einem „Klima der Vergeltung und Abrechnung“. Immerhin hatten die Serben im gesamten Jugoslawien über 530.000 Kriegstote zu beklagen, davon allein in der vergleichsweise wenig umkämpften Vojvodina 45.000. Die dreieinhalbjährige deutsche Herrschaft in Serbien und im westlichen Banat hatte die bis 1941 relativ guten serbisch-deutschen Beziehungen völlig ins Gegenteil verkehrt. Die vierjährige deutsche Herrschaft im nördlichen Slowenien sowie die fast zweijährige deutsche Herrschaft über das gesamte slowenische Siedlungsgebiet hatte unter den Slowenen noch mehr Opfer gefordert als unter den Serben der Vojvodina. Sogar die deutsch-kroatischen Beziehungen waren nach vierjähriger, von der NS-Kriegsführung unterstützter *Ustaša*-Herrschaft, die im andauernden Bürgerkrieg mit den Partisanen und *Četnici* auch 200.000 Kroaten und 100.000 Muslime das Leben gekostet hatte, schwer ramponiert. Ein weiteres Zusammenleben zwischen Südslawen und Deutschen schien praktisch nicht mehr möglich.[2699]

Bis heute sind keine gesicherten jugoslawischen Quellen bekannt, was Tito und sein Politbüro im Herbst 1944 mit den Donauschwaben in der Vojvodina und im östlichen Slawonien vorhatten. War eine groß angelegte Vertreibung geplant – wie die der Sudeten- und Karpatendeutschen aus der Tschechoslowakei? Hatte Tito Ende September 1944 in Moskau mit Stalin darüber verhandelt? – Dafür gibt es keine quellengestützten Anhaltspunkte. Oder rechnete die Partisanenführung, nachdem sie über die sowjetischen Angriffspläne informiert worden war, ohnehin mit einer großen Fluchtbewegung der Donauschwaben vor der Roten Armee? Waren Massenerschießungen der donauschwäbischen NS- und Kulturbund-Funktionäre geplant und die Internierung der übrigen Bevölkerung, um sie zur Arbeit zu zwingen? Da bis heute kein großer *master plan* bekannt geworden ist, darf vermutet werden, dass die Führung der KPJ das Problem der „Schwaben“ erst zu erörtern begann, als die Umstände es erzwangen: die Vorstöße der Roten Armee durch die Vojvodina; die Evakuierung und Flucht von mehr als der Hälfte der Donauschwaben; das Zurücklassen von Zehntausenden Häusern, Bauernhöfen, Gewerbebetrieben und Fabriken; massenhafte Plünderungen des donauschwäbischen Besitzes durch Rotarmisten, Partisanen und slawische Zivilbevölkerung.[2700]

[2699] Vladimir Žerjavić, Gubici stanovništva Jugoslavije u drugom svjetskom ratu (Zagreb 1989) 60-76; Vladimir Žerjavić, Yugoslavia – Manipulations with the number of Second World War victims. Yougoslavie – Manipulations sur le nombre des victims de la Seconde Guerre Mondiale. Jugoslawien – Manipulationen mit Kriegsopfern des Zweiten Weltkriegs. Jugoslavija – Manipulacije žrtvama Drugog svjetskog rata (Zagreb 1992) Tabelle 4.

[2700] Portmann, Vojvodina, 152f., verweist darauf, dass in den gesellschaftspolitischen Konzeptionen der KPJ keine kollektive Zwangsaussiedlung „national feindlicher“ Gruppen vorgesehen war.

Nach den raschen Vorstößen der Roten Armee quer durch den Banat und die Batschka in der ersten Oktoberhälfte 1944 begannen die überwiegend serbischen Partisanen sogleich mit Massenexekutionen gegen Angehörige der Waffen-SS – vor allem gegen die in die 7. SS-Freiwilligen-Gebirgsdivision „Prinz Eugen" eingezogenen Donauschwaben, gegen Angehörige der „Deutschen Mannschaft" und Vertreter deutscher Organisationen, aber auch gegen Industrielle, wohlhabendere Gewerbetreibende, reichere Bauern, Angehörige der freien Berufe, Lehrer und Geistliche („Aktion *Intelligencija*"). Diesen willkürlichen Mordaktionen fielen insgesamt mehr als 7000 Deutsche zum Opfer. Zentren von Massenhinrichtungen waren Werschetz (Vršac), Groß-Betschkerek (Zrenjanin), Groß-Kikinda (Velika Kikinda), Pantschowa (Pančevo), Homolitz (Omoljica), Mramorak, Kubin (Kovin), Karlsdorf (Banatski Karlovac), Deutsch-Zerne (Nova Crnja) und Startschowa (Starčevo) im Banat, Filipowa (Bački Gračac), (Bačka) Palanka, Alt- und Neuwerbaß (Stari i Novi Vrbas), Kischker (Bačko Dobro Polje) und Hodschag (Odžaci) in der Batschka sowie Semlin (Zemun) und Ruma in Syrmien.[2701]

Der Bäcker Johann Fischer aus Kubin (Kovin) schilderte in seinem ausführlichen maschinenschriftlichen Bericht vom 19. Juli 1947 die Rückeroberung des südlichen Banats seitens der Partisanen und die verbrecherischen Übergriffe auf die deutsche (und serbische) Zivilbevölkerung:

> „[…] Am 1. 10. 1944 drangen die Partisanen in Kovin ein. Auf Grund von Denunziation wurden Deutsche aus ihren Wohnungen geholt und verhaftet, aber auch auf der Straße wurden Deutsche festgenommen. In der ersten Zeit der Rache wurden auch auf offener Straße Menschen erschossen. […] Am 3. 10. wurden auch 20 Personen auf offener Straße verhaftet. Sie wurden mit dem Arm an Bäumen oder an Lichtmasten angebunden und von den Partisanen zuerst mit Holzscheiten geschlagen. Nachher wurden sie erschossen. Man schlug und schoss so lange auf sie, bis ihre Körper völlig zerfetzt waren. […]
>
> In der Bürgerschule wurde ich dem Partisanenhauptmann Trintscha vorgeführt. Vor ihm brach ich auf dem Fußboden zusammen, er versetzte mir mit den Stiefeln einige Fußtritte und befahl, mich in den Keller zu führen, dort möge ich krepieren, sagte er. Ich war der erste im Keller. Bis zum Tagesanbruch waren dann 35 Personen in den Keller geworfen worden. Unter diesen befanden sich auch 2 Frauen, auch der Abgeordnete Aron Nikolic und sein Bruder Slavko Nikolic, auch die Postexpediteurin Ljubica Gulubic, ferner die Stationschefin vom Bahnhof Kovin, auch der älteste Pfarrer von Kovin, Velja. All die Menschen waren ebenso wie ich schwer verprügelt worden, hatten blutunterlaufene Augen, Verletzungen, vielen waren die Haare ausgerissen. […] Etwa zur gleichen Zeit brachte man den zweiten Bürgermeister von Kovin, Sava Gulubic. Seine

[2701] WEHLER, Nationalitätenpolitik, 80-82; Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien, 100-120. Aber nicht nur Deutsche und Magyaren hatten die Rache der siegreichen Partisanen zu fürchten, auch Serben, Kroaten und Slowenen selbst. Als die Partisanen auf ihrem Einmarsch nach Belgrad nicht nur auf Jubelrufe, sondern auch auf Widerstand stießen, sollen sie unter der noch immer königstreuen serbischen Bevölkerung ein Blutbad angerichtet haben. Diese Massaker stellten den Auftakt zu weiterem Terror in den anderen „befreiten" Gebieten dar. – Nineteenth Century and After, London, [Anfang Mai 1945]; vgl. Tagespost, Graz, 8.5.1945, S. 2; Partizanski zločini u Srbiji 1944-45: 150.000 neznanih grobova [Verbrechen der Partisanen in Serbien 1944-45: 150.000 unbekannte Gräber], in: Pogledi (Kragujevac), 2 (Juni 1991).

Hände waren mit Draht gefesselt. In die Handfesseln wurde ein Stock gesteckt und umgedreht, dass sich alles zusammenzog. Gulubic schrie furchtbar und wurde mit Rippenbruch, Schlüsselbeinbruch usw. im halbtoten Zustand auch in den Keller geworfen. […]

In der Nacht vom 8. 10. auf den 9. 10. wurden zum Beispiel 10 Personen aus dem Keller weggeführt und vor das Haus des Josef Schneider gebracht, wo sie niederknieen mussten und erschossen wurden, und zwar folgende Personen: Josef Schneider – Bauer, Karl Kucht – Lehrer, Franz Filtschek – Fabrikant, Josef Mert – Spenglermeister, Mauriz Nees – Bauer, Lorenz Grikel – Bauer, Heinrich Marz – Bildhauer, Josef Schwefelbauer – Gutsbesitzer, Lorenz Nikisel – Großgrundbesitzer, Josef Santabona – Maurermeister. […]

Wir wurden nachher in das Gemeindehaus geführt. […] Dort wurden wir dann in einen großen Saal gebracht, dort waren 20 Partisanen, die über uns herfielen und uns verprügelten […]. Ein Mädchen aus Franzfeld, Banat, namens Elisabeth Schessler, wollte in seiner Verzweiflung Selbstmord begehen, sie sprang aus dem Fenster vom Saal in einen 20 Meter tiefen Brunnen. In diesem befand sich aber nicht viel Wasser, und das Mädchen konnte daher wieder lebend geborgen werden. Sie wurde wieder in den Saal gebracht und später in einen anderen Raum mit einem Draht gefesselt, an einer Tür hochgezogen, mit dem linken Fuß nach oben. Mit einem Fleischhauerbeil wurde sie dann hingerichtet, indem man ihren Körper entzwei spaltete. Ihre Leiche wurde auf den Schinderfriedhof gebracht. Die Partisanen schlachteten auf ähnliche Weise mehrere Frauen und Mädchen ab. […]

Am 16. 10. wurden wir aus dem Gemeindeamt wieder in das Schulgebäude zurückgebracht. […] In das Schulgebäude waren inzwischen viele verhaftete Deutsche gebracht und in verschiedene Zimmer eingesperrt worden. Am 16. 10. um 10 Uhr abends holte man etwa 130 Verhaftete aus den Zimmern. Sie wurden von den Partisanen in den Gängen furchtbar geschlagen. Viele erhielten Knochen- und Beinbrüche und blieben blutüberströmt auf dem Boden liegen. Diejenigen, die noch gehen konnten, wurden in der Nacht entkleidet, gefesselt und völlig nackt auf den Schindanger geführt, wo sie hingerichtet wurden. Jene aber, die nicht mehr gehen konnten, wurden mit Fesseln umwickelt und auf den Wagen geworfen. […] Auch dieser Wagen ging zum Schindanger hinaus, wo die Misshandelten, die noch nicht tot waren, erschlagen oder erschossen und eingegraben wurden. […]

Ihr Blutrausch trieb diese Mordgesellen an den Rand des Wahnsinns. Sie begannen auch die serbische Bevölkerung und andere Partisanengruppen zu überfallen. Man sperrte sie deshalb als gemeingefährliche Geisteskranke in die Irrenanstalt von Kovin ein. Bei einer Gelegenheit brachen sie aber aus, drangen in den Ort Kovin ein und überfielen wieder die Zivilbevölkerung. Sie wurden jedoch überwältigt und festgenommen, und einige von ihnen, die Blutrünstigsten, wurden in Kovin selbst hingerichtet. […]

Am 18. 10. wurden wir 12 Männer dann aus dem Schulgebäude nach Dunavac geführt. Dort befanden sich schon ungefähr 40 Personen, Frauen, Kinder und Männer. Die Mütter mussten ihre Kinder in Teer eintauchen, wenn sie sich weigerten, mussten andere dies tun. Hierauf mussten diese Menschen sich dann gegenseitig in Teer eintauchen und sich beschmieren. Die elf Männer, die mit mir aus dem Schulgebäude kamen, mussten diese Menschen fesseln und die Gefesselten dann in eine Gruppe zusammenbinden. Ich selbst ging etwas abseits, um den mir bekannten Wagnermeister Ernö Kis, der sich aus Verzweiflung erhängt hatte, abzuschneiden. Als ich zurückblickte, merkte ich, dass der in Teer getauchte und zusammengebundene Menschenknäuel in Brand gesteckt worden war. […] Solche Verbrennungen lebender Menschen kamen öfter vor. Man brachte gefesselte, in Teer getauchte Menschen in Kähne, zündete sie an und stieß dann die Kähne in die Donau, wo sie dann als brennende Fackeln weiterschwammen. […]

Unter anderem wurde ein ganzer Eisenbahnzug, der zwischen Dolovo und Mramorak unterwegs war, von den Partisanen angehalten. Sämtliche Insassen des Zuges wurden ausgeraubt, entkleidet und nach Brza Vrba gebracht, wo sie hingerichtet wurden, und im Flugsand verscharrt. […]

Etwa am 3. 11. 1944 kam aus der Richtung Bela Crkva, Grebenac, Jasenovo ein Treck mit etwa 700 Personen, 73 Pferden und 9 Pferdewagen, um in Richtung Kovin zu flüchten. Etwa 700 Meter von Dolina Stanka suchten sie Schutz in einem sehr tiefen Flugsandtalkessel, um abzuwarten, bis die Partisanen vorüber waren. Sie wurden aber von den Partisanen gesichtet, eingekreist und vernichtet. Die Leichen wurden ausgeraubt und blieben unbeerdigt im Tal liegen. […]“[2702]

In der Dreilaufergasse in Werschetz (Vršac) sollen als Vergeltung für die Tötung eines sowjetischen Majors über 100 deutsche Bürger erschossen worden sein.[2703]

Der gebürtige Untersteirer Dr. Wilhelm Neuner, Oberlandesgerichtspräsident in Groß-Betschkerek, schilderte nach dem Krieg in Graz seinem Sohn die Oktobertage 1944:

„Die erste, aus einheimischen Serben in Groß-Betschkerek gebildete Regierung, in welcher sich auch Angehörige des gesetzmäßigen jungen Königs Peter, dem Sohne Alexanders, befunden hatten, war der Masse der zurückgebliebenen Deutschen nicht schlecht gesinnt. Am 10. Oktober 1944, [ein] paar Tage nach dem Abzug der Sowjettruppen, hatte jedoch die oberste Führung der jugoslawischen Partisanen, welche mit der Entwicklung im Banat unzufrieden war, […] einen starken Verband kommunistischer Partisanen aus Syrmien in das Banat geschickt. Gleich nach ihrem Eintreffen haben diese in Groß-Betschkerek den deutschen Stadtteil abgesperrt. Partisanenabteilungen gingen von Haus zu Haus. Alle Männer mussten sich legitimieren und jeder, welcher deutscher Volkszugehörigkeit war, wurde abgeführt und sogleich ohne Verfahren und ohne Grund im serbischen Stadtteil erschossen. Über 300 deutsche Zivilpersonen wurden so auf einmal grundlos getötet.“[2704]

Dr. Neuner, der nicht nur Slowenisch, sondern auch fließend Serbisch und Ungarisch sprach, hatte schon in einer früheren Dokumentation sein persönliches Schicksal in Groß-Betschkerek geschildert:

„[…] Auch ich wurde von diesen landfremden Partisanen auf die Gasse geführt, und nach der Feststellung meiner deutschen Nationalität wurde ich vom Kommando der Partisanen zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde nicht begründet und bestand nur aus drei Worten und zwar aus: ‚Fesseln und erschießen!‘ Sogleich wurde ich gegen den serbischen Stadtteil getrieben, in welchem die Erschießungen laufend erfolgten. Mein Glück war es jedoch, dass ich mit einem 84jährigen Greis namens Gelsinger, welcher in der Nachbarschaft wohnte, zusammengetrieben worden bin. Wir waren mit Draht aneinander gebunden. Dieser konnte infolge des hohen Alters, trotz der vielen ununterbrochenen Gewehrkolbenstöße, die wir beide unterwegs bekommen hatten, plötzlich nicht weitergehen. Verärgert darüber machten die grausamen Partisanen Anstalten, ihn auf der Stelle zu erschießen. Wir wurden voneinander getrennt. Mein Leidensgenosse wurde liquidiert, ich aber habe in diesem Augenblick mich durch Flucht retten können, obwohl mir

---

[2702] Maschinenschriftlicher Bericht des Bäckers Johann Fischer aus Kubin (Kovin, Banat, Jugoslawien) vom 19. Juli 1947 (mit eigenhändiger Unterschrift), in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 299-305.

[2703] Dragi Bugarčić, Sporedna ulica (Beograd 2010, übersetzt von Goran Miletić: „Dreilaufergasse“).

[2704] Walter Neuner, Dr. Wilhelm Neuner – Biographie, in: Der Untersteirer 4/2009, 7.

> nachgeschossen wurde. Ich eilte sofort in das Regierungsgebäude der Stadt, um beim Kommissar für Innere Angelegenheiten gegen die Erschießungen zu protestieren. Ich erfuhr, dass die Erschießungen der Deutschen ohne Wissen des Innenministers stattfänden, und noch als ich ihm meine Beschwerde über die eben erfolgten Liquidierungen [als] gegen die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung (Verbrechen gegen die Menschlichkeit) [verstoßend, Erg. Suppan] vortrug, trat auch schon der Kommandant der Partisanen in dasselbe Zimmer und enthob auch ihn seines Amtes. Womit die königstreue Zivilverwaltung durch die linksfaschistischkommunistische [sic!] Militärregierung abgelöst war."[2705]

Die deutsche Bevölkerung in Neusatz wurde am 23. Oktober 1944 – gleich nach dem Einzug von Partisaneneinheiten in die Stadt – gezwungen, ihre Häuser und Wohnungen zu verlassen. Sofort begann auch die Enteignung und Internierung der deutschen Bevölkerung. Zuerst wurde sie in die Gebäude der Flottilie gebracht, von wo in der Nacht Gruppen zum Schlachthaus neben der Donaubrücke geführt wurden – zum Erschießen. Zwischen dem 2. und 4. Dezember 1944 wurden dann die überlebenden Deutschen in zwei Gruppen aufgeteilt: Die „Arbeitsfähigen" blieben in den lokalen Lagern der Flottilie oder wurden aus den Hallen der Tabakfabrik in das zentrale Zivillager in Neusatz verlegt, das sich im Sumpfgebiet der Donau befand. Die alten Leute und die Kinder aber wurden in das Lager von Bački Jarek deportiert.[2706]

Der katholische Kaplan Paul Pfuhl aus Filipowa im Bezirk Hodschag berichtete, dass zwar die Rote Armee an seinem Dorf vorbeimarschiert sei, da es nicht an einer Hauptstraße lag, dass aber die Partisanen und Partisaninnen mit Plünderungen und der standrechtlichen Erschießung einer Frau begonnen hätten. Am 25. November 1944 hätten die Partisanen das ganze Dorf umzingelt und alle Männer und Burschen zwischen 16 und 60 Jahren zum Appell vor dem Gemeindehaus zusammentrommeln lassen. Von etwa 350 Männern und Burschen seien nach langwieriger Bestandsaufnahme schließlich 240 Männer und Burschen aus dem Dorf weggeführt worden, von denen man „nie mehr wieder" gehört habe. Später erfuhr man, dass sie etwa 5 km vom Dorf entfernt „auf grausamste Weise niedergemetzelt" worden seien. Ähnliches sei mit 180 Männern in Hodschag geschehen. Was für den Kaplan am „verabscheuungswürdigsten" war: Die Opfer waren „die furchtbarsten Auswirkungen menschlicher Rachsucht".[2707]

Die Monate Oktober und November 1944 standen auch nach den Berichten der jugoslawischen Militärverwaltung im Zeichen der Verfolgung, Verhaftung, Verurteilung und vielfach auch Ermordung von überwiegend donauschwäbischen und magyarischen Kriegsverbrechern, Kollaborateuren und „Volksfeinden". Eigentlich hätten die Organe der Militärverwaltung und der Volksbefreiungsausschüsse nur in jenen Ortschaften eigenständig Jagd auf „volksfeindliche Elemente" machen dürfen, wo keine OZNA-Einheiten stationiert waren. Dennoch scheinen auch lokale Verbände der „Volksmiliz" (*Narodna milicija*) besonders in den ersten Wochen nach der Machtübernahme eigenmächtig Verhaftungen, Verhöre, Misshandlungen und Tötun-

[2705] Völkermord der Titopartisanen 1944-1948 (Hartmann Verlag, Sersheim o. J.).
[2706] Ozer, Beitrag der Deutschen, 167.
[2707] Dokumentation der Vertreibung V, Dok. Nr. 41, 261-273.

gen vorgenommen zu haben. Denn nach Evidenzbüchern der erschossenen Kriegsverbrecher 1944/45 wies die OZNA vorerst „nur“ 1549 Personen für die Batschka (mit mehrheitlich ungarischen Namen) und 180 für den Banat aus. Der Chef der II. Abteilung der OZNA für die Vojvodina meldete allerdings im Jahre 1946 insgesamt 5025 inhaftierte und 9668 erschossene Personen, davon 6763 Deutsche, 1776 Magyaren, 436 Kroaten (*Ustaše*) und 693 Übrige (Russen, Tschechen, Slowaken, Rusini, Bunjevci usw.).[2708] – Vergleicht man die Zahl von 6763 erschossenen Deutschen mit der von der Donauschwäbischen Kulturstiftung erhobenen Zahl von 7199 ermordeten Donauschwaben (außerhalb der Konzentrationslager), so ergibt sich in diesem Fall die eher seltene Parallelität von dokumentierten Totenverlusten.[2709]

In der „Dokumentation der Vertreibung“ wurde mit dem Stand vom 31. Oktober 1944 noch folgender Soll-Bestand an donauschwäbischer Bevölkerung angenommen: 128.000 für den Banat, 186.000 für die Batschka, 53.000 für Syrmien und 16.000 für die Baranya. Diese Zahlen konnten keinesfalls mehr zugetroffen haben, da die Flucht- und Evakuierungsaktionen schon im Gange waren. Von diesen 383.000 Donauschwaben sollen knapp 200.000 nicht geflüchtet und nicht evakuiert worden sein. Berechnungen und Zählungen aus den 1990er Jahren korrigierten diese Angaben und stellten Flucht oder Evakuierung von etwa 225.000 Donauschwaben fest, so dass lediglich 160.000 in der Heimat zurückgeblieben seien. Die jugoslawische Militärverwaltung führte ihrerseits im November/Dezember 1944 eine Bevölkerungserhebung durch, nach der in der Vojvodina nur mehr 100.655 Donauschwaben festgestellt worden seien: 45.071 im Banat, 51.097 in der Batschka und in der Baranja sowie 4486 in Syrmien. Selbstverständlich wurden die etwa 7000 im Oktober/November 1944 erschossenen Donauschwaben nicht mehr mitgezählt, vermutlich auch nicht mehr die etwa 12.000 zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion Deportierten. Der Statistikrat von Apatin vermutete aber auch, „dass sich viele, besonders aus der Intelligenzschicht (Lehrer, Anwälte, Ärzte, Händler, Handwerker und auch einige Landbesitzer), anlässlich der letzten, von der Ortskommandantur durchgeführten Zählung als Magyaren deklarierten“. Und der Statistikrat aus Sombor bestätigte: „Die Deutschen wollen nun die Domäne ihrer ‚höheren Rasse‘ verlassen und ändern ihre Nationalität und werden zu Magyaren, weil die Magyaren weniger verfolgt werden.“[2710]

[2708] Knjiga evidencije streljanih ratnih zločinaca 1944.-1945., in: Arhiv Vojvodine, F-183, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 90f.; vgl. Kasaš, Mađari u Vojvodini, 160; šef II. otseka OZN-e za Vojvodinu [Unterschrift unleserlich], 1946, in: Partizanska i komunistička represesija, dok. 110. Der Bericht enthält auch genauere Daten für die Batschka und den Banat sowie für die Städte Subotica, Novi Sad und Petrovgrad/Zrenjanin. Veröffentlicht ist aber lediglich eine genauere Aufstellung für Syrmien: Demnach sollen von den 985 „Liquidierten“ 454 Mitglieder des „Kulturbundes“ gewesen sein, 75 Mitarbeiter der Gestapo, 21 Angehörige der SS, 340 *Ustaše*, 19 Polizeiagenten, 31 Polizisten, 4 Nedić-Anhänger, 3 Weißgardisten, 2 *Domobrani*, 11 Hochverräter und 6 Gendarmen.

[2709] Vgl. Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien, 117-120, 313.

[2710] Dokumentation der Vertreibung V, 88 E, 123 E; Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien, 66; Portmann, Vojvodina, 153f.

Neben den Verfolgungsmaßnahmen gegen die Deutschen, die von den Serben in der Vojvodina durchaus begrüßt wurden, gab es ähnlich scharfe Maßnahmen „nur" gegen die Magyaren und die „weißen" Russen. Vor allem im Oktober und im November 1944 kam es zu einer regelrechten serbischen „Vendetta" gegen Magyaren in den ehemaligen Partisanengebieten von Novi Sad, Temerin, Žabalj, Čurug und Mošorin. Aber auch in Ada, Mol, Bačko Petrovo Selo, Stari Bečej, Srbrobran, Kula, Bačka Topola, Subotica und Sombor gab es Massenmorde an Magyaren, im Banat in Pančevo, Kikinda und Petrovgrad/Zrenjanin. Im Banat machte die OZNA in erster Linie Jagd auf Funktionäre des „Banater Ungarischen Kulturvereins" (*Bánáti Magyar Közművelődési Szővetség*) und magyarische Angehörige der deutschen Hilfspolizei, in der Batschka auf Mitglieder der Pfeilkreuzler, Beamte der Besatzungsverwaltung und Persönlichkeiten des „Südungarischen Kulturvereins" (*Délvidéki Magyar Közművelődési Szővetség*). Nach einem zentralen OZNA-Bericht sollen in der Vojvodina 1776 Magyaren erschossen worden sein, während die Kriegsverbrecherkommission für die Vojvodina insgesamt 2884 magyarische Kriegsverbrecher und 79 „Volksfeinde" registrierte, von denen nach 1945/46 ebenfalls eine ganze Reihe hingerichtet wurden.[2711]

Über die Zahl der 1944/45 in der Vojvodina gewaltsam zu Tode gekommenen Magyaren herrscht bis heute Unklarheit. Bereits die in Debrecen ausgerufene Provisorische Ungarische Regierung ließ im Jänner 1945 eine Datenerhebung durchführen, die 20.000-40.000 Opfer ergab. József Kardinal Mindszenty sprach im Jahre 1946 ebenfalls von 40.000 magyarischen Todesopfern. Sándor Kaszás und Enikő Sajti reduzierten die Opferzahl auf Grund eigener Berechnungen auf 5000-20.000. Nach dem Sturz des Milošević-Regimes im Oktober 2000 richtete die Landesversammlung der Autonomen Provinz Vojvodina einen „Landesausschuss für Gerechtigkeit und Versöhnung" in der Vojvodina ein, der auch nach Auslaufen des Mandats im Herbst 2004 seine Arbeit fortsetzte und bis Ende 2008 eine neunbändige Dokumentation mit Namensregistern erstellte. Für die Gebiete Banat, Batschka, Baranya und Syrmien wurde für den Zeitraum von 1941 bis 1948 eine Zahl von 86.881 Opfern erhoben, davon mehr als 40.000 Serben, 20.000 Deutsche, 15.000 Juden, 5000 Magyaren, 2700 Kroaten und 1000 Slowaken. Unter den Opfern sollen etwa zwei Drittel Männer und Knaben bzw. ein Drittel Frauen und Mädchen gewesen sein, wobei das Geschlechterverhältnis bei den Serben 80:20, bei den Deutschen 60:40, bei den Juden 50:50 und bei den Magyaren 90:10 betragen haben soll. Während die meisten Männer zwischen 20 und 35 Jahren alt waren, stellten bei den Frauen jene zwischen 60 und 70 die größte Opfergruppe.[2712]

[2711] Bericht des Chefs der II. Abteilung der OZNA für die Vojvodina [1946], in: Partizanska i komunistička represija, dok. 110; Zečević – Popović, Državna komisija, 44. Besonders gnadenlos soll sich die Petőfi-Brigade verhalten haben, die überwiegend aus ungarischen Kommunisten bestand.

[2712] Kasaš, Mađari u Vojvodini, 160; Enikő A. Sajti, Délvidék, 1941-1944: A magyar kormanyok delszlav politikaja (Budapest 1987); Dragoljub Živković, Stradanje Vojvođana 1941-1948. Na putu ka istini (Novi Sad 2009); Tibor Cseres, Titoist atrocities in Vojvodina 1944-1945. Serbian

Nach der Einführung der Militärverwaltung wurden parallel zu den „Volksdeutschen" auch Zehntausende Magyaren – Ekkehard Völkl nennt 30.000 Personen – inhaftiert, interniert und zur Zwangsarbeit eingeteilt. Zu einer größeren Fluchtbewegung oder zu einer Vertreibungsaktion von Magyaren scheint es aber nicht gekommen zu sein, denn die erste Zählung seitens der Militärverwaltung im Herbst 1944 ergab (ohne Syrmien) mit nahezu 387.000 Personen sogar um 16.000 Magyaren mehr als bei der Volkszählung von 1931. Auch unter Berücksichtigung von zahlreichen Deutschen, die sich nun als Magyaren ausgaben, und von Magyaren, die sich als Südslawen (vor allem Bunjevci) ausgaben, lässt der Zahlenvergleich keine dramatischen Veränderungen erkennen.[2713]

Dies hatte vor allem damit zu tun, dass die Militärverwaltung – ganz offensichtlich auf einen politischen Wink vom Politbüro – bereits Ende November 1944 ihre Kommandanturen zu einem differenzierteren Verhalten gegenüber den Magyaren anwies:

> „Das Vorgehen gegen die Magyaren sollte sich danach richten, wie sie sich den slawischen Einwohnern gegenüber verhalten haben. Es soll unterschieden werden zwischen sauberen [Magyaren, Erg. Portmann] und solchen, die sich verräterisch gegenüber der slawischen Bevölkerung der Bačka, der Baranja und des Banats verhalten haben. Alle Magyaren, die den deutsch-ungarischen Okkupator in den Pogromen unterstützt oder an ihnen teilgenommen haben, sollen zusammen mit den Deutschen in Lager eingewiesen werden, und alle antifaschistischen Magyaren, besonders aus Gebieten, wo sie sich korrekt unseren Einwohnern gegenüber gezeigt haben und diejenigen, die sich freiwillig in unsere Volksbefreiungsarmee melden, sollen in unsere Einheiten eingewiesen werden."[2714]

Nach dieser Anweisung sollten auch Magyaren, die nicht in die Kategorien Kriegsverbrecher und Volksfeinde fielen, sofort aus den Lagern entlassen werden und in ihre Häuser zurückkehren dürfen. Dies geschah tatsächlich bereits am 6. Dezember 1944 mit 474 magyarischen Zivilisten aus dem Lager Sombor. Aber auf Verlangen der serbischen Bewohner von Žabalj, Čurug und Mošorin wurden dennoch die meisten Magyaren aus dem Šajkašer Bezirk – in dem im Jänner 1942 die „Razzia" durchgeführt worden war – in das Konzentrationslager Bački Jarak deportiert, so dass sich dort im Sommer 1945 noch immer 3632 Magyaren, davon 2407 Frauen und 1225 Männer, befanden. Auch der inoffizielle Besuch des Generalsekretärs der ungarischen KP bei der KP-Führung der Vojvodina und bei Tito

---

Vendetta in Bacska (Toronto 1993) 9, 38, versuchte die Zahl von 40.000 magyarischen Opfern zu bestätigen. – Der Landesausschuss für Gerechtigkeit und Versöhnung verwarf das Prinzip der kollektiven Verantwortung und erforschte ohne Rücksicht auf Täter und Opfer die Daten der gewaltsam zu Tode Gekommenen. Aus Geldmangel wurde die Arbeit Ende 2008 nur vorläufig abgeschlossen, sodass nur 10 Kopien und 120 CDs vorliegen. Vgl. Imenika stradalih stanovnika AP Vojvodine 1941-1948, 9 Bde. (Novi Sad 2008).

[2713] Völkl, Westbanat, 189; Podaci o stanoništvu Bačke 1945, AV, F-205, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 169; Suppan, Jugoslawien, 672.

[2714] Befehl GM Rukavina an die Militärgebiete, 20. November 1944, in: AV, F-120.69, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 173.

im Jänner 1945 konnte dies nicht ändern, immerhin aber weitere Internierungen verhindern.[2715]

Die „weißen" Russen waren hingegen eine Gruppe von Migranten, die nach der Oktoberrevolution und dem Bürgerkrieg nach Jugoslawien geflüchtet war. In Kooperation mit der Roten Armee und dem NKVD wurden alle Angehörigen dieser Gruppe zusammengefasst und in die Sowjetunion deportiert – mit ungewissem Schicksal. Die magyarische und rumänische Minderheit im jugoslawischen Banat wurde hingegen von den jugoslawischen Autoritäten relativ schnell toleriert und ihre Jugend bald in die Volksbefreiungsarmee eingezogen.[2716]

Deportationen von Donauschwaben in die Sowjetunion

Es ist bis heute nicht bekannt, ob bei den Verhandlungen zwischen Stalin und Tito im September 1944 die Frage einer Zwangsdeportation von volksdeutschen Arbeitskräften in die Sowjetunion eine Rolle gespielt hatte. Man darf vermuten, dass die Auslieferung der donauschwäbischen Arbeitskräfte eine Art jugoslawische Gegenleistung für die „Mithilfe" der Roten Armee – eigentlich erbrachten die Sowjetarmeen die Hauptarbeit – bei der Befreiung Serbiens dargestellt hat. Es ist kaum anzunehmen, dass Tito die Erfüllung dieser Stalin'schen Forderung schwerfiel, eröffnete sie doch die Möglichkeit, nach dem AVNOJ-Enteignungsbeschluss von 21. November 1944 die radikale Lösung des deutschen Problems mit internationaler Unterstützung fortzuführen. Nachdem Stalin am 16. Dezember 1944 die vom Volkskommissar für Innere Angelegenheiten, Lavrentij P. Berija, ausgearbeiteten Vorschläge für die Inanspruchnahme von „volksdeutscher Arbeitskraft" in Südosteuropa bestätigt hatte, begann der NKVD unter dem Kommando von Generalmajor Michail A. Zapevalin in der katholischen Weihnachtszeit mit der „Mobilisierung und Überweisung" deutscher Arbeitskräfte in die Sowjetunion. Der Oberste Stab der Volksbefreiungsarmee wies Generalmajor Rukavina an, Zapevalin „in allen Bereichen entgegenzukommen".[2717]

So begannen die Deportationen schlagartig in den Weihnachtstagen 1944 und wurden bis Anfang Jänner 1945 durchgeführt. Den jüngeren Frauen und Männern wurde vom Gemeindediener per Trommelschlag mitgeteilt, dass sie sich im Gemeindehaus zu melden und Kleider und Lebensmittel für 14 Tage mitzubringen hätten.

[2715] Bericht der Gebietskommandantur Sombor, 15. Dezember 1944, in: IAS, F-168, broj 633; vertrauliche Tagesmeldung des KNOJ an die OZNA, 7. Februar 1945, AVII, kut. 222, fasc. 1/III, dok. 38/3, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 173f.

[2716] OSS Research and Analysis Branch, Field Memorandum 145 (FR-254), 2 February 1945, Report on the Situation in the Banat, Belgrade, 14 January 1945 – HIA, Wayne S. Vucinich papers, box 1; M. Matuska, A megtorlás napjai, Budapest 1991; Kocsis, Ethnic Geography, 153.

[2717] Wehler, Nationalitätenpolitik, 82f. Vertraulicher Brief des Obersten Stabes der Volksbefreiungsarmee an GM Rukavina, 26. Dezember 1944, Arhiv Vojvodine, F-170.88, zitiert nach: Portmann, Vernichtung, 326.

Kommissionen des jugoslawischen Militärregimes in der Vojvodina waren für die Aushebung der arbeitsfähigen Jahrgänge der deutschen Bevölkerung – der Männer zwischen 17 und 45, der Frauen zwischen 18 und 30 bzw. 40 Jahren – zuständig und brachten sie zu Sammelstellen, die sich in den Städten mit günstigen Eisenbahnanschlüssen befanden: Werschetz (Vršac), Pantschowa (Pančevo), Groß-Betschkerek (Veliki Bečkerek) im Banat, Neusatz (Novi Sad), Apatin, Zombor (Sombor), Maria-Theresiopel (Subotica) und Baja in der Batschka. Dort erfolgte eine auch ärztliche Musterung durch sowjetische Militärkommissionen. Kranke, Mütter mit Säuglingen, Schwangere und Behinderte wurden zwar zurückgestellt, junge Mütter mit Kleinkindern mussten aber diese bei den Großmüttern oder fremden Leuten zurücklassen. Jugoslawische Organe halfen bei der Verladung und beim Abtransport der Deportierten. So ging etwa am 28. Dezember 1944 ein Transportzug von rund 1500 Frauen und Männern von Apatin ab, am 29. Dezember 1944 ein Transportzug von 1200 bis 1300 Frauen und Männern von Zombor, am Neujahrstag 1945 ein Transportzug von etwa 1400 Frauen und Männern von Hodschag (Odžaci), am 7. Jänner 1945 ein Transportzug von rund 1600 Frauen und Männern von Pantschowa.[2718]

Auf Grund zahlreicher personenbezogener Recherchen der Donauschwäbischen Kulturstiftung steht mit großer Sicherheit fest, dass zwischen dem 29. Dezember 1944 und dem 6. Jänner 1945 etwa 12.000 donauschwäbische Frauen und Männer in die Sowjetunion deportiert wurden, davon etwa 8000 Frauen im Alter zwischen 18 und 35 Jahren und 4000 Männer im Alter zwischen 17 und 45 Jahren. Neben den Schwerkranken wurden lediglich hochschwangere Frauen und Mütter mit Kindern unter zwei Jahren ausgenommen. Die für arbeitsfähig befundenen und zum Abtransport bestimmten Donauschwaben wurden in der Regel aufgefordert, in ihrem Gepäck Nahrungsmittel für drei Wochen mitzunehmen. Je vier Transportzüge – bestehend aus bis zu 45 Güterwaggons mit je bis zu 45 Personen – aus der Batschka und dem Banat verfrachteten diese Menschen zur Zwangsarbeit in die Erz- und Kohlenreviere sowie die Industriegebiete der Ukraine. Die Züge fuhren aus Zombor, Apatin, Kula, Hodschag, Groß-Betschkerek, Groß-Kikinda, Pantschowa und Werschetz ab, liefen über Rumänien, mussten an der sowjetischen Grenze auf die Breitspur umgeladen werden und kamen nach etwa 20-tägiger Fahrt u. a. in Krivoj Rog, Dnepropetrovsk, Stalino und Charkov an. Der Transport erfolgte per Güter- bzw. Viehwaggon, wobei in den Waggons meist nur Stroh, etwas Brennholz und alte Eisenöfen, manchmal auch Holzpritschen, vorhanden waren. In einem Waggon befanden sich zwischen 30 und 40 Deportierte, die hygienischen Verhältnisse waren unbeschreiblich. In Rumänien wurde den Deportierten bei Aufenthalten auf offener Strecke von der ländlichen Bevölkerung

[2718] Erlebnisbericht Hilda Kautzner aus Karlsdorf (Banatski Karlovac), Bezirk Weißkirchen (Bela Crkva) im Banat, 17. März 1958; Protokollierte Aussage des Landwirts S. L. aus Čonoplja, Bezirk Zombor (Sombor) in der Batschka, 2. April 1958; Erlebnisbericht der Schülerin E. K. aus Milititsch (Srpski Miletić), Bezirk Hodschag (Odžaci) in der Batschka, in: Dokumentation der Vertreibung V, 295f., 313-318, 338-344.

noch Brot und Speck gebracht, in der Ukraine gab es meist nur mehr trockenes Brot, manchmal Fleisch- und Fischkonserven. Den Deportierten wurden die Reiseziele oft erst beim Überschreiten der rumänisch-sowjetischen Grenze (meist bei Jassy/Iaşi) und mit der Umladung in sowjetische Waggons auf die sowjetische Breitspur klar. Wegen der Strapazen auf der durchschnittlich zwanzig Tage währenden Fahrt gab es zahlreiche Erkrankungen und vereinzelte Todesfälle.[2719]

Die Deportierten wurden überwiegend ins Industrierevier des Donecbeckens gebracht, so in die Bezirke Stalino, Vorošilovgrad und Charkov, wo sie zur Schwerarbeit in Kohlenrevieren, Eisengießereien, Steinbrüchen, Sägewerken und im Holzschlag eingeteilt wurden. Russische Aufseher teilten manchen Deportierten mit, dass sie von den Serben für fünf Jahre an Russland zur Arbeit überlassen worden seien. Ein Lagerkommandant in Charkov bezeichnete gegenüber Arbeitsbrigaden aus Apatin den Wiederaufbau der Technischen Hochschule als deren Hauptaufgabe, nach deren Erfüllung sie in die Heimat zurückkehren könnten. In den mehrheitlich mit Frauen gefüllten Arbeitslagern mit Baracken wurde täglich in zwei Schichten zu zwölf Stunden gearbeitet, erst 1947 wurde auf drei Schichten zu je acht Stunden umgestellt. Da vor allem für die Frauen – die meist keinen Beruf hatten und daher nicht wie die Handwerker als Spezialisten eingesetzt wurden – verschiedene Arbeiten viel zu schwer waren, gab es unverhältnismäßig viele Unfälle. Die völlig unzureichende Ernährung bestand im Wesentlichen aus Boršč, einem Krautwasser ohne Fett, oder einer Wassersuppe mit Tomaten oder Gurken oder einer Mehlsuppe, auch gedünstetem Kraut, etwas Kascha (ein Brei aus Kartoffeln, Graupen, Hirse oder Sojabohnen), ganz wenig Fett oder Fleisch, Kaffee oder Tee ohne Zucker und täglich 500 bis 1000 g saurem und nassem Roggenbrot, das nicht durchgebacken war. (Auch die russischen und ukrainischen Arbeiterinnen und Arbeiter wurden kaum besser verpflegt, der Kontakt durfte nur heimlich erfolgen.) Die Unterernährung führte sehr rasch zu Dystrophie, einer Krankheit, die es bis dahin unter den Donauschwaben nicht gegeben hatte und die sowohl äußerlich (dicke Köpfe, aufgeschwemmte Bäuche, dicke Füße) als auch am Verhalten (Streitsucht, Nörgeln, Neid) zu erkennen war. In den Lagern gab es viele Epidemien, vor allem Flecktyphus und Ruhr, die in den Jahren 1945-1947 laufend Todesopfer forderten. In manchen Lagern gab es Gottesdienste seitens ebenfalls deportierter katholischer Priester sowie Kulturgruppen und politische Schulungen durch „Antifa-Funktionäre“. Besonders gefürchtet waren die Verhöre durch die politischen Kommissare. Manchmal besuchten Kommissionen die Arbeitslager, ab und zu kamen auch amerikanische Besucher; an solchen Tagen gab es besseres Essen. In den Lagern stießen die donauschwäbischen Zwangsarbeiter auch auf Leidensgenossen aus Ungarn, Rumänien und Polen.[2720]

[2719] Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien, 85-90; vgl. Michael KRONER, Deportation von Deutschen in die Sowjetunion. Zwangsarbeit in der sowjetischen Wirtschaft (1945-1949), (Eckart-Schrift 178, Wien 2005).

[2720] Erlebnisbericht Katharina Takatsch aus Kubin (Kovin), Bezirk Kubin im Banat, 15. Juli 1959; protokollierte Aussage der Fabrikarbeiterin Karolina Greifenstein aus Bulkes (Buljkes), Bezirk

Rund 2000 Deportierte dürften während der Zwangsarbeit in der Sowjetunion gestorben sein. Die ersten Entlassungen von Kranken erfolgten bereits Ende 1945 und führten zum diese Teil nach Jugoslawien zurück, wo sie nicht willkommen waren.[2721] Die allgemeine Entlassung begann mit der Auflösung der Lager im Oktober/November 1949. Die „Rücktransporte" wurden – nach Quarantäne – meistens über Frankfurt an der Oder in die DDR geleitet. Erst Ende Oktober 1949 wurden die Arbeitslager aufgelöst und die meisten Deportierten nach Deutschland abtransportiert.[2722]

Die kommunistische Militärverwaltung in der Vojvodina 1944/45[2723]

Bereits Anfang Oktober 1944 – die Rote Armee war am 4. Oktober in Pančevo einmarschiert – hatte sich die Frage gestellt, welche Verwaltung im jugoslawischen Banat etabliert werden sollte. Die Partisanenbewegung hatte nur eine geringe Rolle gespielt, und in den Städten und Gemeinden gab es kaum serbische Persönlichkeiten, die in der Partisanenhierarchie eine höhere Position einnahmen. Die kurzfristig ernannten Vertreter in den Volksbefreiungsausschüssen besaßen nur wenig Autorität in der Bevölkerung. Andererseits betrachteten sich die Serben im Banat ihren Konnationalen in der Šumadija als wirtschaftlich und kulturell durchaus überlegen. Weisungen und Propagandamaterial aus Belgrad erreichten die Banater Dörfer nur sporadisch. Umso mehr lebte die Idee einer autonomen Vojvodina wieder auf. Unterstützung erhielten solche Überlegungen durch die relativ gute wirtschaftliche Situation. Denn der rasche Durchmarsch der Roten Armee hatte den Banat als relativ wenig zerstörte Provinz hinterlassen. Und die

Palanka (Bačka Palanka) in der Batschka, 21. April 1947; Erlebnisbericht Anna Wildmann aus Filipovo, Bezirk Hodschag (Odžaci) in der Batschka, April 1958, in: Dokumentation der Vertreibung V, 300-302, 309-313, 319-337.

2721 Protokollierte Aussagen des Stellmachers J. S. und seiner Ehefrau aus Pantschowa und der A. R. aus Ivanovo, Bezirk Pantschowa, 1. August 1946, in: Dokumentation der Vertreibung V, 302-308. Der Bericht schildert nicht zuletzt auch die Irrfahrt auf dem schon am 23. Dezember 1945 angetretenen Heimtransport aus der Ukraine: Erholungslager in Focşani (Rumänien); Transport nach Budapest, weiter nach Wien, weiter nach Graz, weiter nach St. Gotthard (Szentgotthárd), weiter nach Wiener Neustadt, zurück nach Budapest, von dort nach Fünfkirchen (Pécs), zurück nach Budapest, weiter nach Kelebia; Lager in Subotica, zurück nach Kelebia; schließlich Transport von Ungarn nach Bayern. Die jugoslawische Grenzpolizei hatte den herumgeschobenen Donauschwaben mehrmals unmissverständlich deutlich gemacht, dass sie in Jugoslawien kein Brot mehr bekämen, unter Umständen sogar erschossen würden.

2722 Erlebnisberichte Kautzner, Greifenstein und Wildmann, in: Dokumentation der Vertreibung V, 295-337.

2723 Dieses Unterkapitel basiert wesentlich auf der überarbeiteten Dissertation von Michael Portmann, Die kommunistische Revolution in der Vojvodina 1944-1952 (Wien 2008) 149-163, dem ich an dieser Stelle für viele intensive Diskussionen und die Klärung mancher offener Fragen danke.

Deutschen hatten zwar ihre besten Tiere mitgenommen, aber die gute Ernte des Sommers 1944 kaum verwerten und exportieren können. Die Weizen- und Maisvorräte waren intakt geblieben, die Zuckerrüben- und Sonnenblumenernte hatte großteils gar nicht stattgefunden. Der Handel beschränkte sich jedoch weitgehend auf den lokalen Austausch von Gütern. Lediglich von Pančevo aus florierte der Handel nach Belgrad, wo die landwirtschaftlichen Produkte um ein Vielfaches teurer waren als in einem Banater Dorf. Freilich behinderten Minen und Treibeis in der Donau auch diesen Flusshandel. Ein Problem blieben schließlich auch die Wiederherstellung der Eisenbahnlinien und die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Industrien.[2724]

Trotz einer für jugoslawische Verhältnisse modernen Industrie- und Gesellschaftsstruktur hatte sich die KPJ in der Vojvodina vor 1941 nur auf eine schwache Parteiorganisation stützen können, die unter deutscher und ungarischer Okkupation weitgehend zerschlagen worden war. Lediglich in Syrmien konnten die Kommunisten gegenüber der *Ustaša*-Herrschaft zunehmend Einfluss gewinnen. Während die gut 7000 KP-Mitglieder im April 1945 etwa die soziale Gliederung der Bevölkerung widerspiegelten, gab es jetzt nach der nationalen Differenzierung ein eindeutiges Übergewicht an Serben. Sogar das Provinzkomittee der KPJ musste immer wieder „chauvinistische“ Verhaltensweisen in den Kreis-, Bezirks- und Ortskomitees feststellen, besonders in Parteiorganisationen mit vielen serbischen „Kolonisten“.[2725]

Viele Argumente sprachen also für die Einrichtung einer Militärverwaltung, sodass Marschall Tito am 17. Oktober 1944 tatsächlich den größten Teil der Vojvodina – den westlichen Banat, die Batschka und die Baranja – unter eine Militärverwaltung unter dem Kommando des kroatischen Generalmajors Ivan Rukavina stellte.[2726] Bereits einen Tag nach dem Befehl Titos erließ der Kommandant des Militärgebietes Banat, Oberstleutnant Srević, einen sehr umfangreichen Befehl, der sowohl massive Beschränkungen für die deutsche Bevölkerung als auch die Zusammenarbeit der Gebiets- und Ortskommandanturen mit der Roten Armee sowie die Kontrolle des gesamten Militärgebietes betraf. Zweifellos müs-

[2724] OSS Research and Analysis Branch, Field Memorandum 145 (FR-254), 2 February 1945, Report on the Situation in the Banat, Belgrade, 14 January 1945 – HIA, Wayne S. Vucinich papers, box 1.

[2725] Vgl. Portmann, Vojvodina, 133-149; Dimitrije Boarov, Politička istorija Vojvodine (Novi Sad 2001); Carol S. Lilly, Power and Persuasion: Ideology and Rhetoric in Communist Yugoslavia 1944-1955 (Boulder, Col. 2001).

[2726] Das Militärgebiet für die Batschka und die Baranja (*Vojna oblast za Bačku i Baranju*) umfasste die Gebietskommandanturen Subotica, Subotica Stadt, Novi Sad, Novi Sad Stadt, Stari Bečej und Beli Manastir; das Militärgebiet für den Banat (*Vojna oblast za Banat*) umfasste die Gebietskommandanturen Petrovgrad/Zrenjanin, Velika Kikinda, Pančevo und Vršac. Darunter agierten 36 Ortskommandanturen und 332 Militärposten. – AVII, Fond Vojna uprava za Banat, Bačku i Baranju, F-170, pred. 102, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 157-161. Leider kennen wir die Motive Titos nicht, weshalb er dieses sicherheitspolitisch heikle Kommando nicht einem serbischen, sondern einem kroatischen General übertrug.

sen Juristen diesen Befehl vorbereitet haben. Ausgangspunkt des Befehls war die Zerschlagung der deutschen Besatzungsmacht im Banat und die Vertreibung der deutschen Truppen aus dem Banat durch die Rote Armee und die Banater Partisanenabteilungen, deren Anteil aber nicht überschätzt werden sollte. Dies wird nicht zuletzt dadurch unterstrichen, dass – nach weitgehendem Abzug der Roten Armee in Richtung Batschka und Südostungarn – bei der Machtergreifung seitens der Volksbefreiungsorgane verschiedene Schwierigkeiten aufgetreten seien, für die „Anhänger des früheren faschistischen Regimes" verantwortlich gemacht wurden, insbesondere „schwäbische Überreste, die bis gestern unser Volk getötet und ausgeplündert haben". Obwohl sie mit eigenen Augen den Niedergang der Wehrmacht und des Hitler'schen Gewaltregimes beobachten konnten, versuchten sie weiterhin, so Militärkommandant Srević, ihr Haupt zu erheben und „ihre germanische Grausamkeit" anzuwenden. Daher müssten die Einheiten der Volksbefreiungsarmee und andere Volksbefreiungsorgane entsprechende Maßnahmen zur Festigung, Ordnung, Verbesserung und Normalisierung des Lebens unseres Volkes" setzen:[2727]

„I.

1) Ab heute, dem 18. Oktober 1944, wird in allen deutschen Ortschaften die Militärgewalt eingeführt.

2) Allen Deutschen ist es verboten, ohne Spezialbewilligung des zuständigen Kommandanten das Dorf zu verlassen. Die Deutschen können nur zur Arbeit aus dem Dorf gelassen werden und haben sich bei ihrer Rückkehr – jeden Tag – beim Kommandanten dieses Dorfes zu melden.

3) Diejenigen Deutschen, die ihre Häuser verlassen haben, können in diese nicht mehr zurückkehren. Solche Deutsche sind sofort in Lager zu überstellen und später einem Militärgericht zu übergeben,

4) Der Gebrauch der deutschen Sprache auf öffentlichen Plätzen wird verboten.

5) In allen militärischen und zivilen Einrichtungen wird ausschließlich die serbische und kroatische Sprache eingeführt. Im privaten Schriftverkehr ist den Minderheiten – mit Ausnahme der deutschen – der Gebrauch der Muttersprache erlaubt.

6) Den Deutschen ist es verboten, jugoslawische oder sowjetische nationale Abzeichen zu tragen.

7) Den Deutschen ist – abgesehen von Spezialarbeitern – verboten, in öffentlichen Werkstätten und Einrichtungen zu arbeiten. Alle öffentlichen Werkstätten, Fabriken, sowie Industrie- und Handelsunternehmen, die im Besitz der Deutschen waren, gehen in die Kontrolle der Volksbefreiungsausschüsse bzw. der Militärgewalt über.

8) Alle sich noch auf oder in Gebäuden befindlichen deutschen Aufschriften sind innerhalb von 12 Stunden zu entfernen. Nach dieser Frist wird jede Zuwiderhandlung strengstens bestraft, Deutsche auch erschossen.

[2727] Naredba br. 2 komandanta vojne oblasti narodno-oslobodilačke vojske Jugoslavije za Banat, 18. Oktober 1944, AVII, ANOR, kut. 1661, fasc. 1, dok. 11/1-4, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 465-469, und eigene Übersetzung.

9) Die Anordnungen unter den Punkten 1), 2), 3), 6) und 7) gelten auch für alle Orte von Magyaren, Rumänen und anderen Nationalitäten, die Gegner der Volksbefreiungsbewegung waren oder noch immer sind.

10) In allen deutschen Ortschaften – und in magyarischen und rumänischen, wo es notwendig erscheint – wird ein Militärkommandant mit Partisanenwachen eingesetzt. Diese sind dem Gebietskommandanten unterstellt und führen ausschließlich seine Befehle aus oder die Befehle des Kommandanten des Militärgebietes.

11) In Ortschaften mit Volksbefreiungsausschüssen wird kein Ortskommandant eingesetzt, aber mehrere solcher Orte werden unter einer Ortskommandantur zusammengefasst. Diese soll die Volksgewalt bei der Festigung ihrer Autorität stützen und zur Säuberung ihrer Orte von Überresten verschiedener Feinde der Volks[befreiungs]bewegung und der Volksgewalt beitragen.

12) In Städten mit zerstreut lebender deutscher Bevölkerung werden alle Deutschen in ein Quartier dieser Stadt umgesiedelt, wo ein Quartierkommandant mit einer Partisanenwache aufgestellt wird, die unter dem Kommando des Stadtkommandanten stehen.

13) Jede Nichterfüllung oder Vernachlässigung dieser Anordnungen wird schärfstens verfolgt bzw. jeder Einzelne wird verhaftet und dem Gericht übergeben. Dies gilt auch für Angehörige anderer Nationalitäten, die sich als Feinde unseres Kampfes gezeigt haben oder die die Arbeit unserer militärischen und zivilen Organe bremsen werden.

14) Bei der Durchführung dieser Anweisungen haben die Gebiets- und Ortskommandanten höchste Entschlossenheit, Energie und Strenge gegenüber den Deutschen sowie allen anderen früheren und jetzigen Volksfeinden zu demonstrieren. Mit unserem entschlossenen Vorgehen werden wir allen feindlichen Elementen zeigen, daß unsere Macht eine tatsächliche Volksgewalt ist und daß diese mit ihren Gegnern unbarmherzig verfährt.

15) Zum Tode verurteilte Deutsche und andere Feinde unseres Volkes und unserer Bewegung werden öffentlich erschossen. In wichtigen Fällen wird das Urteil veröffentlicht.

II.

Wegen der täglichen Zusammenarbeit mit der verbündeten Roten Armee haben sämtliche jugoslawischen Gebiets- und Ortskommandanten Verbindungen mit den verantwortlichen Ortskommandanten der Roten Armee herzustellen. Dies gelte für die Aufrechterhaltung der Ordnung, die Bewachung von Objekten, die Verhinderung von Plünderungen, die Bereitstellung von Quartieren und die Versorgung von Einheiten der Roten Armee. Dazu seien Wohnungen, Lebensmittelmagazine (mit Speck, Schinken, Brot) und besondere Küchen für die Offiziere der Roten Armee bereitzustellen. Für das benötigte Vieh seien Ställe mit Heu und Hafer zur Verfügung zu stellen. Aber auch 10 bis 15 Wagen für Transportzwecke seien bereitzuhalten und Arbeitskompanien bzw. -bataillone für alltägliche Arbeiten (Be- und Entladen von Getreide, Waffen, Vieh etc.) zu bilden. Die Ortskommandanturen haben unmittelbar nach ihrer Machtübernahme Mitglieder einer „fünften Kolonne“, „andere Volksfeinde“ und „Heimkehrer“ aus einer feindlichen Armee aufzuspüren, zu verhaften und in ein Lager einzuweisen oder einem Militärgericht vorzuführen; ihr Besitz sollte sofort konfisziert werden. Die Gebietskommandanturen sollten über ihre Ortskommandanturen (in Orten, die neben der Militär- auch eine Zivilverwaltung hatten, die Volksbefreiungsausschüsse) Buch über den gesamten, von Deutschen, Magyaren, Rumänen und anderen verlassenen Besitz führen und exakte Aufstellungen über Bewohner, Getreide, Vieh, Obst, Möbel und unbewegliches Inventar anfertigen. Die Verwaltung dieser verlassenen Besitzungen haben die Gebietskommandanturen im Einvernehmen mit den Volksbefreiungsausschüssen zu

übernehmen; nach Bedarf seien Partisanenwachen aufzustellen. Alle Fabriken, Industriebetriebe und Werkstätten, die Material für die Armee produzierten, seien unter Militärkontrolle zu stellen, wenn sich der Eigentümer nicht kooperativ zeige, auch unter Militärverwaltung.

III.

Dem Kommando des Militärgebiets Banat werde der gesamte Verkehr unterstellt: Eisenbahn, Schiff, Post, Telegraph, Telephon und alle motorisierten Fahrzeuge für den Straßenverkehr. Damit würden auch alle Verkehrsbediensteten als Militärdienstverpflichtete betrachtet und unter Militärdisziplin gestellt. Das gesamte Verkehrspersonal werde dem Verkehrskommandanten im Banat, „Genosse" Ing. Milenko Jakovljević unterstellt. Das gesamte Eisenbahnpersonal werde in militärische Einheiten formiert. Der Eisenbahnverkehr sollte hauptsächlich für Armeetransporte betrieben werden, für den Transport von Truppen und Militärmaterial; für Zivilreisende seien nur 1-2 Waggon anzuhängen. Die Verkehrsabteilung habe über den Post-, Telephon- und Telegraphenverkehr eine strenge Kontrolle zu üben. Für dienstliche Telephongespräche sei eine Chiffrierung vorzubereiten. Der Verkehrskommandant übernehme mit seinen Organen auch alle schwimmenden Objekte (Schiffe, Schleppkähne, Lastboote) auf den freien Flüssen und stelle sie den staatlichen Organen und der Armee für den Transport von Getreide und Kriegsmaterial zur Verfügung.

IV.

Die Mobilisierungsabteilung werde nach den Direktiven des Militärgebietes im benötigten Maße die Mobilisierung von Arbeitskräften und Vieh durchführen. Beamte des früheren Verwaltungsapparates zwischen 17 und 30 Jahren werden in operative Einheiten eingewiesen, die übrigen können in der Verwaltungsarbeit verbleiben. Bisherige Polizisten, Gendarmen, Finanz- und Steuerbeamte werden allerdings aus dem Dienst entlassen, es sei denn, sie hätten sich an der Volksbefreiungsbewegung beteiligt oder ihr geholfen. Der Chef der Sanitätsabteilung erstellt sofort ein Inventar über alle Spitäler, Instrumente, Betten, Sanatorien und anderes."[2728]

Man sieht, der neue Militärkommandant für den jugoslawischen Banat hatte – offensichtlich von Juristen beraten – an viele Einzelheiten für die Machtübernahme und die Durchsetzung seiner neuen Befehlsgewalt gedacht. Besonders scharf waren zweifellos die Maßnahmen, mit denen die neue Herrschaft gegenüber der nicht geflüchteten oder evakuierten deutschen Minderheit aufgebaut werden sollte: Militärgewalt, Zwangsarbeit, Lager, Konfiszierung des Eigentums, Verbot der deutschen Sprache, Militärjustiz. Das KP-Provinzkomitee der Vojvodina argumentierte gegenüber seinen Parteimitgliedern:

„Diese Maßnahme wurde getroffen, da in diesen unseren Gebieten viele Deutsche und Magyaren leben, die sich zur Zeit der Besatzung den slawischen Einwohnern gegenüber feindlich verhalten und an allen Gräueltaten teilgenommen haben, welche die Besatzungsmacht an unserem Volk verübt hat. Besonders die hiesigen Schwaben haben sich den Serben, aber auch allen anderen Völkern gegenüber barbarisch verhalten. Deswegen ist es notwendig, dass wir **gründlich** [Hervorhebung im Original, Anm. Portmann] mit allen Schwaben abrechnen und auch mit jenen Magyaren, die Verbrechen begangen haben. Wegen der hohen Anzahl feindlicher Elemente, die in unserer Mitte leben, konnte unsere Volksgewalt nicht sofort jene Autorität ausüben, die sie haben sollte und müsste. Sodann ist es notwendig, über den verlassenen Besitz und über den Besitz der Volksfeinde Buch zu führen. All diese Aufgaben hätte die neue Volksgewalt nur mit

[2728] Ebenda.

Mühe übernehmen können, und wegen der obigen Gründe wurde in diesen Gebieten die Militärverwaltung eingeführt."[2729]

Um ihre Aufgaben möglichst effizient wahrnehmen zu können, habe die Militärverwaltung die Organisation des gesamten Lebens der jugoslawischen Völker in der Batschka, im Banat und in der Baranja in ihre Hände nehmen müssen. Deswegen wurde auch bestimmt, dass alle fähigen Genossen aus den Volksbefreiungsausschüssen von nun in der Militärverwaltung oder in ihrem Umkreis arbeiten sollten, damit sie nach Aufhebung der Militärverwaltung ohne Probleme als Organe der ordentlichen Volksgewalt wirken könnten. Die Organe der Militärverwaltung übernahmen vorerst die gesamte exekutive und richterliche Gewalt und waren nach den Anordnungen des Generalmajors Rukavina für alle militärischen, polizeilichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben zuständig, u. a. für:

- die Mobilisierung aller Männer der Jahrgänge 1914 bis 1927, mit Ausnahme der deutschen Bevölkerung;
- die Organisation der Volks- und Grenzwachen (schwerpunktmäßig in den Ortschaften mit deutscher, magyarischer und rumänischer Bevölkerung);
- die Requirierungen für den Armeebedarf; so übernahm die Militärverwaltung die Aufsicht über entsprechende Handwerksbetriebe und Firmen;
- die Versorgung der Zivilbevölkerung, insbesondere der zurückströmenden (südslawischen) Flüchtlinge;
- den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur und Wirtschaft;
- die ordnungsgemäße Rückgabe des von den Besatzungsmächten enteigneten Besitzes;
- die Entlassung aller früheren Staatsbediensteten – Bezirks-, Kreis- und Gemeindebeamte, Polizisten, Gendarmen, Lehrer, Richter, Steuerbeamte –, sofern sie nicht Sympathisanten der Volksbefreiungsbewegung gewesen sind; Geistliche, die an ihren früheren Arbeitsplatz zurückkehren wollten, hatten sich beim Meldeamt in Belgrad registrieren zu lassen;
- die Konfiskation, Sequestrierung und Verwaltung von verlassenem und „faschistischem" Besitz;
- den Wiederaufbau der Landwirtschaft: Bereits am 31. Oktober 1944 forderte Rukavina die Bevölkerung auf, wie gewohnt den landwirtschaftlichen Tätigkeiten nachzugehen. Der von den Donauschwaben (und Magyaren) verlassene, konfiszierte und sequestrierte Besitz sollte unter Aufsicht der Militärverwaltungsbehörden und der Volksbefreiungsausschüsse bestellt werden.
- die Kontrolle der sogenannten „wilden Kolonisation": So sollen sich im Westen der Batschka bis Mai 1945 rund 30.000 Kroaten, im östlichen Syrmien

---

[2729] Arhiv Vojvodine, F-334, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 151. Der Sekretär des Haupt-Volksbefreiungsausschusses der Vojvodina, Toma Granfil, bestätigte in einem Referat am 31. Juli 1945 diese Motivation: „Die Militärverwaltung wurde eingeführt, um das Problem der Deutschen zu lösen." – Jelena Popov (Hg.), Glavni narodnooslobodilački odbor (Novi Sad 1977) 521.

rund 5000 Kroaten in den von den Donauschwaben verlassenen Häusern niedergelassen haben.
- den Wiederaufbau des Schulwesens: In Ortschaften mit ausschließlich deutschsprachiger Bevölkerung wurden keine Schulen mehr eröffnet. Für Angehörige anderer ethnischer Minderheiten fand der Unterricht in den unteren Klassen nach Möglichkeit in der Muttersprache statt.
- die Organisation des Arbeitsdienstes, in Zusammenarbeit mit der Roten Armee;
- die Ausgabe so genannter Legitimationen und Reisebewilligungen an die gesamte zivile Bevölkerung, ausgenommen die deutsche;
- die Internierung der Deutschen und Magyaren sowie die Bewachung der Lager;
- die Sammlung statistischer Daten; eine erste Zählung der Bevölkerung fand bereits im November/Dezember 1944 statt.[2730]

Schon in einem Befehl an die beiden Militärgebiete (Banat bzw. Batschka und Baranja) sowie an alle Gebiets- und Ortskommanden vom 1. Dezember 1944 räumte Generalmajor Rukavina ein, dass es in einer Reihe von Städten und Dörfern im Vorgehen gegen die Magyaren und Deutschen „zu unrechtmäßigen Taten" gekommen sei, „die ein schlechtes Licht auf unsere Militärorgane werfen und dem Interesse unseres Volkes und Staates schaden". Um in Hinkunft auf dem gesamten Territorium der Militärverwaltung gegenüber den Magyaren und Deutschen „rechtmäßig und einheitlich" vorzugehen, ordnete der General an:

1) Entsprechend den Beschlüssen der zweiten Sitzung des Präsidiums des AVNOJ werden die Angehörigen der Minderheiten als gleichberechtigte Bürger Jugoslawiens betrachtet, was sich demnach auch auf die Magyaren bezieht. „Davon ausgenommen sind lediglich jene Magyaren, die als Kriegsverbrecher unmittelbar in die Verbrechen der magyarischen Faschisten involviert waren." Daher sind alle noch in Lagern befindlichen Magyaren zu entlassen; zurückzubehalten sind nur jene Beschuldigten, gegen die noch eine Untersuchung der Gerichtsorgane im Gange ist oder die bereits vom zuständigen Militärgericht verurteilt wurden. Alle männlichen Einwohner magyarischer Nationalität zwischen 18 und 30 Jahren unterliegen – wie die übrigen Einwohner – der Militärpflicht. Sie treten entweder in die Volksbefreiungsarmee ein oder werden in militärischen Arbeitseinheiten mobilisiert.
2) „Das Vorgehen gegen die Deutschen, die mit überwältigender Mehrheit auf der Seite des verbrecherischen deutschen Faschismus standen und ihre Kinder in deutsche SS-Einheiten schickten, in denen sie bis heute kämpfen, wird folgendes sein:
   a) In unsere Armee können lediglich diejenigen Deutschen eintreten, die das durch ihre aktive, antifaschistische Arbeit verdient haben. Alle anderen

[2730] Anordnungen von GM Rukavina sowie der Gebietskommandanturen, Oktober, November und Dezember 1944 sowie Jänner 1945, Arhiv Vojvodine, F-171, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 151-153.

männlichen Einwohner deutscher Nationalität unterliegen dem obligatorischen Arbeitsdienst. Die Arbeitsdienstpflichtigen werden in entsprechenden Kasernen und Lagern versammelt, die nach Arbeitseinheiten organisiert sind und unter den nötigen Sicherheitsvorkehrungen zur Arbeit eingewiesen. In den Kasernen und Lagern soll strenge militärische Disziplin herrschen; dennoch dürfen sie in keiner Weise den faschistischen Lagern ähneln, die Folterkammern waren.

b) Alle Deutschen, die zur Zeit der faschistischen Besatzung aktiv an Verbrechen gegen die friedliebende Bevölkerung teilgenommen haben, sollen dafür verurteilt werden.
c) In den Fällen, in den die militärische Situation oder die Sicherheit des Hinterlandes es erfordert, können mit besonderer Erlaubnis der Militärverwaltung Aussiedlungen aller deutscher Einwohner einzelner Städte und Dörfer in andere dafür günstige Dörfer durchgeführt werden, wo eine Kontrolle über sie ausgeübt werden kann.

3) Alle Schuldigen, die vom Militärgericht zu einer Strafe im Lager verurteilt werden, werden in einheitlichen Lagern – ohne Rücksicht auf ihre Nationalität – untergebracht. Den Personen, die sich in diesen Lagern befinden, wird die Freiheit entzogen und sie verbüßen dort ihre Strafe. Das heißt, dass ihnen der Kontakt zu den Einwohnern verboten ist und sie unter strengen Kontrollen zur Arbeit geführt werden. Auch in diesen Lagern muss das Vorgehen menschlich sein.
4) Alle früheren Anordnungen der Militärverwaltung zu dieser Frage werden hiermit außer Kraft gesetzt.“[2731]

Generalmajor Rukavina befahl den beiden Militärgebieten, diese Anordnung schnellstmöglich an alle 11 Gebietskommanden, 36 Ortskommanden und 332 Militärposten weiterzuleiten und dafür zu sorgen, dass sie auch genau durchgeführt werde. Jeder Kommandant werde – ohne Rücksicht auf seine Stellung – für jeden künftigen Fehler äußerst streng bestraft. Bereits gegen Ende des Jahres 1944 führte die Militärverwaltung eine Bevölkerungserhebung durch, vor allem wohl um festzustellen, wie viele Deutsche und Magyaren geflohen bzw. hier geblieben waren. Im westlichen Banat, in der Batschka, in der Baranja und in Syrmien wurden zusammen 1,496.081 Einwohner gezählt: 674.774 Serben (= 48,2 %), 386.692 Magyaren (= 27,8 %), 152.976 Kroaten (= 10,9 %), 100.655 Deutsche (= 6,7 %), 69.392 Slowaken (= 4,9 %), 58.279 Rumänen (= 4,2 %), 16.661 Rusini (= 1,2 %), 10.489 Roma (= 0,8 %), 5169 Slowenen (= 0,4 %), 5025 Juden (= 0,4 %), 14.213 übrige Slawen (= 1,0 %), 1753 Andere (= 0,1 %).[2732]

Die Eroberung der östlichen Hälfte Jugoslawiens ermöglichte dem Obersten Stab der Volksbefreiungsarmee den schrittweisen Übergang zu einer allgemeinen

[2731] Vojna uprava za Banat, Bačku i Baranju, komandant general-major Ivan Rukavina, Novi Sad, 1. decembra 1944, Arhiv Vojvodine, F-170, br. 69, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 472-474.

[2732] Podaci o stanovništvu Bačke 1945, Arhiv Vojvodine, F-205; zitiert nach: Portmann, Vojvodina, Tab. 2.

Mobilisierung. Hunderttausende rückten in den Wintermonaten 1944/45 zu den Partisaneneinheiten ein. Dies zwang auch das Zentralkomitee der KPJ zu einer grundlegenden Änderung seiner militärischen und politischen Organisation. Die neuen Führungskader und Soldaten sollten möglichst schnell für den neuen Frontalkrieg trainiert werden, hiebei sollte aber auch die politische Schulung nicht vernachlässigt werden. Entsprechende Jugendarbeit sollte diesen Zielsetzungen vorarbeiten. Nach einer Organisationssitzung des Stabes des Korps der nationalen Verteidigung Jugoslawiens in Belgrad sollten neun neue Divisionen aufgestellt werden: eine Belgrader, eine serbische, eine kroatische, eine slowenische, eine bosnische, eine montenegrinische, eine makedonische, eine vojvodinische und eine adriatische. Neben dem Divisionskommandanten wurde ein parteipolitisches Divisionskomitee bestehend aus einem Sekretär, einem Kommisar und anderen Brigadeführer eingerichtet. Für die neu aufgestellte Vojvodina-Division war Novi Sad als Sitz des Divisionsstabes vorgesehen, als Standorte der beiden Brigaden Subotica und Petrovgrad/Zrenjanin. Mit den Organen der OZNA sollte eng zusammengearbeitet werden[2733].

Noch war eben der Krieg nicht zu Ende, und die deutsch-jugoslawische Front hatte sich im Winter 1944/45 in Syrmien festgefahren, so dass das „Korps der nationalen Verteidigung Jugoslawiens" (KNOJ) durchaus Gefahren seitens „bewaffneter feindlicher Banden" – das war früher die NS-Diktion gegenüber den Partisanen (!) – auf dem befreiten Territorium erkannte und die „Abteilung zum Schutz der Völker Jugoslawiens" (OZNA) anwies:

> „1) Gegenüber bewaffneten Banden ist entschlossen vorzugehen, ohne Nachlassen bis zu ihrer vollständigen Vernichtung oder bedingungslosen Kapitulation. Gefangene und solche, die sich kampflos ergeben, sind der *OZNA* zu übergeben.
>
> 2) Helfershelfer, denen ihre Tat bewiesen werden kann oder gegen die ein berechtigter Verdacht besteht, sind zu verhaften und zusammen mit den Angaben, die während der Verhaftung über sie gesammelt wurden, der *OZNA* zu übergeben.
>
> 3) Einzelpersonen, gegen die berechtigter Verdacht besteht, dass sie den Banden helfen oder auf Grund ihrer politischen Ansicht in der Lage wären, ihnen zu helfen, oder die sich gegenüber unserer Bewegung passiv verhalten, familiäre oder freundschaftliche Beziehungen mit dem Feind unterhalten, sind zumindest in der Zeit der Säuberung aus diesem Gebiet zu entfernen und an im voraus festgelegten Plätzen zu internieren.
>
> 4) In feindlich eingestellten Ortschaften, die auf Grund der erhaltenen Informationen als Ganzes den Feind unterstützen, oder in denen sich feindliche Banden von Zeit zu Zeit aufhalten, ist eine ausreichende Anzahl an Soldaten zu stationieren, die in der Zeit der Säuberung in der Lage sei, dem Gegner Zugang und Verbindung zu diesen Dörfern zu unterbinden und die Einwohner an der Ein- und Ausreise zu hindern.

[2733] Korpus Narodne odbrane Jugoslavije, Zapisnik sednice štaba korpusa, Beograd, 28. oktobra 1944, AVII, ANOR, kut. 222, br.reg. 1-1, F-1/III; Centralni komitet KPJ (Aleksandar Ranković) [an] centralnim, pokrajinskim, oblasnim i divizijskim komitetima KPJ, Beograd, 14. januara 1945, AJ, kut. 883-A, br. 14-2/5, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 103-107.

5) Repressionen (Brände, Konfiskationen) sind nur dann vorzunehmen, wenn dafür einen Tag im Voraus die Bewilligung von den führenden politischen Organen des jeweiligen Gebiets eingeholt wurde.“[2734]

Tatsächlich meldete der Stab der Vojvodina-Division am 15. Februar 1945 aus dem „Sektor Banat“ das vereinzelte Verbreiten von royalistischen Parolen – so aus Velika Kikinda: „*Živio kralj Petar, dole Tito*“ [Es lebe König Peter, nieder mit Tito] –, vor allem von jugendlichen Anführern, und von Četnik-Parolen, besonders in Pančevo. In Vršac war eine Brigade stationiert, in der etwa 1500 Albaner dienten; diese verlangten von ihrer Führung, entweder in die Metohija zurückgeschickt zu werden oder an die Front. Aus dem Sektor Bačka wurde umfangreicher Schwarzhandel über die Grenze zu Ungarn gemeldet, der in Horgoš sogar von der dortigen Miliz unterstützt wurde. In Novi Sad fand man Parolen der ungarischen Faschisten an Hausmauern. Sowohl in der Batschka als auch im Banat wurden kleinere Gruppen von Deserteuren aufgegriffen, unter ihnen auch Deutsche und Rumänen.[2735]

Es ist nicht klar ersichtlich, warum Tito bereits am 27. Jänner 1945 den Befehl gab, die Militärverwaltung im Banat, der Batschka und der Baranja bis spätestens 15. Februar aufzulösen, zumal zwischen Donau und Save noch die syrmische Front bestand und die Internierungen der zurückgebliebenen Donauschwaben noch nicht abgeschlossen waren. Weder Titos Argument, die Militärverwaltung würde „die weiteren revolutionären Veränderungen auf diesem empfindlichen, multinationalen Raum verlangsamen“, noch der Kommentar in der *Slobodna Vojvodina*, die Militärverwaltung habe in „mancherlei Hinsicht das deutsche Problem in der Vojvodina gelöst“ und die magyarischen Antifaschisten hätten begriffen, „dass ihr Platz in den Reihen der vom Genossen Tito angeführten Volksbefreiungsbewegung“ sei, wirken besonders stichhaltig. Zwar war die Mehrheit der Donauschwaben evakuiert worden, geflohen oder bereits interniert, ein Teil ihrer Führungsschicht liquidiert und der Großteil ihres Besitzes konfisziert (und auch schon geplündert), aber eine gesicherte Ordnung war in der Vojvodina noch keineswegs eingekehrt, die Volksbefreiungsausschüsse – vor allem in den ehemals deutschen Dörfern – mussten sich erst konsolidieren und die Kriegsfronten in Kroatien und Ungarn waren noch nahe. Es darf daher vermutet werden, dass Organe der Militärverwaltung an Plünderungen, mutwilligen Zerstörungen, persönlichen Bereicherungen und willkürlichen Zuteilungen von donauschwäbischem Besitz zu intensiv beteiligt waren und dass es zwischen ihnen und den Volksbefreiungsausschüssen größere Auseinandersetzungen gegeben haben muss. Die Auflösung der

[2734] Korpus narodne odbrane Jugoslavije [an] Odeljenju zaštite naroda za Jugoslaviju, Beograd, 21. januara 1945, AVII, ANOR, kut. 222, br.reg. 25-1, F 1/III, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 119f.

[2735] Štab vojvodjanske divizije, Pov.br. 120/45, [an] Štabu Korpusa narodne odbrane Jugoslavije, Novi Sad, 15. februara 1945, AVII, ANOR, kut . 822, br.reg. 47-1, F 1/III, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 120f.

Militärverwaltung eröffnete jedenfalls die Möglichkeit, Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, die sich besonders disziplinlos verhalten hatten, ohne Verfahren vom Hinterland an die Front zu verlegen.[2736]

Sogleich nach dem Ende der Militärverwaltung übernahm der Haupt-Volksbefreiungsausschuss (*Glavni narodnooslobodilački odbor*) die Führung der autonomen Provinz, der ausschließlich aus Teilnehmern des Volksbefreiungskampfes und ausgewiesenen Antifaschisten bestand. Als Präsident fungierte Jovan Veselinov-Žarko, als Sekretär Slavko Kuzmanović. Sehr bald wurde auch ein „Regierungsparlament" aus 45 Mitgliedern eingerichtet, zusätzlich neun „Ministerien" mit 613 Beamten, davon 520 Serben.

Bereits im Juni 1945 setzte das AVNOJ-Präsidium eine Sonderkommission unter Leitung von Milovan Đilas ein, die eine provisorische Grenzziehung zwischen der Volksrepublik Kroatien und der Autonomen Provinz Vojvodina vorschlagen sollte: Die vorläufige Grenze sollte von der ungarischen Grenze entlang der Donau nach Süden verlaufen, bei Bačko Novo Selo nach Süden führen, westlich an Šid vorbei, zwischen den beiden Dörfern Lipovac und Batrovci verlaufen und schließlich bei Jamena die Save erreichen. Klar war, dass damit die Baranja an die Volksrepublik Kroatien fiel, aber unklar blieb die genaue Festlegung des Flussverlaufs der Donau mit seinen zahlreichen Mäandern. Im AVNOJ-Präsidium wurde dieser vorläufige Grenzverlauf mit der Ausnahme akzeptiert, dass die Gemeinden Ilok, Šarenrad und Mohov doch bei Kroatien blieben. Dies wurde am 1. September 1945 von der serbischen Skupština bestätigt.[2737]

Konzentrationslager für Donauschwaben in der Vojvodina und in Slawonien 1944/48

Bereits am 11. November 1944 hatte die Gebietskommandantur Sombor den Befehl erteilt, Lager für die donauschwäbische Bevölkerung zu errichten. Daher entstanden im Verlauf des Winters 1944/45 Lager in Gakovo (für Männer zwischen 16 und 60 Jahren) und Kruševlje (für Frauen, Kinder und Alte). Von den bis Mitte Dezember 1944 nach Gakovo deportierten 406 Personen wurden täglich 139 zur Arbeit auf den Flugplatz Sombor gebracht und 150 in die Nachbargemeinde Bezdan. Aus dem Lager Kruševlje waren täglich 137 Frauen und Mädchen auf dem Flugplatz Sombor im Arbeitseinsatz. Die Ortskommandantur Odžaci wählte in dieser Zeit drei Lokalitäten, die als Lager für bis zu 10.000 Personen in Frage kämen: den Besitz des serbischen Patriarchats in der Nähe von Vajska, den Besitz des katholischen Bistums zwischen Deronje und Bač und das verlassene Gehöft von Oskar Lelbah zwischen Bački Brestovac und Veprovac. Die Gebietskommandantur Petrovgrad/Zrenjanin meldete am 5. Dezember rund 2600 internierte

[2736] Kasaš, Mađari u Vojvodini, 183; Portmann, Vojvodina, 161f.

[2737] Petranović, Zapisnici sa sednica Politiroa, 387; Boban, Hrvatske granice, 51-57.

Donauschwaben. In der Baranja wurden das Staatsgut „Belje“ und zwei kleinere Lager in Beli Manastir und Kožarac als Internierungsort ausgewählt. Der erste Befehl des Generalmajors Rukavina, für die Deutschen eine partielle Einweisung in Lager vorzusehen, datierte vom 29. November 1944, offenbar um frühere Befehle untergeordneter Kommandanturen zu generalisieren. Chaotische Zustände dürften aber auch weiterhin bestanden haben, so dass Rukavina am 10. Jänner 1945 Oberst Đura Kladarin bevollmächtigte, auf dem Gebiet der Vojvodina nicht nur sämtliche Lager für die Deutschen, sondern auch alle Ortschaften mit deutscher Bevölkerung zu kontrollieren.[2738]

Die zweite Phase der Internierung der donauschwäbischen Bevölkerung verlief zwischen Ende März und Juni 1945. Unmittelbarer Anlass dürfte ein Befehl der 3. Armee nach Kampfhandlungen am rechten Ufer der Donau gewesen sein:

> „Während der letzten Kämpfe wurde ein verbrecherisches Verhalten der Bevölkerung deutscher Nationalität festgestellt. Sofortige Aussiedlung der deutschen Bevölkerung ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht entlang eines 10 km breiten Gürtels östlich der Donau zwischen Bački Breg im Norden und Bačka Palanka im Süden, einschließlich Sombor. Das Gleiche wird in der Baranja gemacht.“[2739]

Barbara Beiler aus Apatin schilderte die Internierung von nahezu der Hälfte der Bevölkerung ihrer Heimatstadt in jugoslawischen Konzentrationslagern:

> „[…] Am 11. 3. 1945 wurden alle noch zurückgebliebenen Einwohner deutscher Muttersprache ohne Unterschied auf Alter und Geschlecht (Kleinstkinder, Säuglinge, Greise und Kranke) – auch ich – zu Fuß, unter Bewachung und schweren Misshandlungen der Partisanen, nach dem etwa 37 km entfernten Ort Kruševlje getrieben. Längs der Straße waren sämtliche Kruzifixe und Statuen der Heiligen zerschlagen und angeschossen. […] In Kruševlje, einem kleinen Ort, der früher rund 900 Einwohner zählte, kamen am 12. 3. 1945 etwa 6000 meiner Landsleute aus Apatin an. Hier wurden die Arbeitsfähigen in einzelne Arbeitskommandos eingeteilt, die zum Teil in den Frontabschnitt in die Baranja zum Stellungsbau getrieben wurden, zum Teil auch Feldarbeiten verrichten mussten. Ich kam zunächst auf fünf Tage zur Feldarbeit nach Gakovo und am 2. 4. 1945 auf den Flugplatz bei Sombor, wo ich beim Bau einer Rollbahn eingesetzt war. Mit noch etwa 200 Frauen und Mädchen wurden wir in einem Kinosaal in dem nächst liegenden ungarischen Dorf Kupusina untergebracht. Es wurde nur zweimal täglich Essen ausgegeben: morgens eine leere Suppe und etwa 300 gr. Brot und abends Bohnen- oder Erbsengemüse. Wertsachen und Geld wurden uns weggenommen.
>
> Meine Landsmännin Elisabeth Stadlmann geb. Fuderer, die einige Wertsachen bei sich versteckt hatte, wurde von den Partisanen ganz nackt ausgezogen und schwer geschlagen, dass sie ganz blau war. Sie musste über zwei Stunden nackt in der Ecke stehen. In der ersten Nacht kam ein russischer Soldat in unser Lager und zerrte die 18-jährige Rosina Pimpi aus Apatin heraus. Das Mädchen schrie um Hilfe und wir Frauen alle mit. Dem Mädchen gelang es, sich freizumachen und sich unter den liegenden Frauen zu verstecken. Der Soldat kehrte zurück und befahl, sofort

[2738] Befehl GM Rukavina, 29. November 1944, AVII, kut. 1661, reg.br. 19, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 242; Bevollmächtigung GM Rukavina für Oberst Kladarin, 10. Jänner 1945, in: Partizanska i komunistička represija, dok. 9.

[2739] Befehl der 3. Armee an Kmdo. des Militärgebiets Vojvodina, 24. März 1945, AVII, kut. 1922, fasc. 3, dok. 6/37, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 243f.

Licht anzuzünden, gab drei Schüsse ab […]. Er befahl, es möge sich ihm sofort ein Mädchen freiwillig zur Verfügung stellen, ansonsten würde er uns alle erschießen. Meine Landsmännin Anna Manz stellte sich ihm zur Verfügung, und wir waren verschont geblieben. […]“[2740]

In den nächsten Monaten wurden praktisch alle in der Vojvodina verbliebenen Deutschen entweder in Lager geschafft oder in Dörfern unter spezieller Verwaltung (*naselje pod specijalnim režimom*) konzentriert. Von der Kollektivhaft ausgenommen waren vorläufig nur Deutsche, die in den Reihen der Volksbefreiungsarmee gekämpft hatten, oder Personen aus Mischehen, teilweise auch Fachkräfte. Die Deportationen wurden von der OZNA und dem KNOJ in Zusammenarbeit mit den militärischen Einheiten der Gebiets- und Ortskommandanturen durchgeführt. Eine – offensichtlich nach vielen Beschwerden – vom Präsidium des jugoslawischen Ministerrats eingesetzte außerordentliche Kontrollkommission konstatierte viele Unrechtmäßigkeiten und sogar Verbrechen:

„Die Internierung der Deutschen wurde an keinem Ort rechtmäßig durchgeführt. Dies deshalb, weil an die Internierung schnell und ohne genau festgelegte Kriterien herangegangen wurde. Somit passierten unvermeidliche Fehler wie: Internierung solcher, die es nicht verdient haben oder umgekehrt das Belassen auf freiem Fuße von solchen, die ins Lager gehen sollten. In diesem Sinne erhielt die Kommission viele Beschwerden, die die unrechtmäßige Arbeit illustrieren. […] Der Umgang mit den Internierten ist nicht immer rechtmäßig und es gibt Fälle von Schlägereien und Vergewaltigungen.“[2741]

Der Abschlussbericht der außerordentlichen Kontrollkommission für die Vojvodina hielt u. a. zwei wesentliche Erkenntnisse fest:

Einerseits: „Der große Teil der Internierten sind alte Leute, Frauen und Kinder, während alle anderen, die arbeitsfähig waren, entweder in die deutsche Armee geschickt wurden, sich mit den Deutschen zurückzogen oder von Seiten der Russen abgeführt wurden.“

Andererseits: Den Internierten seien ihr gesamtes Bargeld, Uhren, Schmuck und andere Wertsachen abgenommen worden, aber nur ein Bruchteil des letzten persönlichen Besitzes der Donauschwaben sei – wie vorgesehen – in den staatlichen Magazinen gelandet. Absichtlich oder aus Versehen seien auch Personen anderer Nationalität zumindest temporär aus ihren Häusern vertrieben, ausgeplündert und interniert worden, allein wegen ihres deutschen Familiennamens. In Srpski Miletić und Odžaci seien andererseits Donauschwaben vor der Internierung verschont geblieben, um im Auftrag der lokalen Behörden ihren „eigenen“ Besitz vor Plünderungen zu schützen – der ihnen aber nach dem AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 gar nicht mehr gehörte. Die Kontrollkommission verlangte daher eine Revision des gesamten Internierungssystems, die Entlassung aller Nicht-Deutschen aus den Lagern und eine Klärung der Frage der Mischehen.[2742]

[2740] Maschinenschriftlicher Bericht Barbara Beiler aus Apatin, 28. Jänner 1947, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 307f.

[2741] Abschlussbericht der außerordentlichen Kontrollkommission für den Banat, ASCG, F-513, XXXIV MP, III-3/176, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 244.

[2742] Abschlussbericht der außerordentlichen Kontrollkommission für die Vojvodina, 20. Mai 1945 an das Präsidium des Ministerrates der DFJ, 20. Mai 1945, ASCG, F-50, 36/27-28, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 249f.

Tatsächlich erfolgte bereits am 8. Juni 1945 die bekannte „Auslegung" zum AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944:

> „[…] Nicht entzogen werden die Bürgerrechte und das Vermögen jenen jugoslawischen Staatsbürgern deutscher Volkszugehörigkeit oder deutscher Abstammung oder mit deutschen Familiennamen: […] d) welche (sei es Mann oder Frau) trotz ihrer deutschen Volkszugehörigkeit eine Mischehe mit Personen einer der jugoslawischen Nationalitäten oder mit Personen jüdischer, slowakischer, ukrainischer, magyarischer, rumänischer, oder einer sonstigen anerkannten Nationalität geschlossen haben."[2743]

Nach einer Statistik der Lagerverwaltungen aus dem Sommer 1945 wurden für die Batschka 50.616 Lagerinsassen gemeldet (davon als arbeitsfähig: 11.884 Männer und 13.177 Frauen sowie als arbeitsunfähig: 111 Männer, 6516 Frauen und 3782 Kinder), für den Banat 56.743 Lagerinsassen (davon als arbeitsfähig: 5466 Männer und 18.304 Frauen sowie als arbeitsunfähig: 4896 Männer, 10.454 Frauen und 16.590 Kinder) und für Syrmien 2978 Lagerinsassen (davon als arbeitsfähig: 2238 Männer und 562 Frauen sowie als arbeitsunfähig: 150 Männer und 28 Kinder). In der gesamten Vojvodina waren daher 110.337 Donauschwaben interniert; von diesen wurden als arbeitsfähig eingestuft: 19.588 Männer und 32.043 Frauen sowie als arbeitsunfähig: 5757 Männer, 16.970 Frauen und 21.000 Kinder. In den Berichten aus den einzelnen Lagern gab es bemerkenswerte Details: In der Mehrzahl der Lager waren Männer wie Frauen in „privaten, faschistischen Häusern" untergebracht, die Bewachung erfolgte teilweise militärisch (auch durch den KNOJ), teilweise durch verhältnismäßig wenig Wachpersonal; die Insassen konnten zweimal täglich kochen, während die dritte Mahlzeit meist aus Brot und Speck bestand. Die Internierten wurden für landwirtschaftliche Arbeiten auf den neuen Staatsgütern, aber auch in Hanfwerkstätten, Ziegeleien, Mühlen, Bäckereien, Molkereien, Ölfabriken, Textilfabriken, Zuckerfabriken, Konservenfabriken und Militärwerkstätten sowie zu kriegsbedingten Aufräumungsarbeiten an Straßen und Bahnlinien eingesetzt. Neben dem großen Lager für Deutsche gab es in Bački Jarak auf der gegenüberliegenden Seite der Straße auch ein großes Lager für 3632 Magyaren, denen 39 Slowenen, 33 Kroaten, 16 Slowaken, 14 Serben, 13 Tschechen, 12 Bunjevci, 5 Polen, 4 Rusini, 3 Juden und 1 Rumäne angeschlossen wurden; im magyarischen Lager gab es ein Krankenhaus mit einem magyarischen Arzt und vier Krankenschwestern.[2744]

[2743] Službeni list DFJ I/1945, Nr. 39, Pos. 347, zitiert nach: Dokumentation der Vertreibung V, 183 E – 184 E.

[2744] ASCG, F-513, XXXIV MP, III-3/160, III-3/178-16, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 475-486. Im erwähnten Bericht über die Konzentrationslager in der Vojvodina wurde nicht nur angeführt, dass einige Deutsche, die die Volksbefreiungsbewegung unterstützt hatten, aus den Lagern entlassen worden waren, sondern erstaunlicherweise auch, wie viele deutsche Lagerinsassen von den Sowjets abgeholt worden waren: aus Pašićevo 275, aus Nove Šove ausschließlich Frauen, aus Stari Vrbas 30 Männer, aus Torža 9 Männer und 6 Frauen, aus Subotica 189 Männer und Frauen und aus Sekić 50 Frauen.

In Befolgung der „Auslegung“ ordnete die Provinzregierung der Vojvodina am 28. Juni 1945 an, deutsche Männer und Frauen in Mischehen mit Slawen, Juden oder Rumänen aus den Lagern zu entlassen und sie in ihre früheren Häuser zurückkehren zu lassen. Tatsächlich wurden in Apatin 111 Deutsche in einer Ehegemeinschaft mit Slawen oder Magyaren gezählt, und im Bezirk Sombor scheint es zu einer größeren Entlassungswelle gekommen zu sein. Aber das Bezirkskomitee der KP Serbiens kritisierte, dass viele der Freigelassenen zur Zeit der Okkupation „Mitglieder des verrufenen Kulturbundes oder anderer faschistischer Organisationen“ gewesen seien, und verlangte eine Überprüfung durch die OZNA. Auch diese scheint nicht ohne Widerspruch verlaufen zu sein, denn noch im Dezember 1945 rangen das Innenministerium und der Ministerrat um eine einheitliche Linie.[2745] – An dieser Stelle sei auch vorwegnehmend darauf hingewiesen, dass die „Staatliche Kommission zur Feststellung der Verbrechen der Okkupatoren und ihrer Helfer“ (*Državna komisija za utvrđivanje okupatora i njihovih pomagača*) in den Reihen der „Volksdeutschen“ lediglich 2560 Kriegsverbrecher und 337 „Volksfeinde“ registrierte, dass also die überwiegende Mehrheit der internierten Donauschwaben nicht aus strafrechtlichen Gründen aus ihren Dörfern getrieben und eingesperrt worden waren, sondern offensichtlich doch aus primitiven Revanche- und Bereicherungsgelüsten.[2746]

Infolge zunehmender Beschwerden über die Plünderungen der Volksmiliz[2747] übernahm im September 1945 die Sektion für Lager und Arbeitsdienst die Aufsicht über die Konzentrationslager für die donauschwäbische Bevölkerung, somit auch die Zuständigkeit für die Lebensmittelversorgung und die sanitären Verhältnisse sowie die Einteilung zum Arbeitsdienst. Die Arbeitsunfähigen (Kranke, Kinder, Mütter mit Kleinkindern unter zwei Jahren und Alte) wurden in Lagern konzentriert, die infolge der hohen Todesraten von den donauschwäbischen Autoren mit Recht als „Todeslager“ bezeichnet wurden (Rudolfsgnad/Knićanin und

[2745] Schreiben der Abteilung für innere Angelegenheiten des GNOV, 28. Juni 1945, und Statistik, IAS, F-217, inv. broj 895, 1436; Schreiben des Bezirkskomitees Sombor, 8. Juni 1945, IAS, F-221, fol. 1945; Schreiben des Generalsekretärs des Ministerrates, Mitar Bakić, an Innenministerium, 25. Dezember 1945, ASCG, F-50, 36/244, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 273.

[2746] Zečević – Popović, Državna komisija, 40, 44.

[2747] Eine interne Untersuchung in Slawonien kam zu einem vernichtenden Urteil: „[…] In die Volksmiliz wurden gewaltsam verschiedene Elemente mobilisiert: kriminelle Typen, Schwarzhändler, Deserteure aus unserer Armee, oder ehemalige *Ustaše*, *Četnici* und *Domobrani*, die sich beim Zusammenbruch der feindlichen Armee bei den Volksbefreiungsausschüssen gemeldet haben. […] Die Volksmiliz wurde nur gegründet, damit es eine Miliz gibt, aber nicht um ein wirkliches Organ der Volksgewalt zu sein. […] Tägliche Plünderungen, die sowohl von Elementen der Volksmiliz, als auch von Soldaten der Armee und der OZNA durchgeführt werden, machen es nicht verwunderlich, dass sich die Bevölkerung vor der Miliz wie vor einer plündernden Horde fürchtet. Damit kompromitiert aber die Volksmiliz nicht nur sich selbst, sondern auch die Volksgewalt. […]“ – Bericht Obstlt. Gjuro Blaga und Major Pavle Vukomanović an Federalna Država Hrvatska, Ministarstvo unutarnjih poslova, Odjel za javni red i sigurnost, Odsjek narodne milicije, 10. Juli 1945, in: Partizanska i komunistička represija, dok. 67.

Molin/Molidorf/Molin im Banat, Gakowa/Gakovo, Jarek/Bački Jarak und Kruschiwl/Kruševlje in der Batschka). Die übrigen Deutschen wurden als billige Arbeitskräfte in den Verwaltungen für Volksgüter und in verschiedenen staatlichen Unternehmungen eingesetzt, immer wieder aber auch gegen geringes Entgelt an Privatpersonen „verliehen“. Der Ressortleiter für innere Angelegenheiten des Bezirks Sombor – in dessen Bereich sich einige Lager für Donauschwaben befanden – war sogar der Meinung, die Arbeitskraft der Deutschen hätte noch besser ausgenützt werden können:

> „Wir müssen erwähnen, dass die arbeitsfähigen deutschen Lagerinsassen in ungenügendem Maße für die Arbeit ausgenützt werden. Dies meistens deshalb, weil die Lagerkommandanten und die Wachen selbst die Deutschen nicht in genügendem Maße für die Arbeit einsetzen und diese kontrollieren. In den allermeisten Fällen haben die Wachen enge Verbindungen mit den deutschen Lagerinsassen geknüpft und halten sie deshalb von der Arbeit fern. Dafür sind hauptsächlich die Bezirks- und Kreisvolksausschüsse verantwortlich, welche die Lagerkommandanten nicht oft genug kontrollieren und sie zu wenig energisch bestrafen und zur Verantwortung ziehen. Deswegen kommt es oft zur Flucht von deutschen Lagerinsassen aus einem Lager in ein anderes.“[2748]

Der bereits erwähnte Bäcker Johann Fischer aus Kubin (Kovin) wurde am 3. Dezember 1944 ins Lager Mramorak überstellt, wo er bis zu seiner Flucht im Dezember 1945 interniert blieb:

> „[…] In diesem Lager befanden sich etwa 1300 Personen. Im Lager Mramorak erhielten wir täglich 250 Gramm Polenta und eine Einbrennsuppe aus Polentamehl, aber ohne Fett und ohne Salz. Ich arbeitete beim Schneeschaufeln und Holzfällen für die Partisanen und den Lagerkommandanten, Ljuba Bulatović.
>
> In der zweiten Dezemberhälfte brachen im Lager Krankheiten aus, Ruhr und Flecktyphus. Täglich starben 120, 180 und 200 Personen. Die armen, matten und kranken Menschen wurden abgesondert in eine Baracke gebracht, wo sie gewöhnlich nach 1 bis 2 Tagen starben. Die Leichen wurden auf die Straße gebracht. Dort wurden sie auf einen Wagen geworfen und, wenn der Wagen voll war, wurden sie von Frauen weggeführt. Wenn sich jemand krank meldete oder vor Entkräftung nicht mehr arbeiten konnte, wurde derjenige geprügelt und in den Arrest geworfen. Der Kommandant Bulatović erklärte, sie mögen krepieren, da es nur faschistische Simulanten seien. Der Zimmerälteste musste dem Kommandanten auch täglich die Todesfälle melden. Der Kommandant Bulatović pflegte auf diese Meldungen hin zu sagen: ‚Was, nur die paar 100 sind krepiert, ich wollte, das [recte: dass, Anm. Suppan] du schon der Letzte wärest!‘
>
> Von den Lagerhäftlingen, die einst Beamte und Beamtinnen waren, mussten mit den Händen die Klosetts der Partisanen reinigen und den Kot mit ihren Händen ungefähr 50 Meter weit zum Düngerhaufen tragen. Mit den kotigen Händen mussten sich diese auch gegenseitig frisieren, wobei sie von den Partisanen verhöhnt wurden. Hätten sie sich geweigert, so wären sie erschossen worden.
>
> Das Lager Mramorak zählte etwa 5000 Personen. Über 3500 Arbeitsunfähige, Mütter mit kleinen Kindern und arbeitsunfähige alte Personen, waren, bevor ich nach Mramorak kam, in das

[2748] IAS, inv. Broj 1444, [vermutlich von Ende 1945], zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 253.

> Vernichtungslager nach Rudolfsgnad gekommen. Von den 1300 Personen, die zurückgeblieben waren, sind über 1000 Personen gestorben. […]“[2749]

Nach der donauschwäbischen Dokumentation „Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944-1948“ wurden allerdings für das Lager Mramorak „lediglich“ 78 umgekommene Zivilpersonen ermittelt. Von den ursprünglich 2759 Einwohnern der Gemeinde Mramorak sind jedoch 644 gewaltsam ums Leben gekommen.[2750]

Nach einer Aufstellung des Belgrader Innenministeriums von Ende 1945/Anfang 1946 befanden sich auf dem Gebiet der AP Vojvodina noch 105.740 „Volksdeutsche“ in den verschiedenen Lagern, davon 30.745 Männer, 54.099 Frauen und 20.896 Kinder, während etwa 6000 Personen (davon 2000 Männer, 3000 Frauen, 1000 Kinder) nicht interniert waren. Für die Volksrepublik Kroatien wurden rund 10.600 internierte (davon 3000 Männer, 4500 Frauen und 3100 Kinder) und 2000 (davon 700 Männer, 1000 Frauen, 300 Kinder) auf freiem Fuß lebende „Volksdeutsche“ gemeldet, für die Volksrepublik Slowenien 4703 „Volksdeutsche“ (davon 1700 Männer, 2200 Frauen, 803 Kinder), die angeblich nicht interniert gewesen sein sollen – was freilich nicht den Tatsachen entsprach. Für ganz Jugoslawien rechnete das Innenministerium jedenfalls mit 117.485 internierten (davon 34.214 Männer, 58.821 Frauen, 24.422 Kinder) und 12.895 (davon 4402 Männer, 6204 Frauen, 2105 Kinder) außerhalb der Lager befindlichen Volksdeutschen, insgesamt also mit 130.380 Personen.[2751]

Im Frühjahr 1946 begann seitens der kommunistischen Führung die politische Indoktrinierung der elternlosen donauschwäbischen Kinder:

> „[…] Ab Mai 1946 kamen Transporte mit Kindern aus dem Lager Kruševlje nach Gakovo, wo sie zunächst untersucht und durchleuchtet wurden. Die tuberkulösen Kinder wurden nach Palić geschickt, die anderen, 245 Mädchen und 120 Knaben im Alter von 4 bis 14 Jahren, kamen in Kinderheime nach Stara Kanjiža und Petrovo Selo. Es handelte sich hier um Kinder, deren Eltern entweder gestorben waren, in Russland verschleppt oder sonst vermisst waren. – Ich selbst wurde am 14. Juli 1946 als Kindspflegerin nach Petrovo Selo gebracht, wo in einem ehemaligen katholischen Kloster ein Kinderheim für Knaben eingerichtet war. Die Kinder wurden hier auffallend gut untergebracht und sehr gut verpflegt.

[2749] Maschinenschriftlicher Bericht des Bäckers Johann Fischer aus Kubin (Kovin, Banat, Jugoslawien) vom 19. Juli 1947 (mit eigenhändiger Unterschrift), in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, Dok. 40, 299-305, hier 304f. Fischer gelang im Dezember 1945 die Flucht aus dem Lager Mramorak und am 16. Oktober 1946 – nach einer neuerlichen Internierung – gemeinsam mit seiner Frau die Flucht über die jugoslawisch-rumänische Grenze, von wo er über Ungarn nach Österreich gelangte.

[2750] Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien, 315, 320.

[2751] IM der FVRJ, Tabellarische Übersicht der internierten und nicht internierten Deutschen auf dem Territorium Jugoslawiens, undatiert [vermutlich von Ende 1945, Anm. Portmann], ASCG, F-50, 35/844, zitiert nach Portmann, Vojvodina, 256. Für das engere Serbien wurden noch 341 Volksdeutsche (davon 28 internierte) gemeldet, für den Kosovo 4 und für Bosnien-Herzegowina 1119 (davon 1117 internierte).

Sie erhielten vormittags von 8-11 und nachmittags von 14-16 Uhr Schulunterricht. Dreimal wöchentlich wurden sie zu Spaziergängen geführt. Sie lernten serbische Lieder auf deutsche Melodien singen, in denen ihre Eltern beschimpft wurden. So z. B. sangen sie u. a. ‚Unsere Eltern waren feige und wertlose Menschen, darum mussten sie sterben, wir wollen leben; unser Leib und unsere Seele gehört Tito, nur Tito und dem Kameraden Stalin…' Religionsunterricht wurde den Kindern nicht erteilt, sie wohnten auch keinem Gottesdienst bei. Zwei katholische Priester haben, während ich dort anwesend war, den Heimleiter gebeten, er möge ihnen die Kinder sonntags eine Stunde für den Religionsunterricht und Gottesdienst freigeben. Ich habe selbst gehört, als der 21-jährige Heimleiter, ein serbischer Partisane aus Syrmien, wörtlich erwiderte: ‚Zwischen uns ist eine Grenze, die Kinder gehören uns, und mit den Kindern können wir tun, was wir wollen. Wir brauchen keinen Gott, der ist viel zu alt, der hilft euch nicht mehr, und uns braucht er nicht helfen. Wir haben einen Tito.'

Mein Landsmann Simon Csapo, der seines ungarischen Namens wegen lagerfrei war, wollte seine zwei Enkelkinder, deren Mutter nach Russland verschleppt war, herausverlangen und zu sich nehmen. Es wurde ihm vom Ökonom des Heimes, einem serbischen Partisanen aus Titel, gesagt, er könne die Kinder nicht bekommen. Die Kinder wären von ihnen auf 4 Jahre übernommen, sie würden hier geschult werden. Die besten werden später auf die Offiziersschule geschickt, die zweitbesten werden zu tüchtigen Facharbeitern herangebildet, die weniger erfolgreichen Schüler werden Bauern und Arbeiter. Man füttere nicht umsonst die Kinder, sie müssen später auch etwas dafür leisten."[2752]

Der Bericht der Krankenpflegerin Barbara Beiler erinnert an die osmanische Knabenlese, die seitens der serbischen Historiker wiederholt scharf kritisiert wurde.[2753]

Die jahrelange Internierung führte jedenfalls zu einer erheblichen Dezimierung der Zahl der nach November 1944 in Jugoslawien verbliebenen Donauschwaben. Michael Portmann versuchte eine grobe Abschätzung der zahlenmäßigen Entwicklung, die dort und da leicht zu korrigieren ist: Von den im November 1944 zurückgebliebenen 160.000 Donauschwaben wurden in den ersten Wochen der Partisanenherrschaft etwa 7000 Funktionäre, Beamte, Militärs, Polizisten, Gendarmen, Intellektuelle, Besitzer etc. erschossen, über Weihnachten 1944/45 etwa 12.000 zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert. Im Verlauf des Winters 1944/45 dürften etwa 7000 Personen im Verlauf der ersten Internierungen gestorben sein (wohl nur eine Minderheit eines „natürlichen Todes"). Von der allgemeinen Internierung im Frühjahr 1945 wurden daher etwa 135.000 Donauschwaben erfasst, von denen 110.000 bis 120.000 in einem der rund 80 Lager inhaftiert wurden, während etwa 15.000 (Sympathisanten der Volksbefreiungsbewegung, unersetzliche Fachkräfte, Spezialarbeiter etc.) auf freiem Fuß bleiben durften. Die Todesfälle müssen aber weiter zugenommen haben, denn in einem Schreiben des Provinzkomitees der KP der Vojvodina an das ZK der KP Serbiens vom 23. August 1945 war nur mehr von 90.000 bis 100.000 internierten Donauschwaben die

[2752] Maschinenschriftlicher Bericht Barbara Beiler aus Apatin, 28. Jänner 1947, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 306-310, hier 309f.

[2753] Vgl. B. D. Papoulia, Ursprung und Wesen der „Knabenlese" im Osmanischen Reich (Südosteuropäische Arbeiten 59, München 1963).

Rede. Andererseits nahm das Interesse der serbischen Öffentlichkeit am Schicksal der Donauschwaben deutlich ab, was in der Berichterstattung der drei wichtigsten Zeitungen – *Borba*, *Politika*, *Slobodna Vojvodina* – nachlesbar ist. Daher ist dem Urteil von Zoran Janjetović zuzustimmen:

> „Vielmehr wurde über das Schicksal der rechtlosen und inkriminierten Schwaben systematisch geschwiegen, um damit die Schuld nationalsozialistischer Verbrechen auf die gesamte nationale Minderheit abzuwälzen."[2754]

Nach einem streng vertraulichen Arbeitsbericht des Innenministeriums vom 21. Jänner 1947 ließ Innenminister Ranković in der ersten Jahreshälfte 1946 sämtliche Lager für Donauschwaben überprüfen und soll daraufhin eine „ziemlich große Zahl dieser Leute" freigelassen haben. Dennoch verblieben im Sommer 1946 noch rund 100.000 Donauschwaben in Lagern. Nach einem Bericht des Bezirkskomitees Apatin soll aber bereits kleineren Gruppen die Flucht aus den Lagern und über die ungarische Grenze gelungen sein, wobei die „Kolonisten" – die mittlerweile in den donauschwäbischen Häusern einquartiert waren – offensichtlich Angst vor Plünderungen und Brandstiftungen seitens der geflüchteten Donauschwaben bekamen. Diese vermeintliche Angst verriet freilich nichts anderes als das schlechte Gewissen der „Kolonisten".[2755]

Innenminister Ranković und die Belgrader Regierung wurden im erwähnten Bericht vom 21. Jänner 1947 auch über die Situation in den Lagern informiert:

> „Der Zustand in diesen Lagern ist in jeder Hinsicht äußerst schlecht. Die Unterkunft, die hygienischen Bedingungen, die Ernährung und Kleidung sind weit unter den minimalen Anforderungen für ein geordnetes Leben. Obwohl dieses Ministerium und das Innenministerium der Volksrepublik Serbien viele Maßnahmen zur Verbesserung der Umstände getroffen haben, wurden nur schwache Ergebnisse erzielt."

Daher verlangte das Innenministerium vom Finanzministerium die Summe von 15 Millionen Dinar für die Bereitstellung von Lebensmitteln, Medikamenten, Schuhwerk und Treibstoff; genehmigt wurden 10 Millionen Dinar. Um das akute Bekleidungsproblem zu lösen, wandte sich das Innenministerium an die UNRRA, die immerhin sieben Eisenbahnwaggons mit Kleidern und Schuhwerk zur Verfügung stellte. Wie viele dieser Hilfslieferungen tatsächlich bei den mangelhaft bekleideten, hungernden und kranken Lagerinsassen landeten, bleibt ungewiss, da angenommen werden muss, dass einiges gestohlen und veruntreut wurde.[2756]

[2754] Statistički podadi o broju stanovnika Vojvodina 1946, AV, F-205, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 247f.; Zoran Janjetović, Prilog proučavanje položaja folksdojčera u Jugoslaviji, in: Istorija XX veka, 14/1 (Beograd 1996) 151.

[2755] Bericht IM der FVRJ an Generalsekretariat des Ministerrates, 21. Jänner 1947, ASCG, F-50, 33/157; Bericht des Bezirkskomitees Apatin der KP Serbiens an das Kreiskomitee Sombor, o. D., IAS, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 256f.

[2756] Bericht IM der FVRJ an Generalsekretariat des Ministerrates, 21. Jänner 1947, ASCG, F-50, 33/157, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 256f.

Die „Todeslager“ Gakowa/Gakovo, Jarek/Bački Jarak, Kruschiwl/Kruševlje, Rudolfsgnad/Knićanin und Molidorf/Molin 1945/47

Da die große Mehrheit der mutmaßlichen donauschwäbischen Kriegsverbrecher und Kollaborateure vor der Roten Armee und den Partisanen die Flucht ergriffen hatte bzw. noch in deutschen Militärformationen Dienst tat, befanden sich unter den zurückgebliebenen Donauschwaben verhältnismäßig wenige Männer zwischen 16 und 60 Jahren, dafür unverhältnismäßig viele Kinder unter 16 Jahren, Frauen und alte Leute über 60 Jahre. Von diesen war die Mehrheit nicht arbeitsfähig und wurde daher bald von der arbeitsfähigen Bevölkerung getrennt. Auf der Basis von 768 Berichten von betroffenen Deutschen aus 185 Lagern lässt sich feststellen, dass es unter den alten Leuten und Kindern wegen der unmenschlichen Verhältnisse, der völlig unzureichenden Ernährung, der mangelhaften ärztlichen Betreuung und der hierdurch entstanden Seuchen besonders viele Todesfälle gab. Am schlimmsten erging es den in großen „Todeslagern“ für Arbeitsunfähige zusammengepferchten alten und kranken Leuten sowie Müttern mit Kleinkindern, die in Rudolfsgnad (Knićanin), Gakowa (Gakovo), Jarek (Bački Jarak), Kruschiwl (Kruševlje) und Molidorf (Molin) konzentriert wurden. Das Lager von Rudolfsgnad am linken Ufer der unteren Theiß passierten ca. 33.000 Menschen, von denen nach geretteten Aufzeichnungen eines Lagerarztes 9503 verstorben sind, davon 8012 Erwachsene und 1491 Kinder unter 14 Jahren. Durch das Lager Gakowa nördlich von Sombor gingen etwa 18.000 Insassen, von denen ca. 8800 starben. Aus Jarek sind ebenfalls 18.000 Lagerinsassen überliefert mit 6400 Todesfällen, aus Kruschiwl 10.000 Insassen mit rund 3000 Todesfällen und aus Molidorf 7000 Insassen mit ebenfalls rund 3000 Todesfällen. Hunderte von Erlebnisberichten bezeugen die Rohheit und Brutalität der überwiegend serbischen Lagerverwaltungen und Wachmannschaften gegenüber den hungernden, frierenden, fiebernden und sterbenden donauschwäbischen Kindern und Greisen. Es muss hervorgehoben werden, dass in mehr als 80 Lagern insgesamt etwa 50.000 (!) elend zugrunde gingen.[2757]

Der von der Belgrader Regierung eingesetzten außerordentlichen Kontrollkommission für die Vojvodina schienen am 20. Mai 1945 die Verhältnisse in den Lagern im Allgemeinen noch nicht besorgniserregend, eher dort und da als zu günstig:

> „Die Lager der internierten Deutschen bieten nicht das Bild von Lagern, sondern sie leben in ihren Häusern und Dörfern ein fast normales Leben, an einigen Orten ein vollständig normales Leben, wie z. B. im Banat, wo den Deutschen noch nicht einmal der unbewegliche Besitz weg-

[2757] Wehler, Nationalitätenpolitik, 80-92; Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 51; Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien, 125-141; vgl. besonders Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien. Band III: Erschießungen – Vernichtungslager – Kinderschicksale in der Zeit von 1944 bis 1948, hg. von der Donauschwäbischen Kulturstiftung (München – Sindelfingen 1995).

genommen wurde und die Ernährung in vielen Fällen besser ist als diejenige unserer Armee. […] Die Lager bzw. die Dörfer unter speziellem Regime sind überhaupt nicht umzäunt und die Anzahl der Wachen ist sehr gering. So kommen z. B. in einem Lager auf 10.000 Internierte 25 Wachmänner, die sich nacheinander abwechseln. […] Auch die sich in den Lagern befindlichen arbeitsfähigen Personen werden nicht in befriedigendem Maße ausgenützt und arbeiten praktisch nichts. So befinden sich z. B. in Bački Jarak 11.000 Internierte, von denen nur 1300 für leichte Arbeit einzusetzen sind. In diesen Lagern befindet sich eine ziemlich große Anzahl an Kranken, Verkrüppelten und Kindern. In einzelnen Lagern sind Frauen und Männer gemischt. Die Sterblichkeit ist gering. Die Lager haben ihre Ambulanz, Apotheken und Ärzte. In den Lagern und den Dörfern mit Spezialverwaltung bekommen die Internierten täglich 500 Gramm Brot, etwas Verschiedenes (Bohnen, Kartoffeln oder Erbsen) und 20 Gramm Fett, und in einigen Lagern bekommen sie noch Speck zum Mittagessen und Milch für die Kinder. Im Banat essen die Deutschen in ihren Häusern und kochen, was sie wollen, obwohl angeordnet wurde, dass alle Deutschen interniert werden müssen und ihr Besitz konfisziert werden soll. Der Umgang mit den Internierten ist im Allgemeinen gut, und es gibt keine Ausfälle und Misshandlungen der Internierten. Früher gab es Misshandlungen und Vergewaltigungen von Deutschen, dies ist aber heute beseitigt und die Schuldigen wurden bestraft."[2758]

Es bleibt wohl ein Rätsel, wie die Kontrollkommission zu einem solch positiven Befund kommen konnte, denn aus Hunderten donauschwäbischen Augenzeugenberichten ist überliefert, dass bereits im Frühjahr 1945 neben den Drangsalierungen seitens der Wachen Hunger, Seuchen und Tod in den Lagern zu wüten begannen. Möglicherweise wichen die Inspektionsorgane wegen der persönlichen Ansteckungsgefahr gerade den besonders gefährdeten Lagern aus. Jedenfalls hinterließ der Abschlussbericht der Kontrollkommission in der Belgrader Regierung ein weitgehend falsches Bild und könnte eine Ursache für ihre Inaktivität gewesen sein.

Zumindest ein Bericht über die Konzentrationslager für die Deutschen in der Vojvodina aus dem Sommer 1945 hätte aber das Präsidium des Ministerrates alarmieren müssen. Hier war einerseits zu lesen: Auf dem Territorium der Gebietskommandantur Sombor – nahe der ungarischen Grenze – befänden sich zwei Dörfer unter besonderer Verwaltung, in denen überwiegend „arbeitsunfähige Insassen" zusammengepfercht wurden: in Gakovo 12.086 Personen, in Kruševlje 5766. In der Statistik fällt auf, dass die 12.086 Lagerinsassen des Lagers Gakovo nicht nach Arbeitsfähigen und Arbeitsunfähigen differenziert waren, auch nicht nach Männern, Frauen und Kindern, sondern dass lediglich der Hinweis: „Es herrschen Typhus und Diphteritis" vermerkt war – was in der Folge zu einer sehr hohen Todesrate führte. Unter den 5766 Lagerinsassen in Kruševlje befanden sich 4547 arbeitsunfähige Frauen und 475 Kinder. In Bački Jarak waren 8345 Personen zusammengepfercht (darunter 3369 arbeitsunfähige Frauen und 2966 Kinder), in Banatski Brestovac 5162 Personen (darunter überwiegend Arbeitsunfähige: 635 Männer, 1174 Frauen und 2490 Kinder) und in Mramorak 5061 Perso-

[2758] Abschlussbericht der außerordentlichen Kontrollkommission für die Vojvodina an das Präsidium des Ministerrats des DFJ, 20. Mai 1945, ASCG, F-50, 36/27-28, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 249f.

nen (darunter überwiegend Arbeitsunfähige: 1078 Männer, 1722 Frauen und 1349 Kinder).[2759] – Das „Todeslager" Knićanin auf der Banater Seite der Theiß war in diesem Bericht noch nicht vermerkt, da es erst im Oktober 1945 entstand.

Nachrichten über die Ausbreitung ansteckender Krankheiten in donauschwäbischen Lagern müssen dennoch an die politische Führung in Novi Sad und wohl auch in Belgrad gelangt sein, denn am 4. September 1945 erließ das Provinzministerium für Volksgesundheit die Weisung, in jedem Lager innerhalb kürzester Zeit ein Lagerkrankenhaus zu errichten und alle Personen mit ansteckenden Krankheiten dort zu pflegen. Außerdem sollten alle zur Entlassung vorgesehenen Personen 20 Tage in Quarantäne bleiben und die außerhalb des Lagers arbeitenden Personen jeden Kontakt mit „bürgerlichen Personen" (gemeint sind wohl jugoslawische Staatsbürger, Anm. Suppan) unterlassen. Da diese Weisung im Jänner 1946 wiederholt wurde, scheint die Ausbreitung von Seuchen noch nicht gebannt gewesen sein. Ab Dezember 1945 wurden auch Mitarbeiter der britischen Botschaft in Belgrad über die katastrophalen Zustände in den Konzentrationslagern für Donauschwaben informiert – angeblich durch zwei katholische Priester aus Apatin. In mehreren Berichten an das Foreign Office schilderten sie den anhaltenden Nahrungsmittelmangel, die unzulänglichen sanitären Einrichtungen, die mangelnde medizinische Versorgung, die Ausbeutung der Arbeitskraft und die hohe Sterblichkeitsrate und schlugen daher eine generelle Aussiedlung dieser Bevölkerung nach Deutschland oder Österreich vor.[2760]

Bački Jarak war bis September 1944 eine nahezu ausschließlich deutsche und evangelische Gemeinde nördlich von Novi Sad mit rund 2000 Einwohnern. Nach Evakuierung und Flucht der Mehrheit der Deutschen wurde hier schon im Dezember 1944 ein großes Konzentrationslager für die Deutschen aus der südöstlichen Batschka errichtet. Die Mehrzahl der Lagerinsassen waren ältere Personen und Mütter mit kleinen Kindern. Das hielt die Lagerkommandantin, eine serbische Partisanin, nicht zurück, sowohl ältere Leute als auch Kinder nach ihren Launen zu schlagen und einzusperren. Am Ostersonntag 1945 musste das noch vorhandene und versteckte Geld unter Androhung der Todesstrafe abgegeben werden, ebenso Wertsachen wie Eheringe und Ohrringe. Als im Mai 1945 im Lager Typhus ausbrach, starben – nach den Angaben der deutschen Totengräber – täglich zwischen 40 und 45 Personen, einmal sogar 53. Die Totengräber hatten die Verstorbenen in 2 m breiten und 2 m tiefen Massengräbern nackt zu beerdigen. Bis zur Auflösung dieses „Sterbelagers" am 17. April 1946 sollen in Bački Jarak 6400 Personen gestorben sein.[2761]

2759 Zahl der Lagerinsassen [vermutlich Sommer 1945, Anm. Portmann], ASCG, F-513, XXXIV MP, III-3/160, III-3/178-16, zitiert nach Portmann, Vojvodina, 475-486.

2760 Weisung GNOV an Bezirksvolksausschuss Sombor, 4. September 1945, und Bezirksvolksausschuss Sombor an Lagerverwaltung, 30. Jänner 1946, IAS, F-221, inv. broj 483 und 1445; Bericht brit. Botschaft in Belgrad an Southern Department des FO, 14. Dezember 1945, PRO, FO 371/55525, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 262-264.

2761 Protokollierte Aussagen des Landwirts Jakob Pleesz aus Šajkaški Sveti Ivan, Bezirk Titel in der Batschka, 19. August 1947, in: Dokumentation der Vertreibung V, 395-400.

Kinder, deren Eltern in Lagern wie Gakovo oder Kruševlje gestorben waren, wurden im Jahre 1946 für kurze Zeit in eigene Kinderlager deportiert, die von internierten donauschwäbischen Frauen geführt wurden. Aber nach drei Monaten wurden diese Lager wieder aufgelöst und die Kinder unbekannten Aufenthalts untergebracht.[2762]

Die Köchin Barbara Beiler aus Apatin kam Mitte Oktober 1945 als Krankenpflegerin in die Abteilung für Typhuskranke ins Spital des „Vernichtungslagers" Gakovo, wo sie bis zum 14. Juli 1946 blieb:

„[…] In Gakovo/Krs. Sombor waren 16-17.000 Internierte, fast durchwegs Arbeitsunfähige, Kranke, Alte und Kinder, in leeren Häusern, in denen keinerlei Möbel mehr vorhanden waren, zusammengepfercht. Bis zu 20 Personen lagen in einem Zimmer. Sie lagen auf dem Fußboden auf Stroh und waren schwersten Misshandlungen der rohen Wachmannschaften ausgesetzt. Die Lagerkommandanten wurden häufig gewechselt und waren durchwegs primitive und rohe Menschen. Im Dezember 1945 war ein Zigeuner, der vorher Schweinehirt in Sivac war, Lagerkommandant. Infolge der unzureichenden Ernährung und schlechten hygienischen Verhältnisse sind zahlreiche Lagerinsassen gestorben. Die Menschen sind hier buchstäblich verhungert, insbesondere in der Zeit vom Dezember 1945 bis März 1946. Es gab damals täglich: morgens eine leere Suppe ohne Fett, zu Mittag etwas gekochten Maisschrott oder Gerstel und abends wieder eine Suppe ohne Fett. Fünf Wochen hindurch gab es einmal überhaupt keinen Bissen Brot, später nur ein Stückchen ungenießbares Maisbrot. Kranke und Kinder bekamen die gleiche Verpflegung. Wir waren obendrein von Ungeziefer, vor allem von Läusen sehr geplagt. Der Hunger, insbesondere aber Fleck- und Bauchtyphus forderten zahlreiche Opfer. In den Monaten Dezember 1945, Januar und Februar 1946 bewegte sich die Zahl der Todesfälle unter den rund 16.000 Lagerinsassen zwischen 46 und 102 täglich.

Die Toten wurden in Massengräbern auf dem Acker hinter dem Gakovoer Friedhof ohne Priester eingegraben. Wir haben sie vorher in ihre Kleider eingenäht und auf einem Handkarren zum Totenhaus gebracht, von wo sie mit Pferdewagen zur Grube gefahren wurden. In einem Massengrab waren durchschnittlich 500-700 Tote eingescharrt. Ich erkundigte mich einmal bei einem der Totengräber über die Zahl der Toten im Gakovoer Lager. Er nannte mir eine Zahl über 7000. Anfangs hatten wir noch primitive Holzkreuze auf den Gräbern aufgestellt, sie wurden jedoch später von den Partisanen eingeholt und in der Bäckerei verheizt. Für die Kranken waren fast keine Medikamente vorhanden. In unserer Krankenabteilung wurden Kranke mit über 39° Fieber aufgenommen. Der Lagerarzt Dr. Scherer, selbst ein Deutscher, gab sich zwar viel Mühe, er konnte doch nicht viel helfen. Meine Mutter ist auch hier gestorben.

Viele Personen nahmen sich im Lager vor Verzweiflung das Leben. Mir sind nahezu 50 Selbstmordfälle bekannt. Eine Frau aus Ridjica, die das Flehen ihrer drei kleinen Kinder nicht mehr ertragen konnte und nicht zu Essen hatte, erwürgte ihre eigenen Kinder und erhängte sich. […] Frauen stürzten sich mit ihren Kindern in den Brunnen.

Die Kinder, die nur noch Haut und Knochen waren, boten mit ihren hervorstehenden Augen einen furchtbaren Anblick. In den Wintermonaten, in denen nicht geheizt wurde, sind viele von ihnen erfroren. Ich sah Kinder, aber auch Erwachsene, mit abgefaulten Fingern und Zehen. Mitte Januar 1946 wurden die Kinder von den anderen getrennt. Je 10 Kinder wurden einer Frau zur Betreuung übergeben. Dadurch sollten die arbeitsfähigen Mütter zur Arbeit freigemacht wer-

---

[2762] IKRK-Memorandum, Juli 1947: Les camps de concentration du gouvernement Tito dans le Batchka, zitiert nach: Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung", 295.

den. Ab Mai 1946 kamen Transporte mit Kindern aus dem Lager Kruševlje nach Gakovo, wo sie zunächst untersucht und durchleuchtet wurden. Die tuberkulösen Kinder wurden nach Palić geschickt, die anderen, 245 Mädchen und 120 Knaben im Alter von 4 bis 14 Jahren, kamen in Kinderheime nach Stara Kanjiža und Petrovo Selo. Es handelte sich hier um Kinder, deren Eltern entweder gestorben waren, in Russland verschleppt oder sonst vermisst waren. […]“[2763]

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch die zwischen den nationalen Minderheiten differenzierende Haltung des von den serbischen Partisanen eingerichteten Haupt-Volksbefreiungsausschusses der Vojvodina. Auf einer Versammlung am 29. März 1945 wurde beschlossen, die ungarische Bevölkerung als „alteingesessene Bevölkerung“ mit allen bürgerlichen Rechten zu behandeln und nur die Verbrecher und Diener des Horthy'schen Besatzungsregimes zu bestrafen. Slowaken und Ukrainer (Rusini) galten als slawische Brüder, die Rumänen offensichtlich als ehemalige Verbündete – was natürlich nicht für die Jahre 1941-44 gegolten hatte. Der deutschen Bevölkerung der Vojvodina aber, „die in ihrer Gesamtheit im Dienste des deutschen Faschismus“ gestanden sei, gebühre „kein Platz mehr in unserem Lande“.[2764]

Im Juli 1946 verfasste der ehemalige Oberlandesgerichtspräsident in Groß-Betschkerek und ehemalige Skupština-Abgeordnete Wilhelm Neuner[2765] aus dem

---

[2763] Maschinenschriftlicher Bericht Barbara Beiler aus Apatin, 28. Jänner 1947, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 308f. Beiler gelang am 23. August 1946 die Flucht aus dem Lager Gakovo und über die jugoslawisch-ungarische Grenze; in Bayern fand sie ihren Ehemann und ihren Sohn.

[2764] Edmund SCHWEISSGUTH, Die Entwicklung des Bundesverfassungsrechts der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien (Studien des Instituts für Ostrecht 9, München 1961) 88f.

[2765] Der aus Hohenmauthen (Muta) in der Untersteiermark gebürtige Dr. Neuner war gleich nach dem Kriegsende 1918 vom Oberlandesgericht in Graz als Rechtspraktikant dem Kreisgericht Marburg (Maribor) zugewiesen und – offenbar auf Grund seiner sehr guten Slowenisch- und Serbo-Kroatisch-Kenntnisse – sogar von General Maister akzeptiert worden. Da Neuner auch Ungarisch beherrschte, wurde er am 16. Juni 1920 als Richter in den jugoslawischen Banat versetzt und legte am Oberlandesgericht in Neusatz (Novi Sad) auch die Richteramtsprüfung über das ungarische Recht ab. In den 1920er und teilweise in den 1930er Jahren war Neuner Richter beim Kreisgericht in Groß-Betschkerek (Veliki Bečkerek), Bezirksrichter in Palanka (Bačka Palanka), Gerichtsrat des Kreisgerichts in Groß-Kikinda (Velika Kikinda) und zuletzt Präsident des Oberlandesgerichts in Groß-Betschkerek. Hier hatte er auch eine Banater Schwäbin geheiratet und war Vater eines Sohnes geworden. Von 1923 bis 1929 war Neuner Abgeordneter der Deutschen Partei im Belgrader Parlament und besuchte als solcher Bundespräsident Hainisch, Bundeskanzler Seipel und Bürgermeister Seitz in Wien. Im Frühjahr 1930 als früherer Abgeordneter verhaftet, wurde er im September 1930 auf Befehl König Aleksandars wieder auf freien Fuß gesetzt, wurde zum Hauptmann der Reserve ernannt und erhielt den Orden der jugoslawischen Krone. In den 1930er Jahren gab Neuner seinen Richterberuf vorübergehend auf und wirkte als Rechtsanwalt in Groß-Betschkerek. Nach der Besetzung des Banats durch deutsche Truppen im April 1941 wurde er zum Oberlandesgerichtspräsidenten für den westlichen Banat ernannt, wo ihm vier Gerichtshöfe mit 113 Richtern unterstanden. Trotz mancher Einmischungsversuche seitens des Reichsjustizministers und des deutschen Militärbefehlshabers in Belgrad konnte Neuner im Wesentlichen im Rahmen der Gesetze Recht sprechen. Im Oktober 1944 floh Neuner weder vor der Roten Armee noch vor den Partisanen. Nach dem Todesurteil durch ein

Konzentrationslager Knićanin einen „verzweifelten Hilferuf" an den Botschafter Großbritanniens in Belgrad mit der Bitte um Weiterleitung an die zuständige britische Behörde in Deutschland. Gleichzeitig bat Neuner, die Frage der Deutschen in Jugoslawien bei Verhandlungen der Außenminister über die österreichische oder deutsche Frage vorzubringen. Im Einzelnen formulierte Neuner folgende Bitten:

„1. Die deutschen Zivilpersonen, welche heute noch in Jugoslawien in den verschiedenen Konzentrationslagern leben, haben den Wunsch und die Bitte, sobald als möglich aus Jugoslawien ausgesiedelt zu werden. Es handelt sich hiebei um das Schicksal von etwa 150.000 Menschen. Sie bitten um Aussiedlung, womöglich nach Österreich oder Deutschland.

2. Die Deutschen in Jugoslawien bitten, dass Großbritannien und die USA, als Mächte, welche jene Gebiete Deutschlands und Österreichs okkupiert haben, von wo die jugoslawischen Deutschen vor mehr als 200 Jahren hierher ausgesiedelt [sic!] worden sind, sich ihrer anzunehmen und ihre Rücksiedlung [sic!] selbst durchführen oder deren Durchführung durch ‚UNRRA' oder das Internationale Rote Kreuz vermitteln möchten. Die jugoslawischen Deutschen können sich mit diesem Anliegen sonst an niemanden wenden. Denn da sie durch das jugoslawische Gesetz vom 21. 11. 1944 [sic!] zu Menschen ohne Staatsbürgerschaft gemacht wurden, keinerlei Rechte haben und vogelfrei sind, haben sie auf Grund des Artikels 39 der neuen jugoslawischen Verfassung vom 31. 1. 1946 auch nicht einmal mehr das Recht, sich mit ihrer Bitte an die jugoslawischen Behörden zu wenden, da so etwas nur ‚Bürgern' gestattet ist. Auf Grund dieser Rechtslage können sich die jugoslawischen Deutschen nur auf allgemeine Menschenrechte und auf die Heimatrechte berufen, welche ihre Väter hatten, bevor sie vor mehr als 200 Jahren aus den von Großbritannen und den USA in Österreich und Deutschland besetzten Gebieten hierher kamen.

3. Die jugoslawischen Zivilpersonen bitten, ebenso wie dies den politischen Flüchtlingen jugoslawischer Nationalität zuteil wird, bis zum Tage der Aussiedlung aus Jugoslawien um ausschließliche Betreuung und Versorgung durch die ‚UNRRA' und durch das Internationale Rote Kreuz, da sie keine jugoslawischen Staatsbürger mehr sind. Sie sind die Allerärmsten und Allerbedürftigsten von allen Menschen, welche in Jugoslawien leben, und müssen am meisten Not und Hunger leiden, da sie als Menschen ohne Bürgerrechte die allergeringste Fürsorge und keinerlei Lieben durch den Staat Jugoslawien genießen, welcher ihnen alles genommen hat und sie noch immer als Sklaven verkauft oder als rechtlose Menschen in Konzentrationslagern hält, wo sie der Vernichtung entgegengehen. Sie bitten auch um Ärzte, Zahnärzte und Medikamente wie auch darum, dass ihre Kranken ebeno in Spitäler aufgenommen werden möchten wie alle übrigen Menschen. Für alle Auslagen bietet das gewaltige Vermögen, welches man ihnen abgenommen hat und welches doch einen Wert von weit über 100 Milliarden Dinar beträgt, eine hinreichende Deckung.

4. Die jugoslawischen deutschen Zivilpersonen bitten um sofortige Entlassung aus den Konzentrationslagern, so dass auch sie sich als Zivilpersonen ebeno frei bewegen können wie alle anderen Menschen. Sie bitten, dass doch auch sie schon sogleich, wie alle Menschen in der Welt mit ihren Familienmitgliedern, von welchen sie nun schon im zweiten Jahr mit

---

Partisanenkommando entging er nur durch Flucht in das Regierungsgebäude der Erschießung. Auf Befehl der OZNA wurde er zuerst im KZ Zrenjanin interniert, wo er schwere Holzarbeiten zu verrichten hatte. Im Frühjahr 1946 wurde er mit seiner Gattin ins Vernichtungslager Rudolfsgnad deportiert, wo er das Massensterben der kleinen Kinder, Frauen und Greise täglich miterlebte. – Walter Neuner, Dr. Wilhelm Neuner – Biographie, in: Der Untersteirer (Graz), 3/2009, 5f., 4/2009, 7-9.

Gewalt getrennt sind, unter einem Dach leben dürfen. Zu diesem Zweck bitten sie, dass die einzelnen Familienmitglieder sogleich in jene Ortschaften zurückgebracht werden, wo sie früher ständig wohnten und arbeiteten und dass sie dort bis zum Tage der Aussiedlung in ihren eigenen Häusern und früheren Wohnungen in gleicher Weise wie die Menschen in allen Ländern der Welt wieder wohnen dürfen. Insbesondere bitten sie, dass ihnen die von ihnen mit Gewalt verschleppten Kinder zurückgegeben werden. Wo aber die Eltern in der Zwischenzeit erschossen wurden oder verschwunden sind oder in Konzentrationslagern auf andere Art zugrunde gingen, mögen diese Kinder den nächsten Blutsverwandten ausgefolgt werden. Die Erträgnisse, welche ihr Vermögen seit dem Tage ihrer Vertreibung von ihrem Besitz abgeworfen hat, und das Geld, die Beweglichkeiten, Einrichtungsgegenstände und sonstige Werte, welche von ihnen bei der Abführung in die Konzentrationslager zurückgelassen werden mussten oder abgenommen wurden, mögen ihnen zur Deckung ihrer Lebensunterhaltungskosten bis zum Tage der Aussiedlung zur Verfügung gestellt bezw. zurückgegeben werden. Schließlich bitten sie auch noch darum, dass sie bis zum Tage der Aussiedlung wenigstens über ihre Beweglichkeiten frei verfügen dürfen wie auch über das, was sie zur Linderung ihrer Not als Geschenk von anderen bekommen haben oder noch erwerben werden oder besitzen, damit auch sie sich Lebensmittel und Bedarfsartikel, die man ihnen früher abgenommen hat, wieder erwerben können wie alle anderen Menschen im Lande.

5. Es wäre der Wunsch der jugoslawischen deutschen Zivilpersonen, dass man wenigstens bei denjenigen von ihnen, welche nicht geflohen, sondern im Lande geblieben sind und von den jugoslawischen Behörden mit Gewalt aus ihren Häusern und von ihrem Besitz vertrieben und in die KZ. geworfen worden sind, anordnen möge, dass ihr unbewegliches und das gesamte bewegliche Vermögen, sowie sie es bei ihrer Wegführung in die KZ. zurücklassen mussten, unter ihrer eigenen Mitwirkung für alle Fälle aufrichtig inventarisieren und abschätzen lassen möchte, wobei auch ihre eigenen Äußerungen zu berücksichtigen wären. Für alles, was sie gegen ihren Willen zurücklassen oder hergeben mussten, möge ihnen als Menschen, welche keine jugoslawischen Staatsbürger mehr, sondern staatenlos sind, eine wahre, gerechte Entschädigung festgestellt und so verrechnet werden, wie diese Frage bezüglich der Deutschen von Rumänien, Ungarn und der Tschechoslowakei geregelt werden wird.

6. Die jugoslawischen Deutschen bitten, dass das sinnlose, ungestrafte Ermorden und Misshandeln von Deutschen durch Organe der Behörden sogleich eingestellt werden möchte. Wer aber einen deutschen Zivilisten bisher ermordet hat oder dessen Tötung angeordnet oder dessen Tod verursacht hat, soll sich verantworten müssen. Der Verkauf der jugoslawischen Deutschen als Sklaven soll sofort eingestellt werden und es sollen alle bereits verhandelten Sklaven das Recht bekommen, sich sofort frei zu verdingen, wie alle anderen Menschen in der ganzen Welt und sie sollen über ihren Lohn frei verfügen dürfen."[2766]

Der pensionierte Richter Neuner, der wegen seiner „korrekten Haltung während des Krieges und der Okkupation als Gegner des Faschismus" angesehen wurde, betrachtete es als einer der „letzten im Lande lebenden Führer" der jugoslawischen Deutschen als seine Pflicht, auf die Klagen und Leiden von ungefähr 150.000 Menschen deutscher Volkszugehörigkeit hinzuweisen, „welche den Aus-

[2766] Dr. Wilhelm Neuner, KZ Rudolfsgnad (Knićanin), an den britischen Botschafter in Belgrad, im Juli 1946, in: Untersteirer, 3/2007, 4f. Das Schriftstück, das im Regionalmuseum Ehrenhausen in der südlichen Steiermark aufbewahrt wird, sollte auch an den US-Botschafter in Belgrad sowie an den jugoslawischen Ministerpräsidenten, den Justiz- und Innenminister weitergeleitet werden.

bruch des Krieges nicht verursacht haben und trotzdem schon im zweiten Jahr in den verschiedenen Konzentrationslagern Jugoslawiens der Vernichtung entgegengehen". Bei aller moralischen Berechtigung des Hilferufs erstaunt die Reihenfolge der Bitten. Da sich auch Neuner schon mehrere Monate im Konzentrationslager Rudolfsgnad befand, hatte er das Massensterben miterlebt, sodass sofortige Maßnahmen gegen die Fortsetzung dieses Völkermordes zu ergreifen gewesen wären. Diese berechtigte Anklage getraute sich Neuner aber offensichtlich nicht zu erheben. Hingegen erscheint – angesichts der katastrophalen Verhältnisse in den jugoslawischen Konzentrationslagern – seine Bitte um baldige Aussiedlung der jugoslawischen Deutschen nach Österreich oder Deutschland als einziger Rettungsanker. Das Hoffen auf Hilfe seitens der UNRRA und des Roten Kreuzes ist ebenso verständlich. Dass sich der AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 ursprünglich „nur" auf die Enteignung der Deutschen bezogen hatte und nicht auf den Entzug der staatsbürgerlichen Rechte, konnte auch Richter Neuner nicht wissen. Freilich waren seine Bitten um Registrierung des enteigneten Besitzes bzw. um Zur-Verfügung-Stellung bis zur Aussiedlung völlig realitätsfremd, wenn man sich die Gewaltmethoden der zwischen Oktober 1944 und Mai 1945 vor sich gehenden kommunistischen Machtergreifung und die allgemeine Rechtsunsicherheit vor Augen führt.

Das Schreiben Neuners an den britischen Botschafter wurde von der Postzensur beschlagnahmt, Neuner vom Lagerkommandanten verhört und zum Tode verurteilt. Das Urteil sollte durch Einsperren in einem niedrigen und nassen Keller und Verhungernlassen vollzogen werden. Eine Nachricht von diesen grausamen Vorgängen muss doch zum britischen Botschafter in Belgrad gelangt sein, der die jugoslawische Regierung alarmierte, die nach einer Untersuchung den Lagerkommandanten in Rudolfsgnad suspendierte. Dr. Neuner landete im Polizeigefängnis in Belgrad, dann im Polizeigefängnis in Novi Sad, dann in einem Lager bei Subotica – wo ihm die Möglichkeit zur Flucht nach Ungarn angeboten wurde –, dann in einem Kriegsgefangenenlager in Zemun, schließlich im OZNA-Gefängnis in Belgrad, wo mehrere deutsche Generäle interniert gewesen waren. Auf Grund einer neuerlichen schweren Erkrankung wurde Neuner ins Garnisonsspital überstellt, dann wieder ins OZNA-Gefängnis zurückgebracht. Hier erfuhr er endlich, dass die Untersuchungen über seine Beschwerden abgeschlossen seien, er aber auf Grund seiner deutschen Volkszugehörigkeit zurück ins Lager müsse, diesmal in ein Zentrallager bei Novi Sad. Noch im Winter 1947/48 ließ hier der Lagerkommandant hilflose deutsche Frauen und Kinder durch Misshandlungen, Grausamkeiten und Hungerkuren quälen, sodass Neuner einen neuerlichen Beschwerdebrief an den Ministerpräsidenten richtete. Abermals erschien ein Vertreter des Innenministeriums und überprüfte die Vorwürfe. Und abermals rächte sich der Lagerkommandant mit Einsperren in den Lagerbunker. Noch am 27. März 1948 mussten alle deutschen Zivilpersonen zum Appell antreten, woran sich Neuner genau erinnerte:

„Es war im Auftrage des Innenministers der Autonomen Provinz Wojwodina (Banat und Batschka) der Sektionschef über die Lager, welcher einen großen Teil der Verantwortung für die Vernichtung der deutschen Menschen in Jugoslawien hatte, erschienen. Er hielt eine Rede, in welcher er sich, ohne dass ich auch nur mit einem einzigen Wort darauf reagiert hätte, hauptsächlich mit meiner Person befasst hat. Der Sinn seiner Rede war der, dass es die Regierung der Wojwodina bedauere, dass ich ins Ausland gelassen werde. Eigentlich hätte er mich noch Tag zuvor in ein Auto setzen und aus der Stadt irgendwo hinaus führen und für immer verschwinden lassen können, sagte er wortwörtlich. Jetzt aber sei von der Belgrader Zentralregierung die Anordnung gekommen, dass ich nach Österreich zu repatriieren sei.“[2767]

Im Juli 1947 verfasste ein Vertreter des IKRK ein Memorandum über die Konzentrationslager in der Batschka und kam zum Schluss, dass die Rationen in den vier Lagern Bački Jarak, Filipovo, Gakovo-Kruševlje und Sekić, in die nicht-arbeitsfähige Gefangene aus anderen Lagern geschickt worden waren, so niedrig angesetzt seien, dass sie nur den Zweck hätten, deren Tod durch „natürliche“ Ursachen herbeizuführen.[2768]

Dass von insgesamt etwa 135.000 internierten Donauschwaben nahezu 50.000 in den Internierungs- und Todeslagern an Hunger, Krankheit und Tortur elend zugrunde gingen, sagt letzten Endes mehr als alle Erklärungen und Interpretationen. Dass sich unter den Todesopfern überwiegend Frauen, Kinder und alte Männer befanden, verschärft die Beurteilungslage. Daher greift das Resümee des serbischen Historikers Zoran Janjetović sicher zu kurz:

„However large the number of the victims was, no intention of exterminating the Ethnic Germans existed. Thus, although the consequences were almost as bad as genocide, the whole deplorable affair cannot be called by that name.“[2769]

Ein die totale Macht innehabendes Regime, das den überwiegenden Teil einer ethnischen Gruppe enteignet, entrechnet und interniert, sodann in den Internierungslagern durch mangelnde Ernährung und Hygiene derart katastrophale Zustände zulässt, dass 37 % der Internierten daran elend zugrunde gehen, muss sich den Vorwurf des Genozids vorhalten lassen. Dazu bedarf es keiner Auffindung eines Befehls Titos oder Ranković’, Teile dieser ethnischen Gruppe bewusst auszurotten.

[2767] Neuner wurde nach diesem Appell tatsächlich mit seiner Gattin in einer Gruppe von 57 österreichischen Staatsbürgern zum Bahnhof in Novi Sad geführt, in zwei Viehwaggons verladen und in zweitägiger Fahrt ohne Verpflegung und Wasser zur österreichischen Grenzstation Spielfeld gebracht. In Graz war Dr. Neuner bis zu seiner Pensionierung als Landesgerichtsrat tätig. – Der Untersteirer, 4/2009, 8f.

[2768] Memorandum IKRK, Les Camps de Concentration du Gouvernement Tito dans le Batchka, Juli 1947, in: Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung“, 186.

[2769] Zoran Janjetović, The Disappearance of the Germans from Yugoslavia: expulsion or emigration?, in: Tokovi istorije, 1-2 (2003) 85f.; Zoran Janjetović, Das Verschwinden der Donauschwaben: Die Deutschen in der Vojvodina am Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Vladimir Mitrović – Christian Glass (Hgg.), Suživot Nemaca i Srba u Vojvodini. Daheim an der Donau. Zusammenleben von Deutschen und Serben in der Vojvodina (Novi Sad – Ulm 2009) 218-223.

Die Verfolgung der Deutschen in Slowenien 1945

Die Slowenen hatten als erste unter allen Südslawen die nationalsozialistische Rassen-, Verfolgungs- und Aussiedlungspolitik erleiden müssen. Und im Unterschied zu den Kroaten und bosnisch-herzegowinischen Muslimen, aber auch zu den Serben, Montenegrinern und Makedoniern, hatte den Slowenen bei einem Sieg des nationalsozialistischen Deutschland und des faschistischen Italien der Untergang der slowenischen Nation durch Unterdrückung, Aussiedlung und Assimilation gedroht. Dies erklärt sowohl die Intensität und Härte des Partisanenkampfes als auch die anti-deutschen und anti-italienischen Hassgefühle bei Kriegsende. Daher fielen die slowenischen Verfolgungsmaßnahmen gegenüber den im Küstenland verbliebenen Italienern kaum milder aus, da die italienische Besatzungsmacht bei der Verfolgung der Partisanen in der *Provincia di Lubiana* kaum zurückhaltender als die Deutschen in der Untersteiermark und Oberkrain agiert hatte. Dass die Abrechnung mit dem Deutschtum in Slowenien nicht nur mit dem Verhalten der deutschen Minderheit während des Weltkrieges motiviert war, sondern durchaus mit rassenideologischen Motiven nach NS-Vorbild, bestätigte der Rechtsanwalt Makso Šnuderl, Vorsitzender der Kommission zur Feststellung der Verbrechen der Besatzungsmächte und ihrer Helfer:

> Dabei sei sie von der Überzeugung ausgegangen, dass „solange diese zwar zahlenmäßig schwachen, jedoch in allen anderen Hinsichten starken deutschen Elemente unter unsere Bevölkerung gemischt sind, sie als Hefe der Zersetzung im Volk sein Volksbewusstsein und Wachstum drosseln, es wirtschaftlich lähmen und in diesem Zusammenhang auch seinen materiellen und kulturellen Fortschritt hemmen werden. […] Darum ist das einzige Hilfsmittel gegen diesen Zustand, die Staatsgrenze zwischen den steirischen Slowenen und der ehemaligen jugoslawischen deutschen Minderheit zu ziehen und so den hundertjährigen Eiterherd aus dem Volkskörper zu entfernen.“[2770]

Im Ende Februar 1944 gebildeten „Slowenischen Volksbefreiungsrat“ (*Slovenski narodnoosvobodilni svet*) wurde die Lösung der Frage der deutschen Minderheit immer intensiver diskutiert. Šnuderl verfasste Anfang September 1944 einen „Vorschlag für die ersten Maßnahmen zur Machtübernahme in der slowenischen Steiermark“: Wegen der Rolle der untersteirischen Deutschen in der genozidalen nationalsozialistischen Besatzungspolitik – die Slowenen verloren im Zweiten Weltkrieg insgesamt mindestens 95.000 Angehörige, etwa 7 % der damaligen Bevölkerung (!) – müssten sie vollständig aus dem slowenischen Gebiet vertrieben, ihr Eigentum beschlagnahmt und für die Wiedergutmachung der Kriegsschäden verwendet werden. Dieser Vorschlag wurde von einer Expertengruppe des „Volksbefreiungsrates“ noch hinsichtlich des Personenkreises konkretisiert: „Alle Deutschen, egal ob jugoslawische oder fremde Staatsbürger, die Mitglieder des Kulturbundes oder anderer nationalsozialistischer Organisationen waren, sollen

[2770] Makso Šnuderl, Dnevnik 1941-1945, 2. Teil (Maribor 1994) 508-511, zitiert nach: Nećak, „Die Deutschen“, 390.

samt ihren Familien des Landes verwiesen werden, weil sie ihren eigenen Staat verraten bzw. die Gastfreundschaft des Landes missbraucht haben, in dem sie gelebt haben."[2771]

Der AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 „über die Überführung des feindlichen Vermögens in den Staatsbesitz, über die staatliche Verwaltung des Vermögens abwesender Personen und über die Sequestration des Vermögens, das von den Okkupationsbehörden zwangsweise entzogen wurde", bestimmte auch für die Slowenien-Deutschen:

> „Mit dem Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung wird in Staatsbesitz überführt: 1) Das gesamte Vermögen des Deutschen Reiches und seiner Staatsbürger auf jugoslawischem Territorium; 2) das gesamte Vermögen von Angehörigen deutscher Nationalität mit Ausnahme derjenigen Deutschen, die in den Reihen der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee gekämpft haben, sowie von Angehörigen neutraler Staaten, die während der Okkupationszeit keine feindliche Tätigkeit entwickelt haben; 3) das gesamte Vermögen von Kriegsverbrechern und deren Helfern, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit, sowie das Vermögen jeder Person, die durch das Urteil eines bürgerlichen oder eines Kriegsgerichts zum Verlust ihres Vermögens zugunsten des Staates verurteilt worden ist."[2772]

Da sich nach einer Statistik der slowenischen Kommission zur Feststellung der Verbrechen der Besatzungsmächte und ihrer Helfer in der Untersteiermark nur 278 Deutsche als offene Gegner des Nationalsozialismus deklariert hatten, 507 neutral geblieben waren und sich gar nur 32 der slowenischen Volksbefreiungsbewegung angeschlossen hatten, betraf der AVNOJ-Beschluss praktisch alle untersteirischen, Krainer und Gottscheer Deutschen. Zu den wenigen Personen, die sich den slowenischen Partisanen angeschlossen hatten, gehörten die Industriellenfamilie Woschnagg und der Gerichtsvorsteher Dr. Wilhelm Hess aus Schönstein (Šoštanj) sowie Dr. Fritz Matzner aus dem Besatzungsapparat.[2773]

Unmittelbar nach Kriegsende begannen die Abrechnung mit dem deutschen „Klassenfeind" und eine „Expropriation auf patriotischer Grundlage", wie sich Boris Kidrič ausdrückte, der seit 5. Mai 1945 Vorsitzender der slowenischen Volksregierung war. Am 11. Juni 1945 machte er auf dem Marburger Hauptplatz unmissverständlich deutlich, was unter dieser „Expropriation" zu verstehen war: „Aus den nördlichen Gebieten müssen die Reste des Deutschtums verschwinden. Es ist unzulässig, dass diese Reste noch auf slowenischer und jugoslawischer Erde spazieren gehen. Die Leute, die den Schweiß des Volkes ausgesaugt haben, diese

[2771] Dušan Nećak, Über das Schicksal der Deutschen in Slowenien. Vergeltung und Vertreibung nach 1945, in: was 88, 1997, 162f.; Stefan Karner, Slowenien und seine „Deutschen". Die deutschsprachige Volksgruppe als Subjekt und Objekt der Politik 1939 bis 1998 (Bonn 2000) 18.

[2772] Nećak, „Die Deutschen", 387. Wie noch näher ausgeführt wird, gab es am 21. November 1944 keinen zweiten AVNOJ-Beschluss. Der in der Historiographie tradierte Irrtum entstand durch eine besondere Auslegung eines AVNOJ-Ausschusses am 23. Mai 1945, der am 8. Juni 1945 veröffentlicht wurde.

[2773] Nećak, „Die Deutschen", 385.

Leute, die mithalfen, unser Volk zu versklaven, diese Leute dürfen nicht mehr hier bleiben [...]".[2774]

Amalia Brame aus der Gottschee schilderte – manchmal in etwas seltsamem Deutsch – das Schicksal vieler ihrer Landsleute bei Kriegsende, als sie aus der Südostecke der Untersteiermark, wohin sie im Herbst 1941 umgesiedelt worden waren, nach Norden flüchten wollten und letzten Endes abgeschoben wurden:

> „[…] Die Trecks, welche paar Tage zuvor ihren Weg Richtung Österreich nahmen, kamen, von den Partisanen getrieben, wieder nach Rann zurück, wo sie tagelang auf einem großen Viehplatz lagerten. Natürlich von einer Horde bewacht und aller Habe beraubt. Das Elend war unbeschreiblich, hinzu kam, dass sie die Männer von ihren Familien abführten. Wir aber waren zu 10 Personen in ein kleines Zimmer verdrängt, während sich 20 Partisanenoffiziere mit Mannschaft in unserer Wohnung breitmachten. Unser Geschäft, vollgestopft mit Lederwaren und etc., wurde von denen gleich versiegelt. So waren wir ca. 4 bis 5 Wochen unter dieser Horde [sic!]. Meine Töchter und ich mussten dann die Straßen von toten Soldaten und Tierkadavern räumen, ebenso wurden sie in der Partisanenküche zur Mithilfe verpflichtet, bis wir dann den Laufpass bekamen. Und mit uns noch ca. 70 Gottscheer, Familie Perz, Zurl, Darowitsch, Mallner, Eppich, Jaklitsch u. a. Jeder von uns durfte etwas Handgepäck mitnehmen, doch wehe, um Mitternacht während der Fahrt hat man uns im Viehwaggon überfallen und wieder noch [sic!] dieser kleinen Habe beraubt. Die Eheringe wurden von unsern Fingern gezogen sowie noch einigen vom Transport die Kleider und Schuhe ausgezogen. Die schlimmsten Fluchwörter wie ‚Du deutsches Schwein' und ‚Hitlerhure' mussten wir erdulden.
>
> In Marburg angekommen, wurden wir von berittenen Partisanen 10 km weit zu Fuß getrieben, wo wir dann ausgehungert und erschöpft in Brunnsee ankamen. […] In einer von Flüchtlingen überfüllten Baracke übernachteten wir dort, Gottlob nur eine Nacht. Wieder wurden wir im Viehwaggon einwaggoniert, und keiner vom ganzen Transport wusste, wohin die Reise geht. Unser Ziel und Wunsch war Deutschland. Doch während der ganzen Fahrt sahen wir nur russisches Militär auf den Bahnhöfen sowie einen Strom von Flüchtlingen, bewacht von diesen Horden. Am Bahnhof in Graz war es einem Zufall zu verdanken, dass nicht unser ganzer Transport von den Russen geschnappt wurde. Ein furchtbares Gejohle durch den Siegesrausch der Russen ließ uns fast das Blut erstarren vor Angst, was diese aus uns machen wollen. […] wie durch ein Wunder lief unser Zug weiter – Richtung Bruck. Da hielt der Zug und wir stiegen aus. Aber überall voll Russen. […] So trachteten wir, uns so schnell wie möglich aus dem Blickfeld der Russen zu entziehen, und es gelang uns Gottlob dann, in Niklasdorf bei Leoben in einem völlig verwanzten Lager unterzukommen."[2775]

Bereits einen Monat nach Kriegsende waren die slowenischen Verfolgungsmaßnahmen zu einer hasserfüllten nationalen Abrechnung ausgeartet, die in nicht wenigen Fällen zu Mordaktionen führte. Von jugoslawischen und slowenischen politischen Organen bzw. militärischen und polizeilichen Kommanden wurden Handlungen in der Absicht begangen, „die Deutschen" zu bestrafen und sie außer Landes zu schaffen. Gleiches sollte mit Gleichem vergolten werden, die Massenmorde der Nationalsozialisten durch Massenhinrichtungen, die Einheiten der

[2774] Nećak, Volksgemeinschaft, 165; Karner, Volksgruppe, 97.

[2775] Handschriftliches Schreiben Amalia Brame aus der Gottschee, 11. März 1958, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 311-313. Frau Brames Bruder, der Metzgermeister Richard Schleimer aus Tüffer (Laško), wurde von serbischen Partisanen in bestialischer Weise ermordet, obwohl er weder eine politische Funktion innegehabt hatte noch beim deutschen Militär gewesen war.

„Organisation zum Schutz des Volkes“ (OZNA) und des „Korps der nationalen Verteidigung Jugoslawiens“ (KNOJ) sofort nach Kriegsende durchführten. Opfer waren deutsche Kriegsgefangene, Angehörige der deutschen Minderheit und Slowenen mit roter „Heimatbund“-Mitgliedskarte und – im wesentlich größeren Ausmaß – slowenische *Domobranci*, sogenannte Weißgardisten, königstreue „Blaue Garden“, „Dorfwachen“, „Deutschtümler“ (*Nemčurji*) und Aktivisten gegen die „Befreiungsfront“. Massenerschießungen von Deutschen auf dem Gebiet der Untersteiermark wurden aus der Gegend von Rann (Brežice) berichtet – dort mit einer großen Anzahl von Kriegsgefangenen, auch kroatischer und slowenischer Nationalität –, aus dem Barbara-Stollen (nun *Huda Jama* – „Böse Grube“ genannt) bei Tüffer (Laško), vom Stadtrand von Cilli (Celje) und Gonobitz (Konjice), Windischfeistritz (Slovenska Bistrica) und Mahrenberg (Radlje ob Dravi) und von den Panzergräben bei Marburg-Thesen (Maribor-Tezno). Noch am 6. Dezember 1945 sollen als Vergeltung für die Explosion eines Munitionswaggons in Marburg, die als deutscher Sabotageakt ausgelegt wurde, 200 bis 300 Deutsche erschossen worden sein.[2776]

Nach Schätzungen einer slowenischen „Parlamentarischen Untersuchungskommission“ von 1995 dürften auf dem Gebiet Sloweniens von Mai bis August 1945 allein 14.141 Slowenen umgebracht worden sein, der Großteil von ihnen *Domobranci*, die von der britischen Armee aus dem Lager Viktring ausgeliefert worden waren. Massengräber ermordeter Deutscher wurden in der Umgebung von Marburg, Herbertstein, Tresternitz, Pettau, Windischfeistritz, Mahrenberg, Tüffer (Laško), Gurkfeld (Krško), Rann, Frauheim und Radmannsdorf (Radovlje) festgestellt. Wesentlich größer war die Zahl der noch auf slowenischem Gebiet niedergemetzelten *Ustaše* und kroatischen *Domobrani*. So soll es in der Männerstrafanstalt von Marburg eine Massenerschießung von *Ustaše* gegeben haben.[2777]

Frau A. K. aus Marburg erlebte das Kriegsende und die kommunistische Verfolgung in ihrer Heimatstadt:

> „Mein Mann, […], geb. am 15. 3. 1906 in Brunndorf bei Marburg/Drau, Tischler beim Reichsbahnausbesserungswerk in Marburg, war im Winter 1944/45 im Rahmen des Kriegseinsatzes als Hundertschaftführer bei der Südostbefestigung in der Untersteiermark eingesetzt. Nach Abschluss der Arbeiten war er wieder an seinem Marburger Dienstplatz tätig, während ich mit meinen beiden Töchtern wegen der Luftangriffe nach Pulsgau bei Pragerhof umgesiedelt war. Anfang Mai 1945 begann der Rückzug der deutschen Truppen und der kroatischen Ustascha, die zwei Tage lang durch Pulsgau, das an der Straße Marburg–Cilli liegt, fuhren. Noch am letzten Tag gab es in unserer Nähe Kämpfe mit den Partisanen. […] Fünf Angehörige der Ustascha wurden dabei von den Partisanen in Pulsgau gefangengenommen. […] Die Ustascha-Leute selber wurden splitternackt in die Wälder getrieben und dort erschossen.

[2776] Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 50; Allein aus der Huda Jama wurden 2009/10 die Überreste von 796 Opfern exhumiert, überwiegend Domobranci und Domobrani. Insgesamt schätzt man auf weitere 2300 Opfer. – Mitja Ferenc, Mehmedalija Alić, Pavel Jamnik, Huda Jama. Skrito za enajstimi pregradami (Ljubljana 2011) 276-278.

[2777] Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 50.

Die slowenischen Bauern von Pulsgau hatten beim Einzug der Partisanen keine Schwierigkeiten, da sie durchwegs mit diesen im Einverständnis waren und z. B. auch einen nächtlichen Überfall auf das Lager des weiblichen RAD in Pragerhof ermöglicht hatten. Ich blieb mit meinen Kindern noch drei Wochen nach dem Umsturz in Pulsgau, schon hier hörte ich, dass mein Mann eines Tages nachts um 11 Uhr verhaftet, dem Gericht in Marburg überstellt und kurzerhand zum Tode verurteilt worden sei. Noch bevor ich nach Marburg zurückgekehrt bin, war die Hinrichtung angeordnet worden. Es waren im ganzen 45 Volksdeutsche, die damals mit ihm hätten erschossen werden sollen. Drei derselben wurden bei der Erschießung von den Kugeln nicht getroffen, darunter auch mein Mann. Sie stürzten jedoch mit den Getroffenen zu Boden und stellten sich tot. Die Leichen wurden zunächst liegen gelassen und nicht bewacht. So konnten die drei entfliehen. Zwei, darunter ein Kaufmann aus Windischfeistritz, sind über die österreichische Grenze entkommen […].“[2778]

Im Sinne der Kollektivschuldthese erließ das jugoslawische Innenministerium im Juni 1945 die Weisung, alle Angehörigen deutscher Nationalität in Sonderlagern zu konzentrieren, womit man in der Vojvodina schon Ende 1944 begonnen hatte. Die größten Konzentrationslager in Slowenien entstanden in Sterntal (Strnišče, später Kidričevo) bei Pettau und in Tüchern (Teharje) bei Cilli. Im berüchtigten Lager Sterntal trieb die OZNA etwa 10.000 Deutsche aus allen Siedlungsgebieten Sloweniens zusammen, von denen über 1000 an Typhus und Ruhr, aber auch nach schweren Misshandlungen starben. Helene Gräfin Fünfkirchen aus Oberradkersburg (Gornja Radgona) berichtete später, dass besonders viele Kinder und alte Leute gestorben seien. Kaplan Franz Graf Attems aus Windischfeistritz, der mit seinen Eltern und seinem invaliden Bruder eingeliefert worden war, stellte den unmittelbaren Bezug zu den Gräueln der Nazis her: „Offensichtlich versuchte man, die deutschen KZ's zu imitieren. […] Die körperliche Verfassung der Häftlinge glich nach wenigen Wochen jenen Skelettfiguren, die man in den ersten Nachkriegsmonaten auf den Photographien von Mauthausen und Dachau abgebildet sah.“[2779]

Ferdinand Graf Attems und seine Frau Wanda waren im Sommer 1945 verhaftet und vor das Militärgericht Maribor gestellt worden. Die Anklage lautete auf Kollaboration und stützte sich darauf, dass die Adelsfamilie an die deutsche Besatzungsmacht Holz verkauft hatte. Am 17. August 1945 wurden die beiden Angeklagten zu Haftstrafen zwischen zweieinhalb und dreieinhalb Jahren sowie zum Verlust der Staatsbürgerschaft und ihres beträchtlichen Vermögens verurteilt. Ende 1945 kamen aber Graf Attems, seine Frau und ihr invalider Sohn unter ungeklärten Umständen ums Leben. Erst am 12. Juli 1993 wurde das Urteil vom

---

[2778] Maschinenschriftliche Erklärung der Frau A. K. aus Marburg a. d. Drau, 14. August 1953, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 313-315. Der Mann von Frau A. K. wollte nur gemeinsam mit der Familie flüchten, wurde neuerlich verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Frau A. K. wurde mit ihren Kindern und ihrer Schwiegermutter nach Österreich abgeschoben.

[2779] Dokumentation der Vertreibung V, 548-563; Milko Mikula (Hg.), Dokumenti in pričevanja o povojnih koncentracijskih taboriščih v Sloveniji (Ljubljana 2007) 11-26, 40-84. Auf der Herberstein-Burg Hrastovec wurden Mitte Juli 1945 etwa 2400 Deutsche und Magyaren (aus Prekmurje) interniert.

Grundgericht Maribor aufgehoben, nachdem rund 30 Zeugen ausgesagt hatten, dass Ferdinand Attems ein Gegner des Nationalsozialismus gewesen sei und Partisanen geholfen habe.[2780]

Auch Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Slowenien ging also nicht ohne Mordaktionen vor sich: Gemeinsam mit deutschen Kriegsgefangenen, slowenischen *Domobranci*, kroatischen *Ustaše* und *Domobrani* sowie serbischen *Četnici* wurden von der slowenischen „Abteilung für Volksschutz" (OZNA) und den Truppen des „Korps der Volksbefreiung Jugoslawiens" (KNOJ) Tausende von deutschen Untersteirern und Gottscheern in den besonders berüchtigten Lagern Sterntal (Strnišče) und Tüchern (Teharje), in einem weiteren Dutzend OZNA-Lager, im Luftschutzstollen von Windischfeistritz (Slovenska Bistrica), in aufgelassenen Bergwerksstollen, Industrieanlagen und Deponien bei Cilli (Celje), nicht zuletzt in den Panzergräben um Marburg (Maribor) ermordet. Besondere Zielobjekte der slowenischen Exekutionskommandos waren Exponenten des NS-Systems, Mitglieder der NSDAP, des „Heimatbundes" und „Volksbundes", lokale Funktionäre der deutschen Volksgruppe sowie Unternehmer, Großgrund- und Fabriksbesitzer. Ein Verzeichnis der Verurteilungen des Kreisgerichtes Marburg (Maribor) aus den Jahren 1945/46 enthält etwa die Namen des Großgrundbesitzers Graf Attems, des Industriellen Blanke, des Industriellen Hutter, des Fabriksdirektors Laurich, des Industriellen Schoeller und des Großgrundbesitzers Stiger, vielfach auch ihrer Frauen und Kinder. [2781]

Damit erwies sich die Feststellung des öffentlichen Anklägers Sloweniens, Vito Krajgher, dass die „Befreiungsfront" nicht die Absicht verfolge, nach Ende der Besatzung mit dem Gegner abzurechnen, als Makulatur. Im Oktober 1943 hatte Krajgher – anlässlich des Prozesses in Gottschee (Kočevje) – noch erklärt: „Anstelle von Anarchie und Blutvergießen, anstelle von Rechtlosigkeit sehen wir sofort nach der Befreiung auf befreitem Gebiet ordentliches rechtliches Leben, den Geschäftsgang der Gerichte und die Tätigkeit der Juristen in den neuen Rechtseinrichtungen auf dem Land vor." Im Frühjahr 1945 aber bestimmten revolutionärer Terror und Vergeltung das Geschehen. Und Edvard Kardelj, ohne den in Slowenien keine wichtige Entscheidung fiel, trieb seine slowenischen Genossen sogar noch an: „Ihr habt also überhaupt keinen Grund, bei der Säuberung so langsam vorzugehen wie bisher."[2782]

Auf Grund dieser neu veröffentlichten Dokumente besteht kein Zweifel mehr, dass die damaligen kommunistischen Machtträger aktiv an den „Säuberungen"

[2780] Karl-Peter SCHWARZ, Diskriminierung auf dem Rechtsweg. Wie Slowenien mit den Restitutionsanträgen ehemaliger Bürger umgeht, in: FAZ, 9. Mai 2008, 12.

[2781] Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien, 121-124; Drago JANČAR (Hg.), temna stran meseca. kratka zgodovina totalitarizma v sloveniji 1945-1990 (Ljubljana 1998) 39-64; KARNER, Volksgruppe, 132-140.

[2782] Jera VODUŠEK STARIČ, Prevzem oblasti 1944-1946 (Ljubljana 1992) 20; Depesche Edvard Kardelj an Boris Kidrič, 25. Juni 1945, in: Delo-Internet, Ljubljana, 31. Mai 2005, übersetzt von: Alpen-Adria-Pressespiegel, Nr. 126/05.

aller Art mitwirkten – waren es nun Hinrichtungen, ethnische Vertreibungen oder politische Entlassungen – und in einigen Fällen sogar genaue Evidenz führten. Peter Vodopivec mag Recht haben, dass Verfahren gegen Personen, die partisanenfeindlicher Tätigkeit bezichtigt wurden, vor ordentlichen Gerichten viel seltener zu Hinrichtungen geführt haben. Der kommunistischen Führung war aber daran gelegen, dass viele Beschuldigte nicht vor ordentliche Gerichte gestellt wurden.[2783]

Massaker in den Foibe des Küstenlandes

Unmittelbar nach der Kapitulation Italiens am 8. September 1943 wurde die Küste Istriens mit ihren mehrheitlich von Italienern bewohnten Städten von deutschen Truppen besetzt. Aber im Hinterland Istriens bildeten sich antifaschistische Komitees, bestehend aus kroatischen, slowenischen und auch italienischen Kommunisten, die bald von militärischen Einheiten des AVNOJ und der OF unterstützt wurden. Jedenfalls richtete sich die Wut der von der faschistischen Herrschaft unterdrückten Bevölkerung gegen Carabinieri, italienische Polizisten, Beamte und Angestellte der faschistischen Verwaltung, Lehrer, Apotheker und Postboten. Das militärische Kommando der Partisanen besetzte auch Pisino (Pazin, Mitterburg) in der Mitte der istrischen Halbinsel und begann von dort aus den Widerstandskampf gegen die deutsche Besatzung zu koordinieren.[2784] Auf einer Regionalkonferenz kroatischer Kommunisten am 13. Oktober 1943 wurde eine Reihe politischer Beschlüsse gefasst, die die weiteren Ereignisse wesentlich bestimmte:

- die Annexion Istriens an Kroatien;
- die Aufhebung aller faschistischen Gesetze;
- die Entfernung aller Italiener aus Istrien, die sich dort erst nach 1928 niedergelassen haben;
- die Bildung einer Kommission, die die Stellung jedes einzelnen Italieners überprüft, der sich nach 1918 auf der Halbinsel niedergelassen hat;
- die italienisch-sprachigen Istrianer erhalten die Möglichkeit, für die italienische Nationalität zu optieren;
- der „italienischen Minderheit in Istrien“ wird eine Autonomieregelung zugestanden; ihre politischen Rechte sowie ihre Kultur, Sitten, Tradition und Religion werden respektiert;
- es werden italienische Schulen eingerichtet.[2785]

[2783] Vodopivec, Von den Anfängen, 385-390.

[2784] Guido Rumici, Infoibati (1943-1945): i nomi, i luoghi, i testimoni, i documenti (Mursia – Milano 2002) 60f.; Raoul Pupo, Il lungo esodo. Istria: le persecuzioni, le foibe e l’esilio (Milano 2005) 73; Giacomo Scotti, Foibe (Milano 2005) 57-60; vgl. Thomas Pfaffstaller, Foibe in der Venezia Giulia in den Jahren 1943-45. Grausamer Höhepunkt eines über zwei Jahrzehnte dauernden Antagonismus zwischen Italienern und Slawen (Dipl.arbeit Wien 2010) 74f.

[2785] Rolf Wörsdorfer, Krisenherd Adria 1915-1955 (Paderborn 2004) 373f.

Binnen einer Woche verkündeten Vertreter der slowenischen Befreiungsfront die Annexion des slowenischen Küstenlandes samt Triest und Görz an Slowenien, während Vertreter der Antifaschistischen Befreiungsfront Kroatiens (ZAVNOH) die Annexion aller an Italien abgetretenen Gebiete erklärten – worunter sie Istrien, Fiume, Zara und Dalmatien verstanden. Ende November 1943 bestätigte der AVNOJ in Jajce beide Erklärungen. Freilich lagen alle erwähnten Gebiete, mit Ausnahme Dalmatiens, innerhalb der „Operationszone Adriatisches Küstenland", d. h. unter nationalsozialistischer Herrschaft, die sich freilich kaum auf Inneristrien erstreckte.[2786]

Bereits unmittelbar nach Abzug der italienischen Truppen im September 1943 hatte es die ersten Vergeltungsaktionen gegeben. Italienische Kommunisten und jugoslawische Partisanen verhafteten in allen Orten, die nicht von den Deutschen besetzt und gehalten worden waren, bekannte Mitglieder des *Partito Nazionale Fascista* (PNF). Im Informationsdienst der kroatischen Partisanen wurden die Richtlinien für die lokalen Partisanenführer übermittelt:

> „[…] Der Kampf gegen den Volksfeind wurde auf unterschiedlichste Weise ausgeführt. An manchen Orten sehr ineffizient, während man an anderen Orten radikale Maßnahmen ergreifen musste. Es war offensichtlich, dass der wahre Volksfeind schwer zu erkennen war, unter anderem auf Grund fehlender Beweise, die ihn einer Straftat überführt hätten. In Zminjsta und Poresina wurde der Volksfeind am effektivsten bekämpft und besiegt. Hier bedurfte es keiner Arbeitslager, und der Volksfeind wurde ausschließlich mit der Todesstrafe bestraft. […]"[2787]

Der Terminus „Volksfeind" lässt vermuten, dass es nicht nur um die Verfolgung von Faschisten ging, sondern all jene einschloss, die sich nicht den Idealen und Zielen der jugoslawischen Volksbefreiungsbewegung anschlossen. Unter diesen sogenannten „Kollaborateuren" befanden sich viele Lehrer, Beamte, Händler, Arbeiter und Bauern, die einfach der italienischen Volksgruppe angehörten. Der Großteil der Verhafteten wurde in eigens dafür eingerichteten Sammelstellen untergebracht, deren größte in Pazin eingerichtet wurde. Ein italienischer Soldat schilderte die Umstände:

> „Die Gefangenen, die Hände mit Draht festgebunden und auf Lastwägen verfrachtet, wurden nach Pisino, dem Zentrum der Partisanen, gebracht. In den Gefängnissen waren die Zustände inhuman. Die Gefangenen hatten nicht einmal genügend Platz zum Sitzen, da sich viele Personen in den Zellen befanden. Zum Essen bekamen sie einmal am Tag eine Suppe, und als Sanitäranlage diente ein in der Ecke der Zelle stehender Eimer, dessen Gestank unausstehlich war. Die Nacht wurde mit großer Angst erwartet. Jede Nacht standen die Partisanen mit einer Namensliste vor den Zellen. Den Aufgerufenen wurden die Hände festgebunden, und sie wurden mit Lastwägen weggeführt. Den anderen sagte man, sie seien in ein jugoslawisches Konzentrationslager geführt worden."[2788]

[2786] Raoul Pupo – Roberto Spazzali, Foibe (Milano 2003) 9f.

[2787] Pupo – Spazzali, Foibe, 60f.

[2788] Guido Rumici, Infoibati (1943-1945): i nomi, i luoghi, i testimoni, i documenti (Mursia – Milano 2002) 88; Pfaffstaller, Foibe, 77.

Eigene Untersuchungskommissionen stellten die Verbrechen der verhafteten Italiener fest, bevor man diese einem Volkstribunal übergab, das über die zu verhängende Strafe urteilte. Die Verfahren entbehrten jeglicher juristischer Grundlage, auf beinahe alle Anklagepunkte stand die Todesstrafe. Kurz vor einer deutschen Offensive in der Venezia Giulia kam es zu vielen nicht dokumentierten Exekutionen. So wurden etwa die meisten Faschisten, die man in Pazin und Labin verhaftet hatte, zu den Karsthöhlen (*Foibe*) in Inneristrien geführt, vor den Öffnungen dieser aufgestellt und hineingestoßen oder erschossen und hineingeworfen. Oft wurden auch mehrere Gefangene aneinander gebunden, um nur einen erschießen zu müssen, der dann die anderen mit in die Tiefe riss. Da manche *Foibe* nicht sehr tief waren, in ihrem Inneren oft Wasserbecken oder weiche Böden aufwiesen, überlebten auch einige Opfer den Sturz und starben erst nach tagelanger Agonie. Den Menschen, die in der Nähe der *Foibe* lebten und sowohl die Schüsse der Partisanen als auch die Schreie der Opfer hörten, wurden die Wege zu den Orten der Massaker versperrt. Nicht selten kam es zur Sprengung einer bereits mit Toten gefüllten *Foiba*, um eine spätere Bergung zu verhindern. Neueste Forschungen rechnen mit etwa 500 Ermordeten.[2789]

Als freilich im Zuge der deutschen Offensive auf deutscher Seite kämpfende Faschisten zurückkamen, begannen sich diese zu rächen, terrorisierten nun ihrerseits die Zivilbevölkerung und zwangen sie, in die von Partisanen besetzten Ortschaften zu führen, wo sie alle Häuser niederbrannten und die Bewohner niedermetzelten. Die Italiener wollten aber auch eine Bestandsaufnahme der *Foibe*-Opfer durchführen und entsandten ein Team der Feuerwehr Polas unter Führung des Maresciallo Arnaldo Harzarich. Die Ergebnisse dieser Arbeiten, die von Oktober 1943 bis Februar 1945 dauerten – und immer wieder von slawischen Partisanen mit Maschinengewehrsalven gestört wurden –, wurden am 12. Juli 1945 von einem Mitarbeiter der alliierten Militärregierung unter dem Titel *Relazione Harzarich* bekannt gemacht. Die Zahl der von Harzarichs Männern exhumierten Leichen belief sich auf etwa 400 bis 500. Eine von faschistischen Kollaborateuren für die deutsche Besatzungsmacht verfasste Studie sprach hingegen von 350 bis maximal 400 ermordeten italienischen Istrianern.[2790]

Im Winter 1943/44 nahmen in der Venezia Giulia die Kämpfe zwischen italienischen und slowenischen Partisaneneinheiten einerseits sowie deutschen Verbänden zu. In einem Korpsbefehl vom 24. Februar 1944 forderte General Kübler, der Befehlshaber des Sicherungsdienstes in der „Operationszone Adriatisches Küstenland", angesichts starker deutscher Verluste die ihm unterstellten Einheiten

---

[2789] Rumici, Infoibati, 92f.; Pfaffstaller, Foibe, 78-82. Der ehemalige kommunistische Bürgermeister von Muggia, Willer Bordon, sprach am ersten Gedenktag für die Foibeopfer im Februar 2005 von 15.000 Infoibati. Maurizio Gasparri, Minister in der zweiten Regierung Berlusconi, forderte hingegen im März 2005 die Präsidenten Kroatiens und Sloweniens auf, sich für 20.000 ermordete Italiener öffentlich zu entschuldigen.

[2790] Scotti, Foibe, 125, 152f, 160; Pfaffstaller, Foibe, 81f.

auf, den Kampf gegen die Partisanen zu verstärken und die numerische Unterlegenheit durch eine härtere Kriegsführung wettzumachen. Es sollten nicht nur alle festgenommenen „Banditen“ erhängt oder erschossen werden, sondern es könnten auch Kollektivmaßnahmen ergriffen werden, wenn eine Dorfgemeinschaft die „Banditen“ unterstütze.[2791] – Der Befehl verdeutlicht, dass Kübler den Widerstand der Partisanen durchaus als ernst zu nehmende Gefahr wahrnahm, sich jedoch dagegen nur mit Maßnahmen jenseits jedes Kriegsrechts zu wehren versuchte.

Erst Mitte April 1945 begann der endgültige Rückzug der Wehrmacht aus Istrien. Sofort stießen die Divisionen der 4. Jugoslawischen Armee nach und drangen am 1. Mai 1945 in Triest ein, womit sie knapp vor einer neuseeländischen Division die wichtige Hafenstadt einnahmen. Es folgte eine 40-tägige Herrschaft über Triest und weite Teile der Venezia Giulia.[2792] In allen von den Partisanen eroberten Orten wurden Befreiungskomitees ins Leben gerufen, die sowohl die administrativen Tätigkeiten aufnehmen als auch die jugoslawischen Territorialansprüche auf einer künftigen Friedenskonferenz rechtfertigen sollten. Bereits im August 1944 waren für diese Machtübernahme Richtlinien festgelegt worden:

> „Man muss den gesamten Apparat bereit halten. Überall und so viel wie möglich müssen jugoslawische und slowenische Fahnen gehisst werden. Abgesehen von Triest nirgendwo italienische Demonstrationen zulassen. Verstärkt die OZNA. Wir müssen sofort die Macht übernehmen.“[2793]

Das slowenische Mitglied des Politbüros der KPJ, Edvard Kardelj, erteilte den Kommandanten der slowenischen Partisaneneinheiten für die Machtübernahme in Triest besondere politische Weisungen:

> „Alle Feinde müssen festgenommen werden. Wir dürfen nicht sofort zuviel Demokratie zulassen, da es später einfacher sein wird, diese auszubauen, als sie zu beschränken. Entwaffnet alle jene, die nicht der jugoslawischen Befreiungsarmee angehören. Verlängert die militärische Verwaltung wenn nötig, aber gebt Euch Mühe effiziente Volksbefreiungskomitees zu gründen. Seid mit dem Proletariat nachsichtiger als mit dem Mittelstand, versucht Kontakte zu kapitalistischen Kreisen zu knüpfen, aber bestraft Chauvinisten und Nationalisten härtestens.“[2794]

Sofort nach der Eroberung weiter Teile der Venezia Giulia durch Titos Partisanen brach eine neue Welle der Gewalt über die Bevölkerung herein. Diese richtete sich nicht nur gegen faschistische oder nationalsozialistische Kriegsverbrecher und „Volksfeinde“, sondern auch gegen italienische Partisanen und Mitglieder des *Comitato di liberazione nazionale* (CLN), die nicht mit der jugoslawischen Volksbefreiungsbewegung sympathisierten, sowie gegen antikommunistische Slowenen und Italiener im Allgemeinen. Daher kam es im Mai und Juni 1945 zu

[2791] Stuhlpfarrer, Operationszonen, 94f.; Pierluigi Pallante, Il P.C.I. e la questione nazionale Friuli Venezia Giulia 1941-45 (Udine 1980) 81f.

[2792] Cattaruzza, L'Italia, 283-296.

[2793] Gianni Oliva, Foibe, le stragi negate degli italiani della Venezia Giulia e dell'Istria (Milano 2002) 154; Pfaffstaller, Foibe, 96.

[2794] Oliva, Foibe, 155; Pfaffstaller, Foibe, 97.

Massakern an italienischen und deutschen Exekutivorganen, an Kollaborateuren der Nationalsozialisten und Faschisten sowie an Anti-Kommunisten unter der italienischen und slowenischen Zivilbevölkerung.[2795]

Ein Augenzeuge berichtete aus einem Militärhospital in Görz:

> „Das Militärhospital des kleinen Seminars [?], das ich täglich besuchte, war voller italienischer und deutscher Patienten, voller Tschetniks und Partisanen; es wurde sofort von Tito besetzt. Die Mehrzahl der Ärzte wurde verhaftet und festgenommen. Dann wurden die serbischen Tschetniks weggebracht, auch dienjenigen, die sich nicht bewegen konnten; man ließ sie verschwinden. Ständig kamen Soldaten in die Krankenzimmer, befragten die Verwundeten, begrenzten oder suspendierten die Krankenbesuche. […] Eine Gruppe von siebenundvierzig Personen, darunter auch Italiener, wurde erschossen und in eine *Foiba* geworfen, wie mir der Chirurg Doktor Barnaba versicherte, der von den Partisanen verhaftet und später freigelassen wurde. Ein anderer Arzt […] musste bis vor einiger Zeit Zwangsarbeit verrichten."[2796]

Ein Überlebender eines *Foibe*-Massakers im Frühjahr 1945, Giovanni Radeticchio, schilderte den Ablauf einer Massenhinrichtung bei Arsia:

> „[…] Beeilt Euch, wir fahren gleich los. Kurz darauf wurden wir, alle sechs mit einem Draht gefesselt, nach Arsia gebracht. […] Wir gingen ca. 1 Kilometer weit und mussten dann vor einer kleinen Erhöhung im Gelände stehen bleiben. Dort wurde uns ein mindestens 20 Kilogramm schwerer Stein an die Hände gebunden und man schob uns zur Öffnung der *Foiba* hin. Einer von uns, der auf Grund der Folter schon verrückt geworden war, sprang von selbst in die *Foiba* hinein. Ein Partisan, das Gewehr in der Hand haltend, befahl uns dasselbe zu tun. Da ich mich jedoch nicht bewegte, schoss er auf mich. Und da geschah das Wunder. Die Kugel traf nicht mich sondern den Draht, der um den großen Stein gebunden war. Als ich in die *Foiba* sprang, hatte sich der Stein bereits von mir gelöst. Die Höhle war ca. 10 Meter breit und 15 Meter tief. Im Inneren befand sich Wasser, so dass ich nach dem Sturz den Boden nicht berührte und mich unter einem hervorstehenden Felsen verstecken konnte. […] Dann warfen sie eine Granate in die *Foiba*, die unter Wasser explodierte und eine starke Druckwelle erzeugte, die mich gegen die Felswand presste. Am Abend konnte ich dann die felsige Wand hochklettern, um mich anschließend vier Tage lang in einem nahegelegenen Erdloch zu verstecken. Nachdem ich in mein Dorf zurückgekehrt war, beschloss ich, nach Pola zu fliehen, wo ich mich erst wieder sicher zu fühlen begann."[2797]

Auch im Hinterland von Triest führten die Partisanen und die OZNA Massenhinrichtungen durch. Allein auf heute italienischem Staatsgebiet wurden in den *Foibe* 3419 Leichen gefunden und exhumiert, insgesamt sollen aber zwischen 5000 und 15.000 Personen hingerichtet worden sein. Hinsichtlich der Täter ist überwiegend von jugoslawischen Partisanen und der OZNA auszugehen, die Rolle von kollaborierenden italienischen Partisanen blieb aber bis heute ungeklärt.[2798]

[2795] Pupo – Spazzali, Foibe, 7-14, 20f., 26, 52-58. Die Autoren führen *Foibe* in der Nähe folgender Orte in Istrien an: Cregli, Barbana, Arsia, Vines, Gimino, Gallignana, Antignana und S. Domenico di Visinada.

[2796] Wörsdörfer, Krisenherd, 477.

[2797] Pupo – Spazzali, Foibe, 99f.; Pfaffstaller, Foibe, 80.

[2798] Pupo – Spazzali, Foibe, 27-30, 250. Die Autoren nennen in der Venezia Giulia folgende *Foibe*: Basovizza, Padriciano, Opicina, Gropada, Prosecco, Sesana, Prepotto, Aurisina, Ternovizza, Volci, Cruszevizza und Quisca. Vgl. die Zeugenaussagen zu den Morden in Basovizza in: Pupo

Der italienische Journalist Arrigo Petacco veröffentlichte in seinem Buch „Der Exodus“ (*L'esodo*) auch den Bericht des istrischen Lehrers Graziano Udovisi, der lebend aus einer *Foiba* herausgekrochen war:

„[...] Dann nahm ein großer Mann einen Draht und begann je zwei und zwei zusammenzubinden, so dass er den Draht fest um unsere Handgelenke zog. Das Schicksal war vorgezeichnet, und es blieb nur eine Möglichkeit zu entkommen: mich in den Abgrund zu werfen, bevor mich die Kugel traf. [...] Ich fiel auf einen hervorstehenden Ast. Ich konnte nichts sehen, andere Körper fielen auf mich. Es gelang mir die Hände aus dem Eisendraht zu befreien, und ich begann hinaufzuklettern. [...]“[2799]

Erst nach einem Abkommen zwischen den westlichen Alliierten und Jugoslawien, geschlossen am 9. Juni 1945 in Belgrad, zogen sich Titos Partisanen am 12. Juni aus dem Westen der Venezia Giulia zurück. Die Region wurde in der Folge in eine Zone A unter der Herrschaft einer alliierten Militärregierung und in eine Zone B unter jugoslawischer Herrschaft geteilt. Jetzt kamen in der Zone A Schritt für Schritt die in den sechs Wochen jugoslawischer Herrschaft in der Venezia Giulia begangenen Verbrechen an die Oberfläche. Während der Großteil der etwa 17.000 aus Triest und 3000-4000 aus Görz deportierten „Volksfeinde“ bald wieder freigelassen wurde, erahnte man das Schicksal der Vermissten auf Grund der negativen Erfahrungen von 1943.[2800]

Anglo-amerikanische Truppen begannen daher bereits im Juni 1945 mit der Suche nach *Infoibati*, den Opfern der *Foibe*-Massaker, und untersuchten nach Hinweisen der ortsansässigen Bevölkerung zusammen mit den örtlichen Feuerwehren die Höhlen innerhalb der Zone A. Diese Suchtrupps fanden in der Umgebung von Triest und Görz zahlreiche Leichen uniformierter Männer und von Zivilisten. In einem Bericht des britischen *Investigating Committee of Venezia Giulia* wurde festgehalten:

„Man konnte ohne Zweifel feststellen, dass während der jugoslawischen Herrschaft über Triest und den Rest der Region viele 1000 Menschen in die *Foibe* geworfen wurden. In Triest wurden alle Mitglieder des Polizeipräsidiums, der Carabinieri und die Patrioten des CLN von den Jugoslawen festgenommen und die Mehrheit von ihnen in die Foibe geworfen. Es gibt ca. 2000 *Foibe* in der gesamten Venezia Giulia und in jeder größeren Höhle findet man Körper.“[2801]

Tatsächlich war es schwierig, von den menschlichen Überresten auf die Zahl der Ermordeten zu schließen. Diego de Castro, ein italienischer Mitarbeiter der alliierten Militärregierung in der Zone A, schrieb von bereits 500 an die Oberfläche gebrachten Körpern und noch weiteren 480 zu bergenden Kubikmetern, was etwa 1500 Körpern entspreche. Zuverlässiger scheinen die vom Amt für *displaced persons* an die alliierte Militärregierung übermittelten Daten. Demnach wurden im April 1947 von den im Jahre 1945 insgesamt über 20.000 vermissten Bewohnern der Venezia Giulia

– Spazzali, Foibe, 71-82. Von den Einwohnern Zaras dürften 200 ums Leben gekommen sein, von den Einwohnern Fiumes 500.

2799 Arrigo Petacco, Il exodo; zitiert nach: Jančar, Der Verbrecher, 49.

2800 Rumici, Infoibati, 263.

2801 Ebenda, 268; Pfaffstaller, Foibe, 100.

für die Stadt Triest noch 1492 Personen (724 Zivilisten, 768 Soldaten), für Görz 1100 (759 Zivilisten, 341 Soldaten) und für Pola 827 (637 Zivilisten, 190 Soldaten) als vermisst gemeldet. Diese 3419 Personen wurden auch niemals in einem jugoslawischen Arbeitslager registriert oder sind aus einem solchen zurückgekehrt. Im Übrigen enthalten diese Zahlen keinerlei Angaben über die Opfer in der Zone B.[2802]

Am 3. September 1945 erfolgte eine Mitteilung der Alliierten, dass sie in einem „Schacht" bei Basovizza, einem kleinen Ort auf dem Triester Karst, auf einen grausigen Leichenfund gestoßen seien. In der *Foiba Pozzo della Miniera* hätten jugoslawische Partisanen zwischen dem 3. und 7. Mai 1945 viele Italiener beseitigt. Drei Augenzeugen hätten berichtet:

> „[…] Gruppen von 100 bis 200 Personen in die *Foiba* gestoßen oder zum Hinunterspringen gezwungen worden. Man habe ihnen gesagt, wenn sie es schafften, über das Loch zu springen, kämen sie mit dem Leben davon. Diejenigen, die es schafften, seien aber erschossen worden. Nachher seien die Körper von 150 deutschen Soldaten, die im Kampf getötet worden waren, in die Foiba geworfen worden. Außerdem habe man noch die Kadaver von 15 Pferden hinuntergeworfen und zu allerletzt seien einige Handgranaten hineingeworfen worden."[2803]

Britische Bergungstrupps begannen die *Foiba* von Basovizza zu untersuchen und kamen mit ihrer Arbeit auf Grund des starken Verwesungsgeruchs nur langsam weiter. Italienische Speläologen stellten fest, dass sich die Tiefe der Höhle auf Grund der nicht geborgenen menschlichen Überreste von 226 auf 192 Meter reduziert hatte. Tatsächlich stießen die Untersuchungsmannschaften auf eine große Zahl verwester Leichen von Militärpersonen der SS, der Gestapo und der Gebirgsjäger sowie von italienischen Polizisten, außerdem auf Kadaver von 40 Pferden. Die Partisanen hätten in diesen Schacht eine beachtliche Quantität von Munition und Sprengstoff geworfen, wodurch die Körper und Kadaver zerrissen worden seien. Ende August hätten die Alliierten etwa 250 kg an Leichenresten geborgen und mit einem Lastwagen nach Triest gebracht. – Die tatsächliche Opferzahl konnte daher nie erschlossen werden, sodass sich in der Literatur eine Bandbreite von 250 bis 2500 Opfern findet. Obwohl die Alliierten auch die OZNA von diesem Leichenfund verständigten, zeigte sich diese an einer Aufklärung des Massenverbrechens nicht interessiert, dürfte sie doch Urheberin des Verbrechens gewesen sein.[2804]

Die jugoslawische Besetzung Südost-Kärntens im Mai 1945

Als Vertreter des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht am 7. Mai 1945 in Reims vor dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionsstreitkräfte und in der Nacht zum 9. Mai in Berlin-Karlshorst vor dem Oberkommandierenden der Roten Armee bedingungslos kapitulierten, konnte sich auch Marschall

[2802] Pupo – Spazzali, Foibe, 30; Rumici, Infoibati, 271, 282; Pfaffstaller, Foibe, 100f.
[2803] Pupo – Spazzali, Foibe, 72.
[2804] Pupo – Spazzali, Foibe, 79f.; Rumici, Infoibati, 270-272; Pfaffstaller, Foibe, 101f.

Josip Broz Tito als Mitgewinner des Krieges gegen Hitler-Deutschland sehen. Immerhin waren Truppen der 4. Jugoslawischen Armee und Partisaneneinheiten am 8. Mai in Klagenfurt einmarschiert, und immerhin hatte Generaloberst Löhr – ein gebürtiger Österreicher – mit der deutschen Heeresgruppe E am 10. Mai in der slowenischen Untersteiermark gegenüber der 4. Jugoslawischen Armee kapituliert. Freilich erfolgte der jugoslawische Einmarsch in Klagenfurt wenige Stunden nach dem der Truppen der 8. Armee des britischen Feldmarschalls Alexander. Somit stellte sich bei Kriegsende sofort die Frage, wem Klagenfurt in Zukunft gehören sollte, genauer gesagt: Sollten die südlichen und südöstlichen Teile von Kärnten bei Österreich bleiben oder an Jugoslawien fallen? Und: Welche materiellen Forderungen wird die neue Föderative Volksrepublik Jugoslawien an die neue Republik Österreich stellen?[2805]

Bereits während des Zweiten Weltkrieges hatten slowenische bürgerliche Politiker Memoranden und Noten an die Alliierten gesandt, die eine Einbeziehung von Klagenfurt (Celovec) und Villach (Beljak) in das künftig „vereinte Slowenien" forderten. Im Herbst 1943 zogen auch die kommunistisch dominierte slowenische „Befreiungsfront" (*Osvobodilna fronta – OF*) und der „Antifaschistische Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens" (*Antifašističko veće narodnog oslobodjenja Jugoslavije – AVNOJ*) nach. Das im Jänner 1944 gegründete wissenschaftliche Institut der „Befreiungsfront" arbeitete unter Leitung des später international bekannt gewordenen Historikers Fran Zwitter im Verlauf des Jahres 1944 das Richtlinienpapier „Die Grenzen des slowenischen Territoriums" (*Meje slovenskega ozemlja*) aus. Auf die Frage von Boris Kidrič, des politischen Sekretärs der OF, wie viele Deutsche man in Kärnten mit der „Zwitter-Linie" bekommen würde, antwortete Zwitter, dass es um ein Gebiet mit rund 170.000 Einwohnern gehe, von denen 100.000 Slowenen seien. Das entsprach etwa der Zahl der Kärntner Slowenen nach der Volkszählung von 1880; freilich gehörten damals auch noch das Mießtal (Mežiška dolina), die Gemeinde Seeland (Jezersko) und das Kanaltal (Kanalska dolina, Val Canale) zu Kärnten.[2806]

Am 9. September 1944 ergab eine interne Diskussion mit den beiden OF-Führern Edvard Kardelj und Boris Kidrič[2807] über das künftige Schicksal Österreichs

---

[2805] Manfried RAUCHENSTEINER, Der Krieg in Österreich 1945 (Wien ³1985); Janko JERI – Dušan NEĆAK, Boj za meje [Der Kampf um die Grenzen], in: Enciklopedija Slovenije, Bd. 1 (Ljubljana 1987) 305-314; SUPPAN, Adria, 414-422; STIEBER, Briten, 37-62.

[2806] Metod MIKUŽ, Pregled zgovodine narodnoosvobodilne borbe v Sloveniji, Bd. IV (Ljubljana 1960) 163; vgl. Wilhelm WADL, Alfred OGRIS (Hgg.), Die Partisanen in Kärnten. Kämpfer gegen den Faschismus – Kämpfer für ...? Eine Ausstellung des Kärntner Landesarchivs (Klagenfurt 2003) 26-28; Special-Orts-Repertorium von Kärnten. Obširen imenik krajev za Koroško, hg. von der k. k. Statistischen Central-Commission (Wien 1883).

[2807] Kardelj und Kidrič waren zu diesem Zeitpunkt auch Mitglieder des AVNOJ-Präsidiums, Kardelj darüber hinaus stellvertretender Vorsitzender des Nationalkomitees für die Befreiung Jugoslawiens (NKOJ). – Enciklopedija Slovenije, 4. Bd. (Ljubljana 1990) 412-415, 5. Bd. (Ljubljana 1991) 62f.

und insbesondere Kärntens folgende Szenarien: Die slowenische „Minimalgrenze“ sollte die „ethnographische Grenze“ sein, „unter Einschluss des in der imperialistischen Ära überfremdeten Gebietes“ und unter Berücksichtigung kleinerer Korrekturen wegen notwendiger verkehrsmäßiger, wirtschaftlicher und strategischer Momente. Kardelj stimmte auch der Aussiedlung der steirischen Deutschen als Exponenten des „Hitlerismus“ zu, was aber ohne formale Verordnung durchzuführen wäre, also ohne AVNOJ-Beschluss. Er war aber gegen die Aussiedlung der Kärntner Deutschen, „weil dort die nationalen Beziehungen nicht so zugespitzt sind und weil uns terroristische Aktionen nur schaden würden“. Mit Unterstützung der Sowjetunion könnten die „fortschrittlichen Kräfte“ in Österreich stark und erfolgreich sein. „Wir müssen Österreich mit der Tschechoslowakei und mit Jugoslawien so verbinden, dass es „irgendein Anhang der slawischen Länder [werde, Erg. Suppan], sodass es hinsichtlich der Vergangenheit Österreichs zu einer historischen Wiedergutmachung“ käme. Sollte Österreich ein „fortschrittliches“, d. h. ein kommunistisches Regime erhalten, werde man mit seinen Gebietsforderungen zurückhaltend sein und „nur“ Klagenfurt verlangen; von einem „reaktionären“ Österreich werde man aber aus strategischen Gründen auch Villach einschließlich Bleiberg und Kreuth verlangen. Und Kardelj gab noch zusätzliche Weisungen aus: „Wir müssen uns bemühen, auch wegen der Kriegsentschädigung, möglichst viel zu besetzen. Wir werden die Parole ausstreuen, dass das Volksbefreiungsheer als Befreier Österreichs auftritt.“[2808]

Freilich wurden die Ansprüche auf Kärnten und einige Gemeinden in der südlichen Steiermark durch die am 1. November 1943 veröffentlichte „Moskauer Erklärung“ der drei Alliierten in Frage gestellt, die von der Wiederherstellung eines „freien unabhängigen Österreich“ gesprochen hatte. Und seit der Konferenz von Jalta im Februar 1945 bestand unter den Alliierten Einvernehmen, dass Kärnten und die Steiermark von den Briten besetzt und verwaltet werden sollten. Daher zeichneten sich noch vor Kriegsende grundsätzliche Differenzen zwischen Jugoslawien einerseits, Großbritannien und den USA andererseits ab. Allerdings wurde die endgültige Einteilung Österreichs in vier Besatzungszonen erst mit dem alliierten Abkommen vom 9. Juli 1945 getroffen.[2809]

Obwohl eine Abordnung der am 7. Mai 1945 neu gebildeten Kärntner Landesregierung – bestehend aus Sozialdemokraten, Christlichsozialen, Landbündlern und Kommunisten – am 8. Mai um 10 Uhr vormittags die ersten in Klagenfurt einrückenden britischen Soldaten empfing und sich das Regierungskollegium unter britischen Schutz stellte, besetzten wenige Stunden später jugoslawische Truppen ebenfalls wichtige Punkte in Klagenfurt. Und der jugoslawische Stadtkommandant, Major Egon Remec-Borut, ließ am 12. Mai in der Druckerei Carinthia ein zweisprachiges Plakat anfertigen, auf dem der Anschluss Kärntens an Jugosla-

---

2808 Mikuž, Pregled zgodovine IV, 163; Die Partisanen in Kärnten, 26-28.

2809 Siegfried Beer (Hg.), Die „britische“ Steiermark 1945-1955 (Graz 1995) 692-697; Gabriela Stieber, Die Briten als Besatzungsmacht in Kärnten 1945-1955 (Klagenfurt 2005) 17f., 42f.

wien proklamiert wurde. Eine Delegiertenversammlung der „Befreiungsfront“ wählte am 16. Mai im Festsaal des Gymnasiums am Völkermarkter Ring eine pro-jugoslawische Gegenregierung mit dem Arzt Franc Petek an der Spitze und forderte in mehreren Resolutionen ebenfalls den Anschluss an Jugoslawien.[2810]

Ministerpräsident Tito unterstrich die jugoslawischen Ansprüche auf Kärnten – und das Küstenland – in eindrucksvollen Reden in Laibach (Ljubljana) und Cilli (Celje). In der untersteirischen Stadt Cilli, die einst als „Vorposten“ des Deutschtums gegolten hatte, forderte der jugoslawische Regierungschef am 31. Mai 1945: „Kärnten gehört uns, und wir werden um Kärnten kämpfen.“ Einen Monat später wiederholte Tito in Belgrad, dass „wir [die Jugoslawen, Anm. Suppan] Kärnten nicht vergessen haben, und dass wir alles tun werden, dass unser Volk in Kärnten frei und mit seinen Brüdern in Slowenien vereinigt wird“. Auf vielen Demonstrationen in slowenischen und kroatischen Städten wurde immer wieder skandiert: „Fremdes wollen wir nicht, Eigenes geben wir nicht!“. Georgij Dimitrov aber, der frühere Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, hatte bereits am 10. Jänner 1945 die jugoslawischen Genossen kritisiert: „The Yugoslavs want to take Greek Macedonia. They want Albania, too, and even parts of Hungary and Austria. This is unreasonable. I do not like the way they are acting.“ Und Lord Vansittart, *chief diplomatic adviser* der britischen Regierung zwischen 1938 und 1941, warnte im August 1945 öffentlich vor den jugoslawischen Territorialansprüchen: „Tito wants Carinthia from Austria, Trieste from Italy, Greek Macedonia and Western Thrace from Greece, Eastern Thrace from Turkey. (Who talked about the Atlantic Charter?)“[2811]

Der Versuch der Jugoslawischen Volksarmee, sich an der Besatzung Kärntens zu beteiligen, scheiterte wie in Triest am entschiedenen Einspruch der westlichen Alliierten. Auf die jugoslawische Note vom 2. April 1945 an die drei Alliierten, Jugoslawien an der Besetzung Österreichs zu beteiligen, hatte die sowjetische Regierung am schnellsten geantwortet: Die Sowjetunion sei bereit, einen Einmarsch der jugoslawischen Armee in den Bereich der sowjetischen Besatzungszone Österreichs zuzulassen; die jugoslawischen Okkupationskräfte müssten sich aber dem sowjetischen Oberkommando unterstellen. Das jugoslawische Außenministerium akzeptierte zwar diese Bedingungen umgehend, wünschte aber eine Okkupationszone nördlich der alten jugoslawisch-österreichischen Grenze, „zwischen Ungarn und Italien“. Aber der britische und amerikanische Botschafter in Belgrad richteten am 12. Mai bzw. 15. Mai in inhaltlich abgestimmten Noten die

[2810] Wilhelm Wadl, Der lange Weg zum Österreichischen Staatsvertrag und Kärnten, in: Vinzenz Jobst, Wilhelm Wadl (Hgg.), 50 Jahre Österreichischer Staatsvertrag 1955-2005, Nachkriegsalltag in Kärnten 1945-1955. Begleitband zur Ausstellung im Kärntner Landesarchiv (Klagenfurt 2005) 5-16.

[2811] Josip Broz - Tito, Sabrana djela (Beograd 1988) 28. Bd., 83, 115; Janko Prunk, Slowenien. Ein Abriß seiner Geschichte, Ljubljana 1996, 136-138; Slovenska kronika XX. stoletja, 1941-1995 (Ljubljana 1997) 102; Banac, Dimitrov, 353; Lord Vansittart, Statesmanship On Trial, in: Sunday Dispatch, 19 August 1945, 6.

unmissverständliche Aufforderung an den Ministerpräsidenten Tito, alle Einheiten der Jugoslawischen Volksarmee, die während der Kämpfe mit den Truppen der deutschen Wehrmacht die jugoslawisch-österreichische Grenze überquert hatten, unverzüglich aus dem österreichischen Territorium abzuziehen. Da die Besatzung Österreichs nur für die vier Großmächte vorgesehen war und auch die jugoslawische Regierung die Grenze von 1937 als provisorische Grenze zwischen Österreich und Jugoslawien zu respektieren hatte, sah sich Tito gezwungen, wenige Tage später seiner Armee den Befehl zu geben, alle jugoslawischen Einheiten aus Österreich zurückzuziehen.[2812]

Die vierzehntägige Besetzung Südost-Kärntens seitens der Jugoslawischen Volksarmee hinterließ blutige Spuren. Field Marshal Harold Alexander, der Oberkommandierende der alliierten Truppen im Mittelmeerraum, sandte am 17. Mai abends einen kritischen Bericht über die Lage in Unterkärnten an General Eisenhower persönlich:

> „Situation regarding surrendered enemy forces and refugees in my area of Austria has two aspects operational and administrative. Precise information regarding numbers is not obtainable. Large number of [German, Anm. Suppan] Army Group South East are still endeavouring to move into this area to avoid surrendering to Tito. Moreover forces which have surrendered to Tito are turned loose again by him after being stripped of their equipment. Latest report indicates that prisoners and surrendering personnel total about 220.000 of whom 109.000 Germans, 46.000 Cossacks, 15.000 Hungarians, 25.000 Croats, 24.000 Slovenes. Croat and Slovene refugees still pouring into my area number about 200.000."[2813]

Um die Lage zu entspannen, schlug FM Alexander General Eisenhower vor, in seinem Bereich die kroatischen und slowenischen Flüchtlinge sowie die österreichischen und ungarischen SEPs (= Surrendered Enemy Personnel) aufzunehmen, während Eisenhower die deutschen SEPS und die Kosaken übernehmen sollte. FM Alexander wollte auch Feindseligkeiten mit jugoslawischen Truppen nicht ausschließen, die plünderten, verhafteten und die Bevölkerung einschüchterten:

> „[…] Jugoslav behaviour both in Austria and in Venezia Giulia is making a very unfavourable impression on Allied troops both US and British. Our men are obliged to look on without power to intervene whilst actions which offend their traditional sense of justice are committed further, our men feel that by taking no action they are condoning such behaviour. As a result feeling against Jugoslavs is now strong and is getting stronger daily."[2814]

Nach britischen Berichten sollen sich bis Mitte Mai in Unterkärnten auch rund 30.000 südslawische Soldaten – *Ustaše*, *Domobranci* und *Četnici* – und „White Russians" (= russische Exilanten nach der Revolution 1917) und 6000 Zivilis-

[2812] Arhiv Josipa Broza Tita, Beograd, I-3-b/733 und I-3-b/905; Memorandum der Regierung der UdSSR an die Regierung Jugoslawiens, 19. April 1945, in: Petranović – Zečević, Jugoslavija, 729-731; Politika (Beograd), 18. Mai 1945; Griesser-Pečar, Volk, 484.

[2813] Telegr. AFHQ (FM Alexander) an SHAEF (Gen. Eisenhower), 17. Mai 1945, 20,27 Uhr, PRO, FO 1020/42/105, zitiert nach: Stieber, Briten, 47.

[2814] Ebenda, 48.

ten, oft Familienangehörige der Soldaten, den britischen Soldaten ergeben haben. Mit britischer Zustimmung kampierten sie in der Nähe von Viktring, südlich von Klagenfurt, auf freiem Feld, die Zivilisten waren im Gebäude des ehemaligen Zisterzienserklosters untergebracht. Nachdem der politische Berater von FM Alexander, Harold MacMillan, am 13. Mai in Klagenfurt gewesen war, gab General Robertson, der Chief Administration Officer von FM Alexander, am 14. Mai einen Befehl hinsichtlich der gefangen genommenen Militärpersonen: „All surrendered personnel of established Jugoslav nationality who were serving in German Forces should be disarmed and be handed over to local Jugoslav forces." Der zuständige Offizier im V. Corps, das am 8. Mai in Klagenfurt einmarschiert war, Brigadier Toby Low, gab jedoch am 17. Mai einen abgeänderten Befehl weiter, der nun auch die Zivilpersonen betraf: „All Jugoslav nationals at present in Corps area will be handed over to Tito forces as soon as possible. These forces will be disarmed immediately but will NOT be told of their destination." Schon bei einer Besprechung zwischen Brigadier Low und dem Vertreter der 4. Jugoslawischen Armee, Oberstleutnant Hočevar, am 15. Mai in Klagenfurt hatte Low zugesagt, alle Kroaten, die sich eventuell bei den Briten befinden, so bald als möglich an Jugoslawien auszuliefern. Für die Übernahme der Kriegsgefangenen von den Briten stellte der Stab der 3. Jugoslawischen Armee eine Brigade der 14. Division unter der Führung des Obersten Đoko Ivanović bereit. Am 19. Mai trafen schließlich Brigadier Low und Oberst Ivanović folgende Übereinkunft, die wohl vorher von FM Alexander und Marschall Tito abgesegnet worden sein muss:

1. Die jugoslawischen Truppen ziehen sich bis zum 21. Mai, 19 Uhr, aus Kärnten zurück;
2. die 14. jugoslawische Division gibt sämtliches requiriertes ziviles Eigentum zurück und stoppt alle weiteren Requirierungen;
3. die jugoslawischen Stadtkommandanten und das Truppenhauptquartier werden aus Österreich abgezogen.
4. „All Yugoslav Nationals in Corps area who had been fighting for Germans to be returned with their camp followers to Yugoslavia."[2815]

Bereits am 19. Mai erfolgten die ersten Auslieferungen von Kroaten über Rosenbach und durch den Karawankentunnel nach Slowenien. Nachdem die jugoslawischen Truppen in den folgenden Tagen aus Kärnten zurückgezogen wurden, gingen auch die Auslieferungen weiter, wobei einmal von „allen Kroaten", das andere Mal von „allen Jugoslawen" die Rede war. Schließlich wurden alle aus Jugoslawien stammenden Personen unter der Vorspiegelung, sie würden nach Italien in Sicherheit gebracht, in Eisenbahnwaggons verladen, diese verriegelt und über das Rosental nach Rosenbach gefahren, wo sie den jugoslawischen Militärs übergeben wurden. Bereits am 31. Mai 1945 hieß es, alle „Jugoslawen" seien wie vereinbart übergeben worden, insgesamt 26.339 Personen, alles Männer in Uniform. Etwa 6000 Zivilisten blieben noch in Viktring zurück und sollten eben-

[2815] War Diary, May 19, 1945, in: PRO, WO 170/4241, zitiert nach: STIEBER, Briten, 51, 57.

falls abtransportiert werden. Als freilich einige aus den Transporten entflohene Soldaten zurückkamen und von Massakern an den Ausgelieferten berichteten, untersagte das britische Kommando die Auslieferung der Zivilisten, die in Folge in Barackenlager bei Spittal an der Drau und Lienz verlegt wurden und von dort die Möglichkeit zur Auswanderung erhielten.[2816]

Nach Jugoslawien zurückgekehrt, ließ Tito bei und nach Kriegsende Massenerschießungen von kriegsgefangenen (und teilweise von den Briten ausgelieferte) *Ustaše*, *Domobrani*, *Domobranci* und *Četnici* zu, die insgesamt bis zu 100.000 Südslawen das Leben gekostet haben dürften. Hauptverantwortlich für die großteils als Kriegsverbrechen einzustufenden Massenmorde waren die Spezialeinheiten der KNOJ und der OZNA. Zwar soll Tito am 14. Mai 1945 die Einstellung der Liquidierungen befohlen haben, dennoch dauerten diese bis in den Juni hinein an. Das bedeutete aber, dass Tito auch von der Liquidierung von etwa 50.000 Kroaten nach ihrer Kapitulation bei Bleiburg Kenntnis erhalten haben musste. Als ihn Milovan Đilas danach befragte, soll ihm Tito dies bestätigt, gleichzeitig aber auch befohlen haben, darüber nicht mehr zu sprechen. Von den in Südost-Kärnten von den Briten gefangen genommenen und an die Partisanen ausgelieferten über 12.000 *Domobranci* dürften ebenfalls nur wenige überlebt haben.[2817]

Mit der britisch-jugoslawischen Übereinkunft vom 19. Mai und dem raschen Abzug aller jugoslawischen Truppen aus Südost-Kärnten waren freilich die jugoslawisch-österreichischen Auseinandersetzungen noch nicht beigelegt, sondern verlagerten sich in die Welt der Geheimdienste. Ivan Maček-Matija steuerte als Chef der slowenischen OZNA, der lediglich von Tito und Ranković Befehle entgegennahm, vom Gebäude der *Banka Slavija* in Laibach aus den Propagandakrieg gegen Italien und Österreich. Noch vor Beginn der Staatsvertragsverhandlungen in London im Jänner 1947 wollte die OZNA mit Hilfe ihres Agentennetzes in Kärnten (unter Befehl von Dušan Pirjevec-Ahac) eine Annexion Südost-Kärntens vorbereiten und Vergeltung an den „Abwehrkämpfern" von 1918/20 sowie NS-Protagonisten nehmen. Bereits während des Krieges waren von den Partisanen Namenslisten von „Volksfeinden", „Kriegsverbrechern" und „Kollaborateuren" angelegt worden, die auch die Basis für die Verschleppungen von 263 Unter-

[2816] Nach den Tagesberichten des War Diary 5 Corps wurden ausgeliefert: 20.5. – 13.000 Kroaten; 21.5. – Kroaten; 22.5. – 3000 Kroaten; 24.5. – Auslieferung der Kroaten abgeschlossen, Beginn der Auslieferung der Serben; 25.5. – Serben; 26.5. – 1500 Jugoslawen; 27.5. – 1300 Slowenen; 28.5. – 3000 Slowenen; 29.5. – 2600 Slowenen, 500 Pferde; 30.5. – 3000 Slowenen; 31.5. – 1950 Slowenen, 50 Kroaten. – Stieber, Briten, 46-58, 81.

[2817] Tomasevich, Occupation and Collaboration, 751-784; Ekkehard Völkl, Abrechnungsfuror in Kroatien, in: Klaus-Dietmar Henke und Hand Woller (Hgg.), Politische Säuberungen in Europa. Die Abrechnung mit dem Faschismus und der Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg (München 1991) 358-394; Partizanska i komunistička represija, dok. 39; Michael Portmann, Kommunistische Abrechnung mit Kriegsverbrechern, Kollaborateuren, „Volksfeinden" und „Verrätern" in Jugoslawien während des Zweiten Weltkrieges und unmittelbar danach (1943-1950), (Diplomarbeit Wien 2002); Slavko Goldstein, Tito je bio vođa zavjere šutnje o Bleiburgu, in: Jutarnji list, Zagreb, 11. November 2007.

kärntnern im Mai 1945 darstellten, von denen 96 Personen ermordet wurden. Die OZNA unterstützte Aufmärsche und Kundgebungen der OF und provozierte Grenzverletzungen. Als die OZNA 1946 in einen politischen Staatssicherheitsdienst UDBA und einen militärischen Gegenspionagedienst KOS geteilt wurde, führte die UDBA (1966 in SDB umbenannt) verschiedene Operationen wie Attentate, Verschleppungen, Einbrüche, Viehraub etc. weiter. Natürlich war die Kärntner Bevölkerung zutiefst beunruhigt, im gemischtsprachigen Gebiet sogar völlig eingeschüchtert.[2818]

Der Kärntner Sicherheitsdirektor Josef Stossier versuchte ein Gegennetz aufzubauen und sandte entrüstete Berichte nach Wien, die allerdings infolge der Auseinandersetzungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht völlig untergingen. Ohne Wissen des Innenministeriums – aber mit Einverständnis der britischen Besatzungsmacht – versuchte Stossier mit seinen Mitarbeitern Leopold Guggenberger, dem späteren Bürgermeister von Klagenfurt, und Michael Annewanter, dem späteren Militärkommandanten von Kärnten, Nachrichten aus dem Grenzgebiet zu beschaffen, Agenten nach Jugoslawien zu entsenden und Abhörgeräte amerikanischer Herkunft an antikommunistische Gruppierungen zu übergeben. Freilich gelang es der UDBA, einen ranghohen Beamten der Sicherheitsdirektion zur Mitarbeit zu gewinnen, der gegen hohe Geldsummen „wertvolles Material" nach Belgrad lieferte. Andererseits versuchten beide Seiten, ehemalige Mitarbeiter der deutschen Abwehr, der Gestapo und des Sicherheitsdienstes der SS anzuwerben. Erst nach Abschluss des Staatsvertrages beruhigte sich die Lage.[2819]

Als im September 1979, mitten in einem Landtagswahlkampf in Kärnten, zwei Agenten des jugoslawischen Geheimdienstes SDB im Völkermarkter Stadtmuseum eine Bombe zündeten und sich dabei schwer verletzten, verurteilte Mitja Ribičič, ehemals ein enger Mitarbeiter Mačeks, mittlerweile Vorsitzender der KP Sloweniens, den Anschlag. Aber der ehemalige slowenische Ministerpräsident Stane Kavčič enthüllte schon 1989, dass das Motiv für den Anschlag gewesen sei, in Kärnten künstlich Spannungen zu erzeugen, um die jugoslawisch-österreichischen Beziehungen zu vergiften.[2820]

Als im Jahre 2003 der slowenische Honorarkonsul in Australien, Dušan Lajovič, eine Liste mit Tausenden Namen aus der „zentralen aktiven Evidenz"

[2818] Alfred ELSTE, Eine Million Dinar als Kopfgeld, in: Kleine Zeitung, 17. August 2009, 20f. Die Hinrichtungen von 96 Kärntner Zivilisten, darunter auch Frauen, geschahen zum Teil in Liescha im Mießtal, zum Teil an unbekannten Orten. Neueste Forschungen in Pfarrbüchern und Chroniken, sowie viele Augenzeugen-Interviews in Unterkärnten ergaben, dass während der Kämpfe zwischen Wehrmacht, SS, Polizei und Partisanen an die 1000 Personen ums Leben gekommen sein dürften, weitere 1000 durch Aktionen der Partisanen bei oder unmittelbar nach Kriegsende. – Florian Thomas RULITZ, Die Tragödie von Bleiburg und Viktring – Partisanengewalt in Kärnten am Beispiel der antikommunistischen Flüchtlinge (Klagenfurt 2011).

[2819] Alfred ELSTE, Der Spion „Dok" saß im Zentrum der Macht, in: Kleine Zeitung, 18. August 2009, 18f.

[2820] Alfred ELSTE, Das Ziel hieß: Kärnten spalten, in: Kleine Zeitung, 15. August 2009, 20f.

des ehemaligen Geheimdienstes Titos ins Internet stellen ließ, gerieten viele prominente Namen bis zum damaligen Präsidenten der Republik Slowenien, Janez Drnovšek, in die Schlagzeilen. Lajovič betonte in der Laibacher Zeitung *Delo* seine Absicht, „die Mitarbeiter und Funktionäre sowie die Bespitzelten des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes" namentlich bekannt zu machen, um die Slowenen zum Nachdenken zu bringen. Die Liste enthält auch eine Reihe von Kärntner Namen: Funktionäre der Kärntner Slowenen, Schriftsteller, Journalisten, Priester, Wissenschafter und einen Arzt. Die Liste verrät freilich nicht, ob sie „Täter" – also Agenten bzw. Konfidenten – oder „Opfer" waren. Die UDBA-Berichte lassen auch erkennen, welche Organisationen unterwandert waren und dass die UDBA über das österreichische Agentennetz Bescheid wusste.[2821] – Der „Krieg der Geheimdienste" zwischen Jugoslawien und Österreich wäre als vergleichbar historisch zu betrachten, wie der zwischen der Tschechoslowakei und Österreich. Allerdings manipulierte er immer wieder auch die Kärntner Minderheitenfrage, was vernünftige politische Lösungen lange Zeit erschwerte.

Prozesse gegen fremde und einheimische Kriegsverbrecher

Die Volksbefreiungsbewegung hatte noch während des Krieges – nach sowjetischem Vorbild – „Volksgerichte" (*narodni sudovi*) und die Institution des öffentlichen Anklägers (*javni tužilac*) eingeführt. Diese Gerichte agierten nach der politischen Devise: „Tod dem Faschismus – Freiheit dem Volk!" Erst am 24. Mai 1944 richtete der Oberste Stab des Volksbefreiungsheeres und der Partisaneneinheiten Militärgerichte ein, die nicht nur über Verrat, Spionage, Desertion, Plünderung, Mord und Behinderung der militärischen Einheiten urteilen sollten, sondern auch für „Kriegsverbrechen, Taten der Volksfeinde und Straftaten von Militärpersonen und Kriegsgefangenen" zuständig waren:

> „Als Kriegsverbrecher werden betrachtet (seien sie Bürger Jugoslawiens, Bürger der Okkupationsländer oder anderer Länder): Anführer, Organisatoren, Befehlsgeber und Helfer sowie unmittelbare Vollstrecker von Massentötungen, Folter, Zwangsaussiedlung, Lagertransporte und Transporte zur Zwangsarbeit, im weiteren von Brandstiftung, Vernichtung und Plünderung des Volks- und Staatsbesitzes; alle Guts- und Fabriksbesitzer in Jugoslawien, den Besatzungsländern und anderen Ländern, die auf unmenschliche Art die Arbeitskraft der verschleppten Zwangsarbeiter ausgebeutet haben; Funktionäre des terroristischen Apparates und terroristischer bewaffneter Formationen des Besatzers oder in seinem Dienste, welche die Mobilisierung unseres Volkes für die feindliche Armee ausgeführt haben." (Art. 13)

> „Als Volksfeinde werden betrachtet: Alle aktiven *Ustaše*, *Četnici* und Angehörige anderer bewaffneter Formationen im Dienste des Feindes sowie seiner Organisatoren und Helfer; all diejenigen, die in irgendeiner Form im Dienste des Feindes stehen: Als Spione, Zusteller, Kuriere, Agitatoren und ähnliches; jene, die das Volk gezwungen haben, den Okkupanten Waffen zu

[2821] Alfred ELSTE, Im Visier waren auch die Kärntner Slowenen, in: Kleine Zeitung, 20. August 2009, 24f.

übergeben; alle jene, welche den Volkskampf verraten und mit dem Feind paktiert haben; all jene, welche sich von der Volksregierung abwenden und gegen sie arbeiten; all jene, welche die Volksarmee zerstören oder auf eine andere Art den Okkupanten geholfen haben oder helfen; all jene, welche schwere Fälle von Mord, Plünderung und ähnlichem ausführen.“ (Art. 14)[2822]

Sowohl der Begriff „Kriegsverbrecher“ als auch der im internationalen Strafrecht nicht eingeführte Begriff „Volksfeind“ waren ziemlich weit gefasst und teils klassenkämpferisch, teils ideologiepolitisch angereichert. Bereits auf der zweiten AVNOJ-Versammlung in Jajce am 30. November 1943 war eine „Staatliche Kommission zur Feststellung der Verbrechen der Okkupatoren und ihrer Helfer“ (*Državna komisija za utvrđivanje okupatora i njihovih pomagača*) eingerichtet worden, die Beweis- und Anklagematerial über einheimische und ausländische Kriegsverbrecher und „Volksfeinde“ sammeln sowie die personellen und materiellen Verluste erheben sollte. Diese Kriegsverbrecherkommission stand natürlich in engem Kontakt mit der Geheimpolizei OZNA, den Militärbehörden und dem „öffentlichen Ankläger“. Bereits seit Oktober 1943 war auch eine jugoslawische Delegation bei der „Kommission der Vereinten Nationen für Kriegsverbrechen“ akkreditiert – ursprünglich von der Exilregierung bestellt, nach dem Tito-Šubašić-Abkommen neu zusammengesetzt. Obwohl diese jugoslawische Regierung die gesamte deutsche Minderheit der Kollektivschuld bezichtigt hatte, registrierte das Belgrader Innenministerium unter 25.874 mutmaßlichen Kriegsverbrechern schließlich „lediglich“ 2560 „Volksdeutsche“ als „Kriegsverbrecher“ – hingegen vorerst 8700 „einheimische Verräter und Kriegsverbrecher“, 4071 Reichsdeutsche, 3618 Italiener, 3325 Ungarn, 1568 Bulgaren, 1223 Österreicher, 388 Russen (Emigranten), 247 Albaner sowie 88 Norweger, 22 Slowaken, 21 Franzosen, 17 Tschechen, 17 Polen und 4 Dänen. Sowohl die staatliche Kriegsverbrecherkommission als auch die Landeskommissionen richteten spezifische Untersuchungskommissionen ein, um etwa den Schaden der Bombardierung Belgrads 1941, die Verbrechen im KZ Banjica, die Verbrechen im KZ Jasenovac und die Verbrechen gegenüber den Juden in Sarajevo, Skopje und Bitolj, aber auch die Deportation von Slowenen nach Serbien und die Germanisierung slowenischer Kinder in steirischen Schulen zu erheben. Mit den Verbrechen der Deutschen beschäftigten sich insgesamt 52 Referate, mit den italienischen 47, mit den magyarischen 13, mit den bulgarischen zwei, mit den Verbrechen der *Ustaše* 16, mit denen der *Četnici* nur zwei, mit denen der Albaner eines. Schließlich registrierten alle jugoslawischen Kommissionen zusammen 49.245 „einheimische Verräter“ und Kriegsverbrecher und stellten ihre Recherchen den Militäranklägern, dem öffentlichen Ankläger und der OZNA zur Verfügung. Obwohl die staatliche Kriegsverbrecherkommission gemeinsam mit den Landeskomissionen 17.175 „ausländische“ Kriegsverbrecher registriert hatte, wurden der UN-Kommission nur 4800 Personen gemeldet, die schließlich 2868 Personen auf die Liste der international gesuchten Kriegsverbre-

[2822] Nešović, Stvaranje nove Jugoslavije, 412-415; Portmann, Vojvodina, 69; Janjetović, Hitler, 303; Blumenwitz, Rechtsgutachten, 15.

cher setzte, unter ihnen 1711 Deutsche, 923 Italiener, 178 Bulgaren, 54 Magyaren und zwei Albaner.[2823]

Zu den „einheimischen Verrätern" zählten u. a. Milan Nedić, Dimitrije Ljotić und Draža Mihailović. Nedić wurde am 5. Juni 1945 auf österreichischem Gebiet von US-Truppen gefangen genommen und Anfang Jänner 1946 den jugoslawischen Behörden übergeben. Er starb noch während des Untersuchungsverfahrens in Belgrad unter unklaren Umständen; laut offizieller Version soll er sich aus dem Fenster gestürzt haben. Ljotić kam bereits im April 1945 bei einem Autounfall in Slowenien ums Leben, während der Großteil der Mitglieder der ehemaligen Nedić-Regierung im Sommer 1946 gemeinsam mit Mihailović vor Gericht gestellt wurde. Auf diese Weise wollten die kommunistischen Ankläger auf die angeblich gemeinsame Kollaboration der Nedić- und Mihailović-Anhänger hinweisen, obwohl sie bis zum Kriegsende konkurrierende serbische nationalistische Richtungen dargestellt hatten. Bis heute wurden keine Quellen veröffentlicht, wie viele „einheimische" Kriegsverbrecher in Serbien angeklagt und verurteilt wurden. Lediglich Sándor Kaszás, ein Professor der Universität Novi Sad, veröffentlichte für die Vojvodina eine Liste von 1686 hingerichteten Kriegsverbrechern.[2824]

Die Hauptobjekte der Verfolgung seitens des kommunistischen Regimes waren eben keineswegs die deutschen (und österreichischen) Kriegsverbrecher gewesen. Denn Tito erklärte am 26. Juni 1950 ganz öffentlich in der *Skupština*:

> „Schon im Volksbefreiungskrieg haben wir die alten Grundlagen des Staates vernichtet: a) die Administration; b) die Polizei und Gendarmerie; und c) die Reste der Militärorganisation der Exilregierung mit den *Četnici* Mihailović', den *Ustaše* Pavelić' und der Weißen Garde Rupniks. Wir haben diese revolutionäre Tätigkeit systematisch durchgeführt, nach den klassischen Prinzipien des Marxismus, dessen Lehre wir gänzlich angewendet haben. […] Der Widerstand gegen die Deutschen war nur ein Vorwand, denn das endgültige Ziel war, an die Macht zu kommen und den integralen Kommunismus einzuführen."[2825]

Tatsächlich verfolgten die jugoslawischen Behörden auch die antikommunistischen Protagonisten slowenischer Provenienz mit schärfster Konsequenz. General Rupnik war am 5. Mai 1945 mit einer Gruppe von 21 Personen in mehreren Fahrzeugen aus Laibach aufgebrochen und hatte von den Deutschen ein kleines Dorf am Oberkärntner Millstätter See als Aufenthaltsort zugewiesen erhalten. Dort wurde er von britischen Einheiten verhaftet, am 23. Juli 1945 zusammen mit Polizeichef Hacin ins Lager Federaun bei Villach gebracht und von dort in das Fremdenlager Cesenatico bei Rimini. Nach Aufenthalten in mehreren italie-

---

[2823] Zečević – Popović, Državna komisija, 13, 33-53; Portmann, Vojvodina, Tab. 16. Die Kriegsverbrecherkommission für die Vojvodina registrierte als Kriegsverbrecher 2156 Deutsche, 2884 (sic!) Magyaren und 242 Slawen, als „Volksfeinde" 337 Deutsche, 79 Magyaren und 175 Slawen. – Portmann, Vojvodina, Tab. 17.

[2824] Ristović, Nedić, 686f.; Sándor Kaszás, Mađari u Vojvodini: 1941-1946 (Novi Sad 1996); vgl. M. Borković, Kontrarevolucija u Srbiji. Kvislinška uprava 1941-1944, 2 Bde. (Beograd 1979).

[2825] Politika, 26. Juni 1950.

nischen Kriegsgefangenenlagern wurde er am 2. Jänner 1946 von alliierten an jugoslawische Militärbehörden ausgeliefert. Im Prozess „gegen die Kriegsverräter und Hochverräter Rupnik, Rösener, Rožman, Krek, Vizjak und Hacin" vor dem Militärgericht der 4. Armee in Laibach wurde Rupnik nach neun Verhandlungstagen Ende August 1946 zum Tod durch Erschießen verurteilt, während Rösener und Hacin zum Tod durch den Strang verurteilt wurden. Der stellvertretende Landeswehr-Kommandant Vizjak wurde zu 12 Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit verurteilt, Exil-Minister Krek zu 15 Jahren, Bischof Rožman zu 18 Jahren. Krek und Rožman blieben jedoch im westlichen Ausland und entzogen sich so der Urteilsvollstreckung.[2826]

In den 1990er Jahren führte der slowenische Schriftsteller und Theater-Regisseur Žarko Petan ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Militärgerichts von 1946, Dr. Helij Modic, der in den 1950er Jahren Bürgermeister von Laibach und später Professor für Politische Ökonomie an der Laibacher Universität gewesen war. Nun erklärte Modic:

> „Heute schäme ich mich, wenn ich mich an diesen Prozess erinnere und an meine Rolle darin. […] General Rupnik hätte nicht zum Tode verurteilt werden dürfen. Leider waren die Zeiten danach, dass das Gericht die Todesstrafe aussprach, mit der ich nicht einverstanden war, für die ich aber zum Teil verantwortlich war. Rupnik hatte als sogenannter Präsident der Provinz Laibach unter der italienischen und später unter der deutschen Okkupation keinerlei Kompetenzen. Er war nur eine jämmerliche Figur. Er unterschrieb keine Todesstrafe, er gründete nicht die Weiße Garde, wie man ihm dies unterschob. Dafür war der Höhere SS-Offizier Rösener verantwortlich, der dies vor Gericht nicht abstritt; er wurde zum Tode verurteilt und justifiziert. Nach Rechtsnormen, die vom Internationalen Gerichtshof in Nürnberg für die Kriegsverbrechen verabschiedet wurden, wäre Rupnik wahrscheinlich freigesprochen worden. Bestimmt aber wäre er nicht zum Tode verurteilt worden. Das heißt, dass ich als Jurist auf der ganzen Linien versagt habe."[2827]

Schon im Juni 1945 wurde eine jugoslawische Delegation in die alliierten Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs entsandt, um Kriegsverbrecher ausfindig zu machen und ihre Auslieferung bei den alliierten Behörden zu beantragen. Zuerst verlangte die Delegation die Auslieferung von mehr als 500 mutmaßlichen Kriegsverbrechern, schließlich wurden etwa 200 Personen nach Jugoslawien überstellt – unter ihnen der Kärntner Gauleiter und Reichsstatthalter Rainer und die Höheren SS- und Polizeiführer Kammerhofer und Rösener. Sehr unterschiedlich verlief das Nachkriegsschicksal der für die deutsche Besatzungspolitik in Slowenien hauptverantwortlichen deutschen Funktionsträger, sieht man von den Regierungs-, SS- und Polizeispitzen in Berlin ab. Der für die Untersteiermark verantwortliche Reichsstatthalter Uiberreither konnte sich bei Kriegsende absetzen und lebte nach dem Krieg noch mehrere Jahrzehnte unter anderer Identität in der Bundesrepublik Deutschland.

[2826] Griesser-Pečar, Volk, 93.

[2827] Žarko Petan, O revoluciji in o smrti (Ljubljana 2000) 78f., zitiert nach: Griesser-Pečar, Volk, 94.

Friedrich Rainer wurde am 31. Mai 1945 von britischem Militär auf der Mösslacher Alm bei Paternion in Oberkärnten festgenommen. Bereits nach wenigen Tagen forderten ihn die britischen Vernehmungsoffiziere auf, detaillierte Berichte über verschiedene Persönlichkeiten Kärntens zu verfassen, womit sich Rainer – nach seinem Selbstbild ein „anständiger" Nationalsozialist – sofort einverstanden erklärte. Rainer wurde zu einem „kooperativen Gefangenen", der Hunderte Seiten historischer und strategischer Analysen verfasste, in denen er allerdings die mörderischen Konsequenzen der NS-Ideologie aussparte. Rainer wurde zuerst in Nürnberg inhaftiert, dann in Dachau, schließlich am 17. oder 18. Februar 1947 den jugoslawischen Behörden übergeben. Vor dem Militärgericht der 4. Armee in Laibach wurde gegen ihn in 24 Punkten Anklage erhoben: wegen der Verpflichtung von 5286 Personen zur Zwangsarbeit (im Februar 1943), wegen des Befehls zur Rekrutierung von 4200 Personen für die Deutsche Wehrmacht (im Juli 1942), wegen der Veranlassung des Niederbrennens von 35 namentlich genannten Dörfern (in den Jahren 1941 und 1942), wegen der Zulassung der Erschießung von 864 Geiseln (zwischen 1942 und 1945), wegen Inhaftierung von 10.458 Slowenen unter unmenschlichen Bedingungen und den Abtransport vieler anderer in Konzentrationslager. Rainer wurde auch angelastet, dass er das Ziel verfolgt habe, die kulturellen, materiellen und wirtschaftlichen Grundlagen des slowenischen Volkes zu zerstören. Rainer berief sich zum Teil auf Befehle seiner Vorgesetzten („Führerbefehl", „Himmlerbefehl", „Ich habe nur meine Arbeit getan", „Geben Sie nicht mir die Schuld, sondern Rösener"), zum Teil stritt er Anklagepunkte ab („Falsch", „Lauter Lügen", „Glaub' ich nicht"). Über seine Verantwortung als Oberster Kommissar äußerte Rainer, dass er in militärischer Hinsicht dem Oberbefehlshaber in Italien, GFM Erwin Rommel, unterstanden sei, „im internen Verhältnis aber direkt Hitler", was der italienischen Regierung offiziell nicht mitgeteilt worden sei. Im Prozess selbst erklärte er am 12. Juli 1947: „Ich fühle mich in keinem Punkt als Verbrecher." Aber ein ehemaliger Gestapo-Mitarbeiter in Veldes (Bled) sagte aus, dass Rainer etwa alle zwei Monate mit Himmler Maßnahmen der Besatzungspolitik besprochen und der Polizei in Oberkrain entsprechende Befehle erteilt hätte. In seinem Schlussplädoyer argumentierte Rainer, dass er versucht habe, Hitlers Germanisierungsbefehl von 1941 abzuschwächen, und dass er und seine Mitarbeiter dreieinhalb Jahre hart gearbeitet hätten, um Essen, Dienstleistungen, Arbeit und Gesundheitswesen für ein Gebiet von drei Millionen Menschen zu organisieren.[2828]

Nach acht Prozesstagen erklärte ihn das Militärgericht in 21 Anklagepunkten für schuldig und verurteilte ihn zum Tod durch den Strang. Die für den 19. Au-

---

[2828] Williams, Gau, Volk und Reich, 255-277; Elste, NS-Österreich, 30f., 119-122. Zur Frage der Kollaboration mit der slowenischen Geistlichkeit machte der erklärte „Gottgläubige" (= von den anerkannten Religionsgemeinschaften Abgewandte) Rainer die erstaunliche Feststellung: "Ich glaube, dass hier in Slowenien der einzige Fall war, dass der Nationalsozialismus die katholische Kirche als seinen Verbündeten verwendete."

gust 1947 angesetzte Hinrichtung fand jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt statt, da offenbar die jugoslawische Regierung Rainer noch als Druckmittel in den Staatsvertragsverhandlungen mit Österreich einsetzen wollte. Rainer verfasste jedenfalls noch einige Denkschriften und dürfte nicht vor August 1950 hingerichtet worden sein.[2829]

Rainers alter Parteigenosse Globocnik hatte unmittelbar nach seiner Festnahme in Oberkärnten Ende Mai 1945 Selbstmord begangen, sein Kollege als Höherer SS- und Polizeiführer, Erwin Rösener, wurde am 27. August 1946 gemeinsam mit General Rupnik und Polizeichef Hacin von einem Militärgericht in Laibach zum Tode verurteilt und hingerichtet. Das Mitglied der ehemaligen Zentralleitung des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes in Slowenien, der Rechtsanwalt Dr. Leo Gozani, war schon am 20. August 1945 von einem Militärgericht in Marburg als angeblicher Volksverräter und Kriegsverbrecher zum Tod durch den Strang verurteilt und hingerichtet worden.[2830]

Um die jugoslawischen Forderungen bei den Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag in London propagandistisch zu unterstützen, wurde Generaloberst Alexander Löhr erst im Februar 1947 vor Gericht gestellt. Nach einem Schauprozess in Belgrad – die Anklage hob vor allem Löhrs Kommandierung des Luftangriffs auf Belgrad am 6. April 1941 hervor – wurde der Generaloberst zum Tode verurteilt und am 16. Februar 1947 erschossen. SS-Gruppenführer Harald Turner wurde am 21. Oktober 1946 von Großbritannien an Jugoslawien ausgeliefert, ebenso im Februar 1947 in Belgrad vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Hermann Neubacher, der ehemalige Bürgermeister von Wien und „Sonderbevollmächtigte des Auswärtigen Amtes" in Serbien zwischen September 1943 und Oktober 1944, wurde im Mai 1945 verhaftet und auf Betreiben Jugoslawiens ausgeliefert. Ein Belgrader Kriegsgericht verurteilte ihn zu 20 Jahren Zwangsarbeit. Aus gesundheitlichen Gründen und nach Intervention des österreichischen Außenministers Karl Gruber wurde er 1952 aus der Haft entlassen und starb 1960 in Wien.[2831]

Im Anschluss an den Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher führten die USA in Nürnberg zwölf weitere Gerichtsverfahren durch, darunter gegen insgesamt elf Befehlshaber der Wehrmacht wegen Geiselerschießungen in Südosteuropa (Fall 7). Im Prozess gegen die „Südostgeneräle" zwischen Juli 1947 und Februar 1948 wurde den Angeklagten vorgeworfen, Kriegsgefangene misshandelt,

---

[2829] WILLIAMS, Gau, Volk und Reich, 277-287. ELSTE, NS-Österreich, 143. Die Mitangeklagten General Ludwig Kübler, Hans Fleckner, Sipo- und SD-Kommandeur Josef Vogt, Kreisleiter Dr. Walter Hochsteiner, Gestapoagent Reinhold Gerlach und Gestapoagent Franz Müller wurden ebenfalls zum Tod durch den Strang verurteilt, die Mitangeklagten Dr. Helmut Glaser, Hans von Hösslin, Oberst Heinrich Christl, Günther Neubert und Kreisleiter Leo Kuss zum Tod durch Erschießen. Landrat Dr. Hermann Doujak und Kreisleiter Dr. Franz Hradetzky wurden zu 18 bzw. 16 Jahren Gefängnis verurteilt.

[2830] GRIESSER-PEČAR, Volk, 93; NEĆAK, „Die Deutschen", 375.

[2831] Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, hg. von Hermann Weiß (Frankfurt/Main 1998) 334.

sowie serbische und griechische Geiseln völkerrechtswidrig erschossen zu haben. GFM Wilhelm List erhielt eine lebenslängliche Strafe, ebenso der General der Pioniere Walter Kuntze; die Generäle der Flieger Wilhelm Speidel bzw. Helmuth Felmy wurden zu 20 bzw. 15 Jahren Kerker verurteilt; GO Lothar Rendulic wurde ebenfalls zu 20 Jahren Kerker verurteilt, der General der Gebirgstruppen Hubert Lanz zu 12 Jahren, der General der Infanterie Ernst von Leyser zu 10 Jahren und der General der Infanterie Ernst Dehner zu 7 Jahren; gegen GFM Maximilian Freiherrn von Weichs wurde das Verfahren aus Gesundheitsgründen eingestellt, General der Infanterie Hermann Foertsch und Generalmajor Kurt Ritter von Geitner wurden freigesprochen.[2832]

General Franz Böhme, Militärbefehlshaber in Serbien zwischen September und Dezember 1941, wurde ebenfalls am 10. Mai 1947 vor dem Militärgerichtshof V der USA im Nürnberger Nachfolgeprozess gegen die Südostgeneräle wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt. Der Gerichtshof unter Vorsitz des amerikanischen Richters Charles Wennerstrum vertrat allerdings die Meinung, dass Widerstand gegen eine Besatzungsmacht, der nicht von einer Regierung unterstützt werde, verbrecherisch sei und daher eine solche Guerillabewegung wie Spione zu behandeln sei. Daher wurde General Böhme am 19. Februar 1948 freigesprochen; Böhme hatte sich allerdings schon am 29. Mai 1947 in der Untersuchungshaft das Leben genommen. Das Urteil gegen Böhme überrascht, war er doch der Hauptverantwortliche für die massenhaften Geiselerschießungen in Serbien im Herbst 1941.[2833]

Auf der jugoslawischen Liste der mutmaßlichen deutschen und österreichischen Kriegsverbrecher standen auch nahezu alle Divisions-, Regiments- und Bataillonskommandeure der 7. SS-Freiwilligen-Gebirgs-Division „Prinz Eugen". Der erste Divisionskommandeur Phleps war im September 1944 bei Arad gefallen, Divisionskommandeur Kumm diente der US-Anklagebehörde in Nürnberg als Kronzeuge im Prozess gegen die „Südostgeneräle". Als er jedoch mit dem Vermerk: „Auslieferung Jugoslawien!" nach Dachau zurückgeschickt wurde, entzog er sich weiterer Verfolgung durch Flucht. Obersturmführer Joachim Krah, Adjutant des Pionier-Bataillons 7, wurde auf Grund einer falschen Zeugenaussage eines Mitinsassen des Kriegsgefangenenlagers Werschetz (Vršac) zum Tode verurteilt und Ende 1947 hingerichtet. Zehn Angehörige der 13. SS-Gebirgs-Division „Handschar" – unter ihnen auch deutsche Offiziere – wurden in Sarajevo angeklagt, zum Tode verurteilt und erschossen.[2834]

[2832] Verbrechen der Wehrmacht, 649.

[2833] Offical Transcript of the American Military Tribunal in the Matter of the United States of America against Wilhelm List et al. Deferents, Sitting at Nuremberg, Germany, on 19 February 1948, 0930-1630, Justice Wennerstrum Presiding; Martin Zöller – Kasimir Lesczynski, Der Fall 7 – Das Urteil im Geiselmordprozess gefällt am 19. Februar 1948 vom Militärgerichtshof V der Vereinigten Staaten von Amerika, Berlin (Ost) 1965; http://www.cologneweb.com/wehrmacht.htm.

[2834] Kumm, Prinz Eugen, 385-390.

10. VERTREIBUNG, ZWANGSAUSSIEDLUNG, „ETHNISCHE SÄUBERUNG“

„Ethnische Säuberung? Allein schon das Wort ist abscheulich. Schmutz wäre, wer vertrieben, wer verschleppt wird? [...] Warum nicht Deportation? Oder sollte etwa der Abtransport meiner Verwandten und Schulkameraden in die Gaskammer gleichfalls eine ethnische Säuberung gewesen sein? Weil die ethnische ‚Sauberkeit‘ ein Wert wäre? Sollte die andere, vielleicht in der Nachbarschaft lebende, Ethnie gar der Schmutz selbst sein?“[2835]

Der ungarische Schriftsteller György Konrád setzte sich am 10. August 2006 im Berliner Kronprinzenpalais in seiner Eröffnungsrede zur Ausstellung „Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ kritisch mit den politischen, ideologischen und psychologischen Hintergründen von „ethnischer Säuberung“ und „Deportation“ auseinander und traf einige bedenkenswerte Feststellungen:

- „Das Recht des Menschen auf jenes Territorium, jene Gegend, jene Siedlung, wo er lebt, wo er gelebt hat, wo seine Vorfahren gelebt haben, ist ein elementares und grundlegendes Menschenrecht. [...] Die Erinnerung ist an den Raum gebunden, unsere Vergangenheit und deren Schauplatz hängen zusammen. Die Wegnahme des Schauplatzes ist der Raub meiner Vergangenheit.“
- „Die Deportation von Menschen oder die mit Drohungen einhergehende Vertreibung von ihrem Wohnort ist ein international zu verfolgendes Verbrechen. Die Zwangsumsiedlung eines Menschen ist nichts anderes, als einem Körper Wunden beizubringen, Qualen zuzufügen.“
- „Wenn die Idee eines homogenen Nationalstaats als Norm Verbreitung findet, wenn die Gleichsetzung von Staat und Nation geschieht, von Staat und Religion, von Staat und Ethnie, dann kann irgendeine Abstraktion (Nation, Staat, Religion, Klasse, Ideologie) Verursacher von Deportationen sein. [...] Dass der Mensch mit Gewalt vertrieben, von dort weggebracht werden kann, wo er lebt, dieser Brauch entspringt jener politischen Paranoia, die mit den Etatismen des zwanzigsten Jahrhunderts einhergegangen ist, namentlich jene Vorstellung, dass der Staat über den einzelnen, über ein Volk verfügen, dass er Menschen umsetzen, zum Militärdienst, Mord und Ermordetwerden verpflichten darf. Die radikale Ausübung nationalen Selbstbestimmungsrechts erfolgt zum Nachteil des Selbstbestimmungsrechts des einzelnen. Der Wert welchen Subjekts ist höher anzusetzen: die Souveränität der Staaten oder die des einzelnen?“
- „Ein höheres Interesse, durch das Deportationen zu rechtfertigen wären, gibt es nicht. Kollektive Bestrafung und Verfolgung von Gemeinschaften können weder politisch noch religiös legitimiert werden. Die Bestrafung von Kindern für die Vergehen der Eltern darf nicht zugelassen werden. Die Bestrafung darf nicht auf die Familie übertragen werden. [...] Keinerlei gewaltsame Deportation ist als endgültig abgeschlossen zu betrachten. Jeder Deportierte, unabhängig von seiner nationalen, ethnischen, religiösen Zugehörigkeit, hat ein Recht auf – zumindest moralische – Wiedergutmachung.“
- Ethnische Säuberung ist eine „Deportation gepaart mit dem Genuss patriotischer Plünderung“. Solche Maßnahmen sind nicht nur für die unmittelbar Betroffenen schlecht, sondern auch für die Zurückgebliebenen, wissen sie doch nicht, durch wen die Deportierten ersetzt

[2835] György Konrád, Gibt es eine gute Deportation? Eröffnungsrede zur Ausstellung „Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ am 10. August 2006 im Kronprinzenpalais in Berlin, Zentrum gegen Vertreibungen (Hg.), (Berlin 2006) 14-17.

werden: „Neulinge, Wütende, Barbaren“. Meist gelingt die Ansiedlung schlecht, der Angesiedelte empfindet das neue Haus nicht als seines, befürchtet, der alte Besitzer könnte zurückkommen, und statt das Haus instandzuhalten, hegt er lieber Groll gegen die vorhergehenden Bewohner.[2836]

Bereits nach dem Münchener Abkommen Ende September 1938, vor allem aber nach Beginn des deutschen Angriffs auf Polen Anfang September 1939, hatte im östlichen und südöstlichen Europa eine der größten Umsiedlungs-, Flucht-, Vertreibungs- und Aussiedlungsaktionen in der Geschichte Europas begonnen, die bis 1950 insgesamt mehr als 35 Millionen Menschen erfasste. Betroffen waren etwa 14 Millionen Deutsche, 7 Millionen Juden (ohne westeuropäische Juden), 5 Millionen Polen, 2,5 Millionen Russen und Weißrussen, 2 Millionen Ukrainer, 1,9 Millionen Tschechen und Slowaken, 700.000 Südslawen, 500.000 Griechen, 400.000 Finnen und Karelier, 300.000 Magyaren, 250.000-300.000 Italiener, 250.000 Letten, 190.000 Krimtataren, 190.000 Litauer, 180.000 Bulgaren, 160.000 Esten, 100.000 Rumänen sowie Zehntausende Roma und Sinti, Albaner, Türken und andere.[2837] In diesen Zahlen sind die über 10 Millionen „Fremdarbeiter“ im Deutschen Reich sowie die temporär aus den verschiedenen Frontgebieten Geflüchteten noch nicht mitgezählt. Nicht mitgezählt sind auch die über 20 Millionen gewaltsam ums Leben gekommenen Zivilisten – die Mehrheit Juden, Weißrussen, Ukrainer, Russen, Polen, Jugoslawen, Griechen, Balten und Deutsche. Die ethnische Karte, wie sie noch für Ostmitteleuropa 1914 zwischen Oder und Dnipro, zwischen Böhmerwald und Dnister sowie zwischen Istrien und Südkarpaten gegolten hatte, existierte nicht mehr; auch die alten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ordnungen waren zerstört.[2838]

Karl Schlögel fragt zu Recht: „War es nicht ein grandioses, aus purer Ignoranz gespeistes Missverständnis zu glauben, man könne europäische Geschichte im 20. Jahrhundert überhaupt unterrichten, ohne Umsiedlung und Vertreibung zur Sprache zu bringen?“ Trotz der europäischen Dimension von gewaltsamen Bevölkerungsverschiebungen, trotz der Europäizität von Umsiedlung und Vertreibung habe es keine europäische Öffentlichkeit und keinen europäischen Diskurs zum Vertreibungs- und Umsiedlungskomplex gegeben. Die wissenschaftliche Reflexion blieb weit hinter der millionenfach gemachten kollektiven Erfahrung zurück.

[2836] Konrád, Deportation, 14-17.

[2837] Paul Robert Magocsi, Historical Atlas of Central Europe. From the Early Fifth Century to the Present (Seattle & Toronto ²2002) 164-168; The Oxford Companion to the Second World War, 295f., 934-936; Flucht und Vertreibung. Europa zwischen 1939 und 1948, hg. von der Redaktion GEO (Hamburg 2004); Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem, hg. vom Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg (Stuttgart 2005); Flucht, Vertreibung, Integration. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Bielefeld ²2006); Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts. Katalog zur Ausstellung im Kronprinzenpalais, hg. vom Zentrum gegen Vertreibungen (Berlin 2006); Grzegorz Hryciuk [et alii] (Hgg.), Wysiedlenia, wypedzenia i uciezki 1939-1959. Polacy, Zydzi, Niemcy, Ukraincy. Atlas ziem Polski (Warszawa 2008).

[2838] Magocsi, Historical Atlas, 189-193.

Trotz des in den 1950er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführten Großforschungsprojektes „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ benötigten deutsche „Großhistoriker“ und Nobelpreisträger bis in die 1990er Jahre, um die Zusammenhänge zwischen Hitlers „ethnischer Flurbereinigung“, Hitlers „Endlösung“, der Eroberung Ostmitteleuropas durch die Rote Armee, der Flucht und Vertreibung von 13 bis 14 Millionen Deutschen und dem Zusammenbruch des deutschen Ostens zu thematisieren. Nach 1989 konnte endlich die säkulare Tendenz, die offensichtlich den Umsiedlungs- und Vertreibungsabsichten innewohnt, deutlich aufgezeigt werden: die ethnische Homogenisierung als Programm des modernen Nationalstaates und die ethnische Säuberung als Methode von *ethnic and social engineering*. Flucht und Vertreibung sind nun im gesamteuropäischen Bildervorrat deutlich verortet: Flüchtlingstrecks mit Pferdegespannen, Marschkolonnen, Orte der Gräuel, Beschlagnahme-, Selektions- und Ausweisungskommanden, Kennzeichnung durch Armbinden, Viehwaggons für die Deportation, Evakuierungsschiffe, Barackenlager. Andererseits, so Schlögel: „Mit den Menschen ist die lebendige Erinnerung verloren gegangen.“ Die Vertriebenen haben den Kontakt zu ihrer alten Heimat vielfach verloren, die Neueingesiedelten haben andere Kulturen mitgebracht und geschaffen. Michael Schwartz hebt in seinem fundierten Beitrag im letzten Band der Reihe „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ den „Prozesscharakter“ dieser „ethnischen Säuberungen“ zwischen 1941 und 1950 [besser: zwischen 1938 und 1950] hervor, erwähnt die „Vorerfahrungen“ seit den Balkankriegen und dem griechisch-türkischen Krieg 1922, macht aber die historischen Wirkungszusammenhänge und politischen Verantwortlichkeiten doch zu einseitig an der NS-Gewaltherrschaft fest, obwohl er andererseits auf die Vertreibungsplanungen der alliierten Kriegsgegner seit 1939 und die Verschleppungen und Zwangsumsiedlungen in der Sowjetunion seit September 1939 verweist.[2839]

Die Aufteilungs- und Bürgerkriege im ehemaligen Jugoslawien seit 1991 mit offensichtlich geplanten Vertreibungen von Millionen Menschen aus ihren Wohnungen, Häusern, Dörfern und Städten ließen in der öffentlichen Meinungsbildung den Terminus „ethnische Säuberung“ (*etničko čišćenje*) entstehen, der erstaunlich rasch Eingang in die internationalen Medien fand. Historikern war freilich bewusst, dass dieses Prinzip der „ethnischen Säuberung“ wie ein roter Faden die Geschichte des mittleren, östlichen und südöstlichen Europa im 20. Jahrhundert durchzog.[2840] Zwar sind die Behauptungen der tschechischen Historiker Zdeněk

[2839] Karl SCHLÖGEL, Europa ist nicht nur ein Wort. Zur Debatte um ein Zentrum gegen Vertreibungen, in: Jürgen Danyel – Philipp Ther (Hgg.), Flucht und Vertreibung in europäischer Perspektive, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1 (2003) 5-12; Michael SCHWARTZ, Ethnische „Säuberung“ als Kriegsfolge: Ursachen und Verlauf der Vertreibung der deutschen Zivilbevölkerung aus Ostdeutschland und Osteuropa 1941-1950, in: DRZW 10/2, 509-656, hier 509-511.

[2840] Vgl. den neuesten Überblick von Philipp THER, Die dunkle Seite der Nationalstaaten. „Ethnische Säuberungen“ im modernen Europa (Göttingen 2011) 7. Ther charakterisiert – angelehnt an die Definitionen der UNO und des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag – „ethnische Säube-

Beneš, Václav Kural und Jiří Pešek nicht zutreffend, in Österreich-Ungarn habe es – der alldeutschen nationalen Gesinnung entsprechend – eine „Vertreibung“ der Serben aus Syrmien im Jahre 1914 und der Italiener aus dem Trentino im Jahre 1915/16 gegeben; noch abstruser erscheinen Andeutungen von Absichten, „die Tschechen nach Bosnien auszusiedeln“.[2841] Andererseits wies der britische Geschäftsträger in Prag bereits im November 1919 seinen Außenminister George Nathaniel Marquess Curzon auf Überlegungen von Außenminister Beneš hin, zwischen den Magyaren in der Slowakei und den Slowaken in Ungarn einen Bevölkerungstausch durchzuführen:

> „[...] There were, he stated, about half a million Magyars in Slovakia, and an approximately equal number of Slovaks in Hungary. He did not think that the exchange of the two minorities and their return to the country of their origin would be wholly unpracticable. It might at any rate be attempted if the Allied Powers would agree to this solution of the question.“[2842]

In den 1920er Jahren versuchten die Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie die Anzahl der Minderheitenangehörigen durch neue Fragestellungen bei den Volkszählungen statistisch zu reduzieren. So sollte die Frage nach der „Nationalität“ bei zwei- und mehrsprachigen Personen die Entscheidung zugunsten der Staatsnation erleichtern. Auch den staatlichen Zählorganen selbst wurde damit ein Interpretationsspielraum in die Hand gegeben. Aber in Summe zeigten die Volkszählungsergebnisse von 1930 in der Tschechoslowakei und 1931 in Jugoslawien, dass diese und andere Assimilationsstrategien höchstens in gemischtsprachigen größeren Städten wirksam wurden. Leider liegen noch keine Forschungen darüber vor, ob diese Erfahrungen – in Verbindung mit der Weltwirtschaftskrise und ihren negativen sozialen Konsequenzen – innerhalb der nationalstaatlichen Eliten zu Haltungsänderungen weg von Assimilations-, hin zu Aussiedlungsstrategien führten.[2843]

Der britische Historiker Carlile A. Macartney, ein hervorragender Kenner der Nationalitätenprobleme im Donauraum und seit 1928 Schriftführer des Minderheitenkomitees des Völkerbundes, kam bereits 1934 zum Schluss, dass ein Natio-

---

rung“ als „eine systematisch organisierte, mit Gewalt verbundene und in der Regel dauerhafte Zwangsaussiedlung einer durch ihre Ethnizität oder Nationalität definierten Gruppe“.

[2841] Zdeněk Beneš und Václav Kural, Der Weltkrieg und die Stellung der Tschechen, in: Geschichte verstehen, 36-38; Jiří Pešek, Der internationale Rahmen der Zwangsaussiedlung der Sudetendeutschen, in: Geschichte verstehen, 196f. Die drei Historiker verwechseln offensichtlich temporäre Evakuierungen aus Frontgebieten, die noch während oder unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg wieder rückgängig gemacht wurden, mit auf Dauer angelegten Vertreibungen.

[2842] Chargé d'affaires Cecil Gosling to Earl Curzon, Prague, November 6, 1919, in: Documents on Bristish Foreign Policy 1919-1939, ed. by E. L. Woodward and Rohan Butler, First Series, vol. VI: 1919 (London 1956) 335-337. Tatsächlich lebten 1920 noch etwa 750.000 Magyaren in der südlichen Slowakei und in der südlichen Karpato-Ukraine und nur gut 100.000 Slowaken in Ungarn. – Károly Kocsis and Eszter Kocsis-Hodosi, Ethnic Geography of the Hungarian Minorities in the Carpathian Basin (Budapest 1998) 41.

[2843] Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1, 9.

nalstaat und eine selbstbewusste nationale Minderheit einfach inkompatibel seien. Daher sah er nur drei gangbare Lösungen:
– eine Verschiebung der Grenzen;
– eine Aussiedlung der Minderheit in ihr „Mutterland“;
– eine Veränderung der Legitimationsgrundlage des Nationalstaates.

Die vierte Lösung, den Massenmord bzw. Genozid, wollte er nicht in Betracht ziehen: „Perhaps a fourth [solution, Erg. Cattaruzza] should be counted – physical slaughter; but although this most effective of all remedies is still in vogue in certain countries it shall not be discussed in this humane essay.“[2844]

Es muss klar gesagt werden, dass Großbritannien und Frankreich im Jahre 1938 bereit waren, sich mit der Dominanz der NS-Großraumwirtschaft im Donauraum und in Südosteuropa und einer tiefgreifenden Revision der Versailler Friedensordnung abzufinden. Während die Westmächte im Frühjahr 1919 der „Weimarer Koalition“ – dem Bündnis von Sozialdemokratie, Zentrum und linksliberaler Deutscher Demokratischer Partei – und der „Großen Koalition“ in Wien – bestehend aus den Sozialdemokraten und Christlichsozialen – den „Anschluss“ Deutsch-Österreichs untersagt hatten, akzeptierten sie dies im März 1938 unter der Gewaltandrohung Hitlers. Und während sie in Saint-Germain 1919 die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen zurückgewiesen hatten, setzten sie im September 1938 die tschechoslowakische Führung unter Druck, einer Abtretung der sudetendeutschen Gebiete zuzustimmen – nun unter Kriegsandrohung Hitlers. „It was not wrong to seek a peaceful solution to the Czech crisis, but it was criminally irresponsible not to consider what to do if that didn't satisfy Hitler's appetite for conquest.“[2845]

Hans Lemberg verwies 1992 mit Recht auf die negativen Beispiele der Umsiedlungen nach den Balkankriegen 1912/13, auf den – militärisch freilich bereits vorher herbeigeführten – Zwangsaustausch zwischen Griechen und Türken im Vertrag von Lausanne 1923[2846], auf die deutsch-italienischen Umsiedlungsverträge bezüglich der Südtiroler zwischen 1939 und 1942[2847], auf 15 Umsiedlungsverträge zwischen dem Deutschen Reich und den osteuropäischen Nachbarstaaten 1939/40, auf den berüchtigten nationalsozialistischen „Generalplan Ost“ aus dem Jahre 1941/42, auf Umsiedlungspläne der westlichen Alliierten – vor allem im

[2844] Macartney, National States, 422f.; Cattaruzza, Endstation Vertreibung, 15.
[2845] Sheehan, Soldiers, 116.
[2846] Vgl. Kalliopi K. Koufa and Constantinos Svolopoulos, The Compulsory Exchange of Populations between Greece and Turkey: The Settlement of Minority Questions at the Conference of Lausanne, 1923, and its Impact on Greek-Turkish Relations, in: Paul Smith, Kalliopi Koufa and Arnold Suppan (eds.), Comparative Studies on Governments and Non-dominant Ethnic Groups in Europe, 1850-1940, vol. V: Ethnic Groups in International Relations (Hants – New York 1991) 275-308.
[2847] Karl Stuhlpfarrer, Umsiedlung Südtirol. Zur Außenpolitik und Volkstumspolitik des deutschen Faschismus, 1939-1945. Erster Teil: Vereinbarung, Organisation und Anfänge der Umsiedlung, 1939-1940 (Wien 1983).

Foreign Office – und auf Umsiedlungspläne in der Stalin’schen Sowjetunion.[2848] Abgesehen von den Deportationen der Juden aus den Niederlanden, Frankreich, Italien, Luxemburg, Belgien, Dänemark und Norwegen nach Auschwitz, Theresienstadt und in andere NS-Vernichtungslager und abgesehen von der teilweisen Umsiedlung der deutschen Südtiroler ab 1939 gab es hingegen westlich der Linie Lübeck–Triest keine größeren Umsiedlungs- oder Aussiedlungsaktionen. Davon blieben nach 1945 auch die Deutschen im Elsaß, im belgischen Eupen-Malmedy und im dänischen Nordschleswig verschont. Die während des Krieges bereits ausgesiedelten deutschen Südtiroler – immerhin etwa 75.000 Personen, d. h. mehr als ein Drittel der über 200.000 „Optanten“ für Deutschland – konnten mit italienischer Zustimmung nach 1945 wieder zurückkehren, aber nur 20.000 ergriffen die Chance.[2849]

Norman Naimark verglich den Völkermord der osmanischen Führung an den Armeniern 1915, die Judenvernichtung der Nationalsozialisten, die Zwangsdeportationen der Inguschen, Tschetschenen und Krimtataren durch Stalin 1944, die Vertreibung der Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei 1945/46 und schließlich die Gewalttaten im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er Jahren. Er lehnt Kontinuitätsthesen zu den Übergriffen osmanischer Heere im Verlauf der Jahrhunderte, zu den Pogromen im Russischen Reich, zum deutschen und österreichischen Antijudaismus oder zum angeblichen Hass unter den Balkanvölkern ab und verweist auf die „modernen“ Voraussetzungen zu den Vertreibungen und zum Massenmord im 20. Jahrhundert: auf die Machtfülle des modernen Nationalstaates, die modernen Kommunikations- und Transportmittel (vor allem den Viehwaggon als menschenverachtendes Symbol für die Vertreibungen!), moderne Waffen und moderne „Experten“ (Ingenieure, Physiker, Chemiker, Biologen, Ärzte, Geo- und Bevölkerungswissenschafter, Historiker etc.). Entscheidend sei schließlich eine neue Ideologie geworden: Die „ethnische Säuberung“ war „total“ gemeint, d. h. sie sollte alle Mitglieder einer anderen nationalen und/oder rassischen Gruppe betreffen, nicht zuletzt auch die Frauen und Kinder. Die „ethnischen Säuberungen“ wurden immer von politischen „Führern“ befohlen und besonders in Kriegs- und Nachkriegszeiten durchgeführt, wobei als Vorwand meist der Vorwurf der Kolla-

[2848] Hans Lemberg, „Ethnische Säuberung“: Ein Mittel zur Lösung von Nationalitätenproblemen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 6.11.1992, B 46, 27-38.

[2849] Vgl. Antony E. Alcock, The History of the South Tyrol Question (London 1970); Felix Ermacora (Hg.), Geheimbericht der Südtiroler Delegation zur Pariser Konferenz 1946. Mit einer historischen und aktuellen Standortbestimmung (Wien – München 1987); Klaus Eisterer – Rolf Steininger (Hgg.), Die Option. Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 5, Innsbruck 1989); Rolf Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit (Innsbruck – Wien 1997); Viktoria Stadlmayer, Kein Kleingeld im Länderschacher. Südtirol, Triest und Alcide De Gasperi (Schlern-Schriften 320, Innsbruck 2002); Michael Gehler, Eduard Reut-Nicolussi und die Südtirolfrage 1918-1958. Streiter für die Freiheit und Einheit Tirols, 2 Teile (Schlern-Schriften 333/1, 2, Innsbruck 2007).

boration, Staats- und Volksschädigung und Spionage erhoben wurde. Im Übrigen besteht kein Zweifel, dass Hitler und Stalin vom Genozid an den Armeniern gehört hatten, dass Stalin auch von Hitlers Bevölkerungsverschiebungen beeinflusst war, und dass Polen, Tschechen, Slowaken, Magyaren, Serben, Kroaten und Slowenen deutsche Diskriminierungsmaßnahmen übernahmen – bis hin zu den in der Öffentlichkeit weithin sichtbaren weißen Armbändern (meist mit einem „N“ = poln. *Niemiec*, tschech. *Němec*, slowak. *Nemec*, serb. *Njemac*, kroat. *Nijemac*, slowen. *Nemec*). Freilich spielten bei den West- und Südslawen auch Rache und Vergeltung ein entscheidendes Motiv, so dass in Schlesien, Mähren, Böhmen und der Vojvodina zeitweise sogar durch den Krieg verrohte sowjetische Panzerkommandanten schockiert gewesen sein sollen, mit welcher Brutalität Polen, Tschechen und Serben gegen deutsche Zivilisten vorgingen.[2850]

Götz Aly wies auf offenkundige Zusammenhänge zwischen „völkischer Flurbereinigung“, „Neuordnung Europas“ und „biologischer Vernichtung“ der Juden hin. So wollten Hitler, Himmler und Heydrich im Herbst 1939 ein „Judenreservat Lublin“ schaffen, während im Sommer 1940 der Plan, die Juden nach Madagaskar zu deportieren, in den Vordergrund rückte. Im Frühjahr 1941 – parallel zu den Planungen für das Unternehmen „Barbarossa“ – begannen im Reichssicherheitshauptamt die Planungen zur Vernichtung der Juden. Die „Heim-ins-Reich“-Umsiedlungsaktionen von über 500.000 „Volksdeutschen“, für deren zurückgelassene Besitztümer (Häuser, Wohnungen, Höfe, Betriebe, Geräte, Hausrat und Vieh) das Reichsfinanzministerium Italien, den baltischen Staaten, der Sowjetunion und Rumänien etwa 3 Milliarden Reichsmark verrechnete, zwangen die Umsiedlungsbehörden der SS immer wieder zu rascheren Deportationen von Polen und Juden ins Generalgouvernement. Daher war SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann nicht nur für die Deportationen von Juden zuständig, sondern auch für jene von Polen, Slowenen und Serben. Auch der einzelne „Volksdeutsche“ war nicht gefragt worden, sondern landete mit seiner „Option für Deutschland [...] auf demselben bevölkerungspolitischen Rangierbahnhof [...] wie die Juden“. Allerdings – und dies ist Aly entgegenzuhalten –, die Volksdeutschen landeten nicht auf der mörderischen Rampe von Auschwitz-Birkenau und entgingen auch sonst kollektiven Mordaktionen der SS.[2851]

Adolf Hitler 1939: „eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“

Noch in seiner Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939 argumentierte Hitler mit der Notwendigkeit einer Revision von Versailles, um eine „weitschauende Ord-

---

[2850] Naimark, Fires (2001); vgl. Naimarks Interview mit Markus Wehner, Wille zum Totalen. Ethnische Säuberungen im zwanzigsten Jahrhundert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Februar 1999; „Die Zukunft soll vernichtet werden“, in: Der Spiegel, 14/1999, 174-176.

[2851] Aly, „Endlösung“, 9-26.

nung des europäischen Lebens“ herbeizuführen; dazu formulierte er folgende Ziele:

1) die Herstellung einer Reichsgrenze, die den historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten gerecht werde;
2) die „Befriedung des gesamten Gebietes im Sinne der Herstellung einer tragbaren Ruhe und Ordnung“;
3) „die absolute Gewährleistung der Sicherheit nicht nur des Reichsgebietes, sondern der gesamten Interessenzone“;
4) „die Neuordnung, der Neuaufbau des wirtschaftlichen Lebens, des Verkehrs und damit aber auch der kulturellen und zivilisatorischen Entwicklung“;
5) „als wichtigste Aufgabe aber: eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse, das heißt, eine Umsiedlung der Nationalitäten, so dass sich am Abschluss der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist.“ Der ganze Osten und Südosten Europas sei zum Teil mit „Splittern des deutschen Volkstums“ gefüllt. Gerade in ihnen liege ein Grund und eine Ursache fortgesetzter staatlicher Störungen. Im Zeitalter des Nationalitätenprinzips und des Rassegedankens sei es utopisch zu glauben, dass man diese „Angehörigen eines hochwertigen Volkes“ ohne weiteres assimilieren könne. Daher seine Schlussfolgerung: „Es gehört daher zu den Aufgaben einer weitschauenden Ordnung des europäischen Lebens, hier Umsiedlungen vorzunehmen, um auf diese Weise wenigstens einen Teil der europäischen Konfliktstoffe zu beseitigen. Deutschland und die Union der Sowjetrepubliken sind übereingekommen, sich hierbei gegenseitig zu unterstützen.“[2852]

Keine Frage, auch Hitler hatte von den gewaltsamen Bevölkerungsverschiebungen nach den Balkankriegen und dem griechisch-türkischen Krieg 1922 gehört. In seinen „Tischgesprächen“ 1941/42 berief er sich wiederholt auf die Kolonialkriege der Briten in Indien und Südafrika und das genozidale Vorgehen der USA gegen die nordamerikanischen Indianer. Schon im August 1939 hatte er das beabsichtigte unbarmherzige Vorgehen gegen die polnische Zivilbevölkerung mit der zynischen Frage argumentiert: „Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?“[2853]

Tatsächlich hatte das „Großdeutsche Reich“ bereits im Herbst 1938 bevölkerungspolitische Maßnahmen im südlichen, östlichen und südöstlichen Europa eingeleitet, die bald Um- und Aussiedlungen von Juden, Tschechen, Polen, Slowenen und Serben, „Rücksiedlungen“ von „Volksdeutschen“ aus Südtirol, dem Baltikum, Wolhynien, Ostgalizien, der Bukowina, Bessarabien, der Dobrudscha, der Gottschee und Bosnien, Arbeitskräftebeschaffung in allen besetzten Gebieten und Germanisierungsmaßnahmen in ehemaligen Provinzen Polens (Posen, Westpreußen, Ost-Oberschlesien), der Tschechoslowakei („Reichsgau Sudetenland“, Südböhmen, Südmähren) und Jugoslawiens (Untersteiermark, Oberkrain und westliches Banat) umfassten. Stellten die Verträge über die Südtiroler, die Kanaltaler

[2852] Max Domarus (Hg.), Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. 2: Untergang (1939-1945), 6. Oktober 1939, 1.378-1.393, hier 1.383; Cattaruzza, Endstation Vertreibung, 22.

[2853] Schwartz, Ethnische „Säuberung“, 559.

und Gottscheer Entgegenkommen Hitlers gegenüber Mussolini dar, so galten die Umsiedlungsverträge in Ostmitteleuropa der Konfliktvermeidung mit dem damals unverzichtbaren Bündnispartner Sowjetunion.[2854]

Auf deutscher Seite wurden erste Aussiedlungspläne – abgesehen von der eindeutigen Bemerkung Hitlers im November 1937 – erst nach Errichtung des Protektorats erwogen. Sudetendeutsche Stellen bemühten sich um Zustimmung zur Ausweisung von rund der Hälfte der Tschechen, besonders der Optanten, aus dem Reichsgau Sudetenland ins Protektorat. Aber auch der Gauleiter von Niederdonau, Hugo Jury, ersuchte Staatssekretär Frank um das Recht, diejenigen Tschechen, die vor dem 15. März 1939 das südmährische Grenzgebiet verlassen hatten und inzwischen zurückgekehrt waren, abzuschieben. Frank sprach sich jedoch im September 1939 gegen das „Einströmen zahlreicher Tschechen aus dem Sudetengau“ aus, „da dies auf die Bevölkerung des Protektorates beunruhigend wirken könnte und die Tschechen der Grenzgebiete besonders radikal eingestellt sind“. Vielmehr regte er an, einen Teil der Tschechen ins Altreich umzusiedeln. Aber auch der NSDAP-Kreisleiter von Saaz (Žatec) bemühte sich im Winter 1939/40, „den Kreis möglichst bald von allen tschechischen Elementen frei zu machen“. Daher ermächtigte der Reichsinnenminister am 19. März 1940 die Landräte des Sudetengaus, allenfalls „die Protektoratsangehörigen aus diesen Gebieten wieder zu entfernen, die aus Anlass der Eingliederung des Sudetenlandes geflohen waren und seitdem unerlaubt wieder zurückgekehrt sind.“ Aber Minister Frick dekretierte auch: „Massenausweisungen [...] haben auf alle Fälle zu unterbleiben.“[2855]

Zwischen Herbst 1939 und Ende 1940 wurden insgesamt etwa eine halbe Million Volksdeutsche aus Nordost-, Ostmittel- und Südosteuropa in die von Deutschland annektierten neuen Ostgebiete umgesiedelt, zwischen 1941 und 1944 kamen nochmals 500.000 Menschen hinzu. Nach den Berichten des Sicherheitsdienstes der SS war die Umsiedlung der Volksdeutschen aus Estland, Lettland, dem Narewgebiet, Wolhynien und Ostgalizien bis September 1941 weitgehend abgeschlossen, während die Umsiedlung der Volksdeutschen aus dem Südosten (der nördlichen und südlichen Bukowina, Bessarabien und Dobrudscha) und auch aus Litauen noch im Gange war. So wurden die Dobrudschadeutschen zum Teil in Lagern in Österreich, zum Teil im Protektorat, zum Teil im Warthegau untergebracht, wo sie 1945 von Polen und Tschechen vertrieben wurden. In den Lagern wurden die Volksdeutschen seitens der SS einer „rassehygienischen“ Überprüfung unterzogen und von der Volksdeutschen Mittelstelle in die „Deutsche Volksliste“ eingeordnet, die vier Kategorien vorsah.[2856]

[2854] Lemberg, „Ethnische Säuberung“, 31; Suppan, Adria, 385-422; Völkl, Westbanat (1999); Eugene Kulischer, Europe on the move. War and population changes, 1917-47 (New York 1948); Schwartz, Ethnische „Säuberung“, 533f.

[2855] Jury an Frank, 6. Juni 1939; Frank an Jury, 22. September 1939; Rundschreiben RM Frick, 19. März 1940, zitiert nach: Brandes, Tschechenpolitik, 133f.

[2856] Schwartz, Ethnische „Säuberung“, 536f. Die kleine tschechische Minderheit in Wolhynien wurde vom NKVD nach Sibirien deportiert, über zehntausend schlossen sich 1944 der Tsche-

Unmittelbar nach der Trauerfeier für den ermordeten Heydrich drohte Hitler dem Präsidenten Hácha und der Protektoratsregierung bei einem Empfang in der Neuen Reichskanzlei am 9. Juni 1942 unverhohlen mit der Aussiedlung aller Tschechen aus Böhmen und Mähren:

„[…] Ich werde mit allen Mitteln Friedensstörer, die meinem Werke im Wege sind, beseitigen. Ich habe mich aus diesem Grunde entschlossen, zwei bis drei Millionen Deutsche, die in fremden Volkskörpern leben, zurückzuziehen. […] Nichts kann mich daran hindern, einige Millionen Tschechen auszusiedeln aus Böhmen und Mähren, wenn sie ein friedliches Zusammenleben nicht haben wollen. In diesem Raume hat dann nur einer Platz. Eines von beiden Völkern muss dann weichen. Ich bin fest entschlossen, Böhmen und Mähren nie mehr herauszugeben, und das deutsche Volk wird nicht weichen. […]

Ich weiß von den Wolgadeutschen, was es heißt, eines Tages den Lebensraum zu verlieren, trotzdem kann dasselbe den Tschechen passieren, denn es ist besser, eine Generation trägt zwanzig Jahre schweres Leid durch das Verlassen der Heimat, als dass in Europa durch ein reichsfeindliches Tschechentum eine dauernde Gefahr bestehen bleibt. […]

Entweder die Verhältnisse in Böhmen und Mähren werden für mich tragbar und das tschechische Volk wandelt sich unter Ihrer Führung, Herr Präsident, und unter Ihrer Regierung, meine Herren, dann wird es in Ruhe leben, auf seiner Scholle verbleiben und im großen Reiche arbeiten können, oder sie erkennen den Ernst der Lage nicht und vermögen die Verhältnisse nicht zu wandeln, dann wird das tschechische Volk aus Europa weggewischt. Sie haben eine letzte Schance [sic!] und dies ist meine letzte Warnung. Entweder werden die Attentäter gefasst oder preisgegeben oder ich muss annehmen, dass im tschechischen Volke große Organisationen vorhanden sind und Widerstandshetzer gegen das Reich arbeiten. In diesem Falle, meine Herren, darüber seien Sie sich im klaren, werde ich zu letzten Konsequenzen greifen. […]“[2857]

Ohne Zweifel hatten die unterschiedlichen Zielsetzungen der NS-Führung im Westen und Osten Europas schwerwiegende Folgen für das Schicksal der deutschen Volksgruppen zwischen Ostsee, Schwarzem Meer und Adria. Während im Westen nur Eupen-Malmedy annektiert und „heim ins Reich“ geholt wurde, während Hitler aus Rücksicht auf Mussolini bzw. Vichy-Frankreich auf eine förmliche Annexion Südtirols 1943 und Elsass-Lothringens 1940 verzichtete und in Nordschleswig nicht einmal eine faktische Angliederung vollziehen ließ, wurden im Osten sowohl umfangreiche Annexionen (deutschsprachige Mehrheitsgebiete der Tschechoslowakei, Danzig, Westpreußen, Posen, Ost-Oberschlesien) als auch de-facto-Eingliederungen (Protektorat Böhmen und Mähren, Generalgouvernement, Untersteiermark, Oberkrain, Operationszone Adriatisches Küstenland) ins Großdeutsche Reich durchgeführt. Heinrich Himmler ließ aber im Juli 1941 im „Generalplan Ost“ noch ganz andere rassistische Zielsetzungen zusammenfassen,

---

choslowakischen Armee unter General Ludvík Svoboda an und wirkten 1945 maßgeblich an der Vertreibung der Sudetendeutschen mit. Nach Vereinbarungen zwischen Moskau und Prag wurden zwischen 1945 und 1947 33.000 tschechische Zivilisten aus Wolhynien in die ČSR umgesiedelt.

[2857] Ansprache Hitlers an Hácha und die Mitglieder der Protektoratsregierung, Berlin, 9. Juni 1942, in: Odsun 2, 307f.

die letzten Endes die Auflösung des polnischen, tschechischen, slowenischen, ukrainischen und weißrussischen Volkes als politische Nation bedeutet hätten: Vertreibung der nicht „gutrassigen“ Bevölkerung aus Ostpolen, dem Baltikum, Weißrussland, Teilen der Ukraine, dem Protektorat und Nordslowenien nach „Osten“ (Westsibirien, Serbien) und Neubesiedlung dieser Gebiete durch deutsche „Wehrbauern“. Da bereits 1939/40 über 900.000 Polen aus Posen und Westpreußen in das Generalgouvernement und 1941 über 60.000 Slowenen aus der Untersteiermark und Oberkrain nach Serbien, Koatien und ins Reich deportiert worden waren, mussten die NS-Vertreibungspläne als konkrete existentielle Gefahr gesehen werden.[2858]

Winston S. Churchill 1944: „A clean sweep will be made“

Schon im Verlauf des Weltkrieges war auf alliierter Seite die Frage der Zwangsaussiedlung der Deutschen aus Ostmittel- und Südosteuropa erörtert worden, um die „Minderheitenprobleme“ ein für allemal zu bereinigen und innerhalb der neuen Grenzen Frieden zu stiften. Bereits Ende 1939 wurde der vom bekannten Historiker Arnold Toynbee geleitete *Foreign Research and Press Service* vom *Foreign Office* beauftragt, ein Gutachten über die Stabilisierung Nachkriegseuropas durch Bildung übernationaler Föderationen in Mittel- und Südosteuropa zu erstellen. Auch Beneš wurde um seine Pläne zur Lösung des Problems der sudetendeutschen Minderheit befragt und stellte sein Konzept einer Kombination von Gebietsabtretung und Bevölkerungstransfer vor. Am 14. Mai 1940 wurde die erste Ausfertigung des Gutachtens vorgelegt, dessen zentraler Teil die programmatische Überschrift *Transfer as a Contribution to Peace* trug. Die Autoren sahen bei der Festlegung der künftigen Staatsgrenzen keine Notwendigkeit, sich an die ethnischen Vorkriegsgrenzen zu halten, da Hitler selbst diese Grenzen missachte und Bevölkerungsumsiedlungen durchführe. Daher empfahl das Gutachten die Abtretung strategisch unwichtiger Gebiete in Westböhmen, Nordböhmen und Schlesien an Deutschland, dafür aber eine Reduzierung der sudetendeutschen Minderheit in der Tschechoslowakei auf null: durch eine Kombination aus Bevölkerungstransfer und Flucht.[2859]

Der Weg zum Bevölkerungstransfer schien kurze Zeit verlegt, als Roosevelt und Churchill in der Atlantik-Charta am 12. August 1941 verkündeten, dass keine territorialen Veränderungen stattfinden sollten, die nicht im Einklang mit dem frei geäußerten Wunsch der betroffenen Bevölkerungen stünden. Als das *Foreign Office* die Exilregierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens aufforderte, sich zur Atlantik-Charta zu bekennen, sahen diese ihre Kriegsziele bedroht und versuchten die Charta zu einem Propagandainstrument zum Schutz der

[2858] Kittel – Möller, Beneš-Dekrete, 551f.; vgl. Czesław Madajczyk (Hg.), Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan (München 1994).

[2859] Brandes, Vertreibung, 19f.

besetzten Staaten umzudeuten. Als Außenminister Eden im Dezember 1941 nach Moskau kam, hörte er von Stalin und Molotov das Angebot an Polen, für seine Gebietsverluste im Osten im Westen entschädigt zu werden, und die Feststellung, dass das Sudetenland an die Tschechoslowakei zurückzugeben sei. In beiden Fällen sollte die deutsche Bevölkerung nach Deutschland umgesiedelt werden. Nach seiner Rückkehr bestellte Eden ein weiteres Gutachten des *Foreign Research and Press Service* – nun zu den künftigen Grenzen zwischen Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei. Im Februar 1942 konstatierten die Gutachter, dass eine Konföderation zwischen Polen und der Tschechoslowakei ohne sowjetische Hilfe nur dann ein Gegengewicht gegen Deutschland bilden könnte, wenn diese über Ostpreußen, Oberschlesien und das Sudetenland verfügte. Strategische Momente sprächen auch für den Transfer der Deutschen aus Mähren und Tschechisch-Schlesien. Die vollständige Vertreibung aller Sudetendeutschen, die „pangermanisch und nationalistisch“ seien, könnte im Interesse der europäischen Sicherheit liegen. Und das Gutachten machte auch schon eine erste statistische Aufstellung: Deutschland müsste aus Ostpreußen 1,9 Millionen Umsiedler aufnehmen, aus Polen 80.000, aus Oberschlesien östlich der Oder 500.000, aus Tschechisch-Schlesien und Mähren 800.000, aus Böhmen ohne das Egerland etwa 2 Millionen, aus dem Egerland 500.000; Schlesien westlich der Oder mit etwa 3,3 Millionen Einwohnern sollte demnach bei Deutschland bleiben. Allerdings bezweifelten die Gutachter, ob man so viele Menschen in kurzer Zeit über das Straßen- und Schienennetz transportieren könnte und wo man so viele Flüchtlinge unterbringen könnte.[2860]

Im *Foreign Office* war man sich spätestens im April 1942 einig, dass die Tschechoslowakei „mehr oder weniger“ die Vor-Münchener Grenzen erhalten sollte. Nach dem Attentat auf Heydrich und der Terrorwelle im Protektorat gab das *Foreign Office* unter dem Druck der öffentlichen Meinung seine bisherige Zurückhaltung auf. Außenminister Eden ordnete der BBC an, Ansprachen von Jaksch im deutschsprachigen Programm einzustellen. Am 25. Juni traf sich Eden mit Beneš, um eine für beide Seiten akzeptable Erklärung zu „München“ zu finden. So erklärte das britische Kriegskabinett am 6. Juli 1942 nicht nur das Münchener Abkommen für ungültig, sondern gab auch seine Zustimmung zum „allgemeinen Grundsatz des Transfers von deutschen Minderheiten in Mittel- und Südosteuropa nach Deutschland nach dem Kriege in Fällen, wo dies notwendig und wünschenswert erscheint“.[2861]

[2860] Memorandum des Foreign Research and Press Service (signature: A. J. Toynbee), 12 February 1942, PRO, FO 371/30930, C2167/241/18; Brandes, Großbritannien, 246f.; Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung“, 99f.

[2861] War Cabinet Conclusion, July 6, 1942, zitiert nach: Detlev Brandes, „Eine verspätete tschechische Alternative zum Münchener Diktat“. Edvard Beneš und die sudetendeutsche Frage 1938-1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 42/2 (1994) 238. Vergeblich warnte der Londoner *Economist*, die Bestrafung von Deutschen nach dem Krieg „muss die betreffen, die im moralischen Sinn schuldig sind, nicht im rassischen. Die Nazis haben rassische Sündenböcke gesucht, die Alliierten dürfen nicht denselben Fehler machen.“ – The Economist, January 17, 1942.

Das *Foreign Office* ließ nun in seinem *Research Department* verschiedene Memoranden ausarbeiten, wie dieses Leitmotiv der ethnischen Entmischung umgesetzt werden könnte. Als Beneš Schuldkriterien zur Basis der Vertreibung machen wollte, lehnte dies das *Foreign Office* bereits im Oktober 1942 mit einer bemerkenswerten Begründung ab:

> „His Majesty's Government were prepared to agree to transfers of populations in Europe wherever this seemed necessary and desirable. This leaves us free hand to arrange transfers of population on a basis of political expediency, which seems the only safe basis, and to restrict or expand the application of the principle as circumstances may require.“[2862]

In einer Studie des britischen Außenministeriums vom 1. September 1942 betrachteten die britischen Experten das Prinzip der ethnischen Entmischung bereits als wirkungsvolles Instrument der Konfliktprävention und der Konfliktlösung. Die deutschen Minderheiten hätten sich als „fünfte Kolonne“ Hitlers instrumentalisieren lassen und die dadurch heraufbeschworenen Spannungen seien nur durch die endgültige Entfernung jener zu überwinden. Allerdings war den Beamten des *Foreign Office* bewusst, dass ein solcher Transfer schwer zu kontrollieren sei und dass viele Unschuldige ihre Existenzbasis verlieren würden. Die Beteiligung von britischen Einheiten an einer solchen „grausamen und ungerechten“ Arbeit wurde jedoch abgelehnt, denn nur die Rote Armee sei darauf vorbereitet, „to act ruthlessly and will not be tied down by any agreed rules and regulations“.[2863]

Auch führende amerikanische Politiker teilten die Überzeugung, dass für eine stabile Nachkriegsordnung in Ostmitteleuropa „nationale Entflechtungen“ notwendig seien. So bemerkte im März 1943 US-Präsident Roosevelt zu Anthony Eden: „Wir sollten Vorkehrungen treffen, um die Preußen aus Ostpreußen auf die gleiche Weise zu entfernen, wie die Griechen nach dem letzten Krieg aus der Türkei entfernt wurden.“ Allerdings sollte sich der Vorgang einer Zwangsaussiedlung der Deutschen tunlichst nur auf politisch besonders belastete Gruppen beschränken.[2864]

Weder Washington noch Moskau ließen allerdings umfangreiche Studien zur Durchführung und zu den Konsequenzen einer Massenvertreibung der Deutschen anfertigen. Die britische Regierung erteilte im November 1943 einen solchen

[2862] PRO, FO 371/30385 – C 10043, zitiert nach: Gerhard Seewann, Der Vertreibungsprozess in und nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund britischer Quellen, in: Gerhard Seewann (Hg.), Migrationen und ihre Auswirkungen. Das Beispiel Ungarn 1918-1955 (München 1997) 55-89, hier 60.

[2863] PRO, FO 371/35261, U1292/58/72; abschließende Stellungnahme des Interdepartmental Committee on the Transfer of German Population, 12 May 1944, PRO, FO 371/39092, C6391/220/18.2, zitiert nach: Gerhard Seewann, Konzepte der Vertreibung: Berlin – London – Prag – Budapest, in: Arnold Suppan (Hg.), Auflösung historischer Konflikte im Donauraum. Festschrift für Ferenc Glatz zum 70. Geburtstag (Budapest 2011) 633-644.

[2864] Memorandum, 15 March 1943, in: FRUS, Diplomatic Papers 1943, vol. III (Washington 1963) 15; Kittel – Möller, Beneš-Dekrete, 558; Klaus-Dietmar Henke, Der Weg nach Potsdam – Die Alliierten und die Vertreibung, in: Wolfgang Benz (Hg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen (Frankfurt/Main 1985) 56.

Auftrag und ließ hohe Beamte des *Foreign Office*, des *Cabinet Office*, des Ministeriums für wirtschaftliche Kriegsführung, des Kriegsministeriums und des *Dominions Office* unter dem Vorsitz von John Troutbeck, einem leitenden Beamten in der Deutschland-Abteilung des Außenministeriums, zusammenarbeiten. Erst nach sechs Monaten legte diese „Interministerielle Kommission für den Transfer deutscher Bevölkerungsgruppen“ dem Ausschuss für Waffenstillstands- und Nachkriegsfragen (*Armistice and Post-War Committee*) einen 51 Seiten langen Bericht vor. Die Kommission hatte die von Stalin in Teheran gegenüber Churchill und Roosevelt durchgesetzten Prämisse anzunehmen, dass die Sowjetunion die 1939 eroberten ostpolnischen Gebiete behalten dürfe und Polen ein gleich großes Stück deutschen Territoriums im Westen bekäme. Wenn nach dem Krieg Ostpreußen, Danzig und Oberschlesien an Polen fielen, müssten 5,34 Millionen Deutsche umgesiedelt werden, wenn Breslau und Stettin ebenfalls an Polen fielen, kämen noch 3,3 Millionen hinzu. Darüberhinaus wurde mit der Deportation der Hälfte der Sudetendeutschen, also weiteren 1,5 Millionen, gerechnet, sodass „im schlimmsten Fall“ (sic!) insgesamt 10,14 Millionen Menschen umgesiedelt werden müssten. Als Aufnahmeland käme nur Deutschland in Frage (nur in sehr beschränktem Maße Österreich), da weder das British Empire noch die USA an einer größeren Zahl von Deutschen interessiert seien. Trotz eines möglichen Interesses Stalins an deutschen Arbeitskräften müsse auch „Sibirien zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausgeschlossen werden“. Da jedoch die Vertreibungsländer Polen und die Tschechoslowakei viele Facharbeiter verlieren würden und somit Produktionsengpässen in ihren Industrien und Landwirtschaften befürchten müssten, sollte man ihnen die Macht geben, jene Personen zurückzuhalten, deren Arbeit als wirtschaftlich unverzichtbar angesehen werde.[2865]

Obwohl einige Prämissen und Schlussfolgerungen der Kommission zu optimistisch ausgefallen waren – vor allem die Zahl der umzusiedelnden Sudetendeutschen –, reagierte das *Armistice and Post-War Committee* mit Unglauben und Zorn. Der Vorsitzende, der stellvertretende Premierminister Clement Attlee, hielt zwar fest: „Alles, was den Deutschen die Vollständigkeit und Unwiderruflichkeit ihrer Niederlage vor Augen führt, ist letztlich von Nutzen“, dennoch ließ er den Bericht vorerst zu den Akten legen, sodass er bis Jänner 1945 nicht mehr diskutiert wurde.[2866]

Mittlerweile hatte im Auftrag des Southern Department des *Foreign Office* der Historiker Toynbee, Direktor des *Royal Institute of International Affairs*, am 8. März 1944 das Memorandum *Minority transfer in South Eastern Europe* vorgelegt. Es sollte folgende Punkte berücksichtigen:

[2865] Report of the Inter-Departmental Committee on the Transfer of German Populations, A.P.W. (44) 34, May 12, 1945, CAB 121/385, PRO, zitiert nach: DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 100-105.

[2866] DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 107f. Erstaunlicherweise erhielt das State Department kein Exemplar des Berichts der britischen Forschungskommission.

„a) the most probable line of frontiers in post-war South-East Europe, and

b) the probable attitude of post-war national governments in South-East Europe towards the expulsion of minorities within their frontiers and the reception in exchange of their own national minorities and the reception in exchange of their own national minorities from other states what and within upper and lower limits defined as narrowly as possible are likely to be the number of:

a) Germans to be expelled from Yugoslavia (Carinthia and Banat) [sic!],

b) Hungarians to be expelled from
   1) Czechoslovakia
   2) Roumania
   3) Yugoslavia

c) Italians to be expelled from Yugoslavia

d) Roumanians (if any) to be expelled from Hungary

e) Bulgarians to be expelled from
   1) Yugoslavia
   2) Greece

f) Roumanians and Bulgarians to be exchanged against each other in Northern and Southern Dobrudja.“[2867]

Die Gesamtzahl der Volksdeutschen in Jugoslawien (in den Grenzen von März 1941) schätzte Toynbee auf 685.000, was um 185.000 über der offiziellen Zahl aus der Volkszählung von 1931 lag. Von diesen würden „zweifellos“ vor oder bei Kriegsende etwa 150.000 fliehen, ohne die Vertreibung abzuwarten: „families of officials and prominent persons“ und die meisten Volksdeutschen aus Slowenien. Die Zurückbleibenden könnten alle vertrieben werden, „after the Yugoslavs have massacred (say) 35.000“, oder die Jugoslawen könnten sich bei den Massakern zurückhalten, lediglich die Volksdeutschen aus Slowenien, „say 60.000“, vertreiben und die viel zahlreicheren, aber isolierten Volksdeutschen aus der Vojvodina und Slawonien-Syrmien zurückhalten. Diese seien „industrious and competent, have been a profitable source of taxation“. Nichtsdestoweniger wäre jedenfalls die Vertreibung von etwa 30.000 Personen zu erwarten. Deutschland bzw. Österreich hätten also entweder mit 150.000 Emigranten und 150.000 Vertriebenen zu rechnen oder mit 150.000 Emigranten und (nur) 90.000 Vertriebenen. Sollte ein Austausch in Betracht gezogen werden, so kämen 50.000 in Österreich lebende Jugoslawen (Slowenen) in Frage, „of whom perhaps 30.000 were Yugoslav in sentiment“.[2868]

Ähnliche Berechnungen stellte Toynbee hinsichtlich der Ungarn an. Bei einer Wiederherstellung der Grenzen von Trianon blieben etwa 740.000 in der Tschechoslowakei, 1,810.000 in Rumänien und 557.000 in Jugoslawien. Daher müsste man mit 700.000 ungarischen Vertriebenen aus der Tschechoslowakei (bei Austausch mit 100.000 Slowaken aus Trianon-Ungarn) und 525.000 ungarischen Vertriebenen

[2867] Foreign Office Research Department, Minority transfers in South Eastern Europe, March 8, 1944, PRO, FO 371/43659, R 5529, zitiert nach: Seewann, Vertreibungsprozess, 77-89.

[2868] Ebenda, 79.

aus Jugoslawien rechnen (33.000 würden früher fliehen, 10.000 umgebracht werden). Hinsichtlich der Ungarn in Rumänien schlug Toynbee eine neue Grenze vor, die die Komitate Máramaros (Maramureş), Szatmár (Satu Mare), Szilágy (Sălaj), Bihar (Bihor) und Arad bei Ungarn beließe; somit wären nur 1,330.000 Ungarn in Rumänien und eine Million Rumänen in Ungarn geblieben. Bei einer Abtretung der Venezia Giulia an Jugoslawien fielen 615.000 Italiener an Jugoslawien, von denen seit September 1943 bereits 65.000 geflohen sein könnten. Es sei fraglich, ob Jugoslawien alle übrigen 550.000 vertreiben wolle, vielleicht nicht die Fischer und andere einfache Leute entlang der Küste und auf den Inseln (etwa 120.000), die Arbeiter von Triest und Fiume (etwa 100.000) und die Bevölkerung von Gradisca-Monfalcone (80.000). So blieben noch 250.000 Vertriebene, gegen die man lediglich die 40.000 Slowenen aus dem Resia-Gebiet austauschen könne.[2869]

Ein bei der königlich-jugoslawischen Exilregierung in London akkreditierter britischer Diplomat verwies auf die Grausamkeiten der Nationalsozialisten, die alle Regierungen der von Deutschland besetzten Staaten veranlassten, keine weitere Präsenz von deutschen Minderheiten auf ihrem Gebiet mehr zu tolerieren. Die „Volksdeutschen“ hätten für die Nationalsozialisten viele zweifelhafte Dienste geleistet, so als Gestapo-Agenten und Spione. Auch in Jugoslawien könnten keine „Volksdeutschen“ mehr bleiben, wenn die Wehrmacht zurückgeschlagen sei, vielmehr müssten diese sich dann glücklich schätzen, mit heiler Haut zu entkommen.[2870]

Erst auf der Moskauer Konferenz im Oktober 1944 dürfte Churchill endgültig klar geworden sein, dass Stalin die Westalliierten in Mitteleuropa vor vollendete Tatsachen stellen werde – einschließlich der Westverschiebung Polens, der Umsiedlung aller Polen aus den Gebieten östlich des Bugs und der Vertreibung aller Deutschen aus allen Ostgebieten. Auch Präsident Roosevelt und sein Außenminister Cordell Hull wollten nun der polnischen Exilregierung „einen solchen Transfer soweit wie möglich erleichtern“. Churchill hielt am 15. Dezember 1944 im britischen Unterhaus eine große Rede über die Zukunft Polens und bekannte sich zur „völligen Vertreibung der Deutschen – aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt“:

> „[…] For expulsion is the method which, so far as we have been able to see, will be the most satisfactory and lasting. There will be no mixture of populations to cause endless trouble as in Alsace-Lorraine. A clean sweep will be made. I am not alarmed at the prospect of the disentaglement of population, nor I am alarmed by these large transferences, which are more possible than they were before through modern conditions.“[2871]

[2869] Ebenda, 80-84.

[2870] BIBER, British Diplomatic Reports, 124f.

[2871] Churchill im Unterhaus, 15. Dezember 1944, Annex I zu Memorandum Edens vom 23. Jänner 1944, PRO, CAB 66/61, W.P. 48, zitiert nach: BRANDES, 1945, 231; DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 113f.; Odsun 2, 496. George Orwell veröffentlichte am 2. Februar 1945 den beißendsten Kommentar in der linken *Tribune*: „Das entspricht der Umsiedlung der gesamten Bevölkerung Australiens oder der von Schottland und Irland zusammen.“

Schon am 9. Oktober 1944 in Moskau hatte Churchill zu Stalin bemerkt, 7 Millionen Deutsche würden im Krieg umkommen, womit in Rumpfdeutschland genug Platz für die aus Schlesien und Ostpreußen vertriebenen Deutschen wäre. Das Denken der beiden Staatsführer in Richtung gewaltsamer Vertreibung der Deutschen wurde bei einem Gespräch in Jalta bestätigt, als Churchill erklärte, er sei keineswegs „shocked at the idea of tranfering millions of people by force“:

> „Stalin: There will be no more Germans there for when our troops come in the Germans run away and no Germans are left.
>
> Prime Minister [Churchill]: Then there is the problem of how to handle them in Germany. We have killed six or seven million and probably will kill another million before the end of the war.
>
> Stalin: One or two?
>
> Prime Minister: Oh I am not proposing any limitation on them. So there should be room in Germany for some who will need to fill the vacancy.“[2872]

Nach London zurückgekehrt, verwendete Churchill vor Regierungsmitgliedern sogar Stalins Argumente: Man rede immer wieder von den großen Schwierigkeiten, die deutsche Bevölkerung nach Westen umzusiedeln, aber „most of the Germans in the territories now taken by the Russians had ‚run away already‘“. Clement Attlee, der Vorsitzende der Labour Party, begriff im Februar 1945 die NS-Verbrechen als maßgebliche Ursache der beabsichtigten Vertreibung der Deutschen: Die Deutschen selbst hätten seit 1939 mutwillig „die alten Schranken zerbrochen, und daher sage ich, dass sie jetzt nicht an das alte Europa appellieren können“. Die bevorstehenden „Umsiedlungen“ könnten zwar „sehr, sehr schmerzlich sein, aber vielleicht sind sie bei weitem besser als ein ewiger Unruheherd von Volksteilen inmitten von Völkern, die sie hassen“.[2873]

Stalin hatte sich schon seit 1939 nicht gescheut, auch in der nationalen Frage mit äußerster Brutalität vorzugehen, ohne das Prinzip eines supranationalen sowjetischen Imperiums aufzugeben. Wenn er eine Ethnie oder Nationalität als staatliches und/oder ideologisches Sicherheitsrisiko einschätzte, beauftragte er Innenminister Berija mit Massenumsiedlungen – auch unter Inkaufnahme von genozidalen Folgen. Das erfuhren seit dem Winter 1939/40 viele Polen (320.000), Juden, Ukrainer, Weißrussen, Litauer, Letten, Esten, Karelier und Finnen, im Sommer 1941 die Wolgadeutschen (370.000) sowie die Deutschen in der Ukraine (390.000), auf der Krim und im Kaukasus, im Mai 1944 die Tschetschenen und Inguschen (zusammen knapp 500.000), im Sommer 1944 die Krimtataren

---

[2872] Protokoll des Treffens im Kreml (Churchill, Stalin, Molotov, et al.), 9. Oktober 1944, in: CWHIP Bulletin (Winter 2000) 36; FRUS, Diplomatic Papers: The Conferences at Malta and Yalta, 1945 (Washington 1955) 720, zitiert nach: Naimark, Fires, 109f.

[2873] Eintragung für den 23. Februar 1945 über ein Treffen Churchills mit Regierungsmitgliedern, The Second World War Diary of Hugh Dalton, 1940-1945, ed. Ben Pimlott, in: CWHIP Bulletin (Winter 2000) 133, zitiert nach: Naimark, Fires, 110; Schwartz, Ethnische „Säuberung“, 516.

(190.000). Auch mit der Forderung der tschechoslowakischen und polnischen Exilregierungen sowie derjenigen des kommunistischen Lubliner Komitees, die Deutschen zu vertreiben und auszusiedeln, hatte Stalin kein Problem, vermutlich auch, da er sich dadurch eine künftige Abhängigkeit Prags und Warschaus erwarten durfte. Noch im März 1945 versuchte Beneš im Gespräch mit Molotov in Moskau, die Zustimmung der Sowjetunion zu einer restlosen Vertreibung sowohl der Deutschen als auch der Magyaren zu erreichen.[2874]

So unangenehm es heute erscheinen mag: Im letzten Kriegsjahr waren sich nicht nur die NS-Geopolitiker, die tschechoslowakische Exilregierung und die Führung des tschechischen Widerstandes, sondern auch die Kriegsalliierten in London, Washington und Moskau darin einig, dass nach dem Krieg die Schaffung von „nationalen Siedlungsräumen“ die Minderheitenprobleme in Ostmittel- und Südosteuropa lösen sollte, d. h. die alleinige Vereinnahmung von staatlichen Territorien durch einzelne „ethnische“ Gruppen. Die 1919/20 gezogenen Grenzen sollten im Wesentlichen intakt bleiben – die einzige größere Ausnahme war die „Westverschiebung“ Polens –, die Minderheiten mussten umziehen. Diese euro-atlantische Strategie beinhaltete also die Vertreibung und Zwangsaussiedlung vieler größerer und kleinerer Völker und Volksgruppen, sodass die ethnographische Karte innerhalb weniger Jahre stark verändert wurde. Aber: Die Nationalstaaten wurden nun ethnisch homogener.[2875]

Als der neue US-Präsident Harry S. Truman in Potsdam fragte, wo man denn 9 Millionen zur Vertreibung vorgesehene Deutsche unterbringen solle, wiederholte Stalin seine schon in Jalta vorgebrachte Behauptung, der Großteil der Deutschen habe die Ostgebiete längst fluchtartig verlassen. Überdies versuchte er seinen Einfluss herunterzuspielen: „Die Polen fragen uns nicht. Sie tun, was sie wollen, genau wie die Tschechen.“ Als aber Churchill wenigstens den Deutschen aus Schlesien die Rückkehr erlauben wollte, warnte Stalin vor Vergeltung: „Die Polen würden sie aufhängen, wenn sie zurückgingen.“ Und als Churchill vorschlug, mit Beneš zu sprechen, sah Stalin auch dafür keine Notwendigkeit mehr: „Die Tschechen haben ihnen [den Deutschen, Anm. Naimark] zwei Stunden Zeit gegeben und sie dann rausgeworfen.“ Somit habe sich das Gespräch mit Beneš erledigt: „Die Deutschen sind ja schon vertrieben.“[2876]

Die grundsätzliche Mitverantwortung der westlichen Alliierten für die Politik der Zwangsaussiedlung ist zwar unbestreitbar, aber die sogenannten „wilden“, dennoch organisierten Vertreibungen aus Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien waren schon Monate vor der Potsdamer Konferenz in Gang gekommen

[2874] Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen Beneš und Molotov, Moskau, 21. März 1945, in: T. A. Volokitova [et alii] (Hgg.), Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich Archivov 1944-1953, tom. 1: 1944-1948 (Moskva – Novosibirsk 1997) 174-183; Naimark, Flammender Hass, 111-137; vgl. T. Martin, The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923-1939 (Ithaca – New York 2001).

[2875] Judt, Geschichte Europas, 43f.

[2876] FRUS, Potsdam, vol. 2, 218, 262, 383-391, zitiert nach: Naimark, Flammender Hass, 142.

und hatten bereits viele Hunderttausende betroffen. Diese Vertreibungen bis Anfang August 1945 sind auch der wichtigste Beleg dafür, dass die politische Hauptverantwortung für die Vertreibungen und Zwangsaussiedlungen doch bei den führenden Exil-, Widerstands- und Nachkriegspolitikern der ostmitteleuropäischen Staaten lag. Naimark resümiert:

> „Tschechen und Polen benutzten den Deckmantel des Krieges und den Übergang vom Krieg zum Frieden, um die Deutschen aus ihren Ländern zu vertreiben und alte Rechnungen zu begleichen. […] Nationalistische Gefühle und der verständliche Wunsch nach Rache durchdrangen die polnische und tschechische Bevölkerung, als sie es ihren deutschen Unterdrückern gewaltsam heimzahlen konnten. […] Den Anstoß zur Eskalation des Nationalismus hatten die Nationalsozialisten gegeben, daher könnte man in gewisser Hinsicht sagen, die Deutschen hätten geerntet, was sie gesät hatten.“[2877]

„Ethnische Säuberung“ im Osten – „Politische Säuberung“ im Westen

Ein auch in der internationalen Historiographie wenig berücksichtigter Vergleich sei an dieser Stelle nochmals angesprochen. Während am Ende des Zweiten Weltkrieges und in den unmittelbaren Nachkriegsjahren der größte Teil der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien vertrieben und zwangsausgesiedelt wurde, konnte davon im westlichen Mitteleuropa – trotz partiell ebenfalls scharfer deutscher Besatzungsherrschaft – so gut wie keine Rede sein. Aus dem dänischen Nordschleswig, dem belgischen Eupen-Malmedy, dem von Frankreich beanspruchten Saarland, dem französischen Elsass-Lothringen und dem italienischen Südtirol wurden zwar meist die NS-Kollaborateure, nicht aber die deutsche Minderheit ausgewiesen. Im Vergleich könnte man also zusammenfassen: „ethnische Säuberung“ nach dem Kollektivschuldprinzip in Ostmitteleuropa, „politische Säuberung“ nach dem Individualschuldprinzip in Westmitteleuropa. Es genügt hiebei nicht, auf den Systemunterschied zwischen dem liberal-demokratischen Westen und dem kommunistisch-totalitären Osten hinzuweisen, denn in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn gab es hinsichtlich der Vertreibung der Deutschen durchaus enge Zusammenarbeit zwischen kommunistischen, bäuerlichen und bürgerlichen Kräften, während andererseits die Kommunisten die Politik in Frankreich und Italien zumindest indirekt mitbestimmten. Daher greift auch der Schluss, die undemokratischen Konzepte hätten sich in Ostmitteleuropa nicht zuletzt unter sowjetischem Einfluss durchgesetzt, zu kurz.[2878]

Die Erklärungsfaktoren müssen – zumindest partiell – vor der Inanspruchnahme der deutschen Minderheiten durch die NS-Expansionspolitik ansetzen. Erstaunli-

[2877] Kittel – Möller, Beneš-Dekrete, 563; Naimark, Flammender Hass, 172.

[2878] Manfred Kittel, Das deutsche Problem, in: FAZ, 12. Juli 2005, 7; Pešek – Tůma, Rechtsnormen, 125. Von Vertreibung und Zwangsaussiedlung – wenn auch nicht von der Zwangsarbeit in der Sowjetunion – blieben immerhin die Siebenbürger Sachsen und die Banater Schwaben in Rumänien ausgenommen, allerdings nicht von innerstaatlicher Deportation.

cherweise hatten die Deutschen in Südtirol, Elsass-Lothringen, Eupen-Malmedy und Nordschleswig nach ihrer erstmaligen Eingliederung in Italien und Belgien sowie ihrer neuerlichen Eingliederung in Frankreich und Dänemark durch die Friedensverträge von Paris 1919 keine Minderheitenrechte zugesprochen erhalten – ganz im Gegensatz zu den Deutschen in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien. Freilich erfolgte die Eingliederung im Westen ohne direkte Kampfhandlungen und in bereits seit mindestens zwei Generationen funktionierende Nationalstaaten. Lediglich die faschistischen Italianisierungsmaßnahmen in Südtirol schufen fortwährend innen- und außenpolitische Spannungen. In Elsass-Lothringen waren die Bildungsschichten der alemannischen Elsässer bereits vor 1871 in die französische Staatsnation hineingewachsen, was partiell auch für die deutschen Schleswiger in Dänemark vor 1864 gegolten hatte. Östlich der Weimarer Republik und der Republik Österreich verschärften die neuen Nationalstaatsbildungen sowie die alten Nationalitäten- und neuen Minderheitenprobleme die ethno-sozialen Verhältnisse zwischen den neuen Staatsnationen und den neuen nationalen Minderheiten. Dazu kam die gruppenpsychologische Wende, die die alten „Unterdrücker“ zu neuen „Unterdrückten“ machte.[2879]

Sogar Hitler berücksichtigte diese unterschiedlichen Verhältnisse, wenn er Elsass-Lothringen aus Rücksicht auf Vichy-Frankreich, Nordschleswig aus Rücksicht auf seine großgermanischen Pläne mit Dänemark und Südtirol aus Rücksicht auf Mussolini nicht annektierte; lediglich Eupen-Malmedy wurde „heim ins Reich“ geholt. Hingegen dominierte im Osten die rassistische Vertreibungs- und Vernichtungspolitik Hitlers und Himmlers sowie ihrer Gauleiter und Höheren SS- und Polizeiführer. Vor diesem Hintergrund ist der Vorwurf an die deutschen „Volksgruppen“, sich als „fünfte Kolonne“, d. h. irredentistisch betätigt zu haben, als Kollektivschuldthese jedenfalls fragwürdig und von Fall zu Fall genauer zu prüfen. In Ostmitteleuropa erhoben jedenfalls so gut wie alle Parteien und Regierungen den Vorwurf der Kollektivschuld und nahmen auch Kinder und Greise in Sippenhaft. Nicht nur von Mitschuld an den NS-Verbrechen war in Polen, der Tschechoslowakei und in Slowenien die Rede, sondern auch von der Germanisierung im Hoch- und Spätmittelalter. So mahnte Präsident Beneš Mitte Juni 1945 in der einstigen Hussiten-Hochburg Tábor: „Erinnert Euch dessen, was uns durch die Germanisierung über diese ganzen Jahrhunderte seit der Hussitenzeit geschehen ist.“[2880]

Machte also doch der brutalere NS-Besatzungsterror im Osten den wesentlichen Unterschied aus? – Partiell ja, wenn man an Polen und Jugoslawien denkt;

[2879] Vgl. Paul Smith – Kalliopi Koufa – Arnold Suppan (eds.), Comparative Studies on Governments and Non-dominant Ethnic Groups in Europe, 1850-1940, vol. V: Ethnic Groups in International Relations (New York – Aldershot 1991).

[2880] Bernard Poloni, Frankreich und das Problem deutschsprachiger Minderheiten am Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Kittel [et alii], Deutschsprachige Minderheiten 1945, 523-570; Lidová Demokracie, 17. Juni 1945, zitiert nach: Kittel – Möller, Beneš-Dekrete, 561.

wohl kaum, wenn man das besetzte Frankreich mit dem „Protektorat“ oder dem besetzten Ungarn vergleicht.[2881] Zwar sah de Gaulle ab dem Frühjahr 1945 eine Annexion des Saarlandes als bevorzugte Lösung an, dennoch hat weder die französische Exil- noch die Nachkriegsregierung an eine Vertreibung der Deutschen aus dem Saarland – wo im Jänner 1935 etwa 90 % für die „Heimkehr“ ins Reich votiert hatten – und auch an keine kollektive Verfolgung der elsässischen Autonomiebewegung gedacht. Elsässer, Ost-Lothringer und eventuell auch Saarländer wurden eben als französische Bürger (*citoyens français*) betrachtet. Im Elsass wurden im Rahmen der *épuration judiciare* bei einer Gesamtbevölkerungszahl von etwa einer Million lediglich 8000 Personen überwiegend zu Zwangsarbeit, Gefängnisstrafen oder dem Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt; in einigen Dutzend Prozessen gegen den Gauleiter Robert Wagner, NS-Kreisleiter und Mitarbeiter der Strassburger Gestapo gab es auch Todesurteile. Im Rahmen der *épuration administrative* gab es etwa tausend Fälle von Amtsenthebung und Berufsverbot gegen kollaborierende Staatsbeamte und Angestellte, weiters Aufenthaltsverbote im Département Bas-Rhin gegen etwa 800 Personen. In den Jahren 1940 bis 1944 zugezogene deutsche Staatsangehörige wurden unter Sequestrierung des Besitzes mit dem Handgepäck aus dem Elsass und Lothringen ausgewiesen. Die französische Militärregierung an der Saar wies zwischen 1945 und 1947 lediglich 1820 deutschnationale Aktivisten, Nationalsozialisten und „Preußen“ aus, von denen schon 1949 1228 Personen wieder zurückkehrten durften.[2882]

Als im Juni 1945 die belgische Regierung mit einem Ausbürgerungsgesetz gegen „führende Funktionäre“ und „aktive Propagandisten“ des Dritten Reiches vorgehen wollte und 1335 Personen die belgische Staatsbürgerschaft aberkannte, verhinderten die Briten die Ausweisung dieser Personen. Lediglich einige Hundert Personen, die sich aus Furcht vor Strafverfolgung bereits in Deutschland aufhielten, verloren ihre Staatsbürgerschaft und ihr Eigentum. Aus der dänischen Widerstandsbewegung war zwar die Forderung gekommen, die deutsch Gesinnten als Antwort auf das Verhalten der Volksgruppe vollständig auszuweisen. Immerhin

[2881] Die niederländische Exilregierung hatte die Alliierten 1944 nicht nur um Entschädigung für die überfluteten Polder und die vernichteten Städte gebeten, sondern auch die Angliederung von 10.000 km² deutschen Gebietes mit einer Bevölkerung von 1,5 Millionen Menschen verlangt. Radikale Gruppen verlangten sogar Gebietsangliederungen und die Aussiedlung der nicht-integrationswilligen Deutschen, aber die USA verwiesen auf den potentiellen deutschen Verbündeten im Kampf gegen die sowjetische Gefahr. Schließlich erhielten die Niederlande nur 69 km² deutschen Gebietes mit 10.000 deutschen Bürgern, das sie 1963 wieder an die Bundesrepublik Deutschland zurückgab. – Pešek – Tůma, Rechtsnormen, 126f.

[2882] Kittel – Möller, Beneš-Dekrete, 564f. Die 1981 vom französischen Präsidenten Valery Giscard d’Estaing und dem deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt gegründete Strassburger Stiftung „Deutsch-Französische Verständigung“ entschädigte sogar 86.000 zwangsverpflichtete Soldaten aus dem Elsass und Lothringen. Nach einem Beschluss im Juli 2008 sollen auch etwa 5800 Zwangsarbeiter aus dem Elsass und Lothringen eine Entschädigung erhalten, die während des Zweiten Weltkrieges vom Reichsarbeitsdienst oder dem Kriegshilfsdienst zu Arbeitseinsätzen verpflichtet worden waren. – FAZ, 18. Juli 2008, 6.

hatte es unter den Deutschen Nordschlewigs Frontfreiwillige und Mitglieder in den Wachkorps der Besatzungsmacht gegeben. Aber auch in Kopenhagen setzte sich das staatsnationale Prinzip durch, dänische Staatsbürger könne man nicht des Landes verweisen. Freilich verhängten dänische Richter gegen die Führung der Volksgruppe und ein Viertel der männlichen deutschen Bevölkerung Nordschleswigs längere und kürzere Haftstrafen.[2883]

Entgegenkommend zeigte sich letzten Endes auch Italien, freilich nicht ohne Drängen der britischen und belgischen Diplomatie. Obwohl auf Grund des deutsch-italienischen Abkommens vom 21. Oktober 1939 in der Provinz Bozen sowie in den Bezirken Neumarkt (Trentino), Cortina d'Ampezzo und Tarvis (Tarvisio), 185.365 für das Deutsche Reich, für die deutsche Staatsbürgerschaft und für die Abwanderung sowie 81.900 für den Verbleib in Italien optiert hatten und 78.000 tatsächlich nach Deutschland ausgewandert waren (davon 35.000 nach Nordtirol), gestand Rom am Rande der Friedenskonferenz in Paris im Gruber-De-Gasperi-Abkommen vom 5. September 1946 zu, „to revise in a spirit of equity and broadmindedness the question of the options for citizenship resulting from the 1939 Hitler-Mussolini agreements“. So wurde auf der Basis des Dekrets vom 2. Februar 1948 die Rückoption für die italienische Staatsbürgerschaft ermöglicht und von knapp 30.000 Anträgen abgewanderter Optanten über 22.000 angenommen. Somit konnte eine teilweise Rücksiedlung der Südtiroler Deutschland-Optanten und ihre Wiedereinbürgerung erfolgen. Ausgenommen blieben nur einige Tausend Südtiroler, die als Hauptschuldige der Kollaboration mit dem Dritten Reich galten.[2884]

In der Politik der Westmächte und der westlichen Staaten hatte es zwar die Rhetorik, aber keine Praxis der Kollektivschuld gegeben. Auch die Besatzungsdirektiven in den westlichen Besatzungszonen in Deutschland und Österreich konzentrierten sich auf die „Ausschaltung des Nazismus und Militarismus“.[2885] Insgesamt ist also festzustellen, dass „ethnische Säuberungen“ keineswegs in erster Linie auf irrationalem Hass in der Bevölkerung, sondern viel mehr auf konkreten Vorbildern, Zielen, Anreizen und Aufforderungen politischer Akteure beruhten. Daher stellt sich die Frage, „warum negative Lernprozesse derart überwogen und Millionen von Menschen in Leid und Elend stürzten“.[2886]

[2883] Ulrich Tiedau, Die Rechtslage der deutschsprachigen Bevölkerung in Belgien nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Kittel [et alii], Deutschsprachige Minderheiten 1945, 435-522; Jürgen Fester-sen, Dänemark und die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig 1940 bis 1955, in: Kittel [et alii], Deutschsprachige Minderheiten 1945, 571- 615; Manfred Kittel, Das deutsche Problem, in: FAZ, 12. Juli 2005, 7.

[2884] Rudolf Lill, Italien und seine deutsche Minderheit in Südtirol, in: Kittel [et alii], Deutschsprachige Minderheiten 1945, 373-434; Gehler, tirol, 174-178, 246-263. Zwar fürchtete De Gasperi die österreichische Forderung nach einem Plebiszit, es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass die Alliierten dieses Instrument der Selbstbestimmung in Europa nach 1945 nicht mehr zur Anwendung brachten.

[2885] Kittel – Möller, Beneš-Dekrete, 567.

[2886] Ther, Nationalstaaten, 70.

Eine zwischen Dezember 2005 und April 2006 im Bonner Haus der Geschichte durchgeführte Ausstellung über „Flucht, Vertreibung und Integration“ vermied erfreulicherweise Schwarz-Weiß-Zeichnungen. In den großen internationalen Kontext des „Jahrhunderts der Vertreibungen“ gerückt, begann die Ausstellung mit den am Ende des Ersten Weltkrieges verdichteten Visionen zur Neuordnung Europas mit Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen von Armeniern, Griechen und Türken. Ob Europa auch ohne die Eroberungs- und Vernichtungskriege Hitlers ein ethnischer „Verschiebebahnhof“ geworden wäre, wie etwa Götz Aly und Karl Schlögel vermuten, darf zwar bezweifelt werden, politisch-ideologisch oder wirtschaftlich motivierte Migrationen im größeren Stil gab es aber zweifellos auch vor 1938 und nach 1948. Erstaunlicherweise wurde über Flucht und Vertreibung der Deutschen – aber auch über die Zwangsmigrationen der Polen, Ukrainer, Balten, Ungarn, Italiener etc. – viele Jahrzehnte nicht öffentlich gesprochen. Erst das innerfamiliäre Gespräch zwischen Großeltern und Enkeln sowie die politisch-ideologische „Wende“ in Ostmitteleuropa 1989 und nicht zuletzt die Vertreibungsaktionen während des Krieges in Bosnien 1992 hoben das Thema wieder – oder erstmals – ins historische Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit. Die in vielen Archiven freigegebenen Aktenordner dokumentieren nun auch den „modernen“ bürokratischen Umgang mit Bevölkerungsverschiebungen größten Ausmaßes.[2887]

Ob die Eröffnung der Ausstellung „Erzwungene Wege“ im Berliner Kronprinzenpalais tatsächlich eine Wende in der Debatte über die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ bringen wird, ist nicht vorherzusehen. Nur „als universales Forschungsinstitut, als moralische Anstalt zur Aufrüttelung des Weltgewissens, als Dokumentationsstelle zur Bewahrung des Wissens über verübtes Unheil“ hätte ein solches Zentrum „seinen Platz in der deutschen Erinnerungslandschaft“, schrieb der Berliner Historiker Wolfgang Benz zu Anfang des Jahres 2006. Den deutschen Vertriebenen das Recht auf öffentliche Erinnerung abzusprechen, wie es lange Zeit versucht wurde, wird allerdings nicht mehr aufrechtzuerhalten sein. Dies war ja charakteristisch für die kommunistischen Regime, in deren Erinnerungskultur die Vertreibung der Deutschen möglichst nicht vorkommen sollte. Außerdem störte die Erinnerung an die Vertreibung in der Ära der Ostverträge in den 1970er Jahren auch die westdeutsche Politik. Erst im März 1987 wurde dieser Bann durch eine internationale Historikerkonferenz im Budapester Parlament gebrochen – mit Zustimmung des Kádár-Regimes.[2888] In den nunmehr offenen Gesellschaften in den Staaten Ostmitteleuropas können Erinnerung und

[2887] Flucht, Vertreibung, Integration. Ausstellung im Haus der Geschichte, Bonn, 15. Dezember 2005 bis 17. April 2006.

[2888] 300 Jahre Zusammenleben – Aus der Geschichte der Ungarndeutschen. Internationale Historikerkonferenz in Budapest (5.-6. März 1987). 300 éves együttélés – A magyarországi németek történetéből. Budapesti Nemzetiközi Történészkonferencia (1987. március 5-6.), red. Wendelin Hambuch, 2 Bde. (Budapest 1988).

Geschichte nur zusammengeführt werden, wenn allen Opfergruppen der Zutritt zum öffentlichen Raum gewährt wird: in die Universitäten, Akademien, Museen, Medien etc. Nur so können Flucht, Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus Ostmitteleuropa nach Deutschland und Österreich von einem dissoziierten Element der deutschen und österreichischen Vergangenheit zu einem Bestandteil und zu einer Folge der vom NS-Regime herbeigeführten Katastrophe werden.[2889]

[2889] Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts, hg. vom Zentrum gegen Vertreibungen (Berlin 2006). Vgl. Karl-Peter SCHWARZ, Erinnerung und Geschichte zusammenführen, in: FAZ, 11. August 2006, 1.

VERTREIBUNG UND ZWANGSAUSSIEDLUNG DER DEUTSCHEN AUS DER TSCHECHOSLOWAKEI

Tschechische Aussiedlungspläne während des Zweiten Weltkrieges

Der Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Sudeten- und Karpatendeutschen – von den Tschechen und Slowaken verharmlosend als „Transfer" oder *odsun* [Abschub] bezeichnet – ging ein siebenjähriger Planungs- und Entscheidungsprozess voraus, der vom Exilpräsidenten Beneš und seiner Exilregierung ausging und an dem sich seit 1942 stufenweise die drei Hauptalliierten beteiligten. Hinsichtlich der *termini technici* herrscht sowohl in der zeitgenössischen Verwendung als auch in der wissenschaftlichen Literatur eine gewisse Verwirrung. Tatsache ist, dass die Begriffe „Abschub" und „Ausweisung" formaljuristisch einen Akt bezeichnen, dem eine richterliche bzw. polizeiliche Verfügung im Einzelfall zugrunde liegt, weshalb sie für kollektive Akte nicht in Frage kommen. Eine Differenzierung zwischen „Vertreibung" und „Zwangsaussiedlung" erscheint aber angebracht, da der erste Begriff eine Gewaltanwendung bzw. -androhung beinhaltet, der zweite Begriff eine geordnetere – wenn auch nicht in jedem Einzelfall humanere – Zwangsmaßnahme darstellt, beide jedoch auf Bevölkerungsteile, jedenfalls größere Bevölkerungsgruppen bezogen sind.[2890]

Die ersten tschechischen Aussiedlungspläne entstanden bereits vor dem Münchener Abkommen. Der sogenannte „fünfte Plan" von Beneš vom 15. bzw. 17. September 1938, den er noch Ende September von seinem Sozialminister Jaromír Nečas geheim nach Paris hatte überbringen lassen, sah nach einem dreistufigen Konzept nicht nur die freiwillige Abtretung von sudetendeutschen Gebieten zwischen der tschechoslowakischen Staatsgrenze und der Befestigungslinie an das Deutsche Reich vor, sondern auch eine Teilaussiedlung von Sudetendeutschen in diese abzutretenden Gebiete und die Umsiedlung aus deutschen Sprachinseln im Landesinneren in die Grenzgebiete. Wenn Deutschland eine zusätzliche Million Sudetendeutscher aufnehme, könne die Tschechoslowakei, so ließ Beneš der französischen Regierung

[2890] Vgl. vor allem Detlev Brandes, Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum ‚Transfer' der Deutschen aus der Tschechoslowakei und Polen (München 2001, ²2006); Hrabovec, Vertreibung 30, nennt die erste Phase bis zum Potsdamer Abkommen die Zeit der „wilden Vertreibungen", während sie für die Zwangsausweisungen den auch in der tschechischen Terminologie verwendeten Begriff „Abschub" (*odsun*) wählt, ohne zu berücksichtigen, dass dieser aus dem altösterreichischen Polizeistrafrecht stammt.

übermitteln, im äußersten Fall auf drei Gebiete jenseits der militärischen Befestigungsanlagen verzichten, und zwar in Westböhmen, Nordböhmen und Tschechisch-Schlesien mit weiteren etwa 800.000 bis 900.000 Deutschen. Die verbleibenden 1 bis 1,2 Millionen Deutschen stellten keine Gefahr mehr für den tschechoslowakischen Staat dar, denn mindestens die Hälfte seien Demokraten, Sozialisten und Juden, die er nicht „dem gleichen Massaker überantworten könne, wie es in Österreich [wann und wo?, Anm. Suppan] und anderswo stattgefunden hat“. Mit diesem „äußerst geheimen Plan“ reagierte Beneš auf die Forderung Hitlers vom 12. September 1938, die mehrheitlich von Sudetendeutschen besiedelten Gebiete dem Reich anzuschließen, und auf die Proklamation Henleins „Wir wollen heim ins Reich“ vom 15. September.[2891]

Beneš selbst nahm diesen Plan ins Londoner Exil mit und entwickelte aufbauend darauf seine Aussiedlungsprojekte während des Weltkrieges. Sein Mitarbeiter Dr. Drábek fertigte schon am 31. Jänner 1939 ein Gedächtnisprotokoll von einer mehrstündigen Unterredung mit Beneš an, dem er auch eine Kartenskizze hinzufügte. Nach damaliger Meinung des Ex-Präsidenten sollten an Deutschland abgetreten werden: Westböhmen von Tachau (Tachov) bis zum Duppauer Gebirge (Doupovské hory), einschließlich von Karlsbad, Kaaden (Kadaň) und Weipert (Vejprty); in Nordböhmen das Gebiet von Aussig mit Tetschen-Bodenbach (Děčín-Podmokly) und Reichenberg; der Braunauer Zipfel in Ostböhmen, ferner kleinere Teilgebiete um Grulich (Králíky), Nikolsburg (Mikulov), Neubistritz (Nová Bystřice) und Kaplitz (Kaplice). Außer einer eingezeichneten Grenzlinie, die die Abtretung eines bedeutenden Gebietes vom Grulicher Schneeberg über Mährisch-Schönberg (Šumperk) und Römerstadt (Rýmařov) bis zur Oppa (Opava) vorsah, gab es auf dieser Karte noch eine zweite gestrichelte Linie, die eine beträchtliche Ausweitung des tschechoslowakischen Staatsgebietes nach Norden andeutete. Nach den schriftlichen Anmerkungen Drábeks sollte die Tschechoslowakei durch diese Gebietsabtretungen etwa 1,4 Millionen deutsche Einwohner verlieren. Jan Křen interpretierte diese Aufzeichnung mit Recht als unmittelbare Anknüpfung an die Instruktion für Minister Nečas vom September 1938.[2892]

Ob das Münchener Abkommen tatsächlich das Hauptmotiv für alle tschechischen Planungen zur Aussiedlung der Deutschen darstellt, wie Detlev Brandes annimmt, ist vordergründig plausibel. Freilich sollte nicht unterschätzt werden, dass vergleichbare Gedanken bereits auf dem Höhepunkt des Nationalitätenkampfes zu Ende des 19. Jahrhunderts aufkamen und sich im Ersten Weltkrieg zuspitzten. Abgesehen von individuellen Optionsfragen spielten sie aber erstaunlicherweise auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 keine Rolle. Dies galt auch für die tschechischen Diskussionen um das Nationalitätenstatut 1919/20.[2893]

[2891] De Lacroix an Bonnet, 17. September 1938, in: Documents diplomatiques français 1932-1939, 2-ème serie, vol. 11 (Paris 1977) 273-275, zitiert nach: Brandes, 1945, 223f.

[2892] Jan Křen, Odsun Němců ve světe nových pramenů [Der Abschub der Deutschen im Lichte neuer Quellen], in: Dialog 4/5 (1967) 1-3; Prinz, Jaksch – Beneš, 21f.

[2893] Vgl. Hoffmann – Harasko, Odsun, 291-300; Kučera, Minderheitenfrage, 61-72.

An den Grundzügen des „fünften“ Planes vom September 1938 hielt Beneš den gesamten Krieg über fest, allerdings verkleinerten sich von Jahr zu Jahr die für eine Abtretung vorgesehenen Gebiete, während die Zahl der auszusiedelnden Deutschen zunahm. So umfassten die Gebiete, auf die Beneš bis in den Herbst 1940 zu verzichten bereit gewesen wäre, noch die Gaue Jägerndorf (Krnov), Reichenberg (Liberec) und Karlsbad (Karlovy Vary): „Die drei deutschen Gaue wären so abgegrenzt, dass unsere Deutschen uns in Zukunft nicht terrorisieren können, dass es, wenn sie sich abtrennen, nicht wieder wie nach München zu unmöglichen Grenzen kommt, die militärisch nicht zu verteidigen sind.“[2894]

Wenzel Jaksch, der Vorsitzende der „Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten“, stellte sich bereits im Frühjahr 1939 im Exil die Frage „Was kommt nach Hitler?“ und skizzierte „Möglichkeiten und Voraussetzungen einer demokratischen Föderalisierung Zentraleuropas“: Gleich einleitend stellte er klar, dass es in der Septemberkrise 1938 nicht um das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen gegangen sei, sondern um die NS-Vorherrschaft in Mitteleuropa. Seit der Besetzung Böhmens und Mährens im März 1939 seien die imperialistischen Ziele Hitlers klar geworden, dennoch ließen Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion „die Verzweiflungsrufe des vergewaltigten tschechischen Volkes ungehört“. Allerdings liege es im Falle der ČSR „klar zutage, dass zwanzigjährige Versäumnisse gegenüber dem sudetendeutschen, dem slowakischen und dem karpatorussischen Problem das Zerstörungswerk Hitlers erleichtert“ hätten (das ungarische Problem übersah Jaksch). Denn der Nationalsozialismus habe „die Revolte gegen Versailles organisiert“, weshalb er unter der jungen Intelligenz der Grenz- und Auslandsdeutschen besonderen Zuspruch gefunden habe. So hätten in Österreich und im Sudetenland „auch Massen von Nazigegnern den Anschluss gewollt“. Als „Ausweg“ sah Jaksch eine gesamteuropäische Neuordnung. Diese müsse durch einen Kompromiss zwischen dem abstrakten Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes und der Zusammenfassung nach Wirtschaftsräumen gefunden werden, ergänzt durch das Unionsprinzip. Hierfür übernahm Jaksch von Karl Renner den Begriff „Innereuropa“, wozu er neben dem Großdeutschen Reich auch Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien zählte. So müsse ein föderal organisiertes Deutschland in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem eingebettet werden. Es sei aber „das selbstverständliche Recht der Deutsch-Österreicher, durch freies Plebiszit zu entscheiden, ob sie als selbständiger Staat oder als Provinz Großdeutschlands der innereuropäischen Föderation angehören wollen“. Und: „Für die Sudetendeutschen fordern wir ebenfalls das Recht, in freier Entscheidung zu bestimmen, ob sie als autonomer Sektor innerhalb der historischen Provinzen Böhmen-Mähren, also in einem engeren Staatsverband mit den Tschechen, oder als deutsche Reichsprovinz der

[2894] Depesche Beneš an Zentralausschuss des Heimatwiderstandes, 26./27. November 1940, in: Jitka Vondrová (Hg.), Češi a sudetoněmecká otázka 1938-1945. Dokumenty (Praha 1994) Dok. Nr. 39; zitiert nach: Brandes, 1945, 224.

Föderation angehören wollen.“ Schließlich erkannte Jaksch fast prophetisch: „Für alle europäischen Völker gilt die Wahrheit, dass außenpolitische Sicherheit und ungestörte wirtschaftliche Zusammenarbeit nur um den Preis einer freiwilligen Beschränkung der staatlichen Souveränität erkauft werden kann.“[2895]

Für Jaksch stand also eine *Restitutio in integrum* der Tschechoslowakei noch keineswegs fest, und das galt auch für die meisten der etwa 3000 sudetendeutschen Sozialdemokraten im überwiegend britischen Exil. Und er lehnte es auch ab, auf das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen nur deshalb zu verzichten, weil es 1938 vom Nationalsozialismus für imperialistische Ziele instrumentalisiert und missbraucht worden war. Denn immerhin waren die Regierungen und Parlamente in London und Paris noch nicht vom Münchener Abkommen abgerückt und die Sowjetunion hatte den neuen Slowakischen Staat anerkannt. Allerdings hätte sich nach Jaksch eine „innereuropäische Föderation“ auch mit der „definitiven Bereinigung der offenen Grenzfragen“ zu beschäftigen. Dies sollte durch „Ausbalancierung der Konsequenzen des Selbstbestimmungsrechts mit verkehrspolitischen Bedürfnissen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ geschehen, wozu „als technische Hilfsmittel [...] ein organisierter Bevölkerungsaustausch und reziproke Minderheitenschutzabkommen in Betracht gezogen werden“ sollten. Darunter war aber mit Sicherheit nicht eine Teilung der sudetendeutschen Gebiete in an Deutschland abzutretende und bei der Tschechoslowakei bleibende zu verstehen oder eine Zwangsumsiedlung großen Stils, sondern eine reziproke Anpassung einer neuen Staatsgrenze an die ethnischen, verkehrspolitischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten.[2896]

Am 3. August 1939 trafen sich Beneš und Jaksch erstmals im Londoner Exil. Die Unterredung verlief zwar herzlich, aber dennoch „mit beiderseitiger Zurückhaltung“, da beide Politiker nicht alle Pläne hinsichtlich der künftigen politischen Gestaltung aufdecken wollten. Beneš berichtete hoffnungsvoll von seiner guten Behandlung durch den Präsidenten Roosevelt und die ganze US-Regierung und von Zusicherungen, dass die USA die Annexion der Tschechoslowakei nicht anerkennen und die Restauration der Tschechoslowakei unterstützen werde. Hinsichtlich der allgemeinen Politik unterschied Beneš strikt zwischen dem NS-Regime und dem deutschen Volk, war aber „von der Unausweichlichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung überzeugt“. Es sei zu befürchten, dass ein kombinierter deutsch-italienischer Feldzug zur Besetzung Polens, Rumäniens, Jugoslawiens und Griechenlands führen werde. Eine nachfolgende Friedensoffensive der Achsenmächte werde aber keinen Erfolg haben, sodass in einer zweiten kriegerischen Etappe die Entscheidung fallen müsse. Konkreter wurde Beneš hinsichtlich seiner Haltung, „dass das Abkommen von München nichtig geworden sei und dass ein selbständiger tschechoslowakischer Staat in den Münchner Grenzen nicht lebens-

[2895] Was kommt nach Hitler? Die Möglichkeiten und Voraussetzungen einer demokratischen Föderalisierung Zentraleuropas. Eine Analyse und programmatische Skizze von Wenzel Jaksch (geschrieben im Frühjahr 1939), in: PRINZ, Jaksch – Beneš, 55-79.

[2896] PRINZ, Jaksch – Beneš, 28, 76.

fähig sei. Ob das Sudetengebiet ganz oder teilweise einer restaurierten Republik einverleibt werde, müsse der Entscheidung der Realfaktoren überlassen bleiben.“ Immerhin waren sich Beneš und Jaksch darin einig, dass sie nicht die Ermächtigung hätten, vom Ausland aus eine Entscheidung zu treffen. Jaksch verwies auf die Einstellung seiner Leute zu Hause und im Ausland, dass „nur bei gegenseitiger Bereitschaft zu einer Föderallösung in eine Diskussion eingetreten werden könne. Als Jaksch in diesem Zusammenhang auf den „vierten Plan“ mit weitgehender Autonomie hinwies, charakterisierte Beneš dieses Dokument als Angebot „zur Demaskierung Henleins“, woraus Jaksch schloss, dass Beneš lieber auf den „dritten Plan“ zurückgehen wollte. Jedenfalls stimmten beide überein, dass auf der Basis einer zentralistischen Staatsauffassung eine Befriedung der Sudetendeutschen unmöglich sei. Eine „Schweizer Lösung“ wäre ein erstrebenswertes Maximalziel. Davon war freilich schon 1919 die Rede gewesen.[2897]

Jaksch unterschätzte vorerst die Wirkungsmächtigkeit der Doktrin Beneš’ von der Kontinuität des tschechoslowakischen Staates in den Vor-Münchener Grenzen. Immerhin versuchte er im Gespräch mit Beneš auszutesten, wie ernst Beneš die im Jahre 1938 ventilierten Pläne noch nahm. Vom „fünften Plan“, der der französischen Regierung überbracht worden war, wusste Jaksch natürlich nichts – und Beneš schwieg sich auch wohlweislich darüber aus. Nach dem Überfall Hitlers auf Polen überreichten die Londoner Vorstandsmitglieder der „Treuegemeinschaft“ – Jaksch befand sich gerade in Schweden – Beneš eine Erklärung, in der sie ihn als Staatsoberhaupt auch der Sudetendeutschen anerkannten. Beneš schien zu bedeutenden Konzessionen bereit und sprach von einer Dreiteilung des Staatsgebietes in tschechische, deutsche und gemischte Verwaltungsgebiete, von Dezentralisierung, nationaler Proportionalität des Staatsapparates und von Minderheitenschutz. Gerüchte, dass infolge der deutschen Terrorherrschaft im Protektorat dort bereits von einer Austreibung der Deutschen gesprochen würde, lehnte er als „Dummheiten“ ab. Am 3. Oktober bekannte sich eine Abordnung der sudetendeutschen sozialdemokratischen Gewerkschafter in England vor Beneš sogar zur Erneuerung der Republik in den Vor-Münchener Grenzen. Und zwei maßgebliche sudetendeutsche Funktionäre unterschrieben einen Aufruf, worin den sudetendeutschen Emigranten der Eintritt in die tschechische Legion empfohlen wurde. Beneš setzte dann im Jänner 1940 mit einem Aufruf in tschechischer und deutscher Sprache nach, in die tschechoslowakische Exilarmee einzutreten.[2898]

Exilpräsident Beneš gab sich daher bei einem Vortrag in der *Royal Empire Society* Ende Jänner 1940 in der sudetendeutschen Frage noch ziemlich moderat:

> „[…] If I speak today of this question, I still start from this basic point of view, that it would not be good for us Czechoslovaks, to declare now in the formulation of our plans, that before

[2897] Wenzel Jaksch an Siegfried Taub, London, 4. August 1939, in: PRINZ, Jaksch – Beneš, 80-82.

[2898] BACHSTEIN, Treuegemeinschaft, 70-72. Beneš vergaß in seinem Aufruf nicht darauf hinzuweisen: „Wir waren in Mittel- und Osteuropa der politisch beste Staat, sozial der weit fortgeschrittenste, in nationalen Fragen der toleranteste […].“ Vgl. PRINZ, Jaksch – Beneš, 31.

> 1938 we had such and such frontiers, and that we simply demand, that the Republic should be restored in this form. This would perhaps be considered a too premature, radical and nationalistic standpoint.
>
> With regard to the fact, that the population of the Republic is so mixed, from the national point of view, and especially Czechs and Germans are so closely intermingled in the two Czech [sic!, Anm. d. Verf.] provinces of Bohemia and Moravia; with regard to the fact, that the frontiers accepted at Munich, rendered the Republic completely defenceless, so that it could not attempt to defend itself, when the Germans invaded it in March 1939; with regard to the fact, that the Munich frontier, not only deprived the Republic of the possibility of defence, but also of almost all raw materials, and left all the Czech industrial centres in an impossible dangerous proximity to the German frontier (Prague, Plzeň, Brno, Moravská Ostrava), it is clear, that the Munich frontier cannot remain for the future Czechoslovakia […]. From this arises the third conclusion: in the future Czechoslovakia there will again be Germans.
>
> […] after all, the best and justest solution is, and will be, that substantially the old historical frontiers should remain, that especially there should remain the old natural frontier of mountains between Bohemia and Moravia on the one side and Austria and Germany on the other, for these alone protected us for whole centuries from Germanisation. A number of different frontier corrections, as against the previous state of affairs, will be, it is true, possible in the future on the basis of mutual compensations of territorial and economical nature; and in many cases, we shall have to consider the moving of the population and the creation of districts, which will be, as far as possible, nationally homogenous. […] This will mean, that Czechs and Slovaks, and also Germans, will have to consider a new internal structure of the Republic in the new State. […]“[2899]

Beneš deutete also für die neue Tschechoslowakei mehr Dezentralisierung, vielleicht sogar mehr Autonomie für ethnisch homogene Distrikte an; die historischen Grenzen Böhmens und Mährens sollten freilich bleiben – auch wenn es zwischen Mähren und Niederösterreich bzw. Böhmen und Niederösterreich keine Berge gibt und 1919 durchaus Gebiete Niederösterreichs an Mähren und Böhmen fielen. Die in Böhmen und Mähren zusammen siedelnden Tschechen und Deutschen sollten immerhin durch Bevölkerungsbewegungen auseinandergesiedelt werden. Sechs Wochen später, am 8. März 1940, trat Beneš in Chatham House in Oxford auf und deutete bereits die Idee einer begrenzten Aussiedlung von Deutschen an.[2900]

Die Exilvertretung der sudetendeutschen Sozialdemokraten verlangte am 10. März 1940 in Holmhurst (London) zwar das Selbstbestimmungsrecht für die 3 Millionen Sudetendeutschen, schloss aber „die Anerkennung aller wirtschaftlichen und geographischen Verbundenheiten des Sudetengebietes mit den historischen Räumen Böhmens und Mähren-Schlesiens“ ein – was immer das bedeuten mochte. Jedenfalls sollten die Sudetendeutschen nicht „als Objekt der wirtschaftlichen und historischen Ansprüche der tschechischen Politik behandelt werden“. Eine Lösung der deutsch-tschechischen Grenzfragen durch zwangsweisen Bevöl-

[2899] Edvard Beneš, The case of Czechoslovakia, speech at the Royal Empire Society, London, January 23rd, 1940, HIA, Eduard Táborský papers, box 4. Unterstreichungen im Original.

[2900] Milanka Červinková – Libuše Otahalová (Hgg.), Dokumenty z historie československé politiky 1939-1943 (Praha 1966) 83f.; zitiert nach: Hrabovec, Vertreibung, 36.

kerungsaustausch lehne die Exilvertretung „als undemokratisch und barbarisch ab“. Die „speziellen Lebensinteressen der Sudetendeutschen könnten daher weder in einem zentralisierten Großdeutschland noch in einer erneuerten zentralistischen Tschechoslowakei wahrgenommen werden“. Aus diesen sozialökonomischen Tatsachen wie aus den national-kulturellen Bedürfnissen der Sudetendeutschen ergebe sich die Notwendigkeit „der Autonomie in allen Angelegenheiten, die nicht der Natur der Sache nach ausschließlich gesamtstaatlich geregelt werden müssen […]: Die 3 Millionen Sudetendeutschen brauchen daher eine zentrale Repräsentanz ihrer Gesamtinteressen, bestehend aus Landesparlament und Landesregierung.“[2901]

Auch als sich Jaksch und seine „Treuegemeinschaft“ nach der Kapitulation Frankreichs und nach der Anerkennung der tschechoslowakischen Exilregierung Beneš gegenüber zur Mitarbeit bereit erklärten, weigerte sich Beneš, konkrete Zusicherungen für die politische Existenz der sudetendeutschen Sozialdemokratie in einer erneuerten Tschechoslowakei zu geben. Konnte sich Beneš im Sommer 1940 sicher sein, dass die Alliierten den Krieg gewinnen würden? Die auch gegenüber den sudetendeutschen Sozialdemokraten intransigente Haltung des Exilpräsidenten lässt sich kaum aus der nun auch für Großbritannien schwierigen Kriegslage erklären, sondern eher mit im Juni 1940 im Protektorat sich häufenden Gerüchten „über die Umsiedlung des tschechischen Volkes nach Russland oder nach irgendwelchen Kolonien“. Die Unterbringung der ersten Bessarabiendeutschen in Südböhmen und Südmähren sowie die Aussiedlung von Tschechen zugunsten von Truppenübungsplätzen und Flugplätzen verstärkten die Aussiedlungsgerüchte. Zudem hörte Beneš von Spaltungstendenzen innerhalb der sudetendeutschen Sozialdemokratie, die am 18. Oktober 1940 tatsächlich zur Gründung einer eigenen Partei unter Zinner führte.[2902]

Erst im Herbst 1940 – Großbritannien hatte die „Luftschlacht um England“ vorerst gewonnen – präsentierte Beneš erstmals Jaksch seinen auf den drei Hauptkomponenten Gebietsabtretungen/Teilaussiedlungen/Errichtung „sudetendeutscher“ Kantone beruhenden Vorschlag, der zwar die Kantonslösung nach Schweizer Vorbild akzeptierte, von Teilaussiedlungen verständlicherweise jedoch nichts wissen wollte. Beneš argumentierte bereits mit einem gewissen Zynismus:

> „[…] Wir müssen eine Million Deutsche aus den böhmischen Ländern aussiedeln. Wir machen das im Guten, zahlen Entschädigung, das wird unser und Ihr Staat, aber es muss sein. Alle diese Jungen, Unverbesserlichen, die Nazis, die schicken wir nach Deutschland und befreien Sie und uns von ihnen. Dann werdet Ihr Deutschen zusammen sein, und wir geben Euch Kantone. […] Dann werdet Ihr die Wahl haben, entweder bei einem verarmten Deutschland zu bleiben oder bei uns.“[2903]

[2901] Deklaration der sudetendeutschen Sozialdemokratie in Holmhurst (London), 10. März 1940, in: Prinz, Jaksch – Beneš, 83-90.

[2902] Monatsbericht SD-Leitabschnitt Prag für Oktober 1940, zitiert nach: Brandes, Tschechenpolitik, 136.

[2903] Vermerk Smutný nach Diktat Beneš, 17. Oktober 1940, in: Červinková – Otáhalová, Dokumeny z historie, Dok. Nr. 105; zitiert nach: Brandes, 1945, 226f.

Beneš erwartete von Jaksch für den Eintritt in den tschechoslowakischen Staatsrat nicht mehr und nicht weniger als dessen Zustimmung zu einer teilweisen Aussiedlung von Sudetendeutschen. Damit wäre die „Treuegemeinschaft“ zum Komplizen von Beneš’ Tranferplänen geworden und hätte jede Unterstützung aus der Heimat eingebüßt.[2904]

Robert Bruce Lockhart, der *British Representative with the Czechoslovak Provisional Government* fasste am 7. Oktober 1940 Ansichten des Exil-Präsidenten zum „deutsch-böhmischen Problem“ in einem Bericht für das Foreign Office zusammen:

> „[…] With regard to internal reconstruction, President Beneš’s aim is to recreate a state which will be as homogeneous as possible. It is his ambition to rid his country of those minority problems which proved so disastrous to the former Republic. […]
>
> The future existence of Czechoslovakia depends on a satisfactory solution of the German-Bohemian problem. He now considers a return to the *status quo ante* to be impossible. An amalgamation of the Czech and German peoples is beyond the power of human ability. Germans will remain Germans whether they are Nazis or Liberals or Socialists or Communists. […]
>
> President Beneš has found his own solution of the problem. He has borrowed it from Hitler. It is an exchange of populations. In principle, he would transfer Germans from the central and northern districts of Bohemia and Moravia to Western Bohemia. He would be prepared, if necessary, to concede to Germany a strip of the Western Frontier in exchange for a piece of Reich territory in the north where the North and South Czechoslovak frontiers are dangerously narrow. He would then have a proper Czech Lebensraum in Central Bohemia and Moravia and a German-Bohemian Lebensraum in the West. Some form of federalism would then be feasible.“ […][2905]

Am 18. November 1940 teilte Beneš seine noch relativ differenzierten Grenzziehungs- und Aussiedlungs-Überlegungen dem „Zentralausschuss des Widerstandes in der Heimat“ (*Ústřední výbor odboje domácího* – ÚVOD) mit, die aber durchaus den nationalistischen Zeitgeist verrieten:

> „1. Auch die tschechische Nation braucht ihren ‚Lebensraum’. Durch die Münchener Grenzbestimmungen wird ihr dieser nicht gewährt. Diese Grenzen müssen daher verschwinden […].
>
> 2. Ich gebe die historischen Grenzen keineswegs auf, betrachte sie jedoch bloß als eine Opportunitäts- und keine Prinzipienfrage. Hauptsache ist und wird für uns sein, in Hinkunft ein größeres nationaltschechisches Gebiet zu schaffen und es für uns zu sichern. Hierfür wird es nötig sein, das tschechische Gebiet Mährens nach Norden und Süden möglichst auszuweiten und so unsere Umklammerung durch die Deutschen Österreichs und Schlesiens zu beseitigen. Dies wäre auch von großer Wichtigkeit für unsere Zusammenarbeit und eventuelle Föderation mit Polen. Es werden daher die Deutschen aus Nord- und Südmähren inkl. Brünn und Iglau sowie aus Schlesien zwischen Jägerndorf und Ostrau verschwinden müssen. Vom Grulicher Schneeberg an gegen Bodenbach muss die historische Grenze belassen werden, von Neuwelt Harrachsdorf bis Bodenbach muss die neue ethnographische Grenzlinie für uns militärisch annehmbar sein; sodann würde eine neue ethnographische Grenze über das Dup-

[2904] Prinz, Jaksch – Beneš, 36.

[2905] Lockhart to Foreign Office, 8 October 1940, in: Odsun 2, 152-155.

pauer Gebirge gegen Tachau folgen. Außerhalb des nationaltschechischen Gebietes würden auf diese Art folgende Gaue verbleiben: Jägerndorf, Reichenberg und Karlsbad. Die im Inland inkl. Prag wohnhaften Deutschen müssten entweder auswandern oder bedingungslos das tschechische Regime sowohl in sprachlicher als auch in administrativer Hinsicht ohne Minderheitenrechte innerhalb dieser neuen ethnographischen tschechischen Grenze annehmen. Diese drei deutschen Gaue müssten so begrenzt werden, dass wir in Hinkunft von den Deutschen nicht durch den Umstand terrorisiert werden könnten, dass Grenzlinien infolge ihrer Abtrennung eine für die Verteidigung unmögliche Gestalt bekämen – wie nach München. […]

3. Aus diesem Plan ergeben sich folgende weitere Konsequenzen: Wir dürfen uns keinen unmöglichen Hoffnungen hingeben, dass man 3 Millionen Deutsche ausmerzen oder ausweisen könnte, wie es so manche Leute bei uns naiverweise glauben. Man könnte jedoch mit dem Abgang oder der Ausweisung ganzer Hunderttausende kompromittierter Nazideutscher und einer Zwangsübersiedlung weiterer Hunderttausende Deutscher aus den obgenannten Kreisen in die drei deutschen Gaue, nach Österreich oder nach Deutschland rechnen. Diese Übersiedlung würde jedoch schwerlich die Gesamtzahl einer ganzen Million um vieles überschreiten. Und das wäre schon ein beispielloser Erfolg, eine gewaltige Sicherstellung unseres Staates und der Entwicklung unseres inneren nationalen Gebietes. Ich verhandelte in der Angelegenheit mit den Engländern mit einer Landkarte der Münchener Grenzen in der Hand. Die Münchener Unbill und der jämmerliche Zusammenbruch des Münchener Übereinkommens überzeugte sie, dass dieses Programm im Grund richtig ist. […] Der 15. März hat alle belehrt und überzeugt.
4. Dies bedeutet also, dass es unser Wunsch ist, wieder Deutsche in der Republik zu haben. […] Es wäre daher ein prinzipieller Fehler, die Existenz des Deutschenproblems bei uns zu ignorieren, ganz besonders hier, wo unsere Deutschen als Emigranten leben und arbeiten. Die erste Frage jedes politisch einflussreichen Engländers, die an uns gestellt wird, lautet immer: ‚Was beabsichtigen Sie mit Ihren Deutschen zu machen? Wenn später einmal die Amerikaner in die Sache eingreifen, wird es noch schwieriger werden!' […] Vergessen wir nicht, dass für eine dauernde Regelung nach diesem Kriege die Frage unserer Deutschen neben Danzig und Ostpreußen überhaupt die schwierigste sein wird.[2906]
5. Aus diesem Grunde habe ich gleich von Beginn an mit den Deutschen Verbindungen geknüpft und stehe mit ihnen in Verhandlungen. Ich verspreche im Namen des Volkes nichts und werde auch nichts versprechen. Ich bereite sie auf die Aussiedlung von mindestens einer Million wie auch auf die Notwendigkeit eines tschechischen Lebensraumes vor. […] Sie selbst sind untereinander nicht einig, besitzen im Grunde keinen klaren politischen Plan und kehren zu den alten Formeln einer Föderalisierung und Autonomie des Sudetenlandes zurück. Sie befürchten, zu Hause könnten sich Massaker ereignen, und sind sich dessen bewusst, dass der Großteil der Deutschen im Sudetengebiet immer noch sehr nazistisch gesinnt ist. Aus diesen Gründen bekennen sie sich durch Jaksch' Mund nur halb zur Republik und warten ab, wie sich die Dinge später entwickeln und welche Hoffnungen ihnen aus den Ereignissen erwachsen werden. Der geringere Teil von ihnen ist bedingungslos republikanisch gesinnt."[2907]

[2906] Beneš sollte sich irren: Die Frage der völkerrechtlichen Zuordnung der deutschen Ostgebiete, also der Gebiete östlich von Oder und Neiße, blieb zwar bis Potsdam die schwierigste Frage, aber nicht bezogen auf Ostpreußen und Danzig, sondern auf Schlesien, die Neumark und Pommern.

[2907] Bericht Beneš an tschechischen Widerstand in der Heimat, London, 18. November 1940, in: PRINZ, Jaksch – Beneš, 95-97; Depesche Beneš an ÚVOD, 26./27. November 1940, in: BRANDES, Protektorat I, 181.

Die zentrale Führung des tschechischen Widerstandes in der Heimat lehnte jedoch die Schaffung von drei großen deutschen Kantonen ab und wollte nur die Bildung von „kleineren, nicht zusammenhängenden und gemischten Gebieten“ zugestehen, die mit einer Verschiebung der „ethnographischen Grenze“ in das bisher mehrheitlich deutsch besiedelte Gebiet verknüpft werden sollte. Zdeněk Bořek-Dohalský vom „Politischen Zentrum“ antwortete Beneš, dass vielleicht Politiker die Errichtung von drei deutschen Gauen verstehen könnten, doch niemals das tschechische Volk; und er fügte die Warnung hinzu, dass solch ein Plan „Eure Rückkehr unmöglich machen könnte“. Und der ÚVOD stellte in seiner Antwort an Beneš vom 19. Dezember 1940 unmissverständliche Forderungen:

> „Das Festhalten an den historischen Grenzen halten wir für unerlässlich, selbst wenn in ihnen ein Teil der Deutschen bleibt. Mit der Bildung von drei großen deutschen Gauen können wir uns jedoch nicht einverstanden erklären. Sie bringen wiederum die Gefahr eines ‚abgeschlossenen Gebietes‘. Wir würden dadurch unsere stillschweigende Zustimmung dazu geben, dass sie sich früher oder später vom Staat trennen. Wir schlagen kleinere unzusammenhängende gemischte Gebiete hinter einer verschobenen ethnographischen Grenze vor. Mit einer wesentlichen Verringerung der Zahl unserer Deutschen rechnen wir. Auch mit der Sequestrierung ihres Vermögens und dem Verlust ihrer wirtschaftlichen Positionen.“[2908]

Beneš versicherte daher dem ÚVOD, dass sein politisches Hauptziel darin liege, „in Zukunft neue, größere national-tschechische Gebiete zu bilden“; daher schloss er Anfang Juni 1941 Karlsbad, nicht aber Eger, von einer möglichen Abtretung bereits aus. Aber die Widerstandszentrale deponierte im August 1941: „Nach allgemeiner Überzeugung des Volkes muss die ČSR in den historischen Grenzen erneuert und müssen die Deutschen vertrieben werden.“ Und die Kommandanten der tschechoslowakischen Auslandsarmee in der Sowjetunion registrierten am Beispiel der Massendeportation von 1,2 Millionen Russlanddeutschen, wie sich Stalin die Lösung der Frage der deutschen Minderheiten vorstellte.[2909]

Mit dieser Festlegung Beneš’ gegenüber dem ÚVOD waren seine Darlegungen für das *War Cabinet* vom 3. Februar 1941 eigentlich schon obsolet geworden, die noch von der Festlegung eines „absolut unbestreitbaren nationalen Kerngebiets“ für jede Nation in Mitteleuropa gesprochen hatten und von Umsiedlungen in und aus den national gemischten Gebieten – wie zwischen der Türkei und Griechenland 1922/23. Außerdem hatte Verteidigungsminister Ingr die künftigen Grenzen der Tschechoslowakei aus strategischen, wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Gründen im Böhmerwald, entlang des Duppauer Gebirges, des Erzgebirges, des Jeschken, des Riesengebirges, des Adlergebirges, des Altvater, der Thaya und der Donau von der Einmündung der March bis zur Einmündung des Gran verlangt.[2910]

[2908] Depesche ÚVOD an Beneš, 19. Dezember 1940, in: Brandes, Protektorat I, 182; vgl. Odsun 2, 166f. Bořek-Dohalský wurde noch 1945 in Theresienstadt hingerichtet.

[2909] ÚVOD an General Ingr, 19.-21. August 1941, zitiert nach: Vondrová, Češi, Dok. 60; vgl. Brandes, Protektorat I, 182; Brandes, Weg zur Vertreibung, 71f.; Brandes, 1945, 224, 227; Naimark, Fires of hatred, 88f.

[2910] Vondrová, Češi, Dok. Nr. 47, 54; Odsun 2, 179f., 191-193.

Jaksch hatte sich schon im Dezember 1940 gegenüber dem Verteidigungsminister in der Exilregierung, General Sergej Ingr, beschwert, dass sudetendeutsche Militärangehörige in der Auslandsarmee in Großbritannien, die der „Treuegemeinschaft“ angehörten, verschiedenen politischen Schikanen ausgesetzt seien. Und von Beneš verlangte Jaksch Anfang 1941 eine Erklärung der tschechoslowakischen Regierung, „dass die fundamentalen Fragen des künftigen staatlichen Zusammenlebens der Tschechen und Sudetendeutschen im Wege gegenseitiger Vereinbarungen gelöst werden sollen“. Durch Austausch von Erklärungen im Staatsrat sollte außerdem klargestellt werden, „dass nach Durchführung der Abrechnung mit den Nazis auf beiden Seiten getrachtet werden soll, einen nationalen Bürgerkrieg, welcher alle Hoffnungen auf ein friedliches Zusammenleben von Tschechen und Sudetendeutschen zerstören würde, zu verhindern“. Jaksch stattete Beneš mit einigen Kollegen am 25. März 1941 auch einen persönlichen Besuch ab und übersandte ihm Ende Mai einen Bericht über die Situation „in unseren deutschen Gebieten“ (so die Diktion von Beneš!). Aber Beneš scheute Festlegungen und verwies auf die gegenseitigen Versicherungen, dass – das gemeinsame Ziel des Sturzes des Nazismus und Hitlerismus und die Befreiung der tschechoslowakischen Republik vor Augen – „wir uns einstweilen Freiheit in den Ansichten über die weitere Ausgestaltung unserer inneren Angelegenheiten nach dem Krieg bewahren wollen“.[2911]

Infolge des Angriffes Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion Ende Juni 1941 – dessen Ausgang sowohl Beneš als auch Jaksch für kriegsentscheidend hielten – begannen beide Seiten zu taktieren und wollten alles in der Schwebe lassen. Aber Beneš hatte nun die besseren Karten, denn Moskau sprach der tschechoslowakischen Exilregierung bereits Mitte Juli 1941 die vorbehaltlose sowjetische Anerkennung aus, so dass London gleich darauf nachziehen musste. Jetzt drängte das *Foreign Office* den offiziell anerkannten Präsidenten Beneš, mit Vertretern der sudetendeutschen Emigration übereinzukommen, um London die Rücknahme von München zu erleichtern. Immerhin übersandte Jaksch am 11. September eine Diskussionsgrundlage, welche die „maximalen Voraussetzungen einer revolutionären Kooperation zwischen der tschechischen Freiheitsbewegung und den demokratischen Sudetendeutschen enthielt“. Ein neues System der sozialen Demokratie sollte ein *Government of the People, by the People, for the People* sicherstellen. Da mindestens 20.000 der Funktionäre und militanten Mitkämpfer der sudetendeutschen Sozialdemokratie in der Zeit nach München in die Konzentrationslager und Kerker des Dritten Reiches verschleppt worden seien, davon allein 8000 in das berüchtigte KZ von Dachau, hätten sie die moralische Legitimation, die Führung der demokratischen Revolution innerhalb der 3 Millionen Sudetendeutschen anzustreben und mit den Überresten der nationalistischen und faschistischen Ideologie tabula rasa zu machen. Unmittelbar nach Besetzung des

[2911] Jaksch an Ingr, London, 19. Dezember 1940; Jaksch an Beneš, London, 3. Jänner 1941; Beneš an Jaksch, London, 9. Juni 1941, in: Prinz, Jaksch – Beneš, 98-103.

Sudetengebietes „entweder durch tschechoslowakische oder interalliierte militärische Verbände“ sollte sofort kommissarisch eine Selbstverwaltung der Gemeinden und Bezirke eingesetzt werden, mit der „Republikanischen Wehr“ als Lokalpolizei und Revolutionstribunalen „zusammengesetzt aus deutschen Antinazis“. Mitglieder der NS-Organisationen würden als Kriegsgefangene behandelt und in Zwangsarbeitsformationen eingereiht. Die Zivilverwaltung im staatlichen Hoheitsbereich wäre gemischt aus deutschen und tschechischen Beamten zusammenzusetzen. Über das gesamte Volks- und Mittelschulwesen sollte eine provisorische Laienkontrolle aus verlässlichen Demokraten verhängt werden.[2912]

Zur selben Zeit, in einer Depesche vom 10./12. September 1941, akzeptierte Beneš die Forderungen des ÚVOD als „Maximalprogramm“: die Wiederherstellung der historischen Grenzen der böhmischen Länder verbunden mit einer Vertreibung aller Deutschen. Freilich fügte er hinzu, dass man gleichzeitig auch ein „Minimalprogramm“ ausarbeiten müsse, nach dem man um den Preis kleiner, „für uns erträglicher Gebietsverluste“ wenigstens eine Million Deutsche „loswerden“ sollte. Eine Zusammenarbeit mit den Sudetendeutschen könne man zur Zeit aber nicht ablehnen, weil dies von den Briten und Amerikanern so aufgefasst werden könnte, dass man nicht mehr auf der Rückgabe des Sudetenlandes bestehe.[2913] – Beneš musste natürlich wissen, dass sein „Minimalprogramm“ im Falle einer erfolgreichen Rückkehr nach Hause keine Chance auf Umsetzung haben werde. Auch sein Versuch, die tschechischen Widerstandsbewegungen vor die Alternative zwischen der Wiedergewinnung der historischen Grenzen (einschließlich des Verbleibs eines Teiles der Sudetendeutschen) und der Vertreibung der Sudetendeutschen (einschließlich einiger Grenzkorrekturen) zu stellen, ging nicht auf. Die tschechischen Widerstandsbewegungen hatten sich schon im Sommer 1941 auf ein Sowohl-als-auch festgelegt: auf die historischen Grenzen der böhmischen Länder einschließlich der Vertreibung der Sudetendeutschen.[2914]

Erst am 22. September 1941 fand in Aston Abbots ein Vier-Augen-Gespräch zwischen Beneš und Jaksch statt, in dem offensichtlich auch Fragen erörtert wurden, die beide Politiker vertraulich behandeln sollten. Dabei kam Jaksch mit Beneš überein, seinen Parteivorstandsmitgliedern das Ende Juli 1941 erneuerte Angebot zum Eintritt deutscher Vertreter in den Staatsrat mit der Begründung als nicht realisierbar darzustellen, dass ein solcher Eintritt „derzeit sowohl im tschechischen als auch im deutschen Sektor der Heimat Gegenstand einer unerwünschten Agitation sein könnte“. Die 1. Landeskonferenz der sudetendeutschen Sozialdemokratie am 28. September 1941 in London erklärte zwar ihre Zugehörigkeit zur „demokratisch-sozialistischen Allianz“, „die auf den Schlachtfeldern

[2912] Jaksch an Beneš, London, 11. September 1941, einschließlich Beilage, in: Prinz, Jaksch – Beneš, 106-109. Auch der sozialdemokratische Altvorsitzende Ludwig Czech kam in einem KZ ums Leben.

[2913] Brandes, Protektorat I, 183f.

[2914] Brandes, Protektorat I, 178.

der Sowjetunion, des Mittelmeergebietes und des Atlantiks für die Niederringung Hitlers und seiner Quislinge kämpft", sprach aber auch ihre Überzeugung aus, dass der Punkt 2 der *Atlantic Charter* – „Second, they desire to see no territorial changes that do not accord with the freely expressed wishes of the peoples concerned" – die Basis für eine Vertragslösung zwischen den Sudetendeutschen und ihren slawischen Nachbarn im Sinne einer Erneuerung des gemeinsamen Staates sein könne. Nicht zuletzt protestierte die Landeskonferenz gegen das „Henkerregime" des Karl Hermann Frank und die Berufung des „Gestapo-Führers Heydrich" zum Reichsprotektor, der aber „den wunderbaren Widerstandsgeist des tschechischen Volkes nicht brechen" werde. Die versammelten 226 sudetendeutschen Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsfunktionäre sandten schließlich eine Loyalitätsadresse an den Präsidenten Beneš, in welcher der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, „dass unter seiner bewährten Führung nach der Befreiung unserer gemeinsamen Heimat von der Nazityrannei die Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte aller Völker erneuert werden kann". Die sudetendeutsche Sozialdemokratie hatte also allfällige „gesamtdeutsche" Pläne zur Lösung des Sudetenproblems stillschweigend ad acta gelegt. Beneš antwortete dennoch vorerst mit allgemeinen Formulierungen, verwies aber bereits am 6. Oktober 1941 auf die ersten Massenhinrichtungen im Protektorat:

> „[…] Die Ereignisse, zu denen es inzwischen in der Heimat nach dem Beginn des Terrorismus gegen das tschechische Volk durch Himmlers Henker Heydrich gekommen ist, sind für uns alle eine neue, schwere Prüfung. Ich glaube, dass wir auch diese bestehen werden."[2915]

Auf Grund von Kritik aus den eigenen Reihen hatte Beneš bereits Anfang Juni 1941 Karlsbad, nicht aber Eger (Cheb) von einer möglichen Abtrennung ausgeschlossen. Nach immer stärkerem Widerstand auch aus der eigenen Militärführung in London gab Beneš aber seine dreigliedrige Konzeption bereits gegen Ende 1941 im Wesentlichen auf. Andererseits wurde die „Treuegemeinschaft" durch die Abspaltung eines linkssozialistischen Flügels unter dem ehemaligen Obmann der Bergarbeiterunion, Josef Zinner, geschwächt, der sich den nach Großbritannien emigrierten sudetendeutschen Kommunisten unter Václav Nosek annäherte und bedingungslos für die tschechoslowakische Staatsidee eintrat.[2916]

Im Jänner 1942 teilte Beneš daher einer Delegation sudetendeutscher Sozialdemokraten mit, dass die neue Tschechoslowakei höchstens eine Million Deutsche verkraften könne. Und in einem internen Memorandum gab Beneš bereits seiner Hoffnung Ausdruck, dass „sich von diesen Deutschen ein großer Teil innerhalb einer gewissen Zeit assimiliert. Die übrigen hätten ein sehr liberales Regime, und im Rahmen eines 12-Millionen-Staates und zumeist verteilt unter der Bevölkerung

---

[2915] Jaksch an Beneš, London, 23. September 1941; Beschlüsse der 1. Landeskonferenz der sudetendeutschen Sozialdemokraten, London, 28. September 1941; Antwort Beneš, [o. D.]; Beneš an Jaksch, London, 6. Oktober 1941, in: Prinz, Jaksch – Beneš, 112-115.

[2916] Hrabovec, Vertreibung, 39f.

tschechischer Nationalität wären sie für die nationale und staatliche Existenz der Republik keine Gefahr mehr.“[2917] Jaksch und sein Stellvertreter Richard Reitzner verfassten ein deutlich ablehnendes Rundschreiben an ihre Genossen:

> „Was in London bequem und populär wäre, das Lossagen von der Heimat und von unseren schaffenden Volksmassen – morgen wäre es unser politischer Tod. […] Das Ziel der tschechischen Politik bleibt nach wie vor ein maximaler Machtgewinn nach dem Kriege. Es wäre bequem für unsere Partner, wenn sich dieser Prozess mit unserer formellen Zustimmung abspielen würde. Unsere Führung denkt nicht daran, diese Zustimmung zu geben. Aufgabe unserer Auslandspolitik kann es lediglich sein, nicht ein Jota guten Willens von tschechischer Seite unbeantwortet zu lassen.“[2918]

Die Hinweise von Beneš auf die Möglichkeit eines Bevölkerungsaustausches beunruhigten auch Vertreter der jüdischen Emigration, etwa den Direktor des *Yiddish Scientific Institute* in New York, Max Weinreich. Jan Masaryk versuchte ihn zu beruhigen:

> „[…] I can understand that under the unprecedently tragic circumstances that the heroic and sorely tried Jewish people find themselves in to-day, Dr. Beneš's mentioning the possibility of exchanging populations could give rise to worry.
>
> It has been my honor and pleasure to work for Beneš for the last twenty-five years and I know that when he speaks of ‚exchange of populations‘ he means that within the realms of possibilities we must – after this war – try to get rid of some of the Germans around the frontiers of Germany who have never been much good to us and I do not think they will be a great addition to Germany. Naturally – there are some decent people among them. We will find who is who the war is over.
>
> I would like to go on record, and you have my approval to use this letter in any way you want to, in stating that Jews are certainly not included in these as yet very hazy plans. And I have Dr. Beneš's authority in emphasizing this point. […]“[2919]

Die in Großbritannien lebenden Mitglieder und Ersatzmitglieder des Parteivorstandes der sudetendeutschen Sozialdemokratie trafen sich am 7. Juni 1942 in London und formulierten als Ziel ihrer Arbeit „nach wie vor die Anbahnung eines engen Bündnisses zwischen den demokratisch-sozialistischen Massen der Tschechen und Sudetendeutschen in der Revolution gegen die Hitler-Tyrannei und nach der Befreiung“. „Die unbezwungenen Kader unserer Heimatbewegung“ fühlten sich auch stark genug, „in der Stunde der europäischen Schicksalswende die Abrechnung mit den Naziverbrechern selbst zu vollziehen“. Daher lehnten sie schon jetzt eine ungleiche Behandlung der demokratischen Sudetendeutschen und Slowaken im neuen Staatsaufbau ab. „Insbesondere wenden wir uns dagegen, dass den Sudetendeutschen mit Bevölkerungstranfer gedroht wird, während für

---

[2917] Vondrová, Češi a sudetoněmecká otázka, Dok. 80.

[2918] Rundschreiben Jaksch und Reitzner, London, 23. Jänner 1942, PRO, FO 371/30834, C1645/326/12, zitiert nach: Brandes, 1945, 227f.

[2919] Jan Masaryk to Max Weinreich, New York, May 5, 1942.

die Slowakei der Grundsatz der politischen und juristischen Abrechnung mit den Werkzeugen Hitlers gelten soll."[2920]

Jaksch übersandte am 23. Juni 1942 diese Richtlinien an Beneš, nicht ohne einleitend seine tiefe Betroffenheit und seine Empörung über „die jüngsten schrecklichen Vorgänge in der Heimat" – gemeint waren die Verfolgungen nach dem Attentat auf Heydrich – zum Ausdruck zu bringen. Zwar wollte Jaksch aus diesem Grund keine umstrittenen Fragen anschneiden, wies aber dennoch auf „die tiefe Enttäuschung unserer Vertrauensmänner über die negative Behandlung aller bisher von unserer Seite erstatteten Vorschläge" hin und wollte nicht verschweigen, „dass insbesondere die Propaganda für einen Massentransfer der Sudetenbevölkerung in den Reihen unserer Menschen konsternierend gewirkt hat".[2921] Beneš ging in einer ersten kurzen Antwort „nur" auf den NS-Terror ein und sah darin Übereinstimmung, „dass wir uns alle gemeinsam am meisten dafür einsetzen müssen, dass dieses Regime so bald wie möglich fällt".[2922]

Grundsätzlicher war die Erklärung der tschechoslowakischen Exilregierung zum Sudetenproblem aus dem Sommer 1942. Als wesentliche Positionen wurden festgehalten:

– „[…] It has already been pointed out above, that in the question of destroying Nazism and Fascism and punishing the guilty President Beneš strictly maintains a view that applies equally to all nationalities in the Republic, Czechs, Slovaks, Germans, Hungarians, Carpatho-Ukrainians. Should it not be necessary for that purpose to expel from the Republic larger groups of any population, so much the better. However, we must be conscious of the fact that it is indeed a question of punishing many thousands of Nazists and Fascists of all nationalities. It is for us all to consider together how to do it so that there is no repetiton of what happened in our country with pan-Germanism, Nazism od Fascism for almost twenty years of the Republic, nor what happened especially at Munich and after Munich. The President and the Czechoslovak Government will not reprieve any culprit from whatever camp. Shall they all be slain, or great jails or concentration camps for life-time erected for them, or would it be better that they go for good? […]

– The transfer question is not and cannot be an exclusively Czechoslovak question. It is a question of general European significance affecting not only Czechoslovakia, but also many other States, and it can therefore be put only as an international problem that must be solved in the final settlement of European affairs. The Czechoslovak Government will define its final towards it on the basis of the final outcome of the war, of the events in our homeland, and in accordance with the attitude adopted in respect of it by the other victorious Powers in their preparations for the preliminaries and the peace. […]

– The Czechoslovak nation cannot and never will accept the principle of self-determination for three million Germans so as it was formulated, interpreted and asserted at the last Peace

[2920] Prinz, Jaksch – Beneš, 125f. Obwohl Jaksch in seinen zahlreichen Radioansprachen über den deutschen Dienst der BBC an seine sudetendeutschen Landsleute nicht den geringsten Anhaltspunkt für Illoylität gegenüber der Tschechoslowakei gegeben hatte, wurden seine Sendungen im Sommer 1942 eingestellt. – Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung", 43-45.

[2921] Jaksch an Beneš, London, 23. Juni 1942, in: Prinz, Jaksch – Beneš, 127.

[2922] Beneš an Jaksch, London, 15. Juli 1942, in: Prinz, Jaksch – Beneš, 128.

Conference and for full twenty years afterwards. Neither President Masaryk nor Dr Benes ever made a secret of that because such a conception of self-determination destroys a priori the self-determination of 10 million Czechoslovaks and makes the existence of an independent Czechoslovak State quite impossible.[2923] It can be expected with certainty that after this war the principle of self-determination will be re-defined and asserted in an entirely new form. […]

– In the matter of the so-called ‚Vertragslösung des tschechisch-sudetendeutschen Problems‘ (solution of the Czech-Sudeten-German problem by agreement) it ought to be stressed that this formula will certainly give rise to misunderstandings among our people. President Beneš refused it when it was put to him by Slovaks; and by mutual agreement we replaced it by speaking of a democratic settlement of all political, administrative and other disputs in the Republic. Such a formula covers everything including the Czech-German problem in the Bohemian Lands. […]

– There cannot be the slightest doubt for anybody that President Beneš personally is, and will consistently be, opposed to so-called ‚einseitige Machtlösungen der tschechisch-deutschen Frage‘ (one-sided solutions by force of the Czech-German question). However, we would not be realistic politicians if we did not tell ourselves quite clearly that the German nation and State, if the emerge from this war as the defeated will, like every defeated State and nation in every war, bear the consequences of their defeat. Whoever entered into an alliance or professed solidarity with them in this war, or helped them in any way, will be affected by this defeat. The great majority of the Germans in the Czechoslovak countries allied themselves, or professed solidarity, with them, and they are still helping them effectively. They will be affected. How? – is a question that none of us is to-day in a position to answer correctly. This will be decided according to the circumstances in which we end this war. But it is also in the interest of the Czechs and the Slovaks that this shall be done reasonably and justly, and that this shall mean not mere vengeance. […]

– It is clear to everybody that there will be Germans again in the Republic and that they must live; we wish that they may be good citizens and equal with all others and that with no part of them may again happen what happened with them under the influence of German Nazism from 1934 onwards. […] It would, however, be a fateful mistake if it were again said that this depends solely on the Czechs and on what the Republic is doing in the German question etc. There are 80 million Germans and the small Czechoslovak nation cannot permanently live with the German pistol pointed at its breast. So long as the Czech Germans do not realise that the Czechoslovak nation cannot politically live under their permanent threat that they will again at the given moment break up their State, thus destroying the indispensable basis of their national existence, there can be no agreement and there will be struggle, there will be attempts at ‚einseitige Machtlösungen‘.

– Appealing to the so-called ‚Selbstbestimmungsrecht‘ without regard to the Czech people in the territory without which our State and nation cannot live – as this done in the last twenty years of the Republic on the part of almost all our Germans with the support of all other Germans and their great realm – has meant, means and will always mean ‚einseitige Machtlösung‘. Hitler carried this ‚einseitige Machtlösung‘ through by sheer force against the rest of the world, having the situation sufficiently prepared ideologically. […] This was called ‚the right of the Germans to national unity‘, but the result was – willingly or unwillingly – political pan-Germanism which was the true father of Nazism. Our conclusion is that the inhabitants of our frontier region have no right to collective and territorial self-deter-

[2923] Tatsächlich verwendeten Masaryk und Beneš dieses Argument bereits 1918/19.

mination without the consent of the Czechs who, by its application, would always be literally in the hands of the neighbouring Reich and thus deprived of their self-determination, i. e. liberty. Each of them has, however, and must have the right to individual and personal self-determination and may at will leave his state and the surroundings in which he cannont live politically as he would like to. The German nation has like other nations a right to have its own State, but it cannot claim that all Germans must live in this State, just as other nations, e. g. France, have no such claim. Whether or not all the members of the same nation live in one State, is a question of political opportunity, practical possibility, geography, economic circumstances, historical development, the interest also of other nations, but not a question of principle. The principle of territorial and collective ‚Selbstbestimmungsrecht' for national minorities and fractions of nations that already have their national State is political dynamite which makes the life of all States and nations in Central Europe, and the maintenance of peace generally, simply impossible. […]"[2924]

Nach dieser prinzipiellen Absage an ein sudetendeutsches Selbstbestimmungsrecht verschlechterten sich die Aussichten für erfolgreiche Verhandlungen. Beneš war an keiner Einigung mit Jaksch mehr interessiert, wenn er es überhaupt jemals war. Bereits am 2. Dezember 1942 erfolgte eine „Generalabrechnung" des Exilpräsidenten mit Jaksch, die letzten Endes zum totalen Bruch führte. Hierzu griff Beneš sogar auf die Zeit vor München zurück:

„[…] Wie überall in der Welt gab es auch bei uns eine Krise und einen Kampf zwischen Demokratie, Faschismus und Kommunismus, und es zeigten sich dieselben Begleiterscheinungen wie anderswo. Doch blieb die Linke bei uns stets Herr der Lage [?], und ihre Anhänger hielten die Position bis München. Bei euch war es schlimmer, denn auch unsere deutsche Bevölkerung verfiel in ihrer großen Mehrheit dem Faschismus. […] Sie geben selbst in Ihrem Briefe zu, dass in den Jahren 1935-38 eine Million Deutscher, d. h. nur etwa 30 Prozent der deutschen Bevölkerung, an der Seite des tschechischen bzw. des tschechoslowakischen Staates gestanden haben. Auch kann es heute kaum eine Meinungsverschiedenheit zwischen uns darüber geben, dass der Faschismus und Nazismus kein durch tschechische Fehler verursachtes Phänomen sei."

Vor München sei auf das tschechische Mehrheitsvolk und den demokratischen Staat ein unerhörter Druck reaktionären Charakters ausgeübt worden, der den Sturz der tschechischen Demokratie zur Folge gehabt habe. „In dieser furchtbaren Krise haben wir allein die größten Opfer gebracht, und die deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit sollte davon profitieren. Es geschieht zur Ehre des tschechischen Volkes, dass es von der Linken bis zur Rechten einig war, als ich den Mobilisationsbefehl unterschrieb. […] Die Verdienste der deutschen Sozialdemokraten, die sich mit uns tapfer bis an das Ende gehalten haben, obwohl durch ausländische Einflüsse und durch den Druck der Ereignisse versucht wurde, sie aus der Regierungsmehrheit auszuschließen, will ich gerne anerkennen."

Aber – und nun kam Beneš zum Kern seines Bruches mit Jaksch – das ganze Jahr 1939 hindurch bis 1940 sei die Führung der sudetendeutschen Sozialdemokratie nicht zu einem Widerruf von München bereit gewesen; die Parteimitglieder würden es nicht akzeptieren, soll Jaksch geantwortet haben. Tatsächlich hatte Jaksch in mehreren Rundschreiben, Memoranden und Deklarationen das „Selbst-

[2924] Czechoslovak Government in Exile, Statement of Principles with Regard to the Resolution of the Sudeten Geman Social Democratic Party, London, summer 1942, in: Prinz, Jaksch – Beneš, 151-160.

bestimmungsrecht" für die Sudetendeutschen gefordert, d. h. eine freie Entscheidung über die künftige staatsrechtliche Stellung des Sudetengebietes innerhalb der Tschechoslowakei oder innerhalb des Deutschen Reiches. Daraus erhob nun Beneš in schneidendem Ton gegenüber Jaksch den Vorwurf, sich nicht bedingungslos und ohne Vorbehalt zur Kontinuität der Tschechoslowakischen Republik bekannt zu haben:

> „[…] Aber ob sie Tschechoslowaken sind oder nicht, ob sie im Hinblick auf ihre Staatsangehörigkeit noch Bedenken haben, ob sie sich voll und bedingungslos hinter den Staat stellen oder nicht – das alles haben Sie auch jetzt noch nicht klar und eindeutig gesagt. Ist das Taktik? Oder ist es Unentschlossenheit? Oder aber ist es Entschlossenheit, sich die Tür für andere Möglichkeiten offen zu halten? […] Ich glaube nicht, dass sich diese unmögliche Situation noch länger aufrechterhalten lässt."[2925]

Jaksch benötigte drei Monate, um auf diese schweren Vorwürfe zu antworten. Gegen den Vorwurf der „Fristversäumnis" zur politischen Mitarbeit verwies Jaksch auf unterschiedliche Haltungen der Alliierten des antifaschistischen Lagers gegenüber Hitler. So habe der Labour-Führer Clement Attlee in einer offiziellen Kundgebung noch am 8. November 1939 erklärt:

> „[…] There must be acts of restitution. There must be recognition of the wrong done to the Polish and Czechoslovak peoples. It would be unwise to specify precisely at this stage what those acts should be. The withdrawal of troops and police from the territory which even at Munich was held to belong to Czecho-Slovakia, the withdrawal of troops from Poland, and the reinstatement of democratic Governments freely chosen by and responsible to the peoples of Czechoslovakia and Poland would be obvious acts of restitution. […]"

Auch Präsident Beneš selbst habe in seiner Erklärung vom 24. Juli 1940 zwar die staatliche „Rechtskontinuität" reklamiert, aber eine „neue Republik" erwähnt. Hingegen habe sich die sudetendeutsche Sozialdemokratie bereits am 10. März 1940 für eine „Autonomie im Föderalstaat", also für die Republik in den Vor-Münchener Grenzen ausgesprochen. Und Jaksch scheute sich nun nicht, auch den tschechoslowakischen Geheimdienst (*druhé oddělení*) anzugreifen, der Beneš offensichtlich vertrauliche Protokolle von sozialdemokratischen Parteivorstandssitzungen zugespielt hatte: „Die Herren vom ‚*druhé oddělení*' sind am Tage vor der Besetzung von Prag nach London abgeflogen, ohne einen Jaksch oder Taub auch nur durch einen Telephonanruf zu warnen, obwohl sie wussten, dass Jaksch auf der ‚schwarzen Liste' der Gestapo gut placiert war." Schließlich: „Nicht wir sind es, die das Erbe der heroischsten Epoche in der Geschichte der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit über Bord werfen."[2926] – Brandes urteilt vermutlich zu Recht: „Jaksch hatte jedoch auch zuvor niemals eine Chance gehabt, zu einer Einigung mit Beneš zu kommen, wenn er die Vertreibung der Mehrheit der Sude-

[2925] Beneš an Jaksch, London, 2. Dezember 1942 (Aston Abbots, 10. Jänner 1943), in: Prinz, Jaksch – Beneš, 129-142.

[2926] Jaksch an Beneš, London, 3. April 1943, in: Prinz, Jaksch – Beneš, 143-150.

tendeutschen nicht akzeptieren und sich nicht mit der Führung einer Restminderheit zufrieden geben wollte.“[2927]

Die ausgrenzende Haltung Beneš’ gegenüber der sudetendeutschen Sozialdemokratie hatte einerseits mit den schweren Verfolgungsmaßnahmen im Protektorat nach dem tödlichen Attentat auf Heydrich, andererseits mit Haltungsänderungen auf alliierter Seite zu tun. Noch im Frühjahr 1940 konnte der stellvertretende US-Außenminister Sumner Welles in Paris und London feststellen, dass Daladier und Chamberlain den Deutschen der Tschechoslowakei und Polens im Falle eines Kompromissfriedens Selbstbestimmung einräumen wollten. Aber bereits zu dieser Zeit hielt eine Mehrheit der im *Foreign Research and Press Service* (*FRPS*) zusammengefassten wissenschaftlichen Berater des Foreign Office die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei für nötig – im Übrigen auch aus jenem Teil Ostdeutschlands, der Polen übergeben werden sollte. Unter dem Eindruck der deutschen Luftangriffe auf britische Städte im Sommer und Herbst 1940 begann sich auch die Stimmung in der britischen Bevölkerung in eine Richtung zu wandeln, dass den Forderungen der polnischen und tschechoslowakischen Exilregierung nach einer radikalen Lösung der Probleme der deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa Verständnis entgegengebracht wurde und sie bei den Ministern und Beamten des *Foreign Office* Anklang fanden. Premierminister Churchill persönlich stimmte den Vorstellungen von Bevölkerungstranfers bereits im Dezember 1940 zu, wobei er sich auf den angeblichen „Erfolg“ des griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausches von 1922/23 berief. Somit reduzierte sich aber der zweite Grundsatz der *Atlantic Charter* – „keine territorialen Veränderungen, die nicht dem frei geäußerten Willen der betroffenen Völker entsprechen“ – zu einem reinen Propaganda-Instrument.[2928]

Stalin bot im November 1941 – erstaunlicherweise zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die deutschen Truppen Moskau näherten – dem polnischen Ministerpräsidenten Władysław Sikorski an, dass Polen für Verluste im Osten Kompensationen in Ostpreußen und bis zur Oder erhalten könne; Königsberg sollte allerdings sowjetisch werden. Dieses Angebot wiederholte Stalin gegenüber Eden, als dieser im Dezember 1941 erstmals Moskau besuchte. Und Stalin sprach sich auch für eine Rückgabe der Sudetengebiete an die Tschechoslowakei aus. Sowohl aus diesen als auch aus den deutschen Ostgebieten sollte die deutsche Bevölkerung nach Deutschland evakuiert werden. Eden, der bereits vor seiner Moskau-Reise dem Transfer-Gedanken positiv gegenübergestanden war, gab nach seiner Rückkehr dem FRPS den Auftrag zu einem Gutachten über die Grenzen zwischen Deutschland einerseits und der Tschechoslowakei und Polen andererseits. Dabei sollte der FRPS weniger Rücksicht auf ethnographische Gesichtspunkte nehmen und, „soweit dies dazu führt, den Austausch von Bevölkerungen zu befürworten“, auch ein zweites Gutachten zur Umsiedlung der Deutschbalten erarbeiten. Während der

[2927] Brandes, 1945, 228.
[2928] Brandes, 1945, 229.

Erarbeitung dieser Gutachten erläuterte Beneš Eden seinen Plan, durch kleine Gebietsabtretungen und die Aussiedlung der Mehrheit der Sudetendeutschen deren Zahl auf eine Million zu reduzieren. Das erste Gutachten und Beneš’ Plan bildeten schließlich die Grundlage für den Doppelbeschluss des britischen Kriegskabinetts vom 6. Juli 1942: Die britische Regierung erklärte nicht nur das Münchener Abkommen für ungültig, sondern gab auch ihre Zustimmung zum „allgemeinen Grundsatz des Transfers von deutschen Minderheiten in Mittel- und Südosteuropa nach Deutschland nach dem Kriege in Fällen, wo dies notwendig und wünschenswert erscheint“. Da Eden in seiner Kabinettsvorlage die Zerstörung von Lidice erwähnt hatte, ist anzunehmen, dass dieser Terrorakt gewissermaßen den Schlussstein in der Argumentationskette dargestellt hatte.[2929]

Anfang April 1943 äußerte sich Churchill gegenüber Beneš in aller Deutlichkeit:

> „Der Bevölkerungstransfer ist notwendig. Wer die baltischen Staaten verlassen will, soll gehen. Ebenso aus Ostpreußen, wenn es Polen zufällt, und auch aus dem Sudetenland. Sie bekommen eine kurze Frist, um sich das Nötigste zu nehmen und zu gehen – ich hoffe, dass wir das bei den Russen durchsetzen. Das hat sich vor Jahren in der Türkei und Griechenland bewährt und wird sich auch jetzt bewähren.“[2930]

Im November 1943 setzte die britische Regierung ein „Interministerielles Komitee zum Transfer deutscher Bevölkerungen“ ein, das in einem Gutachten vom Mai 1944 zum Schluss kam, dass Deutschland die auf 10 Millionen geschätzten Vertriebenen aus Polen, Ostdeutschland und der Tschechoslowakei langfristig absorbieren könne, doch seien kurzfristig Engpässe bei der Versorgung mit Lebensmitteln, Wohnraum und Arbeitsplätzen zu erwarten. Um einen wirtschaftlichen Kollaps Deutschlands zu verhindern, sollte die Vertreibung erst ein Jahr nach dem Waffenstillstand beginnen und über mindestens fünf Jahre erstreckt werden. „Das Problem der Ansiedlung in Deutschland würde beträchtlich erleichtert, wenn gerade in der Periode, in der die Transfers stattfinden, einige Millionen Deutsche als organisierte Arbeitskraft in verwüsteten Gebieten außerhalb Deutschlands, z. B. in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eingesetzt wären. [sic!]“ Halbe Maßnahmen aber seien abzulehnen: Wenn, dann wären alle Deutschen eines Gebietes auszusiedeln.[2931]

[2929] Vermerk Ronalds über eine Besprechung mit Private Secretary Harvey mit Vermerken Stangs und Cadogans, January 1942, PRO, FO 371/32481, W 335/81/49; Memorandum Eden „Anglo-Czechoslovak Relations“, July 2, 1942, PRO, CAB 66/26, W.P. (42) 280; zitiert nach: Brandes, 1945, 229f.

[2930] Auszug aus einem Protokoll der Besprechung zwischen Beneš und Churchill am 3. April 1943, in: Czechoslovak-Polish Negotiations on the Establishment of Confederation and Alliance 1939-1944. Czechoslovak Diplomatic Documents, ed. by Ivan Šťovíček und Jaroslav Valenta (Praha 1995) Dok. Nr. 170.

[2931] Report of the Interdepartmental Committee on the Tranfer of German Populations, May 12, 1944, PRO, FO 371/39092, C6391/220/18, zitiert nach: Brandes, 1945, 230f.

Die Radikalität der Vorschläge der britischen Politiker, Beamten und Diplomaten verblüfft: Die Zwangsaussiedlung sollte total sein, damit kein auf Revanche sinnendes Element in Rumpfdeutschland entstehe; zur Vermeidung von Versorgungsengpässen sollte sich die Sowjetunion der Millionen deutscher Arbeitskräfte bedienen; und: Nach Österreich sollten nur die wenigen Deutschen Südmährens und Südböhmens – nach der Volkszählung 1939 immerhin auch etwa 272.000 Personen – ausgewiesen werden, damit die Sudetendeutschen mit ihrer „alldeutschen Tradition" nicht das neue Österreich belasteten.[2932]

Bereits im Juni 1942 hatte der eben aus Washington über London heimreisende sowjetische Außenminister Vjačeslav M. Molotov Beneš zu verstehen gegeben, die Vertreibung der Sudetendeutschen sei ein „inneres" Problem der Tschechoslowakei, doch werde die sowjetische Regierung helfen, wo es möglich sei. Beneš und sein Staatssekretär Ripka „scherzten" mit dem sowjetischen Botschafter in London, Bogomolov, über einen möglichen Abtransport der Sudetendeutschen nach Sibirien, und sowohl die sowjetische Reparationskommission als auch der britische „Malkin Report" sahen die Zwangsarbeit von bis zu 3 Millionen Deutschen vorwiegend in der Sowjetunion vor.[2933]

Schwieriger gestaltete sich die Überzeugung der US-Außenpolitik. Schon in der Frage polnischer Annexionen gab es einen deutlichen Gegensatz zwischen den Aussagen des Präsidenten Roosevelt und den Empfehlungen seiner Beratungsgremien. Auf seiner Reise in die USA im Mai 1943 erreichte Beneš aber tatsächlich die Zustimmung des US-Präsidenten zum Transfer, obwohl seine politischen Berater geglaubt hatten, mit einer Abtrennung von sechs Landzipfeln von der Tschechoslowakei und ohne Vertreibung auskommen zu können. Noch ehe Beneš nach London zurückgekehrt war, eilten seine Abgesandten mit dem Telegramm über Roosevelts Einverständnis zu Bogomolov und ersuchten um eine deutlichere sowjetische Festlegung. Tatsächlich konnte ihnen der sowjetische Botschafter schon am 5. Juni 1943 mitteilen, dass die sowjetische Regierung dem Gedanken des Transfers der Deutschen aus der Tschechoslowakei zustimme.[2934]

Eine Gruppe aus dem „Stab für den Aufbau der tschechoslowakischen Verteidigungsmacht" arbeitete im ersten Halbjahr 1943 eine Studie über die „Umsiedlung von Minderheiten" aus und übergab sie am 30. Juli Präsident Beneš. Sie schlugen vor, „wenigstens zwei Millionen (oder mehr)" Deutsche loszuwerden, und zwar hauptsächlich aus den Bezirken mit überwiegend deutscher Bevölkerung. Damit blieben in der Tschechoslowakei (nach der Volkszählung 1930) nur mehr 1,232.000 Deutsche zurück, wodurch der Prozentsatz der Deutschen auf 11,2 % gesenkt werden könnte. „Bei einem täglichen Einsatz von 41 Zügen könnte der Transfer der Deutschen innerhalb von 4 Monaten und 15 Tagen durchgeführt werden, plus die Zeit für die Liquidierung des Eigentums […]." Als Eventualität D war aber auch

---

[2932] Dokumentation der Vertreibung IV/1, 14.
[2933] Brandes, 1945, 231.
[2934] Brandes, 1945, 231f.

geplant, den Transfer aus den Grenzbezirken in einer Entfernung bis zu etwa 50 km Luftlinie von der Grenze (d. h. 60-75 km Wegstrecke) zu Fuß erfolgen zu lassen, aus den übrigen Bezirken dann mit bereitgestellten Fahrzeugen (Züge).[2935]

Der persönliche Sekretär Beneš’, Eduard Táborský, entwarf noch einen Plan, der es den deutschen Antifaschisten, Sozialdemokraten und NS-Verfolgten ermöglichen sollte, in der neuen demokratischen Tschechoslowakei zu bleiben. Auch deutsche Kleinbauern sollten bleiben dürfen, sofern sie weder politisch aktiv geworden waren noch ihre tschechischen Nachbarn ausgebeutet hatten.[2936] Vor seiner beschwerlichen Reise über Nordafrika und den Nahen Osten in die Sowjetunion aber fasste Beneš in einem Zehn-Punkte-Plan zusammen, dass die tschechische Politik nicht mehr daran glaube, die als nötig erachtete Reduzierung der deutschen Minderheit durch den „Transfer“ ausschließlich jener zu erreichen, denen diese Maßnahme als strafrechtliche Sanktion für ihre Taten, für ihre individuelle Schuld, auferlegt werden konnte. In diesem Vertreibungsplan ging Beneš bereits über den Kreis der unbestrittenen Exponenten und Nutznießer des NS-Regimes einschließlich der SdP-Funktionäre hinaus und erfasste auch die Angehörigen der gesellschaftlichen Eliten – Juristen, Ingenieure, Lehrer – sowie jene, die in uniformierten Einheiten an der Front oder im Hinterland dem Dritten Reich gedient hatten. In der neuen Tschechoslowakischen Republik sollte keine Gemeinde mehr existieren, in der nicht mindestens 67 % der Bevölkerung tschechischer, slowakischer oder „karpatorussischer (ukrainischer)“ Nationalität seien. [2937]

Nachdem Beneš am 11. Dezember 1943 in Moskau eingetroffen war und am nächsten Tag Außenminister Molotov und Gesandter Fierlinger den sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag unterzeichnet hatten, erläuterte Beneš am 14. und 16. Dezember im Büro von Molotov seine detaillierten Pläne, wobei sich der sowjetische Außenminister auf kurze Kommentare und Fragen beschränkte. Bereits der zweite Punkt betraf „Nachkriegs-Deutschland und die Ungarn“: Sowohl Stalin als auch Churchill hätten Beneš den Rat gegeben: „Break it up“, worauf ihn Molotov nach der Bedeutung fragte: „Dismemberment? President [Beneš]: Yes, dismemberment.“ Marschall Stalin habe ihm, Beneš, beim Dinner am 11. Dezember auch seine Zustimmung zum „Transfer“ gegeben. Und Beneš verband die beabsichtigte Vertreibung auch gleich mit der sozialen Frage:

> „70 per cent of our Germans are rich people [eine bewusste Fehlinformation! Anm. Suppan]; these must go first, because they have all been Fascists. The Czechs are democrats [sic!]. We have a few rich people, too, and there are various political tendencies among us, but our nation as a whole can be rightly considered democratic.“[2938]

[2935] Odsun 2, 402-407.

[2936] Eduard Taborsky, Minority Regimes and the Transfer of Populations in Central Europe after this War (prepared for Beneš, 1943-44), HIA, Taborsky papers, box 8, zitiert nach: Naimark, Fires, 114.

[2937] Jaroslav Kučera, „Der Hai wird nie wieder so stark sein.“ Tschechoslowakische Deutschlandpolitik 1945-1948 (Dresden 2001) 38; Kittel – Möller, Beneš-Dekrete, 562f.

[2938] Minute by Smutný of the political conversation between Beneš and Molotov, Moscow, 14 December 1943, in: Mastný, The Beneš-Stalin-Molotov Conversations, 383.

In der Tschechoslowakei gebe es rund 2,8 Millionen Deutsche. „Könne man alle aussiedeln, umso besser; geht das nicht, dann wenigstens 2 Millionen." Beneš erklärte also ausdrücklich, dass sich der „Transfer" auch auf einen Teil der deutschen Bevölkerung beziehen werde, der nicht aktiv an der staatsfeindlichen Tätigkeit gegen die Tschechoslowakei beteiligt gewesen sei. – Weshalb Beneš ausgerechnet gegenüber dem meist gut informierten Molotov die Gesamtzahl der Sudetendeutschen bewusst verringerte, bleibt sein Geheimnis. – Aber Beneš ging es nicht nur um Vertreibung. Denn: Das Eigentum der ausgesiedelten Sudetendeutschen sollte als Reparation für die Besatzungsschäden dienen. Molotov unterbrach ihn: „Restitution." Beneš stimmte sofort zu, er wolle die Restitution von allem, was die Deutschen weggetragen hätten. Und er wolle die Übertragung des Eigentums der vertriebenen Deutschen an die tschechoslowakische Regierung. Denn den Boden, die Fabriken, Bergwerke, Eisenhütten und Banken der Deutschen könne man nicht an Einzelpersonen verteilen, vielmehr sollten sie nationalisiert werden. Schließlich noch ein deutlicher Schwenk in Richtung Staatssozialismus: „The transfer of the German property will be the beginning of nationalization. I suppose that you realize now what else the transfer means for us: not only Czechization, but also the beginning of a great social transformation." Molotov dürfte zufrieden gewesen sein, auch wenn er sich in der Restitutions- bzw. Reparationsfrage keineswegs festlegte.[2939]

Diese Zurückhaltung Molotovs mag Beneš dazu veranlasst haben, am Ende seiner Besprechung mit dem sowjetischen Außenminister am 16. Dezember nochmals auf die Vertreibungsfrage zurückzukommen und sogar einen gewissen Kompromiss von Land gegen Leute anzubieten (wie bereits im September 1938 in Paris):

> „I have already mentioned that, if necessary, I am willing to cut off portions of the Republic and turn them over to Germany, provided this would help us expel all Germans from the Republic. […] And afterwards, we want to agree with you and with the British about the frontiers. […] (Pointing to the map, he explains what territorial concessions he would be ready to make. On the other hand, he mentions the German territory which is to be added to ours for strategic reasons, so that the settlement would appear as a exchange of territory, not a unilateral concession from our side.)
>
> Molotov listens impassively to the exposé…"[2940]

Bei einem weiteren Treffen mit Stalin am 18. Dezember bekräftigte Beneš seine nationalistisch-sozialistische Haltung in der Lösung des deutschen Problems:

> „[…] Die Niederlage Deutschlands gibt uns die einzigartige historische Möglichkeit, das deutsche Element radikal aus unserem Staat zu entfernen. […] Die künftige Republik sollte ein Staat von Tschechen, Slowaken und Karpato-Ukrainern sein. Es sollte ein Staat der slawischen

---

2939 Ebenda, 384; Odsun 2, 425-428.

2940 Minute by Smutný of the second conversation between Beneš and Molotov, Moscow, 16 December 1943, in: Mastný, The Beneš-Stalin-Molotov Conversations, 396.

Völker sein. Man sollte aus der Tschechoslowakei alle deutschen Lehrer, Professoren, SS- und Gestapo-Männer, Mitglieder der Hitler-Jugend, alle aktiven Mitglieder der Henlein-Partei und die ganze deutsche Bourgeoisie ausweisen, alle reichen Deutschen.“[2941]

Beneš ließ seine Gespräche mit Stalin und Molotov von seinem Kabinettschef Jaromír Smutný zusammenfassen und drei Memorandem übergeben, eines davon über die geplante Vertreibung der Sudetendeutschen, eines über die militärische Zusammenarbeit während des Krieges und danach, ein drittes über die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Aber die sowjetische Seite beantwortete keines der drei Memoranden, so dass auch von keiner formellen Billigung der Vertreibung der Sudetendeutschen gesprochen werden kann.[2942]

Die Exil-Führung der tschechoslowakischen Kommunisten in Moskau hatte sich erst relativ spät mit der Aussiedlungsfrage zu beschäftigen begonnen, fand lange Zeit keine einheitliche Linie und schwenkte erst nach der von Beneš kolportierten Zustimmung Stalins auf den Vertreibungskurs ein. Die KPS wollte auch weiterhin ein abgestuftes Schuldprinzip gewahrt sehen. In seinen Gesprächen mit Klement Gottwald und Genossen warb nun Beneš unverhüllt mit der Verbindung von nationaler und sozialer Revolution in der Tschechoslowakei: „Durch Maßnahmen nationalen Charakters und gegen die deutschen Reichen öffnet sich der Weg für radikale Eingriffe in die Wirtschaft und soziale Wandlungen in den böhmischen Ländern.“ Und Beneš kündigte die nationale Verwaltung des Eigentums der Deutschen, ihrer Bäder, Gruben, Fabriken und ihres Großgrundbesitzes an. Der offensichtlich überraschte Gottwald – im März 1945 bezeichnete er den Transfer als „Ei des Kolumbus“ – teilte seinen Genossen in London ohne Umschweife mit, dass Beneš ihm gegenüber betont habe, „dass am Ende [der] Säuberungsaktion die Tschechoslowakische Republik als nationaler, als slawischer Staat bestehen müsse“.[2943]

Im Kreis der Londoner Exilregierung bestanden jedoch bis ins Frühjahr 1944 Überlegungen fort, die Zwangsaussiedlung nur auf tatsächlich für schuldig befundene oder nicht assimilierungswillige Deutsche zu beziehen. Die verbleibenden Deutschen sollten aber – da „einen beträchtlichen Teil der ‚Sudetendeutschen‘ [ohnehin, Anm. Suppan] entnationalisierte Tschechen gestellt haben“ – im neuen Nationalstaat der Tschechen und Slowaken assimiliert werden. Freilich, je mehr

[2941] G. P. Muraško – A. F. Noskova, Nacional'no-territorial'nyi vopros v kontekste poslevoennych realnostei vostočnoj evropy, in: Nacional'nyi vopros v Vostočmoj Evropy (Moskva 1995) 231, zitiert nach: Naimark, Flammender Hass, 146.

[2942] Jaromír Smutný, Protocol on the exchange of opinion between Beneš, Molotov and Stalin, in: Mastný, The Beneš-Stalin-Molotov Conversations, 399-402.

[2943] Vondrová, Češi a sudetoněmecká otázka, Dok. 130; Besprechungen zwischen Beneš und Gottwald und Genossen, Moskau, 13.-20. Dezember 1943; Brief Gottwalds an die tschechischen Kommunisten in London, Moskau, 21. Dezember 1943, in: Miloš Klimeš, Petr Lesjuk, Irena Malá und Vilém Prečan (Hgg.), Cesta ke Květnu. Vznik lidové demokracie v Československu, 1. Bd. (Praha 1965) Dok. Nr. 1-3; Brandes, 1945, 232; Hrabovec, Vertreibung, 45f.; Schwartz, Ethnische ‚Säuberung‘, 521; Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung“, 49.

international eine umfassende Aussiedlung durchsetzbar erschien, desto mehr verloren Assimilierungskonzepte oder gar die von Beneš 1938 erwogenen Vorschläge zu Gebietsabtretungen an Relevanz. Und auf britische Anregung rückten die tschechischen Vorschläge auch vom Schuldprinzip ab. Daher entwickele Beneš die Formel: Ein Teil werde fliehen, die „Schuldigen" – Beneš rechnete mit einer halben Million „Henleinisten und Nazis" – seien zu „vertreiben" und nur der Rest „organisiert zu transferieren".[2944]

Zur selben Zeit versuchte Hubert Ripka in einem Pamphlet, die geplante Vertreibung von Millionen Sudetendeutschen und Magyaren aus der Tschechoslowakei mit der jährlichen Wanderung von Hunderttausenden polnischen, tschechischen, slowakischen, magyarischen und südslawischen Saisonarbeitern innerhalb der Habsburgermonarchie und in die Nachbarstaaten oder mit der Auswanderung in die USA gleichzusetzen:

> „I cannot refrain from indignation when I recall that no indignant protests were to be heard when, not so very long ago, hundreds of thousands of Polish, Czech, Slovak, Magyar or Yugoslav land-workers who were eking out a miserable existence in their own countries were compelled every year to leave their native countries and to emigrate overseas and there, in foreign lands, to struggle to found a new existence at the price of the loss of their nationality."[2945]

In einem Memorandum der tschechoslowakischen Regierung an die Regierungen Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 23. November 1944 – es war während des Krieges das einzige offizielle Dokument der Exilregierung an die alliierten Regierungen im Bezug auf die „deutsche Frage" – versuchte die Londoner Exilregierung ihren Alliierten zu vermitteln, dass die nach dem Krieg wieder zu errichtende Tschechoslowakische Republik, „in the obvious interest of the security, internal peace and prosperity of every State" und „without endangering the security of the state", nur „somewhat less than a third of its present German minority, up to, but not exceeding the number of 800,000" verkraften könne. Die Regierung hielt auch nicht mit ihrer Absicht einer weitgehenden Assimilation hinter dem Berg, indem sie erklärte, dass sie „will do nothing which would tend to prevent a gradual merging of their descendants with the Czechoslovak people in a political and cultural unity". Das Memorandum lehnte jede Gebietsabtretung an Deutschland auf das strikteste ab und forderte die Entfernung der großen Mehrheit der Deutschen bei gleichzeitiger Beibehaltung der historischen Grenzen. Von dieser Maßnahme sollten lediglich jene Deutschen ausgenommen werden, die sich aktiv am Kampf um die Wiedererrichtung der Republik beteiligt hatten. Die Verfasser des Memorandums – Hubert Ripka, Jaroslav Cisař und Jaromír Špaček – gingen davon aus, dass von den ursprünglich 3,2 Millionen Deutschen (nach der Volkszählung von 1930) etwa 250.000 im Krieg gefallen oder auf

[2944] Entwurf von Jaroslav Císař, dem Leiter der Studienabteilung des tschechoslowakischen Außenministeriums, Anfang September 1944, in: Vondrová, Češi a sudetoněmecká otázka, Dok. 134, 142; zitiert nach: Brandes, 1945, 225.

[2945] Hertz, Economic Problem, 85f.

andere Weise ums Leben gekommen seien, weitere 500.000 als ausgesprochene Nationalsozialisten freiwillig aus der Republik fliehen würden, somit auf den „organisierten Transfer“ etwa 1,6 Millionen Deutsche entfielen. Somit dürften kaum mehr als 800.000 Deutsche im Land bleiben, die ihre Kinder „im demokratischen Geiste der Tschechoslowakischen Republik“ erziehen müssten, um die nationale Assimilation herbeizuführen. Die Zwangsaussiedlung der Sudetendeutschen nach Deutschland sollte in den Katalog der Kapitulationsbedingungen aufgenommen und Deutschland gezwungen werden, allen auf sein Gebiet ausgewiesenen Sudetendeutschen die deutsche Staatsbürgerschaft zuzuerkennen sowie alle ihnen vom tschechoslowakischen Staat als Ersatz für das zurückgebliebene Eigentum ausgestellten Schuldscheine anzuerkennen und im Ausgleich mit den tschechoslowakischen Kriegsreparationen auszubezahlen.[2946]

Die westlichen Alliierten hielten sich mit einer schnellen Anerkennung der tschechoslowakischen Forderungen deutlich zurück. Der „Ausschuss für Nachkriegsprogramme des US State Department“ empfahl bis ins Frühjahr 1945 hinein nur eine selektive und vorsichtige Umsiedlungspolitik. Schon aus technisch-organisatorischen Gründen lehnte der Ausschuss alle nach Kriegsende überstürzt einzuleitenden Aussiedlungen ab und äußerte politische wie moralische Bedenken gegen allgemeine und undifferenzierte Massenumsiedlungen. In ihrer offiziellen Antwort vom 31. Jänner 1945 wies die US-Regierung auf die zu erwartenden wirtschaftlichen und organisatorischen Schwierigkeiten hin, die Massenaussiedlungen im wirtschaftlich erschöpften Nachkriegsdeutschland hervorrufen könnten, und machten die Zustimmung der USA zu Vertreibungsplänen von einer späteren Übereinkunft der alliierten Mächte abhängig. Die tschechoslowakische Exilregierung wurde sogar aufgefordert, bis dahin keine einseitigen Schritte zu unternehmen.[2947]

Auch die britische Regierung hielt sich – trotz der aggressiven Rede Churchills im Unterhaus am 15. Dezember 1944 („Reiner Tisch wird gemacht werden!“) – mit einer weiteren Festlegung zurück. Trotz Drängens von Beneš gegenüber Churchill und Botschafter Nichols lehnten beide eine verbindliche Stellungnahme zur Frage des Transfers und der Grenzfestlegung ab, forderten vielmehr Beneš auf, die Vertreibungspläne lediglich als Programm der tschechoslowakischen Regierung darzustellen, aber keine Eigeninitiative zu ergreifen und von der beabsichtigten Verkündung eines Gesetzes über die Ausbürgerung der Sudetendeutschen Abstand zu nehmen. Der sichtlich verunsicherte und verärgerte Beneš ließ daraufhin durchsickern, die angestrebte Vertreibung der Sudetendeutschen notfalls mit alleiniger

[2946] Král, Die Deutschen, 538-548; Vondrová, Češi a sudetoněmecká otázka, Dok. Nr. 148; Odsun 2, 490-492. „Currently with the process of the transfer of the Germans, the Czechoslovak Government will carry out a systematic resettlement of the evacuated regions with Czechs, Slovaks and Ruthenes from other parts of the Republic or from abroad (Germany, Austria, Volhynia, America) and also, should they wish to migrate into Czechoslovakia, with the Lusatian Sorbs.“

[2947] Frus, 1944, Bd. I, 302f.; Alfred de Zayas, Die Nemesis von Potsdam. Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen (München 2005) 129.

Unterstützung der Sowjetunion durchzuführen. Die mit 8. März 1945 datierte offizielle Antwort des Foreign Office verwies wie das State Department auf ein vorher zu schließendes internationales Abkommen der alliierten Großmächte.[2948]

So traten Beneš, die tschechoslowakische Exilregierung und ihr gesamter Beamtenapparat im März 1945 die Heimreise über Moskau an – ohne konkrete westliche Zustimmung zu ihren Vertreibungsplänen. Nach Verhandlungen mit dem tschechoslowakischen kommunistischen Exil wurde eine neue Regierung der Nationalen Front gebildet und ein neues politisches Programm beschlossen. Alle Teilnehmer am Verhandlungstisch waren sich über alle Parteigrenzen hinweg einig, dass der „Transfer" einen der wichtigsten Programmpunkte darstellte und dass dieser nun in Gefahr sei. Der National-Sozialist Stránský kritisierte: „Fremde Regierungen, die unser Memorandum bekommen haben, gaben ausweichende Antworten. Wir sollten uns nicht auf die Hilfe Englands und Amerikas verlassen." Und Gottwald ergänzte propagandistisch: „Die Westmächte haben den Transfer bereits abgelehnt. […] Viel wird uns die Rote Armee helfen. Es wird allerdings darauf ankommen, wie sich der militärische Vormarsch gestalten wird." Im März 1945 hatte Beneš in seinem Gespräch mit Molotov in Moskau nochmals versucht, die Zustimmung der Sowjetunion zu einer restlosen Vertreibung sowohl der Deutschen als auch der Magyaren zu erreichen. Und Beneš sagte Molotov, es müssten über 2 Millionen Deutsche umgesiedelt werden, aber ungefähr 800.000 Arbeitern würde man erlauben, sich an die tschechische Bevölkerung zu assimilieren. Nach den Aufzeichnungen Fierlingers von den Verhandlungen mit der Sowjetführung soll Stalin tatsächlich bereit gewesen sein, den tschechoslowakischen Vertreibungsplan zu unterstützen. Und Generalsekretär Slánský behauptete bei einer Wahlrede am 28. Februar 1946, Stalin hätte im März 1945 Gottwald eindringlichst geraten, „das deutsche Gesindel loszuwerden". Jedenfalls war die tschechoslowakische Führung noch vor dem Kriegsende auf Grund der Vertreibungsfrage völlig von der Sowjetunion abhängig geworden.[2949]

„Wilde" Vertreibungen aus den böhmischen Ländern

Parallel zu den Planspielen um Gebietsabtretung und Aussiedlung war bereits nach dem Münchener Abkommen besonders in den Führungsschichten der tschechischen Nation ein spezifischer Hass auf „die Deutschen" entstanden – wobei die Berliner Akteure und die sudetendeutschen Kollaborateure bereits als ge-

[2948] Aufzeichnungen der Gespräche Beneš' mit Nichols und Churchill am 13. und 20. Februar 1945, in: Červinková – Otahalová, Dokumenty z historie, Bd. 2, 749-750; zitiert nach: Hrabovec, Vertreibung, 54.

[2949] Král, Die Deutschen, 550; Klimeš, Cesta ke Květnu, I, 418; zitiert nach: Hrabovec, Vertreibung, 54 f.; Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen Beneš und Molotov, Moskau, 21. März 1945, in: Volokitova, Vostočnaja Evropa, 174-183; Naimark, Flammender Hass, 144.

meinsame „Täter“ gesehen wurden –, der den Nährboden für immer radikalere Aussiedlungspläne darstellte. Daher darf es nicht verwundern, dass die neue tschechoslowakische Regierung unter Fierlinger und Gottwald die im Memorandum vom November 1944 den Kriegsalliierten gemachten Absichtserklärungen über den Status der in der Nachkriegs-Tschechoslowakei dauerhaft verbleibenden Deutschen – Möglichkeit der Staatsbürgerschaftsrückübertragung für alle nichtschuldigen Deutschen, Garantie der Nicht-Aussiedlung dieser Personen bis zu einem amtlichen Entscheid über ihre Gesuche, volle Zuerkennung aller politischen Rechte nach der Staatsvertragsverleihung und Ablehnung einer „Zweite-Klasse-Staatsbürgerschaft“, temporäre Aufrechterhaltung von sprachlichen Privilegien, keine Besitzkonfiskation für nicht dem *Transfer* unterliegende Personen – nach dem Krieg praktisch alle brach. Wie schon im November 1944 angedeutet, wurde nun äußere und innere Sicherheit das oberste Handlungsmotiv der tschechoslowakischen Nationalitätenpolitik.[2950]

Seit dem Herbst 1944 trafen zunehmend deutsche Evakuierte und Flüchtlinge aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, der Slowakei und dem Banat im Protektorat und im Sudetengau ein. Wie viele Frauen, Kinder und ältere Leute diesen Trecks angehörten, wurde von den NS-Behörden nicht zentral erfasst und kann daher heute nicht mehr festgestellt werden. Nach älteren deutschen Angaben sollen sich bei Kriegsende etwa 1,5 bis 1,6 Millionen deutsche Flüchtlinge in den böhmischen Ländern befunden haben, nach amtlichen tschechoslowakischen Schätzungen etwa 600.000 Personen. Jedenfalls befanden sich Anfang Juni 1945 noch etwa 220.000 deutsche *displaced persons* in der US-Besatzungszone Böhmens. In den Wintermonaten 1944/45 waren auch Zehntausende KZ-Insassen aus Auschwitz nach Theresienstadt, Mauthausen, Buchenwald, Bergen-Belsen und Oranienburg verlegt worden, meist in offenen Eisenbahnwaggons oder in Fußmärschen, die oft tödlich endeten. Die böhmischen Länder wurden schließlich auch von 130.000 bis 170.000 Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion, Polen, Frankreich, Jugoslawien, Rumänien, Griechenland, Italien, Belgien, Großbritannien, den USA, Kanada, Australien und Neuseeland durchquert.[2951]

Anfang Mai 1945 lebten in den böhmischen Ländern unter Berücksichtigung der militärischen und zivilen Verluste und der noch an den zusammenbrechenden Fronten stehenden sudetendeutschen Soldaten noch knapp 3 Millionen Sudetendeutsche, dazu Zehntausende evakuierte Reichs- und Karpatendeutsche. Kleinere Gruppen von Sudetendeutschen – vor allem Familien von NS-Funktionären – waren bereits nach Deutschland oder Österreich, größere Gruppen in das von der 3. US-Armee besetzte Westböhmen geflohen. Andere NS-Funktionäre wurden von den Amerikanern erfasst und nach Hammelburg ins KZ gebracht. Allerdings bemühten sich die Amerikaner bald, den weiteren Zustrom von Deutschen über

---

[2950] Brandes, Weg zur Vertreibung, 5f., 23-27; Geschichte verstehen, 113, 119; von Arburg, Vertreibung, 600.

[2951] Arburg – Staněk, Vysídlení Němců, 209-217; Kural – Radvanovský, „Sudety“, 356-365.

die amerikanisch-sowjetische Demarkationslinie zu verhindern, und sperrten die Grenze zu Bayern und Österreich.[2952]

Dennoch gab es zwischen Amerikanern und Russen deutliche Unterschiede in der Behandlung der Sudetendeutschen, wie selbst Minister Nejedlý in einem Gespräch mit dem stellvertretenden Außenminister Losovskij in Moskau einräumte: Die amerikanischen Truppen in Westböhmen widersetzten sich der Aussiedlung der Sudetendeutschen und versuchten die Deutschen zu schützen. „Amerikanische Offiziere amüsieren sich sogar gut mit den Deutschen. Sie wollen die in Westböhmen gefangenen Deutschen nicht über die Grenze nach Deutschland lassen." Nejedlý hob hervor, dass „im Verhältnis zu den Deutschen ein prizipieller Unterschied zwischen von amerikanischen Truppen und Einheiten der Roten Armee besetzten Zonen besteht". – Auch die Österreicher hätten sich geweigert, Sudetendeutsche aufzunehmen, während „die Tschechoslowaken nichts dagegen hätten, wenn die Österreicher die bei ihnen lebenden Tschechen in die Tschechoslowakei aussiedeln würden, da die Tschechoslowakei über jeden neuen Tschechen froh sein würde".[2953]

Frau Marie Rösler aus Eger berichtete, dass schon im Mai 1945 die Übernahme der Betriebe seitens der tschechischen Nationalverwalter erfolgt sei. Diese hätten die Belegschaft aufgefordert, auf ihren Arbeitsplätzen bis zu ihrer Aussiedlung weiterzuarbeiten. Ab Juni seien von der tschechischen Gendarmerie – mit Unterstützung deutscher Antifaschisten – alle politisch verdächtigen Personen erfasst und in Lager oder Gefängnisse gebracht worden. Noch im Sommer 1945 habe es andererseits geheißen, das Egerland werde von Böhmen abgetrennt und Bayern einverleibt. Und viele hätten dieser falschen Propaganda Glauben geschenkt. Viele besser Orientierte hätten aber das Notwendigste gepackt und seien damit über die Grenze geflohen, ohne die Aussiedlung abzuwarten, darunter viele aus den von Russen besetzten Gebieten. Nach dem Abzug der US-Truppen Mitte Juni 1945 hätten die tschechischen Nationalverwalter begonnen, alle schönen und neuen Gebäude der Stadt Eger zu besetzen; die Deutschen seien in den alten Gebäuden auf engstem Raum zusammengepfercht worden. Dann sei nach und nach angeordnet worden:

> „Tragen gelber Armbinden, Sperrstunden von 8 Uhr abends bis 6 Uhr früh, Ablieferung der Autos, Motor- und Fahrräder, Radioapparate, Musikinstrumente, der echten Teppiche und Ölgemälde, der Gegenstände aus Gold und Silber. Die Deutschen erhalten die sogenannte kleine Lebensmittelkarte, nur die Antifaschisten erhalten die gleichen Karten wie die Tschechen. Sie dürfen in ihren Häusern bleiben, die Aussiedlung kommt für sie nur auf freiwilliger Basis in Frage, dann aber stellt man ihnen ½ Waggon pro Familie zur Verfügung, d. h. sie können alles, was sie besitzen, mit ins Ausland nehmen."[2954]

[2952] Brandes, 1945, 233, dürfte mit der Annahme der Zahl „zwischen 3,1 und 3,2 Millionen Sudetendeutsche", die im Zeitraum „Ende April und Anfang Mai 1945" noch in den böhmischen Ländern gelebt haben sollen, etwas zu hoch geschätzt haben.

[2953] Aufzeichnung des Gesprächs zwischen dem stv. Außenminister Losovskij und Minister Nejedlý, Moskau, 20. Juni 1945, in: Odsun 2, 619f.

[2954] Handschriftliche Berichte Marie Rösler aus Eger, 6. September 1955 und 27. Jänner 1956, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 273-277.

Ministerpräsident Zdeněk Fierlinger hatte bereits am 14. Mai 1945 zur „Säuberung“ [*očista*] des Landes von den Deutschen aufgerufen, und eine Reihe seiner Minister – sozialdemokratische, national-sozialistische und kommunistische – folgte ihm. Präsident Beneš trat am 16. Mai auf dem Altstädter Ring auf:

> „[...] It will be necessary […] to liquidate out [*vylikvidovat*, Anm. Sayer] especially uncompromisingly the Germans in the Czech lands and the Hungarians in Slovakia, in whatever way this liquidation can further the interest of a united state of Czechs and Slovaks. Let our motto be: to definitively de-Germanize [*odgermanizovat*, Anm. Sayer] our homeland, culturally, economically, politically.“ Drei Wochen später, am Jahrestag des Massakers, unterstrich er in Lidice das Prinzip der Kollektivschuld: „I know that there were individual Germans who were aware of these horrors. But it is a question of the direct guilt of the overwhelming majority of Germans, and that is why the Germans as whole are responsible.“[2955]

Nach Kriegsende bestimmten vorerst die radikalen Forderungen und Aktionen der tschechischen Widerstandsgruppen das Vorgehen gegen die Deutschen. Allerdings versuchten militärische Kommanden und Einheiten sehr früh, Organisation in die sofort einsetzenden „wilden Vertreibungen“ zu bekommen. Bereits am 15. Mai 1945 befahl der Kommandant der nur kurzzeitig bestehenden Armeeeinheit „General Alex“, General Zdeněk Novák, offensichtlich in Absprache mit Verteidigungsminister General Ludvík Svododa, seinen Truppen, „alle Deutschen aus dem Gebiet der historischen Grenzen auszuweisen“. Ausnahmen sollten nur für Arbeiter in der Landwirtschaft und in wichtigen Industriebranchen gelten; diese sollten aber „ohne Bürgerrechte“ ihrer Arbeitspflicht nachgehen.[2956]

Mitte Mai 1945 war aus den Angehörigen des in der UdSSR aufgestellten I. Tschechoslowakischen Armeekorps und verschiedenen freiwilligen sogenannten „Revolutionsformationen“ die 1. Tschechoslowakische Armee gebildet worden. Dieser wurde am 14. Mai von der Regierung die Aufgabe übertragen, „die Staatsgrenzen und das Grenzgebiet zu sichern“ und von den Deutschen zu „säubern“. Einige „Revolutionsgarden“, die in den Grenzgebieten außerhalb der Armeeorganisation operierten, richteten sich sowohl nach deren Befehle als auch nach Instruktionen des Innenministeriums. Bekanntmachungen und Vorschriften bezüglich der Vertreibung der Deutschen gaben die Militärkommandos einmal selbständig, ein andermal nach Übereinkunft mit den Verwaltungs- und Sicherheitsorganen heraus. Da die Betriebsmilizen nach dem Prager Aufstand nicht entwaffnet worden waren, vertrieben auch diese in eigenständiger Vorgangsweise Deutsche und plünderten ihren Besitz.[2957]

Der KSČ-Chef und stellvertretende Ministerpräsident Klement Gottwald empfahl am 22. Mai 1945 dem Brünner Landesnationalausschuss die Einteilung der deutschen Bevölkerung in sieben Kategorien, mit denen individuell zu verfahren

---

2955 Staněk, Odsun Němců, 58f.; Sayer, Bohemia, 241.

2956 VÚA, Vojenská oblast 1, kr. 1, Ergänzung zum Befehl Nr. 45 /1945, zitiert nach: Arburg, Vertreibung, 65.

2957 Brandes, 1945, 235.

sei: So seien Angehörige von „Mischehen“ individuell zu beurteilen; Juden, die sich 1930 zur deutschen Nationalität bekannt hatten, sollten je nach ihrer Tätigkeit in die jeweiligen Deutschen-Kategorien eingereiht werden, also pauschal doch als Deutsche betrachtet werden. Und in einer öffentlichen Rede am 23. Mai verlangte er, die Deutschen ein für alle Mal jenseits der Grenzen „unseres Landes“ zurückzuschlagen und die Wiederbesiedlung der Grenzgebiete mit Tschechen zu beginnen, nicht nur um den Weißen Berg wiedergutzumachen, sondern auch um die Fehler „unserer tschechischen Könige“, der Přemysliden, zu korrigieren, die die deutschen Kolonisten „zu uns“ eingeladen hätten. Auf Vorschlag des kommunistischen Sicherheitsreferenten verabschiedete der Landesnationalausschuss am 23. Mai „Vorläufige Richtlinien über die Deutschen“, nach denen für sie eine allgemeine Konzentrations- und Arbeitspflicht eingeführt wurde. Ausgenommen waren lediglich Antifaschisten, Juden und deutsche Ehefrauen von Tschechen, nicht jedoch deutsche Ehemänner von Tschechinnen.[2958]

Die tschechoslowakische Regierung richtete am selben 23. Mai 1945 eine Kommission ein, bestehend aus dem Innen-, Außen- und Verteidigungsminister, welche die Aussiedlung der Deutschen und Magyaren vorbereiten sollte. Ein binnen fünf Tagen für die Regierung zu erstellender Entwurf sollte insbesondere die Kategorien der Auszusiedelnden und die einzusetzenden Mittel enthalten. Gleichzeitig sollte eine besondere Behörde sowohl für die Aussiedlung als auch für die Neukolonisation der entvölkerten Gebiete eingerichtet werden. Sobald die Regierung diesen Entwurf billige, sollten die Militärorgane – die die Deutschen inzwischen zusammenziehen könnten – die Aussiedlung nach Plan durchführen.

Bereits am 8. Juni gab das Innenministerium eine knappe Weisung heraus, dass drei Gruppen von den laufenden Verfolgungsmaßnahmen auszunehmen seien: Rückkehrer aus den Konzentrationslagern, Antifaschisten und sogenannte „Unabkömmliche“. Und am 12. Juni erließ der böhmische Landesnationalausschuss „Maßnahmen zur Aussiedlung der Deutschen“. In Anlehnung an das Dekret des Präsidenten der Republik vom 19. Mai 1945 galt als „Deutscher“, wer sich seit 1929 in irgendeiner Volkszählung freiwillig zur deutschen Nationalität gemeldet hatte oder wer Mitglied von „nationalen Gruppen oder Verbänden“ oder politischen Parteien war, die deutsche Personen vereinten. Angehörige von deutschen „Mischehen“ sollten hingegen vor anti-deutschen Maßnahmen ebenso geschützt sein wie Antifaschisten, Rückkehrer aus Konzentrationslagern und politisch unbescholtene „Österreicher“. Als weitere Kategorie wurden „unverzichtbare“ Arbeitskräfte eingeführt: vor allem ledige und verwitwete, kinderlose Personen beiderlei Geschlechts, wobei Frauen über 35, Männer über 40 Jahre zu sein hatten; sollten diese beiden Personengruppen für die Aufrechterhaltung der notwendigsten Produktion nicht genügen, durften auch Ehepaare berücksichtigt werden, bei denen die Frau über 35 Jahre alt sein und höchstens zwei Kinder

---

[2958] Staněk, Odsun Němců, 60; Hrabovec, Vertreibung, 93-95; Sayer, Bohemia, 241.

haben sollte. Alle diese Personen sollten in einzelnen Stadtvierteln oder Dörfern konzentriert werden.[2959]

Am 25. Juni unterzeichneten der Vorsitzende des Brünner Landesnationalausschusses und der Kommandant des 3. Militärrayons (Mähren-Schlesien) „Grundlegende Richtlinien für die Vorbereitung und Durchführung der Säuberung Mährens und Schlesiens von den Deutschen“, in denen keine Ausnahmebestimmungen vorgesehen waren. Erst in Durchführungsrichtlinien wurde auf ökonomische und politische Gründe Rücksicht genommen.[2960]

Spätestens am 7. Juni 1945 hatte die Prager Regierung die sowjetische Zustimmung erreicht, mit der Zwangsaussiedlung der Sudetendeutschen in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands (SBZ) zu beginnen, die jedoch „organisiert und so durchgeführt werden sollte, dass ihnen [den Sowjets] dabei keine Schwierigkeiten entstehen“. Aber erst am 15. Juni verabschiedete die Regierung provisorische Richtlinien für die Durchführung der Zwangsaussiedlung. Die tschechoslowakische Armee erhielt die technische Seite der Operation übertragen, sollte aber mit den Verwaltungsorganen und dem Korps für nationale Sicherheit (SNB) zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit dürfte im Juni 1945 noch nicht funktioniert haben, denn der Leiter des NKVD in der SBZ, Ivan A. Serov, meldete an Innenminister Berija:

> „[…] In der Verwaltung der Frontkommandantur gehen Meldungen ein, dass in Altenberg (südlich von Dresden) an der deutschen Grenze zur Tschechoslowakei große Gruppen von Deutschen herüberkommen, die aus der Tschechoslowakei ausgesiedelt worden sind; es gibt zahlreiche Selbstmorde. […] Im Zusammenhang mit der Anordnung erklären die örtlichen Verwaltungsorgane den Deutschen, dass sie sich innerhalb von 15 Minuten fertigzumachen und nach Deutschland auszureisen hätten. Dabei gestattet man ihnen lediglich, fünf Mark für unterwegs mitzunehmen. Persönliche Gegenstände und Lebensmittel dürfen sie nicht mitnehmen. Täglich kommen etwa 5000 Deutsche aus der Tschechoslowakei nach Deutschland, die meisten von ihnen Frauen, alte Leute und Kinder. Völlig zugrunde gerichtet und ohne Lebensperspektive, verüben einige von ihnen Selbstmord, indem sie sich mit dem Rasiermesser die Pulsadern öffnen. […][2961]

Diese Meldung wurde durch interne Berichte sudetendeutscher Kommunisten an ihren Vorsitzenden Karl Kreibich bestätigt. Während man in Reichenberg „wirklich die Verbrecher“ bestrafte, habe man in der nordböhmischen Kleinstadt Zwickau (Cvikov) auf Befehl des Militärkommandos in Böhmisch-Leipa auch ehemalige deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten vertrieben, während „die Bonzen“ – „Kaufleute, Gewerbetreibende, Ärzte, Apotheker usw.“ – zu Hause bleiben konnten. Die Vertriebenen lagerten jetzt ohne Verpflegung zu Tausenden um Zittau, und es bestehe Seuchengefahr.[2962]

[2959] Erlass und Richtlinien des ZNV (Ladislav Kopřiva und Miroslav Kreysa), 12. Juni 1945, in: SÚA, fonds Zemský úřad Praha, kr. 1145, i.č. 628, zitiert nach: Arburg, Vertreibung, 66.

[2960] VÚA, fonds VOI, kr. 48, zitiert nach: Hrabovec, Vertreibung, 111f.

[2961] NKVD-Chef Serov an Innenminister Berija, Berlin, 14. Juni 1945, in: Odsun 2, 604f.

[2962] Schreiben des sudetendeutschen Kommunisten Gumpel an Karl Kreibich, 21. Juni 1945, in: Odsun 2, 626f.

Als am 28. Juni 1945 Ministerpräsident Fierlinger und Vizeaußenminister Clementis bei Stalin vorsprachen, wurden sie zur Vertreibung der Deutschen ermuntert: „Wir werden Sie nicht stören. Werfen Sie sie raus. Jetzt werden sie am eigenen Leib spüren, was es heißt, andere zu beherrschen." Allerdings beschied Stalin die Bitte Fierlingers nach Mithilfe der Roten Armee bei der Vertreibung der Deutschen und Ungarn abschlägig. Am 2. Juli kehrte die tschechoslowakische Regierungsdelegation aus Moskau mit der Nachricht zurück, dass Stalin „uns die Abschiebung [der Deutschen und Magyaren] nach Deutschland, Ungarn und Österreich erlaubt". Molotov hatte sich lediglich gegen eine Kennzeichnung der Deutschen und gegen unnötige Härten ausgesprochen; vermutlich sollten vor der Potsdamer Konferenz keine Schreckensbilder in westlichen Medien auftauchen. London und Washington wiesen jedoch in ihrer Antwort auf eine tschechoslowakische Note vom 5. Juli – das tschechoslowakische Außenministerium hatte in dieser Note die Ausweisung der Deutschen als die wichtigste Nachkriegsaufgabe bezeichnet – auf die Notwendigkeit hin, die ganze Angelegenheit auf dem Gipfeltreffen der Alliierten zu erörtern.[2963]

Dennoch wurden die Sudetendeutschen in vielen Städten und Dörfern bereits im Juni und Juli 1945 von der Vertreibung überrascht. Da sie ihre Rundfunkgeräte hatten abgeben müssen und auch keine Zeitungen und Post mehr bekamen, lebte die deutsche Bevölkerung ziemlich isoliert und verängstigt und hatte kaum Vorbereitungen für eine Zwangsaussiedlung getroffen. Einige tschechische Beamte in Aussig begannen eigenmächtig mit „wilden" Vertreibungen der Deutschen: Morgens wurde ohne Vorwarnung ein Häuserblock von Soldaten umstellt. Die Deutschen mussten – ohne Rücksicht auf ihre Haltung in der NS-Zeit – innerhalb von dreißig Minuten ihre Sachen von maximal 20 kg packen und abmarschbereit vor dem Haus antreten. Dann trieb man sie in Marschkolonnen, „mit weinenden Kindern und hinkenden Alten", zu Fuß über Schöbritz und Tellnitz nach Adolfsgrün. Dort wurden ihnen noch verschiedene Wertsachen abgenommen, worauf man sie in die deutschen Grenzorte entließ. Die Hilfspolizisten sollten alles, was in den Wohnungen und Häusern der Deutschen geblieben war, penibel aufnehmen – jeweils ein Beamter und ein Polizist. Hierbei wurden echte Kostbarkeiten festgestellt: wertvolle Bilder, teures Porzellan, Schmuck und Geld. Auch wenn diese Bestandsaufnahme korrekt durchgeführt worden war, nützte dies wenig. Denn bald kamen Revolutionäre Garden, die rücksichtslos plünderten und stahlen. Ihnen folgten „Neusiedler", die gleich mit einem LKW oder Möbelwagen vorfuhren, um in die leeren Wohnungen und Häuser einzuziehen. Meist aber räumten sie nur die ihnen zugewiesenen Objekte aus und fuhren weiter.[2964]

In Römerstadt (Rýmařov) in Nordmähren umstellte eine Militäreinheit in der Nacht die Stadt; die Menschen wurden gegen 4 Uhr morgens aus ihren Häusern

---

[2963] Protokoll des Gesprächs zwischen Stalin, Fierlinger und Clementis, Moskau, 28. Juni 1945, in: Volokitova, Vostočnaja Evropa, 292, zitiert nach: Naimark, Flammender Hass, 140, 146f.; Hrabovec, Vertreibung, 107.

[2964] Bericht Brabec in: Tragická místa paměti, 153-155.

geholt, mussten in aller Eile wenige Sache und Vorräte zusammenraffen; andere erhielten eine zweistündige Frist zum Packen. Zunächst wurden sie in das zu einem Internierungslager umfunktionierte nahe gelegene Schloss der Familie Harrach in Janovice getrieben, wo sie 3-4 Tage verbrachten. Dann mussten sie die 4 km zum Bahnhof der Stadt gehen, wo sie in offene Güterwaggons gepfercht wurden, die sie in die SBZ fuhren. Staněk fasste die Praktiken der „wilden Vertreibungen“ in vielen Orten zusammen:

> „In den von Deutschen besiedelten Gebieten eröffnete sich auf eine ausgedehnte Weise der Aktivitätsbereich für ganze Kohorten von Usurpatoren aus den Reihen der sogenannten Partisanen, der bewaffneten Einheiten der Nationalausschüsse, der Sicherheits- und Kriminalpolizei, aber auch für Betrüger, die sich als Offiziere der Armee und revolutionärer Abteilungen, als Angehörige des Nachrichtendienstes, Mitarbeiter der Russen usw. nur ausgaben.“[2965]

Die Kontrolle, ob jemand Sparbücher, Wertpapiere oder Wertsachen über diesen Betrag hinaus besitze, nutzten Milizionäre oft und wiederholt zum Raub, so dass viele Sudetendeutsche ohne irgendeine Ausstattung, vor allem auch ohne die erlaubten Eheringe, an der Grenze ankamen. Besonders Deutsche aus dem ehemaligen Österreichisch-Schlesien und Nordmähren mussten über weite Strecken transportiert werden oder auch zu Fuß marschieren, um über die Grenze zur SBZ abgeschoben zu werden. Ministerpräsident Fierlinger erklärte am 10. Juli in einer Parteisitzung: „Heute fahren bereits regelmäßig Züge in die sowjetische Besatzungszone in Deutschland ab und Städte wie Leitmeritz, ganz zu schweigen von Brünn, Iglau und Znaim sind wieder tschechisch.“ Mitte Juli 1945 wurden aber diese Transporte nach Protesten des Marschalls Žukov wieder eingestellt. Dennoch dürften – nach den Schätzungen Staněks – bis zum August 1945 450.000 Sudetendeutsche in die SBZ, 200.000 in die US-Zone und 150.000 nach Österreich vertrieben worden sein.[2966]

Am 15. Juni 1945 hatte das Prager Innenministerium seiner Regierung auch den Entwurf für ein „Dekret des Präsidenten der Republik über die Abschiebung der fremden Bevölkerung und die innere Besiedlung“ vorgelegt. Freilich wurde diese Vorlage niemals verabschiedet, daher auch nicht von Beneš unterzeichnet. Die erwähnte Ministerkommission ließ aber auch eine Regierungsvorlage ausarbeiten, die nach den altösterreichischen Gesetzen Nr. 88/1871 RGBl. über „die Regelung der polizeilichen Abschaffung und des Schubwesens“ und Art. V/1903 über das Aufenthaltsrecht von Ausländern sowie nach dem tschechoslowakischen Gesetz Nr. 52/1935 Sb. über den Aufenthalt von Ausländern, wie auch gemäß Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft von Personen deutscher und magyarischer

---

2965 Staněk, Verfolgung 1945, 83.

2966 Brandes, 1945, 238-240; Hrabovec, Vertreibung, 116; Tomáš Staněk, 1945 – das Jahr der Verfolgung. Zur Problematik der außergerichtlichen Nachkriegsverfolgungen in den böhmischen Ländern, in: Erzwungene Trennung, 132.

Nationalität, konkrete Richtlinien für den „Abschub“ (*odsun*) der deutschen und magyarischen Bevölkerung beinhaltete. Abgeschoben werden sollten:

- „Okkupanten“, d. h. Deutsche und Magyaren, die in das Gebiet der ČSR nach dem 1. Oktober 1938 umgezogen sind;
- „aktive Nazis“, die ostentativ mit ihrem Parteiabzeichen aufgetreten sind;
- ehemalige öffentlich Bedienstete, die durch Auflösung ihres Dienstverhältnisses arbeitslos geworden sind;
- Landwirte und Unternehmer;
- Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe;
- Arbeiter.

Die „Abschiebung“ sollte unter Leitung von „Umsiedlungskommissionen“ nach folgenden örtlichen Voraussetzungen durchgeführt werden:

1) innere deutsche und magyarische Sprachinseln;
2) strategisch für die Verteidigung des Staates bedeutsame Plätze;
3) landwirtschaftliche Gebiete;
4) Industriegebiete.

Die „abgeschobenen“ Personen sollten lediglich folgende Habe mitnehmen:

1) Okkupanten, Nazis und Anhänger des nationalungarischen Regimes lediglich Handgepäck;
2) die übrigen Personen ihren nötigsten Hausrat oder einen entsprechenden Teil des lebenden landwirtschaftlichen Inventars.

Die „Abschiebung“ von Kranken, alten Leuten und Kindern sollte entsprechend den Wünschen des Tschechoslowakischen Roten Kreuzes „mit aller Schonung“ durchgeführt, zu diesem Zweck ausreichende Verkehrsmittel zur Verfügung gestellt werden.[2967]

Auf dem Höhepunkt im Sommer 1945 wurden täglich rund 5350 Deutsche gewaltsam aus der Tschechoslowakei vertrieben. Den ganzen Sommer über trafen Züge mit Vertriebenen in Berlin und anderen deutschen Städten ein. Mitte August waren über 50.000 Deutsche aus dem ehemaligen Österreichisch-Schlesien in Zittau eingetroffen, und der Leiter der tschechoslowakischen Militärmission in Berlin, General František Hrabčík, drängte Marschall Žukov, sofort weitere 200.000 Vertriebene aufzunehmen, was dieser vorerst rundweg ablehnte. Daher versuchten die tschechischen Behörden sowohl die sowjetischen als auch die US-Behörden zu überlisten und größere Gruppen von Vertriebenen illegal in die sowjetische bzw. US-Zone zu vertreiben. Letzten Endes aber erwiesen sich die sowjetischen Organe als nachgiebiger als die amerikanischen, sodass General Hrabčík am 21. Dezember 1945 an sein Ministerium für Nationale Verteidigung in Prag meldete, dass allein aus der Tschechoslowakei 775.000 Personen in die sowjetische Besatzungszone vertrieben worden seien.[2968]

[2967] Jech, Němci a Maďaři, 503-510.

[2968] Douglas, „Ordentliche Überführung“, 152-158, 166.

Die Vertreibung der Sudetendeutschen nach Österreich erfolgte hauptsächlich zur Zeit der „wilden Vertreibungen“, also von Anfang Mai bis in den Herbst 1945 hinein. Das Potsdamer Abkommen sah freilich für Österreich keine Verpflichtung zur Aufnahme von Sudetendeutschen vor. Die Vertriebenen kamen zum größten Teil aus Südmähren und Südböhmen sowie aus den Sprachinseln von Brünn, Iglau und Olmütz. Nicht alle hatten gewartet, bis sie von den Tschechen über die Grenze getrieben wurden; Tausende Einwohner grenznaher Gemeinden flohen unter dem Eindruck des tschechischen Terrors „freiwillig“ nach Österreich. Diese Grenzübertritte waren allesamt illegal, denn sie erfolgten sowohl gegen den Willen der österreichischen Regierung als auch den der sowjetischen Besatzungsmacht.[2969]

Bereits Ende Mai 1945 trafen Tausende Vertriebene im Grenzort Drasenhofen an der Brünner Straße ein, Anfang Juni folgten dann die Leidtragenden des „Brünner Todesmarsches“. Nach Augenzeugenberichten kamen die „Flüchtlinge“ anfänglich bepackt mit Wäsche, manche mit Fuhrwerken. Die erschöpften und halb verhungerten Menschen wurden von der ortsansässigen Bevölkerung notdürftig versorgt und hauptsächlich in der Schule, im Pfarrhof und in einigen Häusern und Scheunen untergebracht. Die Nahrung bestand vorwiegend aus Kartoffelsuppe, Tee etc.; auch von den im Ort stationierten Russen konnten Lebensmittel organisiert werden. Die medizinische Versorgung lag allerdings völlig im Argen. Erst nach Intervention eines Wiener Geistlichen konnte ein vertriebener Arzt in Drasenhofen praktizieren. Dennoch mussten im Sterbebuch der Pfarre für den Zeitraum zwischen 8. Juni und 13. November 1945 157 verstorbene Sudetendeutsche registriert werden, der Großteil ältere Menschen, wobei als häufigste Todesursachen Herzschwäche, Entkräftung und Darmerkrankungen angegeben wurden. Auf dem Ortsfriedhof von Drasenhofen liegen heute insgesamt 186 vertriebene Südmährer begraben.[2970]

Die noch Gehfähigen strömten von Drasenhofen nach Poysdorf weiter. Auch hier war das Pfarrhaus erste Hilfsstation, und die Küche registrierte im Juni 1945 6845 verpflegte Personen, im Juli 3150 und im August noch immer 2742. In der Gemeinde wurde die „Flüchtlings-Suchstelle Poysdorf“ eingerichtet, die verschiedenen Institutionen in Österreich und Deutschland Auskunft gab. Dennoch verstarben auch in Poysdorf zwischen 6. Juni und 23. Dezember 1945 126 vertriebene Sudetendeutsche, überwiegend ältere Menschen aus Brünn und Umgebung. Für den gesamten Bezirk Mistelbach wurde im November 1945 die Zahl der Vertriebenen aus der Tschechoslowakei mit rund 15.000 angegeben, wobei auf dem Friedhof von Mistelbach selbst 131 Opfer des „Brünner Todesmarsches“ bestattet wurden.[2971]

2969 Znoy, Vertreibung, 71.

2970 Pfarrchronik Drasenhofen, ‚Gedenkbuch II‘; Sterbebuch der Pfarre Drasenhofen, zitiert nach: Znoy, Vertreibung, 87-89.

2971 Stadtchronik Poysdorf 1945; Sterbebuch der Pfarre Poysdorf; ÖStA, AdR, BKA/AA II-pol/1946, Tschechoslowakei, Zl. 110.080-pol./46, zitiert nach: Znoy, Vertreibung, 89-91.

Bei Laa an der Thaya und Haugsdorf kamen die Vertriebenen, die vor allem aus dem Bezirk Znaim stammten, in kleineren Gruppen und in besserer physischer Verfassung über die Grenze. Ein ebenfalls vertriebener südmährischer Pfarrer wurde vom erzbischöflichen Ordinariat in Wien zum Pfarradministrator von Haugsdorf eingesetzt und half bei der Unterbringung von Hunderten von Flüchtlingen. Im Bezirk Waidhofen an der Thaya waren bereits Ende 1944 die ersten volksdeutschen Flüchtlinge aufgetaucht, die vor der Roten Armee geflohen waren. Nach Kriegsende kamen dann vor allem die Vertriebenen aus Zlabings (Slavonice) über die Grenze. Später trafen auch Vertriebene aus Iglau ein, die bereits auf völlig überfüllte Dörfer und Häuser stießen. Nach verschiedenen Stadt-, Orts- und Pfarrchroniken sollen sich Anfang August 1945 bis zu 25.000 Flüchtlinge im gesamten Bezirk aufgehalten haben, während die Sicherheitsdirektion für das Land Niederösterreich lediglich rund 10.000 Flüchtlinge feststellte. Zweifellos bestand auf Grund der katastrophalen Ernährungslage und mangelnden Hygiene akute Seuchengefahr, und zahlreiche Vertriebene litten an Hungertyphus und Fleckfieber.[2972]

Die kleine Stadt Gmünd im nordwestlichen Waldviertel war seit dem Friedensvertrag von Saint-Germain geteilt, als der nun Česke Velenice genannte Stadtteil mit dem Hauptbahnhof und 13 niederösterreichische Gemeinden des Hinterlandes an die Tschechoslowakei angeschlossen worden waren. Mit dem Münchener Abkommen wurde dieses Gebiet wieder an den Reichsgau Niederdonau rückgegliedert. In den Nachmittagsstunden des 23. Mai 1945 besetzten tschechische „Partisanen“ den Stadtteil Gmünd III und vertrieben die dort seit Generationen ansässigen deutschen Familien mit einem Handgepäck von 30 kg. Da sich die Einwohnerzahl von Gmünd innerhalb weniger Wochen auf fast 10.000 Personen verdoppelte, wurden die Baracken des RAD-Lagers als Flüchtlingsquartiere instandgesetzt. Die Pfarrchronik registierte den Sommer 1945 über einen pausenlosen Flüchtlingsstrom, der insgesamt angeblich bis zu 100.000 Vertriebene ausgemacht haben soll, was eindeutig zu hoch angesetzt war. Dennoch wird das Bild zutreffend sein, wenn der Bahnhof der Stadt Gmünd „einem Heerlager Wallensteins“ geglichen haben soll. Die Sicherheitsdirektion für das Land Niederösterreich registrierte im August 1945 rund 5000 sudetendeutsche Flüchtlinge im Bezirk Gmünd.[2973]

Die sogenannten „wilden Vertreibungen“ waren daher insgesamt weniger spontane Ausbrüche des Volkszorns – wie von den damaligen Machthabern und der späteren nationalkommunistischen Historiographie behauptet –, sondern von der Staats- und Regierungsspitze gelenkte Aktionen, in die Armee-Einheiten, „Natio-

---

[2972] Christoph SCHADAUER, Das Jahr 1945 im politischen Bezirk Waidhofen an der Thaya, Horn – Waidhofen an der Thaya 1992; NÖLA, Alliierte Kontrollkommission – Sektion Russland. Interventionen und Beschwerden, Stammzahl 1.600, L.A. I/2, Bd. I, Ord. Nr. 1-100, Zl. 55; zitiert nach: ZNOY, Vertreibung, 93f.

[2973] Pfarrchronik Gmünd 1930-1968; Manfred DACHO, Die Stadt Gmünd in der Zweiten Republik (Gmünd 1988) 15, 23.

nalausschüsse“, „Revolutionsgarden“, revolutionäre Milizen und das Korps der Nationalen Sicherheit eingebunden waren. „Voraussetzung für die Durchführung [der Vertreibungen, Erg. Suppan] waren in der Regel wohl mündliche Übereinkünfte zwischen lokalen tschechoslowakischen Behörden und untergeordneten russischen Befehlshabern jenseits der tschechisch-sächsischen Grenze in der SBZ, während im amerikanisch befreiten Teil der ČSR derartige Aktionen unterblieben.“ Begleitet von Aufrufen im Rundfunk oder in Flugblättern, die den Hass auf die Deutschen noch schürten, wurden – nach Angaben des tschechoslowakischen Verteidigungsministeriums – bereits vor Potsdam mindestens 450.000 Deutsche aus Böhmen sowie weitere 110.000 aus Mähren und Schlesien vertrieben.[2974]

Das Potsdamer Protokoll 1945

Im Entwurf einer Weisung des *Foreign Office* über den *Transfer of German populations from Poland, Czechoslovakia and Hungary* für die Konferenz von Potsdam für den britischen Botschafter in der ČSR, Philip B. Nichols, wurde vorerst festgestellt, dass Großbritanniens Interesse hinter dem der UdSSR und der USA zurückstehe, da die britische Besatzungszone in Deutschland keine direkte Grenze mit Polen und der Tschechoslowakei habe. Andererseits mache die tschechoslowakische Regierung für den „Transfer“ Druck, den London an Washington und Moskau weiterzugeben versuche. Präsident Beneš habe von zweieinhalb Millionen Deutschen gesprochen, die ausgewiesen werden sollten, das *Foreign Office* sei aber nicht in der Lage, die Zahl der bereits „Geflüchteten“ anzugeben. Botschafter Nichols habe darauf hingewiesen, „that the problem of the German minority pervaded the whole atmosphere. The hatred of the Czechs for the Germans was unrestrained.“ Aber im Zusammenhang mit der beginnenden Vertreibung von Magyaren aus der südlichen Slowakei stellte die US-Regierung der Prager Regierung Bedingungen:

„a) no unilateral action should be taken by the Czechoslovak Government to transfer in whole or in part the Hungarian speaking minority;

b) ethnic minority groups should be transferred only under international auspices and inaccordance with the appropriate international arrangements;

c) all transfers should be gradual in order to facilitate orderly settlement;

d) any solution of the minority problem must take into consideration not only needs of Czechoslovakia but also general considerations concerning future security and problems facing the Allied occupation authorities;

e) any attempt to treat all members of an ethnic group as subject to expulsion on grounds however righteous was unjustified.“[2975]

[2974] Brandes, Vertreibung, 381-397; Kittel – Möller, Beneš-Dekrete, 563; Hrabovec, Vertreibung, 114.

[2975] Geoffrey Wedgewood Harrison to Philip B. Nichols, London, 9 July 1945, in: Odsun 2, 657-660.

Am 25. Juli 1945, in der 9. Plenarsitzung, brachte Churchill das Problem der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei auf der Potsdamer Konferenz zur Sprache. Die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus den Ostgebieten und der Tschechoslowakei sei zwar unausweichlich, sie sollte aber zeitlich gestreckt und vielleicht in ihren Ausmaßen eingedämmt werden. Stalin wandte zwar ein, die Deutschen hätten das Land längst verlassen, war aber mit der Einsetzung eines Dreierausschusses einverstanden. In der 11. und vorletzten Plenarsitzung der Potsdamer Konferenz am 31. Juli 1945 – Churchill war nach verlorener Wahl drei Tage zuvor von Clement Attlee abgelöst worden – stand der *Transfer of Populations* neuerlich auf der Tagesordnung. Der Secretary of State, James Francis Byrnes, verwies auf den Bericht eines Sub-Committee, der von der tschechoslowakischen, polnischen und ungarische Regierung die Einstellung weiterer Vertreibungen verlangte. Außenminister Molotov meinte hingegen, „that the purpose of the document was to ensure that the transfers of population took place in an orderly manner". Stalin hingegen bestritt überhaupt, dass die Regierungen in Prag, Warschau und Budapest die Deutschen vertrieben hätten: „The Germans had created such a condition of affairs for themselves in these countries that they preferred to flee, and it was impossible for them to remain in these countries, even if the Conference were to obtain from the Polish and Czechoslovak Governments formal consent that they might do so." Byrnes verwies auf Informationen, dass „there had been cases where Germans had been forced to leave and this had increased the burden of the occupying Powers to an intolable extent". Auch Stalin hatte natürlich diese Informationen, stellte aber dennoch fest, „that the Polish and Czechoslovak Governments would tell Mr. Byrnes that no orders had been given to expel the Germans. The Germans had fled of their own accord. If the United States Delegation insisted, he would agree to their suggestion, though he did not expect any considerable results. President Truman said that he would appreciate it very much if Premier Stalin would agree. This might make it possible to organise such transfers of populations as were still to be made."[2976]

Am 2. August 1945 wurde einerseits das Verfassungsdekret über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft von Personen deutscher und magyarischer Nationalität beschlossen (das am 10. August 1945 auch in Kraft trat), andererseits verabschiedeten die Regierungen der drei Großmächte USA, UdSSR und Großbritannien am selben Tag das Protokoll der Potsdamer Konferenz, dessen Artikel XIII unter der Überschrift „Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile" besagte:

> „Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, dass die Überführung von deutscher Bevölkerung oder Bestandteilen derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt wer-

[2976] Documents on British Policy Overseas, Series I, Vol. I, The Conference at Potsdam 1945 (London 1984) 495; zitiert nach: Odsun 2, 675f.; Loth, Die deutsche Frage, 342.

den muss. Sie stimmen darin überein, dass jedwede Überführungen, die stattfinden werden, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen sollen.

Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der Alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll. Sie beauftragen demgemäß ihre jeweiligen Vertreter beim Kontrollrat, ihren Regierungen so bald wie möglich über den Umfang zu berichten, in dem derartige Personen schon aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen sind, und eine Schätzung über Zeitpunkt und Ausmaß vorzulegen, zu dem die weiteren Überführungen durchgeführt werden könnten, wobei die gegenwärtige Lage in Deutschland zu berücksichtigen ist.

Die Tschechoslowakische Regierung, die Polnische Provisorische Regierung und der Alliierte Kontrollrat in Ungarn werden gleichzeitig von Obigem in Kenntnis gesetzt und ersucht, inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollrat geprüft haben.“[2977]

Die nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen im Verlauf von über fünf Jahren hatten das „Reinen-Tisch-Machen“ bei Polen, Tschechen, Slowenen und Serben psychologisch vorbereitet, die Exilpolitiker in London wie in Moskau, vor allem auch die Widerstandsgruppen in der Heimat hatten immer häufiger und immer heftiger „ethnische Säuberungen“ verlangt. Überrascht von den „wilden Vertreibungen“ aus Polen und der Tschechoslowakei im Frühjahr 1945 und in der Absicht, diesen vorläufig Einhalt zu gebieten, formulierten die alliierten Siegermächte im Eilverfahren im Artikel XIII des Potsdamer Abkommens am 2. August 1945, die „ordnungsgemäße Überführung der deutschen Bevölkerung Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns oder Teilen dieser Bevölkerung nach Deutschland“ in humaner Weise durchführen zu lassen. Nach Einholung entsprechender Vorschläge der Regierungen in Warschau, Prag und Budapest beschloss der Alliierte Kontrollrat in Deutschland am 20. November 1945 die Aufnahme von 3,5 Millionen Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten in der sowjetischen (2 Millionen) und britischen (1,5 Millionen) Besatzungszone, sowie von 2,5 Millionen Deutschen aus der Tschechoslowakei, 500.000 aus Ungarn und 150.000 aus Österreich [gemeint sind nach Österreich vertriebene und geflüchtete Sudetendeutsche, Anm. Suppan] in der amerikanischen (2,25 Millionen), sowjetischen (750.000) und französischen (150.000) Besatzungszone. Und ab Ende Jänner 1946 begannen die Transportzüge tatsächlich zu rollen.[2978]

Bereits einen Tag nach Beschluss des Artikels XIII erörterte die Prager Regierung die Entscheidung der Potsdamer Konferenz über den „Transfer“ der deut-

[2977] Documents on British Policy Overseas, I/ I, The Conference at Potsdam 1945 (London 1984) 1275 (Protocol of the proceedings of the Berlin Conference); Amtsblatt des Alliierten Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1 (Berlin 1946) 19f.; Dokumentation der Vertreibung IV/1, 115. Die Übersetzungen des Art. XIII des Potsdamer Protokolls in Ermacora, Menschenrechte, 474, und Němci a Maďaři, 566f., enthalten einige Ungenauigkeiten.

[2978] Klaus-Dietmar Henke, Der Weg nach Potsdam – Die Alliierten und die Vertreibung, in: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, 49-69.

schen Bevölkerung. Außenminister Jan Masaryk teilte einleitend mit, vom amerikanischen und britischen Botschafter gleichlautende Noten erhalten zu haben, in denen die Tschechoslowakei aufgefordert werde, „den Transfer einstweilen nicht fortzusetzen" – wobei allerdings die Potsdamer Konferenz anerkannt habe, „dass der Transfer der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn notwendig sei". Ministerpräsident Fierlinger ergänzte, dass ihm der sowjetische Botschafter Valerian A. Zorin geraten habe, „die Tschechoslowakei möge jetzt beschleunigt den Plan zur Durchführung des Transfers vorlegen". Daher vertrat Fierlinger – gegen die ausdrückliche Aufforderung der Westmächte (!) – die Ansicht, „dass man den Transfer nicht aussetzen sollte, solange das die sowjetischen Autoritäten nicht forderten". Auch andere Regierungsmitglieder stimmten zu, die „Abschiebung" der deutschen Bevölkerung fortzusetzen, „falls dies ohne Schwierigkeiten zu bewerkstelligen sei". Gegenüber den Westmächten sollte auch damit argumentiert werden, „dass man die eingeleitete Umsiedlung nicht sofort anhalten könne".[2979]

Tatsächlich wurden auch weiterhin kleinere oder größere Gruppen von Sudetendeutschen in die SBZ oder nach Österreich abgeschoben. Die Prager Regierung vertrat den Standpunkt: „Es muss unser Bemühen sein, durch Hinweise auf terroristische Taten der Deutschen […] die raschest mögliche Ausarbeitung des Abschiebungsplanes und seine Genehmigung durch die Großmächte zu erzwingen." Fierlinger erklärte am 28. August 1945 auf einer Kundgebung in Brünn, dass die deutsche Frage gelöst werden müsse, doch „zivilisiert, nicht brutal, durch Konzentrationslager und Nachahmung von Methoden, die die Nationalsozialisten benützt haben."[2980]

Prokop Drtina hatte schon am 5. August im Zentralorgan der tschechoslowakischen National-sozialistischen Partei triumphiert:

> „[…] Es ist überhaupt nicht übertrieben, wenn ich sage, dass es der größte diplomatische und politische Sieg ist, den je unser Volk in seiner ganzen langen Geschichte des ewigen Existenzkampfes gegen das deutsche Volk errungen hat. […] Er bedeutet ferner, dass es uns in diesem Krieg gelang, über die Deutschen einen solchen Sieg zu erringen, wie es unserem Volk seit dem 13. Jahrhundert nicht gelungen ist. […] Selbst den ruhmreichen und im nationalen Kampf so entschiedenen und höchst erfolgreichen Hussiten war es nicht gelungen, soviel zu verwirklichen, wie uns aufgrund des Potsdamer Beschlusses."[2981]

In der Kabinettssitzung vom 3. August 1945 bedauerte der sozialdemokratische Ernährungsminister Václav Majer, „dass man in der Entscheidung der Potsdamer Konferenz nicht von den Magyaren spreche; er weise darauf hin, dass die Magyaren [in Ungarn] das Recht erhielten, die Deutschen auszusiedeln, selbst aber nicht ausgesiedelt werden könnten". Außenminister Masaryk gab dazu die nahezu

[2979] Protokoll der 43. Sitzung der Tschechoslowakischen Regierung vom 3. August 1945, in: Jech, Němci a Maďaři, 567-570.

[2980] Hrabovec, Vertreibung, 154.

[2981] Svobodné slovo (Praha), 5. August 1945, zitiert nach: Odsun 2, 695-698.

perfide Interpretation, dass sich die Potsdamer Konferenz fast ausschließlich mit den deutschen Angelegenheiten beschäftigt habe, „so dass der Umstand, dass man nicht über eine Abschiebung der Magyaren gesprochen habe, nicht bedeute, dass man sie nicht durchführen könne“. Minister Hubert Ripka empfahl, dies auch der Presse „zur Beruhigung der slowakischen Öffentlichkeit“ (sic!) mitzuteilen.[2982]

Der Prager Außenpolitik gelang es freilich trotz mehrerer Noten an die Alliierten auch nach dem Potsdamer Abkommen nicht, für eine Aussiedlung der Magyaren die erforderliche internationale Zustimmung zu erhalten. Im Gegenteil: Die „wilden Vertreibungen“, die vor allem im Gebiet der Städte Pressburg, Komorn (Komárno, Komárom) und Kaschau Zehntausende Magyaren betroffen hatten – darunter viele Angehörige der Intelligenz und der größeren Besitzer –, mussten nun eingestellt werden. Und am 27. Februar 1946 musste die Tschechoslowakei mit Ungarn ein Abkommen über einen Bevölkerungsaustausch schließen, der im Artikel V ein reziprokes Verfahren vorsah:

> „In gleicher Zahl, entsprechend der Zahl der vom Territorium Ungarns auf das Territorium der Tschechoslowakei umgesiedelten Personen slowakischer und tschechischer Nationalität, werden auf das Territorium Ungarns Personen umgesiedelt, die ihren ständigen Wohnsitz auf dem Territorium der Tschechoslowakei haben und die nach dem Verfassungsdekret des Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik vom 2. August 1945 über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft von Personen deutscher und magyarischer Nationalität (Nr. 33/1945 Sb.) die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren haben.“[2983]

Entsprechend diesen Bestimmungen wurden von den ursprünglich 89.660 ethnischen Magyaren, die aus der Tschechoslowakei nach Ungarn abgeschoben worden waren, etwas mehr als 34.000 wieder rückgesiedelt (womit die Wanderungsbilanz 55.487 Personen ergab), während parallel dazu zwischen 1945 und 1948 59.774 ethnische Slowaken aus Ungarn in die Tschechoslowakei verfrachtet wurden. Daher versuchten die tschechoslowakischen Behörden bis 1948, mittels einer Politik der Entnationalisierung, der „Reslowakisierung“ und der Zwangsumsiedlung von magyarischen Bauern und Arbeitern in die ehemals sudetendeutschen Gebiete die Zahl der magyarischen Minderheit zu reduzieren – letzten Endes ziemlich erfolglos. Erst ab Oktober 1948 wurde Personen magyarischer Nationalität, die zum 1. November 1938 Staatsbürger der ČSR gewesen waren, wieder die gesetzliche Möglichkeit eingeräumt, die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zu erwerben.[2984]

[2982] Jech, Němci a Maďaři, 569.

[2983] Ebenda, 570. Vgl. die Note von Staatssekretär Clementis an Botschafter Nichols, 16. August 1945, in: Odsun 2, 702f.

[2984] Štefan Šutaj, Slovakia and the Hungarians in Slovakia in the Aftermath of World War II, 1945-1948, in: Suppan, Donauraum, 619-631, hier 622; László Szarka, Minderheiten in Ungarn – Ungarische Minderheiten in den Nachbarstaaten 1938-1948, in: Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948 (Wien 1997) XXIII-XXVI; Štefan Šutaj, Die ungarische Minderheit in der Slowakei während der Nachkriegsentwicklung, in: Ebenda, 81-87.

Die Zwangsaussiedlung der Sudetendeutschen

Bis zum Inkrafttreten des Staatsbürgerschaftsdekrets am 10. August 1945 konnten sich die „Vertreibungen" weder auf innerstaatliche noch auf internationale Rechtsnormen stützen. Mit Artikel XIII des Potsdamer Protokolls wurde erstmals die Intention der drei Großmächte öffentlich bekundet, die Deutschen der Tschechoslowakei in die amerikanische und sowjetische Besatzungszone Deutschlands „überführen" zu lassen. Aber erst mit der vom Alliierten Kontrollrat für Deutschland am 20. November 1945 gebilligten „Transferquote" von 2,5 Millionen tschechoslowakischen Deutschen gewann die geplante Massenaussiedlung konkrete Gestalt. 1,75 Millionen Sudetendeutsche sollten in die US-Zone, weitere 750.000 in die SBZ ausgesiedelt werden. Allerdings wurde mit der *Combined Repatriation Executive* (CRX) nur ein kleiner Logistik- und Verwaltungsapparat bereitgestellt. Mit Ende Dezember 1945 gab es erst knapp ein Dutzend „Repatriierungsoffiziere" aus allen sieben beteiligten Ländern – UdSSR, USA, Großbritannien, Frankreich, Polen, Tschechoslowakei und Ungarn –, die Ordnung in den Ablauf der Zwangsaussiedlungen bringen sollten. Die Vertreibungsländer hatten es eilig, mit den Transporten mitten im Winter zu beginnen, die aufnehmenden Besatzungszonen bremsten und zögerten den Beginn der „Überführungen" hinaus. Der US-Verbindungsoffizier beim tschechoslowakischen Generalstab, Colonel John H. Fye, stimmte unklugerweise zu, die Transporte bereits Mitte Dezember starten zu lassen. Die ersten Züge, die am 13. Dezember 1945 in Bayern eintrafen, transportierten ausgeplünderte Vertriebene; am 16. Dezember kam in Hof ein Zug mit 650 Vertriebenen an, von denen nach Öffnen der Türen 94 tot waren, darunter 22 Kinder. Der laute Protest der Militärverwaltung in Bayern zwang die tschechischen Behörden zu einer Unterbrechung der Transporte. Nun stellten die US-Kommandanten harte Bedingungen: Maximal 50 Personen pro Güterwaggon, Vorlage von Namenslisten (niemand sollte ohne Familie einsteigen), einen Ausweis in tschechischer, deutscher und englischer Sprache, eine warme Mahlzeit nach der Ankunft und Desinfektion. Zunächst sollte täglich nur ein Zug mit 1200 Vertriebenen in Fürth im Wald eintreffen, später kam Wiesau östlich von Bayreuth als zweiter Aufnahmeort hinzu. Der erste Transport mit knapp 1000 Frauen und Kindern sowie 240 Männern führte am 25. Jänner 1946 von Marienbad nach Fürth im Wald. Die Sowjetorgane handelten mit der tschechoslowakischen Regierung ebenfalls genaue Bedingungen aus: Jeder Aussiedler sollte 50 kg Gepäck mitnehmen dürfen, außerdem 500 Reichsmark. Zwei Atteste, je eines von einem deutschen und tschechoslowakischen Arzt, sollten die Reisefähigkeit der Aussiedler bestätigen, zwei deutsche Krankenschwestern jeden Zug begleiten. Jeder der 42 bis 43 geschlossenen Waggons sollte nicht mehr als 30 Passagiere aufnehmen, das Maximum eines Transports etwa 1200 Personen betragen. Die Sowjets stimmten schließlich zu, ab dem 10. Juli 1946 an sechs Tagen pro Woche drei Züge täglich auf der kurzen Strecke von Podmokly nach Bad Schandau zu akzeptieren und drei

weitere Züge von Tršnice nach Gera oder Altenburg in Thüringen. Damit die Züge am selben Abend in die Tschechoslowakei zurückkehren sollten, war ein strikter Zeitplan einzuhalten.[2985]

Am 14. Dezember 1945 verabschiedete die Prager Regierung „Richtlinien zur systematischen Durchführung der Abschiebung (des Transfers) der Deutschen aus der Tschechoslowakei“ und übertrug die Leitung der Aktion dem kommunistisch geführten Innenministerium, das die Aus- und Ansiedlung über seine „Regionalen Besiedlungsämter“ (*Oblastní osídlovací úřednovny*) in Zusammenarbeit mit den Nationalausschüssen, der Polizei und der Armee durchführen sollte. Die Verordnung des Innenministeriums vom 31. Dezember 1945 enthielt genaue Anweisungen über die Konzentration der für die „Abschiebung“ bestimmten Personen in Sammelzentren, über die Zusammenfassung der Familien als „Abschiebeeinheiten“, über die Abschiebung von Priestern, über den Umfang des mitzunehmenden Gepäcks – jede Person durfte höchstens 30 kg einschließlich nicht verderblicher Lebensmittel für sieben Tage mitnehmen –, über das Verbot, Bargeld von mehr als 1000 RM pro Familie, Sparbücher, wertvolle Uhren, Photoapparate, Rundfunkgeräte und Schreibmaschinen sowie wertvolle Teppiche und Pelzmäntel mitzunehmen, und über die Sicherung des zurückgelassenen Eigentums. Erstaunlicherweise wurde aber die Gruppe der Abzuschiebenden nicht zur Gänze mit der Personengruppe gleichgesetzt, der nach dem Dekret Nr. 33/1945 die Staatsbürgerschaft entzogen worden war. Nun, Ende Dezember 1945, wurden Antifaschisten, „Mischehen“-Angehörige, Fachkräfte und „unentbehrliche“ Arbeitskräfte von der Zwangsaussiedlung ausgenommen. Aber das außergewöhnliche Maß an Kompetenzstreitigkeiten behinderte die reibungslose Durchführung der Zwangsaussiedlung. Mehrere Prager Ministerien wollten dabei mitwirken, vor allem das Ministerium für nationale Verteidigung und der kommunistische Chef des Ansiedlungsamts, der energische und ehrgeizige Miroslav Kreysa.[2986]

Die während der Vorbereitung der Präsidialdekrete geführten Diskussionen über die Bestimmung der „Nationalität“ waren weitergegangen. Das Innenministerium distanzierte sich vom deutschen Begriff der „Volkszugehörigkeit“ und empfahl für die Nationalitätenbestimmung seinen nachgeordneten Dienststellen eine Kombination von subjektiven Äußerungen der betreffenden Personen mit angeblich „objektiven Kennzeichen“. Als solche wurden empfohlen: amtliche Meldungen zu einer bestimmten Nationalität bei der tschechoslowakischen Volkszählung 1930 bzw. bei der deutschen Volkszählung 1939; polizeiliche Anmeldungen; Anmeldungen in einer Schule und Schulbildung; Angaben zur Ausstellung von Lebensmittelkarten; Abstammung von Eltern einer bestimmten Nationalität; Umgangssprache im Privatleben; Partizipation im öffentlichen Leben, besonders die Mitgliedschaft in politischen Parteien, Verbänden, Formationen und Organisationen, in denen Personen einer bestimmten Nationalität vereinigt sind; Mitgliedschaft

[2985] Douglas, „Ordentliche Überführung“, 202-209.

[2986] Brandes, 1945, 241; Arburg, Vertreibung, 71f.; Odsun 2, 729-737.

in nationalen Kirchen und Religionsgemeinschaften etc. Das Ministerium des Innern empfahl, nicht von einem Merkmal auszugehen, sondern alle diese Angaben zueinander in Bezug zu stellen. – Freilich: Bei weitem nicht alle Eintragungen in die Volkszählungsbögen von 1930 und 1939 waren eindeutig (etwa: tschechische Muttersprache – deutsche Nationalität); bei der tschechoslowakischen Volkszählung 1930 war gemäß Regierungsanordnung die Nationalität „in der Regel nach der Muttersprache einzutragen"; und: nur die Zählkommissäre selbst oder Haus- und Wohnungseigentümer waren befugt gewesen, die Zählbögen auszufüllen und zu unterschreiben. Das bedeutete, dass sich die Mehrheit der in der Volkszählung 1930 erfassten tschechischen, slowakischen, deutschen oder magyarischen Personen nicht selbst (aktiv) zu einer Nationalität bekannt hatte. Außerdem bereitete den tschechischen Behörden die Behandlung der national gemischten Ehen Probleme, deren Zahl auf mindestens 90.000, die Zahl der Kinder aus diesen gemischten Ehen auf mindestens 150.000 geschätzt wurde. Ihre Zuordnung wurde nun im Wesentlichen nach der Nationalität des Mannes vorgenommen.[2987]

Der tschechischen Öffentlichkeit wurden solche juristischen Diskussionen weitgehend vorenthalten, sie hörte am 14. September 1945 auf einer Erinnerungskundgebung für den ehemaligen Präsidenten Masaryk seinen Nachfolger Beneš über die „Kriegsschuld der Sudetendeutschen" sprechen:

> „[...] Als Nation haben wir in den Jahren 1938/39 nichts unversucht gelassen, um die große historische Prüfung zu bestehen. Die Deutschen in der Tschechoslowakei anderseits haben den Staat, die Demokratie und den Frieden verraten. Sie verrieten die Humanität und beteten den brutalsten Faschismus, Barbarismus und Paganismus an, dessen die Welt jetzt Zeuge gewesen ist. Dazu kommt, dass sie es öffentlich als ihr Ziel proklamierten, uns zu versklaven und auszurotten. Es ist für uns unmöglich geworden, an ihrer Seite weiterzuleben und deshalb müssen sie das Land verlassen. Wir haben das moralische und politische Recht, dies zu verlangen, auch im Sinne der Philosophie Masaryks."[2988]

Die europäische Öffentlichkeit konnte freilich schon Anfang Oktober 1945 im *Daily Herald* einen Bericht des bekannten Publizisten G. E. R. Gedye über die Lage der Deutschen in der Tschechoslowakei lesen. Gedye hatte mehrere Sammellager besucht und erklärt, dass lokale tschechische Behörden die Anweisungen ihrer Regierung missachteten, die Deutschen in humaner Weise zu behandeln. Es werde zwar niemand gefoltert oder ermordet, die Lebensverhältnisse in diesen Lagern seien aber furchtbar. Andererseits wunderten sich die tschechischen Behörden, die einige Zeit tatsächlich Widerstand seitens deutscher „Werwolf"-

[2987] Runderlass des Ministeriums des Innern vom 23. August 1945, über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft nach dem Verfassungsdekret vom 2. August 1945, an die Landes- und Bezirksnationalausschüsse (Bezirksverwaltungskommissionen), die Expositur des mährisch-schlesischen Landesnationalausschusses in Mährisch Ostrau und die Nationalausschüsse der Statutarstädte, zitiert nach: Dokumentation der Vertreibung IV/1, Anlage 10; Benjamin Frommer, Expulsion or Integration: Unmixing Interethnic Marriage in Postwar Czechoslovakia, in: East European Politics and Societies 14/2 (2000) 382.

[2988] Neues Österreich, Wien, 16. September 1945, 2.

Einheiten erwartet hatten, mit welcher Ruhe die Sudetendeutschen ihr schweres Schicksal hinnahmen.[2989]

Die US-Behörden bestanden darauf, dass nur komplette Familien ausgesiedelt werden, die pro Person 50 kg Gepäck, darunter Lebensmittel für drei Tage sowie 1000 Reichsmark, mitnehmen durften. Sie verlangten außerdem, dass die Deutschen vor der Zwangsausweisung ärztlich untersucht und die Transporte von deutschen Ärzten und Krankenschwestern begleitet werden. Ein Transportzug sollte aus 40 geschlossenen Güterwaggons mit etwa 1200 Personen bestehen. Den Deutschen wurde der Termin der Aussiedlung meist erst ein bis zwei Tage vorher mitgeteilt, dann brachte man sie in ein Sammellager, wo sie bis zu drei Wochen auf den Abtransport warten mussten; erst von dort wurden sie zu den Eisenbahnstationen geführt. Nach diesem Schema wurden vom 24. Jänner bis in den Oktober 1946 in regulären Transporten 1,2 Millionen Sudetendeutsche in die US-Zone Deutschlands deportiert. Die tschechischen Behörden setzten zuerst die wirtschaftlich „unproduktiven“ Personen in die Züge. Dann entließen sie die geringer belasteten Personen aus den Gefängnissen und Internierungslagern, um die Aussiedlung mit ihren Familien zu ermöglichen. Als die tschechischen Wachmannschaften die ohnehin gepeinigten Menschen auch noch knapp vor der Einwaggonierung ausraubten, drohten die US-Offiziere bei einer Besprechung zwischen 9. und 11. April 1946 in Prag, unvollständige Familien zurückzuschicken. Daraufhin durften die Deutschen 70 kg Gepäck, aber nur 500 Reichsmark pro Person mitnehmen. Unter Hinweis auf die immer katastrophaler werdende Versorgungslage in ihrer Zone drosselten die US-Behörden ab 15. Juli 1946 die tägliche Aufnahmequote auf vier Züge, im Oktober 1946 auf nur mehr drei Züge pro Tag.[2990]

Helmut Scholz aus Haindorf im Isergebirge, Jahrgang 1936, verfasste am 25. November 2008 in Kempten im Allgäu einen Erlebnisbericht über eine solche Aussiedlung:

> „[…] Zuerst kamen wir in ein Lager in Friedland. Unser Großvater, Mutter, Bruder elf Jahre und ich mit neun. Wir durften pro Person nur 50 kg Gepäck mitnehmen. […] Gott sei Dank waren wir nicht lange im Lager. Wir wurden zur Austreibung in Viehwagen getrieben mit unserem bisschen Hab und Gut, welches vorher von Russen kontrolliert wurde. Und was ihnen gefallen hat, haben sie uns weggenommen. Wir hatten Glück, denn die Sachen, die uns die Russen weggenommen haben, gab uns eine Frau wieder zurück. […]
>
> In den Viehwägen waren nur alte Leute, Frauen und Kinder. Unser Großvater war mit 68 Jahren der einzige Mann. Viele Männer waren in Gefangenschaft oder im Krieg gefallen. Der Waggon wurde verriegelt, der Zug fuhr los und drei Tage waren wir eingesperrt wie die Tiere. In der Mitte stand ein Kübel, in den wir unsere Notdurft verrichten konnten. Wir hatten Durst und Hunger. Eine alte Frau ist in dieser Zeit gestorben. Dann wurde der Waggon geöffnet auf offener Strecke. Das Rote Kreuz war da und brachte uns warme Suppe und zu trinken. Der Kübel wurde mit als erstes geleert, denn es stank fürchterlich in diesem Waggon, die gestorbene Frau wurde abgeholt

[2989] Neues Österreich, 12. Oktober 1945; Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung“, 147.
[2990] Brandes, 1945, 241f.

und wir alle gingen erstmal in die Büsche. Danach konnten wir uns etwas waschen. Wir wussten, nun waren wir in Bayern, aber hier konnten wir nicht aufgenommen werden, da hier schon zu viele Menschen aufgenommen wurden. […] Wir fuhren in den Viehwaggons wieder weiter und kamen nach Hessen. Das Dorf hieß Neukirchen. Hier wurden wir in einem Saal in Stockbetten untergebracht. Am nächsten Tag wurden wir registriert und bekamen einen Vertriebenen-Ausweis. Nach ein paar Tagen wurden wir auf die Dörfer verteilt. […][2991]

Diplomingenieur Josef Kuhn aus Mährisch Schönberg (Šumperk), der die Besetzung seiner Heimatstadt durch die Rote Armee erlebt hatte, kam am 22. Juni 1946 aus einem sowjetischen Kriegsgefangenlager im Kreis Kalinin ins tschechoslowakische Kriegsgefangenenlager Gurein bei Brünn zurück. Kaum hatte der Transport über die Ukraine und die Slowakei die slowakisch-mährische Grenze überschritten, wurden die „Heimkehrer" von tschechischen, schwer bewaffneten Jugendlichen nicht nur eskortiert, sondern auch gequält und mit Gummiknüppeln und Drahtruten geschlagen. „Allerdings, verglichen mit den Aufenthalten in russischen Lagern, war es in Gurein wie in einem Sanatorium." Erst mit Hilfe einer falschen „Cousine" erhielt Kuhn die Entlassung und konnte sich in einem Aussiedlungslager melden:

„Am 20. August [1946], einem Donnerstag, rollte gegen Abend der Zug von Mähr. Schönberg ab. Nach den Abschiedstränen und dem letzten Blick nach der im Dämmerlicht verschwindenden Heimatstadt war die Stimmung aber keineswegs gedrückt. Nur war der Waggon mit Gepäck und Menschen so voll gepfropft, dass die geringste Platzverschiebung gleich alle in Bewegung bringen musste. Der Transport wurde über Prag, Pilsen, Fürth i. W., Nürnberg nach Schwabach geleitet, und von dort kam ich in ein Lager in Hilpoltstein. Die Unterbringung war den Umständen angemessen, die Verpflegung überall reichlich und gut."[2992]

Bereits im Oktober 1945 waren erste „freiwillige Sonderaussiedlungstransporte" in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands (SBZ) gefahren, besetzt mit deutschen Kommunisten und „Antifaschisten", die bei der Verteilung der Posten und Güter dabei sein wollten. Als „Antifaschisten" hatte Innenminister Nosek in einer Verordnung ursprünglich jene Deutschen definiert, die sich vor und nach „München" aktiv für die Republik eingesetzt hatten. In einer weiteren Verordnung vom 8. Juni 1945 wurden auch jene Deutschen hinzugezählt, die aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen zurückkehrten bzw. das tschechische Volk gegen das NS-Regime unterstützt hatten. Und im Beneš-Dekret vom 2. August 1945 wurden schließlich alle jene Deutschen als Antifaschisten bezeichnet, „die der tschechoslowakischen Republik treu geblieben waren, sich niemals gegen das tschechische und slowakische Volk vergangen und sich entweder aktiv am Kampf um seine Befreiung beteiligt oder unter dem NS-Terror gelitten hatten". In einem Memorandum vom 20. November 1945 baten hingegen sudetendeutsche Kommunisten die Regierung um Hilfe bei der Aussiedlung in die SBZ, während sich

[2991] Odsun 2, 768-770.

[2992] Maschinenschriftlicher Bericht Dipl.-Ing. Josef Kuhn aus Mährisch Schönberg, 8. Jänner 1957, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 286f.

Jaksch für die Aufnahme der sudetendeutschen Sozialdemokraten in die US-Zone einsetzte. So emigrierten bis Juli 1947 insgesamt über 96.000 Kommunisten und Antifaschisten, über 53.000 in die amerikanische, fast 43.000 in die sowjetische Besatzungszone.[2993]

Erst im März 1946 hatte Außenhandelsminister Ripka in Moskau erreicht, dass Stalin den widerstrebenden Marschall Žukov zur Aufnahme weiterer Sudetendeutscher zwang, sodass vom 10. Juni bis Ende Oktober 1946 630.000 Sudetendeutsche in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands deportiert wurden. Die Ausgesiedelten durften pro Person 50 kg Gepäck und 500 Reichsmark mitnehmen.[2994] Am 16. Oktober 1946 teilte Ministerpräsident Gottwald im Parlament unter lang anhaltendem Beifall der Abgeordneten mit, dass am 27. Oktober der letzte Transport in die US-Zone abgehen werde. Und am 28. Oktober sprach Gottwald auf dem Prager Wenzelsplatz von der siegreichen Beendigung der „Säuberung der Republik vom fremden Element und Todfeind des Volkes“.[2995]

Am 1. November 1946 übergab Innenminister Václav Nosek dem Präsidenten Beneš den Schlussbericht über die „Abschiebung“: Bis zum heutigen Tag seien aus den tschechischen Ländern insgesamt 2,170.598 Deutsche abgeschoben worden, davon 1,420.598 Personen in die amerikanische und 750.000 in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands. Für den Abtransport seien 1646 Züge mit 6580 Lokomotiven und 67.748 Eisenbahnwaggons zur Verfügung gestellt worden, darüber hinaus vier Lazarettzüge, 960 Autos und 12 Schiffe. Nosek stellte Beneš auch die Mitglieder des Amtes für die Abschiebung der Deutschen vor, mit denen der Präsident einen Gedankenaustausch über die „Populationsfrage“ führte. Beneš erinnerte daran, dass von der deutschen Bevölkerung der Tschechoslowakei „mindestens 85 % gegen uns und unseren Staat waren“. Zum 1. November 1946 befanden sich nach offiziellen Angaben aber auch noch knapp 240.000 Sudeten- und Karpatendeutsche in der Tschechoslowakei. Die US-Behörden lehnten zwar im Frühjahr 1947 die Aufnahme weiterer Sudetendeutscher ab, ließen aber doch den Zuzug von Familienangehörigen früherer Vertriebener zu. Außerdem wurden rund 23.000 Sudetendeutsche nachts ohne Genehmigung der Amerikaner über die Grenze gebracht. Nach der Gründung der DDR erklärte Gottwald am 24. Februar 1950: „Deutscher ist nicht gleich Deutscher“, und Generalsekretär Rudolf Slanský wurde für die antideutsche Hetze verantwortlich gemacht.[2996]

Im Oktober 1946 hatte die Korrespondentin der *New York Times* Anne O’Hare McCormick, versucht, sich ein persönliches Bild von den Zwangsaussiedlungen

---

[2993] Brandes, 1945, 242.

[2994] Brandes, 1945, 242.

[2995] Hrabovec, Vertreibung, 314. Allein aus Prag wurden zwischen März und Oktober 1946 19.732 Personen deutscher Nationalität zwangsausgesiedelt; 2705 Personen durften bleiben. – Ledvinka, Prag, 488.

[2996] Denkschrift Nosek an Beneš, 1. November 1946, in: Odsun 2, 800f.; Hrabovec, Vertreibung, 314.

aus Polen und der Tschechoslowakei zu machen, und war über die Behandlung der Deutschen schockiert:

> „The scale of this resettlement, and the conditions in which it takes place, are without precedent in history. No one seeing its horrors first hand can doubt that it is a crime against humanity for which history will exact a terrible retribution.“[2997]

Der slowakische Journalist und ehemalige Partisan Ladislav Mnačko, der sich 1967 mit seinem Roman „Wie die Macht schmeckt“ vom Kommunismus abwandte und Ende 1968 ins Exil ging, zog am 26. Oktober 1946 in *Rudé právo* eine eher zynische Bilanz zur Zwangausweisung der Deutschen und lobte die dafür zuständigen Beamten:

> „In einem hinteren Trakt der Prager Burg ist vorübergehend eine Abteilung des Innenministeriums untergebracht. Wenn sie in einem Jahr hingehen, werden sie die Abteilung vergeblich suchen, sie wird vermutlich nicht mehr existieren. […] Jeder, der dieses Amt kannte, wird sich freuen, wenn es aufhört zu existieren und bestimmt sagen: ‚Gott sei Dank, dass das schon hinter uns liegt!' […] Es waren fähige Beamte. Ihnen ist zu danken, dass ein gigantisches Werk gelungen ist. Sie haben die Abschiebung der Deutschen organisiert. […]
>
> ‚Innenministerium, Abteilung für die Abschiebung der Deutschen', so lautete der Titel dieses Amtes, wo viele Monate, Tag für Tag Telefone klingelten, Interventionen sich stapelten, weil sich bei uns genug Leute fanden, Nationalverwalter und auch andere, die dort beweisen wollten, dass gerade ‚ihre' Deutschen aus der Abschiebung herausgenommen werden sollten, weil sie für die Republik unentbehrlich seien. Die Beamten widerstanden diesem Ansturm. Nur so war es möglich, dass täglich mehrere Züge mit unseren ‚nationalen Gästen' unsere Republik verließen, in das Land, wohin sie ihr Herz zog. Mit Hilfe der Staatsbahnen, der Armee und dem Korps der nationalen Sicherheit wurden alle Hindernisse glatt überwunden. […]
>
> Es war eine schwere Aufgabe. Man erwartete, dass die Deutschen aufbegehren, dass sie Sabotageakte unternehmen, sich mit allen Kräften gegen die Abschiebung wehren werden. In vielen Dörfern gab es keinen tschechischen Menschen, der sich an den mit der Abschiebung verbundenen organisatorischen Arbeiten beteiligen konnte. […] aber die zuständigen Amtsträger kamen auf eine glückliche Idee – indem sie auf die deutsche Mentalität setzten, führten sie in Sammellagern und auch in Dörfern das sog. ‚Führersystem' ein. Sie bestimmten einige ausgewählte Deutsche und machten sie verantwortlich für den glatten Verlauf aller mit der Abschiebung zusammenhängenen Vorbereitungsarbeiten, sowie auch mit dem Verlauf der eigentlichen Abschiebung. Diese ‚Kapos' übernahmen ihre Funktionen wie es sich gehört und führten sie in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle mit besonderem Eifer durch. Das Herrenvolk konnte sich nicht einmal hier verleugnen und seine Angehörigen verzichteten nicht auf die Gelegenheit, ihre Oberherrschaft unter Beweis zu stellen. […]
>
> Ihr Verhalten während der Abschiebung bot das für die deutsche Mentalität typische Erscheinungsbild. Solange sie in der Tschechoslowakei waren, verhielten sie sich demütig und kriecherisch, obwohl sie auch schon hier einige zaghafte Versuche unternahmen, sich zu beschweren. Wenn sie zum Beispiel während des Transports dem Kommando von Soldaten unterstellt waren, beschwerten sie sich bei denen über die SNB-Angehörigen. Bei der Übernahme durch alliierte Soldaten ließen sie jedoch an unserem Volk kein gutes Haar, sie beschimpften die Soldaten und drohten, dass sie zurückkehren und aus der Republik und ihrem Volk Hackfleisch machen wür-

[2997] New York Times, October 23rd, 1946; zitiert nach: Judt, Postwar, 26.

den. Mit der Zeit wuchsen hinter der Grenze der Republik, auf der deutschen Seite, ganze weiße Haufen in die Höhe. Hier warfen sie ihre weißen Binden weg, die sie bei uns demütig getragen, aber als Schande empfunden hatten.

Die Schäden, die sie unserer Republik mutwillig zufügten, sind verhältnismäßig gering. Verglichen mit der Tatsache, dass sie nun fort sind, kann überhaupt nicht von Schäden gesprochen werden. […] Dank dem Verständnis der Alliierten, hauptsächlich der Sowjetunion, wurde es dem tschechischen Volk ermöglicht, das Unrecht von Jahrhunderten wettzumachen und das große Werk, das Jan Žižka von Trocnov begonnen hatte, zu Ende zu führen. […]“[2998]

Nach den “wilden Vertreibungen” im Jahre 1945 und den “organisierten Vertreibungen” im Jahre 1946 zogen die westlichen Alliierten Bilanz: So hatten sie sich die Zwangsumsiedlungen nicht vorgestellt. Die ungefährlichsten Deutschen waren deportiert worden, während die gesunden Männer von Polen und der Tschechoslowakei als Zwangsarbeiter zurückgehalten wurden. Aber Hunderttausende Vertriebene brauchten sofortige Versorgung in Krankenhäusern, Altenheimen, Waisenhäusern und Heimen für Behinderte.[2999]

Präsident Beneš aber verlieh im November 1946 dem US-Verbindungsoffizier beim tschechoslowakischen Generalstab, Colonel John H. Fye, in Anerkennung seiner Verdienste „um die Aussiedlung von Deutschen aus der Tschechoslowakei“, den Weißen Löwen-Orden, die höchste Auszeichnung des Landes für Ausländer. In seiner Weihnachtsansprache im Rundfunk forderte Beneš seine Landsleute auf, sich darüber zu freuen, dass „dies die ersten Weihnachten der Tschechoslowakei ohne die Deutschen“ seien.[3000]

Evakuierung, Flucht und Zwangsaussiedlung der Karpatendeutschen

Im Vergleich zum Schicksal der Sudetendeutschen verlief die zwangsweise Aussiedlung der Karpatendeutschen in geordneteren und weniger gewaltsamen Bahnen, jedenfalls ohne „wilde“ Vertreibungsaktionen. Infolge möglichen Durchbruchs der Roten Armee über die Karpaten in die Ostslowakei, gegen den deutsche Truppen am Dukla-Pass heftigen Widerstand leisteten, gab Himmler schon im August 1944 Befehl an die Volksgruppenführung, eine Evakuierung der Zipser Deutschen vorzubereiten. Auf Grund des Ausbruchs des slowakischen Nationalaufstandes wurde mit Unterstützung der Deutschen Evangelischen Kirche A. B. zuerst die Evakuierung der Zipser Schulkinder über Zakopane ins Troppauer Gebiet, ins Egerland und nach Oberösterreich durchgeführt. Mitte September 1944

[2998] Ladislav Mnačko, Jak byli odsunováni, in: Rudé právo (Praha), 26. Oktober 1946, zitiert nach: Odsun 2, 797-800.

[2999] Douglas, „Ordentliche Überführung“, 241f., 255. Am 31. März 1947 verlangten die US-Behörden sogar, 325.439 Sudetendeutschen „gutgeschrieben“ zu bekommen, die auf inoffiziellen Wegen in ihre Zone gekommen waren, dazu 118.574, die nach Österreich geflohen oder vertrieben worden waren und die die Regierung in Wien wieder loswerden wollte.

[3000] Rudé právo, 12. November 1946; Douglas, „Ordentliche Überführung“, 282f.

befahl dann die Volksgruppenführung die Evakuierung der Bevölkerung der Zips und der deutschen Streusiedlungen in der Ostslowakei unter Mitnahme des beweglichen Besitzes. In den folgenden Wochen wurden viele Familien mit ihrem Vieh per Eisenbahn über Galizien oder Ungarn in die Westslowakei transportiert. Freilich wuchs der Widerstand unter der bäuerlichen Bevölkerung, der erst aufhörte, als infolge drohenden Heranrückens der Front die restlose Evakuierung angeordnet wurde. Himmler hatte dazu am 27. Oktober 1944 – ohne Umweg über die slowakische Regierung, die von Karmasin informiert wurde – direkte Weisung an den Volksgruppenführer gegeben und ihm dazu diktatorische Vollmachten ausstellen lassen.[3001]

Im November und Dezember 1944 wurden daher die meisten Zipser Deutschen auf Transportzüge geladen und ins Protektorat oder ins Sudetenland abtransportiert. Organisierte Trecks der Zipser zogen aber auch das Waagtal entlang Richtung Westslowakei. Mitte Jänner 1945 folgte der Befehl zur Evakuierung der Mittelslowakei. Nun verließen die Hauerländer ihre alte Heimat, wobei die Bergleute vorwiegend ins Brüx-Duxer Kohlenrevier kamen. Zur selben Zeit begannen auch schon die Evakuierungsvorbereitungen unter den Pressburger Deutschen sowie in den Dörfern am Rande der Kleinen Karpaten und auf der Großen Schüttinsel. Diese verließen im Februar und März 1945 ihre Heimat in Richtung Österreich – kaum zu früh, denn die Rote Armee marschierte bereits Anfang April in Pressburg ein. Tatsächlich wurden also vom Herbst 1944 bis zum März 1945 etwa 120.000 der noch 140.000 Karpatendeutschen aus der Slowakei evakuiert; in den drei Hauptsiedlungsgebieten blieben nur jeweils einige Tausend zurück, unter ihnen nicht wenige kommunistisch gesinnte oder bereits stark slowakisierte Deutsche. Naheliegenderweise hatten sich die Organe der slowakischen Staatsmacht in diese Evakuierungsmaßnahmen kaum eingemischt, hatten sie doch bald eigene Fluchtvorbereitungen zu treffen.[3002]

Dennoch verliefen auch das Kriegsende und die unmittelbare Nachkriegszeit für viele Karpatendeutsche ziemlich dramatisch. Die große Mehrheit der Evakuierten wurde nämlich nun von der Roten Armee in Mähren und Böhmen überrollt, zum Teil zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt, jedenfalls aber den „Beneš-Dekreten“ unterworfen. So verloren sie Eigentum und Staatsbürgerschaft und mussten in Lagern auf den „Abschub“ warten. Etwa 30.000 Karpatendeutsche entschlossen sich daher im Sommer 1945, zum Teil in Trecks, zum Teil in Heimkehrertransporten slowakischer Repatriierter, in ihre alte Heimat zurückzukehren. Dort fanden sie allerdings ihre Häuser und Höfe versiegelt, von Slowaken besetzt oder bereits ausgeplündert vor. So mussten sie jetzt über den Winter 1945/46 in Sammellagern bei Poprad, Nováky und Engerau (Petržalka) sowie auf dem Ge-

[3001] Dušan Kováč, Die Evakuierung und Vertreibung der Deutschen aus der Slowakei, in: Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948 (Wien 1997) 111-116; vgl. Dušan Kováč, Vysídlenie Nemcov zo Slovenska (1944-1953), (Praha 2001).

[3002] Dokumentation der Vertreibung IV/1, 166-171; Kováč, Evakuierung, 112f.

lände der Patronenfabrik in Pressburg auf ihre Zwangsaussiedlung warten, wo sie häufig von ehemaligen Partisanen bewacht wurden. Daher versuchten sich nicht wenige Karpatendeutsche aus diesen Lagern von Privaten „herauskaufen“ zu lassen, um bei ihnen als Arbeitskraft besser zu überleben. Manchen gelang auch der Sprung über die „grüne Grenze“ nach Österreich. Die Vorbereitungen für die Zwangsausweisungen liefen erst ab April 1946 an, und die Aktion selbst begann Ende Juli 1946. Immerhin wurden die Auszusiedelnden neu eingekleidet, durften 50 bis 100 kg Gepäck mitnehmen und erhielten 500 bis 1000 RM Bargeld. Insgesamt 27 Transporte zu je etwa 1200 Personen wurden zuerst in die amerikanische, dann auch in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands geführt und endeten dann schon im Oktober desselben Jahres. Nach den Angaben des slowakischen Beauftragtenamtes für Inneres wurden mit den Transporten bis 31. Oktober 1946 32.450 Personen deutscher Nationalität ausgesiedelt.[3003]

Paul Fleischhacker, ein kleinerer Besitzer aus St. Georgen (Svätý Jur) bei Pressburg, war im Februar 1945 in die Umgebung von Aussig evakuiert worden, fuhr jedoch schon am 30. Mai 1945 mit einem Transport in seine Heimat zurück. Sein Haus war jedoch bereits von Slowaken beschlagnahmt, das bewegliche Vermögen gestohlen. Die zurückgekehrten Deutschen wurden in zwei Häusern zusammengezogen und zu Aufräumungsarbeiten eingeteilt. Aus den vorhandenen Betttüchern wurden Armbinden geschnitten, die von den Deutschen immer und überall gut sichtbar getragen werden mussten. Ende Juni wurden die St. Georgener ins Internierungslager Engerau in Marsch gesetzt, das 18 km entfernt lag. Fast drei Monate lang gab es Tag für Tag nichts anderes als Dörrgemüse, das im klaren Wasser gekocht war; nicht einmal Brot wurde von der Lagerleitung zugewiesen. Hunger und Ruhr führten zu einer täglichen Todesrate von bis zu zehn Personen, meist Jugendlichen. Besser war die Verpflegung im Arbeitslager der Patronenfabrik von Pressburg. Erst am 31. August 1946 erfolgte die Aussiedlung nach Korbach/Waldeck.[3004]

Nationalpolitisches Resümee: Ethnische Säuberung

„Wir haben den ewigen Traum von Generationen verwirklicht“, so charakterisierte Innenminister Václav Nosek in seinem Bericht vor dem tschechoslowakischen Parlament am 24. Oktober 1946 die weitgehende Beendigung des „Abschubs der Deutschen“. „Die ganze Geschichte unseres Volkes ist gekennzeichnet vom Kampf gegen das angriffslustige Deutschland, und schon mehrere Male gab es in unserer Geschichte Versuche – den bedeutendsten während der

---

[3003] Kováč, Evakuierung, 114-116; Dokumentation der Vertreibung IV/1, 172-178; Pöss, Karpatendeutsche, 17.

[3004] Maschinenschriftlicher Bericht Paul Fleischhacker aus St. Georgen bei Pressburg, o. D., in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 295f.

Hussitenrevolution –, unsere Länder vom heimtückischen deutschen Feind, der unsere Gastfreundschaft genoss, zu befreien.“ Nun sei die „gründliche, vollständige und radikale Säuberung unserer Länder von den feindlichen nationalen Minderheiten“ gelungen, „von diesen ewigen Feinden und Urhebern der Leiden und Unterdrückung unseres Volkes“. Und: „Unser neues Grenzgebiet“ müsse „zu einem unzerstörbaren Bollwerk gegen alle Stöße der deutschen Eroberung und zu einer Barriere werden, über die der Deutsche niemals mehr in unser Grenzgebiet eindringt“. Nach diesem weit ausholenden, ziemlich einseitigen historischen Exkurs über das deutsch-tschechische Verhältnis vom Großmährischen Reich bis zum Protektorat Böhmen und Mähren gab der Innenminister den Abgeordneten bekannt, dass bisher 2,165.135 Deutsche abgeschoben worden seien, sodass nur mehr etwa 300.000 der im Jahre 1938 3,34 Millionen zählenden Minderheit – „Nachfahren der einstigen deutschen Kolonisten“ – in der Tschechoslowakischen Republik verblieben seien. Mittlerweile seien aber Hunderttausende begeisterte und aufrichtige tschechoslowakische Werktätige ins Grenzgebiet gekommen, wenn auch bislang etliche zu besetzende Stellen, besonders in der Industrie, im Bergbau und in der Land- und Forstwirtschaft, noch vakant seien. Unter großem Applaus des Abgeordnetenhauses schloss Nosek:

> „Doch im Vergleich zur Größe und Bedeutung der historischen Tat, die die Rückführung der verdeutschten Gebiete in die Hände des tschechischen und slowakischen Volkes bedeutet, stellen jegliche Entbehrungen in Wirklichkeit nur einen geringfügigen Preis dar. [...] Wir sind überzeugt, dass mit der Durchführung der Säuberung unserer Republik von ihren inneren Feinden, eine Tat, an die man sich in der künftigen Geschichte unseres Volkes ewig erinnern wird, [...] die besten Voraussetzungen für die weitere glückliche Entwicklung unseres Nationalstaates und für ein sozial gerechtes Leben seines Volkes gegeben sind. Und so wird auch in diesen, uns ehedem fremden Winkeln unseres schönen Vaterlandes in Zukunft aus den Kehlen seiner Bewohner das glückliche und wahrheitsgetreue Bekenntnis gemäß den Worten unserer Hymne erklingen können: ‚Tschechisches Land – meine Heimat‘.“[3005]

Vier Tage später, am 28. Oktober 1946, am tschechoslowakischen Nationalfeiertag, sprachen Staatspräsident Beneš und Ministerpräsident Gottwald bei einer Großkundgebung auf dem Prager Wenzelsplatz. Beneš bezeichnete die Aussiedlung der Sudetendeutschen als „Nemesis, die diese Schädlinge unserer Republik gerechterweise eingeholt“ habe, und fügte in seiner typischen, scheinbar objektiven Diktion hinzu:

> „Ohne Groll und Hass, aber auch ohne Reue, nur von einem gerechtigkeitserfüllten Gefühl durchdrungen, haben wir die Durchführung des Abschubs der Deutschen verfolgt. [...] Von heute an ist unser Staat nicht nur nach dem Recht, sondern auch in Wirklichkeit ein Nationalstaat, ein Staat, der nur den Tschechen und Slowaken gehört.“

[3005] Bericht des Innenministers Václav Nosek in der 17. Sitzung der Verfassungsgebenden Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik vom 24. Oktober 1946, in: Těsnopisecké zprávy o schůzích Ústavodáného Národního shromáždění republiky Československé (Praha 1946).

Und Ministerpräsident Gottwald schloss nahtlos an Nosek und Beneš an:

> „Heute und morgen verlassen die letzten Transporte von Deutschen unsere Republik. Kann es einen schlagenderen Beweis für die Größe des Sieges unserer Nation und unseres Staates über den ewigen Feind geben? Die Beendigung des Abschubs der Deutschen aus der Republik bedeutet gleichzeitig auch den Abschluss unserer nationalen Befreiung, die Beendigung des jahrhundertelangen Kampfes unseres Volkes gegen ein fremdes, feindliches Element, das von außen auf unseren tschechischen Boden eingedrungen war.“[3006]

Ziel der Vertreibung und Zwangsaussiedlung war also die Schaffung eines ethnisch homogenen Nationalstaates gewesen. Nur mit der Trennung von der überwiegenden Mehrheit der Deutschen könne sich die Tschechoslowakei vor einer Wiederholung von „München“ sichern – das war die vorherrschende Überzeugung der tschechischen Exilpolitiker, der Widerstandskämpfer und des Großteils der Bevölkerung. Wurden bis Sommer 1941 vor allem die „aktiven Henlein-Anhänger und Nazis“ sowie die „pangermanische Intelligenz“ für die Vertreibung vorgesehen, so kamen 1942 bereits ein „beträchtlicher Teil der nationalistischen deutschen Bauern“, aber auch ein bestimmter Teil „der dem Nazismus verfallenen deutschen Arbeiterschaft“ hinzu. Schließlich zählten alle Wähler Henleins zu den Schuldigen. Die wechselvolle Geschichte der böhmischen Länder wurde zur „tausendjährigen Erbfeindschaft“ zwischen Tschechen und Deutschen vereinfacht.[3007]

Tatsächlich, zum ersten Mal in der Geschichte der böhmischen Länder bzw. der tschechischen Geschichte seit dem Hochmittelalter stimmten Volk [*lid*], Nation [*národ*] und Heimat [*vlast*] im Wesentlichen überein. Die jahrhundertelange Präsenz der Deutschen in den böhmischen Ländern wurde aus den tschechischen Landkarten entfernt, 64 Städte und Ortschaften mit dem Präfix „Deutsch“ bzw. *Německý* wurden umbenannt, etwa Německý Brod in Havlíčkův Brod. In Prag wurde das „Neue Deutsche Theater“ in *Smetana divadlo* umbenannt, das „Ständetheater“ in *Tylovo divadlo*, das „Deutsche Kasino“ in *Slovanský dům*. Die Deutsche Universität und die Deutschen Technischen Hochschulen in Prag und Brünn wurden am 18. Oktober 1945 durch die Beneš-Dekrete Nr. 122 und 123 geschlossen. Bald verschwanden aber auch tschechische Familiennamen und Institutionen, die an das tschechische Großbürgertum erinnerten, wie das *Baťa*-Geschäftshaus auf dem Wenzelsplatz, das Grand Hotel *Šroubek*, die *Živnostenská banka*, die *Česká spořitelná* und die *Barrandov*-Filmstudios der Familie Havel. Der nationalen „Säuberung“ war also spätestens 1948 eine soziale „Säuberung“ gefolgt.[3008]

Jiří Vančura resümierte bereits 1990 ziemlich nüchtern die Konsequenzen aus der Rechtlosstellung sowie der Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen:

[3006] Rudé právo, 30. Oktober 1946; Klement GOTTWALD, Spisy, Bd. 13 (Praha 1957) 246f.

[3007] Vermerk Staatssekretär Ripka über Besprechung mit Botschafter Bogomolov, London, 4. Juni 1942, in: VONDROVÁ, Češi a sudetoněmecká otázka, Dok. Nr. 90, zitiert nach: BRANDES, 1945, 244-246.

[3008] SAYER, Bohemia, 198, 247f.

1. Der wirtschaftliche Gewinn aus der Enteignung der Deutschen habe die Verluste in der Wirtschaft, die aus der Vertreibung resultierten, nicht wettgemacht.
2. Mit den „Beneš-Dekreten" war in der Gesellschaft des Staates eine „rechtlose Gruppe" eingeführt worden, „der gegenüber geradezu alles erlaubt war". Damit wurde ein Präzedenzfall für weitere Rechtlosstellungen geschaffen: Den Deutschen folgte innerhalb der tschechischen Gesellschaft bald der „Klassenfeind" – die tschechische „Bourgeoisie".
3. Die Vertriebenen wurden als „Revanchisten" weiterhin zur Gefahr deklariert, womit Stalin und die UdSSR als Garanten des status quo auftreten und so ihre Vormachtstellung rechtfertigen konnten.
4. Das „Hauptnegativum" sei aber der Bruch der Moral gewesen, „die Annahme des Grundsatzes der Kollektivschuld, eines eigentlich unmoralischen Grundsatzes…"[3009]

Zwangsumsiedlung nach der Zwangsaussiedlung

Anfang Dezember 1946, nach Ende von Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung von nahezu 3 Millionen Deutschen aus der Tschechoslowakei, blieben in den böhmischen Ländern noch ungefähr 224.000 Personen zurück, die für die Behörden als „Deutsche" galten. Dieser „Rest" an deutscher Minderheit war somit einerseits wesentlich kleiner, als es die Planungen des Exils um Präsident Beneš vorgesehen hatten, andererseits deutlich größer als es viele tschechische Politiker und der Großteil der tschechischen Bevölkerung nach den Beschlüssen von Potsdam und des Alliierten Kontrollrates für Deutschland erhofft hatten, die auf eine restlose Zwangsaussiedlung abzielten.[3010]

Zwei Gründe waren dafür wesentlich verantwortlich: die Unwilligkeit der amerikanischen Besatzungsorgane in Deutschland, im Frühjahr 1947 weitere Massenaussiedlungstransporte aus der Tschechoslowakei wieder aufzunehmen, und der dringende Bedarf der tschechoslowakischen Volkswirtschaft an geeigneten Arbeitskräften für Industrie und Landwirtschaft. Auf Vorlage des Besiedlungsreferenten des Landesnationalausschusses in Prag, Miroslav Kreysa, hatte die tschechoslowakische Regierung bereits am 10. August 1945 eine erste verbindliche Quote von „unabkömmlichen" deutschen Arbeitskräften und Spezialisten festgelegt, wonach im Bergbau etwa 21.000, in der übrigen Industrie etwa 19.000 deutsche Arbeiter zu belassen waren. Und schon im Juli 1945 war im Ministerrat über die Angehörigen von „Mischehen" diskutiert worden, wobei der stellvertretende Ministerpräsident, der National-Sozialist Josef David, vehement die Tschechisierung der Kinder aus diesen „Mischehen" forderte: „Wir sind nicht

---

[3009] Plaschka – Suppan, Einleitung, 18.

[3010] Vgl. zum Folgenden die Prager Dissertation des Schweizers Adrian von Arburg, Zwischen Vertreibung und Integration. Tschechische Deutschenpolitik 1947-1953 (Praha 2004).

so viele, dass wir einfach so auf viele Tausend Kinder verzichten können, die zur Hälfte aus unserem Blut sind“.[3011]

Bereits am 12. April 1946 hatte Präsident Beneš gegenüber dem Verbindungsoffizier der US-Armee beim tschechoslowakischen Generalstab, John H. Fye, seine Vermutung geäußert, dass nach Ende des international geregelten Transfers noch 200.000 bis 300.000 Deutsche in der Tschechoslowakei verbleiben würden.[3012]

Nach einem von der Prager Regierung im März 1946 verabschiedeten – bald jedoch korrigierten – Plan hätten aus volkswirtschaftlichen Gründen bis zu einer halben Million Deutsche in der Tschechoslowakei verbleiben sollen. Unter den Ende 1946 zurückgebliebenen Deutschen machten daher die anerkannten „Spezialisten“ und ihre Familien tatsächlich 57,8 % der vom „Abschub“ befreiten Deutschen aus. In dieser Gruppe stellten die deuschen Ehemänner tschechischer Frauen immerhin einen Anteil von 22,3 %, obwohl 1945/46 auch viele „Mischehen“-Angehörige vertrieben oder zwangsausgesiedelt worden waren. Hier stieß die tschechoslowakische ethnische Trennungspolitik eindeutig auf ihre Grenzen.[3013]

Trotz des Abkommens über den Bevölkerungsaustausch zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei vom 27. Februar 1946 – nach dessen Artikel V aus dem Gebiet der Tschechoslowakei nur so viele Magyaren nach Ungarn umgesiedelt werden sollten, wie Personen slowakischer oder tschechischer Nationalität in Ungarn ein Ansuchen auf Übersiedlung in die Tschechoslowakei gestellt hatten – wurden tschechoslowakische Pläne vom September 1945, magyarische Arbeitskräfte für Wiederaufbau- und Landwirtschaftsarbeiten in die böhmischen Länder umzusiedeln, auch 1946 fortgesetzt. Eine erste Gruppe magyarischer Arbeiter und Arbeiterinnen war bereits im Herbst 1945 verschoben worden, eine zweite Gruppe wurde im Oktober 1946 „angeworben“ und im November 1946 in die böhmischen Länder ausgesiedelt. Selbstverständlich war die Haltung der betroffenen magyarischen Bevölkerung völlig negativ, und auch die ungarische Regierung protestierte gegen die Verletzung des Februar-Abkommens. Leider ist nicht bekannt, ob dabei der Beschluss der Prager Regierung vom 9. August 1946 zur Anwendung kam, nach dem bei der „Reslowakisierung“ bzw. der Aussiedlung nach Ungarn so verfahren werden sollte, dass vor allem „Kollaborateure“ und „Verräter“ sowie Personen aus den Kreisen der Intelligenz, Personen aus der Süd- und Südostslowakei und nicht zuletzt Personen mit einem überdurchschnittlich großen Grundbesitz an die Reihe kommen sollten.[3014]

[3011] Protokolle der Regierungssitzungen, 10.7.1945 und 10.8.1945, in: SÙA, fonds 100/24, sv. 137/138, a.j. 1494; zitiert nach: Arburg, Zwischen Vertreibung und Integration, 67.

[3012] Jaroslav Hrbek (Hg.), Americký dokumente od osdunu Němců z Československa, in: Historie a vojenství 44/5 (Praha 1995) 160.

[3013] Arburg, Vertreibung, 601f.

[3014] Štefan Šutaj, Die ungarische Minderheit in der Slowakei während der Nachkriegsentwicklung, in: Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948 (Wien 1997) 81-87. Im Verlauf des Jahres 1946 waren auch die südmährischen – bis 1919 niederöster-

Erst im Frühjahr 1947 entstanden in der Prager Ministerialbürokratie Konzepte, größere Teile der verbliebenen Deutschen aus den Randgebieten Böhmens, Mährens und Schlesiens auf „urtschechischen Mutterboden" in Innerböhmen und Innermähren umzusiedeln, um sie dort zu „zerstreuen" und zu assimilieren. Und der Regierungsbeauftragte für den „Abschub", Antonín Kučera, betonte vor einer Konferenz der Vorsitzenden der Bezirksnationalausschüsse am 12. Februar 1948, dass die neuen Maßnahmen „die definitive Lösung der deutschen Frage" herbeiführen sollten.[3015] Zur neuen „Deutschenpolitik" gehörte auch, dass alle zurückgebliebenen Prager Deutschen in tschechische Dörfer verschickt werden sollten. Darauf drängte vor allem die neue Prager politische Klasse. Wenn auch die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei eindeutig als Initiator und treibende Kraft dieser Umsiedlungsaktionen hervortrat, so ist die Existenz direkter sowjetischer Direktiven bisher nicht nachgewiesen worden.

Während der Umsiedlungsbürokrat Hora seinem Innenminister Nosek die Globalsumme von 30.000 Deutschen an Zwangsumgesiedelten nannte, kommt von Arburg nach eigenen Berechnungen für die Gesamtdauer der Umsiedlungsaktion zwischen Juni 1947 und Anfang 1949 auf 32.000 bis 40.000 Personen. Daneben gab es besonders zwischen dem Frühjahr 1947 und dem Frühjahr 1948 die Flucht von 5000 bis 10.000 Deutschen über die „grüne Grenze" im Böhmerwaldgebiet nach Bayern und im Jahre 1948 die Deportation von 4700 bis 7000 Deutschen in die Uranbergbaureviere von Joachimsthal (Jáchymov) und Schlaggenwald (Horní Slavkov). Erst nach ihnen wurden dort auch tschechische und slowakische (politische und kriminelle) Häftlinge, sodann deutsche Kriegsgefangene und schließlich (nicht nur deutsche) Retributionshäftlinge eingesetzt.[3016] – Mitte Februar 1949 dürften nur mehr 15.000 bis 20.000 Deutsche als Zwangsumgesiedelte in Innerböhmen und Innermähren geblieben sein, die meist auf Staatsgütern oder in Kolchosen als Hilfskräfte arbeiteten.

Zum erstaunlichsten Phänomen der tschechischen „Deutschenpolitik" gehörte zweifellos die inoffiziell akzeptierte Aussiedlung von über 35.000 Deutschen über die „Nebenevakuierungsstraße" Asch–Hof. Zuerst nur auf Basis eines örtlichen Abkommens der dortigen Grenzwachen organisiert, versuchten die US-Behörden anfänglich dagegen in Prag zu intervenieren. Da die „ausreisenden" Deutschen nicht nur hohe Gebühren erlegen mussten, sondern auch vieler Wertgegenstände entledigt wurden, brachte diese Aktion den tschechoslowakischen Behörden hohen finanziellen Gewinn.[3017]

---

reichischen – Kroaten aus ihren Dörfern Hlohovec (Glogovac), Chárvátská Nová Ves (Nova Ves) und Poštorná (Poštornja) im Feldsberger Gebiet nach Nordmähren umgesiedelt worden. – Franz Palkovits (Hg.), Symposion Croaticon. Gradišćanski Hrvati. Die Burgenländischen Kroaten (Beč – Wien 1974) Karte IV.

[3015] Manuskript der Rede von Antonín Kučera über die „Überführung und Zerstreuung der Deutschen aus den Grenzgebieten", 12.2.1948, Beilage zum Zirkular des Innenministeriums, 18.2.1948, zitiert nach: Arburg, Zwischen Vertreibung und Integration, 14.

[3016] Arburg, Zwischen Vertreibung und Integration, 606-608.

[3017] Arburg, Zwischen Vertreibung und Integration, 609.

Zwischen dem Jahresende 1946 und der jähen Einstellung der vom Roten Kreuz vermittelten letzten großen Gruppenaussiedlung in die neue Bundesrepublik Deutschland im Frühjahr 1951 verließen ungefähr 80.000 Deutsche die böhmischen Länder in Richtung Ausland. Die zurückgebliebenen Deutschen – nun noch etwa 150.000 – hatten oft bereits mehrere unfreiwillige Ortswechsel hinter sich: zuerst aus dem eigenen Haus zur Zwangsarbeit zu einem fremden Hofbesitzer, dann in ein Sammellager, dann in einen fremden Ort in einen landwirtschaftlichen und industriellen Staatsbetrieb. Die kommunistische Machtergreifung im Februar 1948 stellte hiebei keine grundsätzliche Zäsur dar. Der Hauptkonstrukteur der tschechischen Deutschenpolitik, Antonín Kučera, setzte die im Herbst 1947 fixierte Planung bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1949 fort. Erst nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik änderte sich allmählich diese repressive Nationalitätenpolitik. Allerdings lässt sich in einer Verlaufskurve feststellen, dass der Wille der tschechoslowakischen Behörden zur Aussiedlung aller Deutschen seit dem Frühjahr 1948 vom Wunsch der verbliebenen Deutschen zur Aussiedlung übertroffen wurde.[3018]

Erst mit der Verleihung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft an die zurückgebliebenen Deutschen im April 1953 war das menschenrechtswidrige Kapitel von Vertreibung und Zwangsaussiedlung abgeschlossen.

Die Opferbilanz der Sudeten- und Karpatendeutschen

Die Zahl der sudeten- und karpatendeutschen Kriegs- und Vertreibungsopfer wurde nach dem Zweiten Weltkrieg nicht exakt erhoben und beruht daher bis heute lediglich auf Schätzungen, die zum Teil erheblich differieren. Die unterschiedlichen Opferzahlen hängen auch von den unterschiedlichen Definitionen ab, da etwa die meisten tschechischen und slowakischen Publikationen lediglich die namentlich erfassten und gewaltsam zu Tode gekommenen Vertriebenen berücksichtigen, während in den deutschen Opferstatistiken mit Recht auch die Verhungerten und die in Folge von Misshandlungen Verstorbenen – auch wenn deren Tod erst nach dem Überschreiten der Grenzen eingetreten war – geführt werden. Viele Untersuchungen stützten sich auch auf statistische Konstruktionen, die zum Teil „als Mittel zur Ausbildung und Einprägung von Geschichtsmythen“ verwendet wurden. Dies führte und führt nicht nur in der Publizistik, sondern auch in der Geschichtswissenschaft bis heute zu polemischen Diskussionen, die besonders nach 1990 wieder neu aufflammten. Freilich können Zweifel an der Stichhaltigkeit der Berechnungen der sudetendeutschen Vertreibungsverluste in keiner Form zur Rechtfertigung der tschechischen Ausschreitungen gegen die deutsche Bevölkerung und ihrer Zwangsausweisung dienen.[3019]

[3018] ARBURG, Zwischen Vertreibung und Integration, 610-614.

[3019] Jaroslav KUČERA, Statistik auf dem Holzweg: Einige Bemerkungen zu Berechnungen der sudetendeutschen Vertreibungsverluste, in: Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslo-

Das (west)deutsche Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte bezifferte 1957 die Zahl der ungeklärten Fälle mit 225.600 Sudetendeutschen und erklärte dazu, dass diese Zahl annähernd der Zahl der direkten und indirekten Vertreibungsopfer entspreche. Auch Erhebungen des Statistischen Bundesamtes in Bonn aus dem Jahre 1958 berechneten die ungeklärten Fälle in Größenordnungen zwischen 220.000 und 270.000 Personen. Methodisch resultierten diese Zahlen aus einem Vergleich der Ergebnisse der reichsdeutschen Volkszählung vom 17. Mai 1939 – die 3,331.415 Sudetendeutsche ergeben hatte – mit den Mengenangaben über die sudetendeutschen Vertriebenen in den Aufnahmestaaten nach dem Zweiten Weltkrieg. Dabei blieben sowohl der Unterschied zwischen „Berechnung" und „Ermittlung" offen als auch die verschiedenen Todesursachen. Obwohl die Studie eigentlich nur die Zahl derjenigen Personen berechnete, deren Schicksal im Jahre 1950 „ungewiss" war, wurde dieser Personenkreis „etwa" mit dem identifiziert, „der nach Einstellung der offenen Kriegshandlungen in der Tschechoslowakei durch Verfolgung und Vertreibung unmittelbar oder mittelbar ums Leben gekommen ist". Die Gleichsetzung der ungeklärten Fälle mit den Opfern der Vertreibung führte vor allem in der sudetendeutschen Literatur zu ungeprüften Opferangaben in einer Größenordnung zwischen 240.000 und 270.000 Vertreibungsopfern.[3020]

Wesentlich differenzierter wurden die Vertreibungsverluste von der Zentralstelle des Kirchlichen Suchdienstes aufgelistet, die zwischen 1954 und 1963 in der Bundesrepublik Deutschland eine „Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der deutschen Bevölkerung in den Vertreibungsgebieten" durchführte. Der Abschlussbericht unterschied in der Kategorie „bei und als Folge der Vertreibung Verstorbene" zwischen „gewaltsamem Tod", „Selbstmord", „in der Verschleppung verstorben", „in Lagern der Vertreibungsgebiete verstorben" sowie „Todesursache unbekannt" und „Sonstige". Jaroslav Kučera weist darauf hin, dass die „in den Lagern der Vertreibungsgebiete Verstorbenen" eher an dauernder Unterernährung und ansteckenden Krankheiten als gewalttätig ums Leben kamen und dass die in deutschen Internierungs- und Arbeitslagern Verstorbenen nicht als „Vertreibungsverluste", sondern als „Nachkriegsverluste" zu bezeichnen wären. Freilich übersieht Kučera, dass bereits die der Zwangsausweisung vorangegangene Internierung einen Gewaltakt darstellte, der Unterernährung, Krankheit und Tod nach sich zog. Auch die Masse der Selbstmorde entsprang wohl weniger der „Furcht vor Vergeltung" – diese hatten in erster Linie die NS-Funktionäre und ihre Familien zu befürchten – als der Verzweiflung bei Verlust der Heimat, nach schweren Misshandlungen und Vergewaltigungen. Immerhin räumt auch Kučera ein, dass

---

wakei und Ungarn 1938-1948 (Wien 1997) 141-154; vgl. Jaroslav Kučera, Odsunové ztráty sudetoněmeckého obyvatelstva (Praha 1992).

[3020] Statistisches Bundesamt (Hg.), Die deutschen Vertreibungsverluste (Stuttgart 1958) 317-356. Vgl. Alfred Bohmann, Menschen und Grenzen, Bd. 4 (Köln 1975); Fritz Peter Habel, Die sudetendeutsche Frage. Kurzdarstellung und Dokumentation (München ⁴1985).

sich „zwischen den Opfern von militärischen Operationen, von Partisanen- und aufständischen Gruppen und jenen der ersten Vertreibungsaktionen [...] (Nord-, Südmähren, Prag) kaum eine eindeutige Grenze ziehen“ lasse. Jedenfalls ergab das Zahlenmaterial des kirchlichen Suchdienstes 287.169 ungeklärte Fälle und „nur“ 18.889 mit Namen erfasste Todesfälle – davon 5596 gewaltsame Todesfälle, 3411 Selbstmorde, 6615 Todesfälle in Lagern, 1481 an den Folgen der Vertreibung Verstorbene, 705 Verschleppte, 629 auf der Flucht ums Leben Gekommene und 379 Todesfälle mit unbekannter Todesursache.[3021]

Die statistischen Berechnungen der Zentralstelle des Kirchlichen Suchdienstes weisen allerdings mehrere Fehlerquellen auf:

1) Die für 1939 errechnete Ausgangszahl der Sudetendeutschen betrug nicht 3,389.156, sondern nach der Sonderzählung der Volkszugehörigkeit und der Muttersprache 1939 lediglich 3,284.246 Personen.[3022]
2) Ob die Zahl der Lebendgeborenen 1939-1945 tatsächlich 350.000 betragen hat – wie Bohmann errechnete –, muss auf Grund der nach 1941 deutlich gesunkenen Geburtenzahl bezweifelt werden.[3023]
3) Die Zahl der sudeten- und karpatendeutschen Wehrmachtstoten betrug nicht 73.306, sondern – wie die neuen Forschungen von Rüdiger Overmans zeigen – zwischen 180.000 und 190.000 Gefallene in Wehrmacht und SS.[3024]
4) Zwischen Mai 1945 und Juni 1947 stellten 143.000 Tschechen, Slowaken und Angehörige anderer slawischer Völker, die sich seit dem 21. Mai 1938 als „Deutsche“ bekannt hatten, den Antrag auf Zuerkennung der nationalen Zuverlässigkeit.[3025]

Im Jahre 1969 erteilte die deutsche Bundesregierung dem Bundesarchiv in Koblenz den Auftrag, alle vorliegenden Unterlagen im Hinblick auf die bei der Vertreibung verübten Verbrechen auszuwerten und einen Bericht vorzulegen. Der Bericht des Bundesarchivs erwähnte vor allem die während des Prager Aufstandes verübten Tötungen (Erschießen, Erhängen, Erschlagen, Ertränken, Vergewaltigung) durch Revolutionsgarden, Soldaten und Offiziere der tschechoslowakischen Befreiungsarmee, Wachen der Nationalen Sicherheit und den Mob; dann die öffentlichen Exekutionen nach Urteilen improvisierter Volksgerichte in vielen Gemeinden; den „Brünner Todesmarsch“ von etwa 26.000 Greisen sowie Müttern mit kleinen Kindern; die Massenerschießung von 247 Karpatendeutschen in der Nähe des Bahnhofs Prerau am 18. Juni 1945; weiters die Folterungen im berüchtigten Hanke-Lager im Kreis Mährisch-Ostrau; schließlich die Massenausschreitungen in Aussig am 31. Juli 1945. Und der Bericht des Bundesarchivs sprach von 15.000 Opfern des Prager Aufstan-

[3021] Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der deutschen Bevölkerung in den Vertreibungsgebieten, Bd. 3, hg. von der Zentralstelle des Kirchlichen Suchdienstes (München 1965) 471; Kučera, Statistik, 143-152; Staněk, Odsun Němců, 365-372.

[3022] Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, Bd. 1, 14.

[3023] Bohmann, Menschen 4, 214.

[3024] Overmans, Verluste, 160.

[3025] Kučera, Statistik, 150f.

des, von mehreren Tausend Opfern des „Brünner Todesmarsches“, von 600-2700 Opfern der Ausschreitungen in Aussig, von etwa 6000 Opfern in den vielen Gemeinden und von ca. 100.000 Opfern in den zahlreichen Lagern und Gefängnissen, also insgesamt von etwa 130.000 sudeten- und karpatendeutschen Todesopfern.[3026]

Tschechoslowakische Statistiken aus den Jahren 1945 und 1946 führten neben 6667 dokumentierten Selbstmorden „nur“ insgesamt 22.247 sudetendeutsche Todesfälle durch „Gewalt, Fremdeinwirkung und aus ungeklärter Ursache“ an. Die „Deutsch-Tschechische Historikerkommission“ – ebenso wie Tomáš Staněk – kam im Jahre 1997 zum Ergebnis, dass man unter Heranziehung der belegbaren Todesfälle von mindestens 16.000 und höchstens 30.000 sudetendeutschen Vertreibungsopfern ausgehen könne. Freilich blieben auch bei diesen Schätzungen Zehntausende ungeklärte Fälle unberücksichtigt.

Tabelle 22: Kriegs- und Vertreibungsverluste der Sudetendeutschen

1. Zahl der Sudetendeutschen im Jahre 1939:	
a) in den 1938 von der Tschechoslowakei an Deutschland abgetretenen Gebieten (Volkszählung, 17. Mai 1939)	3,004.246
b) im Protektorat Böhmen und Mähren (Schätzung)	260.000
c) im 1938 an Polen abgetretenen Teil des Teschener Gebietes (Schätzung)	20.000
Gesamtzahl der Sudetendeutschen vor Kriegsbeginn 1939	3,284.246
2. Kriegsverluste der Sudetendeutschen 1939-1945:	
a) gestorben ohne Zusammenhang mit dem Krieg	76.527
b) gefallene Soldaten (Schätzung Overmans)	190.000
c) Totenverluste der Zivilbevölkerung (Schätzung)	5.000 bis 10.000
3. Vertreibungsverluste der Sudetendeutschen	30.000 bis 50.000
a) gewaltsamer Tod	
– während des Prager Aufstandes (Schätzung)	5.000 bis 15.000
– in Postelberg (Postoloprty)	773
– auf dem Brünner „Todesmarsch“ (Schätzung)	650 bis 2.500
– in Aussig (Ústí nad Labem)	700 bis 2.700
b) Selbstmorde	6.667
c) in Lagern und Gefängnissen gestorben (Schätzung)	5.000 bis 20.000
d) an den Folgen der Vertreibung gestorben	[unbekannt]

Quellen: Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 550: Amtliches Gemeindeverzeichnis für das Großdeutsche Reich auf Grund der Volkszählung 1939 (Berlin ²1944); Sonderauszählung der Volkszugehörigkeit und der Muttersprache 1939, Bd. 38: Sudetendeutsche Gebiete; Statistisches Jahrbuch des Protektorats Böhmen und Mähren 1941, 285; Die deutschen Vertreibungsverluste, 323-340; Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, Bd. 1, 13-15; Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948, 42-47; Kučera, Statistik, 144-152; Staněk, Verfolgung 1945, 205-212.

[3026] Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 42-47.

Tabelle 23: Kriegs- und Vertreibungsverluste der Karpatendeutschen

1. Zahl der Karpatendeutschen im Jahre 1940:	150.000
a) im Slowakischen Staat (Volkszählung 1940)	130.000
b) in Engerau und Theben (Volkszählung 1939)	6.000
c) in den 1938 an Ungarn abgetretenen Gebieten (Schätzung)	14.000
2. Kriegsverluste der Karpatendeutschen 1939-1945:	
a) gestorben ohne Zusammenhang mit dem Krieg	3.500
b) gefallene Soldaten (in SS, Wehrmacht, slowakischem Heer und Honvéd)	5.000
c) Totenverluste der Zivilbevölkerung:	
– im Slowakischen Nationalaufstand (davon in Glaserhau 181)	500
3. Vertreibungsverluste der Karpatendeutschen	
– in Prerau (Mähren)	247
– in den Lagern Poprad, Nováky und Engerau (Petržalka)	1.000

Quelle: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, Bd. 1, 154-178.

FLUCHT, VERTREIBUNG UND ZWANGSAUSSIEDLUNG DER DEUTSCHEN AUS JUGOSLAWIEN

Völkerwanderungen im größeren Maßstab – ausgelöst durch militärische Operationen – waren im südslawischen Raum nichts Neues gewesen. Bereits der osmanische Vorstoß nach Südosteuropa hatte im 15. und 16. Jahrhundert Hundertausende Südslawen und Albaner in Bewegung gesetzt. Viele orthodoxe Flüchtlingsgruppen (Vlachen, Pribegen, Uskoken, Raitzen) hatten sich – aus den Balkanländern kommend – im 16. Jahrhundert in Kroatien und Slawonien niedergelassen und waren dort von den habsburgischen Kaisern und ihren „Grenzobristen" in einer Militärgrenze gegen die Osmanen angesiedelt worden. Parallel dazu dürften etwa 200.000 Kroaten aus Bosnien nach Dalmatien, Istrien, Slawonien, in die Baranya und Batschka sowie aus Kroatien nach Westungarn gewandert und dort von adeligen Grundherren angesiedelt worden sein. Im Jahre 1690 kamen auf der Flucht vor dem Gegenschlag der osmanischen Heere etwa 40.000 serbische „Seelen" über die Donau in die heutige Vojvodina und wurden dort von kaiserlichen Offizieren vor allem im östlichen Syrmien, in der südöstlichen Batschka und im südlichen Banat angesiedelt. Im 18. Jahrhundert folgten dann starke, von den Habsburgern wie von den ungarischen Ständen geförderte Siedlerströme aus dem Heiligen Römischen Reich, aus Oberungarn und aus Siebenbürgen nach Südungarn, die in der Baranya, Batschka, im Banat und in Syrmien zur Ansiedlung von Hunderttausenden „Schwaben", Magyaren, Rumänen, Slowaken, Rusini und Südslawen führte. Diese auch im europäischen Maßstab beachtliche Neukolonisation schuf jedenfalls in den südungarischen und slawonischen Komitaten bis 1918 multiethnische, multilinguale, multikonfessionelle und multikulturelle Bevölkerungsstrukturen, die durch den Friedensvertrag von Trianon 1920 politisch ziemlich willkürlich getrennt wurden.[3027]

Trotz umfassender Agrarreformen in Jugoslawien und Rumänien, die sich in erster Linie gegen den magyarischen Großgrundbesitz und den Besitz der katho-

[3027] Vgl. Gunter E. ROTHENBERG, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien 1522-1881 (Wien – München 1970); Alexander BUCZYNSKI, Gradovi Vojne krajine, 2 knjige (Zagreb 1997); Drago ROKSANDIĆ, Triplex Confinium ili o granicama i regijama hrvatske povijesti 1500-1800. (Zagreb 2003); Radovan SAMARDŽIĆ [et alii], Kosovo und Metochien (Lausanne 1989); Günther SCHÖDL (Hg.), Land an der Donau (Deutsche Geschichte im Osten Europas 6, Berlin ²2002); Arnold SUPPAN (Hg.), Zwischen Adria und Karawanken (Deutsche Geschichte im Osten Europas 7, Berlin ²2002); Noel MALCOLM, A Short History of Bosnia (London 1994); Noel MALCOLM, Kosovo. A Short History (London 1998).

lischen Kirche gerichtet und partiell zur Ansiedlung von serbischen und rumänischen Kolonisten geführt hatten, waren die vielfältigen städtischen und dörflichen Strukturen der Baranya, der Batschka und des Banats, in Slawonien und Syrmien bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges im Wesentlichen erhalten geblieben. Das bestätigen sowohl jugoslawische Sprach- und Konfessionszählungen als auch offizielle Lageberichte der jugoslawischen Behörden und nicht zuletzt zahlreiche „Heimatbücher“ der Donauschwaben. Immerhin waren aber aus der Vojvodina nach 1918 etwa 33.000 ungarische Beamte und Staatsangestellte, Grundbesitzer und Intellektuelle überwiegend nach Ungarn abgewandert, und 14.345 magyarische Bauern und Landarbeiter hatten serbischen Kolonisten und Kriegsfreiwilligen (*dobrovoljci*) Platz machen müssen. Aus dem gesamten jugoslawischen Staat emigrierten 14.442 Magyaren und etliche Tausend Donauschwaben nach Nordamerika oder Australien, davon über 10.000 aus der Vojvodina. Ihre Positionen nahmen etwa 16.200 serbische Beamte, Staatsangestellte, Militärs, Gewerbeleute und Händler ein, während knapp 20.000 überwiegend serbische Familien auf ungefähr 85.000 Hektar angesiedelt wurden, die vorwiegend dem ungarischen, deutschen, jüdischen, italienischen und kirchlichen Großgrundbesitz enteignet worden waren.[3028]

Am 7. März 1937 beklagte der serbische Historiker Vasa Čubrilović – einer der Attentäter von Sarajevo, der 1914 zu 16 Jahren Kerker verurteilt worden war – in einem Vortrag im Serbischen Kulturklub (*Srpski kulturni klub*) die Erfolglosigkeit des jugoslawischen Staates bei der Zerschlagung des „albanischen Dreiecks“ in Kosovo, Südost-Serbien und Nordwest-Makedonien, das sich zwischen Serbien, Montenegro und Makedonien (= Südserbien) geschoben habe. Čubrilović erinnerte an den „Bevölkerungsaustausch“ zwischen den Balkanstaaten und der Türkei zwischen 1913 und 1923 und verwies auf die vergebliche Kolonisationspolitik des Deutschen Reiches in der Provinz Posen (Poznań). Der künftige Minister in Titos Jugoslawien schlug daher die Massenvertreibung der Albaner durch eine Umsiedlungskonvention mit der Türkei (nicht mit dem benachbarten Albanien!) vor, um das „Arnautenproblem“ ein für alle Mal zu lösen:

> „Unsere Statistiken von 1921 und 1931 […] zeigen, dass die Fruchtbarkeit der albanischen Frauen auch unsere Kolonisationspolitik zunichte gemacht hat. Daraus müssen wir Schlussfolgerungen ziehen und uns beeilen, solange es noch Zeit gibt, eine Korrektur durchzuführen. […] Wenn Deutschland Zehntausende von Juden vertreiben und Russland Millionen von Menschen von einem Teil des Kontinents in den anderen verschieben können, wird es wegen einiger Hunderttausend vertriebener Albaner schon nicht zu einem Weltkrieg kommen.“[3029]

[3028] Kocsis, Ethnic Geography, 146-149; Suppan, Jugoslawien, 668-675, 709-732, 780-785, 891-909; Karte 8. Weitere 112.000 ha waren auf 85.873 Familien aufgeteilt worden, die meist aus der Vojvodina kamen (Serben, Kroaten, Bunjevci, Šokci etc.).

[3029] Vasa Čubrilović, Iseljavanje Arnauta, in: Bože Čović (Hg.), Izvori velikosrpske agresije. Rasprave, dokumenti, kartografski prikazi (Zagreb 1991) 106-124; Sundhaussen, Geschichte Serbiens, 298-300.

Nicht weniger bedeutend sei das Problem der Vojvodina, besonders des „magyarischen Dreiecks“ in der Batschka zwischen Senta, Kula und Bačka Topola. Nach der Aufteilung des magyarischen Großgrundbesitzes seien Zehntausende magyarische landwirtschaftliche Arbeiter übrig geblieben, die heute zu einem guten Teil bei den mittleren Bauern serbischer und deutscher Nationalität arbeiteten. Diese magyarischen Landarbeiter und eine unbedeutende Zahl magyarischer Besitzer, aber auch Deutsche, sollten teilweise in den Süden verwiesen werden, denn in der Batschka, an der Grenze zu Ungarn, seien sie gefährlich, und dies umso mehr, als die Serben in der Batschka nur 25 % der Gesamtbevölkerung umfassten. Unten, in Südserbien, würden sie ihren Besitz gegenüber Albanien behüten und mit ihrer fortgeschritteneren Entwicklung als die serbische Umgebung zu einem staatstragenden Element werden. So müssten auch keine Serben aus der Vojvodina in den Süden umgesiedelt werden.[3030] – Der Vorschlag von Čubrilović sollte also zwei Fliegen mit einem Schlag treffen: Die in die Türkei zu übersiedelnden 40.000 albanischen Familien sollten teilweise durch magyarische Landarbeiterfamilien ersetzt werden, die im Süden mehr Besitz bekämen. Damit könnte der Anteil der Magyaren in der Batschka deutlich reduziert werden, und das vor allem in Grenznähe zu Ungarn. Tatsächlich wurde noch 1938 ein Abkommen zwischen Jugoslawien und der Türkei geschlossen, das eine Umsiedlung von 40.000 muslimischen Familien aus dem Kosovo und Makedonien in die Türkei vorsah, aber infolge des Beginns des Zweiten Weltkrieges nicht mehr zur Durchführung gelangte.

Nach dem Einmarsch der ungarischen Truppen in der Batschka, in der Baranya, in Medjumurje und Prekmurje ab 11. April 1941 veränderte sich die Bevölkerungsstruktur erneut. Abgesehen von der weitgehenden „Ersetzung“ der serbischen (und kroatischen) Beamten und Staatsangestellten durch ungarische wurden zwischen 11. Mai und 20. Juni 1941 auf dem Boden internierter und deportierter serbischer Kolonistenfamilien in der nördlichen und südlichen Batschka 13.200 magyarische Familien aus der Bukowina und 161 magyarische Familien aus der Moldau angesiedelt sowie 481 magyarische „Ritter“(*vitéz*)-Familien – insgesamt 2325 Personen – in der südwestlichen Batschka nahe der Donau. Somit erreichte der Anteil der Magyaren an der Bevölkerung der Batschka in der ungarischen Volkszählung zwischen 11. und 25. Oktober 1941 den Spitzenwert von 45 %, in Szabadka und Újvidék sogar über 50 %.[3031]

Aussiedlungspläne während des Zweiten Weltkrieges

Während des Krieges wurden vor allem deutsche und serbische Aussiedlungspläne für die Vojvodina, deutsche und slowenische Aussiedlungspläne für Slowenien formuliert.

[3030] Čubrilović, Iseljavanje Arnauta, 118.

[3031] Kocsis, Ethnic Geography, 151f.

Bereits in seiner Instruktion über die Ziele der Četnik-Bewegung vom 20. Dezember 1941 sprach Draža Mihailović von der „Säuberung des staatlichen Territoriums von allen nationalen Minderheiten und a-nationalen Elementen“. Dies hätte die Vertreibung von etwa 2,7 Millionen Personen bedeutet, unter ihnen vor allem der Deutschen, Magyaren, Albaner, Rumänen, Bulgaren, Türken und Italiener, aber auch eines Teils der bosnischen Muslime und Kroaten. Vaso Čubrilović sandte am 3. November 1944 ein Memorandum an die neuen kommunistischen Machthaber in Belgrad und empfahl, alle nationalen Minderheiten aus der Vojvodina auszusiedeln, um die ethnische Mehrheit der Serben zu sichern. Nun dachte Čubrilović zuerst an die Deutschen, dann an die Magyaren, auch an die Rumänen, schließlich an die Albaner und Italiener.[3032]

Volksgruppenführer Sepp Janko berichtete am 3. Juli 1943 direkt an Himmler über seine Prüfung der „Bewährungsmitglieder“ der Volksgruppe in Belgrad und im serbischen Raum südlich von Belgrad: Auf die Frage, wer von ihnen als „Deutscher“ angesehen werden könne, versuchte Janko eine Teilung in eine A-, B- und C-Gruppe. Zur A-Gruppe gehörten für Janko Personen, die „charakterlich volkspolitisch einwandfrei, sozial sichergestellt“ seien. Unter der B-Gruppe ordnete er ein: „charakterlich einwandfrei, volkspolitisch unzuverlässig“. Dazu zählte Janko in erster Linie Personen, die eine Mischehe eingegangen seien bzw. aus Mischehen stammten, wobei keine Gewähr für die deutsche Erziehung der Kinder gegeben sei; hieher zählte Janko aber auch Personen aus niederen sozialen Gruppen, die schwer in eine sozial gehobene Stellung gebracht werden könnten. Gruppe C hieß für Janko: „Zu viel serbisches Blut, absolut unzuverlässig, asozial.“ Diese Gruppe sollte endgültig aus der Volksgruppe ausgeschlossen und ihr die Zugehörigkeit zum Deutschtum aberkannt werden. Während Personen der Gruppe A ordentliche Mitglieder der Volksgruppe werden sollten, sollte die Gruppe B ausgesiedelt werden. In diese Gruppe fielen nach Janko 323 Familien mit 1765 Personen sowie 812 Einzelpersonen. Die ins Banat Zuständigen sollten dorthin zu ihren Angehörigen übersiedelt werden, der Großteil aber sollte – nach Janko – ins Reich übersiedelt werden, um ihre Kinder dem Deutschtum zu gewinnen und zu erhalten. Es liege „im deutschen Interesse, dass hier in Belgrad Deutsche leben, die sozial, wirtschaftlich und kulturell aber auch volkspolitisch auf einer entsprechenden Höhe

[3032] Instrukcija Draže Mihailovića, 20. Dezember 1941, in: Zbornik dokumenata i podataka, Bd. XIV, Buch 1, 93-95; Srbija i Albanci. Pregled politike Srbije prema Albancima od 1913. do 1945. godine, hg. von Časopis za kritiko znanosti (Ljubljana 1989) 67-70.
Nach der jugoslawischen Volkszählung von 1931 hatten die „Serbokroaten“ (= Serben, Kroaten, Bunjevci und Šokci) nur in folgenden Bezirken des Westbanats, der Batschka, der Baranja und Syrmiens eine absolute Mehrheit: in Bela Crkva, Ilok, Irig, Kovačica, Novi Bečej, Ruma, Sombor (Stadt), Sremska Mitrovica, Sremska Mitrovica (Stadt), Stara Pazova, Subotica (Stadt), Šid, Titel, Velika Kikinda, Velika Kikinda (Stadt), Zemun (Land und Stadt) und Žabalj. – Die Gliederung der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawien nach Muttersprache und Konfession nach den unveröffentlichten Angaben der Zählung von 1931, hg. von der Publikationsstelle Wien (Wien 1943) 25-86.

stehen und wertmäßig ihrer Umgebung gegenüber überlegen sind. Es geht nicht an, dass die Volksgruppe, wie dies in früheren Jahren der Fall war, hier in Belgrad den Serben einen Hausmeister, Dienstmädchen und Bürodiener abgibt. Diesem aber kann nur durch eine radikale Umsiedlung abgeholfen werden.“[3033]

Die Idee der Aussiedlung von Minderheiten aus der Vojvodina kursierte nicht nur in *Četnici*-Kreisen, sondern wurde – nach dem Zeugnis von Milovan Đilas – auch im Politbüro der Kommunistischen Partei Jugoslawiens mehrfach erörtert. Tito persönlich ordnete die Vertreibung der Deutschen aus Werschetz (Vršac) an, als er auf dem Rückweg aus Moskau über Bukarest zwischen dem 16. und 25. Oktober 1944 die wesentlich von ihnen geprägte Stadt – mit 1931 noch 40,5 % Deutschen – besuchte. Der Minister für die Agrarreform und Kolonisation, Sreten Vukosavljević, bestätigte die Strategie der neuen Regierung, einerseits den Landhunger der Partisanen und ihrer Familien aus den verschiedenen innerjugoslawischen Regionen stillen zu wollen und sich andererseits ihrer Loyalität zu versichern.[3034]

Evakuierung, Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Vojvodina und Slawonien

Unmittelbar nach der Kapitulation Rumäniens und der Kriegserklärung an das Deutsche Reich beauftragte Volksgruppenführer Janko Dr. Awender mit der Ausarbeitung eines detaillierten Evakuierungsplanes für den westlichen Banat, der eine Gesamträumung innerhalb von drei Tagen vorsah. Am 8. September besprach Awender mit allen Bürgermeistern und Ortsgruppenführern den geplanten Ablauf der Evakuierung: Entsprechend den fünf Banater Kreisen waren fünf Marschgruppen vorgesehen, die vom zuständigen NS-Kreisleiter geführt werden sollten; die Marschgruppen waren in Marschkolonnen, diese in Zehnergruppen untergliedert. Jede Kolonne sollte maximal 2800 Personen umfassen, die mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von fünf Stundenkilometern über eine der drei Theißbrücken nach Westen in die Batschka ziehen sollten. Dreißig Marschkolonnen sollten die Theiß bei Titel überqueren, zwölf die Brücke bei Aradac und elf die im Auftrag der Volksgruppenführung errichtete Pontonbrücke bei Neu-Betsche (Novi Bečej). Der Chef des Ergänzungskommandos der Waffen-SS in Groß-Betschkerek (Petrovgrad/Zrenjanin), Johann Keks, hatte einen Verteidigungsplan ausgearbeitet, um den Schutz der Trecks zu gewährleisten. Jede Kolonne sollte durch eine Begleitmannschaft von 50 bewaffneten Dorfangehörigen der Deutschen Mannschaft gegen überraschende Partisanenüberfälle geschützt

[3033] Bundesarchiv Koblenz, Himmler-Akten, Reichssicherheitshauptamt, Telegramm aus Belgrad, Nr. 378, 3. Juli 1943, 23 Uhr, Geheim; vgl. Casagrande, Prinz Eugen, 181.

[3034] Tomasevich, Chetniks, 171-173; Nedeljni telegraf, 25.9.1996, 40-43, 18.9.1997, 43-47; Janjetović, Hitler, 117f., 227, 330.

werden. Die Zweigstelle der Staatsbahndirektion in Groß-Betschkerek stellte für eine rasche Evakuierung zusätzliche Züge für die Strecke Weißkirchen–Groß-Betschkerek–Titel in der Batschka bereit.[3035]

Auf Weisung Hitlers gab Reichsführer-SS Himmler am 13. September 1944 eine „Besonders Eilige Verfügung“ heraus, die Volksdeutschen vor der rasch durch die Walachei in Richtung Banat vorstoßenden Roten Armee in Sicherheit zu bringen. Aus dem rumänischen Banat sollten höchstens 30.000, aus dem serbischen Banat höchstens 80.000 Deutsche evakuiert werden. Nachdem aber die Waffen-SS gemeinsam mit Wehrmacht und ungarischen Truppen bei Temeschwar einen Gegenstoß unternommen hatte, hielt der HSSPF Hermann Behrends eine Evakuierung des serbischen Banats für vorläufig nicht erforderlich. Und als der Kommandeur des V. SS-Gebirgskorps, SS-Obergruppenführer Artur Phleps, im rumänischen Banat weit mehr Personen evakuierte, als Himmler erlaubt hatte, befahl dieser die Einstellung der Räumung und erließ für den serbischen Banat ein strenges Evakuierungsverbot. Ein Gesuch Jankos an den Militärbefehlshaber Serbien, die SS-Division „Prinz Eugen“ vom Timok-Gebiet in den Banat zu verlegen, wurde abgewiesen, da die Division aus militärischen Gründen in den Raum Niš verlegt wurde. In Absprache mit der Reichsjugendführung begann unter dem Begriff „Kinderlandverschickung“ lediglich der Bahntransport aller Schulkinder ins Reich, der die Mehrzahl der Kinder in bereits vorbereiteten Schulen und Heimen unterbrachte, so im Reichsgau Oberdonau (Oberösterreich). Auch für die Evakuierung der Kranken und Hilfsbedürftigen wurde eine eigene Aktion vorbereitet. Die allgemeine Evakuierung aber wurde auf Betreiben des HSSPF Behrends und seines Vertreters in Groß-Betschkerek, SS-Brigadeführer Fiedler, immer wieder hinausgezögert, gegen deren Befehle sich der Volksgruppenführer Janko nicht durchsetzen konnte.[3036]

Als die Panzerspitzen der 2. Ukrainischen Front aus dem rumänischen Banat heraus in der Nacht vom 29. auf den 30. September 1944 bei Modosch (Jaša Tomić) zum Angriff antraten, blieb daher nur mehr eine überstürzte und vielfach individuelle Fluchtbewegung. Lediglich aus Werschetz und Weißkirchen im südöstlichen Banat gelang mit Hilfe der Wehrmacht die rechtzeitige Evakuierung der Deutschen per Bahn und per Schiff nach Belgrad, ebenso aus Pantschowa. So

---

[3035] Josef BEER, Flucht aus dem serbischen Banat und der Bačka, in: Josef Schmidt (Hg.), Die Donauschwaben 1944-1964 (München 1968) 32-53; Bericht DI Hans Kerbel aus Groß-Betschkerek, 6. Oktober 1953, in: Dokumentation der Vertreibung V, 91f.; JANKO, Weg und Ende, 240f.; JANJETOVIĆ, Hitler, 122-125.

[3036] Bericht Stabsarzt Dr. Michael Müller aus Stefansfeld im Banat, 17. Februar 1953, in: Dokumentation der Vertreibung V, 92-95; Bericht Bürgermeister Franz Kneipp aus Kubin, 16. Februar 1958, in: Dokumentation der Vertreibung V, 95-98; WEHLER, Nationalitätenpolitik, 78; Anton SCHERER, Unbekannte SS-Geheimberichte über die Evakuierung der Südostdeutschen im Oktober und November 1944 sowie über die politische Lage in Rumänien, Ungarn, der Slowakei, im serbischen Banat und im „Unabhängigen Staat Kroatien“ (Graz 1990) 9f.; BEER, Flucht, 35-40; JANKO, Weg und Ende, 243-259.

wurden am 30. September alle deutschen Schüler aus Werschetz per Bahn über Pantschowa nach Belgrad gebracht und von dort Anfang Oktober über Neusatz und Budapest bis Passau gefahren, wo sie auf verschiedene Gemeinden und Schulen aufgeteilt wurden. Am 1. Oktober wurden etwa 120 Schulkinder von Kubin (Kovin) mit vier Militärkraftwagen nach Belgrad gebracht und von dort ins Reich transportiert, während die allgemeine Evakuierung nicht mehr zustande kam. Die Deutschen in Belgrad wurden jedoch per Eisenbahn und Schiff noch vor Beginn der Belagerung evakuiert. Erst als die Rote Armee nördlich an Groß-Betschkerek vorbei zur Theiß vorstieß, genehmigte HSSPF Behrends am Abend des 1. Oktober die allgemeine Evakuierung des Banats. Awender veranlasste die fünf Kreisverwaltungen noch telephonisch, die volksdeutsche Bevölkerung zur Flucht zu bewegen. Über die Theiß-Brücke bei Aradac verließ ein Teil der deutschen Bevölkerung von Groß-Betschkerek gemeinsam mit der Volksgruppenführung den Banat, ein Treck von 500 Personen konnte sogar mit Genehmigung der Partisanen Perlas (Perlez) verlassen und über Titel durch die ganze Batschka nach Bezdan und weiter nach Dunaföldvár ziehen, wo er die Donau überquerte und über Ödenburg nach Südmähren gebracht wurde. Ein bis zwei Schlepper fuhren mit Flüchtlingen beladen die Theiß aufwärts und durch den Franzenskanal nach Werbaß (Vrbas), wo am 2. Oktober auch der Krankentransport aus Groß-Betschkerek und der Volksgruppenführer Janko eintrafen. Viele Kranke und Gebrechliche konnten von dort per Bahn nach Wien transportiert werden. Aber bereits am 6. Oktober war der gesamte Banat von der Roten Armee und den ihr folgenden Partisanen besetzt und die Theiß zur Frontlinie geworden. Da zu diesem Zeitpunkt noch etwa 22.000 Mann in deutschen Militärformationen – hauptsächlich bei der Waffen-SS – eingegliedert waren, dürften etwa 85.000 Banater Schwaben von der Roten Armee überrollt worden sein und fielen nun unter die Herrschaft der Partisanen. Nach den geheimen Monatsberichten der Volksdeutschen Mittelstelle für Oktober und November 1944 trafen lediglich etwa 15.000 Banater Schwaben im Reich ein.[3037]

Seit Ende September 1944 mehrten sich Schreckensbotschaften, die deutsche und magyarische Flüchtlinge aus dem rumänischen und serbischen Banat in die Batschka mitbrachten. Die Rotarmisten zögen plündernd und vergewaltigend durch die Dörfer und Städte, die der Roten Armee folgenden Partisanen verübten Massaker an der deutschen und magyarischen Zivilbevölkerung. Aus Rücksicht auf das verbündete Ungarn hielten aber die Volksdeutsche Mittelstelle und die deutsche Volksgruppenführung den Beginn einer rechtzeitigen Evakuierung aus der Batschka viel zu lange zurück. Erst als die Rote Armee an der Theiß stand

---

[3037] Bericht Stabsarzt Dr. Michael Müller aus Stefansfeld im Banat, 17. Februar 1953; Bericht Bürgermeister Franz Kneipp aus Kubin, 16. Februar 1958; Bericht F. S., Gemeindenotär in Perlas, 4. März 1953, in: Dokumentation der Vertreibung V, 92-95, 95-98, 98-101; Wehler, Nationalitätenpolitik, 79; Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien, 67; Scherer, SS-Geheimberichte, 14, 37.

und der Kommandeur des V. ungarischen Armeekorps den ungarischen Behörden in der Batschka befahl, die magyarische Bevölkerung in Sicherheit zu bringen, gab am 7. Oktober auch der Volksgruppenführer Franz Basch – im Einvernehmen mit den SS-Obergruppenführern Otto Winkelmann und Werner Lorenz sowie dem Gesandten Edmund Veesenmayer – die Weisung an den Gebietsführer für die Batschka, Sepp Spreitzer, den Evakuierungsaufruf an die Ortsgruppenleiter herauszugeben. Zuerst sollten die deutschen Gemeinden südlich des Franz-Josephs-Kanals geräumt werden, dann erst die eigentlich früher gefährdeten deutschen Gemeinden nördlich des Kanals. Vom 3. Oktober existierte auch eine genaue Vorschrift, was mitgenommen werden sollte: an Reiseproviant pro Person 15 kg Mehl, 7 kg Fett oder Öl, 7 kg Speck oder Schinken, 3 kg Aufstrich etc.; spezielle Bekleidung, im Besonderen Winterbekleidung; alle Dokumente, im Besonderen Diplome, Schulzeugnisse, militärische Papiere, Sparbücher, Verkaufsabschlüsse und dergleichen. Für jede Gemeinde waren zwei Sanitätswagen vorgesehen, einer für die Kranken, der andere für Medikamente und andere Utensilien.[3038]

Die Evakuierung ging nur schleppend vor sich: Am 9. Oktober verließen die letzten Flüchtlinge auf einigen die Donau aufwärts fahrenden Kähnen die Stadt Neusatz, der Bezirk Kula wurde zwischen 8. und 10. Oktober geräumt, der Bezirk Apatin zwischen 8. und 12., der Bezirk Hodschag (Odžaci) zwischen 9. und 12., der Bezirk Palanka zwischen 11. und 13. Oktober und der Bezirk Sombor bis 15. Oktober. Ein Teil der Donauschwaben gelangte per Schiff nach Mohács, um mit dem Zug über Fünfkirchen nach Ödenburg gebracht zu werden; viele setzten sich mit Bauernwagen und Pferden – einige auch mit Traktoren – in Richtung Nordwesten in Bewegung, um bei Mohács oder Baja die Donau zu überqueren. Als die dortigen Fähren die Überfahrt des Flüchtlingsstromes nicht bewältigen konnten, zog der größere Teil in langen Kolonnen die Donau aufwärts bis zur Donaubrücke bei Dunaföldvár, um von dort in Richtung Ödenburg zu marschieren. Die Versorgung der Flüchtlinge übernahm zum größeren Teil die SS, zum kleineren Teil die Volksgruppe in Ungarn. Als die Grenze nach Österreich gesperrt wurde, stellte die Volksdeutsche Mittelstelle klar:

> „Reichsführer-SS wünscht, dass Volksdeutsche aus der Batschka in das Reich aufgenommen werden“ und nicht auf ungarischem Boden bleiben. Trotz wiederholter sowjetischer Luftangriffe erreichte der größte Teil tatsächlich Ödenburg und wurde per Bahn nach Oberösterreich oder Schlesien weiterbefördert. Die erste Begrüßung in Österreich soll aber nicht überall freundlich gewesen sein: „Was wollt ihr hier; wir brauchen solche Leute nicht; seid Nazi gewesen, deswegen habt ihr gehen müssen!“[3039]

[3038] Josip Mirnić, Die Bačkadeutschen zur Zeit der ungarischen Besetzung 1941-1944, in: Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae 18 (Budapest 1972) 349; Mirnić, Nemci u Bačkoj, 326-328; Scherer, SS-Geheimberichte, 14f.; Verbrechen an den Deutschen, 68.

[3039] Bericht Professor J. P. aus Neusatz, 15. April 1958; Bericht Schriftsetzer Franz Grünwald aus Neusatz, 10. Juni 1958; Bericht Bauer J. Z. aus Kula, 12. April 1958; Bericht Buchhalter Filip Link aus Torschau, 6. Mai 1958, in: Dokumentation der Vertreibung V, 105-128; Beer, Flucht, 49f.; Wehler, Nationalitätenpolitik, 78; Janko, Weg und Ende, 293; Mirnić, Nemci, 327-330.

Als die Panzerspitzen der Roten Armee, gefolgt von den Partisanen, bereits durch die Batschka rollten, war eine geordnete Evakuierung kaum mehr möglich und die Entscheidung zur Flucht praktisch jedem Einzelnen überlassen. NS-Funktionäre und jüngere Leute, die zu Recht ihre Bestrafung seitens der Partisanen fürchteten, flüchteten meist noch im letzten Moment, während sie die ältere Generation und die noch immer eher wenig politisierte Masse der Bevölkerung der Rache der Sieger und einem ungewissen Schicksal überließen. Viele der Zurückbleibenden wollten auch ihren Besitz nicht verlassen und vertrauten auf eine gewisse Unterstützung seitens der südslawischen Bevölkerung. Außerdem hatten manche Geistliche für das Verbleiben in der Heimat plädiert. Ein Apatiner Lehrer fasste die Argumente gegen die Evakuierung zusammen: „Was solle man in Ungarn, wenn das Gebiet doch wieder an Jugoslawien falle? […] Man habe nichts verbrochen, den Serben sei kein Leid geschehen, und die Russen seien auch Menschen, man müsse diese nur gut bewirten […]. Man hätte in Deutschland nur Interesse an unseren Kindern, an unseren Männern und an unserem Wohlstand, an uns keines! Man wusste und fühlte, dass man sich in der Heimat noch lange halten und versorgen könne, dass man aber alsbald hilflos ist, wenn man diese verlasse." – Dennoch dürften etwa 95.000 Volksdeutsche noch rechtzeitig aus der Batschka über die Donau nach Transdanubien geflüchtet sein, während sich noch etwa 26.000 jüngere Männer bei einer deutschen Militäreinheit, überwiegend der SS, befanden. Somit sind etwa 65.000 Schwaben aus der Batschka unter die Herrschaft Titos geraten.[3040]

Noch aus den Kolonnen der Evakuierten und Geflüchteten wurden etwa 12.000 wehrfähige Männer unter 65 Jahren herausgeholt und in die 31. SS-Grenadierdivision, die SS-Division „Batschka", eingegliedert. Diese bestand zwar ausschließlich aus unausgebildeten, schlecht ausgerüsteten und schlecht bewaffneten Batschkadeutschen, bekam aber die Aufgabe, vom rechten Donauufer bei Batina aus einen Übergang der Roten Armee und der Partisanen aufzuhalten. Mitte November erlitt sie schließlich gegen die aus der Vojvodina rekrutierte 51. Division der Volksbefreiungsarmee eine schwere Niederlage, die ihrerseits ebenfalls schwere Verluste hinnehmen musste. Angesichts der schweren Kämpfe an der Donau und der Berichte der aus der Batschka geflüchteten Deutschen machte sich auch die Mehrheit der Deutschen aus der vor 1941 jugoslawischen Baranja auf den Weg nach Nordwesten, sodass nur mehr etwa 5000 zurückblieben.[3041]

Barbara Beiler, deren Ehemann und Sohn auf einem Donauschiff in Deutschland arbeiteten, erlebte im Oktober 1944 die Besetzung ihrer überwiegend donauschwäbischen Heimatstadt Apatin in der nordwestlichen Batschka durch die Rote Armee und „einheimische" Partisanen:

[3040] Bericht Schneidermeister Jakob Engel aus Bulkes, 22. Februar 1958, Bericht Lehrer J. H. aus Apatin, 13. April 1958, in: Dokumentation der Vertreibung V, 117-121, 134-138; Mirnić, Nemci, 331f.; Janjetović, Hitler, 143; Portmann, Vojvodina, 159.

[3041] Mirnić, Nemci, 331f.; Janko, Weg und Ende, 293.

„[…] Schon in den ersten Tagen der russischen Besatzung wurde die Zivilbevölkerung zu Erdarbeiten im nahen Frontabschnitt herangezogen. In meinem Heimatort waren bis Ende November 1944 russische Truppen einquartiert. Während dieser Zeit wurden viele Häuser von Soldaten ausgeplündert und demoliert. Täglich, hauptsächlich in den Abendstunden und nachts, wurde in den Wohnungen eingebrochen, wobei Kleider, Wäsche, Lebensmittel, Wein und insbesondere Wertgegenstände entwendet wurden. Aus den Schränken war alles herausgeworfen, Geschirr zerbrochen, Lebensmittel, Kleider, Möbel: alles lag durcheinander. […] Zahlreiche Vergewaltigungen der Frauen sind während dieser Zeit vorgekommen. Tagsüber hatten russische Soldaten Häuser, in denen junge Frauen und Mädchen wohnten, angekreidet und suchten sie in der Nacht auf. […] Ich war um diese Zeit beim Arzt Dr. Josef Peteny in der Belgraderstr. als Köchin tätig. Er sagte mir gelegentlich, dass er bereits 75 vergewaltigte Frauen in Behandlung hätte. Viele Frauen und Mädchen sind an Geschlechtskrankheiten erkrankt. […]“[3042]

Lediglich in Syrmien und in Ost-Slawonien funktionierte die Evakuierung der Deutschen weitgehend. Dies war vor allem darauf zurückzuführen, dass sich deutsche Truppen aus der Umgebung von Belgrad dorthin zurückzogen und dass ihnen die Rote Armee nicht folgte. Die Partisaneneinheiten allein aber waren noch immer zu schwach, um einen direkten Angriff riskieren zu können. Bereits am 3. September waren in Agram der Gesandte Kasche, der SS-Gruppenführer Kammerhofer, der Volksgruppenführer Altgayer und der Hauptamtsleiter für die Volkswirtschaft, Ferdinand Gasteiger, mit *Ustaša*-Beamten aus Osijek, Vinkovci, Vukovar und Varaždin zusammengetroffen und hatten eine zeitweilige Aussiedlung der Syrmien- und Slawoniendeutschen erörtert. Gasteiger beauftragte daraufhin den Professor der Agramer Universität, Rudolf Ganslmayer, und den Ortsgruppenleiter von Agram, Georg Kren, mit der Ausarbeitung eines Evakuierungsplanes. Bereits bis zum 10. September erhielt Kammerhofer von der Volksdeutschen Mittelstelle die Entscheidungsvollmacht, zuerst alle Kinder mit der Bahn von Esseg nach Wien zu evakuieren, dann die erwachsenen Volksdeutschen in Trecks in Esseg die Drau überqueren zu lassen und über Fünfkirchen (Pécs) südwestlich des Plattensees in Richtung Neusiedlersee zu führen. Allerdings war diese Evakuierung vorläufig nur „bei ernster Gefahr“ vorgesehen, d. h. für den Fall, dass die Banater Deutschen vor der Roten Armee zu flüchten beginnen oder die Angloamerikaner an der dalmatinischen Küste landen. Nachdem Himmler am 13. September seine „Besonders Eilige Verfügung“ erlassen hatte, liefen die Evakuierungsvorbereitungen unter dem Decknamen „Heimatnot“ an. Die Ortsgruppenleiter und die Ortsheimwachtführer erhielten genaue Instruktionen, alle Wagen, die besten Pferde, Autos und Fahrräder bereitstellen und sie mit bestimmten Nahrungsmitteln, Bekleidung, Geschirr, Seifen, medizinischem Material, Werkzeug, Ernteerträgen und Futter beladen zu lassen sowie die genauen Orte zu bestimmen, an denen sich die Wagenkolonnen sammeln sollten. Nur die Kinder, die älteren Leute und die Kranken sollten fahren dürfen, die erwachsene Bevölkerung neben den Wägen mitmar-

[3042] Maschinenschriftlicher Bericht der Frau Barbara Beiler aus Apatin (Batschka, Jugoslawien) vom 28. Jänner 1947 (mit eigenhändiger Unterschrift), in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, Dok. 41, 306-310, hier 306f.

schieren. Die Kolonnen wurden in Gruppen mit fünf bis sechs Wägen aufgeteilt und von der Heimatwacht beschützt.[3043]

Nachdem der SS-Gruppenführer Kammerhofer am 3. Oktober – also vier Tage vor dem Volksgruppenführer Basch für die Batschka (!) – die Evakuierung freigegeben hatte, begann noch am selben Tag die Räumung der ersten Zone in Syrmien östlich der Linie Sremska Mitrovica–Banoštar. Die ersten Trecks machten sich bereits am 4. Oktober um 9 Uhr früh von Novi Slankamen aus auf den Weg in Richtung Westen, Franztal bei Semlin wurde am 5. Oktober evakuiert (die Bauern fuhren mit den Trecks, die Gewerbetreibenden und Arbeiter kamen mit dem Zug nach), der ganze Bezirk Semlin mit Neu-Pasua (Nova Pazova) und Novi Banovci am 6. Oktober; am 9. Oktober machten sich die Deutschen von Inđija auf den Weg. Nach zwei Wochen war die Räumungszone I evakuiert. Die Evakuierung der Räumungszone II (östlich der Linie Vukovar–Vinkovci–Vrpolje) wurde am 13. Oktober angeordnet, am 17. Oktober verließ der erste Treck Ruma, am 22. Oktober Vinkovci. Am selben Tag wurde die Räumung der dritten Zone befohlen, die bis 7. November abgeschlossen wurde. Die Trecks aus den beiden ersten Räumungszonen wurden weitgehend nach Oberösterreich geleitet, die Trecks aus der dritten Räumungszone über Körmend und Fürstenfeld in die Steiermark. So konnten – mit Untersützung der Wehrmacht und weitgehend ungestört von den Partisanen – etwa 90.000 „Volksdeutsche" aus Syrmien und dem östlichen Slawonien in überwiegend geschlossenen und geordneten Trecks das Gebiet des Unabhängigen Staates Kroatien verlassen und noch vor Kriegsende in Österreich und Süddeutschland eine neue Heimat finden. Lediglich rund 5000 Deutsche – mehrheitlich Stadtbewohner – blieben meist freiwillig in Syrmien zurück, etwa 10.000 im östlichen Slawonien; 28.000 jüngere Männer dienten noch bei deutschen Militäreinheiten, meist in der SS, 15.000 jüngere Männer und Frauen verrichteten Arbeitsdienst im Deutschen Reich.[3044]

Obwohl das Präsidium des AVNOJ bereits am 21. November 1944 die totale Enteignung der Deutschen in Jugoslawien beschlossen hatte, äußerte sich die neue jugoslawische Regierung unter Marschall Tito relativ spät über ihre Pläne zur Vertreibung und Aussiedlung aller Deutschen. Portmann vermutet, dass der Anstoß zur Vertreibung bzw. Zwangsaussiedlung vom Bundesminister für Kolonisation, Sreten Vukosavljević, ausging, der als Verfechter einer traditionellen serbischen Bevölkerungspolitik galt. Erst am 11. Juni 1945 tat das Präsidium des Ministerrates in einer bezeichnenden Argumentation kund:

> „Die Regierung Jugoslawiens ist der Auffassung, dass die sich innerhalb der Grenzen Jugoslawiens befindlichen Deutschen ausgesiedelt und nach Deutschland überführt werden müssen,

[3043] Wehler, Nationalitätenpolitik, 77; Oberkersch, Die Deutschen, 432-435; Janjetović, Hitler, 157-165.

[3044] Bericht Hebamme Maria Hekli aus Franztal, 20. April 1958, in: Dokumentation der Vertreibung V, 101-105; Oberkersch, Die Deutschen, 435-440; Sundhaussen, Die Deutschen, 343; Janjetović, Hitler, 158-174. Einige Trecks wurden bis Schlesien weitergeleitet, wo sie im Winter 1944/45 vor der Roten Armee flüchten mussten.

sobald dafür günstige technische Voraussetzungen geschaffen werden. Wir haben das Recht auf diese Aussiedlung, da

– die Deutschen, die sich heute in Jugoslawien befinden, vom deutschen Eroberer auf dem Boden kolonisiert wurden, das den Jugoslawen gehört;

– die deutsche Minderheit seit dem Tag der Ansiedlung in unserem Land und bis heute gegen die Interessen der Völker Jugoslawiens arbeitet, indem sie sich in den Dienst des deutschen Imperators stellt. Dies äußerte sich im besonderen während dieses Krieges, als sie mit allen Mitteln aktiv gegen unsere Armee und unsere Volksbefreiungsbewegung überhaupt gekämpft hat;

– die deutsche Minderheit während dieses Krieges so viele Verbrechen an den Völkern Jugoslawiens verübt hat, dass ihr weiteres Verbleiben innerhalb Jugoslawiens den Aufbau unseres Staates behindern würde.“[3045]

Bemerkenswert ist einerseits die bewusste Vermischung von verdrehten historischen und aktuell-politischen Begründungen, andererseits die Zuordnung der Rolle eines Sündenbocks für die Kriegsverbrechen in Jugoslawien an die deutsche Minderheit. Über diese grundsätzliche politische Linie der Belgrader Regierung informierte etwa die „Landeskommission für die Repatriierung der Deutschen“ (sic!) des Innenministeriums des Föderativen Staates Kroatien auch die Volkskommissionen der Kreise und Bezirke.[3046]

Als bereits die Potsdamer Konferenz der drei Siegermächte tagte, verfasste das jugoslawische Außenministerium ein Memorandum für das Präsidium des Ministerrates, in der Hoffnung, dass „spätestens bis zur Friedenskonferenz und vielleicht auch eher die Frage unserer deutschen Minderheit in internationale Relationen gestellt wird“. Deshalb sei es unumgänglich, „unseren Standpunkt zu dieser Frage genau zu erläutern“:

„Wenn wir den Deutschen unsere Staatsbürgerschaft aberkennen wollen, müssen wir folgende Fragen beantworten:

a. Wen halten wir für Deutsche, besonders in Bezug auf Österreicher.

b. Werden wir die Staatsbürgerschaft allen Deutschen oder nur einer bestimmten Kategorie aberkennen, und mit welchen Ausnahmen (z. B. Partisanenkämpfer, Mischehen).

In den Friedensvertrag muss deshalb eine Klausel über die Pflicht Deutschlands hinzugefügt werden, die Staatsbürgerschaft jenen Personen zu verleihen, die wir für Deutsche halten (eventuell auch Österreicher) und denen wir unsere Staatsbürgerschaft aberkennen. Das ist notwendig, damit es später nicht zu Schwierigkeiten bei der Aussiedlung dieser Menschen kommt [...].

[3045] ASCG, fond 50, fasc. 35, br. 73, zitiert nach: Geiger, Volksdeutsche, 221; Vertraulicher Brief des Präsidiums des Ministerrates der DFJ an das Außenministerium und das Sozialministerium, 11. Juni 1945, ASCG, fond 50, fasc. 35, br. 703, zitiert nach: Portmann, Vernichtung, 326f.

[3046] Zemaljska komisija za repatrijaciju Nijemaca pri Ministarstvu unutrašnjih poslova Federativne države Hrvatske, Nr. 1/45: Nijemaca naših državljana repatrijacija (iseljenje Nijemaca), Zagreb, 7. VII. 1945, Hrvatski Državni Arhiv, Zagreb, ostavština Svetozar Ritig, kt. 1, fasc. 5, „Protjerivanje Nijemaca iz FNRJ“, zitiert nach: Geiger, Volksdeutsche, 221.

Vor der Friedenskonferenz müssen wir unseren Standpunkt darüber bestimmen, wie wir mit Deutschen und besonders mit Österreichern verfahren, die sich auf den uns anzuschließenden Territorien befinden [...].“[3047]

Dieses Positionspapier erlaubt eine ganze Reihe von Rückschlüssen:

1. Die jugoslawische Regierung hatte – etwa im Unterschied zur tschechoslowakischen – bis Anfang Juni 1945 noch keinen Standpunkt zum Umgang mit der deutschen Minderheit unter internationalen Gesichtspunkten erarbeitet.
2. Die jugoslawische Regierung hatte bis zu diesem Zeitpunkt die Frage der deutschen Minderheit auch noch mit keiner Siegermacht erörtert, vermutlich nicht einmal mit den in Belgrad akkreditierten Botschaftern der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens.
3. Die Frage der Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit war trotz des AVNOJ-Beschlusses vom 21. November 1944 und der „Auslegung“ vom 8. Juni 1945 noch keineswegs endgültig entschieden, wie auch die Diskussionen um das Wahlrecht und die Staatsbürgerschaft im August 1945 zeigen sollten.
4. Auch die Frage der Abgrenzung zwischen „Volksdeutschen“, „Deutschen“ und „Österreichern“ war noch keineswegs geklärt.
5. Deutschland und Österreich sollten aber in künftigen Friedensverträgen dazu verpflichtet werden, alle Personen, die Jugoslawien für „Deutsche“ oder „Österreicher“ hält, aufzunehmen und ihnen – nach Aberkennung der jugoslawischen Staatsbürgerschaft – die deutsche bzw. österreichische Staatsbürgerschaft zu verleihen, um eine allfällige Rückkehr auszuschließen.

Tatsächlich bereitete letztere Frage Jugoslawien im Sommer 1945 das größte Problem. Denn die alliierten Besatzungsmächte in Österreich – hier vor allem die sowjetische und britische – und Deutschland wiesen geflüchtete und vertriebene Volksdeutsche, die sie für jugoslawische Staatsbürger hielten, teilweise ab und zwangen sie zur Rückkehr nach Jugoslawien, manchmal sogar in großer Zahl. Hauptmotiv für die Besatzungsmächte war vor allem die kritische Ernährungslage in Österreich und Deutschland, die etwa die österreichische Regierung dazu veranlasste, bei den Alliierten Einspruch gegen die weitere Aufnahme von Flüchtlingen zu erheben und auf einer dringenden Schließung der Grenze zu bestehen.[3048]

Daher vertrat Minister Vukosavljević gegenüber dem Präsidium seines Ministerrates folgenden Standpunkt:

„[...] Wenn sich einer dieser Deutschen zur Repatriierung [nach Jugoslawien, Anm. Suppan] meldet, wird sein Antrag angenommen und er über Ungarn zu uns zurückgewiesen. Damit sich nicht eine größere Anzahl von Deutschen in die Vojvodina infiltriert oder die Zahl der Deutschen an unserer ungarischen Grenze wächst, bin ich der Meinung, dass wir die sowjetischen Militärbehörden und die Behörden westlicher Alliierter davon in Kenntnis setzen müssen und

[3047] ASCG, fond 50, fasc. 35, br. 73, zitiert nach: Geiger, Volksdeutsche, 221f.

[3048] Dušan Nećak, O problemu „razseljenih oseb“ (D.Ps) in jugoslovanskih „Volksdeutscherjev“ v Avstriji ter o britanski ideji njihove zamjenjave s koroškimi Slovenci (1945-1947), in: Zgodovinski časopis 50/4 (Ljubljana 1996) 561-564.

sie bitten, dass sie diese Deutschen nicht mehr in unser Land zurückschicken. Derweilen sollten unsere Behörden darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie streng darauf achten, dass diese Deutschen nicht in unser Land gelangen.“[3049]

Offensichtlich war aber die jugoslawische Regierung im Juli 1945 nicht gewillt, die drei in Potsdam verhandelnden Siegermächte zu ersuchen, auch die Frage der jugoslawischen Volksdeutschen in ihre Überlegungen zum „Transfer“ der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn einzubeziehen. Die Motive für diesen jugoslawischen „Sonderweg“ sind bis heute nicht bekannt. Vielleicht wollte die jugoslawische Führung die verbliebenen Volksdeutschen als Zwangsarbeiter zurückhalten, dann hätte man aber schon im Sommer 1945 die „Todeslager“ auflösen müssen, in denen überwiegend Frauen, Kinder und alte Leute dahinvegetierten. Oder Tito und sein Politbüro wollten mit der vorläufigen Nicht-Aussiedlung der internierten Donauschwaben einmal mehr eine gewisse Selbständigkeit gegenüber den Alliierten hervorkehren. Wie auch immer, die Bezirks- und Stadtvolksausschüsse erhielten im Sommer 1945 die Anweisung, ihre Entscheide über die Konfiszierung und Verstaatlichung des Eigentums der Volksdeutschen und deren Vertreibung nach Deutschland oder Österreich mit dem Vermerk zu versehen: „Solange keine Möglichkeiten für deren Transport existierten, werden diese in Lagern zur Zwangsarbeit interniert.“[3050]

Ausgenommen von diesen Verfolgungsmaßnahmen der Enteignung, Vertreibung – euphemistisch „Repatriierung“ genannt – oder Lagerinternierung blieben nur jene Volksdeutschen, die entweder ihre Teilnahme am Partisanenkampf oder dessen Unterstützung beweisen konnten, bzw. Personen mit deutschen Familiennamen, die beweisen konnten, dass sie sich während des Weltkrieges nicht als Deutsche deklariert hatten. Auch Volksdeutsche aus Mischehen wurden verschont, vor allem Frauen, die mit südslawischen Männern verheiratet waren. Die Abteilung für Repatriierung des jugoslawischen Ministeriums für Sozialpolitik fasste in einem Schreiben an das Präsidium des Ministerrates seinen kompromisslosen Standpunkt gegenüber rückkehrwilligen Volksdeutschen zusammen:

„Den zusammen mit der faschistischen [recte: nationalsozialistischen, Anm. Suppan] Besatzungsmacht geflüchteten Personen deutscher Nationalität, ehemaligen jugoslawischen Staatsbürgern, bleibt die Rückkehr in unser Land versagt. Auch die Staatskommission für die Repatriierung beschloss unter Zustimmung des Präsidiums des Ministerrates des DFJ und des Außenministeriums das Rückkehrverbot für diese Peronen, mit Ausnahme derjenigen, die beweisen können, dass sie während des Krieges und der Okkupation unseres Landes aktiv an unserer Bewegung teilgenommen haben.“[3051]

Die britische Besatzungsmacht in Österreich hatte bereits im Juli 1945 Transporte aus den slawonischen Lagern Josipovac und Valpovo nach Österreich abgewiesen. Ab September 1945 versuchte die jugoslawische Regierung, größere

[3049] ASCG, fond 50. fasc. 35, br. 73, zitiert nach: GEIGER, Volksdeutsche, 222.

[3050] Vladimir GEIGER (Hg.), Radni logor Valpovo 1945-1946. Dokumenti (Osijek 1999) 10.

[3051] ASCG, fond 50, fasc. 35, br. 73, zitiert nach: GEIGER, Volksdeutsche, 223.

Gruppen von Deutschen aus der Untersteiermark über die slowenische Grenze nach Österreich abzuschieben, ebenso aus der Vojvodina über die ungarische Grenze nach Österreich loszuwerden. Manchmal wurden solche Bahntransporte in der Nähe einer Bahnstation abgestellt, ohne die Deportierten ausreichend mit Wasser und Lebensmitteln zu versorgen. Vor allem Kleinkinder und kranke Leute überstanden solche Torturen nicht. Aleta Brownlee, die Leiterin der IRO-Abteilung für Kinderwohlfahrt in Österreich, hielt fest, dass die von der Familie getrennten oder verwaisten Kinder aus Jugoslawien alle dieselbe Geschichte erzählten:

> „Sie wurden von der jugoslawischen Regierung in Lagern für Volksdeutsche interniert; ihre Väter waren in der Wehrmacht gewesen und jugoslawische oder russische Kriegsgefangene, sofern sie noch lebten. Die Frauen und Kinder waren in die Lager gekommen; die Frauen arbeiteten, solange sie konnten; wenn sie krank oder zu alt zum Arbeiten wurden, verhungerten sie langsam. Manchmal half jemand den Kindern; den Wachen war es anscheinend oft egal, ob sie flüchteten oder nicht; sie krochen unter dem Zaun durch und kamen auf verschlungenen Wegen meist durch Ungarn nach Österreich.“[3052]

Die jugoslawische Regierung, die 1945 einen Teil der Deutschen offensichtlich noch als Zwangsarbeiter verwenden wollte, trat erst am 19. Jänner 1946 in einem Aide-Mémoire über den „Transfer der restlichen deutschen Minderheit aus Jugoslawien nach Österreich“ an die Botschafter der Alliierten in Belgrad heran. Da die Berufung auf das Potsdamer Protokoll seitens Jugoslawiens nicht den alliierten Abmachungen von 1945 entsprach und da die Massen der aufzunehmenden Deutschen auch die Alliierten verunsicherten, lehnten die amerikanischen Behörden ab. Die britische Botschaft in Belgrad, die offensichtlich von den schrecklichen Lagerbedingungen Kenntnis erhalten und in London hinsichtlich einer Aussiedlung der Deutschen nachgefragt hatte, erhielt Ende Jänner 1946 vom Foreign Office eine klare Positionsbestimmung:

> „We agree that probably the only course of action likely to alleviate the lot of those people would be their eventual transfer to Germany or Austria. But given the great influx of refugees into Germany and the very critical food situation in both countries, it is certain that the control authorities would be most reluctant to add to their already heavy commitments.“[3053]

Das jugoslawische Innenministerium war im Jänner 1946 von 117.485 internierten Donauschwaben ausgegangen, die ausgesiedelt werden sollten. – Die Jugoslawische Militärmission in Berlin nannte dem Alliierten Kontrollrat eine Zahl von 130.388 „Volksdeutschen“. – Bei Annahme des Antrags wollte die Belgrader Regierung die Transporte innerhalb von 15 Tagen durchführen. Das Innenministerium legte dem Präsidium des Ministerrats auch einen Vorschlag zur Finanzierung der Aussiedlung vor, nach dem die Verwaltung der Staatsgüter 50 Millionen Dinar, die

---

[3052] Douglas, „Ordentliche Überführung“, 159f., 312f.

[3053] Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien, 221; Foreign Office an brit. Botschaft in Belgrad, London, 31. Jänner 1946, PRO, FO 371/55525, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 143.

Eisenbahnverwaltung eine Million Dinar übernehmen sollten. Der Generalsekretär des Ministerrats forderte sogar einen Kredit im Finanzministerium an, da „in kürzester Zeit mit der Aussiedlung der Deutschen aus unserem Lande begonnen wird“. Der Alliierte Kontrollrat für Deutschland verschob jedoch in seiner Sitzung vom 26. März 1946 die geplante Überführung der deutschen Minderheit aus Jugoslawien auf unbestimmte Zeit – und zwar auf Vorschlag des sowjetischen Vertreters. Die jugoslawische Regierung vermutete ein Veto der Westmächte und ersuchte im Juli 1946 über das Außenministerium die sowjetische Regierung um Erlaubnis, rund 110.000 „Volksdeutsche“ in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands abzuschieben. Jetzt antwortete auch Moskau deutlich abschlägig und lieferte folgende Begründung, die das jugoslawische Außenministerium zusammenfasste:

> „Die Alliierten konnten ihren Verpflichtungen bei der Übersiedlung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nicht nachkommen und haben die Übersiedlung der Deutschen nach Westen gestoppt und werden sie nicht mehr erlauben. Der sowjetische Marschall Sokolovskij und der politische Berater der Sowjetischen Kontrollkommission Semjonov melden, dass 15 Prozent der bisherigen Übersiedlungen nicht gelungen sind und dass es keinen Platz für die Unterkunft gibt. Der Empfang neuer Übersiedler würde auf große Schwierigkeiten stoßen. Die diesjährige Ernte in den östlichen Gebieten Deutschlands ist niedriger als die letztjährige und die Ansiedlung neuer Kontingente würde auf große Schwierigkeiten bei der Ernährung stoßen.“[3054]

Spätestens seit dem Sommer 1946 dürften daher die jugoslawischen Behörden zur Ansicht gelangt sein, dass die Frage der Zwangsaussiedlung der deutschen Minderheit „auf legale Weise“ nicht zu lösen sei, und sie begannen daher die Flucht donauschwäbischer Lagerinsassen aus grenznahen Konzentrationslagern nach Ungarn zu tolerieren. Dennoch mussten in den Arbeits- und Todeslagern der Vojvodina etwa 110.000 Donauschwaben auch noch den strengen Winter von 1946/47 überstehen, bevor sich die Lagerverwaltungen – offensichtlich unter dem Druck eines amerikanischen Hilfskomitees, einer päpstlichen Aktion und des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Stuttgart – ab Frühjahr 1947 dazu entschlossen, stillschweigend die Flucht der Donauschwaben aus den grenznahen Lagern nach Ungarn zu beschleunigen, von wo sie nach Österreich weitergeschleust wurden. Auf der Konferenz der stellvertretenden Außenminister in London zwischen dem 14. Jänner und dem 25. Februar 1947 zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland und eines Staatsvertrages mit Österreich unternahm die jugoslawische Regierung einen neuerlichen Anlauf zur Lösung des „Deutschenproblems“. Der jugoslawische Delegierte Mladen Iveković überreichte ein Memorandum, in dem die Übernahme von rund 100.000 „Volksdeutschen“ seitens Deutschlands gefordert wurde. Da auch diese Initiative keinen diplomatischen Erfolg zeitigte, ließ Innenminister Ranković weitere Fluchtaktionen zu und rechnete am 14. Mai 1947 bereits mit etwa 11.000 allein seit Jahresbeginn nach Ungarn geflüchteten Do-

[3054] Schreiben des jug. Außenministeriums (S. Prica) an das Präsidium des Ministerrates der FNRJ, Belgrad, 20. September 1947, ASCG, F-50, 35/980, zitiert nach: Portmann, Vernichtung, 332f.; Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung“, 144.

nauschwaben. Als die ungarische Regierung protestierte und die Rücknahme der Geflüchteten forderte, empfahl Ranković seinen Grenzposten ein Doppelspiel:

> „[…] alle sind mit unserem Wissen und stillschweigender Duldung geflüchtet. Aber wir geben [dies, Anm. Suppan] nicht zu, trotz der Meldung an die ungarischen Grenzposten, dass wir sie zurücknehmen werden. Unsere Erklärung ist, dass es sich um Deutsche handelt, die anlässlich der Befreiung des Landes vor unserer Armee geflüchtet sind.“[3055]

Noch im August 1947 lehnte die sowjetische Regierung einen neuerlichen jugoslawischen Antrag ab, die „restlichen“ 110.000 Volksdeutschen in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands abzuschieben. Daher fasste das Belgrader Außenministerium für das Präsidium des Ministerrates und das Innenministerium die Lage folgendermaßen zusammen:

> „In Bezug auf die negative Antwort der sowjetischen Regierung und dem bekannten negativen Standpunkt der westlichen Mächte hinsichtlich der Aussiedlung unserer deutschen Minderheit, ist eine legale Lösung dieser Frage in absehbarer Zeit nicht in Sicht, obwohl sie vor dem Kontrollrat in Berlin und bei den Friedensverhandlungen mit Deutschland erneut aufgegriffen werden kann. Davon können jedoch praktische Ergebnisse kaum erwartet werden.“[3056]

Erst Ende 1947 stoppten daher die jugoslawischen Behörden die geduldete Fluchtbewegung und lösten die Konzentrationslager bis März 1948 auf. Die (wenigen) Arbeitsfähigen wurden auf Staatsgütern und in landwirtschaftlichen Arbeitsgenossenschaften eingesetzt, jüngere Männer auch in Bergwerken. Ab 1949 konnten Jugoslawien-Deutsche wieder die jugoslawische Staatsbürgerschaft beantragen, da sie bis dahin als staatenlos galten. Etwa 45.000 sollen dieses „Angebot“ angenommen haben.[3057]

Trotz der internationalen Schwierigkeiten mit der Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Vojvodina wurde der Großteil der Slowenien- und Slawoniendeutschen noch in den Jahren 1945 und 1946 nach Österreich abgeschoben, so dass die jugoslawische Volkszählung vom 15. März 1948 nur mehr 55.337 Angehörige der deutschen Minderheit erfasste. Im Jänner 1948 wurden hingegen in Österreich bereits 139.539 Jugoslawien-Deutsche gezählt, in der Bundesrepublik Deutschland zum 13. September 1950 rund 147.500; in der DDR rechnete man mit etwa 15.000 Jugoslawiendeutschen.[3058] Erstaunlicherweise tauchten aber in der jugoslawischen Volkszählung von 1953 wiederum 69.536 Deutsche und 1459 Österreicher auf. Offensichtlich hatten 1948 viele noch in Jugoslawien verbliebene Deutsche ihre ethnische Identität bewusst verborgen und sich als Angehörige der magyarischen, kroatischen, slowenischen oder serbischen Nationalität ausgegeben. Zu den Verbergungsstrategien gehörten auch die Slawisierung oder

---

[3055] Dokumentation der Vertreibung V, 468; Depesche IMer Ranković an Mrazović, 14. Mai 1947, ASCG, F-507, II D/278, zitiert nach: Portmann, Vernichtung, 333f.

[3056] ASCG, fond 50, fasc. 35, br. 73, zitiert nach: Geiger, Volksdeutsche, 223.

[3057] Problemi Folksdojčera, [Juni 1952], in: Arhiv Josipa Broza Tita, KMJ-I-2a/9.

[3058] Dokumentation der Vertreibung V, 90E-118E.

Magyarisierung der Vor- und Familiennamen und die Verwendung der serbischen, kroatischen, slowenischen und/oder ungarischen Sprache im Alltag. Schließlich lebte eine größere Zahl der verbliebenen Deutschen auch in ethnisch gemischten Ehen. In der jugoslawischen Volkszählung vom 31. März 1971 bekannten sich schließlich 12.785 zur deutschen, 852 zur österreichischen „Nationalität“, davon: in der Vojvodina 7243 zur deutschen und 38 zur österreichischen Nationalität, in Kroatien 2791 zur deutschen und 352 zur österreichischen Nationalität, in Slowenien 422 zur deutschen und 278 zur österreichischen Nationalität.[3059]

Erst die Beendigung des Kriegszustandes mit der Bundesrepublik Deutschland im Jänner 1951 und mit Österreich im August 1951 ermöglichte ein Programm der Familienzusammenführung über das Rote Kreuz. Nach dem Abkommen zwischen Bonn und Belgrad im Jahre 1952 wurden die Umsiedlungen erleichtert. Und am 1. Dezember 1953 bzw. am 12. März 1954 erfolgte ein Notenaustausch zwischen Jugoslawien und Österreich über die Entlassung von Volksdeutschen aus der jugoslawischen Staatsbürgerschaft und die Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft. Demnach konnte nun die österreichische Botschaft in Belgrad an Personen deutscher Volkszugehörigkeit eine Bestätigung ausstellen, womit diese aus dem jugoslawischen Staatsverband entlassen wurden.[3060]

Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus Slowenien

Bereits seit Herbst 1941 wurde innerhalb der „Befreiungsfront“ von Historikern, Geographen und Politikern über die künftigen Grenzen des befreiten und vereinigten Slowenien diskutiert. Edvard Kardelj schrieb daher in einem Brief an Tito am 14. Dezember 1942:

> „Die Frage der Grenzen ist für uns so aktuell, wie sie es wahrscheinlich nicht einmal für das englische Imperium ist. Es geht in dieser Hinsicht um eine ganz spezifische slowenische Empfindlichkeit, die wir lange mit allgemeinen Grundsatzaussagen umgehen wollten, doch dies alles ist jetzt nicht mehr möglich. Die Slowenen, die schon seit 1000 Jahren zersplittert sind, spüren nämlich, dass jetzt darüber entschieden wird, ob die alte Losung vom ‚Vereinten Slowenien‘ endlich Wirklichkeit wird. Daher wird unter den Massen immer wieder die Frage gestellt: ‚Doch innerhalb welcher Grenzen?‘“

Das Zentralkomitee der KPS entschied, dass die Konkretisierung der Grenzforderungen nach ethnischen Prinzipien erfolgen sollte. Gemäß dem leninistischen

[3059] Konačni rezultati popisa stanovništva od 15. marta 1948. godine, knj. IX: Stanovništvo po narodnosti (Beograd 1954) XIV-XVI, 1-183; Boro M. Petrovich, Population structure, in: Klaus-Detlev Grothusen (Hg.), Jugoslawien (Südosteuropa-Handbuch I, Göttingen 1975) 322-344; Aleksandar Krel, Die ethnische Identität und die Lage der deutschen nationalen Minderheit in der Vojvodina vom Zweiten Weltkrieg bis heute, in: Vladimir Mitrović – Christian Glass (Hgg.), Zavičaj na Dunavu. Suživot Nemaca i Srba u Vojvodini. Daheim an der Donau. Zusammenleben von Deutschen und Serben in der Vojvodina (Novi Sad – Ulm 2009) 224-228.

[3060] Službeni list FNRJ. Međunarodni ugovori i drugi sporazumi, III/1955, 15. jula 1955.

Prinzip, dass die Stadt zum Hinterland gehöre, sollten auch die Städte Klagenfurt und Triest zum neuen Vereinten Slowenien gehören.[3061]

Zu Beginn des Jahres 1944 teilte der Sekretär des AVNOJ, Rodoljub Čolaković, dem von Fran Zwitter geleiteten Wissenschaftlichen Institut des „Slowenischen Volksbefreiungsrates“ (*Slovenski narodnoosvobodilni svet*) im Gottscheer Hornwald (Kočevski Rog) mit, dass an eine Aussiedlung der Deutschen aus ganz Jugoslawien gedacht sei. Diese ziemlich exakte Angabe des später führenden slowenischen Historikers lässt darauf schließen, dass entweder auf der zweiten Vollversammlung des AVNOJ in Jajce oder zumindest innerhalb des Präsidiums des AVNOJ doch schon Ende November 1943 oder an der Jahreswende 1943/44 über die Aussiedlung der Deutschen gesprochen worden war. Dies würde zeitlich auch mit den diesbezüglichen Gesprächen von Beneš und Gottwald mit Stalin im Dezember 1943 in Moskau übereinstimmen, von denen die jugoslawischen Kommunisten mit Sicherheit Kenntnis erhalten hatten.[3062]

Eine slowenische Kommission zur Feststellung der Kriegsverbrechen seitens der Okkupatoren und ihrer Kollaborateure unter Vorsitz von Makso Šnuderl verfasste Anfang September 1944 einen „Vorschlag für die ersten Maßnahmen zur Machtübernahme in der slowenischen Steiermark“: Wegen der Rolle der untersteirischen Deutschen in der genoziden nationalsozialistischen Besatzungspolitik müssten sie vollständig aus dem slowenischen Gebiet vertrieben, ihr Eigentum beschlagnahmt und für die Wiedergutmachung der Kriegsschäden verwendet werden. Dieser Vorschlag wurde von einer Expertengruppe des „Volksbefreiungsrates“ noch hinsichtlich des Personenkreises konkretisiert: „Alle Deutschen, egal ob jugoslawische oder fremde Staatsbürger, die Mitglieder des Kulturbundes oder anderer nationalsozialistischer Organisationen waren, sollen samt ihren Familien des Landes verwiesen werden, weil sie ihren eigenen Staat verraten bzw. die Gastfreundschaft des Landes missbraucht haben, in dem sie gelebt haben.“[3063]

Nach der Flucht vieler untersteirischer Deutscher in den Maitagen 1945 begannen schon in den letzten Junitagen nicht organisierte Vertreibungen aus Orten im Grenzbereich in die österreichische Steiermark. Die organisierte Aussiedlung begann im September 1945, wurde im November wegen der jugoslawischen Parlamentswahlen unterbrochen, dann ab Dezember 1945 wieder fortgesetzt und dauerte bis Februar 1946 an. Organisierte Transporte liefen über den Wurzenpass (Koren), den Karawankentunnel zwischen Assling (Jesenice) und Rosenbach (Podrožca), den Seebergsattel (Jezersko), Unterdrauburg (Dravograd), Spielfeld (Šentilj) sowie über Hodoš und Kotoriba nach Ungarn. In den Transporten be-

---

3061 Ferenc – Godeša, Die Slowenen, 264.

3062 Fran Zwitter, Diplomatski problem jugoslovansko-avstrijske meje v dobi druge svetovne meje, in: Zgodovinski časopis 33 (Ljubljana 1979) 145-160, hier 145f.

3063 Dušan Nećak, Einige grundlegende Angaben über das Schicksal der deutschen Volksgemeinschaft in Slowenien nach 1945, in: Südostdeutsches Archiv 36/37 (München 1993/94) 162f.

fanden sich nicht nur slowenische Deutsche, sondern auch österreichische und deutsche Staatsangehörige und Slowenen, die sich während der Besatzungszeit als „Kollaborateure“ kompromittiert hatten. Der Major der Staatssicherheitsverwaltung, Zvone Debevc, hielt 1951 in seinem Bericht fest:

> „Zweifellos war das Kriterium der Aussiedlung unter Berücksichtigung der Nachkriegszeit sehr streng, und es wurden auch Fehler gemacht. Es gibt Beispiele, wo wegen eines Familienmitglieds, das sich als Kollaborateur der Deutschen komprommittiert hatte, auch die restlichen Familienmitglieder ausgesiedelt wurden, ohne Rücksicht auf ihre persönliche Haltung, ihr Alter u. ä. Es existieren aber auch einzelne Beispiele von Menschen, die aufgrund der gegen sie erstatteten Anzeigen durch Leute, die ihnen feindlich gesinnt waren, ausgesiedelt wurden. In der großen Mehrzahl der Fälle aber waren die Aussiedlungen gerechtfertigt. Das ist auch aus der Tatsache ersichtlich, dass etwa nur ein Zehntel aller Ausgesiedelten einen Antrag auf Rückkehr in die FVRJ stellte.“[3064] – Es ist offensichtlich, dass diese Begründung zu kurz greift.

Nach deutschen Angaben sollen etwa 9000 Gottscheer in Österreich Aufnahme gefunden haben, davon etwa 6000 in der Steiermark und 3000 in Kärnten. Und allein im Jahre 1950 sollen in der Steiermark 9873 aus der Untersteiermark vertriebene Deutsche gelebt haben. Aber die verschiedenen Statistiken von „Volksdeutschen“, „Jugoslawiendeutschen“, „Displaced Persons“, Eingebürgerten und Ausgewanderten wurden weder in Österreich noch in Deutschland kongruent geführt, so dass eine genaue Bestandsaufnahme nur nach den alten Ortsverzeichnissen für das Draubanat (1939) und das Savebanat (1937) sowie den österreichischen und deutschen Ortsverzeichnissen nach 1945 möglich wäre. Auch die jugoslawische Volkszählung vom 15. März 1948 ließ nicht erkennen, welche Deutschen nun gezählt wurden – ob lediglich die bereits aus den Internierungslagern Entlassenen oder auch die bis zum Sommer 1948 zurückgehaltenen Lagerinsassen; die deutschen Kriegsgefangenen werden mit Sicherheit extra gezählt worden sein. Jedenfalls wies die Volkszählung nur noch 55.337 Deutsche aus, etwa ein Zehntel der Zahl von 1931. Hierbei entfielen auf die Volksrepublik Slowenien noch 1824, auf die Volksrepublik Kroatien noch 10.144 Angehörige der verbliebenen deutschen Minderheit. Die Österreicher wurden bei dieser Zählung unter „übrige“ (*ostali*) gezählt, so in Slowenien.[3065]

Der protestantische Senior Johann Baron aus Marburg, der seit 1933 in NS-Aktivitäten eingebunden gewesen war und auch zwischen 1941 und 1945 eine wichtige Rolle in der Marburger Gesellschaft spielte, verfasste am 18. August 1945 im Auftrag der steiermärkischen Landesregierung ein Exposé über „Geschichte, Wesen und Schicksal der deutschsprachigen Flüchtlinge aus Slowenien“, in dem er sich und die gesamte deutsche Volksgruppe als Opfer des Nationalsozialismus hinstellte. Angehörige der deutschen Volksgruppe seien mit der Verfolgung der Slowenen in der Untersteiermark und der NS-Völkermordpolitik nicht im ge-

---

[3064] Nećak, „Die Deutschen“, 394f.

[3065] FNRJ, Savezni zavod za statistiku. Konačni rezultati popisa stanovništva od 15. marta 1948 godine, knj. IX: Stanovništvo po narodnosti, XIV.

ringsten Zusammenhang gestanden.[3066] – Die Verdrängung der Kollaboration mit dem NS-Besatzungsregime setzte also schon sehr früh ein.

An die 90 % der deutschen Untersteirer, Gottscheer und Laibacher wurden von den slowenischen Siegern „ethnisch gesäubert" – einige Hundert erschossen, über 1000 dem Hunger- und Seuchentod in Konzentrationslagern (Sterntal/Strnišče, Tüchern/Teharje) preisgegeben, über 10.000 vertrieben; über 15.000 waren noch bei Kriegsende geflohen. Nach slowenischen Quellen sollen aber höchstens 9474 Deutsche ausgesiedelt worden sein. Eine Massenaussiedlung „auf menschliche Art" nach Artikel XIII des Potsdamer Abkommens war jedenfalls nicht vorgesehen, da Jugoslawien im Sommer 1945 daran nicht interessiert war. Hinsichtlich der Kriegstoten unter den Deutschen in Slowenien muss selbstverständlich auch an Gefallene der Wehrmacht und SS, an Justifizierte und an Bombenopfer gedacht werden.[3067]

Als traurige Bilanz ist festzuhalten, dass innerhalb eines Jahres das Ende der deutschen Minderheit in Slowenien erzwungen wurde. Nach vier verheerenden Kriegsjahren waren Slowenen und Deutsche offensichtlich nicht mehr in der Lage, im selben Raum ein gemeinsames Leben zu führen. Jahrhundertelange gemeinsame Arbeit und Geschichte zählten nicht mehr, jahrhundertealte Nachbarschaft trennte bald ein Eiserner Vorhang. Die Teilung Europas verlief nun entlang der Mur, mitten durch die steirischen Weinberge, folgte dem Höhenkamm der Karawanken und der westlichen Julier, zerteilte die alte Stadt Görz und erreichte über den Karst das Hinterland von Triest. Aber nicht nur die Existenz einer deutschen Minderheit im Alpen-Adria-Gebiet, auch die jahrhundertelange österreichische und deutsche Geschichte in Marburg, Cilli und Pettau, in Laibach und Görz, in Triest und Fiume, schien damit endgültig vorbei.[3068]

Flucht und Zwangsaussiedlung der Italiener aus dem Küstenland

Nach der Kapitulation Italiens und dem Rückzug der italienischen Truppen aus Dalmatien und Istrien im September 1943 drangen Partisaneneinheiten vom Dinarischen Gebirge und den Höhenzügen Istriens an die Adriaküste vor und begannen – soweit es die ebenfalls vorrückenden deutschen Truppen zuließen – Druck auf die italienische Bevölkerung auszuüben. Bei Kriegsende brachten südslawische Partisanen besonders in Istrien und im Hinterland von Triest Tausende von Italienern um und warfen sie in die dortigen Karsthöhlen (*foibe*). Besonders diese Massaker lösten bei den etwa 300.000 Italienern im Quarnero (Kvarner), in Istrien, Triest und in der Venezia Giulia einen Massenexodus (*l'esodo*) aus, sodass nur mehr einige Tausend an der Küste Istriens und auf dem Karst zurückblieben.[3069]

3066 Nećak, „Die Deutschen", 377.
3067 Nećak, „Die Deutschen", 393.
3068 Nećak, „Die Deutschen", 395.
3069 Erzwungene Wege, 93.

Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Italiener von der Ostküste der Adria begannen in Zara, der ehemaligen Hauptstadt des österreichischen Dalmatien, die im November 1944 von den Alliierten bombardiert worden war. Im März 1945 setzten die Fluchtbewegungen aus Fiume und den Inseln im Quarnero ein. Nach dem Einmarsch der Partisanen in Albona, Rovigno und Parenzo wurde die dortige italienische Bevölkerung zur Abwanderung gedrängt. Nach der am 9. Juni in Belgrad zwischen den Anglo-Amerikanern und Jugoslawien akkordierten Teilung der Venezia Giulia in zwei Besatzungszonen kamen die Italiener in Cittanova, Umago, Buie, Pirano, Isola und Capodistria unter Druck. Nur Pola blieb ausgenommen, da die britisch-amerikanische Besatzung bis zum Friedensvertrag 1947 die Stadt und den Hafen besetzt hielt. Nach Unterzeichnung des Friedensvertrags erfolgte die Evakuierung der meisten Italiener per Schiff nach Rimini und Venedig. Mit dem Londoner Memorandum 1954 bekamen die italienischen Staatsbürger in Jugoslawien die letzte Möglichkeit, für Italien zu optieren, und die meisten verließen das Land. Unter ihnen befanden sich drei Bischöfe sowie viele Priester, Mönche und Nonnen. Etwa 240.000 der bis zu 300.000 Vertriebenen (*esuli*) fanden Aufnahme in Italien, die anderen emigrierten vorwiegend nach Amerika.[3070]

Der Exodus der Italiener von der Ostküste der Adria stellte auch hier – vergleichbar dem Exodus der Griechen aus Kleinasien oder dem Exodus der Deutschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Böhmen, Mähren und der Untersteiermark – einen einmaligen Präzedenzfall in der Geschichte des oberen Adriaraumes dar. Bis dahin hatte es trotz vieler Grenzänderungen unter byzantinischer, fränkischer, ottonischer, salischer, staufischer, venezianischer, ungarischer und habsburgischer Herrschaft keine „ethnischen Säuberungen“ gegeben. Nun wurden die ethnischen Territorien den neuen Staatsgrenzen angepasst.

Konsequenzen für die Vojvodina, Slawonien, Slowenien und das Küstenland

Mit der Machtübernahme der kommunistisch geführten Partisanenbewegung in der Vojvodina (ab Oktober 1944), in Slawonien (ab April 1945) und in Slowenien (ab Mai 1945) begann sofort ein Prozess der „Sowjetisierung“, d. h. der Aufbau einer gesellschaftspolitischen und sozioökonomischen Neuordnung sowjetischer Prägung. Da dieser Prozess ab 15. Mai 1945 ohne Anwesenheit der Roten Armee vor sich ging, spricht man auch von „Selbst-Sowjetisierung“.[3071]

[3070] Pupo – Spazzali, Foibe, 217-224; Erzwungene Wege, 94.

[3071] Vgl. Hans Lemberg (Hg.), Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuitäten und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg (Marburg 1991); Jera Vodušek-Starič, Prevzem oblasti 1944-1946 (Ljubljana 1992); Norman Naimark – Leonid Gibianskij (eds.), The Establishment of Communist Regimes in Eastern Europe, 1944-1949 (Boulder – Oxford 1997);

Für die Bevölkerungsstruktur der Vojvodina (in ihren heutigen Grenzen mit der Batschka, dem serbischen Banat und Syrmien) brachten die Kriegs- und Nachkriegsjahre fundamentale Veränderungen. Diese werden am deutlichsten durch einen Vergleich zwischen der jugoslawischen Volkszählung 1931, der ungarischen Volkszählung 1941 (kombiniert mit deutschen und kroatischen Schätzungen von 1941) und der jugoslawischen Volkszählung 1948, der auch das Ausmaß von Evakuierung, Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung dokumentiert.

Tabelle 24: Ethnische Struktur der Bevölkerung der Vojvodina 1931-1941-1948

Jahr	Gesamtbevölkerung	Serben	Magyaren	Deutsche	Kroaten	Andere
1931	1,624.158	613.910 *(37,8 %)*	376.176 *(23,2 %)*	328.631 *(20,2 %)*	132.517 *(8,2 %)*	172.924 *(10,6 %)*
1941	1,636.367	577.067 *(35,3 %)*	465.920 *(28,5 %)*	318.259 *(19,4 %)*	105.810 *(6,5 %)*	169.311 *(10,3 %)*
1948	1,640.757	827.633 *(50,4 %)*	428.554 *(26,1 %)*	28.869 *(1,8 %)*	132.980 *(8,1 %)*	222.721 *(13,6 %)*

Quellen: Die Gliederung der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawien nach Muttersprache und Konfession nach den unveröffentlichten Angaben der Zählung von 1931, hg. von der Publikationsstelle Wien, Wien 1943; ungarische Volkszählung 1941; jugoslawische Volkszählung 1948; vgl. Kocsis, Ethnic Geography, 143; Suppan, Jugoslawien, 672-674; Saša Kicošev, The Ethnic and Religious Structure of the Population of Serbia and Montenegro, in: Serbien und Montenegro, 65. Unter „Andere" wurden zusammengefasst: Slowaken, Rumänen, Rusini/Ukrainer, Russen, Juden, Roma, Bulgaren, Montenegriner, Makedonier etc.

Prüft man die Statistik von 1948 nach den in der Vojvodina verbliebenen deutschen und magyarischen Minderheiten, so lassen sich noch folgende Konzentrationen feststellen: Die Magyaren stellten die absolute Mehrheit in den Kreisen Bačka Topola, Stari Bečej, Kneževac und Senta sowie die relative Mehrheit im Kreis Sombor; darüber hinaus gab es noch eine deutliche absolute magyarische Mehrheit in der Stadt Senta. Beachtliche Minderheiten machten die Magyaren auch in den Städten Subotica, Novi Sad, Zrenjanin, Sombor und Bajmok aus. Die Deutschen waren hingegen aus den Städten der Vojvodina weitgehend „verschwunden"; nach Evakuierung, Flucht, Vertreibung und Deportation waren insgesamt nur mehr einige Tausend Personen geblieben, die meisten noch in Pančevo und in Novi Sad. Die trotz der Kriegsereignisse relativ geringe absolute und relative Abnahme der Magyaren lässt die Assimilation vieler Deutscher vermuten. Die starke Zunahme der Serben war aber weniger auf eine Assimilation verschie-

Jera Vodušek-Starič, Stalinismus und Selbst-Sowjetisierung in Jugoslawien. Von der kommunistischen Partisanenbewegung zu Titos Einparteiensystem, in: Stefan Creuzberger – Manfred Görtemaker (Hgg.), Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944-1949 (Paderborn 2002) 219-237.

dener slawischer oder nicht-slawischer Bevölkerungsgruppen, sondern eindeutig auf die Zuwanderung von etwa 225.000 Kolonisten zurückzuführen, unter denen sich 162.000 Serben, 40.000 Montenegriner, 12.000 Makedonier, 7000 Kroaten und 2000 Slowenen befanden.[3072]

Erstmals in der Geschichte der Vojvodina seit dem Ende der osmanischen Herrschaft zu Ende des 17. Jahrhunderts stellten nun die Serben nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten die relative Bevölkerungsmehrheit, und erstmals seit der Neukolonisation im 18. Jahrhundert stellte die slawische Bevölkerung die absolute Mehrheit gegenüber den Nicht-Slawen. Damit wurden unter dem Druck des Weltkrieges innerhalb weniger Jahre wesentliche serbisch-nationale Zielsetzungen erreicht. Die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Konsequenzen aus diesen „ethnischen Säuberungen“ waren freilich noch nicht absehbar.

Der erste Bericht, der die verheerenden wirtschaftlichen Konsequenzen für die Vojvodina aufzeigte, stammte bezeichnenderweise von amerikanischen Nachrichtenoffizieren aus dem April 1945. Die landwirtschaftlich reichste Region Jugoslawiens hatte zwar relativ wenige Zerstörungen erlitten, die donauschwäbische Bevölkerung hatte allerdings auf ihrer Flucht vor der Roten Armee und den Partisanen die besten Zugtiere, die geeignetsten Wagen und etwa die Hälfte der Traktoren mitgenommen, die zweifellos ihr Eigentum dargestellt hatten. So blieben nur mehr 63.000 Zugtiere und 17.000 Traktoren zurück, von denen gar nur 1200 einsetzbar waren. Da die „Volksdeutschen“ und jene Magyaren, die von den Partisanen als „Faschisten“ klassifiziert worden waren, über 30 % des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens der Vojvodina besessen hatten, war mit dem AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 über die Sequestration des feindlichen Besitzes etwa 800.000 Joch (= 456.000 ha) Agrarland an den jugoslawischen Staat gefallen. Von den 1,089.000 in der Landwirtschaft beschäftigten Personen waren freilich infolge der Flucht und Vertreibung der „Volksdeutschen“ und einer kleineren Anzahl von Magyaren nur mehr 512.000 übrig geblieben. Zwar war den OSS-Beobachtern „the indiscriminate drafting of essential farm labor into the Partisan army“ bekannt, offensichtlich wussten sie zu diesem Zeitpunkt aber noch nichts über „Arbeitslager“ für die Donauschwaben – und ebenso nichts über die „Todeslager“ für die nicht-arbeitsfähigen alten Menschen sowie für die Mütter mit Kleinkindern.[3073]

Genauere Angaben hatte die Belgrader Regierung über die Frühjahrsaussaat 1945 gemacht: Da im Herbst 1944 nur mehr 18 % der landwirtschaftlichen Fläche bebaut worden waren – anstatt der üblichen 35 % für das Wintergetreide –, unterstellte die Regierung die Landwirtschaft der Vojvodina der strikten Kontrolle der Provinzbehörden. Jeder private Bauer sollte 33 % seines Besitzes mit Zu-

[3072] Kicošev, Ethnic and Religious Structure, 63.

[3073] OSS, Research and Analysis Branch, No. 3033a: Present Condition of Yugoslav Industry, Washington, 15 April 1945.

ckerrüben bebauen, 32 % mit Mais, 24 % mit Weizen, 6 % mit Gerste, 4 % mit Sonnenblumen und 1 % mit Hirse. Auf nunmehr staatlichem Besitz sollten die Aussaatanteile je 33 % Zuckerrüben und Mais, je 12 % Weizen und Gerste, 6 % Hafer, 2 % Sonnenblumen und 1 % Hirse betragen. Festgelegt wurde auch, dass im März Weizen, Hafer, Gerste, Wicken, Erbsen und Zuckerrüben anzubauen seien, im April Zuckerrüben, Kartoffeln, Hanf, Bohnen und Mais, im Mai Mais, Sonnenblumen und Hirse. Um den Mangel an Zugtieren und Arbeitskräften zu überbrücken, wurde einerseits die Anbausaison ausgedehnt, andererseits das landwirtschaftliche Gerät – unabhängig vom Eigentum – in Kooperativen zusammengefasst. So wurden alle Traktoren von der Regierung requiriert und – vergleichbar den Maschinen-Traktor-Stationen in der Sowjetunion – in jedem Bezirk bereitgestellt. Allerdings mangelte es sehr bald an Treibstoff. Für die landwirtschaftlichen Arbeiter wurden Standardlöhne eingeführt: Saisonarbeiter erhielten zwischen 600 und 700 Dinar täglich (oder 30 kg Weizen bzw. 40 kg Mais), auf einem Bauernhof ständig beschäftigte Arbeiter erhielten monatlich 7000 Dinar sowie Verpflegung und Unterkunft. Die kleinen Pächter erhielten ein Achtel der Ernte und 5 % der gedroschenen Frucht. Die Belgrader Regierung war zwar durchaus gewillt, kooperative und private Initiativen in der Landwirtschaft der Vojvodina zuzulassen: „[...] State, private, and cooperative initiative – all must play a part. […] Nevertheless, the state must play the leading part in the economic life of the country and direct the general economic plan. In any case, the state, with the property and undertakings it has sequestered from national enemies, will be the most powerful entrepreneur in the country. […]“ Das galt natürlich nicht nur für die Vojvodina, sondern für ganz Jugoslawien.[3074]

Die Opferbilanz der Jugoslawien-Deutschen

Der Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974 über „Vertreibungsverbrechen“ gegenüber den Jugoslawien-Deutschen differenzierte zwischen Opfern sowjetischer Ausschreitungen und Opfern jugoslawischer Ausschreitungen. Die Gewaltakte der Roten Armee, die im Oktober und November 1944 die deutschen Siedlungsgebiete in der Vojvodina durchzog, sind unter Erschießungen, Vergewaltigungen und Plünderungen zusammenzufassen, die jedoch zahlenmäßig nicht mehr zu erheben sind. Völkerrechtswidrig waren auch die Deportationen von etwa 12.000 arbeitsfähigen Deutschen – unter ihnen zwei Drittel jüngere Frauen – in die Sowjetunion, die etwa 2000 Personen nicht überlebten.[3075]

Unmittelbar nach der Übernahme der Militärherrschaft durch die jugoslawischen Partisanen im Banat, der Batschka, Syrmien und der Baranja begannen sofort Massenverhaftungen von ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, der Deutschen

[3074] Ebenda.

[3075] Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 48; Verbrechen an den Deutschen, 117-120.

Mannschaft und der Volksgruppenorganisationen (einschließlich der Frauen) sowie der deutschen Bürgermeister und ihrer Verwaltungsbeamten, aber auch von Akademikern, Lehrern, wohlhabenden Bürgern und Bauern. Die Verhafteten wurden in Gefängnisse und Verliese geworfen, bei Verhören brutalst misshandelt, sodann geschlossen zu einem vorher ausgehobenen Graben außerhalb der Gemeinde getrieben und dort erschossen. In dieser und ähnlicher Weise wurden im Oktober und November 1944 in Werschetz (Vršac) mindestens 550, in Groß-Kikinda (Kikinda) über 500, in Groß-Betschkerek (Zrenjanin) mehr als 300, in Pantschowa (Pančevo) mindestens 300, in Deutsch-Zerne etwa 230, in Kubin (Kovin) mindestens 200, in Homolitz (Omoljica) etwa 180, in Bawanischte (Bavanište) 120, in Startschowa (Starčevo) über 100, in Weißkirchen (Bela Crkva) etwa 80 Menschen erschossen oder erschlagen, im westlichen Banat zusammen nahezu 3000. In der Batschka und in Syrmien wurde diese „Aktion Intelligencija“ weniger „flächendeckend“ durchgeführt, dennoch wurden in Hodschag (Odžaci) nahezu 380 Menschen, in Semlin (Zemun) an die 250, in Filipowa (Filipovo) über 220, in Palanka (Bačka Palanka) über 250, in Kischker (Bačko Dobro Polje) etwa 140, in Bajmok und Werbaß (Vrbas) je über 100, in Sombor knapp 100 und in Apatin über 50 Donauschwaben getötet. Erschießungen oder Tötungen wurden aus insgesamt 117 Gemeinden berichtet. Mindestens in gleichem Ausmaße fanden Massenerschießungen in den seit Oktober 1944 zur Internierung und für den Arbeitseinsatz der Deutschen angelegten Lagern statt, z. B. in Kikinda, Groß-Betschkerek und Werschetz. Anfang Dezember 1944 wurden diese Massenerschießungen – angeblich auf sowjetischem Einspruch hin – eingestellt.[3076]

In Kroatien und Slawonien war vor der erst im April 1945 erfolgten Besetzung der deutschen Siedlungsgebiete durch die Partisanen die überwiegende Mehrheit der Deutschen evakuiert worden. Im April 1945 dürften daher nur mehr etwa 20.000 Deutsche anwesend gewesen sein. In den einzelnen Ortschaften kam es auch hier zunächst zu Erschießungen aufgegriffener Deutscher, dann Anfang Mai zur Deportation in Lager – vor allem ins Lager Valpovo –, wo weitere Erschießungen stattfanden.[3077]

In der von den Partisanen erst Anfang Mai 1945 besetzten Untersteiermark kam es ebenfalls sofort zu Massenverhaftungen und Massenerschießungen unter den noch nicht geflüchteten Deutschen, und zwar in der Gegend von Rann (Brežice), am Stadtrand von Cilli (Celje), in Gonobitz (Konjice), Windischfeistritz (Slovenska Bistrica) und Mahrenberg (Radlje ob Dravi), in den Panzergräben bei Marburg-Thesen (Maribor-Tezno) und in der Männerstrafanstalt von Marburg. Hier wurden allein am 6. Dezember 1945 als Vergeltung für die Explosion eines

[3076] Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 48f.; vgl. die genauen Angaben in: Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien, hg. von Karl Weber, Band IV: Menschenverluste – Namen und Zahlen zu Verbrechen an den Deutschen durch das Tito-Regime in der Zeit von 1944-1948 (München – Sindelfingen 1994) 970f. (Karte).

[3077] Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 50.

Munitionswaggons, die als deutscher Sabotageakt ausgelegt wurde, 200 bis 300 Deutsche erschossen.[3078]

Personen deutscher Volkszugehörigkeit dürften in etwa 1500 Lagern und Gefängnissen zusammengepfercht worden sein. Nach Hunderten von Augenzeugenberichten dürfte die Mehrzahl der Lagerinsassen aus Frauen, Kindern und Säuglingen sowie aus alten Leuten bestanden haben. Auf Grund von Misshandlungen brutalster Art wie Auspeitschungen, mehr noch infolge der unmenschlichen Zustände, der völlig unzureichenden Ernährung, der mangelhaften ärztlichen Versorgung und der hierdurch entstandenen Seuchen gab es unter den Internierten Zehntausende Sterbefälle. Besonders hohe Todesquoten sind für einige „Todeslager“ in der Vojvodina überliefert: So sind von den etwa 33.000 Lagerinsassen in Rudolfsgnad (Knićanin) am linken Ufer der Theiß nach den Aufzeichnungen eines Lagerarztes 9503 Personen gestorben, von den etwa 18.000 Lagerinsassen in Gakowa (Gakovo) nördlich von Sombor ca. 8800, von den ebenfalls etwa 18.000 Lagerinsassen in Jarek (Bački Jarek) 6400 und von den etwa 10.000 Lagerinsassen in Kruschiwl (Kruševlje) rund 3000. Bis heute blieb ungeklärt, weshalb die jugoslawische Führung diesen Völkermord geschehen ließ.[3079]

Nach der zwischen 1990 und 1995 entstandenen vierbändigen Dokumentation „Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien“ fielen zwischen Oktober 1944 und Mai 1945 rund 195.000 Donauschwaben (90.000 aus dem westlichen Banat, 80.000 aus der Batschka und 25.000 aus Syrmien, der Baranja, Slawonien und Kroatien) unter die neue kommunistische Herrschaft; dazu sind etwa 10.000 Gottscheer, Untersteirer und Oberkrainer zu zählen. Von den etwa 170.000 internierten deutschen Zivilpersonen verstarben etwa 51.000 in den „Todes“- und Arbeitslagern, davon 48.700 Donauschwaben und 2300 Sloweniendeutsche. Bereits zwischen 1941 und 1944 waren rund 1500 Jugoslawien-Deutsche bei Partisanenüberfällen ums Leben gekommen, zwischen Oktober 1944 und Juni 1945 fielen etwa 9500 Massenerschießungen zum Opfer. Von den in die Sowjetunion Deportierten verstarben etwa 2000 Personen. Insgesamt kamen also im Zuge der Deportations- und Vertreibungsmaßnahmen des Tito-Regimes knapp 60.000 Donauschwaben und etwa 3000 Sloweniendeutsche gewaltsam ums Leben, fast ein Drittel der in ihrer Heimat verbliebenen volksdeutschen Zivilpersonen. Von den 93.000 zur SS, zur Honvéd, zum kroatischen Militär oder zu diversen Heimatschutztruppen einberufenen Donauschwaben fielen 26.000 Soldaten, von den Tausenden zur Wehrmacht eingezogenen Slowenien-Deutschen einige Hundert.[3080]

[3078] Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 50.

[3079] Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 50f. Von den Opfern in Rudolfsgnad sind 7767 namentlich bekannt, von denen in Gakowa 5827, von denen in Jarek 5240, von denen in Kruschiwl 2103 und von denen in Molidorf 2012. Vgl. Leidensweg der Deutschen, IV.

[3080] Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944-1948. Die Stationen eines Völkermords, hg. vom Arbeitskreis Dokumentation in der Donauschwäbischen Kulturstiftung (München 1998) 4f.

Von den im Zweiten Weltkrieg und in den ersten Nachkriegsjahren gewaltsam ums Leben gekommenen rund 85.000 Donauschwaben konnten mittlerweile 60.225, d. h. gut 70 %, namentlich festgestellt werden. Im Band IV der Dokumentation „Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien“ werden die Namen und Zahlen der deutschen Menschenverluste in Jugoslawien (mit Ausnahme Sloweniens) in der Zeit von 1944 bis 1948 genau dokumentiert. Gegliedert nach den großen Siedlungsgebieten Banat, Batschka, Baranja, Syrmien, Slawonien/Kroatien und Bosnien werden für 333 Heimatorte die Zivilopfer vor der Internierung (meist im Herbst 1944 Erschossene und Selbstmorde), die Zivilopfer in den Todeslagern (Gakowa/Gakovo, Jarek/Bački Jarak, Kruschiwl/Kruševlje, Molidorf/Molin, Rudolfsgnad/Knićanin), die Zivilopfer in den Internierungslagern, die Zivilopfer in den UdSSR-Zwangsarbeitslagern, die Zivilopfer durch direkte Kriegseinwirkungen (wie etwa Bomberangriffe) und die Soldatenopfer (Gefallene, Vermisste, in der Gefangenschaft Umgekommene, im Lazarett Gestorbene, in Jugoslawien Erschossene) aufgelistet. Nach den Verzeichnissen und entsprechenden Hochrechnungen hatten die Donauschwaben im westlichen Banat rund 35.500 Zivil- und Soldatenopfer zu beklagen, in der Batschka 31.800, in der Baranja 2400, in Syrmien 6900, in Slawonien und Kroatien rund 7000 und in Bosnien 1300, zusammen also 84.900.[3081]

[3081] Im „Leidensweg der Deutschen“, IV, sind folgende Internierungslager angeführt: Agram/Zagreb, Albertsdorf/Grabovac, Alibunar, Altkanischa/Stara Kanjiža, Alt-Futog/Futak, Altker/Zmajevo, Apatin, Apfeldorf/Jabuka, Badinska Skela, Banat-Brestowatz/Banatski Brestovac, Banater Hof/Banatski Dvor, Batsch-Brestowatz/Bački Brestovac, Batsch-Sentiwan/Prigrevica, Banater Topola/Banatska Topola, Belgrad/Beograd, Beodra, Beschanja/Bežanja, Beschka, Besni Fok, Neu-Betsche/Novi Bečej, Betschmen/Bečmen, Boka, Bor, Botschar/Bočar, Čačinci, Čalma, Charleville/Banatsko Veliko Selo, Crljane, Debeljača, Deliblato, Deutsch-Elemer/Elemir, Deutsch-Zerne/Nova Crnja, Djakovo, Dobanovci, Dubovac, Ernsthausen/Banatski Despotovac, Esseg/Osijek, Etschka/Ečka, Filipowa/Filipovo, Franzfeld/Kačarevo, Franztal/Novigrad, Gajdobra, Georgshausen/Velika Greda, Glogon/Glogonj, Gospodjinci, Groß-Betschkerek/Veliki Bečkerek/Zrenjanin, Groß-Kikinda/Velika Kikinda, Heideschütz/Hajdučica, Heufeld/Novi Kozarci, Hodschag/Odžaci, Homolitz/Omoljica, India/Indjija, Ittebe, Ivanjica, Jasenovo, Josipovac, Karlsdorf/Banatski Karlovac, Kathreinfeld/Topolovac, Kerndia/Krndija, Kernei/Kljajićevo, Klek, Krebenac, Kubin/Kovin, Kudritz/Gudurica, Kula, Kumanovo, Laibach/Ljubljana, Lazarfeld/Lazarevo, Legin, Maria-Theresiopel/Subotica, Mastort/Novi Kozarci, Melenci, Mirkovac, Mitrowitz/Sremska Mitrovica, Modosch/Jaša Tomić, Mramorak, Nakodorf/Nakovo, Neusatz/Novi Sad, Neusin/Neuzina, Obrenovac, Orolik, Ostrovo, Palanka/Bačka Palanka, Pantschowa/Pančevo, Pardan/Medja, Perles/Perlez, Peterwardein/Petrovaradin, Popovac/Ban, Ruma, St. Georgen/Žitište, St. Hubert/Banatsko Veliko Selo, Sarajevo, Schowe/Ravo Selo, Schurjan/Šurjan, Schuschara/Šušara, Sekitsch/Sekić/Lovćenac, Semlin/Zemun, Setschan/Sečanj, Setschanfeld/Dužine, Sigmundfeld/Lukićevo, Sladica, Sladna Greda, Slakovci, Smederevo, Soltur/Banatsko Veliko Selo, Sombor, Stanischitsch/Stanišić, Stara Moravica, Startschowa/Starčevo, Stefansfeld/Krajišnik, Titel, Torschau/Savino Selo, Towarnik, Tschestereg/Čestereg, Tschonopel/Čonoplja, Ulma, Valpovo, Vlajkovac, Vodjinci, Vrdnik, Weißkirchen/Bela Crkva, Wekerle, Weprowatz/Kruščić, Werbaß/Vrbas, Werschetz/Vršac, Wukowar/Vukovar, Zenta/Senta und Zichydorf/Plandište.

Von der vor dem Zweiten Weltkrieg etwa 500.000 Personen zählenden deutschen Volksgruppe in Jugoslawien waren bereits bis Kriegsende mindestens 200.000 Personen nach Österreich und Deutschland evakuiert worden oder vor der Roten Armee bzw. den Partisanen geflüchtet. Nach Hinrichtung von etwa 7000 Personen durch die Partisanen und Verschleppung von über 12.000 jüngeren Männern und Frauen zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion wurden im Winter und Frühjahr 1945 nahezu 150.000 Personen – überwiegend ältere Leute sowie Frauen mit kleinen Kindern – in Hunger- und Arbeitslagern zusammengepfercht, in denen etwa 50.000 elend zugrunde gingen. Von den über 90.000 Soldaten fielen oder starben über 26.000. Von den etwa 29.000 Sloweniendeutschen waren bei Kriegsende etwa 15.000 nach Österreich geflüchtet, weitere Tausende wurden noch im Mai 1945 über die Grenze getrieben, etwa 10.000 wurden vor allem in den beiden berüchtigten Konzentrationslagern Sterntal (Strnišče, heute Kidričevo) bei Pettau (Ptuj) und Tüchern (Teharje) bei Cilli interniert. Zwischen 2000 und 3000 Deutsche dürften in diesen Lagern und durch Massenexekutionen ihr Leben verloren haben, der größere Teil der Überlebenden wurde 1946 und 1947 zwangsausgesiedelt. Im Jänner 1948 wurden daher in Österreich bereits 139.539 „Jugoslawiendeutsche" gezählt, im Herbst 1950 in der Bundesrepublik Deutschland schon 163.162, in der DDR etwa 15.000, zusammen also deutlich über 300.000. Nach der jugoslawischen Volkszählung vom 15. März 1948 blieben hingegen in der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien insgesamt nur mehr 55.337 „Deutsche" zurück.[3082]

[3082] Wehler, Nationalitätenpolitik (1980); Nećak, „Nemci" na Slovenskem, 173-183; Karner, Volksgruppe, 26, 172; Suppan, Adria, 417-422; Wildmann, Verbrechen (1998); Janjetović, Hitler, 335-346.

Tabelle 25: Die Gesamtverluste aller Donauschwaben in Jugoslawien 1941-1948

Umgekommene	Banat	Batschka	Baranja	Syrmien	Slawonien/ Kroatien	Bosnien	Serbien	Gesamt
von 1941 bis zur Internierung	3.885	1.864	50	1.330	720	110	70	8.049
während der Internierung in Jugoslawien 1944-1948	21.840	20.797	1.520	1.795	2.205	130	130	48.447
auf der Flucht aus der Internierung	80	96	19	30	15			240
im ehemaligen Jugoslawien zusammen	25.805	22.757	1.589	3.155	2.940	240	200	56.736
in der UdSSR während der Zwangsarbeit	825	1.169						1.994
außerhalb Jugoslawiens und der UdSSR	47	115	14	107	101	211	10	605
Zivilpersonen zusammen	26.677	24.041	1.603	3.262	3.041	451	210	59.335
Soldaten	8.804	7.748	794	3.662	3.926	850	250	26.064
Gesamtzahlen der Umgekommenen	**35.481**	**31.789**	**2.397**	**6.924**	**6.967**	**1.301**	**460**	**85.399**

Quelle: Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien, Band IV: Menschenverluste – Namen und Zahlen (München 1994) 1014.
Die Statistik setzt sich aus Zählungen der namentlich dokumentierten umgekommenen Zivilpersonen und Soldaten sowie aus Hochrechnungen zusammen. Unter den umgekommenen Zivilpersonen befanden sich 28.260 Frauen, 25.206 Männer und 5869 Kinder.

11. KOLLEKTIVSCHULD, ENTEIGNUNG, ENTRECHTUNG

Sowohl für die Alliierten als auch für ihre Verbündeten stellte sich schon während des Krieges die Frage, wie sie auf die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland, seiner Institutionen und seiner Bürger reagieren sollten. Als Zusatzfrage stellte sich das Problem, wie politisch und rechtlich die „Volksdeutschen" zu behandeln wären, die ehemals deutschen Minderheiten in den baltischen Staaten, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Italien, Frankreich, Belgien und Dänemark. Gab es Parallelen zwischen den polnischen, tschechoslowakischen, ungarischen und jugoslawischen „Rechtsnormen" und der Nachkriegsgesetzgebung in Italien, Frankreich, Belgien und Dänemark? Noch in einer Resolution des tschechischen Parlaments vom 24. April 2002 hieß es, dass „die tschechoslowakische Gesetzgebung aus den Jahren 1940-1946, einschließlich der Dekrete des Präsidenten der Republik, ähnlich wie in anderen europäischen Ländern als Folge des Krieges und der Niederlage des Nationalsozialismus entstanden" sei.[3083]

Jiří Pešek und Oldřich Tůma ist zuzustimmen, dass es im Kontext der „antideutschen" legislativen Not- und Übergangsgesetze der Kriegs- und Nachkriegszeit mehrere Ebenen gibt, die nicht strikt voneinander zu trennen sind:

– „die alliierte und nationale Legislative, die primär auf das nationalsozialistische Deutschland, seine Bürger und Institutionen sowie auf die Verbrechen reagierte, die während der Kriegsjahre begangen worden waren";
– „die nationalen politischen Alliierten-, Exil- und Nachkriegsentscheidungen mit ihren legislativen Folgen";
– „die Rechtsnormen, die auf die Regelung des Schicksals deutscher Minderheiten zielten".

Allerdings waren diese Rechtsnormen keineswegs durch die Entscheidungen der Alliierten aus den Jahren 1942-1943 über die „Vertreibung und den Transfer" der deutschen Minderheiten aus ihren historischen Siedlungsgebieten „festgeschrieben". Solche Zwangsmaßnahmen – auch im damaligen Zusammenhang – als „peace keeping" zu bezeichnen, entspricht weder den Menschenrechten noch einem humanitären Völkerrecht. Vertreibung und Zwangsaussiedlung waren eben nur im östlichen Europa in der Perspektive der damaligen Politik wie auch der gesamten Öffentlichkeit „funktional, moralisch und symbolisch eng miteinander verbunden".[3084]

Bereits lange vor Kriegsende hatten sich die politischen Führungen der Tschechoslowakei und Jugoslawiens entschlossen, äußerst hart gegen Nationalsozialisten, Kriegsverbrecher, Kollaborateure und Verräter vorzugehen. Aber auch Ansichten über eine „Kollektivschuld" der Deutschen und Magyaren bzw. Italiener sowie das Erfordernis einer „kollektiven" Wiedergutmachung fanden in

---

[3083] Kittel – Möller, Beneš-Dekrete, 542.

[3084] Pešek – Tůma, Rechtsnormen, 123f. Der Begriff „Transfer" insinuiert eine „rechtmäßig" und „human" durchgeführte Aussiedlung, obwohl die gesamte Maßnahme nichts weniger als eine Zwangsaussiedlung darstellte.

der tschechoslowakischen und jugoslawischen Öffentlichkeit breite Resonanz. Als Hauptargument wurde die angebliche Illoyalität der deutschen Volksgruppen gegenüber dem eigenen Staat angeführt, was natürlich für die auch vor 1938 „reichsdeutschen" Schlesier, Ostbrandenburger, Pommern und Ostpreußen nicht gelten konnte. Aber auch hinsichtlich der Loyalität der Sudetendeutschen und Donauschwaben kann der generelle Vorwurf, „fünfte Kolonne" – ein Begriff aus dem Spanischen Bürgerkrieg – gespielt zu haben, nicht gelten. Denn immerhin war im September 1938 die Mehrheit der sudetendeutschen Wehrpflichtigen zur tschechoslowakischen Armee und im April 1941 die Mehrheit der donauschwäbischen Wehrpflichtigen zur jugoslawischen Armee eingerückt. Lediglich in den Grenzgebieten zum Deutschen Reich und außerhalb der Befestigungslinien war eine größere Anzahl an Desertionen zu konstatieren gewesen. Freilich wurde im Verlauf des Krieges die überwiegende Mehrheit der sudetendeutschen, karpatendeutschen, donauschwäbischen und untersteirischen Männer in die Kriegsführung und Kriegswirtschaft des Deutschen Reiches einbezogen.[3085]

Die Chiffren „Beneš-Dekrete" und „AVNOJ-Beschlüsse" sollten bald den wesentlichen rechtlichen Rahmen für die Verfolgungs- und Bestrafungsmaßnahmen bilden. Historisch und rechtlich betrachtet stellen sowohl ein am 21. November 1944 vom Präsidium des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens (AVNOJ) gefasster Beschluss sowie mehrere jugoslawische Gesetze aus dem Jahre 1945[3086] als auch 16 zwischen Mai und Oktober 1945 vom Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik, Edvard Beneš, unterzeichnete Dekrete[3087] politische Entscheidungen zur Enteignung, Rechtlosstellung und Verfolgung der jeweiligen deutschen (im Falle der „Beneš-Dekrete" auch der magyarischen) Minderheiten dar. Vertreibung und gewaltsame Aussiedlung wurden zwar weder in den „AVNOJ-Beschlüssen" noch in den „Beneš-Dekreten" expressis verbis angesprochen, waren jedoch bei der Veröffentlichung der Beschlüsse bzw. Dekrete offensichtlich intendiert. Darauf weisen verschiedene öffentliche Ankündigungen und Aufforderungen führender tschechischer (Edvard Beneš, Klement Gottwald, Ludvík Svoboda), serbischer (Moša Pijade) und slowenischer (Boris Kidrič) Politiker hin.

[3085] Staněk, Verfolgung 1945, 9-17; Quellen zur nationalsozialistischen Entnationalisierungspolitik; Kittel – Möller, Beneš-Dekrete, 552f.

[3086] Dokumentation der Vertreibung V, 180E-252E; Janjetović, Hitler, 232-234.

[3087] Karel Jech (Hg.), Němci a Maďaři v dekretech prezidenta republiky. Studie a dokumenty 1940-1945. Die Deutschen und Magyaren in den Dekreten des Präsidenten der Republik. Studien und Dokumente 1940-1945 (Brno 2003); Helmut Slapnicka, Die Vertreibung der Deutschen aus der Sicht der innerstaatlichen Rechtsordnung, in: Nationale Frage und Vertreibung der Deutschen in der Tschechoslowakei. Fakten, Forschungen, Perspektiven aus dem Abstand von 50 Jahren, Mitteilungen des Oberösterreichischen Landesarchivs 19 (Linz 2000) 55-75. Für die Deutschen besonders relevant waren die Präsidentendekrete Nr. 5, 12, 16, 28, 33, 35, 71, 81, 100, 101, 102, 108, 122, 123, 137 und 138.

DIE DEKRETE DES PRÄSIDENTEN DER REPUBLIK („BENEŠ-DEKRETE")

Die tschechoslowakischen Rechtsnormen, die das Schicksal der Sudeten- und Karpatendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmten, waren schon im Londoner und Moskauer Exil – so bei den Verhandlungen zwischen Beneš und KSČ-Chef Klement Gottwald im Dezember 1943 und im März 1945 – vorbereitet worden. Bereits im Londoner Exil hatte Präsident Beneš in einer Situation des kriegsbedingten Verfassungsnotstands und in Ermangelung einer gesetzgebenden Körperschaft, aber auf Vorschlag der Exilregierung bzw. nach Anhörung des Exilstaatsrates 45 Dekrete erlassen. Über diese Gesetzgebung im Exil gab es immer wieder kontroversielle verfassungsrechtliche Diskussionen, da die tschechoslowakische Verfassung von 1920 – etwa im Vergleich zum altösterreichischen Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867 mit seinem § 14 – kein Notverordnungsrecht vorsah. Ein Ermächtigungsgesetz, wie es der deutsche Reichstag am 23. März 1933 beschlossen und damit der Reichsregierung das Recht der Gesetzgebung einschließlich des Rechtes der Verfassungsänderung zugestanden hatte, gab es in der Tschechoslowakei schon gar nicht.[3088]

Bereits 1942 ließ die tschechoslowakische Exilregierung in London in ihrem Amtsblatt veröffentlichen, dass sie jede nach dem Münchener Abkommen vollzogene Übertragung oder Verfügung über Eigentum, sei es mobiles oder immobiles, „nicht anerkannte, nicht anerkennt und niemals anerkennen wird". Dabei sollte weder entscheidend sein, ob das Eigentum in den Besitz eines Angehörigen des tschechoslowakischen oder eines anderen Staates überführt worden war, noch ob es sich um öffentliches oder privates Vermögen handelte. Auch „scheinbar freiwillige" Übertragungen wurden für ungültig erklärt. Die Erklärung bezog sich auch, aber nicht ausschließlich auf jüdisches Eigentum, allerdings behielt sich die Regierung im Allgemeinen eine fallweise Begrenzung der Rückerstattung vor.[3089]

Ein Präsidentendekret vom 1. Februar 1945 über außerordentliche Maßnahmen zur Sicherstellung des Wirtschaftslebens in den befreiten Gebieten ermöglichte erstens eine Restitution von Eigentum, dessen Übertragung nach dem Münchener Abkommen unter dem Druck rassischer, politischer und nationaler Verfolgung geschehen war, und zweitens die Sicherstellung sämtlichen privaten und öffent-

---

[3088] Egon SCHWELB, Czechoslovak Legislation and Legal Development in Exile [1942], HIA, Eduard Táborský papers, box 3.

[3089] Úřední věstník československý, London 1942, Jg. 3, Nr. 2, zitiert nach: KUBŮ und KUKLÍK, Restitution, 185.

lichen feindlichen Eigentums sowie des Eigentums sogenannter staatlich unzuverlässiger Personen auf dem Territorium der Tschechoslowakei. Für Unternehmen, Betriebe und Vermögenswerte, die sich im Eigentum, im Besitz oder in der Verwaltung „staatlich unzuverlässiger Personen“ befanden, wurde vorerst eine „provisorische Verwaltung“ vorgesehen. Bei der Sicherstellung feindlichen Eigentums berief sich die tschechoslowakische Regierung namentlich auf britische und amerikanische Gesetze über die Sicherstellung und Konfiszierung deutschen Eigentums auf deren Gebiet und auf die anschließenden internationalen Reparationsverhandlungen. Die Zuständigkeit für diese Eigentumsangelegenheiten wurde den Nationalausschüssen (*Národní výbory*) übertragen.[3090]

Nach der Rückkehr in die Tschechoslowakei wurden die Präsidentendekrete auf Vorlage der „Kaschauer Regierung“ unter Führung des Sozialdemokraten Zdeněk Fierlinger erlassen. Zwar war im Kaschauer Regierungsprogramm vom 5. April 1945 noch eine unterschiedliche Behandlung zwischen loyalen Bürgern deutscher und magyarischer Nationalität einerseits sowie Mitgliedern nationalsozialistischer und faschistischer Organisationen und Kriegsverbrechern andererseits angekündigt worden, allerdings auch schon die Enteignung „fremden“ deutschen und magyarischen Adelsbesitzes und die Schließung aller deutschen und magyarischen Schulen, namentlich der Deutschen Universität in Prag und der deutschen Technischen Hochschulen in Prag und Brünn, „die sich als die schlimmsten faschistischen Nester und Brutstätten Hitlers bei uns erwiesen haben...“ Gleichzeitig beschloss die Regierung den Umbau der Wirtschaft, das hieß, „das gesamte Geld- und Kreditsystem, die Schlüsselbetriebe der Industrie, das Versicherungswesen, die natürlichen und energetischen Ressourcen unter allgemeine staatliche Leitung und in den Dienst des Wiederaufbaus der Volkswirtschaft und der Wiederbelebung von Produktion und Handel zu stellen“.[3091]

Nach der Rückkehr der Regierung und des Präsidenten nach Prag Mitte Mai 1945 und bis zur Konstituierung des neuen Parlaments am 28. Oktober 1945 unterzeichnete Beneš weitere 98 Verfassungsdekrete und Dekrete des Präsidenten der Republik als Rechtsnormen mit provisorischer Gesetzeskraft, die ihre Geltung behalten sollten, wenn sie nachträglich vom Parlament bestätigt würden. Gut ein Dutzend dieser Präsidialdekrete beinhalteten nun nicht nur die Bestrafung der Kriegsverbrecher, Verräter und Kollaborateure, sondern betraf die Deutschen und Magyaren als Kollektiv.[3092]

Bereits im Jahre 1995 gab das Institut für Zeitgeschichte der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik gemeinsam mit dem Staatlichen Zentralarchiv in Prag und in Zusammenarbeit mit der Kanzlei des Präsidenten der Republik eine zweibändige wissenschaftliche Edition aller „Dekrete des Präsiden-

[3090] Dieses 1945 nicht veröffentlichte Dekret ist publiziert in: Dekrety prezidenta republiky 1940-1945, Teil 2, Dok. 37.1.; vgl. Kubů und Kuklík, Restitution, 185.

[3091] Kubů und Kuklík, Restitution, 186.

[3092] Jech, Němci a Maďaři, 101-106.

ten der Republik 1940-1945" heraus. Im Jahre 2002 unterzog sich das Institut für Zeitgeschichte der Mühe einer zweisprachigen – tschechischen und deutschen – Edition von 13 die Deutschen und Magyaren besonders betreffenden Präsidenten-Dekreten. Freilich wiederholte der Herausgeber Karel Jech in seiner Einleitung eine Reihe von problematischen Argumenten zur historischen Verteidigung der „Beneš-Dekrete":

- „Im Hinblick auf die Umstände ihres Zustandekommens, ihren Inhalt und ihre Ziele waren sie zur Gänze vergleichbar mit den entsprechenden Gesetzgebungsakten für andere von den Nazis besetzte Länder".
- „Ihr Sinn und das mit ihnen angestrebte Ziel waren auf die Niederlage des Großdeutschen Reiches und seiner Verbündeten ausgerichtet, sowie auf die Liquidierung des nazistischen und faschistischen Totalitarismus."
- „Neben der Forderung nach Bestrafung und Vergeltung für Unbill und Unrecht brachten sie zugleich die Ausgangsvorstellungen von einer friedlichen Nachkriegsordnung zum Ausdruck und hatten so auch Anteil an der Ausgestaltung von Recht und Gewohnheit des damaligen europäischen Rechts."[3093]

Eine weitgehende Vergleichbarkeit der „Beneš-Dekrete" war hingegen lediglich mit den polnischen „Bierut-Dekreten" gegeben, in inhaltlicher Hinsicht auch noch mit einigen AVNOJ-Beschlüssen und Beschlüssen der ungarischen Regierung.[3094] Entsprechende Gesetzgebungsakte in Frankreich, Belgien, Luxemburg oder Dänemark – vom Dritten Reich besetzte Staaten, die seit 1918/19 deutsche Minderheiten aufwiesen – gingen weder von einer deutschen Kollektivschuld aus, noch führten sie eine Kollektiventeignung, Kollektivausbürgerung und Zwangsaussiedlung durch. Das seit September 1943 nationalsozialistisch besetzt gewesene Italien gestattete den seit 1939 nach Deutschland ausgewanderten Südtiroler „Optanten" nach Kriegsende sogar die Rückkehr in ihre Heimat. Der NS-Totalitarismus wurde daher in diesen Staaten nicht kollektiv, sondern individuell „liquidiert", d. h., gesetzliche Verfolgung und Bestrafung war und ist – in Italien bis in die unmittelbare Gegenwart (!) – auf individuelle Kriegsverbrechen ausgerichtet. Gerade diese Ausgestaltung des Rechts trug zu einer friedlichen Nachkriegsordnung bei und fand Eingang in die EU-Normen.[3095]

Nachfolgende „Dekrete des Präsidenten der Republik" betrafen maßgeblich die deutsche und magyarische Minderheit in der Tschechoslowakei:

1) Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 5/1945 Sb. vom 19. Mai 1945 über die Ungültigkeit einiger vermögensrechtlicher Rechtsgeschäfte aus der Zeit der Unfreiheit und über die Nationalverwaltung der Vermögenswerte der Deutschen, Magyaren, Verräter und Kollaborateure und einiger Organisationen und Institu-

---

[3093] Vgl. Dekrety prezidenta republiky 1940-1945 (Brno 1995); Jech, Němci a Maďaři, 101.

[3094] Vgl. Włodzimierz Borodziej – Hans Lemberg (Hgg.), Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1990. Dokumente aus polnischen Archiven, 2 Bde. (Marburg 2000).

[3095] Vgl. Alfred Verdross – Bruno Simma, Universelles Völkerrecht. Theorie und Praxis (Berlin ³1984) 35-37.

tionen: Vermögensübertragungen und vermögensrechtliche Rechtsgeschäfte sind ungültig, soweit sie nach dem 29. September 1938 unter dem Druck der Okkupation oder nationaler, rassischer oder politischer Verfolgung vorgenommen wurden. Das auf dem Gebiet der Tschechoslowakischen Republik befindliche Vermögen „staatlich unzuverlässiger Personen" wird unter Nationalverwaltung gestellt. Als solche sind „Personen deutscher oder magyarischer Nationalität" (= Personen, die sich bei irgendeiner Volkszählung seit 1929 zur deutschen oder magyarischen Nationalität bekannt haben) anzusehen, weiters Mitglieder der *Vlajka*, der *Rodobrana*, der Sturmabteilungen der *Hlinka*-Garde, die leitenden Funktionäre der Vereinigung für Zusammenarbeit mit den Deutschen, der Tschechischen Liga gegen den Bolschewismus, des Kuratoriums für die Erziehung der tschechischen Jugend, der Slowakischen Volkspartei Hlinkas, der Hlinka-Garde, der Hlinka-Jugend, der Nationalen Gewerkschaftszentrale der Arbeitnehmer, des Verbandes der Land- und Forstwirtschaft, der Deutsch-Slowakischen Gesellschaft und anderer faschistischer Organisationen.[3096]

Obwohl ein Erlass des Finanzministeriums von 14. Mai 1945 antijüdische eigentumsrechtliche Maßnahmen aufgehoben hatte, konnte die Einschränkung von Eigentumsrechten „staatlich unzuverlässiger Personen" auch Juden betreffen, wenn sie sich in der Volkszählung von 1930 zur deutschen Nationalität bekannt hatten. Allerdings sah dieses Dekret die Möglichkeit vor, dass Arbeiter, Bauern, Gewerbetreibende, kleine und mittlere Unternehmer oder Beamte sowie deren Erben die Rückgabe ihres Eigentums aus der staatlichen Treuhandverwaltung beantragen konnten, wenn sie dessen aus Gründen nationaler, politischer oder rassischer Verfolgung verlustig gegangen waren.[3097]

2) Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 12/1945 Sb. vom 21. Juni 1945 über die Konfiskation und beschleunigte Verteilung des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen und Magyaren[3098] sowie der Verräter und Feinde der tschechischen und slowakischen Nation: Demnach wurden mit sofortiger Wirkung und entschädigunglos für die Zwecke der Bodenreform im gesamten Staatsgebiet 1,62 Millionen ha landwirtschaftlichen Bodens und 1,3 Millionen ha Wald enteignet, davon allein in den böhmischen Ländern – also dem heutigen Tschechien – 1,4

[3096] Jech, Němci a Maďaři, 427-435.

[3097] Kubů und Kuklík, Restitution, 187; vgl. P. Meyer [et alii], The Jews in the Soviet Satelites (Syracuse, N.Y. 1953) 78f.

[3098] In der 22. Sitzung der tschechoslowakischen Regierung vom 25. Mai 1945 warf Innenminister Václav Nosek die Frage nach der Stellung österreichischer Staatsangehöriger deutscher Nationalität auf. Tatsächlich sprach dann das Innenministerium in einem Erlass vom 17. September 1945 das Prinzip aus, dass österreichische Staatsangehörige, die sich gegenüber der ČSR und den Alliierten nicht schuldig gemacht haben, nicht im Sinne der gegen die Deutschen erlassenen Dekrete als Deutsche angesehen werden. Falls sie die ČSR verlassen wollten, hätten sie das Recht, außer Gold und Wertsachen ihr gesamtes Eigentum mitzunehmen. Das Ministerium für Landwirtschaft sah aber das Dekret Nr. 12 auch auf die österreichischen Staatsangehörigen erstreckt und verlangte vom Innenministerium die Rücknahme des Erlasses. – Jech, Němci a Maďaři, 479-483.

Millionen ha landwirtschaftlich genutzte Fläche und 1 Million ha Wald. Ausgenommen wurden Personen deutscher und magyarischer Nationalität, „die sich aktiv am Kampf um die Erhaltung der Integrität und die Befreiung der Tschechoslowakischen Republik beteiligt haben“ (Gottwald sprach von der Kategorie der „aktiven Antifaschisten“).[3099]

3) Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 16/1945 Sb. vom 19. Juni 1945 über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und deren Helfer und über die außerordentlichen Volksgerichte (sog. Großes Retributionsdekret):

> „Die unerhörten, von den Nazis und ihren verräterischen Mitschuldigen an der Tschechoslowakei begangenen Verbrechen rufen nach unerbittlicher Gerechtigkeit. Die Unterjochung des Vaterlandes, die Mordtaten, die Knechtung, die Plünderungen und Demütigungen, deren Opfer das tschechoslowakische Volk wurde, und alle die vielfachen deutschen Greueltaten, die leider auch untreu gewordene tschechoslowakische Bürger unterstützt oder an denen sie sich beteiligt haben, einige von ihnen unter Missbrauch ihrer hohen Ämter, Mandate oder Würden, müssen unverzüglich die verdiente Strafe finden, damit das nazistische und faschistische Übel an der Wurzel ausgerottet wird.“

Für eine Reihe von Verbrechen (z. B. Anschläge gegen die Republik, Verrat von Staatsgeheimnissen, Gewalt gegen Verfassungsorgane, Zersetzung des National- oder Staatsbewusstseins des tschechoslowakischen Volkes, Mord, vorsätzlicher Totschlag, Kindesraub, Brandstiftung, Raub) wurde die Todesstrafe eingeführt, die das Gesetz zum Schutz der Republik von 1923 überhaupt nicht kannte.[3100]

4) Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 28/1945 Sb. vom 20. Juli 1945 über die Besiedlung des landwirtschaftlichen Bodens der Deutschen, Magyaren und anderer Staatsfeinde durch tschechische, slowakische und andere slawische Landwirte: Um das gemäß Dekret vom 21. Juni konfiszierte und nun vom Nationalen Bodenfonds verwaltete landwirtschaftliche Vermögen konnten sich folgende „staatlich und national zuverlässige Angehörige der tschechischen, slowakischen oder einer anderen slawischen Nation“ bewerben:

a) Deputatarbeiter und landwirtschaftliche Arbeiter;
b) ein Landwirt mit einer bisherigen Fläche von bis zu 13 ha;
c) Familienmitglieder eines Landwirts mit mindestens 18 Jahren;
d) eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft;
e) Gemeinden, Bezirke und der Staat für öffentliche Zwecke;
f) andere Arbeiter, öffentliche oder private Angestellte, Kleingewerbetreibende oder sozial schwache Angehörige freier Berufe zum Bau eines Eigenheims oder zur Anlage eines Gartens bis zu einer Fläche von 0,5 ha.

[3099] In der 30. Regierungssitzung vom 21. Juni 1945 stellte Gottwald die Frage, „um wie viele deutsche Bauernhöfe es in den tschechischen Ländern gehe“; er selbst habe von etwa 144.000 Höfen gehört. Aber Landwirtschaftsminister Július Ďuriš nannte die Zahl von 260.000 Höfen mit einem Flächenausmaß von bis zu 50 ha und sprach von einem Gesamtausmaß von 2,3 Mio. ha. – JECH, Němci a Maďaři, 471-478, 521-523; SLAPNICKA, Die rechtlichen Grundlagen, 157-159.

[3100] JECH, Němci a Maďaři, 443-456.

Ein Vorzugsrecht bekamen Bewerber, die sich im nationalen Befreiungskampf ausgezeichnet und verdient gemacht hatten, insbesondere Soldaten und Partisanen, ehemalige politische Häftlinge und Deportierte. Die Grundbucheintragungen besorgte der Nationale Bodenfonds.[3101]

5) Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik Nr. 33/1945 Sb. vom 2. August 1945 über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft von Personen deutscher und magyarischer Nationalität:

> „Die tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher oder magyarischer Nationalität, die nach den Vorschriften einer fremden Besatzungsmacht die deutsche oder ungarische Staatsangehörigkeit erworben haben[3102], haben mit dem Tage des Erwerbs dieser Staatsangehörigkeit die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren. Die übrigen tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher oder magyarischer Nationalität verlieren die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Dekrets.“

Dieses Dekret sollte sich nicht auf Deutsche und Magyaren erstrecken, die

a) sich „in einer Zeit erhöhter Bedrohung der Republik in einer amtlichen Anmeldung als Tschechen oder Slowaken erklärt“ hatten;
b) „unter nazistischem oder faschistischem Terror gelitten“ und aus politischen oder rassischen Gründen im Konzentrationslager oder Gefängnis eingesperrt gewesen waren;
c) „wegen ihrer Treue zur Republik und der Loyalität zum tschechischen oder slowakischen Volk anderwertig durch die Nazis verfolgt“ worden waren;
d) „aktiv am Kampf“ gegen das NS-Regime und um die Befreiung der Tschechoslowakischen Republik beteiligt waren;
e) in tschechoslowakischen oder verbündeten Einheiten gedient oder im Lande selbst im Widerstandskampf gestanden waren;
f) weder Mitglied der SS, SA, SdP, NSDAP noch anderer NS-Organisationen gewesen waren.[3103]

Tschechen und Slowaken und Angehörige anderer slawischer Nationen, die sich in der Zeit – durch Zwang oder andere besonders berücksichtigenswerte Um-

---

[3101] Jech, Němci a Maďaři, 516-520.

[3102] Vgl. Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der ČSR über Fragen der Staatsbürgerschaft und der Option vom 20. November 1938; Erlass vom 16. März 1939 über die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren; Verordnungen des Reichsprotektors vom 20. April 1939 (Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit), 11. Jänner 1940 (Protektoratsangehörigkeit), 4. März 1941 (Volkslisten), 2. November 1942 (Verlust der Protektoratsangehörigkeit); Vertrag zwischen der Tschecho-Slowakischen Republik und dem Königreich Ungarn über die Regelung der Staatsbürgerschaft und der Option vom 18. Februar 1939; Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Slowakischen Republik über die Regelung der Staatsangehörigkeit der Angehörigen der Volksgruppen beider Staaten, 1940.

[3103] Kubů und Kuklík, Restitution, 189. Als Treuebeweis wurde auch politische Tätigkeit in der Emigration oder Finanzierung des Widerstands angesehen. – Alle diese Ausnahmebestimmungen veranlassen Kubů und Kuklík zur Feststellung, dass „wir speziell bei diesem Schlüsseldekret des Präsidenten nicht von einer pauschalen Geltung des Prinzips der Kollektivschuld sprechen“ können.

stände genötigt – als Deutsche oder Magyaren gemeldet hatten, wurden nicht als Deutsche oder Magyaren nach diesem Dekret behandelt, wenn das Ministerium des Innern die Bescheinigung über ihre „nationale Zuverlässigkeit“ akzeptierte. Über den Erhalt der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft von Personen deutscher oder magyarischer Nationalität, die Angehörige tschechoslowakischer Militäreinheiten waren, entschied das Ministerium des Innern auf Antrag des Ministeriums für nationale Verteidigung.[3104]

Dieses Verfassungsdekret bedeutete, dass – trotz tschechoslowakischer Nicht-Anerkennung des Münchener Abkommens, des Protektorats-Statuts und des Ersten Wiener Schiedsspruchs ex tunc – die meisten Sudetendeutschen mit Wirkung vom 10. Oktober 1938, die meisten Protektoratsdeutschen mit Wirkung vom 16. März 1939 und die meisten in der südlichen Slowakei lebenden Magyaren mit Wirkung vom 2. November 1938 ihre frühere tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren hatten.[3105] Für die meisten Karpatendeutschen und „deutschen Juden“ galt dies allerdings erst mit Inkrafttreten des Dekrets am 10. August 1945. Andererseits erfüllte die Mehrheit der jüdischen Antragsteller auf Wiedererlangung der Staatsbürgerschaft, die sich 1930 zur deutschen Nationalität bekannt hatten, die formalen Kriterien für den Erhalt der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft. Allerdings erschwerte ihnen vor allem die untere Ebene der Nationalausschüsse den Weg zur Restitution. Eine Reihe deutschsprachiger Juden war vor dem Potsdamer Abkommen sogar der Vertreibung zum Opfer gefallen.[3106]

Gerade dieses Präsidialdekret war im Londoner Exil bereits ausführlich diskutiert worden. So wollte man anfänglich die alliierten Entscheidungen hinsichtlich des Bevölkerungstransfers abwarten, um nicht – im Falle einer Nichtdurchführung – mit bis zu 4 Millionen ausländischen Staatsangehörigen konfrontiert zu sein. Innenminister Nosek vertrat im Kabinett am 15. Juni 1945 dennoch die Lösung mit Beginn der „Okkupation“ 1938/39 und plädierte in der Regierungssitzung vom 19. Juni, von einer Definition der deutschen oder magyarischen nationalen Zugehörigkeit abzusehen. Allerdings warnte er vor den „ungünstigen und gefährlichen Folgen einer unorganisierten und nicht durchdachten Durchführung der Abschiebung“ und wurde dabei von den stellvertretenden Ministerpräsidenten Gottwald und Šrámek sowie weiteren Ministern unterstützt. Da von den „wilden Vertreibungen“ offensichtlich auch „deutsche Antifaschisten“ betroffen waren, musste General Fiala Bericht erstatten. Als Msgr. Šrámek fragte, welche Rolle die Rote Armee bei der „Abschiebung“ spiele, erklärten die kommunistischen Minister, „dass die Rote Armee selbst keine Schritte zur Abschiebung der Deutschen

[3104] Jech, Němci a Maďaři, 526f.; Jan Kuklik, Deutschland und die Personen deutscher Nationalität in der tschechoslowakischen Gesetzgebung (1940-1948), in: Kittel, Deutschsprachige Minderheiten, 1-130, hier 41.

[3105] Die Bevölkerung des am 2. November 1938 an Ungarn angeschlossenen Gebietes hatte die ungarische Staatsangehörigkeit nicht „automatisch“ erworben, sondern hatte sich um diese bewerben müssen.

[3106] Kubů und Kuklík, Restitution, 190.

unternehme, sondern nur die abgeschobenen Deutschen empfange“ [gemeint war wohl: die vertriebenen Deutschen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands aufnehme, Anm. Suppan].[3107]

Nun formulierte Ministerpräsident Fierlinger vorläufige Richtlinien für die Militärverwaltungen und Militäreinheiten:

– Die deutsche Bevölkerung soll nicht unterschiedslos in Konzentrationslager getrieben werden, sondern sie soll im Rahmen der technischen Möglichkeiten zur Arbeit angehalten werden.
– „Zur Abschiebung der Bevölkerung deutscher Nationalität soll nur dort geschritten werden, wo dafür tatsächliche Möglichkeiten bestehen.“
– „Sofort festgenommen werden sollen die schuldig gewordenen Deutschen, insbesondere Angehörige der Gestapo, der SS, der SA und aktive Mitglieder der Sudetendeutschen Partei.
– Das Vermögen der deutschen Bürger, gegen die sich die Maßnahmen richten, soll auf zweckmäßige Weise sichergestellt und vor Entwendung und Zerstörung geschützt werden. Die Verteidigungsstreitkräfte sollen wichtige Industrieunternehmen sofort unter ihren Schutz nehmen und deren ungestörten Betrieb sichern.
– Bei sämtlichen Maßnahmen ist unter Berücksichtigung des gesamtstaatlichen wirtschaftlichen Interesses insbesondere darauf zu achten, dass nicht der Betrieb wichtiger Industrie-, Landwirtschafts- und Verkehrsunternehmen in Mitleidenschaft gezogen wird.
– „Die deutschen Bürger, die der Republik treu geblieben sind, sich am Kampf um die Befreiung der Republik aktiv beteiligt oder unter dem nazistischen und faschistischen Terror gelitten haben, sollen mit Respekt behandelt werden.“[3108]

Im Begründungsprotokoll zur Endfassung des Verfassungsdekrets vom 2. August 1945 wurde nochmals auf den Zeitpunkt des Verlustes der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft hingewiesen. Zwar widerspreche die Anerkennung der Regelung seitens der Okkupanten der tschechoslowakischen Rechtsordnung, die überwiegende Mehrheit der Deutschen und Magyaren habe aber der Annahme der deutschen oder ungarischen Staatsangehörigkeit selbst zugestimmt; daher könne auch der tschechoslowakische Gesetzgeber die Naturalisierungsakte Deutschlands und Ungarns „aus freiem Willen“ anerkennen. Das wohl entscheidende Argument lautete aber: „Diese Konstruktion hindert Deutschland und Ungarn daran, Personen zurückzuweisen, die aus eigenem Willen ihre Staatsbürger geworden sind.“[3109]

[3107] Protokoll der 32. Sitzung der Tschechoslowakischen Regierung, 19. Juni 1945, in: Jech, Němci a Maďaři, 557-561.

[3108] Protokoll der 30. Sitzung der Tschechoslowakischen Regierung vom 15. Juni 1945, in: Jech, Němci a Maďaři, 552-557.

[3109] Begründungsprotokoll zur Endfassung des Verfassungsdekrets des Präsidenten der Republik vom 2. August 1945, in: Jech, Němci a Maďaři, 564f.

Erstaunlicherweise wurde in diesem entscheidenden Verfassungsdekret nirgendwo definiert, wer als „Deutscher", „Magyare", „Tscheche" oder „Slowake" gelten sollte. Es fehlte sogar ein Verweis auf in früheren Präsidentendekreten – so in den Dekreten 5/1945 und 12/1945 – unternommene Definitionen, nach denen Bürger „als Personen deutscher oder magyarischer Nationalität anzusehen [waren], die sich bei irgendeiner Volkszählung seit 1929 zur deutschen oder magyarischen Nationalität bekannten oder Mitglieder nationaler Gruppen, Formationen oder politischer Parteien waren, in denen Personen deutscher oder magyarischer Nationalität zusammengeschlossen waren".[3110] Im Begründungsprotokoll zur Endfassung des Verfassungsdekrets vom 2. August 1945 wurde auch angedeutet, warum „ausdrücklich von einer Definition der deutschen oder magyarischen nationalen Zugehörigkeit abgesehen" wurde: „Diesen Begriff können – falls überhaupt erforderlich – weit besser flexiblere Richtlinien umreißen, die z. B. die besonderen slowakischen Probleme werden berücksichtigen müssen." Ein Mitautor des Dekrets Nr. 33, Vladimír Verner, der Leiter der Staatsbürgerschaftsabteilung im Innenministerium, erklärte im Juli 1946 in einer amtsinternen Stellungnahme, warum weder dieses Verfassungsdekret noch irgendeine andere Rechtsnorm eine Definition der tschechischen oder slowakischen – und damit indirekt auch der deutschen oder magyarischen – Nationalität enthielt:

> „Wir haben nur die Bestimmung von § 21 der Regierungsanordnung über die Volkszählung vom 26. Juni 1930, Nr. 83 Sb., nach der die Nationalität bei der Volkszählung nur und ausschließlich nach der Muttersprache eingetragen wurde. Mit diesem Begriff der Nationalität können wir nach dem Krieg nicht nur nicht auskommen, sondern er wäre für unsere Völker bei der Durchführung aller gegen die Deutschen und die Magyaren gerichteten Dekrete [sogar, Erg. Suppan] schädlich. Auf Grund der Sprache, die manch eine Mutter ihre tschechischen Kinder gelehrt hatte, müssten ja alle jene Renegaten für Tschechen erklärt werden, die unserem Volk nicht nur in der Zeit der Okkupation, sondern lange vor ihr entsagt haben. So wären die ehemaligen Exponenten der Deutschen aus dem Grenzgebiet und unzählige sogenannte Protektorats-Deutsche ebenfalls als Tschechen zu betrachten."[3111]

6) Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 71/1945 Sb. vom 19. September 1945 über die Arbeitspflicht von Personen, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren haben: „Zur Beseitigung und Wiedergutmachung der durch Krieg und Luftangriffe [dabei konnten nur die alliierten Luftangriffe gemeint sein, Anm. Suppan] verursachten Schäden wie auch zur Erneuerung des durch den Krieg zerrütteten Wirtschaftslebens" unterliegen Personen deutscher und magyarischer Nationalität, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren haben, der Arbeitspflicht: Männer vom vollendeten 14. bis zum

---

[3110] Vgl. Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 12/1945 Sb. vom 21. Juni 1945, in: Jech, Němci a Maďari, 471.

[3111] Stellungnahme des Innenministeriums für das Außenministerium der ČSR, 10.7.1946, über die Frage der österreichischen Nationalität, in: SÚA, fond MZ-S, kr. 372, i.č. 195, zitiert nach: Hrabovec, Vertreibung, 242f.; vgl. Vladímir Verner, Státní občanství podle ústavního dekretu presidenta republiky z 2. srpna 1945 (Praha 1945).

vollendeten 60. Lebensjahr, Frauen vom vollendeten 15. bis zum vollendeten 50. Lebensjahr. Die Arbeitspflicht erstreckte sich auf die Ausführung von Arbeiten jeglicher Art und galt auch für Personen tschechischer, slowakischer oder anderer slawischer Nationalität, die sich in der Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik ohne Zwang um die Erteilung der deutschen oder ungarischen Staatsangehörigkeit beworben hatten. Ausgenommen waren nur körperlich oder geistig unfähige Personen, schwangere Frauen ab dem vierten Monat der Schwangerschaft, Wöchnerinnen für die Dauer von sechs Wochen nach der Entbindung und Frauen, die für ein Kind unter sechs Jahren zu sorgen hatten. In der Regierungssitzung vom 11. September 1945 gab es bei der Beratung des diesbezüglichen Entwurfs des Innenministers eine Meinungsverschiedenheit mit dem Minister für Arbeitsschutz und soziale Fürsorge, der Kompetenzstreitigkeiten bei den Bezirksbehörden befürchtete. Als Minister Jozef Šoltész aber verlangte, „es sei notwendig die Deutschen zur Arbeit zu zwingen", entgegnete ihm der Ernährungsminister Majer, „dass im Großen und Ganzen die Leistung der Deutschen zufriedenstellend und manchmal auch besser sei als die Leistung unserer Bevölkerung".[3112]

7) Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 122/1945 Sb. vom 18. Oktober 1945 über die Auflösung der Deutschen Universität in Prag:

> „Um das seit langem andauernde historische Bestreben des gesamten tschechischen Volkes in der Frage der Prager Universität zu vollenden und um die Früchte der nationalen Revolution und des Kampfes um die Befreiung der Tschechoslowakischen Republik rechtlich zu sichern, ordne ich auf Vorlage der Regierung an: § 1 – Die deutsche Universität in Prag, die am 5. Mai 1945, dem ersten Tag des Prager Volksaufstandes, untergegangen ist, wird als eine dem tschechischen Volke feindliche Institution für immer aufgelöst. § 2 – Die wissenschaftlichen Institute und ihre Einrichtungen wie auch das gesamte Vermögen der deutschen Universität in Prag fallen der Karls-Universität zu. Dieses Dekret tritt mit Wirkung vom 17. November 1939 in Kraft."

Am 18. Oktober 1945 wurde mit Dekret Nr. 123/1945 Sb. auch die Auflösung der deutschen Technischen Hochschulen in Prag und Brünn erlassen. Unterrichtsminister Zdeněk Nejedlý begründete die rückwirkende Geltung der beiden Dekrete mit der von Hitler – nach Studentendemonstrationen und neun Hinrichtungen – am 17. November 1939 angeordneten Schließung sämtlicher tschechischer Hochschulen. Ebenso bemerkenswert war Nejedlýs historischer Exkurs – besser gesagt: seine Geschichtsklitterung – zur Karls-Universität in der Regierungssitzung: Karl IV., „der Vater des Vaterlandes", habe die Universität (1348) begründet, „damit die treuen Bewohner des Königreiches [...] nicht in der Fremde um Almosen betteln müssen" und nicht genötigt werden, „zu fremden Nationen zu pilgern". Seit der Hussitenzeit setzte das tschechische Element fortschrittliche Ideen durch, „während das deutsche Element von rein reaktionärer Natur gekennzeichnet war"; deshalb habe bereits das Kuttenberger Dekret 1409 die Tschechen zur führenden Nation gemacht. Erst der Sieg der feindlichen Habsburgerdynastie in der Schlacht

---

[3112] Protokoll der 52. Sitzung der Tschechoslowakischen Regierung vom 11. September 1945, in: JECH, Němci a Maďaři, 571-577.

am Weißen Berg habe den nationalen tschechischen Charakter der Prager Universität aufgehoben; hernach durchlebte die Universität „die traurigen Zeiten des Rückfalls, der Knechtung und der Germanisierung". Erst im 19. Jahrhundert habe das tschechische Volk wieder die Forderung nach einer Tschechisierung der Karls-Universität erhoben, die in einer Teilung der Universität (1882) mündete. Obwohl der deutsche Teil bereits vor dem Ersten Weltkrieg „eher als Vorposten und Verbreiter des großdeutschen Gedankens denn als echte Hochschule" hervorgetreten sei, habe der selbständige tschechoslowakische Staat nach 1918 die deutsche Universität ihre Tätigkeit fortsetzen lassen. Die Deutschen hätten jedoch „die günstige Position ihrer Universität zum verdeckten und später ganz offenen Kampf gegen den Staat" missbraucht, „zum verbissenen Kampf gegen alles Tschechische und alles Slawische". „Deutsche Professoren hetzten die Studenten gegen die Republik auf und verbreiteten von Prag aus in die ganze Welt die reaktionärsten faschistischen Ansichten." Schon 1930 habe Goebbels zur Prager Studentenschaft gesprochen, Henlein habe hier den fruchtbarsten Boden für seine Umtriebe gefunden, und im Sommer 1938 habe sich die deutsche Universität „schon völlig unverhüllt als Bastion des deutschen Hochverrats" gezeigt. Kein einziger deutscher Professor habe schließlich 1939 seine Stimme gegen das beispiellose Niedertrampeln der akademischen wie der Menschenrechte erhoben. „Ewig ist deswegen die Schuld der deutschen Universität in Prag vor dem tschechischen Volk."[3113]

8) Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 100/1945 Sb. vom 24. Oktober 1945 über die Nationalisierung des Bergbaus und einiger Industriebetriebe; Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 101/1945 Sb. vom 24. Oktober 1945 über die Nationalisierung einiger Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie (Zuckerfabriken und Zuckerraffinerien, industrielle Spiritusbrennereien und Spiritusraffinerien, größere Brauereien, größere Mühlen, größere Betriebe zur Erzeugung von künstlichen Speisefetten, größere Betriebe zur Herstellung von Schokolade und Süßwaren); Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 102/1945 Sb. über die Nationalisierung der Aktienbanken; Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 103/1945 Sb. über die Nationalisierung der privaten Versicherungen:

Bereits im Juli 1945 einigten sich die Parteien der Nationalen Front darauf, die Nationalisierung noch vor Einberufung der Provisorischen Nationalversammlung per Präsidentendekret durchzuführen. Der Gedanke der Nationalisierung war in der sozial radikalisierten Gesellschaft sehr populär, und Kommunisten wie Sozialdemokraten drängten auf eine umfassende, einmalig durchgeführte Nationalisierung.[3114] Als Kompromiss wurde in vier Dekreten die Nationalisierung der Schlüsselbetriebe des Energiesektors, der metallverarbeitenden und elektrotechnischen

---

[3113] Begründungsprotokoll zum Entwurf des Dekrets des Präsidenten der Republik über die Auflösung der deutschen Universität in Prag für die Sitzung der Regierung am 10. Oktober 1945, in: Jech, Němci a Maďaři, 579-581. Vgl. dagegen die differenzierende Analyse von Alena Míšková, Die Deutsche Universität in Prag (Praha 2007).

[3114] Kubů und Kuklík, Restitution, 188.

Industrie, der Rüstungsindustrie, der chemischen Industrie, der Baustoffindustrie, der Holz- und Papierindustrie, der Textilindustrie sowie der Nahrungsmittelindustrie beschlossen: alle Bergbaubetriebe, Energieunternehmen (abgesehen von Selbstverbrauchern), Eisenhütten, Stahlwerke, Walzwerke, Buntmetallhütten, größeren Gießereien (mit mehr als 400 Beschäftigten), Metallpressen, Drahtziehereien, größeren Betriebe (mit mehr als 500 Beschäftigten) der metallverarbeitenden, elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Industrie, alle Betriebe der Waffenindustrie, alle Fabriken der chemischen Industrie und der chemisch-pharmazeutischen Produktion, alle Betriebe zur Gewinnung von Erden und Ton sowie zur Erzeugung von Zement, größere Betriebe (mit mehr als 150 Beschäftigten) zur Herstellung von technischem Porzellan, Keramik, Kachelwaren und Kalk, alle größeren Glashütten, alle Betriebe zur Zelluloseherstellung, alle größeren Betriebe (mit mehr als 300 Beschäftigten) der Papier-, Pappe- und Holzstoff-Herstellung, alle Sägewerksbetriebe mit mehr als 150 Beschäftigten, alle Holzverarbeitungsbetriebe mit mehr als 300 Beschäftigten, alle Betriebe der Furnier- und Plattenindustrie, alle größeren Spinnereien (mit mehr als 400 Beschäftigten) von Baumwolle, Kammgarn, Streichgarn, Zwirn, Leinen, Jute und Kunstfasern, Baumwollwebereien mit mehr als 500 Beschäftigten, alle größeren Woll-, Seiden- und Kunstfaserwebereien, Teppich- und Spitzenwebereien sowie Betriebe der Wirk- und Strickindustrie mit mehr als 400 Beschäftigten, alle Flachs-, Hanf- und Jutewebereien mit mehr als 400 Beschäftigten, alle Betriebe der Bekleidungsindustrie mit mehr als 500 Beschäftigten und alle Betriebe zur Herstellung von Leder und Lederwaren mit mehr als 400 Beschäftigten.

Für das nationalisierte Vermögen, das zur Zeit der faktischen Beendigung der Okkupation und des nationalsozialistischen Regimes zweifelsfrei im Eigentum des Deutschen Reiches oder Ungarns, der NSDAP oder ungarischer Parteien, anderer deutscher oder ungarischer Organisationen, Unternehmen, Fonds oder juristischer Personen sowie natürlicher Personen deutscher oder magyarischer Nationalität stand, wurde kein Ersatz geleistet. Dies galt auch bei natürlichen Personen, die eine Tätigkeit gegen die staatliche Souveränität, die Selbständigkeit, Integrität, die demokratisch-republikanische Staatsform, die Sicherheit und Verteidigung der Tschechoslowakischen Republik gerichtet hatten, die absichtlich die deutschen oder ungarischen Okkupanten unterstützt oder die Germanisierung oder Magyarisierung begünstigt hatten. Hingegen waren natürliche Personen deutscher oder magyarischer Nationalität ausgenommen, die sich entweder am Kampf um die Befreiung der Tschechoslowakei aktiv beteiligt oder unter dem nationalsozialistischen Terror gelitten hatten.[3115]

Mit diesen Dekreten wurden wesentliche Zielsetzungen des Kaschauer Regierungsprogramms verwirklicht, die das gesamte Geld- und Kreditsystem, die industriellen Schlüsselunternehmen, das Versicherungswesen, sowie die Natur- und Energiequellen unter allgemeine staatliche Lenkung gestellt wissen wollten. Bereits am

[3115] Jech, Němci a Maďaři, 582-586.

22. Juni 1945 hatte das tschechoslowakische Finanzministerium den Deutschen die Verfügungsgewalt über ihre finanziellen Mittel entzogen. Die Deutschen mussten alle in bar vorhandenen Zahlungsmittel (in allen Währungen), alle Wertpapiere und Edelmetalle sowie alle Kunst- und anderen Wertgegenstände in einem Sperrdepot hinterlegen. Alle Zahlungen zugunsten von Deutschen, einschließlich der Löhne, die 2000 Kronen überstiegen, durften lediglich auf Sperrkonten erfolgen.[3116]

9) Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 108/1945 Sb. vom 25. Oktober 1945 über die Konfiskation des feindlichen Vermögens und über den Fonds der Nationalen Erneuerung:

Auf seiner Grundlage beschlagnahmte die Tschechoslowakische Republik entschädigungslos unbewegliches und bewegliches Feindvermögen, das bis zum Tag der tatsächlichen Beendigung der deutschen und magyarischen Okkupation im Eigentum physischer und juristischer Personen deutscher oder magyarischer Nationalität stand. Darunter waren folgende drei Personenkategorien zu verstehen: erstens, rechtliche Personen des Deutschen Reiches, des Königreichs Ungarn, der NSDAP, ungarischer politischer Parteien und weiterer deutscher und ungarischer juristischer Personen inklusive Vermögensfonds und anderer öffentlichrechtlicher Körperschaften; zweitens, physische Personen deutscher oder ungarischer Nationalität mit Ausnahme solcher Personen, die nachgewiesenermaßen treu zur Tschechoslowakischen Republik gestanden waren; drittens, physische Personen, die eine gegen die staatliche Souveränität, Eigenständigkeit, Ganzheit, die demokratisch-republikanische Staatsform, die Sicherheit und Verteidigung der Tschechoslowakischen Republik gerichtete Tätigkeit entfaltet hatten. Dieses Enteignungsdekret war das wichtigste die Konfiszierung feindlichen Vermögens betreffende Dekret und betraf sowohl Häuser, Parzellen, Handels- und Gewerbebetriebe, Industrieanlagen und Fabriken als auch Möbel, Kleider, Wäsche, Schmuck, Büroeinrichtungen und Kraftfahrzeuge, aber auch Sparbücher, Wertpapiere, Forderungen an Versicherungen, Patent- und Urheberrechte, Kunstgegenstände, Jagd- und Fischereirechte. Von der Beschlagnahme ausgenommen war nur jenes mobile Eigentum, das zum unmittelbaren Überleben notwendig war, wie Kleidung, Betten, Wäsche, Haushaltsgeräte, Lebensmittel und Werkzeuge. Das beschlagnahmte Eigentum wurde vom „Fonds für Nationale Erneuerung" (*Fond národní obnovy*) verwaltet, der garantieren sollte, dass es „tatsächlich zum Nutzen des Staates aufbewahrt" werde. Der Fonds hatte gemeinsam mit den Bezirksnationalausschüssen eine Bestandsaufnahme des Umfangs der Vermögenswerte und deren Sicherung durchzuführen, konkrete Verzeichnisse des Vermögens zu erstellen und sich auch an dessen Zuteilung an neue Eigentümer zu beteiligen.[3117]

3116 Hrabovec, „Wir haben uns gesagt", 169.

3117 Jech, Němci a Maďaři, 587-619; Kubů und Kuklík, Restitution, 187f. Eine Restitution von Eigentum, das auf der Basis rassischer Verfolgung beschlagnahmt worden war, war nicht grundsätzlich ausgeschlossen, bedurfte aber der Kriterien der nationalen und staatlichen „Zuverlässigkeit", des Besitzes der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft und der sozialen Bedürftigkeit.

10) Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik Nr. 137/1945 Sb. vom 27. Oktober 1945 über die Sicherungsverwahrung von als staatlich unzuverlässig angesehenen Personen in der Revolutionszeit:

Dazu diente eine Reihe von „Dekreten“ des Präsidenten der Republik zwischen Mai und Oktober 1945, die „Personen deutscher oder magyarischer Nationalität“ als „staatlich unzuverlässige Personen“ stigmatisierten, die das land- und forstwirtschaftliche Vermögen der Deutschen und Magyaren entschädigungslos enteigneten und aufteilten (immerhin 2,9 Millionen ha), die tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher oder magyarischer Volkszugehörigkeit (mit wenigen Ausnahmen) die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft aberkannten und die unbewegliches und bewegliches Feindvermögen im Eigentum physischer und juristischer Personen deutscher oder magyarischer Nationalität ohne Entschädigung konfiszierten – allein von den Deutschen rund 3900 Industriebetriebe und 34.000 Gewerbebetriebe, daneben Banken, Versicherungen, Kurbetriebe, Hotels, Bibliotheken, Theater, Museen etc.

11) Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 138 /1945 Sb. vom 27. Oktober 1945 über die Bestrafung einiger Vergehen gegen die nationale Ehre (sogenanntes kleines Retributionsdekret):

> „Wer in der Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik durch ungebührliches, das Nationalgefühl des tschechischen oder slowakischen Volkes verletzendes Verhalten öffentliches Ärgernis erregte, wird – soweit es sich nicht um eine gerichtlich zu verfolgende Straftat handelt – vom Bezirksnationalausschuss mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder einer Geldbuße bis zu 1,000.000 Kčs oder mit einer öffentlichen Rüge oder mit zwei oder allen dreien dieser Strafen bestraft.“[3118]

In der Diskussion über die Vorbereitung dieses Dekrets stellte Justizminister Stránský ausdrücklich fest, dass durch die Bestrafung oder Verfolgung nach dem neuen Dekret nicht der Grundsatz verletzt werden dürfe, dass niemand seinem Richter entzogen werden darf. Das bedeute, dass in allen Fällen, in denen der Verdacht bestehe, dass jemand eine Straftat nach dem Retributionsdekret begangen habe, der Täter dem Gericht zu übergeben sei, damit das Verfahren vor dem außerordentlichen Volksgericht durchgeführt werde. Innenminister Nosek erklärte seine Zustimmung zu diesem Vorgehen.[3119]

Am 28. Oktober 1945 – exakt 27 Jahre nach der Gründung des Tschechoslowakischen Staates – richtete Präsident Beneš eine Botschaft an die Provisorische Nationalversammlung, die bestimmte Präsidenten-Dekrete begründen sollte, insgesamt aber eine ziemlich einseitige politische und moralische Abrechnung mit den Sudetendeutschen darstellte:

> „[…] Wir und die Verbündeten haben im Wesentlichen – auf der Grundlage der Ereignisse des Zweiten Weltkrieges – das Prinzip des Nationalstaates angenommen, und die früheren Prinzipien des Schutzes von Minderheiten werden im Hinblick darauf, dass sie sich, vor allem durch die

[3118] Jech, Němci a Maďaři, 640.
[3119] Jech, Němci a Maďaři, 641f.

Schuld der Minderheiten selbst [sic!], nicht bewährt haben, nicht von neuem Geltung erlangen. Jeder Staat wird diese Dinge für sich selbst lösen, und erst später wird man sehen, wie dieses Problem international gelöst wird, wahrscheinlich durch die neue Sicherheitsorganisation der Vereinten Nationen. Für uns stellt sich damit das Problem der Deutschen und Magyaren und seine definitive Lösung.

Wir haben uns für die Abschiebung unserer Deutschen ins Reich entschieden. Die Verbündeten haben uns in diesem Standpunkt international bestätigt. Wir motivieren das mit einer Reihe schwerstwiegender, nicht nur politischer, sondern auch moralischer Gründe, und ich bitte alle unsere politischen Repräsentanten, diese Frage überhaupt und vor allem auch vom moralischen Gesichtspunkt aus zu beurteilen. Wir haben versucht, bis zum Jahre 1938 und insbesondere im Jahre 1938, uns mit ihnen in einem wirklich liberalen und wirklich menschlichen Geist zu verständigen. Alle unsere Versuche sind vollständig fehlgeschlagen. Heute ist klar, dass seit dem Jahr 1934 in vollem Einvernehmen mit Hitler und in voller Verantwortung einer großen Mehrheit unserer Deutschen zielstrebig die Zerstörung unseres ganzen Staates vorbereitet wurde. Es ging nicht nur um den Anschluss unserer Deutschen an das Reich; unsere Deutschen haben sich in ihrer achtzig- bis neunzigprozentigen Mehrheit völlig in die Dienste des barbarischen Naziregimes mit dem Ziel der Vernichtung unseres Staates und der Lähmung aller moralischen und kulturellen Kräfte und Werte unserer Nation gestellt. Und als sie sich dann unter der Führung Hitlers und gemeinsam mit den Deutschen aus dem Reich unseres ganzen Staates bemächtigten, haben sie uns und unser Land auf unerhörte Weise barbarisch und unmenschlich tyrannisiert. Alle Brücken zwischen ihnen und uns wurden durch ihr Vorgehen auf immer abgebrochen; ein gemeinsames Leben mit ihnen ist uns unmöglich. (*Beifall*) Sie müssen daher weggehen, denn eine andere Lösung im Interesse der Ruhe und des Friedens in Europa gibt es nun einmal nicht.

[…] Ich appelliere an alle großen Verbündeten aus dem Zweiten Weltkrieg, der ja gerade mit München begonnen hat, an die Sowjetunion, an Großbritannien, an die Vereinigten Staaten, an Frankreich und an China – und an alle übrigen –, dass sie uns diese Frage endgültig lösen helfen und Schluss machen mit jeglichen künftigen Versuchen zu irgendeinem neuen München. (*Beifall*) […]

Dass sämtliche Vorbereitungen zur Ausweisung der Deutschen von uns gut organisiert und human, menschlich, nicht nach Art der Nazis und in vollem Einvernehmen mit den Verbündeten durchgeführt werden müssen, versteht sich von selbst. […]

In diesem Geiste wurden unsere Dekrete bezüglich der Staatsbürgerschaft der deutschen und magyarischen Bevölkerung vorbereitet; unsere Staatsbürger werden nur die sein, die unsere Staatsbürgerschaft aufs Neue von unserer Regierung erhalten. Weiter die Dekrete über die Konfiskation des deutschen und magyarischen Vermögens: das deutsche Vermögen wurde beschlagnahmt als Anzahlung auf unsere Reparationsansprüche gegenüber dem Deutschen Reich[3120], das ganze sieben Jahre lang bei uns derartige Zerstörungen und Plünderungen anstellte, dass das ganze deutsche Vermögen bei uns dafür bei weitem nicht ausreicht. […]

Im Zusammenhang mit der Konfiskation des deutschen und magyarischen Vermögens wie auch des Vermögens der Verräter und Kollaborateure ist das Dekret über die neue Bodenreform erlassen worden. Auch das ist eine Frage von großer Tragweite. Ganze Hunderttausende Hektar Boden sollen aufgrund der Bestimmungen, die dieses Dekret enthält, in den Besitz tschechischer Menschen kommen. Eine weitere Bodenreform, die vor allem zum Ziel haben wird, endgültig

[3120] In der Regierungssitzung vom 29. Oktober 1945 machte Staatssekretär Clementis darauf aufmerksam, dass diese Formulierung nicht genau dem Standpunkt der Regierung entspreche und die Stellung der tschechoslowakischen Delegation bei der Pariser Konferenz erschweren könnte. – JECH, Němci a Maďaři, 649.

eine Obergrenze für Grundeigentum für alle Bewohner der Republik festzulegen, wird später diskutiert und erst mittels Entscheidung des Parlaments durchgeführt werden.[3121] […]

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Ausführung des Dekrets über die Abschiebung der deutschen Bevölkerung uns weitere große Probleme bereiten wird. Vor allem verlassen damit die Republik mindestens ca. 800.000 Arbeitskräfte. Dadurch wird die bisherige wirtschaftliche Stärke und Kapazität der Republik geschwächt, und der Staat wird dadurch verarmen [sic!]. Das wird für uns große Opfer bedeuten, dessen müssen wir uns bewusst sein; aber diese Opfer muss unser Staat im Interesse künftiger Ruhe und eines künftigen Friedens bringen. […]

Ich habe mir zum Schluss einige Bemerkungen zu unserer vielleicht wichtigsten wirtschaftlichen Maßnahme aufgehoben, die durch die Unterzeichnung der weitreichenden Dekrete über die Verstaatlichung und Nationalisierung der Schlüsselindustrien sowie über die Verstaatlichung der Banken und Versicherungen festgeschrieben wird. Ich verhehle mir in keiner Weise die Tatsache, dass wir damit an der Struktur der früheren liberalen Gesellschaft rühren und dass wir uns hier auf Wege begeben, die zur Sozialisierung der modernen Gesellschaft führen sollen. (*Beifall*) Es ist kein <u>fertiger</u> Übergang von einer Entwicklungsphase unserer Gesellschaft zu einer neuen Phase; es ist nur der Anfang eines Aufbaus neuer Formen des Eigentums, <u>neben</u> dem privaten und dem genossenschaftlichen Eigentum. […]"[3122]

Wir werden nie erfahren, ob Präsident Beneš vielleicht doch ahnte, dass seine Enteignungs-, Verstaatlichungs- und Nationalisierungsdekrete zu einer kommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung führen könnten. – Erst am 28. März 1946 verabschiedete die Provisorische Nationalversammlung das Verfassungsgesetz Nr. 57/1946 Sb., mit dem alle Verfassungsdekrete und Dekrete des Präsidenten der Republik gebilligt und zum Gesetz erklärt wurden.

Hinsichtlich der jüdischen Restitutionen spielte das Ministerium für soziale Fürsorge die Hauptrolle. So richtete es am 30. November 1945 die Nationalverwaltung für den Jüdischen Rat der Älteren ein, in die das ursprüngliche immobile Eigentum der jüdischen Religionsgemeinden, Vereine, Begräbnisbruderschaften, Fonds und Stiftungen, ihre Bankkonten und Museumsgegenstände übergingen, die auf Anordnung der deutschen Okkupationsmacht aus den ländlichen Religionsgemeinden und jüdischen Museen nach Prag verbracht worden waren. Im Falle einer Antragstellung auf Restitution wurden Zeugnisse über die Nationalität, die staatliche Zuverlässigkeit und die Staatsbürgerschaft verlangt, bei Erben eine Gerichtsentscheidung über die Erbberechtigung, eine eidesstattliche Erklärung und ein Zeuge, sofern Unklarheiten bei der Identifikation mobiler Sachen auftraten. Der Restitutionsbescheid bestand aus zwei Teilen – dem Restitutionsspruch und einer kurzen Begründung. Die Restitutionen betrafen bei weitem nicht alle Formen der Übertragung oder des Übergangs ursprünglich jüdischen Eigentums auf tschechische Mitbürger. Vor allem so genannte freiwillige Eigentumsüberführungen in der Zeit nach dem Münchener

---

[3121] In der Regierungssitzung vom 29. Oktober 1945 wies Minister Ďuriš darauf hin, dass die Bemerkungen des Präsidenten über die Bodenreform nicht genügend ausformuliert seien, sodass diese Unbestimmtheit Unruhe in die Kreise der Landwirte hineintragen könnte. – JECH, Němci a Maďaři, 649.

[3122] JECH, Němci a Maďaři, 646-648.

Abkommen oder nach dem 15. März 1939, Scheinverkäufe oder der Missbrauch des Emigrationsdrucks von Flüchtlingen blieben unberücksichtigt. Ein eigenes Kapitel bildeten die sogenannten Geschenke für die Ausfuhrgenehmigung von Kunst- und anderen Wertgegenständen oder die strikte Handhabung der Devisenvorschriften in der Zweiten Republik. Eine eigene Problematik stellten die Holocaustopfer dar sowie jüdische Bürger, die mittlerweile Staatsbürger anderer Staaten – besonders Großbritanniens, der USA und Kanadas – geworden waren.[3123]

Eine definitive Regelung der Nachkriegsrestitutionen, einschließlich der „jüdischen“, brachte erst das Gesetz der Nationalversammlung vom 16. Mai 1946 über die Ungültigkeit einiger eigentumsrechtlicher Handlungen aus der Zeit der Unfreiheit und über Ansprüche aus dieser Ungültigkeit sowie aus anderen Eingriffen in das Eigentum. Das Gesetz legte zwei Grundarten der Restitutionsabwicklung fest: 1) Restitution durch das Amt, das die Nationalverwaltung ausübte; 2) gerichtliche Restitution in den Fällen, in denen die Nationalverwaltung den Restitutionsantrag ganz oder teilweise abgelehnt oder den Antrag nicht innerhalb einer Dreimonatsfrist nach seiner Einreichung bearbeitet hatte. Ein solcher Antrag war innerhalb einer Dreijahresfrist beim zuständigen Bezirksgericht zu stellen. Die Restitution konnte in Form einer Naturalrestitution (Wiederherstellung des vorherigen Rechtszustandes) oder aber in Form einer Auszahlung von geldwertem Ersatz bestehen.[3124]

Sowohl in den zeitgenössischen Diskussionen als auch nach 1990 tauchte die Argumentation auf, die entschädigungslose Enteignung der Sudetendeutschen habe sich auf das Pariser Reparationsabkommen von 1946 gestützt. Die Tschechoslowakei habe das Vermögen der Sudeten- und Karpatendeutschen in Ausübung ihrer Reparationsrechte gemäß dem Pariser Abkommen als deutsches Feindvermögen rechtmäßig konfisziert. Nach den Potsdamer Beschlüssen – die im Übrigen gegenüber Österreich keine Reparationsforderungen erhoben[3125] – sollten die Reparationsansprüche der Tschechoslowakei aus der sogenannten „Westmasse“ befriedigt werden, d. h. aus den westlichen Besatzungszonen Deutschlands und aus den Auslandsguthaben im Machtbereich der Westalliierten. Diese legten die verschiedenen Anteile fest und schufen die Interalliierte Reparationsagentur, die ein gemeinsames Reparationskonto führte. Hinsichtlich des deutschen Auslandsvermögens wurde vereinbart, dass jede Signatarmacht „das deutsche Feindvermögen innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches“ zurückbehält und verwertet. Dieses zurückbehaltene Vermögen war auf die Reparationsquote anzurechnen und der Reparationsagentur zu melden. Vermögenswerte, „die im Eigentum eines Mitgliedstaates der UN oder seiner Staatsangehörigen standen, die zum Zeitpunkt der Besetzung oder Annexion dieses Staates durch Deutschland, oder seines Kriegseintritts, keine deutschen Staatsangehörigen waren“, wurden nicht auf sein Reparationskonto angerechnet. Nach der Intention der Westalliierten sollten also Vermögen jener Personen, die

3123 Kubů und Kuklík, Restitution, 190.
3124 Kubů und Kuklík, Restitution, 190.
3125 Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 86.

erst nach der Annexion oder Besetzung ihres Heimatlandes die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hatten, von Reparationsmaßnahmen freigestellt werden. Dies galt demnach in der Tschechoslowakei sowohl für das sudetendeutsche Vermögen als auch für das Vermögen österreichischer Staatsbürger zum 12. März 1938. Tatsächlich anerkannte die Tschechoslowakei beide Ausnahmen und meldete diese beschlagnahmten Vermögen auch nicht der Reparationsagentur.[3126]

Noch ein anderes Gesetz wurde nach 1990 heftig diskutiert, das Gesetz Nr. 115/1946 Sb., beschlossen am 8. Mai 1946, über die Rechtmäßigkeit von Handlungen, die mit dem Kampf um die Wiedererlangung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zusammenhängen:

> „Eine Handlung, die in der Zeit vom 30. September 1938 bis 28. Oktober 1945 vorgenommen wurde und die darauf abzielte, zum Kampf um die Wiedererlangung der Freiheit der Tschechen und Slowaken beizutragen, oder die auf eine gerechte Vergeltung für Taten der Okkupatoren oder ihrer Helfer gerichtet war, ist auch dann nicht widerrechtlich, wenn sie anderweit nach den geltenden Vorschriften strafbar wäre.“[3127]

Das grundlegende Prinzip der Straffreistellung für Taten des heimischen und ausländischen Widerstands gegen die Okkupation war bereits im Verfassungsdekret vom 3. August 1944, Nr. 11/1944, verankert worden, galt aber lediglich für die Zeit des Krieges, d. h. bis zum 8. Mai 1945. Am 6. Dezember 1945 beauftragte das Präsidium des Ministerrats den Justizminister, in allernächster Zeit den Entwurf für eine Amnestie (Abolition) vorzulegen. Die Amnestie sollte sich weder auf Deutsche noch auf „Volksverräter“ erstrecken, sollte aber z. B. von Partisanen ohne rechtliche Grundlage durchgeführte Requisitionen oder Vergeltungsakte gegen Okkupatoren und ihre Helfer einbeziehen. Nach Beschluss des Gesetzes wurde die Strafverfolgung gegen eine amtlich nicht bekanntgegebene Anzahl von Teilnehmern am heimischen Widerstand gegen die Okkupation, gegen Angehörige bewaffneter Einheiten und auch gegen Täter, die bei der Internierung und während der sogenannten „wilden“ Vertreibung im Frühjahr und Sommer 1945 mit verabscheuungswürdiger brutaler Gewalt gegen Deutsche vorgegangen waren oder verlassenen deutschen Besitz gestohlen bzw. angeeignet haben, eingestellt. – Erstaunlicherweise fand dieses Gesetz in der Presse und in der bürgerlichen Öffentlichkeit nur geringen Widerhall.[3128]

Die Umsetzung der „Beneš-Dekrete“ in Tschechien

Bereits im Juni 1945 begann die KSČ Massendemonstrationen zu organisieren, auf denen mit dem Slogan von 1919/20 „Wir wollen den Weißen Berg wiedergutmachen“ die Verteilung des von den „Deutschen, Magyaren, Verrätern und Kolla-

3126 Bühler – Schusterschitz – Wimmer, Die Beneš-Dekrete, 22f.
3127 Jech, Němci a Maďaři, 650.
3128 Jech, Němci a Maďaři, 651-654.

borateuren“ beschlagnahmten Landes an Kleinbauern und landwirtschaftliche Arbeiter agitiert wurde. Obwohl Politiker der anderen Parteien vor den katastrophalen ökonomischen Konsequenzen einer solchen Landverteilung warnten, blieben die Kommunisten bei ihrer Demagogie. Letzten Endes wurden in der gesamten Tschechoslowakei 2,946.395 ha enteignet, davon 1,651.016 ha Ackerland und 1,295.379 ha Wald, in den böhmischen Ländern allein 2,400.449 ha, davon 1,405.070 ha Ackerland und 995.379 ha Wald. Für diese Art der gewaltsamen Aneignung von Land kam im Volksmund die Phrase „nach den Deutschen“ [*po Němcích*] auf.[3129]

Noch zerstörerischer für die besitzenden Schichten der Ersten Republik – und dies nicht nur für die Deutschen und Magyaren, sondern auch für die Tschechen, Slowaken und Juden – waren die Präsidentendekrete vom 24. Oktober 1945, die alle Banken, Versicherungen, Bergwerke, Eisen- und Stahlwerke, chemische Fabriken, Nahrungsmittelindustrien, Textil- und Glasfabriken, überhaupt alle größeren Unternehmen, nationalisierten. Insgesamt waren 2119 Firmen betroffen, die 62 % der Industriearbeiter beschäftigten und 75 % der industriellen Produktion herstellten.[3130] Dabei wurden diese Enteignungen in der Propaganda als „patriotisch“ und „progressiv“ dargestellt, ja geradezu als der „nationalen Tradition“ entsprechend bezeichnet. Massendemonstrationen in über 200 tschechoslowakischen Städten begrüßten diese Beneš-Dekrete. Naheliegend, dass die KSČ-Zeitschrift *Tvorba* „das erste Jahr des Friedens und der Freiheit“ mit Genugtuung feierte:

> „Only for enemies of the nation can the historic measures of the National Front government mean nothing – these measures which broke the economic power of occupants and traitors by confiscation and national control [of their property, Anm. Sayer], which divided their land among small agricultural workers, which punish crimes against the national honor, which with the establishment of national committees gave the power of the old bureaucratic apparatus into the hands of the people, and with the nationalization of the commanding heights of the economy guaranteed the people that the whole nation will reap the benefits of their work, all the working people.
>
> Why above all did the government, with the enthusiastic agreement of the people, go for these measures? So that Munich will never be repeated, once and for ever to neutralize all traitorous elements, who aided it, who prepared it in cooperation with foreign fascism and who so shamefully served the Nazi invaders, so that we would never again live through the terrible years of oppression and humiliation.”[3131]

Die Beschlagnahmungen und Enteignungen deutschen Eigentums gingen in den ersten Monaten nach dem Krieg ziemlich willkürlich vor sich. Zwar blieb der Löwenanteil der Beute in den Händen des Staates, dennoch gab es bei der örtlichen Bevölkerung einen wilden Wettlauf nach unterschiedlichen Vermögenswerten. „Goldgräber“, Diebe, Banditen und Kriminelle aller Art machten sich in die

[3129] Karel KAPLAN, Československo v letech 1914-1948 (Praha 1991) 23; BUCHVALDEK, Dějiny Československa, 363; SAYER, Bohemia, 243f., 373.

[3130] BUCHVALDEK, Dějiny Československa, 363; KAPLAN, Československo, 22.

[3131] Vladimír KOUCKÝ, První rok miru a svobody [Das erste Jahr des Friedens und der Freiheit], in: Tvorba, vol. 15, no. 1, 2 January 1946, zitiert nach: SAYER, Bohemia, 244f.

Grenzgebiete auf, um zu stehlen, zu rauben und zu plündern. In Böhmisch Kamnitz (Česká Kamenice) verteilte der Ortsnationalausschuss beschlagnahmte Kleidung, Hausrat und Artikel des täglichen Bedarfs, während sich der lokale Chef des militärischen Nachrichtendienstes auf das „Sammeln von Autos" konzentrierte. Aber auch in Prag gab es viele deutsche (und jüdische) Besitztümer zu verteilen. Der neue Außenhandelsminister Hubert Ripka selbst beschlagnahmte eine große Villa mit 17 Zimmern, die deportierten Deutschen gehört hatte.[3132]

Der tschechische Nationalökonom Jaroslav Krejčí berechnete, dass zwischen 1939 und 1945 das Realeinkommen für den tschechischen Arbeiter um 20 % gestiegen sei, das der tschechischen Arbeiterin sogar um 30 %. Das hing im Wesentlichen damit zusammen, dass die NS-Kriegswirtschaft mit Beginn der alliierten Bombardements immer mehr Betriebe ins Protektorat verlegt hatte, wo es kaum Zerstörungen gab. Die von der Pariser Reparationskonferenz errechnete Summe von 347,5 Milliarden Kronen (= 6,95 Milliarden Dollar) an tschechoslowakischen Kriegsschäden – nicht ganz zufällig ebenso hoch wie die erste tschechoslowakische Schätzung des Werts des enteigneten sudetendeutschen Eigentums – berücksichtigte jedoch diese deutsche Investitionen nicht.[3133]

Die Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen berechnete zum Stichtag 30. September 1938 das sudetendeutsche Volksvermögen mit 33.616,370.000,- Reichsmark (= 13,44 Milliarden Dollar), zum Stichtag 8. Mai 1945 mit 48.587,230.000,- Reichsmark (= 19,44 Milliarden Dollar). Die starke Steigerung ergab sich auf Grund der Zunahme der Werte in Land- und Forstwirtschaft (etwa 50 %), in der Industrie (etwa 60 %) und in den Geldanstalten (von 1,6 Mrd. RM auf 9 Mrd. RM). Die Werte von Selbstverwaltungskörpern, Kunstsammlungen, Büchereien sowie von Wertpapierbesitz und umlaufendem Geld wurden nicht mitgerechnet.[3134]

Das Haus Liechtenstein war sich bereits vor Kriegsende der Bedrohung seines Eigentums in der Tschechoslowakei bewusst geworden. Abgesehen von den Äußerungen des Exil-Präsidenten Beneš über den künftigen Umgang mit dem Eigentum der tschechoslowakischen Deutschen, äußerte sich im Februar 1945 der tschechoslowakische Delegierte beim Völkerbund, Jaromír Kopecký, in einem Gespräch mit dem Liechtensteiner Chargé d'affaires in Bern, Prinz Heinrich, „in ablehnendem Sinne über die Tatsache, dass der Fürst Liechtenstein etwa ein Drittel von Mähren besitze". Daher bemühte sich Fürst Franz Josef II., noch vor dem Kriegsende neuerlich den Schutz der Schweiz zu erlangen, was in Bern jedoch hinausgezögert wurde. Der Generalbevollmächtigte des Fürsten für die Verwaltung des Eigentums auf dem Territorium der (ehemaligen) Tschechoslowakischen Republik, Prinz Karl Alfred, empfahl daher die sofortige Kontaktaufnahme mit

[3132] Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung", 317-331.

[3133] J. Krejčí & P. Machonin, Czechoslovakia, 1918-92: A Laboratory for Social Change (New York 1996) 79.

[3134] Sudetendeutscher Atlas, 53.

den Amerikanern, unter Umständen auch den Verkauf eines Teils der Liegenschaften – verbunden mit einem Rückkaufsrecht. Jedenfalls ließ der Fürst schon im Jänner 1945 einen Teil der Kunstsammlungen aus den Schlössern Feldsberg und Eisgrub nach Vaduz transportieren. Ohne diese ausgelagerten Kunstschätze wurde der Wert des Liechtensteinischen Besitzes in der Tschechoslowakei am Ende des Zweiten Weltkrieges von Beratern des Fürsten auf 343,5 Millionen Schweizer Franken geschätzt; von dieser Gesamtsumme wurden 290 Millionen SF für den landwirtschaftlichen und Waldbesitz gerechnet.[3135]

Prinz Karl Alfred von und zu Liechtenstein überstand den Prager Aufstand im Mai 1945 unversehrt, und auch auf den Besitzungen in Südmähren war es nach dem Einmarsch der Roten Armee zu keinen größeren Schäden gekommen – abgesehen von Feldsberg. Als freilich das Dekret Nr. 5 des Präsidenten der Republik vom 19. Mai 1945 die Nationalverwaltung der Vermögenswerte der Deutschen, Magyaren, Verräter und Kollaborateure festlegte und das Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 12 vom 21. Juni 1945 die entschädigungslose Konfiskation und beschleunigte Verteilung des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen und Magyaren sowie der Verräter und Feinde der tschechischen und slowakischen Nation anordnete, war auch der Liechtenstein'sche Besitz betroffen. Noch gab es Bedenken im tschechoslowakischen Außenministerium, dass „die sofortige Konfiszierung […] in der Schweiz und im Westen einen unrichtigen und verfälschten Eindruck über die Verhältnisse bei uns hervorrufen“ könnte, aber das vom Kommunisten Julius Ďuriš geleitete Landwirtschaftsministerium nahm auf den internationalen Status des Fürsten keine Rücksicht. František Svoboda, der Zentraldirektor der Liechtenstein'schen Besitzungen, sprach daher persönlich beim Sektionschef Jiří Koťátko in Prag vor, der jedoch den Beschluss der tschechoslowakischen Regierung, einen Nationalverwalter einzusetzen, damit begründete, dass in der Zentraldirektion Anarchie herrsche und die leitenden Personen auf den Gütern alles Deutsche seien. Svobodas Einwände wischte der aus dem Moskauer Exil heimgekehrte Beamte weg:

> „Die Rechtslage interessiert uns nicht, damit befassen wir uns nicht, das ist Sache des Außenministeriums. Wir bleiben fest, auch ungeachtet der Tatsache, dass der Besitzer Angehöriger eines neutralen Staates ist, Herrscher, und dass westliche Onkel zu seinen Gunsten intervenieren.“[3136]

[3135] Memorandum über die Frage der Enteignung Fürst Liechtenstein'schen Grundbesitzes in der Tschechoslowakei, 29. Mai 1945, LLA, Kt. V, 143/32; Bericht zur Bewertung der Fürst Franz Josef von und zu Liechtenstein'schen Liegenschaften, Bergbauunternehmungen, Industrien und Handelsunternehmungen in der Tschechoslowakei zum Zeitpunkt des Kriegsendes 1945, LLA, Kt. V, 13/17; Prinz Heinrich an die fürstliche Regierung, 23. Februar 1945, LLA, Kt. V, 13/14; Kabinettskanzler an den Liechtenstein'schen Gesandten in Bern, 2. September 1945, LLA, Kt. V, 143/43; zitiert nach: Hořička, Liechtenstein, 375-385.

[3136] Rechtsanalyse über die Einführung der Nationalverwaltung und die Konfiszierung des landwirtschaftlichen und Waldeigentums Fürst Franz Josefs II. von Liechtenstein, 7. November 1945, NA Praha, JAF 832, Kt. 1700; Schlagwortartiger Rückblick über die gegen das Haus Liechtenstein gerichteten Angriffe tschechoslowakischer Minister bzw. Behördenvertreter, o. D. [Juli 1945], LLA, Kt. V, 143/46¸ zitiert nach: Hořička, Liechtenstein, 381.

Auch die Intervention des Schweizer Generalkonsuls Huber im Czernin-Palais blieb ergebnislos. Bereits am 20. Juni teilte ihm das Prager Außenministerium mit, dass die Nationalverwaltung eingeführt werde, weil „alle führenden Angestellten Deutsche waren", die entweder geflüchtet oder verhaftet worden seien. Im Landwirtschaftsministerium behauptete wiederum der Sonderreferent für das Liechtenstein'sche Eigentum, die Verwaltung der Liechtenstein'schen Güter habe Jagden auf Partisanen organisiert. In der am 22. Juni herausgegebenen Bekanntmachung über die Verhängung der Zwangsverwaltung und die Ernennung eines Zwangsverwalters gab es dann eine Reihe von historischen Begründungen: Die Liechtensteiner hätten ihr Eigentum durch Raub von den ursprünglichen tschechischen Besitzern als Belohnung für Dienste für den Kaiser erlangt und seien so zu „Feinden des tschechoslowakischen Volkes" geworden. Darüber hinaus hätten sich die Liechtensteiner zum deutschen Volk bekannt und seien den Forderungen der Okkupatoren entgegengekommen, ihnen Informationen und Kriegsmaterialien zu liefern. Die Argumente des Landwirtschaftsministeriums erschienen sogar den Juristen des Außenministeriums zu sonderbar, und sie fürchteten, sie könnten „auf dem internationalen Forum ironische Kritik hervorrufen".[3137]

Prinz Karl Alfred ließ sofort ein Memorandum ausarbeiten, um die Argumente der tschechoslowakischen Behörden zu entkräften: Der Fürst von und zu Liechtenstein sei Oberhaupt eines international anerkannten Staates und habe Anspruch auf entsprechende Privilegien. Der regierende Fürst habe sich niemals im Sinne des Dekrets Nr. 12 zur deutschen Nationalität bekannt. Das Geschlecht der Liechtenstein habe seine ersten Besitzungen in Mähren bereits lange vor der Schlacht auf dem Weißen Berg gekauft, nämlich schon im Jahre 1241. Im Fürstentum Liechtenstein habe keine Rassengesetzgebung existiert, und die Ehegattin des Fürsten Franz, Elsa, habe aus der jüdischen, in Österreich geadelten Familie Gutmann gestammt. Der Staat Liechtenstein habe „Anspruch auf die Erträge aus dem Eigentum […], das dem regierenden Fürsten in der Tschechoslowakei gehört". Das Memorandum lehnte die Anschuldigung ab, das Haus Liechtenstein habe während der Besatzung zu den Deutschen gehalten. Die überwiegende Mehrheit seiner Angestellten im Protektorat seien Tschechen gewesen (191 von 215), in der Olmützer Zentraldirektion unter einem tschechischen Zentraldirektor seien 12 Tschechen und 11 Deutsche beschäftigt gewesen. Prinz Karl Alfred und der Zentraldirektor hätten häufig im Widerspruch zu den Forderungen der Okkupatoren gehandelt, etwa wenn sie aus politischen Gründen verurteilten Personen weiterhin Lohn auszahlten bzw. deren Angehörige unterstützten.[3138]

[3137] Erlass des tschechoslowak. Landwirtschaftsministeriums, Prag, 26. Juni 1945, Nr. Z. 20.037-V/1/1945, LLA, Kt. V, 143/33, zitiert nach: Hořička, Liechtenstein, 381f.

[3138] Denkschrift in der Angelegenheit der Liechtenstein'schen Besitzungen in der Tschechoslowakei, 22.-28. Juni 1945, LLA, Kt. V, 143/62; zitiert nach: Hořička, Liechtenstein, 382f. Freilich hatte sich Liechtenstein kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges einer zwischen Deutschland und der Schweiz vereinbarten Praxis angeschlossen, Juden mit deutschen, mit einem „J" gekennzeichneten Pässen bis auf einige Ausnahmen die Einreise nach Liechtenstein zu verweigern.

Aus Sorge vor einer völligen Konfiskation schlug Prinz Karl Alfred auf einer Beratung in Vaduz am 3. Juli 1945 vor, „dass ein großer Teil des Eigentums, sagen wir ca. 40 % […]", augenblicklich abgetreten wird, allerdings unter der Bedingung, dass eine Kompensation in frei handelbaren Devisen erfolgt. Aber Fürst Franz Josef und sein Finanzreferent lehnten ab, da das bedrohte Eigentum „nicht kampflos aufgegeben werden" dürfe. Der Vorschlag Karl Alfreds wäre wohl auch nicht angenommen worden, denn nicht nur die KSČ, sondern auch der sozialdemokratische Ministerpräsident Fierlinger und Justizminister Prokop Drtina, ein National-Sozialist, wollten sich wegen der Causa Liechtenstein nicht „die Finger verbrennen". Am 30. Juli 1945 gab der Bezirksnationalausschuss in Olmütz unter Berufung auf das Dekret Nr. 12 eine Verordnung über die ersatzlose Konfiszierung des landwirtschaftlichen Eigentums der Familie Liechtenstein „zum Zwecke einer Bodenreform" heraus. Der nun beginnende juristische und diplomatische Streit war damit noch keineswegs im Vorhinein entschieden. Aus einer Analyse des Außenministeriums vom 7. November 1945 geht nämlich hervor, dass sich nicht einmal das kommunistisch beherrschte Landwirtschaftsministerium sicher war, ob eine entschädigungslose Enteignung des Oberhauptes eines souveränen Staates haltbar sei. Sogar Sektionschef Koťátko teilte einem Kollegen aus dem Czerninpalais mit, dass er annehme, „dass man sich bei einem eventuell stattfindenden internationalen Schiedsverfahren auf eine Kompensation einlassen muss". Der Rechtsstreit zog sich hin, sodass das Oberste Verwaltungsgericht erst im Dezember 1948 ein ablehnendes Urteil fällte. Als wesentliche Begründung wurde angeführt, dass sich der regierende Fürst und einige andere Familienangehörige bei der tschechoslowakischen Volkszählung 1930 zur deutschen Nationalität bekannt hätten. Der Anwalt des Hauses Liechtenstein behauptete zwar das Gegenteil, da er den entsprechenden Zählungsbogen eingesehen hatte, der wohl Eintragungen der deutschen Nationalität enthielt, auf dem aber die vorgeschriebene Unterschrift des Familienoberhauptes, d. h. des Vaters des regierenden Fürsten, fehlte. Freilich konnte der Anwalt seine Kenntnis nicht beweisen, da das Innenministerium es ablehnte, eine Kopie des Volkszählungsaktes herauszugeben.[3139]

Auch die Praxis der Restitution an jüdische Eigentümer wich zum Teil erheblich von den rechtlichen Grundlagen ab. Die Restitution großer Vermögen in Banken, Versicherungen und Industrieunternehmen war durch die Nationalisierungen vom 24. Oktober 1945 blockiert. Die Restitution des kleinen und mittleren jüdi-

[3139] Protokoll über eine Besprechung auf Schloss Vaduz, 3. Juli 1945, LLA, Kt. V, 143/80; Schlagwortartiger Rückblick über die gegen das Haus Liechtenstein gerichteten Angriffe tschechoslowakischer Minister bzw. Behördenvertreter, o. D. [Juli 1945], LLA, Kt. V, 143/46; Kundmachung Bezirksnationalausschuss Olmütz, 30. Juli 1945, LLA, Kt. V, 143/80; Rechtsanalyse über die Einführung der Nationalverwaltung und die Konfiszierung des landwirtschaftlichen und Waldeigentums Franz Josefs II. von Liechtenstein, 7. November 1945, NA Praha, JAF 832, Kt. 1700; Urteil des Obersten Verwaltungsgerichtes, 10. Dezember 1948, Nr. 220/46/14, NA Praha, JAF 470, Kt. 533. Der Anwalt Dr. František Sobička floh nach dem Februar 1948 über Liechtenstein in die USA. – Hořička, Liechtenstein, 383-385.

schen Vermögens fiel vor allem in den Kompetenzbereich der unteren Organe in der öffentlichen Verwaltung, besonders der Orts- und Bezirksnationalausschüsse und der Verwaltungskommissionen im Grenzgebiet. Hier, auf regionaler Ebene, wurde eine Restitution oft mit dem Argument ausgeschlossen, es gebe „vollendete Tatsachen“, also den Raub oder die Übertragung von Eigentum in den ersten Wochen nach der Befreiung. Ein Hebel zur Verzögerung von Restitutionen war die Anerkennung der Staatsbürgerschaft. Selbst Heimkehrer aus Konzentrationslagern wurden nicht bevorzugt behandelt, da – nach Meinung des Justizministeriums – die Zuerkennung eines Restitutionsanspruchs für diese Personen „sicherlich nicht der Rechtsauffassung des Volkes entsprechen würde“.[3140]

Auch das Restitutionsgesetz vom Mai 1946 beschleunigte die Rückerstattungen nicht, da es für viele Fragen kostspielige Verfahren vor Gerichten vorsah, die ohnehin völlig überlastet waren. Probleme stellten die Identifikation des konfiszierten Eigentums, der Nachweis der Eigentumsrechte (besonders nach einem Todesfall) und der Nachweis der unter dem Druck der Okkupation oder rassisch motivierter Verfolgung erfolgten Eigentumsübertragung dar. Zugleich schützte das Gesetz Personen, die jüdisches Eigentum in „gutem Glauben“ erworben hatten. Der Rat der jüdischen Gemeinden kritisierte auch die Novelle des Restitutionsgesetzes im Februar 1948 wegen Ungleichbehandlung jüdischer und nicht-jüdischer Restituenten und kurzer Anmeldefristen, die von ausländischen Antragstellern nicht eingehalten werden konnten. Viele Betriebe, Grundstücke und Häuser waren außerdem direkt nach der Enteignung an neue Nutzer und in den Sudetengebieten an Neusiedler vergeben worden und konnten daher gar nicht mehr problemlos rückerstattet werden. Im Übrigen wurde in der Verwaltungspraxis „arisiertes“ Vermögen häufig wie deutsches betrachtet. Die jüdischen Alteigentümer kollidierten daher mit dem Fonds für nationales Eigentum (*Fond národního majetku*), der das konfiszierte Vermögen verwaltete, sowie mit den Interessen örtlicher, regionaler, ja sogar gesamtstaatlicher Parteifunktionäre und ihrer Klientel. Der Kampf um die „Konfiskate“ wurde ein wichtiges Kapitel im Machtkampf der Zeit vor dem Februar 1948. Die Kommunisten und ihre Verbündeten bestanden darauf, den kapitalistischen Produktionssektor weiter einzuengen und damit ihre politischen Gegner wirtschaftlich zu schwächen. Daher blieben die meisten der gerichtsanhängigen Fälle bis zur vollkommenen kommunistischen Machtergreifung am 25. Februar ungeklärt.[3141]

[3140] Vertraulicher Bericht des Justizministeriums vom 27. September 1945 für die Regierungssitzung, zitiert nach: Kubů und Kuklík, Restitution, 191-193; vgl. Růžena Hlušičková a kol., Národní výbory v Praze v letech 1945-1960. Sborník dokumentů, díl I (Praha 1985) Dok. 18, 133f.

[3141] Kubů und Kuklík, Restitution, 193f. Im Ganzen waren 3391 Firmen mit mittelständischen und kleinen Betrieben betroffen, die ursprünglich deutschen, ungarischen und jüdischen Unternehmern – sowie tschechischen und slowakischen Kollaborateuren – gehört hatten und die immerhin 13 % der in der Industrie Beschäftigten und des Produktionspotentials des Landes repräsentierten.

Ein Musterfall kommunistischer Agitation und Politik wurde die Frage der Restitution der Textilfabrik von Emil Beer in Warnsdorf (Varnsdorf) in Nordböhmen. Beer hatte 1939 seine mechanische Weberei im Rahmen einer von der NS-Verwaltung organisierten „Arisierungslösung" dem Reichsdeutschen Josef Eichler verkaufen müssen, und zwar unter Preis und nachweisbar unter Druck. Nach Beers Rückkehr aus der Emigration begann sein langes Tauziehen mit der staatlichen Verwaltung um Restitution. Schließlich erreichte er beim Warnsdorfer Bezirksgericht die Aufhebung des Konfiszierungsbescheides. Die KSČ und die Gewerkschaften beriefen aber gemeinsam mit dem Betriebsrat eine Belegschaftsversammlung ein und bereiteten einen Generalstreik der Arbeiter des gesamten Bezirks vor. Der Betriebsrat ließ slowakische Arbeiter in Beers Villa einquartieren, führte ihn selbst gewaltsam nach Hause und postierte vor der Villa eine Wache. Auf dem Warnsdorfer Stadtplatz versammelten sich Demonstrationszüge der Streikenden und richteten ein Telegramm an den Vorsitzenden des Zentralrates der Gewerkschaften (*Ústřední rada odborů* – ÚRO), Antonín Zápotocký, den späteren Staatspräsidenten:

> „Die Belegschaft aller Industriebetriebe des Warnsdorfer Bezirks hat die Arbeit niedergelegt und sich auf dem Platz in Warnsdorf versammelt, um kategorisch gegen die Übergabe der Firma an Herrn Beer zu protestieren. Herr Beer hat sich mit seinem Verhalten in der Ersten Republik als Germanisierer und asozialer Arbeitgeber entlarvt, und das arbeitende Volk in Warnsdorf lässt es deshalb nicht zu, dass er erneut zum kapitalistischen Unternehmer wird."[3142]

Diese Behauptungen entsprachen in keiner Hinsicht der Wahrheit. Der angebliche Germanisierer hatte ausschließlich tschechische Schulen besucht, war Mitglied des eher tschechisch-nationalistisch ausgerichteten Nordböhmischen nationalen Vereins (*Národní jednota Severočeská*), hatte die tschechische Minderheit in Warnsdorf materiell unterstützt und hatte sich während des Krieges in London zur tschechischen Emigration bekannt. Die Kommunisten hielten ihm zwar vor, dass er sich 1930 zur jüdischen Nationalität bekannt hatte, verschwiegen jedoch, dass der Verkauf der Beer'schen Textilfabrik im Rahmen der „Arisierung" erfolgt war, behaupteten sogar, dass er einen günstigen Preis erzielt habe. Im Hintergrund dieser Aktion stand freilich der Kampf um die neue Wirtschaftsordnung in der Tschechoslowakei. Denn KSČ-Chef Gottwald hatte schon 1946 in Reichenberg erklärt: „Wir geben keine einzige Fabrik an die Fabrikanten heraus." Und Zápotocký erklärte in einer Rundfunkansprache im Februar 1947: „Es ist einfach unzulässig, das, was bereits einmal nationalisiert worden ist, erneut in das Eigentum von Privatkapitalisten zu geben. […] Die ÚRO fordert die Schaffung volkseigener Betriebe aus den deutschen Konfiskaten."[3143]

Bereits eine Woche nach den Warnsdorfer Ereignissen konnten Vertreter der KSČ und der Gewerkschaften auf einer Tagung der Nationalen Front durchsetzen,

---

[3142] Kubů und Kuklík, Restitution, 194f. Vgl. die Erinnerungen von Marie Rauch-Exner und Jaroslav Peterka, einer Teilnehmerin und einem Teilnehmer am Warnsdorfer Streik.

[3143] Kubů und Kuklík, Restitution, 195.

dass ohne vorherige Zustimmung des ÚRO und der Beschäftigten des Betriebes keine Entscheidungen über Nationalverwaltungen gefällt werden durften. Und Gottwald erklärte am 29. Februar 1947 bei einem Plenum der KSČ auf dem Stalinplatz in Mährisch-Ostrau, dass „die Zersplitterung der Gewerkschaften der Reaktion dient, woraus nur die Rothschilds, Larischs, Petscheks und alle jene Kapital schlagen, mit denen das Ostrauer Volk längst aufgeräumt hat". Die Schrecken des Holocaust und die Realität der „Arisierungen" wurden von den alten antisemitischen Stereotypen überdeckt. Die kommunistische Propaganda präsentierte die jüdischen Opfer des NS-Regimes als Prototypen der rücksichtslosen kapitalistischen Großindustriellen, die angeblich von fremder Hände Arbeit lebten. Auch über das Gesetz über den Währungsliquidationsfonds (*Likvidační fond měnový*) vom Juli 1947 entbrannte ein Streit zwischen der Regierung und dem Rat der jüdischen Kultusgemeinden. Nach Auffassung des Obersten Verwaltungsgerichts war es nicht möglich, Dinge zu restituieren, die nicht individuell zuzuordnen waren; daher sollten auf den Staat alle Vermögen übergehen, zu denen sich nach dem Krieg niemand melden konnte, weil der ursprüngliche Eigentümer und seine Erben umgekommen waren. Die Auseinandersetzung betraf auch Geldsummen, die während des Zweiten Weltkrieges in deutsches Vermögen eingeflossen waren. Schließlich ist zu konstatieren, dass die Konfiskationsverzeichnisse nicht zwischen ursprünglich deutschem und „arisiertem" Eigentum unterschieden. – Aus der Vorgangsweise der tschechoslowakischen Behörden ist zu schließen, dass die Vermengung zwischen deutschem und jüdischem Eigentum ganz bewusst herbeigeführt wurde. So wurden jüdische Auswanderer nach Israel ab 1949 auch zu einer „Verzichtserklärung auf das Eigentum zugunsten des tschechoslowakischen Staates" gezwungen.[3144]

Die Umsetzung der „Beneš-Dekrete" in der Slowakei

Auf der Basis der „Beneš-Dekrete" implementierte der Slowakische Nationalrat ab Sommer 1945 kongruente Maßnahmen gegen die ethnischen Magyaren und Deutschen. Diese betrafen vorerst die Beschlagnahme der landwirtschaftlichen Güter, der Industrien sowie der gewerblichen und kaufmännischen Betriebe ab einer bestimmten Größe. Die Konfiszierung der landwirtschaftlichen Güter der Magyaren und Deutschen wurde mit einer Bodenreform verbunden, die zwischen 1945 und 1948 in drei Phasen durchgeführt wurde. Mit einem Dekret vom 23. August 1945 ließ der Slowakische Nationalrat alle magyarischen und deutschen Güter mit mehr als 50 ha Land beschlagnahmen, darüber hinaus den gesamten Besitz von „Verrätern" und „Feinden der slowakischen Nation". Ein zweites Dekret vom 14. Mai 1946 erweiterte das erste und sah die Konfiskation der gesamten

[3144] KUBŮ und KUKLÍK, Restitution, 196f.; vgl. K. WEHLE, The Jews in Bohemia and Moravia, in: A. Dagan (V. Fischl) (ed.), The Jews of Czechoslovakia, vol. 3 (Philadelphia 1984) 517-521.

Besitzungen aller Magyaren und Deutschen vor; ausgenommen blieben nur die Antifaschisten. In der ersten Phase wurden in der Slowakei insgesamt 591.221 ha beschlagnahmt (295.221 ha Agrarland, etwa 300.000 ha Waldgebiet); von diesen wurden bis Oktober 1948 125.445 ha unter meist slowakischen Kleinbauern aufgeteilt, 12.412 ha wurden Staatsbesitz und 27.258 ha wurden an öffentliche Einrichtungen verteilt. 64.000 ha Land, das magyarische Kleinbauern besaßen, wurden nicht aufgeteilt. In der zweiten Phase wurden zusätzlich 85.634 ha Agrarland und Wald von prominenten und privilegierten Personen beschlagnahmt, außerdem weitere 219.912 ha vom überwiegend magyarischen Großgrundbesitz, sodass dieser insgesamt 326.574 ha einbüßte, vor allem die Familien Andrássy, Pálffy, Apponyi, Csáky und Zichy. Limitierte ein Gesetz vom 11. Juli 1947 diesen Großgrundbesitz mit 150 ha Agrarland und 250 ha Gesamtbesitz, so beschränkte die kommunistische Landreform 1948 alle land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen mit 50 ha. Das Fazit der Landreformen und Enteignungen zwischen 1945 und 1948 bedeutete das Ende des magyarischen Großgrundbesitzes und des deutschen Großbauerntums.[3145]

Auf der Basis des Dekrets des Präsidenten der Republik Nr. 16/1945 Sb. vom 19. Juni 1945 über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und deren Helfer und über die außerordentlichen Volksgerichte (das sogenannte Große Retributionsdekret) wurden in der Slowakei bis zum 31. Dezember 1948 22.278 Personen vor den nationalen Gerichtshof und die Volksgerichte gestellt. 8962 Personen (= 40,23 % der Angeklagten) wurden verurteilt, 13.316 Personen (= 59,77 %) freigesprochen. Unter den 22.278 Angeklagten befanden sich 14.246 Magyaren, von denen 34,7 % verurteilt wurden; weiters 1521 Deutsche, von denen 72 % verurteilt wurden.[3146]

[3145] Šutaj, Slovakia, 625-629.

[3146] Ebenda, 629f.

DIE „AVNOJ-BESCHLÜSSE“

Die zweite Vollversammlung des „Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens“ (AVNOJ) in Jajce am 29. und 30. November 1943 wählte als gesetzgebendes Organ ein Präsidium, das zwischen seiner ersten Sitzung am 19. November 1944 und seiner letzten Sitzung am 7. August 1945 im Wesentlichen unverändert blieb. Dem Präsidium gehörten knapp 40 Mitglieder an, unter ihnen alle führenden Funktionäre der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ)[3147]: die Kroaten Josip Broz Tito und Andrija Hebrang, die Serben Aleksandar Ranković, Petar Stambolić und Vlada Zečević, der Slowene Edvard Kardelj, der Montenegriner Milovan Djilas und der Serbe jüdischer Herkunft Moša Pijade; die prominentesten nichtkommunistischen Mitglieder waren der dalmatinische Kroate Josip Smodlaka, der kroatische Serbe Rade Pribićević, der Kroate Ante Mandić und der Slowene Frane Frol, alle vier auch Akademiker. Den Vorsitz führte der ehemalige Anwalt aus Fiume (Rijeka) Ivan Ribar, als Sekretär wirkte bis zum 1. Februar 1945 Rodoljub Čolaković, danach Mile Peruničić. Das Präsidium des AVNOJ hielt zwischen dem 19. November 1944 und dem 7. August 1945 24 Sitzungen ab und setzte ab 13. August 1945 seine Tätigkeit in veränderter Form als „Präsidium der Provisorischen Nationalversammlung“ (*Pretsedništvo Privremene Narodne Skupštine DFRJ*) bis zum 27. Oktober 1945 fort.[3148]

Auf der zweiten AVNOJ-Konferenz war vor allem ein „Beschluss über den Aufbau Jugoslawiens nach föderativen Prinzipien“ verabschiedet worden, der die Gleichberechtigung aller jugoslawischen Völker im neuen Staat verankerte. Außerdem hieß es im Beschluss: „Den nationalen Minderheiten in Jugoslawien werden alle nationalen Rechte zugesichert.“ Und in einem vom Präsidium des AVNOJ und dem „Volkskomitee der Befreiung Jugoslawiens“ (NKOJ), der eigentlichen Regierung unter Führung Titos, formulierten Entwurf für eine „Deklaration über die Grundrechte der Völker und Bürger des Demokratischen Föderativen Jugoslawien“ vom April 1944 lautete es:

> „Das Demokratische Föderative Jugoslawien ist demokratisch, weil es auf den vollständigen demokratischen bürgerlichen Rechten beruht“; daher sind „Bürger des Demokratischen Föderativen Jugoslawien gleichberechtigt in allen Rechten und Pflichten ohne Rücksicht auf Nationalität, Rasse oder Glaubenszugehörigkeit“; und: „Jede mittelbare oder unmittelbare Einschränkung

---

[3147] Branko Petranović – Momčilo Zečević, Jugoslavija 1918-1988. Tematska zbirka dokumenata (Beograd 1988) 698-700.

[3148] Slobodan Nešović (Hg.), Zakonodavni rad pretsedništva antifašističkog veća narodnog oslobođenja Jugoslavije i pretsedništva privremene narodne skupštine DFJ (19 novembra 1944 – 27 oktobra 1945), (Beograd 1951).

der Bürgerrechte aufgrund von Nationalität, Rasse oder Glaubenszugehörigkeit und jegliche Befürwortung von Völker-, Rassen- oder Glaubensintoleranz, Hass oder Missachtung werden gesetzlich bestraft."

Aber der Deklarationsentwurf sah auch vor:

„Jedem jugoslawischen Bürger, der während des Krieges sein Vaterland verließ und im Ausland gegen die Interessen des Volkes handelte, negative Propaganda gegen den Befreiungskampf der jugoslawischen Völker verbreitete oder die gegen die Volksbefreiungsarmee kämpfenden Banden [sic!] im Land organisierte oder unterstützte [...] wird die Staatsbürgerschaft des Demokratischen Föderativen Jugoslawiens aberkannt, und im Falle einer verbotenen Rückkehr werden sie verhaftet und wegen Völker- und Vaterlandsverrats verurteilt."

Und weiter hieß es unmissverständlich:

„Im Interesse der Sicherung und Stabilisierung der demokratischen Ordnung und der Völkerbrüderlichkeit im Demokratischen Föderativen Jugoslawien und im Interesse der Wahrung aller Errungenschaften der nationalen Befreiungsbewegung werden alle faschistischen und profaschistischen Organisationen und Tätigkeiten als gegen die Freiheit, Unabhängigkeit und brüderliche Gemeinschaft der Völker Jugoslawiens gerichtet verstanden und behördlich verboten, vertrieben und vernichtet. Alles Eigentum solcher Verbände wird zu Nutzen des Volkes konfiziert."[3149]

In dieser Deklaration waren also alle kommenden Verfolgungsmaßnahmen gegen die deutsche Minderheit begründet: die Zumessung einer Kollektivschuld, die Enteignung, die Vertreibung, die Vernichtung als Volksgruppe.

Daran konnten die allgemeinen Formulierungen im Abkommen zwischen dem Vorsitzenden des „Nationalkomitees der Befreiung Jugoslawiens", Marschall Tito, und dem Ministerpräsidenten der Königlich-jugoslawischen Regierung in London, Ivan Šubašić, vom 1. November 1944 nichts ändern, in denen vereinbart wurde, dass die neue gemeinsame Regierung Grundprinzipien demokratischer Freiheiten und Garantien für deren Wahrung beinhalten sollte:

„Persönliche Freiheit, Freiheit von Angst, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit werden besonders hervorgehoben und garantiert, als auch das Recht auf Eigentum und Privatinitiative. Die Souveränität einzelner Volksindividuen innerhalb der Staatsgemeinschaft wird in völliger Gleichberechtigung geachtet und bewahrt, wie es in der II. Sitzung des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens (AVNOJ) geregelt worden ist. Jede Vorherrschaft eines Volkes auf Kosten anderer Völker ist ausgeschlossen."[3150]

Der AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944

In seiner ersten Sitzung am 19. November 1944 in Belgrad fasste das Präsidium des AVNOJ den Beschluss, dem Marschall Jugoslawiens, Josip Broz Tito, den „Orden des Volkshelden" (*Orden narodnog heroja*) zu verleihen. In der zweiten

[3149] Nešović, Stvaranje nove Jugoslavije, 311.
[3150] Ebenda, 556.

Sitzung am 21. November 1944, die von 17 bis 19.50 Uhr dauerte, wurde zuerst auf Antrag Titos, des Vorsitzenden des Nationalkomitees der Befreiung Jugoslawiens, der Beschluss gefasst, Angehörige von *Četnici*-Einheiten unter dem Kommando von General Draža Mihailović sowie jene Angehörigen von Einheiten der kroatischen und slowenischen Heimatwehr (*Domobrani* bzw. *Domobranci*) zu amnestieren, die sich bis 15. Jänner 1945 den Partisaneneinheiten oder den Volksbefreiungsausschüssen ergeben. Diese Amnestie sollte freilich nicht für jene Personen gelten, die entweder vor oder nach Veröffentlichung dieses Beschlusses Verbrechen wie Mord, Brandstiftung, Plünderung und Vergewaltigung begangen hatten oder begehen würden. Tito unterstrich in seiner Begründung, dass es um eine allgemeine politische Amnestie gehe und nicht um eine Amnestie für Verbrechen am Volk. Man müsse allen verführten Bürgern, vor allem den Bauern, Gelegenheit geben, ihre Fehler wiedergutzumachen und am künftigen Aufbau des neuen demokratischen föderativen Jugoslawien mitzuarbeiten. Die Gründe für politisches Fehlverhalten und die Unterstützung der Feinde des Landes lägen in der Vergangenheit:

– in der nationalen Unterdrückung des Volkes seitens der „großserbischen Hegemonisten“;
– in der Verbreitung von Zwietracht unter den Völkern Jugoslawiens seitens der ehemaligen Machthaber;
– im nationalen Chauvinismus, der unter den einzelnen Völkern durch fremde Agenten verbreitet worden sei, wie etwa durch die *Ustaše* in Kroatien;
– in der zwanzigjährigen Unterdrückung der Arbeiterklasse und besonders der KPJ;
– in der von den heimischen Hochverrätern und Okkupatoren verbreiteten systematischen Propaganda und Verunglimpfung des von der KPJ geführten Widerstandes für die Unabhängigkeit des Landes;
– in der Propaganda, mit dem Aufstand auf ein Zeichen für den Kampf gegen die Okkupatoren zu warten.[3151]

Keine Amnestie – so Tito weiter – sei für die Machtträger um Draža Mihailović vorgesehen, für die ehemaligen Gendarmen, Polizisten, Finanzorgane, Offiziere und Unteroffiziere der *Četnici*; keine Amnestie sah Tito auch für die Führungskreise der ehemaligen Kroatischen Bauernpartei unter Vladko Maček vor, da sie sich mit ihrer angeblich hochverräterischen Politik in den Dienst der *Ustaše* und der Deutschen gestellt hätten. Auch der Teil der slowenischen *Domobranci* unter Führung des angeblich „senilen alten“ Generals Leon Rupnik und slowenisch-nationaler Priester, die vorgegeben hätten, einen Kampf zum Schutz der Religion zu führen – „obwohl die Religion in Slowenien am wenigsten von der Volksbefreiungsbewegung bedroht gewesen sei“ [tatsächlich war genau das Gegenteil der Fall, Anm. Suppan[3152]] –, sollten außerhalb der Amnestie bleiben. Nach Tito sei

[3151] Nešović, Zakonodavni rad pretsedništva AVNOJ-a, 21. novembra 1944, 12f.

[3152] Vgl. Griesser-Pečar, Das zerrissene Volk (2003).

die Volksbefreiungsbewegung bereit, allen jenen Amnestie zu gewähren, die „ihre Hände nicht in das Blut des Volkes getaucht hätten“. Nachdem Moša Pijade, der Vizepräsident des AVNOJ, in der Diskussion darauf hingewiesen hatte, dass der Vorschlag einer allgemeinen Amnestie der Idee von „Brüderlichkeit und Einheit“ (*bratstvo i jedinstvo*) vollinhaltlich entspreche, fand der Antrag Titos einhellige Zustimmung.[3153]

Der zweite Tagungsordnungspunkt betraf einen Antrag „über den Übergang von feindlichem Vermögen in staatliches Eigentum, über die staatliche Verwaltung von Vermögen abwesender Personen und über den Sequester auf Vermögen, das die Okkupationsmächte zwangsveräußert haben“. Der Antrag wurde in 12 Artikel gegliedert:

1) „Mit dem Tag des Inkrafttretens dieses Beschlusses gehen in staatliches Eigentum über:
   – sämtliches Vermögen des Deutschen Reiches und seiner Staatsbürger, das sich auf dem Territorium Jugoslawiens befindet;
   – sämtliches Vermögen von Personen deutscher Nationalität, außer dem derjenigen Deutschen, die in den Reihen des Volksbefreiungsheeres und der Partisaneneinheiten Jugoslawiens gekämpft haben oder die Staatsangehörige neutraler Staaten sind und die sich zur Zeit der Okkupation nicht feindlich verhalten haben;
   – sämtliches Vermögen der Kriegsverbrecher und ihrer Helfer, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit, sowie das Vermögen einer jeden Person, die von einem Zivil- oder Militärgericht zum Verlust ihres Vermögens zugunsten des Staates verurteilt wurde – ebenfalls ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit.

   Das Vermögen jugoslawischer Staatsbürger wird in diesem Falle von diesem Beschluss betroffen, ohne Rücksicht darauf, ob sie sich im In- und Ausland befinden.

2) Das Vermögen abwesender Personen, die während der Okkupation durch den Feind gewaltsam verschleppt wurden oder selbst geflohen sind, wird der Staatsverwaltung für Volksgut übergeben, die es wie ein anvertrautes Gut bis zur endgültigen Entscheidung über das Eigentumsrecht verwalten wird.
   Das Vermögen, das unter dem Druck der Okkupationsmächte in das Eigentum dritter Personen übergegangen ist, fällt bis zur weiteren Entscheidung unter den staatlichen Sequester.

3) Als Vermögen im Sinne dieses Beschlusses sind anzusehen: unbewegliches Gut, bewegliches Gut und Rechte, wie Grundbesitze, Häuser, Möbel, Wälder, Bergwerksrechte, Unternehmungen mit allen Einrichtungen und Vorräten, Wertpapiere, Juwelen, Anteile, Aktien, Gesellschaften, Vereinigungen jeder Art, Fonds, Nutznießungsrechte, Zahlungsmittel jeder Art, Forderungen, Beteiligungen an Geschäften und Unternehmungen, Urheberrechte, Rechte am industriellen Eigentum, wie auch alle Rechte auf die vorerwähnten Gegenstände.“

4) Jedes Vermögen, das unter Artikel 1 und 2 dieses Beschlusses fällt, wird der Verwaltung und Aufsicht der Staatsverwaltung für Volksgut beim Kommissariat für Handel und Industrie unterstellt.

5) „Der Zweck, zu dem das verstaatlichte und sequestrierte Vermögen der Verwaltung und Aufsicht der Staatsverwaltung für Volksgut unterstellt wird, ist die maximale Ausnutzung dieses Vermögens für die planmäßige Bewirtschaftung, um möglichst schnell im Befreiungskrieg zu siegen und um die Voraussetzungen für eine wirksame ökonomische Erneuerung und

[3153] Nešović, Zakonodavni rad pretsedništva AVNOJ-a, 21. novembra 1944, 14-17.

den Ausbau Jugoslawiens als Ganzes sowie seiner föderalen Einheiten zu schaffen. Die Frage des staatlichen Eigentums, als Eigentum Jugoslawiens oder der einzelnen föderativen Einheiten, wird später durch besonderen Beschluss des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens geregelt, wobei auch nachher das Prinzip der Verwaltung und Bewirtschaftung nach einem allgemeinen staatlichen Plan befolgt wird.“

6) „Rechtsgeschäfte von in Artikel 1 dieses Beschlusses genannten Personen und Unternehmungen, die vom 6. April 1941 bis zur Verlautbarung dieses Beschlusses abgeschlossen wurden oder die nach Verkündung dieses Beschlusses mit der Absicht abgeschlossen werden, sich den Folgen dieses Beschlusses und den Sanktionen, die die Moskauer und Teheraner Konferenz vorgesehen haben[3154], zu entziehen, werden für nichtig erklärt.“

7) „Mit dem Übergang des Vermögens in das Eigentum des Staates, bzw. unter dessen Verwaltung, hört das Verfügungsrecht der bisherigen Eigentümer bzw. Besitzer auf.“

10) „Die Staatsverwaltung für Volksgut ist ermächtigt, alle Rechtshandlungen vorzunehmen, die die regelmäßige Verwaltung der übernommenen Güter erfordert.“
Dazu gehören insbesonders die Einsetzung von Zwangsverwaltungen bei den übernommenen Gütern und Unternehmungen und die Feststellung des Vermögensstandes sowie der Aktiva und Passiva.[3155]

Zu diesem Antrag gab es eine ausführliche Diskussion, an der sich Blagoje Nešković, Moša Pijade, Josip Broz Tito, Josip Rus, Rodoljub Čolaković, Djuro Pucar, Rade Pribićević, Andrija Hebrang und Ljubo Leontić beteiligten. Leider sind die dazu angefertigten Protokollmitschriften verloren gegangen. Mit dem Tag des Inkrafttretens dieses Beschlusses – dies erfolgte erst am Tag seiner erstaunlich späten Verkündung am 6. Februar 1945 (!) – ging also sowohl sämtliches Vermögen des Deutschen Reiches und seiner Staatsbürger, das sich auf dem Territorium von Jugoslawien befand, als auch „sämtliches Vermögen von Personen deutscher Nationalität“ – also der Volksdeutschen – in staatliches Eigentum über. Ausgenommen war nur das Vermögen derjenigen Deutschen, die in den Reihen des Volksbefreiungsheeres und der Partisaneneinheiten Jugoslawiens gekämpft hatten. Dasselbe galt für sämtliches Vermögen der Kriegsverbrecher und ihrer Helfershelfer ohne Rücksicht auf ihre Staatsbürgerschaft (also auch bei jugoslawischer Staatsbürgerschaft). Die Enteignung der meisten Deutschen in Jugoslawien erfolgte daher zu einem Zeitpunkt, zu dem zwar die Partisanen im Gefolge der Roten Armee eben ihre Herrschaft im westlichen Banat, in der Batschka und in Syrmien errichtet hatten, zu dem aber noch größere Teile Slawoniens und Sloweniens unter deutscher bzw. kroatischer Herrschaft standen. Das bedeutete, dass zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Beschlusses zwar die große Mehrzahl der nicht evakuierten und nicht geflüchteten Donauschwaben direkt von der angeord-

[3154] Zu den in der Moskauer und Teheraner Konferenz 1943 angekündigten Sanktionen vgl. Weinberg, Welt in Waffen, 658-670.

[3155] Nešović, Zakonodavni rad pretsedništva AVNOJ-a, 21. novembra 1944, 17-20. Der Beschluss wurde vom Präsidenten und vom Sekretär des AVNOJ, Ivan Ribar und Rodoljub Čolaković, unterzeichnet. – Službeni list Demokratske Federativne Jugoslavije (DFJ), I/1945, Nr. 2, 6. Februar 1945; vgl. Dokumentation der Vertreibung V, 180E-183E.

neten Enteignung betroffen war, also nahezu 200.000 Personen[3156], die Slawoniendeutschen und die Sloweniendeutschen allerdings noch nicht.

Der AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 löste die Frage des deutschen Eigentums ziemlich kompromisslos. Er machte keinen Unterschied zwischen staatlichem und privatem Eigentum, ordnete die Konfiszierung für den Tag der Verkündung des Beschlusses an und übertrug die Durchführung den jeweiligen Kreis- und Bezirks-Volksbefreiungsausschüssen. Damit wurde der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien mit einem Schlag jede weitere Existenzmöglichkeit entzogen.[3157]

Nach den stenographischen Protokollen des Präsidiums des AVNOJ gab es am 21. November 1944 keine weiteren Beschlüsse. Ob der erwähnte Beschluss bereits während der zweiten AVNOJ-Vollversammlung in Jajce vorbereitet worden war, und zwar von Moša Pijade und Edvard Kardelj, konnte bisher quellenmäßig nicht nachgewiesen werden.[3158] Auch eine andere, in Historiographie und Politik wiederholt geäußerte Vermutung[3159], dass das Präsidium des AVNOJ am 21. November 1944 nicht nur „den Übergang von feindlichem Vermögen in staatliches Eigentum", sondern auch die Entziehung der bürgerlichen Rechte (*gradjanska prava*) beschlossen hätte – allerdings nicht ausdrücklich der Staatsangehörigkeit, wie von den betroffenen Donauschwaben und Sloweniendeutschen oft missverstanden –, ist nicht zutreffend. Denn tatsächlich gab es diesen angeblichen zweiten AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 nicht. Freilich gab es hinsichtlich des Enteignungsbeschlusses des AVNOJ bei den lokalen Behörden in der Vojvodina und in Slawonien Auslegungsschwierigkeiten, die bald an das Präsidium des AVNOJ herangetragen wurden.[3160]

[3156] Beim Einmarsch der Roten Armee hatten aus dem westlichen Banat nur etwa 20.000 Donauschwaben fliehen können, während etwa 108.000 zurückblieben; aus der Batschka flohen etwa 100.000, während knapp 90.000 zurückblieben. Nach PORTMANN, Vojvodina, 225-230, sollen aus der Vojvodina insgesamt 225.000 Deutsche evakuiert oder geflüchtet, nur 155.000 Donauschwaben zurückgeblieben sein.

[3157] GEIGER, Volksdeutsche, 215.

[3158] Vgl. Stefan KARNER, Die deutschsprachige Volksgruppe in Slowenien. Aspekte ihrer Entwicklung 1939-1997 (Klagenfurt – Ljubljana – Wien 1998) 125f.; Dieter BLUMENWITZ, Rechtsgutachten über die Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944-1948 (München 2002) 17. Karner und Blumenwitz berufen sich dabei auf eine angebliche „Verfügung von Jajce", die auf einer „Art Flugblatt" publiziert worden sei. Dušan Nećak widerspricht dieser These und weist mit Recht auf den fehlenden Quellennachweis hin.

[3159] WEHLER, Nationalitätenpolitik, 86; SUPPAN, Adria, 416; NEĆAK, Die „Deutschen" in Slowenien, 387f. Auch der Präsident des Österreichischen Nationalrates, Univ.Prof. Dr. Andreas Khol, unterlag in seiner Festansprache zum 60. Jahrestag des AVNOJ-Beschlusses vom 21. November 1944 vor dem Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs diesem Irrtum, in: Der Untersteirer, 37/4 (Graz 2004) 4-7.

[3160] Auch PORTMANN, Vojvodina, 230-238, klärt diese „Irrtümer und Missverständnisse" auf. Keine Auslegungsschwierigkeiten gab es freilich hinsichtlich der Beschlagnahme des Agrarbetriebes des ehemaligen deutschen Großgrundbesitzers Moser in der Nähe von Belgrad für Marschall Tito und seinen Stab, weshalb Mosers Besitz von nun an „Titos Bauernhof" genannt wurde.

Ein am 7. Februar 1945 vom Präsidium des AVNOJ eingesetzter siebenköpfiger „Gesetzgebender Ausschuss“ (*Zakonodavni odbor*) befasste sich in seiner 8. Sitzung am 23. Mai 1945 unter dem Vorsitz von Moša Pijade mit dem AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944. Anwesend waren auch der stellvertretende Ministerpräsident Milan Grol, der Minister für Serbien, Jaša Prodanović, der Justizminister Frane Frol, der Innenminister Vlada Zečević, der Vorsitzende des Nationalregierung Serbiens, Blagoje Nešković, und der Beauftragte der Staatsregierung, Mijo Mirković, ein Nationalökonom. Der Vorsitzende Pijade machte darauf aufmerksam, dass sich die Notwendigkeit ergeben habe, eine „authentische Auslegung“ zu Artikel 1, Punkt 2, des AVNOJ-Beschlusses vom 21. November 1944 zu geben, betreffend den Übergang von feindlichem Vermögen in staatliches Eigentum. Dazu unterbreitete Milan Grol folgenden Vorschlag:

> „Mit Rücksicht darauf, dass in mehreren Orten, besonders in der Vojvodina und in Slawonien, die lokalen Behörden bei der Durchführung des Entzuges der ‚bürgerlichen Rechte‘ (*gradjanska prava*) von Personen deutscher Nationalität nicht immer nach den Bestimmungen des AVNOJ-Beschlusses vom 21. November 1944 und den erhaltenen Weisungen verfahren und weder genügend die Mischehen noch die Personen berücksichtigen, welche sich trotz ihrer deutschen Abstammung oder ihres deutschen Familiennamens längst assimiliert haben und sich als Kroaten, Slowenen oder Serben fühlen und außerdem während der Okkupation dem Okkupator nicht geholfen haben, sowie ausgehend vom Bestreben, jede fehlerhafte Gesetzesanwendung und Ungerechtigkeiten zu vermeiden, ist es notwendig, dass das Präsidium des AVNOJ folgende Auslegung zu Artikel 1, Punkt 2, des AVNOJ-Beschlusses vom 21. November 1944 verkündet, welche lautet:
>
> 1) Vom AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 (Artikel 1, Punkt 2) sind jene Staatsbürger Jugoslawiens deutscher Nationalität betroffen, die sich zur Zeit der Okkupation als Deutsche deklariert oder als solche gegolten haben, ohne Rücksicht darauf, ob sie vor dem Krieg als solche aufgetreten sind oder als assimilierte Kroaten, Slowenen oder Serben gegolten haben.
>
> 2) Nicht entzogen werden die bürgerlichen Rechte und das Vermögen jenen Staatsbürgern Jugoslawiens deutscher Nationalität oder deutscher Abstammung oder mit deutschem Familiennamen:
>
>   a) welche als Partisanen oder Soldaten am Volksbefreiungskampf teilgenommen haben oder in der Volksbefreiungsbewegung aktiv tätig waren;
>
>   b) welche vor dem Krieg als Kroaten, Slowenen oder Serben assimiliert waren und zur Zeit des Krieges weder dem Kulturbund beigetreten noch als Angehörige der deutschen Volksgruppe aufgetreten sind;
>
>   c) die es während der Okkupation abgelehnt haben, sich auf Verlangen der Besatzungs- oder Quislingbehörden als Angehörige der deutschen Volksgruppe zu erklären;
>
>   d) welche (sei es Mann oder Frau) trotz ihrer deutschen Nationalität eine Mischehe mit Personen einer der jugoslawischen Nationalitäten oder mit Personen jüdischer, slowaki-

---

Die Familien von Titos Gardeoffizieren wurden im ehemaligen deutschen Franztal bei Semlin (Zemun) angesiedelt. – Vgl. Milovan Djilas, Jahre der Macht. Im jugoslawischen Kräftespiel. Memoiren 1945-1966 (München 1992) 30f.

scher, rusinischer, ungarischer, rumänischer oder einer sonstigen anerkannten Nationalität geschlossen haben.

3) Keinen Schutz […] genießen jene Personen, welche sich die durch ihr Verhalten während der Okkupation gegen den Befreiungskampf der Völker Jugoslawiens vergangen haben und den Okkupatoren geholfen haben.

4) Alle Behörden haben sich genau an diese Auslegungen zu halten.“[3161]

Der Antrag Grols wurde im Ausschuss einstimmig angenommen. Bereits am nächsten Tag, am 24. Mai 1945, stand die Beschlussfassung dieser Auslegung auf der Tagesordnung der 13. Sitzung des Präsidiums des AVNOJ. Der Berichterstatter, Justizminister Frane Frol, beantragte jedoch die Verschiebung dieses Tagesordnungspunktes auf die nächste Sitzung. Sieht man allerdings auf die Tagesordnung der 14. und 15. Sitzung des AVNOJ-Präsidiums vom 7. und 8. Juni 1945, so fehlt ein solcher Tagesordnungspunkt. Andererseits erfolgte am 8. Juni 1945 die Veröffentlichung genau jenes Auslegungstextes im jugoslawischen Amtsblatt, der im Ausschuss am 23. Mai 1945 beschlossen worden war. Offensichtlich hatte das Präsidium des AVNOJ die Veröffentlichung des Auslegungstextes ohne weiteren Beschluss freigegeben.[3162]

Dieser Auslegungstext bezog sich also nicht auf einen angeblichen, eben nicht existierenden zweiten AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944, sondern auf den zitierten Beschluss hinsichtlich „des Überganges von feindlichem Vermögen in staatliches Eigentum“. Die wesentlichen Formulierungen des Beschlusses vom 21. November 1944 und der Auslegung vom 23. Mai 1945 stimmen auch genau überein; hinzugefügt wurde im Ausschuss lediglich das Wort „Bürgerrechte“ (*gradjanska prava*), vermutlich um die praktisch bereits vollzogene Entrechtung aller Jugoslawiendeutschen im Nachhinein zu legitimieren. Genau diese im Gesetzgebenden Ausschuss des AVNOJ am 23. Mai 1945 getätigte Hinzufügung führte aber in der Historiographie zum falschen Rückschluss, am 21. November 1944 seien den Deutschen bereits auch die Bürgerrechte aberkannt worden. Als der AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 am 31. Juli 1946 in Form eines Gesetzes bestätigt wurde, erfolgte zwar unter Heranziehung der Auslegung vom 23. Mai 1945 eine übersichtlichere Ordnung des Textes, aber keine Bezugnahme auf einen Entzug der bürgerlichen Rechte. Dies war nun nach Beschlussfassung des Gesetzes über die Wählerlisten und über die Staatsangehörigkeit einfach nicht mehr erforderlich.[3163]

3161 Slobodan Nešović (Hg.), Rad zakonodavnih odbora pretsedništva antifašističkog veća narodnog oslobodjenja Jugoslavije (3 aprila – 25 oktobra 1945), (Beograd 1952) 84-86.

3162 Nešović, Zakonodavni rad pretsedništva AVNOJ-a, 24. maja 1945, 277; Službeni list DFJ, I/1945, Nr. 39, Pos. 347; nach: Dokumentation der Vertreibung V, 183E-184E.

3163 Gesetz vom 31. Juli 1946 zur Bestätigung und Änderung des AVNOJ-Beschlusses über den Übergang von feindlichem Vermögen in staatliches Eigentum. – Službeni list FNRJ II/1946, Nr. 63; vgl. Dokumentation der Vertreibung V, 184E-185E.

Am 9. Juni 1945 wurde auch noch ein „Gesetz über die Konfiskation von Vermögen und die Durchführung der Konfiskation“ verabschiedet, das folgende Durchführungsbestimmungen enthielt:

> „1) Überall dort, wo Vermögen des Deutschen Reiches und seiner Staatsangehörigen oder Vermögen von Personen deutscher Nationalität nach Punkt 1 und 2 des Beschlusses des AVNOJ vom 21. November 1944 vorhanden ist, das der Konfiskation unterliegt, fasst den Konfiskationsbeschluss eine vom Kreis-Volksbefreiungsausschuss berufene Kommission von drei Personen [...].
>
> 2) [...] Gegen Beschlüsse dieser Kommissionen steht der unzufriedenen Partei das Recht der Beschwerde innerhalb einer Frist von acht Tagen zu [...].
>
> 5) Die Kommissionen haben ihre gesamte Arbeit bis spätestens 15. September 1945 zu beenden.“[3164]

Diese Anweisungen waren offensichtlich noch immer nicht ausreichend, denn in einer noch im Juni 1945 verfassten „Anleitung zur Durchführung des Gesetzes über die Konfiskation von Vermögen und die Durchführung der Konfiskation vom 9. Juni 1945 (*Službeni list* DFJ, Nr. 40 vom 12. Juni 1945), veröffentlicht im Einvernehmen mit dem Innenministerium und der Landesverwaltung der Volksgüter“ erfolgten weitere Präzisierungen:

> „10. Gegenüber jugoslawischen Staatsbürgern deutscher Abstammung oder mit deutschem Familiennamen soll im Sinne der am 6. Juni 1945 unter Nr. 1817 vom Präsidium des AVNOJ erlassenen Auslegung vorgegangen werden, die das Innenministerium allen Kreis- und Bezirksvolksausschüssen per Rundschreiben Nr. 2240 vom 22. Juni 1945 zugesendet hat und im Amtsblatt des DFJ Nr. 39 vom 8. Juni 1945 unter der Nr. 347 veröffentlicht worden ist.“[3165]

Der AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 dürfte also von Beginn an mit dem Erlass von Verwaltungsbescheiden gerechnet haben, denn das Gesetz über die Konfiskation von Vermögen legte in Art. 2 fest, dass die Konfiskation von Vermögen ausschließlich in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen durchgeführt und „ausschließlich von jenen Behörden, die dazu gesetzlich bevollmächtigt sind“, verhängt werden dürfe. Im Art. 30 sah dieses Gesetz außerdem den Erlass von Bescheiden über die Konfiskation durch Bezirkskommissionen vor, die ihre Aufgaben bis spätestens 15. September zu verrichten hätten (diese Frist wurde mit einer Gesetzesnovelle im September 1945 bis zum 15. November 1945 verlängert). Auch das Gesetz über die Beschlagnahme von Vermögen und über die Vollziehung der Beschlagnahme vom Juli 1946, welches das zitierte Gesetz über Konfiskation novellierte und übernahm, legte in Art. 3 ausdrücklich fest, dass nur Vermögen von Personen beschlagnahmt werden durfte, gegen die ein gesetzlicher Beschlagnahmebescheid vorlag, ungeachtet dessen, woraus das Vermögen bestand. Das jugoslawische Rechtssystem basierte daher in dieser Zeit auf der Verstaatlichung von

[3164] Službeni list DFJ, I/1945, Nr. 40, 12. Juni 1945; Nešović, Stvaranje nove Jugoslavije, 623.

[3165] Zbornik zakona, uredaba i naredaba. Stvarno kazalo za godinu 1945. Bd. I. – XII., Zagreb [o. J.], 90-94; vgl. Geiger, Volksdeutsche, 216.

Vermögen mittels Bescheiden und Urteilen, nicht jedoch auf einer unmittelbaren Wirkung des AVNOJ-Erlasses. Die Bescheide waren auch nicht deklaratorischer, sondern durchwegs konstitutiver Natur, da sie über den Übergang von beschlagnahmtem Vermögen in Staatseigentum entschieden. Die Gerichte trugen auch die Übertragung beschlagnahmten Vermögens in Staatseigentum nur auf der Grundlage von Verwaltungs- oder Gerichtsentscheidungen ins Grundbuch ein.[3166]

Die Konfiszierung aller volksdeutschen landwirtschaftlichen Güter in ganz Jugoslawien lief noch im Sommer 1945 voll an und erfasste schließlich nach jugoslawischen Angaben im Jahre 1947 97.720 Grundbesitzungen mit einem Ausmaß von insgesamt 637.939 Hektar. Damit betrug der Anteil der volksdeutschen Besitzungen am gesamten „Bodenfonds" für die Agrarreform und die Kolonisierung 59 %, wogegen der flächenmäßige Anteil „nur" 37 % betrug. Die übrigen Anteile entfielen vor allem auf enteignete Kirchengüter – und zwar aller Konfessionen, d. h. der Katholiken, Protestanten, Orthodoxen, Muslime und Juden – sowie auf „andere" (magyarische, rumänische, slowakische, ukrainische, russische, bulgarische, türkische, albanische, italienische, tschechische, deutsche und österreichische) und „eigene" (serbische, kroatische, slowenische, bosnische, montenegrinische und makedonische) Groß- und Mittelgrundbesitzer.[3167]

Tabelle 26: Konfiszierter volksdeutscher Grundbesitz in Jugoslawien nach 1945

Republik/Provinz	Anzahl der Besitzungen	Hektarausmaß
Bosnien-Herzegowina	3.523	12.733
Kroatien	20.457	120.977
Serbien (ohne Vojvodina)	2	193
Slowenien	5.703	114.780
Vojvodina	68.035	389.256
Gesamt	**97.720**	**637.939**

Quelle: Nikola Gaćeša, Agrarna reforma i kolonizacija u Jugoslaviji 1945-1948 (Novi Sad 1948) 218f., 362.

Wahlrecht und Staatsbürgerschaft

In der 13. Sitzung des Präsidiums des AVNOJ am 24. Mai 1945 wurde entsprechend der Deklaration vom April 1944 auf Ersuchen des Gesetzgebenden Ausschusses das „Gesetz über das Verbot des Hervorrufens von Hass oder Zwistigkeit

[3166] Rechtsmeinung Prof. Dr. Lojze Ude, Rechtswissenschaftliche Fakultät Ljubljana, 1. September 2006. Das Schriftstück wurde auf Ersuchen von Dr. Johannes Attems erstellt, der es mir freundlicherweise zur Verfügung stellte.

[3167] Nikola Gaćeša, Agrarna reforma i kolonizacija u Jugoslaviji 1945-1948 (Novi Sad 1948) 362.

aufgrund von Nationalität, Rasse oder Glaubenszugehörigkeit“ einstimmig verabschiedet, in dem es hieß:

> „Jede Einschränkung der Bürgerrechte und jegliche Begünstigung oder Einräumung von Vorrechten (Privilegien) aufgrund von Nationalität, Rasse oder Glaubenszugehörigkeit ist strafbar und gleichgestellt mit einer Straftat, deren Ziel es ist, das Prinzip der Völker- und Bürgergleichberechtigung und die Brüderlichkeit und Einheit der Völker der DFJ als grundlegende Errungenschaft der nationalen Befreiungsbewegung zu verletzen.“

In seiner Begründung der Gesetzesvorlage hatte Moša Pijade hervorgehoben:

> „Das Prinzip der Gleichberechtigung aller Völker Jugoslawiens und das Prinzip der Gleichberechtigung aller Bürger Jugoslawiens, ohne Rücksicht auf Völker-, Rassen- oder Glaubenszugehörigkeit, ist eines der Grundprinzipien, auf denen der Aufbau des Demokratischen Föderativen Jugoslawien beruht.“[3168]

Das propagierte Prinzip der Gleichberechtigung galt freilich nach Kriegsende für die deutschen Bürger Jugoslawiens schon längst nicht mehr. Und auf der 3. Vollversammlung des AVNOJ im August 1945, die gemeinsam mit der Provisorischen Volksversammlung des Demokratischen Föderativen Jugoslawien abgehalten wurde, wurden eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die einerseits im Namen der allgemeinen Volksherrschaft die Dominanz der KPJ im Staat festigten, andererseits für die meisten Volksdeutschen den endgültigen Ausschluss aus der jugoslawischen Staats- und Völkergemeinschaft brachten. Bereits am 3. August erließ das Präsidium des AVNOJ eine „Verordnung über die allgemeine Amnestie und den Straferlass“, die vor allem „Personen, die Mitglieder des Kulturbundes waren“ sowie „Personen, die vor den Volksbehörden ins Ausland geflüchtet sind“, von der Amnestie ausnahm. Mit dieser Amnestie-Verordnung war die strafrechtliche Kollektivschuld der großen Mehrheit der Volksdeutschen impliziert, da die meisten volksdeutschen Männer und auch viele Frauen und Jugendliche bereits vor dem April-Krieg 1941 Mitglieder des „Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes“ gewesen waren.[3169]

Nun konzentrierte sich die Tätigkeit des AVNOJ und der Provisorischen Volksversammlung vor allem auf die Vorbereitung der Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung. Bereits am 7. Dezember 1944 hatten das „Nationalkomitee für die Befreiung Jugoslawiens“ (NKOJ) und die Königlich-jugoslawische Regierung in London vereinbart, das aktive und passive Wahlrecht für die Verfassungsgebende Nationalversammlung all denjenigen zu entziehen, „die die Okkupanten unterstützt haben“. Bereits im Juli 1945 fanden in der Provinz Vojvodina die ersten Regionalwahlen statt. Das Präsidium des Haupt-Volksbefreiungsausschusses hatte zwar das aktive und passive Wahlrecht auf das vollendete 18. Lebensjahr herabgesetzt – für Soldaten der Jugoslawischen Armee galt nicht einmal diese Beschrän-

---

[3168] Nešović, Zakonodavni rad pretsedništva AVNOJ-a, 24. maja 1945, 265f.; Službeni list DFJ, I/1945, Nr. 36.

[3169] Službeni list DFJ, I/1945, Nr. 56, 5. August 1945.

kung – , dennoch wurden zwischen 158.000 und 172.000 jugoslawische Staatsbürger oder etwa 15 % der sich im wahlfähigen Alter befindlichen Personen von den Wählerlisten gestrichen: Dazu gehörten alle internierten oder außerhalb der Lager zur Zwangsarbeit verpflichteten Donauschwaben, all jene Personen, die politisch, wirtschaftlich oder kulturell aktiv mit den Besatzern zusammengearbeitet hatten, all jene Personen, die freiwillig in einer der bewaffneten Formationen der Besatzungsmächte (Gendarmerie, Polizei etc.) gedient hatten, und alle jene, die auch nach dem 15. Februar in einer bewaffneten Formation der Besatzer oder der einheimischen „Verräter" geblieben waren. Gewählt wurden Kandidatenlisten, die alle von der KPJ-geführten Volksfront erstellt worden waren. Daneben gab es eine sogenannte „Witwenurne", d. h. eine zweite Liste ohne Kandidatennamen. Von einer freien und demokratischen Wahl konnte daher keine Rede sein. Ende Juli 1945 wurden zuerst die Ortsausschüsse, Kreisausschüsse und Bezirksausschüsse gewählt, schließlich von Delegierten der Bezirksausschüsse und der III. Jugoslawischen Armee die 150 Abgeordneten für den Haupt-Volksbefreiungsausschuss. Obwohl es innerhalb der magyarischen Minderheit noch eine größere Wahlenthaltung gab, war die gesamte Wahlbeteiligung mit 81,64 % für die Parteiführung zufriedenstellend.[3170]

Nach diesem „Probegalopp" nahmen Anfang August 1945 AVNOJ und Provisorische Volksversammlung einen Antrag über die eilige Verabschiedung des „Gesetzes über die Wählerlisten" an, so dass dieses – ohne vorherige Diskussion im Gesetzgebenden Ausschuss – bereits am 10. August 1945 beschlossen werden konnte. In seiner Begründung hatte Edvard Kardelj, nunmehr Stellvertretender Ministerpräsident der Provisorischen Regierung und Minister für die Konstituante, erklärt, das Grundprinzip des Gesetzes sei die Gewährung des Wahlrechtes für „jeden Bürger Jugoslawiens ohne Rücksicht auf dessen soziale Lage, Nationalität, Rasse, Glauben oder Geschlecht, falls er 18 Jahre alt ist und im Laufe des Krieges keinen Verrat an seinem Volk beging und nicht an der Verletzung demokratischer Völkerrechte teilnahm". Aus diesen Gründen wurden verschiedene Personengruppen vom Wahlrecht ausgeschlossen:

a) Minister der jugoslawischen Regierungen zwischen 6. Jänner 1929 und 5. Februar 1939 (die Minister der Cvetković-Maček-Regierung 1939/41 wurden hingegen vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen, was theoretisch natürlich auch für den serbischen Ministerpräsidenten und seinen kroatischen Stellvertreter galt);
b) „die Angehörigen der militärischen Formationen der Okkupatoren und ihrer einheimischen Helfershelfer";
c) „die Mitglieder des ‚Kulturbundes', italienischer faschistischer Organisationen und deren Familienmitglieder, falls diese nicht beweisen können, im Sinne des antifaschistischen Volksbefreiungskampfes gehandelt zu haben";
d) „Personen, welche aktive Funktionäre und hervorragende Mitglieder der *Ustaša*-, *Četnici*-, Nedić- und Ljotić-Organisationen, der Weißen und Blauen

[3170] Portmann, Vojvodina, 103-108; Popov, Glavni NOO Vojvodine, 502.

Garde sowie anderer ähnlicher Quislingorganisationen und -gruppen im In- oder Ausland waren“;

e) „Personen, welche im politisch-polizeilichen Dienst der Okkupatoren und Quislinge gestanden waren“.[3171]

Lediglich vom Vorsitzenden der Demokratischen Gruppe, Milan Grol, gab es Bedenken:

> „In der heutigen Zeit ist dieses Gesetz den Auslegungen gewählter Behörden und deren Einschätzung über diejenigen überlassen, die eventuell unter Verdacht stehen, was überaus dehnbar ist, besonders nach allen Ereignissen in den letzten vier Jahren und heute, wenn die Tendenz besteht, Faschismus und Reaktion mit normalen Unterschieden in der Meinungsfreiheit gleichzustellen, oder mit zeitweiligen Irrtümern der Masse, speziell in Zeiten erregter Nationalgefühle. Demzufolge kann dieses Gesetz nicht allein und zuerst, vor anderen, die Freiheit garantierenden Gesetzen beschlossen werden, und außerdem sollte dieses engere, politische und Bürgerrechte begrenzende Gesetz nicht ohne vorangehende Verabschiedung von breiteren, die Bürgerrechte zusichernden Gesetzen ins Leben gerufen werden.“[3172]

Aber die Kommunisten hatten es mit der Etablierung ihrer totalen Macht sehr eilig und verwendeten die Formulierungen aus dem Gesetz über die Wählerlisten auch noch in vielen anderen Gesetzen, um ihre außen- und innenpolitischen „Feinde“ von der politischen Mitwirkung im Staat auszuschließen. So hieß es im Artikel 6 des „Gesetzes zur Wahl der Volksvertreter der Verfassungsgebenden Versammlung“, das am 22. August 1945 beschlossen wurde: „Zum Volksvertreter kann jeder Bürger gewählt werden, der das Wahlrecht hat.“[3173] Und der Artikel 33 des am 23. August 1945 auf Vorschlag des Landwirtschaftsministeriums verabschiedeten „Gesetzes über die Agrarreform und Kolonisierung“ lautete: „Personen, die vom Gesetz her kein Wahlrecht haben, wird das Recht auf Zuteilung von Land verweigert.“[3174] Das Pressegesetz vom 24. August 1945 entzog unter Punkt 1, Artikel 6, Personen, denen „politische und bürgerliche Rechte aberkannt wurden“, das Recht, Verleger, Redakteure oder ständige Redaktionsmitglieder in Zeitungen oder Zeitschrifen zu werden.[3175] Das am 25. August 1945 beschlossene „Gesetz über Vereinigungen, Versammlungen und andere öffentliche Zusammenkünfte“ postulierte im Artikel 5: „An der Gründung bzw. am Wirken politischer Parteien (Vereinigungen) können ausländische Staatsbürger oder Personen ohne

---

[3171] Službeni list DFJ, I/1945, Nr. 59, 11. August 1945; GEIGER, Volksdeutsche, 217; vgl. Dokumentation der Vertreibung V, 198E-207E. Das Gesetz trat am 19. August 1945 in Kraft. Die serbische Volksregierung schloss zusätzlich auch noch die albanischen Balisti sowie Angehörige der ehemaligen SS-Division „Skanderbeg“ und der muslimischen Miliz vom Wahlrecht aus, die Provinzregierung der Vojvodina auch ehemalige ungarische „Pfeilkreuzler“, Mitglieder des Südungarischen und des Banater Kulturvereins, Mitglieder der „Eisernen Garde“ und der rumänischen Kulturorganisation ASTRA. – PORTMANN, Vojvodina, 109.

[3172] GEIGER, Volksdeutsche, 218.

[3173] Službeni list DFJ, I/1945, Nr. 63, 24. August 1945.

[3174] Službeni list DFJ, I/1945, Nr. 64, 28. August 1945.

[3175] Službeni list DFJ, I/1945, Nr. 65, 31. August 1945.

Wahlrecht weder teilnehmen noch deren Mitglieder sein." Und Artikel 24 besagte: „Ausländische Staatsbürger und Personen ohne Wahlrecht dürfen keine öffentlichen Versammlungen einberufen oder leiten."[3176]

Auf den Wählerlisten für die Wahl der Volksabgeordneten für das Bundesparlament der Verfassungsgebenden Versammlung am 11. November 1945 wurden nur 8,383.457 Personen eingetragen, die bei weitem nicht alle Personen im wahlfähigen Alter umfassten. Edvard Kardelj hatte bei einer Pressekonferenz in London nur von etwa 200.000 Personen (oder etwas mehr als zwei % der Wahlberechtigten) gesprochen, die nicht in die Wählerlisten eingetragen worden waren, Tomić und Höpken übernahmen diese Zahl; Portmann ging hingegen von einer Bevölkerungszahl von 14 Millionen für Ende 1945 und etwa 67 % im wahlfähigen Alter aus, womit er auf 9,380.000 Personen kam. Da jedoch die Bevölkerung Jugoslawiens in der Volkszählung 1948 bereits 15,772.098 betrug, ist für Ende 1945 bereits von nahezu 15 Millionen auszugehen, womit auch die Zahl der Ende 1945 im wahlfähigen Alter befindlichen Personen bereits knapp 10 Millionen betragen haben müsste. Man darf daher durchaus eine Zahl von weit über einer Million vom Wahlrecht ausgeschlossenen Personen annehmen. Freilich, nicht nur der Ausschluss so vieler Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Tatsache der Einheitsliste der Volksfront (mit sogenannten verbundenen Kandidaten anderer Parteien) und die Einrichtung einer „Urne ohne Liste" (*kutija bez liste*) machen deutlich, dass entgegen der KPJ-Propaganda diese Wahl weder „frei" noch „demokratisch" durchgeführt wurde und sich dadurch wesentlich von den Parlamentswahlen im November 1945 in Ungarn und Österreich unterschied.[3177]

Neuerlich trat Minister Grol als schärfster Kritiker hervor, wenn er hinsichtlich des Artikels 33 des „Gesetzes über die Agrarreform und die Kolonisierung" fragte: „Warum soll eine solche antisoziale, antihumane Verordnung ins Gesetz einbezogen werden, wenn dies unnötig ist?" Man dürfe einen solchen Ausschluss von der Landzuteilung nicht der ganzen Familie und den Kindern „für alle Ewigkeit" aufzwingen. „Sie werden nicht an die Reihe kommen, weil ihnen bereits eine Masse [an Kolonisten, Anm. Suppan] vorangeht, aber versagen Sie ihnen nicht das Recht aufs Leben".[3178] Tatsächlich wurde im Artikel 10 des Gesetzes festgelegt, dass anbaufähiges Land von Staatsangehörigen des Deutschen Reiches und von Personen deutscher Nationalität, das gemäß AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 konfisziert worden sei, nun in den Bodenfonds für die Agrarreform und Kolonisierung einbezogen sei. Da galt auch nicht das allgemeine Prinzip des Gesetzes, dass das Land denjenigen gehören solle, die es bearbeiteten.[3179]

[3176] Službeni list DFJ, I/1945, Nr. 65, 31. August 1945; vgl. GEIGER, Volksdeutsche, 218f.

[3177] S. TOMIĆ, Izbori u vrijeme revolucionarnog etatizma 1945-1953, in: Skupštini izbori u Jugoslaviji 1942-1982 (Beograd 1983) 75-102; HÖPKEN, Abweichung, 131; PORTMANN, Vojvodina, 110.

[3178] Aleksander PETKOVIĆ, Političke borbe za novu Jugoslaviju. Od drugog AVNOJ-a do prvog Ustava (Beograd 1958) 221f.; vgl. GEIGER, Volksdeutsche, 219.

[3179] Službeni list DFJ, I/1945, Nr. 64; vgl. GEIGER, Volksdeutsche, 220.

An der totalen Enteignung änderte auch nichts die Tatsache, dass den Jugoslawiendeutschen weder mit dem AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 noch mit der Interpretation vom 23. Mai 1945 die Staatsbürgerschaft im eigentlichen Sinn aberkannt worden war. Diese Interpretation ergibt sich auch aus dem Staatsbürgerschaftsgesetz vom 28. August 1945. Aber nicht einmal dieses Gesetz schloss die Jugoslawiendeutschen kollektiv vom Besitz der jugoslawischen Staatsbürgerschaft aus, sondern überantwortete diese Entscheidung als Kann-Bestimmung dem Innenministerium:

- Artikel 16:
  „Die Staatsbürgerschaft im Demokratischen Föderativen Jugoslawien (DFJ) kann Angehörigen jener Nationalitäten aberkannt werden, deren Staaten sich am Kriege gegen die Völker des DFJ beteiligt haben, und die während des Krieges oder vor dem Krieg durch illoyales Verhalten gegen die nationalen und staatlichen Interessen der Völker des DFJ und gegen ihre Pflichten als Staatsangehörige verstoßen haben.“
- Artikel 18:
  „Die Aberkennung gemäß Satz 1, Absatz 1, Artikel 16, erstreckt sich auch auf den Ehegatten und die Kinder der betreffenden Person, falls diese nicht beweisen können, nicht in Verbindung mit illoyalen ehemaligen Staatsbürgern gestanden zu sein, und dass ihr persönliches Verhalten einwandfrei war, oder sie nach der Nationalität zu einem der jugoslawischen Völker gehören [...].“
- Artikel 35:
  „Als Staatsbürger Jugoslawiens gelten alle Personen, die am Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes jugoslawische Staatsbürger nach den geltenden Vorschriften waren [...].“[3180]

Die Verfassung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien aus dem Jahre 1946 postulierte zwar: „Staatsangehörige der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien dürfen nicht vertrieben werden.“ Aber es gab die Anmerkung: „Nur in gesetzlich vorgeschriebenen Fällen können Bürger von ihrem Wohnsitz vertrieben werden“, und: „Das Bundesgesetz bestimmt, in welchen Fällen und auf welche Weise Bürgern der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien die Staatsbürgerschaft aberkannt werden kann.“ Erst die Novelle zum Staatsbürgerschaftsgesetz der FNRJ vom 1. Dezember 1948 entzog den Angehörigen der deutschen Minderheit die Staatsbürgerschaft, wenn sie sich nicht mehr in Jugoslawien befanden, da sie bis zum damaligen Zeitpunkt geflüchtet oder vertrieben worden sind:

> „[...] Nicht zu den Staatsbürgern der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien [...] werden Personen deutscher Nationalität gezählt, die im Ausland leben und die während des Krieges oder vor dem Krieg mit ihrem illoyalen Verhalten gegenüber den nationalen oder staatlichen Interessen der Völker der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und gegen ihre staatsbürgerlichen Pflichten verstießen.“[3181]

[3180] Službeni list DFJ, I/1945, Nr. 64; vgl. Dokumentation der Vertreibung V, 208E-222E. Das Gesetz trat am 28. August 1945 in Kraft.

[3181] Ustav Federativne Narodne Republike Jugoslavije, in: Službeni list Federativne Narodne Republike Jugoslavije, Beograd 1946, 15; Službeni list DFJ, IV/1948, Nr. 105, 4. decembra 1948.

Die Novelle trat wenige Tage vor der Verkündung der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" am 10. Dezember 1948 durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen in Kraft, in der es hieß, dass jeder Mensch das Recht auf Staatsbürgerschaft habe und dass niemandem weder das Recht auf Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden dürfe, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln. Und der Vertreter Jugoslawiens, Vladimir Dedijer, hatte in der Diskussion über den Entwurf der Deklaration am 15. Oktober 1948 noch vollmundig erklärt: „Seitdem die Kommission für Menschenrechte ins Leben gerufen wurde, hat die jugoslawische Delegation eine klare Stellung gegen jegliche Art von Diskriminierung und Vertreibung eingenommen."[3182] – Auf die Diskriminierung der Volksdeutschen in Jugoslawien dürfte er dabei wohl vergessen haben.

Die Umsetzung der „AVNOJ-Beschlüsse" in der Vojvodina

Der Beschluss des inzwischen nach Belgrad übersiedelten Präsidiums des AVNOJ vom 21. November 1944 betraf vorerst noch nicht die Vertreibung, sondern die entschädigungslose Enteignung der „Deutschen". Betroffen waren sowohl das gesamte Vermögen des Deutschen Reiches und seiner Staatsbürger auf jugoslawischem Territorium als auch das gesamte Vermögen „von Personen deutscher Nationalität" (mit Ausnahme derjenigen Deutschen, die in den Reihen der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee gekämpft hatten). Erst mit der „authentischen Auslegung" vom 8. Juni 1945 verloren alle „jugoslawischen Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit oder deutscher Abstammung" auch alle „bürgerlichen Rechte", mit Ausnahme der Partisanen, der mit Partnern aus einer der jugoslawischen Nationalitäten oder mit Juden, Slowaken, Ukrainern, Magyaren oder Rumänen verheirateten Männer oder Frauen, schließlich der Deutschen, die nicht dem „Kulturbund" beigetreten waren. Auf der Basis dieser Beschlüsse wurden im Verlauf des Jahres 1945 eine Reihe von Gesetzen verabschiedet (etwa das Gesetz über die Agrarreform und die Kolonisation vom 28. August 1945), die sämtliches Vermögen des Deutschen Reiches und von Personen deutscher Volkszugehörigkeit entschädigungslos in jugoslawisches Volksvermögen überführte – allein 389.256 ha land- und forstwirtschaftlichen Besitz von 68.035 Grundbesitzungen, dazu Bergwerke, Kraftwerke, Metall- und Stahlwerke, Hanf- und Zuckerfabriken, Mühlen und Brauereien, Gewerbebetriebe, Geschäfte, Stadthäuser, Bibliotheken etc. – und die ehemaligen Deutschen jugoslawischer Staatsangehörigkeit nun vom Wahlrecht ausschloss (Gesetz über die Staatsbürgerschaft in der Demokratischen Föderativen Republik Jugoslawien vom 23. August 1945).[3183]

[3182] Govor jugoslavenskog delegata Vladimira Dedijera u Komitetu za socijalna pitanja, in: Borba, 16. oktobra 1948, str. 3; vgl. Geiger, Volksdeutsche, 224f.

[3183] Dokumentation der Vertreibung V, 180E-184E; Petranović – Zečević, Jugoslavija, 745; Enciklopedija Slovenije, Bd. 7 (Ljubljana 1993) 367; Karner, Volksgruppe, 125-128. Die Kom-

Bereits in einer Statistik zum 1. Jänner 1945 wurden für die Batschka und die Baranja die von „Volksfeinden verlassenen“ Landflächen erhoben, was nichts anders als eine Aufstellung der zu dieser Zeit bereits von Deutschen, Magyaren, Juden und anderen beschlagnahmten Güter bedeutete. Im Bereich der Ortskommandanturen Apatin, Bačka Topola, Bajmok, Batina, Darda, Irig, Kula, Novi Kneževac, Odžaci, Stara Palanka, Sombor, Subotica, Titel, Vrbas und Žabalj waren insgesamt bereits 111.569 Katastraljoch (= 64.196 ha[3184]) beschlagnahmt worden, davon 76.902 von Deutschen, 13.963 von Magyaren, 13.070 von Juden und 1539 von anderen „Volksfeinden“. Mehr als 1000 Katastraljoch verloren die Deutschen in den früheren Gemeinden Vrbas, Crvenka, Sekić, Irig, Bajmok, Srpski Miletić, Feketić, Bački Brestovac, Mali Iđos, Karavukovo, Obrovac, Kucura, Odžaci, Gajdobra, Bajša, Bač, die Magyaren in den Gemeinden Subotica, Stara Moravica und Bajša, die Juden in den Gemeinden Vajska und Subotica.[3185]

Die KPJ verfolgte mit ihrem Enteignungs- und Besiedlungsprogramm ein dreifaches Ziel: die Bestrafung der Kriegsverbrecher und „Volksfeinde“; die totale Umkrempelung der Besitzverhältnisse; und die starke Veränderung der ethnischen Struktur zugunsten der Südslawen, vor allem der Serben. Der größte Teil des enteigneten Landes wurde an rund 226.000 überwiegend serbische Kolonisten verteilt, die zwischen September 1945 und Juli 1947 aus den Grenzgebieten Kroatiens in Bosnien, der Krajina, dem Kosovo und Montenegro angesiedelt wurden. Unter den 225.696 Kolonisten befanden sich 162.447 Serben, 40.176 Montenegriner, 12.000 Makedonier, 7134 Kroaten und 2091 Slowenen.[3186]

Die unter dem Einfluss der kommunistischen Propaganda in den Partisaneneinheiten kämpfenden „Bauernsoldaten“ hatten sich zumindest oberflächlich von den sozialrevolutionären Nachkriegskonzeptionen begeistern lassen. Die Übernahme des sowjetischen Modells einer Nationalisierung des gesamten Landes und der Einrichtung von Kolchosen und Sovchosen ließ sich aber in Jugoslawien nicht durchsetzen. Die Partei wollte und musste die angesiedelten Bauern mit Landzuteilungen für ihre Verdienste im Volksbefreiungskrieg belohnen. Kommunistische Planer, die der Dorfbevölkerung ihr revolutionäres Gesellschaftskonzept aufzwingen wollten, hatten wenig Erfolg. Hierbei gab es sogar unterschiedliche Ansichten in der Parteiführung selbst. Aber im Gesetz von 23. August 1945 wurde deutlich verankert, dass das zugeteilte Land in das Privateigentum derjenigen Haushalte

mission für die Feststellung der Verbrechen der Okkupatoren und ihrer Helfer in der Vojvodina registrierte für den Kreis Pančevo (mit den Bezirken Alibunar, Bela Crkva, Kovačica, Kovin, Pančevo und Vršac) lediglich 324 Gegner des Faschismus und 101 Sympathisanten der Volksbefreiungsbewegung. – Arhiv Vojvodine, Fond Komisija za utvrđivanje zločina okupatora i njihovih pomagača u Vojvodine, F-183, pred. 130, 156, zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 197-206.

3184 Ein Katastraljoch hat eine Fläche von 5.754 m² oder 0,5754 ha.

3185 Arhiv Vojvodine, Fond Vojna uprava, F-171, pred. 2 (DSCN5402.jpg.), zitiert nach: Portmann, Vojvodina, 305-326.

3186 Gaćeša, Agrarna reforma, 362.

übergehe, denen es zugeteilt wurde. Zwischen 1945 und 1947 wurden daher an etwa 96.000 Bauernfamilien aus der Vojvodina im Durchschnitt 2,2 ha zugesprochen, während ca. 41.000 Haushalte „äußerer“, also zugewanderter Kolonisten neben einem Haus mit Inventar durchschnittlich 5,6 ha Fläche zugeteilt erhielten. Somit wurde vorerst nach den Eigentumsverhältnissen eine dreiteilige Struktur aus privatem, genossenschaftlichem und staatlichem Besitz geschaffen. Einen leistungsfähigen, für den Markt und den Export produzierenden Bauernstand aber gab es nicht mehr.[3187]

Schon im Sommer 1945 bestimmte die Regierung den „Aufkauf“ (*otkup*) von Weizen, Mais und Vieh zu gesetzlich festgelegten Preisen, die unter dem Marktwert lagen. Die Bauern mussten sich zwangsläufig an die nur ein Jahr zurückliegende deutsche und ungarische Besatzungszeit erinnern. Daher gab es zahlreiche Übergehungen der Abgabepflicht, sodass Innenminister Ranković bereits im Juli 1946 die Todesstrafe für jene „Banditen“ verlangte, die ihre Getreidebestände lieber verbrannten als sie dem Staat abzuliefern. Sogar Tito musste sich einschalten und verurteilte die „Kulakenpolitik“ in der Vojvodina. Nun kam es zur Durchkämmung der Dörfer, zu Hausdurchsuchungen, zu willkürlichen Beschlagnahmungen, auch zu brutalen Verhören. In manchen Orten rächten sich die Bauern mit Übergriffen gegen die „Aufkäufer“, sogar Ermordungen. Allein bis Mai 1947 landeten rund 9000 Bauern aus der Vojvodina kurzfristig im Gefängnis, über 1000 wurden später verurteilt. Obwohl die Landwirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaften (SRZ) pro Hektar nur 406 kg Weizen abzugeben hatten, die selbständigen Bauern hingegen 516 kg, blieben die Erträge aus den meist ineffizient und mit erstaunlich wenigen „Arbeitsfähigen“ wirtschaftenden Kollektivbetrieben hinter den Erwartungen der Parteifunktionäre zurück. Als im Jahre 1951 die im Gesetz von 1949 festgeschriebene Mindestdauer als Mitglied einer SRZ von drei Jahren auszulaufen begann, wurden die Behörden von einer Welle von Austrittsforderungen überrollt, die von der KPJ schließlich akzeptiert wurden. Dies bedeutete aber keineswegs eine Rückkehr zu den Agrarexporten der Zwischenkriegszeit.[3188]

Die Umsetzung der „AVNOJ-Beschlüsse“ in Kroatien

Im Rahmen seiner dritten Sitzung am 9. Mai 1944 verabschiedete der „Antifaschistische Landesrat der Volksbefreiung Kroatiens“ (ZAVNOH) – auf der Basis des Deklarationsentwurfs des KNOJ und des Präsidiums des AVNOJ vom April

[3187] Michael Portmann, Repression und Widerstand auf dem Land. Die kommunistische Landwirtschaftspolitik in der jugoslawischen Vojvodina (1944 bis 1953), in: Südost-Forschungen 65/66 (2006/2007) 370-376; vgl. Melissa K. Bokovoy, Peasants and Communists. Politics and Ideology in the Yugoslav Countryside 1941-1953 (Pittsburgh 1998).

[3188] Portmann, Repression, 377-393; vgl. Jelena Popov, Drama na vojvođanskom selu (1945-1952), (Novi Sad 2002).

1944 – eine eigene „Deklaration über die Grundrechte der Völker und Bürger des demokratischen Kroatien“, in der es ebenfalls hieß:

> „Alle Bürger des föderativen Staates Kroatien sind gleich und gleichberechtigt vor dem Gesetz ohne Rücksicht auf Nationalität, Rasse oder Religion“, und: „Jedem Bürger ist die Sicherheit seiner Person und seines Eigentums gewährleistet.“ Außerdem: „Den nationalen Minderheiten in Kroatien sind alle nationalen Rechte zugesichert.“[3189]

Auf der Basis dieses Beschlusses richtete die Partisanenbewegung im Frühjahr 1944 eine Bekanntmachtung an die deutsche Minderheit in Kroatien.[3190]

In der Republik Kroatien, in der auf Grund der AVNOJ-Beschlüsse 20.457 volksdeutsche Besitzungen mit insgesamt 120.977 Hektar enteignet worden waren, wurden mit den „Deutschen“ keine Verhandlungen geführt. In Anlehnung an die Urteile der Bezirksvolksgerichte fassten die für die Agrarreform und die Kolonisierung zuständigen Bezirkskommissionen ihre Entschlüsse praktisch selbständig.[3191]

Das jugoslawische Innenministerium hatte nicht nur das Staatsbürgerschaftsgesetz umzusetzen, sondern auch andere Beschlüsse des AVNOJ und der Provisorischen Nationalversammlung. So richtete es am 3. März 1946 ein Rundschreiben an die Innenministerien der Republiken und Provinzen, das diese wiederum an ihre untergeordneten Abteilungen für innere Angelegenheiten weiterleiten sollten. In diesem Rundschreiben gab es weitere Anweisungen darüber, wen der AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 betreffe und wie die Internierung der Volksdeutschen vorgenommen werden müsse, nun in Anlehnung an die authentische Interpretation vom 8. Juni 1945, die anordnete, „jegliche falsche Gesetzesanwendung als auch Unrecht zu vermeiden“.[3192]

Das neue kommunistische Parlament beschloss die Rückgabe des von den *Ustaše* geraubten Vermögens an seine früheren Eigentümer bzw. deren Erben. Freilich war die große Mehrheit nicht mehr am Leben. Die Rückgabe bezog sich auf Häuser und Wohnungen, Geschäfte, Kanzleien, Immobilien, Handels- und Industriebetriebe. Die Zerstörungen in der Kriegszeit hatten sich in Zagreb in Grenzen gehalten. Die Rückgabe musste man allerdings vor einem Volksgericht durchsetzen – und dies gelang nur wenigen. Viele Vermögen waren von den *Ustaše* verschleudert worden, viele Wohnungen und Häuser waren auf Grund der großen

---

[3189] Zemaljsko antifašističko vijeće narodnog oslobođenja Hrvatske. Zbirka dokumenata 1944 (od 1. siječnja od 9. svibnja), (Zagreb 1970) 666f.

[3190] Zaključci II zasedanja AVNOJ-a i nijemačka manjina u Hrvatskoj, Izdanje Prop-odjela Oblasnog NOO-a za Slavoniju, s.l., s.a. [1944], in: Nacionalna i sveučilišna biblioteka Zagreb, RV Hk-8° 22a, zitiert nach: GEIGER, Volksdeutsche, 211.

[3191] GAĆEŠA, Agrarna reforma, 218f.; vgl. Marijan MATICKA, Agrarna reforma i kolonizacija u Hrvatskoj 1945-1948 (Zagreb 1990).

[3192] Narodna Republika Hrvatska, Ministarstvo unutrašnjih poslova, Odjel za izvršenje kazni, Pov. br. 421-1946, Zagreb, 12. ožujka 1946, Predmet: načelno uputstvo vrhu logorisanja osoba njemačke narodnosti, zitiert nach: GEIGER, Volksdeutsche, 223.

Wohnungsnot bereits von Kroaten in Besitz genommen, die rechtzeitig zu den Kommunisten übergegangen waren. Das Wohnungsamt führte Zwangseinquartierungen durch, sodass eine Wohnung von mehreren Familien geteilt wurde. Nicht wenige Juden – sogar jene, die mit den Partisanen gekämpft hatten – wurden als „Spekulanten“ oder gar als „Kollaborateure“ angeklagt und verurteilt. Als Tito 1948 die Auswanderung nach Israel erlaubte, bestiegen viele ein Schiff und emigrierten.[3193]

Die Umsetzung der „AVNOJ-Beschlüsse“ in Slowenien

Für die Umsetzung des rechtlich keineswegs eindeutigen AVNOJ-Beschlusses vom 21. November 1944 und seiner Auslegung vom 23. Mai 1945 erließ die neue Volksrepublik Slowenien eine Reihe von gesetzlichen Regelungen, die für die Bewertung des Gesamtkomplexes wesentlich sind:

1. den „Erlass über den Übergang feindlichen Vermögens in staatliches Eigentum, über die staatliche Verwaltung des Vermögens abwesender Personen und die Beschlagnahme des von den Besatzungsmächten gewaltsam entfremdeten Vermögens“ (*Odlok o prehodu sovražnikovega imetja v državno svojino, o državnem upravljanju imetja odsotnih oseb in o zasegi imetja, ki so ga okupatorske oblasti prisilno odtujile* – ABl. DFJ Nr. 2/1945);
2. das „Gesetz über die Konfiszierung von Vermögen und die Durchführung der Konfiszierung“ (*Zakon o konfiskaciji imovine in o izvrševanju konfiskacije* – ABl. DFJ Nr. 40/45, 70/45 und 74/46);
3. das „Gesetz über die Beschlagnahme von Vermögen und die Vollziehung der Beschlagnahme“ (*Zakon o zaplembi premoženja in izvrševanju zaplembe* – ABl. FLRJ Nr. 61/46 und 74/46);
4. das „Gesetz über den Übergang feindlichen Vermögens in staatliches Eigentum und die Zwangsverwaltung des Vermögens abwesender Personen“ (*Zakon o prenosu sovražnikovega premoženja v državno last in o sekvestraciji premoženja odsotnih oseb* – ABl. FLRJ Nr. 63/46).[3194]

Diese im Juni und Juli 1945 beschlossenen Detailgesetze legten die Konfizierungsverfahren fest. In der ersten Phase erfolgte die „tatsächliche Erfassung des deutschen Vermögens“. Allerdings fand mangels Organisation keine geordnete und einheitliche Übernahme dieses Vermögens statt, denn es herrschte „nur die Initiative“ der Zivil-, Polizei- und Militärbehörden vor. In der „Phase der rechtlichen Erfassung“, die bis zum Jahresende 1945 dauerte, wurden 20.293 Konfiszierungsbescheide erlassen, womit über 90 % des gesamten „deutschen“ Eigentums in Slowenien erfasst waren. Die neue slowenische Regierung rechtfertigte

[3193] Milo, Satellitenstaat, 231-235.

[3194] Damjan Guštin – Vladimir Prebilič, Die Rechtslage der deutschen Minderheit in Jugoslawien 1944 bis 1946, in: Kittel, Möller, Pešek, Tůma, Deutschsprachige Minderheiten, 312-316.

die Konfiszierung und Verstaatlichung des „deutschen“ Vermögens zum einen mit den hohen materiellen Schäden infolge der NS-Besatzung. Die slowenische Kommission für Kriegsschäden berechnete bis Ende September 1946 Schäden in Höhe von 31,4 Milliarden Dinar, was etwa 650 Millionen US-Dollar entsprach; damit wurden der deutschen Seite 66,3 % der Gesamtschäden zugerechnet. Die zweite Begründung lautete, dass die deutsche Besatzungsmacht für 41.699 Todesopfer oder Vermisste verantwortlich sei.[3195]

Einen großen Teil des konfiszierten „deutschen“ Vermögens stellten etwa 160 Industrieunternehmen dar, unter ihnen die Krainische Industriegesellschaft (*Kranjska industrijska družba*), die Eisenhütte Gutenstein (Ravne n. K.), das Bergwerk und die Eisenhütte Štore, die Gießerei Marburg und Ölfelder in Lendava; einen fast gleichwertigen Anteil ergaben insgesamt 3123 Landgüter (ohne die ehemaligen Besitzungen der Gottscheer Deutschen), darunter die Besitzungen der Familie Thurn-Valsassina mit 6153 ha und der Familie Auersperg mit 5255 ha; auch die Liste der konfiszierten Geldinstitute, Geschäfte, Gaststätten, Gewerbebetriebe, Wohnhäuser und Schlösser war sehr umfangreich.[3196]

Ebenso wichtig wie der AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 war das Gesetz über die Staatsangehörigkeit der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien vom 28. August 1945. Die Staatsangehörigkeit konnte durch Abstammung, Geburt, Einbürgerung oder nach den Bestimmungen zwischenstaatlicher Verträge erworben werden; die Staatsangehörigkeit ging durch Abwesenheit, Entziehung, Entlassung, Verzicht oder nach den Bestimmungen internationaler Verträge verloren. Nach Artikel 16 konnte die Staatsangehörigkeit der FVRJ „jedem entzogen werden, der seiner Nationalität nach einem der Völker angehört, deren Staaten sich an dem Kriege gegen die Völker der FVRJ beteiligt haben, und der während des Krieges oder in Verbindung damit vor dem Krieg durch illoyales Verhalten gegen die nationalen und staatlichen Interessen der Völker der FVRJ gegen seine Pflichten als Staatsangehöriger verstoßen hat“. Die Möglichkeit der Entziehung erstreckte sich also auf alle Deutschen, Magyaren, Bulgaren und Italiener, auch auf deren Ehegatten und Kinder.[3197]

Ein dritter Gesetzeskomplex, der für die Abrechnung mit den Deutschen angewandt wurde, war das Gesetz über Straftaten gegen das Volk und den Staat (*Zakon o kaznivih dejanjih zoper narod in državo*), verabschiedet von der Provisorischen Nationalversammlung am 25. August 1945. Vor allem die wohlhabendsten und einflussreichsten Deutschen Sloweniens wurden von den Gerichten zu unterschiedlich hohen Freiheitsstrafen verurteilt, fast allen Verurteilten wurden

[3195] Nećak, „Die Deutschen“, 398f.

[3196] Nećak, „Die Deutschen“, 401f. Nach Berechnungen von Dr. Josef Trischler, dem ehemaligen Vorsitzenden des Verbandes der deutschen Genossenschaften in Neusatz, soll allein die Witwe von August Westen in Cilli ein Vermögen von 9,411.758 US-Dollar an Industriebetrieben, Häusern, Gütern und Aktien verloren haben.

[3197] Guštin – Prebilič, Rechtslage, 316-330.

die Bürgerrechte aberkannt und das Vermögen beschlagnahmt. Immerhin erfolgte de iure keine Kollektivausbürgerung wie etwa aus der Tschechoslowakei. Im Übrigen verlangte das Staatsangehörigkeitsgesetz die individuelle Feststellung der Staatsangehörigkeit in den einzelnen föderativen Republiken und ein Registrierungsverfahren in der zuständigen Gemeinde.[3198]

[3198] NEĆAK, „Die Deutschen", 392.

12. ERINNERUNG UND HISTORISIERUNG

Denn ich kann nicht denken
ohne mich zu erinnern
denn ich kann nicht wollen
ohne mich zu erinnern
denn ich kann nicht lieben
denn ich kann nicht hoffen
denn ich kann nicht vergessen
ohne mich zu erinnern

Erich Fried, Gegen Vergessen (1985)

Im Mai 2005 stellte Reinhart Koselleck, einer der führenden deutschen Sozialhistoriker und Angehöriger der sogenannten „Kriegsgeneration“ (Jahrgang 1923), die für die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg prinzipielle Frage: „Welche Folgerungen ergeben sich aus dem Befund, dass wir in Europa zwar eine gemeinsame Geschichte haben, aber keine gemeinsamen Erinnerungen?“ – Die Armeen der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens hatten Anfang Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht und die totale Niederlage NS-Deutschlands erzwungen. Dutzende Millionen vom NS-Terrorsystem Unterdrückte, Unterworfene und KZ-Häftlinge aus vielen europäischen Völkern sahen sich „befreit“. Der Zusammenbruch Deutschlands war besonders für die Überlebenden der Lager, Gefängnisse und Folterkeller eine Befreiung. Andererseits konnten 6 Millionen Juden, 3 Millionen Polen, 7 Millionen sowjetische Zivilisten, 3,5 Millionen sowjetische Kriegsgefangene, Hunderttausende Südslawen, Hunderttausende Sinti und Roma, Zehntausende Tschechen und Slowaken, aber auch 180.000 als geisteskrank definierte Patienten deutscher Krankenanstalten nicht mehr befreit werden. Die große Mehrzahl der Deutschen (und Österreicher), die sich als Besiegte die totale Niederlage einzugestehen hatte, waren keineswegs in gleicher Weise „Befreite“ wie etwa die West- und Südslawen. Und die meisten Deutschen (und Österreicher) waren auch nicht in gleicher Weise Opfer wie die von den Deutschen unterworfenen Nachbarn oder gar die zur Vernichtung freigegebenen Völker. Die Millionen von Opfern, die die Deutschen (einschließlich der Österreicher und Volksdeutschen) im Zweiten Weltkrieg erbrachten – vor allem über 5 Millionen gefallene Soldaten –, waren überwiegend aktive Opfer, erbracht für das Großdeutsche Reich, und nicht passiv erlittene Opfer, wie NS-Deutschland sie den anderen auferlegt hatte.[3199]

Auch die 13 bis 14 Millionen aus Ostmitteleuropa geflüchteten, vertriebenen und zwangsausgesiedelten Deutschen[3200] und die über 2 Millionen an Vergewaltigungsopfern im Osten Deutschlands und Österreichs sahen sich nicht befreit, sondern eher als Besiegte, „oft dafür haftend, was andere [Deutsche, Erg. Suppan] an Verbrechen begangen hatten, einer Rache ausgeliefert für Taten, die nicht die ihren waren“. Daher forderte Koselleck: „Der Qualen und der Toten zu gedenken, die

[3199] Reinhart Koselleck, Differenzen aushalten und die Toten betrauern. Der Mai 1945 zwischen Erinnerung und Geschichte, in: NZZ, 14./15. Mai 2005, 47. Der gesamte Text ist veröffentlicht in: Reinhart Koselleck, Der 8. Mai zwischen Erinnerung und Geschichte, in: Reinhart Koselleck, Vom Sinn und Unsinn der Geschichte. Aufsätze und Vorträge aus vier Jahrzehnten, hg. von Carsten Dutt (Berlin 2010) 254-265. Die etwa 420.000 bis 570.000 deutschen Zivilisten, die durch alliierte Fliegerbomben starben, wird man neben den deutschen KZ-Opfern noch am ehesten unter den passiv erlittenen Opfern einordnen dürfen. – Vgl. Jörg Friedrich, Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945 (München [15]2002) 63.

[3200] Koselleck rechnete noch mit eineinhalb bis 2 Millionen Todesopfern unter den Vertriebenen, was die Berechnungen des Bundesarchivs um das Dreifache überstieg. Wehler, Gesellschaftsgeschichte 4, 944, bezifferte die Überlebenden von Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung mit 12,45 Millionen Deutschen, die während der Vertreibungsaktionen oder auf der Flucht in den Westen Umgekommenen mit 1,71 Millionen.

auch Deutschland als besiegte Nation verbuchen muss, ist eine Aufgabe der Ehrlichkeit und des Anstands gegenüber den Überlebenden." Und er mahnte: „Hinzu kommt, dass eine Nation, die unfähig ist, ihrer eigenen Toten zu gedenken, auch nicht fähig ist, [an, Erg. Suppan] die durch sie Ermordeten zu erinnern."[3201] – Ein tiefsinniger Satz. Koselleck beklagte offensichtlich die Aufspaltung der deutschen Toten in verschiedene Opferkategorien und verlangte, trotz der Pluralität der Erinnerungen, eine gemeinsame ideologiekritische Geschichtsbetrachtung.

Für Koselleck bestand kein Zweifel darin, dass „Deutschland […] sowohl moralisch wie völkerrechtlich am 1. September 1939 Sitten und rechtliche Verbindlichkeiten brutal beiseite geschoben [hat], um einen Krieg voller Verbrechen zu beginnen". Freilich müssten diese Kriterien einer moralischen Urteilsbildung auch auf alle anderen Beteiligten am Zweiten Weltkrieg angewendet werden, denn: „Verbrechen bleiben Verbrechen, auch wenn sie von Siegern oder Halbsiegern begangen worden sind." Dies stelle im Übrigen ein völkerrechtlich verbindliches Argument dar. Kausalanalytisch wäre allerdings auch zu fragen, wie es zum Bruch mit dem bisherigen Recht und der bisherigen Moral überhaupt hatte kommen können. Freilich blieben beide Perspektiven begrenzt und ließen sich nicht in jedem Fall mit den einmaligen Erinnerungen der Beteiligten in Einklang bringen. Daher Kosellecks Appell: „Wir müssen also lernen, in der wissenschaftlichen Fragestellung wie im Alltag, mit den Differenzen zu leben, die nicht von heute auf morgen auflösbar sind." Und: „in der Trauer um die unwiederbringliche und unendliche Zahl der gewaltsam umgebrachten Menschen" könnte die Vielzahl der persönlichen Erinnerungen zusammenfinden und die Ausrichtung auf die SS-Opferkategorien der Konzentrationslager überwunden werden.[3202]

Die vielen fürchterlichen Erfahrungen während des Zweiten Weltkrieges bestätigten bei allen europäischen Nationen die Richtigkeit der Definition von Ernest Renan, wonach eine Nation eine „große Solidargemeinschaft [sei], getragen von dem Gefühl der Opfer, die man gebracht hat, und der Opfer, die man noch zu bringen gewillt ist".[3203] Wie aber sollten sich die Nationen – die „Besiegten" wie die „Sieger" – an Gewaltherrschaft, Völkermord und Vertreibung erinnern? Wel-

---

[3201] Koselleck, Differenzen aushalten, 47.

[3202] Ebenda. Im Übrigen verwies Koselleck „auf die Fragwürdigkeit der sogenannten kollektiven Erinnerung" und setzte an ihre Stelle „kollektive Bedingungen der je eigenen Erinnerungen". Zwar wurde gemeinsam gesungen, gemeinsam marschiert, gemeinsam geprügelt, gemeinsam geschossen und gemeinsam gemordet, aber: „Wer einmal oder zehnmal oder öfter vergewaltigt worden ist, kann diese Erfahrung nicht als Erfahrung übermitteln. Wessen Nachbar einmal im Zwangslager zu Tode gefoltert worden ist, kann diese Erfahrung als Erfahrung niemandem übertragen. Wer eine Massenvergasung einmal, durch absurden Zufall, überlebt hat, kann davon zwar erzählen, aber das Erlebte als Erfahrung nicht mehr weiterreichen. Eigenerfahrungen verschließen sich dem Nachbarn, mehr noch den Nachgeborenen. Nachgeborene sind keine Überlebende." – Koselleck, 8. Mai, 255-257.

[3203] Ernest Renan, „Qu'est-ce qu'une nation?" (Vortrag am 11. März 1882 in der Sorbonne), zitiert nach: Etienne François und Hagen Schulze, Das emotionale Fundament der Nationen, in: Flacke, Mythen der Nationen, 17-32, hier 17.

che Erinnerung war in zerrissenen Gesellschaften – gespalten zwischen Akteuren, Kollaborateuren, Mitläufern und Opfern – möglich? Jene Geschichtskonstruktion, die am schnellsten und übergreifendsten entwickelt werden konnte, war der Widerstandsmythos. Er wurde von vielen sozialen und ideologischen Gruppen in Anspruch genommen, im kommunistischen Osteuropa wie im liberal-demokratischen Westeuropa. Auch das unbestreitbare Faktum des „Sieges über den Faschismus“ – genauer gesagt: über den deutschen Nationalsozialismus – konnte sowohl von der Roten Armee als auch von den westlichen Armeen, besonders den US-Amerikanern und Briten, als „Befreiung“ ritualisiert werden.[3204]

Wesentlich schwieriger war diese Erinnerung für die Deutschen und die Österreicher, aus deren Reihen nicht nur Hitler, Göring, Goebbels, Himmler und Heydrich kamen, sondern auch die Reichsleiter, Gauleiter und Kreisleiter der NSDAP, die Reichsminister, Reichskommissare und Reichsstatthalter, die Höheren SS- und Polizeiführer, die Generalfeldmarschälle, Generäle und Admiräle von Wehrmacht, Luftwaffe und Marine sowie die Kommandanten der Konzentrations- und Vernichtungslager. Einerseits haben die Nürnberger Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher, das Reichskabinett, das Führerkorps der NSDAP, die SS und den SD, die SA, die Gestapo, den Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht, die Diplomaten der Wilhelmstraße und die Südost-Generäle viele Hauptverantwortliche des NS-Regimes wegen des Verbrechens der Verschwörung, des Verbrechens gegen den Frieden, wegen Kriegsverbrechen und wegen des Verbrechens gegen die Humanität öffentlich verurteilt, die meisten Hauptkriegsverbrecher auch hingerichtet, andererseits wurden in Prozessen vor einer Reihe von Volksgerichtshöfen – auch in Prag, Pressburg, Laibach, Agram und Belgrad – sowohl Besatzungsfunktionäre als auch Kollaborateure abgeurteilt, zum Teil ebenfalls mit Todesurteilen. Die große Mehrheit der Bevölkerungen verharrte aber nach außen hin im Beschweigen, im Nichtreden über die schmerzhafte, konfliktreiche und damit hochexplosive Erinnerung, vermutlich um durch Verdrängung den gesellschaftlichen Wiederaufbau und eine neue Koexistenz der Staaten zu ermöglichen. Nicht zuletzt das Wiederaufflammen von politisch-rechtlich-historischen Debatten über viele aus dem Zweiten Weltkrieg herrührende Konflikte nach 1989 – so über den Holocaust, die Bestrafung der Kollaborateure und die Vertreibungen – lässt auch noch im Rückblick die Gefährlichkeit allfälliger Diskussionen unmittelbar nach 1945 erkennen.[3205]

Wesentlich erscheint die Feststellung, dass die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg bis heute eine Schlüsselrolle in den Gedächtniskulturen der beteiligten

---

[3204] Monika FLACKE, Erinnerungen, in: Flacke, Mythen der Nationen 1945, 7-12; vgl. Pieter LAGROU, The Legacy of Nazi Occupation. Patriotic Memory and National Recovery in Western Europe, 1945-1965 (Cambridge 2000).

[3205] FLACKE, Erinnerungen, 8f.; vgl. Emil BRIX – Hannes STEKL (Hgg.), Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa (Wien – Köln – Weimar 1997); Aleida ASSMANN – Ute FREVERT (Hgg.), Geschichtsvergessenheit, Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit der deutschen Vergangenheit nach 1945 (Stuttgart 1999).

Länder einnimmt und dass die Identität vieler europäischer Länder auf dem Vermächtnis des Zweiten Weltkrieges aufgebaut ist. Dabei war der Krieg in vielen europäischen Ländern ein anderer – mit größeren und kleineren Schlachten, mit unterschiedlich intensiven Zerstörungen, mit höheren und niedrigeren Verlustraten an Soldaten und Zivilbevölkerung, mit unterschiedlich verbrecherischen Besatzungsregimen. Krieg und Besatzung konnten auch von Bürgerkriegen begleitet sein, wie etwa in Jugoslawien. In der frühen europäischen Erinnerungsgeschichte fällt auf, dass die Soldaten und Widerstandskämpfer der eigenen Nation oft wesentlich zur Befreiung des eigenen Landes beigetragen haben, während in den sowjetischen wie in den anglo-amerikanischen Militärgeschichten die operativen Leistungen ihrer Armeen im Vordergrund stehen, was durch deutsche Quellen meist bestätigt wird. Frühzeitig wird auch an besondere Orte des Leidens erinnert – so an Auschwitz in Polen, Lidice und Theresienstadt in Tschechien, Jasenovac in Jugoslawien, Oradour in Frankreich und Marzabotto in Italien –, wobei jedoch Orte wie Kragujevac und Kraljevo ausgeklammert blieben, obwohl sie in den Nürnberger Prozessen angesprochen worden waren. Die frühe Veröffentlichung von Schreckensbildern aus befreiten Konzentrationslagern vertiefte nicht nur die radikale Verurteilung, ja Diabolisierung des NS-Regimes, sondern führte auch zu einer erneuten Kriegsschuldthese gegenüber allen Deutschen.[3206]

In der Bundesrepublik Deutschland entwickelten sich daher sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Geschichtswissenschaft neben der detaillierten Aufarbeitung des NS-Regimes und seiner Verbrechen eine Reihe von erfolgreichen Entlastungsstrategien, wie die Behauptung, die deutsche Gesellschaft sei vor allem von Hitler und einem kleinen Kreis von Nationalsozialisten verführt worden. So diente die Verherrlichung der Männer des 20. Juli 1944 als echte Widerstandskämpfer auch dem Hinweis, dass die große Mehrheit der Deutschen selbst Opfer gewesen seien. Österreich stellte sich nach außen hin ab 1945 überhaupt als ein Land dar, das im März 1938 von Hitler-Deutschland gewaltsam besetzt und im April/Mai 1945 von den Alliierten und vom österreichischen Widerstand – besonders in Wien und Tirol – befreit worden sei. Dank dieser von aus Konzentrationslagern zurückgekehrten Politikern betriebenen, erfolgreichen Externalisierung der NS-Zeit und der eigenen NS-Vergangenheit konnte sich die österreichische Gesellschaft lange Zeit als weitgehend unschuldiges Opfer des Nationalsozialismus und des Krieges darstellen. In welchem Ausmaß die österreichische Bevölkerung diese Opferthese tatsächlich übernahm, bedarf aber noch genauerer Untersuchungen.[3207]

[3206] Etienne FRANÇOIS, Meistererzählungen und Dammbrüche. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg zwischen Nationalisierung und Universalisierung, in: Flacke, Erinnerungen, 13-28; vgl. I. C. B. DEAR – M. R. D. FOOT (eds.), The Oxford Companion to the Second World War (Oxford – New York 1995); Chris BELLAMY, Absolute War. Soviet Russia in the Second World War: a modern history (London 2007).

[3207] Heidemarie UHL, Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese: Die Transformationen des österreichischen Gedächtnisses, in: Flacke, Mythen der Nationen 1945, II, 481-508; Ernst HANISCH, Opfer/Täter/Mythos: Verschlungene Erzählungen über die NS-Vergangenheit in Öster-

Seit einem Vierteljahrhundert ist ganz Europa, so die zutreffende Beobachtung von Pierre Nora, in ein „Zeitalter des Gedenkens“ eingetreten, d. h. in eine Zeit einer affektiven, empfindsamen und schmerzhaften Beziehung zur Vergangenheit. Unklar sind die Wurzeln der neuen Aktualität dieses „zweiten Gedächtnisses“. Die Berufung auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse oder „Abnutzungserscheinungen der Meistererzählungen“ – wie sie Etienne François versucht – erscheint nicht ausreichend. Wirksamer dürfte gewesen sein, dass der „Erlebnisgeneration“ des Zweiten Weltkrieges in ihrem Pensionsalter die Differenzen zwischen den angebotenen und teilweise verordneten Deutungen und ihren konkreten Erinnerungen immer bewusster wurden und dass die Kinder- und Enkelgeneration konkretere Fragen und auch konkretere Nachforschungen anzustellen begann. Jedenfalls stellte das „zweite Gedächtnis“ nicht mehr die heroischen Leistungen im Weltkrieg in den Vordergrund, sondern die schmerzlichen und traumatischen Erinnerungen, die vorher verschwiegen oder verdrängt worden waren. Hierbei traten vier Großphänomene deutlich in der Vordergrund: die Verbrechen des Nationalsozialismus, die Verbrechen des Stalinismus, der Völkermord an den Juden und die Verbrechen im Zuge der millionenhaften Vertreibungen.[3208]

Die Aufwertung des Gedächtnisses und die Verurteilung des Vergessens hat mittlerweile zur „Pflicht zur Erinnerung“ geführt, die weniger von den Staatsführungen, sondern mehr von einer breiten Öffentlichkeit verlangt wird. Ausschlaggebend für diese kritische Hinwendung zu den traumatischen Aspekten der jüngsten Zeitgeschichte waren vor allem die Opfer und ihre Nachkommen mit ihren eigenen Organisationen. Den ersten Schritt setzten ab den 1960er Jahren die Überlebenden des Holocaust, so dass sich in den letzten Jahrzehnten Auschwitz als d a s negative Geschichtszeichen in das kollektive Gedächtnis und Bewusstsein der Welt nachhaltig eingegraben hat. Film und Fernsehen („Holocaust“ 1979, „Shoah“ 1985, „Schindler’s List“ 1993) haben dabei eine entscheidende Rolle gespielt. Parallel dazu entbrannten Debatten in Deutschland („Historikerstreit“, Bubis-Walser-Debatte), Frankreich (über Vichy), Italien (über die *Resistenza*) und Österreich (Waldheim-Debatte), freilich weniger geschichtswissenschaftliche Kontroversen, sondern Streitgespräche zwischen Publizisten, Zeitzeugen, Politikern, Opferverbänden und Rechtsanwälten. Immerhin gingen von diesen Debatten nützliche Anstöße zu intensivierten Forschungen aus.[3209]

Nach den Revolutionen von 1989 setzte auch im östlichen Teil Europas ein Prozess der Uminterpretation und der Reaktualisierung der Erinnerung an den

reich, in: zeitgeschichte 33/6 (2006) 318-327. Dem Autor selbst, Jahrgang 1945 und in Kärnten aufgewachsen, ist mehr das allgemeine Beschweigen und Verdrängen als die Verbreitung der Opferthese in Erinnerung.

3208 Pierre Nora, Les Lieux de mémoire, 7 vols. (Paris 1984-1992); Charles S. Maier, Mémoire chaude, mémoire froide. Mémoire du fascisme, mémoire du communisme, in: Le Débat 122 (2002) 109-111, wies darauf hin, dass im Gegensatz zum „kalten“ Gedächtnis an den Kommunismus das Gedächtnis an den Nationalsozialismus ein „heißes“ Gedächtnis sei.

3209 François, Meistererzählungen, 19-21.

Zweiten Weltkrieg ein. Wie im Westen gingen die Initiativen zur Neudeutung nicht von den offiziellen Stellen aus, sondern von Gruppen, deren Gedächtniskultur vorher verschwiegen, verboten oder auch bekämpft worden war. Die zum Teil radikalen Neuorientierungen äußerten sich in der Abtragung zahlreicher Denkmäler – auch solcher von Tito und Husák –, in der Abschaffung und Neufestsetzung von Gedenktagen, in der nachträglichen Verurteilung vieler früherer Helden, jedenfalls aber in der Offenlegung historischer Tabus. Im Vordergrund stand und steht aber vielfach die Abrechnung mit dem Stalinismus und der sowjetischen Herrschaft, ihrer brutalen Machtergreifung in Ostmitteleuropa, ihren Deportationen und Schauprozessen, ihren militärischen Drohungen und Interventionen sowie ihrer einseitigen Geschichtspolitik. Andererseits erfolgte etwa in Kroatien und in der Slowakei eine Aufwertung der durch das Deutsche Reich ermöglichten Eigenstaatlichkeit, ohne freilich die Mithilfe am Völkermord an den Juden ausreichend zu thematisieren. Auch die Erinnerung an die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien blieb in der Öffentlichkeit im Schatten der eigenen Leiden.[3210]

Der Prozess der laufenden Neuinterpretation der Zeit des Zweiten Weltkrieges führt in vielen Ländern zu einer Fraktionierung des Gedächtnisses und zur Formierung von antagonistischen Gedächtniskulturen. Neben den Verteidigern der alten kommunistischen Meistererzählungen treten eine Reihe von Opfergruppen bzw. ihre Nachkommen: Soldaten in deutschen oder mit Deutschland verbündeten Einheiten, KZ-Opfer, Inhaftierte, Juden, Deportierte, die oft gegeneinander um die öffentliche Anerkennung ihres Leidens und für dessen Wiedergutmachtung plädieren. Im zerfallenden Jugoslawien war hierbei eine massive Instrumentalisierung der Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg in Form von ständigen Beschwörungen von Opfer-Mythen und Genozid-Ängsten zu beobachten. Und die verheerenden Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg werden nun vielfach von ebenso verheerenden Erinnerungen an die Kriege zwischen 1991 und 1999 überlagert. Aber einerlei, ob Serben, Kroaten, Bosniaken, Albaner oder Slowenen, die eigenen Opfer im Zweiten Weltkrieg und der letzten Kriege bleiben im Vordergrund.[3211]

Dem französischen Historiker Henry Rousso verdanken wir die selbstkritische Anmerkung: „Die positive Wertschätzung, die heutzutage der Erinnerung beigemessen wird und im Gegensatz dazu die negative Wertschätzung des Vergessens haben daher an sich keinen Sinn – auch wenn diese gegensätzlichen Beurteilungen einen wichtigen Aspekt der heutigen Vorstellungswelt darstellen, den es zu erklären gilt.“ Jedenfalls aber sind „Geschichte-als-Wissenschaft“ und „Geschich-

---

[3210] François, Meistererzählungen, 23f. Vgl. Slavko Goldstein, 1941. Godina koja se vraća (Zagreb 2007).

[3211] François, Meistererzählungen, 24f.; vgl. Reinhard Lauer und Werner Lehfeldt (Hgg.), Das jugoslawische Desaster: historische, sprachliche und ideologische Hintergründe (Wiesbaden 1994).

te-als-Gedächtnis“ auseinanderzuhalten und auch nicht austauschbar, wie Aleida Assmann einmahnt. Die Geschichtswissenschaft als kritisch-distanzierte Anwendung fester Regeln für die Analyse und Interpretation von Quellen und Überresten aus der Vergangenheit, mit dem Anspruch auf Überprüfbarkeit und objektive Gültigkeit ihrer Ergebnisse, verfügt nach Paul Ricœur über „die Möglichkeit, die Zeugenaussagen einer kritischen Überprüfung zu unterziehen; sie kann erklären und verstehen; sie verfügt über den geschriebenen Text, sie hat vor allem die Möglichkeit, Gerechtigkeit und Billigkeit gegenüber Ansprüchen der verletzten Erinnerungen walten zu lassen, die in Konkurrenz zu einander stehen und manchmal sogar blind für das Leid der anderen sind“. Das Gedächtnis dient hingegen existenziellen Bedürfnissen von Gemeinschaften, „für die die Gegenwärtigkeit des Vergangenen einen entscheidenden Teil ihres Wesens darstellt“. Freilich ist dieses „kollektive Gedächtnis“ (Maurice Halbwachs) nie als Ganzes zu erfassen, sind seine erkennbaren Erscheinungen nur die Spitze eines Eisbergs.[3212]

„Braucht Europa ein Gedächtnis? Reicht es nicht, den größten Binnenmarkt der Welt und den Euro, einige gemeinsame oder koordinierende Politikfelder, viele Vertragswerke und offene Grenzen zu haben?“ Dieser von Helmut König gestellten Frage treten Claus Leggewie und Anne Lang mit der Auffassung gegenüber, dass Europa nur dann eine tragfähige politische Handlungseinheit werden kann, wenn die öffentliche Erörterung und wechselseitige Anerkennung strittiger Erinnerungen über vergangene Konflikte und Verbrechen hinzutritt: nicht nur an die Shoah und den Gulag, sondern auch an den Völkermord an den Armeniern und den Holodomor. Man darf hinzufügen: auch an die Massenverbrechen gegenüber vielen europäischen Völkern zwischen 1938 und 1948. Denn, wie König unterstreicht: „Zur Treue des kollektiven Gedächtnisses gehört stets das ehrende Andenken gegenüber den Untergegangenen, den Benachteiligten und Entrechteten der Geschichte, den Ermordeten.“[3213]

[3212] Etienne François – Hagen Schulze (Hgg.), Einleitung, in: Ebenda, Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1 (München 2001); Paul Ricœur, Das Rätsel der Vergangenheit. Erinnern – Vergessen – Verzeihen (Göttingen 1998); Ulrike Jureit – Christian Schneider, Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung (Stuttgart 2010).

[3213] Helmut König, Die Tränen der Erinnerung, in: NZZ, 10. April 2010, 21; Helmut König, Wider den Provinzialismus des Gedächtnisses, in: NZZ, 13. Juli 2011, 20; vgl. Claus Leggewie – Anne Lang, Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt (München 2011).

IN DER TSCHECHOSLOWAKEI, DEUTSCHLAND UND ÖSTERREICH

Charta und Lastenausgleich in der Bundesrepublik Deutschland

Zwischen Herbst 1944 und Frühjahr 1948 strömten nahezu 13 Millionen deutsche Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, des Erzgebirges, des Böhmerwaldes, der March, der Leitha und der Mur in die Länder der alliierten Besatzungszonen in Deutschland und Österreich. Der Transport erfolgte nur bei den Evakuierungen im Herbst 1944 in Personenzügen, später meist in Viehwaggons, auf Leiterwägen oder zu Fuß. In der US-Besatzungszone in Oberösterreich (südlich der Donau), Salzburg, Bayern, Hessen und Nordwürttemberg sowie in der britischen Besatzungszone in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bzw. in der Steiermark und Kärnten wurden die völlig erschöpften, ausgehungerten und mittellosen „Heimatvertriebenen" von den amerikanischen und britischen Militärbehörden genau registriert, desinfiziert und dann auf Tausende Barackensiedlungen sowie Zehntausende Dörfer aufgeteilt. In den Dörfern, die kaum Luftangriffe und auch verhältnismäßig wenige Zerstörungen durch Kampfhandlungen erlitten hatten, wurden die Vertriebenen vornehmlich größeren Bauern zugeteilt, die dringend Arbeitskräfte anstelle der befreiten „Fremdarbeiter" benötigten. Allerdings ließ die Behandlung und Verpflegung der Einquartierten oft zu wünschen übrig. Auch das Leben in ganzen Barackenstädten war von großer zivilisatorischer Primitivität gekennzeichnet. Obwohl nicht wenige Heimatvertriebene aus ehemals begüterten Verhältnissen stammten, wurden nun praktisch alle von der einheimischen Bevölkerung als „Zuagraste" oder „Zigeuner" betrachtet und auch direkt so bezeichnet und behandelt. Am schlechtesten erging es Müttern, die ihre vermissten Männer nicht für tot erklären lassen wollten und daher keine Witwenunterstützung erhielten. Diese Frauen konnten sich und ihre unterernährten Kinder oft nur mit Betteln am Leben erhalten. Lediglich Handwerker und Gewerbeleute, deren Spezialkenntnisse sofort gefragt waren, bekamen relativ rasch Arbeit außerhalb des Dorfes oder des Barackenlagers; diese erhielten später auch als erste Wohnungen in den Klein- und Mittelstädten zugewiesen. Die Besatzungsbehörden und die örtlichen Behörden bemühten sich immerhin sehr rasch, die schulpflichtigen Kinder einem geordneten Schulunterricht zuzuführen. So kamen in den Kleinstadt- und Dorfschulen deutschsprachige Kinder aus ganz Ostmitteleuropa zusammen, die ganz unterschiedliche Dialekte sprachen: aus dem Memelland, Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Neubrandenburg, Niederschle-

sien, Oberschlesien, Nordböhmen, Nordmähren, Südböhmen, Südmähren, der Umgebung von Pressburg, dem Hauerland, der Zips, Siebenbürgen, Ostgalizien, der Bukowina, Bessarabien, der Dobrudscha, dem Banat, der Batschka, der Baranya, Syrmien, Slawonien und der Untersteiermark. Die Integrationsanforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer waren enorm, wurden aber mit beachtlicher Organisationskraft und strenger Disziplin relativ rasch bewältigt. Die Jugendlichen und Kinder blickten nach vorne, ihre Eltern waren mit Existenz- und Wohnraumsicherung vollauf beschäftigt, die ältere Generation hing jedoch ihrer verlorenen Heimat mit all ihren Gütern und Erinnerungen nach.[3214]

Die Aufnahme von Millionen „Heimatvertriebenen“ stellte für das besetzte Deutschland „ein großes Experiment“ dar. Mit diesem Begriff wandte sich der Flüchtlingskommissar für Württemberg-Hohenzollern, der spätere Politikwissenschafter Theodor Eschenburg, Anfang 1946 an die Öffentlichkeit:

> „[…] Wenn wir wollen, dass dieses uns auferlegte Experiment gelinge, dass nicht eine Elendschicht entstehe, die für uns alle eine Last und Sorge darstellt, dann kann zwar der Staat hierfür die oranisatorischen Voraussetzungen schaffen, aber das Gelingen könnt nur Ihr zusammen mit den Neuankommenden zustande bringen.“[3215]

Immerhin waren in den drei erst 1952 zu Baden-Württemberg zusammengefassten Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, die teils in der amerikanischen, teils in der französischen Besatzungszone lagen, rund 1,6 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene – zu drei Vierteln Sudeten- und Ungarndeutsche – unterzubringen. „Mit den sprachlich, beruflich, konfessionell und kulturell anderen, besitzlosen und fremden Deutschen galt es zu teilen“, fasste Matthias Beer vom Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde für eine Ausstellung zusammen: Lebensmittel, Wohnraum, Arbeitsplätze, Besitz, Kirchenräume und Sportplätze. Aber: „Die Nachkriegsbedingungen förderten diese Neigung nicht.“ Die Anpassungsleistung war sowohl für Alt- als auch Neubürger schwierig und erforderte ein „sich Abtasten, sich Annähern und Verschmelzen“.

Eschenburg verfasste ein Merkblatt für Alteingesessene und ein weiteres für Neubürger:

> „Die Ausgewiesenen kommen aus einem fremden Lande, ihre Lebensgewohnheiten und ihre Auffassungen sind anders als die unseren, ihre Kleidung ist eine andere und die Art ihres Kochens; manche ihrer Arbeitsmethoden weichen von den unseren ab. Ihr Dialekt ist anders als der unsere. Was euch fremd erscheint, ist deswegen nicht schlecht und verurteilswert.“
>
> Und in einem weiteren Merkblatt riet er den Neubürgern: „Die Menschen hier im Lande sind ehrlich, verschlossen und sparsam, und nach diesen Eigenschaften messen sie den Wert der neu Ankommenden. Sie sind unermüdlich in ihrer Arbeit und erwarten das gleiche von den anderen. Sie sind peinlich sauber und sehr sparsam, sie denken, dass es bei den anderen ebenso sein müsse. Sie

---

[3214] Vgl. Dokumentation im Hessischen Rundfunk, Fremde Heimat, 19. April 2011; vgl. DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 372-401; BEER, Flucht, 99-127.

[3215] Theodor ESCHENBURG, Jahre der Besatzung 1945-1949 (Stuttgart – Wiesbaden 1983); Rainer BLASIUS, Das gelunge Experiment, in: FAZ, 31. Dezember 2009, 10.

sind im Grunde bescheiden, aber sehr empfindlich gegen Kritik und das Besserwissen der Fremden. Sie sind derb in ihren Worten, aber dahinter verbirgt sich viel Liebe und Hilfsbereitschaft."[3216]

Die US-Besatzungsbehörden setzten bei der Integration auf ein Eilverfahren. Schon 1947 stellten sie alle Heimatvertriebenen – unabhängig davon, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit schon besaßen oder nicht – den deutschen Staatsbürgern gleich. Wenn sie ein Jahr lang ihren Wohnsitz nicht gewechselt hatten, bekamen sie auch das Wahlrecht. Allerdings ließen die Amerikaner keine Parteien zu, die sich ganz oder überwiegend den Interessen der Heimatvertriebenen widmeten. So hofften sie eine schnelle und umfassende Integration zu erreichen. Als ein Teil der Vertriebenenvertreter für die erste Bundestagswahl am 14. August 1949 zusammen mit den „Fliegergeschädigten" (= Ausgebombten) die Wählervereinigung „Notgemeinschaft" gründete, lehnte die Militärregierung die Zulassung als Partei ab. Dies hielt die „Notgemeinschaft" jedoch nicht davon ab, in Württemberg-Baden Direktkandidaten aufzustellen. Tatsächlich konnte sich in Esslingen am Neckar der aus dem Bezirk Marienbad stammende katholische Priester Franz Ott als Direktkandidat durchsetzen und in den ersten Bundestag einziehen. Allerdings spielte der mit seiner Kirche im offenen Konflikt stehende und seine NS-Vergangenheit völlig unkritisch wahrnehmende Priester keine politische Rolle. Schon 1950 ließ freilich die Militärregierung den „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten" zu, der sich an mehreren Landesregierungen und auch am zweiten Kabinett des Bundeskanzlers Konrad Adenauer beteiligte.[3217]

Bereits nach Art. 116, Abs. 1, des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland von 1949 wurden die Heimatvertriebenen den deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt. Für die in der BRD lebenden volksdeutschen Heimatvertriebenen war es von diesem Augenblick an nicht mehr entscheidend, ob sie einen Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft auf Grund von Rechtsvorschriften aus dem Dritten Reich ableiten konnten.[3218]

Es war eine bewegende Kundgebung, als der unbekannte oberschlesische Flüchtling Manuel Jordan am 6. August 1950 im Hof des noch in Trümmern liegenden Stuttgarter Neuen Schlosses den Text der „Charta der deutschen Hei-

---

[3216] Ebenda. Die von Mathias Beer und Paula Lutum-Lenger gestaltete Sonderausstellung „Ihr und Wir. Integration der Heimatvertriebenen in Baden-Württemberg" fand 2009/10 im Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Stuttgart statt. Vgl. auch den Ausstellungskatalog „Ihr und Wir".

[3217] Michael Gehler, Deutschland. Von der Teilung zur Einigung, 1945 bis heute (Wien – Köln – Weimar 2010) 33. Nach der Volkszählung vom 13. September 1950 stammten von den insgesamt 7,977.000 in der BRD aufgenommenen Vertriebenen und Flüchtlingen 4,541.000 (= 56,9 %) aus den Ostgebieten (Schlesien, Neu-Brandenburg, Pommern, Ostpreußen), 1,918.000 (= 24,0 %) aus der Tschechoslowakei, 650.000 (= 8,2 %) aus der ehemaligen Republik Polen und der Freien Stadt Danzig, 639.000 (8,0 %) aus Ost- und Südosteuropa (Sowjetunion, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien) und 229.000 (= 2,9 %) aus westlichen Ländern oder Übersee.

[3218] Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 5. Bd.: Bundesrepublik und DDR 1949-1990 (München 2008) 35, 235-244.

matvertriebenen“ verlas. Die zwei Vertriebenenorganisationen „Zentralverband der vertriebenen Deutschen“ (ZVD) und „Vereinigung ostdeutscher Landsmannschaften“ (VOL) hatten das Dokument am Vortag verabschiedet. Stuttgart war vermutlich ausgewählt worden, da die Stadt während der NS-Diktatur als „Stadt der Auslanddeutschen“ galt. Bundeskanzler Adenauer hatte abgesagt, an seiner Stelle war Vizekanzler Franz Blücher gekommen. Im Vordergrund der Charta stand die Frage, wie das Flüchtlingsproblem gelöst werden könne, im Mittelpunkt der zeitgenössischen Rezeption stand das „Recht auf Heimat“. Der ausdrückliche Verzicht auf „Rache und Vergeltung“ wurde noch nicht als die wichtigste Aussage wahrgenommen, wichtiger war es, eine Einheit der Vertriebenen zu schaffen. Als Bundesvertriebenenminister Lukaschek vor der Schlossruine sagte, Heimkehr werde es nur dann geben, wenn die Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft integriert seien, gab es in der Zuhörerschaft Missfallenskundgebungen. – Sechzig Jahre später würdigte Bundestagspräsident Lammert vor 300 Festgästen im wiederaufgebauten Stuttgarter Neuen Schloss die Charta als „unglaublichen Text“, der dazu beigetragen habe, die Radikalisierung der etwa 14 Millionen Heimatvertriebenen zu verhindern und die Bundesrepublik in die europäische Staatengemeinschaft zu integrieren. Bundesinnenminister Thomas de Maizière, der ausdrücklich die gewaltsame Politik der Nationalsozialisten für das Schicksal der Vertriebenen verantwortlich machte, sah in der Charta auch eine „bleibende Mahnung“, Vertreibung und „ethnische Säuberungen“ anzuklagen und zu ächten.[3219]

Das erste Gesetz unter der Regierung von Bundeskanzler Konrad Adenauer, das Unterstützungsleistungen für die Heimatvertriebenen vorsah, war das Soforthilfegesetz vom 18. August 1949. Nach dem Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1949 wurden Flüchtlingen, Heimatvertriebenen, Sachgeschädigten, Währungsgeschädigten, politisch Verfolgten und Spätheimkehrern – jedoch nur natürlichen Personen – folgende Leistungen gewährt: Hausratshilfe, Förderung des Wohnbaues, Förderung von Alters- und Pflegeheimen, Waisenhäusern, Wohnheimen und Kindergärten, Unterhaltshilfe zur Minderung von sozialen Notständen, Förderungen bei der Eingliederung in die Landwirtschaft, in die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe, Förderung der Errichtung von Dauerarbeitsplätzen, Ausbildungshilfen, Zuschüsse zu aufgenommenen Krediten. Im Jahre 1952 wurde diese Soforthilfe durch den Lastenausgleich abgelöst. Dieser beruhte im Wesentlichen auf dem Feststellungsgesetz vom 21. April 1952, BGBl. I 1952 und dem Lastenausgleichsgesetz vom 14. August 1952, BGBl. I 1952. Die wesentlichste Neuerung war die Gewährung einer Hauptentschädigung, mit

[3219] Die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ von 1950, in: FAZ, 6. August 2010, 2. Lammert mahnte auch, der Text könne helfen, die Zukunft zu bewältigen: Die etwa 16 Millionen Menschen mit „Migrationshintergrund“ in Deutschland 2010 entsprächen etwa der Zahl der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen von 1950. Die Integration der Einwanderer sei nun die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Als Lammert freilich mahnte: „Unser Problem ist nicht zu viel Einwanderung, sondern zu wenig Einbürgerung“, erhielt er von den Festgästen keinen Applaus. – „Ein Gründungsdokument der Bundesrepublik“, in: FAZ, 6. August 2010, 1.

der eine Quote der erlittenen Vermögensschäden abgegolten wurde. Vom Lastenausgleich wurden aber Forderungen an das Dritte Reich, an andere öffentliche Rechtsträger und an die NSDAP ausgenommen. Der Berechtigtenkreis wurde gegenüber dem Soforthilfegesetz erweitert, insbesondere wurden auch die Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone bzw. der Deutschen Demokratischen Republik einbezogen, was für Hunderttausende vertriebene Sudetendeutsche große Bedeutung hatte. Wie bei der Soforthilfe waren die Leistungen auf natürliche Personen beschränkt; zwischen deutschen Staatsangehörigen und volksdeutschen Vertriebenen, Flüchtlingen und Umsiedlern wurde aber nicht unterschieden. Anspruchsberechtigt waren auch Personen, die in den Vertreibungsgebieten keinen Wohnort, sondern nur einen Arbeitsplatz gehabt hatten. Sie mussten aber bis spätestens 31. Dezember 1952 ihren ständigen Aufenthalt in der BRD oder in Westberlin genommen haben. Wer nach diesem Zeitpunkt in die BRD kam, hatte keinen Anspruch auf Ausgleichsleitungen. Ausnahmen gab es nur für Spätaussiedler, die sechs Monate nach Verlassen des Vertreibungsgebietes in die BRD oder nach Westberlin gelangten, sowie Spätheimkehrer und Personen, die im Wege der Familienzusammenführung zu ihren vor dem Stichtag eingetroffenen Angehörigen zugezogen waren. Eine weitere Ausnahme gab es für Vertriebene, die zunächst in die sowjetische Besatzungszone bzw. DDR und erst danach in die BRD oder nach Westberlin gekommen waren. Damit konnten alle nach 1952 bis Ende 1964 aus der DDR in die BRD geflüchteten Vertriebenen einbezogen werden.[3220]

Als „Vertreibungsschäden“ wurden Verluste von Wirtschaftsgütern des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, des Grundvermögens, des Betriebsvermögens, von Gegenständen der Berufsausübung, Hausratsverluste, Verluste an Spareinlagen und anderen privatrechtlichen geldwerten Ansprüchen, Verluste an Geschäftsanteilen, an Gewerbeberechtigungen, am Wohnraum sowie Währungsschäden anerkannt. Neben den bereits im Soforthilfegesetz vorgesehenen Leistungen und der neu geschaffenen Hauptentschädigung gab es Kriegsschadenrenten für alte und erwerbsunfähige Geschädigte, eine Altsparentschädigung und einen Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener. Wie viele Sudeten- und Karpatendeutsche in den deutschen Lastenausgleich einbezogen wurden, steht nicht genau fest. Mit dem Lastenausgleich für Vertriebene und Ausgebombte wurden jedenfalls 180 Milliarden DM aus den Steuerleistungen der Bevölkerung der Bundesrepublik verteilt. Hans-Ulrich Wehler gewann diesem Lastenausgleich noch ein halbes Jahrhundert später großen Respekt ab: „das ist abenteuerlich, was da geleistet wurde. Die Hälfte meiner Klasse waren Flüchtlinge aus dem Osten.“[3221] – Allerdings galt der deutsche Lastenausgleich nicht für die in Österreich verbliebe-

---

[3220] Lutz WIEGAND, Der Lastenausgleich in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1985 (Frankfurt/Main – Bern – New York – Paris 1992) 197-202.

[3221] Er läuft und läuft und läuft. Hans-Ulrich Wehler hat seine deutsche Gesellschaftsgeschichte vollendet. Ein Gespräch über die Erfolgsgeschichte Bundesrepublik, Leistungsfanatismus und Sozialstaat, in: Süddeutsche Zeitung, 12./13. Juli 2008, 14.

nen Sudeten- und Karpatendeutschen. Im Bad Kreuznacher Abkommen von 1961 verpflichtete sich jedoch die BRD, sich bei der Entschädigung für den Verlust von Hausrat bzw. für die Berufsausübung erforderlichen Gegenständen an Vertriebene und Umsiedler in Österreich zu beteiligen.

Die umfangreichen sozialen Ausgaben für die etwa 10 Millionen an Flüchtlingen und Vertriebenen wären nicht ohne eine konservative Fiskalpolitik Bonns möglich gewesen, hinter der die USA und die von ihr eingerichtete Europäische Zahlungsunion sowie die OEEC in Paris standen, welche die Hilfsgelder des Marshall-Plans verwaltete. Gegen den leisen Protest der Briten und Franzosen betrieben die Amerikaner auch eine gründliche Entschuldung Westdeutschlands, die nicht zuletzt auf Kosten der von NS-Deutschland im Zweiten Weltkrieg ausgeplünderten Länder ging. Immerhin beliefen sich deren Kriegskredite und Kontributionen bei Kriegsende nach internen deutschen Statistiken auf gut 90 Milliarden RM – mehr als das Zweifache des bundesdeutschen Volkseinkommens von 1950 oder, bei vorsichtig angesetzter dreiprozentiger Verzinsung, ein heutiger Betrag von etwa 325 Millarden Euro.[3222]

Das von Elisabeth Noelle-Neumann gegründete Institut für Demoskopie in Allensbach hatte seit seiner Gründung im Jahre 1947 Umfragen zur Bewältigung und Aufarbeitung der NS-Ideologie durchgeführt. So gab es Umfragen, was mit Kriegsverbrechern geschehen sollte, ob ehemalige Nationalsozialisten viel Einfluss in Westdeutschland hätten und wie man mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern umgehen sollte. Es gab Fragen über die Kriegsschuld, zum Thema Antisemitismus und über den 20. Juli 1944. Die Meinungsänderungen im Verlauf der 1950er Jahre waren frappant: War etwa im Oktober 1951 erst ein knappes Drittel der westdeutschen Bevölkerung der Ansicht, dass Deutschland am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges schuld sei, während 42 % meinten, dass andere Staaten mindestens ebenso sehr Schuld trügen, so vertraten diese Meinung acht Jahre später nur noch 21 %. Über das Dritte Reich muss also – entgegen der Behauptung der 1968er-Generation – doch ernsthaft gesprochen worden sein, offensichtlich mehr in den Familien als in der Öffentlichkeit und in den Schulen. Immerhin war ja in der großen Mehrheit der Bevölkerung die Erinnerung an die NS-Herrschaft noch allgegenwärtig.[3223]

In nahezu allen Fragebögen des Allensbacher Instituts wurde als Routineermittlung die Frage „Sind Sie Flüchtling?" aufgenommen. Immerhin waren etwa 10 Millionen Deutsche aus den ehemaligen Ostgebieten sowie der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien geflohen oder vertrieben worden und hatten Aufnahme in der neuen Bundesrepublik Deutschland gefunden. Ihre Integration in die westdeutsche Gesellschaft gehörte zu den größten Aufgaben an die Politik der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre. Sie wurde so erfolgreich bewältigt, dass sich die Vertriebenen bereits am Ende der 1950er Jahre in ihren Meinungen und Verhaltensweisen kaum noch von der „einheimischen Bevölkerung" unter-

[3222] Albrecht Ritschl, Das unwiderrufliche Ende der Nachkriegszeit, in: NZZ, 22. September 2011, 11.
[3223] Elisabeth Noelle, Das Jahr 1958. Vor dem Sturm, in: FAZ, 2. Januar 2008, 7.

schieden. Damit wurde auch die Frage, ob ein Befragter Vertriebener sei oder nicht, für die Analysen der Umfragen immer nebensächlicher. Von 1959 an verschwand sie daher aus den Umfragen von Allensbach – „sie wurde irgendwann einfach vergessen".[3224]

„Sudetendeutsche" und „Österreicher"

Mitte Mai 1945 hielt der aus Wien stammende Pfarrer Karl Berger in der Pfarrchronik von Unterretzbach an der niederösterreichisch-mährischen Grenze fest:

> „Über unser Grenzgebiet ergießt sich ein wahrer Strom von Flüchtlingen aus Znaim und Südmähren. Die Deutschen werden von den Čechen so behandelt, wie die Čechen und Juden von den Nazis. Hitler, Himmler und seine Kumpane haben es den Čechen eben vorgemacht."[3225]

Die Vertreibung und Zwangsaussiedlung von bis zu 250.000 Sudetendeutschen[3226] aus der Tschechoslowakei nach Österreich stellte für die Wiener Regierung wie für die österreichische Bevölkerung ein unerwartetes und kaum zu bewältigendes Problem dar. Die Aufnahme der vertriebenen Sudetendeutschen in Österreich im Jahre 1945 war eine durchaus gespaltene. Während die Landbevölkerung im Wein-, Wald- und Mühlviertel die Vertriebenen überwiegend als konnationale „Deutsche" betrachtete, die eben ihre Heimat verloren hatten, und nach Möglichkeit versorgte und unterbrachte, gab es im offiziellen Österreich, beginnend in der Provisorischen Regierung unter Karl Renner, eine durchaus abweisende, teilweile sogar feindliche Stimmung. Dabei stammte Renner aus Untertannowitz (Dolní Dunajovice) in Südmähren, der Erzbischof von Wien, Theodor Kardinal Innitzer, aus Weipert (Vejprty) in Nordböhmen, der Landeshauptmann der Steiermark, Reinhard Machold, aus Bielitz (Bielsko) in Schlesien, der Vorsitzende der SPÖ, Adolf Schärf, aus Nikolsburg (Mikulov) in Südmähren, der Wiener Bürgermeister zwischen 1934 und 1938, Richard Schmitz, aus Müglitz (Mohelnice) in Nordmähren und der frühere Bundeskanzler und Präsident der Wiener Handelskammer, Ernst Streeruwitz, aus Mies (Stříbro) in Westböhmen.[3227]

[3224] Noelle, 1958, 7.

[3225] Wolfgang Freitag, Pfarrer Bergers fehlende Seiten, in: Die Presse, Spectrum, 22. Mai 2010, If. Der zum Orden der Zisterzienser von Lilienfeld gehörende Pater Alberich, der „häufig in heftigem Widerspruch zu kirchlichen und weltlichen Behörden" stand, nahm 1938 unverblümt gegen den „Anschluss" Stellung, kritisierte die Plünderungen des Unterretzbacher Mobs am Tag der Kapitulation der Wehrmacht und schrieb auch die Plünderungen und Vergewaltigungen der russischen Soldateska nieder.

[3226] Bohmann, Sudetendeutschtum, 231. Die exakte Zahl konnte auf Grund zahlreicher Grenzübertritte aus grenznahen Gebieten unmittelbar vor und nach Kriegsende niemals erhoben werden.

[3227] Neben den genannten Politikern wurden noch eine ganze Reihe von gebürtigen Sudeten- und Karpatendeutschen bedeutende Persönlichkeiten in der Zweiten Republik: der Maler Christian Ludwig Attersee aus Pressburg, der Komponist Ralph Benatzky aus Mährisch Budwitz, der Kabarettist Maxi Böhm aus Teplitz, Justizminister Dieter Böhmdorfer aus Trautenau, der Präsident

Renner beschrieb in einer Kabinettssitzung am 12. Juni 1945 die schwierige Lage:

> „Unser Land ist im Augenblick [...] bedroht – man kann es nicht anders sagen –: von Südmähren und Südböhmen werden die dortigen Deutschen ausgewiesen. Erst jetzt soll wieder Beneš erklärt haben, er werde sich nicht hindern lassen, alle Deutschen und Magyaren aus der Tschechoslowakei auszuweisen. Es fliehen unzählige tschechoslowakische Staatsbürger deutscher Zunge über unsere Grenze. Wir können nur die Österreicher aufnehmen, aber auch das ist unendlich schwierig. In Prag und Brünn finden ständig – man kann nicht anders sagen – revolutionäre Unruhen statt. Es ist dort so, dass jeder Deutschsprachige beinahe seines Lebens nicht sicher ist, dass tatsächlich Morde u. dgl. vorkommen.“[3228]

Bereits Ende Mai 1945 hatte die Abteilung für Auswärtige Angelegenheiten in der Staatskanzlei das Konzept eines Schreibens von Staatskanzler Renner an den Ministerpräsidenten Fierlinger – einen alten sozialdemokratischen Bekannten aus den 1930er Jahren – ausgearbeitet, in dem darüber Beschwerde geführt wurde, dass in Mähren und Südböhmen die Österreicher – entgegen anderslautenden Ankündigungen – nicht den tschechoslowakischen Staatsbürgern gleichgestellt würden, „sondern im Gegenteil den Reichsdeutschen gleichgestellt werden und arger persönlicher Behandlung und schonungsloser Schädigung ihres Eigentums ausgesetzt sind. Insbesondere scheint […] eine förmliche Austreibung österreichischer Staatsbürger aus Südmähren [im Gange zu sein]“.[3229] – Eine Reaktion aus Prag blieb aus.

Der Mitarbeiter und Nachfolger des am 23. Mai vom NKVD in Prag verhafteten früheren Gesandten Marek, Alois Vollgruber, wurde immerhin bereits Anfang Juni 1945 als „Bevollmächtigter zur Wahrung der Interessen der österreichischen Staatsangehörigen in der Tschechoslowakischen Republik“ (*Zplomocněnec k hájení zájmů rakouských státních příslušníků v Československé republice*) aner-

---

des Rechnungshofes Tassilo Broesigke aus Karlsbad, Verteidigungsminister Werner Fasslabend aus Asch, der Maler Giselbert Hoke aus Warnsdorf, Finanzminister Reinhard Kamitz aus Braunau in Ostböhmen, der Marktforscher Fritz Karmasin aus Käsmark in der Zips, der Maler Alfred Kubin aus Leitmeritz, General Emil Liebitzky aus Dux, Landeshauptmann Siegfried Ludwig aus Wostitz in Südmähren, Nationalrat Erwin Machunze aus Breitenfurt in Schlesien, der Rektor der Universität Wien, Richard G. Plaschka, aus Vöttau in Südmähren, Kurier-Chefredakteur Hugo Portisch aus Pressburg, der Erzbischof von Wien, Christoph Kardinal Schönborn, aus Skalken in Nordböhmen, der Diözesanbischof von Linz, Ludwig Schwarz, aus Pressburg, Prior Jakob Bernhard Tonko, der Generalsekretär der Caritas, aus Troppau und der Präsident der Nationalbank, Adolf Wala, aus Dürnholz in Südmähren. – Peter Wassertheurer, Volksdeutsche Persönlichkeiten in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg in Politik, Bildung, Kunst, Wirtschaft, Sport, Medien, in: Martin Graf, Anneliese Kitzmüller (Hgg.), Die Wiederaufbauleistungen der Altösterreicher in der Zweiten Republik (Wien 2010) 225-237.

[3228] Kabinettsratsprotokoll Nr. 12 vom 12. Juni 1945, in: Robert Knight (Hg.) „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen.“ Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945-1952 über die Entschädigung der Juden (Frankfurt/Main 1988) 350-356.

[3229] Konzept Schreiben Renner an Fierlinger, Wien, 29. Mai 1945, ÖStA, AdR, StKa-AA, GZ 113-pol/45, Zl. 210-pol/45, zitiert nach: Schriffl, Tote Grenze, 7f.

kannt. Vollgruber begann sehr bald die Beschlüsse der Prager Regierung und des tschechoslowakischen Nationalrates zur Frage der Stellung der Österreicher in der Tschechoslowakei systematisch zusammenzufassen. In einem Bericht vom 25. Juni beschrieb er ausführlich die Repatriierungsbemühungen seiner Vertretungsbehörde: Mit Hilfe eines dem Amt des Bevollmächtigten angegliederten Repatriierungskomitees leisteten nicht nur in Prag, sondern auch in einigen Außenstellen in Grulich-Senftenberg, Reichenberg, Gablonz, Aussig, Teplitz, Karlsbad und Winterberg, „dort ansässige Österreicher, die bei dem örtlichen *Národní výbor* gut angeschrieben sind", Vorarbeiten zur Erfassung der Landsleute, wobei etwa nach Reichenberg ein eigener Mitarbeiter des Prager Amtes geschickt wurde. Dieser schätzte für Reichenberg und Umgebung ca. 2000 solcher „Flüchtlinge" – ehemalige österreichische Staatsbürger, die aus dem Sudetenland, aber auch aus Deutschland und dem ehemaligen Protektorat nach Österreich gelangen wollten.[3230]

Bereits Anfang Juli 1945 beschrieb Vollgruber seine Vorgangsweise bei der laufenden Überprüfung der Staatsbürgerschaft und die dabei auftauchenden Probleme. Viele der Betroffenen verfügten nicht über die notwendigen Dokumente, um den Besitz der oder das Anrecht auf die österreichische Bundesbürgerschaft zum Stichtag 13. März 1938 nachweisen zu können. Daher erbat er von der Stadt Wien entsprechende Auskunft mittels Listen, ob die betreffenden Personen in Wien heimatberechtigt seien. Anfang September ersuchte er über die Staatskanzlei neuerlich die Stadt Wien um „jeweils möglichst umgehende" Erledigung der Anfragen aus Prag, da noch immer vielen Österreichern auf Grund fehlender Nachweise keine Bescheinigung über den Besitz der Staatsbürgerschaft ausgestellt werden könne. Und als Zusatzargument: „Diese Bescheinigung schützt, wie […] bekannt ist, die Betreffenden vor der weitaus ungünstigeren Behandlung, die den reichsdeutschen Staatsangehörigen zuteil wird."[3231]

Zur selben Zeit verlangte Renner von Fierlinger, dass die widerrechtlich zu Lasten Österreichs über die Grenzen getriebenen Massen deutschsprechender tschechoslowakischer Staatsangehöriger ehestens wieder aus Österreich entfernt werden könnten, und drohte mit Schadenersatzansprüchen. Die Prager Regierung aber verwies auf die Potsdamer Beschlüsse der Großmächte. Die sowjetische Besatzungsmacht begann danach, einen Teil der Sudetendeutschen über das Sammellager Melk in die Besatzungszonen Deutschlands abzuschieben, sofern sie nicht als „wertvolle" Arbeitskräfte galten.[3232]

[3230] Vollgruber an StKa-AA, Prag, 25. Juni 1945, ÖStA, AdR, StKa-AA, GZ 42-pol/45, Zl. 317-pol/45, zitiert nach: Schriffl, Tote Grenze, 8f. Anfang Juli konnte in Brünn Dr. Wilhelm Figdor als Vertreter des Bevollmächtigten beim Landesnationalausschuss für Mähren installiert werden.

[3231] Amt des Bevollmächtigten in Prag an Magistrat der Stadt Wien, 4. Juli 1945; Staatskanzlei – Auswärtige Angelegenheiten an Magistrat der Stadt Wien, 13. Juli 1945, ÖStA, AdR, StKa-AA, GZ 42-pol/45, Zl. 437-pol/45; StKa-AA an Magistrat der Stadt Wien, 4. September 1945, ÖStA, AdR, StKa-AA, GZ 42-pol/45, Zl. 992-pol/45, zitiert nach: Schriffl, Tote Grenze, 21f.

[3232] Amtsvermerk über die beim Staatsamt für Inneres am 4. Juli 1945 durchgeführte Besprechung über das Flüchtlingsproblem, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol. 1945, GZ 138.

Die Staatskanzlei musste auch zur Kenntnis nehmen, dass in einem Lager bei Engerau (Petržalka) österreichische Staatsangehörige wie „Reichsdeutsche“ interniert seien und dass dies offensichtlich im Auftrag des Slowakischen Nationalrates erfolgt sei. Nach den Informationen des Wiener Außenamtes befanden sich Mitte 1945 etwa 900 österreichische Familien (also insgesamt einige Tausend Personen) in der Slowakei, zu denen „infolge der Vorgänge in Mähren“ – gemeint waren evakuierte Karpatendeutsche, die aus den tschechischen Gebieten in die Slowakei rücktransportiert wurden – noch eine weitere große Anzahl von österreichischen Flüchtlingen stieß. Andererseits war bereits im Mai und Juni 1945 die deutsche Bevölkerung aus Engerau und Theben (Devín) kurzerhand über die Grenze abgeschoben worden, wogegen der Bevollmächtigte im Prager Außenministerium intervenieren sollte und auch tatsächlich Abhilfe versprochen erhielt.[3233]

Am 6. Juli 1945 unternahmen der ehemalige Landeshauptmannstellvertreter des Burgenlandes, Ludwig Leser, als Vorsitzender des Österreichischen Repatriierungskomitees in Prag, und Ministerialkommissär Loebenstein eine Orientierungsreise nach Pressburg, um bei den Behörden in der Slowakei eine eigene Behandlung der Österreicher sicherzustellen, wie dies in den Ländern Böhmen und Mähren angeblich bereits durchgesetzt sei. Erster Ansprechpartner sollte das slowakische Amt des Beauftragten für Inneres (*Povereníctvo vnútra*) sein, dessen stellvertretender Leiter Gustáv Husák die beiden jedoch an das Ministerratspräsidium verwies, da diese Angelegenheit über sein Ressort hinausgehe. Der Präsidialvorstand des „Ministerrates“, Juraj Slávik, erklärte jedoch, dass zur Umsetzung eines Beschlusses des Prager Innenministeriums – wonach Personen, deren österreichische Staatsbürgerschaft und politische Unbedenklichkeit nachgewiesen sei, sich frei bewegen, ausreisen oder bleiben und auch über ihren Besitz frei verfügen könnten – ein Beschluss des slowakischen „Ministerrates“, also des Beauftragtenkollegiums (*Zbor povereníkov*), notwendig sei. Am 13. Juli besuchten Loebenstein und Hoffmann, ein Mitarbeiter Vollgrubers, den Kabinettschef des stellvertretenden tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Ján Ursíny in Prag. Der Kabinettschef Ballo wollte von sich aus die Lage der Österreicher in der Slowakei besprechen, da nach seinen Erkundungen die Lage der Österreicher in der Slowakei sehr prekär und rasches Handeln geboten sei. Nach einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Slowakischen Nationalrates, Jozef Lettrich, ließ Ursíny den österreichischen Vertretern mitteilen, dass bis zur Bestellung eines österreichischen Vertreters in der Slowakei „die slowakischen Behörden angewiesen werden, jedes alte österreichische Heimatdokument für den Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft anzuerkennen“. In einem persönlichen Gespräch bezeichnete Ursíny es als selbstverständlich, dass Österreicher in der Slowakei nicht

[3233] Ges. Leitmaier (StKa-AA) an Vollgruber, 9. Juni 1945, ÖStA, AdR, StKa-AA, GZ 42-pol/45, Zl. 198-pol/45; Vollgruber an StKa-AA, 21. Juni 1945, ÖStA, AdR, StKa-AA, GZ 42-pol/45, Zl. 291-pol/45, zitiert nach: Schriffl, Tote Grenze, 10-12. Erstaunlicherweise war in der Staatskanzlei nicht allen Beamten die Identität der Ortsnamen Engerau und Petržalka bekannt.

als Deutsche behandelt werden dürfen, sondern als „Angehörige eines befreundeten Nachbarstaates". „Die Österreicher sollen sich völlig frei bewegen und, wenn sie wollen, auch in der Slowakei bleiben können."[3234]

Nach diesen wohlwollenden Zusagen von Ursíny und Lettrich, die beide der Demokratischen Partei (*Demokratická strana*) angehörten, reiste am 13. August 1945 Vollgruber selbst von Wien nach Pressburg. Da er aber weder Lettrich noch Husák antraf, kam es lediglich zu Gesprächen mit dem zweiten Präsidenten des Nationalrates, dem Vorsitzenden des „Rates der Beauftragten", Karol Šmidke, und dem Präsidialchef des Amtes des Beauftragten für Inneres, Daniel Okáli. Dieser versprach einen Initiativantrag zu einer Sonderstellung der Österreicher, erkundigte sich aber, ob denn „die Russen" mit der andersartigen Behandlung der Österreicher im Vergleich zu den Deutschen einverstanden seien; Vollgruber antwortete, dass die Russen dies „sogar wünschten". Dennoch blieb der Ballhausplatz pessimistisch: „Bei den slowakischen Regierungsstellen liegt offensichtlich schlechter Wille vor und man versucht, die Sache immer wieder hinauszuziehen." Dennoch fuhr Vollgruber am 21. August neuerlich nach Pressburg – diesmal mit der Bahn von Prag aus. Lettrich lagen bei seinem Gespräch mit Vollgruber „Repatriierungsinstruktionen für Österreich" vor, die das Prager Innenministerium mit Datum vom 24. Juli verfasst hatte und in denen es hieß, dass es Österreich als befreundeten Staat und „Opfer der Aggression des faschistischen Deutschland" ansehe, österreichische Staatsbürger nicht unter die antideutschen Maßnahmen fielen und über ihr Eigentum frei verfügen dürften.[3235]

Auch vom slowakischen „Finanzminister" Murtin erhielt Vollgruber Zusicherungen: Als Vollgruber ersuchte, dass jene Begünstigungen für Österreicher in Bezug auf Konten und Sparbücher, die schon mit dem Prager Finanzministerium vereinbart worden waren, auch den Österreichern in der Slowakei zukämen, antwortete Murtin vorerst, dass manches in der Slowakei anders sei. Obwohl das Prager Finanzministerium am 22. Juli angeordnet habe, dass die Deutschen und Magyaren ihre Wertpapiere in gesicherte Verwahrung zu geben hätten, gelte dies in der Slowakei derzeit nicht. Er sei aber gerne bereit, Begünstigungen für die Österreicher, die das Prager Finanzministerium zugestanden habe, für die Slowakei zu übernehmen.[3236]

[3234] Aktennotiz Leser und Loebenstein, 7. Juli 1945, ÖStA, AdR, StKa-AA, GZ 641-pol/45, Zl. 412-pol/45; Amtsvermerk Loebenstein, 16. Juli 1945, ÖStA, AdR, StKa-AA, GZ 42-pol/45, Zl. 520-pol/45, zitiert nach: Schriffl, Tote Grenze, 14f.

[3235] Bericht Vollgruber an StKa-AA, 27. August 1945, ÖStA, AdR, StKa-AA, GZ 641-pol/45, Zl. 1014-pol/45; Amtsvermerk LR Seemann, 18. August 1945, ÖStA, AdR, StKa-AA, GZ 42-pol/45, Zl. 984-pol/45; Ministerstvo vnitra [an] Ministerstvo zahraničních věcí, Praha, 24. Juli 1945, SNA, Úrad Predsednictvo SNR, Kt. 1a, Sitzung, 4. September 1945, zitiert nach: Schriffl, Tote Grenze, 16f. Lettrich hatte vom österreichischen Vertreter in Pressburg, Ing. Friedrich Lenhardt, auch Vollgrubers Zusammenfassung der Beschlüsse des Prager Parlaments zur Frage der Stellung der Österreicher in der Tschechoslowakei erhalten, die den Titel „Richtlinie für Österreicher in der Tschechoslowakischen Republik" trug.

[3236] Bericht Vollgruber an StKa-AA, 27. August 1945, ÖStA, AdR, StKa-AA, GZ 641-pol/45, Zl. 1014-pol/45, zitiert nach: Schriffl, Tote Grenze, 18f.

– Die österreichischen diplomatischen Vertreter konnten daher den Eindruck gewinnen, dass maßgebliche slowakische Politiker die Österreicher rechtlich wie faktisch besser behandeln wollten als die verbliebenen Karpatendeutschen.

Doch der Eindruck trog. Bereits am 4. September 1945 stand auf der Tagesordnung einer Sitzung des Präsidiums des Slowakischen Nationalrates: „Eingabe des inoffiziellen Vertreters Österreichs in Angelegenheiten der Österreicher in der Slowakei“. Obwohl alle maßgeblichen Personen anwesend waren, wurde dennoch eine Erörterung des Themas verschoben, hingegen zum wiederholten Male die Frage der „Abschiebung“ der Deutschen und Magyaren aus dem Gebiet der Slowakei besprochen. Offensichtlich wollte man eine Entscheidung in der Frage der Stellung der Österreicher hinauszögern.[3237]

Am 16. September berichtete der neue österreichische Vertreter in der Slowakei, Ing. Friedrich Lenhardt, ein in Pressburg ansässiger Wirtschaftstreibender, von Enteignungen und Inhaftierungen von Österreichern, auf die die Bestimmungen der Dekrete des Präsidenten der Republik nicht zutrafen. Darunter befanden sich etwa ein im Sommer 1945 bereits wieder im österreichischen Staatsdienst stehender Zollbeamter, ein im Slowakischen Nationalaufstand auf Seiten der slowakischen Aufständischen kämpfender und dafür ausgezeichneter Großgrundbesitzer, die Inhaberin einer Weinkellerei, die nach der Enteignung mit dem Argument abgeschoben worden war, sie sei mittellos und könnte daher dem Staat zur Last fallen, und eine vor den Nationalsozialisten aus Wien geflüchtete Witwe.[3238]

Im Oktober 1945 informierte ein österreichischer Kriminalbeamter das österreichische Innenministerium aus Engerau, dass zuletzt „alle deutschsprachigen Besitzer von Grundstücken oder Wohnungen, gleichgiltig ob Reichsdeutsche oder Österreicher, ihres Eigentums für verlustig erklärt [wurden], das von der slowakischen Bevölkerung übernommen wurde“. Lenhardt bestätigte bei einem Besuch im Wiener Außenamt am 30. Oktober diese und noch weitergehende Maßnahmen: In der letzten Oktoberwoche seien in Engerau und in Karlsdorf (Karlová Ves) „alle Deutschsprachigen ausgehoben“ worden, sowohl In- als auch Ausländer, auch Personen mit einer vorläufigen Bescheinigung. Nach Protest Lenhardts gab es zwar die Zusicherung der Polizei, dass Befehle zur Freilassung der Österreicher herausgegeben würden, jedoch auch den Hinweis, dass vom Beauftragtenamt für Inneres noch keine entsprechenden Weisungen über eine Sonderstellung der Österreicher ergangen seien. Auch die Freilassung der Österreicher aus den Anhaltelagern sei noch immer nicht verfügt worden. Immerhin wurde Ende Oktober mit der Registrierung der Österreicher in den Lagern begonnen.[3239]

3237 Sitzungsprotokoll Slowakischer Nationalrat, 4. September 1945, SNA, Úrad Predsednictvo SNR, Kt. 1a, zitiert nach: Schriffl, Tote Grenze, 20.

3238 Bericht Lenhardt an Rechtsdienst der StKa-AA, Pressburg, 16. September 1945, ÖStA, AdR, StKa-AA, GZ 641-pol/45, Zl. 1889-J/45, zitiert nach: Schriffl, Tote Grenze, 21.

3239 Amtsvermerk StKa-AA, 27. Oktober 1945, ÖStA, AdR, StKa-AA, GZ 42-pol/45, Zl. 1633-pol/45; Amtsvermerk StKa-AA, 30. Oktober 1945, ÖStA, AdR, StKa-AA, GZ 42-pol/45, Zl. 1657-pol/45, zitiert nach: Schriffl, Tote Grenze, 22f.

Der Ballhausplatz versuchte seinen Interventionen für die Österreicher Nachdruck zu verleihen und sandte am 31. Oktober Legationsrat Rotter nach Pressburg. Dort wurde er vom Beauftragten für Inneres, Rudolf Viktorin, empfangen und konnte die weitere Vorgangsweise bei der Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen besprechen. Freilich sahen beide Seiten das Problem der Ausstellung von Bescheinigungen für eine politische Unbedenklichkeit, die die Nationalausschüsse den Österreichern verweigerten. Rotter beharrte darauf, dass die Österreicher mit einer provisorischen Bescheinigung von den gegen die Deutschen erlassenen Maßnahmen freigestellt werden – sowohl in persönlicher als auch in vermögensrechtlicher Hinsicht. Daher sprach Rotter die Frage der Wohnungen der Österreicher und ihres Mobiliarbesitzes an, und Viktorin erklärte es für selbstverständlich, dass den Österreichern in dieser Hinsicht keine Einschränkungen auferlegt würden. Schließlich wurde vereinbart, dass Lenhardt eine Liste der in Internierungslagern festgehaltenen Österreicher ausgehändigt bekomme.[3240] – Neuerlich stimmte aber die freundliche Gesprächsatmosphäre nicht mit der Verzögerungstaktik auf slowakischer Seite überein.

Tatsächlich entschied sich nämlich auch die slowakische Politik gegen eine Unterscheidung zwischen Deutschen und Österreichern. Am 5. November 1945 beriet der „Rat der Beauftragten“, eine Art Landesregierung der Slowakei, unter Anwesenheit des Vorsitzenden Karol Šmidke und der Beauftragten Július Viktory, Gustáv Husák, Ladislav Novomeský und anderer sowie einiger Beamter die Haltung gegenüber den österreichischen Staatsangehörigen, die noch in der Slowakei lebten. Zwar wiederholte man den Standpunkt des Prager Innenministeriums, dass Österreich ein befreundeter Staat sei und mit seinen Staatsangehörigen entsprechend zu verfahren sei. Und im Protokoll wurde festgehalten: „Es ist erwünscht, dass österreichische Staatsangehörige ehest nach Österreich repatriiert werden und sie daher tatkräftig bei der Regelung der mit der Ausreise verbundenen Fragen unterstützt werden.“ Aber als Ausführungsbestimmung wurde dennoch festgehalten: „Allen Beauftragtenämtern soll Anweisung gegeben werden, Angehörige der österreichischen Nationalität zu behandeln wie Bürger deutscher Nationalität.“[3241] – Alle vorherigen Zusicherungen waren damit obsolet geworden.

Der Bevollmächtigte Vollgruber versuchte am 10. Dezember 1945 im Prager Außenministerium einen neuerlichen Vorstoß: Alle österreichischen Staatsangehörigen bildeten zusammen die österreichische Nation; die Österreicher seien keine „ethnografische Gruppe“, sondern die Summe der Staatsbürger ohne Rücksicht auf ihre Muttersprache. Als Angehörige der österreichischen Nation sollten sie daher von den gegen die Deutschen gerichteten Maßnahmen ausgenommen werden. Obwohl das tschechoslowakische Außenministerium daraufhin den

[3240] Bericht LR Rotter, 31. Oktober 1945, ÖStA, AdR, StKa-AA, GZ 42-pol/45, Zl. 1657-pol/45, zitiert nach: Schriffl, Tote Grenze, 23-25.

[3241] Sitzungsprotokoll, 5. November 1945, SNA, Úrad Predsednictva Zboru Povereníkov, kt. 3, zitiert nach: Schriffl, Tote Grenze, 27f.

tschechischen und slowakischen Behörden eine Vorgangsweise wie bei Personen Schweizer Nationalität vorschlug, fasste das Präsidium des Slowakischen Nationalrates am 12. April 1946 folgenden Beschluss:

> „Der Slowakische Nationalrat fühlt sich nicht legitimiert, einen Standpunkt einzunehmen, ob eine österreichische Nationalität existiert oder nicht, zumal das eine Angelegenheit ist, die sich seiner Kompetenz entzieht. […] Der Slowakische Nationalrat beabsichtigt nicht, als Konsequenz der Einführung dieser Nationalität seine Haltung zum Eigentumsinteresse irgendwelcher ausländischer (Staats-)Angehöriger zu verändern, die bis jetzt als Angehörige der deutschen Nationalität eingestuft worden sind."

Auf Grund dieses Beschlusses konnten Interventionen österreichischer Behörden für österreichische Staatsangehörige in der Slowakei nur fehlschlagen. Im Übrigen stellte sich auch das Prager Innenministerium auf den Standpunkt, dass bei der österreichischen Volkszählung 1934 97,4 % der Bevölkerung der deutschen Nationalität angehört hätten und dass weder am 13. März 1938 noch am 10. August 1945 in Österreich eine österreichische Nation bekannt gewesen sei.[3242] – Zwei Jahre später stellte die *Arbeiter-Zeitung* die durchaus intelligente rhetorische Gegenfrage: „Was würde man in der Tschechoslowakei sagen, wenn eine österreichische Behörde erklärte, dass es keine Tschechoslowaken gebe, sondern nur Böhmen, Mährer, Schlesier und Slowaken?"[3243]

Bis zum 27. April 1945 galten die „Österreicher" als deutsche Reichsbürger, obwohl die Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943 die Wiedererrichtung Österreichs vorgesehen hatte und man annehmen durfte, dass ein nach dem Sieg der Alliierten wiedererstandenes Österreich auch wieder ein Staatsvolk und damit Staatsbürger haben werde. Nach der Unabhängigkeitserklärung Österreichs am 27. April 1945 wurde die Staatsbürgerschaft in Österreich neu geregelt. „Österreicher" waren nach dem Staatsbürgerschaftsüberleitungsgesetz vom 10. Juli 1945, StGBl. Nr. 59, zunächst nur Personen, die am 13. März 1938 die österreichische Staatsbürgerschaft besessen hatten oder durch Rechtsnachfolge nach einem österreichischen Staatsbürger (Abstammung, Legitimation, Ehe) erworben hätten. Zu diesen „Österreichern" kamen nach dem Staatsbürgerschaftsgesetz vom 10. Juli 1945, StGBl. Nr. 60, auch Personen, die nach dem 27. April 1945 die Staatsbürgerschaft durch Verleihung erwarben. Erst mit dem Optionsgesetz 1954 wurde den Volksdeutschen, die bis zum 31. Dezember 1949 nach Österreich gekommen waren und ihren Wohnsitz in Österreich seit dem 1. Jänner 1950 beibehalten hatten, durch bloße Erklärung ein erleichterter Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft gewährt.[3244]

[3242] Sitzungsprotokoll, 12. April 1946, SNA, Úrad Predsednictva Zboru Poverenikov, kt. 4; Stellungnahme des tschechoslowak. Innenministeriums an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 10. Juli 1946, SNA, ÚPSNR, Kt. 522, Zl. A-5510-19/2-46-VI/1, zitiert nach: Schriffl, Tote Grenze, 29-31.

[3243] Arbeiter-Zeitung, 25. August 1948, 2: „Auch der Prager Nationalausschuss ist großdeutsch."

[3244] Erwin Machunze, Vom Rechtlosen zum Gleichberechtigten. Die Flüchtlings- und Vertriebenenfrage im österreichischen Parlament, 5 Bde. (Salzburg 1974), hier Bd. 3, 105-110.

Die vertriebenen Sudeten- und Karpatendeutschen wurden in Österreich nicht nur von kommunistischen, sondern auch von sozialdemokratischen und christlichsozialen Funktionären als politische Angehörige der „Henleinpartei", also als Nationalsozialisten, betrachtet. Einer der schärfsten Artikel gegen die Aufnahme der vertriebenen Sudetendeutschen erschien am Sonntag, dem 16. September 1945, im „Neuen Österreich", der Zeitung der sowjetischen Besatzungsmacht, verfasst von einem Hugo Krizkovsky. Bereits der Titel: „Die Henleinisten" verriet die ausgesprochen polemische Tendenz. Der Autor warf den Sudetendeutschen vor, bereits vor 40 Jahren alldeutsch gewesen zu sein und eine DNSAP, die Deutsche National-sozialistische Arbeiterpartei, gegründet zu haben. Nach 1918 hätten sie als Staatsbürger der Tschechoslowakei die Zeit der Republik als „Zeit der Knechtschaft" bezeichnet, obwohl kein einziges Todesurteil gegen Deutsche wegen staatsfeindlicher Betätigung gefällt worden sei. Vom Turnlehrer Henlein seien sie dann „wie eine blökende Herde" ins „großdeutsche Paradies" geführt worden. Adolf Hitler sei nun ihr Gott geworden und „Mein Kampf" ihre Bibel. Im Gebrüll von drei Millionen seien aber die Warnrufe der verschwindenen Minderheit untergegangen. Zwar habe die Ausrottung der Juden die Sudetendeutschen mit tiefer Genugtuung erfüllt, die Politik des Reichsprotektors Neurath gegenüber den Tschechen sei ihnen aber zu schwächlich gewesen. Als Karl Hermann Frank, „endlich ein Sudetendeutscher!", „Diktator von Böhmen und Mähren" geworden sei, habe es freudige Zustimmung gegeben, obwohl es ihm vorbehalten blieb, „als einer der grauenerregendsten von Hitlers Henkersknechten in die Geschichte einzugehen", der sich „als ein vom Blutrausch toll gewordener Schlächter" gebärdet habe.[3245]

Nach dieser ziemlich einseitigen Geschichtserzählung, die freilich gewisse Detailkenntnisse aus der Protektoratszeit verriet, ging der Autor zur Frage der Aufnahme der Sudetendeutschen in Österreich über: Der großdeutsche Traum sei nun ausgeträumt, die Tschechen wieder Herren im eigenen Land. „Und die Deutschesten aller Deutschen, die Getreuesten des Führers – jetzt müssen sie ihre Sandalen schnüren, um endgültig, diesmal für alle Zeiten, ‚heimzukehren' ins große germanische Reich, nach dem sie sich durch Generationen krankgesehnt hatten. Ihre Verbrechen drohen nun auch jene wenigen Anständigen in den Abgrund zu reißen, die nie über die Grenzen der Tschechoslowakei schielten." – Wie aber sollte sich Österreich ihnen gegenüber verhalten?

> „Zwischen uns und diesen an ihrem eigenen hysterischen Nationalismus zugrunde gegangenen Übernazi klafft ein Abgrund. Zu Tausenden und aber Tausenden strömen sie jetzt nach Österreich. Vergeblich tastet der suchende Blick die Rückseite ihrer Röcke ab – nirgends ein Hakenkreuz. Und wieso auch? Waren sie denn jemals Pg.? Gott behüte! Immer schon hatten sie sich zur Demokratie bekannt als deren eifrigste Vorkämpfer. Alles andere ist Lüge und jüdische Hetze! Aber die Tschechen sind eben böse Menschen, undankbare Menschen, und werfen sie trotzdem hinaus. So wird man Märtyrer der Demokratie und muss auf weißen Strümpfen über

[3245] Hugo Krizkovsky, Die Henleinisten, in: Neues Österreich, 1. Jg., 16. September 1945, 1.

die Straßen des Sieges pilgern. Glücklicherweise kann man in Österreich an eine gemeinsame k.u.k. Vergangenheit appellieren und damit vielleicht sentimentale Gefühle erwecken.

Unglücklicherweise aber ist in Österreich jeglicher groß- und alldeutscher Teutonengeist für alle Ewigkeit erloschen. Und es sei den tausenden Nazi aus den böhmisch-mährischen Ländern gesagt, dass Österreich beileibe nicht zu dem Zwecke von Nazi gesäubert wird, damit sie sich durch eine Hintertür einschleichen und sich aufs neue mit dem Moderduft ihres hinterwäldlerischen Nationalismus verstänkern können. Sie mögen getrost weiterpilgern ins einzig wahre, ihnen gemäße Germanenreich. In Österreich sind sie an die falsche Adresse gekommen."[3246]

Die Art und Weise, wie die Vertreibungen vor sich gingen, wurde in der österreichischen Öffentlichkeit zwar heftig kritisiert; andererseits wurde aber auch Verständnis für die Haltung der Tschechen gezeigt, nicht mehr mit einer deutschen „Minderheit" in einem Land leben zu wollen. Die Katastrophe, die über die Sudetendeutschen hereingebrochen war, wurde als das „nahezu unabwendbare Ergebnis des deutschen Verrates und der deutschen Zwingherrschaft gesehen". – Dass an der Protektoratsherrschaft auch Österreicher beteiligt gewesen waren, wurde geflissentlich übersehen. – Nach seinem Prag-Besuch im Dezember 1945 meinte sogar Außenminister Karl Gruber, dass die Haltung der Tschechen nicht verwundern dürfe, wo doch dieses Volk so lange Jahre unter dem Joch der „nazistischen Herrenmenschen" gestanden sei.[3247] Lediglich die österreichische Bischofskonferenz unter Führung des aus dem Erzgebirge stammenden Erzbischofs von Wien, Theodor Kardinal Innitzer, appellierte an den Alliierten Rat, die Hunderttausenden Sudetendeutschen nicht einem schweren physischen und moralischen Elend preiszugeben.[3248]

Obwohl sich Frankreich im Kontrollratsabkommen vom November 1945 verpflichtet hatte, 150.000 Deutsche, die sich vorübergehend in Österreich aufhielten, in ihre verhältnismäßig wenig zerstörte Zone in Südwestdeutschland aufzunehmen, machte die französische Regierung rasch einen Rückzieher. Mit der Behauptung, diese Verpflichtung bedeute, dass sie 150.000 deutsche Bürger des Altreichs aus Österreich, aber keine Volksdeutschen, aufnehmen sollte, wurden nur 4500 Personen aufgenommen, dann die Grenzen geschlossen und die Quote für erfüllt erklärt.[3249]

Viele der nach Österreich vertriebenen Sudetendeutschen hatten Verwandtschaft und/oder Besitz in Österreich. Bereits im Herbst 1945 häuften sich die Ansuchen um die österreichische Staatsbürgerschaft. In den Ansuchen wurde immer wieder angeführt, dass sie „Alt-Österreicher" seien – da sie bis 1918 zu Österreich gehört hätten –, dass sie „parteipolitisch vollkommen unbelastet" seien und dass sie auf Grund ihrer beruflichen Kenntnisse und ihres Vermögens – das freilich

[3246] Ebenda, S. 2. Sperrung im Original.
[3247] Karl Gruber, Prager Eindrücke, in: Neues Österreich, 19. Dezember 1945, 1.
[3248] Znoy, Vertreibung, 108.
[3249] Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung", 377.

durch die Beneš-Dekrete bereits enteignet war – dem österreichischen Staat oder der Stadt Wien nicht zur Last fallen würden. Kaum einem dieser Ansuchen wurde zu diesem frühen Zeitpunkt stattgegeben. Lediglich Personen, die Verwandte in Österreich besaßen und nachweislich „Antifaschisten" waren, wurde von Fall zu Fall die Erlaubnis zur Einreise nach Österreich erteilt, fallweise sogar unter Mitführung von Möbeln und Hausrat.[3250]

Bereits in der zweiten Ministerratssitzung des Kabinetts Figl I am 9. Jänner 1946 entspann sich unter dem Tagesordnungspunkt „Ausländerausweisverordnung" ein bemerkenswerter Diskurs über alle Parteigrenzen hinweg, der das ganze Jahr 1946 über anhielt. Bundeskanzler Leopold Figl (ÖVP) berichtete, dass die Russen bis jetzt über 92.000 „Ausländer" erfasst hätten, die aus der russischen Zone ausgewiesen werden müssten; damit seien in erster Linie alle Reichsdeutschen sowie Volksdeutschen aus Ungarn, Rumänien und dem Osten gemeint, die „im Pendelverkehr" in 2500 Personen fassenden Zugsgarnituren nach Deutschland geschafft werden sollten. Figls Hauptmotiv: „Wenn 160.000 bis 180.000 Personen aus Wien, Niederösterreich und dem Burgenland weggebracht werden, so wird das künftighin unsere Ernährungslage wesentlich erleichtern." Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) stimmte vollinhaltlich zu und ergänzte: „Es sollen aus Wien und Niederösterreich ausgewiesen werden, alle Reichsdeutschen, die seit dem 13. März 1938 zugezogen sind, ferner die Sudetendeutschen und die ungarischen Volksdeutschen. Die Rote Armee hat uns den Auftrag gegeben, dass mit 15. Jänner mit dem Zugstransport begonnen werden soll. [...] Die Amerikaner verlangen heizbare Waggons, die Russen wollen sich mit Güterwaggons begnügen, in die man Öfen hineinstellt." Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Josef Kraus (ÖVP), wandte dagegen ein, „dass die Ausweisung der Fremden für die Landwirtschaft eine Katastrophe bedeuten würde. [...] Im Marchfeld gebe es bäuerliche Betriebe, die überhaupt keine Leute haben. In Niederösterreich, Steiermark und auch in anderen Gebieten werde man nicht in der Lage sein, ohne fremde Arbeitskräfte die Frühjahrsbestellung durchzuführen und die Betriebe aufrechtzuerhalten. [...] Es sei heute eine große Hilfe, dass die vertriebenen sudetendeutschen Bauern in unserer Landwirtschaft tätig sind." Helmer erklärte dennoch, dass er eine Novelle zur Abschiebung „der Reichs- und Volksdeutschen" aus Österreich einbringen werde.[3251]

Im Ministerrat vom 22. Jänner 1946 berichtete Innenminister Helmer über den Auftrag des Alliierten Rates, „wonach die Reichsdeutschen, Volksdeutschen und Sudetendeutschen außer Landes gebracht werden müssen". Auch wenn sich beim Abtransport in den Wiener Bezirken I, X und XXI „sehr schmerzliche und aufregende Szenen" abgespielt hätten, vollzögen sich – unter dem Druck der russischen

[3250] Znoy, Vertreibung, 72.

[3251] Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik, Nr. 2, Kabinett Figl I, Bd. 1, hg. von Gertrude Enderle-Burcel und Rudolf Jeřábek, bearb. von Peter Mähner und Walter Mentzel (Wien 2004) 26-30.

Militärbehörden – die Abtransporte aus Wien und ganz Niederösterreich, insbesondere an der Südbahnstrecke. „Die in Betracht kommenden Personen werden in der Nacht aus den Wohnungen geholt und zu den Autos gebracht. Sie kommen nach Melk, wo ein Auffanglager für ungefähr 5000 Menschen besteht, das auf bis 10.000 ergänzt werden kann. Ab Melk gehen dann die Züge mit russischer Besatzung nach Deutschland.“[3252] Immerhin räumte Helmer ein, dass die ganze Aktion unter „Außerachtlassung des primitivsten Menschlichkeitsgefühls“ durchgeführt werde und dass mit den russischen Stellen Ausnahmeregelungen für von den Nationalsozialisten verfolgte Personen, für Personen geistlichen Standes, für Personen, die begründete Aussicht auf den Erwerb der Staatsbürgerschaft hätten, für Personen, die in Österreich in einem Arbeitsverhältnis stünden, für Frauen, die vor ihrer Verehelichung die österreichische Staatsbürgerschaft besessen hätten, für Kranke und gebrechliche Menschen sowie für Ehegatten oder nahe Verwandte der genannten Personengruppen vereinbart worden seien. Schließlich fragte sich aber auch Helmer, „ob nicht die Möglichkeit gegeben sei, einen Teil der zur Ausweisung befohlenen Sudetendeutschen von dem Abtransport auszunehmen, da man viele von ihnen als Arbeitskräfte brauchen werde“. Und er verwies darauf, dass die Landwirtschaft einen Bedarf von 95.000 Menschen angemeldet habe, darunter für 65.000 Männer. Im Übrigen herrsche auch in der Industrie in gewissen Berufen Arbeitermangel.[3253]

Bundeskanzler Figl dankte dem Innenminister für seine Bemühungen, „in dieser Frage den menschlichen Gesichtspunkt durchzusetzen“. Dennoch müsse danach getrachtet werden, „Österreich von dem Ballast, der außerordentlich drückend sei, so rasch als möglich zu befreien“. Denn: „In der Ernähung und im ganzen Arbeitsprozess bilden diese Hunderttausende von Menschen eine schwere Belastung unserer Wirtschaft und unserer Verwaltung.“ Außenminister Gruber (ÖVP) verlangte eine sorgfältige Vorbereitung aller weiteren Schritte, denn „in den nächsten Monaten werden mehrere Millionen Menschen ins Rollen kommen, etwa 3 Millionen Sudetendeutsche und fast 1 Million aus Ungarn und Jugoslawien“. Zwei andere ÖVP-Minister widersprachen jedoch deutlich. Der aus Böhmen stammende Wiener Vizebürgermeister Alois Weinberger warnte vor den

[3252] Bundesminister Helmer berichtete auch, dass in letzter Zeit drei Züge jugoslawischer Flüchtlinge [gemeint waren aus der Untersteiermark ausgewiesene Volksdeutsche, Anm. Suppan] nach Österreich eingeschmuggelt und auf dem Matzleinsdorfer Bahnhof in Wien abgestellt worden seien. Ein Teil der Flüchtlinge habe sich zu Verwandten in der Stadt begeben, anderen seien angeblich von den Engländern in ein Lager im XIII. Bezirk gebracht, wieder andere in die amerikanische Zone überführt worden. Die Transporte sollten aber unter russischer Besatzung nach Jugoslawien zurückgeführt werden, „damit sie an der Grenze von den Jugoslawen tatsächlich übernommen werden“. Die Generaldirektion für öffentliche Sicherheit meldete dazu am 24. Jänner 1946, dass „im Zuge der Umsiedlungsaktion“ am 20. und 22. Jänner „auf dem Gelände des Matzleinsdorfer Bahnhofes weitere vier Volksdeutsche an Entkräftung gestorben“ seien. – MRP 4, Kabinett Figl I, Bd. 1, 80.

[3253] MRP 4, Kabinett Figl I, Bd. 1, 80f. Innenminister Helmer musste bereits im Ministerrat vom 30. Jänner 1946 einräumen, dass die Russen die sieben Ausnahmeregelungen desavouierten. – MRP 6, Kabinett Figl I, Bd. 1, 144f.

tragischen Folgen der überstürzten Aktion, für die auch mit den anderen Alliierten eine Regelung nach gewissen Grundsätzen gefunden werden müsste. Denn Österreich brauche die Südmährer für die Landwirtschaft und Qualitätsarbeiter für die Industrie, namentlich die Glasindustrie. Und der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, Eugen Fleischacker, verwies auf die für den Export wichtigen Arbeiter aus der weltbekannten Gablonzer Bijouterieindustrie. Schon jetzt versuchten die Schweiz und Deutschland diese in der Welt einzigartigen Fachkräfte durch Verleihung der Staatsbürgerschaft „an sich zu fesseln". Daher habe er alles Erforderliche veranlasst, um diese bedeutenden Fachleute in Österreich zu behalten. Sogar der Bundesminister für Elektrifizierung und Energiewirtschaft, der Kommunist Karl Altmann, verlangte weitere Ausnahmen, etwa für manche Gebiete des Baugewerbes, in denen es „eine ausgesprochene Arbeiternot" gebe. Und Landwirtschaftsminister Kraus warnte, dass der Großgrundbesitz – nach dem Abzug der vielen Tausenden polnischer und ukrainischer Zwangsarbeiter – ohne die Südmährer überhaupt nicht bebaut werden könnte. Dennoch forderte der Kärntner Staatssekretär im Innenministerium, Ferdinand Graf (ÖVP), kategorisch: „Es müsse eine scharfe Trennung geführt werden zwischen denen, die wir brauchen und solchen, die, so hart es auch sein mag, für Österreich eine Belastung darstellen." Diese kontroversielle Diskussion veranlasste Bundeskanzler Figl immerhin zu einer Betrachtung des Problems in seiner Gesamtheit und Innenminister Helmer zur Schaffung von „Umsiedlungsstellen" in allen Bundesländern, die im Einvernehmen mit der Handels-, Arbeiter- und Landwirtschaftskammer sowie den Arbeitsämtern die entsprechenden Überprüfungen durchführen sollten.[3254]

Die Diskussion wurde bereits am 30. Jänner 1946 im Ministerrat fortgesetzt. Innenminister Helmer erklärte, „dass ihm Handelsminister Fleischacker eine Liste von Leuten gegeben habe, die für die Wirtschaft notwendig, aber Sudetendeutsche sind. Es gäbe hier nur ein Mittel: die Verleihung der Staatsbürgerschaft. Nur wenn diese Leute eingebürgert werden, seien sie davon befreit, ausgewiesen zu werden. Selbstverständlich sei eine strenge politische Sichtung notwendig. Die einzelnen Ressorts mögen ihm Listen solcher Leute übergeben, er werde sie dann mit Bundesminister [recte: Staatssekretär, Anm. Suppan] Graf überprüfen lassen." Helmer wusste auch von einem „furchtbaren Durcheinander" bei den Transporten zu berichten: Im Sammellager Melk kämen an manchen Tagen 13.000 Leute an, obwohl es nur für 5000 Leute ausgelegt sei. „Es kämen Transporte an, wo die Toten aus den Waggons herausfallen." Die Lagerkommandanten füllten die Waggons mit 40 Leuten an, die aber an der Grenze wieder zurückgeschickt würden, weil die Amerikaner

[3254] MRP 4, Kabinett Figl I, Bd. 1, 81-84. Bereits am 17. Jänner 1946 wurde im Bundesministerium für Inneres eine eigene Abteilung 12 U gebildet mit der Bezeichnung „Umsiedlungsstelle des Bundesministeriums für Inneres". Als Aufgabenkreis wurde festgelegt: „1. Der Abtransport der auf dem österreichischen Bundesgebiet gegenwärtig verweilenden ausländischen Flüchtlinge im Einvernehmen mit den alliierten Militärbehörden. 2. Die Überprüfung und Auswahl derjenigen Flüchtlinge, deren Verbleiben in Österreich aus wirtschaftlichen Gründen im Staatsinteresse erwünscht ist." – ÖStA, AdR, BMF Allgemeine Akten 1946, Zl. 9.012/1946.

nur Waggons mit 30 Leuten annehmen dürfen. Er als Innenminister habe alles getan, „um eine menschliche Ausweisung“ durchzuführen. Aber weder er noch der Bundeskanzler hätten mit ihren Interventionen bei den Alliierten Erfolg gehabt.[3255]

Ende Februar 1946 musste Innenminister Helmer im Ministerrat mitteilen, dass aus der russischen Zone bereits 18.000 Personen, hauptsächlich Bauern oder Handwerker, in die amerikanische Zone abtransportiert worden seien, wobei offen blieb, ob Helmer die US-Zone in Österreich oder in Deutschland meinte. Nun konstatierte auch der Innenminister „Arbeitermangel“ in der Industrie und im Gewerbe, besonders im Baugewerbe. Da die tschechoslowakische Regierung bereit sei, Leute in legaler Form nach Österreich „herüber zu lassen“ – wie etwa die Leute der Graslitzer Trompetenindustrie, sogar unter Mitnahme ihrer Maschinen –, stelle sich die Frage, ob man die Leute einbürgern solle. „Ganze Ortschaften übersiedeln in geschlossener Form aus der Tschechoslowakei in die amerikanische Zone. Wir haben jetzt die Möglichkeit, uns Leute für unsere Mangelberufe auszusuchen, wobei wir uns natürlich die Henleinleute fernehalten, die eventuell später einmal wieder Nazizellen bilden könnten.“ Im Übrigen stelle sich heraus, dass es in Wien fast keine Familie gebe, die nicht in der Tschechoslowakei Verwandte habe und daher die Verpflichtung für eine Mutter oder einen Vater übernehme. Landwirtschaftsminister Kraus bedauerte neuerlich, dass mit dem Abtransport gerade bei den landwirtschaftlichen Arbeitern begonnen worden sei, und betonte die weiter bestehende Wichtigkeit, „die landwirtschaftlichen Elemente, die noch aus Südmähren hereinkommen, an die landwirtschaftlichen Betriebe zu verpflichten oder sesshaft zu machen“.[3256]

Bundeskanzler Figl erkannte nun die Notwendigkeit, zwischen wirtschaftlichen und familiären Interessen zu differenzieren. Denn, „was soll mit den alten Leuten, den Verwandten österreichischer Staatsbürger, geschehen?“ Der Bundesminister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, Peter Krauland (ÖVP), und der Verkehrsminister Vinzenz Übeleis (SPÖ) appellierten erfreulicherweise für eine moralische Haltung gegenüber Verwandten von österreichischen Staatsbürgern und wollten den aufzunehmenden Personenkreis an eine nach österreichischen Gesetzen bestehende Unterhaltspflicht binden. Außenminister Gruber gab noch immer zu bedenken, dass man darauf Rücksicht nehmen müsse, „was wir vertragen und was wir nicht mehr verantworten können. Es hat keinen Sinn, eine Proletarisierung unseres Landes herbeizuführen [sic!]“. Innenminister Helmer verwies aber bereits darauf, dass das nördliche Bayern ungefähr 1 ½ Millionen Leute aus der Tschechoslowakei aufgenommen habe und dass sich in der bayrischen Ostmark „eine Solidarität in höchstem Ausmaße“ ausdrücke. Ganze Ortschaften aus dem Erzgebirge seien dorthin übersiedelt und hätten jede Unterstützung und Hilfe gefunden. Wie aber diese Orte wieder besiedelt werden sollten, vor allem im Erz-

[3255] MRP 6, Kabinett Figl I, Bd. 1, 144f.

[3256] MRP 10, Kabinett Figl I, Bd. 1, 279-281. Innenminister Helmer nannte auch politische und technische Schwierigkeiten bei der geplanten Übersiedlung von sudetendeutschen Industriebetrieben nach Österreich.

gebirge, sei ein großes Fragezeichen. „Vielleicht wird dort ein großes Waldgebiet geschaffen, die Häuser werden geschleift sein, es wird ein ganzer Waldgürtel um die Tschechoslowakei entstehen.“ Abgesehen davon pochten eine Reihe von Sudetendeutschen darauf, dass sie ehemals Österreicher gewesen seien, und sagten jetzt, dass ihnen ihre angestammte Heimat nicht nur nicht die Hand reiche, sondern sogar Schwierigkeiten bereite. Helmer bestätigte dennoch sein bisher rigoroses Verhalten, dass er aber bei Hilferufen für die nächsten Verwandten immer seine Zustimmung gegeben habe. Bundeskanzler Figl ersuchte schließlich den Innenminister um die Vorlage einer „kleinen Statistik“.[3257]

Erstaunlicherweise wurde die Frage im März, April und Mai 1946 im Ministerrat nicht weiter behandelt, während die Anordnungen der Alliierten – besonders der sowjetischen Besatzungsmacht – offensichtlich weitgehend durchgeführt werden mussten. Daher konnte der Bundesminister für soziale Verwaltung, Karl Maisel (SPÖ), in einem Ministerratsvortrag am 4. Juni 1946 nur resignierend feststellen:

> „Die Landwirtschaft leidet trotz der verschiedenen Maßnahmen, die zur Deckung des Bedarfes in die Wege geleitet wurden, in fast allen Gebieten an einem Mangel an Arbeitskräften, es fehlen nicht nur Gesindekräfte, sondern auch Saisonarbeiter. Besonders groß ist der Mangel an Arbeitskräften in Niederösterreich, da hier in den ersten Monaten des Jahres die in der Landwirtschaft tätig gewesenen volksdeutschen Flüchtlinge über Anordnung der Besatzungsmacht in großer Zahl das Land verlassen mussten, die Hereinbringung von anderen ausländischen Arbeitskräften, z. B. von Slowaken, wie in den früheren Jahren aber nicht möglich ist.“

Landwirtschaftsminister Kraus verlangte daher die Bewilligung einer „Erntehilfe“, mit der die fehlenden 15.000 bis 20.000 Erntearbeiter rekrutiert werden könnten, und schlug Richtlinien für den in Frage kommenden Personenkreis (öffentlich Bedienstete und in der Privatwirtschaft Beschäftigte), die Dauer der Erntehilfe, die Urlaubsbestimmungen sowie die Geld- und Naturalentlohnung der Erntearbeiter vor. Innenminister Helmer erinnerte noch daran, dass im Sommer 1945 durch die „Flucht der Sudetendeutschen [sic!]“ noch genügend Arbeitskräfte zur Verfügung gestanden, dass aber die Sudetendeutschen auf Verlangen der Alliierten nach Bayern „zwangsverschickt“ worden seien; der Ministerrat beschloss nun einhellig den Antrag.[3258]

Auch am 9. Juli 1946 musste Bundeskanzler Figl im Ministerrat mitteilen, dass die sowjetische Besatzungsmacht nach wie vor auf dem Abtransport aller Personen deutscher Nationalität, die nach dem März 1938 nach Österreich zugezogen seien, und aller „Volksdeutschen“ bestehe. Eine Erhöhung der als Arbeitskräfte ausgenommenen Personen über 6000 sei nicht erreicht worden. Im II., IV. und XX. Wiener Gemeindebezirk führte die russische Ortskommandantur diese „Repatriierungen“ nach entsprechenden Kundmachungen durch. Aber auch in den Bezirken Mistelbach, Horn und Laa an der Thaya gingen die „Repatriierungen“ „ziemlich scharf“ vor sich. Im Bezirk Klosterneuburg habe sich „heute alles, was

[3257] MRP 10, Kabinett Figl I, Bd. 1, 282-285.

[3258] MRP 23, Kabinett Figl I, Bd. 2, 194; MRP 26, Kabinett Figl I, Bd. 2, 281.

deutsch ist, auch Tschechen und Ungarn [?], im Stiftskellersaal“ zu melden. Ob repatriiert werde, sei nicht bekannt.[3259]

Ende November 1946 kritisierte Innenminister Helmer die alliierten Besatzungsmächte, vor allem die sowjetische, die amerikanische und die britische, dass die „tschechoslowakischen Deutschen“ aus Südmähren und der Slowakei zum Großteil in die amerikanische Zone nach Bayern gekommen seien. „Dafür sollen wir die Deutschen aus dem Banat und aus anderen Gegenden, also halbe Zigeuner [sic!], übernehmen und diese in Österreich verteilen und zwar in NÖ [Niederösterreich], Kärnten und Steiermark.“ In einem britischen „Weißbuch“, das aus einem Bericht einer britischen Parlamentarierdelegation entstanden sei, die im September 1946 Österreich besucht habe, werde vorgeschlagen, dass Österreich alle deutschsprachigen *displaced persons* aufnehmen sollte. Hingegen seien „uns die Südmährer, die in der russischen Zone wohnen, am Herzen gelegen, die sollen eingebürgert werden“. Allerdings war Helmer dagegen, dass alle 65.000 en bloc eingebürgert werden sollten, da es unter ihnen auch in ihrer Gesinnung fragliche Personen gebe, wenn sie auch sagten, sie seien „Volksösterreicher“. Auch Volksdeutsche aus Siebenbürgen und dem Banat müssten individuell überprüft werden. Bundeskanzler Figl stimmte zu: „Wir werden natürlich die Auswahl nach wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten treffen. Wer österreichischer Staatsbürger wird, bestimmt die österreichische Regierung.“[3260]

Und Anfang Jänner 1947 sprach Innenminister Helmer noch einmal die Frage der *displaced persons* an. In den Lagern befänden sich ungefähr 92.000 Personen, vor allem solche, die als militärische Kräfte nach Österreich gekommen seien. Die Zahl der außerhalb der Lager befindlichen betrage hingegen 350.000 bis 400.000. Unter ihnen befänden sich die Siebenbürger Sachsen, die Batschka-Deutschen, die Baltikum-Deutschen und die Czernowitzer Deutschen. Großbritannien wolle bekanntlich von der österreichischen Regierung eine „complex“-Einbürgerung. Dies stelle aber „eine Gefahr für den Staat“ dar. Im Übrigen stünden den Österreichern die Südmährer und Böhmen näher. Bundeskanzler Figl unterstützte den Innenminister: „Eine Einbürgerung en bloc kommt gar nicht in Frage. Wir werden jeden einzelnen auf seine politische, moralische und fachliche Eignung prüfen.“[3261]

Die Feststellung einer genauen Zahl der nach Österreich geflüchteten und vertriebenen Sudetendeutschen bereitet bis heute Probleme. Unmittelbar nach Kriegsende befanden sich auf österreichischem Staatsgebiet etwa 1,632.000 Nicht-

---

[3259] MRP 31, Kabinett Figl I, Bd. 2, 419f.

[3260] MRP 47, Kabinett Figl I, Bd. 4, 47. Erstaunlicherweise glaubte Innenminister Helmer, dass die Banater Deutschen gemäß Potsdamer Abkommen nach Deutschland abgeschoben werden könnten, was Außenminister Gruber aber richtigerweise verneinte.

[3261] MRP 51, Kabinett Figl I, Bd. 4, 245. Innenminister Helmer verwies auch auf das Problem der „Pavelić-Anhänger“, also der *Ustaše*, „hinsichtlich derer man allenfalls mit dem russischen Element Schwierigkeiten haben werde, und des weiteren auf das Problem der angeblich nur vorübergehend in Österreich untergebrachten Juden“. – Dazu gab es freilich keine Diskussion.

Österreicher: Reichsdeutsche, Umsiedler, Flüchtlinge, Vertriebene, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene; etwa 632.000 von diesen waren deutschsprachig, also Reichsdeutsche oder Volksdeutsche. Zu Beginn des Jahres 1946 sollen sich noch 432.000 „Volksdeutsche" in Österreich befunden haben, von denen noch im selben Jahr etwa 160.000 in die Besatzungszonen Deutschlands verbracht wurden. Das Innenministerium gab daher im Oktober 1947 nur mehr 123.415 „Volksdeutsche" aus der Tschechoslowakei und Ungarn an, das Vatikanische Auswanderungsbüro in Wien nannte zum Stichtag 1. Oktober 1948 103.055 Sudetendeutsche in Österreich, davon 50.364 in Wien, 26.060 in Oberösterreich, 10.393 in Niederösterreich, 6105 in der Steiermark, 4943 in Salzburg, 2036 in Kärnten, 1685 in Tirol, 942 in Vorarlberg und 527 im Burgenland. Nach einer Mitteilung des Innenministeriums sollen schließlich am 1. Jänner 1954 insgesamt noch 137.872 vertriebene Sudetendeutsche (davon 96.448 eingebürgerte und 41.424 nichteingebürgerte) auf österreichischem Staatsgebiet gelebt haben, davon 36 % in Wien, 21 % in Oberösterreich, 18 % in Niederösterreich, 9 % in Salzburg, 8 % in der Steiermark, 3 % in Tirol, je 2 % in Kärnten und Vorarlberg und 1 % im Burgenland.[3262]

Unter den aus der Tschechoslowakei vertriebenen Sudeten- und Karpatendeutschen befanden sich eine ganze Reihe bedeutender Unternehmer und Intellektueller, die bald auch in Österreich wichtige Positionen im Wirtschafts- und Geistesleben einnahmen. So waren 1945 auch die Glashütten der Familie Riedel im böhmischen Polaun (Polubný) verstaatlicht worden, während Walter Riedel, der achte Firmeninhaber des 1756 gegründeten Unternehmens, in die Sowjetunion deportiert wurde. Aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, konnte Walter Riedel 1956 mit seinem Sohn Claus und mit Hilfe der befreundeten Glasschleifer-Familie Swarovski das böhmische Riedel-Glas nach Kufstein in Tirol verpflanzen und mit seinen mundgeblasenen Weingläsern Weltruhm erlangen.[3263]

Bereits im Jahre 1948 begann die österreichische Diplomatie – trotz totaler kommunistischer Machtübernahme in Prag Ende Februar 1948 – auf eine generelle Regelung der rechtlichen Stellung der österreichischen Staatsangehörigen und ihres Vermögens in der Tschechoslowakei zu drängen. Aber als der neue kommunistische Präsident Klement Gottwald im November 1948 vom Gesandten Alois Vollgruber auf die noch immer ungelöste Frage des österreichischen Eigentums angesprochen wurde, wies er vorwurfsvoll darauf hin, dass in der Zeit der deutschen Okkupation in der Tschechoslowakei viele Österreicher im Dienste der NSDAP, der Gestapo und des Sicherheitsdienstes gestanden und oft radikaler als die Deutschen gewesen seien. Daher sei es den Tschechen schwer verständlich

[3262] Eduard Stanek, Verfolgt, verjagt, vertrieben. Flüchtlinge in Österreich von 1945 bis 1984 (Wien – München – Zürich 1985) 18, 151; Vortrag des BMI für den Ministerrat, 11. Oktober 1947, ÖStA, AdR, BMI, USTL 2, Mappe 11b, Zl. 120.056-12U/1947; Bohmann, Sudetendeutschtum, 231; Znoy, Vertreibung, 73-75.

[3263] Matthäus Kattinger, Wege aus der „Patriarchen-Falle" in österreichischen Familienunternehmen, in: NZZ, 3./4. Januar 2009, 13.

zu machen, warum das österreichische Eigentum bevorzugt behandelt werden sollte.[3264] Ende Oktober 1948 war der stellvertretende Ministerpräsident Fierlinger nach Wien gekommen, um am KPÖ-Parteitag im Musikvereinssaal teilzunehmen. Die *Arbeiter-Zeitung* begrüßte ihn ziemlich unfreundlich: „Ein Verbündeter Hitlers als Ehrengast der KPÖ“. Auf einer Versammlung im „Volkstheater“ versuchte Fierlinger, die Lage in Österreich mit der in volksdemokratischen Staaten zu vergleichen. Als er erklärte, dass in Österreich zwar die Auslagen voll seien, die Leute sich jedoch nichts kaufen könnten, erntete er Gelächter und Pfeifen. Bundesminister Helmer berichtete im Ministerrat auch von einer Rede Fierlingers im Gasthaus „Gschwandner“ und wies bei dieser Gelegenheit auf ein neues politisches Phänomen hin: 49 tschechische Familien, die nach 1945 aus Wien in die Tschechoslowakei ausgewandert seien, seien bereits nach Österreich zurückgekehrt, weitere 250 hätten sich für die Rückwanderung nach Österreich vormerken lassen.[3265] – Über diese Abstimmung mit den Füßen hatte Fierlinger weder im „Volkstheater“ noch beim „Gschwandner“ gesprochen.

Bis gegen Ende der 1940er Jahre war die Politik der beiden österreichischen Großparteien – und somit auch der Bundesregierung unter Leopold Figl – weniger auf die Integration der „Volksdeutschen“, sondern eher auf ihren Transfer in die Bundesrepublik Deutschland bzw. auf ihre Auswanderung nach Übersee ausgerichtet. Die vom Zweiten Weltkrieg stark mitgenommene österreichische Gesellschaft bezweifelte in ihrer großen Mehrheit die Möglichkeit der Integration der Sudetendeutschen, Karpatendeutschen, Ungarndeutschen und Jugoslawiendeutschen. Daher wurde ihnen auch eine Berufsausübung erschwert, die Ausübung bestimmter Berufe – etwa der Freien Berufe – war an den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft geknüpft. Erst im Vorfeld der Nationalratswahl 1949 änderten ÖVP und SPÖ ihre Haltung, was aber vorerst wenig nützte, da der „Verband der Unabhängigen“ (VdU) auf Kosten der Großparteien 16 der 165 Mandate gewann. Nun wurde ein Ministerkomitee für die Behandlung von Flüchtlingsfragen der Volksdeutschen eingesetzt, dann ein aus Vertretern der Volksdeutschen bestehender Beirat für Flüchtlingsfragen geschaffen, der sich mit den zentralen Forderungen der volksdeutschen Vertriebenen – vor allem jenen nach rechtlicher Gleichstellung – befasste. Bereits am 31. Jänner 1951 verabschiedete der Nationalrat ein Bundesgesetz über die Gewährung der Notstandshilfe an „Volksdeutsche“[3266], und im Juli 1952 beschloss er acht Gleichstellungsgesetze, durch welche Volksdeutsche, die staatenlos waren oder deren Staatsangehörigkeit ungeklärt war, den Inländern in arbeits- und gewerberechtlicher Hinsicht

[3264] Bericht Vollgruber über Abschiedsaudienz bei Gottwald, 12. November 1948, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol. 1948, GZ 118.511.

[3265] Arbeiter-Zeitung, 30. Oktober 1948, 2; Österreichische Volksstimme, 30. Oktober 1948, 3; MRP 131, Kabinett Figl I, 2. November 1948. Den Hinweis auf Fierlingers Besuch verdanke ich Frau Hofrätin Dr. Gertrude Enderle-Burcel.

[3266] Die österreichische Rechtsordnung definierte den Begriff „Volksdeutsche“ als „Personen deutscher Sprachzugehörigkeit, die staatenlos sind oder deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist“.

gleichgestellt wurden. Schließlich ermöglichte das am 2. Juli 1954 beschlossene Bundesgesetz über den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Volksdeutsche, das sogenannte Optionsgesetz, jenen in Österreich ansässig gewordenen heimatvertriebenen Volksdeutschen, welchen die österreichische Staatsbürgerschaft noch nicht verliehen worden war, sie durch Option zu erwerben. Nach im Dezember 1955 verlängerter Optionsfrist wurde die Einbürgerung der Volksdeutschen in Österreich bis Juni 1956 größtenteils abgeschlossen.[3267]

Der deutsch-tschechoslowakische Vertrag 1973 und der österreichisch-tschechoslowakische Vermögensvertrag 1974

Sofort nach Kriegsende hatte die tschechoslowakische Regierung die administrative Ordnung vom 29. September 1938 wiederhergestellt, auch die historische Landesgrenze zwischen Böhmen und Mähren. Auf Grund der Vertreibung und Zwangsaussiedlung von etwa 3 Millionen Sudetendeutschen war die Gesamtbevölkerung der böhmischen Länder von 10,88 Millionen zur Mitte des Jahres 1938 auf 8,69 Millionen zu Ende des Jahres 1946 gesunken, obwohl bis zum 22. Mai 1947 (dem Stichtag der ersten Nachkriegszählung) 1,365.557 Personen in die Grenzgebiete gezogen waren, überwiegend aus dem tschechischen Landesinnern und aus der Slowakei, sowie tschechische und slowakische „Remigranten" aus Wolhynien, Rumänien, Jugoslawien, Österreich, Ungarn, Bulgarien, Deutschland, Frankreich und Belgien; später kamen auch 15.000 Roma, fast ebenso viele griechische Bürgerkriegsflüchtlinge (vor allem slawische Makedonier) und einige Tausend magyarische Zwangsmigranten hinzu. Allerdings verblieben von den landwirtschaftlichen Neusiedlern nur zwei Drittel auf den zugeteilten Höfen, ein Drittel verließ diese innerhalb weniger Jahre. Daher mussten in den Grenzgebieten bis zur Mitte der 1950er Jahre 333 Gemeinden und Weiler aufgegeben werden, davon 146 unmittelbar an der Staatsgrenze gelegene. Entlang der Grenzen zu Bayern und Österreich wurden eine Grenzsicherungszone und mehrere militärische Sperrzonen errichtet. Nach der Volkszählung vom 1. März 1950 bekannten sich nur mehr 159.938 Einwohner der böhmischen Länder zur deutschen Nationalität.[3268]

Nach jahrelangen Verhandlungen zwischen Bonn und Prag einerseits, zwischen Wien und Prag andererseits kam es erst unter dem Einfluss der neuen deutschen Ostpolitik und im Vorfeld der Konferenz für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu bilateralen Abkommen. Am 11. Dezember 1973 wurde zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ČSSR der „Prager Vertrag" unterzeichnet,

[3267] „60 Jahre Vertreibung, 50 Jahre VLÖ". Festansprache des Präsidenten der Nationalrates, Andreas Khol, 19. November 2004, in: Der Untersteirer, 37/4, Graz 2004, 4-7.

[3268] Vladimír Srb, Pohyb obyvatelstva na uzemí Československa 1938-1944, in: Demografie 35/2 (1993) 73-94; Vladimír Srb – Alois Andrle, Populační, ekonomický a národnostní vývoj pohraničních okresů ČSR od roku 1930 do roku 2010 (Praha 2010).

in dem beide Seiten anerkannten, dass das Münchener Abkommen „der Tschechoslowakischen Republik durch das nationalsozialistische Regime unter Androhung von Gewalt aufgezwungen wurde“. Beide Vertragsparteien betrachteten „im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen“ das Münchener Abkommen auch „als nichtig“, freilich nur die tschechische Seite „ex tunc“, die deutsche Seite lediglich „ex nunc“. Denn der Vertrag hielt auch fest, dass keine Rechtswirkungen berührt seien, „die sich in bezug auf natürliche oder juristische Personen aus dem in der Zeit vom 30. September 1938 bis zum 9. Mai 1945 angewendeten Recht ergeben“. Immerhin stellt ja die Frage nach der territorialen Souveränität der sudetendeutschen Gebiete eine entscheidende Frage für die Anwendbarkeit der Haager Landkriegsordnung 1907 auf die Vertreibung der Sudetendeutschen – etwa als Bevölkerung eines besetzten Gebietes – dar. Und schließlich hängt von der Frage nach der Staatsangehörigkeit der Sudetendeutschen bei Kriegsende auch die Beurteilung der Rechtmäßigkeit der Enteignungen und Vertreibungen ab.[3269]

Im österreichischen Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 hatte Österreich in einigen Artikeln auf Ansprüche österreichischer Staatsbürger (der sogenannten Alt-Österreicher) verzichtet, freilich bezog sich dieser Verzicht in keinem Punkt auf Forderungen der deutschen Vertriebenen und Umsiedler (der sogenannten Neu-Österreicher). Dies war sowohl der Tschechoslowakei als auch Jugoslawien bewusst, die noch im selben Jahr dem Staatsvertrag beitraten. Erst am Tag des Beitritts der Tschechoslowakei zum österreichischen Staatsvertrag – am 28. September 1955 – kündigte das Prager Außenministerium seine Bereitschaft an, die Vermögensansprüche derjenigen zu regeln, die am 13. März 1938 die österreichische Staatsbürgerschaft besessen hatten. Als der österreichische Gesandte Rudolf Ender im Juni 1958 dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Viliam Široky die Frage stellte, worin denn „moralisch“ der Unterschied zwischen einem „Alt- und einem Neuösterreicher“ bestehe, erhielt er die brüske Antwort: „Vergessen Sie doch nicht, dass die Sudetendeutschen sich voll und ganz in den Dienst eines anderes Staates gestellt haben.“ Die Prager Regierung zeigte sich lediglich bereit, „kleine Vermögen“ (= Grundbesitz bis 13 Hektar bzw. Vermögenswerte bis 100.000 Kč) von ehemaligen österreichischen Staatsbürgern zu entschädigen. Auch der sowjetische Botschafter in Wien stellte im November 1960 klar, dass „das Vermögen der Sudetendeutschen unter keinen Umständen den Gegenstand von Verhandlungen zwischen Österreich und der ČSSR bilden [könne]“.[3270]

Außenminister Bruno Kreisky betonte noch am 13. Juni 1960 im Ministerrat, „dass für Österreich die Lösung der Vermögensfrage – und zwar ohne vorherige

[3269] Ignaz Seidl-Hohenveldern, Die Staatsbürgerschaft der Volksdeutschen, in: Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht 2 (1949/50) 340; dagegen: Ermacora, Die sudetendeutschen Fragen, 171-175; Bühler – Schusterschitz – Wimmer, Die Beneš-Dekrete, 17-19.

[3270] ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. GZ 547.073-58, 236.074-59, 240.061-59, 72.756-6/60, 83.356-6/60; zitiert nach: Paul Ullmann, Eine schwierige Nachbarschaft. Die Geschichte der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei 1945-1968 (Wien 2006) 151-188; Stourzh, Einheit, 545.

Einschränkung des Personenkreises – das Kernproblem in den beiderseitigen Beziehungen darstellt". Dennoch unternahm er im Einvernehmen mit Bundeskanzler Julius Raab die Initiative, die tschechoslowakische Regierung zur Nennung einer Pauschalsumme aufzufordern. Als auch dies nichts fruchtete, nannte der österreichische Gesandte – nach Ministerratsbeschluss – die Pauschalforderung von 12 Milliarden Schilling, und Kreisky erklärte bei einem Privatbesuch in Prag im Juli 1962 die Bereitschaft Österreichs zu einem Interventionsverzicht zugunsten der Sudetendeutschen. Doch Außenminister Václav David reagierte ausweichend, die Initiative schlug fehl. Der Gesandte Rudolf Kirchschläger musste sich noch fünf Jahre später vom Präsidenten Antonín Novotný sagen lassen, dass zuerst das Münchener Abkommen „ex tunc null und nichtig" erklärt werden müsse.[3271] – Eine solche Erklärung der österreichischen Regierung wäre völkerrechtlich völlig bedeutungslos gewesen, da Österreich zum Zeitpunkt des Münchener Abkommens nicht bestand, hätte aber alle Rechtshandlungen der Sudetendeutschen – auch ihre privatrechtlichen (!) – nach dem 1. Oktober 1938 in Frage gestellt. Aus naheliegenden Gründen kam daher für Österreich eine solche Erklärung nicht in Frage.

Die Intervention des Warschauer Pakts gegen die Tschechoslowakei am 21. August 1968 stellte das ganze nationale Narrativ auf den Kopf. Der spätere Botschafter in Bonn und Wien, Jiří Gruša, kommentierte dies noch 2011: „Ironisch gesehen, waren es nur unsere Erbfeinde in Wien und Bonn, die uns im Jahre 1968 in Ruhe ließen." Nicht nur das: es gab öffentliche und private, moralische und finanzielle Unterstützung, vor allem für Zehntausende tschechische Exulanten.[3272] Aber erst nach dem deutsch-tschechoslowakischen Prager Vertrag kam es am 19. Dezember 1974 zum österreichisch-tschechoslowakischen Vermögensvertrag. Demnach leistete die ČSSR eine Globalentschädigung von einer Milliarde Schilling für österreichische Vermögenschaften, Rechte und Interessen, die bis zum 19. Dezember 1974 tschechoslowakischen Konfiskations-, Nationalisierungs- oder ähnlichen gesetzlichen Maßnahmen unterzogen worden waren. Als österreichische Personen im Sinne des Vertrages waren physische Personen anzusehen, die am 27. April 1945 und am 19. Dezember 1974 die österreichische Staatsbürgerschaft besaßen. Der Interventionsverzicht Österreichs betraf auch alle Ansprüche der Alt-Österreicher, einschließlich der Großvermögen (= Vermögen, dessen Wert am 8. Mai 1945 eine Million tschechoslowakischer Kronen überstieg), der Forderungsverzicht hingegen nur die Klein- und Mittelvermögen. Ansprüche und Forderungen der nach 1945 in Österreich eingebürgerten Sudetendeutschen fielen also nicht in den Anwendungsbereich dieses Vermögensvertrages.[3273]

3271 ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. GZ 60.139-6/62, 64.893-6/62; zitiert nach: Ullmann, Nachbarschaft, 190-197.

3272 Gruša, Kapitulation, 24; Suppan, Missgünstige Nachbarn, 68f.; vgl. Jan Pauer, Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes (Bremen 1995).

3273 Bühler – Schusterschitz – Wimmer, Die Beneš-Dekrete, 26f. Zur Globalentschädigung von 1 Mrd. öS ist noch ein Betrag von 435,674.352,- hinzuzurechnen, der sich aus dem Verzicht der Tschechoslowakei auf Gegenforderungen aus den tschechoslowakischen Teilausgaben der

Die „samtene Revolution" 1989 und die neue Geschichtspolitik

Bis 1989 war in der Tschechoslowakei die Vertreibung der Deutschen kein wissenschaftliches Thema gewesen – höchstens für einige mutige Historiker, Literaten und Journalisten und auch für diese meist nur im Samizdat und in privaten Kreisen. Der Vertreibungskomplex wurde nicht zuletzt aus politischen und ideologischen Gründen als logische Konsequenz der NS-Herrschaft gedeutet. Erst die 1978 in der Pariser Exilzeitschrift *Svědectví* vom slowakischen Historiker Ján Mlynárik publizierten „Thesen zur Vertreibung" lösten eine heftige Diskussion aus. Der inzwischen aus seiner Heimat ausgewiesene Autor verwarf jede Kollektivschuld der Deutschen sowie der Tschechen und lehnte die Vertreibung als eine moralisch und politisch nicht vertretbare Maßnahme ab, die für die Tschechoslowakei katastrophale Konsequenzen gezeitigt habe: Sie habe das politische Gleichgewicht in Mitteleuropa zwischen den beiden Großmächten zerstört und die ČSR schicksalshaft an die Sowjetunion angekoppelt; sie habe das Wertgefüge in der tschechoslowakischen Gesellschaft kaputt gemacht und weitreichende wirtschaftliche Schäden zur Folge gehabt. Die Gegner Mlynáriks wiederholten ihre apologetischen Phrasen von der „historischen Notwendigkeit" der Vertreibung, während andere nach wie vor überhaupt jede Diskussion über das Tabuthema ablehnten – wohl aus Angst, einen Geist aus der Flasche zu befreien, den man möglicherweise nicht mehr kontrollieren könne.[3274]

Der Filmregisseur Milan Kundera bezeichnete 1986 den tschechoslowakischen Präsidenten Gustáv Husák als „Präsidenten des Vergessens", was freilich auf alle Präsidenten seit 1945 zutraf. Regierungszirkulare seit 1945 hatten von „endgültiger Liquidierung der deutschen Kolonisation" gesprochen, von „Irrtümern unserer böhmischen Könige", deutsche Kolonisten einzuladen und von „Rektifizierung eines historischen Fehlers". Selbstverständlich wurden die „Deutschen Häuser" in Prag und Brünn umbenannt, ebenso die deutschen Theater und die deutschen Straßennamen. Sogar die Erinnerung an Goethe und Mozart wurde getilgt. Die Kommunisten besorgten auch die Verbannung der tschechischen Legionärs-Tradition aus dem Ersten Weltkrieg.[3275]

Der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung schien die „Beneš-Dekrete" und die Vertreibung – sogar die anfangs stattgefunden habenden Gewaltexzesse

---

österreichischen Konversionsanleihen sowie aus der Liquidierung tschechoslowakischer Vermögenswerte in Österreich ergab. – Fritscher, Auslandsvermögen, 141f.

[3274] Ján Mlynárik, Thesen zur Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei, München [o. J.]; vgl. Marketa Spiritova, Lebenswelten im Sozialismus: Die „unabhängige Kultur" in der Tschechoslowakei, in: Klaus Roth (Hg.), Arbeitswelt – Lebenswelt. Facetten einer spannungsreichen Beziehung im östlichen Europa (Freiburger Sozialanthropologische Studien 4, Berlin 2006) 83-102; Gordon H. Skilling, Samizdat and an Independent Society in Central and Eastern Europe (Ohio 1989).

[3275] Wingfield, Flag Wars, 261-290; vgl. Milan Kundera, The Book of Laughter and Forgetting (New York 1986).

– für rechtens zu halten. Erst nach der politisch-ideologischen Wende von 1989 begannen offenere historische und juridische Diskussionen über München, die „Beneš-Dekrete“ und die Vertreibung sowie Zwangsaussiedlung der Deutschen. Der am 29. Dezember 1989 zum Präsidenten der Tschechoslowakei gewählte Schriftsteller Václav Havel sah den plötzlichen gesellschaftspolitischen Umbruch „als Zeit einer großen geschichtlichen Wende“, „in der eine neue internationale Ordnung mühsam zur Welt kommt“ und in der „eine Suche nach einem neuen Geist im Zusammenleben von Menschen, Völkern, Kulturen und ganzen Zivilisationskreisen vonstatten geht“. An diesem Scheideweg werde „die Gegenwart aber auch zur Zeit erneuter Reflexion – einschließlich des Zurückdenkens an die Geschichte – und neuen Bilanzziehens“.[3276]

Noch als Dissident hatte sich Havel im Herbst 1989 beim deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker bedankt, dass er an der Feier zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels teilgenommen habe, während der Ausgezeichnete, eben Havel, nicht nach Frankfurt am Main hatte fahren dürfen. In diesem Brief schrieb Havel unter anderem auch, „dass sich meiner Meinung nach die Tschechoslowakei für den Abschub (*odsun*) auf irgendeine Weise entschuldigen oder ihn zumindest einer kritischen Reflexion unterziehen sollte“. Weizsäcker zitierte Havels Brief in seiner Weihnachtsansprache, und Havel bestätigte seine Ansicht in einem Fernsehinterview. In seinen jüngst veröffentlichten Erinnerungen scheute sich Havel auch nicht, den Begriff „Abschub“ als „dümmlich“ zu bezeichnen, „um nicht das Wort Vertreibung verwenden zu müssen“.[3277]

Aber Havels Meinung zur Vertreibung der Deutschen war 1990 eindeutig noch eine Minderheitsmeinung, wie eine Meinungsbefragung des sozial-ökonomischen Instituts in Aussig (Ústí nad Labem) in 21 Grenzbezirken zu Deutschland und Österreich ergab. Von immerhin 1421 Respondenten – was zwar nur einem Promille der Bewohner der Grenzgebiete entsprach, dennoch ein großes Sample darstellte – hielten zwei Drittel die Vertreibung für gerecht und nur 10 % für ungerecht. Immerhin hatten 40 % der Antwortenden Vorbehalte über Art und Weise der Durchführung der Vertreibung, vor allem zur Phase der „wilden Vertreibung“. Eine qualifizierte Mehrheit der Befragten sah die Vertreibung als natürliche Reaktion auf das sechsjährige Okkupationsregime Hitler-Deutschlands. Daher verneinten 48 % die Frage, ob sich die Tschechen bei den vertriebenen Deutschen entschuldigen müssten, und nur 24 % der Respondenten bejahten die Frage.[3278]

Als neu gewählter Präsident enthielt sich Havel aller Entschuldigungsgesten, verlangte vielmehr eine sachliche und absolut unvoreingenommene Reflexion. Bereits seine erste Auslandsreise führte ihn in beide deutsche Staaten, deren Vereinigung er ausdrücklich unterstützte. Vor allem die tschechischen Kommunisten machten

---

[3276] Havel, Fassen Sie sich bitte kurz, 89-92.

[3277] Havel, Fassen Sie sich bitte kurz, 163f.

[3278] Richard G. Plaschka – Arnold Suppan, Zur historischen Perspektive der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei, in: Hrabovec, Vertreibung, 5.

ihm dazu Vorwüfe, da „die Deutschfeindlichkeit, unterstützt durch eine militante Sudetenfeindlichkeit [sic!] grundlegender Bestandteil ihres Programmes ist“. Auch Havels Reden als Präsident missfielen ihnen, wenn er mehrmals feststellte,

> „[…] dass das Böse Böse gebiert und dass auch wir dieser Infektion erlegen sind: Auch wir haben angefangen, Völker zu verschieben und unser Land ethnisch zu säubern. Wir haben dafür möglicherweise einen höheren Preis gezahlt als die abgeschobenen Deutschen: nicht nur moralisch – hätte es den Abschub nicht gegeben, hätte der Kommunismus seinen Anfang nicht so leicht gehabt –, sondern auch in der Sache: Es genügt, ein wenig nachzuforschen, was durch die Schuld des Abschubs mit unserem Grenzgebiet geschehen ist. Die Folgen der Zerstörung von Tausenden von Wirtschaftsbetrieben, Werkstätten, Fabriken und der Kulturlandschaft sowie die völlige soziale Destabilisierung sind dort bis heute sichtbar.“[3279]

Diese Überlegungen sprach Präsident Havel bereits beim ersten Besuch Weizsäckers in Prag an, erregte damit aber „merkwürdigerweise keinerlei Aufstand“. Havel hatte Weizsäcker kurzfristig eingeladen, am 15. März 1990 – zum Jahrestag der Okkupation von 1939 und der Ankunft Hitlers auf der Prager Burg – nach Prag zu kommen, und Weizsäcker hatte im Bewusstsein der symbolischen Bedeutung eines solchen Besuches spontan zugesagt. Für die Prager Bürger wurde der Besuch insoferne zur Sensation, als an die Stelle eines vom Flughafen zur Burg und zurück rasenden Konvois von gepanzerten Autos mit Hunderten von Polizisten ein Spaziergang zweier Staatspräsidenten durch die Stadt und ein großer Empfang für viele Bürger traten. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit entwickelte Havel 1991 mit seinen engsten Mitarbeitern „einen großzügigen Plan für eine bestimmte Wiedergutmachtung der Folgen des Abschubs, der niemandem weh und allen gut getan hätte“. Der Plan soll das Angebot einer (Wieder-)Verleihung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft an ehemalige Sudetendeutsche beinhaltet haben, womit sie berechtigt gewesen wären, Restitutionsforderungen zu stellen. Der tschechoslowakische Botschafter in Bonn, Jiří Gruša, übermittelte den Vorschlag an Bundeskanzler Helmut Kohl, doch die deutsche Seite ging darauf nicht ein. Havel resümierte später enttäuscht: „[…] ich verdächtige ein wenig Kanzler Kohl, dass er ihn deshalb einschlafen ließ, damit die Sache nicht ein für alle Mal vom Tisch gewischt war.“[3280]

Dennoch stellte Havel im März 1993 in der führenden Prager Tageszeitung *Lidové noviny* unmissverständlich klar:

> „Die Vertreibung von Millionen Menschen aus rein nationalistischen Gründen, das heißt nach dem Prinzip der Kollektivschuld, ist eine moralisch fehlerhafte Handlung. Ihr zuzustimmen heißt auch, der Vertreibung der Juden, Tataren, Litauer und anderer Nationalitäten aus ihrer jeweiligen Heimat zuzustimmen. Es heißt auch, die ethnischen Säuberungen in Bosnien für richtig zu halten. Man kann keine Zivilgesellschaft bauen, wenn man solche gefährlichen Handlungen richtig findet.“[3281]

[3279] Havel, Fassen Sie sich bitte kurz, 132f., 164f.
[3280] Ebenda, 49, 165, 375.
[3281] Lidové noviny, 30. März 1993, zitiert nach: Iggers, Das verlorene Paradies, 789.

Am 17. Februar 1995 sprach Havel in der Aula der Prager Karls-Universität, an einem Ort der jahrhundertealten intellektuellen Koexistenz von Tschechen und Deutschen, über die tschechisch-deutschen Beziehungen. Havel unterstrich die für die Tschechen fundamentale Bedeutung des Verhältnisses zu Deutschland und den Deutschen, das in der jüngeren Vergangenheit, „das heisst in den letzten beiden Jahrhunderten, [...] seine dramatische, mitunter fast peinigende Gestalt angenommen [habe], als es zunehmend von der nationalen Dimension oder vom nationalen Gehalt geprägt wurde". Freilich vergaß Havel darauf hinzuweisen, dass nicht die Gründung der Republik der Tschechen und Slowaken Ende Oktober 1918 das innenpolitische Hauptproblem der neuen Tschechoslowakei wurde, sondern die weitgehend ungewollte Einbeziehung der Sudetendeutschen in den tschechoslowakischen Nationalstaat. Dieser hätte sich – nach Havel – „zu einem wahren Staat seiner Bürger entwickeln" können. Das tragische Ende des tausendjährigen Zusammenlebens der Tschechen mit den Deutschen sei daher nicht ausschließlich in der Aussiedlung der Deutschen nach dem Kriege zu erblicken, sondern zuerst im „fatalen Versagen eines großen Teils unserer Bürger deutscher Nationalität, die Diktatur, Konfrontation und Gewalt, wie sie in Hitlers Nationalsozialismus verkörpert waren, den Vorzug vor Demokratie, Dialog und Toleranz gaben". Das „Böse der Aussiedlung" sei „nur eine traurige Folge des ihr vorangegangenen Bösen" gewesen. Nun, im Jahre 1995, sei die Zeit der sachlichen Suche nach Wahrheit gekommen. Die Tschechische Republik aber werde „niemals über eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges verhandeln", sie werde „keinerlei Eingriffe in die Kontinuität ihrer Rechtsordnung zulassen und auf keine Korrektur der Geschichte auf Kosten unserer Zeitgenossen eingehen".[3282] – Gerade einige dieser Formulierungen verrieten freilich gewisse Ängste vor sachlichen historischen und juridischen Diskussionen.

Havel hatte den Text seines im tschechischen Fernsehen direkt übertragenen Vortrages im Voraus an den deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog gesandt und einen vertraulichen Brief hinzugefügt, der einige politische Motive offenlegte:

> „[…] Möglicherweise wird Ihnen meine Rede an einigen Stellen ein wenig hart oder scharf vorkommen (besonders in der Angelegenheit der sudetendeutschen Ansprüche), aber ich bitte Sie, die Situation zu verstehen, in der ich mich befinde: politische Kräfte und auch die Öffentlichkeit beschuldigen mich, durch meine Entschuldigung für den Abschub den sudetendeutschen Revisionismus geweckt zu haben, und man wirft mir vor, dass meine Entschuldigung ein grober politischer Fehler war. Ich denke das selbstverständlich nicht, doch spüre ich, dass ich, wenn ich eindeutig (und gegen die Meinung der Mehrheit unserer Gesellschaft!) gesagt habe, was ich über den Abschub denke, dann muss ich mindestens genauso deutlich die sudetendeutschen Ansprüche ablehnen, die hier mit ungewöhnlich nervöser Aufmerksamkeit verfolgt werden (und einige Parteien bemühen sich sogar, Wählerstimmen zu gewinnen, indem sie gegen das Sude-

[3282] Rede des Präsidenten der Tschechischen Republik, Václav Havel, zum tschechisch-deutschen Verhältnis, gehalten am 17. Februar 1995 im Karolinum zu Prag, in: www.collegium-carolinum.de; als Veranstalter traten die Karls-Universität und die Bertelsmann-Stiftung auf.

tendeutsche auftreten). […] Ich glaube, ich habe Ihnen gesagt, dass ich im Jahr 1991 eine sehr mutige Initiative entwickelt hatte, die auf eine teilweise Wiedergutmachung dessen gerichtet war, was der Abschub verursacht hatte, und dass es die deutsche Regierung war, die auf diese Initiative nicht reagierte. Jetzt wäre etwas Derartiges nicht mehr denkbar: so hat sich die Situation geändert (hauptsächlich infolge der sich steigernden und immer lauteren Forderungen der Führung der Landsmannschaft, aber auch aus anderen Gründen). Ich werde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie meine Rede aufmerksam lesen, durchdenken und mir gegebenenfalls in irgendeiner Form Nachricht über Ihre Ansicht dazu übermitteln, bevor sie gehalten wird. Wie Sie sicher verstehen, ist das Ganze eine vertrauliche Angelegenheit nur zwischen uns beiden. Wenn Sie sich entschlössen, auf meine Rede, nachdem sie gehalten wurde, auch irgendwie öffentlich zu reagieren, sei es auch polemisch, würde ich das begrüßen, weil es ein klares Zeichen wäre, dass der sachliche Dialog wieder erneuert ist.“[3283]

Bereits 1990 hatten die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei, Hans-Dietrich Genscher und Jiří Dienstbier, eine Deutsch-Tschechoslowakische Historikerkommission eingesetzt, die nach der Teilung der Tschechoslowakei ebenfalls geteilt wurde. Sie sollte in regelmäßigen Arbeitssitzungen wichtige und vor allem strittige Punkte der gemeinsamen Geschichte von Tschechen, Slowaken und Deutschen in den böhmischen Ländern und der Slowakei mit Schwerpunkt auf dem 20. Jahrhundert diskutieren und die dabei gewonnenen Erkenntnisse einem breiteren Publikum vorstellen. In ihren ersten vier Symposien beschäftigte sich die Kommission mit Überblicken zur gemeinsamen Geschichte zwischen 1815 und 1989, danach mit Einzelanalysen zu bestimmten Themen der politischen, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte. Die Kommission sollte aber auch einen wesentlichen Beitrag zum Diskurs über die unterschiedlichen Erinnerungskulturen leisten. Trotz regelmäßig erscheinender Bände wurde und wird die Arbeit der Kommission weder in der eigenen – deutschen, tschechischen oder slowakischen – Öffentlichkeit noch in der fremdsprachigen Fachwelt besonders wahrgenommen; dies galt und gilt leider auch für die österreichische Öffentlichkeit und die österreichischen Fachhistoriker. Daran konnte auch ein 1996 veröffentlichter Abriss zu „Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung“ und auch eine Erklärung im März 2002 nichts ändern. Kaum zu übersehen war und ist ein Desinteresse der Regierungen an den Arbeiten der Historikerkommission. Offensichtlich scheint der Politik die beratende Funktion der Geschichtswissenschaft bei Staatsbesuchen und bilateralen Verträgen zu genügen.[3284]

Auch die literarische Verarbeitung des Vertreibungskomplexes ließ lange auf sich warten. In einer Anthologie der neuesten tschechischen Literatur zwischen

---

3283 Havel, Fassen Sie sich bitte kurz, 49f.

3284 Gemeinsame deutsch-tschechische Historikerkommission (Hg.), Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung. Skizze einer Darstellung der deutsch-tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert. Konfliktní společenství, katastrofa, uvolnení. Náčrt výkladu německo-českých dějin od 19. století (München 1996); Deutsch-Tschechische Historikerkommission gegen Verkürzung der deutsch-tschechischen Beziehungen auf „Beneš-Dekrete“, in: Události. Politický zápisník Bohumila Doležala, 16. – 23. März 2002, 1f.; Prager Zeitung, 20. Januar 2005, 3.

1995 und 2004 beschäftigten sich immerhin einige der 65 Autoren explizit mit dem Thema. Bemerkenswert ist, dass diese Autoren alle um 40 Jahre alt waren, ihre schulische Erziehung und Ausbildung also noch in kommunistischer Zeit erlebt hatten. Vergleichbar mit den polnischen Nachbarn – aber mit deutlicher zeitlicher Verzögerung – beschäftigten sie sich mit dem deutschen Erbe in den böhmischen Ländern bzw. mit der klaffenden Lücke, die Vertreibung und Verleugnung vor allem an den nördlichen und südlichen Rändern Tschechiens hinterlassen haben. So dokumentierte der bildende Künstler und Lyriker Radek Fridrich, Jahrgang 1968, die verlassenen deutschen Friedhöfe Nordböhmens. So dokumentierte der Episodenfilm des ein Jahr älteren Bohdan Sláma, *Divoké včely* [Wilde Bienen], das triste Dasein zwischen Arbeit, Arbeitslosigkeit und Alkohol. So erzählte Anna Zonová, Jahrgang 1962, die wunderschön traurige Geschichte *Červené botičky* [Die roten Kinderschuhe], deren Helden im ehemaligen Sudetenland gelandet sind und hier nie ein richtiges Zuhause gefunden haben. Die fehlende Verwurzelung spiegelt sich unter anderem in ihrer Unfähigkeit wider, Beziehungen aufzubauen und zu erhalten. Eine genaue Vorstellung von der freudlosen Atmosphäre der Grenzgebiete vermittelt der Roman *Kudy šel anděl* [Wo der Engel vorbeiging] von Jan Balabán, Jahrgang 1961, dessen Held Martin in einer jener aus dem Boden gestampften Siedlungen im ehemaligen österreichischen Schlesien aufwächst, das über Nacht die Umstellung von der Landwirtschaft zur Stahlindustrie und eine neuerliche Konversion nach 1990 erlebt. Die Dramaturgin Radka Denemarková, Jahrgang 1968, zeigt in ihrem Romandebüt *A já pořád kdo to tluče* [Dreht euch nicht um], wie sich eine nicht vollzogene Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte – in diesem Fall geht es um Vergewaltigung, Empfängnis und Hass auf das Kind – auf die Psyche auswirken kann, wobei sie das Schweigen der Mutter mit dem Schweigen der tschechischen Gesellschaft in Bezug auf die Verbrechen in der Nachkriegszeit gleichstellt.[3285]

Erst ein 2005 uraufgeführtes Theaterstück des 1975 geborenen Miroslav Bambušek, *Porta Apostolorum*, traf den tschechischen „Normalbürger" wie ein Schlag auf den Kopf. Die im Rahmen des Projekts *perzekuce.cz 1945-1948* angefertigte Textcollage – in deren Mittelpunkt die Geburtstagsfeier für einen 18-jährigen Deutschen steht – bezieht sich auf die reale Vertreibung der Deutschen aus Postelberg (Postoloprty) und zitiert aus den Protokollen einer Untersuchungskommission, die im Sommer 1947 von der Prager Regierung zur Untersuchung der blutigen Vorfälle in Postelberg im Juni 1945 eingesetzt wurde. Aber auch damalige Pressestimmen, Politikerreden, Zitate aus Geschichtsstudien und literarische Texte werden dem Publikum zu Gehör gebracht. Bambušek will nach eigener Aussage gegen das Vergessen seiner Landsleute ankämpfen; die Stadt Postelberg stimmte aber einer Aufführung nicht zu.[3286]

3285 Eva Profousová, Was in Postelberg geschah, in: NZZ, 11./12. März 2006, 25.

3286 Ebenda.

Enteignung, Entschädigung und Restitution

Bald nach der „Samtenen Revolution“ begann die neue Prager Regierung eine Bestandsaufnahme der ursprünglich 143 Präsidenten-Dekrete. Das tschechische Justizministerium veröffentlichte 1992 ein Verzeichnis der geltenden Rechtsbestimmungen, wozu auch noch 26 wenigstens teilweise in Kraft befindliche Dekrete gezählt wurden, darunter die Dekrete über die Ausbürgerung und die beiden wichtigsten Konfiskationsdekrete. Das Restitutionsgesetz vom 21. Februar 1991 gewährte aber lediglich Eigentümern, die nach dem 25. Februar 1948 – dem Tag der totalen kommunistischen Machtergreifung – enteignet worden waren, einen Rückübertragungsanspruch. Der Enteignungen aus vorkommunistischer Zeit „einschließlich der Unrechtshandlungen gegenüber Bürgern deutscher und magyarischer Nationalität“ wurde lediglich in der Präambel gedacht, „im Bewusstsein, dass diese Unrechtshandlungen [...] nie wieder völlig gut gemacht werden können“, und die Absicht ausgedrückt, dass es „zu ähnlichen Unrechtshandlungen nie wieder kommen möge“. Als Grund für die Restitution galt „politische Verfolgung“ bzw. Verfolgung wegen Zugehörigkeit „zu einer bestimmten sozialen, religiösen, Eigentums- oder anderen Gruppe oder Schicht“. Zwei von den Enteignungsopfern aber kaum zu erfüllende Bedingungen blieben jedoch bestehen: die Bedingung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft und die Bedingung dauerhaften Aufenthalts auf dem Territorium der Tschechoslowakischen Republik. Immerhin bestimmte das Verfassungsgesetz der Tschechischen und Slowakischen Republik vom 9. Jänner 1991, dass die nationale Zugehörigkeit niemandem zum Nachteil gereichen, dass kein Staatsbürger zum Verlassen seiner Heimat gezwungen und niemand gegen seinen Willen ausgebürgert werden dürfe. Alle entgegenstehenden Bestimmungen wurden für erloschen erklärt, und zwar mit Ablauf des 31. Dezember 1991. Demnach sollten die „Beneš-Dekrete“ seit dem 1. Jänner 1992 nicht mehr angewendet werden können.[3287]

Dies traf allerdings in einigen Rechtsfällen nicht zu, vor allem nicht in der Causa Rudolf Dreithaler, in der Causa Karl Graf Des Fours-Walderode, in der Causa Adolph Fürst Schwarzenberg, in der Causa Erwin Freiherr Nádherný von Borutín, in der Causa Kristina Gräfin Colloredo-Mannsfeld, in der Causa Hans-Adam II. Fürst Liechtenstein, in der Causa Jindřich Waldes, in der Causa Ferdinand Bloch-Bauer und in der Causa Theodor Taussig. Hierbei gab es seitens der tschechischen Behörden überwiegend negative, aber auch einige positive Bescheide. Letztere erhielten etwa die Familien Kinský und Kolowrat.[3288]

Die Vorfahren des tschechischen Bürgers sudetendeutscher Herkunft Rudolf Dreithaler waren nicht vor dem Stichtag des 25. Februar 1948 enteignet worden,

---

[3287] Slapnicka, Vertreibung der Deutschen, 73f. Im Jahre 1994 beseitigte das tschechische Verfassungsgericht die Bedingung des Daueraufenthaltes in der Tschechischen Republik und akzeptierte zwei Staatsbürgerschaften. – Kubů und Kuklík, Restitution, 199.

[3288] Czernin, Böhmen, 55. Der Familie Kinsky wurde etwa das Schloss Adlerkosteletz restituiert.

sondern erst danach. Daher verlangte Dreithaler in den 1990er Jahren die Rückgabe seines Hauses in Reichenberg (Liberec) und beeinspruchte das Beneš-Dekret Nr. 108 vom 25. Oktober 1945. Der tschechische Verfassungsgerichtshof in Brünn bestätigte zwar am 8. März 1995 Dreithaler die Berechtigung seines Anspruchs auf die Immobilie, bekräftigte aber gleichzeitig auch die Gültigkeit des Dekrets Nr. 108. Nach dem tschechischen Gesetz Nr. 243/1992 in der Fassung von Nr. 30/1996 können bei „liegenden Hinterlassenschaften" aus der Zeit vor dem 25. Februar 1948 zwar Tschechen „nachträglich" Erbschaften antreten, nicht aber Deutsche, selbst wenn sie Bürger der Tschechischen Republik sind.[3289]

Karl Graf Des Fours-Walderode war seit 1918 tschechoslowakischer Staatsbürger gewesen und wurde 1945 entschädigungslos enteignet; dabei blieb es auch, obwohl er 1947 auf Grund seiner Loyalität zur Tschechoslowakei in der Protektoratszeit seine tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zurückerhalten hatte. Nach dem Bodenrestitutionsgesetz 243/1992 wurde zwar dem Grafen Des Fours-Walderode 87 Hektar Wald rückerstattet, die tschechische Regierung und das Parlament schufen aber 1996 – während eines laufenden Verfahrens, um keinen Präzedenzfall für eine „Flut von Restitutionen" zuzulassen [sic!] –, eine „lex Walderode": Antragsteller nach dem Restitutionsgesetz Nr. 243/1992 hatten nun die andauernde tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nachzuweisen. Dies führte im Fall Walderode zu einer rückwirkenden Verstaatlichung seines Besitzes. Der UN-Menschenrechtsausschuss konstatierte zwar 2001 eine Verletzung des „Internationalen Paktes für bürgerliche und politische Rechte" aus dem Jahre 1965, kann aber seine Erkenntnis gegenüber der Tschechischen Republik nicht exekutieren.[3290]

Ähnlich erging es Elisabeth Pezoldova, der Enkelin und Erbin des Fürsten Adolph von Schwarzenberg, der am Tag des „Anschlusses" sein Wiener Palais schwarz beflaggen und der verfolgten jüdischen Bevölkerung seinen Palaisgarten öffnen hatte lassen, 1945 aber dennoch nach den „Beneš-Dekreten" Nr. 12 und 108 enteignet worden war. Fürst Schwarzenberg, der Eigentümer der Herrschaft Frauenberg (Hluboká) in Südböhmen, war jedoch kein Deutscher, sondern im politischen Sinn ein Tscheche. Die Schwarzenberg hatten ihren Großgrundbesitz in Böhmen auch nicht durch Beschlagnahme nach der Schlacht auf dem Weißen Berg erworben, sondern erst im Jahre 1660 die Herrschaft Wittingau (Třeboň) gekauft. Auf ihren südböhmischen Domänen waren die Schwarzenberg auch Pioniere der böhmischen Land- und Forstwirtschaft gewesen und hatten um die Mitte des 19. Jahrhunderts die erste öffentliche Bauernschule und die erste Forstfachschule mit tschechischer Unterrichtssprache gegründet. Von den Beamten der Schwar-

---

[3289] Tschechiens Mühe mit der Vergangenheitsbewältigung. Juristische und moralische Aspekte der Beneš-Dekrete, in: NZZ, 22. März 2002, 6.

[3290] UN Human Rights Committee No. 747/1997, De Fours Walderode v. The Czech Republic, final views, 30 October 2001, UN Doc. CCPR/C/73/D/747/1997; Karl-Peter Schwarz, Nach böhmischem Brauch, in: FAZ, 4. September 2003, 7.

zenbergischen Güter wurde die Beherrschung beider Landessprachen verlangt, weshalb deutsche Nationalisten die Fürstenfamilie der Tschechisierung des Böhmerwaldes beschuldigten. Adolph von Schwarzenberg war nach 1918 Reserveoffizier der Tschechoslowakischen Armee und spendete eine Million Kronen für den Bau der tschechoslowakischen Befestigungsanlagen gegen das Deutsche Reich. Nach der Angliederung der sudetendeutschen Gebiete, in denen größere Teile des Schwarzenbergischen Besitzes lagen, gelang dem Fürsten Schwarzenberg noch die Freilassung von durch die Gestapo verhafteten tschechischen Angestellten zu erreichen. Bald aber floh Adolph vor der Gestapo nach Italien, von dort in die neutrale Schweiz und weiter in die USA. Sein Vermögen wurde im August 1940 von den Nationalsozialisten beschlagnahmt, sein Nachfolger, Heinrich von Schwarzenberg, der zu Hause geblieben war und das Familienvermögen verwaltet hatte, wurde in das KZ Buchenwald deportiert und im August 1944 zur Zwangsarbeit in die Linzer Waffenfabrik geschickt. Adolph unterstützte Emigrantenorganisationen und pflegte Kontakt zur tschechoslowakischen Exilregierung in London. Jan Masaryk bestätigte dies nach dem Krieg: „Ich habe ihn in der Kriegszeit in New York mehrmals gesehen. […] Er hat sich national musterhaft verhalten, er hat sich gleich gemeldet, hat den Widerstand unterstützt, und seine Einstellung kann ich nur loben. Er war und ist ein leidenschaftlicher Antinazi.“[3291]

Adolph Fürst Schwarzenberg, der sich über die Entwicklung in der Tschechoslowakei nach 1945 keine falschen Illusionen machte, schlug vor, eine gemeinsame Stiftung mit dem Land Böhmen zu gründen, in die er alle seine Großgrundbesitzungen und Industrieunternehmen einbringen würde; er selbst wollte sich nur ein Bruchstück des Vermögens für die persönliche Nutznießung behalten. Die Nationale Front entschloss sich jedoch, das gesamte Schwarzenbergische Vermögen im Sommer 1947 mittels eines Sondergesetzes, einer lex Schwarzenberg, zu beschlagnahmen und entschädigungslos zu enteignen. Als Begründung konnte weder eine schlechte Führung der Güter noch eine Ausbeutung der Beschäftigten – die sogar eine eigene Sozialversicherung besaßen – angeführt werden; daher wurde einfach festgestellt, dass das Vermögen zu groß sei, um dem neuen Geist der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Tschechoslowakischen Republik zu entsprechen. Fürst Schwarzenberg wies gegenüber seinen Angestellten mit Recht darauf hin, dass das Gesetz im Widerspruch zur Verfassung und zur Charta der Vereinten Nationen stehe. Nach der kommunistischen Machtergreifung im Februar 1948 erkannte er aber die Aussichtslosigkeit seines Ringens und starb 1950 im italienischen Exil.[3292]

Nach 1990 reichte die Familie Schwarzenberg-Hluboká Restitutionsklagen bei mehreren tschechischen Bezirks- und Kreisgerichten ein. Erst eine jüngste Entscheidung des Prager Bodenamtes misst zwar der Lex Schwarzenberg keine

---

[3291] Petr Placak, Die Anabasis vom Hluboká-Zweig der Familie Schwarzenberg nach dem Jahre 1938, in: Mlada Fronta Dnes, 12. August 2003; http://www.restitution.cz/press/indexge5.html

[3292] Ebenda.

Bedeutung mehr bei, verlangt aber eine „Einantwortung“ – gemeint ist eine Erburkunde – nach dem tschechischen Nachlass von Adolph Schwarzenberg, der die nach 1948 im Grundbuch eingetragene Enteignung aufheben könnte.[3293]

Erwin Freiherr Nádherný von Borutín, Eigentümer der Großgrundbesitzungen Chotoviny und Proseč, war 1945 unter dem Vorwurf der Kollaboration verhaftet und sein Vermögen beschlagnahmt worden. Im September 1945 wurde das Schloss Chotoviny von sowjetischen Soldaten geplündert, der Rest des Inventars von der lokalen Bevölkerung gestohlen. Erst im September 1946 wurde der Freiherr freigelassen, worauf er seiner Frau und seinem Sohn ins Exil nach Salzburg folgte. Dort erhielt er den Beschluss des Obersten Gerichts der Tschechoslowakei vom 4. Dezember 1947 zugestellt, in dem die Beschlagnahme seines Vermögens für unberechtigt erklärt wurde. Vor einer allfälligen Restitution erfolgten jedoch die kommunistische Machtergreifung und die völlige Enteignung des Großgrundbesitzes. Obwohl Freiherr Erwin 1985 in den USA verstarb, erhielt sein Sohn Maria Jan Nepomuk das Familienvermögen nach 1992 restituiert.[3294]

Ein längerer Rechtsstreit wird hingegen um das ostböhmische Renaissanceschloss Opočno geführt, das in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts von der Familie Trčka erbaut wurde. Nach der Ermordung Adam Erdmanns Trčka von Leipa 1634 in Eger, als einer der getreuesten Gefolgsleute Wallensteins, fiel die Herrschaft an die Grafen von Colloredo-Wallsee, die 1775 von den Fürsten von Colloredo-Mannsfeld beerbt wurden. Vor dem Ersten Weltkrieg war Josef Fürst Colloredo-Mannsfeld mit etwa 58.000 Hektar der zweitgrößte Großgrundbesitzer in Böhmen. Nach Verlusten durch die tschechoslowakische Bodenreform wurden der verbliebene Großgrundbesitz und das Schloss im Februar 1942 vom Reichsinnenminister Frick beschlagnahmt, 1945 auf Grund der Beneš-Dekrete konfisziert. Bereits am 12. Juli 1945 hielt das kommunistische Zentralorgan *Rudé právo* Josef und Weikhard Colloredo-Mannsfeld vor, zur Zeit des Protektorats die deutsche Staatsangehörigkeit beantragt zu haben; zusätzlich wurde Josef vorgeworfen, eine Deutsche geheiratet zu haben; daher gehöre die Familie zum deutschen Adel. Somit wurde auf die Brüder auch das Beneš-Dekret Nr. 33 angewendet, wodurch sie die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit verloren. Josef Colloredo-Mannsfeld erhob zwar dagegen – nach dreimonatiger Haft – Einspruch, aber die Behörden begründeten ihre Ablehnung mit erstaunlichen historischen Argumenten, die sie auch dem Innenminister Nosek vorlegten:

> Die Familie Colloredo-Mannsfeld habe zu jenen Adeligen gezählt, „die nur ihren Kaiser in Wien mit Hochachtung ansahen, aber keine positive Stellung zum Volk fanden, das für sie arbeitete. Es handelt sich um den internationalen Adel, und es ist unmöglich, von seiner Nationalität zu sprechen. Während der Ersten Republik hatten sie im Laufe der 20 Jahre ein negatives Verhält-

[3293] Templ, Moralische Selbstenteignung, 20.

[3294] Milan Buben, Česká zemská šlechta. Nádherní a Nádherní z Borutína [Der böhmische Landesadel. Die Familien Nádherní und Nádherní von Borutín], in: Střední Evropa 74 (1997) 112.

nis zur Republik, und nach dem Krieg hassen sie die volksdemokratische Republik, die sie für einen noch größeren Feind halten."[3295]

Trotz dieser prinzipiell negativen Haltung der tschechoslowakischen Behörden erhielt Josef Colloredo-Mannsfeld im Juli 1947 vom Bezirksrat für Prag I-VI die Bescheinigung über die nationale Zuverlässigkeit, im August 1947 die Bescheinigung über die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit und am 21. Oktober 1947 einen einstweiligen tschechoslowakischen Reisepass für sich, seine Frau und seine Tochter Kristina. Aber das kommunistisch geführte Innenministerium zögerte mit der endgültigen Anerkennung, und das ebenfalls kommunistisch geführte Landwirtschaftsministerium war nicht bereit, Opočno zu restituieren. Der Antrag des Grafen Colloredo auf Anerkennung seiner tschechoslowakischen Staatsangehörigkeit wurde am 16. Juli 1949 definitiv abgelehnt. Die Familie war schon vor dem 25. Februar 1948 nach Österreich übersiedelt, wo der Graf im Jänner 1990 verstarb.

Auch die kleinere Herrschaft Dobříš war 1945 samt Schloss enteignet worden, während dies mit der Herrschaft Zbiroh erst 1948 geschah. Nach der „Samtenen Revolution" wurde die Herrschaft Dobříš an Jeróme Colloredo-Mannsfeld, den Sohn des ehemaligen Militär- und Luftattachés Bedřich, restituiert. Das an andere Familienmitglieder restituierte Schloss Zbiroh wurde auf Grund seiner Baufälligkeit der Gemeinde Zbiroh überlassen, die es an eine Privatfirma verkaufte. Das Prager Innenministerium bestätigte jetzt auch, dass Josef Colloredo-Mannsfeld die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nie verloren und niemals mit den Nationalsozialisten kollaboriert habe, stellte aber diese Entscheidung im Jahre 2003 wieder in Frage. Dennoch entschied das Kreisgericht Königgrätz im Mai 2004 die Rückgabe des Schlosses Opočno an die Tochter Kristina Colloredo-Mannsfeld. Danach klagte die Familie Colloredo-Mannsfeld den tschechischen Staat hinsichtlich der Einrichtung des Schlosses im Wert von mehreren Milliarden Kronen. Daraufhin klagte die Institution nationales Kulturerbe, die das Schloss für angeblich 500.000 Kč jährlich gemietet hatte, beim Verfassungsgerichtshof in Brünn, der Anfang 2005 die Klage anerkannte. Dies könnte bedeuten, dass Schloss Opočno wieder an den Staat zurückfällt.[3296]

Weder die erste Tschechoslowakische Republik noch ihr Nachfolgestaat von 1945 anerkannten das seit 1806 souveräne Fürstentum Liechtenstein als selbständigen Staat. Daher wurden sowohl die Fürstenfamilie – immerhin einer der größten Grundbesitzer in der Tschechoslowakei vor 1938[3297] – als auch 30 bis

---

3295 Jaroslav Šůla, Colloredové a opočenští Colloredové, in: Státní památkový ústav v Pardubicích (Hg.), Výroční zpráva za rok 2001, 213-234, hier 227; Jan Županič, Die Familie Colloredo-Mannsfeld während des Zweiten Weltkrieges, in: Prague Papers on the History of International Relations (Prague 2009) 433-443, hier 442.

3296 Pravo, 13. Jänner 2005; vgl. Böhmen und Mähren, 431-433; Sandgruber, Agrarstatistik, 234.

3297 Vor 1914 besaß die Fürstenfamilie in Mähren 109.000 ha, in Böhmen 37.200 ha, in Österreichisch-Schlesien 9500 ha und in Niederösterreich 21.000 ha. – Vgl. Sandgruber, Agrarstatistik, 234-236.

40 andere Bürger Liechtensteins 1945 als Deutsche und nicht als Liechtensteinische Staatsbürger betrachtet und nach den „Beneš-Dekreten" enteignet. Nach dem Untergang des kommunistischen Regimes 1989 versuchte der Staat Liechtenstein mit der neuen tschechoslowakischen Regierung in Verhandlungen über die Rückerstattung des Eigentums einzutreten. Bei zahlreichen Kontakten auf unterschiedlicher Ebene legten beide Seiten ihre Positionen detailliert dar. Als jedoch in der Tschechoslowakei Mitte 1991 die Privatisierung von Ländereien begann und Liechtenstein ersuchte, die ehemals Liechtensteinischen Güter davon auszunehmen, um künftige Komplikationen mit neuen Eigentümern zu vermeiden, antwortete Prag, dass dies das tschechoslowakische Rechtssystem nicht zulasse. Daraufhin beschlossen Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein gemeinsam mit der Regierung, die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf dieses Rechtsproblem zu lenken. Als nach der Teilung der Tschechoslowakei die Tschechische Republik um Anerkennung ersuchte, versuchte Liechtenstein dies mit Verhandlungen über das Problem der Enteignung ohne Entschädigung zu junktimieren und erhob Einspruch in der KSZE und im Europarat. Aber das Problem blieb ungelöst. Auch eine namhafte Hilfe von Regierung und Privatpersonen Liechtensteins zur Behebung der Schäden an Kulturgütern durch die Überschwemmungskatastrophe im August 2002 änderte nichts am tschechischen Standpunkt, auch auf das Liechtensteiner Eigentum die Anwendung der Beneš-Dekrete zu belassen. Der ehemalige britische Botschafter für die Schweiz und für Liechtenstein, David Beattie, konstatiert freilich zu Recht, dass die rückwirkende völkerrechtliche Anerkennung Liechtensteins und seiner Bürger seitens der Tschechischen und Slowakischen Republik kein Präjudiz für mögliche Ansprüche der Sudetendeutschen und Magyaren darstelle.[3298]

Einen besonderen Rechtsfall stellt die Auseinandersetzung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Fürsten Hans-Adam II. dar. Als im Jahre 1991 das Mährische Landesmuseum das nicht besonders bedeutende Bild „Szene an einem römischen Kalkofen" von Pieter von Laer für eine Ausstellung nach Köln auslieh[3299], wollte Hans-Adam das Bild mit der Begründung beschlagnahmen lassen, es stamme aus seinem Familienbesitz im Schloss Feldsberg (Valtice). Mehrere deutsche Gerichte aber wiesen den Fürsten mit historisch zum Teil fragwürdigen Argumenten ab. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe verwies schließlich auf Teil VI, Artikel 3, Absätze 1 und 3 des zwischen den drei westlichen alliierten Mächten und der Bundesrepublik geschlossenen Überleitungsvertrages vom Mai 1952, ergänzt in Paris am 23. Oktober 1954, in dem sich Deutschland verpflichtete, „in Zukunft keine Einwendungen gegen die Maßnahmen zu erheben, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollen, das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder auf Grund des Kriegszustandes". Das Beneš-Dekret Nr. 12 vom 21. Juni 1945 sei eine Maßnahme

[3298] David BEATTIE, Liechtenstein. Geschichte & Gegenwart (Triesen 2005) 406-409.

[3299] Der Wert des Bildes wurde auf etwa 400.000 Schweizer Franken geschätzt.

im Sinne dieses Artikels gewesen. Ansprüche und Klagen gegen Personen, die auf Grund solcher Maßnahmen Eigentum erworben hätten, sowie Klagen etwa gegen ausländische Regierungen „werden nicht zugelassen". Dieser Klageausschluss sei nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts auch heute noch gültig. Am 28. Jänner 1998 hielt das Bundesverfassungsgericht dieses Urteil aufrecht und fügte hinzu, dass die relevanten Klauseln des Überleitungsvertrages nicht durch den Vertrag von 1990 über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland aufgehoben werden. Das Gemälde musste an die Tschechische Republik zurückgegeben werden.[3300]

Fürst Hans-Adam II. sah darin eine „Verletzung des Fürsten als Privatperson und Staatsoberhaupt eines souveränen und neutralen Staates". Er erhob Beschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg wegen Verletzung seines Rechts auf Zutritt zu einem Gericht und Fairness in der Verhandlung; weiters wegen Verletzung seines Rechts auf Besitz und wegen Diskriminierung. Doch auch hier wurde der Fürst abgewiesen. Die Große Kammer des Gerichtshofes wies seine Klage am 12. Juli 2001 in allen Punkten ab. Sie wies darauf hin, dass Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg kein vollkommen souveräner Staat gewesen sei, und konstatierte, dass der Fürst durch den im Überleitungsvertrag vorgesehenen Klageausschluss nicht in seinen Rechten aus der Menschenrechtskonvention verletzt worden sei. Für eine Untersuchung der Umstände der Enteignung im Jahre 1945 erklärte sich der Gerichtshof aber als nicht zuständig.[3301]

Daraufhin strengte das Fürstentum Liechtenstein ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag an, da es der Meinung war, deutsche Gerichte hätten Liechtensteinisches Vermögen zu Unrecht als deutsches Auslandsvermögen behandelt, das zur Begleichung deutscher Kriegsschulden herangezogen werden dürfe. Deutschland argumentierte nun in Den Haag, es handele sich im Grunde um eine versteckte Klage des Fürstentums gegen die beiden Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei; daher liege eigentlich keine Streitigkeit zwischen Liechtenstein und Deutschland vor. Dieser Argumentation wollte der Gerichtshof nicht folgen; er entschied aber mit Mehrheit, dass das Haager Verfahren zwar eine Folge der deutschen Gerichtsentscheidungen aus den 1990er Jahren sei, dass seine Ursache jedoch in den Enteignungen in der Tschechoslowakei im Jahre 1945 bzw. im Überleitungsvertrag aus dem Jahre 1954 liege. Im Lichte des Europäischen Streitbeilegungsabkommens – das zwischen Deutschland und Liechtenstein erst seit 1980 in Kraft stehe – erklärte sich daher der Internationale Gerichtshof am 10. Februar 2005 mit zwölf gegen vier Stimmen für unzuständig.[3302]

[3300] BEATTIE, Liechtenstein, 409.

[3301] European Court of Human Rights of 12 July 2001, Prince Hans-Adam II of Liechtenstein v. Germany, Application No. 42527/98.

[3302] International Court of Justice: Application of the Principality of Liechtenstein v. Federal Republic of Germany, 30 May 2001; Reinhard MÜLLER, Ende des Bilderstreits, in: FAZ, 11. Februar 2005, 4.

Im September 2009 unterzeichneten das Fürstentum Liechtenstein und die Tschechische Republik ein Memorandum, das die gegenseitige völkerrechtliche Anerkennung und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen umfasst. Ungeklärt blieben aber die Ansprüche Liechtensteins an Tschechien aus der entschädigungslosen Enteignung nach 1945. Fürst Hans-Adam II. hatte anlässlich der Unterzeichnung des Memorandums erklärt, eine Gerichtsklage in Tschechien auf Herausgabe des fürstlichen Eigentums wäre „reine Zeit- und Geldverschwendung“. Einen Verzicht auf die Ansprüche des Fürstenhauses bedeute das Memorandum allerdings nicht, wie der Fürst ausdrücklich festhielt.[3303]

Auch um die Rückgabe des unter kommunistischer Herrschaft konfiszierten Eigentums der 17 Kirchen und Religionsgemeinschaften wurde seit 1991 gerungen. Erst am 7. Februar 2012 billigte das tschechische Abgeordnetenhaus in erster Lesung ein Rückgabegesetz. Für den Antrag stimmten die Parlamentsfraktionen der Regierungskoalition, dagegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Abgeordneten. Das Gesetz sieht vor, dass die Kirchen 56 % ihres Eigentums im Schätzwert von 3,15 Milliarden Euro zurückerhalten. Der Rest wird finanziell entschädigt, wofür der tschechische Staat ab 2013 im Verlauf von 30 Jahren 2,48 Milliarden Euro aufzuwenden hat; wertgesichert und verzinst könnte der Betrag in diesem Zeitraum auf bis zu 4 Milliarden Euro steigen. Parallel dazu wird die staatliche Finanzierung der Kirchen schrittweise reduziert und 2030 völlig eingestellt. Während Ministerpräsident Nečas die Wiederherstellung klarer Eigentumsverhältnisse begrüßte, warfen oppositionelle Abgeordnete der Regierung vor, das Eigentum der Republik dem Vatikan auszuliefern. Noch ist das Gesetz nicht in Kraft gesetzt, denn nach der dritten Lesung im Abgeordnetenhaus wird das Gesetz im Senat behandelt, wo mit einer Ablehnung seitens einer linken Mehrheit zu rechnen ist. Das Abgeordnetenhaus kann aber ein allfälliges Veto des Senats überstimmen.[3304]

Der Deutsche Ritterorden mit etwa 20.000 ha Waldbesitz, drei Schlössern und dem Kurbad Karlsbrunn (Karlovo Studánka) im ehemaligen Österreichisch-Schlesien war im Herbst 1938 von den Nationalsozialisten verboten und enteignet worden. Während Verbot und Enteignung in Österreich 1947 per Gesetz annulliert wurden, verweigerte die tschechoslowakische Regierung eine Restitution mit Berufung auf die Beneš-Dekrete. Aber am 17. Oktober 1948 stellte das Oberste Verwaltungsgericht in Brünn fest, dass die entsprechenden Dekrete des Präsidenten der Republik aus dem Jahre 1945 auf den Deutschen Orden nicht anwendbar seien. Dieses Urteil wurde jedoch von den kommunistischen Behörden dem Orden nie zugestellt, weshalb das Verfahren als nicht abgeschlossen galt. Mit dem neuen Kirchengesetz hat nun auch der Deutsche Orden berechtigte Hoffnung, in die Restitution einbezogen zu werden.[3305]

[3303] G. M., Liechtenstein und die Slowakei einigen sich, in: NZZ, 22. Dezember 2009, 32.

[3304] kps, Kirchengesetz in Prag gebilligt, in: FAZ, 9. Februar 2012, 5.

[3305] Hoffnungsvolles aus Prag für die Restitution, in: Die Presse, 30. Juni 2012, 57.

Für jüdische Opfer von „Arisierung“ nach 1938 und Enteignung nach 1945 war das Restitutionsgesetz von 1991 von besonderer Bedeutung. Allerdings stellten auch für eine Restitution früheren jüdischen Eigentums die Bedingungen der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft und des dauerhaften Aufenthalts in der Tschechoslowakischen Republik sowie die Begrenzung auf nach dem 25. Februar 1948 durchgeführte Enteignungen kaum zu überwindende Probleme dar. Im Jahre 1994 beseitigte das tschechische Verfassungsgericht die Bedingung des Daueraufenthaltes und ermöglichte, das Eigentum auch derjenigen Personen zu restituieren, die zwei Staatsbürgerschaften besaßen und dauerhaft außerhalb des Territoriums der Tschechischen Republik lebten. Noch bedeutender für die „jüdische Restitution“ war die Novellierung des Gesetzes Nr. 87/1991 Gbl. über außergerichtliche Rehabilitierungen durch das Gesetz Nr. 116/1994 Gbl., nach dem auch Personen um die Rückgabe ihres Eigentums oder finanzielle Entschädigung ansuchen konnten, die in der Zeit des Zweiten Weltkrieges um ihre Vermögen gebracht worden und nach den Nachkriegsvorschriften restitutionsberechtigt gewesen waren. Bedingung war, dass die Restitution infolge politischer Verfolgung nach dem Februar 1948 nicht ordnungsgemäß abgeschlossen war. Die 1990 erstmals wieder demokratisch gewählte tschechoslowakische Nationalversammlung hatte noch im selben Jahr ein Gesetz über die „Linderung von Einzelfällen von Vermögensunrecht“ verabschiedet, dem das tschechische Parlament im Jahre 2000 ein „Gesetz über die Linderung einiger durch den Holocaust verursachter Vermögensschäden“ nachfolgen ließ und das durch ein 2001 und 2005 realisiertes „Programm zur Entschädigung natürlicher Personen“ Abhilfe signalisierte. Dieses Programm hob für seine anspruchsberechtigten Antragsteller sogar die Bedingung der tschechischen Staatsbürgerschaft auf, um Härtefälle unter den mittlerweile außerhalb des tschechischen Staatsverbandes lebenden vermögensgeschädigten Holocaust-Opfern erreichen zu können.[3306]

Auf der Grundlage des Gesetzes Nr. 116/1994 Gbl. kam es zu Naturalrestitutionen sowohl einiger bedeutender Kunstsammlungen (z. B. der von Jindřich Waldes und F. Morawetz) als auch immobilen Vermögens aus dem Staatsbesitz. Mit einem Regierungserlass vom 25. November 1998 wurde eine Gemischte Arbeitskommission eingesetzt, die zwei Expertenberichte – einen über das jüdische Gold, andere Edelmetalle und Gegenstände daraus[3307] und einen zweiten über Kunstgegenstände – erstellen ließ. Das Gesetz vom 23. Juni 2000 eröffnete die Möglichkeit der Restitution von Immobilien der jüdischen Kultusgemeinden, Stiftungen und Vereine, die bis dahin im Staatsbesitz geblieben waren. Nun wurden Kunstbestände aus den Staatlichen Sammlungen in das Jüdische Museum

[3306] Kubů und Kuklík, Restitution, 198f.

[3307] Vgl. Jewish Gold and Other Precious Metals, Precious Stones and Objects made of such Materials – Situation in the Czech Lands in the Years 1939-1945. Unlawful Infringements of the Property Rights and its Scope, Subsequent Fate of the Jewish Assets Affected by this Infringement. Terezin Initiative Institute (Prague 2001).

in Prag überführt. Das Gesetz verpflichtete außerdem den tschechischen Staat, Kunstgegenstände von Privatleuten an die ursprünglichen Eigentümer oder ihre Nachkommen zurückzugeben. Für die Opfer des Holocaust wurde auch die Grenze des 25. Februar 1948 durchbrochen. Schließlich wurde durch die Föderation der jüdischen Gemeinden in der Tschechischen Republik ein Stiftungsfonds für die Holocaust-Opfer gegründet.[3308]

Der Restitutionsfall der Familie Waldes stellt für die nicht leicht zu überblickende tschechische Restitutionsgesetzgebung einen Modellfall dar. Der Fabrikant Jindřich Waldes gehörte als Hersteller von Knöpfen und Druckknöpfen zu den führenden tschechischen Unternehmern. Außer einem Aktienanteil an seiner Offenen Handelsgesellschaft besaß er zwei Villen in Praha-Vinohrady und ein Mietshaus in Praha-Nusle; außerdem war er ein bedeutender Sammler und Mäzen tschechischer Kunst. Nach dem 15. März 1939 emigrierte die Familie Waldes in die USA, der Fabrikant selbst blieb aber im Protektorat, wurde sofort festgenommen, in Pankrác inhaftiert und am 22. Oktober 1939 zunächst nach Jena und dann ins KZ Buchenwald deportiert. Seine Familie kaufte ihn aus dem KZ frei, nach Ankunft des Schiffes auf Kuba im Mai 1941 verstarb er jedoch unter bisher ungeklärten Umständen. Sein gesamtes, im Protektorat zurückgebliebenes persönliches Eigentum wurde zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen: die private Kunstsammlung, die in der Landesgalerie (später Nationalgalerie) deponiert war, und die genannten Immobilien; in der Fabrik wurde eine Zwangsverwaltung eingesetzt. Der Verwalter E. Waller konfiszierte Dinge aus dem persönlichen Eigentum von Waldes und begann sie mit der Begründung zu verkaufen, er müsse damit nicht gezahlte Steuern begleichen.[3309]

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges musste Waldes' Witwe Hedvika zunächst das Erbverfahren durchführen, bevor sie 1946 die Restitution beantragen konnte. Die Frage der Fabrik war bereits gegenstandslos geworden, da sie unter dem Namen Koh-i-noor nationalisiert worden war. Vom Kunstgewerbemuseum und der Nationalgalerie wurden Hedvika Waldes nur einzelne Stücke herausgegeben, obwohl das Kunstgewerbemuseum bestätigte, dass sich in seinen Sammlungen Exponate aus Waldes' ehemaligem Museum für Knöpfe und Gewandspangen befänden, auf welche sich die Nationalisierung nicht erstreckte. Immerhin wurde der Anspruch auf Restitution der beiden Villen in Vinohrady und des Mietshauses in Nusle ohne Gerichtsverhandlung zugebilligt. Nach Beschluss des Gesetzes Nr. 128 vom 16. Mai 1946 machte Rechtsanwalt Klouda im Namen von Hedvika Waldes die gerichtliche Restitution einer Villa in Vinohrady, einer Sammlung von Kunstgegenständen aus der Nationalgalerie und des Museums für Knöpfe und Gewandspangen geltend. Der Familie gelang es auch, mit einem Zeugnis

[3308] Kubů und Kuklík, Restitution, 199f.; Josef Kreuter (Botschafter der Tschechischen Republik in der Schweiz), Prags Umgang mit den Beneš-Dekreten, in: NZZ, 22. Juni 2006, 6.

[3309] Kubů und Kuklík, Restitution, 200f.; vgl. František Kupka, Kupa-Waldes. Malíř a jeho sběratel (Praha 1999).

des Innenministeriums vom 13. Juli 1947 ihre staatliche und nationale Zuverlässigkeit nachzuweisen. Die Restitution war jedoch bis zum 25. Februar 1948 nicht abgewickelt und fand unter den veränderten Bedingungen des Gesetzes Nr. 79/1948 Gbl. ihre gerichtliche Fortsetzung. Frau Waldes reiste mit ihren Kindern in die USA aus, und Rechtsanwalt Klouda wurde der Fall entzogen. Der Anspruch Frau Waldes' wurde am 1. Oktober 1953 durch das zuständige Bezirksgericht mit der politisch motivierten Begründung abgelehnt, es handele sich um ein Vermögen von großem Umfang, und die Familie Waldes gehöre zu den Kapitalisten der Ersten Republik. Das zuständige Gebietsgericht bestätigte dieses Urteil noch im selben Jahr.[3310]

Das Restitutionsverfahren der Familie Waldes wurde erst nach 1990 fortgesetzt. Auf Grund der rechtlichen Regelungen von 1994 wurden den Kindern der verstorbenen Jindřich und Hedvika Waldes, Jiří, Miloš und Anna, sowohl die Sammlung von Kunstgegenständen aus der Nationalgalerie als auch die in den Sammlungen des Kunstgewerbemuseums eingelagerten Gegenstände rückerstattet. Von den Immobilien wurde ihnen nur eine der beiden Villen in Vinohrady zurückgegeben, für die zweite erhielt die Familie lediglich eine finanzielle Abfindung. Bis zur Gegenwart dauert hingegen der Streit mit dem Glas- und Bijouterie-Museum in Gablonz (Jablonec nad Nisou) um das Museum für Knöpfe und Gewandspangen an, ebenso der mit dem Stadtteil Prag 4 um das nach dem Krieg restituierte, aber in den 1960er Jahren erneut konfiszierte Mietshaus in Nusle. Auf die ehemalige Fabrik erhoben die Waldes-Kinder keinen Anspruch mehr.[3311]

Als im Frühjahr 2006 fünf Gemälde von Gustav Klimt aus der Österreichischen Galerie im Oberen Belvedere in Wien an die Erben des böhmisch-jüdischen Zuckerindustriellen Ferdinand Bloch-Bauer restituiert wurden, gab es in der tschechischen Presse keinerlei Hinweis, dass diese Familie auch in Tschechien einen bedeutenden Restitutionsanspruch besitzt: Schloss Jungfern Breschan (Panenské Brežany) bei Prag, das 1909 von Bloch-Bauer erworben worden war. Das Schloss samt 565 ha Grundbesitz wurde 1939 „arisiert“ und 1941/42 vom Stellvertretenden Reichsprotektor Heydrich als Wohnsitz genutzt, von dem aus er praktisch täglich auf die Prager Burg fuhr. Als die Erben Bloch-Bauers schon 1946 die Restitution beantragten, erhielten sie fünf Jahre später ein ablehnendes Gerichtsurteil: Die Antragsteller seien „national unzuverlässige Personen“, da sie in Wien geboren waren, vor den Nationalsozialisten geflohen seien und zum Zeitpunkt des Antrags teils US-amerikanische, teils kanadische, teils jugoslawische Staatsangehörige gewesen seien. Der Anwalt der Familie, Randolph Schoenberg, beantragte auch nach 1989 eine Restitution, vergeblich. Der Staat verkaufte vielmehr das Anwesen an eine Firma, die jedoch kein Geld für eine Renovierung aufbringen konnte. Im Jahr 2011 bekundet nun der in Bayern lebende Sohn Reinhard Heydrichs, der 76-jährige Heider Heydrich, der als Kind einige Jahre im Schloss

3310 Kubů und Kuklík, Restitution, 201f.
3311 Ebenda, 202.

lebte, Interesse am Schloss und will es in eine Gedenkstätte umwandeln. Zwar erhält er die Unterstützung des Bürgermeisters, aber die tschechischen Medien protestieren. Vom Eigentumsanspruch der Erben Bloch-Bauers ist jedoch keine Rede.[3312]

Nicht nur die Erben Bloch-Bauers, sondern auch andere jüdische Familien waren nach 1945 in der Tschechoslowakei unerwünscht, während tschechische „Ariseure“ das geraubte jüdische Eigentum behalten durften. Maximilian Cizek und Gustav Schmauz „arisierten“ 1939 mit Genehmigung des Reichsprotektors Neurath und der Gestapo die große Pilsener Fichtenharzfabrik Theodor Taussigs. Obwohl 1945 die Beneš-Dekrete auf die beiden „Ariseure“ und Kollaborateure anzuwenden gewesen wären, wurden sie begnadigt, worauf Cizek und Schmauz die Fabrik bis 1948 behielten. Vergeblich stellte Oskar Taussig, der Bruder des in Auschwitz ermordeten Fabrikanten, einen Antrag auf Rückgabe der Liegenschaft. Nach dem Fall des Kommunismus glaubte der in Australien lebende Sohn Oskar Taussigs, Anthony Taussig, einen neuerlichen Restitutionsantrag stellen zu können. Da das Restitutionsgesetz aus dem Jahre 1991 aber nur Enteignungen nach dem Februar 1948 betraf, wurde die Klage des Taussig-Erben in erster und zweiter Instanz abgewiesen. Das Verfassungsgericht in Brünn hob dieses Urteil auf und verwies die Causa an die erste Instanz zurück. Der Rechtsstreit wiederholte sich einige Jahre später noch einmal. Und nun liegt der Fall – nach neuerlichen Ablehnungen in der ersten und zweiten Instanz – zum dritten Mal beim tschechischen Verfassungsgericht. In der Zwischenzeit haben aber die Kinder von Cizek und Schmauz Teile der 1939 geraubten Fabrik in natura zurückerhalten und zusätzlich eine ansehnliche Entschädigung aus dem staatlichen Restitutionsfonds bekommen. Die Begünstigten verkauften das ihnen restituierte Raubgut umgehend an eine Spedition.[3313]

Die Kritik des westlichen Auslands an der tschechischen Restitutionspraxis bei jüdischem Eigentum ist wesentlich zurückhaltender als bei vergleichbaren Fällen in Deutschland, Österreich und auch der Schweiz. Hängt dies mit dem Bild der anti-nationalsozialistischen Tradition des Landes zusammen, das nicht durch tschechische Kollaborateure und „Ariseure“ gestört werden soll? Oder verteidigt der tschechische Staat seine großen land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen, die einst Deutschen und Juden gehört hatten? Oder nimmt das westliche Ausland Rücksicht, weil sich eine Reihe von Botschaften und diplomatischen Residenzen in Prag in „arisierten“, nie restituierten Palästen und Villen befinden? – Jedenfalls wendet der tschechische Staat die Beneš-Dekrete gegenüber tschechischen „Ariseuren“ nicht an. Und eine Beschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg bringt bestenfalls eine symbolische Entschädigung.

[3312] Stephan Templ, Prags leichtfertiger Umgang mit den Beneš-Dekreten, in: NZZ, 9. Juni 2006, 6; Stephan Templ, Heydrichs Heim, in: NZZ, 29. März 2011, 17.

[3313] Ebenda.

Die deutsch-tschechische Versöhnungserklärung 1997

In der „Gemeinsamen Erklärung" der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik vom 21. Jänner 1997 bekannte sich die deutsche Seite „zur Verantwortung Deutschlands für seine Rolle in einer historischen Entwicklung, die zum Münchener Abkommen von 1938, der Flucht und Vertreibung von Menschen aus dem tschechoslowakischen Grenzgebiet sowie zur Zerschlagung und Besetzung der Tschechoslowakischen Republik" geführt hatte und bedauerte „das Leid und das Unrecht, das dem tschechischen Volk durch die nationalsozialistischen Verbrechen von Deutschen angetan worden ist". Die deutsche Seite sei sich auch bewusst, „dass die nationalsozialistische Gewaltpolitik gegenüber dem tschechischen Volk dazu beigetragen hat, den Boden für Flucht, Vertreibung und Aussiedlung nach Kriegsende zu bereiten". Parallel dazu bedauerte die tschechische Seite, „dass durch die nach dem Kriege erfolgte Vertreibung sowie zwangsweise Aussiedlung der Sudetendeutschen aus der damaligen Tschechoslowakei, die Enteignung und Ausbürgerung unschuldigen Menschen viel Leid und Unrecht zugefügt wurde, und dies auch angesichts des kollektiven Charakters der Schuldzuweisung. Sie bedauert[e] insbesondere die Exzesse, die im Widerspruch zu elementaren Grundsätzen und auch den damals geltenden Normen gestanden haben, und bedauert[e] darüber hinaus, dass es aufgrund des Gesetzes Nr. 115 vom 8. Mai 1946 ermöglicht wurde, diese Exzesse als nicht widerrechtlich anzusehen."[3314]

Der Völkerrechtler Otto Kimminich hob in seiner Kritik an dieser „Erklärung" hervor, dass auf Grund des deutsch-tschechoslowakischen Staatsangehörigkeits- und Optionsvertrages vom 20. November 1938 die Sudetendeutschen meist ausländische Staatsangehörige geworden seien, dass auf Grund eines Beschlusses des Völkerbundrates vom 10. Jänner 1939 unter Flüchtlingen aus dem „Sudetenland" auch deutsche Flüchtlinge – meist deutsche Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten – zu berücksichtigen seien, dass das Völkerrecht die entschädigungslose Enteignung ausländischen Vermögens verbiete und dass der ungarische Außenminister János Gyöngyösi bereits Anfang 1947 erfolgreich gegen die vom tschechoslowakischen Außenminister Jan Masaryk geforderte Aufnahme einer Rechtfertigung von Vertreibung oder Zwangsaussiedlung von Minderheiten in den Friedensvertrag von Paris protestiert habe. Wenn man diese Erklärung genau liest, so erkennt man außerdem zwar eine ziemlich richtige Beurteilung der Abfolge der deutschen Verbrechen, vermisst aber eine tschechische Klarstellung zur Verantwortung für die Vertreibung und Zwangsaussiedlung.[3315] – Bemerkenswerterweise

---

[3314] Die deutsch-tschechische Erklärung, 21. Jänner 1997, in: Češi a Němci, doba podeklarační. Deutsche und Tschechen, die Zeit nach der Erklärung, hg. von Nadace Bernarda Bolzana und der Ackermann-Gemeinde (Praha 1997) 221-227.

[3315] Kommentar von Otto Kimminich, Zur deutsch-tschechischen Erklärung aus völkerrechtlicher Sicht, in: Češi a Němci, 196-206.

dehnte der tschechische Ministerpräsident Vladimir Špidla erst bei einem Vortrag auf Stift Göttweig Ende Juni 2003 das tschechische Bedauern für die Ereignisse nach dem Zweiten Weltkrieg auch auf die deutschsprachigen Bewohner der böhmischen Länder aus, die nach 1945 Wohnsitz in Österreich erhalten hatten.[3316]

Als konkretes Ergebnis der Deutsch-Tschechischen Erklärung vom 21. Jänner 1997 wurde ein Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds eingerichtet, der vor allem ein jährlich stattfindendes Deutsch-Tschechisches Gesprächsforum unterstützt. Aufgabe des Gesprächsforums ist es, auf der Ebene des Dialogs neue Akzente in den deutsch-tschechischen Beziehungen zu setzen. Dadurch sollen die Bürger beider Staaten zu einem vielfältigen Dialog zu Themen der Politik, Kultur und Bildung angeregt werden.

Als jedoch Bundeskanzler Gerhard Schröder Anfang Oktober 1999 – zur Erinnerung an die Freilassung von etwa 4000 DDR-Bürgern aus der Prager Botschaft 1989 – nach Prag kam, gab es schon wieder Streit, diesmal allerdings einen innerdeutschen. Die Absicht von CDU und CSU – parallel zu Erklärungen im US-Repräsentantenhaus, im Europäischen Parlament und im Österreichischen Nationalrat –, im Bundestag eine Entschließung gegen die Beneš-Dekrete verabschieden zu lassen, nannte Schröder „rückwärtsgewandt" und „nicht verantwortbar". Schröders Gastgeber, Ministerpräsident Miloš Zeman, unterstrich diese Position: „Wer sich ausschließlich mit der Vergangenheit befasst, ist bedauernswert, weil nicht fähig, sich der Zukunft zuzuwenden."[3317]

Am 19. und 20. Dezember 2010 stattete erstmals ein bayerischer Ministerpräsident einen offiziellen Besuch in Prag ab. Horst Seehofer und seine Delegation wurden vom Ministerpräsidenten Petr Nečas empfangen und besprachen mit ihm eine Reihe von Projekten für die Wirtschaft, den Verkehr, die Energie, das Schulwesen und die Kultur. Mitglied von Seehofers Delegation war auch Bernd Posselt, CSU-Europaabgeordneter und Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe. In der gemeinsamen Pressekonferenz von Nečas und Seehofer wurden allerdings die Beneš-Dekrete nicht erwähnt. Als jedoch ein tschechischer Journalist bemerkte, „dass die beste Entschuldigung an unsere ehemaligen Mitbürger, die tschechoslowakischen Deutschen, die Publizierung der jahrelang verschwiegenen Wahrheit wäre?!", antwortete der tschechische Regierungschef: Im Prinzip stünde dem nichts im Wege; und der bayerische Ministerpräsident ergänzte, dass dies ein Thema ihres Gesprächs gewesen sei. Immerhin stellte Seehofer fest, dass „durch die nach dem Kriegsende erfolgte Vertreibung aus der damaligen Tschechoslowakei, die Enteignung und Ausbürgerung unschuldiger Menschen […] den Sudetendeutschen viel Leid zugefügt" wurde. Er erinnerte sodann an die deutsch-tschechische Erklärung von 1997 und erwähnte anerkennend, „dass sich hier in Tschechien viele Menschen der Geschichte um 1945 und davor zuwenden und damit dem

[3316] Hugo Bütler, Kritik am Verfassungsentwurf des EU-Konvents. Versöhnliche Worte Špidlas am Wachauer Europa-Forum, in: Neue Zürcher Zeitung, 1. Juli 2003, 5.

[3317] Gernot Wildt, Des Kanzlers Realsatire, in: Sudetendeutsche Zeitung, 8. Oktober 1999, 1.

Zusammenleben mit den Sudetendeutschen“. Bücher, Filme, Ausstellungen und Museen erhellten die Geschichte, Voruteile schwänden. Viele Gruppen der Zivilgesellschaft, Kommunen und einzelne Bürger hätten in den vergangenen Jahren Zeichen der Versöhnung gesetzt, Kreuze und Gedenktafeln errichtet. Die Sudetendeutschen wollten ehrlich und aufrichtig Brücken bauen. Es gehe zwischen den beiden Ländern um die ehrliche Beschäfigung mit der Vergangenheit und die Gestaltung der Zukunft. – Auch der tschechische Außenminister, Karel Fürst Schwarzenberg, empfing die Delegation, gab ein Abendessen im Czernin-Palais und brillierte in seiner Rede mit historischen Kenntnissen über die bayerisch-böhmischen Beziehungen.[3318]

Die „Sudetenpost“, das offizielle Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich, war mit solchen Erklärungen keineswegs zufrieden und kommentierte apodiktisch: Zu einer gemeinsamen Zukunft gehörten „die Entschädigung der Sudetendeutschen für ihr geraubtes Privat- und kommunale Eigentum, die Frage des Heimatrechtes und die Regelung des künftigen Nebeneinander- und Zusammenlebens zwischen den beiden Nachbarn Tschechen und Bayern“.[3319] – Zu solchen unverblümten Forderungen kann man die Redaktion nur direkt fragen, ob sie schon etwas vom NS-Regime in Böhmen und Mähren und von der Involvierung vieler Sudetendeutscher in dieses Besatzungsregime gehört hat?

Václav Havel 1993: „Wir hätten so dastehen können wie Österreich.“

Im Rahmen eines Staatsbesuches in Österreich wurde Präsident Havel vom damaligen Rektor der Universität Wien, Alfred Ebenbauer, und dem Autor dieses Buches, damals Leiter des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts in Wien, zu einem Vortrag an die Alma Mater Rudolphina eingeladen. Am 15. März 1993 sprach er als erstes tschechoslowakisches bzw. tschechisches Staatsoberhaupt seit 1918 vor dicht gedrängtem Auditorium im Großen Festsaal der Universität Wien. Hiebei scheute er sich nicht, auf die schwierigen Probleme aus der gemeinsamen Geschichte einzugehen, und beklagte, dass die Bürger Österreichs und Tschechiens trotz „innerer Verwandtschaft“ in ihrer Gesinnung, ihren Traditionen und ihrem Schicksal „sehr lange Zeit eher nur nebeneinander als wirklich miteinander gelebt haben“. Während des gesamten 20. Jahrhunderts hätten die gegenseitigen Beziehungen „manchmal mehr Verlegenheit, Bitterkeit, Verdächtigungen oder Neid als wirklich schöpferische Zusammenarbeit“ gezeigt. In der

[3318] Karl Fürst Schwarzenberg, Spross eines fränkischen Geschlechts, erläuterte etwa, dass der Knödel eine fränkische Erfindung gewesen sei, die über das Egerland nach Böhmen, von dort wieder nach Bayern und Österreich gelangt sei. An diesem Beispiel machte er deutlich, wie eng Franken, Bayern, Österreicher, Tschechen und Sudetendeutsche im Herzen Europas verflochten waren. – Sudetenpost (Wien – Linz), 13. Jänner 2011, 1-3.

[3319] Sudetenpost, 13. Jänner 2011, 2. Auch der FAZ-Herausgeber Berthold Kohler schrieb von „Kapitulation an der Moldau“.

verständlichen Euphorie über die neu erworbene Selbständigkeit der Tschechoslowakei und die Gestaltung einer demokratischen Ordnung nach 1918 sei Österreich „zum Synonym für die Vergangenheit und die gestürzte Fremdherrschaft" geworden, während viele Österreicher die Tschechen als diejenigen sahen, „die das bedeutende mitteleuropäische Reich zerstört hätten". Zwanzig Jahre später hätten sich „viele von unseren deutschsprachigen Mitbürgern" auf Hitlers Seite geschlagen und „zu unserer Unterwerfung" beigetragen, „was eine noch tiefere Wunde in unseren Beziehungen nach sich zog". Nach 1945 sei zwar die Tschechoslowakei ein „Siegerstaat" gewesen, habe aber seine Freiheit verloren, während das besetzte Österreich seine Freiheit gewinnen und eine moderne Demokratie aufbauen konnte. Jahrzehntelang galt daher in Prag der beliebte Spruch: „Wir hätten so dastehen können wie Österreich."[3320]

Die für die Erinnerungsgeschichte in vielem bemerkenswerte Rede fand in den Massenmedien erstaunlich wenig Widerhall. Die österreichische Öffentlichkeit tat so, als ob das Münchener Abkommen, die NS-Unterdrückung der Tschechen im „Protektorat Böhmen und Mähren", die „Beneš-Dekrete" sowie die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Sudetendeutschen die österreichisch-tschechischen Beziehungen nicht beträfen. Das galt auch für die durchaus ersprießliche Arbeit der im März 1990 von den Außenministern Jiří Dienstbier und Alois Mock eingesetzten bilateralen Historikerkommission und ihre Publikationen.[3321]

Während aber die deutsch-tschechischen Diskussionen nach der „Versöhnungserklärung" deutlich zurückgingen, flammten im Jahre 1998 in Österreich plötzlich antitschechische Stimmen auf, die sehr wohl auf die „Beneš-Dekrete" und die Vertreibung der Sudetendeutschen hinwiesen. Dies hatte einerseits mit einer neuen Strategie der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Deutschland und der Freiheitlichen Partei in Österreich zu tun, andererseits aber auch mit den beginnenden Diskussionen um einen EU-Beitritt Tschechiens und dem Ausbau des Kernkraftwerks in Temelín. So beschloss die oberösterreichische Landesregierung bereits im Herbst 1998 eine Resolution, in der die österreichische Bundesregierung ersucht wurde, „mit der Regierung der Tschechischen Republik Verhandlungen über die Aufhebung der als Unrecht empfundenen, sogenannten Beneš-Dekrete zu führen".[3322]

Im Zuge der im Herbst 1998 begonnenen Verhandlungen über den Beitritt Tschechiens, der Slowakei und Sloweniens zur Europäischen Union begann der

---

[3320] Václav Havel, Das historische und das gegenwärtige Verhältnis zwischen der Tschechischen Republik und Österreich, in: Österreichische Osthefte 35/3 (Wien 1993) 371-376.

[3321] Miroslav Kunštát, Václav Bůžek, Die österreichisch-tschechische Historikerkommission im letzten Jahrzehnt. Versuch einer kurzen Zwischenbilanz von der tschechischen Seite. http://www.sga.euweb.cz/002/debata/downloads/kunstat-buzek-002.pdf

[3322] Eröffnungsrede des Landeshauptmanns Josef Pühringer zur Enquête des Oberösterreichischen Landesarchivs am 8. Juni 1999, in: Nationale Frage und Vertreibung der Deutschen in der Tschechoslowakei. Fakten, Forschungen, Perspektiven aus dem Abstand von 50 Jahren. Mitteilungen des Oberösterreichischen Landesarchivs 19, hg. von Siegfried Haider (Linz 2000) 7-11.

österreichische Nationalrat die Frage der Weitergeltung der „Beneš-Dekrete“ und der „AVNOJ-Beschlüsse“ zu thematisieren. Bereits in einer Entschließung vom 19. Mai 1999 wurde die österreichische Bundesregierung unter Bundeskanzler Viktor Klima ersucht, „weiterhin im Verbund mit den anderen Mitgliedstaaten und den Institutionen der Europäischen Union auf die Aufhebung von fortbestehenden Gesetzen und Dekreten aus den Jahren 1945 und 1946, die sich auf die Vertreibung von einzelnen Volksgruppen in der ehemaligen Tschechoslowakei und im ehemaligen Jugoslawien beziehen, hinzuwirken“.[3323]

Diese neue antitschechische Stimmung in der öffentlichen Meinung Österreichs, die ganz im Gegensatz zum weiterhin aktiven Ausbau der Wirtschafts-, Kultur- und Wissenschaftskontakte stand, entwickelte sich aus völlig unterschiedlichen Quellen:

– aus der Anti-Atomkraft-Haltung des überwiegenden Teiles der österreichischen Bevölkerung, die mehrere Zeitungen, Parteien und Interessengruppen zu einer Mobilisierung der Wiener, Ober- und Niederösterreicher gegen den Ausbau des südböhmischen AKW Temelín nutzten;
– aus der zuerst von der FPÖ, dann auch von den anderen Parteien im Wiener Parlament, sodann in den Landtagen von Oberösterreich, Niederösterreich, der Steiermark und Salzburg thematisierten Forderung nach „Aufhebung der Beneš-Dekrete“;[3324]
– aus Stellungnahmen und Memoranden des Verbandes der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs an die Bundesregierung, aber auch an die Europäische Kommission;[3325]
– aus alten anti-tschechischen Ressentiments, die zum Teil aus der Zeit des Kalten Krieges, zum Teil aus der Zwischenkriegszeit, zum Teil sogar aus der Zeit der Habsburgermonarchie stammten und besonders dicht vor allem in Wien vorzufinden waren;[3326]

[3323] Entschließung der Abgeordneten Dr. Kostelka, Dr. Khol, Dr. Höchtl und anderen an die österreichische Bundesregierung, Wien, 19. Mai 1999.

[3324] Die Entschließungen und Resolutionen betrafen nicht nur die „Beneš-Dekrete“, sondern auch die „AVNOJ-Beschlüsse“.

[3325] Vgl. Memorandum des Verbandes der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs an die Europäische Kommission anlässlich der Beitrittsverhandlungen mit den Republiken Tschechien, Slowakei und Slowenien, Wien, 23. März 2000. Das Memorandum verlangte „den Anspruch auf völkerrechtliche Anerkennung des erlittenen Unrechts“; die Aufhebung jener „Beneš-Dekrete“ und „AVNOJ-Gesetze“, „die dem Genozid und der Vertreibung als Grundlage dienten“; den Anspruch auf rechtliche und moralische Rehabilitation; „die Forderung nach raschen Verhandlungen über die Restitution“; „die Forderung nach dem Recht auf Heimat“; „die Pflicht auf volle Wahrung der garantierten Minderheitenrechte auf Kultur, Religion, Sprache und Bildung für alle in den ehemaligen Vertreiberstaaten verbliebenen deutschsprachigen Volksgruppen“.

[3326] Vgl. Jiří Rák, Das Stereotyp des Deutschen im tschechischen historischen Bewußtsein, in: Österreichische Osthefte 31/1 (Wien 1989) 88-102; Arnold Suppan, Nationale Stereotypen in der Karikatur. Österreich und seine Nachbarn in Ostmitteleuropa, in: Probleme der Geschichte Österreichs und ihrer Darstellung, hg. von Herwig Wolfram und Walter Pohl (Wien 1991) 259-284.

– aus der stillschweigenden Beteiligung der Prager Regierung an den Sanktionen von 14 EU-Regierungen gegen die österreichische Bundesregierung unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel im ersten Halbjahr 2000;
– schließlich aus der von der Regierung Schüssel und in der österreichischen Öffentlichkeit von allen maßgeblichen Gruppierungen gezeigten Bereitschaft, erhebliche Entschädigungsleistungen für jüdische Opfer und Zwangsarbeiter im Zweiten Weltkrieg zu erbringen.[3327]

In einer weiteren Entschließung vom 31. Jänner 2002 ersuchte der Nationalrat die Regierung Schüssel, in den Gesprächen mit der Tschechischen Republik „weiterhin mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass die menschenrechtswidrigen Gesetze und Dekrete aus den Jahren 1945 und 1946, die sich auf die Vertreibung einzelner Volksgruppen beziehen, nicht mehr gelten". Und in ihrem Regierungsprogramm vom 28. Februar 2003 hielt die Regierung Schüssel II fest:

> „Die Bundesregierung strebt in der Frage jener Gesetze und Dekrete aus den Jahren 1945 und 1946, die sich auf die Vertreibung von einzelnen Volksgruppen in der ehemaligen Tschechoslowakei beziehen, im Sinne der Beschlüsse des Europäischen Parlaments bis zur Ratifikation des EU-Beitrittsvertrages eine Lösung an, die einem modernen Menschenrechtsverständnis und den gemeinsamen europäischen Werten entspricht und sich in verantwortungsvoller Weise mit dem Unrecht der Vergangenheit auseinandersetzt."[3328]

Weder die Entschließungen des österreichischen Nationalrates noch das Regierungsprogramm von Bundeskanzler Schüssel trafen den Kern der Angelegenheit. Es konnte nicht um die Aufhebung von Vertreibungsdekreten gehen, die es expressis verbis nicht gegeben hatte, sondern „nur" um die Aufhebung von Enteignungsdekreten und des Dekrets zum Entzug der Staatsbürgerschaft. Daher musste die österreichische Bundesregierung in Kontakten mit der tschechischen Regierung auch anerkennen, weder den konstitutiven Charakter der Gesamtheit der Dekrete des Präsidenten der Republik noch die Eigentumsordnung der Tschechischen Republik in Frage stellen zu wollen. Worin eine tschechische Anerkennung des an den Sudetendeutschen begangenen Unrechts sowie eine symbolische materielle Geste für die Sudetendeutschen bestehen sollten, blieb außerdem unklar. Lediglich die Forderung nach Aufhebung der menschenrechtswidrigen Anwendung der tschechischen Restitutionsgesetze war konkreter gefasst. Doch der Widerhall aus Prag blieb vorerst deutlich ablehnend.

Als der tschechische Parlamentspräsident und Vorsitzende der „Demokratischen Bürgerpartei", Václav Klaus, Mitte Mai 2001 nach seiner Position in der Debatte um die Beneš-Dekrete gefragt wurde, gab er zwar eine sehr pointiert politische, umso mehr aber a-historische Antwort:

[3327] Die Regierung Schüssel I beschloss nach Verhandlungen mit der US-Regierung größere Restitutionszahlungen an überlebende jüdische Opfer des Nationalsozialismus und an ehemalige Zwangsarbeiter. Die jeweiligen Gesamtsummen machten etwa 400 Millionen Euro aus.

[3328] „60 Jahre Vertreibung, 50 Jahre VLÖ". Festansprache des Präsidenten des Nationalrates, Andreas KHOL, Wien, 19.11.2004, in: Der Untersteirer, 37/4 (Graz 2004) 4-7.

„Die Beneš-Dekrete sind 56 Jahre Vergangenheit. Für mich sind sie ungefähr so etwas wie die Goldene Bulle von Sizilien. Und Sie fragen mich auch nicht, was ich dazu für eine Position habe. Wir benützen die Bulle nicht, und wir benützen die Beneš-Dekrete auch nicht.“[3329]

Allein die Gleichsetzung der Urkunde des Stauferkaisers Friedrichs II. für König Přemysl Otakar I. aus dem Jahre 1212 – mit der die Přemysliden für Böhmen die erbliche Königswürde erhielten[3330] – mit den umstrittenen Beneš-Dekreten erscheint mehr als anachronistisch. Unrichtig war die Feststellung von Klaus aber jedenfalls hinsichtlich der Nichtanwendung der Beneš-Dekrete. Richtig war jedoch die Betonung des tschechischen Parlamentspräsidenten, dass Österreich und Tschechien eine gemeinsame Geschichte, eine in manchem verwandte Kultur, eine sehr ähnliche Rechtsordnung, eine ähnliche Küche und „die gleichen durch die k.u.k. [recte: k.k., Anm. Suppan] Eisenbahner im 19. Jahrhundert gebauten Bahnhöfe“ hätten. Wichtig war ferner die Feststellung Klaus’, dass im Jahre 2000 7,2 Millionen Österreicher die Grenze nach Tschechien und 6,9 Millionen Tschechen die Grenze nach Österreich überschritten hätten – natürlich ohne Visum wie in früheren Jahrzehnten. Und wichtig sei die Tatsache, dass Österreich für die tschechischen Exporte der drittgrößte Absatzmarkt geworden sei, während Österreich im tschechischen Import den sechsten Platz einnehme. Dies beweise: „Unsere Länder brauchen einander.“[3331]

Diesem bemerkenswerten Gastkommentar folgte sehr rasch eine ebenso bemerkenswerte Replik. Mit Siegfried Dillersberger, dem ehemaligen FPÖ-Bürgermeister von Kufstein und ehemaligen Dritten Parlamentspräsidenten, antwortete auch ein Enkel eines Vertriebenen, der noch an der Deutschen Universität in Prag studiert hatte. Dillersberger erinnerte Klaus daran, dass sich auch die tschechischen Politiker von einer unseligen Vergangenheit verabschieden sollten:

„In einer Zeit, in der Österreich Buße tut für eine Vergangenheit, in der es als Staat nicht einmal existierte und erhebliche Leistungen erbringt, erscheint es nicht zu viel verlangt, auch von Tschechien ein Zeichen zu fordern. Wir haben uns längst abgefunden, dass Enteignung und Vertreibung nicht rückgängig zu machen sind, niemand will mehr ernsthaft Entschädigung. Vielleicht fällt eine Entschuldigung für die grauenhafte Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihrer Heimat so leichter, für die es höchste Zeit ist. Täglich erleben wir, wie eng die Gemeinschaft der Staaten ist, in der wir seit dem EU-Beitritt leben. Es ist unvorstellbar, dass Tschechien in diese Gemeinschaft mit einer Rechtsordnung eintritt, zu der die Beneš-Dekrete gehören [...].“[3332]

Als der frühere tschechische Ministerpräsident Miloš Zeman Mitte Jänner 2002 – provoziert durch das Anti-Temelín-Volksbegehren in Österreich – die Sudetendeutschen beschuldigte, sie hätten als „fünfte Kolonne Hitlers“ die Tschechoslo-

[3329] „Strategische Partnerschaft ohne Bedeutung, ohne Zukunft“, „Presse“-Gespräch von Anneliese Rohrer mit Tschechiens Parlamentspräsidenten Václav Klaus, in: Die Presse, 11. Mai 2001, 6.

[3330] Vgl. Hoensch, Geschichte Böhmens, 78f.

[3331] Václav Klaus, Temelín, Dekrete... und dann schon nichts mehr?, in: Die Presse, 25. Juli 2001, 2.

[3332] Siegfried Dillersberger, Replik auf Václav Klaus, in: Die Presse, 31. Juli 2001, 7.

wakei „als einzige Insel der Demokratie in Mitteleuropa“ zerstört, rückte Pavel Tigrid – ein politischer Emigrant von 1948 und außenpolitischer Berater Präsident Havels nach 1990 – dieses einseitige Geschichtsbild zurecht: Es sei an den Tschechen, endlich zu bekennen, dass sich die tschechoslowakische Beneš-Regierung vor rund 60 Jahren zu „einer der größten ethnischen Säuberungen der neueren europäischen Geschichte“ entschieden hatte. Auf der Grundlage einer „unannehmbaren Kollektivschuld“ seien 3 Millionen Menschen gewaltsam in Viehwaggons aus dem Land transportiert worden. Man habe ihr Eigentum ersatzlos konfisziert und ihre Staatsbürgerschaft annulliert. In der ersten Phase des sogenannten „Abschubs“ sei es seitens der Tschechen zu „Grausamkeiten, Gewalttätigkeiten und Morden nazistischen Typs“ gekommen.[3333]

Österreichische und deutsche Politiker protestierten kaum in dieser gekonnt sachlichen Form gegen die Äußerungen Zemans, verlangten dafür aber drohend die Aufhebung der Beneš-Dekrete als Voraussetzung für die Mitgliedschaft der Tschechischen Republik (und der Slowakei) in der EU. Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder verschob sogar seinen Prag-Besuch. Auch der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán schloss sich den deutschen und österreichischen Forderungen an: „This is a European issue and I am convinced that once Central Europeans join the union these legal leftovers from a bad historic period will wither and fall to dust, as did the systems that created them.“[3334]

Im zunehmenden Wahlkampf zu den tschechischen Parlamentswahlen im Juni 2002 verteidigte jedoch der „Verband der Historiker der Tschechischen Republik“ (*Sdružení historiků České republiky*) die Beneš-Dekrete als „Instrumente im Kampf gegen den Nazismus und für die Entnazifizierung“ sowie als „im Dienst der Erneuerung einer demokratischen Rechtsordnung auf dem Gebiet der Tschechoslowakei“ stehend. – Wenn die „Beneš-Dekrete“ Kampfinstrumente gegen den Nationalsozialismus gewesen sein sollten, dann hätte 1945 zumindest die Vorgangsweise sowohl gegen die deutschen Antifaschisten als auch gegen die „deutschen Juden“ gerechter und toleranter sein müssen. Kollektive Enteignung und kollektiver Staatsbürgerschaftsentzug zählen auch nicht zu einer demokratischen Rechtsordnung. Daher verlangte nun der aus einer Prager Familie stammende und als Kind zwangsweise ausgesiedelte deutsche Historiker Hans Lemberg von seinen Prager Kollegen, „unbequeme Wahrheiten als Wahrheit anzuerkennen und nicht im Schlepptau staatspolitischer Interessen den Auszug aus dem Gefängnis historischer Selbstrechtfertigungen zu scheuen“.[3335]

[3333] Otmar Lahodynsky, „Populistischer Pro-Nazi-Politiker“. Interview: Der tschechische Premierminister Miloš Zeman über das Veto-Volksbegehren, Jörg Haider und die FPÖ, die Beneš-Dekrete und die Vertreibung der Sudetendeutschen, in: profil, 33. Jg., Nr. 4, 21. Jänner 2002, 22-25; Mladá fronta DNES, 31. Jänner 2002.

[3334] New York Times, 27 February 2002.

[3335] Jaroslav Pánek a Jiří Pešek, Historikové proti znásilňování dějín. Stanovisko Sdružení historiků České republiky [Historiker gegen eine Vergewaltigung der Geschichte. Der Standpunkt des Verbandes der Historiker der Tschechischen Republik], in: Příloha ke Zpravodaji Historického

In der Zwischenzeit – am 24. April 2002 – hatte jedoch das tschechische Abgeordnetenhaus den einstimmigen Beschluss gefasst, „dass

1) die tschechische Legislative aus den Jahren 1940-1946, inklusive der Dekrete des Staatspräsidenten – ähnlich wie in anderen europäischen Ländern – infolge des Krieges und der Niederlage des Nationalsozialismus entstand;
2) die Nachkriegsgesetze und Dekrete des Staatspräsidenten umgesetzt wurden, im Zeitraum nach deren Verabschiedung angewendet wurden und dass heute auf ihrer Grundlage keine neuen Rechtsverhältnisse mehr entstehen können;
3) die Rechts- und Eigentumsverhältnisse, die aus ihnen hervorgegangen sind, unbezweifelbar, unantastbar und unveränderbar sind.“[3336]

Vierhundert tschechische Intellektuelle versuchten noch, durch einen Aufruf „Stopp dem Nationalismus“ die Parlamentsdebatte und den Parlamentsbeschluss zu verhindern, allein die „nationale Front“ der tschechischen Politiker sah ihre Resolution als Reaktion auf Versuche des österreichischen Parlaments, der „sogenannten christlichen Fraktion im Europäischen Parlament“ und des bayerischen Ministerpräsidenten, die „Entnazifizierungslegislative der Nachkriegstschechoslowakei“ in Frage zu stellen.[3337]

Der gebürtige Prager und spätere Literaturwissenschaftler an der Yale University, Peter Demetz – halb ladinischer, halb jüdischer Abstammung –, der sich Ende September 1938 zur Nationalgarde gemeldet und im Februar 1948 gegen die Anerkennung der kommunistischen Regierung demonstriert hatte, sah das Denken der professionellen Politiker „eher paralysiert“, da sie nun mit „alten mythischen Karten“ spielten. Die Tschechen litten an einem „Opfer- und Heiligkeitskomplex“, demgemäß die Schuld immer die anderen, „die schlechten Russen oder die bösen Deutschen“ hätten. Mitte August 2002 veröffentlichte „The Economist“ eine Karte von Ostmitteleuropa in der Zwischenkriegszeit – mit den deutschen und ungarischen Minderheitsgebieten in der damaligen Tschechoslowakei – und stellte die provokante Frage, ob „one obscure side-effect of the second world war could

---

klubu, roč. 12, 2001, č. 2; Hans Lemberg, Unter schlechtem Stern, in: Süddeutsche Zeitung, 21. Mai 2002, 17.

[3336] Deklaration der Abgeordnetenkammer des Parlaments der Tschechischen Republik, Prag, 24. April 2002 (Übersetzung der Botschaft der Republik Österreich). In der Präambel hatte es geheißen: „ablehnend die Bemühungen um die Aufmachung der Fragen im Zusammenhang mit dem Ende und den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges“, „schätzend die positive Bedeutung der Tschechisch-Deutschen Deklaration […]; bestätigend, dass gute Nachbarschaftsbeziehungen und die volle Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in der EU zu den Prioritäten der auswärtigen Politik der Tschechischen Politik gehören; ausgehend davon, dass der Umfang und die Bedingungen der Restitutionslegislative ganz und ausschließlich in der Kompetenz der tschechischen Verfassungsorgane sind“, erklärt die Abgeordnetenkammer des Parlaments der Tschechischen Republik, dass […].

[3337] Berthold Kohler, Eine nationale Front, in: FAZ, 25. April 2002, 1. Einige Abgeordnete waren zur Parlamentsdebatte in weißen T-Shirts erschienen, auf denen eine Karte Tschechiens mit den Städten Praha/Prag, Ústí/Aussig, Domažlice/Taus, Trutnov/Trautenau und Karlovy Vary/Karlsbad aufgedruckt war, wobei die einstigen deutschen Bezeichnungen durchgestrichen waren.

threaten the enlargement of the 21st-century European Union". Die Tschechen seien nicht gewillt, die Beneš-Dekrete zu annullieren, teilweise weil dies die Tore für Restitutionsforderungen der Deutschen öffnen würde, „but mostly for patriotic reasons: Czechs – like the Poles, who, with the Red Army, ruthlessly expelled 6m-8m Germans from what, after the war, became western Poland – feel those who began an appalling war have no claims to revise its effects." Der Londoner Politikwissenschaftler Georges Schöpflin aber sprach in einem Leserbrief im September 2002 die Gesamtdimension des Problems an:

> „If we rightly condemn ethnic cleansing in Bosnia in 1992, then how can it have been acceptable in 1945? If the issue is, as you say, a matter of ‚ancient wrongs' then why is this not applied to the Holocaust? Does a state have the right to declare a group to be no longer a part of its demos simply because it is ethnically different? Can a democratic state like the Czech Republic ever live at ease with Germany and Austria unless it comes to terms with the undemocratic acts committed in 1945?"[3338]

Die „Beneš-Dekrete" vor dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission

Bereits am 15. April 1999 hatte das Europäische Parlament eine Entschließung zum Regelmäßigen Bericht der Kommission über Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zum Beitritt formuliert, in der die tschechische Regierung aufgefordert wurde, „fortbestehende Gesetze und Dekrete aus den Jahren 1945 und 1946 aufzuheben, soweit sie sich auf die Vertreibung von einzelnen Volksgruppen in der ehemaligen Tschechoslowakei beziehen".

Das Präsidium des Europäischen Parlaments beauftragte schließlich im Frühjahr 2002 die Völkerrechtler Ulf Bernitz (Stockholm), Jochen A. Frowein (Heidelberg) und Lord Kingsland Q.C. (London), sowohl die gegenwärtige Gültigkeit und Rechtswirkungen der sogenannten „Beneš-Dekrete" und der damit zusammenhängenden tschechischen Restitutionsgesetze als auch ihre Übereinstimmung mit dem EU-Recht, mit den Kriterien von Kopenhagen 1993 und dem für den EU-Beitritt relevanten internationalen Recht zu überprüfen. Frowein kam in seinem Entwurf zum gemeinsamen Gutachten zu folgenden, zum Teil erstaunlichen Schlussfolgerungen:

1) „Die Konfiskation des Vermögens der deutschen und magyarischen Bevölkerung in den Jahren 1945/46 wirft keine Fragen im Beitrittskontext auf, da sich die Beitrittsvoraussetzungen im EU-Vertrag nicht auf die Vergangenheit beziehen.
2) Die eingeschränkten tschechischen Gesetze betreffend die Restitution von Vermögen, das auf Grund der Beneš-Dekrete konfisziert wurde, können auf

[3338] Peter DEMETZ, Randbemerkung, in: Transit. Europäische Revue 23, Sommer 2002, 128-131; The Beneš decrees. A spectre over Central Europe, in: The Economist, August 17th, 2002, 23-24; Georges SCHÖPFLIN, London, Letters, in: The Economist, September 7th, 2002, 18.

Grundlage des EU-Rechts nicht in Frage gestellt werden, da heute keine Anträge auf Restitution mehr möglich sind und EU-Recht erst ab dem Beitrittszeitpunkt anwendbar ist.

3) Selbst wenn man die Auffassungen des Menschenrechtskomitees der UN in Betracht zieht, kann die tschechische Gesetzgebung, die hinsichtlich der Restitution zwischen denjenigen Personen, die ihre Loyalität gegenüber der Tschechoslowakei bewiesen und deshalb die Staatsbürgerschaft behalten haben, und anderen Personen unterscheidet, nicht in Frage gestellt werden, da die Unterscheidung auf sachlichen Gründen basiert.
4) Die Regelungen betreffend die Staatsbürgerschaft aus den Jahren 1945/46 werfen keine Fragen im Beitrittskontext auf, da Angelegenheiten der nationalen Staatsbürgerschaft außerhalb des EU-Rechts liegen.
5) Es muss sichergestellt werden, dass in Abwesenheit gefällte Urteile auf Grund der spezifischen im Jahr 1945 und danach erlassenen Dekrete nicht gegen Personen durchgesetzt werden können, die nach dem Beitritt in die Tschechische Republik einreisen. Falls erforderlich, muss die Gesetzgebung in diesem Zusammenhang angepasst werden.
6) Das Gesetz Nr. 115 aus 1946 steht noch immer in Kraft und verhindert Strafverfahren gegen Personen, die „gerechte Vergeltung" für Handlungen während der Besatzung geübt haben. Obwohl dies auch Verbrechen gegen unschuldige Personen während der zwangsweisen Vertreibung umfasste, erschiene eine Aufhebung des Gesetzes im Beitrittstext nicht obligatorisch. Der Grund liegt darin, dass durch eine Aufhebung die Erwartungen, die Personen mehr als 50 Jahre lang hegen durften, verletzt würden. Es ist von rechtlicher Relevanz, dass Deutschland, das am unmittelbarsten betroffene Land, bei den Verhandlungen der deutsch-tschechischen Erklärung im Jahre 1997 nicht auf eine Aufhebung beharrte. Es wäre angebracht, dass die Tschechische Republik bestätigen würde, dass sie die spezifischen Konsequenzen des Gesetzes Nr. 115 bedauert, wie sie es in der deutsch-tschechischen Erklärung im Jahre 1997 getan hat.
7) Was die in der Tschechischen Republik verbliebene deutsche Minderheit betrifft, sind die europäischen Standards betreffend den Minderheitenschutz in multilateralen und bilateralen Verträgen ausdrücklich festgelegt. Es ist anzunehmen, dass diese Standards erfüllt werden.
8) Der Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union erfordert nicht die Aufhebung der Beneš-Dekrete oder anderer Gesetze in diesem Zusammenhang. Dieses Gutachten basiert jedoch auf der Voraussetzung, dass ab dem Beitritt alle Bürger der Europäischen Union im Gebiet der Tschechischen Republik gleiche Rechte genießen."[3339]

Das 32-seitige Gutachten Froweins enthält zweifellos einige problematische Aussagen. Einleitend muss festgestellt werden, dass das Gutachten zur entschei-

[3339] Jochen A. FROWEIN, Legal Opinions concerning the Beneš-Decrees and related issues, 12 September 2002.

denden Frage des Europäischen Parlaments, nämlich jener nach der heutigen Gültigkeit und den Rechtswirkungen der „Beneš-Dekrete", keine eindeutige Aussage trifft, zumal die Anwendungspraxis seit 1990 nur ziemlich oberflächlich untersucht wurde. Immerhin hatte die Resolution des Europäischen Parlaments vom Frühjahr 1999 die tschechische Regierung aufgefordert, fortbestehende Gesetze und Dekrete aus den Jahren 1945 und 1946 aufzuheben, soweit sie sich auf die Vertreibung von einzelnen Volksgruppen aus der ehemaligen Tschechoslowakei beziehen. Dennoch vertritt Frowein die Auffassung, dass die entschädigungslose Enteignung der deutschen und magyarischen Bevölkerung in den Jahren 1945 und 1946 „vollständig abgeschlossen" worden sei. Hiebei übergeht er die jüngere differenzierte Spruchpraxis des tschechischen Verfassungsgerichtshofes seit 1999 und die Rechtssprechung des tschechischen Obersten Gerichtshofes, der jüngst Verwaltungsbehörden aufforderte, nicht abgeschlossene Konfiskationsverfahren auf Grund der Beneš-Dekrete heute zu Ende zu führen. Froweins Behauptung, dass die Alliierten mit Artikel XIII des Potsdamer Abkommens nicht nur den Bevölkerungstransfer, sondern auch die Konfiskation unbeweglichen deutschen Vermögens „anscheinend akzeptiert" hätten, ist schlicht ahistorisch. Die zentrale Frage, ob nach Auffassung des UN-Menschenrechtsausschusses die tschechische Restitutionsgesetzgebung betreffend Enteignungen auf Grund der Beneš-Dekrete allgemein diskriminierend sei und vor dem EU-Beitritt geändert werden müsse, da sie keine Restitution für nicht-tschechische Staatsbürger vorsehe, verneint Frowein. Hiezu verwendet er die politischen Argumente, dass niemand die Restitution des gesamten auf Grund der Beneš-Dekrete enteigneten Vermögens gefordert habe und dies die finanziellen und rechtlichen Möglichkeiten eines jeden Staates in vergleichbarer Lage übersteigen würde. Auch die im tschechischen Restitutionsgesetz Nr. 243/1992 getroffene Unterscheidung zwischen loyalen und nicht-loyalen Personen widerspricht den Ansichten des UN-Menschenrechtsausschusses, der sich wiederum auf Artikel 26 des Internationalen Paktes über Bürgerliche und Politische Rechte vom 19. Dezember 1966 stützt. Außerdem übersieht Frowein, dass die Beurteilung des Loyalitätserfordernisses auf einer menschenrechtswidrigen Kollektivschuldvermutung mit Beweislastumkehr basiert. Allein auf Grund der „wilden Vertreibungen" 1945 waren aber viele Betroffene gar nicht in der Lage, ihre Loyalität zu beweisen.[3340]

Immerhin bezeichnet Frowein eine mögliche Vollstreckung von in-absentia-Urteilen auf Grund der spezifischen im Jahre 1945 erlassenen Dekrete unmissverständlich als völkerrechtswidrig. Der Gutachter verlangt daher eine Klarstellung durch die Tschechische Republik, die erforderlichenfalls durch legislative Maßnahmen zu bewirken wäre. – Die tschechische Seite erklärte hiezu, dass bereits alle Verurteilungen aus den tschechischen Strafregistern gelöscht worden seien. – Auch bezüglich des Straffreistellungsgesetzes Nr. 115/1946 Slg. stellt Frowein klar, dass die Straffreistellung sogenannter „gerechter Vergeltung für Taten

[3340] Vgl. Bühler – Schusterschitz – Wimmer, Die Beneš-Dekrete, 15-66.

der Okkupationskräfte und ihrer Komplizen“ gemessen an Standards des Artikels 6 der EU-Verfassung eine schwere Verletzung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Pflicht des Staates darstellt, auf seinem Territorium befindliche Staatsbürger vor Gewalt zu schützen. Hingegen erscheint es bei Bestehen eines Internationalen Strafgerichtshofes keineswegs als fraglich, ob man heute Personen vor Gericht stellen könne, die über 50 Jahre darauf vertraut hätten, dass sie für Taten, die unter das Indemnitätsgesetz fallen, nicht bestraft würden. Frowein verstieg sich sogar zur strafrechtlich fragwürdigen Argumentation, dass „the actions referred to in the Czechoslovak legislation of 8 May 1946 were actions in reaction to what had happened to the Czechoslovak population by Germans between 1938 and 1945“ – als ob ein Mord an einem unschuldigen und wehrlosen Sudetendeutschen jeglichen Alters und Geschlechts weniger strafbar wäre als an einem Tschechen in gleicher Lage während des Krieges.[3341]

Gemeinsam kamen die drei Gutachter Frowein, Bernitz und Lord Kingsland zur Ansicht, dass weder die in den Beneš-Dekreten festgeschriebenen Konfiskationsbestimmungen gegenüber Deutschen und Magyaren noch die Aberkennung der Staatsbürgerschaft EU-Recht verletzten, da sie nicht rückwirkend angewendet werden könnten, und dass auch das Indemnitätsgesetz vom 8. Mai 1946, das Verbrechen gegen Deutsche und Magyaren straffrei stellte, dem Beitritt Tschechiens zur EU nicht entgegenstünde. Zwar verstoße dieses Straffreistellungsgesetz gegen die Menschenrechte – und könne daher nach dem Beitritt zur EU nicht mehr in Geltung stehen –, dennoch könne keine Aufhebung des Straffreistellungsgesetzes verlangt werden.[3342]

Der außenpolitische Sprecher der bayerischen CSU im Europäischen Parlament, Bernd Posselt, legte in Brüssel sogleich ein alternatives Gutachten des Würzburger Völkerrechtlers Dieter Blumenwitz vor, das in wesentlichen Punkten den Folgerungen Froweins widerspricht: Die „Beneš-Dekrete“ seien keineswegs zur Gänze obsolet. Alle staatsangehörigkeits- und eigentumsrechtlich relevanten Präsidialdekrete seien weiterhin in der Sammlung geltender tschechischer Gesetze enthalten und diskriminierten nach wie vor Angehörige der deutschen Minderheit in Tschechien (nach der Volkszählung von 2001 noch 38.000 Personen). Die Dekrete von 1945 und das Straffreistellungsgesetz von 1946 kollidierten mit den Kopenhagener Kriterien der EU, dem Gemeinschaftsrecht der Union, der Europäischen Menschenrechtskonvention und dem Art. 26 IPBPR.[3343]

Dennoch zog die Europäische Kommission – nach einer Reihe von bilateralen Konsultationen mit dem tschechischen Außenministerium – in ihrer Stellungnahme vom 14. Oktober 2002 folgende Schlussfolgerungen:

3341 Frowein, Legal Opinions, 12 September 2002.

3342 Common Conclusions by Prof. U. Bernitz, Prof. J.A. Frowein, Lord Kingsland Q.C., 2 October 2002.

3343 Dieter Blumenwitz, Czechoslovak Presidential Decrees of 1940-1945, Würzburg, 15. Mai 2002.

1) Das Dekret Nr. 16/1945, das „große Retributionsdekret“, „ist aufgehoben worden und kann zu keinen neuen Verfahren Anlass geben. Unter dem Dekret verkündete Urteile, einschließlich *in absentia* verkündete, können nicht mehr vollstreckt werden“.
2) Das Gesetz Nr. 115/1946, das Straffreistellungsgesetz, „war nicht als pauschale Straffreistellung für Gräueltaten an Deutschen oder Magyaren beabsichtigt, auch wenn es in der Vergangenheit fallweise dergestalt angewandt worden sein mag. Es hindert die Tschechische Republik nicht daran, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit noch heute zu verfolgen.“
3) Die Dekrete Nr. 5/1945, 12/1945 und 108/1945 „haben ihren Zweck im Jahre 1945 erschöpft. Neue Enteignungen auf der Grundlage der Dekrete sind heute nicht mehr möglich.“
4) Die Restitutionsgesetze Nr. 87/1991, 229/1991 und 243/1992 „zielten in erster Linie auf Enteignungen unter dem Kommunismus (1948-1989) ab. Diese Einschränkung ist für sich genommen unproblematisch. Komplizierte Fragen ergeben sich dadurch, dass diese Einschränkung nicht in allen Fällen gilt. Jedenfalls bedeutet die durch die Gesetze der 1990er Jahre geschaffene Möglichkeit zur Restitution von bestimmtem, durch die Dekrete beschlagnahmtem Eigentum keine neuerliche Anwendung der Dekrete.“
5) „Das Diskriminierungsverbot des EU-Rechts, das ab dem Beitritt in der Tschechischen Republik uneingeschränkte Wirksamkeit haben wird, macht keine Änderungen in der Restitutionsgesetzgebung [etwa hinsichtlich der Staatsangehörigkeit, Anm. Suppan] erforderlich, weil keine neuen Ansprüche geltend gemacht werden können. Das Diskriminierungsverbot könnte in Fällen zum Tragen kommen, die nach dem Beitritt noch anhängig sind.“
6) „Eigentumsrestitution betreffende Beschwerden vor internationalen Menschenrechtsorganen haben unterschiedliche Ergebnisse gezeitigt. Die Dienststellen der Kommission sehen keinen überzeugenden Grund, der einer positiven Einschätzung hinsichtlich der Erfordernisse von Art. 6 Abs. 1 EUV entgegenstünde.“
7) Gesamtschlussfolgerung: „Aus der Untersuchung ergeben sich aus der Sicht des *acquis communautaire* keine Hindernisse für den Beitritt der Tschechischen Republik.“[3344]

Die Stellungnahme der Europäischen Kommission übernimmt nur teilweise die Argumentation Froweins und seiner Kollegen, zum Teil ist sie präziser und releviert verschiedene rechtliche, politische und moralische Probleme im Gesamtkontext. So stellt der EK-Bericht hinsichtlich des Straffreistellungsgesetzes fest, dass die im Gesetz enthaltene Formulierung „gerechte Vergeltung“ dazu beigetragen habe, dass es eher als ein Racheinstrument denn als Akt der Gerechtigkeit angesehen wurde. Insbesondere ein Zahlenvergleich deutet auf die hohe

[3344] European Commission, The Czechoslovak Presidential Decrees in the Light of the Acquis Communautaire, Summary Findings of the Commission Services, Brussels, 14 October 2002.

Wahrscheinlichkeit eines umfassenden Missbrauches des Gesetzes hin: Obwohl die Vertreibung der Sudetendeutschen mindestens 30.000 Todesopfer gefordert hatte, wurden nur 79 Strafverfahren eingeleitet. Die EK anerkennt auch, dass die Erbringung eines „Loyalitätsbeweises" in der Nachkriegszeit vielen Angehörigen der deutsch- und ungarischsprachigen Minderheit wegen des oftmaligen Fehlens eines fairen und geordneten rechtsstaatlichen Verfahrens faktisch unmöglich war. Besonders wichtig ist die Bemerkung des EK-Berichts, dass „the Czech judiciary is still struggling with the particular legal complexity that arises from the restitution of property in cases where its confiscation had been allegedly illegal under the provisions of the Decrees of 1945". Allerdings diene – nach Ansicht der EK – die heutige Prüfung des Vorliegens von Ausnahmetatbeständen gemäß den Bestimmungen der Dekrete der feststellenden Klärung einer Vorfrage im Restitutionsverfahren und sei nicht einer heutigen Anwendung der Dekrete gleichzuhalten. Hier hätte die EK doch anmerken können, dass die „highly exceptional" Judikatur immerhin vom Obersten Gerichtshof und vom Verfassungsgerichtshof der Tschechischen Republik stammt. Allerdings erkennt die EK, dass sich noch nicht zu allen rechtlichen Fragen eine gefestigte gerichtliche Praxis entwickelt hat und dass in Bezug auf manche noch bei untergeordneten Gerichten anhängige Verfahren, die erst nach einem EU-Beitritt Tschechiens entschieden werden, eine Anrufung des Europäischen Gerichtshofs möglich sein wird. Auch das im Restitutionsgesetz Nr. 243/1992 vorgesehene Staatsbürgerschaftserfordernis wird von der EK zumindest implizit als diskriminierend anerkannt, weshalb die Antidiskriminierungsvorschriften des EU-Rechts für zum Beitrittszeitpunkt noch anhängige Verfahren zum Tragen kommen könnten.[3345]

Das Europäische Parlament zog jedenfalls in seiner Entschließung vom 20. November 2002 die Schlussfolgerungen der Europäischen Kommission als Basis für eine positive Stellungnahme zum Fortschritt Tschechiens auf seinem Weg zum EU-Beitritt heran; und der Europäische Rat in Kopenhagen beschloss am 13. Dezember 2002 die Aufnahme Tschechiens, der Slowakei und Sloweniens sowie sieben weiterer Staaten in die Europäische Union. Am 1. Mai 2004 trat diese Aufnahme in Kraft.[3346]

„Edvard Beneš hat sich um den Staat verdient gemacht"

Nach dem deutlich positiven Referendum der Tschechen Mitte Juni 2003 für einen Beitritt zur EU veröffentlichte die Prager Regierung – nicht ohne inneren Widerstand – am 19. Juni 2003 eine Erklärung, in der auch auf die dunklen Ka-

[3345] European Commission, The Czechoslovak Presidential Decrees in the Light of the Acquis Communautaire, Summary Findings of the Commission Services, Brussels, 14 October 2002.

[3346] Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Fortschritten jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt, 20. November 2002.

pitel der Geschichte Europas Bezug genommen wurde: „Weder der Zweite Weltkrieg noch die aus der heutigen Sicht unannehmbaren Ereignisse und Taten aus der unmittelbar darauf folgenden Zeit, die ebenfalls eine Reihe von menschlichen Tragödien, Leiden und Opfern brachten, können ungeschehen gemacht werden.“ Und der stellvertretende Ministerpräsident Petr Mareš kündigte an, er werde einen Entwurf zur Entschädigung der in Tschechien lebenden Deutschen vorlegen, die nach dem Krieg Zwangsarbeit verrichten mussten und heute von niedrigen Pensionen lebten. Tschechiens Botschafter in Wien, Jiří Gruša, wies auf eine Trendwende hin: Die Tschechen hätten diesmal eigene Verbrechen nicht auf andere geschoben, und die Bevölkerung habe sich als reifer erwiesen als die politische Elite.[3347] Auch der CDU/CSU-dominierte deutsche Bundesrat in Berlin hieß die Versöhnungsgeste Prags gut, rief aber auch den Appell des Europäischen Parlaments aus dem Jahre 1999 in Erinnerung, in dem die Annullierung sämtlicher geltender Gesetze und Dekrete gefordert wurde, die im Zusammenhang mit der Enteignung und Vertreibung der Sudetendeutschen stünden. Die Idee einer Annullierung der „Beneš-Dekrete“ ist aber in Tschechien nach wie vor höchst unpopulär, und dies aus zwei Gründen: Einerseits wird für einen solchen Fall eine Flut von Restitutionsklagen von Vertriebenen befürchtet, andererseits sehen viele tschechische Bürger die Vertreibung der Sudetendeutschen noch immer als so etwas wie eine gerechte Strafe an.[3348]

Der Herausgeber der neuesten Edition „Die Deutschen und Magyaren in den Dekreten des Präsidenten der Republik“, Karel Jech, führte als wichtigste Umstände des Zustandekommens der Dekrete, des Inhalts und ihrer Ziele noch immer an:

– Die Dekrete seien „zur Gänze vergleichbar mit den entsprechenden Gesetzgebungsakten für andere von den Nazis besetzten Länder“ [dies traf im Wesentlichen aber nur für Polen und Jugoslawien zu[3349]];
– die Dekrete seien „rechtliche und politische Konsequenzen aus der Unterdrückung der demokratischen und politischen Freiheiten, aus der politischen, rassischen und nationalen Verfolgung Einzelner und ganzer Bevölkerungsgruppen“ [dann hätten sie freilich 1945 für Juden und Antifaschisten deutscher Nationalität in keinem Falle gelten dürfen];
– „die Liquidierung des nazistischen und faschistischen Totalitarismus“ [dieser rechtfertigt natürlich keine Anwendung der Kollektivschuld];

[3347] Die Presse, 20. Juni 2003, 1 und 3.

[3348] Ulrich Schmid, Verstimmung zwischen Prag und Berlin, in: NZZ, 23. Juni 2003, 2.

[3349] Freilich gibt es hier den psychologisch auf Opfer- wie Täterseite bis heute nachwirkenden Unterschied, dass Flucht und Vertreibung aus Polen und Jugoslawien zum größeren Teil mit umfassenden Kriegshandlungen einhergingen, während dies in Tschechien im Wesentlichen nur für das schlesische Gebiet und Nordmähren zutraf. – Vgl. Maria, Daria und Olga RAZUMOVSKY, Unser Abschied von der tschechischen Heimat. Tagebücher 1945-1946 (Wien – Köln – Weimar 2000).

– „die Forderung nach Bestrafung und Vergeltung für Unbill und Unrecht“ [diese hätte nur für NS-Täter gelten dürfen];
– „die Ausgangsvorstellungen von einer friedlichen Nachkriegsordnung“ [Enteignung, Entrechtung und Aussiedlung fanden zum Glück keinen Eingang in die UN-Charta].[3350]

Dennoch entschloss sich Ende Februar 2004 eine deutliche Mehrheit des Prager Parlaments, ein Gesetz zu verabschieden, das nur einen einzigen Satz umfasste: „Edvard Beneš hat sich um den Staat verdient gemacht“ (*Edvard Beneš zasloužil se o stát*). Als Vorlage diente ein gleichlautendes Gesetz für den ehemaligen Präsidenten Tomáš Garrigue Masaryk, das von der tschechoslowakischen Nationalversammlung am 26. Februar 1930 verabschiedet worden war. Die Abgeordneten der regierenden Sozialdemokraten, der oppositionellen Kommunisten und eines Teiles der konservativen Bürgerpartei ODS waren nun offensichtlich der Meinung, das Parlament sollte in Richtung derer, die „die Nachkriegsordnung in Zweifel ziehen“, ein Zeichen setzen. Gemeint waren in erster Linie die Sudetendeutschen, wohl aber auch Politik und öffentliche Meinung in Deutschland, Österreich und Ungarn. Daher warteten die tschechischen Abgeordneten auf Rat des Außenministers Cyril Svoboda die österreichische Ratifizierungsdebatte über den tschechischen EU-Beitritt ab, die ohne Aufregung und lediglich mit einigen FPÖ-Gegenstimmen über die Bühne ging. Nun wurde den Prager Abgeordneten im Foyer ihres Parlamentsgebäudes auch eine umfangreiche Ausstellung gezeigt, in der die Parlamentsbibliothek Zeitungsausschnitte vom Selbstmord Hitlers, vom Ende des Protektorats und vom „Abschub“ der Sudetendeutschen präsentierte. Von den langjährigen Vorbereitungen des Präsidenten Beneš und seiner Exilregierung zur Entrechtung, Enteignung und Vertreibung der Sudetendeutschen und der schicksalsträchtigen Machtübergabe an den kommunistischen Ministerpräsidenten Gottwald war freilich nichts zu lesen. Überraschenderweise erhob der Senat, die zweite Kammer des tschechischen Parlaments gegen das Gesetz Einspruch, da eine Mehrheit offensichtlich eine Belastung der Beziehungen zu den deutschsprachigen Nachbarn befürchtete. Dennoch überstimmte das tschechische Unterhaus am 13. April 2004 mit 123 von 187 Stimmen dieses Veto. Die Gesetzesvorlage ging daraufhin an den Präsidenten Klaus, der ebenfalls ein Veto hätte einlegen können, wonach neuerlich das Unterhaus befasst gewesen wäre. Aber Klaus akzeptierte die Gesetzesvorlage, worauf sie in Kraft trat.[3351]

Das tschechische Parlament würdigte mit seinem Mehrheitsbeschluss offensichtlich den wesentlichen Beitrag Beneš’ zur Gründung der Tschechoslowakei 1918 und zu ihrer Wiederherstellung 1945, übersah aber, dass Präsident Beneš zweimal zurückgetreten war – 1938 unter dem Druck des Münchener Abkommens und 1948 unter dem Druck der kommunistischen Machtübernahme. Vor al-

[3350] Jech, Němci a Maďaři, 101.

[3351] Hans-Jörg Schmidt, Um den Staat verdient gemacht, in: Die Presse, 27. März 2004, 4; Hans-Jörg Schmidt, Parlament hält an Ehrung für Beneš fest, in: Die Presse, 14. April 2004, 5.

lem aber: Ein Politiker, der infolge der Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Sudetendeutschen solche gewaltigen Zerstörungen der Wirtschafts- und Sozialstruktur großer Gebiete gegen den Willen der dort ansässigen und mehrere Millionen zählenden Bevölkerung zu verantworten hatte, hat sich um den betroffenen Staat nicht „verdient“ gemacht, höchstens um die Nutznießer solcher Vertreibung und Zwangsaussiedlung. Das Epitheton „demokratisch“ ist daher nur insoferne angebracht, als die tschechische Mehrheitsbevölkerung der sudetendeutschen Minderheit ihren Willen aufzwang.[3352]

Der ungarische Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány kritisierte die Denkmalenthüllung im Budapester Radio Kossuth: Die Beneš-Dekrete seien für das geeinte Europa ein sehr fragwürdiges Erbe; so etwas könne nicht weitergetragen werden; das Prinzip der Kollektivschuld, das den umstrittenen Dekreten zugrunde liege, sei im gegenwärtigen Europa inakzeptabel. – Auch auf die ungarische Kritik reagierte die Prager Politik indigniert. Ministerpräsident Jiří Paroubek bezeichnete die Ehrung für Beneš als innertschechische Angelegenheit und ermahnte Ungarn, über seine assistierende Rolle bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei nach dem Münchener Abkommen 1938 nachzudenken.[3353]

In Österreich verhielten sich Politik und Medien erstaunlich zurückhaltend. Erst am 20. Jänner 2005 – zehn Jahre nach dem letzten Besuch eines österreichischen Regierungschefs – stattete Bundeskanzler Wolfgang Schüssel seinen ersten offiziellen Besuch in Prag ab. Die auflagenstärkste tschechische Tageszeitung *Lidové noviny* hatte einen wenig freundlichen Vorkommentar veröffentlicht: „Von Wien nach Prag gab es immer einen längeren Weg als jenen von Prag nach Wien“, und: Das Niveau der gegenseitigen Beziehungen sei „sehr elend“. In den Gesprächen mit seinem Amtskollegen Stanislav Gross und mit dem Präsidenten Klaus ging es aber nun vorwiegend um gemeinsame Transit- und Arbeitsmarktprobleme sowie um eine möglichst gemeinsame Haltung zur EU-Verfassung, gegen die im Europäischen Parlament zwei Drittel der tschechischen Abgeordneten gestimmt hatten. Zu den „Beneš-Dekreten“ erklärte Schüssel lediglich, dass Österreich die Klagen vertriebener Sudetendeutscher vor dem EU-Gerichtshof in Strassburg bezüglich der Rückgabe ihres einstigen Eigentums möglicherweise nicht aktiv unterstützen werde, dass aber jeder Bürger Europas seine Rechte einfordern könne, „auch wenn ich davon ausgehe, dass es gerade in diesem Fall umstritten sein wird“. Immerhin erwartete Schüssel, dass die Tschechische Republik im Jahre 2005, 60 Jahre nach Kriegsende, „Akzente“ setzen werde.[3354]

Tatsächlich genehmigte die tschechische Regierung im Sommer 2005 30 Millionen Kč, um in Form von Ausstellungen, Rundfunk- und Fernsehbeiträgen, eines wissenschaftlichen Sammelbandes und der Veröffentlichung von etwa

[3352] Vgl. Prinz, Jaksch – Beneš, 7f.
[3353] Schmidt, Parlament, 5..
[3354] Wiener Zeitung, 21. Jänner 2005, 9; Kurier, 21. Jänner 2005, 4; Die Presse, 21. Jänner 2005, 3; Der Standard, 21. Jänner 2005; 3; Oberösterreichische Nachrichten, 21. Jänner 2005.

60 Dokumenten für den Schulgebrauch auf die Aktivitäten und Schicksale der deutschen Antifaschisten vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg hinzuweisen. Am 31. Juli 2005 enthüllte der Oberbürgermeister von Ústí nad Labem (Aussig), Petr Gandalovič, auf der Elbebrücke, die den Namen Edvard Beneš trägt, eine Gedenktafel in tschechischer und deutscher Sprache: „NA PAMĚŤ OBĚTÍ NÁSILÍ 31. ČERVENCE 1945. ZUM GEDENKEN AN DIE OPFER DER GEWALT VOM 31. JULI 1945." Die Tafel erinnert seither an eines der schlimmsten Verbrechen aus der Zeit der wilden Vertreibungen der Sudetendeutschen, als nach einer Explosion in einer Munitionsfabrik die Deutschen durch die Stadt gejagt, blindwütig erschlagen und auch von der Elbebrücke gestoßen wurden. Tschechische Historiker um das Collegium Bohemicum unter Führung von Vladimir Kaiser konnten mittlerweile die Mordaktionen weitgehend aufklären, die von Sudetendeutschen behaupteten Opferzahlen von mehreren Tausend aber nicht bestätigen.[3355] Am 23. Mai 2006 wurde in Prag im Beisein des tschechischen Ministerpräsidenten Paroubek ein Dokumentationsprojekt eröffnet, das die Schicksale aktiver NS-Gegner darstellen sollte, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Zusammenhang mit den gegenüber der sogenannten feindlichen Bevölkerung in der Tschechoslowakei ergriffenen Maßnahmen gelitten hatten. Das staatliche Projekt hat zum Ziel, die Verdienste aller ehemaligen tschechoslowakischen Staatsbürger zu würdigen, die im Kampf gegen NS-Deutschland für eine freie und demokratische Tschechoslowakei eintraten; gleich welcher Nationalität und welchen Glaubens die ehedem tschechoslowakischen Staatsbürger, die sich diese Verdienste erwarben, auch waren.[3356] – Dieser Schritt stellte zweifellos eine bedeutende Öffnung der bisherigen ethnischen Schranken dar. Diese Öffnung zeigte sich etwa in der Empörung der *Lídové noviny* über anti-österreichische Karikaturen in der Prager Wochenzeitung *Reflex*. Die Österreicher wurden dort als Kreuzung aus Sudetendeutschen und böhmischen Putzfrauen dargestellt, die schlimmere Nationalsozialisten als die Deutschen gewesen seien und sich nach dem Krieg als deren erste Opfer geriert hätten. Die *Lídové noviny* konterten ziemlich selbstkritisch:

> „[…] Diese Karikaturen sind schamlos. […] Österreichs Haltung zum deutschen Nationalsozialismus ähnelt der tschechischen Haltung zum Bolschewismus wie ein Ei dem anderen. Tschechische Politiker nutzten – nicht sehr tapfer – den Zweiten Weltkrieg dazu, ihre deutschen Mitbürger zu bestehlen und aus dem Land zu vertreiben. […] Und während bei den Wahlen in der ČSR 1946 die Kommunisten 38 Prozent bekamen, waren es ein Jahr davor unter größerem politischem Druck in Österreich nur 5,5 Prozent."[3357]

[3355] Hans-Jörg Schmidt, Unter der Beneš-Brücke, in: Die Presse am Sonntag, 1. August 2010, 38.

[3356] Doubravka Olšáková, Projekt vlady České republiky k dokumentaci osudů aktivních odpůrců nacismu, in: Soňa Nezhodová – Doubravka Olšáková – Vilém Prečan (Hgg.), In memoriam Johann Wolfgang Brügel (Hustopeče 2007) 234-244; Josef Kreuter (Botschafter der Tschechischen Republik in der Schweiz), Prags Umgang mit den Beneš-Dekreten, in: NZZ, 22. Juni 2006, 6.

[3357] Lídové noviny, 25. Juni 2008. Anlass zu den Karikaturen gab die Aufdeckung einer über 20 Jahre dauernden inzestiösen Sexualstraftat im niederösterreichischen Amstetten.

Als die Abgeordneten Manfred Haimbuchner, Kolleginnen und Kollegen am 1. April 2008 eine eher unpräzise schriftliche parlamentarische Anfrage an die österreichische Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten, Ursula Plassnik, betreffend „Tätigkeiten in Bezug auf Beneš-Dekrete“ richteten, fiel die ebenfalls schriftliche Antwort ähnlich unpräzise aus:

> „Die Beneš-Dekrete, auf deren Grundlage unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg die deutschsprachige Bevölkerung der damaligen Tschechoslowakei enteignet und vertrieben wurde, müssen aus heutiger Sicht als völkerrechts- und menschenrechtswidrig bewertet werden. Mein Ressort arbeitet im Sinne der Entschließungen des Nationalrats vom 9. Juli 2003 und 3. Dezember 2003 weiter darauf hin, dass in weiteren Gesprächen mit der Tschechischen Republik über die Frage jener Gesetze und Dekrete aus den Jahren 1945 und 1946, die sich auf die Vertreibung von einzelnen Volksgruppen in der ehemaligen Tschechoslowakei beziehen, unter Einbindung der betroffenen Interessenvertretungen eine menschenrechtskonforme Lösung erzielt wird.
>
> Dabei konzentrieren sich unsere Bemühungen insbesondere auf die Aufhebung des sog. ‚Amnestiegesetzes‘ (Gesetz Nr. 115 vom 8. Mai 1946, auch ‚Straffreistellungsgesetz’), mit dem gewisse nach dem 2. Weltkrieg begangene Straftaten pauschal legitimiert wurden. Ferner wurde gegenüber Prag wiederholt der Vorschlag einer ‚symbolischen materiellen Geste‘ der Versöhnung vorgebracht. Am 24. August 2005 gab die tschechische Regierung eine Erklärung ‚gegenüber aktiven Gegnern des Nazismus, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Zusammenhang mit den gegenüber der sog. Feindlichen Bevölkerung in der Tschechoslowakei ergriffenen Maßnahmen gelitten hatten‘, ab. Diese Erklärung wurde sowohl von den österreichischen Regierungs- als auch von den Oppositionsparteien als wichtige Geste und als ermutigender Schritt in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit begrüßt, zumal darin das Bedauern bzw. die Entschuldigung der tschechischen Regierung ausgesprochen wurde, dass einigen Personen keine angemessene Würdigung zuteil wurde und sie im Widerspruch zu der damals gültigen Gesetzeslage behandelt wurden.“[3358]

Abgesehen davon, dass es kein Beneš-Dekret gab, das die Vertreibung der Sudetendeutschen explizit angeordnet hätte, hätte die Anfragebeantwortung wohl auch auf die offenen Restitutionsfälle hinweisen dürfen.

Durchaus im Sinne der politischen Zielsetzungen von Edvard Beneš lehnte das tschechische Innenministerium Ende August 2009 die Gründung einer „Bürgervereinigung Sudetendeutsche Landsmannschaft in Böhmen, Mähren und Schlesien“ ab. Ein entsprechender Antrag dreier tschechischer Staatsbürger wurde mit der Begründung zurückgewiesen, es sei ihr Ziel, die Verfassung und die Gesetze der Tschechischen Republik sowie die „in Demokratien garantierten Rechte und Freiheiten“ zu verletzen, da die Bürgervereinigung in ihrer Satzung „Vertreibung, Genozid und ethnische Säuberungen verurteilt, zu denen es nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Territorium Mittel- und Osteuropas gekommen ist“. Die Vereinigung forderte überdies, die Täter als „Kriegsverbrecher“ vor Gericht zu stellen, die Beneš-Dekrete aufzuheben, konfisziertes Eigentum rückzuerstatten und den Vertriebenen das Recht auf Erwerb der tschechischen Staatsbürgerschaft zuzu-

[3358] Anfragebeantwortung BM für europäische und internationale Angelegenheiten, 3961/AB XXIII. GP, 29. Mai 2008.

billigen. Das Innenministerium entgegnete, dass das tschechische Verfassungsgericht bereits im März 1995 die Konfiszierungsdekrete als „legal“ und „legitim“ bezeichnet habe, als eine „adäquate und wertmäßig begründete Reaktion“ auf die Haltung der Deutschen in Böhmen und Mähren während der Krisenjahre der Zwischenkriegszeit. Im Übrigen widerspreche der Anspruch auf Restitution und Entschädigung dem Potsdamer Abkommen 1945 sowie dem Pariser Überleitungsvertrag von 1954, der es nicht erlaube, Besitzansprüche gegenüber Ländern der siegreichen Koalition zu erheben, zu denen auch die Tschechoslowakei gehört habe.[3359] – Die Nachkriegsgeschichte war somit nach 64 Jahren wieder zu ihrem Ausgangspunkt zurückgekehrt.

Zwei Tage vor der Unterzeichnung des Lissabon-Vertrages durch den polnischen Präsidenten Lech Kaczynski erhob der tschechische Präsident Klaus am 8. Oktober 2009 die Forderung, dass für Tschechien der Reformvertrag der EU um eine die Charta der Grundrechte betreffende Klausel ergänzt werde. Der Lissabon-Vertrag stelle für Tschechien einen tiefen Einschnitt dar, weil dem EU-Gerichtshof in Luxemburg die Möglichkeit gegeben werde, Gesetze in den einzelnen EU-Ländern auf ihre Übereinstimmung mit der Grundrechtscharta der EU zu überprüfen – so Klaus in seiner Begründung. Es gehe nun um eine Garantie für Tschechien, dass durch das Inkrafttreten des Vertrags keine besitzrechtlichen Ansprüche von Sudetendeutschen aufkommen könnten. Die Beurteilung solcher Forderungen könne zur Rechtsunsicherheit in Tschechien führen und bestehende Gerichtsurteile umstoßen. Die Zeitung *Mlada Fronta DNES* verwies auch auf eine Quelle in der Präsidentenkanzlei, laut welcher Expertisen vorlägen, die die Gutheißung sudetendeutscher Ansprüche als möglich bezeichneten. Selbst der tschechische Senatspräsident Přemysl Sobotka bezeichnete Klaus’ Forderung als etwas spät, auch wenn er inhaltlich keine Vorbehalte habe. Aber der schwedische Ministerpräsident Reinfeldt reagierte als Vorsitzender des EU-Rates durchaus unwirsch: Dies sei das falsche Signal zum falschen Zeitpunkt. Klaus hätte genügend Gelegenheiten und ausreichend Zeit gehabt, Einwände gegen den Lissabon-Vertrag und dessen Anhänge vorzubringen. Und der fanzösische Außenminister Kouchner bemerkte wenig diplomatisch, es liege nun am tschechischen Volk, seinen Präsidenten zur Ordnung zu rufen.[3360]

Aber zwei von drei Tschechen waren der Ansicht, dass die Annahme des Lissabon-Vertrages ohne die von Klaus verlangte Fußnote die Beneš-Dekrete gefährden könnte, und 57 % glaubten, dass Klaus in dieser Angelegenheit die nationalen Interessen vertrete. Allerdings übersahen sie, dass die Alliierten die Entrechtung und Vertreibung der Sudetendeutschen und den Raub ihres Eigentums geduldet hatten und die fortwährende Wirkung der Beneš-Dekrete auf dem politischen Willen beruhte, die eigentumsrechtlichen Folgen der Nachkriegs-

[3359] Kps [Karl Peter Schwarz], Sudetendeutsche gescheitert. Prag untersagt die Gründung einer Landsmannschaft, in: FAZ, 2. September 2009, 2.

[3360] (ruh.), Klaus verlangt Zusatz zum Lissabon-Vertrag, in: NZZ, 10. Oktober 2009, 4.

ordnung nicht anzutasten. Solange dieser Wille besteht, brauchen sie auch nicht zu befürchten, dass der Europäische Gerichtshof sich eines Unrechts aus der unmittelbaren Nachkriegszeit annimmt. Ende Oktober 2009 gewährte die EU-Kommission tatsächlich die durchaus problematische Herausnahme Tschechiens aus der Charta der Grundrechte, und nach einem Erkenntnis des Brünner Verfassungsgerichts unterzeichnete Präsident Klaus den Beitritt Tschechiens zum Lissabon-Vertrag.[3361]

Am 10. April 2010 enthüllte der sozialdemokratische Brünner Oberbürgermeister Roman Onderka vor der Juridischen Fakultät der Masaryk-Universität eine Statue von Edvard Beneš. Onderka verwies in seiner Ansprache auf das Erbe und die „gravierenden politischen Qualitäten" des zweiten tschechoslowakischen Präsidenten. Der Brünner Journalist Michal Kašpárek wollte aber in seinem Kommentar in *Brno Now*, einem „daily guide to Brno for smart people", nicht mit dem „Rest" seiner Stadt applaudieren:

> „[…] Lasst uns vergessen, dass Beneš kaum mit Brünn zu tun hatte und dass er ein ‚Verlierer-Präsident' war (er beendete seine erste Amtszeit, indem er vor den Faschisten kapitulierte, und seine zweite Amtszeit, indem er sich den Kommunisten ergab). Ich kann einfach nicht verstehen, wie der Urheber der Beneš-Dekrete eine Statue direkt vor der Juridischen Fakultät bekommen kann. […] Die am meisten umstrittenen von ihnen wurden kurz nach Kriegsende verhängt – und sie waren beseelt von den Prinzipien der Kollektivschuld, von Nationalchauvinismus und zentraler Planwirtschaft. Im Mai 1945 konfiszierte Beneš das Eigentum der deutschen und ungarischen Einwohner der Tschechoslowakei (etwa drei Millionen Menschen). Um sein Eigentum zu retten, musste man beweisen, dass man aktiv gegen die Nazis gekämpft hatte. Er verstaatlichte auch Schlüsselindustrien, von Kohlebergwerken bis hin zu Banken. Drei Jahre bevor die Kommunisten die Macht übernahmen, zerstörte Beneš de facto die freie Marktwirtschaft in dem Land. (Diese Rechtsbeugung ist von den nach 1989 gewählten Regierungen nie geheilt worden im Gegensatz zu den Verstaatlichungen durch die Kommunisten nach 1948.) Im August 1945 enthielt das Dekret Nr. 17 [recte: Nr. 33, Anm. Suppan] den Deutschen und Ungarn in der Tschechoslowakei die Staatsbürgerschaft vor, was die Deportation eines Fünftels der Bevölkerung der Tschechoslowakei, die Hunderte von Jahren in ihren Häusern gelebt hatte, in die Nachbarländer nach sich zog.
>
> Was mich am meisten krank macht: Beneš verhinderte die Untersuchung der ethnisch motivierten Gewalt, die im Sommer 1945 in vielen tschechischen Städten angewendet wurde. Hunderte unschuldiger Frauen und Kinder wurden in diesen Monaten getötet, teilweise von tschechischen Kollaborateuren, die zu beweisen versuchten, wie loyal sie zu ihrer Nation gestanden hatten. Ich sage weder, dass Edvard Beneš die Verkörperung des Bösen war, noch, dass alle Deutschen und Ungarn unschuldige Opfer seiner Gesetze waren. Immerhin lebte Beneš in einer Zeit, die nichts mit Recht und Gesetz, wie wir sie heute verstehen, im Sinn hatte, und seine Dekrete ‚Treibt sie aus, lasst Gott sie sich vorknöpfen' beweisen dies recht gut. Es gäbe eine Menge Leute, die eine Statue vor der Juridischen Fakultät weit mehr verdient hätten als Beneš. Zu schade, dass die Tschechische Republik noch immer nicht bereit für eine nüchterne Debatte über all die Dinge ist, die zwischen 1938 und 1945 geschehen sind."[3362]

[3361] Karl-Peter Schwarz, Auf dem Boden der Verfassung, in: FAZ, 19. Oktober 2009, 1.

[3362] Michal Kašpárek, Edvard Beneš gets a statue in front of the Faculty of revenge (formerly known as the Faculty of Law), in: Brno Now, April 8, 2010.

„Töten auf Tschechisch“

Vorerst scheint noch kein Ende der Diskussionen um die „Beneš-Dekrete“ absehbar. In einer Grußbotschaft des österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer an die Sudetendeutsche Landsmannschaft Österreich vom 4. März 2010 – in Erinnerung an den 4. März 1919 (!) – bezeichnete er die „Beneš-Dekrete“ als „schweres Unrecht“ und bedauerte, dass die Debatte über den EU-Lissabon-Vertrag in Prag „leider keine positiven Auswirkungen“ auf den Standpunkt der Tschechischen Republik zu diesem Kapitel gebracht habe. Der tschechische Präsident Klaus, eben auf USA-Besuch, reagierte verärgert und gab seinem „Bedauern“ Ausdruck, dass diese „schmerzhaften historischen Themen“ im österreichischen Wahlkampf – der österreichische Bundespräsident wurde Ende April 2010 neu gewählt – wieder „missbraucht“ würden. Andere tschechische Politiker wiederholten sogar historische Irrtümer: So zeigte sich der Vorsitzende des Senats, der ODS-Politiker Přemysl Sobotka, „überrascht“, dass ein Spitzenpolitiker Österreichs noch heute die Entscheidung der Weltmächte angreife, die Beneš umgesetzt habe. Der stellvertretende Vorsitzende der KSČ, Jiří Dolejš, konstatierte, dass die Beneš-Dekrete nach wie vor Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung seien und dass jemand, der sie als schweres Unrecht bezeichne, dem historischen Kontext ausweiche. Die frühere Präsidentschaftskandidatin Jana Bobošiková aber ließ „dem Herrn Präsidenten [Fischer] sagen, dass Hitler ein Österreicher war“.[3363] – Damit war die rückwärtsgewandte nationalistische Argumentation bis 1945, 1938 und 1919 wieder geschlossen.

Aber am 6. Mai 2010 strahlte das öffentlich-rechtliche Prager Fernsehen ČT 2 zur besten Sendezeit in seinem Kultur- und Bildungskanal einen einstündigen Dokumentarfilm von David Vondráček unter dem Titel „Töten auf Tschechisch“ [*Zabijení po česku*] aus. In vier Episoden wurde erstmals belegt, wie brutal in den Maitagen 1945 tschechische Militärs und Milizen mit deutschen Zivilisten verfuhren, die noch nicht aus dem Land geflohen waren. In einem Prager Außenbezirk wurden am 10. Mai 1945 Dutzende deutsche Zivilisten auf ein freies Feld getrieben, an einem Graben aufgestellt und von hinten erschossen; denjenigen, die nicht gleich tot in den Graben fielen, fuhr ein Lastauto über Köpfe und Leiber. Die meiste Zeit widmete der Film dem Fall Postelberg (Postoloprty). In diesem nordböhmischen Städtchen wurden Ende Mai 1945 fast 800 deutsche Männer zusammengetrieben und auf bestialische Weise umgebracht. Die zwei Hauptverantwortlichen für dieses Massaker wurden nie zur Verantwortung gezogen, da sie das Straffreistellungsgesetz vom Mai 1946 schützte. Die Namen der Haupttäter konnten fast 65 Jahre später in polizeilichen Untersuchungen ermittelt werden. Der Ermittlungsbeamte zeigte sich über das Geschehen erschüttert und sprach von einem „Genozid“, den er von tschechischer Seite nie für möglich gehalten hätte. Bereits vor seiner Ausstrahlung hatte der Dokumentarfilm für heftige Kon-

[3363] Konfrontation Fischer – Klaus zu Beneš-Dekreten, in: Die Presse, 5. März 2010, 6.

troversen gesorgt. In einer Umfrage des Fernsehsender ČT 24 zeigten sich 87 % der Tschechen aber nicht überrascht, dass auch Tschechen solche Bestialitäten verübt hatten, nur 13 % hielten dies für unmöglich. In Debattenbeiträgen auf verschiedenen Internetportalen rechtfertigte aber die überwiegende Zahl der Schreiber das „revolutionäre" Vorgehen, da die Deutschen ihr Schicksal selbst provoziert hätten. *Lidové noviny* meinte in einem Kommentar, dass nur diejenigen den Film als „Verrat" bezeichnen könnten, die bis heute die Tschechen als „universale Opfer" ansehen würden, die Deutschen aber als „universale Täter". Daher sei es problematisch, dass in Tschechien bis heute die „Beneš-Dekrete" und das Amnestiegesetz, das solche Brutalitäten im Nachhinein absegnete, verteidigt würden.[3364]

Das Blatt der tschechischen Freiheitskämpfer, *Nárdoní osvobození*, attackierte den Film mit einem unglaublichen, im Unterton antisemitischen Vergleich:

> „ČT hat von Eurem Geld den kontroversen Film XXXXXX [der Titel wurde durch sechs Kreuze ersetzt!, Anm. Suppan] bezahlt. […] Der Autor des Dokuments, David Vondráček, beschreibt darin auf der Grundlage einseitigen, fallweise tendenziös erläuterten Materials einige Fälle von Nachkriegsschikanen und Tötung ‚unschuldiger' Deutscher […], gesendet zur Zeit der Maifeiern über die Niederlage Deutschlands. […] Das Tschechische Fernsehen hat sich mit der Ausstrahlung nichtobjektiven und unausgewogenen Materials zu etwas erniedrigt, das nichts mehr gemein hat mit seriöser Dokumentation. So zeigt es zum Beispiel die unglaublichen Aufnahmen eines Amateurfilmers, der den Tod einiger Deutscher in Prag aufgenommen hat. Ebenso skandalös ist die von Vondráček präsentierte Zahl der Opfer der abgeschobenen Deutschen. […] Gegenüber Vondráček ist Judas ein Stümper. […] Sich gerade in der Zeit der runden Feiern des Kriegsendes im Mai auf so etwas einzulassen, ist, als wenn am Jahrestag der Befreiung von Auschwitz das Pamphlet des Protokolls der Weisen von Zion gebracht würde."[3365]

Das Zweite Deutsche Fernsehen strahlte am 12. September 2010 einen 45-minütigen Film „Töten auf Tschechisch" aus, der in deutscher Übersetzung den auf etwa 24 Minuten gekürzten einstündigen tschechischen Dokumentarfilm enthielt. Besonders beeindruckend war hiebei ein Amateur-Schmalfilm von Jiří Chmelička vom 10. Mai 1945 über die Massenexekution von 42 deutschen Zivilisten bei einem Kino im Prager Außenbezirk Bořislavka, deren Leichen anschließend von einem schweren Armeelastwagen überrollt wurden. Die Tochter Chmeličkas erzählte: „Immer, wenn ich hier mit meinem Vater ins Kino ging, erinnerte er sich an zwei Sachen: wie er hier nach dem Attentat auf Heydrich sein Gewehr versteckte und wie hier die Deutschen starben."[3366] – Immerhin hatte schon am 3. Juni 2010 in Postelberg (Postoloprty) in Erinnerung an das Massaker von 1945 eine gemeinsame tschechisch-deutsche Gedenkfeier stattgefunden, in deren Rahmen eine tschechisch-deutsche Gedenktafel enthüllt worden war.

3364 Hans-Jörg Schmidt, „Abschlachten auf Tschechisch", in: Die Presse, 7. Mai 2010, 7; Sudetenpost, 13. Jänner 2011, 7.

3365 Petr Blahuš, Další skandal České Televize [Ein weiterer Skandal des Tschechischen Fernsehens], in: Národní osvobození, 13/2010; zitiert nach: Sudetenpost, 13. Jänner 2010, 7.

3366 Sudetenpost, 13. Jänner 2011, 7.

Am 28. November 2010 wurde dem Filmemacher Vondráček in der Frankfurter Paulskirche der Franz-Werfel-Menschenrechtspreis der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen" vor allem für seinen Dokumentarfilm „Töten auf Tschechisch" verliehen. Der Mitbegründer der Bürgerbewegung Charta 77, Petr Uhl, der nach 1989 auch Parlamentspräsident gewesen war, wies in seiner Laudatio auf die Entrüstungswelle in Tschechien hin. Diejenigen, die die Vergangenheit verwischen wollten, seien jedoch in der Minderheit. Es bleibe aber die Frage, warum sechzig Jahre lang niemand über dieses Thema habe sprechen oder schreiben wollen? Erst Vondráček habe dieses Tabu verletzt. Vondráček erwiderte in seiner Dankesrede, dass es ihm keineswegs um eine ideologische Betrachtung gegangen sei, sondern vielmehr um das Einfangen der Authentizität menschlicher Handlungen in Situationen, in denen es um alles gehe.[3367]

Als Angehörige der am 19. Mai 1945 in Dobronín (Dobrenz) bei Iglau ermordeten 13 Deutschen in den 1990er Jahren mit ihrem Heimatpriester am Tatort ein Birkenkreuz errichteten und einen Kranz niederlegten, wurden diese wenige Tage danach von einem ortsansässigen tschechischen Bauern, einem mutmaßlichen Tatbeteiligten, „entsorgt". Nach Recherchen des Fernsehjournalisten Vondráček für eine Dokumentation unter dem Titel „Sag' mir, wo die Toten sind" gab die Polizei Mitte August 2010 endlich den Auftrag, die Leichen zu exhumieren und mittels DNA-Analysen ihre Identität festzustellen. Über Nacht wurde auch wieder ein Holzkreuz aufgestellt. Am 28. Oktober 2011, dem tschechischen Nationalfeiertag, beschmierten Anhänger der außerparlamentarischen Tschechischen National-Sozialistischen Partei, die sich auf den ehemaligen Präsidenten Beneš beruft, das Kreuz mit rosa Farbe. Zugleich errichteten sie 64 Kreuze, die an die tschechischen NS-Opfer der Gegend erinnern sollen. Der kommunistische Bürgermeister erklärte, das Kreuz sei diesmal nur bemalt und nicht wie im März beschädigt worden. Milan Litavský, ein Bürger des Ortes, auf dessen Initiative das Kreuz errichtet worden war, erstattete Anzeige. Die tschechische Staatsanwaltschaft in Jihlava (Iglau) prüft bereits seit der Exhumierung eine Anklage wegen mehrfachen Mordes.[3368]

Die Prager Medien berichteten auch in den letzten Monaten des Jahres 2010 schlimme Geschichten von Mord und Totschlag aus der Zeit von Vertreibung und Zwangsaussiedlung. Der öffentlich-rechtliche Hörfunksender *Radiožurnal* recherchierte über ein Massaker bei Podersam, dem heutigen Podborany, im Saazer Land. Dort waren am 7. Juni 1945 68 Sudetendeutsche aus Rache für die Untaten der NS-Besatzer Böhmens und Mährens ermordet worden. Der TV-Journalist Vondráček

[3367] FAZ, 29. November 2010, 14; Josef Weikert, Ehrung und Schelte für Dokumentarfilm-Autor von „Töten auf Tschechisch", in: Sudetenpost, 13. Jänner 2011, 7.

[3368] Hans-Jörg Schmidt, Die Schreckensnacht von Dobrenz, in: Die Presse, 18. August 2010, 7; ARD-Nachrichten, 18. August 2010, 23,15 Uhr; Karl-Peter Schwarz, Denkmal für Deutsche geschändet, in: FAZ, 31. Oktober 2011, 5. Ein noch lebender und möglicherweise auch beteiligt gewesener Sohn eines mutmaßlichen Mörders von 1945 ist vorläufig zu keiner Aussage bereit.

beendete Anfang 2011 die Arbeiten an seinem Dokumentationsfilm „Sag' mir, wo die Toten sind". Seine Kritiker warfen ihm „Zersetzung" und „Einseitigkeit" vor. Sogar Präsident Klaus äußerte die Sorge, dass die den Massakern vorangegangenen ungleich schlimmeren Taten der Nationalsozialisten vergessen würden. Bezeichnenderweise wich der renommierte Kommentator der *Lidové noviny*, Luboš Palata, nach Pressburg aus, um in der führenden slowakischen Tageszeitung *Sme* einen langen Beitrag zum 65. Jahrestag des Beginns der öffentlichen Zwangsaussiedlung zu veröffentlichen. Am 25. Jänner 1946 war der erste Zug des organisierten Abschubs der Deutschen aus der Tschechoslowakei in die US-Besatzungszone gefahren. Palata scheute sich – nach Hinweisen auf München 1938 und das NS-Protektorat – nicht, vom „schändlichsten Kapitel der modernen tschechischen Geschichte" zu sprechen, und stellte sich die Frage, ob die Vertreibung nötig war und welche Folgen sie für Tschechien hatte. Allerdings antwortete er resignierend: „Womöglich sind wir noch immer nicht bereit, die Antwort auf diese Frage zu suchen. Und daher herrscht in Tschechien in diesen Tagen auch so eine Stille."[3369]

Dennoch scheint sich das Meinungsklima unter den Tschechen und Tschechinnen in der Frage der „Beneš-Dekrete" und der Vertreibung der Sudetendeutschen langsam zu ändern. Das Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung des Soziologischen Instituts der Tschechischen Akademie der Wissenschaften registrierte nun zum ersten Mal in demoskopischen Erhebungen, die es seit zehn Jahren durchführt, dass die „Beneš-Dekrete" nur mehr von weniger als der Hälfte der Befragten gutgeheißen werden. In einer im November 2011 durchgeführten Umfrage sprachen sich lediglich 49 % dafür aus, dass die Dekrete weiterhin gelten sollten, während bereits 17 % für eine Aufhebung plädierten; etwa ein Drittel äußerte keine Meinung. Bei der ersten Erhebung im März 2002 – am Höhepunkt der Auseinandersetzungen vor dem EU-Beitritt Tschechiens – hatten sich noch 67 % der befragten Tschechen für die Dekrete ausgesprochen. Zwar ging der Anteil der Befürworter bis 2007 auf 52 % zurück, schnellte aber 2009 wieder auf 65 % hoch, als Präsident Klaus als Bedingung für die Unterzeichnung des Lissabon-Vertrages eine Ausnahmeregelung von der Charta der Grundrechte verlangt und durchgesetzt hatte. Die Vertreibung der Deutschen – in der Umfrage *odsun* [Abschiebung] genannt – hatten 2002 noch 60 % als „gerecht" bezeichnet, 2009 noch 49 %, im November 2011 nur mehr 42 %, während bereits 39 % die Vertreibung als „ungerecht" betrachteten. Deutlich blieb jedoch die Differenzierung zwischen den Altersklassen: Die über 60 Jahre alten Tschechen hielten die Vertreibung mehrheitlich nach wie vor für „gerecht", während dies von den unter 30-jährigen nur noch 32 % behaupteten. Allerdings sahen insgesamt nur 4 % der Tschechen eine Entschädigung für angebracht, auch nur 10 % eine Entschuldigung.[3370]

[3369] Luboš Palata, České ticho okolo výročia odsunu Nemcov [Die tschechische Stille um einen Jahrestag des Abschubs der Deutschen], in: Sme (Bratislava), 27. Jänner 2011, 16; Hans-Jörg Schmidt, „Das schändlichste Kapitel unserer Geschichte", in: Die Presse, 29. Jänner 2011, 9.

[3370] Kps, Umfrage zu Beneš-Dekreten, in: FAZ, 12. Januar 2012, 4.

In der ersten direkten Präsidentenwahl in Tschechien im Jänner 2013 wurde die Frage nach den Beneš-Dekreten und der Vertreibung der Sudetendeutschen neuerlich an die Oberfläche gespült. Aus dem ersten Wahldurchgang waren der frühere Ministerpräsident Miloš Zeman und der amtierenden Außenminister Karel Schwarzenberg als Sieger hervorgegangen. Der ehemalige Sozialdemokrat Zeman hatte nicht nur seinen früheren Parteigängern sondern auch den Kommunisten hofiert, während der liberal-konservative „Fürst", 1990 von Havel als Kabinettschef auf die Prager Burg geholt, viele Anhänger in den größeren Städten und in der jüngeren Generation sammelte. Aber nicht diese fundamentalen ideologischen Unterschiede dürften in der Stichwahl am 25./26. Jänner mit 54,8 % zu 45,2 % den Ausschlag zugunsten Zemans gegeben haben, sondern die von Schwarzenberg unnötigerweise provozierte Auseinandersetzung über Vertreibung, Enteignung und Restitution in den böhmischen Ländern. Schwarzenberg hatte die Vertreibung der Sudetendeutschen als „grobe Verletzung der Menschenrechte" bezeichnet und den rechtspolitisch vermutlich richtigen Analogieschluss gezogen, dass sich in der Gegenwart Präsident Beneš wegen Veranlassung von „ethnischen Säuberungen" vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verantworten müsste. Zeman hatte darauf hin seinen Gegenkandidaten als *sudeták* abzustempeln versucht, obwohl der 1937 geborene Schwarzenberg immer tschechoslowakischer und Schweizer Staatsbürger gewesen und seine Familie vom NS-Regime verfolgt worden war. Und ein ehemaliger StB-Offizier hatte am ersten Tag der Stichwahl eine ganzseitige Anzeige in einem Boulevardblatt mit dem Vorwurf veröffentlicht, dass Schwarzenberg die Entschädigung der Sudetendeutschen anstrebe und „den Boden für die Rückgabe des Eigentums an die Nachfahren der Kriegsverbrecher" vorbereite. Auch der scheidende Präsident Klaus schürte diese nationalistischen Ressentiments, sodass einmal mehr deutlich wurde, dass die tschechische Gesellschaft von einer Aufarbeitung dieses heiklen Kapitels ihrer jüngsten Geschichte noch weit entfernt ist.[3371]

Slowakische Erinnerung zwischen Nationalaufstand und Nationalstaat

Zwischen 1945 und 1989 nahm der Slowakische Nationalaufstand (*Slovenské národné povstanie*) den zentralen Ort in der Erinnerung der Mehrheit der slowakischen Bevölkerung an den Zweiten Weltkrieg ein. Mit ihrem Anspruch auf die historische Deutungshoheit erhob die KSČ die Erinnerung an den Aufstand zur Pflicht, während die Erinnerung an die Hlinka-Partei und das Tiso-Regime verboten wurde. Das beherrschende Motiv in vielen Museen (etwa im Museum in Banská Bystrica),

[3371] Rudolf Hermann, Prager Hoffnungsträger, in: NZZ, 25. Januar 2013, 6; Hans-Jörg Schmidt, Zeman siegt mit Wahlhelfer Beneš, in: Die Presse, 27. Jänner 2013, 3; Karl-Peter Schwarz, Land gegen Stadt. in: FAZ, 28. Januar 2013, Seite 1; Cyrill Stieger, Kein Fürst auf der Burg, in: NZZ, 29. Januar 2013, 15.

vieler Denkmäler (etwa am Denkmal in Bratislava) und vieler Abbildungen waren die Widerstandskämpfer, die fast völlig mit den kommunistischen Partisanen gleichgesetzt wurden. Die kommunistische Führung versuchte der Bevölkerung sogar klarzumachen, dass sich die gesamte Nation im Widerstand befunden habe. Der Aufstand wurde auch als Voraussetzung für die Industrialisierung der Slowakei gesehen, was eine völlige Verdrehung der Fakten darstellte. Dennoch behielt der Nationalaufstand auch nach 1989 seinen herausragenden Platz, nun setzte aber die öffentliche Erinnerung an die bürgerlichen Kräfte und die Teile der slowakischen Armee ein, die maßgeblich am Aufstand beteiligt gewesen waren, namentlich unter der Führung der Generäle Viest und Golian. Zwar trat damit die Vorrangstellung der prosowjetischen, kommunistischen und antifaschistischen Deutung zurück, aber die Erinnerung an den Aufstand sollte nach wie vor vermitteln: „Wir waren im Widerstand“. Tatjana Tönsmeyer weist mit Recht auf das Paradoxon hin, dass diese Erinnerung auch die Erinnerung an die Tschechoslowakei einschließt.[3372]

Aber diese neue Erinnerung schloss den dritten Traditionsstrang innerhalb der slowakischen Bevölkerung nach wie vor aus, die Erinnerung an den Slowakischen Staat und das Tiso-Regime, das den Aufstand verurteilt hatte. Erinnert wird dabei an eine Zeit, als es „uns“ gut ging, während die slowakische Beteiligung am Holocaust als „jüdisches Problem“ abgetan wird. Die Anhänger dieses Erinnerungsstranges sahen in den 1990er Jahren die unabhängige Slowakei in der Tradition des ersten slowakischen Staates und im Präsidenten Tiso eine positive Figur. Vermutlich gab daher die Mehrheit der Vertreter dieser Erinnerung der „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ (*Hnutie za Demokratické Slovensko*) von Vladimír Mečiar ihre Stimme. Unabhängig von der aktuellen Politik mussten die neuen Darstellungen über den ersten slowakischen Staat das Tiso-Regime und das Bündnis mit NS-Deutschland thematisieren. Somit löste sich das Erinnerungsverbot aus der kommunistischen Zeit auf. Und zwangsläufig stellte sich die Frage, wer die Anhänger, Nutznießer, Sympathisanten und Mitläufer waren.[3373]

Während also der Nationalaufstand für die antifaschistische Tradition die Erinnerungsverpflichtung schlechthin darstellt und auch für die bürgerliche Erinnerung mehrheitlich positiv besetzt ist, wird er aus der Sichtweise der nationalistischen Anhänger des Slowakischen Staates als Freveltat am eigenen Staat verurteilt. Hinsichtlich der Deportation und der Vernichtung der slowakischen Juden gibt es aber eher eine „Allianz“ der antifaschistischen und der nationalslowakischen Erinnerungstradition. Nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in ihren Satellitenstaaten forcierten die kommunistischen Regime nach 1945 einen neuen Antisemitismus, der in der Tschechoslowakei als „Antizionismus“ deklariert wurde. Hierbei wurden durchaus traditionelle antisemitische Vorurteile vom „jüdischen Ausbeuter und Kapitalisten“ aktiviert. Als Ausrede für die Deportationen diente

[3372] Tönsmeyer, Slowakei, 800-802; vgl. Elena Mannová (Hg.), Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft in der Slowakei 1900-1989 (Bratislava 1997).

[3373] Tönsmeyer, Slowakei, 809f.

später der Hinweis auf den Druck des Deutschen Reiches, dem man sich nicht habe widersetzen können, ohne die Existenz des Staates zu gefährden. Erst in jüngster Zeit werden die Beteiligung der Hlinka-Garden an den Deportationen und slowakische Sammellager für Juden öffentlich gemacht.[3374]

Auch nach der Trennung zwischen Tschechien und der Slowakei galt weiterhin die politische Vereinbarung, in der Frage der „Beneš-Dekrete" keine einseitigen politischen oder rechtlichen Schritte zu setzen. Nicht nur Ministerpräsident Vladimir Mečiar, sondern auch seine Nachfolger hielten sich an diese Vereinbarung mit Václav Klaus aus dem Sommer 1992. Während der langen Regierungszeit von Mikuláš Dzurinda, des Vorsitzenden der „Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union" (SDKU), gab es kaum Diskussionen um das Fortbestehen der „Beneš-Dekrete". Immerhin waren zu Beginn des 21. Jahrhunderts politische und rechtliche Haltungsänderungen zu erkennen. Das Verfassungsgericht verlangte eine Novellierung der tschechoslowakischen Restitutionsgesetzgebung von 1991 und in diesem Zusammenhang des tschechoslowakischen Bodengesetzes Nr. 229 aus dem Jahre 1991, das alle Eigentümer von Grund und Boden von einer allfälligen Restitution ausgeschlossen hatte, die bereits vor der kommunistischen Machtübernahme 1948 eine Konfiskation erlitten hatten. Da die slowakische Verfassung allen Bürgern den Schutz des Privateigentums und dieselben Rechte garantiert – unabhängig von deren ethnischer, rassischer, religiöser oder politischer Zugehörigkeit – und um die von der EU verlangte Aufhebung der bestehenden Diskriminierung der Angehörigen der deutschen Minderheit in der Slowakei wirklich durchzuführen, sieht das novellierte Gesetz Nr. 172 aus dem Jahre 2003 auch für alle slowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität eine Restitution von Grund und Boden vor, wenn sie infolge der Beneš-Dekrete Nr. 12 und 108 enteignet worden sind. Freilich gilt dies nicht für die 1945/46 evakuierten oder vertriebenen Karpatendeutschen, die heute keine slowakischen Staatsbürger mehr sind.

Nach Neuwahlen Anfang Juli 2006 und der Bildung einer neuen Regierung bestehend aus der linkspopulistischen *Smer-SD* unter Robert Fico, der rechtsextremen Slowakischen Nationalpartei (SNS) unter Jan Slota und Vladimír Mečiars „Bewegung für eine demokratische Slowakei" (HZDS-LS) wurde sogleich wieder das slowakisch-ungarische Verhältnis belastet. Der SNS-Vorsitzende Slota scheute sich nicht, in einem Interview mit einer tschechischen Zeitung die Tschechen um die Lösung der „deutschen Frage" nach dem Zweiten Weltkrieg zu beneiden, womit er offensichtlich die 1945/46 nicht gelungene Vertreibung und Ausweisung aller Magyaren aus der Slowakei gemeint hatte. Der oppositionelle Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des ungarischen Parlaments, der Fidesz-Politiker Nemeth, verlangte von der Regierung Gyurcsány ein entschiedeneres Auftreten gegen diese „ungarnfeindlichen, nationalistischen Äußerungen" und schloss sich der Initiative des liberalen Europa-Abgeordneten Eörsi an, der ein gemeinsames

[3374] Tönsmeyer, Slowakei, 809f. Erstaunlicherweise überlebte die Synagoge in Bratislava die Kriegsjahre, fiel jedoch in den 1950er Jahren dem Straßenbauprojekt zwischen Burg und Dom zum Opfer.

Auftreten der EU-Staaten gegenüber der Slowakei verlangte, da dieser politische Radikalismus „eine gesamteuropäische Angelegenheit“ sei. Nachdem die ungarische Außenministerin Göncz in einem Brief an ihren slowakischen Amtskollegen Jan Kubiš ihre Besorgnis über Slotas Äußerungen zum Ausdruck gebracht und Kubiš sich von diesen distanziert hatte, betrachtete die ungarische Regierung diese Angelegenheit als abgeschlossen.[3375]

Am 20. September 2007 gab der Nationalrat der Slowakischen Republik mit 120 gegen 20 Stimmen (bei einer Enthaltung und neun nicht anwesenden Abgeordneten) eine Erklärung „über die Unantastbarkeit der Nachkriegsdokumente zur Regelung der Verhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg in der Slowakei“ ab, dass:

„1. die verfassungsmäßigen, gesetzlichen und politischen Entscheidungen im Rahmen der Nachkriegsordnung ähnlich wie in anderen europäischen Staaten als Folge des Zweiten Weltkrieges und der Niederlage des Nationalsozialismus gefällt wurden und von den Prinzipien des Völkerrechts ausgehen, repräsentiert durch die Folgerungen der Potsdamer Konferenz;

2. die Nachkriegsentscheidungen der repräsentativen Organe der Tschechoslowakischen Republik und des Slowakischen Nationalrates nicht der Grund einer Diskriminierungspraxis sind und auf ihrer Grundlage heute keine neuen Rechtsbeziehungen entstehen können;

3. die Rechts- und Vermögensbeziehungen, die durch diese Entscheidungen entstanden sind, unbezweifelbar, unantastbar und unveränderbar sind.“

Im Vergleich mit der Deklaration der tschechischen Abgeordnetenkammer vom 24. April 2002 fällt auf, dass die slowakische Deklaration die Dekrete des Präsidenten Beneš nicht erwähnte, dafür auf die Konsequenzen aus den Potsdamer Beschlüssen ausdrücklich hinwies. In der Präambel aber verurteilte der Slowakische Nationalrat das Prinzip der Kollektivschuld, lehnte die Revision von Gesetzen, Dekreten, Verträgen und anderen Nachkriegsentscheidungen der slowakischen und tschechoslowakischen Organe ab, die eine Änderung der Rechts- und Vermögensbeziehungen bedeuten würde, respektierte die Verträge zwischen den siegreichen und den besiegten Staaten (zu denen auch der Slowakische Staat gehörte!), nahm die Bestimmungen des Abkommens über den Bevölkerungsaustausch zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn vom 27. Februar 1946, des Friedensvertrages mit Ungarn vom 10. Februar 1947 und des Strba-Protokolls vom 25. Juli 1949 wahr, wünschte sich die Entwicklung guter nachbarschaftlicher Beziehungen mit der Republik Ungarn und strebte nach einer Fortsetzung des Integrationsprozesses in der Europäischen Union, „mit dem festen Willen, mit der Öffnung von Fragen abzuschließen, die mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und seinen Ergebnissen zusammenhängen“.[3376]

[3375] (R.O.) in: FAZ, 4. August 2006, 6; (kps) in: FAZ, 5. August 2006, 6.

[3376] Beschluss des Nationalrates der Slowakischen Republik vom 20. September 2007 (Übersetzung der Botschaft der Republik Österreich in Bratislava). Ich danke Herrn Botschafter Wessely für die Überlassung des Dokuments.

Für die österreichische Außenministerin Plassnik zeigte diese Erklärung, „dass die Aufarbeitung der Beneš-Dekrete auf slowakischer Seite noch eines Prozesses der Selbstreflexion bedarf, der auf der Ebene der slowakischen Zivilgesellschaft unter Einbeziehung der in der Slowakei lebenden Minderheiten stattfinden sollte. In der expliziten Ablehnung der Kollektivschuld in der slowakischen Parlamentserklärung kann ein diesbezüglicher Ansatz erkannt werden.“[3377] Aber am 19. Oktober 2009 verlangte auch der slowakische Ministerpräsident Fico von der EU-Kommission eine analoge Behandlung wie Tschechien – also eine Herausnahme der Slowakei aus der Charta der Grundrechte –, wiewohl Bratislava den Lissabon-Vertrag bereits ratifiziert hatte. Dieses reichlich späte Verlangen wurde freilich in Brüssel einhellig zurückgewiesen.[3378]

Im Dezember 2009 unterzeichneten die Slowakei und Liechtenstein ein Memorandum über die Kooperation in Politik, Wirtschaft und Kultur. Das Memorandum umfasste auch die gegenseitige völkerrechtliche Anerkennung und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Ungeklärt bleiben aber auch hier die Ansprüche des Fürstentums aus der entschädigungslosen Enteignung im Gefolge der „Beneš-Dekrete“, auch wenn der Liechtensteinische Besitz in der heutigen Slowakei bedeutend kleiner war als im heutigen Tschechien.[3379]

Weniger spannungsgeladen erscheint die slowakische Erinnerung an die zum Teil schweren Kämpfe zwischen Wehrmacht, SS und Roter Armee auf dem Boden der Slowakei in den ersten Monaten des Jahres 1945. Bereits zum zweiten Mal wurden am 28. Juli 2007 auf Initiative des Geschäftsmannes Jozef Hostinský – gleichzeitig Obmann des „Klubs für Militärgeschichte“ – im Dorf Starý Tekov, gleich hinter dem Atomkraftwerk Mochovce, die „Kämpfe an der Hron (Gran)“ im März 1945 nachgespielt. In Anwesenheit des slowakischen Parlamentspräsidenten, des slowakischen Verteidigungsministers und des russischen Staatsfernsehens wurde unter der Regie eines Moderators exakt zwischen 13.10 und 14.40 Uhr auf Stoppelfeldern eine „Schlacht“ vorgeführt, in der deutsche und russische Kommandos erteilt wurden, Originalfahrzeuge auffuhren, Rotarmisten und Wehrmachtssoldaten aus den Schützengräben sprangen und 20.000 Patronen verschossen wurden, Kosaken einen Kavallerieangriff ritten, sowjetische Raketenwerfer (*Katjuša*) heulten und Sanitäter Verwundete versorgten, die freilich bereits mit durchgebluteten Verbänden auf das Schlachtfeld gezogen waren. Die etwa 270 Darsteller – durchwegs Slowaken und slowakische Ungarn – konnten sich aussuchen, auf welcher Seite sie kämpfen wollten, und teilten sich „ganz gut auf, halbe-halbe“. Nicht einmal die Schein-Exekution eines auf deutscher Seite entdeckten Diversanten konnte die gute Stimmung der zahlreichen zahlenden Zuschauer stören.[3380]

3377 Anfragebeantwortung BM für europäische und internationale Angelegenheiten, 3961/AB XXIII. GP, 29. Mai 2008.

3378 „Lissabon“-Drohgebärden auch aus Bratislava, in: NZZ, 20. Oktober 2009, 5.

3379 G. M., Liechtenstein und die Slowakei einigen sich, in: NZZ, 22. Dezember 2009, 32.

3380 Martin Leidenfrost, 13.10 bis 14.40 Uhr: Weltkrieg, in: Die Presse, Spectrum, 4. August 2007, IV.

IN JUGOSLAWIEN, ÖSTERREICH, DEUTSCHLAND UND ITALIEN

Die Kommunistische Partei Jugoslawiens unter Führung des Parteichefs und Marschalls Josip Broz Tito gab dem zweiten Jugoslawien eine völlig neue staatliche wie gesellschaftliche Struktur. Der staatlich-nationale anstelle des ethnischen Jugoslawismus wurde mit einer kommunistischen Gesellschaftsordnung kombiniert. Die neue Solidargemeinschaft beruhte auf Erfahrungen, Erinnerungen und Mythen des Widerstandes gegen die nationalsozialistischen und faschistischen Eroberer und Besatzer sowie gegen deren Helfershelfer, zu denen vor allem die kroatischen *Ustaše*, die serbischen und montenegrinischen *Četnici*, die slowenischen *Domobranci* sowie die volksdeutschen, albanischen und bosnisch-muslimischen „Volksverräter" gezählt wurden. Darüber hinaus wurden gemäß marxistischer Interpretation die „Bourgeoisie", das „Kapital", der „großserbische Hegemonismus", das serbische Königshaus und die Kirchen – vor allem die römisch-katholische und die serbisch-orthodoxe – für die nationalistischen Spannungen im ersten Jugoslawien verantwortlich gemacht. Jede „Vergangenheitsbewältigung", die im Widerspruch zu dieser öffentlichen Gedächtniskultur stand, wurde tabuisiert, ja oft auch kriminalisiert. Der „antifaschistische Volksbefreiungskrieg", die „sozialistische Revolution" und der Slogan „Brüderlichkeit und Einheit" bildeten das Ideologem des Tito-Regimes, der 29. November 1943, der Jahrestag der 2. AVNOJ-Sitzung in Jajce, wurde als neuer Staatsfeiertag festgelegt.[3381]

Ziel der kommunistischen Geschichts- und Erinnerungspolitik war es, das Andenken an die Heldentaten der Partisanen, die Brutalität der Gegner und die Opferzahlen des Zweiten Weltkrieges wachzuhalten. Hierbei folgte man anfänglich durchaus sowjetischen Vorbildern, einschließlich des Aufbaus eines „Führerkults". Jugoslawien widmete sich 45 Jahre lang mit großem Aufwand der Pflege der Tradition des Volksbefreiungskrieges und der Erfolge der Partisanen im Zweiten Weltkrieg. Die Partisanenbewegung und der Volksbefreiungskrieg wurden nach den Worten Titos als ein „continual, unequal and bitter struggle against an enemy a hundred times stronger" mythologisiert. Nach dem Bruch zwischen Stalin und Tito behaupteten die Partisanen sogar, sich weitgehend aus eigener

[3381] Holm SUNDHAUSSEN, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten. Konstruktion, Dekonstruktion und Neukonstruktion von „Erinnerungen" und „Mythen", in: Monika Flacke (Hg.), Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums (Berlin 2005) I, 373-426, hier 373-375; Andrew WACHTEL and Christopher BENNETT, The Dissolution of Yugoslavia, in: Charles Ingrao and Thomas A. Emmert (eds.), Confronting the Yugoslav Controversies (Washington D.C. – West Lafayette, Indiana 2009) 12-47, hier 17-19.

Kraft befreit zu haben, und negierten die entscheidende Hilfe der Roten Armee im Herbst 1944. In Schulen, Veranstaltungen (vor allem der jährlichen *štafeta* zu Titos Geburtstag im Mai), Zeitungen, Filmen (etwa den Partisanenfilmen *Kozara*, *Sutjeska* und *Bitka na Neretvi*), Partisanenliedern, Fernsehen, Museen, Ausstellungen und Denkmälern versuchte das Regime mit einigem Erfolg, ein beinahe ausschließlich die kommunistische Machtergreifung und die Herrschaft Titos legitimierendes Geschichtsbild in der breiten Bevölkerung zu verankern. Am deutlichsten ist dieses Geschichtsbild noch immer in den Vitrinen des Belgrader Militärmuseums (*Vojni muzej*) auf dem Kalemegdan nachzuvollziehen. Diesem ziemlich einseitigen offiziellen Geschichtsbild entsprechend, wurde lediglich der Opfer der nationalsozialistischen und faschistischen Okkupation bzw. des *Ustaša*-Regimes gedacht. So wurde bereits 1948 vom Bildhauer Antun Augustinčić in Titos Geburtsort Kumrovec eine Statue errichtet, 1963 in Kragujevac ein „Denkmal für die ermordeten Professoren und Schüler", 1965 in Jasenovac vom Ende der 1980er Jahre nach Wien übersiedelten Belgrader Architekten Bogdan Bogdanović eine 24 Meter hohe „Steinerne Blume" aus Beton über den Massengräbern des kroatischen Vernichtungslagers Jasenovac.[3382]

Dem kommunistisch-partisanischen Geschichtsbild entsprechend galten alle zwischen 1941 und 1945 auf jugoslawischem Boden agierenden deutschen, italienischen, ungarischen und bulgarischen Soldaten, im Besonderen ihre Offiziere, als Kriegsverbrecher. Dies galt freilich auch für die mit den Okkupatoren kollaborierenden *Ustaše*, *Domobrani*, *Četnici*, Muslime und *Domobranci*. Der Vorwurf des Verrats und Verbrechens machte jedoch auch vor der deutschen, ungarischen, rumänischen, bulgarischen und italienischen Zivilbevölkerung nicht Halt, am wenigsten vor den „Volksdeutschen", also den Donauschwaben, Untersteirern und Gottscheern. Von partisanischen bzw. kommunistischen Verbrechen an diesen Personengruppen sprach niemand; die bloße Erwähnung hätte strafrechtliche Konsequenzen nach sich gezogen. Der „revolutionäre" Terror und die kommunistische Repression nach sowjetischem Vorbild hatten die Eliminierung und Liquidierung aller „Volksfeinde" vorgesehen. Dementsprechend errichtete die OZNA im ganzen Land Gefängnisse und ließ allein in Serbien Hunderte bekannte Persönlichkeiten aus der intellektuellen Elite – Professoren, Publizisten, Redakteure, Schauspieler, Studenten – hinrichten. Öffentliche Prozesse wurden nicht nur gegen frühere Politiker (vor allem der Nedić-Regierung) und Offiziere der früheren jugoslawischen Armee (vor allem gegen Draža Mihailović) geführt, sondern auch gegen Angehörige dieser intellektuellen Elite.[3383]

[3382] Velikonja, Titostalgia, 17f. In Veljko Bulajić' Hymnus "Die Schlacht an der Neretva" (1969) spielten immerhin die Hollywood-Stars Yul Brynner, Curd Jürgens und Orson Welles die Hauptrollen. – Bredekamp, Bildakte, 41; Andreas Breitenstein, Vergessen in Stein. Titos einsame Mahnmale, in: NZZ, 14. August 2012, 17.

[3383] Srđan Cvetković, Repressia in Serbia 1944-1953, Vortrag im Institut für Geschichtswissenschaft der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest, 30. September 2011.

Daher waren in vielen serbischen, kroatischen und slowenischen Familien auch andere Erzählungen bekannt als die vom heldenhaften Widerstand gegen die Okkupatoren: auch die vom relativ friedlichen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenleben vor 1941, von Mischehen, von gemeinsamen Fußballklubs und vom Erlernen der Sprache des Anderen, sogar von gewissen Hilfestellungen während des Zweiten Weltkrieges. Das offiziell verordnete Geschichtsbild erlangte daher keineswegs in der gesamten Bevölkerung allgemeine Gültigkeit.[3384]

Eine bisher weder politisch noch historiographisch beachtete Konsequenz ergab sich etwa bereits aus den im November 1945 nacheinander stattfindenden Wahlen zu den Parlamenten in Budapest, Belgrad und Wien. Im deutlichen Unterschied zur jugoslawischen Wahl, die von der KPJ total kontrolliert wurde, war die Wahl zum österreichischen Nationalrat am 25. November 1945 nach der Wahl in Ungarn[3385] tatsächlich die zweite freie Parlamentswahl in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Zur allgemeinen Überraschung – nicht nur der vier Besatzungsmächte, sondern auch der SPÖ, der KPÖ und sogar der ÖVP selbst – gewann die bürgerlich-bäuerlich-christlichsoziale ÖVP beinahe die absolute Mehrheit an Stimmen und 85 der 165 Mandate. Die KPÖ machte in ihren Wahlanalysen das Nachwirken des NS-Gedankengutes und den Einfluss der katholischen Kirche verantwortlich[3386], die SPÖ war froh, die von der sowjetischen Besatzungsmacht stark unterstützte KPÖ als Kleinpartei – wie zwischen 1919 und 1933 – eingedämmt zu haben. Die ÖVP wurde sich erst im Nachhinein der nachhaltigen Wirkung ihrer Wahlslogans zugunsten der Sicherung des Eigentums sowie ihres massiven Eintretens für die Rückkehr der Kriegsgefangenen und der scharfen Verurteilung der Massenvergewaltigungen seitens der Rotarmisten bewusst.[3387] Erstaunlicherweise fand und findet sich in keiner Wahlanalyse ein

[3384] Wolfgang Höpken, Post-sozialistische Erinnerungskulturen im ehemaligen Jugoslawien, in: Emil Brix, Arnold Suppan und Elisabeth Vyslonzil (Hgg.), Südosteuropa. Traditionen als Macht (Wien – München 2007) 13-50. Auch Helmut Käutners österreichisch-jugoslawischer Film „Die letzte Brücke“ (1953) passte nicht ins verordnete Klischee, in dem er den „Banditen“, gemeint waren die Partisanen, eine moralische Kraft zusprach, die eine deutsche Lazarettschwester (gespielt von Maria Schell) dazu bewog, zu ihnen überzulaufen. – Bredekamp, Bildakte, 43.

[3385] Bei der am 4. November 1945 abgehaltenen Wahl zur ungarischen Nationalversammlung gewann die Unabhängige Bürgerliche Partei der Kleinen Landwirte und Landarbeiter 57 % der Stimmen und 245 Mandate, die Ungarische Kommunistische Partei 17 % der Stimmen und 70 Mandate, die Sozialdemokratische Partei Ungarns 17,5 % der Stimmen und 69 Mandate, die Nationale Bauernpartei 23 Mandate und die Bürgerlich-Demokratische Partei 12 Mandate. – Glatz, A magyarok krónikaja, 643.

[3386] Bericht von Friedrich Hexmann, 8. Dezember 1945, in: Wolfgang Mueller – Arnold Suppan – Norman M. Naimark – Gennadij Bordjugov (Hgg.), Sowjetische Politik in Österreich 1945-1955. Dokumente aus russischen Archiven. Sovetskaja politika v Avstrii 1945-1955gg. Dokumenty iz Rossijskich archivov (Wien 2005) 223-233.

[3387] Der Erzbischof von Wien, Theodor Kardinal Innitzer, hatte intern den Katholikinnen die Unterbrechung ungewollter Schwangerschaft nach Vergewaltigung freigegeben, und auch die Ärzte wurden von einer Strafandrohung freigestellt.

Hinweis auf die Wirkung von Enteignung und Entrechtung durch die „AVNOJ-Beschlüsse“ und „Beneš-Dekrete“ auf die österreichischen Wähler. Andererseits kann als gesichert gelten, dass die Hunderttausenden nach Österreich geflüchteten und vertriebenen Sudeten- und Karpatendeutschen, Donauschwaben und Sloweniendeutschen in ihren Aufnahmegebieten – und das war praktisch ganz Österreich mit Ausnahme von Tirol und Vorarlberg – sehr wohl von ihren harten Schicksalen berichteten. So erscheint es naheliegend, dass so gut wie alle größeren und mittleren „Besitzenden“, aber auch eine deutliche Mehrheit der kleinen Eigentümer bei dieser Wahl die ÖVP wählten, und zwar unabhängig davon, ob sie vor 1933 die Christlichsozialen, den Landbund, die Großdeutsche Volkspartei, die Sozialdemokratische Partei oder gar die NSDAP gewählt hatten. Vor allem muss auch berücksichtigt werden, dass 63 % der Wähler Frauen waren – in Wien sogar 68 %, für die nicht nur die Vergewaltigungen und die Kriegsgefangenschaft ihrer Söhne, Männer, Väter und Brüder wesentliche Entscheidungskriterien waren, sondern auch die Sicherung von Eigentum und Besitz.[3388]

Wie die KPÖ, so wusste auch die jugoslawische Nachrichtenagentur *Tanjug* die Ergebnisse der österreichischen Nationalratswahl nur propagandistisch zu deuten; so glaubte sie sogar – völlig irreführend – die Anhänger der Nationalsozialisten und der Habsburger in einen Topf werfen zu müssen:

> „[...] Bei den Wahlen [in Österreich] siegten jene Kräfte, die in der Wahlkampagne den Kampf gegen die Festigung einer nationalen Einheitsfront für Unabhängigkeit und Demokratie führten; es siegten jene Kräfte, die gegen eine Vernichtung der Reste des Nationalsozialismus in Österreich waren, dieselben Kräfte, die sich gegen eine Säuberung des Staats- und Wirtschaftsapparates sträubten – es siegten jene Kreise, die gegen die Nationalisierung der Schlüsselindustrien, gegen die Enteignung des Grundbesitzes der Esterházy und Habsburger und die Durchführung der Agrarreform kämpften [...]. Im Gegenteil, diese Kräfte setzten sich in der Wahlkampagne für die Anerkennung des Wahlrechtes der Nazi ein, indem sie das Gesetz über die Nichtwahlbeteiligung der Faschisten umgingen. Dieselben Kreise bemühen sich um die Wiederherstellung der Habsburger-Monarchie [...]. Die Wahlresultate haben bewiesen, dass das österreichische Volk die Organisatoren des Anschlusses an Hitler-Deutschland, die heute als Demokraten maskiert sind, nicht verurteilte [...]. Die Völker Jugoslawiens werden mit größter Wachsamkeit die weitere Entwicklung der Verhältnisse in Österreich verfolgen. Sie wünschen sich aufrichtigst, dass Österreich den Weg der wahren Demokratie, des Friedens und der Zusammenarbeit der Völker gehe. Die Wahlresultate aber haben dies nicht gezeigt. Das österreichische Volk hat schon seit langem die Aufgabe, seinen Willen zur demokratischen Sache und seine wahre Freundschaft zu den freiheitsliebenden Völkern zu beweisen, um so das Vertrauen dieser Völker zu gewinnen.“[3389]

Selbstverständlich konnte Belgrad nicht zur Kenntnis nehmen, dass die jugoslawische Parlamentswahl keine demokratische Wahl gewesen war, während dies

[3388] Manfried Rauchensteiner, Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung (Wien 2005) 66-69; Hanisch, Der lange Schatten, 404.

[3389] Übersetzung in: Kärntner Nachrichten (Klagenfurt), 14. Dezember 1945, 2; Tagespost (Graz), 1. Jänner 1946, 3.

auf die österreichische Wahl sehr wohl zutraf, was auch die alliierten Besatzungsmächte – einschließlich der Sowjetunion – zur Kenntnis nahmen.[3390]

Trotz Aufnahme eines slowenischen Vertreters in die neu gebildete Kärntner Landesregierung, trotz einer Schulverordnung vom 3. Oktober 1945, die den zweisprachigen Unterricht für alle Schüler des gemischtsprachigen Gebietes zwingend vorschrieb, und trotz der Erneuerung des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens der Kärntner Slowenen – einschließlich Rückgabe der Mehrzahl der in der NS-Zeit beschlagnahmten slowenischen Bauernhöfe und Entschädigungszahlungen – hielt die kommunistisch dominierte „Befreiungsfront für Slowenisch-Kärnten" (*Osvobodilna fronta za Slovensko Koroško*) an der Forderung nach „Anschluss" an Jugoslawien fest. Daher untersagte die Britische Militärregierung für Kärnten die Teilnahme der „Befreiungsfront" an den österreichischen Parlamentswahlen sowie den Kärntner Landtagswahlen am 25. November 1945. Die Unterstützung dieser Kärntner Slowenen für die Kommunistische Partei Österreich aber fiel so gering aus, dass der österreichische Außenminister Karl Gruber am 7. Mai 1947 im österreichischen Parlament feststellen konnte: „[...] Die Vereinigung von 3000 oder 4000 Menschen in einer sogenannten Befreiungsfront ist kein ausreichender Grund, Unglück über Hunderttausende Einwohner jener Gebiete zu bringen [...]."[3391]

Das jugoslawische Memorandum 1947

Als die jugoslawische Bundesregierung am 22. Jänner 1947 ihre offizielle Forderung nach Abtretung von 2470 km² Kärntner Gebietes mit insgesamt 180.000 Einwohnern (davon angeblich 120.000 Kärntner Slowenen) – unter Einschluss von Klagenfurt und Villach südlich der Drau – den Sonderbeauftragten der Alliierten in London vorlegte, was beinahe der jugoslawischen Gebietsforderung vom 18. Februar bzw. 3. März 1919 gleichkam[3392], begründete sie ihre Ansprüche nicht nur mit der angeblichen Beteiligung Österreichs an Hitlers Aggression und Okkupation gegenüber Jugoslawien, die eine Vielzahl an Kriegsverbrechen, die Aussiedlung der slowenischen Bevölkerung und die gewaltsame Germanisierung in Nordslowenien nach sich gezogen habe, sondern auch mit der angeblichen politischen und wirt-

[3390] Vgl. Manfried RAUCHENSTEINER, Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung (Wien 2005); Wolfgang MUELLER, Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945-1955 und ihre politische Mission (Wien – Köln – Weimar 2005).

[3391] Eva-Maria CSÁKY (Hg.), Der Weg zu Freiheit und Neutralität. Dokumentation zur österreichischen Außenpolitik 1945-1955, Wien 1980, 141; SUPPAN, Volksgruppen 175-180; WADL, Der lange Weg, 10f.

[3392] Vgl. SUPPAN, Jugoslawien, 539 und Karte 3. Im Jahre 1919 wurde einschließlich des Kärntner Mießtales, des Seelandes und des Kärntner Kanaltales – die tatsächlich an Jugoslawien bzw. Italien abgetreten werden mussten – auch die ganze Stadt Villach mit ihrer nördlichen Umgebung gefordert, daher insgesamt 3382 km² mit 194.000 Einwohnern.

schaftlichen Unterdrückung der Kärntner Slowenen in der Ersten Republik, mit der tatsächlichen Teilnahme von Kärntner Slowenen am Volksbefreiungskampf und mit dem ethnischen Charakter Slowenisch-Kärntens sowie der angeblichen geographisch-ökonomischen Verbundenheit Slowenisch-Kärntens mit Jugoslawien. Zusätzlich verlangte der jugoslawische Delegationsleiter Joža Vilfan[3393], ein Gebiet von 130 km² mit 10.000 Einwohnern in der südlichen Steiermark um Soboth (Sobote), Leutschach (Lučane) und Radkersburg (Radgona), einen Bevölkerungsaustausch für die angeblich 70.000 Burgenländer Kroaten (den diese vehement ablehnten!) und eine Kriegsentschädigung von 150 Millionen US-Dollar, da der Anteil der Österreicher an der Besatzung Jugoslawiens angeblich deutlich höher gewesen sei als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung des „Dritten Reiches“[3394].

Als die Sonderbeauftragten der Alliierten zur Frage eines Österreich-Vertrages im Jänner 1947 sowohl eine jugoslawische als auch eine österreichische Delegation nach London einluden[3395], entspann sich sogleich ein Disput über die Verantwortung Österreichs für die Teilnahme am Krieg auf Seiten Hitler-Deutschlands. Denn im Hauptteil des am 22. Jänner 1947 offiziell vorgelegten 104-seitigen „Memorandums der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über Slowenisch-Kärnten, die slowenischen Grenzgebiete der Steiermark und die Burgenländer Kroaten“ präsentierte der jugoslawische Delegationschef, der stellvertretende Außenminister Vilfan, einige konkrete Punkte zur Verantwortung und Schuld Österreichs. Diese bestünden in:

a) der Planung und Vorbereitung der Aggression gegen Jugoslawien, der Annexion jugoslawischer Gebiete und der Germanisierung der jugoslawischen Bevölkerung – hierunter wurde auch die wissenschaftliche Tätigkeit des Kärntner Landesarchivdirektors Martin Wutte und von Ernst Klebel subsumiert;

[3393] Joža Vilfan war der Sohn von Josip Vilfan, einem slowenischen nationalliberalen Rechtsanwalt aus Triest, der 1926 als Abgeordneter der römischen Kammer nach Wien emigrieren musste. Joža studierte Jus in Wien und Laibach, schloss sich im Zweiten Weltkrieg – nach seiner Deportation nach Serbien – der Partisanenbewegung Titos an und wurde Mitglied des AVNOJ. 1945 von der Nationalversammlung zum Generalstaatsanwalt der FVR Jugoslawien gewählt, wechselte er schon 1946 in den diplomatischen Dienst und nahm – als Kenner der slowenischen Minderheitenfragen – an den Friedensverhandlungen mit Italien in Paris teil. Zwischen 1947 und 1950 war er Leiter der ständigen jugoslawischen Mission bei der UNO, zwischen 1950 und 1952 stellvertretender Außenminister. – Bericht Ges. Karl Braunias an BKA/AA, 10. Jänner 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol, Zl. 146.608; vgl. Enciklopedija Slovenije 14 (Ljubljana 2000) 239.

[3394] Memorandum vlade Federativne Narodne Republike Jugoslavije o Slovenačkoj Koruškoj, pograničnim slovenačkim delovima Štajerske i Gradišćanskim Hrvatima. Memorandum of the Government of the Federative People’s Republic of Yugoslavia on Slovene Carinthia, the Slovene frontier areas of Styria and the Croats of Burgenland (Beograd/Belgrade 1947). Vgl. auch die engl. Zusammenfassung: The Question of 200.000 Yugoslavs in Austria. The Slovene Carinthia and the Burgenland Croats (Belgrade 1947). – Ein erstes jugoslawisches Memorandum war bereits im Februar 1946 der Außenministerkonferenz in London übergeben worden. Nach den Volkszählungen von 1934 und 1939 kann man für 1945 folgende Schätzungen als realistisch betrachten: 50.000 Kärntner Slowenen, 5000 steirische Slowenen, 40.000 Burgenländer Kroaten.

[3395] Vgl. Stourzh, Einheit, 59-63.

b) der allseitigen Beteiligung an Hitlers Aggression gegen Jugoslawien seitens österreichischer Generäle (z. B. Löhr, Böhme, Rendulic, de Angelis, Ringel), Offiziere und Truppenkörper (z. B. der 5. Gebirgsdivision);
c) der Okkupation jugoslawischer Territorien und der Verübung von Kriegsverbrechen gegen die jugoslawische Bevölkerung: Der deutsche Militär-, Gestapo-, Verwaltungs- und Wirtschaftsapparat sei zum größeren Teil von Österreichern organisiert worden (z. B. von Glaise-Horstenau, Kammerhofer, Kronholz, Meyszner, Neubacher etc.); von 63 führenden, für den okkupierten Teil Sloweniens zuständigen Verwaltungbeamten seien 61 Österreicher gewesen (z. B. die Gauleiter Uiberreither, Rainer und Kutschera sowie die Gaubeauftragten Maier-Kaibitsch und Carstanjen);
d) von den insgesamt 4433 deutschen Kriegsverbrechern in Jugoslawien seien 2062 Österreicher gewesen sein.[3396]

Wie schon im Herbst 1945 starteten die Belgrader und Laibacher Presse eine scharfe Propagandakampagne gegen Österreich und Kärnten. Keineswegs zufällig begann in Belgrad zur selben Zeit der Prozess gegen den Generalobersten Alexander Löhr und andere hohe Wehrmachtsoffiziere österreichischer Herkunft, der zu umfangreichen Presseberichten gegen Österreich Anlass bot. Löhr wurde vor allem die Bombardierung Belgrads am 6. April 1941 zur Last gelegt, die er als Oberbefehlshaber der deutschen Luftflotte 4 kommandiert hatte. Darüber hinaus wurde in der *Politika* vom 8. Februar 1947 hervorgehoben, dass die deutsche 718. Infanteriedivision, die für zahlreiche Kriegsverbrechen in Jugoslawien verantwortlich gewesen sei, angeblich zu 80 % aus Österreichern bestanden habe. – Nach dem Bericht der Division unmittelbar vor dem Abtransport nach Serbien im Mai 1941 kamen 51 % der Offiziere, 50 % der Unteroffiziere und 62 % der Mannschaften aus der „Ostmark“[3397]. – In seinem Schlussplädoyer stellte der jugoslawische Staatsanwalt am 13. Februar 1947 fest, dass es auf Grund der Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg kein Wunder sei, dass sich Hitler bei der Besatzung Jugoslawiens für den Einsatz österreichischer Offiziere entschieden habe, da gerade die Österreicher gewusst hätten, wie mit Südslawen umzugehen sei. Und im NS-Besatzungsapparat seien vor allem österreichische Offiziere für die blutigsten Gräueltaten verantwortlich gewesen. Darüber hinaus sah die jugoslawische Regierung die Ursachen für die Beteiligung Österreichs an Hitlers Aggression

[3396] Memorandum vlade FNRJ 1947; vgl. Beilage 1: Saopštenje o zločinima Austrije i Austrijanaca protiv Jugoslavije i njenih naroda. Report on the Crimes of Austria and the Austrians against Yugoslavia and her Peoples, ed. by the Yugoslav War Crimes Commission (Beograd/Belgrade 1947). Bereits Anfang Dezember 1945 hatte eine Kommission zur Vorbereitung der Kriegsverbrecherprozesse eine Liste mit „über 300 besonders schweren Kriegsverbrecherfällen“ vorgelegt. Darin befanden sich die Namen Maximilian de Angelis, Edmund Glaise-Horstenau, Odilo Globocnik, Konstantin Kammerhofer, Alois Maier-Kaibitsch, August Meyszner, Hermann Neubacher, Friedrich Rainer und Siegfried Uiberreither. – Das Kleine Volksblatt, 4. Dezember 1945, 4.

[3397] BA/MA, RH 118/3, TB IIa, Zell am See, 20. Mai 1941. Diese Quellenangabe verdanke ich Herrn Dr. Richard Germann.

gegen Jugoslawien und der Verübung von Kriegsverbrechen gegen die jugoslawischen Völker in alten österreichischen Tendenzen zur „Versklavung" der jugoslawischen Völker grundgelegt. Generaloberst Löhr wurde am 16. Februar 1947 zum Tod durch Erschießen verurteilt und am 26. Februar 1947 hingerichtet.[3398]

Parallel zur jugoslawischen Kampagne startete die slowenische „Befreiungsfront" auch in Kärnten und Wien eine Propagandaoffensive, an der sich eine Reihe von Politikern und Priestern der Kärntner Slowenen beteiligten.[3399]

Die österreichische Bundesregierung reagierte auf die jugoslawischen Vorwürfe und Forderungen in London ziemlich sachlich und relativ geschickt. Der österreichische Außenminister Karl Gruber präsentierte die österreichische Denkschrift am 27. Jänner 1947 und ging an Hand einer Beilage näher auf die schweren jugoslawischen Vorwürfe ein. Vor allem zur Frage der Verantwortlichkeit Österreichs und des österreichischen Volkes für Handlungen ehemaliger Österreicher replizierte er politisch gekonnt und vermutlich auch diplomatisch wirksam:

a) Sowenig daran gedacht werden könnte, „die heutige jugoslawische Regierung mit der Verantwortung für eine pro-nazistische Politik gewisser jugoslawischer Kreise [gemeint waren die Regierung Stojadinović, das *Ustaša*-Regime in Kroatien und die Regierung von Milan Nedić in Serbien, Anm. Suppan] zu belasten, so sehr muss es die österreichische Regierung ablehnen, dass das Prinzip der Gesamtverantwortung für die Handlungen Einzelner ausschließlich auf das österreichische Volk angewendet werde".
b) „Die nationalsozialistischen Putschisten und Terroristen vom 25. Juli 1934 fanden Asyl und Unterstützung in Jugoslawien", darunter auch im jugoslawischen Memorandum als Kriegsverbrecher gekennzeichnete Personen wie die späteren SS-Generäle Kammerhofer und Meyszner.[3400]
c) In der deutschen Wehrmacht habe es keine „österreichischen Verbände" gegeben; österreichischen Offizieren seien nur Verbände mit überwiegend deutscher Mannschaft unterstellt worden. „Dass einige der in die deutsche Wehrmacht eingezogenen Österreicher dem auf sie ausgeübten Drucke unterlagen und sich zu besonderen militärischen Leistungen anspornen ließen, ja sogar sich an Kriegsgreueln mitschuldig machten, kann nicht dem österreichischen Volke als Ganzem angelastet werden."
d) Die meisten der in Beilage 1 des jugoslawischen Memorandums als Kriegsverbrecher apostrophierten Personen befänden sich in alliierter Haft oder stünden auf österreichischen Kriegsverbrecherlisten.[3401]

[3398] Politika (Beograd), 17. Jänner 1947 bis 14. Februar 1947.

[3399] Memorandum of 51 Slovene priests of Carinthia to the Council of Foreign Ministers, Celovec (Klagenfurt), February 3rd, 1947, in: Ministry for Foreign Affairs of the FPRY (ed.), Documents on the Carinthian Question (Beograd 1948) 128-131; Borba, 20. April 1947.

[3400] Vgl. Suppan, Jugoslawien, 421-437.

[3401] Beilage B/II zur Denkschrift der österreichischen Bundesregierung, Zl. 14-StV/47, Public Record Office (PRO), Foreign Office (FO) 371/64046/HN 03128.

In der Denkschrift wurde der „langsame, aber ständige Rückgang des slowenischen Volksteiles“ in Kärnten mit „dem natürlichen Prozess der Abwanderung der ländlichen slowenischen Bevölkerung in die in ihrer Mehrheit deutschsprechenden Städte“ und mit „den Mischheiraten zwischen deutsch- und slowenischsprechenden Personen“ argumentiert, während das Land Kärnten als „geographische Einheit“, als „Verwaltungseinheit“, als „wirtschaftliche Einheit“ und als „Verkehrseinheit“ dargestellt wurde. Besonders wirksam bei den westlichen Politikern und Diplomaten dürfte aber die demokratiepolitische Begründung gewesen sein: Die Kärntner Frage sei – so die österreichische Regierung – am 10. Oktober 1920 durch eine unter internationaler Kontrolle vorgenommene Volksabstimmung „im Sinne der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes“ geregelt worden, und bei den am 25. November 1945 in Österreich abgehaltenen freien und demokratischen Wahlen seien „im Lande Kärnten über 90 % der Stimmen für jene Parteien abgegeben [worden], die für die Integrität des Landes“ eingetreten seien.[3402]

Der von der jugoslawischen Regierung versuchten Anlastung einer Kollektivschuld Österreichs und der österreichischen Bevölkerung an den während des Zweiten Weltkrieges auf jugoslawischem Staatsgebiet begangenen Kriegsverbrechen wurde mit dieser durchaus gemischten österreichischen Argumentationsstrategie die wesentliche Schärfe genommen. Zweifellos wussten die amerikanischen, britischen und sowjetischen Unterhändler – allein auf Grund ihrer Verbindungsoffiziere bei Mihailović und Tito – über die genaueren Tatbestände von Besatzung und Widerstand in Jugoslawien durchaus Bescheid. Immerhin würdigte auch die österreichische Regierung „die großen Opfer, die das jugoslawische Volk und vor allem die jugoslawische Partisanenbewegung im Kampfe gegen Hitler und das nationalsozialistische Deutschland gebracht haben“.[3403]

Bereits einen Monat nach Ende der Londoner Beratungen begann Ende März 1947 die Session des Rates der alliierten Außenminister in Moskau. Neuerlich wurden sowohl eine jugoslawische als auch eine österreichische Delegation eingeladen. Der jugoslawische Außenminister Edvard Kardelj bezeichnete einerseits Kärnten als die Wiege des ersten slowenischen Staates im frühen Mittelalter und hob andererseits die Bedeutung des Wasserpotentials Kärntens für das jugoslawische Energiesystem hervor. Dennoch machten ihm sowohl der britische Außenminister Ernest Bevin als auch der Secretary of State, George C. Marshall, unmissverständlich deutlich, dass sie allen jugoslawischen Gebietsansprüchen gegenüber Österreich ihre Unterstützung verweigerten. Nachdem Kardelj auch vom sowjetischen Außenminister Vjačeslav M. Molotov und seinem Stellvertreter Andrej J. Vyšinskij auf diese entschiedene Ablehnung seitens der Westmächte aufmerksam gemacht worden war, entwickelten Kardelj und sein ebenfalls slowenischer Vizeaußenminister Aleš Bebler – wohl in Rücksprache mit Tito – drei

[3402] Denkschrift der österreichischen Regierung, 27. Jänner 1947, Beilagen B/I, B/II und C, PRO, FO 371, 64046 – HN 03128; Stourzh, Einheit, 63-71.

[3403] Ebenda.

Varianten, die in abgestufter Einschränkung von der Abtretung des Gerichtsbezirkes Bleiburg (Pliberk), über die Abtretung des Gebietes um die beiden während des Zweiten Weltkrieges errichteten Draukraftwerke Schwabegg (Žvabek) und Lavamünd (Labot) bis zur ausschließlichen Eigentumsübernahme der beiden Kraftwerke durch Jugoslawien reichten. Außenminister Gruber vermutete richtig, dass die territorialen Forderungen Jugoslawiens für Molotov „offenbar kein erstrangiges Interesse“ mehr darstellten, befürchtete aber – ebenfalls zu Recht –, dass auf österreichisches Vermögen in Jugoslawien verzichtet werden müsse.[3404]

Nichtsdestoweniger reduzierte Jugoslawien seine Gebietsforderungen Ende April 1948 vorerst nur um das untere Gailtal, die Umgebung von Villach, einige Gemeinden im Lavanttal und die steirische Gemeinde Soboth. Und die Sowjetunion unterstützte diese Forderung ein letztes Mal. Erst in einer neuen Verhandlungsrunde der alliierten Sonderbeauftragten zwischen Februar und Mai 1949 in London – Stalin hatte mittlerweile mit Tito gebrochen – wartete Jugoslawien mit einer neuen Verhandlungsstrategie auf. Am 24. Februar 1949 verlangte der stellvertretende Außenminister Bebler „nur“ mehr Gebietsabtretungen um die Draukraftwerke Schwabegg und Lavamünd, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Autonomie für „Slowenisch-Kärnten“ und „substantielle“ Reparationen Österreichs an Jugoslawien. Die Westalliierten waren nach wie vor zu keinen Gebietskonzessionen an Jugoslawien bereit und lehnten auch eine Autonomieregelung entschieden ab. Aber die USA befürworteten nun doch ein Entgegenkommen an Jugoslawien in drei Punkten: hinsichtlich des Einbaus eines Katalogs von Minderheitenrechten in den Staatsvertrag, hinsichtlich der Abtretung der österreichischen Vermögenswerte in Jugoslawien und hinsichtlich einer bilateralen Regelung über die Draukraftwerke.[3405]

Aber erst auf der sechsten Session des Rates der Außenminister im Mai und Juni 1949 in Paris kam es zu einem Durchbruch, der in einem Kommuniqué am 20. Juni bekannt gegeben wurde:

1) Die Grenzen Österreichs sollten jene vom 1. Jänner 1938 sein.
2) Der Vertrag für Österreich sollte vorsehen, dass Österreich den Schutz der Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Österreich gewährleistet.
3) Von Österreich werden keine Reparationen verlangt; Jugoslawien erhält aber das Recht, „von österreichischem Eigentum, Rechten und Interessen auf jugoslawischem Gebiet Besitz zu ergreifen, sie zurückzuhalten oder sie zu liquidieren“.[3406]

[3404] Politika, 18. April 1947; Edvard Kardelj, Sečanja. Borba za priznanje i nezavisnost nove Jugoslavije (Ljubljana – Beograd 1980) 92-95; Stourzh, Einheit, 80-85.

[3405] Record of conversation at Belgrade Ministry of Foreign Affairs, June 14th, 1947, PRO, FO 371/64047/HN 03152; Memorandum of the Government of the Federative People's Republic of Yugoslavia to the Deputy Foreign Ministers regarding the territorial and other clauses of the Treaty with Austria (Belgrade 1948).

[3406] Auf der Basis des AVNOJ-Beschlusses vom 21. November 1944 und des Gesetzes über die Konfiskation feindlichen Vermögens aus dem Jahre 1946 wurden nicht nur sämtliche Vermögen des Deutschen Reiches und seiner Staatsbürger auf dem Territorium Jugoslawiens sowie von

Das Belgrader Außenministerium protestierte zwar bei den Außenministerien der Alliierten, und die jugoslawische Presseagentur „Tanjug" bezeichnete das Pariser Abkommen als „schwere Beleidigung und Unrecht". Aber diese Proteste blieben ohne Wirkung, ebenso wie der scharfe Protest der „Befreiungsfront für Slowenisch-Kärnten". Als Jugoslawien der Sowjetunion mangelnde Unterstützung der jugoslawischen Gebietsansprüche vorwarf, veröffentlichte Moskau die Vorschläge Kardeljs aus dem Frühjahr 1947, freilich ohne Hinweise darauf, wie sehr Molotov Kardelj unter Druck gesetzt hatte.[3407]

Minderheiten in Österreich und Jugoslawien

Bereits am 26. April 1948 hatte die jugoslawische Delegation auch den Entwurf eines Minderheitenschutzartikels für die Kärntner Slowenen und die Burgenländer Kroaten präsentiert, der sieben Punkte umfasste: Gleiche Rechte wie alle anderen österreichischen Staatsbürger; Recht auf Elementarunterricht sowie auf eine verhältnismäßige Anzahl an Sekundarschulen; Slowenisch oder Kroatisch als Ergänzung zur deutschen Amts- und Gerichtssprache; zweisprachige topographische Terminologie; nationaler Proporz im Unterrichtswesen, in der Verwaltung und bei Gericht; kulturelle Verbindungen mit dem slowenischen bzw. kroatischen Volk in Jugoslawien; Verbot von Organisationen, „die auf die Entnationalisierung der jugoslawischen Minderheit abzielen"; Volkszählung nach der Muttersprache unter Beteiligung von Minderheitenvertretern. Die Alliierten waren vorerst nicht bereit, darüber zu verhandeln.

Erst im Februar 1949 erhielten die amerikanischen Unterhändler die Weisung, einen Katalog von Minderheitenrechten in den Staatsvertrag einzubauen. Und am 16. Juni legte auch Vyšinskij einen sowjetischen Vorschlag vor. Nach dem 20. Juni 1949 konzentrierten sich die Verhandlungen auf die Formulierung eines Minderheitenschutzartikels, zu dem bald ein sowjetischer und ein westlicher Entwurf vorlagen, die beide in fünf Punkte gegliedert waren. Nach Diskussionen über den Begriff „Minderheit", den Begriff „verhältnismäßig beträchtlich" aus den Minderheitenverträgen von 1919 und über die Tätigkeit von minderheitenfeindlichen Organisationen kam es zu raschen Kompromissen, und der Minderheitenschutzartikel, der spätere Artikel 7 des Staatsvertrages, wurde am 24. August 1949 politisch abgeschlossen. Allerdings blieben Interpretationsprobleme, die bis in die Gegenwart anhalten. So sprachen die Westalliierten in ihrem Entwurf von „lin-

Personen deutscher Volkszugehörigkeit (außer derjenigen Deutschen, die in den Reihen der Partisaneneinheiten und der Nationalen Befreiungsarmee gekämpft hatten) für den jugoslawischen Staat eingezogen, sondern auch die Vermögenswerte österreichischer physischer oder juristischer Personen. – Arhiv Josipa Broza Tita, I-2-a/9.

3407 Stourzh, Einheit 135, 147-155; Note der sowjetischen an die jugoslawische Regierung, 29. August 1949, AJ, Kabinet maršala Jugoslavije, I-3-v/666; Politika, 22. Juni 1949.

guistic minorities", während der jugoslawische von „national gemischter Bevölkerung" gesprochen hatte und der sowjetische Vorschlag an „national minority" (*nacional'noe menšinstvo*) festhielt.[3408]

Das im Jahre 1950 einsetzende „Tauwetter" zwischen Jugoslawien und Österreich führte auch zu einer Entspannung im Minderheitenschulwesen. Als am 12. Dezember 1950 eine elfköpfige Abordnung jugoslawischer Journalisten in Begleitung des Bezirksschulinspektors Just – angeblich „unangesagt" – die zweisprachige Volksschule in Globasnitz (Globasnica) besuchte und etwa eine Stunde lang den Unterricht in den Klassen von Direktor Lukas Mitternig und Lehrer Franz Sadnikar beobachtete, meldete dies die Sicherheitsdirektion für Kärnten sofort an Innenminister Oskar Helmer und Staatssekretär Ferdinand Graf. Unterrichtsminister Felix Hurdes sah aber keinen Grund für ein Einschreiten, „falls Vorgang mit Vorwissen des Landesschulrates" erfolgt sei. Am 9. Februar 1951 sprach ein Vertreter des sowjetischen Erziehungsdirektoriums am Minoritenplatz vor und erkundigte sich nach den schulrechtlichen Verhältnissen der sprachlichen Minderheiten in Österreich. Da die Beamten des Unterrichtsministeriums Erhebungen für die Staatsvertragsverhandlungen vermuteten, verwiesen sie auf die Bestimmungen des Artikels 68 des Friedensvertrages von Saint-Germain, auf die Kärntner Schulverordnung von 1945, auf slowenische und kroatische Lehrbücher und auf die speziellen Regelungen für die kroatischen und ungarischen Kinder an 45 burgenländischen Volksschulen. Die Parteizeitung der KPJ, die Belgrader *Borba*, schrieb jedoch von einem Missbrauch der (Kärntner) Verordnung über die zweisprachigen Schulen, da sie den Unterricht in slowenischer Sprache verhindere.[3409]

In einem Positionspapier des jugoslawischen Außenministeriums aus dem Juni 1952 zur Vorbereitung auf den Besuch des österreichischen Außenministers Gruber in Jugoslawien wurde überraschenderweise festgestellt, dass sich die Haltung der österreichischen Regierung gegenüber der slowenischen Minderheit in Kärnten „in den vergangenen zwei Jahren" verbessert habe. Auch hinsichtlich der Zahlenangaben zu den Minderheiten in Österreich gab es deutliche Korrekturen: Nun war nicht mehr von 120.000 Kärntner Slowenen die Rede, wie im Memorandum von 1947, sondern von 65.000 bis 75.000 Kärntnern, welche die slowenische Sprache sprächen, während die Zahl der national bewussten Kärntner Slowenen nur mehr bei 35.000 Personen liege. Die jugoslawischen Diplomaten hielten ferner fest:

– Die kleine Zahl der Intellektuellen unter den Kärntner Slowenen sei zwischen der „demokratischen progressiven Front" unter Dr. Franc Petek und der „klerikalen, christlichen Volkspartei" unter Dr. Joško Tischler gespalten.
– Obwohl die Beziehungen der österreichischen Regierung zu den Vertretern der nationalen Minderheit in den letzten beiden Jahren als „tolerant" eingeschätzt

[3408] Stourzh, Einheit, 135-136, 155-161; Wadl, Der lange Weg, 11-14.

[3409] Minderheitenschulgesetz 1945-1959, G.Zl. 443-III/10/51, 7439/III-10/51, ÖStA, AdR, BM für Unterricht, Hauptreihe 24 – Gesetze; Borba, 7. Jänner 1952.

werden könne, gebe es noch immer aktive chauvinistische Elemente, vor allem ehemalige Nationalsozialisten, die sich im Lager der regierenden ÖVP und des Verbandes der Unabhängigen (VdU) befänden.

- Gemäß der Schulverordnung von 1945 forderten die slowenischen Organisationen den zweisprachigen Unterricht in allen 107 Unterkärntner Schulen, weiters die Eröffnung einer slowenischen Lehrerbildungsanstalt und eines slowenischen Gymnasiums.
- Noch seien den 1942 zwangsausgesiedelten Kärntner Slowenen nicht alle konfiszierten Güter zurückgegeben und nicht alle Entschädigungen ausbezahlt.[3410]

Auch hinsichtlich der Burgenländer Kroaten wurden einige Forderungen notiert. Ihre Zahl sei zwar von rund 50.000 nach dem Ersten Weltkrieg durch Germanisierung deutlich gesunken – die Volkszählung 1951 wies noch 34.427 Burgenländer Kroaten aus –, immerhin sei aber der „Kroatische Kulturverein" (*Hrvatsko Kulturno Društvo*) wieder erneuert worden, der am 1. April 1952 der österreichischen Regierung ein Forderungsprogramm präsentierte:

- Recht auf unbegrenzten Gebrauch der kroatischen Sprache in ganz Österreich;
- Recht auf Gebrauch der kroatischen Sprache als Amtssprache in der Kommunikation zwischen den kroatischen Gemeinden;
- Recht auf Gründung von Volksschulen sowie weiterführenden Schulen;
- Recht auf eigene Verwaltung der kroatischen und „gemischten" Schulen beim Burgenländischen Landesschulrat;
- Recht der Erlernung der kroatischen Geschichte und Literatur in allen „gemischten" Schulen;
- Nominierung einer Person in der Burgenländischen Landesregierung als „Rat für kroatische Angelegenheiten".[3411]

Das Problem der „Volksdeutschen" in Jugoslawien wurde nun vom jugoslawischen Außenministerium ebenfalls auf die Tagesordnung der jugoslawisch-österreichischen Verhandlungen gesetzt – und zwar durchaus im Zusammenhang mit der Lage der slowenischen Minderheit in Kärnten. Nach der Auflösung der Todes- und Arbeitslager im März 1948 waren die überlebenden „Volksdeutschen" in vertragliche Arbeitsverhältnisse auf Staatsgütern, in landwirtschaftlichen Genossenschaften und in Bergwerken übernommen worden. Ab 1949 wurde den „Volksdeutschen" der Wiedererwerb der jugoslawischen Staatsbürgerschaft ermöglicht, was etwa 45.000 in Anspruch genommen haben dürften. Ab 1950 aber begannen die „Volksdeutschen" Anträge auf Entlassung aus der jugoslawischen Staatsbürgerschaft und „Repatriierung" nach Deutschland und Österreich zu stellen. Das

---

[3410] Materijal o aktuelnom položaju Austrije i austrijsko-jugoslavenskim odnosima, [Juni 1952], AJ, Kabinet maršala Jugoslavije, I-2-a/9. In der österreichischen Volkszählung von 1951 hatten 42.095 Kärntner eine Sprachkombination mit Slowenisch oder Windisch angegeben. – Suppan, Volksgruppen, 56f.

[3411] AJ, Kabinet maršala Jugoslavije, I-2-a/7; Suppan, Volksgruppen, 39.

jugoslawische Innenministerium wollte diesen Anträgen aber – unter Berücksichtigung des internationalen Rechtes – nur unter der Bedingung zustimmen, dass sie in die Staatsbürgerschaft eines anderen Staates übernommen würden. Daher erwartete Belgrad von Wien eine entsprechende Erklärung. Freilich war der jugoslawischen Regierung auch bekannt, dass die in Österreich befindlichen 120.000 „Volksdeutschen" aus Jugoslawien noch immer ein politisches und wirtschaftliches Problem darstellten, das die österreichische Regierung nicht umgehend lösen konnte. Daher hatte etwa der österreichische Innenminister Oskar Helmer noch 1949 dem jugoslawischen Gesandten Viktor Repič vorgeschlagen, die „Volksdeutschen" nach Jugoslawien zurückkehren zu lassen, was aber von jugoslawischer Seite mit Hinweis auf das angeblich „unloyale und hochverräterische Verhalten" vieler „Volksdeutscher" abgelehnt wurde. Jugoslawien hoffte nun, dass Österreich mit US-Hilfe doch einen Teil der Jugoslawiendeutschen übernehmen könnte.[3412]

Die jugoslawische Haltungsänderung gegenüber Österreich

Im Verlauf der Jahre 1950 und 1951 hatte sich eine deutliche Änderung in der bisherigen jugoslawischen Haltung gegenüber Österreich vollzogen. Bereits am 29. Dezember 1949 hatte Kardelj in der Parteizeitung *Borba* festgestellt, dass die jugoslawisch-österreichische Zusammenarbeit insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaft deutliche Fortschritte gemacht habe. Allerdings sei die Frage der Kärntner Slowenen noch nicht gelöst, auf die nach wie vor „politischer Terror und wirtschaftlicher Druck" ausgeübt werde, um sie zu germanisieren. Jugoslawien fordere daher ein Ende dieser Politik und die Garantie von Minderheitenrechten. Genau ein Jahr und einen Tag später betonte Kardelj in derselben Zeitung, dass es mit Österreich eine immer bessere Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet gebe und dass Jugoslawien bereit sei, diplomatische Beziehungen zu Österreich aufzunehmen. Im Übrigen sei es ohne Schuld Österreichs noch nicht zum Abschluss des Staatsvertrages gekommen, und die jugoslawische Regierung sei bereit, den „Kriegszustand" (sic!) mit Österreich zu beenden. Tatsächlich veröffentlichte das Amtsblatt der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien am 19. Jänner 1951 die Nachricht, dass der „Kriegszustand" mit Österreich – den es völkerrechtlich nie gegeben hatte – beendet sei.[3413]

Auch ein Pamphlet des österreichischen Kommunisten Ernst Fischer, der in der provisorischen Regierung Renner Unterrichtsminister gewesen war und der Tito aus dem Moskauer Hotel „Lux" kannte, konnte die jugoslawisch-österreichische Annäherung nicht stören. In seinem 1950 im kommunistisch geführten Theater „Die Scala" in Wien aufgeführten Theaterstück „Der große Verrat" glaubte Fi-

[3412] Problem folksdojčera, [Juni 1952], AJ, Kabinet maršala Jugoslavije, I-2-a/9.

[3413] Borba, Beograd, 29. Dezember 1949, 30. Dezember 1950; ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol. Zl. 131-540-Pol/51, zitiert nach: Stourzh, Einheit, 180.

scher im Sinne der stalinistischen Hexenjagd Tito als „Verräter“ denunzieren zu müssen. Viele Jahre später – nach Absage an seine Moskauhörigkeit – räumte Fischer ein, ohne Aufforderung ein „abscheuliches Theaterstück“ geschrieben zu haben.[3414]

Ende Oktober 1951 erklärte Moša Pijade, der Präsident der jugoslawischen Nationalversammlung, gegenüber dem „Neuen Österreich“, dass Jugoslawien in Hinkunft keine Gebietsansprüche mehr gegenüber Österreich erheben werde. Und wenige Tage später fügte Marschall Tito auf einer internationalen Pressekonferenz hinzu, dass die österreichischen Kriegsgefangenen in Jugoslawien zur Gänze freigelassen würden, ohne Rücksicht darauf, welche Verbrechen sie begangen hätten. – Nach einer jugoslawischen Statistik hätten sich in Jugoslawien nach dem Kriegsende 1945 27.398 österreichische Kriegsgefangene befunden. Die ersten Heimkehrertransporte hätten bereits im November 1948 eingesetzt, sodass bis zum 18. Jänner 1949 bereits 26.126 „repatriiert“ worden seien; 861 seien in der Kriegsgefangenschaft gestorben, 257 hätten in Jugoslawien Arbeitsverhältnisse abgeschlossen; 154 Kriegsverbrecher seien noch festgehalten worden, seien aber bis Ende 1951 ebenfalls freigelassen worden. – Letztere Information kann nicht zur Gänze zugetroffen haben, da während des Besuches von Außenminister Gruber in Belgrad und auf Brioni noch über Kriegsgefangene verhandelt wurde.[3415]

Die Änderung der außenpolitischen Orientierung Jugoslawiens gegenüber Österreich hatte natürlich mit dem Bruch zwischen Moskau und Belgrad im Juni 1948 zu tun, der Jugoslawien aus sicherheitspolitischen und wirtschaftspolitischen Gründen zwang, freundliche Beziehungen zu den Westmächten aufzunehmen. In dieses Konzept gehörte auch das Anknüpfen an die bis 1938 engen Wirtschaftsbeziehungen zu Österreich.[3416] Das jugoslawische Außenministerium resümierte im Juni 1952 die bereits nach 1945 gesetzten Schritte. Dazu gehörte ein Clearing-Vertrag in der zweiten Jahreshälfte 1946, ein Handelsarrangement im Jahre 1947 und eine Handelsvereinbarung im Jahre 1948. Schon im Jahre 1949 betrug der Anteil Österreichs an der jugoslawischen Einfuhr 26 Millionen Dollar (= 8,84 %) und an der jugoslawischen Ausfuhr 21 Millionen Dollar (= 11,02 %). Jugoslawien lieferte vor allem landwirtschaftliche Produkte (Mais, Tabak, Obst; Schweine, Rinder und Pferde), aber auch Eisenerz, Pyrit, Chrom, Blei, Kupfer und Kohle, Österreich vorwiegend Industrieprodukte (Traktoren, Autobusse, LKWs, PTT-Materialien, elektrische Maschinen und Apparate, Textilien, Papier). Die Import-Export-Struktur zeigte deutlich, dass sich die jugoslawische und die österreichische Volkswirtschaft nach wie vor komplementär ergänzten, auch wenn sich Jugoslawien bemühte, mehr Industrieartikel herzustellen. In den im Jänner 1952 begonnenen Handelsvertragsverhandlungen drängten die österreichischen

[3414] Ernst Fischer, Erinnerungen und Reflexionen (Reinbek bei Hamburg 1969) 265-276.

[3415] Borba, 1. November 1951; Neues Österreich, 27. Oktober 1951; Josip Broz Tito, Govori i članci, 5. Bd. (Zagreb 1959) 254-255; AJ, Kabinet maršala Jugoslavije, I-2-a/3.

[3416] Vgl. Suppan, Jugoslawien, 1012-1143.

Unterhändler vor allem auf Erhöhung des jugoslawischen Mais-, Eisenerz- und Schweineexports, die jugoslawischen Unterhändler auf einen maximal dreijährigen Vertrag mit jährlichen Warenkontingenten. Beide Seiten hatten noch weitere Entwicklungswünsche:

– Jugoslawien wünschte eine Zollvereinbarung im Rahmen des GATT (dem Österreich bereits beigetreten war) und eine intensivere Nutzung des Hafens Fiume (Rijeka) seitens Österreichs;
– Österreich schlug u. a. eine Ausweitung der Donauschifffahrt vor.

Wie auch immer: der rasche Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen erlangte für beide Staaten eine hohe Priorität.[3417]

Im Frühjahr 1952 stand freilich die im Juni 1949 von den Alliierten geregelte Vermögensfrage neuerlich zur Diskussion, da die drei Westmächte in ihrer Note an die UdSSR vom 13. März 1952 – auch „Kurzvertrag“, von Außenminister Gruber und den österreichischen Diplomaten aber „Räumungsprotokoll“ genannt – die österreichischen Vermögenswerte in Jugoslawien nicht mehr erwähnten. Die auf der Basis des AVNOJ-Beschlusses vom 21. November 1944 und des Gesetzes über die Konfiskation feindlichen Vermögens aus dem Jahre 1946 – neben den Vermögenswerten des Deutschen Reiches und der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien – ebenfalls eingezogenen Vermögenswerte österreichischer physischer und juristischer Personen wurden daher im Juni 1952 vom jugoslawischen Außenministerium fein säuberlich aufgelistet:

– österreichisches Kapital in jugoslawischen Aktiengesellschaften, Banken und Versicherungsgesellschaften;[3418]
– ungefähr 24.000 ha Grundbesitz in der Land- und Forstwirtschaft;
– Hotels, Villen und andere Häuser in den ehemals italienischen Gebieten des Küstenlandes;
– Industrie- und Gewerbebetriebe;

[3417] Ekonomski problemi izmedju Jugoslavije i Austrije, [Juni 1952], AJ, Kabinet maršala Jugoslavije, I-2-a/9.

[3418] Generaldirektor Josef Joham beklagte bereits in einer Aufsichtsratssitzung am 20. April 1948 die „Kriegsverluste“ der CA-BV in der Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien. Betroffen waren die im Gefolge der NS-Expansion errichteten Filialen in Znaim (Znojmo), Lundenburg (Břeclav), Krakau (Kraków), Lemberg (L’viv), Marburg (Maribor), Cilli (Celje) und Krainburg (Kranj), die Filiale in Budapest, die Bankverein AG Belgrad (Beograd), der Bankverein für Kroatien AG und die gemeinsam mit der Böhmischen Union Bank gegründete Union-Bank Pressburg (Bratislava) sowie Minderheitsbeteiligungen an der Rumänischen Kommerzial-Bank in Bukarest (Bucureşti) und der Bulgarischen Kredit-Bank in Sofia (Sofija). Joham listete auch die Industriebeteiligungen dieser Banken und Filialen auf. Die Eigenverluste der CA-BV in Jugoslawien sollen nach eigenen Angaben im Jänner 1946 einen Nominalwert von rund 280 Millionen Friedens-Dinar ausgemacht haben. Freilich trafen diese nach 1945 eingetretenen Verluste nicht die Substanz der CA-BV. – Oliver Rathkolb, Die ungeschriebene Geschichte. Creditanstalt-Bankverein und Österreichische Länderbank und die Entschädigung bzw. Restitution von Vermögenswerten jüdischer Kunden und Kundinnen nach 1945, in: Feldman, Rathkolb, Venus, Zimmerl, Österreichische Banken, 685-796, hier 774-783.

– Vermögenswerte der freien Berufe (Rechtsanwaltskanzleien, Arztpraxen etc.);
– Guthaben, Patente und Autorenrechte;
– Transportmittel einschließlich Schiffe.

Der Wert des gesamten österreichischen Vermögens – ohne Schiffs- und Fuhrpark – wurde von der jugoslawischen Diplomatie lediglich auf 9 Millionen Vorkriegsdollar geschätzt, wobei vor internationalen Foren nur 2 Millionen zugegeben wurden. Dazu kamen noch 4 Millionen Einlagen der österreichischen Nationalbank bei der Nationalbank des Königreiches Jugoslawien.[3419]

Auf Grund der Note der Westmächte fragte die österreichische Gesandtschaft in Belgrad auch sofort nach und verlangte die Rückgabe des unbeweglichen Eigentums österreichischer Staatsbürger. Österreich hatte dies bereits bei den Handelsvertragsverhandlungen im Jahre 1948 versucht und vergeblich die Herstellung einer Reziprozität mit den jugoslawischen Forderungen – unter anderem nach Archivbeständen aus Ragusa (Dubrovnik) und Sarajevo – verlangt. Jugoslawien aber hatte die österreichischen Vermögenswerte längst für Kriegsschäden eingezogen, die angeblich von „Österreichern" als Teilen der deutschen Okkupationsmacht während des Krieges in Jugoslawien verursacht worden waren. Und Jugoslawien berief sich in seinem Memorandum an die Westmächte auf die Pariser Beschlüsse vom 20. Juni 1949. – Im Übrigen war auf beiden Seiten völlig klar, dass unter den österreichischen Vermögenswerten ausschließlich solche gemeint waren, welche der österreichische Staat oder österreichische Staatsangehörige vor dem 13. März 1938 in Jugoslawien besessen hatten. Daher ist auch der Artikel 27 Abs. 2 des Staatsvertrages in keinem anderen Sinne zu verstehen.[3420]

Die jugoslawische Haltungsänderung war auch in anderen schwierigen Fragen zu erkennen: Von 164 österreichischen Kriegsverbrechern waren zwischen 1949 und 1952 immerhin 132 nach Österreich freigelassen worden; 15 wurden erschossen (darunter Löhr, Lontschar, Meyszner, Kammerhofer, Rainer), 7 verstarben und 10 – die in die Kategorie der schwersten Kriegsverbrecher fielen – blieben noch im Staatsgefängnis von Sremska Mitrovica. Die österreichische Regierung versuchte auch für diese Personen zu intervenieren, sogar über die US-Botschaft in Bonn. Nach jugoslawischer Auffassung hielten auch noch andere Staaten – wie Frankreich, die Niederlande, Norwegen, Belgien, Dänemark, Luxemburg und Großbritannien – eine größere oder kleinere Zahl österreichischer Kriegsverbrecher zurück. Immerhin erklärte sich Jugoslawien bereit, jeden einzelnen Fall auf

[3419] Austrijska imovina u Jugoslaviji, [Juni 1952], AJ, Kabinet maršala Jugoslavije, I-2-a/9. Mit dieser Auflistung wurde auch eindeutig bestätigt, dass Jugoslawien im Jahre 1952 strikt zwischen österreichischen und „volksdeutschen" Vermögenswerten unterschied, was von slowenischen Völkerrechtlern nach 1991 bestritten wurde.

[3420] Ebenda. Als Mitte November 1954 zuerst der Leiter der Völkerrechtsabteilung, Stephan Verosta, und zehn Tage danach Staatssekretär Kreisky die Vermögensfrage neuerlich anschnitten, wurden sie vom jugoslawischen Botschafter Vučinić auf die früheren Festlegungen hingewiesen. – Berichte Vučinić an jugoslawisches Außenministerium, 17. und 27. November 1954, AJ, Kabinet maršala Jugoslavije 1954, F-4.

die gesundheitlichen Verhältnisse hin prüfen zu lassen. Die jugoslawische Regierung selbst war stärker an der jugoslawischen Emigration in Österreich interessiert, die bis zu 8000 Personen betragen haben soll: am meisten Slowenen, am wenigsten Serben. Jugoslawien vermutete unter ihnen auch Organisatoren feindlicher Tätigkeiten gegen Jugoslawien, wie etwa ehemalige *Ustaša*-Funktionäre und kroatische Minister, Führer der *Četnici* und slowenische „Weißgardisten". Sie lebten sowohl in der britischen als auch amerikanischen, als auch französischen Zone und versuchten mehrere Male, *Ustaša*- oder *Četnik*-Terroristen sowie Spione nach Jugoslawien einzuschleusen. Die jugoslawische Seite räumte nun ein, dass dies ohne Kenntnis und Unterstützung von österreichischen Behörden erfolgt sei.[3421]

Der Besuch Außenminister Grubers bei Tito im Juni 1952

Bereits im Herbst 1951 hatte Marschall Tito – zuerst über britische Vermittlung, dann durch seine Diplomaten – vertraulich am Ballhausplatz vorfühlen lassen, ob Außenminister Gruber bereit wäre, eine offizielle Einladung zu einem Besuch in Jugoslawien anzunehmen, um eine Aussprache über alle bilateralen Fragen zu führen. Die österreichische Diplomatie vermutete zu Recht, dass Belgrad damit auch einen politisch-propagandistischen Erfolg erzielen wolle, sodass sich Gruber einige Zeit hindurch zögernd verhielt. Als aber auch Wien erkannte, dass die weitere Gestaltung einer ganzen Reihe von wichtigen Fragen – österreichisches Eigentum in Jugoslawien, kleiner Grenzverkehr, Rückführung österreichischer Kriegsgefangener, handelspolitische Fragen – einer Lösung bedurfte, entschloss sich Gruber nach Belgrad zu fahren und Tito auf Brioni zu treffen.[3422]

Der Begrüßungsartikel in der *Borba* fiel sehr sachlich und freundlich aus und war natürlich offiziell approbiert: Der Besuch Außenminister Grubers sei „eine logische Folge der immer besser werdenden Beziehungen zwischen den beiden Ländern [...], deren Interessen in vielem gemeinsam sind, besonders im Kampf gegen die Aggression und für den Weltfrieden", und „deren Wirtschaft sich ergänzt". Jugoslawien bedürfe für sein unter den von den Ländern des Sowjetblockes verhängten Blockadebedingungen durchzuführendes Investitionsprogramm zur Steigerung seines Verteidigungspotentials einen verstärkten Wirtschaftsaustausch mit Österreich, der durch die Nähe der Märkte, die traditionellen Handelsbeziehungen und die Gewohnheiten der Konsumenten begünstigt werde. Eine gerechte Lösung der Probleme der Kärntner Slowenen und der Burgenländer Kroaten

[3421] Austrijski ratni zločini; Jugoslovenska emigracija u Austriji, [Juni 1952], AJ, Kabinet maršala Jugoslavije, I-2-a/9.

[3422] Weisung BKA/AA an Ges. Schwarzenberg in Rom, 20. Mai 1952, ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 151.185-pol/52. „Abschließend sei bemerkt, dass der Bundesminister nicht beabsichtigt, auf das Thema Triest einzugehen, sofern dieses Problem während seines Aufenthaltes in Jugoslawien in irgendeiner Form an ihn herangetragen werden sollte."

– die „schon seit Jahrhunderten der Unterdrückung und Germanisierung ausgesetzt" (sic!) seien, deren Lage sich aber in letzter Zeit verbessert habe – könnte die beiden Minderheiten zu einer „Brücke" zwischen den beiden Ländern werden lassen. Immerhin könne Österreich am Beispiel des „ungerechten Standpunktes Italiens gegenüber der österreichischen Minderheit in Südtirol" die Bedeutung von Minderheitenfragen gut einschätzen. Andererseits wisse Jugoslawien, „dass das Bestehen eines unabhängigen Österreichs die Bedingung für den Frieden in Europa ist". Versuche der Unterjochung Österreichs hätten immer für andere Völker Mitteleuropas eine Gefahr bedeutet. Gegenwärtig verhindere die UdSSR die Unabhängigkeit Österreichs und bedrohe auch die Unabhängigkeit Jugoslawiens. Warum, so fragte Miloš Marinović in der *Borba* weiter, habe die UdSSR ihr Versprechen in der Moskauer Deklaration gebrochen? Die UdSSR müsste mit dem Abschluss eines Staatsvertrages über Österreich ihren „vorgeschobenen Punkt im Herzen Europas" verlassen und würde auch die vertragliche Festlegung verlieren, ihre Truppen in Ungarn und Rumänien zu halten. – Schließlich gebe es zwischen Jugoslawien und Österreich auch den Berührungspunkt Triest, dessen kürzeste Verbindung aus Österreich über Jugoslawien führe. Die beste Lösung für diesen großen mitteleuropäischen Hafen liege daher in der Bildung eines freien Territoriums Triest, an dessen Verwaltung auch Jugoslawien teilnehmen würde. Jedenfalls bestünden zwischen Jugoslawien und Österreich keine Probleme, die man nicht erfolgreich lösen könne.[3423]

Auch in der Analyse des jugoslawischen Außenministeriums vor dem Besuch Außenminister Grubers war auf die große Bedeutung des österreichischen Staatsvertrages hingewiesen worden: Nicht nur infolge seiner spezifischen Lage, sondern auch auf Grund der feindlichen Politik der UdSSR habe Jugoslawien vitale Interessen an der Errichtung eines unabhängigen Österreich. Ein unabhängiges Österreich könne zu einem Gleichgewicht der Großmächte in diesem Raum führen. Denn die Stationierung militärischer Kräfte der UdSSR in Österreich, Ungarn und Rumänien[3424] stelle eine latente Gefahr für eine Aggression gegen Jugoslawien dar. Infolge der sowjetischen Bedrohung Jugoslawiens sei es daher im Interesse Belgrads, die Unabhängigkeit Österreichs zu unterstützen. Ein Staatsvertrag und eine damit festgelegte Neutralität Österreichs kämen somit jedenfalls der jugoslawischen Sicherheit zugute. Die Unabhängigkeit Österreichs hätte den Abzug der sowjetischen Truppen aus Österreich zur Folge, was zur Lockerung des sowjetischen Drucks auf Jugoslawien führen würde.[3425]

[3423] Borba, 19. Juni 1952. Das BKA/AA hatte zwar eine Stellungnahme zum Triester Problem ausgearbeitet und Minister Gruber mitgegeben; die Frage wurde aber bei den Verhandlungen in Belgrad und auf Brioni nicht diskutiert.

[3424] Das jugoslawische Positionspapier sprach irrtümlich auch von sowjetischen Truppen in der Tschechoslowakei.

[3425] Analyse der aktuellen Position Österreichs und der österreichisch-jugoslawischen Beziehungen, o. D. [Juni 1952], AJ, Kabinet maršala Jugoslavije, I-2-a/8.

Außenminister Gruber wurde in Belgrad von einem Hardliner der jugoslawischen Innenpolitik empfangen, vom stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister Aleksandar Ranković. Der als ehemaliger Polizeichef berüchtigte Vertrauensmann Titos gab sich jedoch ganz diplomatisch und stieß bei seiner Tischrede im „Weißen Schloss“ (*Beli dvor*) gleich eingangs alle Türen auf:

> „[...] Wir sind überzeugt, dass ein freies und unabhängiges Österreich als Nachbar Jugoslawiens eine wesentliche Bedingung zur Stärkung des Friedens ist; deshalb begrüßt Jugoslawien alle Schritte zur Herbeiführung der Souveränität Österreichs und zur Herbeiführung seiner gleichberechtigten Aufnahme in die Reihe der freien Nationen [...].“

Gruber bedankte sich für die freundliche Begrüßung und hob inhaltlich hervor:

> „[...] Freundschaftliche Beziehungen zwischen Österreich und Jugoslawien sind nicht nur eine Notwendigkeit für die beiden Völker, sondern ich bin vollkommen davon überzeugt, dass sie auch ein wichtiges Element für die politische Stabilität und den Frieden in diesem Teil Europas darstellen. [...] Die [vollkommene] Unabhängigkeit wird für uns die Basis einer Politik sein, die zur friedlichen Neugestaltung des schwer heimgesuchten Europas beiträgt. Das grundlegende Prinzip unserer auswärtigen Politik besteht darin, dass wir glauben, jedes Volk ist für sich selbst für die Ordnung seiner inneren Angelegenheiten verantwortlich, und die Art dieser inneren Ordnung soll niemals die gemeinsame wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit ausschließen. [...][3426]

In der ersten Plenarsitzung im jugoslawischen Außenministerium führte der stellvertretende Außenminister Veljko Vlahović den Vorsitz. Er unterstrich gleich eingangs den Wunsch der jugoslawischen Regierung, „dass Österreich ehestmöglich seinen Staatsvertrag erhalten möge“, und unterstützte „ohne jede Reserve“ die Aufnahme Österreichs in die Vereinten Nationen. Gruber erläuterte die Absicht Österreichs, die Frage des Staatsvertrages an die Vereinten Nationen heranzutragen, wenn die Vier-Mächte-Verhandlungen unbegrenzt weitergingen. Für einen allfälligen Schritt in New York benötige es natürlich die Unterstützung einflussreicher Mächte wie etwa Indiens. Vlahović erklärte die Bereitschaft der jugoslawischen Regierung, einen solchen Schritt Österreichs auf der Generalversammlung zu unterstützen, „weil die Lage Österreichs auch die jugoslawische Sicherheit betrifft“.[3427] Auch in der Frage des von den Westmächten vorgeschlagenen „Kurzvertrages“ (= „Räumungsprotokoll“) nahm Jugoslawien auf Österreich Rücksicht und übergab die vorgesehene Antwortnote in französischer Sprache. – Minister Gruber beauftragte den Gesandten Karl Braunias, nach Fortsetzung der Verhandlungen am 21. Juni, zu erklären, dass es im Interesse der beiderseitigen Verhandlungen gelegen wäre, „die Note jetzt nicht abzuschicken“. Die jugoslawi-

[3426] Aufzeichnung des Gesandten Schleinitz über die Besprechungen des Herrn Bundesministers in Belgrad betreffend den Staatsvertrag für Österreich, 3. Juli 1952; Tischrede Außenminister Grubers, 20. Juni 1952, ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 152.559-pol/52, Zl. 152.560-pol/52.

[3427] Tatsächlich brachte Brasilien – das Außenminister Gruber Ende Juli/Anfang August 1952 besucht hatte – mit Unterstützung des Libanons, Mexikos und der Niederlande die Österreichfrage im Herbst 1952 vor die UN-Generalversammlung. – Stourzh, Einheit, 191.

sche Seite erwiderte, dass darüber nur Marschall Tito entscheiden könne, da die Note bereits im Ministerrat beschlossen worden sei. In Brioni war davon allerdings nicht mehr die Rede.[3428]

Die weiteren Verhandlungspunkte betrafen bereits konkrete bilaterale Fragen: In der Frage der Eigentumsregelungen vertrat Botschafter Bartoš den grundsätzlichen Standpunkt, dass mit der Liquidation des österreichischen Vermögens in Jugoslawien die „jugoslawischen Wunden, die aus Österreichs Verschulden [sic!] entstanden sind, dadurch geheilt erscheinen". Andererseits sei das jugoslawische Vermögen in Österreich durch die Besatzungsbestimmungen der Alliierten für Österreich festgelegt. Außenminister Gruber hielt diesem Standpunkt entgegen, „dass Österreich mangels seiner völkerrechtlichen Handlungsunfähigkeit keine Verantwortung an den kriegerischen Ereignissen" treffe und „daher auch keine Pflicht zur Entschädigung" habe. Gruber erklärte sich aber bereit, angebliche Bereicherungen österreichischer Staatsangehöriger „sine causa" prüfen zu lassen, und stimmte einer unparteiischen Prüfung der wechselseitigen Schäden zu. Österreich beabsichtige jedenfalls nicht, die jugoslawischen Grundbesitzer zu stören, hoffe aber in einem Grenzverkehrsabkommen die freie und ungehinderte Bearbeitung der „Überlandgrundstücke" – also der Grundstücke jenseits der Grenze – und den Transfer der Ernte aufnehmen zu können. Eine neue Brücke bei Radkersburg (Radgona) könne den lebendigen Verkehr an der Grenze unterstützen. – Erstaunlicherweise wurde von beiden Seiten die alliierte Festlegung vom 20. Juni 1949 hinsichtlich Liquidierung der österreichischen Vermögenswerte in Jugoslawien nicht erwähnt.[3429]

Zur Minderheitenfrage hatte der jugoslawische Gesandte Viktor Repič ein Aide-Mémoire betreffend die Lage der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Österreich vorgelegt, das folgende Forderungen beinhaltete:

– Schutz der Minderheiten als Ganzes;
– Einrichtung kompetenter Organe bei der Bundesregierung bzw. bei der Kärntner Landesregierung und bei der Burgenländischen Landesregierung;
– Keine Aufspaltung der slowenischen Minderheit durch Frage nach slowenischer und windischer Sprache bei der Volkszählung;
– Volle Durchführung der Kärntner Schulverordnung von 1945 und Einstellung von Angriffen österreichischer Parlamentarier, Organisationen und Presseorgane;
– Einrichtung eines slowenischen Gymnasiums und slowenischer Fachschulen;
– Volle Gleichberechtigung der slowenischen Sprache im öffentlichen Leben als zweite Landessprache in Kärnten;
– Keine Zurücksetzung von Slowenen bei der Aufnahme in den Staats- oder Landesdienst sowie bei der Verleihung von Konzessionen;

[3428] Aufzeichnung des Gesandten Schleinitz, 3. Juli 1952, ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 152.560-pol/52.

[3429] Aufzeichnung des Legationsrates Willfort über die Plenarsitzung im jugoslawischen Außenministerium am 20. Juni 1952, ÖStA, AdR, BKA/AA Zl. 152.560-pol/52.

– Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln und Anbringung anderer zweisprachiger Aufschriften;
– Keine Benachteiligung der Slowenen bzw. der slowenischen Genossenschaften bei der Gewährung von Krediten, staatlichen Subventionen und der Marshallplanhilfe;
– Gerechte Behandlung slowenischer Rückstellungsansprüche vor Gerichten;
– Gesetzliche Regelung des kroatischen Volksschul- und Hauptschulwesens.[3430]

Innenminister Ranković und Außenminister Gruber hatten die Minderheitenfrage bereits in ihren Tischreden angesprochen. In der Verhandlungsrunde erläuterte Legationsrat Dragomir Vučinić die wesentlichsten Probleme. Jugoslawien erwarte eine Anerkennung der Gleichberechtigung der slowenischen Sprache in den Staatsämtern und bei Gerichtshöfen, eine „doppelsprachige Beschriftung in dem Kärntner Gebiet, wo die slowenische Minderheit lebt", eine Ausweitung der Zweisprachigkeit auf alle 107 Volksschulen (im Gebiet der Schulverordnung), die Eröffnung einer slowenischen Lehrerbildungsanstalt in Klagenfurt und eines slowenischen Gymnasiums, die Gründung einer landwirtschaftlichen Schule und keine Diskriminierung der slowenischen Bauern bei Kreditvergaben. Minister Vlahović ergänzte, dass die jugoslawische Regierung diese Fragen – um der österreichischen Regierung keine zusätzlichen Schwierigkeiten zu bereiten – durchaus vertraulich behandeln wolle. Außenminister Gruber erklärte sich bereit, die jugoslawischen Beschwerden mit den zuständigen österreichischen Ministerien und mit der Kärntner Landesregierung zu besprechen, und nahm dann grundsätzlich zum möglichen juridischen Minderheitenschutz Stellung. Es gebe die Möglichkeit zu zweiseitigen Abmachungen zwischen Österreich und Jugoslawien oder zur Festlegung in einem künftigen Vertrag für Österreich. Dies müsse er auch mit den vier Besatzungsmächten besprechen.[3431]

Als Marschall Tito den österreichischen Außenminister am 23. Juni 1952 auf der Adriainsel Brioni empfing, fiel nicht nur der Willkommensgruß beinahe schon herzlich aus, sondern auch der Inhalt der Tischrede war bereits ziemlich konkret:

> „[...] Ich möchte besonders hervorheben, dass wir möglichst gute Beziehungen und enge Zusammenarbeit – sowohl ökonomische, kulturelle, wie auch politische – mit der benachbarten Österreichischen Republik wünschen. Solche Beziehungen und eine solche Zusammenarbeit finden wir unerlässlich, denn sie ist in jeder Hinsicht für die beiden Länder vorteilhaft, besonders in der Hinsicht des materiellen Austausches, was sich in der bisherigen Praxis einigermaßen schon bestätigte. Es ist im Leben und in der Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern, die große gemeinsame Interessen haben – und dies ist gerade der Fall zwischen unseren beiden Ländern –, sehr wichtig, dass sie sich ständig und beharrlich, aufgrund beiderseitigen Verständ-

[3430] Aide-Mémoire des jugoslawischen Außenministeriums betreffend die Lage der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Österreich, [Juni 1952], ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 154.147-pol/52.

[3431] Aufzeichnung des Legationsrates Willfort über die Plenarsitzung im jugoslawischen Außenministerium am 20. Juni 1952; Notizen von Außenminister Gruber, 20. Juni 1952, ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 152.560-pol/52.

> nisses, bestreben, sämtliche kleinen und unwichtigen Elemente, die der Erringung der gemeinsamen und größeren Vorteile und der gemeinsamen Ziele im Wege stehen, zu beseitigen. [...] Wir haben ein volles Verständnis für die Lage, in welcher sich die österreichische Republik auch heute noch in Bezug auf den Friedensvertrag befindet und wünschen, dass sie sich aus dieser Lage so bald als möglich befreit, damit sie sich vollkommen frei entwickeln kann. Ich kann dem Herrn Minister unsere moralische und politische Unterstützung in dieser Hinsicht versichern. [...]"

Außenminister Gruber betonte in seiner Antwort die historische Notwendigkeit von freundschaftlichen Beziehungen zwischen Nachbarvölkern und des regelmäßigen Gedankenaustausches auf staatlicher Ebene.[3432]

Außenminister Gruber hatte in den dem Déjeuner vorangegangenen Gesprächen die schwierigen Verhandlungen Österreichs mit den vier Großmächten um einen Staatsvertrag erläutert. Die Sowjetunion scheine derzeit zu keinem Abschluss bereit zu sein, aber auch die Westmächte legten keine besondere Eile an den Tag. Marschall Tito sah die österreichische Frage mit der deutschen Frage verbunden, und diese sei in Europa die schwierigste Frage zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. Moskau sehe noch immer Kriegsgefahr und wolle in Mitteleuropa kein „Atout" aus der Hand geben. Daher werde es nach seiner Meinung so lange keine Lösung der österreichischen Frage geben, solange die deutsche Frage nicht gelöst sei. Die neuen sowjetischen Vorschläge zu Deutschland seien jedoch „reine Demagogie", ein „Propagandatrick": Die „Russen" wollten ein vereinigtes Deutschland nur unter sowjetischem Einfluss. Denn zögen sich die Sowjets aus Österreich zurück, müssten sie auch aus Ungarn und Rumänien abziehen. Der jugoslawische Ministerpräsident räumte auch unumwunden ein, dass die Zusammenarbeit mit Österreich für das sowjetischem Druck ausgesetzte Jugoslawien von großer wirtschaftlicher, nicht zuletzt aber auch politischer Bedeutung sei. Eine solche Zusammenarbeit könne, nach Tito, auch zur Verstärkung jener Front beitragen, die dem „imperialistischen Druck aus dem Osten" Widerstand leisten könnte. Außerdem wolle die Sowjetunion in Österreich auch weiterhin das Erdöl ausbeuten. Erstaunlicherweise wurde im Gespräch Tito – Gruber die Frage der slowenischen Minderheit in Kärnten kein einziges Mal erwähnt. Außenminister Gruber war über den freundlichen Empfang sichtlich erfreut und hoffte auf die Bewältigung der während des Krieges entstandenen Probleme wie etwa des Schicksals der letzten österreichischen Kriegsgefangenen. Tito sagte die sofortige Freilassung der kranken Kriegsgefangenen zu, auch eine baldige Lösung für die anderen.[3433]

In einer Besprechung bei Generalsekretär Alois Vollgruber am 10. Juli 1952 wurden am Ballhausplatz alle aktuellen Verhandlungsgegenstände aufgelistet, die

[3432] Tischreden Marschall Titos und Außenminister Grubers, Brioni, 23. Juni 1952, ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 152.559-pol/52.

[3433] Gespräch Marschall Titos mit Außenminister Gruber, Brioni, 23. Juni 1952, AJ, Kabinet maršala Jugoslavije, I-2-a/9. Am Gespräch nahmen von jugoslawischer Seite die stellvertretenden Außenminister Veljko Vlahović und Leo Mates sowie der Gesandte Viktor Repič teil, von österreichischer Seite die Gesandten Braunias und Schleinitz sowie Legationsrat Willfort. Vgl. Politika, 24. Juni 1952 und 13. November 1952.

nun einer Erledigung zugeführt werden sollten. Die Liste enthielt ein jugoslawisches Aide-Mémoire zum Minderheitenproblem, ein österreichisches Aide-Mémoire zum Staatsvertrag, Verhandlungen über den kleinen Grenzverkehr, Verhandlungen über den Neubau der Murbrücke bei Radkersburg, die Zusammenführung von Volksdeutschen, die Freilassung österreichischer Kriegsgefangener, die Auslieferung österreichischer Zeitungen nach Jugoslawien, Verhandlungen über jugoslawische Forderungen betreffend die Draukraftwerke, die Teilnahme Österreichs an der Donau-Kommission, ein bilaterales Luftfahrtabkommen, ein bilaterales Sozialversicherungsabkommen, jugoslawische Restitutionswünsche und den bilateralen Warenaustausch. Am schnellsten wurde der Brückenbau in Radkersburg in Angriff genommen, die Eröffnung bereits für den 3. September 1952 vorgesehen. Ebenso rasch wurden Verhandlungen in Bad Gleichenberg eingeleitet: über den kleinen Grenzverkehr und die Rückgabe von land- (bis zu 35 ha) und forstwirtschaftlich (bis zu 25 ha) nutzbarem Boden (insgesamt aber nicht mehr als 40 ha) an österreichische Doppelbesitzer auf beiden Seiten der Grenze. – 335 österreichische Staatsangehörige hatten im jugoslawischen Grenzgebiet insgesamt 1791,47 ha Land besessen, 227 jugoslawische Staatsangehörige im österreichischen Grenzgebiet insgesamt 1187 ha Land.[3434] – Auch weitere Kriegsgefangene wurden freigelassen und ein Luftfahrtabkommen in Belgrad paraphiert. Der jugoslawische Gesandte Repič übergab ein Aide-Mémoire zur Minderheitenfrage und unterstrich das Interesse seines Landes an einem bilateralen Abkommen. In der Frage der nun freiwilligen Migration der Volksdeutschen aus Jugoslawien behielt sich Innenminister Oskar Helmer die Ausstellung der Einreisebewilligungen selbst vor und schlug sogar vor, von Jugoslawien Reziprozität zu verlangen.[3435]

Beim Gegenbesuch des jugoslawischen Außenministers Koča Popović im November 1953 in Wien ging es dann vor allem um Möglichkeiten einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit; diese Intensivierung der bilateralen Beziehungen könne auch zur Lösung der Minderheitenprobleme beitragen. Auch diesmal war von jugoslawischen Gebietsansprüchen keine Rede mehr.

Der Kampf um den österreichischen Staatsvertrag

Die österreichische Außenpolitik des Jahres 1953 wurde von der jugoslawischen Diplomatie erstaunlich kenntnisreich und wohlwollend analysiert. Insgesamt stellte das Belgrader Außenministerium „eine Bekräftigung der Tendenz zu einer unabhängigen nationalen Außenpolitik und eine Stärkung Österreichs als Subjekt in den in-

[3434] Jože Prinčič, Die slowenisch-österreichischen Wirtschaftsbeziehungen 1945-1991, in: Nećak, Slovensko-avstrijski odnosi, 537.

[3435] Amtsvermerke BKA/AA, 28. Juli 1952 und 23. August 1952; Telephondepesche aus Bad Gleichenberg an Generalsekretär Vollgruber, 23. August 1952, 9,30 Uhr, ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 153.323-pol/52, 154.890-pol/52 und 232.724-6RE/52. Ausgeschlossen von der jugoslawischen Restitution wurden NS-Funktionäre, österreichische juristische Personen, Kirchen und Gemeinden.

ternationalen Beziehungen“ fest. Dieser neue Kurs sei vor allem durch Veränderungen in den internationalen und innenpolitischen Beziehungen möglich gewesen:

1. Durch eine Änderung des Kurses der sowjetischen Außenpolitik nach dem Tode Stalins. Dies habe sich in Erleichterungen im Okkupationsregime und in der Verhandlungsbereitschaft mit der österreichischen Regierung gezeigt. Andererseits sei es unter den Westmächten zu unterschiedlichen Einschätzungen der neuen sowjetischen Außenpolitik und über die Perspektiven des Kalten Krieges gekommen.

2. Die wirtschaftliche Konsolidierung Österreichs habe unter Führung von Bundeskanzler Julius Raab zu einer Stärkung des Einflusses der Industrie geführt, die aus Exportinteressen einen „modus vivendi mit dem Ostblock“ verlange, auch ein Separatarrangement mit der UdSSR.

3. Zwischen den Zielen und Taktiken der Großmächte könnte Österreich mit einem neutralen Kurs zu einer neuen Unabhängigkeit gelangen. Die Kontakte der österreichischen Regierung zur Sowjetregierung und die Reise Bundeskanzler Raabs nach Paris deuteten dies an.

4. Im Übrigen müsse die österreichische Frage strikt von der deutschen Frage getrennt werden, auch von der Frage der Sicherheit in Europa, was die USA bisher verlangten. Denn die USA betrachteten auch Österreich als „Terrain der Abrechnung“ mit der UdSSR. In Österreich werde die Idee einer Neutralität à la Schweiz immer mehr angenommen oder eine spezifische Variante einer militärischen Neutralität mit freien politischen und wirtschaftlichen Bündnismöglichkeiten.

5. Auch die deutsch-österreichischen Beziehungen hätten in den vergangenen Jahren einige Entwicklungen durchgemacht. Es habe Verhandlungen über Vermögensfragen und Handelsbeziehungen gegeben, denn immerhin sei die Bundesrepublik Deutschland für Österreich der wichtigste Außenhandelspartner. Daher sei die Frage des „Deutschen Eigentums“ zur wichtigsten Frage aufgestiegen, in der die österreichische Seite einen Kompromiss anstrebe, der die Interessen der früheren kleineren deutschen Privateigentümer in Österreich berücksichtigen könnte. Zwar gebe es noch „pro-deutsche Kreise“ in allen Parteien, aber die Gefahr eines Anschlusses gebe es nicht mehr.

6. Die Beziehungen Österreichs zu Italien hätten sich in den vergangenen Jahren wegen der Frage Südtirol verschlechtert. Dies habe sich auch in der Triest-Frage gezeigt, in der die österreichische Presse und Wirtschaftskreise den jugoslawischen Standpunkt einer Internationalisierung von Triest eingenommen hätten. Auch die Haltung Italiens, für Triest ein Plebiszit zu fordern, ein solches aber für Südtirol abzulehnen, habe in der österreichischen Öffentlichkeit zu anti-italienischen Einstellungen geführt.

7. Die Berliner Konferenz im Februar 1954 werde zeigen, ob die neue österreichische Außenpolitik der „Neutralität“ Erfolg habe, was ein „Triumph“ für Bundeskanzler Raab wäre, oder ob die Strategie der SPÖ – sich voll auf die USA zu stützen, da „man mit den Russen nichts erreichen könne“ – die richtige sei. Auch für die jugoslawische Diplomatie sei es schwer zu prognostizieren, ob sich Österreich mit seiner Politik der militärischen Neutralität und der Forderung nach Abzug aller Truppen einem Abschluss des Staatsvertrages genähert habe.[3436]

[3436] Pogled na austrijsku spoljnu politiku u 1953. godini, AJ, Kabinet maršala Jugoslavije, F-5/1954, str.pov.br. 1/54; vgl. Arnold Suppan, Jugoslawien und der Staatsvertrag, in: Arnold Suppan, Gerald Stourzh, Wolfgang Mueller (Hgg.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität. The Austrian State Treaty 1955. International Strategy, Legal Relevance, National Identity (Archiv für österreichische Geschichte 140, Wien 2005) 431-471.

Wenige Tage nach Eröffnung der Berliner Konferenz der Außenminister der Vier Mächte am 25. Jänner 1954 sandte der jugoslawische Botschafter in Wien, Dragomir Vučinić, auch nach einem Gespräch mit dem Generalsekretär des Außenamtes, Karl Wildmann, einen ausführlichen Stimmungsbericht nach Belgrad. Eine Mehrheit in den politischen Kreisen Wiens erwarte keine definitive Lösung der österreichischen Frage, wohl aber eine Verbesserung der internationalen Lage Österreichs. Die österreichische Regierung zeige allerdings auch einige Schwächen wie die Uneinigkeit hinsichtlich der Zusammensetzung der Delegation und ihrer Strategie, ungeklärte Probleme mit den Russen (Neutralität, Deutsches Eigentum, Zahlungen an die UdSSR) und die Nichtübereinstimmung zwischen SPÖ und ÖVP in Kernfragen des Staatsvertrages. Die beiden wichtigsten Wirtschaftsfragen seien die Frage weiterer österreichischer Erdöllieferungen und die sowjetische Forderung nach Ablöse des ehemaligen „Deutschen Eigentums" durch Zahlung von 150 Millionen Dollar. Und die wichtigste politische Frage bleibe die Frage einer österreichischen Neutralität bzw. einer Klausel, die den Sowjets eine neuerliche Okkupation Ostösterreichs gestattet hätte.[3437]

Ende Jänner 1954 befragte Molotov den jugoslawischen Botschafter in Moskau, Dobrivoje Vidić, nach den Interessen seines Landes in Bezug auf Österreich. Nach Rückfrage in Belgrad unterstrich dieser die „freundschaftlichen Kontakte" zwischen der jugoslawischen und der österreichischen Regierung und die Hoffnung der Belgrader Regierung auf baldigen Abschluss des Staatsvertrages. Nach dem Scheitern der Berliner Konferenz – Österreich war nicht bereit, einer weiteren Stationierung alliierter, somit auch sowjetischer, Truppen bis zum Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zuzustimmen – bedankte sich Außenminister Figl beim jugoslawischen Botschafter in Wien für die jugoslawische Unterstützung in Berlin und dass Jugoslawien keine Bedingungen und Forderungen, auch keine territorialen in Bezug auf Kärnten, gestellt habe. Die österreichische Delegation sei erstmals als „gleichberechtigter Partner" (sic!) behandelt worden und habe auch die deutsche Sprache verwenden können. Dennoch kritisierte Figl sehr scharf den „sowjetischen Imperialismus", der kein Land räumen wolle, das seine Truppen besetzt hätten. Solange die Sowjetunion diese Haltung nicht aufgebe, sehe er daher keine Chance für den Abschluss des Staatsvertrages.[3438]

In einem ausführlichen Gespräch über die Berliner Konferenz zwischen Edvard Kardelj – der mittlerweile stellvertretender Vorsitzender des Bundesexekutivrates, also Stellvertretender Ministerpräsident, geworden war – und dem österreichischen Botschafter Walter Wodak am 24. Februar 1954 in Belgrad wies der

[3437] Bericht jugoslaw. Bt. in Wien an jugoslaw. AM, 31. Jänner 1954, AJ, Kabinet maršala Jugoslavije, 1954, F 8, Austrija, str.pov.br. 6/54; vgl. STOURZH, Einheit, 301-319.

[3438] Telegr. Bt. Vidić (Moskau) an jugoslaw. AM, 21. Jänner 1954; Weisung jugoslaw. AM an jugoslaw. Bt. in Moskau, 22. Jänner 1954; Telegr. Bt. Vidić an jugoslaw. AM, 2. Februar 1954; Telegr. Bt. Vidić an jugoslaw. AM, 8. Februar 1954; Telegr. Bt. Vučinić an jugoslaw. AM, 25. Februar 1954, Diplomatski arhiv (DA), Politički arhiv (PA), 1954, fonds 8, d. 3, 4, 5, 6, 8.

Vertraute Titos darauf hin, dass sich die neue sowjetische Politik unter Georgij M. Malenkov in einer Konsolidierungsphase befinde, in der sie nicht bereit sei, Konzessionen zu machen. Die Russen würden aber Österreich verlassen, wenn es sich für sie auszahlen würde. Kardelj sah jedoch – im Unterschied zu Tito 1952 – keine direkte Bindung der österreichischen Frage an die deutsche Frage, was er bereits 1947 bei Stalin festgestellt hätte. Und Molotov hätte ihm, Kardelj, damals bei den Staatsvertragsverhandlungen in Moskau im April 1947 sehr deutlich gemacht, dass die Kärntner Frage nicht den Abschluss des Staatsvertrages verhindern dürfe. Schließlich betonte Kardelj nun, im Februar 1954, die Notwendigkeit engerer politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und Österreich und unterstrich die „geopolitische, wirtschaftliche und kulturelle Verbundenheit" der Völker in Mitteleuropa und im Donauraum.[3439]

Einen Tag nach diesem bemerkenswerten Belgrader Gespräch empfing Gesandter Schöner den jugoslawischen Botschafter Vučinić, um ihn über die Berliner Konferenz zu informieren. Die Russen hätten in Berlin deutlich gemacht, dass sie nicht bereit seien, in Europa eine Position aufzugeben, solange die deutsche Frage nicht gelöst sei; das aber könne noch 10 bis 15 Jahre dauern. Im Übrigen sei eine „Neutralisierung" Deutschlands nicht realistisch, denn jede Regierung eines vereinigten Deutschlands werde sich dem westlichen System anschließen. Sogar SPD-Mitglieder hätten Schöner in Berlin mitgeteilt, dass im Falle freier Wahlen auch in der DDR die Mehrheit für Konrad Adenauer stimmen würde. Dies sei auch den Russen wohl bekannt. Molotov sei zwar beim Abendessen mit Figl und Kreisky geradezu freundschaftlich gewesen, habe aber an die österreichische Delegation appelliert zu verstehen, dass auch er nichts anderes als das vertreten könne, was er vorgeschlagen habe. Vermutlich stehe er unter dem Druck sowjetischer Militärkreise. Der jugoslawische Botschafter bestärkte Schöner, die Gespräche mit den Russen fortzuführen, auch wenn sich der US-Außenminister John Foster Dulles dagegen ausgesprochen habe.[3440]

Genau ein Jahr vor Abschluss des Staatsvertrages empfing Staatssekretär Bruno Kreisky den jugoslawischen Botschafter Vučinić zu einem ausführlichen Gespräch im Bundeskanzleramt. Kreisky resümierte das unfreundliche Verhalten der Sowjetunion gegenüber der österreichischen Regierung. So werfe sie etwa Innenminister Oskar Helmer „Anschluss"-Absichten vor. Gleichzeitig verlange die KPÖ einen aktiven Kampf gegen die „amerikanische Aggression" [sic!, Anm. von Botschafter Vučinić]. Als der jugoslawische Botschafter auf eine Zunahme der großdeutschen Propaganda in Österreich hinwies, besonders auf diverse „Soldatentreffen", spielte Kreisky deren Bedeutung herunter, dass diese Treffen in der Provinz nur alle fünf Jahre stattfänden. Da 90 % der Bevölkerung Pazifisten seien, bestünde keine Gefahr, dass diese Treffen missbraucht werden könnten. Auch der

[3439] AJ, Kabinet maršala Jugoslavije, 1954, I-5-b, Austrija.

[3440] Bericht Bt. Vučinić über Gespräch mit Ges. Schöner, Wien, 25. Februar 1954, AJ, Kabinet maršala Jugoslavije, 1954, F-6; vgl. Stourzh, Einheit, 319f.

jugoslawische Botschafter in Moskau fragte nach den Ursachen der Verschärfung der sowjetischen Haltung gegenüber Österreich. Botschafter Bischoff verwies zuerst auf das sowjetische Entgegenkommen nach dem Tode Stalins, von etwa 1000 österreichischen Kriegsgefangenen (unter 13.000 deutschen) ungefähr 600 zu amnestieren und freizulassen. Die restlichen unterstünden nach dem Terminus „Kriegsverbrecher" internationalem Strafrecht. Die neuen sowjetischen Vorwürfe hinsichtlich einer Zunahme der „Anschluss"-Propaganda und von Aktivitäten ehemaliger Soldaten seien keine neuen Angelegenheiten. Für Bischoff seien dies nur Hinweise auf den Kalten Krieg in Europa und dass man keine Lösung der österreichischen Frage erwarten könne, solange die deutsche Frage nicht gelöst sei. Dieselbe Einschätzung hörte Botschafter Vidić im Oktober 1954 von Botschafter Zorin in Moskau. Hinsichtlich des Truppenabzuges wies er außerdem darauf hin, dass sich die UdSSR „weit zurück" bewegen müsste, während dies für die Anglo-Amerikaner nur hundert Kilometer wären. Vidić machte aber darauf aufmerksam, dass es nicht eine Frage von Kilometern, sondern eine politisch-moralische Frage sei und dass die demokratischen Kräfte in Europa einen sowjetischen Truppenabzug aus Österreich „als Zeichen der Nicht-Aggressivität" der UdSSR betrachteten.[3441]

Am 17. Dezember 1954 fuhr eine jugoslawische Wirtschaftsdelegation unter Leitung von Mijalko Todorović, dem früheren Landwirtschaftsminister und nunmehrigen Mitglied des Bundesexekutivrates, nach Moskau, um mit der sowjetischen Seite über eine Normalisierung der jugoslawisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen zu verhandeln. Eines Abends erschien nicht nur der sowjetische Außenhandelsminister Anastas I. Mikojan in der jugoslawischen Botschaft, sondern praktisch die gesamte sowjetische Führungsspitze: der Erste Sekretär Nikita S. Chruščev, Ministerpräsident Georgij M. Malenkov, der stellvertretende Ministerpräsident Lazar M. Kaganovič, Außenminister Vjačeslav M. Molotov und Verteidigungsminister Nikolaj A. Bulganin. Der slowenische Botschaftsrat Bogdan Osolnik erinnerte sich in seinen Memoiren, dass Chruščev um ein neuerliches Zusammengehen warb: „Wir sind Kommunisten – Ihr seid Kommunisten, wir sind Slawen – Ihr seid Slawen, wir sind Pravoslawen [= Orthodoxe] – Ihr seid Pravoslawen." Todorović wies süffisant auf Osolnik hin, der Slowene und römischer Katholik sei, worauf Chruščev nur ein „Der Teufel soll sie holen" entkam, womit er offensichtlich die Katholiken meinte. Dann kam es zu einer Tour d'Horizon, die von Indien – wo Tito gerade zu Besuch weilte – bis Deutschland führte. Als die Russen darauf hinwiesen, dass die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO die Beziehungen der Sowjetunion in Europa vollständig blockiere, warf der jugoslawische Botschafter Vidić ein: „Wieso geben Sie keine Anregung für den Abschluss eines Staatsvertrages mit Österreich?" Molotov antwortete aufbrausend:

[3441] Telegr. Bt. Vučinić an jugoslaw. AM, 15. Mai 1954, DA, PA, 1954, fonds 6, d. 9; Telegr. Bt. Vidić an jugoslaw. AM, 22. Mai 1954, DA, PA, 1954, fonds 87, d. 7; Telegr. Bt. Vidić an jugoslaw. AM, 17. Oktober 1954, DA, PA, 1954, fonds 87, d. 9

„Nein, dies keinesfalls! Dann kämen die Kräfte des Imperialismus unserer Grenze noch um 250 km näher." Todorović replizierte: „Auf diese Weise können Sie die Folgen einer solchen Anregung nicht einschätzen! Bedenken Sie, was Sie für sich in politischer Hinsicht gewinnen könnten! Wir betrachten diese Frage nicht nur von der militärischen Seite, was bedeuten heute 250 km bei der gegenwärtigen Rüstung?" Aber Molotov beharrte: „Es ist nicht möglich, den österreichischen Vertrag von der deutschen Frage zu trennen."[3442] – Gerald Stourzh wies als Erster auf die Bedeutung dieser Diskussion hin. Der Einsatz der jugoslawischen Diplomaten gegenüber der sowjetischen Führungsspitze für den Abschluss des österreichischen Staatsvertrages erscheint tatsächlich bemerkenswert, entsprach freilich der konsequenten außenpolitischen Linie Belgrads seit Juni 1952. Wie sehr allerdings der Kreml die österreichische mit der jugoslawischen Frage verband, muss nach wie vor offen bleiben.[3443]

Botschafter Walter Wodak hatte im Oktober 1954 vom Ballhausplatz den Auftrag erhalten, „den Jugoslawen [sic!] mitzuteilen, Österreich sei bereit, ihren Wünschen bezüglich einer wirtschaftlichen Kooperation näher zu treten, dass aber in diesem Zusammenhang die Frage des österreichischen Vermögens in Jugoslawien behandelt werden müsse, ebenso wie die Herstellung einer allgemeinen klimatischen Besserung, wie z. B. eine Erklärung von Seiten Jugoslawiens über die Anerkennung der Grenze, wobei in gleicher Form von Seiten Österreichs der status quo in der Minderheitenfrage garantiert werden könnte". – Offensichtlich rechnete zu diesem Zeitpunkt in Wien noch niemand mit einem baldigen Abschluss des Staatsvertrages, sodass wesentliche bilaterale Regelungen mit Jugoslawien überlegt wurden. – Als Wodak diese Anregungen in Belgrad vortrug, erhielt er am 4. November 1954 vom stellvertretenden Außenminister Aleš Bebler ein mündliches Memorandum, in welchem in nicht gerade freundlicher Weise eine Anerkennung der Grenzen zugesagt wurde, während in der Vermögensfrage eine Lösung vorgeschlagen wurde, die „weder vom politischen noch vom wirtschaftlichen Standpunkt weniger günstig sein dürfte als die des Artikels 45/2" (also ein Verzicht seitens Österreichs auf das Eigentum); außerdem wurde ein Minderheitenstatut vorgeschlagen. Wodak gab auf diese Gegenvorschläge vorerst keine Antwort und ließ durch Zurückhaltung „eine große Enttäuschung" erkennen. Nun schaltete sich neuerlich Edvard Kardelj ein und erklärte am 30. Dezember 1954 Wodak, dass „Jugoslawien bereit sei, die Grenzen anzuerkennen, denn sie seien keine Nationalisten, die glauben, dass alle Menschen einer Zunge in einem Lande vereinigt sein müssten". – In den Jahren nach 1945 war gerade das gefordert worden! – Hinsichtlich des österreichischen Eigentums in Jugoslawien sei Belgrad bereit, dem prinzipiellen Standpunkt Wiens Rechnung zu tragen, Wien aber müsse auf die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse Jugoslawiens Rücksicht nehmen. Bebler war über die Intervention seines slowenischen Landsmannes nicht erfreut,

---

[3442] Bogdan Osolnik, Med svetom in domovino. Spomini 1945-1981 (Maribor 1992) 119-123.

[3443] Stourzh, Einheit, 465f.

schlug aber vor, dass beide Seiten konkrete Vorschläge machen sollten. Knapp vor der Abreise Wodaks nach Wien unterstrich Bebler auch das Interesse Jugoslawiens am Abschluss des österreichischen Staatsvertrages, womit eine Anerkennung der Grenzen verbunden sei.[3444]

In Wien hatte mittlerweile am 10. Jänner 1955 eine interne Diskussion über die Frage der Liquidation österreichischer Vermögenswerte in Jugoslawien stattgefunden. In dieser Besprechung beim Politischen Direktor, dem Gesandten Josef Schöner, wurde die Wichtigkeit eines Verzichts Jugoslawiens auf Artikel 45/2 – der spätere Artikel 27/2 des Staatsvertrages – betont. Gesandter Braunias warnte allerdings, dass ein Zugeständnis Jugoslawiens in der Eigentumsfrage nur zu erreichen sei, wenn Österreich zu wirtschaftlichen Zugeständnissen bereit sei, wie etwa der Umwandlung kurzfristiger Kredite in langfristige, der österreichischen Beteiligung an einem Weltbankkredit für Jugoslawien – dieser schien laut Wodak nach der kürzlich verstimmten Abreise des Weltbankdirektors aus Belgrad nicht aktuell zu sein – und Lieferungen der VÖEST (Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke). Gesandter Stephan Verosta, der Leiter des Völkerrechtsbüros, regte auch den Abschluss eines Freundschaftsvertrages mit Jugoslawien an.[3445]

Botschafter Wodak erstattete am 25. Jänner Außenminister Figl und Staatssekretär Kreisky Bericht, die übereinstimmend festhielten, „dass ein Eingehen auf engere wirtschaftliche Beziehungen mit Jugoslawien von der Klärung des österreichischen Vermögens als eine conditio sine qua non abhängen müsste“. Und Figl gab den Auftrag, zwar keine Erklärung über die Aufhebung des „Beschlagnahmegesetzes“ – der AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 hatte nicht nur die deutschen und volksdeutschen Vermögenswerte betroffen, sondern auch die österreichischen – zu verlangen, aber zuerst den Jugoslawen die im österreichischen Finanzministerium erliegenden 4000 – 5000 Anträge („also die konkretisierten Ansprüche der Geschädigten“) zur Überprüfung zu übermitteln. Wodak solle Bebler, der bereits angedeutet habe, dass eine solche Aktion verwaltungstechnisch durchführbar sei, auch vorschlagen, „die Jugoslawen sollen ihrerseits ihre wirtschaftlichen Vorschläge unterbreiten“.[3446] Figl und Kreisky zeigten sich

[3444] Aktenvermerk BKA/AA, 26. Jänner 1955, ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 319.481-pol/55. Bebler hatte in einer Parlamentsdebatte kurz vor Jahresende 1954 einen Überblick über die jugoslawische Außenpolitik gegeben und darin betont: „Österreich müsse endlich seine Freiheit und Unabhängigkeit erhalten; Jugoslawien werde diesem unserem gerechten Kampf moralische und politische Hilfe gewähren.“ – Bericht Bt. Wodak an AM Figl, Belgrad, 11. Jänner 1955, ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 319.248-pol/55.

[3445] Aktenvermerk BKA/AA, 10. Jänner 1955, ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 148.487-pol/54. An der Besprechung nahmen die Gesandten Schöner, Platzer, Braunias und Verosta, die Legationssekretäre Marquet und Haromy sowie Attaché Linhart teil.

[3446] Staatssekretär Kreisky schlug etwa vor, den Jugoslawen entsprechende Maschinen zur Erschließung ihrer „riesigen, unerschlossenen Wälder“ zur Verfügung zu stellen, wofür Österreich Holz beziehen könnte. Österreich habe auch Interesse am Ausbau des Hafens von Fiume (Rijeka); Gesandter Braunias ergänzte, dass Rijeka mit der Elektrifizierung der Südbahn besser angebunden sein könnte.

auch in der Minderheitenfrage beweglich, wenn sie den Kärntner Slowenen eine Lehrerbildungsanstalt und eine landwirtschaftliche Fortbildungsschule zubilligen wollten und sogar zur Errichtung von Partisanendenkmälern in Völkermarkt und am Loiblpass bereit waren. – In einer neuerlichen Beamtenbesprechung unter Leitung von Generalsekretär Wildmann bezweifelte allerdings der Gesandte Schöner, ob bezüglich des österreichischen Vermögens – Wodak schätzte allein den Wert des beschlagnahmten Grundbesitzes auf 6 bis 7 Millionen Dollar – „die Jugoslawen jemals etwas aus ihrer eigenen Volkswirtschaft abgeben werden". Und Wodak ergänzte, „dass die Jugoslawen den Artikel 45/2 nicht zurückziehen können, sondern nur erklären können, davon keinen Gebrauch zu machen. Die Jugoslawen würden einen solchen Verzicht eher abgeben, als das Beschlagnahmegesetz aus dem Jahre 1944 aufheben."[3447]

Außenminister Figl erklärte sich „geneigt" (sic!), gelegentlich eines Ministerbesuches in Jugoslawien eine Reihe von Protokollen oder einen Freundschaftsvertrag oder beides zu unterzeichnen, in denen folgende Materien behandelt werden sollten:

„A) Österreichische Forderungen:
   1. Anerkennung der österreichisch-jugoslawischen Staatsgrenze.
   2. Jugoslawien verzichtet auf die Geltendmachung des Artikels 45/2 des Staatsvertragsentwurfes.
   3. Befriedigende Regelung der Frage des Österreichischen Eigentums in Jugoslawien.
   4. Eventuell noch andere, aus dem Krieg resultierende Fragen.

B) Österreich ist bereit, Jugoslawien auf folgenden Gebieten entgegenzukommen:
   1. Allgemeine Erklärung über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit.
   2. Erklärung über die slowenischen Minderheiten in Kärnten (Garantie des jetzigen, von Jugoslawien als befriedigend anerkannten Zustandes).
   3. Beiderseits befriedigende Regelung der Schulfrage in Kärnten."

Botschafter Wodak fasste diesen Auftrag so zusammen, dass er ihn nicht nur mit Bebler, sondern auch an „höherer Stelle", am besten mit Tito selbst, erörtern werde.[3448]

Der erste Ansprechpartner Wodaks in Belgrad war wieder Bebler. Der österreichische Botschafter präsentierte alle anstehenden Probleme so, dass sie in einer Anzahl von Protokollen oder Erklärungen der beiden Regierungen bis Mai 1955 gelöst werden könnten. Bebler schienen vor allem die konkreten Vorschläge – Zusammenarbeit bei der Holzgewinnung, bei der Elektrifizierung der Südbahn und beim Ausbau des Hafens von Rijeka; Errichtung einer slowenischen Lehrerbildungsanstalt und eines slowenischen Gymnasiums in Kärnten – sehr zu gefallen, und er unterrichtete sofort den Vizepräsidenten Kardelj sowie auf tele-

[3447] Amtsvermerk BKA/AA, 26. Jänner 1955, ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 319.481-pol/55. An der Besprechung nahmen Generalsekretär Wildmann, Gesandter Schöner, Botschafter Wodak, die Gesandten Platzer, Verosta und Braunias sowie Attaché Linhart teil.

[3448] Amtsvermerk BKA/AA, 26. Jänner 1955, ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 319.481-pol/55.

graphischem Wege den im Ausland befindlichen Marschall Tito. Die praktischen Verhandlungen über die verschiedenen Materien sollten in Belgrad und in Wien stattfinden.[3449]

Acht Tage nach der sensationellen Rede Außenminister Molotovs am 8. Februar 1955 vor dem Obersten Sowjet über den Abschluss eines Staatsvertrages mit Österreich erläuterte der Erste Rat an der sowjetischen Botschaft in Wien, A. M. Timoščenko, dem Sekretär der jugoslawischen Botschaft, Milan Komatina, die neuen Motive der sowjetischen Außenpolitik: Österreich nehme für die Sicherheit der UdSSR eine bedeutende Position ein; daher verlange die UdSSR reale Garantien, dass Österreich nicht als Basis gegen die UdSSR verwendet werden könne. Weder die Erklärung der österreichischen Regierung, keinem Block beizutreten, noch eine Klausel im Staatsvertrag über den Verbot des „Anschlusses" stellten ausreichende Garantien dar; auch ein Vertrag der vier Mächte über die österreichische Neutralität könne dies nicht erfüllen. Die öffentlichen Kreise in Österreich unterschätzten die Gefahr für die österreichische Unabhängigkeit, die in erster Linie vom remilitarisierten Deutschland ausgehe. Auf die direkte Frage des jugoslawischen Gesprächspartners, an welche reale Garantien die UdSSR denke, bekam er freilich noch keine direkte Antwort. Drei Wochen später stellte Timoščenko die Ausführungen Molotovs zu Österreich als „nichts Neues" hin und betonte vor allem die feste Haltung der UdSSR, jeden Gedanken eines „Dranges nach Osten" im Keim zu ersticken. Dennoch unterstrich er in einem Gespräch mit dem jugoslawischen Botschaftsrat Zvonko Lučić die Bereitschaft der UdSSR, alle offenen Fragen in einem Staatsvertrag zu lösen.[3450]

Nun kam auch Bewegung in die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen. Am 9. Februar 1955 wurde der jugoslawischen Botschaft in Moskau eine Deklaration des Obersten Sowjets der UdSSR übermittelt, in der ein Austausch von parlamentarischen Delegationen der beiden Staaten vorgeschlagen wurde. Das Präsidium der jugoslawischen Bundesvolksversammlung begrüßte diesen Vorschlag und hielt in seiner Antwort fest:

> „[...] Die Erfahrungen der ganzen Zeit nach dem letzten Weltkriege haben gezeigt, dass die Probleme der Welt nicht durch Teilung der Welt in zwei sich feindlich gegenüberstehenden Mächteblöcken gelöst werden können. Auch nicht durch die Mittel des gefahrvollen Rüstungswettlaufs und durch die Schaffung von bewaffneten Staatengruppen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es nicht in einem einzigen Fall möglich war, ein internationales Problem unter Zugrundelegung der Politik des Kalten Krieges der Machtpolitik oder der Drohung mit Gewalt zu lösen. [...] daher werden die Völker Jugoslawiens und ihre Vertreter ihre größten Anstrengungen fortsetzen, um eine internationale friedliche Koexistenz zu erwirken [...]"[3451]

[3449] Bericht Bt. Wodak an AM Figl, 4. Februar 1955, ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 319.868-pol/55.

[3450] Bericht Komatina an jugoslaw. AM, 16. Februar 1955, Bericht Lučić an jugoslaw. AM, 5. März 1955, DA, PA, 1955, fasc. 5, dosije 19.

[3451] Antwort der Bundesvolksversammlung Jugoslawiens auf die Deklaration des Obersten Sowjets der UdSSR (Übersetzung der österreichischen Botschaft in Belgrad).

Am 7. März 1955 legte Staatspräsident Tito vor der Vollversammlung beider Häuser des jugoslawischen Parlaments ein außenpolitisches Exposé vor, das vor allem in einem Punkt Aufsehen erregte. Tito wandte sich in scharfer Form gegen die von Molotov am 8. Februar vertretenen Thesen über die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen und beschuldigte den sowjetischen Außenminister geradezu, die Unwahrheit gesagt zu haben. Noch überraschender war die Veröffentlichung dieser Bemerkungen Titos in der Parteizeitung *Pravda* und in der Regierungszeitung *Izvestija* wenige Tage danach. Dies war allerdings mit Belehrungen an die jugoslawischen Genossen verbunden: Die jugoslawischen Führer hätten nun ihre Fehler eingesehen und ihre Außenpolitik geändert. Aber die jugoslawischen Zeitungen vergaßen nicht, auf die berüchtigten sowjetischen Attacken im Jahre 1948 hinzuweisen. Tito hob in seinem Exposé aber auch die Notwendigkeit der europäischen Zusammenarbeit, der Wiederherstellung der Souveränität Österreichs und der Intensivierung der Beziehungen zwischen Jugoslawien und Österreich hervor:

> „[...] Dem gleichen Ziele würde auch die Lösung der österreichischen Frage dienen, die eigentlich nur ein Spiegel der bestehenden Politik der Blöcke ist. Dieses kleine und fleißige Volk hat es verdient, dass ihm seine volle Unabhängigkeit ermöglicht werde. Ein derartiger Akt würde die berechtigte Hoffnung erwecken, dass man auch hier in Europa neue Wege zu gehen wünscht. Ich wünsche noch hinzuzufügen, dass wir mit Zufriedenheit den beiderseits geäußerten Wunsch unserer Länder zu einer weiteren Entwicklung und Vertiefung der gutnachbarlichen Beziehungen und freundschaftlichen Zusammenarbeit begrüßen."[3452]

In einem Gespräch zwischen dem stellvertretenden Außenminister Vlahović und Botschafter Wodak im jugoslawischen Außenministerium Ende März 1955 herrschten hinsichtlich eines Abschlusses des Staatsvertrages noch verschiedene Spekulationen vor: Die Truppen der Besatzungsmächte würden Österreich erst bis zum 1. Jänner 1957 verlassen; dann könnte Österreich ein Modell für Deutschland werden, das seine territorialen Hoffnungen in Bezug auf Schlesien noch nicht aufgegeben habe.[3453]

Nach Abschluss der Moskauer Verhandlungen wurde Botschafter Wodak am 28. April von Präsident Tito empfangen, dem er das streng vertrauliche Memorandum über die Resultate der sowjetisch-österreichischen Verhandlungen und ein eigenes Dokument über die Heimkehr der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion übergab. Tito fragte nach eventuellen Beschränkungen der österreichischen Neutralität, etwa in der Handelsfreiheit oder hinsichtlich eines Beitrittes zu den Vereinten Nationen. Wodak konnte beides verneinen und unterstrich die strikte militärische Neutralität, worauf Tito meinte, dass die österreichische Neutralität damit eher der von Schweden entspreche. Danach fragte Tito, ob die Westmächte

[3452] Politika, 8. März und 16. März 1955; Bericht Bt. Wodak an AM Figl, 14. März 1955, ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 320.734; Tanjug, 14. März 1955.

[3453] Gespräch Min. Vlahović mit Bt. Wodak, 27. März 1955, AJ, Kabinet maršala Jugoslavije, KPR, I-5-b, Austrija.

wirklich bereit seien, auf die „Neutralisierung Österreichs“ einzugehen, da sie doch Auswirkungen auf Deutschland zu fürchten hätten und die Neutralisierung Österreichs die Unterbindung der Nord-Süd-Verbindung zwischen Deutschland und Italien bedeute. Er, Tito, wisse davon ein Lied zu singen, dass die Militärs immer alle „gaps“ schließen wollten.[3454] Wodak verwies auf die Erklärung von Außenminister Dulles, nach der NATO-Konferenz in Wien den Staatsvertrag unterzeichnen zu wollen. Dann sprach Wodak im Auftrag von Bundeskanzler Raab und Außenminister Figl noch einmal den Artikel 45/2 an und ersuchte aus prinzipiellen Gründen um Verzicht seitens der jugoslawischen Regierung. Österreich sei bereit, bei den Verhandlungen über die Kompensation des von Jugoslawien verstaatlichten österreichischen Vermögens die schwere wirtschaftliche Situation Jugoslawiens zu berücksichtigen. Tito zeigte sich über das Problem orientiert, verwies aber auf die sehr schwierige wirtschaftliche Situation Jugoslawiens, in der es keine prinzipielle, sondern eine Geldfrage sei. Er erklärte sich indes bereit, die Angelegenheit mit seinen Mitarbeitern – anwesend waren Staatssekretär Popović und Generalsekretär Vilfan – zu besprechen.[3455] Letzten Endes blieb jedoch die Liquidation der österreichischen Vermögen in Jugoslawien im Artikel 27/2 des Staatsvertrages bestehen; da halfen auch keine späteren Interventionen des Botschafters Wodak.[3456]

Der stellvertretende Leiter des Wiener Völkerrechtsbüros, Rudolf Kirchschläger, der spätere Außenminister und Bundespräsident, entwickelte Ende April 1955 dem Sekretär der jugoslawischen Botschaft in Wien, Staniša Cvetković, einige grundlegende Gedanken zum bevorstehenden Abschluss des Staatsvertrages:

1. Die wichtigste Aufgabe sei nun die Definition der österreichischen Neutralität und die Garantie dieser Neutralität.
2. Für Österreich sei es keine wesentliche Frage, ob es eine bewaffnete oder unbewaffnete Neutralität geben werde, auch nicht die Frage des Umfanges der Militärkontingente, die Österreich halten dürfe, solange alle vier Signatarmächte die Neutralität garantieren. Denn ein Angriff auf Österreich von anderer Seite als vom Ost- oder Westblock werde nicht erwartet.
3. Eine wichtige Frage für Österreich sei aber die wirtschaftliche Selbständigkeit – ohne Klauseln wie nach dem Ersten Weltkrieg, die im Vertrag von Saint-Germain die politische und

[3454] Gemeint waren offenkundig Bemühungen der Westmächte, Jugoslawien zu einer militärischen Zusammenarbeit mit der NATO und Italien zu bringen, um die Laibacher Pforte verteidigen zu können.

[3455] Sadržina o rezultatima sovjetsko-austrijskih razgovora [o. D.], AJ, Kabinet maršala Jugoslavije, KPR, I-5-b, Austrija; Bericht Bt. Wodak an AM Figl, Belgrad, 29. April 1955, ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 321.844-pol/55. Jugoslawien war neben den drei westlichen Großmächten der einzige Staat, der vor der Veröffentlichung das vertrauliche Memorandum erhielt. Vgl. Stourzh, Einheit, 391. – Zur Wirtschaftskrise in Jugoslawien vgl. Bericht von Bt. Wodak an AM Figl, Bled, 2. August 1955, ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 324.195-pol/55.

[3456] Bericht Botschafter Wodak über Unterredung mit dem Vizepräsidenten Kardelj, Belgrad, 28. Oktober 1955, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, Zl. 326.085-pol/55.

wirtschaftliche Selbständigkeit der Republik beschränkt hätten. Daher sei die Übertragung der sowjetischen Rechte und Vermögenswerte auf dem Erdölsektor von besonderer Bedeutung.

4. Die normale Regelung der Frage der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit habe ihre Bedeutung für das Vertrauen der österreichischen Bevölkerung zu ihrem Staat, für die Loslösung vom Gedanken, dass Österreich nicht als selbständiger Staat existieren könne. Dies habe ferner Einfluss auf die Ausbildung eines österreichischen Nationalbewusstseins und die Fähigkeit, einen allfälligen „Anschluss"-Versuch abwehren zu können[3457].

Die Bewertung des Staatsvertrages fiel im jugoslawischen Außenministerium sehr positiv aus: Der Staatsvertrag sei kein typischer Friedensvertrag, sondern sei ein „Staatsvertrag über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich" und enthalte daher etwa keine Reparationsbestimmungen. Freilich gebe es einschränkende Bestimmungen infolge „der Annexion Österreichs durch Hitler-Deutschland und seiner Teilnahme am Kriege als integrierender Teil Deutschlands". Daher erhalte Jugoslawien auch das Recht, „österreichische Vermögenschaften, Rechte und Interessen, die sich im Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Vertrages auf jugoslawischem Gebiet befinden, zu beschlagnahmen, zurückzubehalten oder zu liquidieren".[3458] Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklärten außerdem, „dass eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung zwischen Österreich und Deutschland verboten ist". Den slowenischen und kroatischen Minderheiten in Österreich würden das Recht zum Volksschul- und Mittelschulunterricht in der Muttersprache zugestanden, das Recht zum Gebrauch ihrer Sprachen in der Verwaltung und vor Gericht, das Recht auf Beschäftigung und das Verbot von Organisationen, die die Rechte der Minderheiten beseitigen wollen. – Erstaunlicherweise wies diese interne jugoslawische Stellungnahme auch darauf hin, dass die Sowjetunion einen früheren Abschluss des Staatsvertrages verhindert habe: zuerst durch ihre wirtschaftlichen Forderungen, dann durch die Verknüpfung mit der Triest-Frage, schließlich durch die Verbindung mit der deutschen Frage.[3459]

Tatsächlich erwiesen sich die seit 1952 von der jugoslawischen Politik und Diplomatie entwickelten Gedankengänge zum Abschluss des Staatsvertrages am 15. Mai 1955 großteils als richtig. Schließlich konnte Jugoslawien – das dem

---

[3457] Zabeleška o razgovoru sa dr. Kirchschläger-om, 22 aprila 1955. godine, AJ, Kabinet maršala Jugoslavije, 1955, F-4. Kirchschläger war sich sicher, dass bei einem Referendum 80 % der österreichischen Bevölkerung für eine Neutralität, wie sie die Schweiz habe, stimmen würden.

[3458] Staatssekretär Koča Popović wollte noch Ende April 1955 kleine Änderungen dieses Artikels, einigte sich aber mit Botschafter Wodak, die Frage der faktischen Liquidierung der österreichischen Vermögen in Jugoslawien in Wirtschaftsverhandlungen zu lösen. – Zabeleška o razgovoru Popovića sa Vodakom, 29. aprila 1955, AJ, Kabinet maršala Jugoslavije, KPR, I-5-b Austrija.

[3459] Beleška o austrijskom Državnom Ugovoru [Anfang Mai 1945], AJ, Kabinet maršala Jugoslavije, 1955, I-5-B, Austrija. Die im Artikel 7, Absatz 3, 2. Satz, ebenfalls vorgeschriebenen zweisprachigen topographischen Aufschriften wurden in dieser Bewertung offensichtlich nicht für erwähnenswert gehalten.

Staatsvertrag als „assoziierte Macht“ am 28. November 1955 beitrat – auch mit den Artikeln 7 (Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten), 11 (Anerkennung der Friedensverträge), 19 (Kriegsgräber und Denkmäler), 24 (Verzicht Österreichs auf Ansprüche gegen die Alliierten), 25 (Vermögen der Vereinten Nationen in Österreich) und 27 (Österreichisches Vermögen im Gebiete der Alliierten und Assoziierten Mächte) zufrieden sein. Daher hob Tito am Tag der Staatsvertragsunterzeichnung in einer Rede in Pula anlässlich des 10. Jahrestages der Befreiung Jugoslawiens hervor, dass durch die Unterzeichnung des Staatsvertrages ein Problem, das die Welt belastet habe, beseitigt worden sei.[3460]

Artikel 27 Abs. 2 des Staatsvertrages gab also Jugoslawien das Recht, das tatsächlich bereits eingezogene österreichische Vermögen in Jugoslawien endgültig zu liquidieren. Jugoslawien vollzog völkerrechtlich diesen Schritt durch seinen Beitritt zum Staatsvertrag am 28. November 1955. Nach jugoslawischen Erhebungen 1952 handelte es sich um ca. 24.000 ha Grundbesitz, Villen, Häuser und Hotels, Industrie- und Gewerbebetriebe, Arztpraxen und Anwaltskanzleien, Autorenrechte sowie Transportmittel einschließlich Schiffe. Diese sollen nach Schätzungen der jugoslawischen Diplomatie zwischen 2 und 9 Millionen Vorkriegs-US-Dollar wert gewesen sein. Mit dem 11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz, BGBl. 1962/195, wurden daher zu Recht nur Personen entschädigt, die sowohl am 13. März 1938 als auch am 28. November 1955 die österreichische Staatsbürgerschaft besaßen. Für die Entschädigung des Vermögens von Österreichern wurden die Wertansätze in vier Anlagen zum Gesetz geregelt: Wertansätze für Grund und Boden (Richtsätze pro Hektar), zur Ermittlung des Waldbestandes, für Bauflächen und für Gebäude. Zur Entschädigung von Betriebsvermögen hatten die Entschädigungswerber einen möglichst genauen Vermögensstatus zum 15. Mai 1945 zu verfassen. Die Richtwerte für Grund und Boden, Gebäude und für bewegliche körperliche Sachen (z. B. Hausrat) wurden grundsätzlich mit 3,5 vervielfacht, um der Veränderung des Geldwertes und dem Entgang der Nutzung zwischen 1945 und 1955 Rechnung zu tragen.[3461]

Nach den Berechnungen des ehemaligen Richters Otto Fritscher, der auch als Senatsvorsitzender der Bundesverteilungskommission beim Bundesministerium für Finanzen mit dieser Materie beschäftigt war, enthielten die österreichischen Bundesfinanzgesetze zwischen 1960 und 1988 Entschädigungszahlungen einschließlich Zinsen in Höhe von 625,667.000 Schilling. Die von Fritscher festgestellten 140 Entschädigungsfälle entfielen auf österreichische Industriebeteiligungen und Handelsbetriebe (z. B. Bleiberger Bergwerks-Union, Brevellier & Urban, Donauchemie, Donau-Save-Adria-Gesellschaft, Hanf-, Jute-, Textil-Industrie AG, Robert Koreska, Julius Meinl AG, Pottendorfer Textilwarenfabrik, Schmollpasta AG, Sidol KG,

[3460] Stourzh, Einheit 545, 683—766; Tito, Govori i članci, 10. Bd., 172; Bericht Bt. Wodak an AM Figl, 19. Mai 1955, ÖStA, AdR, BKA/AA, 322.391-pol/55. Erstaunlich war an der Rede vor allem Titos Eintreten für die deutsche Wiedervereinigung.

[3461] Vgl. die Zusammenstellung des jugoslaw. Außenministeriums im Juni 1952: Austrijska imovina u Jugoslaviji, AJ, Kabinet maršala Jugoslavije, I-2-a/9.

Steyr-Daimler-Puch AG, Graf Thun'sches Stahlwerk Streiteben AG, Zündwarenfabrik Max Woschnagg AG), österreichischen Großgrundbesitz (z. B. Hans Erich Hamann, Rudolf Freiherr von Hoschek-Mühlheim, Johann Georg, Franz Josef Balthasar und Adam Eusebius Graf Hoyos, Peter Kodolitsch, Carolina Pachta-Nostitz, Karl Pereira, Arthur Perger), sonstige landwirtschaftlich genutzte Grundstücke, Häuser, Wohnungen sowie Wohnungseinrichtungsgegenstände, arbeitsrechtliche Ansprüche und Sparguthaben. Vermögenswerte von Angehörigen freier Berufe wie Rechtsanwaltskanzleien oder Arztpraxen kamen unter den 140 Fällen nicht vor. Nach jahrelangen Expertengesprächen wurde erst am 19. März 1980 ein Vermögensvertrag zwischen Jugoslawien und Österreich abgeschlossen, der am 1. Jänner 1981 in Kraft trat. Jugoslawien zahlte eine Pauschalsumme von 2,4 Millionen Schilling, die Zahl der zu entschädigenden Eigentümer war freilich nur mehr eine sehr geringe.[3462]

Die Volksdeutschen aus Jugoslawien in Österreich

Bereits unmittelbar vor Kriegsende und dann in den ersten Monaten nach Kriegsende landeten Zehntausende deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus Jugoslawien in der Steiermark und in Kärnten. Die britische Besatzungsmacht brachte sie in riesigen Barackenlagern des Reichsarbeitsdienstes bzw. in neu errichteten Barackenlagern unter, von denen die größten in Wagna bei Leibnitz, Eisenerz, Kapfenberg und Feffernitz im unteren Drautal entstanden, die jeweils etwa 3000 Volksdeutsche beherbergten. In den Lagern wurden zentrale Küchen, Krankenstationen, Schulen und Kindergärten eingerichtet, meist auch eine eigene Kirche. In den Sommermonaten 1945 fanden viele Erwachsene Arbeit in der Landwirtschaft, ab Herbst aber wurden sie nicht mehr benötigt, außerdem kamen die ersten Kriegsgefangenen nach Hause. Sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierungen standen der Übernahme einer Verantwortung für diese *displaced persons* ablehnend gegenüber, auch wenn sie deutscher Herkunft waren und einen deutschen Dialekt sprachen. Daher wurden die Lager bis 1948 von der britischen Besatzungsbehörde verwaltet. In Oberösterreich, wo sowohl Zehntausende Sudetendeutsche als auch Zehntausende Donauschwaben gelandet waren – diese waren zum Teil im Herbst 1944 aus dem Banat, der Batschka und Syrmien evakuiert worden –, richtete die US-Besatzung bereits im Oktober 1945 bei der oberösterreichischen Landesregierung ein „Amt für Umsiedlungen" ein. Die Flüchtlinge erhielten vorläufig eine Aufenthaltserlaubnis, die alle drei Monate erneuert werden musste. Später erhielten vor allem jene Volksdeutschen, an deren Arbeitskraft ein wirtschaftliches Interesse bestand, Daueraufenthaltsbewilligungen, allerdings „bis auf Widerruf".[3463]

[3462] Otto FRITSCHER, Das österreichische Auslandsvermögen in Jugoslawien: Beschlagnahmt, liquidiert, aber von Österreich entschädigt. Erhielt Artikel 27 des österreichischen Staatsvertrages eine Reparationsregelung? (Diplomarbeit Univ. Wien 2008).

[3463] Gabriela STIEBER, Die Vertreibung der Jugoslawiendeutschen und ihre Aufnahme in Österreich, in: Beiträge zur Historischen Sozialkunde 4 (1996) 160-166.

Nach dem Staatsbürgerschaftsüberleitungsgesetz vom 10. Juli 1945, StGBl. Nr. 59, erhielten die österreichische Staatsbürgerschaft zunächst nur Personen, die diese am 13. März 1938 besessen hatten oder durch Rechtsnachfolge nach einem österreichischen Staatsbürger (Abstammung, Legitimation, Ehe) erworben hätten. Die durch Evakuierung, Flucht oder Vertreibung nach Österreich gekommenen Volksdeutschen aus Jugoslawien kamen daher vorerst für eine Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft nicht in Frage. Später verhielten sich die österreichischen Behörden gegenüber „Altösterreichern", d. h. Personen, die bis 1918 die österreichische Staatsangehörigkeit besessen hatten (Untersteirer, Gottscheer), etwas wohlwollender. Viele Volksdeutsche wollten allerdings ohnehin von Österreich in die westlichen Besatzungszonen Deutschlands weiterfahren oder aber in die USA, nach Kanada oder Australien auswandern.[3464] Die westlichen Alliierten untersagten aber im März 1947 jede weitere Zuwanderung dieser Personengruppe in ihre Besatzungszonen in Deutschland. Damit saßen viele jugoslawische Volksdeutsche in Österreich fest, und ihre Zahl nahm deutlich zu:

Tabelle 27: Volksdeutsche aus Jugoslawien in Österreich 1946-1954

Datum	Personenzahl	davon in Österreich eingebürgert
01.07.1946	103.873	-
01.01.1947	91.710	-
01.01.1948	139.539	-
01.01.1949	140.029	-
01.01.1950	129.944	-
01.06.1951	116.421	-
01.10.1951	134.255	22.522
30.06.1952	126.181	-
01.10.1953	119.602	29.821
01.01.1954	118.209	30.508
01.07.1954	113.029	32.202

Quellen: Wehler, Nationalitätenpolitik, 155, Tab. 16; Machunze, Flüchtlings- und Vertriebenenfrage, 3. Bd., 250, 260, mit Berufung auf Wilhelm R. Schliessleder, Das österreichische Flüchtlingsproblem, Integration, Heft 3 (München 1955) 156.

[3464] Da den Jugoslawien-Deutschen die Auswanderung in die USA, nach Kanada oder nach Australien erschwert wurde, organisierte die „Schweizer Flüchtlingshilfe" 1951 die Auswanderung von 2454 Menschen nach Brasilien. Da die meisten Bauern waren, gründeten sie in der Siedlung Entre Rios im Bundesstaat Paraná die Genossenschaft „Agraria", die bis heute erfolgreich landwirtschaftliche Produkte vermarktet. – Mitrović – Glass, Daheim an der Donau, 81.

Die Volksdeutschen aus Jugoslawien, deren Staatsbürgerschaft in vielen Fällen ungeklärt war, waren vorläufig staatenlos, und sie erhielten auch keine Kriegsopferversorgungsleistungen, die ausschließlich österreichischen Staatsbürgern vorbehalten waren. Erst ab 1949 bestand die gesetzliche Möglichkeit, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erwerben, wenn man länger als vier Jahre in Österreich gelebt hatte. Mit dem österreichischen Optionsgesetz von 1954 konnten Volksdeutsche durch bloße Erklärung die österreichische Staatsbürgerschaft erwerben und damit auch Renten nach dem österreichischen Kriegsopferversorgungsgesetz (KOVG) bekommen. Der Deutsche Bundestag wartete mit der Beschlussfassung über ein Gesetz zur Regelung von Fragen der deutschen Staatszugehörigkeit zu, bis die Volksdeutschen in Österreich die österreichische Staatsbürgerschaft und damit auch allfällige Renten nach dem KOVG erhalten hatten.[3465]

Bis 1954 blieben daher die Volksdeutschen gegenüber den österreichischen Staatsbürgern benachteiligt. Vor allem die SPÖ, aber auch Teile der ÖVP, sahen in den Heimatvertriebenen Personen, die die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches entschädigen müsse, da ihre Schäden Folgen des Angriffskrieges Hitler-Deutschlands und des von ihm begangenen Unrechts gewesen seien. Lediglich der „Verband der Unabhängigen“ (VdU) trat als Anwalt der Heimatvertriebenen auf, weil sie zum weit überwiegenden Teil aus der ehemaligen Österreichisch-Ungarischen Monarchie stammten und daher eigentlich „Deutschösterreicher“ seien. Dies traf freilich auf die Donauschwaben nicht zu, die ja zwischen 1867 und 1918 ungarische Staatsbürger gewesen waren. Nach den für den VdU erfolgreichen Parlamentswahlen von 1949 – bei denen die meisten Heimatvertriebenen noch nicht wahlberechtigt waren – und als nach und nach klar wurde, dass die in Österreich befindlichen Heimatvertriebenen nicht nach Deutschland übersiedeln konnten, begann die ÖVP-SPÖ-Koalitionsregierung in vielen Teilschritten mit der Gleichstellung der Volksdeutschen mit den Inländern: beim allgemeinen Zugang zum Arbeitsmarkt, bei den vor der Flucht oder Vertreibung erworbenen Berufsberechtigungen, bei der Gewährung der Notstandshilfe, beim Schul- und Studiengeld sowie bei den Prüfungstaxen, bei der Wohnbauförderung, bei der Gewährung von Vorschüssen auf erst später zu berechnende Pensionen und Unfallrenten. Schrittweise wurden die Volksdeuschen auch in die österreichischen Pensions-, Rentenversicherungs-, Unfallversicherungs- und Arbeitslosenversicherungsleistungen sowie – nach dem Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft – in die österreichische Kriegsopferversorgung einbezogen und erhielten Entschädigungen im Rahmen des Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetzes (KVSG), BGBl. 1958, Nr. 127, zu dem die BRD 125 Millionen DM zuzahlte.[3466]

Österreich wollte – entsprechend dem Staatsvertrag unabhängig von den Vermögensfragen – eine stärkere Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland für

[3465] Machunze, Flüchtlings- und Vertriebenenfrage, III, 311.
[3466] Machunze, Flüchtlings- und Vertriebenenfrage, I, 8-11, III, 250.

Leistungen an die Volksdeutschen in Österreich erreichen. Dazu gab es mehrere Abkommen zwischen Bonn und Wien. Aber erst am 5. März 1962 kam es in Bad Kreuznach zu einem Sozialversicherungsabkommen zwischen Österreich und der Bundesrepublik sowie zu einem Finanz- und Ausgleichsvertrag. Die BRD erklärte sich bereit, zum Wohnbau für die Volksdeutschen in Österreich dazuzuzahlen, außerdem für Leistungen nach dem Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz. Aufgrund des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1961 über die Anmeldung von Sachschäden, die durch Umsiedlung oder Vertreibung entstanden sind (Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962), sowie des Bundesgesetzes vom 13. Juni 1962 über die Entschädigung von Umsiedlern und Vertriebenen (Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 177/1962) konnten Umsiedler und Vertriebene (sowie deren Erben), die während der Zeit oder im Zusammenhang mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges oder dessen Folgen durch Wegnahme, Verlust oder Zerstörung (auch durch unmittelbare Kriegseinwirkung) von Gegenständen des Hausrates oder der zur Berufsausübung erforderlichen beweglichen Sachen einen Vermögensverlust erlitten hatten, eine nach einem Punktesystem bemessene Entschädigung bei der Bundesentschädigungskommission beantragen. Zusätzlich konnte ein Härteausgleich in Höhe von 50.000 öS (Wert 2000: 216.000 öS) gewährt werden. Die Volksdeutschen erhielten also – auch wenn sie noch nicht die österreichische Staatsbürgerschaft bekommen hatten – Entschädigungen für den verlorenen und zerstörten Hausrat und die zur Berufsausübung erforderlichen beweglichen Sachen. Eine Hauptentschädigung nach dem deutschen Lastenausgleich 1952 – wie die Volksdeutschen in der BRD – erhielten sie aber nicht.[3467]

Staatsbürgerschaft und Vermögensschäden: die Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien

Bereits nach Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes von 1949 wurden die deutschen „Heimatvertriebenen“, die in der Bundesrepublik Deutschland Aufnahme gefunden hatten, den deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt. Auch für in der BRD lebende Volksdeutsche aus Jugoslawien war es daher nicht entscheidend, ob sie einen Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft auf Grund von Rechtsvorschriften aus dem Dritten Reich ableiten konnten. Denn bis 1949 war die Abgrenzung zwischen deutschen Reichsangehörigen und Volksdeutschen nicht leicht zu ziehen gewesen:

a) In jenen Gebieten Sloweniens, die später vom Deutschen Reich annektiert werden sollten und in denen die deutsche Zivilverwaltung eingeführt wurde –

[3467] Leopold Egger, Das Vermögen und die Vermögensverluste der Deutschen in Jugoslawien (Sindelfingen1983); http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/buergerservice/vermoegensfragen/slowenien, 05.05.2008.

also in der Untersteiermark, im Mießtal und in Oberkrain –, erhielten die dort wohnenden ehemaligen jugoslawischen Staatsangehörigen und Staatenlose deutscher Volkszugehörigkeit die deutsche Staatsbürgerschaft.

b) Volksdeutsche, die Wehrdienst in der Deutschen Wehrmacht, Dienst bei der deutschen Polizei, der Waffen-SS oder der Organisation Todt leisteten, sollten nach dem Führererlass vom 19. Mai 1943, RGBl. I, S. 345, die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Im Einzelfall konnte freilich etwas anderes entschieden werden. Die nähere Durchführung und Ergänzung des Erlasses wurde dem Reichsinnenminister mit den beteiligten Stellen überlassen. Der Reichsführer-SS Himmler erließ dazu am 23. Mai 1944 eine Durchführungsbestimmung (Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Inneren 1944, Sp. 551), wonach zur Geltendmachung der Staatsbürgerschaft ein Feststellungsverfahren notwendig war. Ob die Tatsache der Dienstleistung allein ohne Feststellungsbescheid für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft genügte, wurde von verschiedenen deutschen Gerichten und Verwaltungsbehörden nach 1945 unterschiedlich beurteilt.[3468]

Die Volksdeutschen aus Jugoslawien wurden wie die „Heimatvertriebenen" aus anderen Gebieten Ostmitteleuropas sowohl in das deutsche Soforthilfegesetz 1949 als auch in den deutschen Lastenausgleich 1952 einbezogen. Nach dem Soforthilfegesetz vom 18. August 1949, Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1949, S. 205, wurden Flüchtlingen, Heimatvertriebenen, Sachgeschädigten, Währungsgeschädigten, politisch Verfolgten und Spätheimkehrern – aber nur natürlichen Personen – folgende Leistungen gewährt: Hausratshilfe, Förderung des Wohnbaus, Förderung von Alters- und Pflegeheimen, Waisenhäusern, Wohnheimen und Kindergärten, Unterhaltshilfe zur Minderung von sozialen Notständen, Förderungen bei der Eingliederung in die Landwirtschaft, in die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe, Förderung der Errichtung von Dauerarbeitsplätzen, Ausbildungshilfen, Zuschüsse von aufgenommenen Krediten. Im Jahre 1952 ersetzte die Regierung Adenauer die Soforthilfe durch den Lastenausgleich. Mit dem Feststellungsgesetz vom 21. April 1952 und dem Lastenausgleichsgesetz vom 14. August 1952 wurde eine „Hauptentschädigung" eingeführt, mit der eine Quote der erlittenen Vermögensschäden abgegolten wurde. Wie bei der Soforthilfe waren die Leistungen auf natürliche Personen beschränkt. Zwischen deutschen Staatsangehörigen und volksdeutschen Vertriebenen, Flüchtlingen und Umsiedlern wurde nicht unterschieden. Anspruchsberechtigt waren jedoch nur Personen, die bis spätestens 31. Dezember 1952 ihren ständigen Aufenthalt in der BRD oder Westberlin nahmen. Wer nach diesem Zeitpunkt in die BRD kam, hatte keinen Anspruch auf Ausgleichsleistungen. Ausnahmen gab es nur für Spätaussiedler, die sechs Monate nach Verlassen des Vertreibungsgebietes in die BRD oder nach Westberlin gelangten, Spätheimkehrer – etwa 1945 als Zwangsarbeiter in die Sowjetunion Deportierte – und Personen, die im Wege der

---

[3468] SUNDHAUSSEN, Waffen-SS, 176-196.

Familienzusammenführung zu ihren vor dem Stichtag eingetroffenen Angehörigen zugezogen waren.[3469]

Spätestens mit dem deutschen Lastenausgleich 1952 musste die BRD-Regierung versuchen, sowohl die Anzahl der in die Bundesrepublik Deutschland evakuierten, geflüchteten, vertriebenen und zwangsausgesiedelten Volksdeutschen als auch deren in Jugoslawien enteignetes Vermögen feststellen zu lassen. Dies stieß auch hinsichtlich der Volksdeutschen aus Jugoslawien auf größere Schwierigkeiten. Die Zahl der 1941 in Jugoslawien wohnhaft gewesenen „Deutschen" war nach 1945 nicht mehr exakt feststellbar. Nach der jugoslawischen Volkszählung von 1931 waren es 499.696 Personen gewesen, nach einer statistischen Fortschreibung sollen es im Jahre 1939 etwa 536.800 Personen gewesen sein, und nach Erhebungen, die von den deutschen Volksgruppenführungen in Serbien, in der ungarischen Batschka und Baranya sowie in Kroatien nach 1941 durchgeführt wurden, wurde sogar eine sicher zu hohe Gesamtzahl von 620.323 Personen deutscher Volkszugehörigkeit berechnet.[3470] Das Bonner Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte nahm für Anfang Oktober 1944 – nach Abzug von 29.000 gefallenen oder vermissten Soldaten – noch eine restliche Zivilbevölkerung von 482.000 Personen an. Soweit diese gerade im Oktober und November 1944 durch Flucht, Evakuierung, Vertreibung und Verfolgung praktisch halbierte Personengruppe Vermögen besaß, war sie von der Enteignung durch den AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 betroffen.[3471]

Bei der Volkszählung der Bundesrepublik Deutschland am 13. September 1950 gaben jedenfalls auf die Frage nach dem ehemaligen Wohnsitz und der Muttersprache etwa 147.500 Deutsche ihren früheren Wohnsitz mit Jugoslawien an. Die zu dieser Zeit bereits in der DDR lebenden Volksdeutschen aus Jugoslawien gibt Wehler mit rund 15.000 Personen an. Von 1950 bis 1978 kamen dann noch 86.129 deutsche Aussiedler aus Jugoslawien in die BRD, sodass insgesamt etwa 250.000 Jugoslawien-Deutsche Aufnahme in der BRD fanden, die überwiegend vom deutschen Lastenausgleich berücksichtigt wurden.[3472]

Jugoslawische Statistiken über Vermögen, Einkommen oder andere wirtschaftliche Kennzahlen hatten offiziell keine Angaben über die Nationalität der Eigentümer oder Berechtigten enthalten. Das Herausrechnen des deutschen Vermögens aus dem gesamten Vermögen jugoslawischer Staatsangehöriger war darum aus zeitgenössischen Quellen nur teilweise und nur für bestimmte Vermögensbereiche

---

[3469] Wiegand, Lastenausgleich, 197-202.

[3470] Egger, Vermögen, 14-18, 44, meint, dass sich vor 1941 aus Gründen der Vorsicht „eine nicht unbeträchtliche Zahl von Deutschen" gegenüber jugoslawischen Erhebungsorganen nicht zu ihrem Volkstum bekannt hätte, während sich nach dem April 1941 südslawische Opportunisten der deutschen Volksgruppe angeschlossen hätten. Vgl. auch Wehler, Nationalitätenpolitik, 96-98.

[3471] Dokumentation V, 123 E – 130 E.

[3472] Wehler, Nationalitätenpolitik, 98; Egger, Vermögen, 159, nahm an, dass 80 % der Jugoslawien-Deutschen in der Statistik des Bundesausgleichamtes enthalten seien, was im Hinblick auf mindestens 140.000 Jugoslawien-Deutsche in Österreich sicher zu hoch geschätzt war.

möglich. Vorerst wurde daher deutscherseits versucht, den Umfang des deutschen Vermögens zu beschreiben. Prinzregent Paul hatte bereits 1939 – zur Abwehr ungarischer Revisionsansprüche auf jugoslawische Gebiete nördlich von Donau und Save – der Landwirtschaftskammer des Donaubanats in Neusatz aufgetragen, Erhebungen über die Landwirtschaft der Deutschen, Magyaren und anderen Minderheiten im Banat, der Batschka, der Baranja und Syrmien durchzuführen. Für jede Gemeinde wurden aus den Katasterbüchern die Namen der Besitzer samt ihrer Volkszugehörigkeit und ihren Besitzgrößen erfasst; zur Kontrolle wurden die Bücher der Hagelversicherungsanstalten herangezogen, denen jeder Bauer angehören musste. Auf der Basis dieser Aufzeichnungen stellte Paul Hesse, der ehemalige Direktor der Zentralwohlfahrtsgenossenschaft in Neusatz 1941/42, Erfassungsbögen mit Rubriken für jede Gemeinde nach Größe der Gemarkung, der Nutzflächen nach Kulturarten, dem Prozentsatz der Nutzungsarten, der Bevölkerung samt Volkszugehörigkeit und ihres Bodeneigentums her. Diese von Hesse nach Deutschland gebrachten Unterlagen waren schließlich eine wertvolle Basis für die Erhebungen der Heimatauskunftsstelle Jugoslawien in Stuttgart für die Berechnung der Hauptentschädigungen im Rahmen des Lastenausgleichs.[3473]

Nach einem Informationshandbuch (*Informativni Priručnik*), das die jugoslawische Regierung 1951 herausgab, um die Ergebnisse der Agrarreform und der Kolonisation nach dem Gesetz vom 23. August 1945 zu dokumentieren[3474], wurden insgesamt 162.171 „Besitzungen" mit 1,566.030 ha erfasst, von denen zumindest 97.720 „Besitzungen" mit 637.939 ha von deutschen Eigentümern betroffen waren, davon 5703 Besitzungen mit 114.790 ha in Slowenien, 20.457 Besitzungen mit 120.977 ha in Kroatien, 68.035 Besitzungen mit 389.256 ha in der Vojvodina, 3523 Besitzungen mit 12.733 ha in Bosnien-Herzegowina und 2 Besitzungen mit 193 ha in Serbien.[3475]

Unter den AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 waren auch die deutschen Industrie- und Gewerbebetriebe gefallen. So hatte es besonders im Banat, der Batschka, der Baranja, Syrmien und Slawonien zahlreiche Getreide- und Ölmühlen, Molkereien, Fleisch- und Salamifabriken, Leder-, Zucker- und Hanffabriken, Bierbrauereien, Schnaps- und Cognacbrennereien, Konservenfabriken für Obst und Gemüse, Ziegeleien und Weinkellereien gegeben. Nach den Jahresberichten

---

[3473] EGGER, Vermögen, 239-244.

[3474] In den Landfonds eingebracht wurde: das von Großgrundbesitzern konfiszierte Land; das von „Deutschen" enteignete Land; konfisziertes Land von Volksfeinden und sonst verurteilter Personen; Land ohne Besitzer oder Rechtsnachfolger; Land, das von Kolonisten, Landgemeinden und anderen verlassen wurde.

[3475] GEIGER, Volksdeutsche, 216. EGGER, Vermögen, 239-244, nennt 96.874 Besitzungen mit 636.847 ha als ehemaligen Besitz von Angehörigen deutscher Nationalität. Von den insgesamt 1,566.030 ha enteignetem Besitz erhielten südslawische Bauern 41 %, staatliche landwirtschaftliche Güter 18,3 %, landwirtschaftliche Genossenschaften 2,6 %, staatliche Unternehmungen 2,5 % und Anstalten 1,3 %; 24,3 % war Wald oder Land für Aufforstungen. Aufgeteilt wurden auch die Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Landmaschinen, Vieh, Hausrat und Lebensmittel.

1939 der Handels- und Industriekammern Neusatz und Groß-Betschkerek gab es in der Vojvodina auch eine größere Zahl von Elektrotechnik- und Textilindustriebetrieben in deutschem Besitz, wobei es sich auch um deutsch sprechende jüdische Eigentümer gehandelt haben kann. Größere Industriebetriebe in deutschem Besitz gab es bis 1945 auch in Slowenien, vor allem in Marburg und Cilli. Allein für die Batschka wurden 1939 3744 deutsche Handwerksbetriebe gezählt, darunter: 498 Schneider, 469 Maurer, 459 Tischler, 309 Schmiede, 343 Schuhmacher, 258 Fleischhauer, 238 Bäcker, 200 Zimmerleute, 198 Wagner und 151 Schlosser. In der Kartei der Heimatauskunftstelle Jugoslawien in Stuttgart wurden insgesamt 8268 Handwerksbetriebe erfasst, davon: 1481 Holz verarbeitende Betriebe, 1379 Betriebe im Bekleidungshandwerk, 1117 Metall verarbeitende Betriebe, 1012 Betriebe im Bauhandwerk, 934 Betriebe der Nahrungsmittelverarbeitung, 820 Leder verarbeitende Betriebe, 645 Gastwirte, 526 Reinigungshandwerke, 76 Feinmechaniker und Optiker, 36 Papier verarbeitende Betriebe und 30 Färberhandwerke. Schließlich hatte es auch deutsche Banken, Versicherungen, Sparkassen, Volksbanken sowie landwirtschaftliche Kredit-, Einkaufs- und Verwertungsgenossenschaften gegeben, bei denen freilich die Zuordnung als deutsche Vermögenswerte schwieriger war. In deutschem Besitz hatten sich jedenfalls die Landwirtschaftliche Zentraldarlehenskasse in Neusatz, die Pantschowaer Volksbank und die deutsche landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft „Agraria" befunden.[3476]

Zur Festsetzung einer Hauptentschädigung im Rahmen des deutschen Lastenausgleichs mussten das den Antragstellern entzogene Vermögen und sein Wert festgestellt werden. Da nicht 100 % des verlorenen Wertes entschädigt werden konnten, war die richtige Wertrelation der zu entschädigenden Güter zumindest so wichtig wie die richtige Wertbemessung. Das Deutsche Reich kannte für Steuerzwecke für viele Vermögensarten Einheitswerte, und zwar sowohl für Grundstücke als auch für Betriebe (vgl. Bewertungsgesetz 1934 in der Novelle 1952). Die Einheitswerte wiederum beruhten auf Ertragswerten, nämlich dem Fünfundzwanzigfachen des Reinertrages im Durchschnitt mehrerer Jahre. Die Bewertung des Vermögens für den Zeitpunkt der Entziehung in Jugoslawien ließ sich allerdings nur äußerst schwer feststellen, da es Einheitswerte – nach deutschem und österreichischem Vorbild – nur für Slowenien gab, im übrigen Jugoslawien lediglich einen Grundsteuerkataster. Die Einheitswerte bevorzugten offenbar die Land- und Forstwirtschaft, denn zur Umrechnung von Einheitswerten auf „Verkehrswerte" wurde – laut Egger – das landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Vermögen ebenso wie das Weinbau- und Fischereivermögen mit 300 %, der sonstige Haus- und Grundbesitz mit 200 %, das sonstige Betriebs- und Anteilsvermögen nur mit 150 % des Einheitswertes angesetzt.[3477]

Leopold Egger versuchte die gesamten Vermögensverluste der „Deutschen" in Jugoslawien hochzurechnen, wobei er vom deutschen Lastenausgleich aus-

3476 Egger, Vermögen, 149-197.

3477 Egger, Vermögen, 151-199.

ging und für die nach dem Lastenausgleich nicht Antragsberechtigten (etwa die in Österreich oder Jugoslawien gebliebenen Volksdeutschen) sowie für das deutsche „Gemeinschaftsvermögen“ (Genossenschaften und Vereine) und das deutsche öffentliche Eigentum (etwa die Infrastruktur der deutschen Dörfer) geschätzte Beträge hinzurechnete. Allerdings berücksichtigte er nicht die Vermögen der in den Kriegsereignissen und Vertreibungsmaßnahmen ums Leben gekommenen Volksdeutschen, die auch keine Erben mehr hatten. Nach der Statistik des Bundesausgleichamtes gab es zum Stand vom 30. Juni 1981 159.619 positiv erledigte Bescheide, die 225.816 Schadensfälle betrafen.

Egger wertete nun die Schäden für Land- und Forstwirtschaft mit 300 % auf 1,595,694.000 RM, die für das Grundvermögen mit 200 % auf 284,732.000 RM und die für Betriebsvermögen und Geschäftsguthaben mit 150 % auf 276,081.000 und 36,027.000 auf. – Freilich waren nach dem Willen des deutschen Gesetzgebers die festgestellten Schäden an land- und forstwirtschaftlichem Vermögen auf Grund der niedrigeren Einheitswerte nicht mit dem dreifachen Wert anzusetzen, sondern generell nur mit einem um ein Drittel erhöhten Wert. – Egger rechnete außerdem Schadensbeträge für Erntevorräte und Hausrat hinzu. Schließlich versuchte Egger neben dem Privatvermögen der Volksdeutschen aus Jugoslawien auch das deutsche Gemeinschaftsvermögen der Genossenschafts- und Kultureinrichtungen sowie das von den Deutschen repräsentierte öffentliche Vermögen (etwa die Infrastruktur) mitzuberücksichtigen. Folgt man daher – ausgehend von der Statistik des Bundesausgleichamtes vom 30. Juni 1981 – der von Egger errechneten Statistik, so betrug der Gesamtschaden des später in die BRD gelangten Teiles der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien im Jahre 1945 2.232,039.000 RM. Dieser Betrag wurde dann der im Lastenausgleich gewährten Hauptentschädigung zugrunde gelegt.[3478] Für alle deutschen Vertriebenen in der BRD wurden Schäden von 36,5 Milliarden RM festgestellt, sodass die 2,23 Milliarden RM (= 6,12 %) für die 233.629 in die BRD gelangten Vertriebenen aus Jugoslawien 6,12 % des Gesamtbetrages ausmachten, obwohl sie nach Personen nur gut 3 % aller Vertriebenen gezählt hatten.[3479]

Nach neueren donauschwäbischen Berechnungen sollen die Gesamtverluste an Vermögenswerten in der Währungs- und Preisrelation von 1945 84.266,690.000 Dinar betragen haben, die 1982 etwa 15.589,338.000 DM, also über 15 Milliarden Deutsche Mark, wert waren.[3480]

[3478] Die Hauptentschädigung wurde degressiv berechnet. Sie betrug z. B. bei einem Schaden von bis zu 800 RM einen gleich hohen Betrag in DM, bei Schäden von 801 bis 1500 RM 800 DM, von 1501 bis 2200 RM 1100 DM, von 2201 bis 3000 RM 1400 RM usw. Bei Schäden von 85.000 bis zu einer Million RM wurde ein einheitlicher Betrag von 50.000 DM gewährt, bei Schadensbeträgen von über 1 Million RM wurden zusätzlich 3 % des 1 Million RM übersteigenden Schadensbetrages als Grundbetrag anerkannt, bei Schäden über 2 Millionen RM 2 % des 2 Millionen RM übersteigenden Schadensbetrages als Grundbetrag. – WIEGAND, Lastenausgleich, 325.

[3479] EGGER, Vermögen, 209-213; WIEGAND, Lastenausgleich, 321.

[3480] Verbrechen an den Deutschen, 9. Im Auftrag des BRD-Außenministeriums führte 1955 Dr. Josef Trischler, der ehemalige Vorsitzende des Verbandes der deutschen Genossenschaften in Neusatz,

Tabelle 28: Schadensfälle und Entschädigungen für die Volksdeutschen aus Jugoslawien nach dem deutschen Lastenausgleich (Stand 30. Juni 1981)

116.499	Schäden an Land- und Forstwirtschaft mit einem Wert von	RM 531,898.000
59.037	Schäden an Grundvermögen und Hausbesitz	142,366.000
27.838	Schäden an Betriebsvermögen	184,054.000
1.066	Schäden an Gegenständen der Berufsausübung	472.000
2.108	Schäden an Spareinlagen	5,663.000
656	Schäden nach dem Währungsausgleich	2,665.000
17.729	Schäden an privatrechtlichen geldwerten Ansprüchen	30,715.000
883	Schäden an Anteilen und Geschäftsguthaben	24,018.000
225.816	**Schäden**	**RM 921,841.000**

Quelle: Statistik des Bundesausgleichamtes, Az. 1/3 – LA 3658; vgl. WIEGAND, Lastenausgleich, 385.

Jugoslawien hatte gleich nach Kriegsende begonnen, Erhebungen über die eigenen Kriegsverluste und Kriegsschäden durchzuführen. Bereits am 16. November 1945 legte der jugoslawische Vertreter Aleš Bebler der Reparationskonferenz in Paris ein erstes Memorandum mit relativ detaillierten Forderungen vor:

- Für die angeblich 1,706.000 Kriegstoten wurden 21,495.600 Dollar Entschädigung verlangt;
- für 425.000 Kriegsinvalide 3,154.800 Dollar;
- für 822.000 Kämpfer des Volksbefreiungsheeres 1.370,333.330 Dollar;
- für 170.000 Kriegsgefangene 408,000.000 Dollar;
- für 530.000 KZ-Internierte und ihre Familien 460,000.000 Dollar;
- für 270.000 Zwangsarbeiter in Deutschland 64,800.000 Dollar;
- für Zwangsarbeiter in Jugoslawien 129,600.000 Dollar;
- für 530.000 Deportierte 268,800.000 Dollar;
- für 1,220.000 Personen, die zu repatriieren waren, 73,200.000 Dollar;
- für 600.000 zwischen dem 1. September 1939 und 2. April 1941 mobilisierte jugoslawische Soldaten 4.510,000.000 Dollar sowie für ihre Familien 172,692.000 Dollar.[3481]

Dies hätte insgesamt die gewaltige Entschädigungssumme von 7.482,045.700 Dollar ergeben. Freilich ist nicht nachvollziehbar, weshalb Jugoslawien für Mobilisierungen vor dem 27. März 1941 – dem Tag des Angriffsbefehls Hitlers – entschädigt hätte werden sollen. Auch die Zahl der Kriegstoten war – wie wir gesehen haben – deutlich zu hoch angesetzt. Letzten Endes erhielt Jugoslawien auf der Londoner Reparationskonferenz 1953 vorerst nur eine Kriegsentschädi-

eine Schätzung des Vermögenswerte der beschlagnahmten deutschen Vermögens in Jugoslawien durch und errechnete einen Wert von 41,399,300.000 Dinar. – NEĆAK, „Die Deutschen", 401.

[3481] Zoran JANJETOVIĆ, Od Auschwitza do Brijuna (Zagreb 2007) 21f.

gung von 35,786.418 Dollar (im Wert von 1938), hauptsächlich in Waren. Daher teilte die jugoslawische Regierung am 17. November 1959 der internationalen Reparationsagentur mit, dass sie die Reparationsfrage noch nicht als gelöst betrachte. Nachdem Belgrad von Bonn einen Kredit von 240 Millionen DM auf 99 Jahre erhalten hatte, betrachtete die jugoslawische Seite diesen als Entschädigung für die jugoslawischen Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkrieges. Am 7. September 1963 einigten sich die Bundesrepublik und Jugoslawien auch auf eine Entschädigung von 8 Millionen DM für 165 überlebende Opfer von NS-Menschenversuchen. Bis 1966 erhielt Jugoslawien von der BRD unter dem Titel Reparationen oder anderer kriegsbedingter Forderungen insgesamt 158,264.904 Dollar.[3482]

Nachdem Jugoslawien am 15. Oktober 1957 die Deutsche Demokratische Republik anerkannt hatte, unterbrach Bonn gemäß der Hallstein-Doktrin die offiziellen Beziehungen zu Belgrad. Dennoch war Jugoslawien an einer Lösung der Reparationsfrage interessiert und erwartete zumindest die Zahlung von etwa 1,5 Milliarden Dollar. Aber Bonn war vorerst nur zu Gesprächen auf Beamtenebene bereit. Nachdem Willy Brandt Ende 1966 zum Vizekanzler und Außenminister ernannt worden war, kam Bewegung in die bilateralen Beziehungen. Am 15. Juli 1968 kam es zum ersten Zusammentreffen zwischen Tito und Brandt auf Brioni, bei dem Brandt die grundsätzliche Bereitschaft der Bundesrepublik andeutete, für Kriegsschäden aufzukommen, aber auf die Gefahr von Forderungen anderer osteuropäischer Länder hinwies. Tito verwies jedoch auf die Potsdamer Beschlüsse und darauf, dass auch die Tschechoslowakei nicht wie Jugoslawien zu betrachten sei. Wirtschaftsminister Karl Schiller besuchte im September 1968 die Agramer Messe und teilte dem Vizepräsidenten des Bundesexekutivrates Kiro Gligorov die Bereitschaft Bonns zu Entschädigungsverhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit. Finanzminister Franz Josef Strauß wollte zwar die osteuropäischen Ländern wirtschaftlich unterstützen, sprach sich aber gegen Verhandlungen über Restitutionen und Reparationen aus.[3483]

Nach der Bundestagswahl Ende September 1969, die zu einer sozialdemokratisch-liberalen Koalition führte, beauftragte der neue Planungschef im Bundeskanzleramt Egon Bahr das Bundesarchiv in Koblenz, sowohl die Personen- und Materialschäden Jugoslawiens als auch der Volksdeutschen in Jugoslawien während des Zweiten Weltkriegs zu erheben. Nun kam es zu ernsthaften Expertengesprächen, die von politischen Besuchen in Jugoslawien und in der Bundesrepublik begleitet wurden. Außenminister Walter Scheel versprach Ende November 1970 einen langfristigen Kredit in der Höhe von 300 Millionen DM, freilich dauerte es noch zwei Jahre, bis es zu einem verbindlichen Protokoll kam. Nach-

---

[3482] Janjetović, Od Auschwitza, 22-33, 145-148, 158; Branko Pavlica, Jugoslavija i SRN 1951-1984 (Smederevo 1989) 83. Zwischen 1950 und 1966 hatte Jugoslawien von der BRD 865,327.000 DM an Krediten etc. erhalten.

[3483] Janjetović, Od Auschwitza, 35-82.

dem Bundeskanzler Brandt am 17. April 1973 mit dem jugoslawischen Regierungschef Džemal Bijedić über wirtschaftliche Fragen, Fragen bezüglich der Gastarbeiter und über die Entschädigung von Kriegsschäden verhandelt hatte, schloss er am nächsten Tag auf Brioni ein *Gentlemen's Agreement* mit Tito. Die deutsche Seite sagte finanzielle Unterstützung von mindestens einer Milliarde DM zu, die jugoslawische Seite verzichtete auf weitere Entschädigungsforderungen. Die Umsetzung der „Brioni-Formel" fiel bereits in die Kanzlerschaft von Helmut Schmidt, der im Juni 1974 Tito zu einem Staatsbesuch empfing. Schließlich wurde der endgültige Vertrag am 10. Dezember 1974 in Belgrad unterzeichnet, der Jugoslawien einen Kredit von 700 Millionen DM auf 30 Jahre mit einer jährlichen Verzinsung von 2 % sicherte.[3484]

„Gegenerinnerungen" und alte Stereotypen in Serbien und in der Vojvodina

Aus Anlass des 30. Jahrestages „des Sieges über den Faschismus" äußerten sich der Oberkommandierende der Warschauer-Pakt-Armeen, Marschall Jakubovskij, und der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Grečko im KSČ-Zentralorgan *Rude Pravo* bzw. im Organ des tschechoslowakischen Verteidigungsministeriums *Obrana lidů* über die außerordentlichen Verdienste der Roten Armee und die Beiträge der Befreiungsbewegungen. Jakubovskij schrieb von 40.000 Sowjetbürgern, die in den Partisaneneinheiten in Polen, Italien, in der Tschechoslowakei, in Frankreich und Jugoslawien gekämpft hätten, und dass sich auf dem Territorium der Sowjetunion Kampfeinheiten Polens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Rumäniens und Frankreichs gebildet hätten. Marschall Grečko erklärte, dass die Sowjetarmee alle Länder Osteuropas, einschließlich Jugoslawiens, befreit habe und dass sich die Befreiungsbewegungen in allen diesen Ländern unter dem unmittelbaren Einfluss der Offensiven der Sowjetarmeen entwickelt hätten.[3485]

Diese für die meisten Länder Ostmittel- und Südosteuropas zutreffenden Feststellungen galten für Jugoslawien lediglich in Bezug auf die Befreiung Serbiens und der Vojvodina. Daher unternahm Marschall Tito in einer Rede vor Parteifunktionären in Skopje am 2. April 1975 eine deutliche Korrektur:

> „[…] heute, dreißig Jahre nach dem Sieg über den Faschismus, wird der jugoslawische Volksbefreiungskampf, in dem 1,7 Millionen Menschen gefallen sind, wieder unterschätzt. Er wird gleichgesetzt mit allen Widerstandsbewegungen gegen den Faschismus, obwohl wir im Verlauf dieses Kampfes eine starke Volksbefreiungsarmee geschaffen und unser Land in der Hauptsache selbst befreit haben. […]

[3484] Janjetović, Od Auschwitza, 103-136.

[3485] Wer befreite Jugoslawien 1945? Titos Antwort an die Sowjetmarschälle Jakubowski und Gretschko, in: Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa 24/4 (1975) 75-78. Die jugoslawische Nachrichtenagentur TANJUG zitierte am 4. April 1975 wörtlich aus dem Beitrag Grečkos.

> Wer in Europa hat im Jahre 1941 die Hand gegen den Faschismus, gegen Hitler erhoben? […] Wir haben am gleichen Tag, an dem Hitler die Sowjetunion attackierte, am 22. Juni 1941, ein Manifest veröffentlicht, einen Aufruf zum Aufstand. […]
>
> Wir haben bereits im Herbst 1941 achtzigtausend Soldaten, das heißt Partisanen gehabt. Und 1942 hatten wir dreihunderttausend. […] Wer hatte das damals in Europa? Niemand!“[3486]

Mit den Zahlen nahm es Tito in seiner Propaganda nicht so genau, vor allem nicht nach dem Krieg. Weder gab es 1,7 Millionen Gefallene im Volksbefreiungskampf, noch zählten die Partisanen 1941 in Serbien mehr als 10.000 oder 1942 in Bosnien mehr als 20.000 Mann; erst im März 1945 erreichten sie die Stärke von 300.000 Mann. Aber in seiner Grundtendenz hatte Tito Recht: Die jugoslawischen Partisanen waren die ersten, die ab Anfang Juli 1941 auf der Seite der Sowjetunion kämpften, obwohl sie erst ab dem Frühjahr 1944 auch sowjetische Waffen bekamen. Hinsichtlich der Befreiung Jugoslawiens aber „übersah“ Tito gerne den entscheidenden Anteil der Roten Armee an der Befreiung Serbiens und der Vojvodina. Immerhin wurde seit dem Moskau-Besuch des jugoslawischen Ministerpräsidenten Bijedić im April 1975 die Rolle der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee von sowjetischer Seite in zunehmendem Maße gewürdigt. Zu den Siegesfeiern in Belgrad wurde ein Politbüromitglied entsandt, und Brežnev selbst würdigte in seiner Rede am 8. Mai 1975 „den tapferen Kampf der von den Kommunisten geführten Volksbefreiungsarmee Jugoslawiens“. In einem Artikel in der Moskauer *Pravda* vom 13. Mai durfte der jugoslawische Verteidigungsminister General Ljubičić der sowjetischen Öffentlichkeit erstmals bisher vorenthaltene Fakten über die jugoslawischen Kriegsopfer präsentieren.[3487]

Als Präsident Tito im Mai 1980 starb, hinterließ er ein Land, das auf Grund der Verfassung von 1974, der Entwicklungen im Bund der Kommunisten Jugoslawiens und der eigenen Wirtschaftspolitik der Republiken und Gemeinden bereits polyzentrisch organisiert war. Lediglich die Jugoslawische Volksarmee, das Außenministerium und der Geheimdienst vertraten noch den alten Zentralismus. Bereits die Auseinandersetzungen im Kosovo/Kosova 1981 stellten die jugoslawische Solidargemeinschaft auf eine ernste Probe. Bald begannen nun – zuerst in Belgrad – lange verdrängte, verleugnete oder verschwiegene „Gegenerinnerungen“ in die Öffentlichkeit zu treten. Als 1985 Veselin Đuretić im Gebäude der Serbischen Akademie der Wissenschaften sein Buch über „Die Alliierten und das jugoslawische Kriegsdrama 1941-1945“ vorstellte, bezeichnete er die Kollaboration der *Četnici* mit den Deutschen als „nationalen Realismus“, „modus vivendi mit dem Okkupator“ und „serbische Selbstverteidigungsdialektik“. Das „Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften“ vom Herbst 1986 behauptete plötzlich einen „physischen, politischen, rechtlichen und kulturellen Genozid an der serbischen

[3486] Auszug aus der Rede Titos in Skopje, 2. April 1975, in: Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa 24/4 (1975) 77.

[3487] Bericht Bt. Standenat an BMAA, Moskau, 15. Mai 1975, ÖStA, AdR, BMAA II-Pol., Zl. 406-Res/75. Ich danke Dr. Wolfgang Mueller für den Hinweis auf dieses Aktenstück.

Bevölkerung in Kosovo und Methoija“, ohne konkrete Fakten vorlegen zu können. In der neuen nationalen Metaphorik war aber nun eine ganze Reihe von Tabu-Brüchen möglich, die sowohl den Partisanen-Kult demaskierten als auch den Tito-Mythos in Frage stellten. Slobodan Milošević nützte als neuer KP-Chef Serbiens dieses nationale Mobilisierungspotential und ließ Titos früheren Todfeind, Draža Mihailović, „wiederauferstehen“. Während der Name Titos aus dem Namen der Stadt Titovo Užice in Westserbien entfernt wurde und auch sein Denkmal abgerissen wurde, rückte der *Četnik*-Führer Mihailović in das Pantheon der serbischen Nationalhelden ein und erhielt ein Denkmal in der Ravna Gora.[3488]

Weitere Neubewertungen der Geschehnisse und Hintergründe des Zweiten Weltkrieges in Serbien und der Vojvodina einschließlich von Besatzungspolitik, Kollaboration, Widerstand und Vergeltung blieben aber ab 1989 im Schatten der aktuellen politischen und militärischen Auseinandersetzungen, in denen das Regime von Slobodan Milošević die Hauptrolle spielte. Wenn seither von Krieg die Rede ist, denken Serben weniger an den Zweiten Weltkrieg, als an die Kriege in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und im Kosovo in den 1990er Jahren. Und diese jüngsten Kriege sollten auch die Bevölkerungsstruktur Serbiens, im Besonderen der Provinz Vojvodina, nachhaltig verändern.

Nach der letzten gesamtjugoslawischen Volkszählung vom 31. März 1991 – lediglich in der Provinz Kosovo wurde keine Zählung mehr durchgeführt – hatte die Provinz Vojvodina 2,013.889 Einwohner, von denen sich 1,114.807 als Serben (= 56,8 %), 339.491 als Ungarn (16,9 %), noch 174.295 als Jugoslawen (8,7 %) – vor allem ein Resultat vieler Mischehen –, 74.908 als Kroaten (3,7 %), 63.545 als Slowaken (3,1 %), 44.838 als Montenegriner (2,2 %), 38.809 als Rumänen (1,9 %), 17.652 als Rusini (0,9 %), 17.472 als Makedonier (0,9 %), 3873 als Deutsche (0,2 %) und 95.383 als Andere (4,7 %) bekannten, wobei unter dieser Kategorie vor allem Roma vermutet werden dürfen, die in Gesamtserbien 140.237 Personen umfassten.[3489] Nach den überwiegend von der serbischen Führung unter Präsident Milošević in Kooperation mit der Jugoslawischen Volksarmee ausgelösten Aufteilungskriegen kam es nicht nur in Bosnien-Herzegowina und Kroatien, sondern auch in der Vojvodina zu beachtlichen Bevölkerungsverschiebungen. Über 200.000 Serben aus der Krajina, aus Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo flohen in die Vojvodina und ergaben die größte Immigration an Serben im 20. Jahrhundert; Zehntausende Ungarn flüchteten nach Ungarn, teilweise auch, um sich dem serbischen Militärdienst zu entziehen; fast 20.000 Kroaten flohen nach Kroatien; die Zahl der bekennenden „Jugoslawen“ reduzierte sich um über

[3488] Sundhaussen, Konstruktion, 385-392; Calic, Geschichte Jugoslawiens, 285-289; vgl. Veselin Đuretić, Saveznici i jugoslovenska ratna drama (Beograd 1985, ²1992); Kosta Mihailović – Vasilije Krestić, Memorandum of the Serbian Academy of Sciences and Arts. Answers to criticisms (Belgrade 1995).

[3489] Die Ungarn hatten noch eine Mehrheit in den Großgemeinden Subotica, Bačka Topola, Mali Iđoš, Ada, Senta und Kanjiža-Čoka, die Slowaken in Bački Petrovac, Kovačica und Stara Pazova, die Rusini in Ruski Krstur.

120.000 Personen. Daher ergab die Volkszählung von 2002 gegenüber 1991 beachtliche Veränderungen: Unter den 2,031.992 Einwohnern lebten jetzt 1,321.807 Serben (= 65,1 %), aber nur mehr 290.207 Ungarn (14,3 %), 56.637 Slowaken (2,8 %), 56.546 Kroaten (2,8 %), 49.881 Jugoslawen (2,5 %), 35.513 Montenegriner (1,8 %), 30.419 Rumänen (1,5 %), 15.626 Rusini (0,8 %), 11.785 Makedonier (0,6 %), 3154 Deutsche (0,2 %), aber 160.417 Andere (7,6 %). Auch 2002 wird man unter „Andere" viele Roma vermuten dürfen. Die meisten Deutschen lebten noch in Novi Sad (410), Sombor (339), Subotica (272), Pančevo (227), Zrenjanin (181), Apatin (159) und Kula (158), darüber hinaus in Belgrad (481), zu dem auch das alte Semlin (Zemun) gehört.[3490]

Während der Kriege der Jugoslawischen Volksarmee gegen Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina 1991/92 gab es noch keine Gelegenheit, eine Neubewertung des Endes des Zweiten Weltkrieges auf jugoslawischem Boden vorzunehmen. Mit Fortdauer des Belagerungs- und Vertreibungskrieges bosnisch-serbischer Truppen und serbischer Paramilitärs in Bosnien-Herzegowina begannen die serbischen politischen Eliten – als propagandistische Gegenmaßnahme gegen die aktuellen Vorwürfe aus der internationalen Öffentlichkeit – aktive Erinnerungspolitik zu betreiben und die an der serbischen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg begangenen Massenmorde herauszustreichen. Serbische Historiker und Publizisten diskutierten nun die Verbrechen der kroatischen *Ustaše* und der muslimischen „Kollaborateure" sowie der deutschen und italienischen Besatzungsmacht, veschwiegen aber die Missetaten der serbischen *Četnici* und der Partisanen. Massengräber von serbischen Weltkriegsopfern wurden im Beisein von Politikern und orthodoxen Priestern geöffnet und die Exhumierung vor laufenden Fernsehkameras, Scheinwerfern und Journalisten in Szene gesetzt. Derartige serbische Exhumierungen fanden ausschließlich in Bosnien-Herzegowina und Kroatien statt, während auf dem Gebiet Serbiens selbst kein einziges Massengrab geöffnet wurde. Das Wort Genozid rückte in den Mittelpunkt des serbischen politischen Diskurses und wurde geradezu inflationär missbraucht. „Seine permanente Wiederholung in vielfältigen Varianten (als physischer, politischer, rechtlicher, kultureller, religiöser, administrativer etc. Genozid) erzeugte ein Wahrnehmungsmuster, aus dem nahezu alles andere verdrängt wurde."[3491]

Karikaturen in Belgrader Zeitungen, aber auch in serbischen Zeitungen von Banja Luka verdeutlichten, dass Deutschland bzw. einzelne deutsche Politiker wie Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher zu Feinden des serbischen Volkes stilisiert wurden. So bringt in der Karikatur des Belgrader politischen Ma-

---

[3490] Saša Kicošev, The Ethnic and Religious Structure of the Population of Serbia and Montenegro, in: Walter Lukan, Ljubinka Trgovčević und Dragan Vukčević (Hgg.), Serbien und Montenegro. Raum und Bevölkerung – Geschichte – Sprache und Literatur – Kultur – Politik – Gesellschaft – Wirtschaft – Recht (Österreichische Osthefte, Sonderband 18, Wien – Berlin 2006) 55-72.

[3491] Armina Galijaš, Eine bosnische Stadt im Zeichen des Krieges. Ethnopolitik und Alltag in Banja Luka (1990-1995), (München 2011) 123-127; Sundhaussen, Geschichte Serbiens, 387f.

gazins NIN vom 27. Dezember 1991 Bundeskanzler Kohl, verkleidet als Weihnachtsmann und mit einer Wunschliste in der Hand, dem kroatischen Präsidenten Tuđman im Tarnanzug einen Sack voller Waffen als Weihnachtsgeschenk. Damit sollte auf die offensichtliche politische (und geheime militärische?) Unterstützung Deutschlands für die internationale Anerkennung Kroatiens hingewiesen werden.[3492]

Aber auch alte anti-österreichische Bilder tauchten wieder auf. So zeigte das Cover des *NIN* vom 18. September 1992 unter dem Titel „Zeit der Anatomie" (*Čas anatomije*) folgende Bildabfolge: Im oberen Bild stehen sechs Männer in dunklem Anzug und Zylinder um einen Tisch, auf dem eine Karte Jugoslawiens liegt. Auf Grund der vor den Personen stehenden Fähnchen kann man sie von links nach rechts als Vertreter der USA, Deutschlands, Frankreichs, Österreichs (sic!), Großbritanniens sowie der Europäischen Union identifizieren. Ausgerechnet der österreichische Vertreter hebt den Zeigefinger seiner rechten Hand und scheint somit seinen Kollegen etwas erklären zu wollen. Im unteren Bild waschen sich die sechs Herren an einem Waschbecken ihre blutigen Hände. Die Karikatur versucht also Jugoslawien als Opfer westlicher Chirurgen darzustellen und die westliche Staatengemeinschaft für die blutige Zerstörung Jugoslawiens verantwortlich zu machen. Somit sollte die eigene Verantwortung der jugoslawischen Politiker – und besonders die von Milošević – an der blutigen Aufteilung Jugoslawiens abgeschoben werden. Erstaunlicherweise tauchte auch wieder der von Karl Kraus der Nachwelt überlieferte österreichische Propagandaslogan von 1914 „Serbien muss sterbien!" in der serbischen Karikatur auf.[3493] – Auf die Idee, dass die jugoslawische Solidargemeinschaft überstrapaziert worden war, dass ein Teil der Gemeinschaft dauerhaft ein relativ gutes Leben auf Kosten des anderen, fleißigeren Teiles geführt haben könnte, bis die jugoslawische Völkerfamilie von innen heraus gesprengt wurde, kam in Belgrad niemand.

Mit den seit dem Frühjahr 1992 ausgestrahlten Fernsehbildern von den „ethnischen Säuberungen" in Bosnien-Herzegowina wurden im Westen erstmals auch die Verfolgungen und Vertreibungen der Donauschwaben am Ende des Zweiten Weltkrieges und danach zur Kenntnis genommen – im Übrigen auch in Deutschland und Österreich. Als freilich der Schriftsteller und Literaturkritiker Zlatoje Martinov im Februar 1994 im Rahmen des Banat-Forums (*Banatski forum*) in Pančevo ein Dokumentationszentrum für die Deutschen aus der Vojvodina gründete, sah er sich sofort mit einer Reihe negativer Reaktionen konfrontiert. Die TV Pančevo – damals unter Kontrolle der Regierung Milošević – strahlte einen xeno-

[3492] NIN, 27. Dezember 1991; Galijaš, Banja Luka, 106f., 149. Ein serbischer Abgeordneter aus Banja Luka forderte im serbischen Parlament sogar, im Falle einer ausländischen Militärintervention sofort Zagreb, das Atomkraftwerk Krško, den Vatikan und Wien zu bombardieren.

[3493] NIN, 18. September 1992, 30. Oktober 1992; vgl. Karl Kraus, Die letzten Tage der Menschheit (München 1972) 72. Erstaunlicherweise wurde die NIN-Karikatur von 1992 am 26. Juni 2008 wiederholt.

phoben Aufruf aus, die Gemeindeorganisation der Jugoslawischen Linken (JUL) beschuldigte Martinov der „Spionagetätigkeit zugunsten ausländischer Mächte“, und das Belgrader Boulevardblatt *Politika ekspres* – ebenfalls unter Kontrolle von Milošević – polemisierte gegen den Versuch der „Rehabilitation“ der Banater Schwaben. Immerhin veröffentlichte das Belgrader Wochenmagazin *NIN* am 21. Oktober 1994 eine Erklärung von Martinov zur „ethnischen Säuberung der Schwaben aus der Vojvodina“. Aber ein halbes Jahr später, am 12. Mai 1995, ließ die *Politika ekspres* das Akademiemitglied Mihajlo Marković zu Wort kommen, der alle Volksdeutschen „innerhalb des Kulturbundes“ der „Kollaboration und des Landesverrates“ bezichtigte. Nach ersten Artikeln im März 1994 beschäftigte sich die älteste und bekannteste serbische Tageszeitung, die *Politika*, erst im Frühjahr 1997 ausführlicher mit der Vertreibung der Deutschen aus der Vojvodina und ließ den jungen Historiker Zoran Janjetović zu Wort kommen – veröffentlichte freilich auch Polemiken aus Leserbriefen. Ein Leser aus Novi Sad durfte immerhin über das korrekte Zusammenleben der Schwaben und Serben im Dorf Banatski Brestovac berichten. In der Zeitung *Blic* erschien am 7. Jänner 1998 unter dem Titel „Für die Sünden des Reiches haben Kinder und Alte gebüßt“ eine erschütternde Reportage über die Leiden der deutschen Zivilisten in Knićanin im Zeitraum von 1944-1948. Dieselbe Zeitung veröffentlichte auch ein Interview mit Professor Zoran Žiletić, dem Vorsitzenden der Belgrader Gesellschaft für serbisch-deutsche Zusammenarbeit. Dieser verlangte, dass Donauschwaben und Serben die gegenseitigen Schuldzuweisungen für die von beiden Völkern im Zweiten Weltkrieg und in den darauffolgenden Jahren durchgemachte Tragödie überdenken sowie dem wechselseitigen Kollektivschuld-Denken durch beidseitige Verständnisvertiefung Einhalt gebieten sollten.[3494]

Erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre begann auch das Nachdenken über Denkmäler zur Erinnerung. In einer Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der beiden neugegründeten deutschen Vereine „Deutscher Verein Donau“ aus Novi Sad und „Deutscher Volksverband“ aus Subotica sowie des Banater Forums, des Patriarchats der Serbisch-orthodoxen Kirche, der Deutschen Botschaft in Belgrad und der Belgrader Gesellschaft für serbisch-deutsche Zusammenarbeit wurde die Idee entwickelt, über den Massengräbern von Rudolfsgnad (Knićanin), Gakowa (Gakovo), Jarek (Bački Jarek), Molin und Kruschiwl (Kruševlje) Großkreuze aus Beton zu errichten. Immerhin konnte am 7. November 1997 eine erste öffentliche Gedenkfeier über den donauschwäbischen Massengräbern von Rudolfsgnad abgehalten werden. Als Nenad Stefanović sein auf Interviews mit einstigen do-

[3494] Politika, 3. März 1994 („Stimmen der Deutschen aus der Vojvodina“), 28. März 1994, 12. April 1997 („Warum wurden die Deutschen aus der Vojvodina vertrieben?“), 19. Mai 1997; Politika ekspres, 13. Mai 1994 („Pardon den Schwaben“), 12. Mai 1995 („Keine Versöhnung“); NIN, 21. Oktober 1994; Blic, 7. Jänner 1998, zitiert nach: Zlatoje Martinov, Presse in Serbien über die Donauschwaben 1992-2000, in: Nationale Vergangenheit – Verständnisvolle Gegenwart – Europäische Zukunft (Wien 2004), 7-1 – 7-16.

nauschwäbischen Lagerinsassen im Kindesalter aufgebautes Buch *Jedan svet na Dunaju* [in der Übersetzung: „Ein Volk an der Donau"] Mitte 1998 in Groß-Betschkerek (Zrenjanin) vorstellte, erhielt die Gesellschaft für serbisch-deutsche Zusammenarbeit von der damals zu Miloševic in Opposition stehenden Gemeinde Zrenjanin die Genehmigung, über den Massengräbern in Rudolfsgnad Votivtafeln anzubringen. Bereits am 31. Juli 1998 konnte die Einsegnung der Votivtafeln vorgenommen werden. Der im Frühjahr 1999 gegen die von Milošević angeordnete Vertreibung der Albaner aus Kosovo geführte NATO-Bomberkrieg und die seitens der UNO gegen Serbien verhängten Sanktionen verhinderten jedoch in der Folge die Aufstellung von Großkreuzen ebenso wie donauschwäbische Privatinitiativen. So ließ der gebürtige Rudolfsgnader Lorenz Baron nicht nur die Friedhofskapelle (mit der erschütternden Darstellung des donauschwäbischen Kreuzweges durch Robert Hammerstiel) renovieren, sondern ein von einer Rudolfsgnader Familie 1929 gestiftetes und 1944 beseitigtes Marmorkreuz im November 2001 über den Massengräbern am Dorfrand aufstellen – zusammen mit einer Betonwand als Befestigungsfläche für Votivtafeln. Die Abschottung dieser Gedenkaktivitäten in Rudolfsgnad ließ freilich einen seit Jahren angestrebten serbisch-donauschwäbischen Versöhnungsakt über den Gräbern der ermordeten Kinder von Kragujevac und Kraljevo, Rudolfsgnad und Gakovo in eine weitere Zukunft rücken.[3495]

Am 15. Dezember 2007 erfolgte im Parlament der Provinz Vojvodina in Novi Sad die Gründung eines Nationalrates der deutschen Minderheit in Serbien, der Andreas Bürgermeyer aus Novi Sad zum Präsidenten sowie Rudolf Weiss aus Subotica und Anton Beck aus Sombor zu Vizepräsidenten wählte. Der neue Dachverband umfasste allerdings nicht alle deutschen Vereine. Aber ein „Runder Tisch" in Sremski Karlovci musste gleichzeitig feststellen, dass man über das Schicksal der Vojvodina-Deutschen noch immer nicht gerne spricht und dass es auch in der Vojvodina noch immer namhafte Widerstände gegen die Beschäftigung mit diesem Thema gibt. Daher ist es nicht verwunderlich, dass im serbischen Parlament lange Zeit kein Entwurf für ein Entschädigungsgesetz behandelt wurde.[3496]

Nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo/Kosova am 17. Februar 2008 und den Parlamentswahlen vom 11. Mai 2008 scheint sich vor allem in der Provinz Vojvodina ein Umdenken anzubahnen. Ausgangspunkt ist die Forderung nach Wiederherstellung der von Milošević aufgehobenen Autonomie, die nach der jugoslawischen Verfassung von 1974 eine sehr weitgehende war. Diese For-

---

[3495] Zoran Žiletić, Wen sollen die Mahnmale an Orten des massenhaften donauschwäbischen Sterbens ansprechen – allein die Generation der Wissensträger oder auch kommende Generationen?, in: Nationale Vergangenheit – Verständnisvolle Gegenwart – Europäische Zukunft, hg. vom Felix Ermacora Institut (Wien 2004) 1-12; vgl. Nenad Novak Stefanović, Jedan svet na Dunaju (Novi Sad 1996), Übersetzung: Ein Volk an der Donau. Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien unter dem kommunistischen Tito-Regime. Gespräche und Kommentare serbischer und deutscher Zeitzeugen (München 1999); Ders., Zemlja u koferu [Land im Koffer] (Beograd 2007), sammelte Interviews von Zeitzeugen aus den Lagern Gakovo, Knićanin, Molin etc.

[3496] Krel, Ethnische Identität, 228.

derung geht allerdings weniger von den vielen Zuwanderern aus, sondern mehr von den alteingesessenen Serben – den *Prečani* –, die ihre Kontakte nach Ungarn und Österreich nie ganz abreißen haben lassen. Daher fallen im Stadtbild von Novi Sad neuerdings österreichische Banken, ungarische Würste und deutsche Schokoladetafeln auf. Europäisch ist auch die Verwendung von sechs Amtssprachen – Serbisch, Ungarisch, Slowakisch, Kroatisch, Rumänisch und Rusinisch – im weitgehend machtlosen Parlament der Vojvodina. Und die nach dem NATO-Bombardement von 1999 neu errichtete Freiheitsbrücke über die Donau bei Novi Sad wurde mit EU-Krediten gebaut. Aber noch behindern viele psychische Lasten aus der jüngeren und älteren Vergangenheit einen offenen Umgang mit der ganzen Geschichte und eine klare Orientierung in eine europäische Zukunft.[3497]

Zwischen dem 16. Mai und dem 23. August 2009 war in Novi Sad eine Ausstellung über das nahezu drei Jahrhunderte währende Zusammenleben von Donauschwaben und Serben in der Vojvodina zu sehen, die zwischen dem 12. September 2009 und dem 10. Jänner 2010 auch in Ulm gezeigt wurde. Die Initiative ging vom Muzej Vojvodine in Novi Sad und der Stiftung Donauschwäbisches Zentralmuseum in Ulm aus. Ziel war der gemeinsame Blick auf die Geschichte, das Besinnen auf das gemeinsame kulturelle Erbe, aber auch die Förderung von Programmen für eine gemeinsame europäische Zukunft. Die Direktoren der beiden Museen, Christian Glass und Vladimir Mitrović, betonen in einem gemeinsamen Vorwort zum Ausstellungskatalog, dass sich zum ersten Mal eine deutsche und eine serbische Kultureinrichtung in einem gemeinsamen Projekt mit der Geschichte der Vojvodina befassen, und dies nicht nur über Epochen relativ friedlichen Zusammenlebens und wechselseitiger wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Einflüsse, sondern auch mit „der schwierigen und oft schmerzhaften Geschichte beider Ethnien dieser Region, die im 20. Jahrhundert durch nationalsozialistische und kommunistische Diktaturen zehntausende Opfer forderte". Entsprechend informativ ist auch die Ausstellung samt Katalog angelegt und stellt die Kolonisation und den Weg zur Multiethnizität, die „donauschwäbische agrarkulturelle Lebenswelt", den Einfluss der Kirchen und Konfessionen, die wirtschaftliche Entwicklung, die „Gemeinsamkeiten bürgerlicher Existenz", die Probleme der kollektiven Identitätsbildung zwischen Nationalisierung und Assimilation, die Beziehungen zwischen Mehrheit und Minderheit in der Zwischenkriegszeit, die Kriegs- und Besatzungsjahre 1941-1944, Flucht und Vertreibung der Donauschwaben 1944-1948 sowie die Lage der deutschen Minderheit in der Vojvodina bis in die Gegenwart dar. Zwar erörtert Zoran Janjetović in sehr objektiver Weise die Lage der Deutschen in der Vojvodina am Ende des Zweiten Weltkrieges, allerdings erscheint der Haupttitel seines Beitrags mit „Das Verschwinden der Donauschwaben" nicht gerade treffend gewählt.[3498]

[3497] Jörg Plath, Europa über alles. Fast alles. In der Vojvodina, der nördlichsten Provinz Serbiens, kann man mit Nationalismus wenig anfangen, in: NZZ, 17./18. Mai 2008, 26.

[3498] Mitrović – Glass, Daheim an der Donau, 7-11.

Im Jahre 2009 wurde in Belgrad eine „Staatliche Kommission für geheime Grabstätten" (*Državna komisija za tajne grobnice*) unter Leitung von Prof. Slobodan Marković gegründet. Sie soll alle Massengräber aus der Zeit der kommunistischen Repression zwischen 1944 und 1953 aufnehmen und die Zahl der Opfer erheben. Die Kommission erhält Zugang zu den OZNA-Archiven und versucht eine Sammlung der Namen aller betroffenen Personen sowie ihrer Grabstätten. Bisherige Schätzungen belaufen sich auf 25.000 Opfer in Serbien und 45.000 in der Vojvodina – einschließlich der Deutschen und Magyaren.[3499] – Immerhin konnten durch donauschwäbische Initiativen bis September 2011 mehr als ein Dutzend Gedenkstätten über Massengräbern errichtet werden, so in Gakovo (Gakowa), Kruševlje (Kruschiwl), Crvenka (Tscherwenka), Odžaci (Hodschag), Knićanin (Rudolfsgnad), Velika Kikinda (Groß-Kikinda), Molin (Molidorf) und Vršac (Werschetz).

Das Parlament der Republik Serbien verabschiedete erst am 26. September 2011 ein Gesetz über die Restitution von Grund- und Immobilienbesitz und sprach damit die gesamte Enteignung nach dem 9. März 1945 an. Freilich ist darin die wesentliche Einschränkung enthalten, dass für Angehörige von Besatzungsmächten während des Zweiten Weltkrieges in Jugoslawien keine Rückerstattung ihres konfiszierten Eigentums vorgesehen ist. Das bedeutet, dass für Deutsche, Magyaren, Bulgaren und Italiener nach wie vor die Kollektivschuld gilt und diese auch auf ihre Nachkommen ausgedehnt wurde. Mit diesem Gesetz wurde allerdings die Verfassung Serbiens verletzt, die explizit die Gleichstellung aller Staatsbürger hervorhebt. Daher wurde mit einem Rehabilitierungsgesetz vom 5. Dezember 2011 das Restitutionsgesetz entschärft.[3500]

Mit der Suche nach geheimen Grabstätten kam auch die Diskussion über den ehemaligen *Četnik*-Führer, General Draža Mihailović, wieder an die Oberfläche. Seine Figur spaltet auch 67 Jahre nach seiner Hinrichtung noch immer die öffentliche Meinung in Serbien. Seine Verbände standen ja im Jahre 1941 in Serbien im Widerstand zur deutschen Besatzung, ließen sich aber nach tausendfachen Geiselerschießungen auf die teilweise Kollaboration mit den Deutschen ein; andere *Četnici* arbeiteten in Montenegro und Dalmatien mit den Italienern gegen die Partisanen zusammen; wieder andere *Četnici* bekämpften in Bosnien-Herzegowina nicht nur die *Ustaše*, sondern auch die Muslime und die Partisanen. Zehntausende *Četnici* wurden bei Kriegsende in Serbien und in Slowenien als politische Gegner von den Partisanen „liquidiert". General Mihailović selbst wurde erst im März 1946 in Serbien gefangen genommen, im Juli dieses Jahres in Belgrad wegen Hochverrats, Kollaboration und Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Anhänger des Generals negieren auch heute noch die Kollaboration Mihailović' mit den Nationalsozialisten. Als treibende Kraft hinter einer Mitte

---

[3499] Srđan Cvetković, Repressia in Serbia 1944-1953, Vortrag im Institut für Geschichtswissenschaft der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest, 30. September 2011.

[3500] Ártalmas törvények napja [Der Tag schädlicher Gesetze], in: Magyar Szó (Újvidék), 2011 szeptember 27; http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/buergerservice/vermoege...

März 2012 an einem Belgrader Gericht eröffnete Anhörung für eine mögliche Rehabilitierung des *Četnik*-Führers agiert der Enkel Vojislav Mihailović, ein früherer Belgrader Bürgermeister, der von Verbänden der Opfer des Kommunismus unterstützt wird. Gegen eine Rehabilitierung machen sich 14 serbische Nicht-Regierungsorganisationen stark, noch mehr aber der frühere Präsident Kroatiens, Stjepan Mesić, der in einer Wiederherstellung der Bürgerrechte Mihailović' ein „fatales Entgegenkommen gegenüber einem großserbischen Nationalismus" sähe. Auch die bosnischen Muslime wehren sich gegen die Einschätzung des serbischen Außenministers Vuk Jeremić, die juristische Neubeurteilung Mihailović' sei eine innere Angelegenheit Serbiens. Der stellvertretende Sprecher des Parlaments in Sarajevo schrieb in einem offenen Brief an den serbischen Parlamentssprecher, eine Rehabilitierung von Mihailović wäre auch eine der *Četnik*-Ideologie und somit eine Bedrohung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität von Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Serbien und Montenegro.[3501]

„Die Toten im kroatischen Maisfeld geben keine Ruhe"

Im Zerfallsprozess Jugoslawiens wurden die historischen „Erinnerungen" auch in Kroatien neu verhandelt. Sowohl im familiären Diskurs zwischen den Generationen als auch im Exil hatte es deutlich andere Traditionsstränge zur „Tragödie von Bleiburg" 1945, zur Verurteilung des Erzbischofs von Zagreb, Alojzije Stepinac, im Jahre 1946 und zur Verfolgung kroatischer „Kominformisten" nach 1948 gegeben. Unter der neuen Herrschaft von Franjo Tuđman, der zwar als Partisanenoffizier nach dem Krieg bis zum Generalmajor avanciert und in den 1960er Jahren als Direktor des Instituts für die Geschichte der Arbeiterbewegung in Zagreb tätig gewesen, aber nach dem „Kroatischen Frühling" 1971 entlassen und verurteilt worden war, wurde die jugoslawisch-kommunistische Geschichte gründlich umgeschrieben. Aber nicht die vielfach kritisierte Änderung des Wappens brach mit der Geschichtsbetrachtung seit 1945 – das alte Schachbrettwappen gab es nicht nur zur Zeit des „Unabhängigen Staates Kroatien" (NDH), sondern auch in der Sozialistischen Republik Kroatien –, sondern die Differenzierung zwischen NDH und *Ustaša*-Regime, das vor allem auch Kroaten und nicht in erster Linie Serben, Juden und Roma verfolgt habe. Daher werden nun auch die Kritik von Stepinac und des kroatischen Episkopats an den Verfolgungen betont und die Verfolgung des Erzbischofs nach dem Krieg als Racheaktion Titos dargestellt, da Stepinac eine größere Unabhängigkeit der kroatischen Kirche von Rom abgelehnt habe. Schließlich wurde Kardinal Stepinac im Oktober 1998 vom Papst Johannes Paul II. im Marienheiligtum Marija Bistrica seliggesprochen.[3502]

[3501] Thomas Fuster, Kontroversen um Mihailović. Der Tschetnik-Führer ein Kollaborateur oder Nationalheld?, in: NZZ, 26. März 2012, 5.

[3502] Sundhaussen, Konstruktion, 393-397.

Im Vordergrund des Erinnerungsdiskurses in Kroatien standen seit 1991 eindeutig „Jasenovac“ und „Bleiburg“. In der Ära des Präsidenten Tuđman in den 1990er Jahren war bei den Gedenkreden im ehemaligen KZ Jasenovac die Gleichsetzung der Verbrechen der Nationalsozialisten, Faschisten und Kollaborateure mit jenen der Kommunisten zu hören. Lediglich der Präsident der Jüdischen Gemeinde Zagrebs und der Präsident des Verbandes antifaschistischer Kämpfer Kroatiens verurteilten explizit die *Ustaša*-Ideologie. Tuđman selbst versuchte in einer Rede im April 1996, Jasenovac in eine Gedenkstätte für alle Kriegsopfer zu verwandeln, verschwieg aber, dass die überwiegende Mehrheit der Opfer Serben, Juden und Roma gewesen waren – nach den Berechnungen des Demographen Vladimir Žerjavić rund 50.000 Serben, 14.000 Juden und 10.000 Roma sowie 12.000 Kroaten. In der Tuđman-Ära wurden die Massenmorde von Jasenovac vielfach mit jenen von Bleiburg und dem nachfolgenden „Kreuzweg“ parallelisiert. Nach Žerjavić sollen dabei rund 55.000 Kroaten, 8000 slowenische *Domobranci* und 2000 *Četnici* getötet worden sein. Seit 1991 wurden in den kroatischen Medien die Massenmorde bei Bleiburg in Südost-Kärnten unmittelbar nach Kriegsende 1945 als „kroatischer Holocaust“ und „nationales Golgotha“ bezeichnet. Auch die nach der Kapitulation von Zehntausenden kroatischen Soldaten erfolgten Rückmärsche wurden religiös überhöht als „Kreuzweg“ (*križni put*) bezeichnet. Ein Zusammenführen des Gedenkens an Jasenovac und Bleiburg schien unvereinbar. Immerhin wurde ein ehemaliger KZ-Kommandant von Jasenovac 1999 zu einer höchstmöglichen Gefängnisstrafe verurteilt. Nach dem Tode Tuđmans bemühten sich Präsident Stjepan Mesić sowie die beiden Ministerpräsidenten Ivica Račan und Ivo Sanader um einen vergangenheitspolitischen Diskurs ohne manichäische Feindzuschreibungen. Zu den Gegnern der kroatischen Wir-Gemeinschaft werden jetzt die ehemaligen Besatzungsmächte, die *Četnici* und die *Ustaše* gezählt.[3503]

Das kroatische Parlament novellierte im Jahre 2002 sein Entschädigungsgesetz aus dem Jahre 1996 und erweiterte die Möglichkeit der Restitution bzw. Entschädigung auf heute ausländische Personen bzw. gesetzliche Erben der ersten Erbfolge (Ehegatten und Kinder), die 1944/45 als damals jugoslawische Staatsbürger enteignet worden waren. Anlass für die Gesetzesnovelle war ein Erkenntnis des kroatischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. April 1999, das nach einer Beschwerde feststellte, dass die Bestimmungen des kroatischen Entschädigungsgesetzes vom 11. Oktober 1996, die es ausländischen natürlichen Personen ohne zwischenstaatliches Abkommen nicht gestatteten, einen Antrag auf Entschädigung oder Rückgabe ihres enteigneten Vermögens zu stellen, den in der kroatischen Verfassung garantierten Grundsatz der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz verletzten. Der Verfassungsgerichtshof in Zagreb forderte daher das kroatische Parlament auf, bis zum Juni 2000 Vorschriften zu erlassen, die ausländischen natürlichen Personen grundsätzlich das Recht einräumen, eine

---

[3503] Liljana Radonić, Krieg um die Erinnerung. Kroatische Vergangenheitspolitik zwischen Revisionismus und europäischen Standards (Frankurt/Main – New York 2010) passim.

Entschädigung oder die Rückgabe ihres enteigneten Vermögens zu fordern. Freilich verlangte nun Kroatien den Abschluss einer zwischenstaatlichen Vereinbarung als Vorbedingung allfälliger Entschädigungen. Mit dem Urteil des Obersten Gerichtshofes in der Rechtssache Zlata Ebenspanger wurde am 26. Mai 2010 erstmals letztinstanzlich festgestellt, dass bereits nach dem geltenden kroatischen Restitutionsgesetz in der Fassung von 2002 Ausländer mit Kroaten gleichberechtigt sind. Im Jahre 2011 wurde eine weitere Novelle zum Restitutionsgesetz vom *Sabor* in 1. Lesung mit breiter Mehrheit verabschiedet, infolge der Wahlen am 4. Dezember 2011 jedoch nicht mehr in 2. Lesung behandelt. Ein neuer Entwurf soll noch vor dem Sommer 2012 dem Parlament zugeleitet werden.[3504]

Zum 60. Jahrestag des Beginns der Internierung vieler Tausender Donauschwaben in den Konzentrationslagern Oberjosefsdorf (Josipovac), Walpach (Valpovo) und Kerndia (Krndija) am 11. Mai 1945 veranstalteten die Volksdeutsche Gemeinschaft von Esseg (Osijek) und die Landsmannschaft der Donauschwaben in Kroatien ein Gedenken am Friedhof in Valpovo. Erfreulicherweise waren nicht nur die Bürgermeister von Osijek und Valpovo anwesend, sondern auch eine Abgesandte des kroatischen Parlamentspräsidenten.

Im Februar 2007 veröffentlichte der ehemalige Verlagsleiter Slavko Goldstein seine Familienchronik und Autobiographie zum Jahr 1941 in Kroatien. An der Vorstellung des Buches in Karlovac, dem Geburtsort des Autors, nahm auch der Präsident der Republik Stjepan Mesić teil. Am 27. März gab es eine öffentliche Diskussion mit dem Akademiemitglied Eugen Pusić, den Historikerinnen Mirjana Gross und Latinka Perović, dem Historiker Ivo Banac sowie den Schriftstellern Ivan Lovrenović, Marko Grčić und Miljenko Jergović. Innerhalb eines halben Jahres waren die 2100 Exemplare der Erstauflage praktisch ausverkauft, sodass der Verlag bereits im Oktober 2007 eine zweite Auflage nachdruckte. Das kroatische Ministerium für Wissenschaft, Unterricht und Sport hatte 500 Exemplare bestellt, um sie den Mittelschulen zur Verfügung stellen zu können.[3505]

Im Jahre 2007 stieß der kroatische Bauer Ivan Filipciv aus Ključ Brdovecki beim Pflügen im eigenen Maisfeld auf Skelette. „Jeder im Dorf wusste, dass hier die Toten liegen", erzählte er dem jungen Journalisten Marinko Brkić-Tot

[3504] Narodne Novine, Nr. 96/1996, Pos. 1600; Narodne Novine, Nr. 80/2002, Pos. 1292; Entschädigung für Nachkriegsenteignungen in Kroatien, Stand März 2012, http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/buergerservice/vermoege...
Tatsächlich erhielten die Adelsfamilien Pongratz-Lippit und Adamovich-Pejačević Anfang 2013 größeren Grundbesitz restituiert: die steirische Familie Pongratz-Lippit das Schloss Maruševec in der Nähe von Varaždin mit 400 ha Wald, die Familie Adamovich-Pejačević einige tausend Hektar Wald um Našice. Georg Graf Eltz, der in und um Vukovar große Besitztümer innehatte, erhielt hingegen nicht einmal das 1991 zerstörte und von der Stadt restaurierte Schloss zurück. – Adelheid Wölfl, Restitution: Neue alte Herrschaft in Kroatien, in: Der Standard, 9. April 2013.

[3505] Goldstein, 1941., 372-374. Goldstein gibt auch ein Gespräch mit Tuđman am Rande einer Konferenz im Jänner 1990 in Wien wieder, in dem er Tuđman auf die Lage der Serben in Kroatien ansprach. Tuđman antwortete selbstbewusst, dass er der Einzige sei, der sich mit Milošević zusammensetzen und darüber verhandeln könne.

von der Agramer Zeitung *Jutarnij List.* Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sollen in diesem kroatischen Grenzdorf zu Slowenien vermutlich 4500 Kriegsgefangene ermordet worden sein – vor allem Kroaten und Deutsche. Als Kind von neun Jahren hatte Filipciv erlebt, wie im Mai 1945 drei Nächte lang ein endloser Tross an seinem Elternhaus vorbei auf die Felder zog: „Wir hörten nur die Schritte der Vorbeimarschierenden, die Schreie und Schüsse." Angeblich waren es Angehörige der „Blauen Division", einer kroatisch-deutschen Wehrmachtsdivision. In den Leserbriefen zum Zeitungsartikel wurde sofort wieder die tiefe Kluft zwischen den ehemaligen Partisanen und *Ustaše* deutlich. Kroatiens Helsinki-Komitee für Menschenrechte lokalisierte bereits neun noch ungeöffnete Massengräber, aber insgesamt werden über 800 vermutet. Doch die Leute hätten „oft immer noch Angst" zu reden, „die Kriege auf dem Balkan sind leider noch stets [sic!] nicht vorbei", stellt Zvonimir Čičak, der stellvertretende Vorsitzende des Helsinki-Komitees, fest. Und über Verbrechen der Partisanen könne man noch immer nicht in derselben Weise recherchieren wie über *Ustaša*-Verbrechen.[3506]

Alte und neue Erinnerungspolitik in Slowenien: „Auch aus den verminten Bunkern drängt die Wahrheit unaufhaltsam an den Tag ..."

Mit der politischen „Wende" in Slowenien seit den Wahlen im Frühjahr 1990 und der Unabhängigkeitserklärung am 25. Juni 1991 traten auch die Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Slowenien und die dazu bestehenden Tabuthemen wieder in den Vordergrund. Die viereinhalb Jahrzehnte gehüteten Partei- und Staatsgeheimnisse um den Bürgerkrieg und die Massaker in Slowenien wurden erstmals öffentlich erörtert. Im Gottscheer Hornwald (Kočevski rog) gab es Gedenkmessen, an denen vorwiegend Hinterbliebene der 1945 von Einheiten des KNOJ und der OZNA ermordeten *Domobranci* teilnahmen.[3507]

Nur wenige Jahre später wurde festgestellt, dass es auch nahe der Straße von Marburg nach Pettau, unter dem Friedhof Dobrava, noch eine Massenbegräbnisstätte gibt, in der Tausende Leichen verscharrt wurden – kroatische *Ustaše* und *Domobrani*, deutsche Soldaten und Zivilisten (Untersteirer, die aus dem Lager Kidrićevo nach Dobrava deportiert wurden), slowenische *Domobranci* und andere KPJ-Gegner, serbische und montengrinische *Četnici*. Sie liegen in einem ehemaligen deutschen Panzergraben, in dem sie im Mai und Juni 1945 von Titos Partisanen exekutiert wurden. In der Tito-Ära war das Gebiet militärisches Sperrgebiet gewesen, auch um „private" Nachforschungen zu verhindern. Der gegenwärtige Ausgrabungsleiter Mitja Ferenc, Geschichtsprofessor an der Philosophischen Fa-

3506 Thomas Roser, Die Toten im kroatischen Maisfeld geben keine Ruhe, in: Die Presse, 5. November 2009, Dossier, 2.

3507 Jera Vodušek Starič, The making of the communist regime in Slovenia and Yugoslavia, in: Peter Jambrek (ed.), Crimes committed by totalitarian regimes (Ljubljana 2008) 25-38.

kultät in Laibach, beschrieb die schwierige Aufgabe der Exhumierungen: „Auf einer Länge von 74 Metern haben wir 1999 rund 1.200 Skelette ausgegraben. Heuer haben wir weiter in einer Länge von 970 Metern sondiert und gesucht. Und tragischerweise sind wir erneut fündig geworden. Wir vermuten, dass hier 20.000 oder sogar bis zu 40.000 Menschen umgebracht und verscharrt worden sind.“ – Erst vor kurzem wurde ein schlichtes Mahnmal mit etwas Blumenschmuck und Kerzen errichtet. Aber noch gibt es Stimmen in der Bevölkerung, die sich gegen ein Gedenken aussprechen: „Seit wann ist es ein Verbrechen, die Verbrecher zu töten?“[3508]

Bereits im Jahre 1994 war im slowenischen Parlament eine Kommission unter der Leitung des Sozialdemokraten Jože Pučnik eingesetzt worden, die die damaligen Verbrechen und die Opferzahlen feststellen sollte. Bald kam sie zum grausigen Befund, dass nach Kriegsende vom KNOJ und der OZNA mindestens 12.000 slowenische Angehörige der *Domobranci* und anderer antikommunistischer Gruppen an verschiedenen Orten in Slowenien liquidiert worden waren. Freilich sollte es noch bis zum Jahre 2001 dauern, bis mit staatsanwaltschaftlich angeordneten polizeilichen Untersuchungen und der offiziellen Registrierung der Massengräber begonnen wurde. Bis Ende 2006 haben diese Ausforschungen zu einer bedeutenden Erhöhung der Opferzahlen geführt, sodass gegenwärtig von etwa 90.000 nach Slowenien heimatzuständigen ehemaligen jugoslawischen Staatsangehörigen ausgegangen wird, die im oder unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Gebiet des heutigen Slowenien gewaltsam ums Leben kamen. Auf Grund dieser neuen Erkenntnisse darf die Feststellung von Jože Dežman, dem Leiter der slowenischen „Kommission für verschwiegene und versteckte Gräber“, nicht überraschen:

> „Slowenien war in den Nachkriegsmonaten 1945 das Epizentrum eines Massenmordes, dessen Heftigkeit in ganz Europa seinesgleichen sucht. Es wird fälschlicherweise das furchtbare Verbrechen von Srebrenica, wo über 8000 Moslems von den serbischen Truppen umgebracht wurden, als der erste Völkermord nach dem Zweiten Weltkrieg bezeichnet. In Wirklichkeit haben [recte: hatten, Anm. Suppan] wir in Slowenien acht bis zehn Srebrenicas.“[3509]

Eine Intellektuellengruppe unter Leitung des Schriftstellers Drago Jančar präsentierte bereits im Winter 1998 unter dem Titel „Die dunkle Seite des Mondes“ (*temna stran meseca*) eine Ausstellung über „Die kurze Geschichte des Totalitarismus in Slowenien 1945-1990“. Sie stellte sogar die Exekution von 14.000 bis 18.000 slowenischen Bürgern fest, gar nicht zu reden von den Hinrichtungen deutscher, italienischer, kroatischer, serbischer und anderer Militär- wie Zivilangehöriger. Schwieriger ist die mentalitätsgeschichtliche Einordnung dieser Mordaktionen nachzuvollziehen, wie sie Jančar anlässlich des EU-Beitrittes Sloweniens andeutete:

[3508] Bis zu 40.000 Opfer in Titos Massengrab, in: Kleine Zeitung, Klagenfurt, 13. August 2007, 4f.

[3509] Interview mit Jože Dežman, in: Kleine Zeitung (Klagenfurt), 13. August 2007, 5.

„[...] Natürlich haben die Menschen hier [in Slowenien, Suppan] von jeher dafür gesorgt, anderen und sich selbst Verletzungen und Schaden zuzufügen, sie haben sich auch Gesellschaftsordnungen gewählt, die ihren auf tiefer melancholischer Boshaftigkeit beruhenden gegenseitigen Beziehungen am besten entsprachen. Hier konnte die gerissene und hinterhältige Gewalt des Klerikalismus wuchern, der sich bei erster Gelegenheit zu dem brutalen Verbrechertum eines rohen Kommunismus auswuchs. [...]“[3510]

Der ehemalige slowenische Generalstaatsanwalt Anton Drobnič wurde bei einer Gedenkfeier in Tüchern (Teharje) Anfang Oktober 2001 deutlicher:

„[...] Statt wie versprochen, die Mordstätte im Gottscheer Hornwald in Ordnung zu bringen, wurde auf beleidigende Art ein eigenartiges Objekt mit der Aufschrift: ‚Vergesst uns nicht!‘ aufgestellt.

Es wurde nicht geschrieben, wen wir nicht vergessen sollen, zu wessen Erinnerung dieses Objekt aufgestellt wurde, um nicht die Partisanen vor den Kopf zu stoßen. Zu vergessen befehlen uns nicht nur die verbrecherische Partei und deren Nachfolger. Schweigen wird uns aus Angst oder wegen Unwissenheit, wegen des Nutzens oder aus Bequemlichkeit auch von mittelbaren oder unmittelbaren Götzendienern des Verbrechens diktiert. Alles, um jene Kämpfer nicht zu beunruhigen, die behaupten, dass es unter ihnen keine Verbrecher gibt. Schweigen und sich dem Verbrechen unterordnen, das Verbrechen anbeten, ist noch weiterhin der slowenische Weg.

Doch wird es nicht immer so bleiben. Auch aus den verminten Bunkern drängt die Wahrheit unaufhaltsam an den Tag, langsam, doch beharrlich und schicksalhaft für die Träger, die Aufrechterhalter und Befürworter des kommunistischen Terrors. Den Verlust der Erinnerung kann man befehlen, die Erinnerung kann man einschüchtern und niederdrücken, niemals aber kann man sie auslöschen.

Man kann sie nicht vernichten, wie man die Hoffnung nicht völlig vernichten kann. Die Verbrechen werden aufgedeckt und die Verbrecher werden genannt werden. Wenn Slowenien das nicht tut, werden das zu seiner Schande andere tun.“[3511]

Noch 2006 blockierte ein Laibacher Gericht ein Verfahren, das nach Anzeige des Marburger Rechtsanwaltes Dušan Ludvik Kolnik, des Vertreters der verbliebenen Deutschen, die Staatsanwaltschaft gegen den 1919 in Triest geborenen Mitja Ribičič beantragt hatte, der im Krieg politischer Kommissar der Partisanen und nach 1945 stellvertretender Leiter des Departements II des kommunistischen Geheimdienstes OZNA in Slowenien gewesen war. Ribičič war demnach für den Kampf gegen den „inneren Feind“ zuständig gewesen und hatte vermutlich als „Oberst Mitja“ schriftlich Massenerschießungen von 270 angeblichen NS-Kollaborateuren angeordnet. Aber das Laibacher Gericht hielt dies für keinen ausreichenden Grund, um ein Verfahren gegen den prominenten slowenischen Politiker einzuleiten, der Ende der 1960er Jahre zum jugoslawischen Ministerpräsidenten und später zum Vorsitzenden des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens aufgestiegen war. Im Übrigen hatte Ribičič auch Sirc in der früheren

[3510] temna stran meseca. kratka zgodovina totalitarizma v sloveniji 1945-1990, hg. von Drago Jančar, Vasko Simoniti und Janez Suhadolc (Ljubljana 1998); Drago Jančar, Eine Hand voll Schönheit. Literarische EU-Erweiterung – Slowenien, in: Die Zeit, 15. April 2004, 51.

[3511] Večer (Maribor), 9. Oktober 2001, Übersetzung in: Der Untersteirer (Graz), im Juni 2005, 3.

Psychiatrischen Abteilung des Laibacher Krankenhauses, die bereits die Gestapo als Gefängnis verwendet hatte, verhört.[3512]

Anfang September 2010 wurde nahe der Ortschaft Leše (Liescha), im ehemals zu Kärnten gehörigen Mießtal, ein etwa 20 Meter langes Massengrab mit sterblichen Überresten von etwa 700 Männern und Frauen entdeckt. „Rumors about a mass killing in the Prevalje forest in northern Slovenia have reportedly circulated in the area for years, after a boy said he witnessed the executions while hiding behind a tree." Bei den Toten dürfte es sich um „suspected Nazi collaborators" – auch Zivilisten – handeln, die an diesem Ort im Mai 1945 – vermutlich unmittelbar nach Kriegsende – von „communist backed anti-fascists", also Partisanen Titos, ermordet wurden. Die Überreste weisen nach Angaben der im slowenischen Arbeitsministerium angesiedelten Kriegsgräber-Dienststelle „massive Schlag- und Schussverletzungen" auf. Ersten Untersuchungen zufolge seien die meisten Opfer „knieend gestorben", mit am Rücken zusammengeschnürten Händen. Die aufgefundenen Körper werden nun alle exhumiert. Unter den Toten befinden sich höchstwahrscheinlich auch die von den Partisanen unmittelbar nach Kriegsende verschleppten Kärntner aus dem Jauntal, dem Rosental und der Umgebung von Klagenfurt, von denen 1952 noch knapp 100 als vermisst galten. Diese Verschleppungen und Erschießungen belasten bis heute in Südost-Kärnten das Verhältnis zwischen den feindlichen Lagern von 1945.[3513]

Auch im Barbara-Stollen bei Tüffer (Laško) wurden vor wenigen Jahren hunderte Skelette gefunden. Hier war bis 1942 Braunkohle abgebaut, dann der Stollen stillgelegt worden. Im Mai und Juni 1945 sollen nach Planung der OZNA Einheiten des KNOJ mit Lastwagen über 5000 slowenische Kriegsgefangene und Zivilisten aus dem Sammellager Tüchern (Teharje) zu diesem Stollen gebracht haben. Dort seien sie – nach Aussage eines der Lastwagenfahrer vor der Parlamentarischen Untersuchungskommission – mehrere hundert Meter in einen Tunnel getrieben worden, dann hätten sie sich ausziehen müssen, dann seien ihnen die Hände paarweise mit Telefondraht zusammengebunden worden, bevor sie in einen tiefen Schacht gestürzt worden seien – mit oder ohne Kopfschuss. In der Bevölkerung gab es Mitwisser, die ihr Wissen zum Teil in der Familie weitergaben. Aber erst im Sommer 2008 stellte das Bergwerk Trbovlje-Hrastnik der Regierungskommission eine Mannschaft zur Seite, die unter der technischen Leitung des Bergbauingenieurs Mehmedalija Alić, eines bosnischen Muslims, der beim Massaker von Srebrenica im Juli 1995 Brüder und einen Schwager verloren hatte, den Barbara-Stollen zu öffen begann. Nach dem Durchbruch durch hunderte Meter Gestein, Schutt, Ziegel, Beton, Stahlbeton und Schienen stieß man auf die

---

[3512] Karl-Peter SCHWARZ, Die Mörder haben sich in nichts aufgelöst. Die Verbrechen der slowenischen Kommunisten in den Jahren nach 1945 sind ungesühnt geblieben, in: FAZ, 30. Juli 2007, 3.

[3513] Reinhard OLT, Massengrab in Slowenien entdeckt, in: FAZ, 8. September 2010, 5; http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-11223612.

ersten Skelette; bald legte man 773 Skelette frei, dazu Schuhe, Stiefel, blaugraue Stoffreste, Drähte, Haarsträhnen und Zöpfe. Das bedeutete, dass neben tausenden slowenischen Soldaten auch Frauen liquidiert worden waren.[3514] – Erst nach massiver Kritik in der Öffentlichkeit im Frühjahr 2009 entschlossen sich der slowenische Präsident Danilo Türk und Ministerpräsident Boris Pahor, die Hinrichtungsstätte zu besuchen.

Gerüchte über Massenerschießungen bei und nach Kriegsende gab es auch in der südostslowenischen Stadt Brežice (Rann) und in den umliegenden Dörfern. Seit Jahrzehnten erzählten die Älteren im Dorf Mostec, von Mai bis Oktober 1945 seien Kolonnen von Kriegsgefangenen und Zivilisten durchs Dorf in Richtung des Panzergrabens am Save-Ufer getrieben worden, und in den Nächten habe man von dort MG-Salven gehört. Im Herbst 2010 gelang einem Grabungsteam unter Leitung von Marko Štrovs die Freilegung des 186 Meter langen, vier Meter breiten und zwei Meter tiefen, auf deutschen Befehl angelegten Panzergrabens. „Wir haben Skelette gefunden, Draht, Gebissteile und ein paar Soldatenstiefel", erzählte der Grabungsleiter nachfragenden Journalisten. Sobald die Staatsanwaltschaft Ermittlungen einleite, würden Gerichtsmediziner die Skelette untersuchen. Der Vorsitzende der Regierungskommission, Jože Dežman, schätzte die Anzahl der Skelette auf zwei- bis dreitausend, als „konservative Schätzung". Da im Panzergraben keine Kleiderreste gefunden wurden, darf angenommen werden, dass die Gefangenen ihre Kleider ablegen mussten, mit Telefondrähten aneinander gebunden, erschossen und in den Graben geworfen wurden. Da es keine Dokumente gebe, sei die Identität der Opfer nur schwer festzustellen. Vermutlich liegen hier sowohl Angehörige der kroatischen *Ustaše* und *Domobrani* als auch etwa 2000 Angehörige der 7. SS-Gebirgsdivision „Prinz Eugen", die am 22. Mai 1945 in dieser Gegend erschossen worden waren. Ob es freilich den politischen Willen gibt, eine exakte Aufarbeitung herbeizuführen, bleibt nach wie vor fraglich. Der slowenische Präsident, der Völkerrechtler Danilo Türk, verwies auf den Kontext mit den Verbrechen der Besatzungsmächte, der *Ustaše* und der *Domobranci*, verurteilte aber alle Kriegsverbrechen und stellte fest: „Im Jahre 1945 dachte niemand an Gerechtigkeit, sondern an Rache. Es wurde gnadenlos getötet."[3515]

Schon am 20. November 1991 hatte die neue Republik Slowenien ein Gesetz über die Denationalisierung (*Zakon o denacionalizaciji*, ZDEN) beschlossen, mit dem die Rückgabe des zwischen 1945 und 1963 verstaatlichten Eigentums an jugoslawische Staatsbürger geregelt wurde. In Frage kommende Antragsteller waren alle natürlichen Personen, die am 8. Mai 1945 jugoslawische Staatsbürger waren – und zwar unabhängig von ihrer Nationalität – oder die nach dem Zwei-

---

[3514] Karl-Peter SCHWARZ, in: FAZ, 15. April 2009, 7; vgl. Roman LELJAK, Teharske žive rane. Huda jama (Radenci 2009).

[3515] Karl-Peter SCHWARZ, Eine eineinhalb Meter starke Schicht von Skeletten, in: FAZ, 12. November 2010, 4; Thomas ROSER, Slowenien: Bisher größtes Massengrab aus dem Zweiten Weltkrieg entdeckt, in: Die Presse, 10. November 2010, 8; „Die Schweiz kann eine Vorreiterrolle spielen". Gespräch mit dem slowenischen Präsidenten Danilo Türk, in: NZZ, 13. November 2010, 7.

ten Weltkrieg auf dem Territorium Jugoslawiens lebten. Antragsteller konnten auch gesetzliche Erben sein, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft. Schließlich wurden auch Restitutionsanträge von Kirchen und Religionsgemeinschaften zugelassen. Mit diesem Denationalisierungsgesetz waren auch ehemalige Sloweniendeutsche, also deutsche Untersteirer, Gottscheer oder Laibacher, keineswegs von vorneherein von der Restitution ausgeschlossen. Freilich präzisierte Artikel 63 dieses Gesetzes, dass die Frage, ob Angehörige der vertriebenen deutschen Minderheit antragsberechtigt seien, durch die Behörden, die Gerichte und schließlich durch den Obersten Gerichtshof (*Vrhovno sodišče*) der Republik Slowenien zu klären sei. Am 20. März 1997 entschied der Oberste Gerichtshof, dass jedem Individuum, das nach dem Zweiten Weltkrieg nicht in das Staatsbürgerregister aufgenommen worden war, nunmehr die Möglichkeit gegeben werden müsse nachzuweisen, dass es zum Zeitpunkt der Enteignung loyaler jugoslawischer Staatsbürger gewesen sei. Wurden danach Anträge gestellt, lag die Beweislast bei den Antragstellern. Bereits ein Gesetz aus dem Jahre 1978 über die Vollstreckung von Strafsanktionen ermöglichte die Revidierung ergangener Strafurteile.[3516]

Hiebei wurden viele unterschiedliche Lebensschicksale sichtbar. Am 18. Dezember 1993 berichteten zwei ehemalige untersteirische „Schlossherren" in einer Hörfunksendung des Österreichischen Rundfunks über die Geschichte ihrer Familien und über ihre eigene Jugend in Slowenien zwischen den beiden Weltkriegen und im Zweiten Weltkrieg. Die Industriellenfamilie Abel besaß eine Glasfabrik in Hrastnigg (Hrastnik) sowie eine Herrschaftsvilla und mehrere Häuser in dieser Stadt. Nach der slowenischen Unabhängigkeitserklärung, so äußerte sich nun Friedrich Abel, habe er bei der Laibacher Regierung den Antrag auf Rückerstattung seines ehemaligen Eigentums eingebracht. Der zweite ehemalige „Schlossherr", Paul Parin, hatte bereits die Zwischenkriegszeit in Slowenien wesentlich anders erlebt, da in seiner Erinnerung weniger die nationalen Auseinandersetzungen zwischen Slowenen und Deutschen als vielmehr die Ressentiments seiner jüdischen Familie gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland dominierten. Parin selbst schloss sich im Zweiten Weltkrieg als Arzt den Partisanen an; dennoch wurde das Familienschloss bei St. Peter (Šempeter) gegen Kriegsende von Partisanen niedergebrannt. Allerdings forderte nun Parin seinen ehemaligen Familienbesitz nicht zurück.[3517]

Der Slowene Ljubo Sirc, der 1947 in einem Schauprozess in Laibach zum Tode verurteilt worden war, bemüht sich seit 20 Jahren um Rückerstattung seines Eigentums, darunter ein Wohnhaus mit Garten in Krainburg (Kranj) und ein Fabriksgelände. Der 1920 ebendort geborene Sirc hatte 1938 an der Juristischen Fakultät der Universität Laibach immatrikuliert, hatte sich im April 1941 der linksnationalistischen Widerstandsgruppe *stara pravda* angeschlossen und war nach

3516 Mitja Ferenc – Božo Repe, Die slowenisch-österreichischen Beziehungen nach der internationalen Anerkennung, in: Nećak, Slovensko-avstrijski odnosi, 696f.

3517 Suppan, Adria, 12.

seinem Ausschluss aus der *Osvobodilna fronta* in die Schweiz geflüchtet, in der vergeblichen Hoffnung, die Alliierten vor den Plänen der slowenischen Kommunisten warnen zu können. Als Tito auf massives Drängen der Alliierten – auch der Sowjetunion – in die Zusammenarbeit mit der königlichen Exilregierung unter Ivan Šubašić einwilligte, kehrte Sirc ins besetzte Jugoslawien zurück und schloss sich der Volksbefreiungsarmee an. Als Übersetzer der slowenischen Regierung ab 1945 unterhielt er weiterhin Kontakte zum westlichen Ausland, was im Mai 1947 zu seiner Festnahme durch die OZNA, zur Anklage und zur Verurteilung in einem Schauprozess führte. Nach siebeneinhalb Jahren im Gefängnis gelang ihm im November 1955 die Flucht nach Italien. In den folgenden Jahrzehnten lehrte er Wirtschaftswissenschaften in Dacca, Dundee und Glasgow und gründete in London das Centre for Research into Post Communist Economies. Das Urteil des Laibacher Schauprozesses wurde erst im April 1991 aufgehoben, worauf Sirc den Antrag auf Restitution und Haftentschädigung stellte. Tatsächlich erhielt er Teile des Wohnhauses in Kranj (ohne die dazugehörige Geschäftsetage), einen Teil des Gartens und einen kleinen Teil des Fabriksgeländes zurück. Aber die Rückgabe verschleppte sich, sodass Sirc Slowenien vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg klagte. Allerdings wurde das Entnationalisierungsgesetz 1998 rückwirkend zum Nachteil der Restitutionswerber geändert, da die Notwendigkeit der Finanzierung des Sozialstaates höher bewertet werden müsse als das Recht auf Eigentum. Und in der Zurückweisung der Klage, die Sirc gegen seine Diskriminierung durch das neue Gesetz einbrachte, argumentierte der slowenische Oberste Gerichtshof, das öffentliche Interesse rechtfertige dessen rückwirkende Anwendung. Der slowenische Richter in Strassburg, Bostjan Župančič, kritisierte sogar in der Laibacher Tageszeitung *Delo* die „bürgerliche Rechtsmentalität" am Europäischen Gerichtshof und die westliche „Yuppie-Gesetzgebung". Der Präsident des Strassburger Gerichtshofes, der Schweizer Luzius Wildhaber, sah darin aber keine Beeinträchtigung der Rechtssprechung. Dennoch wies der EMGR am 8. April 2008 nach zehn Jahren die Klage von Sirc auf Entschädigung in Höhe von knapp 8,4 Millionen Euro ab. Zugesprochen wurden ihm lediglich 10.000 Euro für die Verschleppung der Verfahren sowie 2500 Euro als Kostenentschädigung.[3518]

Zu einem besonderen juridischen Hürdenlauf entwickelte sich nach 1990 die Frage der Restitution auch für die Familie der in der Untersteiermark begütert gewesenen Grafen Attems, deren letzter Besitzer, Ferdinand Graf Attems, samt Ehefrau Wanda und invalidem Sohn, Ende 1945 unter nie geklärten Umständen ums Leben gekommen war. Nachdem das Grundgericht Maribor am 12. Juli 1993 das Urteil des Militärgerichts Maribor vom 17. August 1945 aufhob, das den

[3518] Karl Peter SCHWARZ, Die Mörder haben sich in nichts aufgelöst. Die Verbrechen der slowenischen Kommunisten in den Jahren nach 1945 sind ungesühnt geblieben, in: FAZ, 30. Juli 2007, 3; Karl-Peter SCHWARZ, Diskriminierung auf dem Rechtsweg. Wie Slowenien mit den Restitutionsanträgen ehemaliger Bürger umgeht, in: FAZ, 9. Mai 2008, 12.

Grafen Attems und seine Frau wegen Kollaboration zu dreieinhalb- bzw. zweieinhalbjähriger Haft, zum Verlust der Staatsbürgerschaft und zum Verlust aller Vermögenswerte verurteilt hatte, stellte die Familie die ersten Anträge nach dem allgemeinen Denationalisierungsgesetz (ZDEN) Sloweniens aus dem Jahre 1991. In zwei Gemeinden hatte die Familie zunächst Erfolg, Teile ihres enteigneten Eigentums wurden zurückgegeben. In einem dieser Fälle wurde im Wege eines Vergleichs ein Anteil am florierenden Wirtschaftsunternehmen Terme Čatež d.d. erworben, im anderen Fall wurde die Teilrückgabe nicht rechtskräftig. Aber auf Druck postkommunistischer Kreise begann das slowenische Parlament mit den Gesetzesnovellen vom 30. Dezember 1995 und nochmals vom 8. August 1997 die Durchführung der Restitution nach ZDEN zu unterbrechen und weitere Verfahren zu erschweren. Die Familie Attems schlug daher 1996 den Rechtsweg über das Außerstreitgesetz (ZIKS) ein, nach welchem zu Unrecht Verurteilte und ihre Rechtsnachfolger die Möglichkeit haben, das durch ein nachträglich aufgehobenes Strafurteil beschlagnahmte Vermögen zurückzufordern. Herrschende Rechtsansicht und Rechtspraxis war damals und bis 2003, dass beide Rechtswege für die Restitution beschritten werden können. Allerdings begann die Republik Slowenien (und der verpflichtete Fonds) ab 2003 die Position einzunehmen, dass das beanspruchte Vermögen bereits mit Inkrafttreten des AVNOJ-Beschlusses am 6. Februar 1945 in staatliches Eigentum übergegangen sei und mit der späteren Beschlagnahme aufgrund des Militärgerichtsurteils nur mehr das bis dahin noch nicht beschlagnahmte Vermögen sowie das nach dem 6. Februar 1945 erworbene Vermögen beschlagnahmt worden sei und daher zurückverlangt werden könne. Noch 1998 und 2001 hatte hingegen der Oberste Gerichtshof in Ljubljana festgestellt, dass die Enteignungen nach dem AVNOJ-Beschluss nicht bereits per Veröffentlichung Wirksamkeit erlangten, sondern erst durch einen entsprechenden Bescheid der Beschlagnahmekommission oder durch ein Gerichtsurteil. Nach dem neuen Rechtsstandpunkt sei daher die Aufhebung des Militärgerichtsurteils gegen den Grafen Attems unerheblich gewesen, weil er zum Zeitpunkt der Verurteilung nicht mehr Eigentümer gewesen sei. – Es bleibt äußerst fraglich, ob die derzeitige Berufung der Republik Slowenien auf den AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 – unter Nichtbeachtung der Urteile ihrer Gerichte aus den Jahren 1945 und 1993 – wirklich den Rechtsnormen der Europäischen Union entspricht. Auch die Feststellung der österreichischen Außenministerin Plassnik vom 29. Mai 2008, dass „das 1991 erlassene Denationalisierungsgesetz […] den Willen Sloweniens [zeigt], sich mit seiner Vergangenheit auseinanderzusetzen und die dadurch geschaffene Möglichkeit der Restitution bzw. Entschädigung […] den AVNOJ-Enteignungsbestimmungen [derogiert], somit […] es keiner formellen Aufhebung dieser Bestimmungen [bedarf]“, erweist sich zumindest als voreilig.[3519]

[3519] SCHWARZ, Diskriminierung, 12; Anfragebeantwortung BM für europäische und internationale Angelegenheiten, 3961/AB XXIII. GP, 29. Mai 2008. Am 17. Juli 2008 stellte das deutsche Mitglied des Europäischen Parlaments Astrid Lulling an den Europäischen Rat die schriftliche

Die Republik Slowenien nimmt diese Position der Wirkung ex lege allerdings nicht in allen vergleichbaren Rechtsfällen ein. Zahlreiche Personen „deutscher Nationalität“ haben Vermögen auf dem Rechtsweg über das Außerstreitgesetz auch nach 2003 zurückerhalten, auch in identen Rechtsfällen zum Antragsteller Attems. Angesichts der Widersprüchlichkeit der Urteile des Obersten Gerichtshofes urteilen auch die slowenischen Gerichte ziemlich unterschiedlich. Nach einem Bericht des slowenischen Justizministeriums wurden bis Ende 2007 39.633 Denationalisierungsanträge gestellt, von denen 38.262 abgeschlossen worden seien. Auf österreichische Staatsbürger entfielen 1671 Anträge, von denen bisher 1408 Anträge rechtskräftig entschieden worden seien. Obwohl knapp die Hälfte der abgeschlossenen österreichischen Fälle negativ entschieden oder zurückgezogen worden seien, betrage der Wert des österreichischen „AntragstellerInnen“ bisher rückerstatteten oder entschädigten Vermögens mehr als 109 Millionen Euro. Die 2007 noch offenen 263 Fälle wurden im Februar 2008 vom österreichischen Außenministerium in einer „Problemfall-Liste“ erfasst, die unter Beteiligung der „RestitutionswerberInnen“ auf 55 Fälle reduziert wurde. Feststellbar ist freilich, dass die Restitutionshindernisse proportional zum Streitwert anwachsen, d. h. je größer der Eigentumsanspruch, desto größer der legale und nicht legale Widerstand gegen seine Erfüllung. Ein Vorstoß der slowenischen Regierung, die Denationalisierung durch die Setzung von Fristen (drei Monate für Gerichte der ersten und zweiten Instanz, 30 Tage für übergeordnete Instanzen, 60 Tage für den Obersten Gerichtshof) zu beschleunigen und die Gleichbehandlung von Restitutionsanträgen nach dem Denationalisierungsgesetz und dem Gesetz über die Vollstreckung von Strafsanktionen sicherzustellen, wurde im März 2008 im slowenischen Parlament verabschiedet, scheiterte aber am Veto der zweiten Kammer, des Staatsrates, weil sich auch Abgeordnete der konservativen Mehrheit der Stimme enthielten. In der Frage der Eigentumsrückgabe ziehen sich also die Fronten quer durch die Gerichte und quer durch die Parteien.[3520]

Am 20. Oktober 1997 beschloss der Kärntner Landtag eine Resolution, in der die österreichische Bundesregierung aufgefordert wurde, „ihre Bemühungen gegenüber der slowenischen Regierung im Hinblick auf die von Österreich unterstützten EU-Beitrittsbemühungen unseres Nachbarstaates bei folgenden Themen weiter zu intensivieren“:

– der Anerkennung des Bestehens und der Rechte der deutschsprachigen Minderheit in Slowenien sowie der Förderung ihrer Anliegen;

Anfrage, ob „EU-Bürger, die aufgrund des Vorwurfs der ‚Nazikollaboration‘ vom Militärgericht oder lt. den AVNOJ Bestimmungen ihres Besitzes/Vermögens enteignet worden sind und von diesem Vorwurf posthum freigesprochen wurden, Recht auf Restitution ihrer Güter“ haben. Nach mündlicher Mitteilung von Mag. Dr. Johannes Attems vom 28. August 2008 sind seitens seiner Familie derzeit noch Restitutionsverfahren bei den Grundgerichten Slovenska Bistrica, Brežice, Krško und Šmarje pri Jelsah offen.

3520 Anfragebeantwortung BM für europäische und internationale Angelegenheiten, 3961/AB XXIII. GP, 29. Mai 2008.

- der Aufhebung der restriktiven staatsbürgerschaftsrechtlichen Gesetze des Denationalisierungsgesetzes;
- der Aufhebung der menschenrechtswidrigen AVNOJ-Verfügungen und die Klärung der Frage des enteigneten Vermögens.

Im Frühjahr 2000 trug die österreichische Bundesregierung die Frage der Nichtdiskriminierung im slowenischen Denationalisierungsprozess an die Europäische Kommission heran und machte auf einige Rechtsfälle vor dem Europäischen Gerichtshof aufmerksam. Seit Beschlussfassung des Denationalisierungsgesetzes 1991 seien von österreichischen Staatsbürgern 1593 Anträge über einen Gesamtwert von 442 Millionen DM gestellt worden, was etwa 10 % der im Restitutionsprozess beanspruchten Werte ausgemacht habe. Bis Ende 2003 seien mehr als die Hälfte aller Anträge erledigt worden, davon nur 18 % negativ.

Ob deswegen die nach 1991 in Deutschland und Österreich erhobene Forderung nach Aufhebung der AVNOJ-Beschlüsse der Forderung nach Eliminierung des alliierten Sieges über das nationalsozialistische Deutschland und einer Revision der europäischen Nachkriegsordnung gleichkommt – wie es der slowenische Außenminister Dimitrij Rupel am 1. September 2000 in den *Primorske novice* kundtat –, muss doch stark bezweifelt werden.[3521] Ebensowenig historisch präzis war die Rede des langjährigen Präsidenten Sloweniens, Milan Kučan, vor dem Internationalen Holocaust Forum in Stockholm am 28. Jänner 2000: „Slovenia will therefore not agree to those demands which in Slovenia's preparation for accession to the EU could be unterstood as a demand to revoke the decisions and actions whereby in the spirit of Potsdam the Slovene state of that time punished the criminals of the wartime occupation and those who collaborated with them in crimes against the Slovene nation." Und noch Anfang 2004 bekräftigte er seinen Standpunkt hinsichtlich der umstrittenen AVNOJ-Beschlüsse: "Sie haben ihre Funktion in der gegebenen geschichtlichen Periode erfüllt. Das kann man nicht mehr ändern; ebenso wenig wie die Gründe, aus denen sie erlassen worden sind."[3522] – Diese Argumentation ist aus Prag hinsichtlich der „Beneš-Dekrete" bekannt.

Die Differenzen zwischen den ehemaligen Partisanen und *Domobranci* – sowie ihren Angehörigen – wurden auch in den Diskussionen über das Kriegsgräbergesetz deutlich. Noch im Gesetz aus dem Frühjahr 2003 wurde den gefallenen oder exekutierten *Domobranci* kein Status als Soldaten zuerkannt, womit sie keine Kriegsgräber erhielten. Denkmäler für nach dem Weltkrieg außergerichtlich hingerichtete Personen erhielten die unklare Aufschrift: „Den Opfern des Krieges und der Hinrichtungen nach dem Krieg". Im Frühjahr 2005 schlug die neue Regierung unter Janez Janša den Abgeordneten vor, die Aufschrift auf den Denkmälern so abzuändern, dass die nach dem Krieg außergerichtlich hingerichteten Soldaten und Zivilisten als Opfer der revolutionären Gewalt bezeichnet werden

[3521] Primorske novice, 1. September 2000.
[3522] Die Presse, 23. Jänner 2004, 6.

und „alle Angehörigen slowenischer Streitkräfte, die während des Krieges gefallen sind bzw. hingerichtet wurden oder als Kriegsgefangene starben“, das Recht auf ein Kriegsgrab bekommen. Nun begann eine Diskussion, ob die *Domobranci* Soldaten oder Zivilisten waren. Der Historiker Boris Mlakar stellte dazu fest:

„Rein rechtlich kann gegen den Soldatenstatus der *Domobranci* eingewendet werden, dass sie in das System der übergeordneten deutschen militär-polizeilichen Behörde integriert waren. Nach der internen Struktur war das *Domobranstvo* dem Status einer Militärformation nahe. […] Es stimmt aber, dass der Stab keine operative Abteilung hatte, weil ihnen die übergeordneten deutschen Behörden keine Freiheit bei Militäroperationen gegen die Partisanen ließen, obwohl sie sich dieses Recht oft nahmen bzw. sich an Kämpfen beteiligten; doch im Endeffekt ging es um Entscheidungen des deutschen Stabes. […] Ein Teil des slowenischen Volkes und die Führung der *Domobranci* hielten sich jedoch für ein nationales, slowenisches Heer. […] Sie waren jedenfalls uniformiert und bewaffnet, verhielten sich wie Soldaten, waren Teil des globalen kriegerischen Konflikts und als sie in Kärnten festgenommen wurden, wurden sie in ein Militärlager und nicht in ein Lager für Zivilisten gebracht.“

Und: „Die Nachkriegsmassaker waren die Folge der Revolution, es waren gezielte Tötungen, die von der organisierten staatlichen Revolutionsmacht verübt wurden.“[3523]

Auch der deutschstämmige Anwalt Kolnik aus Marburg machte in einem Leserbrief im Herbst 2007 auf die nach wie vor bestehenden großen Differenzen in der slowenischen Erinnerungspolitik aufmerksam:

„[…] Noch heute unterscheiden wir Gräber von jenen, um die wir trauern können und dürfen und jenen, die verschwiegen werden. ‚Opfer‘, die als Verräter (Domobranen), Kroaten, Serben, Kosaken, Deutsche, usw. genannt werden. […] Unser Parlament bestimmt den Status der Opfer mit der politischen Überzeugung der Toten. […]

Die Frage der Schuld an den Niedermetzelungen haben die Medien erst nach der Predigt des Erzbischofs Kramberger in Maria Neustift (Ptujska Gora) aufgerollt, jedoch mit der Betonung, dass wir Slowenen nicht schuld daran sind, dass in einem so kleinen Land die größte Grabstätte in Europa ist[3524]. Die Kollektivschuld gibt es wirklich nicht, so ist das geltende Recht, das die zivilisierten Völker anerkennen. Wie wir in der Praxis dieses Recht respektieren, zeigen uns klar die Tatsachen; nicht nur die Ungelehrten, sondern auch die ‚Gelehrten‘ können nicht an der Versuchung der Kollektivverurteilung vorbei. Obwohl Slowenien zu seinen Nachbarn ‚ausgezeichnete Beziehungen‘ hat, sind die Deutschen, die Italiener, besonders aber die Kroaten, wenn nicht anders – zumindest auf Grund der allgemein bekannten Tatsachen, schlecht. Die Volkszugehörigkeit ist maßgebend bei der Rückgabe des Vermögens, die Staatsbürgerschaft (ob Deutsche und Ausgelöschte) ist sogar bei den Entscheidungen des Verfassungsgerichts ausschlaggebend […].

Zweifellos sind wir nicht Schuldige für die Nachkriegsniedermetzelungen. Was aber nicht heißt, dass es keine Schuldigen gibt. Nachdem geurteilt wurde, dass es für die Niedermetzelungen und

[3523] Večer (Maribor), 13. April 2005; zitiert nach: Alpen-Adria-Pressespiegel, Nr. 81/05; Der Untersteirer, 3/2007, 8.

[3524] Die größte Grabstätte Europas ist natürlich das ehemalige NS-Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, in dem etwa eine Million europäischer Juden umgebracht wurde. Vgl. Hilberg, Vernichtung, Bd. 2, 956; Friedländer, Vernichtung, 529-537; Auschwitz in den Augen der SS. Rudolf Höß, Pery Broad, Johann Paul Kremer, hg. vom Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau (Oświęcim 1997).

die anderen nicht verjährten strafbaren Handlungen noch niemand als Schuldiger erkannt wurde, bleibt uns nur die Kollektivschuld erhalten. […] Während der Enthüllung der verschwiegenen Tatsachen bekam jedoch das unbefleckte Bild der Befreiung immer mehr Flecken. Sogar das Bündnis der Kämpfer NOB[3525] verurteilt den Kollektivismus und die Nachkriegsniedermetzelungen. Nur die Gerichte und die Kläger haben den ‚letzten Schuldigen' (des gegenseitigen Erschlagens), den Domobrancen Levstik auf Grund von Beweisen ‚rekla kazala'[3526] zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt. Danach, als sie feststellten, dass sie noch welche hätten verurteilen müssen, wurde er nachträglich freigesprochen. […] Die schriftlichen Beweise über die Schuld und die Schuldigen sowie unzählige Gräber rühren unsere Gerichte nicht. […] Jetzt, wo die italienischen Gerichte deutsche Soldaten älter als 80 Jahre für Verbrechen während des Krieges verurteilten und es bewiesen ist, dass die Beschlüsse gelten und dass solcherart strafbare Handlungen nicht verjähren, geschieht trotzdem nichts. Die größten Anzeigen werden schon von den Untersuchenden oder Richtern im Ermittlungsverfahren verworfen, so dass es zur Hauptverhandlung und zur öffentlichen Beweisführung noch nicht gekommen ist. […] Die Arbeit der Gerichte ist öffentlich, deshalb dürfen die Verantwortlichen nicht behaupten, dass sie nicht wissen, was sich abspielt. Die Unterlagen sind sogar im Internet, aber nichts geschieht. […]"[3527]

Erinnerungspolitik in Italien: „Foibe" und „Exodus"

Bereits im Jahre 1946 hatte sich der italienische KP-Chef Palmiro Togliatti in einem Brief an seinen französischen Kollegen über die Untreue der jugoslawischen Genossen beschwert. Im Jahre 1944 sei der gemeinsame Kampf gegen die Deutschen und Faschisten beschlossen worden, die Zusammenarbeit der Partisanenverbände in den multiethnischen Gebieten und der Aufschub allfälliger territorialer Kontroversen bis zur Befreiung beider Länder. Plötzlich hätten die jugoslawischen Genossen das Abkommen gebrochen und die Notwendigkeit der Annexion Triests verkündet. Noch Anfang 1945 habe er, Togliatti, mit einer jugoslawischen Delegation die Zusammenarbeit italienischer und slowenischer Kommunisten bei der Befreiung Triests abgesprochen. Auch dieses Abkommen sei nicht gehalten, nicht einmal die Präsenz eines Mitglieds des Triester Zentralkomitees des PCI geduldet worden. Das Ergebnis der einseitigen Vorgangsweise der jugoslawischen Genossen sei nun eine alliierte Militärverwaltung in der Stadt, die zum Mittelpunkt antisowjetischer Propaganda geworden sei.[3528] – Daraus ist abzuleiten, dass zwar die Führung des PCI für die Verbrechen in der Venezia Giulia keine Verantwortung trug, aber von der Führung der KPJ – trotz zweier Abkommen – zumindest in der territorialen, aber auch in der ethnischen Frage hinters Licht geführt wurde.

Auf der Basis von Dokumenten der italienischen Militär- und Zivilbehörden, die nach dem September 1943 den Partisanen in die Hände gefallen waren, bereitete die jugoslawische Regierung eine Mission nach Rom vor und verlangte

[3525] NOB = Narodnooslobodilačka borba = Volksbefreiungskampf.

[3526] rekla kazala = wie es hieß.

[3527] Leserbrief Dušan Ludvik Kolnik aus Marburg/Maribor, Warum die Gräber erwecken, in: Der Untersteirer, Nr. 3, Oktober 2007, 14.

[3528] Marco Galeazzi, Togliatti e Tito (Roma 2005) 75f.; Pfaffstaller, Foibe, 103f.

die Auslieferung von etwa 750 mutmaßlichen italienischen Kriegsverbrechern. Außenminister Alcide De Gasperi verwies jedoch bereits im September 1945 auf die Kriegsverbrechen der Partisanen in der Venezia Giulia, die einen „solch barbarischen Charakter“ gehabt hätten, „sodass kein Mensch mit Herz, der die Zivilisation schätzt, Leute dazu zwingen könnte, sich einem solchen Regime zu unterwerfen“. – Dieser Vergleich zwischen den angeblichen barbarischen südslawischen Methoden und der angeblichen italienischen „Zivilisation“ zeigte deutlich, dass sich die italienische Haltung gegenüber den südslawischen Nachbarn durch den Krieg nicht verändert hatte. – Anfang Februar 1946 wies das italienische Außenministerium seine Missionen an, gegen Forderungen auf Auslieferung italienischer Staatsangehöriger passiven Widerstand zu leisten. Kriegsminister Manlio Brosio teilte mit, dass die Sowjetunion die Auslieferung von 12 italienischen Kriegsverbrechern verlange, Jugoslawien von 447, Griechenland von 6 und Albanien von 3. Um die Angelegenheit im eigenen Land zu behalten, schlug Brosio die Einsetzung einer italienischen Untersuchungskommission vor, zu der es tatsächlich im Mai 1946 kam. Im August 1946 erhielten die westlichen Botschafter „Notes relating to the Italian occupation of Yugoslavia“, die auf knapp 100 Seiten die Schuld für die Gäueltaten bei den ethnischen Auseinandersetzungen und den „mordlüsternen Handlungen der Partisanen“ suchten. Einen Monat später teilte die Untersuchungskommission dem Chef der alliierten Kommission in Italien, dem US-Admiral Ellery W. Stone, mit, dass 40 Personen vor Gericht gestellt werden sollten, darunter die Generäle Roatta, Robotti und Pirzio-Biroli sowie die Gouverneure Bastianini, Giunta und Grazioli. Im Oktober teilte die alliierte Kommission der jugoslawischen Regierung mit, dass sie nicht für die Auslieferung von mutmaßlichen Kriegsverbrechern zuständig sei und solche Forderungen direkt an Rom zu richten seien. Nachdem Belgrad im Dezember 1946 eine entsprechende Liste nach Rom gesandt hatte, ließ die italienische Regierung eine Liste von 153 jugoslawischen Staatsangehörigen erstellen, die angeblich für Verbrechen gegen italienische Zivilisten und Militärangehörige verantwortlich seien. Der Friedensvertrag 1947 verlangte von Italien die Verhaftung und gerichtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern, wobei die Botschafter der vier Siegermächte über strittige Fälle befinden sollten. Abgesehen davon, dass sich die vier Botschafter nicht mehr über Auslieferungen einigen konnten, wurden von der italienischen Justiz Haftbefehle gegen einige ehemalige Oberbefehlshaber wie General Roatta so ausgestellt, dass sie rechtzeitig ins Ausland fliehen konnten. Eine wirkliche Verfolgung fand also nicht mehr statt.[3529]

Auch dem PCI blieb lange Zeit eine kritische Auseinandersetzung über seine politische und militärische Kooperation mit der KPJ ebenso erspart wie der *Democrazia christiana* eine ebenso unangenehme Diskussion der Kooperation vieler

[3529] Filippo Focardi – Lutz Klinkhammer, La questione di “criminali di guerra” italiani e una Commissione di inchiesta dimenticata, in: Contemporanea IV/3 (2001) 506-525; Ruzicic-Kessler, Besatzungspolitik, 264-280.

katholischer Kreise mit dem Faschismus. Beide Parteien überließen die Beschäftigung mit den *Foibe*-Verbrechen und der Vertreibung der Italiener aus Istrien und Dalmatien der Lokalpolitik in Friuli Venezia Giulia. Auch die meisten Historiker schienen sich an diesen Grundkonsens der italienischen Nachkriegspolitik zu halten. Erst mit dem Zerfall Jugoslawiens ab 1991 trat eine Wende in der politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung ein.[3530]

Im Jahre 1993 bildeten die italienische und die slowenische Regierung eine gemischte historisch-kulturelle Kommission, um gemeinsam historische Probleme aus der Zeit zwischen 1880 und 1956 zu studieren. Sogleich traten die Fragen über den Zweiten Weltkrieg in den Mittelpunkt der Diskussionen. Immerhin gelang es, eine inhaltlich akzeptable Interpretation zu den gewaltsamen Auseinandersetzungen zu formulieren:

> „Particolarmente vasta fu la partecipazione al movimento di liberazione da parte della popolazione slovena, mentre quella italiana fu frenata dal timore che il movimento partigiano venisse egemonizzato dagli sloveni, le rivendicazioni nazionali dei quali non errano accettate dalla maggioranza della popolazione italiana. Influì anche negativamente l'eco degli eccidi di italiani dell'autunno del 1943 (le cosidette ‚foibe istriane') nei territori istriani ove era attivo il movimento di liberazione croato, eccidi perpetrati non solo per motivi etnici e sociali, ma anche per colpire in primo luogo la locale classe dirigente, e che spinsero gran parte degli italiani della regione a temere per la loro sopravvivenza nazionale e per la loro stessa incoumità. […]
>
> L'estensione del controllo jugoslavo dalle aree già precedentemente liberate dal movimento partigiano fino a tutto il territorio della Venezia Giulia fu salutata con grande entusiasmo dalla maggioranza degli sloveni e dagli italiani favorevoli alla Jugoslavia. Per gli sloveni si trattò di una duplice liberazione, dagli occupatori tedeschi e dallo Stato italiano. Al contrario, i giuliani favorevoli all'Italia considerarono l'occupazione jugoslava come il momento più buio della loro storia, anche perché essa si accompagnò nella Zona di Trieste, nel goriziano e nel capodistriano a un'ondata di violenza che trovò espressione nell'arrresto di molte migliaia di persone, parte delle quali venne in più riprese rilasciata – in larga maggioranza italiani, ma anche sloveni contrari al progetto politico comunista jugoslavo – in centinaia di esecuzioni sommarie immediate – le cui vittime vennero in genere gettate nelle ‚foibe' – e nella deportazione di un gran numero di militari e civili, parte dei quali perì di stenti o venne liquidata nel corso dei trasferimenti, nelle carceri e nei campi di prigionia (fra i quali va ricordato quello di Borovnica), creati in diverse zone della Jugoslavia.
>
> Tali avvenimenti si verificarono in un clima di resa dei conti per la violenza fascista e di guerra e appaiono in larga misura il frutto di un progetto politico preordinato, in cui confluivano diverse spinte: l'impegno a eliminare soggetti e strutture ricollegabili (anche al di là delle responsabilità personali) al fascismo, alla dominazione nazista, al collaborazionismo e allo Stato italiano, assieme a un disegno di epurazione peventiva di oppositori reali, potenziali o presunti tali, in funzione dell'avvento del regime comunista, e dell' annessione della Venezia Giulia al nuovo Stato jugoslavo. L'impulso primo della repressione partì da un movimento rivoluzionario che si stava traformando in regime, convertendo quindi in violenza di Stato l'animosità nazionale e ideologica diffusa nei quadri partigiani."[3531]

3530 Vgl. Renato Cristin (Hg.), Die Foibe – vom politischen Schweigen zur historischen Wahrheit (Berlin 2007).

3531 Pupo – Spazzali, Foibe, 197f.

Aber der Endbericht der Kommission wurde im Jahre 2001 lediglich vom Institut für die neueste Geschichte (*Inštitut za novejšo zgodovino*) in Laibach in slowenischer und italienischer Sprache publiziert, von der italienischen Regierung jedoch nicht akzeptiert.

Die Republik Italien erklärte mit Parlamentsbeschluss vom März 2004 den 10. Februar – den Tag der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Paris im Jahre 1947 – zum Tag des Gedenkens an den „Exodus" der Italiener aus dem Küstenland, Fiume und Dalmatien. Daher wurde der 10. Februar erstmals im Jahre 2005 offiziell als „Tag des Gedenkens" für die italienischen Opfer des kommunistischen Terrors in Jugoslawien begangen. Jahrzehntelang galten die rund 300.000 überwiegend italienischen Exilanten (*esuli*) aus Istrien, Fiume (Rijeka), Dalmatien und den östlichen Teilen der Venezia Giulia für Italien als lästige Erinnerung, die nur alte Gräben aufzureißen und die Beziehungen zu Jugoslawien bzw. zu Slowenien und Kroatien zu belasten drohte. Dabei war der „lange Exodus" von Vertriebenen, Flüchtlingen und Optanten – so hatten sich etwa 1947 aus Pola über 90 % der italienischen Bevölkerung per Schiff evakuieren lassen – von der Mitte der vierziger bis zum Ende der fünfziger Jahre im Resultat durchaus einer „ethnischen Säuberung" gleichgekommen. Als im März 2004 ein Triestiner Abgeordneter der *Alleanza Nazionale* in der römischen Kammer den Antrag einbrachte, einen offiziellen „Tag des Gedenkens" zu begehen, stimmten plötzlich nicht nur die Abgeordneten der Regierungsparteien zu, sondern auch jene der vormals kommunistischen Opposition, deren ehemaliger Parteivorsitzender Togliatti die Italiener im April 1945 dazu aufgefordert hatte, Titos Partisanen als „Befreier" zu begrüßen. Der nationale Sekretär der Linksdemokraten, Piero Fassino, wandte sich nun ausdrücklich gegen die These, der jugoslawische Terror sei die „quasi unvermeidliche Folge" der vorangegangenen faschistischen Verbrechen gewesen. Und Fassino wurde in einer Erklärung noch deutlicher:

> „In den Karsthöhlen wurden Männer und Frauen getötet, Faschisten und viele Antifaschisten, deren einzige Schuld darin bestand, dass sie Italiener waren und sich der Annexion durch Tito widersetzten. Der Exodus war in Wirklichkeit eine ethnische Säuberung, die darauf abzielte, den italienischen Charakter dieser Gebiete auszulöschen. Weder der politische Kontext dieser Zeit noch Mussolinis Aggression gegen Jugoslawien konnten die schrecklichen Leiden rechtfertigen, die unschuldigen Frauen und Männern zugefügt wurden." Heute dürfe niemand mehr behaupten, „er habe nichts gewusst"; jeder Italiener habe die „moralische Pflicht", der Tragödie der *esuli* als „Teil der Geschichte des Landes" zu gedenken.[3532]

Am 10. Februar 2005 fand nicht nur in Triest eine Gedenkveranstaltung statt, sondern in mehr als achtzig Städten und Gemeinden Italiens. In Rom legte Präsident Ciampi einen Kranz für die Opfer der „Karsthöhlen" (*foibe*) nieder. Und Außenminister Gianfranco Fini unterstrich im Triestiner Teatro Verdi, dass es „nicht eine linke und eine rechte Wahrheit" geben könne, sondern eben nur eine.

[3532] Karl-Peter SCHWARZ, Jahrzehntelanges Ärgernis. In Triest gedenken die Italiener feierlich der Tragödie der „esuli", in: FAZ, 12. Februar 2005, 10.

Obwohl dieser offizielle italienische Gedenktag mehr als deutlich am ehemals kommunistischen Mythos der gerechtfertigten Verschränkung von Partisanenkrieg, Antifaschismus, sozialistischer Revolution und nationalem Expansionismus kratzte, hielten sich die neuen bürgerlich-konservativen Regierungen in Ljubljana und Zagreb mit offiziellen Reaktionen zurück. Noch trifft ein differenzierterer Umgang mit der Kriegs- und Nachkriegszeit in Slowenien und Kroatien zu viele Probleme in der eigenen Nation. Aber: Wie das heutige Italien nicht die Geisel der historischen faschistischen Verbrechen sein kann, so ist das heutige demokratische Slowenien nicht verantwortlich für die kommunistischen Gewalttaten der Nachkriegszeit.[3533]

Die staatliche RAI strahlte am 6. und 7. Februar 2005 den zweiteiligen italienischen Fernsehfilm „Das Herz im Brunnen“ (*Il cuore nel pozzo*) aus, der in Slowenien und Teilen Kroatiens einen Entrüstungssturm hervorrief. Dieser in Montenegro mit einem serbischen Schauspieler in der Rolle eines rachsüchtigen slowenischen Partisanen gedrehte, keineswegs wirklichkeitsnahe Spielfilm über die Tragödie der überwiegend italienischen Vertriebenen (*esuli*) aus Dalmatien, Fiume und Istrien erreichte am Faschingssonntag und Rosenmontag etwa 7,5 Millionen Zuseher, immerhin 27,5 % des Fernsehpublikums. Der Film erzählte nicht nur von der Rache der Partisanen an den Faschisten, sondern dass auch viele unschuldige Zivilisten, vor allem Italiener, von den „Slawen“ erschlagen und in die Karsthöhlen geworfen worden seien. Allerdings wird im Film kein einziges Mal auf faschistische Verbrechen an der südslawischen Bevölkerung hingewiesen.[3534]

Der frühere slowenische Außenminister Ivo Vajgl sprach von einer „Provokation“ und einer „Geschichtsfälschung“, die sich gegen ein Volk richte, „das im Laufe seiner Geschichte der Aggression seiner Nachbarn ausgesetzt war“ [sic!]. Und ein Sprecher der slowenischen Veteranen des Partisanenkriegs warf Italien vor, mit diesem „kriminellen Akt“ den Friedensvertrag zu brechen. Der linksgerichtete Laibacher *Delo* sprach zwar von einem Propagandafilm, erinnerte jedoch daran, dass es vor 1990 jugoslawische Propagandafilme zu diesem Thema gegeben habe. Und der Historiker Roberto Spazzali warf dem Film in der Triestiner Tageszeitung *Il Piccolo* vor, nur weiter die Vorurteile zu schüren, statt einen Beitrag zu ihrer Überwindung zu leisten. Die Massaker und Verbrechen der jugoslawischen Kommunisten seien eben nicht persönliche Racheakte gewesen, sondern auf der Grundlage „präziser Befehle und Pläne“ erfolgt. Da es sich daher um Staatsverbrechen gehandelt habe, sei es auch „die Aufgabe der Staaten, dafür die Verantwortung zu übernehmen, sich zu entschuldigen und zu entschädigen“. Trotz dieser Polemiken rang sich das slowenische Fernsehen dazu durch, den italienischen Film schon Mitte Februar ebenfalls auszustrahlen und danach eine Diskussion anzusetzen. Das zu Titos Zeiten offiziell verordnete antifaschistische

[3533] Jančar, Der Verbrecher, 50.

[3534] Marta Verginella, Geschichte und Gedächtnis. Die Foibe in der Praxis der Aushandlung der Grenzen zwischen Italien und Slowenien, in: Cristin, Die Foibe, 44, 53f.

Geschichtsbild, das sich bis in die jüngste Zeit erhalten konnte, scheint tatsächlich langsam abzubröckeln.[3535]

Der slowenische Schriftsteller Drago Jančar verurteilte zwar die Qualität des Filmes als Kopie der früheren jugoslawischen Partisanenfilme mit ihrer manichäischen Betrachtungsweise, stellte darüber hinaus aber auch einige unangenehme Fragen an die italienische und slowenische Öffentlichkeit:

- „Glaubt in Slowenien ernsthaft jemand an die Möglichkeit, die Gewaltpolitik des faschistischen Italien nach dem Ersten Weltkrieg im Küstenland, sein Angriff gegen Jugoslawien und das brutale Vorgehen seiner Truppen in den besetzten Gebieten von Ljubljana bis zu den griechischen Inseln, von Libyen bis Äthiopien ließen sich rechtfertigen?“
- „Oder glaubt etwa hierzulande [in Slowenien, Anm. Suppan] noch jemand, dass die *foibe* voller Leichen eine Lüge sind? Oder dass die Nachkriegsmassaker höchstens aus persönlicher Rache Zufallstaten waren, was – paradoxerweise – gerade diese Filmstory in hohem Maße suggeriert?“
- „Oder darf ich noch immer glauben, dass die Partisanen mutige Widerstandskämpfer gegen die faschistische und nazistische Gewalt waren und dass man sie nicht alle durch die Bank mit den Nachkriegsmassakern in Verbindung bringen kann? – Ja, auch wenn sie Sozialrevolutionäre, Kommunisten waren, können sie nicht aufgrund ihrer Überzeugung für die Massaker verantwortlich sein. Für die Verbrechen sind jene verantwortlich, die sie befohlen haben, jene, die sie ausgeführt haben und darüber schweigen, und jene, die sie noch heute rechtfertigen.“[3536]

Trotz allem verlangte Jančar das Wissen um die Chronologie: „dass es zuerst den Faschismus gab und dann erst die *foibe*“. Denn die italienische Öffentlichkeit wisse – trotz der Filme von Bertolucci („1900“) und Pier Paolo Pasolini („Die 120 Tage von Sodom“) – noch immer nichts über das Vorgehen ihres Militärs und ihrer Polizei in den besetzten Gebieten, wenig oder nichts über die Konzentrationslager.

Allein in Istrien sollen dem kommunistischen Terror 37 Priester aller drei Nationalitäten – Italiener, Kroaten, Slowenen – zum Opfer gefallen sein. Über die neuen Staatsgrenzen hinweg begann sich in der katholischen Kirche Italiens, Kroatiens und Sloweniens die Erkenntnis durchzusetzen, dass es hoch an der Zeit sei, die nationalistischen Verzerrungen der Geschichte zu korrigieren. Der Bischof von Triest, Eugenio Ravignani, der im Alter von zwölf Jahren mit seiner Familie aus Pola hatte fliehen müssen, umschrieb den angestrebten innerkirchlichen Konsens: „Man wird anerkennen müssen, dass nicht nur eine Seite schwere Schuld auf sich geladen und nicht nur eine Seite gelitten hat.“ Zuerst habe der italienische Faschismus die Slawen einer brutalen Assimilierung unterzogen und Zehntausende, unter ihnen Frauen und Kinder, in seinen Lagern umkommen lassen. Dann habe sich Titos Terror unterschiedslos nicht nur gegen Italiener und Deutsche gerich-

[3535] Karl-Peter Schwarz, Massaker-Kitsch reißt alte Wunden auf: Italiens RAI verfilmt den Terror Titos, in: FAZ, 9. Februar 2005, 36.

[3536] Jančar, Der Verbrecher, 50.

tet, sondern gegen alle, die die Errichtung des jugoslawischen kommunistischen Regimes bekämpften, es nicht vorbehaltlos unterstützten oder von ihm auch nur als potentielle Gegner eingestuft wurden. Der Vatikan unterstützte diese ausgleichende Geschichtsbetrachtung und ließ für den kroatischen Priester Miro Bulešić aus Lanišće und den italienischen Priester Francesco Bonifacio aus Grožnjan (Grisignana), die in den Nachkriegsjahren von kommunistischen Rollkommandos ermordet worden waren, die Seligsprechung vorbereiten, da sie aus Glaubenshass (*in odium fidei*) zu Märtyrern geworden seien.[3537]

Doch zum 10. Februar 2007 gab es erneut eine italienisch-südslawische Konfrontation, diesmal zwischen Zagreb und Rom. Der kroatische Präsident Stjepan Mesić stellte in einem dem italienischen Fernsehsender RAI 3 gegebenen Interview fest, die an den Italienern begangenen Verbrechen seien nur als Vergeltung für die vorangegangenen faschistischen Verbrechen zu verstehen und die meisten Italiener seien ohnehin nicht Opfer von Vertreibungen gewesen, sondern hätten nur „für Italien optiert". Unter dem Druck der jugoslawischen Kommunisten hätten 350.000 Italiener Dalmatien und Istrien verlassen, unter ihnen auch zahlreiche italienische Antifaschisten. Diese geschönte Geschichtsinterpretation ist nicht neu und wird von der großen Mehrheit der Kroaten geteilt. Der italienische Präsident Giorgio Napolitano – wie Mesić ein Ex-Kommunist – kam hingegen anlässlich des neuen Gedenktages zu einem völlig anderen Urteil, ohne freilich die Verbrechen der jugoslawischen Partisanen besonders hervozuheben. Napolitano sprach von einer „kollektiven Tragödie", in der sich „summarische Abrechnungen, nationalistische Exzesse und soziale Forderungen mit dem Plan der Entwurzelung der Italiener" verbunden hätten. Hass, Blutdurst und das slawische Annexionsprojekt hinsichtlich Istriens hätten die Züge einer „ethnischen Säuberung" angenommen. Zu lange sei diese „Barbarei des 20. Jahrhunderts" einer „Verschwörung des Verschweigens" aus ideologischen, politischen und diplomatischen Motiven zum Opfer gefallen, auch diese Schuld müsse eingestanden werden. Napolitano vergaß hinzuzufügen, dass die Massaker seitens der italienischen Parteien jahrzehntelang nicht untersucht worden waren, da die bürgerlichen Parteien auf Jugoslawien geopolitisch Rücksicht nahmen und die linken Parteien den Zusammenhang mit den faschistischen Kriegsverbrechen sahen. – Mesić dürfte nun die Zumessung der Gräueltaten der jugoslawischen Partisanen auf die „Slawen" und die Verbindung mit dem Friedensvertrag von 1947 gestört haben und warf seinem Amtskollegen Napolitano unverblümt Geschichtsrevisionismus und rassistische Äußerungen bezüglich der Hintergründe der nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten Grenzziehung vor. Nun reagierte die italienische Regierung ihrerseits empört, und Ministerpräsident Romano Prodi erklärte, er sei erstaunt über die Vorwürfe Mesić', die mit dem Geist des kroatischen Volkes nicht übereinstimmten. Außenminister D'Alema erklärte entrüstet, dass das demokratische und antifaschistische Ita-

[3537] Karl-Peter SCHWARZ, „Summarische Abrechnung". Kroatien und die Vertreibung der Italiener, in: FAZ, 13. Februar 2007, 6.

lien mit seiner Vergangenheit bereits abgerechnet habe, doch zugleich auch das Bedürfnis verspüre, dass die historische Wahrheit über die zahlreichen unschuldigen italienischen Opfer kurz vor und nach dem Kriegsende offen ausgesprochen werde. Und D'Alema zitierte nicht nur den kroatischen Botschafter am Quirinal zu sich, sondern ließ aus Protest auch den kurz bevorstehenden Besuch seines Unterstaatssekretärs Craxi in Kroatien absagen. In der internationalen Presse wurde daher der Verdacht geäußert, dass Rom das EU-Kandidatenland Kroatien unter Druck setzen wolle, um Zugeständnisse bei Restitutionsforderungen ehemaliger italienischer Grundbesitzer entlang der Adriaküste zu erlangen. Nach dem Exodus der italienischen Bevölkerung aus Istrien waren viele von deren Immobilien von verdienten Partisanen erworben worden – freilich überwiegend von serbischen, die nach 1945 Belgrader Bürger geworden waren.[3538]

[3538] SCHWARZ, „Summarische Abrechnung", 6; Corriere della Sera, 13. febbraio 2007. Tz., Verstimmung zwischen Italien und Kroatien. Empörte Reaktion Roms auf Vorwürfe von Präsident Mesić, in: NZZ, 14. Februar 2007, 4; Martin WOKER, Serbien und Kroatien wieder mit Direktflügen verbunden, in: NZZ, 4. Juli 2008, 7.

AUF DEM WEG ZU EINER EUROPÄISCHEN ERINNERUNGSKULTUR

Erinnerung nach 30, 40, 50 und 60 Jahren

Der 30. Jahrestag der Kapitulation des Dritten Reiches wurde vom KPdSU-Generalsekretär Leonid Brežnev zum Anlass genommen, durch eine entsprechende propagandistische Darstellung der „entscheidenden Rolle der Sowjetunion beim Sieg über den Hitler-Faschismus" die globale Führungsrolle der Sowjetunion zu rechtfertigen und weitere politische Ansprüche, insbesondere gegenüber den osteuropäischen Staaten, abzuleiten. Besonders Jugoslawien und Rumänien hatten Einwände gegen das vom Kreml verordnete Geschichtsbild. Die Rolle der westlichen Alliierten im Zweiten Weltkrieg wurde von der sowjetischen Propaganda praktisch übergangen. Erst am 7. Mai 1975 stellte Generalstabschef Kulikov in der *Izvestija* fest, dass auch die Völker der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Kanadas als Teilnehmer der Anti-Hitler-Koalition einen bedeutenden Beitrag zum Sieg geleistet hätten. Aber die Sowjetunion habe bei der Vernichtung Hitler-Deutschlands und des militaristischen Japan die entscheidende Rolle gespielt [Diese zweite Behauptung war sicher falsch! Anm. Suppan]. Bei einem Festakt im Kreml in Anwesenheit von Delegationen der westlichen Alliierten – mit dem ehemaligen US-Außenminister Averall Harriman, Lord Mountbatten und General Billotte an der Spitze – brachte Brežnev immerhin „die Freude der Sowjetmenschen zum Ausdruck, ihre Kampfgefährten gegen die Hitlersche Aggression und gegen die Unterdrücker bei sich zu haben". Lord Mountbatten vergaß in einem Interview mit dem sowjetischen Fernsehen freilich nicht daran zu erinnen, dass der Krieg schon 1939 begonnen habe (als die Sowjetunion noch mit dem Deutschen Reich verbündet war).[3539]

In seiner Rede zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation im Zweiten Weltkrieg machte der deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 im Plenarsaal des Bundestages in Bonn erstmals auf einige notwendige Differenzierungen aufmerksam. Nicht „Trauer" stand im Vordergrund, sondern „Erinnerung". Der 8. Mai 1945 sei auch für die Deutschen „ein Tag der Befreiung" gewesen: „Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schwere Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst began-

[3539] Bericht Bt. Standenat an BMAA, Moskau, 15. Mai 1975, ÖStA, AdR, BMAA II-Pol., Zl. 406-Res/75.

nen und danach folgten.“ Und Weizsäcker zitierte einen jüdischen Mystiker vom Anfang des 18. Jahrhunderts: „Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.“ Der Bundespräsident, Jahrgang 1920, Sohn des ehemaligen Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker im Auswärtigen Amt und selbst Hauptmann in der Wehrmacht, bekundete in seiner Rede aber nicht nur Verständnis für die Opfer der menschenverachtenden NS-Diktatur, sondern auch für die damals Lebenden – und bis zum Zeitpunkt der Rede Überlebenden. Den Vorwurf des Wegsehens verband Weizsäcker mit der Entschuldigung seiner Altersgruppe: „Die meisten Deutschen hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und zu leiden. Und nun sollte sich herausstellen: Das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient.“ Zu den Verbrechen selbst sei der Versuch allzu vieler getreten, „auch in meiner Generation, die wir jung und an der Planung und Ausführung der Ereignisse unbeteiligt waren, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah“. Aber, so Weizsäcker: „Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich. […] Der ganz überwiegende Teil unserer heutigen Bevölkerung war zur damaligen Zeit entweder im Kindesalter oder noch gar nicht geboren. Sie können nicht eine eigene Schuld bekennen für Taten, die sie gar nicht begangen haben. Kein fühlender Mensch erwartet von ihnen, ein Büßerhemd zu tragen, nur weil sie Deutsche sind.“[3540]

Als Bundeskanzler Helmut Kohl, Jahrgang 1930 und ehemaliger Luftwaffenhelfer, gut ein Jahr zuvor in der israelischen Knesset das Wort von der „Gnade der späten Geburt“ verwendet hatte, war er vor allem in der deutschen Öffentlichkeit verhöhnt worden. Dabei hatte Kohl am 21. April 1985 in Bergen-Belsen „Zum 40. Jahrestag der Befreiung der Gefangenen aus den Konzentrationslagern“ eine großangelegte Rede gehalten, in der er – gut zwei Wochen vor Weizsäcker – den Zusammenbruch der NS-Diktatur am 8. Mai 1945 ebenfalls als „Tag der Befreiung“ für die Deutschen bezeichnete. Und Kohl hatte das erwähnte Zitat des jüdischen Mystikers aus Yad Vashem mitgenommen. Der Bundeskanzler fragte durchaus mahnend:

> „Die entscheidende Frage ist vielmehr, weshalb so viele Menschen gleichgültig blieben, nicht hinhörten, nichts wahrhaben wollten, als die späteren Gewaltherrscher für ihr menschenverachtendes Programm zuerst noch in den Hinterzimmern und dann auf den Straßen und Plätzen warben. Was die Nationalsozialisten vorhatten, zeigte sich nicht erst am 9. November 1938, als 35.000 jüdische Mitbürger in Konzentrationslager verschleppt wurden. Wir fragen uns heute, warum es nicht möglich war, Einhalt zu gebieten, als die Zeichen der nationalsozialistischen Tyrannei nicht mehr übersehen werden konnten.“[3541]

[3540] Georg Paul Hefty, Zweimal Tag der Befreiung. Warum Kohls Rede überhört und Weizsäckers Wort populär wurde, in: FAZ, 10. Mai 2010, 8. Die Generation der „68er“ hatte sich für die Opfer der Shoah und die Details der NS-Verbrechen nicht sonderlich interessiert. – Helmut König, Die Erinnerungskultur und die Zeitläufte, in: NZZ, 4. Oktober 2010, Sonderbeilage, 11.

[3541] Helmut Kohl, Ansprache in Bergen-Belsen zum 40. Jahrestag der Befreiung der Gefangenen aus den Konzentrationslagern, in: Bulletin, hg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Nr. 41, 23. April 1985, 349-352.

Aber Kohls Rede fand wenig Gehör. Bereits Wochen zuvor war in der Bundesrepublik Deutschland ein Täter-Opfer-Diskurs aufgebrochen, der sich um den Besuch Bundeskanzler Helmut Kohls und des US-Präsidenten Ronald Reagan auf einem Soldatenfriedhof im Eifel-Städtchen Bitburg entzündete. Da dort auch einige gefallene SS-Soldaten bestattet waren, sollte nach Meinung einer „kritischen Öffentlichkeit“ dieser Besuch unterbleiben. Dass zu dieser „kritischen Öffentlichkeit“ auch Meinungsmacher wie der Schriftsteller Günther Grass gehörten, der gegen Ende des Krieges zur SS eingezogen worden war (was er bis August 2007 verschwieg), machte die Proteste von 1985 viele Jahre danach zumindest moralisch fragwürdig. Präsident Reagan hatte sich schon 1985 gefragt:

> „Ich weiß nicht, was falsch daran sein soll, einen Friedhof zu besuchen, auf dem junge Männer liegen, die ebenfalls dem Nazismus zum Opfer gefallen sind, auch wenn sie in der deutschen Uniform kämpften und eingezogen wurden, um die abscheulichen Wünsche der Nazis zu erfüllen?“[3542]

Noch heftiger fiel 1986 die „Waldheim-Debatte“ aus, als dem von der ÖVP aufgestellten Kandidaten Kurt Waldheim, der immerhin zwischen 1968 und 1970 österreichischer Außenminister und zwischen 1971 und 1981 UN-Generalsekretär gewesen war, von der SPÖ vorgeworfen wurde, nicht nur NSDAP-Mitglied und Oberleutnant bei der Deutschen Wehrmacht gewesen zu sein, sondern mutmaßlich auch Kriegsverbrechen auf dem Balkan begangen zu haben. Da die jugoslawischen Behörden nach 1945 auch die Person Waldheim hinsichtlich allfälliger Kriegsverbrechen untersucht hatten und zu keinen negativen Ergebnissen gekommen waren, unterstützte die jugoslawische Führung 1971 ausdrücklich seine Wahl zum UN-Generalsekretär. Umso unverständlicher war es 1986, dass die Erklärungen des zum österreichischen Bundespräsidenten gewählten Waldheim über seine Kriegszeit völlig unzureichend ausfielen: „Ich habe im Krieg nichts anderes getan als Hunderttausende andere Österreicher, nämlich meine Pflicht als Soldat erfüllt.“ Dies war in gewisser Hinsicht ein Rückgriff auf die Proklamation der Provisorischen Regierung vom 27. April 1945, in der auf die „Tatsache“

[3542] Time Magazin, 29 April 1985, 44; Bartov, Hitlers Wehrmacht, 305, FN 77; Maier, Past, 9-16. The Reagan Diaries. Ronald Reagan, ed. by Douglas Brinkley (New York 2007) 319-324: „Friday, May 3 [1985]. The Summit really begins. Let me interject that in all our motoring the streets are lined with people clapping, waving, cheering – all I’m sure to let me know they don’t agree with the continuing press sniping about the upcoming visit to Bitberg [recte: Bitburg, Anm. Suppan]. […] Sunday, May 5. […] Next stop later in the afternoon was Bitberg. Here the people jamming the streets – most friendly but some demonstrators. We went to the cemetery & met Gen. Ridgeway – 91 yrs. old – last surviving top W.W. II leader in Am. & Gen. Steinhoff, a German General who had been shot down in flames & whose face had been rebuilt by a[n] American Army Dr. at wars end. Kohl & I & the Gen’s. walked thru the tiny cemetery & then at a momentum there the Gen’s. placed wreaths. The German ‚taps‘ was played & then in a truly dramatic moment the 2 Generals clapsed hands. There had been no leak to the press that the Generals would be there.“
Zu den „Enthüllungen“ von Günther Grass vgl. FAZ, 12. August 2007.

hingewiesen worden war, „dass die nationalsozialistische Reichsregierung Adolf Hitlers […] das macht- und willenlos gemachte Volk Österreichs in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt hat, den kein Österreicher jemals gewollt hat." – Tatsächlich wollten weite Teile der Bevölkerung nach wie vor keine Verknüpfung zwischen Wehrmachtsuniform und Kriegsverbrechen und schon gar keine Verknüpfung zum Holocaust sehen. Eine internationale Historikerkommission konnte Waldheim allerdings weder eine Beteiligung an Kriegsverbrechen in Jugoslawien noch in Griechenland nachweisen – auch nicht an den Deportationen der Juden aus Saloniki. Die „Waldheim-Debatte" zeigte aber andererseits, wie sehr die österreichische Politik, die österreichische Öffentlichkeit und auch die österreichische Historikerzunft die Beschäftigung mit dem Engagement von etwa 1,3 Millionen österreichischen Offizieren und Mannschaften in der Wehrmacht und in der SS vernachlässigt und verdrängt hatten. Weder die österreichische Zeitgeschichtsforschung noch die angeblich „kritische Öffentlichkeit" hatten die deutsche oder angelsächsische Forschung zum Zweiten Weltkrieg rezipiert und waren daher in der Lage zu erkennen, dass Waldheim niemals eine Kommandofunktion innegehabt hatte, in der er kriegsverbrecherische Handlungen hätte befehlen können. Lediglich Bundespräsident Rudolf Kirchschläger wies darauf hin, stellte in einer öffentlichen Erklärung aber auch fest, dass „das Wissen um die Vergeltungsmaßnahmen im Partisanenkrieg […] als gegeben angenommen werden" müsse. Eine internationale Historikerkommission unter Beteiligung namhafter Militärhistoriker aus der Schweiz, Deutschland, den USA, Großbritannien, Belgien, Griechenland und Israel fand die wissenschaftlich wenig ergiebige Kompromissformel, dass Waldheim eine „konsultative Mitverantwortung" (woran?) trage. Freilich: Auf Grund der wissenschaftlich völlig unbefriedigend geführten Waldheim-Debatte galt Österreich nunmehr erst Recht als Fallbeispiel des „Vergessens" und „Verdrängens".[3543]

Immerhin gab Bundeskanzler Franz Vranitzky am 8. Juli 1991 vor dem Plenum des Nationalrates eine offizielle Erklärung ab, in der er die vom offiziellen Österreich seit 1945 vertretene „Opferthese" relativierte und eine „Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses

[3543] Uhl, Opfermythos, 493; Maier, Past, 163; vgl. Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich (Wien – München – Zürich 1981); Robert Knight, The Waldheim Context: Austria and Nazism, in: Times Literary Supplement, October 13, 1986, 1083f.; Gerhard Botz, Österreich und die NS-Vergangenheit, in: Dan Diner (Hg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit (Frankfurt am Main 1987) 140-152. Gerhard Botz, im Jahre 1986 ein scharfer Kritiker Waldheims, bestätigte 2008, dass „kein Material über ein direkte Involvierung Waldheims gefunden" wurde, und versteht – nun zu sehr entschuldigend – Waldheims Verhalten in den Jahren 1986 und folgende „heute nicht mehr als ein Versagen einer persönlichen Geschichtseinschätzung, sondern als Ausdruck einer Elitenerzählung der Diplomatie, die aus strategischen Gründen die Opferthese verbreitete". – „Wir schreiben unsere Geschichte ständig um", in: morgen. Kultur – Niederösterreich – Europa, 3/08, 12-15; Hans Werner Scheidl, „Ich würde es nicht wagen, Anklage gegen Waldheim zu erheben", in: Die Presse, 23. April 2011, 28; Manfried Rauchensteiner, „Ich bringe nichts Schönes", in: Die Presse, 5. Mai 2012, Spectrum, IV.

Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben", feststellte. Restitutionen und Entschädigungen gegenüber jüdischen Opfern und ehemaligen Zwangsarbeitern beschloss freilich erst die Bundesregierung unter Wolfgang Schüssel im Jahre 2001.[3544]

Nach den Revolutionen in Ostmittel- und Südosteuropa 1989 begann diesseits und jenseits des ehemaligen „Eisernen Vorhanges" ein neuer Opferdiskurs. Einerseits wurden nun erstmals Diskussionen über Gewaltverbrechen kommunistischer Regime möglich, andererseits öffnete sich der Rahmen einer europäischen Erinnerungskultur auch für die deutschen, ungarischen und italienischen Vertriebenen und die deutschen und österreichischen Opfer des alliierten Luftkrieges. Freilich waren die Gräben zwischen einer unter kommunistischer Herrschaft dogmatisierten kollektiven Schuldzuweisung an „die Deutschen" und der Betrachtung der großen Mehrheit „der Deutschen" als Opfer von Krieg und Vertreibung nur schwer zu überbrücken. Es fällt allerdings auf, dass nun in diesem Diskurs der Analyse und Erinnerung an individuell verübte Kriegsverbrechen zu wenig Aufmerksamkeit zuteil wird. Auch eine Relativierung der deutschen Verbrechen wird befürchtet, wobei jedoch von vielen Autoren mit Recht die Singularität bestimmter deutscher Verbrechen – vor allem die Vernichtung der Juden – hervorgehoben wird. Andererseits sind „Vertreibungsverbrechen" der Polen, Tschechen, Serben und Slowenen durchaus mit vorangegangenen Verbrechen von SS und Wehrmacht gegenüber Polen, Tschechen, Serben und Slowenen zu vergleichen. Die im Laufe der Massenvertreibung verübten Unmenschlichkeiten ausschließlich mit den deutschen Verbrechen zu begründen, führt daher jedenfalls in die Irre.[3545]

Erst im Jahre 1995 hatte der erste UN-Hochkommissar für Menschenrechte, José Ayala Lasso, in der Frankfurter Paulskirche auf den Zusammenhang zwischen historischer Aufarbeitung und aktueller Politik hingewiesen: „Ich bin der Auffassung, dass wenn die Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr über die Implikationen von Flucht, Vertreibung und Umsiedlung der Deutschen nachgedacht hätten, die heutigen demographischen Katastrophen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in dem Ausmaß vorgekommen wären."[3546]

[3544] Bericht und Antrag des Verfassungsausschusses betreffend den Entwuf eines Bundesgesetzes über die Einrichtung eines Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus und über Restitutionsmaßnahmen (Entschädigungsfondsgesetz) sowie zur Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes und des Opferfürsorgegesetzes, 476 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, XXI. GP, Nachdruck vom 12. Februar 2001.

[3545] Courtois etc., Schwarzbuch (1998); Stéphane Courtois, Alexander Jakowlew, Martin Malia, Mart Laar, Diniu Charlanow, Liubomir Ognianow, Plamen Zwetkow, Romulus Rusan, Ilios Yannakakis, Philippe Baillet, Das Schwarzbuch des Kommunismus 2: Das schwere Erbe der Ideologie (München – Zürich 2004); Michael Mann, The Dark Side of Democracy. Explaining Ethnic Cleansing (Cambridge 2005); Cattaruzza, Endstation Vertreibung, 9f.

[3546] FAZ, 29. Mai 1995. Genau 20 Jahre sollten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergehen, bis eine maßgebliche gesellschaftspolitische Institution in Ostmitteleuropa in der Lage war, offen über den Zusammenhang zwischen diesem Massenvernichtungskrieg und der Flucht und

Zum 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges reanimierte Präsident Boris El'cin die Siegesfeiern auf dem Roten Platz in Moskau. Und er ließ auch das Zentralmuseum des Großen Vaterländischen Krieges fertigstellen. Nun sollte der 9. Mai den einst staatsbildenden 7. November ersetzen und von einem militärischen Defilee mit Panzern und Raketen begleitet sein. Viele Großväter-Veteranen sollten in ihren alten Uniformen und mit ordengeschmückter Brust mitmarschieren. Im Museum wird Kampf und Heldentum gefeiert: von der Verteidigung Moskaus und Stalingrads über die Schlacht im Kursker Bogen und die Zerschlagung der Heeresgruppe Mitte bis zur Eroberung von Berlin. Die Niederlagen der Roten Armee in den Jahren 1941 und 1942, die millionenfachen Verluste der Rotarmisten, die Racheverbrechen der Roten Armee in Deutschland und das schwere Schicksal der heimgekehrten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter bleiben ausgespart. Erst in der Enkelgeneration beginnen die alten Mythen zu bröckeln: Die Rolle der Alliierten wird aufgewertet, die Deutschen werden teilweise als Opfer Hitlers und des NS-Regimes gesehen.[3547]

Neue Wege einer Bewertung von Flucht, Vertreibung und Aussiedlung gingen die Präsidenten Deutschlands und Polens, Johannes Rau und Aleksander Kwaśniewski, in ihrer „Danziger Erklärung“ vom 29. Oktober 2003. Nicht nur um eine weitere Zuspitzung der deutsch-polnischen Debatte um ein vom „Bund der Vertriebenen“ vehement gefordertes „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin abzuschwächen, sondern auch aus grundsätzlichen außenpolitischen Erwägungen stellten sie gemeinsam fest:

> „Im 20. Jahrhundert wurden in Europa viele Millionen Menschen Opfer von Umsiedlung, Flucht und Vertreibung. Einen besonderen Platz in der Erinnerung des polnischen und des deutschen Volkes nehmen Gräueltaten ein, die an Millionen von Menschen in Folge des vom menschenverachtenden nationalsozialistischen Unrechtsregime entfesselten Krieges verübt worden sind. Dieses Martyrium hat Millionen von Menschenleben gekostet. Es hat das Leben vieler weiterer Menschen mit Schmerz, Verlust und Trauer überschattet. Es hat viele Gesellschaften grundlegend verändert, und es beeinflusst weiterhin die Beziehungen zwischen unseren Völkern. Umsiedlung, Flucht und Vertreibung sind Teil der Geschichte Europas und damit auch Teil seiner Identität. [...]
>
> Angesichts dieser bitteren Vergangenheit müssen wir unsere Anstrengungen für eine bessere Zukunft vereinen. Wir müssen der Opfer gedenken und dafür sorgen, dass es die letzten waren. Jede Nation hat das selbstverständliche Recht, um sie zu trauern, und es ist unsere gemeinsame Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass Erinnerung und Trauer nicht mißbraucht werden, um Euro-

---

Vertreibung von Millionen Deutschen aus Ostmitteleuropa zu sprechen. In einer Botschaft der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe vom 18. November 1965 wurde nicht nur Vergebung gewährt und um Vergebung gebeten, sondern auch zum polnischen Millennium eingeladen. Die deutschen Bischöfe antworteten bereits am 5. Dezember 1965 und zeigten sich vor allem dankbar dafür, dass die polnischen Bischöfe „neben dem unermeßlichen Leid des polnischen Volkes auch des harten Loses der Millionen vertriebener Deutscher und Flüchtlinge gedenken“. Vgl. Klaus Bachmann – Jerzy Kranz (Hgg.), Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen (Bonn 1998) 21f.

[3547] Johannes Voswinkel, Bröckelnde Mythen. Zwischen Verklärung und Aufklärung: Russland und der deutsche Überfall vor 70 Jahren, in: Die Zeit, 22. Juni 2011, 20.

pa erneut zu spalten. Deshalb darf es heute keinen Raum mehr geben für Entschädigungsansprüche, für gegenseitige Schuldzuweisungen und für das Aufrechnen der Verbrechen und Verluste.

Die Europäer sollten alle Fälle von Umsiedlung, Flucht und Vertreibung, die sich im 20. Jahrhundert in Europa ereignet haben, gemeinsam neu bewerten und dokumentieren, um ihre Ursachen, ihre historischen Hintergründe und ihre vielfältigen Konsequenzen für die Öffentlichkeit verständlich zu machen. [...] Wir rufen dazu auf, einen solchen aufrichtigen europäischen Dialog über diese wichtige Frage, die unsere Vergangenheit und unsere gemeinsame Zukunft betrifft, zu führen, und erwarten, dass hoch angesehene Persönlichkeiten, Politiker und Vertreter der Zivilgesellschaft ihren Beitrag dazu leisten werden. [...] Wir sind überzeugt davon, dass die Ergebnisse dieses europäischen Dialoges einen wichtigen Beitrag zur Vertiefung unseres gegenseitigen Verständnisses und zur Stärkung unserer Gemeinsamkeiten als Bürger Europas leisten werden."[3548]

Führende deutsche Zeitungen, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", die „Süddeutsche Zeitung" und „Die Welt", aber auch Befürworter und Gegner eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin begrüßten diesen sehr ausgewogenen Text der beiden Staatspräsidenten. Der tschechische Präsident Václav Klaus und der tschechische Ministerpräsident Vladimir Špidla reagierten jedoch ziemlich negativ, da sie das Kapitel der Nachkriegsereignisse für abgeschlossen hielten und wiederholt davor warnten, „die Geschichte umzuschreiben". Peter Becher, der Geschäftsführer des Adalbert-Stifter-Vereins, unterstützte in einem Kommentar zwar die Initiative der beiden Präsidenten, mahnte aber die „endgültige Aufhebung einer gesellschaftlichen Stigmatisierung" und „Mitgefühl" mit den Opfern unter den deutschen Vertriebenen ein. Und auch in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" wurde deutlich darauf hingewiesen, dass sich „eine polnische, eine tschechische, eine deutsche Geschichtserfahrung [...] nicht per Verordnung auf einen Nenner bringen lassen".[3549]

Als der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder am 1. August 2004 an den Gedenkfeierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Beginns des Warschauer Aufstandes der Heimatarmee (*Armia Krajowa*) 1944 teilnahm, verbeugte er sich „angesichts der Verbrechen der Nazi-Truppen" an „diesem Ort des polnischen Stolzes und der deutschen Schande" nicht nur „in Scham", sondern lehnte auch individuelle Restitutionsansprüche von deutschen Vertriebenen gegen Polen ab:

„Wir Deutschen wissen sehr wohl, wer den Krieg angefangen hat und wer seine ersten Opfer waren. Deshalb darf es heute keinen Raum mehr für Restitutionsansprüche aus Deutschland geben, die die Geschichte auf den Kopf stellen. Die mit dem Zweiten Weltkrieg zusammenhängenden Vermögensfragen sind für beide Regierungen kein Thema mehr in den deutsch-polnischen Beziehungen. Weder die Bundesregierung noch andere ernst zu nehmende politische Kräfte in Deutschland unterstützen individuelle Forderungen, soweit sie dennoch geltend gemacht werden. Diese Position wird die Bundesregierung auch vor allen internationalen Gerichten vertreten."[3550]

3548 tagesschau.de

3549 FAZ, 30.Oktober 2003, 6. November 2003; Süddeutsche Zeitung, 6. November 2003; Die Welt, 6. November 2003.

3550 Jan Barcz – Jochen A. Frowein, Gutachten zu Ansprüchen aus Deutschland gegen Polen in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg, Warschau – Heidelberg, 2. November 2004, 6f.

Insbesondere die Tätigkeit der privaten „Preußischen Treuhand GmbH und CoKG a. A.“, die Ansprüche von Vertriebenen sammelt und in Prozessen vor polnischen, notfalls auch internationalen Gerichten durchsetzen will, hat in Polen für Unruhe unter der Bevölkerung gesorgt, die von nationalistischen polnischen Politikern noch geschürt wurde. Auch die Vorsitzende des deutschen „Bundesverbands der Vertriebenen“, Erika Steinbach, hatte vor Schröders Besuch in Warschau noch eine geringe symbolische Entschädigung für die Vertriebenen gefordert. Nach Schröders Rede in Warschau – die sowohl in der deutschen als auch in der polnischen Öffentlichkeit gut aufgenommen wurde – und verschiedentlicher Kritik an der Haltung der Vertriebenenverbände erklärte sich Steinbach bereit, in der Frage einer gesetzlichen Regelung der offenen Entschädigungsfragen „bis hin zu einer Null-Lösung“ zu gehen, wenn damit endlich „ein Rechtsfrieden in Europa“ erreicht werden könne. Schröder ließ dazu lediglich mitteilen, dass sich seine ausdrückliche Ablehnung von Entschädigungsklagen der Heimatvertriebenen nicht nur auf Polen, sondern auch auf Tschechien beziehe. Dies stellte zweifellos eine Haltungsänderung zur Erklärung von Bundeskanzler Kohl vom Jänner 1997 dar, in der die Vermögensfrage noch als „offen“ bezeichnet worden war. Bundeskanzler Schröder stellte zwar schon 1999 klar, dass seine Regierung nicht daran denke, gegenüber Prag Vermögensfragen aufzuwerfen; einen ausdrücklichen Rechtsverzicht auf Individualansprüche aber konnte und wollte das Kanzleramt damals nicht zugestehen. Dies unterblieb auch 2004 in Warschau – vermutlich aus Sorge vor allfälligen Schadenersatzansprüchen der Vertriebenen.[3551]

Der polnische Europarechtler Jan Barcz und der deutsche Völkerrechtler Jochen A. Frowein stellten allerdings im November 2004 in einem gemeinsamen Gutachten im Auftrag ihrer Regierungen unmissverständlich fest:

– Die Erklärung des deutschen Bundeskanzlers in Warschau vom 1. August 2004 „ist ein völkerrechtlich bindender Akt der Bundesrepublik Deutschland“.
– Die deutsche Bundesregierung schließt damit die Geltendmachung zwischenstaatlicher Restitutions- oder Entschädigungsansprüche von Deutschland gegen Polen eindeutig aus.
– „Individualansprüche deutscher Staatsangehöriger wegen der Enteignungen in den polnischen West- und Nordgebieten bestehen weder nach Völkerrecht noch nach deutschem oder polnischem Recht.“
– „Weder vor polnischen, deutschen, amerikanischen noch vor internationalen Gerichten haben Klagen wegen der genannten Enteignungen Aussicht auf Erfolg.“
– Von polnischer Seite wurde ausdrücklich bestätigt, dass die Frage der Reparationen abgeschlossen sei.

Beide Seiten haben damit ihre alten Rechtsauffassungen nicht grundsätzlich aufgegeben. So vertrat die Bundesrepublik Deutschland immer die Rechtsauffassung, dass die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den früheren deutschen Ostgebieten ebenso rechtswidrig war wie die von Polen vorgenommene entschä-

[3551] FAZ, 2. August 2004, 1-3; 4. August 2004, 1f.; 7. August 2004, 4.

digungslose Enteignung. Andererseits vertrat Polen immer die Meinung, dass die polnischen Maßnahmen durch das Potsdamer Abkommen gerechtfertigt gewesen seien; die Übertragung der ehemaligen deutschen Ostgebiete an Polen und die Enteignung deutschen Eigentums (landwirtschaftliche Grundstücke, Forste, Betriebe, Häuser, Wohnungen etc.) wurden als Teil der Kriegsreparationen betrachtet. Freilich hatte die Bundesrepublik Deutschland schon im „Überleitungsvertrag" aus dem Jahre 1954 erklären müssen, „in Zukunft keine Einwendungen gegen die Maßnahmen [zu] erheben, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollen, das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder auf Grund des Kriegszustandes oder auf Grund von Abkommen, die die Drei Mächte mit anderen alliierten Staaten, neutralen Staaten oder ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands geschlossen haben oder schließen werden". Andererseits konnte sich Polen auf Vereinbarungen mit der Sowjetunion stützen, die die polnischen Reparationen auf die Vermögensregelungen in Bezug auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete festlegten.[3552]

Seit den Grenzverträgen von 1990[3553] waren die deutsch-polnischen Vermögensfragen (auch Fragen der Kulturgüter und der Leistungen für ehemalige Zwangsarbeit) neuerlich hervorgetreten, obwohl die Außenminister beider Staaten am 17. Juni 1991 übereinstimmend erklärt hatten, dass sich der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag weder mit Fragen der Staatsangehörigkeit noch mit Vermögensfragen befasse. Nach der Erklärung Bundeskanzler Schröders in Warschau am 1. August 2004 blieb aber nunmehr die Vermögensfrage nicht mehr offen – weder auf völkerrechtlicher Ebene noch nach deutschem oder polnischem Recht. Allfällige Restitutions- und Entschädigungsansprüche werden nun von der Berliner Regierung als „rechtsgrundlos" angesehen. Da die Bundesrepublik Deutschland mit dem Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 auch das Problem von Reparationsforderungen gegen Deutschland auf der Grundlage des Zweiten Weltkrieges als erledigt ansieht, erscheint es tatsächlich zwingend, dass umgekehrt auch die Bundesrepublik Deutschland vermögensrechtliche Ansprüche auf der Grundlage des Zweiten Weltkrieges nicht weiter erheben kann.[3554]

Die beiden Gutachter stellten auch Zusammenhänge zu Fragen um die „Beneš-Dekrete" her. So hatten auf Anfrage der Tschechischen Regierung die Botschafter Russlands, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs ausdrücklich die Entscheidungen von Potsdam bestätigt. Barcz und Frowein vertreten daher mit gutem Grund die Meinung, „dass die Alliierten auf Anfrage hin ihre Entscheidung in Bezug auf die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung und möglicherweise auch die entschädigungslose Enteignung bestätigen würden".[3555]

[3552] Barcz – Frowein, Gutachten, 2. November 2004, 10, 15.

[3553] Der Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 und der Vertrag über die Bestätigung der Grenze vom 14. November 1990.

[3554] Barcz – Frowein, Gutachten, 2. November 2004, 16-18.

[3555] Barcz – Frowein, Gutachten, 2. November 2004, 14.

Freilich wird auch in Zukunft keine deutsche (oder österreichische) Regierung verhindern können, dass Vertriebene – nach Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges – vor internationalen Gerichten ihr Recht suchen: ihr Eigentumsrecht vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg; ihren Schutz vor Diskriminierung vor dem Ausschuss für Menschenrechte nach dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte. Allerdings wären Verfahren von vertriebenen Deutschen, die zwischen 1944 und 1948 enteignet wurden, vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte aussichtslos, da er erst seit dem Beitritt Polens, Tschechiens, der Slowakei, Ungarns, Sloweniens, Kroatiens und Serbiens zur Europäischen Menschenrechtskonvention in den 1990er Jahren zuständig wäre. So hat der Gerichtshof in seinem Urteil vom 13. Dezember 2000 in der Causa Malhous gegen die Tschechische Republik ausdrücklich bestätigt, dass er Enteignungen aus der Zeit vor Inkrafttreten der Konvention nicht überprüfen könne. Aber auch in der Causa des Fürsten Hans-Adam II. von Liechtenstein gegen Deutschland entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 12. Juli 2001 negativ, da Eigentumsrechte unterschieden werden müssen von bloßen Hoffnungen auf die Wiederherstellung alter Eigentumspositionen.[3556]

Immerhin könnten Beschwerdeführer Mitteilungen nach dem Fakultativprotokoll zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 16. Dezember 1966 dem Ausschuss für Menschenrechte vorlegen. Artikel 26 dieses Paktes legte nämlich fest, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und ohne Diskriminierung Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz haben. Das Gesetz hat jede Diskriminierung zu verbieten und allen Menschen gegen jede Diskriminierung, wie insbesondere wegen der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt oder sonstigen Status, gleichen und wirksamen Schutz zu gewährleisten. Und Artikel 27, der von „ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten" spricht, gewährt den Angehörigen von Minderheiten auf individualrechtlicher Basis – wenn auch in einem kollektiven Bezugsfeld – das Recht auf Kulturpflege, die religiöse Bekenntnis- und Kultfreiheit und das Recht auf Gebrauch der Muttersprache. Der Rechtsschutzmechanismus sieht schließlich nicht nur die Staatenbeschwerde, sondern auch die Individualbeschwerde vor.[3557]

Tatsächlich wurde im Zusammenhang mit der Restitutionsgesetzgebung der Tschechoslowakei 1991/92 und Tschechiens eine Reihe von Mitteilungen von Individualpersonen an den Ausschuss gerichtet. Voraussetzung für die Befassung des Ausschusses war, dass der nationale Rechtsweg zunächst erschöpft war. Nach Überprüfung einer Reihe von Fällen, ob die Restitutionsgesetzgebung tatsächlich

---

[3556] Barcz – Frowein, Gutachten, 2. November 2004, 28-30.

[3557] Vgl. Georg Brunner, Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa (Gütersloh 1993) 15f., 75-77.

gegen den allgemeinen Gleichheitssatz verstoße, stellte er in drei Fällen[3558] fest, dass er die Diskriminierung allein nach der Staatsangehörigkeit für problematisch halte. Parallel dazu wies der Ausschuss aber auch Mitteilungen zurück[3559], weil keine Verletzung vorliege, in denen von den „Beneš-Dekreten" betroffene frühere deutsche Bewohner des Sudetengebietes geltend gemacht hatten, dass sie auch einen Anspruch auf Restitution haben müssten. Denn der Ausschuss erkannte in diesen Fällen durchwegs an, dass die Enteignungen durch die „Beneš-Dekrete" von den Enteignungen in kommunistischer Zeit zu unterscheiden seien und sachliche Gründe für eine unterschiedliche Behandlung in der Restitutionsgesetzgebung vorlägen.[3560]

60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges machte das Linzer Institut IMAS International eine Umfrage unter der österreichischen Bevölkerung ab 16 Jahren zu Erinnerung an und Wissen über den Zweiten Weltkrieg. Zwar hatten noch 90 % der Österreicher „irgendwie einen Begriff" von Adolf Hitler, aber nur mehr 76 % von Josef V. Stalin, 69 % von Winston S. Churchill und 64 % von Benito Mussolini; von Dwight D. Eisenhower und Hermann Göring konnten nur mehr 62 % „ungefähr sagen, um wen es sich dabei handelt", von Heinrich Himmler gar nur mehr 53 % und von Joseph Goebbels 52 %. Im April 1985 waren die Angaben noch um 5 bis 9 Prozentpunkte höher gelegen. Die Personen, die die Kriegszeit in welchem Alter auch immer erlebt hatten, waren mittlerweile eben auf bestenfalls 17 % der rund 8,1 Millionen Österreicher (= 1,37 Millionen Personen) zusammengeschrumpft, die Zahl der Leute, die das Kriegsgeschehen selbst miterlebt hatten, also die „Zeitzeugen", auf etwa 8 % (= 650.000 Personen). Nur noch für etwa die Hälfte der Österreicher waren im Jahre 2004 der führende Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944, Claus Graf Schenk von Stauffenberg, das durch ihr Tagebuch weltbekannt gewordene jüdische Mädchen aus Amsterdam, Anne Frank, und der als „Wüstenfuchs" legendär gewordene Generalfeldmarschall Erwin Rommel ein Begriff. Immerhin 70 bis 74 % der befragten Österreicher konnten die Begriffe „KZ", „Judenverfolgung", „Auschwitz", „Holocaust" und „Stalingrad" deuten, 68 % „Hiroshima", 56 % „Invasion" (Unternehmen *Overlord*), aber nur mehr gut

[3558] UN Human Rights Committee, Communication No. 516/1992, Simunek et al. v. The Czech Republic, final views, 19 July 1995, UN Report of the HRC, Vol. II, GA Official Records, 50th Session, Supplement No. 40 (A/50/40), 89-97; Communication No. 586/1994, Adam ? v. The Czech Republic, final views, 23 July 1996, UN Report of the HCR, Vol. II, GA Official Records, 51st Session, Supplement No. 40 (A/51/40), 165-173; Communication No. 857/1999, Blazek et al. v. The Czech Republic, final views, 12 July 2001, UN Report of the HRC, Vol. II, GA Official Records, 56th Session, Supplement No. 40 (A/56/40), 168-174.

[3559] UN Human Rights Committee, Communication No. 643/1994, Drobek v. Slovakia, final views, 14 July 1997, UN Report of the HCR, Vol. II, GA Official Records, 52nd Session, Supplement No. 40 (A/52/40), 300-303; Communication No. 669/1995, Malik v. The Czech Republic, final views, 21 October 1998, and Communication No. 670/1995, Schlosser v. The Czech Republic, final views, 21 October 1998, UN Report of the HCR, Vol. II, GA Official Records, 54th Session, Supplement No. 40 (A/54/40), 291-297 und 298-304.

[3560] Barcz – Frowein, Gutachten, 2. November 2004, 32-34.

zwei Fünftel „Warschauer Ghetto“ und „Polenfeldzug“, 32 % „Theresienstadt“, 30 % „Nacht von Dresden“, 23 % „Operation Walküre“ (20. Juli 1944), 19 % „Untergang der Wilhelm Gustloff“ und 17 % „Kommissarbefehl“. Gar nur mehr 9 % der Österreicher gab an, dass bei ihnen zu Hause noch über die Kriegszeit gesprochen wird, bei 52 % kam dies so gut wie nie vor. Von Kriegsopfern im Familienkreis wussten mit Sicherheit nur mehr 38 % Bescheid, bei den unter 30-jährigen Österreichern nur mehr 22 %. Die Angehörigen der jungen Generation gaben mit 54 % an, über die Zeit vor 1945 wenig oder gar nicht Bescheid zu wissen; praktisch derselbe %satz hielt dies auch für wenig bis gar nicht wichtig. Für den Historiker noch problematischer war das Umfrageergebnis, dass nur 28 % aller Befragten der Meinung waren, „dass heute sachlich und objektiv über die Zeit unmittelbar vor und während des Zweiten Weltkrieges berichtet wird“; 29 % (von den über 50-jährigen sogar 40 %!) war hingegen der Meinung, dass die Berichterstattung „eher verzerrt und einseitig“ sei; 43 % wagte kein konkretes Urteil.[3561]

Für unser Thema noch relevanter ist eine internationale IMAS-Umfrage aus dem ersten Quartal 2005 über den Zweiten Weltkrieg aus der Sicht der ehemaligen Gegner. Das Linzer Institut unternahm eine Umfrage in Österreich, Deutschland, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn, der Ukraine und Russland, um gegenwärtige Perspektiven der Bevölkerungen dieser Staaten im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg zu erfassen. Eine erste Erkenntnis bestand natürlich darin, „dass die einzelnen Länder sehr unterschiedlich hart vom Kriegsgeschehen betroffen waren und dass die Bewohner demgemäß auch unterschiedliche familiengeschichtliche Erfahrungen besitzen“. Immerhin gab es in Russland mit 27 Millionen, in Polen mit 6 Millionen, in Deutschland mit 7 Millionen, in Jugoslawien mit über einer Million und in Österreich mit 370.000 Kriegstoten kaum eine Familie ohne militärische und/oder zivile Todesopfer.[3562] Und immerhin entstammten in Deutschland 14 % der Befragten einer heimatvertriebenen Familie, in Ungarn hingegen „nur“ 8 %.

Unter nahezu 11.700 befragten Österreichern, Deutschen, Polen, Tschechen, Ungarn, Slowenen, Ukrainern und Russen hatten noch 47 % der Ukrainer und 25 % der Russen in der Familie oft über die Kriegszeit gesprochen, aber nur mehr 11 % der Polen, 10 % der Ungarn, 9 % der Slowenen, je 8 % der Deutschen und Österreicher sowie 6 % der Tschechen. Parallel dazu wussten 64 % der Russen und 60 % der Ukrainer von Kriegsopfern in der engeren Verwandtschaft Bescheid, aber nur mehr 39 % der Deutschen, 38 % der Österreicher, 34 % der Polen, 31 % der Slowenen, 27 % der Ungarn und gar nur 18 % der Tschechen, was mit der

---

[3561] IMAS International, Institut für Markt- und Sozialanalysen, Report Nr. 15, August 2004 (Sample: 1014): „Der Zweite Weltkrieg entrückt der Erinnerung und dem Wissen“.

[3562] The Oxford Companion on World War II, S. 290, publizierte folgende, mittlerweile zum Teil korrgierte Zahlen: UdSSR – je 10 Millionen Militär- und Ziviltote, Polen – 123.000 Militärtote, 4 Millionen Ziviltote, Deutschland – 4,5 Millionen Militärtote, 2 Millionen Ziviltote, Jugoslawien – 300.000 Militärtote, 1,4 Millionen Ziviltote.

vergleichsweise geringen Zahl der Kriegsopfer korrespondiert. Im Vergleich zu einer IMAS-Erhebung aus dem Jahre 1995 war eine offenkundige Tendenz zum Vergessen der Opfer aus dem engeren Verwandtenkreis feststellbar, am stärksten bei Polen, Tschechen und Ungarn. Die unterschiedlichen familiengeschichtlichen Erfahrungen hingen auch mit dem Verlust der Heimat zusammen, denn 26 % der befragten Ukrainer entstammten einer heimatvertriebenen Familie, auch 19 % der Russen und 14 % der Deutschen, während es nur mehr 9 % der Polen, je 8 % der Ungarn und Slowenen, 7 % der Österreicher und 5 % der Tschechen waren. Beträchtliche Unterschiede ergab auch die Frage nach dem Informationsstand über die Zeit und die Geschehnisse vor 1945: So fühlten sich je 72 % der Ukrainer und Russen sehr gut oder ziemlich gut informiert, auch 69 % der Polen, aber nur mehr 59, 56 und 51 % der Slowenen, Deutschen und Tschechen und gar nur 48 und 46 % der Österreicher und Ungarn.[3563]

Dem abnehmenden Interesse und dem verblassenden Wissen entsprach eine verschwimmende Erinnerung an die damals handelnden Personen. Lediglich Adolf Hilter hatte unter Österreichern, Deutschen, Polen, Tschechen, Ungarn und Slowenen noch einen Bekanntheitsgrad von über 90 %, der von Josef V. Stalin schwankte bereits zwischen 79 (Österreich) und 94 % (Polen), der von Winston Churchill zwischen 64 (Polen) und 78 % (Slowenien), der von Benito Mussolini zwischen 61 (Tschechien) und 86 % (Slowenien), der von Franklin D. Roosevelt zwischen 53 (Polen) und 71 % (Slowenien), der von Hermann Göring zwischen 37 (Slowenien) und 70 % (Deutschland), der von Dwight D. Eisenhower zwischen 30 (Polen) und 68 % (Deutschland) und der von Heinrich Himmler zwischen 44 (Slowenien) und 67 % (Deutschland); Neville Chamberlain war nur mehr etwa einem Drittel der Mitteleuropäer ein Begriff, Édouard Daladier gar nur einem Fünftel. Die Tschechen kannten Hitler, Klement Gottwald, Edvard Beneš, Stalin, Antonín Novotný, Reinhard Heydrich, Churchill und Emil Hácha am besten, die Slowenen Josip Broz Tito, Hitler, Mussolini, Stalin, Churchill, Edvard Kardelj, Roosevelt, Draža Mihailović, Ivan Macek, Eisenhower und Ante Pavelić.

Als Inhalte, die vom Zweiten Weltkrieg nach Ansicht der jeweiligen Bewohner am meisten in Erinnerung bleiben sollten, galten bei Tschechen, Deutschen, Ungarn und Österreichern vor allem die Leiden der Juden in den Konzentrationslagern. Die Tschechen wollten daneben das begangene Unrecht durch Deutsche und Österreicher in den besetzten Gebieten wachhalten, den Widerstand gegen das Hitlerregime, die Behandlung der Zwangsarbeiter in Deutschland sowie den Heldenmut ihrer Soldaten an der Front; nur 39 % der Tschechen wollten nachkommenden Generationen vom Prager Aufstand 1945 und nur 30 % von der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei berichten. Bei den Deutschen stand der Widerstand gegen das Hitlerregime an zweiter Stelle, gefolgt von der Hilfsbereitschaft und dem Zusammenhalt zwischen den Menschen in Notsituatio-

[3563] IMAS International, Report Nr. 9, Mai 2005: „Der Zweite Weltkrieg aus der Sicht der ehemaligen Gegner".

nen, der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ost- und Südosteuropa, den Bombardierungen deutscher Städte durch Amerikaner und Engländer sowie den Leiden der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und in Jugoslawien. Die Österreicher hielten die Hilfsbereitschaft und den Zusammenhalt in Notsituationen für die zweitwichtigste Erinnerung, gefolgt vom Widerstand gegen das Hitlerregime, den Bombardierungen der österreichischen Städte durch Amerikaner und Engländer, den Leiden der österreichischen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und in Jugoslawien sowie der Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Südosteuropa. Je 30 % der Deutschen und Österreicher hielten die Behandlung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern für erinnerungswürdig, aber nur 28 % der befragten Deutschen und 25 % der befragten Österreicher wollten nachkommenden Generationen vom durch Deutsche und Österreicher begangenen Unrecht in den besetzten Gebieten berichten.[3564]

Bei der Informationsvermittlung über den Zweiten Weltkrieg schwang fast überall eine gehörige Portion Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Berichterstattung mit. Zwar glaubten 45 % der Deuschen, „dass heute sachlich und objektiv über die Zeit unmittelbar vor und während des Zweiten Weltkrieges berichtet wird", aber nur 26 % der Slowenen; dazwischen lagen die Polen mit 40 %, die Tschechen mit 38 %, die Ungarn mit 35 % und die Österreicher mit 32 %. Ebensoviele Österreicher waren aber der Meinung, dass „eher verzerrt und einseitig" berichtet werde, aber nur 25 % der Deutschen, 26 % der Tschechen, 29 % der Polen und 30 % der Ungarn, hingegen 46 % der Slowenen (!). Immerhin fanden es auch 50 % der Slowenen für richtig, „dass die im Zweiten Weltkrieg begangenen Verbrechen wachgehalten werden", aber nur 40 % der Deutschen, 32 % der Österreicher und 29 % der Ungarn. Hingegen waren 83 % der Russen und 62 % der Polen derselben Meinung. Umgekehrt wollten 57 % der Ungarn, 49 % der Österreicher und 46 % der Deutschen das Kapitel „Verbrechen im Weltkrieg" abschließen, aber nur 37 % der Slowenen, 26 % der Polen und 12 % der Russen.[3565]

In Russland wird also auch heute noch mehr als in Mitteleuropa über die Kriegserlebnisse gesprochen, und 83 % der Bevölkerung empfinden es auch als richtig, dass die Erinnerung an die im Zweiten Weltkrieg begangenen Verbrechen – wohl die deutschen und nicht die sowjetischen – wachgehalten wird. In Deutschland können dem nur 40 % zustimmen, in Ungarn gar nur ein Drittel der Bevölkerung. Den Polen ist es besonders wichtig, die Erinnerung an die Soldaten an den verschiedenen Fronten und die Leiden der Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Der Hinweis auf die Leiden der jüdischen Bevölkerung in den NS-Konzentrationslagern erfolgt bei den Polen erst an fünfter Stelle. Bei den Deutschen,

---

[3564] IMAS International, Report Nr. 9, Mai 2005: „Der Zweite Weltkrieg aus der Sicht der ehemaligen Gegner".

[3565] Ebenda. Hinsichtlich der Forderung nach Wachhalten der Verbrechen gibt es keine tschechischen Umfragedaten.

Österreichern und Ungarn steht die Erinnerung an die Shoah hingegen an erster Stelle. In Deutschland und Österreich wollen mehr als 30 % die Erinnerung an die Bombardierungen und die Vertreibungen der Deutschen aus Ostmitteleuropa wachhalten, in Polen und Tschechien halten hingegen nur 17 % etwas davon, der Nachwelt die Vertreibungsgeschichte zu überliefern. Deutsche und Österreicher signalisieren wiederum ein äußerst schwaches Interesse an der Schilderung deutscher Verbrechen in den besetzten Gebieten. Hingegen besteht an Schilderungen des Kriegsalltags und an Berichten über den Widerstand gegen Hitler noch ein stärkeres Interesse. Das Kriegsende selbst wird hingegen in Deutschland und Österreich bereits vorwiegend als „Befreiung“ und nicht mehr als militärische Niederlage gedeutet.[3566]

Am 60. Jahrestag des Sieges der Alliierten über Hitler-Deutschland fanden sich über 50 Staats- und Regierungschefs aus aller Welt – darunter die Präsidenten Russlands, der USA und Frankreichs sowie die Regierungschefs Deutschlands, Großbritanniens und Japans – zu einer gemeinsamen Gedenkfeier auf dem Roten Platz in Moskau ein. Der russische Präsident Vladimir Putin sprach als Gastgeber von der Erinnerung an einen Krieg, der der Welt vor Augen geführt habe, welche monströsen Folgen Gewalt, Rassenwahn und Genozid haben könnten. Der Feuersturm habe 61 Länder und fast 80 % der Weltbevölkerung erfasst, und das Ende des Krieges habe den Sieg des Guten über das Böse, der Freiheit über die Tyrannei gebracht. Das war natürlich bei weitem nicht die ganze Wahrheit. Denn bei aller Anerkennung des entscheidenden Beitrags der Roten Armee an der Niederringung der NS-Tyrannei ist nicht zu übersehen, dass die sowjetischen Heeresfronten auf ihrem Marsch durch die Länder Ostmittel- und Südosteuropas nicht nur die „Befreiung“ von Hitlers Herrschaft, sondern auch eine neue Unterwerfung unter eine 45-jährige kommunistische Tyrannei mit sich führten. Daher pochen heute etwa die baltischen Länder mit Recht darauf, dass ihre wirkliche Befreiung erst mit der Auflösung des Sowjetimperiums begonnen habe.[3567]

Eine eindrucksvolle Zeremonie hatte es bereits am 27. Jänner 2005 in Auschwitz (Oświęcim) gegeben, bei der der polnische Präsident Aleksander Kwaşniewski die Präsidenten Israels, Deutschlands, Russlands und Frankreichs und den Vorsitzenden der *International Association of Roma* begrüßte. In Erinnerung an mehr als eine Million Tote, die meisten davon Juden, wurden viele bedenkenswerte Worte wie „Befreiung“, „Triumph über das Böse“ und „Niemals wieder“ gesprochen, ohne genau zu sagen, was alles im Zweiten Weltkrieg „böse“

[3566] Robert P. SASSE, Unterschiedliche Perspektiven auf den Zweiten Weltkrieg, in: Budapester Zeitung, 6.-12. Juni 2005, 9.

[3567] Siegesfeier der Versöhnung in Moskau (win.); Nur die ganze Weltkriegs-Wahrheit macht frei (R.M.), in: Neue Zürcher Zeitung, 10. Mai 2005, 1 und 3; vgl. Hannah ARENDT, Über das Böse. Eine Vorlesung zu Fragen der Ethik, hg. von Jerome Kohn (München 2006); Wolfgang MUELLER, Arnold SUPPAN, Norman M. NAIMARK, Gennadij BORDJUGOV (Hgg.), Sowjetische Politik in Österreich 1945-1955. Dokumente aus russischen Archiven. Sovetskaja politika v Avstrii. Dokumenty iz rossijskich archivov (Wien 2005) Einleitung.

gewesen war. In Washington, D. C., wurde im Jahre 2005 ein neues Memorial eröffnet, dessen Hauptinschrift einfach „World War Two, 1941-1945“ lautet und dessen beide Torwege lediglich die Inschriften „pacific“ und „Atlantic“ tragen. Damit wurde in der Erinnerung ausschließlich dem US-Engagement im Zweiten Weltkrieg Rechnung getragen. Königin Elisabeth II. enthüllte am 8. Mai 2005 in Whitehall ein Denkmal *To the Women of World War II*, und ein Schauspieler trug eine Auswahl aus Churchills Kriegsreden vor. Und in Berlin wurde ein Memorial an die „ermordeten Juden Europas“ errichtet, bestehend aus einem Labyrinth von Hunderten größeren und kleineren dunklen Granitquadern, die wiederum die vielen anderen Millionen NS-Opfer nicht berücksichtigen.[3568]

Auch in Deutschland wurden im Jahre 2005 verschiedene Gedenktage an 1945 begangen. Auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier am 3. Juli 2005 in Nürnberg hob der bayerische Innenminister Günther Beckstein hervor, dass das Gedenken an das Leid des eigenen Volkes keine Relativierung der deutschen Schuld bedeute. Es stelle auch keinen Versuch dar, die Geschichte umzuschreiben, wenn man nicht nur auf das NS-Unrecht, sondern auch auf das Unrecht der Vertreibung hinweise. Denn die Vertreibung der Schlesier aus ihrer angestammten Heimat sei ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ein schweres Unrecht gewesen. Der US-Völkerrechtler Alfred de Zayas beklagte bei dieser Großkundgebung die Doppelmoral bei der Diskussion über die Vertreibung der Deutschen. Dieses „Megaverbrechen“ dürfe nicht als „eine logische Konsequenz des Zweiten Weltkrieges“ verharmlost und bagatellisiert werden. Bislang sei aber niemand wegen der Vertreibung und Verschleppung der Deutschen und der dabei begangenen Gewalttaten bestraft worden.[3569]

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ungarn wurde an eine gemeinsame Last aus der Vergangenheit erinnert: Am 16. November 2007 trat im Beisein der Präsidenten des deutschen Bundestages und des Europaparlaments die ungarische Nationalversammlung in Budapest zusammen und gedachte der „Entrechtung und Vertreibung der Ungarndeutschen“ vor 60 Jahren. Die sozialdemokratische Parlamentspräsidentin Katalin Szili nannte die ungarischen Umsiedlungsbeschlüsse von 1945/46, die im Potsdamer Abkommen gründeten, „Dokumente der Schande“. Gleichzeitig kritisierte sie aber auch die „Beneš-Dekrete“, die kürzlich vom slowakischen Parlament als noch in Kraft befindlich bestätigt worden seien. Tatsächlich erwarten sich noch Hunderttausende Angehörige der ungarischen Minderheit in der Slowakei bei einer Aufhebung der „Beneš-Dekrete“ entsprechende Entschädigung oder Restitution.[3570]

[3568] Michael Ludwig, Eine unkriegerische Parade, in: FAZ, 9. Mai 2005.

[3569] „Vertreibung ein schweres Unrecht“, in: FAZ, 4. Juli 2005, 4.

[3570] Dass Szili vor Beginn der Budapester Veranstaltung von der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, die Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen verliehen bekam, ließ einige Zeitungen gleich von einer deutsch-ungarischen Revisionsachse sprechen. – http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/757073.

Nach 70 Jahren …

Siebzig Jahre nach Unterzeichnung des Münchener Abkommens in der Nacht vom 29. auf den 30. September 1938 gilt das „Abkommen“ noch immer als Metapher für westliches Nachgeben gegenüber „totalitärer Macht“. Vor allem die britische Appeasement-Politik von 1938 wird als „warnendes historisches Beispiel“ für den Umgang mit einem gänzlich beliebigen „Aggressor“ beschworen, ohne den historischen Kontext zu berücksichtigen. Und die Metapher „München“ wird sogar auf die zögerlichen westlichen Reaktionen gegenüber der russischen Intervention in Georgien im August 2008 angewendet. Andererseits hatte die Bonner Regierung bereits 1966 erklärt, dass das Münchener Abkommen mit der endgültigen Zerschlagung der Tschechoslowakei im März 1939 „von Hitler zerrissen wurde und keine territoriale Bedeutung mehr hat“. Freilich weigert sich die deutsche Bundesregierung bis heute, das Dokument, das ohne Mitwirkung der tschechoslowakischen Regierung unterzeichnet – allerdings von ihr erzwungenermaßen anerkannt – wurde (eigentlich ein „Vertrag zu Lasten Dritter“), als „null und nichtig ex tunc“ zu bezeichnen. Dieser Rechtsposition fiel auch der tschechoslowakische Wunsch zum Opfer, im deutsch-tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag vom Februar 1992 den Fortbestand der Grenze zwischen den beiden Ländern seit der Gründung der Tschechoslowakei im Jahre 1918 schriftlich zu bestätigen. Diese Rechtsposition wurde 2002 im Deutschen Bundestag damit begründet, dass andernfalls die Rechtsfolgen für die Sudetendeutschen, die nach dem Münchener Abkommen die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hatten, unabsehbar seien. Gelte das Münchener Diktat ex tunc für null und nichtig, dann wären die Sudetendeutschen im Jahre 1945 tschechoslowakische Staatsbürger gewesen und hätten zu Recht und ohne Entschädigung enteignet werden können. Waren sie 1945 aber deutsche Staatsbürger – also Ausländer – gewesen, wären sie entschädigungsberechtigt.[3571] – Es sei daran erinnert, dass die tschechoslowakische Regierung im Juni und Juli 1945 eben dieses Rechtsproblem eingehend diskutierte und zur Auffassung gelangte, dass die Sudetendeutschen doch deutsche Staatsbürger seien, da man doch nicht eigene Staatsbürger über die Grenze jagen könne …

Der Berliner Politikwissenschaftler und Politikberater Herfried Münkler wies mit Recht darauf hin, dass sich schwer bestreiten lasse, „dass der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei nach dem Ersten Weltkrieg das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten wurde“. Und auf die Interview-Frage, ob „Hitlers Vorgehen 1938 […] nicht einer juristischen Grundlage“ entbehrt habe, antwortete Münkler: „Zumindest nicht einer moralischen Grundlage, wenn man das Selbstbestimmungsrecht der Völker betrachtet.“ Allerdings musste auch Münkler einräumen, dass die Frage bleibe, „ob dieses Selbstbestimmungsrecht Vorrang hat

[3571] http://www.german-foreign-policy.com, 1. Oktober 2008; www.welt.de, 28. September 2008: „Wie sich der Westen beinahe zu Tode täuschte“; Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/211, 23. Jänner 2002; junge Welt, 27. September 2008: „Verraten und verkauft.“

– oder die territoriale Integrität der Staaten“.[3572] – Damit sprach er eine Kernfrage des Völkerrechts an, die auch im 21. Jahrhundert virulent bleiben wird.

70 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges, am 1. September 2009, erinnerten Staatsgäste aus aller Welt auf der Westerplatte vor Danzig (Gdańsk), deren polnisches Militärdepot im Morgengrauen des 1. September 1939 vom deutschen Kriegsschiff „Schleswig-Holstein“ beschossen worden war, an den Kriegsbeginn. Jahrzehntelang hatten die Polen bei den Gedenkfeierlichkeiten unter dem 25 Meter hohen Mahnmal für die „Helden der Westerplatte“ die sowjetische Beteiligung an der Besiegung Polens verschweigen und die „polnisch-sowjetische Waffenbrüderschaft“ feiern müssen. Der russische Ministerpräsident Vladimir Putin hatte bereits am 31. August 2009 in der *Gazeta Wyborcza* einen „Brief an die Polen“ veröffentlichen lassen, in dem er den Hitler-Stalin-Pakt (eigentlich Molotov-Ribbentrop-Abkommen) verurteilt und sein Bedauern über die Tragödie von Katyń geäußert hatte, freilich nicht ohne auch von einigen Tausend Typhusopfern unter den in Polen kriegsgefangenen Rotarmisten im Jahre 1920 zu sprechen. Unter den Gästen der polnischen Regierung befanden sich neben Putin auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie weitere 18 Regierungschefs (u. a. die von Frankreich, Italien, Österreich und der Ukraine). Merkel erinnerte an die 60 Millionen Kriegsopfer, darunter die 6 Millionen Juden, und versicherte, dass Deutschland nichts an seiner „immerwährenden geschichtlichen Verantwortung […] umschreiben“ werde. Nur im „Bewusstsein der Verantwortung Deutschlands, die am Anfang von allem stand“, denke man heute in Deutschland auch an diejenigen Deutschen, die „in der Folge des Krieges ihre Heimat verloren haben“. Während die polnische Öffentlichkeit diese deutsche Interpretation akzeptierte, prallten die Meinungen des polnischen Präsidenten Lech Kaczyński und des russischen Ministerpräsidenten schroff aufeinander. Kaczyński sprach von Russlands „Messerstich“ in den Rücken Polens und verglich den Massenmord an 26.000 polnischen Offizieren, Intellektuellen und Grundbesitzern, der im Frühjahr 1940 bei Katyń und an einigen Orten vom NKVD verübt worden war, mit dem Holocaust. Putin, der als einer der letzten Redner sprach, richtete einen Gruß an die wenigen überlebenden und anwesenden Kriegsveteranen und wies auf die Tatsache hin, dass allein auf polnischem Boden 600.000 Sowjetsoldaten im Kampf gegen Nazi-Deutschland gefallen seien. Dann bezeichnete er den Hitler-Stalin-Pakt als logische Konsequenz der politischen Entwicklung zwischen 1934 und 1939, die zwar „unmoralisch“ gewesen sei, doch der Sowjetunion nach der Beschwichtigungspolitik Frankreichs und Großbritanniens, die im Münchener Abkommen gemündet habe, als einziger Ausweg geblieben sei. – Putin „vergaß“ offensichtlich die politische Zusammenarbeit zwischen Moskau und Berlin seit 1922 und die geheime Zusammenarbeit zwischen Roter Armee und Reichswehr. – In einer gemeinsamen Pressekonferenz versicherten aber Putin und der polnische Ministerpräsident Donald Tusk, nach Wegen suchen zu wollen, um die Differenzen „Schritt für Schritt“

[3572] taz, 13. August 2008: „Keine Angst vor Russland.“

zu beseitigen. Putin versprach auch, „nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit" die Archive zu öffnen, und Tusk teilte die Übereinkunft mit, gemeinsame Forschungsinstitute in Polen und Russland zu schaffen. Denn es könne nicht sein, dass in historischen Fragen die polnisch-russischen Beziehungen schlechter seien als die polnisch-deutschen oder die russisch-deutschen.[3573]

Tatsächlich zeigt die Erinnerung an den Hitler-Stalin-Pakt und den Beginn des Zweiten Weltkrieges europaweit noch durchaus unterschiedliche Geschichtsbilder. Die russische Geschichtspolitik – abgestützt durch eine „Kommission zur Verhinderung von Bestrebungen zur Verfälschung der Geschichte zum Nachteil der Interessen der Russischen Föderation" – stellt den Hitler-Stalin-Pakt als bloßes taktisches Manöver sowjetischer Sicherheitspolitik dar, das nach dem Münchener Abkommen und den Ereignissen im März 1939 notwendig geworden sei. Die aktuelle ukrainische Geschichtsdeutung schwankt zwischen dem „Großen Vaterländischen Krieg", dem deutsch-sowjetischen Krieg auf dem Territorium der Ukraine und der durchaus begrüßten Eingliederung Ostgaliziens und der nördlichen Bukowina in die Ukrainische SSR 1939/40. Für die Erinnerung in Polen stellt natürlich der Hitler-Stalin-Pakt die vierte Teilung Polens dar, die Zerstörung der nationalen Unabhängigkeit seit 1918 und den Beginn eines „doppelten", fremden und grausamen Besatzungsregimes. Vergleichbar negativ ist die Erinnerung in den drei baltischen Staaten, und es war sicher kein Zufall, dass im August 1988 ein estnischer Zeithistoriker den vollständigen Protokolltext vom 23. August 1939 veröffentlichte. Im wiedervereinigten Deutschland (und teilweise in Österreich) ist der Hitler-Stalin-Pakt hingegen heute durch den „Vernichtungskrieg im Osten", „Auschwitz", den „Bombenkrieg" sowie „Flucht und Vertreibung" verblasst. Im westeuropäisch-nordatlantischen Raum (Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Norwegen, USA und Kanada) ist die Teilung des östlichen Europa in eine nationalsozialistische und eine sowjetische Hälfte kaum mehr präsent, sondern durch die Anti-Hitler-Koalition, die Landung in der Normandie 1944 und den gemeinsamen Sieg 1945 überlagert. „Uncle Joe" (= Stalin) wird daher noch immer milder beurteilt als die Hassfigur Hitler.[3574]

Zum 70. Jahrestag von Katyń scheint sich doch eine polnisch-russische Aussöhnung anzubahnen. Generalsekretär Michail Gorbačev hatte schon 1988 mit der Öffnung eines Teils der Katyń-Akten dem polnischen Präsidenten General Jaruzelski politisch zu helfen versucht, und Präsident Boris Jel'cin hatte 1993 vor

---

[3573] FAZ, 2. September 2009, 1f.; NZZ, 2. September 2009, 1f.; The Economist, September 5th, 2009, 36. Großbritannien war nur durch Außenminister Miliband vertreten, die USA durch den Sicherheitsberater Präsident Obamas, James Jones. Zum 70. Jahrestag des Kriegsbeginns veröffentlichte der russische Auslandsgeheimdienst SWR (Generalmajor Lev Sockov) den Sammelband „Geheimnisse der polnischen Politik. Die Jahre 1935 bis 1945" und ein Sprecher des offiziellen russischen Fernsehens verteidigte den Hitler-Stalin-Pakt: „We have nothing to repent of and we should not apologise to anyone: the pact was the only possible solution, which preserved the lives of Poles, among others."

[3574] Stefan Troebst, Umkämpfte Erinnerungsorte, in: Osteuropa (Berlin 2009).

dem Katyń-Denkmal auf dem Warschauer Powązki-Friedhof ersucht: „Vergebt uns, wenn ihr könnt.“ Nach der Wahl Vladimir Putins zum Präsidenten kehrte jedoch die nationalistische Publizistik zur These der Stalin-Propaganda zurück, die Mörder von Katyń seien Deutsche gewesen. Das deutsch-sowjetische Zusammenspiel bei der Vernichtung des polnischen Staates 1939 wurde in Moskau erneut verdrängt. Erst nach der Wahl des Danzigers Donald Tusk zum polnischen Ministerpräsidenten im Herbst 2007 nahm die polnisch-russische „Kommission für schwierige Fragen“ ihre Arbeit von neuem auf und Tusk lud Putin zu den Gedenkfeiern des 70. Jahrestages des deutschen Überfalls auf Polen ein. Der Co-Vorsitzende der Kommission und ehemalige polnische Außenminister, Adam Daniel Rotfeld, vermutete, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel habe wesentlich zum Meinungsumschwung Putins beigetragen und meinte eine größere Entwicklung zu erkennen: „Möglicherweise sind wir Zeugen der letzten Phase jener Entstalinisierung, die Chruščev 1962 abbrach und Gorbačev nach 1985 wieder aufnahm. Dann kam erneut eine retardierende Phase. Man wollte in Stalin nicht nur den Sieger des Zweiten Weltkrieges, sondern auch den großen Manager, der Russland modernisierte, sehen. Jetzt aber wendet sich das Blatt.“[3575]

Am 7. April 2010 trafen sich Putin und Tusk in Katyń. Putin sprach von vielen Opfern an diesem Ort im Verlauf des 20. Jahrhunderts, russischen und polnischen. Zur Enttäuschung vieler Polen wurden die Mörder von nahezu 26.000 Polen im Frühjahr 1940 nicht genannt: Stalin, Berija und der NKVD.[3576] Als aber der polnische Präsident Lech Kaczyński am 10. April 2010 mit 95 Polen anreiste, um im Sinne seiner „Geschichtspolitik“ in einer polnischen Feier der Opfer von 1940 zu gedenken, stürzte das Flugzeug, eine russische Tupolev, beim vierten

---

[3575] Adam Krzemiński, Operation Versöhnung. Katyń – der Mord an der polnische Elite, in: Die Zeit, 31. März 2010, 6.

[3576] Aus dem Brief des Volkskommissars des Inneren, L. Berija, an den Genossen Stalin, 5. März 1940: „[…] 14.736 ehemalige [polnische, Anm. Suppan] Offiziere, Beamte, Grundbesitzer, Polizisten, Gendarmen, Gefängniswärter, Siedler aus den Grenzregionen und Geheimdienstagenten (von denen 97 % Polen sind) sind in den Kriegsgefangenenlagern interniert. […] Außerdem sind 18.632 Personen (davon 10.685 Polen) in den Gefängnissen der westlichen Ukraine und des westlichen Weißrusslands inhaftiert. […] In Anbetracht der Tatsache, dass alle diese Personen erbitterte und unverbesserliche Feinde der Sowjetmacht sind, hält der NKVD der UdSSR es für angebracht:

1. dass man den NKVD beauftragt, vor den Sondergerichten folgende Personen zu verurteilen:
   a) 14.700 ehemalige Offiziere, Beamte, Grundbesitzer, Polizei- und Geheimdienstagenten, Gendarmen, Siedler aus den Grenzregionen, Grenzwachsoldaten, Gefängniswärter […];
   b) und 11.000 Mitglieder diverser konterrevolutionärer Spionage- und Sabotagegruppen, ehemalige Grundbesitzer, Fabrikanten, ehemalige Offiziere der polnischen Armee, Beamte und Überläufer […].

ES IST DIE HÖCHSTSTRAFE ZU VERHÄNGEN: TOD DURCH ERSCHIESSEN.“

Stalin, das Politbüro und der Ministerrat erhoben gegen den entsprechenden Antrag Berijas keinen Einwand. Allein im Wald von Katyń wurden im April 1943 in mehreren Massengräbern die sterblichen Überreste von etwa 4000 polnischen Soldaten entdeckt. – Courtois [et alii], Schwarzbuch, 232-235.

Landeversuch in Smolensk ab. Unter den Toten befanden sich die Präsidentengattin, fast die gesamte Führung der polnischen Streitkräfte, die Vizevorsitzenden des Sejm und des Senats, Bischöfe, Abgeordnete und viele Angehörige von in Katyń Ermordeten, darunter der letzte Präsident der in London residierenden polnischen Exilregierung. „Dieser verfluchte Ort, Katyń", entfuhr es dem früheren polnischen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski. Ein zweites Mal hatte das Land an diesem Ort einen bedeutenden Teil seiner Elite verloren. Der Primas von Polen, Erzbischof Henryk Muszyński, aber schrieb, „dass genauso, wie das Opfer Tausender von Polen, die im Osten ermordet wurden, nicht vergeblich war, auch die Anstrengungen und der Tod derer sich nicht als umsonst erweisen werden, die sich über Jahre hinweg um die Versöhnung des polnischen und russischen Volkes bemüht haben". Tatsächlich kondolierte Präsident Medvedev umgehend per Videobotschaft und verhängte einen Tag Staatstrauer. Ministerpräsident Putin eilte zum zweiten Mal innerhalb einer Woche an jene Stätte, deren Existenz seine Vorgänger noch gänzlich hatten vertuschen wollen, und sprach – bei neuerlicher Anwesenheit von Tusk – von einer gemeinsamen Tragödie beider Länder. Die russische Botschaft in Warschau stellte unbürokratisch Visa an Angehörige der Opfer aus, um zur Identifizierung nach Moskau reisen zu können. In der Hauptstadt und anderen russischen Städten legten zahlreiche Menschen Blumen vor diplomatischen Vertretungen Polens nieder. Und das russische Staatsfernsehen *Rossija* zeigte am 11. April den Film „Katyń" des polnischen Regisseurs Andrzej Wajda. – Polens Öffentlichkeit und Bevölkerung wurden von der echten Anteilnahme der russischen Bevölkerung und ihrer Führung geradezu überwältigt.[3577]

Zum Gedenken an die militärische Niederlage Hitler-Deutschlands und die bedingungslose Kapitulation des Dritten Reiches rollten zwar am 9. Mai 2010 noch immer die legendären sowjetischen T-34-Panzer über den Roten Platz in Moskau, aber die im Krieg erbeuteten NS-Standarten und Wehrmachtsfahnen wurden nicht mehr aus den Militärmuseen geholt. Lediglich die rote Fahne mit Hammer und Sichel, die Rotarmisten im Mai 1945 auf dem Dach des zerstörten Berliner Reichstagsgebäudes gehisst hatten, wurde von jungen russischen Soldaten im Stechschritt über das Kopfsteinpflaster getragen. Während die Staats- und Regierungschefs der USA, Großbritanniens und Frankreichs aus innen- und finanzpolitischen Gründen der Parade fernblieben, marschierten amerikanische Marinesoldaten, britische „Rotröcke" des Waliser Garderegiments in Bärenfellmützen, französische Soldaten und polnische Soldaten aller Teilstreitkräfte mit. Hierbei war der geschäftsführende Präsident Polens, Bronisław Komorowski,

[3577] Konrad Schuller, Tod vor Katyń; Polen nimmt Abschied von Präsident Lech Kaczyński, in: FAZ, 12. April 2010, 1; Rudolf Hermann, Polen und der Fluch von Katyn, in: NZZ, 13. April 2010, 3; Ann-Dorit Boy, Russlands neue Politik der Empathie, in: NZZ, 17. April 2010, 2; A president dies, a country lives, in: The Economist, April 17th, 2010, 13f.; Timothy Snyder, Ghosts. Could the Polish plane crash bury Stalinism forever?, in: IWMpost, No. 103, January – March 2010, 16.

ebenso anwesend wie der tschechische Präsident Václav Klaus und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel – und dies trotz eines wichtigen Wahltages in Nordrhein-Westfalen. Merkel und dem russischen Präsidenten Medvedev war die gemeinsame Anwesenheit so wichtig, dass dieser in seiner Ansprache sogar das Wort „Deutschland" aussparte und lediglich vom besiegten „Faschismus" sprach, der den Völkern der Sowjetunion nur die Wahl zwischen Tod und Sklaverei gelassen habe.[3578]

Der serbische Verteidigungsminister Dragan Sutanovac war freilich verstimmt: „Ich verstehe nicht, warum man uns nicht eingeladen hat. Wir haben einen großen Preis dafür bezahlt." Der russische Historiker Konstantin Nikiforov versuchte in einer Belgrader Tageszeitung zu erklären, dass nicht nur Serbien, sondern ganz Jugoslawien im Kampf gegen Hitlers Truppen gestanden sei. „Wir hätten also auch Kroatien, Bosnien, Mazedonien und Slowenien einladen müssen." – „Ja, warum nicht?", antwortete das Belgrader Verteidigungsministerium. Eine serbische Kolumnistin vermutete, dass hinter der Moskauer Nicht-Einladung russische Kritik an der Rehabilitierung der *Četnici* und der Quisling-Regierung von Milan Nedić stehe. Vermutlich überschätzt sie aber Russlands Interesse an der Vergangenheit und unterschätzt sein Interesse an der Gegenwart: Denn der serbische Verteidigungsminister ist ein energischer Befürworter der Annäherung an die NATO, was Moskau missfällt. Trotz der NATO-Bombardements im Frühjahr 1999 erhofft sich das serbische Offizierskorps vom westlichen Verteidigungsbündnis neue Waffen und eine bessere Ausrüstung.[3579]

In der Erinnerungskultur Mitteleuropas darf der Historiker zu Beginn des 21. Jahrhunderts dennoch auf gewisse „Fortschritte" hinweisen: Es gibt keine „deutsche Frage" mehr wie zwischen 1815 und 1990, keine „polnische Frage" wie zwischen 1772 und 1990, keine „österreichische Frage" wie zwischen 1848 und 1955, keine „tschechoslowakische Frage" wie zwischen 1914 und 1992 und keine „jugoslawische Frage" wie zwischen 1912 und 1995. An ihre Stelle sind moderne europäische Identitätsfragen getreten, Fragen nach der Verschränkung zwischen Vergangenheit und Zukunft der Nationen und Staaten, Fragen der Anerkennung und Zusammenführung unzähliger privater und familiärer Gedächtniskonstellationen.

Sogar Relikte des italienischen Faschismus in Südtirol sollten 2011 entschärft werden. Der inzwischen durch einen Parteigänger Berlusconis ersetzte römische Kulturminister Sandro Bondi hatte dem Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder mitgeteilt, dass er die Zukunft aller in Südtirol vorhandenen Zeugnisse der Herrschaft Mussolinis in die Verantwortung der Autonomen Provinz lege. Aber die italienischen Rechtsparteien sprachen von „Verrat an Italien" und organisierten einen „Marsch auf Bozen", an dem gut tausend Personen vom Trentino über die Lombardei bis ins Veneto teilnahmen. Im Zentrum der Auseinandersetzung steht nach wie vor das faschistisch-imperiale Siegesdenkmal in Bozen (Bolzano),

[3578] M. L., Gemeinsames Gedenken in Moskau, in: FAZ, 10. Mai 2010, 6.
[3579] Andreas Ernst, Kalte Schultern für die Brudernation, in: NZZ, 12. Mai 2010, 2.

auf dem die für die deutsche und ladinische Volksgruppe beleidigende Inschrift prangt: „Hic patriae fines siste signa, hinc ceteros excoluimus lingua legibus artibus“ [Hier an den Grenzen des Vaterlandes setze die Feldzeichen. Von hier aus bildeten wir die anderen durch Sprache, Gesetze und Künste]. Weitere inkriminierte faschistische Denkmäler sind das monumentale Mussolini-Relief auf dem Gebäude der Bozener Finanzverwaltung, das Alpini-Denkmal in Bruneck (Bruneco) und Ossuarien mit den Gebeinen italienischer Soldaten aus weiter südlich gelegenen Friedhöfen in Gossensass (Colle Isarco), Burgeis, Innichen (San Candido) und anderen Orten. Infolge der heftigen Reaktionen der italienischen Parteien auf den Brief Bondis entschloss sich die Südtiroler Landesregierung zu einem Ideenwettbewerb für die Aufstellung von Erklärungstafeln bei den faschistischen Denkmälern. Dass 483 Projekte eingereicht wurden, beweist zweifellos die Notwendigkeit einer historischen und künstlerischen Auseinandersetzung.[3580]

„Was für ein Verhältnis sollen wir heute zu einer Vergangenheit haben, die extrem brutal, national und ideologisch intolerant und gewaltsam war?“, fragte der slowenische Historiker Peter Vodopivec im Jänner 2006 bei der Vorstellung eines Buches des österreichischen Journalisten und Schriftstellers Martin Pollack über seinen Vater, SS-Sturmbannführer Dr. Gerhard Bast, der nach 1945 von der Bundespolizeidirektion Linz auf der Fahndungsliste für Kriegsverbrecher geführt wurde. „Wie soll man sich mit einer Familiengeschichte auseinandersetzen, die uns mitteilt, dass unsere Väter und näheren Verwandten, wenngleich liebevolle Ehegatten, begeisterte Sportler und sensible Bewunderer der Natur, ohne besondere Skrupel und massenweise im Namen einer uns heute fremden und fast unverständlichen nationalen und politischen Ideologie getötet haben? Ist es im Europa des 21. Jahrhunderts überhaupt noch sinnvoll, über ihr Handeln und über ihren blinden Glauben, nach welchem ein individuelles Leben keinen besonderen Wert habe oder nur so viel wert sei, wie weit es im Rahmen des großen, allumfassenden ideologischen und politischen Projektes instrumentalisiert sein konnte, zu fragen?“ Das Buch von Martin Pollack, „Der Tote im Bunker“, öffne – so der slowenische Schriftsteller Drago Jančar – „nicht nur die Frage über das Böse von gestern, sondern auch die tiefen Fragen der ewigen Geschichte der dunklen Gebiete der menschlichen Natur, die in einem gewissen Moment oder in einer gewissen Situation ans Tageslicht stürzen“. Pollacks „Bericht über meinen Vater“ erzählt aber nicht nur darüber, „wie die Deutschen an der südlichen Grenze der germanischen Welt Nationalsozialisten und Mitschöpfer eines brutalen, extrem nationalistischen militär-politischen Systems geworden sind; es ist auch eine literarisierte historische Mikrostudie über das Verhältnis zwischen dem Individuum, dem totalitären Staat und den nationalistisch-kollektivistischen Ideologien in der Zeit der großen Kollektive (der Rasse, der Nation, der Klasse und der Partei).“

[3580] Reinhard Olt, Vergangenheit, die nicht vergehen will, in: FAZ, 23. April 2011, 5. Die zwei Abgeordneten der Südtiroler Volkspartei hatten sich beim Misstrauensantrag gegen Minister Bondi der Stimme enthalten.

Im Übrigen dürfe für brutale Gewalt und verbrecherische Handlungen – auch wenn der Gegner gewaltsam war – niemand amnestiert werden: weder das eigene Volk noch die Nachbarn, noch die eigene Familie. Denn: „Der Standpunkt, dass es keine peinliche und traumatische Vergangenheit gibt, wenn man über sie nicht spricht, ist [...] nicht nur ethisch problematisch, sondern auch politisch sehr kurzsichtig.“[3581]

[3581] Einführungsvortrag von Peter VODOPIVEC zu Martin POLLACK, Der Tote im Bunker. Bericht über meinen Vater (Wien 2004), Wien, 23. Jänner 2006. Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Enthüllung von Günter Grass zu seiner SS-Vergangenheit fragte Pollack zu Recht: „Hat nie jemand den Autor der ‚Blechtrommel‘ gefragt, in welcher Einheit er gedient hat? Was hat Grass darauf geantwortet? Ist er ausgewichen? Warum hat keiner nachgebohrt, versucht, das zu recherchieren? Oder hat Grass die Unwahrheit gesagt? Das wäre unentschuldbar.“ – Die Presse, 16. August 2006, 26.

13. ZUSAMMENFASSUNG: EIN JAHRHUNDERT DER KONFRONTATION IN OSTMITTEL- UND SÜDOSTEUROPA

Auch siebzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg wirken im östlichen Mitteleuropa politische Entscheidungen, Rechtsakte, Missetaten, Massenmorde und Vertreibungen – sowie Erinnerungen an und Geschichtserzählungen über sie – aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach, die nicht nur die langsam aussterbende „Kriegsgeneration" (in erster Linie die Jahrgänge 1915 bis 1925) betreffen, sondern mittlerweile auf die Generationen ihrer Kinder und Enkelkinder übergegangen sind. Vor allem in der Dekade zwischen 1938 und 1948 wurden die jahrhundertealten Beziehungen, das Neben- und Miteinanderleben von „Deutschen" und „Österreichern" einerseits, „Tschechen", „Slowaken", „Slowenen", „Kroaten", „Serben" und „Bosniaken" andererseits, in einer Weise erschüttert und zerstört, dass ein Weiterleben nur mehr bei strikter Trennung durch einen „Eisernen Vorhang" möglich schien. (Ähnliches ist für „Deutsche" und „Polen" sowie „Italiener" und „Jugoslawen" zu sagen.)

Die kriegerischen Auseinandersetzungen in dieser Dekade sind wesentlich mit den Namen von Adolf Hitler, Edvard Beneš und Josip Broz Tito verbunden. Alle drei wurden als Kinder der Habsburgermonarchie geboren, gehörten derselben Generation an, wurden römisch-katholisch getauft (traten später aus der Kirche aus), erfuhren ihre Ausbildung in Oberösterreich, Wien, Böhmen und Kroatien, sprachen 1914 fließend Deutsch und arbeiteten als Kunstmaler, Soziologiedozent bzw. Maschinenschlosser. Der Erste Weltkrieg führte sie auf völlig konträre Lebensbahnen: Hitler mit einem bayerischen Regiment an die Westfront, Beneš in die Emigration nach Frankreich und Großbritannien, Broz mit einem kroatischen Regiment an die Karpatenfront und von dort in die russische Kriegsgefangenschaft. Nach Kriegsende landeten sie in neuen Funktionen: als nationalsozialistischer Propagandaredner in München, als nationalistischer Außenminister in Prag, als kommunistischer Agitator in der Sowjetunion. Als direkte Gegner traten sich Reichskanzler Hitler und Präsident Beneš spätestens ab Dezember 1935 gegenüber, Hitler als Kriegsherr und Tito als Partisanenführer ab Sommer 1941. Ende April/Anfang Mai 1945 hatten Tito und Beneš Hitler besiegt, freilich nur mit Hilfe der Sowjetunion und der Westmächte.

Es ist wesentlichste Zielsetzung dieser Monographie zur deutsch-österreichisch-tschechoslowakischen bzw. deutsch-österreichisch-jugoslawischen Konfliktgeschichte über hundert Jahre, einerseits die ethnischen, politischen, völkerrechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und psychologischen Voraussetzungen, Zusammenhänge, Ereignisabläufe, Hintergründe und Konsequenzen der NS-Herrschaft in der Tschechoslowakei zwischen 1938 und 1945 sowie in Jugoslawien zwischen 1941 und 1945 darzulegen, andererseits die unmittelbaren und mittelbaren Folgen für die deutschen Minderheiten bei und nach Kriegsende aufzuzeigen: für die Sudeten- und Karpatendeutschen sowie für die Donauschwaben und für die deutschen Untersteirer, Laibacher und Gottscheer. Auch wenn die tschechischen, slowakischen, serbischen, slowenischen und kroatischen Vergeltungs- und Vertreibungsaktionen nur teilweise aus der deutschen Besatzungsherrschaft ableitbar waren, so wurde diese doch als wesentliche politische und

moralische Begründung für die „AVNOJ-Beschlüsse" und „Beneš-Dekrete" angeführt, und zwar von allen politischen Gruppierungen in der Tschechoslowakei und Jugoslawien nach 1945. Für eine differenzierende Gesamtbewertung wichtig sind daher sowohl Vergleiche aus der multinationalen Geschichte vor 1938, dann von Besatzung, Widerstand, Vergeltung, Kollaboration, Rache und Vertreibung, schließlich auch ein Vergleich der Konsequenzen aus den Kriegs- und Nachkriegsjahren, samt der lange Zeit unterdrückten Erinnerung.

Folgende Ergebnisse dürfen vergleichend festgehalten werden:

1. Das Zusammen- und Nebeneinanderleben von Tschechen und Deutschen in den böhmischen Ländern (der heutigen Tschechischen Republik), von Slowaken und Deutschen im historischen Oberungarn (der heutigen Slowakei), von Slowenen und Deutschen in der Untersteiermark und in Krain (dem heutigen Slowenien), von Kroaten und Deutschen in Kroatien-Slawonien (dem heutigen Kroatien) sowie von Serben und Deutschen im historischen Südungarn (der heute serbischen Vojvodina einschließlich Syrmiens) gestaltete sich bis 1914 im Alltag der Habsburgermonarchie im Wesentlichen konfliktfrei. Es gab keine Revolution wie in Russland 1905, keinen Kulturkampf wie in Preußen, keine Pariser *Commune*, keinen Burenkrieg mit Konzentrationslagern und keinen Sezessionskrieg wie in den USA. Viele Deutsch-Böhmen, Deutsch-Mährer, Deutsch-Schlesier, Hauerländer, Zipser Deutsche, „Schwaben" im Banat, der Batschka, der Baranya, in Syrmien und Ost-Slawonien sowie Untersteirer und Gottscheer lebten in ihren Kleinstädten, Märkten und Dörfern ohne intensiven Kontakt zu ihren slawischen Nachbarn, sprachen daher nur ihren deutschen Dialekt und verstanden ihre slawischen Nachbarsprachen nur wenig bis gar nicht. Hingegen galt dies nicht für die Deutschen in Prag, Pilsen, Budweis, Brünn, Iglau, Olmütz, Mährisch-Ostrau, Troppau, Teschen und Bielitz, in Pressburg, den oberungarischen Bergstädten, den Zipser Städten und Kaschau, in Werschetz, Groß-Betschkerek, Groß-Kikinda, Pantschowa, Semlin, Neusatz, Zombor, Esseg, Vukovar, Vinkovci, Agram, Fiume, Cilli, Marburg, Laibach, Görz, Triest und Pola. Diese städtischen Deutschen lebten auf relativ engem Raum mit ihren tschechischen, slowakischen, serbischen, kroatischen oder slowenischen Nachbarn – ebenso mit Juden, Magyaren und Italienern – und unterhielten mit ihnen vielfältige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Kontakte. Dies war selbstverständlich nicht ohne gewisse Sprachkenntnisse möglich, die den Kindern zum Teil über ein zweisprachiges Schulwesen, zum Teil durch den „Kinderwechsel" – den familiären Tausch von Kindern über die Sommermonate oder gar für ein Jahr – vermittelt wurden. Außerdem gab es eine zunehmende Anzahl von ethnischen, weniger von konfessionellen Mischehen.

Auf der Ebene der Politik und des intellektuellen Wettbewerbs zwischen den Bildungseliten – weniger im Bereich der wirtschaftlichen Konkurrenz – entwickelten sich hingegen in der österreichischen wie in der ungarischen Reichshälfte, zum Großteil angestoßen durch staatliche Maßnahmen im Schulwesen, in der Verwaltung, im Gerichtswesen und bei Volkszählungen, seit den 1880er Jahren

zunehmende national-politische Rivalitäten und „Konfliktgemeinschaften" (Jan Křen), die sogar zu wechselseitigen wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen führten und phasenweise zu offenen Sprachenkämpfen ausarteten – etwa um slowenische Parallelklassen am Untergymnasium in Cilli 1895 oder in den Badeni-Unruhen 1897 oder um das ungarische Schulgesetz 1907. Während die tschechischen Parteien in Böhmen und Mähren auf völlige Gleichberechtigung der tschechischen Sprache (auch als innere Amtssprache) und auf Teilung der Landesinstitutionen und Schulen – besonders der Carl-Ferdinands-Universität in Prag 1882 – drängten, begannen etwa die deutschen Parteien in Böhmen für die nationale Teilung des Landes zu plädieren. Hinter der Frage nach der völligen Gleichwertigkeit der deutschen und tschechischen Sprache stand freilich die sozialpolitisch wichtige Frage der Besetzungen der Beamtenstellen, denn wesentlich mehr Tschechen beherrschten Deutsch als Deutsche Tschechisch. Das Resultat der nationalen Differenzierung in den böhmischen Ländern war bereits vor 1914 die Ausbildung zweier vielfach getrennter Nationalgesellschaften mit nahezu parallelen Partei- und Vereinsstrukturen. Die Tatsache, dass 1910 sowohl die Tschechen als auch die Deutschen der böhmischen Länder noch zu mehr als 90 % ein römisch-katholisches Bekenntnis abgaben, überbrückte nur mehr wenig die nationale Lagerbildung.

Dieser Prozess hatte zwar in den von Slowenen bewohnten Kronländern ebenfalls bereits in den 1880er Jahren begonnen, wurde allerdings durch die starke gesellschaftliche Stellung der Deutschen und der deutschen Sprache in den Städten – auch in Laibach – deutlich verzögert. Trotz partei- und vereinspolitischer Differenzierung gab es bis 1914 in Krain, der Untersteiermark und Unterkärnten eine noch verhältnismäßig starke ethnische Durchmischung mit verbreiteter Zweisprachigkeit, wozu auch das „utraquistische" (= zweisprachige) Schulwesen beitrug. Der beinahe ausschließlich römisch-katholischen Orientierung der Slowenen stand freilich das Bekenntnis zum Luthertum unter einem Teil des deutschen Bürgertums in Marburg und Cilli gegenüber.

Die Trennungstendenzen zwischen den Deutschen (Schwaben) einerseits und den Kroaten bzw. Serben andererseits waren in Kroatien-Slawonien und in Südungarn noch geringer, da die politisch-administrative Überschichtung von der ungarischen Regierung samt ihren Beamten, Richtern, Notaren und Lehrern, Eisenbahn- und Postbediensteten ausging und Deutsche wie Südslawen betraf. Auch die Organisation des politischen Lebens hinkte den cisleithanischen Entwicklungen deutlich nach. Das vor dem Ersten Weltkrieg aufgebaute deutsche und südslawische Vereinswesen stand ebenfalls nicht miteinander in Konkurrenz, sondern hatte bestimmte Hürden der ungarischen Administration zu überwinden. Während die serbisch-orthodoxe Kirche mit ihren Institutionen (Stiftungen, Klöster, Schulwesen) der serbischen Nationalität einen starken Rückhalt bot, war die römisch-katholische Kirche stärker dem ungarischen Staat verpflichtet und ließ Magyarisierungstendenzen gegenüber den Deutschen, Kroaten, Slowaken und Slowenen zu. Im Vergleich der Spannungen zwischen den Nationalitäten waren die deutsch-tschechisch-jüdische

Konfliktlage in Prag und die deutsch-tschechische Konfliktlage in Budweis oder die deutsch-slowenische Konfliktlage in Cilli jedenfalls gespannter als etwa das deutsch-rumänisch-magyarisch-serbisch-jüdische Zusammenleben in Temeschwar, das magyarisch-serbisch-deutsch-jüdische Zusammenleben in Neusatz oder das deutsch-kroatisch-jüdische Zusammenleben in Esseg.

Insgesamt sollte aber nicht übersehen werden, dass viele gemeinsame Institutionen Österreich-Ungarns – Kaiser und König, k.u.k. Außenpolitik, k.u.k. Heerwesen, k.u.k. Finanzwesen, Österreichisch-Ungarische Bank, gemeinsame Kronen-Währung, gemeinsame Zollpolitik – sowie in der österreichischen wie in der ungarischen Reichshälfte – k.k. und k.u. Finanzwesen, k.k. und k.u. Gerichtswesen, k.k. und k.u. Schulverwaltung, k.k. und k.u. Staatsbahnen, österreichischer bzw. ungarischer Staatsbesitz, Parlamente, Landtage, Gemeinderäte – die nationalpolitischen Differenzierungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur noch bei weitem überwogen. „The existing propertied and educated elites retained their representation among the students, but growing numbers came from the families of small businessmen, craft producers, and peasant farmers. The expanding ranks of white-collar employees generated by modern industry, commerce, and government also sent increasing numbers of students to the academic secondary schools, universities, and technical colleges. Formerly disadvantaged ethnic groups such as the Czechs or religious groups such as Jews and Protestants greatly increased their representation in secondary and higher education".[3582] Daher hält auch nicht die Behauptung mancher Historiker stand, die Habsburgermonarchie sei bereits Jahrzehnte vor Beginn des Ersten Weltkrieges zum Untergang verurteilt gewesen (Victor S. Mamatey). Einerseits ist die in einem Bericht an Kaiser Franz Joseph geäußerte Kritik des im Jahre 1900 zum österreichischen Ministerpräsidenten ernannten Ernest von Koerber ernst zu nehmen, dass der Sprachenstreit als „hauptsächlichste Ursache des auf allen Gebieten öffentlicher Wirksamkeit eingetretenen Stillstandes" gelte, da die einzelnen „Volksstämme" ihm alles unterordneten, „selbst ihre wichtigsten Interessen". Andererseits bürgerte die Habsburgermonarchie in ihren von der westlichen Entwicklung jahrhundertelang ausgeschlossenen östlichen Ländern „den Liberalismus ein und ließ die Mittelschichten sowie die organisierte Arbeiterschaft der in ihrem Rahmen lebenden Völker die Normen des Verhaltens im öffentlichen Leben, eine Art politischer Gewohnheitskultur kennenlernen und auch erlernen" (Péter Hanák). Allerdings: In ihrer Berufung auf die Nationalitätengesetze in Österreich 1867 und Ungarn 1868 ging es den Nationalisten längst nicht mehr nur um die Sicherung nationaler Rechte und die Abwehr nationaler Unterdrückung, „sondern um die Sicherung eines extensiv definierten ‚nationalen Besitzstandes' und um die Festschreibung von Sprachgrenzen für die Begründung des Anspruchs auf einen künftigen Nationalstaat".[3583]

[3582] Cohen, Education, 9f.

[3583] Stourzh, Gleichberechtigung, 89-98; Ableitinger, Koerber, 198-200; Péter Hanák, Gab es eine mitteleuropäische Identität?, in: Europäische Rundschau (Wien 1996) 2, 122f.; Rumpler, Mitteleuropa, 553-558.

2. Der Erste Weltkrieg mit seiner ungeheuren personellen, materiellen und ideologischen Massenmobilisierung hob die Nationalitätenspannungen und Sprachenkämpfe auf eine bis dahin nicht bekannte Eskalationsstufe – sowohl in den Innen- wie in den Außenbeziehungen der Habsburgermonarchie. Dies hing vorerst wesentlich mit den Kriegen Österreich-Ungarns gegen Serbien und Russland zusammen. Das Hauptproblem stellte aber nicht die deutscher- und magyarischerseits immer wieder bezweifelte „Verlässlichkeit" slawischer Regimenter dar, die nachweislich sowohl an der Balkan-Front als auch an der Galizien-Front – und später an der Italien-Front – große Einsatzbereitschaft zeigten und schwere Verluste hinnehmen mussten. Jüngste Untersuchungen zeigen auch, dass es zwar punktuelle Desertionen gab, dass aber das Überlaufen ganzer tschechischer, slowakischer oder serbischer, kroatischer, slowenischer und bosnisch-herzegowinischer Regimenter oder von Regimentsteilen niemals vorkam. Behauptungen der deutsch-nationalen Propaganda sind dabei ebenso zu falsifizieren wie gleichlautende von tschechisch-nationaler, serbisch-nationaler oder slowenisch-nationaler Seite, die vor allem ihren militärischen Beitrag auf Seiten der Entente unterstreichen wollten. Die Härte der militärischen Auseinandersetzungen an der Balkan-Front, mehr noch der militärische Vorstoß der Mittelmächte nach Serbien, in den Kosovo, nach Montenegro und nach Makedonien im Herbst 1915, weniger das österreichisch-ungarische Besatzungsregime in Serbien und Montenegro bis Oktober 1918, vergifteten allerdings die Beziehungen zwischen den Serben einerseits, den Deutsch-Österreichern und Magyaren andererseits. Immerhin gibt es eine neue britische Einschätzung: „Protected by the Habsburg Army, Serbia did not suffer an occupation of plunder that would have allowed the home front [in Austria-Hungary] to use the country as a feeding appendage."[3584] Dies führte daher im November 1918 zu keinen größeren Racheaktionen der im Rahmen der Saloniki-Armee angreifenden serbischen Divisionen – am ehesten noch gegenüber Albanern und Muslimen im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina. Regionale militärische Auseinandersetzungen gab es allerdings unmittelbar nach dem Weltkrieg im südöstlichen Kärnten und in der Untersteiermark.

Es wäre freilich eine Übertreibung, wenn man die südslawische Einigung zwischen Ende Oktober und Anfang Dezember 1918 ausschließlich dem militärischen Einsatz und den schweren Verlusten Serbiens im Ersten Weltkrieg zumessen würde – wie es von serbischer Seite bis zu Slobodan Milošević behauptet wurde. Denn die nationalen Aspirationen der Slowenen, Kroaten und Serben in der Habsburgermonarchie entfernten während des Ersten Weltkrieges immer größere Gruppen von Südslawen von Österreich-Ungarn. Problematisch für die Eskalation der Nationalitätenkämpfe war bereits im zweiten Halbjahr 1914 die von deutsch-österreichischen und magyarischen Mittelschichten (Reserveoffizieren, Beamten, Lehrern, Journalisten) erhobenen Vorwürfe der Unterstützung von Panslawismus, Panserbismus und Panrussismus. Dies führte zu massenhafter

[3584] GUMZ, Resurrection, 233.

Verfolgung von serbischen, kroatischen und slowenischen Politikern, Rechtsanwälten, Journalisten, Professoren, Lehrern, Priestern und anderen bis 1914 nationalpolitisch aktiv tätig gewesenen Personen. Den Tausenden Anzeigen folgten Hunderte Verurteilungen zu langjährigen Kerkerstrafen, auch einige Todesurteile und Hinrichtungen. Die Erfolge an der Isonzo-Front im Oktober 1917 – unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls Svetozar Boroević, eines gebürtigen Serben aus Kroatien – einten zum letzten Mal die Südslawen hinter den habsburgischen Fahnen. Seit dem Frühjahr 1918 begannen sich politische Zukunftsmodelle außerhalb Österreich-Ungarns durchzusetzen, die einerseits durch die Maideklaration der südslawischen Abgeordneten des österreichischen Reichsrates 1917, andererseits durch die Deklaration von Korfu im Juli 1917 zwischen der serbischen Regierung und dem Südslawischen Ausschuss vorbereitet worden waren.

In den böhmischen Ländern irritierten 1914/15 ebenfalls Tausende Anzeigen wegen Russophilie und Panslawismus, Hunderte Verurteilungen und vor allem der Hochverratsprozess gegen die Abgeordneten Karel Kramář und Alois Rašín, der 1916 sogar zu Todesurteilen, dank des Regierungswechsels zu Kaiser Karl jedoch zu Begnadigungen führte. Ob sich allerdings tatsächlich ein „von den meisten Tschechen mitgetragener Hass gegenüber der ‚schwarzgelben' Monarchie" (Zdeněk Beneš, Václav Kural) zusammenbraute, muss begründet bezweifelt werden. Massendemonstrationen, Streiks und Meutereien hatten eher einen ernährungspolitischen und sozialrevolutionären als einen nationalpolitischen Hintergrund. Auch die politischen Aktionen in der Emigration seitens Professor Masaryks, Dozent Beneš' und General Štefániks in Frankreich, Großbritannien und in den USA fanden lange Zeit keine entsprechende Unterstützung in der Heimat. Erst als die Sixtusaffäre und der Canossagang Kaiser Karls ins Deutsche Hauptquartier nach Spa im Mai 1918 verdeutlichten, dass sich die Habsburgermonarchie auch nach dem Ausscheiden Russlands aus dem Krieg nicht aus dem Bündnis mit dem Deutschen Reich werde lösen können, begannen die Alliierten die nationalen Aspirationen der politischen Führer der slawischen und romanischen Nationen immer offizieller zu unterstützen. Jetzt erwiesen sich auch militärische Aktionen der tschechoslowakischen „Legionen" gegen Bol'ševiki und Deutsche in Sowjetrussland als nützlich. Zwar musste Österreich-Ungarn letzten Endes gegenüber Italien die Waffen strecken, aber die Vollstreckung des Todesurteils über die Habsburgermonarchie wurde – so der tschechische Historiker Josef Pekař 1919 – „nicht der Erwägung der alliierten Großmächte anvertraut, sondern dem Willen zweier kleiner, bisher österreichischer Völker überantwortet", den Tschechen und den Südslawen. Es schien ihm, „dass niemals in der Geschichte in die Hauptstadt der habsburgischen Monarchie eine Note demütigenderen Inhalts gelangt war, dass niemals der siegreiche Triumph Tschechiens über Austria so rücksichtslos den Blicken aller Welt preisgegeben wurde: Die Tschechen Schiedsrichter in der Frage der tschechischen Selbständigkeit, die Tschechen Richter über das Schicksal Österreichs und Ungarns!"[3585]

[3585] Josef PEKAŘ, Řijen 1918, in: ČČH 25 (Praha 1919) 181-195.

3. Die Übergangsjahre von der Ende Oktober/Anfang November 1918 innerhalb einer Woche aufgelösten Habsburgermonarchie zu den mehrheitlich republikanischen Nachfolgestaaten gestalteten sich äußerst schwierig, zum Teil chaotisch. Die politischen Verfassungen wurden nun vielfach umgestülpt, ebenso die verhaltenssteuernden Weltbilder und die politischen Leitideen. Die Rückwirkungen der „totalen" Kriegserfahrungen, des Kriegskorporativismus, der Pauperisierungsprozesse und des Radikalnationalismus blieben unabschätzbar. Zu den unfassbaren militärischen Totenverlusten – 290.000 Deutsch-Österreicher, 280.000 Magyaren (einschließlich der Ungarndeutschen), 160.000 Tschechen, 100.000 Polen, 90.000 Ukrainer, je 70.000 Kroaten, Rumänen und Slowaken, 50.000 Serben, je 35.000 Bosnier und Slowenen, 15.000 Italiener sowie 300.000 Serben (aus den Königreichen Serbien und Montenegro) – traten Millionen Schwerverwundete, Witwen und Waisen sowie Hunderttausende Seuchentote. Diese verheerenden Ausgangslagen nach dem Ersten Weltkrieg lösten verständlicherweise bei Millionen Menschen Ängste über die Gegenwart und Pessimismus über die Zukunft aus.

Die meisten Nationalitäten des ehemaligen Österreich-Ungarn missverstanden die Vorstellungen des US-Präsidenten Woodrow Wilson in Bezug auf *nation building* und Selbstbestimmungsrecht, denn der amerikanische Begriff von „Nation" unterschied sich grundsätzlich vom mittel- und osteuropäischen. Während die US-Nation weder ein historisch umrissenes Territorium noch ein klares ethnisches Profil, dennoch einen republikanisch-demokratischen Nationalstaat besaß, verstanden alle Nationalitäten Österreich-Ungarns unter dem Recht der betroffenen Bevölkerung eines bestimmten Gebietes die Verbindung zwischen Ethnikum, Territorium und Souveränität. Daher wollten die politischen Vertreter aller Nationalitäten am Ende des Ersten Weltkrieges auf „ihrem" Territorium ihren eigenen, selbständigen Nationalstaat errichten. Auf Grund der vielfach ethnisch gemischten Siedlungsweise musste aber eine solche Anwendung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes – „Jede Nation ein Staat, und nur ein Staat, jeder Staat die Heimstatt einer und nur einer Nation" (Karl Renner) – zu vielfältigen Abgrenzungskonflikten führen: zwischen Deutschen und Tschechen um Nord- und Südböhmen, Nord- und Südmähren, sowie Österreichisch-Schlesien; zwischen Tschechen und Polen um das Teschener Gebiet; zwischen Polen und Ukrainern um Ostgalizien, zwischen Ukrainern und Rumänen um die Bukowina, zwischen Rumänen und Magyaren um Siebenbürgen, Marmarosch und das Kreischgebiet, zwischen Magyaren und Slowaken um das südliche Oberungarn, zwischen Deutschen und Magyaren um Westungarn (das heutige Burgenland), zwischen Magyaren und Slowenen um das Übermurgebiet, zwischen Magyaren und Kroaten um das Zwischenmurgebiet und die Baranya, zwischen Magyaren und Serben um die Batschka, zwischen Rumänen, Serben und Magyaren um den Banat, zwischen Serben und Kroaten um Syrmien, zwischen Serben, Muslimen und Kroaten um Bosnien-Herzegowina, zwischen Kroaten und Italienern um Dalmatien, Fiume und Istrien, zwischen Italienern und Slowenen um Triest und Görz-Gradisca, zwi-

schen Slowenen und Deutschen um die Untersteiermark und Unterkärnten, zwischen Deutschen und Italienern um Südtirol.

Die Friedensordnung von Versailles, Saint-Germain, Trianon, Neuilly und Sèvres setzte sich zum Ziel, in Nordost-, Ostmittel- und Südosteuropa einen *Cordon sanitaire* von sogenannten „Nationalstaaten" zu schaffen, der im Bündnis mit den Westmächten sowohl den potentiellen deutschen, ungarischen und türkischen Revisionismus als auch den revolutionären Anspruch des Bolschewismus eindämmen sollte. Vom westlichen *nation-building*-Konzept ausgehend, das staats-national und nicht ethnisch-national konnotiert war, war es daher nicht störend, dass die neuen Staaten Polen und Tschechoslowakei sowie das stark vergrößerte Rumänien etwa ein Drittel an „fremdnationalen" Bevölkerungsteilen eingliederten, während das neue Jugoslawien nach den Prozentsätzen seiner „Staatsvölker" und nationalen Minderheiten beinahe der multiethnischen Habsburgermonarchie glich. Dass die tschechischen und serbischen Hauptverhandler in Paris, Edvard Beneš und Nikola Pašić, zwar die Ergebnisse der österreichischen und ungarischen Volkszählungen als Fälschungen hinstellten, dafür jedoch eigene Behauptungen aufstellten, die keiner wissenschaftlichen Kritik (auch nicht den eigenen Volkszählungen von 1921) standhielten, fiel auf der Friedenskonferenz nicht ins Gewicht. Von einer Verwirklichung des Ideals der „ethnischen Gerechtigkeit" oder gar des „ethnisch reinen Nationalstaates" konnte überhaupt keine Rede sein – am ehesten noch bei den Kriegsverlierern Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien und Türkei. Millionen an Deutschen, Deutsch-Österreichern, Magyaren und Türken wurden nun zu „Grenzlandminderheiten"; bei der überwiegenden Anzahl der Deutschen, Deutsch-Österreicher, Magyaren und Türken galten daher die Friedensverträge als Friedensdiktate mit der einseitigen Kriegsschuldthese und als schnöder Verrat am Wilson'schen Prinzip der nationalen Selbstbestimmung. Der Kriegsschuldthese wurde allerdings als „Zwillingsschwester dieser giftigen Lüge" (Hans-Ulrich Wehler) die Kriegsunschuldthese gegenübergestellt, und ein unversöhnlicher, mühelos radikalisierbarer Revisionismus hielt sich seither als Grundakkord in der deutschen, österreichischen und ungarischen Öffentlichkeit. Nichtsdestoweniger ist der Beurteilung der Friedensverträge durch Zara Steiner zuzustimmen:

> „The treaties with Austria, Hungary, and Bulgaria were far harsher and more vindictive than the one with Germany. The Austrian and Hungarian settlements were punitive in the extreme; the former was left in a perilous economic state, and the latter, if economically viable, was so stripped of territories and people as to guarantee its revisionist status."[3586]

4. Die Beziehungen der neuen Nationalitätenstaaten (sic!) Tschechoslowakei und Jugoslawien zu ihren deutschen Minderheiten bzw. zu Deutschland und Österreich waren seit 1918 infolge der Auseinandersetzungen um die Grenzziehungen (in Deutsch-Böhmen, dem Sudetenland, Böhmerwaldgau, Südmähren, Unterkärnten, Untersteiermark), wegen der Tendenz zur „Entgermanisierung" und „Entösterrei-

[3586] Steiner, The Lights, 99.

cherung“ (Nostrifizierungen, Bodenreformen, Entlassung von deutschen Beamten, Lehrern, Richtern, Eisenbahn- und Postangestellten), in der Frage der Auslegung der neuen Minderheitenrechte (etwa im Schulwesen und hinsichtlich der Amts- und Gerichtssprache), auf Grund der mangelnden politischen Partizipation der Minderheiten bis 1925 und infolge diskriminierender Handelsbeschränkungen zwischen den „Sieger“- und „Verlierer“-Staaten immer wieder unterschiedlichen Störungen ausgesetzt. Zwar gab es gegen die tschechische Besetzung der deutschböhmischen und deutsch-mährischen Gebiete im November und Dezember 1918 keinen nennenswerten Widerstand – und der Großteil der „Sudetendeutschen“ beteiligte sich Ende Februar 1919 an der Währungsumstellung von der österreichisch-ungarischen zur tschechoslowakischen Krone; allerdings wurden bei Massendemonstrationen für das Selbstbestimmungsrecht am 4. März 1919 von tschechischem Militär und Polizei 54 Sudetendeutsche erschossen und mindestens 84 verwundet. Bei vergleichbaren Demonstrationen am 27. Jänner 1919 in Marburg in der Untersteiermark – eine US-Mission befand sich gerade in der Stadt – wurden von slowenischen Soldaten acht Deutsche erschossen und 20 verwundet.

Für das schwierige neue Verhältnis zwischen nationaler Mehrheit und nationaler Minderheit ist vor allem der psychologische Faktor der Demütigung und Erniedrigung nicht zu unterschätzen, da weder die große Mehrheit der „Sudeten- und Karpatendeutschen“ die Tschechoslowakei als ihren Staat – per definitionem der „Nationalstaat“ der „tschechoslowakischen Nation“ – betrachtete, noch die verstreuten Minderheiten der „Donauschwaben“, Untersteirer und Gottscheer ein Zugehörigkeitsgefühl zum „Nationalstaat“ der Serben, Kroaten und Slowenen entwickelten. Im Übrigen durften beide Minderheitengruppen auch nicht an der Gestaltung der neuen Verfassungen und Verwaltungseinteilungen mitwirken. Immerhin waren sie als neue Staatsbürger – die meisten Deutschen in der Tschechoslowakei und Jugoslawien optierten für die tschechoslowakische bzw. jugoslawische Staatsbürgerschaft – in ihren wesentlichsten individuellen Bürgerrechten sowie in ihren grundlegenden Kollektivrechten gesichert. In Prager Regierungskreisen gab es allerdings auch noch ein psychologisches Problem, worauf der österreichische Gesandte Ferdinand Marek im April 1931 – während der tschechischen Protestwelle gegen die Pläne einer deutsch-österreichischen Zollunion – sehr deutlich hinwies: „Man ist einmal aus Tradition gegen alles Deutsche und zwar, wie der Herausgeber des *Prager Tagblattes* vor Kurzem sehr richtig bemerkte, weniger aus Hass gegen die Deutschen als vielmehr infolge eines gewissen Minderwertigkeitskomplexes, ein vielleicht unbewusstes Gefühl, das man durch Überbetonung einer Geringschätzung der Deutschen los zu werden trachtet.“ Daher torpedierte Außenminister Beneš mit französischer Unterstützung auch sehr vehement – und letztlich erfolgreich – das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion 1931, womit sich Prag entscheidend von Berlin und Wien entfernte.

Als das Deutsche Reich nach den Verträgen von Locarno 1925 nicht nur Mitglied des Völkerbundes, sondern auch des Völkerbundrates wurde, erlangte es

auf Grund des Mitspracherechtes bei der Beurteilung von Minderheitenpetitionen verstärkte Bedeutung für die deutschen Minderheiten sowie für die tschechoslowakische und jugoslawische Minderheitenpolitik. So konnte die Reichsregierung 1930 in geheimen Verhandlungen mit der jugoslawischen Regierung für die Beschlagnahme des Deutschen Hauses in Cilli eine Entschädigung für die Deutsche Schulstiftung in der Vojvodina durchsetzen. Die Regierungsbeteiligung des Bundes der Landwirte, der Christlichsozialen und der Sozialdemokraten in Prag („Aktivismus") führte hingegen zu keinen sichtbaren Verbesserungen der Minderheitenschutzbestimmungen. Die Weltwirtschaftskrise ließ daher die Sudeten- und Karpatendeutschen noch stärker von der Tschechoslowakei abrücken, da die Exporteinbrüche in der sudetendeutschen Konsumgüterindustrie und die Rückgänge im Bädertourismus zu unglaublicher Massenarbeitslosigkeit führten, gegen die die Prager Regierung kaum gegensteuerte.

Die schwere Agrarkrise in Jugoslawien führte hingegen schon im Juni 1933 – also noch zu Lebzeiten König Aleksandars – zu einer Annäherung an NS-Deutschland und somit zu Erleichterungen für die Donauschwaben (weniger für die Untersteirer und Gottscheer) im Wirtschaftsleben und im Schulwesen. Darüber hinaus handelten Berlin und Belgrad bereits im Mai 1934 einen neuen Handelsvertrag mit bargeldlosem Clearingverfahren zum Tausch von Agrar- und Industriegütern aus. Daher konstatierte das jugoslawische Ministerium für Industrie und Handel im November 1934 „ein häufiges Paradoxon in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen […], dass sich ökonomisch am besten jene Länder ergänzen, die sonst politisch ziemlich entzweit sind, und dass die wirtschaftlichen Beziehungen gerade zwischen politisch einander sehr nahe stehenden Staaten ziemlich schwach ausgeprägt sind".[3587] Unter dem zunehmenden Druck der Außenpolitik Hitlers gab es Anfang 1936 – trotz der Flüchtlinge des Republikanischen Schutzbundes aus Wien in die Tschechoslowakei – durchaus wieder Annäherungsversuche zwischen der noch demokratisch regierten Tschechoslowakei und dem schon monokratisch regierten Österreich, konkret zwischen dem Ministerpräsidenten Hodža und Bundeskanzler Schuschnigg, während sich die Beziehungen zwischen den „kleinen Diktatoren" Schuschnigg und Stojadinović nach dem Juliputsch 1934 und der Aufnahme von über 2000 österreichischen Nationalsozialisten in Slowenien und Kroatien im Sommer 1934 deutlich verschlechterten. Auch die von Belgrad zu Unrecht befürchtete Gefahr einer Restauration der Habsburger in Österreich belastete das politische Klima. Bei seinem Besuch in Berlin im Jänner 1938 formulierte daher Ministerpräsident Stojadinović den für Hitler entscheidenden Satz: „Jugoslawien [...] betrachtet die österreichische Frage als reine innere Angelegenheit des deutschen Volkes."[3588]

[3587] Résumé des jugoslaw. Ministeriums für Handel und Industrie, 12. November 1934, Arhiv Jugoslavije, MIT, 193-605.

[3588] Gesprächsaufzeichnung des Ministerpräsidenten Stojadinović, ergänzt vom Gesandten Cincar-Marković, 17. Jänner 1938; Aufzeichnung Außenminister Neurath, 17. Januar 1938, Arhiv Jugoslavije, zbirka Stojadinovića, F-24.

Die „Donauschwaben“, die bis 1918 Ungarn als ihr Vaterland angesehen und noch bis etwa 1925 politische Unterstützung seitens Ungarns und Österreichs erwartet hatten, begannen sich nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbundrat 1926 zunehmend als deutsche Minderheit zu verstehen. Hierbei war der Nationalismus des „Deutschen Kulturbundes“ – wie man dem in Neusatz erscheinenden *Deutschen Volksblatt* entnehmen kann – keineswegs gegen den jugoslawischen Staat gerichtet, der seinerseits – aus innen- und außenpolitischen Gründen – die „Schwaben“ zunehmend gewähren ließ. Als das Königreich Jugoslawien in der Weltwirtschaftskrise nicht nur in eine schwere wirtschaftliche und soziale, sondern auch in eine existentielle politische Krise geriet, begann sich die deutsche Minderheit immer mehr in eine von den jugoslawischen Realitäten entrückte „Parallelgesellschaft“ (Carl Bethke) zurückzuziehen. Dies wurde einerseits durch die kommunitär verankerten Modernisierungsstrategien des von Neusatz aus agierenden Kulturbund-Netzwerkes möglich, andererseits durch die zunehmende Zusammenarbeit mit wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Organisationen Hitler-Deutschlands. Diese Doppelstrategie führte zwar zu jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen der konservativen Kulturbund-Führung und den nationalsozialistischen „Erneuerern“, unterband aber eine mögliche Frontstellung gegen die serbisch dominierte Regierung. Daher sollte die Geschichte der Deutschen in der Vojvodina zwischen 1918 und 1941 nicht oberflächlich mit derjenigen der Deutschen in der Tschechoslowakei parallelisiert werden.

Die aktive und passive Mitwirkung der deutschen Minderheiten an der Zerschlagung der Tschechoslowakei und Jugoslawiens fiel ziemlich unterschiedlich aus. In der im Mai 1935 siegreich aus den Parlamentswahlen hervorgegangenen „Sudetendeutschen Partei“ setzte sich bereits 1936 der nationalsozialistische Flügel durch, und ihr „Führer“ Konrad Henlein bot im November 1937 in einem geheimen Schreiben an Adolf Hitler seine Partei als Werkzeug zur Zerschlagung der Tschechoslowakei und zur Annexion nicht nur der „Sudetengebiete“, sondern des „ganzen böhmisch-mährisch-schlesischen Raumes“ an. Gleichzeitig verstand es Henlein, in britischen Kreisen Verständnis für die Minderheitenprobleme der Sudetendeutschen zu gewinnen. Nach dem „Anschluss“ Österreichs bekannte sich die „Sudetendeutsche Partei“ offen zur „deutschen Weltanschauung“, d. h. zum Nationalsozialismus, forderte die Anerkennung der sudetendeutschen Volksgruppe als „Rechtspersönlichkeit“ und die Wiedergutmachung „des dem Sudetendeutschtum seit dem Jahr 1918 zugefügten Unrechts“. Nachdem die Partei bei den Kommunalwahlen im Mai und Juni 1938 90 % der deutschen Stimmen gewonnen hatte, lehnte Henlein alle Autonomievorschläge der Prager Regierung ab, selbst die Bildung eines einzigen, die meisten deutsch besiedelten Gebiete zusammenfassenden „Gaues“. Denn Henlein hatte Hitler längst zugesagt, stets mehr zu fordern, als die tschechoslowakische Regierung geben könne, und Hitler drohte auf dem Nürnberger Parteitag am 12. September 1938, „eine weitere Unterdrückung und Verfolgung dieser 3,5 Millionen Deutschen“ nicht weiter hinnehmen

zu wollen. Nach beginnenden Unruhen in den Sudetengebieten, der Verhängung des Standrechtes und der Bildung des „Sudetendeutschen Freikorps" in Deutschland gingen Großbritannien und Frankreich mit ihrer *appeasement policy* auf die ultimativen Forderungen Hitlers ein und gaben diese an die Prager Regierung mit der Aufforderung zur Annahme weiter. Trotz Mobilisierung der modernen tschechoslowakischen Armee kapitulierten schließlich Präsident Edvard Beneš und die Prager Regierung und akzeptierten die Beschlüsse des Münchener Abkommens, das die Durchführung der Abtretung aller mehrheitlich von Deutschen besiedelten Grenzgebiete der Tschechoslowakei festlegte. – Damit hatten sich nicht nur die Militärpakte der Tschechoslowakei mit Frankreich und der Sowjetunion als Chimäre erwiesen, sondern auch die von Beneš seit 1920 sorgsam gepflegte Kleine Entente mit Jugoslawien und Rumänien.

Zwar flohen nahezu 300.000 Tschechen und Juden sowie deutsche Sozialdemokraten, Kommunisten und Christlichsoziale, in die um ein Drittel verkleinerte „Rest-Tschechoslowakei", bei der von Hitler am 14. März 1939 gegenüber dem Präsidenten Emil Hácha erzwungenen Auflösung der seit Oktober 1938 föderalen „Tschecho-Slowakei", dem Einmarsch deutscher Truppen in Prag und Brünn, sowie der Schaffung des „Protektorates Böhmen und Mähren" am 16. März 1939 spielte jedoch die Sudetendeutsche Partei nur mehr eine periphere Rolle. Bereits vor dem Ultimatum an den Präsidenten Hácha hatte Hitler dem zuvor von Prag abgesetzten slowakischen Ministerpräsidenten Jozef Tiso ein Ultimatum gestellt und am 14. März die Unabhängigkeitserklärung des slowakischen Landtages erzwungen.

Auch in Jugoslawien begannen nach dem „Anschluss" Österreichs nationalsozialistische Funktionäre die bisher maßgeblichen, überwiegend katholischen „Kulturbund"-Obleute zu verdrängen, allerdings dauerte dieser Prozess bis Mai 1939. Welch geringe Bedeutung Hitler den deutschen Minderheiten insgesamt zumaß, wurde aber spätestens in seiner Reichstagsrede am 6. Oktober 1939 deutlich, als er die „Rückführung" der deutschen „Volkssplitter" aus Ostmittel- und Südosteuropa ankündigte und in den folgenden eineinhalb Jahren nach Verträgen mit der Sowjetunion, den baltischen Staaten und Rumänien Hunderttausende Volksdeutsche „heim ins Reich" holen ließ. Ausgenommen blieben freilich die Karpatendeutschen, die Siebenbürger Sachsen, die Donauschwaben in Ungarn, Rumänien und Jugoslawien sowie die deutschen Untersteirer (nicht jedoch die Gottscheer und die Laibacher). Hitler erhob bis zum 25. März 1941 auch keine auf die deutschen Minderheiten bezogenen Beschwerden gegen Jugoslawien, sondern ließ diese erst in der unmittelbaren Kriegspropaganda nach dem Regierungsumsturz in Belgrad am 27. März 1941 ausposaunen. Entgegen aller deutschen und jugoslawischen Propaganda spielten die Donauschwaben und Untersteirer bei der raschen Besetzung Jugoslawiens ab dem 6. April 1941 nur eine untergeordnete Rolle, auch wenn sie die in den Banat und in die Untersteiermark vorstoßenden Wehrmachtsverbände freudig begrüßten.

5. Konnten Hitler und die NS-Propaganda der Weltöffentlichkeit den „Anschluss“ Österreichs und die Annexion der deutschen Grenzregionen der Tschechoslowakei noch als „ethnisch gerechte“ Revisionen der Verträge von Versailles und Saint-Germain verkaufen, die die nationale Selbstbestimmung zwar als allgemeines Prinzip verkündet, dieses jedoch den deutschen Minderheiten in Teilen Ostmitteleuropas verweigert hatte, so hatte Hitler im März 1939 auch die internationalen Vereinbarungen von München unstreitig gebrochen. Die Schaffung des Protektorats Böhmen und Mähren „war tatsächlich der erste Schritt zur Erfüllung eines langgehegten NS-Programms der Eroberung eines neuen ‚Lebensraums‘ für Deutsche in Ostmittel- und Osteuropa“ (Richard J. Evans).

Die NS-Eroberungspolitik gegenüber der Tschechoslowakei und Jugoslawien entsprang nicht einer einheitlichen strategischen Planung der NS-Führung, sondern entwickelte sich schrittweise aus der durchaus imperialistisch argumentierenden Kriegszielpolitik Hitlers. Formulierte er bereits am 5. November 1937 vor dem Reichsaußenminister, dem Reichskriegsminister und den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtsteile die Zerschlagung der Tschechoslowakei und die Unterwerfung des böhmisch-mährischen Raumes – und nicht die „Befreiung“ der Sudetendeutschen – als wesentliches kriegswirtschaftliches Eroberungsziel in naher Zukunft, so glaubte Hitler bis zum 27. März 1941, Jugoslawien mit seinen Metallerzen und Agrarprodukten als wertvolle Rohstoffbasis aus kriegerischen Auseinandersetzungen heraushalten zu können. Während die nach dem „Anschluss“ Österreichs aggressiv angestrebte, aber lediglich unter Androhung von Waffengewalt erzwungene Unterwerfung der Tschechoslowakei ziemlich genau ein Jahr in Anspruch nahm, erfolgte die Zerschlagung Jugoslawiens nach einem elftägigen „Blitzkrieg“. Wurden seitens des Deutschen Reiches gegen die Tschechoslowakei auch Polen und Ungarn als Revision fordernde politische Bündnispartner eingesetzt, so nahmen am Eroberungsfeldzug gegen Jugoslawien Italien, Bulgarien und Ungarn direkt teil. Bei der Aufteilung der Tschechoslowakei annektierte das Dritte Reich fast den gesamten böhmisch-mährisch-schlesischen Raum – Polen erhielt nur ein kleines Gebiet um Teschen und Gebietsteile in den Karpaten – und unterwarf sich die erstmals selbständige Slowakei gleich als „Schutzstaat“, der bereits zuvor zwei Vororte von Pressburg an den Reichsgau Niederdonau sowie vor allem seine südlichen Randgebiete an Ungarn hatte abtreten müssen, das auch die Karpato-Ukraine annektierte. Jugoslawien wurde zu annähernd gleichen Teilen zwischen Deutschland und Italien sowie in kleinerer Dimension zwischen Bulgarien und Ungarn aufgeteilt, während der neue, von der zahlenmäßig kleinen, aber terroristisch ausgerichteten *Ustaša*-Bewegung geführte kroatische Staat bis Mitte 1943 als Satellitenstaat Deutschlands und Italiens galt, danach bald als letzter, von Deutschland völlig abhängiger Verbündeter Hitlers. Die verschiedenen Aufteilungen ergaben, dass zwar der Großteil der Tschechen, Slowaken und Kroaten in einem von Berlin ganz oder großteils abhängigen Staatsgebilde zusammengefasst waren, dass aber die Serben und Slowenen auf jeweils mehrere Besatzungsgebiete

aufgeteilt wurden, die Serben auf deutsche, ungarische, bulgarische und italienische Besatzungsgebiete, die Slowenen auf deutsche, italienische und ungarische.

Das NS-Herrschaftssystem agierte sowohl in der unter militärischem Druck aufgelösten Tschechoslowakei als auch im militärisch eroberten Jugoslawien mit unterschiedlichen Begriffen der direkten und indirekten Einflussnahme: mit Zivilverwaltungen im Sudetenland, in Südböhmen und Südmähren bzw. in der Untersteiermark und in Oberkrain; mit einer tschechischen Regierung in Prag unter deutschem Protektorat und einer serbischen Regierung in Belgrad unter deutscher Militärverwaltung; mit einer slowakischen Regierung in Pressburg und einer kroatischen Regierung in Agram, die mit Hilfe deutscher Gesandter, „Berater" und SS-Führer unter zunehmender Kontrolle standen. Hierbei sind sowohl die unterschiedlichen Stufen der Einordnung der Tschechen, Slowaken, Slowenen, Kroaten und Serben in das neue nationalsozialistische Europa zu beachten als auch die Beteiligung der verschiedenen Regierungen an der gesamten NS-Politik – sowohl außenpolitisch (vor allem in der Frage der Kriegsteilnahme gegen die Alliierten) wie auch innenpolitisch (besonders in der Frage der Judenverfolgung und -vernichtung). Das „Protektorat Böhmen und Mähren" wurde teilweise wie eine autonome Reichsprovinz regiert, freilich mit dem Ziel fortschreitender Germanisierung und völliger ökonomischer Ausbeutung. Andererseits war die tschechische Bevölkerung von keinen Kriegsgräueln betroffen und litt nicht Hunger. Die tschechischen Männer wurden weder von der Wehrmacht noch von der SS – im Unterschied zu ihren slowakischen, slowenischen, kroatischen und serbischen Jahrgangskohorten – zum Militärdienst einberufen. Erstaunlicherweise nahm Hitler bis zum slowakischen Nationalaufstand auf den katholischen Priester Jozef Tiso Rücksicht, während der Protektorats-Präsident Emil Hácha nur als gehorsamer Erfüllungsgehilfe geduldet war.

Während es die nationalsozialistischen Direktoren und Wirtschaftsberater im Protektorat, in der Slowakei, in der Untersteiermark und im westlichen Banat erstaunlich gut verstanden, große Lieferungen an Rüstungsgütern und Lebensmitteln für die deutsche Kriegswirtschaft sicherzustellen, waren die Ergebnisse der wirtschaftlichen Ausbeutung in Bosnien-Herzegowina und Serbien vergleichsweise gering. Eine intensivere Nutzung der Bauxitgruben westlich von Mostar scheiterte an Transportproblemen per Schiff oder per Bahn, die Eisenerzgruben im westbosnischen Ljubija wurden bereits im Dezember 1941 erstmals von Partisanen besetzt, und die Förderanlagen der Kupfermine von Bor in Nordostserbien waren im April 1941 vom jugoslawischen Militär so gründlich zerstört worden, sodass erst ein Jahr später der Vollbetrieb wiederaufgenommen werden konnte. Lediglich die Chromerzgruben in Makedonien lieferten – nach erforderlichen Ausbaumaßnahmen – das für Legierungsstähle unverzichtbare Erz und sicherten fast zwei Drittel der deutschen Chromeinfuhr (Klaus Schmider).

Die seit Jahrzehnten vor allem in der deutschen Geschichtswissenschaft – zuletzt von Ludolf Herbst und Hans-Ulrich Wehler – geführte Diskussion, ob Hitler

ein „schier omnipotenter charismatischer Führer“ (Hans-Ulrich Wehler) oder eher ein „schwacher Diktator“ (Hans Mommsen) gewesen sei, ist nicht nur durch die umfassenden biographischen Studien von Ian Kershaw, sondern auch hinsichtlich der Unterwerfung und Ausbeutung der Tschechoslowakei und Jugoslawiens eindeutig zugunsten der ersten These zu beantworten: Hitlers persönliche Weisungen und Befehle führten zur Besetzung und Auflösung der Tschechoslowakei 1938/39 und Jugoslawiens 1941; Hitler setzte in persönlichen Gesprächen mit direkten und indirekten Drohungen den slowakischen Ministerpräsidenten Tiso, den Präsidenten Hácha, die Außenminister Chvalkovský und Cincar-Marković, den Ministerpräsidenten Cvetković und den Prinzregenten Pavle derart unter Druck, dass sie sich den Intentionen Hitlers unterwarfen; Hitler kam in der Nacht vom 15. auf den 16. März 1939 eigens nach Prag, um das Protektoratsstatut formulieren und verkünden zu lassen; Hitler ernannte die Reichsprotektoren Neurath, Heydrich, Daluege und Frick; Hitler verlangte in einem persönlichen Gespräch mit Tiso die Abberufung des Außenministers Ďurčanský; Hitler bestimmte – trotz erfolgreicher Korrektur durch Karl Hermann Frank – die Vergeltung nach dem Attentat auf Heydrich; Hitler ernannte nicht nur die Gauleiter und Reichsstatthalter der Steiermark und Kärntens, Uiberreither und Rainer, sondern beauftragte sie auch mit der „Germanisierung“ der Untersteiermark und Oberkrains. Hitler unterstützte – entgegen vorsichtig vorgebrachter Vorschläge einiger seiner Paladine, in Kroatien sowohl die politische als auch die militärische Macht zu übernehmen – praktisch während der gesamten Kriegszeit das zunehmend verbrecherische und sicherheitspolitisch versagende Pavelić-Regime, während er dem durchaus zur Kollaboration bereiten Nedić-Regime, dessen großserbische Pläne er eindeutig ablehnte, mit großer Skepsis gegenüberstand.

6. Zur NS-Besatzungspolitik muss generell festgehalten werden, dass eine ganze Reihe von politischen, militärischen und polizeilichen Anordnungen und Befehlen – die zum Teil direkt von Hitler, Keitel, Himmler und Heydrich ausgingen, zum Teil von den zuständigen Reichsprotektoren, Staatsministern, Militärbefehlshabern, Höheren SS- und Polizei-Führern, Reichsstatthaltern und Gauleitern erlassen wurden – eindeutig gegen das auch für das Deutsche Reich im Zweiten Weltkrieg geltende internationale Kriegsrecht verstießen. Vor allem für das Unternehmen „Barbarossa“ waren eine ganze Reihe von verbrecherischen Ausnahmebestimmungen zum internationalen Kriegsrecht getroffen worden, die letzten Endes auch in anderen Besatzungsgebieten im östlichen und südöstlichen Europa angewendet wurden, im Besonderen der berüchtigte Keitel-Befehl vom 16. September 1941, der für Geiselerschießungen eine „Sühnequote“ von 1:100 anordnete. In ihrer Ausschließlichkeit und nach der Zahl der betroffenen Opfer ragte die Vernichtung des Großteils der Juden aus Böhmen, Mähren, der Slowakei, der Vojvodina, Serbien und Kroatien hervor, für die im Protektorat und in der Slowakei (unter Mitwirkung der slowakischen Regierung) überwiegend die SS, in Serbien 1941 vor allem die Wehrmacht verantwortlich war. Die Vernichtung des Groß-

teils der kroatischen und bosnischen Juden hatte allerdings das *Ustaša*-Regime zu verantworten, die Erschießung der Juden in Neusatz (Újvidék, Novi Sad) und Umgebung im Jänner 1942 die ungarische Armee.

Die vor allem von der SS (einschließlich der Gestapo und des Sicherheitsdienstes) geradezu perfide durchgeführte Besatzungspolitik im Protektorat Böhmen und Mähren hielt die tschechische Bevölkerung mit vielen kleinen Terroraktionen und drei großen Terrorwellen in Schach: nach Demonstrationen am 28. Oktober 1939 mit der Schließung aller tschechischen Universitäten und Hochschulen und der Deportation von 1200 Studenten in Konzentrationslager; nach dem Machtantritt des SS-Generals Reinhard Heydrich als „stellvertretender Reichsprotektor" Ende September 1941 mit Massenverhaftungen und Massenerschießungen; nach dem Attentat auf Heydrich am 27. Mai 1942 mit massenhaften Hinrichtungen und der Auslöschung der Dörfer Lidice und Ležáky mit allen Männern sowie vielen Frauen und Kindern sowie gezielten Morden an tschechischen Intellektuellen zwischen Juni und September 1942. Gemessen am nationalsozialistischen Nahziel der möglichst umfangreichen Inanspruchnahme und Ausbeutung des Protektorates Böhmen und Mähren für die deutsche Kriegswirtschaft und – als Voraussetzung dafür – der Niederhaltung des tschechischen Widerstandes bis zur möglichst langen Verhinderung eines tschechischen Aufstandes war die Besatzungspolitik des Höheren SS- und Polizeiführers Karl Hermann Frank insgesamt freilich erfolgreich. Dies beruhte nicht zuletzt darauf, dass Franks Konzeption eines abgestuften Terrors – obwohl zweifellos unmenschlich genug und als schweres Kriegsverbrechen einzustufen – unter dem Gesichtspunkt einer instrumentalisierten Vernunft zweckmäßiger war als noch brutalere besatzungspolitische Vorgangsweisen anderer NS-Funktionäre in Ostmittel- und Südosteuropa. Heydrich selbst hatte freilich bereits Anfang Oktober 1941 in einer geheimen Rede das Schicksal der tschechischen Bevölkerung im Falle eines deutschen Endsieges skizziert: die Eindeutschung der „gutrassigen und gutgesinnten", die Deportation bzw. Ermordung der „schlechtrassigen und schlechtgesinnten", die Sterilisierung der „schlechtrassig gutgesinnten" und die Ermordung der „gutrassig schlechtgesinnten" Tschechen, falls die Angehörigen dieser letzten Kategorie sich nicht doch noch im deutschen Umfeld eindeutschen ließen. Diese Planungen erfüllten zweifellos den Tatbestand des Völkermordes im Sinne der Konvention von 1948.

Heydrichs Terrorpolitik zielte auf mehrere Spaltungen der tschechischen Gesellschaft: auf eine Spaltung zwischen Exilregierung und Protektoratsregierung, zwischen Protektoratsregierung und Widerstand, zwischen Bauernschaft (die nun zu höheren Abgaben gezwungen wurde) und Arbeiterschaft, zwischen (adeligem) Großgrundbesitz und Bauernschaft sowie zwischen Intelligenz und Arbeiterschaft. Am gefährlichsten war der letzte Spaltungsansatz. Während die tschechische Intelligenz, die sich großteils in einer der Widerstandsgruppen engagierte, mit brutalen Mitteln bekämpft wurde, gab es für die tschechischen Rüstungsarbeiter Suppenaktionen, erhöhte Fett- und Tabakrationen, Kleider- und Schuh-Sonderzuweisun-

gen, deutliche Erhöhungen der Invaliden-, Witwen-, Waisen- und Altersrenten, kostenlose Eintrittskarten für Fußballspiele, Kinos und Theater, nicht zuletzt auch kostenlosen Erholungsurlaub. Und Heydrich ließ auch genau die Wirkungen seiner Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik beobachten.[3589]

Die Beurteilung der Kriegsverbrechen im „Unabhängigen Staat Kroatien" – im Besonderen in Bosnien-Herzegowina – fällt schwieriger aus als etwa in Serbien oder in Slowenien. Zweifellos ging die Spirale der Gewalt bereits seit dem Frühjahr 1941 von den genozidalen Pogromen und Vertreibungen der *Ustaše* gegenüber den Serben aus. Das ergab für viele Serben eine klassische Notwehrsituation, wenn auch ihre Anerkennung als Kombattanten nach der HLKO erst nach und nach – jedenfalls ab Frühjahr 1942 – zutraf. In diesen kroatisch-serbischen Konflikt wurde schon 1941 die italienische Besatzungsmacht hineingezogen, die sich vor allem in Montenegro mit dem Widerstand der *Četnici* konfrontiert sah. So befahl der dortige italienische Oberbefehlshaber im Jänner 1942 für die Tötung eines Soldaten oder die Verwundung eines Offiziers die Erschießung von 50 Geiseln. Die deutsche Besatzungsmacht, die sich erst im Frühjahr 1942 stärker in die Auseinandersetzungen in Bosnien-Herzegowina einzuschalten begann, reduzierte erstaunlicherweise westlich der Drina die in Serbien üblichen Erschießungsquoten auf 1:10. Allein die Tatsache, dass sich die deutsche Besatzungsmacht in Bosnien-Herzegowina mehr der Bekämpfung der militärisch auftretenden kommunistisch orientierten Partisanen – zu denen nun zunehmend Kroaten und Muslime stießen – zuwandte, ließ freilich während verschiedener Operationen beider Seiten die Grenze zwischen kriegsvölkerrechtlich „legitimen" Erschießungen und offensichtlichen Kriegsverbrechen immer mehr verschwimmen. Bereits 1941 hatten *Četnici* begonnen, nicht nur an kroatischen Zivilisten Rache zu nehmen, sondern auch muslimische Dörfer zu überfallen, sie in Brand zu stecken und tausendfache Massenmorde durchzuführen. Aber auch die kommunistisch geführte Partisanenbewegung – Ende November 1943 von Marschall Tito und seinem Politbüro bzw. „Obersten Stab" auch politisch klar positioniert – scheute nicht davor zurück, jenseits des Kriegsvölkerrechts ganze Dörfer zu liquidieren. Andererseits gab es im März 1943 Gefangenenaustausch mit deutschen Kommandeuren.

Die deutsche Besatzungspolitik wandte in Slowenien – zuerst in der Untersteiermark und in Oberkrain, ab September 1943 zwischen Karawanken, Mur und Adria – härtere Unterdrückungsmaßnahmen als im Protektorat an und begann noch im Jahre 1941 mit der Um- und Aussiedlung von etwa 60.000 Slowenen, was durchaus als Vertreibung zu bezeichnen ist. Auf daraufhin einsetzenden partisanischen Widerstand reagierten SS und Sicherheitspolizei mit dem Niederbrennen ganzer Dörfer, der Erschießung ihrer männlichen Einwohner und Geiselerschießungen. Zwar konzentrierte sich der Widerstand der slowenischen „Befreiungsfront" bis September 1943 stärker auf das italienische Besatzungsgebiet, dennoch gelang es seit dem Winter 1941/42 auch den Deutschen nördlich der Save-Linie nicht, die Aktionen der „Befreiungsfront" vollständig zu brechen. Nach der Bewaffnung der

[3589] BRANDES, Protektorat I, 210-232.

slowenischen Partisanen mit italienischen Waffen im September 1943 musste sich auch die deutsche Besatzungsmacht auf die Sicherung der wichtigsten Verkehrswege und Industrieanlagen konzentrieren.

Zu den eindeutigen Überschreitungen des Kriegsrechtes durch NS-Besatzungsorgane gehörten in Jugoslawien chronologisch gereiht: Bombardierungen offener Städte (z. B. von Belgrad im April 1941); Deportationen von über 60.000 Slowenen aus der Untersteiermark und Oberkrain zwischen Juni 1941 und Juli 1942 nach Kroatien, Serbien und Deutschland; völlig willkürliche und unverhältnismäßig massenhafte Geiselerschießungen in Serbien im Herbst 1941 (über 10.000), in Slowenien vom Winter 1941/42 an; Vernichtung von kroatischen Dörfern im Hinterland von Split im April 1944; Zwangsrekrutierungen von männlichen und weiblichen Arbeitern in Slowenien und Serbien; Zwangsrekrutierungen von slowenischen Soldaten. Allerdings waren Kriegsrepressalien und Geiselerschießungen nach damaligem Kriegsrecht noch nicht ausdrücklich verboten, wenn sie eine gewisse „Verhältnismäßigkeit" nicht überstiegen. Gerade diese weit über den jeweiligen Anlassfall hinausgehenden Gewaltmaßnahmen aber – die schrecklichsten fanden in Kraljevo und Kragujevac in Serbien 1941 (mit jeweils über 2000 Exekutierten), in einer Reihe slowenischer Dörfer zwischen 1942 und 1945 (z. B. in Dragožce), in Lidice und Ležáky 1942 sowie in einer Reihe slowakischer Dörfer im Herbst 1944 statt – schufen die entscheidenden Voraussetzungen für den totalen Bruch zwischen Tschechen, Slowaken, Serben und Slowenen einerseits sowie „den Deutschen" andererseits. Bei Kriegsende gab es daher schon längst keine Differenzierung mehr zwischen Deutschen aus dem Altreich, aus Österreich sowie aus den volksdeutschen Gebieten; vor allem aber gab es auch keine Differenzierung mehr zwischen deutschen Kriegsverbrechern und völlig unschuldiger deutscher Zivilbevölkerung. Damit schien der österreichische Dichter Franz Grillparzer Recht zu behalten, der schon 1849 – offenbar unter dem Eindruck der ersten nationalen Kriege in Oberitalien und in der Vojvodina – in einem Epigramm gewarnt hatte: „Der Weg der neuern Bildung geht / Von Humanität / Durch Nationalität / Zur Bestialität."[3590]

7. Ein Vergleich zwischen den mit der NS-Herrschaft kollaborierenden Regimen muss vorerst zwischen den teilweise autonomen Satellitenstaaten Slowakei und Kroatien einerseits und den völlig abhängigen Regierungen in Prag und Belgrad unterscheiden; noch untergeordneter war die Position von General Rupnik in Laibach. Der ehemalige Richter und Organisationschef im Geheimen Staatspolizeiamt Werner Best, ab November 1942 Reichsbevollmächtigter in Dänemark, schlug für die nationalsozialistische „Großraumordnung" und „Großraumverwaltung" je nach „Rassennähe" eines Volkes und der Art seiner Verbindung zum Großdeutschen Reich die Einführung von vier Grundtypen vor: „Bündnisverwaltung", „Aufsichtsverwaltung" (Führung einer einheimischen Verwaltung durch

[3590] Franz GRILLPARZER. Sämtliche Werke. Ausgewählte Briefe, Gespräche, Berichte, hg. von Peter Frank und Karl Pörnbacher, 1. Bd. (Stuttgart – Zürich 1960) 500.

spezielle Bevollmächtigte und Kommissare aus dem Reich), „Regierungsverwaltung" (die militärische Besatzungsmacht und die zivile Besatzungsverwaltung überlassen mangels eigenen Personals die Führung der untergeordneten Verwaltungsebenen lokalen Beamten) und „Kolonialverwaltung". Die NS-Herrschaft im „Protektorat Böhmen und Mähren" entsprach demnach einer „Aufsichtsverwaltung" – vergleichbar mit der in Frankreich, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden, Dänemark und Norwegen; die NS-Herrschaft in der Slowakei einer „Bündnisverwaltung", nach dem Aufstand 1944 ebenfalls einer „Aufsichtsverwaltung"; die NS-Herrschaft in Slowenien und in Serbien einer „Regierungsverwaltung"; die NS-Herrschaft in Kroatien einer „Bündnisverwaltung", ab 1943 aber einer „Aufsichtsverwaltung". Allerdings lässt diese Terminologie die tatsächliche Herrschaftsausübung nicht erkennen, vor allem nicht die zunehmende Einflussnahme und Machtübernahme seitens des Reichsführers-SS Heinrich Himmler, der in allen Ländern Höhere SS- und Polizeiführer postierte: im Protektorat im April 1939, in Serbien im Jänner 1942, in Kroatien im März 1943, in Slowenien im September 1943 und in der Slowakei im September 1944. Das NS-Regime im „Protektorat" stand zwischen dem europäischen „Westen" und dem europäischen „Osten" (Pavel Maršálek). Die Herrschaft Neuraths, Heydrichs und Franks unterschied sich nicht nur im Verhältnis zur Protektoratsregierung und zum tschechischen politischen Widerstand, sondern richtete sich auch nach der Lage an den Fronten, besonders an der Ostfront. Jedenfalls aber spaltete das NS-Regime die „Nationalgemeinschaft", zuerst im Verhalten gegenüber der Protektoratsherrschaft, dann in ihren Beziehungen zur Exilregierung in London, schließlich in ihrem Verhältnis zur Slowakei.

Wenn man die Position des okkupierten Serbien im europäischen Vergleich berücksichtigt, dann fehlen viele wichtige Elemente, um Serbien als „Staat" bezeichnen zu können. Das Nedić-Regime besaß keine eigenen äußeren, formalen – ja nicht einmal symbolische – Kennzeichen eines Staates. Die deutsche Militärverwaltung erließ Verordnungen, die von der Nedić-Administration widerspruchslos durchgeführt werden mussten. Die deutschen Inhaftierungen, Internierungen und Standgerichte, die Prozesse gegen Angehörige der serbischen Bevölkerung, Zwangsarbeit und Exekutionen desavouierten völlig das serbische Gerichtswesen. Nedić hatte lange Zeit nicht einmal Zugang zum Kommando über die einheimischen Truppen (Serbische Staatswache, Serbisches Freiwilligenkorps). Auch die Wirtschaft und das Finanzwesen standen vollkommen unter der Kontrolle deutscher Bevollmächtigter. Schließlich anerkannten die Alliierten die königliche Exilregierung in London, womit für sie die Nedić-Regierung illegal war. Dennoch entwickelte diese eigene autoritäre und teilweise totalitäre Vorstellungen, die sie zu einem Kollaborationsinstrument der Besatzungsmacht machte. Freilich gelang es Nedić nicht, die NS-Führung von der Idee eines „Großserbien" zu überzeugen. Das Nedić-Regime erfüllte daher einige Charakteristika einer „Aufsichtsverwaltung", aber auch Elemente der „Regierungsverwaltung"; die unterste Stufe einer

Besatzungsverwaltung, die „Kolonialverwaltung“ – wie im Generalgouvernement, in Weißrussland oder in der Ukraine –, wurde zwar nach der Organisationsform nicht erreicht, verschiedene Unterdrückungsmethoden (besonders die massenhaften Geiselerschießungen) wiesen freilich in diese Richtung. Ein „serbischer Pétain“ (Miroslav Spalajković) war Nedić jedenfalls mit Sicherheit nicht, dazu fehlte ihm allein schon die internationale Anerkennung.

Im vom Deutschen Reich, Italien und Ungarn besetzten Slowenien überschnitten sich die Herrschaftskreise der Zivil- und Militärverwaltungen mit den zunehmenden politischen und militärischen Widerstandsaktionen der kommunistisch geführten „Befreiungsfront“ sowie mit den zwischen diesen Kraftfeldern lavierenden Organisationen des katholisch-bürgerlichen Lagers. Daher begannen sich bereits ab dem Sommer 1941 die Begriffe Okkupation, Widerstand, Kollaboration, Revolution, Konterrevolution und Bürgerkrieg zu verflechten. Letzten Endes setzte sich die „Befreiungsfront“ nach der Kapitulation Italiens und mit Hilfe der jugoslawischen Volksbefreiungsbewegung durch, die seit der Konferenz von Teheran von den drei alliierten Hauptmächten anerkannt worden war.

Die im Bundesarchiv/Militärarchiv in Freiburg im Breisgau archivierten Unterlagen deutscher Militärbehörden und Truppenkommanden lassen allerdings nachvollziehen, dass die von der jugoslawischen Historiographie weitverbreitete Feststellung, der Krieg der Partisanen Titos habe große deutsche Kräfte gebunden, weitgehend einer objektiven Grundlage entbehrt. Nach exakten Studien von Klaus Schmider waren auf dem Gebiet Serbiens, Kroatiens und Montenegros etwa folgende deutsche Truppenstärken stationiert:

- am 30. August 1941: 22.500 Mann in Serbien, 7500 Mann im NDH;
- am 31. Oktober 1942: 35.000 Mann in Serbien, 20.000 Mann im NDH;
- am 17. August 1943: 35.000 Mann in Serbien und Montenegro, 80.000 Mann im NDH;
- am 1. Juni 1944: 10.000 Mann in Serbien, 185.484 Mann bei der 2. Panzerarmee im NDH.

Als schärfster militärischer Gegner des Volksbefreiungsheeres Titos erwies sich im Jahre 1943 und im ersten Halbjahr 1944 die überwiegend aus Banater Schwaben bestehende 7. SS-Freiwilligen-Gebirgsdivision „Prinz Eugen“ unter ihrem Kommandeur SS-Obergruppenführer Arthur Phleps, der die Partisaneneinheiten nicht nur von Karlovac bis in die südöstliche Herzegowina treiben und Dalmatien besetzen ließ, sondern auch an der versuchten Gefangennahme Titos bei Drvar beteiligt war. Schließlich verteidigten die Reste der Division bei Kraljevo den Rückzug der deutschen Heeresgruppe E aus Griechenland nach Bosnien.

Wesentlich umfangreicher waren die italienischen Heeresverbände in Slowenien und Kroatien (2. Armee) sowie in Montenegro, die am 1. August 1941 mindestens 230.000 Mann betrugen, am 1. August 1942 zusammen 350.000 Mann und am 1. August 1943 noch immer nahezu 300.000 Mann. Das Bulgarische Okkupationskorps in Serbien zählte hingegen 1942/43 nur zwischen 26.000 und 28.000

Mann, mit einem zwischen Juli 1943 und Anfang September 1944 eingesetzten zweiten Korps immerhin 39.000 Mann.

Weder während des Zweiten Weltkrieges und schon gar nicht in der Nachkriegszeit war quantifizierbar, welcher Prozentanteil der tschechischen, slowenischen und serbischen Bevölkerung aktiven Widerstand geleistet hatte und welcher passiven Widerstand, welcher kollaboriert und welcher einfach in Gleichgültigkeit, Passivität und Resignation verharrt hatte. Auf Grund der Auseinandersetzungen mit der SS, dem Militär, der Polizei und der Gendarmerie des Okkupators und der Kollaborationsregime darf angenommen werden, dass der aktive Widerstand in Serbien, Kroatien und Slowenien wesentlich intensiver war als im Protektorat, wo die große Mehrheit der Bevölkerung zum „Weiterarbeiten" in Verwaltung und Wirtschaft und zu täglich notwendigen Arrangements mit den Protektoratsbehörden und der NS-Kriegswirtschaft veranlasst wurde. Letzten Endes wurden das Ausmaß und die Härte der Auseinandersetzungen zwischen NS-Regime und Widerstand auch durch die Zahl der Todesopfer dokumentiert, die in Serbien, Kroatien und Slowenien deutlich höher ausfiel als im Protektorat. Im Übrigen entschied Hitler im Dezember 1942, mit kriegsmäßigen Operationen in Westbosnien, in der Herzegowina und in Montenegro im ersten Halbjahr 1943 sowohl einen Entscheidungsschlag gegen den Obersten Stab der Partisanen als auch gegen das Führungszentrum der *Četnici* zu führen. Dabei unterschätzten seine Generäle die Unwegsamkeit der dinarischen Gebirgslandschaften, die Einsatzbereitschaft der Partisanen und die Einsatzschwäche der italienischen und kroatischen Bündnistruppen.

Der sowjetische Generalkonsul in Prag, Kulikov, schilderte Ende November 1940 während eines Aufenthaltes in Moskau dem Komintern-Sekretär Georgij Dimitrov die Lage im Protektorat und legte die Spannweite zwischen Kollaboration und Widerstand dar:

- „The Bat'a, Škoda, and other plants are working at full capacity making arms and equipment for the German army. […]
- The patriotic, anti-German spirit of the Czechs has not been broken.
- Terrible hatred of the Czechs for the National Socialists of Germany. In that atmosphere one finds national solidarity among the Czechs. A very thin stratum of society has deliberately gone over to serve the Germans.
- The chief director of ‚Bat'a' in the city of Zlín – Glavnička, Josef – is pro-Soviet. So are the chief director of ‚Škoda' Gromadko and his deputy Škvor. ‚Bat'a' is mass producing footwear with wooden soles. (It would not hurt to try that here, too.)"[3591]

Die im Protektorat Böhmen und Mähren, im Sudetenland, in der Slowakei, in Slowenien, in Serbien und zuletzt in Kroatien eingesetzten Gauleiter, Reichsstatthalter, Reichsprotektoren, Militärbefehlshaber und Höheren SS- und Polizeiführer waren keinesfalls nur „willige Vollstrecker" (Daniel J. Goldhagen) der Befehle Hitlers, Görings und Himmlers. Je nach Herkunft, Karriere, Persönlichkeit und Stellung in

[3591] Banac, Dimitrov, 138f.

der NS- und SS-Hierarchie beteiligten sie sich aktiv an der Konzeption und Durchführung der Besatzungspolitik. So waren die Einflussnahme und der persönliche Entscheidungsrahmen des Staatssekretärs und Staatsministers Karl Hermann Frank größer als die der Reichsprotektoren Konstantin von Neurath und Kurt Daluege. So wurde die Germanisierungspolitik in der Untersteiermark und in Oberkrain vor allem von den Gauleitern und Reichsstatthaltern Uiberreither und Rainer bestimmt, der überdies im September 1943 zum „Obersten Kommissar“ für das ganze Gebiet zwischen den Karawanken und der oberen Adria ernannt wurde. Zwar gab es immer wieder Absprachen mit Berlin, aber der persönlichen Initiative wurde durchaus Raum gegeben. Entsprechend hoch war auch das Maß der persönlichen Mitverantwortung der verschiedenen Funktionsträger, woraus die Alliierten und ihre Verbündeten nach Kriegsende die entsprechenden gerichtlichen Konsequenzen zogen.

8. Rache und Vergeltung sollten alle Deutschen treffen, so hatte es Präsident Beneš aus dem Londoner Exil angeordnet und so wurde es auch von den tschechischen (und slowakischen) Widerstandsgruppen in der Heimat verstanden. Ähnliche Befehle gingen im Oktober 1944 von Marschall Tito aus, und der slowenische Regierungschef Boris Kidrič verkündete dies im Juni 1945 auf dem Hauptplatz von Marburg (Maribor). Es ging aber nicht nur um Rache und Vergeltung, sondern zugleich auch um die Schaffung eines „revolutionären Klimas“, um die Deutschen außer Landes zu bringen, am besten im Rahmen von militärischen Operationen. Gelang dies in Polen auf Grund der Vorstöße der Roten Armee in Richtung Ostpreußen, Pommern, Schlesien und Berlin, in der Slowakei in Richtung Pressburg und in der Vojvodina in Richtung Ungarn, so funktionierte dies in Kroatien und in Slowenien nur teilweise, in Böhmen und Mähren so gut wie gar nicht. Bemerkenswert erscheinen deutsche und sowjetische Berichte, dass in Schlesien, Mähren, Böhmen und der Vojvodina sogar hartgesottene sowjetische Panzerkommandanten über die Verfolgung deutscher Zivilisten seitens tschechischer und serbischer „Partisanen“ und „Revolutionsgarden“ geschockt gewesen sein sollen und partiell eingegriffen hätten. Tatsächlich hatten Beneš und andere Exilpolitiker die Vertreibung der Deutschen „als nationale Revolution, verbunden mit einer sozialen Revolution“ tarnen wollen und den unter der NS-Besatzung aufgestauten Hass mit dem Verlangen nach Vergeltung geschürt. Mitte April 1945 rief die Kaschauer Regierung die tschechische und slowakische Bevölkerung dazu auf, sich an den Deutschen für all ihre Bestialitäten zu rächen und kein Erbarmen mit den deutschen Feinden zu haben. Als die tschechische Bevölkerung während des Prager Aufstandes zwischen dem 5. und 8. Mai 1945 erlebte, wie deutsche Tiefflieger Brand- und Sprengbomben auf die Prager Innenstadt abwarfen und Kampfgruppen der Waffen-SS Frauen und Kinder als Geiseln und Feuerschutz gegen die Barrikaden der Aufständischen trieben, verlangte der „Tschechische Nationalrat“ am 9. Mai – als bereits sowjetische Panzerspitzen Prag erreicht hatten – über den Rundfunk: „Fangt die deutschen Mörder und erschlagt sie, wenn sie Widerstand leisten.“ Und Präsident Beneš konstatierte am 12. Mai 1945 in

Brünn: „Das deutsche Volk [...] erscheint uns nur noch als ein einziges großes menschliches Ungeheuer."[3592]

Angehörige der tschechoslowakischen Armee, bewaffnete „Revolutionsgarden", befreite Gefangene und Rotarmisten richteten in Selbst- und Lynchjustiz als Nationalsozialisten oder Kollaborateure erkannte oder verdächtigte Personen hin. So wurden Ende Mai in Postelberg an die 800 sudetendeutsche Zivilisten erschossen, Mitte Juni in Prerau 245 Karpatendeutsche. Straflos blieb auch der Massenmord in Aussig am 31. Juli, nachdem eine Explosion eines Munitionsdepots sofort deutschen Saboteuren zugeschrieben worden war und ortsfremde Tschechen sogleich mit der massenhaften Erschießung von Deutschen begannen. Vermutlich sollte diese von Prag aus angestiftete Aktion die Potsdamer Verhandlungen zu Gunsten einer schnelleren Vertreibung beeinflussen.

Der Deutschenhass bei den tschechischen Exilpolitikern und Widerstandsaktivisten sowie in Teilen der Bevölkerung resultierte einerseits aus der Rolle der Sudetendeutschen Partei bei der Zerstückelung der Tschechoslowakei und dem Terrorregime Heydrichs und Franks, andererseits aus der Wut über die Schmach von „München" bzw. das militärisch freilich erklärbare Unvermögen, größere Widerstandshandlungen wie etwa in Weißrussland, Polen, der Slowakei, Jugoslawien oder Griechenland zu setzen. Die bewusste Anstiftung der tschechischen Bevölkerung seitens ihrer politischen Spitzenrepräsentanten – vom Präsidenten Beneš über den Ministerpräsidenten Fierlinger und den KSČ-Chef Gottwald bis zum Verteidigungsminister Svoboda, dem Justizminister Drtina und dem Innenminister Nosek – zu gewalttätigen Handlungen gegenüber den Deutschen sollte in ihrer Wirkungsmächtigkeit nicht unterschätzt werden. Und: „Das, was die Politiker euphemistisch als Verbindung der nationalen mit der sozialen Revolution bezeichneten, präsentierte sich dem kleinen Mann auf der Straße als eine einmalige Chance, beim allgemeinen Ausverkauf des deutschen Besitztums auch für sich etwas zu erbeuten, seine materielle Lage zu verbessern und den sozialen Aufstieg zu schaffen." (Emilia Hrabovec)

Die ersten großen Racheaktionen gegenüber den Deutschen in Jugoslawien erfolgten unmittelbar nach der Eroberung Nordserbiens und der Vojvodina seitens der Roten Armee im Oktober 1944, die von Rumänien und Bulgarien kommend nach Südungarn vorstieß. Im Gefolge der Rotarmisten, die zahlreiche deutsche Frauen vergewaltigten, ermordeten jugoslawische Partisanen über 7000 deutsche Zivilisten aus dem Banat, der Batschka und Syrmien, die weder rechtzeitig evakuiert worden waren noch flüchten hatten können. Auf Betreiben der beiden Politbüromitglieder der KPJ, Moša Pijade und Aleksandar Ranković, organisierten die Volksbefreiungsausschüsse und die OZNA, die im Mai 1944 gebildete kommunistische Geheimpolizei, Volksgerichte und Erschießungskommandos, wobei sich ihre Mordaktionen besonders gegen Industrielle, wohlhabende Gewerbetreibende, reichere Bauern, Angehörige der freien Berufe, Lehrer und Geistliche

[3592] BRANDES, Vertreibung, 69.

richteten. Im Übrigen wurden auch reichere Magyaren und Serben nicht verschont und zu Tausenden erschossen oder erschlagen, nach neuesten serbischen Berechnungen bis zu 5000 Magyaren und bis zu 40.000 Serben (!). Bereits im Oktober 1944 waren Deutsche und Magyaren in der Vojvodina als „staatlich unzuverlässige Personen" verhaftet und interniert worden, wobei jedoch die kommunistische Militärverwaltung ab 1. Dezember 1944 zwischen den Deutschen und Magyaren zu unterscheiden begann. Der AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 sah bereits die entschädigungslose Enteignung aller Deutschen und Magyaren vor, die im Frühjahr 1945 auch gesetzlich verankert wurde. Ab Weihnachten 1944 wurden aus den donauschwäbischen Lagern und Dörfern 8000 Frauen und 4000 Männer zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert. Und ab Jänner 1945 erfolgte in der Batschka und im Banat die massenweise Einweisung von etwa 170.000 donauschwäbischen Männern, Frauen und Kindern in Arbeits- und Hungerlager, die nahezu 50.000 nicht überlebten. Ein die totale Macht innehabendes Regime, das den überwiegenden Teil einer ethnischen Gruppe enteignet, entrechtet und interniert, sodann in den Internierungslagern durch mangelnde Ernährung und Hygiene derart katastrophale Zustände zulässt, dass 37 % der Internierten daran elend zugrunde gehen, muss sich den Vorwurf des Ethnozids gefallen lassen. Dazu bedarf es keiner Auffindung eines Befehls Titos oder Ranković', Teile dieser ethnischen Gruppe bewusst auszurotten.

In Kroatien und Slowenien, die von den Partisanenarmeen erst im April und Mai 1945 erobert wurden, erfolgten die Erschießungsaktionen gegen Deutsche in deutlich geringerer Zahl. Dies hatte freilich weniger mit reduzierten Hassgefühlen zu tun, sondern eher mit der Tatsache, dass die große Mehrheit der Kroatien- und Slowenien-Deutschen noch vor Kriegsende evakuiert werden konnte oder im Gefolge der sich zurückziehenden deutschen Truppen geflohen war. Schließlich richteten sich nach Kriegsende eine Reihe von Massenexekutionen der Partisanen mehr gegen kroatische, slowenische und serbische „Kollaborateure" (*Ustaše, Domobrani, Domobranci, Četnici*), deren in die Zehntausende gehende Massengräber erst seit den 1990er Jahren freigelegt werden. Aber auch unter den mehr als 150.000 deutschen Kriegsgefangenen gab es zahlreiche Opfer. Für die Kommunistische Partei Sloweniens und die von ihr beherrschte „Befreiungsfront" war von 1941 an der „innere Feind" ebenso wichtig wie der äußere. Parallel zum Kampf gegen die drei Okkupatoren trat daher spätestens ab Anfang 1942 der Kampf gegen die *Domobranci* und *Četnici*. Dies begann mit politischen Morden an bürgerlichen Politikern und katholischen Priestern in Laibach, setzte sich fort in der Erschießung gefangener und schwerverwundeter *Domobranci* und *Četnici* und endete schließlich im Frühjahr 1945 in größeren Massakern im Gottscheer Hornwald (Kočevski rog). Die „Befreiungsfront" war im Verlauf des Krieges immer stärker daran interessiert, politische Gegner als vermeintliche „Kollaborateure", „Verräter" und „Volksfeinde" zu liquidieren. Im Mittelpunkt der tödlichen Angriffe der „Befreiungsfront" standen vor allem die antikommunistischen slowe-

nischen Dorfwachen, die Milizen und Einheiten der slowenischen „Landeswehr", die Angehörigen des „bürgerlichen Lagers" insgesamt und der katholische Klerus. Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass auf den „killing fields" in Slowenien von den Truppen der Partisanen und der „Befreiungsfront" unmittelbar vor und nach Kriegsende, also im Mai und Juni 1945, an die 100.000 Personen liquidiert wurden: Kroaten, Slowenen, Serben, Bosnier, Deutsche und Italiener.

9. Mit der Niederlage des „Großdeutschen Reichs" Adolf Hitlers gehörten auch die deutschen Volksgruppen zu den Mit-Verlierern des Zweiten Weltkriegs. Bereits nach der Eroberung der Vojvodina durch die Rote Armee im Oktober 1944 begannen die „wilden Vertreibungen" von Deutschen und Magyaren seitens der jugoslawischen Partisanen, kaum seitens der serbischen oder kroatischen Zivilbevölkerung. Allerdings wurde die große Mehrheit der nicht-evakuierten und nicht geflüchteten „Schwaben" in Konzentrations- oder Arbeitslagern konfiniert. Es ist bis heute unklar, welche Strategie Tito und sein Oberster Stab mit dieser Maßnahme verfolgen wollte. Erst als die ausländische Kritik an den verheerenden Zuständen in einzelnen Lagern zunahmen, erleichterten die Belgrader Regierung und ihre Organe ab Frühjahr 1946 die illegale Flucht über die Grenze nach Ungarn, von wo die „Schwaben" nach Österreich abgeschoben wurden. Die politischen und militärischen Führer der slowenischen „Befreiungsfront" gaben hingegen schon knapp vor Kriegsende klare Befehle, möglichst viele Deutsche aus der Untersteiermark sofort zu vertreiben. Dies wurde von den Partisaneneinheiten auch weitgehend umgesetzt.

Unmittelbar nach Kriegsende begannen auch die „wilden Vertreibungen" von Deutschen und Magyaren aus der Tschechoslowakei. Deutsche und Magyaren wurden für „staatlich unzuverlässig" erklärt, ganze Personengruppen verhaftet und interniert, aus dem Lande gejagt und ihr gesamtes Eigentum entschädigungslos konfisziert. Die Deutschen wurden mit Hakenkreuzen auf dem Rücken gekennzeichnet oder mussten sich – nach dem schlechten deutschen Beispiel für die Kennzeichnung der Juden durch ein „J" oder ein „Ž" (*Žid*) – durch ein aufgenähtes „N" für „Deutscher" (*Němec*) zu erkennen geben. Ein Teil der Deutschen wurde in Lagern konzentriert, ein anderer zur Zwangsarbeit verpflichtet und der dritte bereits zu Fuß oder in Gütertransporten über die Grenze getrieben. Grundsätzlich erlaubten die tschechischen Behörden die Mitnahme von 30 bis 50 kg Gepäck, Lebensmittel für drei bis sieben oder zehn Tage und 50 bis 300 Reichsmark Bargeld. Allerdings wurden nicht wenige Deutsche noch vor ihrer Vertreibung von tschechischen Milizen, Revolutionsgarden und Bewachungsorganen aller Art ihrer gesamten Habe beraubt. Allein zwischen Anfang Mai und Anfang August 1945 wurden auf diese Weise bis zu 450.000 Sudetendeutsche in die sowjetische, 200.000 in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands und 150.000 nach Österreich vertrieben; aber die „wilden Vertreibungen" dauerten bis zum Jahresende 1945 fort.

Auf Beschluss des mährischen Zentralen Nationalausschusses wurden die deutschen arbeitsfähigen Männer Brünns in Lager eingewiesen, die übrigen

Deutschen – etwa 26.000 Frauen, Kinder und alte Männer – am Morgen des 31. Mai 1945 über die Brünner Straße in Richtung österreichische Grenze getrieben. An die 1000 Personen dürften diese sadistische Vertreibung nicht überlebt haben. „Humaner" verliefen die ersten Vertreibungen lediglich in West- und Südböhmen, wo die 3. US-Armee größere Exzesse verhindern konnte. Als britische Zeitungen einen Reuters-Bericht über tschechische Vertreibungspraktiken übernahmen, gab es am 18. Juni 1945 erstmals kritische Stimmen im britischen Unterhaus. In der Zwischenzeit füllten sich die Lager, Gefängnisse und Strafanstalten, auch in Kasernen, Kinosälen und Gasthäusern wurden Tausende Deutsche untergebracht. Zwangsarbeit, Gewalttätigkeiten, Vergewaltigungen, Unterernährung und Krankheiten führten zu massenhaften Todesfällen, nicht selten auch zum Selbstmord. Tomáš Staněk schätzt nach seinen jahrelangen Detailforschungen die Gesamtzahl der Toten in den Lagern auf 4000 bis 5000. Für die zweite Oktoberhälfte und Anfang November 1945 sind in Böhmen, Mähren und Tschechisch-Schlesien mehr als 300 Internierungslager und Gefängnisse mit insgesamt 150.000 Internierten dokumentiert.

Ob die Sudeten- und Karpatendeutschen sowie die Jugoslawien-Deutschen als „Täter", „Opfer" oder „Zuschauer" des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen einzustufen sind, lässt sich nicht generell, sondern nur individuell beantworten. Die Behauptung in der älteren tschechischen, slowenischen und serbischen Historiographie, dass die „Volksdeutschen" eine „Fünfte Kolonne" der Nationalsozialisten gewesen seien, die Befehle aus Berlin umgesetzt hätten, „hält einer detaillierten Untersuchung nicht stand" (R. M. Douglas). Zweifellos gehörte die Mehrzahl der Funktionäre der Sudeten-, Karpaten- und Jugoslawien-Deutschen zu den „Tätern", die große Mehrheit der Bevölkerung in den auch im Krieg abgeschiedenen Dörfern und Kleinstädten war aber meist nur „Mitläufer" und „Zuschauer" und wurde dann ab Oktober 1944 bzw. Mai 1945 „Opfer". Festzuhalten ist, dass die überwiegende Mehrheit der Funktionäre mit ihren Familien – mit dem Auto oder mit dem Zug – der Verfolgung seitens der Rote Armee, der jugoslawischen bzw. der tschechoslowakischen Militär- und Zivilorgane durch Flucht entkam und von den Westalliierten nur in geringer Zahl ausgeliefert wurde. Anders gesagt, haben sie in der Stunde der Not ihre Volksgruppe im Stich gelassen.

10. So unangenehm es heute erscheinen mag: Im letzten Kriegsjahr waren sich nicht nur die NS-Geopolitiker, die tschechoslowakische und die jugoslawische Exilregierung sowie die Führung des tschechischen, slowakischen, slowenischen und jugoslawischen Widerstandes, sondern auch die Kriegsalliierten in London, Washington und Moskau darin einig, dass nach dem Krieg die Schaffung von „nationalen Siedlungsräumen" die Minderheitenprobleme in Ostmittel- und Südosteuropa lösen sollte, d. h. die alleinige Vereinnahmung von staatlichen Territorien durch einzelne „ethnische" Gruppen. Aussiedlungspläne waren bereits in der Zwischenkriegszeit entwickelt worden. Nicht nur für Hitler und Stalin, sondern auch für Churchill waren „ethnische Säuberungen" ein zulässiges politisches Mit-

tel, um künftige Staats- und Volksgrenzen in Einklang zu bringen. Das Beispiel des griechisch-türkischen „Bevölkerungsaustausches“ von 1922/23 – tatsächlich ein Ergebnis des vorangegangenen Krieges – war allgemein bekannt und keineswegs negativ stigmatisiert.

Auch Beneš war ein Verfechter des *ethnic engineering* und hatte bereits im Verlauf des Jahres 1938 fünf Pläne zur Trennung zwischen Tschechen und Deutschen entwickelt, wobei der 5. Plan von Ende September 1938 bereits eine Teilaussiedlung der Sudetendeutschen mit der Abtretung von sudetendeutschen Randgebieten an Deutschland zu verbinden trachtete. Konnte sich Beneš daher 1939 – zuerst im amerikanischen, dann im britischen Exil – noch einen Kompromiss zwischen Gebietsabtretungen an Deutschland und Umsiedlungen eines Teiles der Sudetendeutschen vorstellen, so nützte er bereits den deutschen Bomberkrieg gegen Großbritannien 1940 zur Festlegung auf die Aussiedlung aller Sudetendeutschen aus der Nachkriegs-Tschechoslowakei. Unter dem Eindruck der deutschen Repressionsmaßnahmen unter Heydrich und nach seiner Ermordung – vor allem durch die Liquidierung der Dörfer Lidice und Ležáky – erreichte Beneš schon am 6. Juli 1942 von der britischen Regierung die öffentliche Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens und die geheime Anerkennung des allgemeinen Prinzips des Transfers von deutschen Minderheiten aus Mittel- und Südosteuropa nach dem Krieg. US-Präsident Roosevelt stimmte im Frühjahr 1943 zu, Generalissimus Stalin und Außenminister Molotov im Dezember 1943 – danach auch die Exilführung der tschechoslowakischen Kommunisten. Dennoch herrschte in den Kreisen des tschechischen Exils wie des heimatlichen Widerstands und schließlich auch der Kaschauer Regierung noch bei Kriegsende Unsicherheit darüber, ob nun die Alliierten ihre Zustimmung einhalten würden. Immerhin war weder der Roten Armee in Mähren, Ost- und Mittelböhmen an weiterem Chaos gelegen noch der US-Armee in West- und Südböhmen. Dennoch ließen Russen und Amerikaner ab Mai 1945 die von führenden tschechoslowakischen Politikern und Militärs organisierten „wilden“ Vertreibungen von Hunderttausenden Sudetendeutschen in die deutschen und österreichischen Besatzungszonen zu. Erst mit dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 versuchten sie diese illegalen Vertreibungsaktionen zu stoppen und ordneten „ordnungsgemäße und humane Transfers“ der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn an. Damit erfüllten die Alliierten die wesentlichste Intention der tschechischen, slowakischen und südslawischen Nationalisten: Sie wollten das Land – aber ohne dessen deutsche Bevölkerung, einerlei, ob sie eine Mehrheit oder Minderheit dargestellt hatte. Daher verkündete Innenminister Václav Nosek in seinem Bericht vor dem tschechoslowakischen Parlament am 24. Oktober 1946 mit einigem Stolz: „Wir haben den ewigen Traum von Generationen verwirklicht“ – den „Abschub der Deutschen“.

Am 2. August 1945 schuf das Verfassungsdekret von Präsident Beneš, das den Deutschen und Magyaren mit Ausnahme der „Antifaschisten“ die Staatsbürgerschaft entzog, die rechtliche Grundlage für die Zwangsaussiedlung. Die Prager

Regierung erklärte dem Alliierten Kontrollrat für Deutschland, dass noch 2,5 Millionen Deutsche auszusiedeln seien – eine sicher zu hoch angesetzte Zahl –, und am 20. November 1945 einigte sich der Kontrollrat über die Verteilung der Vertriebenen auf Besatzungszonen in Deutschland: Aus der Tschechoslowakei sollten 1,75 Millionen Deutsche in die US-Zone deportiert werden, 750.000 in die sowjetische Zone. Die Leitung des „Abschubs" (*odsun*) sollte das Prager Innenministerium innehaben, das die Aussiedlung – und parallele Ansiedlung – über seine „regionalen Besiedlungsämter" in Zusammenarbeit mit den „Nationalausschüssen", der Polizei und der Armee organisierte. Nach Festlegung des Termins wurden die Deutschen in ein Sammellager gebracht, wo sie bis zu drei Wochen auf den Abtransport warteten. Die US-Behörden setzten bei der Prager Regierung durch, dass die Deutschen pro Person 50 kg Gepäck, darunter Lebensmittel für drei Tage sowie 1000 Reichsmark, ausführen durften. Die Mitnahme wertvoller Gegenstände außer Trauringen blieb verboten, die Amerikaner bestanden jedoch darauf, dass nur ganze Familien abgeschoben würden und dass es vor der Zwangsausweisung eine ärztliche Untersuchung gebe. Jeder Transport sollte aus 40 Waggons mit zusammen etwa 1200 Personen bestehen, die von deutschen Ärzten und Krankenschwestern begleitet würden. Im März 1946 erreichte die tschechoslowakische Regierung, dass Stalin den widerstrebenden Marschall Georgij K. Žukov zur Aufnahme weiterer Sudetendeutscher in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zwang. Von Mitte Juni bis Ende Oktober 1946 wurden daraufhin noch 630.000 Deutsche in die SBZ abgeschoben, wobei sie 50 kg Gepäck und 500 Reichsmark mitnehmen durften.

In der Historiographie wird bis heute darüber gestritten, ob es sich um einen „Abschub", um einen „Transfer", um eine Zwangsaussiedlung oder um eine „Vertreibung" gehandelt habe. Bedřich Brabec, ein Tscheche aus Aussig, der bis 1938 das tschechische, dann das deutsche Gymnasium besucht hatte und im Mai und Juni 1945 als „Hilfsgardist" eingeteilt wurde, gab eine sehr einfache, nichtsdestoweniger zutreffende Antwort: „Wenn ich jemandem sein gesamtes Eigentum wegnehme, sein Haus, seine Wohnung, die Möbel, die Kleidung, den Garten, den Hof und auch sein Zuhause und ihm nur so viel lasse, wie er tragen kann, dann habe ich ihn vertrieben."[3593]

Von der Vertreibung ausgenommen blieben die „Antifaschisten" und bestimmte Gruppen von Facharbeitern, auf die die Tschechoslowakei nicht verzichten wollte. Als „Antifaschisten" galten Personen, „die der tschechoslowakischen Republik treu geblieben waren, sich niemals gegen das tschechische und slowakische Volk vergangen und sich entweder aktiv am Kampf um seine Befreiung beteiligt oder unter dem NS-Terror gelitten haben". Angesichts der hasserfüllten antideutschen Stimmung emigrierten aber bis Juli 1947 etwa 53.000 deutsche Sozialdemokraten in die amerikanische und knapp 43.000 deutsche Kommunisten in die sowjetische Besatzungszone. Immerhin mussten 1947 etwa 240.000 Deutsche meist unfrei-

[3593] Tragická místa paměti, 154.

willig zurückbleiben – überwiegend Facharbeiter mit ihren Familien, die u. a. auch im Uranbergbau in Joachimsthal eingesetzt wurden.

Einen vergleichbaren Masterplan für die Vertreibung und Aussiedlung der Volksdeutschen aus Jugoslawien hat es offensichtlich nicht gegeben (bzw. ist er bis heute nicht bekannt geworden), weder im Präsidium des AVNOJ noch im „Obersten Stab" um Marschall Tito. Allerdings gab es Pläne serbischer Intellektueller, durch Aussiedlungen von Donauschwaben und Magyaren aus der Vojvodina in diesem Gebiet endlich die seit 1918 angestrebte Bevölkerungsmehrheit an Serben zu erreichen. Der bekannteste Plan stammte von einem Mitattentäter von Sarajevo 1914, Vaso Čubrilović, der im März 1945 jugoslawischer Minister für die Landwirtschaft und die Agrarreform wurde. Unabhängig von den serbischen demographischen Überlegungen entwickelten sich ab Februar 1944 Planungen im „Slowenischen Volksbefreiungsrat", die untersteirischen Deutschen wegen ihrer Rolle in der NS-Besatzungspolitik aus dem slowenischen Gebiet zu vertreiben. Vor allem die Mitglieder des „Kulturbundes" oder anderer NS-Organisationen sollten samt ihren Familien des Landes verwiesen werden. Bis heute lässt sich allerdings nicht feststellen, weshalb die jugoslawische Regierung der Konferenz von Potsdam keinen Antrag vorlegte, die im Juli 1945 noch in Jugoslawien befindlichen und zumeist internierten Deutschen zwangsweise auszusiedeln. Als die Regierung Tito im Jänner 1946 dieses Anliegen den Alliierten unterbreitete, lehnten die USA und Großbritannien ab, da gerade die Massentransporte aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn anzurollen begannen und die Alliierten zu Recht große Versorgungsprobleme befürchteten.

Die grundsätzliche Mitverantwortung der westlichen Alliierten für die Politik der Zwangsaussiedlung ist zwar unbestreitbar, aber die sogenannten „wilden", dennoch politisch und militärisch organisierten Vertreibungen aus der Tschechoslowakei und Jugoslawien waren schon Monate vor der Potsdamer Konferenz in Gang gekommen und hatten jeweils bereits viele Hunderttausende Deutsche betroffen. Diese Vertreibungen bis in den Herbst 1945 hinein sind auch der wichtigste Beleg dafür, dass die politische Hauptverantwortung für die Vertreibungen und Zwangsaussiedlungen doch bei den führenden Exil-, Widerstands- und Nachkriegspolitikern der Tschechoslowakei und Jugoslawiens lag. Tschechen, Slowaken, Serben, Slowenen und Kroaten benutzten den Deckmantel des Krieges und den Übergang vom Krieg zum Frieden, um die Deutschen aus ihren Ländern zu vertreiben und alte Rechnungen zu begleichen. Nationalistische Gefühle und der verständliche Wunsch nach Rache durchdrangen die Mehrheit der west- und südslawischen Bevölkerungen, als sie es ihren deutschen Unterdrückern gewaltsam heimzahlen konnten. „Den Anstoß zur Eskalation des Nationalismus hatten die Nationalsozialisten gegeben, daher könnte man in gewisser Hinsicht sagen, die Deutschen hätten geerntet, was sie gesät hatten" (Norman M. Naimark).

Eine in der Historiographie zeitweise versuchte Gleichsetzung der Vertreibungen und Zwangsaussiedlungen der Deutschen mit den Deportationen der Juden

innerhalb des NS-Machtbereichs übersieht den exterminatorischen Ansatz der NS-Planer und den durch keine rationalen Argumente einzudämmenden unbedingten Willen Hitlers und seiner Paladine, die Juden wegzuschaffen. Der NS-Völkermord an den Juden sticht daher unter den vielen Massenverbrechen im Zweiten Weltkrieg als singulär hervor. Dennoch sollte nicht übersehen werden, dass die Vertreibungen und Zwangsaussiedlungen der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien „die größte Zwangsumsiedlung in der Menschheitsgeschichte" darstellte (R. M. Douglas). Außerdem trifft die Feststellung des *Economist* vom 20. Juli 1946 zu, dass sich „in Mitteleuropa während des Krieges eine neue Lumpenbourgeoisie" ausbreitete, „die zuerst den Besitz ermordeter Juden und dann vertriebener Deutscher plünderte".

Ende 1947, als sich die organisierten Vertreibungen der Deutschen aus Ostmitteleuropa ihrem Ende näherten, ließ der Alliierte Kontrollrat für Deutschland eine Studie über die „gesamte Frage des Bevölkerungstransfers nach Deutschland" erstellen. Die US-Vertreter, die mit den Zwangsaussiedlungen befasst gewesen waren, empfahlen unmissverständlich, „dass der Kontrollrat sich gegen alle künftige Zwangsumsiedlungen ausspricht, insbesondere die gewaltsame Entfernung von Menschen aus Orten, die seit Generationen ihre Heimat gewesen sind". Die Verfasser der Studie betrachteten „den moralischen und humanitären Aspekt der Ungerechtigkeiten", „die Menschen massenhaft angetan werden, wenn ein Teil der Bevölkerung gewaltsam aus seiner langjährigen Heimat entwurzelt, ohne Entschädigung enteignet und einer anderen Bevölkerung zugeschlagen wird, die bereits unter Hunger, unzureichenden Wohnverhältnissen, Mangel an produktiver Beschäftigung und fehlenden sozialen, medizinischen und Bildungseinrichtungen leidet".[3594]

11. Sowohl für die Alliierten als auch für ihre Verbündeten stellte sich schon während des Krieges die Frage, wie sie auf die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands, seiner Institutionen und seiner Bürger reagieren sollten. Als Zusatzfrage stellte sich das Problem, wie politisch und rechtlich die „Volksdeutschen" zu behandeln wären, die ehemals deutschen Minderheiten in den baltischen Staaten, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Italien, Frankreich, Belgien und Dänemark.

Das von Präsident Beneš am 19. Juni 1945 unterzeichnete Retributionsdekret „über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und ihrer Helfershelfer" stellte nicht nur Verbrechen gegen die Menschlichkeit, den Frieden oder Kriegsverbrechen unter Strafe, sondern auch „Anschläge gegen die Republik". Bei den gleichzeitig eingerichteten „außerordentlichen Volksgerichten" handelte es sich um Standgerichte, vor denen der Prozess in drei Tagen abgeschlossen sein musste, eine Berufung gegen die Urteile ausgeschlossen war und die Strafen in-

---

[3594] Draft Report to the Coordinating Committee Concerning the Question of Population Transfers, submitted by the U.S. representative, 23 October 1947, zitiert nach: DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung", 447.

nerhalb von zwei Stunden zu vollstrecken waren. Die tschechischen Volksgerichte verhängten gegen 475 Deutsche und 234 Tschechen Todesurteile, 443 Deutsche und 293 Tschechen wurden zu lebenslangem Kerker verurteilt, 19.888 Personen erhielten bis zu zehn Jahre Haft und 9132 Angeklagte wurden freigesprochen; 5129 Personen waren geflohen oder verstorben.

Unter den Hingerichteten befanden sich der Primator-Stellvertreter von Prag, der Historiker Josef Pfitzner, der Staatsminister und Höhere SS- und Polizeiführer Karl Hermann Frank sowie der Reichsprotektor SS-General Karl Daluege. Hingegen wurde kein einziger Minister der Protektoratsregierung hingerichtet. In Bratislava verurteilte das Volksgericht den Präsidenten Jozef Tiso und den Ministerpräsidenten Vojtech Tuka zum Tode, allerdings nicht den Innenminister Alexander Mach. Hingerichtet wurden auch der deutsche Gesandte Hanns Elard Ludin und der „Berater für die Judenfrage", SS-Hauptsturmführer Dieter Wisliceny.

Mit dem Gesetz vom 8. Mai 1946 wurden alle Handlungen straffrei gestellt – nicht amnestiert (!) –, die in der Zeit zwischen dem Münchener Abkommen und dem 28. Oktober 1945 begangen worden waren, sofern sie dem Ziel gedient hätten, „zum Kampf um die Wiedererlangung der Freiheit der Tschechen und Slowaken beizutragen, oder auf die gerechte Vergeltung für Taten der Okkupanten oder ihrer Helfer" gerichtet waren. Dieses rechtspolitisch mehr als problematische Straffreistellungsgesetz, das zu vergleichbaren Regelungen in Frankreich, Italien, Belgien und Österreich gehört, ist leider auch noch in der Tschechischen Republik in Kraft.

Nach den zahlreichen Standgerichten während des Krieges und Tausenden Todesurteilen unterblieben im kommunistischen Jugoslawien Massenverurteilungen. Die neue Justiz konzentrierte sich mehr auf Schauprozesse gegen deutsche Generäle, SS-Führer, NS-Funktionäre und frühere Volksgruppenvertreter. So wurden in Belgrad Generaloberst Alexander Löhr, General Heinrich Danckelmann, der Höhere SS- und Polizeiführer August von Meyszner und SS-Gruppenführer Harald Turner hingerichtet, in Zagreb der deutsche Gesandte Siegfried Kasche und der evangelische Landesbischof Philipp Popp und in Laibach der Kärntner Gauleiter und Reichsstatthalter Friedrich Rainer sowie der Höhere SS- und Polizeiführer Erwin Rösener. Parallel dazu wurden in Belgrad, Zagreb und Laibach auch „einheimische Verräter" vor Gericht gestellt und hingerichtet: in Belgrad der Četnik-Führer General Draža Mihailović, in Zagreb der kroatische Ministerpräsident Nikola Mandić und in Laibach der Kommandeur der Slowenischen Landeswehr, General Leon Rupnik, mit dem Polizeichef Lovro Hacin.

12. „AVNOJ-Beschlüsse" und „Beneš-Dekrete" sind, soweit sie das Schicksal der Donauschwaben, der deutschen Untersteirer, Gottscheer und Laibacher sowie der Sudeten- und Karpatendeutschen betrafen, zum größeren Teil – aber nicht ausschließlich – als politische und rechtliche Reaktionen auf die deutsche Besatzungsherrschaft in Serbien, der Vojvodina (inklusive Syrmien) und Slowenien einerseits sowie im Protektorat Böhmen und Mähren (ab August 1944

auch in der Slowakei) andererseits zu verstehen. Hinsichtlich der Reaktion des tschechoslowakischen Exils in London um Präsident Beneš ist allerdings die „Revanche für München“ stark mitzuberücksichtigen. Weder in Jugoslawien noch in der Tschechoslowakei wurden Gesetze, Dekrete oder andere rechtswirksame Normen verabschiedet, die eine Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen ausdrücklich festgelegt hätten. Daher gibt es in Tschechien, der Slowakei und Serbien noch heute Politiker, Juristen und Historiker, die entweder behaupten, die Vertreibung und Zwangsaussiedlung seien unmittelbare Kriegsfolgen gewesen – Flucht vor der Roten Armee bzw. vor den jugoslawischen Partisanen –, oder die sich auf die Beschlüsse von Potsdam bzw. des Alliierten Kontrollrates für Deutschland auszureden versuchen. Manche führen sogar beide Motivketten als entscheidende Ursachen an. Dazu ist freilich anzumerken, dass Flucht und Evakuierung vor der Roten Armee im Wesentlichen nur auf die Vojvodina und die Slowakei zutrafen, während die Flucht vor den Partisanen nur in der Vojvodina und in Slowenien vorkam. Vor allem aber sollte nicht übersehen werden, dass sowohl die Belgrader als auch die Prager Regierung mit ihren Enteignungsbeschlüssen den Deutschen jede weitere Existenzmöglichkeit entzogen und dass die tschechoslowakische Regierung überdies ein „Vertreibungsdekret“ vorbereitete, das nur auf Grund des Potsdamer Beschlusses nicht verabschiedet wurde.

Der AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 löste die Frage des deutschen Eigentums ziemlich kompromisslos. Er machte keinen Unterschied zwischen staatlichem und privatem Eigentum, ordnete die Konfiszierung für den Tag der Verkündung des Beschlusses an und übertrug die Durchführung den jeweiligen Kreis- und Bezirks-Volksbefreiungsausschüssen. Damit wurde der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien mit einem Schlag jede weitere Existenzmöglichkeit entzogen. Nach den stenographischen Protokollen des Präsidiums des AVNOJ gab es am 21. November 1944 keine weiteren Beschlüsse. Ob der erwähnte Beschluss bereits während der zweiten AVNOJ-Vollversammlung in Jajce vorbereitet worden war, konnte bisher quellenmäßig nicht nachgewiesen werden. Auch eine andere, in Historiographie und Politik wiederholt geäußerte Vermutung, dass das Präsidium des AVNOJ am 21. November 1944 nicht nur „den Übergang von feindlichem Vermögen in staatliches Eigentum“, sondern auch die Entziehung der bürgerlichen Rechte (*gradjanska prava*) beschlossen hätte, ist nicht zutreffend. Denn tatsächlich gab es diesen angeblichen zweiten AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 nicht. Ein Auslegungstext vom 23. Mai 1945 bezog sich also nicht auf einen angeblichen, eben nicht existierenden zweiten AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944, sondern auf den zitierten Beschluss hinsichtlich „des Überganges von feindlichem Vermögen in staatliches Eigentum“. Die wesentlichen Formulierungen des Beschlusses vom 21. November 1944 und der Auslegung vom 23. Mai 1945 stimmen auch genau überein; hinzugefügt wurde lediglich das Wort „Bürgerrechte“ (*gradjanska prava*), offensichtlich um die praktisch bereits vollzogene Entrechtung aller Jugoslawiendeutschen im Nachhinein

zu legitimieren. Genau diese im Gesetzgebenden Ausschuss des AVNOJ am 23. Mai 1945 getätigte Hinzufügung führte aber in der Historiographie zum falschen Rückschluss, am 21. November 1944 seien den Deutschen bereits auch die Bürgerrechte aberkannt worden. Als der AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 am 31. Juli 1946 in Form eines Gesetzes bestätigt wurde, erfolgte zwar unter Heranziehung der Auslegung vom 23. Mai 1945 eine übersichtlichere Ordnung des Textes, aber keine Bezugnahme auf einen Entzug der bürgerlichen Rechte. Dies war nun nach Beschlussfassung des Gesetzes über die Wählerlisten und über die Staatsangehörigkeit einfach nicht mehr erforderlich.

„AVNOJ-Beschlüsse“ und „Beneš-Dekrete“ zeitigten vielfache Konsequenzen. Die schwersten betrafen natürlich die völlige Enteignung und Rechtlosstellung der meisten Sudeten- und Karpatendeutschen, der meisten Donauschwaben und der meisten Sloweniendeutschen. Auf Grund der Beneš-Dekrete Nr. 12 und 108 wurden den Sudeten- und Karpatendeutschen (und Magyaren) insgesamt 1,62 Millionen ha landwirtschaftlichen Bodens und 1,3 Millionen ha Wald, also über 29.000 km² (ein Gebiet so groß wie ganz Mähren!), entschädigungslos enteignet, weiters rund 3900 Industriebetriebe, 34.000 Gewerbebetriebe, Hunderttausende Geschäfte, Häuser und Wohnungen, auch alle Banken, Versicherungen, Hotels, Kurbetriebe, Arztpraxen, Rechtsanwaltskanzleien, Bibliotheken, Theater, Museen etc. Die Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen berechnete zum Stichtag 30. September 1938 das sudetendeutsche Volksvermögen mit 33.616,370.000,- Reichsmark (= 13,44 Milliarden Dollar), zum Stichtag 8. Mai 1945 mit 48.587,230.000,- Reichsmark (= 19,44 Milliarden Dollar). Die Werte von Selbstverwaltungskörpern, Kunstsammlungen, Büchereien, sowie von Wertpapierbesitz und umlaufendem Geld wurden nicht mitgerechnet. Die Donauschwaben und Sloweniendeutschen verloren auf Grund des AVNOJ-Beschlusses vom 21. November 1944 ihren gesamten unbeweglichen Besitz und den Großteil des beweglichen: insgesamt 96.874 Betriebe mit 636.847 ha land- und forstwirtschaftlichen Bodens, alle Industriebetriebe, Gewerbebetriebe, Geschäfte, Häuser, Wohnungen, Banken, Versicherungen, Hotels, Kurbetriebe, Arztpraxen, Rechtsanwaltskanzleien, Bibliotheken, Theater, Museen etc. Die Gesamtverluste an Vermögenswerten betrugen in der Währungs- und Preisrelation von 1945 84.266,690.000 Dinar, was auf Reichsmark umgerechnet und in die Relation zur Deutschen Mark von 1982 gesetzt Verluste von 15.589,338.000 DM ergab.

Die Tschechoslowakei und Jugoslawien legten trotz der immensen Werte der den Deutschen beschlagnahmten und enteigneten unbeweglichen und beweglichen Güter der Reparationskonferenz in Paris 1946 Angaben zu personellen und materiellen Verlusten vor, die deutlich höhere Summen als die von deutschen Vertriebenen errechneten ausmachten. Freilich stoppten die USA angesichts des beginnenden Kalten Krieges weitere Verhandlungen. Nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch Österreich leistete dennoch seit den 1950er Jahren unter unterschiedlichen Rechtstiteln Entschädigungen an Jugoslawien: So musste

etwa Österreich im Staatsvertrag 1955 auf österreichische Vermögenswerte in Jugoslawien vor 1938 verzichten. Sowohl Bonn als auch Wien mussten darüber hinaus 1954 bzw. 1955 auf Entschädigungen seitens aller alliierten und assoziierten Staaten ausdrücklich verzichten, worauf in manchen politischen und völkerrechtlichen Diskussionen nach 1990 vorübergehend vergessen wurde.

13. Die Bedeutung von Opferzahlen ist in der Historiographie zu Ostmittel- und Südosteuropa der vergangenen zwanzig Jahre merklich angestiegen. Viele Zahlen waren politisch festgelegt oder galten bis 1989 als Tabu. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs erhielten die Opferzahlen eine neue symbolische Bedeutung und wurden geradezu zu „geschichtspolitischen Ikonen" (Winfried Schulze) hochstilisiert. Hierbei wurde auch ein stärkerer Zusammenhang zwischen der Höhe der Opferzahlen und der Bewertung der Ereignisse hergestellt. Daher bedürfen auch die kriegsbedingten Totenverluste in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien einer Zusammenfassung und Gegenüberstellung. Die Bevölkerung der Tschechoslowakei betrug vor dem Münchener Abkommen – hochgerechnet von der Volkszählung 1930 – mindestens 15 Millionen Einwohner, davon etwa 7,5 Millionen Tschechen, 3,3 Millionen Deutsche, 2,4 Millionen Slowaken, 730.000 Magyaren, 580.000 Ukrainer (Rusini), 360.000 Juden, 90.000 Polen und 50.000 Roma. Von diesen kamen zwischen Oktober 1938 und Dezember 1946 etwa 600.000 Menschen gewaltsam ums Leben: in NS-Vernichtungs- und Konzentrationslagern, als Frontsoldaten, im Partisanenkrieg, durch militärische und polizeiliche Hinrichtungen, als Bombenopfer, durch Zwangsarbeit und durch Vertreibung. Die größte Opferzahl entfiel auf die Juden, von denen insgesamt 270.000 überwiegend in Auschwitz ermordet wurden: 80.000 aus den böhmischen Ländern, 70.000 aus der Slowakei, 80.000 aus der Karpato-Ukraine und 40.000 aus der an Ungarn abgetretenen Südslowakei. Rassischer Verfolgung fielen auch 7000 Roma zum Opfer. Die Sudeten- und Karpatendeutschen erlitten den Verlust von ungefähr 190.000 gefallenen Soldaten und mindestens 30.000 Vertreibungsopfern. Die Tschechen hatten etwa 40.000 bis 45.000 Todesopfer (KZ- und Gefängnisopfer, Hingerichtete, gefallene Partisanen und alliierte Soldaten, Zwangsarbeiter, Bombenopfer) zu beklagen, die Slowaken etwa 30.000 gewaltsam ums Leben Gekommene (Aufständische, Partisanen, gefallene Soldaten, Hingerichtete, Zwangsarbeiter, Bombenopfer). Die Zahlen der gewaltsam ums Leben gekommenen tschechoslowakischen Magyaren, Rusini und Polen sind nie statistisch erhoben worden und dürften kriegsbedingt etwa 10.000 Rusini, 20.000 Magyaren und 8000 Polen ausgemacht haben.

Die auch noch in den 1930er Jahren stark steigende Bevölkerung Jugoslawiens betrug im März 1941 – hochgerechnet von der Volkszählung 1931 – etwa 15,9 Millionen Einwohner, davon etwa 6,3 Millionen Serben, 3,7 Millionen Kroaten, 1,3 Millionen Slowenen, 1,1 Millionen bosnisch-herzegowinische Muslime, 700.000 Makedonier, 600.000 Albaner, 550.000 Deutsche, 500.000 Magyaren, 250.000 Montenegriner, je 150.000 Rumänen und Türken, 130.000 Bulgaren,

90.000 Roma, 80.000 Slowaken, 70.000 Juden, 55.000 Tschechen, 40.000 Russen, 30.000 Ukrainer und Rusini sowie 10.000 Italiener. Von diesen kamen zwischen April 1941 und März 1948 über 1,2 Millionen Menschen gewaltsam ums Leben: durch Massenverfolgungen der *Ustaše* gegen Serben, Juden und Roma; im Krieg der Partisanen und *Četnici* gegen die Okkupationsmächte, aber auch gegen *Ustaše*, Muslime und gegeneinander; durch deutsche, italienische, ungarische und bulgarische Geiselerschießungen und Hinrichtungen; in kroatischen und deutschen Vernichtungs- und Konzentrationslagern während des Krieges; in jugoslawischen Konzentrationslagern ab Jänner 1945; als Frontsoldaten, durch Zwangsarbeit und durch Vertreibung; durch innerjugoslawische Racheakte unmittelbar nach dem Kriegsende. Die größte Opferzahl entfiel auf die Serben, von denen insgesamt 530.000 ums Leben kamen (davon über 300.000 im NDH); auf die Kroaten entfielen ungefähr 240.000 Tote, auf die bosnisch-herzegowinischen Muslime und die Slowenen je etwa 100.000 und auf die Montenegriner nahezu 20.000. Unter den Minderheiten hatten die Juden mit 50.000 die relativ höchste Opferzahl; die Jugoslawiendeutschen beklagten nahezu 60.000 ums Leben gekommene Zivilisten und über 25.000 gefallene Soldaten, die jugoslawischen Magyaren etwa 12.000 Soldaten und Zivilisten, die jugoslawischen Albaner ungefähr 18.000 Soldaten und Zivilisten. Relativ gering waren die Opferzahlen unter den Makedoniern, Bulgaren, Türken, Rumänen, Slowaken, Tschechen, Russen und Ukrainern. Von den jugoslawischen Roma starben 18.000 eines gewaltsamen Todes.

Bis zum Zerfall Jugoslawiens in den Jahren 1991/92 blieb im Wesentlichen unklar, welche Totenverluste innerhalb der südslawischen Völker auf die Besatzungsmächte zurückgingen und welche auf das Konto der verschiedenen „Bruderkriege“ entfielen. Generell lässt sich festhalten, dass die – natürlich durch die Okkupation ausgelösten – „Bruderkriege“ deutlich mehr Totenverluste verursachten als die Eingriffe der Okkupationsmächte. So fielen dem slowenischen „Bruderkrieg“ zwischen der kommunistisch geführten „Befreiungsfront“ und den *Domobranci* mindestens 14.000 Slowenen zum Opfer, vor allem in den Mai- und Juni-Tagen 1945. Im „Unabhängigen Staat Kroatien“ verursachten die „Bruderkriege“ zwischen *Ustaše*, *Domobrani*, Partisanen, *Četnici* und Muslimen den Großteil der Opfer. Und sogar in Serbien übertrafen die wechselseitigen Racheaktionen der *Četnici* und Partisanen die brutalen Verfolgungsmaßnahmen der NS-Besatzung mit massenhaften Geiselerschießungen. Schließlich sollte an mindestens 50.000 kroatische Opfer erinnert werden, die nach Kriegsende – zum Teil von Truppen der Jugoslawischen Armee, zum Teil von Truppen der Britischen Armee gefangen genommen und an die Jugoslawische Armee ausgeliefert – von Partisanen im Norden Sloweniens liquidiert wurden.

14. Die Frage, ob es auf dem Gebiet der Tschechoslowakei und Jugoslawiens während und nach dem Zweiten Weltkrieg „Genozide“ oder „Ethnozide“ gegeben hat, wird in der Historiographie unterschiedlich beurteilt. Manche tschechi-

sche, slowenische und serbische Historiker bezeichnen die NS-Besatzungspolitik in Böhmen, Mähren, Slowenien und Serbien als „Ethnozid", manche deutsche Völkerrechtler stellen die Vertreibungen der Deutschen aus der Tschechoslowakei und Jugoslawien mit „Genoziden" gleich. Gesichert ist, dass die überwiegend durch NS- und SS-Organe herbeigeführte Vernichtung der Mehrzahl der Juden in der Tschechoslowakei und durch die Wehrmacht in Serbien als „Genozid", als Völkermord, bezeichnet werden muss. Dies gilt ebenso für die *Ustaša*-Politik gegen Serben, Juden und Roma. Gesichert ist auch, daß die SS-Volkstumspolitik Tschechen, Slowenen und Serben als politische Nation – nicht aber als „Volk" (!) – auflösen wollte. Nach dem Krieg versuchte dann die tschechische, slowenische und serbische Politik, „die Deutschen" möglichst vollzählig außer Landes zu bringen, jedenfalls als „Volksgruppe" innerhalb des Landes zu „liquidieren". Wenn man unter „Ethnozid" die Auflösung eines Volkes als politischer Nation versteht, dann sind die deutschen Gewaltmaßnahmen gegen Tschechen, Serben und Slowenen wie auch die tschechischen, serbischen und slowenischen Gewaltmaßnahmen gegen Deutsche als „Ethnozid" zu bezeichnen. Allerdings beinhalten ein Teil der deutschen Geiselerschießungen in Serbien im Herbst 1941 (z. B. von ganzen Schulklassen und ihren Lehrern) und ein Teil der kommunistisch-serbischen Racheaktionen gegen Donauschwaben 1944-1946 (vor allem in den „Todeslagern" und ebenfalls gegen Kinder) zweifellos Ansätze zu einem „Genozid".

In ihrem Vortrag *Some Questions of Moral Philosophy*, den Hannah Arendt drei Jahre nach der Hinrichtung des SS-Obersturmbannführers Adolf Eichmann in Jerusalem an der New School of Social Research in New York hielt, erörterte sie Fragen nach den Ursprüngen des „Bösen", glaubte bei Eichmann keine teuflisch-dämonische Tiefe erkennen zu können und stellte die Theorie von der „Banalität des Bösen" auf, womit sie vor allem die mörderische bürokratische Aktivität des Befehlsempfängers Eichmann meinte. Der stellvertretende Ankläger im Eichmann-Prozess, Gabriel Bach, wies jedoch nach, dass Eichmann sogar ein deutsch-ungarisches Abkommen unterlief und die rasche Deportation der Juden nach Auschwitz befahl und dass er persönlich nach Auschwitz fuhr, um die Ermordung der Juden zu beschleunigen. Bach unterstellte also Eichmann einen mörderischen Trieb, der seine Bedeutung als „Experte für Judenangelegenheiten" im Reichssicherheitshauptamt von Jahr zu Jahr zunehmen sah und der sich fanatisch mit der Aufgabe identifizierte, Juden zu vernichten. Tatsächlich reichen völkische, rassistische, ideologische oder religiöse „Begründungen" nicht aus, massenmörderische Gewaltanwendung zu erklären. Obwohl die Aufklärung den Teufel in Person aus unserer Vorstellungswelt verbannt hat, gibt es weiterhin das „Böse schlechthin". Wer dieses Ungeheure aus den abgründigen Möglichkeiten des Kollektivs oder des Individuums ausschließt, leistet einer tragischen Illusion Vorschub.[3595]

[3595] Konrad HUMMLER, Das Böse schlechthin, in: NZZ, 27. Juli 2011; Gabriel BACH, „Wenn jemals einer die Todesstrafe verdient hat, dann Adolf Eichmann", in: Die Presse, 27. November 2011, 38f.

Im Protektorat waren der stellvertretende Reichsprotektor Reinhard Heydrich und Staatssekretär bzw. Staatsminister Karl Hermann Frank, beide hohe SS-Generäle, für die Deportation der Juden nach Theresienstadt und später nach Auschwitz hauptverantwortlich, in der Slowakei Innenminister Alexander Mach und in Kroatien Innenminister Andrija Artuković, während in Serbien mehrere Wehrmachtsgeneräle die verantwortlichen Befehlshaber waren. Der mörderischste von ihnen, der gebürtige Österreicher Franz Böhme, tat alles, um den berüchtigten Keitel-Befehl vom 16. September 1941 bis zur Höchstgrenze der „Sühnequote" von 1:100 zu erfüllen, ohne Rücksicht auf die Involvierung der Geiseln in partisanische Aktionen. Auch andere Befehlshaber, wie der Kommandeur der SS-Division „Prinz Eugen", der gebürtige Siebenbürger Sachse Arthur Phleps, agierten als willkürliche Herren über Leben und Tod – losgelöst vom internationalen Kriegsrecht.

Wenn man die Tagebucheintragungen des gelernten Historikers Josef Pfitzner als Primator-Stellvertreter von Prag in der Zeit des Protektorats und die US-Verhörprotokolle mit dem Höheren Polizei- und SS-Führer Karl Hermann Frank liest, erfährt man vieles über die tägliche Arbeit des NS-Regimes in Böhmen und Mähren. Einerseits nimmt man sie als prototypische Funktionäre wahr, die eher gedankenlos und bürokratisch ihre „Pflichten" erfüllten. Andererseits erhält man Einblicke in eine rassistische Weltanschauung, die in ihrem tyrannischen und amoralischen Irrglauben jede Form des Rechtsstaates negierte. Weder Pfitzner noch Frank reflektierten, was „gut" oder „schlecht" sein könnte. Dieser Nihilismus schob alle Beschränkungen zur Seite und nahm das Recht in die eigenen Hände. Beide, Frank und Pfitzner, wurden von einem tschechischen Volksgericht in Prag zum Tode verurteilt und öffentlich hingerichtet.

Auch Friedrich Rainer, der Kärntner Gauleiter und Reichsstatthalter zwischen 1941 und 1945 sowie Oberste Kommissar der Operationszone Adriatisches Küstenland von September 1943 bis Mai 1945, vertrat im Laibacher Gefängnis eine Rechtfertigungsstrategie, die sich zum Teil auf Befehle seiner Vorgesetzten („Führerbefehl", „Himmlerbefehl", „Ich habe nur meine Arbeit getan", „Geben Sie nicht mir die Schuld, sondern Rösener") berief, zum Teil Anklagepunkte abstritt („Falsch", „Lauter Lügen", „Glaub' ich nicht"). Vor dem Militärtribunal in Laibach erklärte er am 12. Juli 1947: „Ich fühle mich in keinem Punkt als Verbrecher." Dennoch wurde Rainer in 21 Anklagepunkten für schuldig befunden und zum Tod durch den Strang verurteilt.

The Times veröffentlichte am 23. Oktober 1946 einen Brief des britischen Philosophen und Nobelpreisträgers für Literatur 1950, Bertrand Russell, in dem dieser die grundsätzliche rechtliche und moralische Bewertung von Kriegsverbrechen ansprach:

> „In Osteuropa werden jetzt Massendeportationen unerhörten Ausmaßes von unseren Verbündeten durchgeführt. […] Dies gilt nicht als kriegerische Handlung, sondern als Teil einer bewussten ‚Friedens'-Politik. […] Sind Massendeportationen Verbrechen, wenn sie von unseren

> Feinden während des Krieges durchgeführt werden, und gerechtfertigte Maßnahmen sozialer Anpassung, wenn unsere Verbündeten sie im Frieden veranlassen? Ist es humaner, alte Frauen und Kinder zu vertreiben und in der Ferne umkommen zu lassen, als Juden in Gaskammern zu vergiften? Können die Personen, die für den Tod jener, die nach der Vertreibung verstorben sind, Verantwortung tragen, als weniger schuldig gelten, weil sie Leiden ihrer Opfer weder sehen noch hören? Soll das Kriegsrecht künftig das Töten feindlicher Staatsangehöriger rechtfertigen, nachdem der Widerstand des Feindes beendet ist?"

15. Zum 60. Jahrestag des Kriegsendes 2005 stellte der Sozialhistoriker Reinhart Koselleck eine bis heute nicht beantwortete Frage: „Welche Folgen ergeben sich aus dem Befund, dass wir in Europa zwar eine gemeinsame Geschichte haben, aber keine gemeinsamen Erinnerungen?" Die große Mehrzahl der Deutschen (und Österreicher), die sich als Besiegte die totale Niederlage einzugestehen hatte, waren keineswegs in gleicher Weise „Befreite" wie etwa die West- und Südslawen. Und die meisten Deutschen (und Österreicher) waren auch nicht in gleicher Weise Opfer wie die von den Deutschen unterworfenen Nachbarn oder gar die vom NS-Regime zur Vernichtung freigegebenen Völker. Dennoch forderte Koselleck, dass jede Nation ihrer eigenen Toten gedenken müsse, da sie sonst auch nicht fähig sei, an die durch sie Ermordeten zu erinnern.

Tatsächlich nimmt die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg bis heute eine Schlüsselrolle in den Gedächtniskulturen der beteiligten Länder ein, wie große internationale Gedenkfeiern zum 30. 40., 50. und 60. Jahrestag des Kriegsendes in Moskau (1975, 1995, 2005), Bonn und Bitburg (1985), Auschwitz (2005), Nürnberg (2005), Washington (2005) und London (2005) sowie zum 70. Jahrestag des Kriegsbeginns in Danzig (2009) zum Teil pompös, zum Teil um Versöhnung bemüht zur Schau stellten. Der Einladung des polnischen Ministerpräsidenten Tusk 2009 waren immerhin auch der russische Präsident Putin und die deutsche Bundeskanzlerin Merkel gefolgt, die sich in ihren Ansprachen nicht scheuten, eine Reihe der unangenehmsten Seiten der russisch-polnischen bzw. deutsch-polnischen Geschichte anzusprechen.

Während die alliierten Siegermächte bald nach Kriegsende – aber mit unterschiedlicher Intensität – die „Entnazifizierung" in ihren Besatzungszonen in Deutschland und Österreich einleiteten, wurde in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich offensichtlich mehr in den Familien als in der Öffentlichkeit und in den Schulen über das NS-Regime und seine Verbrechen gesprochen. Immerhin bemühten sich die Regierungen der Bundeskanzler Figl und Adenauer ab 1946 bzw. ab 1949 um eine rasche Integration der Hunderttausenden bzw. Millionen deutschen Flüchtlinge, Vertriebenen und Umsiedler. Rang sich Bonn bereits 1952 zu einem relativ großzügigen Lastenausgleichsgesetz durch, so blieb hingegen Wien zurückhaltender und erhielt noch 1961 mit dem Bad Kreuznacher Abkommen Unterstützung aus der BRD. Der deutsch-tschechoslowakische Prager Vertrag 1973 und der österreichisch-tschechoslowakische Vermögensvertrag 1974 regelten zwar eine Reihe von bilateralen Rechtsfragen, klammerten jedoch

allfällige Entschädigungen für die ehemaligen Sudetendeutschen aus. Erst 2004 stellte der deutsche Bundeskanzler Schröder klar, dass Deutschland auf Grund des „Überleitungsvertrages“ aus dem Jahre 1954 keine Einwendungen gegen Beschlagnahmungen von deutschem Auslandsvermögen erheben könne – auch nicht gegenüber Polen, Tschechien, der Slowakei und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Und der österreichische Bundeskanzler Schüssel bestätigte, dass Österreich nach dem Staatsvertrag 1955 ebenfalls keinen Rechtstitel gegen die „Beneš-Dekrete“ und die „AVNOJ-Beschlüsse“ erhalten habe.

Noch im November 1948 hatte sich der österreichische Gesandte in Prag vom Präsidenten Gottwald sagen lassen müssen, dass in der Zeit der NS-Okkupation in der Tschechoslowakei viele Österreicher im Dienste der NSDAP, der Gestapo und des Sicherheitsdienstes gestanden und oft radikaler als die Deutschen gewesen seien. Bis zum Ende der 1980er Jahre hielt der weitaus überwiegende Teil der tschechischen (und slowakischen) Bevölkerung die „Beneš-Dekrete“ und die Vertreibung der Sudetendeutschen – sogar die anfangs stattgefunden habenden Gewaltexzesse – für rechtens. Als sich Václav Havel im Herbst 1989 noch als Dissident beim deutschen Bundespräsidenten Weizsäcker für die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels bedankt und seiner Meinung Ausdruck gegeben, dass sich „die Tschechoslowakei für den Abschub (*odsun*) auf irgendeine Weise entschuldigen“ sollte, war dies in Prag bei weitem keine Mehrheitsmeinung. Daher enthielt sich Havel als neu gewählter tschechoslowakischer, ab 1993 als tschechischer Präsident aller Entschuldigungsgesten, verlangte vielmehr eine sachliche und unvoreingenommene Reflexion. Immerhin stellte Havel im März 1993 in den *Lídové noviny* unmissverständlich fest: „Die Vertreibung von Millionen Menschen aus rein nationalistischen Gründen, das heißt nach dem Prinzip der Kollektivschuld, ist eine moralisch fehlerhafte Haltung.“ Diese Einstellung wurde freilich von Havels Nachfolgern Václav Klaus und Miloš Zeman nicht übernommen. Hingegen stellte das Prager Parlament im Februar 2004 mit deutlicher Mehrheit fest: „Edvard Beneš hat sich um den Staat verdient gemacht.“

Von den ursprünglich 143 „Beneš-Dekreten“ blieben auch nach 1992 noch 26 wenigstens teilweise in Kraft. Und das Restitutionsgesetz vom 21. Februar 1991 gewährte lediglich Eigentümern, die nach dem 25. Februar 1948 enteignet worden waren, einen Rückübertragungsanspruch. In den Rechtsfällen Dreithaler, Des Fours-Walderode, Schwarzenberg, Nádherný, Colloredo-Mannsfeld, Liechtenstein, Waldes, Bloch-Bauer, Taussig, Kinský und Kolowrat urteilten die tschechischen Gerichte gänzlich unterschiedlich. Auch um die Rückgabe des unter kommunistischer Herrschaft konfiszierten Eigentums der 17 Kirchen und Religionsgemeinschaften wird seit 1991 gerungen. Sogar gegenüber 1938/39 „arisierten“ und 1945 enteigneten jüdischen Vermögen erwies sich die tschechische Restitutionspraxis als sehr restriktiv. Auch der Nationalrat der Slowakischen Republik stellte am 20. September 2007 mit großer Mehrheit fest, dass die durch die Nach-

kriegsordnung festgelegten Rechts- und Vermögensbeziehungen „unbezweifelbar, unantastbar und unveränderbar sind".

Die neue jugoslawische Staatsideologie baute ab 1945 auf den Mythen des „antifaschistischen Volksbefreiungskrieges" und der „sozialistischen Revolution" auf. Während der jahrelange Kampf der kommunistisch geführten Partisanen gegen die Besatzungsmächte auch weitgehend der Realität entsprach (wenn auch die sowjetische militärische und die westliche diplomatische Hilfe verdrängt wurde), sollte der Slogan „Brüderlichkeit und Einheit" die jahrelangen Bürgerkriege in Serbien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und in Slowenien übertünchen. Staatschef Tito ließ bis zu seinem Lebensende 1980 keine andere Interpretation zu. Aber auch in Jugoslawien wurden in vielen serbischen, kroatischen, bosnischen und slowenischen Familien andere Erzählungen tradiert, als sie in den Massenmedien (nicht zuletzt im Film!) und in den Schulen vermittelt wurden. Bereits in den 1980er Jahren wurden in intellektuellen Kreisen alte Bruchlinien erkennbar, mit dem Zerfall Jugoslawiens 1991 traten sie deutlich hervor: in Serbien zwischen ehemaligen Partisanen und *Četnici*, in Kroatien zwischen Partisanen und *Ustaše* bzw. *Domobrani*, in Slowenien zwischen der „Befreiungsfront" und den *Domobranci*, in Bosnien-Herzegowina zwischen Partisanen, *Ustaše*, *Četnici* und Muslimen. Die von Tito verordnete einheitliche Erinnerungsgeschichte zerfiel in die Unübersichtlichkeit des Kriegsgeschehens, und verschiedene, von den neuen Regierungen und Parlamenten eingesetzte Untersuchungskommissionen begaben sich auf die Suche nach Kriegsopfern in ehemaligen Bergwerken, Panzergräben und Höhlen.

Hingegen verliefen die Aussöhnungen mit Österreich und der Bundesrepublik Deutschland erfolgreicher. Nach dem Bruch Titos mit Stalin 1948 und der Entscheidung der alliierten Außenminister zugunsten der Wiederherstellung Österreichs in den Grenzen vom 1. Jänner 1938 änderte auch Belgrad seine Haltung gegenüber Wien, entließ die letzten Kriegsgefangenen und unterstützte den Abschluss des österreichischen Staatsvertrages. Auch die Minderheitenfrage in Kärnten konnte nach 1955 die immer engere Zusammenarbeit Jugoslawiens und Österreichs in wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen – und phasenweise sogar sicherheitspolitischen – Fragen nicht stören. Hatte Jugoslawien gemäß Staatsvertrag das altösterreichische Vermögen einziehen dürfen, so erhielt es von der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1966 Reparationen und kriegsbedingte Leistungen in Höhe von 158 Millionen US-Dollar. Zwischen 1950 und 1978 kamen auch über 86.000 deutsche Aussiedler aus Jugoslawien in die BRD, sodass nur mehr einige Tausend ehemalige Volksdeutsche in der Vojvodina, in Slawonien und in Slowenien zurückblieben. Nachdem bereits Bundeskanzler Brandt den Präsidenten Tito auf Brioni besucht hatte, empfing Bundeskanzler Schmidt Tito in Bonn und ließ 1974 einen langfristigen Kredit in Höhe von 700 Millionen DM unterzeichnen. Auch die Hunderttausenden jugoslawischen „Gastarbeiter" in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich stärkten die bilateralen Beziehun-

gen. Nicht einmal vor allem in Belgrad formulierte, während der jugoslawischen Sezessionskriege propagierte anti-deutsche und anti-österreichische Ressentiments konnten das reibungslose, vielfach sogar freundschaftliche Zusammenwirken zwischen Deutschen und Österreichern einerseits, Serben, Kroaten, Slowenen und Bosniern andererseits nachhaltig beeinträchtigen.

Schließlich kann der Historiker zu Beginn des 21. Jahrhunderts auch auf einige übergeordnete „Fortschritte" in der Erinnerungskultur Mitteleuropas hinweisen: Es gibt keine „deutsche Frage" mehr wie zwischen 1815 und 1990, keine „österreichische Frage" wie zwischen 1848 und 1955, keine „polnische Frage" wie zwischen 1772 und 1990, keine „tschechoslowakische Frage" wie zwischen 1914 und 1992 und keine „jugoslawische Frage" wie zwischen 1912 und 1995.

16. Eine Bilanz der deutsch/österreich-tschechoslowakischen und deutsch/österreichisch-jugoslawischen Konfliktgeschichte im 20. Jahrhundert weist – neben einer ganzen Fülle von positiven wirtschaftlichen, sozialen, technischen, kulturellen und wissenschaftlichen Kontakten – eine lange Liste von Diskriminierungen, Verletzungen, Erniedrigungen, Unterdrückungen, kriegerischen Handlungen, Zerstörungen, Verfolgungen und Vertreibungen auf, die bis an den Völkermord heranreichten. Es blieb Adolf Hitler als deutschem „Führer und Reichskanzler" und seinen nationalsozialistischen Reichsministern, Reichsleitern, Reichsprotektoren, Reichskommissaren, Obersten Kommissaren, Reichsstatthaltern, Gauleitern, Höheren SS- und Polizeiführern, Kommandierenden Generälen und Volksgruppenführern vorbehalten, die unterschiedlichen deutsch-österreichisch-slawischen Konfliktlinien aus der österreichisch-ungarischen, tschechoslowakischen und jugoslawischen Vergangenheit ab 1938 bzw. 1941 zu bündeln und mit der NS-Rassenideologie von den „Herrenmenschen", den „Untermenschen" und „lebensunwertem Leben" zu mörderischen Auseinandersetzungen für ganze Volksgruppen und Bevölkerungsgruppen zuzuspitzen. Daher ist es verständlich, dass auch noch am Beginn des 21. Jahrhunderts zum Teil stark konträre Geschichtsbilder bestehen – sowohl zwischen den betroffenen Nationen als auch innerhalb der nationalen Gruppen. Um das Trennende in der ostmittel- und südosteuropäischen Beziehungsgeschichte zu überwinden, bedarf es freilich auf allen Seiten der Einsicht, in die Erinnerung nicht nur das erlittene, sondern auch das begangene Leid und Unrecht aufzunehmen. „Erinnerung ist in der posttraumatischen Phase nach exzessiver verbrecherischer Gewalt deshalb so wichtig, weil allein von ihr abhängt, ob die ehemaligen Gewaltverhältnisse stillschweigend gebilligt und verlängert oder tatsächlich beendet werden und eine neue Ära beginnt. Die Erinnerung an ein begangenes Unrecht und die öffentliche Anerkennung der Opfer ist der Lackmus-Test für die innere Verwandlung eines Staates [und seiner Gesellschaft, Erg. Suppan]; sie ist das notwendige Zeichen der Aufkündigung schlechter historischer Kontinuitäten."[3596]

[3596] Aleida ASSMANN, Morgen kommt Moskau, in: Die Presse, 1. Juli 2006, Peace vermutet: Europa in 50 Jahren, 44f.

„Der Wunsch, sich von der Last des Wissens um Geschehenes, der Last der Verantwortung für Geschehenes, der Last der Erinnerung an Geschehenes zu befreien“, ist zwar verständlich, aber vergeblich. Wir begegnen einfach der Vergangenheit als individueller und kollektiver Erinnerung: „Menschen in ihrer jeweiligen Gegenwart wollen wissen, was in der Vergangenheit tatsächlich geschehen ist, warum es geschehen ist und wie es geschehen konnte.“ Seit 1989 will eine neue, mit der Geschichte der Völker und Länder östlich des „Eisernen Vorhanges“ wenig vertraute Generation diese östliche Hälfte Europas mit vielen anderen Sprachen, Konfessionen und Kulturen – ohne Entstellung durch Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus – entdecken und erforschen. Dazu gehört selbstverständlich auch die deutsche, österreichische und jüdische Geschichte des östlichen und südöstlichen Europa, einschließlich ihrer gewaltvollen Teile. Geprägt von zwei totalitären Diktaturen, von nationalsozialistisch, imperialistisch, rassistisch, nationalistisch und kommunistisch motivierten Kriegen und Repressionen, sind im östlichen und südöstlichen Europa im Jahrzehnt zwischen 1938 und 1948 über 40 Millionen Menschen gewaltsam ums Leben gekommen und über 30 Millionen vertrieben worden. Erweitertes Wissen um die komplizierte Vergangenheit dieses Raumes, die Erforschung und Interpretation dieser Vergangenheit als erfahrener Geschichte, die „Historisierung des Geschehenen“, können vielleicht helfen, die alten und neuen Vorurteile und Befürchtungen, die überkommenen Feindbilder und nationalen Empfindlichkeiten zu verstehen, zumindest aber die Schwierigkeiten bei der Herbeiführung einer politischen, wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Einheit Europas bewusst zu machen. Irgendeine moralische Überheblichkeit einseitiger Schuldzuweisung ist hiefür jedenfalls unangebracht. Nur eine gemeinsame, vom europäischen Geist der Versöhnung getragene Aufarbeitung der Vergangenheit kann die Geschichte der Völker Europas auch in diesem dunklen Jahrzehnt miteinander verbinden, zur Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur beitragen.[3597]

Dabei ist jedoch die Mahnung des slowenischen Schriftstellers Drago Jančar ernst zu nehmen:

> „Es ist gut, wenn es zu symbolischen Versöhnungsakten von Politikern kommt. Aber diese Akte werden nicht die Tatsachen der Schrecken verändern, die in diesem Teil Europas geschehen sind. Und sie werden uns auch nicht der Verantwortung für eine sichere Zukunft entbinden, wenn wir die Botschaften der Vergangenheit nicht begreifen. Diese Botschaften kommen schon seit Jahren zu uns als Geschichtsfälschungen und totgeschwiegene Kapitel der dunklen Seite des Mondes. Deshalb müssen wir an die Stelle des Wortes Versöhnung, das sich allzu rasch in eine rituelle politische Floskel verwandelt, die Wörter Wahrheit und Erinnerung setzen.“[3598]

[3597] Rudolf VIERHAUS, „Historisierung“ als Gegenwartsbewältigung. Das deutsch-tschechische Verhältnis 1918-1989, in: Begegnung und Konflikt, hg. von Jörg K. Hoensch und Hans Lemberg, Essen 2001, 13-21; Karl SCHLÖGEL, Die Düsternis – in neuem Licht, in: Die Zeit, 24. Juli 2003, 9.

[3598] JANČAR, Der Verbrecher, 50.

Arnold Suppan, geb. 1945 in St. Veit/Glan, Kärnten, studierte Geschichte und Germanistik an der Universität Wien, promovierte 1970 zum Dr. phil. und erhielt 1984 die Lehrbefugnis als Universitätsdozent für Osteuropäische Geschichte. Zwischen 1988 und 2002 leitete er das Österreichische Ost- und Südosteuropa-Institut in Wien, von 1994 bis 2011 wirkte er als Universitätsprofessor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Wien und leitete zwischen 2002 und 2008 das gleichnamige Institut. Gastprofessuren führten ihn nach Leiden, Fribourg, Stanford und Budapest. Ab 1998 korrespondierendes, seit 2003 wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, leitete er von 2003 bis 2011 die Historische Kommission und wirkte zwischen 2009 und 2011 als Generalsekretär, zwischen 2011 und 2013 als Vizepräsident der ÖAW.

Die auf breiter internationaler Quellen- und Literaturbasis erarbeitete Monographie erörtert die Entwicklung der politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und militärischen Konfliktgemeinschaften in den böhmischen und südslawischen Ländern Österreich-Ungarns, die epochalen Erschütterungen des Ersten Weltkrieges und den Bruch der Tschechen, Slowaken und Südslawen mit der Habsburgermonarchie, die schwierige Bildung der Nachfolgestaaten, die Innen- und Außenpolitik der Tschechoslowakei und Jugoslawiens, die Zerschlagung der Friedensordnung von Versailles/Saint-Germain/Trianon durch Hitler, die NS-Eroberungs- und Besatzungspolitik in Böhmen, Mähren, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Slowenien, den Völkermord an den Juden im Protektorat, in der Slowakei, im Ustaša-Staat und in Serbien, die Vergeltung an den und die Vertreibung der Sudeten- und Karpatendeutschen sowie der Deutschen in Slowenien, Kroatien und der Vojvodina, schließlich die Erinnerung und Historisierung der mehr als 100-jährigen Konfliktgeschichte östlich und westlich des Eisernen Vorhangs und in den post-kommunistischen Nationalstaaten am Ende des 20. Jahrhunderts in Ostmittel- und Südosteuropa. Im Mittelpunkt stehen einerseits die ethnisch-nationalen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Tschechen, Slowaken, Serben, Kroaten und Slowenen sowie zwischen Magyaren und Slowaken, Serben und Kroaten, andererseits die staatlich-nationalen Auseinandersetzungen des Deutschen Reiches und Österreichs mit der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Obwohl in der 150-jährigen historischen Entwicklung Ostmittel- und Südosteuropas seit 1848 eine Reihe von Kaisern, Königen, Präsidenten, Kanzlern, Ministerpräsidenten, Ministern, Großunternehmern, Generaldirektoren, Botschaftern, Generälen, Gauleitern und Höheren SS- und Polizeiführern als Akteure auftraten, sind es drei Personen, die auch in der historischen Erinnerung am Beginn des 21. Jahrhunderts noch immer präsent sind: der deutsche „Führer“ und Reichskanzler Adolf Hitler (1889–1945), der tschechoslowakische Außenminister und Präsident Edvard Beneš (1884–1948) und der jugoslawische Partisanenführer und Präsident Josip Broz Tito (1892–1980).

ISBN 978-3-7001-7309-0

